Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Hauptherausgeber
Hans-Peter Schwarz

Mitherausgeber
Helga Haftendorn, Klaus Hildebrand,
Werner Link und Rudolf Morsey

R. Oldenbourg Verlag München 1994

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1963

Band I: 1. Januar bis 31. Mai 1963

Wissenschaftlicher Leiter
Rainer A. Blasius

Bearbeiter
Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch

R. Oldenbourg Verlag München 1994

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
/ hrsg. im Auftr. des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. Haupthrsg. Hans-Peter Schwarz. Mithrsg. Helga Haftendorn ... – München : Oldenbourg.

NE: Schwarz, Hans-Peter [Hrsg.]; Institut für Zeitgeschichte <München>

1963. Wiss. Leiter Rainer A. Blasius. Bearb. Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch.
Bd. 1. 1. Januar bis 31. Mai 1963. – 1994
ISBN 3-486-55964-8
NE: Lindemann, Mechthild [Bearb.]

© 1994 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

ISBN 3-486-55964-8

Inhalt

Vorwort VII

Vorbemerkungen zur Edition X

Verzeichnisse XVII

Dokumentenverzeichnis XIX
Literaturverzeichnis CLXXXVII
Abkürzungsverzeichnis CXCIII

Dokumente 1

Band I (Dokument 1–185) 3
Band II (Dokument 186–369) 603
Band III (Dokument 370–492) 1267

Anhang 1715

Zeittafel 1717
Personenregister 1721
Sachregister 1765
Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1963 1815

Vorwort

Im September 1985 hatte der Bundesminister des Auswärtigen eine Sachverständigenkommission aus Historikern und Angehörigen des Auswärtigen Dienstes unter dem Vorsitz von Professor Dr. Walter Bußmann mit dem Auftrag berufen, dem Auswärtigen Amt als Entscheidungsgrundlage für eine Edition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland" ein Gutachten zu erstellen, das im März 1986 vorgelegt wurde.

Hauptpunkte dieser Empfehlungen waren:

- zeitlich anschließend an die bedeutenden Aktenveröffentlichungen „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914" sowie „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945", freilich mit veränderter Zielsetzung, sollte eine neue, fortlaufende Edition begonnen werden, um die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage des Schriftgutes des Auswärtigen Amts zu dokumentieren;
- unter größtmöglicher Einbeziehung von zuvor offengelegten Verschlußsachen sollte diese Edition parallel zur Freigabe der Akten nach Ablauf der 30-Jahres-Sperrfrist in Jahresbänden fortschreiten;
- ungeachtet des erforderlichen engen sachlichen Zusammenwirkens mit dem Auswärtigen Amt sollte ein vom Bundesminister des Auswärtigen zu berufendes Herausgebergremium in wissenschaftlicher Unabhängigkeit die Verantwortung für die Edition tragen;
- zur Durchführung der Arbeiten sollte eine Editorengruppe gebildet werden.

Entsprechend den Empfehlungen sind, beginnend im Jahr 1989, zwei Bände veröffentlicht worden: „Adenauer und die Hohen Kommissare, 1949–1951" und „Adenauer und die Hohen Kommissare, 1952".

In der Folgezeit ist es gelungen, das Institut für Zeitgeschichte, München, als Träger zu gewinnen und in längeren, Ende 1989 abgeschlossenen Verhandlungen eine arbeitsfähige Organisationsstruktur zu entwickeln.

Als Hauptherausgeber wurde von den Organen der das Institut tragenden Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt der Unterzeichnete bestellt, als Mitherausgeber die Professoren Dr. Helga Haftendorn, Berlin, Dr. Klaus Hildebrand, Bonn, Dr. Werner Link, Köln, und Dr. Rudolf Morsey, Speyer.

Der Hauptherausgeber und die Mitherausgeber nehmen die wissenschaftliche Verantwortung im Einvernehmen mit der Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte wahr.

Vergleichsweise rasch ist dann eine dem Institut für Zeitgeschichte angehörende Editorengruppe von sechs Historikern unter der wissenschaftlichen Leitung von Dr. Rainer A. Blasius zusammengestellt worden, so daß die konkreten Arbeiten ab Juni 1990 im Auswärtigen Amt, Bonn, begonnen werden konnten.

Das Herausgebergremium hat in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt beschlossen, die verfügbaren Kräfte erst einmal auf die Zeit ab 1963 zu konzentrieren. Die deutsche und die internationale Öffentlichkeit, nicht zuletzt die Zeitgeschichtsforschung und die Wissenschaft von der Internationalen Politik, werden so zum frühestmöglichen Zeitpunkt in die Lage versetzt, auf einer wesentlich verbreiterten Quellenbasis die Voraussetzungen, Zielvorstellungen und Entscheidungen deutscher Außenpolitik zu beurteilen.

Grundsätzlich ist jedoch entschieden worden, nach entsprechender personeller Verstärkung der gegenwärtig für ein Großprojekt dieser Art vergleichsweise kleinen Editorengruppe auch die Akten für die Jahre 1949 bis 1962 nach demselben Editionskonzept herauszugeben.

Das Editionskonzept, die Editionsrichtlinien, die Dokumentenauswahl und die Kommentierung sind in engem Zusammenwirken zwischen dem Herausgebergremium und dem Editorenteam mit seinem Wissenschaftlichen Leiter erfolgt. Auf der Grundlage von Vorschlägen der Editorengruppe sind sowohl die großen Linien als auch Detailfragen vom Herausgebergremium erörtert und festgelegt worden.

Die drei Bände der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963" liegen hier vor. Die Editionen für 1964, 1965 und 1966 befinden sich in Arbeit und sollen in jährlichem Rhythmus nach denselben Prinzipien erscheinen, die für die Bände zum Jahr 1963 Gültigkeit haben.

***

Bei einer notwendigerweise nicht einfachen Organisationsstruktur und angesichts der vielschichtigen, umfangreichen Bestände im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts hängt das Gelingen der Arbeiten in hohem Maß von der Bereitschaft der Beteiligten ab, mit vollem Einsatz, zugleich aber nach den Erfordernissen der Teamarbeit zusammenzuwirken.

Somit habe ich die angenehme Aufgabe, zugleich namens der Kollegen im Herausgebergremium, aufrichtig und nachdrücklich zu danken:

- dem Auswärtigen Amt, namentlich dem Leiter des Politischen Archivs und Historischen Referats, Herrn Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heinz Waldner, und Herrn Vortragenden Legationsrat Dr. Hans Jochen Pretsch, ohne deren Initiative und ständige Hilfe das Editionswerk weder in Gang gekommen noch reibungslos fortgeführt worden wäre; in diesen Dank seien auch jene Damen und Herren des Auswärtigen Amts einbezogen, die beim Deklassifizierungsverfahren dazu beigetragen haben, daß eine große Zahl wichtiger Dokumente nunmehr zugänglich ist;
- den Organen der Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte, namentlich dem Stiftungsratsvorsitzenden, Herrn Ministerialdirektor Herbert Kießling, dem Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Herrn Professor Dr. Horst Möller, sowie Herrn Professor Dr. Ludolf Herbst, in der Aufbauphase kommissarischer Direktor des Instituts für Zeit-

geschichte, und dem Verwaltungsleiter des Instituts für Zeitgeschichte, Herrn Georg Maisinger;

- dem Bundeskanzleramt, namentlich Herrn Ministerialdirigent Dr. Uwe Kaestner, und der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf für die Erlaubnis, unverzichtbare Dolmetscheraufzeichnungen einbeziehen zu können;
- dem in gewohnter Sorgfalt und Präzision arbeitenden Verlag Oldenbourg, namentlich Herrn Dr. Thomas Cornides und Herrn Christian Kreuzer, M.A.

Der Erfolg einer Edition hängt in erster und letzter Linie von Qualität und Leistung des Editorenteams ab. Daß in Herrn Dr. Rainer A. Blasius ein erfahrener Wissenschaftlicher Leiter gefunden wurde, der das Werk umsichtig und mit großem Einsatz vorangebracht hat, ist dem Editionsunternehmen allgemein und den Bänden zum Jahr 1963 im besonderen sehr zugute gekommen. Somit sei Herrn Dr. Blasius nachdrücklich gedankt. Ebenso sind die Verdienste von Frau Dr. Mechthild Lindemann und Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch hervorzuheben, die die vorliegenden Bände gemeinsam bearbeiteten. Für Mithilfe und technische Ratschläge besonders zu danken ist Herrn Dr. Wolfgang Hölscher. Gedankt sei auch den Herren Dr. Werner Bührer, Dr. Michael Fröhlich und Dr. Manfred Nebelin, die an Vorarbeiten für die Bände beteiligt gewesen sind. Nicht vergessen seien die ebenso sachkundigen wie tüchtigen Damen des Sekretariats, Frau Andrea Bock und Frau Gabriele Knorr.

Bonn, den 1. Mai 1993 — Hans-Peter Schwarz

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963" (Kurztitel: AAPD 1963) umfassen drei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band III finden sich eine Zeittafel zum Jahr 1963, ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1963.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1963 waren die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Besonderes Gewicht wurde auf die zentralen Bestände „Ministerbüro" und „Büro Staatssekretär" gelegt. Angemessene Berücksichtigung fanden aber auch die einzelnen Abteilungen und Referate des Auswärtigen Amts. Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden nur zur Kommentierung herangezogen und lediglich in Fällen von besonderer außenpolitischer Bedeutung als Dokumente aufgenommen. Fast ausnahmslos haben dagegen die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten Aufnahme gefunden. Als notwendige Ergänzung dienten die im Bundeskanzleramt und in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus überlieferten Gesprächsaufzeichnungen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil ausschließlich Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich und größtenteils als Verschlußsachen der Geheimhaltung unterworfen waren. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA ohne Einschränkung zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Für die Deklassifizierung von Verschlußsachen aus dem Bundeskanzleramt bzw. der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus war das Bundeskanzleramt zuständig. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1963 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine äußerst geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen, wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 492 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Fußnote ausgewiesen. Ein Dokument, bei dem nur der Entstehungsmonat bekannt ist, wird am Ende des betreffenden Monats eingereiht. Bei Aufzeichnungen über Gespräche oder Besprechungen ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten, stets gleich gestalteten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und -überschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen die Datumsangabe. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit besteht sowie aus weiteren Elementen wie dem gemäß Aktenplan inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad, läßt Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zu und eröffnet die Möglichkeit, zugehöriges Aktenmaterial zu ermitteln. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Aus den Angaben im Dokumentenkopf, vor allem aus der Überschrift, läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments erschließen. Aufzeichnungen und Vermerke des internen Schriftverkehrs im Auswärtigen Amt sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt. Läßt sich ein solcher weder unmittelbar noch mittelbar nachweisen, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung oder Referat) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Infor-

mationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Fußnote aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit angegeben. Rechts davon findet sich das Aufgabedatum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Zusätzlich zu Datum und Uhrzeit der Aufgabe wird hier auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringlichen Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke wird im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger das Geschäftszeichen und das Datum genannt. Eine Sonderform des Schriftberichts stellt das sogenannte Privatdienstschreiben dar, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amts mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen Niederschriften über Gespräche bzw. Besprechungen ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet. Hervorzuheben sind innerhalb dieser Dokumentengruppe Gesprächsaufzeichnungen der Dolmetscher. Für deren chronologische Einordnung ist das Gesprächs- oder Besprechungsdatum ausschlaggebend, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen werden.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen (wie z. B. das Protokoll über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 7. Januar 1963), sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs oder der Besprechung. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist Bonn stillschwei-

gend zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem eigentlichen Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z." vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den aufgrund festgelegter Verteiler vervielfältigten Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstausfertigung mußten hin und wieder ein „Durchschlag als Konzept", ein Durchdruck, eine Abschrift oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Fußnote. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Falls die Textvorlage eine inhaltlich substantielle Überschrift aufweist, wird diese mitabgedruckt. Die Dokumente werden in der Regel ungekürzt veröffentlicht. In wenigen Ausnahmefällen sind geringfügige Auslassungen vorgenommen worden; sie werden durch [...] gekennzeichnet und in einer Fußnote erläutert. Textergänzungen der Bearbeiter stehen ebenfalls in eckigen Klammern.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; manchmal erwies sich jedoch eine Vereinheitlichung bzw. Modernisierung als sinnvoll. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende oder ungebräuchliche Abkürzungen in der Textvorlage werden aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen werden – sofern sie nicht überwiegend formaler Natur sind – kursiv wiedergegeben. Darüber hinaus dient der Kursivdruck dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Zentrierungen usw.) folgt das Druckbild der Textvorlage, soweit dies unter Berücksichtigung der satztechnisch bedingten Gegebenheiten möglich ist.

Mit Ausnahme der dem Namen hinzugefügten Dienstbezeichnung, die der Überschrift eines Dokuments zu entnehmen ist, wird eine Unterschriftsformel vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftscharakter aufgelöst (mit Nachweis in einer Fußnote). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez." vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.", wird er in eckigen Klammern ergänzt.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstücks in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd." versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Da alle edierten Dokumente für die wissenschaftliche Benutzung bisher nicht oder nur in eingeschränktem Maße zur Verfügung standen, erübrigte sich eine systematische Suche nach Vor- oder Teilveröffentlichungen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument auf den verschiedenen Ebenen des Auswärtigen Amts bzw. außerhalb dieser Behörde gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf zugehörigen Begleitschreiben und -vermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden unter Kennzeichnung durch eckige Klammern aufgelöst.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weitere Aktenstücke und anderweitiges Schriftgut nachweisen, die unmittelbar oder mittelbar angesprochen werden, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind. Dem erstgenannten Gesichtspunkt tragen jene rück- oder weiterverweisenden Anmerkungen Rechnung, die Bezüge zwischen einzelnen Dokumenten in den vorliegenden drei Bänden offenlegen und bereits auf die in Vorbereitung befindlichen AAPD 1964 verweisen. Das Auffinden von Dokumenten zu einem bestimmten thematischen Schwerpunkt ist mit Hilfe des Sachregisters möglich.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente

durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die damaligen Entscheidungsprozesse erhellen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle in einer Anmerkung nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Auszüge aus den Bezugsstücken oder inhaltliche Zusammenfassungen sollen zum Verständnis der Dokumente beitragen. Bei Anmerkungen oder Anmerkungsteilen, deren Zweck die knappe Erläuterung eines Sachverhalts oder Ereignisses ist, erfolgen keine systematischen Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung/Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Die genannten Merkmale werden dabei erforderlichenfalls in Kombination oder auch im Wechsel dem Namen hinzugefügt. Dies trifft vor allem auf die Referatsleiter im Auswärtigen Amt zu, bei denen alternierend Dienststellung oder Dienstbezeichnung angeführt wird. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, der Bundeskanzler bzw. der Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Als Kurzform für die Deutsche Demokratische Republik kommen in den Dokumenten die Begriffe SBZ oder DDR vor und werden so wiedergegeben. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird jedoch in der Kommentierung und in den Regesten der Begriff DDR verwendet. Das Adjektiv „deutsch" findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet. Im übrigen orientiert sich die Edition bei der Benutzung geographisch-politischer Begriffe an der Sprache der Quellen.

Für häufig benutzte Publikationen wie Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden Kurztitel oder Kurzformen eingeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Der Platzersparnis dienen ebenfalls die Rückverweise auf bereits an anderer Stelle ausgeführte Anmerkungen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliterierung durchgeführt.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Übersicht in Form eines Regests. Um die Einheitlichkeit der Regesten in ihrem notwendigerweise verkürzenden Charakter zu wahren, steht bei der Zusammenfassung des Dokumenteninhalts nicht die Aufzählung aller angesprochenen Themen im Vordergrund, sondern die Aufmerksamkeit gilt wesentlichen Schwerpunkten oder neuartigen Gedanken. Die Regesten können und sollen lediglich einer ersten Orientierung dienen. Hinsichtlich ihrer formalen Gestaltung wird auf die vorangehenden Ausführungen zur Kommentierung verwiesen.

Das *Literaturverzeichnis* enthält nur solche Publikationen, die häufig zur Kommentierung herangezogen und mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden unter Angabe der notwendigen bibliographischen Daten aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt – mit Ausnahme der erwähnten Kurzformen – die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, es sei denn, sie sind so gebräuchlich, daß sich eine Auflösung erübrigt. Nicht aufgenommen werden Abkürzungen, die in einer Fußnote erläutert sind.

Anhang

Die *Zeittafel* enthält eine Auswahl von außenpolitisch markanten Daten zum Jahr 1963.

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. In der Regel wird nur die maßgebliche Funktion im Jahr 1963 angegeben. Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt. Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, so wird im Register statt der betreffenden Seitenzahlen die halbfett gedruckte Dokumentennummer ausgeworfen.

Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die Dokumente. Auch hier wird in den Fällen, in denen sich ein Schlagwort auf ein Dokument in seiner Gesamtheit bezieht, die halbfett gedruckte Dokumentennummer anstelle von Seitenzahlen aufgeführt.

Der *Organisationsplan* vom Juli 1963 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und orientiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

1 04.01 Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 3

Groepper berichtet von einem Gespräch mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister. Lapin begründete die Ablehnung einer Wiedervereinigung Deutschlands damit, daß die UdSSR das Machtpotential der NATO nicht „durch Freigabe der Zone" stärken wolle. Erst nach einem Austritt der Bundesrepublik aus der NATO könne über eine Wiedervereinigung gesprochen werden. Außerdem kündigte Lapin an, die UdSSR wolle, analog zur Beilegung der Kuba-Krise, „auch die deutsche Frage im Gespräch mit den Amerikanern einer Lösung zuführen". Groepper zieht den Schluß, daß die sowjetische Haltung zur Deutschland-Frage stärker von machtpolitischen als ideologischen Erwägungen bestimmt wird.

2 04.01 Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 5

Carstens erläutert das Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962. Die britisch-amerikanischen Absprachen beurteilt er positiv als ersten Schritt zu einer multilateralen Atomstreitmacht; er sieht jedoch auch „gefährliche Elemente" wie eine mögliche Schwächung der europäischen Verteidigung und einen Statusverlust der Bundesrepublik im Vergleich zu Frankreich und Großbritannien. Die deutsche Stellungnahme zu dem Projekt werde daher vornehmlich von der Kommandostruktur und dem zahlenmäßigen Verhältnis zwischen multinationalen und nationalen Kontingenten abhängen.

3 04.01. Besprechung des Interministeriellen Ausschusses für den Interzonenhandel S. 8

Auf der Sitzung unter Vorsitz des Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft, Westrick, wird die Verhandlungsrichtlinie, die dem Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Leopold, zu einem Gespräch über Kreditwünsche der DDR erteilt werden soll, festgelegt. Die Gesprächsteilnehmer einigen sich darauf, das alte Angebot zu erneuern und Leopold erklären zu lassen, daß er autorisiert sei, über die den Senat von Berlin betreffenden technischen Fragen zu verhandeln.

4 04.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften S. 13

Haeften erörtert die Frage, ob bei Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau ein Grenzvorbehalt ausgesprochen werden müsse. Während eine Handelsmission ohne konsularische Befugnisse keine nachteiligen Auswirkungen auf den völkerrechtlichen Status der Ostgebiete des Deutschen Reiches haben würde, wäre aus der Aufnahme konsularischer Beziehungen eine „Anerkennung der bestehen-

den Grenzen" ableitbar. Haeften zieht den Schluß, daß in diesem Fall ein Grenzvorbehalt Bestandteil einer Vereinbarung mit Polen sein müsse.

5 04.01. Aufzeichnung des Generalkonsuls von Schmoller S. 16

Im Rückblick auf die amerikanische Abrüstungspolitik der Jahre 1960 bis 1962 konstatiert Schmoller einen Wandel in Richtung auf eine Trennung der Abrüstungsfragen von politischen Problemen; dies interpretiert er als Resultat sowjetischer Kompromißlosigkeit in den amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen über Berlin. Er sieht Chancen für rüstungspolitische Teilmaßnahmen, die nach amerikanischer Auffassung die Basis für eine politische Entspannung schaffen könnten. Somit sei für die Zukunft eher mit einer Wechselwirkung zwischen Abrüstungsfragen und politischen Fragen zu rechnen als mit einem Verhandlungsjunktim.

6 07.01. Protokoll über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Entwurf) S. 19

Die Politische Abteilung legt eine Gegenüberstellung des französischen Entwurfs und der deutschen Stellungnahme dazu vor. Die Änderungsvorschläge beinhalten eine stärkere Betonung der Rolle des Bundeskanzlers Adenauer und des Staatspräsidenten de Gaulle für die deutsch-französische Verständigung, die Aufnahme eines Passus über gegenseitige Wahrnehmung von Interessen in Drittstaaten, in denen entweder Frankreich oder die Bundesrepublik vertreten ist, die ausdrückliche Erwähnung der NATO im Rahmen der strategischen Zusammenarbeit sowie, unter Hinweis auf die Zuständigkeit der Bundesländer, unverbindlichere Bestimmungen zum Sprachenunterricht.

7 07.01. Erklärung des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten (Entwurf) S. 29

In dem von deutscher Seite für die Konferenz am 21./22. Januar 1963 in Paris vorbereiteten Entwurf wird die geplante deutsch-französische Zusammenarbeit in den Bereichen Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Zivile Verteidigung, Erziehungswesen sowie Jugend- und Sportfragen erläutert.

8 08.01. Staatssekretär Carstens an Präsident Hallstein, EWG-Kommission S. 31

Mit Blick auf einen möglichen Beitritt Großbritanniens, Dänemarks, Norwegens und Irlands zur EWG regt Carstens eine Neuregelung des Abstimmungsmodus im EWG-Ministerrat an.

9 08.01. Vorstandsvorsitzender Overbeck, Mannesmann, an Bundeskanzler Adenauer S. 32

Im Namen der Firmen Hoesch, Phoenix-Rheinrohr und Mannesmann bittet Overbeck darum, die Ausfuhr von Großrohren in die UdSSR zu genehmigen. Er weist darauf hin, daß sich NATO und Bundesregierung erst Ende 1962 gegen die Lieferung der Großrohre ausgesprochen hätten und eine Nichterfüllung der bereits im Oktober 1962 eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen Schaden für die gesamte Wirtschaft der Bundesrepublik nach sich ziehen würde.

10 08.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Voigt S. 34

Voigt faßt den Stand der Verhandlungen mit Großbritannien über einen Beitritt zur EURATOM zusammen. Er erläutert den von der britischen Regierung vorgelegten Maßnahmenkatalog, der von einer Intensivierung der Zusammenarbeit auf den Gebieten Kernfusion und Reaktortechnik bis hin zu Assoziierungsverträgen mit britischen Forschungszentren reiche. Entgegen der Haltung der Bundesrepublik und Belgiens solle nach den Vorstellungen Großbritanniens und Frankreichs die Anwendung des EURATOM-Vertrags auf atomare Einrichtungen im militärischen Bereich ausgeklammert bleiben.

11 08.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Keller S. 36

In Vorbereitung der Kabinettssitzung vom 9. Januar 1963 legt Keller die Auffassung des Auswärtigen Amts in der Frage der Lieferung von Großrohren an die UdSSR dar. Er verweist auf den einstimmigen Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962, keine weiteren Großrohre zu liefern, da sie für eine Ölleitung nach Schwedt/Oder vorgesehen und deshalb von direkter Bedeutung für die „gegen den Westen gerichteten Aufmarschvorbereitungen" der UdSSR seien.

12 09.01. Botschafter von Etzdorf, London, an Bundesminister Schröder S. 39

Etzdorf hält eine Unterredung des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Lord Home am 8. Januar 1963 in Chequers fest. Beide Minister beurteilten die Ergebnisse der Nassau-Konferenz positiv und erläuterten die besonderen britischen bzw. deutschen Vorstellungen hinsichtlich Organisation und Kontrolle einer multilateralen Atomstreitmacht sowie ihrer Einbindung in die NATO.

13 10.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 42

Carstens nimmt Stellung zum französischen Entwurf eines gemeinsamen Protokolls, der als Grundlage der Beratungen auf der Konferenz vom 21./22. Januar 1963 dienen soll. Er wirft die Frage auf, ob der Bundeskanzler und der französische Staats-

präsident ein Schriftstück über die deutsch-französische Zusammenarbeit unterzeichnen sollen. Eine Unterzeichnung würde die Auffassung stützen, daß die Vereinbarung der Zustimmung durch Bundestag und Bundesrat bedürfe. Carstens schlägt einige Änderungen im Text des Entwurfs vor und regt an, Adenauer und de Gaulle sollten lediglich eine Erklärung für die Öffentlichkeit abgeben.

14 10.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer S. 46

Der Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika" legt dar, daß die Erklärungen des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel fast alle arabischen Staaten beunruhigt und zu gleichlautenden Protestnoten an die Bundesregierung veranlaßt hätten. Im Falle einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel rechnet Schirmer deshalb mit einer „Aktivierung der arabischen Solidarität" und der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die Mehrzahl der arabischen Staaten.

15 10.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 48

Krapf führt aus, daß der Ausgang der Kuba-Krise und die schlechte wirtschaftliche Lage die DDR veranlaßt hätten, die Methoden ihrer Deutschland-Politik zu ändern. Das Ziel einer politischen Aufwertung der DDR solle nun mittels „diplomatischer Vorstöße" erreicht werden. Als Beispiele nennt er das Gesprächsangebot des Stellvertretenden Außenministers der DDR, König, gegenüber dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, sowie die Versuche, die technischen Verhandlungen über den innerberliner Postaustausch und den Interzonenhandel politisch aufzuwerten. Krapf unterstreicht, daß diese Bestrebungen ein Zeichen von Schwäche seien und es keinen Anlaß gebe, auf sie einzugehen.

16 10.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach S. 51

Müller-Roschach stellt positive und negative Aspekte des Nassau-Abkommens gegenüber. Erstere sieht er in einer für die glaubwürdige Abschreckung entscheidenden Zusammenfassung des westlichen Kernwaffenpotentials, einer stärkeren Bindung der USA an Europa und einer Mitwirkung der Bundesrepublik an nuklearen Fragen. Nachteilig sei die geplante Beibehaltung nationaler britischer und französischer Komponenten. Die wichtigsten offenen Fragen seien die der künftigen Kommandostruktur und der Einsatzregelung einer NATO-Atomstreitmacht. In jedem Fall empfiehlt er eine positive Haltung zu den amerikanischen Plänen.

17 11.01. Präsident Hallstein, EWG-Kommission, an Staatssekretär Carstens S. 55

Hallstein äußert sich zu den möglichen Auswirkungen einer EWG-Mitgliedschaft Großbritanniens und weiterer Staaten auf den Abstimmungsmodus im Ministerrat. Er ist überzeugt, daß es politisch nicht durchsetzbar wäre, das Mehrheitsniveau herabzusetzen oder über eine Verschiebung der Ponderation den „Altmitgliedern" eine „entscheidend geminderte Rolle" zuzuweisen.

18 12.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 56

Jansen faßt die Ergebnisse der deutsch-französischen Besprechungen zur Vorbereitung der für den 21./22. Januar 1963 geplanten Gespräche zwischen Staatspräsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer zusammen. Verhandelt wurde in erster Linie über den französischen Entwurf eines gemeinsamen Protokolls und den deutschen Entwurf einer gemeinsamen Erklärung über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Beide Seiten zeigten sich an einem ratifizierungsbedürftigen Vertrag nicht interessiert. Keine Einigung konnte im Hinblick auf Aussagen über das Verhältnis zur NATO sowie beim Sprachenunterricht erzielt werden.

19 12.01. Botschafter Graf von Spreti, Havanna, an das Auswärtige Amt S. 61

Spreti informiert über ein Gespräch mit dem kubanischen Außenminister. Roa teilte mit, seine Regierung habe sich entschlossen, die DDR diplomatisch anzuerkennen. Der Botschafter widersprach der Erwartung von Roa, daß die Bundesrepublik die diplomatischen Beziehungen zu Kuba dennoch beibehalten könne.

20 12.01. Aufzeichnung des Generalkonsuls von Schmoller S. 64

Schmoller faßt die Ergebnisse einer Sitzung des Ständigen NATO-Rats zusammen, in der der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium die Pläne für eine NATO-Atomstreitmacht vorstellte. Ball legte Überlegungen zur Struktur dar, in der das Hauptgewicht auf der multilateralen Komponente liegen solle, und unterbreitete Vorschläge zu einer Unterstellung unter den Befehl von SACEUR oder unter ein selbständiges nukleares Kommando. Von britischer Seite wurde der Vorbehalt des gesonderten nationalen Einsatzes atomarer U-Boote erläutert. Für weitere Beratungen der Bündnispartner, die das Nassau-Abkommen überwiegend positiv aufnahmen, schlug der Generalsekretär der NATO, Stikker, die Bildung eines Sonderausschusses vor.

21 14.01. Gesandter Knoke, Paris, an das Auswärtige Amt S. 67

Knoke berichtet über die Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten. Er hebt die negative Einstellung von de Gaulle gegenüber einem Beitritt Großbritanniens zur EWG und dem Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht hervor. Zu den deutsch-französischen Beziehungen habe sich de Gaulle dagegen „ausgesprochen positiv und freundschaftlich" geäußert.

22 14.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften S. 73

Haeften nimmt zu der Frage Stellung, ob das vorgesehene Protokoll über die deutsch-französische Zusammenarbeit der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat bedürfe. Um dies auszuschließen, solle es als Absichtserklärung formuliert werden, die keine bindenden Verpflichtungen begründen würde und daher nicht als Vertrag im Rechtssinne anzusehen wäre.

23 14.01. Botschafter Groepper, Moskau, an Staatssekretär Carstens S. 75

Groepper berichtet über ein Gespräch mit Direktor Schulz von der Firma Phoenix-Rheinrohr, der in Moskau Hinweisen auf eine Annullierung des Röhrengeschäfts durch die sowjetische Regierung nachging. Schulz erläuterte die Vorgehensweise der betroffenen Firmen: Im Falle einer Ausfuhrverweigerung werde zumindest mit der Genehmigung des Abschlusses neuer Lieferverträge in Höhe des im Warenabkommen mit der UdSSR vorgesehenen Kontingents gerechnet; andernfalls seien die Unternehmen entschlossen, die zur Herstellung der Großrohre erforderlichen Anlagen in der UdSSR zu errichten. Groepper zieht den Schluß, daß es für ein endgültiges Unterbinden des Röhrengeschäftes einer „wohlfundierten Rechtsbasis" bedürfe. Er empfiehlt ein grundsätzliches Ausfuhrverbot von Großrohren bis zu ihrer Aufnahme in die COCOM-Liste.

24 14.01. Runderlaß des Ministerialdirektors Jansen S. 79

Jansen informiert über Gespräche des Bundeskanzlers Adenauer und des Bundesministers Schröder mit dem italienischen Außenminister über Fragen der Sicherheits- und Europapolitik sowie der bilateralen Kulturbeziehungen. Beide Seiten äußerten sich positiv zum Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht, wobei jedoch eine Diskriminierung der Nicht-Nuklearmächte vermieden werden müsse. Schröder und Piccioni betonten ihr Interesse an einem baldigen Beitritt Großbritanniens zur EWG und verbanden damit die Hoffnung auf neue Impulse für die Verwirklichung einer politischen Union.

25 14.01. Aufzeichnung des Referats 200 S. 82

In Vorbereitung der für den 21./22. Januar 1963 geplanten Gespräche zwischen Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle legt das Referat „Europäische politische Integration" dar, daß trotz bilateraler Gespräche über den französischen Entwurf eines Protokolls und den deutschen Entwurf einer Erklärung keine Übereinstimmung in den Punkten strategische und rüstungstechnische Zusammenarbeit sowie Sprachenunterricht erzielt werden konnte. Die französische Seite schlug vor, im einleitenden Satz eines Protokolls nicht nur die Absicht, sondern die erzielte Übereinkunft zu einer deutsch-französischen Zusammenarbeit zum Ausdruck zu bringen. Sie sprach sich dagegen aus, in der Präambel einer gemeinsamen Erklärung die europäische politische Union ausdrücklich zu erwähnen.

26 15.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 86

Jansen erläutert den Stand der Arbeiten an den Entwürfen für Protokoll und Erklärung über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Er legt die kontroversen Positionen hinsichtlich der strategischen bzw. rüstungstechnischen Kooperation, des Sprachenunterrichts sowie der außenpolitischen Aussagen dar und unterbreitet die teils von deutscher, teils von französischer Seite ausgearbeiteten Kompromißformeln. Abschließend weist Jansen auf den französischen Vorschlag hin, ein gemeinsames Jugendwerk beider Staaten zu gründen.

27 16.01. Bundeskanzler Adenauer an Regierenden Bürgermeister Brandt S. 90

In Beantwortung einer Anfrage des Regierenden Bürgermeisters von Berlin wendet sich Adenauer dagegen, daß Brandt einer Einladung des Ministerpräsidenten Chruschtschow zu einem Treffen in Ost-Berlin Folge leistet. Lediglich für den Fall eines Einverständnisses der Westmächte erklärt sich der Bundeskanzler bereit, seine Bedenken zurückzustellen.

28 17.01. Bundesminister Barzel, z. Z. Berlin, an Staatssekretär Thedieck, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen S. 91

Barzel berichtet von Gesprächen mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin über ein geplantes Treffen mit Ministerpräsident Chruschtschow. Nachdem von den Westmächten die Entscheidung Brandt überlassen worden war und Bundeskanzler Adenauer telefonisch seine Bedenken zurückgestellt hatte, zeigte sich Brandt ungeachtet der Warnungen von Barzel entschlossen, nach Ost-Berlin zu fahren. Der Bundesminister riet den Berliner CDU-Senatoren dennoch vorerst von einem als Protest gegen diese Absicht erwogenen „demonstrativen Rücktritt" ab.

29 17.01. Ministerialdirektor Allardt, z. Z. Warschau, an das Auswärtige Amt S. 93

Allardt bilanziert den Stand der Verhandlungen mit Polen über ein Abkommen über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr sowie die Errichtung einer Handelsvertretung in Warschau. Den zunehmend zähflüssigen Verlauf führt er auf wiederholte Interventionen seitens der DDR zurück, die von polnischen Stellen auf dem laufenden gehalten werde. In der Frage der Einbeziehung von Berlin (West) habe die polnische Regierung dadurch Kompromißbereitschaft angedeutet, daß sie auf die Kündigung des Protokolls vom 16. November 1956 über den Zahlungsverkehr, das eine Berlin-Klausel enthalte, verzichten wolle.

30 17.01. Staatssekretär Lahr, z. Z. Brüssel, an Bundesminister Schröder S. 96

Lahr berichtet von einer Unterredung mit dem französischen Außenminister über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG. Couve de Murville äußerte sich kritisch über den langsamen Gang der Verhandlungen und konstatierte den Beginn einer seit längerem erwarteten Krise. Lahr widersprach, weil etwa zwei Drittel der Probleme bereits bewältigt seien. Er schließt jedoch nicht aus, daß der Außenminister noch am selben Abend die Beitrittskonferenz als gescheitert bezeichnen könnte.

31 18.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Voigt S. 97

Voigt hält fest, daß sich auf der Sondersitzung der EWG-Außenminister am 18. Januar 1963 die französische Delegation mit ihrer Forderung nach sofortigem Abbruch der Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG nicht durchsetzen konnte. Er analysiert die französischen Argumente und kommt zu dem Schluß, daß sie nicht stichhaltig seien. Abschließend skizziert er die möglichen negativen Auswirkungen eines Scheiterns der Verhandlungen und lehnt die von Staatspräsident de Gaulle vorgeschlagene Assoziierung Großbritanniens mit der EWG ab.

32 19.01. Staatssekretär von Hase, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt S. 103

Der Chef des Presse- und Informationsamtes berichtet von einer Unterredung mit dem französischen Informationsminister über die Frage, auf welche Weise der Besiegelung der deutsch-französischen Freundschaft während der bevorstehenden Gespräche zwischen Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle größtmögliche Publizität zuteil werden könnte. Abschließend gab Peyrefitte die Bemerkung von de Gaulle wieder, daß Großbritannien und die EWG erst in einigen Jahren, nach einem möglichen britischen „Labour-Experiment" und einem erneuten Sieg der Konservativen, „füreinander reif" seien.

33 19.01. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder S. 104

Knappstein gibt eine Unterredung mit dem amerikanischen Außenminister über die Situation innerhalb der westlichen Allianz wieder. Unter Hinweis auf das deutsch-französische „Rapprochement" bat Rusk die Bundesregierung, in der Frage des Nassau-Abkommens und eines Beitritts Großbritanniens zur EWG „mäßigend" auf alle Verbündeten, besonders auf Frankreich, einzuwirken. Bundeskanzler Adenauer falle beim Besuch in Paris am 21./22. Januar 1963 die „historische Aufgabe" zu, eine Entwicklung zu verhindern, die sein eigenes Werk, nämlich die atlantische Partnerschaft und die europäische Einigung, gefährde.

34 19.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 105

Lahr äußert sich zu möglichen Auswirkungen eines Scheiterns der Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG. Er rechnet mit einer Trübung des britischen Verhältnisses zu den kontinentaleuropäischen Staaten, besonders zu Frankreich, und mit einem Wiedererstarken der EFTA. Zudem seien die Folgen für die auf eine Ausweitung der EWG ausgerichtete Handelspolitik der USA noch nicht zu übersehen. Die Gründe für die Zurückweisung Großbritanniens stünden mit den Römischen Verträgen nicht im Einklang. Als Reaktion auf die Verstöße Frankreichs gegen die „communautäre Regel", nur gemeinsam zu handeln, erwartet Lahr bei den übrigen EWG-Mitgliedern ebenfalls eine stärkere Betonung nationaler Interessen.

35 20.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 108

Jansen erörtert die Frage, ob angesichts des zu erwartenden negativen Echos in der Bundesrepublik der deutsch-französische Vertrag auch bei fortdauerndem Dissens über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG unterzeichnet werden sollte. Er spricht sich für eine Unterzeichnung aus, um die Annäherung an Frankreich nicht scheitern zu lassen. Um jedoch die Bundesregierung vor dem Ruf eines „bloßen Ja-Sagers" gegenüber Staatspräsident de Gaulle zu bewahren, müsse ihre eigenständige Position in der Beitrittsfrage sehr klar zum Ausdruck gebracht werden.

36 21.01. Vermerk des Staatssekretärs Lahr S. 110

Lahr berichtet von einer Unterredung mit dem Leiter der Israel-Mission über die Beziehungen Israels zur Bundesrepublik und zur EWG. Shinnar zeigte Verständnis für die deutsche Haltung, daß bei einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen auch die „Opportunität bestimmter Maßnahmen zu einem bestimmten Zeitpunkt" berücksichtigt werden müsse. Trotz der Äußerungen des Bundestagspräsidenten Gersten-

maier werde in Israel nicht mit einer raschen Änderung dieser Auffassung gerechnet.

37 21.01. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Paris S. 111

Thema der Unterredung sind strategische Konzeptionen. Der Bundeskanzler kritisiert die amerikanische Forderung nach einer Verstärkung der konventionellen Verteidigung Europas, da im Falle eines sowjetischen Angriffs mit dem Einsatz von Atomwaffen zu rechnen sei. Der französische Staatspräsident begründet den Aufbau einer eigenen Atomstreitmacht damit, daß zwar nicht an der Bereitschaft der USA, Europa gegen einen Angriff der UdSSR zu verteidigen, zu zweifeln sei, jedoch an der Fähigkeit, zum richtigen Zeitpunkt mit den richtigen Mitteln einzugreifen. Der Bundesrepublik komme bei einer bewaffneten Auseinandersetzung in Europa die Funktion einer „Avantgarde" zu. Im Nassau-Abkommen sieht de Gaulle einen Beweis dafür, daß Großbritannien stärker amerikanisch als europäisch orientiert sei. Adenauer läßt sich das Konzept einer Force de frappe erläutern und betont das Interesse der Bundesrepublik am Bau von Raketen für die Weltraumforschung. Er erläutert dann die Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zu den ostmitteleuropäischen Staaten. Auf längere Sicht halten beide Staatsmänner eine Beeinflussung der sowjetischen Westeuropa-Politik durch wachsende Spannungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China für wahrscheinlich, was einmal für eine gemeinsame diplomatische Initiative in der Deutschland-Frage genutzt werden könnte.

38 21.01. Elysée-Konferenz S. 124

Die Delegationen erörtern die Ausgestaltung der künftigen engeren Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich auf politischem, militärischem und kulturellem Gebiet. Beide Seiten erklären, die Bedeutung des vorbereiteten Vertrags durch gesetzliche Verankerung „feierlich" herausstellen zu wollen. Der französische Staatspräsident bezeichnet die deutsch-französische Zusammenarbeit als Kernstück der europäischen Zusammenarbeit. Ihr Scheitern würde in Frankreich „unbegrenzte moralische und psychologische Konsequenzen" haben und die Einigung Europas vereiteln. Bundeskanzler Adenauer unterstreicht die Fülle von Möglichkeiten, die sich aus der geplanten Kooperation ergäben, und dankt de Gaulle für die Initiative „zu diesem gemeinsamen Werk".

39 21.01. Gespräch des Bundesministers Schröder mit Staatspräsident de Gaulle in Paris S. 128

Der französische Staatspräsident ist davon überzeugt, daß die „endlosen und ergebnislosen" Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG eingestellt werden sollten, da

die politischen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Großbritannien und Kontinentaleuropa noch zu groß seien. Während de Gaulle die agrarpolitischen Probleme als besonders schwerwiegend einschätzt, weist Schröder darauf hin, daß Großbritannien als EWG-Mitglied einen zusätzlichen Absatzmarkt für die französische Landwirtschaft darstellen würde, und betont das „lebenswichtige Interesse" der deutschen Wirtschaft an einem unbeschränkten Zugang zum EFTA-Markt.

40 21.01. Botschafter von Walther, Ankara, an Bundeskanzler Adenauer S. 131

Walther berichtet von einem Gespräch mit dem türkischen Ministerpräsidenten. Inönü beklagte sich über die „unverständliche" Härte der Bundesregierung in Fragen der Verteidigungshilfe, besonders bei der Erfüllung des Munitionslieferungsvertrags, und über die geringe finanzielle Beteiligung am wirtschaftlichen Aufbau in der Türkei. Abschließend erkundigte er sich nach der Lage in Berlin und ließ sich Äußerungen des Ministerpräsidenten Chruschtschow erläutern. Es bestand Einigkeit, daß sich der Westen durch die Propagierung einer „friedlichen Koexistenz" nicht „einschläfern" lassen dürfe.

41 21.01. Botschafter von Etzdorf, London, an das Auswärtige Amt S. 134

Etzdorf informiert über mögliche britische Reaktionen auf ein Scheitern der Beitrittsverhandlungen mit der EWG. Verbindliche Auskünfte habe er nicht erhalten können. Der Leiter des Central Department im britischen Außenministerium, Tomkins, rechne nicht mit einer Abkehr vom europäischen Kurs, obwohl „weite Kreise" in Großbritannien der Regierung wahrscheinlich raten würden, die Bindungen zur EFTA und zu den USA zu verstärken und möglicherweise wirtschaftliche Maßnahmen gegen die EWG zu ergreifen. Einhellig werde der Einfluß des Bundeskanzlers Adenauer auf Staatspräsident de Gaulle als entscheidend für die weiteren Verhandlungen bezeichnet.

42 22.01. Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), an das Auswärtige Amt S. 136

Harkort gibt Informationen des luxemburgischen EWG-Botschafters Borschette wieder. Seine Regierung sei von französischer Seite bei der Erörterung über einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien unter Druck gesetzt worden. Luxemburg stehe aber weiterhin zur Auffassung der übrigen vier Mitgliedstaaten.

43 22.01. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Paris S. 137

Der Bundeskanzler berichtet von der Unterredung mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, über die MLF. Hinsichtlich der geplanten Konzentration von atomaren Waffen auf U-Booten ist Adenauer mit dem französischen Staatspräsidenten der Auffassung, daß für eine wirksame Abschreckung landgestützte Atomwaffen in Europa stationiert bleiben müssen. Hinter dem Nassau-Abkommen sehen beide das Bestreben der USA, Großbritannien in der Frage der Atomwaffen in Abhängigkeit zu bringen. Einig sind sie sich auch bezüglich der Notwendigkeit einer Reform der NATO. De Gaulle hält eine enge Zusammenarbeit der Europäer für erforderlich, um eine echte Mitwirkung an strategischen Entscheidungen des Bündnisses durchzusetzen. Anschließend erläutert er seine Haltung zu einem Beitritt Großbritanniens zur EWG, der für ihn nur dann akzeptabel sei, wenn keine Sonderbedingungen eingeräumt würden. Adenauer hält es nicht für ausgeschlossen, daß ein Beitritt Großbritanniens „Erschütterungen" in der Gemeinschaft auslösen würde, gibt aber zu bedenken, daß eine Weiterführung der Verhandlungen für die konservative britische Regierung bei vorgezogenen Wahlen eventuell von Vorteil sein könnte.

44 22.01. Elysée-Konferenz S. 148

Der französische Staatspräsident schlägt vor, die nächste Zusammenkunft nach Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags in etwa sechs Monaten in der Bundesrepublik abzuhalten. De Gaulle nimmt anschließend zur Frage eines Beitritts Großbritanniens zur EWG Stellung und plädiert dafür, mit der Aufnahme neuer Mitglieder so lange zu warten, bis die „Organisation der EWG" abgeschlossen sei. Bundeskanzler Adenauer pflichtet dieser Auffassung bei, hebt die große Zahl noch offener Fragen in den Verhandlungen mit Großbritannien hervor und spricht sich dafür aus, unter den Sechs zunächst wieder Einigkeit herbeizuführen.

45 22.01. Ministerialdirektor Allardt, z. Z. Warschau, an das Auswärtige Amt S. 151

Allardt berichtet über ein Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenhandelsminister. Modrzewski bat darum, die Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau nicht zur Bedingung für ein Abkommen über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr zu machen, sondern zunächst sein Schreiben vom 21. Januar 1963 als Grundlage für spätere Verhandlungen über technische Fragen zu akzeptieren. Der Beschluß zu dem Schreiben sei gegen erhebliche Widerstände zustande gekommen und bedeute einen großen Schritt auf dem Weg zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen. Allardt schildert die polnischen Motive und spricht sich dafür aus, erst im Anschluß an die Unterzeichnung des

Handelsabkommens Aufgaben und Status der Handelsvertretung festzulegen.

46 22.01. Bundeskanzler Adenauer, z. Z. Paris, an Präsident Kennedy S. 153

Adenauer sichert dem amerikanischen Präsidenten Unterstützung bei dem Projekt der MLF zu. Er informiert über den Abschluß des deutsch-französischen Vertrags und erläutert die Haltung des Staatspräsidenten de Gaulle zu einem britischen EWG-Beitritt. Der Bundeskanzler teilt Kennedy mit, er werde sich darum bemühen, daß die EWG-Kommission einen Bericht über die organisatorischen und institutionellen Probleme der Gemeinschaften und den Stand der Verhandlungen mit Großbritannien erstellt. Nachdrücklich werde er sich für einen positiven Ausgang dieser Verhandlungen einsetzen, bei denen allerdings beide Seiten „entsprechende Beiträge leisten" müßten.

47 23.01. Gespräch des Bundesministers Schröder mit Staatssekretär Dehlavi, pakistanisches Außenministerium S. 155

Der Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium hebt hervor, daß der indisch-chinesische Grenzkonflikt, in dem sich Pakistan neutral verhalten habe, nicht ideologisch motiviert sei. Die indische Politik befinde sich, wie auch die Zusammenziehung mehrerer Divisionen an der Grenze zu Pakistan verdeutliche, auf einem „Weg der Aggression". Daher hätten auch die amerikanischen Waffenlieferungen an Indien in Pakistan Besorgnis ausgelöst. Dehlavi bittet die Bundesregierung, sich für einen Abzug der indischen Truppen aus dem Grenzgebiet und eine friedliche Lösung des Kaschmir-Problems einzusetzen. Schröder betont, daß die Bundesrepublik sowohl mit Pakistan als auch mit Indien befreundet sei, und legt dar, die wirkliche Gefahr, der beide Staaten gegenüberstünden, sei der Expansionsdrang des Kommunismus.

48 23.01. Staatssekretär Carstens an Ministerialdirektor Allardt, z. Z. Warschau S. 160

Carstens übermittelt die Antwort auf das Schreiben des polnischen Stellvertretenden Außenhandelsministers, Modrzewski, vom 21. Januar 1963, die anläßlich der Paraphierung des Abkommens mit Polen über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr übergeben werden soll. Darin hebt der Staatssekretär hervor, daß vor der Unterzeichnung des Abkommens Einverständnis hinsichtlich der Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau erzielt werden müsse. Er teilt Allardt mit, angesichts des polnischen Interesses am Handelsabkommen gewährleiste nur dieses „Junktim", daß die Errichtung der Handelsvertretung nicht verschleppt oder erschwert werde. Dabei solle auf den Status der Vertretung und dessen Regelung nicht zu sehr insistiert werden, doch müßten ihr Chiffrierrecht und „gewisse Privilegien und Immunitäten" zuerkannt werden.

49 23.01. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder — S. 162

Knappstein informiert über eine Unterredung mit dem amerikanischen Präsidenten. Kennedy zeigte sich verärgert über den Abschluß des deutsch-französischen Vertrags. Während die USA mit Rücksicht auf das NATO-Bündnis und den deutschen Partner frühere Bemühungen Frankreichs um ein Dreier-Direktorium zurückgewiesen hätten, habe sich die Bundesrepublik auf die Bildung einer „force within a force" mit Frankreich eingelassen. Dadurch werde die Einheit des westlichen Bündnisses in Frage gestellt und weltweit die Bekämpfung des Kommunismus erschwert. Knappstein wies darauf hin, daß der Vertrag lediglich Konsultationen vorsehe und Einflußmöglichkeiten auf die französische Regierung eröffne.

50 23.01. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder — S. 166

Knappstein berichtet von einem Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister. Der Botschafter bezeichnete die im deutsch-französischen Vertrag vorgesehenen Konsultationen als hilfreich für einen amerikanisch-französischen Interessenausgleich und betonte, daß es Bundeskanzler Adenauer bislang gelungen sei, den Abbruch der Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG zu verhindern. Von einer „Wahl" der Bundesregierung zwischen Frankreich oder den USA könne nicht gesprochen werden. Rusk zeigte sich besorgt, daß sich das „politische Gravitationszentrum" Europas in Richtung Frankreich verschieben könne. Er äußerte Bedenken, die Berlin-Klausel im deutsch-französischen Vertrag könne auf Schaffung einer speziellen Beziehung Frankreichs zu Berlin abzielen.

51 24.01. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem amerikanischen Botschafter Dowling — S. 169

Der amerikanische Botschafter trägt Bedenken gegen den deutsch-französischen Vertrag vor. Enttäuschung habe insbesondere der Zeitpunkt der Unterzeichnung – kurz nach der öffentlichen Ablehnung eines Beitritts Großbritanniens zur EWG durch Staatspräsident de Gaulle – ausgelöst; es werde befürchtet, daß sich die Bundesrepublik mehr und mehr dem französischen Standpunkt annähere. Carstens erinnert demgegenüber an die Bedeutung der deutsch-französischen Verständigung für die Einigung Europas und den Zusammenhalt der westlichen Welt. Die von Dowling angedeutete Möglichkeit, die amerikanische Regierung könne ihr Verhältnis zur Bundesrepublik davon abhängig machen, ob es der Bundesregierung gelinge, de Gaulle in der Beitrittsfrage umzustimmen, bezeichnet Carstens als „höchst unglücklich".

52 24.01. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Botschafter Dowling S. 173

Adenauer zeigt sich erstaunt über die besorgten Reaktionen in den USA auf den deutsch-französischen Vertrag. Dieser liege auch im amerikanischen Interesse, da durch das Zusammengehen der Bundesrepublik und Frankreichs ein „Schutzdamm gegen den Kommunismus" geschaffen werde. Dowling weist darauf hin, daß sich seine Regierung über die Ziele des französischen Staatspräsidenten nicht im klaren sei. Es werde befürchtet, de Gaulle wolle das „Europa der Sechs" zu einem Rückzug aus der atlantischen Partnerschaft veranlassen. Präsident Kennedy werde die Auswirkungen des Vertrags positiver einschätzen, wenn Großbritannien der Beitritt zur EWG ermöglicht werde. Der Bundeskanzler macht darauf aufmerksam, daß auch auf britischer Seite Schwierigkeiten bestünden, und wirbt um Verständnis für die französische Haltung. De Gaulle sei verärgert über das für ihn überraschende amerikanische Angebot, an Großbritannien Polaris-Raketen zu liefern. Eine Pause bei den EWG-Beitrittsverhandlungen sei unumgänglich.

53 25.01. Staatssekretär Carstens an Botschafter Klaiber, Rom S. 180

Carstens bedauert die ablehnende italienische Reaktion auf den Abschluß eines förmlichen Vertrags zwischen der Bundesrepublik und Frankreich und weist auf zwingende verfassungsrechtliche Gründe für diesen Schritt hin. Er betont, daß durch den Vertrag die Haltung der Bundesregierung in Fragen, in denen mit Frankreich keine Übereinstimmung besteht, wie bespielsweise der eines Beitritts Großbritanniens zur EWG oder des „Nassau-Komplexes", nicht beeinflußt wird.

54 25.01. Botschafter van Scherpenberg, Rom (Vatikan), an Bundesminister Schröder S. 181

Scherpenberg äußert sich zu deutschlandpolitischen Fragen. Er befürwortet die Errichtung ständiger Handelsvertretungen in den osteuropäischen Staaten, um die Position der Bundesrepublik im Westen zu stärken und möglicherweise einen „gewissen Einfluß" auf die Ostblock-Staaten zu erlangen. In der Berlin-Frage rät er zum Kampf „mit allen Mitteln um die Erhaltung des Status quo", weil jede vertragliche Regelung von der UdSSR gebrochen und auf Dauer zum Verlust von Berlin (West) führen werde. Hinsichtlich der Deutschland-Frage vertritt der ehemalige Staatssekretär die Ansicht, daß die UdSSR „taktisch in eine unangenehme Lage gebracht werden könnte", wenn die Bundesregierung ihre Forderung nach Wiedervereinigung zugunsten der nach freien Wahlen und einer demokratischen Regierung in der DDR zurückstellen würde.

55 25.01. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder S. 187

Knappstein berichtet, daß in den USA die von Staatspräsident de Gaulle am 14. Januar 1963 geäußerten Vorstellungen als Gefahr für das Konzept der wirtschaftliche, politische und verteidungspolitische Komponenten umfassenden atlantischen Partnerschaft angesehen werde. Die zeitliche Nähe zwischen der Pressekonferenz und der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags erwecke den Anschein, daß die Bundesregierung die Politik von de Gaulle gutheiße. Folglich werde die amerikanische Regierung die Verhandlungen in Brüssel am 28. Januar 1963 als Test ansehen. Die Bundesregierung habe es noch in der Hand, das Maß der Mitverantwortung an einem Scheitern der Beitrittsverhandlungen selbst zu bestimmen.

56 27.01. Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder S. 189

Groepper informiert über eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in Moskau, der Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko und dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet, Breschnew, führte. Kohler kam zu dem Schluß, daß in absehbarer Zeit weder mit einem separaten Friedensvertrag zwischen UdSSR und DDR noch mit einer Berlin-Krise gerechnet werden müsse. Groepper hob ihm gegenüber hervor, daß die UdSSR zu Zugeständnissen bezüglich Zusammensetzung und Aufenthaltsdauer alliierter Truppen in Berlin bereit sein könnte, um Gegenleistungen in Form eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt sowie einer Unterstellung der in Berlin (West) stationierten Truppen unter die UNO zu erhalten. Ein solches Unterstellungsverhältnis würde jedoch eine Beseitigung der originären Besatzungsrechte der Westmächte bedeuten und den gesamtdeutschen Anspruch gefährden. Auch könne ein Nichtangriffsabkommen erst im Zusammenhang mit einer Lösung der Deutschland-Frage in Erwägung gezogen werden, weil es für die Bundesrepublik ein „wichtiges Aktivum" in Verhandlungen darstelle.

57 28.01. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem italienischen Botschafter Guidotti S. 195

Adenauer legt dar, daß der deutsch-französische Vertrag die westliche Position gegenüber der UdSSR stärke und die Einigung Europas fördere. Guidotti äußert sich besorgt über die zeitliche Nähe der Vertragsunterzeichnung zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 14. Januar 1963. Er fürchtet, Frankreich werde einen Beitritt Großbritanniens zur EWG verhindern. Adenauer führt die französische Mißstimmung darauf zurück, daß de Gaulle nicht vor Abschluß des Nassau-Abkommens über den britischen Wunsch nach amerikanischen Polaris-Raketen informiert worden sei.

Der Bundeskanzler glaubt aber nicht an ein französisches Veto in der Beitrittsfrage.

58 28.01. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 200

Knappstein berichtet über ein Gespräch mit dem ehemaligen amerikanischen Militärgouverneur. Clay warf der Bundesregierung vor, sie habe durch den deutsch-französischen Vertrag die Ziele, wenn nicht gar die konkrete Politik des französischen Staatspräsidenten „indossiert"; falls der Bundestag das Abkommen unverändert ratifiziere, „bedeute dies das Ende Berlins". Einwände des Botschafters, die Bundesregierung vertrete hinsichtlich eines Beitritts Großbritanniens zur EWG und der Mitarbeit beim Nassau-Abkommen andere Standpunkte als de Gaulle, wies Clay zurück.

59 28.01. Bundeskanzler Adenauer an den ehemaligen amerikanischen Hohen Kommissar McCloy S. 201

Adenauer erläutert den deutsch-französischen Vertrag und betont, daß die USA über die Botschaft in Bonn von den Verhandlungen laufend unterrichtet worden seien. Trotzdem würden der Bundesrepublik massive Vorwürfe gemacht, weil der Vertrag lediglich unter dem Gesichtspunkt der Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 14. Januar 1963 beurteilt werde. Dabei habe de Gaulle ihm gegenüber in Paris den aufrichtigen Wunsch geäußert, „daß sich die ganze Angelegenheit beruhigt". Zunächst solle nun die EWG-Kommission eine Bestandsaufnahme der noch offenen Fragen erstellen und Vorschläge für etwaige Lösungen vorlegen. Adenauer äußert die Hoffnung, die in Brüssel stattfindende Ministerkonferenz möge „keine neue Unruhe bringen".

60 28./29.01. Ministerkonferenz der EWG in Brüssel S. 203

Angesichts der gegensätzlichen Positionen zu einem EWG-Beitritt Großbritanniens beschließen die Konferenzteilnehmer, die EWG-Kommission mit einer Bestandsaufnahme der Verhandlungen zu beauftragen. Mit Ausnahme Frankreichs sind sie der Ansicht, daß der Bericht innerhalb einer bestimmten Frist zu erstellen sei und konkrete Lösungsvorschläge zu den noch offenen Fragen enthalten müsse; die Wiederaufnahme der Verhandlungen nach Ablauf der Frist soll gewährleistet werden. Der französische Außenminister Couve de Murville fordert dagegen, es sollten keine Termine gesetzt und lediglich die Standpunkte der Mitgliedstaaten referiert werden. Der Präsident der EWG-Kommission, Hallstein, erwidert, daß nicht zu einer „Camouflierung des Scheiterns" beigetragen werden dürfe. Der Präsident der Konferenz, Fayat, bedauert abschließend, daß die EWG-Staaten aufgrund ihrer Uneinigkeit „praktisch daran gehindert sind", die Beitrittsverhandlungen fortzusetzen.

61 29.01. Bundesminister Barzel an Bundeskanzler Adenauer S. 216

Barzel nimmt zum Vorschlag des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht Stellung, Verhandlungen mit dem Senat von Berlin über die Beziehungen von Berlin (West) zur DDR aufzunehmen. Barzel sieht darin ein Zeichen der „östlichen Tendenz", rein technische innerdeutsche Kontakte zu Verhandlungen zwischen souveränen Gebieten aufzuwerten. Er warnt, daß der politische Druck auf Berlin (West) dort die Bereitschaft auslösen könnte, auf die Angebote der DDR einzugehen. Die Folge könnten Zwischenlösungen sein, die die Gefahr einer „besonderen Souveränität" für Berlin (West) mit sich bringen könnten.

62 30.01. Staatssekretär Carstens an Botschafter Groepper, Moskau S. 218

Carstens teilt die Überzeugung des Botschafters, daß die UdSSR in den bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen über Berlin vorschlagen werde, die alliierten Truppen in Berlin (West) der UNO zu unterstellen. Mit diesem Vorschlag, der auf eine Beseitigung des Besatzungsstatuts hinauslaufen würde und daher abzulehnen sei, könnte die UdSSR auf „einige Sympathie" in der Weltöffentlichkeit rechnen. Im Rahmen der Bemühungen um einen Modus vivendi mit der UdSSR müsse jedoch den USA die Möglichkeit eingeräumt werden, als Gegenleistung für eine Regelung des Zugangs nach Berlin (West) die Abgabe von Nichtangriffserklärungen durch NATO und Warschauer Pakt anzubieten.

63 30.01. Runderlaß des Bundesministers Schröder S. 222

Schröder informiert über die am Widerspruch Frankreichs gescheiterten Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG. Die Position der französischen Delegation, die sich sowohl gegen eine Stellungnahme der EWG-Kommission zu noch offenen Fragen als auch gegen die Anberaumung eines weiteren Konferenztermins ausgesprochen habe, beschreibt er als „objektiv unhaltbar"; sie habe ihre Haltung mit wirtschaftspolitischen „Hilfsargumenten" begründen müssen. Unmittelbar nach der Konferenz des EWG-Ministerrats hätten die einen Beitritt befürwortenden Staaten sowie Großbritannien vereinbart, die entstandenen Kontakte fortzuführen. Das „von partikularen Interessen bestimmte Versagen Frankreichs" habe zu einem Rückschlag innerhalb der Gemeinschaft geführt, den es einzudämmen gelte. Dessenungeachtet stelle der deutsch-französische Vertrag nach wie vor eines der „wesentlichsten Elemente" der Außenpolitik der Bundesrepublik dar.

64 30.01. Botschafter Duckwitz, Neu-Delhi, an Staatssekretär Carstens S. 226

Duckwitz gibt Äußerungen seines sowjetischen Kollegen Benediktow über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR wieder. Eine Entspannung in Europa und eine Lösung der Deutschland-Frage sei nach Ansicht des sowjetischen Ministerpräsidenten nur durch direkte bilaterale Gespräche unter Ausschluß der DDR denkbar, zu denen die sowjetische Regierung jederzeit bereit sei. Folglich sei die Absage einer Begegnung zwischen dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, und Chruschtschow bedauert worden.

65 30.01. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder S. 228

Knappstein informiert über ein Gespräch mit dem früheren amerikanischen Außenminister Acheson. Der jetzige Berater des Präsidenten Kennedy wertete den deutsch-französischen Vertrag als eindeutige Unterstützung der französischen NATO- und Europapolitik und gab der Hoffnung Ausdruck, der Bundestag werde die Ratifizierung ablehnen. Für ihn sei der Tag der Unterzeichnung einer der „schwärzesten Tage der Nachkriegszeit" gewesen. Knappstein glaubt jedoch, auf seiten der amerikanischen Regierung auch Ansätze einer nüchterneren Betrachtungsweise zu erkennen.

66 30.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer S. 230

Der Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika" nimmt zur Mitarbeit deutscher Fachleute in der ägyptischen Flugzeug- und Raketenproduktion Stellung. Unter Hinweis auf die Politik der Bundesregierung, sich aus dem Rüstungswettbewerb zwischen Israel und den arabischen Staaten herauszuhalten, lehnt er eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für die deutschen Experten ab, um den Anschein einer amtlichen Förderung der ägyptischen Rüstungsanstrengungen zu vermeiden.

67 31.01. Bundesminister Schröder an Lordsiegelbewahrer Heath S. 232

Schröder bringt sein Bedauern über das Scheitern der Brüsseler Verhandlungen zum Ausdruck. Er zeigt sich von der Notwendigkeit eines Beitritts Großbritanniens zur EWG überzeugt und betont, die zwischen Großbritannien und der Gemeinschaft entstandenen Kontakte dürften nicht abreißen.

68 31.01. Ministerialdirektor Krapf an die Botschaft in Washington S. 233

Krapf berichtet über eine Unterredung zwischen dem Generalbevollmächtigten der Firma Krupp, Beitz, und dem Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DDR im

November 1962. Stoph sei daran gelegen gewesen, die Industrie der Bundesrepublik für eine Ausweitung des Interzonenhandels zu gewinnen. Diese Kontaktbemühungen stellten einen deutlichen Beweis für wirtschaftliche Schwierigkeiten der DDR dar.

69 31.01. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken S. 234

Der Leiter des Referats „Wiedervereinigung", betont, daß bei einer Überarbeitung des auf dem Herter-Plan basierenden revidierten Friedensplans der Gedanke der Einheit stärker hervorgehoben werden müsse. Er dürfe nicht den Eindruck eines „Stillhalteabkommens" erwecken. Auf Angaben über den Zeitpunkt einer Wiedervereinigung solle ebenso verzichtet werden wie auf Formulierungen, die Rückschlüsse auf die Möglichkeit einer Konföderation zwischen beiden Teilen Deutschlands zuließen. Die Lösung des Berlin-Problems sei im Rahmen des Friedensplans zu realisieren; im Idealfall würde die Wiedervereinigung Berlins derjenigen Deutschlands vorausgehen.

70 01.02. Bundesminister Schröder an den französischen Außenminister Couve de Murville S. 238

Im Bemühen, die politischen Konsequenzen der gescheiterten Brüsseler Verhandlungen zu begrenzen, bittet Schröder um Stellungnahme, wie das Verhältnis zwischen der EWG und Großbritannien enger gestaltet werden könne. Weiterhin schlägt er vor, Erklärungen über das künftige Verhältnis anderer europäischer Staaten zur Gemeinschaft nur nach vorherigen gegenseitigen Konsultationen abzugeben. Abschließend kündigt er baldige Beratungen des deutsch-französischen Vertrages in Bundesrat und Bundestag an.

71 01.02. Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk S. 239

Vor dem Hintergrund der gescheiterten Brüsseler Verhandlungen sichert Schröder zu, daß die Bundesregierung an der Atlantischen Gemeinschaft, der MLF und einem europäischen Zusammenschluß unter Einbeziehung Großbritanniens festhalten werde. Trotz der „tiefen Enttäuschung über das französische Verhalten" werde aber auch der Entschluß zu einer engen Zusammenarbeit mit Frankreich umgesetzt. Abschließend stellt Schröder fest, daß er Auffassungen in Europa über eine schwankende Politik der USA immer mit dem Hinweis auf deren „unbeirrbare Stetigkeit" in der Berlin-Frage, bei der konsequenten Stärkung der NATO und bei der Unterstützung der europäischen Gemeinschaften entgegengetreten sei.

72 02.02. Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder S. 240

Groepper berichtet über ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenhandelsminister. Patolitschew gab seiner Hoffnung auf baldige Klärung der deutschen Haltung zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats über den Export von Großrohren Ausdruck. Sollte das Röhrenembargo bestätigt werden, bedeute dies, daß die Zuverlässigkeit deutscher Lieferzusagen nicht mehr gewährleistet sei und die UdSSR erwägen müsse, Aufträge von vornherein in andere Staaten zu vergeben. Nach Einschätzung des Botschafters widerspricht jedoch ein „mehr oder weniger totaler Stopp" von Importen aus der Bundesrepublik dem sowjetischen Interesse.

73 04.02. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem französischen Botschafter de Margerie S. 244

De Margerie berichtet über amerikanische und britische Pläne, anläßlich der Einbringung der Gesetzesvorlage zum deutsch-französischen Vertrag eine Regierungskrise in der Bundesrepublik auszulösen. Dies bezweifelt Adenauer im Vertrauen auf eine klare parlamentarische Mehrheit. Falls der Vertrag nicht mit großer Mehrheit verabschiedet werde, wolle er zurücktreten. Adenauer hält das Mißtrauen amerikanischer, britischer und niederländischer Politiker gegenüber dem französischen Staatspräsidenten für ebenso ungerechtfertigt wie den Verdacht, de Gaulle treibe „ein Spiel mit Sowjetrußland". Die Beweggründe für die Äußerungen auf der Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 zu den EWG-Verhandlungen mit Großbritannien könne er verstehen, nicht jedoch die Umstände, unter denen sie publik gemacht wurden. Für eine Wiederaufnahme der Gespräche schlägt Adenauer vor, die französische Seite solle an ihre Erklärung anknüpfen, daß Großbritannien bereit sein müsse, die Römischen Verträge in der vorliegenden Form anzunehmen.

74 04.02. Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schmidt-Pauli S. 249

Schmidt-Pauli macht darauf aufmerksam, daß die von 1969 an gegebene Kündbarkeit des NATO-Vertrags für den Fortbestand des Bündnisses die doppelte Gefahr einer Aufkündigung der französischen Mitarbeit sowie einer Änderung der amerikanischen Verteidigungskonzeption nach sich ziehen könnte. Der Leiter des „Büro Staatssekretär" schlägt vor, anläßlich des geplanten Besuchs des Präsidenten Kennedy in der Bundesrepublik „eine deutsch-amerikanische Vereinbarung feierlich zu proklamieren", die eine Koordinierung der Verteidigungsanstrengungen im Rahmen der NATO über 1969 hinaus festschreiben würde. Eine derartige Verpflichtung, die auch anderen NATO-Mitgliedern offenstehen sollte, stelle einen Gegenpol zum deutsch-französischen Vertrag dar.

75 04.02. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 251

Grewe weist darauf hin, daß er eine Solidaritätserklärung der Bundesregierung an die NATO, wie sie von amerikanischer und britischer Seite erwartet werde, bereits einen Tag nach Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags vor dem NATO-Rat abgegeben habe.

76 04.02. Staatssekretär Lahr an die Botschaft in Washington S. 251

Lahr teilt als Sprachregelung mit, der deutsch-französische Vertrag müsse vor dem Hintergrund der „jahrhundertealten Rivalitäten" zwischen Frankreich und Deutschland gesehen werden. Befürchtungen, das „Gravitationszentrum" im deutsch-französischen Verhältnis werde in Zukunft in Paris liegen, seien unbegründet; vielmehr stelle der Vertrag eine Möglichkeit verbesserter Einflußnahme auf Frankreich dar. Die Bundesregierung werde weiterhin eine eigenständige Politik betreiben; dies gelte vor allem für einen britischen Beitritt zur EWG sowie eine multilaterale Atomstreitmacht.

77 04.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Voigt S. 253

Voigt faßt eine Unterredung mit dem Kabinettschef des Präsidenten der EWG-Kommission, von Staden, zusammen. Nach Einschätzung des Präsidenten Hallstein und vermutlich der Kommission sei der in Brüssel erreichte Verhandlungsstand nicht aussichtslos gewesen, doch habe die britische Delegation mögliche Konzessionen zu lange aufgespart und zu sehr auf die Herstellung einer gemeinsamen „Front" mit den Fünf gegen Frankreich gehofft. Um Übergangslösungen zu erreichen, müsse bereits jetzt ein künftiger britischer Beitritt zur EWG garantiert sowie eine Assoziierung auf wirtschaftlichem und eine enge Zusammenarbeit auf politischem Gebiet hergestellt werden. Voigt entwirft einen Zeitplan, nach dem Großbritannien etwa 1966 oder 1967 beitreten und die bis dahin notwendigen Anpassungen einseitig vornehmen würde.

78 04.02. Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), an das Auswärtige Amt S. 258

Harkort unterbreitet Vorschläge zur Überwindung der Krise der EWG. Er stellt fest, daß die Gemeinschaft nach französischer Auffassung „französisch beherrscht, anti-amerikanisch orientiert und nach innen gewendet" sein solle, das heißt, ganz anders gestaltet als nach Ansicht der übrigen Mitgliedstaaten. Die Frage, ob Frankreich überhaupt noch „gemeinschaftsreif" und zu einem Mindestmaß an Rücksicht auf die vitalen Interessen anderer Mitgliedstaaten bereit sei, stelle sich in aller Schärfe. Die britische Mitgliedschaft müsse das primäre Ziel der EWG werden, dem die wirtschaftliche Integration nachzuordnen sei. Falls die französische Regierung länger als zwei

Jahre für eine positive Entscheidung in der Beitrittsfrage brauche, sei die Chance, Europa auf der Basis der Sechsergemeinschaft zu erweitern, verspielt. Als Zwischenlösung hält Harkort eine unwiderrufliche Vereinbarung über die Aufnahme Großbritanniens zu einem naheliegenden Zeitpunkt und eine Zollunion für geeignet.

79 05.02. Botschafter von Etzdorf, London, an Staatssekretär Lahr S. 264

Etzdorf gibt Informationen des Lordsiegelbewahrers Heath über britisch-italienische Gespräche in Rom betreffend sicherheitspolitische Fragen sowie den Rahmen künftiger Gespräche zwischen Großbritannien und der EWG nach dem Scheitern der Beitrittsverhandlungen wieder. Heath hob hervor, die Kontakte primär auf wirtschaftlicher Ebene mit Hilfe bilateraler Ausschüsse fortsetzen zu wollen. Ministerpräsident Fanfani vertrat die Ansicht, die WEU sei das geeignete Forum für die Fortführung der politischen Zusammenarbeit, und regte ein Treffen der Außenminister der WEU-Staaten an.

80 05.02. Staatssekretär Lahr an Botschafter von Etzdorf, London S. 266

Lahr nimmt zur Ansicht des spanischen Schriftstellers de Madariaga Stellung, eine Assoziierung Spaniens mit der EWG bedeute eine Stärkung der Position des Staatschefs Franco, während eine Zurückweisung des Antrags eine „Gegenrevolution" auslösen könnte. Lahr zeigt sich vielmehr von der „Ausstrahlungskraft des Europa-Gedankens" für den Liberalisierungsprozeß in Spanien überzeugt. Deshalb habe die Bundesregierung von Anfang an den spanischen Assoziierungsantrag unterstützt.

81 05.02. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 267

Lahr berichtet über eine Unterredung mit dem österreichischen Botschafter. Schöner teilte den Entschluß seiner Regierung mit, ungeachtet des vorläufig gescheiterten Beitritts Großbritanniens zur EWG den Assoziierungsantrag aufrechtzuerhalten. Lahr empfahl, mit einer neuen Initiative noch einen Monat zu warten. Zugleich wies er darauf hin, daß die EFTA Österreich aus seinen Verpflichtungen entlassen und die UdSSR einen solchen „Alleingang" zulassen müsse.

82 05.02. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Abteilungsleiter Tyler, amerikanisches Außenministerium, in Washington S. 269

Carstens bekräftigt, daß die Bundesregierung nach wie vor gegenüber einer britischen Mitgliedschaft in der EWG positiv eingestellt sei und die NATO als Grundlage ihrer Außenpolitik betrachte. Der Leiter der Europa-Abteilung im amerikani-

schen Außenministerium verweist auf die gravierenden Unterschiede zwischen der Politik Frankreichs und den Zielen der Allianz sowie denen der USA. Tyler macht darauf aufmerksam, daß die amerikanische Politik gegenüber Europa nicht als etwas Selbstverständliches vorausgesetzt werden dürfe, und stellt die Frage, ob Staatspräsident de Gaulle „Alternativen zur Atlantischen Gemeinschaft, zur Europäischen Einheit und zur atlantischen Partnerschaft" anstrebe. Carstens hält diese Befürchtungen für übertrieben und räumt ein, daß die amerikanische Reaktion auf den deutsch-französischen Vertrag nicht vorausgesehen worden sei.

83 06.02. Staatssekretär Carstens, z. Z. Washington, an Bundesminister Schröder S. 273

Carstens faßt ein Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten zusammen. Kennedy äußerte sich beunruhigt über die Politik des französischen Staatspräsidenten, die zu einer Spaltung und Schwächung des Westens geführt habe. Carstens unterstrich die Bedeutung des deutsch-französischen Vertrags gerade in dieser Situation, da de Gaulle nun vor politischen Entscheidungen die Bundesregierung konsultieren müsse. Unter Hinweis auf deutsch-französische Meinungsverschiedenheiten in sicherheits- und europapolitischen Fragen sowie das „ungeheuere Vertrauenskapital" der USA in der Bundesrepublik versicherte er, die Bundesregierung werde auch weiterhin eine eigenständige Politik vertreten. Zur Überwindung der Krise in der westlichen Allianz empfahl er, das MLF-Projekt voranzutreiben.

84 07.02. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 276

Knappstein berichtet über eine Sitzung der Washingtoner Botschaftergruppe. Der amerikanische Botschafter in Moskau, Kohler, informierte über die sowjetische Initiative zu neuen amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen über Berlin. Bei den Beratungen über die von den Westmächten einzunehmende Haltung stellte Staatssekretär Carstens fest, daß aus deutscher Sicht kein Anlaß zur Eile bestehe, grundsätzlich aber die Kommunikationskanäle offengehalten werden sollten.

85 07.02. Botschafter Blankenhorn, Paris, an das Auswärtige Amt S. 280

Blankenhorn berichtet über die Erklärung des französischen Außenministers vor dem Auswärtigen Ausschuß der Nationalversammlung zum Abbruch der Verhandlungen über den EWG-Beitritt Großbritanniens. Couve de Murville habe die französische Haltung unter anderem mit der großen Anzahl offener Fragen und der Ungewißheit begründet, ob Großbritannien wirklich europäischer werden wolle. Er habe hervorgehoben, daß sich die EWG zu einer „europäischen Persön-

lichkeit" entwickeln müsse, gleichzeitig aber eingeräumt, daß über die Struktur dieser Gemeinschaft unterschiedliche Ansichten zwischen Frankreich und seinen EWG-Partnern bestünden.

86 07.02. Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder S. 282

Groepper berichtet über eine Unterredung mit dem sowjetischen Außenminister. Gromyko charakterisierte den deutsch-französischen Vertrag als eine gegen die Sicherheit anderer Staaten und namentlich der UdSSR gerichtete Absprache. Groepper betonte dagegen, daß die vereinbarte militärische Zusammenarbeit mit Frankreich ausschließlich Verteidigungszwecken diene. Die beste Sicherheit für die Erhaltung des Friedens böte indes die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für das ganze deutsche Volk. Gromyko erklärte hierauf, „das Leben habe", wie das Bestehen zweier deutscher Staaten zeige, „bereits ein Wort zur Frage der Selbstbestimmung gesprochen".

87 08.02. Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit Unterstaatssekretär Roll, britisches Landwirtschaftsministerium S. 285

Nach dem Scheitern des britischen Beitritts zur EWG kommen beide Seiten überein, daß bis zur Wiederaufnahme von Verhandlungen – Lahr nennt als möglichen neuen Beitrittstermin die Jahre 1966 oder 1967 – die in Brüssel erzielten Ergebnisse bewahrt und Zwischenlösungen gefunden werden müßten, die Großbritannien eine Annäherung an die EWG ermöglichten. Dazu gehörten auf wirtschaftspolitischem Gebiet eine Zollunion unter Ausklammerung der Landwirtschaft; parallel dazu sollten politische Kontakte im Rahmen der WEU stattfinden. Roll weist auf die Problematik der Übergangszeit hin, vor allem auf die Schwierigkeit einer Ausrichtung Großbritanniens auf die Gemeinschaft ohne Mitbestimmungsrecht. Es bestehe jedoch auf britischer Seite keine Absicht, die EFTA zu „revitalisieren".

88 09.02. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 289

Carstens faßt die Ergebnisse seiner Gespräche in Washington zusammen. Kritisiert worden sei vor allem die Politik des französischen Staatspräsidenten, die dem westlichen Bündnissystem großen Schaden zugefügt habe und hinter der die Absicht vermutet werde, die USA aus Europa zu verdrängen. Der Abschluß des deutsch-französischen Vertrags habe in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorgerufen, die Bundesrepublik identifiziere sich mit dieser Politik, und habe daher den Amerikanern „einen starken Schock" versetzt. Er habe die Beweggründe für den Vertragsschluß geschildert und die Entschlossenheit der Bundesregierung bekundet, die amerikanischen Bemühungen hinsichtlich der MLF und einer allgemeinen Zollsenkung zu unterstützen. Der Gedanke an eine baldige Ra-

tifizierung des Vertrags habe bei den meisten Gesprächspartnern „sichtliches Unbehagen" ausgelöst. Daher schlägt Carstens vor, mit der Ratifizierung eine Entschließung des Bundestages zu verbinden, in der das Zusammenwirken Europas und der USA sowie die Mitwirkung am Ausbau des Nordatlantischen Bündnisses herausgestellt werden.

89 12.02. Botschafter Blankenhorn, Paris, an Staatssekretär Lahr S. 294

Blankenhorn gibt eine Unterredung mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium wieder. Wormser äußerte seine Überzeugung, daß mit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG in naher Zukunft nicht zu rechnen sei. Zum einen lehne Staatspräsident de Gaulle aus politischen Gründen eine britische Vollmitgliedschaft ab, zum anderen habe Großbritannien an einer Assoziierung kein Interesse. Wormser persönlich befürwortete, Großbritannien künftig stärker auf finanzpolitischem Gebiet zu unterstützen.

90 12.02. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington S. 296

Carstens weist darauf hin, daß die Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche über Berlin zum jetzigen Zeitpunkt nicht unbedenklich sei. Die UdSSR werde versuchen, daraus formelle Verhandlungen entstehen zu lassen, während der Westen noch Zeit benötige, um neue Positionen zu erarbeiten. Die Gespräche dürften keinesfalls wieder bei den „draft principles" von 1962 ansetzen; statt dessen müsse die Forderung nach Wiedervereinigung Deutschlands in Form eines revidierten westlichen Friedensplans erhoben werden.

91 13.02. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken S. 298

Der Leiter des Referats „Wiedervereinigung" informiert über Vorgänge von außenpolitischer Bedeutung, in denen der Senat von Berlin ohne vorherige Konsultation mit dem Auswärtigen Amt tätig geworden sei. Hierzu zählen die von dem Senator für Bundesangelegenheiten, Schütz, angedeutete Bereitschaft, unter dem Dach der Treuhandstelle für Interzonenhandel mit Vertretern der DDR über „beide Seiten interessierende Fragen" zu verhandeln, sowie Äußerungen des Regierenden Bürgermeisters Brandt zu einem möglichen Treffen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in Ost-Berlin. Dadurch erscheine der Senat von Berlin, obwohl er keine politischen Sonderbestrebungen verfolge, als eigenständiger Verhandlungspartner und liefere aus Mangel an Vertrautheit mit staats- und völkerrechtlichen Gegebenheiten einen Beleg für die sowjetische Freistadt-Theorie.

92 13.02. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatssekretär Gilpatric, amerikanisches Verteidigungsministerium S. 302

Gilpatric betont die Bedeutung der amerikanisch-deutschen Beziehungen für die Verteidigung Europas und äußert sich besorgt über die Verhärtung der sowjetischen Haltung gegenüber dem Westen, die er für eine Reaktion auf die Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 14. Januar 1963 hält. Der Bundeskanzler sieht dagegen die Gründe in der voreiligen amerikanischen Gesprächsbereitschaft über die Deutschland- und Berlin-Problematik sowie in dem Streit zwischen Großbritannien und Frankreich über das Nassau-Abkommen. Adenauer bezeichnet den deutsch-französischen Vertrag als „Schutzwall" gegen die UdSSR und versichert, daß die Bundesrepublik weiterhin fest zur NATO stehen werde. Daher werde sie sich auch „nach besten Kräften" an der geplanten multilateralen Streitmacht beteiligen. Abschließend weist Adenauer darauf hin, daß die Verhandlungen in Brüssel auch deshalb gescheitert seien, weil Großbritannien an der Ausarbeitung des Berichts der EWG-Kommission zu den noch offenen Fragen habe teilnehmen wollen.

93 15.02. Botschafter von Etzdorf, London, an das Auswärtige Amt S. 312

Etzdorf gibt ein Gespräch zwischen Bundesminister Scheel und dem britischen Außenminister wieder. Beide Gesprächspartner stimmten darin überein, daß nach dem Scheitern der Beitrittsverhandlungen die Kontakte zwischen Großbritannien und der EWG im Rahmen bereits existierender Organisationen, etwa der WEU, aufrechterhalten werden müßten. Eine Zollunion unter Ausschluß landwirtschaftlicher Produkte solle angestrebt werden. Die wichtigste Probe auf den europäischen Zusammenhalt erwartete Lord Home innerhalb der NATO. Eine multilaterale Kontrolle der Atomwaffen erschien ihm im Gegensatz zu gemischt-nationalen Besatzungen auf U-Booten unproblematisch. Hinsichtlich der Politik der Bundesregierung gegenüber den Ostblock-Staaten erläuterte Scheel die Absicht, das „Satellitengefüge aufzulockern".

94 15.02. Aufzeichnung des Botschafters Blankenhorn, Paris S. 315

Blankenhorn nennt als Ziel der französischen Außenpolitik ein eigenständiges kontinentaleuropäisches Bündnis- und Verteidigungssystem unter französischer Führung. In diesem Rahmen müßten sowohl der deutsch-französische Vertrag als auch die Intensivierung der Beziehungen zu Spanien gesehen werden. Während Staatspräsident de Gaulle eine politische Organisation Europas nach dem Muster des Gemeinsamen Marktes befürworte, lehne er jegliche nationale Integration ab. Kern der Verteidigungspolitik sei der Aufbau einer unabhängigen Nuklearstreitmacht, da die Bereitschaft der USA, Europa unter allen Umständen atomar zu verteidigen, bezwei-

felt werde. Der Abbruch der Brüsseler Verhandlungen gehe vor allem darauf zurück, daß Großbritannien nach französischer Ansicht strukturell der EWG nicht angepaßt sei und als „Handlanger der USA" in der Gemeinschaft zu einem „cheval de Troyes" werden würde.

95 15.02. Staatssekretär Carstens an den Abgeordneten Serres S. 323

Carstens teilt dem Vorsitzenden des Außenhandelsausschusses des Bundestages mit, daß die erbetenen Sondierungen bei NATO-Gremien zugunsten einer Ausnahme-Regelung vom Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 negativ verlaufen seien. Ein formeller Antrag auf Genehmigung von Großrohr-Lieferungen deutscher Firmen in die UdSSR könne nicht gestellt werden, weil er zu einer schweren Verstimmung der amerikanischen Regierung und zu einer Ignorierung des Röhrenembargos durch andere Lieferländer führen könnte.

96 16.02. Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder S. 326

Groepper gibt Äußerungen des Leiters der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Botschaft in Moskau wieder. Auf die Bitte des Ministerpräsidenten Chruschtschow, der amerikanische Präsident möge seine Haltung zur Lieferung von Großrohren in die UdSSR „wohlwollend überprüfen", habe Kennedy mitteilen lassen, daß die USA dem Röhrenexport strategische Bedeutung beimäßen und eine Überprüfung nur im Falle einer Verbesserung der internationalen Lage in Frage käme. Abschließend teilte Funkhouser mit, daß nach amerikanischen Erkenntnissen deutsche Firmen versuchten, das „de-facto-Ausfuhrverbot" via Schweden und Österreich zu unterlaufen.

97 16.02. Vermerk des Ministerialdirektors von Haeften S. 327

Der Leiter der Rechtsabteilung rekapituliert die Entscheidungsfindung bezüglich des polnischen Vorschlags, die Bundesregierung und Polen sollten sich die erforderlichen Immunitäten für ihre Handelsvertretungen in Warschau bzw. Frankfurt/Main nur mündlich zusichern. Er selbst habe die praktische und völkerrechtliche Wirksamkeit dieses Verfahrens bezweifelt. Um jedoch den Verhandlungserfolg nicht zu gefährden, hätten sich die Staatssekretäre Carstens und Lahr mit Billigung von Bundesminister Schröder entschlossen, dem polnischen Wunsch nachzugeben.

98 17.02. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder S. 329

In seinem Bericht über ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Washington hebt Knappstein hervor, daß Dobrynin in der Deutschland-Frage zwar den bekannten sowjeti-

schen Standpunkt „in aller Brutalität" vertreten, jedoch nicht ideologisch, sondern macht- und sicherheitspolitisch argumentiert habe. Die Furcht vor einer atomar bewaffneten Bundesrepublik sei als „Hauptmotiv der sowjetischen Politik" bestimmendes Thema gewesen. Dobrynin habe angekündigt, im Fall einer Mitgliedschaft der Bundesrepublik in einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht werde die UdSSR ihren Verbündeten ebenfalls Nuklearwaffen zugänglich machen. Zur Wiedervereinigung habe er geäußert, diese sei allenfalls in den ersten Nachkriegsjahren um den Preis einer Neutralität Deutschlands möglich gewesen.

99 18.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Cording, Bundesministerium für Wirtschaft S. 332

Meyer-Cording gibt den Inhalt einer europapolitischen Besprechung wieder, an der auch der Präsident der EWG-Kommission und der Bundesminister für Wirtschaft teilnahmen. Hallstein und Erhard schlugen vor, den deutsch-französischen Vertrag durch einen Annex oder Briefwechsel zu ergänzen und darin zum Ausdruck zu bringen, daß die Zusammenarbeit in EWG und NATO nicht beeinträchtigt werden dürfe. Als Gegenvorschlag wurde von CDU-Abgeordneten angeregt, daß der Bundestag bei der Ratifizierung eine einseitige Erklärung als „authentische Interpretation" des Vertrags abgeben solle, weil eine Ergänzung des Vertrags von französischer Seite abgelehnt würde. Hallstein sprach sich dafür aus, daß Großbritannien vor der angestrebten Vollmitgliedschaft in der EWG zunächst eine „Vor-Assoziation" durchlaufen solle, gefolgt von einer Assoziierung in Form einer Zollunion unter Ausschluß der Landwirtschaft.

100 19.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 335

Krapf äußert sich zum amerikanischen Vorschlag einer Deklaration über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Eine Unterzeichnung durch die Bundesrepublik würde, zusätzlich zum 1954 gegenüber der WEU ausgesprochenen Produktionsverzicht, einen generellen Erwerbsverzicht bedeuten. Da eine Gegenleistung des Ostblocks auf dem Gebiet der Atomrüstung unwahrscheinlich sei, müsse geprüft werden, ob die UdSSR auf deutschlandpolitischem Gebiet zu Kompensationen bereit sei.

101 19.02. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Gesandten Morris S. 337

Morris legt dar, daß der Vorschlag zur Wiederaufnahme der Sondierungsgespräche über Berlin nicht auf eine amerikanische Initiative zurückgehe. Entscheidend für das Zustandekommen von Gesprächen werde zudem die sowjetische Bereitschaft sein, die alliierte Präsenz in Berlin ohne Einschränkungen anzuerkennen. Unter dieser Voraussetzung hält der Bundeskanzler eine Behandlung der Berlin-Frage für richtig,

während Staatssekretär Carstens amerikanisch-sowjetische Gespräche „über Deutschland insgesamt" anregt. Adenauer rät davon ab, die UdSSR mit der Frage der Wiedervereinigung zu konfrontieren, denn „dann seien die Gespräche gescheitert".

102 22.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer S. 341

Reinkemeyer hält eine Unterredung des Staatssekretärs Carstens mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin zu möglichen amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen fest. Carstens informierte über die Unterredung des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Gesandten Morris vom 19. Februar 1963 und vertrat die Ansicht, daß die USA in den Sondierungsgesprächen zur Behandlung der Deutschland-Frage übergehen sollten, wenn keine Einigung über Berlin erzielt werden könnte. Brandt wandte ein, daß auch in diesem Fall das Berlin-Problem eine zentrale Rolle spielen würde. Zur Frage, wie sich innerberliner Kontakte zur Klärung technischer Fragen ermöglichen ließen, ohne den Eindruck entstehen zu lassen, Berlin (West) sei eine „selbständige Einheit", schlug er ein Mandat der drei Westmächte an den Senat von Berlin für die Aufnahme von Verbindungen auf der Ebene von Beamten vor.

103 26.02. Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder S. 344

Groepper informiert über eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in Moskau. Aufgrund von Äußerungen des sowjetischen Außenministers Gromyko hielt Kohler eine Wiederaufnahme der Sondierungsgespräche über Berlin für möglich. Da jedoch diese Gespräche auf einem „agreement to disagree" basierten und lediglich Ausdruck des beiderseitigen Wunsches seien, einen Krieg zu vermeiden, sah er keine Möglichkeit, eine grundsätzliche Lösung der Deutschland-Frage zu erreichen. Kohler schlug vor, die Bundesrepublik solle auf dem Weg der wirtschaftlichen Durchdringung der DDR einer zunehmenden Verfestigung der Teilung entgegenwirken und darüber hinaus das Verhältnis zu Polen und zur Tschechoslowakei verbessern.

104 26.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer S. 344

Reinkemeyer äußert Bedenken gegen den Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters Brandt, Beamte des Senats von Berlin im Rahmen eines Mandats der drei Westmächte Verbindung mit Ost-Berliner Beamten zur Besprechung technischer Fragen aufnehmen zu lassen. Derartige Fragen würden bereits im Rahmen der Interzonenhandelsgespräche behandelt, was auch insofern verhandlungstaktisch vorteilhafter sei, als dort durch die Verschuldung der DDR „ein Druckmittel zur Verfügung" stehe. Im Falle ihres Scheiterns sollte jedoch auf den Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters von Berlin zurück-

gegriffen werden. Dann müsse jedoch gewährleistet sein, daß das Mandat der drei Westmächte aufgrund ihrer Verantwortlichkeit für Gesamt-Berlin erfolge. Außerdem sollten sich die Kontakte auf rein technische Fragen beschränken und zur „Vermeidung der Politisierung" durch einen Beamten unterhalb des Ranges eines Senatsdirektors wahrgenommen werden.

105 26.02. Gespräch des Ministerialdirigenten Reinkemeyer mit dem amerikanischen Gesandten Morris S. 349

Morris berichtet von der jugoslawischen Absicht, eine gegen die Bundesrepublik gerichtete „Vergeltungspolitik" mit dem Ziel einer Anerkennung der DDR durch blockfreie Staaten zu beginnen, wenn Forderungen wie die nach einer Verlängerung des Handelsabkommens oder nach einer Wiedergutmachung weiterhin unberücksichtigt blieben. Er äußert die Hoffnung, daß eine Verschlechterung der Beziehungen vermieden werden könne, und regt einige Schritte an, mit denen die Bundesregierung einer jugoslawischen Kampagne zuvorkommen könne, ohne die Hallstein-Doktrin zu verletzen. Reinkemeyer schlägt als Angebote an Jugoslawien vor, die deutsch-jugoslawische Kommission zusammentreten zu lassen sowie die Entschädigung für die Opfer von Menschenversuchen in der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus zu erhöhen. Er betont jedoch, daß dabei der Eindruck vermieden werden müsse, als handele die Bundesregierung auf Druck Jugoslawiens.

106 27.02. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 353

Carstens regt an, das Auswärtige Amt solle in der Bonner Vierergruppe erklären, daß der deutsch-französische Vertrag die alliierten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin nicht beeinträchtige. Nach Bestätigung dieser Verlautbarung von französischer Seite sollten der amerikanische und der britische Vertreter feststellen, daß sie keine Bedenken gegen die vorgesehene Einbeziehung Berlins in den deutsch-französischen Vertrag, jedoch „ohne die Verteidigungsfragen", hätten.

107 27.02. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in London S. 354

Angesichts wiederholter Äußerungen des britischen Oppositionsführers zu einer de-facto-Anerkennung von DDR und Oder-Neiße-Linie regt Carstens an, Wilson darauf aufmerksam zu machen, daß einzelne Bestandteile der Pariser Verträge von 1954 – wie Wiedervereinigung, Nichtanerkennung der DDR, aber auch Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von ABC-Waffen – nicht preisgegeben werden könnten, ohne das Ganze in Frage zu stellen.

108 27.02. Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder S. 356

Groepper informiert über eine Unterredung des amerikanischen Botschafters in Moskau mit dem sowjetischen Außenminister über den Export von Großrohren in die UdSSR. Kohler habe die militärische Bedeutung der Röhren betont und hervorgehoben, daß eine Überprüfung der amerikanischen Haltung zu dieser Frage nur bei nachlassender internationaler Spannung möglich sei. Gromyko habe versichert, daß ein Embargo nur die Bundesrepublik, nicht aber die sowjetische Wirtschaft treffen werde. Gegenüber Groepper machte Kohler deutlich, daß die Beachtung des Röhrenembargos durch die Bundesrepublik von größter Wichtigkeit für die westliche Allianz sei. Sollten deutsche Lieferungen erfolgen, werde sich die amerikanische Öffentlichkeit fragen: „What the hell shall we fight for?"

109 27.02. Ministerialdirektor Allardt, z. Z. Warschau, an das Auswärtige Amt S. 359

Allardt berichtet von einer Unterredung mit dem polnischen Stellvertretenden Außenhandelsminister. Auf die „sterile Aggressivität" Polens gegenüber der Bundesrepublik angesprochen, verwies Modrzewski auf die Angst vor einem deutschen Angriffskrieg sowie die Politik der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie. Beides zwinge Polen zu einem engen Schulterschluß mit der UdSSR. Durch eine Anerkennung der polnischen Westgrenze würde die Bundesrepublik mit Polen einen aufrichtigen Freund unter den Ostblock-Staaten gewinnen. Auf die Frage von Modrzewski, warum die Bundesregierung nicht in direkte Verhandlungen mit der DDR eintrete, erläuterte Allardt, daß der Staatsratsvorsitzende Ulbricht als gebürtiger Deutscher sowjetischer Staatsangehörigkeit und „subalterner Satrap Moskaus" nicht als Verhandlungspartner akzeptiert werden könne.

110 28.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer S. 361

Reinkemeyer faßt Reaktionen der Vertreter der drei Westmächte in der Bonner Vierergruppe auf den Plan einer Kandidatur Berlins als Austragungsort der Olympischen Spiele 1968 zusammen. Angesichts der vorgetragenen politischen und staatsrechtlichen Bedenken schlägt er vor, diesen Gedanken nicht weiter zu verfolgen und den Präsidenten des Deutschen Sportbundes, Daume, entsprechend zu unterrichten.

111 02.03. Staatssekretär Carstens an Bundestagspräsident Gerstenmaier S. 363

Carstens rät davon ab, eine Sitzung des Bundestages in Berlin (West) abzuhalten, um eine in Kürze erwartete Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche über Berlin nicht ungünstig zu beeinflussen.

112 02.03. Staatssekretär Carstens an die Dienststelle Berlin S. 364

Carstens nimmt zum rumänischen Wunsch nach Errichtung einer Handels- oder Militärmission in Berlin (West) Stellung. Diesem Anliegen, das nur die kommunistische These einer „Freien Stadt" Berlin (West) untermauern solle, könne keinesfalls entsprochen werden. Der Staatssekretär sieht wegen der bestehenden Handelsvertretung in Frankfurt/Main keinen Anlaß für die Eröffnung einer eigenen Handelsmission in Berlin und keine rechtliche Grundlage für die Errichtung einer Militärmission.

113 04.03. Bundesminister Schwarz an Bundesminister Schröder S. 365

Schwarz umreißt die Aufgaben der künftigen Europapolitik. Er plädiert für eine Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, rechnet aber wegen der niedrigen britischen Getreidepreise mit erheblichen Schwierigkeiten. Bei der gemeinsamen Agrarpolitik hält er eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der deutschen Landwirtschaft für erforderlich. Neue Konzessionen auf diesem Gebiet lehnt er ab, zumal der Integrationsprozeß in dieser Richtung ohnehin weiter vorangetrieben worden sei als etwa auf wirtschafts-, sozial-, verkehrs- oder finanzpolitischem Gebiet. Vordringlich erscheint ihm deshalb eine Angleichung der vernachlässigten Sektoren an das Integrationsniveau der Landwirtschaft.

114 06.03. Ministerialdirektor Allardt, z. Z. Warschau, an das Auswärtige Amt S. 369

Allardt faßt eine Unterredung mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister zusammen. Winiewicz begrüßte das bilaterale Abkommen über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr, bedauerte aber, daß es noch nicht zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen gekommen sei. Der Meinungsaustausch zu den Punkten Oder-Neiße-Linie, Friedensvertrag, konventionelle und nukleare Rüstung der Bundesrepublik sowie zur Berlin-Frage erwies sich als „sachlich unfruchtbar". Winiewicz betonte, daß die Teilnahme der Bundesrepublik an einer multilateralen Atomstreitmacht als „tödliche Bedrohung" für Polen betrachtet werde.

115 09.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 371

Lahr berichtet über ein Gespräch mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium. Auf die Frage nach dem künftigen Verhältnis Großbritanniens zur EWG äußerte Wormser Vorbehalte sowohl gegen den ursprünglich französischen Vorschlag einer „Assoziierung ohne Landwirtschaft" als auch gegen regelmäßige Kontakte und Konsultationen. Er betonte, die Integration auf den Gebieten Agrarpolitik und Zolltarife müsse ebenso wie eine Assoziierung afrikanischer Staaten Vorrang haben. Außerdem ließ er Zweifel an der „communautären Haltung" anderer EWG-Mit-

gliedstaaten erkennen. Lahr warnte davor, die zukünftige Entwicklung der EWG von bestimmten „préalables" abhängig zu machen, und betonte, „der Faden" zwischen der Gemeinschaft und Großbritannien dürfe nicht abreißen.

116 09.03. Gespräch des Botschafters Groepper mit Ministerpräsident Chruschtschow in Moskau S. 375

Chruschtschow bezweifelt den von Groepper anläßlich seines Antrittsbesuchs dargelegten Wunsch der Bundesregierung nach Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR. In der Deutschland-Frage empfiehlt er, zunächst die Existenz zweier deutscher Staaten sowie einer „Freien Stadt" Berlin (West) anzuerkennen und dann mit der DDR in Verhandlungen über eine Wiedervereinigung einzutreten. Weiterhin bietet er einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten an, in dem die Wiedervereinigung als ein Ziel, das allerdings zum augenblicklichen Zeitpunkt nicht erreichbar sei, festgeschrieben werden könne. Groepper betont dagegen das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung und legt dar, daß ein Friedensvertrag mit der UdSSR abgeschlossen werden könne, nachdem die Teilung auf friedliche Weise überwunden worden sei. Der sowjetische Ministerpräsident äußert Zweifel an den friedlichen Absichten und verweist auf die in der Bundesrepublik stationierten Atomwaffen und die geplante Teilnahme an einer multilateralen Atomstreitmacht. Hinsichtlich des Röhrenembargos führt er aus, daß sich die deutsche Industrie damit nur selbst schade, da die UdSSR ihren Bedarf an Großrohren in anderen Staaten decken könne, die sich den „amerikanischen Monopolkapitalisten" nicht beugen würden. Abschließend bemerkt Chruschtschow, daß die Politik des Bundeskanzlers Adenauer weder konstruktiv sei noch zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten beitrage.

117 11.03. Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder S. 390

Groepper berichtet über ein Gespräch des britischen Botschafters Trevelyan mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten. Chruschtschow habe betont, die Bundesrepublik sei die „alleinige Quelle der gegenwärtigen Kriegsgefahr", und der deutsch-französische Vertrag diene ihr nur zur Vorbereitung einer auch gegen Großbritannien gerichteten militärischen Revanche. Gelange die Bundesrepublik in den Besitz von Atomwaffen, so werde sie „losschlagen". Um einen Krieg zu vermeiden, müsse ein Friedensvertrag auf der Basis des Status quo abgeschlossen werden, der auch eine Regelung für Berlin (West) vorsehe. Die Erfolgsaussichten erneuter Sondierungsgespräche halte Chruschtschow für gering, da die USA nur ein innenpolitisch motiviertes „Spiel" trieben. Dagegen sei die Zeit reif für ein Teststopp-Abkommen, trotz unterschiedlicher Positionen hinsichtlich der gegenseitigen Kontrolle.

118 11.03. Staatssekretär Lahr an Staatssekretär Globke, Bundeskanzleramt S. 395

Lahr legt dar, daß die Haltung des Auswärtigen Amts in der Frage von Zwischenlösungen nach dem Scheitern des Beitritts Großbritanniens zur EWG in Grundzügen mit der des belgischen Außenministers Spaak übereinstimme. Das gelte sowohl für verstärkte politische Kontakte mit Großbritannien innerhalb der WEU als auch für wirtschaftspolitische Konsultationen sowie eine „Assoziierung ohne Landwirtschaft". Diese Vorschläge stießen allerdings im französischen Außenministerium auf Ablehnung. Vorrangig sei daher, Frankreich zu einer kooperativen Haltung zu veranlassen.

119 11.03. Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer S. 396

Der Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika" faßt eine Unterredung mit dem Ersten Sekretär der britischen Botschaft über die deutsche Ausrüstungshilfe für den Sudan zusammen. Brash wies auf mangelnde Abstimmung mit britischen Maßnahmen hin und erwähnte Hinweise auf eine mögliche Ausdehnung deutscher Hilfeleistungen auf den Luftwaffensektor. Schirmer zieht den Schluß, daß Großbritannien um sein Monopol bei der Ausstattung der sudanesischen Luftwaffe und beim Ausbau der Flughäfen fürchte.

120 12.03. Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf S. 399

Krapf informiert über die im Auswärtigen Amt und im Bundesministerium der Verteidigung geführten Gespräche der von Botschafter Merchant geleiteten amerikanischen Expertengruppe für eine multilaterale Atomstreitmacht. Übereinstimmung konnte hinsichtlich der gemischten Besatzung verschiedener Nationalität, der administrativen Kontrolle durch ein „executive committee" sowie der operativen Unterstellung der Streitmacht unter SACEUR erzielt werden. Noch klärungsbedürftig blieb, ob, wie von den USA gewünscht, bei der Entscheidung über die Freigabe eines Einsatzes der nuklearen Waffen das Einstimmigkeitsprinzip gelten und die Stationierung der Atomwaffen statt auf U-Booten auf Überwasserschiffen erfolgen solle.

121 13.03. Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Adenauer S. 404

Schröder spricht sich gegen eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel aus, da von seiten der arabischen Staaten heftige Reaktionen, wie etwa die Anerkennung der DDR oder der Abbruch der Beziehungen zur Bundesrepublik, zu erwarten seien. Er weist darauf hin, daß dies eine Schwächung der westlichen – aber auch der israelischen – Position im Nahen Osten zur Folge haben würde.

122 13.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steltzer S. 405

Der Leiter des Referats „Afrika südlich der Sahara" faßt eine Unterredung des Staatssekretärs Lahr mit dem Leiter der Afrika-Abteilung im amerikanischen Außenministerium, Williams, über eine Assoziierung afrikanischer Staaten mit der EWG zusammen. Beide Seiten teilten die Auffassung, daß die durch die koloniale Vergangenheit bedingten „regionalen Tendenzen" in den Beziehungen der Gemeinschaft zu Afrika überwunden werden müßten, da sie den freien Handel behinderten. Dies könne durch Stabilisierung der Preise für tropische Produkte bei gleichzeitigem Abbau der Zollpräferenzen erreicht werden. Lahr räumte ein, daß die differenzierten französischen Vorzugssysteme „Kolonialismus in Reinkultur" seien, und betonte, die Tür zu den Commonwealth-Staaten müsse offengehalten werden.

123 14.03. Vermerk des Staatssekretärs Lahr S. 407

Der Staatssekretär bedauert, daß sich der Außenhandelsausschuß des Bundestages bei seiner Erörterung des Röhrenembargos für den Antrag der SPD-Opposition ausgesprochen habe. Danach solle der Bundestag Einspruch gegen die Verordnung der Bundesregierung vom 18. Dezember 1962 über einen Lieferstopp für Großrohre an die UdSSR erheben, sofern nicht für die bereits im Oktober 1962 abgeschlossenen Lieferverträge Ausfuhrgenehmigungen erteilt würden. Sollte der Bundestag diesem Antrag folgen, würde dies, so der Staatssekretär, den Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 zu Fall bringen und die Beziehungen zu den USA sowie die deutsche Stellung in der NATO beeinträchtigen.

124 15.03. Vermerk des Legationsrats I. Klasse Hebich S. 409

In einer Stellungnahme gegen die Auffassung des Außenhandelsausschusses über das Röhrenembargo führt Hebich aus, die im Oktober 1962 abgeschlossenen Lohnveredelungsverträge zwischen der UdSSR und Firmen aus der Bundesrepublik seien „schwebend unwirksam", da sie vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bundesregierung abgeschlossen worden seien. Zudem lasse das Außenwirtschaftsgesetz selbst Eingriffe in rechtswirksame Verträge zu. Auch liege durch die Verordnung der Bundesregierung vom 18. Dezember 1962 kein Verstoß gegen das Abkommen mit der UdSSR über den Waren- und Zahlungsverkehr vor, da die betroffenen Veredelungsgeschäfte außerhalb der vereinbarten Warenkontingente abgewickelt würden. Hebich hebt hervor, daß im Falle einer durch Entscheidung des Bundestages herbeigeführten Liefergenehmigung der Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 und damit die „endlich einmal gezeigte Solidarität des Westens" zusammenbrechen würden.

125 16.03. Vermerk des Staatssekretärs Lahr S. 412

Lahr legt dar, daß der Ausbau von Öl- bzw. Gasleitungen in der UdSSR von strategischer Bedeutung sei und damit ein Sicherheitsproblem für den Westen darstelle. Eine Erfüllung der vor dem Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Lieferkontrakte würde die UdSSR in die Lage versetzen, eine Leitung von etwa 600 Kilometern Länge zu bauen. Nach Ansicht des Staatssekretärs kann es keinen Zweifel daran geben, daß im Falle eines Interessenkonflikts den sicherheitspolitischen Erfordernissen des Westens unter allen Umständen Vorrang vor wirtschaftspolitischen Überlegungen gebühre.

126 16.03. Ministerialdirektor Krapf an die Botschaft in Paris S. 414

Krapf äußert sich zur französischen Beschwerde über unzureichende Konsultationen bei der Formulierung der Antwortnote auf den sowjetischen Protest vom 5. Februar 1963 gegen den deutsch-französischen Vertrag. Er wendet sich dagegen, „Vorkonsultationen" zu perfektionistisch zu betreiben, und betont, daß die Botschaftergruppe in Washington nach wie vor in allen Deutschland und Berlin betreffenden Fragen das zentrale Konsultationsgremium darstelle.

127 18.03. Vermerk des Staatssekretärs Lahr S. 416

Lahr berichtet über ein Gespräch mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium, Wormser, und dem Leiter der Abteilung für Entwicklungspolitik bei der EWG-Kommission, Hendus, über die unbefriedigende Beteiligung der deutschen Wirtschaft an Aufträgen aus dem europäischen Entwicklungsfonds für „überseeische Länder und Hoheitsgebiete". Als Gründe wurden der Wettbewerbsvorteil der am Ort ansässigen, sich zumeist in französischer Hand befindenden Firmen sowie fehlendes deutsches Interesse angeführt.

128 19.03. Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 418

Groepper informiert über sowjetische Reaktionen auf die jüngsten Vorgänge im westlichen Bündnis. Während das Scheitern der Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG mit Genugtuung als Bestätigung der These vom „gesetzmäßigen Zerfall der kapitalistischen Welt" gesehen werde, bereite der deutsch-französische Vertrag Sorgen. Zum einen stärke er die Position der Bundesrepublik und erschwere damit eine Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage im sowjetischen Sinne, die bislang auf dem Wege einer amerikanisch-sowjetischen Verständigung erreichbar schien. Zum anderen eröffne der Vertrag der Bundesrepublik einen „zweiten Weg" zur Atombewaffnung. Die Planung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO und die Bereitschaft der USA, die Bundesrepublik zu ihrem wichtigsten Verbündeten

zu machen, um Staatspräsident de Gaulle zu isolieren, würden als erstes Ergebnis der „Erpressungsmanöver" der Bundesrepublik gewertet.

129 21.03. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder S. 422

Knappstein gibt Informationen wieder, nach denen der amerikanische Präsident persönlich immer mehr dazu neige, im Rahmen seines Aufenthalts in der Bundesrepublik auch Berlin (West) zu besuchen, obwohl protokollarische Probleme, wie sie das Verhältnis des Regierenden Bürgermeisters von Berlin zum Bundeskanzler und eine Begleitung von Kennedy durch Adenauer aufwerfen würden, noch ungelöst seien.

130 21.03. Botschafter van Scherpenberg, Rom (Vatikan), an Bundesminister Schröder S. 423

Scherpenberg prognostiziert einen Machtwechsel in der UdSSR, der eine Krise in der sowjetischen Politik auslösen dürfte. Diese könnte, ähnlich wie 1953, den „Nährboden" für einen Volksaufstand in der DDR darstellen. Dabei müsse die Bundesregierung das Recht der Bevölkerung auf Selbstbestimmung nachdrücklich vertreten, jedoch innenpolitischen Forderungen „von nationalistischer und chauvinistischer Seite" nach Rückkehr der Gebiete jenseits von Oder und Neiße entgegentreten. Primäres Ziel, hinter dem auch die Wiedervereinigung unter Umständen zurückbleiben müsse, sei die „Befreiung der Ostzone". Für den Fall einer Demokratisierung in der DDR könne der sowjetische Vorschlag einer Konföderation in Erwägung gezogen werden.

131 23.03. Staatssekretär Lahr an die Botschaft in London S. 426

Lahr berichtet über eine Unterredung mit dem britischen Botschafter. Der Staatssekretär erläuterte das für die Durchführung des Beschlusses des Ständigen NATO-Rats positive Ergebnis der Bundestagsdebatte vom 18. März 1963 über das Röhrenembargo und appellierte an die britische Solidarität in dieser Frage. Im Fall einer Übernahme der Großrohr-Lieferungen an die UdSSR durch britische Firmen werde in der deutschen Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, Großbritannien benutze die Bündnistreue der Bundesrepublik, um selbst Geschäfte zu machen. Roberts erinnerte daran, daß seine Regierung bereits bei der Beschlußfassung der NATO darauf hingewiesen habe, daß in Großbritannien die für ein Embargo erforderliche parlamentarische Mitwirkung nicht zu erlangen sei.

132 25.03. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken S. 429

Der Leiter des Referats „Wiedervereinigung" gibt den Inhalt eines Gesprächs mit dem französischen Vertreter in der Bonner Vierergruppe wieder. Graf d'Aumale äußerte Bedenken ge-

gen die schriftliche Fixierung einer von Frankreich und der Bundesrepublik abzugebenden Erklärung zur Berlin-Klausel im deutsch-französischen Vertrag. Dagegen befürwortete Oncken ein Eingehen auf diesen amerikanischen und britischen Wunsch, um Mißverständnisse zu beseitigen und die Einigkeit der Westmächte zu stärken. Dieser Aspekt sei vor allem angesichts der Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche über Berlin von Bedeutung.

133 26.03. Ressortbesprechung im Bundeskanzleramt S. 431

Anlaß der Besprechung ist die Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR, die durch dem israelischen Geheimdienst zugeschriebene Anschläge sowie die Verhaftung eines israelischen Staatsangehörigen in der Schweiz zum Gegenstand der Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit und im israelischen Parlament wurde. Trotz der Feststellung, daß die Mitwirkung Deutscher an der Herstellung von ABC-Waffen ausgeschlossen und deutschen Firmen kein Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz nachgewiesen werden könne, wird eine stärkere staatliche Kontrolle einschlägiger Exporte sowie eine Genehmigungspflicht für die Mitarbeit Deutscher an Rüstungsprojekten im Ausland angeregt. Versuche, die deutschen Fachleute zur Rückkehr zu bewegen, werden unter der Maßgabe befürwortet, daß sie behutsam in die Wege geleitet werden, um keine Verstimmung der arabischen Staaten zu riskieren. Es besteht Einvernehmen, den israelischen Wunsch zu berücksichtigen, zunächst keine weitere öffentliche Erklärung in dieser Angelegenheit abzugeben.

134 28.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 437

Lahr gibt ein Gespräch mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium wieder. Wormser erklärte, die französische Regierung werde sich für ein „konkretes und ausgewogenes" Arbeitsprogramm der EWG aussprechen, das eine Intensivierung der Zoll- und Agrarpolitik sowie eine Assoziierung afrikanischer Staaten umfassen solle. Darüber hinaus bestehe die Bereitschaft, die in den Verhandlungen über den EWG-Beitritt Großbritanniens erörterten Zugeständnisse bei den Zöllen zugunsten einiger Commonwealth-Staaten wiederaufzugreifen und eventuell an der Vorbereitung der Kennedy-Runde mitzuarbeiten. Lahr unterstützte den Vorschlag eines Arbeitsprogramms, betonte jedoch, daß bei seiner Durchführung auf „Synchronisierung" geachtet werden müsse. Wichtig seien weiterhin multilaterale Konsultationen mit beitritts- und assoziierungswilligen Staaten sowie eine organisatorische Straffung der Gemeinschaft, wie z.B. eine Fusion der Exekutiven.

135 28.03. Generalkonsul Böx, Helsinki, an das Auswärtige Amt S. 442

Böx berichtet, der Staatssekretär im finnischen Außenministerium habe Bedenken dagegen vorgetragen, daß die für die gegenseitigen Vertretungen der Bundesrepublik und Finnlands vereinbarte Bezeichnung „Handelsvertretung" nunmehr auch in den Beziehungen der Bundesrepublik zu Polen Anwendung finden solle. Hallama habe auf die Gefahr hingewiesen, daß in der deutschen Öffentlichkeit die finnische Handelsvertretung mit den Vertretungen von Ostblock-Staaten gleichgesetzt und Finnland damit „zum Satelliten gestempelt" werden könnte.

136 29.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S. 443

Jansen führt aus, der deutsch-französische Vertrag sei initiiert worden, nachdem die Gründung einer europäischen politischen Union im April 1962 an der Frage einer Beteiligung Großbritanniens gescheitert sei. Bedenken wegen einer Gefährdung der Zusammenarbeit in den europäischen Gemeinschaften und der NATO hält er für unbegründet, denn der Vertrag lege keinen der Partner in seiner Politik fest und enthalte das Bekenntnis zur Einigung Europas. Eine Einfügung „besonderer Bestimmungen" in das Ratifizierungsgesetz, in denen das Verhältnis der Vertragspartner zu den europäischen Gemeinschaften bzw. der NATO definiert werde, sei somit überflüssig. Derartige Bestimmungen würden zudem den Charakter eines Vorbehalts haben und könnten als eine Ablehnung des Vertrags aufgefaßt werden. „Äußerstenfalls" könne eine Präambel im Zustimmungsgesetz akzeptiert werden, in der der Wille der Bundesregierung zur Fortführung ihrer bisherigen Politik zum Ausdruck gebracht werde.

137 01.04. Botschafter von Etzdorf, London, an Staatssekretär Carstens S. 447

Etzdorf berichtet über eine Unterredung mit Lordsiegelbewahrer Heath, der sich besorgt zeigte, weil aufgrund einer „Art von Veto" der französischen Regierung ein Treffen der Außenminister der WEU-Staaten nicht zustande gekommen sei. Angesichts des französischen Vorschlags einer Konferenz der sechs Regierungschefs der EWG-Staaten zu europapolitischen Fragen warnte er davor, die Existenz der WEU als Diskussionsforum aufs Spiel zu setzen, und hob hervor, die britische Regierung müsse an Gesprächen über die europäische Einigung von Anfang an beteiligt werden.

138 01.04. Botschaftsrat I. Klasse Sahm, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 450

Sahm leitet Informationen über ein Gespräch des amerikanischen Außenministers mit dem sowjetischen Botschafter in Washington weiter. Dobrynin habe die Umwandlung von Berlin (West) in eine „freie demilitarisierte Stadt" gefordert. Die dort stationierten Truppen der drei Westmächte könnten tole-

riert werden, wenn ihre Anwesenheit zeitlich begrenzt sei, wenn sie unter dem Oberbefehl der UNO stünden und wenn sie durch Einheiten „gewisser anderer Mitgliedstaaten" der UNO ergänzt würden. Auch andere Probleme, wie die Frage der deutschen Grenzen und eines Verbots von Nuklearwaffen für beide deutsche Staaten, könnten nunmehr einer Lösung zugeführt werden. Rusk habe die Bereitschaft zu Gesprächen angedeutet, deren Grundlage aber nicht die bisherigen sowjetischen Vorschläge zu einem Friedensvertrag und zur Berlin-Frage sein könnten, weil die Vier Mächte Berlin als Ganzes in Treuhandschaft für das deutsche Volk verwalteten. Dobrynin habe erklärt, er sei nicht bevollmächtigt, über den Status von Ost-Berlin zu verhandeln.

139 03.04. Bundesminister Schröder an den französischen Außenminister Couve de Murville S. 452

Schröder äußert sich enttäuscht zu der vom EWG-Ministerrat beschlossenen Finanzhilfe an die Türkei. Ein Beitrag von 125 bis 150 Millionen Dollar stehe angesichts der politischen und militärischen Bedeutung dieses Staates in keinem Verhältnis zu den Hilfen für Griechenland und für afrikanische Staaten. Er erinnerte an die besondere Verantwortung der Gemeinschaft für die Türkei als einem hilfsbedürftigen europäischen Bundesgenossen und schlägt eine französisch-deutsche Initiative zur Formulierung eines angemessenen Angebots vor.

140 04.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Allardt S. 454

Allardt informiert über Unterredungen mit dem polnischen Stellvertretenden Außenhandelsminister, in denen dieser seine Einschätzung der Situation im Ostblock darlegte. Die Volksrepublik China werde sich, so Modrzewski, unabhängig von ideologischen Fragen zu einer „tödlichen Bedrohung" für die UdSSR entwickeln. Außen- und wirtschaftspolitische Schwierigkeiten hätten die Position des sowjetischen Ministerpräsidenten geschwächt. Die Kuba-Krise sei ein „heilsamer Schock" für Chruschtschow gewesen; die damals bestehende Chance zur Lösung weiterer Ost-West-Probleme habe Präsident Kennedy jedoch verstreichen lassen. Nicht verstanden werde selbst von überzeugten polnischen Kommunisten das enge Verhältnis zwischen UdSSR und DDR. Überhaupt liege Polen „nichts an der Existenz der DDR"; es würde vielmehr vorziehen, in absehbarer Zeit nur noch mit einem deutschen Nachbarn zu tun zu haben, dem allerdings „die Zähne gezogen" seien.

141 04.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Allardt S. 457

Allardt berichtet über Gespräche mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister vom 6. und 7. März 1963. Winiewicz brachte das Interesse an einer „definitiven Regelung" der bilateralen Beziehungen zum Ausdruck und bedauerte, daß es im Laufe der Verhandlungen über das Handelsabkommen nicht

zu einer Annäherung der Standpunkte in der Frage der polnischen Westgrenze gekommen sei. Allardt hob hervor, daß die polnische Unterstützung der Zwei-Staaten-Theorie eine derartige Regelung verhindere und Verhandlungen über die Grenzfrage nur nach einer Wiedervereinigung Deutschlands möglich seien. Winiewicz nannte die Wiedervereinigung, von deren Verwirklichung die polnische Regierung überzeugt sei, eine innerdeutsche Angelegenheit, für die der Rapacki-Plan die notwendigen Voraussetzungen schaffe.

142 05.04. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar S. 464

Shinnar unterbreitet einen Vorschlag für eine weitere Presseerklärung der Bundesregierung zur Tätigkeit von Deutschen in der ägyptischen Rüstungsindustrie. Schröder weist die Erklärungen in der Knesseth als ungerechtfertigt zurück. Er macht auf die freiheitliche Verfassung der Bundesrepublik aufmerksam, die nur geringe Kontrollmöglichkeiten zulasse. Trotzdem werde möglicherweise geprüft werden, ob die Mitarbeit an Rüstungsprojekten im Ausland genehmigungspflichtig werden solle. Der Botschafter hebt hervor, seine Regierung verfüge über Beweise, daß die deutschen Rüstungsexperten ABC-Waffen entwickelten; diese könnten allerdings aufgrund des Quellenschutzes nicht vorgelegt werden. Auf die Möglichkeit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen angesprochen, macht Schröder deutlich, daß der Zeitpunkt hierfür noch nicht gekommen sei.

143 09.04. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris S. 467

Am Rande der Tagung des Ständigen NATO-Rats informiert Schröder über den Beschluß, das Ratifizierungsgesetz zum deutsch-französischen Vertrag mit einer Präambel einzuleiten. Weiterhin befürwortet er, die Kontakte zwischen Großbritannien und der EWG über die Ständigen Vertreter in Brüssel aufrechtzuerhalten. Couve de Murville schlägt dagegen vor, zunächst einen Vertreter der Gemeinschaft zur EFTA nach Genf zu entsenden. Anschließend teilt er aus seinen Gesprächen mit dem amerikanischen und dem britischen Außenminister, Rusk und Home, mit, zur Zeit konzentrierten sich die Überlegungen zu einer NATO-Atomstreitmacht auf das Modell einer IANF. Er halte die Gründung einer solchen Streitmacht innerhalb des Bündnisses für eine „Scheinreform", solange ihr eine eigene Organisation und Zielplanung sowie ein gesonderter Befehlsstrang fehlten. Zu den amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen habe er Rusk mitgeteilt, Frankreich könne dem amerikanischen Entwurf eines Abkommens über die Nichtverbreitung nuklearer Waffen zustimmen, sobald auch die UdSSR ihr Einverständnis erklärt habe; eine

solche Einigung dürfe jedoch nicht ohne die Beteiligung Frankreichs und der Bundesrepublik zustande kommen.

144 10.04. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Lord Home in Paris S. 472

Schröder legt dar, daß er die vom französischen Außenminister Couve de Murville vorgeschlagene Verbindungsstelle der EWG bei der EFTA in Genf, über die die Gemeinschaft im Dialog mit Großbritannien bleiben solle, nicht als einen ausreichenden Ersatz für Kontakte zwischen den Ständigen Vertretern in Brüssel erachte. Beide Gesprächspartner betonen das Interesse an einer nuklearen Streitmacht der NATO. Während jedoch die britische Seite zunächst einen multinationalen Aufbau favorisiert, der sich schneller realisieren lasse, hebt Schröder hervor, die Bundesregierung befürworte aus Gründen der Stärkung des Zusammenhalts im Bündnis die multilaterale Organisationsform. Die interalliierte Nuklearstreitmacht stelle praktisch nur eine gewisse Veränderung an Unterstellungsverhältnissen hinsichtlich bereits jetzt vorhandener Streitkräfte dar. Angesichts der französischen Force de frappe, die sich zu einem „Störungsfaktor" in der Allianz entwickeln könnte, messe die Bundesregierung einer MLF „höchsten politischen Wert" bei. Lord Home stimmt dieser Einschätzung zu, weist aber darauf hin, daß es für Großbritannien schwierig sei, im Rahmen seiner Mittel zu diesem Projekt beizutragen. In der Frage des Röhrenembargos appelliert Schröder an die britische Regierung, alles zu tun, um eine Übernahme der von der Bundesregierung gestoppten Lieferungen durch britische Firmen zu verhindern.

145 10.04. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Paris S. 477

Hinsichtlich einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO betont Rusk, daß seine Regierung auf keinen Fall auf die Mitwirkung an der Entscheidung über deren Einsatz verzichten könne. Unter dieser Voraussetzung seien die USA „in den Formulierungen sehr aufgeschlossen". Schröder pflichtet bei, man müsse eine „psychologisch geschickte Formulierung" finden. Der amerikanische Außenminister zeigt sich besorgt, daß sowohl Israel als auch die VAR versuchten, in den Besitz nuklearer Waffen zu kommen. Hierzu bemerkt Schröder, er glaube nicht, daß die deutschen Rüstungsexperten in der VAR „sehr viel" zur Entwicklung von Atomwaffen beitragen könnten. Abschließend spricht er die Bitte aus, an dem geplanten Besuch des Präsidenten Kennedy in Berlin (West) Mitglieder der Bundesregierung, eventuell auch Bundeskanzler Adenauer, teilnehmen zu lassen.

146 10.04. Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer mit Staatspräsident Nasser in Kairo S. 480

Der ägyptische Staatspräsident berichtet von den Verhandlungen über eine Föderation mit dem Irak und Syrien. Anschließend wendet sich das Gespräch den israelischen Protesten gegen die Tätigkeit deutscher Fachleute in der ägyptischen Rüstungsindustrie zu. Nasser betont, er wolle sich auf diese Weise in der Flugzeugproduktion unabhängig machen und werde im Falle eines Abzugs der Experten gezwungen sein, Flugzeuge aus der UdSSR zu beziehen. Während Schirmer versichert, daß die Bundesregierung nicht an eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel denke, unterstreicht der Präsident, daß er an einer Politik der Nichtanerkennung der DDR festhalten wolle.

147 10.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker S. 483

Böker äußert juristische und politische Bedenken gegen die Absicht, vor dem Hintergrund der Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der die Mitarbeit an ausländischen Rüstungsprojekten untersagt. Die arabische Welt werde in einem solchen Gesetz eine „diskriminatorische Maßnahme" sehen, die unter dem Druck Israels zustande gekommen sei. Außerdem gibt er zu bedenken, daß die Bundesregierung die Anwendbarkeit nicht auf einzelne Regionen beschränken könnte und dementsprechend Sondergenehmigungen für die Mitarbeit bei solchen Projekten erteilen müßte, die sie für politisch vertretbar oder erwünscht halte. Damit wäre aber „jede Tätigkeit eines deutschen Rüstungsexperten im Ausland Ausdruck einer politischen Willenskundgebung". Sollte trotz dieser Bedenken eine Gesetzesvorlage erstellt werden, sollte sie sich auf die Mitarbeit an der Herstellung von ABC-Waffen und Raketen beschränken.

148 11.04. Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 486

Unter Bezugnahme auf die sowjetische Note vom 6. April 1963 weist Lahr den Vorwurf zurück, daß die Bundesregierung durch die Verordnung vom 18. Dezember 1962 das Abkommen mit der UdSSR über den Waren- und Zahlungsverkehr gebrochen habe. Das Röhrenembargo betreffe vielmehr Lohnveredelungsgeschäfte, deren Umfang das im Abkommen von 1960 festgelegte Kontingent übersteige und deren Genehmigung daher nicht aus dem Abkommen abgeleitet werden könne. Die Bewilligung der Verträge der deutschen Firmen mit der UdSSR sei somit in das Ermessen der Bundesregierung gestellt gewesen. Smirnow führt dagegen das „offen erklärte" Ziel der Bundesregierung an, die UdSSR wirtschaftlich zu schwächen; daher müsse das Embargo als „feindseliger Akt" gelten. Lahr weist dies zurück und macht auf die militärische Bedeutung des sowjetischen Pipelinenetzes aufmerksam. Er versichert, die Bundesregierung betrachte und behandele das

Röhrenembargo als einen Ausnahmefall in den Handelsbeziehungen, der nicht verallgemeinert werden dürfe. Er bedauere deshalb, daß die UdSSR die Angelegenheit mit Vorwürfen und Beschuldigungen „hochgespielt" habe.

149 17.04. Staatssekretär Hopf, Bundesministerium der Verteidigung, an Staatssekretär Carstens S. 491

Im Rahmen der Planungen für eine MLF nimmt Hopf zu ungeklärten Problemen Stellung. In der Frage des Trägers der Polaris-Raketen müsse noch die Überlebensfähigkeit von Überwasserschiffen geprüft werden. Bezüglich des Abstimmungsmodus über die Freigabe eines Einsatzes der Nuklearwaffen solle langfristig ein Mehrheitsverfahren angestrebt werden. Ein Vetorecht könne nur für die Aufbauphase der Streitmacht akzeptiert werden, weil dadurch jeder Teilnehmerstaat das Instrument der MLF lahmlegen und somit die Abschreckungswirkung beeinträchtigen könne. Hinsichtlich der Kosten bittet Hopf Carstens, sich dafür einzusetzen, daß der Bundestag die nötigen Mittel zusätzlich zu den übrigen Verteidigungsausgaben bereitstellt, um den konventionellen Anteil am Aufbau der Bundeswehr sicherzustellen.

150 22.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs S. 493

Sachs beklagt das eigenmächtige Vorgehen des im Bundesministerium der Verteidigung mit der Koordinierung der Ausrüstungshilfe befaßten Brigadegenerals Becker. Dieser habe ohne Beteiligung, Zustimmung oder rechtzeitige Unterrichtung des Auswärtigen Amts mit Regierungsvertretern des Sudan, Somalias, Guineas und Indiens Verhandlungen über Waffenlieferungen geführt. Außerdem werde das Auswärtige Amt nicht hinreichend über die Rüstungskäufe in Israel informiert. Sachs fordert, „derartige zu beanstandende Aktionen" unverzüglich zu unterbinden.

151 23.04. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 496

Carstens berichtet über eine Demarche des griechischen Botschafters wegen eines von der Türkei geplanten Kaufs von U-Booten in der Bundesrepublik. Tsatsos wies auf das gespannte griechisch-türkische Verhältnis und insbesondere darauf hin, daß nach ihm vorliegenden Informationen die fraglichen U-Boote nur in der Ägäis und nicht im Schwarzen Meer eingesetzt werden könnten. Er persönlich empfehle, den Kauf zu verhindern; anderenfalls sollten Griechenland U-Boote unter den gleichen Bedingungen wie der Türkei zur Verfügung gestellt werden.

152 23.04. Vermerk des Staatssekretärs Lahr S. 497

Lahr hält fest, er habe am 18. April 1963 in einer deutsch-amerikanischen Besprechung zur Vorbereitung der Kennedy-Runde dargelegt, daß eine Einigung über eine gemeinsame

Agrarpolitik der EWG bis 1964 nicht realisierbar sei; das dahingehende Drängen Frankreichs sei „vertragswidrig und unrealistisch". Daher liege das von amerikanischer und französischer Seite, aber auch von der EWG-Kommission vertretene Konzept vom Preis als alleinigem Regulator bei landwirtschaftlichen Produkten nicht im Interesse der Bundesrepublik; vielmehr müsse der Gedanke des Zollkontingents in den Vordergrund gestellt werden.

153 24.04. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens S. 499

Carstens informiert über den in einem gemeinsamen Schreiben des Präsidenten Kennedy und des Premierministers Macmillan an Ministerpräsident Chruschtschow unterbreiteten Vorschlag, die Verhandlungen über einen nuklearen Teststopp wiederaufzunehmen. Weiterhin teilt er mit, daß die britische Regierung ihre Bereitschaft zu bilateralen Gesprächen über die sich aus dem Schreiben ergebenden Fragen erklärt habe.

154 26.04. Vermerk des Legationsrats Freiherr von Marschall S. 500

Marschall faßt eine Besprechung zur Frage der Einbeziehung von Berlin (West) in die geplanten deutsch-ungarischen Vereinbarungen zusammen. Die Möglichkeit, eine Berlin-Klausel lediglich in das Handelsabkommen aufzunehmen und darauf im Briefwechsel über den Austausch der Handelsvertretungen zu verzichten, wurde verworfen. Statt dessen einigten sich die Gesprächsteilnehmer, das Protokoll mit Ungarn von 1955 über den Zahlungsverkehr, das eine Berlin-Klausel enthielt, wieder in Kraft zu setzen und darauf sowohl im Briefwechsel über die Vertretungen als auch im Handelsabkommen Bezug zu nehmen. Anderenfalls müßten die noch abzuschließenden Vereinbarungen in einem Mantelprotokoll zusammengefaßt und mit dem wieder gültigen Protokoll von 1955 verklammert werden.

155 29.04. Aufzeichnung des Botschafters Kroll S. 502

Kroll berichtet von zwei informellen Gesprächen mit dem sowjetischen Botschafter über Möglichkeiten zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR. Am 2. April 1963 wurde über den „Burgfriedensplan" des Bundeskanzlers gesprochen. Der ehemalige Botschafter in Moskau hob die Enttäuschung hervor, die die sowjetische Reaktion vom Juni 1962 bei Adenauer, der mit diesem sehr ernst gemeinten Vorschlag zur Erleichterung der Lage der DDR-Bevölkerung „bis an die äußerste Grenze" gegangen sei, ausgelöst habe. Im zweiten Gespräch vom 23. April 1963 bekräftigte Smirnow das Interesse des Ministerpräsidenten Chruschtschow an einer Wiederaufnahme des Gedankenaustauschs. Kroll wies darauf hin, daß zunächst eine Gesprächsgrundlage gefunden werden müßte, die über die ablehnende sowjetische Haltung vom Vorjahr hinausginge. Er fügte hinzu, daß dies für lange Zeit die letzte Chance für eine deutsch-

sowjetische Entspannung sein werde, da der neue Bundeskanzler in den ersten Jahren seiner Amtszeit aus innenpolitischer Rücksichtnahme dieses „heiße Eisen" wohl nicht werde anfassen können.

156 30.04. Bundeskanzler Adenauer an Präsident Kennedy S.505

Adenauer übermittelt seinen Dank für die Entsendung einer Expertendelegation in die Bundesrepublik zur Erörterung des MLF-Projekts. Er stimmt den amerikanischen Vorschlägen zu, die eine Stationierung der Polaris-Raketen auf Überwasserschiffen vorsehen und den Einsatz der Streitmacht vom einstimmigen Votum der Hauptteilnehmerstaaten abhängig machen. Der Bundeskanzler hält aber eine spätere Prüfung dieser Entscheidungen aufgrund der bis dahin gewonnenen Erfahrungen für nötig und will den Übergang zu anderen Regelungen nicht ausgeschlossen wissen. Er bekundet ferner Interesse, bereits im Juni – während des Besuchs von Kennedy – eine vorläufige Vereinbarung über das Projekt zu unterzeichnen, und erklärt die Bereitschaft der Bundesregierung, einen wesentlichen Anteil an den Kosten zu tragen. Allerdings werde erwartet, daß nunmehr auch andere NATO-Staaten ihre Teilnahme verbindlich zusagten.

157 30.04. Präsident Jahn, Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, an Staatssekretär Globke, Bundeskanzleramt S.507

Nach einem Besuch in nordafrikanischen Staaten – darunter auch in der VAR – schildert Jahn dortige Reaktionen auf geplante gesetzliche Maßnahmen gegen die Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in Spannungsgebieten. In einer diesbezüglichen Ankündigung der Bundesregierung, in der allein die arabischen Staaten und namentlich die VAR angesprochen wurden, erblicke man angesichts der Mitwirkung von Deutschen an Rüstungsprojekten anderer Staaten, darunter angeblich auch Israels, eine empörende Ungleichbehandlung. Die wahrscheinliche Folge eines solchen Gesetzes werde der Abbruch der diplomatischen Beziehungen der VAR zur Bundesrepublik und eine Anerkennung der DDR sein. Diesem Schritt würden sich voraussichtlich weitere arabische und nordafrikanische Staaten, aber auch Indien, Birma und Indonesien anschließen. Eine solche „Einheitsfront" gegen die bisherige Außenpolitik der Bundesrepublik würde den Zusammenbruch der Hallstein-Doktrin bedeuten und damit die Problematik einer Wiedervereinigung „in ein anderes Stadium" drängen.

158 02.05. Aufzeichnung des Referats II 7 S.511

Das Referat „NATO/WEU" nimmt zu verteidigungspolitischen Fragen Stellung, die der NATO-Generalsekretär auf der Ministerratstagung der NATO vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa behandeln wolle. Sein Vorschlag einer „Gesamtrechnung" für die zukünftige Verteidigungsplanung der Allianz solle zur Erörterung an den Ständigen NATO-Rat verwiesen werden.

Dagegen solle ein Beschluß der Minister über die Einrichtung einer Interalliierten Nuklearstreitmacht getroffen werden. Nach den Vorstellungen von Stikker würden in dieser IANF nukleare Trägerwaffen einzelner NATO-Staaten zusammengefaßt und SACEUR unterstellt werden. Eine besondere Einsatzregelung für diese Streitmacht würde sich erübrigen, da die Sprengköpfe gemäß den „Athener guidelines" durch den amerikanischen Präsidenten oder die britische Regierung freigegeben würden. Darüber hinaus müsse, so die Ansicht des Referats, im Beschluß des NATO-Ministerrats deutlich werden, daß die auch von der Bundesrepublik befürwortete IANF lediglich die erste Stufe einer umfassenderen NATO-Nuklearstreitmacht sein solle, die durch eine multilateral aufgebaute Komponente, die MLF, zu ergänzen sei.

159 03.05. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S.514

Carstens faßt das Ergebnis einer Ressortbesprechung bei Bundeskanzler Adenauer zusammen. Einigkeit bestand über die Teilnahme der Bundesrepublik an der geplanten multilateralen Atomstreitmacht. Angesichts der Haushaltslage wurde es aber nicht für möglich gehalten, gleichzeitig die von der amerikanischen Regierung geforderten Planziele im konventionellen Bereich zu erreichen.

160 03.05. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S.515

Carstens befürwortet eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kambodscha, trotz offizieller Kontakte dieses Staates zur DDR. Er schlägt vor, eine Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Phnom Penh zu eröffnen, deren Mitglieder diplomatische Immunitäten und Privilegien genießen sollten und deren Leiter den persönlichen Titel eines Botschafters führen würde. Die DDR werde dagegen auch weiterhin lediglich über eine Handelsvertretung verfügen, die von einem Generalkonsul geführt werde. Carstens räumt ein, daß aufgrund der labilen politischen Verhältnisse in Kambodscha die Gefahr bestehe, daß die DDR die Stellung ihrer Vertretung nach und nach derjenigen der Bundesrepublik angleichen würde. Somit könnte die Situation entstehen, daß zwei deutsche Vertreter in Kambodscha den persönlichen Titel eines Botschafters führten. Daher müsse gegenüber der kambodschanischen Regierung von vornherein deutlich gemacht werden, daß in einem solchen Fall die Bundesrepublik ihre Vertretung schließen müßte.

161 06.05. Vermerk des Staatssekretärs Lahr S.517

Lahr faßt eine Unterredung mit dem portugiesischen Wirtschaftsminister zusammen. Pinto teilte mit, Portugal wolle den Antrag auf Assoziierung mit der EWG aufrechterhalten. Daraufhin legte Lahr dar, daß die Beziehungen der EWG zu den EFTA-Staaten in Verbindung mit dem Beitritt Großbritanniens geregelt werden sollten, und bedauerte, daß der Abbruch

der Brüsseler Verhandlungen der geographischen Ausweitung der Gemeinschaft ein vorläufiges Ende gesetzt habe. Auf den Hinweis von Pinto, Portugal wolle – ähnlich wie Österreich – sein Verhältnis zur EWG nicht von demjenigen Großbritanniens abhängig machen, erläuterte Lahr, daß es angebracht sei, zunächst „den Fall Österreich positiv zu regeln", weil die Verflechtung mit den EWG-Märkten dort bereits besonders ausgeprägt sei. Abschließend hält der Staatssekretär seine Ansicht fest, daß das „ungeklärte Verhältnis Portugals zu seinen überseeischen Gebieten" eine Assoziierung schwierig gestalten würde.

162 09.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg S.519

Meyer-Lindenberg nimmt zu dem amerikanischen Vorschlag Stellung, die MLF als zwischenstaatliche Organisation mit eigener Völkerrechtssubjektivität sowie eigenem Kriegführungsrecht zu errichten und ihre Schiffe unter Verzicht auf jedes nationale Kennzeichen durch eine besondere Flagge kenntlich zu machen. Da die USA eine eigene MLF-Flagge als sichtbaren Ausdruck der Internationalisierung der Schiffe und somit als „conditio sine qua non des Gesamtprojekts" betrachteten, sei eine Entscheidung in dieser Frage „eminent politisch". Meyer-Lindenberg unterstützt den Vorschlag, macht aber auch auf damit verbundene Risiken aufmerksam. Diese resultierten daraus, daß eine solche Konstruktion bislang im Völkerrecht nicht nachweisbar sei. So sei es ungewiß, ob im Kriegsfall die Genfer Abkommen, insbesondere das Kriegsgefangenen-Abkommen, auf Besatzungen der MLF-Schiffe angewandt würden.

163 09.05. Runderlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer S.521

Reinkemeyer stellt fest, daß die Temporary-Travel-Document-Sperre, die nach dem Bau der Berliner Mauer eingeführt worden sei und für bestimmte Kategorien von DDR-Bewohnern ein Einreiseverbot in NATO-Staaten darstelle, erfolgreich gewesen sei. Allerdings seien mittlerweile in der NATO Stimmen zugunsten einer Lockerung laut geworden, da durch diese Beschränkung in besonderem Maße die Veranstaltungen internationaler nichtstaatlicher Organisationen betroffen seien. In Zusammenarbeit mit Vertretern der Westmächte sei deshalb ein Vorschlag ausgearbeitet worden, der vorsehe, in den Bereichen Wissenschaft und Sport die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften bzw. Delegationen zu fördern. Die Reaktion der DDR auf dieses Vorhaben werde zeigen, „in welchem Umfang die Zone an einer unpolitischen internationalen Zusammenarbeit" interessiert sei.

164 11.05. Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), an Bundesminister Schröder S.523

Harkort berichtet, daß das am 9. Mai 1963 vom Ministerrat beschlossene Arbeitsprogramm der EWG auf britischer Seite Enttäuschung ausgelöst habe, da darin nur noch die Koppelung der Bereiche Kennedy-Runde und Agrarverordnungen erwähnt werde. Nicht mehr einbezogen sei jedoch die Fortführung der Kontakte mit Großbritannien, die im deutschen Entwurf noch fester Bestandteil des Programms gewesen sei. Der britische Geschäftsträger bei der EWG habe mitgeteilt, dies werde in Großbritannien als eine „erneute, von Frankreich gewünschte und von den anderen Mitgliedstaaten nicht verhinderte Demütigung" betrachtet. Harkort habe daraufhin Galsworthy dargelegt, daß es vorrangig gewesen sei, die Verknüpfung zwischen Kennedy-Runde und Agrarpolitik der EWG festzuschreiben. Die Bundesregierung strebe weiterhin an, in einem zweiten Arbeitsprogramm alle drei Aspekte zu bündeln.

165 13.05. Aufzeichnung des Referats II 4 (Entwurf) S.526

In der Aufzeichnung des Referats „Sowjetunion" wird die Einführung der revidierten Version des Friedensplans von 1961 in die amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche befürwortet. Da die von der Deutschland-Frage losgelöste Behandlung des Berlin-Problems in den Gesprächen der beiden zurückliegenden Jahre keine Resultate erbracht habe, sei es wünschenswert, den „natürlichen Zusammenhang" zwischen diesen beiden Komplexen wiederherzustellen. Der revidierte Friedensplan erscheine dazu – auch aus Sicht des amerikanischen Sonderbotschafters Thompson – als ein geeignetes Mittel.

166 13./15.05. Deutsch-amerikanische Koordinierungsbesprechungen S.528

Zweck der Besprechungen ist die gegenseitige Abstimmung von Projekten auf dem Gebiet der Ausrüstungshilfe, die nach amerikanischem Wunsch vor allem vor einer Übernahme neuer Verpflichtungen erfolgen müsse. Grundsätze der Ausrüstungshilfe seien die Stärkung des politischen Vertrauens in den Westen und der inneren Sicherheit der Empfängerstaaten sowie der wirtschaftlichen Entwicklung durch „dual purpose"-Vorhaben. Die deutsche Delegation weist darauf hin, daß über derartige Aktivitäten der Bundesregierung in der Öffentlichkeit nichts bekannt sei und auch der Bundestag damit nicht befaßt werde. Die Bundesregierung beabsichtige auf keinen Fall, ihr politisches Ansehen durch einen Übereifer auf diesem Gebiet zu strapazieren oder in lokale Konflikte einzugreifen. Im Verlauf der Gespräche werden konkrete Ausrüstungshilfen an verschiedene Staaten Afrikas und Asiens, aber auch des Nahen Ostens und Europas diskutiert. Dabei wird von amerikanischer Seite ein erhöhtes Engagement der Bundesrepublik in der Türkei, dem Iran und Afghanistan befürwortet. Abschließend werden die Genehmigungsverfahren für kom-

merzielle Waffengeschäfte und die Vergabe von überschüssigem Rüstungsmaterial aus deutschen Beständen an NATO-Verbündete erörtert.

167 15.05. Gesandter Scholl, Moskau, an Bundesminister Schröder S.540

Scholl gibt einen Bericht des Generalbevollmächtigten der Firma Krupp über eine Unterredung mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten wieder. Chruschtschow habe mitgeteilt, daß er „gewisse Erwartungen" in den bevorstehenden Kanzlerwechsel in der Bundesrepublik setze. Eine Änderung der sowjetischen Haltung in der Deutschland- und Berlin-Frage sei nicht erkennbar gewesen. Auf das Problem angesprochen, daß 9000 ausreisewillige Deutsche in der UdSSR festgehalten würden, habe Chruschtschow deren Existenz abgestritten. Im wirtschaftlichen Bereich scheine die UdSSR eine größere Eigenständigkeit anzustreben. So habe der Ministerpräsident auch zum Ausdruck gebracht, das Röhrengeschäft mit Firmen aus der Bundesrepublik „sei aus". Offenbar habe das Röhrenembargo eine Schockwirkung ausgelöst. Nach dem Eindruck von Beitz sei das Gespräch mit der Absicht geführt worden, die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu „entdramatisieren".

168 15.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S.542

Jansen gibt Äußerungen des französischen Informationsministers zur Force de frappe wieder. Gegenüber dem von Gegnern der französischen Atomstreitmacht erhobenen Einwand, sie wäre „lächerlich unbedeutend", machte Peyrefitte darauf aufmerksam, daß sie den Zweck der Abschreckung eines Angreifers erfülle. Dem Argument, die Force de frappe sei „ruinös", begegnete er mit Hinweisen auf die belebende Wirkung der Atomwaffenproduktion auf die Wirtschaft. Der Ansicht, sie sei „überflüssig", hielt er entgegen, daß es auf lange Sicht keine Garantie für die amerikanische Bereitschaft zu einer atomaren Verteidigung Europas gebe. Peyrefitte führte aus, daß sich Frankreich nicht an einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO beteiligen wolle, jedoch nichts gegen eine deutsche Teilnahme einzuwenden habe. Dies sei für die Bundesregierung der einzige Weg, „ein gewisses Mitspracherecht beim Einsatz von Atombomben zu erhalten".

169 16.05. Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath S.544

Luedde-Neurath berichtet von den Verhandlungen mit Ungarn über den Austausch von Handelsvertretungen. Der ungarische Delegationsleiter habe kategorisch jede Bezugnahme auf das Protokoll von 1955 und dessen Berlin-Klausel in einem Briefwechsel über die Handelsvertretungen abgelehnt, aber die Bereitschaft erkennen lassen, über „irgendeine Einbeziehung Berlins" im Rahmen der Verhandlungen über ein Handelsabkommen zu sprechen. Nachdem von deutscher Seite auf

die mit Polen gefundene Lösung hingewiesen worden sei, habe Szöke die Möglichkeit eingeräumt, daß das Handelsabkommen und der Briefwechsel über die Handelsvertretungen gleichzeitig in Kraft treten könnten. Ob die Einbeziehung von Berlin (West) durch eine Verklammerung dieser beiden Vereinbarungen mittels eines Mantelprotokolls oder durch eine „abstrakte Verweisungsklausel" in den beiden Vereinbarungen gesichert werden könne, sei noch offengeblieben.

170 17.05. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Professor Kissinger, Harvard University S.546

Adenauer spricht sich für das Projekt einer MLF aus, da es für die Bundesrepublik ausschlaggebend sei, „den Anschluß an die Vereinigten Staaten, an die Entwicklung, nicht zu verpassen". Er erläutert die Gründe für die französisch-britischen Spannungen. Verursacht worden sei das Scheitern eines EWG-Beitritts Großbritanniens jedoch durch eine „überdimensionale Dummheit" der britischen und weiterer Delegationen in Verfahrensfragen. Trotz der in erster Linie gegen Premierminister Macmillan und nicht gegen die USA gerichteten Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 14. Januar 1963 habe er es für richtig erachtet, seinen Besuch bei de Gaulle nicht aufzuschieben. Auf der Basis des Vertrags vom 22. Januar 1963 könnten die Bundesrepublik und Frankreich gemeinsam einen starken „Damm" gegen die UdSSR schaffen. Dabei wolle de Gaulle die USA nicht aus Europa vertreiben; er befürchte vielmehr, sie könnten sich aus eigenem Entschluß zurückziehen. Während Kissinger die Ansicht vertritt, die USA würden im Fall eines sowjetischen Angriffs mit Sicherheit zu einem Einsatz ihrer Atomwaffen bereit sein, gibt Adenauer zu bedenken, daß es bei der schwierigen Entscheidung, ob ein nuklearer Vergeltungsschlag ausgelöst werden solle, „sehr auf die Psychologie des führenden Mannes" ankäme.

171 17.05. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem tanganjikanischen Botschafter Tibandebage S.554

Der Botschafter berichtet über das wachsende Interesse der früheren britischen Territorien in Afrika an Kontakten mit der EWG und erläutert die Absicht der Regierungen Kenias, Tanganjikas und Ugandas, die zwischen ihren Staaten bestehende Wirtschaftsunion geographisch zu erweitern. Die NATO spiele in Afrika eine große Rolle als Gegengewicht gegen „eine andere große Kraft, die für die Welt gefährlich sein könnte"; auch das Prestige der UNO wachse. Dagegen habe sich der Einfluß der UdSSR verringert, und die Volksrepublik China beginne, politisch an Boden zu gewinnen.

172 17.05. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S.557

Im Rahmen des Antrittsbesuchs von McGhee werden Einzelheiten des Programms für den Besuch des amerikanischen Präsidenten in der Bundesrepublik erörtert. Schröder teilt mit, es gebe noch keine Einigung darüber, ob Kennedy in Bonn oder in der Frankfurter Paulskirche vor dem Bundestag sprechen solle. Für die bevorstehende NATO-Ministerratstagung in Ottawa erwartet der Bundesminister eine Regelung in der Angelegenheit der IANF und versichert, die Bundesrepublik stehe auch dem MLF-Projekt positiv gegenüber. Entscheidend sei jedoch, daß Großbritannien das multilaterale Konzept unterstütze.

173 18.05. Ministerialdirektor Jansen an die Botschaft in Kairo S.562

Jansen legt dar, daß das Bundeskabinett zu dem Schluß gekommen sei, die an Rüstungsprojekten in der VAR mitarbeitenden Deutschen nicht durch die Vorbereitung gesetzlicher Maßnahmen zur Beendigung ihrer Tätigkeit zu veranlassen. Dessenungeachtet sei von einigen Bundestagsabgeordneten ein Gesetzentwurf erarbeitet worden. Jansen bittet darum, den deutschen Experten in einem informellen Gespräch die außen- und innenpolitischen Implikationen zu erklären, insbesondere die schwere Belastung für das deutsch-israelische Verhältnis, um so einer „persönlichen Verbitterung die Spitze abzubrechen". Zwar lasse nichts auf die Mitwirkung der Deutschen an einer Produktion von ABC-Waffen schließen, doch könne die militärische Bedeutung des ägyptischen Raketenprogramms nicht übersehen werden.

174 20.05. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S.565

Carstens weist darauf hin, daß nach Überzeugung der Bundesregierung noch etwa 10000 rückkehrwillige Reichsdeutsche und ehemalige Vertragsumsiedler in der UdSSR zurückgehalten würden. Smirnow entgegnet, daß alle ausreisewilligen Deutschen längst ausgereist seien, und vermutet hinter der erneuten Thematisierung des Rückführungsproblems die Absicht der Bundesregierung, die Beziehungen zur UdSSR zu verschlechtern. Zur Freigabe des Sonderkontos in Moskau, auf das repatriierte Deutsche vor der Ausreise Bargeld eingezahlt hatten, bemerkt Smirnow, dies könne „eines Tages" im Rahmen der „großen materiellen Forderungen" an die Bundesrepublik geregelt werden. Auch auf das Ersuchen um Zustimmung zur Begnadigung des ehemaligen Reichsministers Speer reagiert der Botschafter ablehnend. Carstens macht darauf aufmerksam, daß die in der UdSSR wegen Spionage verurteilten deutschen Studenten Naumann und Sonntag trotz gegebener Zusagen noch nicht freigelassen worden seien. Das Gespräch endet mit einer Darlegung der gegenseitigen Standpunkte zum Röhrenembargo.

175 20.05. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem kanadischen Außenminister Martin in Ottawa S.575

Zum bevorstehenden Abkommen mit den USA über Lagerung und Kontrolle amerikanischer nuklearer Sprengköpfe in Kanada merkt Martin an, noch gelte es, die kanadische Bevölkerung davon zu überzeugen, daß dies „keine Ausweitung des nuklearen Clubs" bedeute. Schröder pflichtet bei, daß die Verbreitung nationaler nuklearer Waffen unerwünscht sei, und fügt hinzu, deshalb unterstütze die Bundesregierung eine hochintegrierte Streitmacht der NATO. Auf den Einwand, letztlich verbleibe doch auch bei der IANF oder der MLF die Kontrolle über den Einsatz der Atomwaffen bei den USA, verweist er auf psychologisch-politische Vorteile durch die Beteiligung der übrigen Partner an der Kontrolle. Entscheidend sei die Sicherung des Zusammenhalts in der Allianz. Dies müsse betont werden, um der nicht nur von französischer Seite ausgehenden Propaganda, „daß man für Waffen zahle, über die Amerika verfüge", entgegenzutreten. Der kanadische Außenminister bezeichnet die MLF als den Idealzustand einer integrierten Streitmacht und die IANF „als eine Brücke dorthin". Allerdings tue Kanada im Augenblick nicht sehr viel zur Ermutigung der multilateralen Streitmacht.

176 20.05. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, z.Z. Ottawa S.578

Carstens kommentiert die sowjetische Note vom 17. Mai 1963 zum deutsch-französischen Vertrag. Wegen einer Reihe unhaltbarer Behauptungen – z.B. der Vertrag stelle eine „militaristische Allianz innerhalb der NATO" dar oder die Bundesrepublik strebe den Besitz von Atomwaffen an – bezeichnet er sie als „eine der schwächsten Leistungen der Sowjets" in dem jahrelangen Notenaustausch mit der Bundesrepublik.

177 21.05. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Ottawa S.579

Couve de Murville äußert sich befriedigt darüber, daß die angestrebte Interalliierte Atomstreitmacht zu keiner Veränderung der NATO-internen Befehlsstränge führen werde. Frankreich habe sich der Einrichtung eines gesonderten Befehlsstrangs widersetzt, da dies bedeutet hätte, daß die „gesamte nukleare Macht aus der Schlacht um Europa herausgerissen" worden wäre. Hinsichtlich der GATT-Verhandlungen unterstreicht er, daß nur die Vorschläge der EWG sowohl dem amerikanischen als auch dem europäischen Handel Erleichterungen bringen würden. Demgegenüber würde das von den USA vorgesehene System in der Praxis lediglich auf eine einseitige Erleichterung des amerikanischen Handels hinauslaufen. Auch würden die Zollverhandlungen von Kennedy hauptsächlich aus innenpolitischen Gründen geführt.

178 21.05. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Ottawa S.581

Bundesminister Schröder weist darauf hin, daß sich die Bundesregierung im Falle britischer Großrohr-Lieferungen an die UdSSR gezwungen sähe, ihre Unterstützung für das Embargo aufzugeben. Der amerikanische Außenminister macht deutlich, daß die USA es „sehr übel empfinden" würden, wenn der gesamte Markt für die UdSSR wieder geöffnet würde. Anschließend vertritt er die Ansicht, daß die Interalliierte Nuklearstreitmacht im Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung nicht ihrer Bedeutung entsprechend behandelt werde. Zu den Planungen für eine MLF, die bislang auf bilateraler Basis stattfänden und nicht Gegenstand einer Debatte im NATO-Ministerrat werden sollten, stellt er fest, daß für die Zukunft des Projektes die Zusicherung der Teilnahme der europäischen Verbündeten entscheidend sei. Abschließend berichtet Rusk über sein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Washington und übergibt Schröder ein Exemplar des sowjetischen Aide-mémoires über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Dobrynin habe zudem eine Nichtangriffsvereinbarung zwischen NATO und Warschauer Pakt als mögliche Form einer Einigung mit dem Westen genannt, die praktisch „nicht viel bedeuten" würde, aber von außerordentlicher psychologischer Wichtigkeit sein könnte. Schröder befürchtet jedoch, daß auf diese Weise der Status quo in Europa zementiert werden solle.

179 21.05. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Lord Home in Ottawa S.585

Schröder legt dar, daß die Bundesregierung der Gründung einer MLF, abgesehen vom militärischen Wert, vor allem große politisch-psychologische Bedeutung für den Zusammenhalt der Allianz beimesse. Unter Hinweis auf britische Finanzprobleme und die bereits in den Bau von U-Booten investierten Mittel kritisieren Lord Home und der britische Verteidigungsminister, daß von dem in Nassau beschlossenen Konzept abgewichen werden soll. Sie äußern Zweifel, ob Überwasserschiffe wirklich so kostengünstig und unverwundbar seien, wie von amerikanischen Militärs versichert werde. Thorneycroft unterstreicht, daß aufgrund des amerikanischen Vetorechts bei einer Entscheidung über den Einsatz der Atomstreitmacht der Verteidigung des Westens kein neuer Aspekt hinzugefügt werde. Nach einer kurzen Erörterung des Kontakts zwischen der EWG und Großbritannien in Brüssel wendet sich das Gespräch dem Röhrenembargo zu. Schröder schildert eindringlich die „ungeheuren Probleme", die sich im Falle britischer Lieferungen an die UdSSR nicht nur für die Bundesregierung, sondern überhaupt für die westliche Politik gegenüber dem Osten ergeben würden. Darauf äußert Lord Home die Auffassung, Großbritannien hätte gegen den Beschluß des Ständigen NATO-Rats am 21. November 1962 sein Veto einlegen müssen.

180 21.05. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken S.589

Der Leiter des Referats „Wiedervereinigung" regt an, durch das Bundesministerium für Wirtschaft und den Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Leopold, prüfen zu lassen, ob der in Gesprächen mit Vertretern der Wirtschaft zum Ausdruck gebrachte Wunsch der DDR, die im innerdeutschen Handel geltende Barzahlungsklausel wegfallen zu lassen und das Handelsvolumen zu erhöhen, nicht dazu benutzt werden könnte, Passierschein-Gespräche in Gang zu bringen.

181 27.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer S.591

Reinkemeyer hält die Ergebnisse einer Unterredung mit Vertretern der rumänischen Regierung über die Aufnahme von Verhandlungen über ein Handelsabkommen und einen Austausch von Handelsvertretungen fest. Es sei der Eindruck entstanden, daß die rumänische Seite möglichst umgehend, eventuell schon vor Beginn von Handelsvertragsverhandlungen, eine Vereinbarung über Handelsvertretungen abschließen wolle. Reinkemeyer regt an, einen diesbezüglichen Briefwechsel zu entwerfen, der sich an das „polnische und ungarische Muster" anlehnen solle. Zweifelhaft erscheine, ob sich eine für Rumänien akzeptable und gleichzeitig die Bundesrepublik zufriedenstellende Formel für eine Einbeziehung von Berlin (West) werde finden lassen.

182 28.05. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar S.593

Adenauer und Shinnar stimmen überein, daß die Friedenschancen im Nahen Osten noch „nie so gut wie jetzt" gewesen seien. Der Bundeskanzler lehnt es jedoch ab, direkt auf die arabischen Staaten im Sinne einer Besserung ihrer Beziehungen zu Israel einzuwirken. Shinnar übergibt ein Schreiben des israelischen Ministerpräsidenten und äußert die Hoffnung, daß noch in der Amtszeit von Adenauer diplomatische Beziehungen zwischen beiden Staaten aufgenommen werden könnten. Er könne zusichern, daß Ben Gurion für eine Zustimmung in der Knesseth sorgen werde. Persönlich spricht sich Adenauer für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen aus, befürchtet aber, daß eine solche Maßnahme „die Araber zu einer neuen Hetze gegen Israel ermuntern werde". Abschließend äußert er sich zu möglichen weiteren Gerichtsverfahren gegen NS-Verbrecher. Angesichts des umfangreich vorhandenen Materials stünden noch etwa 2000 Prozesse bevor; dies sei für das Ansehen Deutschlands in der Welt „unerträglich". Er äußert die Überlegung, „diese Angelegenheit" gleichzeitig mit der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Israel zu beenden.

183 29.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg S.597

Meyer-Lindenberg nimmt zu der vom Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, Schütz, vertretenen Ansicht Stellung, Berlin (West) sei nicht wirksam in die Vereinbarungen mit Polen vom 7. März 1963 einbezogen. Die Einbeziehung der Stadt sei durch eine in einem zusätzlichen Briefwechsel fixierte Verklammerung des Protokolls über den Zahlungsverkehr von 1956, das eine Berlin-Klausel enthalte, mit den Abmachungen vom März 1963 erfolgt. Die Zustimmung Polens zu dieser Vorgehensweise stelle bereits einen „eindeutigen Erfolg" dar. Meyer-Lindenberg betont, es gebe nur die Alternative, entweder auf jegliche Abkommen mit Ostblock-Staaten zu verzichten oder aber eine „elastischere" Form der Einbeziehung Berlins zu akzeptieren. Da diese Vorgehensweise von dem von der Alliierten Kommandantur festgelegten Verfahren für die Einbeziehung Berlins formal abweiche, seien die drei Westmächte bereits um ihre Zustimmung gebeten worden.

184 29.05. Ministerialdirektor Jansen an Botschafter Knappstein, Washington S.599

Jansen weist Knappstein an, im amerikanischen Außenministerium klarzustellen, daß die Behauptung, es gebe einen geheimen militärischen Zusatz zum deutsch-französischen Vertrag, der unter anderem die Zusammenarbeit und den Austausch von Informationen auf dem Gebiet der nuklearen Waffen vorsehe, jeglicher Grundlage entbehre.

185 29.05. Gespräch des Botschafters Freiherr von Welck mit Staatspräsident Franco in Madrid S.600

Im Rahmen des Abschiedsbesuchs von Welck äußert Franco die Überzeugung, daß die „Satellitenstaaten" für die UdSSR ein schwieriges Problem darstellten, „denn in keinem dieser Staaten wäre das Volk für das kommunistische Regime gewonnen". Daher müsse sich der Westen mit allen propagandistischen Mitteln dafür einsetzen, diese Völker in ihrer Hoffnung auf Befreiung zu bestärken. Zur inneren Lage der UdSSR bemerkt er, es sei schwer verständlich, daß es nach 45 Jahren ihres Bestehens noch nicht zu einem durch die Streitkräfte ausgelösten „Regimewechsel" gekommen sei. Am Schluß der Unterredung berichtet er von Äußerungen des Präsidenten Kennedy, daß die USA gezwungen sein könnten, ihre Politik zu ändern und die militärische Unterstützung Europas abzubauen, wenn es nicht gelinge, das Problem der passiven Zahlungsbilanz zu lösen.

186 04.06. Aufzeichnung des Bundeskanzlers Adenauer S.603

Adenauer gibt zunächst eine Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter vom 28. Mai 1963 wieder. Smirnow habe vorgeschlagen, die im Vorjahr unterbrochenen Gespräche über eine Verbesserung der Beziehungen wiederaufzunehmen. Mit dem ehemaligen Botschafter in Moskau, Kroll, kam Adenauer daraufhin am 4. Juni 1963 überein, Smirnow mitzuteilen, daß erst einmal eine Antwort der sowjetischen Regierung auf den „Burgfriedensplan" vom Juni 1962 erwartet werde.

187 05.06. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S.604

Carstens informiert über ein Gespräch mit dem britischen Botschafter Roberts. Der Staatssekretär erläuterte, daß einem Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt nicht zugestimmt werden könne. Es sei falsch, der UdSSR Zugeständnisse zu machen, um ihre Position gegenüber der Volksrepublik China zu stärken. Zudem sei eine solche formelle Vereinbarung aufgrund der damit verbundenen Anerkennung der DDR ausgeschlossen. Ebenso bedenklich wären Nichtangriffserklärungen, da sie letztlich eine weitere Konsolidierung des Status quo und somit eine Schwächung der Wiedervereinigungspolitik zur Folge haben würden. Sie könnten nur im Falle bedeutender sowjetischer Gegenleistungen in der Berlin- und Deutschland-Frage in Betracht gezogen werden.

188 05.06. Gespräch des Ministerialdirigenten Böker mit Abteilungsleiter Strong, amerikanisches Außenministerium, in Washington S.606

Böker und Strong beurteilen die Zukunft der am 17. April 1963 um Syrien und den Irak erweiterten VAR angesichts „gewisser unüberbrückbarer Gegensätze" zwischen den drei beteiligten Staaten skeptisch. Böker erläutert die Kontroverse zwischen der Bundesrepublik und Israel wegen der Mitarbeit deutscher Fachleute in der ägyptischen Rüstungsindustrie. Nach bisherigem Kenntnisstand seien weder deutsche noch andere Wissenschaftler mit der Produktion von ABC-Waffen beschäftigt. Die israelischen Unterlagen über eine Beteiligung von Deutschen an der Rüstung der VAR seien dem Auswärtigen Amt noch nicht zugänglich gemacht worden. Nach Ansicht von Strong bestehen die wichtigsten außenpolitischen Ziele Israels darin, die Kontakte Ägyptens zum Westen zu schwächen und eine amerikanisch-israelische „Sicherheitsverbindung" herzustellen. Über entsprechende schriftliche Garantien hinaus strebe Israel besonders den „Zugang zu amerikanischen Arsenalen" an. Weiterhin dürfe angenommen werden, daß Israel versuchen werde, sich – falls „irgendwie möglich" – zum Westufer des Jordan auszudehnen.

189 05.06. Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt S.609

Weber berichtet, daß in der Presse wiedergegebene Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Strauß in Israel – wonach sich die Bundesregierung für Existenz und Sicherheit des Staates Israel verantwortlich fühle und er persönlich sich darum bemühen wolle, die Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR zu beenden – in Ägypten große Aufmerksamkeit gefunden hätten. In dieser Verlautbarung werde eine Sicherheitsgarantie für Israel gesehen, wie sie Ministerpräsident Ben Gurion von den beiden Weltmächten gefordert habe. Der Botschafter spricht sich gegen eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus, da dies die innerarabischen Auseinandersetzungen beenden würde, die Israel eine „Atempause" verschafften. Er macht darauf aufmerksam, daß als weitere Folge die arabischen Staaten nicht nur diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen, sondern auch die Kontakte zur Bundesrepublik abbrechen würden. Der DDR würde somit die in harter Arbeit aufgebaute kulturelle und wirtschaftliche Position der Bundesrepublik im Nahen Osten „in den Schoß fallen".

190 05.06. Hauserlaß des Ministerialdirektors Krapf S.613

Der Erlaß informiert über die NATO-Ministerkonferenz vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa. Als wichtigstes Ergebnis wird der Beschluß über die Reorganisation der nuklearen Streitkräfte der Allianz gewertet, durch die SACEUR zusätzliche Einsatzmittel unterstellt und die Nichtnuklearstaaten in stärkerem Maße an der atomaren Planung beteiligt würden. Die nuklearen Gefechtsfeldwaffen blieben von der Reorganisation ausgenommen. Somit habe man eine Formel gefunden, die eine Zustimmung Frankreichs ermöglicht habe. Das Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht sei hingegen nur am Rande behandelt worden. Eine solche Streitmacht aus Überwasserschiffen mit Polaris-Raketen, an der sich die Bundesrepublik beteiligen wolle, würde nach deutscher Auffassung eine wesentliche Verstärkung der nuklearen Verteidigung Europas bedeuten und zugleich die politische und militärische Integration des Westens fördern.

191 06.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S.615

Jansen berichtet von einem Gespräch mit dem französischen Botschafter. De Margerie teilte aus einer Unterredung mit dem französischen Staatspräsidenten mit, dieser betrachte den für den 4./5. Juli 1963 geplanten Besuch in der Bundesrepublik als „eine Art Test" für den deutsch-französischen Vertrag. De Gaulle stehe unter dem Eindruck, daß seit der Unterzeichnung keinerlei Fortschritte gemacht worden seien, und wolle sich nun Gewißheit verschaffen, „ob man deutscherseits voll und ganz zu dem Vertrag stehe". Der Staatspräsident sei der Ansicht, daß ohne eine politische Einigung Europas ein „Direktgespräch" zwischen den USA und der UdSSR auf

die Dauer kaum zu vermeiden sein werde. Auf die Anregung von de Margerie, Frankreich und die Bundesrepublik sollten gemeinsam die Initiative für eine politische Union ergreifen, habe de Gaulle zurückhaltend reagiert und darauf hingewiesen, daß dann wahrscheinlich erneut die Forderung nach sofortiger Einbeziehung Großbritanniens laut würde.

192 11.06. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem französischen Botschafter de Margerie S.617

Mit Blick auf den bevorstehenden Besuch des französischen Staatspräsidenten in der Bundesrepublik teilt de Margerie mit, dieser habe das Gefühl, daß sofort nach Abschluß des deutsch-französischen Vertrags viele deutsche Politiker geglaubt hätten, sich in London und Washington entschuldigen zu müssen, und versucht hätten, „den positiven Wert des Vertrags bis zur Entstellung abzuwerten". De Gaulle vertrete die Ansicht, daß Europa in der Lage sein müsse, in den Ost-West-Beziehungen „ein starkes Wort" mitzureden, da sonst die Gefahr bestehe, daß sich die USA und die UdSSR über die Köpfe der Europäer hinweg einigten. Europa brauche auch für die Politik gegenüber den Ostblock-Staaten, deren Assimilierung an das politische System der UdSSR gescheitert sei, „mehr politische Substanz". Adenauer zeigt sich überzeugt, daß durch den deutsch-französischen Vertrag bereits ein neues Kraftzentrum in Europa entstanden sei, das seinen Einfluß auf das amerikanische und sowjetische Kalkül nicht verfehlen werde. Er bedauert jedoch, daß in der EWG wesentliche Probleme, wie die Angleichung der Sozialgesetzgebung oder der Währungen, noch nicht in Angriff genommen worden seien, und betont, eine wirtschaftliche Harmonisierung sei ohne politisches Zusammengehen nicht möglich. Abschließend erörtern die Gesprächspartner das Problem der Nachfolge des Papstes Johannes XXIII.

193 12.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pauls S.629

Pauls hält ein vertrauliches Gespräch zur Informationspolitik über die deutsche Ausrüstungshilfe fest, das mit Bundestagsabgeordneten von CDU, SPD und FDP sowie je einem Vertreter des Bundesministeriums der Verteidigung und des Bundespresseamtes in Vorbereitung einer Pressekonferenz geführt wurde. Im Fall Afrikas sprachen sich die Abgeordneten dafür aus, die Namen der Empfängerstaaten zu nennen, nicht jedoch den Umfang der Hilfe. Im Hinblick auf Israel gingen die Meinungen auseinander. Während von seiten der CDU dafür plädiert wurde, lediglich die Ausbildungshilfe zu erwähnen, sprach sich der Vertreter der FDP dafür aus, die gesamte an Israel geleistete Hilfe bekanntzugeben. Pauls stellte klar, daß eine Unterrichtung der Öffentlichkeit nur in Abstimmung mit den Partnerregierungen möglich sei. Zu Israel könne mit

Rücksicht auf die Situation im Nahen Osten gar nichts gesagt werden.

194 15.06. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S.631

Carstens gibt eine Mitteilung des französischen Botschafters de Margerie wieder, daß Staatspräsident de Gaulle beabsichtige, die französische Atlantikflotte dem NATO-Oberbefehl zu entziehen. Obwohl er nicht annimmt, daß Frankreich in einem Konfliktfall seine Seestreitkräfte zurückhalten würde, befürchtet der Staatssekretär, daß dieser Schritt in der Öffentlichkeit und auch in der UdSSR als weitere Distanzierung Frankreichs von der NATO und damit zugleich als Schwächung der Allianz verstanden werde.

195 15.06. Aufzeichnung des Referats I B 2 S.633

Vor dem Hintergrund des amerikanischen Wunsches nach stärkerem europäischen Engagement in Mittel- und Südamerika werden die Grundzüge der Lateinamerika-Politik der Bundesrepublik dargelegt. Schwerpunkte der Entwicklungshilfe stellten die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Gesundung der Empfängerstaaten sowie ihre politische Stabilisierung im freiheitlich-westlichen Sinn dar. Angesichts der in Lateinamerika weitverbreiteten anti-amerikanischen Stimmung sollten die deutschen Maßnahmen – so die Ansicht des Referats „Mittel- und Südamerika" – unabhängig von Projekten der USA durchgeführt werden und notwendige Abstimmungen „diskret" erfolgen. Als essentiell wird die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten angesehen. Im Gespräch mit lateinamerikanischen Regierungen müßten auch die deutschlandpolitischen Anliegen der Bundesregierung zur Sprache kommen. Dem Bestreben vieler dieser Staaten, eine unabhängige Außenpolitik zu betreiben, solle mit Verständnis begegnet werden. Besondere Förderung verdiene das Deutschtum in Lateinamerika. Versuche der DDR, in diesem Bereich Einfluß zu gewinnen, müßten „energisch bekämpft werden".

196 18.06. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder S.638

Knappstein analysiert die „Friedensrede" des amerikanischen Präsidenten vom 10. Juni 1963. Kennedy habe hochrangige Gespräche in Moskau über ein umfassendes Teststopp-Abkommen sowie, als Geste des guten Willens, ein amerikanisches Moratorium für Atomwaffenversuche in der Atmosphäre angekündigt. Auch habe er eine Verbindung zwischen einem Teststopp und dem Problem der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen hergestellt, an dem die UdSSR starkes Interesse habe. Nach amerikanischer Auffassung dürften allerdings Kernwaffen an integrierte Organisationen weitergegeben werden. Aus der Tatsache, daß das angestrebte Abkommen auch die unterirdischen Tests umfassen solle, schließt der Botschafter, daß die USA nicht an einem leicht zu erreichenden Teilerfolg, son-

dern an einer Gesamtlösung interessiert seien, die zumindest als „Nebenerfolg" längerfristige amerikanisch-sowjetische Kontakte auf höherer Ebene bewirken werde.

197 19.06. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens S.640

Carstens informiert über ein Gespräch mit den Botschaftern der drei Westmächte. Auf die Frage des amerikanischen Botschafters McGhee, ob er dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, einen Höflichkeitsbesuch abstatten solle, habe er die Gefahr einer Reduzierung des Vier-Mächte-Status ausschließlich auf Berlin (West) herausgestellt und darum gebeten, daß die Westalliierten ihre Kompetenzen in bezug auf Ost-Berlin stärker betonen sollten. Inoffiziell und mit Hinweis auf Vertraulichkeit habe er die wachsenden Schwierigkeiten der Bundesregierung dargelegt, die Einberufung von Bundestagssitzungen nach Berlin (West) zu verhindern, ohne dabei auf Argumente prinzipieller Natur zurückgreifen zu müssen.

198 20.06. Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt S.641

Weber weist darauf hin, daß nach den jüngsten Äußerungen des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier sowie des CSU-Vorsitzenden Strauß, in denen eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel befürwortet wurde, die anderslautenden Erklärungen der Bundesregierung an Glaubwürdigkeit verloren hätten. Eine Änderung des Status quo in den deutsch-israelischen Beziehungen würde aufgrund der daraufhin erfolgenden Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten „einen Dammbruch in die Hallstein-Doktrin" hervorrufen und der sowjetischen Zweistaaten-Theorie bei den blockfreien Staaten in großem Umfang zur Realität verhelfen. Die Hoffnung auf Wiedervereinigung wäre damit „weitgehend begraben", und alle Erklärungen zum Gedenken an den 17. Juni 1953 würden als eine „Farce" erscheinen.

199 20.06. Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt S.643

Weber teilt mit, daß in der VAR Presseberichte über die Ausbildung israelischer Offiziere durch die Bundeswehr Beunruhigung ausgelöst hätten. Als für die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung besonders abträglich habe sich erwiesen, daß diese Meldungen, die vermutlich einen wahren Kern hätten, aufgrund unzureichender Unterrichtung der Botschaft in Kairo zunächst dementiert worden seien. Der Botschafter macht darauf aufmerksam, daß vor dem Hintergrund der Diskussion über Maßnahmen gegen deutsche Rüstungsexperten in der VAR und der jüngsten Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Strauß der Eindruck entstehe, daß sich ein militärisches Bündnis zwischen der Bundesrepublik und Israel entwickle. Dies könne vielleicht eine Annäherung der VAR an die UdSSR zur Folge haben.

200 21.06. Aufzeichnung des Botschafters Kroll S.644

Der ehemalige Botschafter in Moskau gibt eine Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter wieder. Smirnow habe die Antwort des sowjetischen Ministerpräsidenten auf die Vorstellungen übermittelt, die Bundeskanzler Adenauer zur Wiederaufnahme des deutsch-sowjetischen Dialogs über die Verbesserung der bilateralen Beziehungen entwickelt hatte. Danach sei Chruschtschow zu einem streng vertraulichen Gedankenaustausch über alle Fragen von beiderseitigem Interesse bereit, auch über den „Burgfriedensplan" vom 6. Juni 1962, einen Friedensvertrag und – nach einem positiven Verlauf der Kontakte – sogar zu einer Begegnung in Bonn. Kroll habe herausgestellt, daß die Besprechungen zu einer „fühlbaren Erleichterung" der Lage in der DDR führen müßten. Smirnow habe auf die staatliche Souveränität der DDR hingewiesen und festgestellt, Vereinbarungen über sie oder zu ihren Lasten werde die UdSSR nicht abschließen.

201 21.06. Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt S.646

Groepper hält das Ergebnis einer Unterredung mit dem britischen Botschafter in Moskau über den Besuch des Oppositionsführers Wilson in der UdSSR fest. Trevelyan habe versichert, daß der Vorsitzende der Labour Party während der Gespräche mit Ministerpräsident Chruschtschow hinsichtlich der Deutschland- und Berlin-Frage „nichts weggegeben habe". In der Frage des Zugangs der Bundesrepublik zu Atomwaffen seien Äußerungen gefallen, die der Form nach vielleicht nicht gerade freundlich gewesen seien, jedoch nicht überbewertet werden sollten. Wilson sei nämlich generell gegen eine Weitergabe von Kernwaffen eingestellt und vertrete zudem die Ansicht, auch Großbritannien solle seine Atomstreitmacht aufgeben. Zu einer deutschen Beteiligung an einer NATO-Atomstreitmacht habe er erklärt, daß er damit einverstanden sei, falls auf diese Weise verhindert werden könne, daß die Bundesrepublik selbst Atommacht werde. Groepper zeigt sich von diesen Argumenten unbeeindruckt, weil Wilson eine Haltung gegenüber der Bundesrepublik bekundet habe, „die man von einem Bündnispartner normalerweise nicht erwarten sollte".

202 21.06. Ministerialdirektor Jansen an die Botschaft in Kairo S.649

Jansen teilt als Sprachregelung mit, daß die Politik der Bundesrepublik gegenüber dem Nahen Osten nach wie vor unverändert sei. Jüngste pro-israelische Äußerungen von Abgeordneten der Koalitionsparteien seien ohne Belang; sie müßten vielmehr im Rahmen der noch nicht abgeschlossenen Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit und somit als ein innenpolitisches Problem gesehen werden. Der Ausbildung israelischer Soldaten durch die Bundeswehr sei keine grundsätzliche politische Bedeutung beizumessen.

203 21.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S.651

Jansen gibt Äußerungen aus einer Unterredung zwischen Ministerialdirigent Böker und dem amerikanischen Botschaftsrat Kidd wieder. Letzterer habe mitgeteilt, daß in den USA der Eindruck herrsche, die Bundesrepublik verteile Ausrüstungshilfe an Entwicklungsländer ohne vorherige Absprache mit den Verbündeten. Kidd habe um Auskunft über den tatsächlichen Umfang der deutschen Ausrüstungshilfe gebeten und darauf hingewiesen, daß, wenn erst einmal der Verdacht deutscher „Geheimniskrämerei" bestehe, der Schluß naheliegen könne, die Bundesrepublik habe auch in anderen Bereichen der Rüstungspolitik etwas zu verbergen. Böker habe darauf aufmerksam gemacht, daß das Auswärtige Amt selbst in diesen Fragen teilweise unzureichend vom Bundesministerium der Verteidigung unterrichtet werde. Jansen zieht aufgrund dieses Gesprächs und gleichgerichteter, allerdings zurückhaltenderer Äußerungen britischer und französischer Diplomaten den Schluß, daß auf der Basis einer vollständigen Zusammenstellung „aller Versprechungen, Projekte und Lieferungen dieser Art in Entwicklungsländer" ein freimütiges Gespräch mit den Hauptverbündeten geführt werden müsse, um eine ernsthafte Verstimmung zu vermeiden.

204 22.06. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens S.654

Der Staatssekretär informiert über deutsche und amerikanische Bedenken gegen den beabsichtigten Rückzug der französischen Atlantikflotte aus der NATO-Assignierung. Der französische Verteidigungsminister Messmer habe gegenüber Bundesminister von Hassel eine Aufhebung dieser Entscheidung nur für den Fall in Aussicht gestellt, daß der an die französische und portugiesische Westküste angrenzende NATO-Kommandobereich trotz der ablehnenden Haltung des Ständigen NATO-Rats einem französischen Admiral unterstellt werde. Gegenüber dem französischen Botschafter habe Carstens einen Flottenrückzug als aus politischen und psychologischen Gründen schädlich bezeichnet. Weiterhin habe er de Margerie darauf hingewiesen, daß vor Entscheidungen von solcher Bedeutung eine Konsultation mit der Bundesregierung notwendig gewesen wäre.

205 22.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S.656

Jansen zeichnet die Entwicklung des deutsch-israelischen Verhältnisses nach. Wegen der aus zwingenden psychologischen Gründen erfolgten Ablehnung Israels, im Zusammenhang mit dem Wiedergutmachungsabkommen von 1952 auch diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik aufzunehmen, sei der als „einheitliche Aktion" gedachte Prozeß der Normalisierung des „Gesamtverhältnisses" in zwei Teile zerschlagen worden. Jansen schildert den weiteren Dialog in dieser Frage und geht dabei besonders auf den israelischen Vorschlag von 1956 zur Errichtung einer deutschen Handelsmission in Tel Aviv und

auf den seit 1959 wiederholt vorgetragenen Wunsch nach Aufnahme „voller" diplomatischer Beziehungen ein. Aufgrund der wachsenden Bedeutung der Deutschland-Frage und der „Einmischung" der UdSSR im Nahen Osten habe die Bundesregierung diesen Vorschlägen nicht mehr folgen können. Jansen legt dar, daß das Wiedergutmachungsabkommen, das die Grundlage für die völkerrechtliche Anerkennung Israels durch die Bundesrepublik darstelle, noch bis 1966 gültig sei. Daher bestehe augenblicklich kein „technischer Zwang", eine neue Rechtsgrundlage zu schaffen.

206 24.06. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Präsident Kennedy S.661

Der Bundeskanzler legt die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1955 bis zu seinem am 6. Juni 1962 vorgetragenen „Burgfriedensplan" dar und erläutert das sowjetische Angebot zur Wiederaufnahme des Dialogs über den ehemaligen Botschafter in Moskau, Kroll. Adenauer vertritt die Ansicht, man solle „mit der denkbar größten Vorsicht" festzustellen versuchen, ob eine Chance auf Fortschritte in der Deutschland-Frage und in noch offenen anderen Fragen zwischen der UdSSR und dem Westen bestehe. Der amerikanische Präsident schätzt jedoch die Erfolgsaussichten als gering ein. Zur Ostpolitik bemerkt Adenauer, daß Polen als „Bollwerk westlicher Kultur" gestärkt werden müsse. Eine öffentliche Erklärung zur Oder-Neiße-Linie könne er jedoch nicht abgeben, weil diese Frage den Verhandlungen über einen Friedensvertrag vorbehalten bleiben müsse. Kennedy betont dagegen, daß eine Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik die Abhängigkeit Polens von der UdSSR verringern würde, denn gegenwärtig glaubten die Polen, die Oder-Neiße-Linie „nur mit Hilfe und Unterstützung der Russen halten zu können". Anschließend bekundet er Unverständnis für die französische Entscheidung, die Atlantik-Flotte aus der NATO-Assignierung zurückzuziehen. Während Adenauer die Bedeutung der deutsch-französischen Aussöhnung für die Zukunft Europas schildert, warnt der Präsident vor einer Entwicklung der französischen Politik hin zu einer Art Nationalismus, der sich von Europa und den USA abwende.

207 24.06. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens S.671

Carstens faßt die Ergebnisse einer von Bundesminister Schröder und Außenminister Rusk geleiteten deutsch-amerikanischen Besprechung zusammen. Von amerikanischer Seite wurde betont, wie wichtig die Zustimmung der „hauptsächlichen" europäischen Partner zu einer multilateralen Atomstreitmacht für die Haltung des Kongresses zu dem Projekt sei; innenpolitische Schwierigkeiten in Italien und Bedenken wegen der Kosten in Großbritannien hätten jedoch zu einer Verzögerung geführt. Schröder betonte die Bedeutung einer MLF für das gesamte Bündnis; es dürfe nicht der Eindruck

entstehen, als ob nur die Deutschen „drängten". Auch machte er auf die Schwierigkeit aufmerksam, die aus den französischen Bemühungen erwachsen könnte, der Force de frappe einen europäischen Charakter zu geben. In der Wiedervereinigungsfrage plädierte Schröder dafür, die positiven Folgen einer Gewährung des Selbstbestimmungsrechts an das deutsche Volk und der dann erfolgenden Beruhigung im mitteleuropäischen Raum auch für die UdSSR stärker zu unterstreichen. Nach praktischen Schritten in der Deutschlandpolitik befragt, wies er auf die Nichtanerkennung des „Zonenregimes", das Angebot eines Kredits an die DDR im Gegenzug zu einer Gewährung innerer Freiheiten sowie auf die „Arrangements" mit Polen, Ungarn und Rumänien hin.

208 24.06. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens S. 674

Carstens informiert über eine Unterredung zwischen dem Bundeskanzler und dem amerikanischen Präsidenten. Kennedy unterstrich das Interesse an einer Realisierung des MLF-Projekts, deutete aber an, daß man sich auch auf eine Alternative einstellen müsse. Nicht sehr optimistisch äußerte er sich zu den Aussichten für ein Teststopp-Abkommen, doch müsse alles nur Mögliche getan werden, um zu einem Abschluß zu kommen. Abschließend bekräftigte er mit Blick auf die schlechte amerikanische Zahlungsbilanz die Wichtigkeit einer raschen Übereinkunft zwischen den USA und den europäischen Staaten in den GATT-Verhandlungen. Adenauer und Bundesminister Erhard stellten das Interesse der Bundesregierung heraus, den deutschen Außenhandel in seinem bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten. Erhard verwies auf deutsche Stützungsaktionen für den Dollar, appellierte aber zugleich an die USA, sich stärker als bisher an den Bemühungen um eine gemeinsame Konjunkturpolitik zu beteiligen.

209 24.06. Botschafter Schlitter, z. Z. Belgrad, an das Auswärtige Amt S. 676

Der Leiter der deutschen Delegation bei den Wirtschaftsverhandlungen informiert über Gespräche mit dem jugoslawischen Verhandlungsleiter. Drndić deutete an, daß eine sofortige Gewährung eines Zahlungsaufschubs für ausstehende Verbindlichkeiten sowie neuer Kredite über 300 Millionen Dollar als „endgültige Abgeltung" der jugoslawischen Wiedergutmachungsforderungen an die Bundesrepublik angesehen werden könnten. Schlitter lehnte dies ab, da die Wiedergutmachung nicht Gegenstand der laufenden Gespräche sei und das Fehlen diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten einer solchen Regelung im Wege stehe. Drndić gab dagegen zu bedenken, daß Jugoslawien bei afrikanischen und asiatischen Staaten nicht für eine Anerkennung der DDR werbe und sich darüber hinaus zugunsten liberalerer Tendenzen in der DDR einsetze. Auch werde nicht erwogen, Signatar eines von sowje-

tischer Seite vorgeschlagenen Separatfriedens mit der DDR zu werden.

210 24.06. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S.680

Carstens berichtet von einem Gespräch mit dem CDU-Abgeordneten Majonica über die Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik in der Republik China (Taiwan). Der Staatssekretär wies darauf hin, daß ein solcher Schritt die Beziehungen zu den neutralen Staaten Süd- und Südostasiens beeinträchtigen könnte. Er wolle jedoch nicht ausschließen, daß die Bundesrepublik „eines Tages" eine Handelsvertretung in Peking eröffnen werde und dann vielleicht gleichzeitig eine ebensolche in Taipeh errichtet werden müsse.

211 25.06. Vermerk des Legationsrats I. Klasse Oncken S.681

Der Leiter des Referats „Wiedervereinigung" gibt Informationen über den Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin in den USA wieder. Der amerikanische Botschafter bei der UNO habe Brandt unterrichtet, die USA wollten möglicherweise ausloten, ob es Ansatzpunkte für ein ernsthaftes Deutschland-Gespräch mit der UdSSR gebe. Stevenson habe bedauert, daß der Westen seit Jahren für derartige Gespräche kein Konzept mehr entwickelt habe, und darauf hingewiesen, daß die UdSSR ernstlich besorgt sei, daß die Bundesrepublik ein eigenes Nuklearpotential erhalten könnte. Der amerikanische Außenminister habe Brandt aus den amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgeprächen mitgeteilt, die UdSSR wolle zu irgendeiner Form der Vereinbarung kommen. In der Frage begrenzter technischer Kontakte mit der DDR habe Rusk der Bundesregierung zu mehr Selbstvertrauen geraten, da sich das „größere Eigengewicht" auf Dauer für die Bundesrepublik positiv auswirken werde.

212 25.06. Aufzeichnung des Botschafters Kroll S.682

Der ehemalige Botschafter in Moskau übermittelt eine Übersetzung der Antwort des sowjetischen Ministerpräsidenten auf die von Bundeskanzler Adenauer für eine Wiederaufnahme der deutsch-sowjetischen Gespräche genannten Voraussetzungen. Kroll hebt hervor, daß Botschafter Smirnow bei der Übergabe des Papiers am 21. Juni 1963 die sowjetische Bereitschaft bestätigt habe, über den „Burgfriedensplan" vom Juni 1962 zu diskutieren. Weiterhin habe Smirnow erklärt, dies sei unwiderruflich der letzte sowjetische Versuch, die Deutschland-Frage in Gesprächen mit der Bundesregierung zu klären. Sollte er scheitern, würden daraus endgültig die Konsequenzen in Form einer Verständigung mit den USA und eines separaten Friedensvertrags mit der DDR gezogen. Kernpunkt der sowjetischen Antwort sei aber, daß Chruschtschow sich „unverblümt" selbst nach Bonn einlade. Kroll kommt zu dem Schluß, daß die sowjetische Seite ernsthaft an der Fortführung der Kontakte interessiert sei. Sollte auch Adenauer den Gedankenaustausch

fortsetzen wollen, so müßten Chruschtschow präzise, schriftlich fixierte Grundvoraussetzungen für ein Gipfeltreffen genannt werden.

213 28.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S.684

In Anknüpfung an eine italienische Anregung tritt Jansen für eine deutsche Initiative zur Neubelebung des Gedankens einer europäischen politischen Union ein. Dieser erneute Versuch einer politischen Integration solle im Rahmen der sechs Mitgliedstaaten der EWG erfolgen und nicht durch eine Vervielfachung oder schrittweise Ausdehnung des Konsultationssystems des deutsch-französischen Vertrags. Es sei zu erwägen, „echte Integrationselemente" in die Struktur der geplanten Union einzubeziehen. Jansen regt an, während des bevorstehenden Besuchs des Staatspräsidenten de Gaulle in der Bundesrepublik entsprechende Sondierungen vorzunehmen. Das Ziel sei eine „Bekräftigung", daß die Bundesrepublik und Frankreich weiterhin die Gründung einer europäischen politischen Union anstrebten.

214 01.07. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in London S.686

Carstens informiert über ein Gespräch mit dem britischen Gesandten. Tomkins äußerte sich zurückhaltend zu einer Teilnahme Großbritanniens an der geplanten multilateralen Atomstreitmacht der NATO, nicht zuletzt wegen der besonderen Verwundbarkeit einer Überwasserflotte. Carstens betonte, daß ohne britische Mitwirkung eine MLF nicht zustande kommen würde.

215 03.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S.687

Krapf nimmt Stellung zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 2. Juli 1963, einen Vertrag über die partielle Einstellung von Kernwaffenversuchen gleichzeitig mit einem Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt abzuschließen. Da das Angebot eines eingeschränkten Teststopps einen grundsätzlichen Wandel der sowjetischen Haltung darstelle und für den Westen attraktiv sei, besteht nach Auffassung von Krapf die Gefahr, daß einem Nichtangriffsabkommen ohne Rücksicht auf deutschlandpolitische Konsequenzen zugestimmt werde. Die Bundesregierung müsse jedoch auf einem Junktim zwischen Nichtangriffserklärungen und Regelungen in der Deutschland- und Berlinfrage bestehen.

216 04.07. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle S.689

Der Bundeskanzler informiert über den Besuch des amerikanischen Präsidenten in der Bundesrepublik und hebt die anti-kommunistischen Stellungnahmen von Kennedy hervor.

Gleichzeitig zeigt er sich beunruhigt über die Zunahme isolationistischer Tendenzen in den USA. Des weiteren berichtet Adenauer von den sowjetischen Versuchen, über den ehemaligen Botschafter in Moskau, Kroll, Gespräche über eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen aufzunehmen. Er weist darauf hin, daß die UdSSR 1962 auf seinen „Burgfriedensplan" nicht reagiert habe, und beurteilt die Erfolgsaussichten erneuter Gespräche skeptisch. Abschließend erörtern die Gesprächspartner das Verhältnis der USA und Frankreichs zur NATO. Während de Gaulle die französischen Einwände gegen die Organisation des nordatlantischen Bündnisses darlegt und den Entschluß zum Rückzug der französischen Atlantikflotte aus der NATO-Assignierung erläutert, betont der Bundeskanzler, daß durch diesen Schritt die sowjetische Hoffnung auf einen „Zerfall des Westens" gestärkt werde.

217 04.07. Gespräch des Bundesministers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle S. 702

Erhard und de Gaulle erörtern die Zukunft der EWG. Der Bundesminister für Wirtschaft unterstreicht, daß es zu einer synchronen Entwicklung von politischer und wirtschaftlicher Integration kommen müsse. Nach den Bestimmungen der Römischen Verträge sei nach Ende einer Übergangszeit für ein „Europa der Vaterländer" kein Platz mehr. Der französische Staatspräsident betont demgegenüber, daß zunächst die Integration auf dem Agrarsektor vorangetrieben werden müsse. Mit Blick auf das Verhältnis Großbritanniens zur EWG bemerkt Erhard, daß mit einer Fortsetzung der Beitrittsgespräche erst nach den Wahlen zum britischen Unterhaus zu rechnen sei; bis dahin müsse jedoch der Kontakt aufrechterhalten werden.

218 04.07. Deutsch-französische Regierungsbesprechung S. 706

Beide Seiten äußern sich zufrieden über die Vorbereitungen für das Deutsch-Französische Jugendwerk. Der französische Erziehungsminister Fouchet macht jedoch auf die Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der Empfehlungen der gemeinsamen Kulturkommission zum Sprachenunterricht aufmerksam. Verbesserungsbedürftig ist nach übereinstimmender Auffassung auch die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion und im militärstrategischen Bereich. Staatspräsident de Gaulle betont die gemeinsame Zugehörigkeit zu einem Verteidigungsbündnis, das die Deutschen sehr, die Franzosen „etwas weniger" schätzten; allerdings beträfen die Meinungsunterschiede nur die Organisation der NATO. In der Frage der Agrarpolitik bekräftigen die Bundesminister Erhard, Schwarz und Schröder, daß die deutsche Landwirtschaft in ihrer Substanz erhalten bleiben und eine Synchronisierung von wirtschaftlicher und politischer bzw. agrarpolitischer und industrieller Integration erreicht werden müsse. Im Gegensatz

dazu vertritt der französische Landwirtschaftsminister Pisani die Ansicht, daß zunächst einmal die gemeinsame Agrarpolitik weiterentwickelt werden müsse.

219 05.07. Deutsch-französische Regierungsbesprechung S.718

Ministerpräsident Pompidou spricht sich für eine grundsätzlich liberale Handelspolitik aus; allerdings könne Frankreich nicht zugleich die Lasten eines „landwirtschaftlichen Protektionismus" tragen. Beide Seiten stimmen darin überein, daß Fortschritte bei der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes ebenso wie ein einheitliches Vorgehen in den GATT-Verhandlungen einen Test für die Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit darstellen. Konsens besteht auch im Hinblick auf das Ziel einer politischen Einigung Europas; Bundeskanzler Adenauer plädiert jedoch dafür, für eine neue Initiative einen günstigen Zeitpunkt abzuwarten. In der Frage der Fortführung der Kontakte zwischen der EWG und Großbritannien schlagen die Bundesminister Schröder und Erhard vor, an den Meinungsaustausch im Ausschuß der Ständigen Vertreter in Brüssel anzuknüpfen. Dagegen sprechen sich Staatspräsident de Gaulle und der französische Außenminister Couve de Murville für die WEU als institutionellen Rahmen aus.

220 08.07. Bundeskanzler Adenauer an Präsident Kennedy S.728

Adenauer setzt Kennedy in Kenntnis, daß er die sowjetische „Fühlungnahme" zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR „augenblicklich gestoppt" habe. Während des Besuchs des französischen Staatspräsidenten am 4./5. Juli 1963 habe er mit de Gaulle darin übereingestimmt, daß nichts unternommen werden dürfe, was in der UdSSR die Hoffnung auf eine Spaltung des westlichen Bündnisses auslösen könnte. Abschließend betont Adenauer, er habe nicht den Eindruck gewonnen, daß de Gaulle gegenüber den USA „irgendeine Voreingenommenheit" habe.

221 08.07. Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk S.730

Schröder bekräftigt die Unterstützung für eine nukleare Streitmacht der NATO, wenn auch die weitere Entwicklung der britischen Haltung abgewartet werden müsse. Das von sowjetischer Seite vorgeschlagene Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt könne nur als Gegenleistung für Verbesserungen der „deutschen und der Berliner Situation" in Erwägung gezogen werden. Staatspräsident de Gaulle gegenüber sei die Besorgnis über den Rückzug der französischen Atlantikflotte aus der NATO-Assignierung zum Ausdruck gebracht worden. Nicht einig geworden sei sich die Bundesregierung mit Frankreich in der Frage der Gestaltung der regelmäßigen Kontakte der EWG mit Großbritannien. Festgehalten werden solle aber an dem am 9. Mai 1963 be-

schlossenen Junktim zwischen der Verabschiedung weiterer Agrarverordnungen und der gemeinsamen Vorbereitung der Kennedy-Runde.

222 09.07. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 732

Carstens hält die Ergebnisse eines Gesprächs mit dem Generalsekretär im italienischen Außenministerium fest. Dabei hebt er die italienische Unterstützung für das multilaterale Konzept einer NATO-Atomstreitmacht sowie den gegenüber Präsident Kennedy geäußerten Vorschlag einer Europäisierungsklausel im MLF-Vertrag hervor. Bezüglich eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt habe Cattani darauf hingewiesen, daß der sowjetische Vorschlag in der italienischen Öffentlichkeit Zustimmung finde. Im Hinblick auf die EWG habe der Generalsekretär die Senkung des deutschen Getreidepreises für erforderlich gehalten und für die weiteren Kontakte zu Großbritannien die WEU als institutionellen Rahmen befürwortet.

223 10.07. Botschafter Blankenhorn, Paris, an Bundesminister Schröder S. 735

Blankenhorn berichtet über eine Unterredung mit dem stellvertretenden Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium. Nach dessen Ansicht hätten die Regierungsbesprechungen vom 4./5. Juli 1963 dem französischen Staatspräsidenten gezeigt, daß er mit „erheblichen Widerständen" der künftigen Bundesregierung werde rechnen müssen. Laloy persönlich bedauerte, daß von der französischen Delegation die europäische Idee zugunsten nationaler Interessen in den Hintergrund gedrängt worden sei. Wichtig für die Zukunft der EWG sei, daß die Bundesregierung am Gemeinsamen Markt festhalte. Die selbstverschuldete und dem französischen Außenministerium durchaus bewußte Isolierung Frankreichs zeige sich auch daran, daß es nicht an den Teststopp-Verhandlungen in Moskau teilnehmen werde. Überhaupt sei es tragisch, daß der Westen aufgrund der Politik von de Gaulle einen „so uneinigen und zerspaltenen" Eindruck mache.

224 12.07. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 737

Unter Hinweis auf die jüngste deutsche Geschichte erläutert der Bundeskanzler die Auswirkungen einer Diktatur und hebt hervor, daß der Machtausbau des Nationalsozialismus nur mit Duldung der übrigen Staaten möglich gewesen sei. Adenauer betont die Bedeutung der Westintegration der Bundesrepublik, für die die CDU sehr habe kämpfen müssen, und äußert sich zu den unterschiedlichen weltanschaulichen Grundlagen von CDU, SPD sowie eines Teils der Gewerkschaften. Hinsichtlich der bevorstehenden Teststopp-Verhandlungen fragt McGhee, ob Staatspräsident de Gaulle an einem Teststopp-Abkommen interessiert werden könne, wenn ihm die USA dafür

„einen gewissen Ausgleich" böten. Adenauer hält ein gewisses Interesse für möglich, wenn Frankreich in der Frage der Polaris-Raketen nicht schlechter behandelt würde als Großbritannien. Der Botschafter versichert, daß die amerikanische Regierung über ein Nichtangriffsabkommen nicht ohne vorherige Konsultation mit der Bundesregierung sprechen werde. Aus der Sicht des Bundeskanzlers kommt nicht den angekündigten Verhandlungen in Moskau, sondern den laufenden sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzungen besondere Bedeutung zu.

225 12.07. Gespräch des Bundesministers Schröder mit Abgeordneten des Bundestages S.745

Zunächst gibt Staatssekretär Carstens einen Überblick über die Entwicklung der Beziehungen zu den Staaten Osteuropas seit 1955. Ziel der Ostpolitik sei der Ausbau der wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte ohne Preisgabe lebenswichtiger deutscher Interessen. Carstens erläutert dies am Beispiel des Handelsabkommens mit Polen vom 7. März 1963, in das Berlin (West) einbezogen worden sei. Ein Mantelprotokoll verklammere die verschiedenen Teile des Abkommens miteinander und verweise auf einen Briefwechsel zwischen dem deutschen und dem polnischen Delegationsleiter, in dem das Zahlungsprotokoll von 1956, das eine Berlin-Klausel enthalte, als unkündbar bezeichnet werde. Damit sei es der Bundesregierung gelungen, in der Berlin-Frage „faktisch" ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Bundesminister Schröder bemerkt dazu, daß sich die Einbindung von Berlin (West) in das neu zu verhandelnde Warenabkommen mit der UdSSR noch schwieriger gestalten werde. Es besteht Einigkeit mit den Vertretern der drei Fraktionen, daß auch in den Gesprächen mit Ungarn und Rumänien keinesfalls eine schlechtere Lösung als die mit Polen vereinbarte akzeptiert werden dürfe.

226 12.07. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S.751

Grewe gibt einen Bericht des belgischen Außenministers vor dem Ständigen NATO-Rat über Gespräche mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten wieder. Spaak hob hervor, daß Chruschtschow den Abschluß eines partiellen Teststopp-Abkommens für möglich halte. Dagegen habe er „wenig Enthusiasmus" für ein Nichtangriffsabkommen gezeigt und mit keinem Wort ein Junktim zwischen diesem und einem Teststopp-Abkommen angedeutet. Zur Berlin- und Deutschland-Frage habe sich Chruschtschow widersprüchlich geäußert: Zum einen habe er ihre Lösung als Voraussetzung für entspannungspolitische Verhandlungen bezeichnet, zum anderen ihre Bedeutung seit Errichtung der Berliner Mauer heruntergespielt. Zudem rechne Chruschtschow mit einer zwangsläufig „rapallo-ähnlichen" Entwicklung der deutschen Politik.

227 16.07. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S.755

Carstens faßt ein Gespräch mit dem Berliner Senator für Bundesangelegenheiten zusammen. Der Senat von Berlin werde sich – so Schütz – um die Zustimmung der drei westlichen Stadtkommandanten bemühen, damit das Handelsabkommen mit Polen vom 7. März 1963 im Berliner Gesetzblatt veröffentlicht werden und somit auch in Berlin (West) Anwendung finden könne. Der Staatssekretär bat um Prüfung, ob zur Vereinfachung des Verfahrens den in der Anweisung der Berliner Kommandantura von 1952 genannten Voraussetzungen für ein Inkrafttreten von völkerrechtlichen Verträgen der Bundesrepublik in Berlin (West) nicht eine weitere, allgemeiner gehaltene, hinzugefügt werden könne. Abschließend stellt er fest, daß das Auswärtige Amt an den vorgesehenen regelmäßigen informellen Treffen zwischen Vertretern der drei Westmächte und des Senats von Berlin beteiligt werden wolle.

228 16.07. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S.756

Carstens gibt eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter über die in Moskau aufgenommenen Teststopp-Verhandlungen wieder. McGhee versicherte, daß nur über ein begrenztes Abkommen (Weltraum, Atmosphäre, Meere) verhandelt werde, für das die Stimmung im Kongreß „verhältnismäßig günstig" sei. Hinsichtlich aller anderen Themen werde sich die amerikanische Seite rezeptiv verhalten. Die Bundesregierung werde kontinuierlich über den Verlauf der Gespräche und nach Abschluß zudem durch den Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Tyler, unterrichtet werden.

229 16.07. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S.758

Carstens hält ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter fest. McGhee teilte mit, daß die USA die Unterbrechung der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverhandlungen sehr bedauerten. Der Staatssekretär bestritt die jugoslawische Darstellung, daß die Bundesregierung zu Beginn der Verhandlungen eine gewisse Bereitschaft habe erkennen lassen, unter Berücksichtigung jugoslawischer Wünsche nach Wiedergutmachung wirtschaftliche Kredite zu gewähren.

230 17.07. Bundesminister Schröder an Botschafter von Etzdorf, London S.759

Etzdorf soll der britischen Regierung darlegen, daß die Bundesregierung die Entscheidung des EWG-Ministerrats, die Kontakte mit Großbritannien im Rahmen der WEU fortzuführen, als Erfolg betrachte. Wesentliche deutsche Forderungen, wie z.B. die Regelmäßigkeit der Kontakte und die Beteiligung der EWG-Kommission, seien berücksichtigt worden. Nach Ansicht von Schröder werden dadurch die mit den Beitrittsver-

handlungen geschaffenen Verbindungen der Sechs zu Großbritannien bekräftigt. Zudem biete der Beschluß die Möglichkeit zu einer Wiederbelebung der WEU in politischer Hinsicht.

231 17.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 761

Zur Unterrichtung des zukünftigen Bundeskanzlers, Bundesminister Erhard, erbittet Carstens von den Ministerialdirektoren Jansen und Krapf Stellungnahmen zu den wichtigsten außenpolitischen Fragen. Dazu gehören die Themen NATO und Abrüstung, MLF und Integration der Streitkräfte, Strategie und nukleare Bewaffnung der Bundeswehr. Einbezogen werden sollen auch die Deutschland- und Berlin-Frage, die Humanisierung der Verhältnisse in der DDR, der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik sowie die Beziehungen zur UdSSR, den Ostblock-Staaten und den Entwicklungsländern. Darüber hinaus sollen die Europapolitik und die UNO sowie das Verhältnis zu den neutralen Staaten Europas, zu Frankreich, Großbritannien sowie den USA behandelt werden. In kommentierenden Anmerkungen gibt Carstens die Grundtendenz der erbetenen Aufzeichnungen vor.

232 18.07. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Vertretern der Wirtschaft S. 767

Adenauer betont die besonderen Schwierigkeiten des Handels mit den Staaten Osteuropas. Er weist auf die Möglichkeiten der UdSSR hin, der Bundesrepublik aufgrund der Teilung Deutschlands „Daumenschrauben" anzulegen. Es besteht Übereinstimmung, daß der Warenaustausch mit den osteuropäischen Staaten erweitert werden sollte. Von seiten der Bundesregierung wird die Bedeutung des Osthandels als politisches Instrument hervorgehoben. Kredite an die UdSSR werden abgelehnt, da sich gerade die Bundesrepublik „nicht in die Hand des Schuldners" begeben dürfe. In Einzelfällen könnten jedoch Kredite mit begrenzter Laufzeit an die übrigen osteuropäischen Staaten vergeben werden; dies könnte zu einer Spaltung des Ostblocks beitragen. Wichtig sei eine einheitliche Haltung des Westens in dieser Frage. Der Wunsch der Industrie nach „Gewährleistung" von Umfang und Struktur des Osthandels sowie einer vollständigen Abdeckung des Embargo-Risikos wird zurückgewiesen.

233 20.07. Staatssekretär Thedieck, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, an das Auswärtige Amt S. 772

Thedieck informiert über die Reden des Regierenden Bürgermeisters Brandt und des Leiters des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Bahr, am 15. Juli 1963 in Tutzing. Während Brandt sich auf eine Bestandsaufnahme der gesamtdeutschen Fragen beschränkt habe, seien von Bahr Überlegungen für eine „Minderung der Spannungen" durch eine Verbesserung der Lebensbedingungen in der DDR entwickelt worden. Am Ende seiner unter dem Schlagwort „Wandel durch

Annäherung" stehenden Ausführungen habe die Forderung nach Errichtung einer „Behörde für innerdeutsche Beziehungen" gestanden. Thedieck ist der Auffassung, daß Bahr durch das Angebot staatlicher Kontakte an die DDR nachhaltig den deutschlandpolitischen Positionen der Bundesregierung geschadet habe, und regt eine Ressortbesprechung an, um die gesamtdeutschen und außenpolitischen Initiativen des Bundeslandes Berlin zu begrenzen.

234 24.07. Bundeskanzler Adenauer an Präsident Kennedy S.776

Adenauer begrüßt den bevorstehenden Abschluß der Verhandlungen über ein Teststopp-Abkommen. Er bittet Präsident Kennedy, dafür Sorge zu tragen, daß die offenbar vorgesehene Beitrittsklausel von vornherein die Gefahr einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR ausschließe. Der Bundeskanzler unterstreicht die Bereitschaft der Bundesregierung, die Frage eines Nichtangriffsabkommens gemeinsam mit den Verbündeten zu diskutieren.

235 24.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S.778

Carstens hält die durch den Gesandten Hillenbrand überbrachte Mitteilung des amerikanischen Außenministers Rusk zur Frage eines Beitritts der DDR zum Teststopp-Abkommen fest. Um möglichst alle „Regierungen und Behörden", vor allem die Volksrepubliken China, Vietnam und Korea sowie die Mongolische Volksrepublik und auch die DDR, zur Teilnahme zu veranlassen, lehne es die amerikanische Regierung ab, besondere Hindernisse für einen Beitritt zu errichten. Sie verweise darauf, daß die Teilnahme an einem multilateralen Abkommen nicht automatisch eine Anerkennung durch diejenigen Unterzeichnerstaaten bedeute, „die einander bisher nicht anerkannt haben". Carstens machte darauf aufmerksam, daß im Gegensatz zur Volksrepublik China die DDR nicht als Staat angesehen werden könne.

236 25.07. Gesandter Thierfelder, London, an das Auswärtige Amt S.780

Thierfelder informiert über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im britischen Außenministerium. Caccia erläuterte die Bestimmungen des Teststopp-Abkommens und hob hervor, daß darüber hinaus lediglich die Verpflichtung eingegangen worden sei, mit den Verbündeten den sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zu erörtern. Eine wichtige Frage sei nun der Beitritt Frankreichs zum Teststopp-Abkommen. Premierminister Macmillan und Präsident Kennedy, die eine öffentliche Ablehnung des Abkommens durch den französischen Staatspräsidenten vermeiden wollten, hätten bereits mit de Gaulle Verbindung aufgenommen. Es werde erwogen, Frankreich den Beitritt zum Teststopp-Abkommen durch das Angebot von atomarem Know-how „schmackhaft zu machen".

237 26.07. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem ehemaligen amerikanischen Vizepräsidenten Nixon S. 782

Adenauer und Nixon äußern sich kritisch zu dem in Moskau paraphierten Teststopp-Abkommen. Nach Meinung von Nixon sind vor allem die Berater des amerikanischen Präsidenten zu nachgiebig gegenüber der UdSSR. Nixon äußert die Ansicht, daß ein „Handel" zwischen den USA und der UdSSR vorliege und Ministerpräsident Chruschtschow das Teststopp-Abkommen nur unter der Voraussetzung unterzeichnen werde, daß der Westen in Verhandlungen über ein Nichtangriffsabkommen eintrete. Dieses würde jedoch die Beherrschung Osteuropas durch die UdSSR besiegeln. Der Bundeskanzler hält negative Auswirkungen eines Nichtangriffsabkommens auf die Verteidigungsbereitschaft der NATO nicht für ausgeschlossen. Beide Gesprächspartner sind überzeugt, daß gerade angesichts der augenblicklichen sowjetisch-chinesischen Spannungen auf die Vorschläge von Chruschtschow nicht eingegangen werden sollte. Vielmehr solle man, so Nixon, „die beiden kommunistischen Mächte sich gegenseitig die Köpfe einschlagen lassen".

238 26.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 789

Carstens hält das Ergebnis einer Besprechung zwischen Bundesminister Schröder und dem amerikanischen Gesandten fest. Hillenbrand hob hervor, daß das am 25. Juli 1963 in Moskau paraphierte Teststopp-Abkommen lediglich einen ersten Schritt in Richtung auf ein vollständiges Verbot von Atomtests darstelle. Der sowjetische Vorschlag einer Verknüpfung zwischen dem Teststopp-Abkommen und einem Nichtangriffsabkommen sei abgelehnt worden; lediglich im Kommuniqué über die Verhandlungen in Moskau werde erwähnt, daß ein auszuhandelndes Nichtangriffsabkommen „für alle Teilnehmer zufriedenstellend" sein müsse. Da die Beitrittsklausel den Wünschen der Bundesregierung in der „Anerkennungsfrage" Rechnung trage, würden die USA eine Erklärung begrüßen, daß die Bundesrepublik die Absicht zur Unterzeichnung des Abkommens habe. Schröder sagte eine Prüfung der Beitrittsklausel zu; dabei werde die Richtlinie der WEU, wie Beitrittsversuchen der DDR zu internationalen Abkommen zu begegnen sei, zugrunde gelegt.

239 26.07. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens S. 790

Carstens teilt als Sprachregelung mit, daß die Bundesregierung das am Vortag in Moskau paraphierte Teststopp-Abkommen begrüße, und gibt eine amerikanische Erläuterung der Beitrittsklausel wieder. Er hält fest, daß Artikel 3 zwar die Anerkennung der DDR durch die USA beziehungsweise Großbritannien ausschließe, jedoch nichts darüber aussage, wie eine Anerkennungswirkung im Verhältnis zwischen der DDR und blockfreien Staaten, die ihren Beitritt gegenüber allen drei Signatarmächten erklärten, vermieden werden könne. Da-

her neige die Bundesregierung dazu, das Abkommen entgegen amerikanischen Wünschen nicht zu unterzeichnen. Sie prüfe jedoch, ob sie ihm nach Inkrafttreten beitreten und schon jetzt eine diesbezügliche Absichtserklärung abgeben solle.

240 26.07. Aufzeichnung des Botschafters Grewe, Paris (NATO) S. 793

Grewe sieht die Bedeutung einer multilateralen Atomstreitmacht vor allem in einer stärkeren nuklearen Mitverantwortung der beteiligten Staaten, in einer wenigstens teilweisen Befriedigung speziell europäischer Sicherheitsinteressen und in einer Einbindung der französischen und britischen Nuklearpotentiale. Als der Realisierung hinderlich erscheinen ihm die Bedenken auf militärisch-technischem Gebiet, wie sie vor allem in Großbritannien und Italien geäußert würden, ferner die Problematik des Einstimmigkeitsprinzips im Kontrollgremium, die ungewisse Haltung des amerikanischen Kongresses und die ablehnende Position Frankreichs. Nach Erörterung möglicher Ersatzlösungen – wie einer europäischen Nuklearstreitmacht oder einer deutschen Beteiligung an der Force de frappe – kommt er zu dem Schluß, daß die Bundesrepublik der MLF im Falle ihres „Einschlafens keine Träne nachzuweinen" brauche; möglicherweise sei dann aber der letzte Zeitpunkt verpaßt, zu dem eine Beteiligung der Bundesrepublik „am Besitz und Gebrauch nuklearer Waffen" möglich gewesen wäre.

241 27.07 Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Bundesminister Schröder S. 802

Lilienfeld berichtet über ein Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, und dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten über die deutschen Bedenken zum Teststopp-Abkommen. Bundy betonte, daß die USA wegen des Deutschland-Problems auf der Nennung von drei Depositarstaaten bestanden hätten. Lilienfeld unterstrich, daß es über rein völkerrechtliche Kriterien hinaus darauf ankäme, jede Handlung zu vermeiden, die als Anerkennung der DDR verstanden werden könne. Bundy wies auf die Möglichkeit einer offiziellen Interpretation des Abkommens bei der Ratifizierung durch den Senat hin. Lilienfeld zieht den Schluß, daß ein Abseitsstehen oder Zögern der Bundesrepublik in der Beitrittsfrage eine starke Verstimmung in den USA zur Folge haben würden.

242 27.07. Gesandter Knoke, Paris, an Bundesminister Schröder S. 805

Knoke informiert über den Inhalt eines Schreibens des amerikanischen Präsidenten an den französischen Staatspräsidenten. Kennedy habe nachdrücklich das Interesse an einem Beitritt Frankreichs zum Teststopp-Abkommen herausgestellt. Im Gegenzug seien die USA bereit, über eine Weitergabe von atomarem Know-how mit sich reden zu lassen. Der Gesandte ist überzeugt, daß das französische Außenministerium, welches

über die außenpolitische Isolierung Frankreichs beunruhigt sei, einer entsprechenden Übereinkunft zustimmen würde; die Haltung von de Gaulle sei jedoch fraglich.

243 28.07. Abgeordneter von Brentano an Bundeskanzler Adenauer S.806

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion hält das Teststopp-Abkommen für eine „Irreführung der Öffentlichkeit", da die Einhaltung nicht überwacht werde und unterirdische Versuche ausgeklammert blieben. In Artikel 3, demzufolge das Abkommen allen Staaten zum Beitritt offenstehe, sieht er einen entscheidenden Schritt zur Anerkennung und Legalisierung der sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie. Ein Nichtangriffsabkommen, wie es von sowjetischer Seite vorgeschlagen worden sei, würde die deutsche Teilung zementieren. Abschließend stellt Brentano die Frage, in welchem Umfang die Bundesregierung vor der Paraphierung über den Inhalt des Abkommens unterrichtet worden sei.

244 29.07. Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk S.809

Schröder spricht das Problem eines möglichen Beitritts der DDR zum Teststopp-Abkommen an. Er regt an, das Abkommen durch ein Interpretationsprotokoll zu ergänzen, in dem das Entstehen von Vertragsbeziehungen zwischen Teilnehmerstaaten, die einander nicht völkerrechtlich anerkennen, ausgeschlossen würde. Außerdem bittet er darum, unverzüglich eine Erklärung dieses Inhalts allen Regierungen, die keine diplomatischen Beziehungen zur DDR unterhalten, zu übermitteln.

245 29.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach S.811

Der Leiter des Planungsstabs erörtert das Für und Wider eines Beitritts der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen. Dagegen spreche die Formulierung der Beitrittsklausel, mit der die UdSSR im Bemühen, die DDR international aufzuwerten, „einen Durchbruch durch die bisherige deutsche und westliche Position" erzielt habe. Hinzu komme, daß die Bundesrepublik bereits 1954 auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtet habe. Schließlich drohe in dieser Frage ein Gegensatz zu Frankreich, das sich gerade hinsichtlich der Politik der Nichtanerkennung als „sicherster Verbündeter" erwiesen habe. Die Rücksichtnahme auf die USA lasse jedoch eine Ablehnung des Beitritts nicht zu. Daher regt Müller-Roschach an, die Unterzeichnung so lange hinauszuzögern, bis Gewißheit bestehe, daß von seiten der Westmächte bei den weiteren Verhandlungen das Ziel eines Friedensvertrags mit Gesamtdeutschland angestrebt und nicht durch Konzessionen vorbelastet werde.

246 29.07. Gesandter Knoke, Paris, an das Auswärtige Amt S.816

Knoke informiert über ein Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium über einen möglichen Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen. Laloy empfahl, nichts zu überstürzen und zunächst nur die Absicht eines späteren Beitritts zu erklären. Dies könne die Bundesregierung vor dem Vorwurf schützen, Vorbehalte gegen das Abkommen zu hegen. Laloy zeigte sich besorgt über die Gefahr eines Vordringens der DDR auf der internationalen Bühne. Die Einigung auf drei Depositarmächte sei eine ernstzunehmende Entwicklung, da dies als Muster für die Beitrittsregelung zu einem Nichtangriffsabkommen dienen könnte.

247 29.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg S.818

Meyer-Lindenberg resümiert die bisherige Praxis in der Frage der Einbeziehung von Berlin (West) in Verträge mit der UdSSR, Polen, Ungarn und Rumänien sowie in die Vertragsverhandlungen mit Jugoslawien. Während sich die UdSSR in keinem Fall mit der Aufnahme einer entsprechenden Klausel einverstanden erklärt habe, sei dieses Problem in den Vereinbarungen mit den anderen Staaten zwar in unterschiedlicher, jedoch für die Bundesrepublik befriedigender Weise geregelt worden.

248 29.07. Staatssekretär Lahr an Staatssekretär Vialon, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S.823

Lahr schlägt für das Gebiet der kulturellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern eine Abgrenzung der Kompetenzen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit vor. Während die klassischen Bereiche der Kulturpolitik wie Auslandsschulen, Kulturinstitute, Jugendaustausch, Sport, Film und Fernsehen weiterhin vom Auswärtigen Amt wahrgenommen werden sollten, fiele die Förderung praxisorientierter Ausbildungsstätten wie Gewerbe-, Fach-, Ingenieur- und Landwirtschaftsschulen in den Bereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

249 29.07. Botschafter van Scherpenberg, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt S.825

Scherpenberg berichtet über eine Privataudienz bei Papst Paul VI., der sein Interesse an der Deutschland-Frage hervorhob. Der Botschafter dankte dem Papst, daß er die anläßlich seiner Wahl vom Staatsratsvorsitzenden Ulbricht und dem Ministerpräsidenten der DDR, Grotewohl, ausgesprochenen Glückwunschbotschaften nur mündlich habe beantworten las-

sen; damit sei der DDR keine Handhabe gegeben worden, ein persönliches Schreiben des Papstes als Beweis für eine diplomatische Anerkennung durch den Vatikan zu verwenden.

250 29.07. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt S.827

Lilienfeld gibt ein Gespräch mit dem Leiter der amerikanischen Delegation bei den Teststopp-Verhandlungen wieder. Harriman berichtete, Ministerpräsident Chruschtschow habe starken Druck ausgeübt, um ein Junktim zwischen dem Teststopp-Abkommen und einem Nichtangriffsabkommen durchzusetzen. Von westlicher Seite sei man jedoch keine Verpflichtung zu weiteren Verhandlungen eingegangen. Eine Verknüpfung von Gesprächen über ein Nichtangriffsabkommen mit deutschlandpolitischen Themen habe Chruschtschow abgelehnt. Bezüglich der Beitrittsklausel habe Harriman der sowjetischen Seite klargemacht, daß sich aus ihrer Anwendung „nicht die Implikation einer Anerkennung der sogenannten DDR" ergeben könne.

251 29.07. Aufzeichnung des Referats II 1 S.830

Das Referat „Wiedervereinigung" legt Hintergrund und Entwicklung der Hallstein-Doktrin dar. Es wird festgestellt, daß die Bemühungen um eine diplomatische Isolierung des „Zonenregimes" bislang durchweg erfolgreich gewesen seien; lediglich in einigen blockfreien Staaten zeigten sich Tendenzen zu einer staatlichen Anerkennung. Das Ziel der Wiedervereinigung bleibe nur glaubhaft, wenn die DDR weiterhin in „politischer Quarantäne" verbleibe. Da an dem Grundsatz festgehalten werden müsse, diplomatische Beziehungen nur mit solchen Staaten zu unterhalten, die die DDR nicht anerkennten, dürften in den Ostblock-Staaten lediglich Handelsvertretungen errichtet werden.

252 30.07. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Abteilungsleiter Tyler, amerikanisches Außenministerium S.833

Tyler unterrichtet über die Verhandlungen in Moskau. Er betont, daß trotz sowjetischen Interesses kein Junktim zwischen dem Teststopp-Abkommen und einem Nichtangriffsabkommen hergestellt worden sei. Es seien keinerlei Geheimabkommen oder Absprachen getroffen worden, die über einen partiellen Teststopp hinausgingen; ebenso sei keine Verpflichtung zu weiteren Gesprächen eingegangen worden. Die Gründe für die Bereitschaft der UdSSR zu einem partiellen Teststopp-Abkommen vermutet Tyler vor allem in dem Wunsch, die Volksrepublik China, die sich weigere, dem Abkommen beizutreten, international zu isolieren. Bundeskanzler Adenauer sieht hinter der sowjetischen Haltung eine Taktik zur Schwächung des westlichen Bündnisses. Sollte in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, daß es sich um einen ernsthaften Anfang der

kontrollierten Abrüstung handele, würden die Verhandlungen von Moskau „verheerend" auf die NATO wirken. Der Testfall für den Friedenswillen der UdSSR sei ihr Verhalten in der Berlin-Frage. Adenauer weist darauf hin, daß sich die völkerrechtliche Stellung der DDR durch das Teststopp-Abkommen außerordentlich festigen werde, und zeigt sich besorgt um die „moralische Sicherheit" der Bevölkerung der DDR und von Berlin (West), wenn die DDR völkerrechtlich als Staat erscheine.

253 30.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S.845

Carstens faßt ein Gespräch mit dem britischen Botschafter über das Teststopp-Abkommen zusammen. Roberts betonte, daß alles vermieden werde, was als Anerkennung der DDR interpretiert werden könnte. Die Richtlinie der WEU, wie einer Beitrittserklärung der DDR zu einem internationalen Abkommen zu begegnen sei, könne jedoch im Fall des Teststopp-Abkommens keine Anwendung finden. Der Botschafter versicherte, daß anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens nur unverbindliche Gespräche geführt werden würden, zumal nach britischer Ansicht viel eher die Nichtverbreitung nuklearer Waffen erörtert werden sollte als ein Nichtangriffsabkommen. Carstens bat um Ergänzung des Abkommens durch ein Interpretationsprotokoll, das ein Entstehen von Vertragsbeziehungen zwischen jenen Teilnehmerstaaten, die einander nicht völkerrechtlich anerkennten, ausschließen würde.

254 30.07. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens S.847

Carstens informiert, daß er die amerikanische und die britische Regierung gebeten habe, dem Teststopp-Abkommen ein Interpretationsprotokoll hinzuzufügen. Damit solle in erster Linie ein Entstehen von Vertragsbeziehungen zwischen der DDR und dritten, vor allem blockfreien Staaten, die ohne ausdrücklichen Vorbehalt ihren Beitritt in Moskau erklären würden, ausgeschlossen werden. Gegenüber dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Tyler, habe er vorgeschlagen, den Standpunkt einzunehmen, daß ein völkerrechtlich wirksamer Beitritt nur durch Unterzeichnen der Urkunden bei allen drei Depositarmächten herbeigeführt werde. Im Gegensatz dazu solle eine Beitrittserklärung gegenüber nur einer Depositarmacht lediglich eine einseitige Bindung des Erklärenden gegenüber diesem Staat bewirken.

255 30.07. Gesandter Thierfelder, London, an das Auswärtige Amt S.849

Thierfelder informiert über ein Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium. Lord Hood legte dar, daß die Erklärung gegenüber einer der drei Depositarmächte für einen wirksamen Beitritt zum Teststopp-Abkommen ausreiche. Zugleich würde die britische Regierung es begrüßen, wenn die Bundesrepublik dem Abkommen nicht nur beitrete, sondern es unterzeichne. Zum sowjetischen Vor-

schlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt bemerkte der Unterstaatssekretär, daß die Westmächte dagegen keine Einwände erheben würden, falls die Bedingung der Nichtanerkennung der DDR eingehalten werde. Ein größeres Interesse bestünde jedoch an solchen Themen wie Kontrollposten gegen Überraschungsangriffe und Nichtverbreitung nuklearer Waffen.

256 30.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S.851

Krapf analysiert den am 20. Februar 1963 in Genf vorgelegten sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens. Der Abschluß einer solchen Vereinbarung würde die Anerkennung der DDR mit sich bringen, den territorialen Besitzstand der UdSSR und Polens an den Ostgebieten des Deutschen Reiches konsolidieren und die Verteidigungskonzeption der NATO in Frage stellen. Eine Zustimmung der Bundesrepublik wäre nur dann zu vertreten, wenn die UdSSR in der Deutschland- und Berlin-Frage Zugeständnisse machte. Diese könnten darin bestehen, die Lebensfähigkeit von Berlin (West) zu stabilisieren und den Zugang zur Stadt zu verbessern sowie die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung nicht zu verschlechtern.

257 31.07. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara S.853

Der amerikanische Verteidigungsminister legt dar, daß die sowjetische Zustimmung zum Teststopp-Abkommen ein Resultat der gestiegenen Verteidigungsanstrengungen des Westens sei. Das Abkommen trage dazu bei, die Spaltung zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China zu vertiefen. Nun müsse unter Beibehaltung militärischer Stärke das Gespräch mit der UdSSR in Gang gehalten werden. Demgegenüber sieht der Bundeskanzler die Gefahr, daß durch das Abkommen eine faktische Anerkennung der DDR herbeigeführt werde. Gefährlich erscheinen ihm vor allem die Verwendung des Begriffs „Staat" in der Beitrittsklausel, ferner die Ansicht, daß die Beitrittserklärung gegenüber nur einer Depositarmacht ausreiche, sowie die laut Abkommen mögliche Revisionskonferenz. Eine Zulassung der DDR zu dieser Konferenz, die eine völkerrechtlich relevante Handlung darstellen würde, wäre seiner Ansicht nach kaum zu verhindern. Adenauer hebt zudem hervor, daß die späte Informierung der Bundesregierung über den Inhalt des Abkommens im Stile von „Vogel friß oder stirb" nicht geeignet sei, die „Vertragsfreudigkeit" zu erhöhen, zumal es „für Deutschland um eine Frage des Seins oder Nichtseins" gehe. Abschließend weist McNamara auf die hohen Kosten für die im Ausland stationierten amerikanischen Truppen hin. Diese könnten die USA nur aufbringen, wenn das Zahlungsbilanzdefizit verringert werde.

258 31.07. Bundeskanzler Adenauer an den Abgeordneten von Brentano S.866

Der Bundeskanzler teilt mit, daß er die amerikanische Regierung bereits über seine Bedenken hinsichtlich einer „Änderung des völkerrechtlichen Status der Zone" durch das Teststopp-Abkommen unterrichtet habe. Auch das Bundeskabinett habe sich „gegen Herrn Schröder" für eine vorsichtige Zurückhaltung in allen Äußerungen ausgesprochen. Adenauer ist überzeugt, daß es sich bei dem Abkommen um einen Versuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow handelt, alle Ost-West-Fragen mit Ausnahme des Deutschland-Problems „möglichst aus der Welt zu schaffen", um sich dann in der Deutschland- und Berlin-Frage besonders unnachgiebig zu zeigen.

259 31.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker S.866

Zur Unterrichtung des zukünftigen Bundeskanzlers, Bundesminister Erhard, faßt Böker die Haltung gegenüber der UNO zusammen. Obwohl sich die Bundesrepublik nicht um eine Mitgliedschaft bemühe, damit kein Aufnahmeantrag der DDR provoziert werde, unterstütze sie die Ziele der UNO, arbeite in allen Sonderorganisationen mit und leiste erhebliche finanzielle Beiträge zu den Hilfs- und Entwicklungsprogrammen. Eine Befassung der UNO mit der Deutschland- und Berlin-Frage sei bislang wegen der damit verbundenen Risiken vermieden worden. Vielmehr sei es das ständige Bestreben des Auswärtigen Amts, ein Eindringen der DDR „auch in das kleinste UN-Gremium" zu verhindern.

260 01.08. Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk S.871

Schröder wiederholt die Bedenken, daß ein Beitritt der DDR zum Teststopp-Abkommen deren Anerkennung als Staat zur Folge haben könnte. Er regt deshalb über bislang gegebene Zusicherungen hinaus eine öffentliche Erklärung aller drei Signatarstaaten, zumindest aber der beiden Westmächte, an, daß nicht allgemein anerkannte „Gebiete" durch Teilnahme am Abkommen weder in diplomatische Beziehungen noch in Vertragsbeziehungen zu denjenigen Teilnehmerstaaten eintreten würden, die diese „Gebiete" bisher nicht anerkennten. Eine solche Erklärung sei deshalb von „entscheidender Bedeutung", da im Text des Abkommens der Begriff „Staaten" verwendet werde und daher die Annahme einer Existenz von Vertragsbeziehungen zur Schlußfolgerung führen könnte, daß die DDR als Staat anzusehen sei. Wichtig sei zudem, daß die DDR nicht als Vertragspartei im Sinne von Artikel 2 des Abkommens gelte und daher bei der Berechnung des für die Einberufung der Revisionskonferenz erforderlichen Drittels der Mitgliedstaaten unberücksichtigt bleiben müsse.

261 01.08. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident Segni S.874

Adenauer vertritt die Ansicht, daß sich die UdSSR angesichts der gespannten Beziehungen zur Volksrepublik China mit dem Westen verständigen müsse, zunächst aber versuchen werde, „von den freien Völkern möglichst viel zu erhalten". Vor diesem Hintergrund sei das Teststopp-Abkommen zu sehen. Die Gefahr einer völkerrechtlichen Aufwertung der DDR liege darin, daß der Beitritt allen „Staaten" offenstehe, daß außerdem eine Beitrittserklärung gegenüber nur einer Depositarmacht ausreiche und daß laut Vertragsbestimmung mit den Stimmen eines Drittels der Mitglieder eine Revisionskonferenz einberufen werden könne. Es bestehe die Gefahr, daß dazu allein die Stimmen der Ostblock-Staaten ausreichten und dann auch die DDR auf der Konferenz vertreten wäre. Daher habe man die britische und die amerikanische Regierung um Erklärungen gebeten, daß sie „sich nicht an den gleichen Konferenztisch mit der Sowjetzone setzen" würden. Zur Politik des französischen Staatspräsidenten bemerkt Adenauer, de Gaulle wolle sicherstellen, daß im Falle einer Entscheidung über einen nuklearen Krieg europäische Interessen gewahrt blieben. Abschließend äußert sich der Bundeskanzler beunruhigt über den Zuspruch der Kommunistischen Partei in Italien.

262 01.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf (Entwurf) S.881

Krapf wägt die Vor- und Nachteile des Teststopp-Abkommens für die Bundesrepublik ab. Unter der Voraussetzung, daß die Bedenken hinsichtlich einer völkerrechtlichen Aufwertung der DDR ausgeräumt werden könnten, befürwortet er die Teilnahme. Er sieht darin die erneute Bekräftigung der Entscheidung von 1954, auf ein eigenes Kernwaffenprogramm zu verzichten. Erfolge die Teilnahme nicht, wäre eine „durchgreifende Isolierung" der Bundesrepublik die Folge, da andere Staaten ihr den Wunsch nach eigenen Atomwaffen oder nach Beteiligung an der französischen Force de frappe unterstellen würden. Krapf spricht sich dafür aus, daß die Bundesrepublik nicht nur ihren Beitritt erklären, sondern das Teststopp-Abkommen unterzeichnen sollte.

263 02.08. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S.884

Carstens nimmt zu dem Vorwurf Stellung, die Bundesregierung hätte ihre Bedenken gegen die Beitrittsklausel zum Teststopp-Abkommen früher geltend machen sollen, da ihr der Vertragstext seit einem Jahr bekannt gewesen sei. Er stellt fest, daß der am 27. August 1962 auf der Genfer 18-Mächte-Abrüstungskonferenz vorgelegte Entwurf eines Abkommens über erste unfruchtbare Erörterungen nicht hinausgelangt und bei den Verhandlungen in Moskau nicht abzusehen gewesen sei, daß es sich um ein weltweites Abkommen handeln sollte.

264 02.08. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt S.885

Lilienfeld informiert über die Sprachregelung des amerikanischen Außenministeriums, wonach die gleichzeitige Teilnahme eines nicht anerkannten Regimes und eines dieses Regime nicht anerkennenden Staates am Teststopp-Abkommen keine völkerrechtliche Anerkennung impliziere. Die Anerkennung sei eine Frage des politischen Willens; sie könne – wie die Teilnahme einander nicht anerkennender Staaten am Briand-Kellogg-Pakt, an den Genfer Konventionen oder am Laos-Protokoll zeigten – ohne expliziten Willen nicht herbeigeführt werden. Eine ausdrückliche Erklärung zu diesem Sachverhalt sei daher eine Vorsichtsmaßnahme, derer es rein juristisch nicht bedürfe.

265 02.08. Botschafter Blankenhorn, Paris, an das Auswärtige Amt S.887

Blankenhorn berichtet von einem Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium. Laloy nannte die durch das Teststopp-Abkommen entstandene Lage im Hinblick auf die Deutschland-Frage „sehr besorgniserregend". Wenn nicht von amerikanischer und britischer Seite „sehr entschiedene" öffentliche Klarstellungen erfolgten, bestehe die Gefahr, daß die DDR erhebliche Fortschritte auf dem Wege zu ihrer internationalen Anerkennung als Staat mache. Laloy empfahl, daß die Bundesregierung in einer Erklärung zwar die Prinzipien des Vertrags akzeptieren, eine Unterzeichnung aber bis zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung verschieben sollte.

266 02.08. Gesandter Thierfelder, London, an das Auswärtige Amt S.888

Thierfelder berichtet über ein Gespräch im britischen Außenministerium. Ihm wurde versichert, daß die Anerkennung eines Regimes Ausdruck des politischen Willens sei und ein Staat nicht gegen seine Absicht in eine Lage gebracht werden könne, die „die Anerkennung bedeute". Wie einer Teilnahme der DDR an einer möglichen Revisionskonferenz zu begegnen sei, werde entschieden, „wenn es soweit sei". Bedauert werde, daß die Presse in der Bundesrepublik das Teststopp-Abkommen allein unter deutschlandpolitischem Aspekt sehe. Unterstaatssekretär Wilson führte aus, daß die Rücktrittsklausel, nach der eine Kündigung nicht nur aufgrund einer Verletzung des Abkommens möglich sei, auf sowjetisches Betreiben zurückgehe. Die UdSSR habe zudem deutlich gemacht, daß sie sich ohnehin an kein Abkommen gebunden fühle, wenn höchste nationale Interessen berührt seien.

267 02.08. Botschaftsrat I. Klasse Sahm, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S.890

Sahm berichtet von einer Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats. Der Vertreter der USA legte dar, daß das Teststopp-Abkommen in drei Originalen ausgefertigt werde, die in Moskau durch die drei ursprünglichen Signatarstaaten unterzeichnet werden würden. Ab dem 8. August 1963 werde je ein Original in Moskau, London und Washington zur Zeichnung durch interessierte Staaten ausliegen. Staaten, die diplomatische Beziehungen zu allen Signatarstaaten unterhielten, sollten die drei Urkunden möglichst gleichzeitig unterzeichnen. Dies stelle, so Finletter, möglicherweise ein völkerrechtliches Novum dar und solle verhindern, daß die UdSSR die Tatsache der ursprünglichen Unterzeichnung in Moskau propagandistisch ausnutzen könne. Die sowjetische Regierung habe bereits einige westliche Staaten gebeten, am 6. oder 7. August den Vertrag in Moskau zu zeichnen. Sahm wies auf die Gefahr hin, daß bei dieser Gelegenheit auch die DDR alle drei Ausfertigungen unterzeichnen könne.

268 02.08. Aufzeichnung der Legationsrätin Rheker S.893

Rheker legt dar, daß für die Unterbrechung der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverhandlungen die unzureichenden und für Jugoslawien wenig interessanten Angebote der Bundesregierung ausschlaggebend gewesen seien. Erfreulich sei dagegen, daß ein Kompromiß bei der Entschädigung jugoslawischer Opfer von Menschenversuchen in der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus gefunden worden sei. Dieser Punkt solle nun bis zur Wiederaufnahme der Gespräche abschließend geregelt werden. Ebenso sei zu überlegen, welche konkreten wirtschaftlichen Angebote Jugoslawien vorgelegt werden könnten; hier wäre an Bankkredite und eine „Konsolidierung oder wenigstens Prolongierung" der jugoslawischen Schulden zu denken. Rheker warnt vor einer zu restriktiven Wirtschaftspolitik. Dadurch könnten sich die Beziehungen zwischen Jugoslawien und der DDR verstärken. Zudem müsse das jugoslawische Beispiel im Prozeß der „relativen Desintegration des Ostblocks" unterstützt werden.

269 03.08. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S.896

Smirnow wertet das Teststopp-Abkommen als Auftakt für die Lösung weiterer internationaler Probleme. Zu diesen gehörten ein Nichtangriffsabkommen, das Einfrieren oder die Reduzierung von Verteidigungsbudgets, die Verringerung ausländischer Truppen auf deutschem Gebiet sowie eine „deutsche Friedensregelung". Jedem Staat stehe es frei, das Abkommen vor Ratifizierung durch die ursprünglichen Signatarstaaten zu unterzeichnen oder ihm danach beizutreten. Schröder weist darauf hin, daß die mit einer Teilnahme verbundenen Proze-

durfragen erst im Hinblick auf den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik geprüft werden müßten. Grundsätzlich würden alle Abrüstungsschritte mit weltweitem Charakter begrüßt, während Maßnahmen, die die Bundesrepublik diskriminierten oder die deutsche Teilung vertieften, zurückgewiesen werden müßten. Smirnow verweist auf die deutsche Zweistaatlichkeit und darauf, daß die Bundesrepublik bereits „gewisse Beziehungen" zur DDR unterhalte. Außerdem hebt er die wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen der DDR hervor. Dazu habe die Bundesrepublik, die zur Unterstützung anderer Staaten und für ihre eigene Rüstung „gewaltige Summen zum Fenster hinauswerfe", nichts beigetragen, obwohl es sich um „deutsche Brüder" handele. Sie sei somit für „gewisse Schwierigkeiten" in der DDR mitverantwortlich.

270 03.08. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S.905

Schröder beklagt sich über die mangelhafte Unterrichtung während der Teststopp-Verhandlungen, die der Bundesregierung keine Chance gegeben habe, Argumente gegen den Vertragstext vorzubringen. Entscheidend sei zum einen, ob die Teilnahme der DDR am Abkommen deren Anerkennung als Staat bewirke, zum anderen, ob nach einem Beitritt der DDR zwischen ihr und einem sie nicht anerkennenden Vertragspartner Vertragsbeziehungen entstünden; darin sei nämlich eine Anerkennung eingeschlossen, „wie immer die Gutachten lauten mögen". Es müsse eine Lösung gefunden werden, daß sich die DDR nur gegenüber der UdSSR vertraglich binde. Für McGhee ist das Abkommen so bedeutsam, „daß man kleinere Schwierigkeiten, wie sie die Bundesregierung jetzt habe, in Kauf nehmen müsse". Die Bundesrepublik dürfe niemandem einen Vorwand liefern zu der Behauptung, sie habe nukleare Ambitionen. Darüber hinaus müsse der Eindruck vermieden werden, sie könne sich aus deutschlandpolitischen Gründen nicht an konstruktiven Bemühungen um Rüstungskontrolle beteiligen. Schröder weist auf die im Deutschland-Vertrag festgelegte Verpflichtung der Alliierten hin, auf die Wiedervereinigung hinzuwirken. McGhee betont abschließend, daß sich ein deutscher Politiker „nur selber schade", wenn er gegen einen Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen sei.

271 03.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S.909

Krapf äußert sich zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens. Aufgrund des westlichen Interesses hält er es für nicht erreichbar, daß dieses Projekt aufgegeben wird. Er schlägt deshalb eine alternative Formulierung des Abkommens vor, in der die Wiedervereinigung Deutschlands als Ziel festgeschrieben werden soll. Gleichzeitig solle ein Vertrag zwischen den Vier Mächten über Verbesserungen der Lage von Berlin abgeschlossen werden. Ohne diese Gegenleistung

könne sich die Bundesregierung allenfalls mit einer einseitigen Gewaltverzichtserklärung der NATO-Staaten einverstanden erklären.

272 03.08. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Bundesminister Schröder S.912

Lilienfeld berichtet über eine Unterredung mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium. Ball habe mitgeteilt, daß bei der Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens am 5. oder 6. August 1963 auf die von der Bundesregierung gewünschte Erklärung zur Frage, welche Auswirkungen ein Beitritt auf den diplomatischen Status eines allgemein nicht anerkannten Staates habe, verzichtet werden müsse. Indes werde Außenminister Rusk am 12. August 1963 eine diesbezügliche Erklärung vor dem Senat abgeben. Ball habe weiter erklärt, auch zu dem Problem, ob durch das Abkommen vertragliche Beziehungen zu nicht anerkannten Staaten entstünden, sei eine definitive Stellungnahme zum augenblicklichen Zeitpunkt nicht angebracht. Lilienfeld schließt daraus, daß die Beantwortung dieser Frage jedem einzelnen Vertragspartner überlassen werden solle. Ball habe abschließend zugesichert, daß die Unterzeichnung des Abkommens in Moskau auf die drei ursprünglichen Signatarstaaten beschränkt bleiben und die DDR daher nicht in der Lage sein werde, bei dieser Gelegenheit die amerikanische oder britische Ausfertigung der Vertragsurkunde zu zeichnen.

273 05.08. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara S.915

Der Bundeskanzler legt seine Haltung zum Teststopp-Abkommen dar. Den Nutzen hält er, da unterirdische Versuche ausgeklammert blieben, für gering. Besorgt zeigt er sich über den in der Rücktrittsklausel verwendeten Begriff „nationale Souveränität", der auch auf die DDR Anwendung finden werde, sobald sie dem Abkommen beigetreten sei. Er äußert die Vermutung, daß der amerikanische Delegationsleiter Harriman die Tragweite einzelner Bestimmungen nicht erfaßt habe. Adenauer stellt fest, daß in den USA „die wahre Lage und die vom Kommunismus ausgehenden Gefahren nicht hinreichend verstanden werden". Die Gefahr lasse sich nicht dadurch verringern, daß man der UdSSR auf Kosten der Volksrepublik China entgegenkomme. Zu einem Zeitpunkt, an dem sich in den Ostblock-Staaten Tendenzen zu einer eigenständigeren Politik zeigten, werde durch das Abkommen die Position des Ministerpräsidenten Chruschtschow gefestigt. McNamara hebt hervor, daß die USA trotz Haushaltsdefizit in den zurückliegenden Jahren ihre militärische Stärke erhöht hätten und sie weiter erhöhen würden. Dies übe wirtschaftlichen und außenpolitischen Druck auf die UdSSR aus. Das Teststopp-Abkommen sei vor allem ein Instrument zur Vertiefung der sowjetisch-chinesischen Spannungen.

274 05.08. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Botschafter Roberts S.923

Schröder äußert seine Besorgnis hinsichtlich der Auswirkungen des Teststopp-Abkommens auf die internationale Stellung der DDR nach deren zu erwartendem Beitritt. Die USA hätten nun die Position eingenommen, daß die DDR sich dann zwar vertraglich binde, damit aber nicht ihre Anerkennung als Staat einhergehe. Unklar sei, mit welcher rechtlichen Konstruktion das erreicht werden könne; die Anerkennung eines Staates sei eine „Sache des Willens", wäre aber möglicherweise bei Herstellung vertraglicher Beziehungen auch ohne diesen Willen impliziert. Der Bundesminister weist darauf hin, daß die amerikanische Regierung um eine öffentliche Erklärung zur Nichtanerkennung der DDR gebeten worden sei, und regt eine analoge britische Verlautbarung an. Gleichzeitig bittet er um umfassende Unterrichtung über die in Moskau wiederaufgenommenen Verhandlungen. Roberts stellt klar, daß die britische Regierung an einem Nichtangriffsabkommen nicht besonders interessiert sei und es für besser hielte, über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu verhandeln.

275 05.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften S.928

Haeften nimmt zu dem Vorschlag des Planungsstabs Stellung, die Bundesrepublik solle dem Teststopp-Abkommen nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt beitreten, daß sie allein berechtigt sei, in internationalen Angelegenheiten „als Vertreter des deutschen Volkes" zu sprechen. Er bezweifelt die Wirkung eines derartigen Vorbehalts bei vielen blockfreien Staaten, die zwar der Bundesrepublik nicht widersprechen, aber die DDR nach deren Beitritt als Vertragspartner ansehen würden. In einem solchen Falle wäre die Bundesrepublik gezwungen, Konsequenzen zu ziehen. Der Leiter der Rechtsabteilung kommt zu dem Schluß, daß das Abkommen nicht der richtige Rahmen sei, um beitrittswillige blockfreie Staaten zu einer Stellungnahme in der Deutschland-Frage zu zwingen. Überhaupt sei eine Vorbehaltsäußerung der Bundesrepublik nur möglich, wenn die Depositarmächte USA und Großbritannien diese akzeptierten. Ferner müßte die Bundesregierung den Vorbehalt als vertragskonform bezeichnen. Sie würde sich dann gegenüber denjenigen Teilnehmerstaaten vertraglich gebunden fühlen, die gegen dieses Vorgehen keinen Widerspruch erhöben und die die DDR weiterhin nicht anerkennten. Den Ostblock-Staaten und Jugoslawien bliebe dann jedoch die Entscheidung überlassen, ob die Bundesrepublik ihnen gegenüber durch das Teststopp-Abkommen gebunden sei oder nicht.

276 05.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S.932

Carstens gibt den Inhalt einer von Bundesminister von Hassel und dem amerikanischen Verteidigungsminister geleiteten deutsch-amerikanischen Besprechung über sicherheits- und militärpolitische Fragen wieder. McNamara würdigte das Test-

stopp-Abkommen, warnte aber vor einem Rüstungsabbau im Westen, da mit der UdSSR nur aus einer Position militärischer Stärke verhandelt werden könne. In einer Analyse der „Feindlage" kam General Ferber zu dem Ergebnis, daß sowjetische Angriffe in Mitteleuropa, abgesehen von Angriffen auf Berlin, unwahrscheinlich seien, jedoch mit subversiver Tätigkeit gerechnet werden müsse. Über die Möglichkeiten zur Stärkung der konventionellen Verteidigung und über die Frage eines Einsatzes nuklearer Gefechtsfeldwaffen sowie der Luftstreitkräfte bestand keine volle Übereinstimmung.

277 05.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S.934

Lahr hält eine Unterredung mit dem irischen Botschafter fest. Gallagher versicherte, Irland sei sehr daran interessiert, die seit dem Beitrittsgesuch vom 3. August 1961 geschaffenen Kontakte mit den EWG-Ländern auszubauen. Der Staatssekretär regte an, daß der irische Botschafter in Brüssel zur Kommission beziehungsweise zu dortigen diplomatischen Vertretern der EWG-Staaten Verbindung aufnehmen solle. Diese Kontakte könnten zunächst in bilateralem Rahmen beginnen und sich allmählich zu einem „Treffen zu Sieben" entwickeln.

278 05.08. Gesandter Scholl, Moskau, an das Auswärtige Amt S.935

Scholl informiert über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter in Moskau. Nach Ansicht von Dejean zeigten die amerikanische und die britische Regierung Bereitschaft, dem sowjetischen Drängen nach Abschluß eines Nichtangriffsabkommens nachzugeben. Die USA glaubten, auf diese Weise den Status von Berlin (West) sichern zu können. Scholl bezweifelt, daß die UdSSR im augenblicklichen Stadium der Gespräche zu Berlin-Garantien bereit sei, da sie die Freistadt-Lösung als ein Verhandlungsziel anstrebe. Weil nach sowjetischer Ansicht die DDR hinsichtlich des Zugangs nach Berlin eine Schlüsselposition innehabe, befürchtet Scholl, daß die USA bei einem Nichtangriffsabkommen die Einbeziehung der „Zone" anstreben könnten. In diesem Fall würde die diplomatische Aufwertung noch stärker sein als beim Teststopp-Abkommen.

279 06.08. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S.937

Carstens teilt als Sprachregelung mit, daß die Bundesregierung das am 5. August 1963 geschlossene Teststopp-Abkommen begrüße, jedoch noch keine Entscheidung über eine Teilnahme getroffen habe. Voraussetzung dafür sei die Klärung rechtlicher Fragen, die sich aus einem Beitritt der DDR ergeben würden. Carstens weist die Auslandsvertretungen an, sich beim jeweiligen Gastland dafür einzusetzen, daß eine Notifizierung über eine etwaige Teilnahme der DDR zurückgewiesen oder zumindest nicht beantwortet werde. Ein Beitritt der DDR

bedeute nämlich auch in amerikanischer und britischer Sicht weder „eine Anerkennung des dortigen Regimes als Regierung noch der SBZ als Staat".

280 06.08. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Paris S.939

Carstens nimmt zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 29. Juli 1963 Stellung. Er bedauert, daß de Gaulle ohne vorherige Konsultation mit der Bundesregierung sowohl den Beitritt Frankreichs zu einem Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt ausgeschlossen als auch seinerseits Abrüstungsvorschläge vorgetragen habe. Gegen ein Nichtangriffsabkommen bestünden zwar auf französischer wie auf deutscher Seite große Bedenken; jedoch liege in einem „kategorischen Nein" die Gefahr, daß sich die USA lediglich dazu veranlaßt sähen, von sich aus eine Nichtangriffserklärung abzugeben. Da eine Nichtangriffsvereinbarung vermutlich nicht verhindert werden könne, müsse die Bundesregierung mit „Zähigkeit" versuchen, durch ein gewisses Eingehen auf die amerikanischen Vorstellungen möglichst viel im Interesse einer Lösung der Deutschland-Frage bzw. einer Verbesserung des Status von Berlin zu erreichen.

281 06.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S.941

Lahr nimmt zu den Gedanken des Botschafters van Scherpenberg über die künftige deutsche Europapolitik Stellung. Er legt dar, daß der britische Beitritt zur EWG nicht am Verhalten Großbritanniens, sondern vor allem an den französischen Vorstellungen von der zukünftigen Struktur der Gemeinschaft gescheitert sei. Im Gegensatz zu den übrigen EWG-Staaten wünsche Frankreich ein „hegemonial geleitetes Europa", in dem kein Mitglied ihm die Führung streitig machen dürfe. Es handele sich folglich um ein politisches Problem, das durch handelspolitische Maßnahmen, wie sie Scherpenberg vorsehe, nicht gelöst werden könne. Die vorgeschlagene Dachorganisation von EWG und EFTA erscheint Lahr lediglich für den Fall erwägenswert, daß sich die französische Haltung auf absehbare Zeit nicht ändere, Großbritannien auch nach den 1964 stattfindenden Wahlen zum Unterhaus an einem Beitritt interessiert sei und die Kennedy-Runde keine nennenswerten Ergebnisse zeige.

282 07.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S.944

Krapf faßt eine Unterrichtung durch den amerikanischen Gesandten Hillenbrand über die anläßlich der Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens in Moskau geführten Gespräche des amerikanischen Außenministers Rusk und des britischen Außenministers Lord Home zusammen. An eine Unterredung mit Ministerpräsident Chruschtschow habe sich ein Gedankenaustausch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko über Maßnahmen gegen Überraschungsangriffe, über ein Nichtangriffsabkommen, über eine Reduzierung der Militär-

ausgaben und über die Nichtverbreitung von Atomwaffen angeschlossen. Von westlicher Seite sei der Zusammenhang zwischen Nichtangriffsabkommen und Deutschland-Problem betont worden. Die Nichtverbreitung von Kernwaffen habe Rusk als eine der Grundlagen der amerikanischen Politik bezeichnet, die auch für die Erörterungen in der NATO über die Frage einer multilateralen Atomstreitmacht Gültigkeit hätten. Die USA würden an keiner Regelung mitwirken, bei der „eine Nichtatommacht" atomare Informationen oder sogar die Kontrolle über Kernwaffen bzw. deren Einsatz erhalten würde.

283 07.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S.947

Carstens faßt ein Gespräch mit dem Botschafter in Moskau zusammen. Groepper plädierte dafür, dem Teststopp-Abkommen nicht beizutreten, um so die sowjetische Furcht vor einer atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik – „die einzige zur Zeit sichtbare Basis für einen deutsch-sowjetischen Ausgleich mit dem Ziel der Wiedervereinigung" – zu erhalten. Im Gegensatz dazu äußerte Carstens die Befürchtung, daß im Falle eines Nichtbeitritts mit einer Isolierungspolitik der UdSSR gegen die Bundesrepublik gerechnet werden müsse. Eine Entwicklung eigener Atomwaffen „in irgendeinem dritten Land", die einem Verzicht auf Teilnahme am Abkommen erst Gewicht verleihen würde, schloß der Staatssekretär ebenso aus wie eine gemeinsame Atompolitik mit Frankreich; dieses sei nämlich nicht gewillt, der Bundesrepublik eine Partnerschaft auf der Grundlage der Gleichbehandlung in atomaren Dingen anzubieten. Carstens sprach sich daher für ein atomares Zusammengehen mit den USA aus.

284 07.08. Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schenck S.949

Schenck hält die Ergebnisse einer Unterredung mit dem Justitiar der amerikanischen Botschaft fest. Von Elbe deutete an, daß für einen Beitritt zum Teststopp-Abkommen die Unterzeichnung bei nur einer Depositarmacht ausreichend sei. Er versicherte, daß eine Unterzeichnung des Abkommens durch die DDR mittels Vollmacht eines in Washington akkreditierten Ostblock-Botschafters nicht zugelassen werde „mangels Staatlichkeit der Zone". Eine Mitteilung der UdSSR über einen in Moskau vollzogenen Beitritt der DDR würde von der amerikanischen Regierung mit einer Gegenerklärung beantwortet werden. Der Leiter des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge" wies darauf hin, daß es auch Handlungen gebe, die eine völkerrechtliche Anerkennung selbst dann implizierten, wenn diese nicht gewollt sei. Zur Vermeidung von Mißverständnissen komme es folglich darauf an auszuschließen, daß die DDR im Rahmen des Abkommens als vollberechtigter Vertragspartner behandelt werde.

285 07.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S.951

Krapf nimmt zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt Stellung, der am 20. Februar 1963 in Genf und – mit geringfügigen Änderungen – erneut während der Teststopp-Verhandlungen in Moskau vorgelegt wurde. Er führt aus, daß darin als „Anwendungsbereich" lediglich die beiden Militärbündnisse genannt und damit sowohl die DDR als auch Polen „einschließlich der Oder-Neiße-Gebiete" Vertragspartner würden. Krapf bekräftigt die ablehnende Haltung der Bundesrepublik gegenüber jeder Form einer Nichtangriffsvereinbarung, da die deutsche Teilung sowie der polnische und der sowjetische Besitzstand in den Ostgebieten des Deutschen Reiches konsolidiert würden. Die Bundesregierung sei allenfalls bereit, frühere Erklärungen über einen Gewaltverzicht zu wiederholen, wenn im Gegenzug das Selbstbestimmungsrecht für Deutschland anerkannt und als Ziel westlicher Politik herausgestellt würde. Zudem müßte die UdSSR einer Berlin-Regelung zustimmen, mit der die Freiheit und Lebensfähigkeit der Stadt stabilisiert und der Zugang verbessert sowie der Weg zu einer späteren Wiedervereinigung offengehalten würden.

286 08.08. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken S.953

Der Leiter des Referats „Wiedervereinigung" legt dar, daß gegen eine westliche Initiative in der Deutschland-Frage derzeit erhebliche Bedenken bestünden, da jede Friedensregelung, die die Bundesrepublik und die DDR gleichermaßen einbeziehe, die sowjetische These von der Existenz zweier deutscher Staaten stärke. Da jedoch der UdSSR nicht die Initiative überlassen werden könne, tritt Oncken dafür ein, eine Anregung des amerikanischen Außenministers Rusk aufzugreifen und den bislang unveröffentlichten revidierten Friedensplan von 1961 in überarbeiteter Form in die Diskussion einzuführen. Dies würde nicht nur die Entschlossenheit des Westens in der Deutschland- und Berlin-Frage deutlich machen, sondern auch eine Basis für deutschlandpolitische Forderungen darstellen, mit denen einer sowjetischen Offensive in der Frage eines Nichtangriffsabkommens begegnet werden könnte.

287 08.08. Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schmidt-Pauli S.957

Der Leiter des „Büro Staatssekretär" weist darauf hin, daß die UdSSR bei einer Beteiligung der Bundesrepublik an einer MLF oder „einem anderen multilateralen Projekt" unter Berufung auf Artikel 4 des Teststopp-Abkommens mit Kündigung drohen und damit die Bundesrepublik unter Druck setzen könne. Er regt daher an, die USA sollten in den in Moskau laufenden Gesprächen die sowjetische Seite darauf festlegen, daß Projekte wie die MLF keinen Kündigungsgrund darstellten.

288 08.08. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S.958

Knappstein informiert über ein Gespräch im amerikanischen Außenministerium. Abteilungsleiter Tyler warnte davor, den Beitritt der DDR zum Teststopp-Abkommen zu „dramatisieren", da die Bundesrepublik damit selbst zu einer Aufwertung der DDR beitragen würde. Deren Teilnahme an einer in Artikel 2 vorgesehenen Revisionskonferenz werde sich vermeiden lassen, da die UdSSR auf jeden Fall die Beteiligung der Republik China (Taiwan) zu verhindern suchen würde; dies könne „im Ernstfalle sicherlich gegeneinander ausgehandelt werden". Abschließend riet Tyler, die Bundesrepublik solle es nicht bei einer Erklärung, sie wolle dem Abkommen zu einem späteren Zeitpunkt beitreten, bewenden lassen, sondern baldmöglichst das Abkommen in allen drei Hauptstädten unterzeichnen. Anderenfalls setze sie sich dem Verdacht aus, sie wolle – etwa zusammen mit Frankreich – Atomtests durchführen.

289 09.08. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem ägyptischen Botschafter Sabri S.960

Sabri erwähnt die Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR, die propagandistisch „hochgespielt" worden sei. Schröder verweist auf die in der Bundesrepublik stattfindende Diskussion über ein Verbot. Er hält es jedoch für außerordentlich schwierig, ein faires und praktisches Gesetz zu schaffen; deshalb ist er der Ansicht, je weniger über die Rüstungsfachleute geredet werde, desto besser sei es. Der Botschafter erhebt den Vorwurf, in der Bundesrepublik würden Offiziere und Soldaten der „Palästinensischen Zionisten" ausgebildet; dies richte sich ausschließlich gegen die arabischen Staaten, insbesondere gegen die VAR. Während Schröder auf die jüngste Geschichte hinweist, die als „schwierige Hypothek auf der deutschen Politik" laste, argumentiert Sabri, die gegenüber Israel eingegangenen deutschen Verpflichtungen seien „vier-, fünf- oder sechsfach honoriert worden, und einmal müsse doch ein Ende abzusehen sein". Der Bundesminister erläutert, daß es in der Bundesrepublik starke Kräfte gebe, die eine Intensivierung des Verhältnisses zu Israel wünschten. Als „rein theoretische Überlegung" gibt er zu bedenken, ob die Bundesrepublik nach einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht vielleicht „unbefangener" mit Israel sprechen könne. Dem widerspricht der Botschafter; er weist auf die politisch-psychologischen Auswirkungen hin, die eine volle Anerkennung Israels durch die Bundesrepublik in den arabischen Staaten haben würde.

290 09.08. Botschafter Knappstein, Washington, an Staatssekretär Carstens S.965

Knappstein berichtet über eine Demarche im amerikanischen Außenministerium. Er habe darum gebeten, die öffentliche Ankündigung eines Abzugs von amerikanischen Truppenteilen aus Berlin wegen der zeitlichen Nähe zum Abschluß des Teststopp-Abkommens zu verschieben. Von amerikanischer Seite sei daraufhin betont worden, daß es sich nicht einfach um einen Abzug von Mannschaften, sondern um eine weltweite Reorganisation der amerikanischen Streitkräfte handele, die die Kampfkraft und Einsatzschnelligkeit erhöhe. Die Truppenstärke sei in Berlin selbst nach der beabsichtigten Verringerung immer noch um 700 Soldaten höher als vor dem Bau der Mauer. Unter Hinweis auf eine zuvor erfolgte Konsultation des Auswärtigen Amts habe sich der Leiter der Europa-Abteilung, Tyler, nicht imstande gesehen, dem von Knappstein vorgetragenen Wunsch zu entsprechen.

291 10.08. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Außenminister Rusk S.968

Nach einer Erörterung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen wenden sich die Gesprächspartner dem Teststopp-Abkommen zu. Rusk macht darauf aufmerksam, daß die amerikanische Regierung darin keineswegs den Beginn einer allgemeinen Entspannung sehe, zumal weder ein Nichtangriffsabkommen noch eine Lösung der Berlin- und Deutschland-Frage in Sicht seien. Adenauer bittet daraufhin den amerikanischen Außenminister, die geplante Verringerung des amerikanischen Truppenkontingents in Berlin (West) um 600 Soldaten zu verschieben. Unter Hinweis auf den starken symbolischen Wert der amerikanischen militärischen Präsenz in Berlin spricht der Bundeskanzler von einem „ernsten politischen Fehler", der den Erfolg des Besuchs des Präsidenten Kennedy zerstören und durch seine zeitliche Nähe zum Teststopp-Abkommen wie ein „Kompliment" an Ministerpräsident Chruschtschow wirken würde. Rusk betont dagegen den rein organisatorischen Charakter der Maßnahme, die zudem die Einsatzbereitschaft der amerikanischen Garnison erhöhen werde. Abschließend trägt der ebenfalls anwesende Bundesminister Schröder den im Bundeskabinett noch nicht behandelten Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems vor. Eine Veröffentlichung zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei trotz amerikanischer Bedenken angebracht, um nicht der UdSSR die Initiative in der Deutschland-Frage zu überlassen.

292 10.08. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Außenminister Rusk S.976

Adenauer betont, daß das Teststopp-Abkommen wegen seiner möglichen deutschlandpolitischen Folgen große Bedeutung für die Bundesrepublik habe. Es sei daher noch nicht entschieden, ob die Bundesregierung es unterzeichnen werde. Im Gegensatz zum amerikanischen Vorschlag vom August 1962 seien in der jetzigen Fassung drei Depositarmächte vorgesehen, und die für den Inhalt des Abkommens überflüssigen Worte „in Ausübung ihrer nationalen Souveränität" seien in die Rücktrittsklausel eingefügt worden. Damit werde der DDR als Unterzeichnerin des Abkommens nationale Souveränität bescheinigt. Rusk erläutert, daß man mit dem Abkommen vor allem die Volksrepublik China binden wolle. Dies habe einen „gewissen Einfluß" auf die Einbeziehung der DDR gehabt. Abschließend wird die amerikanische Rechtsauffassung zur Teilnahme der DDR am Abkommen dargelegt. Die diplomatisch nicht anerkannten „ostdeutschen Behörden" würden nicht in Vertragsbeziehungen mit den USA eintreten, sondern nur die einseitige Verpflichtung übernehmen, das Abkommen zu befolgen. Die amerikanische Regierung werde dies in einer Note herausstellen, falls die UdSSR versuchen sollte, die Unterschriftsleistung der DDR offiziell anzuzeigen.

293 10.08. Botschafter Blankenhorn, Paris, an das Auswärtige Amt S.985

Blankenhorn berichtet von der Übergabe des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems an den Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium. Lucet warf die Frage auf, ob der Plan der sowjetischen Regierung gesondert oder im Rahmen der laufenden Besprechungen über ein Nichtangriffsabkommen unterbreitet werden solle. Mit Blick auf Artikel 16 des Vorschlags bat Lucet um Mitteilung, ob die dort vorgesehene Prüfungsbefugnis der Viermächte-Kommission bedeute, daß die Entscheidung über die Zugehörigkeit eines wiedervereinigten Deutschlands zu einem militärischen Bündnis bei den Vier Mächten verbleiben solle.

294 12.08. Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt S.987

Staatssekretär Carstens gibt einen Überblick über die Entstehungsgeschichte des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems. Gegenüber dem Herter-Plan von 1959 sei neu, daß drei gemischte Fachkommissionen vorgesehen seien. Diese seien nach dem Vorbild der Leopold-Behrendt-Gespräche konzipiert und hätten keinen quasi-parlamentarischen Charakter wie der seinerzeit geplante Gemischte Deutsche Ausschuß. Gegen den Vorschlag wird vom Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Hopf, eingewendet, daß er weitgehende Vorleistungen gegenüber „dem Osten" enthalte. Hinsichtlich der Präsentation besteht

zwischen den Teilnehmern Übereinstimmung, daß es zweckmäßig sei, eine gleichzeitige „Wohlwollenserklärung" der Verbündeten herbeizuführen. Abschließend kommt man überein, die Formulierungen des Vorschlags, die die Fortdauer der Rechte der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Gesamt-Berlin bis zu einem Friedensvertrag betreffen, auf ihre Übereinstimmung mit der aktuellen Rechtslage hin zu prüfen.

295 12.08. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S.989

Aus Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister Rusk über mögliche Auswirkungen der Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens durch die DDR hält Carstens folgende Punkte fest: Nach amerikanischer Auffassung entstünden keine Vertragsbeziehungen zwischen den USA und der DDR; eine Notifizierung seitens der UdSSR über die Unterschriftsleistung werde nicht entgegengenommen. Alle die DDR nicht anerkennenden Regierungen würden entsprechend unterrichtet werden.

296 13.08. Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems S.990

In der von Bundesminister Schröder an den Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, übermittelten Kabinettssache werden die Unterschiede zwischen der neuen Initiative und dem Herter-Plan von 1959 herausgestellt, die vor allem in einer stärkeren Berücksichtigung der Sicherheitsbedürfnisse der UdSSR und der osteuropäischen Staaten sowie in der Bildung von drei gemischten Kommissionen mit „von der Bundesregierung und von den Behörden der sog. DDR" zu benennenden Beamten lägen. Als Anlage ist die deutsche Fassung eines von den Westmächten an die UdSSR zu richtenden „Vorschlags zur Lösung wesentlicher Deutschland und die europäische Sicherheit betreffender Fragen" beigefügt, in der die Komplexe Vier-mächte-Kommission, Berlin, gesamtdeutsche Angelegenheiten und europäische Sicherheit behandelt werden.

297 13.08. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S.997

Carstens faßt ein Gespräch mit dem amerikanischen und dem britischen Botschafter sowie dem französischen Gesandten zusammen. Der Staatssekretär sprach mit McGhee, Roberts und de Courson de la Villeneuve über den Ausbau eines sich in sowjetischem Besitz befindlichen Gebäudes in der Lietzenburgerstraße in Berlin (West), über Kontakte zwischen dem Senat von Berlin und den Stellvertretern der drei westlichen Stadtkommandanten sowie über den Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems. Als Antwort auf amerikanische und britische Einwände gegen diese Initiative betonte Carstens die Notwendigkeit, der deutschen Öffentlichkeit das Interesse der Bundesregierung an einer Überwindung der Teilung zu demonstrieren.

298 13.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer S.999

Reinkemeyer nimmt zur Frage der Einbeziehung von Berlin (West) in das Teststopp-Abkommen Stellung. Da die UdSSR bestrebt sei, eine Anwendung des Abkommens in beiden Teilen Deutschlands sicherzustellen, dürfte sie von einem Protest gegen die Einbeziehung von Berlin (West) durch die Bundesrepublik absehen. Damit böte sich die Gelegenheit, den Anspruch auf die völkerrechtliche Vertretung des Westteils der Stadt wirkungsvoll zu demonstrieren. Reinkemeyer regt aber an, eine entsprechende Erklärung der Bundesregierung erst nach Abschluß des Beitrittsverfahrens abzugeben.

299 14.08. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Lord Home in London S.1000

Schröder bittet Lord Home, in die britischen Ratifizierungsdokumente eine Erklärung aufzunehmen, daß die Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens durch die DDR lediglich als einseitige Verpflichtung anzusehen sei. Home versichert, eine Notifizierung seitens der UdSSR über die Unterschriftsleistung der DDR werde zurückgewiesen. Der britische Außenminister berichtet anschließend über die Gespräche in Moskau anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens. Da die sowjetische Seite nicht über das Deutschland- und Berlin-Problem habe verhandeln wollen, habe man sich auf Randfragen konzentriert. Der sowjetische Vorschlag allgemein gehaltener Nichtangriffserklärungen sei unter Hinweis auf notwendige Gegenleistungen in der Deutschland- und Berlin-Frage zurückgewiesen worden. Es sei unverbindlich über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und über Bodenbeobachtungsposten gesprochen worden. Schröder macht darauf aufmerksam, daß von deutscher Seite Ost-West-Arrangements ohne Verbesserungen in der Deutschland-Frage grundsätzlich abgelehnt würden. Nun sei der Zeitpunkt für eine Initiative in der Deutschland-Frage gekommen, so daß die Bundesregierung einen „revidierten westlichen Plan" in die Diskussion einführen wolle. Lord Home zeigt sich skeptisch und regt eine Diskussion des deutschen Vorschlags in der Botschaftergruppe an.

300 14.08. Gespräch des Bundesministers Schröder mit Premierminister Macmillan in London S.1015

Schröder erläutert, daß in der Bundesrepublik die Haltung zum Teststopp-Abkommen wegen der humanitären Bedeutung überwiegend positiv sei, jedoch Sorgen hinsichtlich der Auswirkungen auf den internationalen Status der DDR bestünden. Um die eigenen politischen Ziele deutlicher zu machen, werde daher daran gedacht, einen Vorschlag zur Lösung des Deutschland-Problems als Gegengewicht zum sowjetischen Friedensplan vorzubringen, auch wenn sich „die vier Westmächte" nicht zu einer gemeinsamen Vorlage des Plans entschließen könnten. Schröder erläutert die Absichten der Bun-

desregierung, durch die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit den Ostblock-Staaten deren Bindungen an die UdSSR zu lockern und gewissermaßen „eine Entspannungspolitik hinter dem Rücken der SBZ" zu betreiben. Er weist auf die Befürchtung hin, daß die Entspannungspolitik zu einem Nachlassen der Verteidigungsbereitschaft führen könnte. Macmillan hebt hervor, daß es sich beim Teststopp-Abkommen um einen bedeutenden Schritt in Richtung auf eine Beendigung des Wettrüstens handele.

301 14.08. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Lord Home in London S. 1020

Lord Home erläutert die britischen Bedenken gegen das Projekt einer MLF und verweist auf große finanzielle Belastungen sowie auf Schwierigkeiten bei der Einführung gemischter Besatzungen. Überhaupt verspreche er sich von einer MLF „keine integrierende, sondern eher eine spaltende Wirkung", da die Kontrolle über den Einsatz der Streitmacht bei den USA verbliebe. Schröder läßt keinen Zweifel daran, daß er der MLF entscheidende politische und psychologische Bedeutung beimißt. Um den britischen Bedenken Rechnung zu tragen, schlägt er zum einen eine Kombination von U-Booten und Überwasserschiffen, zum anderen eine Verbindung von multilateraler und eigener „Abschreckungsmacht" vor, so daß „ein gemeinsamer Besitz geschaffen würde, das Eigentum an einem Teil desselben aber doch erhalten bliebe". Der Bundesminister macht auf die Gefahr aufmerksam, daß Staatspräsident de Gaulle die Unterstützung der Bundesrepublik für eigene militärische Pläne zu gewinnen suche. Es könnte dann zu einer Gruppierung Frankreich/Bundesrepublik und USA/Großbritannien mit negativen Auswirkungen auf Europa und auf die atlantische Politik kommen.

302 14.08. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder S. 1024

Carstens teilt mit, daß nach Ansicht des Chefs des Bundeskanzleramtes die vom Bundeskabinett festgelegten Voraussetzungen für einen Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen gegeben seien. Der Gedanke, die Bundesrepublik solle nur in Washington und London unterzeichnen, in Moskau dagegen nur nach Inkrafttreten des Abkommens beitreten, um zu verhindern, daß die Unterschrift der Bundesrepublik „neben der Unterschrift der SBZ auf demselben Papier" erscheine, sei im Auswärtigen Amt verworfen worden. Carstens hält es in Übereinstimmung mit Globke für sinnvoll, eine für den 16. August 1963 vorgesehene Erörterung des Vorschlags zur Lösung des Deutschland-Problems durch das Kabinett zurückzustellen. Gegenüber den vom Vorsitzenden der CSU, Strauß, für diesen Tag zusammengerufenen CDU/CSU-Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

empfiehlt sich nach Meinung von Carstens im Zusammenhang mit dem Teststopp-Abkommen der Hinweis, daß infolge diplomatischer Bemühungen eine sehr große Zahl von Regierungen eindeutige Erklärungen gegen eine Anerkennung der DDR abgegeben habe.

303 14.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker S. 1027

Böker faßt ein Gespräch mit dem algerischen Botschafter zusammen. Der Ministerialdirigent äußerte Befremden über die Reise des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Hassouna, nach Ost-Berlin, die im gegenwärtigen Augenblick „wie ein Dolchstoß in unseren Rücken" erscheine. Keramane wies demgegenüber auf die Beunruhigung arabischer Kreise durch Israel-Besuche prominenter deutscher Politiker und Gerüchte über Pläne zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel hin. Die Reise von Hassouna sei vermutlich eine bewußte Warnung, um die Bundesregierung von einer Anerkennung Israels „abzuschrecken". Böker versicherte, daß sich an der Politik gegenüber den arabischen Staaten und Israel nichts geändert habe, und machte Keramane darauf aufmerksam, daß weitere Gesten und Schritte dieser Art „zu einer Eskalation des gegenseitigen Mißtrauens und Unwillens" führen könnten.

304 15.08. Bundesminister Schröder an den französischen Außenminister Couve de Murville S. 1029

Angesichts der bevorstehenden Wiederaufnahme der Sondierungsgespräche über Ost-West-Beziehungen regt Schröder eine Abstimmung der Standpunkte hinsichtlich der sowjetischen Vorschläge zu Fragen der Entspannung und der Rüstungskontrolle an, die dem britischen und dem amerikanischen Außenminister am 5./6. August 1963 in Moskau vorgelegt worden seien. Aus Furcht vor einer Schwächung des westlichen Widerstandswillens und der Verteidigungsanstrengungen äußert der Bundesminister Bedenken gegen ein Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt. Befriedigt zeigt er sich hingegen darüber, daß durch die zahlreichen Erklärungen anläßlich des Teststopp-Abkommens der Weltöffentlichkeit „erneut Klarheit über die Ablehnung der SBZ und ihres Regimes durch die überwältigende Mehrheit der Staaten" verschafft worden sei.

305 16.08. Bundesminister Barzel an Bundesminister Schröder S. 1031

Barzel bittet Schröder um ein Gespräch über Fragen der Ost-West-Beziehungen. Er zeigt sich besorgt über die offensichtliche Bereitschaft der Verbündeten, im Gegenzug zu einer Stabilisierung der westlichen Positionen in Berlin ein Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt abzuschließen. Barzel macht auf die Gefahr aufmerksam, daß dieser Themenkomplex in eine Reihe von partiellen Maßnahmen zur Rüstungskontrolle aufgelöst werden könne, bei denen in

jedem Fall ein Interesse an der Einbindung der DDR bestehe. Dazu gehöre die Frage der gegenseitigen militärischen Inspektionen. Hier müsse verhindert werden, daß die auf Viermächte-Vereinbarungen beruhenden Militärmissionen in Deutschland auf eine andere Rechtsbasis gestellt würden. Letzteres würde der DDR erlauben, „aus eigenem Recht" Inspektionen zu gewähren und so einen weiteren Schritt zu ihrer Aufwertung zu tun. Abschließend betont Barzel, der Westen müsse zu diesen Fragen eine „Gesamtplanung" sowie eigene Initiativen entwickeln.

306 16.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1034

Zur Vorbereitung eines Gesprächs mit dem zukünftigen Bundeskanzler, Bundesminister Erhard, legt Carstens einen Fragenkatalog zu den Komplexen Ost-West-Beziehungen und Deutschlandpolitik vor. Neben der Bewertung der amerikanischen Politik gegenüber der UdSSR und sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Außenpolitik der Bundesrepublik steht das Problem im Mittelpunkt, ob an der bisherigen Politik der Nichtanerkennung gegenüber der DDR trotz gewisser Rückschläge festgehalten werden solle bzw. welche Initiativen in den Fragen der Wiedervereinigung und der Oder-Neiße-Linie ergriffen werden könnten.

307 17.08. Bundeskanzler Adenauer an Bundesminister Schröder S. 1038

Adenauer berichtet über eine Unterredung mit dem Leiter der Israel-Mission. Er habe Botschafter Shinnar erklärt, daß er für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel eintrete und diese noch während seiner Amtszeit herzustellen wünsche. Voraussetzung sei, daß ein entsprechender Schritt in Israel nicht auf Schwierigkeiten stoße.

308 17.08. Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk S. 1039

Schröder teilt mit, daß das Bundeskabinett am 16. August 1963 einstimmig beschlossen habe, das Teststopp-Abkommen in Washington, London und Moskau zu unterzeichnen. Er zeigt sich überzeugt, daß auch Bundestag und Bundesrat mit großer Mehrheit zustimmen werden. In Anbetracht der nicht befriedigenden Informierung der Bundesregierung während der Verhandlungen zum Teststopp-Abkommen bittet er nun um eine frühzeitige Unterrichtung über die bevorstehenden Sondierungsgespräche zu den Ost-West-Beziehungen. Auch über die Abrüstungsverhandlungen in Genf sei die Bundesregierung nicht gut informiert. Abschließend weist Schröder auf die deutschen Bedenken gegen ein Nichtangriffsabkommen sowie gegen die Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten hin.

309 17.08. Bundesminister Schröder an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris S. 1041

Schröder informiert über die erheblichen Bedenken des Bundeskabinetts gegen ein Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt; es bestehe die Gefahr, daß die Bereitschaft der Bevölkerung der NATO-Staaten, im Interesse der Verteidigung „große finanzielle und sonstige Opfer auf sich zu nehmen", nachlassen würde. Bei der bevorstehenden Erörterung eines solchen Übereinkommens im Ständigen NATO-Rat solle daher zunächst auf die Behandlung der grundsätzlichen Probleme gedrängt werden.

310 17.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1042

Carstens gibt eine Mitteilung des Chefs des Bundeskanzleramtes über die Absicht des Bundeskanzlers Adenauer wieder, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Carstens machte Globke auf die Bedenken des Auswärtigen Amts aufmerksam und betonte die Notwendigkeit einer Rücksprache mit Bundesminister Schröder.

311 19.08. Bundeskanzler Adenauer an den amerikanischen Außenminister Rusk S. 1044

Angesichts der bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche über die Ost-West-Beziehungen, bei denen für die Bundesrepublik entscheidende Fragen besprochen würden, bittet Adenauer den amerikanischen Außenminister um so rechtzeitige und umfassende Konsultation, daß die Ansichten der Bundesregierung noch in die Besprechungen einfließen könnten.

312 19.08. Runderlaß des Ministerialdirigenten Keller S. 1045

Die Vertretungen in Afrika werden über neuere Empfehlungen der UNO für wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika und Portugal unterrichtet. Kritik aufgrund der wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik zu diesen beiden Staaten sei mit dem Hinweis zurückzuweisen, daß die Einschränkung individueller Freiheit der Staatsbürger und „eine für verderblich gehaltene Politik" bei dem jeweiligen Handelspartner kein Anlaß seien, Handelsbeziehungen abzubrechen. Im Falle Südafrikas seien deutsche Rüstungslieferungen weder erfolgt noch vorgesehen; für Portugal gelte die Endverbleibsklausel, die einen Einsatz der Rüstungsgüter ausschließlich im Mutterland zulasse.

313 21.08. Staatssekretär Lahr an die Botschaft in Washington S. 1047

Lahr nimmt zu der in Washington aufgeworfenen Frage Stellung, ob eine Veröffentlichung des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems angestrebt werde. Eine Publizierung empfehle sich selbst dann, wenn

keine Ost-West-Verhandlungen über den Plan zustande kämen, weil nämlich sowohl gegenüber der UdSSR als auch gegenüber der eigenen und der westlichen Öffentlichkeit der Wille zur Wiedervereinigung nachdrücklich herausgestellt werden solle. Da es sich um eine deutsche Initiative handele, sei es nicht erforderlich, daß sich die drei Westmächte mit jeder Einzelheit identifizierten. Allerdings sollten sie den Vorschlag, der im übrigen keinen Passus von politischer Bedeutung enthalte, dem die drei Westmächte nicht bereits zu irgendeinem früheren Zeitpunkt zugestimmt hätten, öffentlich begrüßen. Wenn in der Washingtoner Botschaftergruppe keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten über Inhalt und Verwendung des Vorschlags bestünden, solle dieser dem Ständigen NATO-Rat vorgelegt werden.

314 21.08. Gesandter Scholl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1050

Scholl berichtet von der Übermittlung der Erklärung der Bundesregierung anläßlich ihrer Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens am 19. August 1963. Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Kusnezow lehnte die Entgegennahme des Aide-mémoires wegen des darin zum Ausdruck gebrachten Alleinvertretungsanspruchs ab und hob hervor, die Existenz zweier deutscher Staaten sowie des westlichen Teils von Berlin als selbständige politische Einheiten könne nicht widerlegt werden. Scholl betonte demgegenüber, daß die britische und die amerikanische Regierung nach Unterzeichnung des Abkommens die gleiche Rechtsauffassung wie die Bundesregierung eindeutig zum Ausdruck gebracht hätten.

315 23.08. Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt S. 1053

Auf der Besprechung zwischen Vertretern des Auswärtigen Amts und weiterer Ministerien werden der sowjetische Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens und die Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten diskutiert. Ein Nichtangriffsabkommen wird als sowjetisches Mittel betrachtet, „den Westen aufzuweichen". Eine annehmbare Gegenleistung für eine Zustimmung des Westens, etwa durch „handfeste" Garantien für Berlin, sei ohnehin nicht zu erwarten. Aus taktischen Gesichtspunkten solle die Zurückweisung des Vorschlags allerdings nicht mit deutschlandpolitischen, sondern mit „allgemein gültigen" Argumenten begründet werden. Gegen Beobachtungsposten sprechen sich die Vertreter der Ressorts wegen militärischer Bedenken und wegen der möglichen Gefährdung der inneren Sicherheit in den NATO-Staaten durch „subversive Tätigkeiten" der als Beobachtungsposten verwendeten Offiziere des Warschauer Pakts aus. Auf keinen Fall dürften „SBZ-Offiziere" im Westen eingesetzt werden.

316 26.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften S. 1057

Vor dem Hintergrund offensichtlicher amerikanischer und britischer Bemühungen um eine möglichst weltweite Beteiligung an entspannungspolitischen Übereinkommen setzt sich Haeften mit der Frage auseinander, wie die DDR in künftige multilaterale Abkommen einbezogen werden könnte, ohne daß damit ihre Anerkennung als Staat und Völkerrechtssubjekt impliziert würde. Für international nicht durchsetzbar hält er den Abschluß von Abrüstungsvereinbarungen in Form eines amerikanisch-sowjetischen „Dachvertrages", dem sich dann bilaterale Verträge zwischen einer der beiden „Führungsmächte" und einzelnen Staaten ihrer jeweiligen „Einflußsphäre" anschließen sollten. Der Leiter der Rechtsabteilung schlägt vielmehr eine Klausel vor, nach der ein Beitritt zu einem Abkommen „governments including non-recognized authorities" offenstände. Er hält es aber für schwierig, eine solche Formulierung gegenüber der UdSSR durchzusetzen, nachdem die USA und Großbritannien im Teststopp-Abkommen bereits eine Allstaatenklausel akzeptiert hätten.

317 26.08. Staatssekretär Lahr an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris S. 1060

Lahr weist die Vertretung an, im Ständigen NATO-Rat die Haltung der Bundesregierung gegen den sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt darzulegen, und übermittelt Argumente zur Untermauerung des deutschen Standpunktes. Unter Hinweis auf die zwischen 1926 und 1932 von sowjetischer Seite gebrochenen Nichtangriffsverträge stellt er die Gefahren eines Nachlassens der westlichen Verteidigungsbereitschaft und eines Anwachsens neutralistischer Tendenzen heraus. Er befürchtet, daß sich die UdSSR aufgrund eigener, im Gegensatz zu westlichen Definitionen stehender Auslegungen von Begriffen wie „Angriff" oder „Kriegspropaganda" nun mit Hilfe eines Nichtangriffsabkommens Interventionsmöglichkeiten in die inneren Angelegenheiten der NATO-Staaten schaffen könnte. Ein Nichtangriffsabkommen sei aber nur im Kontext einer politischen Regelung und nicht in dem beschränkten Rahmen regionaler militärischer Maßnahmen möglich.

318 27.08. Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Adenauer, z. Z. Cadenabbia S. 1063

Schröder nimmt zur Absicht des Bundeskanzlers Adenauer Stellung, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Er weist darauf hin, daß die Bundesregierung ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen würde, da sie noch im April 1963 offiziell erklärt habe, ihre Haltung zu Israel werde sich nicht ändern. Weiterhin warnt er davor, daß ein solcher Schritt von den arabischen Staaten mit der diplomatischen Anerkennung der DDR beantwortet werden würde. Dann aber wäre die Hall-

stein-Doktrin nicht mehr zu halten, weil zusätzlich mit „Kettenreaktionen mindestens in der neutralen Welt" gerechnet werden müsse.

319 27.08. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1065

Lilienfeld berichtet über Reaktionen im amerikanischen Außenministerium auf den Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems. Die USA würden einer Veröffentlichung des vollen Wortlauts vermutlich nicht zustimmen, da die UdSSR gegenwärtig kein Interesse an einer umfassenden Erörterung der Deutschland-Frage zeige. Eine Publizierung zum augenblicklichen Zeitpunkt würde ein „gutes Verhandlungspapier" zu mehr oder weniger propagandistischen Zwecken preisgeben, das anschließend als Grundlage für Verhandlungen nicht mehr brauchbar wäre. Es scheine daher erfolgversprechender, Einzelmaßnahmen wie die Forderung nach „Bewegungsfreiheit" innerhalb Deutschlands oder die Errichtung der im Vorschlag genannten gemischten deutsch-deutschen Kommissionen als mögliche „openings" für Gespräche hervorzuheben. Zudem habe die amerikanische Regierung nichts gegen eine Veröffentlichung grundsätzlicher deutschlandpolitischer Forderungen und Vorschläge der Bundesregierung in Form einzelner Thesen oder in einer Rede einzuwenden. Abschließend rät Lilienfeld von einem selbständigen Vorgehen auf der Grundlage eines nicht voll mit Großbritannien und den USA abgestimmten Vorschlags ab.

320 27.08. Botschafter Dittmann, Tokio, an das Auswärtige Amt S. 1069

Der Botschafter analysiert den japanischen Entschluß zur Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens, der auf „sanften Druck" der USA sowie auf Drängen der öffentlichen Meinung zustande gekommen sei. Die japanischen Vorbehalte gegen das Abkommen gründeten sich zum einen auf die Tatsache, daß unterirdische Versuche ausgeklammert seien, zum anderen auf die Überzeugung, daß auf diese Weise die „Atomgroßmächte" lediglich ihr Kernwaffenmonopol zu sichern suchten, ohne die Gefahr nuklearer Auseinandersetzungen zu mindern. Besonders der UdSSR gehe es nach japanischer Auffassung darum, sich durch diesen außenpolitischen Erfolg eine Atempause für innenpolitische Konsolidierungen zu verschaffen. Vor diesem Hintergrund habe die japanische Regierung den Überlegungen der Bundesregierung zu einer Unterzeichnung des Abkommens großes Verständnis entgegengebracht.

321 28.08. Bundeskanzler Adenauer, z. Z. Cadenabbia, an Bundesminister Schröder S. 1074

Adenauer weist den am 13. August 1963 als Kabinettssache vorgelegten Vorschlag zur Lösung des Deutschland-Problems zurück; er empfiehlt außerdem, die Beratung in der Washingtoner Botschaftergruppe bis nach den amerikanischen Präsi-

dentschaftswahlen im November 1964 zu stoppen. Der Vorschlag des Auswärtigen Amts erkenne Sicherheitsinteressen der Ostblock-Staaten an, und seine Verwirklichung käme aufgrund der Möglichkeit, daß die Souveränität einer gesamtdeutschen Regierung punktuell eingeschränkt bleiben könnte, einer Diskriminierung gleich; als Folge würde Deutschland „auf unabsehbare Zeit eine Macht zweiten Ranges" bleiben.

322 30.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer S. 1075

Reinkemeyer nimmt zur Empfehlung des Bundeskanzlers Adenauer vom 28. August 1963 Stellung, die Beratung des Vorschlags zur Lösung des Deutschland-Problems in der Washingtoner Botschaftergruppe zu stoppen. Schon aufgrund der erheblichen Bedenken, die von amerikanischer und britischer Seite gegen eine Veröffentlichung des Vorschlags vorgebracht worden seien, werde es zu einem Ende der Erörterungen kommen. Reinkemeyer regt an, durch eine Rede des Bundesministers Schröder der Öffentlichkeit den Willen zur Wiedervereinigung zu demonstrieren und dabei den Inhalt des Plans in großen Zügen darzustellen. Auf die von Bundeskanzler Adenauer besonders beanstandete Passage könnte ohne weiteres verzichtet werden.

323 30.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer S. 1077

Reinkemeyer äußert sich zur beabsichtigten Einbeziehung Berlins in das Teststopp-Abkommen. Obwohl das Abkommen die alliierten Vorbehaltsrechte berühre und die bestehenden Rechtsvorschriften gegen eine Einbeziehung zu sprechen schienen, wolle die Bundesregierung dennoch nicht auf eine entsprechende Prüfung verzichten. Darüber habe er die Vertreter der drei Westmächte unterrichtet. Wegen der zurückhaltenden Reaktionen plädiert er dafür, den Senat von Berlin über die grundsätzlich positive Einstellung des Auswärtigen Amts hinsichtlich einer Einbeziehung von Berlin zu informieren, im übrigen aber die Stellungnahme der drei westlichen Stadtkommandanten abzuwarten.

324 01.09. Bundeskanzler Adenauer, z. Z. Cadenabbia, an Bundesminister Schröder S. 1079

Adenauer stellt klar, daß er gegenüber dem Leiter der Israel-Mission nicht erklärt habe, er wollte „nunmehr" diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen. Er habe lediglich seine positive Haltung gegenüber einem solchen Schritt zum Ausdruck gebracht und Shinnar eine Überprüfung dieser Frage zugesichert.

325 02.09. Gespräch des Abgeordneten Dehler mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau S. 1080

Der FDP-Abgeordnete und Bundestagsvizepräsident plädiert für eine Überwindung der deutschen Teilung im Rahmen einer

umfassenden Befriedung Mitteleuropas. Zur Ausarbeitung eines Vertrags, der alle „schwebenden Fragen" der Region lösen solle, schlägt er eine Konferenz der Vier Mächte unter Beteiligung der Bundesrepublik und der DDR vor. Sowohl der legitime Anspruch der UdSSR auf Berücksichtigung ihrer Sicherheitsinteressen – z.B. durch Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa – als auch der deutsche Wunsch nach Wiedervereinigung müßten dabei zugrunde gelegt werden. Während Dehler die Auffassung vertritt, daß ein Friedensvertrag nur mit einem wiedervereinigten Deutschland geschlossen werden könne, erklärt Gromyko, die sowjetische Haltung zur deutschen Zweistaatlichkeit sei „hart wie Granit". Ein auch von ihm befürworteter Friedensvertrag müsse die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen juristisch fixieren, d.h. sowohl die Souveränität der DDR bestätigen, als auch den Status von Berlin (West) als den einer freien demilitarisierten Stadt festlegen. Über eine Wiedervereinigung müßten die beiden deutschen Staaten miteinander verhandeln. Unter dem Aspekt der Friedenssicherung bezeichnet er die Teilung Deutschlands als einen „Segen".

326 03.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften S. 1092

Haeften äußert sich zu den seit dem Bau der Mauer gegen die Einwohner der DDR verhängten Reisebeschränkungen. Er weist auf die zweischneidige, die Spaltung Deutschlands vertiefende Wirkung der Temporary-Travel-Document-Sperre hin. Die von westlicher Seite erzwungene Abkapselung werde von den Künstlern und Intellektuellen der DDR „bitter empfunden" und treibe diese mehr und mehr in die Arme der UdSSR. Als seine persönliche Ansicht empfiehlt Haeften, die TTD-Sperre aufzuheben, soweit es sich um Reisen zu sportlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Zwecken handele und solange sichergestellt sei, daß die Einreisenden aus Mitteldeutschland weder als offizielle Delegation aufträten noch die „Spalterflagge" zeigten noch Propaganda trieben.

327 03.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs S. 1094

Sachs befaßt sich mit den Handelsbeziehungen zur Volksrepublik China. Er führt aus, daß der Westen an einer Aufrechterhaltung des „schwebenden Konflikts" zwischen der UdSSR und China interessiert sei. Der Handel der Bundesrepublik mit China bedeute keine einseitige Parteinahme, weil dieser beträchtlich niedriger als der mit der UdSSR sei. Auch von amerikanischer Seite bestünden keine Einwände gegen einen Handel mit Waren außerhalb der COCOM-Liste, solange dabei keine langfristigen Zahlungsziele eingeräumt würden und die Abschlüsse nicht den Charakter von Entwicklungsdarlehen annähmen.

328 05.09. Vermerk des Staatssekretärs Lahr S. 1095

Lahr gibt die Eindrücke des FDP-Abgeordneten und Bundestagsvizepräsidenten Dehler von einer Unterredung mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten wieder. Chruschtschow habe seine Entschlossenheit bekräftigt, niemals einer Lösung der Deutschland-Frage zuzustimmen, die eine Veränderung des Gesellschaftssystems der DDR einschließe, und betont, „der soziale Gedanke müsse Vorrang vor dem nationalen haben". Weiterhin habe er die Bundesrepublik zu einer realistischen Politik aufgefordert. Mit ihrer Forderung nach Wiedervereinigung Deutschlands, mit der sie die Nachkriegsrealitäten verleugne, stehe sie nicht nur der „Befriedung der Welt" im Wege, sondern sei auch im westlichen Bündnis weitgehend isoliert.

329 06.09. Staatssekretär Lahr an Staatssekretär Globke, Bundeskanzleramt S. 1098

Auf die Empfehlung des Bundeskanzlers Adenauer, hinsichtlich des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung der Deutschland-Frage hinhaltend zu operieren, antwortet Lahr, daß nach Ansicht des Bundesministers Schröder die bisherige „sehr laue" Aufnahme des Plans in der Washingtoner Botschaftergruppe ohnehin keine Fortschritte erwarten lasse. Zudem bestehe deutscherseits keine Absicht, auf einer Beratung des Vorschlags zu insistieren.

330 11.09. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 1099

Aus Anlaß der Errichtung von Handelsvertretungen in einzelnen kommunistischen Staaten erläutert Carstens die bei amtlichen, gesellschaftlichen und persönlichen Kontakten zu beachtenden Grundsätze. Verbindungen zu „Vertretungen der SBZ", die ein Teil Deutschlands sei, hätten zu unterbleiben.

331 12.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer S. 1103

Reinkemeyer erläutert die französischen Reaktionen auf das deutsch-amerikanische logistische Abkommen vom 1. August 1963. Dessen Zweck sei es, der Bundeswehr die amerikanischen logistischen Einrichtungen – darunter auch die in Frankreich – für die Kriegsversorgung zur Verfügung zu stellen. „Erstaunen" habe jedoch ein Aide-mémoire der USA an Frankreich ausgelöst, das nicht nur über den Inhalt des Abkommens vom 1. August 1963, sondern auch über rein amerikanische Beschlüsse zur Verminderung und Umgruppierung logistischer Einrichtungen in Frankreich informiert habe. So sei der falsche Eindruck erweckt worden, daß diese eine Folge des deutsch-amerikanischen „Memorandum of Understanding" seien. Obwohl Bundesminister von Hassel die Unterrichtung Frankreichs durch die USA gerechtfertigt habe, empfiehlt Reinkemeyer, künftig vor Abschluß bilateraler Abkom-

men mit NATO-Partnern, die Auswirkungen auf Frankreich haben könnten, im Sinne des deutsch-französischen Vertrags Konsultationen durchzuführen.

332 12.09. Botschafter Freiherr von Mirbach, z. Z. Budapest, an das Auswärtige Amt S. 1106

Mirbach informiert über ein Gespräch mit dem Leiter der ungarischen Verhandlungsdelegation. Er betonte gegenüber Beck, daß die Bundesregierung hinsichtlich der Einbeziehung von Berlin (West) in eine deutsch-ungarische Vereinbarung über den Austausch von Handelsvertretungen sowie in ein langfristiges Handelsabkommen nicht hinter die in den Abkommen mit Polen festgelegte Formel zurückgehen könne. Beck erwiderte, daß die „polnische Variante" nicht in Frage komme, weil kein deutsch-ungarisches Zahlungsabkommen mit Berlin-Klausel bestünde. Er könne jedoch als „ungarische Variante" die Aufnahme eines Passus in das Handelsabkommen zur Diskussion stellen, in dem durch die Erwähnung von Währungsformeln oder -gebieten der Geltungsbereich festgelegt würde. Weiterhin deutete Beck an, es werde sich auch hinsichtlich der Verklammerung der beiden Abkommen „noch ein Weg zeigen".

333 13.09. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 1109

Carstens hält fest, daß der Untersuchungsrichter beim Bundesgerichtshof die alliierten Oberbefehlshaber der in der Bundesrepublik stationierten Truppen um Stellungnahme zu der Frage gebeten habe, ob durch die Artikel des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" vom 13. Juni und 10. Oktober 1962 die militärische Sicherheit gefährdet worden sei. Laut Auskunft des amerikanischen Hauptquartiers enthielten die Artikel keine militärischen Geheimnisse.

334 13.09. Aufzeichnung der Staatssekretäre Carstens und Lahr S. 1110

Zur Vorbereitung einer Besprechung des Bundesministers Schröder mit dem zukünftigen Bundeskanzler, Bundesminister Erhard, legen Carstens und Lahr einen Katalog von Fragen zu den Themen Europapolitik, Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, NATO sowie Entwicklungspolitik vor. Differenzen mit Frankreich hinsichtlich der Rolle der NATO, des Verhältnisses zu den USA sowie des europäischen Zusammenschlusses werden analysiert. Zukunft und Reformfähigkeit der NATO werden ebenso angesprochen wie grundsätzliche Alternativen zu diesem Bündnis. Die Staatssekretäre fragen ferner nach dem Nutzen eigener Auslandsstellen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Durchführung von Entwicklungshilfevorhaben sowie nach der Opportunität militärischer Ausrüstungshilfe.

335 13.09. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 1118

Carstens äußert sich zur Forderung des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen nach Aufnahme einer Berlin-Klausel in das Ratifizierungsgesetz zum Teststopp-Abkommen. Im Gegensatz zu Barzel ist der Staatssekretär davon überzeugt, daß dies „völlig unmöglich" sei, da der hauptsächliche Inhalt des Abkommens in die Bereiche Abrüstung und Entmilitarisierung und damit unter die Vorbehaltsrechte der Alliierten falle, so wie sie im Kleinen Besatzungsstatut für Berlin von 1955 festgelegt seien. Allenfalls könne in das Zustimmungsgesetz eine Berlin-Klausel eingefügt werden, die sich auf Atomtests für nichtmilitärische Zwecke beziehe.

336 13.09. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1119

Lilienfeld berichtet, in der amerikanischen Regierung halte sich seit einiger Zeit das Gerücht, daß die Bundesrepublik in Kürze diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen werde; als Reaktion werde eine Anerkennung der DDR durch den größten Teil der arabischen Staaten erwartet.

337 16.09. Bundeskanzler Adenauer, z. Z. Cadenabbia, an Präsident Kennedy S. 1120

Adenauer bittet Präsident Kennedy, in einer Rede vor der UNO-Generalversammlung mit einigen Sätzen auf die Wiedervereinigung Deutschlands – vielleicht im Zusammenhang mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker – einzugehen.

338 16.09. Aufzeichnung des Abgeordneten Majonica S. 1121

Der CDU-Abgeordnete berichtet über seine Reise in den Irak, die VAR und nach Syrien. Majonica hebt hervor, daß die antikommunistischen Baath-Regierungen Syriens und des Iraks in einen offenen Gegensatz zu Ägypten geraten seien, so daß der Plan einer staatlichen Vereinigung dieser drei Staaten auf absehbare Zeit gescheitert zu sein scheine. Die VAR versuche durch eine „Ost-West-Schaukelpolitik" eine Unabhängigkeit von den Ostblock-Staaten auf rüstungstechnischem Gebiet zu erlangen. Die während der Reise mit führenden Persönlichkeiten des kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Lebens geführten Gespräche konzentrierten sich auf die Frage der arabischen Einheit, auf Israel und auf die deutsch-arabische Zusammenarbeit. Abschließend empfiehlt Majonica, die Bundesrepublik solle sich bemühen, ihre Position im Nahen Osten zu verstärken. Hinsichtlich einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel macht er auf die zu erwartenden negativen Reaktionen der arabischen Staaten aufmerksam und gibt zu bedenken, ob in Anbetracht der bereits intensiven deutsch-israelischen Beziehungen deren formelle Normalisierung so

große Vorteile für Israel bringen würde, daß eine „schwere Schädigung für die deutsche Wiedervereinigungspolitik" in Kauf genommen werden müsse.

339 16.09. Aufzeichnung des Legationsrats Freiherr von Marschall, z. Z. Budapest S. 1128

Marschall zieht eine Zwischenbilanz der Verhandlungen über die Einbeziehung von Berlin (West) in ein langfristiges Handelsabkommen mit Ungarn und eine Vereinbarung über den Austausch von Handelsvertretungen. Als eventuelle Verhandlungsgrundlage habe die ungarische Seite den Vorschlag eines Briefwechsels über die Modalitäten des Zahlungsverkehrs akzeptiert, in dem der Begriff „Währungsgebiet der DM-West" verwendet würde. Hinsichtlich der Form der Verklammerung dieses Briefwechsels mit dem Handelsabkommen bestehe allerdings zur Zeit ein „fast unüberbrückbar erscheinender" Gegensatz. Während die ungarische Regierung keine Formel akzeptieren wolle, die das Bestehen von Rechten der Bundesrepublik in Berlin (West) impliziere, müsse die Bundesregierung – gerade angesichts der häufig öffentlich geäußerten ungarischen Haltung in der Berlin-Frage – darauf bestehen, daß Berlin (West) unzweideutig in die Abkommen einbezogen werde.

340 16.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer S. 1130

Reinkemeyer nimmt zur Frage einer Einbeziehung der DDR in ein System von Bodenbeobachtungsposten Stellung. Er lehnt sowohl eine förmliche als auch eine mittelbare Beteiligung ab und weist auf die Anerkennungswirkung der bei Vertragsumsetzung unvermeidlichen Kontakte zwischen Behörden der DDR und dritten Staaten hin. Reinkemeyer legt dar, daß in der Bundesrepublik und der DDR bereits ein „Beobachtungssystem" existiere, und zwar durch die Militärmissionen der Vier Mächte. Ein Ausbau dieser Einrichtungen zu Bodenbeobachtungsposten würde allerdings die Gefahr mit sich bringen, daß – bedingt durch das den Militärmissionen zugrundeliegende Besatzungsrecht – die Bundesrepublik und die DDR sowohl bei der Errichtung des Systems als auch bei der Unterrichtung über die Beobachtungsergebnisse ausgeklammert blieben. Damit würde nicht nur in einer wichtigen Ost-West-Frage für Deutschland als Ganzes ein Sonderstatus festgelegt, sondern sogar ein „Zwiegespräch" der beiden Weltmächte über mitteleuropäische Fragen gefördert.

341 16.09. Bundeskanzler Adenauer, z. Z. Cadenabbia, an das Auswärtige Amt S. 1132

Adenauer teilt unter Bezugnahme auf die in Washington kursierenden Gerüchte mit, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel zur Zeit nicht möglich sei.

342 17.09. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Papst Paul VI. in Rom S. 1133

Adenauer bittet den Papst, öffentlich klar gegen den Kommunismus Stellung zu beziehen. Vor allem der UdSSR, die eines Tages den Westen um wirtschaftliche Hilfe werde bitten müssen, dürfe man weder materielle noch geistige „Vorschußhilfen" geben. Paul VI. bekräftigt die ablehnende Haltung der Kirche gegenüber dem Kommunismus, doch dürften sich bietende Möglichkeiten, die Lage der Christen in den osteuropäischen Staaten zu erleichtern, nicht zurückgewiesen werden. Er versichert, in der Oder-Neiße-Frage an der bisherigen Linie festhalten zu wollen. Der Bundeskanzler bittet, sich für eine positive Haltung Italiens zu Europa und zur NATO einzusetzen. Paul VI. bemerkt, die europäische Integration dürfe nicht durch eine übertrieben akzentuierte deutsch-französische Freundschaft belastet werden. Das „gegenwärtig so schwache" Italien könnte sonst veranlaßt werden, sich nach anderen Partnern umzuschauen.

343 17.09. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Bundesminister Schröder S. 1136

Lilienfeld berichtet über eine Unterredung mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten. Bundy hielt es für schwierig, dem deutschen Wunsch zu entsprechen und die Frage der Wiedervereinigung in die bevorstehende Rede von Kennedy vor der UNO einzubeziehen. Lilienfeld seinerseits mahnte mit Blick auf die amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche über Ost-West-Fragen und hinsichtlich möglicher weiterer Entspannungsmaßnahmen eine „volle und eingehende vorherige Konsultation" an. So kurz nach dem Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß Druck hinsichtlich der Zustimmung zu weiteren Schritten ausgeübt werde. Bundy sicherte zu, die USA würden substantielle Gespräche mit der UdSSR – so über die Form eines etwaigen Nichtangriffsabkommens und über die Frage der Bodenbeobachtungsposten – erst nach ausführlichen Diskussionen im Rahmen der NATO und auf bilateraler Ebene mit der Bundesrepublik einleiten.

344 18.09. Runderlaß des Staatssekretärs Lahr S. 1139

Lahr informiert über die Gespräche des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister am 17. September 1963 in Paris. Couve de Murville erläuterte die ablehnende Haltung Frankreichs zum Teststopp-Abkommen. Es stelle keine Maßnahme zur Abrüstung dar, sondern sei ein „politischer Vertrag" und ein „Symbol der Entspannung". Damit werde der UdSSR erlaubt, weitere Entspannungsmaßnahmen in die öffentliche Diskussion einzubringen und eine Änderung des Status quo zum Nachteil des Westens zu bewirken. Deshalb lehne die französische Regierung auch ein Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt sowie

eine Errichtung von Bodenbeobachtungsposten ab. Der Bundesminister legte demgegenüber dar, daß lediglich ein Nichtangriffsabkommen ohne „gewisse" Fortschritte in der Deutschland- und Berlin-Frage nicht akzeptabel sei. Überhaupt dürfe die deutsche Politik „nicht im Immobilismus" verharren. Hinsichtlich des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung der Deutschland-Frage stellte Couve de Murville fest, daß die französische Regierung einer deutschen Erklärung zur Wiedervereinigung anläßlich der bevorstehenden Regierungsbildung positiv gegenüberstehe. Abschließend betonte Schröder das Interesse an einer MLF, während Couve de Murville darauf hinwies, daß Frankreich alle Mittel für den Aufbau einer eigenen nuklearen Macht einsetze.

345 18.09. Runderlaß des Staatssekretärs Lahr S. 1142

Lahr gibt aus den Besprechungen des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister am 17. September 1963 in Paris den Gesprächspunkt „europäische Gemeinschaften" wieder. Während Couve de Murville das Interesse an einer grundsätzlichen Festlegung der gemeinsamen Agrarpolitik bis Jahresende betonte, wies Schröder darauf hin, daß im Arbeitsprogramm der EWG vom 9. Mai 1963 als ebenso wichtiges Ziel die Einigung über die in der Kennedy-Runde zu behandelnden Fragen festgelegt sei. Couve de Murville befürwortete die Fusion der Hohen Behörde der EGKS sowie der EWG- und der EAG-Kommission unter der Voraussetzung, daß der Fusionsprozeß zügig vonstatten gehe und bis zu einer Vereinigung der drei Gemeinschaften fortgesetzt werde.

346 19.09. Staatssekretär Lahr an Bundesminister Schröder, z. Z. Washington S. 1144

Lahr empfiehlt Schröder, gegenüber dem amerikanischen Außenminister den „Hähnchenkrieg" anzusprechen. Rusk sei darauf hinzuweisen, daß die Bundesregierung – trotz Bedenken seitens der deutschen Landwirtschaft – bereit sei, den Vorschlag der EWG-Kommission zur Senkung der Einfuhrbelastung um 11 Pfennig zu unterstützen. Eine Ablehnung dieses Angebots durch die amerikanische Regierung und die Verhängung von Retorsionsmaßnahmen gegen die EWG wären „verhängnisvolle Fehler", die einen Handelskrieg zur Folge haben könnten und die Aussichten für die Kennedy-Runde verschlechtern würden. Nach Ansicht des Staatssekretärs könnten sich die USA jedoch vorbehalten, die Gespräche wiederaufzunehmen, falls sich das Angebot der EWG-Kommission in der Praxis nicht bewähren sollte.

347 19.09. Aufzeichnung der Politischen Abteilung I S. 1146

Die Politische Abteilung I weist den in einem Privatschreiben der in Ghana ansässigen Pilotin Hanna Reitsch erhobenen Vorwurf, die Eröffnung einer ghanaischen Handelsvertretung in Ost-Berlin sei eine Folge der „Ungeschicklichkeit" des Bot-

schafters in Accra, in den wesentlichen Punkten zurück. Wahrscheinlichere Ursachen seien die pro-östliche Einstellung des Präsidenten Nkrumah und dessen Streben nach „Ungebundenheit". Die von ghanaischer Seite vorgebrachte Behauptung, Reichhold habe sein Einverständnis mit der Errichtung der Handelsvertretung erklärt, erscheine unglaubwürdig. Da jedoch von einer Abkühlung in den Beziehungen zwischen Ghana und der Bundesrepublik auszugehen sei, solle ein Angehöriger der Zentrale nach Accra fahren, um vor Ort nach Möglichkeiten für eine Verbesserung der Beziehungen zu suchen.

348 20.09. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Sicherheitsberater Bundy in Washington S. 1150

Im Hinblick auf künftige Ost-West-Verhandlungen warnt Schröder vor Abmachungen, „welche die deutsche Frage in den Eisschrank legen, an ihr vorbeigehen oder den Status quo zementieren". Der Bundesminister macht darauf aufmerksam, daß der Westen weiterhin Freiheit und Selbstbestimmung für die Deutschen und für die Bevölkerung der Ostblock-Staaten fordern müsse, „sonst trage er nur zur Beerdigung dieser Völker und eines Tages zu seiner eigenen Beerdigung bei". Bundy zeigt sich überzeugt, daß die amerikanische Regierung nicht in eine Euphorie verfallen sei und die begrenzte Bedeutung des Teststopp-Abkommens mit Blick auf weitere Vereinbarungen mit der UdSSR realistisch einschätze. Schröder betont die Bedeutung eines engen Kontaktes zwischen dem zukünftigen Bundeskanzler und der amerikanischen Regierung. Kräften innerhalb der Bundesregierung, die Erhard raten könnten, mit den USA „nicht zu intim" zu werden, müsse entgegengewirkt werden. In diesem Zusammenhang spricht der Bundesminister die Umorganisation der amerikanischen Streitkräfte an. Er selbst neige dazu, die Dinge „mit den Augen von Herrn McNamara" zu sehen. Schröder bestätigt dem amerikanischen Sicherheitsberater, daß die deutsche Öffentlichkeit anders reagieren würde, wenn statt Kampftruppen nur Versorgungseinheiten und statt Truppenteilen aus der Bundesrepublik bevorzugt solche aus Großbritannien und Frankreich abgezogen würden.

349 20.09. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington S. 1158

Schröder äußert sich zur Entspannungspolitik. Seiner Ansicht nach verfolgt die UdSSR die Taktik, die Bundesrepublik und die Republik China (Taiwan) zu „Störenfrieden" abzustempeln, die die Lösung strittiger Ost-West-Fragen verhinderten. Eine deutsche Beteiligung an Entspannungsmaßnahmen setze voraus, daß diese keine Verhärtung, sondern eine Verbesserung des Status quo zum Ziel hätten; daher müsse eine intensive und auch für die Öffentlichkeit sichtbare Konsultation mit der Bundesrepublik stattfinden. Anders als die französi-

sche Regierung befürworte er eine „Politik der Bewegung", die nach neuen politischen Wegen suche, ohne jedoch die „eigentlichen Ziele" aus den Augen zu verlieren. Im Gegensatz zum amerikanischen Außenminister, der eine Verbesserung des Status quo nur bei einem Nachlassen der Ost-West-Spannung für möglich hält, betont Schröder, daß die angespannte internationale Lage die Frage einer Wiedervereinigung zumindest offenhalte, während eine Entspannung dazu führen könnte, daß sie „verschwinde". Anschließend legt der Bundesminister den italienischen Gedanken einer möglichen späteren Europäisierung von Teilen der MLF dar, wobei allerdings nicht an eine von den USA unabhängige Streitmacht gedacht sei. Rusk seinerseits äußert Skepsis gegenüber der Vorstellung, die UdSSR könne durch wirtschaftlichen Druck zu politischen Zugeständnissen bewegt werden, beurteilt jedoch die Politik der Bundesregierung gegenüber den osteuropäischen Staaten positiv. Schröder erläutert die Absicht, zwischen die DDR und die UdSSR einen „Gürtel" von Staaten mit Handelsbeziehungen zur Bundesrepublik zu legen, um so eine Lockerung des „stalinistischen Systems" der DDR zu bewirken.

350 20.09. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1173

Lahr faßt ein Gespräch mit dem Leiter der jugoslawischen Delegation bei den Wirtschaftsverhandlungen zusammen. Der Staatssekretär hob hervor, daß die Möglichkeiten für eine Fortsetzung der unterbrochenen Verhandlungen geprüft werden sollten. Die Bundesregierung habe zum einen den Wunsch, über eine Verbesserung von Wirtschaftsbeziehungen zu einer Auflockerung der politischen Verhältnisse in Ost- und Südosteuropa zu gelangen, zum anderen sei ihr Spielraum dadurch eingeschränkt, daß Jugoslawien diplomatische Beziehungen zur DDR unterhalte. Dies behindere auch die geforderte Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus. Die Wiedergutmachungspolitik, deren humanitärem Aspekt man sich nicht verschließen wolle, beruhe darauf, daß sich die Bundesrepublik als Nachfolgerin des Deutschen Reiches betrachte; diese Auffassung habe Jugoslawien jedoch 1957 mit der Anerkennung der DDR zurückgewiesen. Lahr kommt zu dem Schluß, daß Drndić in beschränktem Rahmen weiterverhandeln werde; jedoch müsse geprüft werden, ob das nicht sehr verlockende wirtschaftliche Angebot vom Juli 1963 an Jugoslawien verbessert werden könne.

351 20.09. Generalkonsul Böx, Helsinki, an das Auswärtige Amt S. 1177

Der Leiter der Handelsvertretung in Helsinki teilt mit, die finnische Regierung habe den Vorschlag, ihre Handelsvertretung in der Bundesrepublik umzubenennen, aufgegeben. Finnland nehme es folglich in Kauf, daß seine Vertretung künftig mit der Polens gleichgesetzt werden könne. Möglicherweise werde damit die Hoffnung verbunden, daß Finnland die Beziehungen zur Bundesrepublik unverändert beibehalten könne, selbst wenn es einmal unter sowjetischem Druck die DDR werde an-

erkennen müssen. Unabhängig davon sei es jedoch notwendig, den Vertreter der Bundesrepublik in Helsinki mit dem persönlichen Titel eines Botschafters auszustatten; denn der Leiter der dortigen Handelsvertretung der DDR nenne sich bereits „Gesandter", so daß sich das „Titelgefälle" in den Beziehungen zu Finnland zum Nachteil der Bundesrepublik auswirke.

352 20.09. Runderlaß des Bundesministers Schröder, z. Z. Washington S. 1179

Schröder informiert über den Verlauf der UNO-Generalversammlung. Der sowjetische Außenminister Gromyko habe am 19. September 1963 den Eindruck zu erwecken versucht, allein die Bundesrepublik verhindere die auf Entspannung gerichteten Bemühungen. Diesen Angriffen sei von britischer Seite unmittelbar und von Präsident Kennedy in „ebenso würdiger wie eindrucksvoller Form" am folgenden Tag entgegengetreten worden. Der Bundesminister weist die Auslandsvertretungen an, das jeweilige Gastland zu bitten, bei nächster sich bietender Gelegenheit die Bundesrepublik vor weiteren sowjetischen Anschuldigungen in der UNO in Schutz zu nehmen.

353 21.09. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem kanadischen Außenminister Martin in Washington S. 1181

Schröder erläutert im Zusammenhang mit der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko, die Bundesrepublik sei darauf angewiesen, daß ihre Verbündeten die Beschuldigungen zurückwiesen, weil sie selbst vor der UNO nicht sprechen dürfe. Daran anschließend äußert der kanadische Außenminister die Vermutung, die USA könnten einem Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt zustimmen, wenn die Frage des Zugangs nach Berlin befriedigend geregelt werde. Schröder betont demgegenüber, daß ein solches Abkommen nicht an der Deutschland-Frage vorübergehen dürfe. Die Bundesrepublik setze in dem langfristigen Prozeß hin zur Überwindung der Teilung gezielt ihre Politik gegenüber den Ostblock-Staaten, insbesondere im Bereich handelspolitischer Maßnahmen, ein. Abschließend beklagt Martin, daß es „kein rechtes Gespräch" zwischen Europa und den USA gebe, was nicht allein die Schuld Frankreichs sei. Staatspräsident de Gaulle fühle sich übergangen und verletzt. Der Bundesminister hebt die Differenzen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, vor allem im militärisch-strategischen Bereich, hervor und bemerkt, daß „die eigene Empfindlichkeit für andere auch eine Provokation sein" könne, so auch für die USA.

354 21.09. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Rambouillet S. 1185

Adenauer sichert zu, daß er sich auch nach seinem Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers intensiv für die Freundschaft mit Frankreich einsetzen werde. De Gaulle nimmt zur Frage Stellung, was für die bislang vernachlässigte „Verklamme-

rung" der beiden Staaten auf militärischem Gebiet getan werden könne. Er betont, die Situation Frankreichs und der Bundesrepublik in der NATO sei unnormal, weil sie nicht als eigenständige Mächte handeln könnten. Da sie nunmehr – anders als bei der Gründung des Atlantischen Bündnisses – über eine gewisse militärische Macht verfügten, sei eine Stärkung ihrer Stellung innerhalb der Allianz erforderlich. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung werde automatisch an Bedeutung gewinnen, je mehr „Frankreich seine Mittel und Streitkräfte in die Hand bekomme" und je mehr sich die USA „in Wirklichkeit etwas" aus Europa zurückzögen. Der Bundeskanzler will prüfen, ob sich im Bundesministerium der Verteidigung eine Stelle zur Förderung der deutsch-französischen militärischen Kooperation einrichten lasse.

355 21.09. Ausführungen des Bundeskanzlers Adenauer in Rambouillet S. 1187

Adenauer analysiert die wirtschaftliche Lage der UdSSR und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten westlicher Außenpolitik. Seiner Meinung nach hat sich die UdSSR mit der Aufrüstung gegen den Westen sowie gegen die Volksrepublik China und mit der Entwicklung ihrer Wirtschaft, vor allem der industriellen Erschließung Ostsibiriens, Aufgaben gestellt, die sie ohne fremde Hilfe nicht bewältigen kann. Dies gelte in besonderem Maße für den geplanten Aufbau der chemischen Industrie, für den im westlichen Ausland bereits Fabrikanlagen bestellt worden seien. Der Westen dürfe bei der Überwindung dieser „Kalamitäten" erst dann helfen, wenn die sowjetische Regierung greifbare Beweise für eine Änderung ihrer Politik gegenüber Westeuropa und den USA vorlege. Daher sei nun die NATO aufgefordert, die Lieferungen an die UdSSR zu kontrollieren und eventuell zu stoppen. Da sich jetzt die Chance biete, die Beziehungen zur UdSSR in einer „für alle tragbaren Weise" zu regeln, wäre jedes andere Verhalten des Westens „geradezu Selbstmord".

356 21.09. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Rambouillet S. 1192

Der französische Staatspräsident zeigt sich beeindruckt von der Überlegung des Bundeskanzlers, der UdSSR weitere Wirtschaftshilfe nur gegen politische Konzessionen zu gewähren. Adenauer schlägt eine diesbezügliche deutsch-französische Initiative in der NATO vor. Dabei gehe es nicht darum, den gesamten Handel mit der UdSSR zum Erliegen zu bringen, sondern die Lieferung von Industrieanlagen sowie die Gewährung langfristiger Kredite zu verhindern. Das Ziel sei, auf diese Weise eine „echte" Abrüstung, eine Öffnung der UdSSR für westliche Besucher sowie die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen. De Gaulle macht deutlich, daß eine Fortsetzung der amerikanisch-britisch-sowjetischen Verhandlungen zu Resultaten führen könnte, die für Deutschland und da-

mit auch für Europa schädlich seien. Es drohe zunächst die Neutralisierung der Bundesrepublik, anschließend die weiterer westeuropäischer Staaten. Dann wäre es auch um Lateinamerika und Afrika „geschehen", und das Endergebnis wäre „die Niederlage und mehr noch, der Tod". Im weiteren äußert sich Adenauer skeptisch zur Zukunft des Gemeinsamen Marktes. Die Englandfrage werde sich nach den nächsten Wahlen in Großbritannien von selbst regeln; in der britischen Regierung werde zudem mit dem Europagedanken nur „gespielt". Bezüglich des Teststopp-Abkommens, das „weder Sinn noch Zweck" habe, hebt er die Bedeutung der offiziellen amerikanischen Erklärungen zur Nichtanerkennung der DDR hervor, die den Schaden zu „sechzig bis siebzig Prozent" wiedergutgemacht hätten.

357 22.09. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Rambouillet S. 1202

Adenauer sichert zu, daß Bundesminister Erhard hinsichtlich der deutsch-französischen Zusammenarbeit „hundertprozentig" mit ihm selbst übereinstimme und diese Politik als Bundeskanzler fortführen werde. Angesichts der zu erwartenden Entwicklung in Großbritannien nimmt der Bundeskanzler an, daß Bundesminister Schröder – sollte er im Amt bleiben – von seinen pro-britischen Ansichten „geheilt" werde. De Gaulle hebt die Notwendigkeit einer gemeinsamen deutsch-französischen Sicherheitspolitik hervor und betont, er verfüge über Beweise, daß die USA entschlossen seien, bei einer Verteidigung Europas nicht unmittelbar nukleare Waffen einzusetzen. Im Interesse Frankreichs und der Bundesrepublik liege jedoch – allein aus Gründen der Abschreckung – eine Strategie, die den sofortigen Einsatz der stärksten Waffen vorsehe. Das MLF-Projekt diene lediglich dazu, so de Gaulle, der Bundesrepublik den Anschein zu vermitteln, als verfüge sie über nukleare Waffen. Adenauer legt dar, daß er der MLF nur aus politischen Gründen zugestimmt habe, d.h. um die USA „festzunageln". Da er von der Notwendigkeit einer Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa überzeugt sei, hoffe er, daß Frankreich mit der Entwicklung der Force de frappe vorankomme. Hinsichtlich des Vorschlags, die UdSSR durch die Zurückhaltung wirtschaftlicher Hilfe zu politischen Zugeständnissen zu veranlassen, kommen Adenauer und de Gaulle überein, den amerikanischen Präsidenten „mit in die Front" einzubeziehen und eventuell sogar Kennedy als Initiator des Plans auftreten zu lassen.

358 22.09. Gespräch des Bundesministers Schröder mit Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium, in Middleburg, Texas S. 1210

Schröder und Ball erörtern die geplante Lieferung deutscher Flugzeuge an Pakistan. Ball erhebt keine Einwände, da derzeit keine Gefahr einer pakistanischen Aggression gegen Indien

bestehe. Dagegen zeigt er sich besorgt wegen der Überlassung von deutschen Hubschraubern an Israel. Ball teilt die von Schröder dargelegte Annahme, daß das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Israel nach einer Herstellung diplomatischer Beziehungen „freier und unabhängiger" werden würde.

359 23.09. Vermerk des Legationsrats I. Klasse Oncken S. 1212

Der Leiter des Referats „Wiedervereinigung" äußert sich zu möglichen Reaktionen der drei Westmächte auf eine Inkorporierung von Ost-Berlin in die DDR. In einem solchen Fall sollten unverzüglich „Warngespräche" der Westmächte mit der UdSSR stattfinden. Der sowjetischen Regierung müsse deutlich gemacht werden, daß ein derartiger Schritt zu Gegenmaßnahmen zwinge; hierzu gehöre auch ein weiterer Ausbau der Bindungen von Berlin (West) zur Bundesrepublik.

360 23.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 1213

Krapf gibt einen Bericht des Generalbevollmächtigten der Firma Krupp über einen Aufenthalt in Bulgarien wieder. Beitz teilte mit, Ministerpräsident Schiwkow habe ihm gegenüber Interesse bekundet, mit der Bundesrepublik einen Handelsvertrag abzuschließen und Handelsvertretungen auszutauschen sowie langfristige Kredite zu erhalten. Beitz glaubt bei seinen bulgarischen Gesprächspartnern eine ablehnende Einstellung gegenüber dem „Ulbricht-Regime" festgestellt zu haben, die durch intensivere Kontakte mit der Bundesrepublik verstärkt werden könnte; dies gelte ebenso für andere Ostblock-Staaten.

361 24.09. Gespräch des Bundesministers Schröder mit Präsident Kennedy in Washington S. 1214

Kennedy sieht im Rahmen von Gesprächen mit der UdSSR keine nennenswerten Aussichten auf substantielle Fortschritte in der Berlin-, Deutschland- und Kuba-Frage. Schröder betont, daß in eventuelle Übereinkommen die zentralen Ost-West-Probleme einbezogen werden müßten; zumindest aber dürfe der Westen keinen Zweifel am unveränderten Fortbestand seiner politischen Ziele aufkommen lassen. Nur mit Hilfe dieses Gegengewichts sei eine deutsche Zustimmung zur Lösung peripherer Fragen zu erlangen. Der Bundesminister erläutert anschließend die negativen innenpolitischen Auswirkungen der sowjetischen Taktik, allein die Bundesrepublik als „Störenfried" der Entspannungspolitik darzustellen. Anschließend geht Kennedy auf das MLF-Projekt ein. Er befürwortet die Einrichtung eines „Demonstrationsschiffs" mit deutscher und italienischer Besatzung. Dies werde auf Großbritannien ermutigend wirken, da dann etwas Sichtbares vorgewiesen werden könne. Zu dem am Vortag veröffentlichten französischen Vorschlag, eine europäische nukleare Streitmacht aufzubauen, äußert Schröder die Vermutung, daß es sich nicht

um ein konkretes Angebot handele. Allerdings stelle die französische „Versuchung für die Zukunft" einen Grund mehr dar, die MLF schnell zu verwirklichen.

362 24.09. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem Berater des amerikanischen Präsidenten, Sorensen, in Washington S. 1223

Schröder erläutert die unzureichende Unterrichtung der Bundesregierung über die Teststopp-Verhandlungen. So habe er den Text des Abkommens am 26. Juli 1963 der Zeitung entnommen. Das Abkommen berge die Gefahr, daß „Pankow auf dieselbe Ebene angehoben werde wie die Bundesrepublik" und von einer Deutschen Frage nicht mehr gesprochen werden könne. Dies habe in der Bundesrepublik unter anderem zum Entstehen von zwei Gedankenrichtungen geführt: eine, die die Vorteile des Kalten Krieges – keine Änderung des Status quo – hervorhebe, und eine andere, die überzeugt sei, daß eine unveränderte Fortdauer des Status quo lediglich der „anderen Seite" diene. Er selbst sei der Ansicht, daß man in den Ost-West-Beziehungen durchaus versuchen solle, zunächst die peripheren Fragen zu lösen. Dabei dürften allerdings die eigentlichen Ziele des Westens nicht in Vergessenheit geraten, sonst werde die Deutschland-Frage „unter der Entspannung begraben". Die hauptsächliche Sorge des Bundeskanzlers Adenauer liege darin, daß der Westen „auseinanderfallen oder einschlafen" könne. Sorensen erwidert darauf, die Gefahr der Uneinigkeit könne sich daraus ergeben, „daß einer zu weit gehe oder mit den anderen nicht zusammenarbeiten wolle".

363 25.09. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1228

Carstens hält aus einer Sitzung des Bundeskabinetts den Bericht des Bundeskanzlers über dessen Besuche in Rom und Paris fest. Adenauer zeigte sich von den Treffen im Vatikan beeindruckt, regte aber eine Erhöhung der geringen Zahl deutscher Kardinäle in der Kurie an. Den Zustand der italienischen christdemokratischen Partei charakterisierte er als unentschlossen. Abschließend berichtete der Bundeskanzler über Beschwerden des Staatspräsidenten de Gaulle wegen mangelnder Konsultationen vor Abschluß des deutsch-amerikanischen logistischen Abkommens vom 1. August 1963 sowie vor Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens durch die Bundesregierung. Zu letzterem führte Carstens aus, daß Frankreich vor dem Beitritt der Bundesrepublik zweimal ausführlich konsultiert worden sei; dies werde er gegenüber dem französischen Botschafter de Margerie bei nächster Gelegenheit herausstellen.

364 25.09. Abgeordneter Majonica an Staatssekretär Carstens S. 1229

Der CDU-Abgeordnete weist darauf hin, daß die Volksrepublik China der UdSSR in der Berlin- und Deutschland-Frage

eine zu weiche Haltung vorgeworfen habe. Unter diesem Gesichtspunkt regt Majonica eine Überprüfung der Entscheidung an, in der Republik China (Taiwan) keine Handelsmission der Bundesrepublik zu eröffnen. Die Errichtung einer Handelsmission wäre nämlich „eine gute Antwort auf die intransigente Haltung der Rotchinesen".

365 25.09. Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheske S. 1230

Der Leiter des Referats „NATO/WEU" äußert sich zu den Bemühungen der spanischen Rüstungsindustrie um deutsche Aufträge. Im Gegensatz zum Bundesministerium der Verteidigung, das aus logistischen Überlegungen eine Verlagerung von Aufträgen nach Spanien befürworte, vertritt Scheske die Ansicht, daß engere rüstungswirtschaftliche Verbindungen mit Spanien zu einer „verhängnisvollen Mißdeutung" der politischen Ziele der Bundesrepublik führen und die Beziehungen zu den NATO-Partnern gefährden könnten. Weiterhin macht er darauf aufmerksam, daß die USA an einer Bewahrung ihrer „Monopolstellung" in den verteidigungspolitischen Verbindungen der NATO-Staaten zu Spanien interessiert seien. Scheske spricht sich für Aufträge an wirtschaftlich schwache NATO-Staaten wie Portugal, Griechenland oder die Türkei aus, falls sie zu gleichen Konditionen wie Spanien liefern könnten.

366 26.09. Gespräch des Bundesministers Schröder mit Generalsekretär U Thant, UNO, in New York S. 1232

U Thant bittet Schröder um weitere Unterstützung der zivilen Operationen der UNO im Kongo (Léopoldville). Der Bundesminister macht auf „psychologische Schwierigkeiten" aufmerksam, die dazu notwendige Zustimmung des Bundestages zu erhalten, da die Bundesrepublik selbst nicht Mitglied der UNO sei. Er kündigt aber finanzielle Unterstützung durch Zeichnung weiterer von der UNO ausgegebener Anteilscheine an. Mit Blick auf die Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 19. September 1963 bedauert Schröder, daß die Bundesrepublik keine Möglichkeit habe, selbst derartigen Angriffen vor der UNO entgegenzutreten, sondern stets befreundete Staaten um eine Erwiderung bitten müsse. Er stimmt jedoch mit dem Generalsekretär überein, daß die Deutschland-Frage nicht in die Zuständigkeit der UNO falle und es somit für die Bundesrepublik auch nicht möglich sei, zu deutschlandpolitischen Fragen gehört zu werden. Abschließend äußert sich U Thant zur Erweiterung der UNO durch afrikanische und asiatische Staaten; die dadurch ausgelöste „Vertrauenskrise", vor allem bei westlichen Staaten, sei inzwischen überwunden.

367 27.09. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk und dem britischen Außenminister Lord Home in New York S. 1236

Rusk und Lord Home sind der Auffassung, daß die Ost-West-Beziehungen noch nicht in eine Periode der Entspannung eingetreten seien; der amerikanische Außenminister hält jedoch einzelne bilaterale Übereinkommen, wie z.B. ein amerikanisch-sowjetisches Luftverkehrsabkommen, für möglich. Hinsichtlich eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt hebt Schröder hervor, daß zunächst die Berlin-Frage gelöst und „gewisse Fortschritte" in der Deutschland-Frage erzielt werden müßten. Lord Home hält einen Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen für erwägenswert und befürwortet die Errichtung eines Systems von Bodenbeobachtungsposten. Schröder führt dazu aus, daß ein Beobachtungssystem „universale Anwendung" haben, d.h. sowohl das Staatsgebiet der USA als auch das der UdSSR einbeziehen müsse und gegenüber Europa oder der Bundesrepublik keinesfalls diskriminierend wirken dürfe. Mögliche Schwierigkeiten sieht er in einer Nichtteilnahme Frankreichs sowie in einer Einbeziehung der DDR. Der britische und der amerikanische Außenminister weisen darauf hin, daß die Politik der vergangenen 15 Jahre zwar „richtig und unvermeidlich" gewesen sei, jedoch in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands keinen Fortschritt gebracht habe. Rusk macht darauf aufmerksam, daß eine Wiedervereinigung nur bei Verzicht auf die Ostgebiete des Deutschen Reiches unterstützt werden könne. Schröder warnt vor einer vorzeitigen Preisgabe von Positionen, die von einer gesamtdeutschen Regierung in einem Friedensvertrag unter den dann bestehenden Bedingungen verhandelt werden müßten. Zur Zeit könne zu diesem Thema nur gesagt werden, daß das Recht auf Selbstbestimmung zur Anwendung kommen sollte.

368 30.09. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Gouverneur des Staates New York, Rockefeller S. 1253

Rockefeller sieht es als wichtig an, daß das Verhältnis der amerikanischen Regierung zum französischen Staatspräsidenten verbessert werde; das Hauptproblem dabei sei die nukleare Frage. Adenauer schlägt vor, mit einem erfolgreichen Besuch von de Gaulle in den USA einen Wandel in den bilateralen Beziehungen einzuleiten. Der Gouverneur zeigt sich besorgt über die Haltung der amerikanischen Regierung, die „die anderen freien Länder aus dem nuklearen Besitz hinausdrängen wolle". Adenauer pflichtet bei, daß die Ungleichheiten in der Machtverteilung nicht zu groß werden dürften. Rockefeller führt aus, ein vereinigtes Europa müsse über eine eigene nukleare Streitmacht verfügen. Dagegen bringe die MLF lediglich große Geldausgaben mit sich, trage aber nicht zu einem partnerschaftlichen Verhältnis im Bündnis bei. Rockefeller äußert sich besorgt über die drohende Wendung der amerika-

nischen Politik „nach links"; die Berater des Präsidenten seien von der Ernsthaftigkeit der sowjetischen Entspannungsabsichten überzeugt. Beide Gesprächspartner stimmen überein, daß mit der UdSSR nur aus einer Position der Stärke verhandelt werden könne.

369 30.09. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1260

In einer Stellungnahme zur Frage der Zuständigkeit für die Entwicklungshilfe lehnt Lahr die von Bundesminister Scheel vertretene Ansicht, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit solle die Federführung in diesem Bereich übernehmen, ab. Der Staatssekretär charakterisiert die Entwicklungspolitik lediglich als „neue Spielart" der Außen- und Außenwirtschaftspolitik und sieht ihre besondere politische Bedeutung darin, daß die Empfänger der Entwicklungshilfe in der Mehrzahl zu den blockfreien Staaten zählten, mit denen die Bundesregierung ständig um die Anerkennung ihrer Deutschlandpolitik „ringen" müsse. Er legt dar, daß idealerweise die Entwicklungspolitik gemeinsam durch Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Wirtschaft koordiniert werden müßte, und kommt zu dem Schluß, daß die Gründung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Jahr 1961 „die Dinge erheblich kompliziert" habe. Notwendig sei eine Reform des bislang schwerfälligen Lenkungsausschusses.

370 01.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath S. 1267

Luedde-Neurath berichtet über ein Gespräch mit dem Leiter des bulgarischen Außenhandelsbüros. Beide Seiten bekundeten Interesse an der wechselseitigen Errichtung von Handelsvertretungen mit bestimmten konsularischen Zuständigkeiten. Unterschiedliche Auffassungen bestanden in der Frage der Einbeziehung von Berlin (West) in eine diesbezügliche Vereinbarung. Während Luedde-Neurath darlegte, daß lediglich die Form der Einbeziehung zur Verhandlung stehe, betonte Penkow, eine ausdrückliche Erwähnung Berlins sei nicht akzeptabel. Abschließend übermittelte Penkow den Wunsch der bulgarischen Regierung nach baldigem Abschluß eines langfristigen Handelsabkommens mit der Bundesrepublik.

371 01.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steltzer S. 1269

Mit Blick auf die Reise des Kaisers Haile Selassie in einige afrikanische und europäische Staaten sowie nach Kanada und in die USA macht der Leiter des Referats „Afrika südlich der Sahara" darauf aufmerksam, daß die äthiopische Regierung auf eine „Neutralisierung" Afrikas im Ost-West-Konflikt hinarbeite und folglich in der Deutschland-Frage eine einseitige Parteinahme afrikanischer Staaten zugunsten der Bundesrepublik ablehne. Eine Konferenz äthiopischer Botschafter

habe die Empfehlung ausgesprochen, eine Handelsmission – eventuell sogar eine Botschaft – in Ost-Berlin zu eröffnen, und darauf hingewiesen, daß in einem solchen Fall weder die USA noch Großbritannien noch Frankreich die Beziehungen zu Äthiopien abbrechen würden. Ein etwaiger Bruch mit der Bundesrepublik könne in Kauf genommen werden, weil es zu einer politischen Aufwertung Äthiopiens in Afrika käme. Zudem würde nicht nur die Bundesrepublik zur Aufgabe der Hallstein-Doktrin gezwungen, sondern auch eine Verminderung der Ost-West-Spannungen bewirkt. Sondierungen des Kaisers seien in Washington und Paris zu erwarten.

372 02.10. Vermerk des Staatssekretärs Lahr S. 1271

Lahr faßt Überlegungen zur weiteren Gewährung von Krediten an Israel im Rahmen der Aktion „Geschäftsfreund" zusammen. Die beteiligten Ressorts seien übereingekommen, den Zahlungsrhythmus bereits im zweiten Halbjahr 1963 zu strekken. Dagegen wolle Bundeskanzler Adenauer, daß erst 1964 mit einer Verlangsamung begonnen werde. Der Staatssekretär stellt heraus, daß nicht daran gedacht sei, den Gesamtbetrag zu kürzen.

373 02.10. Staatssekretär Carstens an Bundesminister von Hassel S. 1272

Carstens setzt Hassel von einem Gespräch mit dem französischen Botschafter über die deutsch-amerikanische logistische Vereinbarung vom 1. August 1963 in Kenntnis. De Margerie wies darauf hin, daß sich die Fragen im Zusammenhang mit der zu spät erfolgten Unterrichtung der französischen Regierung über das Abkommen inzwischen erledigt hätten. Dreiergespräche mit den USA über die sich aus dem „Memorandum of Understanding" ergebenden Sachprobleme lehnte er jedoch ab. Der Staatssekretär äußerte die Ansicht, daß der Zweck der Vereinbarung – die Belieferung der Bundeswehr mit Waffen und Munition aus Depots der amerikanischen Streitkräfte in Frankreich – auch vom französischen Standpunkt aus „vollkommen unbedenklich" sei.

374 03.10. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 1274

Carstens hält Ergebnisse einer Besprechung im Bundeskanzleramt über die logistische Zusammenarbeit mit Portugal fest. Wegen der Schwierigkeit, die dortigen Bauvorhaben der Bundeswehr noch länger geheimzuhalten, wurde eine Sprachregelung für die Auslandsvertretungen vereinbart, um die Projekte „in den größeren Zusammenhang logistischer Einrichtungen der Bundeswehr im Ausland" zu stellen. Außerdem wurde hinsichtlich der geplanten Lieferung von Flugzeugen aus der Bundesrepublik beschlossen, die portugiesische Seite zu veranlassen, ihren bisherigen Zusicherungen über den Endverbleib die Erklärung hinzuzufügen, daß die Maschinen nur im NATO-Bereich und nicht in den afrikanischen Kolonien zum Einsatz kommen würden.

375 04.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 1276

Krapf nimmt zu einem Schreiben des Stellvertretenden Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR an den Regierenden Bürgermeister von Berlin Stellung. Die durch König angeregten Gespräche von bevollmächtigten Juristen beider Seiten bewertet Krapf als weiteren Versuch, die These vom „besonderen Territorium West-Berlin" zu stärken. Brandt wolle den Brief unbeantwortet lassen, jedoch den zuständigen Stellen in der DDR über das Internationale Komitee vom Roten Kreuz mitteilen, daß der Senat nur zu technischen Kontakten auf Magistratsebene bereit sei, bei denen über menschliche Erleichterungen gesprochen werden könne. Krapf schlägt dagegen vor, der „sowjetzonalen Seite" diese Information über den „Kanal Leopold–Behrendt" zukommen zu lassen.

376 05.10. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens S. 1278

Carstens informiert über eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter McGhee, dem französischen Botschafter de Margerie sowie dem britischen Geschäftsträger Tomkins. Übereinstimmung zeichnete sich hinsichtlich der Aufnahme einer Berlin-Klausel in das Zustimmungsgesetz zum Teststopp-Abkommen sowie in der Frage einer Einbeziehung von Berlin (West) in Abkommen der Bundesrepublik ab. Die Westmächte seien bereit, durch eine „interpretative Erklärung" zum Kleinen Berliner Besatzungsstatut von 1952 klarzustellen, daß Handelsabkommen mit den Ostblock-Staaten auch dann in Berlin (West) Gültigkeit erlangen könnten, wenn „aus den bekannten Gründen eine klassische Berlinklausel" fehle. Weiterhin wurde über Gegenmaßnahmen für den Fall einer vollständigen Eingliederung Ost-Berlins in die DDR gesprochen.

377 05.10. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington S. 1280

Carstens nimmt zu der zwischen den USA, Großbritannien und der UdSSR erzielten grundsätzlichen Übereinstimmung über ein Verbot der Stationierung von Atomwaffen im Weltraum Stellung. Er vertritt die Ansicht, daß die Teilnahme an einer solchen Vereinbarung nur für diejenigen Staaten in Frage komme, die über die entsprechende Waffentechnik verfügten, und daß daher die Aufnahme einer offenen Beitrittsklausel nicht erforderlich sei. Sollte jedoch eine Beitrittsklausel nicht verhindert werden können, so müßte der Text der Übereinkunft um Bestimmungen erweitert werden, nach denen eine Teilnahme nicht allgemein anerkannter Staaten – wie der DDR – keine Anerkennungswirkung habe und Vertragsbeziehungen nur zwischen solchen Staaten entstünden, die einander völkerrechtlich anerkennten.

378 05.10. Deutsch-amerikanische Koordinierungsbesprechungen in Washington S. 1283

In der Besprechung über Fragen der Zusammenarbeit bei der Ausrüstungshilfe weist die amerikanische Delegation wegen zu erwartender Budgetkürzungen auf eine mögliche Einschränkung der eigenen Hilfe hin und regt an, die Bundesregierung möge als Ausgleich ihre Leistungen – vor allem an Griechenland und die Türkei – erhöhen. Auf diese Weise trage sie dazu bei, daß die Unterstützung für die Staaten „an der Grenze des Ostblocks" in vollem Umfang fortgesetzt werden könne. Unter Hinweis auf die ebenfalls schwierige Haushaltslage der Bundesrepublik sowie die eingeschränkte Akzeptanz der Ausrüstungshilfe in der Öffentlichkeit bezweifelt der Leiter der deutschen Delegation, Ministerialdirektor Sachs, die Möglichkeit einer solchen Erhöhung der Verteidigungshilfe. Es besteht Übereinstimmung, daß Ausrüstungshilfe an Entwicklungsländer nur unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und staatlichen Entwicklung geleistet werden dürfe und daß die konstruktivste Form der Militärhilfe diejenige sei, die auf eine Verbesserung der Infrastruktur und der inneren Sicherheit in den Empfängerstaaten abziele. In diesem Zusammenhang wird die deutsche Ausrüstungshilfe an Guinea positiv gewürdigt.

379 05.10. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 1293

Carstens weist auf Anzeichen hin, daß die Volksrepublik China verstärkt Kontakt zu Japan und zu den europäischen Industriestaaten suche. Gleichzeitig seien im Verhältnis zur DDR Spannungen zu verzeichnen, während die Angriffe gegen die Bundesrepublik nachließen. Der Staatssekretär macht die Auslandsvertretungen darauf aufmerksam, daß keine Bedenken gegen die „behutsame Pflege" gesellschaftlicher und persönlicher Kontakte zu „rotchinesischen Persönlichkeiten" bestünden.

380 07.10. Aufzeichnung der Legationsräte Rheker und Freiherr von Marschall S. 1294

Rheker und Marschall fassen den Stand der Verhandlungen mit Rumänien über einen Austausch von Handelsvertretungen zusammen. Unstimmigkeiten bestünden noch darüber, ob der freie Zugang zu den Vertretungen im Text der Vereinbarung fixiert werden müsse, sowie hinsichtlich der Gewährung diplomatischer Immunität für das jeweilige Personal. Keine Übereinkunft habe über eine Ausstattung der Handelsvertretungen mit Paß- und Sichtvermerksbefugnissen erzielt werden können. In der Frage der Einbeziehung von Berlin (West) bestehe die Chance, durch eine Bezugnahme auf die Währungsgebiete der DM und des Leu zu einer – über die Regelung mit Polen wesentlich hinausgehenden – Lösung zu kommen. Rheker und Marschall kommen zu dem Schluß, daß die anscheinend innerhalb der Ostblock-Staaten existierende „Berlin-Direktive" von

Rumänien großzügig ausgelegt werde. Sie schlagen vor, möglichst bald eine Vereinbarung gemäß dieser dem Wunsch der Bundesrepublik weitgehend entsprechenden Interpretation abzuschließen, um so die Verhandlungen mit anderen osteuropäischen Staaten zu präjudizieren.

381 07.10. Gesandter Scholl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1298

Scholl berichtet über die von Ministerpräsident Chruschtschow auch öffentlich eingestandene Versorgungskrise. Aufgrund der schlechten Getreideernte sehe sich die UdSSR zu größeren Weizenimporten aus dem Westen genötigt. Diese Einfuhren – wie auch den Ankauf ebenfalls benötigter Maschinen und industrieller Anlagen – dürfte sie in erster Linie durch hohe und langfristige Kredite zu finanzieren suchen. Scholl gibt zu bedenken, daß Liefergeschäfte mit der UdSSR nur dann für den Westen politisch vorteilhaft wären, wenn auf die Vergabe von Krediten über den bisherigen Rahmen hinaus verzichtet werde. Nur so könne die sowjetische Regierung gezwungen werden, ihre für die Rüstungsindustrie vorgesehenen Mittel anderweitig zu verwenden.

382 08.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1302

Lahr faßt zwei Besprechungen mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar, zusammen. Über die Modalitäten der bis Jahresende 1963 sowie ab 1964 zu leistenden Zahlungen im Rahmen der Aktion „Geschäftsfreund" habe keine Einigung erzielt werden können. Lahr hält die Rechtslage für unklar, ist aber der Auffassung, daß sich auch der künftige Bundeskanzler aus politischen Erwägungen einer vom bisherigen Regierungschef eingegangenen Zusage zu finanzieller Hilfe nicht werde entziehen können. Er schlägt deshalb vor, den sich anbahnenden Kompromiß – Verminderung der Zahlungen für 1963, Verlängerung der Gesamtlaufzeit von zehn auf dreizehn Jahre – anzunehmen.

383 08.10. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem südvietnamesischen Geschäftsträger Phan Van Thinh S. 1305

Schröder spricht den Vorschlag des Staatspräsidenten de Gaulle an, die beiden Teile Vietnams in einem neutralen Staat zu vereinen. Phan Van Thinh bemerkt hierzu, daß die Republik Vietnam von Nachbarn umgeben sei, die eine starke Neigung zum Kommunismus besäßen. Eine Neutralisierung könne daher nur dann eine Lösung sein, wenn sich auch die kommunistischen Staaten der Region sowie ihre „Satelliten" neutral verhielten. Schröder erwähnt, daß der sowjetisch-chinesische Gegensatz für die Deutschland-Frage positive Aspekte mit sich bringen könne. Demgegenüber hält der Geschäftsträger vorteilhafte Auswirkungen dieses ideologischen Konflikts auf die Lage in Südostasien für unwahrscheinlich, weil die „Kampfdoktrin" noch immer den „Weltkommunismus" zum Ziel habe.

384 09.10. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 1307

Smirnow behauptet, die Firma Siemens habe mit dem französischen Atomkommissariat eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit beim Bau großer Kernreaktoren getroffen. Er macht auf das Entstehen von Plutonium beim Reaktorbetrieb sowie auf die angebliche militärische „Geheimklausel" zum deutsch-französischen Vertrag aufmerksam und beschuldigt die Bundesregierung, Zugang zu Atomwaffen anzustreben. Carstens weist die Vorwürfe zurück und betont, die Bundesrepublik stelle keine militärische Bedrohung für die UdSSR dar, sondern habe vielmehr selbst Veranlassung, sich bedroht zu fühlen. Abschließend drängt Carstens auf die Entlassung der deutschen Studenten Naumann und Sonntag aus sowjetischer Haft, da die Bundesregierung die gewünschte Gegenleistung bereits erbracht habe. Smirnow führt daraufhin das ungünstige Klima in den deutsch-sowjetischen Beziehungen an, die durch das Röhrenembargo, durch die anfängliche deutsche Haltung zum Teststopp-Abkommen sowie durch die „unerfreuliche" Einstellung der Bundesregierung zu den geplanten sowjetischen Weizenkäufen gelitten hätten.

385 09.10. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Bundesminister Schröder S. 1313

Lilienfeld informiert über Hintergründe der Weizenlieferungen an die UdSSR. Die amerikanische Regierung sei erst tätig geworden, nachdem sie von Kontakten auf privatwirtschaftlicher Ebene erfahren habe. Ausschlaggebend sei die Bereitschaft der UdSSR gewesen, den Weizen zu normalen Zahlungsbedingungen zu kaufen; zudem habe sie sich verpflichtet, das Getreide nur im eigenen Land sowie zur Erfüllung bestehender Lieferverpflichtungen gegenüber osteuropäischen Staaten zu verwenden. Trotzdem werde in Washington von einzelnen Experten auch die Auffassung vertreten, daß die Lieferungen über den unmittelbaren Bedarf hinausgingen und die UdSSR in die Lage versetzten, Vorräte anzulegen.

386 10.10. Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer S. 1314

Der Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika" hält Überlegungen zu einem Antwortschreiben des Bundeskanzlers an den israelischen Ministerpräsidenten fest. Da Eshkol eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht erwähnt habe, solle auch Adenauer diese Frage nicht anschneiden. Die Bedeutung guter deutsch-arabischer Beziehungen für eine friedliche Regelung der Probleme im Nahen Osten sollte herausgestellt werden.

387 13.10. Bundeskanzler Adenauer an Bundesminister Schröder S. 1315

Adenauer spricht sich dafür aus, mit einer Streckung der Zahlungen an Israel im Rahmen der Aktion „Geschäftsfreund" erst 1964 zu beginnen. Wie er erfahren habe, seien die notwendigen Mittel zur Zahlung der vollen zweiten Tranche für 1963 vorhanden.

388 14.10. Legationsrat I. Klasse Jestaedt, z. Z. Bukarest, an das Auswärtige Amt S. 1316

Jestaedt faßt den Stand der Verhandlungen mit Rumänien über den Austausch von Handelsvertretungen zusammen. Hinsichtlich des Aufgabenbereichs der Vertretungen sowie der Gewährung diplomatischer Immunitäten habe Übereinstimmung erzielt werden können. Die Klausel, in der auf die Währungsgebiete von DM und Leu Bezug genommen werde und über die Berlin (West) in das Abkommen eingebunden werden solle, werde in einen gesonderten Briefwechsel aufgenommen. Eine Bestimmung über den freien Zugang zu den Handelsvertretungen stoße dagegen auf entschiedene Ablehnung. Abschließend legt Jestaedt dar, daß sich Rumänien immer mehr als unabhängiger kommunistischer Staat betrachte, der zwar in der Deutschland-Frage den sowjetischen Standpunkt teile, jedoch Freiheit in zwischenstaatlichen Fragen beanspruche. So werde ein Austausch von Handelsvertretungen als erster Schritt zu einer Normalisierung der Beziehungen betrachtet.

389 16.10. Gespräch des amtierenden Bundeskanzlers Adenauer mit dem ehemaligen amerikanischen Hohen Kommissar McCloy S. 1319

McCloy kritisiert die Vorstellung des französischen Staatspräsidenten, Europa durch „ein System von Bündnissen und Achsen mit Hilfe der Deutschen" kontrollieren und beherrschen zu können. Adenauer betont dagegen, de Gaulle teile mit ihm die Überzeugung, daß eine Verteidigung Europas ohne die USA nicht möglich sei. McCloy vertritt die Meinung, weder das Teststopp-Abkommen noch das Weizengeschäft mit der UdSSR hätten Hoffnungen in den USA geweckt, daß das „große Zeitalter der Verständigung" angebrochen sei. Hinsichtlich der Teststopp-Verhandlungen macht er darauf aufmerksam, daß der amerikanische Unterhändler Harriman „sehr genaue und begrenzte Instruktionen" gehabt habe; dies könne zu einer Vernachlässigung der möglichen deutschlandpolitischen Implikationen des Abkommens geführt haben. Betreffend den Zeitpunkt der Unterrichtung der Bundesregierung über den Text des Abkommens gibt McCloy zu bedenken, daß die amerikanische Regierung auch nicht den letzten Entwurf des deutsch-französischen Vertrages gesehen habe, der immerhin Formulierungen enthalte, die auf das „Herz der NATO" zielten. Zu den sowjetischen Weizenkäufen bemerkt Adenauer, daß er es gerne gesehen hätte, wenn bei dieser Gele-

genheit auch über die Berliner Mauer gesprochen worden wäre.

390 16.10. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 1327

Carstens hält die Anregung des Bundesministers Schröder fest, in einem kleineren Kreis von Kabinettsmitgliedern über die Finanz- und Ausrüstungshilfe für Israel zu sprechen. Ziel müsse es sein, die israelische Regierung unter Hinweis auf die deutschen Leistungen dazu zu bewegen, in der Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen keinen Druck mehr auszuüben. Des weiteren sei zu erörtern, auf welche Weise die USA über Form und Umfang der Ausrüstungshilfe an Israel informiert werden sollten.

391 16.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg S. 1329

Meyer-Lindenberg nimmt zur geplanten Registrierung des Teststopp-Abkommens bei der UNO Stellung. Da sich eine Erwähnung der DDR in der UNO-Vertragssammlung nicht werde vermeiden lassen, müsse die Form der Registrierung deutlich machen, daß die DDR nur von kommunistischen Staaten anerkannt werde. Am ehesten entspreche dieser Forderung der amerikanische Vorschlag, daß jede Depositarmacht eine Liste mit den Namen derjenigen Staaten einreiche, die ihr gegenüber den Beitritt zum Abkommen erklärt hätten. Die drei Listen sollten getrennt voneinander im Anhang der Vertragssammlung veröffentlicht werden. Wenn jedoch das UNO-Generalsekretariat auf einer „fusionierten Liste" bestünde, so könnte der „abnorme Status der SBZ" durch entsprechende Fußnoten oder Randbemerkungen deutlich gemacht werden.

392 18.10. Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Acheson S. 1332

Adenauer nimmt Staatspräsident de Gaulle gegen den Vorwurf in Schutz, daß er sich gegen die europäische Integration wende und durch die Aufstellung einer „nationalistischen" nuklearen Streitmacht das Atlantische Bündnis gefährde. Adenauer ist der Ansicht, daß die USA die sowjetische Politik falsch einschätzten. Acheson führt dazu aus, daß das amerikanische Bemühen, ständig mit der UdSSR in Kontakt zu bleiben, schädlich sei. Er zeigt sich davon überzeugt, daß Präsident Kennedy aufgrund innenpolitischen Drucks von dieser „Kontakt-Politik" werde abrücken müssen. Er habe Kennedy erklärt, nicht die Beziehungen zur UdSSR seien für die USA ausschlaggebend, sondern diejenigen zur Bundesrepublik. Mit Blick auf die Krise in der sowjetischen Wirtschaft vertritt Adenauer die Auffassung, daß die NATO die Frage untersuchen solle, ob die UdSSR durch Nichtgewährung von Unterstützung zu einer anderen Politik gezwungen werde könne.

393 19.10. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Acheson S. 1336

Erhard führt aus, daß der französische Staatspräsident zu dem „kritischen Zustand", in dem sich Europa befinde, entscheidend beigetragen habe. Das „Wegstoßen Englands" von der EWG bezeichnet der Bundeskanzler als „tragisches Ereignis", das de Gaulle bewußt herbeigeführt habe. Beide Gesprächspartner befürworten die Einrichtung einer multilateralen Atomstreitmacht innerhalb der NATO und messen dem Verhalten Großbritanniens für eine Realisierung des Projektes eine Schlüsselrolle zu. Nach Auffassung von Acheson würde eine Beibehaltung der nationalen britischen Nuklearwaffe die NATO zerstören. Acheson betont die Notwendigkeit möglichst enger deutsch-amerikanischer Beziehungen. Sollte die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik zu der Auffassung gelangen, daß die USA an eine Entspannung glaubten und „heimlich" mit der UdSSR verhandelten, so würde dies nur die deutschen „Gaullisten" stärken, die ihrerseits Direktgespräche zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR befürworteten. Abschließend erwähnt Erhard, daß er vor seiner Amerika-Reise zunächst de Gaulle einen Besuch abstatten werde, „um die Politik Adenauers nicht in aller Öffentlichkeit zu desavouieren". Das eigentlich bedeutsame Gespräch werde erst danach mit Präsident Kennedy stattfinden.

394 19.10. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Acheson S. 1341

Eingangs äußert sich Acheson positiv zum Kanzlerwechsel in der Bundesrepublik, weil die „gleiche Politik" nun mit jüngeren Personen weitergeführt werden könne. Den außenpolitischen Teil der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Erhard hält er für „erstklassig". Die Situation in Europa sei dagegen „ziemlich entmutigend". Vor allem Großbritannien sei es nach dem Verlust des Empire noch nicht gelungen, sich der neuen Lage anzupassen. Acheson hebt die Bedeutung der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit, besonders in den Bereichen MLF, Zahlungsbilanz und Kennedy-Runde, hervor. Schröder erläutert, wie durch die Politik des Staatspräsidenten de Gaulle das Ideal der europäischen Integration auf lange Sicht unerreichbar geworden sei. Es komme darauf an, Großbritannien so nahe wie möglich „an Europa zu halten" und durch eine losere politische Union nachteilige Wirkungen einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit zu vermeiden. Der Bundesminister betont, daß die USA nicht nur der stärkste, sondern der einzige Bündnispartner seien, mit dem das Problem der Wiedervereinigung gelöst werden könne.

395 21.10. Aufzeichnung des Botschafters Blankenhorn, Paris S. 1345

In seiner Analyse hebt Blankenhorn die Übereinstimmung der französischen Außenpolitik mit den „defensiven" Zielen der deutschen Außenpolitik – Verteidigung der Bundesrepublik

und von Berlin (West), Nichtanerkennung der DDR sowie „Nichtvertiefung" der deutschen Spaltung – hervor, weist aber auf unterschiedliche Einstellungen bei „offensiven" Interessen hin: Eine Wiedervereinigung werde unterstützt, wenn sie sich unter Bindung an den Westen und unter Einordnung in den europäischen Rahmen vollziehe, die Forderung nach Rückkehr der Ostgebiete des Deutschen Reiches hingegen gar nicht. Verhandlungen mit der UdSSR über Ost-West-Fragen stehe Frankreich ablehnend gegenüber, da es den Zeitpunkt, an dem substantielle Konzessionen erreicht werden könnten, für noch nicht gekommen halte. Im militärischen Bereich werde eine rein nationale Verteidigung angestrebt und die Integration von Streitkräften abgelehnt. Insgeheim betreibe der französische Staatspräsident den Ausbau eines unter französischer Vorherrschaft stehenden „politischen Sechser-Europas mit der Force de frappe als Hauptwaffe". Es gebe jedoch Anzeichen für die Bereitschaft, diese später in eine europäische Atomstreitmacht einzubringen. Im Bereich der Europapolitik wolle de Gaulle erst nach der Lösung offener agrarpolitischer Fragen eine Fortentwicklung der Integration zulassen. Abschließend unterstreicht Blankenhorn, daß in Frankreich der deutsch-französische Vertrag als ein wichtiges außenpolitisches Instrument betrachtet werde; lediglich über den Grad der militärischen Zusammenarbeit herrsche Enttäuschung.

396 22.10. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 1359

Erhard erläutert die Themen, die er bei seinem Besuch in den USA erörtern will. Er erwägt, in den Ost-West-Beziehungen möglicherweise mit einem „großen Wurf" weiterzukommen. So denke er an materielle Opfer, durch die die Wiedervereinigung erleichtert oder herbeigeführt werde. Der Bundeskanzler zeigt sich besorgt über die mögliche Vernachlässigung der Deutschland-Frage bei neuen Entspannungsmaßnahmen auf „zweitrangigen Gebieten". McGhee führt aus, daß in jüngster Zeit mit der UdSSR nur zwei „unbedeutendere" Abmachungen getroffen worden seien und daß die USA keine einseitigen Konzessionen beabsichtigten. Von einer wirklichen Entspannung könne noch nicht die Rede sein. Der Botschafter informiert über die Liberalisierung des amerikanischen Osthandels. Er stimmt mit Erhard darin überein, daß nur kurzfristige Kredite an die UdSSR vergeben werden sollten, um Ministerpräsident Chruschtschow „immer unter Kontrolle" zu haben. Als weitere Gesprächsthemen nennt der Bundeskanzler die bevorstehende Kennedy-Runde sowie Währungs- und Finanzfragen. Abschließend sichert McGhee zu, die USA dächten nicht an eine Verringerung ihrer Streitkräfte in der Bundesrepublik. Bei dem jüngst erfolgten Abzug von weiteren 900 Soldaten aus Berlin (West) handele es sich lediglich um eine „vorübergehende Lücke".

397 22.10. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 1367

Schröder und McGhee erörtern das Programm für den geplanten Besuch des Bundeskanzlers Erhard in den USA. Der Bundesminister zeigt sich besorgt über die psychologischen Wirkungen von Äußerungen amerikanischer Politiker, daß das Manöver „Big Lift" gewissermaßen eine Verminderung der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik vorbereite. McGhee sichert zu, daß an keine weitere Reduzierung der Streitkräfte gedacht sei. Auf die Frage des Botschafters nach europapolitischen Initiativen legt Schröder dar, daß möglicherweise die Bemühungen um die Schaffung einer europäischen politischen Union im kommenden Jahr wiederaufgenommen werden könnten. Zuvor müßten allerdings mit Frankreich noch „viele ärgerliche Dinge" besprochen werden. Abschließend stellt der Botschafter fest, der vom „Kuratorium Unteilbares Deutschland" der UNO unterbreitete deutschlandpolitische Vorschlag sei flexibler als derjenige des Auswärtigen Amts und daher von Außenminister Rusk positiv aufgenommen worden.

398 23.10. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1371

Knappstein berichtet über ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister. Der Botschafter zeigte sich befriedigt über die deutsch-amerikanische Konsultation bezüglich der UNO-Resolution über die Nichtstationierung von Atomwaffen im Weltraum. Durch die frühzeitige Unterrichtung sei „jede Aufregung und jedes Mißverständnis" vermieden worden. Ein weiteres Thema bildeten die Zwischenfälle auf der Autobahn Helmstedt–Berlin. Beide Seiten stimmten überein, daß in diesem Zusammenhang keine Vereinbarungen getroffen werden dürften, durch die „originäre" Rechte der westlichen Alliierten begrenzt oder aufgelockert werden könnten. Zu einem möglichen Abzug amerikanischer Truppenteile aus Europa bemerkte Rusk, daß man sich in der Bundesrepublik bei der geringsten Umorganisation seitens der USA sehr aufrege, jedoch Truppenreduzierungen anderer Staaten – wie z. B. Frankreichs – unbesorgt hinnehme. Diesen „doppelten Standard" könnten die USA auf Dauer nicht akzeptieren.

399 23.10. Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen S. 1374

Nach einem Bericht des Leiters der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium über den Besuch des Außenministers Couve de Murville in den USA wenden sich die Gesprächsteilnehmer den Zwischenfällen auf der Autobahn Helmstedt–Berlin zu. Lucet und Ministerialdirigent Reinkemeyer stimmen überein, daß Verhandlungen mit der UdSSR über den Zugang der westlichen Alliierten nach Berlin (West) vermieden werden müßten, da die bestehenden Regelungen „nicht sehr klar" seien. Der westliche Standpunkt sollte der so-

wjetischen Seite nur mündlich und auf möglichst niedriger Ebene mitgeteilt werden; denkbar sei die Notifizierung über einen sowjetischen Kontrolloffizier am Checkpoint Charlie in Berlin. Gegenmaßnahmen im Bereich des Interzonenhandels kämen nicht in Frage, da diese – so Reinkemeyer – für den Fall einer Behinderung des zivilen Transitverkehrs reserviert bleiben müßten. Zur Frage des Handels mit der UdSSR und den osteuropäischen Staaten berichtet Reinkemeyer über den positiven Abschluß der Verhandlungen mit Rumänien. Er äußert die Hoffnung, die dabei ausgehandelte Berlin-Klausel könne eine Präzedenzwirkung auf die laufenden Gespräche mit Ungarn haben; der „kommunistische Block" sei offenbar weniger monolithisch als angenommen.

400 23.10. Bundesminister Schröder an den Abgeordneten von Brentano S. 1380

Schröder bestätigt, daß sich das Bundeskabinett mit einem Vorschlag des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland" zur Lösung der Deutschland-Frage befaßt und Bundesminister Barzel an einigen Formulierungen der Denkschrift Kritik geübt habe. Der Bundesminister bezeichnet den an die Menschenrechtskommission der UNO gerichteten Vorschlag als nützlich, empfiehlt allerdings für die Zukunft einen verbesserten Informationsaustausch zwischen dem Präsidium des Kuratoriums und dem Vorstand der CDU/CSU-Fraktion. Jedoch müsse in Kauf genommen werden, daß sich die Auffassungen dieser nicht-amtlichen Vereinigung nicht in allen Einzelheiten mit der offiziellen Politik deckten.

401 24.10. Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 1382

Braun berichtet von einem Gespräch mit dem portugiesischen Außenminister. Nogueira bedauerte den wachsenden Einfluß afrikanischer Staaten in der UNO; viele wüßten aufgrund ihrer Unerfahrenheit die internationale Lage nicht richtig einzuschätzen und glaubten beispielsweise, daß das Teststopp-Abkommen der Beginn einer wirklichen Entspannung sei. Weiterhin äußerte er sich kritisch zur amerikanischen Politik, „unterirdische Freiheitsbewegungen" in Afrika zu unterstützen, bei denen abzusehen sei, daß sie eines Tages „dem Kommunismus in die Arme fallen" würden. Insbesondere übersähen die USA die strategische Bedeutung Afrikas für die Verteidigung Europas.

402 25.10. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Außenminister Rusk S. 1384

Im Hinblick auf eine mögliche Reduzierung amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik erläutert Erhard die Befürchtung der deutschen Öffentlichkeit, ohne ausreichenden Schutz zu sein; dabei spiele die unmittelbare Nachbarschaft zum Ostblock eine irrationale Rolle. Der Bundeskanzler stellt heraus,

daß eine europäische Atomstreitmacht – wie von französischer Seite vorgeschlagen – für ihn keine Alternative darstelle. Rusk verweist auf das in der Bundesrepublik konzentrierte Atompotential und betont, daß die USA als einziger NATO-Staat ihren Verpflichtungen „beispiellos" nachkämen. Zum amerikanisch-sowjetischen Verhältnis führt Rusk aus, daß von einer Entspannung keine Rede sein könne. Weder ein Nichtangriffsabkommen noch eine Vereinbarung über Bodenbeobachtungsposten noch ein Abkommen über die Nichtweitergabe militärischer Atomgeheimnisse kämen aufgrund der jeweiligen sowjetischen Haltung in Frage. Allenfalls könnten minimale Fortschritte in bilateralen Fragen erreicht werden, so durch die Einrichtung eines zivilen Flugdienstes zwischen New York und Moskau oder durch eine Steigerung des Handels mit der UdSSR.

403 26.10. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk S. 1388

Schröder legt dar, daß die Befürchtungen der deutschen Öffentlichkeit hinsichtlich einer Reduzierung der amerikanischen Streitkräfte durch jüngste Äußerungen amerikanischer Politiker in Verbindung mit dem Manöver „Big Lift" ausgelöst worden seien. Rusk weist derartige Spekulationen zurück und hebt die weltweite Verantwortung der USA hervor, die wegen ihrer 42 Verbündeten in „größeren Räumen" denken müßten. Was die Reaktion in der Bundesrepublik angehe, so könne man nicht „wie Buddha immer nur den eigenen Nabel als Mittelpunkt der Welt" betrachten. Anschließend berichtet der Bundesminister von der Sitzung des WEU-Ministerrats am 25./26. Oktober 1963; sowohl der britisch-französische Gegensatz in der Politik gegenüber der UdSSR als auch die pro-europäische Haltung des neuen britischen Außenministers Butler seien deutlich geworden. Wenig befriedigt zeigt sich Rusk über den Besuch des französischen Außenministers in den USA. Couve de Murville habe von einer Konkurrenz zwischen Frankreich und den USA um die Gunst der Bundesrepublik gesprochen und erkennen lassen, daß die französische Regierung über die Beziehungen in dem „Dreieck" Paris – Bonn – Washington „etwas nervös" sei. Abschließend erwähnt der amerikanische Außenminister die Behinderungen amerikanischer und britischer Konvois auf der Autobahn Helmstedt–Berlin, deren Ursprung auf lokaler Ebene zu suchen sei. Diese Angelegenheit sei dem sowjetischen Außenminister Gromyko „sehr unangenehm" gewesen.

404 28.10. Botschafter Blankenhorn, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1397

Blankenhorn berichtet über seine Abschiedsaudienz beim französischen Staatspräsidenten. De Gaulle führte aus, es bestünden kaum Chancen, die Pläne für eine europäische politische Union wiederzubeleben. Frankreich habe auch nicht die

Absicht, die Initiative zu ergreifen, weil zunächst das Problem der militärischen Kooperation gelöst werden müsse; dazu gebe es auch seitens der Bundesrepublik keinerlei Ansätze. Gegenwärtig beschränke sich vielmehr die Auseinandersetzung auf die amerikanischen strategischen Absichten, denen nach wie vor die „notwendige Klarheit" fehle.

405 30.10. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Monnet, Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa S. 1399

Monnet legt dar, daß die EWG zwei grundsätzliche Fragen lösen müsse: zum einen die schrittweise Demokratisierung der europäischen Institutionen, zum anderen die Vorbereitungen zur Kennedy-Runde. Dabei stelle die Haltung des französischen Staatspräsidenten ein Problem dar, denn „Gaullismus sei gleich Nationalismus". Hinsichtlich der Kennedy-Runde verursache die amerikanische Absicht, aus taktischen Gründen die Verhandlungen über landwirtschaftliche und industrielle Güter miteinander zu verknüpfen, besondere Schwierigkeiten. Ein solches Vorgehen sei unmöglich, da bei Industriegütern nur über den Zollsatz entschieden werden müsse, bei Agrarerzeugnissen jedoch noch zusätzlich über Preisregelungen und Subventionen. Um ein Scheitern der Kennedy-Runde zu vermeiden, schlägt Monnet vor, während einer Übergangszeit Einfuhrgarantien für Agrarprodukte aus den USA zu erteilen und gleichzeitig über die Senkung der Zölle für Industriegüter zu verhandeln. Erhard stimmt zu und hebt hervor, er habe immer darauf hingewiesen, daß Europa trotz einer gemeinsamen Landwirtschaft nicht einer Autarkie zustreben dürfe, zumal dies auch im Widerspruch zu den Römischen Verträgen stünde.

406 31.10. Besprechung mit Generalsekretär Stikker, NATO S. 1403

Stikker fordert verstärkte Anstrengungen der europäischen Partner bei den Verteidigungsausgaben. Die Gesprächsteilnehmer zeigen sich besorgt über die Haltung Frankreichs zur NATO. Sowohl die „Stikker exercise" als auch die Strategiediskussion drohten an französischer „Obstruktion" zu scheitern. Hinsichtlich des angestrebten revidierten Verteidigungskonzeptes weist Generalinspekteur Foertsch darauf hin, daß Frankreich auch bei einem begrenzten Angriff des Warschauer Pakts bereits den Einsatz taktischer Atomwaffen fordere. Während das Fehlen präziser französischer Vorstellungen für eine Reform der NATO bemängelt wird, hält Bundesminister von Hassel die französische Kritik an der Personalpolitik der Allianz für berechtigt. Er plädiert auch für eine Aufstockung der Zahl deutscher Vertreter in hohen Kommandoposten. Erörtert werden weiter die Verteidigungshilfe für Griechenland und die Türkei sowie die mögliche Aufstellung landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen in Europa. Stikker berichtet, daß bereits mehrere europäische Staaten

die Stationierung auf ihrem Territorium abgelehnt hätten. Auch Hassel und Foertsch sprechen sich gegen eine Aufstellung in der Bundesrepublik aus, da dies einen sowjetischen Militärschlag heraufbeschwören könnte. Eventuell könne ein Teil der Raketen übernommen werden, wenn sich andere Staaten an deren Stationierung beteiligten.

407 05.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1408

Carstens faßt ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter zusammen. Smirnow vertrat die Ansicht, die Einbeziehung von Berlin (West) in das Ratifizierungsgesetz zum Teststopp-Abkommen habe „revanchistischen Charakter". Der Staatssekretär führte dagegen aus, selbst unter der Prämisse, daß Berlin (West) nicht zur Bundesrepublik gehöre, sei das Vorgehen der Bundesregierung „völlig einwandfrei", denn sie habe im Einvernehmen mit den drei Westalliierten gehandelt. Anschließend bat Carstens um Aufklärung über den Zwischenfall auf der Autobahn Helmstedt–Berlin vom Vortag, bei dem ein amerikanischer Militärkonvoi aufgehalten worden war. Hinsichtlich der in der UdSSR inhaftierten deutschen Studenten Naumann und Sonntag wies er darauf hin, daß die Entlassung der beiden bereits vor über einem Jahr in Aussicht gestellt worden sei.

408 06.11. Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1410

Groepper macht auf mögliche Probleme bei den bevorstehenden Verhandlungen über eine Verlängerung des Warenabkommens aufmerksam. Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Semjonow habe angedeutet, daß es leicht zu Schwierigkeiten kommen könne, wenn sich die Bundesrepublik hinsichtlich der Einbeziehung von Berlin (West) „etwas Neues einfallen" ließe. Nach Meinung von Groepper besteht dazu allerdings kein Anlaß, da lediglich auf die Berlin-Regelung Bezug genommen werden müsse, die im Zusammenhang mit dem noch gültigen Abkommen von 1958 über den Handel und die Seeschiffahrt vereinbart worden sei. Der Botschafter will aber nicht ausschließen, daß von sowjetischer Seite eventuell die Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen von 1958 bestritten werde. Erschwerend für die Verhandlungen könnte sich auch die Frage der von der UdSSR angestrebten Meistbegünstigung auswirken. Zudem rechnet der Botschafter damit, daß das Thema der Kreditgewährung angeschnitten wird, und regt an, die Kreditvergabe von Zugeständnissen in der Repatriierungsfrage abhängig zu machen. Abschließend gibt er den Eindruck wieder, daß es die sowjetische Seite mit einer Wiederaufnahme der Gespräche nicht besonders eilig habe.

409 07.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker S. 1415

Böker erörtert die Frage einer diplomatischen Anerkennung des Revolutionären Militärrats der Republik Vietnam. Die USA befürworteten einen solchen Schritt, wollten ihn aber

nicht als erster vollziehen, da dies ihre Verantwortlichkeit für den Umsturz in Südvietnam herausstellen würde. Auch Großbritannien halte es für besser, der Bundesrepublik als einem in Ostasien weniger engagierten Staat den Vortritt zu lassen; Frankreich dagegen erachte einen formellen Akt als nicht notwendig. Böker spricht sich für eine Anerkennung aus, da das neue Regime offensichtlich die Sympathie und Unterstützung der USA genieße und im Krieg gegen die Volksrepublik Vietnam (Nordvietnam) die Unterstützung des Westens brauche.

410 7./8.11. Gespräche des Bundesministers Schröder mit dem japanischen Außenminister Ohira in Tokio S. 1418

Schröder führt aus, daß sich seit dem Amtsantritt des Staatspräsidenten de Gaulle die supranationale Integration Europas verzögert habe. Ohira gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß sich die Bundesrepublik weiterhin für eine Ausdehnung der Handelsbeziehungen und somit für eine „weltoffene" Politik der EWG einsetzen werde. Die Ziele der „Politik der Bewegung" gegenüber Osteuropa erläutert Schröder dahingehend, daß sich eine Veränderung des Status quo zwischen Ost und West nur in einem evolutionären Prozeß ergeben werde. Daher müßten das „Festungsdenken" abgebaut und polyzentrische Tendenzen in den Ostblock-Staaten gefördert werden. In einer weiteren Unterredung mit dem Bundesminister hebt Ohira die Rolle der Volksrepublik China in Asien hervor, die eine „elastischere" Politik gegenüber Japan verfolge als in der Vergangenheit. Auch die UdSSR verhalte sich in jüngster Zeit konzilianter. Zum Handelsaustausch mit China bemerkt der japanische Außenminister, daß privatwirtschaftliche Geschäfte nicht behindert, jedoch keine Kredite von staatlicher Seite gewährt würden. Auf Fragen von Schröder nach der Bedeutung der Volksrepublik China äußert Ohira die Ansicht, daß das „Problem China" in der westlichen Welt überschätzt und überhaupt zu häufig erörtert werde. Dadurch werde das Prestige der Volksrepublik „ungebührlich" gesteigert. Statt dessen müsse dafür gesorgt werden, daß Asien Vertrauen zu Japan und zum westlichen System bekomme.

411 11.11. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium S. 1429

Eingangs werden Fragen der Verteidigungspolitik erörtert. Während Ball die von italienischer Seite vorgeschlagene MLF-Europäisierungsklausel im Prinzip akzeptiert, lehnt er – wie auch Carstens – die gelegentlich geäußerte französische Forderung nach einem Dreier-Direktorium zur Führung der NATO ab. Der ebenfalls anwesende Sonderbotschafter Thompson erklärt, daß im Falle erneuter Behinderungen alliierter Konvois auf dem Weg nach Berlin (West) Gegenmaßnahmen ergriffen würden. Denkbar sei eine Einstellung der Visa-Erteilung an Bürger der UdSSR, wobei es auf ein „paralleles Vorgehen" der NATO-Staaten ankommen würde. Als Ziel der Han-

delsgespräche mit den Ostblock-Staaten erwähnt Carstens, daß das dort gegenüber der Bundesrepublik herrschende Mißtrauen etwas abgebaut werden solle. Angesichts der großen inneren Schwierigkeiten in der UdSSR wendet sich Ball dagegen, der sowjetischen Regierung langfristige Kredite zu gewähren und sie dadurch vom Zwang zu Einsparungen auf militärischem Gebiet zu befreien. Er äußert die Bitte, die Bundesregierung möge sich dafür verwenden, daß die NATO-Verbündeten – vor allem Frankreich – sich einer Beschränkung des Kreditvolumens und der Kreditfristen anschlössen.

412 12.11. Ausführungen des Bundeskanzlers Erhard gegenüber Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium S. 1434

Erhard äußert die Ansicht, daß amerikanisch-sowjetische Gespräche über „zweitrangige Fragen" fortgesetzt werden sollten, auch wenn es keine Aussichten auf ein Übereinkommen in den zentralen Ost-West-Problemen gebe. Wichtig sei die Aufrechterhaltung eines direkten Kontaktes. Er hebt ferner die Übereinstimmung zwischen der deutschen und der amerikanischen Position hervor, langfristige Kredite an Ostblock-Staaten abzulehnen. Hinsichtlich der EWG versichert Erhard, daß die Bundesregierung keine Autarkie auf industriellem und landwirtschaftlichem Gebiet anstrebe. Er spricht sich für mengenmäßige Regelungen im internationalen Getreidehandel aus, da die Entwicklung nicht allein über den Preis gesteuert werden könne. Weiterhin erklärt der Bundeskanzler, Kürzungen im deutschen Verteidigungshaushalt seien nicht geplant. Abschließend bringt er seine Überzeugung zum Ausdruck, daß ein Wiederaufleben nationalistischer Tendenzen und „eine Art Gaullismus" in der Bundesrepublik unwahrscheinlich seien.

413 14.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1437

Carstens gibt eine Unterredung mit dem Bundestagspräsidenten wieder, der den Bundestag nach Berlin (West) einberufen möchte. Gerstenmaier habe der Auffassung des Staatssekretärs beigepflichtet, zunächst den drei Westmächten Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben. Carstens schlägt vor, der Bundeskanzler solle den Bundestagspräsidenten in einem Schreiben darauf hinweisen, daß die vorherige Fühlungnahme mit den drei Westmächten nötig sei, da diese die Verantwortung für Berlin trügen.

414 15.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 1439

Krapf informiert über den Stand der MLF-Verhandlungen. Die in Paris tagende Arbeitsgruppe habe sich über Ziel und Zweck der Streitmacht geeinigt und in Washington eine Untergruppe für die Beratung militärischer Probleme eingesetzt. Diese befasse sich insbesondere mit der Erarbeitung eines Konzepts für den operativen Einsatz der MLF und mit Vorarbeiten für die Einrichtung eines „Demonstrationsschiffs" mit gemischten Besatzungen. Eine weitere Untergruppe in Paris

behandele rechtliche Fragen. Krapf erläutert den italienischen Vorschlag für eine Europäisierungsklausel, der jedoch in der MLF-Arbeitsgruppe noch nicht vorgelegt worden sei. Mit einer solchen Klausel dürfe jedoch nicht ein späteres Ausscheiden der USA aus der Streitmacht anvisiert werden; es komme lediglich darauf an, für die Zukunft die Möglichkeit offenzuhalten, daß eine Entscheidung über den Einsatz der Waffen mehrheitlich gefällt und damit europäisiert werde. Der Vertreter Großbritanniens vermeide es, sich auf eine klare Haltung zur MLF „auch nur andeutungsweise festzulegen", und nehme eher eine Beobachterfunktion ein. Krapf weist darauf hin, daß eine zu große Rücksichtnahme auf die innenpolitische Situation einzelner Staaten eine Gefährdung des gesamten Projektes heraufbeschwören könne.

415 15.11. Botschafter Klaiber, Paris, an Staatssekretär Lahr S. 1444

Klaiber berichtet, der französische Außenminister teile den deutschen Standpunkt, daß es nicht im Interesse der NATO-Staaten liege, der UdSSR ohne Gegenleistung aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuhelfen. Couve de Murville habe in diesem Zusammenhang hervorgehoben, daß die französische Skepsis gegenüber dem angeblichen sowjetischen Entspannungswillen gerechtfertigt gewesen sei.

416 15.11. Ministerialdirektor Krapf an das Generalkonsulat in Hongkong S. 1445

Krapf stellt klar, daß zwischen dem Auswärtigen Amt und Vertretern der Volksrepublik China keine wirtschaftspolitischen Gespräche geführt würden. Er bestätigt aber entsprechende Absichten des Vorsitzenden des „Ostausschusses der deutschen Wirtschaft", Wolff von Amerongen.

417 18.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1446

Carstens gibt eine Demarche des portugiesischen Botschafters wegen der vom Auswärtigen Amt geforderten Erklärung über den Endverbleib zugesagter Flugzeuge und wegen der sich verzögernden Auslieferung an Portugal wieder. De Bivar Brandeiro verwies darauf, daß die gewünschten Garantien gegeben worden seien. Außerdem handele es sich nicht um militärische Hilfe, sondern um einen Vertrag auf Gegenseitigkeit. Portugal stelle der Bundesrepublik „gewisse Anlagen" zur Verfügung und erhalte dafür „gewisse Waffen und Einrichtungen".

418 18.11. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem britischen Botschafter Roberts S. 1447

Erhard hält es für ausgeschlossen, ein Abkommen über die MLF allein zwischen den USA und der Bundesrepublik abzuschließen. Roberts hebt die wachsende Zustimmung zu dem Projekt in Großbritannien hervor, da nun deutlicher die politischen Aspekte gesehen würden; eine Entscheidung vor den

Unterhauswahlen von 1964 sei jedoch nicht zu erwarten. Der Bundeskanzler beurteilt die Möglichkeit skeptisch, einen Krieg lokal begrenzen zu können. Die Gewißheit, daß ein nuklearer Schlag einen nuklearen Gegenschlag auslöse, sei die beste Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens. Der Botschafter berichtet, daß seine Regierung zur Fortsetzung der Gespräche über die Nichtverbreitung von Atomwaffen sowie die Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten bereit sei. Ministerpräsident Chruschtschow scheine allerdings aufgrund außen- und wirtschaftspolitischer Schwierigkeiten daran nicht interessiert zu sein. Über die sowjetische „Lieblingsidee" eines Nichtangriffsabkommens könne dagegen nur gesprochen werden, wenn dadurch die DDR nicht aufgewertet und darüber hinaus „Zusicherungen" für Berlin (West) gegeben würden. Erhard spricht sich gegen eine Vergabe langfristiger Kredite an die UdSSR aus, die lediglich einer Verstärkung ihres Militärpotentials zugute kämen.

419 19.11. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1452

Knappstein bilanziert den Stand der amerikanisch-französischen Beziehungen. In der Frage der atomaren Zusammenarbeit sei keine Annäherung festzustellen, zumal sich das in einem Schreiben des amerikanischen Präsidenten vom 25. Juli 1963 an den französischen Staatspräsidenten enthaltene Angebot offensichtlich nicht auf die Weitergabe von nuklearem „Know-how" bezogen habe. Außerdem gefährde de Gaulle aus Sicht der USA die Fortentwicklung der EWG und die Kooperation in der NATO. Unstimmigkeiten gebe es auch hinsichtlich der Abrüstungsverhandlungen und der Ost-West-Gespräche sowie hinsichtlich der Politik gegenüber Vietnam. Da vor Abschluß der Aufbauphase der Force de frappe nicht mit einer politischen Annäherung zu rechnen sei, bemühe sich Kennedy, eine weitere Verschärfung des Verhältnisses zu vermeiden und trotz aller Verstimmung über de Gaulle „die Tür zur Aussöhnung" stets offen zu halten.

420 21.11. Bundesminister Scheel an Bundesminister Schröder S. 1454

Scheel bittet darum, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit künftig an Reisen des Bundespräsidenten in Entwickungsländer zu beteiligen, da diese Besuche in aller Regel Auswirkungen auf die materielle Gestaltung der Entwicklungspolitik hätten.

421 21.11. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Paris S. 1455

Zu Beginn betont der französische Staatspräsident, erst wenn die EWG „im vollen Sinne" geschaffen sei, könne ein umfassender Handel der Gemeinschaft mit anderen Staaten ins Auge gefaßt werden. Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß zeitgleich mit den Fortschritten auf agrarpolitischem Gebiet

die Vorbereitungen zur Kennedy-Runde getroffen werden müßten. Er macht auf die Schwierigkeit aufmerksam, in der Bundesrepublik in absehbarer Zeit einen festen Getreidepreis durchzusetzen. De Gaulle spricht sich für den Mansholt-Plan als Verhandlungsgrundlage aus und hält es für unerläßlich, daß die Getreidepreisregelung zu dem in Brüssel vereinbarten Zeitpunkt getroffen werde. Anderenfalls könne der Gemeinsame Markt nicht verwirklicht werden. Erhard plädiert für eine verstärkte politische Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaft. Die EWG-Kommission konzentriere sich lediglich auf eine Fusion der Organe und versuche überdies, nationale Kompetenzen an sich zu ziehen. Er hält den Zeitpunkt für günstig, ein Treffen der Regierungschefs der sechs EWG-Staaten vorzuschlagen, um deutlich zu machen, „daß hier ein originärer politischer Wille vorhanden sei". De Gaulle, der sich ebenfalls gegen die Übertragung nationaler Kompetenzen an supranationale Einrichtungen wendet, befürwortet diese Initiative.

422 21.11. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Pompidou in Paris S. 1465

Der Bundeskanzler und der französische Ministerpräsident erörtern Fragen der Europa- und der Wirtschaftspolitik. Pompidou betont, daß auch Frankreich sich positive Ergebnisse von der Kennedy-Runde erhoffe und eine Ausweitung des Handels im ganzen atlantischen Raum anstrebe. Jedoch müsse zuerst der Aufbau des Gemeinsamen Marktes, vor allem in der Landwirtschaft, abgeschlossen sein. Erhard weist darauf hin, daß die Verabschiedung der noch ausstehenden Marktordnungen mit einer „klaren Haltung in der Kennedy-Runde" gekoppelt sein müsse und daß die Bundesregierung großen Wert auf die Entwicklung der Beziehungen der EWG zu Drittstaaten lege. Von der Lösung der Frage des gemeinsamen Getreidepreises erhofft der Bundeskanzler – wie auch Pompidou – positive Auswirkungen auf die europäische Landwirtschaft. Beide sind der Ansicht, daß es aufgrund der unterschiedlichen natürlichen und klimatischen Bedingungen in der Bundesrepublik und in Frankreich zu einer gewissen „Spezialisierung" im landwirtschaftlichen Bereich kommen müsse. Erhard bemerkt jedoch, daß er „sich hüten werde, dies laut in Deutschland zu sagen". Abschließend werden Zollfragen erörtert, wobei der Bundeskanzler betont, daß es nach Vollendung eines Gemeinsamen Marktes weder Zölle noch Steuergrenzen geben dürfe.

423 21.11. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Paris S. 1470

Erhard drückt seine Sorge über die französische NATO-Politik aus. Es gelte, mittels einer umfassenden atomaren Abschreckung einen konventionellen Teilkrieg unmöglich zu machen. Aus deutscher Sicht könnten nur die USA den notwendi-

gen Schutz bieten. De Gaulle weist darauf hin, daß ein amerikanischer Einsatz von Nuklearwaffen zur Verteidigung der Verbündeten unvermeidlich einen atomaren Gegenschlag und damit die Vernichtung der USA provozieren würde. Es sei fraglich, ob die Bereitschaft bestehe, dieses Risiko angesichts eines vielleicht begrenzten sowjetischen Angriffs einzugehen. Wahrscheinlicher sei, daß zunächst konventionelle Waffen eingesetzt und damit Deutschland und Frankreich der Zerstörung preisgegeben würden. Daher brauche Europa eigene Atomwaffen. Der Staatspräsident versichert, Frankreich werde bei einem sowjetischen Angriff auf die Bundesrepublik sofort seine nuklearen Waffen einsetzen. Unter dem Vorbehalt einer eigenen atomaren Verteidigungskapazität befürwortet de Gaulle das Bündnis mit den USA, das nicht mit der NATO, einer „provisorischen und augenblicklichen Organisationsform dieses Bündnisses", verwechselt werden dürfe. Erhard erwidert, das deutsche Vertrauen in die USA sei ein „Glaubensbekenntnis". Die amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik sowie die Bedeutung Europas für den Erhalt der Weltmachtposition der USA seien Garant für den Einsatz der amerikanischen Atomwaffen im Konfliktfall. Seine Haltung zur MLF sei eher skeptisch, weil viele Staaten nicht einmal die Lagerung nuklearer Waffen auf ihrem Territorium zulassen wollten. De Gaulle führt abschließend aus, daß Großbritannien nach einem Verzicht auf eine unabhängige atomare Streitmacht „nicht mehr interessant" für die Verteidigung Europas sei.

424 21.11. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris S. 1479

Im Mittelpunkt stehen Fragen der Europa- und Verteidigungspolitik sowie der Beziehungen zur UdSSR. Schröder und Couve de Murville stimmen überein, daß die sowjetische Regierung lediglich aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage an einer Verständigung mit den Westmächten interessiert sei. Der französische Außenminister schlägt vor, bei der Kreditgewährung keine längeren Fristen als üblich einzuräumen. Zu einem diesbezüglichen offiziellen Übereinkommen im Rahmen der NATO werde es jedoch aufgrund der britischen Haltung nicht kommen. Die Gesprächspartner sind sich einig, daß der Gegensatz zur Volksrepublik China keine Auswirkungen auf die sowjetische Westeuropa-Politik habe. Couve de Murville kündigt eine Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zur Volksrepublik China an; offen sei aber noch, ob Frankreich bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen gehen wolle. Zur NATO bemerkt der Bundesminister, daß der Bundesrepublik an einer möglichst weitgehenden Integration sowie an einer Einführung der Strategie der Vorwärtsverteidigung gelegen sei. Couve de Murville weist auf die Möglichkeit einer Reorganisation der Allianz hin, die an die deutsch-französische Zusammenarbeit „gebunden" sein solle.

425 23.11. Erklärung des Bundeskanzlers Erhard (Entwurf) S. 1487

Der Bundeskanzler erklärt seine grundsätzliche Bereitschaft, Israel im Rahmen der Entwicklungshilfe weiterhin Kredite auf kommerzieller Basis zur Fortführung des wirtschaftlichen Aufbaus zu gewähren.

426 23.11. Vermerk des Staatssekretärs Lahr S. 1487

Lahr spricht sich für verbesserte handelspolitische Beziehungen zwischen der EWG und Israel aus und schlägt Zugeständnisse im Sinne der Schaffung eines Zollkontingents für Zitrusfrüchte sowie einer Liberalisierung der Einfuhr israelischer Hauptexportprodukte vor. Er verweist darauf, daß eine Assoziierung mit der EWG bisher von Israel nicht beantragt worden sei und auch keine Aussicht auf Erfolg haben würde.

427 25.11. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1489

Grewe trägt erneut Bedenken gegen den von der Bundesregierung erwogenen Vorschlag vor, die alliierten Militärmissionen in Deutschland als Bodenbeobachtungsposten zu benutzen. Die auf besatzungsrechtlicher Grundlage operierenden Missionen unterlägen keiner deutschen Kontrolle und seien, anders als Bodenbeobachtungsposten in anderen Staaten, voll beweglich. De facto würde damit eine „besatzungsrechtliche Rüstungskontrolle" durch die Alliierten errichtet. Der Botschafter hebt hervor, daß die Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten nicht am Einspruch der Bundesrepublik gegen Arrangements mit der DDR scheitern sollte, sondern ist überzeugt, daß dies durch andere „taktische Möglichkeiten" erreicht werden könne.

428 26.11. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1491

Klaiber berichtet über eine Unterredung mit dem Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium. Lucet äußerte sich unter Berufung auf Staatspräsident de Gaulle befriedigt über den „reibungslosen Übergang von der Ära Adenauer zur Ära Erhard". Er kündigte die Unterstützung der französischen Regierung für eine zuvor mit ihr abgestimmte Europa-Initiative an, distanzierte sich aber von dem Vorschlag des belgischen Außenministers Spaak, eine „politische europäische Kommission" nicht weisungsgebundener Persönlichkeiten nach dem Vorbild der EWG-Kommission einzusetzen.

429 26.11. Bundesminister Schröder, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 1493

Schröder hält ein Gespräch des amerikanischen Präsidenten mit Bundespräsident Lübke und Bundeskanzler Erhard fest. Johnson bekräftigte die Bereitschaft der USA, ihre Kampf-

truppen in der Bundesrepublik zu belassen und ihre NATO-Verpflichtungen zu erfüllen. Er erklärte, er wolle die von Präsident Kennedy begonnene Politik der Handelsexpansion fortführen, und äußerte die Bitte, der Bundeskanzler möge ihn dabei unterstützen, die Kennedy-Runde zum Erfolg zu führen.

430 26.11. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1495

Der Botschafter berichtet über eine Unterredung des Bundeskanzlers mit dem britischen Premierminister. Beide rechneten damit, daß der Tod des Präsidenten Kennedy ein vorübergehendes Führungsvakuum hervorrufen werde. Da Frankreich nicht die Initiative in Europa überlassen werden dürfe, hielt Douglas-Home eine engere deutsch-britische Zusammenarbeit für dringend erforderlich. Erhard stellte die Themen vor, über die er bei seinem Besuch in Großbritannien sprechen wolle, und hob besonders die unterschiedlichen deutschen und britischen Ansichten in der Frage langfristiger Kredite an die UdSSR hervor. Beide Regierungschefs waren der Ansicht, daß ein Bruch Frankreichs mit der NATO nicht unmittelbar bevorstehe. Der Bundeskanzler befürchtete jedoch „einen Stillstand in allen Fragen der Allianz und der europäischen Integration". Abschließend führte Douglas-Home aus, daß ein Nichtangriffsabkommen ohne sowjetische Zusicherungen bezüglich der Sicherheit von sowie des Zugangs nach Berlin (West) nicht in Frage komme. Erhard stellte dagegen die negativen Auswirkungen eines solchen Abkommens auf die Situation in Europa und auf das geteilte Deutschland heraus.

431 26.11. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium, in Washington S. 1499

Der Bundeskanzler unterrichtet den Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium über seine Gespräche mit dem französischen Staatspräsidenten. De Gaulle strebe eine rasche Lösung der zwischen den USA und der EWG strittigen Wirtschaftsfragen an; die innereuropäische Einigung auf einen gemeinsamen Getreidepreis sei jedoch weiterhin problematisch. Erhard ist der Ansicht, daß das „Getreideproblem" vereinfacht werden könnte, wenn den USA ein Anteil auf dem europäischen Markt garantiert werden würde. Ball zeigt sich besorgt über mögliche Auswirkungen des Mansholt-Vorschlags auf amerikanische Agrarexporte in die EWG-Staaten und macht deutlich, daß die amerikanische Regierung vor einer Entscheidung konsultiert zu werden wünsche. Erhard erläutert das Ziel von de Gaulle, aus Westeuropa einen von den USA unabhängigen „Machtblock" zu machen.

432 27.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath S. 1503

Luedde-Neurath gibt ein Gespräch mit dem Vertreter der tschechoslowakischen Außenhandelsgesellschaft über eine Aufnahme amtlicher Beziehungen wieder. Die deutsche Seite schlug vor, mit Besprechungen über einen Austausch von Handelsvertretungen zu beginnen und dabei dem mit Polen, Rumänien und Ungarn vereinbarten Procedere zu folgen. Urban äußerte die Hoffnung, daß Handelsvertretungen das bislang zeitraubende Verfahren der Erteilung von Sichtvermerken vereinfachen könnten.

433 27.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1505

Carstens faßt ein Gespräch mit dem äthiopischen Botschafter über den Stand der bilateralen Beziehungen zusammen. Die Frage von Lemma nach der Möglichkeit deutscher Waffenlieferungen beantwortete der Staatssekretär mit dem Hinweis, daß die Bundesrepublik Lieferungen in Spannungsgebiete grundsätzlich ablehne.

434 27.11. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem britischen Abgeordneten Brown S. 1507

Im Mittelpunkt stehen die Außenpolitik der USA und die Entspannungspolitik. Carstens rechnet damit, daß Präsident Johnson die Linie seines Vorgängers beibehalten, sich wegen des bevorstehenden Wahlkampfs aber stärker auf die Innenpolitik konzentrieren werde. Der Labour-Politiker äußert Unverständnis gegenüber den deutschen Einwänden gegen ein Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt. Carstens erwidert, daß ein solcher Vertrag die DDR aufwerten könnte; grundsätzlich müsse bei allen Entspannungsversuchen das Deutschland- und Berlin-Problem in seiner „vollen Bedeutung" berücksichtigt werden. Während sich Brown für eine rüstungsverdünnte Zone in Mitteleuropa ausspricht, legt Carstens dar, daß die Bundesrepublik einem solchen Vorschlag nur nähertreten könne, wenn er das gesamte kontinentale Europa einschließlich wesentlicher Teile der UdSSR einbeziehe.

435 28.11. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 1510

Carstens berichtet, daß der Auswärtige Ausschuß des Bundesrates die Gesetzesvorlage zum Teststopp-Abkommen einstimmig gebilligt habe. Bedenken wegen einer Zulassung der DDR zu einer möglichen Revisionskonferenz habe er mit dem Hinweis auf die amerikanische und britische Haltung sowie auf die positive Reaktion von 96 befreundeten Staaten, die im August 1963 um eine Stellungnahme gebeten worden seien, zerstreuen können.

436 28.11. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 1511

Zur Vorbereitung eines Gesprächs mit dem französischen Botschafter de Margerie erläutert Carstens, wie der „Fall Argoud" beigelegt werden könne. Da die französische Seite der deutschen Forderung nach Überstellung des ehemaligen Obersten nicht werde nachkommen können, seien eine offizielle Entschuldigung der französischen Regierung, die Bestrafung der an der Entführung von Argoud Beteiligten und die Zusicherung, daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen würden, erforderlich.

437 28.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1513

Lahr hält ein Gespräch mit dem Leiter der Israel-Mission fest. Shinnar zeigte sich befriedigt über die Bereitschaft zur Fortsetzung der finanziellen Hilfe für Israel, machte aber auf weitergehende Zusagen der früheren Bundesregierung aufmerksam. Lahr mahnte zu offizieller Zurückhaltung in der Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen, wofür Shinnar Verständnis bekundete. Zur Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR und zur Forderung nach deren gesetzlicher Einschränkung betonte Shinnar, es komme vor allem darauf an, daß überhaupt ein Gesetz erlassen werde, und weniger auf dessen Einzelheiten.

438 28.11. Vermerk des Staatssekretärs Lahr S. 1516

Lahr berichtet über eine Unterredung mit dem tunesischen Botschafter, der sich enttäuscht über die bisherige deutsche Entwicklungshilfe äußerte. Bouziri wies darauf hin, daß z.B. Algerien trotz seiner Kontakte zu kommunistischen Staaten großzügigere Zuwendungen seitens der Bundesrepublik erhalte als Tunesien, das aufgrund seiner politischen Ausrichtung allein auf westliche Hilfe angewiesen sei. Er bat um Aufklärung darüber, ob im kommenden Jahr mit einer Erhöhung der Unterstützung zu rechnen sei. Lahr sagte eine Aufstokkung der Beträge für 1963 zu und sprach die Möglichkeit eines Investitionsschutz-Abkommens an.

439 28.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1518

Carstens berichtet über eine Unterredung mit dem Leiter der rumänischen Handelsvertragsdelegation. Der Staatssekretär teilte Petri mit, daß nach vorliegenden Informationen eine größere Zahl von rumänischen Staatsbürgern deutscher Abstammung den Wunsch habe, in die Bundesrepublik überzusiedeln, und bat um Unterrichtung der zuständigen rumänischen Stellen. Petri sagte dies zu. Erläuternd fügte er hinzu, in Rumänien gelte das Prinzip der Freizügigkeit, doch müßten übergeordnete Gesichtspunkte wie die sozialen und wirtschaftlichen Folgen einer Auswanderung berücksichtigt werden.

440 29.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1520

Carstens nimmt zu Spekulationen über eine Reduzierung der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik Stellung. Als Konsequenzen einer solchen Maßnahme nennt er, daß den Befürwortern einer atomwaffenfreien Zone in Europa Auftrieb gegeben werde, daß die Sicherheit der Bundesrepublik, Berlins und Europas in Mitleidenschaft gezogen und daß die Glaubwürdigkeit amerikanischer Zusicherungen untergraben würden. Der Staatssekretär schlägt vor, die Botschaft in Washington anzuweisen, diese Bedenken der amerikanischen Regierung vorzutragen.

441 02.12. Staatssekretär Carstens an Botschafter Klaiber, Paris S. 1522

Carstens faßt ein Gespräch mit dem französischen Botschafter über den „Fall Argoud" zusammen. De Margerie beschwerte sich darüber, daß der ehemalige Oberst in die Bundesrepublik habe einreisen können und dort von den Behörden nicht an seinen Aktivitäten gehindert worden sei; sogar einen Umsturz und ein Attentat gegen Staatspräsident de Gaulle habe er vorbereitet. Sollte die Bundesregierung in dieser Angelegenheit eine Note übermitteln wollen, so würde sie von französischer Seite zurückgewiesen. Daraufhin machte der Staatssekretär auf „prima facie-Beweise" einer Beteiligung französischer Dienststellen an der Entführung aufmerksam. Dies stelle eine Verletzung der deutschen Gebietshoheit und der Verfassung dar. Carstens kommt zu dem Schluß, daß angesichts der „immer intransigenter werdenden" französischen Haltung nur die Forderung nach Überstellung von Argoud bleibe.

442 02.12. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 1524

Carstens informiert über ein Gespräch mit dem niederländischen Botschafter. Van Ittersum beurteilte den Vorschlag einer Konferenz der Regierungschefs der EWG-Staaten zur Stärkung der politischen Zusammenarbeit in der Gemeinschaft negativ, da der Zeitpunkt für eine solche Initiative ungünstig sei. Eine ähnliche Haltung nehme auch Italien ein. Carstens erklärte, er persönlich sei auch der Ansicht, daß zunächst Ergebnisse bei der Lösung der Agrarprobleme der EWG und bei der Vorbereitung der Kennedy-Runde abgewartet werden sollten.

443 02.12. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Meyer-Lohse S. 1526

Meyer-Lohse faßt die politischen Ziele gegenüber den lateinamerikanischen Staaten zusammen. Entscheidend sei, die Bindung des Subkontinents an die westliche Welt zu erhalten. So werde am Ausbau politischer Beziehungen ebenso gearbeitet wie an der Förderung der Handelsbeziehungen und der Entwicklungshilfe, die in erster Linie in Form von technischer Hilfe geleistet werde. Darüber hinaus gelte besondere Auf-

merksamkeit der Vertiefung zwischenmenschlicher Kontakte sowie der Kulturarbeit. Im Bereich der Entwicklungshilfe für Lateinamerika befürworte die Bundesrepublik eine Kooperation mit europäischen Staaten sowie eine Abstimmung mit der Politik der USA.

444 02.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1529

Lahr hält das Ergebnis einer Besprechung mit Vertretern eines Konsortiums deutscher Firmen aus den Sparten Chemie und Anlagenbau fest. Diese informierten den Staatssekretär, daß sie zusammen mit einem französischen Konsortium gute Aussichten hätten, von der UdSSR einen Auftrag für den Bau einer Raffinerie und einer petrochemischen Anlage im Wert von über einer Milliarde DM zu erhalten. Lahr gibt zu bedenken, daß die erwogenen Zahlungsmodalitäten einen Bruch mit dem bislang vertretenen Grundsatz der Barzahlung darstellten. Die einzige Möglichkeit, das Geschäft zu verhindern, sieht er darin, daß einige der für die petrochemische Anlage benötigten Maschinen unter die COCOM-Handelsbeschränkungen fallen.

445 03.12. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem österreichischen Außenminister Kreisky S. 1532

Bundeskanzler Erhard und der österreichische Außenminister erörtern den Stand der Verhandlungen über eine Assoziierung Österreichs mit der EWG. Kreisky schildert die Probleme, die aus dem französischen Drängen auf eine baldige Entscheidung zwischen EWG und EFTA erwüchsen. Insbesondere seien Schwierigkeiten mit der UdSSR in der Frage der Neutralität zu erwarten. Er bittet die Bundesregierung, diese „Gretchenfrage" für die nächsten Monate nicht zu stellen. Erhard zeigt Verständnis für die Lage Österreichs. Abschließend bittet Kreisky um eine Wiederaufnahme von Sachverständigengesprächen über Fragen, die mit der von der Bundesregierung geplanten Gesetzgebung zugunsten von Flüchtlingen und Vertriebenen zusammenhängen.

446 03.12. Generalkonsul Böx, Helsinki, an das Auswärtige Amt S. 1535

Der Generalkonsul berichtet von den Versuchen der sowjetischen Botschaft in Helsinki, die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen Finnlands zur Bundesrepublik zu stören. Ziel dieser Politik sei es, Finnland zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR zu drängen und damit einen Prozeß der Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit in Bewegung zu setzen.

447 03.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit den Europa-Abgeordneten Battista und Furler S. 1538

Der Vorsitzende des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments, Battista, und der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Furler, erläutern ihr Anliegen, sich in Gesprächen mit Außenministern von EWG-Staaten ein Bild von den Erfolgsaussichten einer Initiative des Parlaments für eine europäische politische Union zu machen. Während der französische Außenminister Couve de Murville das Vorhaben befürwortet und vorgeschlagen habe, an die Arbeit der Fouchet-Kommission anzuknüpfen, habe sich sein niederländischer Amtskollege Luns sehr ablehnend verhalten. Von belgischer und luxemburgischer Seite sei der Gedanke einer Initiative grundsätzlich positiv aufgenommen worden, doch hätten Spaak und Schaus die Ansicht vertreten, daß zunächst die Regelung der offenen Agrarfragen abgewartet werden solle. Schröder betont die prinzipiell positive Haltung der Bundesregierung, bezweifelt aber, daß ein solcher Vorstoß zum gegenwärtigen Zeitpunkt Aussicht auf Erfolg habe. Wichtig sei, daß Großbritannien in die Initiative einbezogen werden müsse.

448 04.12. Staatssekretär Carstens an Botschafter Weber, Kairo S. 1540

Vor dem Hintergrund des Vertrags zwischen der DDR und dem Jemen über den Austausch von Generalkonsulaten weist Carstens den Botschafter an, die ägyptische Regierung dazu zu bewegen, die Tätigkeit des Repräsentanten der DDR in der VAR zu unterbinden oder wenigstens drastisch einzuschränken. Vor allem solle Herrn Kiesewetter, dem es gelungen sei, den jemenitischen Außenminister Jacub zu „überfahren", untersagt werden, den Titel eines Botschafters zu führen.

449 04.12. Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1543

Groepper berichtet über Behauptungen des sowjetischen Ministerpräsidenten gegenüber westlichen Besuchern, daß der französische Staatspräsident 1960 geäußert habe, er sei an der Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands interessiert. Nach Auskunft der französischen Botschaft in Moskau handelt es sich jedoch bei dieser Aussage um eine bewußte Entstellung der Tatsachen. Wohl habe sich de Gaulle in der Vergangenheit gegenüber Chruschtschow zur Möglichkeit einer baldigen Wiedervereinigung pessimistisch geäußert; die Fortdauer der kommunistischen Herrschaft in der DDR und der deutschen Teilung liege jedoch nicht in französischem Interesse.

450 05.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 1545

Anläßlich des Wechsels im Amt des Bundeskanzlers ist Smirnow an einer aktuellen Bewertung der deutsch-sowjetischen Beziehungen gelegen. Er erwähnt den Entspannungswillen

des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer und dessen „Burgfriedensplan", der kurz vor dem Rücktritt noch einmal aufgegriffen worden sei. Die Rede des Bundesministers vom Vortag vor der WEU erscheine ihm jedoch eher als Beweis, daß kein Interesse an einem besseren Verhältnis zur UdSSR bestehe. Schröder erwidert, daß die Regierung Erhard keine außenpolitische Neuorientierung anstrebe. Er seinerseits sei enttäuscht über die Angriffe des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 19. September 1963 auf die Bundesrepublik, und auch Adenauer sei über die sowjetische Reaktion auf den „Burgfriedensplan" enttäuscht gewesen. Schröder führt den Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen als Beweis für deren Willen zur Entspannung an. Er legt die gegensätzlichen Auffassungen zur Deutschland-Frage dar und betont, daß dennoch Raum für eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen bleibe. Smirnow verweist dagegen auf die Existenz eines latenten deutschen Militarismus und Revanchismus und gibt die Äußerung eines „sehr namhaften deutschen Politikers" wieder, daß die UdSSR wie eine Festung belagert und ausgehungert werden müsse. Schröder erklärt, dabei handele es sich lediglich um eine bildhafte Redewendung für den friedlichen Austausch wirtschaftlicher Leistungen gegen politische Zugeständnisse.

451 06.12. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Staatssekretär Carstens S. 1552

Aufgrund eigener Gesprächsnotizen gibt Lilienfeld Teile aus einer Unterredung zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten vom 8. Oktober 1963 wieder. Kiesinger habe damals versucht, die französische Haltung zu erläutern, und dabei einen in Europa verbreiteten „Satelliten-Komplex" gegenüber den USA erwähnt. Kennedy habe im Gegensatz dazu den partnerschaftlichen Charakter der Beziehungen betont und versichert, daß die sechs amerikanischen Divisionen in voller Kampfstärke in der Bundesrepublik verbleiben würden. Lilienfeld fügt hinzu, daß sich Kiesinger nach Rückkehr aus den USA bei der Wiedergabe dieses Gesprächs vermutlich „um eine Nuance geirrt" habe, weil der Eindruck erweckt worden sei, die USA erwögen den Rückzug einer ganzen Division. Der Gesandte macht abschließend darauf aufmerksam, daß sich Kennedy zudem am 31. Oktober 1963 „endgültig" gegen eine Reduzierung amerikanischer Kampftruppen in der Bundesrepublik ausgesprochen habe.

452 06.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1554

Carstens faßt eine Besprechung im Bundeskanzleramt über den Vorschlag des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Abusch, hinsichtlich einer Passierschein-Regelung für Berlin zusammen. Es wurde beschlossen, der DDR durch den Leiter der Treuhandstelle für den Interzonen-

handel, Leopold, Verhandlungsbereitschaft signalisieren zu lassen.

453 06.12. Botschafter Knappstein, Washington, an Staatssekretär Carstens S. 1555

Knappstein nimmt zur Frage einer Reduzierung amerikanischer Truppen in Europa Stellung. Er ist – wie auch Bundesminister von Hassel – der Überzeugung, daß in Regierungskreisen und innerhalb der militärischen Führung der USA niemand an eine solche Maßnahme denke. Auf „Kräfte jenseits des Regierungslagers", die eine andere Auffassung verträten, müsse „diskret" Einfluß genommen werden; dies könne, soweit es sich um Mitglieder des Repräsentantenhauses oder um Senatoren handele, durch die Botschaft geschehen. „Hauptakteure", wie z. B. der ehemalige Präsident Eisenhower, sollten von höherer Stelle angesprochen werden; denkbar sei ein persönliches Schreiben des Bundeskanzlers Erhard. Knappstein äußert abschließend die Ansicht, daß die fraglichen Äußerungen nicht zu ernst genommen werden sollten. Sie könnten als Propaganda im laufenden amerikanischen Wahlkampf oder als ein Versuch, die europäischen Verbündeten zu verstärkten konventionellen Verteidigungsanstrengungen zu bewegen, gedient haben.

454 06.12. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 1558

Im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich sehen Erhard und Smirnow Möglichkeiten, die bilateralen Beziehungen fortzuentwickeln. Auf politischem Gebiet erkennt der Bundeskanzler jedoch angesichts der Weigerung der UdSSR, den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren, keine Ansatzpunkte zur Lösung strittiger Fragen. Während er sich gegen die sowjetische Zwei-Staaten-Theorie ausspricht, auf die Verantwortung der Vier Mächte für Deutschland hinweist und freie Wahlen unter internationaler Kontrolle in beiden Teilen Deutschlands vorschlägt, unterstreicht Smirnow die Notwendigkeit von Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Zum innerdeutschen Verhältnis äußert Erhard die Vorstellung, mittels wirtschaftlicher Vereinbarungen eine Veränderung der politischen Situation erreichen zu können. Das Ziel sei, die menschlichen Kontakte zwischen den Deutschen in Ost und West wiederherzustellen und reger zu gestalten; deshalb müsse „die Mauer poröser" werden. Smirnow führt dazu aus, einem Versuch, die DDR über wirtschaftliche Maßnahmen zu beseitigen, werde kein Erfolg beschieden sein. Eine Anregung des Bundeskanzlers, die Repatriierung von „Volksdeutschen" aus der UdSSR zum Thema bilateraler Gespräche zu machen, weist der sowjetische Botschafter zurück.

455 07.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1568

Lahr hält das Ergebnis eines Gesprächs des Bundeskanzlers mit dem Leiter der Israel-Mission fest. Erhard sagte zu, für eine großzügige Regelung der handelspolitischen Fragen zwischen Israel und der EWG einzutreten. Zu dem Wunsch, das Ergebnis der Gespräche zwischen Lahr und Shinnar über die finanzielle Unterstützung Israels im Rahmen der Entwicklungshilfe in einem Schreiben an Ministerpräsident Eshkol festzuhalten, verhielt sich der Bundeskanzler rezeptiv. Er teilte Lahr jedoch unmittelbar nach der Unterredung sein Einverständnis mit. Hinsichtlich der in der VAR tätigen deutschen Rüstungsexperten widersprach der Leiter der Israel-Mission nicht der Darlegung, daß die ursprünglichen israelischen Angaben offensichtlich „weit übertrieben" gewesen seien. Shinnar hob die Bedeutung des „in Vorbereitung befindlichen deutschen Gesetzes" hervor.

456 09.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1570

Carstens zeichnet die Ergebnisse einer Besprechung im Bundeskanzleramt über die Frage auf, ob und auf welche Weise den Einwohnern von Berlin (West) während der kommenden Weihnachtstage Besuche in Ost-Berlin ermöglicht werden könnten. Nachdem die DDR den Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Leopold, als Gesprächspartner abgelehnt habe, solle ihr mitgeteilt werden, daß ein Senatsrat für die technischen Vorbereitungen einer Passierschein-Regelung zur Verfügung stehe. Es bestand Übereinstimmung, daß keinesfalls eine Verhandlungsführung auf höherer Ebene, etwa durch ein Mitglied des Berliner Senats oder sogar durch den Regierenden Bürgermeister des westlichen und den Oberbürgermeister des östlichen Teils der Stadt, angeboten werden dürfe. Hinsichtlich einer Einrichtung von Passierschein-Stellen im Westteil der Stadt müsse sichergestellt werden, daß diese nicht als Stellen der DDR fungierten und keine Hoheitsfunktionen ausübten. Während der sich anschließenden Unterrichtung des französischen und des amerikanischen Botschafters durch Staatssekretär Carstens meldeten de Margerie und McGhee Bedenken gegen die deutschen Pläne an.

457 09.12. Bundesminister Schröder an Bundesminister Scheel S. 1572

Schröder teilt die Einschätzung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, daß die Reisen des Bundespräsidenten in Entwicklungsländer in der Regel Auswirkungen auf die materielle Gestaltung der deutschen Entwicklungshilfe hätten. Er weist jedoch den von Scheel geäußerten Wunsch zurück, den Bundespräsidenten zu begleiten, da eine Beteiligung von Bundesministern den Eindruck einer Regierungsdelegation vermitteln würde. Statt dessen müsse darauf geachtet werden, daß diese Besuche den Charakter behielten, der ihnen nach internationalem Brauch zukomme.

458 09.12. Bundesminister Schröder an Bundesminister Schmücker S.1573

Schröder nimmt zur Frage der Delegationsführung bei Verhandlungen mit den Ostblock-Staaten Stellung. Habe es bis vor einiger Zeit im Interesse der Bundesregierung gelegen, den Gesprächen einen rein fachlichen Charakter zu geben und die Verhandlungsführung dem zuständigen Fachressort zu überlassen, gelte es nun, im Rahmen der durch die Politik der Nichtanerkennung gesetzten Grenzen das politische Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten „aufzulockern". Nicht zuletzt wegen der zentralen Rolle der Berlin-Frage bei den Verhandlungen kommt Schröder zu dem Schluß, daß die Gesprächsführung beim Auswärtigen Amt liegen müsse.

459 09.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler S.1575

Schröder und Butler stimmen überein, daß die Gespräche mit der UdSSR fortgesetzt werden sollen. Der britische Außenminister nennt als mögliche Themen die Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten und die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Schröder legt dar, daß nur einem Nichtverbreitungsabkommen mit weltweiter Geltung zugestimmt werden könne, und erinnert an den bereits 1954 ausgesprochenen Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von ABC-Waffen. Im Gegenzug hätten die Westalliierten zugesagt, sich für die Wiedervereinigung Deutschlands einzusetzen und den nuklearen Schutz der Bundesrepublik zu übernehmen. Diese „ursprüngliche Position" würde um so mehr „geschwächt", je weiter sich die Westmächte auf ein Abkommen über Nichtverbreitung einließen, das zudem die DDR einbeziehen würde. In der Frage der Bodenbeobachtungsposten führt der Bundesminister aus, daß diese „an sich nützliche Idee" durch das sowjetische Drängen auf ihre Koppelung mit der Schaffung einer rüstungsverdünnten Zone in Mitteleuropa zum Nachteil des Westens verändert worden sei. Die Gesprächspartner charakterisieren die gegenwärtige Lage der NATO als schwierig. Schröder hofft auf ein Zustandekommen der MLF, deren Wert sich daran erkennen lasse, daß sie in Frankreich und in der UdSSR auf Ablehnung stoße. Butler bemerkt dazu, Großbritannien beteilige sich „weitgehend aus Rücksichtnahme auf die deutschen Überlegungen" an den MLF-Gesprächen, und umreißt die Bedenken gegen das Projekt, die vor allem vom britischen Verteidigungsministerium vorgetragen würden. Als Zeichen des guten Willens unterstütze Großbritannien dennoch das Experiment eines „Demonstrationsschiffs". Schröder führt aus, er halte eine „gewisse Synthese" zwischen nationaler britischer Abschreckung und Beteiligung an der MLF für möglich, gibt allerdings zu bedenken, daß bei der endgültigen Entscheidung über das Projekt die militärischen Gesichtspunkte den politischen untergeordnet werden müßten.

460 09.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1593

Carstens gibt eine Besprechung mit Vertretern der drei Westmächte wieder. Der Staatssekretär teilte die Bereitschaft zu Gesprächen mit der DDR über die Ausgabe von Passierscheinen zwischen dem 15. Dezember 1963 und dem 5. Januar 1964 an Bewohner von Berlin (West) mit. Gesprächsführer für den Senat von Berlin werde ein mit technischen Funktionen ausgestatteter Beamter sein, so daß der nichtpolitische Charakter der Unterredungen sichergestellt sei. Der amerikanische Botschafter McGhee und der britische Gesandte Tomkins erklärten sich einverstanden; der französische Gesandte de Courson de la Villeneuve behielt sich eine Antwort noch vor.

461 10.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler S. 1594

Schröder erläutert die deutsche Haltung zur Kennedy-Runde und die Positionen einzelner EWG-Staaten zur Landwirtschaftspolitik der Gemeinschaft. Zwischen der Bundesrepublik und Frankreich gebe es Meinungsverschiedenheiten über den Zeitpunkt, zu dem ein gemeinsamer Getreidepreis eingeführt werden solle. Zum Mansholt-Plan bemerkt Butler, der dort aufgeführte Preis pro Tonne Getreide sei sehr hoch und könne somit die Weizenproduktion in der EWG anregen. Unter Hinweis auf die absehbaren Konsequenzen für den britischen Weizenexport regt er an, die EWG solle Großbritannien ein Einfuhrkontingent garantieren. Des weiteren bekundet Butler Interesse an einem langfristigen deutsch-britischen Abkommen über einen Ausgleich der Devisenausgaben, die durch die Truppenstationierung in der Bundesrepublik entstünden. Die Gesprächspartner wenden sich dann der Lage im Fernen Osten, insbesondere in Malaysia, in Indonesien und in Japan, zu. Abschließend berichtet der Bundesminister über die Bestrebungen, den Gedanken einer europäischen politischen Union neu zu beleben. Da momentan nur die Aussicht auf einen lockeren Zusammenschluß bestehe, bei dem kein Staat souveräne Rechte abtreten müsse, sehe er keine Veranlassung, diesbezügliche Gespräche auf die Mitgliedstaaten der EWG zu beschränken. Butler bemerkt, Großbritannien wolle „so eng an Europa heranrücken wie nur irgend möglich". Schröder berichtet, daß der Vorschlag des Bundeskanzlers Erhard, eine Konferenz der sechs EWG-Regierungschefs zur Frage der politischen Zusammenarbeit einzuberufen, „in der Luft" hänge. Frankreich wolle nur bei einer von Italien ausgehenden Initiative mitwirken; deren Zustandekommen sei jedoch ungewiß.

462 10.12. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem britischen Außenminister Butler S. 1607

Erhard erläutert zunächst die Bemühungen um einen gemeinsamen Getreidepreis in der EWG und vertritt die Ansicht, daß dieses Problem entschärft werden könnte, wenn weltweite Abkommen über Grundnahrungsmittel abgeschlossen würden

und die EWG den USA sowie den „weißen" Commonwealth-Staaten Einfuhrquoten für Weizen garantierte. Die Bundesrepublik werde sich stets für derartige liberale Lösungen einsetzen, denn aufgrund der Exportabhängigkeit ihrer Wirtschaft könne sie sich nicht „in den Käfig der EWG einschließen" lassen. Die Gesprächspartner erörtern anschließend die westliche Kreditpolitik gegenüber der UdSSR. Auf die Frage von Butler, ob sich die Lage in der DDR durch wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik verbessern lasse, zeigt sich Erhard skeptisch, weil die „Machthaber in der Zone" hart und unnachgiebig seien und zudem „die Entscheidung nicht bei Ulbricht, sondern in Moskau liege". Er verweist auf den Versuch, für die Weihnachtstage eine Passierschein-Regelung für Berlin auszuhandeln, um „die Mauer etwas zu öffnen".

463 10.12. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem französischen Botschafter de Margerie S. 1611

Der Botschafter legt dar, daß auf französischer Seite der Eindruck entstanden sei, die Bundesregierung halte eine Einigung über eine EWG-Marktordnung für Milch und Milchprodukte zum Jahresende 1963 für ausgeschlossen. Sollte dies der Fall sein, hätte die französische Regierung Schwierigkeiten, die Verhandlungen im Rahmen der Kennedy-Runde zu beginnen. Erhard erklärt, er sei bislang davon ausgegangen, daß die deutschen Subventionen für Milch und Milchprodukte akzeptiert würden; die Verhandlungen in Brüssel hätten jedoch ein anderes Ergebnis erbracht. Er verweist darauf, daß auch in Frankreich die Milchproduktion staatlich unterstützt werde, wenn auch nach einem anderen System als in der Bundesrepublik. Es müsse folglich in Brüssel darüber diskutiert werden, warum nur ein bestimmter Typ von Subventionen gestattet sei. Eine ersatzlose Streichung der von der EWG finanzierten Subventionen zu Lasten des Bundeshaushalts sei finanzpolitisch unmöglich, zumal dann der Bauer zum „völlig abhängigen Gehilfen des Staates absinken" würde. Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß es nach den Römischen Verträgen durchaus die Möglichkeit gebe, die Marktordnungen für einzelne Produkte differenziert zu gestalten.

464 11.12. Botschafter Blankenhorn, Rom, an das Auswärtige Amt S. 1614

Blankenhorn berichtet über seinen Antrittsbesuch beim italienischen Außenminister. Saragat hob hervor, daß er die MLF befürworte, es jedoch innerhalb der Regierung „widerstrebende Elemente" gebe, die noch gewonnen werden müßten. Ebenso unterstütze er die deutschen Bemühungen zur Überwindung der Teilung. Zur Lösung der Probleme des EWG-Agrarmarktes sei geduldiges Verhandeln erforderlich; die „Ultimaten" der französischen Regierung sollten dabei nicht überbewertet werden. Weiter sprach sich Saragat für eine enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Italien und Großbritannien aus – allerdings nicht mit

dem Ziel der Schaffung einer „dritten Kraft". Abschließend bat er, der kommunistischen Propaganda unter den italienischen Arbeitern in der Bundesrepublik entgegenzuwirken.

465 11.12. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wickert S.1617

Der Leiter des Referats „Politische und sozialökonomische Strukturfragen des Ostblocks" nimmt zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China Stellung. Er betont das westliche Interesse an einer Fortdauer des sowjetisch-chinesischen ideologischen Konflikts; daher sollte das chinesische Bestreben, sich ganz aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der UdSSR zu lösen, unterstützt werden. Wickert plädiert dafür, zunächst den Warenaustausch auf den früheren Stand zu bringen und zu versuchen, Berlin (West) in neue Handelsvereinbarungen einzubeziehen; letzteres könne indirekt auch zu einer Lockerung der sowjetischen Haltung in der Berlin-Frage beitragen. Den Austausch von Handelsvertretungen oder die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bezeichnet er wegen der Teilung Chinas und wegen möglicherweise daraus resultierender Folgen für den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik als verfrüht.

466 12.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem türkischen Verteidigungsminister Sancar S.1620

Unter Hinweis auf Schwierigkeiten bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei, die zu Einschränkungen beim weiteren Ausbau der Armee geführt hätten, bekundet Sancar den Wunsch nach deutscher Verteidigungshilfe. Schröder unterstreicht das Interesse an einer Stärkung der türkischen Verteidigungskraft und schlägt vor, diese Frage im NATO-Ministerrat zu behandeln.

467 13.12. Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen in Paris S.1621

Im Rahmen einer Erörterung sicherheitspolitischer Fragen erläutert Ministerialdirigent Reinkemeyer die deutsche Skepsis gegenüber einem Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt und gegenüber der Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten. Die französische Seite lehnt Verhandlungen mit der UdSSR zum augenblicklichen Zeitpunkt überhaupt ab und weist sogar diesbezügliche Diskussionen im Ständigen NATO-Rat zurück. Anschließend informiert Reinkemeyer über die Ostpolitik der Bundesregierung. Es habe sich gezeigt, daß der Warschauer Pakt kein „monolithischer Block" sei, sondern daß es Spannungen zwischen den einzelnen Staaten gebe. Der Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Lucet, hebt hervor, daß Frankreich keine diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik China aufzunehmen gedenke; geprüft werde jedoch die Möglichkeit der Errichtung einer Handelsvertretung in Peking. Sein Stellvertreter Laloy bemerkt zur Passierschein-Frage, die französi-

sche Regierung habe eine Erklärung der drei westlichen Stadtkommandanten angeregt, daß es sich um eine rein humanitäre Maßnahme handele, mit der keine Änderung des Status von Berlin verbunden sei. Dieser Vorschlag sei jedoch von amerikanischer Seite mit Skepsis aufgenommen worden. Reinkemeyer führt abschließend aus, die Bundesregierung erwäge Erleichterungen bei der Ausgabe von Temporary-Travel-Documents an individuell einreisende Wissenschaftler und Sportler aus der DDR.

468 13.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 1626

Krapf faßt Konsultationen mit Vertretern der drei Westmächte über die Passierschein-Gespräche zusammen. Er bekräftigte, daß die Unterzeichnung eines Abkommens durch einen politisch Verantwortlichen nicht in Frage komme. Der amerikanische Gesandte Hillenbrand sagte eine Prüfung der Frage zu, ob die Anordnung der Alliierten Kommandantur vom 25. August 1961 einer Tätigkeit von „Postpersonal" der DDR in Postämtern von Berlin (West) entgegenstehe, und erklärte, daß auch eine Aufhebung der Anordnung kein besonderes Problem darstellen würde. Hinsichtlich einer schriftlichen Fixierung einer Regelung übten die alliierten Vertreter wegen der „humanitären Implikationen" der Passierschein-Frage Zurückhaltung, drängten allerdings darauf, daß sowohl sie selbst als auch die westlichen Stadtkommandanten von Berlin rechtzeitig unterrichtet würden. Der französische Botschaftsrat d'Aumale äußerte die Ansicht, daß die DDR versuchen werde, propagandistischen Nutzen aus einer vorübergehenden „Öffnung der Mauer" zu ziehen.

469 13.12. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1628

Klaiber faßt ein Gespräch mit dem französischen Außenminister zusammen. Couve de Murville hob die französische Besorgnis über die Verzögerungen der Agrarverhandlungen hervor, bei denen es um die „Zukunft des europäischen Einigungswerkes" gehe. Sollten die Beratungen in Brüssel nicht termingemäß zum 31. Dezember 1963 abgeschlossen sein, so werde dies die „ernstesten Konsequenzen" für die EWG haben. Klaiber bekundete Unverständnis für das Beharren auf dem genannten Termin und machte darauf aufmerksam, daß nach deutscher Auffassung die Beschlüsse auf dem Agrarsektor mit der Vorbereitung der Kennedy-Runde verknüpft werden müßten. Couve de Murville widersprach einer solchen Auffassung. Klaiber beschließt seinen Bericht mit dem Hinweis, daß „Kenner" der Mentalität des französischen Staatspräsidenten es für durchaus möglich hielten, daß de Gaulle im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen die aktive Mitarbeit Frankreichs in der Gemeinschaft aufkündigen und damit die EWG „platzen" lassen würde.

470 14.12. Ministerialrat Bömcke, Brüssel (EWG/EAG), an das Auswärtige Amt S. 1630

Bömcke gibt den Inhalt eines Antrags an die EWG-Kommission wieder, in dem um Genehmigung für den Abschluß eines bis zum 31. Dezember 1966 befristeten Handelsabkommens mit Rumänien nachgesucht wird. Die Bedeutung des Abkommens – so die Argumente der Bundesregierung – liege in der Berlin-Regelung, die als „Musterfall" für weitere Abkommen mit Ostblock-Staaten dienen könne, ferner in der Chance, das Klima für Familienzusammenführungen günstiger zu gestalten, und schließlich in einer Verbesserung der allgemeinen bilateralen Beziehungen. Die EWG-Kommission werde gebeten, ihre Bedenken hinsichtlich der Laufzeit des Abkommens – die eine von der Gemeinschaft festgesetzte Frist für Übereinkommen mit Staatshandelsländern um ein Jahr überschreite – zurückzustellen und dem EWG-Ministerrat die Genehmigung des Abkommens zu empfehlen.

471 14.12. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, z. Z. Paris S. 1633

Carstens berichtet von einer Unterredung des Bundeskanzlers Erhard mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, über den Stand der Passierschein-Gespräche. Während Übereinstimmung über die technische Abwicklung erzielt worden sei, bereite die Regelung wichtiger formaler Fragen nach wie vor Schwierigkeiten. Die DDR bestehe darauf, ein Abkommen im Auftrag des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR und des Regierenden Bürgermeisters von Berlin abzuschließen und in diesem Ost-Berlin als „Hauptstadt der DDR" zu bezeichnen. Der Senat von Berlin befürworte dagegen, daß jede Seite für sich ein – mit Ausnahme der Hauptstadt-Bezeichnung inhaltsgleiches – Gedächtnisprotokoll über die Vereinbarung anfertigen solle. Falls sich diese Regelung nicht durchsetzen lasse, könne eine Unterzeichnung durch Senatsrat Korber, einen mit technischen Funktionen ausgestatteten Beamten des Senats von Berlin, erwogen werden. Keinesfalls dürften jedoch in einer schriftlichen Vereinbarung Formulierungen verwendet werden, die sich auf den Regierenden Bürgermeister oder den Senat bezögen und im Sinne einer völkerrechtlichen Selbständigkeit von Berlin (West) interpretiert werden könnten.

472 15.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem italienischen Außenminister Saragat in Paris S. 1635

Saragat bekräftigt, daß die neue italienische Regierung die Beziehungen zur NATO voll und ganz akzeptiere – trotz gewisser neutralistischer Tendenzen in der Sozialistischen Partei. Mit Schröder stimmt er überein, daß bei der MLF Fortschritte anzustreben seien; insbesondere bittet Saragat darum, die Bemühungen um eine Beteiligung Großbritanniens zu verstärken. Käme die MLF nicht zustande, wären Italien und die Bundes-

republik die „einzigen größeren" europäischen Staaten, die kein „Aufsichtsrecht" über Atomwaffen hätten. Der Bundesminister erläutert die deutsche Position in den Verhandlungen über die Agrarmarktordnungen. Zwischen den Fortschritten im landwirtschaftlichen Bereich und konkreten Zusagen für die Kennedy-Runde bestehe eine „absolute Klammer". Den 31. Dezember 1963 – nach französischer Auffassung letztmöglicher Termin für eine Einigung – betrachte er lediglich als „Arbeitsdatum". Die Bundesregierung lasse sich in einer so ernsten und wichtigen Sache nicht „künstlich unter Druck setzen".

473 15.12. Gespräch des Bundesministers Schröder mit den Außenministern Rusk, Butler und Couve de Murville in Paris S. 1639

Schröder sieht keine Bereitschaft der UdSSR zu Verhandlungen über die Deutschland- und Berlin-Frage, hält jedoch angesichts möglicher politischer Vorstöße „Pankows" – inbesondere auch nach Abschluß der Passierschein-Gespräche – eine Situation für denkbar, in der der Westen aus „psychologisch-propagandistischen" Erwägungen mit einer Initiative hervortreten müsse. Er regt deshalb an, die Washingtoner Botschaftergruppe mit der Erarbeitung eines neuen Vorschlags zur Lösung der Deutschland-Frage zu betrauen. Als Vorbild könne der Zeitplan dienen, der 1956 zur Regelung der Saarfrage entwickelt worden sei; einige Empfehlungen seien auch bereits in New York vom „Kuratorium Unteilbares Deutschland" vorgelegt worden. Rusk, Butler und Couve de Murville stimmen unter dem Vorbehalt strikter Geheimhaltung grundsätzlich zu. Rusk hofft, daß Wiedervereinigung, europäische Sicherheit und wirtschaftliche Gegenleistungen ein „ganz zugkräftiges Paket" darstellen könnten. Schröder spricht die Möglichkeit an, die bisherigen westlichen Pläne zu einer „Gesamtschau" zusammenzusetzen, und verweist in diesem Zusammenhang auf den Vorschlag des Auswärtigen Amts vom 13. August 1963. Im Falle einer Abstimmung in der DDR über die Wiedervereinigung rechnet der Bundesminister „absolut sicher" mit der Mehrheit der Stimmen der dortigen Bevölkerung. Abschließend wenden sich die Außenminister den Passierschein-Gesprächen zu. Couve de Murville hält eine Schwächung der westlichen Position in diesem Zusammenhang für unvermeidlich, weil „der SBZ offensichtlich lediglich an einer Aufwertung gelegen sei".

474 16.12. Botschafter Freiherr von Wendland, Saigon, an das Auswärtige Amt S. 1647

Wendland berichtet über eine Unterredung mit dem neuen südvietnamesischen Staatspräsidenten. General Duong Van Minh bedankte sich für die Kredithilfe durch die Bundesrepublik. Anschließend äußerte er sich kritisch zu der vom französischen Staatspräsidenten vorgeschlagenen Neutralisierung Vietnams, da sich eine solche Maßnahme in bezug auf die De-

mokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) nicht werde realisieren lassen. Er äußerte die Bitte, die Bundesregierung möge auf de Gaulle einwirken, von seinem „indiskutablen" Vorschlag abzurücken. Wendland bewertet das Gespräch dahingehend, daß vor der erbetenen Einwirkung auf Frankreich zunächst die USA konsultiert werden müßten. Weiterhin macht er darauf aufmerksam, daß eine Neutralisierung der Republik Vietnam die einzige Möglichkeit darstellen könnte, diesen Staat „vorläufig ohne internationalen Krieg zu retten".

475 17.12. Aufzeichnung des Referats II 7 S.1650

Das Referat „NATO/WEU" äußert sich zu den Vorbereitungen für eine multilaterale Atomstreitmacht in der MLF-Arbeitsgruppe in Paris. Es seien verschiedene Vorschläge für den Abstimmungsmodus zur Freigabe eines Einsatzes der Kernwaffen erörtert worden, wobei noch offen sei, wie die kleineren Teilnehmerstaaten einzubeziehen seien. Die USA setzten voraus, daß eine Freigabe keinesfalls ohne ihre Zustimmung erfolgen könne; Großbritannien mache seine Teilnahme an der MLF von einer Zugehörigkeit zum Entscheidungsgremium abhängig. Noch nicht beraten worden sei die Kostenverteilung auf die teilnehmenden Staaten. Während die Bundesrepublik voraussichtlich dreißig Prozent der Gesamtkosten übernehmen werde, beteiligten sich Griechenland und die Türkei nur unter der Voraussetzung, daß von ihnen keine finanziellen Leistungen erwartet würden. Die Höhe des Finanzbeitrags werde jedenfalls den Anteil an Führungspositionen bestimmen. Als erster praktischer Schritt sei die Einsetzung eines Zerstörers als „Demonstrationsschiff" mit gemischter Besatzung geplant; daran würden sich neben den USA die Bundesrepublik, Griechenland und die Türkei beteiligen. Bis zum Frühsommer 1964 solle von der Arbeitsgruppe ein unterschriftsreifer Vertragstext erstellt werden.

476 18.12. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken S.1654

Der Leiter des Referats „Wiedervereinigung" faßt eine Besprechung der Bonner Vierergruppe vom 16. Dezember 1963 zusammen. Erörtert wurde die Erteilung von Temporary-Travel-Documents an „SBZ-Eisschnelläufer", die an der Europameisterschaft in Oslo teilnehmen wollen. Während der zur Sitzung hinzugezogene norwegische Botschaftsrat Gjellum darlegte, daß die Sportler lediglich in „individueller Eigenschaft" teilnehmen würden, beharrte der Verteter des Auswärtigen Amts auf dem Standpunkt, daß ihre Einreise nur in Frage kommen dürfe, wenn sie nicht als Vertreter der DDR, sondern lediglich ihrer Sportvereine aufträten. Dabei gelte auch als „nationale" Vertretung, wenn Sportler von den „nationalen" Dachverbänden der jeweiligen Sportart nominiert und entsandt würden. Während diese Position von französischer Seite vorbehaltlos und von amerikanischer Seite weitgehend unterstützt wurde, erschien sie dem britischen Mitglied der Vierergruppe als zu restriktiv.

477 18.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1656

Carstens hält fest, daß das Auswärtige Amt erst kurz vor der Unterzeichnung der Passierschein-Regelung am 17. Dezember 1963 davon Kenntnis erhalten habe, daß der Text mit einer Unterschriftsformel schließe, in der auf einen Auftrag des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Bezug genommen werde. Der unverzüglich unterrichtete Bundeskanzler Erhard sowie die Bundesminister Schröder und Krone hätten ihre großen Bedenken zurückgestellt, weil es für ein „Veto" zu spät gewesen sei. Carstens legt dar, es sei anschließend darauf angekommen, den Rechtsstandpunkt der Bundesrepublik in den ebenfalls für den 17. Dezember 1963 vorgesehenen Erklärungen der drei Westalliierten, der Bundesregierung und des Senats von Berlin eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Die Alliierten wollten – wie der Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, telefonisch mitgeteilt habe – betonen, daß die Passierschein-Regelung den Status von Berlin nicht beeinträchtige und daß Berlin (West) nicht berechtigt sei, völkerrechtliche Verträge zu schließen. Daraufhin habe er selbst für die Erklärung der Bundesregierung vorgeschlagen, einen Passus über den Rechtsstatus von Berlin sowie die „Nichtanerkennung des Zonenregimes" aufzunehmen.

478 19.12. Botschafter von Etzdorf, London, an das Auswärtige Amt S. 1658

Etzdorf informiert über ein Gespräch mit dem Ständigen Vertreter der Montanunion in London. Nach Meinung von van Kleffens müßten die Warnungen des französischen Staatspräsidenten, den Prozeß der europäischen Integration zum Stillstand bringen zu wollen, wenn die französischen Agrarforderungen nicht erfüllt würden, ernst genommen werden. An der Kennedy-Runde sei de Gaulle wenig interessiert. Die Krise in der EWG werde von der amerikanischen und der britischen Regierung mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. Gerade in Großbritannien werde die Gefahr erkannt, daß eine „Immobilisierung" der Gemeinschaft nachteilige Folgen sowohl für den Zusammenhalt innerhalb der EFTA als auch für die Kennedy-Runde haben würde.

479 19.12. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Paris S. 1660

Carstens teilt mit, daß er nicht mit einer positiven Antwort auf die Forderung der Bundesregierung nach Überstellung des ehemaligen Obersten Argoud rechne. Es werde allerdings erwartet, daß die französische Regierung „wenigstens" ihr Bedauern über das Vorgehen französischer Behörden ausdrükken und eine gründliche Untersuchung der Vorgänge sowie „Nichtwiederholung" zusichern werde. Weiterhin solle die Botschaft vorsorglich in Paris darauf aufmerksam machen, daß die Bundesregierung bei der etwaigen Verhängung eines Todesurteils zu erneuter Intervention genötigt sei und die Voll-

streckung sogar eine „Katastrophe" für die bilateralen Beziehungen darstellen würde.

480 20.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften S.1662

Haeften nimmt zur Rückführung von Deutschen aus der UdSSR Stellung. Entgegen der sowjetischen Behauptung, die Repatriierungsvereinbarung von 1958 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR sei erfüllt, befänden sich noch etwa 10000 „Reichsdeutsche" und rund 25000 „Volksdeutsche" in der UdSSR. Er empfiehlt, dieses Thema im Zusammenhang mit den bevorstehenden Gesprächen über ein Handelsabkommen wiederaufzunehmen; dabei könnten Zugeständnisse an die UdSSR auf wirtschaftlichem Gebiet in Erwägung gezogen werden. Ebenso sei es unabdingbar, daß die Forderung nach Freigabe des Rubelkontos der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau auf die Tagesordnung der Verhandlungen gesetzt werde.

481 21.12. Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf S.1665

Ministerialdirektor Krapf informiert über die Tagung des NATO-Ministerrats vom 16./17. Dezember 1963, auf der die unterschiedliche Beurteilung der sowjetischen Politik durch die Vertreter der einzelnen Staaten deutlich geworden sei. Während der belgische Außenminister Spaak glaubte, einen grundlegenden Wandel feststellen zu können, vermutete sein französischer Amtskollege Couve de Murville hinter den sowjetischen Entspannungsvorschlägen das Bestreben, den Status quo in Europa zu festigen und die Position der Bundesrepublik zu schwächen. Der amerikanische Außenminister Rusk schloß sich im wesentlichen der französischen Position an, hielt jedoch eine Entwicklung „in kleinen Schritten" für möglich. Bundesminister Schröder stimmte mit dem britischen Außenminister Butler darin überein, daß sich der Westen auch weiterhin um Entspannung bemühen solle; allerdings müßten das militärische Gleichgewicht sowie die Freiheit von Berlin (West) und die Forderung nach Selbstbestimmung für das deutsche Volk aufrechterhalten werden. Einer Entspannung könnten Vereinbarungen über Randprobleme von Politik und Abrüstung dienen, bei denen jedoch stets nach Ansatzpunkten zur Lösung der zentralen Fragen gesucht werden müßte.

482 23.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen S.1667

Jansen faßt Informationen über ein Gespräch des französischen Staatspräsidenten mit Botschafter Klaiber zusammen. De Gaulle kritisierte die deutsche Haltung in den laufenden Brüsseler Verhandlungen und bestand darauf, daß die Agrarmarktordnungen bis zum 31. Dezember 1963 verabschiedet sein müßten. Klaiber betonte, daß die Bundesregierung zunächst zu einem Kompromiß mit den deutschen Bauern kommen müsse und daß nicht alle Einzelheiten bis zum fraglichen Termin geklärt sein müßten. Abschließend hob de Gaulle her-

vor, die französische Seite habe hinsichtlich der Kennedy-Runde bereits Entgegenkommen gezeigt, bezüglich der Agrarfragen sei es nun an der Bundesregierung, „die erforderlichen Schritte zu tun". Bis zum Jahresende müßte „substantielle Einigkeit" erzielt werden; Details könnten anschließend geregelt werden.

483 23.12. Ministerialdirektor Krapf an die Dienststelle Berlin S.1668

Krapf bringt die Unzufriedenheit des Auswärtigen Amts mit der verhandlungstechnischen Seite der Passierschein-Regelung zum Ausdruck. Die Vereinbarung vom 17. Dezember 1963 trage Ausnahmecharakter, es dürfe sich kein gewohnheitsrechtlicher Kontakt zwischen dem Senat von Berlin und „Pankow" herausbilden. Krapf bittet darum, über etwaige neue Kontaktversuche unverzüglich zu berichten.

484 24.12. Ministerialdirektor Krapf an das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen S.1670

Krapf informiert über ein Gespräch mit den Gesandten der drei Westmächte. De Courson de la Villeneuve, Hillenbrand und Tomkins waren sich mit der deutschen Seite einig, daß im Falle weiterer „östlicher" Initiativen in der Passierschein-Frage nicht wieder unter Zeitdruck verhandelt werden solle. Die Gesandten baten darum, zukünftig konsultiert und nicht nur, wie bei den Passierschein-Gesprächen, informiert zu werden. Abschließend wiesen sie darauf hin, daß die „Kontaktpolitik" der DDR zu einer „Entwertung" der Treuhandstelle für den Interzonenhandel als Gesprächspartner führen könne.

485 28.12. Bundeskanzler Erhard an Regierenden Bürgermeister Brandt S.1671

Der Bundeskanzler weiß sich mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin einig, daß Verhandlungen über eine Verlängerung der Passierschein-Regelung nicht ohne Beteiligung der Bundesregierung geführt werden können.

486 28.12. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson in Stonewall, Texas S.1672

Der Bundeskanzler verzeichnet Übereinstimmung mit den USA in den Fragen der atlantischen Partnerschaft und der wirtschaftlichen Integration Europas. Demgegenüber gebe es mit Frankreich in vielen wesentlichen Fragen keine gemeinsame Grundlage, was bislang durch das „emotional oder sentimental" geprägte Verhältnis zwischen Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle verdeckt worden sei. Für die Bemühungen Frankreichs um eine eigene Rüstungspolitik habe er Verständnis; jedoch dürfe de Gaulle nicht die Integration der übrigen NATO-Staaten verhindern. An der Auffassung, daß jeder konventionelle Angriff mit einem nuklearen Gegenschlag zu beantworten sei, halte der französische

Staatspräsident – in offensichtlicher Überschätzung der Force de frappe – fest. Zur Deutschland-Frage bemerkt Erhard, die Passierschein-Regelung sei nicht unproblematisch, da sie der Drei-Staaten-Theorie Vorschub leiste. Man werde sehr vorsichtig vorgehen müssen, denn wenn auch nur der Eindruck entstehe, daß Berlin (West) nicht geschützt sei und nicht mehr im Zusammenhang mit der Bundesrepublik gesehen werde, könne dies „sehr gefährliche" Auswirkungen auch auf die Rechte und Interessen der Westalliierten haben. Erhard erklärt die Bereitschaft der Bundesrepublik, zur wirtschaftlichen Entlastung der UdSSR „große finanzielle und materielle Opfer zu bringen", wenn dafür Fortschritte in der Deutschland-Frage erzielt werden könnten. Er bittet den amerikanischen Präsidenten, die sowjetische Seite über dieses Angebot zu informieren. Zur Agrarpolitik der EWG äußert Johnson die Sorge, daß den USA der „landwirtschaftliche Markt" in Europa verlorengehe.

487 28.12. Deutsch-amerikanische Regierungsbesprechung in Stonewall, Texas S.1680

Eingangs gibt Staatssekretär Carstens einen Überblick über die Passierschein-Gespräche. Bundesminister Schröder legt dar, wie die Bundesrepublik durch die geschlossene Vereinbarung in eine „schwierige Lage" geraten sei. Das Für und Wider dieser Entwicklung sowie die Grenzen der Konzessionsbereitschaft müßten sorgfältig geprüft werden. Der amerikanische Außenminister Rusk zeigt sich überzeugt, daß zunehmende Kontakte mit Ost-Berlin und der DDR die Position der Bundesrepublik und die von Berlin (West), die beide eine enorme Anziehungskraft auf die Menschen in der DDR ausübten, stärken und zu einer „De facto-Wiedervereinigung" führen könnten. Jedoch dürfe die Stellung der Westalliierten in Berlin nicht gefährdet werden, denn „hier gehe es um eine Sache von Leben und Tod". Schröder gibt demgegenüber zu bedenken, daß sich bei derartigen Gesprächen der politische Status quo verfestigen könnte; zudem vermisse er ein Konzept, in dem die Folgen dieser Vorgehensweise vollständig durchdacht worden seien. Die Vorstellung, daß bewußt eine „Quasi-Anerkennung" zugelassen werde, um auf diese Weise in „die Zone" hineinzuwirken, hält er für falsch. Im Gegensatz dazu wirkten die zunehmenden Wirtschaftsbeziehungen mit den osteuropäischen Staaten auf eine Änderung des Status quo hin. Beide Seiten stellen fest, daß bei künftigen Passierschein-Gesprächen die westalliierten Stadtkommandanten stärker einbezogen werden müßten. Abschließend wenden sich die Gesprächspartner dem Abschluß der Brüsseler Verhandlungen vom 23. Dezember 1963 zu, der – so die amerikanische Einschätzung – den Weg zur Kennedy-Runde frei gemacht habe. Besorgnis verursachten allerdings die noch bestehenden Zolldisparitäten sowie die landwirtschaftlichen Fragen.

488 28.12. Deutsch-amerikanische Regierungsbesprechung in Stonewall, Texas S. 1689

Bundesminister Schröder erläutert das am 9. Mai 1963 vom EWG-Ministerrat verabschiedete synchronisierte Arbeitsprogramm, dessen Ziel die Weiterentwicklung des Gemeinsamen Marktes bei gleichzeitiger Festlegung der Positionen der Gemeinschaft für die Kennedy-Runde sei. Hierüber habe am 23. Dezember 1963 ein Kompromiß erzielt werden können. Ferner habe durch die Aufnahme einer Klausel in alle gültigen Marktordnungen verhindert werden können, daß der europäische Agrarmarkt „autark" werde. Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, macht deutlich, daß den USA an einer fortschreitenden politischen Integration Westeuropas gelegen sei. Er weist jedoch darauf hin, daß nur durch eine liberale europäische Handelspolitik die Schwierigkeiten, die ein politischer Zusammenschluß Europas für andere Staaten mit sich bringen werde, in „erträglichem Maße" gehalten werden könnten. Bundeskanzler Erhard hebt hervor, daß er sich über eine Integration hinaus für eine Ausweitung der Gemeinschaft einsetze, die das gesamte „freie Europa" umfassen müsse. Zur Entwicklung der Ost-West-Beziehungen äußert er sich skeptisch; der Punkt, an dem Ministerpräsident Chruschtschow zu einer Änderung seiner Politik bereit sein werde, sei noch nicht erreicht. So liege bereits in der „relativ harmlosen" Passierschein-Frage „Dynamit", wenn auf diese Weise die Drei-Staaten-Theorie Auftrieb erhalte. Hinsichtlich der MLF bekräftigt Erhard die deutsche Zustimmung; er rechnet zudem mit der Teilnahme Großbritanniens und Italiens.

489 28.12. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson in Stonewall, Texas S. 1699

Der amerikanische Präsident erläutert, daß in den USA immer nachdrücklicher eine Verringerung der Streitkräfte in Übersee gefordert werde. Hinsichtlich der in Europa stationierten Einheiten werde dabei auf die verbesserten Möglichkeiten eines schnellen Truppentransportes an den jeweiligen Einsatzort, auf die Stärke der Bundeswehr und auf die Haltung Frankreichs verwiesen. Mit einem teilweisen Abzug der amerikanischen Streitkräfte solle der wachsenden Staatsverschuldung begegnet werden. Der Bundeskanzler hält dem entgegen, daß ohne die amerikanischen Verbände weder die Vorwärtsstrategie umgesetzt noch Westeuropa verteidigt werden könne; letzteres hätte weitreichende Auswirkungen in „anderen Teilen der Erde". Im Anschluß an die Unterredung mit Johnson gibt Außenminister Rusk Erhard zu verstehen, die vom Präsidenten geäußerten Gedanken seien „nicht seine eigenen" gewesen.

490 29.12. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson in Stonewall, Texas S.1701

Der amerikanische Präsident erklärt, er hege nicht die Illusion, daß die bisher mit der UdSSR getroffenen Vereinbarungen – wie Weizenverkäufe oder Teststopp-Abkommen – zum Frieden führen könnten. Er hält aber weitere Bemühungen um Entspannung für notwendig, um nicht durch Untätigkeit in einen Krieg „hineinzuschlittern". Zu seiner Politik gehöre aber auch, die Verpflichtungen gegenüber der Bundesrepublik einzuhalten und die Verteidigungsausgaben nicht zu kürzen. Ebenso müßten die deutschen Rüstungskäufe zur Stützung der amerikanischen Volkswirtschaft fortgesetzt werden. Die USA hegten keine Angriffsabsichten gegen die UdSSR; „Ärger" werde es allerdings bei Fortdauer der subversiven sowjetischen Tätigkeiten in der westlichen Hemisphäre geben. Bundeskanzler Erhard wiederholt den Vorschlag, Johnson möge Ministerpräsident Chruschtschow mitteilen, daß die Bundesrepublik als Gegenleistung für „mehr Freiheit" in der DDR und für Berlin zu Hilfeleistungen bereit sei, die über die Gewährung von Krediten hinausgehen würden. Sicherheitsberater Bundy erwähnt die in den USA hin und wieder vertretene Ansicht, daß Chruschtschow seine Politik nur ändern könne, wenn zuvor in der Position des Westens eine „Auflockerung" erfolgt sei; diese werde aber durch die „starre Haltung" gegenüber der DDR verhindert. Erhard macht daraufhin deutlich, daß eine allmähliche Anerkennung nicht zur Beseitigung der Spannungen in Europa, sondern nur zur Festschreibung der Teilung Deutschlands führen würde. Abschließend teilt er „höchst vertraulich" als seine persönliche Ansicht mit, daß nach einer Wiedervereinigung die Frage der deutschen Grenzen „kein unlösbares Problem" mehr wäre und Deutschland mit den östlichen Nachbarn ein „friedvolles Verhältnis" finden könnte.

491 29.12. Deutsch-amerikanische Regierungsbesprechung in Stonewall, Texas S.1708

Schröder und Rusk erörtern den Vorschlag zur Lösung der Deutschland-Frage, den die Bundesregierung vorbereite und der einen Plan für die Wiedervereinigung und die europäische Sicherheit, ein Wahlgesetz sowie Regelungen zur Durchführung und Überwachung einer Volksabstimmung umfassen werde. Der amerikanische Außenminister hält es für taktisch günstiger, nicht zu sehr ins Detail zu gehen und die Erörterung von „ein oder zwei humanitären Problemen" an den Anfang zu stellen. Vor Beginn einer Konferenz über die Deutschland-Frage müsse der Westen einen umfassenden Vorschlag ausgearbeitet haben. Weiterhin gibt Rusk zu bedenken, daß die Regelung der Fragen, die sich aus einer Wiedervereinigung für die europäische Sicherheit ergäben, sehr kompliziert werden dürfte. Vor allem werde es schwierig sein, die Forderung

nach Wahrung des „Sicherheitsgleichgewichts" zwischen Ost und West zu erfüllen.

492 30.12. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 1712

Der Staatssekretär informiert über den Besuch des Bundeskanzlers beim amerikanischen Präsidenten. Zwischen Johnson und Erhard habe sich ein „enges persönliches" Verhältnis entwickelt. Carstens gibt den Eindruck wieder, daß – zumindest in der unmittelbaren Zukunft – mit einem starken Einfluß des Außenministers Rusk auf die auswärtigen Beziehungen der USA gerechnet werden müsse. Bedingt durch den bevorstehenden Wahlkampf werde die Politik des Präsidenten wesentlich von innenpolitischen Überlegungen geprägt sein. Vor diesem Hintergrund sei die erneute Zusicherung, daß alle sechs amerikanischen Divisionen in der Bundesrepublik stationiert blieben, zu begrüßen. Übereinstimmung habe sowohl in der Einschätzung entspannungspolitischer Fragen als auch hinsichtlich der Notwendigkeit deutsch-amerikanischer Konsultationen auf diesem Gebiet bestanden. Das Eintreten des Bundeskanzlers für eine liberale Handelspolitik sei begrüßt worden.

Literaturverzeichnis

AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, München 1989 ff.
ADAP, D, VII	Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Bd. VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch. 9. August bis 3. September 1939, Baden-Baden 1956
ADENAUER, Erinnerungen I	Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965
ADENAUER, Erinnerungen II	Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966
ADENAUER, Erinnerungen III	Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967
ADENAUER, Erinnerungen IV	Konrad Adenauer, Erinnerungen 1959–1963. Fragmente, Stuttgart 1968
ADENAUER-STUDIEN III	Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie (Adenauer-Studien III), hrsg. von Rudolf Morsey und Konrad Repgen, Mainz 1974
AdG	Archiv der Gegenwart (bis 1955: Keesing's Archiv der Gegenwart), zusammengestellt bzw. begründet von Heinrich von Siegler, 1931 ff.
AKTIONSPROGRAMM DER GEMEINSCHAFT FÜR DIE ZWEITE STUFE	Memorandum der Kommission über das Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die zweite Stufe, hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1962
L'ANNÉE POLITIQUE 1959	L'Année Politique 1959. Revue chronologique des principaux faits politiques diplomatiques, économiques et sociaux de la France et de la Communauté et bilan des organisations européennes du 1er janvier au 31 décembre 1959, Paris 1960
L'ANNÉE POLITIQUE 1963	L'Année Politique économique, sociale et diplomatique en France 1963, Paris 1964
BALL, The Past	George W. Ball, The Past Has Another Pattern. Memoirs, New York/London 1982
BEMÜHUNGEN I	Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten, I. Teil: Oktober 1949 – Oktober 1953, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 4. Auflage, Bonn 1958
BLANKENHORN, Verständnis	Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1980

BRANDT, Begegnungen	Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976
BRANDT, Erinnerungen	Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt a.M. 1989
BRENTANO, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler	Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964, hrsg. von Arnulf Baring (unter Mitarbeit von Bolko von Oetinger und Klaus Mayer), Hamburg 1974
BRUNS, Politische Verträge, Bd. 1	Politische Verträge. Eine Sammlung von Urkunden, hrsg. von Viktor Bruns, Bd. 1: Garantiepakte, Bündnisse, Abkommen über politische Zusammenarbeit, Nichtangriffs- und Neutralitätsverträge der Nachkriegszeit, bearb. von Georg von Gretschaninow, Berlin 1936
BT ANLAGEN	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
BULLETIN	Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
BULLETIN DER EWG	Bulletin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hrsg. vom Sekretariat der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1958 ff.
BUNDESHAUSHALTSPLAN 1964	Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1964, [Bonn 1964]
CHARTER OF THE UNITED NATIONS	Charter of the United Nations. Commentary and Documents, hrsg. von Leland M. Goodrich und Edvard Hambro, 2. Auflage, London 1949
CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 92	United States of America, Congressional Record. Proceedings and Debates of the 79th Congress. Second Session, Bd. 92, Washington D.C. 1946
CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 104	United States of America, Congressional Record. Proceedings and Debates of the 85th Congress. Second Session, Bd. 104, Washington D.C. 1958
CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 109	United States of America, Congressional Record. Proceedings and Debates of the 88th Congress. Second Session, Bd. 109, Washington D.C. 1963
COUVE DE MURVILLE, Politique Étrangère	Maurice Couve de Murville, Une politique étrangère, Paris 1971
DEPARTMENT OF STATE BULLETIN	The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy, Washington D.C. 1939 ff.

DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959	Documents on Disarmament 1945–1959, hrsg. vom Department of State, Washington D.C. 1960
DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1961	Documents on Disarmament 1961, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1962
DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962	Documents on Disarmament 1962, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1963
DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963	Documents on Disarmament 1963, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1964
DOKUMENTATION DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION 1961–1963	Dokumentation der Europäischen Integration 1961–1963 unter Berücksichtigung der Bestrebungen für eine Atlantische Partnerschaft, zusammengestellt von Heinrich von Siegler, Bonn 1964
DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1	Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1, hrsg. von Ingo von Münch, 2. Auflage, Stuttgart 1976
DzD I	Dokumente zur Deutschlandpolitik. I. Reihe: Vom 3. September 1939 bis 8. Mai 1945, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt a.M. 1984 ff.
DzD II	Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Neuwied 1992 ff.
DzD III	Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe: Vom 5. Mai 1955 bis 9. November 1958, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 4 Bde., Frankfurt a.M. 1961–1969
DzD IV	Dokumente zur Deutschlandpolitik. IV. Reihe: Vom 10. November 1958 bis 30. November 1966, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 12 Bde., Frankfurt a.M. 1971–1981
EFTA BULLETIN 2 (1961)	EFTA Bulletin. Europäische Freihandelsassoziation, 2. Jahrgang, Genf 1961
FRUS 1955–1957, V	Foreign Relations of the United States 1955–1957. Bd. V: Austrian State Treaty. Summit and Foreign Ministers Meetings 1955, Washington D.C. 1988
FÜNFTER GESAMTBERICHT (1962)	Fünfter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. Mai 1961 – 30. April 1962), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1962

DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3	Charles de Gaulle, Discours et messages. Bd. 3: Avec le renouveau. Mai 1958 – juillet 1962, [Paris] 1970
DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4	Charles de Gaulle, Discours et messages. Bd. 4: Pour l'effort. Août 1962 – décembre 1965, [Paris] 1970
DE GAULLE, Lettres, notes et carnets. Janvier 1961 – décembre 1963	Charles des Gaulle, Lettres, notes et carnets. Janvier 1961 – décembre 1963, [Paris] 1986
DE GAULLE, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958–1962	Charles de Gaulle, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958–1962, [Paris] 1970
GERSTENMAIER, Streit und Friede	Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1981
GREWE, Deutsche Außenpolitik	Wilhelm G. Grewe, Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960
GREWE, Rückblenden	Wilhelm G. Grewe, Rückblenden 1976–1951, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1979
HANSARD, Bd. 671	Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Session 1962–63, Bd. 671, London [1963]
HANSARD, Bd. 674	Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Session 1962–63, Bd. 674, London [1963]
HANSARD, Bd. 684	Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Session 1963–64, Bd. 684, London [1964]
HANSARD, Bd. 686	Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Session 1963–64, Bd. 686, London [1964]
JOURNAL OFFICIEL 1963	Journal Officiel de la République Française. Débats Parlementaires Assemblée Nationale, 1963, Paris 1963
KROLL, Lebenserinnerungen	Hans Kroll, Lebenserinnerungen eines Botschafters, Köln 1967
KRONE, Aufzeichnungen	Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, in: Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie (Adenauer-Studien III), hrsg. von Rudolf Morsey und Konrad Repgen, Mainz 1974, S. 134–201
LAHR, Zeuge	Rolf Lahr, Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1974, Hamburg 1981
MACMILLAN, End of the Day	Harold Macmillan, Memoirs. Bd. VI: At the End of the Day 1961–1963, London 1973
MCGHEE, Botschafter	George McGhee, Botschafter in Deutschland 1963–1968, Esslingen 1989

MEISSNER, Moskau – Bonn	Moskau – Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955–1973. Dokumentation, hrsg. von Boris Meissner, 2 Bde., Köln 1975
OSTERHELD, Außenpolitik	Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992
OSTERHELD, Kanzlerjahre	Horst Osterheld, „Ich gehe nicht leichten Herzens ..." Adenauers letzte Kanzlerjahre. Ein dokumentarischer Bericht, 2. Auflage, Mainz 1987
PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963–64	Public Papers of the Presidents of the United States. Lyndon B. Johnson. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. November 22, 1963 to December 31, 1964, Washington D.C. 1965
PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961	Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 20 to December 31, 1961, Washington D.C. 1962
PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1962	Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1962, Washington D.C. 1963
PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963	Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to November 22, 1963, Washington D.C. 1964
SCHLESINGER, Thousand Days	Arthur M. Schlesinger Jr., A Thousand Days. John F. Kennedy in White House, Boston 1965
SECHSTER GESAMTBERICHT (1963)	Sechster Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. Mai 1962 – 31. März 1963), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1963
SHINNAR, Bericht	Felix E. Shinnar, Bericht eines Beauftragten. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1951–1966, Tübingen 1967
SIEBENTER GESAMTBERICHT (1964)	Siebenter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. April 1963 – 31. März 1964), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1964
SPAAK, Memoiren	Paul-Henri Spaak, Memoiren eines Europäers, Hamburg 1969
SPEIDEL, Aus unserer Zeit	Hans Speidel, Aus unserer Zeit. Erinnerungen, 2. Auflage, Berlin/Frankfurt a.M./Wien 1977

STIKKER, Bausteine	Dirk U. Stikker, Bausteine für eine neue Welt. Gedanken und Erinnerungen an schicksalhafte Nachkriegsjahre, Wien/Düsseldorf 1966
STRAUSS, Erinnerungen	Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989
UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 17th Session	United Nations. Official Records of the General Assembly. Seventeenth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, New York 1964
UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 18th Session	United Nations. Official Records of the General Assembly. Eighteenth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, New York 1965
UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. 3	United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich. Bd. 3: 1950–1952, New York 1973
UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. 9	United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich. Bd. 9: 1962–1963, New York 1974
UNTS	United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff.
VOGEL, Dialog I/1	Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, hrsg. von Rolf Vogel, Teil I, Bd. 1, München/New York/London/Paris 1987
ZBIÓR DOKUMENTÓW	Zbiór Dokumentów/Recueil de Documents, hrsg. vom Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, Warschau 1945 ff.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
ABC-Waffen	atomare, biologische und chemische Waffen
A-Bombe	Atom-Bombe
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
a. D.	außer Dienst
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
AG	Aktiengesellschaft
AID	Agency for International Development
Anlg.	Anlage
Anm.	Anmerkung
ANZUS-Pakt	Australia-New Zealand-United States-Pakt
AP	Associated Press
Art.	Artikel
AZ	Aktenzeichen
BBC	British Broadcasting Corporation
BBP	Bodenbeobachtungsposten
Bd./Bde.	Band/Bände
Bearb.	Bearbeiter
Ber.	Bericht
Betr./betr.	Betreff/betreffend
BKC/L	Berlin Kommandatura Commandant/Letter
BK/O	Berlin Kommandatura Order
BM	Bundesminister(ium)
BMF	Bundesminister(ium) der Finanzen
BMG	Bundesminister(ium) für gesamtdeutsche Fragen
BMI	Bundesminister(ium) des Innern
BMVtg	Bundesminister(ium) der Verteidigung
BMWi	Bundesminister(ium) für Wirtschaft
BMZ	Bundesminister(ium) für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BRT	Bruttoregistertonne/-tonnage
BT	Bundestag
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CATAC	Commandement Aérien Tactique
CBS	Columbia Broadcasting System
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CENTO	Central Treaty Organisation
CEP	Circular Error Probability
CIA	Central Intelligence Agency
CNR	Conseil National de la Résistance
Co.	Compagnie
COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy
COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance
ČSSR	Československá Socialistická Republika
CSU	Christlich-Soziale Union
D	(Ministerial-)Direktor
DB	Drahtbericht
DDG	Destroyer with Missiles
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Demag	Deutsche Maschinenfabrik Aktiengesellschaft
Dept.	Department
Dg	(Ministerial-)Dirigent
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
d. h.	das heißt

Dipl.	Diplom
d.J.	dieses Jahres
d.M.	dieses Monats
Dok.	Dokument
Drahterl.	Drahterlaß
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
dz	Doppelzentner
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
ECA	Economic Commission for Africa
ECE	Economic Commission for Europe
ECOSOC	Economic and Social Council
EFTA	European Free Trade Association
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ENI	Ente Nazionale Idrocarburi
EPTA	Expanded Program of Technical Assistance
erw.	erweitert
etc.	et cetera
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
evtl.	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende
Fa.	Firma
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Feb.	Februar
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	folgende
Frhr.	Freiherr
FS	Fernschreiben
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
gefl.	gefällig
geh.	geheim
gez.	gezeichnet
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
H.	Heft
ha	Hektar
H-Bombe	Hydrogenium-Bombe/ Wasserstoff-Bombe
hrsg.	herausgegeben
IANF	Inter-Allied Nuclear Force
ICJ	International Court of Justice
IG	Industriegewerkschaft
IRBM	Intermediate Range Ballistic Missile
IRK/IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
ISU	International Skating Union
i.V.	in Vertretung
IWF	Internationaler Währungsfonds
IZH	Interzonenhandel
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KZ	Konzentrationslager
LR I	Legationsrat I. Klasse
lt.	laut
M.	Monsieur
MC	Military Committee
MD	Ministerialdirektor
MdB	Mitglied des Bundestages
m.d.B.	mit der Bitte
MDg	Ministerialdirigent
m.E.	meines Erachtens
Meco	Mechanical Corporation
Mio.	Million(en)
MLF	Multilateral Force
MLNF	Multilateral Nuclear Force
Mr.	Mister

MRBM	Medium Range Ballistic Missile
Mrd.	Milliarde(n)
m.W.	meines Wissens
NA-	Nichtangriffs-
NAA	Nichtangriffsabkommen
NAP	Nichtangriffspakt
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NfD	Nur für den Dienstgebrauch
Nfrs.	Nouveaux Francs
NGO	Non-Governmental Organisation
NNF	NATO Nuclear Force
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus
o.a.	oben angeführt
OAS	Organisation de l'Armée Secrète
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OEEC	Organisation for European Economic Cooperation
Okt.	Oktober
o.V.i.A.	oder Vertreter im Amt
PCI	Partito Communista Italiano
PSDI	Partito Socialista Democratico Italiano
PSI	Partito Socialista Italiano
PX	Post Exchange
RAF	Royal Air Force
rd.	rund
s.	siehe
S.	Seite
SAC	Strategic Air Command
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
SACLANT	Supreme Allied Commander Atlantic
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
s.E.	seines Erachtens
SEATO	South-East Asia Treaty Organisation
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Sept.	September
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
sog.	sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StS/St.S.	Staatssekretär
SU	Sowjetunion
TASS	Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza
TSI	Treuhandstelle für Interzonenhandel
TTD	Temporary Travel Document
u.a.	unter anderem/und anderes
u.ä.	und ähnliches
u.a.m.	und anderes mehr
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
UNO	United Nations Organisation
UNR	Union pour la Nouvelle République
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
US/U.S.	United States
USA/U.S.A.	United States of America
USAREUR	United States Army Europe
usw.	und so weiter
u.U.	unter Umständen

VAR	Vereinigte Arabische Republik	w.u.	weiter unten/wie unten
verschl.	verschlossen	z.B.	zum Beispiel
vgl.	vergleiche	z.b.V.	zur besonderen Verwendung
v.H.	vom Hundert	ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
v.J.	vorigen Jahres	Ziff.	Ziffer
VLR I	Vortragender Legationsrat I. Klasse	ZK	Zentralkomitee
VN	Vereinte Nationen	z.T.	zum Teil
VR	Volksrepublik	z.Z.	zur Zeit
VS	Verschlußsache(n)		
WEU	Westeuropäische Union		

Dokumente

1

Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt

8/63 geheim **4. Januar 1963**[1]

Betr.: Äußerungen des Stellvertretenden Außenministers der UdSSR, Lapin, zur Deutschland-Frage

Bei dem von der Sowjetregierung gegebenen Neujahrsempfang im Kreml, einem gesetzten Essen, an dem ich wie die übrigen in Moskau akkreditierten Missionschefs teilgenommen habe, hatte ich meinen Platz an der Seite des Stellvertretenden Außenministers Lapin, der mir seit dem Jahre 1956 bekannt ist, als er Leiter der für Deutschland zuständigen 3. Europäischen Abteilung war. Als ich im Verlauf des von beiden Seiten freundschaftlich geführten Gesprächs die Hoffnung äußerte, daß sich auch die Sowjetunion eines Tages nicht mehr der Erfüllung unseres Hauptanliegens, der Wiedervereinigung Deutschlands, widersetzen werde, äußerte Lapin sich hierzu etwa wie folgt: Die Bundesrepublik sei Mitglied der NATO und habe in der Vergangenheit eine ausgesprochen gegen die Sowjetunion gerichtete Haltung eingenommen. Unter diesen Umständen denke die Sowjetregierung nicht daran, zu den etwa 50 Millionen Einwohnern der Bundesrepublik auch noch die weiteren etwa 15–16 Millionen Einwohner der „DDR" treten zu lassen, um damit das gegen sie gerichtete Kräftepotential noch zu verstärken. Das werde niemals der Fall sein. Etwas anderes wäre es, wenn die Bundesrepublik etwa aus der NATO austreten würde. In diesem Fall könne man über die Wiedervereinigung sprechen. Lapin erwähnte in diesem Zusammenhang ferner, er sei bei der abschließenden Unterredung mit dem Herrn Bundeskanzler im September 1955[2] in Moskau zugegen gewesen. Damals habe der Herr Bundeskanzler Herrn Chruschtschow zu einem Besuch in die Bundesrepublik eingeladen.[3] Diese Einladung sei jedoch bis heute nicht durchgeführt worden. Auch hieraus ergäbe sich die eindeutige Einstellung der Bundesregierung gegen die Sowjetunion.

Als ich bemerkte, daß die Berliner Mauer wohl kaum günstige Voraussetzungen für einen solchen Besuch geschaffen habe, entgegnete Lapin, die Mauer sei ja erst 1961 errichtet worden, warum denn nicht die Einladung etwa schon 1956 oder 1957 eingehalten worden sei? Unter den heutigen Umständen sei es

[1] Der Bericht wurde von Ministerialdirektor Krapf mit einem begleitenden Vermerk an Staatssekretär Carstens weitergeleitet, dem er am 8. Januar 1963 vorlag. Carstens verfügte handschriftlich: „Dem Herrn Minister vorzulegen."
Hat Bundesminister Schröder am 16. Januar 1963 vorgelegen.

[2] Vom 8. bis 14. September 1955 fanden in Moskau Verhandlungen über die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR statt. Bundeskanzler Adenauer führte die deutsche Delegation.

[3] Eine förmliche Einladung wurde nicht ausgesprochen. In einer Tischrede am 13. September 1955 erklärte Bundeskanzler Adenauer lediglich: „Wir sind hier mit echter Gastlichkeit in einer Weise überschüttet worden, daß ich beschämt bin. Wir wollen uns vornehmen, diese Gastlichkeit in angemessener Form zu erwidern ... Wir hoffen, daß wir bald in die Lage kommen, diese Freundlichkeit ähnlich zu beantworten." Vgl. MEISSNER, Moskau–Bonn I, S. 124.

nicht richtig, deutscherseits von der Wiedervereinigung zu sprechen. Heute gelte es vielmehr, die Möglichkeiten auszunutzen, die sich für eine Verbesserung der Beziehungen und Annäherung der beiden Länder auf dem Gebiete des Handels, der Kultur und in anderen Bereichen ergäben. Vielleicht werde nach dem für dieses Jahr angekündigten Rücktritt des Herrn Bundeskanzlers Adenauer die Bundesregierung eine realistischere Haltung einnehmen. Die Sowjetregierung habe sich im abgelaufenen Jahr in der Krise im Karibischen Meer mit den Amerikanern geeinigt.[4] Ebenso wolle sie jetzt auch die deutsche Frage im Gespräch mit den Amerikanern einer Lösung zuführen.

Als ich Herrn Lapin darauf hinwies, daß die Sowjetregierung selbst im Jahre 1952 die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen vorgeschlagen[5] und sich dazu auch noch in der Genfer Direktive von 1955[6] bekannt habe, erwiderte Lapin, daß die Bundesrepublik 1952 noch nicht Mitglied der NATO gewesen sei; zur Genfer Direktive nahm er keine weitere Stellung. Ich habe ihm dann abschließend gesagt, daß zur Zeit die beiderseitigen Standpunkte noch sehr weit voneinander verschieden seien und daß es daher im Augenblick wohl nur möglich sei, zu einer schrittweisen Verbesserung der Beziehungen beizutragen.

Es war bemerkenswert, daß Lapin nicht wie alle übrigen sowjetischen Gesprächspartner, mit denen ich bisher auf die Deutschland-Frage zu sprechen gekommen war, den stereotypen Einwand des Bestehens zweier deutscher Staaten vorbrachte und daß er dementsprechend auch von dem üblichen Ratschlage absah, wir sollten mit den Deutschen in der „DDR" sprechen.[7] Vielmehr ging aus seinen Äußerungen, die er durch handschriftliches Gegenüberstellen der Einwohnerziffern der Bundesrepublik und der Zone und einen die Verstärkung der ersteren durch Hinzutritt der letzteren kennzeichnenden Pfeil plastisch illustrierte, klar hervor, daß die sowjetische Einstellung zur Deutschland-Frage in erster Linie durch machtpolitische Erwägungen bestimmt und die Sowjetregierung nicht gewillt ist, das Machtpotential des Westens durch Freigabe der Zone zu verstärken. Das bedeutet naturgemäß nicht, daß die sowjetische Haltung nicht auch von der ideologischen Überlegung

[4] Am 16. Oktober 1962 stellten die USA bei Aufklärungsflügen über Kuba fest, daß auf der Insel Abschußbasen errichtet und Raketen sowjetischen Ursprungs stationiert worden waren. Am 22. Oktober verhängten die USA eine Seeblockade. Am 27. Oktober erklärte sich die UdSSR zum Abtransport der Raketen bereit, der am 9. November begann. Zum Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy, mit dem die Krise beigelegt wurde, vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 47 (1962), S. 741–746. Vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1962, D 561–594.

[5] Für den Wortlaut der sowjetischen Noten vom 10. März und 9. April 1952 an die Westmächte vgl. PRAVDA, Nr. 71 vom 11. März 1952, S. 2, und Nr. 102 vom 11. April 1952, S. 2. Für den deutschen Wortlaut vgl. BEMÜHUNGEN I, S. 85–88 und S. 89–91.

[6] Für den Wortlaut der Direktive der Vier Mächte vom 23. Juli 1955 vgl. DzD III/1, S. 213–219.

[7] Am 26. Juli 1955 erklärte der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, erstmals öffentlich, daß bei Verhandlungen über Deutschland der Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten Rechnung getragen werden müsse. Das beste sei es, „wenn die deutsche Frage die Deutschen selbst lösen würden". Große Bedeutung für die Vereinigung Deutschlands habe daher die Annäherung beider deutscher Staaten, die „im Interesse des ganzen deutschen Volkes eine umfassende Zusammenarbeit auf allen Gebieten des innerdeutschen Lebens herstellen" sollten. Für den Wortlaut der Rede vgl. DzD III/1, S. 232–236.

mitbestimmt ist, kein Gebiet aus der Hand zu geben, in dem die kommunistische Weltanschauung bereits Fuß gefaßt hat. Dieser Gesichtspunkt dürfte jedoch gegenüber der rein machtpolitischen Erwägung, wie ich sie vorstehend gekennzeichnet habe, erst in zweiter Linie von Bedeutung sein, wenn auch mit weiterem Zeitablauf zunehmend an Eigengewicht gewinnen. Im übrigen dürfte die bekannte sowjetische Argumentation des Bestehens „zweier deutscher Staaten", das der Sowjetregierung eine Einmischung in die Angelegenheiten dieser Staaten verbiete und als einzige Möglichkeit die eines Gesprächs zwischen diesen beiden Staaten offenlasse, vorwiegend zur juristischen Bemäntelung der politisch bedingten sowjetischen Haltung dienen.

Groepper

Abteilung II (II 4), VS-Bd. 193

2

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 3065[I]/62 geheim **4. Januar 1963**[1]

Betr.: Bahama-Abkommen[2]

1) Das Bahama-Abkommen enthält außerordentlich wichtige Entscheidungen, die die NATO, die westliche Verteidigung und unsere Interessen berühren. Es ist sehr zu bedauern, daß wir nicht vorher konsultiert worden sind.

2) Unsere Stellungnahme muß im einzelnen von der Beantwortung mehrerer Fragen (s. unter Ziffer 6 ff.) abhängig gemacht werden. Vorläufig können wir folgendes sagen:

Daß England seine eigenen nuklearen Pläne aufgibt und sich auf diesem Gebiet in die NATO einfügt, ist zu begrüßen.

Soweit das Abkommen das Zustandekommen einer multinationalen NATO-Atom-Streitmacht, an der *alle großen NATO-Partner mit gleichen Rechten und Pflichten* beteiligt sind, erleichtert, ist es ebenfalls zu begrüßen.

[1] Zweite Fassung.

[2] Vom 18. bis 21. Dezember 1962 trafen in Nassau (Bahamas) Präsident Kennedy und Premierminister Macmillan zusammen. Sie kamen überein, die für den Einsatz in britischen V-Bombern vorgesehene Skybolt-Rakete nicht weiterzuentwickeln. Statt dessen sollte Großbritannien amerikanische Polaris-Raketen zur Ausrüstung von U-Booten erhalten. Kennedy und Macmillan stellten in Aussicht, diese britischen Einheiten zusammen mit gleichwertigen amerikanischen Verbänden in eine multilaterale NATO-Atomstreitmacht (MLF) einzubringen. Damit erhielt das bereits 1960 von amerikanischer Seite angeregte Projekt einer NATO-Atomstreitmacht neuen Auftrieb. Für den Wortlaut des Kommuniqués und der gemeinsamen Erklärung von Kennedy und Macmillan (Nassau-Abkommen) vom 21. Dezember 1962 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 48 (1963), S. 43–45; EUROPA-ARCHIV 1963, S. D 30–32.

3) Es enthält aber auch gefährliche Elemente, die zu einer Schwächung der kontinental-europäischen Verteidigung, vor allem derjenigen der Bundesrepublik, und zu einer Vergrößerung des machtpolitischen Abstands zwischen der Bundesrepublik einerseits – und England und Frankreich andererseits[3] – führen können.

4) Nach den bisherigen Informationen scheint folgendes beabsichtigt zu sein:

I. (sofortige) Stufe: Bildung einer Nuklearstreitmacht aus Teilen

a) der SAC (Strategic Air Command der USA),
b) des Britischen Bomberkommandos und
c) der in Europa stationierten taktischen Kernwaffen, die bisher SACEUR unterstellt sind.

II. (spätere) Stufe:

a) Ausrüstung von britischen U-Booten mit amerikanischen Polaris-Raketen und britischen Atomsprengköpfen. Zuteilung dieses nationalen Kontingents und eines entsprechenden amerikanischen nationalen Kontingents an die NATO. Jedoch Möglichkeit des Abzugs des britischen Kontingents, wenn höchste nationale Interessen auf dem Spiele stehen. Außerdem
b) Aufstellung einer multinationalen Atomstreitmacht nach dem Modell der bisher schon geplanten NATO-MRBM-Streitmacht, dazu sollen *auch* U-Boote gehören. Auch diese soll der NATO zugeteilt werden.

5) Den Franzosen ist das gleiche Angebot wie den Briten gemacht worden.[4] Sie haben noch nicht geantwortet, sondern prüfen zur Zeit die Vor- und Nachteile des Angebots.

6) Wir müssen eine Reihe von Fragen stellen. Von ihrer Beantwortung wird unsere endgültige Stellungnahme abhängen.

7) Wem sollen die Streitkräfte der I. und II. Stufe (vgl. oben Ziff. 4) unterstellt werden?

Wir müssen fordern: SACEUR. Das würde eine Stärkung der Verteidigung Europas bedeuten. Gedacht ist anscheinend aber an SACLANT oder eine neu zu

[3] Zu dieser Frage nahm Gesandter von Lilienfeld, Washington, in einem Drahtbericht vom 4. Januar 1963 Stellung: „Schlagworte wie ‚Diskriminierung', wie sie in der deutschen Presse gelegentlich aufgetaucht sind, gehen in amerikanischen Augen durchaus fehl. Eine Sonderstellung Englands und Frankreichs besteht heute de facto. Die USA verstärken diese Mächte nuklear nicht. Sie geben ihnen ebensowenig wie Deutschland nukleare Sprengköpfe. Der amerikanischen Regierung geht es in Wirklichkeit vielmehr um das Wenn und das Wie des allmählichen Abbaus von nuklearen ‚Prärogativen' außerhalb oder innerhalb des Bündnisses, die als politische Belastung beurteilt werden." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8474; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Präsident Kennedy sandte im Anschluß an die Konferenz von Nassau ein Schreiben an Staatspräsident de Gaulle, in dem er Frankreich Polaris-Raketen zu denselben Bedingungen wie Großbritannien anbot. Vgl. dazu BALL, The Past, S. 268.

bildende Befehlsstelle.[5] Das würde von unserem Standpunkt aus sehr bedenklich sein[6], weil

a) SACEUR geschwächt würde (er müßte die Streitkräfte unter Ic, die ihm bisher unterstehen, abgeben).
b) der bisherige Plan, SACEUR eine schwimmende MRBM-Streitmacht zu unterstellen, damit endgültig aufgegeben würde. Wir fordern aber mit Norstad[7] Zuteilung von MRBM in den europäischen Bereich.
c) SACLANT oder eine andere Stelle *weniger* geneigt sein werden, den Einsatz von Kernwaffen zur Verteidigung des deutschen Gebiets freizugeben, als es SACEUR ist.
d) unser Einfluß auf SACLANT und voraussichtlich ebenfalls auf eine neu zu schaffende Stelle geringer sein wird als auf SACEUR.

In SACLANT und in der neu zu schaffenden Stelle werden die Amerikaner, Engländer und (wenn sie sich beteiligen) die Franzosen dominieren.

8) An welche taktischen Kernwaffen ist oben Ziff. 4 Ic) gedacht? (Flugzeuge der ATAF[8], Boden-Boden-Raketen, Luftabwehrraketen (Nike), IRBM[9] in der Türkei und in Italien?)

9) Wie ist sichergestellt, daß der britische Vorbehalt der nationalen Interessen nicht zur Unzeit, z. B. während einer Ost-West-Krise, geltend gemacht wird?

10) Machen auch die Amerikaner einen solchen Vorbehalt der nationalen Interessen?

11) Werden sich die Briten auch an der multinationalen Streitmacht (siehe oben Ziff. 4 IIb) angemessen beteiligen?

Wir müssen dies fordern, weil die multinationale Streitmacht sonst gegenüber den nationalen Kontingenten an Bedeutung einbüßt und wir noch mehr ins Hintertreffen geraten.

12) Wie ist das Größenverhältnis der nationalen Kontingente zu der multinationalen Streitmacht gedacht?

[5] Nach amerikanischen Vorstellungen sollte die geplante NATO-Atomstreitmacht einer gemeinsamen politischen Kontrolle unterstehen, wie der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, Bundeskanzler Adenauer am 14. Januar 1963 erläuterte: „Haupterwägung der Amerikaner sei, sicherzustellen, daß die hauptsächlichen NATO-Partner, insbesondere die Bundesrepublik, voll und gleichberechtigt an der Kontrolle der Atomwaffen beteiligt würden." Vgl. den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vom 14. Januar 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 311; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu auch OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 179f., und GREWE, Rückblenden, S. 614f.
In den Diskussionen um ein „executive committee" als gemeinsame politische Kontrollinstanz für die MLF stellte sich die Frage des Vetorechts als Hauptproblem heraus. Vgl. dazu weiter Dok. 120.

[6] Vgl. dazu auch die Analyse des Bundesministers der Verteidigung vom 2. Januar 1963, die Strauß am 3. Januar 1963 an Bundesminister Schröder übermittelte; Ministerbüro, VS-Bd. 8474; B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Lauris Norstad, Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa von 1956 bis 1962, entwickelte 1960 den Gedanken, die NATO durch Unterstellung einer mit atomaren Mittelstreckenwaffen ausgestatteten Streitmacht zur „vierten Atommacht" zu machen.

[8] Allied Tactical Air Force.

[9] Intermediate-Range Ballistic Missiles.

Wir müssen fordern, daß letztere *die bei weitem größere* wird, da nur sie die erforderliche Geschlossenheit und Unwiderruflichkeit besitzt, und wir, wenn die nationalen Kontingente groß sind, selbst noch mehr ins Hintertreffen geraten. Außerdem würde, je größer die nationalen Kontingente sind, desto geringer das britische Interesse an der multinationalen Streitmacht sein. Die Briten würden also, wenn ihr nationales Kontingent groß ist, bei der Aufstellung der multinationalen Streitmacht nur langsam mitarbeiten. Da viele schwierige Probleme zu lösen sind, könnte das Projekt dadurch leicht sehr stark verzögert werden.

Das Bundesministerium der Verteidigung hat erfahren, daß das britische Kontingent aus 10 U-Booten mit je 10 Raketen bestehen wird. Trifft diese Angabe zu?

13) Den Franzosen sollten wir zureden, das an sie gerichtete Angebot anzunehmen, wenn die Fragen 7, 9, 11 und 12 eine befriedigende Antwort finden. Solange das nicht der Fall ist, sollten wir ihnen Zurückhaltung anempfehlen.

Hiermit dem Herrn Minister[10] vorgelegt.

Carstens

Ministerbüro, VS-Bd. 8474

3

Besprechung des Interministeriellen Ausschusses für den Interzonenhandel

AB/83.13/1/4III/63 geheim **4. Januar 1963**[1]

Betr.: Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für den Interzonenhandel am 4.1.1963;
hier: Verhandlungsdirektive für Dr. Leopold zu seinem Gespräch über die sowjetzonalen Kreditwünsche am 8.1.1963

Am 4. Januar 1963 fand im Bundesministerium für Wirtschaft eine Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für den Interzonenhandel unter Vorsitz des Staatssekretärs Westrick statt, an der teilnahmen:

Für das Bundeskanzleramt:
Ministerialdirektor Mercker

[10] Hat Bundesminister Schröder am 4. Januar 1963 vorgelegen, der handschriftlich für den Persönlichen Referenten vermerkte: „Bitte Unterlagen für London vorbereiten."
Vgl. dazu weiter Dok. 12.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Reinkemeyer am 8. Januar 1963 gefertigt.
Hat Ministerialdirektor Krapf am 9., Staatssekretär Lahr am 11. und Staatssekretär Carstens am 14. Januar 1963 vorgelegen.

Ministerialdirektor Kattenstroth
Ministerialrat Prass

Für das Auswärtige Amt:
Staatssekretär Lahr
VLR I Reinkemeyer

Für das Bundesministerium für Wirtschaft:
Ministerialdirektor Krautwig
Ministerialdirigent Woratz
Herr Kleindienst

Für das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen:
Staatssekretär Thedieck

Für das Bundesministerium der Finanzen:
Ministerialdirektor Korff
Oberregierungsrat Sonnemann

Der Senator für Bundesangelegenheiten des Landes Berlin,
Senator Schütz

Senator *Schütz* berichtete zunächst über die letzte Senatssitzung, insbesondere über die Frage der Behandlung des von dem sog. stellvertretenden Außenminister der SBZ König an den Regierenden Bürgermeister[2] gerichteten Schreibens vom 19. Dezember 1962[3].

Berlin denke nicht daran, so erklärte Senator Schütz, in irgendeiner Form auf den Brief offiziell zu reagieren. Es sei nur an der Klarstellung interessiert, daß nicht der Senat von Berlin Verhandlungspartner für die in dem erwähnten Brief angeschnittenen Fragen sei, sondern Dr. Leopold. Der Senat schlage daher vor, daß Dr. Leopold etwa folgende Erklärung abgebe:

Der Regierende Bürgermeister habe das Schreiben vom 19.12. erhalten. Er, Dr. Leopold, sei auch bevollmächtigt, über nichtwirtschaftliche Fragen zu verhandeln. Soweit es sich um innerstädtische Fragen Berlins handele, so stünden ihm Berliner Beamte zur Verfügung.

Bei der anschließenden Erörterung der Frage, wie die für das Gespräch Dr. Leopold/Behrendt vom 8. Januar vorgesehene Verhandlungsdirektive abzufassen sei, erklärte Ministerialdirektor *Krautwig,* er halte es für taktisch richtig, etwa folgendes zu sagen: Die Verhandlungen seien „geplatzt", weil die SBZ

[2] Willy Brandt.

[3] Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 192; B 150, Aktenkopien 1962. Vgl. auch DzD IV/8, S. 1503 (Auszug). Am 21. Dezember 1962 übermittelte Ministerialdirektor Krapf das Schreiben an den Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, sowie an Staatssekretär Thedieck, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Dabei stellte er fest: „Der Vorschlag des sowjetzonalen Außenministers König zu Verhandlungen mit dem Senat über ‚strittige Fragen', bei denen auf SBZ-Seite ein leitender Beamter des Pankower ‚Außenministeriums' tätig werden soll, ist ein neuer Versuch des SBZ-Regimes, auf derartigen Wegen der Anerkennung näher zu kommen. Er bildet eine Parallele zu den derzeitigen Bemühungen Pankows, in den Interzonenhandelsbesprechungen durchzusetzen, daß Herr Wandel von uns als Gesprächspartner für die ‚politischen Erwartungen' akzeptiert wird. Nach Auffassung des Auswärtigen Amtes sollte der neue Vorschlag ebenso abgelehnt werden wie der bezüglich Herrn Wandels." Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 192; B 150, Aktenkopien 1962.

auf ihren Forderungen bestünde. Allerdings solle man zu erkennen geben, daß das bisherige Angebot noch „im Raume" stehe.

Staatssekretär *Westrick* erklärte, er neige dieser Auffassung zu.

Staatssekretär *Thedieck* wies auf die öffentliche Meinung und die von unserem Standpunkt ungünstige Pressedarstellung der letzten Tage hin.[4] Der Bundeskanzler habe geäußert, warum Leopold Wandel nicht anhören solle. StS Thedieck meinte ergänzend, was die SBZ mit ihrer Forderung nach Verhandlungen mit Wandel bezwecke[5], ergebe sich eindeutig aus einem im „Neuen Deutschland" am 3. Januar erschienenen Artikel[6], in dem es geheißen habe: Wir verlangen die Anerkennung der „DDR" als souveräner Staat. Nur auf dieser Basis verhandeln wir.

Staatssekretär *Lahr* erklärte, die doppelte Zielsetzung der SBZ sei klar erkennbar. Sie strebe an, Fortschritte in der Frage ihrer Aufwertung und bezüglich ihres „Freistadtvorschlages"[7] für West-Berlin zu erzielen. Wir hätten es bisher strikt abgelehnt, diese Tendenzen der SBZ zu fördern. Nach der amerikanischen Kuba-Aktion[8] und angesichts der Tatsache, daß wir ein sehr verlokkendes Angebot in Höhe von 400 Mio. DM abgegeben hätten[9], bestehe für uns nicht der geringste Anlaß, von unserem bisherigen Standpunkt abzugehen. Auch sei zu berücksichtigen, daß unsere Verbündeten nicht für eine Änderung unseres Standpunktes seien, daß vielmehr neben den Franzosen auch die Amerikaner eine gewisse Besorgnis hätten erkennen lassen, daß wir in der Frage der Verhandlungen mit Wandel zu weit gehen könnten.[10]

Er gehe allerdings, so fuhr StS Lahr fort, nicht ganz so weit wie Ministerial-

[4] In der Presse wandte man sich vor allem dagegen, den „erpresserischen" Versuchen der DDR-Führung nachzugeben, die Gespräche auf eine höhere Ebene zu heben. Die Vereinbarungen sollten wie bisher von den Bevollmächtigten beider Seiten, Leopold und Behrendt, unterschrieben werden. Vgl. dazu Christian am Ende, Passierscheine im Austausch gegen Maschinen; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 3 vom 4. Januar 1963, S. 2.

[5] Zum Hintergrund der Bemühungen der DDR, politische Verhandlungen zu initiieren, vgl. Dok. 15.

[6] Vgl. Günter Kertzscher, Zu den nationalen Problemen im Programmentwurf. Kompromiß in Deutschland; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 3 vom 3. Januar 1963, S. 3.

[7] Der von der DDR propagierte „Freistadt-Vorschlag" wurde erstmals von der sowjetischen Regierung im sog. Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958 unterbreitet. In der Note an die Drei Mächte forderte die UdSSR, „daß die Frage Westberlin gegenwärtig durch Umwandlung Westberlins in eine selbständige politische Einheit – eine Freistadt – gelöst werde, in deren Leben sich kein Staat, darunter auch keiner der bestehenden zwei deutschen Staaten, einmischen würde". Die „Freistadt" sollte „entmilitarisiert" und es sollten „daselbst keine Streitkräfte stationiert werden". Dieser Status war durch die Vier Mächte, die UNO oder die beiden deutschen Teilstaaten zu garantieren. Vgl. DzD IV/1, S. 174f.

[8] Zur Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[9] Zum Kreditangebot an die DDR vgl. die Erklärung des Bundesbevollmächtigten in Berlin, von Eckardt, vom 4. Januar 1963; AdG 1963, S. 10344.
Vgl. ferner den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Reinkemeyer vom 7. Januar 1963; Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 44; B 150, Aktenkopien 1963. Dazu auch VS-Bd. 8386 (III A 6); Abteilung 7 (AB-700), VS-Bd. 23.

[10] Zur Konsultationsbesprechung mit Vertretern der Alliierten am 3. Januar 1963 vgl. den Vermerk des Vortragenden Legationsrats Weber vom 8. Januar 1963; Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 44; B 150, Aktenkopien 1963.

direktor Krautwig. Mit einer[11] Erklärung, die Verhandlungen seien geplatzt,[12] würden wir wohl nicht allgemein Beifall finden. Leopold solle vielmehr erklären, daß die Gegenseite sich unseren Vorschlag noch einmal gut überlegen solle. Wir hielten ihn für sehr anziehend für die Gegenseite und hätten ihm nichts hinzuzufügen.

Staatssekretär *Westrick* meinte, auch der Vorschlag MD Krautwigs komme im Ergebnis auf das hinaus, was StS Lahr gesagt habe.

Bei der sich anschließend ergebenden Erörterung über Behandlung technischer Kontakte mit der SBZ bestand Einigkeit darüber, daß die bisherigen technischen Kontakte nach Möglichkeit aufrechterhalten bleiben und diese Kontakte, auch solche Berlins, dann in die Zuständigkeit der Treuhandstelle für den Interzonenhandel überführt werden sollten, wenn die SBZ versuche, sie auf eine höhere Ebene zu heben.

Ministerialdirektor *Mercker* wies darauf hin, daß der Bundeskanzler in der Frage eines eventuellen Gespräches Dr. Leopolds mit dem sogenannten stellvertretenden Außenminister der SBZ Wandel noch keine Entscheidung getroffen habe. Der Bundeskanzler lege sehr großen Wert darauf, die Auffassung des Senats von Berlin kennenzulernen.

Ministerialdirigent *Woratz* teilte mit, Dr. Leopold habe ihm am 2. Januar erklärt, er habe Behrendt vorgeschlagen, daß er bei einem Gespräch mit ihm für einige Zeit das Zimmer verlassen und ihn, Leopold, allein mit Wandel sprechen lassen könne, wenn Behrendt dann nachher den Standpunkt der anderen Seite zusammenfasse. Behrendt habe geantwortet, dies sei nicht möglich. Möglich sei nur, daß sein, Behrendts, Vertreter Keilholz Leopold zu Wandel ins Außenministerium der SBZ begleite. Dann werde jener Leopold aber wieder verlassen. Leopold müsse dann getrennte Verhandlungen mit Wandel führen, über deren Ergebnis getrennte Vereinbarungen abzuschließen wären.

In einer kurzen Erörterung wurde dann die Frage behandelt, wie man der unzutreffenden Darstellung unserer Presse über die Leopold-Behrendt-Gespräche entgegentreten könne.[13] Senator *Schütz* erklärte sich bereit, bei entsprechenden Schritten voll mitzuwirken. Staatssekretär *Lahr* führte den Gedanken eines Informationsgespräches mit seriösen Journalisten ein, das sich in der Praxis des Auswärtigen Amtes in früheren Fällen bewährt habe.

Senator *Schütz* wiederholte zum Thema der Beantwortung des Briefes von König seine Auffassung, daß Leopold diesen Brief bestätigen solle.

Staatssekretär *Lahr* wandte sich gegen diese Auffassung und sagte, Leopold könne zwar seine Bereitschaft erklären, auch über verwandte Themen zu sprechen. Doch dürfe auf den Brief von König nicht, auch nicht mündlich, geant-

[11] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr gestrichen: „brüsken".

[12] Der Passus „die Verhandlungen seien geplatzt" wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

[13] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Ministerialdirektors Krapf vom 9. Januar 1963: „Die Frage der Presseinformation erscheint mir gerade nach dem L[eopold]-B[ehrendt]-Gespräch besonders dringlich."

wortet[14] werden. Leopold solle dabei konkrete Fragen, wie z.B. die Frage der Abwässer, nennen.

Ministerialdirektor *Kattenstroth* stellte Senator Schütz die Frage, ob dieser bereit sei, Leopold mit Wandel oder dem Leiter der Rechtsabteilung im sowjetzonalen Außenministerium Kohl verhandeln zu lassen.

Senator *Schütz* antwortete, für ihn sei ausschlaggebend, daß unter dem Dach der Treuhandstelle verhandelt werde. Dagegen sei nicht maßgebend, wie sich der Verhandlungspartner nenne. Er sei bereit, als Verhandlungspartner Kohl, Behrendt und Wandel zu akzeptieren.

Staatssekretär *Lahr* kam noch einmal auf die Beantwortung des Briefes von König zurück und erklärte, solche Briefe seien bisher in den Papierkorb gewandert. Wir sollten sie jedenfalls nicht bestätigen. Was den Gesprächspartner angehe, so komme man im extremen Fall, wenn man der Auffassung von Senator Schütz folge, dazu, den sogenannten Außenminister Bolz als Gesprächspartner zu akzeptieren und damit zu einer Aufwertung der SBZ beizutragen.

Ministerialrat *Prass* meinte, es handele sich hier um die Frage, was ohne Rang- und Qualitätsänderung möglich sei. Ob Senator Schütz wirklich der Auffassung sei, daß Wandel als eigentlicher Verhandlungspartner Leopolds keine Rangänderung auf der sowjetzonalen Seite bedeute.

Ministerialdirektor *Krautwig* erläuterte, die Ostseite sehe ein, daß wir das Dach der Treuhandstelle auf alle Fälle gewahrt wissen wollten. Die Ostseite wolle aber ihrerseits den Begriff des Währungsgebietes DM-Ost verlassen.

Staatssekretär *Westrick* stellte Senator Schütz die Frage, ob der Senat von Berlin der Auffassung sei, daß Leopold getrennte Verhandlungen mit Wandel führen solle.

Senator *Schütz* antwortete, Berlin seien Verhandlungen mit Behrendt lieber. Diese sollten aber nicht an der Person scheitern. Senator Schütz erklärte auch im weiteren Verlauf der Sitzung noch einmal, daß er keine Einwendungen dagegen habe, daß Leopold mit Wandel im Außenministerium verhandele.

Staatssekretär *Lahr* wies demgegenüber darauf hin, daß wir doch wüßten, was nach solchen Zugeständnissen kommen würde.

Ministerialrat *Prass* fragte Senator Schütz, wann wir, wenn wir nun das Zugeständnis bezüglich Wandel machten, schließlich nein sagen würden.

Senator *Schütz* erklärte, er wolle sich in dieser Frage jetzt nicht binden. Auch auf die spätere Frage von Staatssekretär *Thedieck,* ob der Senat von Berlin auch zustimmen werde, daß zwischen Leopold und Wandel als stellvertretendem Außenminister der „DDR" ein getrenntes Abkommen abgeschlossen werde, erwiderte Senator *Schütz,* er wolle diese Frage noch nicht beantworten. Im übrigen sei nach seinen Informationen Wandel wahrscheinlich aus dem Spiel. Die SBZ denke hauptsächlich an Kohl als Gesprächspartner.

[14] Der Passus „auch nicht mündlich, geantwortet" wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „reagiert".

Staatssekretär *Westrick* schlug vor, daß man sich etwa auf die folgende Weisung für Dr. Leopold einige. Er solle erklären:

1) Die Ostseite habe unser Angebot gehört. Wir seien der Auffassung, daß es für die andere Seite sehr interessant sei. Wir regten daher an, daß sie es sich noch einmal überlegen, darüber beraten und zu einem späteren Zeitpunkt darauf zurückkommen solle. Wir seien nicht bereit, über Gegenforderungen zu verhandeln.
2) Im übrigen sei er, Leopold, autorisiert, nicht nur über unser Angebot, sondern auch über den Senat von Berlin angehende technische Fragen zu verhandeln. Hierbei wird der Brief König/Brandt nicht erwähnt werden.[15]

Dieser Vorschlag fand allgemeine Zustimmung. Ihm trat auch Senator Schütz bei.[16]

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 44

4

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften

500-80.22/1-7/63 geheim **4. Januar 1963**[1]

Betr.: Handelsvertragsverhandlungen mit Polen;
hier: Auswirkungen der Errichtung einer Handelsmission in Warschau auf den völkerrechtlichen Status der deutschen Ostgebiete

Abteilung 5 hat in den vergangenen Jahren bereits mehrfach die Frage untersucht, welche Auswirkungen die Aufnahme diplomatischer, konsularischer oder anderer offizieller Beziehungen zu Polen (und der UdSSR) auf den völkerrechtlichen Status der deutschen Ostgebiete haben könnte.[2] Diese Frage stellt sich erneut, wenn die zur Zeit in Warschau geführten deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen[3] auf die Frage der Errichtung einer Handelsmission der Bundesrepublik Deutschland in Warschau erstreckt werden, die möglicherweise auch gewisse konsularische Befugnisse erhalten soll.

15 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

16 Zum Gespräch Leopold–Behrendt vom 8. Januar 1963 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Reinkemeyer in einer Aufzeichnung vom 9. Januar fest: „Leopold hat lediglich Abschnitt B) seiner Verhandlungsrichtlinie vorgetragen, worin er sich autorisiert erklärte, auch über innerstädtische Fragen von Berlin zu verhandeln. Behrendt nahm davon Kenntnis und erklärte, er sei dazu nicht beauftragt." Vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 44; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. weiter Dok. 104.

1 Durchdruck für Ministerialdirektor Krapf.
Die Aufzeichnung wurde vom Leiter des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge", von Schenck, und von Legationssekretär Freiherr von Marschall konzipiert.

2 Vgl. etwa die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Meyer-Lindenberg vom 11. Januar 1961; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 215; B 150, Aktenkopien 1961.

3 Zum Stand der Verhandlungen vgl. Dok. 29.

I. Ist es notwendig, vor der Aufnahme offizieller Beziehungen zu Polen einen ausdrücklichen Grenzvorbehalt auszusprechen?

1) Aufnahme konsularischer Beziehungen

Obwohl sich eine einschlägige Norm des allgemeinen Völkerrechts nicht mit Sicherheit nachweisen läßt, sprechen gewichtige Argumente und auch gewisse Anhaltspunkte aus der insoweit bisher recht spärlichen Staatenpraxis dafür, daß in der vorbehaltlosen Aufnahme diplomatischer oder konsularischer Beziehungen eine *Anerkennung der bestehenden Grenzen* des anderen Staates einschließlich etwaiger von ihm vorgenommener Annexionen erblickt werden kann. Die etwaige Ausstattung einer in Warschau zu errichtenden Handelsvertretung mit konsularischen Befugnissen würde die Aufnahme konsularischer Beziehungen zu Polen bedeuten. In diesem Fall sollte deshalb ein eindeutiger Vorbehalt erklärt werden, daß in der Aufnahme konsularischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen keine Anerkennung des gegenwärtigen territorialen Besitzstandes beider Partnerstaaten liege und daß die endgültige Festsetzung der deutschen Ostgrenze einem Friedensvertrag mit Deutschland vorbehalten bleiben müsse.

Die Abgabe einer solchen Vorbehaltserklärung erscheint um so notwendiger, als die Bundesregierung bei der Aufnahme diplomatischer (und konsularischer) Beziehungen zur UdSSR im Jahre 1955 gegenüber der Sowjetregierung ausdrücklich einen Vorbehalt hinsichtlich des beiderseitigen territorialen Besitzstandes erklärt hat.[4] Würde die Bundesregierung gegenüber der polnischen Regierung auf einen derartigen Vorbehalt verzichten, so würde dies dahin ausgelegt werden können, daß die Bundesregierung den derzeitigen territorialen Besitzstand Polens im Gegensatz zu dem der Sowjetunion als völkerrechtlich nicht mehr umstritten ansehe.

2) Errichtung einer Handelsmission ohne konsularische Befugnisse

Mit der Errichtung einer Handelsmission, die keine konsularischen Befugnisse erhält, würde zum Ausdruck gebracht werden, daß auf die Aufnahme konsularischer oder gar diplomatischer Beziehungen im Hinblick auf die im deutsch-polnischen Verhältnis noch ungelösten grundsätzlichen Fragen verzichtet worden ist. Unter diesen Umständen wäre es vertretbar, von der ausdrücklichen Erklärung eines formellen Grenzvorbehalts beim Abschluß der Vereinbarung über die Errichtung der Handelsmission abzusehen; es dürfte genügen, lediglich der Öffentlichkeit gegenüber in geeigneter Form klarzustellen, daß der deutsche Rechtsstandpunkt in der Grenzfrage unverändert bleibt.

II. In welcher Form sollte die deutsche Vorbehaltserklärung abgegeben werden?

1) Grundsätzlich ist zwischen zwei Arten von Vorbehalten zu unterscheiden:
a) Der *vertragliche* Vorbehalt hat die Aufgabe, den *vereinbarten* Inhalt eines zwischen zwei oder mehreren Partnern zustande gekommenen Vertrages zu modifizieren. Ein derartiger Vorbehalt bedarf des Einverständnisses oder zumindest der widerspruchslosen Entgegennahme durch die Vertragspartner.

[4] Zum Grenzvorbehalt vgl. das Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer vom 13. September 1955 an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin; BULLETIN 1955, S. 1445 f.

b) Hiervon müssen die Fälle unterschieden werden, in denen das *allgemeine* Völkerrecht an bestimmte Tatbestände (wie z. B. auch den Abschluß gewisser Verträge) Rechtsfolgen oder Rechtsvermutungen knüpft, die keines speziellen Konsenses bedürfen und erga omnes wirken. Hier hat der Vorbehalt die Aufgabe, *die an sich bestehende Rechtsvermutung oder die normalerweise eintretende Rechtsfolge zu beseitigen.* Es liegt auf der Hand, daß ein derartiger Rechtsvorbehalt nicht unbedingt des Konsenses des Vertragspartners bedarf, da die durch den Vorbehalt zu beseitigende Rechtsfolge ebenfalls nicht auf einem Konsens der Vertragspartner beruht, sondern eine sich aus dem allgemeinen Völkerrecht ergebende Nebenwirkung des Vertrages sein würde.

2) Die vom allgemeinen Völkerrecht an die Aufnahme diplomatischer oder konsularischer Beziehungen zwischen zwei Staaten geknüpfte Rechtsvermutung der Anerkennung des beiderseitigen territorialen Besitzstandes wird daher durch einen entsprechenden Vorbehalt beseitigt werden können, der nicht der Zustimmung der Gegenseite bedarf und durch ihren etwaigen Widerspruch auch nicht entkräftet wird. Grundsätzlich würde deshalb schon eine im Zusammenhang mit der Bekanntgabe der Aufnahme konsularischer Beziehungen abgegebene öffentliche Vorbehaltserklärung der Bundesregierung ausreichen, um die normalerweise eintretenden Rechtsvermutungen zu beseitigen.

Im Falle der Aufnahme konsularischer Beziehungen zu *Polen* ist jedoch eine besondere Lage gegeben. Denn hier handelt es sich nicht etwa darum, daß die Bundesregierung lediglich der Grenzziehung zwischen Polen und einem *dritten* Staat nicht zustimmen möchte. Es geht vielmehr darum, daß die Bundesrepublik auf Grund einer ausdrücklichen Vereinbarung mit Polen ein Exequatur der polnischen Regierung entgegennimmt, das einen deutschen konsularischen Vertreter zur Ausübung von Amtsbefugnissen in den *deutschen Ostgebieten* ermächtigt. Wenn hier die Bundesregierung mit der polnischen Regierung die Entgegennahme eines Exequaturs zur konsularischen Amtsausübung auf de jure noch deutschem Staatsgebiet vertraglich *vereinbart,* so erscheint die Abgabe einer lediglich öffentlichen Vorbehaltserklärung etwas zu schwach, um die an die Vereinbarung mit der polnischen Regierung normalerweise geknüpfte Rechtsfolge glaubhaft zu entkräften. Der deutsche Vorbehalt müßte unter diesen Umständen vielmehr zu einem *Bestandteil* der deutsch-polnischen Vereinbarungen gemacht werden, um eine zweifelsfreie Rechtswirkung zu entfalten.

Ein lediglich der Öffentlichkeit gegenüber erklärter Vorbehalt erscheint auch deshalb nicht ausreichend, weil wohl kaum eine Sicherheit dagegen geschaffen werden könnte, daß einem solchen Vorbehalt früher oder später von polnischer Seite widersprochen und seine Wirksamkeit in Zweifel gezogen wird.

Die deutsche Seite wird daher gegebenenfalls darauf bestehen müssen, daß der deutsche Vorbehalt in einen sichtbaren Zusammenhang mit der deutsch-polnischen Vereinbarung über die Aufnahme konsularischer Beziehungen gestellt wird. Zu diesem Zweck wird er der polnischen Regierung *formell notifiziert* und sein Eingang von polnischer Seite offiziell *bestätigt* werden müssen.

Das hierbei zu beobachtende Verfahren müßte im einzelnen abgesprochen werden. Es würde dabei nicht erforderlich sein, daß die polnische Regierung dem deutschen Vorbehalt inhaltlich *zustimmt*. Sogar eine polnische Gegenerklärung, die den polnischen Standpunkt in der Grenzfrage darlegt, würde von uns hingenommen werden können, solange die polnische Seite bereit ist, den deutschen Rechtsstandpunkt wenigstens offiziell zur Kenntnis zu nehmen. Auch der damit offen zutage tretende deutsch-polnische Dissens würde den Eintritt von Rechtsfolgen verhindern, die sich in der Grenzfrage ergeben würden, wenn konsularische Beziehungen zwischen beiden Staaten ohne jede Vorbehaltserklärung aufgenommen werden würden.

Herr D 4[5] und Herr D 7[6] haben Durchdruck erhalten. Hiermit dem Herrn Staatssekretär vorgelegt.

gez. von Haeften

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 199

5

Aufzeichnung des Generalkonsuls von Schmoller

302-82-01/4068/62 VS-vertraulich **4. Januar 1963**[1]

Betr.: Die Wandlungen des amerikanischen Abrüstungskonzeptes im Verlaufe der Kennedy-Administration (1960–1962)

Das amerikanische Abrüstungskonzept hat im Verlaufe der beiden letzten Jahre einige Wandlungen erfahren.

Zwar hat sich der amerikanische Abrüstungsplan im wesentlichen nicht geändert, aber die Neigung, die Abrüstung mit politischen Fragen zu verbinden, hat nachgelassen.

Die Amerikaner glaubten im Jahre 1961, mit den Russen zu einer Globalbereinigung kommen zu können.[2] Sie setzten den ehrlichen Willen auf sowjetischer Seite voraus, ebenfalls zu einem solchen Übereinkommen zu gelangen. Sie meinten, daß dafür ein Geben und Nehmen der geeignete Weg sein würde. Die Berlin-Krise brachte sie in diesem Zusammenhang zu der Annahme, daß globale oder auch regionale Abrüstungsmaßnahmen, besonders in bezug auf die

5 Ministerialdirektor Allardt.

6 Hat Ministerialdirektor Krapf vorgelegen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Lahn und Legationsrat Diesel konzipiert.

2 Im Anschluß an Gespräche zwischen dem Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten für Abrüstungsfragen, McCloy, und dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Sorin legten die USA und die UdSSR am 20. September 1961 der UNO eine Grundsatzerklärung für künftige Abrüstungsverhandlungen vor. Im Dezember 1961 wurde auf dieser Basis eine 18-Mächte-Abrüstungskommission der UNO eingesetzt. Vgl. dazu DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1961, S. 439–444, S. 722–728 und S. 741 f.; AdG 1961, S. 9343 f.

europäische Sicherheit, für die Sowjets so interessant sein könnten, daß sie dafür eine für den Westen akzeptable Berlin-Regelung zugestehen würden. In diese Zeit fällt die Meinungsverschiedenheit zwischen der Bundesregierung und der amerikanischen Regierung.[3]

Eine Ernüchterung auf amerikanischer Seite setzte im Verlaufe der ergebnislosen Berlin-Gespräche[4] und in Anbetracht der kompromißlosen sowjetischen Haltung ein. Es zeigte sich, daß dem sowjetischen Denken ein Geben und Nehmen unbekannt ist, daß vielmehr die einzigen Erwägungen, die die Sowjets zu einem Nachgeben bewegen können, im machtpolitischen Bereich liegen. Diese Erkenntnis hat dazu geführt, daß die amerikanische Neigung, die Abrüstungsverhandlungen mit politischen Problemen „anzureichern", nachgelassen hat. In der Praxis hat das zur Folge, daß die Genfer Abrüstungskonferenz sich in zunehmendem Maße mit reinen Abrüstungsfragen, losgelöst von politischen Fragen wie etwa Berlin, Kuba oder China, befaßt. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen und hat gewiß dazu beigetragen, daß sich die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Verlaufe dieses Jahres auf dem Abrüstungsgebiet verbessert hat.

Das Bemühen, die Genfer Konferenz von den politischen Problemen freizuhalten, ist nicht nur auf amerikanischer Seite gewachsen[5]: auch sowjetischerseits sind dafür Anzeichen vorhanden. Dazu mag u. a. beitragen, daß das Gremium der 17 Staaten in Genf den Großmächten für die Erörterung politischer Fragen im Zusammenhang mit der Abrüstung nicht geeignet erscheint.

Bemerkenswert ist, daß die Abrüstungsfragen, die politische Implikationen großen Stils mit sich bringen könnten, von beiden Seiten in Genf zurückhaltend behandelt werden: die Frage der Errichtung atomwaffenfreier Zonen und die Frage der Nichtverbreitung von Kernwaffen. Letztere wurde aus dem Genfer Rahmen gelöst und wird zur Zeit bilateral zwischen Amerikanern und Sowjets in Washington behandelt.

Aussichten für Übereinkommen auf einigen Teilgebieten der Abrüstung (Teststopp[6], Maßnahmen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen, Maßnahmen zur Verhinderung eines Kriegsausbruchs durch Zufall, Fehlkalkulation oder Versagen der Nachrichtenverbindungen[7], Zusammenarbeit bei der Frei-

[3] Zum deutsch-amerikanischen Verhältnis in der zweiten Jahreshälfte 1961 vgl. GREWE, Rückblenden, S. 487–497.

[4] 1961/62 fanden mehrfach amerikanisch-sowjetische Sondierungsgespräche über die Berlin-Frage statt, das letzte am 6. Oktober 1962 zwischen dem amerikanischen Außenminister Rusk und dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Am 12. Dezember 1962 erklärten die Drei Mächte im Einvernehmen mit der Bundesrepublik, daß man zur Zeit keinen Anlaß für weitere Berlin-Gespräche mit der UdSSR sehe. Vgl. dazu AdG 1962, S. 10175 und S. 10308; GREWE, Rückblenden, S. 499–505.

[5] Im November/Dezember 1962 wurde auf der 18-Mächte-Abrüstungskonferenz in Genf vor allem das Problem der Einstellung von Kernwaffenversuchen behandelt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, D 99–105.

[6] Am 14. Januar 1963 begann in Washington und New York eine neue Verhandlungsrunde der drei Atommächte über ein Teststopp-Abkommen. Zum Fortgang vgl. Dok. 79, Anm. 2.

[7] Nach der Kuba-Krise bemühten sich die USA und die UdSSR, das Risiko eines durch Zufall, Fehleinschätzung oder Versagen der Nachrichtenverbindung ausgelösten Krieges zu minimieren. Vgl. dazu die am 12. Dezember 1962 von den USA in Genf vorgebrachte Initiative; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 1214–1225.

haltung des Weltraumes vom Wettrüsten u. a. m.) sind, im Gegensatz zu der Verwirklichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, durchaus vorhanden. Man scheint auf amerikanischer Seite davon überzeugt, daß die Verwirklichung gewisser Teilmaßnahmen schließlich eine Vertrauensbasis für eine politische Entspannung schaffen könnte, auf der dann die Bereinigung wichtiger politischer Probleme erfolgen könnte; erst dann würden die Aussichten für die allgemeine und vollständige Abrüstung wieder steigen.

Zusammenfassung:

1) Es ist ein Wandel der amerikanischen Abrüstungskonzeption in Richtung auf eine Loslösung der Abrüstungsfragen von politischen Problemen erkennbar.

2) Unsere Vorstellungen, die Abrüstungsverhandlungen z. B. von dem Berlin-Problem zu trennen, haben wahrscheinlich zu diesem Wandel mit beigetragen.

3) Auch auf sowjetischer Seite besteht die Neigung, abrüstungsfremde politische Probleme von Genf fernzuhalten.

4) Es wird in Zukunft eher eine Wechselwirkung zwischen Abrüstungs- und politischen Problemen als ein verhandlungsmäßiges Junktim geben.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[8] vorgelegt.

Schmoller

Abteilung II (302/II 8) VS-Bd. 263

Fortsetzung Fußnote von Seite 17

Am 20. Juni 1963 wurde die Einrichtung einer direkten Nachrichtenverbindung zwischen dem Kreml und dem Weißen Haus beschlossen. Vgl. dazu DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 236.

[8] Hat Staatssekretär Carstens am 5. Januar 1963 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte.
Hat Schröder am 13. Januar 1963 vorgelegen.

6

Protokoll über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Entwurf)

200-80.11/22/63 geheim **7. Januar 1963**[1]

Entwurf eines gemeinsamen Protokolls über die Organisation und den Anwendungsbereich der deutsch-französischen Zusammenarbeit für die Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs am 21./22. Januar 1963 in Paris

Französischer Entwurf

Im Laufe der Besprechungen während der Reise des Herrn Präsidenten der Französischen Republik in Deutschland Anfang September 1962[2] kam der Wille zum Ausdruck, die deutsch-französische Zusammenarbeit auf allen Gebieten, auf denen dies schon jetzt möglich ist, auszubauen. Die französische Regierung hat in einem Memorandum vom 18. September 1962[3] ein Programm zur Zusammenarbeit auf den Gebieten Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Erziehung und Jugendfragen in großen Zügen skizziert; sie hat ferner eine Reihe von Verfahrensbestimmungen vorgeschlagen, um dieses Programm zur Ausführung zu bringen. In einem Memorandum vom 8. November 1962[4] hat die Bundesregierung dazu Stellung genom-

Deutsche Stellungnahme

Es fehlt ein Hinweis, daß es der Herr Bundeskanzler und General de Gaulle waren, die dem Willen zur Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit Ausdruck gegeben haben; dementsprechend folgende *Abänderung*:

Im Laufe der Besprechungen während der Reise des Herrn Präsidenten der Französischen Republik in Deutschland Anfang September 1962 *haben die beiden Staats- bzw. Regierungschefs, Dr. Adenauer und General de Gaulle,* den Willen zum Ausdruck gebracht ...

[1] Durchdruck als Konzept.
Der Entwurf wurde von Legationsrat Lang und Hilfsreferent Fischer konzipiert.
Eine weitere Ausfertigung der Synopse leitete Ministerialdirektor Jansen am 7. Januar 1963 an Staatssekretär Carstens weiter und merkte dazu an, daß an eine Unterzeichnung des im Protokoll implizit enthaltenen Abkommens offenbar nicht gedacht sei. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 135; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Staatspräsident de Gaulle hielt sich vom 4. bis 9. September 1962 zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland auf. Vgl. dazu BULLETIN 1962, S. 1393 f., S. 1401–1403, S. 1409–1412, S. 1417 f. und S. 1425–1430; ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 177–181. Vgl. dazu ferner die Aufzeichnung über das Gespräch zwischen Bundeskanzler Adenauer und de Gaulle am 6. September 1962; Bundeskanzleramt, AZ: 21–30 100 (51), Bd. 2; B 150, Aktenkopien 1962.

[3] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 200 vom 28. November 1962, in der das französische Memorandum vom 19. September 1962 und die deutsche Antwort vom 8. November 1962 gegenübergestellt wurden; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 135; B 150, Aktenkopien 1962. Für die französische Fassung des Memorandums vom 19. September 1962 vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 140.

[4] Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 135; B 150, Aktenkopien 1962.

men und eine Reihe neuer Anregungen gegeben. Die beiden Memoranden wurden im Laufe der Besprechungen geprüft, die am 16. und 17. Dezember 1962 zwischen dem französischen Außenminister, Herrn Couve de Murville, und dem Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Schröder, in Paris stattgefunden haben.[5]

Im Verfolge dieses Meinungsaustausches schlagen die beiden Minister dem Präsidenten der Französischen Republik und dem Bundeskanzler vor, zwischen den beiden Regierungen ein Abkommen folgenden Inhalts über die allgemeinen Richtlinien für die Organisation und das Programm der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu schließen.

Die bisherigen Gespräche haben erkennen lassen, daß auf französischer Seite ebensowenig wie bei uns daran gedacht ist, zur Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit einen Vertrag oder ein Abkommen zu schließen, die den parlamentarischen Körperschaften zur Ratifizierung vorzulegen wären. Mit Rücksicht auf Artikel 59 Grundgesetz[6] sollte deshalb aber auch davon abgesehen werden – wie es in dem französischen Entwurf vorgeschlagen wird –, von dem Abschluß eines Abkommens zwischen den beiden Regierungen zu sprechen.[7]

Dementsprechend *folgender abgeänderter Text*:

Im Verfolge dieses Meinungsaustausches schlagen die beiden Minister dem Präsidenten der Französischen Republik und dem Bundeskanzler vor, *sich über folgende allgemeine Richtlinien für die Organisation und das Programm der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu einigen.*

[5] Ziel dieser Zusammenkunft war es, auf der Grundlage der vorliegenden Memoranden Möglichkeiten für eine intensivere deutsch-französische Zusammenarbeit zu erörtern und die Voraussetzung für eine endgültige Entscheidung des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten im Januar 1963 zu schaffen. Vgl. BULLETIN 1962, S. 2001 f.
Zur Vorbereitung des Treffens vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 5. Dezember 1962; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 215; B 150, Aktenkopien 1962.

[6] Artikel 59, Absatz 2 GG (Fassung vom 23. Mai 1949): „Verträge, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung oder der Mitwirkung der jeweils für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes. Für Verwaltungsabkommen gelten die Vorschriften über die Bundesverwaltung entsprechend."

[7] Zur Frage der Zustimmungsbedürftigkeit vgl. weiter Dok. 22.

I. Organisation

1) Die Staats- bzw. Regierungschefs geben nach Bedarf die erforderlichen Weisungen und verfolgen laufend die Ausführungen des Programms. Sie treten zu diesem Zweck zusammen, sooft es erforderlich ist und grundsätzlich mindestens zweimal jährlich.	Keine Bemerkung
2) Die Außenminister verfolgen die Ausführung des Programms in seiner Gesamtheit. Sie treten mindestens alle drei Monate zusammen. Unbeschadet der normalen Kontakte über die Botschaften treten diejenigen leitenden Beamten der beiden Außenministerien, denen die politischen, handelspolitischen und kulturellen Angelegenheiten unterstehen, allmonatlich abwechselnd in Paris und in Bonn zusammen, um den Stand der laufenden Angelegenheiten festzustellen und die Zusammenkunft der Minister vorzubereiten. Ferner werden die Botschaften Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland in Drittstaaten angewiesen, sich gegenseitig über alle Probleme von gemeinsamem Interesse zu konsultieren.	Dieser Absatz sollte in folgenden drei Punkten abgeändert bzw. ergänzt werden: 1) Die Vorbereitung der Konferenzen der Außenminister sollte allein den zuständigen politischen Direktoren der Außenministerien obliegen. 2) Nicht nur die Botschafter beider Staaten sollten – wie im Entwurf vorgeschlagen – eine enge Zusammenarbeit aufnehmen, sondern alle diplomatischen und konsularischen Vertreter in Drittstaaten, ebenso wie die ständigen Vertretungen bei internationalen Organisationen. Zu diesem Zweck sollte die von uns bereits vorbereitete gemeinsame Weisung[8] der beiden Regierungen an die Vertretungen gerichtet werden. 3) Unberührt von der gegenseitigen Konsultation zwischen den deutschen und französischen Auslandsvertretungen sollte die bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen den diplomatischen Vertretungen der sechs EWG-Staaten in Lateinamerika und Afrika fortgeführt werden. Dementsprechend *folgender abgeänderter Text*: 2) Die Außenminister verfolgen die Ausführung des Programms in seiner Gesamtheit. Sie treten mindestens alle drei Monate zusammen. *Die Konferenzen werden von den zuständigen*

[8] Die Weisung lag bereits auf der Konferenz der beiden Außenminister am 16./17. Dezember 1962 vor. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 140 (Konferenzmappe). Dazu auch Dok. 18, Anm. 12.

politischen Direktoren der Außenministerien vorbereitet.

Unbeschadet der normalen Kontakte über die Botschaften, treten diejenigen leitenden Beamten der beiden Außenministerien, denen die politischen, handelspolitischen und kulturellen Angelegenheiten unterstehen, allmonatlich abwechselnd in Paris und in Bonn zusammen, um den Stand der laufenden Angelegenheiten festzustellen. Ferner werden *die diplomatischen und konsularischen Vertretungen* Deutschlands und Frankreichs in Drittstaaten *sowie die ständigen Vertretungen bei internationalen Organisationen durch eine gemeinsame Weisung beider Regierungen* angewiesen, sich gegenseitig über alle Probleme von gemeinsamem Interesse zu konsultieren; *unberührt hiervon bleibt die bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen den diplomatischen Vertretungen der EWG-Mitgliedstaaten in Lateinamerika und Afrika.*

3) Regelmäßige Zusammenkünfte finden zwischen den zuständigen Behörden beider Staaten auf den Gebieten der Verteidigung, des Unterrichts und der Jugendfragen statt. Sie beeinträchtigen in keiner Weise die Tätigkeit der bereits bestehenden Organe – Deutsch-französische Kulturkommission, Ständige Gruppe der Generalstäbe –, deren Betätigungsfeld vielmehr weiter ausgebaut wird. Die Außenminister sind bei diesen Zusammenkünften vertreten, um die Gesamtkoordinierung der Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Keine Bemerkung

a) Die Armee- oder Verteidigungsminister treten wenigstens einmal alle drei Monate zusammen. Ferner trifft sich der französische Erziehungsminister in den gleichen Zeitabständen mit derjenigen Persönlichkeit, die auf

deutscher Seite benannt wird, um die Ausführung des Programms der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zu verfolgen.	
b) Die Generalstabschefs beider Staaten treten wenigstens einmal alle zwei Monate zusammen; im Verhinderungsfalle werden sie durch ihre verantwortlichen Vertreter ersetzt.	Keine Bemerkung
c) Der französische Hohe Kommissar für Jugend- und Sportfragen trifft sich wenigstens einmal alle zwei Monate mit dem Bundesminister für Familien- und Jugendfragen oder dessen Vertreter.	Keine Bemerkung
4) In jedem der beiden Staaten wird eine interministerielle Kommission beauftragt, die Fragen der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu verfolgen. In dieser Kommission, der Vertreter aller beteiligten Ministerien angehören, führt ein hoher Beamter der Außenministerien den Vorsitz. Seine Aufgabe besteht darin, die zuständigen Dienststellen anzuspornen, ihr Vorgehen zu koordinieren und die fachlichen Kontakte zwischen den deutschen und französischen Fachressorts herzustellen. Die Kommission hat ferner die Aufgabe, zweckmäßige Anregungen für die Ausführung des Programms der Zusammenarbeit und dessen etwaige Ausdehnung auf neue Gebiete zu geben.	Keine Bemerkung

II. Programm

A. Auswärtige Angelegenheiten

1) Die beiden Regierungen konsultieren sich vor jeder Entscheidung in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik und zunächst über die Fragen von gemeinsamem Interesse, um soweit wie möglich zu einer analogen Hal-	Französischer Text geht über bisherige Vorschläge hinaus: Konsultation grundsätzlich in allen wichtigen außenpolitischen Fragen und nicht mehr nur in Fragen von gemeinsamem Interesse. Wir könnten

tung zu gelangen. Diese Zusammenarbeit wird sich u. a. auf folgende Themen erstrecken:

– Probleme betreffend die Europäischen Gemeinschaften und die europäische politische Zusammenarbeit;

– Ost-West-Beziehungen sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher Ebene;

– in den verschiedenen internationalen Organisationen (Nordatlantikvertragsorganisation, Europarat, Westeuropäische Union, OECD ...) behandelte Angelegenheiten, an denen die beiden Regierungen interessiert sind.

dem zustimmen, da er in der Richtung unseres Wunsches nach einer möglichst umfassenden Konsultation liegt.

Die für die Konsultation hervorgehobenen Sachgebiete entsprechen unserem Memorandum; es fehlt lediglich der Hinweis auf die Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen.

Dementsprechend *folgender abgeänderter Text des Schlußabsatzes*:

in den verschiedenen internationalen Organisationen (Nordatlantikvertragsorganisation, Europarat, Westeuropäische Union, OECD, *Vereinte Nationen und ihre Sonderorganisationen* ...) behandelte Angelegenheiten, an denen die beiden Regierungen interessiert sind.

Im Rahmen der außenpolitischen Zusammenarbeit sollte auch die von uns angeregte gegenseitige Wahrnehmung der Interessen in Drittstaaten, in denen entweder Deutschland oder Frankreich keine diplomatischen oder konsularischen Vertretungen unterhalten, Aufnahme finden.

Hierfür wird folgender Text vorgeschlagen:

1a) *Die konsularischen Vertretungen in Drittstaaten stehen für die Wahrnehmung der Interessen jeweils des anderen Landes zur Verfügung, sofern nur eines der beiden Länder vertreten ist. Dies gilt insbesondere für den Schutz der Staatsangehörigen des anderen Landes sowie derjenigen Personen, zu deren Schutz es verpflichtet ist. Jeder Deutsche und Franzose kann sich demgemäß, wenn er Rat und Beistand bedarf, an die konsularische Vertretung des anderen Staates wenden.*

In Drittstaaten, in denen entweder nur Deutschland oder Frankreich di-

	plomatisch vertreten ist und in denen das nichtvertretene Land eine Wahrnehmung seiner Interessen wünscht, wird diese dem jeweils vertretenen Land übertragen. *Hiervon soll nur in besonderen Fällen abgewichen werden, in denen eine andere Regelung zweckmäßiger erscheint; die Entscheidung hierüber wird in gegenseitigem Einvernehmen getroffen.*
2) Die auf dem Gebiete des Informationswesens bereits eingeleitete Zusammenarbeit wird zwischen den beteiligten Dienststellen in Paris und in Bonn und zwischen den Botschaften in Drittstaaten fortgeführt und ausgebaut.	Keine Bemerkung
3) Hinsichtlich der Entwicklungshilfe werden die beiden Regierungen ihre Programme sowohl in Afrika als auch in den anderen Teilen der Welt einander systematisch gegenüberstellen, um eine enge Koordinierung aufrechtzuerhalten. Sie werden sich mit der Möglichkeit befassen, Vorhaben gemeinsam in Angriff zu nehmen. Da sowohl auf deutscher als auch auf französischer Seite mehrere Ministerien für diese Angelegenheiten zuständig sind, wird es Sache der Außenministerien sein, die praktischen Grundlagen dieser Zusammenarbeit gemeinsam festzulegen.	Keine Bemerkung
4) Die beiden Regierungen werden gemeinsam die Mittel und Wege prüfen, um ihre Zusammenarbeit auf anderen wichtigen Sektoren der Wirtschaftspolitik, z. B. der Land- und Forstwirtschaft, der Energiepolitik, der Verkehrs- und Transportprobleme, der industriellen Entwicklung innerhalb des Gemeinsamen Marktes und der Ausfuhrkreditpolitik, zu verstärken.	Keine Bemerkung

B. Verteidigung

Die auf diesem Gebiet verfolgten Ziele sind die folgenden:	Die Formulierung geht, soweit sie den Bereich der Strategie betrifft, sehr weit. Sie zielt darauf ab, eine gemeinsame deutsch-französische Position herzustellen, wobei auf die NATO kein Bezug genommen wird. Eine solche Bezugnahme erscheint unerläßlich.
1) Auf dem Gebiet der Strategie und der Taktik bemühen sich die zuständigen Stellen, ihre Doktrinen einander anzunähern, um zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen. Es werden deutsch-französische Komitees für operative Forschung errichtet.	Dementsprechend *folgende abgeänderte Formulierung*: 1) *Im Bereich der Strategie werden die beiden Regierungen bei der Erarbeitung einer gemeinsamen NATO-Strategie zusammenwirken. Im Bereich der Taktik werden sie fortfahren, ihre Auffassungen einander mit dem Ziel anzunähern, zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen.* Es werden deutsch-französische Komitees für operative Forschung errichtet.
2) Der Personalaustausch zwischen den Armeen wird verstärkt: Er betrifft insbesondere die Lehrkräfte und Schüler der Generalstabsschulen; der Austausch kann sich auf die zeitweilige Abordnung ganzer Einheiten erstrecken. Zur Erleichterung dieses Austausches wird man auf beiden Seiten um den praktischen Sprachunterricht für das in Betracht kommende Personal bemüht sein.	Keine Bemerkung
3) Auf dem Gebiet der Rüstung werden die beiden Regierungen bemüht sein, die gemeinsamen Herstellungsprogramme auszubauen. Zu diesem Zweck wird die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Studien und der Forschung innerhalb gemischter Studienbüros und in den Industrien beider Staaten verstärkt. Es werden Vorkehrungen getroffen, um die Gemeinschaftsarbeit schon vom Stadium der Ausarbeitung der Rüstungsprogramme und der Vorbereitung der Haushaltspläne an zu organisieren;	Keine Bemerkung

gemischte deutsch-französische Kommissionen unterbreiten so bald wie möglich Vorschläge, die die Minister bei ihren dreimonatlichen Zusammenkünften prüfen.

4) Die Regierungen prüfen die Bedingungen, unter denen eine deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiete des zivilen Bevölkerungsschutzes hergestellt werden kann.

Den Wünschen des Verteidigungsministers folgend sollte die Zivilverteidigung in einem von der militärischen Verteidigung getrennten Abschnitt aufgenommen werden.

C. Erziehungs- und Jugendfragen

Auf dem Gebiete des Unterrichts und der Jugendfragen enthalten die deutschen und französischen Memoranden eine Reihe von Vorschlägen, die nach den weiter oben erwähnten Verfahren einer Prüfung unterzogen werden.

Keine Bemerkung

1) Auf dem Gebiete der *Erziehung* werden die Anstrengungen hauptsächlich auf folgende Punkte gerichtet sein:

a) Sprachunterricht

Es ist das Ziel, daß jeder Schüler an höheren Schulen und Fachschulen in jedem der beiden Staaten praktisch die Möglichkeit erhält, als erste lebende Fremdsprache die Sprache des anderen Staates zu wählen. In einem ersten Zeitabschnitt werden Vorkehrungen getroffen, damit die französische Sprache an allen deutschen höheren Schulen und Fachschulen gelehrt werden kann und umgekehrt.

Mit Rücksicht auf die Zuständigkeit der Länder und die von den Kultusministern bereits getroffenen Entscheidungen zugunsten des englischen Sprachunterrichts kann die Bundesregierung einer so weitgehenden Formulierung im gegenwärtigen Stadium nicht zustimmen.

Dementsprechend *folgende abgeänderte Formulierung*:

Es ist erwünscht, daß jeder Schüler an höheren Schulen und Fachschulen in jedem der beiden Staaten praktisch die Möglichkeit erhält, als erste lebende Fremdsprache die Sprache des anderen Staates zu wählen. In einem ersten Zeitabschnitt *wird eine Regelung angestrebt, nach der* die französische Sprache an allen deutschen höheren Schulen und Fachschulen gelehrt werden kann und umgekehrt.

Auf den Universitäten und Technischen Hochschulen wird es angebracht sein, einen praktischen Unterricht in der französischen Sprache in Deutschland und in der deutschen Sprache in Frankreich einzurichten, der für die nicht auf das Studium der Sprachen spezialisierten Studierenden bestimmt ist.	Keine Bemerkung
b) Frage der Gleichwertigkeit der Diplome	Keine Bemerkung
Die zuständigen Behörden der beiden Staaten prüfen gemeinsam geeignete Maßnahmen, um die Gleichwertigkeit der Schulzeiten, der Prüfungen, der Hochschultitel und -diplome zu gewährleisten; die deutsch-französische Rektorenkonferenz wird insbesondere mit der Prüfung dieser Probleme beauftragt.	Keine Bemerkung
c) Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung	
Die Forschungsstellen und die wissenschaftlichen Institute intensivieren ihre Kontakte dadurch, daß sie mit einer gründlicheren gegenseitigen Information beginnen; vereinbarte Forschungsprogramme werden in den Disziplinen aufgestellt, in denen sich dies als möglich erweist.	Keine Bemerkung
2) Hinsichtlich der *Jugend* darf nichts vernachlässigt werden, um ihr auf beiden Seiten alle Möglichkeiten zu bieten, zur gegenseitigen Annäherung beider Staaten beizutragen. Insbesondere ist der Gruppenaustausch von Jugendlichen weiter auszubauen.	
Schlußfolgerung	
In jedem der beiden Staaten ergehen die zur unverzüglichen Verwirklichung der vorstehenden Maßnahmen erforderlichen Weisungen. Die Au-	Keine Bemerkung

ßenminister stellen bei ihrer nächsten Zusammenkunft fest, welche Fortschritte bis dahin erzielt worden sind.[9]

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 135

7

Erklärung des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten (Entwurf)

200-80.11/25/63 geheim **7. Januar 1963**[1]

Entwurf einer gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und des Präsidenten der Französischen Republik für die Konferenz am 21./22. Januar 1963 in Paris

Die Staats- bzw. Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik, Dr. Adenauer und General de Gaulle,

zum Abschluß ihrer Konferenz vom 21./22. Januar 1963[2] in Paris, die in Gegenwart der Außenminister, der Verteidigungsminister sowie des Bundesministers für Familien- und Jugendfragen und des französischen Hohen Kommissars für Jugend- und Sportfragen stattgefunden hat,

in dem Bewußtsein, daß die Versöhnung zwischen dem deutschen und französischen Volk ein entscheidendes geschichtliches Ereignis darstellt, das das Verhältnis der beiden Völker von Grund auf neugestaltet und der europäischen Einigung den Weg geebnet hat,

in der Überzeugung, daß eine weitere Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit dem Wohle beider Völker dient, den Fortgang der europäischen Entwicklung, insbesondere den unerläßlichen politischen Zusammenschluß Europas fördert und dadurch den Frieden der Welt festigt,

sind übereingekommen:

9 Zu den weiteren Verhandlungen um die Ausformulierung des Textes vgl. besonders Dok. 18 und Dok. 26.
Zur Vertragsfassung vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

1 Durchdruck als Konzept.
Der Entwurf wurde von Legationsrat Lang und Hilfsreferent Fischer konzipiert.
Eine Ausfertigung des Entwurfs wurde an das Bundeskanzleramt weitergeleitet.
Eine weitere Ausfertigung leitete Ministerialdirektor Jansen am 7. Januar 1963 Staatssekretär Carstens zu und bemerkte dazu: „Nach Auffassung von Abteilung 2 sollten die Staats- bzw. Regierungschefs darüber hinaus jedoch eine gemeinsame Erklärung beschließen, mit der die Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 135; B 150, Aktenkopien 1963.

2 Zur Elysée-Konferenz vgl. Dok. 37–39, Dok. 43 und Dok. 44.

1) Die beiden Regierungen werden die Zusammenarbeit zwischen ihren Staaten in allen Lebensbereichen verstärken und vordringlich auf den Gebieten der Auswärtigen Angelegenheiten, der Verteidigung, des Erziehungswesens und der Jugend- und Sportfragen folgende Maßnahmen ergreifen:

– Auswärtige Angelegenheiten:
Beide Regierungen werden sich vor jeder Entscheidung in wichtigen außenpolitischen Fragen konsultieren und ihr Vorgehen aufeinander abzustimmen suchen. Sie werden ferner eine enge Zusammenarbeit ihrer auswärtigen Vertretungen herbeiführen; in Drittstaaten, in denen nur einer der beiden Staaten vertreten ist, wird dieser grundsätzlich die Interessen des anderen wahrnehmen und den Bürgern des anderen Staates Hilfe und Beistand geben.

– Verteidigung:
Beide Regierungen werden in strategischen und taktischen Fragen zusammenarbeiten. Sie werden insbesondere bei der Erarbeitung einer gemeinsamen Konzeption im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses zusammenwirken. Sie werden ferner den Austausch zwischen den Angehörigen ihrer Streitkräfte verstärken und eine zeitweilige Abordnung ganzer Einheiten zur Dienstleistung in den Streitkräften des anderen Staates vornehmen. Im Bereich der Rüstungsproduktion haben sich beide Staaten zum Ziel gesetzt, gemeinsame Herstellungsprogramme durchzuführen.

– Zivile Verteidigung:
Auf dem Gebiet der Notstandsplanung werden beide Regierungen ihre Maßnahmen eng aufeinander abstimmen.

– Erziehungswesen:
Beide Regierungen werden bemüht sein, dem Studium der Sprache des anderen Landes eine herausgehobene Stellung einzuräumen, die der engen Verbindung der beiden Völker entspricht und ihr Verständnis füreinander vertieft.

– Jugend- und Sportfragen:
Beide Regierungen werden den Austauch zwischen den Jugendlichen ihrer Völker intensivieren.

2) Zur Durchführung dieses Programms werden:

– die Staats- bzw. Regierungschefs in der Regel alle sechs Monate zusammentreffen;

– die Außen-, Verteidigungs- und die für den Bereich der Kultur und das Erziehungswesen verantwortlichen Minister in der Regel alle drei Monate zusammentreten;

– die Generalstabschefs bzw. ihre verantwortlichen Vertreter und die auf dem Gebiet der Jugend- und Sportfragen Verantwortlichen in der Regel alle zwei Monate gemeinsam beraten;

– regelmäßige Zusammenkünfte der Beamten der an dieser Zusammenarbeit beteiligten Ministerien stattfinden;

– die beiden Regierungen jeweils einen interministeriellen Ausschuß bilden, der die Tätigkeit der beteiligten Ministerien anspornt und zusammenfaßt.

3) Die beiden Regierungen werden in dem Bestreben, die europäische Einigung zu fördern, die Regierungen der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über den allgemeinen Fortgang der deutsch-französischen Zusammenarbeit unterrichten.[3]

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 135

8

Staatssekretär Carstens an Präsident Hallstein, EWG-Kommission

St.S. 17/63 **8. Januar 1963**[1]

Verehrter Herr Präsident, lieber Herr Hallstein,

zu Beginn des neuen Jahres möchte ich Ihnen zunächst meine herzlichen Glückwünsche übermitteln. Ich hoffe, daß auch dieses Jahr für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und für Sie persönlich ebenso erfolgreich sein wird, wie es die vergangenen Jahre waren. Zugleich wünsche ich Ihnen alles Gute für Ihr persönliches Wohlergehen.

Ich verbinde diesen Glückwunsch mit einer sachlichen Frage. Ich habe mir in den letzten Monaten darüber Gedanken gemacht, wie das Stimmverhältnis im Rat der EWG gestaltet werden sollte, wenn vier neue Mitglieder (Großbritannien, Dänemark, Norwegen und Irland[2]) hinzutreten.

Dabei scheinen mir folgende beiden Gesichtspunkte wichtig zu sein:

a) Zwei der großen Staaten sollten in der Lage sein, das Zustandekommen eines Beschlusses zu verhindern.

b) Drei große Staaten sowie Luxemburg und Belgien sollten imstande sein, einen Beschluß, für den die qualifizierte Mehrheit vorgeschrieben ist, zustande zu bringen.

Bei diesem Vorschlag lasse ich mich von der Überlegung leiten, daß auch innerhalb der vergrößerten Gemeinschaft die Altmitgliedstaaten, vielleicht mit

[3] Für den Wortlaut der im wesentlichen auf die Präambel des vorliegenden Entwurfs reduzierten Fassung der gemeinsamen Erklärung vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706.
Zu den weiteren Verhandlungen über den Entwurf vgl. besonders Dok. 18, Dok. 26 und Dok. 44, Anm. 3.

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Irland stellte am 3. August 1961 einen Antrag auf Aufnahme in die EWG, Großbritannien und Dänemark folgten am 10. August 1961, Norwegen am 28. Februar 1962. Vgl. dazu BULLETIN der EWG 9–10/1961, S. 5–10 und S. 20–26; 5/1962, S. 22.
Zu den Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien vgl. Dok. 31. Zum Stand der Verhandlungen mit Dänemark, Norwegen und Irland vgl. BULLETIN der EWG 12/1962, S. 17, und 1/1963, S. 27 f.

Ausnahme der Niederlande, in der Regel bereit sein werden, den bisherigen Kurs ihrer gemeinsamen Politik weiter zu steuern.

Ich glaube, daß in dieser Frage zwischen dem Standpunkt der Kommission und unserem Standpunkt kein Unterschied besteht, wollte mir aber doch erlauben, wegen seiner besonders großen Bedeutung Ihre persönliche Aufmerksamkeit auf diesen Komplex zu lenken.[3]

In der Hoffnung, Sie bald wiederzusehen, bin ich mit meinen besten Grüßen

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, Bd. 383

9

Vorstandsvorsitzender Overbeck, Mannesmann, an Bundeskanzler Adenauer

8. Januar 1963[1]

Betr.: Ausfuhr von Großrohren nach der UdSSR

Hochzuverehrender Herr Bundeskanzler!

Auf das Schreiben, das Herr Dr. Ochel/Hoesch AG, Herr Mommsen/Phoenix-Rheinrohr AG und ich unter dem 14. Dezember 1962[2] an Sie gerichtet haben, darf ich Bezug nehmen.

Nach Pressemitteilungen[3] soll die im Betreff erwähnte Großrohrausfuhr in der morgigen Kabinettssitzung[4] behandelt werden.

Im Namen der drei beteiligten Unternehmen bitte ich Sie hiermit nochmals darum, die Anfang Oktober 1962 abgeschlossenen Verträge erfüllen zu dürfen. Zum Zeitpunkt der Vertragsabschlüsse konnten wir mit einer NATO-Emp-

[3] Für das Antwortschreiben vgl. Dok. 17.

[1] Durchdruck.

[2] In einer Aufzeichnung vom 18. Dezember 1962 nahm Legationsrat I. Klasse Hebich zu den Ausführungen im Schreiben vom 14. Dezember 1962 an Bundeskanzler Adenauer Stellung: „Den betroffenen Firmen mußte bekannt sein, daß ihre mit der sowjetischen Außenhandelsgesellschaft abgeschlossenen privatrechtlichen Verträge ... über Lieferung von 202 000 t Großrohren bis zur Genehmigung der Verträge auf Grund des § 48 des Zollgesetzes schwebend unwirksam sind." Vgl. VS-Bd. 8395 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1962.
Bereits am 3. Dezember 1962 wandten sich die drei Firmen in gleicher Angelegenheit fernschriftlich an Bundesminister Schröder. Vgl. Ministerbüro, Bd. 229.

[3] Vgl. dazu den Artikel: Sowjetischer Protest gegen Röhrenembargo; DIE WELT, Nr. 5 vom 7. Januar 1963, S. 7.

[4] Vgl. dazu auch Dok. 11.

fehlung[5], die erst im November 1962 herauskam, und mit der entsprechenden Verordnung der Bundesregierung vom 14. Dezember 1962[6] nicht rechnen.[7]

Wir befürchten die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen einer Nichterfüllung der Verträge, die – verzeihen Sie, daß ich es auch hier nochmals betone – nicht Ölrohre, sondern Gasrohre[8] zum Gegenstand haben, für die Bundesrepublik, für unsere Unternehmen und für die gesamte deutsche Wirtschaft.

In vollem Verständnis für die schwierige Situation, in der sich die Bundesregierung befindet, suchen wir eine Möglichkeit, Ihnen, hochzuverehrender Herr Bundeskanzler, die Entscheidung zu erleichtern. Wir erklären Ihnen daher, daß unsere Unternehmen, solange die Verordnung vom 14. Dezember 1962 gilt, neue Verhandlungen über die Lieferung von Großrohren in die UdSSR nur nach Abstimmung mit der Bundesregierung aufnehmen werden. Die Herren Dr. Ochel und Mommsen haben mich ermächtigt, diese Erklärung auch in ihrem Namen abzugeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich

Ihr sehr ergebener
[gez.] Dr. Overbeck

Ministerbüro, Bd. 229

[5] Am 21. November 1962 traf der Ständige NATO-Rat hinsichtlich der Lieferung von Großrohren in die Ostblock-Staaten folgenden Beschluß: „The Council agreed that: (1) member countries, on their own responsibility, should, to the extent possible: (i) stop deliveries of large diameter pipe (over 19") to the Soviet bloc under existing contracts, (ii) prevent new contracts for such deliveries, (2) the Council would keep the situation under observation and review as appropriate." Vgl. Ministerbüro, Bd. 229. Dazu auch der Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 21. November 1962; VS-Bd. 8395 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Die von Bundesminister Erhard vorgelegte Verordnung machte die Ausfuhr von Röhren mit einem Außendurchmesser von über 19 Zoll von der Genehmigung der Bundesregierung abhängig. Vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 238 vom 18. Dezember 1962, S. 1.

[7] Vgl. dazu die Stellungnahme des Staatssekretärs Lahr vom 21. Dezember 1962 für den Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, die betroffenen Firmen seien „bereits zu einem früheren Zeitpunkt durch das Bundeswirtschaftsministerium davon in Kenntnis gesetzt worden, daß mit einem von der NATO beschlossenen Embargo zu rechnen ist". Vgl. VS-Bd. 8395 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1962.

[8] Mit dem Hinweis darauf, daß es sich bei den geplanten Lieferungen an die UdSSR um Rohre handele, die „nur für den Transport von Gas, nicht aber für Erdöl oder Erdölprodukte geeignet" seien, und daher „die Unterbindung der Großrohrlieferungen strategisch völlig bedeutungslos sei", begründeten die betroffenen Firmen ihren Wunsch, die Großrohre trotz des Embargos liefern zu dürfen. Vgl. dazu das Schreiben des Staatssekretärs Lahr vom 21. Dezember 1962 an den Chef des Bundeskanzleramtes, Globke; VS-Bd. 8395 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1962. Vgl. ferner das Memorandum vom 7. Januar 1963, in dem die Firmen die technischen Einzelheiten der vorgesehenen Lieferung Bundesminister Schröder darlegten; Ministerbüro, Bd. 229.
Zur strategischen Bedeutung der Großrohre für die UdSSR vgl. auch Dok. 11, besonders Anm. 13.

10

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Voigt

202-84-81/45/63 VS-vertraulich **8. Januar 1963**[1]

Betr.: Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Atomgemeinschaft
hier: Stand der Verhandlungen

1) Gegenstand der Verhandlungen sind zur Zeit:

a) die Beteiligung Großbritanniens am Forschungsprogramm der Gemeinschaft,

b) britische Fragen über die Auslegung einer Anzahl von Vertragsbestimmungen.[2]

2) Die britische Delegation hat einen Vorschlag über die Beteiligung Großbritanniens am Forschungsprogramm der Gemeinschaft vorgelegt. Dieser sieht im einzelnen vor:

a) Zusammenarbeit auf dem Gebiet der sog. schnellen Reaktoren durch einen Assoziierungsvertrag zwischen EURATOM und dem britischen Zentrum in Dounrey,

b) Einbringung des britischen Forschungszentrums für die Kernfusion in die gemeinsamen Kernforschungsstellen von EURATOM,

c) Assoziierung zwischen EURATOM und dem britischen Isotopenforschungsinstitut in Wantage,

d) Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Strahlen- und Gesundheitsschutzes,

e) Neuordnung der Finanzbeiträge für den Betrieb des sog. Dragonreaktors. (Dieser Forschungszwecken dienende Reaktor wird von den OECD-Staaten und EURATOM gemeinsam betrieben und finanziert.)

Die britischen Vorschläge werden zur Zeit in technischer und finanzieller Beziehung überprüft. Sie stellen eine Ausgangsposition dar, die noch modifiziert werden muß. Interessant ist der britische Vorschlag einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der schnellen Reaktoren.

3) Die Briten haben einen Fragebogen über die Auslegung des EAG-Vertrages[3] und seine Anwendung in der Praxis vorgelegt. Die Fragen, die nur der Sachaufklärung dienen, beantwortet die Kommission. Fragen, die sich auf die Anwendung und Auslegung des EURATOM-Vertrages in Großbritannien beziehen sowie Fragen der Auslegung des Vertrages innerhalb der Sechs, über die keine einheitliche Auffassung zwischen den Sechs und der Kommission

[1] Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Meyer-Lohse konzipiert.

[2] Zu den Verhandlungen ab Mitte 1962 vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 32; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 147.

[3] Für den Wortlaut der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft sowie des Abkommens über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften vom 25. März 1957 (Römische Verträge) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

besteht, beantwortet die Kommission erst nach vorheriger Konsultation der Sechs. Fragen von besonderer politischer Bedeutung werden ausschließlich von den Sechs beantwortet. Ein Termin zur Besprechung dieses Fragebogens ist noch nicht vorgesehen. Die Meinungsbildung innerhalb der Regierungen der Sechs ist noch nicht abgeschlossen.

4) Die Behandlung des politisch besonders schwierigen Fragenkomplexes der Anwendung des EAG-Vertrages im militärischen Bereich wurde auf Antrag der Sechs zunächst zurückgestellt. Die Briten möchten den militärischen Bereich möglichst ganz ausgeschlossen wissen, d. h. keine Anwendung der Sicherheitskontrollen auf militärische oder vorwiegend militärische Anlagen, keine Mitteilung militärischer Geheimpatente, keine Anwendung der Vorschriften über die Versorgung auf spaltbares Material, welches militärischen Zwecken zu dienen bestimmt ist, keine Kompetenzen der Kommission in den militärischen Außenbeziehungen der Mitgliedstaaten. Die britischen Interessen decken sich im wesentlichen mit den Interessen der Franzosen. Die übrigen Länder sind an einem so weitgehenden Ausschluß des militärischen Bereichs nicht interessiert. Die Kommission neigt zu einem Kompromiß. Es wird versucht, eine gemeinsame Meinung der Sechs herzustellen, bevor der Fragenkomplex mit den Engländern aufgenommen wird. Die ersten bilateralen deutsch-französischen Fühlungnahmen[4] haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Zwischen der belgischen und der deutschen Delegation bestehen hinsichtlich des Beitritts Großbritanniens zu EURATOM keine Meinungsverschiedenheiten.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[5] dem Herrn Bundesminister[6] als Unterlage für ein mögliches Gespräch mit dem Stellvertretenden Außenminister Fayat[7] zur gefl. Kenntnisnahme vorgelegt.

Voigt

Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 32

[4] Am 20. Dezember 1962 berichtete Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), die französische Seite sehe die Hauptschwierigkeiten bei einem Beitritt Großbritanniens zur EAG weniger auf dem Gebiet der Kontrolle, sondern vielmehr bei der Versorgung mit spaltbarem Material und bei den Patenten. Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 147; B 150, Aktenkopien 1962.

[5] Hat Staatssekretär Lahr am 9. Januar 1963 vorgelegen.

[6] Hat Bundesminister Schröder am 13. Januar 1963 vorgelegen.

[7] In einem handschriftlichen Vermerk vom 29. Dezember 1962 notierte der Leiter des Referats „EWG, EGKS, EURATOM", von Stempel, dazu: „Der stellvertretende belgische Außenminister Fayat wird voraussichtlich am 10.1. abends in Bonn mit unserem Minister zusammentreffen, um Fragen des Beitrittes Großbritanniens zur EWG und EAG zu erörtern. Belgier haben ab 1.1.63 Präsidentschaft bei diesen Verhandlungen." Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 32; B 150, Aktenkopien 1962. Dazu auch BULLETIN 1963, S. 64.

11

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Keller

413-005^{II}/63 VS-vertraulich **8. Januar 1963**[1]

Betr.: Ausfuhr von Großrohren nach der UdSSR;
hier: Erneute Besprechung der Angelegenheit in der Kabinettssitzung vom 9.1.1963

1) Das Bundeswirtschaftsministerium hat im Nachgang zu unserem Schreiben vom 21.12. 1962[2] noch das als Anlage 1 beigefügte Schreiben vom 2. Januar[3] an den Herrn Staatssekretär des Bundeskanzleramts gerichtet.

Darin wird ausgeführt:
a) Daß Ministerialdirektor Dr. Reinhardt Direktor Mommsen von Phönix-Rheinrohr und damit auch die anderen beteiligten Werke bereits am 22. März 1962[4] auf die Möglichkeit eines bevorstehenden Embargos aufmerksam gemacht hat und
b) daß eine Entscheidung des Kabinetts über die Ausfuhrgenehmigung sich nicht mehr lange hinausschieben[5] läßt, weil die Firmen bereits im Oktober ihre Anträge auf Bewilligung des Veredelungsverkehrs gestellt haben. Ministerialdirektor Dr. Reinhardt äußerte D 4[6] gegenüber, daß er es nicht für ausgeschlossen halte, daß die Firmen aus der verzögerten Behandlung der Genehmigungen dieser Geschäfte in Verbindung mit den früher erteilten Genehmigungen Schadensersatzansprüche erheben bzw. Untätigkeitsklage erheben werden.

2) Als Anlage 2 wird eine Aufzeichnung über die Demarche von Vertretern der sowjetischen Botschaft bei Staatssekretär Lahr[7] vorgelegt. Staatssekretär Lahr erklärte den sowjetischen Botschaftsvertretern, daß ein Lohnverede-

[1] Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Hebich konzipiert.

[2] Für den Wortlaut des Schreibens des Staatssekretärs Lahr an den Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, vgl. VS-Bd. 8395 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1962.

[3] Dem Vorgang beigefügt. Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 8396 (III A 6).

[4] Vgl. dazu den Vermerk des Ministerialdirektors Reinhardt, Bundesministerium für Wirtschaft, vom 22. März 1962; VS-Bd. 8396 (III A 6).

[5] Der Passus „sich nicht ... hinausschieben" wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Darauf sollten wir uns nicht festlegen."

[6] Ministerialdirektor Allardt.

[7] Am 5. Januar 1963 empfing Staatssekretär Lahr den sowjetischen Gesandten Lawrow und den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung. Gritschin vertrat die Meinung, die Verweigerung der Ausfuhrlizenzen verstoße gegen das Warenabkommen mit der UdSSR vom 31. Dezember 1960. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung vom 5. Januar 1963; Referat III A 6, Bd. 201. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Keller vom 7. Januar 1963; VS-Bd. 8396 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

lungsverkehr[8] im Handelsvertrag[9] nicht vorgesehen sei; auch sei eine Entscheidung in der Angelegenheit noch nicht endgültig getroffen.

3) Aus dem Druck der Sowjets und den sowohl von der sowjetischen Handelsvertretung (siehe Industriekurier vom 5. Januar 1963) als auch von der deutschen Rohrindustrie veranstalteten Pressekampagne ist zu ersehen, daß die Sowjets an der Lieferung der in Auftrag gegebenen Großrohre sehr interessiert sind und möglicherweise das Lohnveredelungsgeschäft in ein reguläres Ausfuhrgeschäft im Rahmen des deutsch-sowjetischen Warenabkommens umwandeln werden. Das Auswärtige Amt glaubt, durch Artikel 2, Absatz 2 des deutsch-sowjetischen Warenabkommens[10] die Ausfuhr von Waren unterbinden zu können, wenn neu erlassene Gesetze, Vorschriften oder Bestimmungen der Bundesrepublik dies vorsehen.

Die Sowjets werden uns in jedem Fall, womit auch immer wir es rechtlich begründen, einer Vertragsverletzung bezichtigen.

4) Stragetische und politische Bedeutung:

Für das Auswärtige Amt ist vor allem der am 21. November gefaßte einstimmige NATO-Beschluß[11] maßgebend, wonach weitere Lieferungen von Rohren unterbunden werden sollen. Die strategische Bedeutung der Rohrlieferung, die nicht für den Ausbau der Ölleitung nach Sibirien, sondern für den Ausbau der Öl-Leitung nach dem Westen (Schwedt/Oder)[12] vorgesehen und deshalb von direkter Bedeutung für die sowjetischen militärischen gegen den Westen gerichteten Aufmarschvorbereitungen sind[13], steht außer Zweifel.[14] Hinzu

[8] Bei der geplanten Lieferung von Großrohren handelte es sich nicht um einen Verkauf im eigentlichen Sinn, sondern um ein sogenanntes Veredelungsgeschäft. Die sowjetische Seite sollte den Rohstoff in Form von Roheisen liefern und nach erfolgter Bearbeitung in einem Betrieb in der Bundesrepublik Halbfertigprodukte zurückerhalten.

[9] Für den Wortlaut des Abkommens mit der UdSSR vom 25. April 1958 über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt, das mit einem Protokoll vom 31. Dezember 1960 verlängert wurde, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1959, Teil II, S. 222–231; für das Protokoll über die Verlängerung und den damit zusammenhängenden Briefwechsel vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1086–1091.

[10] Artikel 2, Absatz 2 des Abkommens mit der UdSSR vom 31. Dezember 1960 über den Waren- und Zahlungsverkehr lautete: „Die zuständigen Stellen der beiden Staaten erteilen unverzüglich gemäß den jeweils in ihren Staaten geltenden Gesetzen, Vorschriften und Bestimmungen Einfuhr- und Ausfuhrlizenzen für die in diesen Listen genannten Waren." Vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 12 vom 18. Januar 1961, S. 1.

[11] Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 5.

[12] Auf Beschluß der X. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vom 11. bis 13. Dezember 1958 legte eine Expertenkonferenz im Mai 1959 in Warschau fest, eine Erdölfernleitung – die „Freundschaftslinie" – von den Erdölfeldern an der Wolga über Weißrußland nach Polen und in die DDR bzw. in einem zweiten Arm in die Tschechoslowakei und nach Ungarn zu bauen. Am 18. Dezember 1959 wurde zwischen der UdSSR, Polen und der DDR der Bau der Pipeline vereinbart, die von der weißrussischen Stadt Mosyr bis nach Schwedt verlaufen sollte.

[13] Dazu berichtete Botschafter Groepper, Moskau, am 17. Januar 1963: „Hauptzwecke dieser Linie sind [die] Förderung [der] Integration europäischer Satelliten und im Kriegsfalle [die] Versorgung sowjetischer und Ostblock-Truppen unmittelbar hinter dem Eisernen Vorhang." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438; B 150, Aktenkopien 1963. Dazu auch der Bericht von Groepper vom 17. Januar 1963 über den Verlauf des Öl- und Gasleitungsnetzes; VS-Bd. 8396 (III A 6). Vgl. dazu weiter Dok. 125.

[14] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Dessen bin ich nicht ganz so sicher."

kommt, daß die Amerikaner damit rechnen, daß wir an erster Stelle uns an den Beschluß halten, weil sonst andere Länder ausbrechen würden.[15] Nach den letzten amerikanischen Informationen bestehen zur Zeit keine Befürchtungen, daß andere NATO-Staaten oder auch Japan[16] und Schweden[17] weitere Lieferungen durchführen werden. Die Amerikaner wollen versuchen, in der NATO einen entsprechenden COCOM-Beschluß herbeizuführen, falls es ihnen nicht gelingen sollte, die Großrohre auf die COCOM-Embargoliste[18] zu setzen.[19]

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[20] dem Herrn Minister[21] vorgelegt.

Keller

VS-Bd. 8396 (III A 6)

[15] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 7. Dezember 1962; VS-Bd. 8395 (III A 6).

[16] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Dittmann, Tokio, vom 4. Januar 1963 sowie die Antwort des Staatssekretärs Lahr vom 7. Januar; VS-Bd. 8396 (III A 6) bzw. Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 2; B 150, Aktenkopien 1963.

[17] Im Gespräch mit dem schwedischen Botschafter Jödahl am 5. Januar 1963 bezeichnete Staatssekretär Lahr das Verhalten Schwedens in der Röhrenfrage als „ein delikates Problem von einiger Tragweite". Zwar sei Schweden als neutraler Staat durch den NATO-Beschluß vom 21. November 1962 nicht gebunden, so daß gegen die Fortsetzung der bisherigen „recht bescheidenen" Röhrenlieferungen an die UdSSR nichts einzuwenden wäre: „Wenn Schweden jedoch die durch die bekannten Maßnahmen geschaffene Lage zum Nachteil der westlichen Welt ausnutzen würde, indem es die Lieferungen übernähme, die ihm normalerweise nicht zugefallen wären, so sei dies eine andere Sache." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 318A; B 150, Aktenkopien 1963.

[18] Gemäß der Embargo-Liste des 1951 unter Vorsitz der USA gegründeten Coordinating Committee for East-West Trade Policy (COCOM) war die Ausfuhr bestimmter Güter an kommunistische Staaten untersagt bzw. einer strengen Kontrolle und Kontingentierung unterworfen.

[19] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Ich halte Vertagung für das beste."
Vgl. weiter Dok. 23.

[20] Hat Staatssekretär Lahr am 9. Januar 1963 vorgelegen. Staatssekretär Carstens wurde am 8. Januar 1963 ein Durchdruck zugeleitet.

[21] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

12

Botschafter von Etzdorf, London, an Bundesminister Schröder

114-1/231/63 geheim
Fernschreiben Nr. 274

Aufgabe: 9. Januar 1963, 18.30 Uhr
Ankunft: 9. Januar 1963, 20.35 Uhr

Für Herrn Minister persönlich[1]

Betr.: Gespräch des Herrn Bundesministers mit Außenminister Lord Home in Chequers über die Konferenz von Nassau[2]

Am Mittag des 8. d.M. führte der Herr Bundesminister mit Lord Home in Chequers ein knapp einstündiges Gespräch über Ergebnis und Auswirkungen der britisch-amerikanischen Vereinbarung von Nassau. Weitere Teilnehmer, auf deutscher Seite: Staatssekretär Lahr, Botschafter von Etzdorf; auf britischer Seite: Mr. Heath, Sir Christopher Steel, Lord Hood.

Lord Home sagte einleitend, man beurteile britischerseits die Umstellung von Skybolt auf Polaris[3] positiv. Es handle sich um eine erprobte Rakete. Hätte man vor ein paar Jahren diese erfolgreiche Entwicklung vorausgesehen, so hätte man sich damals schon für Polaris entschieden. Die Schwierigkeit, U-Boote zu orten, erhöhe den Wert dieser Waffe, die damit zugleich die nukleare britische Abschreckung glaubwürdiger mache.

Der britisch-amerikanische Beitrag zu einer NATO-Atomstreitmacht solle demonstrieren, daß die NATO-Verteidigung unteilbar sei. Großbritannien denke daher auch nicht an ein NATO-Direktorat von zwei oder drei Mächten. Das große Problem liege darin, eine multilaterale politische Kontrolle innerhalb der Bündnisgemeinschaft zu entwickeln. Dies werde sehr schwierig sein. Es sei vor allem zu besorgen, daß die Abschreckung dem Gegner weniger glaubwürdig sei, wenn der Gegenschlag auf seinen Angriff von einer multinationalen Entscheidung abhänge.[4]

Ob Frankreich vom amerikanischen Angebot[5] Gebrauch machen wolle, sei offen. In Rambouillet[6] habe de Gaulle wenig Neigung gezeigt, die NATO-Strategie zu erörtern. Sein Widerstand gegen eine multinationale Atomstreitmacht der NATO gründe sich auf die französischen Zweifel an der Richtigkeit der forward strategy.

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[3] Sowohl die „Skybolt" als auch die „Polaris" waren Mittelstreckenraketen; bei ersterer handelte es sich um eine Luft-Boden-Rakete, während die von der amerikanischen Marine entwickelte „Polaris" auf U-Booten oder Schiffen stationiert werden sollte.

[4] Vgl. dazu Dok. 2, Anm. 5.

[5] Vgl. dazu Dok. 2, Anm. 4.

[6] Zu den Gesprächen des Premierministers Macmillan mit Staatspräsident de Gaulle am 15./16. Dezember 1962 in Rambouillet vgl. MACMILLAN, End of the Day, S. 345–355. Für das gemeinsame Kommuniqué vgl. LE MONDE, Nr. 5573 vom 18. Dezember 1962, S. 2; EUROPA-ARCHIV 1963, D 30.

Es werde gelegentlich angenommen, die Vereinigten Staaten versuchten, die Nuklearkraft der NATO-Allianz in ihrer Hand allein zu vereinen. Er, Lord Home, könne dazu nur sagen, daß der Präsident über die ungeheure Verantwortung, die zur Zeit bei den Vereinigten Staaten liege, beunruhigt sei und deshalb anstrebe, diese mit anderen Bündnispartnern zu teilen.

Der Herr Minister bedankte sich für die Ausführungen von Lord Home, die die Ergebnisse der Nassau-Konferenz ins richtige Licht gerückt hätten. Die Bundesregierung habe schon früh auf den Gedanken einer multilateralen Streitmacht der NATO positiv reagiert.[7] Wir hätten es deshalb bedauert, daß die amerikanischen Initiativen anläßlich der NATO-Konferenzen in Athen[8] und Paris[9] zunächst so geringe Unterstützung in der Allianz gefunden hatten.

Die entscheidende Frage sei nun, wie diese Atomstreitmacht organisiert werden solle. Hier ergebe sich für die Bundesregierung eine Reihe von Fragen. Welche Einheiten des SAC, der britischen Luftwaffe und der jetzt in Europa stationierten taktischen Atomstreitkräfte sollen auf Grund der Ziffer 6 der Nassau-Erklärung[10] der NATO künftig zugeteilt werden und welchem Kommando sollen sie unterstehen? Nach unserer Auffassung komme hierfür nur SACEUR in Betracht. Wie sollen die anderen NATO-Partner an den Entscheidungen über Dislozierung, Zielplanung und Einsatz der NATO zugeteilten Atomwaffen beteiligt werden? Wie ist insbesondere die Beteiligung der Bundesrepublik gedacht? Welche Vorstellungen bestehen über die gemäß Ziffer 8[11] aufzustellende multilaterale Streitmacht der NATO? Hier interessieren wiederum Fragen der Unterstellung, der Größenordnung, der von den NATO-Partnern einzubringenden Anteile und deren Verbindung miteinander[12] sowie

[7] Schon am 31. Oktober 1960 sprach sich Bundeskanzler Adenauer vor dem Internationalen Presseinstitut für die Schaffung einer gemeinsamen Nuklearstreitmacht der NATO aus. Vgl. BULLETIN 1960, S. 2005.

[8] Auf der Tagung des NATO-Ministerrats vom 4. bis 6. Mai 1962 in Athen boten die USA und Großbritannien ihren Bündnispartnern an, der NATO atomar ausgerüstete Einheiten zu unterstellen, Informationen über die militärisch-nukleare Planung zur Verfügung zu stellen und im Falle eines Atomwaffeneinsatzes größtmögliche Konsultation zu gewährleisten. Für das Kommuniqué der Tagung vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, D 298–300.

[9] Auf der Tagung des NATO-Ministerrats vom 16. bis 18. Dezember 1960 in Paris unterbreitete der amerikanische Außenminister Herter erstmals den Vorschlag, eine gemeinsame, atomar ausgerüstete NATO-Flotte aufzustellen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1961, D 15 f. Vgl. ferner GREWE, Rückblenden, S. 613.

[10] Nach Ziffer 6 war vorgesehen, „Teile der bereits vorhandenen Streitkräfte" der NATO zuzuordnen, darunter amerikanische strategische Streitkräfte, Teile der britischen Luftstreitkräfte sowie taktische Atomstreitkräfte. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 32.

[11] Ziffer 8 betraf die amerikanische und britische Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO. Die mit der „Polaris" ausgerüsteten britischen Streitkräfte sollten jedoch nur unter dem Vorbehalt eingebracht werden, daß dieses Kontingent zurückgezogen werden könnte, falls „höchste nationale Interessen auf dem Spiele" stünden. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 32.

[12] Das Nassau-Abkommen beinhaltete sowohl die von Großbritannien mit Blick auf den nationalen Vorbehalt befürwortete multinationale Konzeption als auch die von den USA angestrebte multilaterale Variante. Eine Streitmacht mit national einheitlich bemannten Schiffen oder U-Booten aus mehreren Staaten wurde als multinational, eine solche mit gemischten Besatzungen unterschiedlicher Nationalität auf den einzelnen Schiffen oder U-Booten als multilateral bezeichnet. Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, bemerkte hierzu am 14. Januar 1963 gegenüber Bundeskanzler Adenauer: Die „USA hätten eine einzige multilaterale Streitmacht, an der alle Partner gleichzeitig Anteil gehabt hätten, vorgezogen, doch habe man nicht

die Entscheidungen über Einsatz, Zielplanung usw. Welche Bedeutung hat der Vorbehalt gemäß Ziffer 8 Absatz 3 betr. die „höchsten nationalen Interessen Großbritanniens"? Gilt dieser für den Einsatz sowohl innerhalb als auch außerhalb des Ost-West-Konflikts? Ist die Planung gemäß MC 26/4 betr. die Zuteilung von MRBM an SACEUR durch die neuen Vereinbarungen überholt oder nicht?

Lord Home antwortete, daß Großbritannien bereit sei, Teile seiner Bomberflotte unverzüglich für Unterstellung an NATO freizugeben. Diese RAF-Einheiten sowie die taktischen Atomstreitkräfte und Teile der amerikanischen Luftstreitkräfte sollten einem geeigneten NATO-Kommando unterstellt werden; gegebenenfalls müßte man hierzu eine neue Kommandostelle schaffen. Die Nicht-Nuklearmächte der Allianz müßten soweit wie möglich an der Entscheidung über Zielplanung, Einsatz usw. der NATO-Atomwaffen beteiligt werden. Allerdings zeigten hier die USA aus Gründen der Geheimhaltung eine gewisse Reserve. Über die multinationale Streitmacht müsse man innerhalb der NATO noch ausführlich sprechen. Der unabhängige Einsatz der britischen Nuklearstreitmacht komme für den in hohem Maße unwahrscheinlichen Fall in Frage, daß Großbritannien außerhalb des NATO-Raumes von den Sowjets unter erpresserischen Druck gesetzt werde. Im übrigen sei zu erwarten, daß dann die Amerikaner auf britischer Seite stehen würden. Die vom Dokument MC 26/4 zugrunde liegende Idee sollte weiter verfolgt werden.

Der Herr Minister führte aus, die besondere Problematik der Bundesregierung ergebe sich aus unserer vorgeschobenen Position in Europa. Wir seien für eine Vorwärtsstrategie, eine hinreichende Ausstattung mit konventionellen Streitkräften und die Präsenz der atomaren Streitkräfte nahe genug am gefährdeten Bereich. Hieraus erkläre sich auch unser Interesse an einer Unterstellung unter SACEUR. Ob die Vereinbarung von Nassau für uns positiv zu bewerten sei, hänge davon ab, inwieweit diese deutsche Problematik bei ihrer Realisierung berücksichtigt werde. Wir hielten die Vereinbarung auf jeden Fall für besser als ein Fortbestehen der rivalisierenden nationalen atomaren Abschreckung. Im übrigen teilten wir die Ansicht de Gaulles über die Fragwürdigkeit der amerikanischen Garantien für Europa nicht. Hier seien auch die Lebensinteressen der USA unmittelbar berührt, was sich in der Anwesenheit von Hunderttausenden amerikanischer Truppen in vorderster Stellung dokumentiere.

Lord Home erwiderte abschließend, daß er die deutsche Auffassung sehr wohl verstehe. Es gebe allerdings noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden,

Fortsetzung Fußnote von Seite 40

umhingekonnt, den Briten im Hinblick auf ihre traditionelle Sonderstellung auch jetzt gewisse Sonderrechte einzuräumen." Vgl. den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vom 14. Januar 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 311; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. ferner den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 4. Januar 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8474; B 150, Aktenkopien 1963. Zur Diskussion in Nassau über die Konzeptionen vgl. BALL, The Past, S. 266 f.

und es sei wichtig, die Mitglieder der Allianz in allen Phasen der weiteren Diskussion und Planung heranzuziehen.[13]

[gez.] Etzdorf

Ministerbüro, VS-Bd. 8444

13

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 65/63 geheim **10. Januar 1963**[1]

Betr.: Deutsch-französische Zusammenarbeit

I. Der französische Botschafter[2] hat Ministerialdirektor Jansen am 7. Januar 1963 den beigefügten „Entwurf eines gemeinsamen Protokolls"[3] übergeben, das den Beratungen des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident de Gaulle am 21. und 22. Januar 1963[4] zugrunde gelegt werden soll.

Der Leiter der politischen Abteilung des französischen Außenministeriums, M. Lucet, wird am 11. und 12. Januar 1963[5] nach Bonn kommen, um sich mit Ministerialdirektor Jansen über den Entwurf abzustimmen. Ministerialdirektor Jansen soll für das Gespräch mit M. Lucet folgende Instruktion gegeben werden:

1) Zur Form der zu treffenden Vereinbarungen

Die Frage, ob Präsident de Gaulle und der Bundeskanzler einen gemeinsamen Text unterzeichnen sollten, wird hier noch geprüft. Wir werden dazu in den nächsten Tagen Stellung nehmen.

Begründung:
Zwischen den Franzosen und uns besteht Übereinstimmung darüber, daß beide Regierungen sich in bestimmten Fragen konsultieren wollen, bevor sie Entscheidungen treffen. Hierin liegt eine Bindung von erheblicher politischer Tragweite. Es könnte daher die Ansicht vertreten werden, daß die Absprache die politischen Beziehungen des Bundes regele und daher gemäß Art. 59 des GG[6] der Zustimmung der Gesetzgebenden Körperschaften des Bundes bedürfe. Diese Auffassung würde eine zusätzliche Stütze erfahren, wenn die Absprache unterschrieben würde.

[13] Vgl. weiter Dok. 20.

[1] Durchschlag als Konzept. Zweite Fassung der Aufzeichnung.
[2] Roland de Margerie.
[3] Vgl. dazu Dok. 6.
[4] Zur Elysée-Konferenz vgl. Dok. 37–39, Dok. 43 und Dok. 44.
[5] Vgl. dazu Dok. 18.
[6] Zu Artikel 59, Absatz 2 GG vgl. Dok. 6, Anm. 6.

Die Frage bedarf auf unserer Seite noch genauerer Prüfung.[7]

2) Im Vorspruch für die Vereinbarung sollte der letzte Satz wie folgt gefaßt werden:

Im Verfolg dieses Meinungsaustauschs schlagen die beiden Minister dem Präsidenten der französischen Republik und dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland vor, sich über die nachstehenden Richtlinien für die deutsch-französische Zusammenarbeit zu einigen.

3) Zu den organisatorischen Fragen ist folgender Standpunkt einzunehmen:

a) Zustimmung zu dem französischen Vorschlag, daß sich der französische Staatspräsident und der deutsche Bundeskanzler so oft es erforderlich ist, grundsätzlich mindestens zweimal jährlich, treffen.

b) Zustimmung zu den regelmäßigen Treffen der Außenminister.

c) Vorbereitung dieser Treffen durch die politischen Direktoren der Außenministerien.

d) Zusammenarbeit der leitenden Beamten der Außenministerien und der Leiter der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in dritten Ländern. Hier gehen wir noch über den französischen Text hinaus.

e) Zustimmung zu den regelmäßigen Zusammenkünften der Verteidigungsminister.

f) Zustimmung zu dem Zusammentreffen des französischen Erziehungsministers mit einer von deutscher Seite zu bestellenden Persönlichkeit, um die Ausführung des Programms der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zu verfolgen.

g) Zustimmung zu den regelmäßigen Treffen der Generalstabschefs oder ihrer Stellvertreter.

h) Zustimmung zu regelmäßigen Treffen des französischen Kommissars für Jugend- und Sportfragen mit dem Bundesminister für Familien- und Jugendfragen oder dessen Vertreter.

i) Grundsätzliche Zustimmung zu der Einrichtung einer interministeriellen Kommission in beiden Ländern, jedoch sollte nicht davon gesprochen werden, daß die Vorsitzenden dieser Kommissionen die zuständigen Dienststellen „anspornen" sollten. Die Aufgabe der Kommissionen sollte vielmehr wie folgt umschrieben werden:

„Die Aufgabe der Kommissionen besteht darin, das Vorgehen der einzelnen Ministerien zu koordinieren, in regelmäßigen Abständen einen Bericht über den Stand der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu erstatten und zweckmäßige Anregungen für die Ausführung des Programms der Zusammenarbeit und dessen etwaige Ausdehnung auf neue Gebiete zu geben."

[7] In einem Vermerk vom 10. Januar 1963 für Staatssekretär Carstens notierte Legationsrat Pfeffer, daß nach Ansicht des Leiters der Rechtsabteilung, von Haeften, die gegenwärtige Fassung der gemeinsamen Erklärung wahrscheinlich zustimmungsbedürftig sei. Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 386. Dazu auch Dok. 22.

4) Politische Konsultation

Hier handelt es sich um das Kernstück der Vereinbarung. Der jetzige französische Vorschlag lautet (II A 1 Satz 1):

„Die beiden Regierungen konsultieren sich vor jeder Entscheidung in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik und zunächst über die Fragen von gemeinsamem Interesse, um so weit wie möglich zu einer analogen Haltung zu gelangen."

Diese Fassung ist teils enger („wichtige" Fragen), teils weiter (alle wichtigen Fragen, nicht nur solche von gemeinsamem Interesse) als die beiderseitigen früheren Vorschläge. Auch wird zum erstenmal von dem Wunsch gesprochen, zu einer analogen Haltung zu gelangen.

Ich glaube, Zustimmung empfehlen zu sollen.

In der anschließenden Aufzählung der Materien sollten die Angelegenheiten des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses in einem besonderen Abschnitt erwähnt und nicht mit den Fragen des Europarates und der WEU in einem Abschnitt zusammengefaßt werden. Wir müssen auf die Konsultation in Fragen des Nordatlantischen Bündnisses unsererseits das größte Gewicht legen und haben daher ein dringendes Interesse daran, diesen Punkt hervorzuheben.

5) Zustimmung zu dem französischen Vorschlag betreffend Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Informationswesens, der Entwicklungshilfe und der übrigen wirtschaftspolitischen Sektoren.

6) Auf dem Gebiet der Verteidigung sollten wir an der sorgfältig erarbeiteten Formulierung unseres Memorandums vom 8. November 1962[8] festhalten. Dementsprechend sollte II B 1 des französischen Entwurfs folgende Fassung erhalten:

„Für eine wirksame Verteidigung sowohl im Hinblick auf die Abschreckung als auch auf den militärischen Erfolg ist eine einheitliche strategische Konzeption innerhalb der gesamten NATO unerläßlich. Die zuständigen Stellen beider Länder werden bestrebt sein, sie gemeinsam zu erarbeiten und sie im Interesse beider Länder im NATO-Rat gemeinsam zu vertreten."

7) Zustimmung zu dem Vorschlag über den Personalaustausch zwischen den Armeen und – vorbehaltlich des Einverständnisses des Bundesministeriums der Verteidigung – auch zu dem Vorschlag der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung.

8) Zustimmung zu dem Vorschlag über Zusammenarbeit auf dem Gebiete des zivilen Bevölkerungsschutzes, jedoch sollte dieser Abschnitt ein besonderes Hauptkapitel im Teil II werden.

9) Erziehungs- und Jugendfragen

Auch hier müssen wir uns an die Formulierungen unseres Memorandums halten, die mit den zuständigen Stellen abgestimmt sind. In der Sprachenfrage kann daher nur folgendes gesagt werden:

[8] Vgl. dazu Dok. 6, besonders Anm. 4.

„Es wird geprüft werden, ob es möglich ist, daß jeder Schüler an Höheren Schulen und Fachschulen in jedem der beiden Staaten praktisch die Möglichkeit erhält, als erste lebende Fremdsprache die Sprache des anderen Staates zu wählen. In einem ersten Zeitabschnitt wird eine Regelung angestrebt, nach der die französische Sprache an allen deutschen Höheren Schulen und Fachschulen gelehrt werden kann und umgekehrt."

II. Ministerialdirektor Jansen wird in einem Gespräch mit Lucet erklären, daß er zu seinen Vorschlägen die endgültige Zustimmung des Herrn Bundeskanzlers noch einholen müsse, und daß es daher möglicherweise notwendig sein könnte, daß beide Herren im Laufe der nächsten Woche noch einmal zusammentreffen.

III. Nach Abschluß des Gesprächs zwischen Herrn Jansen und M. Lucet sollte die Angelegenheit im Kabinett erörtert werden und die Zustimmung des Kabinetts zu den zu treffenden Vereinbarungen eingeholt werden.

IV. Der französischen Seite sollte ferner vorgeschlagen werden, daß der Bundeskanzler und Präsident de Gaulle am Schluß ihrer Konferenz eine gemeinsame Erklärung für die Öffentlichkeit abgeben. Der Entwurf einer solchen Erklärung[9] wird gleichfalls anliegend beigefügt.

Hiermit dem Herrn Minister mit dem Vorschlag der Weiterleitung an den Herrn Bundeskanzler[10] vorgelegt.

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

[9] Vgl. Dok. 7.

[10] Eine Ausfertigung der Aufzeichnung wurde an das Bundeskanzleramt weitergeleitet.

14

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer

708-82.00/92.19 **10. Januar 1963**[1]

Betr.: Reaktion der arabischen Staaten auf die Erklärungen des Herrn Bundestagspräsidenten über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel

Der Herr Bundestagspräsident, der Israel vom 19. bis 29. November 1962[2] besuchte, war der bisher prominenteste deutsche Politiker, welcher einer Einladung der israelischen Regierung Folge geleistet hat. Seine Reise und besonders seine Äußerungen zur Frage der Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel haben in den arabischen Staaten große Beunruhigung hervorgerufen und amtliche Demarchen ausgelöst. Nach seiner Rückkehr hatte der Herr Bundestagspräsident am 4. 12. erklärt[3], er werde mit Nachdruck die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel betreiben und auf einen festen Termin für diesen Schritt drängen.

Die zum überwiegenden Teil gelenkte arabische Presse einschließlich der Kairos hat diese Äußerung dank der Bemühungen amtlicher Stellen zwar bemerkenswert zurückhaltend aufgenommen. Nur einige Bagdader Blätter, davon eine der Regierung besonders nahestehende Zeitung, nahmen ausführlich Stellung[4] und befürworteten offen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur SBZ als Antwort auf einen entsprechenden Schritt der Bundesrepublik gegenüber Israel.

Die arabischen Regierungen haben es jedoch für richtig gehalten, ihren Protest in der Form von gleichlautenden Verbalnoten zur Kenntnis der Bundes-

[1] Die Aufzeichnung wurde am 10. Januar 1963 von Ministerialdirektor Krapf über Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder weitergeleitet. Carstens lag sie am 14., Schröder am 19. Januar vor. In einem beigefügten Vermerk äußerte Krapf: „Bei der Wichtigkeit der Frage erscheint es notwendig, über die nur als persönliche Ansicht geäußerte Stellungnahme des Herrn Bundespressechefs auf der Pressekonferenz vom 5.12.1962 hinaus den arabischen Missionen in gleichlautenden Antwortnoten zu bestätigen, daß eine Änderung der bisherigen Nah-Ost-Politik der Bundesregierung nicht beabsichtigt sei. Wieweit in Anbetracht des zunehmenden Druckes seitens aller Fraktionen des Parlaments zugunsten einer baldigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel das Kabinett einzuschalten wäre, kann seitens Abteilung 7 nicht beurteilt werden." Dazu bemerkte Carstens handschriftlich: „Ich rate davon dringend ab." Außerdem schlug Krapf vor, die Aufzeichnung Bundestagspräsident Gerstenmaier zur Kenntnis zu bringen. Dazu bemerkte Schröder handschriftlich: „Man sollte BT-Präs[identen] lieber mündlich unterrichten – nicht soviel Papier aus der Hand geben."

[2] Vgl. dazu VOGEL, Dialog I/1, S. 198–214; GERSTENMAIER, Streit und Friede, S. 489–496.

[3] Nach Abschluß seines Israel-Besuchs sprach sich Bundestagspräsident Gerstenmaier schon am 2. Dezember 1962 für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel aus. Vgl. VOGEL, Dialog I/1, S. 214; AdG 1962, S. 10272.

[4] Vgl. dazu den Bericht des Botschafters von Bargen, Bagdad, vom 8. Dezember 1962; Akten Dr. Voigt (Nahost-Dokumentation), VS-Bd. 68.

regierung zu bringen.[5] An dieser Aktion beteiligten sich alle arabischen Staaten einschließlich Iraks mit Ausnahme Kuwaits, mit dem wir keine diplomatischen Beziehungen unterhalten, des Jemens, der mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt ist, und Algeriens. Die Botschafter Saudiarabiens, Jordaniens und Tunesiens bekräftigten den Inhalt der Noten durch persönliche Vorsprachen beim Auswärtigen Amt.[6]

Die Noten stimmen textlich fast vollständig miteinander überein. Sie bringen die Besorgnis der arabischen Staaten über die „Haltung gewisser Kreise in der Bundesrepublik zum sogenannten Staat Israel" zum Ausdruck. Israel bedrohe unmittelbar die arabischen Staaten. Die Äußerungen des Herrn Bundestagspräsidenten, er sei entschlossen, auf die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Israel zu drängen, hätten daher in dem betreffenden arabischen Staat Sorge und bittere Gefühle gegenüber der Bundesrepublik hervorgerufen.

Bei aller Zurückhaltung versäumen die Noten es nicht zu erwähnen, die betreffenden Regierungen seien der Ansicht, daß die Bundesrepublik die Probleme der arabischen Staaten kenne, ebenso wie diese sich über die „vitalen Probleme Deutschlands" bewußt seien.

Diese Wendung dürfte die Tatsache umschreiben, daß die arabischen Staaten ihre Drohung aufrechterhalten, die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel mit der vollen völkerrechtlichen Anerkennung der SBZ zu beantworten.

Unsere Botschaften in Bagdad und Kairo bestätigen diese Befürchtung.[7] Die Botschaft Kairo weist zudem darauf hin, daß die Regierung der VAR möglicherweise darüber hinaus von sich aus die Beziehungen zur Bundesrepublik abbrechen, auf jeden Fall aber alles tun werde, um eine möglichst umfassende und allseitige Reaktion der arabischen Staaten herbeizuführen. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel könnte einen auch für Israel nicht willkommenen Anlaß für die Aktivierung der arabischen Solidarität liefern. Die Tatsache, daß ungeachtet der schweren Spannungen innerhalb des arabischen Lagers sich alle arabischen Staaten (außer Jemen und Algier) an der Protestaktion beteiligt haben, läßt erkennen, wie berechtigt diese Besorgnis ist.

Die Reaktion der arabischen Staaten auf die Erklärungen des Herrn Bundestagspräsidenten zeigt erneut, daß die arabischen Regierungen zwar darauf bedacht sind, ihr gutes und für sie einträgliches Verhältnis zur Bundesrepublik nicht durch Presse-Polemik und öffentliche Schritte zu stören, daß aber andererseits die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel aller Voraussicht nach einschneidende Folgen für das deutsch-arabische Verhältnis und

[5] Für die Noten vgl. Referat I B 4, Bd. 47.

[6] Zu den Demarchen des jordanischen und saudi-arabischen Botschafters am 18. bzw. 19. Dezember 1962 vgl. den Vermerk des Legationsrats Schlagintweit vom 21. Dezember 1962 und zur Demarche des tunesischen Botschafters am 21. Dezember 1962 die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Seydel vom 27. Dezember 1962; Referat I B 4, Bd. 47.

[7] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Weber, Kairo, vom 11. Dezember 1962; Referat L 4, VS-Bd. 6; B 150, Aktenkopien 1962. Vgl. weiter den Bericht des Botschafters von Bargen, Bagdad, vom 13. Dezember 1962; Akten Dr. Voigt (Nahost-Dokumentation), VS-Bd. 68.

damit auch für die Stellung der westlichen Welt in diesem Raum haben würde, insofern als die Mehrzahl der arabischen Staaten wahrscheinlich mit der Anerkennung der SBZ antworten würde.[8]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 319

15

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

700-84.01-37/63 geheim **10. Januar 1963**

Betr.: Bemühungen des SBZ-Regimes in der Anerkennungsfrage:
hier: Politische Kontaktversuche
Bezug: Aufzeichnung vom 11. Dezember 1962
700-81.10-1034/62 VS-vertraulich[1]

I. Eine der Auswirkungen der Kuba-Krise[2] ist, daß der Ostblock weniger als zuvor auf baldige Erfolge in der Berlin-Frage hoffen kann. Außerdem entwickelten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Zone in letzter Zeit derart katastrophal, daß sich die Zonenmachthaber veranlaßt sehen, zunächst Ordnung im eigenen Haus zu schaffen. Beide Vorgänge haben die Zonen-Regierung zu einer Überprüfung ihrer Deutschland-Politik veranlaßt, die ihren weithin sichtbaren Niederschlag in den bekannten Reden Ulbrichts in Cottbus[3] und Leipzig[4] (Anfang Dezember 1962) gefunden hat.

Diese Überprüfung, die also aus dem Zusammentreffen außen- und wirtschaftspolitischer Rückschläge zu erklären ist, hat freilich keine Umformulierung der Grundkonzeption der kommunistischen Deutschland-Politik zur Folge. Umgedacht wird nur hinsichtlich der Methoden. An die Stelle von Drohungen und Gewaltaktionen treten „diplomatische" Vorstöße, die dem gleichen Zweck dienen: Die Zone politisch aufzuwerten, Fortschritte in der Aner-

[8] Am 29. Januar 1963 unterrichtete Staatssekretär Carstens Bundestagspräsident Gerstenmaier über den Inhalt der Aufzeichnung von Schirmer. Carstens vermerkte dazu am selben Tag für Bundesminister Schröder: Gerstenmaier „erkannte das Gewicht der von mir vorgetragenen Argumente an, vertrat aber schließlich doch den Standpunkt, daß man auch andere Gesichtspunkte in Betracht ziehen müsse. Er werde sich weiter für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen einsetzen, ohne jedoch ein Datum zu nennen. Ich habe geantwortet, die Bundesregierung würde den arabischen Regierungen mitteilen, daß ihre Haltung in der Frage unverändert sei." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 319; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu weiter Dok. 36.

[1] Zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vgl. Abteilung 7 (AB-700), VS-Bd. 5; B 150, Aktenkopien 1962.

[2] Zur Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[3] Für den Wortlaut der Rede des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht am 2. Dezember 1962 auf einer Bezirksdelegiertenkonferenz der SED in Cottbus vgl. DzD IV/8, S. 1453–1457 (Auszug).

[4] Für den Wortlaut der Rede des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht am 9. Dezember 1962 in Leipzig vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 339 vom 10. Dezember 1962, S. 1 (Auszüge).

kennungsfrage zu erzielen und West-Berlin allmählich aus dem unmittelbaren Einflußbereich des Westens herauszulösen.

II. Der Wandel in der Methode zeigt sich am sichtbarsten in den in letzter Zeit verstärkten Versuchen Pankows, mit der Bundesregierung und mit dem Berliner Senat *politisch* ins Gespräch zu kommen. Als Beispiele sind anzuführen:

1) Verhandlungen zwischen der Landespostdirektion Berlin und der Bezirksdirektion Groß-Berlin (Ost)

Zwischen beiden Postdirektionen finden seit Sommer 1962 Besprechungen über technische Fragen des innerberliner Postaustausches statt. Bereits zu Beginn hatten die sowjetzonalen Gesprächspartner versucht, den Besprechungen einen politischen Charakter zu geben, indem sie sich als „Beauftragte des Ministers für Post- und Fernmeldewesen der DDR" bezeichneten. Im September 1962 unterbreiteten sie einen Entwurf[5] für die zu treffenden Vereinbarungen, nach dessen Präambel die Vereinbarungen den Postaustausch zwischen „der Postdirektion Westberlin und dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik, vertreten durch die Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Groß-Berlin" betreffen sollten. Die Landespostdirektion Berlin ist hierauf nicht eingegangen.

Nach der Kuba-Krise wurden die sowjetzonalen Bemühungen verstärkt. Am 12. November schaltete sich der sowjetzonale stellvertretende Minister für Post- und Fernmeldewesen, Franke, ein und forderte in einem Schreiben[6] an die Landespostdirektion Berlin noch vor Weihnachten eine Klärung der Frage des Postverkehrs (und damit gleichzeitig eine Entscheidung über die Formulierung der Präambel). Auch dieser Vorstoß wurde zurückgewiesen, wobei allerdings zu bemerken ist, daß die Landespostdirektion ihre Antwort[7] bedauerlicherweise „An den Stellvertreter des Ministers usw." richtete; das Auswärtige Amt hat seine Bedenken hiergegen beim Bundespostministerium angemeldet.[8]

Für die weiteren Verhandlungen mit der Bezirkspostdirektion des Sowjetsektors (nächster Termin 19.1.) ist die Landespostdirektion Berlin angewiesen, auf der Ablehnung einer Einbeziehung des SBZ-Postministeriums zu beharren.

2) Ausweitung des Interzonenhandels

Im Zuge der Gespräche über eine Ausweitung des Interzonenhandels[9] übermittelte der sowjetzonale Unterhändler, Herr Behrendt, am 18. September dem Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Leopold, unter anderem den Vorschlag, auf der Ebene von Staatssekretären auch Gespräche über „eine politische Entspannung" zu führen. Während der Kuba-Krise, am 23. Oktober, spezifizierte Behrendt diesen Vorschlag dahin, daß die Zonen-

[5] Vgl. dazu das Schreiben des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen vom 15. September 1962 an das Auswärtige Amt; Referat II A 1, Bd. 185.

[6] Vgl. Referat II A 1, Bd. 185.

[7] Für das Schreiben vom 1. Dezember 1962 vgl. Referat II A 1, Bd. 185.

[8] Vgl. dazu das Schreiben des Legationsrats I. Klasse Löer vom 18. Dezember 1962; Referat II A 1, Bd. 185.

[9] Vgl. dazu bereits Dok. 3. Zu den Verhandlungen ab September 1962 vgl. auch VS-Bd. 8386 (III A 6); Abteilung 7 (AB-700), VS-Bd. 23.

regierung „bereit" sei, als Gegenleistung für wirtschaftliche Leistungen der Bundesregierung bei einem *formellen* Gespräch Leopolds mit dem stellvertretenden SBZ-„Außenminister" Wandel bestimmte politische Konzessionen (vor allem bezüglich unserer Forderung nach Eröffnung des Personenverkehrs von West- nach Ost-Berlin und nach verstärkter Familienzusammenführung) bekannt zu geben, wobei Wandel gleichzeitig politische „Erwartungen" der Gegenseite mitteilen würde. Das Verlangen nach getrennter Behandlung der politischen Fragen wurde von uns abgelehnt. Am 5. und 18. Dezember wiederholte Herr Behrendt den Vorschlag, daß Herr Leopold über etwaige politische Konzessionen der SBZ ein getrenntes Gespräch mit Wandel führen solle; am 18. gab er überdies zu verstehen, daß etwaige Vereinbarungen über die zwei zur Erörterung stehenden Komplexe (Kredite und politische Erwartungen) in getrennten Dokumenten mit verschiedenen Unterschriften auf SBZ-Seite niedergelegt werden müßten. Herr Leopold ist instruiert, die Ablehnung getrennter Gespräche über die politischen Fragen aufrechtzuerhalten, aber keine Einwendungen dagegen zu erheben, daß Wandel an den Verhandlungen über unsere politischen „Erwartungen" teilnimmt.

3) Schreiben des stellvertretenden SBZ-„Außenministers" an den Regierenden Bürgermeister von Berlin

Am 19. Dezember 1962 richtete der Stellvertreter des SBZ-„Außenministers", König, ein Schreiben[10] an den Regierenden Bürgermeister Brandt, in dem direkte Verhandlungen zwischen Regierungsorganen der „Deutschen Demokratischen Republik" und dem Senat über „beide Seiten interessierende Fragen" vorgeschlagen wurden. Als sowjetzonalen Gesprächspartner „für eine erste Kontaktaufnahme" benannte König den Leiter der Rechtsabteilung des SBZ-Außenministeriums. Das Schreiben wird selbstverständlich nicht beantwortet werden. Der Regierende Bürgermeister erwog den Gedanken, daß Herr Leopold beauftragt werden sollte, seinem Gesprächspartner Behrendt gegenüber den Eingang des Schreibens zu bestätigen. Da hingegen erhebliche Bedenken am Platz waren, andererseits dem Berliner Wunsch im Rahmen des Tragbaren entgegengekommen werden sollte, wurde Herr Leopold angewiesen, Herrn Behrendt mitzuteilen, er sei auch zur Erörterung von innerberliner Angelegenheiten ermächtigt; Herr Leopold hat diese Weisung bei der letzten Zusammenkunft[11] ausgeführt.

III. Wir müssen damit rechnen, daß Pankow, ungeachtet des bisherigen Mißerfolgs, in der nächsten Zeit mit weiteren derartigen „Vorschlägen" aufwartet, um auf diesem Wege Einbrüche in unsere bisher konsequent verfolgte Politik der Nichtanerkennung zu erzielen. Daß größte Aufmerksamkeit am Platze ist, zeigt beispielsweise das bedenkliche Schreiben der Landespostdirektion Berlin an den stellvertretenden Postminister der Zone. Auch wenn die tatsächliche Bedeutung derartiger Vorgänge im Einzelfall recht gering sein mag, so sind sie jedenfalls geeignet, die Zonenmachthaber zu einer verstärkten Fortsetzung ihrer Bemühungen zu ermuntern. Vielleicht rechnen sie sich schon die von Leopold ausdrücklich erklärte Zustimmung zu einer Teilnahme Wan-

[10] Vgl. dazu Dok. 3, Anm. 3.

[11] Zum Treffen vom 8. Januar 1963 vgl. Dok. 3, Anm. 16.

dels an den Interzonenhandelsgesprächen als einen kleinen Teilerfolg[12] an. Auf jeden Fall haben wir davon auszugehen, daß die Aktionen Pankows zentral gesteuert und – unabhängig von der Bedeutung des einzelnen Komplexes – stets Ausdruck derselben politischen Zielsetzung sind.

Darüber hinaus ist im Auge zu behalten, daß die verschiedenen Erklärungen Ulbrichts und die in letzter Zeit häufig zu hörende Kritik von Zonenfunktionären am Stand der inneren, besonders der wirtschaftlichen, Lage der SBZ alles andere als ein Ausdruck des Gefühls eigener Stärke sind. Wir haben also weniger denn je Anlaß, Versuchen Pankows zur Herstellung von Kontakten auf politischer Ebene nachzugeben. Ein Entgegenkommen könnte nur dem Selbstgefühl des SBZ-Regimes unnötigen Auftrieb verleihen und Pankow zu einer erneut aggressiveren Haltung in der Berlinfrage ermuntern.[13]

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[14] dem Herrn Bundesminister[15] vorgelegt.

Krapf

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 44

16

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach

301-81-08-0/154/63 geheim **10. Januar 1963**[1]

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Stellvertretenden amerikanischen Außenminister George W. Ball am 14. d. M.[2]

Nach vorläufiger Prüfung der amerikanisch-britischen Erklärung über die Bildung einer NATO-Nuklearstreitmacht vom 21. Dezember v. J. („Nassau-Abkommen")[3] möchte Abteilung 3 hierzu folgendermaßen Stellung nehmen:

1) Positive Aspekte:

– Mit dem Nassau-Abkommen wollen die Amerikaner das bisher unabhängige kleine Nuklearpotential Englands und Frankreichs einfangen. Gegenüber

[12] Das Wort „Teilerfolg" wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Das wäre falsch."

[13] Vgl. auch Dok. 91.

[14] Hat Staatssekretär Carstens am 15. Januar 1963 vorgelegen.

[15] Hat Bundesminister Schröder am 16. Januar 1963 vorgelegen.

[1] Durchdruck.
Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Scheske konzipiert.

[2] Für eine Aufzeichnung über das Gespräch vgl. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/62. Vgl. dazu auch den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vom 14. Januar 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 311. Für Auszüge vgl. Dok. 2, Anm. 5, und Dok. 12, Anm. 12.

[3] Vgl. dazu Dok. 2, Anm. 2.

dem einheitlich gelenkten Militärpotential der Sowjets ist es für den Westen lebenswichtig, auch die eigene Verteidigung – vor allem auf dem Gebiet der Kernwaffen – einheitlich zu gestalten. Nur so wirkt das westliche Potential abschreckend. Wir unterstützen daher das von den Amerikanern verkündete Prinzip der „unteilbaren Verteidigung".

– Die NATO-Nuklearstreitmacht, an der die Amerikaner sich sogar mit Teilen ihres „Strategic Air Command" beteiligen wollen, das bisher von der NATO unabhängig war, bringt eine stärkere Verklammerung der Vereinigten Staaten mit Europa.

– Nach amerikanischen Erklärungen soll die geplante NATO-Nuklearstreitmacht auch die multilaterale schwimmende MRBM-Streitmacht umfassen, an der wir beteiligt sein werden und deren Aufstellung wir seit längerem gefordert haben. Durch diese Beteiligung können auch wir wie die übrigen Mitglieder bei dem Aufbau, der Kommandostruktur und der Zielauswahl der NATO-Nuklearstreitmacht gewichtig mitsprechen.

– Das Verteidigungspotential der NATO erfährt durch die vereinbarte Einbringung von Teilen des amerikanischen und britischen strategischen Potentials eine erhebliche Stärkung, ohne daß hieraus besondere Kosten für die übrigen NATO-Partner erwachsen.

2) Negative Aspekte:

– Die Planung nationaler – britischer und französischer – Komponenten gemäß Ziffer 8 der Nassau-Erklärung[4] als Teil der Nuklearstreitmacht könnte den Eindruck erwecken, als würden die Briten und Franzosen neben den Amerikanern bei der letzten Entscheidung über den Einsatz von Kernwaffen ein besonderes Mitspracherecht haben, das sie von den übrigen NATO-Partnern abhebt.

Diese auf die Möglichkeit eines „Dreier-Direktoriums"[5] zielende Befürchtung sollte nicht überbewertet werden. Im nuklearen Zeitalter, in dem die letzte Entscheidung unter Umständen in der letzten Minute gefällt werden muß, sind die Möglichkeiten für eine kollegiale Beschlußfassung begrenzt. Die Verantwortung wird in der Regel bei dem größten Partner liegen. (Dieser Mangel einer echten Mitentscheidung über den letzten Einsatz wird vermutlich die Franzosen davon abhalten, ihre „force de frappe"[6] in die NATO-Nuklearstreitmacht einzubringen.)

– Der in Ziffer 8 der Erklärung enthaltene Vorbehalt, die nationalen Elemente für „höchste nationale Interessen" der gemeinsamen Verteidigung zu entziehen und sie unter nationalem Kommando einzusetzen, könnte eine Schwächung der NATO-Verteidigung im entscheidenden Augenblick bedeuten.

[4] Vgl. dazu Dok. 12, Anm. 11.

[5] Zu einer solchen, von Staatspräsident de Gaulle erstmals 1958 vorgeschlagenen Konzeption vgl. Dok. 49, Anm. 8.

[6] Das französische Konzept einer eigenen Atomstreitmacht, der „force de frappe", wurde von Staatspräsident de Gaulle am 3. November 1959 in der französischen Militärakademie erläutert. Für den Wortlaut der Rede vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3, S. 125–129. Vgl. dazu auch Dok. 94.
Zu den französischen verteidigungspolitischen Vorstellungen vgl. weiter Dok. 21.

Man wird den Amerikanern jedoch darin zustimmen können, daß die praktische Bedeutung des Vorbehalts gering ist.[7]

3) Unklare Punkte:

Die Nassau-Erklärung enthält hinsichtlich der künftigen Gestaltung der NATO-Nuklearstreitmacht noch eine Reihe offener Fragen. Unser Interesse muß sich darauf konzentrieren zu prüfen, wie diese NATO-Nuklearstreitmacht sich auf die Verteidigung Europas auswirkt.

Die Frage, wem die NATO-Nuklearstreitmacht unterstellt werden soll, ist in dem Abkommen selbst nicht angesprochen. Wenn sie – was wir dringend anstreben – insgesamt SACEUR unterstellt wird, erfährt die Verteidigung Europas eine wesentliche Stärkung.

Wenn dagegen daran gedacht ist, für sie ein gesondertes selbständiges Nuklear-Kommando zu schaffen, würde dies schwerwiegende Nachteile bringen:

a) Entblößung SACEUR's von Teilen seines nuklearen Potentials,

b) Aufgabe des von Norstad[8] und uns verfolgten Ziels, Mittelstreckenraketen in den europäischen Bereich und unter Befehl von SACEUR zu bringen,

c) Gefahr einer Spaltung der einheitlichen Kommandoführung in einen nuklearen und „konventionellen" Strang. Verwirrung der Befehlsgebung, damit Schwächung der Verteidigung.

4) Folgerungen:

– Der Plan der NATO-Nuklearstreitmacht kann auch für uns eine positive Richtung nehmen, wenn wir tatkräftig und von Beginn an bei ihrem Aufbau mitwirken. Nur so können wir verhindern, daß die Entwicklung einen uns unerwünschten Verlauf nimmt. Eine tatkräftige Mitarbeit verstärkt auch unser Gewicht gegenüber England und Frankreich.
Die Amerikaner – die von uns eine Stärkung der Bundeswehr erwarten – werden die Wünsche ihres auf dem Festland wichtigsten Partners nicht übersehen können.

– Das gesamte Projekt erstreckt sich über einen langen Zeitraum. Es ist daher nicht notwendig, daß wir von Mr. Ball Antworten auf die letzten Fragen fordern. Zweierlei sollten wir herausstellen:
1. unsere Bereitschaft, an der multilateralen MRBM-Streitmacht und in allen Fragen der gesamten NATO-Nuklearstreitmacht mitzuwirken,
2. unsere Forderung, die NATO-Nuklearstreitmacht dem Befehl SACEUR's zu unterstellen, damit das Verteidigungspotential in Europa gestärkt und nicht geschwächt wird.

[7] Die USA hielten den britischen Vorbehalt für „praktisch unerheblich", da „gemeinsames Kommando und gemeinsame Zielverteilung eine so enge Verbindung" bewirken würden, „daß im Ernstfall eine Nicht-Kooperation unvorstellbar" sei. Vgl. den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 4. Januar 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8474; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Zu den Vorstellungen von General Norstad vgl. auch Dok. 2, Anm. 7.

5) Einzelfragen an Mr. Ball:

– Wie ist die Kommandostruktur der NATO-Nuklearstreitmacht gedacht? Wie die Einsatzregelung? (Wir schlagen als vorläufige Regelung die Anwendung der Athener „guidelines"[9] vor.)

– An welche sofort zuzuführenden Teile
des Strategic Air Commands,
des Bomber-Commands,
des SACEUR unterstehenden taktischen nuklearen Potentials
ist in Ziffer 6 der Erklärung[10] gedacht?

– Zu Ziffer 8 der Erklärung: Wie stark sind die hier genannten Streitkräfte (Zahl der U-Boote und Raketen)?

– In welchem Größenverhältnis stehen die gemäß Ziffer 6 und 8 zu bildenden „nationalen Komponenten" zu der multilateralen MRBM-Streitmacht?

– Wann soll mit dem Aufbau der multilateralen MRBM-Streitmacht begonnen werden?
Besteht noch die Absicht, sie mit 200 missile X[11] oder Polaris auszurüsten?
Welche Staaten werden sich hieran beteiligen?

– Ist mit dem Plan der NATO-Nuklearstreitmacht die Forderung SACEUR's nach 650 MRBM im europäischen Bereich erledigt?
Werden seine militärischen Ziele damit erfüllt?

6) Es wird vorgeschlagen, im Gespräch mit Mr. Ball eine positive Haltung einzunehmen, dabei aber die von uns als unverzichtbar angesehenen Elemente klar herauszustellen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Bundesminister mit der Anregung der Vorlage an den Bundeskanzler vorgelegt.

gez. Müller-Roschach

Ministerbüro, VS-Bd. 8474

[9] Die auf der Tagung des NATO-Ministerrats vom 4. bis 6. Mai 1962 in Athen verabschiedeten „guidelines" regelten das Konsultationsverfahren im Bündnis für den Einsatz von Atomwaffen. Vgl. den Drahterlaß des Legationsrats I. Klasse Scheske vom 10. Mai 1962 an die Botschaften in London, Paris und Washington; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 547.

[10] Vgl. dazu Dok. 12, Anm. 10.

[11] Bei „missile X" handelte es sich um Raketen im Erprobungsstadium.

17

Präsident Hallstein, EWG-Kommission, an Staatssekretär Carstens

11. Januar 1963[1]

Lieber Herr Carstens,

haben Sie vielen Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 8. Januar d.J.[2] wegen der institutionellen Probleme im Zusammenhang mit dem Beitritt Großbritanniens und eventuell weiterer Länder.

Ihre Hinweise sind mir von großem Wert, und sie entsprechen durchaus den Überlegungen, die ich auch meinerseits angestellt habe. Es hat allerdings, soweit die bisherigen Erörterungen im Kreise der Ständigen Vertreter erkennen lassen, den Anschein, als wenn nur wenig Aussicht bestünde, ein System zu finden, das auch der in Ihrem Schreiben unter b) formulierten Anforderung entsprechen würde. Im Prinzip gäbe es zwei Möglichkeiten, auch dieses Kriterium zu berücksichtigen. Man könnte das Niveau der bisherigen ⅔-Mehrheit[3] senken oder eine Ponderation wählen, die sehr erheblich von der derzeitigen Ponderation zwischen den Altmitgliedern abwiche. Beides dürfte indessen auf kaum überwindbare Hindernisse stoßen.

Das Prinzip der ⅔-Mehrheit ist von britischer Seite bereits anerkannt worden, und ich glaube, das ist ein Erfolg. Es wäre voraussichtlich nicht nur für das Vereinigte Königreich, sondern auch für eine Anzahl der derzeitigen Mitgliedstaaten unannehmbar, wenn man das Mehrheitsniveau senken wollte. Andererseits stehen einer allzu weitgehenden Verschiebung der Ponderation unter den Altmitgliedstaaten nicht nur verhandlungstaktische, sondern auch grundsätzliche Bedenken gegenüber. Es besteht meiner Ansicht nach keinerlei Aussicht dafür, daß die Benelux-Länder eine derartige Verschiebung akzeptieren könnten, und es wäre vielen Ländern gegenüber auch eine Art von venire contra factum proprium, wenn man sie nach einer jahrelangen besonders konstruktiven Zusammenarbeit vor die politisch ungeheuer schwierige Alternative stellen wollte, entweder den britischen Beitritt zu blockieren oder sich mit einer entscheidend geminderten Rolle in der erweiterten Gemeinschaft abzufinden[4].

[1] Das Schreiben wurde von Staatssekretär Carstens an Staatssekretär Lahr weitergeleitet, dem es am 17. Januar 1963 vorlag.

[2] Vgl. Dok. 8.

[3] Gemäß Artikel 148, Absatz 2 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 hatten bei Abstimmungen im Rat die Bundesrepublik, Frankreich und Italien je 4, Belgien und die Niederlande je 2 Stimmen und Luxemburg 1 Stimme. Weiter hieß es: „Beschlüsse kommen zustande, wenn dafür mindestens abgegeben werden: – zwölf Stimmen in den Fällen, in denen die Beschlüsse ... auf Vorschlag der Kommission zu fassen sind; – zwölf Stimmen, welche die Zustimmung von mindestens vier Mitgliedern umfassen, in allen anderen Fällen." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 862.

[4] Der Passus „ungeheuer schwierige Alternative ... Gemeinschaft abzufinden" wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Ich würde mich nicht scheuen, dies zu tun."

So haben die in den bisherigen Gesprächen gewonnenen Eindrücke und vorstehenden Überlegungen die Kommission veranlaßt, den Ständigen Vertretern wunschgemäß ein Arbeitsdokument zu übermitteln, in dem mehrere Alternativen dargestellt werden, die durchweg konservativer sind als es dem Kriterium zu b) entsprechen würde und unter denen die Kommission im übrigen in diesem Stadium der Diskussion nicht für die eine oder die andere definitiv optiert. Dieses den Ständigen Vertretern heute übermittelte Dokument füge ich Ihnen zu Ihrer Unterrichtung bei.[5] Ich glaube, daß es einigermaßen realistisch die Grenzen bezeichnet, bis zu denen man in der Praxis gehen kann.

Ich würde es dennoch nicht für einen Fehler halten, wenn man deutscherseits den Wunsch erkennen läßt, nach Möglichkeit noch weiterzugehen.[6] Ein solches Vorgehen könnte es erleichtern, schließlich zu der dritten der von der Kommission dargestellten Lösungen zu kommen, die mir als die weitaus günstigste erscheint.

Auch ich würde mich sehr freuen, Sie bald wiederzusehen, und bin inzwischen mit den besten Grüßen

Ihr Hallstein

Büro Staatssekretär, Bd. 383

18

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

200-80.11/40/63 geheim **12. Januar 1963**[1]

Betr.: Deutsch-französische Zusammenarbeit;
hier: Ergebnis der deutsch-französischen Besprechungen am 11./12. Januar 1963 in Bonn
Bezug: Aufzeichnung des Herrn St.S. I vom 10. Januar 1963 – St.S. – 61/63 geh. –[2]

Am 11./12. Januar 1963 fanden in Bonn zwischen dem Direktor der politischen Abteilung im französischen Außenministerium, M. Lucet, und dem Unterzeichneten die von den beiden Außenministern beschlossenen Besprechun-

[5] Dem Vorgang nicht beigefügt.

[6] Die Wörter „noch weiterzugehen" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung für Staatssekretär Lahr: „Wir sollten das m. E. tun."

[1] Durchdruck als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat Lang und Hilfsreferent Fischer konzipiert. Hat dem Vortragenden Legationsrat I. Klasse Voigt am 14. Januar 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. Dok. 13. (Die ursprüngliche Tagebuchnummer 61/63 wurde nachträglich geändert.)

gen[3] zur Vorbereitung der vom 21. bis 23. Januar 1963 in Paris vorgesehenen Konferenz[4] des Herrn Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten statt.

A. Grundlage der Besprechungen bildeten der von dem französischen Botschafter übergebene „Entwurf eines gemeinsamen Protokolls" und der von uns vorbereitete „Entwurf einer gemeinsamen Erklärung des Herrn Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten". Die französische Delegation übergab ferner den Entwurf einer übereinstimmenden Weisung an die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs in Drittstaaten und in internationalen Organisationen sowie Themenvorschläge für die Besprechungen der Außenminister und auf dem Gebiet der Jugendfragen.

I. Entwurf eines gemeinsamen Protokolls[5]

Die französische Delegation betonte, daß sie für die Einigung des Herrn Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten über die deutsch-französische Zusammenarbeit die Form eines Protokolls der Besprechungen vom 21. bis 23. Januar 1963 gewählt habe, weil diese ihr unter den gegebenen Umständen am zweckmäßigsten erscheine. Auf französischer Seite sei nicht an den Abschluß eines zu ratifizierenden völkerrechtlichen Vertrages oder eines förmlichen Regierungsabkommens gedacht. Ich habe erwidert, daß auf unserer Seite sowohl aus außenpolitischen Gründen als auch mit Rücksicht auf Art. 59 des GG[6] die gleichen Überlegungen bestünden.[7]

Die französische Delegation regte an, die bisherige Einleitung des Protokolls fallen zu lassen und statt dessen folgenden Einleitungssatz zu wählen:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Französischen Republik sind übereingekommen, die Entwicklung ihrer Zusammenarbeit in folgender Weise zu gestalten."

Ich habe demgegenüber folgenden Wortlaut vorgeschlagen, weil dieser mir noch besser unseren gemeinsamen Überlegungen zu entsprechen schien:

„... werden die Entwicklungen ihrer Zusammenarbeit in folgender Weise gestalten."

Die französische Delegation hat sich ihre endgültige Stellungnahme zu diesem Vorschlag vorbehalten.

Bei der Behandlung der einzelnen Abschnitte des Protokollentwurfs habe ich entsprechend der mir gegebenen Instruktionen unsere Abänderungs- und Ergänzungsvorschläge vorgetragen. Die Erörterung führte zu folgenden Ergebnissen:

[3] Der Beschluß wurde während des Treffens der Außenminister Couve de Murville und Schröder am 16./17. Dezember 1962 gefaßt. Vgl. dazu Dok. 6, Anm. 5. Vgl. ferner Dok. 25.

[4] Zur Elysée-Konferenz vgl. Dok. 37–39, Dok. 43 und Dok. 44.

[5] Vgl. dazu Dok. 6.

[6] Zu Artikel 59, Absatz 2 GG vgl. Dok. 6, Anm. 6.

[7] Zur Frage der Zustimmungsbedürftigkeit vgl. weiter Dok. 22.

1) Organisatorische Fragen

Es bestand Übereinstimmung über die vorgesehenen regelmäßigen Zusammenkünfte des Herrn Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten sowie der Außenminister und über die übrigen in den beiden Memoranden[8] vorgeschlagenen Treffen. Die französische Delegation akzeptierte unseren Vorschlag, die Konsultation der diplomatischen Vertretungen beider Staaten auch auf die Konsulate und die ständigen Vertretungen beider Länder bei den internationalen Organisationen auszudehnen. Sie erklärte sich ferner mit der von uns vorgeschlagenen Abgrenzung des Aufgabenbereichs der interministeriellen Kommissionen einverstanden. Hinsichtlich der Vorbereitung der Konferenzen der Außenminister bat sie darum, es aus innerorganisatorischen Gründen bei der von ihr vorgeschlagenen Beauftragung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Abteilungsleiter zu belassen, zumal es praktisch ohnehin die Aufgabe der zuständigen politischen Direktoren sein werde. Ich habe dem zugestimmt.

2) Politische Konsultation

Zu dem gegenüber den beiden Memoranden weitergehenden französischen Vorschlag, die Konsultation auf alle wichtigen Fragen der Außenpolitik zu erstrecken, habe ich mich grundsätzlich zustimmend geäußert. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir dabei seien, uns hierüber noch einmal Gedanken zu machen. In der anschließenden Aufzählung der Materien haben wir das französische Einverständnis erreicht, die Angelegenheiten der Nordatlantischen Vertragsorganisation gesondert von den Fragen der übrigen internationalen Organisationen zu erwähnen. Die französische Delegation stimmte auch der Hinzufügung der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen zu.

3) Verteidigung

Keine Einigung konnte erzielt werden über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strategie und der Rüstung. Die französische Delegation sah sich außerstande, dem von uns vorgeschlagenen Text zuzustimmen. Zur Begründung ihrer Haltung machte sie geltend, der von ihr vorgeschlagene Wortlaut sei so gewählt, daß er die strategische Zusammenarbeit in der NATO keineswegs ausschließe. Für den Bereich der Rüstung wies sie darauf hin, daß unser Vorschlag nicht die von französischer Seite gewünschte intensive Zusammenarbeit ermögliche. Unserem Vorschlage, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes völlig von der Verteidigung zu trennen, vermochte die französische Delegation unter Hinweis auf den inneren Zusammenhang dieser beiden Bereiche nicht zu folgen. Sie erklärte sich jedoch bereit, das Kapitel der Verteidigung in einen Abschnitt über die militärische und die zivile Verteidigung aufzuteilen.

4) Erziehungs- und Jugendfragen

Auch hier war es nicht möglich, sich hinsichtlich des Sprachunterrichts mit der französischen Delegation auf einen gemeinsamen Text zu einigen. Die französische Delegation erklärte, daß in Frankreich jeder Schüler der Höheren Schulen und Fachschulen Deutsch als erste lebende Fremdsprache wäh-

[8] Zum Memorandum vom 18. September 1962 bzw. vom 8. November 1962 vgl. Dok. 6, besonders Anm. 3 und 4.

len könne. Wenn man auch die Schwierigkeiten nicht verkenne, die sich aus der Kompetenzverteilung auf kulturellem Gebiet zwischen Bund und Ländern ergäben, so glaube man doch, daß es der Bundesregierung möglich sein sollte, einer entsprechenden Zielsetzung zuzustimmen. Die französische Delegation legte einen diesen Überlegungen folgenden Alternativvorschlag vor, der in den Entwurf ad referendum aufgenommen wurde.[9]

II. Entwurf einer gemeinsamen Erklärung[10]

Die französische Delegation stimmte unserem Vorschlag zu, daß zum Abschluß der Konferenz des Herrn Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht wird. Bei der Formulierung ergaben sich im Bereich der Verteidigung und des Sprachunterrichts die gleichen Meinungsverschiedenheiten wie schon bei der Formulierung der entsprechenden Stellen des Protokollentwurfs. Auch hier sind deshalb die verschiedenen Texte einander gegenübergestellt.[11]

Die französische Delegation behielt sich ferner ihre endgültige Stellungnahme zu der von uns vorgeschlagenen Erwähnung der politischen Union in der Präambel und zu der im Schlußabsatz der Erklärung zum Ausdruck gebrachten Absicht der beiden Regierungen vor, die übrigen EWG-Mitgliedstaaten über den allgemeinen Fortgang der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu unterrichten. Auf französischer Seite sei man zwar zu einer solchen Unterrichtung bereit, es erscheine ihr jedoch nicht notwendig, hierauf in der Erklärung besonders hinzuweisen.

III. Entwurf einer gemeinsamen Weisung

Der von der französischen Delegation übergebene Entwurf[12] einer gemeinsamen Weisung an die Vertreter der beiden Länder in Drittstaaten und in internationalen Organisationen entspricht in seiner Zielsetzung und seinem Inhalt grundsätzlich den Überlegungen, die auch wir schon angestellt haben. Der Inhalt wird im einzelnen indessen noch zu prüfen sein. Ich habe deshalb den Text zunächst nur entgegengenommen und werde nach Rücksprache mit den übrigen beteiligten Abteilungen des Hauses hierzu eine gesonderte Aufzeichnung vorlegen.

IV. Themenvorschläge für die Besprechungen der Außenminister und auf dem Gebiet der Jugendfragen

Zu den von der französischen Delegation vorgeschlagenen Themen[13] habe ich mir die deutsche Zustimmung vorbehalten. Hierzu wird, soweit erforderlich, noch eine Stellungnahme der übrigen Abteilungen des Hauses und des Bun-

9 Der auf der Grundlage des Gesprächs der Abteilungsleiter Jansen und Lucet am 12. Januar 1963 erstellte Entwurf eines gemeinsamen Protokolls enthält bei den strittigen Passagen Gegenüberstellungen des deutschen und französischen Texts. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 135; B 150, Aktenkopien 1963.

10 Vgl. dazu Dok. 7.

11 Für die aufgrund der Gespräche der Abteilungsleiter erstellte Neufassung vom 12. Januar 1963 vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 135; B 150, Aktenkopien 1963.

12 Für die französische Fassung vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 135.

13 Zur französischen Fassung und der deutschen Übersetzung der beiden Tagesordnungen vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 135.

desministeriums für Familien- und Jugendfragen sowie des Bundespresse- und Informationsamtes einzuholen sein. Eine Aufzeichnung hierzu werde ich gesondert vorlegen.[14]

B. Entsprechend der Instruktion habe ich abschließend erklärt, daß zu den erarbeiteten Texten noch die Zustimmung des Herrn Bundeskanzlers eingeholt werden müsse. Beiderseits wurde es für zweckmäßig gehalten, daß Ende der kommenden Woche noch eine Besprechung zwischen M. Lucet und mir stattfindet, um eine weitere Angleichung der Texte zu versuchen.[15] Herr Lucet bat, daß ich zu diesem Zweck Freitag, den 18. Januar 1963, nach Paris kommen möchte.[16]

C. Die Entwürfe eines gemeinsamen Protokolls, der gemeinsamen Erklärung, der übereinstimmenden Weisung und der Themenvorschläge für die Besprechungen der Außenminister und auf dem Gebiet der Jugendfragen sind in deutscher und französischer Sprache in der Anlage beigefügt. Eine Vorlage für die nächste Kabinettssitzung, die die Entwürfe des Protokolls und der gemeinsamen Erklärung enthält, wird vorbereitet.[17]

Die Abteilungen 3, 4, 5, 6, 7 und 8 haben Durchdruck der Aufzeichnung erhalten.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Minister mit dem Vorschlag vorgelegt, im Falle der Zustimmung die Aufzeichnung an den Herrn Bundeskanzler[18] weiterzuleiten.

Jansen[19]

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 135

[14] Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 14. Januar 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

[15] Ministerialdirektor Jansen schlug bereits am 15. Januar 1963 neue Formulierungen vor. Vgl. Dok. 26.

[16] Zur Zusammenkunft vom 19. Januar 1963 vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 20. Januar; Abteilung I, VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

[17] Vgl. dazu Dok. 25.

[18] Dem Bundeskanzleramt wurden zwei Ausfertigungen der Aufzeichnung zugeleitet.

[19] Paraphe vom 14. Januar 1963.

19

Botschafter Graf von Spreti, Havanna, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 11 **Aufgabe: 12. Januar 1963, 16.20 Uhr**
Citissime **Ankunft: 13. Januar 1963, 19.15 Uhr**

Auf Drahterlaß Nr. 10 vom 12.[1]

Aufzeichnung über Gespräch mit Außenminister Roa am 11. Januar:

Kurz nach 10.00 Uhr rief mich heute das Protokoll kubanischen Außenministeriums an mit der Bitte, ich möchte auf Wunsch Außenministers um 12.30 Uhr zu ihm kommen. Auf meine Frage, welches Thema behandelt werden solle in diesem vorgesehenen Gespräch, konnte mir keine Auskunft erteilt werden.

In Begleitung LR I Gracher begab ich mich zum gewünschten Zeitpunkt ins Außenministerium, wo Minister Roa mich nach kurzem Warten empfing. Er teilte mir in sehr klarer, jedoch freundlicher Form mit, daß er den Auftrag bekommen habe vom Präsidenten der Republik und Premierminister Fidel Castro, mir vor Veröffentlichung am Wochenende mitzuteilen, daß die Revolutionsregierung sich entschlossen habe, die Sowjetzone diplomatisch anzuerkennen.

Er stellte fest, daß es zwei deutsche Staaten gebe, und aufgrund Koexistenzbegriffes würden sie sich veranlaßt sehen, auch die Sowjetzone als gleichwertigen Staat zur Bundesrepublik zu akzeptieren. Er halte eine solche Anerkennung auch aus politischen Gründen für gerechtfertigt, da Ostdeutschland zu den kommunistischen Staaten zähle. Ich erwiderte ihm hierauf, daß ich diese Entscheidung außerordentlich bedauerte, da ich in meiner dreijährigen Tätigkeit alles Menschenmögliche getan hätte, um nicht nur die bestehenden Beziehungen aufrechtzuerhalten, sondern auch dieselben so freundschaftlich wie möglich zu vertiefen, daß ich aber vor meinem Weggang von Kuba noch dieses Ende erleben müsse, bedrücke[2] mich sehr.

Minister wollte ein gewisses menschliches Verständnis zeigen, doch hielt er diese Entscheidung, die er beauftragt sei, mir mitzuteilen, für logisch und hoffe, daß die Bundesrepublik die diplomatischen Beziehungen zu Kuba dennoch beibehalte. Hierauf stellte ich fest, daß sich wohl kubanische Regierung in dieser Annahme täusche, da die Bundesrepublik – wie auch heute durchgegebener Informationsfunk klar und eindeutig festgelegt habe – eine Anerkennung Pankows mit Abbruch diplomatischer Beziehungen beantworten

[1] Mit dem Drahterlaß nahm Staatssekretär Lahr Stellung zu einem Bericht des Botschafters von Spreti vom 11. Januar 1963 über die Absicht der kubanischen Regierung, die DDR anzuerkennen. Lahr antwortete am 12. Januar 1963, die Bundesregierung sei in einem solchen Fall entschlossen, die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Kuba abzubrechen. Frankreich solle dann als Schutzmacht die Interessen der Bundesrepublik vertreten. Vgl. Referat I B 2, Bd. 354.

[2] Korrigiert aus „beeindrucke".
Die Versetzung des Botschafters von Spreti nach Amman stand zu diesem Zeitpunkt bereits fest.

müsse[3], weil sie sich als Nachfolger des ehemaligen Deutschen Reiches fühle und daher auch das gesamte Deutschland verträte.

Minister Roa wies auf Tatsache hin, daß die wirtschaftlichen Beziehungen mit Bundesrepublik unbedeutend geworden seien. Auf meinen Einwand, daß eine Veröffentlichung der Ibero-America-Bank eine Erhöhung der deutschen Einfuhr aus Kuba im letzten Jahr verzeichnet habe[4], überging Minister auf seine Beauftragung hinweisend.

Ich stellte auch weiterhin fest, daß die Administration in der Sowjetzone, die ein Bestandteil aus der Okkupationszeit sei, kommunistisch sei, hingegen das Volk unter keinen Umständen. Volk sei vielleicht mehr sozialistisch eingestellt, doch lehne es Kommunismus ab.

Minister meinte hierzu, welche dokumentarischen Beweise ich hierfür habe, worauf ich auf die dauernden Fluchterscheinungen, die sich täglich ereignen unter Gewehrfeuer, hinwies, die genügend Beweis hierfür sein dürften.

Minister entgegnete, man könne Flucht Kubaner nach Miami nicht in diesem Sinne deuten, worauf ich erwiderte, daß zwar Vergleich eine gewisse Verwandtschaft habe, doch wäre ein großer Unterschied zwischen Flucht eines Staatsbürgers aus dem Lande – wie z. B. auch in Deutschland in der Hitlerzeit – und der Flucht eines deutschen Staatsbürgers im deutschen Staatsgebiet selbst von einem Verwaltungsgebiet ins andere. Das deutsche Volk, so fuhr ich fort, fühle sich einig – hüben wie drüben –, und dieses Einigkeitsgefühl sei trotz des föderalistischen Wachstums deutschen Staates heute viel größer als je zuvor durch die Flüchtlinge, die sich in allen Teilen Deutschlands bis in die kleinsten Dörfer befänden. Als Vergleich führte ich eine Teilung Kubas an, z. B. zwischen Provinz Oriente und übrigen Teil Insel, wobei ich darauf hinwies, daß man bei einer solchen Teilung auch nicht von zwei Staaten sprechen würde.

Auf meine Anregung hin, die Revolutionsregierung möchte doch noch einmal unter Berücksichtigung Tragweite den Entschluß überprüfen und evtl. eine

[3] Grundlage für diese Auffassung war die „Hallstein-Doktrin", die nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR entwickelt wurde. Um zu verdeutlichen, daß der Austausch diplomatischer Vertretungen mit der UdSSR, die offizielle Beziehungen zur DDR unterhielt, für die Bundesrepublik als Ausnahme infolge der sowjetischen Sonderstellung als ehemalige Besatzungsmacht zu gelten hätte, erklärte Bundeskanzler Adenauer am 22. September 1955 vor dem Bundestag: „Ich muß unzweideutig feststellen, daß die Bundesregierung auch künftig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der ‚DDR' durch dritte Staaten, mit denen sie offizielle Beziehungen unterhält, als einen unfreundlichen Akt ansehen würde, da er geeignet wäre, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen." Am 28. Juni 1956 bekräftigte Bundesminister von Brentano die Politik des Alleinvertretungsanspruchs für das gesamte deutsche Volk und fügte hinzu, die Bundesregierung müsse im Fall eines solchen unfreundlichen Akts ihre Beziehungen zu dem betreffenden Staat einer Überprüfung unterziehen. Vgl. dazu DzD III/1, S. 389, und DzD III/2, S. 513–516. Vgl. auch GREWE, Rückblenden, S. 251–262; GREWE, Deutsche Außenpolitik, S. 161–163.

[4] Während die deutschen Exporte nach Kuba 1962 stark zurückgingen, stiegen die Importe etwa um das Dreifache. Die Handelsbilanz der Bundesrepublik mit Kuba war damit zum erstenmal passiv. Insgesamt gesehen waren die Handelsbeziehungen jedoch unbedeutend. Vgl. dazu den Jahresbericht der Botschaft in Havanna vom 14. Januar 1963; Referat I B 2, Bd. 353. Vgl. auch Referat III B 4, Bd. 41.

Änderung ihres Beschlusses herbeiführen, meinte Minister, daß dieser Entschluß auf höchster Ebene gefaßt worden sei, und er hoffe auf ein Weiterbestehen der – wie er sich ausdrückte – guten Beziehungen Bundesrepublik zu Kuba. Um diesen guten Willen zu unterbauen, führte Minister Tatsache an, daß kubanische Regierung auf die scharfen Erklärungen Bundeskanzlers und Bundesregierung während Krisen[5] nicht reagiert habe, um Beziehungen nicht zu stören. Das gleiche gelte gegenüber anderen Staaten, die Mitglied der NATO sind.

Zum Abschluß Gespräches gab ich noch einmal mein äußerstes Bedauern zum Ausdruck, gab aber Minister zu verstehen, daß die Reaktion auf diese Entscheidung der kubanischen Regierung in Europa, in der Bundesrepublik[6] und auch bei Bevölkerung Ostzone unabsehbar sei. Herr Lösch, der hier als Vertreter geschäftlicher bzw. wirtschaftlicher Interessen sei, vertrete vielleicht seine Verwaltung und deren Geschäftsinteressen, aber nicht das Volk der Ostzone.

Ich verabschiedete mich in höflicher Form vom Außenminister.

[gez.] Spreti

Referat I B 2, Bd. 354

[5] Zur Haltung der Bundesregierung während der Kuba-Krise im Oktober 1962 vgl. DzD IV/8, S. 1198–1203, S. 1354 f. und S. 1364 f. Vgl. auch Dok. 1, Anm. 4.

[6] Am 14. Januar 1963 teilte die Bundesregierung in einer Verbalnote mit, die Anerkennung der DDR durch Kuba stelle „eine schwere Verletzung der lebenswichtigen Belange des deutschen Volkes dar". Man sei daher genötigt, die diplomatischen und konsularischen Beziehungen abzubrechen und die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Folgerungen zu ziehen. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1963, S. 69 f.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung vom 23. Januar 1963 über eine Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt zu den Auswirkungen des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen; Büro Staatssekretär, Bd. 391.

20

Aufzeichnung des Generalkonsuls von Schmoller

301–81–08–0/154I/63 geheim **12. Januar 1963**[1]

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Undersecretary Ball am 14. 1. 1963[2]

Bezug: 1) Drahtberichte der Vertretung bei NATO Nr. 21, 22, 24 und 28 vom 11. Januar 1963[3]
2) Aufzeichnung der Abteilung 3–301–81–08–0/154/63 geheim vom 10. 1. 1963[4]

I. In der gestrigen Sitzung des NATO-Rats entwickelte Mr. Ball den Plan der NATO-Nuklearstreitmacht.[5] Hieraus sind folgende Gedanken festzuhalten:

– Die nukleare Verteidigung Westeuropas und Nordamerikas ist voneinander abhängig und ist unteilbar. Die Sicherheit der Vereinigten Staaten erfordert die Verteidigung Europas.

– Die Amerikaner wünschen, daß die europäischen Länder im wachsenden Maße an der nuklearen Verteidigung teilnehmen.

– In der NATO-Nuklearstreitmacht soll das Hauptgewicht auf die *multilaterale* Komponente gelegt werden, an der jeder interessierte Mitgliedstaat – ob er über nukleare Waffen verfügt oder nicht – eine aktive Rolle übernehmen kann. (Multilaterale seegebundene MRBM-Streitmacht mit gemischten Schiffsbesatzungen.)[6]

– Die im Nassau-Abkommen[7] in der ersten Phase vorgesehene Zuteilung von Teilen des taktischen nuklearen Potentials in Europa soll hauptsächlich die vorhandenen Mittelstreckenraketen („Jupiter" und „Thor") und Teile der taktischen Luftwaffe umfassen, für die die Ziele bereits festgelegt sind. Hierdurch sind mehrere Mitgliedstaaten in der Lage, sich an der NATO-Nuklearstreitmacht zu beteiligen (Bemerkung: Für die Bundesrepublik käme eine Beteiligung mit nuklear ausgerüsteten Jagdbombern in Frage). Es sei nicht beabsichtigt, nukleare Gefechtsfeldwaffen den Befehlshabern zu entziehen und sie unter ein besonderes Kommando zu stellen.

– *Zur Kommandoregelung*: Die NATO-Nuklearstreitmacht, die über eine multilaterale und über nationale Komponenten verfügen wird, *sollte SACEUR unterstellt* werden. Jedoch sollte auch die Alternative geprüft werden, hierfür ein selbständiges nukleares Kommando zu schaffen.

[1] Durchdruck.
Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Scheske konzipiert.

[2] Vgl. dazu Dok. 16, Anm. 2.

[3] Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1344.

[4] Vgl. Dok. 16.

[5] Vgl. dazu bereits Dok. 2.

[6] Zu den verschiedenen Konzeptionen für eine NATO-Atomstreitmacht vgl. Dok. 12, Anm. 12.

[7] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

– Soweit ein Einsatz im *NATO-Gebiet* in Frage kommt, könnten die in Athen beschlossenen „guidelines"[8] angewendet werden.

Soweit Konflikte *außerhalb des NATO-Gebiets* in Frage kommen, sollte durch eine Intensivierung der politischen Zusammenarbeit in der NATO ein „politischer Konsensus" erreicht werden, der eine einheitliche Haltung der NATO auf weltweiter Basis sicherstellt. Die gegenseitige Abhängigkeit der NATO-Staaten reiche weit über das Gebiet der Atlantischen Gemeinschaft hinaus.

– Dieser Prozeß der weltweiten politischen Konsultation sollte so ausgebaut werden, daß das Problem des gesonderten nationalen Einsatzes (nach dem Vorbehalt der Ziffer 8 der Nassau-Erklärung[9]) sich niemals stellt. Allen Krisen, die in der Welt auftreten könnten, sollte – auch soweit der Gebrauch von Kernwaffen involviert ist – auf *gemeinschaftlicher* Basis begegnet werden.

– Die Beteiligung der nicht-nuklearen Mächte an Besitz und Kontrolle der nuklearen Waffen sei entscheidend für die gemeinsame Verteidigung.

– Die Amerikaner seien bereit, das *strategische Konzept,* in dessen Rahmen die NATO-Nuklearstreitmacht eingesetzt wird, offen zu diskutieren. Sie sehen die Bedeutung des neuen Plans in der engen Verklammerung des amerikanischen und britischen strategischen Potentials mit der gesamten Allianz.

– Im Sinne einer *ausgewogenen Verteidigung* – weil nicht alle Aufgaben allein mit nuklearen Waffen gelöst werden können – müßten die konventionellen Streitkräfte in Einklang mit den militärischen Forderungen gebracht werden. Es sei unklug, die NATO-Nuklearstreitmacht auf Kosten adäquater konventioneller Streitkräfte zu schaffen.

– *Zur Prozedur* schlug Mr. Ball vor, die Diskussion im Rat möglichst bald aufzunehmen und verschiedene Studienkommissionen einzusetzen. Die amerikanische und die britische Regierung seien bereit, sachdienliche Empfehlungen dem Rat zu unterbreiten. Mr. Ball hofft, daß der Rat bereits auf der Ministertagung in Ottawa im Mai d. J.[10] in der Lage ist, weitere Schritte zur Errichtung der NATO-Nuklearstreitmacht einschließlich der multilateralen Komponente zu unternehmen.

II. Generalsekretär Stikker begrüßte die britisch-amerikanische Initiative von Nassau und gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß das Nassau-Abkommen kein „geschlossen anzunehmendes Paket" sei, sondern eher ein Ausgangspunkt für weitere Diskussionen. Zum weiteren Verfahren schlug er vor, einen Sonderausschuß zu bilden, der aus den NATO-Botschaftern der Länder bestehen sollte, die daran teilzunehmen wünschen. Dieser Ausschuß solle der Reihe nach folgende Fragen diskutieren:

– Prüfung des Problems, wie die Vorschläge von Nassau in ein Abkommen im NATO-Rahmen verwandelt werden können;

– weitere Beratung des MRBM-Problems und des Projekts einer seegebundenen MRBM-Streitmacht der NATO;

[8] Zu den Athener „guidelines" vom Mai 1962 vgl. Dok. 16, Anm. 9.

[9] Vgl. dazu Dok. 12, Anm. 11.

[10] Zur Konferenz des NATO-Ministerrats vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa vgl. Dok. 190.

– Prüfung des Bedarfs an taktischen Nuklearwaffen zur Einfügung in eine NATO-Nuklearstreitmacht.

Stikker rechnet noch nicht mit konkreten Ergebnissen bis zur nächsten Ministerkonferenz der NATO in Ottawa. Er will in Kürze Vorschläge unterbreiten, um die Fragen des strategischen Konzepts und der Rolle der konventionellen Streitkräfte in die Beratungen einzubeziehen. Die Diskussionen würden möglicherweise zu einer Verfeinerung der Athener „guidelines" führen.

III. Der britische NATO-Botschafter[11] führte zur Begründung des Vorbehalts des nationalen Einsatzes der britischen Polaris-U-Boote folgendes aus:

– Das Prinzip der nationalen Unabhängigkeit sei mit dem der Interdependenz der gesamten Verteidigung nicht unvereinbar.

– Die nationale Komponente in der NATO-Nuklearstreitmacht könnte der gemeinsamen Verteidigung zur Verfügung stehen und zugleich in besonderen Fällen der politischen Autorität des eigenen Landes dienen (Bemerkung: Die Briten haben offenbar die Suez-Krise[12] in Erinnerung, in der sie unter der sowjetischen Raketendrohung zurückweichen mußten).

– Der britische Botschafter unterstrich, daß das Recht des nationalen Einsatzes nur in ganz außergewöhnlichen Umständen ausgeübt werden sollte. Er hoffe mit Mr. Ball, die politische Zusammenarbeit in der Allianz möge so eng werden, daß diese Fälle niemals eintreten könnten.

– Er versicherte, daß mit dem Nassau-Abkommen kein Versuch zur Errichtung irgendeines „Direktorats" verbunden sei. Für die Briten liege die Bedeutung des Abkommens in der engen Zusammenfassung des strategischen Potentials innerhalb der Allianz.

– Die Frage, ob die NATO-Nuklearstreitmacht SACEUR unterstellt oder hierfür ein besonderes Kommando gebildet werden soll, ließ der britische Vertreter offen.

IV. Von den übrigen NATO-Staaten nahmen die Vertreter folgender Staaten eine positive Haltung ein: Italien, Belgien, Niederlande, Griechenland. Die Vertreter Kanadas, Dänemarks und Norwegens erklärten sich bereit, an den weiteren Diskussionen teilzunehmen.

Der französische Botschafter[13] sah sich außerstande, zu diesem Zeitpunkt eine Stellungnahme abzugeben. Die höchsten Stellen seines Landes seien mit der Angelegenheit, die Frankreich in besonderer Weise angehe, befaßt.

Von keinem NATO-Staat wurde grundsätzliche Kritik am Nassau-Abkommen geäußert. Eine gewisse Reserve war – abgesehen von den Franzosen – nur bei den Norwegern und Dänen zu spüren.

[11] Evelyn Shuckburgh.

[12] Die Suez-Krise wurde infolge der Verstaatlichung des Suezkanals durch die ägyptische Regierung im Juli 1956 ausgelöst. Großbritannien und Frankreich griffen Anfang November 1956 in die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Israel und Ägypten ein, sahen sich aber durch den Druck sowohl der USA als auch besonders der UdSSR, die die Möglichkeit eines Einsatzes ihrer Raketen andeutete, zum Rückzug gezwungen.

[13] Francois Seydoux de Clausonne.

Botschafter Grewe unterstrich in seiner Erklärung, daß wir eine multilaterale Lösung des Nuklearproblems sowohl politisch wie militärisch als sehr wünschenswert ansehen. Er betonte den deutschen Wunsch, die NATO-Nuklearstreitmacht unter das Kommando von SACEUR zu stellen und empfahl als vorläufige Kommandoregelung die Anwendung der Athener „guidelines".

Hiermit über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Bundesminister[14] mit der Anregung der Vorlage an den Herrn Bundeskanzler[15] vorgelegt.

gez. von Schmoller

Ministerbüro, VS-Bd. 8474

21

Gesandter Knoke, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 80 **Aufgabe: 14. Januar 1963, 21.30 Uhr**
Cito **Ankunft: 14. Januar 1963, 22.30 Uhr**

General de Gaulle behandelte in heutiger Pressekonferenz[1] folgende Fragen in nachstehender Reihenfolge:

Innere Lage Frankreichs
Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt
Nassau-Abkommen
Deutsch-französische Beziehungen
Abrüstungsfragen

Schriftlicher Text der Erklärungen de Gaulles liegt noch nicht vor. Nachstehende Analyse beruht auf persönlichen Eindrücken und Notizen Botschaftsmitglieds.

I. Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt

Größter Teil der Ausführungen war der Frage des britischen Beitritts zum Gemeinsamen Markt gewidmet, die de Gaulle selbst als die Kapitalfrage bezeichnete. De Gaulle ließ keine Zweifel daran, daß er einen britischen Beitritt zur EWG, jedenfalls zu den gegenwärtigen britischen Bedingungen, nicht für möglich hält. Seine Ausführungen zu diesem Punkt wirkten hart und kompromißlos. Ein diplomatischer Kollege bemerkte zu Mitarbeiter, de Gaulle hätte geradezu einen Grabgesang auf die Brüsseler Verhandlungen gesungen.[2]

[14] Hat Bundesminister Schröder am 12. Januar 1963 vorgelegen.

[15] Die Erstausfertigung der Aufzeichnung wurde an das Bundeskanzleramt weitergeleitet.

[1] Für den Wortlaut der Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. DE GAULLE, Discours et messages. Bd. 4, S. 61–79. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 87–94 (Auszug).

[2] Bereits am 5. Dezember 1962 stellte Ministerialdirektor Jansen in einer Aufzeichnung fest: „In

De Gaulle erklärte, in der Frage des britischen Beitritts zur EWG dürften keine Gefühle, sondern nur Tatsachen entscheiden. Es sei aber eine Tatsache, daß die Römischen Verträge[3] zwischen sechs Partnern geschlossen worden seien, die von Natur aufeinander angewiesen wären. Zwischen diesen Partnern gäbe es mehr Gemeinsamkeiten und Ergänzungen als Differenzen. Die sechs Partner hätten sozusagen den gleichen Schritt („ils ont du même pas"). Es gäbe auch zwischen ihnen keine politischen und keine Grenzstreitigkeiten. Auch hätte keiner der sechs Partner besondere Bindungen nach außen. Auch in Sicherheitsfragen seien sie solidarisch, da sie von der gleichen Gefahr bedroht seien. De Gaulle betonte sodann, daß die gemeinsame Landwirtschaftspolitik, auf die sich die Sechsergemeinschaft nach großen Schwierigkeiten vor einem Jahr geeinigt habe[4], gerade für Frankreich von besonderer Bedeutung sei.

Demgegenüber habe Großbritannien sich zunächst geweigert, der EWG beizutreten, hätte dann eine Freihandelszone gegründet[5] und auf die Sechsergemeinschaft einen Druck ausgeübt, um die Durchführung des Gemeinsamen Marktes zu verhindern. Jetzt beantragten die Engländer ihren Beitritt zur EWG[6] jedoch nach ihren eigenen Bedingungen. England sei ein Inselreich, seine Struktur sei von der der Sechsergemeinschaft grundverschieden. Die englischen Produktionssubventionen seien mit dem System der Sechsergemeinschaft unvereinbar. Man habe ursprünglich geglaubt, daß Großbritannien, als es eine Kandidatur für die EWG anmeldete, das System der Sechsergemeinschaft annehmen würde. Die entscheidende Frage sei, ob Großbritannien auf die Commonwealth-Präferenzen[7], auf die Produktionssubventionen

Fortsetzung Fußnote von Seite 67

Paris hatte ich auch eine längere Unterhaltung mit dem Gesandten Maillard, dem Vertreter des Quai d'Orsay am Elysée. Aus dem, was er zum Beitritt Englands zur EWG sagte, kann mit ziemlicher Sicherheit auf das geschlossen werden, was General de Gaulle zur Zeit zu dieser Frage denkt. Maillard äußerte sich dahin, daß per saldo der Beitritt Englands nicht wünschenswert sei. Er meinte, durch den Beitritt Großbritanniens zur EWG würden faktisch zwei Gemeinschaften in ihrer Existenz bedroht, denen für die ganze westliche Welt große Bedeutung zukomme. Diese Gemeinschaften sind die EWG selbst und das britische Commonwealth." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 130; B 150, Aktenkopien 1962.

3 Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

4 Am 14. Januar 1962 nahm der Ministerrat der EWG eine Reihe von Verordnungen für einzelne Erzeugnisse bzw. Erzeugnisgruppen an. Dabei handelte es sich u. a. um die Einführung gemeinsamer Marktordnungen für Getreide, Schweinefleisch, Eier, Geflügelfleisch, Obst und Gemüse, Wein sowie um eine Verordnung über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik. Diese Ausgangsverordnungen wurden am 4. April 1962 formell verabschiedet und traten am 21. April in Kraft, wurden allerdings nicht vor dem 30. Juli 1962 angewandt. Für den Wortlaut der Verordnungen vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1962, S. 933, S. 945, S. 953, S. 959, S. 965, S. 989 und S. 991. Vgl. auch BULLETIN DER EWG 2/1962, S. 12–28.
Zu den Verhandlungen im Januar 1962 vgl. auch LAHR, Zeuge, S. 353–355, und COUVE DE MURVILLE, Politique étrangère, S. 315–317.
Für eine Darstellung der gemeinsamen Agrarpolitik vgl. FÜNFTER GESAMTBERICHT (1962), S. 151–178, und SECHSTER GESAMTBERICHT (1963), S. 152–171.

5 Für den Wortlaut des Abkommens vom 4. Januar 1960 über die Errichtung der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA) vgl. EUROPA-ARCHIV 1960, D 41–60.

6 Zum britischen Aufnahmeantrag vom 10. August 1961 vgl. Dok. 8, Anm. 2.

7 Im gegenseitigen Handelsverkehr gewährten sich Großbritannien und die Commonwealth-Staa-

und auf die Sonderabmachungen mit den EFTA-Ländern verzichten könne. England müsse hierauf eine Antwort geben. Das Problem würde dadurch noch schwieriger, als nach Großbritannien auch eine Reihe anderer Staaten[8] in die EWG eintreten wollen. Dies würde das System der EWG völlig verändern, und ein anderer Gemeinsamer Markt würde entstehen, der dem jetzigen Gemeinsamen Markt der Sechsergemeinschaft kaum noch ähnlich sein würde, da alle diese anderen Staaten Sonderwünsche berücksichtigt wissen wollten. Diese Entwicklung würde schließlich zu einer „communauté atlantique colossale" unter amerikanischer Herrschaft führen, was für Frankreich unannehmbar sei. Vielleicht würde ja eines Tages Großbritannien sich selbst völlig ändern („transformer"). Dann könne man ihm die Türen öffnen. Vielleicht sei aber England im gegenwärtigen Stadium hierzu noch nicht bereit, was die so ewig lange Dauer der Brüsseler Verhandlungen[9] erkläre.

Nach diesen auf die Zuhörer sehr negativ wirkenden Ausführungen erklärte de Gaulle, daß vielleicht ein Assoziationsvertrag mit Großbritannien geschlossen werden könnte. Er erwähnte in diesem Zusammenhang, daß ja auch bilaterale Abkommen zwischen den Partnern der Sechsergemeinschaft und Großbritannien durchaus denkbar seien, so wie z. B. Frankreich und Großbritannien gerade vor einiger Zeit ein sehr positiv zu wertendes Abkommen über den gemeinsamen Bau eines Überschallflugzeuges geschlossen hätten. Abschließend fand de Gaulle sehr freundliche Worte für England, von dessen Mut und Entschlossenheit im letzten Weltkrieg das Schicksal der ganzen freien Welt und auch das Schicksal der Sowjetunion abhängig gewesen sei. Er sei auch überzeugt, daß England allmählich doch einen Weg zu Europa finden würde. Sein Freund Macmillan hätte schon die ersten Schritte auf diesem Weg getan, was ein mutiger Entschluß gewesen sei.

Holländische und britische Zuhörer der Pressekonferenz äußerten sich in Gesprächen zu Mitarbeitern sehr betroffen über die negative Einstellung de Gaulles und stellten die Frage, ob es nach diesen Erklärungen überhaupt noch Sinn habe, in Brüssel weiter zu verhandeln. Alles würde jetzt von der Haltung der Bundesregierung abhängen.

Finnischer Botschaftsrat[10] bemerkte, auf den gerade heute in Paris eingetroffenen schwedischen Ministerpräsidenten Erlander[11] müßten de Gaulles Erklärungen wie eine kalte Dusche wirken. Es sei nicht zu sehen, worüber Erlander, der doch im wesentlichen wegen der EWG-Fragen nach Paris gekommen sei, nach dieser Pressekonferenz hier noch sprechen wollte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 68

ten Präferenzzölle (Vorzugszölle), um den engeren Zusammenschluß des Commonwealth zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum zu bewirken.

8 Aufnahmeanträge lagen bereits von Irland (3. August 1961), Dänemark (10. August 1961) und Norwegen (28. Februar 1962) vor. Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 2.

9 Die Brüsseler Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG begannen im November 1961. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 1/1962, S. 36 f.

10 Jussi Mäkinen.

11 Zum Besuch vom 14. bis 16. Januar 1963 vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 34.

II. Nassau-Abkommen[12]

Auch zu diesem Punkt wirkte de Gaulle sehr negativ und ließ klar erkennen, daß Frankreich an einer Annahme des amerikanischen Polaris-Angebots und der Schaffung einer multilateralen Nuklearstreitmacht kein Interesse habe. Er betonte, er habe mehrfach klargestellt, daß Frankreich eine eigene nationale Verteidigung benötige. Sicher müsse man auch Verbündete haben, aber das dürfe nicht ausschließen, daß man eine freie Verfügungsbefugnis über seine Streitmacht haben müßte. Wenn man diese freie Verfügungsbefugnis auch nur zeitweilig aufgebe, liefe man Gefahr, sie vielleicht nie wieder zu gewinnen. Zur Vermeidung eines Nuklear-Konflikts müsse der Gegner jederzeit klar wissen, daß auch er bei einem atomaren Angriff vernichtet würde. Seitdem auch die Sowjetunion über Nuklearwaffen verfüge, mit denen sie das Gebiet der USA selbst bedrohe, sei der Schutz Europas durch die amerikanische Abschreckungswaffe auf den zweiten Platz gekommen. Hierfür sei die Kuba-Krise[13] auch ein gutes Beispiel. Heute könne niemand in der Welt mehr sagen, ob, wie und wo amerikanische Nuklearwaffen für eine europäische Verteidigung eingesetzt würden, und den europäischen Verteidigungserfordernissen könne eine ausschließlich amerikanische Waffe nicht entsprechen. Er sei sich klar, daß diese Worte in manchen amerikanischen Kreisen nicht günstig aufgenommen würden. Aber es sei halt natürlich, daß ein Monopolinhaber die Beibehaltung dieses Monopols stets für die beste Lösung ansähe. Es sei nicht einzusehen, warum ein Volk der wirklich wirksamen Waffen beraubt sein sollte, nur weil seine mächtigsten Gegner und seine mächtigsten Freunde über eine größere Anzahl dieser wirksamsten Waffen verfügten. Die Frage der Quantität sei jedoch bei der Nuklearstrategie gar nicht so wichtig, das hätte der letzte Weltkrieg bewiesen, wo zwei kleine Bomben genügt hätten, um Japan zur Kapitulation zu zwingen. Die Bombe, die Frankreich vorbereite, könnte Millionen und Abermillionen vernichten und würde daher doch auf die Entscheidung eines möglichen Angreifers Einfluß haben.

Zu dem amerikanischen Polaris-Angebot bemerkte de Gaulle, daß England hinsichtlich der atomaren U-Boote und der Sprengköpfe schon seit längerer Zeit über amerikanische Mithilfe („concours") verfüge. Eine derartige Hilfe („concours") hätten die Amerikaner jedoch Frankreich nicht angeboten. Allerdings hätte Frankreich sie auch nie erbeten. Polaris-Raketen ohne U-Boote und Sprengköpfe zu erwerben, sei sinnlos. Frankreich würde eines Tages auch über derartige U-Boote und Sprengköpfe verfügen. Aber man könne nicht wissen, was die Polaris selbst an diesem Tage noch wert sei. Die im Nassau-Abkommen vorgesehene Klausel, die es erlaube, die nationale Komponente einer multilateralen Nuklearstreitmacht beim Vorliegen höchster nationaler Interessen zurückzunehmen, sei irreal, denn bei der besonders engen Verzahnung auf dem Nukleargebiet könnte die Rücknahme nationaler Komponenten möglicherweise die ganze nukleare Organisation im entscheidenden Augenblick lähmen.

[12] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[13] Zur Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.

III. Deutsch-französische Beziehungen

Zu diesem Thema äußerte sich de Gaulle ausgesprochen positiv und freundschaftlich. Die deutsch-französische Zusammenarbeit gehöre zu den wichtigsten Elementen der Gestaltung der modernen Welt. Beide Völker, die sich so lange bekämpft hätten, hätten jetzt den gleichen Schwung, um eine dauerhafte Freundschaft zu begründen. „Germanen und Gallier" hätten jetzt endlich ihre Solidarität erkannt. Beide Völker seien den gleichen Gefahren ausgesetzt, hätten die gleichen Wirtschaftsinteressen und die gleiche kulturelle Ausstrahlung. De Gaulle erwähnte in besonders herzlicher Weise die Besuche des Herrn Bundespräsidenten[14] und des Herrn Bundeskanzlers[15] in Frankreich sowie seinen eigenen Besuch[16] in der Bundesrepublik, wo ihn der Empfang der Bevölkerung „bis ins Innerste seiner Seele gerührt habe". Das Hauptverdienst an dieser Politik käme dem Herrn Bundeskanzler zu, der sie von Anfang an vertreten und als notwendig erkannt hätte. Die deutsch-französische Zusammenarbeit solle in keiner Weise exklusiv sein, aber sie sei die Grundlage der europäischen Einigung und Sicherheit und werde vielleicht eines Tages auch dazu beitragen, daß sich zwischen Ost- und West-Europa ein Gleichgewicht ergebe. Der bevorstehende Besuch des Herrn Bundeskanzlers[17] würde dazu dienen, die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Politik, Wirtschaft, Kultur und Verteidigung noch enger zu gestalten. De Gaulle schloß diesen Teil seiner Ausführungen, indem er die deutsch-französische Zusammenarbeit als nützliches Beispiel auch für die Beziehungen mit anderen europäischen Staaten bezeichnete.

Auf die ihm sichtlich ärgerliche Frage eines kommunistischen Journalisten („Libération"), ob er damit einverstanden sei, daß die Bundesrepublik künftig auch Atomwaffen besäße, erwiderte de Gaulle, daß diese Frage allein die Bundesregierung etwas anginge, für die er keine Antwort erteilen könnte. In dieser Bemerkung wollten einige Zuhörer ein Anzeichen dafür sehen, daß de Gaulle einer Nuklearbewaffnung der Bundesrepublik nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehe.

IV. Abrüstung

De Gaulle erklärte, er könne nicht sehen, daß die Abrüstungsfrage irgendwelche Fortschritte mache. Auch in der Frage des *Atom-Teststopps*[18] drehe man sich seit Jahren nur im Kreise. Aber selbst wenn es zu einem Verzicht der großen Atommächte auf künftige Versuche käme, so behielten diese Mächte doch unbedingt ihre jetzigen gewaltigen Vorräte an Atomwaffen. Angesichts dieser Tatsache sei für Frankreich kein Anlaß gegeben, die Politik seiner eigenen

[14] Zum Staatsbesuch des Bundespräsidenten Lübke vom 20. bis 23. Juni 1961 in Frankreich vgl. BULLETIN 1961, S. 1085 f. und S. 1101 f.

[15] Zum Staatsbesuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 2. bis 8. Juli 1962 in Frankreich vgl. BULLETIN 1962, S. 1033, S. 1041 f., S. 1049 f. und S. 1057 f. Vgl. auch ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 158–174.

[16] Zum Staatsbesuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 4. bis 9. September 1962 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 6, Anm. 2.

[17] Vgl. dazu Dok. 37, Dok. 38, Dok. 43 und Dok. 44.

[18] Zu den Verhandlungen über ein Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 79, Anm. 2.

Force de frappe[19], deren Notwendigkeit er unter II. auseinandergesetzt habe, aufzugeben. Nur wenn die großen Atommächte sich zur Zerstörung ihrer eigenen Atomwaffen bereit erklärten, würde Frankreich einem derartigen Abkommen beitreten.

Diplomatische Kollegen und Journalisten äußerten zu dem außenpolitischen Teil der Pressekonferenz, de Gaulle hätte erkennen lassen, daß ihm ein Europa vorschwebe, das unter maßgeblichem französischem Einfluß als *3. Kraft* eine entscheidende Rolle zwischen den großen Machtblöcken spielen sollte.

V. Innere Lage Frankreichs

Am Eingang seiner Pressekonferenz sprach de Gaulle fast 20 Minuten über die inneren politischen und wirtschaftlichen Fragen Frankreichs. Er erging sich jedoch hierin nur in Allgemeinheiten, betonte die Wichtigkeit der vom Volk beschlossenen Verfassungsänderung hinsichtlich der künftigen Volkswahl des Staatspräsidenten[20] und die Bedeutung von sozialen Investitionen, wobei allerdings das Prinzip einer gesunden Wirtschaft gewährleistet bleiben müßte. De Gaulle erwähnte besonders den französischen 4-Jahres-Plan, der einen ständigen Fortschritt vorsähe und der auch durchgeführt werden würde, falls nicht größere dramatische Ereignisse dies verhinderten. Betont anerkennende und freundliche Worte fand de Gaulle für seinen ersten Premierminister Debré, der sich um die Stabilisierung der V. Republik große Verdienste erworben habe.

Eine Frage nach den französisch-algerischen Beziehungen ließ de Gaulle bezeichnenderweise unbeantwortet. In diesem Übergehen wurde von den Zuhörern ein Beweis dafür gesehen, daß die Algerienfrage für de Gaulle nur noch routinemäßiges Interesse hat.

[gez.] Knoke

Ministerbüro, Bd. 215

[19] Vgl. dazu Dok. 16, Anm. 6.

[20] Das Referendum über eine Verfassungsänderung wurde am 28. Oktober 1962 mit 12,8 gegen 7,9 Millionen Stimmen angenommen.

22

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften

D 5–19/63 geheim **14. Januar 1963**[1]

Betr.: Deutsch-französische Zusammenarbeit
Bezug: Besprechung bei dem Herrn Staatssekretär am 11. d. M.

Nach Ansicht der Abteilung 5 dürfte das Protokoll über deutsch-französische Zusammenarbeit, das zur Zeit vorbereitet wird, in seiner gegenwärtigen Fassung[2] gemäß Art. 59 Abs. 2 GG[3] der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften bedürfen, da es die politischen Beziehungen des Bundes regelt. Es sieht u. a. eine gegenseitige Konsultationsverpflichtung vor sowie regelmäßige Zusammenkünfte der Staats- bzw. Regierungschefs, der Außenminister, der leitenden Beamten der Außenministerien, der Armee- oder Verteidigungsminister, der Generalstabschefs und der für Jugendfragen zuständigen Regierungsmitglieder.

Die Zustimmungsbedürftigkeit könnte vermieden werden, wenn das Protokoll als Absichtserklärung gehalten würde.[4] Zu diesem Zweck wird vorgeschlagen,

1) den 1. Satz des Entwurfs wie folgt zu fassen:
„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Französischen Republik *haben ihre Absicht erklärt,* die Entwicklung ihrer Zusammenarbeit in folgender Weise zu gestalten",

2) in der Schlußfolgerung den 1. Satz zu streichen. (In jedem der beiden Staaten ergehen ...)

Eine derartige Absichtserklärung würde keine bindenden Verpflichtungen begründen und wäre daher nicht als „Vertrag" im Rechtssinne anzusehen. Insbesondere wäre eine zukünftige Bundesregierung nicht verpflichtet, die in dem Protokoll in Aussicht genommenen Richtlinien anzuwenden. Sollten jedoch beide Regierungen diese Richtlinien längere Zeit beachten, so könnte daraus eine stillschweigende Vereinbarung gefolgert werden. Selbst in diesem Fall würde aber jede Bundesregierung in der Lage sein, eine solche informelle Vereinbarung kurzfristig zu kündigen.

Die Wahrnehmung konsularischer Interessen in Drittstaaten, die deutscherseits vorgeschlagen werden soll (Ziff. 1a 1. Absatz S. 7 des Entwurfs der Abtei-

[1] Durchdruck für Ministerialdirektor Jansen.

[2] Vgl. dazu Dok. 18, Anm. 9.

[3] Für den Wortlaut vgl. Dok. 6, Anm. 6.

[4] In einer Aufzeichnung vom 16. Januar 1963 nahm Ministerialdirektor von Haeften auch zur vorgesehenen gemeinsamen Erklärung Stellung: „M. E. könnte auch diese gemeinsame Erklärung als ein Vertrag angesehen werden, der die politischen Beziehungen des Bundes regelt und daher gemäß Artikel 59 Abs. 2 GG zustimmungsbedürftig wäre. Es dürfte sich daher empfehlen, am Schluß der Präambel der gemeinsamen Erklärung die Worte ‚sind zu nachstehenden Schlußfolgerungen gelangt', die auf eine bindende Einigung schließen lassen, durch die Worte ‚haben folgende Maßnahmen in Aussicht genommen' zu ersetzen." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

lung 2 vom 7. d. M. – 200–80.11/22/63 geh.[5]), würde an sich nicht der Zustimmung des Bundestags unterliegen, denn Art. 1 des deutschen Konsulargesetzes[6] bestimmt, daß die Konsuln berufen sind, den deutschen Staatsangehörigen *und den Angehörigen anderer befreundeter Staaten* Rat und Beistand zu gewähren. Die Bundesregierung wäre daher gesetzlich ermächtigt, die deutschen Konsularbehörden anzuweisen, französischen Staatsangehörigen Schutz zu gewähren. Auch besteht seit langem die völkerrechtlich allgemein anerkannte Übung, daß ein Staat einen anderen Staat bitten kann, seine Interessen in einem dritten Staat wahrzunehmen.

Dennoch dürfte es sich empfehlen, diese Frage in einer besonderen, später abzuschließenden Vereinbarung, in der auch Einzelheiten festzulegen wären, zu regeln. Ein solches Verfahren würde ebenfalls dahin tendieren, daß dem Protokoll der Charakter eines Vertrages entzogen wird. Es darf daher angeregt werden, in das Protokoll nur etwa folgenden Absatz aufzunehmen:

„In einer später abzuschließenden deutsch-französischen Vereinbarung soll vorgesehen werden, daß die konsularischen Vertretungen in Drittstaaten für die Wahrnehmung der Interessen des anderen Landes zur Verfügung stehen, sofern nur eines der beiden Länder an dem betreffenden Ort vertreten ist."

Hiermit dem Herrn Staatssekretär weisungsgemäß vorgelegt.

von Haeften[7]

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136

[5] Vgl. Dok. 6, besonders Anm. 8; dazu auch Dok. 18, Anm. 12.

[6] Zum Konsulargesetz (Fassung vom 16. Dezember 1950) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949/50, S. 784 f.

[7] Paraphe.

23

Botschafter Groepper, Moskau, an Staatssekretär Carstens

114-1/322/63 geheim **Aufgabe: 14. Januar 1963, 11.30 Uhr**
Fernschreiben Nr. 28 **Ankunft: 14. Januar 1963, 10.50 Uhr**

Nur für Staatssekretär[1]
Auf Plurex Nr. 123 vom 11. 1. 1963[2]

Direktor Schulz von Phoenix-Rheinrohr aufsuchte mich gestern auf Veranlassung von Generaldirektor Mommsen, um mich über Standpunkt seiner Firma sowie von Mannesmann und Hoesch[3] zur Röhrenfrage und gleichzeitig über hier von ihm geführte Gespräche mit Präsidenten von Promsyrjoimport, Woltschkow, und Ersten Stellvertretenden Außenhandelsminister, Borissow, zu unterrichten. Aus Gespräch, in dem im übrigen zahlreiche auch dort wohl schon bekannte Einzelheiten erörtert wurden, hervorhebe ich folgende Punkte:

I. 1) Grundsätzlicher Standpunkt der Firmen Phoenix-Rheinrohr, Mannesmann und Hoesch

a) Firmen sind bereit, im Falle Ausfuhrverweigerung zu abgeschlossenen Lohnveredlungsgeschäften[4] entsprechende neue Lieferaufträge bis zur Gesamthöhe des im Warenabkommen vorgesehenen Globalkontingents[5] zu übernehmen. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß Bundesregierung nach Warenabkommen zur Erteilung der hierfür notwendigen Genehmigung verpflichtet sei.
b) Gegebenenfalls scheinen Firmen auch bereit zu sein, entsprechende Anlagen zur Herstellung geschweißter Großrohre in Sowjetunion zu errichten, falls sie keine Möglichkeit mehr sähen, in Zukunft selbst entsprechende Lieferungen durchzuführen. Hier enthalte die Ausfuhrliste C der Außenwirtschaftsverordnung[6] offensichtlich eine Lücke, und auch die NATO habe anscheinend dieses Loch bei ihrer Empfehlung[7] übersehen.
c) Nach Kenntnis der Firmen seien die 40-Zoll-Röhren des derzeitigen zur Diskussion stehenden Lohnveredlungsgeschäfts in Höhe von insgesamt

[1] Hat dem Persönlichen Referenten des Staatssekretärs Carstens, Pfeffer, am 14. Januar 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. VS-Bd. 8396 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Vgl. dazu bereits Dok. 9.

[4] Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 8.

[5] Für den Wortlaut des Abkommens mit der UdSSR vom 31. Dezember 1960 über den Waren- und Zahlungsverkehr vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 12 vom 18. Januar 1961, S. 1–3 (mit Warenlisten). Es sah in Liste B für das Jahr 1963 deutsche Lieferungen an Eisen- und Stahlwalzgut, einschließlich geschweißter Großrohre, im Gesamtwert von 210 Millionen DM vor.

[6] Für den Wortlaut der Außenwirtschaftsverordnung vom 22. August 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT, Teil I, S. 1381–1553. Bei der Liste C handelte es sich um die Internationale Kontrolliste für verschiedene Waren.

[7] Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 5.

202000 t (plus Option 40000 t) für Gasleitungen (Linie Buchara, Tscheljabinsk) bestimmt. Für Ölleitungen könnten sie in der derzeitigen Ausführung ohne Umarbeitung nicht verwandt werden und seien dafür überdies auch zu kostspielig. Somit scheide eine Verwendung der Rohre für die sogenannte „Freundschaftslinie"[8] aus.
d) Schulz räumte allerdings ein, daß die Sowjetunion ihre eigene Produktion im Rahmen ihrer Gesamtjahres-Kapazität von etwa 500000 t beliebig auf den einen oder anderen Zweig (Öl- oder Gasleitungen) umschalten könne, so daß, falls sie bei Ausbleiben vereinbarter ausländischer Lieferungen den Gasleitungen den Vorzug gäbe, die Pläne für die „Freundschaftslinie" praktisch doch ins Hintertreffen gerieten.
e) Nach Ansicht der Firmen würde Italien die vertraglich vereinbarte Lieferung für 1963 und 1964 (insgesamt 120000 t) durchführen[9], ebenso würde Schweden jedenfalls die ihm obliegende Lieferung von 40000 t[10] ausführen.

2) Nach Mitteilung von Schulz geht seine Reise sowie die der Vertreter von Mannesmann und Hoesch auf eine Empfehlung des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Köln, Gritschin, zurück. Gritschin habe ihnen erklärt, daß sowjetischerseits überlegt werde, die erteilten Lieferaufträge mit Rücksicht auf die in der Bundesrepublik entstandenen Schwierigkeiten zu annullieren. Falls den Firmen an der Aufrechterhaltung der Verträge gelegen sei, möchten sie Vertreter zur Berichterstattung nach Moskau entsenden.

3) Gespräche mit Woltschkow und Borissow

Während Woltschkow sich bei Darlegung des sowjetischen Standpunkts auf rechtliche und wirtschaftliche Gesichtspunkte beschränkt habe, habe Borissow unter Erwähnung des mit mir geführten Gesprächs[11] zu verstehen gegeben, daß Nichtausführung deutscherseits übernommener Lieferungen von den Sowjets als ein Politikum aufgefaßt werden würde. Die Sowjets würden sich dann „an die Öffentlichkeit" wenden, eine Äußerung, die Schulz als Ankündigung einer heftigen Pressekampagne, u. U. aber auch weiterreichender politischer Konsequenzen in der sowjetischen Politik uns gegenüber aufgefaßt hat.[12] Borissow hätte ferner auch wieder davon gesprochen, daß die Sowjetunion ihre Planung auf jeden Fall durchführen werde, da sie die Röhren auch anderweitig beschaffen könne.

4) Nach Mitteilung von Schulz hält sich zur Zeit bereits der Vertreter einer schwedischen Röhrenfirma in Moskau auf, mit dem Schulz sich noch gestern abend in Verbindung setzen wollte.

[8] Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 12.

[9] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Keller vom 11. Januar 1963; VS-Bd. 8396 (III A 6).

[10] Zur Frage schwedischer Röhrenlieferungen vgl. Dok. 11, Anm. 17. Vgl. ferner den Drahtbericht des Botschafters Werkmeister, Stockholm, vom 4. Februar 1963; Referat III A 6, Bd. 201.

[11] Zum Gespräch mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenhandelsminister am 18. Dezember 1962 vgl. den Drahtbericht des Botschafters Groepper vom 20. Dezember 1962; VS-Bd. 8395 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1962.

[12] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Legationsrats Pfeffer: „Töricht."

5) Herr Mommsen halte sich zur Zeit in Amerika auf, um auch dort über die Röhrenfrage zu sprechen.[13]

Ich habe mich während des Gesprächs, an dem auch Leiter der Wirtschaftsabteilung[14] teilnahm, rezeptiv verhalten und auf die Bitte von Schulz, ich möchte mich dafür verwenden, daß seine Firmen nicht vertragsbrüchig zu werden brauchen, geantwortet, daß ich von seinen Ausführungen mit Interesse Kenntnis genommen habe.[15]

II. Für den Fall, daß wir uns zur endgültigen Unterbindung der Röhrenlieferungen entschließen, erscheint es von größter Wichtigkeit, daß wir dafür eine wohlfundierte Rechtsbasis schaffen. Da (trotz der gegenteiligen sowjetischen Auffassung) das Lohnveredlungsgeschäft nicht unter das Warenabkommen fällt, kann die Verweigerung der Ausfuhrgenehmigung für die lohnveredelten Röhren nicht gegen das Abkommen verstoßen. Anders ist jedoch die Rechtslage, wenn auf Grund der Kontingente für 1963 direkte Liefergeschäfte mit den beteiligten Firmen abgeschlossen werden. Soweit hier durch unsere Gesetzgebung nur ein Ausfuhrverbot mit Genehmigungsvorbehalt erlassen ist, dürften wir auf Grund des Artikels 2 des Warenabkommens grundsätzlich zur Erteilung der Genehmigung verpflichtet sein.[16] Ein absolutes, jedoch auf den Ostblock begrenztes Ausfuhrverbot würde uns andererseits dem Diskriminierungseinwand nach Artikel 3 des Handelsabkommens[17] aussetzen. Diesem könnten wir dann wohl nur mit dem Gegeneinwand begegnen, daß durch die Lieferungen die Sicherheit der Bundesrepublik gefährdet sei (vgl. Drahtbericht Nr. 3 vom 2. 1.[18]). Ungleich vorteilhafter wäre unsere Position demgegenüber, wenn wir uns den Sowjets gegenüber auf ein für alle Länder gleichermaßen geltendes Ausfuhrverbot berufen könnten. Für den Fall, daß wir uns zur endgültigen Unterbindung der Röhrenlieferungen entschließen, wäre daher zu erwägen (sofern dies nach unserer Gesetzgebung möglich), ob nicht ein solches allgemeines Verbot zunächst für eine gewisse Übergangszeit erlassen werden könnte. Es brauchte nur solange in Geltung zu bleiben, bis Großröh-

[13] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 15. Januar 1963; VS-Bd. 8396 (III A 6).
Generaldirektor Mommsen, Phoenix-Rheinrohr AG, beurteilte den Besuch in den USA im Rückblick: „Ich habe nicht erwartet, bei diesem ersten Besuch gleich voll befriedigende Antworten zu erhalten. Ich glaube aber, daß insgesamt die Besprechungen dem Gesamtproblem gedient haben. Alle Herren ... zeigten sich außerordentlich interessiert und gaben Erklärungen ab, die zumindest zeigen, daß man sich über die Bedeutung des Problems der deutsch-amerikanischen Beziehungen bewußt ist." Vgl. das Schreiben von Mommsen vom 17. Januar 1963 an Staatssekretär Lahr und ferner das Schreiben vom 17. Januar 1963 an Staatssekretär Carstens; Referat III A 6, Bd. 201.

[14] Legationsrat I. Klasse Naupert.

[15] Für einen Bericht des Direktors Schulz, Phoenix-Rheinrohr AG, vom 1. Februar 1963 über sein Gespräch mit Botschafter Groepper in Moskau vgl. VS-Bd. 8396 (III A 6).

[16] Vgl. dazu Dok. 11, besonders Anm. 10.

[17] Artikel 3 des Abkommens mit der UdSSR vom 25. April 1958 über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt lautete: „Keiner der beiden Staaten wird für die Einfuhr aus dem Gebiet des anderen Staates oder für die Einfuhr dorthin irgendwelche Beschränkungen oder Verbote erlassen oder aufrechterhalten, die unter analogen Bedingungen nicht gegenüber allen anderen Staaten Anwendung finden." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1959, Teil II, S. 222.

[18] Vgl. VS-Bd. 8396 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

ren auf die COCOM-Liste[19] gesetzt sind. Nach Mitteilung von Schulz haben die beteiligten deutschen Firmen zur Zeit keine Aufträge aus dem übrigen Ausland vorliegen oder zu erwarten. Sie würden daher durch ein allgemeines Verbot praktisch nicht stärker betroffen werden.

III. Aus vertraulichen Mitteilungen hiesiger amerikanischer Botschaft ergibt sich, daß Amerikaner unserem Verhalten in dieser Angelegenheit allergrößte Bedeutung beimessen.[20] Wenn Bundesrepublik Röhren liefern würde, sei es nicht möglich, in Zukunft andere Länder, vor allem Japan[21] und Schweden, von gleichartigen Lieferungen zurückzuhalten. Damit würde das ganze Gebäude, dem die NATO-Empfehlung gegolten habe, in sich zusammenfallen. Es scheint mir daher sicher zu sein, daß wir im Falle einer Genehmigung weiterer Lieferungen mit einer schwerwiegenden Verstimmung der Amerikaner rechnen müssen.

Ich habe auch kaum einen Zweifel, daß die Sowjets bei Ausbleiben vereinbarter Lieferungen nicht in der Lage sein werden, die entsprechenden Aufträge anderweitig unterzubringen, und daß sie auch ihre Eigenproduktion über die bestehende derzeitige Gesamtkapazität hinaus in der nächsten Zeit wesentlich nicht erhöhen können. Sie werden dann also praktisch entweder in der Planung der Gasrohrleitungen oder aber der „Freundschaftslinie" erheblich zurückbleiben. Der erneute Hinweis Gritschins und Borissows auf anderweitige Deckungsmöglichkeiten hat meines Erachtens vorwiegend taktischen Charakter, indem hierdurch die deutschen Firmen selbst zur aktiven Unterstützung der sowjetischen Wünsche herangezogen werden sollen. Sowjets ist zweifellos bekannt, daß alle drei Firmen weitgehend auf Ostgeschäft eingestellt sind und bei Undurchführbarkeit der Lieferungen gegebenenfalls zu umfangreichen Betriebsstillegungen genötigt sein werden.[22] Ich könnte mir denken, daß die deutschen Firmenvertreter diesen Gesichtspunkt zur Illustrierung ihres eigenen Interesses an der Vertragserfüllung hier selbst ins Feld geführt haben.

Andererseits müssen wir darauf gefaßt sein, wie ich bereits in früheren Berichten betont habe, daß die Sowjets auf eine endgültige Versagung der Lieferungsgenehmigung mit aller Schärfe reagieren werden. Dabei glaube ich allerdings kaum, daß eine solche Versagung eine für uns nachteilige Auswirkung auf die sowjetische Politik in der Deutschland- und Berlin-Frage ausüben könnte; denn hier werden Sowjets ohnehin alle Möglichkeiten ausschöpfen, die sie ohne Eingehung eines Kriegsrisikos wahrnehmen können. Sie könnten und werden sich jedoch nach aller Voraussicht dazu veranlaßt sehen, in der

[19] Zur COCOM-Liste vgl. Dok. 11, Anm. 18.

[20] Dazu berichtete Botschafter Groepper am 15. Januar 1963: „Von amerikanischer Botschaft verlautet, daß Washington [die] Haltung [der] Bundesregierung in [der] Röhrenfrage als Test westlicher Solidarität für Eventualfallplanung Berlin ansieht. Dabei wird in gleicher Weise die Bedeutung der Röhrenlieferungen für forcierte Erweiterung sowjetischer Rüstungsindustrie, Vorbereitung möglichen konventionellen Krieges in möglichster Nähe Eisernen Vorhangs wie auch Integration der SBZ und anderer europäischer Satellitenstaaten unterstrichen." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438; B 150, Aktenkopien 1963.

[21] Zur Frage japanischer Röhrenlieferungen Dok. 11, Anm. 16.

[22] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Legationsrats Pfeffer: „Auf dieses Glatteis mußten sie dann geraten."

allgemeinen Handhabung der Beziehungen zu uns eine weitere Verschärfung eintreten zu lassen, ohne daß hier angesichts der nur vagen Andeutungen Borissows und der sich andererseits bietenden weiten Skala von Möglichkeiten konkrete Voraussagen im Augenblick gemacht werden können. Wenn wir uns daher zur endgültigen Unterbindung der Lieferungen entschließen, müssen wir uns auch auf derartige Eventualitäten einstellen. Umgekehrt können wir aber auch nicht damit rechnen, daß ein Entgegenkommen unsererseits in dieser Frage von den Sowjets politisch besonders honoriert werden wird; erfahrungsgemäß werden die Sowjets durch ein einlenkendes Verhalten des anderen Teils häufig sogar nur in ihrer eigenen unnachgiebigen Haltung bestärkt.[23]

[gez.] Groepper

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438

24

Runderlaß des Ministerialdirektors Jansen

204–82.21/94.12/49/63 geheim **14. Januar 1963**[1]

Der italienische Außenminister Piccioni, Generalsekretär Cattani und Botschafter Fornari, Leiter der Politischen Abteilung des italienischen Außenministeriums, haben am 12. Januar 1963 in Bonn eine eingehende Aussprache mit Bundeskanzler und Bundesminister über alle Deutschland und Italien z. Z. interessierenden Fragen gehabt.[2] Die Gespräche wurden sehr offen und in freundschaftlicher Atmosphäre geführt. Als Ergebnis des vielseitigen Gedankenaustausches konnte in zahlreichen Punkten eine weitgehende Übereinstimmung festgestellt werden.

Piccioni äußerte sich positiv zu dem amerikanisch-britischen Plan, eine multilaterale NATO-Nuklearstreitmacht zu errichten.[3] Er begrüßte das darin zum Ausdruck kommende Prinzip, für die nukleare Ausrüstung der Allianz eine *multilaterale* Lösung[4] zu suchen. Italien sei bereit, im Rahmen seiner Möglichkeiten als voll integriertes Mitglied an der NATO-Nuklearstreitmacht mitzuwirken. Es werde sich aber gegen jede Entwicklung wenden, die zu einer Diskriminierung der Mächte in der Allianz führe, welche nicht über Atomwaffen verfügten.

23 Vgl. dazu weiter Dok. 72.

1 Durchdruck.

2 Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 200 vom 14. Januar 1963 über ein Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem italienischen Außenminister Piccioni; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 144; B 150, Aktenkopien 1963.

3 Vgl. dazu Dok. 12 und Dok. 20.

4 Zu den unterschiedlichen Konzeptionen vgl. Dok. 12, Anm. 12.

Der Bundesminister brachte zum Ausdruck, daß die deutsche Haltung zu diesem Problem der italienischen ähnlich sei. Man solle die vorgeschlagene NATO-Nuklearstreitmacht im Zusammenhang mit der Entwicklung der strategischen Konzeption der NATO sehen, die einem Wandel unterworfen sei. Er unterstrich das deutsche Interesse daran, daß die NATO-Nuklearstreitmacht SACEUR unterstellt würde, damit sie sich voll zugunsten der Verteidigung Europas auswirken könne.[5]

Eingehend erörtert wurde der Fortgang der Brüsseler Großbritannien-Verhandlungen[6] und der Arbeiten an der politischen Union. Der Bundesminister und Staatssekretär Lahr berichteten über die deutsch-britischen Gespräche in Chequers[7] und die Besprechungen mit dem belgischen stellvertretenden Außenminister Fayat vom 10. Januar[8].

Die Gesprächspartner stimmten darin überein, daß der Schlüssel zum Erfolg der Brüsseler Verhandlungen in einer Lösung der Frage der Anpassung der britischen Landwirtschaft an die bereits geltende Ordnung der Landwirtschaft der Sechsergemeinschaft während der Übergangszeit liege. Unter Vermeidung von Prinzipienfragen sollten praktische Regelungen für jedes einzelne Produkt erarbeitet werden. Bei Anwendung dieses Verfahrens erscheine der Komplex lösbar.

Außenminister Piccioni betonte italienisches Interesse an baldigem positivem Ausgang Brüsseler Verhandlungen, auch deswegen, weil dadurch Voraussetzung für Weiterarbeit an politischer Union geschaffen würde. Europäische Gemeinschaften ständen nun einmal für Beitritt anderer europäischer Staaten offen; daher sollte man diesen nicht allzu sehr erschweren. Piccioni warnte – ohne, wie er ausdrücklich sagte, dramatisieren zu wollen – vor schädlichen politischen Auswirkungen eines Scheiterns der Verhandlungen, von denen auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Mitleidenschaft gezogen werden könne. Die befürchteten schädlichen Auswirkungen wurden nicht näher präzisiert.

Der Bundesminister betonte, daß er in Brüssel nunmehr eine konstruktive politische Phase unter Beschleunigung der Verhandlungen für geboten halte. Auch er hoffe, daß sich an die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien die politische Einigung Europas anschließen werde. Zum Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Verhandlungen über die politische Union erklärte der Bundesminister, die eigentlichen Impulse für die Verwirklichung der politischen Union würden wahrscheinlich erst mit dem vollzogenen britischen Beitritt einsetzen. Piccioni stimmte diesem Gedanken zu.

Über institutionelle Fragen und die Einbeziehung weiterer Staaten in die EWG fand ein eingehender und offener Gedankenaustausch in einer Sondersitzung zwischen Generalsekretär Cattani und Staatssekretär Lahr statt.

[5] Vgl. dazu Dok. 2 und Dok. 16.

[6] Vgl. dazu Dok. 31.

[7] Bundesminister Schröder führte vom 6. bis 8. Januar 1963 in Chequers Gespräche mit dem britischen Außenminister Lord Home über die MLF sowie mit Lordsiegelbewahrer Heath über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG. Vgl. dazu Dok. 12.

[8] Vgl. dazu Dok. 10, Anm. 7.

Im bilateralen Bereich standen die kulturellen Beziehungen im Vordergrund des Gespräches. Dabei wurde mit Nachdruck betont, daß der Kulturaustausch weiter intensiviert werden solle. Die Ende des Monats in Rom tagende deutsch-italienische Kulturkommission solle sich dieser Aufgabe in besonderer Weise annehmen. Ferner wird die hiesige italienische Botschaft mit dem Auswärtigen Amt das Gespräch über eine Erweiterung des kulturellen Austausches zwischen der Bundesrepublik und Italien fortführen.

Bundesminister nahm Gelegenheit, auf die im Laufe des vergangenen Jahres wiederholt festzustellende unfreundliche Stimmung in Italien Deutschland gegenüber hinzuweisen, die insbesondere in dem vor kurzem uraufgeführten Film „Die vier Tage von Neapel"[9] erkennbar werde. Er bat die italienische Regierung, wenn sie schon keine rechtlichen Möglichkeiten habe, die Herstellung und Aufführung derartiger Filme zu verhindern, sie doch wenigstens nicht materiell oder moralisch zu unterstützen.

Von italienischer Seite wurde auch das zur Zeit noch vor der Koblenzer Restitutions-Kammer schwebende Verfahren[10] angesprochen und die Bereitschaft erklärt, das Verfahren durch einen Vergleich zum Abschluß zu bringen, ohne daß hierzu konkrete Vorschläge gemacht wurden. Die Südtirolfrage wurde nur insofern gestreift, als die Vermutung ausgesprochen wurde, das „Kulturwerk Südtirol" lasse den Südtiroler Terrorgruppen finanzielle Unterstützungen zukommen. Unsererseits wurde eine erneute Prüfung dieser Frage zugesagt.

[gez.] Jansen

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 158

[9] Der Film, in dem Exekutionen durch die Wehrmacht im besetzten Neapel in Szene gesetzt wurden, wurde von verschiedenen öffentlichen Stellen in Italien begrüßt. Dies führte zu einer deutsch-italienischen Kontroverse, die auf publizistischer und diplomatischer Ebene ausgetragen wurde. Vgl. dazu DER SPIEGEL, Nr. 50 vom 12. Dezember 1962, S. 95–99.

[10] Zu den italienischen Entschädigungsansprüchen betreffend die Entfernung von Industriegütern durch deutsche Stellen in Italien während des Zweiten Weltkrieges vgl. Referat 204 (I A 3), Bd. 301.

25

Aufzeichnung des Referats 200

200–80.11/46/63 geheim **14. Januar 1963**[1]
Kabinettssache

Betr.: Deutsch-französische Zusammenarbeit

A. Anläßlich des Besuchs des französischen Staatspräsidenten, General Charles de Gaulle, in der Bundesrepublik im September 1962[2] stellten die deutschen und französischen Staatsmänner mit Genugtuung die ständige Weiterentwicklung der alle Bereiche umfassenden Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich im Laufe der letzten Jahre fest. Sie bekundeten ihren Willen, diese Entwicklung fortzusetzen und zu beschleunigen. In dem Abschlußkommuniqué[3] kündigten sie an, daß beide Regierungen praktische Maßnahmen ergreifen werden, um die Bande wirksam zu verstärken, die bereits auf zahlreichen Gebieten bestehen.

Mit dem Memorandum vom 19. September 1962[4] übermittelte die Regierung der Französischen Republik der Bundesregierung Vorschläge für die Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Die Vorschläge sehen eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen der Außenpolitik, der Verteidigung, des Erziehungswesens und der Jugendfragen vor.

Die Bundesregierung hat das Memorandum der französischen Regierung nach Prüfung durch die beteiligten Ministerien mit dem Memorandum vom 8. November 1962[5] beantwortet. Sie teilt darin die Auffassung der französischen Regierung, daß alle Anstrengungen unternommen werden sollten, um die deutsch-französische Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu fördern, auf denen dies möglich ist. Ohne zu allen Einzelvorschlägen bereits abschließend Stellung zu nehmen, hat sie den Grundgedanken des Memorandums zugestimmt.

Die Außenminister der deutschen und französischen Regierung haben die in den Memoranden enthaltenen Vorschläge auf ihrer Konferenz am 16./17. Dezember 1962 in Paris einer eingehenden Prüfung unterzogen.[6] Sie beauftragten die Leiter der politischen Abteilungen in den beiden Außenministerien, Ministerialdirektor Dr. Jansen und M. Lucet, für die vom 21. bis 23. Januar 1963 vorgesehene Konferenz des Herrn Bundeskanzlers und des französi-

[1] Hat Bundesminister Schröder am 16. Januar 1963 vorgelegen.
Eine weitere Ausfertigung der Aufzeichnung wurde zusammen mit dem letzten Entwurf des Protokolls bzw. der gemeinsamen Erklärung am 14. Januar 1963 von Staatssekretär Carstens an den Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, übersandt. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 135; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Vgl. dazu Dok. 6, Anm. 2.

[3] Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 9. September 1962 vgl. BULLETIN 1962, S. 1425.

[4] Vgl. dazu Dok. 6, Anm. 3.

[5] Vgl. dazu Dok. 6, Anm. 4.

[6] Vgl. dazu Dok. 6, Anm. 5.

schen Staatspräsidenten in Paris gemeinsam eine Zusammenfassung der Ergebnisse des bisherigen Meinungsaustausches vorzulegen.

B. Die Besprechungen zwischen Ministerialdirektor Dr. Jansen und M. Lucet fanden am 11. und 12. Januar 1963 in Bonn statt.[7] Ihre Grundlage bildeten der von dem französischen Außenministerium vorgeschlagene „Entwurf eines gemeinsamen Protokolls der Besprechungen vom 21. bis 23. Januar 1963 in Paris"[8] sowie der im Anschluß an diese Konferenz zu veröffentlichende „Entwurf einer gemeinsamen Erklärung des Herrn Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten"[9], den das Auswärtige Amt vorbereitet hatte. Im Verlaufe der Diskussion wurden die in der Anlage in deutscher und französischer Sprache beigefügten gemeinsamen Texte der beiden Entwürfe erarbeitet, nachdem von deutscher Seite eine Reihe von Abänderungs- und Ergänzungsvorschlägen zu dem Protokollentwurf vorgelegt worden waren. In den Fällen, in denen eine Einigung nicht herbeigeführt werden konnte, sind die Vorschläge der beiden Delegationen im Text einander gegenübergestellt.[10]

Im Folgenden wird der wesentliche Inhalt der beiden Entwürfe wiedergegeben, wobei zwischen den Vorschlägen, in denen Übereinstimmung bestand, und denen, in denen eine Einigung noch nicht erzielt werden konnte oder bei denen sich die französische Delegation ihre endgültige Stellungnahme vorbehalten hat, unterschieden wird.

I. Übereinstimmung bestand bei folgenden Vorschlägen:

1) Organisation

– Regelmäßige Zusammenkünfte zwischen dem Bundeskanzler und dem Präsidenten der Französischen Republik sowie zwischen den Außenministern, den Verteidigungsministern, den auf dem Gebiet des Erziehungswesens und für Jugendfragen verantwortlichen Ministern und den Generalstabschefs oder ihren Stellvertretern.

– Regelmäßige Zusammenkünfte zwischen den Beamten der an dieser Zusammenarbeit beteiligten Ministerien.

– Ständige Konsultationen zwischen den diplomatischen Vertretungen und den Konsulaten beider Länder in Drittstaaten sowie den ständigen Vertretungen bei internationalen Organisationen.

– Bildung einer interministeriellen Kommission in jedem Land, deren Aufgabe es ist, das Vorgehen der beteiligten Ministerien zu koordinieren, in regelmäßigen Abständen ihrer Regierung einen Bericht über den Stand der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu erstatten sowie zweckmäßige Anregungen für die Ausführung des Programms der Zusammenarbeit und dessen etwaige Ausdehnung auf neue Gebiete zu geben.

[7] Vgl. dazu Dok. 18.
[8] Vgl. dazu Dok. 6.
[9] Vgl. Dok. 7.
[10] Zu den neuen Entwürfen vom 12. Januar 1963 vgl. Dok. 18, Anm. 9 und 11.

2) Programm

– Auswärtige Angelegenheiten:
Beide Regierungen werden sich vor jeder Entscheidung in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik, vor allem in den Fragen von gemeinsamem Interesse, konsultieren, um so weit wie möglich zu einer analogen Haltung zu gelangen. Die Konsultation, die das Kernstück der Vereinbarung darstellt, wird sich u. a. auf die Probleme des europäischen Zusammenschlusses, die Ost-West-Beziehungen sowie auf die Angelegenheiten der Nordatlantikvertragsorganisation und der verschiedenen internationalen Organisationen erstrecken. Die beiden Regierungen werden ferner in den Bereichen des Informationswesens und der Entwicklungshilfe zusammenarbeiten; sie werden gemeinsam die Mittel und Wege prüfen, um ihre Zusammenarbeit auf anderen wichtigen Sektoren der Wirtschaftspolitik zu verstärken.

– Verteidigung:
Verstärkung des Personalaustausches zwischen den Armeen, u. a. zeitweilige Abordnung ganzer Einheiten; Errichtung deutsch-französischer Institute für operative Forschung.

– Zivile Verteidigung:
Beide Regierungen werden die Bedingungen prüfen, unter denen eine deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes hergestellt werden kann.

– Erziehungs- und Jugendfragen:
Gemeinsame Prüfung geeigneter Maßnahmen, um die Gleichwertigkeit der Schulzeiten, Prüfungen, Hochschultitel und -diplome zu gewährleisten; Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung; Verstärkung des Austausches zwischen der Jugend beider Länder.

II. Keine Übereinstimmung konnte in folgenden Fragen erzielt werden:

1) Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strategie und der Rüstung:
Der von deutscher Seite vorgelegte Text war zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Verteidigung abgestimmt worden. Die französische Delegation sah sich außerstande, ihm zuzustimmen. Zur Begründung ihrer Haltung wies sie darauf hin, daß der deutsche Text zu schwach sei und nicht der französischerseits angestrebten Intensität der Zusammenarbeit entspreche. Zu dem von ihr vorgeschlagenen Wortlaut für die Zusammenarbeit in strategischen und taktischen Fragen machte sie geltend, er sei so allgemein gehalten, daß er die strategische Zusammenarbeit in der NATO keineswegs ausschließe.

2) Sprachunterricht:
Die zurückhaltende Formulierung des deutschen Vorschlags erfolgte mit Rücksicht auf die Zuständigkeit der Länder und die bereits getroffenen Entscheidungen der Kultusminister zugunsten der englischen Sprache. Die französische Delegation bedauerte besonders den unverbindlichen Charakter unseres Vorschlags. Sie erklärte, daß in Frankreich jeder Schüler der Höheren Schulen und der Fachschulen Deutsch als erste lebende Fremdsprache wählen könne. Wenn die französische Regierung auch die Schwierigkeiten nicht

verkenne, die sich aus der Kompetenzverteilung auf kulturellem Gebiet zwischen Bund und Ländern ergäben, so glaube sie, daß es der Bundesregierung immerhin möglich sein sollte, einer entsprechenden Zielsetzung zuzustimmen. Die französische Delegation legte hierfür einen Alternativvorschlag vor, der in den Protokollentwurf ad referendum aufgenommen wurde.

III. Vorbehalt der französischen Delegation

1) Einleitung des Protokollentwurfs

Aus außenpolitischen Erwägungen und mit Rücksicht auf Artikel 59 GG[11] wurde von deutscher Seite folgender einleitender Satz für das Protokoll vorgeschlagen:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Französischen Republik werden die Entwicklung ihrer Zusammenarbeit in folgender Weise gestalten."

Die französische Delegation erklärte hierzu, daß nach Auffassung der französischen Regierung für die Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit weder ein zu ratifizierender völkerrechtlicher Vertrag noch ein förmliches Regierungsabkommen abgeschlossen werden soll. Man habe deshalb für die Einigung des Herrn Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten die Form eines Protokolls der Besprechungen vom 21. bis 23. Januar 1963 gewählt, weil diese unter den gegebenen Umständen am zweckmäßigsten erscheine. Als Einleitungssatz schlage die französische Delegation jedoch den folgenden Satz vor:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Französischen Republik sind übereingekommen, die Entwicklung ihrer Zusammenarbeit in folgender Weise zu gestalten."

2) Hinweis auf die Politische Union und die Unterrichtung der übrigen EWG-Mitgliedstaaten

Die französische Delegation möchte davon absehen, in der Präambel des Entwurfs der gemeinsamen Erklärung die europäische politische Union zu erwähnen. Sie hält es auch nicht für erforderlich, in dem Schlußsatz die Absicht beider Regierungen zum Ausdruck zu bringen, die übrigen EWG-Mitgliedstaaten über den allgemeinen Fortgang der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu unterrichten. Hierzu ist darauf hinzuweisen, daß die französische Regierung die Auffassung der Bundesregierung teilt, wonach die deutsch-französische Zusammenarbeit einen Modellfall der europäischen politischen Union darstellt. Sie ist grundsätzlich auch zur Unterrichtung der übrigen EWG-Mitgliedstaaten bereit.[12]

Referat L 1, VS-Bd. 46

[11] Zu Artikel 59, Absatz 2 GG vgl. Dok. 6, Anm. 6.

[12] Vgl. weiter Dok. 26.

26

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I A–200–80.11/50/63 geheim **15. Januar 1963**[1]

Betr.: Deutsch-französische Zusammenarbeit
Bezug: 1) Aufzeichnung der Abt. 2 vom 12. 1. 1963 – 200–80.11/40/63 geh.[2]
2) Kabinettsvorlage der Abt. 2 vom 12. 1. 1963 – 200–80.11/46/63 geh.[3]

Seit den Besprechungen, die zwischen dem Unterzeichneten und dem politischen Direktor im französischen Außenministerium, M. Lucet, am 11./12. Januar 1963 in Bonn geführt wurden, sind sowohl auf französischer wie auf deutscher Seite Überlegungen angestellt worden, in den kontroversen Fragen Kompromißformulierungen zu finden.

Im folgenden werden die Formulierungen vorgelegt:

1) Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strategie und der Rüstung

a) Strategie
Der Unterschied zwischen der deutschen und der französischen Fassung in dem Protokollentwurf sowie in dem Entwurf der Erklärung besteht darin, daß auf deutscher Seite eine strategische Zusammenarbeit nur im Rahmen eines einheitlichen strategischen NATO-Konzepts vorgesehen wird, während auf französischer Seite auch an eine bilaterale Zusammenarbeit gedacht zu sein scheint. Der französische Text schließt indessen die strategische Zusammenarbeit in der NATO keineswegs aus. Er könnte deshalb unter zwei Voraussetzungen von uns akzeptiert werden:
– wenn wir in unseren mündlichen Erklärungen deutlich machen, daß wir an der einheitlichen NATO-Konzeption unbedingt festhalten;
– wenn in der Formulierung die Zielsetzung, d. h. die Worte: „um zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen" herausgelassen werden.
Nur mit dieser Einschränkung werden wir dem französischen Text zustimmen können und in der Öffentlichkeit den Eindruck vermeiden, daß wir bereit seien, uns der französischen Auffassung anzuschließen.
Der neue Text, dem Herr Dr. Müller-Roschach zugestimmt hat, und der sowohl in den Protokollentwurf wie in den Entwurf der Erklärung aufgenommen werden sollte, würde demnach lauten:
Auf dem Gebiet der Strategie und der Taktik bemühen sich die zuständigen Stellen, ihre Auffassung einander anzunähern.[4]

b) Rüstung
Die deutschen und französischen Vorschläge unterscheiden sich dadurch, daß

[1] Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat Lang konzipiert.
[2] Vgl. Dok. 18.
[3] Vgl. Dok. 25. Die Kabinettsvorlage datiert vom 14. Januar 1963.
[4] Vertragsfassung vom 22. Januar 1963: „Auf dem Gebiet der Strategie und Taktik bemühen sich die zuständigen Stellen beider Länder, ihre Auffassungen einander anzunähern, um zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 708.

der deutsche Text nur die Möglichkeit einer Zusammenarbeit vorsieht, während man auf französischer Seite zu handfesteren Verpflichtungen kommen möchte. Die bereits bestehenden Bindungen der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Rüstung machen es für uns noch nicht möglich, dem französischen Wunsch nach einem Ausbau der gemeinsamen Herstellungsprogramme zu entsprechen. Wir könnten jedoch den deutschen Text positiver formulieren und darin unsere Absicht erklären, zu gemeinsamen Herstellungsprogrammen zu gelangen. Ein dementsprechender Text wurde gemeinsam mit Herrn Dr. Müller-Roschach formuliert. *Der neue Text,* der sowohl in den Protokollentwurf wie in den Entwurf der Erklärung aufgenommen werden sollte, lautet:
Auf dem Gebiet der Rüstung werden die beiden Regierungen auf der Grundlage der Forschungsvorhaben, die in beiden Ländern im Gange sind, und in der Hoffnung, eine Zusammenarbeit der auf diesem Gebiet tätigen Industrien zu fördern, bei den Untersuchungs- und Forschungsarbeiten auf staatlicher Ebene (Institut Saint Louis) zusammenzuwirken.
Die Möglichkeiten werden geprüft, um die Gemeinschaftsarbeit schon vom Stadium der Ausarbeitung der Rüstungsprogramme und der Vorbereitung der Haushaltspläne an zu organisieren; gemischte deutsch-französische Kommissionen unterbreiten auf Aufforderung der Verteidigungs- bzw. Armeeminister Vorschläge, die diese bei ihren dreidimensionalen Zusammenkünften prüfen. Diese Vorarbeiten sollten dem Ziel dienen, auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion gemeinsame Herstellungsprogramme auf längere Sicht zu ermöglichen.[5]

2) Sprachunterricht

Als *neue Kompromißformel* zwischen dem deutschen und dem französischen Vorschlag übermittelte die französische Regierung heute den folgenden Text: Es ist erwünscht, daß jeder Schüler an Höheren Schulen als erste lebende Fremdsprache die Sprache des anderen Landes wählen kann. Diese Wahl ist in Frankreich bereits möglich. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird sich bemühen, dieses Ziel ebenfalls in Verbindung mit den Länderregierungen zu erreichen, die für Maßnahmen auf dem Gebiet des Erziehungswesens zuständig sind. Um möglichst schnell zu praktischen Ergebnissen zu kommen, hat sich die Bundesregierung als erstes Ziel gesetzt, eine Regelung zu erlangen, die es ermöglicht, an allen Höheren Schulen und Fachschulen die französische Sprache zu erlernen.[6]

[5] Vertragsfassung vom 22. Januar 1963: „Auf dem Gebiet der Rüstung bemühen sich die beiden Regierungen, eine Gemeinschaftsarbeit vom Stadium der Ausarbeitung geeigneter Rüstungsvorhaben und der Vorbereitung der Finanzierungspläne an zu organisieren. Zu diesem Zweck untersuchen gemischte Kommissionen die von beiden Ländern hierfür betriebenen Forschungsvorhaben und nehmen eine vergleichende Prüfung vor. Sie unterbreiten den Ministern Vorschläge, die diese bei ihren dreimonatlichen Zusammenkünften prüfen und zu deren Ausführung sie die notwendigen Richtlinien geben." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 709.

[6] Vertragsfassung vom 22. Januar 1963: „Die beiden Regierungen erkennen die wesentliche Bedeutung an, die der Kenntnis der Sprache ... zukommt. Zu diesem Zweck werden sie sich bemühen, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der französischen Schüler, die Deutsch lernen, und die der deutschen Schüler, die Französisch lernen, zu erhöhen. Die Bundesregierung wird in Verbindung mit den Länderregierungen, die hierfür zuständig sind, prüfen, wie es möglich ist ... dieses Ziel zu erreichen." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 709.

Der Unterschied zwischen dem neuen Vorschlag und der bisherigen deutschen Fassung besteht darin, daß die Bundesregierung die Einführung der französischen Sprache als erster Wahlfremdsprache als wünschenswert bezeichnet und daß sie erklärt, sie wolle sich bemühen, gemeinsam mit den Ländern dieses Ziel anzustreben. Gegenüber dem ersten französischen Kompromißvorschlag (der in dem Protokollentwurf enthalten ist) sind die Franzosen dem deutschen Standpunkt insofern entgegengekommen, als sich die Bundesregierung jetzt nur noch verpflichtet, dieses Ziel gemeinsam mit den Länderregierungen und nicht mehr allein anzustreben. Wir könnten diesem Text, der sowohl in den Protokollentwurf der Erklärung aufgenommen werden sollte, zustimmen.

3) Hinweis auf die politische Union und die Unterrichtung der übrigen EWG-Mitgliedstaaten in der gemeinsamen Erklärung

Der französische Botschafter unterrichtete den Unterzeichneten gestern davon, daß die französische Regierung bereit ist, in dem Entwurf der gemeinsamen Erklärung des Herrn Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten die von ihr erhobenen Vorbehalte fallen zu lassen, falls folgenden Vorschlägen von uns zugestimmt werden könnte:

1) In Abs. 2 der Präambel den Hinweis auf die politische Union „insbesondere durch die politische Union" durch die Formulierung „insbesondere auf politischem Gebiet" zu ersetzen[7];
2) In dem Schlußsatz der Erklärung die Worte „in dem Bestreben, die europäische Einigung zu fördern" herauszulassen und lediglich zu sagen „die beiden Regierungen werden die Regierungen der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über den allgemeinen Fortgang der deutsch-französischen Zusammenarbeit unterrichten".[8]

Wenn wir auch den zweiten Vorschlag, dem keine große materielle Bedeutung zukommt, annehmen könnten, so sollten wir doch dabei bleiben, daß in der Präambel die europäische Politische Union erwähnt wird. Allerdings könnten wir den Franzosen in der Formulierung entgegenkommen und in Anlehnung an die Erklärung von General de Gaulle in seiner Neujahrsansprache – in der er von dem Beginn einer politischen Union sprach, den Frankreich den übrigen kontinentalen Staaten angeboten habe[9] – folgende Fassung vorschlagen:

In dem Bewußtsein, daß die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk das Verhältnis der beiden Völker von Grund auf neu ge-

[7] Die gemeinsame Erklärung vom 22. Januar 1963 enthielt keinen Hinweis auf eine zukünftige Europäische Politische Union. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706.

[8] Die Bestimmung, die nicht in die gemeinsame Erklärung, sondern in den Vertrag aufgenommen wurde, lautete in der Fassung vom 22. Januar 1963: „Die beiden Regierungen werden die Regierungen der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit laufend unterrichtet halten." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 710.

[9] Für den Wortlaut der Rede vom 31. Dezember 1962 vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 52–55.

staltet, die Entwicklung in Richtung auf ein vereinigtes Europa, *insbesondere den Beginn einer politischen Union,* fördert und dadurch den Frieden der Welt festigt.[10]

Die Franzosen haben ferner vorgeschlagen, daß ein deutsch-französisches Austausch- und Förderungswerk ins Leben gerufen wird, mit einem deutsch-französischen Gemeinschaftsfonds von etwa 20 bis 30 Mio. DM, und an dessen Spitze ein unabhängiges Kuratorium[11] steht. Dieses Austausch- und Förderungswerk soll dem Austausch von Schülern, Studenten, jungen Handwerkern und Arbeitern zwischen den beiden Ländern dienen. Da es sich hierbei um einen guten Gedanken zur Vertiefung der Beziehungen zwischen der Jugend beider Länder handelt und die im Bereich der Jugendfragen vorgesehenen Maßnahmen ohnehin nicht aus dem Bundesjugendplan und den augenblicklichen Mitteln des Bundesministeriums für Familien- und Jugendfragen finanziert werden können, sollten wir dem Vorschlag ebenfalls zustimmen.

Abteilung IV hat mitgezeichnet.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[12] dem Herrn Minister mit dem Vorschlag vorgelegt, im Falle der Zustimmung die Aufzeichnung dem Herrn Bundeskanzler zuzuleiten.

Jansen

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136

[10] Zur weiteren deutsch-französischen Abstimmung hinsichtlich der Textentwürfe vgl. Dok. 38, Anm. 2.

[11] In einem Vermerk vom 15. Januar 1963 hielt Staatssekretär Carstens fest, Botschafter Blankenhorn schlage vor, ein „Deutsch-französisches Förderungs- und Austauschwerk für Schüler, Studenten, junge Handwerker und junge Arbeiter" ins Leben zu rufen. Der Bundeskanzler habe sich bereits einverstanden erklärt. Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 411.

[12] Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen, der den Passus „dem Herrn Minister ... zuzuleiten" strich und am 16. Januar 1963 dazu handschriftlich vermerkte: „Erledigt durch heutige Kab[inetts]sitzung."
Nach den Beratungen im Bundeskabinett und einer weiteren Besprechung bei Bundeskanzler Adenauer am folgenden Tag wurden am 18. Januar 1963 seitens des Referats 200 neue Textentwürfe gefertigt, die als Unterlagen für die Elysée-Konferenz dienten. Hierin waren mit Ausnahme des Punktes „Sprachunterricht" die von Ministerialdirektor Jansen in der vorliegenden Aufzeichnung behandelten „kontroversen Fragen" bereits weitgehend zugunsten der Vertragsfassung vom 22. Januar 1963 gelöst. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 140; B 150, Aktenkopien 1963. Dazu auch die Aufzeichnung von Jansen vom 17. Januar 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

27

Bundeskanzler Adenauer an Regierenden Bürgermeister Brandt

St.S. 101[I]/63 geheim[1] **16. Januar 1963**

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

Ihre Bitte um Stellungnahme zu der Frage, ob Sie der sowjetischen Anregung folgen sollten, Ministerpräsident Chruschtschow in Ostberlin aufzusuchen[2], ist mir übermittelt worden.

Sie werden sich darüber im klaren sein, daß die sowjetische Anregung durch Ihre eigenen öffentlichen Erklärungen ausgelöst worden ist.[3] Ein Zusammentreffen zwischen Ihnen und Chruschtschow in Ostberlin wird sich für die sowjetische These, daß Westberlin eine freie, entmilitarisierte Stadt werden müsse[4], ausnutzen lassen. Wenn die von Ihnen eingeleitete Konsultation mit den Vertretern der drei Westmächte keine Bedenken ergibt[5], werde ich meine eigenen Bedenken zurückstellen.[6]

Mit meinen besten Empfehlungen

[gez.] Ihr Adenauer

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 317

[1] Aktenzeichen des Drahterlasses, mit dem das Telegramm übermittelt wurde. Durchdruck des Entwurfs, der am 16. Januar 1963 von Staatssekretär Carstens über Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Adenauer weitergeleitet wurde. Carstens vermerkte dazu: „Nach meiner Auffassung überwiegen die sicheren Nachteile die etwaigen Vorteile erheblich." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 317; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Vgl. dazu die Dokumentation des Regierenden Bürgermeisters Brandt vom 23. Januar 1963; DzD IV/9, S. 61–66. Vgl. auch BRANDT, Begegnungen, S. 112f.

[3] Zur Äußerung des Regierenden Bürgermeisters vom 5. Januar 1963 über ein mögliches Treffen mit Ministerpräsident Chruschtschow und die anschließende Kontaktaufnahme der sowjetischen Seite mit einem Mitarbeiter von Brandt vgl. DzD IV/9, S. 61f.

[4] Zum sowjetischen Vorschlag einer „Freien Stadt" Berlin (West) vgl. Dok. 3, Anm. 7.

[5] Staatssekretär Carstens gab dazu am 16. Januar 1963 als Information aus einem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter wieder, Dowling vermute, „daß die Franzosen gegen das Treffen sein würden, die Engländer dafür, die Amerikaner würden die Entscheidung voraussichtlich den Deutschen überlassen". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 317; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Vgl. dazu weiter Dok. 28, besonders Anm. 5.

28

Bundesminister Barzel, z. Z. Berlin, an Staatssekretär Thedieck, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen

41/63 geheim[1] **17. Januar 1963**
Sofort auf den Tisch

Um 14.00 Uhr hatte ich ein abschließendes Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister in Anwesenheit des Herrn Senators Schütz. Nach diesem Gespräch muß ich davon ausgehen, daß Herr Brandt heute abend um 19.15 Uhr das Rathaus verläßt, um um 20.00 Uhr mit Herrn Chruschtschow in Ost-Berlin zusammenzutreffen. Herr Brandt bot mir an, mich heute abend sofort nach dem Gespräch mit Chruschtschow zu informieren. Ich habe meine Bereitschaft hierzu erklärt.

Bei meinem Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister um 12.30 Uhr hatte dieser mir mitgeteilt, daß die Alliierten ihn zwar auf gewisse Nachteile dieses Besuches aufmerksam gemacht hätten, ihm aber die Entscheidung überlassen und versichert hätten, hinterher in der Öffentlichkeit nicht zu sagen, daß sie Herrn Brandt abgeraten hätten. Herr Brandt fragte erneut nach meiner Meinung, die ich ihm unverändert vortrug mit dem Hinweis, daß meines Erachtens ein solcher Besuch nur möglich sei mit Zustimmung der Alliierten und der Bundesregierung.[2] Ich könne meine Argumente, die gegen diesen Besuch sprächen, auch nach erneuter Überprüfung nicht revidieren. Herr Bürgermeister Amrehn, der diesem Gespräch beiwohnte, äußerte sich hart ablehnend und bedauerte, daß nicht schon gestern abend ein Nein ausgesprochen worden sei.[3] Herr Brandt bezeichnete die gestrige Mitteilung des Herrn Bundeskanzlers an ihn als keine klare Stellungnahme.

Ich bestritt das und wies darauf hin, daß es – auch nach der Vorgeschichte – nun seine Sache sei, zu entscheiden. Meine Auffassung sei ihm bekannt, die der Bundesregierung klar. Herr Brandt erklärte darauf abschließend, er wolle vor seiner Entscheidung noch einmal versuchen, den Herrn Bundeskanzler persönlich zu sprechen. Dieses Gespräch endete kurz nach 13.00 Uhr.

Anschließend nahm ich teil an einer Besprechung der CDU-Senatoren des Berliner Senats, die ihren demonstrativen Rücktritt erwogen.[4] Um meinen Rat gefragt, gab ich zu bedenken, daß solche schwerwiegenden Entscheidungen auch mit den zuständigen Gremien besprochen werden müßten und keinesfalls über das Knie gebrochen werden dürften. Besonders Herr Amrehn ist für den Rücktritt. Sollte er ihn vollziehen, so werden sich zweifelsfrei die anderen Senatoren solidarisch verhalten. Ich habe noch einmal geraten, heute nichts Endgültiges zu entscheiden.

[1] Aktenzeichen des Begleitschreibens.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 27.

[3] Vgl. dazu die Erklärung des Bürgermeisters Amrehn vom 17. Januar 1963; DzD IV/9, S. 46.

[4] Vgl. dazu die Dokumentation des Regierenden Bürgermeisters Brandt vom 23. Januar 1963; DzD IV/9, S. 65.

Das eingangs geschilderte letzte Gespräch mit Herrn Brandt begann um 14.00 Uhr. Herr Brandt teilte mir zunächst den Inhalt seines telefonischen Gespräches mit dem Herrn Bundeskanzler mit. Danach soll der Herr Bundeskanzler gesagt haben, daß bei dieser Haltung der Alliierten vieles dafür spräche, den Besuch zu machen.[5] Auf Grund dieses Telefonats glaubte Herr Brandt, nicht mehr anders handeln zu können. Er werde die Einladung annehmen, aber die Annahme dieser Einladung schriftlich fixieren, um alle Mißverständnisse politischer und rechtlicher Art auszuschließen. Ich erwiderte Herrn Brandt, daß ich davon Abstand genommen hätte, meinerseits auf den Herrn Bundeskanzler Einfluß zu nehmen, weil meines Erachtens die Stellung des Bundeskabinetts klar sei und nun ihm die Entscheidung zufalle. Ich sähe mich nicht imstande, meine Argumente zu revidieren. Ich hielte es nach wie vor für falsch, daß er nach Ost-Berlin zu Chruschtschow führe. Da aber seine Entscheidung gefallen sei, wünsche ich ihm für diesen Abend Gottes Segen. Er möge aber bitte in diesem menschlichen Abschluß unseres Gespräches nicht irgend eine Billigung seiner Reise sehen.[6]

Ich bitte, die Pressereaktionen drüben noch für heute vorzubereiten. Es ist damit zu rechnen, daß der Senat noch bis etwa 16.00 Uhr das Stillschweigen gegenüber der Presse zu wahren bemüht sein wird. Für einen Anruf zu der Frage einer Stellungnahme von mir wäre ich dankbar.

Dem Herrn Bundeskanzler, dem Herrn Außenminister[7], dem Herrn Bundesminister für besondere Aufgaben[8] bitte ich unverzüglich von diesem Fernschreiben Kenntnis zu geben.

[gez.] Barzel

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 317

[5] Vgl. dazu DzD IV/9, S. 64.
Vgl. dazu auch die Tagebuchaufzeichnung des Bundesministers Krone vom 18. Januar 1963: „Der Kanzler hat sich mehr für das Hingehen ausgesprochen. Die Alliierten ebenso." KRONE, Aufzeichnungen, S. 173.

[6] Brandt sagte das Treffen schließlich doch ab. Vgl. dazu seine Rundfunk- und Fernsehansprache vom 18. Januar 1963; DzD IV/9, S. 48.

[7] Ein Exemplar des Fernschreibens wurde am 17. Januar 1963 vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen an das Auswärtige Amt übermittelt.
Hat Bundesminister Schröder am 19. Januar 1963 vorgelegen.

[8] Heinrich Krone.

29

Ministerialdirektor Allardt, z.Z. Warschau, an das Auswärtige Amt

114–1/438/63 geheim
Fernschreiben
Citissime

Aufgabe: 17. Januar 1963, 23.00 Uhr[1]
Ankunft: 18. Januar 1963, 01.35 Uhr

Nach Erzielung Einvernehmens über Warenlisten und weitgehender Einigung über Schiffahrtsprotokoll gegenwärtiger Verhandlungsstand[2] wie folgt:

1) Verhandlungsatmosphäre: zunehmend zähflüssiger Verlauf

Verhandlungen über Nebenabreden sind verläßlichsten Informationen zufolge nicht nur auf interne Meinungsverschiedenheiten über künftige Gestaltung deutsch-polnischen Verhältnisses, sondern insbesondere auf wiederholte Interventionen Zonenbotschafters[3] zurückzuführen. Zone hat nicht nur gegen Handelsvertretung, sondern gegen polnische Direktlieferungen nach Westberlin und insbesondere gegen Rententransfer und Familienzusammenführung protestiert. Westberlin gehöre zu „Versorgungsgebiet DDR", und Abmachungen über Familienzusammenführung verstärkten nicht nur Potential Bundesrepublik, sondern verstießen gegen Grundsatz, daß DDR alleiniger Repräsentant aller in Polen ansässigen Deutschen sei. Zonenflucht dürfe auch nicht dadurch gefördert werden, daß nach Westdeutschland geflüchtete Zonenbewohner oder im Zonenbereich geborene Deutsche mit ihren noch in Polen ansässigen Angehörigen zusammengeführt würden. Auf meine Fragen, ob hinsichtlich aller unserer Abmachungen Placet Zone eingeholt würde, wurde entgegnet, daß Zone leider via Außenamt oder Partei von allen Besprechungen unterrichtet würde.

2) Modrzewski hatte mich bereits vertraulich davon unterrichtet, daß Einbeziehung Berlins derzeit viel schwierigeres Problem darstelle, als ursprünglich angenommen. In heutiger Sitzung erklärte er, es habe insoweit auf der Basis der bisherigen Abmachungen keine Schwierigkeiten gegeben und solle auch künftig keine geben, zumal, da Berlin-Klausel enthaltendes Zahlungsprotokoll vom 16. November 1956[4] weiter in Kraft bleiben soll; da dieses Protokoll aber Kündigungsklausel enthalte, werde polnische Regierung in Briefwechsel bestätigen, daß sie mindestens während Laufzeit neuen Warenabkommens Kündigungsrecht nicht ausüben werde. Er stellte diesen Gegenvorschlag zur Dis-

[1] Handschriftlich auf dem Drahtbericht: „Auf Drahterlaß Nr. 7 vom 15. 1."

[2] Seit Ende November 1962 hielt sich eine Delegation unter Leitung des Ministerialdirektors Allardt in Polen auf, um über ein neues Wirtschaftsabkommen bzw. die Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau zu verhandeln. Vgl. dazu BULLETIN 1962, S. 1856.

[3] Botschafter der DDR in Warschau war Richard Gyptner.

[4] Für den Wortlaut des Protokolls vom 16. November 1956 über den Zahlungsverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 1 vom 3. Januar 1957, S. 2f. Die in Artikel 5 enthaltene Berlin-Klausel lautet: „Das Protokoll gilt auch für das Land Berlin (Berlin-West), sofern nicht die deutsche Seite innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Protokolls eine gegenteilige Erklärung abgibt."

kussion, ohne damit die von uns vorgeschlagene Lösung, in dem neuen Warenprotokoll auf die Abmachungen von 1956 Bezug zu nehmen (vgl. Drahtbericht Nr. 3 vom 9.[5]), grundsätzlich abzulehnen.

Ich erwiderte, daß ich polnischen Gegenvorschlag als deutliche Annäherung beiderseitiger Standpunkte begrüßte, aber ihn nur dann akzeptieren könne, wenn er unmißverständlich klarstelle, daß Zahlungsprotokoll mit Abwicklung des Handelsverkehrs auch auf der Grundlage des neuen Warenabkommens in Zusammenhang stehe.

Meiner Auffassung nach enthält polnischer Gegenvorschlag insofern wertvolles Element, als er auf ausdrückliche Bestätigung der Fortgeltung des mit der regelrechten Berlin-Klausel versehenen Zahlungsprotokolls hinausläuft und damit polnisches Zugeständnis bedeutet, das wir nach Lage der Dinge kaum erwarten konnten. Dies gilt umso mehr, als dem Zahlungsprotokoll in zahlungstechnischer Hinsicht kaum noch praktische Bedeutung zukommt und sein Wert für uns daher im wesentlichen gerade in seiner Berlin-Klausel liegt. Wir sollten daher auch unter Berücksichtigung der glaubwürdigen Schwierigkeiten der Polen diesen Vorschlag annehmen, wenn Briefwechsel sich etwa wie folgt formulieren läßt: „Mit Rücksicht auf die Bedeutung, die dem Protokoll über den Zahlungsverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 16. November 1956 auch weiterhin für die Abwicklung des deutsch-polnischen Handelsverkehrs und insbesondere für die Durchführung des heute unterzeichneten neuen Protokolls über den deutsch-polnischen Warenverkehr zukommen wird, bestätige ich Ihnen im Auftrage meiner Regierung, daß die Regierung der Volksrepublik Polen das Protokoll über den Zahlungsverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 16. November 1956 während der Laufzeit des heute unterzeichneten neuen Protokolls über den deutsch-polnischen Warenverkehr nicht kündigen wird."

Falls ich keine gegenteilige Weisung erhalte, werde ich einen entsprechenden Briefwechsel bei nächster Besprechung unter ausdrücklichem Vorbehalt Einverständnisses Bundesregierung als eine mir persönlich akzeptabel erscheinende Form Einbeziehung Berlins bezeichnen.[6]

3) Handelsvertretung

Nachdem Gomulka unter oben skizziertem Einfluß in vergangener Woche Zusagen bezüglich Handelsvertretung rückgängig gemacht hatte, scheint es gelungen, ihn unmittelbar vor Abreise Ostberlin[7] wieder halb umzustimmen. M. hat jedenfalls in heutiger Sitzung bestätigt, polnische Regierung halte an mehrfach erklärtem grundsätzlichem Einverständnis zu Handelsvertretung

[5] Vgl. VS-Bd. 8369 (III A 6).

[6] Die Frage der Einbeziehung Berlins in das Handelsabkommen mit Polen wurde in Form eines vertraulichen Schreibens des polnischen Stellvertretenden Außenhandelsministers Modrzewski vom 7. März 1963 an Ministerialdirektor Allardt gelöst, das dieser am selben Tag bestätigte. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats V 1 vom 22. April 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu auch Dok. 183, Anm. 3.

[7] Der Erste Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gomulka, besuchte die DDR anläßlich des VI. Parteitags der SED vom 15. bis 21. Januar 1963. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 32f.

fest. Nachdem Bundesrepublik aber auf alle polnischen Bemühungen in den vergangenen Jahren, Beziehungen auf breiter Grundlage zu regeln, nicht eingegangen sei, dürfe Handelsvertretung keinen „Ersatz" für diplomatische Beziehungen darstellen, sondern müßte sich auf ausschließlich wirtschaftliche Funktionen, d. h. Überwachung Handelsabkommen, beschränken. Dieses aber gebe teils wegen der schwer übersehbaren, aber überall vermuteten protektionistischen Tendenzen EWG, teils wegen der Proteste Hollands gegen deutsch-polnisches Abkommen, teils aber auch wegen Embargobeschlüssen Anlaß zu berechtigter Skepsis.[8] Polnische Regierung vorschlage daher, grundsätzliches Einverständnis zur Kenntnis zu nehmen und Verhandlungen über Einrichtung Handelsvertretung um 6 Monate zu vertagen, bis Klarheit über Realchancen Warenaustausches bestünden.

Ich habe dazu erklärt, daß ich Vorschlag auf Einlegung Karenzzeit zwecks Nachweises unseres Wohlverhaltens als nicht akzeptable diskriminierende Zumutung ansehe. Wir wünschten keine Geschenke, sondern lediglich Reziprozität, deren Nichtgewährung Unterzeichnung Handelsabkommen in Frage stelle. Einlenkende Antwort Gesprächspartners machte deutlich, daß letztes Wort noch nicht gesprochen, zeigte aber ebenso, daß Gesamtgespräche den heterogensten Einflüssen unterliegen und Polen zudem von wahrer EWG-Panik ergriffen ist, die durch Berichte seiner diplomatischen Missionen (insbesondere Washington) ständig genährt wird.

Fortführung Diskussion Handelsvertretung am 18.[9] Ich habe dazu Entwurf eines Briefwechsels überreicht, der hier auf Grundlage der letzten Fassung des Entwurfs entsprechender deutsch-ungarischer Vereinbarung[10] ausgearbeitet worden ist, mit Rücksicht auf geschilderte polnische Haltung aber keine ausdrücklichen konsularischen Befugnisse vorsieht.[11]

[gez.] Allardt

Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217

[8] Die Niederlande erhoben Einspruch gegen das geplante Handelsabkommen mit Polen, weil die „Aufrechterhaltung des status quo hinsichtlich der Einfuhrkontingente für Marktordnungswaren aus den Staatshandelsländern" nicht gewährleistet sei. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Keller vom 11. Januar 1963; Referat 401, Bd. 368.
Zu den Beschlüssen betreffend das Röhrenembargo vgl. Dok. 9, Anm. 5 und 6, sowie Dok. 11.

[9] Vgl. dazu weiter Dok. 45.

[10] Zu den Verhandlungen mit Ungarn vgl. Dok. 154.

[11] Ministerialdirektor Allardt berichtete am 21. Januar 1963 zu diesem Entwurf: „Lediglich die Immunitäten und Privilegien sollen wie bei konsularischen Vertretungen geregelt werden ... Allerdings sieht unser Entwurf vor, daß Handelsvertretungen ‚die beiderseitigen Beziehungen auf dem Gebiet der Wirtschaft zu fördern und zu diesem Zweck auch die Interessen ihrer eigenen Staatsangehörigen wahrzunehmen' haben ...". Vgl. Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur Reaktion der polnischen Regierung vgl. Dok. 45, besonders Anm. 1.

30

Staatssekretär Lahr, z. Z. Brüssel, an Bundesminister Schröder

114–1/424/63 geheim
Fernschreiben Nr. 87
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 17. Januar 1963, 10.00 Uhr[1]
Ankunft: 17. Januar 1963, 10.45 Uhr

Nur für Minister und Staatssekretär

1) Minister Couve de Murville, der gestern mittag zur Beitrittskonferenz eintraf, bat im Laufe der Nachmittagssitzung um eine auf heute anzuberaumende Sitzung im engsten Kreise, in der über den Fortgang der Konferenz gesprochen werden soll. Es wurde beschlossen, diese Besprechung heute gegen Abend stattfinden zu lassen. Nach der Sitzung erfuhr ich, daß Couve de Murville dem Konferenzpräsidenten Fayat als Motiv seines Antrags mitgeteilt hatte, die Konferenz könne nicht ihren Fortgang nehmen, wie wenn der General nicht gesprochen hätte.[2] Ich sprach daraufhin gestern abend Couve de Murville in einem Gespräch unter vier Augen auf seine Absichten an. Er bemerkte zunächst, es ginge doch wohl nicht an, daß diese Konferenz, die nun schon viele Monate dauere[3], in der Weise weiterginge, daß die Minister wie jetzt im Januar jede zweite Woche in Brüssel zu verbringen hätten. Ich erwiderte, daß wir dieserhalb schon lange unzufrieden seien und es sicherlich sehr begrüßen würden, wenn sämtliche Delegationen sich in ihrer Haltung von dieser Erkenntnis leiten ließen. Couve de Murville fuhr dann fort, alle Delegationen seien sich wohl schon seit einiger Zeit darüber im klaren, daß die Konferenz im Januar oder Februar 1963 in eine Krise geraten werde. Die Krise sei jetzt da, und dieser Tatsache müsse man sich stellen. Ich bemerkte hierzu, daß sich nach meiner Auffassung die Feststellung einer Krise jedenfalls nicht aus dem Konferenzablauf rechtfertige. In einem allerdings sehr mühseligen Verfahren seien zahlreiche Ergebnisse erreicht worden, und es handle sich nunmehr darum, das noch verbleibende Stück Wegs möglichst beschleunigt zurückzulegen. Nach meiner Schätzung könne man den Umfang des bereits bewältigten Stoffes mit etwa ⅔ bemessen. ⅓ liege noch vor uns. Dieses letzte Drittel enthalte keine schwierigeren Fragen als die schon behandelten. Im Gegenteil, es handle sich hauptsächlich nur noch um Übergangsprobleme. Für alle diese Fragen zeichneten sich Kompromißmöglichkeiten ab. Couve de Murville bemühte sich nachzuweisen, daß der Wert des bisher Erreichten wohl geringer zu veranschlagen sei, sprach dann aber ziemlich unvermittelt von einem „échec" und fügte hinzu, daß in der Politik ja nichts endgültig sei. Ich bemerkte, daß zwischen uns offenbar erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestünden und verwies auf unsere Verlautbarung.[4] Das weitere müsse nun

[1] Hat Ministerialdirektor Jansen vorgelegen.

[2] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

[3] Zum Beginn der Verhandlungen im November 1961 über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. Dok. 21, Anm. 9.

[4] Die deutsche Verhandlungsdelegation in Brüssel erklärte am 15. Januar 1963 zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten, man halte weiterhin an der Vollmitgliedschaft Groß-

wohl den für heute vorgesehenen Erörterungen und künftigen Gesprächen überlassen bleiben.

2) Obwohl die Ausführungen von Couve de Murville in einer wohl gewollten Unklarheit gehalten waren, ist nach meiner Auffassung, die auch von Minister Fayat und anderen Konferenzteilnehmern geteilt wird, die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß Couve de Murville heute abend die Konferenz als gescheitert bezeichnen wird. Die Fünf werden hierauf wahrscheinlich erklären, daß sie diese Auffassung nicht teilen und für die Fortsetzung der Konferenz eintreten.[5]

[gez.] Lahr

Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 144

31

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Voigt

200–81.12/6/193/63 **18. Januar 1963**[1]

Betr.: Französische Forderung auf Abbruch der Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG

I. Ergebnis der Brüsseler Sondersitzung der sechs Außenminister am 17./18. 1. 1963[2]

Nach Mitteilung der EWG-Vertretung hat sich die französische Delegation am 18. 1. in Brüssel mit ihrer Forderung nach einem sofortigen Abbruch der Verhandlungen nicht durchgesetzt. Der Gedanke, Minister Colombo mit der Ausarbeitung eines Dokuments über den materiellen Stand der Verhandlungen zu beauftragen[3], wurde fallengelassen. Der britischen Delegation wurde mitgeteilt,

Fortsetzung Fußnote von Seite 96

britanniens in der EWG fest. In den noch offenen Fragen ließen sich „bei allseits gutem Willen" Kompromisse erzielen. Großbritannien habe den Gemeinsamen Außentarif sowie die landwirtschaftlichen Bestimmungen der Gemeinschaft bereits im wesentlichen akzeptiert. Außerdem wolle es mit Eintritt in die EWG die Bindungen gegenüber der EFTA auflösen. Vgl. die Presseerklärung vom 15. Januar 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8432; B 150, Aktenkopien 1963.

5 Vgl. dazu auch Dok. 31.

1 Hat vor Abgang an das Bundeskanzleramt Bundesminister Schröder und Staatssekretär Lahr am 19. Januar 1963 vorgelegen. Am 24. Januar lag die Aufzeichnung dem Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, vor.

2 Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 18. Januar 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8435; B 150, Aktenkopien 1963.

3 Das sog. Colombo-Mandat sah vor, eine Arbeitsgruppe aus Vertretern Großbritanniens, der EWG-Staaten sowie der EWG-Kommission unter Vorsitz des italienischen Handelsministers Colombo zu bilden, die einen Bericht über die bisher erzielten Verhandlungsergebnisse mit Großbritannien und die noch offenen Probleme anfertigen und entsprechende Lösungsvorschläge unterbreiten sollte.

daß eine Delegation der Sechs den sofortigen Abbruch der Verhandlungen gefordert habe, während sich fünf dem widersetzten. Es ist vorgesehen, daß über die französische Forderung, die Verhandlungen abzubrechen, auf der bereits festgesetzten Ministersitzung vom 28. 1. erneut verhandelt wird.[4]

Die Reaktion der übrigen fünf EWG-Mitgliedstaaten gegenüber der französischen Forderung ist außerordentlich scharf gewesen. Belgien und die Niederlande haben Vergeltungsmaßnahmen innerhalb der EWG in den Fragen angekündigt, an denen die Franzosen besonders interessiert sind. Minister Luns kündigte an, daß die Niederlande unter den gegebenen Umständen nicht beabsichtigten, das neue Abkommen mit den 18 assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar[5] zu unterzeichnen.

II. Der materielle Verhandlungsstand im Lichte der Äußerungen von General de Gaulle am 14. 1.[6]

Die französischen Argumente gegen den britischen Beitritt lassen sich im wesentlichen wie folgt zusammenfassen:
1) Großbritannien sei ein auf die See ausgerichteter Inselstaat. Es sei im Gegensatz zu den EWG-Mitgliedstaaten durch politische und militärische Sonderverträge gebunden.
2) Die wirtschaftliche Struktur Großbritanniens sei von derjenigen der Sechs zu sehr verschieden.
3) *Großbritannien beabsichtige nicht, sich wirklich dem System der EWG anzuschließen.* Dieses gelte insbesondere für den gemeinsamen Zolltarif, die Commonwealth-Präferenzen[7], die britische Landwirtschaft und das Verhältnis zu den Mitgliedstaaten der EFTA.
4) Ein gemeinsamer Markt zu 11, zu 13 und vielleicht auch zu 18 würde eine Verwässerung der EWG bedeuten und sie in Form einer atlantischen Gemeinschaft unter amerikanische Vormundschaft bringen.
5) Die Sechs und die Briten seien sich noch über wesentliche Punkte nicht einig, so daß mit einem Erfolg der Verhandlungen nicht zu rechnen sei.
Dieser französischen Auffassung kann nicht zugestimmt werden:

Zu 1):
Es trifft zwar zu, daß Großbritannien noch besondere Beziehungen zu außereuropäischen Ländern hat. Aber auch Frankreich unterhält besondere Beziehungen zu außereuropäischen Gebieten. Diese Besonderheiten Großbritanniens waren im Herbst 1961 bekannt, als alle Mitgliedstaaten der EWG die „recevabilité", d. h. die Entscheidung, daß die Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollten[8], des britischen Antrages[9] bejaht haben. Großbritannien hat inzwischen wiederholt seinen politischen Willen bekundet, sich zum

[4] Vgl. dazu Dok. 60.

[5] Für eine inhaltliche Zusammenfassung des am 20. Dezember 1962 paraphierten und am 20. Juli 1963 unterzeichneten Abkommens über die Assoziierung der 18 afrikanischen Staaten und Madagaskars mit der EWG vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 383–387; BULLETIN DER EWG 2/1963, S. 22–26. Vgl. dazu auch Dok. 77.

[6] Zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vgl. Dok. 21.

[7] Zu den Commonwealth-Präferenzen vgl. Dok. 21, Anm. 7.

[8] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt: „(die ‚Einlassung')".

[9] Zum britischen Aufnahmeantrag vom 10. August 1961 vgl. Dok. 8, Anm. 2.

Kontinent hinzuwenden. Gründe für eine Ablehnung des britischen Beitrittsantrages könnten daher nur auf Grund des Verhandlungsergebnisses vorgebracht werden.[10]

Zu 2):
Es trifft zu, daß Großbritannien mehr industrialisiert ist als z. B. Frankreich. Dies dürfte jedoch kein Hinderungsgrund für den britischen Beitritt sein. Die verschiedene Wirtschaftsstruktur auch innerhalb der jetzigen EWG erlaubt vielmehr erst einen starken Handelsaustausch innerhalb der Gemeinschaft. Die französische Landwirtschaft hat alles Interesse daran, daß ihr der britische Markt zugänglich gemacht wird.

Zu 3):
Großbritannien hat bereits zu Beginn der Beitrittsverhandlungen den EWG-Vertrag[11] voll akzeptiert. Es hat inbesondere den *Gemeinsamen Zolltarif der EWG* angenommen und sich bereit erklärt, am Tage des Beitritts die bis dahin zwischen den Sechs vorgenommenen Zollmaßnahmen in einem Zuge nachzuholen, was nach dem EWG-Vertrag nicht erforderlich gewesen wäre. Es hat auf die *Commonwealth-Präferenzen* verzichtet und sich mit Übergangsmaßnahmen begnügt.
Großbritannien hat ferner die *gemeinsame Agrarpolitik* der EWG akzeptiert. Seine Wünsche beziehen sich[12] nur auf die Übergangszeit bis zum 31. 12. 1969. Auf eine Verlängerung der Übergangszeit hat es verzichtet.
Bezüglich der *EFTA* hat die britische Regierung bereits am 10. Oktober 1961 erklärt, daß sie nach dem Beitritt keine Sonderregelungen im Verhältnis von Großbritannien zu den EFTA-Staaten wünscht.[13] Die Briten fordern allerdings eine zufriedenstellende Regelung des Verhältnisses der EFTA-Mitgliedstaaten zur gesamten erweiterten EWG und gehen davon aus, daß Abkommen mit den EFTA-Staaten gleichzeitig mit dem Beitritt möglich sind. Von seiten der Sechs wird dies bezweifelt.[14] Da über dieses Problem aber bisher weder unter den Sechs noch mit den Briten gesprochen worden ist, wäre es verfrüht, das Verhandlungsergebnis vorwegnehmen zu wollen.

Zu 4):
Der EWG liegen insgesamt 4 Beitrittsanträge[15] vor. In sämtlichen Fällen haben die Mitgliedstaaten einschließlich der Franzosen die Aufnahme von Verhandlungen in Kenntnis der hiermit verbundenen Problematik beschlossen. Inzwischen ist keine Entwicklung eingetreten, die eine andere Beurteilung rechtfertigen würde. Die Gefahr einer atlantischen Gemeinschaft unter amerikanischer Vorherrschaft wird durch die Beitritte dieser Staaten nicht hervorgerufen. Eine um Großbritannien erweiterte EWG würde jedenfalls im Gegen-

[10] Dazu Fragezeichen von Bundeskanzler Adenauer und handschriftliche Randbemerkung: „Rambouillet Bahamas".
Vgl. dazu auch die Mitteilung von Adenauer vom 28. Januar 1963 an den ehemaligen amerikanischen Außenminister Acheson; Dok. 65, Anm. 8.

[11] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

[12] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt: „im wesentlichen".

[13] Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1961, D 670f.

[14] Dazu Ausrufungszeichen und Hervorhebungen von Bundeskanzler Adenauer.

[15] Zu den Anträgen Irlands, Großbritanniens, Dänemarks und Norwegens vgl. Dok. 8, Anm. 2.

teil einen wirtschaftlichen Block bilden, der als gleichberechtigter Partner mit den USA verhandeln könnte.

Zu 5):
Im Gegensatz zu der französischen Behauptung ist bereits über einen großen Teil des Verhandlungsstoffes eine Einigung erzielt worden.[16] Die folgenden Punkte können als geregelt angesehen werden:
Fertigwaren aus Kanada, Australien, Neuseeland
Assoziierung von Commonwealth-Ländern
Ausfuhren Indiens, Pakistans und Ceylons
Agrarerzeugnisse der gemäßigten Zone
Jährliche Überprüfung für die Landwirtschaft der EWG.
Auf dem besonders wichtigen und umstrittenen Gebiet der *Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik* sowie bei den Produkten, für welche die Briten einen Nullzoll beantragt haben, schien sich eine Einigung unter den Sechs anzubahnen.

Als *wesentlicher Punkt* war eigentlich daher *nur noch offen* die *einheimische britische Landwirtschaft.* Hier handelt es sich aber[17] nur um das Problem der Überleitung der britischen Landwirtschaft in die gemeinsame Agrarpolitik der EWG während der Übergangszeit bis zum Ende des Jahres 1969. Die hierüber mit den Briten noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind jedoch nicht so groß, daß sie einen Abbruch der Verhandlungen rechtfertigen würden. Es bestand durchaus der Eindruck, daß die Briten noch zu weiteren Zugeständnissen bereit gewesen wären.[18]

III. Voraussichtliche Auswirkungen eines Scheiterns der Beitrittsverhandlungen

Die Auswirkungen eines Scheiterns der Verhandlungen sind noch nicht voll überschaubar. Folgende negative Aspekte zeichnen sich ab:

1) Die Regierung Macmillan, deren innenpolitische Stellung ohnehin geschwächt ist, hat sich für den Beitritt zur EWG völlig engagiert. Es besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß sie bei Scheitern der Verhandlungen bei der nächsten Wahl unterliegt. Eine Ablösung der Konservativen durch die Labour-Partei wird sich voraussichtlich auf die Politik des Westens – besonders im Hinblick auf Deutschland – negativ auswirken. Die *Labour-Partei* tritt für eine de-facto-Anerkennung der Ostzone, die Anerkennung der Oder-Neiße-

[16] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Bundeskanzlers Adenauer: „Hallstein".

[17] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt: „im wesentlichen".

[18] Dazu berichtete Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), am 18. Januar 1963, Lordsiegelbewahrer Heath habe durchblicken lassen, „daß Großbritannien am 1. 1. 1970 zusammen mit den sechs Mitgliedsländern auf jegliche Sonderregelung (mit Ausnahme des Gartenbaues) verzichten könne, sofern die Sechs für die Zwischenzeit bei den Anpassungsmaßnahmen Entgegenkommen zeigen würden". Außerdem habe sich die britische Delegation in den Zollfragen „konziliant" gezeigt. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8435; B 150, Aktenkopien 1963.

Linie und für eine weichere Haltung in Berlin ein.[19] Die in dieser Partei vorhandenen neutralistischen Neigungen, zusammen mit den Ressentiments über die gescheiterten Beitrittsverhandlungen, könnten auch die Zusammenarbeit innerhalb der NATO beeinträchtigen. Es besteht auch die Gefahr, daß die britische Rhein-Armee wenn nicht abgezogen, so doch nicht auf ihrer jetzigen Stärke gehalten wird. Die Briten könnten zu einer Verringerung der Rhein-Armee auch schon wegen ihrer Zahlungsbilanzschwierigkeiten gezwungen werden, die sich verstärken werden, wenn Großbritannien der EWG fernbleibt.

2) Auch für *Europa* sind die negativen Folgen nicht abzusehen. Das Scheitern der Verhandlungen muß zwangsläufig ein Wiederaufleben der EFTA zur Folge haben. Die Spaltung Europas in zwei Wirtschaftsblöcke wird sich mit der Konsolidierung der EWG und dem Zollabbau innerhalb der EFTA immer mehr verstärken.[20] Da die EFTA weder für Großbritannien noch für die übrigen Mitgliedstaaten eine echte Alternative zur EWG darstellt, werden deren wirtschaftliche Schwierigkeiten größer werden, da diese Länder kaum in der Lage sein werden, den gemeinsamen Zolltarif der EWG zu überspringen. Dies könnte besonders bei Österreich und Finnland zur Folge haben, daß diese Länder gezwungen sein werden, sich aus wirtschaftlichen Gründen mehr dem Ostblock anzunähern, als es ihrer Einstellung entspricht.[21]

3) Auch das Verhältnis unter den Sechs dürfte durch das Scheitern der Beitrittsverhandlungen erheblich in Mitleidenschaft gezogen werden. Infolge des Widerstandes Italiens und der Benelux-Staaten, die ihr Zögern jetzt bestätigt sehen, dürfte auf absehbare Zeit keine Aussicht bestehen, die politische Union ohne Großbritannien zu verwirklichen. Auch innerhalb der EWG würde der politische Impetus und der kommunitäre Geist Schaden erleiden, wenn auch nicht damit zu rechnen ist, daß die EWG als solche auseinanderbricht. Das Tempo der wirtschaftlichen Integration und die Konzessionsbereitschaft der übrigen Mitgliedstaaten gegenüber Frankreich würden sich jedoch mit Sicherheit verringern.

4) Ebenso wird das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Europa beeinträchtigt werden. Die amerikanischen Vorstellungen über die „Interdependenz" zwischen den Vereinigten Staaten und Europa auf politischem Gebiet gingen von der Vorstellung einer politischen Einigung Europas unter Einschluß von Großbritannien aus. Das gleiche gilt für den vom amerikanischen Kongreß bereits verabschiedeten Trade Expansion Act[22], der auf eine auch im deutschen

19 Dazu handschriftliche Randbemerkung des Bundeskanzlers Adenauer: „Was tun denn die US[A], um hier zu verhüten?"
Zur Haltung der Labour Party vgl. auch Dok. 107.

20 Dazu Ausrufungszeichen von Bundeskanzler Adenauer.

21 Dazu Fragezeichen von Bundeskanzler Adenauer.

22 Mit dem Trade Expansion Act vom 11. Oktober 1962 wurde die amerikanische Regierung zu drastischen Zollsenkungen und zu Verhandlungen mit der EWG über den Abbau der Außenzölle ermächtigt („Kennedy-Runde"), durch die der wechselseitige Zugang zu den Märkten erleichtert werden sollte. Für eine inhaltliche Zusammenfassung des Gesetzes vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 47 (1962), S. 656–660.

Interesse liegende atlantische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet hinzielt.[23] Er basiert auf dem britischen Beitritt zur EWG.

5) Im Gegensatz zu der Lage bei der Ablehnung der EVG durch das französische Parlament[24] läßt sich für den britischen Beitritt zur EWG keine Alternativlösung erkennen, die – wie damals die WEU – die mit einem Scheitern der Verhandlungen geschaffene Krise auffangen könnte.
Die von de Gaulle vorgeschlagene Assoziierung Großbritanniens mit der EWG erscheint nicht durchführbar. Die mit ihr verbundenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten wären mindestens genauso groß wie die des Beitritts.[25]
a) Sie wäre der Notwendigkeit der politischen Beteiligung Großbritanniens an der europäischen Zusammenarbeit nicht gerecht.
b) Großbritannien wäre auch auf Grund seiner Verpflichtungen aus dem EFTA-Vertrag[26] nicht in der Lage, sich allein mit der EWG zu assoziieren. Verhandlungen über eine weitere wirtschaftliche Verbindung aller EFTA-Staaten mit der EWG (große Freihandelszone) sind aber bereits einmal, 1958, an dem französischen Widerstand gescheitert.[27] Es ist kein Grund dafür erkennbar, daß entsprechende Verhandlungen darüber heute günstiger ausgehen würden.
c) Die Amerikaner würden einer solchen Lösung, die sie wirtschaftlich diskriminierte, ohne die politische Einigung Europas zu fördern, außerdem heftigsten Widerstand entgegensetzen.
Andere handelspolitische Maßnahmen scheiden aus, weil sie entweder weltweit sein müßten oder gegen das GATT[28] verstoßen würden.

6) Die mit dem Scheitern der Beitrittsverhandlungen[29] hervorgerufene Krise in Europa und zwischen Europa und den Vereinigten Staaten wird der Sowjetunion voraussichtlich einen willkommenen Anlaß geben, wieder eine aggressivere Politik, auch besonders im Hinblick auf Deutschland und Berlin, zu betreiben.[30]

Bundeskanzleramt, B 136/2561

[23] Dazu Fragezeichen von Bundeskanzler Adenauer.

[24] Die französische Nationalversammlung lehnte am 30. August 1954 die Ratifizierung des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ab.

[25] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Bundeskanzlers Adenauer: „Für uns?"

[26] Zum EFTA-Vertrag vom 4. Januar 1960 vgl. Dok. 21, Anm. 5.

[27] Auf Beschluß des Rats der OEEC vom 17. Oktober 1957 führte eine zwischenstaatliche Kommission unter Vorsitz des Sonderbeauftragten der britischen Regierung, Maudling, Verhandlungen über die Errichtung einer Freihandelszone. Ziel war der Abbau von Zollschranken und Kontingentierungen zwischen den potentiellen Mitgliedstaaten, denen aber – anders als in der mit gemeinsamen Außenzöllen operierenden EWG – die Zollautonomie gegenüber Drittstaaten belassen werden sollte. Da die französische Regierung diesen Vorstellungen nicht zustimmte, wurden die Gespräche im November 1958 abgebrochen. Zum Scheitern der Verhandlungen vgl. BULLETIN DER EWG 1/1958, S. 23 f.; AdG 1958, S. 7395. Vgl. auch COUVE DE MURVILLE, Politique Étrangère, S. 42 f.

[28] Das am 30. Oktober 1947 in Genf abgeschlossene Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade) verfolgte den Zweck, auf der Basis der Meistbegünstigungen den gegenseitigen Handel zu erleichtern.

[29] Vgl. dazu Dok. 60.

[30] Bundeskanzler Adenauer vermerkte zu dieser Aufzeichnung handschriftlich: „Das Memorandum ist im wesentlichen politisch. Es sagt nichts darüber, wie sich der Eintritt G[roß]B[ritanniens] und anderer EFTA-Staaten auf unsere Ein- und Ausfuhr auswirken wird."

32

Staatssekretär von Hase, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt

114-1/525/63 geheim
Fernschreiben Nr. 120
Citissime

Aufgabe: 19. Januar 1963, 19.50 Uhr
Ankunft: 19. Januar 1963, 20.05 Uhr

Bitte Bundeskanzler vor Abflug vorlegen

Habe heute mit Informationsminister Peyrefitte eingehend erörtert, auf welche Weise dem politischen Anliegen des Besuches[1] – Besiegelung der deutsch-französischen Freundschaft – größtmögliche Publizität gegeben werden kann. Peyrefitte bestätigte zunächst, daß General de Gaulle seinerseits größten Wert auf weitest mögliche Publizität lege. Daher begrüße Peyrefitte auch Zustimmung Bundeskanzlers, Empfangszeremonie auf dem Flugplatz im Ehrenpavillon vorzunehmen.

Während der Besuchstage wird die französische Regierung alle ihre Möglichkeiten, insbesondere bei Fernsehen und Rundfunk, einschließlich der Sender Europe 1 und Luxembourg, ausnutzen sowie ihren Einfluß auf die Presse aufbieten, um das Ereignis, insbesondere seine langfristigen Zielsetzungen und geschichtlichen Aspekte, zu unterstreichen. Ergänzendes Gespräch hierzu findet morgen vormittag mit Gesandtem Lebel, dem Leiter der Presseabteilung des Quai d'Orsay, auch über die mehr technischen Aspekte statt.

Abschließend machte Peyrefitte noch eine politische Bemerkung zur Haltung des Generals gegenüber dem Eintritt Großbritanniens in die EWG: Der General habe ihm nach der Ministerratssitzung dieser Woche (16. 1.)[2] gesagt, daß der Eintritt Großbritanniens in die EWG mit großer Wahrscheinlichkeit erfolgen werde, allerdings erst in einigen Jahren. Der Eintritt Großbritanniens zum jetzigen Zeitpunkt würde die heute noch zu zerbrechliche EWG zerstören.[3] Denn Großbritannien würde wahrscheinlich der Versuchung eines Labour-Experimentes bei den nächsten Wahlen nicht entgehen, selbst wenn es den Konservativen gelingen würde, den Eintritt zu erreichen. Er, der General, rechnet nach einer Labour-Periode von etwa vier bis fünf Jahren mit einem erneuten Sieg der Konservativen, dann erst seien voraussichtlich die weiter gefestigte EWG und das vom Labour-Komplex befreite und von einer jungen konservativen Mannschaft geführte England füreinander reif.

Ich habe den Eindruck, daß Peyrefitte diese Bemerkungen nicht zufällig machte.

[gez.] Hase

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136

[1] Zur Elysée-Konferenz am 21./22. Januar 1963 in Paris vgl. Dok. 37–39, Dok. 43 und Dok. 44.

[2] Zur Tagung des Ministerrats der EWG am 14. und 16. Januar 1963 vgl. BULLETIN DER EWG 3/1963, S. 67.

[3] Vgl. dazu auch die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten während der Elysée-Konferenz am 22. Januar 1963.

33

Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder

114-1/527/63 geheim
Fernschreiben Nr. 188
Citissime

Aufgabe: 19. Januar 1963, 21.00 Uhr
Ankunft: 20. Januar 1963, 04.45 Uhr

Nur für Bundesminister[1] und Staatssekretär

Rusk bat mich heute nachmittag kurzfristig zu sich, um nochmals die Sorge der amerikanischen Regierung über die jüngste Entwicklung zum Ausdruck zu bringen. Zunächst gab er mir Einblick in den gestrigen Brief des Präsidenten an den Kanzler[2], der inzwischen dort vorliegt.

In der Hitze der Auseinandersetzung seien – offenbar von Paris aus – Behauptungen über die Vereinigten Staaten in die Welt gesetzt worden, die er, Rusk, nur bedauern könne, weil sie falsch seien, was man teilweise sogar leicht nachweisen könne. Eines dieser Gerüchte enthalte die Behauptung, England und USA hätten sich in Nassau[3] über einen „deal" zur Lösung der Berlinfrage geeinigt. Er könne nur mit größtem Nachdruck sagen, daß das nicht wahr sei und daß die Deutschen ihm das glauben könnten. Ein weiteres Gerücht behaupte, die USA würden in Kürze ihre nuklearen Kräfte aus Europa abziehen. Auch das sei falsch. Vielmehr hätten die USA in den letzten zwei Jahren eine Bereitstellung großen Stils („major buildup") sowohl im konventionellen wie im nuklearen Bereich vorgenommen. Die nuklearen Einheiten, die NATO zur Verfügung ständen, seien in den letzten zwei Jahren verstärkt und ihre nukleare Feuerkraft sei verdoppelt worden. Ebenfalls seien die nuklearen Kräfte der USA außerhalb der NATO gewaltig verstärkt worden. Im konventionellen Bereich sei alles so vorbereitet, daß im Notfall zwei weitere Divisionen innerhalb von sieben Tagen kampfbereit in Europa stehen könnten.

Die Vereinigten Staaten hätten nun ein großes Anliegen an alle Verbündeten, besonders aber an uns. Wir sollten doch mithelfen, daß durch die Auseinandersetzungen über das Nassau-Abkommen und über Englands Eintritt in den Gemeinsamen Markt die große Verpflichtung der Allianz und ihre grundlegende Einheit nicht gefährdet würden. Sonst würde man selber Moskau einen großen diplomatischen Sieg zuspielen. Wir sollten doch mäßigend auf alle Verbündeten, vor allem auf Frankreich, zu wirken versuchen.

In diesem Zusammenhang sprach Rusk vom Besuch des Kanzlers in Paris.[4] Ihm falle eine historische Aufgabe zu, die nur er allein und niemand anders

[1] Hat Bundesminister Schröder am 20. Januar 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8475. Zu diesem Schreiben, in dem Präsident Kennedy sich zur Rolle der MLF innerhalb der NATO äußerte, vgl. auch OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 180. Für das Antwortschreiben vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 46.

[3] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[4] Zur Elysée-Konferenz am 21./22. Januar 1963 vgl. Dok. 37–39, Dok. 43 und Dok. 44.

lösen könne. Nachdem er das deutsch-französische Rapprochement zustandegebracht habe, und angesichts seines entscheidenden Beitrages für ein echt koordiniertes Verteidigungssystem in der NATO und schließlich als einer der Architekten der europäischen Einigung müsse er alles tun, um zu verhindern, daß sich aus den jetzigen Auseinandersetzungen eine Kettenreaktion ergäbe, die am Ende sein eigenes Werk, nämlich die atlantische Verteidigung und die europäische Einigung, gefährde. Der Kanzler könne und müsse das Abrutschen der Ereignisse („the downward trend of events") aufhalten und seinen eigenen, seit anderthalb Jahrzehnten verfolgten Kurs weitergehen. Alle diese Dinge brachte Rusk in großer Ruhe, aber mit einem deutlichen beschwörenden Unterton vor.

Im Zusammenhang mit den Brüsseler Ereignissen[5] sagte er „I want to express my great appreciation for the leadership shown by Mr. Schröder in Brussels. Would you please tell him that."

Da man hier offenbar mit einer gewissen Nervosität den nächsten Tagen entgegensieht, wäre ich dankbar, wenn ich möglichst schnell und eingehend über den Verlauf und den Trend der einzelnen Phasen der Pariser Gespräche unterrichtet werden könnte.[6]

[gez.] Knappstein

Ministerbüro, VS-Bd. 8475

34

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 123/63 geheim **19. Januar 1963[1]**

Auswirkungen eines Zusammenbruchs der Englandverhandlungen

1) Im Verhältnis zu Großbritannien

Ein Abbruch der Verhandlungen im gegenwärtigen Zeitpunkt und in der von Frankreich beabsichtigten Form, die den britischen Stolz tief verletzen wird, wird nachhaltige Wirkungen sowohl auf das Verhältnis Großbritanniens zu Frankreich (es wird nach Minister Heath „intolerable" werden) als gegenüber den anderen kontinentalen Ländern haben. Das abermalige Fehlschlagen eines Versuchs der Annäherung (erster Fehlschlag 1958 – Große Freihandelszone)[2] wird einen dritten Versuch psychologisch und sachlich wenn nicht unmöglich machen, so äußerst erschweren.

5 Zur Sondersitzung des Ministerrats der EWG am 17./18. Januar 1963 vgl. Dok. 31.

6 Vgl. weiter Dok. 49 und Dok. 50.

1 Hat Bundesminister Schröder am 19. Januar 1963 vorgelegen.

2 Zu den im November 1958 gescheiterten Verhandlungen über eine Freihandelszone vgl. Dok. 31, Anm. 27.

Der Fehlschlag wird die Stellung der Regierung Macmillan weiter erschüttern und die Chancen einer Labour-Regierung verbessern. Unter einer Labour-Regierung wird sich voraussichtlich eine Änderung der britischen Außenpolitik in der Behandlung des Ost-West-Konflikts, namentlich der deutschen Fragen, ergeben.[3]

2) Im Verhältnis zu den übrigen Beitritts- und Assoziationsbewerbern

Fast alle übrigen Beitritts- und Assoziationsgesuche[4] werden, da sie an die Bedingung des Beitritts Englands geknüpft sind, hinfällig. Die in England gegenüber der EWG eintretende tiefe Verstimmung wird sich auf diese Länder ausdehnen. Auch dies wird unseren speziellen politischen Interessen abträglich sein.

Die EFTA wird notgedrungen wieder aufleben. Während sich bisher der Gegensatz EWG/EFTA nicht allzu bemerkbar gemacht hat, weil sich beide Organisationen noch auf der ersten Hälfte ihres Weges befanden, werden nunmehr die Folgen immer spürbarer werden und bei Erreichung der beiderseitigen Ziele Europa in zwei wirtschaftliche Lager spalten, die in Anbetracht der Höhe namentlich des gemeinsamen Außentarifs der EWG durch einen tiefen Graben getrennt sein werden. Es ist zu befürchten, daß der Bildung gegensätzlicher wirtschaftlicher Fronten eine politische Entfremdung folgen wird. Die zunächst allein aus dem Abbruch herrührende tiefe Verstimmung wird durch diesen Prozeß weiter genährt und vertieft werden. Unser Export nach den EFTA-Ländern – etwa 15,9 Milliarden DM im Jahr 1961 oder etwa 30% unseres Gesamtexports – wird stark abfallen.

3) Im Verhältnis zu Europa im allgemeinen

Der Europa-Gedanke wird einen schweren Schlag erleiden. Der Nimbus der Unaufhaltsamkeit der inneren Kräftigung und äußeren Ausdehnung der EWG ist zerstört. Die Aussicht, daß sich das gesamte freie Europa um die Europäischen Gemeinschaften in mannigfacher Form gruppieren wird, besteht vorläufig nicht mehr.

Die Hoffnung, im Kreis der Sechs zu einer Politischen Union zu gelangen, ist auf absehbare Zeit erloschen.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit, die ein Kernstück und Ausstrahlungszentrum europäischer Zusammenarbeit sein soll, ist in dieser Hinsicht mit einer Hypothek der Zweideutigkeit belastet.

4) Im Verhältnis zu den USA

Die amerikanische Europa-Politik, namentlich die amerikanische Handelspolitik gegenüber Europa (Trade Expansion Act[5]), ist auf die Hypothese des Beitritts Großbritanniens zur EWG und der Ausweitung der EWG zu dem großen Gegenpol der USA im Rahmen der atlantischen Partnerschaft gestützt. Der Zusammenbruch dieser Konstruktion wird schwerwiegende Folgen haben, die sich gegenwärtig im einzelnen noch nicht übersehen lassen.

[3] Zur deutschlandpolitischen Haltung der Labour Party vgl. auch Dok. 107.

[4] Vgl. dazu bereits Dok. 8, Anm. 2, und Dok. 31, Anm. 5.

[5] Zum Trade Expansion Act vom 11. Oktober 1962 vgl. Dok. 31, Anm. 22.

5) Innerhalb der Gemeinschaft der Sechs

Das rücksichtslose, die Partner nicht einmal in der Form respektierende Vorgehen de Gaulles hat namentlich in den kleineren Ländern eine tiefe Erbitterung ausgelöst. Die communitäre Regel, nur gemeinsam zu handeln – eine Regel, die von den Partnern Frankreichs unter ständiger Zurückstellung eigener Ansichten und Interessen peinlich beobachtet worden ist –, ist von Frankreich grob verletzt worden. Es ist bei den Partnern der Eindruck entstanden, daß Frankreich in den entscheidenden Fragen nur das eigene Interesse kennt, das Interesse sowohl der Partner als der Gemeinschaft aber kühl ignoriert. Frankreich werden Unaufrichtigkeit und Herrschsucht vorgeworfen, weil sich jetzt ergibt, daß es ihm in den 15 Monate langen Verhandlungen, in denen es nicht nur die Engländer sondern auch seine Partner mit oft kaum erträglichen Erörterungen über Artikel des Rom-Vertrages[6] und der Agrarverordnungen hingehalten hat, in Wirklichkeit nicht um den Vertrag, sondern darum gegangen ist, daß es für sich eine Führungsrolle beansprucht, die es mit Großbritannien zu teilen nicht bereit ist. Behält Frankreich diese Haltung bei, wird die Neigung der Partner, ihrerseits zugunsten der Gemeinschaft Opfer zu bringen, schwinden und – da der Integrationsprozeß solche Opfer ständig erfordert – dieser stark beeinträchtigt werden. Auch bei uns wird die Abneigung, eigene Interessen (z. B. Getreidepreis) den Interessen der Gemeinschaft unterzuordnen, steigen. Auch schon erzielte Ergebnisse – wie die afrikanische Assoziation[7] und die gemeinsame Agrarpolitik[8] – werden, wie sich bereits abzeichnet, möglicherweise wieder in Frage gestellt werden. Die Erfahrung hat immer wieder gezeigt, daß der Integrationsprozeß eines sich ständig erneuernden politischen Impulses bedarf; hieran wird es auf absehbare Zeit fehlen. Der Nationalismus wird sich in der Haltung der Gemeinschaftspartner verstärkt bemerkbar machen, der Integrationsprozeß stagnieren. Die Europäische Kommission, deren Verhalten in den Verhandlungen als wenig glücklich angesehen wird, wird aus diesen mit geschwächter Autorität hervorgehen. Durch die Gemeinschaft geht ein tiefer Riß, der nachhaltige Wirkungen haben wird. Die Krise der England-Verhandlungen ist eine Krise der Europäischen Gemeinschaften geworden.

Die Gründe, die General de Gaulle für die Zurückweisung Englands und der anderen europäischen Länder anführt[9], stehen mit dem Rom-Vertrag (demzufolge der Vertrag den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offen steht und der eine weltoffene Politik gegenüber den Drittländern vorsieht) nicht im Einklang. Sie lassen weitere Krisen der Gemeinschaft voraussehen. Besonders bedenklich ist die de Gaullesche Darstellung eines Weltbildes, das vom Merkantilismus des 17. Jahrhunderts (lebhafter Handel im Innern, Abschnürung nach außen) geprägt, aber mit einer modernen Weltwirtschaft unvereinbar ist. Nicht zufällig dürfte das Zusammenfallen der Pressekonferenz

[6] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

[7] Zum Assozierungsabkommen mit den afrikanischen Staaten vgl. Dok. 31, Anm. 5.

[8] Vgl. dazu Dok. 21, Anm. 4.

[9] Dazu die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten auf der Pressekonferenz vom 14. Januar 1963. Vgl. Dok. 21.

de Gaulles mit einer Verlautbarung des französischen Industrieministers[10] Bokanowski sein, derzufolge es jetzt darum gehe, den gemeinsamen Außentarif gegenüber amerikanischen Zollabbauwünschen hochzuhalten. Nachdem Frankreich die EWG von England getrennt hat, besteht die Gefahr, daß es diese nunmehr mit den USA und der übrigen freien Welt verfeindet. Hierunter werden wiederum namentlich deutsche Interessen, in jedem Fall unsere Exportinteressen, leiden.

6) Im Verhältnis zum Osten

Der Zusammenbruch der Beitrittsverhandlungen[11] wird vom Osten – leider zu Recht – als ein Sieg gefeiert werden. Die den Osten mehr und mehr bedrükkende Sorge um das Anwachsen der von den Gemeinschaften ausgehenden europäischen Sammlungsbewegung ist von ihm genommen.[12]

Lahr

Ministerbüro, VS-Bd. 8432

35

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

D I–200–80.11/101/63 geheim[1] **20. Januar 1963**

Betr.: Deutsch-französisches Abkommen und die Krise in den England-Verhandlungen

Die Unterzeichnung des geplanten deutsch-französischen Abkommens[2] wirft im gegenwärtigen Augenblick folgende Probleme auf:

1) Gelingt es dem Herrn Bundeskanzler, de Gaulle in der Frage des britischen Beitritts zur EWG umzustimmen[3], wird die Konferenz von Paris außen- und innenpolitisch zu einem großen Erfolg für den Bundeskanzler. Die Zustimmung zum deutsch-französischen Abkommen wird allgemein sein.

2) Gibt de Gaulle in der britischen Frage in nichts nach, wird das deutsch-französische Abkommen aber trotzdem unterzeichnet, wird sich in der Bundesrepublik wahrscheinlich starke Opposition gegen das Abkommen erheben.

10 Korrigiert aus „Innenminister".

11 Vgl. dazu Dok. 60.

12 Vgl. dazu weiter Dok. 128.

1 Aktenzeichen des Durchdrucks für Abteilung I.

2 Zum Abschluß des deutsch-französischen Vertrags vgl. Dok. 44.

3 Vgl. dazu weiter Dok. 43.
Zum Stand der Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. Dok. 31.

Der Bundestag kann das Abkommen, ohne es abzulehnen, auf Eis legen.[4]

Da im Mittelpunkt des Abkommens die Konsultationspflicht steht, liegt es nahe, daß man sagen wird, dieses Abkommen habe keinen praktischen Wert, da es bereits bei der Geburt in einer so wichtigen Frage wie der des englischen Beitritts zur EWG nicht zur Anwendung gekommen sei. Es wird sogar gesagt werden, damit sei der Beweis geliefert, daß die Konsultation nur einseitig gemeint sei, die deutsche Seite sei de Gaulle gegenüber bloßer Ja-Sager.

Für die geplante deutsch-französische Zusammenarbeit würde eine solche Situation fast tödlich wirken.

3) Es stellt sich die Frage, ob der Bundeskanzler das Abkommen *nicht* unterzeichnen soll, falls de Gaulle in der britischen Frage bei der bisher eingenommenen Haltung bleibt. Dies kommt m. E. nicht in Frage.

Es würde dahin interpretiert werden, daß die deutsche Politik des letzten Jahrzehnts der Annäherung an Frankreich im letzten Augenblick gescheitert sei. In der Weltöffentlichkeit würde der Bundeskanzler wohl verbale Zustimmung erhalten, in Wirklichkeit aber würde er für den Bruch mit Frankreich nichts Effektives einhandeln.

4) Danach bleibt nur folgende Möglichkeit:
Wir unterzeichnen das Abkommen. Gleichzeitig muß aber deutlich gemacht werden, daß der Bundeskanzler versucht hat, de Gaulle in der britischen Frage für eine konziliantere Haltung zu gewinnen. Für den Fall, daß dies nicht gelungen ist, muß sehr klar zum Ausdruck gebracht werden, daß sich in diesem Punkt die deutsche Haltung von der de Gaulles unterscheidet.

Jedermann weiß, daß trotz engen deutsch-französischen Zusammengehens in der Frage der NATO (z. B. der multilateralen Nuklearbewaffnung) die deutsche und die französische Politik verschiedene Wege gehen.[5] Diese Differenz würde sich dann auch auf die europäische Politik erstrecken. Daß wir bezüglich der europäischen Integration anders denken als de Gaulle, war bereits bekannt.

Die Spannung, die sich trotz enger deutsch-französischer Zusammenarbeit aus dem Auseinandergehen in so wichtigen Bereichen wie NATO- und Europapolitik ergibt, muß ertragen werden in dem fortgesetzten Versuch, de Gaulle für unsere Ansichten zu gewinnen. Im übrigen sollten wir auf die weitere Entwicklung vertrauen. Beim Bruch von Beziehungen gibt es keine weitere Entwicklung.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[6] dem Herrn Minister[7] vorgelegt.

Jansen

Ministerbüro, VS-Bd. 8432

[4] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Staatssekretärs Carstens: „Auf die Gefahr muß hingewiesen werden."
Zur Frage der Notwendigkeit einer Ratifizierung des Vertrags vgl. auch Dok. 22.

[5] Vgl. dazu weiter Dok. 37.

[6] Hat Staatssekretär Carstens am 20. Januar 1963 vorgelegen.

[7] Hat Bundesminister Schröder am 21. Januar 1963 vorgelegen.

36

Vermerk des Staatssekretärs Lahr

St.S. 143/63 geheim **21. Januar 1963**[1]

Betr.: Deutsch-israelische Beziehungen

Botschafter Shinnar suchte mich heute auf, um den Dank der israelischen Regierung für das hilfreiche Verhalten der Bundesregierung auf bilateralem und multilateralem Gebiet (Verhandlungen Israels mit der EWG)[2] auszusprechen. Nach einer Erörterung der Aussichten der Brüsseler Verhandlungen Israels kam der Botschafter von sich aus auf die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu sprechen. Er bemerkte hierzu, daß die Lage nach Auffassung seiner Regierung unverändert sei, d. h. daß man in dieser Angelegenheit nicht nur die grundsätzliche Seite, sondern auch die Opportunität bestimmter Maßnahmen zu einem bestimmten Zeitpunkt zu betrachten habe. Seine Regierung verstehe die bisherige und gegenwärtige Haltung der Bundesregierung. Er ließ durchblicken, daß man in Israel nicht mit einer Änderung dieser Haltung für die nächste Zeit rechne. Zu dem Besuch des Herrn Bundestagspräsidenten[3] in Israel und dessen später hier gemachten Äußerungen[4] bemerkte er, daß die israelische Regierung den Herrn Bundestagspräsidenten ihrerseits nicht auf die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen angesprochen habe, aber vielleicht sei es unvermeidlich gewesen, daß es der Herr Bundestagspräsident getan habe.[5]

Hiermit dem Herrn Minister mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Lahr[6]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 319

[1] Durchdruck für Staatssekretär Carstens mit Zusatz des Staatssekretärs Lahr für Ministerialdirektor Jansen: „Im Lichte dieser Äußerung des israelischen Botschafters möchte ich annehmen, daß die gegenüber den arabischen Ländern beabsichtigte Erklärung, eine Änderung unserer Nahostpolitik sei nicht beabsichtigt, in Israel keine Überraschung hervorrufen wird."

[2] Aufgrund eines Beschlusses des Ministerrats der EWG vom September 1962 begannen am 26. November 1962 Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und Israel über ein mögliches Handelsabkommen. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 12/1962, S. 17, und 1/1963, S. 29.

[3] Eugen Gerstenmaier.

[4] Vgl. dazu bereits Dok. 14.

[5] Zu einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen vgl. weiter Dok. 121.

[6] Paraphe vom 22. Januar 1963.

37

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Paris

115-A.12/63 geheim **21. Januar 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler führte am 21. Januar 1963 um 10 Uhr im Palais de l'Elysée in Paris ein Gespräch unter vier Augen mit General de Gaulle.

Als Dolmetscher der französischen Seite war Herr Meyer anwesend.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte eingangs, in der jetzigen unsicheren Zeit komme dem Zusammenstehen Frankreichs und Deutschlands noch größere Bedeutung zu. Er sei unruhig wegen der Vereinigten Staaten. Er wisse nicht, welchen Verteidigungskurs man dort habe, denn alles ändere sich dort sehr schnell. Die Unsicherheit habe begonnen mit der Rede McNamaras über die konventionellen Waffen.[2] Das nächste sei das Bahama-Abkommen[3] gewesen, das voller Lücken sei. Offensichtlich sei auch das State Department von dieser Sache überrascht worden, so daß jetzt fünf Arbeitsgruppen mit diesem Abkommen befaßt seien.[4] Die Erklärungen Balls vor der NATO[5] hätten ihn (den Herrn Bundeskanzler) nicht befriedigt. In Bonn habe er mit Ball 2½ Stunden konferiert[6] und sehr offene Fragen gestellt, auf die dieser präzise Antworten gegeben habe.

Inzwischen sei Stikker ja wieder auf seinen Posten zurückgekehrt, wobei man allerdings nicht wisse, wie lange er gesundheitlich dieser Aufgabe noch gewachsen sei. Natürlich komme damit ein weiteres Element der Unsicherheit hinzu. Stikker, den er ja inzwischen in Bonn gesprochen habe[7], sei ebenfalls der Auffassung, daß die Unsicherheit gewachsen sei. Wenn man also das Jahr 1963 mit den Jahren 1961, 1960 oder 1959 vergleiche, stelle man fest, daß die Unsicherheit heute in der Welt größer sei als zuvor.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, leider habe Herr Strauß, der ein guter und erfahrener Mann sei und sich beim Aufbau der Bundeswehr große Verdienste erworben habe, einige Dummheiten gemacht und deswegen nicht Verteidi-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 25. Januar 1963 gefertigt.

[2] Der amerikanische Verteidigungsminister McNamara sprach sich am 14. Dezember 1962 vor dem Ministerrat der NATO dafür aus, vorhandene Ressourcen nicht zur Erhöhung der nuklearen Schlagkraft, sondern zum Ausbau konventioneller Streitkräfte einzusetzen, da dies größere Sicherheit schaffe. Vgl. dazu AdG 1962, S. 10309.

[3] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[4] Vgl. dazu den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 3. Januar 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8474.

[5] Zu den Erklärungen des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium am 11. Januar 1963 vor dem Ständigen NATO-Rat vgl. Dok. 20.

[6] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium am 14. Januar 1963 vgl. Dok. 16, Anm. 2.

[7] Der NATO-Generalsekretär führte am 4. Januar 1963 ein Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer. Vgl. dazu OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 176 f.; STIKKER, Bausteine, S. 436–438.

gungsminister bleiben können.[8] Während der Abwesenheit von Herrn Strauß habe er sich des öfteren mit den Generälen unterhalten und dabei den Eindruck gewonnen, als machten sie sich gar kein richtiges Bild von einem nuklearen Krieg. Sie seien vielmehr in Vorstellungen befangen, die sich im Falle eines nuklearen Krieges wahrscheinlich gar nicht realisieren ließen.

Hinsichtlich der Kuba-Angelegenheit glaube er, daß die Amerikaner nur die zweite Hälfte der Kubakrise betrachteten. Er halte es für unglaublich, daß die Russen ungetarnt Raketen nach Kuba bringen konnten, und eine Bodeninspektion hätten die Amerikaner ja nicht erreicht.[9] Der bisherige deutsche Botschafter in Kuba[10] habe (dummerweise öffentlich) erklärt, daß seiner Meinung nach sich immer noch Raketen auf Kuba befänden. Es seien noch 10000 Russen auf Kuba und dies doch zweifellos, weil auch noch Raketen dort seien. Die Amerikaner hätten also die Gefahr weder rechtzeitig erkannt, noch nachher eine Bodeninspektion durchsetzen können. Rusk habe erklärt, Washington habe in der Nacht nach Kennedys Rede[11] einen nuklearen Angriff befürchtet. Die Angst sei also groß gewesen, und um so größer die Freude, glauben zu dürfen, daß die Russen die Raketen weggeschafft hätten. McNamaras Verdienst sei es gewesen, aus anderen Gründen Vorkehrungen dafür zu treffen, eine große Zahl von Streitkräften schnell zusammenziehen zu können, und gegen 300000 Soldaten hätten sich weder die Russen noch Castro auf Kuba halten können. Jetzt aber übertrage McNamara die kubanischen Erfahrungen einfach auf Europa, ohne zu überlegen, daß die Russen tausende von Meilen von Kuba entfernt seien, in Europa aber in unmittelbarer Nähe stünden. Dies sei einer der Grundirrtümer der Konzeption McNamaras. Stikker, der häufig mit McNamara zu tun habe, sei ebenfalls der Auffassung des Herrn Bundeskanzlers, daß McNamara ein energischer Mann, ein guter Organisator, aber kein Politiker sei. Eine Kombination, wie man sie oft in der Wirtschaft finde.

Kennedy schreibe jetzt des öfteren Briefe an ihn[12], in denen zwar nicht viel drinstehe, mit denen er aber zu beruhigen und Anhänger für seine strategischen und nuklearen Vorstellungen zu gewinnen versuche. Deutschland könne aber der Forderung McNamaras nach Erhöhung der konventionellen[13] Streitkräfte nicht nachkommen. Die Bundesregierung halte dies für sinnlos, denn wenn die Russen einen großen Krieg führen wollten, würden sie sicherlich ihre nuklearen Waffen einsetzen.

[8] Franz-Josef Strauß war seit 1956 Bundesminister der Verteidigung. Infolge der „Spiegel-Affäre" trat er zurück und wurde am 15. Januar 1963 durch Kai-Uwe von Hassel abgelöst.

[9] Ministerpräsident Chruschtschow stellte am 27. Oktober 1962 in Aussicht, den Abzug sowjetischer Waffensysteme von Kuba durch Vertreter der UNO kontrollieren zu lassen. Das notwendige Einverständnis der kubanischen Regierung wurde jedoch nicht erteilt. Vgl. dazu AdG 1962, S. 10248.

[10] Karl Graf von Spreti.

[11] Am 22. Oktober 1962 kündigte Präsident Kennedy die Blockade Kubas an. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1962, S. 806–809.

[12] Am 21. Dezember 1962 unterrichtete Präsident Kennedy den Bundeskanzler über das Nassau-Abkommen. Vgl. dazu OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 168. Weitere Schreiben folgten am 12. und am 19. Januar 1963, auf die Adenauer am 17. bzw. 22. Januar 1963 antwortete. Vgl. dazu weiter Dok. 46.

[13] Korrigiert aus „nuklearen".

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf die Verpflichtung der Bundesrepublik, keine ABC-Waffen herzustellen[14], zu sprechen. Schon bei Abgabe der Verzichtserklärung habe ihm Dulles ja gesagt, daß diese nur „rebus sic stantibus" gelte. Die Bundesrepublik werde jedoch die im Deutschlandvertrag eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Dies hindere sie aber nicht daran, sich an der Raketen- und Raumfahrtforschung zu beteiligen, und er beabsichtige, das auch zu tun. Er brauche General de Gaulle nicht zu sagen, daß die Raketen genauso wichtig wie die nuklearen Sprengköpfe seien.

Der Herr Bundeskanzler schloß, die Unsicherheit sei heute abnorm hoch. Man wisse nicht, welche Pläne Amerika morgen haben werde. Sicherlich wolle Amerika niemanden täuschen, doch könne niemand wissen, wie die Amerikaner morgen dächten. Es bleibe also ein unbehagliches Gefühl. Deutschland stehe in unmittelbarer Berührung mit Rußland. Direkt dahinter komme Frankreich. Die Beneluxstaaten seien klein und Italien ebenfalls nicht übermäßig bedeutend. Die Gefahr für ganz Westeuropa sei sehr groß geworden. Angesichts der sprunghaften amerikanischen strategischen Auffassungen könne man nie wissen, ob sich nicht auch die politischen Auffassungen änderten, so daß ein allgemeines Malaise übrigbleibe.

General *de Gaulle* erinnerte daran, daß er niemals geglaubt habe, daß man in allen Fällen und in jedem Augenblick sicher sein könne, was Amerika tun werde. Wie der Herr Bundeskanzler habe auch er immer geglaubt, daß die Amerikaner letzten Endes Europa den Russen nicht überlassen wollten, und wenn Europa wirklich im Begriffe wäre, von den Sowjets eingenommen zu werden, die Amerikaner mit all ihrer Macht (einschließlich der nuklearen) eingreifen würden. Dieses Eingreifen erfolgte jedoch dann hauptsächlich aus dem Gefühl der Amerikaner heraus, daß sie sich damit selbst verteidigen. Er habe aber nie angenommen, daß man sicher sein könne, daß die Amerikaner im gegebenen Zeitpunkt und an gegebener Stelle strategisch und politisch genau das Richtige tun würden. Das sei der Grund, warum Frankreich unter Beibehaltung des Atlantischen Bündnisses bei den (recht begrenzten) militärischen Vorkehrungen, die es ergreifen könne, gegenüber den amerikanischen Streitkräften immer eine gewisse Autonomie beibehalten habe[15], weil Frankreich eben nicht sicher sei, daß die Amerikaner notwendigerweise im Sinne des französischen nationalen Interesses und der unmittelbaren Verteidigung Frankreichs handeln würden. Deshalb habe Frankreich die wenigen Mittel, über die es verfüge, nicht den Amerikanern zu eigen gegeben. Frankreich wolle sich selbst unmittelbar verteidigen können, wie immer auch die amerikanische Haltung im gegebenen Augenblick aussähe. Die vollständige und interessante Analyse des Herrn Bundeskanzlers habe ihn daher keineswegs überrascht. Er halte diese Analyse für absolut richtig, und seine eigene Analyse gehe seit langem in derselben Richtung.

[14] Die Bundesrepublik verzichtete in einer auf der Londoner Neunmächtekonferenz (28. September bis 3. Oktober 1954) von Bundeskanzler Adenauer abgegebenen Erklärung auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Diese Erklärung ging in die Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 ein. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 7130 f.

[15] Zur französischen Verteidigungskonzeption vgl. bereits Dok. 21.

Hinsichtlich der Kubafrage halte er es wie der Herr Bundeskanzler für ungewöhnlich, daß die Amerikaner so lange zugewartet hätten, bis sie sich zum Bösewerden entschlossen. Entweder hätten die Amerikaner nicht Bescheid gewußt, was immerhin sehr erstaunlich wäre, oder sie hätten sich zum Bösewerden nicht entschließen können. In jedem Falle sei es auffallend. Wenn Amerika schon wegen Kuba nicht früher böse geworden sei, erhebe ich die Frage, zu welchem Zeitpunkt es wegen Europa böse werden würde. Er wiederhole aber, Amerika sei Verbündeter Frankreichs, und Frankreich müsse Verbündeter Amerikas bleiben. Der amerikanische Verbündete sei aber nicht so geartet, daß man sicher sein könne, was dieser Verbündete strategisch und politisch tue. Daraus müsse man die Konsequenzen ziehen. Als Rußland noch keine nuklearen Waffen besessen habe, sei alles ganz einfach gewesen. Jetzt aber habe Rußland nukleare Waffen, und dieses neue Element müsse man berücksichtigen.

Der Herr Bundeskanzler habe dann davon gesprochen, daß man von dem Bahama-Abkommen erfahren habe, ohne daß eine Konsultation zwischen Amerika und Deutschland vorausgegangen sei. Er könne hinzufügen, daß auch keine Konsultation Frankreichs stattgefunden habe. Man habe gewußt, daß die Bahamakonferenz stattfinden würde, und aus dem Kommuniqué habe man von den Schlußfolgerungen von Nassau und den amerikanischen Vorschlägen erfahren. Er habe es nicht direkt aus der Zeitung erfahren, denn Kennedy habe ihm von den Bahamas einige Stunden vor der Veröffentlichung des Kommuniqués einen Brief dieses Inhalts geschrieben.[16] Das könne man aber nicht als Konsultation bezeichnen. Kennedy schreibe dem Herrn Bundeskanzler häufig Briefe, ihm selbst ebenfalls (wenn auch weniger häufig), aber nie über dieses Thema.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, das Briefeschreiben habe erst in letzter Zeit eingesetzt, weil eben diese Unsicherheit in der Welt sei. Der Herr Bundeskanzler erzählte dann die Vorgeschichte zur Einladung Kennedys nach Bonn.[17]

General *de Gaulle* erklärte, die Darstellungen des Herrn Bundeskanzlers seien für ihn äußerst wertvoll, denn aus der Gegenüberstellung der verschiedenen Fakten gewinne er ebenfalls einen klareren Einblick.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, man dürfe auf keinen Fall die Hand der Amerikaner loslassen, sondern müsse ihnen das Gefühl der Verpflichtung geben. In den vergangenen zwei Jahren sei Kennedy zwar reifer geworden, bleibe aber immer noch etwas labil. Bob Kennedy scheine ihm seriöser zu sein. Auch die Leute, mit denen sich Präsident Kennedy jetzt umgebe, schienen ihm seriöser zu sein. In der Nacht nach Kennedys Ansprache sei Bob und im übrigen auch Ball die ganze Zeit beim Präsidenten gewesen. Vielleicht habe General de Gaulle auch schon von dem Gerücht gehört, daß Kennedy das State Department neu besetzen wolle. Auffallend sei gewesen, daß Rusk

[16] Vgl. dazu Dok. 2, Anm. 4.

[17] Präsident Kennedy plante für das Frühjahr 1963 einen Besuch in Italien. Am 18. Januar 1963 lud ihn Bundeskanzler Adenauer ein, diese Reise mit einem Arbeitsbesuch in Bonn zu verbinden. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8475. Vgl. dazu auch OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 186.

nicht auf den Bahamas gewesen sei. Es bleibe aber die Tatsache, daß man mit der jetzigen Administration nie wisse, was morgen geschehen werde. Diese Unsicherheit sei für die Russen angenehm. Es erhebe sich die Frage, was die Europäer tun könnten. Er sehe keine andere Möglichkeit, als den Amerikanern Vertrauen einzuflößen, damit sie eine auf Vertrauen basierende Verantwortung gegenüber Europa empfänden. In Amerika scheine auch zwischen den Militärs unter Taylor und McNamara hinsichtlich dessen Konzeption ein heftiger Gegensatz zu bestehen. Das habe es auch schon unter Eisenhower gegeben[18], der jedoch unter dem Einfluß von Dulles dieser neuen Konzeption entgegengetreten sei. Ein solcher Einfluß Europas, wie er (der Herr Bundeskanzler) ihn über Dulles gehabt habe, bestehe heute nicht mehr. Er wisse nicht, welchen Einfluß Macmillan auf Kennedy habe. Er habe Rusk in Bonn gesagt[19], daß Frankreich und Deutschland eine enge Verbindung eingehen wollten und er hoffe, daß Amerika keine Schwierigkeiten machen werde. Rusk habe darauf erwidert, Amerika und England würden immer eine besonders enge Bindung haben und deswegen freue er sich auch, wenn Frankreich und Deutschland so miteinander verbunden seien. Man müsse sich wohl mit der Tatsache abfinden, daß England immer eine besonders gute Verbindung mit Washington haben werde.

Hinsichtlich Englands sei er etwas mißtrauisch, weil er glaube, daß die Engländer gerne vom Streit auf dem europäischen Kontinent lebten. England befinde sich in einer sehr schwierigen Lage, weil es sich entscheiden müsse, ob es dem Commonwealth Lebewohl sagen solle oder nicht. Bis jetzt habe es sich noch nicht entschieden. Der Unsicherheitsfaktor England sowie dessen Einfluß auf Amerika müsse in Rechnung gestellt werden.

General *de Gaulle* sagte, man kenne die Engländer ja. In der europäischen Sache und insbesondere hinsichtlich der europäischen Sicherheit werde England nie so empfinden wie wir, denn es empfinde die Bedrohung nicht in derselben Weise. Das liege in der Natur der Engländer. Wenn es natürlich zum Äußersten käme, d. h. zum Krieg, würde England mitkämpfen. Bis zu diesem Punkt aber denke und reagiere England nicht so, wie die Europäer dächten und reagierten. Man müsse sich dessen bewußt sein. Andererseits sei es richtig, daß England immer Sonderbeziehungen mit Amerika habe. Das sei britische Politik seit sehr langer Zeit. Die Engländer seien überzeugt, die beste Art, England zu dienen, sei eine direkte und besondere Verbindung mit Amerika, selbst wenn die Amerikaner für die Engländer nicht immer angenehm seien. Dies sei britische Politik und nichts könne England davon abbringen. Macmillan habe ihn in Rambouillet[20] zwei Tage vor der Bahamakonferenz besucht. Er (de Gaulle) habe natürlich gewußt, daß die Bahamakonferenz stattfinden werde. In Rambouillet sei gesprochen worden über den Gemeinsamen

[18] Gegen das unter Präsident Eisenhower geltende Konzept der „massiven Vergeltung" bei jedem Angriff auf einen Bündnispartner vertrat General Taylor die Auffassung, amerikanische Nuklearwaffen seien nur zur Sicherung der Existenz der USA – im Falle eines drohenden atomaren Schlags gegen das amerikanische Festland – einzusetzen.

[19] Der amerikanische Außenminister besuchte vom 21. bis 23. Juni 1962 – unmittelbar vor dem Staatsbesuch des Bundeskanzlers Adenauer in Frankreich – die Bundesrepublik und Berlin. Vgl. dazu OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 128f.

[20] Zu den Gesprächen vom 15./16. Dezember 1962 vgl. Dok. 12, Anm. 6.

Markt, über Europa und insbesondere über Verteidigung. Macmillan habe ihn auf die Schwierigkeiten hingewiesen, in denen er sich hinsichtlich der Verteidigung befinde, weil die Amerikaner die Skybolt-Rakete nicht weiterbauen wollten[21] und dies sehr schlechte Auswirkungen für die nächsten zehn Jahre auf das britische Militärsystem habe. Er (de Gaulle) habe Macmillan daraufhin gesagt, da die Amerikaner die Skybolt nicht weiterbauten, könne man vielleicht, wenn England wolle, europäischerseits etwas Gemeinsames machen. Macmillan sei ihm die Antwort darauf schuldig geblieben. Er sei dann auf die Bahamas gefahren und habe das Polaris-Abkommen geschlossen mit allen Konsequenzen, die dies für die Handlungsfreiheit Englands bedeute. Das sei charakteristisch. England wolle die besondere Beziehung zu Amerika, das sei seine Politik, dem es alles opfere, was es für nötig halte. Man müsse sich darüber im klaren sein. Jedesmal, wenn die Amerikaner anders dächten als die Europäer, würden die Engländer nicht so denken wie die Europäer, sondern wie die Amerikaner. Dies sei heute eine Tatsache, an der sich auch morgen nichts ändern werde.

Der Herr *Bundeskanzler* meinte ebenfalls, daß England nicht dasselbe Gefühl der Bedrohung habe wie Kontinentaleuropa. Dies sei wohl die beste Erklärung für die Haltung Englands in allen Fragen, die für uns von Interesse seien. Der Herr Bundeskanzler fügte hinzu, vor einiger Zeit habe jemand Botschafter Steel gefragt, wann die Engländer denn europäisch empfinden würden. Steel habe geantwortet, er sei Schotte, und auf die Frage, wann denn die Briten soweit seien, sei Steel die Antwort schuldig geblieben. Daß Macmillan zu de Gaulle zwei Tage vor den Bahamas kein Wort gesagt habe, obwohl er selbst (auf Veranlassung McNamaras) den Vorschlag gemacht habe, überrasche ihn nicht, aber schön sei es nicht.

General *de Gaulle* bemerkte, von Polaris habe Macmillan in Rambouillet kein Sterbenswörtchen gesagt. Allerdings sei über Verteidigung in dem Sinne gesprochen worden, daß Macmillan erklärt habe, England wolle zu Europa, wirtschaftlich und politisch und insbesondere wegen der Sicherheit Europas. Das aber seien grundsätzliche Gedanken gewesen. Die praktischen Konsequenzen daraus habe Macmillan nicht gezogen.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf die Frage der französischen nuklearen Streitkräfte zu sprechen. De Gaulle habe erklärt, daß Frankreich nuklear natürlich nicht so stark werden könne wie Amerika, daß dies aber auch nicht notwendig sei. Er verstehe das so, daß de Gaulle glaube, wirtschaftlich so viel nukleare Streitkräfte aufstellen zu können, daß Rußland einen nuklearen Angriff auf Europa nicht riskieren werde.

General *de Gaulle* erwiderte, er könne natürlich nicht sagen, welchen Grad der Zerstörung Rußland hinzunehmen bereit sei, um den europäischen Kontinent dennoch anzugreifen. Der Herr Bundeskanzler wisse jedoch, daß Frankreich dabei sei, eine atomare Streitmacht zu schaffen.[22] Diese Streitmacht

[21] Die Einstellung des Baus der „Skybolt" wurde vom amerikanischen Verteidigungsminister McNamara am 11. Dezember 1962 in einem Gespräch mit dem britischen Verteidigungsminister Thorneycroft angekündigt. Vgl. dazu AdG 1962, S. 10299.

[22] Zur französischen „force de frappe" vgl. Dok. 16, Anm. 6.

werde sich in den nächsten fünf Jahren aus sehr schnellen Flugzeugen (die jetzt aus der Produktion kämen) und A-Bomben zusammensetzen. Nach fünf Jahren werde sie aus von Frankreich selbst gebauten Raketen und H-Bomben bestehen. Diese Raketen könnten von U-Booten aus, die Frankreich dann, wenn auch in geringerer Zahl als Amerika, besitzen werde, abgefeuert werden sowie eventuell vom Land aus. Die jetzigen A-Bomben hätten jedoch die dreifache Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe, und es könnten 40 gleichzeitig abgefeuert werden. Er wisse natürlich nicht, ob diese alle ihr Ziel erreichen würden, abgefeuert aber würden sie auf jeden Fall. Nach zehn Jahren betrage die Zerstörungsgewalt das Zehnfache. Vielleicht griffen die Sowjets dennoch an, das aber wäre dann deren Verantwortung. Jedenfalls sei Frankreich entschlossen, alle seine Mittel zur Verteidigung Europas einzusetzen, und zwar ausnahmslos und vorbehaltlos und unverzüglich, und Frankreich betrachte die Verteidigung Deutschlands als seine eigene. Frankreich könne sich nicht vorstellen, daß Rußland etwa sich Deutschlands bemächtige, Frankreich aber dennoch weiter existieren könnte. Es gebe also keinen Vorbehalt und keinen Zweifel über den Einsatz der französischen Streitkräfte, wenn Europa und insbesondere wenn Deutschland angegriffen würde. In dieser Frage befinde sich Frankreich eben nicht in derselben Lage wie Amerika, das durch einen Ozean getrennt sei. Diesen Ozean gebe es für Frankreich nicht.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich herzlich für diese Auskunft. Er stellte dann die Frage, was de Gaulle von seinen Gedanken halte, daß Deutschland sich mit Raketenbau beschäftige.

General *de Gaulle* sagte, er werde ganz offen sein. Wenn die derzeitige Lage andauere, d. h. wenn es zwischen Rußland und Amerika nicht zu einer Abrüstung komme und die nuklearen Waffen weiter vorhanden seien, werde seiner Meinung nach Deutschland eines Tages Atomwaffen haben wollen, wie im übrigen einige andere Länder auch. Angesichts der wissenschaftlichen, technischen und industriellen Kapazität Deutschlands, werde Deutschland nach einigen Jahren Anlaufzeit zweifellos Atombomben und die erforderlichen Transportmittel bauen können. Frankreich verstehe diesen Wunsch. Wenn dieser Tag komme, ergäben sich daraus ganz wesentliche Konsequenzen. Diese Konsequenzen ergäben sich zunächst natürlich für die Verteidigung Europas. Sie ergäben sich aber auch hinsichtlich des Atlantischen Bündnisses und, ebenso wichtig, hinsichtlich Osteuropas (Rußland, Polen, Tschechei usw.). Was das Atlantische Bündnis und damit vor allem die amerikanische Einstellung anbelange, würden die Amerikaner an dem Tage, an dem sie Deutschland auf Atomwaffen hinarbeiten sähen, sich verärgert fühlen, weil damit ein Element der Hegemonie für sie verloren ginge. Gleichzeitig würden sie sich erleichtert fühlen, weil damit ihre Verantwortung für die nukleare Verteidigung Europas sich verringern würde. Dies sei ein Punkt, der in Betracht zu ziehen sei. Was den Gegner im Osten anbelange, so werde zweifellos, wenn Deutschland Atombomben habe, der Gedanke einer Entspannung oder eines Arrangements verloren sein. Wenn Deutschland Atombomben habe, würden die Russen, Polen, Tschechen, Rumänen usw. unversöhnlich. Dies sei die Folge der Art, in der der zweite Weltkrieg geführt worden sei, und die Folge der Angst, die diese Völker vor der deutschen Militärmacht empfänden.

Wenn diese Völker die deutsche Militärmacht mit Atomwaffen ausgerüstet wiedererstehen sähen, würden sie unversöhnlich. Dies seien die Elemente des Problems. Er glaube aber, daß, wenn die nukleare Rüstung weitergehe, Deutschland eines Tages Atombomben bauen werde, und Frankreich werde Deutschland daran nicht hindern. Man müsse sich nur über die Auswirkung auf das Atlantische Bündnis, vor allem die Amerikaner und den Osten, im klaren sein, wobei man ja in der Politik nie „nie" sagen dürfe und man daher nur sagen könne, daß hinsichtlich des Ostens die Möglichkeit einer Entspannung, zumindest für einige Zeit, verschwinden würde.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte dieser Analyse von General de Gaulle zu. General de Gaulle kenne seine bislang leider nicht mit großem Erfolg geführte Politik der Verbesserung der Beziehungen mit den Satellitenstaaten. Er betonte, daß Deutschland keine Atombomben wolle, es sei denn, die Entwicklung in der Welt zwinge es dazu. Er aber habe lediglich von Raketen (ohne Sprengköpfe), vor allem für die Weltraumforschung, gesprochen.

General *de Gaulle* erklärte, hinsichtlich der Raketen und insbesondere der Experimente zu Zwecken der Weltraumforschung gelte seines Erachtens das, was er über die Atombomben gesagt habe, nicht. Es sei sehr verständlich für jeden, daß Deutschland sich an der Weltraumforschung beteiligen wolle. Wenn Deutschland dies tue, werde es natürlich Raketen erfinden und erproben, die eines Tages auch für etwas anderes benutzt werden könnten. Da Raketen aber nicht Atombomben seien, würde eine solche deutsche Beteiligung nicht die von ihm vorher genannten internationalen Wirkungen auslösen. Hinsichtlich des Baues und der Fabrikation von Raketen habe es zwischen dem Bundesverteidigungsministerium und dem französischen Armeeministerium schon Kontakte gegeben, und vor einiger Zeit habe Herr Strauß sogar schon das Erprobungsgelände in der Sahara besucht. Hier sei zweifellos ein Gebiet für unmittelbare deutsch-französische Zusammenarbeit gegeben, und Frankreich sei zu dieser Zusammenarbeit bereit.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich und wies darauf hin, daß dies zur weiteren Festigung des Zusammenschlusses der beiden Völker beitragen könne. Er stellte dann die Frage, ob General de Gaulle in seiner Konzeption die biologischen Waffen überhaupt nicht berücksichtige. Er frage, weil Dulles ihm einmal eine U-2-Luftaufnahme eines großen sowjetischen Unternehmens gezeigt habe mit der Bemerkung, daß hier biologische Waffen erprobt würden. Auch Amerika befasse sich damit.

General *de Gaulle* erwiderte, auf dem Gebiet der biologischen Waffen habe Frankreich noch fast nichts getan, und vielleicht sei dies falsch gewesen. Jedenfalls glaube er, daß wohl kein europäisches Land besser als Deutschland ausgerüstet sei, um sich mit der Forschung und sogar Herstellung biologischer Waffen zu befassen. Auch das sei ein Gebiet, wo Frankreich, wenn Deutschland dies wolle, zur Zusammenarbeit mit Deutschland bereit sei, denn es gebe keinen Grund, das nicht zu tun.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf seine Bemühungen der Verbesserung der Beziehungen zu den Satellitenstaaten zu sprechen. Man versuche zur Zeit,

auf dem Handelssektor mit Ungarn[23] etwas zu machen, was von deutscher und von ungarischer Seite begrüßt werde. Die SBZ versuche jedoch, über Moskau Sand in das Getriebe zu streuen.[24] Die Bemühungen um Polen[25] kenne General de Gaulle. Er (der Herr Bundeskanzler) teile die Auffassung de Gaulles, daß die Bundesrepublik versuchen müsse, zu diesen Ländern ein Verhältnis zu finden, das die Schärfe der jetzigen Lage mildere.

Der Herr Bundeskanzler fragte dann General de Gaulle nach seiner militärischen Auffassung hinsichtlich der Forderung McNamaras auf Verstärkung der konventionellen Streitkräfte. Die Bundesrepublik habe weder die Leute noch die Kader dafür. Außerdem würde dadurch der Arbeitskräftemangel noch verschärft. Er bitte jedoch den General, einmal seine militärische Auffassung darüber darzulegen.

General *de Gaulle* erklärte, er stimme mit dem Herrn Bundeskanzler überein, daß die Form des Krieges, damit die Form der Schlacht, also auch der Schlacht um Deutschland, schwer vorherzusagen sei. Deswegen stationiere Frankreich einen Teil seiner konventionellen Streitkräfte in Deutschland und behalte einen anderen Teil in Frankreich, um ihn je nach Lage entweder in Deutschland ebenfalls noch einsetzen zu können oder aber damit, falls die Schlacht um Deutschland verloren ginge, französischen Boden zu verteidigen. Außerdem versuche Frankreich, eine Atomstreitmacht aufzustellen, damit diese im Falle eines Angriffs sofort für die Verteidigung Europas eingesetzt werden kann. Da Deutschland keine Atomstreitkraft wolle, verblieben ihm nur konventionelle Streitkräfte, von denen Deutschland schon eine imponierende Zahl habe. Er gestehe, daß er nicht glaube, daß die Vergrößerung dieser Streitkräfte viel an der strategischen Lage zu Beginn eines Krieges ändern würde. Da Deutschland nur konventionelle Streitkräfte habe, sei es seines Erachtens für alle wichtig, daß diese Streitkräfte gut organisiert seien und über alle rückwärtigen Verbindungen, insbesondere über die ungeheuere für eine moderne Armee unerläßliche Logistik verfügten. Wichtiger als neue Divisionen seien bessere und vollständigere Divisionen mit einer vollständigen Logistik. Wenn Deutschland seine derzeitigen Anstrengungen fortsetze, so scheine es ihm persönlich für alle Beteiligten besser, wenn es das bisher Geschaffene vervollständige, als wenn es neue Divisionen aufstellte. Damit würde die Gesamtverteidigung mehr gestärkt als durch zusätzliche Divisionen. Er verstehe aber, daß Deutschland keine Lust verspüre, zusätzlich zu den bereits geschaffenen weitere konventionelle Streitkräfte aufzustellen, angesichts der Unsicherheit über die Form, die ein Krieg und insbesondere die erste Schlacht nehmen würde.

Der Herr *Bundeskanzler* warf hier ein, er habe sich in Washington bei Kennedy[26] in Anwesenheit Taylors darüber beklagt, daß Deutschland nicht wisse, wieviel und welche amerikanischen nuklearen Waffen auf deutschem Boden

[23] Zu den Verhandlungen mit Ungarn vgl. Dok. 154.

[24] Ähnliches berichtete Ministerialdirektor Allardt von den Verhandlungen in Warschau. Vgl. Dok. 29.

[25] Vgl. dazu weiter Dok. 45.

[26] Bundeskanzler Adenauer besuchte vom 13. bis 16. November 1962 die USA. Vgl. dazu BULLETIN 1962, S. 1811 f. und S. 1817. Vgl. ferner OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 161–163.

stünden und was abgezogen bzw. hinzugefügt werde. Taylor habe erklärt, daß die Bundesrepublik informiert werde. Vor einiger Zeit sei die Bundesregierung nun über eine Veränderung informiert worden, und es scheine ihm, als ob die schweren und weitreichenden Waffen entweder nicht verstärkt oder sogar durch noch weiterreichende Waffen ersetzt worden seien, und daß außerdem die Zahl der auf dem Schlachtfeld erforderlichen nuklearen Waffen vergrößert worden sei. Er werde darauf achten, weiter informiert gehalten zu werden (hoffentlich wahrheitsgemäß).

General *de Gaulle* bemerkte, Kennedy habe aber sicher keine Angaben über die Bedingungen gemacht, unter denen Atomwaffen den deutschen Streitkräften zur Verfügung gestellt würden.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, Taylor habe ihm in Anwesenheit Kennedys gesagt, sobald diese Waffen für die amerikanischen Streitkräfte freigegeben würden, würden sie auch für die deutschen freigegeben.

Ein weiterer Punkt, fuhr der Herr Bundeskanzler fort, sei folgender. Bundespräsident Lübke befasse sich gerne theoretisch mit militärischen Fragen, und zwar auf der Grundlage der Auffassungen des Generals a. D. Wenck[27]. Dessen Prinzip sei, daß wegen der nuklearen Waffen die Verbände klein sein und nicht mit großen Kanonen ausgerüstet werden sollten, vielmehr alles klein und beweglich gehalten werden solle.

General *de Gaulle* bemerkte, dies sei nicht sehr konform mit den großen Einheiten, wie man sie zur Zeit habe.

Der Herr *Bundeskanzler* fügte hinzu, er interessiere sich sehr für den Plan für die Neuorganisation der französischen Armee und habe Herrn von Hassel gebeten, ihm darüber Bericht zu erstatten.

General *de Gaulle* erklärte, der Artikel in der „Deutschen Zeitung" gebe ungefähr das wieder, was Frankreich vorhabe. Da man nicht wisse, wie ein nuklearer Krieg in Wirklichkeit aussehen würde, versuche Frankreich, mehrere Möglichkeiten offenzuhalten. Dies sei der Grundgedanke. Dabei wisse er heute schon, daß einige dieser Möglichkeiten nie zum Einsatz kommen würden. Er gehe davon aus, daß man eines Tages eine europäische Verteidigung haben wolle. Dann müsse man die Verteidigung in Europa unter Berücksichtigung der Hypothese organisieren, daß Europa sich zu irgendeinem Zeitpunkt, insbesondere am Anfang, allein verteidigen können müsse und erst nach einiger Zeit die massive amerikanische Hilfe komme. In diesem Falle sei es wesentlich, daß Länder wie Frankreich und Deutschland ihre eigene nationale Verteidigung wirklich haben wollten. Das sei unerläßlich, damit die Völker sich überhaupt schlügen und damit die Anstrengung auf realem Boden stehe. Bei dieser Hypothese befinde sich Deutschland in der Avantgarde Europas, müsse sich als solche betrachten und von den anderen Europäern als Avantgarde des Bündnisses betrachtet werden. Diese vordere Verteidigung wäre dann deutsche Verantwortung. Die Schlacht der Avantgarde, also die

[27] Walther Wenck war 1944 stellvertretender Chef des Generalstabs des Heeres und Chef der Operationsabteilung und 1945 Oberbefehlshaber der XII. Armee. Nach Kriegsende war er in der Industrie, u. a. Generaldirektor der Firma Dr. Carl Otto & Co., Bochum.

Schlacht um Deutschland, müsse vor allem eine deutsche Schlacht sein, selbstverständlich mit Unterstützung alliierter Kontingente, wie sicherlich Frankreichs und Amerikas und vielleicht auch Englands. Die Verantwortung für die Führung und der Oberbefehl über diese Schlacht müßte deutsch sein. Sollte unglücklicherweise Europa in dieser Schlacht um Deutschland nicht gerettet werden können, müsse man in extremis eine weitere Schlacht, die Schlacht um Frankreich, ins Auge fassen, die unter französischer Verantwortung und unter französischem Oberbefehl stehen müsse. Selbstverständlich mit Hilfe der übriggebliebenen europäischen und der vielleicht hinzukommenden amerikanischen Mittel. Jedenfalls sehe er ganz klar und eindeutig, wenn eines Tages eine europäische Verteidigung organisiert werde, in die natürlich das Atlantische Bündnis mit einbezogen sei, ohne aber zu wissen, zu welchem Zeitpunkt die amerikanische Unterstützung eintreffen werde, müsse sich Deutschland als Avantgarde organisieren und die Verantwortung als Avantgarde übernehmen. Dies mit Hilfe der anderen, einschließlich wahrscheinlich des Einsatzes der französischen Atommacht. Für die verschiedenen Schlachten in Europa müsse es natürlich einen Plan geben, der europäisch sei und von Europa, d. h. von den europäischen Regierungen gemeinsam erarbeitet und angewandt werden müsse. Die Leitung der europäischen Verteidigung obläge den Regierungen gemeinsam. Unter dieser Regierungsorganisation stünden dann die Befehlshaber, die er bereits genannt habe, d. h. Deutschland in der Avantgarde und Frankreich in zweiter Position. Diesen Gedanken habe er dem Herrn Bundeskanzler einmal vortragen wollen. Es sei sehr wohl möglich, wenn Deutschland und Frankreich ihre Zusammenarbeit wirklich erstellten, im Laufe der Zeit zu einem Plan dieser Art zu kommen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, es sei ihm völlig klar, daß in einer Schlacht um Europa Deutschland zuerst angegriffen würde und sich damit in der Avantgarde befinde. Er fragte dann, wie der General die Lage hinsichtlich der schweren nuklearen Waffen beurteile. Er glaube, daß die Russen diese sofort einsetzen würden, aber er sei sich dessen nicht sicher, denn die Sowjetunion habe ein großes Interesse, die Herrschaft über die deutsche und französische Industrie zu gewinnen; dazu aber dürfe diese Industrie nicht zerstört sein. Rußland sei daran auch deswegen interessiert, um gegen Rotchina stärker zu sein. Der Herr Bundeskanzler nahm in diesem Zusammenhang Bezug auf ein Gespräch mit Chruschtschow im Jahre 1955[28] und fügte hinzu, auch Lenin habe in einem seiner Werke erklärt, daß es im Interesse des Kommunismus liege, die Industrie der westeuropäischen Länder nicht zu zerstören. Es sei natürlich schwierig, irgendwelche Vorhersagen zu machen. Er wolle jedoch dieses erklären: Die Politik der Bundesregierung sei stark gehemmt durch die Berlinfrage und die SBZ. Er habe ja vor einiger Zeit dem General schon von seinem Gedanken gesprochen, daß man möglicherweise mit Rußland für eine Reihe von Jahren sich über den Status quo einigen könnte, vorausgesetzt, daß die Deutschen in der Zone menschlicher behandelt werden als

[28] Vgl. dazu ADENAUER, Erinnerungen II, S. 527 f.

jetzt[29], etwa so wie in Polen. Er habe dies auch öffentlich erklärt[30] und halte an diesem Gedanken auch immer noch fest. Im November habe er ihn in Washington auch Kennedy vorgetragen. Diese Frage sei natürlich für die öffentliche Diskussion nicht geeignet. Vielleicht überlege sich der General diese Frage, die für ganz Westeuropa von sehr großer Bedeutung sein könne. Zusammenfassend stelle sich die Lage wie folgt dar: Die rotchinesische Gefahr für die Sowjetunion wachse. Im Westen habe keine Seite Vorteile erobert. Die Zeit bringe manche Lösungen (und er denke in Zeiträumen von 10 bis 20 Jahren). Wir alle wären freier, wenn wir nicht unter der täglichen russischen Bedrohung stünden.

General *de Gaulle* sagte, auch er glaube, daß das Anwachsen Rotchinas und die heute schon bestehende Spannung mit Rußland stärker würde. Er könne nicht glauben, daß dies nicht eines Tages die sowjetische Politik gegenüber dem Westen und insbesondere Westeuropa beeinflussen werde. Amerika und Rußland werden immer Rivalen sein. Für Europa gelte nicht genau das gleiche. Die Frage sei aber, wie man es anstellen könne, die Russen zu einer objektiven Betrachtung des Problems unter Beiseitelassung ihrer kommunistischen Ideologie und unter Berücksichtigung der Ostdeutschen zu bringen. Dem Anschein nach stehe Frankreich auf ganz gutem Fuße mit den Sowjets, es werde nicht direkt bedroht, es werde nicht übermäßig beschimpft, und von Zeit zu Zeit lächelten die Russen sogar. In Wirklichkeit aber hätten die Russen noch nie mit Frankreich über Europa, also auch nicht über Deutschland, gesprochen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe der deutschen Öffentlichkeit schon mehrmals gesagt, daß für ihn diese Frage nicht in erster Linie eine nationale, sondern vor allem eine menschliche Frage sei, und er habe dafür bei der deutschen Öffentlichkeit Verständnis gefunden. Der neue Faktor sei der direktere rotchinesische Druck, den Chruschtschow schon 1955 vorausgesehen habe. Der General habe recht, die Frage sei, wer mit den Russen sprechen könne. Diese Frage könne er nicht beantworten. Er könnte sich aber vorstellen, daß auch die Polen und die Ungarn ein gewisses Interesse daran hätten und Chruschtschow wegen des inneren Kampfes im kommunistischen Lager auf die Stellungnahme seiner Satelliten stärker angewiesen sei. Die Voraussetzungen für eine Diskussion dieser Frage hätten sich also verbessert. Das kommende Frühjahr werde wohl zeigen, was Rotchina mit seinem Angriff auf

[29] Einen solchen Vorschlag, den sog. „Burgfriedensplan", unterbreitete Bundeskanzler Adenauer dem sowjetischen Botschafter Smirnow am 6. Juni 1962. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1962. Für einen Auszug vgl. auch AUSSENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Vom Kalten Krieg zum Frieden in Europa. Dokumente von 1949–1989, München 1990, S. 246 f. Vgl. dazu ferner OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 121 f.; KRONE, Aufzeichnungen, S. 169 f.

[30] Im Dezember 1962 äußerte Bundeskanzler Adenauer in einem Interview: „Wenn die Sowjetunion eine Entspannung will, so kann sie hierzu einen wesentlichen Beitrag dadurch leisten, daß sie eine Verbesserung der Lebensverhältnisse für unsere Landsleute in Mitteldeutschland zuläßt." Vgl. BULLETIN 1962, S. 2023.
Der „Burgfriedensplan" wurde der Öffentlichkeit jedoch erst durch ein Fernsehinterview von Adenauer vom 3. Oktober 1963 und die Reaktion des sowjetischen Außenministeriums vom 11. Oktober 1963 bekannt. Vgl. MEISSNER, Moskau–Bonn II, S. 961–965.

Indien[31] beabsichtigt habe und ob es sich wirklich nur um eine Grenzberichtigung handle. Die Schwester Nehrus habe ihm vor kurzem in großer Sorge davon gesprochen[32], daß dieser Angriff die ganze Lebensauffassung Indiens angeschlagen habe, und wenn es Rotchina gelinge, Indien unter seine Kontrolle zu bekommen, hätte es ganz Asien in seiner Hand. Aus dieser Lage ergebe sich für die Sowjetunion ein gewisses Interesse. Er (der Herr Bundeskanzler) habe diese Frage aufgeworfen, falls sich in der Zukunft eine Gelegenheit ergebe, die man benutzen könne.

General *de Gaulle* bemerkte, man stelle fest, daß Amerika ständig mit Rußland im Gespräch sei und insbesondere über das Deutschlandproblem.[33] Er wisse nicht, ob der Herr Bundeskanzler genau informiert werde über diese Gespräche. Er jedenfalls habe nicht den Eindruck, genau informiert zu werden. Er glaube jedoch nicht, daß eine Lösung überhaupt aus einem russisch-amerikanischen Zwiegespräch resultieren könne. Er greife gerne den Gedanken des Herrn Bundeskanzlers auf, falls sich eines Tages Gelegenheit ergebe, gemeinsam diplomatisch etwas zu unternehmen hinsichtlich der Sowjetunion zu dem Thema Deutschland und Europa unter besonderer Berücksichtigung des wachsenden chinesischen Drucks, den er genauso wie der Herr Bundeskanzler beurteile. Er halte es für sehr wichtig, daß der Herr Bundeskanzler öffentlich erklärt habe, daß für ihn die Frage Ostdeutschlands ganz besonders ein menschliches und nicht so sehr ein nationales Problem sei.

Das Gespräch endete um 12 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100(51), Bd. 2

[31] Die Streitigkeiten zwischen Indien und der Volksrepublik China betrafen die Grenzziehung zwischen beiden Staaten. Nach der Besetzung der beanspruchten Gebiete durch chinesische Truppen gab die chinesische Regierung am 21. November 1962 die Einstellung der Kampfhandlungen bekannt. Indien hielt die Waffenruhe ein, blieb aber bei der Forderung nach Wiederherstellung des Status quo ante.

[32] Zum Besuch von Viyaja Lakshmi Pandit bei Bundeskanzler Adenauer am 30. Oktober 1962 vgl. BULLETIN 1962, S. 1727.

[33] Zu den amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen über die Deutschland- und Berlin-Frage vgl. Dok. 5, Anm. 4; weiter Dok. 84.

38

Elysée-Konferenz

2–200–80.11/99/63 geheim **21. Januar 1963**[1]

Niederschrift über die Konferenz im Elysée vom 21. 1. 1963, 16 bis 18.30 Uhr

Teilnehmer:
Bundeskanzler Adenauer, Bundesminister Schröder, Bundesminister von Hassel, Bundesminister Heck, Staatssekretär Carstens, Staatssekretär von Hase, Botschafter Blankenhorn, Ministerialdirektor Jansen, VLR I Osterheld

Präsident de Gaulle, Premierminister Pompidou, Minister Couve de Murville, Minister Messmer, Minister Fouchet, Jugendkommissar Herzog, Botschafter de Margerie, Botschafter Seydoux, Politischer Direktor Lucet, Pressechef Lebel, Gesandter Maillard

Präsident *de Gaulle* begrüßt die Erschienenen und schlägt vor, daß ein Gedankenaustausch über die deutsch-französische Zusammenarbeit stattfindet, wie er in dem vorbereiteten Vertragstext[2] geplant ist. Wie man die endgültige Unterzeichnung vornimmt, sei noch nicht geklärt. Das sollen die Experten am kommenden Tag prüfen.

Zur Ratifizierung des Abkommens bemerkt der Präsident, daß er sich über das, was auf deutscher Seite erforderlich sei[3], nicht äußern könne. Dies gehe nur die Deutschen an. Französischerseits werde dem Abkommen eine so große Bedeutung beigemessen, daß es auf jeden Fall in einer oder der anderen Form dem Parlament zugeleitet werden würde, auch wenn hierzu keine juristische Verpflichtung bestehe.[4] Vielleicht werde das Abkommen sogar dem Volk zur Zustimmung unterbreitet werden. Französischerseits bestehe auf jeden Fall die Absicht, klar herauszustellen, daß hinter dem Abkommen nicht nur einige Unterschriften ständen, sondern daß durch das Abkommen die Völker in die geplante Zusammenarbeit hineingezogen werden sollten.

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Jansen am 24. Januar 1963 gefertigt.

[2] Zur Vorbereitung der Vertragstexte vgl. bereits Dok. 18 und Dok. 26.
Am 19. Januar 1963 erzielten Ministerialdirektor Jansen und der Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Lucet, hinsichtlich der Formulierung der Präambel der gemeinsamen Erklärung sowie des strittigen Punkts „Sprachunterricht" noch keine Übereinstimmung. Diese offenen Fragen wurden erst in einem abschließenden Treffen der beiden Außenminister geklärt. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 20. Januar 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu weiter Dok. 44, Anm. 3.

[3] Vgl. dazu bereits Dok. 22 und Dok. 35.

[4] In einer Aufzeichnung vom 20. Januar 1963 hielt Ministerialdirektor Jansen fest, daß die französische Regierung den Vertrag ohne parlamentarische Zustimmung abschließen könne. Um Parallelität zum deutschen Verfahren herzustellen, sei aber auch im französischen Parlament eine Debatte und Abstimmung denkbar. Er stellte eine Klärung der Frage auf einer Sitzung der beiden Außenminister in Aussicht. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

Der Bundeskanzler akzeptiert diesen Vorschlag. Auch wir wollen das Abkommen durch ein Gesetz verankern[5], nicht nur weil wir gesetzlich hierzu verpflichtet sind, sondern weil wir den Vertrag dadurch feierlich unterstreichen wollen.

Couve de Murville macht einige Bemerkungen zum vorliegenden Text, insbesondere zu dem Passus, mit dem sich die beiden Regierungen verpflichten, die Frage des Unterrichts in der Sprache des anderen Landes besonders zu fördern. Grundsätzlich sei zu dem Text nichts mehr zu sagen. Es seien nur noch einige juristische Fragen zu klären.

Präsident *de Gaulle*: Da der Text klar zu sein scheine, schlage er vor, daß die Minister darlegen, wie sie sich die praktische Zusammenarbeit untereinander in der Zukunft vorstellen. Man solle mit den Außenministern beginnen, die darlegen möchten, wie sie in der Zukunft zusammenarbeiten wollen.

Bundesminister *Schröder*: Die zukünftige Zusammenarbeit stelle kein Novum dar. Man sehe sich auch jetzt schon sehr häufig, aber diese Treffen würden künftig besser organisiert werden. Er habe im Text gelesen, daß die beiderseitigen Beamten sich jeweils alternierend in Bonn oder Paris treffen. Er meine, daß dies auch für die Minister gelte, selbst wenn es nicht besonders im Text vermerkt sei. Dies sei aber eine sekundäre Frage. Kernstück der künftigen Zusammenarbeit sei die gegenseitige Konsultation, insbesondere bezüglich der multilateralen Gemeinschaften, in denen beide Länder Mitglieder seien. Ferner komme der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe große Bedeutung zu. Hier sollte es zu konkreten Abstimmungen kommen, es solle auch systematisch gegenübergestellt werden, was an künftigen Plänen in diesem Bereich besteht. Im Gemeinsamen Markt gelte es, die innere Weiterentwicklung der EWG miteinander zu besprechen, festzustellen, welche Fragen für uns von besonderer Wichtigkeit und besonderem Interesse seien. Auch in der NATO solle man die Programme für die künftigen großen NATO-Sitzungen miteinander vordiskutieren.

Staatssekretär *von Hase*: Auf dem Gebiet des Informationswesens bestehe schon seit längerer Zeit eine enge Zusammenarbeit. Man sei dabei, die Informationspolitik der beiden Länder in Drittländern zu koordinieren. Ferner berate man gemeinsam, was zur Informierung unserer eigenen Völker gemeinsam gemacht werden könne (Radio, Fernsehen).

Präsident *de Gaulle* stellt fest, daß in Zukunft eine ganze Reihe von Treffen stattfinden werden zwischen Ministern und leitenden Beamten der Außenämter, wobei es im wesentlichen darum gehe, sich in Fragen der EWG, der NATO, der Ost-West-Beziehungen, der unterentwickelten Länder und der Informationspolitik aufeinander abzustimmen. Die Informationsfrage sei sehr wichtig. Die Außenämter sollten ein Auge darauf haben, daß die Dinge so dargestellt werden, wie sie sind. Leider würden sie allzu oft dargestellt, wie sie nicht sind.

[5] Zur Frage der Ratifizierung weiter Dok. 99.

Couve de Murville: Auch zwischen den diplomatischen Missionen beider Länder solle in dritten Ländern eine gewisse Verbindung hergestellt werden. Dafür wird eine gemeinsame Instruktion an die Missionen[6] ergehen.

Bundeskanzler hält ebenfalls das Informationswesen für sehr wichtig. Hier sei noch sehr viel Arbeit zu leisten.

Präsident *de Gaulle* bittet Verteidigungsminister von Hassel, das Wort zu nehmen. Der Verteidigungsbereich sei ein besonders wichtiger, vielleicht der Hauptzweck der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Völkern. Wir müßten erreichen, im Verteidigungsbereich zu gemeinsamen Verwirklichungen zu kommen. Wenn dies nicht gelinge, würden wir auch im politischen Bereich nicht weit kommen. Wenn wir aber auf dem Felde der Verteidigung etwas gemeinsam schaffen, dann werde man auch auf dem politischen Feld weiterkommen.

Minister *von Hassel* berichtet anhand des Vertragstextes über die geplante Zusammenarbeit. Einzelheiten würden in der Arbeitssitzung des folgenden Tages erörtert werden. Es gehe darum, wie der Vertrag effektiv ausgefüllt werde.

Verteidigungsminister *Messmer* berichtet, daß in taktischen Fragen bereits eine gewisse Übereinstimmung erzielt worden sei. Das könne man nicht von der Strategie sagen. Das liege aber auch daran, daß wir im strategischen Bereich nicht allein seien. Hier hätten auch andere Länder ihr Wort mitzusprechen. In gemeinsamen Rüstungsvorhaben sei man noch nicht besonders weit vorangekommen. Der Grund liege wahrscheinlich darin – wie Minister von Hassel angedeutet habe –, daß die Gemeinsamkeit bei Rüstungsvorhaben bereits in einem viel früheren Stadium einsetzen müsse.

Präsident *de Gaulle*: Ausschlaggebend für die Zusammenarbeit werde sein, daß die Beziehungen zwischen den beiden Völkern wirklich vertieft und verankert werden. Nichts werde halten, wenn nicht eine starke Grundlage geschaffen werde. Es handele sich um ein Werk auf lange Sicht. Vieles existiere bereits, aber es müsse weiter ausgebildet werden. Der Erziehung der Jugend komme ausschlaggebende Bedeutung zu. Ihm sei bewußt, daß die Regierungsstruktur in der Bundesrepublik anders als in Frankreich sei. Die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten müßten überwunden werden, um zu der geplanten Kooperation zu kommen.

Minister *Schröder* legt dar, daß die Zuständigkeit in kulturellen Fragen in der Bundesrepublik bei den Ländern liegt, und erläutert, daß wir darauf hinarbeiten, daß die Länder einen Kultusminister beauftragen, als ihr Vertreter für den kulturellen Bereich mit dem französischen Kultusminister zusammenzuarbeiten.

Minister *Fouchet* schließt sich diesen Erklärungen an. Auch er glaubt, daß diese Schwierigkeiten die Zusammenarbeit nicht verhindern werden.

Minister *Heck* entwickelt ein erstes Programm für die Ausweitung der deutsch-französischen Jugendarbeit (Begegnungen auf verschiedenen Ebenen, Ferienkolonien, Sport, alternierende repräsentative Jugendveranstaltungen, Europa cantat, Austausch der Jugenddozenten, Jugendzeitschrift, Spra-

[6] Vgl. dazu Dok. 18, besonders Anm. 12.

chenfernunterricht über Radio und Fernsehen, ferner durch Volkshochschulen).[7]

Der geplante Austausch- und Förderungsfonds müsse mit reichlichen Mitteln ausgestattet werden.

Minister *Schröder*: Gedacht sei zunächst an einen Fonds von 20 Millionen DM, der je zur Hälfte von deutscher und französischer Seite aufgebracht werde. Die Geschäftsführung solle bei einem selbständigen Kuratorium liegen, um viele Persönlichkeiten zu interessieren.

Präsident *de Gaulle* stellt die Frage, ob man mit 20 Millionen DM viel machen könne.

Bundeskanzler bemerkt, der deutsche Kabinettsbeschluß bedeute, daß die beschlossenen 20 Millionen DM den deutschen Anteil an diesem Fonds darstellen, so daß dieser insgesamt 40 Millionen DM umfaßt.

Minister *von Hassel* meint, der geplante Austausch solle nicht nur zwischen Jugendlichen und Soldaten stattfinden. Er erinnert an den Austausch zwischen den höheren Beamten von Schleswig-Holstein und Frankreich, der seit langem bestehe. Möglichst breite Kreise, auch Handwerker und Bauern, sollten in diesen Austausch einbezogen werden.

Jugendkommissar *Herzog* begrüßt die Anregungen von Minister Heck. In der bevorstehenden Arbeitssitzung würden alle diese Fragen besprochen werden. Er betont die besondere Rolle des Sports. Hier seien schnelle und große Erfolge unter Beeinflussung großer Massen zu erzielen.

Premierminister *Pompidou* sieht in der geplanten Zusammenarbeit eine psychologisch-moralische Aufgabe, die dahin zielen muß, die Versöhnung zwischen den beiden Völkern ständig selbstverständlicher zu machen. Ferner müsse aus dieser Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten etwas Praktisches und Effektives hervorgehen.

Präsident *de Gaulle*: Wenn man das bisher Besprochene abschließend beurteile, so könne man mit dem Gesagten sehr zufrieden sein. Französischerseits sei man sich sehr klar darüber, welche ungeheure Wichtigkeit das Abkommen haben könne. Er sei bereit und habe das auch schon zum Ausdruck gebracht, unsere Zusammenarbeit auch auf andere Länder der EWG auszudehnen. Allerdings solle nicht verborgen werden, daß in der deutsch-französischen Zusammenarbeit das Kernstück der europäischen Zusammenarbeit liege und daß die deutsch-französische Zusammenarbeit essentiell sei. Viele Gründe gebe es hierfür: vergangenes Unglück, die Nachbarschaft, die Werte, die die beiden Völker repräsentieren. Wenn es gelingt, die beiden Völker zusammenzubringen, werde auch Europa werden. Wenn wir aber keinen Erfolg haben sollten, so würden die Folgen sehr groß sein. In Frankreich würde nach allem, was bisher geschehen sei, ein Fehlschlag unbegrenzte moralische und psychologische Konsequenzen haben. Sicher aber sei, daß es dann kein Europa, vielleicht nicht einmal den Frieden geben werde.

[7] Zur Errichtung des Deutsch-Französischen Jugendwerks vgl. Dok. 218, besonders Anm. 2–5.

Bundeskanzler erklärt, über den Verlauf dieses Tages freudig überrascht zu sein. In den letzten Wochen habe er sich oft mit der geplanten Zusammenarbeit befaßt. Jetzt aber sei ihm noch mehr bewußt geworden, welche Fülle von Möglichkeiten sich ergeben. Er möchte allen, die an dem Vertrag mitgearbeitet haben, danken. Vor allem möchte er Präsident de Gaulle danken, der nach seiner Reise durch Deutschland den Vorschlag zu diesem gemeinsamen Werk gemacht habe.[8]

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136

39

Gespräch des Bundesministers Schröder mit Staatspräsident de Gaulle in Paris

MB 299/63 geheim **21. Januar 1963**[1]

General *de Gaulle* bemerkte einleitend, daß heute gute Arbeit geleistet worden sei.[2] Wenn es jedoch nicht gelänge, das Vereinbarte in die Tat umzusetzen, wäre dies eine Katastrophe. Auf England zu sprechen kommend, sagte de Gaulle, es bestehe ein reeller und auch verständlicher Unterschied zwischen England und dem Kontinent. Der wirtschaftliche Unterschied werde dadurch bewiesen, daß man seit 15 Monaten Tag für Tag verhandle.[3] Der politische Unterschied zeige sich vor allem in Verteidigungsfragen und in der Berlinfrage. Was heute zwischen Frankreich und Deutschland vereinbart worden sei, könnte mit England nie gemacht werden.

Der Herr *Minister* sagte, er teile die Auffassung de Gaulles hinsichtlich dieses letzten Punktes. Er wolle jedoch diesen politischen Punkt einmal beseitelassen. Nach deutscher Auffassung bestehe eine Verquickung der wirtschaftlichen und politischen Aspekte. Wenn die politische Entscheidung weitgehend durch wirtschaftliche Überlegungen beeinflußt sei, sollte man einmal sehen, ob für die wirtschaftlichen Probleme eine befriedigende Lösung gefunden werden könne. Dies habe natürlich nur dann Sinn, wenn keine politische Vorentscheidung getroffen sei.

General *de Gaulle* benutzte das Sprichwort „vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen" und fuhr fort, die Brüsseler Ereignisse seien lediglich ein Zwischenfall, während die deutsch-französische Zusammenarbeit ein Ereignis größter Tragweite sei. In drei Jahren werde kein Mensch mehr von dem jetzi-

[8] Zur Sitzung der Delegationen am 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 22. Januar 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Vgl. dazu Dok. 38.

[3] Zum Beginn der Verhandlungen im November 1961 über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. Dok. 21, Anm. 9.

gen Brüsseler Problem[4] sprechen, sei es, daß England beigetreten sei, weil es alle Bestimmungen des Rom-Vertrages[5] angenommen habe, sei es, daß England aus der Unmöglichkeit heraus, all diese Verpflichtungen zu übernehmen, draußen geblieben sei. Von der deutsch-französischen Zusammenarbeit aber werde man immer sprechen, auch dann, wenn sie fehlschlagen sollte.

Der Herr *Minister* bemerkte, die deutsch-französische Zusammenarbeit sei für ihn eine Basisfrage, die Englandverhandlungen seien für ihn ein Problem in einer Reihe von Problemen. Was die Erfüllung des Rom-Vertrages anbelange, ergebe ein Vergleich der bisher in Brüssel erreichten Regelungen, daß nach einer ganz kurzen Übergangszeit England effektiv den Rom-Vertrag akzeptiert habe. Hinsichtlich der deutschen Einstellung zur deutsch-französischen Zusammenarbeit sei zu sagen, daß die wichtigsten Vertreter des Bundestages am vergangenen Freitag ungeachtet einer sehr negativen Darstellung der Brüsseler Situation dieser Zusammenarbeit zugestimmt hätten.

Zur Erläuterung der deutschen Auffassung hinsichtlich der Englandverhandlungen nannte der Herr Minister die Außenhandelszahlen, wonach ein Drittel des deutschen Außenhandels in die Länder der Gemeinschaft, ein zweites Drittel in die EFTA-Länder und der Rest in die übrige Welt gehe. Die Bundesrepublik habe also ein lebenswichtiges Interesse an einem unbeschränkten Zugang zum EFTA-Markt.

General *de Gaulle* sagte, in der Politik sei natürlich nie etwas endgültig. Wenn man aber bloß den bestehenden Zustand hätte beibehalten wollen, hätte man den Rom-Vertrag überhaupt nie abschließen dürfen. Als zweites sei zu sagen, daß man in fünf Jahren vielleicht gar keinen gemeinsamen Außentarif mehr haben wolle; heute jedoch wolle man ihn, und davon müsse man also heute ausgehen. Drittens sei es für Frankreich lebenswichtig, die Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt einzubeziehen, weil es sonst von seiner Landwirtschaft erdrückt würde und dann am Gemeinsamen Markt kein Interesse mehr hätte. Damit Frankreich seine Landwirtschaft einbringen könne, müßte England aufhören, England zu sein. Hinsichtlich des Handels ließe sich ohne weiteres ein Arrangement mit England finden, ja man müsse es sogar finden, denn auch für die Schweiz, Österreich, Schweden müsse ein Assoziationsverhältnis[6] geschaffen werden. Das aber sei nicht dasselbe wie eine Vollmitgliedschaft. Man könne sehr gut miteinander leben, befreundet und auch verbündet sein, ohne Mitglied der EWG zu sein. Da der Herr Minister ihm gesagt habe, er habe den Wortlaut der Pressekonferenz[7] genau studiert, dürfe er wiederholen, was er dort gesagt habe. Er habe erklärt, daß England auf dem Wege nach Europa, aber noch nicht ganz zu einem Beitritt bereit sei. Wenn

[4] Zum Stand der Verhandlungen mit Großbritannien vgl. Dok. 31.

[5] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

[6] Anträge der Schweiz, Österreichs und Schwedens auf Verhandlungen über eine Mitarbeit bei der Errichtung eines gemeinsamen europäischen Marktes lagen seit Dezember 1961 vor. Zu den Schreiben des österreichischen Außenministers Kreisky und des schwedischen Außenministers Unden vom 12. Dezember 1961 sowie des schweizerischen Bundespräsidenten, Wahlen, vom 15. Dezember 1961 an den Präsidenten des Ministerrats der EWG, Erhard, vgl. BULLETIN DER EWG 1/1962, S. 39.

[7] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

die Zeit wirklich in dieser Richtung arbeite, müsse man ihr Gelegenheit geben, diese Entwicklung weiter zu fördern. Deshalb habe er es für gut gehalten, die jetzige Unsicherheit zu beenden, die endlosen und ergebnislosen Verhandlungen einzustellen, damit die Entwicklung sich ungestört vollziehen könne.

Der Herr *Minister* erklärte, zweifellos wäre es schön, wenn die politisch-psychologische Möglichkeit bestünde, eine Art stillschweigende Übergangszeit einzulegen. Hinsichtlich der Landwirtschaft sei man in Deutschland der Auffassung (und dies stelle für die deutschen Landwirte eine Hoffnung dar), daß ein englischer Beitritt der französischen Landwirtschaft einen recht großen zusätzlichen Absatzmarkt verschaffe. Zur innerdeutschen Situation sei auch noch zu bemerken, daß Bundestag und Bundesrat bei der Ratifizierung des Rom-Vertrages der Bundesregierung die Auflage erteilt hätten, sich nach Kräften um eine Erweiterung der Gemeinschaft zu bemühen. Ein ausgesprochen politisches Argument aber sei dies: Wenn die konservative Partei Englands bei den nächsten Wahlen wegen gescheiterter Verhandlungen verlöre und Labour ans Ruder käme, wäre dies für die Wahlen in Deutschland 1965 sehr schlecht und könnte sehr wohl zu einem SPD-Sieg führen, was weder Deutschland noch Frankreich wünschen können.

General *de Gaulle* sagte, auch er ziehe ein England unter Macmillan jedem anderen England vor. Persönlich empfinde er für Macmillan Freundschaft und Hochachtung. Neben den Gefühlen zählten aber vor allem die nationalen und internationalen Notwendigkeiten. Wenn Labour wirklich ans Ruder käme, hätte man zwei bis drei unangenehme Jahre zu überstehen. Aber auch England müsse sich innerlich umstellen, genauso wie Deutschland dies sofort nach dem Kriege getan habe und Frankreich dabei sei, es zu tun. Damit England diesen Schritt tue, müßten erst die Sozialisten ans Ruder kommen, um das Durcheinander vollkommen zu machen.

Der Herr *Minister* schlug abschließend vor, die Kommission in Brüssel zu beauftragen, eine Bilanz der gelösten und ungelösten Probleme aufzustellen und eventuell konstruktive Vorschläge zu machen.[8]

General *de Gaulle* erwiderte, er nehme diese Anregung des Herrn Ministers auf, doch habe die Kommission schon so oft Bilanzen erstellt.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

[8] Zu diesem Vorschlag vgl. bereits Dok. 31, besonders Anm. 3. Vgl. weiter Dok. 60.

40

Botschafter von Walther, Ankara, an Bundeskanzler Adenauer

114–1/583/63 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 53
Citissime

Aufgabe: 21. Januar 1963
Ankunft: 22. Januar 1963, 08.35 Uhr

Für Bundeskanzler und Außenminister

Ministerpräsident Inönü, der von meiner Reise nach Deutschland gehört hatte, ließ mich heute unerwartet zu einem Gespräch zu sich bitten. Er drückte zunächst seine Bewunderung für die Arbeit des Herrn Bundeskanzlers und für seine Verdienste um die Stabilisierung Europas aus und bat mich, dem Herrn Bundeskanzler seine besten Grüße zu übermitteln.

Er kam sodann auf das deutsch-türkische Verhältnis zu sprechen. Er sei tief enttäuscht über unsere Haltung gegenüber der Türkei im Verlaufe des letzten Jahres. Auf allen Gebieten, auf denen er fest mit unserer Unterstützung und Hilfe gerechnet habe, habe diese in keiner Weise seinen Erwartungen entsprochen. Dabei gelte die Bundesrepublik als der nächststehende und treueste Bundesgenosse der Türkei.

Er selbst, der ein Vorkämpfer einer engen deutsch-türkischen Freundschaft gewesen sei und weiterhin sei, wisse nicht mehr, wie er die Haltung der Bundesrepublik den Kabinettsmitgliedern und dem Parlament gegenüber verteidigen solle.

Er bitte mich dringend, seine Ausführungen der Bundesregierung darzulegen und zu versuchen, bei ihr eine günstigere Einstellung der Türkei gegenüber zu erwirken.

Im einzelnen führte Inönü aus:

1) Die unverständliche Härte der Bundesregierung (rigidité incompréhensible) habe sich zunächst bei der Durchführung des Munitionskaufvertrages[1] gezeigt. Die türkische Seite habe unter Aufopferung ihrer eigenen finanziellen Interessen alles getan, um den deutschen Wünschen Rechnung zu tragen. Etwa vor einem halben Jahr sei ein deutscher General zur Besprechung der offenen Punkte nach Ankara gekommen.[2] Er habe sich darauf beschränkt, die deutschen Forderungen in unnachgiebiger Form darzulegen, ohne auf die türkische Argumentation auch nur einzugehen. Die Türken hätten leider feststellen müssen, daß die Deutschen Lieferanten gegenüber wesentlich nachsichtiger seien. Bei Abschluß des Vertrages seien die Bundesregierung und die Türkei davon ausgegangen, daß dieser Vertrag auch eine Hilfe für die Türkei

[1] Zum Vertrag vom 29. August 1956 über die Lieferung von Munition an die Bundeswehr im Wert von 740 Millionen DM vgl. das Schreiben des Bundesministers Schröder vom 17. November 1962 an Botschafter von Walther; Referat 206, Bd. 171. Vgl. auch Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 169.

[2] Zu den Verhandlungen des Brigadegenerals Becker, Bundesministerium der Verteidigung, in Ankara vgl. den Drahtbericht des Botschafters von Broich-Oppert vom 12. Juni 1962; Referat III A 4, Bd. 299.

in ihrer schwierigen Devisenlage und für ihre technische Entwicklung sein sollte. Durch die ständige Änderung der Lastenhälfte, die mangelnde technische Hilfeleistung und den völlig unzureichenden Erfahrungsaustausch sei der Vertrag zu einem schweren Verlustgeschäft für die Türkei geworden.

Er, Inönü, hoffe, daß die seinerzeitigen Versprechungen des Herrn Minister Strauß, der für die türkischen Probleme weitgehendes Verständnis gezeigt habe, nicht durch nachgeordnete Stellen zunichte gemacht würden.

Er habe den türkischen Stellen Weisung gegeben, den deutschen Wünschen bis zur Grenze des Tragbaren nachzugeben, um den Munitionslieferungsvertrag endlich zu einem guten Ende zu bringen. Er hoffe aber, daß auch deutscherseits Verständnis und Entgegenkommen gezeigt würden.

2) Inönü kam sodann auf die Frage des Konsortiums[3] zu sprechen.

Die türkische Regierung habe auf Anfordern ihrer westlichen Alliierten einen Aufbauplan auf 5 Jahre aufgestellt.

Dieser Aufbauplan sei mit Hilfe europäischer, auch deutscher Fachleute erstellt worden. Nach Bildung des Konsortiums habe dieses eine Mindestsumme festgelegt, die von den Alliierten aufgebracht werden müsse, um den Plan zur Durchführung zu bringen. Die türkische Regierung habe gehofft, daß die deutschen Verbündeten sich an dieser Summe mit einem Betrag beteiligt hätten, der für die anderen Verbündeten ein Ansporn gewesen wäre, um die vom Konsortium festgelegte Summe zu erreichen. Statt dessen habe die Bundesrepublik eine relativ geringe Summe angeboten, von der außerdem ein großer Teil dazu diene, frühere finanzielle Verpflichtungen der Regierung Menderes zu konsolidieren, die gerade wegen ihrer finanziellen Mißwirtschaft vom türkischen Volk gestürzt worden sei.[4] Der Plan, der dem türkischen Volke schwere Opfer auferlege, würde durch diese unzureichende Hilfe des Konsortiums in Gefahr gebracht. Wenn der Plan nicht durchgeführt werden könne, so bedeute das eine Gefahr für die Fortführung der jetzigen türkischen Wirtschaftspolitik des Aufbaues und der Austerity, für die Verteidigungskraft der Türkei und damit für ihre Politik überhaupt.

3) Die Enttäuschung über den geringen deutschen Anteil innerhalb des Konsortiums würde dadurch unterstrichen, daß soeben Deutschland den Syrern eine langfristige Hilfe von 350 Mio. DM zugesagt habe und dies für ein einziges Projekt.[5] Inönü bezog sich auf meine Bemerkung in der letzten Unterredung, im Verlauf derer ich auf die sich verschlechternde Wirtschaftslage Deutschlands hingewiesen hatte, und fuhr fort, daß diese Wirtschaftslage nicht so schlecht sein könne, wenn wir einer so unzuverlässigen, schwankenden (chancelant) Regierung wie den Syrern 350 Mio. DM geben könnten.

[3] Zur Schaffung eines Konsortiums für Entwicklungshilfe zugunsten der Türkei durch die OECD im Juli 1962 vgl. AdG 1962, S. 10023. Vgl. dazu auch das Schreiben des Bundesministers Schröder vom 17. November 1962 an Botschafter von Walther; Referat 206, Bd. 171.

[4] Zum Sturz der Regierung Menderes am 27. Mai 1960 vgl. EUROPA-ARCHIV 1960, Z 82.

[5] Bei Verhandlungen vom 12. bis 14. Januar 1963 in Damaskus sagte Bundesminister Scheel der syrischen Regierung Unterstützung bei der Errichtung des Euphrat-Dammes zu. Für das Kommuniqué zum Abschluß der Gespräche vgl. BULLETIN 1963, S. 85.

Gerade die Hilfe für das syrische Projekt sei ein Schritt gegen die Interessen der Türkei. Die Türkei sei bei ihrer ständig wachsenden Bevölkerungszahl schon jetzt in Nahrungsmittelschwierigkeiten. Die vorgesehene Bewässerung von 200 000 ha durch den Keban-Staudamm sei für die Türkei eine lebenswichtige Frage. Wenn nunmehr auf unabsehbare Zeit den Syrern die Möglichkeit gegeben würde, gegen die Entnahme des Euphrat-Wassers seitens der Türkei zu protestieren, so bedeute dies für die Türkei eine schwere Belastung. Unter Bezugnahme auf meine frühere Tätigkeit in Syrien[6] sagte er, daß ich aus eigener Erfahrung die Art der syrischen Politik kenne, die eine Politik von Bazar-Händlern sei, die Ost gegen West ausspiele. Ich könne mir vorstellen, was eine solche politische Hypothek auf das Keban-Projekt in der Hand der syrischen Regierung, die morgen schon einen völlig anderen Kurs als heute steuern könne, bedeute.

4) Abschließend sprach Inönü von der Militärhilfe und kam auf die versprochene Lieferung der Unterseeboote zurück.[7]

Er ließ sich während der Unterhaltung durch ein Telefongespräch mit der Admiralität unterrichten, schien aber über die Einzelheiten dieser Frage nicht genügend informiert. Ich versprach ihm, auch diese Frage der NATO-Militärhilfe und der bilateralen Militärhilfe in Bonn anzuschneiden.

Abschließend wiederholte Inönü seinen dringenden Appell um deutsches Verständnis. Ich wiederholte meinerseits die während des Gesprächs eingewandten Argumente der bereits geleisteten deutschen Hilfe, der zurückgehenden deutschen Wirtschaftslage, der Produktionsschwierigkeiten auf den Gebieten der Munitionslieferung und wiederholte weiterhin, daß ich die positive Einstellung aller deutschen Stellen der Türkei gegenüber genau kenne. Die türkische Regierung könne aber nicht damit rechnen, daß alle die von ihr aufgeführten Punkte schnell geklärt werden können. Sie seien zu komplex. Ich meinerseits verspräche ihm aber, alles zu tun, um eine wirklich objektive Klärung herbeizuführen, und meiner Regierung eine Schilderung der türkischen Lage zu geben.

Inönü erkundigte sich dann noch nach der Lage in Berlin und bat um Kommentare zu verschiedenen Punkten aus Reden Chruschtschows der letzten Zeit. Nachdem ich ihm dargelegt hatte, daß im Augenblick um Berlin eine Periode der Ruhe eingetreten zu sein scheine, da Chruschtschow offenbar keine erneuten Schwierigkeiten wolle, wies ich darauf hin, daß diese Ruhe jederzeit wieder in eine Krise umschlagen könne. Inönü frug mich noch nach einer Erklärung dafür, daß Chruschtschow in einer seiner letzten Reden die amerikanische Nuklearstärke sehr stark unterstrichen habe, was ganz im Gegensatz stünde zu seiner früheren Praxis, die amerikanische militärische Macht herunterzuspielen.

Ich erwiderte ihm, daß dies wohl ein Mittel sei, um seinen Rückzug aus Kuba[8] der kommunistischen Weltöffentlichkeit verständlich zu machen. Auf dersel-

[6] Gebhardt von Walther war von 1932 bis 1934 als Attaché am Konsulat in Beirut tätig.

[7] Vgl. dazu weiter Dok. 151. Vgl. auch Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 169; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 162.

[8] Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 4.

ben Linie liege die von Inönü erwähnte Äußerung Chruschtschows betreffend Berliner Mauer und den „Sieg des 13. August".[9] Chruschtschow habe hierdurch die vorläufige Zurückstellung seiner 3 Jahre alten ultimativen Forderung auf Abschluß eines Friedensvertrages mit der Ostzone[10] erklären wollen, da durch die Mauer diese Forderung auf Abschluß eines Friedensvertrages von minderer Wichtigkeit sei. Ich wiederholte abschließend, daß alle diese Dinge nicht darüber hinwegtäuschen dürften, daß die Verminderung der augenblicklichen Spannungen bei entstehenden Schwierigkeiten sofort wieder in eine krisenhafte Gegensätzlichkeit zwischen West und Ost umschlagen könne.

Inönü bestätigte mir dies und deutete an, daß er seine Fragen gestellt habe, um seine eigene Meinung über die latente Gefahr bestätigt zu erhalten. Der Westen dürfe sich nicht etwa einschläfern lassen durch den Gedanken der peaceful co-existence.

[gez.] Walther

Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 54

41

Botschafter von Etzdorf, London, an das Auswärtige Amt

114–1/578/63 geheim
Fernschreiben Nr. 69
Cito

Aufgabe: 21. Januar 1963, 19.15 Uhr
Ankunft: 21. Januar 1963, 21.47 Uhr

Betr.: Französische Haltung zum britischen EWG-Beitritt[1]

Ähnlich wie die gesamte britische Presse unterstreicht man im Foreign Office die Bedeutung, die dem Einfluß des Herrn Bundeskanzlers auf Präsident de Gaulle in der Frage des britischen EWG-Beitritts beigemessen sei. Sowohl der Leiter des Central Department, Tomkins, wie der Leiter des Western Organizations Department, Barnes, sahen hierin den entscheidenden Faktor für den weiteren Verlauf der Brüsseler Verhandlungen.

Auf die Frage, wie britische Regierung sich nach einem Fehlschlag der Brüsseler Verhandlungen (Abbruch, Vertagung sine die oder dergleichen) voraus-

[9] Vgl. dazu die Rede des Ministerpräsidenten Chruschtschow am 16. Januar 1963 auf dem VI. Parteitag der SED; DzD IV/9, S. 38–46 (Auszug).

[10] Vgl. dazu das Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 28. Januar 1960 an Bundeskanzler Adenauer; DzD IV/4, S. 137–152.
Vgl. dazu auch Dok. 56, Anm. 9.

[1] Vgl. dazu bereits Dok. 31 und Dok. 34.

sichtlich verhalten würde, erwiderte Tomkins, hierüber könne er noch keine verbindliche Auskunft geben. Die für heute abend angekündigte Rede des Premierministers in Liverpool[2] werde Hinweise hierauf geben. Weite Kreise würden wohl der Regierung anraten, die wirtschaftlichen Bindungen zur EFTA, zum Commonwealth und zu den Vereinigten Staaten zu stärken und möglicherweise gar wirtschaftliche Maßnahmen gegen die EWG zu ergreifen. Gaitskell hätte sich wahrscheinlich an die Spitze einer solchen Bewegung gesetzt, wenn er noch am Leben wäre.[3] Seiner, Tomkins, persönlichen Ansicht nach werde sich die Regierung derartigen Ratschlägen verschließen. Sie werde im Gegenteil weiter auf ihrem europäischen Kurs beharren, in der Hoffnung, daß dieser schließlich ungeachtet des französischen Widerstands zum Ziele der politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas führen werde. Die britische Regierung habe diesen Kurs aus grundsätzlichen Erwägungen und aus Überzeugung eingeschlagen; sie werde sich durch die Eigensinnigkeit eines Mannes nicht davon abbringen lassen. Etwas anderes wäre es vielleicht, wenn der General irgendwelche „vernünftigen" Argumente für den Abbruch der Verhandlungen ins Feld geführt hätte[4]; dies sei aber nicht geschehen.

Folgende Erwägungen sprächen dafür, den bisherigen Kurs fortzuführen:

a) Nicht nur die britische Regierung, sondern, wie sich erwiesen habe, auch die überwiegende Mehrheit der EWG und der Europäer allgemein wünsche den Beitritt Großbritanniens. Es gebe jetzt schon Anzeichen dafür, daß die weitere Entwicklung der EWG stark gehemmt würde, wenn de Gaulle auf seiner gegenwärtigen Haltung beharre. Scherzhaft ließ Tomkins hier einfließen, vielleicht würden die übrigen fünf EWG-Mitglieder sogar angesichts der Einstellung de Gaulles Großbritannien gegen Frankreich als sechsten Partner eintauschen wollen.
b) Ebenso wie die Europäer wünschten die Amerikaner den britischen Beitritt.[5] Diesem Wunsch, der fest in der amerikanischen Politik verankert sei, solle man im Interesse der atlantischen Gemeinschaft weiterhin zu entsprechen suchen.
c) Das ganze Problem sei im größeren Zusammenhang der westlichen Gemeinschaft zu sehen. Zur Stärkung dieser Gemeinschaft sei die Schaffung eines gemeinsamen Europa nach der Pressekonferenz de Gaulles genauso notwendig wie vorher. Wichtig sei in diesem Zusammenhang das Bahama-Abkommen.[6] Dieses gebe den europäischen Partnern der Vereinigten Staaten sehr viel größere Möglichkeiten der Entwicklung einer eigenständigen nuklearen Verteidigungsmacht, als dies vorher der Fall gewesen sei. Auch diese Tatsache spreche dafür, auf dem einmal begonnenen Wege weiterzuschreiten.

[2] Zur Rede des Premierministers Macmillan vom 21. Januar 1963 vgl. den Bericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 23. Januar 1963 (mit dem Wortlaut der Rede als Anlage); Referat I A5, Bd. 253.
Vgl. dazu auch THE TIMES, Nr. 55605 vom 22. Januar 1963, S. 10.

[3] Der Vorsitzende der Labour Party war am 18. Januar 1963 verstorben.

[4] Zur Haltung des Staatspräsidenten de Gaulle in der Frage des britischen EWG-Beitritts vgl. auch Dok. 21.

[5] Vgl. dazu auch Dok. 51, Dok. 52 und Dok. 55.

[6] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

Die Frage, wie sich die britische Regierung die weitere praktische Arbeit zur Vorbereitung des britischen Beitritts bei einem negativen Ausgang der nächsten Sitzung[7] vorstelle, wurde konkret nicht beantwortet.

[gez.] Etzdorf

Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 144

42

Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), an das Auswärtige Amt

114–1/5911/63 geheim
Fernschreiben Nr. 132

Aufgabe: 22. Januar 1963, 11.00 Uhr
Ankunft: 22. Januar 1963, 12.35 Uhr

Betr.: Englandverhandlungen

Botschafter Borschette teilte mit, Luxemburg sei noch nie in seiner Geschichte so unter Druck gesetzt worden, wie von französischer Seite anläßlich der Erörterung des Abbruchs der Verhandlungen mit England.[1] Man habe von französischer Seite sogar gedroht, Luxemburg müsse, wenn es sich der Haltung der anderen Delegationen anschließe, mit Folgen im Bereich der NATO rechnen. Botschafter Borschette hat in diesem Zusammenhang ausdrücklich unterstrichen, daß Luxemburg voll zur Auffassung der übrigen vier Delegationen stehe und sich von dem französischen Druck nicht beeinflussen lasse.[2]

[gez.] Harkort

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422

[7] Zum Scheitern der Verhandlungen vgl. Dok. 60.

[1] Zur französischen Forderung auf Abbruch der Verhandlungen über eine Aufnahme Großbritanniens in die EWG vgl. vor allem Dok. 31.

[2] Vgl. weiter Dok. 60.

43

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Paris

115-14.A/63 geheim **22. Januar 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler führte am 22. Januar 1963 um 10.00 Uhr im Palais de l'Elysée in Paris ein Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

Eingangs übergab der Herr *Bundeskanzler* dem General ein Exemplar der Aufzeichnung über sein Gespräch mit Ball.[2] Er bemerkte noch dazu, daß er als Ergebnis dieses Gesprächs ruhiger gewesen sei hinsichtlich der amerikanischen Pläne als vorher. Dies allerdings immer unter der Voraussetzung, daß Ball in Washington nicht von anderen überspielt wird und etwas anderes geschehe, als Ball ihm gesagt habe. Ball scheine aber einer der engen Berater von Präsident Kennedy zu sein, denn in der Nacht, in der Kennedy seine Kuba-Rede[3] gehalten habe, habe er zu dem kleinen Kreis gehört, der immer beim Präsidenten gewesen sei. Eines, was ihm nicht besonders gefalle, sei es, daß die Amerikaner davon auszugehen scheinen, daß die Polarisrakete der Schlußstein der Entwicklung für mehr als ein Jahrzehnt bilde. Er sei natürlich nicht Sachverständiger, doch scheine ihm dies etwas weit gegriffen zu sein. Er könne sich andere Entwicklungen vorstellen, die hier noch einen Einfluß ausüben würden. Die Amerikaner aber gingen jedenfalls davon aus.

General *de Gaulle* bemerkte, die französischen Sachverständigen, soweit sie über die Polarisrakete Bescheid wüßten, und sie wüßten in Wirklichkeit nur wenig, seien der Auffassung, daß Polaris eine ausgezeichnete Rakete auf einige Jahre hin sei. Es bestehe kein Zweifel, daß Polarisraketen und die amerikanischen U-Boote zusammen die Sicherheit einer amerikanischen nuklearen Macht darstellten, die erstrangig und der sowjetischen nuklearen Macht überlegen sei. Wenn in anderen Worten heute die Sowjets und die Amerikaner einander gegenseitig mit allen ihren zur Verfügung stehenden Waffen beschössen, könne man wohl sagen, daß die Russen in größerer Anzahl getötet und stärker zerstört würden. Allerdings würden die Amerikaner auch zerstört und natürlich auch Europa.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe gewisse Zweifel, ob es richtig sei, nur die auf den U-Booten stationierten Polarisraketen beizubehalten. Die Bundesregierung sei der Auffassung, daß auch zu Lande Raketen stationiert sein müßten, natürlich entsprechend beweglich, um nicht so leicht entdeckt zu werden. Außerdem sei die Polarisrakete nicht übermäßig groß und könne in einem größeren Eisenbahnwaggon transportiert werden. Die Bundesregierung sei der Auffassung, daß die Amerikaner auf keinen Fall den Sowjets bei einem Gefecht zu Lande Polarisraketen in die Hände fallen lassen würden

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 25. Januar 1963 gefertigt.

[2] Zur Unterredung vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 16, Anm. 2.

[3] Zur Rede des amerikanischen Präsidenten vom 22. Oktober 1962 vgl. Dok. 37, Anm. 11.

und sie daher lieber abschießen würden. Wenn diese Raketen aber nur auf U-Booten stationiert wären, könnten sie jederzeit weggezogen werden. Deswegen habe er Ball gefragt, ob die auf U-Booten stationierte Polarisrakete die ausschließliche Waffe sein solle. Ball habe darauf geantwortet, dem solle nicht so sein, vielmehr würden die beweglichen Mittelstreckenraketen bleiben. Ball sei sich dessen sicher gewesen, dennoch aber sei die Frage für ihn überraschend gekommen. Soweit er (der Herr Bundeskanzler) wisse, sei diese Frage in der NATO[4] überhaupt nicht gestellt worden. Deswegen glaube er, daß es im gemeinsamen Interesse sei, wenn man ein Auge darauf halte, was die Amerikaner beabsichtigten, ob sie alles auf U-Booten stationieren wollten oder nicht. Wie General de Gaulle wisse, bauten die Amerikaner ihre Stützpunkte in Italien ab und verlagerten die Raketen auf U-Boote.[5] Die bisher in Italien vorhandenen Raketen seien nicht beweglich gewesen, außerdem sei die italienische Bevölkerung dem Kommunismus ja nicht absolut abhold. Wenn man sich andererseits aber die Massen sowjetischer Streitkräfte an den Grenzen zu den Satellitenstaaten und zur SBZ vorstelle, dann sei nach deutscher Auffassung ein erfolgreicher Widerstand ohne Mittelstreckenraketen überhaupt nicht denkbar. Deswegen lege die Bundesregierung großen Wert darauf, auf dem europäischen Kontinent Boden-Mittelstreckenraketen stationiert zu sehen.

General *de Gaulle* stimmte dem Herrn Bundeskanzler voll zu. Er halte es ebenfalls für im Interesse der Europäer liegend, daß Atomwaffen auf dem Kontinent stationiert seien, deren sich die Europäer bedienen könnten, wenn die Vereinigten Staaten dem zustimmten. Wie der Herr Bundeskanzler glaube auch er nicht, daß die Amerikaner jetzt ihre Atomwaffen zurückziehen wollten. Er habe allerdings den Eindruck, daß die Amerikaner mehr denn je zuvor diese Waffen in ihrer eigenen Hand behalten wollten und auf alle Fälle die europäischen Armeen und besonders die deutsche Armee daran hindern wollten, auch nur eine einzige solche Waffe ohne ausdrückliche Zustimmung des amerikanischen Präsidenten einzusetzen. Wenn die europäischen Armeen nicht in jedem Falle Atomwaffen einsetzen könnten, seien sie natürlich einer Offensive der Sowjets ausgeliefert, selbst wenn die Sowjets keine nuklearen Waffen einsetzten und ganz besonders natürlich, wenn sie solche Waffen einsetzten. Die Wirkung der auf U-Booten stationierten Polarisraketen wäre furchtbar für Rußland, das aber würde Europa nicht daran hindern, überfallen zu werden, besetzt zu werden und nachher zerstört zu werden, denn um Europa wieder zu befreien, müßte es erst zerstört werden.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, seines Erachtens machten die Amerikaner zuviel Aufhebens von den auf U-Booten stationierten Polarisraketen. Er

[4] Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats vom 11. Januar 1963 vgl. Dok. 20.

[5] Die USA rüsteten im Jahr 1959 Stützpunkte in Großbritannien, der Türkei und Italien mit Mittelstreckenraketen vom Typ „Thor" bzw. „Jupiter" aus, die jedoch wegen großer Verwundbarkeit als „second strike"-Waffen untauglich waren und nach 1960 durch Polaris-Raketen ersetzt wurden. Aus der Türkei wurden die Jupiter-Raketen im Zuge der Beilegung der Kuba-Krise Anfang 1963 abgezogen. Vgl. dazu auch BALL, The Past, S. 306.
Im Zusammenhang mit diesen Modernisierungsbestrebungen kündigte Präsident Kennedy im Mai 1961 an, atomar angetriebene und mit Polaris-Raketen ausgerüstete U-Boote als Kern einer multilateralen Streitmacht der NATO unterstellen zu wollen. Vgl. die Rede von Kennedy am 17. Mai 1961 vor dem kanadischen Parlament in Ottawa; PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 385.

fürchte daher, die Amerikaner bezeichneten diese Rakete als *die* Waffe, um die zu Lande stationierten Mittelstreckenraketen zurückziehen zu können. Man könne auch die Möglichkeit russisch-amerikanischer Verhandlungen nicht ausschließen. Natürlich habe man keine Beweise dafür, aber die Möglichkeit bestehe immerhin. Angesichts der sehr langen Gespräche sei es nicht ausgeschlossen, daß diese über den unmittelbaren Gesprächsstoff hinausgingen. Eigenartig sei, daß in der Sowjetunion immer noch eine große Angst vor den Deutschen vorhanden sei. Dies sei ihm von deutschen Touristen, die weit nach Rußland hineingekommen seien, gesagt worden. Wenn die Russen natürlich die Zusicherung bekämen, daß alle amerikanischen Raketen auf U-Booten stationiert seien (und eines Tages werde man natürlich auch U-Boote entdecken können), wäre das für Rußland eine Erleichterung gegenüber Deutschland. Diese Überbetonung der U-Boote und das Nicht-mehr-Nennen von Land-Mittelstreckenraketen mache ihn stutzig. Eigenartigerweise habe in der NATO niemand gefragt, was aus den Landraketen werde. Deshalb habe er diese Frage an Ball gestellt, der eine sehr positive Antwort gegeben habe. Die Frage sei nur, ob es so bleiben werde.

General *de Gaulle* bezeichnete diese Auffassung als richtig. Er glaube, daß Amerika aus amerikanischen Gründen und vielleicht, weil sie es selber so wollten, eines Tages hinsichtlich der Waffen zu einem direkten Arrangement mit Rußland kommen werde. Ein Hinweis darauf finde sich in der amerikanischen Tendenz, die U-Boote und die Polarisraketen überzubetonen, und in dem Schweigen, mit dem man die auf dem Boden stationierten und auch aus der Luft abfeuerbaren Atomwaffen übergehe. In dem Bahama-Abkommen zwischen England und Amerika[6] werde praktisch ebenfalls nur von Polaris und von U-Booten gesprochen. Die tiefe Furcht vor Deutschland, die in Rußland und in den Satellitenstaaten bestehe, sei wirklich. Auch hier habe der Herr Bundeskanzler recht. Natürlich spiele dabei auch die sowjetische Politik hinein, die immer vorgebe, Deutschland als Gefahr zu betrachten bzw. als etwas, was jeden Tag gefährlich werden könnte. Dennoch betrieben die Sowjets diese Propaganda, weil sie damit ein gewisses öffentliches Gefühl zu Hause und in den Satellitenstaaten ansprächen. Die Gründe dafür seien zu offensichtlich, als daß man sie erläutern müßte. Es gebe ja die ständige Behauptung der Sowjets gegenüber den Amerikanern und sogar gegenüber Frankreich, die immer wieder fragten, wie man denn zu einer Entspannung kommen solle, wenn man befürchten müsse, daß eines Tages die Deutschen einen nuklearen Krieg auslösten. Dies wiederholten sie die ganze Zeit. Das störe natürlich die Amerikaner in der Frage der Stationierung der Atomwaffen auf dem Kontinent. Es störe sie zu Hause und in ihrer diplomatischen Aktion gegenüber der Sowjetunion.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf die multilaterale U-Boot-Streitmacht zu sprechen und sagte, Ball habe ihm erklärt (und dies sei in einem Brief Kennedys an ihn[7] wiederholt worden), daß ein Exekutivinstrument[8] gefunden werden müsse. Allerdings habe noch niemand gesagt, was darunter zu verstehen

[6] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[7] Für das Schreiben vom 19. Januar 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8475.

[8] Zur Frage eines „executive committee" vgl. Dok. 2, Anm. 5.

sei und ob insbesondere dieses Exekutivinstrument auch das Recht bekommen sollte, den Feuerbefehl zu erteilen, oder ob dieses Recht beim amerikanischen Präsidenten bleiben müßte. Hier seien die amerikanischen Absichten noch im Nebel. Dennoch sei die Bundesrepublik in dieser Lage gebundener als Frankreich, und daher habe er erklärt, daß Deutschland daran mitarbeiten werde.[9] Wie diese Mitarbeit im einzelnen aussehen werde, wisse weder er, noch wüßten es die Amerikaner. Wenn irgend etwas Nennenswertes hier geschehe, werde er General de Gaulle unterrichten. Ganz allgemein wolle er hinzufügen, daß er sich immer etwas Sorge mache, weil die Amerikaner die Dinge nicht durchdächten und sehr schnell mit neuen Gedanken bei der Hand seien. Wenn es sich um Leben oder Tod von ganzen Völkern handele, sei dies ein unheimliches Gefühl.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf die Rede Macmillans in Liverpool[10] zu sprechen.

General *de Gaulle* sagte, Macmillan habe eine recht anständige Rede gehalten. Macmillan scheine immer zu sagen, wenn Frankreich der Auffassung sei, daß es mit den Verhandlungen in Brüssel[11] jetzt reiche, dann nur deshalb, weil es nicht wolle, daß England jemals in den Gemeinsamen Markt eintrete. Dies sei aber nicht wahr. Wenn Frankreich dies gewollt hätte, hätte es die vor fünfzehn Monaten begonnenen Brüsseler Verhandlungen überhaupt nie angefangen. Die Frage sei doch, ob England dem Gemeinsamen Markt unter denselben Bedingungen wie wir beitreten könne und wolle. Wenn England Sonderbedingungen haben wolle, werde es bald keinen Gemeinsamen Markt mehr geben. Man könne natürlich sehr wohl ohne Gemeinsamen Markt leben. Da man ihn aber schon einmal gewollt habe, sei es doch besser, ihn fortzusetzen und zuzuwarten, bis die nötige Entwicklung in England stattgefunden habe.[12]

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe die Rede noch nicht durchgelesen, sich nur sagen lassen, sie sei in versöhnlichem Ton gehalten.

De Gaulle bemerkte, in seiner Rede habe Macmillan den Eindruck zu vermitteln versucht, als ob er ihm in Rambouillet[13] gesagt habe, daß, nachdem der Bau der Skybolt eingestellt worden sei[14], er eine Ersatzlösung suche. Er (de Gaulle) habe nie das Gegenteil behauptet. In seiner Pressekonferenz[15] habe er nicht gesagt, daß Macmillan ihm etwas anderes erklärt habe. Er habe auch gewußt, daß Macmillan auf die Bahamas fahre und eine Ersatzlösung für die Skyboltrakete suche. Das habe Macmillan ihm auch gesagt. Er verstehe nicht recht, warum Macmillan nun die Dinge anders hinzustellen versuche.

[9] Vgl. dazu den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vom 14. Januar 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 311; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu auch Dok. 46.

[10] Zur Rede des Premierministers Macmillan vom 21. Januar 1963 vgl. Dok. 41, Anm. 2.

[11] Vgl. dazu bereits Dok. 31.

[12] Zur Haltung des französischen Staatspräsidenten vgl. auch Dok. 39.

[13] Zu den Gesprächen vom 15./16. Dezember 1962 vgl. Dok. 12, Anm. 6.

[14] Vgl. dazu Dok. 37, Anm. 21.

[15] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, Macmillan habe doch den Polarisvorschlag gemacht, und wahrscheinlich sei es ihm peinlich, daß er in Rambouillet dem General nichts von seinen Polarisplänen erzählt habe.

General *de Gaulle* erklärte, Macmillan habe ihm in Rambouillet von Polaris nichts gesagt. Er habe ihm allerdings von seinem Problem so gesprochen, daß er (de Gaulle) daraus entnommen habe, daß Macmillan von den Amerikanern Polaris erbitten werde. Das sei im übrigen ein Grund gewesen, warum er (de Gaulle) am Ende der Gespräche ziemlich kühl gewesen sei hinsichtlich des britischen Eintritts in die Europäische Gemeinschaft, weil er es als seltsam empfunden habe, daß England ausgerechnet jetzt Sonderabmachungen mit Amerika hinsichtlich der Atomwaffen suche, ohne sich mit seinen europäischen Verbündeten zu besprechen. Das habe seine Haltung gegen Ende der Gespräche in Rambouillet ziemlich abgekühlt. Aber er habe schon den Eindruck gehabt, daß Macmillan die Amerikaner um Polarisraketen bitten werde. Gesagt habe ihm Macmillan davon nichts.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, hinter der Sache solle ja McNamara stekken, der auf diese Weise England in der Frage der nuklearen Waffen völlig von Amerika abhängig machen wollte. Dies sei nicht bloßes Zeitungsgerede, sondern begründete Annahme.

General *de Gaulle* äußerte dieselbe Auffassung. Er glaube, daß McNamara und auch Präsident Kennedy die Skyboltfrage ausgenützt hätten und die Tatsache, daß sie gerne ein paar Polaris verkauften, um Großbritannien hinsichtlich der Atomwaffen wirklich in Abhängigkeit zu bringen und vielleicht dabei noch einen Grund zu finden, auch Frankreich in Abhängigkeit zu bringen. Dies sei sicher und auch ganz natürlich.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, für einen Nichtamerikaner, Nichtfranzosen und Nichtengländer sei es ein unheimliches Gefühl, daß in der Welt nur zweie über diese Dinge entschieden, nämlich Amerika und Rußland, zumindest solange Rotchina noch nicht soweit sei. Wenn man wisse, wie rückständig das Parteisystem, die Demokratie, die Präsidialbürokratie, die Gesetzgebung insbesondere auf sozialem Gebiet in Amerika noch sei, müsse man sich Sorge machen. Deswegen begrüße er es sehr, daß de Gaulle in aller Ruhe seine Atomwaffe weiterentwickele.[16] Er bitte allerdings de Gaulle auch zu verstehen, wenn die Bundesrepublik die Mitarbeit in einer multinationalen Organisation nicht ablehne. Er habe nur den Wunsch, daß der französische NATO-Botschafter sehr gut aufpasse in all den Fragen, die dort behandelt würden. Er habe gestern abend mit Herrn Seydoux gesprochen, der auch ein gutes Verhältnis zu Herrn Botschafter Grewe habe. Er wäre dankbar, wenn wirklich aufgepaßt würde auf alles, was in der NATO passiere. Er hoffe, daß Stikker noch einige Zeit dableibe, aber man wisse das natürlich nie. Um so mehr müsse man im NATO-Rat aufpassen in allen wichtigen Fragen, um festzustellen, was die Amerikaner wirklich wollten. Er wolle damit sagen, daß, wenn Frankreich seine Atomwaffe weiterentwickele, es sich dennoch nicht desinteressieren könne an dem, was Amerika und die übrigen auf anderem Gebiet täten. Nun solle ja die NATO reformiert werden, wie wisse er nicht. Er glaube

[16] Zur französischen „force de frappe" vgl. Dok. 16, Anm. 6.

nicht, daß Stikker dies noch tun könne. Was Stikker ihm über die Organisation gesagt habe, sei äußerst betrüblich. Sollte Stikker selbst irgendwelche Verbesserungswünsche für die Organisation vortragen, wäre er (der Herr Bundeskanzler) dankbar, wenn General de Gaulle diese wohlwollend prüfen würde. Stikker meine es gut, sei ein erfahrener und zuverlässiger Mann, und es sei sicher gut, ihn zu hören.

General *de Gaulle* bejahte dies. Er habe allerdings noch keine ausgearbeiteten Pläne von Herrn Stikker für eine Reform der NATO gesehen. Letzten Endes werde die NATO und alle damit zusammenhängenden Fragen immer von demselben Problem beherrscht, d.h. durch die Verteidigung mit amerikanischen nuklearen Waffen. Wie immer man die Organisation der NATO mache, man werde immer wieder auf diesen Punkt zurückkommen, daß alles dem Ermessen des amerikanischen Militärbefehlshabers, d.h. Amerikas, anheimgestellt sei. Vielleicht sei es heute nicht anders möglich. Deswegen sei er persönlich, der sich vor zwei bis drei Jahren noch sehr über diese Dinge aufgeregt habe, heute sehr viel ruhiger geworden, weil er den Eindruck habe, daß man sehr viel nicht erreichen könne, weil diese Tatsache alles übrige überschatte. Das Wesentliche der Verteidigung der nördlichen Halbkugel seien die amerikanischen Atomwaffen, und andere gebe es nicht. Diese Lage könnte sich nur ändern und damit eine echte Reform der NATO nur möglich sein, wenn die Europäer zu einer genügend engen Verständigung und zu einer genügend solide verankerten Zusammenarbeit kämen, daß sie eigene Vorschläge für eine solche Reform machen könnten. Bis heute sei das aber nicht so. Im Gegenteil, die Europäer seien sehr verstreut. Möglicherweise werde die deutsch-französische Zusammenarbeit langsam diesem Ziel näherkommen, und auch das sei einer der Gründe, warum er diese Zusammenarbeit für notwendig halte. Im Augenblick aber gebe es kein Gegengewicht gegen das, was die Amerikaner wollten, und keine Möglichkeit, europäischerseits etwas Zusammenhängendes vorzuschlagen angesichts der amerikanischen Allmacht, die heute Tatsache sei. Man hätte sich sehr wohl vorstellen können, da England einige Atomwaffen habe und Frankreich einige solche Waffen baue, daß die Europäer in dieser Hinsicht eine atomare Persönlichkeit bekämen. Jetzt aber sei England völlig unter amerikanischer Abhängigkeit, und das sei durch das Bahama-Abkommen noch vollendet worden. Frankreich aber fange erst an, atomar zu existieren, und Deutschland habe erklärt, daß es keine Atomwaffen bauen werde. Man sehe sich also immer noch dieser erdrückenden amerikanischen Allmacht gegenüber, und er könne sich heute nicht vorstellen, was Europa Zusammenhängendes vorschlagen könnte hinsichtlich der Reform der NATO. Man könne dies vielleicht, wenn einmal eine gemeinsame europäische, d.h. insbesondere deutsch-französische Realität gegeben sei. Dem sei heute aber noch nicht so. Was er unter einer Reform der NATO verstehe, sei eine Organisation, in der die Europäer zur Hälfte oder vielmehr zu gleichen Teilen mit den Amerikanern an den strategischen Entscheidungen und insbesondere dem Einsatzbefehl für Atomwaffen mitwirkten. Die Reform der NATO sei dies oder nichts. Die NATO sei heute amerikanischer Oberbefehl. Eine Reform dieses Oberbefehls müßte dazu führen, daß keine amerikanische Allmacht mehr vorhanden wäre, sondern ein Teil europäischer strategischer Verantwortung

mit einbezogen werde. Heute sei dies noch nicht so, und er sehe nicht, wie man dahin gelangen könnte. Natürlich machten die Amerikaner ständig Vorschläge, damit die Europäer still seien. Sie schlügen alle möglichen Organe vor, an denen die Europäer beteiligt sein sollten. In Wirklichkeit seien aber alle diese Organe immer so angelegt, daß die Entscheidung über den Feuerbefehl immer allein in amerikanischer Hand liege.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte dieser Auffassung zu, bemerkte jedoch, der General unterschätze den Einfluß Frankreichs und den Einfluß seiner Person. Er könne sagen, daß vor 1958 der Einfluß Frankreichs gering gewesen sei. Dies sei heute anders. Sicherlich gipfele letztlich alles im Feuerbefehl. Man könne aber doch auf die Amerikaner einen politischen Einfluß geltend machen, wenn man sich nicht zu sehr fernhalte. Frankreich habe einen ausgezeichneten Botschafter in Washington[17], und der General sei hochangesehen in den Vereinigten Staaten. Auch Frankreich sei beliebt und angesehen, ganz besonders in Amerika, vielleicht sogar mehr noch als England. Er (der Herr Bundeskanzler) fürchte etwas, daß der General, der mit Recht verstimmt sei, sich zu sehr zurückhalten könnte. Er glaube, daß im Grunde die Amerikaner ziemlich hilflos seien. Kennedy sei vor zwei Jahren gewählt worden. Die erste Garnitur von Beratern sei bereits verbraucht. Die zweite Beraterbesetzung sei schon etwas besser. Bei dem immer wiederkehrenden Wechsel in der Präsidentschaft der Vereinigten Staaten brauchten die Amerikaner aber in kritischen Momenten guten Rat. Er bitte daher de Gaulle, jede sich bietende Gelegenheit auszunutzen und den Amerikanern nicht nur zu sagen, sie sollten tun, wie sie wollten, man könne doch nichts daran ändern. Durch persönlichen Einfluß könne man zwar vieles nicht ändern, aber man könne die Richtung beeinflussen.

General *de Gaulle* bedankte sich und sagte, der Herr Bundeskanzler habe sicherlich recht, wenn er sage, daß es schlecht wäre, wenn Frankreich sich fernhielte in seinen Beziehungen mit Amerika und in seiner Freundschaft mit Amerika. Beides könne nützlich sein für den Kontinent. Für Kennedy gelte das ganz besonders. Die Schwierigkeit mit den Amerikanern sei bloß, den richtigen Moment, die richtige Form und die geeignete Gelegenheit zu finden. Kennedy habe ihn z.B. des öfteren gegen Ende des vergangenen Jahres gebeten, ihn doch in Amerika zu besuchen. Er habe daraufhin erklärt, daß er natürlich im Prinzip gerne bei geeigneter Gelegenheit nach Amerika käme. Was ihn aber davon abhalte, ein Datum schon zu nennen und gleich nach Amerika zu fliegen, sei, weil er glaube, daß die gesamte Meinung und vor allem die amerikanische Öffentlichkeit immer der Auffassung sei, daß jetzt notwendigerweise eine Einigung erfolgen werde. Wenn es dann keine spektakuläre Einigung gäbe, würde der Eindruck nur noch schlechter. Man würde dann sagen: „Sie konnten sich nicht einigen, es ist alles übel", usw. Worüber aber sollte man sich jetzt einigen, und um so mehr, worüber hätte man sich vor einem Monat einigen sollen? Es hätte weder eine Einigung über eine multinationale Streitmacht noch über eine Unterstellung der französischen Atommacht kommen können. Das aber wäre dann als Mißerfolg hingestellt worden. Es sei so schwierig, mit den Amerikanern sachliche und nicht spektakuläre Politik zu

[17] Hervé Alphand.

betreiben. Die Amerikaner müßten ihre Thesen immer wieder neu interpretieren und auslegen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe von Einigung nicht gesprochen, das verlange er auch gar nicht. Was er aber wolle, sei, daß de Gaulle durch seine Persönlichkeit und die Weisheit seiner Politik einen Einfluß auf die Amerikaner ausübe. Er verwies in diesem Zusammenhang auf seine Freundschaft mit John Foster Dulles, der noch ein Mann gewesen sei, dessen Politik auf moralischen Grundsätzen beruht habe und sich nicht sprunghaft geändert habe. Präsident Eisenhower hätte ein gutes Verhältnis mit Dulles gehabt. Man müsse sich aber darüber im klaren sein, wenn der eine oder andere Deutsche nach amerikanischer Auffassung ein guter Mann sei, das Verhältnis zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volk doch nicht so solide sei. Eigenartigerweise hätten die Amerikaner ein inneres Verhältnis zu Berlin gefunden, nicht aber zu Deutschland. Er würde es daher außerordentlich begrüßen, wenn das französisch-amerikanische Verhältnis wärmer würde und man deswegen in Amerika mehr auf den Rat de Gaulles hören würde, nicht in Angelegenheiten zwischen Frankreich und Amerika, sondern vielmehr in weltpolitischen Fragen. Die Amerikaner seien doch ziemlich allein. Im Jahre 1900 hätten sie noch nicht einmal eine Außenpolitik gehabt. Durch den ersten und dann den zweiten Weltkrieg seien sie zu schnell und ohne die nötige Erfahrung in eine weltpolitisch entscheidende Situation gerückt. Deswegen glaube er, daß Europa versuchen sollte, bei jeder Gelegenheit engere Fühlung mit Amerika zu nehmen. Dies wäre für beide Seiten von Vorteil.

General *de Gaulle* erwiderte, der Herr Bundeskanzler wisse, wie sehr er (de Gaulle) die Auffassung des Herrn Bundeskanzlers schätze. Er wisse auch, daß der Herr Bundeskanzler im gemeinsamen Interesse spreche. Er greife daher gerne auf, was der Herr Bundeskanzler ihm über das französisch-amerikanische Verhältnis und insbesondere das Verhältnis zwischen ihm selbst und Kennedy gesagt habe, und er werde diese Auffassung des Herrn Bundeskanzlers berücksichtigen.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf England zu sprechen. Die Engländer bemühten sich, die Dinge jetzt so darzustellen, als sei die Pressekonferenz de Gaulles eine Folge der amerikanisch-britischen Annäherung gewesen. Die Engländer hätten natürlich das günstige Argument, daß man schon seit fünfzehn Monaten verhandele und nun plötzlich in einer Pressekonferenz jemand nein sage. Die Frage erhebe sich, was man in dieser Lage nun tun könne. Herr Hallstein habe ihm gesagt, daß er zumindest die Dinge wieder in Gang bringen möchte. Hallstein sei keineswegs sehr für einen britischen Beitritt, vielmehr sei er ziemlich besorgt. Am 28. Januar werde aber nun in Brüssel weiter gesprochen.[18] Die Frage stelle sich, worüber man dort sprechen werde. Was die Bundesregierung anbelange, so müsse er sagen, daß die drei beteiligten Ministerien noch keine klare Erklärung hätten abgeben können, ob ein britischer Beitritt zu Deutschlands Vorteil und zum Vorteil der EWG gereiche oder nicht. Er werde von den betreffenden Ministerien eine klare Stellungnahme verlangen. Ähnlich sei es auch bei der Industrie, die auch endlich einmal klar

[18] Vgl. dazu Dok. 60.

Stellung beziehen müsse. Die Frage aber bleibe, wie die jetzige Wolke zum Verschwinden gebracht werden könne, damit man weiter sprechen könne.

General *de Gaulle* erklärte, der springende Punkt sei sicherlich, und das sei zweifellos auch die Auffassung der Kommission, daß England sich zu dem Eintritt in den Gemeinsamen Markt zu den gleichen Bedingungen wie wir nicht entschließen wolle bzw. nicht entschließen könne.[19] Es wolle Sonderbedingungen haben. Wenn wir dem zustimmen, dann wäre der Gemeinsame Markt kein Gemeinsamer Markt mehr, dann müßte man etwas anderes machen. Das habe er in der Pressekonferenz gesagt. Er verberge nicht, daß er es gerade zu diesem Zeitpunkt gesagt habe wegen des Bahama-Abkommens zwischen England und USA, das er nicht als fair play empfunden habe. Er habe in der Pressekonferenz die Haltung Frankreichs dargelegt und, wie er glaube, auch die Haltung der Kommission von Herrn Hallstein.[20] Diese Haltung bestehe darin, daß dies nicht der Augenblick sei, um die Verhandlungen mit England fortzusetzen, weil sie entweder zu nichts oder zur Zerstörung des Gemeinsamen Marktes führen würden. Beides wäre schlecht, besonders für uns Europäer. Was jetzt in Brüssel getan werden könne, wisse er nicht. Aber was immer Herr Macmillan und Herr Heath sagen mögen, in den fünfzehn Monaten sei in keiner wichtigen Frage ein Fortschritt erzielt worden. Sollen wir jetzt noch einmal fünfzehn Monate verhandeln, wissend, daß diese Verhandlungen entweder ergebnislos oder mit der Zerstörung des Gemeinsamen Marktes enden? Das würde er nicht für richtig halten. Wenn der Herr Bundeskanzler ihm sage, daß es aus Gründen der deutschen politischen Situation und vielleicht auch der belgischen, italienischen und holländischen Situation notwendig sei, eine Formel zu finden, die seinen Ausführungen in Paris nicht widerspreche (denn diese könne er nicht zurücknehmen), die aber doch den Anschein vermittele, daß man die Tür offenhalte, sei er gern damit einverstanden. Er frage sich nur, wie man das anstellen solle. Die Verhandlungen einfach weiterführen angesichts all dessen, was in der Vergangenheit geschehen sei, könne man unmöglich.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, daß inzwischen weitere Ereignisse eingetreten seien, so zum Beispiel der Tod von Gaitskell.[21] Soweit man höre, wollten die Konservativen die Zeit der Schwächung von Labour ausnutzen für Wahlen, die sie dann zu gewinnen hofften. Aus Gründen der allgemeinen Politik sei es wünschenswert, wenn die Konservativen die Wahlen gewännen, weil in der Labour einige wirkliche Kommunisten seien. Dieses neue Element sei ein Anlaß, das Gespräch weiterzuführen, womit nicht etwa weitere fünfzehn Monate von Verhandlungen gemeint seien. Sehr wichtige Fragen seien überhaupt noch nicht berührt worden, so zum Beispiel der Eintritt Dänemarks, Norwe-

[19] Vgl. dazu auch Dok. 39, weiter Dok. 44.

[20] Am Abend des 20. Januar 1963 suchten Präsident Hallstein und der Vorsitzende des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa, Jean Monnet, den Bundeskanzler in Paris auf und drängten ihn, als Vorbedingung für eine Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags eine positive Einstellung des Staatspräsidenten de Gaulle zu einem britischen EWG-Beitritt zu erwirken. Vgl. OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 188; BLANKENHORN, Verständnis, S. 437.

[21] Der Vorsitzende der Labour Party war am 18. Januar 1963 verstorben.

gens, Irlands usw.[22], falls England beitritt. Auch diese Fragen müßten diskutiert werden und nicht nur die Eier- und Getreidepreise. Hinzu komme ein weiteres Problem, das noch nicht behandelt worden sei, nämlich die Frage der Organisation. England wolle 1600 britische Beamte in die Kommission entsenden. Wie das in der Praxis geschehen solle, sei völlig ungelöst. Ein weiterer Faktor sei, daß im jetzigen Stadium die Sechs noch nicht so fest etabliert seien, daß sie selbst den alleinigen Beitritt Englands ohne Erschütterungen verdauen könnten.

General *de Gaulle* erklärte, wenn England beiträte, werde es zweifellos eine große Zahl von Beamten in die Gemeinschaft entsenden. Außerdem ließe sich dann nicht mehr vermeiden, daß auch Dänemark, Norwegen, Irland und Island dazukämen. Seien aber alle diese Länder erst einmal in der Kommission und im Ministerrat vertreten, so würden tagtäglich all die Themen, die man vor Beitritt Englands geregelt geglaubt habe, wieder neu aufgerollt, dieses Mal aber mit einer Mehrheit, die nicht mehr im Eigentlichen europäisch zu nennen wäre. Das Ganze würde sich somit auflösen. Jeder nähme seinen Einsatz zurück, und der Gemeinsame Markt hörte auf zu existieren. General de Gaulle stellte die Frage, ob man denn das gewollt habe, und fügte hinzu, das sei aber die unvermeidliche Folge eines britischen Beitritts.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er werde für Freitag eine Kabinettssitzung einberufen und anregen, daß die Kommission gebeten werde, präzise Antworten auf diese Frage auszuarbeiten, wie sie selbst die Entwicklung sehe. Im Hintergrund sähen ja manche Schwärmer und Theoretiker sogar eine atlantische Gemeinschaft. Das aber sei völlig unmöglich.

General *de Gaulle* erklärte, man könne sich sehr wohl vorstellen, daß es keinen Gemeinsamen Markt gebe, daß jeder wie vorher Handelsverträge zum Besten seiner Interessen abschließe. Selbst für Länder wie Deutschland und jetzt auch für Frankreich sei es durchaus denkbar, überhaupt keinen Außentarif mehr zu haben, sondern mit der ganzen Welt Freihandel zu treiben. Das alles sei möglich. Das habe aber dann kein Anrecht mehr darauf, Europa genannt zu werden, und besonders nicht ein Europa, was die Wirtschaftsinteressen als gemeinsame Basis habe. Wenn man Europa wolle, dann müsse man eben einen gemeinsamen Tarif haben und gemeinsame Regeln, denen man sich unterwerfe. Das alles sei gemacht worden. Solle man es jetzt wieder auflösen? Das sei die Frage.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, dies sei richtig, aber eine Presseropaganda, auch in Frankreich, habe diese Dinge völlig deformiert. Er werde, wie gesagt, diesen Gedanken in der Kabinettssitzung am Freitag vortragen und General de Gaulle dann schreiben. Er habe keinen Zweifel daran, daß die Mehrheit des Kabinetts der Auffassung sein werde, daß diese Fragen zuerst diskutiert werden müßten, damit die Leute erkennten, daß ernste Gründe vorliegen. Diese Gründe müßten aber auf dem eigenen Interesse basieren.

General *de Gaulle* erklärte, er sei selbstverständlich zu einer Diskussion dieser Fragen zu sechst bereit. Er wolle aber dem Herrn Bundeskanzler noch etwas anderes sagen. Die Sechs hätten ihre Wirtschaftsgemeinschaft ja noch

[22] Zu den Aufnahmeanträgen Dänemarks, Norwegens und Irlands vgl. Dok. 8, Anm. 2.

gar nicht fertiggestellt. Vieles bleibe noch zu regeln, insbesondere auf dem landwirtschaftlichen Gebiet. Die Sechs hätten sich versprochen, im Jahre 1962 all diese Regelungen vorzunehmen.[23] Einiges sei geschehen, aber noch nicht alles, und in einigen wichtigen Punkten seien die Regelungen noch nicht abgeschlossen. Seines Erachtens müßten die Sechs zunächst beschließen, erst einmal ihre eigene Organisation fertigzustellen und keine Verhandlungen mit irgendeinem Land im Hinblick auf dessen Beitritt zur Gemeinschaft vorzunehmen, ehe diese Gemeinschaft wirklich stehe.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf das gestrige Gespräch[24] zurück und sagte, es sei gut, wenn von jeder Seite ein Motor für die deutsch-französische Zusammenarbeit vorhanden sei. Wichtig sei, daß diese Schlüsselstellung gut besetzt werde, denn mit der Initiative und der Überzeugung des an dieser Stelle stehenden Mannes stehe und falle das Ganze. Die Zusammenarbeit auf dem Informationsgebiet sei ganz wesentlich. Er habe heute früh mit Herrn von Hase gesprochen, der ihm gesagt habe, daß er mit den französischen Herren schon eine gute Zusammenarbeit habe. Er erlaube sich nun noch die Frage, ob denn zwischen den beiden Geheimdiensten schon eine Verbindung bestehe.

General *de Gaulle* sagte, sehr viel Verbindung bestehe zwischen ihnen noch nicht. Auf französischer Seite unterstehe der Geheimdienst einem General, der sicherlich einige Verbindungen mit dem deutschen Geheimdienst habe, die aber nicht regelmäßig seien. Auf französischer Seite sei man gerne zu einem regelmäßigen Kontakt bereit. Der französische Geheimdienst unterstehe unmittelbar dem Amt des Premierministers. Außerdem gebe es im Verteidigungsministerium einen rein militärischen Nachrichtendienst. Hinsichtlich des letzteren sei es leicht, die Verbindungen über die beiden Verteidigungsminister herzustellen.

Der Herr *Bundeskanzler* erläuterte die Organisation in Deutschland, die ziemlich analog sei.

General *de Gaulle* wies dann darauf hin, daß am Donnerstag der französische Ministerrat zusammentreten und natürlich zunächst den deutsch-französischen Vertrag[25] verabschieden werde. Dann werde auch zu sprechen sein über die in Brüssel einzunehmende Haltung. Dabei werde der Ministerrat voraussichtlich folgenden Beschluß fassen, daß zuerst die Anwendung des Römischen Vertrages[26] beschlossen werden müsse, ehe Verhandlungen mit draußen geführt werden. Dieser Beschluß werde dann veröffentlicht werden. Die Folge davon würde sein, daß Außenminister Couve de Murville am 28. Januar 1963 in Brüssel darauf bestehen werde, daß unter den Sechs zuerst die Anwendung des Römischen Vertrages diskutiert werde, ehe andere Themen behandelt würden.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, in seiner Kabinettssitzung am kommenden Freitag wolle er eine Untersuchung über die Auswirkungen einer Erweiterung

[23] Zum Stand der gemeinsamen Agrarpolitik der EWG vgl. Dok. 21, Anm. 4.

[24] Vgl. Dok. 37.

[25] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. weiter Dok. 44, besonders Anm. 3.

[26] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

des Gemeinsamen Marktes auf die Organisation und die Wirtschaft vorschlagen. Nach der Diskussion im Kabinett werde dann ein Bericht der Kommission angefordert werden. Er mache sich wirkliche Sorgen, ob die Organisation bei einer solchen Erweiterung nicht zu schwach wäre.

General *de Gaulle* bemerkte, diese Frage sei nie geprüft worden. Sie sei aber wesentlich.

Der Herr *Bundeskanzler* fügte noch hinzu, er werde jedenfalls General de Gaulle nach der Kabinettssitzung am Freitag[27] unterrichten.

Das Gespräch endete um 12.00 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (51), Bd. 2

44

Elysée-Konferenz

I A 1 (200)-80.11/100/63 geheim **22. Januar 1963**[1]

Niederschrift über die Konferenz im Elysée vom 22. 1. 1963, 17 bis 17.30 Uhr[2]

Teilnehmer:
Bundeskanzler Adenauer, Bundesminister Schröder, Bundesminister von Hassel, Bundesminister Heck, Staatssekretär Carstens, Staatssekretär von Hase, Botschafter Blankenhorn, Ministerialdirektor Jansen, VLR I Osterheld

Präsident de Gaulle, Premierminister Pompidou, Minister Couve de Murville, Minister Messmer, Minister Fouchet, Jugendkommissar Herzog, Botschafter de Margerie, Botschafter Seydoux, Politischer Direktor Lucet, Pressechef Lebel, Gesandter Maillard

Präsident *de Gaulle* eröffnet die Sitzung mit der Feststellung, daß das Abkommen über die deutsch-französische Zusammenarbeit, nunmehr Vertrag genannt, zur Unterschrift bereit sei.[3] Die nächste Zusammenkunft zwischen ihm und dem Herrn Bundeskanzler werde in Deutschland stattfinden. Er denke an Juni/Juli diesen Jahres.[4] Zu diesem Zeitpunkt werde er mit seinen Ministern

[27] Zur Sondersitzung des Bundeskabinetts vom 25. Januar 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 149.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Jansen am 24. Januar 1963 gefertigt.

[2] Zur Sitzung der Delegationen am 21. Januar 1963 vgl. Dok. 38.

[3] Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des Staatspräsidenten de Gaulle und des Bundeskanzlers Adenauer sowie des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.
Aufgrund der Entscheidung, die Zustimmung der Parlamente herbeizuführen, wurden noch kurzfristig Änderungen an den Texten vorgenommen. Die mit dem Vertrag inhaltlich identischen Passagen der gemeinsamen Erklärung wurden gestrichen, andere Punkte der Erklärung in den Vertrag übernommen. Die Erklärung wurde auf die ursprüngliche Präambel reduziert.

[4] Die Konsultationsbesprechungen fanden am 4./5. Juli 1963 statt. Vgl. dazu Dok. 216–219.

der Einladung des Bundeskanzlers folgen. Bis dahin müsse natürlich der Vertrag ratifiziert sein.[5]

Bundeskanzler beurteilt den Vertrag positiv. Er sei einverstanden, daß das von de Gaulle vorgeschlagene Treffen im Juni/Juli diesen Jahres stattfindet.

Präsident *de Gaulle* weist noch einmal darauf hin, daß die Ratifikation bis dahin abgeschlossen sein muß, was der Bundeskanzler für selbstverständlich erklärt. Man treffe sich also nach der Ratifikation, von jetzt an gerechnet in etwa 6 Monaten.

Bundeskanzler erklärt, er werde sich vorher wegen des genauen Datums etc. mit Präsident de Gaulle in Verbindung setzen.

Präsident *de Gaulle*: Vor der Unterzeichnung um 17.30 Uhr sei es vielleicht nicht unnötig, noch einmal über die Angelegenheit zu sprechen, die der Herr Bundeskanzler am Vormittag mit ihm besprochen habe[6] und worüber sich auch die Außenminister schon unterhalten hätten. Der Klarheit wegen sei es gut, hierauf noch einmal zurückzukommen. Es handele sich um die Brüsseler Ministersitzung vom 28. 1.[7] Er habe dem Herrn Bundeskanzler folgendes gesagt: Ob man es nun für eilig oder für weniger eilig halte, daß die Verhandlungen mit Großbritannien abgeschlossen werden müßten, wichtiger sei nach französischer Ansicht, daß auf jeden Fall die Organisation der EWG abgeschlossen werden müsse. Sie habe noch nicht ihre endgültige Form gefunden. Dies sei vor allem deshalb wichtig, weil andere Länder Mitglieder werden wollten. Eigentlich könne man die Kandidatur anderer Länder erst besprechen, wenn bezüglich der Form der EWG keine Zweifel mehr bestehen. Solange die Gemeinschaft nicht festgebaut sei, fehle die solide Basis. Tatsache sei, daß man sich über den Vertrag und seine Anwendung unter den Sechs klar sein müsse. Dies solle der französische Außenminister in der Sitzung vom 28. 1. als französische Position darstellen. Er habe sehr offen gesprochen und bitte nun, daß auch deutscherseits mit der gleichen Offenheit gesprochen werde.

Wenn wir über diese Frage heute sprechen, sei dies die erste Konsultation, wie sie im deutsch-französischen Vertrag vorgesehen sei. Dazu sei es die Konsultation in einem wichtigen Punkt.

Bundeskanzler sagt, daß man sich nach seiner Meinung innerhalb der Kommission und innerhalb des Ministerrats darüber klarwerden müsse, ob man nur Großbritannien aufnehmen wolle oder auch andere Länder (Dänemark, Norwegen, Irland usw.[8]). Die Kommission solle einmal sagen, ob die Organisation so oder so aussehen solle. Er habe gehört, daß England 1600 Beamtenstellen in der Kommission beanspruche. Dies scheine ihm ziemlich viel. Die Kommission solle sagen, ob sie dies für nötig halte. Alle diese Fragen müßten klar

[5] Zur Frage der Ratifizierung vgl. weiter Dok. 99.

[6] Vgl. Dok. 43.

[7] Vgl. dazu Dok. 60.

[8] Zu den Aufnahmeanträgen Dänemarks, Norwegens und Irlands zur EWG vgl. Dok. 8, Anm. 2.

sein, bevor man über Eier-, Butter- und Geflügelpreise spreche. Er werde diese Fragen in einer eigenen Kabinettssitzung[9] zur Diskussion stellen.

Wenn die Kommission den Auftrag erhalte, hierüber eine Orientierung zu geben, werde man Zeit gewinnen. Präsident Hallstein habe ihm vor zwei Tagen gesagt[10], es gebe noch 40 wichtige Fragen, die in den Verhandlungen mit England nicht behandelt worden seien. Auch die englische Regierung werde Zeit gewinnen. Durch den Tod von Gaitskell[11] habe sich in Großbritannien eine besondere Lage ergeben. Vielleicht werde Macmillan die Wahlen vorziehen. Die Erregung flaue ab. Was dann als Ergebnis herauskomme, sei noch nicht klar. Man müsse die Situation in Ruhe betrachten. Hiervon würden alle profitieren.

Präsident *de Gaulle* bestätigt, was der Herr Bundeskanzler gesagt habe. Es sei notwendig zu präzisieren, wie die Organisation der Gemeinschaft gestaltet werden solle, wie sie funktionieren solle, wenn Großbritannien und andere Staaten hinzutreten. Wenn die Sechs die Kommission beauftragen sollten, diese Arbeit zu tun, werde er sich nicht hiergegen stellen. Was der Bundeskanzler gesagt habe über Großbritannien, die derzeitige politische Situation, den Tod Gaitskells, daß die englischen Wahlen eventuell vorgezogen werden könnten, daß Zeit gewonnen werden müsse, entspreche auch seiner Auffassung. Er wolle nicht dramatisieren und jedermann vor den Kopf stoßen (bousculer tout le monde). Er schließe sich der Auffassung des Bundeskanzlers an.

Bundeskanzler dankt dem Präsidenten für seine Ausführungen und spricht sich dahin aus, daß auf dieser Grundlage etwas sachlich Gutes herauskommen könne, das im Interesse aller liege.

Präsident *de Gaulle* bestätigt noch einmal, daß man einig ist und daß es im gemeinsamen Interesse aller liegt, wenn so verfahren wird. Er ist ferner der Meinung, daß man Unklarheiten nach Möglichkeit beseitigen müsse. Es gebe zu viele Menschen, die davon lebten, zweideutige Interpretationen zu geben.

Bundeskanzler: Eine Frage, die auch in den von ihm geschilderten Zusammenhang gehöre, sei die Fusion der drei Exekutiven.[12] Die Sechs müßten sich darüber aussprechen, was sie auch in diesem Bereich schließlich wollten.

Präsident *de Gaulle* stimmt zu und sagt, die Gemeinschaft müsse konzentriert werden.

Bundeskanzler bemerkt, daß durch den britischen Beitritt unter den Sechs eine erhebliche Unruhe eingetreten sei. Daß unter den Sechs aber die Einigkeit wieder herbeigeführt werde, sei ein Grundproblem der Gemeinschaft. Deshalb müsse zunächst wieder Ruhe eintreten in der Gemeinschaft.

[9] Zur Sondersitzung des Bundeskabinetts am 25. Januar 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 149.

[10] Zum Gespräch zwischen Bundeskanzler Adenauer und Präsident Hallstein am Abend des 20. Januar 1963 vgl. Dok. 43, Anm. 20.

[11] Der Vorsitzende der Labour Party war am 18. Januar 1963 verstorben.

[12] Während mit den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 für EWG, EURATOM und EGKS eine gemeinsame Versammlung und ein gemeinsamer Gerichtshof gegründet wurde, blieben die Exekutivorgane – die EWG-Kommission, die EURATOM-Kommission und die Hohe Behörde der EGKS – ebenso wie die Ministerräte zunächst getrennt. Am 20. Oktober 1961 brachte das Europäische Parlament eine Entschließung zur Zusammenlegung der Exekutiven und der Ministerräte ein. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 673–675.

Präsident *de Gaulle* stimmt diesen Ausführungen zu und schließt die Aussprache mit der Aufforderung, nunmehr zur Unterzeichnung der Verträge in den Salon Murat zu gehen.

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136

45

Ministerialdirektor Allardt, z.Z. Warschau, an das Auswärtige Amt

114-1/618/63 geheim
Fernschreiben Nr. 15
Citissime

Aufgabe: 22. Januar 1963, 20.00 Uhr
Ankunft: 22. Januar 1963, 23.10 Uhr

Im Anschluß an Nr. 13[1] vom 21. und mit Beziehung auf Ferngespräch mit MD Sachs

I. Anläßlich gestrigen, von polnischer Delegation gegebenen Diners, an dem übrigens erstmalig auch ein Vertreter Außenministeriums, der Leiter der Abteilung West, Gesandter Lobodycz, teilnahm, beschwor Modrzewski mich, Brief über Handelsvertretung als Grundlage für Gespräch über technische Durchführung zu akzeptieren, im Augenblick aber keine weiteren Forderungen zu stellen. Der Beschluß sei zwar gegen größte Widerstände gefaßt, aber unwiderruflich, und man benötige nun Zeit, um Öffentlichkeit durch gesteuerte Publizistik vorzubereiten und gleichzeitig in sofort aufzunehmenden Gesprächen in Warschau und Bonn schwierige technische Detailfragen (Wohnraumbeschaffung u.a.) zu klären. Mehr zu verlangen, d.h. das gesamte Abkommen über die Handelsvertretung zum Gegenstand des Vertrags zu machen, halte er aus oben geschilderten Gründen im Augenblick für unmöglich. „Ich sehe", sagte er, „diesen Brief als großen Schritt auf dem Wege zur Normalisierung Beziehungen an. Er wird uns außerdem helfen, gegen die verschiedensten inneren und äußeren Widerstände (und insbesondere diejenigen der SED) Europäer zu bleiben."

[1] In dem Drahtbericht nahm Ministerialdirektor Allardt zu einem am selben Tag an das Auswärtige Amt übermittelten Schreiben des polnischen Stellvertretenden Außenhandelsministers Stellung. Hierin drückte Modrzewski den Wunsch nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik aus „unter der ... Bedingung der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze". Er sprach sich gegen eine Handelsvertretung der Bundesrepublik in Polen aus, die ersatzweise diplomatische Funktionen übernehme, räumte jedoch die Möglichkeit einer Handelsvertretung ein, „deren Wirkungsbereich dem der jetzigen polnischen Handelsvertretung in der Bundesrepublik Deutschland entsprechen würde". Allardt riet dazu, diesen Gedanken positiv aufzunehmen. Gleichzeitig solle man Polen anbieten, über den Status der beiden Handelsvertretungen zu sprechen und das Ergebnis in einem Briefwechsel dem angestrebten Handelsabkommen beizufügen. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 199 und Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften vom 22. Januar 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.

Meine heutigen Sondierungen über die dem Inhalt des Briefes zugrundeliegenden Motive, der übrigens von Cyrankiewicz redigiert wurde, und die sogenannten technischen Schwierigkeiten hatten nachstehendes Ergebnis:

1) Absatz zwei sei lediglich polnische Reaktion auf Interview des Bundeskanzlers, wonach Bundesrepublik Polen mehrfach Regelung Beziehungen vorgeschlagen habe, ohne Antwort zu erhalten.[2] Dies treffe um so weniger zu, als er selbst von dem einzigen offiziellen Gespräch, das angeblich in seinem Auftrag von Beitz geführt wurde, wieder abgerückt sei, Beitz desavouiert und damit dessen Gesprächspartner, die geglaubt hätten, mit legitimiertem Vertreter zu sprechen, in peinliche Lage gebracht habe.[3] Außerdem habe Herr von Brentano in Fulda schwerste Bedenken gegen Handelsvertretung angemeldet.[4]

2) Brief sei ein Kompromiß Außenhandelsministeriums mit Außenministerium und Partei. Beide hätten sich zeitweise zum Anwalt von Protesten der SED gemacht, die noch in letzten Tagen in Berlin versucht habe, Handelsvertretung mit Begründung zu torpedieren, ihre Zulassung stärke Anhänger Hallstein-Doktrin[5] und erschwere Durchsetzung Anerkennung Zone.

3) Bei Erarbeitung Abkommens über Handelsvertretung werde Frage konsularischer Immunität und Privilegien einschließlich Chiffrier- und Kurierdienstes auf besondere Schwierigkeiten stoßen, da Außenministerium diese Zugeständnisse als „Ersatz" für diplomatische Vertretung ansehe und im übrigen auch nicht wünsche, daß Vertreter Außenhandelsministeriums auf diesem Wege Eingang in die „Diplomatie" erhielten.[6] Auf meinen Einwand, daß es sich insoweit um unverzichtbare Forderungen handele, wurde erwidert, man solle die technischen Verhandlungen erst einmal anlaufen lassen. Außenhandelsministerium, das die gleichen Interessen hätte wie wir, hoffe sich bis dahin durchsetzen zu können, zumal sich polnische Seite zur Einhaltung Sechsmonatsfrist verpflichtet habe.

II. Unter diesen Umständen wird der Wert einer Zusage, deren Durchführung man jederzeit an „technischen Details" scheitern lassen kann, mehr als problematisch. Trotzdem neige ich dazu, diesen Brief in der Tat als Produkt wochenlanger interner und externer Auseinandersetzungen, d.h. als äußerstes

[2] Vgl. dazu etwa die Äußerungen des Bundeskanzlers Adenauer in Interviews vom 5. März bzw. vom 19. September 1962; DzD IV/8, S. 219 und S. 1100.

[3] Berthold Beitz bemühte sich als Generalbevollmächtigter der Firma Krupp um den Ausbau von Kontakten zu den osteuropäischen Staaten. Besonders enge Beziehungen unterhielt er zur polnischen Regierung unter Ministerpräsident Cyrankiewicz. Auf dessen Einladung und mit Wissen des Bundeskanzlers Adenauer fuhr Beitz im Dezember 1960 zu Gesprächen nach Warschau. Im Februar 1961 unternahm er mit Billigung von Adenauer eine weitere Reise nach Polen, um die Frage der Errichtung einer deutschen Handelsmission zu sondieren. Vgl. dazu Hansjakob STEHLE, Nachbar Polen, erw. Neuausgabe, Frankfurt a. M. 1968, S. 334–345. Dazu auch Abteilung III (III A 6), VS-Bd. 163.

[4] Am 29. September 1962 äußerte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, von Brentano, in Fulda Zweifel am Sinn einer Errichtung von Handelsvertretungen der Bundesrepublik in Ostblock-Staaten. Für gefährlich hielt er es, wenn damit der Weg zur direkten Aufnahme von diplomatischen Beziehungen beschritten würde. Vgl. dazu GENERAL-ANZEIGER, Nr. 22156 vom 1. Oktober 1962, S. 2.

[5] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 19, Anm. 3.

[6] Zur Haltung der Bundesrepublik in dieser Frage vgl. bereits Dok. 29, Anm. 11.

unter dem von uns hergestellten Junktim derzeit erreichbares Entgegenkommen anzusehen und dem dritten Absatz des mit angezogenem Drahtbericht übermittelten Antwortentwurfs etwa folgende Fassung zu geben:
„Ohne zu den im zweiten Absatz Ihres Schreibens aufgeworfenen Fragen, zu denen sich die Bundesregierung ihren Standpunkt vorbehält, heute Stellung nehmen zu wollen, gehe ich nunmehr davon aus, daß alsbald Besprechungen aufgenommen werden, um den Aufgabenkreis und den Status der polnischen Handelsvertretung in der Bundesrepublik Deutschland und der vorgesehenen deutschen Handelsvertretung in der Volksrepublik Polen im einzelnen festzulegen."

Das damit einzugehende Risiko liegt auf der Hand. Es scheint mir aber nicht vertretbar, Unterzeichnung Handelsabkommens so lange zurückzustellen, bis auch das Abkommen über Status und Aufgaben der Handelsvertretung zeichnungsreif ist. Im übrigen wäre Risiko dadurch eingeschränkt, daß ich versuchen möchte, in das Protokoll über das Handelsabkommen folgenden Absatz aufzunehmen:

„Die beiden Delegationen haben ferner vereinbart, daß die Bundesrepublik Deutschland in Warschau eine Handelsvertretung errichten wird. Aufgabenkreis und Status dieser Handelsvertretung und der polnischen Handelsvertretung in der Bundesrepublik Deutschland werden alsbald im beiderseitigen Einvernehmen festgelegt werden."[7]

[gez.] Allardt

Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217

46

Bundeskanzler Adenauer, z. Z. Paris, an Präsident Kennedy

MB 243/63 geheim **22. Januar 1963**[1]

Sehr verehrter Herr Präsident!

Ich danke Ihnen sehr für Ihren Brief vom 19. Januar[2] und für die Mitteilung, daß Sie die Schaffung einer multilateralen Nuklear-Streitmacht der NATO[3] mit Energie betreiben wollen. Sie können dabei fest auf unsere Unterstützung rechnen. Auch in der Überzeugung, daß die atlantische Gemeinschaft als Ein-

[7] Vgl. dazu weiter Dok. 48.

[1] Das Schreiben wurde mit Drahterlaß vom 23. Januar 1963 der Botschaft in Washington zur Weiterleitung an Präsident Kennedy übermittelt. Zur Übergabe durch Botschafter Knappstein vgl. Dok. 49.
Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen.

[2] Für den Wortlaut des Schreibens vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8475.

[3] Zu den amerikanischen Vorstellungen vgl. bereits Dok. 16 und Dok. 20.

heit anzusehen ist und daß wir bestrebt sein sollten, sie weiter zu stärken, stimme ich mit Ihnen voll überein.

Ich habe heute mit General de Gaulle einen Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit unterzeichnet.[4] Dieser Vertrag sieht eine Konsultation zwischen uns und den Franzosen in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik vor. Im Bereich der Verteidigung werden wir uns bemühen, unsere Auffassungen einander anzunähern, um zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen. Auf dem Gebiet des Erziehungswesens und der Jugendfragen ist ein Austausch und eine verstärkte Verbreitung der Sprache jedes der beiden Länder in dem anderen Land vorgesehen, und in einigen weiteren Bereichen ist eine Zusammenarbeit ins Auge gefaßt.

In organisatorischer Hinsicht haben wir regelmäßige Zusammenkünfte der Staats- und Regierungschefs, der Außenminister, der Verteidigungsminister und anderer Fachminister vereinbart.

Ich bin sicher, daß durch diesen Vertrag, der der Ratifizierung bedarf, die Grundlage für ein weiteres Zusammenwachsen Deutschlands und Frankreichs gelegt worden ist. Nach meiner festen Überzeugung, die meine Politik seit fast 14 Jahren bestimmt, fördert diese enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ebenso die europäische Einigung, wie sie die freie Welt insgesamt stärkt. Ich betrachte daher die Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages als ein für uns alle sehr bedeutsames Ereignis.

Ich habe mit General de Gaulle auch ausführlich über die europäischen Gemeinschaften und die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien[5] gesprochen. Der General steht auf dem Standpunkt, daß der innere Aufbau der Gemeinschaften beendet sein müsse, bevor weitere Staaten als Mitglieder aufgenommen werden. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir unter allen Umständen dramatische Zuspitzungen vermeiden und daß wir die entstandenen Probleme in Ruhe behandeln müssen. Dem hat der General zugestimmt.[6]

Ich werde mich darum bemühen, daß die Kommission der EWG beauftragt wird, einen Bericht über die organisatorischen und institutionellen Probleme der Gemeinschaften, insbesondere auch über diejenigen, die sich im Falle des Beitritts Großbritanniens und weiterer europäischer Staaten ergeben, und über den Stand der Verhandlungen mit Großbritannien zu erstatten.[7] Die Außenminister der „Sechs" werden sich am kommenden Montag in Brüssel[8] mit diesem Vorschlag befassen.

Sie können versichert sein, Herr Präsident, daß meine Regierung sich weiterhin nachdrücklich für einen positiven Ausgang der Verhandlungen mit Groß-

[4] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[5] Zum Stand der Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. Dok. 31.

[6] Vgl. dazu die Gespräche am 22. Januar 1963; Dok. 43 und Dok. 44.

[7] Zu diesem Vorschlag vgl. Dok. 31, besonders Anm. 3.

[8] Vgl. dazu Dok. 60.

britannien einsetzen wird. Natürlich müssen beide Seiten entsprechende Beiträge leisten.

Mit meinen besten Grüßen bin ich

gez. Ihr Adenauer

Ministerbüro, VS-Bd. 8475

47

Gespräch des Bundesministers Schröder mit Staatssekretär Dehlavi, pakistanisches Außenministerium

115-11 A/63 **23. Januar 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 23. Januar 1963 um 18.40 Uhr den Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium, Herrn Dehlavi, zu einem Gespräch, an dem Botschafter von Holleben, VLR I von Randow und der pakistanische Geschäftsträger[2] teilnahmen.

Nach einigen einleitenden Bemerkungen über die deutsch-französischen Vereinbarungen[3] begann der *Staatssekretär* seine Darlegungen mit einigen Worten über das pakistanisch-chinesische Grenzabkommen[4], hinter dem keine dunklen Motive gesucht werden sollten. Es handele sich nur um eine Regelung von Grenzfragen, wie man sie in ähnlicher Weise mit dem Iran, Afghanistan, Birma und zum Teil auch mit Indien getroffen habe. Es wäre falsch, wollte man dem Abkommen eine besondere politische Bedeutung zumessen. Da man sich in Pakistan eingekreist fühle, halte man es für richtig, zu Grenzabkommen zu gelangen, mittels derer man hoffe, die andere Seite ebenfalls zur Einhaltung der getroffenen Regelung bewegen zu können.

Wenn es ein Land gäbe, das den Kommunismus ferngehalten habe, so sei es Pakistan, wenngleich man sich manchmal frage, ob es nicht besser wäre, einige Kommunisten im Lande zu haben, weil dann die Amerikaner vielleicht größeres Verständnis zeigen würden. Eine Alternative zu dem Grenzabkommen habe sich nicht finden lassen. Das Abkommen selbst stelle aber nichts Neues und nichts Außergewöhnliches dar.

Was die Auseinandersetzung zwischen Indien und China[5] angehe, so habe sich Pakistan strikt herausgehalten. So naheliegend die Versuchung auch sein mag, die Situation auszunutzen, so sei Präsident Ayub Khan hierzu nicht

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 24. Januar 1963 gefertigt.

[2] Botschaftsrat Kamaluddin Ahmed.

[3] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[4] Zum Abschluß dieses Abkommens vgl. das Kommuniqué vom 28. Dezember 1962; AdG 1962, S. 10331.

[5] Zum indisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 37, Anm. 31.

bereit, denn er wolle den Frieden erhalten sehen. Wenn auch die pakistanische Regierung geschwiegen habe, sei sie doch nicht ohne Sorge über das, was in unmittelbarer Nachbarschaft des Landes vorgehe. Eine Ausweitung des Konflikts sei unerwünscht und sollte unter allen Umständen vermieden werden.

Ayub habe in Schreiben an Kennedy und Macmillan bereits zwei Monate vor der Feuereinstellung die Auffassung vertreten, es handele sich nicht um einen ideologischen Konflikt, sondern um Grenzstreitigkeiten. Die Lautstärke, mit der die Inder die Angelegenheit aufgegriffen hätten, sei größer gewesen als die Ernsthaftigkeit ihrer Absicht, den Chinesen Widerstand zu leisten. Nach Auffassung Präsident Ayubs wäre es militärisch auch sinnlos, im Winter eine Invasion zu beginnen. Außerdem wäre es leichter und einfacher gewesen, einen Einfall an der Ostflanke Indiens durchzuführen. Auch politische Überlegungen sprächen gegen eine Großinvasion, da die Chinesen genügend innenpolitische Probleme und Schwierigkeiten mit den Russen hätten. Außerdem könnten sie es sich nicht leisten, die öffentliche Meinung der asiatischen Länder gegen sich aufzubringen.

Auf der anderen Seite sei man in Pakistan aber sehr überrascht und auch etwas verärgert gewesen, weil Indien so rasch Waffenlieferungen zugesagt worden seien.[6] Die akute Gefahr sei vorüber, aber dennoch verlangten die Inder 15 bis 17 Divisionen. Präsident Ayub habe in seinem Gespräch mit Harriman und Sandys[7] darauf hingewiesen, daß dieser Wunsch militärisch nicht gerechtfertigt sei, da die Inder höchstens zwei bis drei Divisionen in den Bergen einsetzen könnten. Wenn die Inder wirklich 15 Divisionen wollten, so nur, um noch mehr Streitkräfte gegen Pakistan einsetzen zu können. Während der vergangenen Jahre seien bereits 80% der indischen Streitkräfte längs der pakistanischen Grenze stationiert gewesen.

Nach in Deutschland verbreiteten Meldungen hätten die Inder vier oder fünf Divisionen von der Grenze abgezogen. Dies treffe nicht zu, und als der Herr Bundespräsident ihn darauf angesprochen habe[8], habe er diese Vorstellung durch den Hinweis darauf widerlegen können, daß zwar einige Einheiten leichter Infanterie abgezogen, aber durch eine Panzerdivision und eine Panzerbrigade ersetzt worden seien. Desgleichen sei der größte Teil der indischen Marine in Bombay konzentriert worden.

Nehru habe sich bisher nur in aggressiven und militanten Äußerungen über Pakistan ergangen, die den Geist Krischna Menons atmeten, der auch heute noch jeden Morgen mit Nehru frühstücke. Wenn es sich nur um Worte han-

[6] Vgl. dazu AdG 1962, S. 10216 und S. 10251. Zur pakistanischen Reaktion auf die Waffenlieferungen an Indien vgl. AdG 1962, S. 10235 und S. 10252.

[7] Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Harriman, und der britische Commonwealth-Minister Duncan Sandys wurden am 20./21. November 1962 zur Feststellung des militärischen Bedarfs nach Neu Delhi entsandt. Vgl. dazu AdG 1962, S. 10251. Zu ihren Vermittlungsbemühungen im indisch-pakistanischen Konflikt vgl. Anm. 11.

[8] Bundespräsident Lübke hielt sich vom 15. bis 21. November 1962 zu einem Staatsbesuch in Pakistan auf. Für das gemeinsame Kommuniqué vgl. BULLETIN 1962, S. 1951.

deln würde, brauchte man sie nicht ernst zu nehmen, aber wie Goa[9] gezeigt habe, beschreite Indien einen Weg der Aggression. Indien habe jeden einzelnen Grundsatz, den es früher der Welt gepredigt habe, über Bord geworfen.

Der Staatssekretär erinnerte sodann daran, daß Pakistan 1954 der SEATO beigetreten sei, nachdem Indien bereits 1951 aufgrund des Mutual Defence Assistance Act von 1949[10] mit den Vereinigten Staaten ein Abkommen über Waffenlieferungen geschlossen habe, welches 1958 und 1962 erneuert worden sei. Nach dem pakistanischen Beitritt zur SEATO habe Indien ein großes Geschrei erhoben und seine versteifte Haltung in der Kaschmir-Frage[11] mit dem Beitritt Pakistans zu einem Militärblock motiviert. In dem amerikanisch-indischen Abkommen heiße es, daß diese Waffen zur individuellen und kollektiven Verteidigung bestimmt seien und Indien eine Beteiligung an der Verteidigung des Gebiets, zu dem es gehöre, ermöglichen sollten.

Im Jahre 1959 habe Ayub Khan Indien eine gemeinsame Verteidigung angeboten. Doch habe Nehru damals nur gefragt, gegen wen und was denn eine gemeinsame Verteidigung gerichtet sein sollte. Heute habe sich die Lage gegenüber 1959 aber wesentlich geändert, und das pakistanische Angebot von damals könne nicht aufrechterhalten werden.

Die pakistanische Besorgnis über die Verwendung der Indien gelieferten Waffen lasse sich nicht dadurch zerstreuen, daß die Amerikaner, wie sie es angeboten hätten, eine Garantie übernähmen, daß diese Waffen nicht gegen Pakistan eingesetzt würden. Im Juli 1962 habe Kennedy Präsident Ayub gesagt[12], Pakistan könne die ihm vom Westen gelieferten Waffen so einsetzen, wie es ihm richtig erscheine. Wer wisse, ob er Nehru nicht das gleiche sage. Harriman habe nach seiner Rückkehr nach Washington gesagt, es sei im Interesse Indiens und der Vereinigten Staaten, daß Indien von der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten Unterstützung erhalte.

Zu einer Entspannung könne es nach pakistanischer Ansicht nur kommen, wenn die sieben oder acht indischen Divisionen von der pakistanischen

[9] Die in portugiesischem Besitz befindliche Provinz Goa wurde von Indien am 18./19. Dezember 1961 militärisch besetzt und annektiert. Vgl. dazu AdG 1961, S. 9569–9573.

[10] Für den Wortlaut des Mutual Defence Assistance Act vom 6. Oktober 1949, mit dem der amerikanische Kongreß Präsident Truman Mittel für die Militärhilfe an die NATO-Partner, die militärische Unterstützung Griechenlands und der Türkei sowie des Iran, der Republik Korea und der Philippinen bewilligte, vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 20 (1949), S. 604–608.

[11] Das Kaschmir-Gebiet war seit 1947 zwischen Indien und Pakistan umstritten. Der Maharadscha von Kaschmir hatte sich bei der Trennung der beiden Staaten für den Anschluß an das hinduistische Indien entschieden; da die Bevölkerung des Kaschmir-Gebiets aber wie diejenige Pakistans überwiegend aus Moslems bestand, kam es dort immer wieder zu Auseinandersetzungen. Nach Vermittlungsbemühungen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Harriman, und des britischen Commonwealth-Ministers Duncan Sandys vereinbarten der pakistanische Präsident Ayub Khan und der indische Ministerpräsident Nehru am 29. November 1962 erneute Gespräche über die Beilegung des Konflikts. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. THE TIMES, Nr. 55562 vom 30. November 1962, S. 12.

[12] Präsident Ayub Khan traf während eines Staatsbesuchs vom 11. bis 18. Juli 1961 und während eines informellen Besuchs in den USA vom 24. bis 27. September 1962 mit Präsident Kennedy zusammen. Für den Wortlaut der gemeinsamen Kommuniqués vom 13. Juli 1961 bzw. vom 24. September 1962 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 45 (1961), S. 240, und DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 47 (1962), S. 561.

Grenze abgezogen würden. Für die wirtschaftliche Entwicklung sei eine solche Entspannung, die allein Frieden und Stabilität gewähren könne, unerläßlich. Die von der Bundesrepublik Indien und Pakistan gewährte wirtschaftliche und technische Hilfe könne nur dann vollen Nutzen bringen, wenn ein Land wie Pakistan nicht 60% seines Budgets für Verteidigungszwecke aufwenden müsse. Die langfristigen Kredite, die Investitionen und Entwicklungsvorhaben könnten nur in einer Zeit des Friedens und der Sicherheit gedeihen. Der Schlüssel zur Entspannung sei die Lösung der Kaschmir-Frage. Wenn sich die Haltung der Inder etwas geändert habe, so nicht etwa wegen eines Wandels ihrer Einstellung, sondern wegen des Drucks der Umstände. Indien sei heute zum ersten Mal bereit, wenigstens zuzuhören. Die Inder wüßten genau, daß sie in Schwierigkeiten geraten seien und der Unterstützung bedürften, von sich aus täten sie aber nicht genug, um der drohenden Gefahr zu begegnen.

Aufgabe seiner Mission sei es nun, befreundete Regierungen dazu zu bewegen, das Gewicht ihres moralischen und materiellen Einflusses zur Geltung zu bringen und sowohl den Indern wie den Pakistanern zu sagen, daß die Kaschmir-Frage gelöst werden müsse und eine Entspannung unerläßlich sei. Die Zeit sei hierfür im Augenblick günstig. In sechs Monaten werde Nehru vielleicht wieder ganz anders reden.

Die Herren, mit denen er bisher während seiner Reise zusammengetroffen sei, hätten sich an diesen Fragen sehr interessiert gezeigt und an die Möglichkeit einer unmittelbaren Demarche gedacht, die entweder gemeinsam oder gleichzeitig erfolgen könnte, und es sei auch der Gedanke erwogen worden, die Angelegenheit im NATO-Rat zu behandeln.

Der Herr *Bundesminister* dankte für die Ausführungen, die er mit sehr großem Interesse aufgenommen habe. Leider habe er den Bundespräsidenten nicht nach Pakistan begleiten können, so daß er zu diesen Fragen aus eigener Anschauung nichts sagen könne. Er habe nur den indischen Standpunkt kennengelernt.[13] Er erinnere sich sehr genau, daß Nehru ihm gesagt habe, der größte Teil der indischen Truppen sei von der pakistanischen Grenze abgezogen worden.

Der *Staatssekretär* widersprach dieser Darstellung und erklärte, heute befänden sich allein im Kaschmir-Sektor 54 indische Bataillone.

Der Herr *Minister* wiederholte, daß Nehru eine andere Erklärung abgegeben habe. Er selbst sei davon überzeugt, daß die Verhandlungen und die Lösung der Probleme sehr schwierig seien. Was die Haltung der Bundesregierung angehe, so werde man sehr sorgfältig über die Darlegungen des Staatssekretärs nachdenken. Die allgemeine deutsche Linie sei klar; die Bundesrepublik sei mit Pakistan befreundet und wolle Pakistan helfen. Sie sei ebenso mit Indien befreundet und wolle auch Indien helfen. Die Bundesregierung würde es wärmstens begrüßen, wenn die Kaschmir-Frage in einer Weise behandelt

[13] Bundesminister Schröder begleitete Bundespräsident Lübke auf dem Staatsbesuch in Indien vom 26. November bis 4. Dezember 1962 und führte aus diesem Anlaß Gespräche mit Ministerpräsident Nehru. Vgl. dazu AdG 1962, S. 10282.

würde, die die Möglichkeit zu einer Verständigung eröffnet. Was die Bundesregierung tun könne, werde getan werden, um behilflich zu sein. Was die richtige Art einer solchen Hilfe angehe, so müsse man sich dies überlegen, und er könne heute noch nichts Definitives dazu sagen. Die wirkliche Gefahr, der sich beide Länder gegenübersähen, sei der Kommunismus und dessen Expansionsdrang. Hierin erblicke man eine gemeinsame Aufgabe.

Es sei ihm interessant und wertvoll gewesen, die Ausführungen über die Grenzfrage mit China zu hören und zu erfahren, daß es sich nicht um weitreichende Bindungen oder Abreden handele.

Der *Staatssekretär* wies darauf hin, daß Pakistan beispielsweise Kohle aus China beziehe, da die indische Kohle nicht immer die gewünschte Qualität aufweise. Diese Handelsbeziehung sei aber nichts Außergewöhnliches, da auch ein Land wie Australien, das absolut antikommunistisch eingestellt sei und China nicht anerkannt habe, Handelsbeziehungen mit diesem Lande pflege. Was die Inder angehe, so flirteten sie immer noch mit dem Kommunismus, und während des Vorrückens der Chinesen habe Nehru in einer Erklärung vor dem Parlament gesagt, es handele sich dabei um Faschisten und Imperialisten im Gewand des Kommunismus. Nach dieser Formulierung sei der Kommunismus das kleinere Übel.

Der Herr *Minister* sagte, es sei außerordentlich schwierig, aus der Ferne die Entwicklung in Indien voll zu verstehen, doch habe er das Gefühl, wenn er einmal von Nehru und Krischna Menon absehe, daß der Anschauungsunterricht, den die Inder jetzt genossen hätten, vielleicht eine gewisse Änderung ihrer Einstellung mit sich brächte. Für die Bundesregierung sei es schwierig, die Dinge zu beurteilen, und man müsse sehr vorsichtig sein, ehe man zu einem Urteil komme. Die Darlegungen des Staatssekretärs seien bestimmt nachdenkenswert, und sein Besuch werde verhindern, daß sich einseitige Vorstellungen festsetzen.

Der *Staatssekretär* sagte abschließend, die nächsten Etappen seiner Reise seien Stockholm, Oslo, Kopenhagen, Paris, Belgrad und Algier.

Das Gespräch endete gegen 19.20 Uhr.

Ministerbüro, Bd. 242

48

Staatssekretär Carstens an Ministerialdirektor Allardt, z. Z. Warschau

413-0068/63 geheim **Aufgabe: 23. Januar 1963, 18.39 Uhr**[1]

Auf Fernschreiben vom 22. 1. 1963 Nr. 15[2]

1) Bitte nach vorheriger Ankündigung gegenüber dem polnischen Delegationsleiter[3] bei Paraphierung des Warenprotokolls folgendes Antwortschreiben auf das polnische Schreiben vom 21. 1.[4] zu übergeben:

„Herr Minister! In Beantwortung des Schreibens, das Eure Exzellenz unter dem 21. Januar 1963 in der Frage der Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Polen an mich gerichtet haben, beehre ich mich, Ihnen Folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat davon Kenntnis genommen, daß die Regierung der Volksrepublik Polen bereit ist, einen Vorschlag betreffend die Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Warschau positiv aufzunehmen, und daß eine solche deutsche Handelsvertretung in Warschau ihre Tätigkeit nach Auffassung der polnischen Regierung etwa nach Ablauf eines halben Jahres nach Unterzeichnung des Protokolls über den deutsch-polnischen Handels- und Schiffahrtsverkehr aufnehmen könnte, über das gegenwärtig verhandelt wird.

Zu den im zweiten Absatz Ihres Schreibens aufgeworfenen Fragen[5] hält die Bundesregierung ihren der polnischen Regierung bekannten Standpunkt aufrecht.

Im Hinblick auf die Bereitschaft der polnischen Regierung, der Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Warschau zuzustimmen, gehe ich[6] davon aus, daß vor der Unterzeichnung des Protokolls über das Handelsabkommen ein Einverständnis über die Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau und die Ausgestaltung

[1] Der Drahterlaß wurde von Ministerialdirektor Sachs konzipiert.
Hat Ministerialdirektor Krapf und Ministerialdirektor von Haeften am 23. Januar 1963 zur Mitzeichnung vorgelegen.

[2] Vgl. Dok. 45.

[3] Franciszek Modrzewski
Der Passus „nach vorheriger ... Delegationsleiter" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[4] Zum Schreiben des Stellvertretenden Außenhandelsministers Modrzewski vgl. Dok. 45, Anm. 1.

[5] Der zweite Absatz des Schreibens des Stellvertretenden Außenhandelsministers Modrzewski vom 21. Januar 1963 betraf die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten.

[6] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „aber".

der bereits bestehenden polnischen Handelsvertretung in Frankfurt/Main[7] erzielt wird."

2) Wir befürchten, daß ohne dieses Junktim zwischen der Unterzeichnung des Handelsabkommens und der Errichtung der Handelsvertretung[8] die Polen ihre Zusage nicht einhalten werden, sondern die Errichtung der Handelsvertretung von der Entwicklung des deutsch-polnischen Warenverkehrs und der Situation in der EWG abhängig machen. Wenn wir auf dieses Junktim jetzt verzichten, begeben wir uns der einzigen Chance, die wir haben, um auf die Polen einen Druck auszuüben, der Errichtung einer Handelsvertretung in Warschau zuzustimmen.

Nach Abwägung der Vor- und Nachteile der Herstellung eines derartigen Junktims gehen wir davon aus, daß das polnische Interesse an der Unterzeichnung eines längerfristigen Handelsabkommens das unsrige[9] überwiegt. Da es in jeder Hinsicht unerwünscht erscheint, daß Polen die Bundesregierung infolge einer Ablehnung der Errichtung einer Handelsvertretung in Warschau zwingt, im Wege einer Retorsion das Frankfurter Büro zu schließen, wir andererseits an dem Gedanken der Handelsvertretung in Polen[10] festhalten wollen, sollten[11] wir uns des Druckmittels der möglichen Nichtunterzeichnung des Abkommens nicht begeben[12].

Im Hinblick auf die klare Tendenz der Polen, im Einklang mit früheren Erklärungen nur eine statuslose Vertretung zuzugestehen, bitte ich, im gegenwärtigen Augenblick nicht allzusehr auf dem Status und dessen Regelung zu insistieren. In dem Wort Ausgestaltung klingt ohnehin an, daß wir über den Status unserer in Warschau zu errichtenden Vertretung und auch über den Status der Frankfurter polnischen Vertretung noch verhandeln wollen.[13]

Es bleibt dem dortigen Ermessen überlassen, zum Ausdruck zu bringen, daß wir die Handelsvertretungen nicht als einen Ersatz für diplomatische Missionen ansehen. Wir gehen jedoch davon aus, daß sie Regierungsvertretungen

[7] Die polnische Handelsvertretung wurde aufgrund eines Abkommens der polnischen Regierung mit den westlichen Besatzungsmächten vom 22. Dezember 1948 eingerichtet.

[8] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „das eine ‚conditio sine qua non' darstellt,".

[9] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „bei weitem".

[10] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „unbedingt".

[11] Das Wort „sollten" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „müssen".

[12] Die Wörter „nicht begeben" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „bedienen".

[13] Vgl. dazu weiter Dok. 97.

sind, denen[14] das Chiffrierrecht und gewisse Privilegien und Immunitäten[15] zuerkannt werden.[16]

Carstens[17]

VS-Bd. 8369 (III A 6)

49

Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder

114-1/649/63 geheim
Fernschreiben Nr. 213
Citissime

Aufgabe: 23. Januar 1963, 18.00 Uhr
Ankunft: 24. Januar 1963, 01.35 Uhr

Für Bundesminister[1] und Staatssekretär[2]
Mit der Bitte um Vorlage an den Herrn Bundeskanzler[3]
Auf Drahterlaß 137 vom 23. Januar geh.[4] und Plurex 136 vom 22. Januar 1963 verschl.

Wegen meiner Befürchtungen über die amerikanische Reaktion auf die europäische und atlantische Politik de Gaulles und zur Erläuterung des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit[5] gemäß o. a. Drahtweisung habe ich heute vormittag darum gebeten, daß Präsident Kennedy mich zur

[14] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „auch".

[15] Der Passus „und gewisse ... Immunitäten" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[16] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Zur Information: Konsularische Vorrechte und Befreiungen könnten polnischer Handelsvertretung in der Bundesrepublik mit Ausnahme Chiffriermöglichkeit ohne Zustimmung gesetzgebender Körperschaften nur dann gewährt werden, wenn Handelsvertretungen wenigstens beschränkte, echte, konsularische Befugnisse erhalten hätten. Befugnis zur Wahrnehmung Interessen eigener Staatsangehöriger auf dem Gebiet des Handels reicht hierzu nicht aus. Da Abkommen über Handelsvertretungen nicht zustimmungspflichtig gemacht werden soll, ist Zuerkennung konsularischer Vorrechte und Befreiungen, einschließlich Unverletzlichkeit der Amtsräume und Archive sowie des diplomatisch oder konsularisch geschützten Kurierverkehrs somit nicht durchführbar, weil polnische Seite, die möglicherweise parlamentarischer Zustimmung nicht bedarf, selbstverständlich Gegenseitigkeit voraussetzen wird."

[17] Paraphe vom 23. Januar 1963.

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen, der am 24. Januar bei Bundesminister Schröder anfragen ließ, „ob es nicht notwendig sei, daß Sie in Washington unsere Haltung erläutern".

[3] Staatssekretär Carstens ließ den Drahtbericht am 24. Januar 1963 dem Bundeskanzleramt zuleiten.

[4] Mit Drahterlaß 137 wurde das Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer an Präsident Kennedy übermittelt. Vgl. dazu Dok. 46, Anm. 1.

[5] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

Übermittlung des Briefes des Bundeskanzlers vom 22. Januar[6] persönlich empfange. Ich habe dem Präsidenten um 11.30 Uhr hiesiger Zeit im Weißen Haus den Brieftext mit einer hier gefertigten inoffiziellen Übersetzung übergeben und hatte mit ihm ein 35 Minuten dauerndes Gespräch. Um 14 Uhr werde ich Außenminister Rusk[7] sehen.

Der Präsident war in spürbar schlechter Stimmung, brachte seine Kritik an dem inneren Zustand der Allianz und seine Besorgnisse über den Abschluß des Vertrages wiederholt und deutlich zum Ausdruck. Im Verlaufe des Gesprächs habe ich – allerdings nur teilweise mit Erfolg – wiederholt versucht, das Verständnis des Präsidenten für den Abschluß des Vertrages zu gewinnen, habe die positive Bedeutung des Vertrages für die europäische Politik und die Zukunft der Allianz hervorgekehrt und auf die Möglichkeit verwiesen, daß eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit gerade in den den Präsidenten irritierenden Aspekten der Politik de Gaulles gute Früchte für die ganze Allianz tragen könne.

Zusammengefaßt war die Reaktion des Präsidenten nach Lektüre der Übersetzung des Briefes folgende:

De Gaulle habe 1958 den Vorschlag gemacht, ein Dreier-Direktorium für NATO[8] zu bilden. Eisenhower habe es abgelehnt, darauf einzugehen, weil es die Bundesrepublik zu einer zweitklassigen Macht innerhalb des Bündnisses gemacht hätte. Der französische Vorschlag sei 1961 wieder belebt worden[9] und wiederum habe er, Kennedy, das Dreier-Direktorium abgelehnt – der Bundesrepublik wegen. Eine Woche nach der Pressekonferenz de Gaulles[10], die eine gegen die Vereinigten Staaten gerichtete Politik offenbart habe, unterzeichne nun die Bundesregierung einen Vertrag mit Frankreich, dessen Inhalt weit über das hinausgehe, was ein Dreier-Direktorium gebracht hätte. Unseretwegen sei Amerika auf ein Dreier-Direktorium nicht eingegangen, unseretwegen seien Frankreich die Atomgeheimnisse vorenthalten worden, unseretwegen sei die multilaterale NATO-Atomstreitmacht projektiert worden. Amerika hätte mehrfach Gelegenheit gehabt, einen ähnlichen Vertrag mit Frankreich zu schließen, wie ihn Deutschland nun geschlossen habe, nachdem sich de Gaulle gegen die Vereinigten Staaten gewandt habe. Was sollten die Amerikaner davon halten?

6 Vgl. Dok. 46.

7 Vgl. Dok. 50.

8 Am 17. September 1958 leitete der französische Staatspräsident dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower und dem britischen Premierminister Macmillan ein geheimes Memorandum zu, in dem er eine Erweiterung des Wirkungsbereiches der NATO und eine unmittelbare Beteiligung Frankreichs an den politischen und strategischen Entscheidungen des Bündnisses forderte („Dreier-Direktorium"). Für den Wortlaut des Memorandums vgl. Charles DE GAULLE, Lettres, Notes et Carnets. Juin 1958 – Décembre 1960, Paris 1985, S. 83f. Für den deutschen Wortlaut vgl. Alfred GROSSER, Das Bündnis. Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg, München 1978, S. 264f.

9 Vgl. dazu das Schreiben des französischen Staatspräsidenten vom 6. Juli 1961 an den amerikanischen Präsidenten Kennedy; Charles DE GAULLE, Lettres, Notes et Carnets. Janvier 1961 – Décembre 1963, Paris 1986, S. 102f.

10 Zur Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

(Hier folgte ein Hinweis auf den scharfen Artikel von James Reston in der New York Times vom 21. Januar[11].) Die Ausführungen des Senators Javits gestern im Auswärtigen Ausschuß (Wortlaut folgt gesondert) seien bereits ein Anzeichen, wie hier darauf reagiert werde.

Truman, Eisenhower und er selbst hätten fünfzehn Jahre lang für die Verteidigung Europas gesorgt. Dort stünden sechs amerikanische Divisionen und Ausrüstung für acht. Frankreich trage nur eineinhalb Divisionen bei. Warum verlangten wir nicht von den Franzosen einen angemessenen Beitrag? Er sei es zufrieden, wenn Europa glaube, sich selbst verteidigen zu können. Die Amerikaner hätten nicht das Verlangen, unbedingt länger zu bleiben, wenn Europa in der Lage sei, sich selbst zu verteidigen. Doch wäre der Abzug amerikanischer Truppen aus Europa eine Katastrophe für die ganze freie Welt.

In dem Augenblick, wo Chruschtschow seine Politik zu ändern beginne und der kommunistische Block zwischen Moskau und Peking Risse bekomme, biete die Politik de Gaulles der Welt das Schauspiel des Auseinanderstrebens des westlichen Bündnisses. Das sei Wahnsinn („insane"). Was solle in den übrigen Teilen der Welt passieren, in Laos, Südvietnam, in ganz Ostasien, in Lateinamerika, wenn der freie Westen so zerfalle?

Er könne keinen Sinn darin sehen, daß Deutsche und Franzosen eine „force within a force" bilden wollten. Wie solle das NATO-Bündnis funktionieren, wenn zwei Mitgliedsmächte sich verpflichteten, sich vorher zu konsultieren und dann einen gemeinsamen Standpunkt verträten? Wenn der deutsch-französische Vertrag darauf hinauslaufe, daß Bonn künftig Paris in seinem Anti-Amerikanismus unterstütze, würden die Folgen für das Bündnis und für die Bekämpfung der kommunistischen Expansion in allen Teilen der Welt katastrophal sein.

Sehr eindringlich habe ich dem Präsidenten die historische und psychologische Bedeutung des Vertrages für die beiden Nachbarvölker dargelegt. Er bezweifelte jedoch, daß es sich nur um eine Krönung der Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland handele. Die historisch entscheidenden Schritte seien der Schuman-Plan[12], die Lösung der Saar-Frage[13] und die Verträge von Rom[14] gewesen; er glaube nicht, daß es gerade jetzt eine deutsch-französische Konfliktgefahr zu bannen gebe. Der Präsident lenkte jedoch schließlich wenigstens dahin ein, daß er glaube, daß die kurze zeitliche Aufeinanderfolge der Pressekonferenz de Gaulles und der Unterzeichnung des Vertrages, jedenfalls was uns angehe, „eine Koinzidenz" sei.

[11] Vgl. James Reston, What Do They Think We Are?; THE NEW YORK TIMES, Nr. 38348 vom 21. Januar 1963, S. 6.

[12] Für den Wortlaut des Vorschlags des französischen Außenministers Schuman vom 9. Mai 1950 über die Vereinigung der westeuropäischen Montanindustrie vgl. EUROPA-ARCHIV 1950, S. 3091 f. Vgl. dazu auch ADENAUER, Erinnerungen I, S. 327–331.

[13] Nach der Ablehnung des Saar-Statuts in der Volksabstimmung im Saargebiet vom 23. Oktober 1955 wurde zwischen der Bundesrepublik und Frankreich am 27. Oktober 1956 ein Abkommen über die Angliederung des Saarlands an die Bundesrepublik geschlossen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 1589–1836.

[14] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

Der Präsident hörte zwar aufmerksam zu, zeigte sich aber kaum überzeugt, als ich ihm darlegte, daß es sich nicht um ein deutsch-französisches „Direktorium" handele, das Entscheidungen für das Bündnis fälle, wie jenes seinerzeit von Paris vorgeschlagene Dreier-Direktorium getan hätte, sondern um ein bloßes Konsultationssystem der beiden Nachbarn. Es sei durchaus möglich, daß die Konsultation über manche Fragen nicht zu einer deutsch-französischen Übereinstimmung führten. Von einer Vorausbindung im Sinne gemeinsamer Stellungnahmen z. B. im Ministerrat der EWG oder im NATO-Rat könne keine Rede sein. Er dürfe nicht verkennen, daß sich beide Seiten zur Konsultation verpflichtet hätten und daß sich dadurch Einflußmöglichkeiten eröffneten, die bisher so nicht bestanden hätten. Mit dem Brief des Bundeskanzlers und (wenn die noch nicht offiziellen Nachrichten zuträfen) mit der Bereitschaft der Franzosen, einer Überbrückung der Brüsseler Verhandlungskrise[15] durch einen Bericht der Kommission zuzustimmen, sei bereits ein erster Beweis dafür erbracht, daß der deutsche Einfluß auf dem Wege der Konsultation zu Geltung kommen könne.

Auf eine Anspielung meinerseits auf das amerikanisch-britische Abkommen von Nassau[16] erklärte der Präsident, daß dieses von ganz anderer Art sei als der deutsch-französische Vertrag. Einmal habe es eine Lösung für das bilaterale Skybolt-Problem gebracht, zum anderen enthalte es einen großen Sprung nach vorwärts in Richtung auf eine multilaterale Lösung[17] der Nuklear-Verteidigung. Nicht zuletzt sei es einer der Zwecke des Abkommens gewesen, gerade die Bundesrepublik am Kommando und der Kontrolle der atomaren Verteidigung des Bündnisses zu beteiligen.

Der Präsident erklärte sich schließlich erfreut, den Brief empfangen zu haben. Man müsse nun versuchen, „for the time being" das beste aus der Lage zu machen, und abwarten, wie sich die deutsch-französische Konsultation praktisch entwickeln werde. Ich sagte ihm zu, daß ich seine Gesichtspunkte der Bundesregierung unverzüglich übermitteln würde.

[gez.] Knappstein

Ministerbüro, VS-Bd. 8475

[15] Vgl. dazu bereits Dok. 30 und Dok. 31.

[16] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[17] Zu den unterschiedlichen Konzeptionen für eine NATO-Nuklearstreitmacht vgl. Dok. 12, Anm. 12.

50

Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder

114-1/650/63 geheim
Fernschreiben Nr. 214
Citissime

Aufgabe: 23. Januar 1963, 18.45 Uhr
Ankunft: 24. Januar 1963, 02.10 Uhr

Für Bundesminister[1] und Staatssekretär[2]
Mit der Bitte um Vorlage an den Herrn Bundeskanzler[3]
Im Anschluß an Drahtbericht 213 vom 23. 1. geh.[4]

Rusk empfing mich auf meinen Wunsch drei Stunden nach dem Gespräch mit dem Präsidenten zu einer Unterhaltung von etwa gleicher Dauer. Der Außenminister war in einer gelasseneren Gemütsverfassung als der Präsident, würdigte den Brief des Bundeskanzlers[5], von dem ich ihm Kopie der Übersetzung überbrachte, positiver als der Präsident es zu erkennen gegeben hatte, verfehlte aber auch nicht, seine ernste Besorgnis um die künftige Entwicklung auszudrücken.

Ich erklärte, ich hätte geglaubt, mit dem Brief des Kanzlers eine gute Nachricht überbracht zu haben. Ich warb um Verständnis für die positiven Aspekte und bat Rusk, daran mitzuhelfen, daß auch der Präsident den deutsch-französischen Vertrag[6] und das in der Beitrittsfrage[7] vielleicht schon Erreichte positiver würdige. Dem Bundeskanzler sei es, wenn die Nachrichten zuträfen, wenigstens gelungen, zunächst den Abbruch der Beitrittsverhandlungen zu verhindern[8]; das Konsultationssystem werde stärkeren Einfluß in beiden Richtungen eröffnen und von der Bundesregierung, wie ich glaube, in den Dienst einer Überbrückung der Unterschiede zwischen den Konzeptionen de Gaulles und denen der amerikanischen Regierung und der anderen Partner gestellt werden. Ohne den Vertrag würde es eine solche Möglichkeit nicht geben. Ein Vergleich des Vertrages mit einem „Direktorium" gehe fehl. Unser Interesse an der Aufrechterhaltung des engen Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten und der Stärkung der Allianz sei evident. Von einer Wahl der Bundesregierung zwischen Paris oder Washington könne keine Rede sein. Wir glaubten, daß beides zusammengehen könne. Wir würden sicher versuchen, Frankreich

[1] Hat Bundesminister Schröder am 24. Januar 1963 vorgelegen.

[2] Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen.

[3] Der Passus „mit der Bitte ... Bundeskanzler" wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „Ich bitte darauf hinzuwirken, daß die Botschafter nicht solche ganz unangebrachten Bitten aussprechen." Der Drahtbericht wurde von Staatssekretär Carstens dem Bundeskanzleramt zugeleitet.

[4] Vgl. Dok. 49.

[5] Für das Schreiben vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 46.

[6] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[7] Zu den Verhandlungen um den Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. Dok. 31. Zur amerikanischen Haltung in dieser Frage vgl. Dok. 33.

[8] Vgl. dazu auch Dok. 59.

aus der Isolierung, in die es sich innerhalb der atlantischen Gemeinschaft zurückzuziehen scheine, wieder zurückzuholen. Wahrscheinlich werden wir damit bei de Gaulles anti-angelsächsischem Komplex auf Grenzen stoßen, aber immerhin sei ein erster Erfolg des Bundeskanzlers zu verbuchen. Ich bat Herrn Rusk, unsere Politik nur in diesem Sinne zu verstehen und auch seinerseits dem Präsidenten verständlich zu machen.

Rusk würdigte die Bedeutung, die ein Verhindern des Abbruchs der Beitrittsverhandlungen haben werde, durchaus positiv und bedankte sich für die Unterrichtung über den Briefinhalt und meine Darlegungen. In amerikanischen Augen gebe es keinen Zweifel an der Bedeutung der deutsch-französischen Aussöhnung, die er eine „große historische Leistung" nannte. Der Brief des Bundeskanzlers sei „ermutigend". Er glaube auch, daß das nahe zeitliche Beieinander der Pressekonferenz de Gaulles[9] und des Vertragsabschlusses für uns „eine Koinzidenz" sei, die sich aus dem seit Monaten geplanten Treffen für die Organisation der deutsch-französischen Zusammenarbeit erkläre. Von Paris her gesehen sei die Zeitwahl für die Pressekonferenz aber gewiß keine Koinzidenz.

Rusk bat sodann um Aufklärung darüber, ob in den deutsch-französischen Gesprächen außer der Organisation der Zusammenarbeit z. B. Fragen wie Verstärkung der französischen Truppen und Vorwärtsstrategie besprochen worden seien.

Die amerikanische Besorgnis richte sich auf die Frage, wo in den Beziehungen zwischen Bonn und Paris das politische Gravitationszentrum liegen werde. In den letzten zwei bis vier Jahren habe de Gaulle zunehmend eine Politik der Abstinenz in vielen Angelegenheiten des Westens betrieben. Frankreichs Teilnahme an NATO sei minimal. Bei der Ministertagung im Dezember[10] habe es sich nicht einmal zu Wort gemeldet. Wichtig sei nicht so sehr, daß man übereinstimme, aber Frankreich dürfe nicht einfach schweigen. Seine Mitwirkung in den Vereinten Nationen sei auf einem Minimum angelangt, obwohl es ständiges Mitglied des Sicherheitsrates sei. Frankreich lasse seinen Stuhl am Tisch der Abrüstungsverhandlungen leer stehen[11], obwohl es selbst schon teilweise eine Abrüstung vollzogen habe. In einer ernsten Phase der Berlin-Krise habe Frankreich eine Minderheit von 1 gegen 14 im NATO-Rat gebildet. Von seinen Verpflichtungen als SEATO-Mitglied habe es sich praktisch zurückgezogen. Wenn all diese Symptome, die einen inneren Zusammenhang hätten, auch die künftige deutsch-französische Politik kennzeichnen würden, entstünden äußerst schwierige Probleme.

In der Vergangenheit habe man es zuweilen notwendig gefunden, Bonn gewisse Versicherungen zu geben. Das sei nun umgekehrt: „Wir müssen nun wissen, wo Sie stehen!" Der Brief sei in dieser Beziehung schon hilfreich, man brauche nicht in allen Fragen übereinzustimmen, aber man müsse wissen, wo

[9] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

[10] Zur Tagung des Ministerrats der NATO vom 13. bis 15. Dezember 1962 in Paris vgl. das Kommuniqué vom 15. Dezember 1962; EUROPA-ARCHIV 1963, D 19–21.

[11] Frankreich lehnte am 5. März 1962 die Teilnahme an der 18-Mächte-Abrüstungskonferenz ab. Für die Erklärung des französischen Außenministeriums vgl. LE MONDE, Nr. 5641 vom 7. März 1962, S. 6.

wir stünden. Schließlich gebe es zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten einige höchst lebenswichtige gemeinsame Interessen.

Wenn das deutsch-französische Abkommen so wirken werde, wie ich es geschildert hätte, dann sei es gut, aber Washington habe seine Erfahrungen mit de Gaulle. Die Pressekonferenz des Generals habe viel mehr enthüllt als monatelange diplomatische Gespräche vor dem 14. Januar. Wenn wir in der Lage sein würden, unsere bisherige Politik fortzusetzen, gut; was aber, wenn nicht?

Er, Rusk, sehe den Vertragsschluß nicht als eine „Wahl" zwischen einer Allianz mit den Vereinigten Staaten oder mit Frankreich. Deutschland mit seiner geographischen Lage an der Nahtstelle der Ost-West-Konfrontation werde nicht 50 Bomben anstelle von 50 000 Bomben wählen, aber man werde sehen müssen, was sich entwickele. Unsere Haltung, wie sie im Vertrage Ausdruck finde, komme ihm eher abwartend vor, mit Ausnahme der deutsch-französischen Versöhnung. Ein Maximum an Konsultation störe ihn nicht. Amerika habe damit aber viel eigene Erfahrungen. Was allein zähle, sei, welche Politik dabei herauskomme.

Rusk stellte dann noch eine konkrete Frage zum Abschnitt III, Ziffer 3 des Vertrages[12] (dessen Text beiden Seiten nur aus der Tagespresse vorlag) und bat um alsbaldige Klarstellung durch uns hierzu:

Die Frage der Ausdehnung des Anwendungsbereichs internationaler Abkommen der Bundesregierung auf Berlin tauchte stets auf, wenn dies nicht nach der Art der Materie von selbst ausgeschlossen sei. Man habe eine Reihe von Beispielen dafür mit einer bestimmten Ausdrucksweise für die Berlin-Klausel. Der einschlägige Passus in diesem Vertrage sei indes von anderer Art. Er frage sich, ob damit eine strukturell andere Beziehung Frankreichs in bezug auf Berlin hergestellt werden solle. Er wolle noch keine amerikanische Stellungnahme zu der Frage zum Ausdruck bringen, bis nicht die erbetene Aufklärung vorliege. Aber er wolle doch schon sagen, daß eine Ratifizierung durch das Berliner Abgeordnetenhaus ihm nicht unproblematisch erscheine. Man müsse wissen, wie die Anwendung des Vertrages auf Berlin gedacht sei. Es werde keine amerikanische Zustimmung geben können, wenn die Klausel auf Schaffung einer speziellen bilateralen Beziehung betreffend Berlin abzielen sollte. Hinsichtlich der kulturellen Fragen sehe er keine Schwierigkeiten. Aber der Ausschluß des Verteidigungsbereichs aus der Anwendung des Vertrages auf Berlin sei nicht alles, worauf es ankomme.

Rusk schloß mit einer nochmaligen Charakterisierung des Kanzlerbriefes als eines „positiven Elements", einer „ersten Frucht" der deutsch-französischen Zusammenarbeit, erwähnte dann aber noch eines der vielen Gerüchte, die ihm in letzter Zeit zu schaffen gemacht hätten: Aus einer hochgestellten französischen Quelle stamme die Bemerkung, daß die Amerikaner binnen drei Jahren nicht mehr in Europa sein würden. Wenn das eine Vorhersage sei, sei sie

[12] Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 710: „Dieser Vertrag gilt mit Ausnahme der die Verteidigung betreffenden Bestimmungen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt."

falsch. Wenn das eine politische Zielsetzung sei, dann hätten wir äußerst ernste Probleme vor uns. Ich versicherte dem Außenminister, daß es sich, was uns angehe, um keines von beiden handeln könne.[13]

[gez.] Knappstein

Ministerbüro, VS-Bd. 8475

51

Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem amerikanischen Botschafter Dowling

St.S. 161/63 geheim **24. Januar 1963**[1]

Betr.: Deutsch-französische Zusammenarbeit

Ich hatte heute morgen eine etwa zweistündige Unterhaltung mit dem amerikanischen Botschafter.

1) Zunächst legte ich den wesentlichen Inhalt der in Paris getroffenen Vereinbarungen[2] und der dort geführten Gespräche[3] dar.

2) Der Botschafter begann in sehr ernster Form, etwa folgendes auszuführen:

a) Der Präsident habe bittere Empfindungen über die Tatsache, daß wir den Vertrag mit Frankreich unterzeichnet hätten, nachdem de Gaulle unmittelbar zuvor seine Ablehnung des Beitritts Großbritanniens zur EWG öffentlich ausgesprochen[4] habe. Da wir wüßten, daß diese Frage eine solche von allergrößter Bedeutung für die Vereinigten Staaten sei, habe der Präsident das Gefühl, daß wir ihn im Stich gelassen hätten.

b) Es sei möglich, daß dieses deutsch-französische Abkommen die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA in tiefgreifender Weise verändern würde.

c) Ob es dazu kommen werde, hänge letzten Endes davon ab, ob es uns gelingen würde, die Franzosen zu bewegen, dem Eintritt Großbritanniens in die EWG zuzustimmen.

d) Der Botschafter wiederholte dann etwa dieselben Argumente, die der Präsident und Rusk gegenüber Botschafter Knappstein gebraucht haben.[5] Er erklärte, der amerikanische Widerstand gegen die de Gaulleschen Dreierdirek-

[13] Vgl. weiter Dok. 51 und Dok. 52.

[1] Durchdruck für Ministerialdirektor Jansen.

[2] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[3] Vgl. dazu Dok. 37–39, Dok. 43 und Dok. 44.

[4] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

[5] Vgl. dazu Dok. 49 und Dok. 50.

toriums-Pläne[6] und der amerikanische Vorschlag von Nassau[7] seien in erster Linie durch die Rücksichtnahme auf die Bundesrepublik bestimmt gewesen.

e) Die Amerikaner fragten sich, wo der Schwerpunkt im deutsch-französischen Verhältnis liegen würde und ob nicht die Bundesrepublik sich mehr und mehr dem französischen Standpunkt annähern würde.

f) Nach ihren eigenen Erfahrungen könne die deutsch-französische Konsultation entweder nur dazu führen, daß wir uns den französischen Ansichten anpaßten, oder aber zu einer verschärften Auseinandersetzung und damit zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Frankreich und uns.

3) Ich habe dem Botschafter gleichfalls mit großem Ernst folgendes geantwortet:

a) Ein gutes deutsch-französisches Verhältnis sei das Kernstück unserer Politik seit 1949 gewesen. Es sei die absolut unverzichtbare Voraussetzung für die europäische Einigung und den Zusammenhalt der freien Welt überhaupt.

b) Es sei richtig, daß wir mit den Franzosen Meinungsverschiedenheiten hätten, so in der Englandfrage[8], aber auch in verteidigungspolitischen Fragen.

Solche Meinungsverschiedenheiten hätten wir auch in der Vergangenheit gehabt. Dabei habe es sich teilweise um schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten gehandelt. Ich erinnerte an die Saarfrage und ferner an die Verhandlungen über die Schaffung der Europäischen Gemeinschaften. Die Franzosen hätten zunächst nur EURATOM verwirklichen wollen, wir seien es gewesen, die auf der Realisierung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bestanden hätten.

Auch in der Vergangenheit hätte sich für uns die Frage gestellt, ob wir trotz der Meinungsverschiedenheiten den Weg des engeren Zusammenschlusses zwischen Deutschland und Frankreich fortsetzen sollten. Jeweils hätte es Stimmen in Deutschland und außerhalb Deutschlands gegeben, die uns gewarnt hätten.

Wir hätten dessenungeachtet unsere Politik konsequent weitergeführt, und man könne heute sagen, daß ohne diese Politik weder die Saarfrage gelöst noch die Europäischen Gemeinschaften entstanden wären, noch Deutschland Mitglied der NATO geworden wäre.

Kurzum, die von uns bisher verfolgte Frankreich-Politik sei der Schlüssel für alles das, was wir als große Erfolge der politischen Entwicklung seit 1949 anzusehen gewohnt seien.

c) Ich hielte es für richtig und notwendig, daß wir an dieser Politik festhielten trotz der Meinungsverschiedenheiten, die wir auch jetzt mit Frankreich hätten.

d) Ich bäte den Botschafter, sich einmal zu überlegen, was geschehen wäre,

[6] Zum Vorschlag des Staatspräsidenten de Gaulle vom 17. September 1958, ein Dreier-Direktorium für die NATO einzurichten, vgl. Dok. 49, Anm. 8.

[7] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[8] Zum deutsch-französischen Dissens über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. etwa Dok. 35.

wenn die Bundesrepublik den Vertrag mit Frankreich nicht unterzeichnet hätte. Dann wäre eine erhebliche Störung im deutsch-französischen Verhältnis eingetreten, und ganz gewiß wäre dadurch der Beitritt Englands zur EWG nicht erreicht worden, sondern die Haltung de Gaulles wäre nur um so rigoroser geworden.

e) Es gebe in der Welt, in der wir lebten, Tatsachen, die wir nicht ändern könnten. Eine dieser Tatsachen sei, daß de Gaulle zur Zeit in Frankreich regiere. Wir alle seien der Meinung, daß dies für die westliche Welt insgesamt zugleich auch große Vorteile hätte. Wir müßten also versuchen, mit de Gaulle als unserem Partner zusammenzuarbeiten.

Ich könnte nicht finden, daß die amerikanische Politik gegenüber de Gaulle den Erfolg gehabt hätte, seine Meinung in wichtigen Punkten zu ändern. Wir seien der Auffassung, daß wir durch ein enges Zusammengehen mit ihm Einfluß auf seine Entscheidungen nehmen könnten, und wir seien entschlossen, in den von uns als wichtig angesehenen Fragen alles zu tun, um seinen Standpunkt dem unseren anzunähern. Das beziehe sich sowohl auf die britische Frage wie auf die Verteidigungsfragen.

f) Ich müßte es aber als höchst unglücklich bezeichnen, wenn die Amerikaner die Absicht haben sollten, ihr weiteres Verhältnis zu Deutschland davon abhängig zu machen, ob es uns gelinge, de Gaulle in der Englandfrage umzustimmen.

Es sei zweifelhaft, ob uns das gelingen würde, aber noch weniger wäre es gelungen, wenn wir den Vertrag mit Frankreich nicht unterzeichnet hätten. Dies sei ein nach meiner Auffassung völlig falsches Kriterium für die amerikanische Politik gegenüber Deutschland.

g) Ich sei über die amerikanische Reaktion aufs höchste überrascht. Wir hätten unsere amerikanischen Freunde niemals im Zweifel gelassen, daß wir das Abkommen unterzeichnen würden, und zwar auch nachdem de Gaulle am 14. Januar die bekannten Presseerklärungen abgegeben habe.

Ich hätte am Abend dieses Tages im Hause des amerikanischen Botschafters mit Ball ein Gespräch geführt.[9] Wir hätten uns über die Pressekonferenz unterhalten, die wir beide übereinstimmend beurteilt hätten. Um jedem künftigen Mißverständnis von vornherein vorzubeugen, hätte ich damals sofort Ball gesagt, ich glaubte, daß wir ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten mit Frankreich an der Politik des engeren Zusammenwirkens zwischen Frankreich und uns festhalten sollten, und ich glaubte daher, daß die Bundesregierung trotz der negativen Presseerklärungen des Generals an dem für den 21. und 22. Januar ins Auge gefaßten Abschluß eines Konsultationsabkommens mit Frankreich festhalten werde.

Ich hätte den Eindruck gehabt, daß Ball mich verstanden und meine Meinung auch geteilt hätte.

[9] Zum Besuch des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Ball, am 14. Januar 1963 vgl. Dok. 16, Anm. 2.
Vgl. dazu auch OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 179 f.

h) Als Dowling auf den Reston-Artikel in der New York Times[10] hinwies, habe ich erklärt, daß man von uns nicht verlangen könnte, daß wir auf Grund von Presseartikeln, selbst wenn uns gesagt würde, sie seien inspiriert gewesen, unsere politischen Entschlüsse änderten.

i) Ich bat Dowling schließlich in eindringlicher Form, er möge seine Regierung bitten, in der Frage des deutsch-französischen Abkommens keine Stellung zu beziehen, bevor wir Gelegenheit gehabt hätten, uns mit den Amerikanern in aller Ruhe über diesen Komplex auszusprechen.

4) Am Ende des Gesprächs milderte Dowling seine anfänglichen Formulierungen teilweise sehr stark ab.

Er betonte zunächst, daß, wenn er von einer Neuorientierung der amerikanischen Politik gegenüber Deutschland gesprochen habe, sich dies keineswegs auf die Verteidigungspolitik oder die Berlinpolitik beziehe. An den Verpflichtungen, die die Vereinigten Staaten zur Verteidigung Deutschlands und Berlins übernommen hätten, und an dem Nassau-Projekt würde sich nichts ändern.

Er hoffe sehr, daß ich recht hätte, wenn ich sagte, daß es uns gelingen würde, im Wege der Konsultation die Franzosen zu beeinflussen. Allerdings müsse er mich darauf hinweisen, daß die Beispiele, die ich ihm genannt hätte, durchweg vor dem Zeitpunkt lägen, in dem General de Gaulle die Regierung übernommen habe.

Er werde meine Ausführungen nach Washington weiterleiten, und er glaube, daß sie dort einen gewissen Eindruck nicht verfehlen würden.

Aber die amerikanische Haltung würde abwartend sein. Er wolle auch gar nicht sagen, daß die Vereinigten Staaten uns für das etwaige Scheitern der Englandverhandlungen verantwortlich machen würden, aber er müsse darauf hinweisen, daß das Scheitern dieser Verhandlungen die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Europa in jedem Fall erheblich beeinflussen würde.[11]

Mit dem ausdrücklichen Zusatz, es handele sich um zwei nebensächliche Punkte, erwähnte der Botschafter schließlich noch, daß man beunruhigt sei über die Tatsache, daß Fragen, die zur Zuständigkeit der NATO gehörten, bilateral konsultiert werden sollten. (Ich antwortete, dies werde unsererseits im Sinne der gemeinsamen NATO-Auffassungen geschehen.)

Ferner behalte man sich die Stellungnahme zu der Frage vor, ob der deutsch-französische Vertrag in Berlin in Kraft gesetzt werden sollte.[12]

Hiermit dem Herrn Minister mit dem Vorschlag der Weiterleitung an den Herrn Bundeskanzler vorgelegt.

gez. Carstens

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136

[10] Vgl. James Reston, What Do They Think We Are?; THE NEW YORK TIMES, Nr. 38348 vom 21. Januar 1963, S. 6.

[11] Vgl. dazu besonders Dok. 82 und Dok. 88.

[12] Vgl. dazu bereits Dok. 50.

52

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Botschafter Dowling

115-16.A/63 geheim **24. Januar 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 24. Januar 1963 um 19 Uhr den amerikanischen Botschafter Dowling zu einem Gespräch, bei dem außerdem Herr VLR I Dr. Osterheld zugegen war.

Auf die Frage von Botschafter *Dowling*, ob der Herr Bundeskanzler das Telegramm von Herrn Knappstein über sein Gespräch mit Präsident Kennedy und Außenminister Rusk[2] gelesen habe, erwiderte der Herr *Bundeskanzler*, er habe diese Aufzeichnung gelesen und sei einfach platt. Das hätte er niemals erwartet. John Foster Dulles wäre ihm wegen des deutsch-französischen Vertrags vor Freude um den Hals gefallen. Vor einigen Monaten habe er ja zu Herrn Rusk gesagt, Deutschland wolle mit Frankreich eine enge Verbindung eingehen, ob Amerika etwas dagegen habe. Rusk habe darauf geantwortet, Amerika habe natürlich nichts dagegen.[3] Es werde immer besonders enge Beziehungen zu England haben und infolgedessen wäre es gut, wenn Deutschland mit Frankreich solche Bindungen hätte.

Der Herr Bundeskanzler fügte hinzu, de Gaulle würde heute zweifellos das, was er in seiner Pressekonferenz[4] über England gesagt habe, nicht mehr sagen. Botschafter Dowling wisse vielleicht, daß Macmillan zwei Tage vor der Bahamakonferenz[5] in Rambouillet[6] gewesen sei und mit de Gaulle über Verteidigung, den Gemeinsamen Markt usw. gesprochen habe. De Gaulle habe dann zu Macmillan gesagt, wenn Amerika die Skybolt nicht bauen wolle, solle Macmillan sich doch an der europäischen Verteidigung beteiligen. Macmillan habe darauf keine Antwort gegeben. Zwei Tage später habe Macmillan dann mit Amerika das Polaris-Abkommen geschlossen. De Gaulle habe er davon vorher kein Wort gesagt.[7]

Botschafter *Dowling* warf ein, auch für Amerika sei dieser Vorschlag Macmillans völlig überraschend gekommen.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, durch diese Dinge sei de Gaulle praktisch dazu gebracht worden, seine Pressekonferenz in der bekannten Form abzuhalten. Man müsse auch de Gaulle gegenüber gerecht sein und eingestehen, daß dieses Verhalten Macmillans nicht fair gewesen sei. Wenn England nicht ge-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 28. Januar 1963 gefertigt.

[2] Vgl. Dok. 49 und Dok. 50.

[3] Vgl. dazu bereits Dok. 37, besonders Anm. 19.

[4] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

[5] Zu den Besprechungen des Premierministers Macmillan mit Präsident Kennedy vom 18. bis 21. Dezember 1962 in Nassau (Bahamas) vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[6] Vgl. dazu Dok. 12, Anm. 6.

[7] Vgl. dazu auch Dok. 37.

rade jetzt dauernd betonte, daß es eine europäische Politik machen wolle, wäre niemand überrascht gewesen über das Bahama-Abkommen. In diesem Zusammenhang aber sei es doch sehr erstaunlich.

Der Herr Bundeskanzler sagte dann, er habe geglaubt, daß Amerika de Gaulle dasselbe vorgeschlagen habe wie Macmillan. Das sei aber nicht wahr. Aufgrund seiner langen Zusammenarbeit mit Amerika auf dem Atomgebiet könne England die Sprengköpfe für die Polarisraketen selbst bauen. De Gaulle könne das aber nicht.

Botschafter *Dowling* bemerkte hierzu, theoretisch müßte England in der Lage sein, solche Sprengköpfe zu bauen, denn es habe mit der Arbeit an der Atombombe noch vor Amerika angefangen und viele Jahre hindurch hätten Amerika und England daran gemeinsam gearbeitet. England habe aber noch keine nuklearen Sprengköpfe für die Polarisraketen, und er glaube, daß England größte Schwierigkeiten haben werde, solche Sprengköpfe zu bauen. Amerika werde England dabei auf keinen Fall helfen. Amerika habe lediglich die Raketen als solche angeboten, und zwar an Frankreich und England.[8] Dabei habe England erklärt, daß es das übrige selbst bauen könne. Jedenfalls habe Amerika ganz klar gemacht, daß es keinem der beiden Mächte Sprengköpfe liefern werde. Er frage sich aber manchmal, ob de Gaulle wirklich die eigentliche Bedeutung des Nassau-Abkommens erkenne. Der Präsident habe mit diesem Abkommen vor allem das Ziel verfolgt, daß hier ein erster Schritt getan werden sollte, um England und Frankreich in ein europäisches nukleares Verteidigungssystem hineinzubringen und die Bundesrepublik auf gleichberechtigte Basis zu stellen. Er frage sich, ob de Gaulle dies klar sei.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, nach seiner Beurteilung der Lage sei das Nein de Gaulles noch nicht das letzte Wort. Dies habe er von Anfang an geglaubt. De Gaulle sei nämlich der Auffassung, daß man ihm etwas anderes angeboten habe als England.[9]

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf das Gespräch zwischen Präsident Kennedy und Botschafter Knappstein zu sprechen, dem Kennedy erklärt habe, daß Amerika dafür gesorgt habe, daß kein Dreier-Direktorium[10] zustande gekommen sei. Der Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich[11], so sagte der Herr Bundeskanzler, verfolge ebenfalls dieses Ziel, denn nach dem Vertrag müsse Frankreich die Bundesrepublik konsultieren, ehe es wichtige Entscheidungen treffe. Alles in allem hätten weder der Präsident noch Herr Rusk den geringsten Grund, irgendwie gekränkt zu sein. Er selbst habe ja schon von Paris aus einen Brief[12] geschrieben. Er hätte dies nicht getan, wenn er nicht im besten Glauben gehandelt hätte und überzeugt gewesen wäre, im Sinne der gemeinsamen Politik zu handeln. Er habe auch de Gaulle gesagt, daß Frankreich, auch ehe es seine Armee aufgebaut habe, sich stärker

[8] Vgl. dazu Dok. 2, Anm. 2 und 4.

[9] Vgl. dazu die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten auf der Pressekonferenz vom 14. Januar 1963; Dok. 21.

[10] Zum Vorschlag des Staatspräsidenten de Gaulle vom 17. September 1958, ein Dreier-Direktorium für die NATO einzurichten, vgl. Dok. 49, Anm. 8.

[11] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[12] Vgl. Dok. 46.

an den NATO-Sitzungen beteiligen müsse. De Gaulle habe dem zugestimmt. Botschafter Seydoux habe er selbst gesagt, daß er mit de Gaulle darüber gesprochen habe und de Gaulle eine stärkere Beteiligung ebenfalls wünsche. Seydoux habe mit Botschafter Grewe einen sehr engen Kontakt. Er versuche also überall, de Gaulle näher an die Zusammenarbeit heranzubringen. Wenn man de Gaulles Schicksal verfolge, müsse man ihn auch verstehen. Mit nichts hinter sich habe er als junger General in London gegen Pétain Stellung bezogen und Frankreich gerettet. Dann sei de Gaulle Premierminister geworden[13] und nach seinem Rücktritt zwölf Jahre lang in Colombey ganz einsam und von allen Freunden verlassen gewesen. Diese zwölf Jahre hätten de Gaulle sicherlich stark geprägt. Der Herr Bundeskanzler schilderte dann im einzelnen, wie es zu der Freundschaft zwischen ihm und de Gaulle gekommen sei. Er fügte hinzu, er glaube, ein gutes Werk im Interesse aller zu tun, wenn er diese Freundschaft pflege. Wenn Frankreich nicht Deutschlands Freund wäre, sondern gegen Deutschland Stellung bezöge und erklärte, das jetzige Deutschland sei ein Nazideutschland, ein Aggressor, dann könnte es in Europa keine Ruhe geben. Dieses enge Verhältnis zu Frankreich habe im übrigen ja schon vor de Gaulle begonnen, nämlich mit Robert Schuman[14]. Ohne eine gute Aussöhnung mit Frankreich wäre die europäische Politik, die ja auch Amerika wünsche, nicht möglich. Dazu brauche man sich nur einmal die Karte zu vergegenwärtigen, wo Deutschland eingezwängt sei zwischen Rußland und den Satelliten auf der einen Seite und Frankreich auf der anderen Seite. Jahrzehnte hindurch hätten entweder Deutschland mit Rußland gegen Frankreich oder Frankreich mit Rußland gegen Deutschland paktiert. Im Jahre 1944 habe de Gaulle eben diese Befürchtung ebenfalls gehabt und sei deswegen nach Moskau gefahren, um den Vertrag gegen Deutschland zu erneuern.[15] Nachdem nun der deutsch-französische Vertrag geschlossen sei, sei es unmöglich, daß Frankreich mit der Sowjetunion gegen Deutschland oder Deutschland mit der Sowjetunion gegen Frankreich zusammengingen. Hiermit sei also ein Schutzdamm gegen den Kommunismus geschaffen, der jetzt 100 Millionen Menschen zähle, und das weitere Vordringen des Kommunismus aufhalten könne. Das sei das beabsichtigte Ziel gewesen. Eigentlich, so fügte der Herr Bundeskanzler lächelnd hinzu, hätten sie beide einen großen Orden verdient.

Botschafter *Dowling* bemerkte, Kennedy und Rusk hätten beide Herrn Knappstein klarzumachen versucht, daß Amerika nicht gegen die französisch-deutsche Aussöhnung sei. Seit 1945 arbeite Amerika für zwei Ziele: die deutsch-französische Aussöhnung und die europäische Integration. Es wolle aber beide diese Ziele erreicht sehen, und zwar im europäischen Zusammenhang.

[13] General de Gaulle war von August 1944 bis Januar 1946 Chef der Provisorischen Regierung Frankreichs und französischer Ministerpräsident.

[14] Robert Schuman war von November 1947 bis Juli 1948 und im August/September 1948 französischer Ministerpräsident. Als Außenminister – von Juli 1947 bis Januar 1953 – initiierte er 1950 die Montanunion. Vgl. dazu Dok. 49, Anm. 12.

[15] Zur Reise des Chefs der Provisorischen Regierung Frankreichs in die UdSSR und zum Abschluß des französisch-sowjetischen Bündnisvertrags am 10. Dezember 1944 vgl. Charles DE GAULLE, Mémoires de guerre, Bd. 3: Le salut 1944–46, Paris 1959, S. 61–79 und S. 364–380.
Für den Wortlaut des Bündnisvertrags, der nach Ratifizierung der Pariser Verträge durch Frankreich von der UdSSR am 7. Mai 1955 annulliert wurde, vgl. ebenda, S. 381–383.

Rusk habe auch erklärt, wenn der neue Vertrag zur Integration Europas einschließlich Großbritanniens beitragen werde, sei Amerika sehr glücklich. Wenn aber England von den Sechs zurückgewiesen würde, müsse man tiefe Veränderungen im westlichen Verhältnis innerhalb der atlantischen Gemeinschaft ins Auge fassen, denn die gesamte amerikanische Politik sei seit Monaten auf gerade dieses Ziel, nämlich den Beitritt Englands, gerichtet.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, Botschafter Dowling wisse vielleicht, daß England zweimal einen Beitritt abgelehnt[16] habe. All das sei plötzlich jetzt vergessen. Ganz vertraulich gesagt, habe Hallstein ihm erklärt, er habe nie eine solche Arroganz erlebt, wie er sie in der Verhandlungsweise der Engländer habe feststellen müssen. Der Herr Bundeskanzler las dann aus der gemeinsamen Erklärung[17] den Absatz vor, daß die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ein unerläßlicher Schritt auf dem Wege zu einem vereinigten Europa sei.

Botschafter *Dowling* bemerkte, wenn dies sich als richtig herausstelle, werde niemand glücklicher sein als Präsident Kennedy.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, ob Dowling denn glaube, daß man absichtlich in ein solch feierliches Dokument eine Unwahrheit hineinschreiben wolle.

Botschafter *Dowling* sagte, Amerika wisse natürlich, was der Herr Bundeskanzler denke, aber es frage sich manchmal, was de Gaulle denke.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er sei überzeugt, daß de Gaulle dies absolut ernst gemeint habe. De Gaulle sei ein Mann, der sehr auf Formen halte. Er würde nie seine Unterschrift unter eine Unwahrheit setzen. De Gaulle sei zwar eigen, aber so etwas würde er niemals tun. In Frankreich werde er von der überwältigenden Mehrheit des Volkes hoch verehrt und geschätzt. Er (der Herr Bundeskanzler) sei froh, daß de Gaulle da sei, und zwar sei er für Europa froh. Es sei ein Glück für Europa, wenn de Gaulle noch lange lebe. Im übrigen werde der deutsch-französische Vertrag voraussichtlich einstimmig vom Bundestag ratifiziert werden.[18] Er bitte Botschafter Dowling, doch diese amerikanische Mißstimmung in Ordnung zu bringen. Im übrigen sei der Botschaftsrat Kidd laufend über die Verhandlungen unterrichtet worden.

Botschafter *Dowling* bemerkte, der Herr Bundeskanzler wisse, daß er seit drei Jahren sein Bestes tue. Er werde dies auch weiter tun, diesmal aber verlange der Herr Bundeskanzler sehr viel, es sei denn, daß die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers durch Tatsachen bekräftigt würden. Ganz offen sei er der Auffassung, daß all dies zurückzuführen sei auf eine unterschiedliche Auslegung der Ziele de Gaulles in Bonn und in Washington. Er hoffe, daß der Herr Bundeskanzler recht habe.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, welche Ziele Washington denn hinter de Gaulle vermute.

Botschafter *Dowling* bemerkte, die Sorge in Washington sei folgende: Frank-

[16] Großbritannien beteiligte sich weder am Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vom 26./27. Mai 1952 noch an den Römischen Verträgen vom 25. März 1957.

[17] Zur deutsch-französischen Erklärung vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[18] Zur Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags vgl. Dok. 170, Anm. 27.

reich habe sich immer mehr aus einer aktiven Beteiligung an der westlichen Gemeinschaft zurückgezogen, und Amerika glaube, daß de Gaulle ein Europa der Sechs wolle, das nicht mehr in dem mitarbeite, was Amerika eine atlantische Partnerschaft nenne. Er könne nur hoffen, daß diese Befürchtung sich als unrichtig herausstelle.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte an dieser Stelle, daß vor kurzem einmal jemand Botschafter Steel gefragt habe, wann denn die Engländer anfingen, europäisch zu denken. Steel habe darauf geantwortet, er sei Schotte. Auf die Frage, wann denn die Briten anfingen, europäisch zu denken, sei Steel die Antwort schuldig geblieben. Man müsse aber auch England richtig verstehen. Es sei für England außerordentlich schwierig, kontinental zu denken. Wenn man sich einmal ansehe, welches Weltreich England besessen habe, welche Weltmacht es gewesen sei, viel mächtiger als die Vereinigten Staaten, und wenn man das vergleiche mit dem jetzigen Niedergang, spüre man, daß es für England außerordentlich schwierig sei, sich plötzlich als ein Teil Kontinentaleuropas zu fühlen. Er habe diese Frage auch mit Präsident Eisenhower bei seinem letzten Besuch im Sommer in Bonn[19] erörtert. Eisenhower habe damals erklärt, er verstehe die Engländer nicht. Wenn er Engländer wäre, würde er das Commonwealth zusammenhalten und nicht nach Europa gehen wollen. Viele Engländer dächten dasselbe. Die Schwierigkeit für England sei ungeheuer groß. Er selbst, wäre er Engländer, wüßte auch nicht, was er tun sollte.

Botschafter *Dowling* stimmte dem Herrn Bundeskanzler zu. Andererseits habe Herr Hallstein trotz all der Schwierigkeiten den Amerikanern gesagt, daß England jetzt die Erfordernisse des Romvertrags[20] zu etwa zwei Dritteln erfüllt habe. Er habe dann hinzugefügt, daß er nicht glaube, daß in dem restlichen Drittel Schwierigkeiten lägen, die rechtfertigten, die Verhandlungen nicht fortzusetzen. Dies weise doch darauf hin, daß England bereit sei, Anpassungen vorzunehmen und den Romvertrag zu akzeptieren, um Mitglied werden zu können.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, de Gaulle habe ihm gesagt, wenn England den Romvertrag akzeptiere, werde Frankreich einer britischen Mitgliedschaft zustimmen.

Botschafter *Dowling* bemerkte, diese Frage sei ganz leicht zu lösen, indem man England eine Chance gebe, das restliche Drittel zu akzeptieren oder abzulehnen. In Brüssel habe jedoch Couve de Murville die Verhandlungen praktisch zum Stillstand gebracht.[21]

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, man dürfe nicht vergessen, daß dies auf die Verärgerung de Gaulles über das Bahama-Abkommen zurückzuführen sei, Macmillan habe ihm kein Wort von seinen Polaris-Plänen gesagt, dadurch fühle sich de Gaulle verletzt. Man müsse jetzt etwas Zeit verstreichen lassen und dann wieder anfangen.

[19] Der frühere amerikanische Präsident Eisenhower traf am 2. August 1962 mit Bundeskanzler Adenauer zusammen. Vgl. dazu OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 137.

[20] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

[21] Vgl. dazu Dok. 31.

Auf die Frage von Botschafter *Dowling,* wieviel Zeit man dafür brauche, antwortete der Herr *Bundeskanzler,* das brauche nicht lange zu sein. Allerdings müsse man auch berücksichtigen, daß de Gaulle sein Gesicht wahren müsse.

Botschafter *Dowling* fragte, ob der Herr Bundeskanzler irgend etwas sehe, was England oder Macmillan tun könnten, um die Franzosen milder zu stimmen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, die Engländer müßten Geduld zeigen und etwas Zeit verstreichen lassen.

Botschafter *Dowling* fragte dann, ob er Präsident Kennedy sagen solle, daß der Herr Bundeskanzler diese Zeit abzukürzen versuchen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er werde dies tun, falls der Zeitraum sich zu lange hinausziehe. Zu kurz dürfe er aber auch nicht sein.

Botschafter *Dowling* bemerkte, der Präsident sei eben ein sehr ungeduldiger Mann.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe ganz diesen Eindruck. Er habe aber immer die Auffassung vertreten, daß in der Politik Geduld das wichtigste sei.

Botschafter *Dowling* wies ernstlich darauf hin, daß wenn diese Zeitspanne zu lang sei, andere Kräfte ins Spiel kämen, die dann genauso schlimm wären wie eine formale Ablehnung des britischen Beitrittsgesuchs. Wenn der Herr Bundeskanzler etwas tun könnte, um zu erreichen, daß das restliche Drittel der offenen Fragen geprüft werde, dann werde Präsident Kennedy bereit sein, die Beurteilung des Herrn Bundeskanzlers als richtig anzuerkennen. Der Präsident wolle, daß Frankreich der Fortsetzung der Verhandlungen zustimme. Wenn England dann ablehne, sei daran nichts zu ändern. Wenn England aber akzeptiere, dann müsse es zu einer Aussöhnung zwischen Frankreich und England kommen, ähnlich der, wie Deutschland und Frankreich sie jetzt vollzogen hätten.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte scherzhaft, er glaube nicht, daß eine solche Aussöhnung zwischen den beiden Ländern nötig sei. Er fügte hinzu, Amerika sei durch so ausgezeichnete Botschafter in Paris[22] und London[23] vertreten, ob die denn nichts erreichen könnten.

Botschafter *Dowling* bemerkte, die Meinung von Bruce sei, daß, wenn man England die Gelegenheit gebe, es den europäischen Standpunkt zu den wesentlichen noch offenen Fragen annehmen werde. In anderen Worten sei England bereit, in diesen Fragen den Romvertrag Wort für Wort zu akzeptieren.

Der Herr *Bundeskanzler* äußerte gewisse Zweifel daran.

Botschafter *Dowling* bemerkte, er werde natürlich dem Präsidenten getreulich über das heutige Gespräch berichten. Er hoffe jedoch, daß der Herr Bundeskanzler verstehe, wenn er ihm gleichzeitig ganz klar sage, daß der Westen eine

[22] Charles E. Bohlen.
[23] David K. Bruce.

ganz große Gefahr der Uneinigkeit laufe, wenn es nicht gelinge, auf dem Gebiet der europäischen Integration Fortschritte zu machen, wenn es nicht gelinge, Großbritannien beitreten zu lassen und auf dem Gebiet des Handels und der Politik die Integration weiter voranzubringen.[24] Dies aber würde Präsident Kennedy und zweifellos auch der Herr Bundeskanzler sehr bedauern.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, man solle die Dinge nicht so tragisch nehmen. In die Verhandlungen müsse nun eine Pause eingelegt werden, damit die Wogen sich glätten könnten, und dann werde man sehen, was herauskomme. Jedenfalls dürfe man Herrn Chruschtschow keine Freude machen.

Botschafter *Dowling* betonte, daß Präsident Kennedy besorgt sei, daß die Franzosen für sich aus der deutsch-französischen Aussöhnung einen Vorteil herausschlügen. Chruschtschow allerdings sei da anderer Ansicht, denn er meine, daß Deutschland aus der Aussöhnung einen Vorteil für sich heraushole.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, warum diese Sache denn nicht für beide Seiten zum Vorteil sein könne. Es sei aber auch etwas für Europa getan worden, denn das habe man immer dabei im Auge gehabt.

Botschafter *Dowling* bemerkte, dann sei ja alles gut, er könne nur hoffen, daß de Gaulle auch höre. Er habe nun nur die eine Bitte an den Herrn Bundeskanzler, daß die Verhandlungspause, deren Notwendigkeit auch Amerika anerkenne, nicht zu lange dauere.

Der Herr *Bundeskanzler* versprach dies.

Das Gespräch endete um 20.15 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/78

[24] Zu den Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien vgl. weiter Dok. 60.

53

Staatssekretär Carstens an Botschafter Klaiber, Rom

St.S. 69/63 **25. Januar 1963**[1]
Citissime **Aufgabe: 28. Januar 1963, 13.30 Uhr**

Auf Nr. 45 vom 23. Januar

Italienische Reaktion auf deutsch-französischen Vertrag[2] überrascht mich nicht, dennoch finde ich sie bedauerlich und kurzsichtig. Wenn Cattani meint, die Italiener seien durch Abschluß des förmlichen Vertrages düpiert und überfahren worden, so sagen Sie ihm bitte, daß der Grund für diese Prozedur der folgende sei:
Unsere Verfassungsjuristen haben geltend gemacht, daß eine Vereinbarung über eine politische Konsultation, so wie wir sie mit den Franzosen getroffen haben, in jedem Fall der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften nach Art. 59 GG bedürfe.[3]

Wir haben uns diesen Argumenten, die sich auf Äußerungen des Bundesverfassungsgerichts in einem früheren Fall stützten, nicht entziehen können und sind daher zwangsweise auf den Weg des ratifikationsbedürftigen Vertrags gedrängt worden. An dem Inhalt der Vereinbarungen ändert sich dadurch nichts.

Es ändert sich auch nichts an unserer Haltung in den Fragen, in denen wir mit den Franzosen nicht übereinstimmen, so insbesondere in der Frage des Beitritts Großbritanniens zur EWG[4] und in einer Reihe verteidigungspolitischer Fragen, darunter den Nassau[5]-Komplex.[6]

Carstens[7]

Büro Staatssekretär, Bd. 386

[1] Der Drahterlaß lag am 26. Januar 1963 Bundesminister Schröder vor, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „P[iccioni] gibt die Unterhaltung mit dem Bundeskanzler, die vor dem Ball-Besuch stattfand, ziemlich zutreffend wieder."
Zu den Gesprächen des italienischen Außenministers Piccioni mit Adenauer und Schröder vgl. Dok. 24.

[2] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3; zur italienischen Reaktion vgl. weiter Dok. 57, besonders Anm. 3.

[3] Vgl. dazu Dok. 22.

[4] Vgl. dazu Dok. 35.

[5] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[6] An dieser Stelle wurde folgender Passus von Staatssekretär Carstens und Bundesminister Schröder gestrichen: „Bitte sagen Sie aber auch Cattani als Ihre persönliche Meinung, daß wir sehr überrascht gewesen seien über Äußerungen, die Piccioni zugeschrieben worden seien; insbesondere seine angeblichen Äußerungen über eine Ablehnung des Nassau-Abkommens durch den Bundeskanzler erschienen abwegig im Lichte der inzwischen mehrfach öffentlich und gegenüber den Amerikanern erklärten Zustimmung der Bundesregierung zu diesem Projekt. Es erscheine auch nicht glücklich, daß Äußerungen über angebliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bundesregierung, die dem italienischen Außenminister zugeschrieben wurden, unwidersprochen blieben."

[7] Paraphe vom 26. Januar 1963.

54

Botschafter van Scherpenberg, Rom (Vatikan), an Bundesminister Schröder

Persönlich **25. Januar 1963**[1]

Hochverehrter Herr Minister!

Vor längerer Zeit hatten Sie mich einmal gebeten, Ihnen einige Gedanken über das Ost-West-Problem vorzulegen. Ich habe mit der Antwort etwas gezögert, zunächst weil ich während der Dauer des Konzils gedanklich sehr stark auf andere Fragen konzentriert war, dann aber auch, weil die Lage mir so unsicher und von Tag zu Tag schwankend schien, daß es sich mir kaum zu lohnen schien, den Versuch zu einer Überlegung grundsätzlicher Art zu unternehmen. In den letzten Wochen scheint sich mir jedoch eine gewisse Klärung der Lage abzuzeichnen, und ich möchte daher nunmehr mit der Beantwortung Ihrer Frage nicht länger zurückhalten.

1) Lassen Sie mich zunächst eine kurze Bemerkung zur sogenannten Hallstein-Doktrin[2] machen. Sie besagt ja, auf eine kurze Formel gebracht, daß wir die Anerkennung der sogenannten DDR durch ein Land, mit dem wir diplomatische Beziehungen unterhalten, als einen unfreundlichen Akt betrachten und entschlossen sind, daraus gewisse Folgerungen zu ziehen. Welche Folgerungen das sind, ist nicht von vornherein festgelegt; sie können in dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen bestehen, sie können aber auch, theoretisch wenigstens, in Maßnahmen auf dem wirtschaftlichen oder entwicklungspolitischen Gebiet bestehen. Nicht in die Hallstein-Doktrin einbezogen sind Länder, die zur Zeit ihrer Festlegung bereits Beziehungen mit der „DDR" unterhielten, d. h. also im wesentlichen die Länder des kommunistischen Blocks. Die Hallstein-Doktrin spielt also in diesen Ländern nur soweit eine Rolle, als die Aufnahme von Beziehungen zu diesen Ländern von anderen Ländern zum Vorwand genommen werden könnte, auch ihrerseits die „DDR" anzuerkennen. Der Fall Sowjetunion ist seinerzeit in diesem Sinn allgemein als Sonderfall (Besatzungsmacht) angesehen worden und hat keine Rückwirkungen gehabt. Die gleiche Argumentation wäre im Fall Polens möglich gewesen[3]. Sie wäre dort sogar besonders wirksam gewesen, da sie den nicht endgültigen Charakter der Besetzung der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie noch unterstrichen hätte. Es dürfte aber heute zu spät sein, um nochmal auf diese Konstruktion zurückzugreifen.

2) Der weltweite Ost-West-Konflikt bildet letzten Endes die Grundlage und den Gegenstand des westlichen Bündnis-Systems. In diesem weltweiten Kon-

[1] Privatdienstschreiben.
Hat Bundesminister Schröder am 31. Januar 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1. Nicht in G[eschäftsgang]. 2. Herrn St[aatssekretär] I R[ücksprache]".

[2] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 19, Anm. 3.

[3] Die Wörter „möglich gewesen" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Nein".

flikt hat die Bundesrepublik durch die rechtswidrige Teilung Deutschlands, durch das Berlin-Problem und durch das Problem der ungeregelten Grenzen im Osten (Oder-Neiße-Grenze) sehr weitreichende eigene Interessen, auf die sich grundsätzlich die Bündnis-Verpflichtungen der westlichen Allianz mitbeziehen. Diese deutschen Interessen stellen somit für Deutschland eines der Hauptobjekte des Bündnisses dar, sind aber gleichzeitig dementsprechend eine gewisse Belastung unserer Beziehungen zu unseren westlichen Verbündeten. Man kann sie vom Standpunkt unserer Verbündeten ihrer Dringlichkeit nach in folgender Reihenfolge aufführen: a) Berlin, b) Teilung Deutschlands, c) Oder-Neiße-Grenze.
a) In der Berlin-Frage ist die Haltung unserer Verbündeten klar, und ich brauche daher kaum etwas hinzuzufügen. Es spricht alles dafür, daß eine ernsthafte Beeinträchtigung Berlins unter Umständen sogar den casus foederis herbeiführen könnte.
b) Für die Wiedervereinigung haben wir zwar bisher immer freundschaftliche, tatkräftige und loyale diplomatische Unterstützung von unseren Verbündeten erfahren; es sei hier nur an die Konferenzen von London, Berlin und Genf[4] erinnert. Mit darüber hinausgehenden Aktionen der Verbündeten dürfte aber kaum zu rechnen sein, und wir müssen dieses ganze Thema doch mit einer gewissen Vorsicht behandeln, um nicht das Pferd zu Tode zu reiten und das Interesse unserer Verbündeten abzustumpfen.
c) Für die Wiedergewinnung von Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie dürfte bei keinem unserer westlichen Verbündeten noch irgendwelches wirkliches Interesse bestehen. Wir können lediglich die völkerrechtliche Ungeklärtheit der Lage taktisch verwerten, indem wir, auf den Potsdamer Beschlüssen[5] fußend, immer wieder darauf hinweisen, daß eine Regelung der deutsch-polnischen Grenze nur in einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland möglich sei. Für diesen taktischen Standpunkt sollte es auch weiterhin möglich sein, die Unterstützung unserer Verbündeten zu finden.

3) Zu den Belastungen unseres Verhältnisses zum Westen gehört aber zweifellos auch unser ungeklärtes Verhältnis zu den Satellitenstaaten in ihrer Gesamtheit, das in der öffentlichen Meinung des Westens doch vielfach so ausgelegt wird, als wenn wir trotz aller öffentlichen Beteuerungen gegenüber den Satellitenstaaten mehr oder weniger aggressive Absichten hätten. Zwar ist regierungsseitig von unseren Alliierten nie ein ernsthafter Druck in dieser Richtung auf uns ausgeübt worden, umso lauter waren dafür oft die Stimmen aus politischen und Pressekreisen der verbündeten Länder, besonders England und USA.

Unter diesem Aspekt würde die Aufnahme von Beziehungen zu den Satellitenstaaten uns zweifellos bis zu einem gewissen Grade im Westen den Rücken

[4] Gemeint sind die Neun-Mächte-Konferenz in London vom 28. September bis 3. Oktober 1954, die Konferenz der Außenminister der Vier Mächte in Berlin vom 25. Januar bis 18. Februar 1954, die Genfer Vier-Mächte-Konferenzen der Regierungschefs vom 18. bis 23. Juli 1955 und der Außenminister vom 27. Oktober bis 16. November 1955 sowie vom 13. Mai bis 20. Juni bzw. vom 13. Juli bis 5. August 1959.

[5] Für das Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DzD I/1, S. 2101–2125.

freimachen und geeignet sein, das Interesse des Westens für unsere übrigen, dann klar umrissenen und begrenzten Ziele zu verstärken.

Im Verhältnis zum Osten dürfte die Aufnahme der Beziehungen keine allzu großen Wirkungen haben. In früheren Jahren hat die Sowjetunion diese Möglichkeit zeitweise mit kritischen Augen betrachtet; seit sie ihre Stellung in den Satellitenstaaten wieder konsolidiert hat, kann man davon kaum mehr sprechen. Völlig abwegig ist zweifellos der Gedanke, durch die Aufnahme solcher Beziehungen etwa die Satellitenstaaten zum Westen herüberzuziehen und Risse im Ostblock herbeizuführen. Solche Überlegungen können nur aus einer Überschätzung unserer eigenen politischen Bedeutung erwachsen. Dagegen ist die Möglichkeit nicht ganz von der Hand zu weisen, daß wir in Einzelfällen einen gewissen Einfluß auf die Politik dieser Länder nehmen können, der sich dann auch, soweit es sich nicht um lebenswichtige Fragen des Ostblocks handelt, bei den gemeinsamen Beschlußfassungen des Ostblocks irgendwie zu unseren Gunsten auswirken könnte. Andererseits müssen wir uns klar darüber sein, daß wir bei Aufnahme von Beziehungen einem erheblichen Druck der Satellitenstaaten vor allem in Entschädigungsfragen ausgesetzt sein werden, die unsere Beziehungen zu diesen Staaten unter Umständen zeitweilig stark belasten könnten.

Mehrfach ist auch gegen die Aufnahme von Beziehungen mit den Satellitenstaaten vorgebracht worden, daß wir dadurch die in diesen Ländern bestehenden Strömungen gegen das Regime schwächen, ja ihnen geradezu in den Rükken fallen würden. Ich halte diese Überlegungen nicht für stichhaltig. Es ist nicht einzusehen, warum gerade unsere Aufnahme von Beziehungen diesen Effekt haben sollte, nachdem fast sämtliche übrigen Westmächte diplomatische Beziehungen dort unterhalten.

Bei Abwägung aller Argumente für und wider glaube ich doch, daß diejenigen zugunsten der Aufnahme von Beziehungen überwiegen. Dabei ist zweifellos der beste Weg der, zunächst einmal ständige Handelsvertretungen oder Handelsdelegationen einzurichten; solche Vertretungen würden, da die meisten Satellitenstaaten selber in Deutschland offiziöse Handelsvertretungen unterhalten, auf dem Wege der Reziprozität einzurichten sein. Wir befinden uns hier in einer verhältnismäßig guten taktischen Situation, da wir im Falle von Widerständen immer mit der Schließung der bestehenden Satelliten-Vertretungen drohen können.

Es dürfte sich aber auch in diesem Falle empfehlen, auf diplomatischem Wege bei den wichtigsten Ländern der „ungebundenen" Welt (Indien, VAR) sicherzustellen, daß sie hierin nicht eine Aufgabe der Hallstein-Doktrin erblicken. Solche Zusagen sind uns schon vor einigen Jahren einmal tatsächlich gegeben worden.

Dagegen dürfte eine ausdrückliche Ausklammerung der Oder-Neiße-Frage im Verhältnis zu Polen, die noch vor einigen Jahren nach dem Muster unserer Moskauer Vorbehalte[6] durchaus möglich erschien, heute nicht mehr zu errei-

[6] Zum Vorbehaltsschreiben des Bundeskanzlers Adenauer vom 13. September 1955 an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin vgl. Dok. 4, Anm. 4.

chen sein. Wir werden uns hier wohl mit einer Nichterwähnung des Problems begnügen müssen.[7]

4) In der Frage der Teilung bzw. Wiedervereinigung Deutschlands haben gerade die letzten Äußerungen von Herrn Chruschtschow wohl endgültige Klarheit über die sowjetische Stellung und über die Möglichkeiten einer Wiedervereinigung in absehbarer Zeit gebracht. Es besteht für mich kein Zweifel daran, daß das politische Ziel der Sowjetunion die Konsolidierung der Westgrenze des kommunistischen Blocks an der jetzigen Elbe-Saale-Linie ist.

In dieser politischen Grundkonzeption spielt Berlin wohl nur eine untergeordnete Rolle. Es ist für die Sowjets zweifellos ein Dorn im Fleisch und eine Quelle ständigen Ärgers. Deswegen möchten sie West-Berlin in der einen oder anderen Form aus seinen bisherigen Bindungen an den Westen loslösen. Die Einschaltung der Vereinten Nationen in die Kontrolle über Berlin verfolgt sogar in erster Linie dieses Ziel, ebenso der Wunsch nach der Zurückziehung der westlichen Truppen aus West-Berlin. Es scheint mir sicher, daß jeder Versuch, die jetzige, auf dem Recht der kriegerischen Eroberung beruhende Stellung West-Berlins durch eine vertragliche Regelung zu ersetzen, auf die Dauer zum Verlust West-Berlins führt. Ich gehöre keineswegs zu denjenigen, die von vornherein glauben, daß die Russen jeden Vertrag brechen. Aber ein Vertrag mit Berlin würde zwangsläufig Klauseln enthalten, die der Gegenseite immer wieder die Möglichkeit bieten würden, von Vertragsverletzungen durch Berlin oder durch den Westen zu sprechen. Ich brauche hier nur an die sehr bedenklichen Klauseln über das Verbot der Spionage und der antisowjetischen Propaganda[8] zu erinnern.

Ich glaube auch, wenn man sich die russische Grundkonzeption vor Augen hält, daß eine vertragliche Regelung über Berlin praktisch gar keinen Sinn hätte, da die Sowjets doch immer wieder auf ihre Forderung nach dem Friedensvertrag unter Anerkennung der „DDR" hinauskommen würden. Ich sehe also zur Zeit hinsichtlich Berlins keine andere Möglichkeit, als mit allen Mitteln um die Erhaltung des Status quo zu kämpfen.

Ob man durch gewisse kleinere Konzessionen, wie etwa die Zulassung eines VN-Beobachters die Lage wenigstens zeitweise etwas entspannen könnte, mag dahingestellt bleiben. Ich will dies nicht von vornherein verneinen, solange dadurch die jetzige Rechtsgrundlage der Stellung Berlins nicht beeinträchtigt wird. Wenn man schon eine solche Konzession macht, so sollte sie aber nicht ohne Gegenleistungen gemacht werden. Eine solche würde m. E. am ehesten in einer Befreiung des Transitverkehrs nach Berlin von Grenzkontrollen durch die Einführung von plombierten Korridor-Zügen nach dem Muster der seinerzeit durch den polnischen Korridor geleiteten Züge nach Ostpreußen[9] zu erblicken sein. Man könnte der Gegenseite eine solche Regelung dadurch schmackhafter machen, daß man, ebenso wie es seinerzeit der Fall war, den

[7] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu die handschriftliche Randbemerkung: „Der Fall liegt anders (nur Ha[ndels]V[ertretung])."

[8] Vgl. dazu die Vorschläge der Westmächte und der UdSSR für ein Interimsabkommen für Berlin auf der Außenministerkonferenz in Genf am 28. Juli 1959; DzD IV/2, S. 1106 f.

[9] Zum Eisenbahnverkehr durch den „Korridor" vgl. die Transitkonvention vom 21. April 1921 zwischen Deutschland, Polen und der Freien Stadt Danzig; REICHSGESETZBLATT 1921, S. 1069–1160.

Korridor-Zügen für die Fahrt durch das Gebiet der Zone einiges Begleitpersonal aus der Zone mitgibt, welches darüber wachen könnte, daß während der Fahrt durch die Zone keine Ordnungswidrigkeiten vorfallen. Eine solche Regelung ließe sich wohl auch ohne formelle Anerkennung der sogenannten DDR auf dem Wege „technischer" Abmachungen auf Verwaltungsebene herbeiführen.

5) Was nun das Verhältnis zur Zone selbst betrifft, so glaube ich, daß aus den schon erwähnten Gründen weder eine Wiedervereinigung noch auch nur eine Verselbständigung der Zone auf der Grundlage freier Wahlen und demokratischer Regierung auf absehbare Zeit hinaus möglich ist.

Immerhin könnte ich mir denken, daß die Sowjets taktisch in eine unangenehme Lage gebracht werden könnten, wenn wir unter vorläufiger Zurückstellung der Wiedervereinigung unsere Forderungen auf freie Wahlen und Verselbständigung der Zone unter einem demokratischen Regime beschränken könnten. Dies ist natürlich innerpolitisch eine außerordentlich heikle und schwierige Frage. Immerhin ist eine solche Lösung vom Herrn Bundeskanzler mehrfach, wenigstens andeutungsweise, erwähnt worden. Man könnte für diesen Fall sogar die Zweistaaten-Theorie[10] anerkennen und den sowjetischen Föderalismus-Gedanken[11] aufgreifen, der aber naturgemäß bei einer demokratischen Struktur der Zone für die Sowjets nicht mehr viel Interesse hätte. Man könnte daher sogar noch einen Schritt weiter gehen und eine zeitlich (vielleicht auf 10 Jahre) begrenzte Verpflichtung anbieten, die Unabhängigkeit der Zone zu achten.[12]

Ein Plan, wie er hier angedeutet ist, könnte u. U. aus dem Genfer Friedensplan von 1959[13] entwickelt werden.

Außerordentlich schwierig bleibt natürlich auch bei einer solchen Lösung das Problem der Allianzen. Auch ein demokratisches Ostdeutschland hätte naturgemäß nur eine Schein-Souveränität, wenn die sowjetischen Truppen weiter in der Zone in ihrer bisherigen Stärke stehen blieben. Andererseits ist naturgemäß mit einem Eingehen der Sowjets auf den Gedanken einer Zurücknahme der sowjetischen Truppen nicht zu rechnen, wenn nicht ähnliche Konzessionen für die Bundesrepublik angeboten werden. Vielleicht könnte man allerdings diesem Dilemma dadurch entgehen, daß wir unsererseits eine Demilita-

[10] Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 7.

[11] Am 30. Dezember 1956 schlug der Generalsekretär des ZK der SED, Ulbricht, erstmals die Bildung einer Konföderation als Zwischenlösung vor, bis es möglich sei, „die Wiedervereinigung und wirklich demokratische Wahlen zur Nationalversammlung zu erreichen". Dies wurde im Verlauf des Jahres 1957 dahingehend konkretisiert, daß nach einem Ausscheiden aus der NATO bzw. dem Warschauer Pakt und nach einem Abzug der Truppen der Vier Mächte ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR geschlossen und ein paritätisch besetzter Gesamtdeutscher Rat geschaffen werden sollte. Nachdem dieser Vorschlag den bei der DDR akkreditierten Diplomaten am 27. Juli 1957 offiziell mitgeteilt worden war, wurde er auch zum Bestandteil der sowjetischen Deutschland-Politik. Für den Wortlaut der Erklärung vom 27. Juli 1957 vgl. DzD III/3, S. 1299–1304.

[12] Zu diesem Vorschlag, dem „Burgfriedensplan" vom 6. Juni 1962, vgl. Dok. 37, Anm. 29.

[13] Für den Wortlaut des Friedensplans, der vom amerikanischen Außenminister Herter während der Außenministerkonferenz der Vier Mächte in Genf am 14. Mai 1959 als gemeinsamer Vorschlag der Westmächte vorgelegt wurde (Herter-Plan), vgl. EUROPA-ARCHIV 1959, D 224–228. Zur Überarbeitung und Weiterentwicklung des Plans vgl. auch Dok. 69.

risierung Ostdeutschlands[14] vorschlagen und gleichzeitig den auch schon mehrfach ventilierten Gedanken eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO und Warschauer Pakt[15] aufgreifen.[16]

Bei einer solchen Lösung würde übrigens das Berlin-Problem seiner politischen Bedeutung praktisch entkleidet. Dafür würde aber die Frage der endgültigen Ostgrenze in voller Härte auf uns zukommen.

6) Ich bin wie gesagt überzeugt, daß Herr Chruschtschow bis auf weiteres nur *eine* Lösung akzeptieren wird, und das ist eine Lösung, die die sogenannte DDR völkerrechtlich als souveränen Staat anerkennt, ihre kommunistische Struktur verewigt und ihre Westgrenze vertraglich festlegt und damit konsolidiert. Bei der juristisch-dialektischen Denkungsweise der Russen empfindet Herr Chruschtschow zweifellos die völkerrechtliche Ungeklärtheit der Verhältnisse an seiner Westgrenze als eine Gefahr, die für ihn umso lästiger ist, als er sich doch irgendwie von seinem chinesischen Verbündeten her bedroht fühlt. Dabei denkt er wohl weniger daran, daß er von Rot-China angegriffen werden könnte, als daß Rot-China einen Weltkonflikt herbeiführen könnte, in den er sich angesichts seiner offenen Westflanke gezwungen sehen könnte, gegen seinen Willen und zu einem ihm aufgezwungenen Zeitpunkt auf rotchinesischer Seite einzutreten. Da ich es für unwahrscheinlich halte, daß sich das sowjetisch-rotchinesische Verhältnis in absehbarer Zeit wirklich bessern wird, im Gegenteil eine allmähliche weitere Verschlechterung eher möglich ist, haben wir insoweit vielleicht sogar den Zeitfaktor auf unserer Seite. Um diesen Zeitfaktor aber voll ausnutzen zu können, bedarf es einer Fortdauer des Gespräches, bei dem wir aber auch von unserer Seite eine gewisse Initiative entwickeln müssen. Ich möchte hier ganz klarstellen: Die obenstehenden Vorschläge werden meines Erachtens von den Sowjets niemals angenommen werden. Sie können nur als taktische Methode zur Fortführung des Gesprächs auf der Basis einer offensiven Diplomatie angesehen werden. Ich habe keinen Zweifel, daß solche Vorschläge zunächst einmal die Sowjets in erhebliche Verlegenheit bringen und den Zusammenhalt des Westens außerordentlich verstärken würden. Andererseits glaube ich doch, daß die Vorschläge so vorsichtig abgefaßt sind, daß wir im äußersten Falle auch sachlich zu ihnen stehen könnten.

Ich fürchte, diese ganzen Darlegungen enthalten für Sie vielleicht nicht viel Neues. Immerhin beruhen sie doch auf den Erfahrungen jahrelanger Tätigkeit im Auswärtigen Amt und vor allem auch auf den Erfahrungen der seinerzeitigen Genfer Konferenz von 1959 und dürfen daher vielleicht für sich in Anspruch nehmen, nicht von vornherein utopisch zu sein. Es würde mich

[14] Vgl. dazu bereits Überlegungen des Leiters des Referats für gesamtdeutsche Fragen, Fechter, vom 31. März 1955; Referat 700, Bd. 1. Vgl. ferner den im Januar 1959 vom Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, vorgelegten internen Plan, der im Fall einer Eingliederung des wiedervereinigten Deutschlands in die NATO die Entmilitarisierung des aus dem Warschauer Pakt ausscheidenden deutschen Teilgebiets vorsah (Globke-Plan); ADENAUER-STUDIEN III, S. 202–209, hier S. 203.

[15] Der Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt wurde vom sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin am 21. Juli 1955 während der Genfer Gipfelkonferenz erstmals vorgetragen. Vgl. DzD III/1, S. 191–195.

[16] Dazu Fragezeichen von Staatssekretär Carstens.

naturgemäß ganz besonders freuen und interessieren, gelegentlich von Ihnen zu hören, wie Sie Ihrerseits diese Überlegungen beurteilen.[17]

Mit dem Ausdruck einer verehrungsvollen Hochachtung

Ihr sehr ergebener
A. H. van Scherpenberg

Ministerbüro, Bd. 216

55

Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder

114-1/739/63
Fernschreiben Nr. 255
Citissime

Aufgabe: 25. Januar 1963, 23.45 Uhr
Ankunft: 26. Januar 1963, 06.45 Uhr

Für Bundesminister[1] und Staatssekretär
Mit der Bitte um Vorlage an den Herrn Bundeskanzler[2]

Während die tiefgehende Irritation des amtlichen Washington über das französische Veto gegen den Beitritt Großbritanniens auch in Presse und Rundfunk deutlich wird, legt man sich bezüglich der ebenso tiefgreifenden Beunruhigung über künftige Orientierung der deutschen Politik noch Zurückhaltung gegenüber der Öffentlichkeit auf. Den in Washington akkreditierten deutschen Korrespondenten dagegen schenkt man klaren Wein ein.

Unter den Eindrücken der letzten Tage drängen sich mir Überlegungen und Schlußfolgerungen auf, die offen darzulegen ich mich verpflichtet fühle. Der Hintergrund ist hinlänglich deutlich: Das seit der Pressekonferenz de Gaulles am 14. Januar[3] sich schärfer abzeichnende Konzept des Generals gefährdet nach amerikanischer Auffassung ernsthaft die Verwirklichung des Konzepts der atlantischen Partnerschaft, das wirtschaftliche, politische und verteidigungspolitische Komponenten umfaßt.

I. 1) Auf wirtschaftlichem Gebiet beruht der Partnerschaftsgedanke vorerst auf der Erweiterung der EWG mindestens um Großbritannien als Voraussetzung für die volle Anwendung des Trade Expansion Act[4]. Hier liegt die erste, unmittelbare Gefährdung.

[17] In einem Schreiben vom 1. März 1963 an Botschafter van Scherpenberg stellte Bundesminister Schröder fest: „Ihre Überlegungen decken sich in wesentlichen Punkten mit unseren eigenen Vorstellungen." Vgl. Ministerbüro, Bd. 216.

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Zwei Exemplare des Drahtberichts wurden dem Bundeskanzleramt zugeleitet.

[3] Vgl. dazu Dok. 21.

[4] Zum Trade Expansion Act vom 11. Oktober 1962 vgl. Dok. 31, Anm. 22.

Uns ist es bisher nicht gelungen, den Anschein zu beseitigen, daß die Bundesregierung mit dem deutsch-französischen Kooperationsvertrag[5] die Politik de Gaulles gerade auch in diesem Punkte indossiere. Der überragende Wert eines guten, ja besonders engen deutsch-französischen Verhältnisses wird in Washington keineswegs verkannt. Ebensowenig wird verkannt, daß der Beitritt Englands an Frankreich, nicht an uns scheitern würde, und daß wir – im Gegensatz zu Frankreich – an der Verwirklichung des Nassau-Projekts[6] aktiv mitzuarbeiten gewillt sind. Aber die nahe Aufeinanderfolge der Pressekonferenz de Gaulles und des Vertragsschlusses schiebt uns in amerikanischen Augen die Beweislast dafür zu, wo wir künftig stehen werden.

2) Die Zeitfolge der Ereignisse macht die am 28. 1. bevorstehende Konferenz[7] der Sechs zum ersten Testfall. Es kommt – unbeschadet des Ausgangs der Konferenz – darauf an, wofür wir optieren:
- ob der Auftrag an die EWG-Kommission nur auf eine Bestandsaufnahme hinausläuft oder auf ein Mandat, eine konstruktive Lösung zu suchen[8],
- ob der Auftrag nur von den Sechs oder auch von Großbritannien erteilt wird,
- ob ein kurzer Termin für die Vorlage des Kommissionsvorschlags gesetzt wird oder nicht,
- ob wir schon jetzt Alternativen befürworten oder am vollen Beitritt festhalten.

3) Während wir es noch in der Hand haben, das Maß der Mitverantwortung an einem Scheitern des Beitritts selbst zu bestimmen, kann nicht übersehen werden, daß sich die amerikanische Regierung im Falle des Scheiterns zu einer Revision ihrer Politik gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft veranlaßt sehen wird. Dowling hat mit der Ausklammerung der amerikanischen Berlin-Politik und der Verteidigungspolitik aus der angekündigten „Neuorientierung" der amerikanischen Politik offenbar auf diesen Bereich abgezielt.[9] Wegen der Gefährdung der Anwendung des Trade Expansion Act hat eine solche Neuorientierung für das Weiße Haus zusätzlich auch einen empfindlichen innenpolitischen Aspekt. Vom Kapitol lassen sich bereits deutliche Stimmen vernehmen.

Noch ist es zu früh, um die Umrisse einer solchen neuen Politik angeben zu können. Über ihre Richtung wird jedoch kaum ein Zweifel sein können.

II. Die von Bonn aus gesehen unerwartet scharfe Reaktion der amerikanischen Regierung[10] auf die Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags muß auf dem Hintergrund der amerikanischen Beurteilung der deutlicher gewordenen Ziele de Gaulles verstanden werden.

Hierüber folgt gesonderter Drahtbericht[11].

[5] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.
[6] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.
[7] Vgl. dazu Dok. 60.
[8] Zu diesem Vorschlag vgl. Dok. 31, Anm. 3.
[9] Vgl. dazu Dok. 51.
[10] Vgl. dazu besonders Dok. 49.
[11] Mit Drahtbericht Nr. 256 informierte Botschafter Knappstein am 25. Januar 1963: „Der Vertrag

III. Die von Staatssekretär Carstens dem amerikanischen Botschafter bereits nahegelegte ruhige Aussprache über die Lage[12] muß nach meiner Auffassung unbedingt stattfinden. Das Weiße Haus hat nach dem Nassau-Abkommen Staatssekretär Ball nach Bonn entsandt.[13] Ich rege an zu prüfen, ob wir nicht jetzt, und zwar alsbald nach dem Ausgang der EWG-Konferenz am 28. 1., unsererseits ähnlich verfahren.[14]

Washington hat allerdings, wie ich glaube, nicht nur ein Anrecht auf Aufklärung darüber, wohin unsere Politik gehen soll, sondern erwartet auch, daß deutlich sichtbar wird, welche Politik wir im konkreten Falle verfolgen.

[gez.] Knappstein

Ministerbüro, VS-Bd. 8475

56

Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder

114-1/754/63 geheim
Fernschreiben Nr. 66
Cito

Aufgabe: 27. Januar 1963, 23.50 Uhr
Ankunft: 27. Januar 1963, 23.10 Uhr

Ausschließlich für Minister und Staatssekretär[1]

I. Kohler aufsuchte mich am 26., um mich vor seiner Abreise nach Washington am 28. 1. noch über seine letzten Gespräche mit Gromyko (vor etwa acht Tagen) und Breschnew (vor drei Tagen) zu unterrichten. Er sollte gestern

Fortsetzung Fußnote von Seite 188

von Paris wird hier – sicher zu Unrecht – im Sinne einer Indossierung der Politik de Gaulles durch die Bundesrepublik angesehen. Die bisherige Haltung der Amerikaner, die Politik de Gaulles, soweit sie ihnen lästig war, einfach zu ignorieren, wird dadurch unmöglich gemacht. Erst jetzt droht die Politik de Gaulles ein wirkliches Gewicht zu erhalten. Wenn mir auch eine verbindliche Analyse des State Department zur Politik de Gaulles noch nicht bekannt ist, so deuten doch viele Anzeichen darauf hin, daß de Gaulle nunmehr als Vorkämpfer einer dritten Kraft angesehen wird: eines unter Frankreichs Führung stehenden Europas, das zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten eine nur seine eigenen Vorteile suchende Stellung einnehmen soll. Dieses Ziel, so glaubt man, werde von ihm rücksichtslos unter Ausnutzung des Schutzes, den Europa durch NATO, insbesondere aber durch die amerikanische Atommacht erhält, verfolgt. Hierbei zerstört er das amerikanische Konzept einer atlantischen Allianz, in der ein sich vereinigendes Europa unter Einschluß Englands gleichberechtigter Partner sein und in der die Lasten und Verantwortlichkeiten gerechter verteilt werden sollen, und zwar auch für die Aufgaben, denen sich die Vereinigten Staaten für die Sicherung der freien Welt gegen den Kommunismus verschrieben haben." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

12 Vgl. dazu Dok. 51.

13 Zur Unterredung des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Ball, mit Bundeskanzler Adenauer am 14. Januar 1963 vgl. Dok. 16, Anm. 2.

14 Vgl. dazu weiter Dok. 82 und Dok. 83.

1 Hat Bundesminister Schröder und Staatssekretär Carstens vorgelegen.

nachmittag noch eine weitere Unterredung mit Gromyko führen, deren Inhalt mir noch nicht bekannt ist.[2]

Im Gespräch mit Gromyko seien Komplexe des Atomtestbanns[3], ferner die eventuelle Einrichtung einer unmittelbaren Kabelverbindung zwischen beiden Ländern[4] und schließlich die Berlinfrage besprochen worden. Zur Frage der Einrichtung einer unmittelbaren Kabelverbindung habe er, Kohler, sich Gromyko gegenüber positiv geäußert und dabei insbesondere auf die Kubakrise[5] hingewiesen.

In Berlinfrage kennzeichneten sich Ausführungen Gromykos nach Kohlers Darstellung durch schärfere Konturen, als in der Wiedergabe des Kohlerschen Telegramms durch Thompson in der Sitzung der Botschafter-Gruppe vom 22. 1. (vgl. Drahtbericht Washington Nr. 229 vom 22. 1. geh.[6]) zum Ausdruck kam. Gromyko habe Kohler gesagt, in westlichen Kommentaren zu Ostberliner Chruschtschow-Rede[7] sei Ansicht geäußert, daß die sowjetische Haltung in der Berlinfrage eine Abschwächung erfahren habe. Dies sei keineswegs richtig. Die Berlinfrage sei für die Sowjetunion nach wie vor ein höchst dringendes Problem. Auf Gromykos weiteren Hinweis auf die von der Sowjetunion in dieser Frage bereits gemachten Vorschläge habe Kohler entgegnet, daß diese Vorschläge den lebenswichtigen Interessen Berlins keine Rechnung trügen.

Mit Breschnew hat Kohler anscheinend in erster Linie die Frage der Unterbindung von Kernwaffenversuchen erörtert. Er habe dabei die sowjetische Haltung mit der eines Mannes verglichen, der jemandem einen Rettungsring zuwirft, dabei den Ring jedoch bereits auf der Hälfte der ihn von dem Betreffenden trennenden Distanz ins Wasser fallen läßt. Abschließend kennzeichnete Kohler den Verlauf der Gespräche durch die Bemerkung, daß Breschnew immerhin von Kohlers Darlegungen nicht unbeeindruckt geblieben zu sein schien, während Gromyko keinerlei Reaktion gezeigt habe.

II. In anschließender Erörterung derzeitiger sowjetischer Haltung in Deutschland- und Berlinfrage[8] stimmte Kohler mit mir darin überein, daß sowjetische Ziele in beiden Fragen keine Veränderung erfahren hätten. Auch er hält es ferner für unwahrscheinlich, daß Sowjets in Berlinfrage in nächster Zeit auf neue Krise zusteuern. Ebenso glaubt er nicht, daß sie in absehbarer Zeit an Abschluß Separatvertrages[9] denken. Andererseits hält Kohler es jedoch für

[2] Botschafter Groepper, Moskau, berichtete am 29. Januar 1963 über dieses Gespräch: „Gromyko habe Kohler gegenüber den Wunsch zum Ausdruck gebracht, man solle jetzt über Berlin sprechen, und zwar solle man die Gespräche fortsetzen, wo man zuletzt stehengeblieben sei." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8467; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Zum Fortgang der Teststopp-Verhandlungen vgl. Dok. 79, Anm. 2, und Dok. 117, Anm. 16.

[4] Vgl. dazu Dok. 5, Anm. 7.

[5] Zur Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[6] Für den Drahtbericht vom 23. Januar 1963 vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 45; B 150, Aktenkopien 1963: „Dieser habe auf die Frage, ob er, Kohler, auf seiner bevorstehenden Reise nach Washington eine Botschaft der Sowjetregierung bezüglich Berlin übermitteln könne, auf die zahlreichen sowjetischen Berlinvorschläge hingewiesen, die eine gute Basis für ein beiderseits akzeptiertes Arrangement abgeben könnten."

[7] Zur Rede des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 16. Januar 1963 vgl. Dok. 40, Anm. 9.

[8] Vgl. dazu weiter Dok. 62 und Dok. 103.

[9] In der Zeit zwischen dem Berlin-Ultimatum von 1958 und dem Bau der Berliner Mauer am 13. Au-

möglich, daß Sowjets dem Westen in der Zufahrtsfrage Schwierigkeiten bereiten werden, da die Zufahrtswege immerhin mehrere hundert Kilometer ausmachten, ergäbe sich hier für sie doch ein gewisses Feld von Behinderungsmöglichkeiten, eben das von Chruschtschow in Ostberlin erwähnte „Hühnerauge". In dieser Hinsicht müsse man daher auch in Zukunft auf alle Möglichkeiten gefaßt sein.

Im weiteren Gesprächsverlauf hinwies ich Kohler darauf, daß Sowjets heute augenscheinlich in ihren Erklärungen zu Deutschland und Berlin die Frage der alliierten Truppenpräsenz stark in den Vordergrund rückten und durch gleichzeitiges Behaupten praktisch nahezu erzielter Einigung mit den Amerikanern über alle mit dem Deutschland-Problem in Zusammenhang stehenden „sonstigen" Fragen damit dieses Problem gewissermaßen nicht nur als wichtigstes und strittigstes, sondern zugleich als praktisch einziges noch nicht gelöstes Problem hinstellten (vgl. hierzu Chruschtschow gegenüber Frank Roberts – Drahtbericht Nr. 924 vom 13. 11. 1962 geh.; ähnlich Gromyko vor Oberstem Sowjet am 13. 12. 1962 – „Prawda" 14. 12. 1962 Seite 5 oben rechts; vgl. auch die im Drahtbericht Natogerma Paris Nr. 45 vom 17. 1. 1963 geh. im drittletzten Absatz erwähnte Äußerung des amerikanischen Vertreters)[10]. Es schiene mir manches dafür zu sprechen, daß sie dies mit Bedacht täten, um vielleicht eines Tages in der Truppen-Frage gewisse „Konzessionen" an den westlichen Standpunkt anzubieten, etwa im Sinne der seinerzeitigen Darlegungen Chruschtschows gegenüber Sir Frank Roberts, vielleicht sogar noch darüber hinausgehend. Sie hofften vielleicht, die öffentliche Meinung in den beteiligten westlichen Ländern werde nach derartigen „Konzessionen" – wie z. B. Verzicht auf Zuziehung der Truppen von Warschau-Pakt oder neutralen Staaten, ferner auch Verlängerung der zuzubilligenden Zeitdauer für die

Fortsetzung Fußnote von Seite 190

gust 1961 drohte der sowjetische Ministerpräsident wiederholt mit dem Abschluß eines separaten Friedensvertrags mit der DDR, falls die Westmächte sich nicht zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit beiden Teilen Deutschlands bereit erklären würden. Für erste Äußerungen in diesem Sinne vgl. die Reden von Chruschtschow am 17. Februar 1959 in Tula und am 4. März 1959 in Leipzig; DzD IV/1, S. 890–893 und S. 1019–1021 (Auszüge). Am 12. Dezember 1962 kündigte Außenminister Gromyko vor dem Obersten Sowjet erneut einen Separatfriedensvertrag mit der DDR an. Vgl. AdG 1962, S. 10302 (Auszug).

[10] Mit Drahtbericht Nr. 924 vom 14. November 1962 informierte Botschafter Groepper, Moskau, über ein Gespräch des britischen Botschafters in Moskau, Roberts, mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten. Zur Deutschland- und Berlin-Frage habe Chruschtschow erklärt, „daß ein Übereinkommen heute in allen Punkten möglich erscheine". Lediglich über die Präsenz der alliierten Truppen in Berlin (West) bestehe kein Einvernehmen. Chruschtschow habe die Auffassung entwickelt, „daß die alliierten Truppen zeitweilig in Berlin bleiben könnten. Sie müßten jedoch der UNO unterstellt werden und dürften nicht unter ihren drei nationalen Flaggen, sondern nur im internationalen Gewande (international appearance) in Erscheinung treten". Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 195; B 150, Aktenkopien 1962.
Der amerikanische Botschaften bei der NATO, Finletter, äußerte sich am 16. Januar 1963 in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats über die Gespräche des sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenministers Kusnezow in Washington. Dazu berichtete Botschaftsrat Sahm, Paris (NATO), mit Drahtbericht Nr. 45 vom 17. Januar 1963: „In Washington bestehe der Eindruck, daß die Sowjets das Gerücht verbreiteten, die USA und die Sowjetunion hätten fast schon Übereinstimmung in der Frage eines Versuchsstopps und in der Berlin-Frage erzielt. Davon könne jedoch überhaupt keine Rede sein. Moskau wolle mit den Gerüchten offenbar den Verdacht erwecken, als verhandelten die USA hinter dem Rücken ihrer Alliierten." Vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 45; B 150, Aktenkopien 1963.

Truppenpräsenz – auf die jeweiligen Regierungen dahin einwirken, daß man nunmehr auch westlicherseits den Sowjets entgegenkommen müsse. Ich konnte mir denken, daß die Sowjets – angesichts der durch die Kuba-Krise bewiesenen Aussichtslosigkeit eines einseitigen Vorgehens – in einem derartigen Procedere vielleicht sogar zur Zeit die einzige Chance sähen, in der Deutschland- und Berlinfrage ihren Zielen näherzukommen. Diese seien – wie Chruschtschow dem kanadischen Botschafter offen erklärt habe (vgl. Drahtbericht Nr. 960 vom 29. 11. 62 geh.) für die nächste Etappe zweifellos „die Fixierung und Konsolidierung dessen, was schon existiere", d. h. vor allem die Fixierung der „Grenzen".[11]

Die sowjetischen Wünsche auf Anerkennung der Grenzen, Respektierung der Souveränität der sogenannten „DDR" sowie auf Abschluß eines Nicht-Angriffsvertrages zwischen NATO- und Warschauer-Pakt-Mächten[12] verfolgten somit ein wesentliches Ziel der sowjetischen Außenpolitik in der Deutschlandfrage. Es schiene mir daher wichtig zu sein, auch gegenüber der Öffentlichkeit in unseren Ländern keinen Zweifel darüber zu lassen, daß von einem Einvernehmen mit den Sowjets über diese Fragen keine Rede sein könne.

Kohler entgegnete hierauf, daß ein Sprecher des State Department die entsprechende sowjetische Behauptung bereits richtiggestellt habe. Andererseits hielt er jedoch eine Einigung mit den Sowjets in den Fragen, die sich neben der Präsenzfrage im Zusammenhang mit der Berlin-Frage stellen, an sich für möglich. Sie könne aber natürlich nicht isoliert für sich in Betracht kommen, sondern müsse einem „package deal" vorbehalten bleiben. Er knüpfte daran die Betrachtung, daß eine beiderseitige Verpflichtung, den Status quo und insbesondere auch die derzeitige Demarkationslinie innerhalb Deutschlands nicht einseitig durch Gewalt zu ändern, zwar keine rechtliche, aber doch immerhin eine Art De-facto-Anerkennung des Bestehenden bedeute, indem sie dieses in Sinne eines „Lebens mit dem Status quo" festige (confirm). Im Grunde genommen verhalte es sich hiermit nicht anders als mit dem Gewaltverzicht, den die Bundesregierung ja bereits öffentlich ausgesprochen habe.

Zur Frage der Truppenpräsenz selbst hatte ich Kohler den Gedanken entwikkelt, daß es nach meiner Auffassung hier den Sowjets in erster Linie um die Beseitigung des Besatzungsstatuts für Berlin[13] gehe und daß für sie demgegenüber die Anwesenheit der westlichen Truppen als solche eine zwar nicht unwesentliche, doch im Vergleich mit ersterem Gesichtspunkt untergeordnete Bedeutung habe. Solange das Besatzungsstatut bestehe, werde aller Welt vor Augen geführt, daß die deutsche Frage als solche noch ihrer Lösung harre. Eben das aber wollten die Sowjets ausschließen und suchten deshalb die originären Besatzungsrechte der Westmächte durch Unterstellung der in Berlin stationierten Truppen unter die UNO[14] zu beseitigen. Daraus folge zugleich,

[11] Für Übersetzungen zweier Drahtberichte des kanadischen Botschafters Smith über diese Gespräche vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 193.

[12] Zum Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt vgl. Dok. 54, Anm. 15.

[13] Für den Wortlaut des Besatzungsstatuts für Berlin (Fassung vom 5. Mai 1955) vgl. DzD III/1, S. 6–9.

[14] Am 10. Juli 1962 unterbreitete Ministerpräsident Chruschtschow auf dem Weltkongreß für allge-

daß es ihr Ziel nicht beeinträchtige, wenn sie in der Frage der Auswahl der Truppen und der Zeitdauer ihres Verbleibens Zugeständnisse machen würden.

Kohler stimmte dem Gedanken, daß es den Sowjets in erster Linie auf die Beseitigung des Besatzungsstatuts ankomme, zu. Im übrigen hielt auch er es für möglich, daß die Sowjets in den beiden anderen Punkten Konzessionen anbieten könnten.

III. Da anzunehmen ist, daß während der Anwesenheit Kohlers in Washington die amerikanische Generallinie in der Deutschlandfrage, wenn auch nicht neu festgelegt, so doch in dem einen oder anderen Einzelaspekt mit ihm abgestimmt wird, darf ich zur Erwägung stellen, dem State Department gegebenenfalls nochmals unseren eigenen Standpunkt darzulegen, soweit er in dem einen oder anderen Einzelaspekt von der amerikanischen Auffassung abweichen könnte. Im einzelnen bemerke ich dazu folgendes: Nach den sich widersprechenden sowjetischen Erklärungen der letzten Monate läßt sich schwer vorhersagen, ob und in welcher Weise die Sowjets die Frage des Atomversuchsstopps mit der deutschen Frage koppeln werden. Es ist möglich, daß sie – entsprechend Chruschtschows Ost-Berliner Ausführungen – den Abschluß eines endgültigen Abkommens über den Atomversuchsstopp von der vorherigen Lösung der deutschen Frage abhängig machen werden. Ebensogut möglich, ja wahrscheinlicher ist aber, daß sie doch zunächst auf ein solches Abkommen zusteuern, um in dem zu erwartenden positiven Weltecho auf dessen Abschluß über Berlin und damit im Zusammenhang stehende Fragen zu gewinnen; dies scheint man auch in der hiesigen amerikanischen Botschaft anzunehmen.

Für Berlin selbst sehe ich zur Zeit die einzige Marge für sowjetische „Konzessionen" in der Frage der Zusammensetzung der Truppen und der Zeitdauer ihres Verbleibens. Unter diesen Umständen dürfte es von unserem Standpunkt von wesentlicher Bedeutung sein, welche Stellung die Westmächte und insbesondere die Amerikaner zu den beiden Fragenkomplexen „Unterstellung der westlichen Truppen unter die UNO" und „Nichtangriffspakt zwischen NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten" einnehmen. Ohne der dortigen Beurteilung vorgreifen zu wollen, halte ich insoweit eine Berücksichtigung der nachstehenden Gesichtspunkte im Blickpunkt der sich nach den sowjetischen Äußerungen der letzten Zeit abzeichnenden sowjetischen Deutschlandpolitik für erwägenswert:

1) Eine Unterstellung der westlichen Truppen unter die UNO wäre nach meiner Auffassung eine Novation, durch die das eigentliche Besatzungsstatut sein Ende fände. Die Westmächte würden damit gewissermaßen den Tampon entfernen, der es verhindert, daß die deutsche Wunde in der derzeitigen Kon-

Fortsetzung Fußnote von Seite 192

meine Abrüstung und Frieden in Moskau den Vorschlag, „daß die Besatzungstruppen in Westberlin unter bestimmten Bedingungen durch Truppen der UNO oder neutraler Staaten ersetzt werden. Da hierüber keine Einigung erzielt worden ist, sprechen wir uns dafür aus, daß in Westberlin Truppen Norwegens und Dänemarks oder Belgiens und Hollands wie auch Truppen Polens und der Tschechoslowakei stationiert werden. Diese Truppen müssen natürlich unter der UNO-Flagge dort sein ...". Am 12. Dezember 1962 wiederholte Chruschtschow vor dem Obersten Sowjet, „daß die Flagge der NATO in West-Berlin durch die Flagge der Organisation der Vereinten Nationen ersetzt" werden sollte. Vgl. DzD IV/8, S. 829 und S. 1492.

stellation der Teilung Deutschlands entsprechend den sowjetischen Wünschen vernarben kann. Ich verkenne nicht, daß für uns wie unsere Verbündeten der Erhalt verbesserter Zugangsgarantien für Berlin von größter Wichtigkeit ist. Ich bezweifle jedoch, ob wir unseren gesamtdeutschen Anspruch nach Beseitigung des eigentlichen Besatzungsstatuts noch mit Aussicht auf Erfolg wahren könnten.

2) In der Frage, ob bei Abschluß eines Nichtangriffspakts NATO–Warschauer-Pakt (in welcher Form auch immer) vom westlichen Standpunkt die Vor- oder Nachteile überwiegen würden, war Kohler Anfang Dezember v. J. noch unschlüssig; er schien damals aber die Nachteile keineswegs gering zu bewerten (vgl. Drahtbericht 971 vom 4. 12. 62 geh.). Im Licht seiner heutigen Ausführungen scheinen mir diese Nachteile in der Tat höchst gewichtig zu sein, und zwar nicht nur wegen der Aufwertung der „DDR", sondern vor allem wegen der praktischen Auswirkungen auf die Frage der „Grenzen" und damit auf die Fortdauer und Gefahr einer Konsolidierung der Teilung Deutschlands. In letzterer Hinsicht kommt meines Erachtens zusätzlich zu der von Kohler bereits angestellten Überlegung auch die Erwägung in Betracht, daß ein derartiger Nichtangriffspakt (oder auch beiderseits getrennt voneinander abgegebene Nichtangriffs-Verpflichtungen) den Sowjets die größtmögliche Sicherheitsgarantie bieten würde, die für sie bei Verbleiben der Bundesrepublik in der NATO überhaupt erreichbar ist. Der Gedanke, daß die Sowjets nach Befriedigung ihres Sicherheitsbedürfnisses zu einer entgegenkommenderen Haltung in der Deutschlandfrage geneigt sein würden, widerspricht einem Grundzuge der sowjetischen Außenpolitik und ihrem Begriff des „dynamischen Status quo" und wird auch durch die Erfahrungen der letzten Jahre widerlegt. Eine Befriedigung ihres Sicherheitsbedürfnisses wird von den Sowjets nicht anders als die Erfüllung sonstiger Wünsche, wenn überhaupt, nur im Rahmen eines do ut des Geschäfts honoriert werden (wie dies z. B. der Herter-Plan von 1959[15] vorsieht), womit natürlich nicht gesagt ist, daß schon dies allein sie zu einer Gegenleistung veranlassen könnte. Wir sollten deshalb nach meiner Auffassung den Vorschlag eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO- und Warschauer-Pakt-Mächten dilatorisch behandeln und ihm erst im Zusammenhang mit einer unseren Vorstellungen entsprechenden Lösung der Deutschlandfrage nähertreten, für die er ein wichtiges Aktivum bedeuten könnte. Unseren Alliierten gegenüber könnten wir unsere zögerliche Haltung mit den von Kohler bereits am 4.12.1962 angeführten Argumenten rechtfertigen und zusätzlich den Gesichtspunkt ins Feld führen, daß auch der Umstand, daß beide Teile Deutschlands bei einem derartigen Pakt oder entsprechenden einseitigen Erklärungen jeweils im entgegengesetzten Lager stehen würden, die Spaltung Deutschlands vertiefen müsse.

Ich bin mir darüber klar, daß eine negative Stellungnahme zu beiden Fragenkomplexen den Abschluß einer die Zugangsfrage verbessernden Berlin-Regelung erschweren, wenn nicht gar vorerst unmöglich machen kann. In der Frage der Beseitigung des Besatzungsstatuts dürfte mein Standpunkt jedoch auch mit dem des Auswärtigen Amts übereinstimmen (vgl. Drahterlaß Nr. 4077 Plurex vom 24. 11. 62 geh. sowie Plurex 4171 vom 3. 12. 62 geh.), in der

[15] Zum Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 54, Anm. 13.

Frage eines Nichtangriffspakts ist mir die dortige Auffassung nicht bekannt. Nachdem aber die Sowjets ihre Berlinpolitik vorwiegend im Blickwinkel einer Förderung ihrer Deutschland-Konzeption sehen, sollten auch wir dies m. E. nicht minder von unserem gesamtdeutschen Standpunkt tun. Käme der Westen den Sowjets in den vorerwähnten Einzelkomplexen entgegen, so hätte Chruschtschow als Ergebnis seiner 4-jährigen Berlin-Erpressungspolitik in jedem Falle einen erheblichen Fortschritt im Sinne seiner Deutschland-Konzeption erzielt. Es dürfte uns dann noch schwerer als ohnehin schon fallen, in einem späteren Zeitpunkt die Deutschland-Frage wieder in unserem Sinne als akutes Problem zur Sprache zu bringen, gleichviel, ob wir die Wiedervereinigung im nationalen Rahmen oder auf europäischer Basis zu erreichen suchen. In diesem Zusammenhang erscheint mir auch das im Informationsdienst vom 11. 1. abgedruckte Telegramm unserer UNO-Vertretung[16] von Bedeutung zu sein, wonach es zunehmend schwerer wird, das Interesse der UNO-Delegationen in der deutschen Frage in unserem Sinne wachzuhalten.

Welchen Standpunkt Kohler in Washington vertreten wird, kann ich mit Sicherheit nicht beurteilen. Immerhin äußerte hiesiger amerikanischer Gesandter[17] am 25. 1. gegenüber Scholl, die derzeitige Situation, in der der Westen wie der Osten ihre inneren Probleme hätten, mache es vielleicht beiden Seiten leichter, sich zu verständigen (understand). Von einer Zitierung Kohlers oder auch des amerikanischen Gesandten bitte ich jedoch in jedem Falle abzusehen, um nicht das notwendige Vertrauensverhältnis zu beiden zu gefährden.

[gez.] Groepper

Ministerbüro, VS-Bd. 8467

57

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem italienischen Botschafter Guidotti

Geheim **28. Januar 1963**[1]

Am 28. 1. 1963 von 12.40 Uhr bis 13.20 Uhr empfing der Herr Bundeskanzler den italienischen Botschafter Guidotti zu einem Gespräch, an dem der Unterzeichnete teilnahm.

Der Herr *Bundeskanzler* eröffnete das Gespräch mit der Bemerkung, Botschafter Guidotti wolle sicherlich einiges über Paris[2] erfahren. Dazu wolle er

[16] Informationsdienst für die Auslandsvertretungen, Nr. 298 vom 11. Januar 1963, S. 6–9; Referat L 3, Bd. 215.

[17] John McSweeney.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 29. Januar 1963 gefertigt.

[2] Zu den deutsch-französischen Gesprächen am 21./22. Januar 1963 in Paris und dem Abschluß des deutsch-französischen Vertrags vgl. Dok. 37, Dok. 38, Dok. 43 und Dok. 44.

vorausschicken, daß Staatspräsident de Gaulle und er große Mühe darauf verwandt hätten, um nirgends, besonders auch nicht in Italien, einen ungünstigen Eindruck[3] hervorzurufen. Der deutsch-französische Vertrag[4] finde seine stärkste Begründung in der geographischen Lage der beiden Völker, die seit der Zeit Karls V. und Franz I. – die allein viermal miteinander Krieg geführt hatten – ständig in Spannungen, Streitigkeiten und manchmal auch kriegerischen Verwicklungen gelebt hätten. Er, der Herr Bundeskanzler, sei schon seit 1925 der Auffassung, daß eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich für diese Völker und für Europa das Vernünftigste sei. Es sei nichts in den Verträgen enthalten, was irgend jemandem schaden könnte. „Konsultation" bedeute ja nicht, daß beide Partner dasselbe tun müßten; man müsse lediglich die Meinung des anderen anhören. Er, der Herr Bundeskanzler, halte den Vertrag auch für sehr wesentlich im Hinblick auf die SU. Rußland, das durch seine Satelliten ja ganz nahe an Deutschland herangerückt sei, dürfe nicht wieder in die Lage kommen, wie in der Vergangenheit Deutschland gegen Frankreich auszuspielen und umgekehrt. De Gaulle selbst habe 1944 den Vertrag gegen Deutschland in Moskau[5] erneuert, und er habe später gesagt, daß er dies getan habe, weil er fürchtete, Deutschland werde sich eines Tages wieder erheben und Revanche nehmen. Diese Meinung habe de Gaulle dann aber entschieden revidiert, als er die Entwicklung der BRD längere Zeit habe beobachten können.

Er, der Herr Bundeskanzler, halte an der Einigung Europas, insbesondere der politischen Einigung, unbedingt fest. Ohne Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich sei die Einigung nicht möglich und andererseits wären wir schon etwas weiter, wenn Herr Luns und Herr Spaak im April vorigen Jahres die schon entstehende Gemeinschaft nicht zerstört hätten.[6] Das Ziel bleibe, auch für de Gaulle, die Vereinigung Europas, wie es in der Präambel des Vertrages[7] auch schriftlich niedergelegt sei.

[3] Am 27. Januar 1963 berichtete Botschafter Klaiber, Rom, über die Stellungnahme des Ministerpräsidenten Fanfani vom 26. Januar 1963 vor der italienischen Abgeordnetenkammer: „... 2) Italienische Regierung sieht in jüngstem deutsch-französischen Vertragswerk eine Institutionalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die nicht nur in Italien, sondern auch von den Beneluxstaaten abgelehnt wird. Ein Beitritt Italiens und der Beneluxstaaten zu dem Vertragswerk komme deshalb nicht in Frage. 3) Abgesehen von seinem Inhalt bedauert Italien vor allem auch den Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung in Paris unmittelbar nach der bekannten französischen Stellungnahme zu den Brüsseler Verhandlungen; 4) Italien hält den Pariser Vertrag deshalb ‚trotz der besten Absichten seiner Unterzeichner' für ‚schädlich' im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt, auf die weitere Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses und auch ‚bezüglich des inneren Gleichgewichts der NATO'." Vgl. Ministerbüro, Bd. 215.

[4] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[5] Zum französisch-sowjetischen Bündnisvertrag vom 10. Dezember 1944 vgl. Dok. 52, Anm. 15.

[6] Auf der Tagung in Paris am 17. April 1962 erzielten die Außenminister der EWG-Staaten keine Einigung über die Bildung einer Europäischen Politischen Union, weil sich die Niederlande und Belgien weigerten, dem vorliegenden Vertragsentwurf zuzustimmen, solange Großbritannien der EWG nicht beigetreten sei. Vgl. dazu SPAAK, Memoiren, S. 534–542.

[7] Der entsprechende Passus der Gemeinsamen Erklärung vom 22. Januar 1963 lautete: „... in der Erkenntnis, daß die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerläßlichen Schritt auf dem Wege zu dem vereinigten Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist ...". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706.

Botschafter *Guidotti* entgegnete, die Frage sei, welches Europa entstehen solle, das der Sechs, das vom Atlantik bis zum Ural – wovon de Gaulle mehrfach gesprochen habe[8] – oder jetzt das mit England.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, daß er von dem Europa bis zum Ural nicht sprechen wolle. Eigentümlich sei aber, daß sowohl er wie de Gaulle unabhängig voneinander um die Jahreswende auch von dem Hinzutritt der osteuropäischen Länder gesprochen hätten[9]; das liege aber natürlich noch in der Zukunft. Jede deutsche Regierung müsse gute Beziehungen zu Polen als dem am weitesten nach Osten gelegenen westlichen Staat unterhalten, sobald das wieder einmal möglich sei.

Das Zusammentreffen der Vertragsunterzeichnung und der Äußerungen de Gaulles wegen Großbritannien[10] sei rein zufällig. Schon im Dezember habe er, der Herr Bundeskanzler, de Gaulle vorgeschlagen, den Vertrag im letzten Drittel des Januar zu unterzeichnen.[11] Die Äußerung de Gaulles hinwieder sei zurückzuführen auf sein Gespräch mit Macmillan in Rambouillet[12]. De Gaulle habe gefragt, ob Macmillan seine atomaren Streitkräfte der Verteidigung Europas widmen möchte. Macmillan habe nicht geantwortet, sei nach Nassau geflogen und habe dort 2 Tage später den Polaris-Vorschlag[13] gemacht, von dem er de Gaulle gegenüber nichts erwähnt hatte. Hätte Macmillan seine Reise nach den Bahamas vor dem Frankreichbesuch gemacht oder hätte er de Gaulle unterrichtet, so wäre die Pressekonferenz de Gaulles nicht gekommen.

Botschafter *Guidotti* sagte, nach seinen Unterrichtungen sei das Gespräch zwischen de Gaulle und Macmillan anders verlaufen. Auf den Einwurf des Herrn *Bundeskanzlers,* was er eben gesagt habe, stamme von de Gaulle selbst[14], erwiderte der *Botschafter,* daß sie sehr gute britische Quellen hätten, und danach habe Macmillan eine vorsichtige Andeutung wegen atomarer Verständigung oder Anlehnung gemacht, was aber von de Gaulle nicht aufgegriffen worden sei. Die beiden Herren hätten auch von der politischen Einigung Europas gesprochen, wobei de Gaulle bemerkt hätte, dies werde nie gesche-

[8] In seiner Tischrede während des Besuchs in Bonn am 4. September 1962 sprach sich Staatspräsident de Gaulle für einen Zusammenschluß Frankreichs und der Bundesrepublik aus, der anzustreben sei „mit Aussicht auf eine Entspannung und, sodann, auf eine internationale Verständigung, die es ganz Europa gestatten würden, nach Beendigung des herrschsüchtigen Strebens einer überholten Ideologie im Osten, sein Gleichgewicht, seinen Frieden, seine Entwicklung vom Atlantischen Ozean bis zum Ural herzustellen". Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 5; BULLETIN 1962, S. 1402.

[9] In der Neujahrsansprache vom 31. Dezember 1962 sprach Staatspräsident de Gaulle von den Perspektiven der europäischen Union, „visant à organiser avec les pays de l'Est, s'ils en venaient un jour à la grande détente, la paix et la vie de notre continent tout entier". Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 54.

[10] Zu den Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle auf der Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

[11] Der Termin wurde beim Treffen des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville am 16./17. Dezember 1962 in Paris vereinbart. Vgl. dazu BULLETIN 1962, S. 2001 f. Vgl. dazu ferner Dok. 25.

[12] Zu den Gesprächen des Premierministers Macmillan am 15./16. Dezember 1962 mit Staatspräsident de Gaulle vgl. Dok. 12, Anm. 6.

[13] Zu den Gesprächen des Premierministers Macmillan mit Präsident Kennedy vom 18. bis 21. Dezember 1962 in Nassau (Bahamas) vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[14] Vgl. dazu Dok. 37 und Dok. 43.

hen. Zwar habe Italien auch traditionell gute Beziehungen zu Frankreich, zur Zeit aber werde Frankreich weder in Italien noch in den Beneluxländern und wohl auch kaum in England verstanden.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, daß man die Sache auch anders betrachten könne; wenn die Herren Luns und Spaak sich nicht widersetzt hätten, so hätten wir schon heute die politische Union, noch keine Integration, aber wir wären doch einen ersten Schritt weiter. De Gaulle habe damals auch wirtschaftliche Fragen in diese Union einbeziehen wollen, die schon durch den EWG-Vertrag geregelt seien; auf seinen, des Herrn Bundeskanzlers, Hinweis hin, habe de Gaulle diesen Vorschlag aber fallen lassen. Luns sei ein sehr schwieriger Mann. Spaak habe ihn, den Herrn Bundeskanzler, später besucht[15] und bedauert, daß er nicht vor der Entscheidung vom April 1962 zu ihm gekommen sei. Er, der Herr Bundeskanzler, hoffe, daß es heute in Brüssel[16] gut gehe.

Herr *Guidotti* schloß sich dieser Auffassung an; der Gedanke des Herrn Bundeskanzlers, Zeit zu gewinnen, sei der einzig vernünftige. Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, daß auch de Gaulle Zeit gewinnen, daß er die Sache aber auch in Ordnung bringen möchte. *Guidotti* fuhr fort, der Herr Bundeskanzler habe von einem zufälligen Zusammentreffen zwischen der Pressekonferenz de Gaulles und der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages gesprochen (der Herr Bundeskanzler bestätigte nochmals, daß dies wirklich ein Zufall sei, da er den Vorschlag für den Unterzeichnungstermin schon im Dezember 1962 gemacht habe); leider müsse er, Guidotti, sagen, daß der Zufall sehr unglücklich sei.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte dem zu, es sei wirklich schade; er hoffe aber, daß durch die Konsultationsabsprache zwischen Frankreich und Deutschland manches zugunsten von Europa getan werden könne. Natürlich würden wir auch mit Italien über alles sprechen, was Europa angehe; auch de Gaulle lege großen Wert auf ein gutes Verhältnis zu Italien. Ein Vortrag Bérards über Solferino[17] habe bei den Italienern auch großen Beifall gefunden.

Herr *Guidotti* kam dann wiederum auf die italienische Sorge zu sprechen, daß der Beitritt Großbritanniens durch Frankreich verhindert werde; das sei für die EWG schlecht, die als Organismus, der wachsen soll, die Zusammenarbeit von allen Sechs erfordere. Die deutsche Auffassung, so wie sie auch der deutsche Pressechef erläutert habe[18], entspreche völlig der italienischen Ansicht. Sollten die Franzosen aber ihr Veto einlegen, so stünden schwierige Zeiten bevor.

[15] Der belgische Außenminister Spaak traf am 22. Juli 1962 in Bonn mit Bundeskanzler Adenauer zusammen. Vgl. dazu SPAAK, Memoiren, S. 546.

[16] Zur Tagung des EWG-Ministerrats in Brüssel am 28./29. Januar 1963 vgl. Dok. 60.

[17] Die Schlacht von Solferino vom 24. Juni 1859, in der französische und piemontesische Truppen das von Kaiser Franz Joseph geführte österreichische Heer besiegten, war Auslöser für Revolutionen in den Herzogtümern Parma und Modena.

[18] Der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, hob auf der Pressekonferenz vom 25. Januar 1963 den Wunsch nach einem Beitritt Großbritanniens zur EWG hervor, betonte aber, hierfür sei die Wiederherstellung der „Einigkeit unter den Sechs" notwendig. Vgl. BULLETIN 1963, S. 149.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, daß er nicht an ein französisches Veto glaube. Im Spätherbst 1961 habe in Chequers eine Aussprache zwischen de Gaulle und Macmillan stattgefunden[19], wobei Macmillan gesagt habe, daß das Schicksal seiner Regierung mit dem Beitritt zur EWG eng verbunden sei. Als de Gaulle das ihm, dem Herrn Bundeskanzler, wieder erzählt habe, habe er scherzend gesagt, er glaube jetzt, daß es Macmillan auch ernst mit dem Beitritt sei. Er habe dann de Gaulle aber deutlich gemacht, daß wir Deutsche dem Beitritt positiv gegenüberstehen müßten, weil wir die Unterstützung Großbritanniens für die Fragen Berlins und Wiedervereinigung brauchten. Auch de Gaulle habe damals gesagt: Wenn eine so große Macht beitreten will, so muß man das Gesuch sehr ernsthaft prüfen. Er, der Herr Bundeskanzler, glaube nicht, daß de Gaulle jetzt nein sagen wolle. Wenn er den Beitritt Großbritanniens überhaupt hätte verhindern wollen, so hätte er das wohl schon früher getan.

Der Herr Bundeskanzler fragte sodann nach den bevorstehenden italienischen Wahlen, worauf der *Botschafter* erwiderte, daß das Datum noch nicht feststehe, es könne sich dabei um die Zeit von März bis Mai[20] handeln. Hinsichtlich des Ausgangs der Wahlen werde es wohl keine großen Änderungen geben, weil der italienische Wähler, auch der kommunistische, sehr konservativ sei. Herr Guidotti kam dann nochmals auf die Pressekonferenz de Gaulles zu sprechen, die nach italienischer Auffassung im Grund nämlich weniger gegen England als gegen Amerika gerichtet gewesen sei.

Der Herr *Bundeskanzler* bezweifelte das; er erwähnte, daß die USA Frankreich hinsichtlich der Polaris schließlich auch nicht dasselbe Angebot gemacht hätten wie den Engländern.[21] Er glaube aber, daß de Gaulle in der Polarissache das letzte Wort noch nicht gesprochen habe. Der deutsche Standpunkt gehe eindeutig auf die multinationale Lösung[22], was er de Gaulle auch deutlich gesagt habe. Der Herr Bundeskanzler beendete das Gespräch mit der Bemerkung, er hoffe, daß man nun in Brüssel keine ungünstigen Entscheidungen treffe.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/78

[19] Vom 24. bis 26. November 1961 fanden informelle Gespräche zwischen Premierminister Macmillan und Staatspräsident de Gaulle in Birch Grove statt. Vgl. dazu Harold MACMILLAN, Pointing the Way 1959–1961, London 1972, S. 414–425.

[20] Die italienischen Kammer- und Senatswahlen fanden am 28./29. April 1963 statt. Vgl. dazu Dok. 172, Anm. 19.

[21] Vgl. dazu auch die Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle auf der Pressekonferenz vom 14. Januar 1963; Dok. 21.

[22] Zur Konzeption einer multinationalen Atomstreitmacht vgl. Dok. 12, Anm. 12.

58

Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1/788/63 geheim **Aufgabe: 28. Januar 1963, 20.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 274 **Ankunft: 29. Januar 1963, 02.50 Uhr**

Im Anschluß an Drahtbericht 256 geheim vom 25. 1. 1963[1]

Bezeichnend für die Sorge, die man sich hier gerade auch in uns besonders wohlgesinnten Kreisen über die möglichen Auswirkungen des deutsch-französischen Vertrages[2] auf die amerikanische Haltung macht, ist ein Gespräch, das ich gestern mit General Clay[3] bei einem gesellschaftlichen Zusammentreffen hatte. Clay sagte mit großer Schärfe wörtlich: „Falls der Bundestag das Abkommen unverändert ratifiziert, bedeutet dies das Ende Berlins." Clay vertrat die Auffassung, die Bundesregierung habe zumindest de Gaulles Ziele – wenn nicht sogar seine konkrete Politik – durch den Abschluß des Vertrages wenige Tage nach seiner entscheidenden Pressekonferenz[4] indossiert. Trotz meiner Versuche, ihn vom Gegenteil zu überzeugen, blieb Clay hartnäckig dabei. In ähnlicher Weise wie Kennedy in seinem Gespräch mit mir – siehe Drahtbericht Nr. 213 geheim vom 23. 1.[5] – meinte auch Clay, der Vertrag stelle ähnlich wie das von den Amerikanern stets abgelehnte Dreierdirektorium[6] „eine Allianz innerhalb einer Allianz" dar und damit das Ende einer wirksamen gemeinsamen westlichen Verteidigung Europas.

De Gaulles anti-amerikanische Politik habe zu der gefährlichsten Krise seit Ende des Krieges geführt; alle bisherigen Erfolge und Anstrengungen des Westens würden jetzt in Frage gestellt, die NATO und vor allem auch die Sicherheit der Bundesrepublik auf das Schwerste gefährdet. Auf meinen Einwand, daß die Bundesregierung durch Abschluß des Vertrages keineswegs die Politik de Gaulles in allen Punkten indossiere und z. B. in der Frage des britischen Beitritts zum Gemeinsamen Markt[7] und der Mitarbeit beim Nassau-Abkommen[8] einen völlig anderen Standpunkt einnehme, erwiderte Clay, dies sei ja gerade durch den Zeitfaktor unklar geworden, der den gegenteiligen Eindruck in den USA habe hervorrufen müssen. Aus Äußerungen und Einwänden verschiedener anderer sich zu unserer Gruppe gesellender Gäste – Senatoren, Kongreßabgeordnete, Regierungsbeamte und Journalisten – ging die Sorge

[1] Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963. Für einen Auszug aus dem Drahtbericht vgl. Dok. 55, Anm. 11.

[2] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[3] Der ehemalige amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay wurde – nicht zuletzt wegen seiner Verdienste während der Blockade Berlins 1948/49 – nach dem Bau der Mauer am 13. August 1961 zusammen mit Vizepräsident Johnson nach Berlin entsandt und am 30. August 1961 zum Ständigen Repräsentanten des amerikanischen Präsidenten in Berlin ernannt.

[4] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

[5] Vgl. Dok. 49.

[6] Zum Vorschlag des Staatspräsidenten de Gaulle vom 17. September 1958 vgl. Dok. 49, Anm. 8.

[7] Vgl. dazu Dok. 60.

[8] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

und Skepsis gegenüber der weiteren Entwicklung und unserer Haltung deutlich hervor.[9]

Die hiesige Presse vermittelt weiterhin den Eindruck, daß die Bundesrepublik durch den Abschluß des Vertrages zu diesem Zeitpunkt de Gaulle in seiner ablehnenden Haltung – absichtlich oder unabsichtlich – gestärkt habe.

[gez.] Knappstein

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136

59

Bundeskanzler Adenauer an den ehemaligen amerikanischen Hohen Kommissar McCloy

VS-vertraulich **28. Januar 1963**[1]

Lieber Herr McCloy!

Ich danke Ihnen herzlich für Ihr Telegramm[2], das mich noch vor meiner Abreise nach Paris[3] erreichte, und in dem Sie mich baten, bei Staatspräsident de Gaulle entschieden für die Einheit des Westens einzutreten. Ich erhielt in jenen Tagen auch von anderer Seite Telegramme wegen meines bevorstehenden Besuches in Paris; inzwischen las ich auch einige Artikel bekannter amerikanischer Journalisten. Ich möchte Ihnen, lieber Herr McCloy, in aller Offenheit einige Punkte darlegen, die sich auf das deutsch-französische Abkommen beziehen, welches am 22. Januar d. J. unterzeichnet wurde[4].

Es gibt Leute, die mir diese Unterzeichnung vorwerfen. Ich habe aber Außenminister Rusk schon im vergangenen Sommer[5] darauf aufmerksam gemacht, daß wir mit Frankreich eine engere Bindung eingehen wollten. Ich fragte ihn damals, ob die Vereinigten Staaten Bedenken dagegen hätten. Herr Rusk antwortete mir, daß seine Regierung immer mit Großbritannien engere Beziehungen unterhalten werde. Seine Regierung begrüße es daher, wenn wir mit Frankreich engere Beziehungen unterhalten würden. Als das deutsch-französische Abkommen dann mehr und mehr Gestalt annahm, hat das Auswärtige Amt die amerikanische Botschaft in Bonn laufend unterrichtet. Als Datum für die Unterzeichnung hatte ich Herrn de Gaulle schon im Dezember 1962 das

[9] Vgl. dazu auch Dok. 88.

[1] Durchdruck.

[2] Vgl. dazu OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 187.

[3] Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Adenauer am 21./22. Januar 1963 in Paris vgl. Dok. 37, Dok. 38, Dok. 43 und Dok. 44.

[4] Vgl. dazu Dok. 44, Anm. 3.

[5] Zum Besuch des amerikanischen Außenministers vom 21. bis 23. Juni 1962 in Bonn und Berlin vgl. Dok. 37, Anm. 19.

letzte Drittel des Januar vorgeschlagen.[6] Der Vertrag und die Unterzeichnung waren für die amerikanische Regierung also keine Überraschung.

Und trotzdem werden der Bundesregierung massive Vorwürfe gemacht, nur weil Staatspräsident de Gaulle in seiner Pressekonferenz vom 14. Januar[7] die bekannten Bemerkungen zum Beitritt Großbritanniens zur EWG äußerte. Sie werden sicher wissen, daß diese Bemerkungen mit dem Verhalten Premierminister Macmillans in Rambouillet[8] und auf den Bahamas[9] eng zusammenhängen[10]; nähere Einzelheiten kann ich Ihnen schriftlich leider nicht mitteilen.

Inzwischen hat sich die Lage verschärft. Ich bin deshalb mehr denn je dafür, daß sich die Gemüter erst wieder beruhigen müssen, damit man die Dinge im rechten Verhältnis sieht. Durch Erregung und gegenseitige Vorwürfe kommt man nicht weiter. Es war mir in Paris gelungen, die Zustimmung General de Gaulles dafür zu erlangen, daß die EWG-Kommission zunächst einmal eine Bestandsaufnahme der noch offenen Fragen und Vorschläge für etwaige Lösungen[11] machen sollte, ein Ergebnis, mit dem meines Erachtens alle sehr zufrieden sein konnten.[12] Ich hoffe, daß die heutigen Besprechungen in Brüssel[13], die von gewisser Seite wieder schärfer geführt werden, keine neue Unruhe bringen, denn auch Präsident de Gaulle hatte bei unseren Gesprächen den aufrichtigen Wunsch, daß sich die ganze Angelegenheit beruhigt, damit man dann später erneut nach einer Lösung suchen könnte. Es ist meines Erachtens nicht richtig, die Bedeutung des deutsch-französischen Vertrages lediglich unter dem Gesichtspunkt der Äußerungen de Gaulles auf seiner Pressekonferenz vom 14. Januar über England und die EWG zu betrachten; es handelt sich um einen auf die Dauer geschlossenen Vertrag, ohne den übrigens eine europäische Einigung nicht möglich ist.

Ich brauche Ihnen, lieber Herr McCloy, wohl nicht zu versichern, daß auch mir die Einheit Europas und des Westens am Herzen liegt. In einem Zeitpunkt, in dem der Ostblock bedeutsame Risse aufzuweisen beginnt, wäre es besonders unglücklich, wenn auch im Westen durch Ungeduld Risse entstehen würden. Ich vertraue aber darauf, daß sich unsere gemeinsamen Überzeugun-

6 Vgl. dazu Dok. 57, Anm. 11.

7 Vgl. dazu Dok. 21.

8 Zu den Gesprächen des Premierministers Macmillan mit Staatspräsident de Gaulle am 15./16. Dezember 1962 vgl. Dok. 12, Anm. 6.

9 Zu den Verhandlungen des Premierministers Macmillan mit Präsident Kennedy vom 18. bis 21. Dezember 1962 in Nassau vgl. Dok. 2, Anm. 2.

10 Vgl. dazu Dok. 37.

11 Zu diesem Vorschlag vgl. Dok. 31, Anm. 3.

12 Dieser Satz wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Irrtum!"

13 Vgl. Dok. 60.

gen stärker erweisen werden als die derzeitigen Meinungsverschiedenheiten; ich jedenfalls werde mein Bestes dafür tun.[14]

Mit herzlichen Grüßen

gez. Ihr Adenauer

Ministerbüro, VS-Bd. 8475

60

Ministerkonferenz der EWG in Brüssel

GB 200-401/60.02 VS-vertraulich **28./29. Januar 1963[1]**

I.

28. Januar 1963, 1. Sitzung in sehr beschränktem Rahmen
(Minister, Staatssekretäre, Botschafter, Präsident der Kommission, einige Kommissare, Herr Deniau)
Beginn: 19.15 Uhr

Fayat: eröffnet die Sitzung und erklärt, daß ein Scheitern die weitesttragenden Folgen haben werde. Er bittet die Delegationen, das Wort zu nehmen.

Zunächst meldet sich keine Delegation, nach einer Pause:

Spaak: stellt die Frage, ob über diese Sitzung ein Protokoll geführt werde.

[14] Zur ersten Reaktion des ehemaligen amerikanischen Hohen Kommissars auf das Schreiben vgl. den Drahtbericht des Generalkonsuls Federer, New York, vom 29. Januar 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8475; B 150, Aktenkopien 1963.
Für das Antwortschreiben von McCloy vom 4. Februar 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419. Für die Übersetzung, die mit dem Originalschreiben am 6. Februar 1963 von Federer übermittelt wurde, vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1963. Am 11. Februar 1963 berichtete Botschafter von Braun, New York (UNO), über ein Gespräch mit McCloy. Dieser habe auf neo-isolationistische Einflüsse im amerikanischen Kongreß hingewiesen und betont: „Um dies zu vermeiden, müsse von den Deutschen mehr verlangt werden als bloße Worte. Selbst die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers seien nicht ausreichend. Deutschland sei nunmehr eine volljährige, reife Nation und müsse sein eigenes Gewicht in die Waagschale werfen. Als eine solche Tat könne zum Beispiel die Erlangung einer eindeutigen öffentlichen Erklärung de Gaulles vor der deutschen Ratifikation angesehen werden, in dem Sinne, daß er sich gegen den britischen EWG-Beitritt nicht sträube. Könne die Bundesregierung de Gaulle nicht veranlassen, öffentlich zu bestätigen, was der Herr Bundeskanzler vor oder während der Bundestagsdebatte über de Gaulles Bereitschaft zur Aufnahme Großbritanniens in die EWG geäußert habe? Es sei unerläßlich, daß Deutschland eine solche oder ähnlich geartete ‚symbolhafte Tat' vorweise. Er könne den Wert einer solchen Handlung nicht genug unterstreichen." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

[1] Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), gefertigt und am 1. Februar 1963 an Staatssekretär Lahr gesandt.

Calmes: Normalerweise werden über Sitzungen in sehr beschränktem Rahmen keine Protokolle gefertigt, wohl aber wird eine Bandaufnahme gemacht, die jedoch ausschließlich dem Sekretariat zur Verfügung steht.

Spaak: wünscht ein Protokoll, damit von dem, was in der Sitzung gesagt würde, etwas festgehalten werde.

Fünf Delegationen stimmen zu.

Couve: Mir ist das gleichgültig.

Spaak: stellt 2 Fragen an die französische Delegation

– Was heißt die von der französischen Delegation gewünschte Unterbrechung (suspension)? Heißt das unterbrechen, heißt es abbrechen?

– Wünscht die französische Delegation die suspension aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen? Lehnt sie den Eintritt auch ab, wenn wirtschaftlich befriedigende Verhandlungsergebnisse erzielt werden?

Couve: Bevor er antwortet, wünsche er weitere Fragen zu hören.

Es werden keine anderen Fragen gestellt.

Couve: bedauert, daß über die letzte sehr beschränkte Sitzung keine Niederschrift angefertigt worden ist. Aus ihr würde sich ergeben, daß er eine Unterbrechung (suspension) verlangt habe und daß er nach den langen Verhandlungen nicht mehr sehe, wie Ergebnisse erzielt werden könnten.[2]

Spaak: Couve hat nicht klar beantwortet. Soll suspendre heißen: unterbrechen oder vertagen, oder sollen die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, oder soll es heißen: abgebrochen.

Couve: wiederholt, daß er eine suspension der Verhandlungen wünscht.

Spaak: also spätere Wiederaufnahme?

Luns: versteht die französische Auslegung von suspension als suspension sine die; das ist eine elegante Bezeichnung für Abbruch der Verhandlungen.

Piccioni: Den 5 Delegationen sei klar, daß die französische Delegation an eine Vertagung sine die oder an eine Unterbrechung ohne Bedingungen denke. Diese französische Forderung ist in den vergangenen 4 Sitzungen nicht abgeschwächt worden; im normalen Sinne sind die Verhandlungen schon oft unterbrochen worden; aber der französische Vorschlag zielt jetzt auf etwas anderes.

Für Italien wird bestätigt, daß es nach wie vor gegen jede Vertagung sine die ist. Die Delegation hat seit der letzten Sitzung die Auffassung der italienischen Regierung eingeholt; die italienische Haltung ist unverändert.

Spaak: hat wie Piccioni verstanden, daß suspension sine die = Abbruch bedeutet.

Das belgische Parlament hat sich einstimmig gegen den Abbruch der Verhandlungen erklärt.[3]

[2] Vgl. dazu Dok. 31.

[3] Am 24. Januar 1963 nahm der belgische Senat einstimmig eine Resolution über die Fortsetzung

Schröder: Alle Delegationen haben wohl inzwischen mit ihren Kabinetten und Parlamenten Fühlung aufgenommen, auch die deutsche.

Es ist zweierlei festzuhalten:
- der deutsche Standpunkt ist der gleiche wie bei der letzten Sitzung,
- die Standpunkte der fünf Delegationen auf der einen Seite sind recht weit entfernt vom Standpunkt der französischen Delegation.

Nach französischer Auffassung ist ein positives Ergebnis nicht wünschenswert oder hoffnungslos oder beides; nach der Auffassung der Fünf ist das Ziel wünschenswert, und es ist erreichbar.

Bei dieser Lage muß man nach Möglichkeiten einer Einigung suchen; das wird heute nicht gehen – kann man seine Hoffnungen auf Zeitgewinn setzen? Man braucht etwas Zeit, um die Annäherung an einen entfernten Standpunkt zu ermöglichen. Freilich haben wir nur beschränkte Zeit; wieviel Zeit wir haben, hängt nicht nur von den Sechs, sondern auch vom Vereinigten Königreich ab. Zeitgewinn allein reicht freilich nicht, es muß etwas Konkretes geschehen, bloßes Warten allein hilft nicht.

Welche Maßnahmen können wir treffen?

Die französische Delegation sagt, das Vereinigte Königreich kann nicht in unseren Rahmen eingefügt werden. Das ist eine faktische Behauptung, die näher überprüft werden kann. Um eine bessere Überprüfung möglich zu machen, muß neues Material beschafft werden. Jede Delegation muß dann dieses neue Material prüfen und sich ihre Gedanken dazu machen.

Welche Stelle könnte dieses neue Material beschaffen und ihre Gedanken dazu darlegen? Dafür bietet sich die EWG-Kommission an. Das Mandat an die Kommission müßte diesen Gedanken der Beschaffung von Material, die Stellungnahme dazu und den Zeitfaktor kombinieren. Es wird vorgeschlagen, diesen Gedanken offen zu besprechen.

Spaak: Die belgische Delegation kann diesen Vorschlag annehmen.

Colombo: Man muß den Versuch mit einem konstruktiven Plan machen, der die Weiterführung der Verhandlungen ermöglicht. Es muß eine Stelle beauftragt werden, die objektiv bewertet, was erreicht worden ist und was noch zu tun ist. Die italienische Delegation ist bereit, einen Versuch durch Erteilung eines Mandats an die Kommission[4] zu machen.

Schaus: schließt sich dem Vorschlag von Minister Schröder an.

Luns: Der deutsche Vorschlag ist für die Niederlande akzeptabel, aber man muß sprechen über die genaue Formulierung des Mandats und die Fristen.

Couve: Es ist nicht ungewöhnlich, die Kommission um Aufklärung zu bitten. Dagegen hat die französische Delegation keinen prinzipiellen Einwand. Die Kommission müßte eine ganze Anzahl von Problemen untersuchen, die dann den Regierungen eine objektive Prüfung und eine gesunde Beurteilung er-

Fortsetzung Fußnote von Seite 204

der Brüsseler Verhandlungen mit dem Ziel des Beitritts von Großbritannien zur EWG an. Vgl. Europa-Archiv 1963, Z 31; vgl. dazu auch Spaak, Memoiren, S. 567 f.

[4] Zu diesem Vorschlag vgl. Dok. 31, Anm. 3.

laubt. Wenn jemand einen präzisen Vorschlag für das Mandat macht, würde man ihn prüfen können.

Allerdings ergeben sich fundamentale Schwierigkeiten aus der Haltung der britischen Delegation. Vielleicht könnte sich das ändern, wenn Zeit verstreicht; d. h. wenn man die Verhandlungen für 7–8 Monate oder 1 Jahr aussetzt.

Wenn man der Kommission das Mandat gibt, die Situation zu untersuchen, dann soll man der Kommission für die Fertigstellung der Untersuchung keinen Termin vorschreiben. Wenn der Bericht vorliegt, werden die Sechs zu beschließen haben, was dann geschehen soll.

Fayat: wiederholt. Also besteht keine Uneinigkeit darüber, daß die Kommission ein Mandat erhalten soll, aber die französische Delegation will der Kommission keine Frist setzen und sie verlangt eine Unterbrechung von 7–8 Monaten oder 1 Jahr.

Spaak: Es gibt also keinen grundsätzlichen Streit darüber, daß die Kommission ein Mandat erhalten soll. Nunmehr sollte zunächst das Mandat präzisiert werden, bevor über Termine gesprochen wird.

Schröder: Die Termine sollten zunächst beiseite gelassen werden. Die Kommission sollte ihre Meinung über einen solchen Auftrag sagen.

Hallstein: kann in diesem Augenblick nicht so präzise sein, wie das vielleicht erwartet wird. Die Kommission hat beraten, sie kann aber eine genaue Stellungnahme erst abgeben, wenn sie weiß, welche Zeit ihr zur Verfügung steht und was der Sinn der Arbeit sein soll.

Die Kommission beklagt tief die eingetretene Situation. Es ist ihre fundamentalste Aufgabe, über Existenz und Entwicklung der Gemeinschaft zu wachen; die Kommission wäre blind, wenn sie die Gefährdung der Existenz der Gemeinschaft in diesem Augenblick nicht sähe. Die Kommission ist bereit, alles zu tun, was die Regierungen wünschen.

Der konkrete Aspekt wäre: Soll weiter verhandelt werden, mit oder ohne Frist? Deshalb sei doch der Gedanke eines Auftrages an die Kommission ersonnen worden. Die Kommission kann nicht Lösungen für die Regierungen finden, sie kann nur einen Beitrag dazu leisten, daß die Verhandlungen im Gange bleiben.

Die Kommission soll Mittel suchen, um eine Unterbrechung der Verhandlungen zu vermeiden; sie kann keinen Sinn in einer Camouflierung des Scheiterns sehen. Deshalb muß, nachdem die Kommission ihre Arbeit geleistet hat, bona fide weiter verhandelt werden; die Situation darf nicht die gleiche bleiben wie neulich und heute. Der Bericht der Kommission muß ein Mittel sein, die Fortführung der Verhandlungen zu sichern.

Luns: Daß das Tätigwerden der Kommission den Fortgang der Verhandlungen garantieren soll, ist auch die Ansicht der holländischen Delegation.

Couve: versteht nicht ganz, vielleicht, weil er unvorsichtigerweise ohne Kopfhörer den Darlegungen des Präsidenten zu folgen versucht hat, aber ihm scheint, daß die Diskussion abirrt. Warum wünscht man einen Bericht der

Kommission, wenn man sich schon vor seiner Erstattung darauf festlegen will, daß die Verhandlungen weitergehen?

Colombo: Man muß die Probleme eines nach dem anderen nehmen. Die Fünf sagen, die Verhandlungen können weitergehen, die Franzosen bestehen auf Suspendierung. Wir sind einig, daß die Probleme besser aufgeklärt werden müssen. Aber wichtig ist, daß während der Arbeiten an dieser Aufklärung die Verhandlungen nicht unterbrochen werden.

Erhard: weiß nicht, ob die Franzosen die wirtschaftlichen oder die politischen Probleme in den Vordergrund stellen. Sicher ist, daß die beteiligten Volkswirtschaften die Unsicherheit darüber, was nun geschehen soll, nicht lange ertragen können.

Spaak: Es besteht Einigkeit darüber, daß die Kommission etwas tun soll. Frage: Wie soll ihr Auftrag lauten?

Couve: Der französische Ausgangspunkt ist, daß die sechs um diesen Tisch versammelten Delegationen einen neuen „accord" über die Weiterführung der Verhandlungen suchen. Die Kommission soll eine Arbeit machen, die auf objektiver Basis unterrichtet. Die Kommission soll aber keine Beurteilung abgeben, sondern die Elemente für eine Beurteilung zusammenstellen. Sie soll eine Bestandsaufnahme machen und die Positionen der Mitgliedstaaten darstellen. Es hat keinen Zweck, daß die Kommission beauftragt wird, Lösungen zu suchen. Die Frist für das Mandat sollte von der Kommission selbst abhängen. Wenn ihr Bericht vorliegt, werden sich die Sechs treffen und entscheiden, was sie tun wollen.

Spaak: Wir haben insoweit Fortschritte gemacht, als wir einig sind, daß die Kommission ein Mandat erhält und eine Bestandsaufnahme macht.

Schaus: Das Mandat soll auch enthalten, daß die Kommission Vorschläge für die Lösung der anstehenden Fragen im Rahmen des Rom-Vertrages[5] macht.

Colombo: Die Kommission soll eine objektive Arbeit leisten, indem sie die Verhandlungslage darstellt, aber außerdem muß sie für die noch offenen Probleme vertragsgerechte Lösungsvorschläge vorlegen.

Luns: kann sich Colombo anschließen.

Couve: unterscheidet zwischen Bestandsaufnahme und Lösungsvorschlägen. Er glaubt, daß man einig ist darüber, daß die Kommission keine Vermittlerrolle spielen soll. Wenn die Kommission Vorschläge macht, dann sind die Sechs an diese Vorschläge gebunden. Wir würden durch die Annahme dieser Vorschläge Verhandlungspunkte gegenüber den Engländern preisgeben. Das ist ganz unvorstellbar.

Piccioni: Wir verwirren uns immer mehr, wie schon bei der letzten Sitzung über das Colombo-Mandat, so scheint sich jetzt die Uneinigkeit über ein Mandat für die Kommission abzuzeichnen; aber schon bei dem Versuch, das Colombo-Mandat zu präzisieren, entstanden Schwierigkeiten.

Daß man die Kommission mit der Erstattung eines Berichts beauftragt, sagt

[5] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

für sich allein sehr wenig. Es ist nötig, das Mandat präzis zu umreißen. Erforderlich ist dreierlei:
- eine Bestandsaufnahme der erzielten Ergebnisse,
- Aufzeichnung der noch offenen Probleme,
- drittens und vor allem aber, daß die Kommission Lösungen empfiehlt.

Wir erwarten von ihr eine Hilfestellung, damit die Verhandlungen weitergehen können. Wir betrachten die Kommission nicht als Schiedsrichterin, sondern als Hilfsorgan. Es hat keinen Zweck, immer nur die gleichen Stellungnahmen zu wiederholen.

Die Lähmung der Konferenz ist beunruhigend. Im Lichte der politischen Logik und der politischen Moral wäre es richtig, daß diese Konferenz zu Sieben geführt würde und nicht – wie heute – zu Sechs. Eigentlich sollte die Mehrheit entscheiden, und die liegt bei den Fünf.

Er hält den Vorschlag der deutschen Delegation für gut. Wenn wir uns aber nicht einigen: wie sollen wir diese Sitzung beschließen? Sie ohne Begründung erneut zu vertagen, wäre Vogel-Strauß-Politik. Es ist notwendig, die Arbeit zu Sieben wiederaufzunehmen auf der Grundlage des Vorschlags von Minister Schröder.

Hallstein: Die Kommission muß nach Art. 237[6] ihre Stellungnahme abgeben zu den anstehenden Problemen; das gleiche ist im September 1961 für diese Konferenz beschlossen worden[7]. Die Kommission hat hier das Recht nicht nur zur Teilnahme, sondern auch zur Stellungnahme. Sie hat in den Verhandlungen ständig wertende Stellungnahmen abgegeben, und das könnte sie auch in dem geforderten Bericht tun.

Erhard: Unbeschadet des Mandats an die Kommission soll weiterverhandelt werden. Man ist sich uneinig über das Maß der erreichten Fortschritte, aber, daß Fortschritte gemacht worden sind, ist nicht strittig. Z. B. könnten die Verhandlungen über das Problem Hongkong weitergehen.

Spaak: Couve will der Kommission offenbar nur den Auftrag für eine Bestandsaufnahme erteilen; das ist zu wenig.

Pause um 21.00 Uhr

II.

28. Januar 1963: 2. Sitzung in sehr beschränktem Rahmen
Beginn: 22.10 Uhr

Schröder: veranlaßt Verteilung des 1. Absatzes des deutschen Entwurfs für ein Mandat, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Europäische Kommission wird gebeten, einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Beitrittsverhandlungen zwischen Großbritannien und den sechs Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in dem sie sowohl

[6] Artikel 237 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft: „Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Er richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig, nachdem er die Stellungnahme der Kommission eingeholt hat ...". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898.

[7] Für den Beschluß vom 27. September 1961 zu Verhandlungen über das britische Beitrittsgesuch zur EWG vgl. AdG 1961, S. 9365.

die bereits erzielten Ergebnisse als auch die noch offenen Fragen darlegt und zu den letzteren Stellung nimmt, innerhalb der nächsten x Wochen zu erstellen."

Er erklärt dazu ausdrücklich, daß es sich nur um den 1. Teil des deutschen Vorschlags handele, der sich nur auf den Inhalt des Mandats bezieht. Die Frist sei offengelassen worden.

Spaak: stimmt dem deutschen Vorschlag zu.

Luns: Der Vorschlag sei noch zu skeletthaft; er stimmte ihm zu, soweit wie er reicht.

Schaus: stimmt zu.

Colombo: stimmt zu. Es handele sich aber nur um einen Teil.

Couve: kann sich mit dem letzten Teil des deutschen Vorschlages nicht einverstanden erklären, auch nicht mit der Frist. Außerdem: was erwarten die Sechs, wenn sie die Kommission beauftragen; sie wollen auch unterrichtet werden über das Funktionieren und über die Zukunft der EWG, wenn Großbritannien und andere Staaten der EWG beitreten. Die 1. Rolle der Kommission ist, den Vertrag in dem Geiste anzuwenden, in dem er geschaffen worden ist, und in diesem Sinne muß die Kommission ihren Bericht abfassen. Auch muß der Bericht die Positionen wiedergeben, die die einzelnen Delegationen eingenommen haben.

Fayat: Die französische Delegation will also noch ein weiteres Element in das Mandat aufgenommen haben: die Untersuchung der Auswirkungen der Beitritte.

Spaak: Das ist ein ganz neuer Vorschlag. Die Untersuchung trägt rein politischen Charakter und geht über die Autorität der Kommission hinaus. Er stellt auch in Frage die Dinge, über die wir bereits in den Verhandlungen einig geworden sind. Eine solche Untersuchung würde viel zu lange Zeit in Anspruch nehmen. Seine Antwort sei ein absolutes „Nein".

Luns: Die Annahme dieses französischen Wunsches würde das Ende der Verhandlungen bedeuten wegen der großen Verzögerung, die damit verbunden ist.

Colombo: bringt einen Zusatz zu dem deutschen Vorschlag vor:

In der 6. Zeile fällt das Wort „und" weg und wird durch ein Komma ersetzt. In der 7. Zeile wird hinter „nimmt" eingefügt: „und ihre Auswirkungen für die Entwicklung der Gemeinschaft bewertet".

Schröder: nimmt diesen Änderungsvorschlag an.

Hallstein: Die Gedanken der Kommission gehen in die gleiche Richtung; sie muß auch zu den institutionellen Fragen Stellung nehmen.

Erhard: Daß Änderungen in den Volkswirtschaften eintreten würden, war immer bekannt; im einzelnen lassen sie sich nicht voraussehen.

Colombo: Die Kommission soll in der Tat nicht den Propheten spielen.

Fayat: Werden bei dieser Untersuchung die schon erreichten Ergebnisse in Frage gestellt werden?

Colombo: Nein.

Spaak: Sollen bereits beschlossene Dinge erneut beurteilt werden?

Colombo: Den bereits vorliegenden Einigungen hat die Kommission zugestimmt; jetzt soll sie Lösungsmöglichkeiten für die noch offenen Probleme vorschlagen.

Spaak: Zu den bereits erreichten Lösungen hat die Kommission nichts zu sagen.

Couve: Untersucht werden muß das gesamte Problem der Beitritte. Dabei muß die Kommission berücksichtigen, daß die Gemeinschaften noch nicht fertig sind. Hinweise auf die Agrarverordnungen.

Luns: Gewiß ist die Gemeinschaft noch nicht fertig, aber selbst die Regierungen können jetzt in vielen Punkten noch nicht sagen, was sie eines Tages wollen werden. Man versucht hier, der Kommission eine unmögliche Aufgabe zuzumuten.

Hallstein: Die Kommission wird die bereits getroffenen Einigungen nicht anfechten. Sie wird auch keine Spekulationen anstellen, sondern – wie sie das immer getan hat – unter dem Gesichtspunkt der Rom-Verträge Stellung nehmen zu den möglichen Lösungen.

Fayat: Danach scheint man eine Untersuchung von 3 Fragen zu wünschen:
- eine Bewertung der schon erzielten Einigungen;
- eine Behandlung der noch offenen Fragen und ihrer Lösungen;
- eine Untersuchung der Auswirkungen der Beitritte auf die Gemeinschaft.

Couve: Die französische Delegation wünscht, daß das Gesamtproblem untersucht wird, das sich durch den Beitritt Großbritanniens ergibt. Die Kommission soll prüfen, welche Fragen noch offen sind und dabei die von den einzelnen Delegationen eingenommenen Positionen beachten. Sie muß die Gesamtwirkung beurteilen, die sich aus dem Beitritt Großbritanniens und anderer Länder ergeben kann, und muß sich vor Augen halten, daß die Entwicklung der Gemeinschaft noch nicht abgeschlossen ist. Sie muß den Fragenkreis sehr weit fassen.

Colombo: Wenn dem so ist, so sprechen wir und die Franzosen von ganz verschiedenen Dingen. Eine so große Aufgabe, wie die gesamte Frage der Zulassung Großbritanniens zu prüfen, könne man der Kommission nicht geben; das ist eine politische Aufgabe. In Wirklichkeit handelt es sich um etwas viel Einfacheres: die fertigen Ergebnisse zusammenstellen und zu den offenen Fragen Stellung nehmen.

Spaak: Er ist einig mit Colombo. Soll die Kommission den Vorschlag einstimmig machen?

Hallstein: Die Kommission trifft alle Entscheidungen mit einer Mehrheit von Fünf, wie im Rom-Vertrag vorgeschrieben.

Spaak: Folgte man dem französischen Vorschlag, so hätte man ein Mandat ohne Grenzen. All das hat nichts mit dem zur Diskussion stehenden Punkt zu tun, nämlich mit der französischen Behauptung, daß die Verhandlungen in

eine Sackgasse gekommen seien. Er lehne diesen französischen Vorschlag vollständig ab.

Luns: Die holländische Delegation spricht sich gegen eine „uferlose" Untersuchung aus, wie sie die französische Delegation wolle.

Colombo: zieht seinen Änderungsvorschlag zurück, nachdem er festgestellt hat, daß die französische Delegation ihm eine von der italienischen Delegation nicht gewünschte Auslegung gibt.

Schröder: schließt sich der holländischen Stellungnahme an.

Schaus: stimmt für den deutschen Vorschlag.

Schröder: stellt fest, daß immerhin ein gewisser Fortschritt gemacht worden sei; schlägt vor, die Konferenz erst morgen nachmittag wieder zu beginnen, damit am Vormittag Zeit für bilaterale Verhandlungen bleiben.

Fayat: teilt mit, daß Minister Couve morgen um 20.00 Uhr Brüssel verlassen muß. Er weist darauf hin, daß man morgen nachmittag auch noch zu Sieben tagen muß. Sein Vorschlag, die Konferenz zu Sechs morgen um 12.00 Uhr wieder aufzunehmen, wird angenommen.

III.

29. Januar 1963; Sitzung in sehr beschränktem Rahmen
Beginn: 12.20 Uhr

Spaak: Da man gestern über den Inhalt des Mandates nicht einig geworden ist, scheint es ihm zweifelhaft, ob man sich über die noch nicht behandelten Probleme einigen werde. Diese drei Probleme seien die folgenden:

a) Frist für die Vorlage des Berichts durch die Kommission: Nach seiner Meinung solle sie relativ kurz sein, 14 Tage,
b) der Bericht solle an die 7 beteiligten Delegationen gehen,
c) die Konferenz nehme ihre Arbeit wieder auf spätestens 10 Tage nach Vorlage des Kommissionsberichts.

Luns: einverstanden mit belgischem Vorschlag.

Schaus: mit der großen Linie des Vorschlags einverstanden, möchte aber die Kommission wegen des Zeitraums für die Berichterstattung befragen.

Colombo: einverstanden, möchte aber auch von der Kommission hören, welche Frist sie für zweckmäßig hält.

Couve: Diese Probleme sind noch nicht diskutiert worden. Man hat auch noch nicht diskutiert, wer das Mandat gibt und wer den Bericht erhält.

Die französische Delegation wünscht nicht, der Kommission eine Frist zu setzen. Sie vertraut der Kommission, daß sie keine Zeit verliert und daß sie sich auch nicht übereilt. Die nötige Frist hängt vom Inhalt des Mandats ab. Für die Weiterführung der Konferenz kann kein Termin festgelegt werden. Wenn der Bericht vorliegt, werden die Sechs darüber entscheiden, ob eine Weiterverhandlung angebracht ist oder nicht.

Schröder: Das Problem der Frist enthält zwei Elemente: einmal der Inhalt des Mandats; die deutsche Regierung wünscht kein enzyklopädisches Mandat, sondern ein praktisches.

Und zweitens soll man von der Kommission hören, welche Frist sie dafür nötig hält. Wenn diese beiden Probleme befriedigend geklärt sind, hält sich nach deutscher Ansicht eine Frist von 14 Tagen für die Vorlage des Berichts und von 8 Tagen für die Prüfung durch die Regierungen in einem vernünftigen Rahmen.

Fayat: Offen ist also vor allem die Frage, ob der Bericht an die Sieben gehen soll, und das Datum der Weiterführung der Konferenz.

Colombo: Die Konferenz ist nicht zu Ende, also muß der Bericht an die Sieben gehen. Die entscheidende Frage ist das Datum, an dem die Verhandlung wieder fortgesetzt wird.

Schröder: stimmt Colombo zu. Der Bericht soll es einer neuen Zusammenkunft der Konferenz ermöglichen, ein besseres Urteil über die Fortsetzung der Verhandlungen zu treffen.

Spaak: Der Bericht soll in 2 Wochen fertiggestellt sein, an alle 7 Regierungen gehen, und 10 Tage nach Eingang werden die Verhandlungen der Konferenz fortgesetzt.

Hallstein: auf die ihm gestellten Fragen:
1) die Kommission hält die Erstellung des Berichts in drei Wochen für möglich, ein Monat Zeit wäre besser,
2) das Mandat würde der Kommission von den 6 Mitgliedstaaten gegeben, die Kommission würde an die Sechs berichten, was die Sechs mit dem Bericht machen, ist ihre Sache,
3) auch ist es Sache der Regierungen, zu beurteilen, wieviel Zeit sie zum Studium des Berichts brauchen.

Spaak: Wenn die Kommission 3 Wochen braucht, so bin ich einverstanden. Ich bin auch einverstanden, daß das Mandat von den Sechs erteilt wird, wenn mit den Briten konsultiert wird, bevor das Mandat gegeben wird. Was mit dem Bericht dann geschieht, können in der Tat die Regierungen entscheiden. Aber das Ziel ist, daß nach der Übermittlung die Verhandlungen binnen kurzer Frist weitergehen.

Luns: ist schließlich auch mit 3 Wochen für die Berichterstattung einverstanden und mit 10 Tagen für die Prüfung durch die Regierungen. Obschon ungern, wäre er auch bereit, zuzustimmen, daß nicht die Sieben, sondern die Sechs das Mandat geben.

Schaus: folgt den Vorschlägen von Spaak. Wichtig ist, daß die Verhandlungen weitergehen.

Colombo: Einverstanden.

Couve: Jeder weiß, wie die französische Delegation denkt; es bleibt nichts hinzuzufügen.

Schröder: schließt sich Spaaks Formulierung an.

Fayat: formuliert den Text des Mandatsentwurfs, dem die 5 Regierungen zugestimmt haben.
Absatz 1 wie deutscher Vorschlag von gestern, Frist 3 Wochen.
Absatz 2: Dieser Bericht wird jeder der 7 Delegationen, aus denen sich die Konferenz zusammensetzt, überreicht. Die Konferenz wird ihre Arbeit spätestens 10 Tage nach Vorlage dieses Berichts wieder aufnehmen.

Fayat stellt fest, daß die französische Delegation gegen diesen Text ist. (Die französische Delegation macht keine Bemerkung.) Fayat erklärt, daß er nachmittags die Engländer über dieses Ergebnis informieren werde.

Couve: fragt, welchen Zweck das Zusammentreffen mit den Engländern haben solle.

Spaak: Die Sitzung mit den Briten ist nötig, um ihnen zu sagen, daß eine Einigung sich als unmöglich erwiesen hat. Jede Delegation erklärt in Anwesenheit der britischen Delegation, was sie von der Situation hält.

Couve: will wissen, ob auch die britische Delegation ihre Auffassung darlegen soll.

Fayat: Wie soll sich der Präsident der Konferenz zu Sieben am Ende der Sitzung äußern?

Luns: Der Präsident soll den Entwurf der Entschließung, den 5 Delegationen angenommen haben, vorlesen und mitteilen, daß eine Delegation dagegen ist. Alle Delegationen erläutern ihren Standpunkt.

Schröder: Es ist um der Aufrichtigkeit willen notwendig, daß den Briten das Ergebnis unserer Beratungen klar mitgeteilt wird. Die Delegationen, die das wünschen, sollen ihre Motive erläutern können. Es darf kein Beschluß über das Ende der Konferenz gefaßt werden. Nach der Konferenz sollten sich die 6 Mitgliedstaaten erneut treffen.

Hallstein: schließt sich dem deutschen Vorschlag an.

Spaak: sieht nicht recht ein, wohin das alles führen soll. Wie soll die Gemeinschaft gerettet werden? „Der Vertrag von Rom bleibt, aber der Geist des Vertrages von Rom ist tot." Es ist besser, daß wir uns zu Sechs miteinander unterhalten, bevor wir mit den Engländern sprechen.

Luns: Spaak hat recht. Dies ist ein sehr harter Schlag gegen die Gemeinschaft. Der Geist der Gemeinschaft ist tot. Das holländische Kabinett wird morgen zur Situation Stellung nehmen. Wenn die Delegationen Erklärungen wünschen, dann sollten sie sie jetzt machen.

Colombo: macht einen neuen Vorschlag: Die Sechs sollten sich um 16.00 Uhr treffen, und dann eine Stunde später zu Sieben. Er bittet die Franzosen, noch bis zum Nachmittag nachzudenken, ob sie bei ihrer Stellung bleiben müssen.

Couve: Die französische Delegation hat ihren Standpunkt gestern und heute dargelegt, jedoch hat sie nichts dagegen, daß allen Delegationen Zeit zum Nachdenken bis heute nachmittag gewährt wird.

Colombo: Eigentlich ist über 2 Fragen zu entscheiden:
1) ob die Sechs sich heute um 16.00 Uhr noch einmal treffen und dann anschließend mit der Delegation des Vereinigten Königreiches zusammentreffen;
2) ob es sich lohne, der französischen Delegation noch mehrere Tage Zeit für das Nachdenken über den Vorschlag der Fünf zu gewähren.

Fayat: schlägt vor, daß die Sechs sich am Nachmittag um 15.15 Uhr treffen. Danach Konferenz mit den Briten; er wird die britische Delegation entsprechend informieren.

IV.

29. Januar 1963, Sitzung in sehr beschränktem Rahmen
Beginn: 15.15 Uhr

Fayat: hat die britische Delegation unterrichtet, auch über den Text, den die fünf Delegationen angenommen haben, und über die französische Stellungnahme gegen diesen Text. Er fragt, wie die Besprechung zu Sieben organisiert werden solle.

Piccioni: erklärt, es gäbe dazu nichts zu organisieren.

Fayat: Er wird den Text des Entwurfs der Fünf verlesen und mitteilen, daß die französische Delegation ihn ablehnt. Danach wird er die Delegationen der Sechs bitten, Stellung zu nehmen, ebenso die Kommission und dann Heath. Der Vorschlag wird angenommen.

Couve: erklärt, daß er die französische Position vor der Konferenz der Sieben in kurzer unpolemischer Weise darlegen werde.

Spaak: fragt, wie die Sitzung mit den Engländern abgeschlossen werden müsse.

Schröder: Es solle erklärt werden, daß die Konferenz in diesem Augenblick praktisch daran gehindert ist, weiterzuarbeiten. Technisch besteht die Konferenz weiter fort.

Luns: ebenso.

Fayat: wiederholt die Formulierung. Die Konferenz ist praktisch daran gehindert, in ihrer Arbeit fortzufahren. Nach dieser Feststellung wird er erklären, daß die 17. Ministertagung dieser Konferenz geschlossen sei.

Spaak: ist nur einverstanden, wenn sich die britische Delegation mit diesem Verfahren einverstanden erklärt. Die Briten dürfen auf keinen Fall gezwungen werden, ihrerseits die Konferenz abzubrechen. Es muß ganz klar sein, daß die Fünf bereit sind weiterzuverhandeln und daß nur Frankreich nicht weiterverhandeln will. Sonst bringen wir die Briten in eine Lage, die sie nicht verdient haben.

Colombo: Wie die einzelnen Delegationen die Situation beurteilen, wird sich aus ihren Äußerungen in der Sitzung der Sieben klar ergeben.

Spaak: schlägt vor, daß der Präsident der Konferenz keine Pressekonferenz abhält. Jede Delegation hält ihre eigene Pressekonferenz ab.

Fayat: teilt mit, daß man um 16.30 Uhr zu Sieben zusammentreten wird.

V.

29. Januar 1963. Sitzung der Sechs mit dem Vereinigten Königreich
Beginn: 16.45 Uhr

Fayat: als Präsident eröffnet die Sitzung. Die Sechs haben über den französischen Aussetzungsantrag ausführlich gesprochen. Dabei sind gestern und heute verschiedene Kompromißvorschläge geprüft worden. Fünf Delegationen haben sich auf den nachstehenden Entwurf einer Resolution geeinigt:

„Die Europäische Kommission wird gebeten, einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Beitrittsverhandlungen zwischen Großbritannien und den sechs Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in dem sie sowohl die bereits erzielten Ergebnisse als auch die noch offenen Fragen darlegt und zu den letzteren Stellung nimmt, innerhalb der nächsten 3 Wochen zu erstellen.

Dieser Bericht wird jeder der sieben Delegationen, aus der sich die Konferenz zusammensetzt, überreicht. Die Konferenz wird ihre Arbeit spätestens 10 Tage nach Vorlage dieses Berichts wieder aufnehmen."

Die französische Delegation hat ihre Zustimmung zu diesem Entwurf verweigert und wird in dieser Sitzung ihre Auffassung darlegen.

Er bittet die Delegationen, sich zu äußern.

Nacheinander nehmen das Wort die Minister Spaak, Luns, Schröder, Couve de Murville, Colombo und Schaus. Niederschriften der wichtigsten Erklärungen anbei (Anlagen 1–5a).

Dann erteilt der Präsident das Wort dem Präsidenten der EWG-Kommission, Hallstein. Niederschrift anbei (Anlage 6). Schließlich erteilt der Präsident das Wort dem Leiter der britischen Delegation, Lordsiegelbewahrer Heath. Niederschrift der Rede anbei (Anlage 7).[8]

Fayat: muß als Präsident der Konferenz zu seinem tiefsten Leidwesen feststellen, daß die Mitgliedstaaten praktisch daran gehindert sind, die Verhandlungen über den Beitritt des Vereinigten Königreichs fortzusetzen. Diese Tatsache wird in weitesten Kreisen der Welt Angst und Besorgnis auslösen. Als derzeitiger Präsident dankt er seinen Vorgängern im Vorsitz und dankt insbesondere dem Leiter der britischen Delegation für den Geist der Zusammenarbeit, die diese Delegation während der Verhandlungen bewiesen hat. Er erklärt dann die 17. Ministertagung der Beitrittskonferenz für geschlossen.[9]

Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 23

[8] Dem Vorgang beigefügt. Für Auszüge aus den Erklärungen vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1963, D 113–120. Vgl. ferner Referat I A 5, Bd. 253.

[9] Vgl. weiter Dok. 63.
Vgl. ferner den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG) vom 30. Januar 1963; Ministerbüro, Bd. 208.

61

Bundesminister Barzel an Bundeskanzler Adenauer

Geheim **29. Januar 1963**[1]

Hochverehrter Herr Bundeskanzler,

im Anschluß an unsere Unterredung am 9. Januar und das Gespräch mit dem Herrn Regierenden Bürgermeister von Berlin[2] am 11. Januar möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf folgendes lenken:

Ulbricht hat in seiner Rede auf dem VI. Parteitag der SED, abgedruckt in „Neues Deutschland" vom 16. Januar 1963[3], zur Deutschland- und Berlinfrage einige wichtige Akzente gesetzt. Er hat betont, „Regierungsorgane in Bonn" hätten „in der Westpresse" darüber informiert, daß zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der DDR Kontakte zur Vorbereitung politischer Besprechungen hergestellt worden seien. Es hätte im Interesse der Sache gelegen, diese Kontakte vertraulich zu pflegen. Die Bonner Regierung habe „nunmehr durch ihre offiziellen Vertreter den Vorschlag gemacht, den Swing im Handelsverkehr zwischen beiden deutschen Staaten um 400 Millionen Verrechnungseinheiten zu erhöhen".[4] Als Gegenleistung hierfür habe die Bonner Regierung „die Zustimmung der DDR zur Eingliederung Westberlins in die Bundesrepublik" verlangt, indem sie Verabredungen über den „Grenzverkehr" der Berliner gefordert habe. Dies sei ein „unsittliches Geschäft", weil „die Bonner Regierung für Westberlin in keiner Weise zuständig" sei. Dann folgt der Satz: „Wir sind natürlich bereit, Verhandlungen über die Herstellung normaler Beziehungen zwischen der Regierung der DDR und dem Westberliner Senat zu führen." Dem Hinweis auf den bekannten Brief der östlichen Seite an den Regierenden Bürgermeister von Berlin[5] schließt Ulbricht diese Bemerkung an:

„Die Beziehungen Westberlins mit der DDR können nur zwischen Vertretern der DDR und des Westberliner Senats geregelt werden. Wenn der Westberliner Senat die reale Lage nutzen würde, dann wäre das nicht nur im Interesse der Westberliner Bevölkerung, die sich selbstverständlich in der Westberliner Enge nicht wohlfühlt, sondern auch im Interesse der deutschen Friedensregelung."

Diese Passage Ulbrichts ist von vielen in Berlin und in Bonn so ausgelegt worden, als habe damit Ulbricht ein für allemal die Tür zu Verhandlungen über

[1] Durchdruck.

[2] Willy Brandt.

[3] Für den Wortlaut der Rede vom 15. Januar 1963 vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 16 vom 16. Januar 1963, S. 1 B-14 B.

[4] Der „Swing" im Interzonenhandel ermöglichte den Vertragspartnern die Überziehung des Verrechnungskontos um einen vereinbarten Betrag. Vgl. dazu weiter Dok. 180, besonders Anm. 3.

[5] Zum Schreiben des Stellvertretenden Außenministers der DDR, König, vom 19. Dezember 1962 vgl. Dok. 3, Anm. 3.

die Durchlässigmachung der Mauer für Westberliner zugeschlagen. Diese Meinung wurde und wird hier nicht geteilt.

Es muß, wie ich glaube, davon ausgegangen werden, daß die östliche Seite sehr wohl bereit ist, in dieser Frage Entgegenkommen zu zeigen, wenn diese Verhandlungen und Abmachungen zwischen der Sowjetzone und Westberlin geführt würden. Für diese Interpretation spricht auch die Tatsache, daß Chruschtschow und Ulbricht in ihren Reden wieder von Berlin als einer Stadt auf dem Gebiet der „DDR" gesprochen haben. Auch kann nicht übersehen werden, daß die SED, die am Westberliner Wahlkampf teilnimmt, in ihrer Agitation deutlich zu erkennen gibt, daß über „Passierscheine" ein Arrangement des Westberliner Senats mit der DDR getroffen werden könne.

Im Hinblick auf den Verlauf der Interzonenhandelsgespräche in den letzten Monaten und die Besprechungen im Staatssekretärs-Ausschuß[6] unter Einschaltung des Vertreters des Senats von Berlin[7] und des Herrn Bundesbevollmächtigten[8] halte ich mich für verpflichtet, auf diese östliche Tendenz hinzuweisen. Es bleibt auch zu beachten, daß Ulbricht offenbar bestrebt ist, die Interzonenhandelsverhandlungen, die technische Kontakte zwischen den Gebieten der DM-West und der DM-Ost sind, langsam aufzuwerten zu Handelsvertragsverhandlungen zweier souveräner Staaten.

In diesem Zusammenhang muß ferner die Bereitschaft des Regierenden Bürgermeisters von Berlin zu einem Gespräch mit Ministerpräsident Chruschtschow[9] und seine Mitteilung gesehen werden, daß er beabsichtigt hatte, diesem einen Vermerk über die Bemühungen zur Durchlässigmachung der Mauer zu übergeben, der auch die Bemühungen über den Interzonenhandel und das Rote Kreuz hätte zum Inhalt haben sollen. Dieser „Vermerk" ist hier nicht bekannt. Wäre er übergeben worden, so hätte das meines Erachtens eine klare Überschreitung der Kompetenzen des Regierenden Bürgermeisters und den Beginn einer eigenen Außenpolitik bedeutet.

Nach dem VI. SED-Parteitag glaube ich, daß der militärische Druck gegen Westberlin vorerst nachlassen, der politische Druck aber stärker werden, sich aber weniger gegen die Alliierten als gegen den Westberliner Senat und die Bundesregierung richten wird, mit dem Ziel, wenigstens zur De-facto-Anerkennung zu kommen.

Ich möchte mich, hochverehrter Herr Bundeskanzler, nicht darauf beschränken, auf diese Tatsachen und Tendenzen hinzuweisen, sondern erneut ein Gespräch über diese Fragen anregen und Sie auch bitten, prüfen zu lassen, wie diesen Tendenzen wirksam entgegnet werden kann.

Die Berliner fühlen sich vom Bund isoliert. So entwickelt sich leicht eine psychologische Bereitschaft zu „Zwischenlösungen", die die Gefahr der Begründung einer besonderen Souveränität für Westberlin in sich schließen könnte.

6 Vgl. dazu Dok. 3.
7 Klaus Schütz.
8 Felix von Eckardt.
9 Vgl. dazu Dok. 27 und Dok. 28.

Unerläßlich scheint mir, alle Personen und Ämter, die mit diesen Fragen zu tun haben, auf die Notwendigkeit der Geheimhaltung wie der Kompetenzwahrung hinzuweisen. Auch die Frage, ob und wie in diesem Zusammenhang das Rote Kreuz tätig werden könnte und sollte, bedarf m. E. sorgfältiger Prüfung.

Durchschrift dieses Schreibens richte ich an den Herrn Bundesminister für Wirtschaft[10], der für den Interzonenhandel federführend zuständig ist, an den Herrn Bundesminister des Auswärtigen sowie an den Herrn Bundesminister für besondere Aufgaben[11].

In ausgezeichneter Hochachtung

Ihr sehr ergebener
gez. Rainer Barzel

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 52

62

Staatssekretär Carstens an Botschafter Groepper, Moskau

AB-84.20/94/63 geheim **29. Januar 1963**[1]
Fernschreiben Nr. 40 **Aufgabe: 30. Januar 1963, 21.00 Uhr**

Auf 66 vom 27.[2]
Nur für Botschafter

I. Ihr Bericht über Ihr Gespräch mit Kohler und die im Anschluß daran von Ihnen angestellten Erwägungen über unsere Verhandlungspositionen in der Deutschland- und Berlinfrage sind hier mit Interesse zur Kenntnis genommen worden.

Wie Sie glauben auch wir, daß die Sowjets nach der bald zu erwartenden Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Sondierungsgespräche[3] den Eindruck zu erwecken bemüht sein werden, als ob sie in der Frage der Zusammensetzung der Truppen in Westberlin und der Zeitdauer ihres Verbleibens „Konzessionen" machen würden. In ihren letzten Äußerungen haben sie vorge-

[10] Ludwig Erhard.
[11] Heinrich Krone.

[1] Der Drahterlaß wurde von Ministerialdirigent Reinkemeyer konzipiert. Hat Ministerialdirektor Krapf am 30. Januar 1963 vorgelegen.
[2] Vgl. Dok. 56.
[3] Zu den bisherigen amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen über Berlin vgl. Dok. 5, Anm. 4. Zu den Erwägungen einer Wiederaufnahme vgl. weiter Dok. 84.

schlagen, die Truppen in Westberlin unter „die Flagge der Vereinten Nationen" zu stellen.[4]

Wir stimmen auch mit Ihnen darin überein, daß eine der wenigen Gegenleistungen, die der Westen für einen vereinbarten modus vivendi den Sowjets anbieten könnte, in der Abgabe von Nichtangriffserklärungen der NATO und des Warschauer Paktes bestünde.

II. 1) Unterstellung der Truppen unter die VN

Letzter Stand der sowjetischen Vorschläge ist wiedergegeben in sowjetischem Memorandum, das Semjonow am 3. 12. 62 Kohler übermittelt hat. Semjonows Vorschlag in diesem Punkte wiederholt Dobrynins Vorschlag gegenüber Rusk vom 12. Juli 1962[5]. Danach sollen die Truppen der Westmächte durch VN-Polizeiformationen ersetzt werden, die aus britischen, amerikanischen und französischen Kontingenten sowie aus Kontingenten ander VN-Mitgliedstaaten bestehen sollen. Diese VN-Polizeiformationen sollen anfangs nicht die Stärke der Truppen der drei Westmächte in Westberlin nach dem Stande vom 1. Juli 1962 übersteigen und dann in jedem der folgenden vier Jahre um 25% vermindert werden, so daß sich nach Ablauf der vier Jahre keine ausländischen Truppen mehr in Westberlin befinden.

Es wird hier durchaus für möglich gehalten, daß Sowjets im Laufe der sowjetisch-amerikanischen Sondierungsgespräche oder jedenfalls formeller sowjetisch-amerikanischer Verhandlungen ihr Angebot dadurch noch attraktiver machen könnten, daß sie Zusammensetzung der Polizeiformationen im Sinne westlicher Vorstellungen verändern und den Zeitraum ihres Verbleibs verlängern.

Wir glauben aber ebenso wie Sie und Kohler, daß die Sowjets auch weiterhin darauf bestehen, daß das Besatzungsstatut[6] beseitigt wird. Indem sie diese Forderung in den Vorschlag, die Truppen den VN zu unterstellen, kleiden, können sie auf einige Sympathie bei der öffentlichen Meinung der Welt rechnen.

Wir wenden uns gegen eine solche Unterstellung der Besatzungstruppen der drei Mächte in Westberlin unter „die Flagge der VN", und zwar unabhängig davon, ob sie allein dort verbleiben oder ob ihnen bei Verminderung ihrer Stärke VN-Kontingente anderer Herkunft beigegeben würden. Eine Unterstellung der Truppen der drei Mächte unter die VN-Flagge ist ohne Übergang der Kommandogewalt auf die VN nicht denkbar und bedeutet Novation des Anwesenheitsrechts der Truppen der drei Mächte. Ferner unterwirft die Unterstellung der Truppen unter die VN ihre Anwesenheit dem sowjetischen Veto im

[4] Vgl. dazu Dok. 56, Anm. 10 und 14.

[5] Am 12. Juli 1962 wurde dazu folgende Erklärung der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS abgegeben: „Die Sowjetregierung hat bekanntlich einen ernsthaften Schritt ... unternommen, indem sie sich einverstanden erklärt hat, daß die Besatzungstruppen der drei Großmächte für eine bestimmte Zeit durch Truppen einiger anderer Staaten unter der UNO-Flagge ersetzt werden ...". Vgl. DzD IV/8, S. 835.

[6] Zum Besatzungsstatut für Berlin vgl. Dok. 56, Anm. 13.

Sicherheitsrat und den schwankenden Mehrheitsverhältnissen in der Vollversammlung.[7]

2) Abgabe von Nichtangriffserklärungen durch die NATO und den Warschauer Pakt

Auch hier werden die Gefahren, die die Abgabe von Nichtangriffserklärungen durch NATO und Warschauer Pakt bedeuten würde, nicht verkannt. Um eine Anhebung des Status des SBZ-Regimes zu vermeiden, ist an einen formellen Nichtangriffspakt zwischen den NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten[8] nicht gedacht. Darüber besteht Einigkeit mit unseren Verbündeten. Es wird hier auch nicht übersehen, daß die Abgabe solcher Nichtangriffserklärungen gewisse Nachteile mit sich bringt[9]. Doch wird hier nicht angenommen, daß die Abgabe solcher Erklärungen für die Sowjets die „größtmögliche Sicherheitsgarantie" darstellen würde, die für sie bei Verbleiben der Bundesrepublik in der NATO überhaupt erreichtbar ist. Diese würde vielmehr eher in einer Vereinbarung über eine Begrenzung des militärischen Potentials der Bundesrepublik, in Zonen verdünnter Rüstung und ähnlichem zu sehen sein. Wir glauben daher auch nicht, daß die Abgabe von Nichtangriffserklärungen wesentlichen Einfluß auf die Einstellung der Sowjetunion zur Wiedervereinigung haben würde – wobei im Sinne Ihrer Überlegungen unterstellt wird, daß die Befriedigung ihres Sicherheitsbedürfnisses für die Sowjets ein[10] Motiv für eine Revision der sowjetischen Deutschlandpolitik sein könnte.

Der Vorschlag der Abgabe von Nichtangriffserklärungen der NATO und des Warschauer Paktes muß vor allem im Rahmen der amerikanischen Bemühungen um einen modus vivendi mit den Sowjets gesehen werden, wie sie durch Übergabe der „draft principles" im März 1962 in Genf[11] eingeleitet wurden.

[7] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Es ist sicher richtig, daß auch unser gesamtdeutscher Anspruch durch Beseitigung des Besatzungsstatuts von Berlin faktisch geschwächt würde. Wir sehen allerdings nicht nur im Besatzungsstatut, sondern vor allem in der Existenz eines wirklich freien Westberlin, d. h. nicht in einer ‚Freistadt' Westberlin, den ‚Tampon', der die deutsche Wunde daran hindert, zu vernarben. Auch Chruschtschow selbst dürfte dies so sehen. So hat er früher z. B. von dem ‚Dorn im Fleische', der Westberlin sei, gesprochen. An die juristische Konstruktion hat er dabei vermutlich weniger gedacht als an die Ausstrahlung und den Symbolwert des freien Berlin. Eine weitere gefährliche Auswirkung der Aufhebung des Besatzungsstatus bestünde im übrigen darin, daß die drei Westmächte auch keine originären Rechte auf Zugang mehr hätten, sich diese vielmehr von der SBZ, bestensfalls von der Sowjetunion, gewähren lassen müßten."

[8] Zum sowjetischen Vorschlag eines solchen Nichtangriffsabkommens vgl. Dok. 54, Anm. 15.

[9] Die Wörter „gewisse Nachteile mit sich bringt" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „in etwa die Teilung Deutschlands noch weiter verhärtet. Schließlich sind auch Bedenken, wie sie z. B. Laloy geäußert hat, nicht von der Hand zu weisen, daß die Abgabe solcher Erklärungen von den Sowjets dazu benützt würde, Gedanken wie den Rapacki- Plan weiter zu fördern."

[10] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „wesentliches".

[11] Die amerikanische Regierung unterbreitete ihren Verbündeten am 9. April 1962 ein Vorschlagspaket für die Verhandlungen mit der UdSSR über eine Beilegung der Berlin-Krise, zu dem sie innerhalb von zwei Tagen Stellung nehmen sollten. Mit Blick auf die Deutschland- und Berlin-Frage sah der Vorschlag die Bildung einer Reihe von Ausschüssen vor, die aus der gleichen Anzahl west- und ostdeutscher Mitglieder zusammengesetzt sein und sich mit „technischen Kontakten" zwischen der Bundesrepublik und der DDR befassen sollten. Zur Überwachung der Zugangswege nach Berlin (West) wurde die Schaffung einer internationalen Behörde angeregt. Darüber hinaus sollten Nichtangriffserklärungen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt

Dabei war Kohler wesentlich beteiligt. Wir haben den „draft prinicples" in ihrer dritten Fassung bei dem Besuch Rusks in Bonn im Juni 1962[12] zugestimmt. Wir sind der Meinung, daß diese „draft principles" nach Kuba[13] im Lichte der neuen Lage revidiert werden müssen. Auch nach Kuba zweifeln wir daran, daß mit den Sowjets im Wege von Verhandlungen ein modus vivendi für Berlin auf einer für den Westen akzeptablen Grundlage zu erreichen ist. Wir sind uns jedoch darüber im klaren, wie sehr sich die amerikanische Führung ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens und der Gefahren einer Eskalation, die sich gerade in der Frage des Zugangs nach Berlin ergeben kann, bewußt ist. Wir müssen daher unseren amerikanischen Verbündeten die Möglichkeit geben, den Sowjets für eine Regelung des Zugangs, die gefährliche Verwicklungen unwahrscheinlich machen würde, eine Gegenleistung anzubieten. Eine der wenigen möglichen Gegenleistungen stellt die Abgabe von Nichtangriffserklärungen dar.[14] Wir bewerten die Gefahr dieser Erklärungen nicht so hoch, als daß wir durch Widerstand gegen den entsprechenden Vorschlag die amerikanischen Bemühungen um einen modus vivendi von vornherein zunichte machen würden.

Carstens[15]

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 45

Fortsetzung Fußnote von Seite 220

abgegeben und die Verpflichtung übernommen werden, die bestehenden Grenzen nicht gewaltsam zu verändern. Vgl. dazu den Artikel von Sydney Gruson, U. S. Draft Plan on Berlin Asks Peace Pledges; THE NEW YORK TIMES, Nr. 38066 vom 14. April 1962, S. 1f.; DzD IV/8, S. 412f. (Anmerkung).

Zur Reaktion auf die am 13. April 1962 durch eine Sendung des Deutschlandfunks auch der Öffentlichkeit bekannt gewordenen „draft principles" vermerkte Bundesminister Krone in seinem Tagebuch: „Als am Donnerstag, den 12. April, nachmittags im Zimmer Brentanos im Bundestag der Kanzler durch Schröder und Carstens die Fraktionsvorsitzenden über das Gesprächspaket der Amerikaner unterrichtete, haben Brentano und ich nicht nur Bedenken geäußert, sondern dieses Vorgehen für gefährlich gehalten und als eine Schwenkung der amerikanischen Politik bezeichnet. Wenn es zu einem Abschluß mit den Sowjets auf dieser Basis käme, würden die Möbelwagen in Berlin nicht ausreichen; Berlin würde eine tote Stadt." Vgl. KRONE, Aufzeichnungen, S. 169.

12 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers vom 21. bis 23. Juni 1962 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 37, Anm. 19.

13 Zur Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.

14 Vgl. dazu weiter Dok. 187.

15 Paraphe vom 30. Januar 1963.

63

Runderlaß des Bundesministers Schröder

St.S. 79/63

30. Januar 1963[1]
Aufgabe: 31. Januar 1963, 13.30 Uhr

Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften

Die Konferenz über den Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften hat gestern ihr vorläufiges Ende gefunden.[2]

1) Auf der Ministertagung vom 17. Januar hatte die französische Delegation beantragt, die Konferenz aus den von dem französischen Staatspräsidenten auf seiner Pressekonferenz vom 14. Januar[3] geltend gemachten Gründen „sine die" zu vertagen, d. h. abzubrechen. Die fünf anderen Delegationen der Gemeinschaft und die britische Delegation hatten dem widersprochen. Die Erörterungen über die hieraus entstandene Lage war auf die Ministertagung vom 28. und 29. Januar vertagt[4] worden.

Auf der deutsch-französischen Konferenz in Paris vom 21./22. Januar[5] wiederholte die Bundesregierung ihren von jeher eingenommenen Standpunkt, daß sie den Beitritt Großbritanniens aus politischen und wirtschaftlichen Gründen für notwendig und ein baldiges positives Ergebnis der Verhandlungen für möglich halte. Die französische Regierung erhielt ihre ablehnende Meinung aufrecht.

Ungeachtet der sachlichen Meinungsverschiedenheiten zeichnete sich die Aussicht ab, durch eine prozedurale Lösung Zeit für weitere Erörterungen im Kreis der beteiligten Regierungen zu gewinnen. Die deutsche Delegation legte daraufhin auf der Ministertagung der Beitrittskonferenz vom 28. und 29. Januar folgenden Vorschlag vor:

„Die Europäische Kommission wird gebeten, einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Beitrittsverhandlungen zwischen Großbritannien und den sechs Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in dem sie sowohl die bereits erzielten Ergebnisse als auch die noch offenen Fragen darlegt und zu den letzteren Stellung nimmt, innerhalb der nächsten drei Wochen zu erstellen.
Der Bericht wird den sieben an der Konferenz beteiligten Delegationen zugeleitet. Die Konferenz tritt spätestens 10 Tage nach Fertigstellung des Berichts wieder zusammen."

Dieser Vorschlag beruhte auf der Überlegung, daß es weder den Franzosen zumutbar war, in diesen Tagen ihre These von der Aussichtslosigkeit der Beitrittsverhandlungen aufzugeben, noch den fünf anderen Partnern und den

[1] Der Runderlaß wurde von Staatssekretär Lahr konzipiert.
[2] Vgl. dazu Dok. 60.
[3] Vgl. dazu Dok. 21.
[4] Vgl. dazu Dok. 30 und Dok. 31.
[5] Vgl. dazu Dok. 37–39, Dok. 43 und Dok. 44.

Engländern, jetzt in den Abbruch der Konferenz einzuwilligen. Die Entscheidung hierüber sollte vielmehr ohne jedes Präjudiz für oder gegen einen der Beteiligten bis Ende Februar oder Anfang März aufgeschoben werden, um in der Zwischenzeit nach Auswegen zu suchen.

Während der deutsche Vorschlag von den vier anderen Partnern und der britischen Delegation voll gebilligt wurde und auch die Europäische Kommission sich mit der Übernahme des ihr zugedachten Mandats einverstanden erklärte, lehnte ihn die französische Delegation ab, weil sie keine Stellungnahme der Kommission zu den noch offenen Fragen und keine Weiterleitung des Berichts an die britische Delegation wünschte und vor allem weil sie gegen die Anberaumung eines weiteren Konferenztermins war. Es ergab sich eindeutig, daß Frankreich das Mandat an die Kommission, gegen das es grundsätzlich nichts einzuwenden hatte, als eine Schlußbilanz, nicht aber als Maßnahme zur Förderung der Konferenz betrachtete und daß es den sofortigen Abbruch der Konferenz erzwingen wollte. Hieran mußten alle unsere Vermittlungsbemühungen, die sich sowohl in der Ministertagung selbst als vor allem in bilateralen Gesprächen, darunter vielstündigen Erörterungen zwischen deutschen und französischen Ministern, abspielten, scheitern.

Es blieb dem Konferenzpräsidenten[6] infolgedessen nichts anderes übrig, als der britischen Delegation „zu seinem großen Leidwesen zu erklären, daß sich die Sechs infolge des Widerspruchs Frankreichs faktisch außerstande sähen, die Besprechungen fortzusetzen". Jede der fünf Delegationen außer Frankreich brachte ihrerseits ihr lebhaftestes Bedauern über diese Entwicklung zum Ausdruck. Das gleiche erklärte die britische Delegation.

2) Unser Verhalten war von dem Bestreben absoluter Eindeutigkeit in der Vertretung unserer eingangs definierten Auffassung bestimmt. Von vielen Seiten war an uns der Wunsch herangetragen worden, auf die französische Delegation mit dem Ziel des Zeitgewinns einzuwirken. Wir haben dies in mit großer Sorgfalt und Geduld geführten, freundschaftlichen Gesprächen getan, ohne jedoch einen Zweifel über unseren materiellen Standpunkt aufkommen zu lassen. Das deutsch-französische Konsultationsabkommen schließt also keineswegs die Billigung der von dem französischen Staatspräsidenten auf seiner Pressekonferenz am 14. Januar eingenommenen Haltung ein. Zu entgegenstehenden Interpretationen haben wir bemerkt[7], daß ein Konsultationsabkommen keineswegs bedeute, der eine habe den Thesen des anderen unbedingt zu folgen, daß es auch unter Freunden erhebliche Meinungsverschiedenheit geben könne, wie es im Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland sowohl in dieser Frage als bei Verteidigungsproblemen der Fall sei, und wir unsere Aufgabe darin sähen, der französischen Regierung im Rahmen der Konsultation unsere Argumente nahezubringen.[8]

Unsere Argumente sind im wesentlichen die folgenden:
Der Beitritt Großbritanniens ist politisch notwendig, weil das übrige Europa

[6] Henri Fayat.

[7] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „hervorgehoben".

[8] Vgl. dazu auch Dok. 51.

und namentlich wir selbst die britische Zusammenarbeit zur Bewältigung der sich aus dem Ost-West-Gegensatz ergebenden Probleme und der übrigen weltpolitischen Fragen benötigen, d. h. weil wir in einer Orientierung der britischen Politik auf Europa eine Stärkung Europas und der gesamten freien Welt erblicken. Der Beitritt Großbritanniens ist wirtschaftlich notwendig, weil er – zumal in Verbindung mit den Beitritten und Assoziierungen, die in seinem Gefolge stattfinden sollen – zu einer Erweiterung und Stärkung des Gemeinsamen Marktes nach innen und außen und so zu einer praktisch das ganze freie Europa umfassenden Einigung führen wird. Namentlich wir, deren Gesamtexport zu etwa 30% in die Länder der EFTA geht und deren Aktivum in Handels- und Zahlungsbilanz auf dem Handel mit diesem Raum beruht, sind daran interessiert, uns wirtschaftlich von diesen Ländern nicht zu entfernen. Für den Beitritt spricht weiter, daß sich über die Erweiterung der EWG der Weg zu einer atlantischen Partnerschaft auf der Grundlage von Trade Expansion Act[9] abzeichnet.

3) Die französische Delegation befand sich in einer objektiv unhaltbaren Position. Sie konnte die von dem französischen Staatspräsidenten auf seiner Pressekonferenz vorgebrachten politischen Gründe nicht bringen, weil sie sich damit im Gegensatz zu dem unter ihrer Mitwirkung im Oktober 1961 gefaßten Beschluß über die „recevabilité" (Einlassung) gegenüber dem britischen Beitrittsgesuch gesetzt hätte[10] oder, sobald sie sich auf politische Vorgänge jüngeren Datums berufen hätte, dem Einwand gegenüber gesehen hätte, daß solche Argumente im Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft keine Stütze fänden. Sie hätte sich noch mehr als ohnehin dem Vorwurf ausgesetzt, den Artikel 237 des Rom-Vertrages[11] und die Präambel des Rom-Vertrages[12], die die anderen europäischen Staaten zur Mitwirkung an den Aufgaben der Gemeinschaft einladen, zu verletzen. Sie mußte sich daher notgedrungen auf die von dem französischen Staatspräsidenten gebrachten wirtschaftlichen Gründe, die offensichtlich nur Hilfsargumente waren, stützen, sich hierauf aber sagen lassen, daß keines dieser Argumente ernsthafter Prüfung standhalte. Die letzte Stütze hatte ihr die kurz zuvor gehaltene Rede von Vizepräsident Mansholt genommen, in der dieser unter Berufung auf die von ihm im letzten Verhandlungsstadium geleitete Erörterung der landwirtschaftlichen Fragen erklärt hatte, daß bei ausreichender Konzessionsbereitschaft im Rahmen des Rom-Vertrages Kompromißlösungen durchaus gegeben seien. Daß von französischer Seite nur wirtschaftliche Argumente gebracht wurden, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß für die französische Haltung die bekannten politischen Argumente ausschließlich oder weit überwiegend maßgeblich waren.

4) Die vier übrigen Delegationen haben ihre Enttäuschung über die Haltung Frankreichs und das vorläufige Fernbleiben Großbritanniens in nachdrücklicher und teilweise sehr deutlicher Form zum Ausdruck gebracht.

[9] Zum Trade Expansion Act vom 11. Oktober 1962 vgl. Dok. 31, Anm. 22.

[10] Zu den Vorbesprechungen am 10. Oktober 1961 in Paris über das britische Beitrittsgesuch zur EWG vgl. BULLETIN DER EWG 11/1961, S. 24 f.

[11] Zu Artikel 237 des EWG-Vertrags vgl. Dok. 60, Anm. 6.

[12] Für den Wortlaut der Präambel vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 760.

5) Die britische Delegation hat erklärt, trotz des schweren Fehlschlags, der sie treffe, werde die britische Regierung an ihrer bisherigen Europa-Politik festhalten und ihre Bemühungen um den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften und um eine politische Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Staaten fortsetzen.

6) Nach Abschluß der Konferenz fand eine Aussprache zwischen den fünf den Beitritt bejahenden Delegationen und der britischen Delegation statt, die zu dem gemeinsamen Ergebnis führte, es müsse alles unternommen werden, um die durch die Verhandlungen zwischen Großbritannien und den Gemeinschaftsländern entstandenen Kontakte und Bande nicht abreißen zu lassen. Jede der genannten Regierungen wird in eine intensive Prüfung dieser Frage eintreten. Der Gedankenaustausch soll in etwa zwei Wochen in einer noch festzustellenden Weise fortgesetzt werden. In einem Gespräch, das schließlich zwischen deutschen und britischen Ministern stattfand, kam von englischer Seite noch deutlicher das Bestreben zum Ausdruck, in der Zeit bis zur Vollmitgliedschaft Großbritanniens in den Europäischen Gemeinschaften andere, möglichst enge wirtschaftliche und vor allem politische Verbindungen mit den kontinentalen Ländern zu schaffen.

7) Die Europäischen Gemeinschaften und namentlich die EWG, deren bisherige Entwicklung eigentlich nur Erfolge, darunter über alle Erwartungen hinausgehende Erfolge aufzuweisen hatten, haben einen schweren Fehlschlag erlitten. Nicht nur der Gedanke an die Erweiterung um Großbritannien und einige weitere Länder (Dänemark, Norwegen, Irland[13]) sowie um die Schaffung enger Beziehungen zu fast allen noch verbleibenden europäischen Ländern ist vorläufig gescheitert; auch durch die Gemeinschaften selbst geht gegenwärtig ein Riß. Nur der Zollabbau innerhalb der Gemeinschaft und die Annäherung an den Gemeinsamen Außentarif setzen sich automatisch fort. In allen Fragen jedoch, die unter dem Begriff der Wirtschaftsunion zusammenzufassen sind, ist eine Stagnation oder jedenfalls eine Verzögerung des Integrationsprogresses zu befürchten. Es bedarf erfahrungsgemäß zu jeder wichtigeren Maßnahme der Gemeinschaft eines sich ständig erneuernden politischen Impulses. Das von partikularen Interessen bestimmte Versagen Frankreichs wird aber wohl unvermeidlicherweise seine Rückwirkungen auf die Haltung der anderen Partner haben. Auch der Gedanke der Europäischen Politischen Union ist vorläufig erledigt. Im Verhältnis zur übrigen freien Welt zeichnen sich ernste Gefahren ab.

8) Die künftige Haltung der Bundesregierung ist von folgenden Überlegungen bestimmt:
a) Der Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften wird kommen, auch wenn das Datum gegenwärtig unklar ist. Bis dahin muß alles getan werden, Großbritannien auf andere Weise im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich so eng wie möglich mit den Ländern der Gemeinschaft zu verbinden.
b) Der an sich unvermeidliche Rückschlag innerhalb der Gemeinschaft der Sechs muß so weit wie möglich eingedämmt werden. Es darf keine Politik der

[13] Zu den Beitrittsgesuchen dieser Staaten zur EWG vgl. Dok. 8, Anm. 2.

Ressentiments geben. Wir werden die Probleme, die wir für die Zukunft der Gemeinschaft für wesentlich halten, noch stärker als bisher in den Vordergrund stellen. Dies gilt vor allem für eine liberale Politik der Gemeinschaft gegenüber den sogenannten Drittländern.
c) Wir halten die deutsch-französische Vereinbarung vom 22. Januar[14] nach wie vor für eines der wesentlichsten Elemente unserer Außenpolitik. Wir betrachten sie als ein Instrument auf der Grundlage gegenseitiger Gleichberechtigung und[15] einen Schritt zu der von uns angestrebten politischen Einigung Europas.

Schröder[16]

Büro Staatssekretär, Bd. 383

64

Botschafter Duckwitz, Neu-Delhi, an Staatssekretär Carstens

30. Januar 1963[1]

Lieber Herr Carstens,

unter den mir von meinen hiesigen Kollegen anläßlich meiner Erkrankung zugegangenen Gute-Besserungs-Wünschen und Sympathiekundgebungen war die meines sowjetrussischen Kollegen ganz besonders herzlich. In einem kürzlichen Gespräch mit ihm bot er sogar die Entsendung eines erstklassigen russischen Facharztes an, der mich behandeln sollte; ein Angebot, das ich nur mühsam abwehren konnte.

Abgesehen davon, daß ich zu Botschafter Benediktow seit meiner Ankunft hier ein erfreuliches Verhältnis gefunden habe, das sich allerdings zumeist in gegenseitigen Anpflaumereien erschöpft, verdanke ich ihm auch manche Information, die sich später als richtig herausgestellt hat. Benediktow ist nicht der übliche Typ des Sowjetdiplomaten. Er redet nicht nur in Leitartikeln der Prawda, sondern entwickelt manchmal auch eigene Ansichten. Er ist, um das Bild abzurunden, 7 Jahre Landwirtschaftsminister der UdSSR gewesen und ist heute noch (seit 1952) Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU.

Als er kürzlich aus Moskau zurückkam, ließ er gesprächsweise erkennen, daß er bei seinen Kollegen im Zentralkomitee und, wie er betonte, auch bei mehreren Zusammenkünften mit Chruschtschow immer wieder auf die Ansicht ge-

[14] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[15] Der folgende Passus wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „wünschen nicht, ihm den Anschein des Wiederauflebens eines überholten Bilateralismus zu geben".

[16] Paraphe vom 31. Januar 1963.

[1] Privatdienstschreiben.
Hat Staatssekretär Carstens am 9. Februar 1963 vorgelegen.

stoßen sei, daß man eine Entspannung der Gesamtsituation und eine Lösung der Deutschlandfrage niemals erreichen könne, wenn sich nicht die Russen und die Deutschen an einen Tisch setzen. Selbstverständlich, wie er hinzufügte, in direktem Gespräch und ohne Einschaltung der DDR.

Unter diesem Gesichtspunkt sei, wie er aus Moskau wisse, die Absage Bürgermeister Brandts, zu einer Besprechung mit Chruschtschow zusammenzutreffen[2], besonders enttäuschend gewesen. Man habe zwar keine Resultate von einer solchen Unterhaltung erwartet, aber immerhin hätte man sich nützlicherweise einmal über alle Berlin betreffenden Fragen aussprechen können. Es bleibe für ihn und seine Kollegen unverständlich, daß Bürgermeister Brandt diese Gelegenheit nicht benutzt habe.

Benediktow erklärte, daß die Bundesregierung jederzeit mit der Bereitschaft der Sowjetregierung rechnen könne, direkte Gespräche zu führen.[3] In den sowjetisch-amerikanischen Gesprächen[4] komme ja auch einmal ein Punkt, an dem die Amerikaner aus eigenstem Interesse wünschen müßten, die Bundesregierung unmittelbar einzuschalten, denn letzten Endes werde ja das Schicksal der Bundesrepublik behandelt.

Ich habe über dieses Gespräch aus naheliegenden Gründen keinen Bericht gemacht, möchte Sie aber gern persönlich pflichtgemäß davon unterrichten mit dem Anheimstellen, falls Sie es für wichtig genug halten, auch dem Herrn Bundesminister[5] Kenntnis zu geben. Ich persönlich überbewerte diese Äußerungen Benediktows keineswegs, halte sie aber doch angesichts seiner hohen Stellung in der Parteihierarchie für symptomatisch.

Die Zeitungen sind heute angefüllt mit dem Zusammenbruch der Brüsseler Verhandlungen[6]. Der hiesige englische Hochkommissar, Paul Gore-Booth, ein besonders aufgeschlossener und uns zugetaner Mann, charakterisierte die Haltung der französischen Regierung und die jetzt eingetretene Situation mit dem Faust-Zitat[7]: „Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode." Damit hatte er auch wohl den allgemeinen Eindruck, der hier in maßgeblichen Kreisen vorherrschend ist, wiedergegeben.

Mit herzlichen Grüßen bin ich wie immer

G. F. Duckwitz

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 395

[2] Vgl. dazu Dok. 27 und Dok. 28.

[3] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung für Bundesminister Schröder: „Eilt nicht. Wir können auf die Anregung nicht eingehen."

[4] Zu den amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen vgl. Dok. 62, weiter Dok. 84.

[5] Hat Bundesminister Schröder am 11. Februar 1963 vorgelegen.

[6] Vgl. dazu Dok. 60.

[7] Dazu handschriftliche Randbemerkung von Staatssekretär Carstens: „m. E. Hamlet?"

65

Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder

114-1/858/63 geheim
Fernschreiben Nr. 300
Citissime

Aufgabe: 30. Januar 1963, 18.45 Uhr
Ankunft: 31. Januar 1963, 02.05 Uhr

Nur für Bundesminister[1] und Staatssekretär

Habe heute Übermittlung des Briefes des Herrn Bundeskanzlers an Dean Acheson[2] zum Anlaß genommen, um mit diesem über den deutsch-französischen Vertrag[3] zu sprechen. Dabei ist mir die heftigste Reaktion begegnet, die in den zahlreichen Gesprächen der Botschaft in den letzten Tagen zu verzeichnen war.[4] Acheson ist als schonungslos offener Gesprächspartner bekannt, was durch die heutige Unterredung erneut bestätigt wurde. Meine Argumente, daß wir für den Termin der Vertragsunterzeichnung eine Woche nach der Pressekonferenz de Gaulles[5] nicht verantwortlich seien und daß der Vertrag in keiner Weise eine Indossierung der französischen NATO- und Europa-Politik bedeute, sondern in erster Linie einen bilateralen Hintergrund habe, wischte er mit der Bemerkung vom Tisch, ich möge nur ja nicht in Washington umhergehen und diese Argumente verbreiten. Das würde mir niemand abnehmen, und ich würde uns damit nur schaden. Selbstverständlich sei der Vertragsabschluß hier als eine Unterstützung der französischen Politik aufgefaßt worden und könne von der deutschen Führung auch nur so gemeint gewesen sein. Wenn das nicht der Fall gewesen wäre, gebe es nur eine Alternative: Dann wäre die Unterzeichnung zu dem Zeitpunkt eine Torheit gewesen, die er der deutschen Führung nicht zutrauen könne. Das einzige, was die deutsche Führung hätte tun können, nachdem de Gaulle in so prononcierter Weise sich gegen England und Amerika geäußert habe, wäre die Absage des Pariser Treffens[6] gewesen. Das allein hätte bei de Gaulle und in der übrigen Welt Eindruck gemacht und wäre nicht ohne positive Wirkung geblieben.

Meinen wiederholten Hinweis, daß wir mit dem Vertrag eine bilaterale Beziehung hätten regeln wollen und daß wir bewiesen hätten, daß wir in gewissen multilateralen Fragen wie Nassau[7] und Brüssel andere Wege gingen als die Franzosen und diesen Standpunkt auch offen verträten, beantwortete er mit Achselzucken und mit der Bemerkung, er zweifele, ob uns ein solcher selb-

[1] Hat Bundesminister Schröder am 31. Januar 1963 vorgelegen, der den Drahtbericht an Bundeskanzler Adenauer weiterleiten und Staatssekretär Carstens informieren ließ.

[2] Für den Wortlaut des Schreibens vom 28. Januar 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8475; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[4] Vgl. dazu Dok. 49, Dok. 50, Dok. 55 und Dok. 58.

[5] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

[6] Zur Elysée-Konferenz vom 21./22. Januar 1963 vgl. Dok. 37–39, Dok. 43 und Dok. 44.

[7] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

ständiger Weg jetzt noch möglich wäre. Er kam dann auf Ratifizierung zu sprechen und sagte, er hoffe nur, daß das deutsche Parlament den Fehler der deutschen Führung zwar nicht wiedergutmachen, aber wenigstens mildern könne, indem es die Ratifizierung ablehne. Acheson kam dann auf die Bemerkung des Bundeskanzlers über die „Haltung Macmillans in Rambouillet und den Bahamas"[8] zu sprechen und fragte mich, was mit dieser rätselhaften Bemerkung gemeint sei. Auf meine Äußerung, daß ich ihm dazu keine Erklärung geben könne, sagte er, er wisse sehr genau, was damit gemeint sei, und er sei darüber sehr betroffen („shocked").

Am Ende des Gespräches sagte Acheson, er sei einer der zuverlässigsten Freunde Deutschlands, und deshalb sei die Unterzeichnung des Vertrages für ihn einer der schwärzesten Tage der Nachkriegszeit gewesen.

Als er mir zum Schluß für die Überbringung des Briefes dankte, sagte er: „I am glad to have this letter" und verbesserte sich dann: „No, I am not glad about it." Auf meine Versicherung, daß sich durch den deutsch-französischen Vertrag von uns aus an dem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und zur NATO nichts ändern werde, gab er achselzuckend die Antwort: „We'll wait and see."

Mir scheint die Haltung Achesons kennzeichnend zu sein für das Maß des Mißverständnisses, das bei führenden Persönlichkeiten, gerade auch in deutschfreundlichen Kreisen, hier über den Vertrag entstanden ist. Mir scheint aber trotzdem inzwischen in Regierungskreisen eine nüchterne Betrachtungsweise zu beginnen. Die Regierung hatte sich von Anfang an gegenüber der eigenen Öffentlichkeit eine bemerkenswerte Zurückhaltung in der Kritik an uns auferlegt.[9]

[gez.] Knappstein

Ministerbüro, VS-Bd. 8475

[8] Im Schreiben vom 28. Januar 1963 an den ehemaligen amerikanischen Außenminister Acheson erläuterte Bundeskanzler Adenauer die Vorgeschichte zum deutsch-französischen Vertrag: „Und nun soll plötzlich alles anders aufzufassen sein, nur weil Staatspräsident de Gaulle in seiner Pressekonferenz vom 14. Januar die bekannten Bemerkungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG gemacht hat. Sie werden sicher wissen, daß diese Bemerkungen mit dem Verhalten Premierminister Macmillans in Rambouillet und auf den Bahamas in Zusammenhang gebracht werden; Näheres kann ich Ihnen brieflich leider nicht sagen." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8475; B 150, Aktenkopien 1963.

[9] Vgl. weiter Dok. 82.

66

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer

708-84.00/90.35-74/63 geheim **30. Januar 1963**

Betr.: Deutsche Ingenieure im ägyptischen Flugzeugbau
Bezug: Aufzeichnung der Abt. 3 – D 3-84.00/90.35/78/63 geheim[1]

Daß deutsche Fachleute im ägyptischen Flugzeugbau arbeiten, ist, ebenso wie die Mitwirkung deutscher Gelehrter an der ägyptischen Raketenproduktion, bekannt.[2] Nach den Berichten unserer Botschaft in Kairo beschränkt sich letztere auf einen kleineren Personenkreis. Die Mehrzahl der an derartigen Projekten eingesetzten deutschen Fachleute in Ägypten dürfte also in der Tat in der Flugzeugproduktion beschäftigt sein. Auf der anderen Seite ist es aber offenbar schwer festzustellen, ob nicht die ägyptischen Flugzeugwerke auch Raketenteile anfertigen.

Die ägyptische Rakete bildet bis jetzt noch keine militärisch entscheidende Waffe, da ihr ein wirkungsvoller Steuerungsmechanismus fehlt. Der Wert der ägyptischen Flugzeuge sollte jedoch nicht zu gering eingeschätzt werden. Da die durch die Fa. Meco entwickelten VAR-Flugzeuge eindeutig für eine militärische Verwendung bestimmt sind, stellt die Mitwirkung deutscher Ingenieure eine direkte Beteiligung an dem – vornehmlich gegen Israel gerichteten – Rüstungsprogramm der VAR dar.[3]

Es ist die unbestrittene Politik der Bundesregierung, sich aus dem Rüstungswettlauf zwischen Israel und den arabischen Staaten herauszuhalten. Sie hat daher für diesen Raum ein strikt eingehaltenes Kriegsmaterial- und Waffenembargo angeordnet.[4] Hieran hat sie auch dann festgehalten, wenn die Alternative zu einer deutschen Beteiligung die Ausdehnung des Einflusses eines kommunistischen Staates gewesen wäre. Vielmehr hat sie mit Rücksicht auf unsere guten Beziehungen sowohl zu Israel als auch zu den arabischen Staaten alles vermieden, was als Unterstützung einer Seite gewertet werden oder zu Gegenforderungen der anderen Seite Anlaß gegeben haben könnte.

[1] Vgl. die undatierte Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Im Sommer 1962 wurde im Zusammenhang mit ersten Testflügen ägyptischer Raketen bekannt, daß deutsche Fachleute an deren Entwicklung beteiligt waren. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 28. März 1963; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Leiters des Referats „Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung", von Stechow: „Wollen offenbar Bescheinigung haben, daß sie nicht im Raketenbau arbeiten."

[4] Zu Äußerungen des israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion, man werde sich in der Bundesrepublik um gewisse, für die Sicherheit Israels notwendige Ausrüstungsteile bemühen, erklärte das Auswärtige Amt Ende Dezember 1957, es entspreche der „stets geübten Praxis der Bundesregierung, ... jede Lieferung von Waffen in Gebiete, die im Mittelpunkt eines aktuellen Konflikts stehen, zu unterbinden, um auf diese Weise eine Verschärfung der dort bestehenden Spannungen zu vermeiden". Vgl. SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 311 vom 28./29. Dezember 1957, S. 1.

Würde die Bundesregierung nun eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für die in der VAR arbeitenden deutschen Ingenieure ausstellen, so bedeutete dies nicht nur, daß sie diese Tätigkeit billigt; die Bescheinigung könnte sogar als Förderung des militärischen ägyptischen Flugzeugbaus durch amtliche deutsche Stellen ausgelegt werden. Unsere Bemühungen, uns aus dem politisch außerordentlich gefährlichen Rüstungsgeschäft des Mittleren Ostens herauszuhalten, würden sehr erschwert.

Darüber hinaus müßte das Bekanntwerden einer solchen Maßnahme unsere Beziehungen zu Israel schwer belasten. Die israelische Öffentlichkeit legt nicht nur die Tätigkeit deutscher Raketenfachleute in der VAR, sondern weitgehend auch unsere sonstige Hilfe an die arabischen Staaten als Unterstützung der auf die Vernichtung Israels hinarbeitenden Kräfte aus. Die israelische Regierung hat es auch in der Raketenfrage bisher verstanden, die Bundesregierung zu exkulpieren. Würde die Tatsache der Unbedenklichkeitsbescheinigung an eine breitere Öffentlichkeit gelangen, so wäre eine scharfe Reaktion der israelischen Presse unausweichlich, und die Regierung Ben Gurion käme, schon aus innenpolitischen Gründen, um eine antideutsche Stellungnahme kaum herum. Negative Rückwirkungen nicht nur auf die noch empfindlichen deutsch-israelischen Gesamtbeziehungen, sondern auch auf das Deutschlandbild der westlichen Welt, wo unsere Haltung zu Israel sorgfältig beobachtet wird, wären zu befürchten.

Referat I B 4 erhebt daher aus den dargelegten politischen Gründen stärkere Bedenken gegen die erbetene Bescheinigung.

Wenn – ähnlich wie im Fall der Raketenspezialisten – offenbar eine rechtliche Handhabe nicht gegeben ist, die Tätigkeit deutscher Ingenieure in der ägyptischen Rüstungsindustrie zu verhindern, so sollte doch alles unterlassen werden, was als amtliche Förderung dieser Arbeiten ausgelegt werden könnte.[5]

1. Hiermit dem Herrn D I[6] vorgelegt.
2. Abteilung III[7] m.d.B. um Übernahme.

Schirmer

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221

[5] Vgl. dazu weiter Dok. 133.

[6] Hat dem Vertreter des Ministerialdirektors Jansen, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Voigt, am 1. Februar 1963 vorgelegen.

[7] Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Stechow am 4. Februar 1963 vorgelegen, der folgenden handschriftlichen Vermerk beifügte: „Eilt sehr! Zunächst H[errn] Dg III B vorgelegt. M. E. ist die Entscheidung in erster Linie politisch. Halten Sie die Zuständigkeit von [Referat] 406 für gegeben? Es handelt sich ja nicht um Dinge, in die wir regierungsseitig eingeschaltet sind. Haben Sie Anregungen für die Behandlung? Vielleicht sollte man auf Grund der dezidierten Stellungnahme von [Referat] 708 gar nichts veranlassen und auch Kairo nicht befassen?"

67

Bundesminister Schröder an Lordsiegelbewahrer Heath

31. Januar 1963[1]

Lieber Herr Heath!

Ich habe bereits in der Schlußsitzung vom 29. Januar[2] gegenüber der britischen und den anderen Delegationen zum Ausdruck gebracht, was mich als Vertreter der deutschen Regierung beim vorläufigen Abschluß unserer Verhandlungen bewegt. Gestatten Sie mir, Ihnen auch noch einige persönliche Worte zu sagen.

Ich bedauere das Ergebnis vom 29. Januar zutiefst. Ich habe in Brüssel und anderenorts, wo es mir nützlich erschien, alles getan, um einen solchen Ausgang zu vermeiden, und betrachte Ihren Mißerfolg auch als den meinigen.

Meine Ministerkollegen und ich sind und bleiben aber von der Notwendigkeit des Beitritts Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften durchdrungen. Wir halten diesen Gedanken für so stark, daß er sich letztlich gegen jeden Widerstand durchsetzen wird.

Auch in der Zwischenzeit müssen wir alles tun, damit die engen Kontakte und Bande, die in den 15 Monaten intensiver Verhandlungen entstanden sind, nicht abreißen. Im politischen und wirtschaftlichen Bereich müssen wir Maßnahmen treffen, die Ihrer Europa-Politik und der unsrigen entsprechen.

Vor allem lassen Sie mich Sie meiner Sympathie und Bewunderung dafür versichern, was Sie in dieser Sache geleistet haben. Sie haben in vorderster Linie gestanden, als es in Ihrem Lande darum ging, Beschlüsse von historischer Tragweite zu fassen, die Ihr Land noch stärker als bisher mit dem übrigen Europa verbinden sollen. Sie haben für diesen Gedanken in Brüssel in einer großartigen Weise gekämpft, als Engländer und als Europäer.

Ich hoffe, daß wir weiterhin in recht engem sachlichen und persönlichen Kontakt bleiben, und bin mit freundschaftlichen Grüßen

gez. Ihr Schröder

Büro Staatssekretär, Bd. 383

[1] Durchdruck.
[2] Vgl. dazu Dok. 60.

68

Ministerialdirektor Krapf an die Botschaft in Washington

AB-83.13/1-96/63 geheim **Aufgabe: 31. Januar 1963, 19.00 Uhr**

Auf Nr. 287 vom 29.1.[1]

Zusammenkunft Beitz[2]/Stoph hat bereits im November 1962 stattgefunden. Eine erste war ihr während der Posener Messe vorangegangen.

Die Begegnung kam zustande, nachdem Herr Beitz zunächst in Westdeutschland mit dem sowjetzonalen IZH-Unterhändler Behrendt und anschließend in Ost-Berlin – auf Behrendts Vorschlag – mit Außenhandels-„Minister" Balkow über wirtschaftliche Fragen im Zusammenhang mit IZH gesprochen hatte. Auf Vorschlag Balkows kam dann Begegnung mit Stoph zustande.

Bei Unterredung wurden ebenfalls wirtschaftliche Fragen erörtert, wobei Stoph stärkeres Interesse deutscher Industrie für Verstärkung IZH zu wecken suchte. Stophs Einschaltung wird hier auf dem Hintergrund der Kreditverhandlungen[3] mit der Zone gesehen. Von Weitergabe des Inhalts des Gesprächs, von dem Beitz uns nachträglich unterrichtet hat, ist abgesehen worden, da es keinerlei neue Gesichtspunkte erbrachte.

Bemühungen Balkows und Stophs um Beitz sind hiesigen Erachtens als weiterer Beweis für wirtschaftliche Schwierigkeiten, in denen SBZ-Regime sich befindet, und für das Interesse zu betrachten, das Pankow an einer Erleichterung dieser Schwierigkeiten durch verstärktes Engagement der Bundesrepublik im IZH nimmt. Offenbar möchte sowjetzonale Führung dabei deutsche Industriekreise an rein wirtschaftlichen Aspekten interessieren[4].

Krapf[5].

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 44

[1] Vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 44.

[2] Zur Rolle von Berthold Beitz vgl. auch Dok. 45, Anm. 3.

[3] Vgl. dazu auch Dok. 3.

[4] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Krapf gestrichen: „und deren Hilfestellung für die Zielsetzung der SBZ (Trennung wirtschaftlicher Wünsche der Zone von unseren ‚politischen Erwartungen') gewinnen".

[5] Paraphe vom 31. Januar 1963.

69

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken

AB 86.00-1/99/63 geheim **31. Januar 1963**[1]

Betr.: Überarbeitung des revidierten westlichen Friedensplans und des Plans für die Wiedervereinigung Berlins[2]
Bezug: Drahterlaß Nr. 69 vom 16. Januar 1963

Nachstehend übermitteln wir unsere Überlegungen zur Überarbeitung der o.a. Pläne.[3] Unsere Vorschläge sind im allgemeinen nicht redaktioneller Natur. Eventuelle Kürzungen oder formale Ergänzungen sind dem dortigen Ermessen überlassen.

A. Friedensplan

I. 1) Die Überarbeitung des revidierten Friedensplans hat davon auszugehen, daß dieser Plan in erster Linie die Wiedervereinigung bezweckt. Es fällt auf, daß die vorliegende Fassung im Gegensatz zum Friedensplan 1959 diesen Zweck des Plans nicht ausdrücklich erwähnt. Der revidierte Friedensplan könnte daher den Eindruck eines „Stillhalteabkommens" erwecken. Dieser Mangel müßte behoben werden. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß der Plan in Ziffer 9 die Möglichkeit offen läßt, daß *keine* Einigung über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen (und damit über die Wiedervereinigung) erfolgt.[4] Es entsteht dann eine Lage, in der wir dem Ostblock wesentliche Konzessionen gemacht haben (technische Kommissionen – Ansätze zur Konföderation), ohne in der Frage der Wiedervereinigung vorangekommen zu sein. In diesem Zusammenhang ist zu erinnern, daß diese Gefahr in dem Entwurf von 1959 nicht in gleicher Weise bestanden hat, da dieser die Durchführung der Wahlen nicht von einer Einigung des (den Platz der Kommissionen einnehmenden) Gemischten Ausschusses, sondern letzten Endes von einer Entscheidung des deutschen Volkes in beiden Teilen Deutschlands abhängig machte (vgl. Ziff. 11 b und c und 19 des ursprünglichen Entwurfs[5]).

[1] Durchdruck.
Entwurf eines Drahterlasses an die Botschaft in Washington.

[2] Zum westlichen Friedensplan (Herter-Plan) vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 54, Anm. 13. Der Herter-Plan wurde im Verlauf des Jahres 1961 überarbeitet. Die Neufassung wurde dem Bundesministerium des Inneren, dem Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen sowie dem Bundeskanzleramt am 20. September 1961 zugeleitet. Für den Wortlaut des revidierten westlichen Friedensplans vgl. Abteilung 7 (AB-700), VS-Bd. 38; B 150, Aktenkopien 1961.

[3] Am 12. Dezember 1962 regte der amerikanische Außenminister Rusk eine Überarbeitung des revidierten westlichen Friedensplans durch die Botschaftergruppe der Drei Mächte und der Bundesrepublik in Washington an. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II 1 vom 16. Mai 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Ziffer 9 des revidierten Friedensplans von 1961: „Sollte vor Ablauf der mit dem Tage der Unterzeichnung dieses Übereinkommens beginnenden Frist von dreißig Monaten eine Einigung über gesamtdeutsche Wahlen nicht erzielt worden sein, so würden die Vier Mächte über die weitere Verwendung der Kommissionen bestimmen." Vgl. Abteilung 7 (AB-700), VS-Bd. 38; B 150, Aktenkopien 1961.

[5] Nach den Ziffern 11 und 19 des Herter-Plans von 1959 waren bei Uneinigkeit des Gemischten

Um Mißverständnissen unter allen Umständen vorzubeugen, wird vorgeschlagen, Hinweise auf das Wiedervereinigungsziel in den zu überarbeitenden Text aufzunehmen. Dies sollte geschehen:
– durch eine kurze Präambel, die die Sowjetunion als Vertragspartner ausdrücklich auf die Zwecke des Plans (Wiedervereinigung, europäische Sicherheit, Einleitung von Abrüstungsmaßnahmen) festlegt;
– und gleichzeitig durch Aufnahme kurzer Hinweise auf eine derartige Verpflichtung in den Text des Entwurfs, z.B. in Ziffer 2 „conclusion of a peace settlement with a *reunified Germany*" und in Ziffer 3 „during a transitional period *rending the reunification*" (eingesetzte Formulierungen sind unterstrichen).

2) Die Ziffer 9, die die eigentliche Schwäche des Plans offenlegt, sollte so abgeändert werden, daß die Gefahr einer Verwandlung des *Wiedervereinigungsplanes* in ein *Stillhalteabkommen* vermieden wird. Vorschlag: „The Four Powers would determine the disposition to be made of the commission *and would reexamine the possibilities* for a settlement of ...".

II. Von dieser Grundsatzfrage abgesehen wäre zu bemerken:

1) Zu der im Drahtbericht Nr. 233 unter Ziffer I angeschnittenen Frage einer Überprüfung des Dreißig-Monats-Zeitabschnitts wird auf Drahterlaß Nr. 69 verwiesen. Es sollte alles vermieden werden, was geeignet ist, den Zeitpunkt der Wiedervereinigung weiter hinauszuschieben. Auf keinen Fall sollten wir den Sowjets Anhaltspunkte dafür geben, daß derartige Überlegungen von uns angestellt werden.

2) Ziffer 5a (betr. Freizügigkeit) berücksichtigt in ihrer gegenwärtigen Formulierung nicht ausdrücklich die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Freizügigkeit innerhalb Berlins, sondern nur die der Freizügigkeit zwischen beiden Teilen Deutschlands.[6] *Neuformulierung*: ... publications in the *whole of Germany,* and to coordinate and expand technical contacts *between the two parts of Germany.*

3) Den amerikanischen Bedenken bezüglich einer sofortigen und totalen Öffnung der Demarkationslinie, wie sie in Ziffer b 5a des revidierten Friedensplanes angedeutet ist (vgl. Drahtbericht Nr. 228), wird zugestimmt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 234

Ausschusses über den Gesetzentwurf für ein Wahlgesetz getrennte Entwürfe von den Mitgliedern aus der Bundesrepublik und der DDR einzubringen. Über diese sollte dann ein Volksentscheid herbeigeführt werden. Aufgrund des so angenommenen Wahlgesetzes sollten nach spätestens 30 Monaten „Wahlen für eine gesamtdeutsche Versammlung in beiden Teilen Deutschlands" abgehalten werden. Vgl. DzD IV/2, S. 79f.

[6] Ziffer 5 des revidierten Friedensplans von 1961 betraf die Einrichtung paritätisch besetzter Fachkommissionen, deren erste „zur Herbeiführung ... der Freizügigkeit von Personen, Gedanken und Veröffentlichungen zwischen beiden Teilen Deutschlands sowie zur Koordinierung und Erweiterung technischer Kontakte zwischen denselben" dienen sollte. Vgl. Abteilung 7 (AB-700), VS-Bd. 38; B 150, Aktenkopien 1961.

4) Die Formulierung von Ziffer 7[7] läßt Zweifel daran zu, ob das hier geforderte föderative System für ein wiedervereinigtes Deutschland die innere Gliederung *Gesamt*deutschlands betrifft oder nur das Verhältnis Bundesrepublik/SBZ. Ziffer 7 sollte jedenfalls so abgefaßt sein, daß die Möglichkeit einer Konföderation beider Teile Deutschlands ausgeschlossen ist.

III. Teil D (Berlin) ist hinsichtlich Inhalt und Zeitpunkt der Realisierung unbestimmt. Hier sollte ein Hinweis eingefügt werden, der die Überlegung berücksichtigt, daß ein besonderer Vorgang „Wiedervereinigung Berlins" im Rahmen des Friedensplans nur dann sinnvoll ist, wenn er nicht erst zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung Deutschlands erfolgt. Ein Termin über Verhandlungsbeginn und Abschluß der Wiedervereinigung Berlins wäre daher anzudeuten. Eventuell könnte der Teil „Berlin" vor die Teile „All German Matters" und „European Security" vorgezogen werden, um den Eindruck zu verstärken, daß die Wiedervereinigung Berlins der Wiedervereinigung Deutschlands vorangeht (vgl. Friedensplan 59).

B. Plan für die Wiedervereinigung Berlins

Unsere Vorschläge für eine Überarbeitung dieses Planes hängen davon ab, ob er als Bestandteil des Friedensplanes präsentiert werden soll oder nicht. Wird der Plan unabhängig von der Wiedervereinigung Deutschlands verwirklicht, dann führt seine Verwirklichung eine Situation herbei, wie sie von 1945 bis 1948, *nach* dem Einrücken der West-Alliierten in Berlin und *vor* dem Auseinanderbrechen der Stadtverwaltung und *vor* den Währungsmaßnahmen in West-Berlin, bestanden hat. Eine Lösung des Berlin-Problems sollte deshalb, wenn irgend möglich, im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung, d. h. im Rahmen des Friedensplanes, angestrebt werden. Ein Vorbringen und eine Erörterung des Planes, unabhängig von der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands, würde jedenfalls nur propagandistische Bedeutung haben.

Gleichwohl sollten wir uns auf den Fall, daß der Plan für die Wiedervereinigung Berlins unabhängig vom Friedensplan erörtert wird, einrichten und den Plan in sich politisch stärker absichern. Zwei Fragenkreise scheinen in der derzeitigen Fassung nicht genügend durchdacht oder sind überhaupt nicht angesprochen.

1) Staatsrechtliche Fragen

Wie sehen in Zukunft Bindungen zwischen einem wiedervereinigten Berlin (und seinem West-Berliner Bestandteil) und der Bundesrepublik aus? Sie sind ohnehin nicht eindeutig geklärt [Differenz zwischen derzeitigem Verfassungsrecht (Land Groß-Berlin im Grundgesetz – Artikel 23[8] –) und Wirklichkeit]. Wir werden evtl. damit zu rechnen haben, daß diese Bindungen aufgegeben

[7] Nach Ziffer 7 des revidierten Friedensplans von 1961 hatte die Gesamtdeutsche Versammlung „eine gesamtdeutsche Verfassung zur Errichtung und Sicherung eines demokratischen föderativen Systems" auszuarbeiten. Vgl. Abteilung 7 (AB-700), VS-Bd. 38; B 150, Aktenkopien 1961.

[8] Artikel 23 GG (Fassung vom 23. Mai 1949): „Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen."

werden müssen. Mit einer sowjetischen Annahme des Vorschlages für die Wiedervereinigung Berlins ist anderenfalls kaum zu rechnen.

2) Wirtschafts- und währungspolitische Probleme
Können in einem wiedervereinigten Berlin zwei verschiedene Wirtschafts- und Währungssysteme nebeneinander bestehen? Wenn dieses – wie bereits 1948/49 festgestellt – nicht möglich ist, dann stellt sich die andere Frage, ob West-Berlin aus seinen wirtschaftlichen Bindungen mit Westdeutschland entlassen werden kann, ohne daß wirtschaftliche und später politische Krisenverhältnisse entstehen.

Um unnötige Risiken für uns im Falle einer taktisch bedingten sowjetischen Verhandlungsbereitschaft zu vermeiden, sollten unsere vorstehenden Überlegungen in einem zu überarbeitenden Entwurf so formuliert werden, daß eine krisenhafte Entwicklung in West-Berlin unter allen Umständen verhindert wird.

C. Sicherheit

Auf das Problem der Sicherheit sollte auch in einem überarbeiteten revidierten Friedensplan im Detail nicht eingegangen werden. Wir halten es jedoch für richtig, die Sicherheitsüberlegungen im Zusammenhang des Friedensplanes nochmals gründlich durchzuprüfen, da es im Verhandlungsfall unerläßlich ist, daß der Westen im Rahmen einer Diskussion des Friedensplanes konkrete Sicherheitsvorschläge vorbringt. Wir sind der Ansicht, daß es aussichtslos ist, überhaupt in ein Ost-West-Gespräch auf der Grundlage des Friedensplans einzutreten, wenn der Westen nicht klare und überzeugend wirkende Vorstellungen über eine Klärung der Frage der europäischen Sicherheit hat.[9]

Abteilung III (III A 6), VS-Bd. 296

[9] Vgl. dazu weiter Dok. 165.

70

Bundesminister Schröder an den französischen Außenminister Couve de Murville

1. Februar 1963[1]

Sehr geehrter Herr Minister, lieber Herr Kollege,

nach meiner Rückkehr aus Brüssel habe ich mich bemüht, die Reaktionen gegen das Scheitern der Brüsseler Verhandlungen[2], so gut es ging, abzufangen.[3] Ich muß aber feststellen, daß wir alle, das heißt die sechs EWG-Staaten, gemeinsam noch erhebliche Anstrengungen werden unternehmen müssen, um zu verhindern, daß der Zusammenhalt der westlichen Welt insgesamt gelokkert wird.

Vor allem müssen wir nach meiner Auffassung etwas tun, um unser Verhältnis zu Großbritannien enger zu gestalten. Auch wird es notwendig sein, mit den Amerikanern zu sprechen.

Ich würde gerne zu diesen Fragen Ihre Meinung erfahren.

Auch bin ich der Ansicht, daß wir uns konsultieren sollten, bevor wir gegenüber anderen europäischen Staaten Erklärungen, die sich auf ihr künftiges Verhältnis zur EWG beziehen, abgeben.

Die Bundesregierung wird den deutsch-französischen Vertrag den gesetzgebenden Körperschaften in Kürze zuleiten.[4] Ich hoffe, daß er dort ohne größere Schwierigkeiten akzeptiert werden wird, denn ein enges deutsch-französisches Verhältnis wird von allen politischen Parteien befürwortet.[5]

Allerdings wird man uns sicher fragen, wie wir uns die weitere Gestaltung des Verhältnisses zu unseren anderen westlichen Freunden vorstellen, insbesondere zu Großbritannien. Deswegen ist es nötig, sich hierüber bald Vorstellungen zu machen.[6]

Mit den besten Grüßen bin ich

Ihr ergebener
Schröder[7]

Ministerbüro, Bd. 215

1 Durchschlag als Konzept.

2 Vgl. dazu Dok. 60.

3 Bundesminister Schröder erklärte am 29. Januar 1963 im Fernsehen, die Verhandlungen hätten trotz aller Enttäuschungen die Entschlossenheit der fünf Mitgliedstaaten deutlich werden lassen, die Bemühungen um einen Beitritt Großbritanniens zu verstärken. Vordringliche Aufgabe sei es, die französische Regierung von der historischen Notwendigkeit eines solchen Schritts zu überzeugen. Vgl. BULLETIN 1963, S. 165 f.

4 Der Entwurf des Ratifizierungsgesetzes zur Gemeinsamen Erklärung und zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 wurde dem Bundesrat am 8. Februar 1963 zugeleitet und am 1. März 1963 mit 29 Stimmen bei 12 Enthaltungen gebilligt. Vgl. dazu BUNDESRAT, Anlagen, Drucksachen 1963, Nr. 58.

5 Zur Frage der Ratifizierung vgl. weiter Dok. 99.

6 Vgl. dazu Dok. 77.

7 Paraphe vom 1. Februar 1963.

71

Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk

1. Februar 1963[1]

Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 28. Januar[2], den mir Botschafter Tuthill in Brüssel übergab, und besonders für den Ausdruck Ihrer Sympathie und Ihres Verständnisses, den dieser Brief enthielt.

Sie werden darüber unterrichtet sein, daß die deutsche Delegation in Brüssel mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften versucht hat, ein Scheitern der Verhandlungen mit Großbritannien zu verhindern.[3] Sie fand dabei die Unterstützung der vier übrigen EWG-Partner, die auch ihrerseits alles versuchten, um die Verhandlungen in Gang zu halten. Leider sind unsere Bemühungen gescheitert.

Wir sind uns der weitreichenden Bedeutung dieses Ereignisses voll bewußt und unterschätzen seine ernsten Auswirkungen nicht. Auf der anderen Seite glaube ich aber, daß wir uns dadurch auf keinen Fall entmutigen lassen dürfen, an den Zielen, die wir bisher gemeinsam verfolgt haben, festzuhalten. Ich bin besonders erfreut darüber, wie ruhig und besonnen sich die britische Regierung in dieser Lage verhält.

Sie bitte ich, davon überzeugt zu sein, daß die Bundesregierung unbeirrt an der Atlantischen Gemeinschaft festhält. Sie wollen das aus unserer wiederholt gegebenen Zusage zur aktiven Mitarbeit an dem Nassau-Projekt[4] entnehmen.

Wir werden uns darüber hinaus weiter dafür einsetzen, daß der Europäische Zusammenschluß unter Einbeziehung Großbritanniens fortschreitet. In dieser Beziehung werden eine Reihe von Überlegungen sowohl im wirtschaftlichen wie im politischen Bereich bei uns angestellt, über deren Ergebnis ich Sie bald unterrichten zu können hoffe.[5]

Wir werden uns schließlich für eine weitere Stärkung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaften einsetzen und möchten auch trotz unserer tiefen Enttäuschung über das französische Verhalten in Brüssel an unserem Entschluß festhalten, mit Frankreich in Zukunft eng zusammenzuarbeiten. Wie weit es uns gelingt, die Franzosen zu einer unserer eigenen Auffassung entsprechenden Haltung zu bewegen, weiß ich natürlich nicht. Aber ganz sicher werden wir äußerste Anstrengungen in dieser Richtung machen.

[1] Doppel.
Staatssekretär Carstens legte Bundesminister Schröder das Schreiben am 1. Februar 1963 mit der Bitte vor, Anrede und Schlußformel handschriftlich einzusetzen. Vgl. den Vermerk vom 1. Februar 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 383.

[2] Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8432.

[3] Vgl. dazu Dok. 60.

[4] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.
Zur Haltung der Bundesrepublik dazu vgl. Dok. 46.

[5] Vgl. dazu Dok. 82.

Erlauben Sie mir, Herr Minister, am Schluß ein sehr offenes Wort. Es gibt in Europa Leute, die der amerikanischen Politik vorwerfen, daß sie schwankend sei und häufig wechsele.[6] Dabei wird unter anderem auf die Verteidigungskonzeptionen verwiesen, die in den vergangenen zehn Jahren von verschiedenen amerikanischen Administrationen vertreten wurden.

Ich bin derartigen Auffassungen immer entgegengetreten und habe zum Beweis für die unbeirrbare Stetigkeit der amerikanischen Politik in für uns entscheidenden Fragen auf drei Komplexe hingewiesen: das amerikanische Eintreten für Berlin, die konsequente Stärkung der NATO durch die USA und die amerikanische Unterstützung der Europäischen Gemeinschaften. Ich glaube in der Tat, daß das Vertrauen, das in unserem Lande und in Europa überhaupt auf Amerika gesetzt wird, zu einem wesentlichen Teil auf der durch nichts zu erschütternden Konsequenz der amerikanischen Haltung in diesen Fragen beruht. Es handelt sich dabei um Komplexe, deren Lösung erst in langen Zeiträumen reifen kann, und in denen wir nur dann zum Erfolg kommen können, wenn wir über Jahre und Jahrzehnte trotz eintretender Rückschläge an unseren Zielen festhalten. Sie können sicher sein, daß die Bundesregierung dies tun wird. Ich möchte Sie sehr bitten, sich dafür einzusetzen, daß die amerikanische Regierung es auch tut.

Ich weiß mich in diesen Tagen mit Ihnen eng und freundschaftlich verbunden.

gez. Schröder

Büro Staatssekretär, Bd. 383

72

Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder

114-1/958/63 geheim
Fernschreiben Nr. 94
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 2. Februar 1963, 18.00 Uhr
Ankunft: 2. Februar 1963, 17.35 Uhr

Nur für Minister[1] und Staatssekretär

I. Am 1. Februar bat Außenhandelsminister Patolitschew kurzfristig um meinen umgehenden Besuch, nachdem ich bereits vor mehreren Monaten um einen Termin für meinen Antrittsbesuch gebeten hatte.

Nach einleitenden protokollarischen Bemerkungen und anschließendem allgemeinen Gedankenaustausch über die deutsch-sowjetischen Handelsbezie-

[6] Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 21. Januar 1963; Dok. 37.

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.
Zwei Exemplare des Drahtberichts wurden am 5. Februar 1963 an das Bundeskanzleramt weitergeleitet.

hungen, bei dem ich meiner positiven Einstellung dazu Ausdruck gab, wandte sich das Gespräch alsbald der Röhrenfrage zu. Ich beschränkte mich hierbei meinerseits auf eine kurze Wiedergabe der Anfang Januar von Gritschin und Lawrow unternommenen Demarche bei Staatssekretär Lahr[2], in der der Staatssekretär erklärt habe, daß er die Ausführungen beider Herren an die zuständigen Stellen weiterleiten werde, und daß im übrigen eine endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit deutscherseits noch nicht vorliege.

Patolitschew erklärte hierauf folgendes: Als Minister für den Außenhandel habe er seinerzeit seiner Regierung gesagt, daß der westdeutsche Markt und darunter auch der Röhrenmarkt ein guter und verläßlicher sei, wie z. B. die guten traditionellen Beziehungen zur Firma Mannesmann bewiesen hätten.[3] Dies gelte in gleicher Weise auch für die Firmen Phönix-Rheinrohr und Hoesch. Die Sowjetunion habe daraufhin ihre eigene Röhrenerzeugungskapazität nicht erweitert, so daß sie heute ihren Bedarf durch Auslandskäufe dekken müsse. Das Ausbleiben der westdeutschen Röhrenlieferungen habe ihm jetzt bereits Vorwürfe eingetragen. Wenn nicht in aller Kürze eine positive Klarstellung durch uns erfolge, müsse er seiner Regierung erklären, daß der westdeutsche Röhrenmarkt für die Sowjetunion nicht mehr existent sei, und empfehlen, die eigene Röhrenkapazität entsprechend auszubauen. Zwar seien auch andere Firmen, z. B. in Italien und Schweden[4], bereit, Röhren zu liefern; jedoch spielten diese Lieferungen bei dem Bedarf der Sowjetunion keine große Rolle. Wenn daher nicht in den nächsten Tagen eine positive Entscheidung über die Röhrenlieferungen aus der Bundesrepublik falle, werde er seiner Regierung die vorerwähnte Erklärung und Empfehlung aussprechen müssen.

Letztlich gehe es für ihn in dieser Angelegenheit aber nicht einmal mehr so sehr um die spezielle Frage, ob die Sowjetunion nun die betreffenden Röhren aus der Bundesrepublik erhalten werde oder nicht. Vielmehr stehe heute der nachfolgende Aspekt im Vordergrund seiner Überlegungen: Er müsse sich fragen, ob nicht die Bundesregierung möglicherweise später auch anderen Firmen, wie z. B. Salzgitter und Krupp, plötzlich entsprechende Lieferbeschränkungen auferlegen werde. Hier habe die Sowjetregierung durchaus die Möglichkeit, die in Betracht kommenden Aufträge auch anderen ausländischen Firmen zu erteilen. Sie könne sich z. B. bei einem Ausbleiben der Lieferungen von Salzgitter an die Firma Chasai (?) halten und im Falle der für Krupp vorgesehenen Aufträge an englische Firmen. Ebenso kämen auf dem Gebiete der Schiffslieferungen Länder wie Japan, Italien, Schweden, Finnland, Jugoslawien, Polen und die „DDR" in Frage. In all diesen Ländern biete sich ein breiter Markt an. Er erwähnte in diesem Zusammenhang, daß Generaldirektor Westphal von den Howaldtswerken gerade in Moskau über Schiffslieferungen verhandele. Angesichts der von ihm erwähnten Unsicherheit müsse er sich

[2] Zum Gespräch vom 5. Januar 1963 vgl. Dok. 11, Anm. 7.

[3] Dazu bemerkte auch der sowjetische Stellvertretende Außenhandelsminister Borissow im Gespräch mit Botschafter Groepper am 18. Dezember 1962: „Die Situation wirke um so befremdlicher, als bei den seinerzeitigen Wirtschaftsverhandlungen die Sowjetunion gar nicht die Absicht gehabt habe, in der Bundesrepublik sehr viele Rohre einzukaufen, dies aber auf Drängen von Staatssekretär van Scherpenberg schließlich übernommen habe." Vgl. den Drahtbericht von Groepper vom 20. Dezember 1962; VS-Bd. 8395 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1962.

[4] Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 17.

jedoch fragen, ob die Sowjetunion nicht besser Schiffe z.B. in Japan bestellen solle.
(Vgl. hierzu Drahtbericht Nr. 90 vom 2. VS-vertraulich[5])

Abschließend kam er nochmals auf die Röhrenfrage zurück und betonte erneut, daß er hier nur noch wenige Tage warten könne. Wenn er dann keinen positiven Bescheid aus der Bundesrepublik erhalten habe, müsse er seiner Regierung empfehlen, die Liefermöglichkeiten aus der Bundesrepublik aus den sowjetischen Überlegungen zu streichen. Dies sei natürlich insofern bedauerlich, als es für die Sowjetunion unvorteilhaft sei, alles selber herstellen zu müssen; sie sei ein großes Land und decke daher einen großen Teil ihres Bedarfs durch Auslandskäufe.

Ich habe Patolitschew, der am 2. Februar zur Unterzeichnung des sowjetisch-japanischen Handelsabkommens[6] nach Tokio fliegt, gesagt, daß ich seine Ausführungen meiner Regierung übermitteln würde.

II. Daß wir bei endgültiger Unterbindung des Röhrengeschäfts mit schärfster sowjetischer Reaktion würden rechnen müssen, habe ich bereits in meinem Drahtbericht Nr. 28 vom 14.1. geh.[7] zum Ausdruck gebracht. Nach den gestrigen Erklärungen Patolitschews zeichnet sich diese Reaktion heute dahin ab, daß die Sowjets uns für diesen Fall mit einer weitgehenden Drosselung ihrer gesamten Lieferaufträge drohen.

Sicherlich verfolgt das Inaussichtstellen dieser Eventualität primär den Zweck, eine positive und rasche Entscheidung der Bundesregierung in der Röhrenfrage zu erzwingen. Dies wird dadurch bestätigt, daß die Sowjets bereits in den letzten Wochen mit anderen deutschen Firmenvertretern ebenfalls über die Röhrenfrage gesprochen und daran die Frage geknüpft haben, ob es überhaupt sinnvoll sei, mit deutschen Firmen noch Verträge abzuschließen. Offensichtlich war dabei der Gedanke maßgebend, eine Einwirkung der betreffenden Industriezweige auf die zuständigen Bonner Stellen im sowjetischen Sinne herbeizuführen. Die Reaktion der deutschen Firmenvertreter wird sie in diesem Bemühen vermutlich noch bestärkt haben. So erklärte z.B. Generaldirektor Westphal der Botschaft, er werde nach seiner Rückkehr nach Deutschland auch noch einmal wegen der Röhrenfrage persönlich in Bonn vorstellig werden.

Andererseits kann ich aber nicht die Möglichkeit ausschließen, daß die Sowjets bei einem Röhrenstopp tatsächlich zumindest vorübergehend Aufträge, die deutschen Firmen zugedacht waren, an englische, italienische, japanische und andere ausländische Firmen vergeben werden. So könnten sie z.B. Heringsfangmutterschiffe in Japan bestellen und auf dem chemischen Sektor (Hochdruck-Polyäthylen-Anlagen) britische Firmen bedenken.

Immerhin sind jedoch auch eine Reihe gewichtiger Gesichtspunkte gegeben, die den Sowjets einen mehr oder weniger totalen Stopp ihrer Einfuhr aus

[5] Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438.

[6] Zum sowjetisch-japanischen Abkommen vom 5. Februar 1963 über den Handels- und Zahlungsverkehr vgl. PRAVDA, Nr. 37 vom 6. Februar 1963, S. 4.

[7] Vgl. Dok. 23.

der Bundesrepublik als ihren Interessen widersprechend erscheinen lassen müssen:
1) Die Sowjets beziehen aus der Bundesrepublik vorwiegend Ausrüstungen nach modernstem Stand, die sie nach Mitteilung deutscher Fachleute in gleicher Qualität in der Mehrzahl der Fälle aus anderen Ländern nicht erhalten können; als besonders wichtige Beispiele seien hierfür nur Hochdruck-Polyäthylen-Anlagen und Heringsfangmutterschiffe genannt. Es erscheint mir auch zweifelhaft, ob ausländische Firmen, die schon jetzt vielfach mit entsprechenden Aufträgen bedacht sein sollen, überhaupt über die notwendige Kapazität verfügen, um nach dem Wegfall der deutschen Lieferanten die von den Sowjets benötigten und nach den vorgesehenen Plänen regelmäßig fristgebundenen Lieferungen fristgerecht übernehmen zu können.

2) Eine Unterbindung der Einfuhr aus der Bundesrepublik müßte angesichts der derzeit in der Mehrzahl der Fälle geübten Kompensationsregelung ein entsprechendes Unterbleiben der sowjetischen Ausfuhren (namentlich Öl, Gußeisen, Eisenerze) in die Bundesrepublik zur Folge haben, was sich zwangsläufig auch auf das in Aussicht genommene neue Warenabkommen[8] auswirken müßte. Es ist schwerlich anzunehmen, daß die anderen eventuell an unsere Stelle tretenden Länder die notwendige Aufnahmefähigkeit besitzen, um diesen Ausfall auszugleichen.

3) Es ist erfahrungsgemäß ein Ziel der Handelspolitik der Sowjets, durch ständige Erweiterung des Handelsaustausches eine Position zu gewinnen, von der aus sie den Handel auch zu politischem Druck auf das Partnerland benutzen können. Dies einmal durch erhoffte Einflußnahme der beteiligten Unternehmerkreise auf die Politik der jeweiligen Regierung. Zum anderen aber auch durch ein erwartetes positives Echo bei den Arbeitern und umgekehrt die Möglichkeit, sie bei weitgehender Einstellung der Unternehmen auf das Ostgeschäft durch Entzug der Aufträge unter Umständen arbeitslos zu machen und dadurch zugleich politisch zu radikalisieren.

Wenn es naturgemäß auch nicht möglich ist, in dieser höchst komplexen Frage eine sichere Prognose zu stellen, so glaube ich doch kaum, daß die Sowjets für den von ihnen angesprochenen Eventualfall einer Nicht- oder nicht rechtzeitigen Genehmigung des Röhrengeschäfts ihre grundsätzliche Haltung zur Frage des Imports aus der Bundesrepublik ohne reifliche Erwägung auch der vorerwähnten Gesichtspunkte festlegen werden.

Auf ihre politische Haltung in der Deutschland- und Berlinfrage dürfte sich unsere Entscheidung in dem Röhrenkomplex, wie ich bereits früher berichtet habe, schwerlich auswirken können. Eine negative Entscheidung deshalb nicht, weil die Sowjets in jenen Fragen ohnehin alle sich ihnen bietenden Möglichkeiten ausschöpfen. Andererseits dürfte eine positive Entscheidung schwerlich eine entgegenkommendere sowjetische Haltung in jenen großen politischen Fragen zur Folge haben.

Ich verkenne nicht, daß die Fortsetzung der beiderseitigen Handelsbeziehungen ein nicht unwesentliches Element darstellt, um ungeachtet des Tiefstands der politischen Beziehungen den „Draht" nach Moskau aufrechtzuerhalten.

[8] Das Warenabkommen mit der UdSSR vom 31. Dezember 1960 lief Ende 1963 aus.

Im vorliegenden Falle wären es jedoch nicht wir, sondern die Sowjets, die gegebenenfalls in Verwirklichung ihrer Drohung den beiderseitigen Handel wenn auch nicht gänzlich zum Erliegen bringen, so doch weitgehend reduzieren würden.[9]

[gez.] Groepper

Ministerbüro, VS-Bd. 10079

73

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem französischen Botschafter de Margerie

Z A 5-19.A/63 geheim **4. Februar 1963[1]**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 4. Februar 1963 um 11 Uhr in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Globke und Herrn VLR I Osterheld den französischen Botschafter, Herrn de Margerie, zu einer Unterredung.

Der französische *Botschafter* teilte dem Herrn Bundeskanzler den – wie er sagte – aus absolut sicherer Quelle stammenden Inhalt eines Telegramms mit, wonach der britische Lordsiegelbewahrer Heath vor einigen Tagen vor Vertretern der EFTA-Staaten klar zum Ausdruck gebracht habe, daß die Regierung der USA mit der Unterstützung der britischen Regierung innerhalb von 14 Tagen in Bonn eine Regierungskrise auslösen würde. Anlaß dazu solle die Einbringung einer Gesetzesvorlage betreffend den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit sein.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, dies werde nicht zutreffen: der deutsch-französische Vertrag[2] werde in der Bundesrepublik Deutschland in Form eines Gesetzes von dem Kabinett zunächst an den Bundesrat und dann an den Bundestag geleitet.[3] Vielleicht könnte zwischen der Verabschiedung durch den Bundesrat und den Bundestag eine gewisse Pause eintreten für den Fall, daß der Bundesrat Änderungsvorschläge machen sollte, zu denen die Bundesregierung erst Stellung nehmen müßte. Es bestehe kein Zweifel, daß das Gesetz mit großer Mehrheit gebilligt werde. Zu seiner Überraschung habe er in der Vormittagspresse gelesen, daß die FDP-Minister irgendwelche Änderungen beantragen wollten.

Nachdem Herr Staatssekretär *Globke* bemerkt hatte, es handle sich um ganz vage Äußerungen, führte der Herr Bundeskanzler weiter aus, er glaube, daß der deutsch-französische Vertrag nach der Osterpause, spätestens im Mai die-

[9] Vgl. dazu weiter Dok. 108.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 22. Februar 1963 gefertigt.

[2] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[3] Zum Ratifizierungsverfahren vgl. Dok. 70, Anm. 4, sowie weiter Dok. 99.

ses Jahres, vom Bundestag in allen drei Lesungen mit großer Mehrheit verabschiedet werde. Sollte dies nicht der Fall sein, so werde er – Adenauer – zurücktreten, da er dann nicht mehr mitmachen wolle. Dies sei die absolute Wahrheit und entspreche seiner innersten Überzeugung. Er habe jedoch, wie gesagt, keinen Zweifel, daß der Bundestag den Vertrag mit großer Mehrheit genehmigen werde. Die CDU-Fraktion sei schon ruhiger geworden. Am vergangenen Freitag habe er mit Herrn Mende ein Telephongespräch geführt, in dem dieser ihn nur gefragt habe, wann die Gesetzesvorlage dem Bundestag zugeleitet werden solle.[4] Als er – der Herr Bundeskanzler – ihm geantwortet habe, wegen der Beratungen im Bundesrat und im Kabinett würde es wohl noch einige Wochen dauern, habe sich Herr Mende, der vorher etwas Unvorsichtiges gesagt hatte, beruhigt gezeigt. Herr Wehner habe sich sehr vorsichtig, in positiver Weise ausgedrückt.[5]

Herr *de Margerie* wies nochmals darauf hin, daß er seine Information aus sicherer Quelle habe. Die erwähnte Äußerung stamme tatsächlich aus dem Munde von Heath.

Der Herr *Bundeskanzler* brachte das Gespräch auf die Reise von Herrn Staatssekretär Carstens nach Washington.[6] Durch die Entsendung von Prof. Carstens sei er indirekt einem Wunsche des State Department nachgekommen, das in Carstens eine Hilfe gegen das Weiße Haus sehe.[7] Er werde sich zwei bis drei Tage in Washington aufhalten. Es sei ihm – dem Herrn Bundeskanzler – ein Rätsel, wie auf einmal in England und in den Vereinigten Staaten „solche Ideen" aufgekommen seien. Das Neueste sei, daß man General de Gaulle unterschiebe, ein Spiel mit Sowjetrußland zu treiben. Er kenne das diesbezügliche Telegramm. Er sei der Ansicht, daß mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln versucht werde, etwas kaputt zu machen. Hauptpersonen dieses Spiels seien die Briten, der holländische Außenminister Luns (der schon immer „total verrückt" gewesen sei) und in dessen Gefolge Spaak.

Botschafter *de Margerie* verwies auf das Gespräch zwischen General de Gaulle und dem sowjetischen Botschafter in Paris Winogradow. Dabei sei eine zwölfseitige russische Note überreicht worden, deren Inhalt dem Herrn Bundeskanzler mitgeteilt worden sei.[8] General de Gaulle habe die üblichen Anklagereden energisch zurückgewiesen. Im übrigen seien auch die in der Presse

[4] Vgl. dazu den Artikel: Bundesparteitag der FDP Anfang Juli in München; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 29 vom 4. Februar 1963, S. 3.

[5] Vgl. dazu den Artikel: Deutsch-französische Zusammenarbeit für alle Zeit; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 20 vom 24. Januar 1963, S. 1 und S. 4.

[6] Vgl. dazu Dok. 82 und Dok. 83.

[7] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 1. Februar 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8475.

[8] Am 1. Februar 1963 berichtete Botschafter Blankenhorn, Paris, über das Gespräch des Staatspräsidenten de Gaulle mit Botschafter Winogradow vom 29. Januar 1963 sowie das dabei übergebene Aide-mémoire. Darin wurde die Frage gestellt, „ob Frankreich die aggressiven Ziele Bonns in bezug auf Westberlin, die SBZ, Polen, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion unterstützen werde". Es wurde der Vorwurf erhoben, daß Frankreich „seine Hände zur atomaren Aufrüstung der Bundeswehr leihe", und die Vermutung geäußert, Frankreich wolle „in einigen Jahren" gegen die UdSSR Krieg führen. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

aufgetauchten Gerüchte über eine neue Achse Bonn–Paris–Madrid[9] frei erfunden. Es sei keine Rede davon, daß der französische Außenminister Couve de Murville seinen spanischen Kollegen in absehbarer Zeit besuchen werde.[10] Was die Begegnungen zwischen den Generalstabschefs[11] betreffe, so seien diese in den letzten Jahren bereits drei Mal zu Routinebesuchen zusammengekommen, ohne daß man je viel Aufhebens darum gemacht habe.

In diesem Zusammenhang erwähnte der Herr *Bundeskanzler* ein Gespräch, das er seinerzeit mit Sir Brian Robertson geführt habe, als dieser noch in Bonn gewesen sei. Er habe ihm gesagt, die Spanier hätten *gute* Truppen, die aber schlecht bewaffnet seien. Man müßte sie an sich heranziehen. Sir Brian Robertson habe ihm geantwortet, er teile diese Auffassung, aber wenn man den Namen Franco in Gegenwart von Bevin[12] nenne, „so stünden diesem die Haare zu Berge".

Botschafter *de Margerie* erklärte in seinem persönlichen Namen, er stehe dem Herrn Bundeskanzler zur Verfügung, um irgendeine Mitteilung nach Paris weiterzuleiten, falls er denke, daß General de Gaulle und die französische Regierung ihm vielleicht durch eine Geste oder eine Rede helfen könnten, seine Lage zu erleichtern. Er habe nicht den Auftrag, dem Herrn Bundeskanzler ein derartiges Angebot zu machen, sei aber bereit, eine Übermittlerrolle zu übernehmen.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte dem französischen Botschafter für dieses Angebot, von dem er, wenn nötig, Gebrauch machen werde. In aller Offenheit müsse er sagen, daß er zwar die Beweggründe des Generals für seine kürzlich geäußerte Haltung verstehe, jedoch nicht begreifen könne, warum er sie ausgerechnet in einer Pressekonferenz[13] zum Ausdruck gebracht habe. Die Verhandlungen mit England dauerten ja schon 1¼ Jahre.

Botschafter *de Margerie* sagte, das verstehe keiner, man hätte den natürlichen Tod der Verhandlungen abwarten können. Er glaube, die neuen Ressentiments des Generals seien auf die Gespräche mit Macmillan in Rambouillet[14] und auf das Bahama-Abkommen[15] zurückzuführen, das den schlechten Eindruck von Rambouillet noch bestätigt habe. Da sei der General einfach „geplatzt". Er habe sich die Dinge, die er sagen wollte, aber offensichtlich genau überlegt, da die Pressekonferenz ja erst am 14. Januar stattgefunden habe. Couve de Murville sei dadurch in eine schwierige Lage geraten.

[9] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Blankenhorn, Paris, vom 30. Januar 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8475.

[10] Vgl. dazu den Artikel: Pas de visite à Madrid de M. Couve de Murville pour le moment; LE MONDE, Nr. 5616 vom 6. Februar 1963, S. 1.

[11] Der französische Generalstabschef Ailleret hielt sich vom 4. bis 7. Februar 1963 in Spanien auf. Zu seinen bevorstehenden Gesprächen mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Generalstabschef Munoz-Grandes vgl. LE MONDE, Nr. 5610 vom 30. Januar 1963, S. 1. Vgl. dazu auch Dok. 94.

[12] Korrigiert aus „Bevan".
Ernest L. Bevin war von Juli 1945 bis März 1951 britischer Außenminister.

[13] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

[14] Zu den Gesprächen vom 15./16. Dezember 1962 vgl. Dok. 12, Anm. 6.

[15] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

Botschafter *de Margerie* brachte das Gespräch erneut auf sein Angebot und bemerkte hierzu, vielleicht könnte die Lage der Bundesregierung durch eine Geste erleichtert werden, falls eine Rede sich als nicht geeignet erweisen sollte.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte lächelnd: „Gesten seien teuer." General de Gaulle könne nicht gegen sein Naturell und nicht gegen seine Stellung angehen. Es sei aber von französischer Seite erklärt worden, wenn Großbritannien bereit sei, den Römischen Vertrag[16] in der jetzigen Form anzunehmen, dann sei alles in Ordnung. Er glaube, daß man hieran anknüpfen könnte. Am besten scheine es ihm, daß Herr Couve de Murville dies tue. Durch Verhandlungen ohne einen Notenaustausch könnte man später sehen, ob Großbritannien nicht oder noch nicht bereit sei. General de Gaulle habe ihm (dem Herrn Bundeskanzler) über seine Unterredung mit Macmillan in Chequers im Winter 1961[17] berichtet. Macmillan habe Herrn de Gaulle gesagt, wenn England nicht in die EWG aufgenommen würde, so würde er (Macmillan) nach den nächsten Wahlen nicht mehr Ministerpräsident sein. Er (der Herr Bundeskanzler) habe damals geglaubt, daß Macmillan nunmehr ernsthaft für einen Beitritt sei, weil es um seine Person gehe. Er habe dem General gesagt, die Bundesregierung brauche wegen der Berlin- und der Ostfrage die Hilfe Großbritanniens. Dies sei für Deutschland ein durchschlagender Gesichtspunkt, der auch bei der Frage des Beitritts Englands zum Gemeinsamen Markt wesentlich sei. Alles andere, auch die Frage, ob der Beitritt willkommen sei, müsse zurückgestellt werden. De Gaulle habe Verständnis für diesen Standpunkt gezeigt und hinzugefügt, wenn ein so großes Land wie England um seine Aufnahme bitte, so müsse dies ernsthaft geprüft werden.

Botschafter *de Margerie* wies darauf hin, General de Gaulle und Couve de Murville hätten bis zum September des vorigen Jahres den Eindruck gehabt, daß die Verhandlungen gute Fortschritte machten, weil es zu gewissen Vereinbarungen gekommen sei. Sie seien jedoch enttäuscht gewesen, als sie feststellten, daß seit Oktober kein Schritt vorwärts getan wurde. Im Dezember habe dann die Bahama-Konferenz stattgefunden.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er verstehe die Aufregung im Weißen Haus[18] nicht.

Herr *de Margerie* betonte, daß man dort General de Gaulle, abgesehen von der EWG-Frage, noch weitere Pläne im Zusammenhang mit Rußland zutraue[19], da dieser gesagt habe, für ihn erstrecke sich Europa vom Atlantischen Ozean bis zum Ural.[20]

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, dies habe Präsident Hallstein auch

[16] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

[17] Zu den Gesprächen des Premierministers Macmillan mit Staatspräsident de Gaulle vom 24. bis 26. November 1961 in Birch Grove vgl. Dok. 57, Anm. 19.

[18] Zur Reaktion der amerikanischen Regierung auf den deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 49–52.

[19] Zu den amerikanischen Befürchtungen, Staatspräsident de Gaulle strebe ein von amerikanischem Einfluß befreites Europa und einen Ausgleich mit der UdSSR an, vgl. Dok. 83.

[20] Vgl. dazu auch Dok. 57, Anm. 8.

einmal gesagt, und geographisch sei es ja auch so. Im übrigen habe er das Gefühl, als ob nach Auffassung Kennedys nur zwei Herren über die Welt zu gebieten hätten, Rußland und die USA.

Botschafter *de Margerie* erwähnte, daß Europa geeigneter sei, die Ostprobleme besser zu verstehen. Bohlen habe oft über die Zeit gesprochen, wo Europa die USA und die USA Europa nicht mehr brauchten.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß sogar Foster Dulles ihm zweimal gesagt habe, wenn Deutschland und Frankreich nicht zuverlässig seien, würden die USA aus Europa weggehen. Der Gedanke eines Rückzugs aus Europa spuke zu seinem Entsetzen offensichtlich immer noch in den amerikanischen Hirnen herum. Die USA verstünden nicht, daß sie in ihrem eigenen Interesse in Europa bleiben müßten. Botschafter Dowling sei bei ihm gewesen und habe ihm gesagt, er werde diese Sache in Ordnung bringen.[21] Das State Department wisse anscheinend auch nicht, was es machen solle. Staatssekretär Carstens, der an allen Verhandlungen der letzten Jahre teilgenommen habe, sei kürzlich bei ihm gewesen und habe mit ihm die Fragen der Verhandlung mit Großbritannien besprochen. Er habe daran erinnert, wie lange die Verhandlungen über die Montanunion und über den EWG-Vertrag gedauert hätten. Die drei bestehenden europäischen Gemeinschaften umfaßten zur Zeit über 5000 Bedienstete. England habe die Absicht geäußert, weitere 1600 zur Verfügung zu stellen. Es müsse geprüft werden, wie sich dies machen ließe und welche Folgen sich daraus ergeben würden. Präsident Hallstein habe auch große Pläne in bezug auf Südamerika.

Herr *de Margerie* wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die USA auch mißtrauisch gegenüber Frankreich geworden seien, weil General de Gaulle in einer Rede geäußert habe, es müsse eine starke europäische Politik in Südamerika betrieben werden.[22]

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte sich in diesem Punkt mitschuldig. Er habe mit Südamerikanern und Nordamerikanern über die Differenzen zwischen den USA und Südamerika gesprochen und sei der Auffassung, daß Europa sich einschalten müsse. Im vergangenen November habe er Kennedy einen Gedanken unterbreitet[23], der zwar nicht von ihm selbst stamme, den er aber für gut halte, und zwar, daß für Südamerika eine Art OECD geschaffen werde.[24] Präsident Kennedy habe den Gedanken für gut gefunden, da Südamerika eine große Gefahr für Nordamerika darstelle und Südamerika lieber mit den Europäern als mit den Nordamerikanern verhandele. Hallstein werde bald nach Südamerika reisen. All dies rechtfertige, daß man sich zuerst im Rahmen der Sechs ein klares Bild darüber machen müsse, wo all dies enden solle. Außerdem zeichne sich die Tendenz einer sozialistischen Mehrheit ab. Dies gelte bereits jetzt für einen großen Teil der Brüsseler Beamten und

[21] Vgl. dazu Dok. 52.

[22] Vgl. dazu die Neujahrsansprache des französischen Staatspräsidenten vom 31. Dezember 1962; DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 54.

[23] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 13. bis 16. November 1962 in den USA vgl. Dok. 37, Anm. 26.

[24] Vgl. dazu OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 161: „Man sprach auch über ... einen Marshallplan für Südamerika".

würde noch verstärkt, wenn nach einem Labour-Sieg Großbritannien und die skandinavischen Staaten in die EWG eintreten würden.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/78

74

Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schmidt-Pauli

St.S. 93/63 **4. Februar 1963**[1]

Betr.: Deutsch-französische Zusammenarbeit

Der NATO-Pakt wurde auf 10 Jahre geschlossen, ist also ab 1969 kündbar.[2] Damit entsteht theoretisch für Deutschland die doppelte Gefahr, daß

entweder de Gaulle 1969 in Verfolg seiner Verteidigungskonzeption unerfüllbare Bedingungen für die Fortsetzung der französischen Mitgliedschaft in der NATO stellt, wenn nicht gar die französische Mitarbeit in der NATO ganz aufkündigt, oder

die Vereinigten Staaten bis dahin ihre Verteidigungskonzeption, sei es auch nur als Reaktion auf die französische Politik, so ändern, daß der Fortbestand der NATO in der bisherigen Form in Frage gestellt wird.

Diese Gefahr wird nur dann ausgeräumt werden können, wenn es gelingt, die amerikanischen Verteidigungsmaßnahmen mit der NATO, insbesondere aber mit Deutschland, so zu verzahnen, daß sie auch nach 1969 nicht rückgängig gemacht werden könnten. Es gibt eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen und gleichzeitig

1) das gegenwärtige amerikanische Mißtrauen in unsere Außenpolitik zu zerstreuen,

2) dem deutsch-französischen Konsultationsvertrag[3] einen Gegenpol zu geben,

3) der bevorstehenden Reise des amerikanischen Präsidenten[4] über den psychologischen Effekt hinaus auch materielle Bedeutung zu geben.

Diese Möglichkeit könnte darin bestehen, daß den Amerikanern angeboten

[1] Durchschlag als Konzept.
Handschriftlicher Zusatz des Leiters des „Büro Staatssekretär", von Schmidt-Pauli: „vertraulich".

[2] Artikel 13 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949: „Nach zwanzigjähriger Gültigkeitsdauer des Vertrages kann jeder vertragschließende Staat aus dem Verhältnis ausscheiden, und zwar ein Jahr nach Erklärung seiner Kündigung gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die den Regierungen der anderen vertragschließenden Staaten die Niederlegung jeder Kündigungserklärung mitteilen wird." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1949, S. 2073.

[3] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[4] Präsident Kennedy besuchte die Bundesrepublik vom 23. bis 26. Juni 1963. Vgl. dazu Dok. 206–208.

wird, anläßlich des Deutschlandbesuchs des Präsidenten Kennedy eine deutsch-amerikanische Vereinbarung feierlich zu proklamieren, durch welche beide Länder

1) sich verpflichten, im Rahmen der durch die NATO gesteckten Ziele ihre Verteidigungsanstrengungen auch über 1969 hinaus zu koordinieren,

2) alle NATO-Verbündeten dazu einladen, dieser Verpflichtung beizutreten.

Auch wenn dieser Vorschlag amerikanischerseits nicht gebilligt wird, hätte er vermutlich mindestens den Effekt, das amerikanische Mißtrauen in unsere Politik zu beseitigen. Käme es jedoch zu einer solchen Vereinbarung, so würde sie sich indirekt auch positiv auf das deutsch-englische Verhältnis auswirken können. Frankreich wäre im Rahmen des Konsultationsvertrages zu informieren; da der französischen Regierung bekannt ist, wie lebenswichtig das Bündnis mit den Vereinigten Staaten für Deutschland ist, muß auf französische Bedenken wohl kaum Rücksicht genommen werden.

Hiermit Herrn D II[5] mit Bezug auf die heutige mündliche Unterredung übersandt.[6]

gez. v. Schmidt-Pauli

Büro Staatssekretär, Bd. 386

75

Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1/995/63 geheim **Aufgabe: 4. Februar 1963, 18.20 Uhr**
Fernschreiben Nr. 118 **Ankunft: 4. Februar 1963, 19.35 Uhr**

Auf Drahterlasse Plurex 378 vom 31.1.63 und Plurex 409 vom 2.2. (Drahtberichte Washington 306 vom 30.1.63 und 330 vom 1.2.) und auf Drahtbericht London 106 vom 31.1.[1]

Aus Bezugsberichten geht hervor, daß Amerikaner und Briten von uns eine Solidaritätserklärung für NATO erwarten.

Wie mit Drahtbericht 73 vom 23.1. berichtet, habe ich am gleichen Tag im NATO-Rat eine Erklärung zur Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages[2] abgegeben, die mit folgender Feststellung schloß „ce que je peux vous dire d'une manière générale, c'est que le gouvernement fédéral n'avait

[5] Ministerialdirektor Krapf.

[6] Vortragender Legationsrat I. Klasse von Schmidt-Pauli vermerkte handschriftlich: „Herrn MD Dr. Müller-Roschach persönlich mit der Bitte um K[enn]t[ni]s[nahme] vorzulegen." Am 7. Februar 1963 nahm der Leiter des Planungsstabs handschriftlich Stellung: „Ich kann Ihre Auffassung nicht teilen."

[1] Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136.

[2] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

pas l'intention, et ne l'a pas non plus pour l'avenir, de conclure aucun accord qui, de quelque façon que ce soit, puisse porter atteinte à notre cooperation et à notre responsabilité au sein de l'alliance atlantique".

Ich gebe zu erwägen, bei passender Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß wir bereits einen Tag nach der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags im NATO-Rat eine derartige Erklärung abgegeben haben, wie sie jetzt von uns erwartet wird.

[gez.] Grewe

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136

76

Staatssekretär Lahr an die Botschaft in Washington

200-80.11/141/63 geheim **4. Februar 1963**[1]
Aufgabe: 5. Februar 1963, 20.00 Uhr

Auf Drahtbericht Nr. 213 geh.[2], 214 geh. vom 23.1.[3], Nr. 255 geh.[4], 256 geh. vom 25.1.[5], Nr. 274 geh. vom 28.1.[6] und Nr. 306 geh. vom 30.1.1963[7]

Vorbehaltlich mündlicher Weisungen durch Herrn Staatssekretär Carstens anläßlich seines Aufenthalts in Washington[8] bitte ich, bei Ihren Gesprächen mit amerikanischen Persönlichkeiten die folgenden Überlegungen zu verwenden. Ich verweise im übrigen auf Ziffern 2 und 8 des Runderlasses vom 30.1.63 – St.S. 79/63[9] – sowie auf die Aufzeichnung über Gespräch Staatssekretär Carstens mit Botschafter Dowling vom 24.1.63 – St. S. 161[I]/63 geh.[10]

I. Deutsch-französisches Vertragswerk vom 22. Januar 1963[11] muß nach Ansicht der Bundesregierung auf dem Hintergrund der jahrhundertealten Rivalität zwischen Frankreich und Deutschland gewürdigt werden. Die grundsätzliche Option des deutschen Volkes nach Abschluß des letzten Krieges zugunsten des europäischen Zusammenschlusses hat in Frankreich allmählich Ver-

[1] Der Drahterlaß diente Ende März 1963 als Vorlage für die Erstellung einer Dienstinstruktion für Botschafter Granow, Stockholm. Zu diesem Zweck nahm Staatssekretär Carstens Kürzungen und handschriftliche Veränderungen vor.

[2] Vgl. Dok. 49.

[3] Vgl. Dok. 50.

[4] Vgl. Dok. 55.

[5] Für einen Auszug vgl. Dok. 55, Anm. 11.

[6] Vgl. Dok. 58.

[7] Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Zu den Gesprächen des Staatssekretärs Carstens vom 4. bis 7. Februar 1963 in Washington vgl. Dok. 82, Dok. 83 und Dok. 88.

[9] Vgl. Dok. 63.

[10] Vgl. Dok. 51.

[11] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

trauen in das neue Deutschland entstehen lassen. Das Zusammenwirken beider Staaten in der europäischen Integration und die zahlreichen zweiseitigen Verträge der vergangenen Jahre haben Vertrauensverhältnis soweit vertieft, daß nunmehr mit Vertragswerk vom 22. Januar 1963 entscheidender Schritt zur Regelung der Zusammenarbeit der beiden Staaten für unbegrenzte Zeit getan werden konnte. Eine Betrachtung, die den Vertrag allein in bezug zu dem aktuellen politischen Geschehen sieht, wird dieser Bedeutung nicht gerecht.

II. Die Bundesregierung sieht in dem Vertragswerk jedoch nicht nur eine bilaterale Angelegenheit (vgl. Ihren Drahtbericht Nr. 306 vom 30.1.), sondern vor allem auch einen Schritt zu der von uns angestrebten politischen Einigung Europas. Wenn es sich auch um einen bilateralen Vertrag handelt, so trägt er doch den Keim des multilateralen europäischen politischen Zusammenschlusses in sich. Dem Vertragsabschluß ging Scheitern der Verhandlungen über die Europäische Politische Union voraus, das vor allem auf die Haltung der Niederlande zurückzuführen war.[12] Beweis für den Willen der beiden Regierungen, ihre Zusammenarbeit unter dem neuen Vertragswerk in den europäischen Rahmen hineinzustellen, ist die Ziffer 2 der Schlußbestimmungen, nach der sie die Regierungen der übrigen EWG-Mitgliedstaaten über Fortgang der deutsch-französischen Zusammenarbeit unterrichtet halten werden.[13]

III. Die Haltung der deutschen Delegation während der letzten Verhandlungsrunde in Brüssel[14] dürfte überzeugend bewiesen haben, daß die auf amerikanischer Seite gehegten Befürchtungen[15] grundlos sind, das Gravitationszentrum im deutsch-französischen Verhältnis werde in Zukunft in Paris liegen. Die Verpflichtung zur Konsultation schließt keineswegs aus, daß jede der beiden Regierungen in den Fragen, in denen keine „gleichgerichtete Haltung" – wie es in dem Vertrag heißt – hergestellt werden kann, die von ihr jeweils als richtig erkannte Politik verfolgt. Die Konsultationen ermöglichen es jedem Partner jedoch, seine Argumente dem anderen näherzubringen und damit ihre Wirkung auf dessen Willensbildung zu erhöhen. Damit entsprechen wir auch einem oft uns gegenüber geäußerten Wunsch der amerikanischen Regierung, daß wir die Auffassungen, die wir mit den übrigen NATO-Partnern teilen, im Rahmen unseres freundschaftlichen Verhältnisses zu Frankreich zur Geltung bringen mögen.

IV. Die Bundesregierung wird in den Fragen, in denen sie eine andere Auffassung als Frankreich vertritt, ihre eigenständige Politik fortführen. Vor allem wird sie weiterhin für die europäische Integration und für die Bildung eines Partnerschaftsverhältnisses zwischen dem vereinigten Europa und Amerika eintreten. Dieser die Politik der Bundesregierung bestimmende Grundsatz kommt auch in dem Beschluß vom 30. Januar 1963 zum Ausdruck, sie werde darauf hinwirken, daß „bald die Einigkeit unter den EWG-Partnern wieder

[12] Zum Scheitern der Verhandlungen der Außenminister der EWG am 17. April 1962 vgl. Dok. 57, Anm. 6. Vgl. dazu auch Dok. 136.

[13] Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 710.

[14] Vgl. dazu Dok. 60.

[15] Vgl. dazu Dok. 49, Dok. 51, Dok. 52, Dok. 58 und Dok. 65.

hergestellt und der Beitritt Großbritanniens zur EWG ermöglicht wird".[16] Im Bereich der Verteidigung wird die Bundesregierung unverändert den Aufbau einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht unterstützen. Ein besonderer Erlaß über die Behandlung der Verteidigungsfragen zwischen der deutschen und französischen Delegation in Paris am 21. und 22. Januar 1963[17] bleibt vorbehalten.

V. Die Bundesregierung glaubt, von der amerikanischen Regierung Verständnis für ihren Standpunkt erwarten zu können, daß ohne französische Mitwirkung weder die europäische Einigung noch die atlantische Partnerschaft und die mit der atlantischen Verteidigung untrennbar verbundene europäische Sicherheit gewährleistet werden können. Sie sieht in der deutsch-französischen Zusammenarbeit eine konstruktive Möglichkeit, um die Mitwirkung Frankreichs zu erlangen.

Lahr[18]

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136

77

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Voigt

Dg I A 200-81.12/6/195/63 VS-vertraulich **4. Februar 1963**[1]

Betr.: Zwischenlösungen für das Verhältnis EWG/Großbritannien

Am 1. Februar hatte ich eine längere Unterredung mit Herrn von Staden über die durch das Scheitern der Brüsseler Verhandlungen entstandene Situation.

Aus den Ausführungen, die Herr von Staden machte, ist folgendes hervorzuheben:

In Kreisen der Kommission und der Ständigen Vertreter gewinnt die Überzeugung Raum, daß Präsident de Gaulle durch sein Verhalten seinen Kredit und seine Glaubwürdigkeit ganz erheblich eingebüßt hat. Vergleiche zwischen dem Verhalten der Franzosen im Januar/Februar 1962 – nach Zustandekommen der Entscheidungen in der gemeinsamen Agrarpolitik[2] Vorlage eines

[16] Für den Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung vom 30. Januar 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 165.

[17] Vgl. dazu Dok. 38 und Dok. 44.

[18] Paraphe vom 5. Februar 1963.
Der Drahtbericht lag am 5. Februar 1963 Ministerialdirektor Krapf zur Mitzeichnung vor.

[1] Durchdruck.

[2] Zu den Beschlüssen des Ministerrats der EWG vom 14. Januar 1962 zum Übergang zu der im EWG-Vertrag vorgesehenen zweiten Stufe sowie zur gemeinsamen Agrarpolitik vgl. Dok. 21, Anm. 4.

Vorschlags zur Politischen Union, der gegenüber früheren französischen Vorschlägen einen starken Rückschlag bedeutete[3] – und dem jetzigen Verhalten – nach Paraphierung des Abkommens mit den afrikanischen Staaten und Madagaskar[4] das „Nein" zum Beitritt Großbritanniens – drängen sich auf. Wenn die Gemeinschaft jetzt an das Aushandeln von Interimslösungen mit Großbritannien denke, so sollte sie sich der Gefahr bewußt sein, daß französischerseits ein Junktim mit den noch ausstehenden agrarpolitischen Entscheidungen hergestellt werden könnte und ferner der Gefahr, daß die Franzosen später doch nicht dem Beitritt Großbritanniens zustimmen.

Herr von Staden betonte ausdrücklich, daß er diese Ausführungen nicht im Auftrage Präsident Hallsteins mache.

Wir könnten jedoch davon ausgehen, daß der offizielle Standpunkt des Präsidenten und wohl auch der Kommission sei:

a) der mit Großbritannien erreichte Verhandlungsstand war „nicht aussichtslos" (!);

b) die Briten hätten verhandlungstaktische Fehler begangen, indem sie wesentliche mögliche Konzessionen zu lange aufgespart hätten; sie hätten wohl den Gedanken eines package deal in letzter Minute gehabt, seine Erörterung aber zu lange zurückgestellt. Außerdem hätten sie ihre Bemühungen zu sehr auf die Herstellung einer gemeinsamen Front mit den Fünf gegen Frankreich angelegt, was bei den Franzosen ein „Isolationstrauma" erzeugt hätte. (Bemerkung: Cattani hat anläßlich des Piccioni-Besuchs[5] ähnliche Gedanken geäußert);

c) das innere Leben der Gemeinschaft muß weitergehen (im Sinne der Äußerungen Präsident Hallsteins auf dem Neujahrsempfang[6]).

Herr von Staden entwickelte dann die Forderung, daß jegliche Zwischenlösung mit Großbritannien den späteren Beitritt dieses Landes mit hinreichender Genauigkeit fixieren müsse, anderenfalls bestehe die Gefahr, daß die Franzosen wieder abspringen könnten; außerdem seien Zwischenlösungen für die Briten

[3] Die Regierungschefs der EWG-Staaten hatten während der Zusammenkunft in Paris am 10./11. Februar 1961 die Einsetzung einer vom französischen Botschafter Fouchet geleiteten Kommission beschlossen, die Vorschläge für die Durchführung der angestrebten Gründung einer „Union der Europäischen Völker" ausarbeiten sollte. Während der am 2. November 1961 von der Kommission vorgelegte Entwurf als Ziel dieser Union, die neben den vertragschließenden Staaten auch weiteren europäischen Staaten offenstehen sollte, eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik proklamierte, war die Zielsetzung des zweiten Fouchet-Plans vom 18. Januar 1962 begrenzter. Der Hinweis auf die Bereitschaft, weitere Staaten in die Europäische Politische Union aufzunehmen, fehlte, und bezüglich der gemeinsamen Politik war nur noch von einer Annäherung, Koordinierung und Vereinheitlichung der Außen-, Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspolitik der Vertragspartner die Rede. Für den Wortlaut der beiden „Fouchet-Pläne" vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 128f., und EUROPA-ARCHIV 1964, D 466–484. Vgl. dazu auch Christian FOUCHET, Mémoires d'hier et de demain. Au Service du General de Gaulle, Paris 1971, S. 195–203; COUVE DE MURVILLE, Politique Êtrangère, S. 363–371; OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 97f.

[4] Zum Assoziierungs-Abkommen der EWG mit den afrikanischen Staaten und Madagaskar vgl. Dok. 31, Anm. 5.

[5] Zu den Gesprächen des italienischen Außenministers Piccioni am 12. Januar 1963 in Bonn vgl. Dok. 24.

[6] Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Hallstein vom 31. Januar 1963 vgl. BULLETIN DER EWG 3/1963, S. 32f. (Auszug).

und Amerikaner nur tragbar, wenn der Beitritt Großbritanniens zu einem bestimmten Zeitpunkt gesichert sei. Man müsse das Plazet der Amerikaner mit der französischen Garantie des Beitritts erkaufen.

Ich fragte Herrn von Staden noch, wie sich nach seiner Meinung das neuerdings gezeigte französische Interesse an der Fusion der Exekutiven[7] erkläre. Er erwiderte, er habe keinen Zweifel, daß die französische Seite damit etwaigen Bestrebungen, die Briten zunächst in die EGKS und EURATOM[8] aufzunehmen, einen Riegel vorschieben wollten.

Stellungnahme:

Die z. Z. von uns erwogenen Übergangslösungen – im Vordergrund wird wahrscheinlich eine vorübergehende Assoziierung Großbritanniens in Form einer Zollunion mit Elementen der Wirtschaftsunion stehen – werden sicherlich auf starke Bedenken bei Briten und Amerikanern stoßen, die nur dadurch ausgeräumt werden können, daß der Beitritt Großbritanniens mit größtmöglicher zeitlicher Präzision festgelegt wird.

Die Bedenken sind vor allem die folgenden:

a) Für Großbritannien wäre die Rolle eines assoziierten Staates unbefriedigend. Derartige Lösungen vermögen vielleicht Störungen des Handels abzufangen, sind aber wegen der fehlenden Mitbestimmung nur schwer zumutbar; die Assoziierung ist ohnehin für ein Land wie Großbritannien, das wirtschaftlich und politisch nach unserer Ansicht alle Voraussetzungen für einen Beitritt erfüllt, nur schwer akzeptabel. Diese Lösung trägt außerdem den britischen Wünschen nicht Rechnung, sich politisch mit Europa zu verbinden, selbst wenn man auch auf dem Gebiet der politischen Beziehungen eine Übergangslösung – etwa im Rahmen der WEU – finden sollte.

b) Die Vereinigten Staaten werden nur schwer eine solche Lösung akzeptieren, die ihren Erwartungen hinsichtlich Förderung der politischen Einigung Europas nicht entspricht und ihnen handelspolitisch Nachteile bringt. (Zumal, wenn der europäische Markt nicht für ihre Agrarexporte geöffnet wird und Commonwealth-Präferenzen[9] weiterbestehen.)

c) Es besteht die Gefahr, daß Zwischenlösungen, wenn sie funktionieren, zu Dauerlösungen werden und damit das politische Ziel, den Beitritt Großbritanniens nicht fördern; jedoch ist diese Gefahr angesichts des betont britischen Willens, sich politisch und wirtschaftlich voll mit dem Sechser-Europa zu verbinden, und des zu erwartenden US-Widerstands nicht sehr hoch zu veranschlagen.

Die Zwischenlösungen werden daher die Briten und auch die Amerikaner nur dann akzeptieren können, wenn sie unter einer festen Zusage des späteren britischen Beitritts stehen. Es fragt sich, ob die Franzosen bereit sein werden, diese Zusage abzugeben.

Einige Bedeutung dürfte hierbei der französischen Sprachregelung zukom-

[7] Vgl. dazu Dok. 44, Anm. 12.

[8] Zu den Verhandlungen über eine Aufnahme Großbritanniens in die EAG vgl. Dok. 10.

[9] Zu den Commonwealth-Präferenzen vgl. Dok. 21, Anm. 7.

men, nach der das französische „Nein" sich lediglich aus wirtschaftlichen Gründen, also aus einer Bewertung der Verhandlungssituation erkläre, nicht aber aus außerhalb der Verhandlungsmaterie liegenden Gründen. So unglaubwürdig diese anscheinend überall verbreitete Version auch sein mag, so sehr sollte sie beachtet werden, da sie die Möglichkeit eröffnet, die Franzosen zu gegebener Zeit beim Wort zu nehmen – also eine Situation herbeizuführen, die es Frankreich nicht mehr erlauben würde, ohne katastrophalen Gesichtsverlust abermals „nein" zu sagen. Es erscheint allerdings wenig aussichtsreich, in eine Auseinandersetzung mit den Franzosen darüber einzutreten, ob das bisherige Verhandlungsergebnis den Abbruch rechtfertigen könnte oder nicht, oder ob die französische Forderung, die Briten müßten den EWG-Vertrag ohne jede Einschränkung annehmen, überspannt ist, weil die Sechs sich ebenfalls eine lange Übergangszeit und gewisse Vorbehalte gesichert haben – die französische Seite würde demgegenüber nur darauf hinweisen, daß ein später hinzutretendes Mitglied nicht das gleiche Maß an Vorbehalten beanspruchen kann wie die Gründerstaaten, noch dazu ein Staat, der die EWG bei ihrer Gründung nicht nur abgelehnt, sondern danach, durch Gründung der EFTA, einen Gegenverband in das Leben gerufen hat.

Selbst wenn die Franzosen sich bereiterklären würden, ihre Zustimmung zu einem zeitlich festgelegten Beitritt Großbritanniens zu geben, würden sie voraussichtlich harte Bedingungen stellen. Es ist fraglich, ob sie das bisherige Verhandlungsergebnis, also die bereits erzielten Einigungen, weiterhin anerkennen werden. Jedenfalls werden sie wohl verlangen, daß die britische Landwirtschaft die geforderte Umstellung bis zum Beitritt vollzogen hat.

Diese Forderung dürfte für die Briten aber nur dann akzeptabel sein, wenn ihr Beitritt als ein mit Sicherheit eintretendes Ereignis fixiert wird.

Es wäre daher anzustreben, eine Lösung dahingehend auszuarbeiten, daß

a) Großbritannien zu einem bestimmten Zeitpunkt – etwa 1966 oder 1967 – beitritt,

b) Großbritannien bis dahin die notwendigen Anpassungen durch einseitige Maßnahmen vornimmt,

c) für die Übergangszeit auf wirtschaftlichem Gebiet eine Assoziationslösung, auf politischem Gebiet eine enge Zusammenarbeit – etwa im Rahmen der WEU – Platz greift,

d) in den Gemeinschaften bei zu treffenden Entscheidungen die Interessen des künftigen Mitglieds soweit irgendmöglich berücksichtigt werden.

Die Briten könnten vielleicht für ihren Beitritt zu einem späteren Zeitpunkt dadurch gewonnen werden, daß dieses Verfahren die EFTA-Lösung einschließt.

Die EFTA-Frage war bisher in Brüssel zwar angesprochen, aber noch nicht verhandelt worden. Nach den letzten Erklärungen von Mr. Heath war Großbritannien zwar bereit, den gemeinsamen Außenzolltarif auch gegenüber „allen Drittländern" anzuwenden, sofern nicht Ausnahmen als Zwischenlösungen vereinbart würden; andererseits hat Heath die Forderung nach be-

friedigenden Lösungen mit den anderen EFTA-Staaten zum Zeitpunkt des britischen Beitritts nie fallen gelassen.[10]

Die Sechs haben darauf hingewiesen, daß ein gleichzeitiger Vollzug des Beitritts Großbritanniens und der Verträge mit den anderen EFTA-Staaten – Beitritte, Assoziationen oder andere Formen wirtschaftlicher Verbindung – nicht zu erzielen wäre, wenn man an einen britischen Beitritt Anfang 1964 denke.

Diese Gleichzeitigkeit war technisch und zeitlich nicht zu erreichen. Es hätte allenfalls gelingen können, den Beitrittsvertrag mit Dänemark etwa gleichzeitig zu vollenden. Die Beitrittsverhandlungen mit Norwegen (auch Irland sei hier erwähnt, obwohl nicht EFTA-Staat, aber wirtschaftlich eng mit Großbritannien verflochten) haben noch nicht einmal begonnen.[11] Über eine Assoziierung der Neutralen bestand noch keine einheitliche Vorstellung der Sechs. Portugal ist noch nicht einmal angehört worden.[12]

Es hätte sich also die folgende Alternative gestellt:

a) Der Beitritt Großbritanniens, vielleicht auch Dänemarks, wird Anfang 1964 vollzogen; die Gemeinschaft gibt zugunsten der verbleibenden EFTA-Staaten und zugunsten Irlands Absichtserklärungen ab, mit denen die Briten und die verbleibenden EFTA-Staaten sich hätten begnügen müssen. Allenfalls wären begrenzte Zwischenlösungen im Verhältnis zwischen Großbritannien und diesen EFTA-Staaten denkbar gewesen.

b) Verschiebung des Beitritts Großbritanniens bis zu dem Zeitpunkt, in dem alle Verträge ausgehandelt sind (wohl 1966).

Die Lösung b) hätte sich ergeben, wenn Großbritannien bei seiner Forderung der gleichzeitigen Regelung der künftigen Beziehungen der EWG zu allen EFTA-Staaten geblieben wäre.[13]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär vorgelegt.

gez. Voigt

Abteilung I (I A 4/I A 5), VS-Bd. 64

[10] Vgl. dazu die Erklärung des Lordsiegelbewahrers Heath vom 29. Januar 1963 in der Sitzung des Ministerrats der EWG; EUROPA-ARCHIV 1963, D 117–119.

[11] Zu den Anträgen Dänemarks, Norwegens und Irlands auf Beitritt zur EWG vgl. Dok. 8, Anm. 2.

[12] Am 29. Juni 1962 wurde vom EWG-Rat der Antrag Portugals vom 18. Mai 1962 auf Eröffnung von Assoziierungs-Verhandlungen bestätigt. Am 11. Februar 1963 sollte eine erste Anhörung Portugals stattfinden, die allerdings auf Grund des Abbruchs der Verhandlungen mit Großbritannien nicht mehr zustande kam. Vgl. SECHSTER GESAMTBERICHT (1963), S. 277.

[13] Vgl. weiter Dok. 78.

78

Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), an das Auswärtige Amt

GB 200/401-60.02-7/63 geheim **4. Februar 1963**[1]

Betr.: Erste Bemerkungen zur Krise der Gemeinschaft

Ich erlaube mir, zu den Überlegungen über die nähere und fernere Zukunft der Gemeinschaft einige erste Gedanken beizutragen.

I. Allgemeines

1) Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Europäische Politische Gemeinschaft, Europäische Freihandelszone, Beitritt Großbritanniens: viermal ist jetzt Frankreich, allein, seinen fünf Partnern entgegengetreten und hat eine Politik, die den Fünf richtig und lebenswichtig erschien, durchkreuzt. Ist Frankreich überhaupt gemeinschaftsreif? Reif für eine Gemeinschaft, in der jedes Mitglied auf die vitalen Interessen der anderen ein Mindestmaß an Rücksicht nimmt?

Die Frage stellt sich mit aller Schärfe. Mit um so größerer Schärfe, als kein Zweifel mehr daran bleibt, daß die Gruppierung der Sechs, wie Frankreich sie sich denkt, französisch beherrscht, anti-amerikanisch orientiert und nach innen gewendet sein soll – also etwas total anderes sein soll, als die übrigen Fünf und vor allem die Bundesrepublik von Gründung der Gemeinschaft an gewollt haben, noch immer wollen und auch in Zukunft wollen müssen.

Diese Grundfrage zu beantworten soll hier nicht versucht werden. Vielmehr wird unterstellt, daß man Frankreich nochmals eine Chance geben will. Läßt Frankreich sie ungenutzt, welchem Zweck soll die Gemeinschaft des Rom-Vertrages[2] dann noch dienen? Sehr viel Zeit bleibt Frankreich nicht mehr.

2) Die durch Frankreichs Politik im Januar 1963 jedermann sichtbar gewordene und sichtbar noch sehr verschärfte Krise des gesamten westlichen Bündnisses kann durch Heilung des Bruchs von Brüssel[3] allein nicht mehr behoben werden; sie reicht weit über das „europäische" Problem im engeren Sinn hinaus in die gesamte Außen- und Verteidigungspolitik. Aber ohne Lösung des spezifischen Problems „Europa" scheint eine Wiedervereinigung auf den anderen Gebieten in weitester Ferne. Im Problem Europa symbolisiert sich zur Zeit alles andere, und wahrscheinlich auf lange.

3) Unter der Annahme also, daß wir einstweilen an der Gemeinschaft des Rom-Vertrages festhalten, stellt sich der „europäische" Aspekt der Krise dar als das Problem des Beitritts Großbritanniens (und mit ihm der anderen kandidierenden Staaten). Frankreichs Politik hat diesen Beitritt zum Problem der Existenz der Gemeinschaft schlechthin gemacht. Das lag nicht in der Natur

[1] Durchdruck.

[2] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

[3] Zum Scheitern eines britischen Beitritts zur EWG vgl. Dok. 60.

der Dinge. Man hätte sich, wenigstens für eine Weile, mit einer Freihandelszone behelfen können. Man hätte – obschon das den Interessen und Wünschen der Fünf widersprochen hätte – den Antrag Großbritanniens auf Beitrittsverhandlungen im Herbst 1961[4] dilatorisch behandeln können. Man hätte die Verhandlungen über den Beitritt an sachlichen Meinungsverschiedenheiten über wichtige Einzelpunkte scheitern lassen können. Die beiden letzten Möglichkeiten hätten zweifellos zu krisenhaften Zuspitzungen geführt. Aber vielleicht – vielleicht – wäre es nicht ausgeschlossen gewesen, gleichwohl die Existenz der Gemeinschaft der Sechs über diese Schwierigkeiten hin zu retten. Die Begründung und die Form, in der Frankreich den Abbruch erzwungen hat, zeigt aber mit aller Klarheit, daß es auf eine andere Gemeinschaft abzielt als die Fünf, eine Gemeinschaft, die für die Fünf gefährlicher ist als gar keine Gemeinschaft. Ob Frankreich seine Haltung ändert – das werden die Fünf nicht an Beteuerungen und kleinen Konzessionen ablesen können, sondern nur an einem Faktum: der Zulassung Großbritanniens durch Frankreich.

II. Die neue Politik in der Gemeinschaft

4) Es wäre also dreierlei festzuhalten:

a) die Gemeinschaft muß einstweilen erhalten bleiben;

b) die fünf Mitgliedstaaten betreiben – innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft – mit allen geeigneten Mitteln den ehestmöglichen Beitritt Großbritanniens zur Gemeinschaft;

c) Frankreichs Wünsche und Interessen werden in der Gemeinschaft nur soweit berücksichtigt, als sie dem derzeitigen Ziel der Arbeit in der Gemeinschaft – der schnellen Herbeiführung des britischen Beitritts – nicht im Wege stehen.

5) Die Erhaltung der Gemeinschaft bedarf unter den neuen Umständen einer präzis überlegten, genau gezielten, mit den vier Partnern ständig abgestimmten Strategie:

a) Überflüssig zu sagen, daß die Unkündbarkeit des Vertrages und die in ihm enthaltenen Automatismen die Gemeinschaft nicht am Leben erhalten können. Auf den meisten Gebieten sind nur Ziele gesetzt und Verfahren vorgeschrieben; ohne ein Minimum an gutem Willen zur Zusammenarbeit im Rat und in allen anderen Gremien kommt die Maschine schnell zum Stillstand.

b) Die Maschine in Gang halten, darf aber nicht heißen: sie im gleichen Tempo und in der gleichen Richtung laufen lassen wie bisher.

c) Eine scharfe Verlangsamung des Tempos ist auf jeden Fall unabwendbar, selbst wenn sie nicht gewollt wird.
Man muß sich darüber klar sein, daß der Elan vorerst erloschen ist und der „kommunitäre Geist" nur noch in Anführungsstrichen zitiert werden kann. Jeder Mitgliedstaat wird seine besonderen Interessen mit größerer Rücksichtslosigkeit vertreten und weniger bereit sein, für eine Gemeinschaft Opfer zu bringen, deren ganze Zukunft von einer – zugegebenermaßen nicht leicht er-

[4] Zum britischen Antrag vom 10. August 1961 und zum Beginn der Beitrittsverhandlungen im November 1961 vgl. Dok. 8, Anm. 2, bzw. Dok. 21, Anm. 9.

füllbaren – Bedingung abhängt. Von Vorleistungen, wie sie die Bundesrepublik erbracht hat, wird nicht mehr die Rede sein können. Leistung nur noch gegen sofortige Gegenleistung – insbesondere bei Konzessionen gegenüber Frankreich. – Infolgedessen werden Einigungen, wenn sie überhaupt zustande kommen, lange Zeit brauchen.

Die Konsultationen mit Großbritannien über Maßnahmen der Gemeinschaft, die den Beitritt tangieren, brauchen ebenfalls ihre Zeit.

Es gibt aber auch Gründe, die für eine bewußte Verlangsamung des Tempos sprechen. Zu den Axiomen, die sich durchaus nicht bewährt haben, die auf jeden Fall aufgegeben werden müssen, gehört der Grundsatz: möglichst viel fertigmachen, bevor die Briten und andere kommen. Alles, was vorwiegend unter diesem Gesichtspunkt betrieben und beschleunigt worden ist, sollte sogleich eingestellt werden. Unnötig und uninteressant sind auch alle Arbeiten auf lange Sicht, die ihre Früchte erst in späterer Zukunft bringen, erst nach dem kritischen Zeitpunkt, bis zu dem Klarheit über den britischen Beitritt gewonnen sein muß.

d) Die Richtung der Tätigkeit der Gemeinschaft muß entschlossen geändert werden. Primäres Ziel der Arbeit ist einstweilen nicht mehr die Stärkung der wirtschaftlichen Kohäsion der Sechs, sondern die Ermöglichung des Beitritts. Nichts darf geschehen, was die Integration der Sechs verstärkt, aber gleichzeitig den Beitritt erschwert; besser noch: nichts, was nicht den Beitritt fördert. Damit nichts dem Beitritt Abträgliches, möglichst nur den Beitritt Förderndes geschieht, sind in allen wichtigen Fragen vorherige Konsultationen mit den Briten erforderlich. Auf welche Weise das am zweckmäßigsten geschieht, bedarf weiterer Prüfung.

Kein Ersatz für den Beitritt, aber ein wesentlicher und wirksamer Beitrag für die Erleichterung des Beitritts ist eine liberale, weltoffene Handelspolitik der Gemeinschaft. Dem bisherigen Kurs hätte, auch wenn die Krise nicht eingetreten wäre, ein viel entschiedenerer Widerstand der Bundesrepublik, Hollands und Belgiens entgegengestellt werden müssen. Vor allem die Verhandlungen auf der Basis des Trade Expansion Act[5] werden zeigen müssen, wie weit die Gemeinschaft zu einer wirklich liberalen Handelspolitik gebracht werden kann.

e) Ein solches Programm ist das genaue Gegenteil von „business as usual", wie es mindestens einigen Mitgliedern der EWG-Kommission als Devise vorschwebt.

Es sollte, um zu wiederholen, nur noch soviel getan werden, wie die Gemeinschaft zur Erhaltung ihrer Existenz braucht; und was getan wird, sollte konsequent auf die Ermöglichung des Beitritts ausgerichtet sein. Zweierlei ist sicher: Leicht ist eine solche Politik nicht zu führen, und wenn sie lange – länger als 1½–2 Jahre? – verfolgt werden muß, ist die Gemeinschaft am Ende. Aber können die Fünf, Großbritannien, die Vereinigten Staaten länger als etwa diese Zeit auf Frankreichs Entscheidung warten? Braucht Frankreich zu lange für einen positiven Entschluß, so scheint mir die noch verbliebene

[5] Zum Trade Expansion Act vom 11. Oktober 1962 vgl. Dok. 31, Anm. 22.

Chance, Europa auf der Gemeinschaft des Rom-Vertrages aufzubauen, in jedem Fall verspielt.

III. Mögliche Einwände

6) Gegen eine solche Politik der „Härte" wird dreierlei eingewendet werden: daß sie die Existenz der Gemeinschaften noch stärker gefährdet, als es schon der Fall ist; daß es keinen Zweck hat, Frankreich unter Druck zu setzen, weil es dann nur noch unnachgiebiger wird; daß es deshalb ratsam ist, die Dinge behutsam und ohne Verletzung französischer Empfindlichkeiten und Interessen weiterzuführen in der Hoffnung, daß Frankreich dann schließlich einschwenkt.

7) Der erste Einwand hätte sein Gewicht, wenn der Weiterbestand der Gemeinschaft ohne Großbritannien noch möglich oder, nach dem Vorgefallenen, noch wünschenswert wäre. Beides wurde oben verneint.

8) Wie sich ein Druck innerhalb der Gemeinschaft – und außerhalb der Gemeinschaft – auf die französische Haltung auswirkt, läßt sich kaum voraussagen. Wirtschaftlich hat Frankreich größere Vorteile aus der Gemeinschaft gezogen als irgendein anderer Mitgliedstaat, und auch eine vergrößerte Gemeinschaft würde ihm noch große wirtschaftliche Vorteile bieten. Sieht Frankreich ein, daß es durch Unnachgiebigkeit die Existenz der Gemeinschaft des Rom-Vertrags mit Sicherheit aufs Spiel setzt – eine Einsicht, an der es zur Zeit noch vollständig mangelt –, so wird das seinen Eindruck nicht verfehlen. Indessen – wirtschaftliche Argumente rangieren weit unten bei den Überlegungen, die den französischen Staatschef bei seiner Politik auf längste Sicht leiten. Es ist deshalb durchaus möglich, daß er, unter Druck gesetzt, seine Haltung versteift. Neuer Schaden kann dadurch für die Gemeinschaft nicht entstehen, da schon seine jetzige Haltung (wenn beibehalten) für sie tödlich ist.

9) Bietet ein Druck auf Frankreich wahrscheinlich nur geringe Chancen, so verdirbt Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich jede Chance mit Sicherheit.

a) Man erinnert sich: Als Frankreich die Maudling-Verhandlungen über die Freihandelszone[6] gesprengt hatte – die Verantwortung Frankreichs dafür war etwas weniger eindeutig als die im Januar 1963 von ihm übernommene, aber nicht viel weniger eindeutig –, entstand in der europäischen Öffentlichkeit eine ähnliche Aufregung wie heute. Wie heute erklärten die fünf Regierungen, daß sie nichts unversucht lassen würden bei der Suche nach Ersatzlösungen. Die Kommission schrieb Memoranden, der Rat setzte ein Comité Spécial ein, unter amerikanischer Führung nahm sich der Einundzwanziger-Ausschuß der OEEC der europäischen Probleme an. Frankreich rührte sich nicht; alle Bemühungen schliefen ein.

b) Unterdessen wurde in der Gemeinschaft die Parole des „business as usual" befolgt. Nichts geschah, um die Franzosen tagtäglich daran zu erinnern, daß sie ein dringendes, niemals aufgegebenes Anliegen ihrer Partner durchkreuzt hatten.

[6] Zum Scheitern der Verhandlungen über die Bildung einer Freihandelszone im November 1958 vgl. Dok. 31, Anm. 27.

c) Die Gemeinschaft der Sechs wurde in beschleunigtem Tempo ausgebaut. Eine „gefestigte" Gemeinschaft, so hieß es, würde leichter zu einem befriedigenden Ausgleich mit Großbritannien kommen können. In Wirklichkeit hat diese „Festigung" die Verhandlungen mit Großbritannien ungeheuer erschwert (Agrarverordungen einschließlich Finanzreglement) und es Frankreich erleichtert, mindestens Vorwände für den Abbruch zu finden.

d) Die Partnerstaaten, insbesondere auch die Bundesrepublik, haben geglaubt, durch Vorleistungen Frankreich zu einer nachgiebigeren Haltung gegenüber dem britischen Beitrittsantrag bestimmen zu können.

e) Dieser flüchtige Rückblick zeigt, daß Nachgiebigkeit und „business as usual" zu gar nichts geführt haben. Oder nur zu der höchst gefährlichen Illusion der Franzosen, sie könnten mit ihren fünf Partnern machen, was sie wollen.

f) Nach den Erklärungen des französischen Staatschefs[7] ist nunmehr eindeutig klar geworden, warum Nachgiebigkeit der Fünf und „business as usual" in der Gemeinschaft ihn nicht umstimmen können: Was er mit der Gemeinschaft der Sechs im Sinne hat, läßt sich mit einer vergrößerten Gemeinschaft nicht erreichen. Die eine Konzession, die man mit einer sanften Politik erreichen will, ist gerade diejenige, die er nicht machen kann. Mit anderen Konzessionen aber können die Fünf sich nicht abspeisen lassen.

g) Kann man erwarten, daß der französische Staatschef seine Auffassung in absehbarer Zeit ändert, wenn man Frankreich in der Gemeinschaft nachgiebig behandelt und den Ausbau der Sechser-Gemeinschaft unverändert weiterbetreibt? Der General ist nicht dafür bekannt, daß er seine ganz großen politischen Konzeptionen schnell wechselt, und hier geht es ihm um das Kernstück seiner zentralen politischen Konzeption. Gibt er sie überhaupt auf oder stellt er sie zurück: so um so eher, je schneller ihm vor Augen geführt wird, daß jedenfalls die Gemeinschaft nicht zu einem Instrument seiner derzeitigen Konzeption gemacht werden kann. Nur eine harte Politik der Fünf auch in der Gemeinschaft kann ihm das vor Augen führen.

IV. Zwischenlösungen

10) Es liegt nahe, nach einem Bruch wie dem, den Frankreich am 29. Januar erzwungen hat, nach Ersatzlösungen und nach Zwischenlösungen zu suchen.[8]

11) Ersatzlösungen gibt es nicht. Nach dem Vorgefallenen ist es für die Fünf politisch unmöglich, die Fortsetzung – auf die Dauer – einer Gemeinschaft zu Sechs, ohne Großbritannien, zu wollen.

12) Zwischenlösungen sind deshalb nur dann akzeptabel, wenn es wirklich Zwischenlösungen sind. Die Fünf können sich auf die Vereinbarung einer Zwischenlösung nur einlassen, wenn sie die unwiderrufliche Vereinbarung über die Zulassung Großbritanniens zu einem bestimmten und naheliegenden Zeitpunkt enthält. Auch für Großbritannien wäre diese Klausel unverzichtbar. Bei einer Zwischenlösung fällt ein guter Teil der „Übergangszeit" in die Periode, in der die Zwischenlösung wirksam ist. Wie sollte Großbritannien poli-

[7] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

[8] Vgl. dazu auch Dok. 77; weiter Dok. 118.

tisch imstande sein, die Commonwealth-Präferenzen[9] abzubauen und die heimische Agrarpolitik umzustellen ohne die absolute Sicherheit, daß es seinen Beitritt zu einem festen und naheliegenden Termin vollziehen kann?

Man muß schon sehr optimistisch sein, wenn man auf die baldige Zustimmung Frankreichs hoffen will zu einer Zwischenlösung mit dieser irrevokablen Verpflichtung.

13) Materiell muß jede Zwischenlösung einen substantiellen wirtschaftlichen Inhalt haben. Engste Kontakte und ständige Konsultationen mit Großbritannien sind unerläßlich. Aber sie genügen nicht. Die Zwischenlösung muß wirksame Maßnahmen auf der ganzen Breite der Zölle vorsehen, d.h., sie muß eine Zollunion oder eine Freihandelszone einschließen. Das heißt, wir stehen auch hier vor der Problematik, mit der fertig zu werden uns die Franzosen bisher nicht erlaubt haben. Ausweichen kann man ihr nicht. Daß Handelsverträge, die – wegen des GATT[10] – Zollsenkungen nicht zum Gegenstand haben können, Großbritannien nichts helfen, weiß jeder. Großbritannien kann sich aber nicht noch zwei, vier oder mehr Jahre von der Gemeinschaft zollmäßig als Drittland behandeln lassen; es müßte sich dann nach anderen Märkten orientieren, so gut oder schlecht es geht, und könnte sich, da das schlecht gehen wird, gegen seinen Willen zu einer Pfundabwertung gezwungen sehen, die – von anderen weittragenden Folgen abgesehen – dem Beitritt zur Gemeinschaft neue ernste Hindernisse bereiten würde.

14) Man darf sich deshalb keine Illusionen über die Schwierigkeit machen, eine zweckentsprechende Zwischenlösung schnell finden und vereinbaren zu können.

Jedenfalls schiene es mir falsch, die oben empfohlene harte Haltung in der Gemeinschaft erst einzunehmen, wenn auch ein Versuch mit der Zwischenlösung gescheitert ist.

Harkort

Abteilung I (I A 1/I A 2), VS-Bd. 143

[9] Zu den Commonwealth-Präferenzen vgl. Dok. 21, Anm. 7.

[10] Vgl. dazu Dok. 31, Anm. 28.

79

Botschafter von Etzdorf, London, an Staatssekretär Lahr

114-1/1032/63 geheim
Fernschreiben Nr. 123
Citissime

Aufgabe: 5. Februar 1963, 19.40 Uhr
Ankunft: 5. Februar 1963, 21.17 Uhr

Für Herrn Staatssekretär

Lordsiegelbewahrer Heath hatte mich heute nachmittag zu sich gebeten, um mich über des Premierministers und seine Besprechungen in Rom[1] und über die Überlegungen zu unterrichten, die sich jetzt für die britische Regierung ergeben.

I. 1) Der Premierminister sei sehr zufrieden zurückgekehrt; man habe ihn in Rom mit Wärme und Aufmerksamkeit empfangen. Man habe sich im wesentlichen über drei Punkte unterhalten: die multinationale Atomstreitmacht, die Versuchsstoppverhandlungen in Genf[2] und die Situation nach dem Zusammenbruch der Verhandlungen in Brüssel[3].

2) Zur Frage einer multinationalen Streitkraft innerhalb NATO habe Macmillan den Italienern die Konzeption erläutert, die ihn und Präsident Kennedy zum Abschluß der Nassauvereinbarungen[4] bewogen habe. Die italienische Seite hätte sich dem angeschlossen.

3) Bezüglich der Genfer Verhandlungen wegen eines Versuchsstopps habe Fanfani die Ansicht vertreten, daß man nur weiterkommen könne, wenn man Chruschtschow auf das festnagle, was er neulich gesagt habe[5] (to call Chruschtschow's bluff). Dies entspräche auch britischer Ansicht.

4) Der Schwerpunkt der Gespräche habe auf dem Post-Brüssel gelegen. Man habe sowohl die wirtschaftlichen wie die politischen Folgen des Abbruchs der Verhandlungen erörtert.

II. Hiernach stellten sich für die britische Regierung folgende Überlegungen:

1) Was die wirtschaftliche Seite anlange, sagte Mr. Heath, seine Regierung

[1] Der britische Premierminister Macmillan und Lordsiegelbewahrer Heath hielten sich vom 1. bis 3. Februar 1963 zu Besprechungen mit dem italienischen Ministerpräsidenten Fanfani und Außenminister Piccioni in Rom auf. Für das Kommuniqué vom 3. Februar 1963 vgl. THE TIMES, Nr. 55616 vom 4. Februar 1963, S. 10.

[2] Die am 14. Januar 1963 wiederaufgenommenen Verhandlungen im Ausschuß der drei Atommächte über einen Teststopp wurden am 31. Januar 1963 suspendiert und an das Genfer 18-Mächte-Abrüstungskomitee verwiesen, das seine seit dem 20. Dezember 1962 unterbrochene Tätigkeit am 12. Februar 1963 wiederaufnahm. Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 28.

[3] Vgl. dazu Dok. 60.

[4] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[5] In einem Schreiben vom 19. Dezember 1962 an Präsident Kennedy stimmte Ministerpräsident Chruschtschow der Einrichtung seismischer Stationen zur Überwachung von Atomtests zu und hielt den baldigen Abschluß eines Teststopp-Abkommens für möglich. Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 1239–1242.

werde alles tun, um die Kontakte mit den Fünf nicht abreißen zu lassen. Man rechne damit, daß die Fünf bei ihrer Integrationsarbeit, zumal den „regulations", auf die besondere Lage Großbritanniens Rücksicht nähmen. Auf meinen Einwurf, daß überhaupt jedes Fait accompli unterbleiben sollte, das die Rückkehr zu Verhandlungen gefährde, sagte Heath, seine Regierung werde bestimmt zu vermeiden wissen, was die Dinge erschweren könnte.

Um sich für weitere intensive Verhandlungen instand zu setzen, werde die britische Regierung den Stab ihrer ständigen Vertretung in Brüssel in Kürze verstärken. Es sei ferner beabsichtigt, die britisch-italienischen und britisch-deutschen Wirtschaftsausschüsse in diese Aufgaben einzubeziehen. Fanfani habe dem in Rom bereits zugestimmt, und man hoffe, daß dies auch seitens der Bundesregierung geschehen werde, so daß man bereits bei der nächsten Sitzung des deutsch-britischen Ausschusses Ende des Monats in München[6] zur Sache sprechen könnte.

Mit den Beneluxländern gebe es ein solches Gremium leider nicht, wobei Mr. Heath offenließ, ob hier eine Initiative zu erwarten sei. Was den britisch-französischen Wirtschaftsausschuß anlange, sagte er mit bedauerndem Achselzucken, daß dieser schon seit längerer Zeit schlafen gegangen sei.

2) Darüber, wie es im politischen Bereich weitergehen solle, habe seine Regierung noch keine festen Vorstellungen. In Rom sei über zwei Möglichkeiten gesprochen worden: die Westeuropäische Union hierfür ins Spiel zu bringen oder ein ad hoc-Komitee der Fünf und Großbritanniens zu schaffen. Die Italiener hätten sich für die erste Idee erwärmt, die zweite aber weniger glücklich gefunden, da durch die Tatsache, daß die Franzosen von vornherein ausgeschlossen seien, ein neuer verhärtender Tatbestand gesetzt werde. Bei der WEU wäre dies anders. Hier könnten sich die Franzosen entscheiden, ob sie bei der Erörterung des politischen Stoffs mitmachen oder, ebenso wie in Brüssel, fernbleiben wollten. Auf meinen Einwand, daß die Existenz der WEU aufs Spiel gesetzt werden könnte, wenn die Franzosen abseits blieben, sagte Mr. Heath, dies sei richtig und man müsse sich daher sorgfältig überlegen, ob man wirklich eine Prozedur wählen wolle, die solche Risiken in sich berge.

Fanfani hätte bei den Unterhaltungen in Rom den WEU-Gedanken bereits in der Weise substantiiert, daß er vorgeschlagen habe, ein Treffen der WEU-Außenminister und später vielleicht ein solches der Regierungschefs ins Auge zu fassen, und zwar, wenn nicht unter den Sieben der WEU, so doch unter den Sechs der WEU. Der Premierminister hätte sich dies angehört, ohne Stellung zu beziehen. Die britische Regierung wolle dies erst dann tun, wenn sie die Meinung der fünf übrigen Regierungen kenne. Man hätte daher auch noch keine Vorstellungen über etwaige Termine. Mr. Heath und ich präzisierten, daß ein etwaiges WEU-Ministertreffen zu trennen sei von der vor General Affairs Committee des WEU-Parlaments erbetenen Sitzung.[7] Allerdings würde das Ministertreffen, wenn es bis zum 31. März stattfinden sollte, vom Herrn

[6] Vom 25. bis 27. Februar 1963 fand in München die 15. Tagung des deutsch-britischen Wirtschaftsausschusses über die momentane Wirtschaftslage, Fragen der Entwicklungshilfe sowie über die Entwicklung des bilateralen und des internationalen Handels statt. Vgl. BULLETIN 1963, S. 355 f.

[7] Vgl. dazu Dok. 137, besonders Anm. 1.

Bundesminister als derzeitigem Ratspräsidenten einzuberufen und zu leiten sein.

3) Zum Schluß bat mich Mr. Heath mit Wärme, dem Herrn Bundesaußenminister zu übermitteln, wie sehr ihn der kürzliche Brief des Herrn Ministers[8] erfreut habe. Er sei überzeugt, daß die für Freitag geplante Unterhaltung zwischen Herrn Staatssekretär Lahr und Sir Eric Roll[9] unsere gemeinsamen Bemühungen fördern werde.

[gez.] Etzdorf

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 421

80

Staatssekretär Lahr an Botschafter von Etzdorf, London

St.S. 96/63 **5. Februar 1963**[1]

Lieber Herr von Etzdorf!

Haben Sie verbindlichen Dank für die Übersendung einer Abschrift des Briefes von Salvador de Madariaga[2] an Jean Monnet[3], der wie alle Äußerungen Madariagas zunächst einmal unser Interesse verdient. Bei aller Sympathie für die Haltung Madariagas im allgemeinen muß ich jedoch sagen, daß sein Verhalten in der vorliegenden Frage mir in einer allzu subjektiven Weise von seiner bekannten Todfeindschaft gegenüber Franco bestimmt zu sein scheint. Sicherlich läßt das Franco-System in den Augen des übrigen Europas zu wünschen übrig. Aber die Frage, um die es geht, ist doch wohl einfach die, was einer Liberalisierung des öffentlichen Lebens in Spanien zuträglicher ist, Spanien die Assoziierung mit den Europäischen Gemeinschaften zu gestatten oder es zurückzustoßen.[4] Daß ein Zurückstoßen zu der von Madariaga gewünschten Reaktion, nämlich der Gegenrevolution, führen könnte, halte ich für eine Illusion. Andererseits läßt sich nicht leugnen, daß in Spanien seit einiger Zeit ein Liberalisierungsprozeß im Gange ist. Das gilt in ganz eindeu-

8 Vgl. Dok. 67.

9 Vgl. Dok. 87.

1 Durchschlag als Konzept.
Hat vor Abgang am 10. Februar 1963 Bundesminister Schröder vorgelegen.

2 Der Schriftsteller und Diplomat Salvador de Madariaga y Rojo war von 1934 bis 1936 spanischer Erziehungs- und Justizminister. Seit 1936 lebte er im Exil in Großbritannien.

3 Für den Wortlaut des Schreibens vom 8. Januar 1963 vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 383.

4 Botschafter von Etzdorf, London, informierte am 24. Januar 1963 Staatssekretär Lahr, daß nach Auffassung von Salvador de Madariaga die Europäischen Gemeinschaften durch die mit einer Assoziierung Spaniens verbundene „Stärkung des Franco-Regimes Verrat am spanischen Volke begehen" würden. Der Schriftsteller meine, daß dies „das Ende des ‚christlich-demokratischen-liberalen-sozialistischen' Elements in Spanien und den Beginn der Volksfront bedeuten" würde. Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 383.

tiger Weise von der spanischen Wirtschaftspolitik, wohl auch von der Außenpolitik, die aus langjähriger Isolierung sich in zunehmendem Maße dem demokratischen Europa zuwendet, und, wenn auch zunächst in sehr bescheidenem Umfange, von der Innenpolitik. Wir halten die Ausstrahlungskraft des Europa-Gedankens für so stark, daß, wenn Spanien sich dieser Idee anschließt, es gewollt oder ungewollt in der Liberalisierung fortfahren wird. Deshalb sind wir von Anfang an für den Assoziierungsantrag Spaniens[5] eingetreten. Wir haben dies die spanische Regierung offiziell wissen lassen und werden hieran auch festhalten.

Ich schreibe Ihnen dies zu Ihrer persönlichen Kenntnisnahme. Herrn de Madariaga, der sich bei uns größter Wertschätzung erfreut, wird man sehr viel vorsichtiger bescheiden müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Lahr[6]

Büro Staatssekretär, Bd. 383

81

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 97/63 **5. Februar 1963**

Betr.: Assoziierung Österreichs mit der EWG

Der österreichische Botschafter suchte mich heute auf, um eine erste Reaktion des Auswärtigen Amts auf in Wien erwogene Pläne einer Fortführung des Assoziationsgesprächs[1] zu erfahren. Er ließ durchblicken, daß entsprechende Anfragen in den fünf anderen Hauptstädten der Gemeinschaft erfolgen.

Im Anschluß an Äußerungen des österreichischen Handelsministers[2], die von einem notwendigen Alleingang Österreichs sprechen, überlegt die österreichische Regierung offenbar ernsthaft, ungeachtet des vorläufigen Scheiterns der britischen Verhandlungen[3], ihr Assoziationsgesuch nicht als hinfällig zu betrachten. Ich erwiderte Botschafter Schöner, daß wir für die besondere Lage Österreichs volles Verständnis hätten und andererseits wohl nichts dagegen einzuwenden hätten, wenn Österreich die Assoziierungsgespräche fortsetzen wolle. Andere Fragen, die uns aber nur mittelbar angingen, seien die, ob die

[5] Für den Wortlaut des Assoziierungs-Antrags vom 9. Februar 1962 vgl. BULLETIN DER EWG 3/1962, S. 43.

[6] Paraphe vom 8. Februar 1963.

[1] Zum Antrag Österreichs vom 12. Dezember 1961 auf Assoziierung mit der EWG vgl. Dok. 39, Anm. 6.

[2] Fritz Bock.

[3] Vgl. dazu Dok. 60.

anderen EFTA-Länder Österreich aus seinen EFTA-Verpflichtungen entlassen würden, ob die Sowjetunion den „Alleingang" zulassen würde und wie sich Italien hierzu stellen werde (Cattani hatte mir kürzlich in Brüssel gesagt, die Österreicher seien in der Südtirolfrage „méchants" und als Assoziierte deshalb nicht eben willkommen). Auf die Frage des Botschafters, ob nach meiner Auffassung der jetzige Zeitpunkt für eine neue Initiative der österreichischen Regierung geeignet sei, sagte ich ihm, es sei wohl besser, zunächst einen Monat abzuwarten; denn voraussichtlich werde sich dann die Gesamtsituation in der EWG etwas geklärt haben (sollte sich der französische Vorschlag der „Assoziierung ohne Landwirtschaft" gegenüber Großbritannien[4] verwirklichen lassen, würden damit auch die EFTA-Probleme wieder akut werden und eine österreichische Initiative nicht unbedingt als ein Alleingang erscheinen). Botschafter Schöner bedankte sich für die in diesen Aussagen enthaltene positive Grundhaltung. Er unterstrich hierbei nochmals, daß die von ihm erwähnten Überlegungen nicht als offizielle Ankündigung bevorstehender Maßnahmen anzusehen seien[5] und er meine Äußerungen entsprechend werte.

Ich benutzte die Gelegenheit, ihn auf das Fernschreiben der Botschaft Wien Nr. 20 vom 4. Februar anzusprechen und ihm auseinanderzusetzen, wie es zu der Verlautbarung des Herrn Bundesaußenministers vom 15. Januar[6] gekommen und wie sie zu verstehen ist.[7] Er zeigte sich hiervon voll befriedigt und vertrat die Ansicht, daß eine berichtigende Erklärung überflüssig, vielleicht sogar bedenklich sei.

Hiermit dem Herrn Minister[8] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Lahr

Büro Staatssekretär, Bd. 383

[4] Zu diesem Vorschlag vgl. weiter Dok. 87.

[5] Im Drahterlaß vom 27. Februar 1963 an die Botschaft in Wien bemerkte Staatssekretär Lahr dazu: „Die Nachrichten über die Haltung Österreichs gegenüber der EWG und der EFTA sind nicht eindeutig. Während einerseits der Eindruck entstehen könnte, daß Österreich beabsichtigt, unabhängig vom Schicksal Großbritanniens ... die eigene Assoziierung mit der EWG weiter zu betreiben, lauten andere Nachrichten dahin, daß Österreich sich auf der letzten Ministertagung der EFTA unter Betonung seiner besonderen Schwierigkeiten letztlich doch mit den übrigen EFTA-Ländern solidarisch erklärt habe, d.h. von einem Alleingang absehen wolle." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 388.
Zur Frage einer Assoziierung Österreichs mit der EWG vgl. weiter Dok. 134.

[6] Am 15. Januar 1963 gab die von Bundesminister Schröder geleitete deutsche Verhandlungsdelegation in Brüssel eine Erklärung zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom Vortag ab. Vgl. dazu Dok. 30, Anm. 4.

[7] Mit Drahterlaß vom 5. Februar 1963 an die Botschaft in Wien erläuterte Bundesminister Schröder seine Aussage vom 15. Januar 1963 über die britische Bereitschaft, mit einem Beitritt zur EWG die Bindungen zur EFTA zu lösen: „Es ist richtig, daß Großbritannien in diesem Zusammenhang erklärt hat, es erwarte von der EWG, daß auch mit den anderen EFTA-Partnern befriedigende Lösungen gefunden würden ... Ferner bestand allseits Bereitschaft, etwas für Schweden, Schweiz, Österreich und Portugal zu tun, wenn auch noch offen war, was im einzelnen zu geschehen hätte. Es bestand also kein Anlaß, auf diese Frage in meiner Erklärung vom 15. Januar einzugehen ...". Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 383.

[8] Hat Bundesminister Schröder am 6. Februar 1963 vorgelegen.

82

Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Abteilungsleiter Tyler, amerikanisches Außenministerium, in Washington

St.S. 313/63 geheim **5. Februar 1963**[1]

Kurzprotokoll über das Gespräch zwischen Staatssekretär Carstens (Botschafter Knappstein, Botschaftsrat I. Klasse Schnippenkötter, Legationsrat I. Klasse Pfeffer) und Assistant Secretary of State Tyler (Schaetzel, Davies, Hillenbrand, Creel, Stalder)

Staatssekretär schlägt eingangs vor, daß gegenüber der Presse die Initiative für seine Reise nach Washington beiden Seiten zugeschrieben wird.

I. Zum Scheitern der Beitrittsverhandlungen[2] führt er aus, daß er nicht geglaubt habe, daß Frankreich die Verantwortung für das Fernhalten Englands allein auf sich nehmen werde. Aber Rambouillet[3] und Nassau[4] hätten eine beträchtliche Rolle in der Entwicklung gespielt. Am 21./22. 1. habe man die französische Zustimmung zur Beauftragung der Kommission mit einem Bericht erhalten, nicht aber zum gewünschten Umfang des Auftrags, zu einer kurzen Frist und zur Vorlage auch an den britischen Verhandlungspartner.[5] Entscheidend sei gewesen, daß Couve auf nichts habe eingehen wollen, was den Fortgang der Beitrittsverhandlungen impliziert hätte.

Wir seien tief enttäuscht, schockiert und sehr besorgt. Die britische Anerkennung für unsere großen Anstrengungen sei uns eine Genugtuung. Das Verhalten der britischen Regierung verdiene Bewunderung.

Der britische Beitritt bleibe unser Ziel. Dem widerspreche öffentlich nicht einmal Frankreich. Für die Zwischenzeit[6] könnte u.a. erwogen werden
1) eine Zollunion der EWG mit England (ohne Landwirtschaft)
2) Aktivierung der WEU (besondere Kommission mit Sitz in Brüssel)
3) eine beträchtliche allgemeine Zollsenkung (vgl. Herter in OECD[7]).

Während man zu 1) und 2) Frankreichs Mitwirkung brauche, sei zu 3) bedeutsam, daß ab 1. 1. 1966 über den Außenzoll der Gemeinschaft mit qualifizierter Mehrheit entschieden werde. Ein Kompromiß mit Frankreich sei deswegen nicht unwahrscheinlich.

[1] Das von Botschaftsrat I. Klasse Schnippenkötter gefertigte Kurzprotokoll wurde am 12. Februar 1963 Staatssekretär Carstens übermittelt.

[2] Vgl. dazu Dok. 60.

[3] Zu den Gesprächen des Premierministers Macmillan mit Staatspräsident de Gaulle am 15./16. Dezember 1962 in Rambouillet vgl. Dok. 12, Anm. 6.

[4] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[5] Vgl. dazu Dok. 43 und Dok. 44.

[6] Zur Frage der Zwischenlösungen vgl. auch Dok. 77 und Dok. 78; weiter Dok. 118.

[7] Der nach der Verkündung des Trade Expansion Act ernannte Sonderberater des Präsidenten Kennedy für Handelsfragen, Herter, traf am 26. Januar 1963 in Brüssel ein, um mit der EWG und anschließend mit der OECD in Paris Verhandlungen über die angestrebten Zollreduktionen zu führen. Vgl. dazu weiter Dok. 83, Anm. 9.

II. EWG: Die holländische Absicht, die EWG zu blockieren[8], erschiene uns falsch. Nichtratifizierung des Assoziierungsvertrages mit den afrikanischen Staaten[9] sei ebenfalls ein Fehler. Die Landwirtschaftspolitik werde vielleicht ein wenig langsamer voranschreiten. Nach außen hin sei Zollsenkung angebracht. Wir wünschten mit der Gemeinschaft weiter voranzuschreiten, mit Nachdruck auf deren Beziehungen zu Afrika und innerhalb des Welthandels.

III. NATO sei wie zuvor die Grundlage unserer Außenpolitik und für unsere Zukunft, der Europas und der freien Welt unerläßlich. Paris wisse, daß wir so dächten. Unser „record" sei gut (Assignierung, Integration).

Wir unterstützten das Nassau-Projekt.[10] Es werde im Parlamentsausschuß diskutiert.

Wir würden gerne näher in die Einzelheiten eintreten. Trotz unserer unzweideutig positiven Einstellung dazu sei es wegen des Argwohns anderer besser, wir würden nicht in Führung gehen.

Verteidigungspolitisch seien wir im großen und ganzen in Übereinstimmung, wenn wir auch die Akzente in Fragen wie konventioneller Krieg in Europa und schwimmende oder landgebundene MRBMs anders setzten. Bedeutung des bevorstehenden Besuchs von Hassel.[11]

Frage der Nachfolge Stikkers.

Regierungserklärung im Bundestag[12] werde herausstellen, daß wir NATO in jeder Beziehung stärken wollen.

IV. Dem Abschluß des deutsch-französischen Vertrags[13] lägen zwei Hauptmotive zugrunde:
– das allgemeine sei das der Aussöhnung zwischen den beiden Völkern, die trotz erheblicher politischer Meinungsverschiedenheiten ihren Wert in sich habe
– das speziellere sei unser Interesse, über die Absichten der französischen Politik im voraus informiert zu werden.

Der Vertragsschluß sei kein Symptom für eine Wende der deutschen Politik. Unsere erheblichen Meinungsverschiedenheiten mit Frankreich beträfen das NATO-Bündnis im allgemeinen, Nassau, den britischen Beitritt und die Au-

[8] Vgl. dazu bereits Dok. 31.

[9] Zum Assoziierungs-Abkommen mit den afrikanischen Staaten vgl. Dok. 31, Anm. 5. Die für März 1963 vorgesehene Unterzeichnung scheiterte am Widerstand der Niederlande und Italiens und führte dazu, daß das Abkommen erst am 20. Juli 1963 in Kraft trat. Vgl. AdG 1963, S. 10710.

[10] Bereits im Gespräch mit Staatssekretär Ball vom 14. Januar 1963 erklärte Bundeskanzler Adenauer, „wir würden aus ganzer Kraft an dem Projekt mitarbeiten". Vgl. den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vom 14. Januar 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 311; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. auch Dok. 46.

[11] Zum Besuch des Bundesministers von Hassel vom 25. bis 28. Februar 1963 in den USA vgl. seine beiden Drahtberichte vom 27. Februar 1963; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 543; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. auch BULLETIN 1963, S. 362.

[12] Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer vom 6. Februar 1963 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 52, S. 2574–2583.

[13] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

ßenbeziehungen der EWG. Es gebe keine geheimen Nebenabreden zum Vertrag. Es gebe keine Abrede auf dem Gebiet der Nuklearbewaffnung.

Tyler erklärt, daß die Kristallisation der französischen Haltung am 14. 1.[14] und in Brüssel klar von den Zielen der Allianz abweiche. Da der deutsch-französische Vertrag nach amerikanischem Gefühl im Zusammenhang mit diesen beiden Manifestationen der französischen Politik stehe, sei der „malaise" groß. Es sei daher wichtig, offen zu reden. Der grundlegende Unterschied der Auffassungen über die Beziehungen zwischen Europa und Amerika beunruhige den Kongreß und die Öffentlichkeit.[15] Es sehe so aus, als wenn die Rolle der Vereinigten Staaten in Europa für überflüssig und irrelevant angesehen werde. Wenn dieser Eindruck sich bewahrheite, würden „active commitments along our Atlantic partnership" unmöglich werden.

Es genüge daher nicht zu wissen, wie alles gekommen sei; die Frage sei, was Europa wolle, welche Vorstellungen es sich von den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten mache. Die ernste und grundlegende Frage sei, ob Frankreich sich in Richtung auf Alternativen zur Atlantischen Gemeinschaft, zur Europäischen Einheit und zur atlantischen Partnerschaft bewege und was dann die Rolle der Vereinigten Staaten in bezug auf eine solche Politik sein könne.

Staatssekretär versichert, daß wir wie andere Europäer, ja auch Franzosen, die Zusammenarbeit mit Amerika als absolut lebenswichtig ansähen. Wir hielten im übrigen den 14. 1. nicht für einen Wendepunkt in der französischen Politik.

Tyler ist nicht überzeugt, weil hinter den beiden Entscheidungen die Tendenz greifbar geworden sei, daß Amerika sich von Europa lösen möge. Die von de Gaulle für die Entwicklung Europas aufgestellten Kriterien und Werte seien der Beginn einer Politik, die von dem, was Amerika anstrebe, fundamental abweiche. Wenn das zutreffe, seien die Folgen ernst.

Staatssekretär erklärt, daß die beiden Entscheidungen im Grunde keine völlige Überraschung gewesen seien. Wenn de Gaulle jedoch eine Politik gegen die Vereinigten Staaten und die Allianz wählen sollte, werde ihm keiner folgen. Zwar sei er stark genug, den Beitritt Englands zu blockieren, nicht aber, eine solche Politik zu betreiben, für die es im übrigen auch noch keinen konkreten Anhalt gebe.

Tyler legt dem StS sodann nahe, daß die Bundesregierung ihre Einstellung völlig klarstelle, am 6. 2. und bei der Ratifikation des Vertrages. Es sei nicht amerikanisches Ziel, de Gaulle zu isolieren, aber von ungeheurer Bedeutung, daß die Bundesrepublik klarstelle, daß für sie die Grundlagen der Allianz und des „grand design"[16] unerschüttert und unerschütterlich seien.

[14] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

[15] Vgl. dazu auch Dok. 88.

[16] Am 4. Juli 1962 äußerte sich Präsident Kennedy in Philadelphia positiv zum Einigungsprozeß in Europa und bezeichnete den Aufbau einer „Atlantischen Partnerschaft" zwischen den USA und einem starken, vereinigten Europa als Ziel seiner Politik. Dieses Konzept erhielt die Bezeichnung „grand design" nach dem Titel des Buches von Joseph KRAFT, The Grand Design. From Common Market to Atlantic Partnership, New York 1962.
Für den Wortlaut der Rede vom 4. Juli 1962 vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1962, S. 537–539.

Schaetzel unterstreicht die Bedeutung der Teilnahme Großbritanniens am europäischen Einigungsprozeß für die atlantischen Beziehungen. Die Stimmung im Kongreß und in der Öffentlichkeit drohe infolge des 14. 1. umzuschlagen.

Staatssekretär räumt ein, daß eine ernste Krise entstanden sei, warnt aber vor zu weit gehenden Schlußfolgerungen. De Gaulle sei auf die Bitte des Bundeskanzlers eingegangen, daß Seydoux sich an den Diskussionen im NATO-Rat wieder aktiver beteilige. Es sei de Gaulles Ziel, die Stellung Frankreichs zu stärken, und das sei zwar dem Gemeinsamen Markt und der Allianz abträglich, nicht aber auf Zerstörung angelegt. Die amerikanische Beurteilung gehe zu weit und unterstelle de Gaulle Ziele, die er in Wirklichkeit nicht habe. Alles was gesagt worden sei, seien zugleich Argumente zugunsten des deutsch-französischen Vertrages, da dieser vorherige Information zur Pflicht mache. Gerade wenn die amerikanischen Besorgnisse begründet wären, sei es wichtig, daß es jemanden gebe, der im voraus wisse, was geschehe. Aber er sehe gar keine Gefahr, daß Frankreich das Bündnis zerstören wolle.
Trotz allem sei das Gefühl allgemein, daß der Vertrag ratifiziert werden müsse.

Schaetzel erhebt verschiedene Bedenken gegen eine auf Industriewaren sich erstreckende Zollunion.

Staatssekretär verweist auf die Kraft des Gemeinsamen Marktes, der de Gaulle überdauern werde. Man dürfe die Zukunft nicht aus dem Auge lassen und nicht vergessen, daß auch früher schon schwere Krisen überwunden worden seien.

Tyler warnt davor, die amerikanische Politik bezüglich Europas als etwas Selbstverständliches vorauszusetzen. Wenn nicht geeignete Versicherungen gegeben würden, könne die Entwicklung von der Exekutive nicht mehr gelenkt werden und in die falsche Richtung gehen.

Deutschland sei durch den „accident of coincidence" in den weitverbreiteten Verdacht gekommen, auf de Gaulles Wagen gesprungen zu sein. Auf einmal sei die deutsche Position als eine völlig andere erschienen, als man bis dahin geglaubt habe.

Staatssekretär schildert noch einmal, daß die drei Parteiführer[17] schließlich dem Kanzler darin zugestimmt hätten, daß er nach Paris gehen und den Vertrag unterzeichnen müsse. Trotz grundlegender Meinungsverschiedenheiten müsse die Zusammenarbeit versucht werden.
Die amerikanische Reaktion sei so nicht vorausgesehen worden.

Tyler erklärt schließlich, er habe an unserer Haltung im Grunde nicht gezweifelt; es sei aber so ungeheuer wichtig, daß das Ausmaß der Gefahr – über die die Botschaft sicher berichtet habe[18] – ganz ins Bewußtsein dringe.

[17] Die Parteivorsitzenden waren Franz-Josef Strauß (CSU), Erich Mende (FDP) und Erich Ollenhauer (SPD).

[18] Vgl. dazu bereits Dok. 49 und Dok. 50.

Staatssekretär erläutert, daß die Ratifikationsbedürftigkeit des Vertrages auf unpolitische, rein juristische Erwägungen zurückgehe.[19]

Abteilung II (II 5/II 6), VS-Bd. 205

83

Staatssekretär Carstens, z. Z. Washington, an Bundesminister Schröder

114-1/1071/63 geheim
Fernschreiben Nr. 375
Citissime

Aufgabe: 6. Februar 1963, 22.00 Uhr
Ankunft: 7. Februar 1963, 04.40 Uhr

Nur für den Herrn Minister[1] und für Staatssekretär

1) Mein heutiges Gespräch mit dem Präsidenten unter vier Augen dauerte eine Stunde. Von seiner früher berichteten Verärgerung uns gegenüber[2] war nichts mehr zu spüren, doch zeigte er sich über die Lage tief beunruhigt.

De Gaulle habe durch sein Verhalten die Chancen zerstört, die Anfang dieses Jahres für die freie Welt bestanden hätten. Nach der Kubakrise[3], angesichts des sowjetisch-chinesischen Konflikts[4] und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Ostblocks habe sich die Lage seit langer Zeit zum erstenmal eindeutig günstig für den Westen gestaltet. Durch de Gaulles Verhalten sei ein Zwiespalt in der freien Welt entstanden, und schon schöpften die Sowjets neue Hoffnung. De Gaulle wende sich immer deutlicher gegen die USA. Zwischen ihm und de Gaulle gäbe es in keiner der großen Fragen (Kongo, UNO, Abrüstung, NATO, Nassau-Projekt[5], Berlin) eine Verbindung. Man frage sich, was de Gaulle wolle. Der Präsident las dann einige Sätze aus dem 1959 erschienenen Memoiren-Band vor, in denen de Gaulle die Vision des vom anglo-amerikanischen Einfluß befreiten Europas, das auf sich selbst gestellt den Ausgleich mit der Sowjetunion herbeiführt, als sein unverrückbares Ziel bezeich-

[19] Zur Frage der Ratifizierungsbedürftigkeit des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 22.

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen, der zwei Exemplare an das Bundeskanzleramt weiterleiten ließ.

[2] Vgl. dazu Dok. 49.

[3] Zur Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[4] Die Spannungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China nahmen Ende 1962 an Schärfe zu. Der sowjetischen Regierung wurde vor allem ihre Haltung im indisch-chinesischen Grenzkonflikt, in dem die UdSSR Indien gegen die Anschuldigung, den Krieg begonnen zu haben, in Schutz nahm, und der Rückzug im Kuba-Konflikt vorgeworfen. Die Einigung der UdSSR mit den USA wurde in einem Artikel der Zeitschrift RENMIN RIBAO vom 31. Dezember 1962 als „Kompromiß mit dem Imperialismus" auf Kosten Kubas gewertet und als „hundertprozentige Beschwichtigung als ‚reines München'" bezeichnet. Vgl. OST-PROBLEME 1963, H. 3, S. 81.

[5] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

net.[6] Eine solche Entwicklung würde nach Ansicht des Präsidenten katastrophal sein.

Es sei immer davon die Rede, daß die USA Europa beherrschten. Nichts läge ihnen ferner als das. Sie wollten niemand beherrschen; sondern sie setzten sich für Ziele ein, die nach ihrer Ansicht gemeinsame Ziele Europas und Amerikas seien.

Warum mißtrauten wir den Amerikanern? Vielleich sei es zum Teil ihre eigene Schuld. Vielleicht hätten sie uns gegenüber z. B. zu stark auf die Aufstellung konventioneller Streitkräfte gedrängt[7], so daß wir glaubten, sie wollten sich aus dem nuklearen Engagement lösen. Dies sei gewiß nicht ihre Absicht.

Er habe volles Verständnis für unseren Wunsch nach dauerndem Ausgleich und Freundschaft mit Frankreich. Aber sei das wirklich das z. Z. vordringlichste Problem? Ein neuer Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich erscheine in jedem Fall ausgeschlossen.

Dagegen drohten die größten Gefahren in Lateinamerika. Fünf Länder würden vielleicht schon in einem Jahr kommunistisch sein.

Er mache sich große Sorgen und wisse nicht, wie das Bündnis wieder in Ordnung gebracht werden solle.

2) Ich antwortete, daß wir die Haltung de Gaulles anders interpretierten. Wir glaubten, daß er in der Tat eine größere, ja eine führende Rolle in dem Bündnis spielen wolle; aber er wolle innerhalb des Bündnisses bleiben und sich nicht aus ihm lösen.

Wenn man aber schon solche Befürchtungen hege, dann sei unser Vertrag mit ihm[8] um so bedeutungsvoller. Dieser Vertrag sei einmal das Ergebnis der Aussöhnung der beiden Völker, die von allen politischen Kräften bejaht werde. Zum andern gebe er aber uns die Gewähr, daß de Gaulle uns informieren und konsultieren werde, bevor er Entscheidungen treffe. Daran hätten wir ein großes Interesse, wobei ich dahingestellt lassen wollte, wieweit wir seine Entscheidungen würden beeinflussen können. Wenn die Verbindung zwischen USA und Frankreich völlig abgerissen sei, sei es um so wichtiger, daß wir die Verbindung zu Frankreich aufrechterhielten.

Was uns betreffe, so gebe es keinen verantwortlichen Menschen in Deutschland, der nicht überzeugt wäre, daß Europa im Ost-West-Konflikt gemeinsam

[6] Vgl. Charles DE GAULLE, Mémoires de guerre, Bd. 3: Le salut 1944–1946, Paris 1959, S. 179 f.

[7] Die Forderung nach Verstärkung der konventionellen Streitkräfte wurde von den USA im Zusammenhang mit der Umstellung ihrer Verteidigungskonzeption von der „massive retaliation" auf das Konzept der „flexible response" erhoben. Entgegen der früheren Ankündigung, jeden Angriff auf das Bündnis auch mit Atomwaffen zu erwidern, wurde durch das neue Konzept die konventionelle Option stärker betont. Dies beinhaltete auch, daß die Unterlegenheit der NATO im konventionellen Bereich abgebaut werden mußte. Vgl. dazu die Stellungnahmen des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara und des amerikanischen Außenministers Rusk am 14. Dezember 1961 vor dem NATO-Ministerrat in Paris; AdG 1961, S. 9548. Vgl. ferner die Rede von McNamara am 5. Mai 1962 vor dem NATO-Ministerrat in Athen; Philip BOBBITT/Lawrence FREEDMAN/Gregory F. TREVERTON (Hrsg.), US Nuclear Strategy. A Reader, London 1989, S. 205–222.

[8] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

mit Amerika vorgehen müsse und daß Deutschland und Berlin ohne die amerikanischen Streitkräfte nicht verteidigt werden könnten. Dies sei ein ungeheures Vertrauenskapital, das die USA in Deutschland und übrigens auch in anderen europäischen Staaten hätten. Andererseits gäbe es wichtige Fragen, in denen wir mit de Gaulle nicht übereinstimmten, so in einigen EWG-Fragen, wie vor allem dem britischen Beitritt, in NATO- und Verteidigungsfragen. Wir würden nicht aufhören, hier unseren Standpunkt mit allem Nachdruck zu vertreten.

Ich schlüge vor, daß man das Nassauprojekt vorantreibe; dadurch könne der Wert des Bündnisses erhöht und die gegenwärtige Malaise überwunden werden. Auf wirtschaftlichem Gebiet solle man entsprechend den Vorschlägen Herters über eine große Zollsenkung verhandeln.[9]

3) Der Präsident hörte mir aufmerksam zu, kam aber immer wieder auf seine eigenen Thesen zurück, während ich meine Gedanken, vor allem die Bedeutung des amerikanischen Vertrauenskapitals in Deutschland, mehrfach wiederholte.

4) An einzelnen Punkten ist zu erwähnen:

a) Der Präsident ist über die spanische Haltung in den Verhandlungen über die amerikanischen Basen enttäuscht.[10] Er sieht auch hier de Gaulle am Werke. Er wird die B 47 Bomber eventuell aus Spanien abziehen. Sie sind für die Verteidigung nicht entscheidend. Er betrachtet den Fall aber als einen weiteren Beweis der Abneigung der Europäer gegenüber Amerika.

b) Macmillan hat in Nassau die Reaktion de Gaulles[11] auf die in Nassau ausgearbeiteten Vorschläge völlig falsch eingeschätzt. Er hat gemeint, daß das einzige Hindernis gegenüber dem britischen EWG-Beitritt die französischen Agrarinteressen seien.

c) Der Präsident hält an seinem Reiseplan nach Bonn und Rom fest und freut sich sehr auf den Besuch in Bonn.[12]

[9] Zu den Gesprächen des Sonderberaters des Präsidenten Kennedy, Herter, vgl. bereits Dok. 82, Anm. 7. Der amerikanische Vorschlag für ein Zollsenkungsverfahren sah einen linearen und alle Waren umfassenden Zollabbau um einen bestimmten Prozentsatz vor, während nach den Vorstellungen der EWG bestimmte Zielsätze festgelegt und eine gleichmäßige Annäherung an diese angestrebt werden sollten. Vgl. dazu den Vermerk des Staatssekretärs Lahr vom 18. Mai 1963 über eine Unterredung zwischen Bundesminister Erhard und Herter; Büro Staatssekretär, Bd. 405. Vgl. ferner BULLETIN DER EWG 7/1963, S. 13 f.

[10] Zwischen den USA und Spanien wurde über die Verlängerung des 1953 geschlossenen amerikanisch-spanischen Verteidigungsabkommens verhandelt, die am 26. September 1963 erfolgte. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters von Welck, Madrid, vom 15. Februar 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. ferner das Kommuniqué des amerikanischen Außenministeriums vom 26. September 1963; EUROPA-ARCHIV 1963, D 609–612.

[11] Vgl. dazu Dok. 21.

[12] Zum Besuch des Präsidenten Kennedy vom 23. bis 26. Juni 1963 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 206–208.

5) Ich darf mir eine mündliche Ergänzung dieses Berichts vorbehalten.[13]

[gez.] Carstens

Ministerbüro, VS-Bd. 8475

84

Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1/1105/63 geheim
Fernschreiben Nr. 379

Aufgabe: 7. Februar 1963, 19.00 Uhr
Ankunft: 8. Februar 1963, 00.40 Uhr

I. In heutiger (6. 2.) Botschaftergruppen-Sitzung, an der Staatssekretär Carstens und Botschafter Kohler teilnahmen und die wegen Abwesenheit von Thompson unter Vorsitz von Tyler stattfand, verlas dieser Wortlaut der Kommunikation, die Gromyko Kohler bei seinem Abschiedsbesuch am 26. 1. vorgelesen hat.[1] Ihr wesentlicher Inhalt ist folgender:

„In connection with the discussion of January 18, I inform you that the Soviet government is ready to continue the Soviet/American exchange of views on questions related to the German peace settlement and the normalisation on that basis of the situation in West Berlin[2] with a view to concluding these negotiations through attainment of an appropriate understanding in the near future. Regarding the methods the Soviet government offers the following considerations:

It would be acceptable to us to have the talks in Washington through the Soviet ambassador[3] or here in Moscow through the US ambassador.[4] If your government wishes to have the talks in Moscow we would welcome that. We are ready to receive other special American representatives for participation and discussion of the German problem as the American president might find useful. The Soviet government will give instructions to its representatives to continue discussions on concrete questions related to the German peace settlement and the normalisation of the situation in West Berlin taking into account the exchange of views which have already taken place with the goal of preparing drafts of such appropriate agreements. When the drafts are prepared it could be agreeed upon possible means of procedure for definite approval."

[13] Vgl. dazu Dok. 88.
Vgl. ferner den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vom 9. Februar 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

[1] Vgl. dazu Dok. 56, Anm. 2.

[2] Zu den bisherigen amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen über Berlin vgl. Dok. 5, Anm. 4.

[3] Anatolij F. Dobrynin.

[4] Foy D. Kohler.

II. Kohler erläuterte dazu folgendes: Gromyko habe ihm die Mitteilung sehr sorgfältig anhand eines Textes verlesen, den er nachher auch habe einsehen können. Gehalt der Mitteilung, ihre Implikationen und Umstände ihrer Übermittlung legten ihm den Schluß nahe, daß es sich hier um die ernsthafteste sowjetische Initiative seit 1958[5] handele.

Unabhängig vom Inhalt begründete Kohler diesen Eindruck zunächst damit, daß Sowjets seit Kuba[6] eine regelrechte Kampagne mit dem Ziel geführt hätten, amerikanische Regierung zu einer Initiative zur Wiederaufnahme der Berlin-Gespräche zu veranlassen. Diese Erfahrung mit den Sowjets sei sowohl in Washington (Mikojan[7], Kusnezow[8]) als auch von ihm bei zahlreichen Gelegenheiten in Moskau gemacht worden.

Kohler schilderte Vorgeschichte wie folgt: Eine Woche vor seiner Abreise habe er es für zweckmäßig gehalten, Gromyko davon zu unterrichten, daß er nach Washington gehen werde, und ihm gesagt: „Wenn Sie etwas Besonderes haben, das Sie oder Chruschtschow dem Außenminister oder dem Präsidenten mitzuteilen wünschen, würde ich mich freuen, es überbringen zu können."[9] Gromykos Antwort sei damals gewesen: „O nein, wir würden gerne von Ihnen etwas hören." Ungeachtet ihrer Kampagne hätten die Sowjets mit Mitteilung vom 26. die Initiative nun selbst ergriffen.

Was Inhalt und Ton der Mitteilung angehe, so lege sie ihm auch im Lichte der Reden Chruschtschows im Obersten Sowjet am 12. 12.[10], in Ost-Berlin[11] sowie der Wirtschaftsnöte der SBZ und der sowjetischen Unfähigkeit, sie zu beheben, den Schluß nahe, daß Sowjets nun bereit seien, „eine Art Formel oder modus vivendi" zu finden, um Berlin-Frage „für einige Zeit auf Eis zu legen".

Tyler fügte dem hinzu, daß Dobrynin ihn kurz zuvor bei einem Dinner beiseitegezogen habe, um zu fragen, ob Kohler Instruktionen für Gespräche erhal-

[5] Mit einem Memorandum vom 8. Januar 1958 an die Mitgliedstaaten der UNO, die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz nahm die UdSSR die Bemühungen um eine Konferenz der Regierungschefs auf. Sie kam erst im Mai 1960 in Paris zustande.

[6] Zur Kuba-Krise von 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[7] Der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Mikojan traf am 30. November 1962 in Washington mit Präsident Kennedy und Außenminister Rusk zusammen. Vgl. dazu AdG 1962, S. 10283.

[8] Der sowjetische Erste Stellvertretende Außenminister Kusnezow traf am 9./10. Januar 1963 in Washington mit Präsident Kennedy und Außenminister Rusk zusammen. Der Ständige NATO-Rat in Paris wurde über die Gespräche dahingehend informiert, Kusnezow habe Kennedy gegenüber zum Ausdruck gebracht, „daß nach Abschluß der Kuba-Krise die Zeit für die Regelung anderer Fragen gekommen sei. Er habe in diesem Zusammenhang einen deutschen Friedensvertrag und die Abrüstung, insbesondere ein Abkommen über Einstellung der Atomversuche erwähnt ... Im Gespräch mit Rusk dagegen habe Kusnezow größeres Gewicht auf die Deutschland-Frage gelegt und die USA aufgefordert, neue Vorschläge zu unterbreiten." Vgl. den Drahtbericht des Botschaftsrats Sahm, Paris (NATO), vom 17. Januar 1963; Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 45; B 150, Aktenkopien 1963.

[9] Vgl. auch Dok. 56, Anm. 6.

[10] Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten am 12. Dezember 1962 vor dem Obersten Sowjet, in der er den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland und die „Normalisierung der Lage in West-Berlin" als „unaufschiebbar" bezeichnete, vgl. DzD IV/8, S. 1487–1492 (Auszüge).

[11] Zur Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten am 16. Januar 1963 auf dem VI. Parteitag der SED vgl. DzD IV/9, S. 38–46 (Auszug).

ten werde. Er habe Gegenfrage gestellt, ob Sowjetregierung es mit Gedanken eines Arrangement oder eines modus vivendi ernst meine. Dobrynin habe das bejaht und den VN-Flaggen-Vorschlag[12] erwähnt, ohne ihn näher zu spezifizieren. Nach seinem Eindruck seien Sowjets stark bemüht, eine Atmosphäre zu schaffen, die Wiederaufnahme der Gespräche dringlich und erwünscht erscheinen lasse.

III. Tyler richtete dann an französischen und britischen Vertreter die Frage, wie ihre Regierungen zu dem sowjetischen Vorschlag stünden und ob sie ggf. den Wunsch hätten, selbst an den Gesprächen bzw. Verhandlungen teilzunehmen.

IV. In Aussprache bezeichnete Botschafter Ormsby-Gore den sowjetischen Vorschlag in der Form wie auch in seinem Zusammenhang als interessant. Er habe noch keine Instruktionen aus London, hoffe jedoch, aufgrund des Berichts über heutige Sitzung bald eine Erklärung abgeben zu können.

Tyler wies darauf hin, daß Kohler am kommenden Dienstag abend nach Moskau zurückreisen und dort am Donnerstag eintreffen werde. Er sowohl wie Kohler bezeichneten es als wünschenswert, daß bis zu diesem Zeitpunkt Klarheit über die westliche Haltung erreicht würde, da Kohler nach seiner Rückkehr nach Moskau sich nur schwer längere Zeit dem Gespräch mit den Sowjets entziehen könne.

V. Staatssekretär Carstens nahm zu der Frage Stellung, welches die Motive für die Initiative Gromykos seien. Nach Kuba sei Eindruck gewesen, daß Sowjets einige Zeit benötigen würden, ihre Politik neu zu orientieren. Dies erkläre die Ruhepause, die nach Kuba eingetreten sei. Es könne sein, daß Überprüfung der sowjetischen Politik nun beendet sei.

Ein anderer Grund, für den er allerdings keinen Beweis anzuführen habe, könne der Druck sein, den Ulbricht auf Moskau ausübe. Seine Position sei unerfreulich, weil die Sowjets weniger und weniger auf einen Friedensvertrag drängten. Ulbricht habe in Moskau vielleicht veranlaßt, wenigstens neue Berlin-Gespräche zu suchen.

Nach unserer Ansicht sei Lage in Berlin jetzt besser als in letzten Jahren. Moral sei gestärkt, weil größeres Gefühl der Sicherheit herrsche. Dies sei in erster Linie der amerikanischen Kuba-Politik zu verdanken. Wir hätten jedoch nicht viel Hoffnung auf eine Veränderung der sowjetischen Einstellung zu den Hauptproblemen. Es sei zwar möglich, daß Druck in Richtung auf Separatvertrag[13] an Heftigkeit nachlasse, aber Abschluß des Vertrages bleibe sowjetisches Ziel. Was Berlin angehe, so seien Sowjets mit Sicherheit auf Schwächung der westlichen Position aus, insbesondere in der Truppenfrage. Dobrynin habe bezeichnenderweise die VN-Flaggenidee wieder erwähnt, aber mit gleicher Zweideutigkeit wie früher, jedenfalls ohne klare Indikation, daß Sowjets bereit seien, Anwesenheit der westlichen Truppen, auch wenn sie unter VN-Flagge kämen, unbegrenzt hinzunehmen. Außerdem würden sie wahrscheinlich nach Erfolgen suchen, die ihnen in Kubakrise versagt gewesen

[12] Vgl. dazu Dok. 56, Anm. 10 und 14.

[13] Zur sowjetischen Ankündigung, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abzuschließen, vgl. Dok. 56, Anm. 9.

seien. Kurzum, wir erwarten von Initiative keine Wende. Situation in Berlin sei den Umständen gemäß zufriedenstellend, und wir sähen keinen Anlaß zur Eile, wieder in Gespräche oder gar Verhandlungen einzutreten.[14] Dies bedeute jedoch nicht, daß Amerikaner überhaupt keine Gespräche führen sollten, denn diese hätten auch einen Zweck in sich selbst, nämlich, die Kommunikationskanäle offen zu halten. Darin könne ein Vorteil liegen. Natürlich führe das zu der Frage, über welche Substanz man sprechen solle. Er wolle dies aber hier nicht aufwerfen und sich auf diese vorläufigen Bemerkungen beschränken.

Kohler erwiderte, wenn man von einer günstigen Situation in Berlin spreche, sei dies eine Funktion des vernünftigen Verhaltens der Sowjets in Zugangsfrage und in anderen Punkten. Sie wären sicherlich in der Lage, von sich aus in Berlin neuen Druck aufzubauen. Er zöge daraus den folgenden Schluß: Chruschtschows Gesichtswahrung nach Kuba beruhe darauf, daß er als der Mann des Friedens auftrete. Störungen in Berlin während dieser Phase würden mit dem Bild, das er zu schaffen wünsche, nicht in Einklang sein. Der sowjetische Schritt in Testbann-Frage[15] liege auf der gleichen Linie. Es bestehe gute Aussicht, daß Sowjets auf diesem Wege weitergingen, wenn wir ihn nicht versperrten.

Ormsby-Gore fügte hinzu, daß es sich um eine grundsätzliche Frage der westlichen Strategie handele: Solle man die sowjetische Politik des friedlichen Zusammenlebens unterstützen – in Kenntnis dessen, daß nach sowjetischer Vorstellung diese Politik schließlich zur Unterminierung des Westens führen würde? Wenn der Westen an der Fortführung der Politik der friedlichen Koexistenz interessiert sei, dann könne man nicht ein und für allemal auf sowjetische Schritte negativ reagieren.

VI. Der französische Vertreter de Leusse beschränkte sich darauf zu erklären, daß man das heute Gehörte sorgfältig nach Paris berichten werde. In einem anschließenden Gespräch erfuhr Mitarbeiter, daß Franzosen dem sowjetischen Vorschlag mit starker Skepsis gegenüberstehen. In der Substanz sei die Politik der Sowjets unverändert die gleiche wie vor Kuba. Man halte Verhandlungen deshalb für zwecklos, könne und wolle die Amerikaner aber nicht an ihren Gesprächen hindern. Eine französische Beteiligung komme a fortiori nicht in Betracht.

VII. Ich bitte um Weisung, auch im Hinblick auf die amerikanischen Wünsche hinsichtlich der Rückreise Kohlers nach Moskau.[16]

[gez.] Knappstein

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 45

[14] Zu einer möglichen Wiederaufnahme der Berlin-Gespräche vgl. auch Dok. 62.

[15] Zur sowjetischen Position in der Frage des Teststopps vgl. Dok. 79, Anm. 5.

[16] Vgl. weiter Dok. 90.

85

Botschafter Blankenhorn, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 238 **Aufgabe: 7. Februar 1963, 19.30 Uhr**
Citissime **Ankunft: 7. Februar 1963, 19.55 Uhr**

Außenminister Couve de Murville gab vor Auswärtigem Ausschuß der Nationalversammlung heute eine Erklärung über die außenpolitische Lage ab. Nach den der Botschaft zugegangenen Informationen hat Couve de Murville in der nicht öffentlichen Ausschußsitzung sich vor allem mit dem Abbruch der Brüsseler Verhandlungen über den Beitritt Englands zur EWG[1] beschäftigt. Couve wies darauf hin, daß man vor dem 28. Januar den Gedanken hatte, eine Verfahrensformel zu finden, die es durch Vermittlung der Kommission ermöglicht hätte, die Verhandlungen nicht abzubrechen[2]. Unter englischem Einfluß hätten daraufhin[3] die fünf Partner Frankreichs ein Projekt vorgelegt, nach dem die Kommission binnen drei Wochen den Sieben einen Bericht über den Stand der Verhandlungen vorlegen sollte, die 10 Tage nach Erstattung des Berichts wieder aufgenommen werden sollten. Couve erklärte, warum er sich diesem Vorschlag widersetzt[4] hätte: Der Bericht der Kommission sollte nach französischer Auffassung nur den sechs Mitgliedern der EWG gemacht werden und die Gesamtheit der Probleme behandeln, die die Zulassung neuer Mitglieder aufwerfe. Auch hätte eine automatische Wiederaufnahme der Verhandlungen nach Erstattung des Berichts nicht in Frage kommen können. Im übrigen sei es eine Legende, wenn man behaupte, daß in Brüssel fast alles schon geregelt gewesen sei. In der Tat sei noch eine große Anzahl von Fragen hinsichtlich des britischen Beitritts offengeblieben. Man hätte viel davon gesprochen, daß Großbritannien Konzessionen machen würde. Es sei jedoch schwierig, darüber ein Urteil abzugeben, da diese Konzessionen tatsächlich nicht gemacht worden seien.[5]

Zu dem gegen Frankreich erhobenen Angriff, daß es den Abbruch der Verhandlungen aus politischen Gründen provoziert hätte, bemerkte der Außenminister, der wichtigste Punkt sei, daß man wissen müßte, ob Großbritannien wirklich die politische Wahl treffen wollte, nicht etwa mit den Vereinigten Staaten oder dem Commonwealth zu brechen, aber europäischer zu werden. Der Gemeinsame Markt habe ein politisches Ziel, das darin bestände, ein

[1] Vgl. dazu Dok. 60.

[2] Zu diesem Vorschlag vgl. Dok. 31, Anm. 3.

[3] Der vorausgehende Satzteil wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „falsch".

[4] In einer am 14. Februar 1963 für Bundeskanzler Adenauer gefertigten Analyse gab Ministerialdirigent Voigt die Behauptung des französischen Außenministers wieder, „die Fünf hätten unter englischem Einfluß verhindert, eine Verfahrensformel zu finden, die es durch Vermittlung der Kommission ermöglicht hätte, die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien nicht abzubrechen". Dazu Bundesminister Schröder handschriftlich: „Diese Behauptung Couves ist ein starkes Stück!" Vgl. Ministerbüro, Bd. 215.

[5] Die beiden vorausgehenden Sätze wurden von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „falsch".

wirkliches Europa zu schaffen, das seine Stimme in der Welt zur Geltung bringen könnte. Das bedeute, daß man zu einer europäischen Persönlichkeit („personnalité européenne") kommen müsse.[6] Das solle nicht bedeuten, daß Europa seine Stellung wechseln müßte. Wenn eine europäische Persönlichkeit im Rahmen der NATO geschaffen würde, so bedeute dies, daß die USA künftig einen soliden Verbündeten hätten anstatt 14. Gleichfalls sei nicht daran gedacht, ein von der Welt abgeschlossenes Europa zu schaffen. Der Außentarif der EWG würde nicht protektionistisch sein. Im übrigen sei der englische Zolltarif der höchste in der Welt, trotz des liberalen Rufes, in dem England im allgemeinen stünde. Couve de Murville fügte hinzu, daß Europa keine Verbindung reicher Egoisten sein würde, so wie man es behauptet hätte. Frankreich und die Bundesrepublik seien in der Tat diejenigen Staaten, die verhältnismäßig am meisten für die unterentwickelten Länder aufbrächten. Über all diese Punkte bestehe Einvernehmen zwischen Frankreich und seinen EWG-Partnern. Uneinigkeit bestände lediglich hinsichtlich der Methoden: Einige strebten ein supranationales Europa an, während die französische Regierung eine föderale Konstruktion wünsche.

Der Außenminister beschäftigte sich anschließend mit den französisch-spanischen Beziehungen. Was nach außen wie ein großes Ereignis erschiene, hätte in Wirklichkeit nicht diesen Charakter, da die Beziehungen zwischen Frankreich und Spanien sich bereits seit 10 Jahren ständig verbesserten. Couve betonte, daß Innenminister Frey sich lediglich wegen der OAS[7]-Aktivisten in Spanien aufgehalten[8] hätte, damit Vorsorge getroffen würde, daß von diesen Aktivisten nicht etwa ein Attentat gegen das französische Staatsoberhaupt vorbereitet würde. An dem Status der in Frankreich befindlichen spanischen Emigranten ändere sich nichts. Die Reise von General Ailleret[9] sei die Erwiderung eines Besuchs von General Muñoz Grandes.

Schließlich antwortete der Minister auf verschiedene Fragen, die kommunistische Abgeordnete in bezug auf das deutsch-französische Abkommen vom 22.1.[10] stellten. Couve erklärte, daß es hinsichtlich der Oder-Neiße-Frage[11], des

[6] Die Wörter „personnalité européenne" wurden von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Immer wieder Wechsel von wirtschaftl[icher] zu politischer Argumentation und umgekehrt."

[7] Organisation de l'Armée Secrète.

[8] Der französische Innenminister Frey hielt sich am 29. Februar 1963 zu Gesprächen mit dem spanischen Staatschef Franco in Madrid auf. Für das gemeinsame Kommuniqué vom 30. Januar 1963 vgl. LE MONDE, Nr. 5651 vom 31. Januar 1963, S. 6.

[9] Zum Besuch des französischen Generalstabschefs in Spanien vgl. Dok. 73, Anm. 11.

[10] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[11] Nach Agenturmeldungen bekräftigte der französische Außenminister vor dem Auswärtigen Ausschuß der Nationalversammlung die Haltung „zur Frage der deutschen Grenzen, wie de Gaulle sie vor 4 Jahren formuliert habe". Der französische Staatspräsident hatte am 25. März 1959 in einer Pressekonferenz erklärt, die Wiedervereinigung sei „das normale Schicksal des deutschen Volkes, vorausgesetzt, daß es seine gegenwärtigen Grenzen im Westen, Osten, Norden und Süden nicht in Frage stellt...". Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3, S. 84f.; DzD IV/1, S. 1268. Botschafter Blankenhorn wurde am 13. Februar 1963 angewiesen, bei Couve de Murville vorstellig zu werden und „zum Ausdruck zu bringen, daß die Erklärungen in der uns bisher bekanntgewordenen Formulierung unseren Belangen nicht hinreichend Rechnung tragen". Erste Nachfragen ergaben, daß der französische Pressesprecher Lebel zu den Äußerungen des französischen Außenministers erläutert hatte: „1) Der Standpunkt der französischen Regierung habe sich seit

Berlin-Statuts[12] und der Bewaffnung der Bundesrepublik nichts Neues in diesem Vertrag gäbe.

[gez.] Blankenhorn

Ministerbüro, Bd. 215

86

Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder

114-1/1108/63 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 112
Cito

Aufgabe: 7. Februar 1963, 22.45 Uhr
Ankunft: 7. Februar 1963, 21.25 Uhr

Im Anschluß an Drahtberichte Nr. 100 und Nr. 103 vom 5. 2.[1]
Nur für Minister[2] und Staatssekretär[3]

Über den Inhalt meiner Unterredung mit Außenminister Gromyko anläßlich meines vorgestrigen Besuchs am 5. Februar berichte ich noch folgendes:

Nachdem Gromyko mir gegenüber einleitend unter Bezugnahme auf die mir zu übergebende Note[4] den Inhalt des zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich abgeschlossenen Vertrages[5] als einen den Interessen des Friedens in Europa und der Welt entgegenstehenden Akt charakterisiert hatte, der die Lage in Europa und der Welt in vieler Hinsicht kompliziere und einen gefährlichen Kurs der Bundesregierung offenbare, habe ich den Notentext in seiner Gegenwart in großen Zügen überflogen. Anschließend bin ich den mündlichen Ausführungen Gromykos sowie einigen mir besonders wesentlich erscheinenden Verdächtigungen in der Note mit Nachdruck entgegengetreten und habe dabei u. a. folgendes ausgeführt:

Der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich abgeschlossene Vertrag verfolge keineswegs irgendwelche aggressiven Ziele. Er besiegle vielmehr die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich, die jahrhundertelang in Gegnerschaft zueinander gestanden hätten, sowie die heute an

Fortsetzung Fußnote von Seite 281

der Pressekonferenz de Gaulles vom 25. März 1959 nicht geändert. 2) Von einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die französische Regierung könne keine Rede sein." Für den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 13. Februar und die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt vom 15. Februar 1963 vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 38; B 150, Aktenkopien 1963.

12 Vgl. dazu Dok. 56, Anm. 13.

1 Vgl. Ministerbüro, Bd. 225.

2 Hat Bundesminister Schröder am 10. Februar 1963 vorgelegen. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8467.

3 Hat Staatssekretär Carstens am 8. Februar 1963 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Knappstein, Washington, und an Ministerialdirektor Krapf verfügte.

4 Für den Wortlaut der sowjetischen Note vom 5. Februar 1963 vgl. DzD IV/9, S. 86-92.

5 Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

deren Stelle getretene Freundschaft zwischen beiden Ländern. Gegenüber dem in der Note zum Ausdruck kommenden Vorwurf, die Bundesregierung verfolge eine sogenannte Revanche-Politik, müsse ich feststellen, daß die Bundesregierung wiederholt und nachdrücklich erklärt habe, daß die Erhaltung des Friedens das höchste Ziel ihrer Politik sei und daß sie dementsprechend eine Lösung der sie bewegenden Fragen nur auf dem Wege friedlicher Verständigung anstrebe.

Der Minister wisse andererseits, daß die Bundesregierung die sowjetische These von der Existenz zweier deutscher Staaten[6] nicht akzeptiere. Es sei das Bestreben der Bundesregierung, das gleiche Recht auf Selbstbestimmung, das jetzt so vielen afrikanischen und asiatischen Völkern zugebilligt worden sei, auch für das deutsche Volk zu erwirken. Die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts an das deutsche Volk werde dann gleichzeitig die natürlichste und friedlichste Form der Lösung des deutschen Problems darstellen.

Im Verlauf der weiteren Unterredung beharrte Gromyko darauf, daß der deutsch-französische Vertrag eine gegen die Sicherheit anderer Staaten und namentlich der Sowjetunion gerichtete Absprache darstelle; die in der Note angestellte Analyse und die darin angeführten Tatsachen hinsichtlich der Politik der Bundesregierung in europäischen Angelegenheiten – und nicht nur in solchen – zeige, daß der Vertrag nicht zu friedlichen Zwecken geschlossen worden sei, sondern militärischen Charakter trage. Mein Hinweis auf das dem Vertrag zugrunde liegende Moment der Freundschaft zwischen der Bundesrepublik und Frankreich gehe deshalb an der Sache vorbei. Die Sowjetunion sei kein Gegner dieser Freundschaft, wie sie auch selber für freundschaftliche Beziehungen zur Bundesrepublik sowie zu anderen Staaten eintrete, darunter auch zu ihren früheren Verbündeten, die jetzt Mitglieder der NATO seien. Nach Auffassung der Sowjetunion lägen die Chancen des auf dem Gebiete friedlicher Arbeit und der Wirtschaft so talentierten deutschen Volkes nicht auf dem Wege eines Krieges und der Feindschaft, sondern auf dem Wege friedlicher Verständigung, für den auch sie, die Sowjetunion, eintrete. Sie könne die Bundesrepublik zwar nicht zwingen, diesen Standpunkt einzunehmen, wolle jedoch darauf hinweisen, daß eine entsprechende Haltung für beide Länder wie auch Europa und die Welt vonnöten sei.

Ich habe gegenüber diesen Ausführungen erneut den friedlichen Charakter des abgeschlossenen Vertrags unterstrichen und festgestellt, daß die in dem Vertrag vereinbarte Zusammenarbeit mit Frankreich auf militärischem Gebiet ausschließlich Verteidigungszwecken diene. Dies ergebe sich schon daraus, daß sie sich dem Rahmen der NATO einordne, die ein ausschließlich zu Verteidigungszwecken geschlossenes Bündnis darstelle. Die vereinbarte Zusammenarbeit bedeute daher kein Hindernis für eine Verständigung, auch nicht gegenüber der Sowjetunion. In diesem Zusammenhang bin ich erneut auf die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für das ganze deutsche Volk zu sprechen gekommen, welche die beste Gewähr für die Erhaltung des Friedens sei.

[6] Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 1, Anm. 7.

Gromyko erklärte darauf, daß die Sowjetregierung und Ministerpräsident Chruschtschow in Botschaften an die Bundesregierung und auch an den Bundeskanzler klar zum Ausdruck gebracht hätten, daß die Deutschen von ihrem Recht auf Selbstbestimmung bereits Gebrauch gemacht hätten, wie die Tatsache des Bestehens zweier deutscher Staaten zeige[7]. Diesen Ausführungen bin ich mit der Feststellung entgegengetreten, daß die Deutschen im anderen Teile Deutschlands sich die dort existierende „Regierung" nicht gegeben hätten und letztere somit kein Beweis für eine Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch diesen Teil des deutschen Volkes sei. Es gäbe gute und schlechte „Realitäten", und hier könne man nur von einer schlechten „Realität" sprechen. Man müsse dem ganzen deutschen Volk die Möglichkeit zur Meinungsäußerung entsprechend der Genfer Direktive von 1955[8], d. h. Selbstbestimmung durch freie, kontrollierte Wahlen in beiden Teilen Deutschlands geben, was Gromyko zu der Bemerkung veranlaßte, die Erwähnung freier Wahlen rieche nach „Naphtalin"; das Leben habe bereits ein Wort zur Frage der Selbstbestimmung gesprochen.

Offensichtlich war Gromyko daran gelegen, meinen insgesamt einstündigen Besuch ohne Schärfe enden zu lassen; er verabschiedete sich von mir betont liebenswürdig mit den deutsch gesprochenen Worten „Auf Wiedersehen".[9]

[gez.] Groepper

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

[7] Vgl. dazu auch das Memorandum der sowjetischen Regierung vom 27. Dezember 1961 und das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 24. Dezember 1962 an Bundeskanzler Adenauer; DzD IV/7, S. 1211–1222, und DzD IV/8, S. 1505–1509.
Zum Schreiben vom 24. Dezember 1962 stellte Ministerialdirektor Krapf am 29. Januar 1963 in einer Aufzeichnung fest: „Das Schreiben Chruschtschows ist eine seiner unverschämtesten Äußerungen gegenüber dem Herrn Bundeskanzler. Wir können daher das Schreiben schwerlich in einem gemäßigten Ton beantworten, da dies zu Fehleinschätzungen bei den Sowjets führen würde. Wir können aber auch nicht ironisch antworten, da dies die Sowjets wirklich treffen und verletzen würde. Es bleibt daher lediglich die Möglichkeit, mit einer gewissen Schärfe zu antworten. Dies würde voraussichtlich zu einer propagandistischen Gegenaktion der Sowjets führen, mindestens aber die östliche Propagandakampagne verstärken. Unsere westlichen Verbündeten würden wahrscheinlich der Auffassung sein, daß wir die Temperatur der Ost-West-Auseinandersetzung unnötig erhöhen." Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 193; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Für den Wortlaut der Direktive der Vier Mächte vom 23. Juli 1955 vgl. DzD III/1, S. 213–219.

[9] Zur Antwort auf die sowjetische Protestnote vom 5. Februar 1963 vgl. Dok. 126, besonders Anm. 5.

87

Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit Unterstaatssekretär Roll, britisches Landwirtschaftsministerium

Dg I A 200-81.12/6/260/63 VS-vertraulich **8. Februar 1963**[1]

Betr.: Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften;
hier: Besprechungen mit Sir Eric Roll am 8. 2. 1963

I. Die Gespräche begannen am 8. Februar, vormittags, im Auswärtigen Amt und wurden während eines Frühstücks, das Staatssekretär Lahr im Schloß Auel gab, fortgesetzt.

Teilnehmer auf britischer Seite:

Sir Eric Roll (Unterstaatssekretär im britischen Landwirtschaftsministerium),
Gesandter Rose (britische Botschaft Bonn),
Gesandter Melville (britische Botschaft Bonn);

Teilnehmer auf deutscher Seite:

Auswärtiges Amt:
Staatssekretär Lahr,
Botschafter Harkort,
Ministerialdirektor Dr. Sachs (nur bei der Besprechung im Auswärtigen Amt),
VLR I Dr. Voigt;
Bundesministerium für Wirtschaft:
Staatssekretär Müller-Armack (nur Schloß Auel),
Ministerialdirektor Dr. Meyer-Cording;
Bundesministerium für Ernährung:
Ministerialdirigent Barth.

II. Staatssekretär *Lahr* gab zunächst eine Bewertung des Brüsseler Verhandlungsstandes nach deutscher Auffassung[2] und betonte, daß dieser Verhandlungsstand alle Aussicht auf einen baldigen erfolgreichen Abschluß der Beitrittsverhandlungen eröffnet hätte.

Es sei jedoch wenig sinnvoll, mit den Franzosen in eine Argumentation über die Bewertung des Verhandlungsstandes einzutreten. Es käme darauf an, ihnen klarzumachen, daß ihre Auffassung von der künftigen Gestaltung Europas[3] nicht durchsetzbar sei.

Die Bundesregierung sei überzeugt, daß der Beitritt Großbritanniens, den sie, wie bekannt, für politisch und wirtschaftlich notwendig halte, kommen werde.

[1] Durchdruck für Referat I A 5.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Voigt am 11. Februar 1963 gefertigt.

[2] Vgl. dazu auch Dok. 67.

[3] Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Referats I A 3 vom 11. Februar 1963 über das Weltbild des französischen Staatspräsidenten de Gaulle; Ministerbüro, Bd. 215.

Bei realistischer Betrachtungsweise müsse man sich jedoch sagen, daß er z. Z. nicht erreichbar sei.

Die deutsche Seite gehe nun von folgenden Vorstellungen aus:

a) Das Leben der Gemeinschaft muß weitergehen, ihre Vollendung muß gefördert werden. Es liege auch nicht im britischen Interesse, wenn der Prozeß der Weiterentwicklung der Gemeinschaft gehemmt oder gar vereitelt werde.

b) Zu überlegen sei, ob der Beitritt Großbritanniens zu einem bestimmten späteren Termin möglich sei. Hierzu komme der französischen Erklärung einige Bedeutung zu, daß Großbritannien willkommen sei, wenn es die Verträge ohne Vorbehalte, Einschränkungen und Sonderregelungen annehme.[4] Man könnte vielleicht an einen Beitrittstermin in den Jahren 1966 oder 1967 denken. Wenn es sich als möglich erweise, eine Einigung über einen solchen Termin zu erzielen, dann würden Zwischenlösungen[5] für die Zeit bis zu diesem Termin Profil gewinnen.

c) Es stelle sich nun die Frage, ob es für Großbritannien möglich sei, bis zu diesem in Aussicht genommenen Beitrittsdatum durch innerstaatliche Maßnahmen diejenigen Umstellungen und Anpassungen vorzunehmen (vor allem auf dem Gebiet der Landwirtschaft), die den Beitritt ohne Sonderregelungen möglich machen würden.

d) Für die sich dann ergebende Zwischenperiode wäre wohl folgendes zu erwägen:

1) Zunächst sollte angestrebt werden, daß bei Entscheidungen der Gemeinschaft eine gewisse Rücksichtnahme auf britische Interessen und Möglichkeiten Platz greife, so daß der spätere Beitritt nicht erschwert werde; um dieses Ziel zu erreichen, könnte man an Konsultationen mit der britischen Regierung denken.

2) Als Zwischenlösung auf wirtschaftlichem Gebiet sei eine Verbindung anzustreben, die den späteren Beitritt Großbritanniens fördere und vorbereite; der französische Gedanke einer Zollunion auf dem gewerblichen Sektor – also unter Ausklammerung der Landwirtschaft – müsse geprüft werden[6], eine derartige Zollunion würde nach seiner Schätzung 80–85% des Warenverkehrs erfassen.

3) Parallel zu dieser wirtschaftlichen Zwischenlösung könnte eine Zwischenlösung für politische Kontakte und, wenn möglich, auch Konsultationen geschaffen werden; hierbei könnte man an den WEU-Rahmen denken.[7]

III. Aus den Ausführungen *Sir Eric Rolls* ist hervorzuheben:

Er bedauerte, nicht in der Lage zu sein, mit dem gleichen Maße an Konkretisierung zu antworten, da die britische Regierung noch keine festen Vorstellungen habe. Es empfehle sich für die britische Regierung, die Parlaments-

[4] Vgl. dazu Dok. 60.

[5] Vgl. dazu auch Dok. 77 und Dok. 78; weiter Dok. 118.

[6] Zur Frage einer Assoziierung Großbritanniens unter Ausklammerung der Landwirtschaft vgl. weiter Dok. 93.

[7] Vgl. dazu Dok. 79.

debatte in der nächsten Woche[8] abzuwarten. Die Auffassungen, die er jetzt vortrage, seien daher – ebenso wie die Auffassungen der deutschen Seite – vorläufiger Art.

Zu II. a): Er teile die Auffassung, daß das Leben der Gemeinschaften weitergehen müsse.

Zu II. b) und c): Man gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß hinter dem französischen „Nein" – trotz aller gegenteiligen Äußerungen der französischen Regierung – politische Gründe zu suchen seien, die außerhalb der in Brüssel verhandelten Materie ständen.[9] Dieser Umstand erschwere aber die Festlegung des Beitritts Großbritanniens in einem späteren Zeitpunkt.

Zu dem Gedanken, Großbritannien möge bis zu dem festgelegten Beitrittstermin durch einseitige Maßnahmen innerstaatliche Anpassungen vornehmen, die es dann erlauben würden, entsprechend den französischen Forderungen ohne Sonderregelungen in die Gemeinschaft einzutreten, sei folgendes zu bedenken:

1) Die Frage stelle sich, ob dann noch das bisherige Brüsseler Verhandlungsergebnis, also die vorgesehenen Regelungen (z. B. Fertigwaren Commonwealth – Agrarerzeugnisse Commonwealth, Indien-Pakistanregelungen, Assoziierungen), erhalten bleiben würden.

2) Er müsse die Frage stellen, wie die britische Regierung eine etwa vierjährige Anlaufperiode, innerhalb derer sie innerstaatliche Umstellungen und Ausrichtungen auf die EWG vornehmen solle, ohne jedoch irgendein Mitbestimmungsrecht zu haben, politisch glaubhaft machen könne?

3) Er müsse verweisen auf die Tatsache, daß manche Commonwealth-Staaten sich bereitgefunden hätten, ihre wirtschaftlichen Interessen hintan zu setzen gegenüber dem auch von ihnen als Beitrag zur politischen Einigung und Verstärkung Europas verstandenen Beitritt Großbritanniens. Würden sie diese Bereitschaft aufrechterhalten, wenn Großbritannien nur eine Zollunion erhalte?

Zu II. d): Als wirtschaftliche Zwischenlösung sei wohl eine Zollunion allen anderen denkbaren Lösungen vorzuziehen.

Eine mit der wirtschaftlichen Zwischenlösung parallel laufende politische Verbindung Großbritanniens mit den Sechs, etwa über die WEU, würde wohl von der britischen Regierung begrüßt werden.

Zusätzlich bemerkte *Sir Eric Roll,* es sei unabweisbar, daß die EFTA programmgemäß weiterarbeiten werde – jedoch sei es nicht die Absicht der britischen Regierung, die EFTA zu „revitalisieren".

[8] Im Anschluß an die Debatte vom 12. Februar 1963 über das Scheitern der Brüsseler Verhandlungen sprach das britische Unterhaus mit 333 gegen 227 Stimmen der Regierung das Vertrauen aus. Vgl. HANSARD, Bd. 671, S. 1181–1262.

[9] Mit Drahtbericht vom 14. Februar 1963 faßte Botschafter von Etzdorf die hierzu auf britischer Seite gehegten Vermutungen zusammen. Dabei stünde die Frage im Mittelpunkt, „inwiefern der Verlauf des Gesprächs zwischen Premierminister Macmillan und Präsident de Gaulle in Rambouillet im Dezember v. J. die Entscheidung des französischen Präsidenten gegen die Fortführung der Brüsseler Verhandlungen beeinflußt hat". Vgl. Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 66; B 150, Aktenkopien 1963.

IV. Staatssekretär *Lahr* erklärte, daß nach seiner Meinung das bisherige Brüsseler Verhandlungsergebnis nach Möglichkeit beizubehalten und in die zu erarbeitende Lösung – zunächst Übergangszeit, dann Beitritt – einzubauen sei. Auf die Frage *Sir Eric Rolls* nach dem Verhältnis der Interimslösung – Zollunion EWG/Großbritannien – zu den EFTA-Staaten erklärte er, daß diese nach Möglichkeit in die Zollunion eingeschlossen werden sollte.

Zu den Einwendungen – mangelnde Bereitschaft der Commonwealth-Staaten und mangelnde Mitbestimmung – wies Staatssekretär *Lahr* darauf hin, daß auch diese Schwierigkeiten lösbar werden würden, wenn der Beitritt Großbritanniens auf einen bestimmten Zeitpunkt festgelegt werde. In der Zwischenzeit müßten aber Konsultationen mit der britischen Regierung Platz greifen. Er deutete an, daß man versuchen müsse, diese so auszubauen, daß die mangelnde Mitbestimmung für die Briten zumutbar werde. Die Fünf würden sicherlich bereit sein, die Konsultation in diesem Sinne aufzufassen. Anzustreben sei vielleicht eine Institution für diese Konsultationen, die man Zollunionsrat nennen könne.

Staatssekretär *Müller-Armack* gab der Befürchtung Ausdruck, eine Zollunion, beschränkt auf gewerbliche Produkte, werde sich nur schwer verwirklichen lassen. Jedenfalls seien komplizierte Verhandlungen über die Abgrenzung der in die Zollunion einbegriffenen von den von der Zollunion ausgeschlossenen Produkte zu erwarten.

Er möchte auch andere denkbare Lösungen zur Diskussion stellen, z. B. die einer Freihandelszone zwischen der EWG und der EFTA mit Ursprungserzeugnissen, wobei EWG und EFTA ihre internen Maßnahmen aufeinander abstimmen könnten.

Dagegen betonte Staatssekretär *Lahr,* daß der Zollunion der Vorzug gebühre, weil sie auf den Beitritt hinsteuere; außerdem würde die französische Seite eine Freihandelszone wahrscheinlich nicht akzeptieren.

Sir Eric Roll äußerte sich in ähnlichem Sinne.

V. Am Schluß wurde die Frage erörtert, ob es zweckmäßig sei, daß die Bundesregierung alsbald ihre Vorstellungen mit den anderen fünf EWG-Partnern erörtere. *Sir Eric Roll* bat jedoch, hiermit noch etwas zu warten, damit eine britische Stellungnahme zu den deutschen Vorstellungen ausgearbeitet werden könne, die dann Ende Februar Gegenstand einer zweiten deutsch-britischen Besprechung sein sollte.

Die deutschen und britischen Gesprächspartner einigten sich daraufhin auf Fortsetzung der Besprechungen Ende Februar.[10]

Abteilung I (I A 4/I A 5), VS-Bd. 64

[10] Zu den deutsch-britischen Wirtschaftsbesprechungen, die am 28. Februar in Bonn begannen, vgl. die Aufzeichnung des Leiters des Referats „EWG, EGKS, EURATOM", von Stempel, vom 4. März 1963; Referat I A 1, Bd. 1238. Vgl. dazu auch BULLETIN 1963, S. 361.
Vgl. ferner das Gespräch des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Berg, mit Lordsiegelbewahrer Heath am 26. Februar 1963 in London; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 23; B 150, Aktenkopien 1963.

88

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 282/63 geheim **9. Februar 1963**

Betr.: Meine Reise nach Washington

I.

Während meines Aufenthalts in Washington vom 4. bis 7. Februar 1963[1] hatte ich eine einstündige Unterredung mit dem Präsidenten, drei Unterredungen mit Außenminister Rusk, ein Gespräch mit Justizminister Robert Kennedy und weitere Gespräche mit Mitgliedern des Kongresses und Angehörigen der Verwaltung.[2] Insgesamt habe ich 15 Gespräche mit etwa 90 Gesprächspartnern geführt, einschließlich eines Informationsgesprächs für 15 deutsche Pressevertreter.

Die folgende Aufzeichnung gibt den zusammengefaßten Eindruck aus sämtlichen Gesprächen wieder.

II. Amerika und de Gaulle

Ich stieß auf eine sehr scharfe Ablehnung de Gaulles und seiner Politik. Zur Begründung führten meine Gesprächspartner etwa folgendes aus:

1) *Die Methoden* de Gaulles seien mit den Grundsätzen, nach denen eine Gemeinschaft freier Völker leben müßte, nicht zu vereinbaren. Er lege ein Veto ein, wann es ihm passe und ohne Rücksicht auf seine Partner. Es wurde auf das Veto in den Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien[3] und auf das Veto gegenüber den geplanten Berlingesprächen der Westmächte mit den Sowjets im Dezember 1961[4] hingewiesen. Eine Gemeinschaft freier Völker wie die europäischen Gemeinschaften oder das Nordatlantische Bündnis kann nach amerikanischer Auffassung nur gedeihen, wenn jeder der Beteiligten bereit ist, die Interessen und Wünsche seiner Partner zu berücksichtigen und an einem für alle tragbaren Kompromiß mitzuwirken. Das Verhalten de Gaulles stellt einen Rückfall in die Prinzipien nationalstaatlicher Politik früherer Zeiten dar. Eine solche Politik hindert die Einigung Europas.

Hinzu kommt, daß die Vereinigten Staaten mit de Gaulle in keiner der wichtigen aktuellen Fragen mehr in Verbindung stehen. Das bezieht sich auf das Kongoproblem, die UNO im allgemeinen, die Abrüstungsfragen, das Deutschland- und Berlinproblem, die Verteidigungsfragen, insbesondere Fragen der nuklearen Verteidigung und auf die NATO im allgemeinen. De Gaulle zieht

[1] Vgl. dazu bereits Dok. 82 und Dok. 83.

[2] Vgl. auch den Drahtbericht des Staatssekretärs Carstens, z. Z. Washington, vom 5. Februar 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8475; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Vgl. dazu Dok. 60.

[4] Auf der NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember 1961 in Paris sprach sich der amerikanische Außenminister Rusk für Berlin-Gespräche mit der UdSSR, der französische Außenminister Couve de Murville aber gegen solche Verhandlungen aus. Vgl. dazu AdG 1961, S. 9547.

sich aus all diesen Bereichen zurück und gibt zu erkennen, daß er auf eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten keinen Wert legt.

Gleichzeitig verdächtigt er die Vereinigten Staaten und unterschiebt ihnen alle möglichen, Europa abträglichen Absichten. Er behauptet oder läßt verbreiten, sie wollten Europa beherrschen; sie befürworteten den Beitritt Großbritanniens nur, um durch Großbritannien auf die Europäer Einfluß zu gewinnen; sie verfolgten egoistische wirtschaftliche Interessen und wollten einen Zugang zu dem europäischen Markt erzwingen; sie würden früher oder später ihre Truppen aus Europa abziehen; sie würden im Falle eines Angriffs auf Europa ihre nukleare Abschreckungsmacht nicht einsetzen. Durch diese Behauptungen vergifte de Gaulle die Beziehungen zwischen Amerika und Europa. Man müsse annehmen, daß er dies absichtlich tue.

2) Die Amerikaner machen sich größte Sorge wegen der *Ziele,* die de Gaulle letzten Endes verfolgt. Es wird ihnen immer deutlicher, daß de Gaulle seinerseits Europa beherrschen will, daß er die USA aus Europa herausdrängen will und daß er das Nordatlantische Bündnis schließlich zerstören will. Macmillan hat berichtet, daß ihm de Gaulle in Rambouillet[5] gesagt habe, Frankreich werde weniger und weniger in der NATO mitarbeiten.

Letzten Endes erscheint es einigen Amerikanern möglich, sehr vielen sogar wahrscheinlich, daß de Gaulle, nachdem es ihm gelungen ist, den amerikanischen Einfluß in Europa auszuschalten, seinerseits einen Ausgleich mit den Sowjets suchen wird.

Dabei vertraut er darauf, daß die Amerikaner, auch wenn sie Europa verlassen haben sollten, im Falle eines russischen Angriffs auf Europa dennoch gezwungen wären, Europa zu verteidigen.

Es ist dieser in den Zielen und Methoden de Gaulles zum Ausdruck kommende Zynismus, der die Amerikaner ganz besonders stark verbittert.

3) Die Amerikaner sehen mit großer Besorgnis den *Schaden,* der durch die de Gaullesche Politik schon jetzt eingetreten ist.

Sie stehen auf dem Standpunkt, daß Anfang des Jahres 1963 eine gute Chance bestand, mit den Russen unter für den Westen günstigen Bedingungen ein Gespräch zu beginnen. Die Kuba-Krise[6] war im wesentlichen erfolgreich beendet. Die Sowjetunion und Rotchina standen in scharfem Gegensatz[7] zueinander. Der Ostblock hatte mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Die sich aus dieser Lage für den Westen ergebende Chance hat de Gaulle nach amerikanischer Ansicht in unverantwortlicher Weise mutwillig zerstört, indem er durch die Blockierung des britischen Beitritts zur EWG einen tiefen Riß innerhalb des westlichen Bündnissystems erzeugt hat.

Hinzukommen Folgen, die sich innerhalb der USA bei der Bevölkerung, im Kongreß und in der Presse abzeichnen. Immer häufiger wird die Forderung laut, daß, wenn die Europäer mit den Amerikanern nichts zu tun haben woll-

[5] Zu den Gesprächen vom 15./16. Dezember 1962 vgl. Dok. 12, Anm. 6.

[6] Zur Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[7] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 83, Anm. 4.

ten, Amerika daraus die Konsequenzen ziehen und sich aus Europa zurückziehen sollte. Diese Tendenzen werden sich zwar nicht durchsetzen, wohl aber werden sie für die Administration sehr unangenehme Konsequenzen in wichtigen Einzelfragen haben, so z. B. bei der Bewilligung der Auslandshilfe, wo eine Kürzung um 1 Milliarde $ droht, und bei der weiteren Behandlung des Trade Expansion Act[8].

III. Die USA und Deutschland

In den USA ist der Eindruck entstanden, daß sich Deutschland durch den Abschluß des Vertrages vom 22. Januar[9] mit der französischen Politik identifiziere. Mir wurde wiederholt gesagt, daß zwei Fernsehbilder Millionen von Amerikanern einen unauslöschlichen Eindruck gemacht hätten:

Am 14. Februar die Pressekonferenz de Gaulles.[10] Wie im Theater sei ein Vorhang zur Seite gezogen worden, de Gaulle habe auf einem goldenen Sessel sitzend seine bekannten Erklärungen gegen den Beitritt Großbritanniens zur EWG abgegeben, die die Amerikaner als unverhüllte Angriffe gegen sich empfanden.

Acht Tage später habe das Fernsehen die Umarmung zwischen de Gaulle und dem Bundeskanzler nach der Unterzeichnung des Vertrages gezeigt. Die kurze Aufeinanderfolge dieser beiden Bilder hat den Amerikanern einen starken Schock versetzt. Sie sehen in unserem Verhalten, ob gewollt oder ungewollt, eine faktische Unterstützung der de Gaulleschen Politik. In diesem Zusammenhang werden ältere Nachrichten wieder zitiert über angebliche Äußerungen des Mißtrauens gegenüber den USA seitens des Bundeskanzlers und ferner über Äußerungen des Bundeskanzlers, aus denen man schließen zu müssen glaubte, daß auch der Bundeskanzler kein Anhänger des Beitritts Großbritanniens zur EWG war.

Alles dies zusammengenommen hat zu der Schlußfolgerung geführt, daß Deutschland sich für die französischen Thesen, und das bedeutet nach amerikanischer Ansicht in der gegenwärtigen Situation, gegen das Atlantische Bündnis und gegen Amerika entschieden hat.

IV. Meine Stellungnahme

1) Zu dem Komplex de Gaulle habe ich versucht, die amerikanischen Befürchtungen auf das richtige Maß zurückzuführen. Ich habe erklärt, daß nach unserer Auffassung de Gaulle wohl eine größere, ja eine führende Rolle innerhalb des Bündnisses spielen wolle und daß er zu diesem Zweck das Bündnis umgestalten wolle. Jedoch glaubten wir nicht, daß er das Bündnis auflösen wolle.

Ich habe auf de Gaulles loyale Haltung in der Kuba-Krise verwiesen. Außerdem habe ich unterstrichen, welche Verdienste de Gaulle für die Konsolidierung

[8] Zum Trade Expansion Act vom 11. Oktober 1962 vgl. Dok. 31, Anm. 22.

[9] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[10] Vgl. dazu Dok. 21.

Frankreichs, die Lösung des Algerienproblems[11] und damit letzten Endes für eine Stärkung des Westens insgesamt habe.

Einigen meiner Gesprächspartner habe ich die Frage vorgelegt, ob sie in Kenntnis aller inzwischen eingetretenen Ereignisse wünschen würden, daß de Gaulle im Jahre 1958 die Regierung in Frankreich nicht übernommen hätte. Keiner meiner Gesprächspartner hat eindeutig erklärt, er wünsche dies. Einige haben rundheraus gesagt, sie glaubten, daß, wenn man eine Bilanz ziehe, die Aktiven der de Gaulleschen Politik größer seien als ihre Passiven. Einer (Rostow) sagte, wenn es dahin kommen würde, daß durch de Gaulle das NATO-Bündnis zerstört würde, dann wäre es besser gewesen, er wäre nie an die Regierung gekommen.

Mit meinen Argumenten habe ich einen gewissen Eindruck auf einige meiner Gesprächspartner erzielt. Bei den meisten dagegen habe ich das vorhandene tiefe Mißtrauen nicht ausräumen können. Wir werden für längere Zeit mit dem Fortbestehen der amerikanischen Abneigung und des amerikanischen Mißtrauens gegen de Gaulle rechnen müssen.

2) Um so mehr habe ich mich darauf konzentriert, die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in das richtige Licht zu rücken. Dies ist mir, glaube ich, bei meinen meisten Gesprächspartnern im großen Maße gelungen.

Ich habe dargelegt, daß wir den deutsch-französischen Vertrag geschlossen haben, weil nach unserer Auffassung die Aussöhnung und engere Zusammenführung beider Völker ein grundlegendes Element unserer Außenpolitik bleibt, auch wenn wir mit de Gaulle in wichtigen Fragen nicht übereinstimmen.[12] Ich habe ferner erklärt, daß wir durch den Vertrag mit Frankreich die Gewähr hätten, daß die Franzosen uns informieren und konsultieren würden, bevor sie wichtige politische Entscheidungen träfen. Letzteres wurde allgemein sehr skeptisch aufgenommen. (Man hielt mir immer wieder vor, daß die Franzosen uns vor der Pressekonferenz de Gaulles vom 14. Januar nicht konsultiert hätten.)

Ich habe ferner deutlich gemacht, daß die Bundesrepublik sich in den Fragen der europäischen Integrationspolitik und in den Fragen des Nordatlantischen Bündnisses *nicht* mit den Ansichten de Gaulles identifiziere. Dazu habe ich auf die Haltung der deutschen Verhandlungsdelegation in Brüssel und auf unsere geradezu einzigartige Bündnistreue hingewiesen und insbesondere vorgebracht, daß wir die Errichtung einer multilateralen nuklearen NATO-Streitmacht unterstützten, ohne Rücksicht darauf, ob Frankreich sich an ihr beteilige.[13]

Ganz besonders eindringlich habe ich den Amerikanern klarzumachen versucht, wie stark die politischen und psychologischen Bande zwischen dem deutschen Volk und Amerika seien. Jeder Deutsche sei davon überzeugt, daß

[11] Mit dem französisch-algerischen Abkommen von Evian wurden am 18. März 1962 die militärischen Auseinandersetzungen in Algerien beendet. Weitere Vereinbarungen betrafen die zukünftigen Beziehungen und bereiteten die Unabhängigkeit Algeriens vor. Für den Wortlaut vgl. Europa-Archiv 1962, D 213–225.

[12] Vgl. dazu auch Dok. 76.

[13] Vgl. dazu Dok. 82, besonders Anm. 10.

wir unsere großen nationalen Ziele nur zusammen mit Amerika erreichen und unser Land und Berlin nur gemeinsam mit Amerika verteidigen könnten. Hierin liege ein Vertrauenskapital, das die Vereinigten Staaten besäßen, und das sie nutzen sollten, anstatt es durch Mißtrauen gegen uns zu verspielen.

3) Ich habe schließlich versucht, meinen verschiedenen Gesprächen dadurch eine konstruktive Wendung zu geben, daß ich auf zwei Projekte hingewiesen habe, die ich für realisierbar halte, und an denen mitzuarbeiten die Bundesrepublik entschlossen ist:

a) die multilaterale NATO-Atomstreitmacht,

b) eine allgemeine Senkung der Zölle der USA, Großbritanniens und der EWG innerhalb des GATT auf Grund der von Herter gemachten Vorschläge[14] und unter Ausnutzung der Vollmachten des Trade Expansion Act.

V. Der deutsch-französische Vertrag

1) Ich habe in allen Gesprächen von vornherein den Standpunkt vertreten, daß der Vertrag ratifiziert werden wird. Nur Dean Acheson widersprach dieser Auffassung ausdrücklich. Er meinte, der Vertrag dürfe nicht oder erst nach einer Abänderung, durch die die Erhaltung des Nordatlantischen Bündnisses Vertragsbestandteil werde, ratifiziert werden.[15] Es habe sich eine Lage entwickelt, in der Deutschland nicht gleichzeitig mit Frankreich zusammengehen und für das atlantische Bündnis eintreten könnte. Wir ständen vor einer Alternative und müßten uns entscheiden. Ich habe dem widersprochen.

Bei den meisten meiner übrigen Gesprächspartner verursachte der Gedanke an eine baldige Ratifizierung des Vertrages sichtliches Unbehagen.

2) Ich schlage vor, mit den Fraktionen zu sprechen, um zu erreichen, daß der Bundestag zugleich mit der Verabschiedung des Vertrages eine Entschließung faßt, aus der

– unser Wunsch nach einem dauernden Freundschaftsverhältnis zu Frankreich,

– unser Eintreten für ein vereintes Europa unter Einbeziehung weiterer Staaten, vor allem Großbritanniens,

– unsere Überzeugung, daß die großen politischen Probleme der Gegenwart nur durch ein Zusammenwirken Europas und Amerikas gelöst werden können, und

– unsere Entschlossenheit, mit allen Kräften an dem Ausbau des Nordatlantischen Bündnisses mitzuwirken,

hervorgeht.[16]

[14] Zu den Verhandlungen des Sonderberaters des Präsidenten Kennedy über eine Zollsenkung vgl. Dok. 82, Anm. 7 und Dok. 83, Anm. 9.

[15] Zur Haltung des ehemaligen amerikanischen Außenministers vgl. bereits Dok. 65.

[16] Zu den Überlegungen, bei der Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 eine Entschließung des Bundestages zu verabschieden bzw. dem Zustimmungsgesetz eine Präambel voranzustellen, vgl. Dok. 99.

Ich darf mir vorbehalten, in einem späteren Zeitpunkt eine weitere Aufzeichnung, die Schlußfolgerungen aus der von mir in den USA vorgefundenen Lage und Vorschläge für unsere künftige Politik enthalten soll, vorzulegen.

Hiermit dem Herrn Minister[17] vorgelegt.

Carstens

Ministerbüro, VS-Bd. 8475

89

Botschafter Blankenhorn, Paris, an Staatssekretär Lahr

12. Februar 1963[1]

Lieber Herr Lahr,

ich hatte gestern eine längere Unterhaltung mit Herrn Wormser über die Konsequenzen, die sich nunmehr aus dem Abbruch der Verhandlungen mit Großbritannien[2] ergeben. Herr Wormser meinte, daß er in großer Verlegenheit sei, heute schon irgend etwas Konkretes über die französischen Vorstellungen zu sagen, weil diese im wesentlichen von der weiteren britischen Haltung in dieser Frage bestimmt würden. Für ihn sei es sicher, daß es im Laufe dieses und des nächsten Jahres eine erneute Verhandlung über einen Beitritt Großbritanniens als Vollmitglied nicht geben werde. Zunächst glaube er nicht, daß die Engländer sich nach dem, was sie in Brüssel erlebt hätten, schnell zu einem neuen Antrag oder zu einer Fortsetzung der Verhandlungen entschlössen. Zum anderen sei er überzeugt, daß der General aus politischen Erwägungen einen solchen Beitritt nicht wünsche. Ein Beitritt Großbritanniens als assoziiertes Mitglied käme nach seiner Auffassung auch nicht in Frage, da für Großbritannien eine Mitwirkung im Gemeinsamen Markt nur dann interessant sei, wenn es auch im Ministerrat an der politischen Willensbildung teilnimmt.

Er habe sich auch im Auftrag seines Ministers[3] schon eine Reihe von Tagen Gedanken darüber gemacht, in welcher Weise man Großbritannien „helfen" könne. Dabei tendiere er heute – dies sei aber nur eine rein persönliche Meinung – dazu, die Möglichkeit für eine solche Hilfe auf monetärem Gebiet zu sehen und die immer wiederkehrenden britischen Zahlungsbilanzkrisen durch direkte oder indirekte Pfundübernahmen aus dem Commonwealth zu

[17] Hat Bundesminister Schröder am 10. Februar 1963 vorgelegen.

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 16. Februar 1963 vorgelegen.
Am 15. Februar 1963 vermerkte der Persönliche Referent des Staatssekretärs Lahr, Schönfeld: „Dem Staatssekretär II vorzulegen nach Rückkehr."
Hat Lahr am 2. März 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu Dok. 60.

[3] Maurice Couve de Murville.

beheben. Er sei in seinen Betrachtungen hierüber stark durch den anliegenden Artikel in der London Times vom 22. Januar, „The Springs of Power"[4], bestärkt worden, habe allerdings noch keine konkreten Vorstellungen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs besprach ich die in der französischen Presse in letzter Zeit immer stärkere Kritik an den zunehmenden amerikanischen Investitionen in Frankreich. Hier drohe nach französischer Auffassung allerdings die Gefahr einer gewissen Überfremdung nicht nur in Teilen der Automobilindustrie, sondern auch in anderen Industrien, wie z. B. der Nahrungsmittelindustrie, in der sich in letzter Zeit sehr erhebliche amerikanische Einflüsse zeigten. Selbstverständlich denke die französische Regierung hier nicht an radikalere Gegenmaßnahmen. Aber es zeigen sich unter dem Druck des neuen Gaullismus wachsende Tendenzen nach Unabhängigkeit, vor allem vom angelsächsischen Kapital, denen man Rechnung tragen müsse. Man sei deshalb daran, diese ganze Frage zunächst einmal gründlich zu studieren, um in der Zukunft gewisse Bremsen einzubauen. Ich füge hier die Photokopie eines Aufsatzes[5] bei, der durch die gaullistische Parteipresse erheblich verbreitet wird und der für die geschilderten Tendenzen bezeichnend ist.

Der von Ihnen gewünschte Bericht über die neueste Entwicklung der Außenpolitik General de Gaulles ist von mir in Bearbeitung genommen worden. Da ich gegenwärtig auch durch andere Dinge stark in Anspruch genommen bin, werde ich ihn erst bis Ende dieser Woche fertigstellen können.[6]

Mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener
Blankenhorn

Büro Staatssekretär, Bd. 383

[4] Vgl. THE TIMES, Nr. 55605 vom 22. Januar 1963, S. 11.

[5] Der Aufsatz „Néo-Colonialisme" ist dem Vorgang beigefügt.

[6] Vgl. Dok. 94.

90

Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington

AB 84.20/135/63 geheim **Aufgabe: 12. Februar 1963, 21.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 220
Citissime mit Vorrang

Auf 379 vom 7.[2]

1) Ich bitte Sie, zunächst folgende Fragen aufzuwerfen:
Ist nach amerikanischer Ansicht die zwischen Bundeskanzler und Präsident Kennedy am 14. 11. 1962[3] vereinbarte Voraussetzung für Wiederaufnahme der Deutschland- und Berlingespräche[4], nämlich die Erledigung der Kuba-Angelegenheit, inzwischen erfüllt? Insbesondere Pressekonferenz Kennedys vom 7. 2.[5] könnte gegenteiligen Eindruck erwecken.

Bei den am 14. 11. 1962 zwischen dem Bundeskanzler und Präsident Kennedy stattgefundenen Gesprächen ging man davon aus, daß es nach Erledigung der Kuba-Angelegenheit an den Sowjets sei, in der Deutschland- und Berlinfrage wieder initiativ zu werden.[6] Dabei sollte die Haltung der Sowjets in der Frage der dauernden Anwesenheit der westlichen Truppen in Westberlin entscheidendes Indiz für die Ernsthaftigkeit ihres Willens zu echten Verhandlungen sein. Wir sind der Meinung, daß wir daran festhalten sollten.

Zusätzlich wäre auch zu erwägen, ob nicht die Sowjets wirkliche Beweise guten Willens in Abrüstungsfragen wie Teststopp zu geben hätten, bevor die Deutschland- und Berlingespräche wieder aufgenommen werden.

Wenn die amerikanische Regierung den gegenwärtigen Zeitpunkt wirklich für günstig hält und auf der Wiedereröffnung von Sondierungsgesprächen in der Deutschland- und Berlinfrage besteht, so werden wir uns unter dem Vorbehalt der Berücksichtigung der nachstehenden Gesichtspunkte dem nicht widersetzen. Aus der von Botschafter Kohler überbrachten Mitteilung wird aber deutlich, daß die sowjetische Regierung anstrebt, diese Sondierungsgespräche sehr bald zu formellen Verhandlungen zu machen. Wir weisen schon jetzt dar-

[1] Ministerialdirigent Reinkemeyer vermerkte am 12. Februar 1963: „1) Drahterlaß ist laut fernmündlicher Mitteilung von D II von Herrn Staatssekretär Carstens in vorstehender Form gebilligt worden. 2) Vor Abg[ang]: Herrn Minister vorzulegen."
Hat Bundesminister Schröder am 12. Februar 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. Dok. 84.

[3] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 13. bis 16. November 1962 in den USA vgl. Dok. 37, Anm. 26.

[4] Zu den bisherigen amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen über die Deutschland- und Berlin-Frage vgl. Dok. 5, Anm. 4.

[5] Auf der Pressekonferenz gab Präsident Kennedy seiner Sorge über die fortgesetzte Präsenz sowjetischen Militärpersonals in Kuba Ausdruck. Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 148–155.

[6] Ministerialdirigent Reinkemeyer vermerkte am 11. Februar 1963: „Aus dem Verhalten Botschafter Kohlers ist eher der Eindruck zu gewinnen, daß dieser die Initiative gegenüber den Sowjets ergriffen hat." Vgl. Abteilung II (700–AB), VS–Bd. 45; B 150, Aktenkopien 1963. Dazu auch Dok. 92 und Dok. 101.

auf hin, daß wir dem nur dann werden zustimmen können, wenn sich in den Sondierungsgesprächen eine wirkliche Grundlage für Verhandlungen ergeben hat. Wir sehen dafür einstweilen wenig Aussicht.

2) Eine formelle britische und französische Teilnahme an den Sondierungsgesprächen erscheint bedenklich, da diese dadurch zu sehr den Charakter formeller Viermächteverhandlungen erhalten würden.

3) Die Sowjets haben eine Präferenz für Moskau als Ort der Sondierungsgespräche angedeutet. Wir sind der Auffassung, daß wir sowjetischem Drängen in diesem Punkte nicht nachgeben sollten. Gegen Moskau spricht, daß Sowjets ihren gesamten Apparat dort haben, was ihnen von vornherein Vorteil gibt. Würden Amerikaner, um diesen Vorteil in etwa auszugleichen, entsprechend sowjetischem Vorschlag ihre Botschaft durch Gruppe von Deutschland-Spezialisten verstärken, so würde dadurch Eindruck formeller Verhandlungen erweckt.

Für Washington spricht Verfügbarkeit des Apparates des State Department und der Botschaftergruppe. Dieses Vorteils sollten wir uns nicht begeben. Auch sollten wir gewisse Imponderabilien nicht übersehen: Z. B. erscheint es im gegenwärtigen Stadium der Berlinkrise, in dem Sowjets größeres Interesse als bisher an Gesprächen zeigen, für uns vorteilhafter, Dobrynin als Gesprächspartner zu haben als Gromyko und Semjonow. Dobrynin wird als Botschafter in den USA eventuell ein gewisses persönliches Interesse an erfolgreichem Abschluß von Gesprächen mit Amerikanern haben und aus seiner Kenntnis der westlichen Position heraus eher zu gewissen Konzessionen raten als in Moskau stationierte Mitglieder des sowjetischen Außenministeriums.

4) Wir raten von Eile in der Aufnahme und Führung der Sondierungsgespräche ab.[7] Es wäre irrig anzunehmen, daß die Sowjets etwa jetzt besonders kompromißbereit wären. Wir glauben nicht an das oft gehörte Argument, daß die Sowjets sich der Berlinkrise entledigen müßten. Sie können, nachdem Chruschtschow den selbst erzeugten Druck bezüglich des Abschlusses des Friedensvertrages auf dem VI. Parteitag der SED weitgehend beseitigt hat (Mauer statt Friedensvertrag)[8], sehr wohl mit diesem „unfinished business" leben. Wir vermuten, daß die Sowjets in ihrer Zielsetzung bezüglich Westberlins um ein weniges zurückgesteckt haben, und sind davon überzeugt, daß sie nach Kuba keine hohen Risiken eingehen werden. Ihre beiden Hauptziele bleiben aber, den Friedensvertrag durch den Westen sanktioniert zu erhalten und einen abwärts gleitenden Status für Westberlin zu erzielen.

Wir halten Eile auch deshalb für schädlich, weil die westliche Allianz z. Z. gewissen Belastungen ausgesetzt ist. Daß die Sowjets gegenwärtig so drängen, könnte damit zusammenhängen, daß sie in den kürzlichen Meinungsverschie-

[7] Für eine erste Reaktion des Staatssekretärs Carstens auf die geplante Wiederaufnahme der Sondierungsgespräche vgl. Dok. 84. Dazu auch der Vermerk des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 11. Februar 1963, in dem die Haltung des Bundesministers Schröder dazu als „sehr zurückhaltend" bezeichnet wird. Vgl. Abteilung II (700–AB), VS-Bd. 45; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Zur Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 16. Januar 1963 vgl. DzD IV/9, S. 38–46 (Auszug).

denheiten im westlichen Lager die von ihnen immer behaupteten antagonistischen Gegensätze entdeckt zu haben glauben[9] und diese ausnützen wollen.

Zum Überdenken der westlichen Positionen, das gerade erst jetzt in der Botschaftergruppe begonnen hat, brauchen die Regierungen der Vier Mächte und die Botschaftergruppe Zeit. Wir sollten uns daher nicht durch den Umstand drängen lassen, daß Botschafter Kohler am Donnerstag wieder in Moskau eintrifft.

5) Wir sind der Meinung, daß die Botschaftergruppe sich nun in verstärktem Maße der Erarbeitung westlicher Positionen widmen sollte. Schon jetzt sei gesagt, daß wir es nicht für richtig halten, bei Sondierungsgesprächen wieder bei den „draft principles" vom März 1962[10] zu beginnen. Wir nehmen an, daß die Sowjets diese Absicht haben. Unserer Auffassung nach muß zunächst sehr ernsthaft die Forderung nach Wiedervereinigung Deutschlands in der Form eines revidierten westlichen Friedensplanes[11] erhoben werden. Für den Fall einer späteren Behandlung des Themas der „draft principles" wird noch einmal betont, daß wir ihre Revision für dringend erforderlich halten.[12]

[gez.] Carstens

Abteilung II (700–AB), VS–Bd. 45

91

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken

AB–83.13/1–110/63 geheim **13. Februar 1963**

Betr.: Von der Haltung der Bundesregierung abweichende Stellungnahmen des Berliner Senats in außenpolitischen Fragen

A. Einleitung

Bürgermeister Brandt hat am 10. Februar die wiederholten Versuche Ulbrichts, West-Berlin zu direkten Kontakten politischer Natur mit der Zone zu veranlassen[1], nachdrücklich zurückgewiesen.[2] Nachdem in den letzten Wochen verschiedentlich der Eindruck einer unklaren Haltung des Senats in Fragen von außenpolitischer Bedeutung entstanden war, sollte es für uns nun-

9 Vgl. dazu auch Dok. 128.

10 Zu den „draft principles" vom 9. April 1962 vgl. Dok. 62, Anm. 11.

11 Vgl. dazu Dok. 69, weiter Dok. 165.

12 Zu den Sondierungsgesprächen vgl. weiter Dok. 138.

1 Vgl. dazu die Fernsehansprache des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vom 8. Februar 1963; DzD IV/9, S. 110–118.

2 Vgl. die Rundfunkansprache des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, vom 9. Februar 1963; DzD IV/9, S. 118 f. (Auszug).

mehr leichter sein, Mißverständnissen entgegenzuwirken und diese, soweit vorhanden, auszuräumen.

Ganz allgemein läßt sich feststellen, daß sich die politischen Vorstellungen von Senat und Bundesregierung in letzter Zeit nicht unerheblich voneinander entfernt haben. Nachstehend wird eine Übersicht über Vorgänge gegeben, in denen der Berliner Senat oder andere Berliner Stellen in Angelegenheiten von außenpolitischer Bedeutung selbständig vorgegangen sind oder eine Haltung eingenommen haben, die von unserem Standpunkt abweicht oder abwich.

B. Unsere Beschwerden

I. Ausweitung des IZH und Bemühungen um Erleichterungen im innerberliner Verkehr

1) Nachdem der Stellvertreter des SBZ-„Außenministers", König, dem Herrn Regierenden Bürgermeister mit Schreiben vom 19. Dezember 1962[3] Verhandlungen zwischen dem Außenministerium der SBZ und dem Berliner Senat über „beide Seiten interessierende Fragen" vorgeschlagen hatte, sprach sich Herr Brandt für einen Auftrag an Herrn Leopold aus, seinem Gesprächspartner Behrendt den Eingang des Schreibens zu bestätigen (vgl. hierzu die Erklärungen, die Senator Schütz als Vertreter Berlins in der Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für den Interzonenhandel am 4. Januar 1963[4] abgegeben hat).

2) In der erwähnten Sitzung am 4. Januar 1963 erklärte Senator Schütz zur Frage, mit wem Herr Leopold verhandeln könne:

Es sei nicht maßgebend, wie sich der Verhandlungspartner Leopolds nenne, sondern daß unter dem Dach der Treuhandstelle verhandelt werde; er wäre bereit, Kohl, Behrendt oder Wandel als Verhandlungspartner zu akzeptieren. Er habe keine Einwendungen dagegen, daß Leopold mit Wandel im Außenministerium verhandele.

3) Es ist bisher nicht geklärt, wie der stellvertretende SBZ-„Außenminister" König dazu kam, sein für Bürgermeister Brandt bestimmtes Schreiben bei dem Berliner Senator für Wirtschaft, Prof. Schiller, abgeben zu lassen. (Bürgermeister Amrehn teilte am 5. Februar dem Unterzeichneten mit, daß der Brief durch einen am IZH beteiligten Geschäftsmann bei Prof. Schiller abgegeben worden sei.)

4) Im Laufe der Gespräche, die der Deutschlandreferent des Internationalen Komitees für das Rote Kreuz, Beckh, mit dem Berliner Senat führte, ist der Gedanke erwogen worden, die Verhandlungen über die Passierscheinfrage nach Genf zu verlegen und den Leiter der Genfer Verbindungsstelle der SBZ zur ECE[5], Beling, zu beteiligen (vgl. Drahtbericht aus Genf Nr. 31 VS–v vom 30. Januar 1963). Die Durchführung der Verhandlungen in Genf würde das Junktim „IZH-Verhandlungen – Erfüllung politischer Erwartungen" auflösen,

[3] Vgl. dazu Dok. 3, Anm. 3.

[4] Vgl. Dok. 3.

[5] Economic Commission for Europe (UNO-Wirtschaftskommission für Europa).

West-Berlin gegenüber der Zone als besonderen Gesprächspartner herausstellen und damit der sowjetzonalen Freistadt-These[6] umsomehr Vorschub leisten, als ein politischer Agent der Zone ebenfalls am Gespräch beteiligt würde.

5) Aus einem hier vorliegenden Schreiben des Präsidenten des Landesverbandes Berlin des DRK, Blos, vom 5. Februar 1963 an den Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Ritter von Lex, geht hervor, daß Bürgermeister Brandt ein Scheitern der Verhandlungen Leopold/Behrendt annimmt und der Ansicht ist, daß nunmehr das Rote Kreuz in Aktion treten solle. Dabei scheint daran gedacht zu sein, daß das DRK ein Schreiben an das Internationale Rote Kreuz richtet und dieses bittet, Vertreter beider deutschen Rote Kreuz-Organisationen nach Genf einzuladen. Diese Vertreter müßten von ihren Regierungen zu diesen Verhandlungen bevollmächtigt werden. (Diese Überlegungen sind auf Grund der Ulbricht-Rede vom 8. Februar hinfällig.)

II. Begegnung Brandt/Chruschtschow

1) Der Plan, ein Zusammentreffen Brandt/Chruschtschow[7] in Ost-Berlin zu arrangieren, setzte die Bundesregierung in Verlegenheit und löste eine unerwünschte innenpolitische Krise in Berlin aus. Offenbar war in Berlin übersehen worden, daß die Begegnung von kommunistischer Seite als eine Annäherung des Senats an die kommunistische Freistadt-Theorie ausgewertet worden wäre.

2) Bürgermeister Brandt erklärte am 30. Januar 1963 in Berlin:
„Wenn der sowjetische Ministerpräsident uns tatsächlich Passierscheine für West-Berliner geboten hätte, dann hätte ich sie selbstverständlich genommen, lieber sogar als von Ulbricht; denn die Sorge um die getrennten Familien steht mir höher als ein stures Herumreiten auf Prinzipien, die gar nicht in Frage standen" (vgl. FAZ vom 31. Januar 1963, S. 3). Es stellt sich die Frage, wer mit dem Hinweis „stures Herumreiten auf Prinzipien" angesprochen wird.

III. Verhandlungen zwischen der Landespostdirektion Berlin und der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Groß-Berlin (Ost-Berlin)[8]

Seit Sommer 1962 finden zwischen beiden Postdirektionen Besprechungen über technische Fragen des Berliner Postaustausches statt. Die Landespostdirektion Berlin ist zwar auf die sowjetischen Bemühungen um eine Politisierung des Gesprächs nicht eingegangen; sie machte aber den Formfehler, ein Schreiben an den Stellvertreter des Zonen-Ministers für Post- und Fernmeldewesen[9] zu richten. Damit war ein direkter Kontakt zur Zone hergestellt. Wir haben unsere Bedenken bei dem Bundespostministerium angemeldet.

[6] Zum Vorschlag der Errichtung einer „Freien Stadt" Berlin (West) vgl. Dok. 3, Anm. 7.

[7] Vgl. dazu Dok. 27 und Dok. 28. Vgl. auch BRANDT, Erinnerungen, S. 51–54.

[8] Vgl. dazu bereits Dok. 15.

[9] Zum Schreiben der Landespostdirektion Berlin vom 1. Dezember 1962 an Franke vgl. Referat II A 1, Bd. 185.

C. Folgerungen

1) Es steht fest, daß diese Vorgänge nicht Ausdruck von politischen Sonderbestrebungen des Berliner Senats oder anderer Berliner Stellen sind. Sie erklären sich im allgemeinen

– aus der psychischen Dauerbelastung, der die Berliner ausgesetzt sind und die den Blick für die tatsächlichen politischen Verhältnisse trüben kann;

– aus dem Mangel an Vertrautheit mit gewissen staats- und völkerrechtlichen Gegebenheiten;

– aus einem Mißtrauen gegenüber Bonner Dienststellen, denen vielfach unterstellt wird, sie seien über die tatsächlichen Verhältnisse an der Mauer nicht unterrichtet und wüßten infolgedessen nicht die erforderlichen Maßnahmen zur Erleichterung des Druckes an der Mauer einzuleiten.

Wenn für diese Denkungsart Verständnis aufgebracht werden kann, so ist sie deshalb nicht weniger gefährlich. Sie ist, wie sich gezeigt hat, in ihrer Endwirkung geeignet,

– die Bindungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin zu stören,

– das innere politische Gefüge Berlins zu schwächen, von dessen Geschlossenheit die Widerstandsfähigkeit Berlins entscheidend abhängt.

2) Es wird daher vorgeschlagen, unsere Überlegungen bei sich bietender Gelegenheit gegenüber Vertretern des Berliner Senats, gegebenenfalls auch gegenüber Herrn Staatssekretär von Eckardt, in geeigneter Weise vorzubringen, mit dem Ziel, eine Einheitlichkeit des Auftretens von Bundesregierung, Senat und Berliner Parteien herzustellen. Hierzu bietet sich ein Zeitpunkt nach den Wahlen, wenn sich die Stimmung in Berlin beruhigt hat. Es könnte bei dieser Gelegenheit auch darauf hingewiesen werden, daß es einen Widerspruch darstellt, wenn der Senat einerseits die staatsrechtliche Zugehörigkeit Berlins zur Bundesrepublik behauptet und fordert, und andererseits daraus nicht die Folgerungen für seine Außenbeziehungen zieht, indem er diese nach seinem Gutdünken zu regeln sucht. – Bei dieser Gelegenheit könnten auch die anderen Fälle zur Sprache gebracht werden, in denen der Berliner Senat das Auswärtige Amt nicht genügend beteiligt hat. Erinnert sei an die Vorgänge

– geplante Reise des Regierenden Bürgermeisters von Berlin nach Paris[10] (direkter Kontakt von Senatsdirektor Klein mit französischen Stellen);

– Einladung ausländischer Regierungsmitglieder durch den Berliner Senat (Beschwerden unserer Botschaften, daß Minister des Gastlandes zur Grünen Woche ohne vorangehende Unterrichtung der Auslandsvertretungen eingeladen wurden).

[10] Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, traf am 24. April 1963 mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle in Saint-Dizier zusammen. Vgl. dazu BRANDT, Begegnungen und Einsichten, S. 135–138.

Hiermit über Hern Dg II[11] Herrn D II[12] mit dem Vorschlag vorgelegt, die Überlegungen der Aufzeichnung bei sich bietender Gelegenheit gegenüber Berliner Stellen zur Sprache zu bringen.[13]

Oncken

Abteilung II (700–AB), VS-Bd. 44

92

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatssekretär Gilpatric, amerikanisches Verteidigungsministerium

Z A 5 (115)-22.A/63 geheim **13. Februar 1963[1]**

Der Herr *Bundeskanzler* führte am 13. Februar 1963 um 17.30 Uhr eine Besprechung mit dem stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsminister Gilpatric. Bei der Unterredung waren außerdem zugegen: von deutscher Seite Bundesaußenminister Schröder, Bundesverteidigungsminister von Hassel, Staatssekretär Globke, Staatssekretär Carstens, Staatssekretär Hopf, Generalinspekteur Foertsch, Ministerialdirigent Dr. Barth und VLR I Dr. Osterheld; von amerikanischer Seite der amerikanische Gesandte in Bonn Morris und General Haugen.

Zunächst verwies Mr. *Gilpatric* auf seine lange Freundschaft mit Dean Acheson, die aus der gemeinsamen Studienzeit herrühre, und mit Mr. McCloy, der sein erster Vorgesetzter gewesen sei und mit dem er zuletzt in der Kubafrage sehr eng zusammengearbeitet habe. Von beiden Seiten komme ihm ein starker Wunsch nach möglichst enger Zusammenarbeit mit Deutschland zu. Mr. Gilpatric fuhr fort, Präsident Kennedy habe ihn am vergangenen Freitag beauftragt, dem Herrn Bundeskanzler und dessen Mitarbeitern in der Bundesrepublik darzulegen, daß nach Auffassung Kennedys und der amerikanischen Regierung die Zukunft der NATO in erster Linie von der Erhaltung und Verstärkung der deutsch-amerikanischen Beziehungen abhänge. Die auf dem Gebiet der Bundesrepublik heute stationierten Streitkräfte Deutschlands und Ameri-

[11] Hat Ministerialdirigent Reinkemeyer am 14. Februar 1963 vorgelegen.

[12] Hat Ministerialdirektor Krapf am 16. Februar 1963 vorgelegen. Er vermerkte handschriftlich: „Hiermit dem Herrn Staatssekretär vorgelegt. Ich beabsichtige, dies Herrn Sen[ator] Schütz gegenüber zur Sprache zu bringen, falls Sie dies nicht selbst tun wollen. Außerdem schlage ich ein Schreiben von Ihnen an H[errn] v[on] Eckhardt vor, zu dem wir in Anlehnung an diese Aufz[eichnung] einen Entwurf vorlegen werden, wenn Sie einverstanden sind." Daraufhin bat Staatssekretär Carstens am 19. Februar 1963 Krapf um Rücksprache.

[13] Vgl. dazu weiter Dok. 102.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 15. Februar 1963 gefertigt.
Vgl. auch den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 14. Februar 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 311; B 150, Aktenkopien 1963.

kas beliefen sich auf mehr als 500000, in anderen Worten, sie machten ¾ der militärischen Stärke aus, die heute für die Verteidigung Westeuropas zur Verfügung stehe. Es sei für die amerikanische Regierung unvorstellbar, daß die NATO ihre Rolle weiterhin erfüllen könnte, wenn dieses grundlegende deutsch-amerikanische Verhältnis nicht fortbestünde. Sein Hauptinteresse sei daher darauf gerichtet, sich selbst und damit seine Mitarbeiter in Washington davon zu überzeugen, daß die Bundesregierung diese Auffassung hinsichtlich der Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen teilt. Wie dem Herrn Bundeskanzler aus den Berichten von Herrn Botschafter Knappstein[2] und Herrn Staatssekretär Carstens[3] bekannt sei, überprüfe die amerikanische Regierung ihre Politik im Lichte der Ereignisse des Monats Januar. In dem vorhergehenden Gespräch habe der Herr Bundesaußenminister bereits darauf hingewiesen, daß man dabei nicht nur das Datum des 14. Januar[4] im Auge haben dürfe, sondern auch die Ereignisse des 22.[5] und des 29. Januar[6]. Seine Regierung sei dabei, die Bedeutung dieser Ereignisse zu bewerten. Nach den Gesprächen, die er mit dem Herrn Bundesaußenminister und dem Herrn Bundesverteidigungsminister geführt habe, fühle er sich sehr bestärkt in der Auffassung, daß die Fortsetzung der amerikanischen Politik im besten Interesse nicht nur Amerikas, sondern des gesamten Bündnisses liege und insbesondere, daß die bedeutsamen bilateralen deutsch-amerikanischen Beziehungen vereinbar seien mit anderen Beziehungen, die die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten innerhalb der Allianz und mit anderen Ländern hätten. Es reiche allerdings nicht aus, wenn die Mitglieder der Bundesregierung und die Mitglieder der amerikanischen Regierung dessen gewiß seien. Vielmehr müsse die Gewißheit auch den Völkern, den Verbündeten und auch den Feinden vermittelt werden. Präsident Kennedy sei sehr besorgt hinsichtlich gewisser Veränderungen in der sowjetischen Haltung seit dem 14. Januar. Kennedy habe eine gewisse Verhärtung und gesteigerte Unnachgiebigkeit seitens der sowjetischen Regierung festgestellt, die sich in verschiedener Weise ausdrückten. Ein Beispiel der veränderten sowjetischen Haltung sei die Position hinsichtlich der Einstellung der Kernwaffenversuche. Präsident Kennedy habe Grund zu der Annahme gehabt, daß sich die Sowjetunion hinsichtlich der Inspektion an Ort und Stelle der amerikanisch-britischen Haltung nähere und von ihrem starren Festhalten[7] an lediglich drei Inspektionen pro Jahr abgehe. Eine Woche nach der Pressekonferenz de Gaulles am 14. Januar habe die sowjetische Delegation in New York hier eine Verhärtung gezeigt[8]. Ein zweites Beispiel sei die sowjetische Haltung hinsichtlich des Rückzuges der Streitkräfte aus Kuba. Hier habe die Sowjetunion gewisse Zusicherungen, die frü-

[2] Vgl. dazu Dok. 49, Dok. 50 und Dok. 55.

[3] Vgl. dazu Dok. 83 und Dok. 88.

[4] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

[5] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[6] Zum Scheitern der Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. Dok. 60.

[7] In einem zwischen dem 19. Dezember 1962 und dem 7. Januar 1963 geführten Briefwechsel konnten sich Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chruschtschow nicht über die Anzahl von Bodeninspektionen einigen. Für den Wortlaut der Schreiben vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 1239–1242 und S. 1277–1279; 1963, S. 1–4.

[8] Am 31. Januar 1963 wurden die Gespräche der drei Atommächte in New York über eine Teststopp-Vereinbarung unterbrochen. Vgl. dazu Dok. 79, Anm. 2.

her Präsident Kennedy gemacht worden seien[9], nicht eingelöst und die Streitkräfte oder zumindest die Kampfeinheiten der Streitkräfte nicht zurückgezogen. Daraus habe Präsident Kennedy unter anderem den Schluß gezogen, daß es wichtiger denn je sei, die Allianz zu einigen durch eine Reihe konkreter Schritte und Maßnahmen wie z. B. die Weiterarbeit an der nuklearen Streitmacht der NATO, wie sie in Nassau[10] im Dezember beschlossen worden sei und demnächst im NATO-Rat sowie mit der Bundesregierung durch Botschafter Merchant weiter diskutiert werden solle.[11] Zum anderen handele es sich darum, teils bilateral, teils multilateral zu einer erhöhten Beteiligung der heutigen Nichtnuklearmächte in der NATO an der Planung, Zielplanung und Programmierung der jetzt der NATO zur Verfügung stehenden, größtenteils amerikanischen, nuklearen Streitkräfte zu kommen. Bundesverteidigungsminister von Hassel werde bei seinem Besuch in Amerika im Laufe dieses Monats[12] zusammen mit Verteidigungsminister McNamara das Hauptquartier der strategischen Streitkräfte in Omaha besuchen, um dort den gesamten Vorgang der Ziel- und Einsatzplanung der amerikanischen nuklearen Streitkräfte kennenzulernen und aus erster Hand zu erfahren, wie heute der Einsatz des größten Teiles der für die nukleare Verteidigung Europas verfügbaren Streitkräfte geplant werde. In diesen Gesprächen, wie sie heute in Bonn stattgefunden hätten und wie sie fortgesetzt würden zum Beispiel anläßlich des Besuches von Herrn Minister von Hassel in Washington, hoffe man zu konkreten Maßnahmen zu kommen, welche der Öffentlichkeit und den Sowjets deutlich machten, daß es keine Spaltung gebe, die von den Sowjets ausgenutzt werden könnte. Er hoffe, daß der Herr Bundeskanzler diese Auffassung teile.

Der Herr *Bundeskanzler* führte aus, auch ihm sei aufgefallen, daß die Sowjetunion ihre Haltung im Januar verändert habe. Dafür gebe es seines Erachtens zwei Gründe. Als er im November in Washington gewesen sei[13], habe ihm der Präsident gesagt (und er habe diese Auffassung geteilt), daß er (der Präsident) nicht die Absicht habe, mit den Russen Verbindung aufzunehmen, sondern vielmehr zu warten, bis die Russen an die Amerikaner heranträten. Um so erstaunter sei er gewesen, daß Amerika offensichtlich diese Haltung aufgegeben habe. Als Botschafter Kohler Moskau verlassen habe, habe er Außenminister Gromyko gefragt, ob er dem Präsidenten etwas mitnehmen könne.[14] Der Außenminister habe dies zunächst verneint, sich die Sache nach zwei Tagen jedoch überlegt und ein Stück Papier mitgegeben, das besagt habe, daß die Sowjetunion nunmehr der Auffassung sei, daß die Berlinfrage und das deutsche

[9] Zur Beilegung der Kuba-Krise vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[10] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[11] Der Sonderbeauftragte des Präsidenten Kennedy führte vom 27. Februar bis 2. März 1963 Gespräche mit dem Ständigen NATO-Rat über die mit der geplanten MLF zusammenhängenden Fragen. Es folgten Verhandlungen mit der italienischen, belgischen, deutschen und britischen sowie – auf einer zweiten Reise im April – mit der niederländischen, griechischen und türkischen Regierung. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10545.
In Bonn hielt sich Merchant vom 5. bis 8. März 1963 auf. Vgl. dazu Dok. 120.

[12] Zu dem Besuch des Bundesministers der Verteidigung vom 25. bis 28. Februar 1963 in den USA vgl. Dok. 82, Anm. 11.

[13] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 13. bis 16. November 1962 in den USA vgl. Dok. 37, Anm. 26.

[14] Vgl. dazu Dok. 56, Anm. 6.

Problem diskutiert werden sollten.[15] Dies bedeute ein Abgehen von der ursprünglichen von Präsident Kennedy dargelegten Auffassung, die er (der Herr Bundeskanzler) geteilt habe, die Russen nach dem kubanischen Debakel erst einmal kommen zu lassen. Der zweite Grund sei nach seiner Auffassung der Streit zwischen England und Frankreich. Am 14. und 15. Dezember habe Macmillan de Gaulle in Rambouillet besucht.[16] Das Treffen in Nassau habe sich fast unmittelbar angeschlossen. Dabei sei vom Präsidenten Frankreich angeboten worden, an der Polaris-Sache mitzuarbeiten.[17] Die französische Regierung habe seiner Erinnerung nach darauf geantwortet, daß sie diese Frage sehr sorgfältig prüfen werde. Für die Sowjetunion sei daraus eine Divergenz ersichtlich geworden zwischen Amerika und England einerseits und Amerika und Frankreich andererseits zu demselben Thema. Für Chruschtschow aber gebe jede Divergenz im Westen Anlaß zur Hoffnung, daß er eines Tages Erfolg haben werde. Er (der Herr Bundeskanzler) könne sich daher vorstellen, daß Chruschtschow sehr erfreut gewesen sei, als er von den Meinungsverschiedenheiten erfahren habe, und seine Schlüsse daraus gezogen habe. Über das deutsch-französische Verhältnis und insbesondere das Verhältnis zu de Gaulle und die Pariser Besprechungen[18] wolle er im Augenblick nur sagen, daß die Bundesregierung wie die französische Regierung von Moskau wegen des deutsch-französischen Vertrages eine sehr scharfe Note[19] bekommen hätte und daß der sowjetische Botschafter in Paris de Gaulle auf persönliche Weisung Chruschtschows zusätzlich eine noch schärfere Note[20] übermittelt habe, in der erklärt worden sei, Chruschtschow betrachte den deutsch-französischen Vertrag als eine Bedrohung der Sowjetunion. Daraus lasse sich der Schluß ziehen, daß der Aufenthalt des Herrn Bundeskanzlers in Paris vom 21. bis 23. Januar und der Abschluß des Vertrages die Position Chruschtschows nicht verhärtet habe, Chruschtschow im Gegenteil keineswegs erfreut darüber gewesen sei. Dagegen sei Chruschtschow erfreut gewesen über die Nassau-Angelegenheit sowie über die Rede de Gaulles gegen England. Die Bundesregierung habe die Pressekonferenz de Gaulles immer so gelesen, daß sie gegen England gerichtet sei. Er habe nun aber von Staatssekretär Carstens erfahren müssen, daß diese Pressekonferenz in Amerika als anti-amerikanisch aufgefaßt werde.[21] Chruschtschow jedenfalls sei über den deutsch-französischen Vertrag keineswegs erfreut, sondern vielmehr besorgt. Chruschtschow hoffe aber, daß man wieder an ihn herantreten müsse. Er (der Herr Bundeskanzler) wisse nicht, ob Kohler weisungsgemäß gehandelt habe oder nicht. Jedenfalls aber stelle das Verhalten Kohlers eine Abweichung von der Politik dar, die Präsident Kennedy nach Kuba eingeschlagen habe und über die er mit ihm im

15 Vgl. dazu Dok. 56, Anm. 2 und Dok. 84.

16 Vgl. dazu Dok. 12, Anm. 6.

17 Zum Schreiben des Präsidenten Kennedy vom 21. Dezember 1962 an Staatspräsident de Gaulle vgl. Dok. 2, Anm. 4.

18 Zur Elysée-Konferenz am 21./22. Januar 1963 vgl. Dok. 37–39, Dok. 43 und Dok. 44.

19 Zu den sowjetischen Protestnoten vom 5. Februar 1963 gegen den deutsch-französischen Vertrag vgl. Dok. 86, Anm. 4.

20 Zur Demarche des sowjetischen Botschafters Winogradow bei Staatspräsident de Gaulle am 29. Januar 1963 vgl. Dok. 73, Anm. 8.

21 Vgl. dazu Dok. 88.

November gesprochen habe. Diese Abweichung führe dazu, daß die Sowjets sich sagten, der Westen werde schon kommen. Das zweite sei die Uneinigkeit zwischen Amerika, England und Frankreich. Für die Tatsache, daß ein Ereignis im Dezember die sowjetische Haltung verändert habe, spreche auch folgendes: Im August vergangenen Jahres sei bekanntlich Peter Fechter in Berlin angeschossen worden und zwischen den Linien verblutet, weil weder die Russen noch der Westen ihn abtransportiert hätten.[22] Damals habe er (der Herr Bundeskanzler) an Chruschtschow einen Brief geschrieben[23], den er sehr zurückhaltend und vorsichtig formuliert habe und in dem er lediglich angeregt habe, daß man doch gemeinsam einmal versuchen sollte, Maßnahmen zu finden, die die Wiederholung derartiger Vorgänge vermieden, und daß es nicht einmal im Kriege so sei, daß man jemanden, der zwischen den Linien liege, sterben lasse, ohne ihm zu helfen. Chruschtschow habe auf diesen Brief niemals geantwortet. Am 24. Dezember habe dann der sowjetische Botschafter[24] im Auswärtigen Amt einen unverschämten Brief voller Drohungen[25] abgegeben, so unverschämt, wie selbst Chruschtschow vorher nie geschrieben habe. Man müsse sich fragen, warum Chruschtschow ausgerechnet am 24. Dezember seinen Botschafter ins Auswärtige Amt schicke, der einen Brief überbringe, den er als äußerst dringlich bezeichne und der sofort dem Herrn Bundeskanzler zugeleitet werden müsse. Die einzige Erklärung dafür sei, daß Chruschtschow geglaubt habe, daß die Atmosphäre für ihn günstiger geworden sei. Er halte dies für ein beinahe überzeugendes Indiz dafür, daß im Dezember etwas geschehen sei, was Chruschtschows Feindseligkeit erhöht habe.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf das deutsch-französische Verhältnis zurück, das unglücklicherweise solches Aufsehen in Amerika, auch bei Herrn Acheson[26] und McCloy[27] erregt habe. Er bitte daher, gerade diesen beiden Herren über dieses Gespräch zu berichten, denn er lege größten Wert darauf, daß gerade diese beiden möglichst genau unterrichtet seien. Die Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich hätten über 400 Jahre gedauert und gingen zurück auf die Zeit Karls V. Oft sei es dabei auch zu Kriegen zwischen den beiden Ländern gekommen. Seit 1925 sei er (der Herr Bundeskanzler) fest davon überzeugt, daß es in Europa niemals Frieden geben könne, wenn die Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland nicht ausgeräumt würden. 1925 sei das Ende des sogenannten passiven Widerstands gewesen, und er habe die armselige Hilflosigkeit der damaligen Reichsregierung mit ansehen müssen. Schon damals sei ihm klar gewesen, daß der Schlüssel zu einem guten Verhältnis mit dem Westen, mit Europa und mit Amerika, im deutsch-französischen Verhältnis liege. Bis zu Bismarcks Verabschiedung habe eine enge

[22] Zu diesem Vorfall vgl. die Erklärung des Chefs des Bundespresseamtes, von Hase, vom 20. August 1962; BULLETIN 1962, S. 1301.

[23] Für den Wortlaut des Schreibens vom 28. August 1962 vgl. DzD IV/8, S. 976.

[24] Andrej A. Smirnow.

[25] Zum Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 24. Dezember 1962 an Bundeskanzler Adenauer vgl. Dok. 86, Anm. 7.

[26] Zur Reaktion des ehemaligen amerikanischen Außenministers Acheson auf den deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 65.

[27] Zur Reaktion des ehemaligen amerikanischen Hohen Kommissars McCloy auf den deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 59, besonders Anm. 14.

preußisch-russische Verbindung gegen Frankreich bestanden. Ein Jahr nach Bismarcks Weggang habe die französische Flotte in Kronstadt Besuch gemacht, und seit dieser Zeit datiere eine völlige Veränderung der Lage. Von da an habe ein enges französisch-russisches Verhältnis gegen Deutschland bestanden. Als de Gaulle im Jahre 1944 Ministerpräsident geworden sei, sei er nach Moskau gegangen, um mit dem kommunistischen Rußland die Allianz gegen Deutschland[28] zu erneuern. Dieser Vertrag sei von russischer Seite gekündigt worden[29], als Frankreich den Deutschlandvertrag unterzeichnet habe. De Gaulle habe ihm später gesagt, daß er diesen Vertrag damals geschlossen habe, weil man in Frankreich allgemein der Überzeugung gewesen sei, daß eines Tages Deutschland sich wieder erholen werde und sich dann an Frankreich rächen würde. Dem habe er durch diesen Vertrag mit Rußland zuvorkommen wollen. Er habe sich aber inzwischen überzeugt, daß das heutige Deutschland anders und friedfertig sei, und deswegen wolle er mit dem kommunistischen Rußland nichts mehr zu tun haben. Auch der Vorschlag der Montanunion[30] sei von Schuman im Jahre 1950 aufgrund derselben Überlegung gemacht worden. Schuman habe ihm damals einen Brief geschrieben und dargelegt, daß die Aufrüstung sich zuerst niederschlage in der Stahl- und Kohleproduktion. Wenn man nun einen Vertrag schlösse, der Frankreich die Möglichkeit gäbe, die Bewegungen in der Stahl- und Kohleproduktion in Deutschland zu beobachten, und der umgekehrt Deutschland dieselbe Möglichkeit gegenüber Frankreich in die Hand gäbe, dann könne man das gegenseitige Mißtrauen ausräumen. Es habe sich also nicht etwa um eine fixe Idee de Gaulles gehandelt, sondern in Frankreich habe man allgemein befürchtet, daß es eines Tages zu einem neuen französisch-deutschen Krieg kommen werde.

An dieser Stelle entschuldigte sich der Herr Bundeskanzler, so persönlich zu werden, doch sei er von der Aufnahme, die der deutsch-französische Vertrag in manchen Ländern und politischen Kreisen gefunden habe, so überrascht gewesen, daß er sich alle Mühe gebe, dieses Mißtrauen an der Wurzel auszurotten. Er wies dann auf seine gute Zusammenarbeit mit John Foster Dulles hin. Was Mr. Gilpatric ihm eben von Präsident Kennedy über den deutsch-amerikanischen Zusammenhalt gesagt habe, der entscheidend sei, sei ihm von John Foster Dulles noch deutlicher gesagt worden. Dieser habe ihm zweimal erklärt, wenn Deutschland nicht fest auf amerikanischer Seite stehe, werde Amerika Europa verlassen. Dabei habe bei Dulles der miserable Zustand eine große Rolle gespielt, in dem Frankreich sich nach dem Kriege befunden habe.

Der Herr Bundeskanzler fragte dann, was denn gerade die CDU, teilweise, aber nicht immer mit der FDP, seit 1949 in Deutschland getan habe. Die jetzige amerikanische Regierung könne gar nicht so genau wissen wie die Bundesregierung, welch ungeheuere Aufgabe es gewesen sei, die Wehrpflicht wieder einzuführen. Die Bundesregierung habe sie wieder eingeführt gegen die SPD, und die Mehrheit des deutschen Volkes habe diese Wehrpflicht akzeptiert und gezeigt, daß es ihrem inneren Empfinden entspreche, gemeinsam mit

[28] Zum französisch-sowjetischen Bündnisvertrag vom 10. Dezember 1944 vgl. Dok. 52, Anm. 15.

[29] Zur Kündigung des Vertrags am 7. Mai 1955 vgl. EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7942.

[30] Vgl. dazu Dok. 49, Anm. 12.

den freien Völkern sich selbst zu verteidigen. Auch den Beitritt zur NATO habe die Bundesregierung gegen eine starke Opposition durchgesetzt. Heute zeige sich diese Opposition viel patriotischer als die Regierungspartei, damals aber sei sie es nicht gewesen. Er habe einem Vertreter der SPD neulich im Bundestag, der sich mit der Haltung der SPD gebrüstet habe, gesagt, daß im Himmel zwar Freude über einen Sünder sei, der Buße tue; er müsse aber auch Buße tun, und die SPD sei zwar sündig, aber sie tue keine Buße. Die CDU habe auch die Spaltung des Landes im Interesse aller vorläufig hingenommen, während die SPD einen Deutschland-Plan[31] ausgearbeitet habe, der mit Sicherheit von den Sowjets akzeptiert worden wäre und zur Neutralisierung Deutschlands und damit zum Verlust ganz Westeuropas an Rußland geführt hätte. Die CDU dagegen habe immer den engen Zusammenhalt mit freien Völkern in den Vordergrund gestellt, den die SPD stets aufzulösen getrachtet habe.

Der Herr Bundeskanzler legte dann dar, wie er de Gaulle kennengelernt habe und wie sich aus diesem zunächst erst nach langem Zögern zustande gekommenen Gespräch und der daraus resultierenden Gemeinschaft der Auffassungen hinsichtlich der Weltentwicklung ein gutes Verhältnis zwischen ihm und de Gaulle ergeben habe, das zum Besten aller sei. Seither habe es viele Aussprachen mit de Gaulle gegeben, in denen jeder jedesmal seine Meinung ganz klar dargelegt habe. Natürlich sei man sich dabei nicht immer einig gewesen. Wie freimütig diese Aussprachen gewesen seien, werde am besten erkennbar dadurch, daß er jetzt in Paris de Gaulle erklärt habe, daß die Bundesrepublik sich an der multinationalen NATO-Streitmacht nach besten Kräften beteiligen werde[32], während ja de Gaulle eine Beteiligung an dem Polaris-Projekt ablehne. Er habe de Gaulle einmal auch die Frage gestellt, warum er nicht mehr Streitkräfte der NATO unterstelle. Darauf habe de Gaulle eine seltsame Antwort gegeben, die er (der Herr Bundeskanzler) erst später verstanden habe; de Gaulle habe ihn nämlich gefragt, was er denn von Generalen halte. Wenn man die Generale nämlich der NATO unterstelle, entglitten sie einem. Er habe das zunächst nicht verstanden, später aber gemerkt, daß de Gaulle an die OAS gedacht habe und daran, daß eine Unterstellung dieser Generale unter die NATO bedeuten würde, daß de Gaulle völlig ohne Machtmittel dastehen würde. Wegen des algerischen Krieges[33] und der ganzen Entwicklungen und der politischen Labilität in Frankreich sei die französische Armee nicht sehr viel wert. General Heusinger habe ihm einmal gesagt, wenn es zu einem Ernstfall käme, müßte man die 1½ französischen Divisionen bitten, nach Hause zu gehen, weil man nichts mit ihnen anfangen könnte. Die französische Armee sei heute in einem Zustand, der einen völligen Neuaufbau erfordere. Ihre Waffen seien so, daß sie nicht einmal mehr den Transport von Algerien nach Frankreich wert seien und die französische Regierung daher versuche, diese Waffen in der Sahara versanden zu lassen. Er gehe in all diese Einzelheiten, weil sich in Amerika der Gedanke festgesetzt habe, als spekuliere de Gaulle darauf, mit den Russen zusammenzugehen und die Amerikaner aus Europa

[31] Für den Wortlaut des Deutschlandplans der SPD vom 18. März 1959 vgl. DzD IV/1, S. 1207–1222.

[32] Vgl. dazu Dok. 43.

[33] Zur Beendigung des Algerien-Kriegs vgl. Dok. 88, Anm. 11.

hinauszuschieben. Einen größeren politischen Unsinn habe er noch nie gehört. Man könne von de Gaulle denken, was man wolle, man möge ihn für eingebildet, für ehrgeizig halten. Man dürfe aber niemals glauben, de Gaulle sei dumm. De Gaulle besitze ein ungeheueres historisches Wissen und sei sich absolut darüber im klaren, daß die Militärmacht Frankreichs heute nichts wert sei. Er wisse auch, daß die OAS immer noch existiere. Bidault[34] und Soustelle[35] seien beide in London, hätten aus Algerien viele Millionen mitgenommen, sich selbst damit zunächst saniert, und mit dem Rest machten sie Umtriebe gegen Frankreich und de Gaulle. Das Regime de Gaulle beruhe auf dem Vertrauen der Bevölkerung, Machtmittel habe er fast keine. Die Armee bedürfe eines ganz neuen Aufbaus, um wieder einen militärischen Wert zu bekommen. Es bestehe also keinerlei Anlaß zu der Auffassung, daß de Gaulle, der nur über diese geringe Militärmacht verfüge, jetzt versuchen könnte, die Amerikaner aus Europa zu verdrängen. Wenn es überhaupt jemanden gäbe, der wisse, daß bei einem Verlassen Europas durch Amerika ganz Westeuropa von den Sowjets verschlungen würde, dann sei es de Gaulle.

Der Hauptgrund für die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland sei der, daß die beiden Völker (nicht nur die Regierungen) so eng zusammenwachsen, daß niemals in der Zukunft eine russische Regierung mit Deutschland gegen Frankreich noch mit Frankreich gegen Deutschland zusammengehen könne. Damit werde ein Schutzwall gegen die Sowjetunion geschaffen, denn der kalte Krieg werde noch lange anhalten. Das sei der ausschlaggebende Grund für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Völkern. Nach dem Empfang, den das deutsche Volk de Gaulle Ende vergangenen Sommers bereitet habe[36], habe de Gaulle angeregt, all diese Gedanken doch einmal zu Papier zu bringen. Dies sei nun geschehen. Wenn man den Vertrag ansehe, so stelle man einen Punkt fest, der auch Amerika sicherlich interessiere: die Pflicht zur Konsultation in allen wichtigen Fragen gegenseitigen Interesses, einschließlich der militärischen Fragen. Es sei aber zu bemerken, daß die Bundesrepublik genau dasselbe schon mit anderen NATO-Staaten tue. Ohne Frankreich habe die Bundesrepublik einfach keinen Platz für die Ausbildung ihrer Streitkräfte. Die Bundesrepublik sei angewiesen auf derartige Verträge. Einen solchen Vertrag gebe es auch mit Portugal.[37] Wenn man sich einmal vorstelle, daß es nicht gelungen wäre, den Groll zwischen Frankreich und

[34] Mit der Gründung eines Nationalrats des Widerstandes im April 1962, der eng mit der Organisation de l'Armée Secrète (OAS) kooperierte, ging der frühere Ministerpräsident und Außenminister Georges Bidault in Opposition zur Algerien-Politik des Staatspräsidenten de Gaulle. Im August 1962 wurde in Frankreich ein Haftbefehl wegen Mißachtung der Staatsautorität gegen Bidault erlassen. Vgl. Georges BIDAULT, Noch einmal Rebell. Von einer Résistance in die andere, Berlin 1966, S. 304–326.

[35] Jacques E. Soustelle war von Januar 1955 bis Januar 1956 französischer Generalgouverneur von Algerien, von Juli 1958 bis Januar 1959 Informationsminister. Nach 1962 war er eine der führenden Persönlichkeiten im Nationalrat des Widerstandes gegen die Algerien-Politik des Staatspräsidenten de Gaulle.

[36] Zum Besuch des französischen Staatspräsidenten vom 4. bis 9. September 1962 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 6, Anm. 2.

[37] Am 15. Oktober 1963 gab das portugiesische Verteidigungsministerium bekannt, daß Portugal aufgrund einer Vereinbarung mit dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundeswehr Übungsplätze und Nachschubeinrichtungen zur Verfügung stelle. Vgl. AdG 1963, S. 10851.

Deutschland zu beseitigen, dann wäre die Einigung Europas einfach unmöglich gewesen. Es gäbe dann keine Montanunion, keine EWG, nicht einmal in die NATO wäre Deutschland aufgenommen worden, weil Frankreich abgelehnt hätte. In anderen Worten sei die Grundlage für das gesamte europäische Einigungswerk ein gutes deutsch-französisches Verhältnis.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er bekenne sich freimütig dazu, daß er schon Anfang 1950 die Frage gestellt habe, warum man denn Spanien nicht in die NATO aufnehmen könne. Damals sei Sir Brian Robertson noch britischer Oberbefehlshaber gewesen, und er, der Herr Bundeskanzler, habe ihm einmal gesagt, die Spanier hätten 450000 ausgezeichnete Soldaten, die nur schlecht ausgerüstet seien. Sir Brian Robertson habe erwidert, vom militärischen Gesichtspunkt habe der Herr Bundeskanzler völlig recht. Wenn er aber in London auch nur den Namen Franco nennen würde, sähen alle Leute rot. Wenn es nach ihm (dem Herrn Bundeskanzler) gegangen wäre, wäre Spanien schon längst in der NATO.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf den Krach in der EWG zu sprechen. Außenminister Schröder und er selbst hätten in Paris mit de Gaulle über die EWG gesprochen[38], und er habe den Vorschlag eines Überganges gemacht, in dem die Kommission den Stand der Verhandlungen einmal untersuchen sollte. De Gaulle habe dem zugestimmt und ihm am Schluß sogar gesagt, dies sei ein guter Rat, Zeit zu gewinnen. Leider sei dieser Vorschlag dann fehlgeschlagen, weil England an der Ausarbeitung dieses Berichts habe teilnehmen wollen, und dem habe sich Frankreich widersetzt.[39] Es gehe aber alles vorüber, und glücklicherweise bleibe nicht immer die Kurzsichtigkeit siegreich. Er gehe so sehr in Einzelheiten, damit Mr. Gilpatric verstehe, daß der deutsch-französische Vertrag nichts von den Verpflichtungen und dem inneren Verhältnis zur NATO wegnehme, das die Bundesrepublik empfinde. Er habe gerade jetzt zu de Gaulle gesagt, wenn er noch eine gewisse Distanz von der NATO wahren wolle, solle er doch seinen NATO-Botschafter zumindest beauftragen, aktiv an den Vorgängen dort teilzunehmen. Dem habe de Gaulle zugestimmt. Er habe dann selbst zu Botschafter Seydoux gesagt, daß er eben mit de Gaulle darüber gesprochen habe und daß er Seydoux bitte, dies doch wirklich zu tun. Botschafter Seydoux habe erwidert, er werde sehr gerne engen Kontakt mit dem deutschen NATO-Botschafter[40] halten.

Der Herr Bundeskanzler bat Mr. Gilpatric eindringlich, Präsident Kennedy doch folgendes ganz klar zu sagen: Die Bundesrepublik sei einhundertprozentig überzeugt davon, daß erstens die Vereinigten Staaten die führende Macht der freien Welt seien und auf unabsehbare Zukunft bleiben werden und daß zweitens die freien Völker angesichts der Sowjetunion verloren wären, wenn sie nicht fest zur NATO stünden. Die NATO sei vor langer Zeit geschlossen worden und müsse natürlich an die veränderten Zeiten angepaßt werden. Die Vereinigten Staaten könnten sich aber hundertprozentig auf die Bundesrepu-

[38] Vgl. dazu Dok. 39 und Dok. 43.
[39] Vgl. dazu Dok. 85, besonders Anm. 4.
[40] Wilhelm G. Grewe.

blik verlassen. Solange die Bundesregierung etwas zu sagen habe, werde sie so fest wie eh und je zur NATO stehen.

Der Herr Bundeskanzler fügte dann ein Wort hinzu, wie es zu dem Krach zwischen England und Frankreich gekommen sei. Macmillan habe in Rambouillet zwei Tage lang de Gaulle seine Schwierigkeiten wegen Skybolt vorgetragen. De Gaulle habe dann Macmillan gesagt, er solle doch alles, was er habe, für die Verteidigung Europas verfügbar machen. Macmillan habe darauf nicht geantwortet. Er sei dann auf die Bahamas gefahren und habe den Polaris-Vorschlag gemacht. De Gaulle habe ihm (dem Herrn Bundeskanzler) gesagt, Macmillan habe unkorrekt gehandelt, indem er kein Wort von seiner damals schon vorhandenen Absicht hinsichtlich Polaris gesagt habe.[41] Einem Dritten gegenüber habe de Gaulle im übrigen geäußert, daß der Ton, den er in seiner Pressekonferenz am 14. Januar angeschlagen habe, durch seine Verärgerung wegen Macmillans Verhalten (ihm gegenüber) ausgelöst worden sei.

Der Herr Bundeskanzler schloß, er habe so ausführlich gesprochen, weil er einfach völlig fassungslos gewesen sei wegen der Aufnahme, die die öffentliche Meinung in Amerika dem deutsch-französischen Vertrag bereitet habe.

Mr. *Gilpatric* bemerkte, es erscheine ihm zweifelhaft, ob er der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber die ganzen Mißverständnisse aufklären könne. Jedenfalls aber sei es dem Herrn Bundeskanzler gelungen, sein eigenes Verständnis der Sachlage wesentlich zu verbessern, und er werde nicht verfehlen, die Aufmerksamkeit seiner Kollegen darauf zu lenken. Im Gespräch mit Staatssekretär Carstens habe er im Verlaufe des Tages schon einmal erklärt, wenn zwei Freunde sich nicht einigen könnten hinsichtlich der Auslegung gewisser Vorgänge, sei es doch immer gut, freimütig die Meinungen auszutauschen, denn dies sei auch dann nützlich, wenn man nicht zu einer völligen Einigkeit der Auffassungen gelange. Er wolle nur zu einem Punkt Stellung nehmen, den der Herr Bundeskanzler angeführt habe, nämlich das Gespräch zwischen Kohler und Gromyko vor Kohlers Rückkehr nach Amerika. Soweit ihm bekannt sei, habe Kohler keine Initiative ergriffen. Vielmehr habe Kohler, wie es unter solchen Umständen üblich sei, dem Außenminister einen Besuch abgestattet, und Gromyko sei es gewesen, der die Frage aufgeworfen habe, daß es doch richtig sei, jetzt das Gespräch über Berlin wieder aufzunehmen. Seines Wissens hätten die Amerikaner auf diese Initiative nicht reagiert. Kohler habe aber keine Instruktionen gehabt und seines Wissens auch keine Initiative ergriffen, und es sei für Amerika völlig neu, daß derartige Gedanken in russischen Köpfen spukten. Er könne sich nicht denken, daß dieser Vorfall zur Änderung der sowjetischen Haltung beigetragen habe. Dies sei der einzige Punkt, in dem er mit der Analyse des Herrn Bundeskanzlers nicht übereinstimme.[42]

Mr. Gilpatric bedankte sich noch einmal für die außerordentlich interessante und nützliche Darstellung der Ereignisse, die zum derzeitigen Zustand geführt hätten, und betonte, daß er Präsident Kennedy und seinen Kollegen eine möglichst vollständige Darlegung dieser Analyse überbringen werde. Beson-

[41] Vgl. dazu Dok. 37.

[42] Vgl. dazu weiter Dok. 101.

ders glücklich sei er, daß der Herr Bundeskanzler die Auffassung Amerikas hinsichtlich der Zukunft der NATO teile.

Die Besprechung endete um 19.15 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/78

93

Botschafter von Etzdorf, London, an das Auswärtige Amt

114-1/1306/63 geheim **Aufgabe: 15. Februar 1963, 12.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 162 **Ankunft: 15. Februar 1963, 14.30 Uhr**

Lord Home empfing gestern nachmittag in meinem Beisein Herrn Bundesminister Scheel, der seit vorgestern als Gast der britischen Regierung zu einem dreitägigen Besuch in London weilt.[1] Zugegen waren ferner Sir Patrick Reilly vom Foreign Office und Ministerialdirektor Dr. Sonnenhol.

Aus der etwa einstündigen Unterhaltung möchte ich folgende Punkte festhalten:

1) Lord Home betonte, wie dankbar man in Großbritannien für die beständige Unterstützung (constant assistance) sei, welche die Bundesregierung in Brüssel geleistet habe.[2] Jetzt käme es darauf an, die Kontakte wirksam zu halten.

Minister Scheel stimmte dem zu. Für die Kontakte sollte man alle Möglichkeiten ausnutzen, die sich in den bestehenden Organisationen und bilateral ergeben.

Man könnte in diesem Zusammenhang an die WEU denken.[3] Als Übergangslösung käme eine Zollunion in Frage. Die Landwirtschaft wäre hiervon aber auszunehmen.[4] Großbritannien sollte Zeit gelassen werden, seine Landwirtschaftspolitik auf einen Stand zu bringen, der den Eintritt in den Gemeinsamen Markt zu einem späteren Zeitpunkt erleichtert.

Wichtig sei, daß sich durch die künftigen Maßnahmen die europäische wirtschaftliche Integration nicht zersetze. Ein bedauernswertes Nebenprodukt der letzten Entwicklung sei, daß die Bemühungen jetzt unterbrochen seien, den übrigen afrikanischen Staaten denselben Status zukommen zu lassen wie den 18 für eine Assoziierung[5] in Aussicht genommenen. Man sollte sich überlegen, wie dem abzuhelfen sei.

[1] Zum Aufenthalt des Bundesministers Scheel vom 13. bis 15. Februar 1963 in Großbritannien vgl. auch BULLETIN 1963, S. 353–355.

[2] Zur Ministerratssitzung der EWG am 28./29. Januar 1963 in Brüssel vgl. Dok. 60.

[3] Zu Überlegungen, im Rahmen der WEU die Kontakte zwischen Großbritannien und den EWG-Staaten zu intensivieren, vgl. bereits Dok. 79 und Dok. 87.

[4] Vgl. dazu weiter Dok. 115.

[5] Zur Assoziierung der afrikanischen Staaten vgl. Dok. 31, Anm. 5, und Dok. 82, Anm. 9.

Lord Home erwiderte, daß sich diese Gedanken auf ähnlicher Linie wie die seinigen bewegten. Auch er verspräche sich nichts von neuen Institutionen.

2) Auf die Möglichkeit, die WEU einzuschalten, zurückkommend, sagte Herr Minister Scheel, man sollte nicht aus dem Auge verlieren, daß die Bundesrepublik in der WEU anders behandelt würde als die übrigen Mitglieder. Wäre nicht, wenn man die WEU jetzt aktiviere, der Zeitpunkt gekommen, die deutsche Position in der WEU „aufzuwerten"?

Lord Home erwiderte, daß man diesem Gedanken nahetreten sollte (we ought to consider this kind of thing).

3) Lord Home bemerkte, daß sich die größte Probe für den europäischen Zusammenhalt innerhalb NATO stellen werde. Man müsse sich fragen, ob General de Gaulle die extravaganten Ideen, „die er offenbar hinsichtlich NATO" habe, in die Tat umsetzen wolle. Dies würde zu einem direkten und gefährlichen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten führen, mit denen alle übrigen Alliierten gerade in der Verteidigungsplanung voll übereinstimmten. Es dürfte niemals dazu kommen, daß sich die USA von Europa absetzen. Er, Lord Home, möchte allerdings nicht annehmen, daß General de Gaulle, wenn überhaupt, eine solche Entwicklung schon jetzt, d. h. in diesem oder im nächsten Jahre, einleiten wolle.

Herr Minister Scheel betonte, daß die Bundesrepublik uneingeschränkt hinter NATO und ihrer Verteidigungskonzeption stünde; daß wir insbesondere die Bahama-Regelung[6] begrüßten.

Lord Home bemerkte in diesem Zusammenhang ferner, daß es nicht so schwer sein würde, eine multilaterale Kontrolle der nuklearen Waffen einzurichten. Mehr Kopfzerbrechen bereite das Problem des „mixed manning", d. h., ob es möglich und zweckmäßig sei, den Polarisbooten jeweils eine aus mehreren Nationen gemischte Besatzung zu geben. (Hierzu sagte mir der Marineminister Lord Carrington vorgestern, daß die britische Regierung sich wahrscheinlich dafür einsetzen werde, nicht Boote mit gemischter Besatzung, sondern Verbände zu schaffen, deren einzelne Boote von derselben Nationalität verschiedener Länder bemannt sind.)[7]

4) Herr Minister Scheel betonte, wie wichtig in diesem ganzen Zusammenhang Afrika sei. In Afrika sollte man den Versuch machen, zusammen mit den Commonwealth-Ländern eine gemeinsame Politik zu entwickeln. Wer aber solle die Initiative ergreifen? Der Bundesrepublik falle dies aus naheliegenden Gründen schwer. Auch für die Franzosen sei es schwierig.

Hierzu bemerkte Lord Home, ohne auf Einzelheiten einzugehen, daß man vielleicht Nigeria in Führung bringen könnte.

5) Lord Home brachte das Gespräch auf die Ostprobleme.

Auf seine Frage, wie man wohl die Ostdeutschen näher an den Westen heranführen könnte, erwähnte Herr Minister Scheel die letzten Kreditverhandlun-

[6] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[7] Zur Frage einer multilateralen oder multinationalen Konzeption der NATO-Atomstreitmacht vgl. Dok. 12, Anm. 12.

gen mit Pankow[8], wobei er unterstrich, daß das Ulbricht-Regime unerfüllbare politische Vorstellungen hätte und daß wir nicht sicher seien, ob unsere Kredite wirklich den Menschen in der Zone zugute kämen. Im übrigen läge es im Rahmen unserer Politik zu versuchen, das Satellitengefüge „aufzulockern". Hier stellte sich für die gesamte westliche Welt eine gemeinsame Aufgabe. Hinsichtlich der Wiedervereinigung machten wir uns keine Illusionen, daß sie in naher Zukunft zustande käme.

Lord Home pflichtete Herrn Scheel darin bei, daß es für den Westen wichtig sei, das Satellitengefüge aufzulockern. Er fügte hinzu, daß man darüber nachdenken sollte, wie man den Bewohnern der Sowjetzone wenigstens so viele Freiheiten verschaffen könnte, wie sie die Polen besäßen.

6) Das Thema Ostpolitik weiter ausführend, fragte Herr Minister Scheel, was Lord Home über einen Plan dächte, der zur Zeit in der Bundesrepublik diskutiert werde, nämlich, eine ständige Konferenz der an den deutschen Ostfragen beteiligten Regierungen, also der drei westlichen und der sowjetischen, auf der Ebene etwa der Stellvertretenden Außenminister, einzurichten.

Lord Home erwiderte, hierzu ließe sich in der Tat etwas sagen. Er zöge es aber vor, diesem Gedanken erst näherzutreten, wenn man auf sowjetischer Seite mehr Beweise des Willens zur Kooperation erkenne. Hierüber würden im besten Fall wohl noch ein bis zwei Jahre verstreichen. Im übrigen hätte bei der Genfer Konferenz[9] Rusk in seiner und des Herrn Bundesaußenministers Gegenwart eine ähnliche Andeutung an die Adresse von Gromyko gerichtet. Gromyko wäre hierauf überhaupt nicht eingegangen.

7) Zum Abschluß sagte Lord Home, daß seine Regierung sich viel davon verspräche, wenn sich mehr und mehr Kontakte mit der Bundesrepublik, auch außerhalb des amtlichen Bezirks, entwickelten.

Herr Minister Scheel erwiderte, daß er diese Ansicht voll teile. Im übrigen hätten Rückschläge in der Europapolitik in der Vergangenheit oft neue Impulse ausgelöst. Dies sei auch jetzt der Fall, und besonders erfreulich sei, daß durch Deutschland heute eine Welle pro-britischer Empfindungen laufe.

[gez.] Etzdorf

Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 144

[8] Vgl. dazu Dok. 3.

[9] Am Rande der Genfer Laos-Konferenz vom 20. bis 25. Juli 1962 führten die Außenminister der drei Westmächte Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister über aktuelle Probleme der internationalen Politik, insbesondere das Berlin-Problem. Bundesminister Schröder hielt sich in diesem Zusammenhang ebenfalls in Genf auf. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, Z 167; AdG 1962, S. 10005 f.

94

Aufzeichnung des Botschafters Blankenhorn, Paris

St.S. 0389/63 geheim[1] **15. Februar 1963**[2]

Die Außenpolitik des General de Gaulle zu Beginn des Jahres 1963[3]

Die innenpolitische Bilanz, die Frankreich am Ende des Jahres 1962 ziehen konnte, ist zweifellos ungewöhnlich positiv. Die Lösung des Algerienproblems und die von der ganzen französischen Nation herbeigesehnte Beendigung der Feindseligkeiten in Nordafrika[4], zugleich aber auch das erfolgreiche Referendum (28. Oktober 1962) über die direkte Wahl des Präsidenten[5], die Neuwahlen zur Nationalversammlung und in ihrer Folge die absolute Mehrheit des UNR[6] im französischen Parlament haben zu einer außerordentlichen Stärkung der Autorität und des Prestiges des Generals geführt. Eine erhebliche wirtschaftliche Prosperität mit allen ihren Begleiterscheinungen hatte das Ihre dazu beigetragen: Die große Masse der Franzosen steht in diesen ersten Monaten des Jahres 1963 in ihrem Wunsche, das Erworbene zu erhalten und nach Möglichkeit zu vermehren, überwiegend hinter General de Gaulle.[7] Die Oppositionsparteien haben weitgehend ihren Einfluß verloren, zeigen zunehmend Unentschlossenheit, hier und da merkliche Auflösungserscheinungen. Die dem Regime feindseligen intellektuellen Kreise sind politisch kraftlos und dürfen in ihren Möglichkeiten und Wirkungen nicht überschätzt werden.

Wie zu erwarten, hat der General aus dieser Lage die Konsequenz gezogen, auf außenpolitischem Gebiet sein europäisches Konzept zu verwirklichen, indem er teils gewisse bereits im Jahre 1962 eingeleitete Entwicklungen zum Abschluß brachte, teils neue Entwicklungen einleitete. So stehen am Beginn

1 Aktenzeichen des Begleitschreibens.

2 Durchdruck.
Hat Staatssekretär Lahr vorgelegen.

3 Auf dem Begleitschreiben des Botschafters Blankenhorn vermerkte Staatssekretär Carstens am 16. Februar 1963 handschriftlich: „1) Der Bericht bestätigt einen wesentlichen Teil der amerikanischen Befürchtungen. 2) Ich schlage Vorlage an den Herrn Bundeskanzler vor und behalte zu diesem Zweck das Original zurück. Dem Herrn Minister mit Kurier zuzuleiten und mit der Bitte um Zustimmung." Dazu Bundesminister Schröder am 20. Februar 1963 handschriftlich: „Telef[onisch] mit Weiterleitung an B[undes]k[anzler] einverstanden erklärt." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1963.

4 Vgl. dazu Dok. 88, Anm. 11.

5 Vgl. dazu Dok. 21, Anm. 20.

6 Union pour la Nouvelle République.

7 In einer Aufzeichnung vom 26. Februar 1963 hob Ministerialdirektor Jansen hervor, daß in der französischen Nationalversammlung „alle Parteien einen Anspruch de Gaulles teilen: europäisches Eigengewicht in der Allianz, Unabhängigkeit gegenüber den nun einmal bestehenden Ungewißheiten künftiger USA-Politik, Aufbau einer eigenen europäischen Machtposition auch militärischer Art (thermonuklear) ... ganz Frankreich ist sich einig in der strikten Verteidigung des Römischen Vertrages und gerade der in ihm enthaltenen politischen Integrationselemente; ganz Frankreich will die enge Partnerschaft mit Deutschland; ganz Frankreich wehrt sich gegen die Konzeption eines atlantischen Freihandelsraumes; ganz Frankreich will eine erneute, nicht verbale europäische Eigenständigkeit". Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

dieses Jahres drei Ereignisse, die jedes in seiner Art für die de Gaullesche Außenpolitik charakteristisch sind: Der Abschluß des deutsch-französischen Vertrags[8], die Einleitung der französisch-spanischen Verhandlungen[9] und nicht zuletzt der Abbruch der Verhandlungen mit Großbritannien[10].

Der deutsch-französische Vertrag

General de Gaulle hat nie die Welt darüber im unklaren gelassen, daß er etwa eine politische Organisation Europas nach dem Muster des Gemeinsamen Marktes als zweckmäßig betrachte. Jegliche Integration und vor allem alle Supranationalität im politischen Raum widersprechen seiner Auffassung vom Wesen und den Aufgaben der Staaten. Er hat deshalb auch die Arbeiten der Fouchet-Kommission nie mit besonderer Wärme unterstützt. Wie Minister Fouchet mir einmal sagte, seien letzten Endes die Arbeiten seiner Kommission an den die Souveränität der einzelnen Staaten betonenden Änderungswünschen des Generals gescheitert.[11] Dem General war es also gar nicht so unerwünscht, daß es seinerzeit zu einer die sechs Staaten umfassenden politischen Organisation nicht gekommen ist.

Das will aber nicht heißen, daß auch nach seiner Auffassung in der modernen Welt ein gewisser enger Interessenzusammenschluß der europäischen Staaten nicht notwendig wäre. Er hat den Gemeinsamen Markt und seine Institutionen hingenommen und wird sie, soweit sie den Interessen Frankreichs dienen, auch in Zukunft hinnehmen. Wir haben sogar erlebt, daß er die Arbeiten der Kommission in Brüssel gelegentlich über die nationalen Interessen Frankreichs hinaus förderte. Er wird auch dem nach den Römischen Verträgen[12] gegebenen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß der Sechs keine Hemmungen in den Weg legen. Er wünscht aber, und dies hat er in vielen persönlichen Gesprächen auch der letzten Zeit immer wieder klar erkennen lassen, keinen Ausbau dieser Institutionen zu supranationalen Trägern eigener, die Staaten bindender Entscheidungen, und er wünscht vor allem keinen Ausbau der Europäischen Versammlung zu einer echten, direkt gewählten parlamentarischen Körperschaft mit Gesetzgebungsrecht und erweiterten Kontrollfunktionen.

Ausgehend von seinen Grundauffassungen von Nation und Staat ist der General davon überzeugt, daß im politischen Raum ein kontinentales, wesentlich auf bilateralen Abmachungen basierendes Bündnissystem den Interessen der verschiedenen Nationen am besten dient. In diesem System nimmt nach seinen Vorstellungen der deutsch-französische Vertrag vom 21. Januar 1963 eine bevorzugte Stellung ein. Er empfindet ihn geradezu als Kernstück seines kontinentalen Allianzsystems. Für General de Gaulle sind dabei die militärischen Klauseln des Vertrages von besonderer Bedeutung. Denn bei seiner festen

8 Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

9 Zu den französisch-spanischen Verhandlungen vgl. bereits Dok. 85.

10 Vgl. dazu Dok. 60.

11 Zur Arbeit der Fouchet-Kommission und den Änderungen am ursprünglichen Fouchet-Plan vgl. Dok. 77, Anm. 3.
Zum Scheitern der Verhandlungen über die Europäische Politische Union im April 1962 vgl. Dok. 57, Anm. 6.

12 Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

Überzeugung, daß NATO heute schon vor großen Veränderungen, spätestens aber im Jahre 1969[13] vor einer völligen Umgestaltung steht, und in der Meinung, daß NATO angesichts der seit ihrer Gründung erfolgten zunehmenden Stärkung der europäischen Staaten nicht mehr dieselbe Bedeutung besitzt, hat für ihn der im deutsch-französischen Vertrag ausgesprochene Gedanke „gegenseitiger Annäherung der Auffassungen zur Schaffung gemeinsamer Konzeptionen auf dem Gebiet der militärischen Strategie und Taktik" einen sehr realen Sinn. Man erhofft sich auf französischer Seite vom Vertrag – diese Auffassung wird von führenden Gaullisten gelegentlich ganz offen ausgesprochen – eine starke Bindung der Bundesrepublik an Frankreich, die mit der Zeit an die Stelle der deutschen Verpflichtungen gegenüber NATO treten soll. Man spricht die Hoffnung aus, daß die Bundesrepublik infolge des Vertrages in Zukunft stärker als bisher ihrer „europäischen" Aufgabe bewußt werde und zusammen mit dem französischen Partner zunächst innerhalb des NATO-Bündnisses größere Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten erstrebe. Es gehört zu den festen Überzeugungen der französischen Regierung, daß dieses deutsch-französische Bündnis, wenn mit der Zeit die militärischen und wirtschaftlichen Kräfte der Bundesrepublik und Frankreichs noch stärker werden, auch für die übrigen kontinentalen Partnerstaaten attraktiv wirken könnte, wobei die in Entwicklung begriffene nationale französische atomare Streitkraft[14] die Anziehungskraft des Bündnisses noch wesentlich stärken werde.

Französische nationale Verteidigungsanstrengungen

Unter dem Einfluß des Generals spielt im modernen militärischen französischen Denken heute mehr denn je die Entwicklung der nationalen französischen atomaren Streitkraft eine große, geradezu entscheidende Rolle. Der General hat ihre Notwendigkeit im Laufe der letzten Jahre in vielen Erklärungen begründet und diese Begründung mit besonderer Eindringlichkeit in seiner Pressekonferenz vom 14. Januar[15] wiederholt:

Da man in einer Zeit, in der sich die beiden atomaren Weltmächte nahezu die Waage halten, nicht mehr mit Sicherheit damit rechnen könne, daß die Vereinigten Staaten in allen Eventualitäten, d. h. in allen nur denkbaren militärischen Konflikten, Europa und Frankreich mit dem Einsatz ihrer atomaren Waffen zu Hilfe eilen, sei die Entwicklung einer französischen atomaren Streitkraft unerläßlich. Über diese Streitkraft müsse Frankreich ausschließlich verfügen. Eine irgendwie geartete Integration dieser Waffe, mit anderen Worten, ihre Unterstellung unter NATO-Kommando, sei undenkbar. Dabei gibt de Gaulle auch in seiner Pressekonferenz vom 14. Januar zu, daß er sich durchaus der Schwäche dieser Waffe im Vergleich zu jenen der atomaren Supermächte bewußt sei. Sie biete aber nach seiner Auffassung vom Anbeginn ihrer Organisation eine Zerstörungskraft, die auf jeden eventuellen Angreifer notwendigerweise hemmend wirke. Sie ist also nach seiner Auffassung – und

[13] Der NATO-Vertrag vom 4. April 1949 war nach 20 Jahren erstmals kündbar. Vgl. dazu Dok. 74, Anm. 2.

[14] Zur „force de frappe" vgl. Dok. 16, Anm. 6.

[15] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vgl. Dok. 21.

diese wird heute im wachsenden Maße von vielen französischen militärischen Sachverständigen und von der französischen öffentlichen Meinung geteilt – das Kernstück der modernen französischen Rüstung. Sie gibt Frankreich in dem vom General geplanten kontinentalen Bündnissystem den ersten Platz. Hinter ihr, für die im französischen Budget heute nicht weniger als 6–7 Milliarden Nouveaux Francs ausgegeben werden, treten die anderen militärischen Verteidigungsanstrengungen zurück. So rechnet man beim Neuaufbau der französischen Armee, der sich in zwei 5-Jahresplänen vollziehen und etwa gegen 1970 abgeschlossen sein soll, nur mit der Entwicklung einer Eingreifsstreitmacht von 5 bis 6 Divisionen, von denen nur zwei der NATO unterstellt sind, wobei – wie der französische Verteidigungsminister Messmer neulich ausführte – dieser Eingreifsstreitmacht „der Schutz der französischen Grenzen" in Zusammenarbeit mit den anderen NATO-Verbündeten obliege. Größeres Gewicht wird in den Aufbauplänen dem Ausbau der territorialen Landesverteidigung (défense opérationnelle du territoire) gegeben, bei der es sich im wesentlichen darum handelt, im Frieden die Organisation aufzubauen, um im Konfliktfall rasch die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung für die Verteidigung des französischen Hinterlandes sowie für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens zu mobilisieren.

Verstärkung der spanisch-französischen Beziehungen

Im Aufbau des kontinental-europäischen Bündnissystems nimmt neuerdings der Versuch, Spanien in bilateralen, militär-politischen Beziehungen an Frankreich heranzuziehen, einen wichtigen Platz ein. Zwar hat der Quai d'Orsay auf meine entsprechenden Anfragen diese Bemühungen immer zu bagatellisieren versucht. Die zahlreichen in den letzten Wochen erfolgten und für die kommenden Monate geplanten französischen Ministerbesuche wurden lediglich als Ereignisse protokollarischen Charakters hingestellt. Wie mir der hiesige spanische Botschafter, Graf Motrico, erst kürzlich nochmals versicherte, handelt es sich bei diesen französisch-spanischen Verhandlungen, die offenbar von General de Gaulle selbst ohne nähere Unterrichtung des Quai d'Orsay geführt werden, um recht weitgesteckte Ziele. Die Besprechungen, die der französische Generalstabschef Ailleret vor kurzem in Madrid geführt hat[16], wobei es sich um die Bereitstellung von Stützpunkten auf den Kanarischen Inseln, um gemeinsame spanisch-französische Manöver und um eine gewisse Abstimmung der strategischen und taktischen Verteidigungspläne handelt, scheinen erfolgreich gewesen zu sein. Es ist wohl auch geplant – und hierbei stütze ich mich wiederum auf Mitteilungen des Grafen Motrico –, daß die spanisch-französische Zusammenarbeit, die sich auch auf wirtschaftliche und politische Fragen erstrecken soll, in einem vertragsähnlichen Instrument niedergelegt werden soll, das ursprünglich bei einem für Mai oder Juni geplanten Besuch Couve de Murvilles in Madrid verhandelt werden sollte. Wie mir Lucet heute sagte, ist der Besuch Couve de Murvilles auf längere Zeit verschoben worden.[17] Vielleicht wollte man damit einer gewissen Kritik begegnen, die sich im Ausland hier und da zeigte und die sich unter Umständen auf die Ratifika-

[16] Zu den Gesprächen vom 4. bis 7. Februar 1963 vgl. Dok. 73, Anm. 11.

[17] Vgl. dazu Dok. 73, besonders Anm. 10.

tion des deutsch-französischen Vertrages nachteilig hätte auswirken können. Ich bin überzeugt, daß es das Ziel General de Gaulles ist, Spanien mehr und mehr in sein koninental-europäisches System einzubeziehen. Da ein Beitritt Spaniens zum Gemeinsamen Markt[18] angesichts gewisser wirtschaftlicher Schwierigkeiten bis auf weiteres nicht realisierbar ist, soll zunächst eine engere Bindung an Frankreich erfolgen. Man darf bei den sehr oft weit gesteckten Zielen des Generals den Gedanken nicht ausschließen, daß eine Stärkung der spanisch-französischen Beziehungen in Madrid den Boden dafür bereiten soll, Spanien allmählich aus dem amerikanischen Einfluß zu lösen.

Verlegung der französischen Flotte nach Brest

Bei der Verwirklichung des Konzeptes eines eigenständigen, kontinentaleuropäischen Bündnis- und Verteidigungssystems unter französischer Führung spielt auch die soeben angekündigte Verlegung des Hauptteils der französischen Flotte nach Brest, die im Jahre 1965 abgeschlossen sein soll, eine wichtige Rolle. Diese Flotte ist, wie wir wissen, seit 1958 nicht mehr integriert[19], untersteht also nicht dem atlantischen Kommando. Ihre Aufgabe wird, wie die französische Regierung mitgeteilt hat, im wesentlichen die sein, die französischen Zufahrtswege zu den afrikanischen Staaten französischer Prägung zu sichern. Sie wird aber gleichzeitig selbständig, neben SACLANT und Channel-Command, im Atlantik und in der Nordsee operieren und zu der von Frankreich gewünschten Verselbständigung der europäischen Seeverteidigung führen.

Der Abbruch der Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt

Bei dem Abbruch der Verhandlungen haben die französischen Verhandlungsführer die wirtschaftlichen Differenzen als den entscheidenden Grund bezeichnet. So hat auch Couve de Murville in seiner Rede vor der Nationalversammlung vom 24. Januar[20], in der er die Notwendigkeit des Abbruchs der Verhandlungen ausführlich behandelte, die Unterschiede in der Auffassung über die Regelung der landwirtschaftlichen Probleme als einen unüberbrückbaren „désaccord" charakterisiert und vor allem das ungelöste Problem der Null- bzw. Niedrigzölle für die Einfuhren nach Großbritannien als einen der wichtigsten Gründe angegeben. Demgegenüber hatte General de Gaulle bereits in seiner Pressekonferenz vom 14. Januar, in der er sich sehr eingehend mit den Verhandlungen in Brüssel beschäftigte, ihr Scheitern in erster Linie mit den großen strukturellen Unterschieden begründet, die Großbritannien in unüberbrückbarer Weise von den Partnerstaaten des Gemeinsamen Marktes trennen. Für ihn sind der insulare und maritime Charakter Großbritanniens, seine engen wirtschaftlichen und ernährungswirtschaftlichen Bindungen mit dem Commonwealth und anderen entfernten Teilen der Welt, seine vorwie-

[18] Spanien stellte am 9. Februar 1962 einen Antrag auf Assoziierung mit der EWG. Vgl. BULLETIN DER EWG 3/1962, S. 43.

[19] Die französische Mittelmeerflotte wurde am 11. März 1959 dem NATO-Oberbefehl entzogen und von Toulon nach Brest verlegt. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1959, S. 344–346.

[20] Für den Wortlaut vgl. JOURNAL OFFICIEL 1963, S. 1629–1632.

gend industrielle und nur geringe landwirtschaftliche Erzeugung unvereinbar mit dem Gemeinsamen Markt. Wie solle man Großbritannien mit seinen Lebensformen, seinen Produktions- und Handelsgewohnheiten in einen Gemeinsamen Markt einfügen, wie ihn die Römischen Verträge vorsehen und wie er heute bereits funktioniert? Großbritannien passe einfach nicht in eine „construction proprement européenne", zumal sein Beitritt von dem einer ganzen Reihe weiterer Staaten begleitet sei.[21]

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist für den General eine wichtige Grundlage der kontinental-europäischen Mächtegruppierung, die durch den Eintritt Großbritanniens mit seinen traditionellen Bindungen zum Commonwealth, seiner privilegierten Stellung gegenüber den Vereinigten Staaten und seinen Beziehungen zu den EFTA-Ländern nicht gestört werden darf. Bezeichnend hierfür ist die folgende Stelle in seinen Darlegungen vom 14. Januar:
„D'ailleurs cette Communauté s'accroissant de cette façon verrait se poser à elle les problèmes de ses relations économiques avec toutes sortes d'autres Etats, d'abord avec les Etats-Unis. Il est à prévoir que la cohésion de ces membres qui seraient très nombreux et très divers n'y résisterait pas longtemps et qu'en définitive il apparaîtrait une Communauté atlantique colossale *sous dépendance et direction américaine* et qui aurait tôt fait d'absorber la Communauté de l'Europe."

Wie sich aus einer ganzen Anzahl von Gesprächen ergibt, die General de Gaulle vor dem 29. Januar und auch in letzter Zeit mit führenden französischen Persönlichkeiten geführt hat, ist der Abschluß des Bahama-Abkommens[22] für ihn geradezu der Beweis der Abhängigkeit Großbritanniens von den Vereinigten Staaten. Mit Bitterkeit führt er darüber Klage, daß Premierminister Macmillan, mit dem er in Rambouillet im Dezember des vergangenen Jahres die Möglichkeiten eines britisch-französischen Zusammengehens auf militärisch-atomarem Gebiet erörtert hat[23], sich mit dem Abkommen von Nassau ohne Grund den Amerikanern in die Arme werfe. Dies zeige die Unfähigkeit Großbritanniens, wirklich europäisch zu denken. De Gaulle sieht in der britischen Regierung geradezu den Handlanger der Vereinigten Staaten, der zwangsläufig in einer die wirklichen europäischen Interessen störenden Weise auf die Gemeinschaft einwirken werde. In einer kürzlichen Unterhaltung mit französischen Abgeordneten hat er diesen Gedanken in folgender, etwas lapidarer Form ausgesprochen:
„En réalité, grâce au cheval de Troyes britannique, Washington aurait voulu arriver à constituer un immense ‚truc', une zone de libre-échange. Vendre à l'Europe est devenu une nécessité pour les Etats-Unis. Le marché intérieur est saturé. Les Américains du Nord ont écoulé leurs produits chez les Américains du Sud, les Arabes et les Africains qui ne payent pas. Maintenant l'âge d'or est passé, le Dollar est menacé. Sous peine de catastrophe ils doivent vendre coûte que coûte aux Européens qui, eux, payent. Là gît le fonds de l'affaire."

Ich glaube, daß die französische Regierung den Abbruch der Verhandlungen

[21] Vgl. dazu auch Dok. 43.

[22] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[23] Zu den Gesprächen vom 15./16. Dezember 1962 vgl. Dok. 12, Anm. 6.

mit Großbritannien und damit seinen Ausschluß aus Europa, d. h. vor allem von der politischen Mitwirkung in Europa, heute als ziemlich endgültig betrachtet. Sie rechnet fest damit, daß Großbritannien den Antrag auf Aufnahme als vollberechtigtes Mitglied nicht weiter verfolgen werde.[24] Auch glaubt sie nicht, daß in absehbarer Zeit mit einer Assoziierung Großbritanniens zu rechnen sei. Wie ich am 14. Februar drahtlich berichtete[25], glaubt sie in der Ausführung Heaths vom 12. Februar vor dem britischen Unterhaus[26] lediglich taktische Schachzüge sehen zu müssen, die unter den Sechs Uneinigkeit provozieren sollen. Jedenfalls würden Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen mit Großbritannien sehr schwierige Fragen aufwerfen, die kaum leichter zu lösen sein würden als die bisher in Brüssel viele Monate hindurch verhandelten Probleme.

Diese negative Haltung gegenüber dem Assoziierungsgedanken verstärkt sich heute in der französischen Presse. Man fordert als Vorbedingung jeglicher neuer Verhandlung mit Großbritannien die Regelung aller innerhalb der Gemeinschaft der Sechs noch offenstehenden Probleme und spricht die Erwartung aus, daß dies recht viel Zeit beanspruchen werde.

General de Gaulle hat innerhalb des französischen Volkes hinsichtlich des Abbruchs der Verhandlungen wenn auch vielleicht keine lebhafte Zustimmung, so doch auch keine erhebliche Kritik gefunden. Die französische Industrie hat sich bisher besonderer öffentlicher Stellungnahmen enthalten. Kenner der hiesigen Verhältnisse sind aber sicher, daß große Teile der französischen Industrie den Abbruch mit Genugtuung betrachten, weil sie mit dem Eintritt Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt nicht unerhebliche Beeinträchtigungen ihrer Verdienstmöglichkeiten befürchteten. In mancher Beziehung gilt dies erst recht von der französischen Landwirtschaft.

Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und NATO

Schon das oben angeführte Zitat, in dem der General seinen Sorgen über die amerikanischen wirtschaftlichen Absichten Ausdruck gegeben hat, zeigt die tiefe Skepsis, ja das Mißtrauen, mit dem er die gegenwärtigen amerikanisch-europäischen Beziehungen betrachtet.

Für ihn ist Europa nur entwicklungsfähig, wenn es sich aus der engen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten löst, die er als Bevormundung empfindet. Er glaubt auch nicht, daß die Vereinigten Staaten Europa im Ernstfall verteidigen werden. Jedenfalls betont er in persönlichen Gesprächen immer wieder seine Erwartung, daß die Vereinigten Staaten nur noch beschränkte Zeit ihre Truppen auf dem europäischen Kontinent stationieren werden und daß man deshalb sich durch Verstärkung der eigenen nationalen Anstrengungen hierauf vorbereiten müsse. Das bedeutet nicht, daß der General de Gaulle der NATO heute bereits jede Berechtigung abspricht. Ich bin sicher, daß auch heute noch der in der Pressekonferenz vom 16. Mai vergangenen Jahres ausgesprochene Satz seinen Auffassungen entspricht: „Il y a une Alliance atlanti-

[24] Vgl. dazu bereits Dok. 89.

[25] Vgl. Referat I A 2, Bd. 1237.

[26] Für den Wortlaut der Ausführungen des Lordsiegelbewahrers vgl. HANSARD, Bd. 671, S. 1138–1162.

que. Elle existe. Tant que les Soviets menacent le monde libre, elle doit être maintenue. La France en fait partie intégrante. Si le monde libre était attaqué, soit dans l'ancien, soit dans le nouveau continent, la France prendrait part à la défense commune aux côtés des Alliés, avec tous ses moyens."[27]

Über diesen wichtigen Satz dürfen wir aber nicht die ebenso wichtigen Ausführungen vergessen, in denen der General am 3. November 1959 in einer Rede vor dem „Centre de Hautes Etudes Militaires" und den 3 Militärschulen für die Position der französischen Streitkräfte und ihres Kommandos innerhalb der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft die folgenden Richtlinien gegeben hat: „Quant au commandement militaire, qui doit avoir la responsabilité incomparable de commander sur les champs de bataille, c'est à dire d'y répondre du destin du pays, s'il cessait de porter cet honneur et cette charge, s'il n'était plus qu'un élément dans une hiérarchie qui ne serait pas la nôtre, c'en serait fait rapidement de son autorité, de sa dignité, de son prestige devant la nation et, par conséquent, devant les armées. C'est pourquoi, la conception d'une guerre et même celle d'une bataille dans lesquelles la France ne serait plus elle-même et n'agirait plus pour son compte avec sa part bien à elle et suivant ce qu'elle veut, cette conception ne peut être admise. *Le système qu'on a appelé ‚intégration' et qui a été inauguré et même, dans une certaine mesure pratiqué après les grandes épreuves que nous avions traversées, alors qu'on pouvait croire que le monde libre était placé devant une menace imminente et illimitée et que nous n'avions pas encore recouvré notre personnalité nationale, ce système de l'intégration a vécu.* Il va de soi, évidemment, que notre défense, la mise sur pied de nos moyens, la conception de la conduite de la guerre, doivent être pour nous combinées avec ce qui est dans d'autres pays. Notre stratégie doit être conjuguée avec la stratégie des autres. Sur les champs de bataille, il est infiniment probable que nous nous trouverions côte à côte avec des alliés. Mais que chacun ait sa part à lui."[28]

Beide Zitate sind für die Beurteilung der französischen Stellung gegenüber den Vereinigten Staaten und NATO von Bedeutung. Sie erkennen den Bestand des Bündnisses an. Sie betonen aber in großer Präzision, daß Frankreich das wesentliche Element der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft, nämlich das integrierte Kommando, und die integrierten Verbände nicht anzuerkennen bereit ist. Daraus haben sich in NATO bereits eine ganze Reihe von Schwierigkeiten ergeben. Neue Schwierigkeiten sind zu erwarten. Jedenfalls hat der General in seiner Pressekonferenz vom 14. Januar die Mitwirkung Frankreichs an den von den Vereinigten Staaten in der Bahama-Konferenz vorgeschlagenen multilateralen Streitkräften unter dem Befehl von SACEUR mit Nachdruck abgelehnt. Wir können also eine aktive und konstruktive Mitwirkung Frankreichs in der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft in ihren heute gegebenen Voraussetzungen nicht erwarten.

Aus dieser Lage der Dinge und unter Berücksichtigung der sich deutlich abzeichnenden Absichten und Tendenzen der französischen Politik hinsichtlich

[27] Für den Wortlaut der Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 15. Mai 1962 vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3, S. 401–417, hier S. 412.

[28] Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3, S. 126f.

einer Verselbständigung Europas, seiner Lösung aus der bestehenden Bevormundung durch die Vereinigten Staaten und der Entwicklung eines unter französischer Führung stehenden kontinentalen Bündnissystems ergeben sich für die deutsche Politik große Schwierigkeiten. Die eingehenden Erklärungen, die der Herr Bundeskanzler vor dem Bundestag am 6. Februar gegeben hat[29], und die eindringlichen Darlegungen der deutschen außenpolitischen Ziele in der Rede des Herrn Bundesaußenministers anläßlich der Schaffermahlzeit in Bremen am 8. Februar[30] haben einen guten Teil der Unsicherheit und Zweifel an unseren Absichten und Zielen beseitigt. Es wird aber auch in naher Zukunft einiger klärender Gespräche mit der französischen Regierung bedürfen, damit eine Übereinstimmung der außenpolitischen Ziele und Methoden erreicht wird, ohne die der deutsch-französische Vertrag seinen Sinn verlieren würde.

gez. Blankenhorn

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419.

95

Staatssekretär Carstens an den Abgeordneten Serres

15. Februar 1963[1]

Sehr geehrter Herr Dr. Serres!

Mit verbindlichem Dank bestätige ich Ihnen den Eingang eines Durchdruckes Ihres Schreibens an den Herrn Staatssekretär des Bundeskanzleramtes[2] vom 23. 1. 1963. Darin wurde die Bundesregierung gebeten, über die NATO-Botschaft in Paris zu sondieren, ob nicht eine Kompromißformel über die noch schwebenden deutschen Großrohrlieferungen gefunden werden kann, die einerseits außenpolitischen Wünschen, andererseits aber auch dem Anliegen der beteiligten Wirtschaft Rechnung trägt.[3]

Ich habe daraufhin unsere NATO-Botschaft angewiesen, die entsprechenden

[29] Vgl. dazu Dok. 82, Anm. 12.

[30] Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Schröder vgl. BULLETIN 1963, S. 263-265.

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Hans Globke.

[3] Ein inhaltlich entsprechendes Schreiben sandte der CDU-Abgeordnete Serres am 23. Januar 1963 an Bundesminister Schröder. Darin bat Serres im Namen des Außenhandelsausschusses des Bundestages, „wenigstens für die abgeschlossenen Verträge noch deren Abwicklung zu gewährleisten". Vgl. Referat III A 6, Bd. 201.
Zu den Vorstellungen der beteiligten Firmen Hoesch, Phoenix-Rheinrohr und Mannesmann vgl. Dok. 9 und Dok. 23.

Sondierungen bei den zuständigen NATO-Gremien vorzunehmen.[4] Die Botschaft war gehalten, zu versuchen, eine Ausnahmeregelung von dem NATO-Beschluß vom 21. November 1962[5] zu erreichen, insbesondere mit der Begründung, daß es sich bei den in Rede stehenden Lieferungen von 203000 t Großrohren um Geschäfte handelt, die bereits vor dem NATO-Beschluß abgeschlossen waren und nur noch der Genehmigung der Bundesregierung bedürften. Außerdem wurde gegenüber der amerikanischen Delegation zum Ausdruck gebracht, daß Herr Direktor Mommsen, Phoenix-Rheinrohr AG, anläßlich seiner Reise nach Washington mit einer Reihe hochgestellter amerikanischer Persönlichkeiten u. a. auch das Problem der deutschen Großrohrlieferungen angesprochen habe.[6] Herr Mommsen habe nach seinen Angaben dabei den Eindruck gewonnen, daß seine amerikanischen Gesprächspartner nicht abgeneigt gewesen seien, sich für die noch schwebenden Lohnveredelungsgeschäfte[7] einzusetzen.

Die Sondierungsgespräche der NATO-Botschaft haben demgegenüber jedoch ergeben, daß Herrn Mommsens Eindrücke von seinen Washingtoner Gesprächen irrig sind. Herr Mommsen hat mit einer Reihe von Amerikanern gesprochen, von denen nur ein Teil zu den Regierungskreisen gehört. Keiner seiner offiziellen Gesprächspartner hat auch nur die leiseste Neigung erkennen lassen, sich für die Durchführung auch nur eines Teils der schwebenden deutschen Lohnveredelungsgeschäfte mit der Sowjetunion einzusetzen. Sie haben ihm im Gegenteil klar bedeutet, die amerikanische Regierung wünsche nicht, daß auch nur eine Tonne von Großrohren aus den schwebenden Geschäften über insgesamt 203000 t (nach den letzten persönlichen Angaben von Herrn Mommsen sind es nur noch 160000 t) an die Sowjetunion geliefert wird. Sollten amerikanische Persönlichkeiten, die nicht zu den Regierungskreisen gehören, sich Herrn Mommsen gegenüber in einem anderen Sinne geäußert haben, so käme dem für die amerikanische Regierung keine Bedeutung zu.[8] Diese Stellungnahme wurde inzwischen durch die amerikanische Botschaft in Bonn bestätigt.

Von amerikanischer Seite wurde bei dieser Gelegenheit erneut darauf hingewiesen, daß eine Lieferung der in Frage stehenden Großrohre den NATO-Rats-Beschluß vom 21. 11. 1962 hinfällig machen würde, weil die Lieferung einer solchen Menge geeignet sei, den Mangel an Rohren für den Ausbau der sowjetischen Ölleitung, insbesondere der „Freundschaftslinie"[9], weitgehend zu mildern. Es komme hinzu, daß einige Delegationen (insbesondere die französische und italienische) während der Embargo-Verhandlungen erklärt hätten, daß sie ihre Industrie nur so lange von Rohrlieferungen an die Sowjets

[4] Für den Drahterlaß vom 1. Februar 1963 an die Botschaft Paris (NATO) vgl. VS-Bd. 8396 (III A 6).

[5] Vgl. dazu Dok. 9, Anm. 5.

[6] Für eine Aufzeichnung über das Gespräch des Ministerialdirigenten Keller mit dem amerikanischen Botschaftsrat Cronk am 30. Januar 1963 vgl. VS-Bd. 8396 (III A 6).
Zur Reise des Vorstandsvorsitzenden Mommsen, Phoenix-Rheinrohr, nach Washington vgl. Dok. 23, Anm. 13.

[7] Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 8.

[8] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 7. Februar 1963; VS-Bd. 8396 (III A 6).

[9] Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 12.

zurückhalten könnten und würden, als sich die übrigen NATO-Staaten an den Beschluß hielten. Diese Äußerung hätte sich seinerzeit besonders an die Adresse der Bundesrepublik als dem größten Rohr-Exportland unter den NATO-Ländern gerichtet.

Auch die französische Delegation brachte zum Ausdruck, daß ihre Regierung keine erneute Erörterung dieser Frage in der NATO wünsche, da sie nach fast 18-monatiger Erörterung ausdiskutiert und durch Ratsbeschluß vom 21.11. 1962 erledigt sei. Dabei ließ man anklingen, daß die französische Regierung ihren Stand wahrscheinlich überprüfen müsse, falls deutsche Firmen die schwebenden Aufträge ganz oder zum Teil ausführen würden.

Im Hinblick auf das negative Ergebnis dieser Bemühungen kann das Anliegen der deutschen Firmen aus politischen Gründen nicht weiter verfolgt werden. Ein formeller Antrag auf Wiederaufnahme der Beratungen über das Röhrenembargo mit dem Ziel einer Ausnahmegenehmigung für die schwebenden deutschen Lohnveredelungsgeschäfte hat keinerlei Aussicht auf Erfolg, ein solcher Antrag würde im Gegenteil eine schwere Verstimmung bei der amerikanischen Regierung hervorrufen[10] und dazu führen, daß andere Lieferländer sich nicht mehr an den Beschluß gebunden fühlen.

Ich würde es daher begrüßen, wenn der Außenhandelsausschuß sich dieser Auffassung anschließen würde und seinen bereits am 10. Januar gefaßten Beschluß über die Billigung der „Vierten Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste“[11] aufrecht erhielte.[12]

Da die Angelegenheit auch noch im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten behandelt werden soll, habe ich eine Abschrift dieses Schreibens auch dem Vorsitzenden dieses Ausschusses, Herrn Abgeordneten Dr. Kopf, zugesandt.

Mit meinen besten Empfehlungen

gez. Carstens

Ministerbüro, Bd. 229

[10] Zur amerikanischen Haltung vgl. auch Dok. 23, besonders Anm. 20.

[11] Zur Verordnung vom 18. Dezember 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 6. Zur Billigung des Beschlusses durch den Außenhandelsausschuß vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Keller vom 14. Januar 1963; VS-Bd. 8396 (III A 6).

[12] Vgl. dazu weiter Dok. 123.

96

Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder

114-1/1333/63 geheim
Fernschreiben Nr. 128
Citissime

Aufgabe: 16. Februar 1963, 11.00 Uhr
Ankunft: 16. Februar 1963, 10.40 Uhr

Betr.: Nur für Minister und Staatssekretär[1]
unter Beziehung auf Drahtbericht 94 vom 2. 2. geheim[2]

Leiter Wirtschaftsabteilung hiesiger amerikanischer Botschaft[3] teilte einem meiner Mitarbeiter folgendes mit: Außenminister Gromyko habe amerikanischen Botschafter Kohler vor dessen Abreise nach Washington erklärt, daß Ministerpräsident Chruschtschow persönlich der Frage des Lieferstopps von Großrohren große Bedeutung beimesse. Chruschtschow bitte daher Präsident Kennedy, seine Haltung in dieser Angelegenheit wohlwollend zu überprüfen und im gleichen Sinne auf westliche Verbündete einzuwirken, da den Rohrlieferungen keine strategische Bedeutung zukomme.[4]

Kohler sei von Kennedy beauftragt worden, Antwort etwa folgenden Wortlauts (wahrscheinlich in Form eines Aide-mémoires) sowjetischem Außenministerium zu übermitteln:

1) Die USA meßten der Lieferung von Großrohren mit Durchmesser von über 19 Zoll strategische Bedeutung bei und haben aus diesem Grunde Ausfuhr in Ostblockländer untersagt. Wenn sich jedoch die internationale Lage bessern sollte und die westlichen Alliierten gleichfalls den Eindruck gewonnen haben, daß sich die Gefahr für ihre nationale Sicherheit verringert hat, sind die Vereinigten Staaten selbstverständlich bereit, ihre Haltung in der Frage des Röhrenexports zu überprüfen.

2) Es ist das Recht eines jeden Landes, sich selbst ein Urteil darüber zu bilden, was strategische Güter sind. Im übrigen hatte die Ost-Berliner Zeitschrift „Sport und Technik" in dem Leitartikel ihrer Januar-Ausgabe die strategische Bedeutung des Baus der „Freundschaftslinie" im Falle eines konventionellen Krieges unterstrichen. Außerdem werden Großrohre auch für die Gaslinie Buchara–Ural verwendet, an der wichtige Rüstungszentren liegen. Die Sowjetunion hat daher dieses Gebiet zur Sperrzone erklärt.

3) Wenn Länder den Beschluß gefaßt haben, Maßnahmen zu ergreifen, um derartige Exporte zu verhindern, so tragen sie hierfür eigene Verantwortung, da sie zuvor geprüft haben, inwieweit ihre nationale Sicherheit durch derartige Exporte bedroht wird.

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 16. Februar 1963 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Sachs verfügte.
Hat Sachs am 18. Februar 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. Dok. 72.

[3] Richard Funkhouser.

[4] Zur westlichen Auffassung über die strategische Bedeutung der Röhrenlieferungen vgl. Dok. 11, besonders Anm. 13, und Dok. 23, Anm. 20.

Amerikanischer Beamter erläuterte zu 1), daß bisher keine Anzeichen für Verbesserung internationaler Lage vorlägen und daß Vereinigte Staaten gegenwärtig nicht daran dächten, ihre Haltung zu ändern. Aus der Tatsache, daß Chruschtschow der Frage große Bedeutung beimesse, sei zu ersehen, wie empfindlich der Ausfuhrstopp die Sowjetunion treffe. Ein Festhalten an der bisherigen Linie habe außerdem den nicht zu unterschätzenden Vorteil, der Sowjetunion vor Augen zu führen, daß trotz des Scheiterns der Brüsseler Verhandlungen[5] der Westen in Fragen der Verteidigung eine einheitliche Haltung einnehme und daß somit von einem Auseinanderfallen des westlichen Lagers nicht die Rede sein könne.

Schließlich teilte amerikanischer Gesprächspartner noch mit, daß dem State Department Meldungen über Versuche einiger deutscher Lieferfirmen vorlägen, das de-facto-Ausfuhrverbot[6] zu umgehen. So stehe der Direktor der Phönix-Rheinrohr-International, Schelfhout, zur Zeit mit der Stockholmer Röhrenfirma Grängesberg in Verhandlungen, gemeinsam ein neues Werk für Großrohre zu bauen[7], die offensichtlich für die Sowjetunion bestimmt seien. Ferner versuche die Firma Mannesmann, Großrohre über Österreich an die Sowjetunion zu liefern. Ich darf bitten, sicherzustellen, daß bei Nachprüfung oder Verwertung dieser Meldungen außerhalb des Auswärtigen Amtes nichts über deren Quelle wie auch über Weiterleitung durch Botschaft verlautet.[8]

[gez.] Groepper

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438

97

Vermerk des Ministerialdirektors von Haeften

D V 109/63 VS-vertraulich **16. Februar 1963**

Betr.: Errichtung einer Handelsvertretung der BRD in Warschau[1]

In der Direktorenbesprechung vom 8. d. M. habe ich die Ansicht geäußert, daß übereinstimmende mündliche Erklärungen über die Gewährung der erforderlichen Vorrechte und Befreiungen an eine noch zu errichtende Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Warschau einerseits und an die bereits bestehende polnische Handelsvertretung in Frankfurt/Main[2] anderer-

5 Zum Scheitern eines Beitritts von Großbritannien zur EWG vgl. Dok. 60.

6 Zur Verordnung vom 18. Dezember 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 6.

7 Zur Gründung der Firma „Scandinavian Pipe-Line" durch die Firmen Grängesberg und Phoenix-Rheinrohr vgl. den Bericht des Botschafters Werkmeister, Stockholm, vom 30. Januar 1963; Referat III A 6, Bd. 201.

8 Vgl. dazu weiter Dok. 108.

1 Vgl. dazu bereits Dok. 45 und Dok. 48.

2 Vgl. dazu Dok. 48, Anm. 7.

seits nicht genügen würden, da der Inhalt derartiger mündlicher Erklärungen später streitig werden könnte.[3] Zudem sei die völkerrechtliche Wirksamkeit einer solchen Erklärung zweifelhaft. Auf deutscher Seite würde sie die Gerichte und Behörden nicht binden, so daß auf Anordnung des Gerichts Angehörige der polnischen Handelsvertretung verhaftet, die Räume der Handelsvertretung durchsucht und ihre Akten beschlagnahmt werden könnten. In der Bundesrepublik Deutschland müßte daher zunächst eine rechtliche Grundlage für die Zusage von Immunitäten geschaffen werden. Im übrigen würden die Angehörigen der deutschen Handelsvertretung in Warschau keinen wirksamen Schutz genießen. Es sei durchaus möglich, daß hieraus in Zukunft Schwierigkeiten entstehen könnten.

Herr Staatssekretär Lahr hat jedoch entschieden, daß der polnischen Anregung, sich gegenseitig nur mündlich die erforderlichen Immunitäten zuzusichern, stattgegeben werden könne, weil es aus politischen Gründen dringend erwünscht sei, in Warschau eine Handelsvertretung der Bundesrepublik zu eröffnen.

Den gleichen Standpunkt vertrat Herr Staatssekretär Professor Dr. Carstens bei einer Besprechung, die am 9. d. M. vormittags stattfand und an der auch Herr VLR I Dr. von Schenck teilnahm. Herr von Schenck, der zur Berichterstattung aus Warschau gekommen war, teilte mit, daß die Polen damit einverstanden seien, bei der Unterzeichnung des Handelsvertrages Erklärungen über die Gewährung von Immunitäten zu verlesen und diese Erklärungen als Aktenvermerke zu fixieren. Falls dieser Anregung nicht stattgegeben werde, befürchte er das Scheitern der Verhandlungen. Ich wiederholte die bereits am Vortage vorgetragenen Bedenken. Herr Staatssekretär Professor Dr. Carstens telefonierte noch mit Herrn MD Krapf, der sich seinem Standpunkt anschloß, und trug später die Angelegenheit dem Herrn Minister vor, der die von den Herren Staatssekretären getroffene Entscheidung billigte.[4]

Herrn MDg Prof. Dr. Meyer-Lindenberg[5], Herrn VLR I Dr. von Schenck[6] zur gefälligen Kenntnis.

von Haeften

Abteilung V (D V), VS-Bd. 139

[3] Der polnische Stellvertretende Außenhandelsminister Modrzewski überreichte Ministerialdirektor Allardt am 2. Februar 1963 ein „formloses Papier" über den Tätigkeitsbereich der Handelsvertretung in Warschau. Hinsichtlich der Immunität, der Freiheit des Nachrichtenverkehrs sowie des Schutzes der Räumlichkeiten und der Archive hieß es darin, die „genannten offenen Fragen ließen sich ebensogut auf der Basis eines mündlichen Gentlemen's Agreements befriedigend regeln. Schriftliche Vereinbarungen hierüber zu treffen, sei die polnische Regierung einstweilen nicht in der Lage." Vgl. den Drahtbericht vom 3. Februar 1963; Abteilung V (V 2), Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Am 17. Februar 1963 wurde von der deutschen Verhandlungsdelegation in Warschau der Entwurf eines vertraulichen Briefwechsels über die Gewährung von Immunitäten für die Handelsvertretungen vorgelegt. Vgl. dazu die Drahtberichte des Ministerialdirektors Allardt vom 16. und 17. Februar 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963. Zu den weiteren Verhandlungen vgl. Dok. 109.

[5] Hat Ministerialdirigent Meyer-Lindenberg am 18. Februar 1963 vorgelegen.

[6] Hat dem Leiter des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge", von Schenck, am 18. Februar 1963 vorgelegen.

98

Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder

114-1/1361/63 geheim **Aufgabe: 17. Februar 1963, 11.30 Uhr**
Fernschreiben Nr. 480 **Ankunft: 17. Februar 1963, 19.00 Uhr**

Nur für Bundesminister und Staatssekretär[1]

Am 12. Februar habe ich mit dem sowjetischen Botschafter Dobrynin bei Gelegenheit eines privaten Mittagessens unter vier Augen in der sowjetischen Botschaft ein zweistündiges Gespräch geführt, das im wesentlichen um die Deutschlandfrage und um die NATO-Atombewaffnung kreiste. Gespräch kam dadurch zustande, daß sich schon bei meinem Antrittsbesuch ein politisches Gespräch von längerer Dauer ergab, das beim Gegenbesuch Dobrynins in der deutschen Botschaft fortgeführt wurde. Als dann bei einer dritten kurzen Begegnung Dobrynin mich fragte, ob wir einmal zusammen essen könnten, um das Gespräch fortzusetzen, sagte ich zu, habe aber dann, um Mißverständnisse zu vermeiden, Rusk beiläufig von dem bevorstehenden Gespräch unterrichtet.

Die Gespräche, besonders das letzte, wurden von beiden Seiten mit besonders persönlicher Höflichkeit, aber in der Sache mit großer Härte, auch in der Formulierung, geführt.

Dobrynin war für mich der erste sowjetische Diplomat, der darauf verzichtet, die sonst in Gesprächen mit ihnen übliche Platte von Argumenten ablaufen zu lassen, sondern der auf meine Vorwürfe wegen der gewaltsamen Teilung Deutschlands einging. Die Gespräche, deren genauen Ablauf wiederzugeben sich nicht lohnt, haben nicht viel Neues gebracht, haben aber doch den sowjetischen Standpunkt Deutschland gegenüber nochmals in aller Brutalität erkennbar werden lassen. Ich greife einige Punkte aus dem Gespräch heraus, die der Beachtung wert sein mögen.

1) Dobrynin machte gar nicht erst den Versuch, das „Entstehen" eines zweiten deutschen Staates sozusagen als ein Naturereignis hinzustellen, das man als „Realität" hinnehmen müsse. Meine Ausgangsthese: „Die Sowjetunion hat im Krieg einen Teil Deutschlands erobert und möchte ihn behalten, das heißt annektieren, alles andere, DDR usw., ist demokratische Tarnung und Fassade" nahm er weitgehend hin, etwa in der Weise: „Soweit möchte ich nicht gehen. Die DDR ist nicht ein Teil der Sowjetunion, also nicht annektiert. Wohl ist die Teilung Deutschlands – nach allem, was in zwei Kriegen passiert ist – ein Postulat der Sicherheit der Sowjetunion. Vor allem, nachdem sich Westdeutschland der großen, gegen die Sowjetunion gerichteten Weltkoalition angeschlossen hat. Wiedervereinigung bedeutete Stärkung unserer Feinde. Wollen Sie das von uns erwarten?"

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 18. Februar 1963 vorgelegen, der den Drahtbericht an Bundeskanzler Adenauer und Ministerialdirektor Krapf weiterleiten ließ.

2) Als wundester Punkt der Sowjets erschien auch in meinen Gesprächen mit Dobrynin der Komplex „Selbstbestimmung" und „freie Wahlen", darüber hinaus der Komplex „Zustände in der Zone". Dobrynin machte nicht einmal den Versuch, etwa zu argumentieren: „Die Selbstbestimmung hat schon stattgefunden." Er sagte vielmehr, die sowjetische Politik der Teilung Deutschlands könne mehr oder weniger intelligent durchgeführt werden, überall in der Welt gebe es viel Torheit. Auf meine Bemerkung, Ulbricht habe auch im sowjetischen Sinne schlecht regiert, ein schlauerer Mann hätte vielleicht mehr erreicht, reagierte Dobrynin nur mit einer vielsagenden Grimasse.

3) Als roter Faden zog sich durch das Gespräch das Hauptmotiv der sowjetischen Politik: die Furcht vor Deutschland. Nicht vor dem Deutschland von heute – „obwohl Westdeutschland jetzt schon die stärkste Armee Europas hat", sondern vor dem Deutschland von morgen und übermorgen, „das dann auch noch mit Atomwaffen ausgerüstet ist". Zwei Kriege seien den Sowjets mehr als genug, man wolle nicht noch einen dritten. Auf meinen Einwand, wir seien nicht so töricht zu glauben, wir könnten die Zone eines Tages „zurückerobern", weil das doch nur zu einer Zerstörung ganz Deutschlands führen könne, die Sowjets können aber von sich aus diesen Faktor der Furcht beseitigen, indem sie die Zone freigäben, antwortete Dobrynin: „Wir müßten sehr töricht sein, um das zu tun. Dann würde ein wiedervereinigtes, atomgerüstetes Deutschland das mächtigste Instrument der Amerikaner sein zur Vernichtung der sozialistischen Gesellschaft."

4) Mit dem deutsch-französischen Vertrag[2] wollten wir doch nur in den Besitz von Atombomben kommen, um die Sowjetunion unter Druck zu setzen, daher der sowjetische Protest. Ich: Mit den beiden Protestnoten[3] hätten die Sowjets uns einen freundlichen Dienst erwiesen, vor allem auch mir hier in Washington. Der Vertrag sei auch hier teilweise mißverstanden worden.[4] Der Moskauer Protest habe es uns erleichtert zu beweisen, daß er der Stärkung des Westens diene. Dobrynin: Das sei gewiß nicht die Absicht der Note gewesen. Auch die Moskauer Diplomatie sei nicht unfehlbar.

5) Warum wir denn unbedingt in eine multilaterale NATO-Streitmacht hineinwollten?[5] Wir würden dadurch in der NATO doch nur einen Bruchteil der vorhandenen Atomwaffen bekommen, aber die Gefahr für uns wachse sehr an. Meine Antwort: Wir wollten keine Alleinbestimmung über den Einsatz von Atombomben, wohl aber Mitbestimmung. Das würde die innere und äußere Stärke unserer Allianz fördern. Dobrynin: Er könne mir mit Sicherheit sagen, daß als Gegenmaßnahme die Sowjets auch ihren Verbündeten Atomwaffen zugänglich machen würden, sobald das in der NATO geschehe. Durch diese Proliferation auf beiden Seiten würde die Kriegsgefahr enorm vergrößert, vor allem, wenn man an die wachsende Gefahr von „Unfällen" im Abschuß von

[2] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[3] Zu den Noten der sowjetischen Regierung vom 5. Februar 1963 vgl. DzD IV/9, S. 86–92.

[4] Vgl. dazu auch Dok. 82 und Dok 83.

[5] Am 6. Februar 1963 erklärte Bundeskanzler Adenauer vor dem Bundestag, daß die Bundesregierung „die volle Verantwortung an einer wirksamen nuklearen Abschreckungsmacht der NATO mittragen" wolle. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 52, S. 2576.

Atomgeschossen denke. „Würden Sie Herrn Ulbricht Atomwaffen zur Verfügung stellen, damit er die Sowjetunion in einen Krieg hineinziehen kann?" – „Nein, wir würden unsere Verbündeten nur an der Entscheidung über den Einsatz beteiligen, ebenso wie das in der NATO geschehen soll" – „Dann wird sich an der heutigen Machtverteilung innerhalb des Warschauer Paktes nicht das Geringste ändern."

6) Nochmals zur Deutschlandfrage: „Wir hätten ein vereinigtes Deutschland in den ersten Nachkriegsjahren haben können, allerdings nur unter der Bedingung der Neutralität, also einer begrenzten Bewaffnung und des Verzichts auf Bündnisse. Das sei einfach eine Forderung der sowjetischen Sicherheit gewesen und sei es noch, der Westen und wir hätten aber abgelehnt." Ich: „Die Sowjetunion habe die Neutralisierung Deutschlands verlangt, weil sie Furcht hatte vor einer künftigen Entwicklung Deutschlands. Wir haben unsere Neutralisierung abgelehnt, weil wir Furcht hatten vor einer gewaltsamen Einführung des Kommunismus durch die Sowjets, und diese Furcht hat der Westen noch heute, daher die NATO. Den Teufelskreis dieser gegenseitigen Furcht muß man brechen mit einem Blick auf die Zukunft."

Ich hielte es für nützlich und aufschlußreich, wenn ich diese Gespräche mit Dobrynin gelegentlich fortsetzte, es sei denn, das Auswärtige Amt hätte Bedenken dagegen. Im letzteren Falle müßte ich allerdings aus Höflichkeit noch eine Gegeneinladung ergehen lassen, könnte dann aber das Gespräch im Rahmen konventioneller oder unverfänglicher Themen halten.

[gez.] Knappstein

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 428

99

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Cording, Bundesministerium für Wirtschaft

E 37/63 VS-vertraulich **18. Februar 1963**[1]

Betr.: Besprechung unter Vorsitz von Herrn von Brentano über Fragen der Europa-Politik

Zu Beginn legten Präsident Hallstein und Minister Erhard ihre Auffassungen dar, woran sich die Diskussion anschloß. Dabei ergab sich etwa folgendes:

1) Deutsch-französischer Vertrag[2]

Präsident Hallstein und Minister Erhard äußerten dabei ihre Sorge, daß der Vertrag die Zusammenarbeit in der NATO und in der EWG beeinträchtigen könne. Die Konsultationen des Vertrages sollen zu einer gleich gerichteten Haltung führen. Damit werde eine besondere Gruppe innerhalb der EWG geschaffen. Präsident Hallstein wies darauf hin, daß sie, wenn sie zusammen abstimme und es auf ⅔ Mehrheit ankomme, die Sperrminorität besitze und stets ein Veto einlegen könne. Die ⅔ Mehrheit werde aber nach dem System des Vertrages zunehmend in der dritten Stufe Bedeutung erhalten.[3] Herr Hallstein äußert neben politischen auch rechtliche Bedenken, ob so etwas möglich sei. Er berichtete von seinen Besprechungen in Rom[4] und von Kontakten mit den anderen EWG-Partnern, daß hier überall ebenso wie in seiner Kommission Besorgnisse bestünden. Seine Ausführungen wurden von Herrn Hellwig und Herrn Krekeler unterstrichen. Die Herren kamen auch auf die Wiederaufnahme der Vorschläge für eine Zusammenlegung der Exekutiven[5] durch die Franzosen zu sprechen. Alle drei Exekutiven stehen einer Zusammenlegung positiv gegenüber. Sie befürchten aber, daß die Franzosen dieses Thema jetzt nur wieder auf die Tagesordnung bringen, um die Verträge in ihrem Sinne zu revidieren.

Herr Hallstein und auch Herr Minister Erhard sprachen sich dafür aus, daß

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 18. Februar 1963 vorgelegen, der Staatssekretär Lahr um Rücksprache bat und handschriftlich auf dem Begleitschreiben des Ministerialdirektors Meyer-Cording vom 18. Februar 1963 vermerkte: „Offenbar waren Westrick und Meyer-Cording auch dabei. Wir sollten Herrn von Brentano bitten, uns in solchen Fällen gleichfalls einzuladen." Dazu stellte Legationssekretär von Moltke am 11. März 1963 fest: „Mir wurde für Herrn St.S. Lahr eine Einladung der Besprechung bei Herrn von Brentano von dessen Vorzimmer telefonisch durchgegeben. Ich habe die Teilnahme von Herrn St.S. Lahr abgesagt, da der Zeitpunkt der Besprechung in seinen Urlaub fiel, und bemerkt, daß wohl ein Vertreter kommen müsse. Mir wurde daraufhin gesagt, daß es sich um eine Einladung für Herrn St.S. Lahr persönlich handele. Der Herr Minister wäre ebenfalls eingeladen und habe zugesagt." Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 23; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[3] Zu Fragen des Abstimmungsverhältnisses in der EWG vgl. auch Dok. 17, besonders Anm. 3.

[4] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Rom, vom 11. Februar 1963; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 30.

[5] Zur Fusion der Exekutiven vgl. Dok. 44, Anm. 12.

das deutsch-französische Abkommen durch einen Annex oder einen Briefwechsel (der bei der Ratifizierung vorzulegen wäre) ergänzt werden sollte, wonach die Zusammenarbeit in NATO und EWG nicht beeinträchtigt werden dürfe.[6] Demgegenüber sprachen sich die Abgeordneten Furler, Burgbacher, Majonica, Philipp und Etzel gegen einen derartigen Briefwechsel und für eine einseitige Erklärung aus, die vom Bundestag bei der Ratifizierung als authentische Interpretation des Vertrages abgegeben werden könnte. Sie meinten, eine Ergänzung des Vertrages durch Annex oder Briefwechsel werde von französischer Seite abgelehnt werden. Damit habe man nur einen politischen Mißerfolg und sei außerdem in der Anwendung des Abkommens vielleicht mehr gebunden, als wenn man es selbst einseitig authentisch in unserem Sinne auslege.[7] Herr Minister Erhard wies demgegenüber jedoch auf die bei der Ratifizierung des Rom-Vertrages abgegebene Erklärung des Bundestages für eine große Freihandelszone hin[8], die ohne jede Wirkung geblieben sei.

2) England-Verhandlungen

Herr Hallstein entwickelte folgenden möglichen Gedankengang (der im wesentlichen auch bei den hiesigen Besprechungen mit Sir Eric Roll[9] eine Rolle spielte):

a) Man könne sich vorstellen, daß England eines Tages Vollmitglied der EWG werde.

b) Bis dahin könnte eine Zwischenlösung in Form einer Assoziierung gefunden werden, etwa eine Zollunion ohne Landwirtschaft.[10] Allerdings müsse man bereit sein, ein Datum für den künftigen Vollbeitritt vorzusehen. England könne dann bis dahin die schwierige Anpassung seiner Landwirtschaft (die bei den England-Verhandlungen ein besonderes Problem bildete) vornehmen. Auf jeden Fall komme es auf die Reaktion der USA an. Sie hätten sich bisher immer gegen Assoziationen (z. B. der Neutralen) ausgesprochen. Aber vielleicht dächten sie jetzt im Falle England anders.

c) Vor der Assoziierung gelte es, einen Zustand der „Vor-Assoziation" zu überwinden. In dieser Zeit könnten prozedurale Kontakte mit den Engländern vorgesehen werden. Man könne sie über die Arbeit der Gemeinschaft informieren und sich vornehmen, nichts zu tun, was einen englischen Beitritt verhindern würde. Allerdings wären solche Kontakte mit den Engländern wahrscheinlich nicht mit allen Sechs, sondern nur mit fünf Staaten der Gemeinschaft möglich, weil die Franzosen u. U. sich nicht beteiligen würden. In diesem Falle wäre es besser, die Kommission zu beauftragen, die laufenden Kontakte mit

[6] Dazu Fragezeichen von Staatssekretär Carstens.
Vgl. dazu auch die Rede des Präsidenten Hallstein am 27. März 1963 vor dem Europäischen Parlament; BULLETIN DER EWG 5/1963, S. 5–11 (Auszüge).

[7] Zur Diskussion um eine Präambel im Ratifizierungsgesetz zum deutsch-französischen Vertrag vgl. weiter Dok. 136.

[8] Vgl. dazu den Entschließungsantrag der SPD-Fraktion vom 20. März 1957 und die Erklärung des Bundesministers Erhard vom 21. März 1957 vor dem Bundestag; BT ANLAGEN, Bd. 49, Drucksache II/3311, und BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 35, S. 11342–11345.
Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

[9] Zum Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit Unterstaatssekretär Roll vgl. Dok. 87.

[10] Zur Diskussion um Zwischenlösungen vgl. Dok. 77 und Dok. 78; weiter Dok. 118.

den Engländern durchzuführen. Im übrigen könne man eine politische Zusammenarbeit in der WEU organisieren.

In der Diskussion wurde auf die Problematik dieser Lösungsvorschläge hingewiesen. Herr Minister Erhard und Herr Furler äußerten sich skeptisch hinsichtlich der Möglichkeit einer Assoziierung Englands. Das Beispiel der Assoziierung Griechenlands[11] paßt keineswegs. Die mit der Assoziierung aufgeworfenen Fragen sind fast ebenso schwierig wie die des Beitritts, man denke bloß an die Probleme der Zoll- und Handelspolitik. Wenn man ohnehin einen Termin für den Beitritt festsetzen wolle, dann könne man sich gleich mit dem Beitritt befassen. Herr Burgbacher schlug statt der Assoziierung eine „Partnerschaft" vor, deren Inhalt aber nicht konkretisiert wurde.

3) Künftiges Verhalten im Rat der EWG

Die Enttäuschung über das Scheitern der England-Verhandlungen[12] wird für die Weiterarbeit der EWG erhebliche Schwierigkeiten bringen. Trotzdem war man sich einig, daß eine Obstruktion oder dergleichen keinesfalls in Frage kommt. Das Funktionieren der Gemeinschaft darf (gerade wenn man das Ziel des Beitritts Englands zu ihr im Auge behält) nicht in Frage gestellt werden.

Die verschiedenen aufgeworfenen Fragen konnten in der Diskussion keinesfalls erschöpft werden, und man beschloß, gelegentlich wieder zusammenzukommen.

4) Vertrauliche Behandlung

Die Herren vereinbarten, daß außer einem von Herrn von Brentano der Presse zu gebenden Kommuniqué keine Mitteilungen über die Besprechung nach außen gemacht werden sollen.

Meyer-Cording

Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 23

[11] Das Abkommen über die Assoziierung Griechenlands mit der EWG wurde am 9. Juli 1961 in Athen unterzeichnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 7–8/1961, S. 31–38.

[12] Vgl. dazu Dok. 60.

100

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

302-82-13/801/63 geheim **19. Februar 1963[1]**

Betr.: Erklärung über die Nichtweitergabe von Kernwaffen
hier: Amerikanisches NATO-Papier vom 14. Februar 1963[2]
Bezug: a) Telefonische Weisung des Herrn Staatssekretärs am 15. 2. 1963 an LR I Dr. Lahn
b) Aufzeichnung vom 2. 1. 1963 -302-82-01-03/4162/62 geh.[3]

I. Am 15. Februar suchte der französische Botschafter de Margerie den Herrn Staatssekretär auf, um unsere Haltung zu einem am Vortage im NATO-Rat verteilten amerikanischen Papier über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu erforschen.[4]

Das vom 14. Februar datierte Dokument ging hier am 16. Februar ein; es umfaßt drei Teile: den Begleitbrief des Botschafters Finletter, einen kurzen Kommentar zu dem Deklarationsentwurf und den Deklarationsentwurf selbst.

Ein Textvergleich mit dem schon am 15. Dezember 1962 von Außenminister Rusk dem Herrn Bundesminister in Paris übergebenen Papier[5] hat ergeben, daß der Deklarationsentwurf selbst unverändert geblieben ist, daß bei der Kommentierung lediglich die drei ersten Absätze zur Erläuterung hinzugefügt worden sind und daß nicht mehr von den „vier Kernmächten" als Unterzeichnerstaaten, sondern nur noch von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion die Rede ist.

II. Bewertung:

1) Formell erscheint zunächst bemerkenswert, daß uns die Amerikaner zwei Monate vor der offiziellen Unterrichtung des NATO-Rats über den Wortlaut des Deklarationsentwurfs informiert haben.

2) Wegen der materiellen Bewertung des Papiers darf auf die wiederbeigefügte Aufzeichnung vom 2. 1. 1963 verwiesen werden.

3) Ergänzend dazu wird unter Bezugnahme auf die am 19. 2. 1963 bei Herrn Staatssekretär abgehaltene Besprechung folgendes festgehalten:

a) Eine Vereinbarung über die Nichtverbreitung würde nicht zu Lasten der Atommächte, sondern der übrigen Nicht-Nuklearmächte gehen; die Bundesrepublik würde zusätzlich zu ihrem Produktionsverzicht von 1954[6] im Rahmen

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Leiter des Referats „Abrüstung und Sicherheit", Lahn, konzipiert.

[2] Vgl. Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 301.

[3] Für die Aufzeichnung des Generalkonsuls von Schmoller vgl. Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 301.

[4] In einem Drahterlaß vom 16. Februar 1963 über diese Unterredung hielt Staatssekretär Carstens fest: „Franzosen haben Bedenken, mit den Russen eine derartige Vereinbarung zu treffen." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 311; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Vgl. Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 301.

[6] Vgl. dazu Dok. 37, Anm. 14.

der WEU auch einen Erwerbsverzicht, und zwar auch gegenüber der Sowjetunion aussprechen.

b) Dafür würde der Ostblock keine echte Gegenleistung erbringen, da

aa) es der Sowjetunion unmöglich sein wird, Rot-China zum Atomwaffenverzicht zu bewegen, und

bb) an eine Atombewaffnung der Satellitenländer nicht gedacht wird, obwohl Dobrynin gegenüber Rusk am 7. 2. mit dieser Möglichkeit als Retorsion gegen die Beteiligung der Bundesrepublik an einer NNF[7] gedroht hat (vgl. Fernschreiben Washington Nr. 447 vom 13. 2. 1963 geheim[8]).

c) Im Frühjahr vorigen Jahres haben wir uns im Zusammenhang mit der Behandlung des amerikanischen Papiers „draft principles"[9] für eine Trennung des Problems der Nichtverbreitung von den Berlin-Verhandlungen eingesetzt, da wir befürchten mußten, daß die Sowjets das Thema leicht auf die Errichtung einer nuklearfreien Zone in Deutschland einengen oder sich durch die Kontrolle der Einhaltung eines Abkommens über Nichtverbreitung eine Interventionsmöglichkeit im Rahmen von Berlin-Vereinbarungen schaffen könnten. Diese Bedenken werden auch heute noch aufrechterhalten, doch sollte in der Botschaftergruppe in Washington erörtert werden, ob – ohne ein verhandlungstechnisches Junktim – die westliche Bereitschaft zur Nichtverbreitung von der Sowjetunion auf einem anderen Deutschland betreffenden Gebiete honoriert werden würde.

III. Es wird vorgeschlagen, unseren Vertreter im NATO-Rat[10] für die künftige Konsultation von diesen Überlegungen zu unterrichten und ihn zu der Erklärung zu ermächtigen, daß

1) abgesehen von den oben geäußerten Gedanken keine Einwendungen gegen den Deklarationsentwurf vorgebracht werden,[11]

2) die Bundesregierung von dem weltweiten Charakter der Deklaration ausgeht; in diesem Sinne würde sie eine nähere Erläuterung der Ziffer 5 der Kommentierung begrüßen; werden die Vereinigten Staaten auf der Teilnahme Rot-Chinas bestehen, wie noch Rusk im NATO-Rat am 13.12.1962 in Paris[12] erklärt hat?

3) die Bundesregierung in dem Deklarationsentwurf und der Kommentierung jede Bestimmung vermißt, wie die Einhaltung des Vertrages kontrolliert werden soll. Es erscheint wünschenswert, daß – solange keine internationale Ab-

[7] NATO Nuclear Force.

[8] Vgl. Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 301.
Dazu auch die Äußerungen des sowjetischen Botschafters Dobrynin gegenüber Botschafter Knappstein, Washington, am 12. Februar 1963; Dok. 98.

[9] Zu den „draft principles" vgl. Dok. 62, Anm. 11.

[10] Wilhelm G. Grewe.

[11] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „SBZ!"

[12] Zur Tagung des NATO-Ministerrats vom 13. bis 15. Dezember 1962 in Paris vgl. das Kommuniqué vom 15. Dezember 1962; EUROPA-ARCHIV 1963, D 19–21.

rüstungsbehörde besteht – in einer anderen Form die Vertragstreue der Partner überwacht wird.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[13] vorgelegt.

Krapf

Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 301

101

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Gesandten Morris

115-23A/63 geheim **19. Februar 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 19. Februar 1963 gegen 18.45 Uhr den amerikanischen Geschäftsträger, Herrn Gesandten Morris, zu einem Gespräch, an dem Staatssekretär Globke und VLR I Dr. Osterheld teilnahmen. Später nahm auch noch Herr Staatssekretär Professor Carstens an der Unterredung teil.

Der *Geschäftsträger* berichtete zunächst, daß Botschafter Dowling in einem Krankenhaus in New York liege und an Nierensteinen erkrankt sei.

Herr Morris erwähnte sodann, daß er auf Weisung des Präsidenten zu dem Herrn Bundeskanzler gekommen sei, um ihm zu versichern, daß der Eindruck nicht zutreffe, den der Herr Bundeskanzler in seinem Gespräch mit Herrn Gilpatric[2] geäußert habe, daß nämlich Botschafter Kohler gegenüber Gromyko eine Initiative ergriffen habe.[3] Während der vergangenen Woche habe in Washington eine Sitzung der Viermächte-Botschaftergruppe[4] stattgefunden, auf der darüber gesprochen worden sei, wie sich Botschafter Kohler nach seiner Rückkehr nach Moskau verhalten solle. Die amerikanische Regierung gehe davon aus, daß der Herr Bundeskanzler keinen Vorteil in einer raschen Reaktion auf Gromykos Initiative sehe, daß er aber andererseits nach Klärung ge-

[13] Hat Staatssekretär Carstens am 22. Februar 1963 vorgelegen.

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 20. Februar 1963 gefertigt.
Vgl. dazu auch den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 20. Februar 1963 an die Botschaft in Washington; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 317; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Zu dem Gespräch vom 13. Februar 1963 vgl. Dok. 92.

[3] Zu den Gesprächen des amerikanischen Botschafters Kohler mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko im Januar 1963 vgl. Dok. 56, bes. Anm. 2 und 6; vgl. auch Dok. 84.

[4] Die Washingtoner Botschaftergruppe entstand in den 50er Jahren als Gremium, in dem die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und der USA in erster Linie die Eventualfallplanung für Berlin erörterten. Seit 1961 nahm auch der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington an diesen Treffen teil.

wisser unerläßlicher Vorfragen gegen die Führung von Gesprächen nichts einzuwenden habe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, Botschafter Knappstein habe über den Hergang in Moskau berichtet[5], Botschafter Kohler habe bei seinem Abschiedsbesuch Gromyko gefragt, ob er nichts für den Präsidenten mitzugeben habe. Gromyko habe diese Frage verneint, dann aber zwei Tage später Kohler noch einmal kommen lassen und ihm Vorschläge unterbreitet. Dies stehe im Gegensatz zu dem, was Präsident Kennedy ihm im vergangenen November gesagt habe.[6] Damals habe der Präsident die Auffassung vertreten, man solle nun einmal abwarten und die Russen kommen lassen. Deshalb habe er sich gefragt, ob nunmehr in der amerikanischen Haltung eine Änderung eingetreten sei, und er habe hören wollen, ob sich der Präsident veranlaßt gesehen habe, die Lage anders zu beurteilen als im November.

Herr *Morris* sagte, die Frage Kohlers an Gromyko sei nicht außergewöhnlich gewesen, da wohl jeder Botschafter bei einem Abschiedsbesuch den betreffenden Außenminister frage, ob er seiner Regierung etwas mitzuteilen habe. Kohler selbst sei überrascht gewesen, als zwei Tage später Gromyko ihm eröffnet habe, man wolle über Deutschland und Berlin sprechen. Wenn man mit den Sowjets überhaupt über Berlin und Deutschland rede, so müsse man zunächst feststellen, ob es überhaupt Sinn und Wert habe, die Gespräche wieder aufzunehmen, da man noch nicht wisse, welche Absicht hinter der sowjetischen Initiative stehe. Die amerikanische Regierung sei skeptisch und keineswegs optimistisch, und man müsse zunächst einmal herausfinden, was die Sowjets beabsichtigten. Amerikanischerseits gehe man davon aus, daß keine Verhandlungen aufgenommen werden könnten, sofern nicht die Sowjets bereit seien, die fortgesetzte westliche Anwesenheit in Berlin ohne irgendwelche Einschränkungen anzuerkennen. Dies sei der erste Punkt, der klargestellt werden müsse. Der Herr Bundeskanzler wisse, daß über diese Frage viele Monate lang im vergangenen Jahr gesprochen worden sei[7] und daß die Sowjets versucht hätten, den Westen in seiner Haltung umzustimmen. Wenn dies heute noch die sowjetische Haltung sei, so sehe man keinen Grund für eine Wiederaufnahme der Gespräche. Wenn also Kohler mit Gromyko spreche oder wenn die Gespräche in Washington stattfinden sollten, was nach amerikanischer Auffassung besser wäre, da man sie dort besser in der Hand hätte, bestünde die erste und wichtigste Aufgabe zunächst darin, festzustellen, ob sich die sowjetische Haltung in der Frage der alliierten Präsenz in Berlin geändert habe.

Der Präsident habe ihm Weisung erteilt, ausdrücklich zu betonen, wie sehr dem Präsidenten an der engstmöglichen Zusammenarbeit mit dem Herrn Bundeskanzler in dieser Frage liege. Wenn der Sowjetunion eine Antwort auf ihre jüngste Initiative erteilt werde, so wolle man dies nur in voller Übereinstimmung mit dem Herrn Bundeskanzler tun. Bisher seien Herrn Kohler noch keinerlei Weisungen gegeben worden, weil man zunächst die offene und freimütige Ansicht des Herrn Bundeskanzlers habe einholen wollen.

[5] Vgl. dazu Dok. 84.

[6] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 13. bis 16. November 1962 in den USA vgl. Dok. 37, Anm. 26.

[7] Zu den amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen 1961/62 vgl. Dok. 5, Anm. 4.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte dem Präsidenten für die offene Sprache. Er glaubte, in Washington sei seiner Bemerkung zuviel Bedeutung beigelegt worden. Er habe nur eine gewisse Aufklärung erstrebt, doch habe dies sachlich nichts zu bedeuten. Er glaube, Präsident Kennedy selbst könne am besten beurteilen, ob der rechte Augenblick für die Aufnahme von Gesprächen gekommen sei. Er selbst habe volles Vertrauen zu Präsident Kennedy, daß er die richtige Entscheidung treffe; er glaube, daß er die Situation kenne und über alles gut informiert sei, so daß er also am besten den richtigen Zeitpunkt auswählen könne.

Der Herr Bundeskanzler betonte noch einmal, er wisse nicht, woher die Redereien gekommen seien, die den Eindruck erweckt hätten, als ob in Bonn Mißtrauen gegenüber Washington und umgekehrt in Washington Mißtrauen gegenüber Bonn bestehe.

Herr *Morris* sagte, auf der Sitzung der Botschaftergruppe in Washington habe man den Eindruck gewonnen, als ob die Haltung des Herrn Bundeskanzlers etwas negativer sei. Deshalb habe Präsident Kennedy so viel Wert darauf gelegt, unmittelbar die Ansichten des Herrn Bundeskanzlers zu hören.

Der Herr *Bundeskanzler* wiederholte noch einmal, daß der Präsident die Dinge besser als er selbst überschaue und er deshalb auch eine Entscheidung des Präsidenten für richtig halte.

Staatssekretär Professor *Carstens* bemerkte, daß man in dieser Frage über die Botschaft in Washington in ständigem Kontakt mit der amerikanischen Regierung sei und daß man es hier auch für besser halte, wenn die Gespräche in Washington und nicht in Moskau stattfänden, deutscherseits glaube man ferner, daß es gut wäre, wenn als Kernproblem zunächst einmal die sowjetische Haltung zur Frage der alliierten Anwesenheit in Berlin behandelt würde.

Der Herr *Bundeskanzler* vertrat die Auffassung, daß er auch darin dem Präsidenten vertrauen würde, daß dieser das Richtige tue. Auf die Bemerkung von Herrn Staatssekretär Carstens, daß die deutsche Seite in diesem Zusammenhang einen Wunsch habe, sagte der Herr Bundeskanzler, wenn er dem Präsidenten die Entscheidung darüber überlasse, ob die Zeit für die Wiederaufnahme von Gesprächen gekommen sei, so müsse er sie auch hinsichtlich dessen überlassen, was der Präsident tue.

Staatssekretär *Carstens* sagte, die Botschaft sei instruiert anzuregen, ob im Zusammenhang mit der Behandlung der Deutschlandfrage gegenwärtig nicht ein günstiger Moment gekommen sei, über Deutschland insgesamt zu sprechen.[8]

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er sei ganz anderer Auffassung. Wenn die Sowjetunion vor die Frage der Wiedervereinigung gestellt werde, dann seien die Gespräche gescheitert. Er glaube umgekehrt, wenn die Verhandlungen über Berlin weiterkämen, daß dann die Aussichten für die Verhandlungen anderer Fragen besser seien.

Staatssekretär *Carstens* sagte, wenn die Sowjets eine negative Haltung einnehmen sollten, dann müsse man die Frage in einer tieferen Schicht anfassen.

[8] Vgl. dazu Dok. 90; weiter Dok. 165.

Er glaube aber, daß diese Frage noch einmal auf deutscher Seite allein durchgesprochen werden müsse.

Herr *Morris* erklärte, wenn Kohler mit Gromyko spreche, dann werde er zunächst vorschlagen, daß die Gespräche in Washington stattfinden sollten, und im Verlauf solcher Gespräche wäre es die erste Aufgabe festzustellen, ob sich die sowjetische Haltung in der Frage der westlichen Anwesenheit in Berlin geändert habe. Dabei werde die Bundesrepublik selbstverständlich unmittelbar und über die Viermächte-Botschaftergruppe konsultiert werden.

Der Herr *Bundeskanzler* schloß sich dieser Darlegung an und sagte, wenn sich herausstelle, daß sich die sowjetische Haltung nicht geändert habe, dann seien seiner Meinung nach die Verhandlungen zu Ende.

Staatssekretär *Carstens* vertrat die Ansicht, daß dann der Moment gekommen wäre, in dem man mit den Sowjets über die Wiedervereinigung sprechen sollte, um ihnen klar zu machen, daß sie so nicht weiterkämen. Die Schwierigkeit bestehe darin, daß seit dem Jahre 1959 mit der Sowjetunion über die Wiedervereinigung nicht mehr gesprochen worden sei.[9] Nach seiner Auffassung sollte die Gelegenheit benutzt werden, um den Sowjets klarzumachen, daß die Frage immer noch auf der internationalen Tagesordnung stehe und erörtert werden müsse.

Der Herr *Bundeskanzler* schloß sich dieser Auffassung nicht an und sagte, der Sachverhalt sei doch einfach der, daß Präsident Kennedy nun die Bundesregierung frage, ob die deutsche Seite dagegen sei, wenn in Washington Gespräche aufgenommen würden. Diese Gespräche würden dann in Washington anfangen, und nach einiger Zeit dürfte sich herausstellen, ob die Sowjetunion von ihrer bisherigen Forderung abweiche, daß nämlich die westlichen Streitkräfte in Berlin umfrisiert werden sollten.[10]

Der Herr Bundeskanzler wandte sich sodann dem Ausgang der Berliner Wahlen[11] zu. Man müsse die Dinge sehen wie sie seien: Die SPD habe einen Sieg errungen, die anderen Parteien, insbesondere die CDU, habe eine Niederlage erlitten. Führende CDU-Leute seien nun zuerst sehr wild gewesen und hätten zunächst geglaubt, daß die CDU unter keinen Umständen zusammen mit der SPD eine Regierung in Berlin bilden sollte. Er selbst halte das für falsch. Wenn in diesem oder in dem nächsten Jahr so wichtige Verhandlungen über Berlin geführt würden, dann wäre es schlecht, wenn die CDU in der Bundesregierung die Verantwortung dafür vom deutschen Standpunkt aus übernehme und die CDU in Berlin selbst aber sage, sie wolle sich nicht beteiligen. Soviel er wisse, hätten die drei Westmächte bereits mit Herrn Brandt gesprochen und ihm gesagt, sie hielten es für richtig, wenn bei der Senatsbildung

[9] Vom 13. Mai bis 20. Juni und 13. Juli bis 5. August 1959 fand in Genf die letzte Vier-Mächte-Konferenz über das Deutschland- und Berlin-Problem statt.

[10] Zu den sowjetischen Vorschlägen hinsichtlich einer Unterstellung der Truppen in Berlin (West) unter die „Flagge der UNO" vgl. Dok. 56, Anm. 10 und 14.

[11] Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom 17. Februar 1963 erhöhte die SPD ihren Stimmenanteil gegenüber 1958 um 9,3 Prozent auf 61,9 Prozent; der Stimmenanteil der CDU fiel dagegen um 8,8 Prozent auf 28,9 Prozent. Die FDP erhielt 7,9 Prozent, die SED 1,3 Prozent der Stimmen. Vgl. dazu BULLETIN 1963, S. 295.
Am 11. März 1963 wurde vom Abgeordnetenhaus der neue SPD/FDP-Senat bestätigt.

auch andere Parteien hereingenommen würden. Er selbst halte das auch für richtig.

Herr *Morris* sagte, er kenne im einzelnen nicht die Überlegungen Washingtons in dieser Frage. Nach der Verfassung sei die Bildung einer neuen Regierung in Berlin in erster Linie Sache der Berliner selbst, doch teile er die Überlegungen des Herrn Bundeskanzlers. Er habe nicht gewußt, daß von westlicher Seite bereits mit Herrn Brandt darüber gesprochen worden sei und habe auch in den letzten beiden Tagen vom State Department nichts darüber gehört. Er selbst neige aber auch der Auffassung zu, daß die Bildung einer Koalition das Richtige wäre.

Abschließend wurde vereinbart, der Presse zu sagen, der Besuch von Herrn Morris habe der Erörterung technischer Fragen im Anschluß an den Besuch von Herrn Gilpatric und zur Vorbereitung des Besuchs von Herrn Merchant[12] gedient.

Die Unterredung endete gegen 19.15 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/78

102

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer

AB-84.20/151[I]/63 geheim **22. Februar 1963[1]**

Betr.: Besprechung zwischen Staatssekretär Carstens und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin[2] über die amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche in der Berlinfrage[3]

Auf Vorschlag des Auswärtigen Amts fand am 21. Februar eine Besprechung zwischen Staatssekretär Carstens und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin über die Frage der amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche betr. Deutschland und Berlin statt.

Staatssekretär Carstens wies zunächst darauf hin, daß der Bundeskanzler und Präsident Kennedy am 14. November 1962[4] in Washington wie folgt übereingekommen seien:

1) Zunächst solle abgewartet werden, bis die Kuba-Angelegenheit erledigt sei.

[12] Zu den Gesprächen des Sonderberaters des Präsidenten Kennedy für Abrüstungsfragen vom 5. bis 8. März 1963 in Bonn vgl. Dok. 92, Anm. 11.

[1] Durchdruck für die Arbeitsgruppe Berlin.

[2] Willy Brandt.

[3] Zu den amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen vgl. bereits Dok. 5, Anm. 4. Zur Frage einer Wiederaufnahme vgl. Dok. 84.

[4] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 13. bis 16. November 1962 in den USA vgl. Dok. 37, Anm. 26.

2) Dann sei es an den Sowjets, die Initiative zu ergreifen.

3) Wenn die Sowjets Vorschläge machten, komme es vor allem darauf an festzustellen, ob sie bereit seien, die Anwesenheit der westlichen Truppen in Berlin für dauernd zu akzeptieren.

Trotz gewisser Zweifel gingen die Amerikaner davon aus, so fuhr der Staatssekretär fort, daß die Ziffern 1 und 2 der Absprache erfüllt seien. Jetzt stelle sich die Frage, ob überhaupt, wo und worüber Sondierungsgespräche der Amerikaner mit den Sowjets stattfinden sollten.[5] Der Bundeskanzler habe dem amerikanischen Gesandten Morris am 19. Februar erklärt[6], er habe das Vertrauen, daß Präsident Kennedy den richtigen Zeitpunkt wähle. Es werde also den Amerikanern überlassen, diesen zu bestimmen. Die Amerikaner und wir seien der Überzeugung, daß wegen der Verfügbarkeit des Apparates des State Department und insbesondere der Botschaftergruppe in Washington die Gespräche dort geführt werden sollten. Die Amerikaner und wir seien ferner der Auffassung, daß von der sowjetischen Haltung in der Frage der westlichen Anwesenheit in Berlin alles abhänge. Morris habe erklärt, wenn die Sowjets in der Frage der Truppenpräsenz weiterhin negativ blieben, so würden die Amerikaner die Sondierungsgespräche abbrechen. Er, der Staatssekretär, habe gemeint, erfahrungsgemäß geschähe ein solcher Abbruch nicht immer so abrupt. Für den Fall, daß die Sondierungsgespräche weitergeführt würden, sollten die Amerikaner seiner Auffassung nach dann zur Behandlung des Deutschland-Problems übergehen.

Der Regierende Bürgermeister fand diese Taktik „ganz gut", meinte jedoch, daß man auch dann sehr schnell wieder zum Berlin-Problem komme. Es werde dann um ein Interimsarrangement wie 1959 in Genf[7] gehen. Dabei komme es außer auf die Anwesenheit der westlichen Truppen auf die Bindungen Berlins zum Bund, den freien Zugang und gewisse Erleichterungen für Berlin an.

Zu dem letztgenannten Punkt führte der Regierende Bürgermeister im einzelnen aus, man müsse versuchen, die beiden Gefahren, daß sich durch Kontakte West-Berlins mit der anderen Seite ein höherer Grad der Anerkennung der SBZ und der Eindruck, West-Berlin sei eine selbständige Einheit, ergäbe, zu „überspringen". Dies könne z. B. so geschehen, daß die drei Alliierten dem Senat von Berlin das Mandat erteilten, einen Beamten des Senats mit Beamten in Ost-Berlin Verbindung aufnehmen zu lassen, um technische Fragen zu besprechen. Es gäbe einen Katalog von etwa 40 Fragen, in denen, wie Senator Schütz unterstrich, die Gegenseite West-Berlin in Schwierigkeiten bringen könnte. Die drei Alliierten hätten Ende 1961 dem Senat schon einmal einen ähnlichen Auftrag erteilt.

Der Regierende Bürgermeister betonte, daß er im Laufe des März im Abgeordnetenhaus eine Erklärung darüber abgeben müsse, wie es in der Frage des in-

[5] Vgl. dazu Dok. 90.

[6] Vgl. Dok. 101.

[7] Zu den Vorschlägen vom 28. Juli 1959 für ein Interimsabkommen für Berlin vgl. Dok. 54, Anm. 8.

nerstädtischen Verkehrs in Berlin weitergehen solle.[8] Staatssekretär Carstens erklärte, er werde sich den vom Regierenden Bürgermeister vorgetragenen Gedanken eines alliierten Mandats überlegen.

Es bestand Einigkeit zwischen dem Regierenden Bürgermeister und Staatssekretär Carstens, daß es in Zukunft erforderlich sein könnte, daß der Regierende Bürgermeister die Oppositionsführer, insbesondere Herrn Amrehn, wenn dieser in die Opposition gehe[9], über gewisse Fragen der Berlinpolitik vertraulich informiere, um Kontroversen über grundsätzliche Aspekte der westlichen Berlin-Politik nach Möglichkeit zu vermeiden.

Der Regierende Bürgermeister warf dann noch das Thema der Erhöhung der Luftpreise durch die alliierten Fluggesellschaften auf. Er meinte u. a., es drohe die Gefahr, daß die Preise im Jahre 1963 noch einmal erhöht würden. Staatssekretär Carstens erklärte hierzu, falls eine weitere Erhöhung sich wirklich ankündige, werde er die Botschafter der drei Mächte zu sich kommen lassen, um sie sehr eindringlich darauf hinzuweisen, wie unerwünscht eine solche Maßnahme sei. Der Regierende Bürgermeister erklärte sich davon sehr befriedigt.

Zum Schluß wiesen der Regierende Bürgermeister und Senator Schütz darauf hin, daß die Alliierten die jeweils mit dem Senat über die Berlin-Klausel, so z. B. im Falle der Notstandsgesetzgebung, zu führenden Gespräche dazu benutzten, um über Grundsatzfragen zu sprechen. Man müsse darauf sehen, daß solche Grundsatzfragen in Bonn behandelt würden.

Hiermit über Herrn D II[10] dem Herrn Staatssekretär weisungsgemäß vorgelegt.

Zu der Anregung des Regierenden Bürgermeisters, der Senat solle ein Mandat der Alliierten zu Kontakten mit Ost-Berlin erhalten, wird eine gesonderte Stellungnahme vorgelegt.[11]

gez. Reinkemeyer

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 45

[8] Für die Erklärung des Regierenden Bürgermeisters Brandt vom 18. März 1963 vgl. DzD IV/9, S. 202–209 (Auszug).

[9] Zum Ausgang der Wahlen in Berlin (West) vgl. Dok. 101, Anm. 11.

[10] Ministerialdirektor Krapf.

[11] Vgl. dazu Dok. 104.

103

Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder

114-1/1572/63 geheim
Fernschreiben Nr. 148
Citissime

Aufgabe: 26. Februar 1963, 21.00 Uhr
Ankunft: 26. Februar 1963, 19.25 Uhr

Nur für Minister und Staatssekretär[1]

Kohler unterrichtete heute morgen meine beiden westlichen Kollegen und mich in großen Zügen über den Inhalt seines gestrigen Gesprächs mit Gromyko. In ihm sind insbesondere folgende Fragen erörtert worden:
1) Berlin- und Deutschlandfrage;
2) Röhrenlieferungen westlicher Staaten an die Sowjetunion;
3) Testbannfrage;
4) Kubafrage.

1) Nachstehend wiedergebe ich zunächst Inhalt des Gesprächs über die Deutschland- und Berlinfrage:
Hierzu habe er, Kohler, zu Beginn der Unterredung Gromyko als Antwort auf die sowjetische Initiative vom 26. Januar[2] in Form eines Statement eröffnet, die Regierung der Vereinigten Staaten sei mit einer Fortsetzung des beiderseitigen Gesprächs über die Deutschland- und Berlinfrage einverstanden, bei dem es festzustellen gelte, ob eine fruchtbare Basis für einen modus vivendi in beiden Fragen gefunden werden könne. Er habe dazu ausdrücklich betont, daß die Vereinigten Staaten nur für sich, nicht aber zugleich im Auftrage Großbritanniens und Frankreichs sprechen würden. Bezüglich des Gesprächsorts habe er Gromyko gesagt, daß die Vereinigten Staaten Washington den Vorzug gäben.
Gromyko habe darauf geantwortet, es sei ein echter Wunsch der Sowjetregierung, zu einem Übereinkommen zu gelangen. Die sowjetischen Vorschläge stellten eine gute Basis für ein solches Übereinkommen dar. Die Sowjetregierung habe bei diesen Vorschlägen nicht nur ihre eigenen Interessen im Auge gehabt, sie glaube vielmehr, daß die Vorschläge auch den Interessen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs entsprächen. Hierbei habe sich Gromyko insbesondere auf die Reden Chruschtschows sowie die mit ihm geführten Unterhaltungen bezogen, bei welch letzteren er nach Auffassung Kohlers die Unterhaltungen Chruschtschows mit Sir Frank Roberts sowie mit dem kanadischen Botschafter Arnold Smith[3] im Auge hatte. Diese Vorschläge Chruschtschows, die sich vor allem auf die Frage der Anwesenheit der westlichen Truppen in Westberlin bezögen, seien dazu bestimmt, ein Über-

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 26. Februar 1963 vorgelegen, der zwei Exemplare an das Bundeskanzleramt weiterleiten ließ.

[2] Vgl. dazu Dok. 84.

[3] Zum Gespräch des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow mit dem britischen Botschafter Roberts im November 1962 vgl. Dok. 56, Anm. 10.
Zu den Gesprächen von Chruschtschow mit Smith vgl. die Übersetzungen zweier Drahtberichte des kanadischen Botschafters; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 193.

einkommen zu erleichtern. Wenn die Vereinigten Staaten ernstlich wollten, könne ein Übereinkommen erreicht werden.
Nach dem Verlauf des Gesprächs über diesen Punkt rechnet Kohler mit einer positiven Entscheidung der Sowjetregierung in der Frage der Fortführung der Erkundungsgespräche. Nach seinem Eindruck wird auch der Gesprächsort Washington von den Sowjets akzeptiert werden.
Zur persönlichen Unterrichtung der Botschafter hatte Kohler zu diesem Punkt zu Beginn seiner Ausführungen bemerkt, er habe in Washington auf Grund der sowjetischen Initiative vom 26. Januar die Auffassung geäußert, daß man im Gespräch mit den Sowjets gewisse Fortschritte in der wechselseitigen Anerkennung der beiderseitigen Interessen werde erzielen können. Er hoffe, daß die Tatsachen diese Hoffnungen nicht Lügen strafen würden.

2) Nach übereinstimmendem Urteil aller Teilnehmer an dem heutigen Gespräch bei Kohler lassen die Erklärungen Gromykos gegenüber Kohler keine Änderung der bisherigen sowjetischen Haltung in der Deutschland- und Berlinfrage erkennen. Man hält es jedoch für möglich, daß die Sowjets im Verlauf der bevorstehenden Gespräche in der Frage der Truppenpräsenz auf die Vorschläge zurückkommen werden, die Chruschtschow hierzu seinerzeit gegenüber Frank Roberts entwickelt hatte. Trevelyan bemerkte dazu, daß man nach seiner Auffassung Chruschtschow nicht vorwerfen könne, in seinen späteren Erklärungen gegenüber Arnold Smith von diesen ursprünglichen Vorschlägen abgewichen zu sein. Jene ersten Vorschläge seien durchaus vage gewesen, und nach seiner Auffassung habe Chruschtschow in seinem späteren Gespräch nur einer zu weit gehenden Interpretation seiner Ausführungen gegenüber Frank Roberts entgegenwirken wollen. Kohler stimmte dem zu. Ich selbst neige mit Dejean eher zu der Auffassung, daß Chruschtschow damals das Empfinden hatte, gegenüber Frank Roberts zu weit gegangen zu sein, und es deshalb für ratsam hielt, den Inhalt seiner Erklärungen nachträglich einzuschränken.

3) In einem anschließenden persönlichen Gespräch kamen Kohler und ich nochmals auf die Deutschland- und Berlinfrage allgemein zu sprechen. Ich fragte Kohler, welche Möglichkeiten er sähe, dem entgegenzuwirken, daß die derzeitige Teilung Deutschlands durch immer längere Fortdauer ein immer größeres Eigengewicht bekomme, und ob er es unter diesem Gesichtspunkt nicht doch für irgendwie möglich halte, den westlichen Friedensplan von 1959[4] wieder zu aktualisieren. Kohler meinte darauf, daß er für den Augenblick keine Möglichkeit sehe, diesen Plan westlicherseits mit einiger Aussicht auf Erfolg wiedervorzubringen. Die Gespräche mit den Sowjets basierten auf einem „agreement to disagree". Sie seien nur der Ausdruck des beiderseitigen Wunsches, angesichts des Auseinanderklaffens der Auffassungen in der grundsätzlichen Frage jedenfalls zu einem modus vivendi für die nächste Zeit zu gelangen, um einen Krieg zu vermeiden. Andererseits verkenne er aber nicht, daß die Zeit, so wie die Dinge lägen, jedenfalls nicht für uns arbeite. Schon zur Zeit von Dulles, dessen Mitarbeiter er gewesen sei, hätten sich deshalb die amerikanischen Überlegungen auf die Frage gerichtet, wie man den Zeitfaktor zugunsten des westlichen Standpunktes in der Deutschlandfrage

[4] Zum Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 54, Anm. 13.

nützen könne. Man habe damals amerikanischerseits immer dafür plädiert, daß die Bundesrepublik sich zu einer „penetration" der Zone entschließe, um sie z. B. durch Lieferungen von Konsumgütern, die sie von den Sowjets nicht erhalten könne, enger an sich, d. h. an die Bundesrepublik, zu binden. Außerdem hätte es sicher nicht der guten Sache genützt, daß so viele gute Kräfte aus der Zone in die Bundesrepublik abgewandert seien, anstatt dort zu bleiben und sich subversiv zu betätigen. In diesem Zusammenhang kam Kohler auch wieder auf den Gedanken engerer Beziehungen der Bundesrepublik zu Polen und zur Tschechoslowakei zu sprechen. Hier wie auch in der von ihm erwähnten engeren Durchdringung der Zone durch uns lägen weit größere Möglichkeiten für die Wiedervereinigung als in Gesprächen mit den Sowjets.

Drahtbericht über die übrigen Fragen besonders.[5]

[gez.] Groepper

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 428

104

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer

700-84.20/182/63 geheim **26. Februar 1963**

Betr.: Besprechung zwischen Staatssekretär Carstens und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin über die amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche in der Berlin-Frage;
hier: Inaussichtnahme technischer Kontakte zwischen Vertretern West- und Ost-Berlins

Bezug: Aufzeichnung Dg II vom 22. Februar 1963
AB-84.20/151[1]/63 geheim[1]

Zu dem Vorschlag von Herrn Brandt, einen Beamten des Senats mit Ost-Berliner Beamten zur Besprechung technischer Fragen Verbindung aufnehmen zu lassen, ist zu bemerken:

1) Es bestehen keine politischen und rechtlichen Bedenken dagegen, daß die *bestehenden* technischen Kontakte fortgesetzt werden, sofern sich dies im Rahmen der Richtlinien hält, die der Senat hierfür durch Beschluß Nr. 728/55 am 4. Juli 1955 erlassen hat (Kontakte ab Senatsdirektor (einschließlich) aufwärts verboten).

2) Von der Erteilung eines Sonderauftrags an einen hierfür besonders benannten Beamten sollte aus nachstehenden politischen Gründen vorläufig abgesehen werden:

[5] Vgl. Dok. 108.

[1] Vgl. Dok. 102.

a) Bundesregierung und Senat sind seit längerer Zeit bemüht, bestimmte Fragen im Rahmen der Gespräche Leopold – Behrendt[2] zur Sprache zu bringen. Zu diesen Fragen gehören z. B. die sogenannten „Erleichterungen" für Berlin.

b) Ulbricht hat in seiner Rede auf dem SED-Parteitag am 15. Januar 1963[3] behauptet, das von uns aufgestellte Junktim „Erweiterung des IZH – Erfüllung politischer Erwartungen" stelle ein „unsittliches Geschäft" dar. Die Herausnahme der „Erleichterungen" aus dem Gespräch Leopold/Behrendt würde demnach ein Eingehen auf das Vorbringen Ulbrichts bedeuten. Die Zone hätte damit einen gewissen Erfolg erzielt. Sie würde behaupten, den Berliner Senat *und* die Bundesregierung zu einer Aufgabe ihres bisherigen Standpunktes veranlaßt zu haben. Unter diesem Gesichtspunkt bestehen also grundsätzliche Bedenken gegen den Plan des Berliner Senats.

c) Ähnliche Bedenken bestehen auf taktischem Gebiet. Unsere Verhandlungsposition gegenüber der Zone ist derzeit nicht ungünstig. Sie dürfte sich infolge der Entwicklung der Wirtschaftslage in der Zone im Laufe der nächsten Monate noch verbessern. Die zunehmende schwere Verschuldung der Zone hat dazu geführt, daß Behrendt bei den Besprechungen am 7. und 14. Februar Herrn Leopold gefragt hat, ob wir bereit seien, eine Vereinbarung über die Verschiebung des Termins für die Kostenabrechnung (30. Juni) zu treffen. Herr Leopold hat festgestellt, daß diese Frage nur in dem größeren Zusammenhang der Gespräche über Swingerhöhung und „politische Erwartungen" behandelt werden könne. Es bleibt daher abzuwarten, ob sich die Zone im Hinblick auf die hohe Verschuldung nicht doch bereitfindet, die Gespräche über das bekannte Junktim fortzuführen.[4]

d) Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen scheint es bis auf weiteres nicht zweckmäßig, daß Herr Brandt die von ihm beabsichtigten Kontakte aufnimmt. Dies würde von der anderen Seite nur als ein Anzeichen unserer Schwäche interpretiert werden. Gegen eine neue Kontakt-Aktion spricht auch, daß uns bei einer Behandlung „technischer" Berliner Probleme im Rahmen der IZH-Verhandlungen ein Druckmittel zur Verfügung steht: die Ausnutzung der erwähnten Verschuldung der Zone. Ein solches Druckmittel steht dem Senat bei direkten Verhandlungen mit dem Ost-Berliner Magistrat *nicht* zur Verfügung.

e) Herr Brandt hat erwähnt, das von ihm angestrebte technische Sondergespräch solle sich auch mit der Frage des Postaustausches West-Berlin/Ost-Berlin befassen. Über diesen Komplex laufen derzeit Verhandlungen zwischen der Landespostdirektion Berlin und der (sowjetzonalen) Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Groß-Berlin.[5] Da sie wegen der Pankower Bemühungen, ihnen einen politischen Akzent zu geben, festzufahren drohen, wurde erwogen, die Frage durch den Kontakt Leopold/Behrendt zu klären. Aus den unter 2c) und d) angeführten verhandlungstaktischen Erwägungen

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 3.

[3] Vgl. dazu Dok. 61, Anm. 3.

[4] Zu den Bemühungen der Bundesregierung, für die Gewährung eines Kredits an die DDR eine Passierscheinregelung für die Bevölkerung von Berlin (West) zu erwirken, vgl. weiter Dok. 180.

[5] Vgl. dazu Dok. 15 und Dok. 91.

scheint es richtig, diesen Versuch zu machen und von einer Übertragung des Klärungsauftrags an die von Herrn Brandt in Aussicht genommene Kontaktstelle vorläufig abzusehen.

3) Sollte sich erweisen, daß die Verhandlungen Leopold/Behrendt zu *keinem* Ergebnis führen, dann könnte unsere Stellungnahme zur Frage neuer technischer Kontakte zwischen beiden Teilen Berlins überprüft werden. Klarheit in dieser Frage dürfte freilich erst in einigen Monaten bestehen (Termin für die Kontenabrechnung 30. Juni!). Aus politischen Gründen wäre daher eine Initiative des West-Berliner Senats vorläufig zurückzustellen.

4) Bei einer etwaigen Kontaktaufnahme müßte alles getan werden, damit Ulbricht nicht einen wie auch immer gearteten taktischen Erfolg in der „Freistadtfrage" behaupten kann. Folgende Vorbeugungsmaßnahmen erscheinen notwendig:

– Die Verhandlungen über die Swing-Erhöhung im IZH müßten zuvor eingestellt sein.

– Die Alliierten müßten dem Berliner Senat das Mandat zur Aufnahme neuer technischer Kontakte aufgrund ihrer Verantwortlichkeit für *Gesamt*-Berlin erteilen (erneute Demonstration der alliierten Verantwortung für Gesamt-Berlin).

– Kontakte des Vertreters des Berliner Senats mit sowjetzonalen Regierungsvertretern wären unter allen Umständen auszuschließen (sonst Gefahr einer Hinnahme der Freistadt-Theorie Pankows[6] und Gefahr einer Anerkennung der Staatlichkeit der SBZ).

– Etwaige Gespräche müßten auf technische Themen beschränkt, die Gespräche durch einen Beamten *unterhalb* des Ranges eines Senatsdirektors geführt werden (zur Vermeidung einer Politisierung des Gesprächs).

5) Ob freilich der Berliner Senat einen Erfolg erzielen kann, sofern er sich an die vorstehenden Grundsätze hält, ist sehr zweifelhaft, da Herrn Ulbricht dann die einzige ihn interessierende Gegenleistung – eine Annäherung an seine Freistadt-Theorie – entgeht. Ein Abgehen von den erwähnten Forderungen erscheint *ausgeschlossen*, da dies nicht nur die Bindungen Berlins an die Bundesrepublik, sondern auch die gesamtdeutsche Verantwortung der Bundesrepublik in Frage stellen würde. Überhaupt sollte bei der Behandlung der Berliner Probleme nicht vergessen werden, daß sich die Dinge unter gesamtdeutschem Gesichtspunkt mitunter anders ansehen, als unter dem spezifischen Berliner Gesichtspunkt, so verständlich dieser sein mag. Im Hinblick auf den übergeordneten gesamtdeutschen Aspekt ist jedenfalls die Fortführung der Gespräche Leopold/Behrendt immer noch die beste Lösung. Der Brandtsche Vorschlag stellt demgegenüber den Berliner Lokalaspekt stärker in den Vordergrund.

6) Grundsätzlich wäre zu bemerken:

Die Erfolgschancen eines jeden Gesprächs mit Pankow dürften um so größer sein, je weniger den Pankower Machthabern die Möglichkeit gegeben wird, auf die begreifliche Ungeduld der schwer belasteten Berliner Bevölkerung zu

[6] Zum sowjetischen Vorschlag einer „Freien Stadt" Berlin (West) vgl. Dok. 3, Anm. 7.

spekulieren. Wahrscheinlich hat die von bestimmten Senatskreisen geförderte Diskussion über die „Erleichterungen" das ihre getan, um diese Stimmung der Ungeduld zu stärken. Die Kommunisten interpretieren jedenfalls den Wahlausgang in Berlin[7] als ein Mandat der Berliner an den Senat zur Einleitung von Gesprächen. Sie fühlen sich infolgedessen in einer stärkeren Position. Wenn der Senat eine erfolgreiche Inangriffnahme des Themas der „Erleichterungen" wünscht, dann sollte er jetzt nach Möglichkeit die Ungeduld der Bevölkerung zu zügeln suchen. Gute Nerven und der vorläufige Verzicht auf eine Vertiefung der Diskussion über die „Erleichterungen" können der auch von uns unterstützten Zielsetzung des Senats nur nützen.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[8] weisungsgemäß vorgelegt. Abteilung V hat mitgezeichnet.

Reinkemeyer

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 45

105

Gespräch des Ministerialdirigenten Reinkemeyer mit dem amerikanischen Gesandten Morris

D II-82.00-94.13/263/63 VS-vertraulich **26. Februar 1963[1]**

Betr.: Deutsch-jugoslawisches Verhältnis

Der amerikanische Geschäftsträger, Gesandter Morris, suchte mich in Vorbereitung seines auf heute nachmittag angesetzten Besuches bei Staatssekretär Carstens heute vormittag auf, um mir einige Informationen zur Frage des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses zu übermitteln.

Auf Weisung des State Departments hat der politische Botschaftsrat der amerikanischen Botschaft in Belgrad[2] am 22. Februar ein Gespräch mit Kljun[3] geführt, in dem er auf die kürzlichen Äußerungen Kljuns gegenüber einem

[7] Zum Ausgang der Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 17. Februar 1963 vgl. Dok. 101, Anm. 11.

[8] Hat Staatssekretär Carstens am 28. Februar 1963 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Krapf verfügte: „Bitte H[errn] Sen[ator] Schütz von Vorst[ehendem] unterrichten."
Dazu stellte Ministerialdirigent Reinkemeyer am 13. März 1963 fest: „Die Weisung des Herrn Staatssekretärs ist heute von mir in Gegenwart von LR I Oncken gegenüber Senator Schütz ausgeführt worden. Herrn D II m[it] d[er] Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt." Hat Krapf am 13. März 1963 vorgelegen.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Reinkemeyer gefertigt.
Dazu seine handschriftliche Bemerkung vom 28. Februar 1963: „Herrn D II nach R[ückkehr] vorzulegen."

[2] Alexander C. Johnpoll.

[3] Edward Kljun war Adjutant des jugoslawischen Staatspräsidenten Tito und ehemaliger Leiter der „Abteilung für die Wahrnehmung jugoslawischer Interessen" bei der schwedischen Botschaft in Bonn (Schutzmachtvertretung).

Mitglied der amerikanischen Botschaft zurückkam. Der Amerikaner erklärte Kljun u. a., es sei natürlich Sache der jugoslawischen Regierung, ihre eigene Außenpolitik festzulegen. Es sei aber zu hoffen, daß sie dabei sehr sorgfältig prüfe, ob eine Vergeltungspolitik in dem von Kljun angedrohten Sinne[4] in ihrem Interesse liege. Sie könne nämlich eine Kettenreaktion in Gang setzen. Die USA hätten sich um bessere Beziehungen zu Jugoslawien bemüht und hätten auch mit der Bundesrepublik und anderen Verbündeten im Sinne einer Verbesserung der Beziehungen dieser Länder zu Jugoslawien gesprochen.[5] Sie seien auch bereit, ihre Bemühungen zugunsten Jugoslawiens im Hinblick auf die EWG und die OECD fortzusetzen. Jedoch könnten diese Bemühungen nicht fortgesetzt werden, wenn Jugoslawien seine Drohungen verwirkliche.

Kljun antwortete, er bedauere, wenn das angedrohte Vorgehen gegen die Bundesrepublik als Angriff auf die USA ausgelegt würde. Sei seien glücklich, wenn die USA ihre Einwirkung auf die Bundesrepublik fortsetze. In den Beziehungen Jugoslawiens zur Bundesrepublik sei aber jetzt der Punkt überschritten, wo es mit ein paar „Brotkrumen vom Tische" der Bundesrepublik getan sei. Die Bundesrepublik müsse den wirklichen Wunsch zu erkennen geben, Jugoslawien zu verstehen und bessere Beziehungen mit ihm zu haben. Einige Dinge könnten ohne Verletzung der Hallstein-Doktrin[6] getan werden. Sie hätte im übrigen den Eindruck, daß die Hallstein-Doktrin eine immer extensivere Anwendung erfahre. Jetzt sage man sogar, daß Jugoslawien wegen der Hallstein-Doktrin keine Kredite der Bundesrepublik bekommen könne. Früher habe die Hallstein-Doktrin solchen Krediten nicht entgegengestanden. Man könne zur Kreditgewährung Finanzinstitute verwenden. Das Entscheidende sei nicht die Höhe der Beträge, sondern die Demonstration des allgemeinen guten Willens und des Verständnisses.

Ihre Geduld, so fuhr Kljun fort, sei nun erschöpft. Er zählte folgende Fälle negativen Verhaltens der Bundesregierung auf:

1) Die Bundesregierung habe sich geweigert, das Handelsabkommen[7] fortzusetzen.

[4] Botschafter Knappstein, Washington, berichtete hierzu am 26. Februar 1963, Kljun habe die amerikanische Botschaft in Belgrad darüber informiert, daß die jugoslawische Regierung beschlossen hätte, „unter den nichtgebundenen Ländern eine Kampagne zu eröffnen mit dem Ziel der Anerkennung der Zone. Außerdem beabsichtige man, bei den Vereinten Nationen Klagen gegen die Bundesregierung vorzubringen, weil sie Mitglieder der Ustaschi-Bewegung beherberge und eine unfreundliche Gesetzgebung in Sachen der Wiedergutmachung an jugoslawische Bürger betreibe. Es seien weitere Maßnahmen geplant, so z. B. eine Einschränkung des deutschen Sprachunterrichts in jugoslawischen Schulen. Außerdem würde man jugoslawische Studenten aus der Bundesrepublik zurückrufen und die diplomatische Mission mit der Zone im Rang erhöhen. Schließlich erwäge man, die beiderseits noch vorhandenen Vertreter bei Handelsmissionen und Konsulaten zurückzuziehen." Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 198; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Der amerikanische Gesandte Morris übergab Ministerialdirektor Krapf am 2. Januar 1963 eine Aufzeichnung über die Auffassung des amerikanischen Außenministeriums zu Jugoslawien und zum künftigen deutsch-jugoslawischen Verhältnis. Vgl. Abteilung V (V 2), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 19, Anm. 3.

[7] Für den Wortlaut des Vertrags mit Jugoslawien vom 10. März 1956 über wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 967.

2) Sie habe auf die jugoslawische Forderung nach Wiedergutmachung nicht reagiert.

3) Sie habe die jugoslawische Note wegen des Attentats gegen die jugoslawische Schutzmachtvertretung[8] einfach ignoriert. Sie habe die Jugoslawen über den Fortgang des Verfahrens nicht auf dem laufenden gehalten, ihnen den Namen der Verhafteten nicht mitgeteilt und ähnliches mehr.

4) Die Bundesregierung habe die vor 18 Monaten übersandte jugoslawische Note wegen Menschenversuchen nicht beantwortet.

5) Die Bundesregierung habe die Errichtung einer jugoslawischen ständigen Handelsmission in Düsseldorf dadurch verhindert, daß sie dem Leiter keinen Sichtvermerk erteilte.

Kljun sagte abschließend, zögernd und voll Bedauern würden sie in die antideutsche Kampagne eintreten. Wenn sie in den nächsten Wochen (Morris wies auf die Verlängerung der angedrohten Frist hin) nicht Zeichen guten Willens der Bundesregierung sähen, bleibe ihnen keine Wahl.

Der Gesprächspartner Kljuns, der politische Botschaftsrat der amerikanischen Botschaft, hatte auf Grund dieses Gesprächs den Eindruck, daß Kljun auf Weisung handelte.

Morris erklärte weiter, das State Department habe zu dem gegenwärtigen Stand der deutsch-jugoslawischen Beziehungen folgende Erwägungen angestellt:

Amerikanischerseits hoffe man, daß man der angedrohten Entwicklung in den deutsch-jugoslawischen Beziehungen zuvorkommen könne. Man glaube, daß es im gemeinsamen Interesse der freien Welt sei, eine vorschnelle jugoslawische Entscheidung zu verhindern. Man frage sich daher, ob wohl die Bundesregierung, ohne die Hallstein-Doktrin zu verletzen, einige Dinge tun könne. Man stelle folgende Anregungen zur Erwägung:

1) Die deutsch-jugoslawische gemischte Kommission[9] zusammentreten zu lassen.

2) Vielleicht in der EWG und in der OECD sich etwas positiver gegenüber jugoslawischen Belangen zu verhalten.

Zu Punkt 2 meinte Morris, er wisse von dem Botschaftsrat für wirtschaftliche Angelegenheiten der amerikanischen Botschaft Cronk, daß Ministerialdirek-

[8] Am 29. November 1962 verübte eine kroatische Emigrantenorganisation ein Attentat auf das Gebäude der „Abteilung für die Wahrnehmung jugoslawischer Interessen" in der ehemaligen jugoslawischen Botschaft in Bad Godesberg. In einer dem Auswärtigen Amt am 30. November 1962 von der schwedischen Botschaft, die seit dem Abbruch der deutsch-jugoslawischen Beziehungen am 19. Oktober 1957 die Interessen als Schutzmacht wahrnahm, übermittelten Note protestierte die jugoslawische Regierung gegen den Vorfall und forderte Schadenersatz. In einem Memorandum vom 5. Dezember 1962 nahm sie noch einmal ausführlich zu den Vorfällen Stellung. Für den Wortlaut des Memorandums vgl. Referat II A 5, Bd. 574. Vgl. dazu die Erklärung des Auswärtigen Amts vom 1. Dezember 1962; BULLETIN 1962, S. 1887.
Als Reaktion auf das Attentat wurde am 13. März 1963 die „Kroatische Kreuzer-Bruderschaft" verboten. Vgl. BULLETIN 1963, S. 417.

[9] Nach Artikel IX des Waren- und Zahlungsabkommens mit Jugoslawien vom 11. Juni 1952 war die Einrichtung einer gemischten Kommission vorgesehen, die neben der Überwachung der Einhaltung des Abkommens die Aufgabe hatte, Vorschläge für die Verbesserung der Handelsbeziehungen zu unterbreiten. Zusammentreten sollte sie auf Vorschlag eines der beiden Vertragspartner. Vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 169 vom 2. September 1952, S. 1.

tor Reinhardt im Bundeswirtschaftsministerium sich sehr negativ zu dieser Frage einstelle. Für ihn sei Tito einfach ein Kommunist und deshalb nicht unterstützungswürdig.

Zum Abschluß erwähnte Morris, Botschafter Kennan habe für den Fall, daß wir der jugoslawischen Kampagne zuvorkommen wollten, folgende Anregungen gemacht. Wir könnten uns entweder in dem einen oder anderen jugoslawischen Vorbringen etwas entgegenkommender zeigen, oder wir könnten eine private informelle Diskussion mit den Jugoslawen abhalten. Dafür komme entweder Georgijevic oder Bock in Frage. Wir sollten die zweite Möglichkeit nicht von vornherein ausschließen. Denn bei einer solchen Diskussion könnten wir ja auch eigene Gravamina vorbringen. Kennan stelle im übrigen seine Dienste zur Verfügung.

Morris wies noch darauf hin, daß es wohl in unserem gemeinsamen Interesse sei, Indiskretionen bezüglich der Äußerung Kljuns zu vermeiden.

Ich antwortete Morris, daß die Äußerungen Kljuns die ganze Angelegenheit erheblich kompliziert hätten. Wir hätten schon vor Bekanntwerden seiner Äußerungen Erwägungen angestellt, wie wir gegenüber den Jugoslawen auf einer mittleren Linie prozedieren könnten. Es komme jetzt aber darauf an, unter allen Umständen den Eindruck bei den Jugoslawen zu vermeiden, daß wir ihrem Druck nachgäben. Denn wenn sie diesen Eindruck erhielten, würden sie es auch ein zweites Mal versuchen.

Zur Sache selbst meinte ich, unsere bisherigen Überlegungen, die aber vorläufiger Natur seien und noch nicht die Billigung des Staatssekretärs erhalten hätten, bewegten sich etwa auf folgender Linie:

Man könne den Jugoslawen drei Noten übermitteln. In der ersten gäbe man die Antwort auf die jugoslawische Protestnote gegen das Attentat vom 29. November 1962.

In der zweiten Note stimme man dem Antrag der Jugoslawen zu, die deutsch-jugoslawische Kommission zusammentreten zu lassen.

In der dritten Note lehne man zwar den Abschluß eines Wiedergutmachungsabkommens ab, biete aber gleichzeitig an, die Entschädigung für die jugoslawischen Opfer von Menschenversuchen zu erhöhen.

Durch eine solche Koppelung von Ablehnung und Zustimmung zwinge man die Jugoslawen, vorsichtig zu prozedieren.[10]

[10] Im Drahterlaß vom 27. Februar 1963 an die Botschaft in Washington skizzierte Ministerialdirigent Reinkemeyer die geplanten diplomatischen Initiativen gegenüber Jugoslawien. Er wies auf die Absicht hin, dem jugoslawischen Wunsch nach Einberufung der gemischten Kommission zu entsprechen und die Bereitschaft zu bekunden, die Entschädigung für die Opfer von nationalsozialistischen Menschenversuchen zu erhöhen, ohne allerdings eine formelle Wiedergutmachungsvereinbarung abzuschließen. Über die amerikanische Botschaft in Belgrad sollte der jugoslawischen Seite zugleich signalisiert werden, daß die Eröffnung einer neuen Kampagne gegen die Bundesrepublik das „sichere Ende" aller deutschen Initiativen bedeuten würde. Vgl. Abteilung V (V 2), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963.
Der amerikanische Botschaftsrat wurde daraufhin bei der jugoslawischen Regierung vorstellig und wies darauf hin, „daß der kürzlich von Herrn Kljun ausgeübte Druck nur dazu geeignet sei, eine günstige Entwicklung zu hemmen". Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Krafft von Dellmensingen vom 4. März 1963; Referat II A 5, Bd. 574.

Morris sprach sich über diese Erwägungen sehr positiv aus und meinte, daß sie auf der Linie ihrer eigenen Überlegungen lägen.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[11] mit der Bitte um Kenntnisnahme und dem Vorschlag vorgelegt, dem Gesandten Morris heute zu erklären, daß wir entsprechend den vor mir gegenüber Morris kurz skizzierten Gedanken (vgl. Aufzeichnung der Abteilung II vom 21. Februar – 705-82.00-94.13/246/63 VS-vertraulich[12]) prozedieren werden.[13]

Reinkemeyer

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 198

106

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 388/63 geheim **27. Februar 1963[1]**

Betr.: Berlinklausel im deutsch-französischen Vertrag[2]

Ich habe Botschafter de Margerie am 26. Januar folgendes vorgeschlagen:

In der Konsultationsbesprechung der drei Westmächte mit uns in Bonn sollte der Vertreter des Auswärtigen Amts erklären, daß der deutsch-französische Vertrag die Rechte und Verantwortlichkeiten der drei Westmächte in Berlin und mit Bezug auf Berlin nicht beeinträchtige.[3] Der französische Vertreter sollte diese Erklärung bestätigen. Danach sollten der englische und amerikanische Vertreter erklären, daß sie unter dem Gesichtspunkt ihrer besonderen Verantwortlichkeiten und Rechte in Berlin keine Bedenken gegen die vorgese-

[11] Hat Staatssekretär Carstens am 27. Februar 1963 vorgelegen.

[12] Vgl. Abteilung V (V 2), VS-Bd. 221.

[13] Für den Wortlaut der Noten, die am 11. März 1963 von Ministerialdirektor Krapf in der schwedischen Botschaft übergeben wurden, vgl. Referat II A 5, Bd. 574. Zur Reaktion des jugoslawischen Außenministers Popovic vgl. den Vermerk des Ministerialdirektors Krapf vom 22. März 1963; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 198. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 12. März 1963 für Bundeskanzler Adenauer über die künftige Gestaltung der Beziehungen zu Jugoslawien; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 198.
Vgl. weiter Dok. 209.

[1] Der Vermerk diente als Vorlage für einen Drahterlaß, der am 1. März 1963 an die Botschaften Paris, London, Washington, Moskau und Paris (NATO) geschickt wurde. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3. Für den Wortlaut der Berlin-Klausel vgl. Dok. 50, Anm. 12.

[3] Diese Befürchtung war von amerikanischer Seite geäußert worden. Am 1. Februar 1963 berichtete Botschafter Knappstein aus Washington, „daß im State Department Bedenken gegen die Berlin-Klausel des deutsch-französischen Vertrags unvermindert fortbestehen". Ein Gutachten des Rechtsberaters im amerikanischen Außenministerium sei in Arbeit, und die Stellungnahme der Bundesregierung zu dieser Frage solle möglichst vor dessen Fertigstellung erfolgen. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

hene Einbeziehung Berlins in den deutsch-französischen Vertrag, d. h. ohne die Verteidigungsfragen, hätten.

Botschafter de Margerie wird mir in Kürze eine Antwort geben.[4]

Hiermit dem Herrn Minister[5] zur gefälligen Kenntnis.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

107

Staatssekretär Carstens an die Botschaft in London

St.S. 387/63 geheim **Aufgabe: 27. Februar 1963, 17.30 Uhr**
Fernschreiben Nr. 95
Citissime

1) Was können wir gegen die wiederholten Erklärungen Wilsons über eine de-facto-Anerkennung der SBZ und der Oder-Neiße-Linie[1] unternehmen? Ich bitte um Vorschlag.[2]

2) In früheren Unterhaltungen mit englischen Gesprächspartnern habe ich gelegentlich darauf hingewiesen, daß das Vertragswerk von 1954[3] als ein einheitliches Ganzes anzusehen sei. Dazu gehörten

[4] Staatssekretär Carstens vermerkte am 7. März 1963 für den Leiter des Referats „Wiedervereinigung", Oncken: „Der französische Botschafter teilt mit, daß die Franzosen mit meinem Vorschlag einer Behandlung der Angelegenheit in der Konsultationsgruppe in Bonn einverstanden sind. Sie bitten, daß unser Vertreter sich mit dem französischen Vertreter wegen der abzugebenden Erklärungen abstimmt. Sie verweisen uns auf eine Aufzeichnung, die wir am 7. März 1962 der NATO zugeleitet haben. Daraus ergibt sich, daß die Bundesrepublik in der Vergangenheit 7 Verträge mit Frankreich, 9 Verträge mit den USA, 9 Verträge mit Großbritannien geschlossen habe, in denen jeweils eine Berlinklausel vorkommt." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu weiter Dok. 132.

[5] Hat Bundesminister Schröder am 6. März 1963 vorgelegen.

[1] Der Vorsitzende der Labour Party, Wilson, äußerte sich am 22. Februar 1963 zu der Frage, welche Gegenleistungen der Westen zu bieten bereit sei, um von der UdSSR weitergehende Garantien über die Sicherung der Zugangswege nach Berlin (West) zu erhalten. Er erklärte, hierbei sei auch an eine De-facto-Anerkennung der DDR sowie der Grenzen Deutschlands mit Polen und der Tschechoslowakei zu denken. Vgl. AdG 1963, S. 10438.
Zur Haltung von Wilson vgl. auch Dok. 201.

[2] Ministerialdirektor Jansen gab am 28. Februar 1963 ein Gespräch mit dem neuen britischen Botschafter in der Bundesrepublik wieder. Roberts erklärte, „man solle die Bemerkungen nicht zu ernst nehmen. Wilson habe das Bedürfnis, als neuer Oppositionsführer von sich reden zu machen. Auf der Suche nach Möglichkeiten, mit den Sowjets zu einem Arrangement zu kommen, neigten die Labour-Politiker dazu, von der Anerkennungsfrage zu sprechen. Wenn man allerdings präzise frage, stelle sich meist heraus, daß auch sie den Sowjets nicht einfach nachgeben wollten." Vgl. Abteilung I (I A 4/I A 5), VS-Bd. 64; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Für den Wortlaut der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 7127–7138 und S. 7171–7181.

a) das gemeinsam vereinbarte Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands,

b) die Nichtanerkennung der SBZ,

c) die Aufschiebung der endgültigen Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland

d) der deutsche Verzicht auf die Herstellung von ABC-Waffen.

Gibt man Teile dieser gemeinsamen Politik preis, so stellt man damit das Ganze in Frage.

Ich habe festgestellt, daß diese Argumentation auf einige meiner Gesprächspartner starken Eindruck machte. Sollte man Wilson gegenüber die gleichen Argumente verwenden?

Ich bitte auch hierzu um Stellungnahme.[4]

Carstens[5]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 317

[4] Gesandter Thierfelder berichtete am 1. März 1963 aus London über Gespräche des SPD-Abgeordneten Erler mit Harold Wilson und anderen Labour-Politikern über deutschlandpolitische Probleme. Ziel der Unterredungen sei es gewesen, die britische Seite auf die Konsequenzen „weicher Stellungnahmen" zur Frage der Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Linie aufmerksam zu machen. Mit dem Ergebnis zeigte sich Thierfelder zufrieden und riet Staatssekretär Carstens deshalb von weiteren Erörterungen mit Wilson ab. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 317; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Paraphe vom 27. Februar 1963.

108

Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder

114-1/1603/63 geheim
Fernschreiben Nr. 153
Citissime

Aufgabe: 27. Februar 1963, 18.00 Uhr
Ankunft: 27. Februar 1963, 18.30 Uhr

Ausschließlich für Minister und Staatssekretär[1]

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 148 vom 26. 2. 1963[2]

In Fortsetzung des Bezugsdrahtberichts wiedergebe ich nachfolgend Verlauf des gestrigen Gesprächs Kohlers mit Gromyko in der Röhrenfrage:

1) Gromyko hatte bekanntlich (vgl. Drahtbericht Nr. 128 vom 16. 2. 63 geh.[3]) Kohler vor dessen Abreise nach Washington gebeten, dort das persönliche Interesse Chruschtschows an einer zufriedenstellenden Regelung der Frage des Exports von Großröhren aus der Bundesrepublik und aus anderen Ländern in die Sowjetunion zum Ausdruck zu bringen. Unter Bezugnahme auf diese Bitte Gromykos hat Kohler diesem gegenüber gestern ein Statement abgegeben, das sich inhaltlich mit dem im vorerwähnten Drahtbericht skizzierten deckt. Er habe hierbei besonders unterstrichen, daß die Vereinigten Staaten für den Fall, daß die Spannungen in der Welt nachlassen sollten, ihre Haltung in dieser Frage überprüfen würden. Ebenso habe er Wert auf die Feststellung gelegt, daß die Frage der Röhrenlieferungen an die Sowjetunion zwar in der NATO erörtert worden sei[4], daß jedoch alle beteiligten Staaten, die ihrerseits in dieser Frage irgendwelche Maßnahmen ergriffen hätten, hierbei aus eigener Initiative und in Wahrung ihrer nationalen Interessen gehandelt hätten. Schließlich habe er betont, daß die Frage in Washington auf höchstem Level sorgfältig geprüft worden sei. In seiner Erwiderung habe Gromyko erklärt, daß er Chruschtschow von der ihm durch Kohler übermittelten Antwort der USA-Regierung verständigen wolle. Anschließend habe er ausgeführt, es sei ein großer Irrtum anzunehmen, daß die sowjetische Wirtschaft durch die Unterbindung der Röhrenlieferungen in ihrer Planung beeinträchtigt („sabotaged") werden könne. Dies sei keineswegs der Fall. Er sei dann insbesondere auf die noch unausgeführten Lieferungen aus der Bundesrepublik zu sprechen gekommen, gegen die sich die Vereinigten Staaten gewandt hätten.

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 28. Februar 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[undes]K[anzler]A[mt]? Bitte R[ücksprache]." Er ließ den Drahtbericht an die Ministerialdirektoren Jansen, Krapf und Sachs weiterleiten.
Hat Staatssekretär Lahr am 1. März 1963 vorgelegen, der für Sachs handschriftlich verfügte: „Bitte Aufzeichnung über Aufzeichnung Sir Patrick Reilly". Vgl. VS-Bd. 8396 (III A 6). Der Drahtbericht lag dem Vertreter von Sachs, Ministerialdirigent Keller, am 4. März 1963 vor.
Zur Aufzeichnung vom 5. März 1963 über die Stellungnahme des stellvertretenden Staatssekretärs im britischen Außenministerium, Reilly, vgl. Dok. 124, Anm. 17.

[2] Vgl. Dok. 103.

[3] Vgl. Dok. 96.

[4] Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 5.

Durch die Unterbindung dieser Röhrenlieferungen werde lediglich die deutsche Industrie selbst betroffen. Die sowjetische Wirtschaft werde hingegen dadurch nicht beeinträchtigt. Für die Sowjetregierung handele es sich hier nur um eine Frage des Prinzips. In diesem Zusammenhang habe Gromyko darauf verwiesen, daß die Vereinigten Staaten sich in den Reden ihrer offiziellen Vertreter immer für eine Zusammenarbeit aussprächen. Zu diesen Reden stände jedoch ihr Druck auf andere Staaten, keine Röhren zu liefern, in krassem Widerspruch. Die Sowjetunion protestiere hiergegen und hätte deshalb Kohler vor seiner Reise nach Washington gebeten, diese Frage dort zur Sprache zu bringen. Die Antwort Kohlers sei nicht klar, insbesondere seine Erklärung, daß die Vereinigten Staaten ihre Haltung eventuell überprüfen würden. Solle dies etwa bedeuten, daß die Vereinigten Staaten das Problem noch für eine Anzahl von Jahren „under consideration" hielten?

Kohler habe hierauf erwidert, daß die Vereinigten Staaten gegen die Lieferung der Röhren nicht wegen ihrer wirtschaftlichen, sondern lediglich wegen ihrer militärischen Bedeutung seien. Er habe sich dann nochmals gegen den Vorwurf gewandt, daß die Vereinigten Staaten in dieser Frage Druck auf andere Staaten ausübten. Richtig sei lediglich, daß das Problem in der NATO erörtert worden sei. Er sei insbesondere überrascht von Gromykos Bemerkung, daß die Vereinigten Staaten in dieser Frage Druck auf Bundeskanzler Adenauer ausgeübt hätten: Die Sowjets behaupteten sonst doch immer, daß umgekehrt Adenauer seinerseits Druck auf die Vereinigten Staaten ausübe! Abschließend habe er erklärt, daß die Vereinigten Staaten auf ihrem Standpunkt beharren müßten, so lange die derzeitige Spannung fortdauere. In diesem Zusammenhang habe er speziell die Berlin-Frage erwähnt und bemerkt, daß ein Nachlassen der Spannung in Mitteleuropa Anlaß zu der vorbehaltenen Überprüfung der amerikanischen Haltung geben könne.

Gromyko hat diese Erklärungen Kohlers als nicht zufriedenstellend bezeichnet. Kohler hat ihm darauf gesagt, daß er das seiner Regierung berichten wolle.

Nach Mitteilung Kohlers hat das Gespräch über die Röhrenlieferungen mehr Zeit in Anspruch genommen als die Erörterung aller anderen Probleme insgesamt.

2) In anschließender Erörterung der Röhrenfrage setzte ich die anderen Botschafter in großen Zügen von meinem kürzlichen Gespräch mit Patolitschew (vgl. Drahtbericht Nr. 94 vom 2. 2. 1963 geh.[5]) in Kenntnis sowie davon, daß die Sowjets auch deutsche Industrielle, die über andere Geschäfte hier verhandelten, im gleichen Sinne ansprächen, um sie für ihre Zwecke mobil zu machen. Trevelyan bemerkte dazu, ihm sei persönlich bekannt, daß die Sowjets zwei andere Länder wechselseitig gegeneinander ausgespielt hätten; in beiden Fällen seien die entsprechenden Angaben völlig aus der Luft gegriffen gewesen. Er fügte hinzu, daß Großbritannien in der Röhrenfrage einen von dem der Vereinigten Staaten abweichenden Standpunkt vertrete. Er sagte jedoch nicht, daß Großbritannien seinerseits der Sowjetunion Röhren liefern werde.[6]

[5] Vgl. Dok. 72.

[6] Zur Frage britischer Röhrenlieferungen an die UdSSR vgl. weiter Dok. 131.

3) In späterem persönlichem Gespräch mit mir unterstrich Kohler nochmals die besondere Bedeutung, die der Haltung der Bundesregierung in dieser Frage zukomme. Es handele sich hier zwar um eine Sache, die alle angehe („a collective stake"), die Bundesrepublik sei jedoch davon am meisten betroffen („the biggest stake in this is the German stake"), zumal die geplante „Freundschafts-Pipeline" sich auf deutsches Territorium erstrecken[7] solle. Wenn die Röhrenlieferungen durchgeführt würden, gäbe es praktisch auf diesem Gebiet kein Embargo mehr. In Amerika werde man dann sagen, „what the hell shall we fight for?" Im übrigen maß Kohler aber auch dem Gesichtspunkt der Solidarität Bedeutung bei. Amerikanischerseits lege man jedoch andererseits Wert darauf, daß wir unsere Haltung mit unseren eigenen nationalen Interessen begründeten und uns nicht hinter den Amerikanern verschanzten. Aus diesem Grunde habe er Gromyko gegenüber ja auch betont, daß die beteiligten Länder nicht von Amerika unter Druck gesetzt seien, sondern ihre Entscheidung aus freien Stücken mit Rücksicht auf ihre nationalen Belange getroffen hätten.

Zu einer möglichen Gefährdung des übrigen deutsch-sowjetischen Handels im Falle einer Unterbindung des Röhrenexports meinte Kohler, daß die Sowjets von uns nur solche Waren bezögen, die sie in gleicher Qualität woanders nicht beziehen könnten.[8]

4) Mit Rücksicht auf mein besonderes Vertrauensverhältnis zu Kohler, das anderenfalls zwangsläufig in Frage gestellt wäre, bitte ich diesen bei etwaiger Verwendung seiner persönlichen Äußerungen mir gegenüber keinesfalls gegenüber Stellen außerhalb des Auswärtigen Amtes zu nennen oder auch nur als mögliche Quelle erkennen zu lassen. Ebenso ist mir aus Gründen, über die ich noch berichten werde, daran gelegen, daß auch mein Name in diesem Zusammenhang dritten Stellen nicht genannt wird.

[gez.] Groepper

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438

[7] Zum Verlauf der „Freundschaftslinie" vgl. Dok. 11, Anm. 12.

[8] Vgl. dazu weiter Dok. 116.

109

Ministerialdirektor Allardt, z. Z. Warschau, an das Auswärtige Amt

114-1/1616/63 geheim
Fernschreiben Nr. 44
Citissime

Aufgabe: 27. Februar 1963, 21.20 Uhr
Ankunft: 28. Februar 1963, 00.20 Uhr

Heutige ausführlichere politische Diskussion mit Modrzewski, der offensichtlich aufgrund neuester Instruktionen argumentierte, mündete wieder in Grenzfrage aus.

Auf meine Bemerkung, daß mir die sterile Aggressivität der polnischen Politik gegenüber Bundesrepublik, wie sie sich in polnischer Note an Frankreich[1] und Genfer Rede stellvertretenden Außenministers Naszkowski[2] erneut manifestiere, unverständlich sei, erwiderte er, ich verkenne die polnische Mentalität: Ganz Polen sei besessen von der Angst vor einem neuen deutschen Angriffskrieg und mehr denn je überzeugt, daß die enormen deutschen Rüstungsanstrengungen sich ausschließlich gegen Polen richteten. Diese Politik der Bundesrepublik zwinge Polen zu einer viel stärkeren Annäherung an Sowjetunion, als sie in der relativ „broadminded" Ära Chruschtschows vermutlich notwendig und jedenfalls dem politischen wie wirtschaftlichen Interesse Polens – auch nach Auffassung Gomulkas – zuträglich sei. Außerdem verhindere die offene Grenze den kontinuierlichen Aufbau der Westgebiete und erzeuge eine latente Nervosität der ganzen polnischen Nation, die ihren Ausdruck leider aber unvermeidlich in der „sterilen Aggressivität" finde. Würden wir die Grenze anerkennen, würde sich die polnische Haltung uns gegenüber grundlegend wandeln, und wir würden im kommunistischen Bereich einen aufrichtigen Freund gewinnen, dessen Einfluß in Moskau nicht über-, aber auch nicht unterschätzt werden dürfe.

Daß Polen auf absehbare Zeit kommunistisch bleibe, sei nicht zu bezweifeln, obwohl der Kommunismus nicht sehr viele Anhänger habe. Aber Gomulka habe ein undiskutables Terrorregime durch ein akzeptabel liberales Regime ersetzt; er habe Rokossowski[3] „chassé du pays" und genieße daher als Pole, Realist und Nationalkommunist eine Popularität, die diejenige seiner politischen Überzeugung weit übertreffe.

[1] Für den Wortlaut der polnischen Protestnote vom 25. Februar 1963 gegen den deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. ZBIÓR DOKUMENTÓW 1963, S. 72–78.

[2] Am 25. Februar 1963 behauptete Naszkowski vor der Vollversammlung der Genfer Abrüstungskonferenz, die Bundesrepublik strebe nach dem Besitz von Atomwaffen, und äußerte Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Produktionsverzichts der Bundesrepublik von 1954. Vgl. dazu den Drahtbericht des Legationsrats Diesel, z. Z. Genf, vom 26. Februar 1963; Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 283; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Der gebürtige Pole Konstantin K. Rokossowski wurde 1944 Marschall der Sowjetunion und war von 1949 bis 1956 polnischer Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der Armee. 1956 verlor er seine Ämter und kehrte in die UdSSR zurück, wo er bis 1962 das Amt des Stellvertretenden Verteidigungsministers innehatte.

Unsere Unterhaltung in Genf über die Grenzfrage[4] habe hier viel Stoff zum Nachdenken geliefert, aber doch die Kernfrage, wann die Bundesrepublik zu Verhandlungen über die Grenze bereit sei, ungelöst gelassen. Immerhin begreife man jetzt besser als zuvor und vor allem auch unter dem Eindruck des Wahlergebnisses der SED in West-Berlin[5], daß es für die Bundesrepublik schwer sei, die DDR anzuerkennen. Andererseits müßte doch der sowjetische Vorschlag, den beiden deutschen Staaten die Beseitigung ihrer internen Probleme selbst zu überlassen[6], unter den nun einmal gegebenen Verhältnissen auch für uns der beste Ausweg sein. Je unpopulärer das Ulbricht-Regime sei, um so günstiger sei doch die Chance für uns, in direkten Verhandlungen seine Ablösung durch ein liberaleres, der Wiedervereinigung geneigteres durchzusetzen.

Ich erwiderte, das Beispiel Rokossowski, eines gebürtigen Polen sowjetischer Staatsangehörigkeit, gebe Gelegenheit, auf die Parallelität der Fälle hinzuweisen. Ulbricht sei (was Modrzewski äußerst überraschte) als gebürtiger Deutscher sowjetischer Staatsangehörigkeit ein subalterner Satrap Moskaus und von den Deutschen seines Herrschaftsbereiches dermaßen verachtet, daß es für jegliche Bundesregierung nicht nur unmöglich, sondern vor allem auch ganz nutzlos sei, ihn als Verhandlungspartner zu akzeptieren; ebenso sei es offenbar für Polen unmöglich gewesen, sich mit einem sowjetischen Kriegsminister abzufinden. Solange aber die Wiedervereinigung nicht durchgeführt sei, könnten weder Verhandlungen über die deutsche Ostgrenze, geschweige denn eine Anerkennung der derzeitigen Grenzziehung erwogen werden.

Modrzewski replizierte, daß das kleine Polen immerhin die große Sowjetunion gezwungen habe, Rokossowski zurückzuziehen, ein Vorgang, der vielleicht geeignet sei, die Führung der Bundesrepublik nachdenklich zu stimmen.

Modrzewski schloß die Diskussion mit dem Hinweis, in der vorgesehenen Unterhaltung zwischen dem stellvertretenden Außenminister Winiewicz und mir (vgl. Fernschreiben Nr. 34 vom 17. 2.[7]) würden diese für Polen brennenden Fragen vermutlich noch wesentlich vertieft werden.[8]

[gez.] Allardt

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 199

[4] In der Unterredung vom 8. November 1962 mit dem polnischen Stellvertretenden Außenhandelsminister äußerte Ministerialdirektor Allardt, „daß keine bundesdeutsche Regierung in Gespräche über die deutsch-polnische Grenzregelung im Sinne des Potsdamer Abkommens eintreten werde, solange ihr von sowjetischen Truppen der Zugang zu den Grenzgebieten verwehrt würde". Auf die Frage von Modrzewski, ob er Staatspräsident Zawadzki berichten könne, „que le Gouvernement fédéral sera disposé de discuter le problème de la frontière après la Réunification", antwortete Allardt, „daß dem wohl so sei". Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 199; B 150, Aktenkopien 1962.

[5] Zu den Wahlen vom 17. Februar 1963 vgl. Dok. 101, Anm. 11.

[6] Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 1, Anm. 7.

[7] Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 199; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Vgl. dazu weiter Dok. 114.

110

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer

II 1 (700)-83.15/5-165/63 VS-vertraulich **28. Februar 1963**

Betr.: Berlin als Veranstaltungsort der Olympischen Spiele 1968
Bezug: Aufzeichnung 700-83.15/5-11/63 VS-vertraulich vom 7. 1.[1]

1) Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden deutsch-alliierten Konsultationsbesprechungen[2] wurden die Alliierten am 16. Januar[3] über den Plan des Präsidenten des Deutschen Sportbundes, Willi Daume, unterrichtet, eine Kandidatur Berlins als Veranstaltungsort der Olympischen Spiele 1968 in Aussicht zu nehmen.

2) Bereits auf der folgenden Sitzung am 30. Januar[4] meldete der französische Vertreter Bedenken seiner Regierung gegen diesen Plan an. Er erklärte, daß eine solche Kandidatur und mehr noch eine etwaige Verbreitung und gar Durchführung einer Olympiade in Berlin so vielfältige und schwierige politische Komplikationen mit sich bringen werde, daß die Kandidatur in jedem Fall unerwünscht sei. In der Konsultationsbesprechung am 27. Februar schlossen sich der amerikanische und britische Vertreter auf ausdrückliche Weisung ihrer Regierung diesen Bedenken an. Der amerikanische Vertreter erklärte, daß der Vorschlag Herrn Daumes in jedem Fall mehr politische Schwierigkeiten als Vorteile mit sich bringen werde; der britische Vertreter wies darauf hin, daß der Plan neue Vorwürfe, der Westen verquicke den internationalen Sport mit der Politik, hervorrufen werde. Gerade diese Vorwürfe stellten schon heute eine zunehmende Belastung für die konsequente Durchführung der 1961 von der NATO beschlossenen TTD-Sperre[5] für sowjetzonale

[1] In der Aufzeichnung nahm Ministerialdirektor Krapf Stellung zum Vorschlag einer Kandidatur Berlins für die Austragung der Olympischen Spiele. Zwar stehe „der Propagandawert des Vorschlages" außer Frage; die Realisierungschancen seien jedoch gering sowohl wegen fehlender politischer Voraussetzungen für eine Kandidatur „Gesamt-Berlins" als auch wegen der politischen Folgen. Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 192; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Die Bonner Konsultationsbesprechungen hatten ihren Ursprung in den 50er Jahren, als Vertreter der Westmächte und der Bundesrepublik im Vorfeld der Vier-Mächte-Konferenzen Arbeitsgruppen zur Abstimmung einer gemeinsamen Deutschland- und Berlin-Politik einsetzten. In den 60er Jahren fanden in Bonn regelmäßige Konsultationen der Drei Mächte und der Bundesrepublik vor allem in der Vierer-Gruppe der Botschaftsräte und eines Vertreters des Auswärtigen Amts statt; daneben gab es monatliche Treffen der Botschafter mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts.

[3] Zur Konsultationsbesprechung über mögliche Olympische Spiele in „Gesamt-Berlin" vgl. den Vermerk des Legationsrats Wolf vom 17. Januar 1963; Abteilung V (V 1), VS-Bd. 192.

[4] Vgl. dazu den Vermerk des Legationsrats Boehncke vom 11. Februar 1963; Abteilung II (II A 1), VS-Bd. 7.

[5] Als Reaktion auf den Bau der Mauer in Berlin ab 13. August 1961 beschlossen die NATO-Staaten aufgrund eines Vorschlags der drei Westmächte und der Bundesrepublik vom 26. August 1961, Einwohnern der DDR, die die Berufsfelder Landwirtschaft, Medizin und Wissenschaft, Politik, Kultur, Sport sowie Journalismus vertraten, im Prinzip keine Einreisegenehmigungen (Temporary Travel Documents) zu erteilen.
Zur Diskussion um eine Lockerung der TTD-Sperre vgl. weiter Dok. 163.

Sportler dar. Im übrigen dürfe die Undurchführbarkeit des Planes schon jetzt angenommen werden.

3) Der deutsche Vertreter in der Konsultationsbesprechung erklärte, daß die Frage der Kandidatur Berlins gegenwärtig noch geprüft werde[6]; er sagte die sofortige Unterrichtung der zuständigen Stellen über die alliierten Bedenken zu.

4) Im Hinblick auf die bereits in der Bezugsaufzeichnung angedeutete politische und staatsrechtliche Problematik des von Herrn Daume gemachten Vorschlages wird vorgeschlagen, den Gesamtkomplex mit ihm baldmöglichst erneut zu erörtern. Dabei sollte er über die sehr entschieden vorgetragenen Bedenken der drei westlichen Alliierten gegen seinen Plan unterrichtet und darauf hingewiesen werden, daß es dem Auswärtigen Amt unter diesen Umständen zu seinem Bedauern nicht möglich erscheine, den Gedanken der Kandidatur Berlins für die Olympischen Spiele 1968 weiter zu verfolgen.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[7] vorgelegt.

Reinkemeyer

Abteilung IV (IV 5), VS-Bd. 30

[6] Am 5. Februar 1963 unterrichtete Staatssekretär Lahr Bundesminister Schröder über seine Besprechung mit den Bundesministern Krone, Höcherl, Barzel und Mischnick über den Vorschlag des Präsidenten Daume. Da die Entscheidung über den Austragungsort der Olympischen Spiele 1968 erst auf der nächsten Sitzung des Internationalen Olympischen Komitees im Herbst 1963 anstehe, fand der Vorschlag Zustimmung, Berlin (West) möge sich um die Austragung bemühen; sollte die Mauer fallen, käme „Gesamt-Berlin" zum Zuge. Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 192; B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Hat Staatssekretär Carstens am 4. März 1963 und Staatssekretär Lahr am 22. März 1963 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Krapf vermerkte: „Herr D IV wird, wie heute morgen besprochen, in dem vorgeschlagenen Sinne mit dem B[undes]M[inisterium des]I[nnern] in Verbindung treten." Hat Ministerialdirektor Krapf und Ministerialdirektor Sattler am 25. März 1963 vorgelegen. Sattler hielt am 1. April 1963 für Bundesminister Schröder fest: „Selbst wenn die übrigen außerordentlich großen Schwierigkeiten beseitigt werden könnten, dürfte das Projekt an dem Widerspruch der Alliierten scheitern. Dieser Gesichtspunkt sollte jedoch der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis gebracht werden. Auch dürfte es aus innerpolitischen Erwägungen angezeigt sein, eine glatte Ablehnung der Berliner Bewerbung seitens der Bundesregierung zu vermeiden." Vgl. Abteilung IV (IV 5), VS-Bd. 30; B 150, Aktenkopien 1963.

111

Staatssekretär Carstens an Bundestagspräsident Gerstenmaier

St.S. 419[I]/63 VS-vertraulich **2. März 1963**[1]

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

ich darf auf unser Ferngespräch vom 28. Februar 1963 Bezug nehmen und Ihnen zu der Frage einer Berlinsitzung des Deutschen Bundestags[2] folgendes mitteilen:

Auf Grund von Sondierungen, die in Moskau stattgefunden haben[3], ist damit zu rechnen, daß die im Herbst vorigen Jahres unterbrochenen Gespräche[4] zwischen den USA und der Sowjetunion über Berlin in Kürze wieder aufgenommen[5] werden. Unter diesen Umständen rät das Auswärtige Amt von einer Berlinsitzung des Deutschen Bundestags ab. Die Veranstaltung einer solchen Sitzung würde mit größter Wahrscheinlichkeit keinen günstigen Einfluß auf den Fortgang der amerikanisch-sowjetischen Gespräche haben.

Das Bundeskabinett hat sich in seiner Sitzung vom 28. Februar 1963 auf den gleichen Standpunkt gestellt.[6]

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Ihr sehr ergebener
[gez.] Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 317

[1] Durchschlag als Konzept. Durchdrucke an die Bundesminister Krone, Barzel, Niederalt sowie den Chef des Bundeskanzleramtes, Globke.
Dazu Vermerk: „Vor Abgang: dem Herrn Minister zur Mitz[ei]chn[un]g."
Hat Bundesminister Schröder am 6. März 1963 vorgelegen.

[2] Der Vorschlag einer Bundestagssitzung in Berlin ging von Bundestagspräsident Gerstenmaier aus. Vgl. dazu Dok. 144. Zur Haltung der Bundesregierung in dieser Frage vgl. weiter Dok. 197.

[3] Vgl. dazu Dok. 84 und Dok. 103.

[4] Zum Abbruch der Gespräche vgl. Dok. 5, Anm. 4.

[5] Zu den Berlin-Gesprächen zwischen Außenminister Rusk und Botschafter Dobrynin vgl. weiter Dok. 138.

[6] Vgl. dazu den Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 2. März 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 317; B 150, Aktenkopien 1963.

112

Staatssekretär Carstens an die Dienststelle Berlin

705-82.03/94.22-252/63 VS-vertraulich **2. März 1963**[1]
Fernschreiben Nr. 52 **Aufgabe: 6. März 1963, 13.00 Uhr**

Der rumänische Wunsch nach Errichtung einer eigenen Handelsmission in Berlin[2] ist nach hiesiger Auffassung eindeutig von dem Motiv bestimmt, die besondere Stellung der westlichen Sektoren der Stadt Berlin als eines angeblich eigenen Rechtssubjektes *neben* der Bundesrepublik Deutschland zu unterstreichen. Es handelt sich hierbei offenbar um einen der Versuche des Ostblocks, auf einen Sonderstatus West-Berlins im Sinne der kommunistischen „Freistadt-Theorie"[3] hinzuarbeiten. Dem rumänischen Wunsch kann deshalb von uns keinesfalls stattgegeben werden. Die Rumänen sollten vielmehr von der Senatskanzlei gegebenenfalls darauf hingewiesen werden, daß die Handelsbeziehungen ihres Landes zur Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlins über die rumänische Handelsvertretung in Frankfurt/Main zufriedenstellend abgewickelt werden können.[4]

Was den Gedanken der Rumänen betrifft, eine Militärmission in Berlin zu errichten, so erscheint eine Verwirklichung schon deswegen nicht möglich, weil derartige Militärmissionen seinerzeit nur von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges errichtet werden konnten, zu deren Kreis Rumänien bekanntlich nicht gehört. Auch dürfte es heute in tatsächlicher Hinsicht schwierig sein, eine neue Mission beim Alliierten Kontrollrat akkreditieren zu lassen.[5]

Es wird gebeten, die Senatskanzlei entsprechend zu unterrichten.

Carstens[6]

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 210

[1] Der Drahterlaß wurde von Ministerialdirigent Reinkemeyer konzipiert.

[2] Mit Drahtbericht vom 22. Februar 1963 bemerkte dazu der Leiter der Dienststelle Berlin, Kempff: „Am liebsten würden die Rumänen eine Militärmission nach polnischem oder tschechischem Vorbild errichten, sich jedoch auch mit einer Handelsmission zufrieden geben." Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 210; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Zum sowjetischen Vorschlag einer „Freien Stadt" Berlin (West) vgl. Dok. 3, Anm. 7.

[4] Zu den weiteren Gesprächen mit Rumänien über die Frage einer Handelsvertretung vgl. Dok. 181.

[5] Der Alliierte Kontrollrat stellte nach dem Auszug des sowjetischen Vertreters am 20. März 1948 seine Tätigkeit ein. Die Kontrollratsgesetzgebung wurde nicht aufgehoben, jedoch teilweise außer Kraft gesetzt.

[6] Paraphe vom 6. März 1963.

113

Bundesminister Schwarz an Bundesminister Schröder

VII A 2-37/63 VS-vertraulich **4. März 1963**[1]

Betr.: Künftiges Verhalten in den Europäischen Gemeinschaften
Bezug: Ihr Schreiben vom 7. Februar 1963 – St.S. 253/63 VS-vertraulich[2]

Sehr geehrter Herr Kollege!

Nicht nur auf Grund der Ereignisse im Januar d. J., die zu einer Unterbrechung der Beitrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich führten[3], sondern auch auf Grund der Erfahrungen, die inzwischen auf agrarpolitischem Gebiet gemacht wurden, halte ich es für unerläßlich, das künftige Verhalten der Bundesregierung in den Europäischen Gemeinschaften einer Prüfung zu unterziehen. Zu Ihrer Aufzeichnung, die diesem Zweck dienen soll, darf ich im einzelnen wie folgt Stellung nehmen:

1) Fortführung der Beitrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich

Auch aus agrarpolitischer Sicht will ich Ihrer Auffassung nicht entgegentreten, daß unser künftiges Verhalten in den Europäischen Gemeinschaften darauf abzustellen ist, die Beitrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich wieder aufzunehmen. Ersatzlösungen wie „Brückenschlag zwischen EWG und EFTA"[4] oder „Atlantische Freihandelszone" scheinen mir wenig realistisch zu sein. Auch die Verhandlungen auf der Grundlage des Trade Expansion Act[5] scheinen, jedenfalls auf dem Agrarsektor, keine ausreichenden Mög-

[1] Hat Legationsrat I. Klasse Müller, Ministerbüro, am 5. März 1963 vorgelegen, der verfügte: „Eilt. 1. Zunächst H[errn] Staatssekretär vorzulegen."
Hat Staatssekretär Lahr am 6. und Staatssekretär Carstens am 14. März 1963 vorgelegen. Lahr ließ das Schreiben auch an die Abteilungen I und III weiterleiten.
Bundesminister Schröder vermerkte am 6. März 1963 handschriftlich: „Wir sollten auch schon vor der beabsichtigten Aussprache im Kab[inett] den Franzosen einige diesbezügliche Hinweise geben. M[inisterial]D[irektor] Jansen sollte für seine Gespräche mit Lucet hiervon Kenntnis nehmen." Dazu Lahr: „Die Agrarfragen sind bereits in dem Gespräch mit Wormser vom 8. des M[ona]ts eingehend behandelt worden. Fortsetzung am 27. 3."

[2] Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 19.

[3] Zum Abbruch der Verhandlungen am 29. Januar 1963 vgl. Dok. 60.

[4] Nach dem Scheitern der Maudling-Verhandlungen 1958 kam es 1961 zu erneuten Gesprächen über eine Assoziierung der EFTA mit der EWG. Im Londoner Kommuniqué vom 28. Juni 1961 betonte der Ministerrat der Freihandelszone seine Unterstützung der „wirtschaftlichen Integration von Europa als Ganzem in Form eines einzigen Marktes". Vgl. EFTA BULLETIN 2 (1961), Nr. 7, S. 8f.
Dieser „Brückenschlag" scheiterte 1962 an dem Widerspruch, der sich sowohl aus Kreisen der EWG, als auch von seiten der UdSSR gegen die Assoziierung neutraler Staaten mit der EWG erhob. Zu diesbezüglichen Äußerungen des belgischen Außenministers Spaak vom 25. Januar und 28. Februar 1962 vgl. AdG 1962, S. 9633 und S. 9704f. Die ablehnende Haltung der sowjetischen Regierung zu einer Assoziierung Österreichs mit der EWG wurde am 4. Juli 1962 anläßlich des Besuchs des österreichischen Bundeskanzlers Gorbach in Moskau deutlich. Vgl. dazu AdG 1962, S. 9962f.

[5] Zum Trade Expansion Act vom 11. Oktober 1962 vgl. Dok. 31, Anm. 22.

lichkeiten für eine Ersatzlösung zu bieten. Zollherabsetzungen oder Zollbindungen sind mit einem System der EWG, das auf der Grundlage variabler Abschöpfungen[6] arbeitet, schlecht vereinbar.

Was die Anpassung des englischen Agrarsystems an die bereits beschlossenen Agrarverordnungen der Gemeinschaft anbelangt, so darf ich auch an dieser Stelle noch einmal auf die erheblichen Schwierigkeiten hinweisen, die die Getreidepreisfrage für etwaige künftige Beitrittsverhandlungen bringen wird. Die Tatsache, daß der britische und der dänische Erzeugerpreis für Weizen sich unterhalb des Preisrahmens der Gemeinschaft befinden und daß der britische Veredler das Futtergetreide gegenwärtig zu Weltmarktpreisen erhält, erschwert die Getreidepreisharmonisierung[7] im Falle eines britischen Beitritts erheblich. Die Bundesregierung hat wiederholt zugesichert, den deutschen Getreidepreis, und damit das gesamte deutsche Preisniveau, in Brüssel zu verteidigen. Konsequenterweise müßte Großbritannien im weiteren Verlauf der Beratungen darauf hingewiesen werden, daß sein Beitritt aus deutscher Sicht Schwierigkeiten bereiten würde, wenn es sich dem deutschen Standpunkt entgegenstellt.

Was die künftigen Marktordnungen der EWG oder andere agrarpolitische Verordnungen des Ministerrates in der Zukunft anbelangt, stimme ich Ihrer Auffassung zu, diese Verordnungsentwürfe im Wege bilateraler oder multilateraler Konsultationen mit dem Vereinigten Königreich und den anderen beitrittswilligen Ländern zu erörtern. Es bleibt dann den einzelnen Partnerländern der EWG überlassen, die englische Auffassung zu unterstützen oder sie, soweit sie mit der eigenen Interessenlage oder der Konzeption der Gemeinschaft nicht vereinbar sind, abzulehnen oder zu verändern. Sinn dieser Konsultationen muß es sein, in der Zukunft Verordnungen zu erlassen, die, ohne gegen wichtige Interessen der Mitgliedsländer zu verstoßen, nicht den Beitritt Großbritanniens erschweren oder gar unmöglich machen.

2) Entwicklung weiterer agrarpolitischer Beschlüsse innerhalb der EWG

Ihre allgemeinen Ausführungen über die enttäuschende Entwicklung innerhalb der EWG teile ich vollauf. Die Auffassung, daß egoistisches Verhalten und reine Interessenstandpunkte für die Durchsetzung besonders der Agrarbeschlüsse vom 14. Januar 1962[8] entscheidend waren, habe ich schon immer vertreten. In meiner Kabinettsvorlage vom 23. November 1961 habe ich auf diese gefährliche Entwicklung hingewiesen und auch damals schon zum Ausdruck gebracht, daß der Versuch gemacht wurde, die neuen Agrarverordnungen mit dem englischen Beitritt zu koppeln. Die deutsche Vorleistung ist dann am 14. Januar 1962 erbracht worden, ohne daß man sich Sicherheiten dafür

[6] Die Abschöpfung stellte eine variable Abgabe dar, die der Differenz zwischen den Preisen des einführenden Staates und den (niedrigeren) Angebotspreisen des ausführenden Staates entsprach. Vgl. dazu auch DIE ERSTE STUFE DES GEMEINSAMEN MARKTS. BERICHT ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG DES VERTRAGS (JANUAR 1958–JANUAR 1962), Brüssel 1962, S. 31 f.

[7] Die Mitgliedstaaten der EWG hatten sich bis zum März 1963 noch nicht auf die Festsetzung eines gemeinsamen Basis-Richtpreises für Getreide für das Jahr 1963 einigen können. Vgl. dazu BULLETIN 1963, S. 494. Der jährlich festzusetzende Basis-Richtpreis stellte die Berechnungsgrundlage für den Schwellenpreis dar, der seinerseits die Höhe der Abschöpfung bei eingeführtem Getreide bestimmte.

[8] Zu den Verordnungen des EWG-Ministerrats vom 14. Januar 1962 vgl. Dok. 21, Anm. 4.

hat geben lassen, daß die anderen Partnerländer, insbesondere Frankreich, nunmehr in fairer und loyaler Weise die Beitrittsverhandlungen fortführen. Damals sind deutscherseits entscheidende agrarpolitische Konzessionen gemacht worden, die die deutsche Landwirtschaft in Zukunft schweren Belastungen aussetzen werden.[9] Die Sicherungen, die eingebaut werden konnten, sind diesen Belastungen nicht immer adäquat. Von einer Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen kann unter den Mitgliedsländern bisher noch keine Rede sein, obwohl dies eine der Voraussetzungen der deutschen Zustimmung zu den Agrarverordnungen gewesen ist. Ferner werden die bestehenden Verordnungen von einigen Mitgliedsländern unterschiedlich und oft nicht ordnungsgemäß angewendet. Vielleicht ergibt sich die Notwendigkeit, gewisse Änderungen an den Verordnungstexten vorzunehmen. Ich halte es daher für unbedingt erforderlich – und hierin scheinen Sie mit mir übereinzustimmen – daß die künftige deutsche Stellungnahme bei Agrarentscheidungen im EWG-Ministerrat stärker als bisher auf die Interessenlage der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft abgestellt wird. Irgendwelchen agrarpolitischen Konzessionen vermag ich in Zukunft meine Zustimmung nicht mehr zu geben, nachdem sich erwiesen hat, daß die für die beschlossenen Änderungen eingehandelten Gegenleistungen politischer oder wirtschaftspolitischer Art bisher nicht verwirklicht wurden.

Zu dieser Auffassung komme ich umsomehr, als unbestritten der Integrationsprozeß auf dem besonders schwierigen Agrargebiet weiter vorangetrieben worden ist, als es dem allgemeinen Integrationsvorgang auf den anderen Gebieten des Wirtschafts-, Sozial-, Verkehrs- und Finanzsektors entspricht, ganz abgesehen davon, daß der politische Integrationsprozeß im institutionellen Bereich überhaupt keinen Fortschritt zu verzeichnen hat. Eine der Hauptvoraussetzungen für eine agrarische Integration ist aber die Harmonisierung in den anderen Wirtschaftsbereichen und im Finanzbereich. Auch hierauf habe ich in meiner Kabinettsvorlage vom 23. November 1961 hingewiesen, ohne daß seitdem irgendein Fortschritt erkennbar geworden ist. Ich pflichte daher Ihrer Auffassung bei, nunmehr den Integrationsprozess auf diesen Bereichen stärker in Angriff zu nehmen und weiteren agrarpolitischen Verordnungen erst nach gründlicher Überprüfung der Voraussetzungen und nach eingehender Untersuchung der deutschen Interessenlage näherzutreten. Dieses Ziel sollte auch bei der Stellungnahme der Bundesregierung zu dem von der EWG-Kommission vorgelegten Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die zweite Stufe[10] berücksichtigt werden.

[9] Zu den Verhandlungen des EWG-Ministerrats vom Januar 1962 vgl. LAHR, Zeuge, S. 354 f. Vgl. dazu auch COUVE DE MURVILLE, Politique Étrangère, S. 316 f.

[10] Im Beschluß vom 14. Januar 1962 war der EWG-Rat übereingekommen, „daß die im Vertrag für die erste Stufe der Übergangszeit ausdrücklich festgelegten Ziele im wesentlichen tatsächlich erreicht und daß vorbehaltlich der in diesem Vertrag vorgesehenen Ausnahmen und Verfahren die Verpflichtungen eingehalten worden sind, daß infolgedessen die zweite Stufe der Übergangszeit am 1. Januar 1962 beginnt". Vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1962, S. 164.
Am 24. Oktober 1962 wurde daraufhin von der EWG-Kommission ein Aktionsprogramm veröffentlicht, in dem sich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in Verbindung mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Atomenergie als „wirtschafts- und sozialpolitische Union" charakterisierte. Das Programm beschäftigte sich im einzelnen mit dem Wettbewerb des Gemeinsamen Marktes, der gemeinsamen Agrar-, Energie-,

Der deutsche Standpunkt hinsichtlich der künftigen agrarpolitischen Entscheidungen und der weiteren Beitrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich sollte in den deutsch-französischen Konsultationsgesprächen[11] nachdrücklich vertreten werden, um auf diese Weise klarzumachen, daß eine einseitige Weiterführung der EWG-Politik von deutscher Seite nicht mehr zu erwarten ist. Meines Erachtens darf bei Frankreich nicht der Eindruck entstehen, daß die Agrarbeschlüsse vom 14. Januar 1962 ein selbstverständlicher Beitrag der Bundesrepublik zu einer europäischen Integration waren, daß der Abbruch der Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich ein historisches Ereignis ist und daß die weitere EWG-Politik von diesen vorangegangenen Ereignissen losgelöst fortgeführt werden kann. Mein Eindruck geht dahin, daß Frankreich schon jetzt versucht, die bisherigen Geschehnisse zu negieren und seine EWG-Politik in unverändertem Sinne weiterzuführen.

Ich darf meine Stellungnahme dahin zusammenfassen, daß meiner Meinung nach die Gemeinschaft folgende Aufgaben vordringlich zu behandeln hat:

a) Überprüfung der Durchführung und Auswirkung der bisher erlassenen Marktordnungen;
b) Heranführung des Integrationsprogramms auf den übrigen Wirtschaftsbereichen an das Integrationsstadium der Land- und Ernährungswirtschaft;
c) Vorbereitung des Beitritts Großbritanniens und der Regelung der Beziehungen anderer europäischer Länder zu den Europäischen Gemeinschaften; und
d) Herstellung eines Gleichgewichts zwischen dem Handel mit Drittländern und dem Handel mit Mitgliedsländern unserer Interessenlage entsprechend.

Abschrift dieses Schreibens habe ich dem Herrn Bundesminister für Wirtschaft[12] übersandt.

Mit besten Grüßen

Ihr Schwarz

Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 19

Fortsetzung Fußnote von Seite 367

Sozial-, Wirtschafts- und Währungspolitik, den auswärtigen Beziehungen, der Hilfe für Entwicklungsländer sowie der Verwaltung und Finanzen. Vgl. AKTIONSPROGRAMM DER GEMEINSCHAFT FÜR DIE ZWEITE STUFE, S. 5.

[11] Vgl. dazu Dok. 115 und Dok. 134.

[12] Ludwig Erhard.

114

Ministerialdirektor Allardt, z. Z. Warschau, an das Auswärtige Amt

ZB 6-1 1816/63 geheim
Fernschreiben Nr. 57
Cito

Aufgabe: 6. März 1963, 19.45 Uhr
Ankunft: 6. März 1963, 22.45 Uhr

Auf Drahterlaß Nr. 43 vom 1. März 1963[1]

Heutiger Empfang durch amtierenden Außenminister Winiewicz (Rapacki wird wegen seines Herzanfalles vermutlich mehrere Monate ausfallen) dauerte zwei Stunden, verlief äußerlich angenehm, sachlich unfruchtbar und behandelte folgende Themen:

a) Grenzfrage und Friedensvertrag
b) Deutsche Aufrüstung
c) DDR und freie Stadt West-Berlin
d) Rapackiplan[2]
e) Verbesserung der Atmosphäre
f) Familienzusammenführung.

Die Unterhaltung soll 7. abends mit ihm und Professor Trampczynski fortgesetzt werden. Wegen dringender Abschlußarbeiten darf ich mir daher eine abschließende mündliche Berichterstattung über das Gespräch vorbehalten[3] und mich heute nur auf die Wiedergabe der nachstehenden wenigen Punkte beschränken:

1) Winiewicz begüßte wiederholt die Einigung über das Vertragswerk[4] sowie die nach 18 Jahren erste Möglichkeit einer politischen Diskussion zwischen offiziellen Vertretern beider Staaten und hieß den künftigen Leiter der deutschen Handelsvertretung[5] willkommen. Er verhehle allerdings nicht, daß er lieber einen Botschafter gesehen hätte.

[1] Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 199.

[2] Am 2. Oktober 1957 unterbreitete der polnische Außenminister Rapacki in der Generalversammlung der UNO den Vorschlag, eine aus Polen, der Tschechoslowakei und den beiden Teilen Deutschlands bestehende kernwaffenfreie Zone zu schaffen. Am 14./15. Februar 1958 erläuterte Rapacki ausführlich seine Vorstellungen in einem Memorandum an die Vier Mächte, die Tschechoslowakei, die Bundesrepublik und die DDR. Weitere modifizierte Versionen des Rapacki-Plans wurden am 4. November 1958 und am 28. März 1962 vorgelegt. Für den Wortlaut der letztgenannten Fassung des Rapacki-Plans vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 201–205.

[3] Zu den Gesprächen vom 6./7. März 1963 vgl. Dok. 141.

[4] Am 7. März 1963 wurde in Warschau das Abkommen mit Polen über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr unterzeichnet und in einem vertraulichen Briefwechsel vom selben Tag zwischen den Leitern der Verhandlungsdelegationen, Allardt und Modrzewski, die Einrichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Warschau vereinbart. Für den Wortlaut des Handelsabkommens vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 64 vom 2. April 1963, S. 1–3. Für den Briefwechsel vgl. Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Erster Leiter der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Warschau war Ministerialdirigent Mumm von Schwarzenstein.

2) In der Sache brachte die Unterhaltung im wesentlichen nur die Bestätigung der Erkenntnis, daß die politischen Standorte beider Regierungen gründlich verschieden sind, und insbesondere eine Wiederholung der polnischen Auffassung, daß der Krieg in Mittel- und Osteuropa eine unabänderliche Situation geschaffen habe, die von der Bundesregierung endlich anerkannt werden sollte. Als Winiewicz in der Diskussion über die DDR selbst nicht vor der törichten Bemerkung zurückscheute, man wisse aus den Wahlen von 1932, wieviel Millionen echte Kommunisten etwa dort lebten[6], erwiderte ich, die polnischen Wahlen von 1932 bestätigten vermutlich auch die weit verbreitete Meinung, daß es in Polen überhaupt keine Kommunisten gebe[7].

3) Zum Rapackiplan bemerkte er nach längerem Disput, schließlich hätte er ja nur eine Anregung zu einem Gespräch geben sollen. Er enthalte nichts, worüber nicht gesprochen werden könne.

4) Bei dem Gespräch über die Verbesserung der Atmosphäre bezog er sich auf das mir unbekannte Bulletin des Bundespresseamtes vom 1. März mit den Resolutionen[8] des Göttinger Arbeitskreises[9] zur Grenzfrage und bemerkte, die Aufnahme dieser Resolutionen ins Bulletin unmittelbar vor Unterzeichnung des Abkommens zeige, wie wenig der Bundesregierung wirklich an einer Verbesserung der Atmosphäre gelegen sei. Trotzdem lasse sich über vieles sprechen, und er hoffe, daß auch das Außenministerium mit dem Leiter der Handelsvertretung nützliche Unterhaltungen führen könne. Die deutsche Aufrüstung allerdings und die bevorstehende Einbeziehung der Bundesrepublik in den Kreis der Nuklearmächte[10] betrachte Polen als eine tödliche Bedrohung. Die polnische Regierung werde und könne nicht aufhören, die Weltöffentlichkeit vor dieser Gefahr zu warnen.

[gez.] Allardt

Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217

6 Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 erhielt die KPD 14,3% der abgegebenen Stimmen, bei den Wahlen vom 6. November 1932 16,9%.

7 Die Kommunistische Partei Polens boykottierte im Januar 1919 die Wahlen zum Verfassunggebenden Sejm und operierte bis 1944 im Untergrund.

8 Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1963, S. 357–360.

9 Der Göttinger Arbeitskreis wurde am 1. November 1946 als Zusammenschluß von aus den deutschen Ostgebieten stammenden Akademikern gegründet. Ein vorrangiges Ziel war es, in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik durch wissenschaftliche Arbeiten über die unter polnischer und sowjetischer Verwaltung stehenden Ostgebiete des Deutschen Reichs das Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zu Deutschland wachzuhalten.

10 Zur geplanten Beteiligung der Bundesrepublik am Projekt einer integrierten NATO-Atomstreitmacht vgl. Dok. 120.

115

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 227/63 **9. März 1963**

Betr.: Gespräch mit Generaldirektor Wormser

In einem achtstündigen Gespräch, das Staatssekretär Müller-Armack und ich gestern im Beisein von Botschaftsrat Henry von der französischen Botschaft mit Generaldirektor Wormser führten, wurden insbesondere Fragen der Europäischen Gemeinschaften und unter diesen namentlich die Frage des weiteren Verhaltens gegenüber Großbritannien[1] erörtert.

Nachdem ich Herrn Wormser in großen Zügen über das Ergebnis des Gedankenaustausches zum gleichen Thema in der Sitzung des Deutsch-Britischen Wirtschaftsausschusses vom 28. Februar[2] unterrichtet und daran anschließend die Frage an ihn gerichtet hatte, wie sich die Gemeinschaften nach französischer Auffassung gegenüber Großbritannien bis zu einem späteren Beitritt Großbritanniens verhalten sollten, führte Herr Wormser etwa folgendes aus:

Nach französischer Auffassung sei es verfrüht, diese Frage jetzt zu prüfen. Die Meinungsäußerung des Generals de Gaulle vom 14. Januar[3] und die im Anschluß hieran getroffene Entscheidung der EWG[4] seien als ein historisches Ereignis zu werten. Es gehe daher nicht an, nach etwa sechs Wochen den Anschein zu erwecken, als ob man da fortfahren könne, wo man vor dem 14. Januar gestanden habe. (Auf meinen Einwand, daß im Augenblick niemand die Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen im Auge habe, sondern es nur darum gehe, welche zwischenzeitlichen Maßnahmen prozeduralen oder materiellen Charakters getroffen werden könnten, erwiderte Herr Wormser, daß die französischen Überlegungen auch für das letztere gelten.) Außerdem seien infolge dieser Ereignisse die Gemüter zu erregt, um vernünftige Überlegungen anstellen zu können. (Ich wies Herrn Wormser demgegenüber darauf hin, daß der Ministerrat vom 25./26. Februar[5] keineswegs von Erregung, sondern eher

[1] Vgl. dazu bereits Dok. 87. Vgl. ferner die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 22. Februar 1963 über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG bzw. die in Erwägung gezogenen Alternativlösungen; Referat I A 2, Bd. 1238.
Vgl. dazu weiter Dok. 118.

[2] Zur 15. Tagung des deutsch-britischen Wirtschaftsausschusses vom 25. bis 27. Februar 1963 vgl. Dok. 79, Anm. 6.
Zur Bewertung der Besprechungen durch den Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Reilly, vgl. den Drahtbericht des Gesandten Thierfelder, London, vom 7. März 1963; Referat I A 2, Bd. 1239.

[3] Zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

[4] Zum Scheitern eines britischen Beitritts zur EWG am 28./29. Januar 1963 vgl. Dok. 60.

[5] Auf der Ministerratssitzung der EWG am 25./26. Februar 1963 in Brüssel wurde auch die Frage der Fortsetzung des Kontaktes zwischen der EWG und Großbritannien thematisiert. Trotz französischen Protestes kam man überein, einen Zwischenbericht über Verhandlungsergebnisse bis zum vorläufigen Scheitern des EWG-Beitritts Großbritanniens anfertigen zu lassen. Vgl. BULLETIN DER EWG 4/1963, S. 28 f. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10439 f.

von Depression und Stagnation gekennzeichnet gewesen sei und dies wohl allgemein von dem Zustand, in dem sich die Gemeinschaften eben befänden, gesagt werden könne; aus diesem Zustand könne nur Initiative, nicht Untätigkeit herausführen.) Herr Wormser führte weiter aus, die Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich seien ausgesprochen kühl. Symptomatisch sei der Zwischenfall des Bidault-Interviews im BBC.[6] In diesem Verhältnis müsse erst eine Wandlung eintreten, ehe man vernünftig mit den Engländern sprechen könne. Dies werde wohl noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Dann aber werde sich die Frage stellen, ob es überhaupt noch Sinn habe, mit Großbritannien zu sprechen, weil dann die Wahlen zu nahegerückt seien. (Ich bemerkte hierzu, daß mich das kühle Verhältnis zwischen Großbritannien und Frankreich nicht überrasche, diese Feststellung allein jedoch die Sache wenig fördere. Äußerungen von Sir Patrick Reilly sei zu entnehmen, daß der Herbst 1964 als der heute mutmaßliche Zeitpunkt der Wahlen[7] anzusehen und bis dahin durchaus Zeit sei, Zwischenlösungen, welcher Art sie auch seien mögen, mit Großbritannien zu vereinbaren. Im übrigen sei es wohl keine zu kühne Hypothese anzunehmen, daß für Großbritannien ein gewisser Zusammenhang zwischen beiden Fragen bestehe.)

Herr Müller-Armack und ich wiesen Herrn Wormser darauf hin, daß der jetzt viel erörterte Gedanke einer „Assoziierung ohne Landwirtschaft" eine französische Anregung darstelle. General de Gaulle habe in seiner Pressekonferenz vom 14. Januar eine Assoziierung vorgeschlagen, und Herr Couve de Murville habe diesen Begriff in seinem Gespräch mit dem Bundesaußenminister vom 29. Januar mit der vorstehenden Formel erläutert. Wir hätten diese Formel nicht zuletzt deshalb aufgegriffen, weil wir glaubten, es damit gerade Frankreich leicht zu machen, gemeinsam mit seinen Partnern aus der gegenwärtigen Sackgasse herauszukommen. Herr Wormser bemerkte demgegenüber, daß der Begriff der Assoziierung dehnbar sei und daß sich gegen einen Ausschluß der Landwirtschaft inzwischen in Frankreich Widerstand bemerkbar gemacht habe. Meine Frage, ob sich die französischen Bedenken auf materielle Maßnahmen wie eine Assoziierung oder ähnliche Dinge beschränkten oder ob sie auch für rein prozedurale Lösungen, wie z. B. regelmäßige Kontakte, Konsultationen und dergleichen, gelten, wurde von Herrn Wormser, wenn auch wohl etwas zögernd, in letzterem Sinne bejaht.

Auf die Zukunft der EWG eingehend führte Herr Wormser etwa folgendes aus:

Den Gemeinschaften drohe gegenwärtig eine Stagnation, die aber nach französischer Auffassung nicht unvermeidlich sei, sondern von der Haltung der

[6] Am 4. März 1963 wurde von der BBC ein bereits am 17. Januar 1963 aufgenommenes Interview mit dem Vorsitzenden des Rats des Nationalen Widerstands (CNR) gesendet. Bidault erklärte, man werde von der Opposition gegen Staatspräsident de Gaulle erst ablassen, wenn Frankreich befreit sei.
Vgl. dazu auch den Artikel: France Regards Bidault Film As Reprisal. Surprise At British Methods; THE TIMES, Nr. 55642 vom 6. März 1963, S. 10. Vgl. dazu ferner den Artikel: Bidault wird wahrscheinlich nicht ausgewiesen; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 60 vom 12. März 1963, S. 1.

[7] Am 15. Oktober 1964 fanden die Wahlen zum britischen Unterhaus statt.

Partner Frankreichs abhänge. Frankreich sei beunruhigt über gewisse Äußerungen aus den Partnerländern, von denen Deutschland aber auszunehmen sei, denenzufolge die communautäre Haltung dieser Länder zu Zweifeln Anlaß gebe. Frankreich müsse auf Beweisen bestehen, daß alle Partnerstaaten für die Weiterentwicklung der Gemeinschaften eintreten, und müsse daher von den Partnern verlangen, daß
a) das Assoziationsabkommen mit den afrikanischen Staaten schleunigst unterzeichnet werde[8],
b) die Agrarpolitik zügig vorangetrieben werde und
c) die für den 1. Juli 1963 vorgesehenen Zollmaßnahmen (Zollabbau im Innenverhältnis und Annäherung an den gemeinsamen Außentarif)[9] fortgeführt werden.

Im übrigen sei Frankreich bereit, an der Vorbereitung der Verhandlungen in der sogenannten Kennedy-Runde (Trade Expansion Act)[10] mitzuwirken. Erst wenn Frankreich durch die Regelung der vorgenannten Fragen die Überzeugung gewonnen habe, daß sich die Gemeinschaft wieder gefestigt habe und voranschritte, könne man in Überlegungen über das Verhältnis der Gemeinschaft zu den außerhalb der Gemeinschaft stehenden europäischen Staaten eintreten. Letztlich habe Frankreich sich nicht darauf festgelegt, daß die Europäischen Gemeinschaften nur aus sechs Staaten bestehen dürften; sie könnten auch einmal mehr Staaten umfassen. Aber es müsse sich um ein „europäisches Europa" handeln, und dessen Charakteristika seien durch die Gemeinschaft in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung festzulegen und praktisch auszugestalten, um dann von etwa neu hinzukommenden Mitgliedern übernommen zu werden.

Herr Müller-Armack und ich führten aus, daß auch wir der Auffassung seien, der Prozeß der wirtschaftlichen Integration müsse im Kreis der Sechs tatkräftig vorangetrieben werden. Aus diesem Grund hätten wir uns für die sofortige Unterzeichnung des Afrika-Abkommens eingesetzt; aus den gleichen Gründen halten wir an den für den 1. Juli 1963 vorgesehenen Zollmaßnahmen fest; es liege auch nicht etwa in unserem Sinn, die Agrarpolitik aufzuhalten. Es sei zu überlegen, ob man die bisher etwas hektisch betriebenen Agrar-Verhandlungen nicht in ein ruhigeres, normales Fahrwasser hinüberleiten solle, um zu einer besseren Harmonie des Integrationsprozesses in seinen einzelnen Bereichen zu gelangen. Auch sei nicht zu verkennen, daß durch das Scheitern der Beitritts- und Assoziierungsverhandlungen manche Agrarprobleme eine neue Gestalt angenommen hätten (z. B. sei es bei einer Marktordnung für Rinder von einschneidender Bedeutung, ob Dänemark, der Hauptlieferant in Europa,

[8] Vgl. dazu Dok. 31, Anm. 5, sowie Dok. 82, Anm. 9.

[9] Auf der Tagung des EWG-Ministerrats am 1./2. April 1963 in Brüssel wurde die für den 1. Juli 1963 vorgesehene Zollreduktion bestätigt. Vgl. BULLETIN 1963, S. 602, und FÜNFTER GESAMTBERICHT (1962), S. 31–36.

[10] Als Kennedy-Runde wurden die Verhandlungen der GATT-Vertragsparteien vom Mai 1964 bis zur Unterzeichnung der Schlußakte am 30. Juni 1967 bezeichnet. Ihr primäres Ergebnis waren Zollsenkungen unterschiedlichen Ausmaßes auf bilateraler Ebene, die in Länderlisten erfaßt wurden. Zum Trade Expansion Act vom 11. Oktober 1962 vgl. Dok. 31, Anm. 22.

zur Gemeinschaft hinzugehören würde oder nicht). Diese Argumentation erkannte Herr Wormser an. Wir warnten Herrn Wormser eindringlich davor, „préalables", und zwar vom französischen Interesse bestimmte „préalables", zu fordern. Die Partnerstaaten Frankreichs seien wohl kaum bereit anzuerkennen, daß sie ihrerseits Beweise communautärer Haltung zu liefern hätten, und seien noch weniger bereit, Frankreich weitere Vorleistungen zu machen. Die einzige Möglichkeit, das Leben in der Gemeinschaft fortzusetzen, beruhe darin, daß sich jeder darauf einstelle, *gemeinsam* mit den Fragen des eigenen Interesses die Fragen zu behandeln, in denen das vorwiegende Interesse bei den anderen liege. Weder wir noch die anderen könnten das Ziel eines späteren Beitritts Großbritanniens endgültig aufgeben und könnten es aus durchaus aktuellen politischen und wirtschaftlichen Gründen auch nicht zulassen, daß auf nicht absehbare Zeit der Faden zwischen der Gemeinschaft und Großbritannien abreiße. Sicherlich seien wir bereit, pari passu mit der Erörterung dieser Frage auch die Fragen des französischen Interesses zu behandeln, doch erwarte man von Frankreich die entsprechende Einstellung.

Was die große, grundsätzliche Frage des „europäischen Europas" angehe, so wiesen wir darauf hin, daß dies eine Frage sei, die die Geister noch auf lange Zeit beschäftigen werde. Namentlich im Kreis der Sechs werde es hierüber Gespräche geben, weil die Gestaltung Europas weitgehend in ihre Hand gelegt sei. Aber dieser Umstand sei kein Anlaß, vorläufig nun gegenüber den anderen europäischen Ländern überhaupt nichts zu tun. Es sei sehr wohl denkbar, vorläufige Maßnahmen prozeduraler und auch materieller Natur zu treffen, die diese große Frage nicht präjudizierten.

Herr Wormser ließ am Schluß des Gesprächs keinen Zweifel daran, daß er „mit völlig gebundenen Händen" nach Bonn gekommen sei, aber er werde über das hier Gehörte den maßgebenden Persönlichkeiten seiner Regierung berichten, und dann müsse man weitersehen. Ich wies hierbei auf die für Montag und Dienstag vorgesehenen Gespräche mit den Herren Lucet und Laloy[11] hin, die gemeinsam mit diesem Gespräch als sich gegenseitig ergänzende Teile einer umfassenden Aussprache gesehen werden sollten. Wir kamen überein, unser Gespräch als einen ersten Gedankenaustausch zu bezeichnen und diesen in der letzten März-Woche, voraussichtlich am 27. März, in Paris fortzusetzen.[12]

Abgesehen davon, daß Frankreich sich bereit erklärt, an der Vorbereitung der Kennedy-Runde teilzunehmen (was aber zunächst wohl nur als eine prozedurale Bereitschaft, die noch nichts über die Einlassung zur Sache aussagt, zu werten ist), war das Gespräch negativ. Es fand in der in diesem Kreis üblichen sehr freundschaftlichen, offenen und nichts dramatisierenden Atmosphäre statt, muß aber als eindeutig enttäuschend angesehen werden. Wenn Frankreich daran festhält, „préalables" zu fordern, und zwar auf den Gebieten, die

[11] Zu den deutsch-französischen Besprechungen am 12./13. März in Bonn vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Röding vom 19. März 1963; Referat I A 1, Bd. 535.

[12] Vgl. dazu Dok. 134.

in einem überwiegenden französischen Interesse liegen, ist zu befürchten, daß die Gemeinschaft in eine weitere und noch schwerere Krise gerät.[13]

Hiermit dem Herrn Minister[14] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Lahr

Büro Staatssekretär, Bd. 383

116

Gespräch des Botschafters Groepper mit Ministerpräsident Chruschtschow in Moskau

VS 104/IV geheim **9. März 1963**[1]

Aufzeichnung über eine Unterredung zwischen dem Herrn Botschafter und dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Herrn Chruschtschow, am 9. 3. 1963 von 15.30 Uhr bis 17.15 Uhr. Zugegen waren sowjetischerseits – der Leiter der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums, Herr Iljitschow sowie Dolmetscher Popow; seitens der Botschaft – der Unterzeichnete.

Herr *Chruschtschow* begann die Unterredung mit der an den Herrn Botschafter gerichteten Frage, was dieser ihm zu sagen habe. Der Herr *Botschafter* gab in seiner Entgegnung seiner Freude darüber Ausdruck, daß er die Möglichkeit habe, wieder in Moskau zu arbeiten und gab einen kurzen zeitlichen Überblick über die einzelnen Abschnitte seiner bisherigen Tätigkeit an der deut-

[13] In einem Schreiben vom 12. März 1963 an Bundesminister Schröder zog Bundesminister Erhard aus dem Abrücken Frankreichs von der Vorstellung einer Assoziierung Großbritanniens ohne Einbeziehung der Landwirtschaft den folgenden Schluß: „Damit ist die Basis, auf der die fünf Länder der EWG das Gespräch mit Großbritannien fortzusetzen versuchten, entzogen, und eine konstruktive Idee für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme schlechthin nicht mehr vorhanden." Vgl. Ministerbüro, Bd. 208.

[14] Hat Bundesminister Schröder am 12. März 1963 vorgelegen.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Koy gefertigt und am 22. März 1963 von Botschafter Groepper an das Auswärtige Amt gesandt.
Hat Staatssekretär Carstens und Staatssekretär Lahr vorgelegen. Lahr vermerkte dazu am 29. März 1963: „Das Protokoll ist trotz seiner Länge lesenswert, weil es als typisch für einen diplomatischen Dialog mit der Sowjetunion gewertet werden kann. Botschafter Groepper hat meines Erachtens geschickt debattiert. Für etwas zu defensiv halte ich die sich ständig wiederholende Beteuerung unserer Friedensliebe. Gerade im Gespräch mit den Sowjets ist der Angriff meist die beste Art der Verteidigung. Eine besondere Angriffsfläche bot Chruschtschow durch die Wiederholung des offensichtlich armseligen Arguments, die Sowjetunion bereite der Lösung der deutschen Frage keine Schwierigkeiten; die Bundesregierung brauche sich nur mit der Regierung der DDR in Verbindung zu setzen. Botschafter Groepper könnte, wenn er das nächste Mal hier ist, hierauf hingewiesen werden."
Hat Bundesminister Schröder am 6. April 1963 vorgelegen, der handschriftlich für Carstens notierte: „Zur weiteren Verfügung." Carstens verfügte am 21. März 1964 die Wiedervorlage beim Bundesminister mit dem Hinweis: „M. E. lohnt erneute Lektüre nach 1-jährigem Abstand."

schen Botschaft in Moskau[2], was Herrn *Chruschtschow* zu der Bemerkung veranlaßte, daß der Herr Botschafter also bereits über Arbeitspraxis in der Sowjetunion verfüge.

Auf Herrn *Chruschtschows* Frage, was der Herr Botschafter weiter zu sagen habe, erwiderte der Herr *Botschafter,* er hoffe, daß er durch seine Tätigkeit als Botschafter hier in der Sowjetunion zu einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen werde beitragen können. Er wisse, daß alle diese Fragen nicht leicht seien, jedoch glaube er, daß es möglich sein werde, zu einer solchen Verbesserung zu gelangen. Es sei ihm bekannt, daß in den großen Fragen, die Deutschland beträfen, die beiderseitigen Standpunkte sehr weit voneinander entfernt seien. Dies aber solle ihn nicht daran hindern, jede Möglichkeit auszuschöpfen, die sich biete, um etwas für die angestrebte Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen zu tun, solange die großen Fragen noch in der Schwebe seien.

Herr *Chruschtschow* entgegnete, er sehe nicht recht, wie man ohne eine Lösung der großen Fragen zu einer Verbesserung der Beziehungen kommen solle.

Sowjetischerseits bestünden hinsichtlich des Bemühens des Herrn Botschafters in der Frage der Verbesserung der Beziehungen große Zweifel. Der Vorgänger des Herrn Botschafters, Botschafter Kroll, habe eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion angestrebt. Diesen Botschafter habe dann der Bundeskanzler durch ihn, den neuen Botschafter, ersetzt. Das sei doch offensichtlich geschehen, weil die Bundesregierung in der Frage der Verbesserung der Beziehungen anderer Auffassung als Herr Kroll gewesen sei.[3] Botschafter Kroll sei ein Mann gewesen, dem wirklich an einer Verbesserung der Beziehungen gelegen gewesen sei. Wie also lasse sich die Tatsache, daß die Bundesregierung Herrn Kroll abgelöst und statt dessen nunmehr ihn, den Herrn Botschafter, nach Moskau entsandt habe, mit der Absicht vereinbaren, die beiderseitigen Beziehungen zu verbessern?

Der Herr *Botschafter* entgegnete, der Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen sei nicht auf einen einzelnen Botschafter beschränkt, sondern es handele sich hier um einen Wunsch, den die Bundesregierung vertrete. Dieser Wunsch komme auch in dem an die Sowjetregierung gerichteten Memorandum der Bundesregierung vom 21. 2. 1962[4] zum Ausdruck. Dadurch, daß ein Botschafter durch einen anderen Botschafter ersetzt werde, ändere sich an dieser Haltung der Bundesregierung nichts. Die Ablösung eines Botschafters nach vier Jahren sei durchaus nichts ungewöhnliches. Seinerzeit sei ja auch Botschafter Haas auf seinem Moskauer Posten nach zweijähriger Tätigkeit

[2] Horst Groepper war bereits von September 1939 bis zum deutschen Angriff auf die UdSSR am 22. Juni 1941 als Botschaftssekretär und von Februar 1956 bis April 1960 als Botschaftsrat in Moskau.

[3] Botschafter Kroll setzte sich nachdrücklich für direkte Gespräche zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Chruschtschow ein. Bundesminister Schröder ließ ihn im September 1962 vorzeitig abberufen. Vgl. dazu KROLL, Lebenserinnerungen, S. 546–563.

[4] Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1962, S. 315–318.

durch einen anderen Botschafter ersetzt worden.[5] Eine solche Ablösung habe aber mit dem Wunsch der Bundesregierung nach einer Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen nichts zu tun. Er, der Herr Botschafter, handele, wenn er um eine Verbesserung der Beziehungen bemüht sei, in vollem Einvernehmen mit der Bundesregierung, dem Herrn Bundeskanzler, dem Herrn Außenminister und auch allen Parteien des Bundestags. Dieser Wunsch der Bundesregierung nach einer Verbesserung der Beziehungen sei durch die Ablösung von Botschafter Kroll und seine, des Herrn Botschafters, Entsendung also nicht im geringsten geändert worden. Genau wie Botschafter Kroll sei auch er für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Herr *Chruschtschow* bemerkte, diese Ausführungen widersprächen der Logik und dem gesunden Menschenverstand. Er wolle gern glauben, daß der Herr Botschafter die Meinung des Herrn Bundeskanzlers zum Ausdruck bringe. Jedoch vertrete dieser einen harten Kurs. Eben deshalb habe der Herr Bundeskanzler Botschafter Kroll ablösen lassen, weil letzterer diesen harten Kurs nicht nachdrücklich genug vertreten habe, und habe Botschafter Kroll daher entsprechend seiner, des Bundeskanzlers, Haltung durch einen anderen Botschafter ersetzt.

Der Herr *Botschafter* entgegnete, er habe, bevor er seinen Posten in Moskau angetreten habe, Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler gehabt. Er könne auf Grund auch dieses Gesprächs versichern, daß der Herr Bundeskanzler eine Verbesserung der Beziehungen aufrichtig wünsche. Bei Überreichung seines Beglaubigungsschreibens an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet, Herrn Breschnew[6], habe dieser die Ansicht vertreten, daß man in der Diplomatie nur durch ein offenes Wort und freimütige Äußerung etwas erreichen könne. Er, der Herr Botschafter, habe ihm in dieser Auffassung beigepflichtet. Er betrachte es also als seine Aufgabe, freimütig auf bestehende Meinungsverschiedenheiten hinzuweisen. Die freimütige Darlegung des eigenen Standpunktes schließe den Willen zur Verbesserung der Beziehungen nicht aus.

Herr *Chruschtschow* erwiderte, es komme darauf an, *wie* man eine Verbesserung der Beziehungen anstrebe. Auch Hitler habe von einer solchen Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion gesprochen. In Wirklichkeit jedoch habe er die Sowjetunion verschlingen wollen, sein Schlund sei aber nicht groß genug gewesen. Denjenigen, die sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt von ähnlichen Gedanken nicht lossagen könnten, müßte gesagt werden, daß auch sie zum Scheitern verurteilt sein würden.

Der Herr *Botschafter* entgegnete, es sei ihm unverständlich, wie der Herr Vorsitzende zu einem solchen Vergleich kommen könne. Niemand in der Bundesrepublik denke daran, einen Krieg gegen die Sowjetunion zu beginnen. Wie früher, so auch jetzt, sei eines der wichtigsten Ziele der Bundesregierung die Erhaltung des Friedens. Die Bundesregierung habe auch in der Vergangen-

[5] Wilhelm Haas war von März 1956 bis April 1958 erster Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau. Sein Nachfolger wurde Botschafter Kroll.

[6] Botschafter Groepper überreichte sein Beglaubigungsschreiben am 30. Oktober 1962. Für die aus diesem Anlaß geführte Unterredung mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Breschnew, vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 193; B 150, Aktenkopien 1962.

heit hinreichend Beweise ihrer friedfertigen Haltung gegeben. Er bäte den Herrn Ministerpräsidenten, es ihm nicht übel zu nehmen, wenn er sage, daß er einen Vergleich mit Hitler nicht annehmen könne, da zu einem solchen Vergleich nicht der geringste Anlaß bestehe. Ein solcher Vergleich sei nicht zulässig.

Herr *Chruschtschow* erwiderte, auch Hitler habe von einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion gesprochen, ja, er habe sogar mit der Sowjetunion einen Friedenspakt[7] unterzeichnet, den er jedoch dann in heimtückischer Weise gebrochen habe. Die derzeitige westdeutsche Regierung wolle aber noch nicht einmal einen Friedensvertrag unterzeichnen[8], gehe also – wenigstens was die Form beträfe – noch über Hitler hinaus. Allerdings solle mit diesem Vergleich nicht die von Hitler gezeigte Heimtücke auch für die Absichten der Bundesregierung unterstellt werden.

Der Herr *Botschafter* antwortete, es sei eine bedauerliche Tatsache, daß durch Hitler der erwähnte Vertrag gebrochen sei. Die Bundesregierung dagegen trete aufrichtig für die Erhaltung des Friedens ein. Daher könnte ein Vergleich dieser Art zur Bundesrepublik nicht gezogen werden.

Herr *Chruschtschow* bemerkte, man müßte, was die Bundesrepublik beträfe, wohl nicht nach ihren Botschaftern, sondern nach ihren Taten und nach Tatsachen urteilen.

Der Herr *Botschafter* entgegnete, er wolle offen sagen, daß im deutschen Volk eine große Zuneigung zu den Völkern der Sowjetunion bestünde. Das Gefälle weise beide Völker aufeinander hin. Es wäre ein großes Ereignis für das deutsche Volk, wenn freundschaftliche Beziehungen und ein enges Verhältnis, durch welche im 18. Jahrhundert, im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts während der Weimarer Zeit die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland bzw. später der Sowjetunion gekennzeichnet gewesen seien, wieder bestehen könnten. Es wäre dies ein Segen für beide Seiten.

Hitlers Krieg habe viel Leid über die Völker der Sowjetunion gebracht. Diese Tatsache sei leider nicht ungeschehen zu machen; das deutsche Volk habe diese damalige Entwicklung mit schmerzlichen Gefühlen aufgenommen. Hinsichtlich der Bemühungen um ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion wolle er an die Tätigkeit des Botschafters von der Schulenburg sowie des Botschafters Brockdorf-Rantzau erinnern, sowie an die frühen 20er-Jahre der Weimarer

[7] Für den Wortlaut des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags („Hitler-Stalin-Pakt") vom 23. August 1939 vgl. ADAP, D, VII, S. 205 f.

[8] Am 10. Januar 1959 legte die UdSSR den Entwurf für einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten bzw. einer deutschen Konföderation vor, demzufolge nicht nur die bestehenden Grenzen Deutschlands einschließlich der Demarkationslinie zwischen den beiden Teilen Deutschlands anerkannt, sondern bis zur Wiedervereinigung Deutschlands auch der Status von Berlin (West) als „Freie Stadt" festgelegt werden sollte. Bundeskanzler Adenauer beurteilte den Vorschlag am 13. Januar 1959 in einer Fernsehansprache als Versuch der UdSSR, eine Dreiteilung Deutschlands mit Berlin als drittem Teil festzuschreiben, die Auflösung des militärischen wie wirtschaftlichen Zusammenschlusses des Westens zu hintertreiben, Deutschland „für immer unter Aufsicht" zu stellen und „das kommunistische Regime, wie es in der Zone ist", auch in der Bundesrepublik einzuführen. Für den Wortlaut des sowjetischen Vorschlags und der Stellungnahme von Adenauer vgl. DzD IV/1, S. 545–566 und S. 588.

Republik, die durch freundschaftliche Gesinnung gegenüber der Sowjetunion gekennzeichnet gewesen seien.

Er wolle wiederholen, daß, wenn es zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion käme, dies eine große Freude, eine Beruhigung und eine Erleichterung für das deutsche Volk darstellen würde und daß dies auch zum Vorteil des russischen Volkes gereichen würde. Deswegen müsse auf dieses Ziel hingearbeitet werden. Mit aller Offenheit wolle er noch einmal sagen, daß eine Lösung der deutschen Frage in einem Sinn, wie sie dem Wunsche des deutschen Volkes entspräche, wesentlich zur Wiederherstellung des früheren freundschaftlichen und guten Verhältnisses zwischen dem deutschen Volk und den Sowjetvölkern beitragen würde.

Herr *Chruschtschow* stellte fest, die Sowjetunion tue alles für freundschaftliche und aufrichtige Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland. Er, Chruschtschow, habe dem Herrn Bundeskanzler eine Reihe von Briefen geschrieben[9], habe dann Botschafter Kroll ein Aide-mémoire der Sowjetregierung[10] übergeben, in dem die Vorstellungen der Sowjetunion bezüglich der Beziehungen zur Bundesrepublik enthalten seien. Der Herr Botschafter könne alle diese Dokumente nachlesen. Die Antworten, die der Herr Bundeskanzler jeweils erteilt habe[11], seien jedoch negativ gewesen und zeugten von unrealistischen Ansichten. Eine Vernichtung der „DDR" könne keine Grundlage für ein beiderseitiges Einvernehmen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik sein. Man könne von der Sowjetunion nicht erwarten, daß sie zur Bundesrepublik Freundschaft um den Preis eines Verrates an der „DDR" herstelle. Die „DDR" sei vorhanden, genauso, wie die BRD vorhanden sei. Die Wiedervereinigung Deutschlands sei nicht eine nationale, sondern eine soziale Frage. Sie könne nur in Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Regierungen gelöst werden. Die Sowjetunion habe zur „DDR" freundschaftliche Beziehungen, weil dort eine soziale und politische Struktur vorhanden sei, die derjenigen der Sowjetunion nahestehe.

Aus diesem Grund müsse er dem Herrn Bundeskanzler empfehlen, die Existenz der beiden deutschen Staaten mit einem daneben als Freie Stadt bestehenden West-Berlin[12] zu akzeptieren sowie davon auszugehen, daß auch die derzeitig bestehenden Nachkriegsgrenzen unabänderlich und unwiderruflich seien, d. h. nur mit Hilfe eines Krieges der Versuch unternommen werden könnte, diese Grenzen zu ändern. Wenn der Herr Bundeskanzler keinen Krieg

[9] Ministerpräsident Chruschtschow sandte zwischen dem 18. August 1959 und dem 28. Januar 1960 mehrere Schreiben an Bundeskanzler Adenauer, in denen er Vorstellungen zur Lösung der Deutschland-Frage darlegte. Vgl. dazu MEISSNER, Moskau–Bonn I, S. 586–593, S. 595–600 und S. 617–625.

[10] Für den Wortlaut des sowjetischen Memorandums vom 27. Dezember 1961 zur Deutschland- und Berlin-Frage vgl. BULLETIN 1962, S. 47–52.

[11] Zu den Antworten des Bundeskanzlers Adenauer auf die Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow vgl. MEISSNER, Moskau–Bonn I, S. 593–595 und S. 606–610. Für die Antwort vom 21. Februar 1962 auf das sowjetische Aide-mémoire vom 27. Dezember 1961 vgl. BULLETIN 1962, S. 315–318.

[12] Zu dieser Auffassung vgl. Anm. 8. Zum sowjetischen Vorschlag einer „Freien Stadt" Berlin (West) vgl. auch Dok. 3, Anm. 7.

wolle, sollte er daraus folgerichtig die Konsequenzen ziehen und diese Tatsache anerkennen.

Damit werde dann auch die Möglichkeit zu freundschaftlichen Beziehungen zu den beiden Staaten gegeben sein – genauer gesagt, zu dem westdeutschen Volk – da die Völker der Sowjetunion zu der Bevölkerung der „DDR" ohnehin freundschaftliche Beziehungen unterhielten.

Was die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands beträfe, so sei dies eine Frage, die zwischen den beiden deutschen Regierungen und Staaten gelöst werden müsse.[13] Die Sowjetunion werde jedes Einvernehmen, das in diesem Punkt zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten erzielt werde, begrüßen und unterschreiben.

Der Herr *Botschafter* erwiderte, der Herr Vorsitzende habe erwähnt, die Bundesrepublik wolle den anderen Teil Deutschlands verschlucken. Das sei unzutreffend. Wir wollten lediglich, daß das deutsche Volk die Möglichkeit erhalte, zum Ausdruck zu bringen, wie es leben wolle. An eine Vergewaltigung des anderen Teiles Deutschlands sei nicht gedacht. Genauso, wie man einer Reihe von afrikanischen und asiatischen Völkern die Möglichkeit zur Selbstbestimmung, zur Bekundung ihres Willens zugestanden habe, sollte auch den Deutschen in dem anderen Teil Deutschlands diese Möglichkeit gegeben werden. Dann werde sich zeigen, wie die Bevölkerung in dem anderen Teil Deutschlands denke. Eine solche Meinungsbefragung könnte durchaus in beiden Teilen Deutschlands stattfinden. Wie bereits gesagt, könne keine Rede davon sein, daß ein Teil Deutschlands den anderen verschlucken wolle, sondern es solle der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden, selber zu entscheiden.

Zu dem Memorandum der Bundesregierung vom 21. 2. 1962 wolle er noch bemerken, daß dieses Memorandum eine Antwort auf das sowjetische Memorandum vom 27. 12. 1961 darstelle. In diesem sowjetischen Memorandum selbst komme klar zum Ausdruck, daß trotz abweichender Standpunkte in den großen Fragen die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion Schritt für Schritt verbessert werden sollten und könnten. Diesen Gedanken habe unser Memorandum aufgegriffen. In dem Schlußpassus des deutschen Memorandums sei die Hoffnung auf eine Beantwortung des Memorandums ausgedrückt; jedoch sei leider bisher eine Antwort nicht erfolgt. Von dem Memorandum könne keineswegs gesagt werden, daß es eine negative Antwort darstelle.

Er wolle noch etwas hinzufügen: Der Herr Vorsitzende habe gesagt, daß der Herr Bundeskanzler, wenn er keinen Krieg wolle, den Friedensvertrag unterschreiben und dem sowjetischen Vorschlag von zwei deutschen Staaten und einer Freien Stadt Westberlin zustimmen müsse. Er habe weiter gesagt, daß die derzeit bestehenden deutschen Grenzen nur durch einen Krieg geändert werden könnten.

Dazu sei zu sagen, daß der sowjetische Vorschlag von uns nicht akzeptiert werden könne, weil er die Teilung Deutschlands, jedenfalls für eine gewisse Zeit, festlegen und möglicherweise diese Teilung verewigen würde. Diese Ab-

[13] Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 1, Anm. 7.

lehnung bedeute jedoch nicht, daß wir einen Krieg wollten. Er müsse unterstreichen, daß nach dem Willen des deutschen Volkes und der Bundesregierung die Verwirklichung der Wiedervereinigung durch Selbstbestimmung nur mit friedlichen Mitteln angestrebt werde.

Die Bundesregierung gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Sowjetunion eines Tages die Möglichkeit zur Selbstbestimmung gewähren und damit zu einer entscheidenden Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen beitragen werde.

Wie schon gesagt, gebe es aber auch gegenwärtig für eine Verbesserung der Beziehungen auf anderen Gebieten viele Möglichkeiten, die genützt werden sollten.

An einer Stelle der Ausführungen unterbrach Herr *Chruschtschow* den Herrn Botschafter mit den Worten: „Dann fangen Sie doch einen Krieg an."

Der Herr *Botschafter* erwiderte hierauf, das Wort „Krieg" sei bei uns aus dem Vokabular gestrichen, wir seien entschlossen, unsere politischen Ziele nur durch friedliche Mittel zu erreichen und würden niemals einen Krieg beginnen.

Herr *Chruschtschow* bemerkte hier, dann müsse man also annehmen, daß die Atomwaffen in der Bundesrepublik lediglich als Spielzeug für die deutschen Kinder gedacht seien. Man solle nicht meinen, daß man es bei den Sowjets mit Dummköpfen zu tun habe, die dies glauben würden.

Der Herr *Botschafter* entgegnete, die deutsche militärische Verteidigung sei ausschließlich in den Rahmen der NATO eingebettet. Die NATO selber diene nur Verteidigungszwecken und nicht zu einem Angriff.[14] Sie denke nicht daran, einen Krieg vom Zaune zu brechen. Diese Einstellung gelte, wie für die Bundesrepublik, so auch für die anderen NATO-Mitglieder. Die Schrecken eines Krieges seien jedermann noch so gegenwärtig, daß niemand daran denke, einen Krieg zu beginnen.

Herr *Chruschtschow* bemerkte, er selber spreche von einer Sache, während der Herr Botschafter von einer anderen rede. Er habe nach den Atomwaffen gefragt, und ob diese etwa als Spielzeug für deutsche Kinder gedacht seien.

Der Herr *Botschafter* erwiderte, die Frage der Atombewaffnung der NATO, d. h. die Schaffung einer multilateralen Atommacht[15], befinde sich noch im Stadium der Überlegung. Wenn sie überhaupt errichtet werde, werde dies auf multilateraler Grundlage zustande kommen, wobei keiner der Einzelmitglied-Staaten der NATO ein alleiniges Verfügungsrecht über diese Streitmacht besitzen werde.

Herr *Chruschtschow* entgegnete, er wolle demgegenüber auf die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers[16] und des ehemaligen Verteidigungsministers[17] ver-

[14] Vgl. dazu Artikel 5 des Nordatlantikvertrags, der den Beistand der Vertragspartner nur im Fall eines bewaffneten Angriffs auf eines der Mitglieder vorsieht; UNTS, Bd. 34, S. 247.

[15] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[16] Zur Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer vom 6. Februar 1963 zum Projekt einer integrierten Atomstreitmacht der NATO vgl. Dok. 98, Anm. 5.

[17] Bundesminister der Verteidigung war von 1956 bis 1962 Franz-Josef Strauß.

weisen. Das, was in diesen Erklärungen gesagt werde, lasse sich nicht mit dem vereinbaren, was der Herr Botschafter sage.

Der Herr *Botschafter* bemerkte, daß seine Erläuterungen zur Frage der Atombewaffnung den jüngsten Äußerungen des Bundesverteidigungsministers von Hassel[18] entsprächen.

Herr *Chruschtschow* flocht hier ein, von diesem habe er noch keine Vorstellung. Der Herr *Botschafter* fuhr fort, daß die Atomrüstung der NATO *nur* im Rahmen einer multilateralen Atomstreitmacht der Standpunkt des Bundesverteidigungsministers sei.

Herr *Chruschtschow* erklärte, nun, nachdem er, Chruschtschow, von dem Herrn Botschafter den Standpunkt der Bundesregierung gehört habe, sei es wohl richtig, nun über den entsprechenden sowjetischen Standpunkt[19] zu sprechen. Der Herr Botschafter habe gesagt, daß das deutsche Volk in einem einheitlichen Staat leben wolle. Die Sowjetunion habe dagegen nichts einzuwenden; gerade aus diesem Grunde sei sie für den Abschluß eines Friedensvertrages. Sie sei jedoch der Auffassung, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Wiedervereinigung Deutschlands nicht möglich sei. Der Herr Botschafter habe von einer diesbezüglichen Befragung des deutschen Volkes gesprochen. Eine solche Volksbefragung könne nur durchgeführt werden, wenn über die Durchführung einer solchen Befragung eine Vereinbarung erzielt werde. Man müsse fragen, wer darüber entscheiden solle, und die Antwort könne nur lauten, daß darüber allein die beiden deutschen Staaten selber zu entscheiden hätten. Dies müsse als gegeben betrachtet werden. Da andererseits nicht damit zu rechnen sei, daß eine solche Vereinbarung zwischen den beiden deutschen Regierungen in absehbarer Zeit zustandekommen werde, müsse ein Maximum von Anstrengungen auf anderen Gebieten in Richtung auf eine Entspannung der Lage in Europa und eine friedliche Entwicklung in Europa unternommen werden. In eben diesem Sinne schlage die Sowjetunion den Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten vor, wobei der Vertrag bezüglich eines freien West-Berlins, eine Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten West-Berlins, ferner die Sicherheit seiner Grenzen und schließlich die freie Verbindung West-Berlins zur Außenwelt garantieren würde. Die beiden unterzeichnenden deutschen Staaten und die übrigen Unterzeichnerstaaten könnten in dem Vertrag zum Ausdruck bringen, daß sie die Bemühungen der Regierungen der beiden deutschen Staaten um die Wiedervereinigung Deutschlands unterstützen werden. Ein solches Verfahren würde somit auch vollauf dem Wunsche des deutschen Volkes nach Wiedervereini-

[18] Anläßlich eines Besuchs in den USA vom 25. bis 27. Februar 1963, bei dem die integrierte Nuklearstreitmacht der NATO ein Hauptthema der Gespräche war, hob Bundesminister von Hassel „die rückhaltlose Unterstützung" der amerikanischen Konzepte zur atlantischen Partnerschaft und zur NATO hervor. Für das Kommuniqué vgl. BULLETIN 1963, S. 362. Vgl. dazu auch den Drahtbericht von Hassel, z. Z. Washington, vom 27. Februar 1963; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 543; B 150, Aktenkopien 1963.

[19] Für den sowjetischen Standpunkt zur integrierten Nuklearstreitmacht der NATO vgl. die gleichlautenden Noten vom 8. April 1963 an die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik; DzD IV/9, S. 248–255.
In Antwortnoten vom 18. Mai 1963 wiesen die drei Staaten den Protest der UdSSR zurück. Vgl. DzD IV/9, S. 357–367.

gung Rechnung tragen.[20] Andererseits würde ein weiteres Offenbleibenlassen der Lösung der deutschen Frage zu einer gefährlichen und labilen Situation in Europa und der Welt führen.

Der Herr Botschafter meine, daß die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages offengelassen werden solle, bis die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten erzielt sei. Dies müsse zwangsläufig zur Folge haben, daß beide Seiten in verstärktem Maße ihre Rüstung fortsetzen und man infolgedessen weiter in ständiger Spannung leben müsse. Diese Analyse der beiderseitigen Standpunkte zeige klar, wo hier die guten und wo die bösen Vorschläge vorlägen.

Der Herr *Botschafter* entgegnete, der Herr Vorsitzende sehe diese Fragen unter seinem Gesichtswinkel. Er bäte ihn, sich doch einmal in die Lage des deutschen Volkes zu versetzen und sich vorzustellen, wie er urteilen würde, wenn die Sowjetunion so geteilt wäre wie jetzt das deutsche Volk. Das deutsche Volk könne nicht verstehen, daß ihm die Möglichkeit, in *einem* deutschen Staat zu leben, vorenthalten werde. Wenn dieses Problem solange offen bleibe, liege dies nicht an uns, wir seien jederzeit zu einer Lösung bereit. Wenn die Sowjetunion uns die Wiedervereinigung konzedieren würde, würde dies ein Segen für beide Völker sein.

Der Herr Vorsitzende habe gesagt, es gebe hüben und drüben eine deutsche Regierung, welche miteinander sprechen müßten. In diesem Zusammenhang wolle er, der Botschafter, jedoch erwähnen, daß die Sowjetunion in früherer Zeit, als bereits die gleiche politische Situation bestanden habe, andere Vorschläge gemacht habe. So habe sie 1955 die Genfer Direktive[21] unterschrieben. Ebenso habe sie 1952 die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen vorgeschlagen.[22] Dieselbe sowjetische Auffassung sei schließlich in dem Aide-mémoire vom 19. 3. 1958[23] zum Ausdruck gekommen, in welchem die Sowjetunion erklärt habe, daß es ihr Ziel sei, *einen* Friedensvertrag mit *einem* Deutschland zu schließen.

Der Herr Botschafter fuhr fort, die deutsche Seite sei nicht an der Beibehaltung eines Schwebezustandes, sondern an einer raschen Lösung interessiert. Bei Eingehen auf die sowjetischen Vorschläge würde sich die Bundesrepublik jedoch in Abhängigkeit von dem Wohlwollen der Machthaber in dem anderen Teil Deutschlands begeben, die eine Wiedervereinigung nicht wollten. Man gebe deutscherseits die Hoffnung nicht auf, daß die Sowjetunion diesen Appell an ihr Gefühl verstehen werde. Es sei keine Halsstarrigkeit, wenn man seitens der Bundesrepublik die sowjetischen Vorschläge nicht billige, vielmehr sei es für uns unmöglich, uns mit der Teilung Deutschlands abzufinden. Der Herr Vorsitzende möge jedoch überzeugt sein, daß, wenn wir die Auffassung der Sowjetunion in der Frage der Wiedervereinigung nicht teilten, wir gleichwohl keineswegs daran dächten, diese mit Gewalt herbeizuführen. Er,

[20] Vgl. dazu bereits die sowjetische Note vom 10. Januar 1959 an die Bundesrepublik; DzD IV/1, S. 566–573.

[21] Für den Wortlaut der Direktive der Vier Mächte vom 23. Juli 1955 vgl. DzD III/1, S. 213–219.

[22] Zu den sowjetischen Noten vom 10. März und 9. April 1952 vgl. Dok. 1, Anm. 5.

[23] Für den Wortlaut vgl. DzD III/4, S. 681–686. Vgl. dazu auch ADENAUER, Erinnerungen II, S. 376–379.

der Botschafter, wolle nochmals unterstreichen, daß das Wort „Krieg" ein für allemal aus unserem Vokabular gestrichen sei.

Herr *Chruschtschow* entgegnete, er habe persönlich 1955 in Genf als Leiter der sowjetischen Delegation an der damaligen Arbeit der Tagung lebhaften Anteil genommen und müsse feststellen, daß ihm von der hier erwähnten Direktive nichts bekannt sei. Richtig sei, daß das damalige Schlußkommuniqué auf beiden Seiten zu unterschiedlichen Auffassungen über die Auslegung des sowjetischen Standpunktes geführt habe, jedoch sei eine Richtigstellung der unzutreffenden Vorstellungen der anderen Seite damals an Ort und Stelle durch die Sowjetdelegation vorgenommen worden.[24] Im übrigen könne der Herr Botschafter die ganzen damaligen Protokolle nachlesen.

Von dem von dem Herrn Botschafter erwähnten Aide-mémoire der Sowjetregierung von 1958 sei ihm nichts bekannt. Richtig sei – hier griff Herr Chruschtschow eine Zwischenbemerkung von Herrn Iljitschow auf – daß die Sowjetregierung nichts gegen gesamtdeutsche Wahlen zur Wiedervereinigung einzuwenden habe, allerdings unter der Voraussetzung, daß die beiden deutschen Regierungen sich unmittelbar darüber einigten.

Zu der von dem Herrn Botschafter erwähnten angeblichen sowjetischen Zusicherung von 1952 könne er nichts sagen, da er zu diesem Zeitpunkt an der Formulierung der sowjetischen Außenpolitik nicht beteiligt gewesen sei.[25] Jedoch müsse man hier fragen: Wenn damals, 1952, die Sowjetunion gesamtdeutsche Wahlen vorgeschlagen habe, warum denn damals dieses Angebot von der Bundesrepublik nicht angenommen worden sei?

Der Herr *Botschafter* entgegnete, daß es sich damals nur um einen Notenwechsel zwischen den Vier Mächten zur Frage der Wiedervereinigung gehandelt habe, dieser sei jedoch im Sande verlaufen.[26]

Herr *Chruschtschow* stellte fest, die Erläuterungen des Herrn Botschafters würden nicht durch die konkrete Politik der Bundesregierung bestätigt. Die Sowjetunion werde von der Bundesregierung nicht die Unterschrift unter den Friedensvertrag erbetteln. Sie werde aber auch nicht zulassen, daß die „DDR" „liquidiert" werde. Die Sowjetunion sei ein Verbündeter der „DDR". Das, was man seitens der Bundesrepublik wolle, müsse als revanchistische Bestrebung bezeichnet werden. Wenn die Bundesregierung auf einem Atom-Depot leben wolle, werde man sich danach einrichten, und dann werde die Sowjetunion dies eben auch tun. Er, Chruschtschow, sei mit dergleichen vom Kriege

[24] Auf der Genfer Gipfelkonferenz 1955 stimmte die sowjetische Delegation nach viertägigen Diskussionen am 23. Juli 1955 einer Direktive an die Außenminister zu, in der die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie, geheime und gleiche Wahlen zum Ziel der Vier Mächte erklärt wurde. Bereits in der Schlußsitzung am selben Tag erklärte der sowjetische Ministerpräsident Bulganin jede Diskussion über eine Wiederherstellung Gesamtdeutschlands nach westlichen Vorstellungen als gegenstandslos angesichts der Ratifizierung der Pariser Verträge; eine Regelung der Deutschland-Frage könne nur unter Beteiligung von Vertretern aus beiden deutschen Staaten herbeigeführt werden. Für den Wortlaut der Schlußerklärung von Bulganin vgl. DzD III/1, S. 205–210.

[25] 1952 war Nikita Chruschtschow Parteichef in der Stadt und im Gebiet Moskau und ZK-Sekretär für Landwirtschaft.

[26] Für den Wortlaut des Notenwechsels vom 10. März bis 23. September 1952 vgl. BEMÜHUNGEN I, S. 85–112.

her vertraut, denn er habe damals auch einmal in einem unterminierten Unterstand leben müssen.

Der Herr *Botschafter* erwiderte, bei uns denke niemand daran, den anderen Teil Deutschlands anzugreifen. Dieser bedürfe daher keiner Hilfeleistung. Die Erklärung des Herrn Vorsitzenden entbehre deshalb der Grundlage. Unser Wunsch sei lediglich, dem ganzen deutschen Volk die Möglichkeit zu einer freien Willensäußerung zu geben, wie sie in der Form der in der Bundesrepublik durchgeführten freien Wahlen selbstverständlich sei. An ein Verschlukken eines Teiles Deutschlands sei von niemand gedacht, sondern nur an eine Form der Meinungsäußerung, wie sie im Zeitalter der Demokratie durch freie Wahlen als Ausdruck der Selbstbestimmung üblich sei.

Herr *Chruschtschow* bemerkte, in der „DDR" hätten mehrfach freie, geheime und gleiche Wahlen stattgefunden, in denen die dortige Bevölkerung ihren Willen bekundet habe und im Ergebnis derer sie in ihrem Staat eine demokratische Ordnung errichtet habe. Der Herr *Botschafter* erwiderte, wenn dem so sei, dann sollte dies doch umso mehr für die Sowjetunion ein Grund sein, der Durchführung freier, kontrollierter Wahlen in ganz Deutschland zuzustimmen. Herr *Chruschtschow* entgegnete, die Bundesrepublik möge sich mit dem Präsidenten der „DDR"[27] in dieser Frage einigen, die Sowjetunion habe nichts dagegen, wenn eine solche Einigung zustandekomme. Jedoch könne sie in dieser Frage auf die „DDR" keinen Einfluß nehmen, denn die „DDR" sei ein freier, unabhängiger Staat und man würde dort auf einen solchen Versuch einer Einmischung seitens der Sowjetunion nicht hören, genauso, wie die Sowjetunion einen Versuch einer Einmischung in sowjetische Angelegenheiten seitens der „DDR" ignorieren würde.

Der Herr *Botschafter* entgegnete, er müsse dem entgegenhalten, daß den vier Mächten aufgrund der Kriegs- und Nachkriegsentwicklung die Verantwortung für die Einheit Deutschlands zugefallen sei und daß daher in dieser Frage die vier Mächte, also auch die Sowjetunion, müßten angesprochen werden können, weil sie die Verantwortung dafür trügen.[28]

Herr *Chruschtschow* entgegnete, seit Kriegsende seien 17 Jahre vergangen. In dieser Zeit sei in Westdeutschland eine eigene Regierung gebildet worden, was in der „DDR" dann als Antwortmaßnahme ebenfalls zur Bildung einer eigenen Regierung geführt habe. Der erste Schritt zur Bildung eines separaten Staates sei also von dem Bundeskanzler ausgegangen. Gegenwärtig habe man es nunmehr mit zwei selbständigen deutschen Staaten und zwei selbständigen deutschen Regierungen zu tun, und man könne daher nicht die vier Mächte für diese Frage verantwortlich machen.

Die Bundesrepublik würde sehr viel gewinnen, wenn sie sich dieser Erkennt-

[27] Das Amt des Präsidenten der DDR wurde nach dem Tod von Wilhelm Pieck 1960 abgeschafft. Die Funktionen gingen auf den neu gebildeten Staatsrat über, dessen Vorsitzender Walter Ulbricht war.

[28] Mit der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde die oberste Gewalt in Deutschland von den Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR übernommen, „von jedem in seiner eigenen Besatzungszone und gemeinsam in allen Deutschland als ein Ganzes betreffenden Angelegenheiten". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1946, S. 215.

nis nicht verschließen würde. Schließlich handele es sich bei der Bundesrepublik und bei der Sowjetunion um zwei Staaten, die sich wirtschaftlich ergänzen könnten und nicht etwa diesbezüglich einander ausschlössen. In diesem Zusammenhang müsse er auf die Frage der westdeutschen Röhrenlieferung an die Sowjetunion zu sprechen kommen. Die Bundesregierung habe die Erfüllung der abgeschlossenen Kontrakte auf Röhrenlieferungen durch westdeutsche Firmen nicht genehmigt.[29] Dies sei zu bedauern, weil durch einen solchen Schritt nur die westdeutsche Industrie und damit letztlich die westdeutsche Bevölkerung geschädigt würden. Die Sowjetunion werde daher entsprechende Maßnahmen treffen müssen, und er glaube, daß sie 1965 Bestellungen der Bundesrepublik auf Röhrenlieferungen vollauf werde befriedigen können, ja, daß sie, wenn man seitens der Bundesrepublik recht schön bitte, diese Röhren sogar 1964 schon werde liefern können! Die Lieferung der Röhren sei natürlich auf Druck der amerikanischen Monopolkapitalisten unterbunden worden, die sich mit der gleichen Forderung auch an andere Länder, so an Italien, Schweden und Japan gewandt hätten. All diese Länder hätten dieses Ansinnen abgelehnt, lediglich die Bundesrepublik als einziges Land habe sich dieser Forderung gefügt.

England habe aus dieser Situation Nutzen ziehen wollen und der Sowjetunion Röhren zu erhöhten Preisen liefern wollen.[30] Daraus sei nichts geworden. Man habe vielmehr gesagt: Wir behalten unser Geld, Ihr Eure Röhren! (Dengi naschi, truby waschi!)

Herr Chruschtschow zeigte dann einen aus Kunststoff hergestellten Becher und bemerkte, er habe hier ein anderes Beispiel:

Dieser Becher sei ein Erzeugnis eines der beiden Werke für Herstellung von Kunststoffgegenständen, die eine deutsche Firma an die Sowjetunion geliefert habe. Z. Z. liefen mit dieser Firma Verhandlungen wegen der Lieferung zweier weiterer Werkseinrichtungen, möglicherweise seien diese Verhandlungen auch schon abgeschlossen. Nach der Erfahrung mit den Röhren dränge sich die Frage auf, ob nicht auch für Lieferungen dieser Art plötzlich auf Betreiben des amerikanischen Monopolkapitals ein Ausfuhrverbot für die Bundesrepublik zu befürchten sei. Käme es dazu, werde sich die Sowjetunion dann wegen dieser Lieferungen an England wenden müssen. Sollte dies zu keinem Erfolg führen, käme Japan in Betracht, und wenn auch Japan nicht liefere, werde die Sowjetunion auch hier die Werke eben selber schaffen. Man könne sicher sein, daß die Sowjetunion, die in der Lage sei, bessere kosmische Raketen zu bauen als die USA, auch in der Lage sein werde, ein solches Werk zu bauen. Es entstehe der Eindruck, als ob dieser Ausbruch von Angst bei den Kreisen des Monopolkapitals vor der Überlegenheit des kommunistischen Systems in jenen Kreisen den gesunden Menschenverstand völlig vernebelt habe.

Um zur Frage des Friedensvertrages zurückzukehren, wolle er sagen, wenn der Herr Bundeskanzler ein Mann des Realismus sei, dann werde er einen sol-

[29] Zur Verordnung vom 18. Dezember 1962 über die Ausfuhr von Röhren vgl. Dok. 9, Anm. 6.

[30] Zur Frage britischer Röhrenlieferungen an die UdSSR vgl. weiter Dok. 131.

chen Vertrag unterschreiben, jedoch habe er, Chruschtschow, in dieser Beziehung wenig Hoffnung.

Der Herr *Botschafter* entgegnete, zur Frage der Röhrenlieferungen aus der Bundesrepublik an die Sowjetunion wolle er bemerken, daß die Entscheidung über diese Frage noch offen sei.[31] Zwischen Herrn Staatssekretär Lahr und dem Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in der Bundesrepublik, Herrn Gritschin, sei im Januar d. J. über diese Frage gesprochen worden[32], und eine endgültige Entscheidung stehe, wie gesagt, noch aus. Er müsse jedoch richtigstellen, daß es nicht zutreffe, wenn der Herr Vorsitzende sage, daß die Vereinigten Staaten in der Frage der Röhrenlieferung auf die Bundesrepublik einen Druck ausgeübt hätten. Richtig sei allerdings, daß die Frage in der NATO behandelt worden sei.[33]

Hinsichtlich der von dem Herrn Vorsitzenden erwähnten an die Sowjetunion gelieferten Polyäthylen-Werke wolle er seiner Zufriedenheit darüber Ausdruck geben, daß diese sich in so großem Umfang abspielenden Handelsbeziehungen so gut liefen. Er hoffe, daß sie sich weiter günstig entwickeln würden, wie ja auch in den vergangenen Jahren der Handel zwischen beiden Ländern ständig zugenommen habe. Er persönlich betrachte es als seine Aufgabe, alles zu tun, um zu einer weiteren Verstärkung des beiderseitigen Handels beizutragen.

Der Herr Botschafter fuhr fort, er wolle sich bei dieser Gelegenheit noch eines Auftrags entledigen. Dieser liege zwar schon längere Zeit zurück, jedoch habe er, der Botschafter, ihn bisher nicht ausführen können, weil er noch keine Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Herrn Vorsitzenden gehabt habe. Der Herr Bundeskanzler habe ihn, als er, der Herr Botschafter, im Oktober nach Moskau gefahren sei, gebeten, dem Herrn Vorsitzenden die Grüße des Herrn Bundeskanzlers zu übermitteln. Er wolle nicht versäumen, sich dieses Auftrags, wenn auch verspätet, zu entledigen.

Herr *Chruschtschow* entgegnete zu den vorangegangenen Ausführungen des Herrn Botschafters folgendes:

Der Herr Botschafter spreche im Zusammenhang mit der Röhrenfrage[34] von der NATO. Wer aber entscheide in der NATO, doch nicht etwa Norwegen oder Dänemark oder möglicherweise gar Island. Es sei doch klar, daß die Entscheidungen in der NATO praktisch Entscheidungen seien, die durch die USA gefällt würden.

Das Beste für alle Menschen wäre eine Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten. Der Bundeskanzler lehne dies jedoch ab. Herr Chruschtschow knüpfte daran Bemerkungen, die sinngemäß auf den Gedanken hinausliefen, daß man bei unserer Weigerung, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, eben in dem bisherigen Spannungszustand und der sich damit für den Frieden ergebenden Gefährdung weiterleben müsse.

31 Vgl. dazu Dok. 123–125.

32 Zum Gespräch vom 5. Januar 1963 vgl. Dok. 11, Anm. 7.

33 Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 5.

34 Zur sowjetischen Haltung in dieser Frage vgl. weiter Dok. 148.

Der Herr *Botschafter* meinte, die beste Garantie für den Frieden sei dann gegeben, wenn die widernatürliche Teilung Deutschlands beseitigt werden würde. Er wisse nicht, wie lange diese Teilung noch andauern werde, aber unabhängig davon sei für uns die Erhaltung des Friedens oberstes Gesetz. Er bäte den Herrn Vorsitzenden noch einmal, sich vorzustellen, daß sein Land sich in der gleichen Lage befände, dann würde er für den deutschen Lösungswunsch mehr Verständnis aufbringen.

Herr *Chruschtschow* meinte: „Nun, lösen Sie, wir hindern Sie daran nicht."

Der Herr *Botschafter* führte aus, er habe sich gründlich mit der Geschichte der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland befaßt. Die ganze Geschichte des 19. Jahrhunderts sei überwiegend von der deutsch-russischen Freundschaft geprägt. Dies gelte auch für den Beginn dieses Jahrhunderts und den Anfang der 20er Jahre. Er bäte den Herrn Vorsitzenden, es als seine Überzeugung entgegenzunehmen, daß er hoffe, zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion werde eines Tages wieder Freundschaft bestehen. Eine solche Freundschaft sei etwas, was auch sowjetischerseits nicht gering veranschlagt werden sollte.

Herr *Chruschtschow* entgegnete, man sollte in der Bundesrepublik erkennen, daß die Wiedervereinigung nicht von der Sowjetunion, sondern von dem Gespräch ersterer mit der „DDR" abhänge.

Er glaube, daß man in der Bundesrepublik eines Tages realistischer sein werde und daß es dort einmal eine Regierung geben werde, die in der Lage sei, realistisch zu denken. Die Sowjetunion werde in diesem Fall bereit sein, eine Versöhnungshand entgegenzustrecken. Durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrages könne ein Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen werden und ein neues Blatt in den Beziehungen der Völker der Sowjetunion zum deutschen Volk begonnen werden.

Er, Chruschtschow, entsinne sich der Rede, die der Herr Bundeskanzler Ende 1955 hier in Moskau gehalten habe.[35] Diese Rede habe von Klugheit und Weisheit gezeugt. Der Herr Bundeskanzler habe damals seine Unterschrift unter das Dokument über die Beendigung des Kriegszustandes[36] gesetzt, obwohl der damalige amerikanische Botschafter in Moskau, Bohlen, deswegen sehr unzufrieden gewesen sei.[37]

Damals habe sich der Kanzler in seinem Standpunkt nicht beirren lassen. Inzwischen scheine es jedoch, als ob er seine alten Qualitäten, nämlich den Willen zum Widerstand gegen Ansichten, die der eigenen Überzeugung widersprächen, eingebüßt habe.

[35] Zu den Verhandlungen im September 1955 in Moskau vgl. Dok. 1, Anm. 2 und 3. Für den Wortlaut der veröffentlichten Reden des Bundeskanzlers Adenauer vgl. MEISSNER, Moskau–Bonn I, S. 85–88, S. 92–94 und S. 103 f.

[36] Bundeskanzler Adenauer unterzeichnete lediglich eine Vereinbarung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Die Beendigung des Kriegszustands mit Deutschland wurde von der UdSSR bereits am 25. Januar 1955 erklärt. Für den Wortlaut dieser Erklärung vgl. DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK DER SOWJETUNION, Bd. II, Berlin (Ost) 1963, S. 111 f.

[37] Vgl. dazu den Bericht des amerikanischen Botschafters Bohlen, Moskau, vom 14. September 1955 an das amerikanische Außenministerium; FRUS 1955–1957, V, S. 583. Dazu auch Charles E. BOHLEN, Witness to History 1929–1969, London 1973, S. 387; GREWE, Rückblenden, S. 245–247.

Er bäte den Herrn Botschafter, dem Herrn Bundeskanzler seinen Dank für dessen gute Wünsche zu übermitteln und mit diesem Dank gleichzeitig auch beste Wünsche für den Herrn Bundeskanzler von seiner Seite zu verbinden. Trotzdem könne er nicht umhin, seiner Enttäuschung Ausdruck zu verleihen wegen einer Politik des Herrn Bundeskanzlers, die weder konstruktiv sei noch zu der Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik beitrage.

Der Herr *Botschafter* antwortete, er werde die ihm an den Herrn Bundeskanzler aufgetragenen Grüße gerne übermitteln.

Er dürfe wiederholen, daß die Politik der Bundesregierung sehr wohl als konstruktive Politik bezeichnet werden könne. Er wolle abschließend noch einmal folgendes sagen: Er sei sich darüber klar, daß die Standpunkte beider Seiten in der deutschen Frage heute noch sehr verschieden seien. Er hoffe aber, daß die Sowjetregierung sich dem deutschen Standpunkt im Laufe der Zeit nähern und die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts zulassen werde. Unbeschadet dessen werde er, der Herr Botschafter, jedoch alles tun und aufrichtig bemüht sein, zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern beizutragen.

Herr *Chruschtschow* entgegnete, er habe dem Herrn Botschafter bereits dreimal den sowjetischen Standpunkt erläutert. Wenn der Herr Botschafter die Politik des Herrn Bundeskanzlers als konstruktiv bezeichne, dann könne und wolle er dazu nichts weiter sagen. Die Sowjetunion wolle den Frieden. Die Bundesregierung jedoch verfolge in den praktischen Fragen Ziele, die mit friedlichen Absichten unvereinbar seien.[38]

Abteilung II (II 4), VS-Bd. 193

[38] Vgl. dazu auch die Drahtberichte des Botschafters Groepper, Moskau, vom 11. und 12. März 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 428; B 150, Aktenkopien 1963. In der am 12. März 1963 übermittelten Einschätzung des Gesprächs hielt der Botschafter den Eindruck fest, die sowjetische Deutschlandpolitik sei „grundsätzlich unverändert". Anscheinend setze der sowjetische Ministerpräsident auch keine großen Hoffnungen auf die Sondierungsgespräche mit den USA, u. a. aus der Überlegung heraus, „daß vorauszusehende weitere Unterstützung fester deutscher Haltung in Deutschland- und Berlin-Frage durch Frankreich als eine der vier Besatzungsmächte Aussichten auf ein den sowjetischen Wünschen entsprechendes Gesprächsresultat zusätzlich verringert". Was das Röhrenembargo anbetreffe, werde die sowjetische Regierung daraus offenbar keine „Folgerungen für sonstige Handelsprojekte ... ziehen".

117

Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder

ZB 6/1936/63 geheim
Fernschreiben Nr. 183

Aufgabe: 11. März 1963, 22.00 Uhr
Ankunft: 11. März 1963, 22.55 Uhr

Nur für Minister[1] und Staatssekretär[2]

I. Britischer Botschafter[3] unterrichtete heute meine westlichen Kollegen und mich in großen Zügen über den Inhalt seiner Unterredung mit Chruschtschow gelegentlich seines Antrittsbesuchs bei diesem am 6. März. Besprochen wurden insbesondere folgende Themen:

Deutschland- und Berlinfrage,
Nuklearversuche,
Abrüstung und
Kuba.

1) Zur Deutschlandfrage habe Chruschtschow mit der Feststellung begonnen, daß Großbritannien im letzten Vierteljahrhundert zweimal gegen Deutschland habe Krieg führen müssen. Heute wolle die BRD die Revanche. Es sei kein Zufall, daß die Bundesrepublik jetzt mit Frankreich einen Vertrag[4] abgeschlossen habe. In diesem Vertrag komme ihr Bestreben des „divide et impera" zum Ausdruck. Die Deutschen wollten vermeiden, an zwei Fronten kämpfen zu müssen. Wenn Frankreich einmal neutralisiert worden sei, wollten sie sich gegen die Sowjetunion wenden (to deal with the UdSSR).

Zweifellos hätte sich zwar das Verhältnis der Kräfte nach dem Krieg radikal geändert. Die Bundesrepublik strebe aber heute Atomwaffen an und könne so eine sehr gefährliche Situation herbeiführen. Wenn es zu einem Kriege komme, werde Großbritannien darunter zu leiden haben.

Die alleinige Quelle der gegenwärtigen Kriegsgefahr sei Westdeutschland. Alle Spannung rühre von dort her. Wenn man den Splitter entferne, den die Situation in Westberlin heute darstelle, werde alles gutgehen.

Im Grunde genommen hätten die Westmächte an Berlin wenig Interesse. Auch Frankreich wolle sich nicht um Westberlins willen mit Deutschland verbünden. Ihm komme es vielmehr darauf an, das nach seiner Vorstellung schwache Deutschland für seine, Frankreichs, Größe zu nutzen.

Westberlin sei heute zum Gegenstand eines politischen Spiels (political gamble) geworden. Die Sowjets wollten diesem Spiel ein Ende bereiten. Die einzige Möglichkeit, die Situation zu entschärfen und zu normalisieren, sei die Unter-

[1] Der persönliche Referent des Staatssekretärs Carstens, Pfeffer, unterrichtete den Leiter des Ministerbüros, Simon.

[2] Hat Staatssekretär Carstens am 11. März 1963 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Jansen verfügte.

[3] Humphrey Trevelyan.

[4] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

zeichnung eines Friedensvertrags[5] und gleichzeitig die Regelung der Westberlin-Frage. Wenn das gelinge, werde es keinen Krieg geben.

Der Friedensvertrag solle auf der Grundlage der derzeit bestehenden Verhältnisse[6] abgeschlossen werden. Diese würden damit eine juristische Grundlage und Stabilität erlangen. Der Vertrag werde ferner eine Garantie für die Verbindungswege Westberlins mit der Außenwelt sein.

Zu Westberlin habe Chruschtschow weiter erklärt, die Sowjetunion habe an ihm kein eigenes Interesse.

Die Westberliner könnten leben wie sie wollten. Der Sowjetregierung sei jedoch daran gelegen, die Lage in Westberlin zu normalisieren. Aus diesem Grunde trete sie für den baldigen Abschluß des Friedensvertrags ein. Von dem Problem der Freiheit Westberlins zu sprechen, sei eine Lüge, da niemand es anzugreifen beabsichtige.

Nach Mitteilung Sir Humphreys sind alle Ausführungen Chruschtschows zur Deutschland- und Berlinfrage von der von ihm herausgestellten Notwendigkeit des Abschlusses des Friedensvertrages übertönt (submerged) worden. Alle Welt würde von diesem Friedensvertrag gewinnen, und es werde dann keine Spannungen mehr geben. Vor der Errichtung der Mauer wäre sein Abschluß wohl ein Vorteil für die Sowjetunion gewesen. Heute liege der überwiegende Vorteil des Abschlusses eines Friedensvertrages jedoch bei den Westmächten.

Chruschtschow sei dann schon im Zusammenhang mit der Deutschland- und Berlinfrage auf die Abrüstungsfrage zu sprechen gekommen. Eine vollständige Abrüstung sei nur in Etappen möglich und setze eine Kontrolle voraus. Die Sowjetunion sei z. B. zu solchen Kontrollen der beiderseitigen Streitkräfte in Deutschland bereit, jedoch nur nach Abschluß des Friedensvertrags. Auf eine von Sir Humphrey in diesem Zusammenhang an ihn gerichtete Frage habe Chruschtschow seine Bemerkungen näher erläutert. Sir Humphrey hat daraus entnommen, daß Chruschtschow hier an eine Sicherung gegen Überraschungsangriffe dachte.

Chruschtschow habe weiter erklärt, nur Adenauer sei gegen den Abschluß eines Friedensvertrages.[7] Die Sowjetunion werde jedoch in ihrem darauf gerichteten Bemühen nicht nachlassen. Wenn sie hierfür keinen Termin setze, so deshalb nicht, weil sie günstige Bedingungen für die kommenden Verhandlungen[8] schaffen wolle. Der Abschluß des Friedensvertrags sei aber in jedem Fall notwendig.

Hinsichtlich der bevorstehenden Gespräche mit den Amerikanern habe Chruschtschow sich skeptisch geäußert.[9] Die Sowjets verhandelten nunmehr

[5] Zum sowjetischen Vorschlag eines Friedensvertrags vom 10. Januar 1959 vgl. Dok. 116, Anm. 8.

[6] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Persönlichen Referenten des Staatssekretärs Carstens, Pfeffer: „Auch in Berlin?"

[7] Vgl. dazu Dok. 116, Anm. 8.

[8] Zur Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche zur Deutschland- und Berlin-Frage am 26. März 1963 vgl. weiter Dok. 138.

[9] Vgl. dazu auch die Beurteilung des Botschafters Groepper, Moskau, im Drahtbericht vom 12. März 1963; Dok. 116, Anm. 38.

seit zwei Jahren mit den Amerikanern[10], und er müsse sich fragen, ob nicht die Amerikaner hier nur ein politisches Spiel unter dem Blickpunkt ihrer Innenpolitik trieben.

Zusammenfassend kennzeichnete Sir Humphrey seinen Eindruck über wiedergegebene Ausführungen Chruschtschows dahin, daß sie zwar sicherlich nichts Neues enthielten, jedoch die Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrags und einer Normalisierung der Lage in Westberlin stärker als bisher betonten. Andererseits habe Chruschtschow mit keinem Wort die Frage der alliierten Truppenpräsenz, die Möglichkeit eines Flaggenwechsels[11] oder sonstige in Verbindung damit bisher erörterte Einzelfragen gestreift. Ebenso habe er die Frage des Abschlusses eines Nichtangriffspakts NATO–Warschau[12] nicht berührt.

2) Zur Testbann-Frage[13] habe Chruschtschow seine Ausführungen mit der Erklärung eingeleitet, die britischen Gelehrten hätten auf der letzten Pugwash-Konferenz sehr auf die Einrichtung einer automatischen Kontrolle durch sogenannte „schwarze Kästen" (black boxes) gedrängt.[14] Die Sowjets hätten sich damals damit einverstanden erklärt. Demgegenüber hätten die Amerikaner auf Inspektionen bestanden. Obwohl solche nach der Überzeugung der sowjetischen Regierung nicht nötig seien, hätte diese entgegenkommenderweise gleichwohl zwei bis drei Inspektionen zugestanden. Heute forderten die Amerikaner acht bis zehn Inspektionen.[15] Die Sowjets würden jedoch nicht eine einzige weitere Inspektion konzedieren und hätten deshalb auch Herrn Kusnezow aus Genf nach Moskau zurückberufen.[16] In Wahrheit handele es sich hier um eine „question of contamination": Es komme dem Westen nur darauf an, Spione in die Sowjetunion zu entsenden.

Die Sowjetunion würde jedoch als ein von NATO-Staaten umgebenes Land in dieser Frage höchst wachsam sein.

[10] Zu den bisherigen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen vgl. Dok. 5, Anm. 4.

[11] Zum sowjetischen Vorschlag, die alliierten Truppen in Berlin (West) durch UNO-Truppen zu ersetzen, vgl. Dok. 56, Anm. 10 und 14, und Dok. 62, Anm. 5.

[12] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 54, Anm. 15. Er wurde am 20. Februar 1963 vom sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kusnezow durch eine entsprechende Vorlage auf der Genfer 18-Mächte-Abrüstungskonferenz erneut ins Gespräch gebracht. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 57 f.
Vgl. dazu weiter Dok. 187.

[13] Zu den Teststopp-Verhandlungen vgl. weiter Dok. 153.

[14] Die 10. Pugwash-Konferenz für Wissenschaft und Weltangelegenheiten (3. bis 7. September 1962) legte am 7. September 1962 einen Vorschlag über die Einrichtung automatischer seismischer Stationen („black boxes") zur Feststellung unterirdischer Kernexplosionen vor.
Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 863–865.

[15] Zum sowjetischen Angebot einer Einrichtung von drei Inspektionen und zur amerikanischen Gegenforderung vgl. Dok. 92, Anm. 7.

[16] Die Verhandlungen im Ausschuß der drei Atommächte über einen Teststopp wurden am 31. Januar 1963 suspendiert und an das Genfer 18-Mächte-Abrüstungskomitee verwiesen. Am 22. Februar 1963 wurden sie wegen Uneinigkeit über die Frage der Inspektionen abgebrochen. Vgl. dazu die Erklärung des sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenministers Kusnezow vom 22. Februar 1963 und die Erklärung der amerikanischen Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung vom selben Tag; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 60–72 und S. 72 f.

Sir Humphrey habe demgegenüber die bekannten westlichen Argumente für eine Notwendigkeit von einer größeren Anzahl von Inspektionen wiederholt. Chruschtschow sei jedoch strikte dabei verblieben, daß die Sowjetunion nicht eine weitere Inspektion zulassen würde. Es sei deshalb eine Illusion, westlicherseits anzunehmen, sie werde noch auf fünf bis sechs Inspektionen heraufgehen. Wenn sie heute acht Inspektionen zugestände, würde dies im übrigen nur zur Folge haben, daß Rockefeller[17] dann zwanzig wünsche. Die sowjetische Auffassung, daß mehr als drei Inspektionen keinesfalls nötig seien, werde von vielen britischen und amerikanischen Wissenschaftlern unterstützt. Andererseits teilten die amerikanische Meinung nur solche Wissenschaftler, die im Dienste der amerikanischen Regierung stünden. Man könne die amerikanische Haltung nur dahin kennzeichnen, daß der Appetit beim Essen komme. Die Sowjets hätten aber keinen Anlaß, Kennedy Konzessionen zu machen. Schon Marx habe gesagt, daß schließlich die Monopolisten die Staatsgewalt repräsentieren würden; diese Situation habe sich jetzt in den Vereinigten Staaten ergeben.

Die Zeit sei jetzt reif für den Abschluß eines Abkommens. Wenn die Vereinigten Staaten von der UdSSR noch weitere Zugeständnisse forderten, so geschehe dies lediglich unter dem Einfluß Rockefellers. Im übrigen hätten die Vereinigten Staaten schon zwei- bis dreimal soviele Versuche durchgeführt wie die Sowjetunion. Auch ein Testbann-Abkommen könne natürlich das Atomwettrüsten nicht verhindern. Gleichwohl trete die Sowjetunion aus humanitären Gründen dafür ein. Chruschtschow habe seine Ausführungen zu diesem Punkt mit der Feststellung abgeschlossen, daß das Abkommen nur unter den gegenwärtigen Bedingungen abgeschlossen werden könne. So oder überhaupt nicht. Die Entscheidung liege nunmehr auf der anderen Seite.

3) Zur Abrüstung habe Chruschtschow an anderer Stelle noch davon gesprochen, daß Westdeutschland nach den Wünschen der USA eine Armee von 700000 Mann aufstellen solle, da die Streitkräfte der sozialistischen Länder noch höher seien. Letzteres sei zwar richtig. Trotzdem messe aber die Sowjetunion der Zahl der Soldaten keine entscheidende Bedeutung bei. Sie seien schließlich nur Kanonenfutter. Entscheidend seien dagegen die Atomwaffen. Wenn die Bundesrepublik in den Besitz von Atomwaffen gelangte, würde sie losschlagen[18] und damit den Krieg entfesseln. Großbritannien würde dann zerstört sein, noch bevor die erste Polarisrakete abgeschossen werden könnte.

Chruschtschow habe in diesem Zusammenhang mitgeteilt, die sowjetischen

[17] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Persönlichen Referenten des Staatssekretärs Carstens, Pfeffer: „Taucht jetzt häufig als ‚Drahtzieher' auf."
Nelson A. Rockefeller war als Sonderberater des amerikanischen Präsidenten Eisenhower für psychologische Strategie federführend bei der Erstellung von dessen Luftinspektions-Vorschlag („open skies") auf der Genfer Gipfelkonferenz 1955. Von 1959 bis zu seiner Nominierung zum Vizepräsidenten der USA 1973 war er Gouverneur des Staates New York.

[18] Botschafter Groepper berichtete am 12. März 1963 über die Unterredung mit Ministerpräsident Chruschtschow: „Möglichkeit Zugangs der Bundesrepublik zu Atomwaffen ist für Chruschtschow offenbar wirklicher Albtraum." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 428; B 150, Aktenkopien 1963.

Planer (designers) hätten ein neues atomares System empfohlen.[19] Das bisherige System sei zwar sehr wirksam, das neue werde aber noch besser sein. Infolgedessen müsse die Sowjetunion nunmehr ein solches in Angriff nehmen (set up). Dies würde allerdings viel Geld kosten. Nach Sir Humphreys Mitteilung waren die Äußerungen Chruschtschows zu diesem Punkt etwas vage. Sir Humphrey hielt es für möglich, daß das neue System mit der Frage der antimissiles in Zusammenhang stehe.

4) Kuba

Chruschtschow habe hierzu erklärt, er sei wegen seiner Haltung in der Kuba-Frage kritisiert worden, ohne daß er dabei angegeben habe, von wem (China?, in der Sowjetunion selbst?). Die seinerzeit getroffene Lösung[20] habe jedoch dem gesunden Menschenverstand entsprochen. Auch Präsident Kennedy, der damals eine gefährliche Situation (durch die Blockade) herbeigeführt habe, habe bei der Lösung der Frage vernünftig gehandelt. In den Vereinigten Staaten sage man jetzt aber, Präsident Kennedy habe keine Verpflichtungen bezüglich Kubas übernommen. Eine solche Einstellung könne sehr gefährliche Folgen nach sich ziehen und den zarten Keim (small embryo) von Vertrauen in das gegebene Wort zerstören. Als Sir Humphrey ihm darauf entgegnet habe, daß nach seiner, Trevelyans, Auffassung das Vertrauen gewachsen sei, habe Chruschtschow ihm entgegnet, auch er habe erst gedacht, daß nunmehr (nach Kuba) eine Vertrauensbasis entstehen werde, die die Lösung der noch offenen Fragen erleichtere. Heute sei er aber etwas nachdenklich geworden (had begun to reconsider it a little).

II. Wie Sir Humphrey sagte, wirkte Chruschtschow während des Gesprächs ermüdet. Er habe den Eindruck eines Menschen gemacht, der sich einer sehr schweren Situation gegenübergestellt sehe und noch nicht wisse, welchen Weg er einschlagen solle. Ob dies nur taktischen Überlegungen entsprochen habe oder in tiefer liegenden Ursachen seinen Grund gehabt habe, bleibe offen. Alle Teilnehmer des heutigen Gesprächs waren übereinstimmend der Auffassung, daß die chinesischen Angriffe[21] Chruschtschow sehr zu schaffen machen. Und zwar nicht zuletzt wohl deshalb, weil sie ihn in seiner Bewegungsfreiheit gegenüber dem Westen erheblich einengen. Unter diesem Aspekt werde er wahrscheinlich auch die Situation in Kuba als sehr gefährlich ansehen.

[gez.] Groepper

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 428

[19] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Persönlichen Referenten des Staatssekretärs Carstens, Pfeffer: „Bluff?".

[20] Zur Beilegung der Kuba-Krise vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[21] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 83, Anm. 4.

118

Staatssekretär Lahr an Staatssekretär Globke, Bundeskanzleramt

St.S. 245/63 **11. März 1963**[1]

Betr.: Alternativlösung für den Beitritt Großbritanniens zur EWG
hier: Vorschlag von Außenminister Spaak

Sehr geehrter Herr Globke!

Einem Schreiben von Herrn Dr. Osterheld an Herrn von Schmidt-Pauli vom 4. März[2] entnehme ich, daß der Bundeskanzler zu wissen wünscht, wie das Auswärtige Amt zu den in dem Fernschreiben 350[3] unserer Ständigen Vertretung in Brüssel dargestellten Plänen des Herrn Minister Spaak steht.

Allgemein läßt sich hierzu sagen, daß Herr Spaak zu ähnlichen Ergebnissen gelangt ist wie wir.[4] Das gilt einmal für die Feststellung, daß, wenn man an Zwischenlösungen denkt, man sowohl die politische wie die wirtschaftliche Seite des Problems zu beachten hat. Auf politischem Gebiet bieten sich verstärkte Kontakte innerhalb der WEU an: Diesen Gedanken haben wir aufgegriffen. Übereinstimmung besteht auch darin, daß auf wirtschaftlichem Gebiet einmal enge Kontakte in Form von Konsultationen in Betracht zu ziehen sind, zum anderen aber auch materielle Zwischenlösungen erwogen werden sollten. Herr Spaak hat hierbei, ähnlich wie wir an den von General de Gaulle und Außenminister Couve de Murville ausgesprochenen Gedanken der Assoziierung[5] und namentlich an die Formel des Herrn Couve de Murville „Assoziierung ohne Landwirtschaft"[6] angeknüpft, offenbar in der gleichen Annahme wie wir, daß dies den Franzosen ein Eingehen auf Zwischenlösungen erleichtern sollte. Auf niederländische Veranlassung hat er dann aber – abweichend von uns – auch auf landwirtschaftlichem Gebiet einiges ins Auge gefaßt.

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 383.

[3] Vgl. Referat I A 2, Bd. 1238.
Als Zwischenlösung für das Verhältnis zwischen Großbritannien und der EWG regte Außenminister Spaak eine Aktivierung der WEU und eine Zollunion an. Vgl. dazu ebenfalls SPAAK, Memoiren, S. 570.

[4] Zur Interimslösung des Außenministers Spaak bemerkte Ministerialdirektor Jansen am 27. Februar 1963: „So positiv die belgischen Vorschläge vom deutschen Standpunkt aus zu werten sind, so gering erscheinen zur Zeit die Aussichten auf ihre Verwirklichung. Es erscheint unwahrscheinlich, daß die Franzosen mit diesen Vorschlägen ein politisches Ergebnis akzeptieren, das sie erst vor einem Monat im Brüsseler Rahmen abgelehnt haben. Fraglich ist ferner auch, ob die Briten bis zu den nächsten Wahlen geneigt sind, sich auf weitere Verhandlungen über ihr Verhältnis zur EWG einzulassen." Vgl. Referat I A 2, Bd. 1238.
Vgl. auch Dok. 77 und Dok. 78. Zur ablehnenden Haltung Frankreichs zu den Plänen von Spaak vgl. weiter Dok. 137.

[5] Vgl. dazu Dok. 21 und Dok. 39.

[6] Vgl. dazu Dok. 115.

Durchweg gehen die Pläne von Herrn Spaak mehr in die Einzelheiten, als wir es bisher getan haben.

Nach dem Gespräch, das ich mit Herrn Wormser am 8. März geführt habe[7] – hierüber sind Sie gesondert unterrichtet worden –, stoßen alle diese Überlegungen bei den Franzosen auf Ablehnung. Nach meiner Auffassung hat es daher vorläufig nicht viel Sinn, mit den Belgiern oder auch mit den Engländern hierüber weiter zu sprechen, sondern wir sollten uns weiterhin darum bemühen, die Franzosen zu einer kooperativen Haltung zu veranlassen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Lahr[8]

Büro Staatssekretär, Bd. 383

119

Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer

I B 4-84.00/90.36-477/63 VS-vertraulich **11. März 1963**[1]

Am 8. 3. suchte mich der 1. Sekretär der britischen Botschaft, Herr Brash auf, um unter Bezugnahme auf die Vorsprache von Gesandten Rose bei Herrn Ministerialdirektor Dr. Jansen folgendes vorzutragen:

Die britische Regierung halte es dringend erforderlich, daß eine politische Abstimmung zwischen der Bundesregierung und ihr hinsichtlich der deutschen militärischen Hilfe für den Sudan durchgeführt werde.

Über den großen Rahmen der deutschen Maßnahmen sei die britische Regierung zwar am 20. Februar auf der Sitzung Anglo-German Army Working Party[2] unterrichtet worden, und es sei bekannt, daß die Bundesregierung im Werte von 120 Mio. DM Waffen und Geräte an den Sudan zu liefern beabsichtige.

Die britische Regierung halte jedoch diese Unterrichtung für nicht ausreichend, sondern strebe eine vorherige Abstimmung hinsichtlich der zu treffenden Maßnahmen an, um ein Nebeneinander oder Gegeneinander zu vermeiden.

Mr. Brash drückte diese Gedanken nicht in der oben dargestellten Klarheit

[7] Vgl. Dok. 115.

[8] Paraphe vom 12. März 1963.

[1] Durchdruck für Referat I A 5.

[2] Zur Sitzung der – 1961 eingerichteten – deutsch-britischen Arbeitsgruppe in London vgl. das Schreiben des Generals Becker, Bundesministerium der Verteidigung, vom 26. März 1963 an das Auswärtige Amt; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 172. Vgl. dazu auch Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 174.

aus, sondern versuchte, das Thema zunächst vorsichtig unter Hinweis auf politische Gesichtspunkte einzukreisen.

Ich erwiderte, daß die Einzelheiten der militärischen Hilfeleistungen dem Referat I B 4 und so viel ich wüßte auch dem Auswärtigen Amt im allgemeinen nicht näher bekannt seien[3], da für das Auswärtige Amt vor allem die grundsätzliche Frage, ob eine Rüstungshilfe an den Sudan gewährt werden könne, von Interesse sei. Hinsichtlich der technischen Besonderheiten der Wahl der Waffen und Fahrzeugtypen müsse die Angelegenheit als militärische Frage betrachtet werden und falle daher nicht in das Ressort des AA. Ich setzte voraus, daß eine Abstimmung hierüber durch die zuständigen militärischen Stellen im Rahmen der NATO-Zusammenarbeit erfolgt wäre. Ich wüßte mit Sicherheit, daß z. B. das Pentagon unterrichtet sei[4] und entnähme seinem Hinweis auf die Anglo-German Army Working Party, daß die britischen und deutschen Militärs ebenfalls Fühlung hätten.

Mr. Brash, der im übrigen über die Einzelheiten besser unterrichtet war als der unterzeichnete Referent, gab im Laufe des Gesprächs zu, daß z. B. aus der deutschen Rüstungshilfe für den Sudan britische Tanks angekauft würden, was den Engländern nicht unerwünscht wäre, und ließ im weiteren Verlauf des Gesprächs erkennen, daß es sich bei der Demarche vor allem um folgendes Problem handelt:

Die britischen Behörden haben Hinweis erhalten, daß die deutsche Rüstungshilfe auch auf den Luftwaffensektor erstreckt werde, der bisher ausschließlich im Sudan von englischen Militärberatern betreut wurde. Nach diesen Gerüchten sollen deutscherseits drei Dornier 27-Flugzeuge in den Sudan geliefert werden und deutscherseits die Absicht bestehen, die Piloten und Bordmechaniker auszubilden.

Es soll deutscherseits beabsichtigt sein, den Flugplatz in Wadi Sedna mit Mitteln der Rüstungshilfe durch deutsche Firmen auszubauen.

Die Pilotenausbildung soll im allgemeinen deutscherseits übernommen werden und die Lieferung schwerer Transportflugzeuge deutschen Ursprungs soll vorgesehen sein.[5]

Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Demarche der britischen Regierung weitgehend von der Sorge bestimmt wird, daß das bisher für britische Firmen bestehende Monopol für die sudanesische Luftwaffe und den Ausbau der Flughäfen im Zuge der deutschen Rüstungshilfe gebrochen werden könne.

Ich wies Mr. Brash darauf hin, daß mir eine Ausdehnung der Rüstungshilfe auf den Luftwaffensektor völlig unbekannt sei und ich noch niemals von den erwähnten Vorhaben gehört habe, ließ aber offen, wie weit u. U. kommerzielle Verbindungen deutscher Firmen, vor allem hinsichtlich des Flughafenbaus,

[3] Zu den Schwierigkeiten des Informationsaustausches zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Verteidigung vgl. weiter Dok. 150.

[4] Zur deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ausrüstungshilfe vgl. Dok. 166.

[5] Zu Einzelheiten der Ausrüstungshilfe für den Sudan vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 172.

beständen, wobei ich bemerkte, daß die Bundesregierung auf normale wirtschaftliche Kontakte keinen Einfluß nehmen könne.

Abschließend machte ich nochmals darauf aufmerksam, daß eine politische Abstimmung nach meiner Auffassung mit dem AA lediglich hinsichtlich der Grundsatzfragen erfolgen könne und die Einzelheiten durch die zuständigen militärischen Stellen abzuklären seien. Im übrigen scheine die Konsultation mehr ein Anliegen der deutsch-englischen Zusammenarbeit zu sein, und ich sei der Ansicht, daß die weitere Bearbeitung der Angelegenheit wohl kaum in die Zuständigkeit des Nah-Ost-Referates falle. Für das Nah-Ost-Referat sei vor allem der in den bisherigen Besprechungen nicht erwähnte Umstand von Wichtigkeit, welche Haltung zu dem Gesamtproblem die sudanesische Regierung einnehme und ob u. U. ein sudanesischer Wunsch auf Lieferung deutschen Flugmaterials vorliege. Ich sei der Auffassung, daß in Anbetracht der Tatsache, daß der Sudan seit 1956 ein souveräner Staat sei[6], bei aller Wahrung des Prinzips einer engen deutsch-britischen Abstimmung aller Maßnahmen eine solche Abstimmung nicht gegen den Willen der sudanesischen Regierung Entscheidungen treffen[7] solle.

Hiermit über Herrn Dg I B[8] Herrn D I[9] vorgelegt. Nach hiesiger Auffassung sollte die weitere Bearbeitung der Angelegenheit federführend durch III A 4 in Zusammenarbeit mit I A 5 und I B 4 erfolgen.[10]

Schirmer[11]

Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 66

[6] Die Unabhängigkeit des Sudan wurde am 1. Januar 1956 proklamiert. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1956, S. 8601.

[7] Die beiden letzten Wörter wurden vom Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika", Schirmer, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „erfolgen".

[8] Ministerialdirigent Böker.

[9] Ministerialdirektor Jansen.

[10] Der Leiter des Referats „Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung", von Stechow, legte am 27. Mai 1963 eine Aufzeichnung zu der Thematik vor. Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 172.

[11] Paraphe vom 11. März 1963.

120

Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf

II 7-81.08/0-1128/63 geheim **Aufgabe: 12. März 1963, 19.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 872 Plurex

Für Botschafter, nur zur vertraulichen Unterrichtung
Nur für Diplogerma Washington und Natogerma Paris:
Im Anschluß an Drahterlaß Plurex 829 geh. vom 8. 3.[2]

I. Während des Aufenthalts der amerikanischen Expertengruppe für die multilaterale Raketenstreitmacht in Bonn vom 5. bis 9. März fanden Arbeitssitzungen im Bundesministerium der Verteidigung unter Vorsitz von Bundesminister von Hassel und im Auswärtigen Amt unter Vorsitz von Staatssekretär Carstens statt.[3] Ferner tagten vier Experten-Gruppen für technische, operative, finanzielle und juristische Fragen. Zum Abschluß des Besuches wurde Botschafter Merchant vom Herrn Bundeskanzler zu einer Aussprache empfangen.[4]

Die Gespräche fanden in einer freundschaftlichen Atmosphäre gemeinsamer Arbeit statt und ermöglichten eine eingehende Diskussion aller wesentlichen Aspekte der multilateralen Raketenstreitmacht. Die Gespräche dienten einem formlosen Meinungsaustausch und verfolgten nicht den Zweck, schon in diesem Stadium Vereinbarungen zu treffen.

Grundlage der Gespräche war die Überzeugung beider Regierungen, daß die „Multilateral Force" (MLF) einen wesentlichen Beitrag zur politischen und militärischen Stärkung der NATO darstellen wird, und die vom Herrn Bundeskanzler gegenüber dem stellvertretenden Außenminister Ball am 14. Januar gegebene Zusage, daß die Bundesregierung mit voller Kraft an der MLF mitarbeiten werde.[5]

Die „Multinational Force" gemäß Art. 6 des Nassau-Abkommens[6] wurde in den Gesprächen nicht behandelt, da sich der Auftrag Merchants nur auf die MLF bezieht. Die Probleme der „Art. 6-Force" werden zur Zeit im NATO-Rat behandelt.[7]

[1] Der Runderlaß wurde vom Leiter des Referats „NATO, WEU", Scheske, am 12. März 1963 konzipiert.

[2] Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1345.

[3] Vgl. dazu den Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 6. März 1963 an die Botschaft in Washington und die Vertretung bei der NATO in Paris; Ministerbüro, VS-Bd. 8481; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Zum Gespräch vom 8. März 1963 vgl. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/79.

[5] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, vgl. Dok. 16, Anm. 2.

[6] Zu Artikel 6 des Nassau-Abkommens vgl. Dok. 12, Anm. 10.

[7] Zum Stand der Beratungen im Ständigen NATO-Rat vgl. die Aufzeichnungen des Referats „NATO, WEU" vom 9. April 1963; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1345.
Zu den unterschiedlichen Konzeptionen vgl. Dok. 12, Anm. 12.

II. In den Gesprächen wurde in folgenden Punkten *Übereinstimmung* erzielt:

1) Die MLF soll eine multilaterale, seegebundene, mit MRBM ausgestattete Streitmacht sein.

2) Jede Einheit der MLF soll gemischte Besatzungen verschiedener Nationalität haben. Nach deutscher Auffassung ist eine gemischte Besatzung nicht nur auf Überwasserschiffen, sondern auch auf atomgetriebenen U-Booten möglich, während die Amerikaner sich zur Frage gemischter Besatzungen auf U-Booten nicht äußerten.

3) Die MLF wird gemeinsames Eigentum der Teilnehmerstaaten sein und von ihnen gemeinsam durch eine Agency und eine übergeordnete politische Instanz (Executive Committee) verwaltet werden, in der die Teilnehmerstaaten vertreten sind.[8]

4) Die MLF wird operativ SACEUR unterstellt und in die Kommandostruktur der NATO eingegliedert. Ihr Einsatz erfolgt gemäß NATO-Plänen.[9]

5) Der Vertrag zwischen den interessierten NATO-Staaten über die Bildung der MLF soll anderen NATO-Staaten einen späteren Beitritt ermöglichen. Nach amerikanischer Auffassung genügt für den Abschluß des Vertrages die Beteiligung von vier bis fünf NATO-Staaten.

6) Der Vertrag bedarf nicht der förmlichen Zustimmung des NATO-Rats. Jedoch ist eine vollständige Unterrichtung des NATO-Rats über den Fortgang der Verhandlungen notwendig. Darauf wurde vor allem von deutscher Seite hingewiesen, während die Amerikaner zwar die Notwendigkeit einer Unterrichtung des NATO-Rats anerkennen, jedoch einen retardierenden Einfluß des NATO-Rats auf die Verhandlungen ausschließen wollen, den sie wegen der ablehnenden Haltung einiger NATO-Staaten gegenüber der MLF befürchten.

7) Die Amerikaner sind bereit, sich an der MLF finanziell und personell mit einem Drittel zu beteiligen. Sie erwarten von der Bundesrepublik etwa den gleichen Anteil. Wir wollen uns mit einem maßgeblichen Beitrag beteiligen, haben jedoch keine Zusagen über die Höhe des deutschen Beitrags gemacht.[10]

8) Zahlreiche rechtliche Fragen bedürfen noch der Klärung, z. B. die Flaggenführung und die Anwendung der vier Genfer Konventionen auf das Personal der MLF.[11] Nach übereinstimmender Ansicht sind diese juristischen Probleme zu lösen.

9) Beide Seiten waren sich darüber einig, daß der Aufbau der MLF nicht auf Kosten des Aufbaus der konventionellen Streitkräfte gehen sollte.

[8] Zur administrativen Kontrolle einer multilateralen Atomstreitmacht vgl. auch Dok. 2, Anm. 5.

[9] Vgl. dazu weiter Dok. 190.

[10] Zur Finanzierung der MLF vgl. weiter Dok. 149.

[11] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Ministerialdirektors Krapf: „Ferner: Disziplinarordnung, Schadensregelung und zahlreiche andere Fragen." Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 162; B 150, Aktenkopien 1963.
Zu den rechtlichen Fragen vgl. weiter Dok. 162.

III. Zur Kostenfrage legten die Amerikaner detaillierte Voranschläge vor. Nach ihren Berechnungen betragen die Gesamtkosten (Anschaffung, logistische Einrichtungen, Modernisierung, Unterhalt) in den nächsten acht bis zehn Jahren:

1) bei einer Flotte von 25 Überwasserschiffen (etwa 18000 BRT, ausgerüstet mit je 8 Polaris A-3): etwa 6 Mrd. Dollar;

2) bei einer Flotte von 12 atomgetriebenen U-Booten (mit je 16 Polaris): etwa 6,2 Mrd. Dazu sollen jedoch nach amerikanischer Auffassung etwa 1–2 Mrd. Dollar hinzugerechnet werden, die den Amerikanern als anteilige Entwicklungskosten der U-Boote und Reaktoren zu erstatten sind.

Die Diskussion ergab, daß die angegebenen Kosten Maximalwerte sind, die in vielen Punkten noch vermindert werden können. Die deutsche Seite verhielt sich im übrigen rezeptiv.

IV. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten ergeben sich lediglich in den beiden folgenden Fragen:

1) Die Entscheidung über die Freigabe des Einsatzes der nuklearen Waffen der MLF soll nach amerikanischer Auffassung vom Executive Committee der MLF *einstimmig* gefaßt werden.[12] Sie räumten die Möglichkeit ein, daß das Einstimmigkeitsprinzip später auf Grund der gewonnenen Erfahrungen überprüft wird.[13]

Nach deutscher Auffassung würde das Einstimmigkeitsprinzip den militärischen Wert der MLF entscheidend beeinträchtigen, weil im Ernstfall der Einsatz der MLF an dem u. U. innenpolitisch motivierten Veto eines einzigen Mitglieds des Executive Committee scheitern kann.

Die deutsche Seite schlug als Kompromiß vor, in der Phase des Aufbaus der MLF einstimmige Entscheidungen vorzusehen; sobald die MLF voll einsatzfähig sei – etwa 1968 –, soll zum Prinzip der Mehrheitsentscheidung übergegangen werden.

[12] Zur Frage des Vetorechts vgl. Dok. 2, Anm. 5.
In einer Besprechung mit der von Botschafter Merchant geleiteten Delegation äußerten Vertreter des Auswärtigen Amts am 6. März 1963 den Gedanken, „daß es zweckmäßig sein könnte, durch ‚guide-lines' für die verschiedenen denkbaren Einsatzfälle das Problem der Entscheidung über den Waffengebrauch zu erleichtern. Die amerikanische Seite hielt diesen Gedanken für sehr nützlich. Man solle – so wurde dort kommentiert – die Frage des Vetos nicht abstrakt betrachten, dann gerate man in große gedankliche Schwierigkeiten, sondern die Frage der Entscheidung aus der Praxis heraus sich entwickeln lassen. Die Frage, ob ein kleiner Staat durch sein Veto den Einsatz verhindern könnte, wurde dahin beantwortet, daß es möglich sei, neben dem Komitee, das alle Mitglieder umfaßt, eine kleine beschlußfassende Gruppe zu bilden, der nur die größeren Staaten angehören."
In einer Besprechung mit Bundesminister von Hassel am gleichen Tag legten die amerikanischen Experten dar: „Dieses Problem sei besonders schwierig. In Wirklichkeit sei es wohl nicht so entscheidend wie in der öffentlichen Meinung angenommen werde. Im Ernstfall werde unter dem Druck der Ereignisse der Disput um die Einsatzregelung sehr unwirklich erscheinen." Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 6. März 1963 an die Botschaft in Washington und die Vertretung bei der NATO in Paris; Ministerbüro, VS-Bd. 8481; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu weiter Dok. 156.

[13] Dazu Hervorhebung und handschriftliche Randbemerkung des Ministerialdirektors Krapf: „Äußerten sich über diese Möglichkeit aber sehr reserviert." Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 162; B 150, Aktenkopien 1963.

Die Amerikaner zeigten Interesse an diesem Vorschlag, hielten jedoch daran fest, daß die von ihnen in Aussicht gestellte Überprüfung des Einstimmigkeitsprinzips nicht nach festen, vorher festgelegten Zeitabschnitten vorgenommen werden sollte.

2) Völlig offen[14] blieb die Frage der Träger. Während die Amerikaner nachdrücklich für Überwasserschiffe eintraten, ist nach deutscher Auffassung die Alternativlösung atomgetriebener Polaris-U-Boote vorzuziehen.[15]

a) Nach deutscher Auffassung sprechen für atomgetriebene U-Boote als Träger:
aa) Atom-U-Boote sind praktisch unverwundbar und haben eine second-strike capability. Bei Überwasserschiffen ist dagegen mit erheblichen Verlusten vor allem in der konventionellen Anfangsphase eines Krieges zu rechnen.
bb) Die Kosten für die MLF sind bei Ausstattung mit atomgetriebenen U-Booten nicht wesentlich höher als bei Ausstattung mit Überwasserschiffen.
cc) Die öffentliche Meinung in Deutschland und anderen europäischen NATO-Staaten würde es nicht als echte Partnerschaft ansehen, wenn die USA die unverwundbaren Polaris-U-Boote sich allein vorbehalten und der MLF lediglich die verwundbaren und militärisch weniger wertvollen Überwasserschiffe als MRBM-Träger zur Verfügung stellen.

b) Die Amerikaner traten dagegen mit folgenden Argumenten für die Überwasserschiffe ein:
aa) Sie hätten eine hohe Überlebensfähigkeit:
– wegen der großen Reichweite der Polaris A-3 (2500 Meilen) könnten die Schiffe in weiten Meeresräumen operieren und außerhalb der Reichweite gegnerischer Mittelstreckenbomber bleiben (von der Linie Süd-Grönland–Azoren–Westafrika aus könnten sie noch alle sowjetischen MRBM-Stellungen im westlichen Rußland erreichen);
– sie könnten sich der Bedrohung durch gegnerische U-Boote durch Operieren in flachen Gewässern entziehen oder sich in Konvois oder Kriegsschiffsverbände eingliedern;
– die bestehende U-Bootabwehr reiche zum Schutz der MRBM-Schiffe aus.
bb) Eine aus Überwasserschiffen bestehende MLF wäre zwei Jahre früher einsatzbereit als eine entsprechend starke MLF-Polaris-U-Bootflotte.
cc) Beim Kostenvergleich müsse berücksichtigt werden, daß 80% der Überwasserschiffe einsatzbereit im Operationsgebiet sein könnten, dagegen nur 55% der komplizierten und viel stärker wartungsbedürftigen Atom-U-

[14] Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Krapf handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ungeklärt".

[15] Bundesminister von Hassel machte in der Besprechung vom 6. März 1963 die amerikanischen Experten darauf aufmerksam, daß es „politisch von größter Bedeutung [sei], den Eindruck zu vermeiden, daß für die multilaterale Streitmacht nur verwundbare Träger bereitgestellt würden und daß die Amerikaner sich die unverwundbaren Polaris-U-Boote vorbehielten". Zur Alternative U-Boote oder Überwasserschiffe vgl. auch die Äußerungen des Präsidenten Kennedy auf der Pressekonferenz vom 6. März 1963; PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 241 f.
Vgl. dazu weiter Dok. 156.

Boote.[16] Daher koste nach amerikanischen Berechnungen eine einsatzbereite Polaris im Operationsgebiet auf Überwasserschiffen 14 Mio. Dollar, auf Atom-U-Booten dagegen 25 Mio. Dollar.[17]

V. Folgendes Verfahren wurde vereinbart:

1) Die NATO-Botschafter der an der MLF interessierten Staaten sollen unter Hinzuziehung von Experten die offenen Fragen diskutieren und möglichst bis Mai eine vertrauliche Grundsatzvereinbarung ausarbeiten, die als Grundlage für die späteren detaillierten Vertragsverhandlungen dienen soll.

2) Es wird angestrebt, den Vertrag bis September fertigzustellen.

3) Botschafter Merchant wird den deutschen Wunsch, für die MLF Atom-U-Boote als Träger vorzusehen, Präsident Kennedy vortragen. Er betonte jedoch, daß die Überlassung von Polaris-U-Booten kaum die Zustimmung des Kongresses finden wird.[18]

Krapf[19]

Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1345

[16] In diesem Absatz wurden von Ministerialdirektor Krapf Passagen gestrichen bzw. handschriftlich eingefügt. Vorher lautete der Satz: „Beim Kostenvergleich müsse berücksichtigt werden, daß Überwasserschiffe 80% der Zeit einsatzbereit im Operationsgebiet sein könnten, die komplizierten und viel stärker wartungsbedürftigen Atom-U-Boote dagegen nur 55% der Zeit."

[17] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Krapf gestrichen:
„c) Die Meinungsverschiedenheit über den militärischen Wert von Überwasserschiffen als MRBM-Träger beruht im Grunde auf einer unterschiedlichen Einschätzung der sowjetischen U-Bootgefahr und der Möglichkeit einer wirksamen U-Boot-Abwehr in den ersten Wochen einer Auseinandersetzung. Nach unserer Auffassung werden die gegnerischen U-Boote, die das Überraschungsmoment für sich ausnutzen können, in der ersten Phase bis zum Auslaufen der Konvois und bis zum Einspielen der U-Boot-Abwehr sowohl der westlichen Handelsschiffahrt als auch den MRBM-Schiffen sehr ernste Verluste beibringen können. Die Amerikaner beurteilen dagegen die sofortige Wirksamkeit ihrer U-Boot-Abwehr viel optimistischer."

[18] Da die Polaris-U-Boote atomar angetrieben wurden, unterlag ihre Weitergabe den Bestimmungen des amerikanischen Atomenergie-Gesetz (McMahon Act). Die strikte Kontrolle atomarer Technologie, wie die in der Fassung des Gesetzes vom 20. Juni 1946 vorgesehen war, wurde 1958 nur insoweit abgeschwächt, als eine begrenzte nukleare Zusammenarbeit mit verbündeten Staaten und die Stationierung von Mittelstreckenraketen im Bündnisgebiet ermöglicht wurden. Vgl. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 92, S. 6076–6082, und Bd. 104, S. 16479 und S. 16487.

[19] Paraphe vom 12. März 1963.

121

Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Adenauer

MB 31/63 streng geheim **13. März 1963**[1]

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Ihr Schreiben vom 15. Februar[2] über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel habe ich mir während meines Urlaubs in Ruhe durch den Kopf gehen lassen. Das Auswärtige Amt hat die von Ihnen angeschnittene Frage seit langem in regelmäßigen Abständen überprüft[3] und sie insbesondere bei jeder Zusammenkunft mit unseren Botschaftern in den arabischen Staaten erörtert. Danach kann kein Zweifel sein, daß die Araber auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen uns und Israel heftig reagieren würden. Einige von ihnen würden voraussichtlich ihrerseits diplomatische Beziehungen zur SBZ aufnehmen, andere würden ihre Beziehungen zu uns überprüfen und sie möglicherweise abbrechen. Damit würde die westliche Position im ganzen Vorderen Orient wesentlich geschwächt und dem sowjetischen Kommunismus ein seit langem erhoffter Erfolg zuteil werden. Im Ergebnis würde sich dadurch die Lage für Israel weiter verschlechtern. Daher kann Israel bei verständiger Abwägung aller in Betracht kommenden Gesichtspunkte an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit uns jetzt und in absehbarer Zeit nicht interessiert sein. Wir haben dies in Gesprächen mit israelischen Vertretern und mit Vertretern der jüdischen Organisationen mehrfach sehr freimütig erörtert und auch bei ihnen Verständnis für unsere Beurteilung gefunden.[4]

[1] Durchdruck.
Hat Staatssekretär Carstens am 14. März 1963 vorgelegen.

[2] Bundeskanzler Adenauer teilte am 15. Februar 1963 mit: „Ich halte den Zeitpunkt für gekommen, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Ich weiß, daß von verschiedenen Seiten eingewandt wird, die arabischen Staaten würden dann sofort das Regime in der SBZ anerkennen. Ich teile diese Bedenken nicht. Meines Erachtens sind unsere Leistungen im Rahmen der Entwicklungshilfe ein genügender Anreiz, um die arabischen Staaten von derartigen Schritten abzuhalten, zumal, wenn wir uns bereit finden, das eine oder andere Projekt in diesen Ländern zu genehmigen, zu dem wir uns bisher noch nicht verpflichtet haben. Mir wurde berichtet, daß Zypern und Äthiopien auch erst geraume Zeit nach Errichtung des Staates Israel diplomatische Beziehungen mit ihm aufnahmen, ohne daß sich ihr Verhältnis zu den arabischen Ländern verschlechtert hätte. Ben Gurion wird in der Lage sein, die Hemmungen zu überwinden, die auch in gewissen Kreisen Israels bestehen. Die amerikanische Öffentlichkeit wird unsere Initiative zur Aufnahme von Beziehungen begrüßen. Kurz, ich glaube, daß wir nachteilige Reaktionen vermeiden können, wenn wir einigermaßen geschickt vorgehen; eine vorherige Unterrichtung Nassers und anderer Regierungschefs wird zu erwägen sein." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Nach dem Besuch des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier in Israel Ende 1962 war die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen noch im Januar 1963 geprüft worden. Vgl. dazu Dok. 14.

[4] Vgl. dazu Dok. 36. Zur Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen vgl. auch Dok. 205.

Ich möchte mich daher dafür aussprechen, daß wir in dieser Frage unsere bisherige vorsichtige Haltung beibehalten.[5]

Mit meinen besten Grüßen bin ich

gez. Ihr Schröder

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446

122

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steltzer

I B 3 (307)-82.00-90.-/502/63 VS-vertraulich **13. März 1963**[1]

Betr.: Besuch des Assistant Secretary of State for African Affairs, Governor Mennen Williams, bei Staatssekretär Lahr

Governor Mennen Williams stattete am 12. März 1963 in Begleitung des hiesigen US-Geschäftsträgers, Mr. Morris, Herrn Staatssekretär Lahr einen ¾-stündigen Besuch ab. Staatssekretär Lahr begrüßte den amerikanischen Gast und gab seiner Freude über die deutsch-amerikanischen Afrika-Gespräche Ausdruck. Er betonte, daß er regelmäßig die Berichte über die früheren Unterhaltungen[2] mit Interesse gelesen habe und es besonders bedauere, nicht dabei gewesen sein zu können. Staatssekretär Williams habe sicher bemerkt, daß wir dem afrikanischen Kontinent unsere besondere Aufmerksamkeit widmeten und genauso wie die Vereinigten Staaten die Probleme Afrikas als ein Ganzes sähen. Er hielte den Kontakt mit den Amerikanern für besonders wertvoll, weil wir ebenso wie sie, im Gegensatz zu den Engländern, Franzosen und Portugiesen, nicht durch bestimmte Probleme der Vergangenheit belastet seien. Wir gingen daher mit der gleichen Einstellung an die Fragen dieses Kontinents heran. Die Amerikaner hätten in Afrika viele wertvolle Erfahrungen gesammelt, und wir schätzten uns glücklich, daraus auch für unsere Arbeit zu lernen. Governor Williams erklärte Herrn Staatssekretär Lahr, wie froh er über die immer enger werdende Zusammenarbeit mit uns in allen Afrika-Fragen sei und er danke ihm besonders, daß bei seinen Ausführungen auch das Problem der portugiesischen Besitzungen in Afrika[3] erwähnt worden

[5] Dazu teilte das Bundeskanzleramt am 16. März 1963 mit, der Bundeskanzler sei „mit der Auffassung des Herrn Ministers, so wie sie im letzten Absatz des Briefes zum Ausdruck kommt, einverstanden". Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu weiter Dok. 142.

[1] Durchdruck für Ministerialdirigent Voigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Velhagen am 16. März 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 93.

[3] Portugiesische Kolonien in Afrika waren 1963 noch Angola, Mosambik und Portugiesisch Guinea.

sei. Er sähe die Notwendigkeit ein, daß die Portugiesen in Afrika auch weiterhin blieben, aber nicht als „Colonial Masters". Seine Regierung dränge ständig die Portugiesen, ihren afrikanischen Besitzungen das Recht der Selbstbestimmung einzuräumen, aber leider nur mit geringem Erfolg. Staatssekretär Lahr stimmte Governor Williams darin zu, daß es außerordentlich schwierig sei, die Portugiesen von der Notwendigkeit zu überzeugen, ihre gegenwärtige Afrikapolitik den politischen Gegebenheiten anzupassen. Auch von Seiten der Bundesregierung seien in dieser Richtung Bemühungen unternommen worden[4], und wir gäben die Hoffnung noch nicht auf, sie eines Tages von ihrer jetzigen Linie abzubringen. Governor Williams betonte, daß er wegen der Entwicklung in den portugiesischen Besitzungen sehr besorgt sei, weil er „violence" befürchte, wenn die Portugiesen nicht nachgäben.[5] Portugal sei nicht Frankreich, das im Algerienkonflikt sieben Jahre Krieg geführt hat.[6] Staatssekretär Lahr stimmte Governor Williams zu und wies noch besonders darauf hin, daß die starre portugiesische Haltung zu negativen Reaktionen der afrikanischen Länder zum Nachteil der ganzen westlichen Welt führen würde.

Staatssekretär Lahr ging sodann auf die Probleme des Gemeinsamen Marktes und die Assoziierung afrikanischer Gebiete ein.[7] Er erklärte, daß die Bundesrepublik in Spannungen einbezogen wäre, für die sie nicht verantwortlich sei. Es wären Lösungen gefunden worden, die nicht zu 100% den deutschen Vorstellungen entsprächen. Wir hätten zu Kompromissen beigesteuert, die den regionalen Charakter überbewerten.[8] Wir seien aber weiterhin bemüht, eine Überbewertung regionaler Tendenzen in Afrika zu verhindern.[9] Governor Williams entgegnete, daß Staatssekretär Ball besonders beunruhigt darüber gewesen sei, daß der freie Güterverkehr auf Hindernisse stoße. Nach seiner Meinung sei es nötig, eine Preisstabilisierung für tropische Produkte herbeizuführen und im Austausch dafür die Präferenzen zu opfern. Staatssekretär Lahr sagte, daß es sich bei den Präferenzen um eine Erbschaft handele, die andere eingebracht hätten und mit der die Gemeinschaft nun fertig werden müsse. Es sei ihm klar, daß die Gemeinschaft mit einigen Ländern Afrikas mehr Beziehungen pflege, als mit anderen Ländern. Die Außentarife für tropische Produkte müßten herabgesetzt werden. Die differenzierten Vorzugssysteme der Franzosen, die seiner Meinung nach Kolonialismus in Reinkultur seien, müßten abgebaut werden. Die Tür zu den Commonwealth-Ländern müsse offenge-

[4] Vgl. dazu Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 51.

[5] Die portugiesische Regierung verweigerte den Kolonien das Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Zur offiziellen Verurteilung dieser Politik durch die UNO am 23. Februar 1962 und am 31. Juli 1963 vgl. AdG 1962, S. 9697, und AdG 1963, S. 10728.

[6] Der Algerien-Krieg, der am 1. November 1954 mit Aufständen nationalistischer Gruppierungen begann, endete am 18. März 1962 mit dem Abkommen von Evian. Vgl. dazu Dok. 88, Anm. 11.

[7] Zur Assoziierung einer Reihe afrikanischer Staaten, vorwiegend ehemaliger französischer Kolonien, mit der EWG vgl. Dok. 31, Anm. 5, und Dok. 82, Anm. 9.

[8] Frankreich leistete neben den Beiträgen zu dem im Assoziierungs-Abkommen vorgesehenen Entwicklungsfonds beträchtliche bilaterale Hilfen an Staaten der ehemaligen Communauté Française. Vgl. dazu auch das Schreiben des Staatssekretärs Lahr vom 20. März 1963 an Staatssekretär Müller-Armack, Bundesministerium für Wirtschaft; Büro Staatssekretär, Bd. 408.

[9] Um die regionalen Unterschiede zwischen ehemaligen französischen und ehemaligen britischen Gebieten in Afrika abzubauen, bemühte sich die Bundesregierung auch um eine Assoziierung der aus britischen Kolonien hervorgegangenen Staaten mit der EWG. Vgl. dazu Dok. 171.

halten werden. Staatssekretär Lahr betonte sodann, daß wir in diesen Fragen eine Politik verfolgten, die der amerikanischen entspräche. Die Vorzugszölle würden weiter abgebaut werden, bis sie letztlich ihr Ende dadurch fänden, daß der Außentarif gleich Null sei. Die Preisstützen für tropische Produkte seien weiterhin notwendig, sie müßten aber auf eine breitere Grundlage gestellt werden und dürften nicht nur einer begrenzten Anzahl von Ländern zugute kommen. Governor Mennen Williams meinte dazu, daß unsere Haltung in Afrika sehr nützlich für den Fortschritt der Freiheit sei. Diese Art von kleinen Zusammentreffen sei sehr fruchtbar und trüge zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit bei. Auf die Frage von Staatssekretär Lahr, ob auch über Ghana gesprochen worden sei, erklärte der Governor, daß wir in dieser Frage in einer engen Verbindung stünden und uns auch in Zukunft absprechen würden. Er sei wie wir der Meinung, daß in Ghana gehandelt werden müsse, aber keine extremen Maßnahmen zu treffen wären.[10] Wir sollten unser Mißvergnügen zur rechten Zeit zum Ausdruck bringen, ohne es zum Bruch kommen zu lassen. Eine Koordinierung sei wünschenswert.

Staatssekretär Lahr sagte zum Abschied, daß er für die Unterhaltung sehr dankbar sei und die Amerikaner sich darauf verlassen könnten, daß wir diese Zusammenarbeit in Afrika fortführen und zum gegenseitigen Nutzen ausbauen würden.

gez. Stelzer

Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 51

123

Vermerk des Staatssekretärs Lahr

St.S. 270/63 **14. März 1963**

Betr.: Lieferung von Großrohren nach der Sowjetunion

Die heutige Sitzung des Außenhandelsausschusses[1] ist negativ verlaufen. Dem Ausschuß lagen am Schluß der ausgiebigen erneuten Diskussion drei Anträge vor:

[10] Im August 1962 wurde ein Attentat auf Präsident Nkrumah verübt. In der Folge wurde in der ghanaischen Presse behauptet, die Bundesrepublik Deutschland sei hierfür mitverantwortlich. Im Februar 1963 erklärte das Auswärtige Amt, man werde die Entwicklungshilfe an Ghana einstellen, wenn die dortige Presse ihren „Verleumdungsfeldzug" gegen die Bundesrepublik fortsetze. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 58.

[1] Zur Vorbereitung auf die Sitzung bat Staatssekretär Lahr am 7. März 1963 Ministerialdirektor Sachs um Auskunft, ob der amerikanische Botschafter bei der NATO, Finletter, sich „in einer Sitzung des NATO-Rats in der zweiten Februar-Hälfte wesentlich flexibler in der Frage des Ausfuhrverbots verhalten habe, als es bis dahin bei der amerikanischen Regierung der Fall war". Des weiteren sollte überprüft werden, ob die Weigerung der Bundesregierung, die Ausfuhrgenehmigung für von der UdSSR bereits bestellte Großrohre zu erteilen, zu sowjetischen Kontakten mit Unternehmen anderer NATO-Staaten sowie Schwedens oder Japans geführt habe. Vgl. Referat III A 6, Bd. 201.

1) der Vorschlag des Auswärtigen Ausschusses, demzufolge die Durchführung der vor dem Inkrafttreten der Verordnung[2] abgeschlossenen Geschäfte durch die Verordnung nicht beeinträchtigt und die Bundesregierung ersucht werden soll, die Bündnispartner der Bundesrepublik hiervon in Kenntnis zu setzen[3],
2) ein Antrag des Abgeordneten Löhr, demzufolge die Bundesregierung ersucht werden soll, künftige Eingriffe in abgeschlossene Geschäfte zu vermeiden[4] und
3) ein Antrag des Abgeordneten Bading, dem Plenum die Aufhebung der Verordnung vorzuschlagen, es sei denn, daß sich die Bundesregierung verpflichte, die vor der Verordnung abgeschlossenen Geschäfte in vollem Umfange (163 000 t) zu genehmigen[5].
Während nach dem Verlauf der Diskussion anzunehmen war, daß einer der beiden ersten Anträge angenommen werden würde, die die Verordnung unberührt gelassen und das Schicksal der vorher abgeschlossenen Geschäfte letztlich in die Hand der Bundesregierung gelegt hätten, haben sich bei der Abstimmung außer den Abgeordneten der SPD auch Abgeordnete der FDP und der CDU für den Antrag der Opposition ausgesprochen (13:7). Die Abgeordneten der SPD beriefen sich darauf, daß alle meine Einwendungen außenpolitischer Natur seien, der Auswärtige Ausschuß diese Einwendungen jedoch als unmaßgeblich befunden habe und es nicht Sache des Außenhandelsausschusses sei, das außenpolitische Votum zu korrigieren.

Da die Frist für den Einspruch des Bundestages am 17. d. M. abläuft, will die SPD dafür sorgen, daß das Plenum morgen damit befaßt wird.[6]

[2] Zur Verordnung vom 18. Dezember 1962 über die Ausfuhr von Röhren vgl. Dok. 9, Anm. 6.

[3] Vgl. dazu das Schreiben des Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Kopf, vom 21. Februar 1963 an den Vorsitzenden des Außenhandelsausschusses, Serres (Abschrift vom 5. März 1963); Referat III A 6, Bd. 201.

[4] Für den Wortlaut des Antrags des CDU-Abgeordneten Löhr vgl. den Vermerk des Legationsrats I. Klasse Hebich vom 14. März 1963; Referat III A 6, Bd. 201.

[5] Der Antrag des SPD-Abgeordneten Bading bildete die Grundlage für den vom Außenhandelsausschuß am 14. März 1963 angenommenen Beschluß, „gegen die vorliegende Rechtsverordnung der Bundesregierung Einspruch zu erheben, es sei denn, daß die Bundesregierung eine Erklärung abgibt, für die bereits abgeschlossenen Lieferverträge über 163 000 t Großrohre die Ausfuhrgenehmigung zu erteilen". Vgl. die Vermerke des Legationsrats I. Klasse Hebich vom 14. März 1963; Referat III A 6, Bd. 201. Zum Interesse der betroffenen Firmen an einem solchen Beschluß vgl. Dok. 9.
In einem Schreiben der Vorstandsvorsitzenden Ochel (Hoesch), Overbeck (Mannesmann) und Mommsen (Phoenix-Rheinrohr) vom 8. März 1963 an Bundesminister Schröder wurde der Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 lediglich als eine Empfehlung interpretiert, „in Zukunft keine neuen Verträge über Großrohrlieferungen über 19 [Zoll] Durchmesser mit dem Ostblock zu genehmigen". Ferner wurde darauf hingewiesen, daß „die Erfüllung von Verträgen, die vor dem Beschluß ... abgeschlossen waren, ... in keinem anderen NATO-Land in Frage gestellt worden" sei. Vgl. Referat III A 6, Bd. 201.

[6] Am 15. März 1963 wurde vom Ältestenrat des Bundestages eine Sondersitzung für den 18. März beschlossen, auf der über den Antrag des Außenhandelsausschusses auf Aufhebung der Verordnung vom 18. Dezember 1962 entschieden werden sollte. Die CDU/CSU bewirkte eine Beschlußunfähigkeit des Bundestages, indem sie der Abstimmung fern blieb. Damit verfiel um Mitternacht des 18. März 1963 das Einspruchsrecht des Bundestages gegen die Verordnung, und das Röhrenembargo behielt auch für bereits abgeschlossene Verträge Gültigkeit. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 52, S. 3061–3077; BULLETIN 1963, S. 453 f. und S. 459.

Die Genehmigung der 163000 t bedeutet unvermeidlich den Zusammenbruch des gesamten NATO-Beschlusses[7] (worüber den Abgeordneten kein Zweifel gelassen worden ist). Eine dahin gehende Entscheidung des Parlaments wird zu einer erneuten schweren Verstimmung in den USA führen[8] und unsere Stellung in der NATO beeinträchtigen.[9]

Mit der SPD läßt sich leider in dieser Sache nicht vernünftig reden. Hier kann wohl nur noch ein Eingreifen der Fraktionsleitung der Regierungsparteien helfen. Zunächst sollte versucht werden, die Frage vom Plenum in eine Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses *und* des Außenhandelsausschusses zurückzuverweisen, da im Plenum eine uneingeschränkte Aussprache über einen geheimen NATO-Beschluß gar nicht möglich ist.

Hiermit dem Herrn Minister[10] vorgelegt.

Lahr

Büro Staatssekretär, Bd. 400

124

Vermerk des Legationsrats I. Klasse Hebich

III A 6-87.40 **15. März 1963**[1]

Betr.: Großrohrembargo
hier: Debatte im Bundestag am 15. März 1963[2]

1) Rechtslage

a) Gegen die im Außenhandelsausschuß vertretene Meinung, daß die im Oktober abgeschlossenen Lohnveredelungsverträge[3] über 163000 t Großrohre rechtswirksam sind[4], ist festzustellen: Diese Verträge sind schwebend unwirksam, da sie vorbehaltlich der Genehmigung der Bundesregierung abgeschlossen wurden. Die Genehmigung für das Veredelungsgeschäft gemäß § 48 Zollgesetz[5] wurde im Januar vom Bundesfinanzminister zwar erteilt[6], jedoch

7 Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 5.

8 Vgl. dazu bereits Dok. 95 und Dok. 108.

9 Vgl. dazu weiter Dok. 124.

10 Hat Bundesminister Schröder am 14. März 1963 vorgelegen.

1 Hat Ministerialdirektor Sachs vorgelegen.

2 Zu der auf den 18. März 1963 verschobenen Debatte vgl. Dok. 123, Anm. 6.

3 Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 8.

4 Vgl. dazu Dok. 123, besonders Anm. 5.

5 Für den Wortlaut des Artikels 48 des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 750f.

6 Vgl. dazu das Schreiben des Bundesministers Erhard vom 31. Januar 1963 an das Auswärtige Amt; Referat III A 6, Bd. 201.

mit der Einschränkung, daß außerdem entsprechende Ausfuhrgenehmigungen auf Grund der 4. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste[7] erteilt werden.

Da private Vertragsabschlüsse mit Ausländern unter Vorbehalt deutschen Rechts stehen, sind die deutschen Firmen nicht vertragsbrüchig geworden. Im übrigen ist auf Grund des Außenwirtschaftsgesetzes[8] ein Eingriff in Verträge selbst dann möglich, wenn sie als rechtswirksam zu betrachten sind.

b) Gegen Industrieeinwände, Bundesregierung verstößt gegen deutsch-sowjetisches Handelsabkommen[9], ist festzustellen: Es handelt sich hier um Lohnveredelungsgeschäfte, die im Handelsabkommen nicht vorgesehen sind. Rohrlieferungen, die im Veredelungsverkehr geliefert werden, werden auf die in den Warenlisten enthaltenen Kontingente nicht angerechnet (Sammelkontingent von Eisen- und Stahlwalzgut einschließlich geschweißter Großrohre in der Warenliste sieht für 1963 210 Mio. DM vor).

2) NATO-Beschluß (geheim!)[10]

Der NATO-Beschluß besagt:
a) Stop deliveries of large diameter pipe (over 19 Zoll) to the soviet bloc under existing contracts,
b) Prevent new contracts for such deliveries.

Sowohl alte als auch neue Vertragsabschlüsse sind somit eingeschlossen.

3) Bedeutung der Lieferung für die Sowjetunion

Der sowjetische Bedarf in den Jahren 1963 bis 1965 wird auf 1,2 Mio. t geschätzt. Die sowjetische Eigenproduktion für 1963 (nach Gehlen-Bericht) auf 230 000 t, die jedoch jährlich noch gesteigert wird, so daß die Sowjetunion 1963 bis 1965 über eine Eigenproduktion von 800 000 t verfügt. Somit verbleibt ein ungedeckter Bedarf von ca. 400 000 t. Die deutsche Lieferung von 163 000 t würde daher eine erhebliche Entlastung darstellen, außerdem würden andere NATO-Partner mit ihren Lieferungen nicht zurückhalten[11], und der den Sowjets fehlende Bedarf von 400 000 t würde gedeckt werden.

Aus Äußerungen höchster sowjetischer Stellen geht hervor, wie empfindlich die Sowjetunion von dem Embargo getroffen wurde.[12] Sämtliche NATO-Partner sind sich über strategische Bedeutung dieser Ölleitung[13] einig und sind be-

[7] Zur Verordnung vom 18. Dezember 1962 über die Ausfuhr von Röhren vgl. Dok. 9, Anm. 6.

[8] Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 485–494.

[9] Zum Abkommen mit der UdSSR vom 31. Dezember 1960 über den Waren- und Zahlungsverkehr vgl. Dok. 23, Anm. 5.

[10] Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 5.

[11] Vgl. dazu auch Dok. 95.

[12] Vgl. dazu Dok. 72, Dok. 108 und Dok. 116.

[13] Zur „Freundschaftslinie" und ihrer strategischen Bedeutung vgl. Dok. 11, Anm. 12 und 13.

reit, ihre Haltung zu überprüfen, wenn sich eine Entspannung in der politischen Situation (Berlin)[14] ergeben würde.

4) Die Lieferungen der anderen NATO-Partner

Deutsche Industrie behauptet, daß sich andere NATO-Partner nicht an NATO-Beschluß halten.[15] Auch derartige in der Presse veröffentlichte Gerüchte haben sich nicht bestätigt. Bisher wurden nur von Italien und England kleine Lieferverträge über 1000 t abgeschlossen, aber noch nicht ausgeliefert. Diese Lieferungen sollen nur nach Polen, nicht in die Sowjetunion gehen.[16] Sorgen bereitet uns Großbritannien, dort schweben Verhandlungen mit der Sowjetunion; britische Regierung hat außerdem erklärt, daß sie Lieferung nicht unterbinden könne und werde.[17] Falls Kontrakte zustande kommen und

[14] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Keller vom 11. März 1963 über ein Gespräch des CDU-Abgeordneten Blumenfeld mit dem amerikanischen Botschafter Finletter, Paris (NATO), in dem Blumenfeld die Frage stellte, „ob man nicht das Röhrenembargo zur Erlangung einer sowjetischen Konzession gegenüber dem Westen, vorzugsweise für die Zusage des freien Berlinverkehrs, benutzen könne". Dazu bemerkte der amerikanische Botschaftsrat Cronk am 13. März 1963 gegenüber Staatssekretär Lahr, „Washington sei der Auffassung, daß das Embargo ein guter Selbstzweck sei" und halte es für „etwas gefährlich ..., das Embargo als Verhandlungsposition zu betrachten". Referat III A 6, Bd. 201.

[15] In einem Schreiben an Bundesminister Schröder vom 8. März 1963, das gleichlautend auch anderen Ministern zugeleitet wurde, führten die Vorstandsvorsitzenden Mommsen (Phoenix-Rheinrohr), Ochel (Hoesch) und Overbeck (Mannesmann) aus: „Bisher hat die Regierung keines anderen NATO-Landes die Großrohrausfuhr nach dem Ostblock beschränkt; italienische und englische Firmen haben ohne irgendwelche Einwendungen ihrer Regierungen noch vor kurzer Zeit (Vertragsabschlüsse vom 4. und 13. 2.1963) neue Großrohrlieferungen nach einem Land des Ostblocks übernommen. Britische Regierungsstellen haben erklärt, daß sie auf Verhandlungen, die zur Zeit zwischen der britischen Großrohrindustrie und der UdSSR geführt werden, keinen Einfluß nehmen; komme es zum Abschluß von Verträgen, habe die Regierung keine Möglichkeit, ihre Erfüllung zu verhindern." Vgl. Referat III A 6, Bd. 201. Vgl. dazu auch das Schreiben der Firma Mannesmann vom 6. März 1963 an Ministerialdirektor Sachs; Referat III A 6, Bd. 201.
Dazu hielt Ministerialdirigent Keller am 12. März 1963 fest: „Italien setzt selbstverständlich seine Lieferungen, wie auch wir es getan haben, aufgrund der vor dem NATO-Beschluß abgeschlossenen Verträge fort; das gleiche gilt auch für Schweden, das noch alte Verträge aufgrund des Handelsabkommens mit der Sowjetunion bis Ende 1964 ausführt. Von neuen, Ende 1962 abgeschlossenen Verträgen Japans, die im Laufe dieses Monats erfüllt werden sollen, ist hier nichts bekannt." Vgl. Referat III A 6, Bd. 201.

[16] Mit Schreiben vom 28. Februar 1963 informierte die Botschaft in London, „daß South Durham 1000 Tonnen Röhren an Polen geliefert habe, die ursprünglich von deutscher Seite zu liefern waren". Vgl. Referat III A 6, Bd. 201.

[17] Im Rahmen der deutsch-britischen Wirtschaftsbesprechungen in München wurde auch über das Röhrenembargo gesprochen. In einer Aufzeichnung vom 5. März 1963 gab Ministerialdirigent Keller sinngemäß folgende Ausführungen des Unterstaatssekretärs im britischen Außenministerium, Reilly, wieder: „Der NATO-Beschluß verstößt gegen die Grundprinzipien der britischen Auffassung über den Handel mit dem Ostblock. Das britische Kabinett hat sich sehr intensiv mit der Embargo-Frage beschäftigt und sei zu der Überzeugung gekommen, daß durch den NATO-Beschluß sich die britische Auffassung nicht geändert habe und daß für den Fall, daß Lieferverträge mit den Sowjets zustandekommen, die britischen Firmen auch Großrohre an die Sowjetunion liefern würden. Die britische Regierung ist im übrigen in einer sehr schwierigen Lage, weil sie keine gesetzliche Grundlage hat, die Ausfuhr von Großrohren zu verbieten. Das Embargo-Problem wäre vielleicht leichter zu lösen gewesen, wenn Großbritannien Mitglied der EWG geworden wäre. Außerdem ist die britische Regierung an der Lieferung der Großrohre in die Sowjetunion aus sozialen Gründen interessiert, da bekanntlich in diesem Industriegebiet zur Zeit große Arbeitslosigkeit herrscht." Vgl. Referat III A 6, Bd. 201.
Vgl. dazu weiter Dok. 131.

ausgeliefert wird, müßten wir unsere bisherige Einstellung zu NATO-Beschluß überprüfen.[18]

5) Solidarität des Westens

Die von NATO-Partnern beabsichtigte ein- bis zweijährige Verzögerung des Baus der strategischen Erdöl-Leitung (Freundschaftslinie nach Schwedt/Oder) würde durch westliche Lieferungen hinfällig werden. Wenn Bundesregierung Genehmigung zur Lieferung von 163000 t erteilt, wird NATO-Beschluß und damit die endlich einmal gezeigte Solidarität des Westens gegenüber dem Ostblock zusammenbrechen. Hinzu kommt, daß wir die NATO-Partner für die Eventualfall-Planung benötigen, insbesondere aber die USA, die diesem Embargo sehr große strategische Bedeutung beimißt.[19]

Zusammengefaßt:
Der NATO-Beschluß steht und fällt mit seiner Einhaltung durch die Bundesregierung.

Hebich

Referat III A 6, Bd. 201

125

Vermerk des Staatssekretärs Lahr

16. März 1963[1]

Betr.: Ausfuhr von Großrohren in die Sowjetunion

Der Westen hat während der letzten Jahre in beträchtlichem Umfange Großrohre nach der Sowjetunion geliefert. Die Lieferungen der Bundesrepublik, die hieran stark beteiligt ist, betrugen

1959 159000 t
1960 180000 t
1961 110000 t
1962 220000 t.

Ein weiterer Anstieg zeichnete sich 1962 in der Auftragserteilung ab.

Der zunehmende Umfang der Lieferungen ließ die Frage aufkommen, ob der Westen damit nicht gewissen Plänen der Sowjetunion in einer seiner eigenen Sicherheit abträglichen Weise Vorschub leistete. Die Sowjetunion ist seit einiger Zeit im Begriff, ein umfangreiches Netz von Öl- und Ölgasleitungen auszubauen. Eine besondere Rolle spielt hierbei die sogenannte Freundschaftslinie, deren zwei Zweige in Schwedt an der Oder und in Preßburg enden.[2] Es liegt

[18] Vgl. dazu auch Dok. 179, besonders Anm. 16.
[19] Vgl. dazu Dok. 96 und Dok. 108.

[1] Hat Bundesminister Schröder am 17. März 1963 vorgelegen.
[2] Zur „Freundschaftslinie" vgl. Dok. 11, Anm. 12.

auf der Hand, daß diese Linien nicht nur friedlichen Zwecken dienen, sondern auch ihre strategische Bedeutung haben. Es ist zum Beispiel zu beachten, daß eine Jahrestransportkapazität von 23 Millionen t, wie sie hier geplant ist, den militärischen Nachschub mit etwa 23 000 LKW oder entsprechende Eisenbahntransporte entlastet. Das Ergebnis sehr eingehender Beratungen im Kreis der beteiligten Regierungen des Westens hat zur eindeutigen und einstimmigen Bejahung der Frage, daß hier ein Sicherheitsproblem des Westens gegeben ist, und der Entscheidung entsprechenden Verhaltens geführt. Hierbei macht es keinen Unterschied, ob Ölrohre oder Ölgasrohre geliefert werden, da nach der Feststellung der Sachverständigen solche Rohre gegenseitig austauschbar sind. Im übrigen bedeutet jede Lieferung des Westens zum Beispiel von Ölgasrohren, daß die sowjetischen Kapazitäten zugunsten von Ölrohren entlastet werden.

Für die Bundesrepublik geht es hierbei insbesondere um Lieferkontrakte in einem Gesamtumfang von 163 000 t, die während der schon seit langer Zeit andauernden internationalen Beratungen kurz vor deren Abschluß zustande gekommen sind.[3] Sie sind mit dem Vorbehalt der Erteilung der erforderlichen behördlichen Genehmigungen abgeschlossen worden. Da die Ausfuhrgenehmigungen nicht erteilt worden sind, sind diese Geschäfte niemals zu voller Rechtswirksamkeit gelangt.[4] Die Nichterteilung der Genehmigungen steht nicht etwa im Widerspruch zum deutsch-sowjetischen Handelsabkommen[5]; denn dieses läßt die Frage der Veredelungsgeschäfte[6], um die es sich hier handelt, unberührt.

165 000 t Rohre bedeuten eine Leitung von etwa 600 km Länge. Diese Menge macht, wie aus obigen Zahlen ersichtlich, etwa eine deutsche Jahreslieferung aus. Sie bedeutet im übrigen mehr als die Hälfte eines sowjetischen Jahreseinfuhrbedarfs. Diese Geschäfte haben also im Vergleich zur Frage des Abschlusses neuer Geschäfte keineswegs eine nebensächliche Bedeutung, sondern mit ihnen würde die sowjetische Versorgungslücke für 1963 zum größten Teil geschlossen werden. Außerdem wäre damit zu rechnen, daß andere westliche Lieferländer der Bundesrepublik in einem solchen Fall folgen würden, so daß mit der vollen Deckung des sowjetischen Bedarfs zu rechnen wäre.

Politisch gesehen geht es um die Frage, ob bestimmten wirtschaftlichen Interessen oder dem allgemeinen Interesse an der Sicherheit des Westens der Vorrang zu geben ist. Es geht ferner darum, ob die Bundesregierung zu den von ihr übernommenen Verpflichtungen, die die hier in Frage stehenden Geschäfte einschließen, stehen kann, und es geht letztlich um die Solidarität des

Fortsetzung Fußnote von Seite 412

Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Hebich vom 16. März 1963 über die strategische Bedeutung des sowjetischen Öl- und Gasleitungsnetzes; Referat III A 6, Bd. 201.

3 Vgl. dazu bereits Dok. 9.
Vgl. dazu ebenfalls das Memorandum der Firmen Hoesch, Mannesmann und Phoenix-Rheinrohr vom 21. Januar 1963 sowie die Stellungnahme der Bundesregierung vom selben Tag; Referat III A 6, Bd. 201.

4 Zur Frage der Rechtswirksamkeit der Verträge vgl. Dok. 124.

5 Zum Abkommen mit der UdSSR vom 31. Dezember 1960 über den Waren- und Zahlungsverkehr vgl. Dok. 23, Anm. 5.

6 Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 8.

Westens. Die Verletzung dieser Solidarität würde insbesondere bei unseren amerikanischen Verbündeten[7] nicht nur kein Verständnis finden, sondern zu einer empfindlichen Störung unserer Beziehungen zu diesen Ländern führen.[8] Auch unsere Stellung innerhalb der NATO würde beeinträchtigt.

Die Bundesrepublik ist in ihrer speziellen politischen Lage auf die Solidarität des Westens besonders angewiesen. Fügt sie selbst dieser Solidarität einen so empfindlichen Schlag, wie den hier in Frage stehenden, zu, handelt sie gegen ihre lebenswichtigen Interessen.

Lahr

Ministerbüro, Bd. 229

126

Ministerialdirektor Krapf an die Botschaft in Paris

II 3-84.00/0-362/63 VS-vertraulich **Aufgabe: 16. März 1963, 14.30 Uhr[1]**
Fernschreiben Nr. 943 Plurex

Auf Fernschreiben 398 VS-vertraulich vom 15. 3.[2]

Ich bitte Sie, Herrn Lucet oder Laloy folgendes zu sagen:

Wir standen hier unter dem Eindruck, daß deutsch-französische Konsultation mit der Besprechung vom 12. März[3] abgeschlossen war. Sämtliche französische Einwände[4] sind bei dieser Konsultation berücksichtigt worden, obwohl – wie wir Franzosen mitgeteilt haben – Text unserer Note[5] bereits vom Bundeskanzler gebilligt worden war.

[7] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr gestrichen: „aber auch bei unseren europäischen Alliierten".

[8] Vgl. dazu bereits Dok. 108 und Dok. 123.

[1] Hat Ministerialdirigent Reinkemeyer am 18. März 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. Abteilung II (II 3), VS-Bd. 181.

[3] Zu den Konsultationen vgl. auch den Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 15. März 1963 an die Botschaft in Washington; Abteilung II (II 3), VS-Bd. 181; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Die französischen Bedenken konzentrierten sich auf zwei Punkte: Zum einen auf den Inhalt des Berlin-Passus im deutschen Antwortentwurf auf die sowjetische Note vom 5. Februar 1963, zu dem von französicher Seite ein Gegenvorschlag erarbeitet worden war, zum anderen darauf, daß der deutsche Entwurf bereits an die Washingtoner Botschaftergruppe übermittelt wurde. Nach französischer Auffassung sollten der deutsche und französische Antwortentwurf gleichzeitig in der Washingtoner Botschaftergruppe beraten und anschließend der UdSSR übergeben werden. Vgl. den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Kutscher, Paris, vom 15. März 1963; Abteilung II (II 3), VS-Bd. 181; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Für den Wortlaut der deutschen Antwortnote vom 29. März 1963 auf die sowjetische Note vom 5. Februar 1963 vgl. DzD IV/9, S. 225–228. Zu der bei Übergabe der Antwortnote abzugebenden Erklärung vgl. den Drahterlaß des Bundesministers Schröder vom 28. März 1963 an die Botschaft in Moskau; Abteilung II (II 3), VS-Bd. 181; B 150, Aktenkopien 1963.

Daß wir diesen Teil der Konsultation als abgeschlossen betrachten, ist Laloy bei Übergabe unseres abgeänderten Textes am 14. März ausdrücklich erklärt worden (vgl. dortiges Fernschreiben 388 VS-vertraulich vom 14. 3.[6]).

Unser Text ist daraufhin nach Washington zur Konsultation in der Botschaftergruppe[7], die auf jeden Fall eingeschaltet werden muß, abgegangen. Er konnte auch nicht mehr zurückgestellt werden, weil die diesbezügliche französische Bitte[8] zu spät hier eintraf. Das bedeutet jedoch nicht, daß die französischen Wünsche jetzt nicht mehr berücksichtigt werden können. Wir werden uns mit ihnen genauso befassen, als wenn sie uns vor Einschaltung der Botschaftergruppe bekannt geworden wären.[9]

Wir werden selbstverständlich mit der Übergabe unserer Note an die Sowjets so lange warten, bis auch die französische Regierung bereit ist, ihre Note zu übergeben.

Aus der praktischen Erfahrung der letzten Jahre geben wir zu bedenken, daß der Konsultationsmechanismus leicht zu schwerfällig werden kann, wenn wir Vorkonsultationen dieser Art zu perfektionistisch betreiben. Es kommt bei diesen Vorkonsultationen unseres Erachtens darauf an, daß man sich über die allgemeine Linie einigt und wesentliche Unterschiede in der gegenseitigen Auffassung nach Möglichkeit[10] eliminiert. Die letzte redaktionelle Feinarbeit kann jedoch nicht Zweck der Vorkonsultation sein, weil sich in der Hauptkonsultation in der Botschaftergruppe ohnehin meistens noch Änderungen als notwendig herausstellen.

[6] Vgl. Abteilung II (II 3), VS-Bd. 181.

[7] Zur Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 101, Anm. 4.
Botschafter Knappstein, Washington, berichtete am 14. März 1963, daß die Beratung in der Washingtoner Botschaftergruppe für den 15. März angesetzt sei. Seine Frage, ob der Entwurf bereits in der Bonner Vierergruppe besprochen worden sei, verneinte Ministerialdirektor Krapf in einem Drahterlaß vom 15. März 1963. Krapf führte darin weiter aus, daß die deutsche Antwortnote auf die sowjetische Note vom 5. Februar 1963 unmittelbar nach der Beratung in Washington dem NATO-Rat vorgelegt werden solle. Vgl. Abteilung II (II 3), VS-Bd. 181; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Der Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Kutscher, Paris, traf erst am Abend des 15. März 1963 im Auswärtigen Amt ein. Vgl. dazu Abteilung II (II 3), VS-Bd. 181; B 150, Aktenkopien 1963.

[9] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Krapf gestrichen: „Dies gilt jedoch auch für die Wünsche und Anregungen, die die beiden anderen Konsultationspartner vorzubringen haben."
Noch vor Aufgabe des Drahterlasses unterrichtete Ministerialdirektor Krapf Botschaftsrat I. Klasse Kutscher, Paris, fernmündlich über den Inhalt. Kutscher informierte daraufhin sofort das französische Außenministerium. Dadurch wurden die französischen Beschwerden weitgehend gegenstandslos. Vgl. den Vermerk des Ministerialdirektors Krapf vom 16. März 1963; Abteilung II (II 3), VS-Bd. 181; B 150, Aktenkopien 1963.
Am 19. März 1963 teilte Gesandter Knoke, Paris, mit, daß der französische Entwurf eines Berlin-Passus dem Auswärtigen Amt so bald als möglich übermittelt werde.
Französischerseits habe man noch keinen Entschluß gefaßt, ob man einer Beratung über die französische Antwortnote in der Washingtoner Botschaftergruppe zustimmen solle. Vgl. dazu Abteilung II (II 3), VS-Bd. 181; B 150, Aktenkopien 1963.
Die französische Antwortnote wurde der Washingtoner Botschaftergruppe und dem NATO-Rat nur zur Information vorgelegt. Vgl. dazu den Vermerk des Ministerialdirektors Krapf vom 26. März 1963; Abteilung II (II 3), VS-Bd. 181; B 150, Aktenkopien 1963. Die deutsche und die französische Note wurden am 29. März 1963 in Moskau übergeben.

[10] Die Wörter „nach Möglichkeit" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

Wir betrachten die Botschaftergruppe in Washington nach wie vor in allen Deutschland und Berlin betreffenden Fragen als das zentrale Konsultationsgremium.[11]

Krapf[12]

Abteilung II (II 3), VS-Bd. 181

127

Vermerk des Staatssekretärs Lahr

St.S. 289/63 **18. März 1963**[1]

Betr.: Beteiligung der deutschen Wirtschaft an Aufträgen aus dem europäischen Entwicklungsfonds[2]

1) Generaldirektor Hendus, mit dem ich am 13. März über die vorgenannte Frage sprach, entwickelte hierbei folgende Gedanken:

Ein wesentlicher Grund für das die deutsche Industrie enttäuschende Ergebnis der Auftragsvergabe[3] sei der Vorsprung, den die am Ort ansässigen, meist Franzosen gehörigen Firmen dank ihrer besseren Kenntnis der örtlichen Ver-

[11] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Die vorherige Abstimmung mit unseren französischen Freunden darf nicht zu einer Verlangsamung des Konsultationsprozesses führen, und sie muß flexibel gehandhabt werden, d. h. es wird Fälle geben, wo wir genügend Zeit für eine ausführliche Vorkonsultation haben, und andere, wo uns nur Stunden zur Verfügung stehen, um uns unsere gegenseitige Auffassung mitzuteilen und sie nach Möglichkeit noch vor Beginn der Konsultation in der Botschaftergruppe zu berücksichtigen."
Am 18. März 1963 äußerte sich Ministerialdirektor Krapf dahingehend, daß sich für die Bundesrepublik „aus dem Bestreben der französischen Regierung, aufgrund des deutsch-französischen Vertrages eine deutsch-französische Vorkonsultation einzuschalten, bevor die Botschaftergruppe in Washington befaßt wird", Schwierigkeiten ergeben könnten. Vgl. Abteilung II (II 3), VS-Bd. 181; B 150, Aktenkopien 1963. Dagegen betonte Gesandter Knoke, Paris, im Drahtbericht vom 18. März 1963, daß deutsch-französischen Konsultationen nach französischer Auffassung ebensoviel Bedeutung zukämen wie Konsultationen in der Botschaftergruppe, und warnte vor der Verwendung des Begriffs „Vorkonsultationen" gegenüber französischen Stellen. Vgl. Abteilung II (II 3), VS-Bd. 181; B 150, Aktenkopien 1963.

[12] Paraphe vom 16. März 1963.

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Der Entwicklungsfonds für „überseeische Länder und Hoheitsgebiete" verfolgte den Zweck, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Gebiete zu fördern, um ihren Lebensstandard dem der Europäischen Gemeinschaft anzugleichen. Der Fonds speiste sich aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten, die die Investitionstätigkeit der ehemaligen „Mutterländer" ergänzen sollten. Das Abkommen über den Entwicklungsfonds wurde zunächst für einen Zeitraum von fünf Jahren geschlossen. Vgl. dazu die Artikel 131–136 des EWG-Vertrags; BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 854–858.

[3] Die Bundesrepublik zahlte etwa 34% in den Entwicklungsfonds ein, nahm aber nur mit etwa 4% an der Auftragsvergabe teil. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 11. März 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 383.

hältnisse und der maßgeblichen Persönlichkeiten besäßen.[4] Auch die Kommission betrachte es jedoch nicht als glücklich, daß diese beinahe ein Monopol besäßen, zumal dieses Monopol recht unerfreuliche Auswüchse zeige. Sie erwäge daher, eine Regelung einzuführen, derzufolge die Angebote nichtortsansässiger Firmen berücksichtigt werden könnten, sofern ihre Preise nicht um einen bestimmten Prozentsatz – gedacht ist wohl an 5–10% – über den Preisen der ortsansässigen Firmen liegen. Er meinte, wenn eine der Mitgliedsregierungen eine solche Anregung brächte, würde sie bei der Kommission auf fruchtbaren Boden fallen. Ich bitte diese Frage zu prüfen.

2) Den von Generaldirektor Wormser gebrachten Gedanken, man solle, wenn die Verteilung der Aufträge so ungleich bleibe wie bisher, bestimmte größere Aufträge – er nannte hierbei Eisenbahnbauten – der deutschen Industrie zuführen[5], hielt Herr Hendus für wenig glücklich, weil er nach seinen bisherigen Erfahrungen bezweifeln müsse, ob sich genügend deutsche Interessenten fänden. Das mangelnde deutsche Interesse ist nach Auffassung von Herrn Hendus im übrigen ganz allgemein als ein weiterer Grund des für uns unbefriedigenden Gesamtergebnisses zu betrachten. Dieserhalb habe ich schon vor etwa zwei Wochen mit dem Leiter der Außenhandelsabteilung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Herrn Gocksch, gesprochen und ihn um Stellungnahme gebeten. Ich empfehle, nunmehr zusammen mit dem Bundeswirtschaftsministerium den Bundesverband der Deutschen Industrie und den zuständigen Verband der Bauindustrie zu einer Besprechung – am besten wohl ins Bundeswirtschaftsministerium – einzuladen.

Ich wäre dankbar, wenn beide Fragen so rechtzeitig behandelt werden würden, daß die Ergebnisse im Ministerrat vom 1./2. April[6] verwertet werden können.

Hiermit Herrn D I[7], Herrn D III[8]

Lahr[9]

Büro Staatssekretär, Bd. 405

[4] Zu der Dominanz Frankreichs in den Staaten der ehemaligen Communauté Française vgl. auch Dok. 122.
Gegenüber dem Leiter der handelspolitischen Abteilung im französischen Außenministerium, Wormser, führte Staatssekretär Lahr am 8. März bezüglich der Auftragsvergabe an deutsche Firmen aus: „Es bleibe also wohl nur der Schluß übrig, daß andere Umstände mitspielten, die mit einem normalen Wettbewerb nichts zu tun hätten. Hierbei sei sowohl an ‚Gefälligkeiten' aller Art als auch an administrative Einflüsse auf die afrikanischen Staaten zu denken – Einflüsse, die das Ergebnis hätten, daß die Ausschreibungen von vornherein auf französische Firmen zugeschnitten seien." Vgl. die Aufzeichnung von Lahr vom 11. März 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 383.

[5] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 11. März 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 383.

[6] Zur Sitzung des EWG-Ministerrats vom 1./2. April 1963 vgl. Dok. 115, Anm. 9. Vgl. dazu weiter Dok. 139.

[7] Ministerialdirektor Jansen.

[8] Ministerialdirektor Sachs.

[9] Paraphe vom 19. März 1963.

128

Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt

120/63 VS-vertraulich **19. März 1963**

Betr.: Die sowjetische Einstellung zu den jüngsten Vorgängen im westlichen Lager

Die sowjetische Propaganda der letzten Wochen läßt zwei Grundzüge in der sowjetischen Einschätzung der jüngsten Vorgänge im westlichen Lager erkennen:

1) Genugtuung über den Zusammenbruch der Brüsseler Verhandlungen[1] als Symptom einer vermeintlichen Krise der europäischen Integration,

2) Besorgnis über die Auswirkungen des deutsch-französischen Vertrages[2] auf die sowjetische Europa-Politik.[3]

Die europäische Integration ist über ihre praktischen Auswirkungen hinaus von prinzipieller Bedeutung für die Sowjetunion, erblickt sie doch in dieser Frage einen Prüfstein dafür, ob die kommunistische These von dem gesetzmäßigen Zerfall der kapitalistischen Welt zutrifft oder nicht. Die sowjetische Propaganda hat deshalb vor allem im letzten Jahr große Mühe darauf verwendet, die EWG als Kernstück der wirtschaftlichen und Ausgangspunkt der politischen Integration Europas zu diffamieren und ihrer Erweiterung durch Großbritannien, Österreich u. a. entgegenzuarbeiten. Diesem Ziel galten zahllose Veröffentlichungen der sowjetischen Presse, ferner die am 26. 8. 1962 in der „Prawda" veröffentlichten Thesen über die „Imperialistische Integration in Westeuropa" des in dieser Kampagne federführenden „Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der sowjetischen Akademie der Wissenschaften"[4] und schließlich eine Konferenz sogenannter „Ökonomisten Marxisten" aus 22 Ländern (28. 8.–3. 9. 1962) in Moskau[5].

Hinter der Nebelwand dieser Propaganda liefen jedoch auch energische Vorbereitungen zur Abwehr der aus einer wachsenden Integration Westeuropas resultierenden Folgen für die Wirtschaft des Ostblocks. Unter Führung Moskaus setzten Anstrengungen zur Intensivierung der Zusammenarbeit innerhalb des COMECON ein, für die eine Tagung der Partei- und Regierungschefs der COMECON-Länder im Juni 1962 in Moskau ein langfristiges Programm[6] aufstellte.

[1] Zum Scheitern der Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. Dok. 60.

[2] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[3] Zur sowjetischen Reaktion auf den deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 86; weiter Dok. 176.

[4] Vgl. PRAVDA, Nr. 238 vom 26. August 1962, S. 3 f.

[5] Zur Konferenz „marxistischer Wissenschaftler" vgl. PRAVDA, Nr. 240 vom 28. August 1962, S. 4, Nr. 241 vom 29. August 1962, S. 6, und Nr. 247 vom 4. September 1962, S. 4.

[6] Für den Wortlaut der von den Regierungschefs der RGW-Staaten verabschiedeten „Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung" vgl. PRAVDA, Nr. 168 vom 17. Juni 1962, S. 3 f.; OST-PROBLEME 1962, H. 14/15, S. 441–450.

Unter den geschilderten Umständen waren der überraschende Zusammenbruch der Verhandlungen über die Aufnahme Großbritanniens in die EWG und die nachfolgenden Auseinandersetzungen im westlichen Lager für die Sowjetunion ein Geschenk des Himmels, da sie alle Prognosen der Moskauer Propaganda zu bestätigen schienen. Prof. Arsumanjan, Leiter des oben erwähnten Weltwirtschaftsinstituts und spiritus rector der „Thesen" und der „Ökonomistenkonferenz", fühlte sich nunmehr ermutigt, in einem umfangreichen Prawda-Artikel (8. und 9. März) über die „Krise der imperialistischen Integration"[7] die Richtigkeit seiner Prognosen festzustellen. Seine neuen Thesen lauten:

Die letzten Ereignisse haben gezeigt, daß die Existenz des Gemeinsamen Marktes die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern verschärft und die Position des Kapitalismus im Wettbewerb mit dem Sozialismus schwächt.

Die USA haben ihren Zenith überschritten und befinden sich in der „Zone des Niedergangs".

Die Ablehnung der Aufnahme Englands hat bewiesen, daß die EWG ein autarkes Gebilde ist und damit ein ernstes Hindernis für die Entwicklung des Welthandels darstellt.

Der Widerstand der Volksmassen gegen die Umwandlung der Länder des Gemeinsamen Marktes in ein atomares Aufmarschgebiet der NATO ist im Wachsen.

Es ist verständlich, daß Arsumanjan in dieser Verbindung auch die jüngsten Mißhelligkeiten in den amerikanisch-europäischen Beziehungen, die Kontroversen zwischen Washington und Paris sowie Paris und London und insbesondere den deutsch-französischen Vertrag als Bestätigung seiner „Krisen-Theorie" betrachtet. Die „Achse Bonn-Paris" ist nach seiner Darstellung ein Beweis für die wachsenden Gegensätze in der NATO, für das Streben der europäischen Länder nach Unabhängigkeit von der amerikanischen Vormundschaft und für den Niedergang des amerikanischen Einflusses in Europa. Gegensätze entdeckt Arsumanjan auch in der deutsch-französischen Allianz selbst, da die „herrschenden Kreise der Bundesrepublik" die Unterstützung der USA für die Durchführung ihrer Revanchepolitik höher einschätzten als die Freundschaft Frankreichs und den Vertrag mit Paris zum Teil nur als Druckmittel gegenüber den USA ansähen.

Arsumanjan wiederholte damit Gemeinplätze, die in den letzten Wochen zum ständigen Repertoire der sowjetischen Propaganda gehörten, jedoch nicht der Ausdruck der wirklichen Einstellung der Sowjetunion gegenüber dem deutsch-französischen Bündnis sind.

Im Gegensatz zu Arsumanjan scheint die Sowjetregierung über das deutsch-französische Bündnis und seine möglichen Auswirkungen auf die Lage in Europa echte Besorgnisse zu hegen. Anzeichen hierfür finden sich in den bekannten Protestnoten der Sowjetregierung vom 5. Februar[8] und auch in einer

[7] Vgl. PRAVDA, Nr. 67 vom 8. März 1963, S. 3, und Nr. 68 vom 9. März 1963, S. 3.

[8] Zu den sowjetischen Noten vom 5. Februar 1963 vgl. DzD IV/9, S. 86–98.

Diskussion prominenter sowjetischer Publizisten, darunter die „Beobachter" der Prawda (Schukow) und der Iswestija (Poljanow). Das in Nr. 3 der außenpolitischen Zeitschrift „Internationales Leben" abgedruckte Stenogramm dieser Diskussion[9] läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1) Der Vertrag ist hinsichtlich des Umfanges der gegenseitigen Verpflichtungen ohne Beispiel in der neueren Geschichte. Er bedeutet die Aufgabe der staatlichen Souveränität der Vertragspartner und beraubt insbesondere Frankreich der Fähigkeit zu eigenen Entscheidungen und außenpolitischer Initiative. Er läuft auf die Ausbildung einer eigenen deutsch-französischen Strategie hinaus und bietet Bonn die Möglichkeit der atomaren Bewaffnung – entweder in Zusammenarbeit mit Paris oder im Rahmen der amerikanischen Pläne für eine multilaterale Atommacht der NATO.[10]

2) Der Vertrag richtet sich gegen die sozialistischen Länder. Er stellt ein neues Hindernis für die Abrüstungsverhandlungen und die Lösung des Deutschland- und Berlin-Problems dar und ermutigt die deutschen Ansprüche auf die Oder-Neiße-Gebiete.

3) Der Vertrag bedeutet eine schwere Verletzung der von Frankreich nach dem Kriege übernommenen internationalen Verpflichtungen und steht im Widerspruch zu den nationalen Interessen Frankreichs, die eine Liquidierung des deutschen Militarismus auf dem Wege der Freundschaft mit der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei erfordern. Der Vertrag ermöglicht der Bundesregierung, eine französisch-sowjetische Annäherung zu unterbinden.

4) De Gaulle verfolgt mit dem Vertrag das Ziel, Westeuropa in eine „dritte Kraft" gegenüber den USA und der Sowjetunion zu machen. Bonn denkt jedoch nicht daran, sich von Frankreich als Sprungbrett zur Führung Westeuropas benutzen zu lassen, da es selbst dieses Ziel anstrebt.

5) Hauptmotiv Bonns bei Abschluß des Vertrags ist der Wunsch, sich einen zweiten Weg zur Atomwaffe zu erschließen.[11] Erstes Ergebnis der deutschen Erpressungsmanöver ist der amerikanische Plan einer multilateralen Atommacht der NATO und die Bereitschaft Washingtons, die Bundesrepublik zu seinem wichtigsten Verbündeten zu machen, um de Gaulle zu isolieren.[12]

Entkleidet man die Ausführungen der Diskussionsteilnehmer der propagandistischen Verbrämung, dann ist zu erkennen, daß sich die sowjetischen Befürchtungen hinsichtlich der Auswirkungen des deutsch-französischen Vertrages auf zwei aktuelle Gesichtspunkte konzentrieren:

1) Das französisch-deutsche Zusammengehen verstärkt den in sowjetischer Sicht bisher im wesentlichen auf die Bundesrepublik beschränkten Widerstand gegen eine Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage im sowjetischen Sinne, die den Sowjets bisher im Wege einer sowjetisch-amerikanischen Ver-

[9] Vgl. MEŽDUNARODNAJA ŽIZN' 1963, H. 3, S. 65–76.

[10] Vgl. dazu Dok. 20 und Dok. 120.

[11] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

[12] Zu dieser bereits von Ministerpräsident Chruschtschow im Gespräch mit dem britischen Botschafter Trevelyan geäußerten Einschätzung vgl. Dok. 117.

ständigung[13] erreichbar schien. (Hierzu Poljanow in der Diskussion: „Wenn man berücksichtigt, daß eine solche Diversion in einem Augenblick unternommen wird, da sich die Standpunkte der Sowjetunion und der USA zu einigen Aspekten des Deutschland-Problems genähert haben, dann wird klar, wie gefährlich der Vertrag für den europäischen Frieden ist.")

2) Den scharfen Stellungnahmen der Sowjetregierung gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr in den Protestnoten vom 5. Februar steht in der Diskussion die resignierende Feststellung gegenüber, daß der deutsch-französische Vertrag der Bundesrepublik einen „zweiten Weg" zur Atomwaffe erschließe. Abgesehen von dieser Befürchtung einer deutsch-französischen Zusammenarbeit auf atomarem Gebiet sieht die Sowjetunion auch ihre Hoffnungen auf ein vermeintlich stillschweigendes Übereinkommen mit den USA über die Nichtzulassung weiterer Atommächte schwinden. (Hierzu Poljanow in Iswestija vom 26. 2. 1963: „Verwundern kann nur die Heuchelei der amerikanischen Politiker. Einerseits erklären sie sich angeblich mit der Idee einverstanden, Atomwaffen nicht an die beiden deutschen Staaten weiterzugeben, andererseits schicken sie sich an, den Finger der Bonner Revanchisten auf den Atomhahn zu legen."[14])

Im Hinblick auf den eingangs zitierten Artikel von Arsumanjan lassen sich die sowjetischen Überlegungen zu den jüngsten Vorgängen im westlichen Lager wie folgt interpretieren:
Die Spannungen und Kontroversen unter den westlichen Verbündeten mögen für kommunistische Ideologen eine willkommene Bestätigung ihrer These von den unheilbaren Gegensätzen zwischen den Staaten der imperialistischen Welt sein. Für die sowjetische Außenpolitik enthalten diese Spannungen und die Aussicht auf eine wachsende Eigenständigkeit der westeuropäischen Staaten jedoch die praktische Gefahr, daß die sowjetischen Bemühungen um eine Verständigung mit den USA über europäische Angelegenheiten, insbesondere über die Deutschland-Frage und die Frage der atomaren Bewaffnung der europäischen Staaten, ohne Erfolg bleiben.

Darüberhinaus zeichnet sich für die Sowjets im Hintergrund augenscheinlich das Schreckgespenst einer von der Elbe bis zum Atlantik reichenden deutsch-französischen Entente-Cordiale ab, zu der sich die Westdeutschen angesichts der ihnen bis heute versagten Wiedervereinigung gedrängt sehen.

Die Genugtuung der sowjetischen Propagandisten über die „Antagonismen im imperialistischen Lager" dürfte durch diese Besorgnis mehr als kompensiert sein. Sicherlich würde man hier eine lockere Integration Europas unter Einschluß Großbritanniens und anderer EFTA-Länder sowie unter militärischer Führung der USA einem Europa vorziehen, das der angestrebten gemeinsamen „Befriedungspolitik" der beiden Weltmächte zu entgleiten droht.

gez. Groepper

Abteilung II (II 4), VS-Bd. 200

[13] Zu den sowjetisch-amerikanischen Gesprächen über Berlin vgl. Dok. 138, besonders Anm. 3.
[14] Vgl. N. Poljanov, Pečat' Kaina; IZVESTIJA, Nr. 49 vom 27. Februar 1963, S. 2.

129

Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder

Z B 6-1/2241/63 geheim
Fernschreiben Nr. 791
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 21. März 1963, 14.20 Uhr
Ankunft: 21. März 1963, 20.35 Uhr

Für Bundesminister und Staatssekretär

Engerer Mitarbeiter Präsident Kennedys sagte mir gestern, Präsident habe noch nicht entschieden, ob er im Anschluß an seinen Besuch in Bonn[1] auch nach Berlin kommen solle. Obgleich manche seiner Berater weiterhin dagegen seien, habe er Eindruck, daß Kennedy persönlich immer mehr zu einem Berlin-Besuch hinneige. Er werde hierin sowohl von seinem Bruder Robert wie auch von McGeorge Bundy unterstützt. Er scheue offenbar noch ein wenig vor den protokollarischen Problemen wie Verhältnis Bürgermeister Brandt zum Bundeskanzler, Frage der Begleitung durch den Bundeskanzler[2] u. a. zurück; sollte sich hierfür eine glatte Lösungsmöglichkeit ergeben, so würde dies wahrscheinlich seine letzten Zweifel beseitigen.

Das State Department rät – wie mir Tyler und Creel sagten – dem Präsidenten zu einem Berlin-Besuch zu.

Dr. von Brentano beabsichtigt, diese Frage in seinem morgigen Gespräch mit dem Präsidenten aufzugreifen[3] und ihm außerdem zu sagen, im Anschluß an Bonn und Berlin noch eine andere Stadt der Bundesrepublik zu besuchen.

[gez.] Knappstein

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 431

[1] Über die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten, die Bundesrepublik in seinen Europa-Besuch einzuschließen, wurde Bundeskanzler Adenauer durch Botschafter Dowling am 17. Januar 1963 informiert. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Leiter des Referats „USA, Kanada", Hoffmann, vom 14. März 1963; Referat II A 6, Bd. 27. Daraufhin erfolgte die offizielle Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik. Vgl. dazu das Schreiben von Adenauer vom 18. Januar 1963 an Präsident Kennedy; Ministerbüro, VS-Bd. 8475; B 150, Aktenkopien 1963.
Für den Verlauf des Besuchs vom 23. bis 26. Juni 1963 vgl. Dok. 206–208.

[2] Zur Entscheidung des Bundeskanzlers Adenauer, Präsident Kennedy nach Berlin zu begleiten, vgl. den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 11. April 1963; Referat II A 6, Bd. 27.

[3] Zum Besuch des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden in den USA und seinem Gespräch mit Präsident Kennedy am 22. März 1963 vgl. NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Nr. 82 vom 24. März 1963, S. 1 f., und FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 70 vom 23. März 1963, S. 1.

130

Botschafter van Scherpenberg, Rom (Vatikan), an Bundesminister Schröder

21. März 1963[1]

Hochverehrter Herr Minister!

Ihre freundlichen und anerkennenden Zeilen vom 1. März[2] zu meinen Gedanken über die Ostpolitik ermutigen mich, Ihnen zu dem Exposé vom 25. Januar[3] noch eine vielleicht doch wesentliche Ergänzung zu unterbreiten, die aber ihrer Natur nach stärkeren spekulativen Charakter trägt und daher von der ersten Darstellung getrennt zu behandeln ist.

Meine Darstellung vom 25. Januar befaßte sich im wesentlichen mit der von uns im Augenblick und in der nächsten Zukunft praktisch zu verfolgenden Politik und war aufgebaut auf dem Gedanken, daß weder in der Wiedervereinigung noch in der Berlinfrage in absehbarer Zeit mit einem Entgegenkommen der Sowjets zu rechnen sein werde und daß daher taktische Überlegungen mit dem Ziel des Zeitgewinnes für uns im Vordergrund stehen müßten, wobei es wichtig wäre, das Gespräch in irgendeiner Form so lange wie möglich fortzuführen.

Diese Darstellung ließ die Frage völlig offen, wofür wir eigentlich Zeit gewinnen müssen. Man kann diese Frage natürlich ganz generell dahin beantworten, daß in der Außenpolitik immer mal irgendwelche Situationen eintreten, in denen sich Möglichkeiten zur Verwirklichung eines lang gehegten und lange Zeit undurchführbaren Zieles bieten, wenn man die Gelegenheit zu nutzen weiß und auch zugreift.

Ich glaube aber, wir sollten uns klar darüber sein, daß unabhängig von allen, vielleicht sonstwie durch Zufall herbeigeführten Situationen wir im Laufe der nächsten 10, vielleicht sehr viel weniger Jahre mit einer Entwicklung absolut sicher rechnen können, nämlich der Tatsache, daß Herr Chruschtschow durch natürlichen Tod oder auf andere Weise aus der Führung der sowjetischen Politik ausscheidet. Ich habe keinen Zweifel, daß dieser Augenblick von großer weltpolitischer Bedeutung sein dürfte. Chruschtschow hat durch die seit dem XX. Parteikongreß verfolgte innenpolitische Linie[4] und durch die im Verhältnis zur kommunistischen Partei Rot-Chinas zutage getretenen tiefgehenden dogmatischen Gegensätze ein solches Spannungsfeld innerhalb der kommuni-

[1] Privatdienstschreiben.
Hat Bundesminister Schröder am 26. März 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vertraulich! 1. Herrn St[aatssekretär] I z[ur] K[enntnisnahme]. 2. Zu meinen Unterlagen."
Hat Staatssekretär Carstens am 3. Mai 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu Dok. 54, Anm. 17.

[3] Vgl. Dok. 54.

[4] Mit der Geheimrede vom 25. Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU, in der Ministerpräsident Chruschtschow die Verbrechen der Stalin-Zeit anprangerte, wurde die Entstalinisierung in der UdSSR eingeleitet. Für den Wortlaut vgl. CHRUSCHTSCHOW ERINNERT SICH, hrsg. von Strobe Talbott, Reinbek 1971, S. 529–586.

stischen Welt geschaffen, daß nach meiner Überzeugung nach seinem Weggang mit einer schweren Führungskrise in der Sowjetunion gerechnet werden muß. Diese Führungskrise wird zweifellos auch die außenpolitische Aktionsfähigkeit der Sowjetunion beeinflussen, zumal man damit rechnen kann, daß sie sich auch in den Satellitenstaaten sehr stark auswirken wird. Ob das Ergebnis dieser Führungskrise eine weitere Aufweichung der kommunistischen Struktur oder eine Rückkehr zu einer harten, dogmatisch begründeten Linie sein wird, wage ich nicht zu entscheiden; aber Fachleute für Fragen des Kommunismus werden vielleicht in der Lage sein, auf Grund vorhandener Einzelfakten eine Prognose zu stellen. Ich persönlich tendiere zu der Auffassung, daß zunächst jedenfalls die Vertreter eines harten dogmatischen Kurses die Oberhand gewinnen werden, was ohne Zweifel zu schweren innerpolitischen Reaktionen führen wird.

Es besteht natürlich die Gefahr, daß in einer solchen Situation Moskau, alter Tradition entsprechend, außenpolitische, wenn nicht gar kriegerische Initiativen entfalten wird, um die Aufmerksamkeit von den innerpolitischen Schwierigkeiten abzulenken, ein Verfahren, das den Russen im übrigen bisher immer sehr schlecht bekommen ist.

Ich bin aber eher geneigt anzunehmen, daß in einer solchen Situation der kommunistische Führungskreis versuchen wird, zunächst einmal seine eigenen Kader wieder zusammenzuschließen und sich innerlich dogmatisch zu konsolidieren, selbst um den Preis des Verlustes gewisser Machtpositionen. Eine solche Haltung würde jedenfalls den Leninschen Theorien am nächsten kommen, und auf sie müßte sich ja jede doktrinäre, reaktionäre Führungsclique in Moskau beziehen, wenn sie nicht von vornherein ins Schwimmen kommen wird.

In dieser Situation würde ich nun allerdings sehr große Möglichkeiten sehen zu einer endgültigen Lösung wenigstens der Frage der SBZ. Die Unruhe einer solchen Periode wäre zweifellos ein Nährboden für eine weit verbreitete Aufstandsbewegung in der SBZ, ähnlich wie dies nach dem Tode Stalins der Fall war.[5] Eine solche Aufstandsbewegung könnte zu einer echten Liberalisierung und Demokratisierung des Regimes in der Ostzone führen. Ich halte es keineswegs für ausgeschlossen, daß in einer solchen Situation die russischen Streitkräfte in der Zone zunächst Gewehr bei Fuß stehen bleiben würden. Die Anfänge der Ereignisse in Ungarn im Oktober 1956 bieten dafür einen Fingerzeig.[6]

[5] Nach dem Tod von Jossif Stalin am 7. März 1953 kam es am 16./17. Juni 1953 in der DDR zu Protesten der Arbeiter gegen die von der SED verfügte Erhöhung der Arbeitsnormen, die in einen Aufstand gegen das Regime mündeten.

[6] Nach dem Sturz der Regierung des Ministerpräsidenten Rakosi im Oktober 1956 zogen sich die sowjetischen Truppen, die in die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und ungarischer Geheimpolizei eingegriffen hatten, zunächst aus Budapest zurück und ließen die Bildung einer Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Imre Nagy zu. Als sich jedoch abzeichnete, daß die Entwicklung in Ungarn auf ein Mehrparteiensystem mit demokratischen Wahlen hinauslief und Nagy zudem den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt erklärte, begann am 4. November 1956 die militärische Niederschlagung der Freiheitsbewegung durch sowjetische Interventionstruppen.

Wir würden uns zwar in einer solchen Lage wahrscheinlich ungemein eng am Rande eines Krieges entlang bewegen, und es käme daher alles darauf an, in dieser Situation so behutsam vorzugehen, daß ein Hineingleiten in größere kriegerische Komplikationen vermieden werden könnte. Man müßte daher m. E. in einem solchen Fall einerseits das Selbstbestimmungsrecht der Zone mit allem Nachdruck vertreten und fördern, andererseits aber dafür Sorge tragen, daß Probleme, die unseren politischen Rückhalt im Westen schwächen würden, mit unerbittlicher Härte, unbeschadet aller innenpolitischer Forderungen von nationalistischer und chauvinistischer Seite, ausgeschieden werden. Dazu gehört meiner Ansicht in erster Linie die Oder-Neiße-Grenze. Sie dürfte unter keinen Umständen im Zusammenhang mit der Befreiung der Ostzone aufgegriffen werden, was noch keineswegs bedeutet, daß man gleichzeitig einen Verzicht ausspricht. Aber man sollte auch die bisherige Linie verfolgen, daß diese Frage Sache eines Friedensvertrages sei. Darüber hinaus sollte aber m. E. selbst die Frage der Wiedervereinigung unter Umständen hinter das primäre Ziel der Befreiung der Ostzone zurücktreten. Dies sollte umso leichter sein, als im Falle einer demokratischen ostdeutschen Regierung ja der alte russische Gedanke der Föderation[7] ohne jede Bedenken aufgegriffen werden könnte[8], wodurch man von vornherein gewisse Verhandlungsmöglichkeiten mit Rußland eröffnen würde.

Die vorstehenden Darlegungen tragen, wie ich schon vorher sagte, naturgemäß spekulativen Charakter. Ich glaube aber, sie enthalten mindestens einen ganz realen Kern, nämlich den, daß beim Ausscheiden Chruschtschows aus der russischen Politik ein Augenblick gekommen ist, in dem wir vielleicht noch einmal eine Chance haben, das Problem Ostdeutschland einigermaßen in unserem Sinn zu lösen. Warten wir damit, bis sich die Verhältnisse in Rußland wieder konsolidiert haben, so werden wir eine weitere Generation warten müssen.

Soweit somit irgendwelche Planungen außenpolitischer Art möglich und erforderlich sind, glaube ich, wäre dieser Zeitpunkt der eigentliche Ansatzpunkt, an dem jede Planung, die sich auf mehr als bloße theoretische Überlegungen erstrecken soll, ansetzen müßte.

Ich habe Ihnen, sehr verehrter Herr Minister, vorstehend einige Gedanken unterbreitet, die mich in den ganzen letzten Jahren bei allem, was ich mit der Ostpolitik zu tun hatte, bestimmt haben, über die ich aber bisher noch nie mit irgendjemand gesprochen habe, weil ich mir zu sehr darüber klar bin, wie sehr sie explosiven Stoff enthalten. Mit dem Fortgang der Jahre und dem Näherkommen des irgendwann unvermeidlichen Zeitpunkts von Chruschtschows Ausscheiden bin ich aber doch zu der Überzeugung gekommen, daß ich sie Ihnen wenigstens zu Ihrer ganz persönlichen Beurteilung unterbreiten sollte.

Mit dem Ausdruck meiner verehrungsvollen Hochachtung

Ihr ergebener
A. H. van Scherpenberg

Ministerbüro, Bd. 216

[7] Zum Vorschlag einer Konföderation der beiden deutschen Teilstaaten vgl. Dok. 54, Anm. 11.
[8] Dieser Teilsatz wurde von Bundesminister Schröder unterschlängelt.

131

Staatssekretär Lahr an die Botschaft in London

St.S. 561/63 VS-vertraulich **23. März 1963**[1]

Ich bat gestern den britischen Botschafter[2] zu mir, um ihm folgendes zu sagen:
Die Bundesregierung habe das für sie positive Ergebnis der Bundestagsberatungen über die Röhrenlieferungen[3] nur unter Inkaufnahme erheblicher Unzuträglichkeiten erreicht. Dasselbe gelte für die CDU/CSU, die die Bundesregierung hierbei uneingeschränkt unterstützt habe. Beide hätten dies auf sich genommen, um zu dem der NATO gegebenen Wort zu stehen. Im übrigen sei die Bundesrepublik ohnehin dasjenige Land, das mit seiner Zustimmung zum NATO-Beschluß[4] das größte Opfer gebracht habe, denn ihrer Wirtschaft wären die durch den Beschluß unterbundenen Lieferungen zum weitaus größten Teil zugute gekommen. Die Bundesregierung glaube nun aber, von ihren Partnern die gleiche Haltung[5] erwarten zu können, zumal für diese damit[6] wesentlich geringere wirtschaftliche Opfer verbunden seien. Staatssekretär Carstens habe[7] bereits im NATO-Rat vom 20. März eindringlich an die Solidarität der anderen NATO-Partner appelliert und hierbei darauf hingewiesen, daß nur auf der Grundlage eines neuen gemeinsamen Beschlusses eine Abweichung von dem bisherigen Beschluß in Betracht kommen könne. Die uns bisher vorliegenden Nachrichten ließen zwar nicht erkennen, daß eine der Partnerregierungen abgewichen sei, die aus Großbritannien kommenden Nachrichten seien jedoch beunruhigend und hätten in der deutschen Öffentlichkeit bereits größtes Aufsehen verursacht. Die britische Presse, statt die deutsche Haltung anzuerkennen und sich zur atlantischen Solidarität zu bekennen, kritisiere oder ironisiere das deutsche Verhalten und richte mehr oder weniger offene Aufforderungen an die britische Industrie, in die durch den deutschen Verzicht entstandene Lücke einzusteigen.[8] Offizielle oder offiziöse Äußerungen, die britische Regierung könne hiergegen nichts tun[9], wirkten in der gleichen Richtung. Auch[10] die Erklärungen des britischen Handelsministers[11], daß der

[1] Durchdruck für Ministerialdirektor Jansen.

[2] Frank K. Roberts.

[3] Zur Debatte am 18. März 1963 im Bundestag über das Röhrenembargo vgl. Dok. 123, Anm. 6.

[4] Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 5.

[5] Das Wort „Haltung" wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Solidarität".

[6] Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt.

[7] An dieser Stelle wurde gestrichen: „daher".

[8] Vgl. dazu auch den Artikel: Anglo-German Rivalry For Soviet Steel Orders. Bonn Cabinet Faces Storm Over Embargo; THE TIMES, Nr. 55656 vom 22. März 1963, S. 12. Vgl. ferner: Botschafter Etzdorf berichtet in Bonn. Auswirkungen des Röhrenembargos. Treten englische Firmen in die deutschen Verträge ein?; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 115 vom 18. Mai 1963, S. 3.

[9] Vgl. dazu bereits Dok. 124, Anm. 17.

[10] Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt.

[11] Am 28. März 1963 ließ der britische Handelsminister Erroll in einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage im britischen Unterhaus erklären: „I have told the manufacturers that there are no

Osthandel gefördert werden müsse, habe in diesem Augenblick gewollt oder ungewollt eine solche[12] Wirkung. Die Bundesregierung gerate hierdurch in eine sehr mißliche Lage. Würde Großbritannien jetzt wirklich Aufträge übernehmen, nachdem jahrelang, solange normale Wettbewerbsbedingungen bestanden, keine solchen Geschäfte zustande gekommen seien, werde dies in der deutschen Öffentlichkeit so ausgelegt werden, daß Großbritannien die deutsche Bündnistreue benutze, um Geschäfte zu machen, die ihm sonst nicht zugefallen wären. Angesichts des Aufsehens, das die Röhrenfrage in Deutschland ohnehin hervorgerufen habe, drohe sich hieraus eine empfindliche Belastung des bilateralen deutsch-britischen Verhältnisses zu entwickeln; ferner werde dadurch dann wahrscheinlich auch hier der an sich keineswegs aus Deutschland stammenden These, Großbritannien lasse es an europäischer Gesinnung fehlen, Nahrung gegeben.

Sir Frank Roberts erwiderte, daß ihm aus seiner hiesigen Sicht die Situation klar sei. Aus britischer Sicht sehe sich jedoch die Sache insofern anders an, als dort die überwiegende Meinung immer gegen die Unterbindung der Röhrenlieferungen gewesen sei und die britische Regierung bei der Beschlußfassung in der NATO[13] darauf hingewiesen habe, daß die für ein Embargo erforderliche parlamentarische Mitwirkung nicht zu erlangen sei. Im übrigen sei die Haltung der britischen Regierung bekanntermaßen prekär, wie die letzten Nachwahlen bewiesen hätten[14].

Ich bemerkte hierzu, daß uns die seinerzeitigen britischen Erklärungen zum NATO-Beschluß bekannt seien[15] und wir nach unseren eigenen Erfahrungen für parlamentarische Schwierigkeiten Verständnis hätten. Ich sähe jedoch nicht, wieso die seinerzeitigen diesbezüglichen britischen Erklärungen die britische Regierung jetzt davon abhalten, sich ihrerseits, d. h. ohne dies mit einem parlamentarischen Akt zu verbinden, für die Solidarität innerhalb der NATO auszusprechen und die einzige in Betracht kommende britische Firma in einer von ihr zu bestimmenden Weise wissen lasse, daß sie ein Abschluß in erhebliche politische Unzuträglichkeiten bringen werde. Es gehe jetzt nicht darum, über die Zweckmäßigkeit des NATO-Beschlusses zu diskutieren, son-

Fortsetzung Fußnote von Seite 426

restrictions on the export from the United Kingdom to the Union of Soviet Socialist Republics of Steel of any diameter. In the discussions in N.A.T.O. on this subject, the United Kingdom representative made it clear that Her Majesty's Government did not support the recommendation and reserved Her Majesty's Government's freedom of action." Vgl. HANSARD, 5. Serie, Bd. 674, S. 192 (Written Answers).

Vgl. dazu auch den Artikel: Mr. Erroll Defends Trade with Communists. Understanding Claimed in U. S. for British View; THE TIMES, Nr. 55643 vom 7. März 1963, S. 9.

12 Die Wörter „eine solche" wurden handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „die gleiche".

13 Der Passus „bei der Beschlußfassung in der NATO" wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „im Zusammenhang mit dem NATO-Beschluß".

14 An dieser Stelle wurde gestrichen: „und diese müsse daher sehr vorsichtig operieren".

15 Für die Erklärung des britischen Vertreters im Ständigen NATO-Rat zum Röhrenembargo vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 21. November 1962 sowie das Schreiben seines Vorgängers im Amt, Botschafter von Walther, Paris (NATO), vom 26. Oktober 1962; VS-Bd. 8395 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1962.

dern zu einem einstimmig gefaßten Beschluß zu stehen und damit zu verhindern, daß innerhalb des Bündnisses empfindliche Spannungen entstehen und der Osten einen eklatanten Triumph davonträgt.[16]

Ich habe im übrigen darauf hingewiesen, daß wenn es zu namhaften britischen Abschlüssen käme, der bisherige Standpunkt der Bundesregierung gegenüber der deutschen Industrie wohl unhaltbar werden würde, ohne daß man die Verantwortung dafür dann der Bundesregierung aufbürden dürfe.
Der britische Botschafter sagte zu, seine Regierung von diesem Gespräch zu unterrichten.[17]

Ich bitte, die obigen Argumente auch dort zu verwenden.

[gez.] Lahr

Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 2

[16] Am 30. März 1963 führte Botschafter Roberts zu diesen Fragen aus, daß für die britische Regierung der Handel mit den Staaten Osteuropas ein Mittel sei, diesen „allmählich die Vorteile der freien Lebensordnung des Westens verständlich zu machen und damit ihre verkrampfte, feindselige Stellung gegen den Westen aufzulockern". Die ohnehin geschwächte britische Regierung könne ihr Ansehen nicht noch weiter herabsetzen, indem sie auf deutschen und amerikanischen Wunsch „ganz unpopulären Druck auf die britische Industrie" ausübe bzw. – um dafür überhaupt die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen – versuche, gegen ihre eigene Überzeugung ein neues Gesetz einzubringen, und sich dem Vorwurf aussetze, „daß sie überflüssigerweise vor den Amerikanern ‚zu Kreuze kröche'". Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Plehwe vom 6. April 1963; Referat III A 6, Bd. 201.

[17] Vgl. dazu weiter Dok. 144.

132

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken

II 1 (700) 84.25–230/63 geheim **25. März 1963**

Betr.: Erklärungen des deutschen und französischen Vertreters in der Bonner Vierergruppe[1] zur Berlin-Klausel[2] im deutsch-französischen Vertrag

1) Nachdem sich der amerikanische Vertreter in der Bonner Vierergruppe, Mr. Magill, bereits am 18. März für eine schriftliche Erklärung des deutschen und französischen Vertreters ausgesprochen hatte[3], hat sich der englische Vertreter, Mr. Duff, am 22. 3. 1963 diesem Vorschlag angeschlossen. Er übermittelte folgende Bitte des Foreign Office:

– die deutsche und französische Erklärung sollen zur Veröffentlichung freigegeben sein;

– die deutsche und französische Erklärung sollen schriftlich erfolgen, evtl. in Form eines Aide-mémoire.

2) Der französische Vertreter, Graf d'Aumale, suchte mich am 22. 3. auf und teilte mir als seine persönliche Auffassung mit: Er habe Bedenken gegen eine schriftliche Fixierung der von uns abzugebenden Erklärungen. Mit schriftlichen Erklärungen sei niemandem gedient. Hinter diesem Wunsch der Amerikaner und Engländer verberge sich nur weiteres Mißtrauen gegenüber der deutschen und französischen Regierung.

Ich habe demgegenüber unsere Überlegungen vorgetragen und darauf hingewiesen, daß es darauf ankomme, die vorübergehenden Mißverständnisse im Kreise der Vier[4] zu beseitigen. Nachdem wir uns im Prinzip zur Abgabe von

[1] Zur Bonner Vierergruppe vgl. Dok. 110, Anm. 2.

[2] Für den Wortlaut der Berlin-Klausel vgl. Dok. 50, Anm. 12.

[3] Da die Berlin-Klausel im deutsch-französischen Vertrag besonders bei den USA auf Bedenken stieß, erklärte sich die Bundesregierung bereit, in der Bonner Vierergruppe eine Erklärung abzugeben, daß der Vertrag die Rechte der drei Westmächte in Berlin nicht beeinträchtige. Vgl. dazu Dok. 106.
Zur Rechtsauffassung hielt die Abteilung I am 5. Februar 1963 fest: „Aufnahme von Berlin-Klausel beruht ausschließlich auf der in steter Praxis angewandten gemeinsamen Politik der Bundesregierung und der drei Westmächte, alle internationalen Vereinbarungen der Bundesrepublik auf Berlin zu erstrecken, soweit [der] Inhalt der Vereinbarungen (z.B. Militärfragen!) dies nicht im Einzelfall ausschließt. Gemäß BKC/L (52) 6 vom 21. 5. 1952 ist [die] Bundesregierung nicht nur ermächtigt, sondern gehalten, so zu verfahren. Nichtaufnahme von Berlin-Klausel in so wichtige Vereinbarung wie [den] deutsch-französischen Vertrag müßte diesen Standpunkt schwerwiegend präjudizieren ... Wäre in [den] deutsch-französischen Vertrag keine Berlin-Klausel aufgenommen worden, hätte Gefahr bestanden, daß Schwierigkeiten, dritte Staaten zur Aufnahme derartiger Klausel in mit ihnen zu schließende Abkommen zu bestimmen, erheblich gewachsen wären und daß [die] bisherige Politik in dieser Frage nicht weiter hätte beibehalten werden können. Formulierung [der] Berlinklausel entspricht – abgesehen von Ausnahme für Verteidigungsfragen – dem Standardwortlaut ..." Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 197; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Am 23. Februar 1963 führte Botschafter Knappstein, Washington, aus: „Prüfung der Anwendbarkeit des Vertrags auf Berlin sei im State Department noch nicht abgeschlossen. Man könne deshalb auch noch nicht sagen, daß amerikanische Regierung Berlin-Klausel in dem vom Vertrag

Erklärungen bereit erklärt hätten, mache es keinen Unterschied, ob diese schriftlich oder mündlich erfolgten. Würden die Engländer und Amerikaner durch schriftliche Erklärungen mehr zufriedengestellt, so solle man diesem Wunsch Rechnung tragen; der Zweck unserer Aktion, die Beseitigung des Mißverständnisses, werde damit nur umso eher erreicht.

Im übrigen bestehe im Falle der Verweigerung einer schriftlichen Erklärung die Gefahr, daß der Wert unserer mündlichen Erklärung (und damit der Wert unserer Aktion überhaupt) herabgemindert würde; das Mißtrauen der Engländer und Amerikaner bestehe dann erst recht fort, da sie hinter der Verweigerung der Abgabe schriftlicher Erklärungen eine sie benachteiligende Absicht vermuteten, die – wie bekannt wäre – nicht bestehe.

In diesem Falle müsse im Hinblick auf die amerikanisch-sowjetischen Gespräche[5] angenommen werden, daß möglicherweise vorhandene Tendenzen, die ohnehin zu einem Eingehen auf sowjetische Vorstellungen geneigt seien, Auftrieb erhielten. Demgegenüber komme es gegenwärtig darauf an, die Einigkeit der westlichen Mächte im Hinblick auf diese Gespräche zu stärken. Wenn diese Einigkeit durch schriftliche Erklärungen besser gewährleistet werden könne, dann eben durch schriftliche.

Graf d'Aumale verschloß sich diesen Überlegungen nicht völlig. Er erklärte, daß er nach Paris berichten werde.

Anschließend wurde die Form der schriftlichen Erklärungen behandelt; Graf d'Aumale lehnte die Übermittlung von Schreiben ab. Wir haben erörtert, ob die Erklärungen in Form eines Aide-mémoires oder eines Protokolls erfolgen könnten, das von allen 4 Sitzungsteilnehmern zu zeichnen wäre.

Graf d'Aumale wird auf uns zukommen.[6]

Hiermit über Herrn Dg II[7] Herrn D II[8] mit der Anregung vorgelegt, daß die schriftlichen Erklärungen gegebenenfalls in Form von Aide-mémoires oder

Fortsetzung Fußnote von Seite 429

vorgesehenen Umfang billigen werde. (Wie aus anderen Gesprächen zu erfahren war, richtet sich Aufmerksamkeit State Departments vor allem auf die Frage der Vereinbarkeit vorgesehener außenpolitischer Konsultation mit den Drei-Mächte-Vorbehalten in Deutschlandvertrag von 1954 betreffend Berlin und gesamtdeutsche Angelegenheiten.)" Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Zur Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche am 26. März 1963 vgl. Dok. 138.

[6] Gesandter Graf d'Aumale teilte Legationsrat I. Klasse Oncken am 28. März 1963 mit, daß die französische Regierung keine schriftliche Erklärung in der Vierergruppe abgeben wolle, jedoch keine Einwände gegen eine schriftliche Erklärung der Bundesregierung habe. Die französische Regierung sei darüber hinaus bereit, der Vierergruppe die Absicht mitzuteilen, anläßlich der Einbringung des französischen Gesetzentwurfs zum deutsch-französischen Vertrag zu erklären, daß durch diesen Vertrag nicht die alliierten Rechte in und mit Bezug auf Berlin beeinträchtigt würden. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 28. März 1963; Abteilung V (V 1), VS-Bd. 197, B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Hat Ministerialdirigent Reinkemeyer am 25. März 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich halte a) und b) gleichermaßen für akzeptabel."

[8] Hat Ministerialdirektor Krapf am 25. März vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[itte] die schriftliche Erklärung wählen, die für die Franzosen am akzeptabelsten ist."

schriftlicher Fixierung des Sitzungsverlaufes abgegeben werden können.[9] Um Weisung wird gebeten.

Oncken

Abteilung II (700–AB), VS-Bd. 49

133

Ressortbesprechung im Bundeskanzleramt

I B 4–84.00/90.35/351[I]/63 geheim **26. März 1963[1]**

Betr.: Besprechung im Bundeskanzleramt über israelische Demarche[2] im Zusammenhang mit der Tätigkeit deutscher Raketenfachleute in der VAR

Am 26. März fand unter Vorsitz von Staatssekretär Globke eine Besprechung im Bundeskanzleramt über die mit der Tätigkeit deutscher Raketenfachleute[3] und der Verhaftung eines israelischen Staatsangehörigen in der Schweiz[4] zusammenhängenden Fragen statt. An ihr nahmen teil:

Bundeskanzleramt	Staatssekretär Globke
	Ministerialdirektor Kattenstroth
	Ministerialdirigent Bachmann

[9] In der Konsultationsbesprechung vom 6. April 1963 gab der deutsche Vertreter in der Vierergruppe, Legationsrat I. Klasse Oncken, die folgende mündliche Erklärung ab: „Ich bin beauftragt, im Namen meiner Regierung zu erklären, daß die Rechte und Verantwortlichkeiten der Drei Westmächte in Berlin und mit Bezug auf Berlin durch den deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 in keiner Weise beeinträchtigt werden." Der französische Vertreter trug eine entsprechende Erklärung vor. Die deutsche Verlautbarung wurde durch ein gleichlautendes Aide-mémoire bekräftigt. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 5. April 1963, Abteilung V (V 1), VS-Bd. 197; B 150, Aktenkopien 1963.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat Schlagintweit am 27. März 1963 gefertigt. Eine von Ministerialdirektor Jansen erstellte Zusammenfassung hat Bundesminister Schröder am 27. März 1963 vorgelegen.

[2] Am 22. März 1963 informierte Botschaftsrat Savir, Israel-Mission, Staatssekretär Lahr darüber, „daß in Israel eine außerordentlich große Erregung über die Vorbereitung der Produktion von Massenvernichtungswaffen ... herrsche". Die deutsche Beteiligung daran habe die Erinnerung an die im „Dritten Reich" erlittenen Leiden der Juden wieder virulent werden lassen. Lahr äußerte Verständnis für die israelischen Sorgen, verwies aber auf die Schwierigkeit, die Tätigkeit deutscher Fachleute in der VAR mittels gesetzlicher Maßnahmen zu beenden. Vgl. die Aufzeichnung von Lahr vom 22. März 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 393.

[3] Vgl. bereits Dok. 66.
Zur Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR vgl. auch DER SPIEGEL, Nr. 19 vom 8. Mai 1963, S. 57–62.

[4] Die Verhaftung von Otto Joklik und dem Israeli Josef Bengal am 2. März 1963 stand im Zusammenhang mit Versuchen des israelischen Geheimdienstes, die in der VAR tätigen Fachleute zur Aufgabe ihrer Mitarbeit an den Rüstungsprojekten zu zwingen. Vgl. dazu DER SPIEGEL, Nr. 19 vom 8. Mai 1963, S. 70f.

Auswärtiges Amt	Ministerialdirektor Jansen Vortragender Legationsrat I. Klasse Schwörbel Legationsrat Schlagintweit
Bundesinnenministerium	Staatssekretär Hölzl
Bundesjustizministerium	Ministerialdirektor Römer
Bundeswirtschaftsministerium	Staatssekretär Westrick Dipl. Volkswirt Heine
Bundesverteidigungsministerium	Staatssekretär Hopf
Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung	Staatssekretär Cartellieri
Bundespresseamt	Staatssekretär von Hase Oberregierungsrat Sterken

Staatssekretär Globke erwähnt eingangs die schwierige psychologische Situation, in der sich Israel angesichts der Bedrohung durch die arabischen Staaten und dem jüngsten Prestigezuwachs Nassers[5] befände, und die besondere Empfindlichkeit gegenüber Deutschland. Unser Verständnis könne uns aber nicht davon abhalten, die Tatsachen genau zu prüfen, bevor wir uns schlüssig würden, was zu unternehmen sei. Am 22. 3. habe der israelische Geschäftsträger StS Lahr die Rede des israelischen Außenministers und die Beschlüsse des Knesseth überbracht.[6] Bei einer privaten Reise waren kurz vorher Staatssekretär Hopf eine Reihe von Unterlagen über die Tätigkeit der deutschen Fachleute in Ägypten übergeben worden. Abgesehen von der Vorsprache des israelischen Geschäftsträgers habe Israel keinen offiziellen Schritt unternommen, jedoch über die israelische Presse und einzelne Privatpersonen (Abgeordneter Prof. Dr. Böhm) seine Besorgnis an uns herangetragen.[7]

Staatssekretär Globke erwähnte folgende Straftaten, bei denen der Verdacht einer Beteiligung des israelischen Geheimdienstes vorliegt:

7. 7. 62	Absturz eines Flugzeuges in Westfalen, das von dem ägyptischen Rüstungsindustriellen Kamil gechartert worden war.
11. 9. 62	Entführung Dr. Krugs, Geschäftsführer der Intra-Handelsgesellschaft, aus München.

[5] Bei den auf Initiative des ägyptischen Präsidenten im März 1963 aufgenommenen Verhandlungen über eine Föderation zwischen der VAR, Syrien und dem Irak zeichnete sich ein positiver Ausgang ab. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 86.
Vgl. dazu weiter Dok. 146.

[6] In der Rede am 20. März 1963 vor der Knesseth appellierte die israelische Außenministerin Meir an die Bundesregierung, „der Tätigkeit dieser Wissenschaftler ein Ende zu setzen". Das israelische Parlament unterstützte diese Forderung in einer Resolution. Für den Wortlaut der Rede und der Resolution vgl. die Anlagen zur Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 22. März 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 393. Vgl. dazu auch EUROPA-ARCHIV 1963, Z 83.

[7] Vgl. dazu das Schreiben des CDU-Abgeordneten Böhm vom 21. März 1963 an Bundesminister Schröder; Ministerbüro, Bd. 219. Dazu auch VOGEL, Dialog I/1, S. 222–226 und S. 228–240.

Ende November/ Anfang Dezember	Aufgabe eines Bücherpakets mit Sprengstoff in Hamburg, das an Dr. Pilz in Kairo gerichtet war. Beim Öffnen explodierte das Paket und verletzte die Sekretärin Hannelore Wende.
28. 11. 62	Aufgabe einer 10 kg Bücherkiste mit Sprengstoff an die Rüstungsfabrik 333 in der VAR. Sie explodierte beim Öffnen und tötete 5 ägyptische Arbeiter.
Ende Dezember/ Anfang Januar	Versendung zweier weiterer Pakete aus der Bundesrepublik, die nicht geöffnet wurden.
20. 2. 63	Mordanschlag auf den in der VAR tätigen Spezialisten Kleinwächter in Lörrach, an dem vermutlich Herr Joklik und Herr Bengal beteiligt waren. Gegen beide liegt vom Landgericht Freiburg Haftbefehl vor.
2. 3. 63	Nötigungsversuch gegen die Kinder des in der VAR tätigen Raketenspezialisten Görke, in dessen Folge Joklik und Bengal in Zürich verhaftet wurden.

Die deutschen Behörden hatten alle diese Vorfälle mit größter Diskretion behandelt. Erst als die Schweizer Behörden die Verhaftung der beiden Agenten bekanntgaben, beschäftigte sich die Öffentlichkeit damit. Hierdurch wurde erhebliche Nervosität in Israel ausgelöst. Die Debatte im israelischen Parlament ist offenbar dazu benutzt worden, um mit dem Hinweis auf die Tätigkeit der Deutschen in Ägypten die allgemeine Aufmerksamkeit von den oben aufgeführten Tatbeständen abzulenken.

Auf Grund der Berichte der Botschaft Kairo[8], der Untersuchungen der Ministerien[9] und der Berichte von Staatssekretär Hopf ergibt sich folgendes Bild von der Beteiligung deutscher Staatsangehöriger bzw. Firmen an Rüstungsprojekten in der VAR:

1) Beschäftigung deutscher Techniker und Wissenschaftler

a) Beteiligung Deutscher an der Herstellung von ABC-Waffen kann ausgeschlossen werden. Es ist zweifelhaft, ob solche Waffen überhaupt in der VAR entwickelt werden können. Auch das von Israel übergebene Material vermittelt keine Anhaltspunkte hierfür.

b) An der Herstellung von Boden-Boden-Raketen ohne nukleare Sprengköpfe arbeiten ca. 10 deutsche Wissenschaftler und Techniker. Die israelische Zahl von 30 bis 40 ist sicher übertrieben. Israel ist seit Jahren im Besitz ähnlicher Raketen.

c) Im ägyptischen Flugzeugbau – Düsenflugzeuge, wie sie sehr viele andere Staaten ebenfalls entwickelt haben – arbeiten zwei Gruppen: die Gruppe Mes-

[8] In Drahtberichten vom 22. und 23. März 1963 betonte Botschafter Weber, Kairo, die VAR arbeite nicht an der Entwicklung atomarer Sprengköpfe. Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963.

[9] Am 8. April 1963 teilte das Bundesministerium für Wirtschaft den beteiligten Ressorts mit, daß sich aufgrund der Prüfung der von israelischer Seite vorgelegten Unterlagen keine Anhaltspunkte dafür ergeben hätten, daß die 23 aufgeführten Firmen Kriegswaffen oder wesentliche Bestandteile von Kriegswaffen geliefert hätten. Vgl. Referat I B 4, Bd. 17.

serschmitt und die Gruppe Brandner.[10] In letzterer sind hauptsächlich Österreicher und SBZ-Angehörige.

Außerhalb Deutschlands ist die Herstellung weder von Raketen noch von Flugzeugen verboten. Beides sind keine Vernichtungswaffen. Die Angaben des israelischen Außenministers, Deutsche beteiligten sich an der Herstellung von Vernichtungswaffen, sind daher objektiv unrichtig.

d) Lieferungen von strategischem Material
Die Firma Intra-Handelsgesellschaft (Sitz München, früherer Geschäftsführer Krug) und die beiden Schweizer Firmen, hinter denen wahrscheinlich ägyptisches Kapital steckt, Meco und MTP, haben sich bemüht, Material nach Ägypten zu liefern und Wissenschaftler und Techniker zu vermitteln. Die deutschen Untersuchungen bei der Firma Intra hatten keinen Anhaltspunkt gegeben, daß das Kriegswaffengesetz[11] oder andere Bestimmungen verletzt worden sind.

Staatssekretär Globke erklärte, es sei nicht erwünscht, daß deutsche Wissenschaftler und Techniker in Spannungsgebieten wie im Vorderen Orient an der Entwicklung von Kriegsgeräten sich beteiligten und unwillkürlich den Eindruck erweckten, als ob von deutscher Seite Partei ergriffen würde. Von deutscher Seite hätte man erreicht, daß Professor Sänger in die Bundesrepublik zurückkehrte.[12] Man müsse sich jetzt darüber unterhalten, wie weit in gleicher Weise bei den 10 Deutschen, die im Raketenbau arbeiten, vorgegangen werden könnte. Da legislative Akte wegen des Grundgesetzes kaum in Frage kämen, könnte man versuchen, den Wissenschaftlern eine andere Tätigkeit zu vermitteln, um so den Stein des Anstoßes zu beseitigen.

Staatssekretär *Westrick* erläuterte die ergebnislos verlaufenen Untersuchungen bei der Firma Intra und deutschen Lieferfirmen. Man habe davon abgesehen, dieses Resultat zu veröffentlichen, da nicht mit 100%iger Sicherheit ausgeschlossen sei, daß die Firmen sich doch Verstöße gegen das Kriegswaffengesetz haben zuschulden kommen lassen, ohne daß man es bisher bemerkte.

Staatssekretär *Hopf* berichtet von seiner privaten Reise nach Israel, während der er zweimal von Ministerpräsident Ben Gurion, außerdem von dem Außenminister, Frau Meir, den Staatssekretären des Verteidigungs[13]- und des Außenministeriums[14] empfangen worden sei, von den Hintergründen der israelischen Besorgnisse und von der Schockwirkung, die die Meldung von der Verhaftung Bengals in Israel ausgelöst habe. Frau Meir habe ihm erklärt, sie könne das ihr vorliegende Material nicht länger vor der israelischen Öffentlichkeit verheimlichen, wenn der Sturz der Regierung Ben Gurion vermieden werden solle.

[10] Zur Tätigkeit der Flugzeugkonstrukteure Willy Messerschmitt und Ferdinand Brandner in der VAR vgl. DER SPIEGEL, Nr. 19 vom 8. Mai 1963, S. 57–62.

[11] Für den Wortlaut des Kriegswaffenkontrollgesetzes vom 20. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–452.

[12] Vgl. dazu DER SPIEGEL, Nr. 19 vom 8. Mai 1963, S. 62; ebenso VOGEL, Dialog I/1, S. 228–233.

[13] Sgan Aluf I. Nesiahu.

[14] Simha Dinitz.

Auf dem Hintergrund der besonderen Belastung des deutsch-jüdischen Verhältnisses und der gegenwärtigen Bedrohung Israels nähmen sich die Tätigkeit Messerschmitts, der an deutschen Rüstungsaufträgen (F-104) arbeite, und die Lieferungen deutscher Firmen eigenartig aus. Die allgemeine Entwicklung der Vernichtungswaffen, vor allem auf biologischem und chemischem Gebiet, mache eine baldige Befassung der Regierung mit diesem Komplex ohnehin notwendig, da es nicht mehr lange dauern werde, bis auch kleinere Staaten Waffen billig und ohne größere Schwierigkeiten herstellen können, deren Auswirkungen die Vernichtungskraft von nuklearen Waffen in den Schatten stellten. Die Bundesregierung solle nicht warten, hier Maßnahmen zu ergreifen, einmal im allgemeinen Interesse als auch im Hinblick auf Israel, selbst wenn eine Änderung des Grundgesetzes damit verbunden sei. Ihm schwebe eine gesetzliche Regelung vor, die in Anlehnung an das Kriegswaffengesetz die Forschung, Entwicklung, Produktion, Finanzierung, Zulieferung oder sonstige Mitarbeit Deutscher an Vernichtungswaffen und ähnlichem Kriegsgerät im Ausland einer Genehmigungspflicht unterwerfe. Die Genehmigung könne vom Auswärtigen Amt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft, der Verteidigung, Wissenschaftlichen Forschung und des Innern erteilt werden. Ob man die Nichtbefolgung dieses Gesetzes strafbar mache und Paßentzug und dergleichen androhe, könnte man noch beraten.

In diesem Zusammenhang griff Staatssekretär Hopf die Presseerklärung vom 22. 3.[15] an, die in Israel wie eine Bombe eingeschlagen habe. Wenn wir nicht sehr schnell versuchten, die Dinge ins rechte Licht zu rücken, sei mit schweren antideutschen Reaktionen nicht nur in Israel, sondern auch in der ganzen Welt zu rechnen.

Staatssekretär *Globke* bat, nicht generelle Fragen in den Vordergrund zu rükken, sondern zu überlegen, was im Augenblick getan werden könnte. Eine schnelle Maßnahme sei nötig, um den unbegründeten Vorwürfen gegen die Bundesrepublik entgegenzutreten. Eine Änderung des Grundgesetzes und gesetzliche Maßnahmen würden auf erheblichen Widerstand der Parteien stoßen. Die Bundesregierung müsse eindeutig feststellen, daß nicht der geringste Anhaltspunkt dafür vorliege, daß Deutsche an der Entwicklung von ABC-Waffen mitwirken.

Staatssekretär *von Hase* schlug vor, wir sollten eine solche Erklärung abgeben mit der Zurückweisung der israelischen Behauptungen, sie aber mit der Anerkennung verbinden, daß wir die israelischen Besorgnisse verstünden und die Vorfälle zum Anlaß einer sorgfältigen Überprüfung unserer Gesetzgebung machten. Eine Erklärung, die sowohl die Israelis befriedigt als auch die Ägypter nicht verstimmt und die deutsche Öffentlichkeit befriedigt, sei die Quadratur des Zirkels.

Staatssekretär *Globke* hielt es für erforderlich, erst einmal die Tatsachen rich-

[15] Am 22. März 1963 erklärte der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, die Bundesregierung mißbillige die Mitarbeit deutscher Techniker an der Herstellung von Raketen in der VAR. Man habe jedoch keine Möglichkeit, die Ausreise von deutschen Staatsangehörigen zu verhindern. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 28. März 1963; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu auch BULLETIN 1963, S. 477.

tigzustellen. Dann sollten wir versuchen, die Deutschen zurückzuholen, gleichwie die Reaktion der Araber sei.

Ministerialdirektor *Jansen* erklärte, man müsse solche Versuche behutsam in die Wege leiten, um nicht die arabischen Staaten ungebührlich zu verstimmen und ihre Haltung in der Deutschlandfrage nachteilig zu beeinflussen.

Staatssekretär *Westrick* erwähnte das Telegramm des Herrn Bundeskanzlers an den Herrn Bundeswirtschaftsminister als Stellvertreter des Bundeskanzlers, in dem der Herr Bundeskanzler um genaue Unterrichtung über alle Wendungen in dieser Angelegenheit gebeten und seinen Eindruck geäußert habe, daß die Angelegenheit bisher nicht ganz glücklich gelaufen sei.

Ministerialdirektor *Römer* erklärte, Nachprüfungen des BM Justiz hätten ergeben, daß es möglich sei, ein Gesetz entsprechend den Anregungen von Staatssekretär Hopf zu erlassen, ohne daß das Grundgesetz geändert werden müsse. Die Grundlage biete Art. 26 Abs. 2.[16] Ein solches Gesetz sei mit Art. 12 Grundgesetz sowie mit Art. 2 Grundgesetz[17] zu vereinbaren.

Staatssekretär *Globke* verlas an diesem Punkt eine soeben vom Auswärtigen Amt (Ministerialdirigent Dr. Böker) übermittelte Nachricht, daß Botschaftsrat Savir von der Israel-Mission in Köln vorstellig geworden sei und gebeten habe, die Bundesregierung möge keine weitere zusammenhängende öffentliche Erklärung in dieser Frage abgeben, bevor der Gesamtkomplex nicht mit Israel weiter abgeklärt worden sei.[18]

Die Diskussion wandte sich dann dem Auslieferungsverfahren Joklik/Bengal[19] und der für den nächsten Tag zu erwartenden Anfrage des Abgeordneten Faller (SPD) im Bundestag[20] zu.

Ministerialdirektor *Römer* verlas die Antworten, die der Herr Bundesjustizminister voraussichtlich auf eine zu erwartende Zusatzfrage, ob amtliche israelische Stellen in die Angelegenheit verwickelt seien, zu geben beabsichtige. Man wolle erklären, daß man bei dem gegenwärtigen Stand des Verfahrens noch nichts sagen könne, daß der Minister aber bereit sei, dem zuständigen Ausschuß vertrauliche Mitteilungen zukommen zu lassen.

Staatssekretär *Hopf* befürchtete hiervon eine weitere Beeinträchtigung unserer Beziehungen zu Israel. Es sei besser, die Frage nicht zu beantworten oder den Abgeordneten Faller zur Zurücknahme seiner Anfrage zu bewegen.

[16] Vgl. Artikel 26, Absatz 2 GG (Fassung vom 23. Mai 1949): „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz."

[17] Artikel 12 GG (Fassung vom 19. März 1956) sicherte die Freiheit von Berufswahl und Arbeitsplatz zu, während Artikel 2 GG (Fassung vom 23. Mai 1949) die persönlichen Freiheitsrechte garantierte.

[18] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 26. März 1963; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963.

[19] Vgl. dazu weiter Dok. 142.

[20] Die Mündliche Anfrage des SPD-Abgeordneten Faller nach den Hintergründen des Attentatsversuchs auf den Raketenforscher Kleinwächter wurde mit Schreiben des Bundesministers der Justiz vom 3. April 1963 beantwortet. Vgl. dazu BT ANLAGEN, Bd. 84, Drucksache IV/1093; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 3302f.

Ministerialdirektor *Jansen* wies darauf hin, daß die jüngste Demarche von Botschaftsrat Savir ohnehin bezwecke, die Sache herabzuspielen. Wir sollten dazu beitragen.

Abschließend teilte Staatssekretär *Globke* mit, daß die Unterlagen, die Staatssekretär Hopf von Israel erhalten hat, offiziell dem Bundesministerium für Wirtschaft zur Überprüfung der dort aufgeführten deutschen Firmen übergeben werden.

Am Ende der Sitzung war man sich darüber klar, daß der Bitte des Botschaftsrats Savir entsprochen werden, daß also im gegenwärtigen Zeitpunkt keine weitere Erklärung zu diesem Fragenkomplex abgegeben werden solle.[21]

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221

134

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 327/63 **28. März 1963**

Betr.: Besprechungen mit Generaldirektor Wormser und Generaldirektor Clappier am 26. März in Paris

Im Rahmen der regelmäßigen Zusammenkünfte mit den Herren Generaldirektoren Wormser (Quai d'Orsay) und Clappier (Finanzministerium), die schon aus der Zeit vor Unterzeichnung des deutsch-französischen Konsultationsabkommens herrühren, hatte ich am 26. März in Paris eine mehrstündige Besprechung, bei der Herr Wormser über die künftige Haltung Frankreichs in der EWG etwa folgendes ausführte:

Die offene und freundschaftliche Kritik, die Herr Müller-Armack und ich bei dem letzten Zusammensein in Bonn[1] an den damals von ihm, Herrn Wormser, geäußerten Gedanken geübt hätten, hätten ihn zu weiteren Überlegungen veranlaßt, und er glaube, die französische Haltung nunmehr etwa wie folgt umreißen zu können: Die französische Regierung trete dafür ein, in der Durchfüh-

[21] Im Anschluß an eine Kabinettssitzung hatte der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, am 27. März 1963 bereits folgende Erklärung abgegeben: „Die Bundesregierung hat keinen Anhaltspunkt dafür, daß deutsche Staatsangehörige an der Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Kampfmitteln in Ägypten arbeiten ... Die Bundesregierung hat von jeher darauf hingewirkt, daß deutsche Staatsangehörige, deren Tätigkeit im Ausland zur Erhöhung politischer Spannungen beitragen könnte, in die Bundesrepublik zurückkehren. Die Bundesregierung wird ihre Bemühungen in dieser Richtung fortsetzen. Es wird geprüft, ob sich solche Vorgänge durch weitere gesetzliche oder Verwaltungsmaßnahmen wirksam verhindern lassen." Vgl. BULLETIN 1963, S. 501. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 28. März 1963; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu weiter Dok. 142.

[1] Vgl. dazu Dok. 115.

rung des Rom-Vertrages[2] tatkräftig fortzuschreiten. Dies liege im Interesse der Sechs, was auch von denen nicht geleugnet werden sollte, die weiterhin für den Beitritt Großbritanniens eintreten. Denn die Gemeinschaften blieben für die anderen europäischen Länder nur attraktiv, wenn sie nicht in Stagnation, d. h. Rückschritt verfielen. Die französische Regierung sei bereit, hierbei auch an der Behandlung der Fragen mitzuwirken, die für die anderen Regierungen von größerem Interesse seien als für sie. Selbst sie begrüße den deutschen Vorschlag, in der nächsten Ratstagung[3] eine allgemeine Aussprache über die heutige Lage und die Zukunft der Gemeinschaft durchzuführen; hierbei werde sie sich für ein möglichst konkretes und ausgewogenes Arbeitsprogramm, das auf etwa sechs Monate oder bis zum Ende des Jahres zu erstrekken sei, aussprechen. Ein solches Programm könne folgende Punkte umfassen:

1) Durchführung der für den 1. Juli 1963 auf Grund der Beschleunigungsbeschlüsse vorgesehenen zollpolitischen Maßnahmen[4], d. h. weiterer interner Abbau um 10% und weitere Annäherung an den Gemeinsamen Außentarif um 30%. Frankreich sei bereit, bei der Berechnung dieser 30% von einem Gemeinsamen Außentarif auszugehen, der um einen zu vereinbarenden Prozentsatz – im weiteren Gespräch war von 20% die Rede – unter den Sätzen des Rom-Vertrages liege. Hiermit wolle es besonders auf einen deutschen Wunsch eingehen.

2) Die möglichst baldige Unterzeichnung des Afrika-Abkommens.[5]

3) Die Fortführung der gemeinsamen Agrarpolitik. Hierbei denke Frankreich daran, daß die Verordnungen über Rindfleisch und über Reis vor den Sommerferien und die Verordnung über Milch und Milcherzeugnisse sowie über Zucker bis zum 30. September verabschiedet werden sollten. Es erwarte eine materielle Erörterung der Getreidepreisfrage[6] auf Grund des jüngsten Kommissionsvorschlages[7], Maßnahmen zur gegenseitigen Anpassung des Lebensmittelrechts, die Behandlung der Fragen des Fonds zur Strukturverbesserung und des Fonds für Ausfuhrrückvergütungen.

4) Frankreich sei bereit, neben diesen drei Fragen, an denen Frankreich zugegebenermaßen besonders interessiert sei, an die Behandlung aller anderen

[2] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

[3] Zur Sitzung des EWG-Ministerrats am 1./2. April 1963 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 100f.

[4] Zu den für den 1. Juli 1963 vorgesehenen Zollsenkungen vgl. Dok. 115, Anm. 9.

[5] Zum Abkommen über die Assoziierung der afrikanischen Staaten und Madagaskars mit der EWG vgl. Dok. 31, Anm. 5, sowie Dok. 82, Anm. 9.

[6] Die Wörter „materielle Erörterung der Getreidepreisfrage" wurden von Bundesminister Schröder unterschlängelt.

[7] Zur Frage des Getreidepreises vgl. bereits Dok. 113.
Am 8. März 1963 legte die EWG-Kommission dem Ministerrat der EWG sowohl den Vorschlag einer Verordnung über Maßnahmen vor, welche die Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Getreidepreise anwenden sollten, als auch den Entwurf einer Entschließung über mit Blick auf die Annäherung der Getreidepreise zu treffende Maßnahmen. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 5/1963, S. 31–33.

Fragen heranzugehen, die im Aktionsprogramm der Kommission für die zweite Phase[8] angesprochen sind.

5) Frankreich sei bereit, gewisse Ergebnisse der Englandverhandlungen ungeachtet der Unterbrechung dieser Verhandlungen[9] aufzugreifen und zu realisieren. Hierbei sei an die Zollzugeständnisse zu denken, die zugunsten Indiens, Ceylons und Pakistans in Aussicht genommen gewesen seien – das wichtigste Produkt ist hierbei der Tee, dessen Zollsatz auf Null gesenkt werden soll –, ferner an den Abschluß der comprehensive agreements, die zugunsten Indiens und Pakistans vorgesehen sind, und an die weltweiten Abkommen, die im Zusammenhang mit der Behandlung der Commonwealth-Fragen erörtert worden waren.[10]

6) Frankreich sei nunmehr bereit, eine großzügige Finanzhilfe zugunsten der Türkei[11] ins Auge zu fassen. Während für Griechenland ein Betrag von 125 Millionen $ im Laufe von 5 Jahren vorgesehen sei, denke Herr Giscard d'Estaing bei der Türkei an 500 Millionen $.

7) Die französische Regierung sei bereit, die Frage einer Assoziierung Österreichs[12] mit der EWG unabhänig von dem Schicksal der sonstigen Beitritts- und Assoziierungsverhandlungen wohlwollend zu prüfen.

8) Die Verhandlungen mit Israel[13] sollten mit dem Ziel, Israel zufrieden zu stellen, fortgeführt werden.

9) Schließlich sei Frankreich bereit – immer vorausgesetzt, daß das Leben innerhalb der Gemeinschaft sich wieder normalisiere – an der Vorbereitung der Kennedy-Verhandlungen[14] positiv mitzuwirken. Es habe nichts grundsätzlich gegen den namentlich von uns propagierten Gedanken einzuwenden, in die Kennedy-Runde mit einer vorläufigen 20%igen Zollsenkung einzutreten wie seinerzeit in die Dillon-Runde[15]. Allerdings sollten Großbritannien und die übrigen EFTA-Länder veranlaßt werden, das gleiche zu tun. Für die späteren Verhandlungen stelle sich die Frage, ob es richtig sei, für die europäische und die amerikanische Seite eine Senkung der Nominalzölle um den gleichen Prozentsatz zu fordern. Angesichts der im allgemeinen höheren amerikanischen

8 Zum Aktionsprogramm vom 24. Oktober 1962 vgl. Dok. 113, Anm. 10.

9 Zum Scheitern eines britischen Beitritts vgl. Dok. 60.

10 Zur Behandlung der Commonwealth-Fragen im Rahmen der Verhandlungen über einen britischen EWG-Beitritt vgl. FÜNFTER GESAMTBERICHT (1962), S. 240–247, und SECHSTER GESAMTBERICHT (1963), S. 253–264.

11 Zur ursprünglichen französischen Zurückhaltung bei der Gewährung von Finanzhilfe an die Türkei vgl. das Schreiben des Staatssekretärs Lahr vom 20. März 1963 an Staatssekretär Müller-Armack, Bundesministerium für Wirtschaft; Büro Staatssekretär, Bd. 408.
Zur Finanzhilfe für die Türkei vgl. weiter Dok. 139.

12 Zum Wunsch Österreichs nach Assoziierung mit der EWG vgl. Dok. 81.

13 Zu den seit Herbst 1962 laufenden Verhandlungen zwischen der EWG und Israel über ein mögliches Handelsabkommen vgl. Dok. 36, Anm. 2. Vgl. dazu auch Referat III A 2, Bd. 16. Vgl. weiter Dok. 182, Anm. 16.

14 Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

15 Die nach dem amerikanischen Diplomaten und Finanzminister benannte Dillon-Runde, die 1960/61 in Genf tagte, gehörte zu den bekanntesten Verhandlungsrunden zur Reduktion von Zöllen und Handelsschranken im Rahmen des 1947 abgeschlossenen Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

Zölle sei dies eigentlich unbillig.[16] Stattdessen sollte von den Amerikanern eine höhere nominelle Senkung gefordert werden.

Ich erwiderte Herrn Wormser, daß wir unsererseits es ebenfalls für richtig hielten, daß die Gemeinschaft ein Programm für die nächste Zukunft aufstelle. Dieses Programm dürfe keine „préalables" enthalten und es müsse gut ausgewogen sein, d. h. alle Partner müßten ein möglichst gleichmäßiges Interesse an der Verwirklichung dieses Programms haben. Insofern werde der französische Vorschlag wohl sicherlich noch durch Vorschläge der anderen ergänzt werden. Bei der Durchführung des Programms sei auf Synchronisierung[17] zu achten.

Was uns angehe, würden wir sicherlich mindestens noch folgende Punkte zur Aufnahme in das Programm vorschlagen:

1) Das Verhältnis zu Großbritannien und den anderen europäischen Ländern, die sich um Beitritt oder Assoziierung bemühen.
Es genüge uns nicht, den Wunsch nach einem späteren Beitritt Großbritanniens und anderer Länder in Deklamationen auszudrücken, sondern es müsse entsprechend gehandelt werden. Das bedeute, daß bei der Weiterentwicklung der Gemeinschaften das tunlichst zu vermeiden sei, was den späteren Beitritt erschweren könne. Darüber hinaus sollten möglichst Maßnahmen zu dessen Erleichterung getroffen werden. Das erfordere als erstes enge Kontakte oder genauer: Konsultationen, wobei wir der multilateralen Konsultation bei weitem den Vorzug vor der bilateralen gäben.
Herr Wormser bemerkte hierzu, daß er den deutschen Wunsch verstehe, in Paris jedoch noch nicht der Moment gekommen sei, sich hierauf positiv einzustellen. Wohl aber werde dies vielleicht in zwei bis drei Monaten der Fall sein.

2) Die Fusion der Exekutiven[18]
Ich wies darauf hin, daß es ein guter Beitrag zur Behebung der Krise, in der sich die Gemeinschaft gegenwärtig befände, wäre, zu ihrer organisatorischen Straffung zu gelangen. Hierfür biete sich die seit langem geforderte Fusion der Exekutiven in erster Linie an.
Herr Wormser bemerkte, daß die französische Regierung bisher den praktischen Wert einer solchen Fusion nicht gesehen habe, sich aber vielleicht überzeugen lasse. Noch wichtiger sei die Fusion der Gemeinschaften.

3) Die Stärkung des Europäischen Parlaments
Dieser Wunsch liege in der gleichen Richtung wie der vorgenannte. Insbesondere sei an das Budgetrecht des Parlaments zu denken.
Die Reaktion von Herrn Wormser war ausweichend.

[16] Zu den unterschiedlichen Vorschlägen für die Durchführung der Zollsenkung vgl. Dok. 83, Anm. 9.

[17] Am 1./2. April 1963 fand eine Sitzung des EWG-Ministerrats statt, auf der Bundesminister Schröder die Krise der EWG thematisierte, eine „Synchronisierung" der weiteren Arbeit forderte und dafür plädierte, einem späteren Beitritt Großbritanniens keine Hindernisse in den Weg zu legen. Vgl. BULLETIN DER EWG 5/1963, S. 56 f. Für den vollständigen Wortlaut der Erklärung von Schröder vom 2. April 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 545–548.
Zur Notwendigkeit, auf allen Gebieten der EWG gleichmäßige Fortschritte zu erzielen, vgl. bereits Dok. 113.

[18] Zur Fusion der Exekutiven vgl. Dok. 44, Anm. 12.

4) Die Wiederherstellung der Einheit des Ministerrats
Ich führte aus, daß die seit einiger Zeit bemerkbaren zentrifugalen Tendenzen, die sich in der Bildung von Fachministerräten äußerten, uns für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft recht gefährlich erschienen. Im übrigen seien diese Fachministerräte mit dem Rom-Vertrag unvereinbar. Wir würden daher dafür eintreten, daß Beschlüsse nur im allgemeinen Ministerrat gefaßt werden könnten, es sei denn, daß im Einzelfalle eine Delegation auf ein anderes Gremium erfolgt sei. Im übrigen könnten die Zusammenkünfte der Fachminister als Vorbereitung von Ratsentscheidungen weiterhin nützlich sein. Herr Wormser gab sich den Anschein des Verständnisses hierfür.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß das Gespräch merklich positiver als das vorletzte verlaufen ist. Die Franzosen scheinen zu erkennen, daß sie mit einseitigen „préalables" die Gemeinschaft völlig blockieren würden, was sie offenbar zu vermeiden wünschen. Trotzdem werden wir sehr darauf achten müssen, daß das Arbeitsprogramm wohlausgewogen ist und sich bei seiner zeitlichen Verwirklichung letztlich nicht doch deutsche Vorleistungen ergeben. Im übrigen liegen französische Äußerungen aus anderen Quellen vor, die noch kein Einlenken erkennen lassen.

Hiermit dem Herrn Minister[19] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Lahr

Büro Staatssekretär, Bd. 383

[19] Hat Bundesminister Schröder am 1. April 1963 vorgelegen.

135

Generalkonsul Böx, Helsinki, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/2417/63 geheim
Fernschreiben Nr. 40

Aufgabe: 28. März 1963, 14.35 Uhr[1]
Ankunft: 28. März 1963, 14.05 Uhr

Auf Drahterlaß Nr. 34 vom 19. 3.[2]

Staatssekretär im Außenministerium[3] äußerte 27. 3. starke Bedenken dagegen, daß die zwischen Bundesrepublik und Finnland für gegenseitige Vertretungen vereinbarte Bezeichnung „Handelsvertretung" nunmehr auch in Beziehungen mit Polen, später wohl auch mit anderen Ostblockstaaten Verwendung finden soll. Definition von Wesen und Aufgaben der neuen Handelsvertretungen in Polen und Bundesrepublik sind finnischer Regierung im Sinne Drahterlasses Plurex 835 vom 8. 3.[4] bekannt. Bedenken richten sich nicht gegen Funktionen, sondern gegen Wahrscheinlichkeit, daß finnische Handelsvertretung in Bundesrepublik mit der von Ostblockstaaten gleichgestellt und damit Finnland nicht nur in Augen deutscher Öffentlichkeit und Wirtschaft zum Satelliten gestempelt wird.

Aus diesem Grunde stelle finnische Regierung Überlegungen an, wie sie ihr Land durch eine Namensänderung deutlicher von den Ostblockstaaten distanzieren kann. In Erwägung wird gezogen, sich in der Terminologie Israel-Mission anzugleichen.[5] Eine Bezeichnungsänderung würde sich auch auf Pankow erstrecken.[6]

[gez.] Böx

Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 168

[1] Hat Legationsrätin Rheker am 29. März 1963 vorgelegen.

[2] In dem Drahterlaß äußerte sich Staatssekretär Carstens zur Besorgnis finnischer Stellen, durch die Verlegung der polnischen Handelsvertretung von Frankfurt/Main nach Köln könne der Eindruck entstehen, als würde Finnland auf eine Stufe mit Polen gestellt. Der Leiter der Handelsvertretung in Helsinki, Generalkonsul Böx, sollte daher im finnischen Außenministerium klarstellen, daß nach Auffassung der Bundesregierung die Beziehungen zu Finnland als einem Land der freien Welt nicht mit den Beziehungen zu Ostblock-Staaten vergleichbar seien. Vgl. Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.
Zu den finnischen Besorgnissen vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 18. März 1963; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 209.

[3] Jaako Hallama.

[4] Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 209.

[5] Eine entsprechende Anfrage richtete der Leiter der finnischen Handelsvertretung in Köln, Generalkonsul Tikanvaara, am 7. Mai 1963 an Staatssekretär Carstens, der den Vorschlag indes als ungeeignet zurückwies, da es sich „bei der Israel-Mission um eine Vertretung sui generis handele". Vgl. dazu den Vermerk von Carstens vom 8. Mai 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Zur Stellung des Vertreters der DDR in Helsinki vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 19. Juni 1963; Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 168.
Zum weiteren Dialog mit Finnland hinsichtlich des Status' der Handelsvertretungen vgl. Dok. 351.

136

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I A 1–86.11–673/63 VS-vertraulich **29. März 1963**[1]

Betr.: Darstellung der Probleme des deutsch-französischen Vertrages vom 22. Januar 1963 nebst seiner Vorgeschichte

A. Vorgeschichte

1) Der deutsch-französische Vertrag vom 22. Januar 1963[2] ist entstanden, weil die Verhandlungen zur Gründung einer Europäischen Politischen Union der sechs EWG-Staaten trotz der Bemühungen der Bundesrepublik und Frankreichs gescheitert waren.[3]

2) Im Juli 1961 beschlossen die Staats- bzw. Regierungschefs der sechs EWG-Staaten auf ihrer Konferenz in Bonn, die Bemühungen um die politische Einigung Europas erneut aufzunehmen.[4] Sie verpflichteten sich zu einer engen Zusammenarbeit ihrer Regierungen auf den Gebieten der Außen-, der Verteidigungs- und der Kulturpolitik. Zu diesem Zweck sollten regelmäßige Treffen der Staats- bzw. Regierungschefs, der Außenminister, der Verteidigungsminister und der für Erziehung verantwortlichen Minister stattfinden. Eine Studienkommission wurde beauftragt, Vorschläge über Mittel und Wege vorzulegen, auf Grund deren die Einigung der Völker der sechs Staaten so bald wie möglich „in der Art eines Statuts" ihren Ausdruck finden könnte.

3) Die Arbeiten der Studienkommission führten zu dem Entwurf eines Vertrages zur Gründung einer Europäischen Politischen Union.[5] Frankreich hatte sich dabei unter weitgehender Abänderung der Vorschläge, die General de Gaulle im Sommer 1960[6] ursprünglich für die Organisation der politischen

[1] Datum des Begleitschreibens des Ministerialdirektors Jansen, der die vom Bundeskanzleramt angeforderte Aufzeichnung über Bundesminister Schröder an den Bundeskanzler leitete. Zur Aufzeichnung bemerkte Adenauer handschriftlich: „S[ehr] wichtig." Vgl. zu dieser Aufzeichnung auch den Entwurf des Botschafters a. D. Ophüls vom 29. März 1963, den Ministerialdirektor Jansen überarbeitete; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 14.

[2] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[3] Zu diesem Satz Fragezeichen von Bundeskanzler Adenauer.
Zum Scheitern einer Europäischen Politischen Union vgl. auch Dok. 57, Anm. 6.

[4] Am 18. Juli 1961 fand in Bonn eine Konferenz der Regierungschefs der EWG-Staaten statt. Das Ergebnis war die „Bonner Erklärung", die aus einer Grundsatzerklärung, einem Auftrag zur Ausarbeitung eines Statuts sowie einer Erklärung über die kulturelle Zusammenarbeit bestand. Betont wurde vor allen Dingen die Absicht, die Kooperation in den Gemeinschaften weiter voranzutreiben. Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 19. Juli 1961; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 39. Vgl. ferner BULLETIN 1961, S. 1289. Vgl. dazu ebenso SPAAK, Memoiren, S. 532–534.

[5] Zur Arbeit der Fouchet-Kommission und dem ersten Fouchet-Plan vom 2. November 1961 vgl. Dok. 77, Anm. 3.

[6] Im Sommer 1960 regte Staatspräsident de Gaulle eine Gipfelkonferenz an, auf der die EWG-Staaten über eine kulturelle, politische und militärische Kooperation beraten sollten. Vgl. dazu ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 66 f.

Zusammenarbeit gemacht hatte, den Wünschen der übrigen fünf EWG-Staaten gefügt. Es hatte zugestimmt, in die Präambel des Vertrages ein Bekenntnis zur Nordatlantischen Allianz aufzunehmen und durch eine ausdrückliche Vertragsbestimmung sicherzustellen, daß die Verträge über die Europäischen Gemeinschaften, insbesondere hinsichtlich der Befugnisse und Zuständigkeiten der Organe und Mitgliedstaaten, durch den Vertrag nicht berührt werden. Lediglich in der Frage der künftigen Revision des Vertrages bestanden noch Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und den übrigen fünf Partnerstaaten. Auch hier wäre voraussichtlich aber eine Einigung mit Frankreich zu erzielen gewesen, wenn auf der Seite der übrigen fünf Staaten geschlossen der Wille zum Abschluß des Vertrages bestanden hätte. Daran fehlte es indessen. Die Niederlande hatten sich von Anfang an nur zögernd an den Verhandlungen beteiligt. In dem Maße, in dem der Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in den Vordergrund trat, verstärkte sich ihr Bestreben, die Bildung der politischen Gemeinschaft der Sechs hinauszuschieben.

4) Auf der Konferenz der sechs Außenminister am 17. April 1962 in Paris forderten sie mit Unterstützung Belgiens die sofortige Beteiligung Großbritanniens an den Verhandlungen und lehnten bis zur Erfüllung dieser Forderung jede weitere Diskussion über den Vertragstext ab. Sie erklärten sich außerdem zu einer Unterzeichnung des Vertrages nur gemeinsam mit Großbritannien nach dessen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bereit. Der Vorschlag des Herrn Bundesaußenministers, den Vertragstext zunächst unter den Sechs fertigzustellen und anschließend in Konsultationen zwischen den Sechs und Großbritannien der britischen Regierung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, wurde abgelehnt.[7]

5) Nach dem Besuch von Außenminister Luns in Rom im Sommer 1962 gelang es den Niederländern, auch Italien für ihren Standpunkt zu gewinnen. Der italienische Ministerpräsident Fanfani lehnte daher den Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers und General de Gaulles ab, im Spätsommer 1962 eine Konferenz der sechs Staats- bzw. Regierungschefs nach Rom einzuberufen, um den Vertragstext fertigzustellen.[8] Der Versuch, das Europa der Sechs auch politisch eng zusammenzuschließen, war damit endgültig gescheitert.

6) Angesichts dieser Lage beschlossen der Herr Bundeskanzler und General de Gaulle bei dessen Deutschlandbesuch im September 1962[9], die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich zu verstärken. In ihrer Gemeinsamen Erklärung vom 22. Januar 1963[10] betonen sie, daß die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern „einen unerläßlichen Schritt

[7] Zum Verlauf der Konferenz vgl. SPAAK, Memoiren, S. 540–543. Zur Ablehnung des Vertragstextes vgl. auch ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 158.

[8] Zur diesbezüglichen Unterredung zwischen Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle am 3. Juli 1962 in Paris vgl. ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 159–167.

[9] Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 4. bis 9. September 1962 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 6, Anm. 2.

[10] Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706.

auf dem Wege zu dem vereinigten Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist".

B. Probleme des deutsch-französischen Vertrages

1) Bisher sind vor allem zwei Bedenken gegen den deutsch-französischen Vertrag geltend gemacht worden:

a) Er führe zu einer Blockbildung in den Europäischen Gemeinschaften und sei geeignet, deren Arbeit zu hemmen;
b) er gefährde die Zusammenarbeit in der Nordatlantischen Verteidigungsallianz.

2) Die Bedenken sind unbegründet. Folgende Gegenargumente lassen sich anführen:

a) Der deutsch-französische Vertrag ist ein Konsultationsvertrag, der dazu beitragen soll, zu gemeinsamen Auffassungen zu gelangen. Die Vertragspartner werden jedoch nicht verpflichtet, zukünftig nur noch gemeinsam zu handeln und aufzutreten.
b) Eine Gefahr für den europäischen Zusammenschluß und das Atlantische Verteidigungsbündnis würde der Vertrag nur dann darstellen, wenn Deutschland und Frankreich übereingekommen wären, auch dann den gleichen Standpunkt einzunehmen und dementsprechend negativ abzustimmen, wenn sie sich nicht einigen konnten. Das aber ist gerade nicht der Fall. Jedes der beiden Länder behält vielmehr nach dem Vertrag die Freiheit, in solchen Fällen die von ihm als richtig anerkannte Politik fortzuführen.
c) Der Herr Bundeskanzler und General de Gaulle haben es in der Gemeinsamen Erklärung vom 22. Januar 1963 erneut als das Ziel der beiden Völker bezeichnet, ein vereinigtes Europa zu schaffen. Hiervon werden die Regierungen auch in den Konsultationen auszugehen haben. Ein Verhalten, durch das die Europäischen Gemeinschaften beeinträchtigt würden, insbesondere das Zusammenfinden zu einer Sperrminorität zum Nachteil der Gemeinschaften, müsse deshalb als eine Verletzung dieses für den Vertrag maßgebenden Grundsatzes angesehen werden.
d) Die deutsch-französischen Konsultationen dürften sich auch gerade für die Zusammenarbeit in den Europäischen Gemeinschaften und im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis als nützlich erweisen, da sie es uns ermöglichen, die französischen Gesichtspunkte frühzeitig kennenzulernen und durch eine Darstellung unserer eigenen Auffassung gegebenenfalls Einfluß auf die französische Haltung zu nehmen. Unsere übrigen Vertragspartner könnten hierauf sogar besonderen Wert legen, da die klare und eindeutige Haltung der Bundesregierung in allen Fragen des europäischen Zusammenschlusses und der atlantischen Verteidigung der französischen Regierung bereits in dem frühen Stadium der deutsch-französischen Konsultationen nahe gebracht werden kann.
e) Politische Konsultationen sind im übrigen, wie das Beispiel der Beneluxstaaten[11] zeigt, auch sonst zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften üblich, ohne daß dies bisher beanstandet worden wäre.

[11] Am 3. Februar 1958 unterzeichneten Belgien, Luxemburg und die Niederlande einen Vertrag zur Errichtung einer Wirtschaftsunion, der am 1. November 1960 in Kraft trat. Für den Wortlaut vgl.

3) Die Einfügung besonderer Bestimmungen in das Zustimmungsgesetz, in denen zu dem Verhältnis des Vertrages zu den Europäischen Gemeinschaften und zur Nordatlantischen Allianz Stellung genommen wird, ist unter diesen Umständen überflüssig. Derartige Bestimmungen würden zudem den Charakter eines Vorbehalts haben und könnten als eine Ablehnung des Vertrages aufgefaßt werden.

Es würden jedoch keine Bedenken dagegen bestehen, daß der Bundestag bei der Verabschiedung des Zustimmungsgesetzes[12] in einer Entschließung den Willen zur Fortführung der Politik des europäischen Zusammenschlusses und der nordatlantischen Verteidigung betont.

Äußerstenfalls könnte auch der in der parlamentarischen Diskussion vorgetragene Gedanke in Erwägung gezogen werden, in das Zustimmungsgesetz eine Präambel einzufügen, in der die unveränderte Fortführung der Politik der Bundesregierung im Rahmen der europäischen Integration und im atlantischen Verteidigungsbündnis noch einmal bekräftigt wird. Die Einfügung einer derartigen Präambel in ein Zustimmungsgesetz ist jedoch unüblich; sie sollte deshalb von der Bundesregierung nicht vorgeschlagen, sondern nur dann akzeptiert werden, wenn andernfalls die Ratifikation des Vertrages gefährdet wäre. Die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts wird die rechtliche Möglichkeit einer solchen Präambel noch prüfen. Abteilung I wird hierzu sodann eine gesonderte Aufzeichnung vorlegen.[13]

Jansen

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bd. III/7

Fortsetzung Fußnote von Seite 445

UNTS, Bd. 381, S. 166–304.
Zu den Verträgen zwischen den Benelux-Staaten seit 1944 vgl. ferner die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 3. April 1963 über Verträge zwischen Mitgliedstaaten der EWG bzw. der NATO; Ministerbüro, VS-Bd. 8435; B 150, Aktenkopien 1963.

12 Zur Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags am 16. Mai 1963 vgl. Dok. 170, Anm. 27.

13 Ministerialdirektor von Haeften legte am 1. April 1963 eine Aufzeichnung über den in der politischen Diskussion vorgetragenen Gedanken vor, eine Präambel in das Ratifizierungsgesetz zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 einzufügen. Als „verfassungsrechtlich unbedenklichste Lösung" erschien Haeften „eine vom Vertragsgesetz unabhängige besondere Entschließung des Bundestages". Zur rechtlichen Bedeutung einer Präambel stellte er fest: „Grundsätzlich wird man zwar davon ausgehen können, daß eine vom Parlament eingefügte Präambel zum Zustimmungsgesetz eine geringere rechtliche Bedeutung hätte als eine Ergänzung des eigentlichen Gesetzestextes. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die in einer Präambel niedergelegten Grundsätze bei der Auslegung eines Vertrages oder eines Gesetzes auch eine gewisse rechtliche Wirkung entfalten können. Gerade bei einem Vertragsgesetz – d. h. der in Form eines Gesetzes erteilten Zustimmung der Legislative zum Abschluß einer völkerrechtlichen Vereinbarung durch die Exekutive – könnte der Eindruck entstehen, daß die gesetzgebenden Körperschaften ihre Zustimmung nur unter den in der Präambel genannten Voraussetzungen erteilt haben. Um eine derartige Auslegung der Präambel von vornherein auszuschließen, müßte hiesigen Erachtens eine möglichst unverbindliche Formulierung gewählt werden, die nicht als Bedingung oder Auflage an die Bundesregierung gewertet werden kann. So wäre etwa daran zu denken, daß

137

Botschafter von Etzdorf, London, an Staatssekretär Carstens

ZB 6–1 2491/63 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 308

Aufgabe: 1. April 1963, 12.45 Uhr
Ankunft: 1. April 1963, 13.40 Uhr

Für Herrn Staatssekretär

I. Lordsiegelbewahrer Heath hatte mich heute vormittag zu sich gebeten, um mit mir über die Zukunft der WEU zu sprechen.

Die britische Regierung, begann er, erfülle es mit Sorge, daß es nicht möglich gewesen sei, jetzt ein Treffen der sieben WEU-Außenminister zu veranstalten. Die Französische Regierung habe eine Art von Veto[1] ausgeübt, und es sei zu bedauern, daß sich die übrigen Mitglieder hiermit abgefunden hätten. Es erhebe sich die Frage, ob das französische Verhalten mit dem Buchstaben und Geist des Brüsseler Vertrages[2] vereinbar sei. Im Vertrag sei ein Vetorecht dieser Art nicht vorgesehen; im Gegenteil, es sei eines der wesentlichen Elemente von WEU, gerade dann untereinander zu konsultieren, wenn strittige Punkte auftauchten. Zu diesem Schluß sei die Rechtsabteilung des Foreign Office ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 446

die gesetzgebenden Körperschaften in der Präambel des von ihnen zu verabschiedenden Zustimmungsgesetzes die Motive darlegen, die für sie bei der Zustimmung zum Vertrage von Bedeutung gewesen sind. In diesem Sinne könnte die Präambel etwa wie folgt formuliert werden: ‚In der Erwartung, daß die in dem Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik vereinbarten Konsultationen dazu beitragen werden, die durch die Verträge über die Europäischen Gemeinschaften und durch den Nordatlantikvertrag begründeten Bindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen Partnerstaaten dieser Verträge zu stärken, hat der Bundestag folgendes Gesetz beschlossen: ...' Eine derart formulierte Präambel würde zwar den – allein nach Völkerrecht zu beurteilenden und von Willensbekundungen des innerstaatlichen Gesetzgebers unabhängigen – Inhalt des deutsch-französischen Vertrages nicht beeinflussen können; sie würde aber die Auffassung der gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik über das Verhältnis zwischen dem deutsch-französischen Vertrag und den Integrations- und Bündnisverträgen der Bundesrepublik im Vertragsgesetz selbst zum Ausdruck bringen." Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 197; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu weiter Dok. 143, Anm. 3.

[1] Am 22. März 1963 teilte das französische Außenministerium mit, daß Außenminister Couve de Murville an der WEU-Tagung am 29. März 1963 in Bonn nicht anwesend sein werde, falls das Verhältnis Großbritanniens zur EWG thematisiert werden sollte. Am 23. März 1963 erklärte das Auswärtige Amt daraufhin, daß die geplante Tagung des Ministerrats der WEU nicht stattfinden werde. Allerdings kamen der Ständige Rat sowie die Politische Kommission der WEU am 29./30. März in Bonn zusammen. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10498, und BULLETIN 1963, S. 918. Vgl. ferner den Artikel: Paris läßt Schröders Konferenz der Sieben scheitern; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 71 vom 25. März 1963, S. 1.

[2] Die Unterzeichnerstaaten des Brüsseler Vertrags vom 17. März 1948 begründeten zusammen mit Italien und der Bundesrepublik Deutschland durch die Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 die WEU. Für den Wortlaut des Gesetzes zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Brüsseler Vertrag vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 256–294.

langt, nachdem sie die Frage eingehend geprüft hatte. Sollte dieser Vorgang zu einer Übung werden, würde die Existenz der WEU aufs Spiel gesetzt. Ebenso bedeutsam wie der rechtlich-politische sei der spektakuläre Aspekt des Vorgangs; wir dürften uns innerhalb unserer Gemeinschaft nicht so aufführen, als ob wir die Sowjetunion zum Partner hätten.

Es würde ihn, so fuhr Mr. Heath fort, lebhaft interessieren, die deutsche Stellungnahme, insbesondere die Meinung des Herrn Ministers, zu erfahren. Ich bemerkte hierzu, daß der Herr Minister die von der französischen Seite bewirkte Prozedur nicht im Sinne eines eigentlichen Vetos gesehen hätte; der Herr Minister hätte, genau so sehr wie seine Kollegen, das Nichtzustandekommen des Ministertreffens bedauert, und er hoffe, daß in Bälde, möglichst noch vor Abschluß der italienischen Präsidialperiode[3], dieses Treffen nachgeholt werden könnte. Im übrigen hätte der Herr Minister formell noch gar nicht zu einer Ministerratssitzung eingeladen gehabt.

Die britische Regierung sei, so fuhr Mr. Heath fort, noch durch eine weitere Wahrnehmung beunruhigt. Er käme gerade von der Bilderbergkonferenz[4] in Cannes zurück; die lebhafte und interessante Aussprache, die sich dort ergab und an der namentlich der Abgeordnete Fritz Erler erheblichen Anteil hatte, hätte ihn sehr befriedigt. Bei dieser Gelegenheit hätte er aber auch davon gehört, daß die französische Regierung erwäge, eine Konferenz der sechs Regierungschefs zusammenzuberufen, um über Europa zu sprechen, und daß danach vielleicht auch die britische Regierung hinzugezogen werden solle. Damit sei erneut das Problem der Zukunft der WEU aufgeworfen. Eine der wesentlichen Aufgaben der WEU sei es, Gelegenheit zur Aussprache darüber zu geben, wie die Angelegenheit Europas gefördert werden könnte. Hieran sei Großbritannien genau so interessiert wie die andern sechs. Wenn die WEU also überhaupt einen Sinn haben sollte, so müßte über das Thema, das der französischen Regierung für eine Sechserkonferenz vorschwebe, sogleich im Rahmen der WEU, also unter Hinzuziehung Großbritanniens, diskutiert werden.[5] Niemand könnte selbstverständlich den Sechs das Recht bestreiten, sich untereinander zu konsultieren, wenn aber über die europäische Einigung einschließlich Großbritanniens gesprochen werden sollte, müßte Großbritannien von vornherein dabei sein. Mr. Heath sagte, er wäre dankbar, wenn der Herr Minister diesen Punkt besonders im Auge behielte.

[3] Am 28./29. April 1963 fanden in Italien Kammer- und Senatswahlen statt.

[4] Vom 28. bis 31. März 1963 kamen über 150 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zur Bilderberg-Konferenz in Cannes zusammen. Da es sich um eine private Konferenz handelte, wurden Themen der Begegnung nicht mitgeteilt. Der Bilderberg-Kreis, der der europäisch-amerikanischen Verständigung dienen sollte und sich seit 1954 einmal jährlich traf, wurde in erster Linie von Prinz Bernhard der Niederlande organisiert. Vgl. BALL, The Past, S. 104–106.

[5] Zu dem vor allem von belgischer Seite vorgetragenen Plan, nach dem Scheitern eines britischen Beitritts den Kontakt zwischen Großbritannien und EWG über die WEU aufrecht zu erhalten, vgl. Dok. 77 und Dok. 118, besonders Anm. 3.

II. Ich benutzte die Gelegenheit, um Mr. Heath auf seine Pläne für eine Reise nach Deutschland im Mai anzusprechen. Mr. Heath sagte, er hätte folgendes Programm vor:

2. Mai vormittags Flug nach Hamburg, dort Vortrag vor dem Überseeklub[6], Zusammentreffen mit Bürgermeister Nevermann.

3. Mai vormittags Eintreffen auf dem Luftwege in Hannover, Teilnahme am europäischen Wirtschaftstag und Vortrag über das Thema „Europäischer Industriemarkt"[7].

Abendessen als Gast von Bundeswirtschaftsminister Erhard.

4. Mai früh Flug mit RAF-Maschine nach Berlin, Aufenthalt dort bis Sonntag, 5. Mai.

5. Mai Rückflug von Berlin nach London oder Straßburg.[8]

[gez.] Etzdorf

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 417

[6] Für den Wortlaut der Rede des Lordsiegelbewahrers Heath vom 2. Mai 1963 vgl. Referat I A 2, Bd. 1240. Für Auszüge vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 282–288.

[7] Für den Wortlaut der Rede des Lordsiegelbewahrers Heath am 3. Mai 1963 im internationalen Zentrum der Hannover-Messe vgl. Referat I A 2, Bd. 1240.
Vgl. dazu auch den Artikel: Einhellige Meinung in Hannover: England gehört in die EWG; DIE WELT, Nr. 103 vom 4. Mai 1963, S. 7.

[8] Zur Einschätzung der Reise durch Lordsiegelbewahrer Heath vgl. den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 15. Mai 1963; Referat I A 5, Bd. 253.

138

Botschaftsrat I. Klasse Sahm, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

20–06–3/1491/63 geheim **1. April 1963**[1]

Betr.: Gespräch Außenminister Rusks mit sowjetischem Botschafter Dobrynin am 26. 3.
Bezug: Drahtbericht Nr. 308 vom 29. 3. geheim[2]

Der amerikanische Botschafter Finletter gab im NATO-Rat am 29. 3. folgenden Bericht über das Erkundungsgespräch Rusk-Dobrynin vom 26. 3.[3]:

Dobrynin habe das Gespräch mit der Bemerkung eingeleitet, hauptsächliche Meinungsverschiedenheiten[4] bestünden nach wie vor in der Frage der Anwesenheit westlicher Truppen in Westberlin. Die Sowjetunion widerspreche dem grundsätzlich nicht, verlange aber, daß die Truppen nur für eine begrenzte Zeit und unter der UN-Flagge in Berlin verblieben. Auch müßten Einheiten gewisser anderer Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in Westberlin stationiert werden.[5]

Die Sowjetunion trete nach wie vor dafür ein, die Lage in Westberlin zu normalisieren, indem man es in eine freie demilitarisierte Stadt[6] umwandle.

Auch andere Probleme, über die früher diskutiert worden sei, könnten nunmehr eine positive Lösung finden, so die Frage der deutschen Grenzen, der Nichtangriffspakt zwischen der NATO und dem Warschaupakt[7], das Verbot von Nuklearwaffen für die beiden „deutschen Staaten", der freie Zugang zur Stadt Berlin und die Anerkennung der „DDR".

[1] Hat Ministerialdirigent Reinkemeyer am 2. April 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. Abteilung II (700 AB), VS-Bd. 46; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Zur Diskussion über die Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Sondierungsgespräche über Berlin vgl. bereits Dok. 101 und Dok. 103. Der amerikanische Sonderbotschafter Thompson unterrichtete am 27. März 1963 die Botschaftergruppe in Washington über das Gespräch des amerikanischen Außenministers Rusk mit dem sowjetischen Botschafter Dobrynin vom Vortag. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 27. März 1963; Abteilung II (700 AB), VS-Bd. 46; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Zur amerikanischen Bereitschaft, trotz grundlegender Meinungsverschiedenheiten die Gespräche wiederaufzunehmen, vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wolff vom 30. April 1963; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 194; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Zu diesem Vorschlag vgl. bereits Dok. 56, Anm. 14, und Dok. 62, Anm. 5.
Er wurde im Auswärtigen Amt als „alt, uninteressant und inakzeptabel" bezeichnet. Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 28. März 1963 an die Botschaft in Washington; Abteilung II (700 AB), VS-Bd. 46; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Zum sowjetischen Vorschlag einer „Freien Stadt" Berlin (West) vgl. Dok. 3, Anm. 7.

[7] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 54, Anm. 15, und Dok. 117, Anm. 12.
Zur zurückhaltenden Reaktion des amerikanischen Außenministers Rusk vgl. den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 16. April 1963; Abteilung II (700 AB), VS-Bd. 46; B 150, Aktenkopien 1963.

Vereinbarungen über einen deutschen Friedensvertrag[8] und die Normalisierung der Lage in Westberlin würden große Bedeutung für die Abrüstungsfrage und das gegenseitige Vertrauen zwischen Sowjetunion und Vereinigten Staaten haben.

Außenminister Rusk habe daraufhin erklärt, die Vereinigten Staaten seien bereit, die Gespräche wieder aufzunehmen. Er wolle jedoch wissen, auf welcher Basis dies geschehen solle. Auf Dobrynins Bemerkung, das jetzt geführte Gespräch sei ein erster Anfang, habe Rusk erwidert, daß die Vereinigten Staaten die bisherigen Vorschläge für einen Friedensvertrag und die Normalisierung der Lage in Berlin nicht als Grundlage für Verhandlungen annehmen könnten. Die amerikanische Regierung sei stets davon ausgegangen, daß die vier Mächte die ganze Stadt Berlin in Treuhandschaft für das deutsche Volk verwalteten, dessen Hauptstadt es nach der Wiedervereinigung wieder sein werde. Aus diesem Grunde sei sie niemals auf die bisherigen sowjetischen Vorschläge eingegangen.

Dobrynin habe geantwortet, der Standpunkt der Sowjetunion bezüglich Ostberlins[9] sei bekannt, und er habe keine Vollmacht, über diesen Punkt zu verhandeln.

Außenminister Rusk habe Dobrynin gefragt, ob nicht in den letzten Monaten eine Verminderung der Spannungen in der Berlinfrage festzustellen sei. Dobrynin habe erklärt, dies sei, was die äußeren Umstände anlange, zwar richtig, die eigentlichen Ursachen des Spannungsherdes seien jedoch nicht beseitigt.

Botschafter Finletter erklärte abschließend, Dobrynin habe das Gespräch ohne jede Drohung in ungewöhnlich freundlichem Ton geführt. Nichts habe darauf schließen lassen, daß die Sowjetunion Zeitdruck ausüben wolle.[10]

In Vertretung
Sahm

Abteilung II (700–AB), VS-Bd. 46

[8] Zum sowjetischen Vorschlag vom 10. Januar 1959 für einen Friedensvertrag vgl. bereits Dok. 116, Anm. 8.

[9] Nach sowjetischer Auffassung war Ost-Berlin die Hauptstadt des souveränen Staates DDR.

[10] Zu weiteren Kontakten zwischen dem amerikanischen Außenminister Rusk und dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, vgl. die Drahtberichte des Botschafters Knappstein, Washington, vom 2., 5., 13. und 16. April 1963; Abteilung II (700 AB), VS-Bd. 46; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu ebenso den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Sahm, Paris (NATO), vom 19. April 1963; Abteilung V (V 1), VS-Bd. 165; B 150, Aktenkopien 1963.

139

Bundesminister Schröder an den französischen Außenminister Couve de Murville

St.S. 338/63 **3. April 1963**[1]

Lieber Herr Kollege!

Ich mußte die gestrige Sitzung des Ministerrats der EWG[2] leider vor deren Ende verlassen und habe daher an der Erörterung einiger Themen, darunter der Türkei-Frage, nicht teilnehmen können. Das Ergebnis der letzteren Diskussion, von dem ich jetzt höre, enttäuscht mich. Die Erklärungen des Vormittags hatten die Hoffnung aufkommen lassen, daß sich die Gemeinschaft aus der Lethargie der letzten Wochen zu neuem Handeln im Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung aufraffen werde; soweit es sich um die Türkei-Frage handelt, ist dies aber nicht eingetreten.[3]

Ich verarge es nicht unseren sechs Finanzministern, daß sie sich in Baden-Baden auf einen Vorschlag von 125–150 Millionen $ geeinigt haben.[4] Vom fiskalischen Standpunkt ist dies verständlich, politisch gesehen erscheint mir eine solche Ziffer aber unannehmbar.

Sie steht in keinem vernünftigen Verhältnis zu der Hilfe von 125 Millionen $, die wir Griechenland gewährt haben.[5] Die Türkei hat die dreifache Bevölkerung, eine viel größere Ausdehnung, ihre Hilfsbedürftigkeit, die oft und eingehend untersucht worden ist, ist ungleich größer als die Griechenlands; andererseits verdient die Türkei unsere Hilfe in besonderem Maße, weil sie überdurchschnittliche Anstrengungen auf dem Gebiet der Verteidigung unternimmt und ihre strategische Position besonders wichtig ist.

[1] Durchschlag als Konzept.
Hat Staatssekretär Lahr am 4. April 1963 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „Dem Herrn Bundesminister vorzulegen mit dem Vorschlag, den Entwurf so zu unterzeichnen."

[2] Zur Sitzung des EWG-Ministerrats vom 1./2. April 1963 vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 100 f.

[3] Bereits am 20. März äußerte sich Staatssekretär Lahr in einem Schreiben an Staatssekretär Müller-Armack, Bundesministerium für Wirtschaft, enttäuscht über den geringen Umfang der französischen Entwicklungshilfe für die Türkei. Für die deutsche Entwicklungshilfepolitik stellte er fest: „Unsere Ausgangsposition ist dagegen eine grundsätzlich andere. Wir haben keine regionalen Interessen wahrzunehmen und betreiben eine weltweite Entwicklungspolitik ... Würden wir, ungeachtet dieser allgemeinen Situation, auf der Gleichheit unserer Leistungen mit der der Franzosen im Falle der Türkei bestehen, so hieße dies, daß die Franzosen den Umfang ihrer eigenen und unserer Leistungen bestimmten, und hieraus würde sich ein deutscher Beitrag ergeben, der in keiner Weise dem Charakter unserer Beziehungen zur Türkei entsprechen und von den Türken nicht zu Unrecht als Desinteressement an ihrem Land ausgelegt würde." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 408.

[4] Zum Treffen der EWG-Finanzminister vom 25./26. März 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 503. Zu den dort getroffenen Beschlüssen über eine Finanzhilfe für die Türkei vgl. auch das Schreiben des Staatssekretärs Grund, Bundesministerium der Finanzen, vom 30. März 1963 an Staatssekretär Lahr; Büro Staatssekretär, Bd. 408.

[5] Die Finanzhilfe wurde Griechenland im Rahmen des Assoziierungs-Abkommens vom 9. Juli 1961 gewährt. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 7-8/1961, S. 31-38; AdG 1961, S. 9421 f.

Die genannte Zahl steht auch außer Verhältnis zu den 800 Millionen $, die wir für die gleiche Zeit den Afrikanern zugesagt haben.[6] Die Türkei besitzt fast halb soviel Menschen wie die 18 afrikanischen Länder zusammen. Sie steht uns politisch und militärisch näher – unbeschadet der Bedeutung, die wir den Beziehungen zwischen Europa und Afrika beimessen. Als Europäische Gemeinschaft müssen wir besonders an die hilfsbedürftigen europäischen Länder denken.

Ein Angebot von 125–150 Millionen $ kann bei den Türken nicht die positive Wirkung auslösen, die wir mit den neuen Vereinbarungen bezwecken. Im Gegenteil, es muß den Eindruck einer gewollten Minderbewertung hervorrufen und wird der europäischen Solidarität schaden.

Man wird diese ungleiche Behandlung auch hier in Deutschland nicht verstehen und der Bundesregierung den Vorwurf machen, zum Beispiel im Falle Afrika dem Drängen nach immer größerer Hilfe aus communautärer Verantwortung gefolgt zu sein, ohne sich zu vergewissern, daß in einem Fall wie dem der Türkei, dem wir gar nicht so sehr eine spezielle deutsche wie eine überwiegend communautäre Bedeutung beimessen, entsprechend verfahren wird.

Nach den Vorgesprächen, die die Herren Wormser und Lahr geführt haben[7], hatte ich den Eindruck, daß wir gemeinsam einen politisch gut vertretbaren Vorschlag machen würden. Ich hatte mich hierüber besonders gefreut, weil ich finde, daß es die Aufgabe unserer beiden Länder als der beiden wichtigsten Mitglieder der EWG ist, politische Verantwortungen zu übernehmen und hierbei unseren Partnern voranzugehen. Wir können die Unterstützung der Türkei nicht so gut wie ausschließlich den Amerikanern überlassen; ich meine vielmehr und hoffe, gerade auf Ihr Verständnis dabei zu stoßen, daß wir Europäer gegenüber einem europäischen Bundesgenossen eine europäische Verantwortung zu tragen haben.

Ich weiß, daß der allzu restriktive Vorschlag der Finanzminister in erster Linie weder auf das Verhalten des französischen Finanzministers[8] noch auf das Verhalten des Bundesfinanzministers[9] zurückzuführen ist, sondern man das Problem bei Ihnen letztlich ähnlich beurteilt wie bei uns. Deshalb meine ich, daß wir eine gemeinsame Initiative ergreifen sollten, um mit unseren Partnern zu einem angemessenen Angebot zu gelangen. Ich glaube, wir nutzen dadurch nicht nur der Türkei, sondern auch der Gemeinschaft und der Stellung

[6] Die Finanzhilfe wurde den afrikanischen Staaten im Rahmen des Assoziierungs-Abkommens gewährt. Vgl. dazu Dok. 31, Anm. 5.

[7] Vgl. dazu Dok. 134.

[8] Valéry Giscard d'Estaing.

[9] Rolf Dahlgrün.

unserer beiden Länder in der Gemeinschaft. Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie dem zustimmen würden.[10]

Mit verbindlichen Grüßen

Ihr Schröder[11]

Büro Staatssekretär, Bd. 408

140

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Allardt

III A 6-85.00-94.20-342[II]/63 geheim **4. April 1963**

Betr.: Deutsch-polnische Verhandlungen
hier: Gespräche mit Vizeminister Modrzewski am 3., 4., und 5. März auf der Reise nach Krakau und Auschwitz

Modrzewski, von dem ich den Eindruck hatte, daß er zwar bei Begegnungen, bei denen keine Gefahr des Abhörens von Gesprächen bestand, mitunter sehr viel mehr sagte als er autorisiert war, andererseits nicht so sehr persönliche Meinungen als im Kreise der politischen Führung dikutierte Ansichten widergab, erklärte im Verlaufe zahlreicher, immer wieder unterbrochener und wieder aufgenommener Gespräche etwa folgendes:

1) Niemand, der die stalinistische Zeit erlebt habe, könne ermessen, was der Wechsel von Stalin zu Chruschtschow für Polen bedeute. Man könne endlich wieder frei atmen und finde – auch wenn man wie er nicht Kommunist und aus dem Ausland recht spät zurückgekommen sei[1] – doch wieder Anschluß an das Regime, das Polen heute beherrsche. Die wesentlich freiere Atmosphäre, von der ich mich wohl habe überzeugen können, sei sicherlich unter dem Eindruck der Ereignisse von 1956[2] zustande gekommen. Sie werde aber auch von Chruschtschow bewußt gefördert. Nach Überzeugung der polnischen Staats-

[10] Die Finanzhilfe für die Türkei wurde beim Treffen zwischen Bundesminister Schröder und dem französischen Außenminister Couve de Murville am 9. April 1963 erneut zur Sprache gebracht. Vgl. dazu Dok. 143.
Vgl. außerdem die Aufzeichnung vom 29. Juni 1963 über die Gespräche der Staatssekretäre Lahr und Müller-Armack mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium, Wormser, und dem Generalsekretär im französischen Finanzministerium, Clappier; Büro Staatssekretär, Bd. 383.

[11] Paraphe vom 5. April 1963.

[1] Franciszek Modrzewski kehrte erst 1950 aus dem Exil zurück.

[2] Nach der Verurteilung der stalinistischen Verbrechen in der Geheimrede des Ministerpräsidenten Chruschtschow am 25. Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU und dem Tod des polnischen Präsidenten Bierut am 12. März 1956 kam es in Polen zu Unruhen. Sie führten dazu, daß im Oktober 1956 Wladyslaw Gomulka, der als Nationalkommunist 1948 auf sowjetischen Druck hin aus seinen Ämtern entfernt und bis 1955 inhaftiert worden war, die Macht übernehmen konnte.
Zur Geheimrede von Chruschtschow vgl. Dok. 130, Anm. 4.

führung sei für Chruschtschow heute das China-Problem die Weltgefahr Nr. 1. Er nehme zwar an, daß es gelingen werde, die derzeitigen Differenzen zwischen Peking und Moskau wieder zu applanieren, daß aber in 10 oder spätestens 20 Jahren China sich zu einer tödlichen Bedrohung der Sowjetunion entwickeln werde und selbst eine inzwischen erzielte Übereinstimmung in ideologischen Fragen nichts daran ändern könne. Das China-Problem bestimme Chruschtschows Politik mehr, als es nach außen in Erscheinung trete. Hinzukomme, daß er seit der Kuba-Affaire[3] mit dem ungeheuren Schock, den sie im Kreml verursacht habe, die Vereinigten Staaten und deren Präsidenten ernst nehme. Kuba sei ein heilsamer Schock gewesen. Hätte Kennedy das Ausmaß der Bestürzung übersehen, das seine Kuba-Maßnahmen in Moskau angerichtet hatten, wäre es vermutlich möglich gewesen, unter ihrem Eindruck auch andere Probleme des kalten Krieges einer Lösung zuzuführen oder sie wenigstens gesprächsreif zu machen. Dieser Zeitpunkt sei verpaßt worden, und jetzt sei es dazu zu spät, zumal Chruschtschow selbst geschwächt aus der Affaire hervorgegangen sei. Er befinde sich einer starkten Opposition gegenüber, die infolge des Fehlschlags zahlreicher von ihm inspirierter und durchgeführter Wirtschaftsprojekte an Einfluß zunehme. Man müsse wissen, wie sehr er zu lavieren habe, um sich durchzusetzen. Man müsse ihm Zeit lassen und abwarten, bis sich seine Position wieder gestärkt habe. Deshalb sei auch das in diesem Zeitpunkt erlassene Röhrenembargo[4] ein großer Fehler des Westens, da es nur Wasser auf die Mühlen derjenigen gieße, die die Entspannungspolitik Chruschtschows für schädlich und gefährlich hielten. Derjenige Staatsmann des Westens, der dies als einziger klar erkenne, sei General de Gaulle. Auch bei Macmillan gebe es Anzeichen dafür, doch scheine Kennedy die innere Situation der Sowjetunion am wenigsten zu übersehen. Der große Nachteil der Amerikaner sei überhaupt, daß sie zwar eine starke Macht und eine liebenswerte Nation seien, denen es aber nicht gegeben sei, sich in die Mentalität anderer Völker hineinzudenken. Dies aber sei die Voraussetzung für konsequente Politik und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

2) Zurückkommend auf das Gespräch über die Zone[5] bemerkte M., man mache sich über den inneren Wert des Regimes in Polen keinerlei Illusionen. Selbst überzeugte Kommunisten in Polen verständen die nach außen hin immer wieder unterstrichene enge Zusammenarbeit Chruschtschows mit Ulbricht nicht mehr, zumal sie im Widerspruch zu der von ihm in allen sozialistischen Ländern geförderten Auflockerung stehe. Jedenfalls halte man es in Warschau nicht für unmöglich, daß Chruschtschow lediglich den Kurs abwarte, den die Bundesrepublik nach dem Rücktritt des Herrn Bundeskanzlers steuere, bevor er seine DDR-Politik entsprechend modifiziere. Polen läge nichts an der Existenz der DDR. Man sei über die Verteilung der Gewichte zwischen der DDR und der Bundesrepublik viel zu gut orientiert, um nicht zu wünschen, es in absehbarer Zeit nur noch mit einem deutschen Nachbarn zu tun zu haben; allerdings mit einem Nachbarn, dem „die Zähne gezogen" seien. Die Furcht vor Deutschland sitze jedem Polen, gleichgültig welcher politischer Glaubensrich-

[3] Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[4] Vgl. dazu Dok. 9, Anm. 5.

[5] Vgl. dazu Dok. 109.

tung, so stark im Genick, daß sie die polnische Politik auch in Zukunft trotz aller guten Worte und trotz des Wunsches zu guten Beziehungen im Rahmen des Denkbaren bestimmen werde, – zumindest jedenfalls bis zur Regelung der Grenzfragen.[6]

3) Die Sowjetunion sei in Polen nicht populär. Die Sowjets wüßten dies auch und vermieden daher nach verschiedenen Zwischenfällen sorgfältig alle Reibereien. Die Zusammenarbeit lasse daher kaum etwas zu wünschen übrig, und insbesondere sei das Verhältnis zwischen Chruschtschow und Gomulka ausgezeichnet. Gomulka sei der einzige maßgebliche Politiker in den sozialistischen Staaten, den mit Chruschtschow eine echte Zuneigung verbinde und der auf ihn nicht unerheblichen Einfluß habe. Wenn es gelinge, zwischen der Bundesrepublik und Polen bessere Beziehungen herzustellen, könne die Vermittlung Gomulkas unter Umständen bei solchen politischen Anliegen der Bundesregierung, die auch den polnischen Interessen entsprächen, nicht ohne Nutzen sein. Gomulka sei übrigens von allen führenden polnischen Politikern gegenüber den Zielen der Bundesrepublik am mißtrauischsten.

4) Zum Abbruch der EWG-Verhandlungen mit Großbritannien[7]: Wirtschaftlich gesehen könne diese Entwicklung von Polen nur begrüßt werden. Der Eintritt Englands in die EWG, deren Politik ja doch darauf hinauslaufe, autark zu werden, d. h. den wirtschaftlichen Zugang dritter Länder zum EWG-Raum zu unterbinden, hätte die Probleme nur vergrößert.

Politisch gesehen bedauere er den Abbruch. Jede Uneinigkeit des Westens stärke die Position derjenigen im sozialistischen Lager, die die Integration des Ostblocks zu forcieren wünschten.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[8] vorgelegt.

Allardt

Abteilung III (III A 6), VS-Bd. 286

[6] Vgl. dazu auch Dok. 141.

[7] Vgl. dazu Dok. 60.

[8] Hat Staatssekretär Carstens am 10. April 1963 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „D[em] H[errn] Minister vorzulegen."
Hat Bundesminister Schröder am 11. April 1963 vorgelegen.

141

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Allardt

III A 6-85.00-94.20-342/63 geheim **4. April 1963**[1]

Betr.: Gespräch mit dem amtierenden Außenminister Winiewicz am 6. und 7. März 1963
Bezug: Mein Drahtbericht vom 6. März 1963[2]

I. Herr Winiewicz empfing mich im Außenministerium mit betonter Herzlichkeit. Er bemerkte einleitend, daß seine deutschen Sprachkenntnisse leider nicht mehr ausreichten, um ein Gespräch zu führen, und er die englische Sprache vorziehe.

Er machte sodann eingehende Ausführungen über die dringende Notwendigkeit einer Regelung der Beziehungen Polens zur Bundesrepublik und wies darauf hin, daß im Bewußtsein des polnischen Volkes die Deutschen zwar zwei Staaten, aber eine Nation darstellten, von einem Haß oder einer Erbfeindschaft keine Rede sein könne und alles, was Polen zur Zeit für die DDR tue, in dem Bewußtsein geschehe, daß es sich um in schwieriger Lage befindliche Deutsche handle, denen geholfen werden müsse.[3] Diese Tatsache sei umso bemerkenswerter, als das deutsch-polnische Verhältnis mit der schweren Hypothek der Geschichte und insbesondere des letzten Weltkrieges belastet sei. Polen wünsche nicht noch einmal, wie so häufig in seiner Geschichte, bei kriegerischen Auseinandersetzungen Deutschlands das Schlachtfeld abzugeben und sei daher daran interessiert, definitiv eine Regelung zu finden, die einen friedlichen und freundschaftlichen Ausbau von Beziehungen erlaube, wie sie zwischen Nachbarstaaten notwendig seien.

Polen habe deshalb sehr bald nach dem Kriege der Bundesrepublik die Hand entgegengestreckt[4] und wissen lassen, daß einer solchen Regelung nichts mehr im Wege stehe, wenn die Bundesrepublik die nach dem Kriege in Mittel- und Osteuropa geschaffene politische Situation als unabänderlich zur Kenntnis nehme. Sicherlich sei es für eine Nation bitter, auf Gebiete verzichten zu müssen, die von ihr bislang besiedelt gewesen seien. Auch Polen sei von diesem Schicksal wiederholt – und insbesondere auch nach dem letzten Weltkrieg – betroffen worden.[5] Polen aber habe sich wohl oder übel damit abfinden

[1] Hat Bundesminister Schröder am 11. April 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. Dok. 114.

[3] Die DDR stand im Winter 1962/63 vor erheblichen Versorgungsengpässen, die durch polnische Unterstützungsmaßnahmen gemildert wurden. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Staaten wurde in dieser Zeit stark intensiviert.

[4] Nachdem die polnische Regierung am 18. Februar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt hatte, bekundete Ministerpräsident Cyrankiewicz in einer Regierungserklärung am 16. März 1955 erstmals die Bereitschaft, die Beziehungen zur Bundesrepublik zu normalisieren. Für den Wortlaut der beiden Erklärungen vgl. ZBIÓR DOKUMENTÓW 1955, S. 305-307 und S. 498-551, besonders S. 503; Johannes MAASS (Bearb.), Dokumentation der deutsch-polnischen Beziehungen 1945-1959, Bonn 1960, S. 107 und 109 f. (Auszüge).

[5] Auf der Konferenz von Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 wurde von den Regierungsschefs der

müssen, und heute spreche kein Mensch mehr davon, daß große Gebiete und Städte wie Lemberg und Wilna, die aus der polnischen Geschichte und Kultur nicht wegzudenken seien, nunmehr nicht mehr zu Polen gehörten. Auch die Bundesrepublik sollte nun endlich die Konsequenzen ziehen, soweit es sich um die ehemals deutschen, jetzt zu Polen geschlagenen Gebiete handele. Zu ändern sei daran ohnehin nichts mehr und ein Versuch, diese Gebiete durch einen neuen Krieg zurückzuholen, könne nur mit einer völligen Auslöschung Deutschlands und Polens endigen.

Wenn es also bei den Verhandlungen gelegentlich zu Schwierigkeiten gekommen sei, die mich veranlaßt hätten, unverblümt meinen Unmut darüber zum Ausdruck zu bringen, dann lediglich deshalb, weil die polnische Regierung gehofft habe, daß es im Laufe dieser Verhandlungen zwar nicht zu einer Regelung, aber doch zu einer Annäherung der Standpunkte in der Grenzfrage kommen würde.[6] Diese Hoffnung habe man leider aufgeben müssen, ein Umstand, der von der polnischen Regierung außerordentlich bedauert werde. Umsomehr frage man sich natürlich, aus welchen Gründen die Bundesregierung auf die Einrichtung der Handelsvertretung einen so großen Wert lege. Eine polnische Handelsvertretung sei zwar aufgrund der Struktur des polnischen Außenhandels für Polen unerläßlich, aber angesichts der völlig andersartigen Struktur des deutschen Außenhandels für die Bundesrepublik entbehrlich. Was also bezwecke die Bundesregierung damit, wenn sie in so dezidierter Form die Unterschrift unter das Handelsabkommen[7] von der Zustimmung einer Vertretung abhängig mache,[8] die sich nunmehr, was ihre Rechte, Privilegien, Immunitäten anbelange, von einer diplomatischen oder konsularischen kaum noch unterscheide.[9] Auch ihre Existenz könne nichts daran ändern, daß Polen weiterhin auf eine rasche Anerkennung der Westgrenze dringen werde und diese Anerkennung die Voraussetzung für gute nachbarliche Beziehungen sei.

Ich erwiderte, daß die mehrmonatliche Anwesenheit der deutschen Delegation in Warschau wie das von ihr bewiesene Entgegenkommen gegenüber den sehr weitgehenden wirtschaftlichen polnischen Wünschen nachdrücklich unterstreiche, welch großen Wert die Bundesregierung auf gute nachbarliche Beziehungen lege. Leider sei es aber gerade die polnische Regierung, die diese Beziehungen schon allein dadurch unterbinde, daß sie einen Teil der Bundesrepublik, der sich zwischen Polen und dem derzeitigen Machtbereich der Bundesrepublik befinde und von sowjetischen Truppen unter Führung eines von Moskau eingesetzten sowjetischen Staatsangehörigen besetzt sei, als einen souveränen Staat anerkenne. Ich hätte in allen meinen Gesprächen nach-

Fortsetzung Fußnote von Seite 457

USA, Großbritanniens und der UdSSR eine neue Ostgrenze für Polen festgelegt. Danach verblieb etwa ein Drittel des polnischen Territoriums von 1939 unter sowjetischer Herrschaft.

6 Vgl. dazu etwa Dok. 109.

7 Zum Handelsabkommen mit Polen vom 7. März 1963 vgl. Dok. 114, Anm. 4.

8 Vgl. dazu bereits Dok. 48.

9 Zum Status der geplanten Handelsvertretung vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften vom 22. Januar 1963 und den vertraulichen Briefwechsel vom 7. März 1963 zwischen Ministerialdirektor Allardt und dem polnischen Stellvertretenden Außenhandelsminister Modrzewski; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.

drücklichst darauf hingewiesen, daß die Voraussetzung für die Regelung aller sonstigen, zwischen Polen und der Bundesrepublik existenten Fragen der Verzicht Polens auf die Zweistaaten-Theorie[10] sei. Wie stelle man sich in Polen vor, daß die Bundesregierung eine Grenze anerkennen werde, die nach polnischer Doktrin gar nicht die ihre sei. Wenn diese Frage erst einmal gelöst sei, seien Verhandlungen über die deutsch-polnische Grenze denkbar und wünschenswert. Im übrigen seien die in Frage stehenden Gebiete nicht etwa Polen „zugeschlagen", sondern lediglich bis zu einer definitiven vertraglichen Regelung der polnischen Verwaltung unterstellt.[11]

Winiewicz bemerkte darauf, ich spräche von „Verhandlungen über die Grenzfrage". Er wünsche klarzustellen, daß es sich nicht um „Verhandlungen", sondern lediglich um die Anerkennung des bestehenden Zustands drehe, ein Vorgang, der – wenn man so wolle – in zwei Minuten erledigt und zu Papier gebracht sein könne.

Ich entgegnete, auch das Potsdamer Abkommen sehe seiner ganzen Natur nach Verhandlungen vor. Von Diktaten, wie er sie offenbar im Auge habe, sei schon 1945 keine Rede gewesen, und sie kämen heute weniger in Frage als je zuvor. Selbstverständlich werde und müsse über diese Frage gründlich verhandelt werden. Falls die polnische Regierung nicht einmal diese Absicht habe, erscheine es mir kaum nützlich, das Gespräch hierüber fortzusetzen.

Winiewicz lenkte daraufhin sofort ein und erklärte, man begreife nicht, aus welchen Gründen die Bundesrepublik sich allen Regelungen, die die DDR und den vorgeschlagenen Friedensvertrag[12] betreffen, stets widersetze. Wie oft habe die polnische Regierung von den Verbündeten der Bundesrepublik hören müssen, man betrachte den einen oder anderen Vorschlag als brauchbare Verhandlungsbasis; da die Bundesregierung aber interveniert habe, müsse der Gedanke fallengelassen werden.

Ich entgegnete, daß wir gerade in Polen Verständnis für unsere Haltung in dieser Frage erwartet hätten. Die sog. DDR sei gegen ihren Willen nach wie vor besetzt und erwarte nichts sehnlicher als die Befreiung von dieser Besetzung und die Vereinigung mit der Bundesrepublik. Die letzten Berliner Wahlen hätten einen deutlichen Beweis dafür abgelegt. Als Herr Winiewicz einwarf, daß man aus den Wahlen von 1932 wisse, daß viele Millionen überzeugte Kommunisten damals in diesen Gebieten dem „Comrade" Thälmann gefolgt wären[13] und diese Kommunisten vermutlich auch heute noch da wären, entgegnete ich, daß der Maßstab der Wahlen von 1932 vermutlich auch die weitverbreitete Behauptung bestätigen würde, daß es in Polen überhaupt keine

[10] Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 1, Anm. 7.

[11] Das Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) legte dazu fest: „Die drei Regierungschefs bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung zurückgestellt werden soll." Die 1937 zum Deutschen Reich gehörigen, von Polen beanspruchten Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie einschließlich Danzigs sollten „der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt werden und insofern nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden ...". Vgl. DzD II/1, S. 2118.

[12] Zum sowjetischen Vorschlag eines Friedensvertrags vom 10. Januar 1959 vgl. Dok. 116, Anm. 8.

[13] Vgl. dazu Dok. 114, Anm. 6.

Kommunisten gäbe.[14] Selbst wenn man aber davon ausginge, daß gerade dieses Gebiet vorwiegend kommunistisch gewesen sei, zeigten die Wahlen und die uns sehr genau bekannte Stimmung unserer Landsleute, daß es dem Regime des Herrn Ulbricht zu 99% gelungen sei, sie dem Kommunismus zu entfremden.

Winiewicz verfolgte dieses Thema nicht weiter und kam auf den Rapacki-Plan[15] und die ablehnende Haltung der Bundesregierung zu sprechen. Als ich u. a. entgegnete, der Rapacki-Plan sei nicht zuletzt deshalb für uns unakzeptabel, weil er ja gerade die DDR als zweiten deutschen Staat voraussetze[16], bemerkte Winiewicz, davon könne keine Rede sein. Der Rapacki-Plan setze überhaupt keine Bedingungen, sondern gebe lediglich Anregungen, über die zu diskutieren sei. Hinsichtlich der Zweistaaten-Theorie stelle der Plan nur fest, daß sie derzeit ein Faktum und die Wiedervereinigung, von deren Verwirklichung die polnische Regierung übrigens überzeugt sei, eine innerdeutsche Angelegenheit sei. Der Plan schaffe nur die notwendigen Voraussetzungen für Gespräche zwischen dem „Comrade Ulbricht" und der Bundesregierung. Ich stellte darauf die Frage, ob er annehme, daß es ein geeignetes Mittel sei, die Wiedervereinigung dadurch zu erleichtern, daß einem Drittel Deutschlands ein landfremdes, der Wiedervereinigung und freien Wahlen fanatisch abgeneigtes Regime aufgezwungen werde. Winiewicz bemerkte, man müsse bei Verhandlungen nicht von Illusionen, sondern von Realitäten ausgehen. Jedenfalls sei die Weigerung der Bundesregierung, den Rapacki-Plan (der übrigens im polnischen Außenministerium und nicht „somewhere else" konzipiert worden sei[17]) als Gesprächsunterlage zu akzeptieren, als ausgesprochen unfreundlich empfunden worden.

Ich entgegnete, daß, falls die polnische Regierung sich entschließen könne, einer Gesprächsgrundlage zuzustimmen, die die Wiedervereinigung voraussetze, sie jederzeit auf wohlwollende Prüfung solcher Vorschläge rechnen könne. Je eher man in Polen erkenne, daß Verhandlungen über die Grenzfrage nur nach erfolgter Wiedervereinigung möglich seien, umso besser sei es für eine illusionslose Abklärung der deutsch-polnischen Beziehungen, auf deren Verbesserung die Bundesregierung den größten Wert lege. Winiewicz erwiderte, in diesem letzten Punkt träfen sich die Auffassungen. Die polnische Regierung habe es daher einhellig begrüßt, daß sich die Bundesregierung zu den derzeit stattfindenden Wirtschaftsbesprechungen bereit gefunden habe. Sie könnten wirklich ein Ansatzpunkt für bessere Beziehungen sein.

Ich entgegnete, daß es dann wünschenswert wäre, damit anzufangen, mit den aggressiven Reden gegen die Bundesregierung und ihre Exponenten aufzuhören. Seit geraumer Zeit gäbe es in der Bundesrepublik keine von verantwortlichen Staatsmännern gehaltene Rede, die einen annähernd so unsachlichen, polemischen und aggressiven Ton gegenüber Polen aufweise, wie sie fast täglich von polnischen Staatsmännern gehalten würden. Das gleiche treffe für

[14] Vgl. dazu Dok. 114, Anm. 7.

[15] Vgl. dazu Dok. 114, Anm. 2.

[16] Vgl. dazu die Stellungnahme des Bundesministers Strauß zum ersten Rapacki-Plan; BULLETIN 1958, S. 329 f.

[17] In der westlichen Presse hieß es, der Plan sei in Moskau konzipiert worden.

die Art und Weise zu, wie politische Ereignisse von der polnischen Presse kommentiert würden. Die Methode, die Bundesrepublik als revanchistisch, nazistisch und kriegslüstern hinzustellen, könne lediglich die Fronten verhärten. Selbst während der Verhandlungen seien laufend Reden gehalten worden, die in keiner Weise mit der Atmosphäre in Einklang zu bringen seien, wie sie von der polnischen Seite für die Verhandlungen offenbar gewünscht und auch geschaffen worden sei.

Herr Winiewicz erwiderte, die polnischen Staatsmänner, die sich mit der Bundesrepublik befaßten, erwiderten lediglich unfreundliche Bemerkungen deutscher Persönlichkeiten gegenüber Polen. Er gäbe zwar zu, daß solche Reden in der Bundesrepublik in den letzten Jahren weniger als früher gehalten worden seien. Immerhin habe der Herr Bundeskanzler noch kürzlich erklärt, er hoffe, daß die früher in den jetzigen polnischen Gebieten ansässigen Deutschen bald wieder in ihre Heimat zurückkehren könnten, und die Reden, die bei den unzähligen Heimattagen der sog. Vertriebenen gehalten würden, wären an Aggressivität und Revanchismus nicht zu überbieten. Im übrigen müsse er darauf hinweisen, daß Polen in der Tat vor dem deutschen Revanchismus die größte Besorgnis habe, eine Besorgnis, die durch den deutschen Wunsch, nunmehr auch nuklear bewaffnet zu werden, neuen Auftrieb erhalten habe. Die Bundesrepublik besitze wieder die stärkste Armee in Europa und sei dabei, sie weiter auszubauen. Angesichts der Tatsache, daß durch die nach dem Kriege eingetretene Verschiebung im Machtpotential der Großmächte der Einsatz dieser Armee gegen die Sowjetunion wohl kaum in Frage komme und die früheren deutschen Feinde jetzt zu den Alliierten der Bundesrepublik zählten, müsse daraus der Schluß gezogen werden, daß die Armee in erster Linie dazu dienen solle, die verlorenen deutschen Gebiete zurückzuholen. Einen anderen Sinn könne man in Polen der deutschen Aufrüstung nicht geben. Die polnische Regierung werde und müsse daher alles daran setzen, um die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf diese Bedrohung des Friedens zu lenken. Niemand in Deutschland sollte daran zweifeln, daß die Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion heute so eng und so freundschaftlich seien wie nie zuvor in ihrer Geschichte und die Sowjetunion keinen Augenblick zögern werde, einem bedrohten Polen zu Hilfe zu kommen.

Zusammenfassend möchte er feststellen, daß sich als Resultat dieser Unterhaltung folgende offenen Punkte im deutsch-polnischen Verhältnis z. Z. als unlösbar herausstellten:

1) die Anerkennung der polnischen Westgrenze;

2) die Existenz der DDR. Nach Auffassung der Bundesregierung seien beide Probleme engstens miteinander verknüpft. Er nehme davon Kenntnis, ohne diese Haltung begreifen zu können, da sie auf Illusionen anstatt auf der Realität aufbaue;

3) die deutsche Aufrüstung.

Wenn diese drei Punkte auch einer Normalisierung der Beziehungen, so wie sie sich Polen wünsche, einstweilen entgegenstünden, so hoffe er, daß mit der neuen wirtschaftlichen Basis und der deutschen Handelsvertretung Einrichtungen geschaffen seien, die das Verhältnis im Rahmen des Möglichen auflok-

kern. Niemand möge allerdings glauben, daß es irgendeinen Weg gäbe, Polen von der Seite der Sowjetunion abzuziehen. Polen sei durch und durch kommunistisch und habe seinen politischen und geographischen Standort definitiv gefunden. Es sei an der Bundesrepublik, aus der Situation, wie sie der Krieg nun einmal in Mittel- und Osteuropa geschaffen habe, die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Polen könne warten.

Eine Stunde nach meiner Verabschiedung von Winiewicz sagte mir Modrzewski, sein Freund Winiewicz habe ihn soeben von unserem Gespräch unterrichtet. Herr Winiewicz hoffe, das Gespräch mit mir „under more private circumstances" fortführen zu können. Am Abend des gleichen Tages kam Modrzewski noch einmal darauf zu sprechen und bemerkte, das Gespräch sei wohl von beiden Seiten recht hart geführt worden. Der genius loci des Amtszimmers sei nicht immer der Atmosphäre günstig. Umso mehr freue sich Winiewicz, morgen die Unterhaltung am dritten Ort wieder aufnehmen zu können.

II. Am darauffolgenden Tage, dem 7. März, erschien Winiewicz in Begleitung des Deutschlandreferenten Lobodycz zu dem zu Ehren der deutschen Delegation von Außenhandelsminister Prof. Dr. Trampczynski gegebenen Abendessen. Er war in außerordentlich aufgeräumter Stimmung und erwies sich als fließend deutschsprechend. Warum er in seinem Amtszimmer die englische Sprache wählen mußte, die er weniger gut beherrscht, läßt sich nur vermuten. In der Unterhaltung zeigte sich auch sehr rasch, daß die Äußerungen von Herrn Modrzewski am Vortage über die „Amtszimmer-Atmosphäre" nicht von ungefähr gefallen waren und Winiewicz den ganzen Abend über bemüht blieb, den Eindruck des sturen Doktrinärs, als der er sich am Vortage gegeben hatte, zu verwischen.

Nach dem Abendessen nahm mich Winiewicz beiseite und erklärte beim Auf- und Abgehen etwa folgendes:

Er sei über das heute unterzeichnete Abkommen außerordentlich froh. Es stelle eine neue und möglicherweise entscheidende Etappe in den Beziehungen beider Länder dar. Ihm, als einem für die Außenpolitik verantwortlichen Minister sei der Geist, in dem die Verhandlungen geführt worden seien, fast noch wichtiger als das Abkommen selbst. Zwar sei zuzugeben, daß unser Gespräch am Vortage – wie meine politischen Gespräche mit Herrn Modrzewski[18] – hinsichtlich der zwischen den beiden Ländern stehenden Hauptprobleme keine Fortschritte erbracht habe; trotzdem begrüße er es, daß sie stattgefunden hätten. Sie hätten „das Eis zum Schmelzen" gebracht. Umso wichtiger sei es, diesen nunmehr geknüpften Kontakt nicht wieder abreißen zu lassen. Als ich auf seine Frage nach dem Zeitpunkt der Eröffnung unserer Handelsvertretung in Warschau[19] erwiderte, es würde wohl Herbst werden, entgegnete er, wir sollten uns beeilen. Je früher sie eröffnet würde, desto besser. Ich äußerte daraufhin meine Verwunderung über diesen Wunsch. Nach den mir zugegangenen Informationen habe doch gerade das Außenministe-

[18] Vgl. dazu Dok. 109 und Dok. 140.

[19] Die Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Warschau wurde im September 1963 eröffnet.

rium versucht, die Errichtung einer deutschen Handelsvertretung nach Möglichkeit zu unterbinden, auf jeden Fall aber zu verzögern.[20] Daraufhin verwies Winiewicz auf den in der Nähe stehenden Lobodycz und erklärte: „Er hat mit seinen ewigen bürokratischen Hemmungen viel dazu beigetragen, daß dieser Eindruck aufkam; aber es ist auch zuzugeben, daß innerhalb unserer politischen Führung sehr viele Gespräche geführt werden mußten, bis man sich über die Bewertung der Verhandlungen einig gewesen ist." Als Trampczynski und Modrzewski dazukamen, wiederholte er einige seiner Äußerungen, bat nochmals um eine rasche Eröffnung der Handelsvertretung und bemerkte zu Trampczynski: „Sie werden sie weniger in Anspruch nehmen zu haben, als ich das tun werde. Wir wollen nicht nur mit Euch über Schinken und Gänse, sondern über viel ernstere Fragen im Gespräch bleiben."

Winiewicz und Trampczynski fragten mich anschließend, ob ich bereit wäre, eine Einladung zur Posener Messe anzunehmen. Dort ergäbe sich die Gelegenheit, den Ministerpräsidenten[21] und Gomulka kennenzulernen. Ich dankte für die Einladung und machte ihre Annahme von der Genehmigung des Auswärtigen Amtes abhängig (inzwischen übermittelte Herr Beitz[22], der Modrzewski in Brasilien getroffen hatte, nochmals dessen Wunsch, mich Mitte Juni in Posen zu sehen[23]).

Hiermit dem Herrn Staatssekretär vorgelegt.

Allardt

Abteilung III (III A 6), VS-Bd. 286

[20] Vgl. dazu die Drahtberichte des Ministerialdirektors Allardt vom 21. Januar 1963 und 17. Februar 1963; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 199; B 150, Aktenkopien 1963.

[21] Józef Cyrankiewicz.

[22] Zur Rolle von Beitz vgl. Dok. 45, Anm. 3

[23] Ministerialdirektor Allardt hielt sich vom 8. bis 13. Juni 1963 in Posen und Warschau auf. In Posen traf er den Ersten Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gomulka, in Warschau den polnischen Außenhandelsminister Trampczynski und den Stellvertretenden Außenminister Winiewicz. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 132 vom 10. Juni 1963, S. 3; Nr. 134 vom 12. Juni 1963, S. 3; Nr. 135 vom 13./14. Juni 1963, S. 4.

142

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar

MB 346/63 **5. April 1963**[1]

Betr.: Gespräch des Herrn Bundesministers mit Botschafter Shinnar am 5. April 1963

Botschafter *Shinnar*, der bei dem Herrn Bundesminister um einen Termin nachgesucht hatte, trug folgendes vor:

1) Er sei von seiner Regierung angewiesen zu sondieren, ob von den zuständigen Stellen der Bundesrepublik darauf verzichtet werden könne, einen Antrag auf Auslieferung des israelischen Staatsangehörigen Bengal zu stellen.[2] Er habe bereits hierüber mit Herrn Vizekanzler Erhard, Herrn Bundesjustizminister Bucher und Herrn Staatssekretär Globke gesprochen und werde noch weitere Gespräche in dieser Sache zu führen haben.[3] Herr Bengal habe weder mit dem Anschlag auf den deutschen Forscher Kleinwächter noch mit irgendwelchen anderen Gewaltakten[4] etwas zu tun. Nach dem schweizerischen Auslieferungsrecht käme eine Auslieferung dann nicht in Frage, wenn es sich um politische Delikte handele. Wenn die deutschen Behörden den Antrag auf Auslieferung stellten, sei die israelische Regierung gezwungen, den Schweizer Behörden gegenüber zu behaupten und zu beweisen, daß es sich um eine Angelegenheit mit politischem Hintergrund handele. Dies könne für die Bundesrepublik möglicherweise nachteilig sein.

Der Bundesminister der Justiz, Herr Bucher, habe ihm erklärt, daß es ihm aus rechtlichen Gründen leider nicht möglich sei, von einem Antrag auf Auslieferung abzusehen.

Die israelische Regierung hoffe, daß es trotz dieses Antrags nicht zur Auslieferung komme, da man nachweisen werde, daß es sich um ein politisches Vergehen handele.[5]

2) Infolge der in Israel entstandenen Situation sei es wünschenswert, daß die Bundesregierung eine zusätzliche Verlautbarung zu dem Einsatz deutscher Forscher und Techniker in Ägypten abgebe. Es seien zwar nach der ersten

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Leiter des Ministerbüros, Simon, am 16. April 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 19. April 1963 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „1) Herrn St[aatssekretär] I z[ur] K[enntnisnahme]. 2) Zu meinen Unterlagen."
Hat Staatssekretär Carstens am 22. April 1963 vorgelegen.

[2] Zum Hintergrund vgl. Dok. 133.

[3] Zum Gespräch mit Bundesminister Erhard vgl. den Vermerk des Ministerialrats Heinze, Bundesministerium für Wirtschaft, vom 4. April 1963 (darin auch Informationen zum Gespräch mit Bundesminister Bucher am 2. April 1963); Referat I B 4, Bd. 17.

[4] Vgl. dazu Dok. 133.

[5] Das Auslieferungsersuchen des Amtsgerichts Lörrach wurde am 8. Mai 1963 von den schweizerischen Justizbehörden abgelehnt. Vgl. AdG 1963, S. 10963.

Verlautbarung der Bundesregierung[6] zusätzliche Erklärungen in der richtigen Richtung abgegeben worden.[7] Er erlaube sich aber, einen Vorschlag für eine weitere Erklärung zu unterbreiten, die vier Punkte umfasse. Botschafter Shinnar übergab Herrn Bundesminister einen Text mit dem Bemerken, daß er auch Herrn Bundesminister Erhard diesen Text überlassen habe.[8] Die Abgabe einer solchen Erklärung würde einen günstigen Eindruck auf das für den kommenden Sonntag einberufene israelische Parlament machen und möglicherweise eine Regierungskrise verhindern. Das israelische Volk sei ernstlich besorgt, daß seine Existenz durch die ägyptische Waffenentwicklung gefährdet werde. Nassers vielfach erklärtes Ziel sei die Vernichtung Israels.

Herr *Bundesminister* nahm zu den Ausführungen Botschafter Shinnars wie folgt Stellung:

Die Bundesregierung und die deutsche Bevölkerung fühle sich durch die Erklärungen des israelischen Parlaments ganz und gar zu Unrecht angegriffen. Die Entschließung der Knesseth sei noch wesentlich unbefriedigender als die Erklärung der israelischen Außenministerin, Frau Meir, gewesen.[9] Die Bundesregierung habe seit Jahren ihren guten Willen Israel gegenüber bewiesen. An der Haltung der Bundesregierung Israel gegenüber könne nicht gezweifelt werden. Er, Botschafter Shinnar, wisse am besten, wieviel in positiver Richtung geschehen sei. Es dürfe andererseits folgendes nicht übersehen werden: Die Bundesrepublik sei ein Staat mit der freiesten Verfassung der Welt geworden. Die Rechte des Einzelnen seien sehr stark ausgestaltet. Bei allen Akten der Regierung müsse hiervon ausgegangen werden. Wenn eine Genehmigungspflicht für eine Tätigkeit in der Rüstungsindustrie anderer Länder eingeführt werden solle, dann müsse dies für alle Länder gelten, auch z. B. für Cape Canaveral und für Indien und Pakistan. An diesen Beispielen allein zeige sich bereits die Problematik. Im übrigen hätte die Bundesregierung nur geringe Möglichkeiten einer Kontrolle. Man müsse sich sehr davor hüten, in diesem Punkt nicht unobjektiv zu werden. Möglicherweise werde die Bundesregierung die Frage der Einführung einer Genehmigungspflicht prüfen. Es bestänen aber sicherlich große Schwierigkeiten durch die sehr ausgedehnte Verwaltungsrechtsprechung.[10]

Botschafter *Shinnar* erklärte hierzu, die israelische Regierung hätte Unterlagen darüber, daß deutsche Wissenschaftler und Techniker an Vernichtungswaffen arbeiteten. Die Wissenschaftler behaupteten zwar, sie arbeiteten nicht an ABC-Waffen, die israelische Regierung hätte aber Beweise dafür. Diese Beweise könne die israelische Regierung aber nicht auf den Tisch legen, da sonst die Quellen gefährdet würden. In diesem Zusammenhang stellte der Herr Bundesminister die Frage, wie weit die Raketenentwicklung in Israel sei.

6 Zur Presseerklärung vom 22. März 1963 vgl. Dok. 133, Anm. 15.

7 Zur Presseerklärung vom 27. März 1963 vgl. Dok. 133, Anm. 21.

8 Der Text liegt dem Vermerk des Ministerialrats Heinze vom 4. April 1963 als Anlage bei. Vgl. Referat I B 4, Bd. 17.

9 Vgl. dazu Dok. 133, Anm. 6.

10 Vgl. dazu weiter Dok. 146. Zur Problematik einer Genehmigungspflicht vgl. Dok. 147.

Bei dieser Frage stutzte Botschafter Shinnar und erklärte, die Raketenentwicklung in Israel diene nur friedlichen Zwecken, insbesondere der Weltraumforschung.

Herr *Bundesminister* nahm zu dem von Botschafter Shinnar vorgelegten Text nicht weiter Stellung. Er wies auf die Notwendigkeit hin, in dieser Sache zu einem vorsichtig abgewogenen Urteil zu kommen. Man müsse auch die deutsche Situation in Betracht ziehen. Was im Rahmen des rechtlich Möglichen geschehen könne, werde getan werden.

3) Da der Herr Bundesminister zum Empfang des mexikanischen Staatspräsidenten[11] zum Flugplatz mußte, wurde das Gespräch nicht weitergeführt. Botschafter *Shinnar* begleitete den Herrn Bundesminister ein Stück zum Flugplatz und schnitt auf dieser Fahrt die Frage der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel an. Er erklärte, daß die Tatsache der fehlenden Beziehungen im steigenden Maße Störungen hervorrufen würde. Er, Shinnar, schätze das Risiko der Bundesrepublik bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel als nicht ins Gewicht fallend ein. Demgegenüber vertrat Herr *Bundesminister* die Meinung, daß die Bundesregierung in dieser Frage sich sehr vorsichtig verhalten müsse.[12] Die Risiken würden von deutscher Seite ganz anders bewertet. Herr Minister ließ deutlich durchblikken, daß im Augenblick nicht der Zeitpunkt gekommen sei, um über eine Änderung des bestehenden Zustandes zu sprechen.

Ministerbüro, Bd. 242

[11] Adolfo López Mateos hielt sich vom 5. bis 7. April 1963 zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu BULLETIN 1963, S. 569 f.

[12] Vgl. dazu bereits Dok. 121.

143

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris

Z A 5-45.A/63 **9. April 1963**[1]

Aufzeichnung über das Gespräch des Herrn Bundesministers des Auswärtigen mit dem französischen Außenminister Couve de Murville nach dem Abendessen am 9. 4. 1963 im Quai d'Orsay

Bei der Unterredung waren außerdem zugegen:
von deutscher Seite
Staatssekretär Lahr,
Gesandter Knoke,
VLR I Dr. Simon,
VLR I Dr. Hille

von französischer Seite die Herren
de Carbonnel,
Wormser,
Lucet
sowie einige weitere Herren des Quai d'Orsay.

Der Herr *Minister* legte zunächst den Stand der Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrages sowie das beabsichtigte weitere Verfahren dar, wonach die erste Lesung am 24. und 25. April stattfinden würde und die zweite und dritte Lesung Mitte bis Ende Mai abgeschlossen sein könnten.[2] Er erläuterte außerdem den Beschluß, das Ratifizierungsgesetz mit einer Präambel[3] zu versehen, die inhaltlich der Entschließung des Bundesrates[4] entsprechen werde.

Außenminister *Couve de Murville* nahm diese Entscheidung zur Kenntnis und

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 11. April 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 1. Mai 1963 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „Bitte verfügen Sie nach Ihrem Ermessen."
Hat Staatssekretär Carstens am 2. Mai 1963 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lahr sowie die Ministerialdirektoren Jansen, Krapf und Sachs verfügte.

[2] Zur Ratifizierung des Gesetzes zur Gemeinsamen Erklärung und zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 170, Anm. 27.

[3] Die Entscheidung, das Zustimmungsgesetz zur Gemeinsamen Erklärung und zum deutsch-französischen Vertrag mit einer Präambel einzuleiten, fiel am 4. April 1963 in einem Treffen des Bundeskanzlers Adenauer mit Vertretern von CDU und FDP in Cadenabbia. Um ein Auseinanderfallen der Koalition wie bei der Debatte über das Röhrenembargo am 18. März 1963 zu verhindern, entschied sich Adenauer für die Einfügung einer Präambel. Vgl. dazu Erich MENDE, Von Wende zu Wende, 1962-1982, München 1989, S. 84-86.
Vgl. dazu auch OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 221-223.
Zur Diskussion über die Aufnahme einer Präambel vgl. Dok. 136, Anm. 13.

[4] Zur Stellungnahme des Bundesrats vom 1. März 1963 zum Entwurf eines Gesetzes zur Gemeinsamen Erklärung und zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESRAT, Anlagen, Drucksachen 1963, Nr. 58.

bemerkte, Frankreich erhebe dagegen keine Einwände. Zum französischen Ratifikationsverfahren bemerkte er, daß das Parlament nicht die Möglichkeit habe, irgendwelche Zusätze vorzunehmen. Die Regierung werde in den letzten April- bzw. ersten Maitagen den Vertrag mit einer Begründung dem Parlament zuleiten.[5] Den Text der Begründung könne er gern nach seiner Fertigstellung dem Herrn Minister zukommen[6] lassen. In der Begründung werde vor allem auch darauf hingewiesen werden, daß die Unterzeichnung des Vertrages weder die europäische noch die atlantische Politik gefährde. Diese Auffassung werde zweifellos auch in dem Bericht des Außenpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung ihren Niederschlag finden. Des weiteren werde er selbst in der Nationalversammlung bei Vorlage des Vertrages eine Erklärung abgeben, in der er zu diesen und anderen Fragen Stellung nehmen werde.[7] Zum Zeitplan bemerkte Couve de Murville, er halte es für nützlich, wenn die Debatte in der Nationalversammlung nach der Bundestagsdebatte stattfinden würde, um zu vermeiden, daß in der Bundestagsdebatte Kommentare zu dem unterschiedlichen Verfahren in Frankreich und in Deutschland laut würden. Nach Vorlage des Vertragsentwurfes werde die Ausarbeitung des Berichts des Auswärtigen Ausschusses etwa zwei Wochen in Anspruch nehmen. Damit wäre alles für die Debatte in der Nationalversammlung vorbereitet, so daß diese im Anschluß an die zweite und dritte Lesung im Bundestag, also Ende Mai/Anfang Juni, stattfinden könnte. Der Herr *Minister* versprach ebenfalls die Übermittlung der Begründung der Bundesregierung sowie des Wortlauts der Präambel[8], sobald diese fertiggestellt sei.

Nächstes Gesprächsthema war die Türkeihilfe. Hierbei bemerkte *Couve de Murville*, die Spanne zwischen dem von den Finanzministern in Baden-Baden in Aussicht genommenen Betrag (125–150 Mio. Dollar)[9] und der jetzt von der Bundesregierung genannten Zahl (300 Mio. Dollar) sei unverhältnismäßig hoch. Staatssekretär *Lahr* wies insbesondere darauf hin, daß das Ausmaß der Hilfe an die verschiedenen Stellen vergleichbar sein solle, und in diesem Zu-

[5] Der deutsch-französische Vertrag vom 22. Januar 1963 wurde am 13. Juni 1963 von der französischen Nationalversammlung mit 325 gegen 107 Stimmen und bei 42 Enthaltungen ratifiziert. Vergeblich hatten Abgeordnete der anti-gaullistischen Opposition zuvor versucht, das Gesetz mit einem Zusatz einzuleiten, daß die Ratifizierung erfolge, „um die Entente zwischen Frankreich und Deutschland zu verstärken, um die politische Einigung Europas auf dem Weg fortzusetzen, der durch die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft eingeschlagen wurde und um die gemeinsame Verteidigung im Rahmen der NATO ebenso wie die Integration der Streitkräfte der Mitgliedstaaten zu gewährleisten". Vgl. AdG 1963, S. 10631 f. Zur Debatte und zum Abstimmungsergebnis vgl. auch JOURNAL OFFICIEL 1963, S. 3334-3380.
Vgl. dazu auch den Artikel: Frankreich sucht das Gleichgewicht in Europa. Debatte in der französischen Nationalversammlung über den deutsch-französischen Vertrag; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 135 vom 13./14. Juni 1963, S. 3.

[6] Die beiden letzten Wörter wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu Randbemerkung für Ministerialdirektor Jansen: „Bitte nachfassen."

[7] Zur Rede des französischen Außenministers Couve de Murville am 13. Juni 1963 vor der französischen Nationalversammlung vgl. JOURNAL OFFICIEL 1963, S. 3378 f. Vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1963, D 342-347 (Auszug).

[8] In der Präambel wurde die Rolle der deutsch-amerikanischen Partnerschaft sowie die Bedeutung der NATO für die Bundesrepublik besonders herausgestellt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 705.

[9] Vgl. dazu bereits Dok. 139.

sammenhang erscheine die Zahl von 300 Mio. Dollar bescheiden. *Couve de Murville* bemerkte noch, die Türkei habe einen ungeheuren Bedarf und sei im übrigen ein Faß ohne Boden. Der Herr *Minister* erwiderte hierauf, die jetzige Regierung[10] scheine sehr viel strikter und energischer zu sein. *Couve de Murville* bat, daß man sich auf beiden Seiten doch noch einmal Gedanken über diese Angelegenheit machen solle, die dann am 3. Mai zwischen Herrn Staatssekretär Lahr und Herrn Wormser weiter besprochen werden könnte.[11] Komme man zu einer Einigung, müßten auch die anderen Partner vor der Sitzung am 8. Mai[12] entsprechend unterrichtet werden.

Der Herr *Minister* kam dann auf das Verhältnis zu Großbritannien zu sprechen und betonte, daß er den Kontakt über die Ständigen Vertreter in Brüssel, der einen Austausch in beiden Richtungen zum Gegenstand haben solle, einer neuen Institution bei weitem vorziehe.[13] *Couve de Murville* gab zu, daß hier ein Problem vorliege, das im übrigen nicht nur Großbritannien, sondern auch die anderen EFTA-Länder umfasse. Durch die politische Ungewißheit in England (Wahlen)[14] sei es schwer, sich jetzt schon Vorstellungen darüber zu machen, wie in dem jetzigen Zustand der Stagnation ein modus vivendi mit England aussehen könnte. Allerdings halte er es für normal und selbstverständlich, daß England über die Vorgänge in der Gemeinschaft und umgekehrt die Gemeinschaft über die britische Entwicklung informiert werde. Er würde es allerdings für gefährlich halten, wenn man etwas unternähme, was einen britischen Eingriff in das Funktionieren der Gemeinschaft mit sich brächte. Er frage sich daher, ob man schon jetzt zu sehr präzisen Schlußfolgerungen gelangen könne. Der britische Vertreter in Brüssel habe zweifellos schon Zutritt zur Kommission und damit zu Informationen. Er frage sich, ob die Gemeinschaft nicht als erste Maßnahme einen Vertreter zur EFTA in Genf entsenden könnte, da ohnehin Zollfragen in nächster Zukunft zu behandeln sein würden.

Der Herr *Minister* bezeichnete diesen Vorschlag als möglicherweise nützlich. In einem Kontakt in Brüssel vermöge er jedoch kaum Gefahren zu erkennen. Im übrigen gebe er zu, daß in der innerpolitischen Lage in England einige Ungewißheit vorhanden sei, doch hegten beide britischen Parteien sicherlich den Wunsch zu einem engen Kontakt mit dem Gemeinsamen Markt. Diese Richtung auf den Gemeinsamen Markt hin habe er vor wenigen Tagen auch bei Gordon Walker festgestellt. Er denke auch nicht an ein Eingriffsrecht Englands, so wie auch die Gemeinschaft ja nicht in die britische Entwicklung eingreife. Es wäre aber für beide Seiten nützlich, wenn die Entwicklung mög-

[10] Die Regierung unter Ministerpräsident Inönü war seit dem 24. Juni 1962 im Amt. Zur innenpolitischen Situation in der Türkei vgl. Dok. 151, Anm. 5.

[11] Vgl. dazu die im französischen Außenministerium gefertigte Aufzeichnung vom 29. Juni 1963 über die Gespräche der Staatssekretäre Lahr und Müller-Armack mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium, Wormser, und dem Generalsekretär im französischen Finanzministerium, Clappier; Büro Staatssekretär, Bd. 383.

[12] Zur Sitzung des EWG-Ministerrats vom 8./9. Mai 1963 vgl. weiter Dok. 164.

[13] Zu den Bemühungen, auch nach dem Scheitern eines britischen Beitritts zur EWG am 28. Januar 1963 einen Dialog zwischen Großbritannien und der EWG aufrechtzuerhalten, vgl. Dok. 77 und Dok. 118.
Vgl. dazu weiter Dok. 164.

[14] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

lichst parallel verliefe, und das billigste Mittel dafür wäre der Kontakt über die Ständigen Vertreter. Dieser Kontakt brauche keineswegs feierlich beschlossen zu werden, sondern könne vielmehr als Arbeitsmethode mit einem befreundeten Land verabredet werden.

Couve de Murville versprach, darüber nachzudenken. Er verwies noch darauf, daß damit möglicherweise ein Präzedenzfall geschaffen werden könnte.

Der Herr *Minister* bemerkte, die Gemeinschaft sei völlig frei, mit dem großen Nachbarn einen engen Kontakt zu halten, ohne daß andere deswegen ebenfalls einen Anspruch darauf geltend machen könnten. Der Herr Minister bat dann Couve de Murville um Unterrichtung über die Gespräche mit Rusk und Lord Home.

Couve de Murville antwortete, im Vordergrund all dieser Gespräche habe die Atomfrage[15] gestanden. Für die multilaterale Streitmacht, die ja nichts sofort zu Realisierendes sei, interessierten sich vor allem die Amerikaner, obschon er nicht recht einsehen könne, warum. Nach der ersten Rundreise von Merchant[16] werde es zweifellos einige Zeit dauern, ehe die Gespräche darüber wieder aufgenommen werden könnten. Im Augenblick schienen sich England und Amerika hauptsächlich auf die interalliierte Streitmacht zu konzentrieren. Diesen Gedanken unterstütze vor allem England, da es seine auf den Bahamas eingegangene Verpflichtung, der NATO die V-Bomber zu unterstellen[17], durchführen wolle und dabei insbesondere die nationale Klausel der Bahama-Vereinbarung[18] zu unterstreichen bemüht sei. Vielleicht sei ein Beweggrund für die Engländer auch der, durch Förderung dieses Gedankens sich in europäischen Augen gewisse Verdienste zu erwerben. Er (Couve de Murville) habe Rusk und Lord Home gesagt, wenn man der NATO etwas Neues, nämlich die V-Bomber und einige amerikanische Polaris U-Boote unterstelle und ihr damit neue, stärker strategische als taktische Aufgaben überweise, müsse natürlich für diese neuen Waffen auch eine Organisation und ein Befehlsstrang sowie eine Zielplanung eingerichtet werden.[19] Hinsichtlich der einzubringenden[20] taktischen Luftstreitkräfte sei zu bemerken, daß diese ja schon der NATO unterstünden und ihre Zielplanung seit längerer Zeit erfolgt sei. Er sehe keinen Grund, dafür eine neue Organisation einzuführen, die nur Unord-

15 Zum Konzept einer integrierten Nuklearstreitmacht der NATO vgl. Dok. 2, Anm. 2; zum Stand der Beratungen vgl. Dok. 120.
Zur französischen Haltung zu diesem Projekt vgl. Dok. 21.

16 Vgl. dazu Dok. 92, Anm. 11. Zum Aufenthalt des Sonderbeauftragten Merchant in der Bundesrepublik vgl. Dok. 120.

17 Britische Bomber vom Typ „Vulcan". Da Großbritannien zu diesem Zeitpunkt nicht über atomar angetriebene und bewaffnete U-Boote verfügte – es verpflichtete sich zu einem Bau erst in der Erklärung von Nassau –, stellten die Luftstreitkräfte vorerst die einzige Möglichkeit der britischen Teilhabe an einer Nuklearstreitmacht der NATO dar.

18 Zu Ziffer 8 des Nassau-Abkommens vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 12, Anm. 11.

19 Dies geschah auf der Konferenz des NATO-Ministerrats vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa. Vgl. dazu weiter Dok. 190.

20 Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „neu entstehenden".

nung stiften könnte, während die NATO ja gar nichts Neues bekomme.[21] Die Antwort auf diesen Einwand sei immer, daß sich ja nichts geändert habe, daß sich auch nichts ändern werde, wenn Frankreich nicht mitmache. Wenn sich tatsächlich aber nichts ändere, sei es auch nicht wünschenswert zu erklären, daß sich etwas geändert habe. Es sei auch nicht der Mühe wert, einen holländischen General als Befehlshaber[22] über Atomstreitkräfte einzusetzen, wenn dieser nichts zu befehligen habe und die Zielplanung der ihm zum Schein unterstellten Streitkräfte schon seit langem geschehen sei. Dies wäre ebenso eine Scheinreform wie die in Athen diskutierten Guidelines[23], von denen heute niemand mehr spreche und niemand genau wisse, was sie denn eigentlich bedeuteten. Das Gespräch über diese Frage habe verständlicherweise sehr viel Zeit in Anspruch genommen. Mit Rusk sei auch kurz über die Zollverhandlungen[24] gesprochen worden. Dabei habe er (Couve de Murville) ungefähr das wiederholt, was neulich in Brüssel[25] gesagt worden sei. Er habe den Eindruck gewonnen, daß die Amerikaner die Haltung der Gemeinschaft sehr wohl verstünden. Er selbst habe erklärt, daß diese Verhandlungen natürlich technisch sehr schwierig sein würden, die Gemeinschaft aber einen erfolgreichen Abschluß und insbesondere eine Liberalisierung und Zollverringerung wünsche. Über Kuba[26] habe Rusk eigentlich nichts Neues gesagt. Dasselbe gelte für die Berlingespräche[27]. Rusk habe lediglich bemerkt, daß Dobrynin die Verschiebung des nächsten Gespräches sehr leicht akzeptiert habe. Im Zusammenhang damit habe Rusk wieder einmal das Abkommen über die Nichtverbreitung nuklearer Waffen ins Gespräch gebracht und gefragt, ob Frankreich dem amerikanischen Entwurf zustimmen könnte.[28] Er (Couve de Murville) habe erneut erklärt, er wolle Rusk keine Zustimmung geben, ehe die Haltung der Sowjets bekannt sei. Frankreich hätte keine Einwände, falls Rußland zustimme. Er wolle aber nicht, daß die Amerikaner die französische Zustimmung den Russen schon vorher bekanntgeben, um zu vermeiden, daß ohne Beteili-

21 Zu dieser Ansicht des französischen Außenministers vgl. weiter Dok. 177.

22 Der Passus „einen holländischen General als Befehlshaber" wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu Randbemerkung für Ministerialdirektor Krapf: „Ist das geplant?" Darauf Krapf: „Dies ist erörtert worden (Bericht Steinhoff) Tendenz z. Z. ‚Neutraler', also möglicherweise auch Holländer."

23 Das Wort „Guidelines" wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu Randbemerkung: „Das ist m. E. abwegig." Darauf Ministerialdirektor Krapf am 8. Mai 1963: „Ja."
Zu den Athener „guidelines" vgl. Dok. 16, Anm. 9.

24 Zur geplanten Ministerkonferenz des GATT vom 16. bis 21. Mai 1963 in Genf vgl. Dok. 164, Anm. 5.
Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10. Vgl. dazu weiter Dok. 172.

25 Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 5/1963, S. 15 f.

26 Zum Verlauf und zur Beilegung der Kuba-Krise vgl. Dok. 1, Anm. 4.

27 Zu den sowjetisch-amerikanischen Sondierungsgesprächen vgl. Dok. 138.

28 Zu einem solchen Entwurf vgl. bereits Dok. 100.
Der amerikanische Außenminister Rusk überreichte am 13. April 1963 dem sowjetischen Botschafter Dobrynin den Entwurf einer Erklärung zur Nichtverbreitung von Kernwaffen, nach der eine gemeinsame Kontrolle von Nuklearwaffen durch mehrere Staaten zulässig war. Dies wurde in einem Aide-mémoire, das Dobrynin am 11. Mai 1963 Rusk überreichte, abgelehnt.

gung Frankreichs und im übrigen auch Deutschlands eine Einigung mit den Russen zustandekomme, so als habe jeder daran mitgewirkt.

Der Herr *Minister* bezeichnete diese Sache als nicht unwichtig. In der Erörterung der Antwort auf die letzte russische Note[29] werde zweifellos das Thema „Nichtverbreitung nuklearer Waffen" erneut zur Sprache gebracht werden. Es bestehe eine gewisse, zwar nicht materiell berechtigte, aber propagandistisch ausgeschlachtete Gefahr, daß die Russen den Eindruck zu vermitteln versuchten, bis auf die Anwesenheit der westlichen Streitkräfte in Berlin sei über alle anderen Fragen eine Einigung erzielt.[30] Man müsse daher ganz klar machen, daß keinerlei Einigung zustandegekommen sei.

Couve de Murville wies darauf hin, die Nichtverbreitung nuklearer Waffen müsse im Rahmen der Abrüstung diskutiert werden.

Der Herr *Minister* bemerkte, die Bundesregierung habe immer erklärt, daß sie nichts dagegen habe, wenn, falls dies für den Westen nützlich sei, andere Themenbereiche in den Berlingesprächen ebenfalls einmal genannt würden, dies allerdings nur, wenn eine entsprechende Gegenleistung damit erreicht würde.

Couve de Murville schloß sich dieser Auffassung an.

Ministerbüro, Bd. 242

144

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Lord Home in Paris

Z A 5–46.A/63 **10. April 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen führte am 10. April 1963 um 9 Uhr in Paris während des Frühstücks ein Gespräch mit dem britischen Außenminister Lord Home. Bei der Unterhaltung waren außerdem von britischer Seite zugegen: der britische Botschafter in Paris, Sir Pierson Dixon, und Mr. Wright.

[29] Zur sowjetischen Note vom 8. April 1963, mit der gegen den Aufbau einer integrierten Atomstreitmacht der NATO protestiert wurde, sowie zu den Antwortnoten der Drei Mächte vom 18. Mai 1963 vgl. Dok. 116, Anm. 19.

[30] Vgl. dazu auch Dok. 56, Anm. 10.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 16. April 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 19. April 1963 vorgelegen.
Am 1. Mai 1963 verfügte Schröder handschriftlich für Staatssekretär Carstens: „Bitte verfügen Sie nach Ihrem Ermessen." Carstens ließ daraufhin die Gesprächsaufzeichnung an Staatssekretär Lahr sowie die Ministerialdirektoren Jansen, Krapf und Sachs weiterleiten.

Zur Frage des ständigen Kontakts mit Großbritannien[2] erneuerte der Herr *Minister* seinen Vorschlag, diesen Kontakt über die ständigen Vertreter in Brüssel zu halten. Er bemerkte, daß Couve de Murville am Vortage den Gedanken einer ständigen Verbindungsstelle der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei der EFTA in Genf in die Debatte geworfen habe. Diesen Gedanken würde er, insbesondere im Hinblick auf die Zollverhandlungen[3], nicht für schlecht halten, doch wäre dies kein Ersatz für den ständigen Kontakt in Brüssel. Er habe dies Couve de Murville auch gesagt.[4] Er habe den Eindruck, daß der Brüsseler Kontakt zustande kommen werde, denn selbst wenn Frankreich in absehbarer Zukunft nicht sehr positiv wäre, könnte dieser Kontakt schon zwischen den anderen Delegationen in Brüssel gehalten werden.

Lord Home bezeichnete diesen Gedanken als gut, wenn Frankreich ihm zustimme. Der zusätzliche Kontakt in Genf wäre zweifellos ebenfalls sehr nützlich.

Der Herr *Minister* bemerkte noch, der Gedankenaustausch in Brüssel müsse natürlich in beiden Richtungen gepflegt werden.

Zur Atmosphäre in Paris bemerkte *Lord Home*, der General[5] sei sehr zuvorkommend und wolle offensichtlich normale Beziehungen wiederherstellen. Natürlich gebe es weiter Schwierigkeiten, aber die Außenminister sollten mindestens miteinander sprechen können.

Lord Home erklärte dann, die Franzosen seien weder auf die multinationale noch auf die multilaterale Streitmacht[6] sehr erpicht. Allerdings hätten sie zugestimmt, daß die beiden in Deutschland stationierten Staffeln in die Zielplanung der NATO miteinbezogen werden könnten. Vielleicht rutschten sie auf diesem Wege mehr oder weniger automatisch in die multinationale Streitmacht hinein.

Der Herr *Minister* sagte, die Zusammenfassung einiger Streitkräfte unter dem neuen Begriff Interalliierte Streitmacht[7] sei praktisch nur eine gewisse Veränderung an Unterstellungsverhältnissen hinsichtlich bereits jetzt vorhandener Streitkräfte. Dagegen sei der Bundesregierung von Anfang an die multilaterale Streitmacht als ein Fortschritt erschienen. Das jetzt vorgesehene System stelle die einfachste Möglichkeit einer Beteiligung der europäischen Staaten dar. Er wolle im Augenblick einmal die Frage U-Boot oder Überwasserschiff[8]

[2] Zu den Bemühungen, auch nach dem Scheitern eines britischen Beitritts zur EWG am 28. Januar 1963 einen Dialog zwischen Großbritannien und der EWG aufrechtzuerhalten, vgl. Dok. 77 und Dok. 118.

[3] Zur Ministerkonferenz der GATT-Vertragspartner vom 16. bis 21. Mai 1963 in Genf vgl. Dok. 164, Anm. 5.
Zur Vorbereitung der Kennedy-Runde vgl. weiter Dok. 172.

[4] Vgl. Dok. 143.

[5] Staatspräsident de Gaulle.

[6] Zum Konzept einer integrierten Nuklearstreitmacht der NATO vgl. Dok. 2, Anm. 2. Zu ihrem Aufbau vgl. Dok. 12, Anm. 12.

[7] Die Inter-Allied Nuclear Force galt als Vorstufe zur MLF. Vgl. dazu weiter Dok. 158.

[8] Zur Alternative U-Boote oder Überwasserschiffe vgl. bereits Dok. 120. Zur Erörterung dieser Frage in den Expertenkommissionen vgl. weiter Dok. 149 und Dok. 156.

beiseite lassen, denn wahrscheinlich seien zwar die U-Boote besser, doch könne man mit Überwasserschiffen beginnen. In einem kürzlichen Gespräch habe Gordon Walker ganz klargemacht, daß die Labour Party der Interalliierten Streitmacht gegenüber gleichgültig sei, aber die multilaterale Streitmacht nicht befürworte. Vielmehr würde die Labour Party, wenn sie an die Regierung käme, versuchen, durch Einflußnahme auf oberster Ebene in den Vereinigten Staaten eine Beteiligung an der gesamten nuklearen Planung zu erreichen. Er selbst habe Gordon Walker erklärt, die Bundesregierung unterstütze die multilaterale Streitmacht, da sie zumindest ein gutes und nützliches Experiment im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung sei, von der heute noch niemand sagen könne, wohin sie führe.

Lord Home betonte, nach britischer Auffassung sollte man mit der Interalliierten Streitmacht Fortschritte erzielen, weil dies eine Sache sei, die jetzt geschehen könne. Zwar werde die Gesamtstärke damit nicht erhöht, dennoch werde die NATO durch Einbeziehung der britischen V-Bomber und Zuteilung einiger amerikanischer U-Boote unmittelbar gestärkt. Der multilateralen Streitmacht stehe Großbritannien ausgesprochen wohlwollend gegenüber. Allerdings sei es für England schwierig, im Rahmen seiner Mittel dazu beizutragen. Es werde diese Frage jedoch weiter prüfen. Er hoffe jedenfalls, daß man in Ottawa[9] mit der multinationalen Streitmacht vorankommen könne, weil dies jetzt geschehen könne, während die multilaterale Streitmacht frühestens in sechs Jahren stehen könnte.

Der Herr *Minister* bemerkte, die britische Regierung habe seit dem Nassauer Abkommen[10], in dem ja die multilaterale Streitmacht ebenfalls genannt sei, offensichtlich ihre Auffassung geändert.

Lord Home wies darauf hin, auf den Bahamas habe man den Ausdruck multilateral zur Beschreibung dessen, was heute multinational genannt werde, benutzt. Die gemischt-bemannte Streitmacht sei darunter nicht zu verstehen gewesen. Vielmehr habe man es der Entwicklung überlassen wollen, daß sich aus der anfänglich multinationalen Streitmacht eine gemischt-bemannte ergebe.

Der Herr *Minister* verwies darauf, daß die Vereinigten Staaten einen Vertrag über die multilaterale Streitmacht schon jetzt anstrebten[11], und zwar unabhängig von der sofort möglichen Zusammenfassung der bestehenden Streitkräfte. Dies scheine aber bei England auf keine Gegenliebe zu stoßen.

Lord Home sagte, England habe den Wert von Überwasserschiffen noch nicht geprüft. Ohnehin könne bis zu den italienischen Wahlen[12] nichts getan werden. In Ottawa sollte man sich also auf die multinationale Streitmacht beschränken und dann sehen, wie man weiterkommen könne. Hinsichtlich der

[9] Zur Vorbereitung der Tagung des NATO-Ministerrats vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa vgl. weiter Dok. 158, zu ihrem Verlauf Dok. 190.

[10] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[11] Vgl. dazu bereits Dok. 120, weiter Dok. 156.

[12] Die Kammer- und Senatswahlen in Italien fanden am 28./29. April 1963 statt.

U-Boote habe Großbritannien insbesondere gewisse Zweifel, was die Besatzungen anbelange.[13]

Der Herr *Minister* wies darauf hin, das Problem der gemischten Besatzung sei zweifellos bei Überseeschiffen leichter zu lösen als bei U-Booten. Andererseits brauche vielleicht die Mischung in der Bemannung nicht übertrieben zu werden. Es gebe zweifellos Möglichkeiten, einige Nationalitäten zusammenzufassen und eine gemischte Bemannung besonders durch Kombination von mehreren Schiffen und Hauptquartieren zu vervollkommnen. Das wichtigste sei, ein Höchstmaß an Gemeinschaftsgefühl mit einem Mindestmaß an Reibungsfläche zu erreichen.

Lord Home stellte dann die Frage, ob der von den Amerikanern der Bundesrepublik zugedachte und ziemlich umfangreiche Prozentsatz an den Kosten[14] denn überhaupt tragbar sei.

Der Herr *Minister* erwiderte, die Bundesregierung habe diese Dinge noch nicht sehr endgültig geprüft. Eine multilaterale Streitmacht sei natürlich vor allem von höchstem politischem Wert. Er befürchte, daß eine Fortführung der französischen Force de frappe[15] einen Störungsfaktor in das Bündnis hineintrage, dessen Auswirkung man jetzt noch nicht abschätzen könne. Je größer also das Zusammengehörigkeitsgefühl sei, desto besser sei dies politisch.

Der Herr Minister sprach dann Lord Home auf die Frage des Röhrenembargos[16] an und sagte, er würde es sehr bedauern, wenn durch eine britische Übernahme der Lieferungen das deutsch-britische Verhältnis belastet würde. Er kenne die Erklärungen des britischen Vertreters im NATO-Rat[17], doch ändere dies nichts an der Tatsache, daß der NATO-Beschluß zustande gekommen sei. Es wäre wünschenswert, wenn die britische Regierung alles in ihrer Macht stehende tun würde, um die Bundesregierung nicht wegen des bestehenden NATO-Beschlusses in Schwierigkeiten zu bringen. Er hoffe, daß die britische Regierung ihren ganzen mittelbaren und moralischen Einfluß bei der britischen Industrie zum Tragen bringe. Chruschtschow habe zwar erklärt, die britischen Röhren seien zu teuer[18], doch wäre es ihm lieber, wenn er sich nicht nur auf Chruschtschows Wort verlassen müßte.

[13] Schon beim Treffen vom 18. bis 21. Dezember 1962 in Nassau äußerte der britische Premierminister Vorbehalte gegenüber dem Prinzip der gemischten Besatzung. Dazu die von Staatssekretär Ball in seinen Memoiren wiedergegebene Frage von Macmillian: „You don't expect our chaps to share their grog with the Turks, do you?" Auch die Antwort: „Wasn't that exactly what they did on Nelson's flagship?" habe den Premierminister nicht überzeugen können. Vgl. BALL, The Past, S. 267.

[14] Zur Frage der Kosten der MLF vgl. bereits Dok. 120. Nach Äußerungen des Sonderberaters des Präsidenten Kennedy, Bundy, gegenüber der Presse war vorgesehen, daß die USA und die Bundesrepublik je dreißig bis vierzig Prozent der Gesamtkosten übernehmen sollten. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 116 vom 20. Mai 1963, S. 2. Zur Kostenfrage vgl. weiter Dok. 159.

[15] Zur „force de frappe" vgl. Dok. 16, Anm. 6.
Zu den französischen verteidigungspolitischen Vorstellungen vgl. bereits Dok. 94. Zu Größe und Ausstattung der „force de frappe" mit Waffensystemen vgl. weiter Dok. 168.

[16] Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 5.

[17] Vgl. dazu Dok. 131, Anm. 15.

[18] Vgl. dazu bereits Dok. 116.

Lord Home bezeichnete dieses Problem als äußerst schwierig. Wenn die Regierung versuchen würde, eine Röhrenlieferung durch eine Verordnung zu stoppen, würde sie im Unterhaus unterliegen. Hinsichtlich des NATO-Beschlusses mache er sich Sorgen wegen der Dinge, die in letzter Zeit in Deutschland gesagt worden seien[19], so als habe die britische Regierung in der NATO gar nicht die jetzt verfolgte Linie verfolgt. Wenn diese Diskussion in Deutschland weiterginge, müßte die britische Regierung deutlicher dazu Stellung nehmen.

Der Herr *Minister* bemerkte, die NATO-Entscheidung habe ja nur durch Einstimmigkeit herbeigeführt werden können. Daran änderten auch die anderen Erklärungen des britischen Vertreters im NATO-Rat nichts. Er sprach noch einmal die Hoffnung aus, daß die britische Industrie dem inoffiziellen Rat der Regierung folgen werde.

Lord Home bemerkte, er hoffe, daß die britische Industrie keinen Auftrag bekommen werde. Die NATO-Angelegenheit sei nicht ganz so einfach, denn die britische Regierung habe ganz konsequent ihren Standpunkt vertreten. Allerdings hätte sie wohl den NATO-Beschluß durch ein Veto unterbinden sollen.

Lord Home sprach dann die Frage einer Sitzung des Bundestages in Berlin[20] an, die England äußerst ungern sehen würde.

Der Herr *Minister* erläuterte die Lage, wonach die Bundesregierung keine Möglichkeit des Eingreifens gegen den Vorschlag des Bundestagspräsidenten[21] habe. Er halte es für notwendig, daß die Alliierten ganz klar Stellung beziehen.[22] Dabei würde es nicht genügen, wenn die Alliierten einfach erklärten, sie teilten die Bedenkten der Bundesregierung, weil damit die Verantwortung doch wieder auf die Bundesregierung zurückfiele.

Das Gespräch endete gegen 10 Uhr.

Ministerbüro, Bd. 242

19 Zur deutschen Reaktion auf die britische Haltung zum Röhrenembargo vgl. bereits Dok. 131. Vgl. ferner die Äußerungen des Generaldirektors der Firma Hoesch, Ochel; DER SPIEGEL, Nr. 13 vom 27. März 1963, S. 31.
Vgl. weiter Dok. 179.

20 Vgl. dazu Dok. 111.

21 Eugen Gerstenmaier.

22 Zur Haltung der USA vgl. das Schreiben des amerikanischen Außenministers Rusk vom 16. April 1963 an Bundesminister Schröder; Ministerbüro, VS-Bd. 8475.

145

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Paris

Z A 5–47.A/63 **10. April 1963**[1]

Gedächtnisprotokoll über die Unterhaltung des Herrn Bundesministers des Auswärtigen mit dem amerikanischen Außenminister Rusk während des Abendessens am 10. April 1963 in der amerikanischen Botschaft in Paris.

Zur Frage des deutsch-französischen Vertrages[2] erläuterte der Herr *Minister* die Situation hinsichtlich der Ratifizierung.[3] Er verwies im übrigen darauf, daß die Haltung der Bundesregierung durch Taten deutlich genug belegt sei. Außenminister *Rusk* betonte, daß es nur das zeitliche Zusammenfallen der Termine gewesen sei[4], was Amerika beunruhigt habe. Er fügte hinzu, Botschafter Stevenson habe keinerlei Auftrag gehabt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.[5] Vielmehr sei ihm von Regierungsseite vor seiner Abreise angeraten worden, sich auf Wirtschaftsfragen zu beschränken.

Zur Frage der kollektiven Streitmacht machte Außenminister Rusk absolut klar, daß die amerikanische Regierung auf keinen Fall auf ihre Mitwirkung bei Entscheidungen verzichten könne.[6] Der Herr *Minister* betonte das Verständnis der Bundesregierung für diese Sachlage und bemerkte, es komme darauf an, auf dem Papier eine psychologisch geschickte Formulierung für diesen Tatbestand zu finden. Außenminister *Rusk* erklärte hierzu, wenn der von ihm genannte Grundsatz gewahrt bleibe, sei Amerika in den Formulierungen sehr aufgeschlossen. Hinsichtlich der Interalliierten Streitmacht bemerkte Außenminister Rusk, daß Wilson im Gegensatz zu Gordon Walker erklärt habe, eine Labour-Regierung würde sich an der multilateralen Streitmacht beteiligen, wobei ihr Anteil zum großen Teil aus Sachleistungen bestehen könnte.[7]

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 16. April 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 1. Mai 1963 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „Bitte verfügen Sie nach Ihrem Ermessen."

[2] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[3] Zum Ratifizierungsverfahren vgl. Dok. 170, Anm. 27.

[4] Außenminister Rusk sprach damit an, daß wenige Tage nach der kritischen Äußerung des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 zu einer britischen Mitgliedschaft in der EWG, am 22. Januar 1963, der deutsch-französische Vertrag unterzeichnet wurde. Zur Reaktion der amerikanischen Regierung vgl. Dok. 88.

[5] Der amerikanische Chefdelegierte bei der UNO, Stevenson, hielt sich am 2./3. April 1963 zu Gesprächen mit Bundeskanzler Adenauer und Bundesminister Schröder in Bonn auf. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 93.

[6] Zur Frage der Entscheidung über den Einsatz einer integrierten Nuklearstreitmacht der NATO vgl. Dok. 120, besonders Anm. 12.

[7] Vgl. dazu die Äußerungen des britischen Oppositionsführers Wilson während seines Besuchs vom 29. März bis 2. April in den USA; EUROPA-ARCHIV 1963, D 273–280, Z 99.

Beide Außenminister waren sich einig, daß die Beantwortung der sowjetischen Note[8] möglichst schnell erfolgen sollte.

Zu angeblichen Briefwechseln zwischen Präsident Kennedy und Chruschtschow[9] bemerkte *Rusk*, ihm sei kein solcher Briefwechsel seit Oktober[10] bekannt, doch werde er dies noch genau feststellen lassen und dem Herrn Minister mitteilen. Über den Vatikan habe lediglich einmal ein Kontakt in der Form stattgefunden, daß der Vatikan für den Wiener Kardinal[11] die Möglichkeit eines Besuches bei Kardinal Mindszenty[12] erbeten habe.[13]

Zur Kubafrage bemerkte Außenminister Rusk, hier sei praktisch nichts Neues zu bemerken.

Zur Frage der Anerkennung Israels durch die Bundesregierung[14] wollte Außenminister Rusk nicht Stellung nehmen. Er bemerkte allerdings, er halte die Gefahr einer Anerkennung Pankows durch Ägypten nicht für so groß, denn auch Amerika und andere Staaten hätten zu beiden Staaten Beziehungen.

Außenminister *Schröder* wies auf die Unterschiede in der Situation zwischen Amerika und der Bundesrepublik hin.

Hinsichtlich der Entwicklung nuklearer Waffen zeigte sich Außenminister *Rusk* besorgt, daß sowohl Israel als auch Ägypten versuchten, nukleare Waffen in ihren Besitz zu bekommen. Die amerikanische Regierung sei ziemlich besorgt und verfolge die Entwicklung auf diesem Gebiet sehr genau, habe sich aber leider noch nicht Gewißheit verschaffen können, daß die nukleare Entwicklung in beiden Ländern nur friedlichen Zwecken diene. Zur Arbeit deutscher Wissenschaftler in Ägypten bemerkte der Herr *Minister*, es sei natürlich äußerst schwierig, Deutschen die Arbeit im Ausland zu verbieten.[15] Außerdem glaube er nicht, daß die deutschen Professoren sehr viel zu der Entwicklung nuklearer Waffen beitragen könnten.

[8] Zur sowjetischen Note vom 8. April 1963, mit der gegen den Aufbau einer integrierten Atomstreitmacht der NATO protestiert wurde, sowie zu den Antwortnoten der Drei Mächte vom 18. Mai 1963 vgl. Dok. 116, Anm. 19.

[9] Zum Briefwechsel zwischen Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chruschtschow vom 19. Dezember 1962 bis 7. Januar 1963 über die Frage der Inspektionen, aus dem Auszüge bereits im Januar 1963 veröffentlich wurden, vgl. Dok. 92, Anm. 7.
Zu einem erneuten Briefwechsel kam es ab 24. April 1963 über die Frage des nuklearen Teststopps. Vgl. dazu weiter Dok. 153 und Dok. 196.

[10] Zum Briefwechsel zwischen Kennedy und Chruschtschow im Zusammenhang mit der Kuba-Krise vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[11] Franz Kardinal König, Erzbischof von Wien.

[12] József Kardinal Mindszenty, Erzbischof von Gran und Primas von Ungarn, wurde 1948 als Gegner des Kommunismus von der ungarischen Regierung festgenommen und 1949 wegen angeblichen Hochverrats zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Während des ungarischen Aufstands 1956 wurde er befreit und verbrachte die folgenden Jahre in der amerikanischen Botschaft in Budapest, bis ihm 1971 die Ausreise nach Wien erlaubt wurde.

[13] Zum Besuch des Kardinals König am 18. April 1963 in Budapest vgl. DIE WELT, Nr. 91 vom 19. April 1963, S. 1. Vgl. dazu auch DER SPIEGEL, Nr. 12 vom 20. März 1963, S. 67 f.

[14] Vgl. dazu bereits Dok. 121.

[15] Vgl. dazu bereits die Ausführungen des Bundesministers Schröder gegenüber dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar, vom 5. April 1963; Dok. 142. Vgl. weiter Dok. 147.

Der Herr Minister brachte dann den Wunsch zum Ausdruck, bei dem Berlinbesuch Präsident Kennedys[16] die Teilnahme von Mitgliedern der Bundesregierung, eventuell auch des Herrn Bundeskanzlers, ins Auge zu fassen. Außenminister *Rusk* versprach, die Frage Präsident Kennedy vorzulegen. Generell sei zu bemerken, daß Präsident Kennedy sich nicht zu eindeutig auf einen Berlinbesuch festlegen wolle, um den Besuch notfalls wieder fallenlassen zu können, falls zu dem Zeitpunkt des Besuchs irgendeine Krise bestünde.

Außenminister Rusk lud den Herrn Minister zu einem Besuch in Amerika und insbesondere Omaha[17] ein, und zwar jederzeit vor oder nach der Ottawa-Tagung[18]. Möglicherweise könne dieser Besuch vor der NATO-Ratstagung in Ottawa stattfinden, wobei der Herr Minister dann mit Außenminister Rusk zusammen nach Ottawa fliegen könnte.[19]

Außenminister Rusk sagte dann noch vertraulich, nach einer Mitteilung über einen anderen Botschafter, die er vor kurzer Zeit erhalten habe, habe Botschafter Kroll diesem anderen Botschafter erklärt, Chruschtschow habe ihm gesagt, daß nach den amerikanischen Wahlen der Militärverkehr nach Berlin blockiert werden würde.[20] Von dieser Äußerung Chruschtschows sei der amerikanischen Regierung leider nicht rechtzeitig etwas bekannt geworden. Der Herr *Minister* sagte, ihm sei von einem solchen Unterlassungsfehler nichts bekannt und er wisse auch nicht, ob Kroll etwas Derartiges berichtet habe. Er werde es jedoch feststellen lassen und Herrn Rusk Bescheid geben.

In diesem Zusammenhang versprach der Herr Minister auch die Übersendung[21] der von Herrn Kroll in letzter Zeit ausgearbeiteten Aufzeichnungen[22].

Die Unterhaltung endete um 23.15 Uhr.

Ministerbüro, Bd. 242

16 Zur Vorbereitung des Besuchs des Präsidenten Kennedy in der Bundesrepublik vgl. Dok. 129. Für den Verlauf des Besuchs vgl. Dok. 206–208.

17 In Omaha, Nebraska, befand sich das Strategische Bomberkommando (SAC) der USA.

18 Zur Tagung des NATO-Ministerrats vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa vgl. Dok. 190.

19 Bundesminister Schröder konnte der Einladung in die USA aus terminlichen Gründen nicht Folge leisten. Vgl. dazu das Interview mit Schröder vom 17. Mai 1963; BULLETIN 1963, S. 784. Vgl. dazu auch seine Äußerungen gegenüber dem amerikanischen Botschafter McGhee; Dok. 172.

20 Beim Abschiedsbesuch des Botschafters Kroll am 12. September 1962 erklärte Ministerpräsident Chruschtschow, er habe noch keinen festen Termin für den Abschluß eines separaten Friedensvertrags mit der DDR ins Auge gefaßt. Er wolle zunächst die amerikanischen Zwischenwahlen abwarten. Die Unterzeichnung werde sich aber nicht mehr lange hinauszögern lassen. Dann werde es zunächst zu einer ernsten Krise, vielleicht auch zu Zwischenfällen auf der Autobahn nach Berlin und an der „Demarkationslinie" kommen. Vgl. KROLL, Lebenserinnerungen, S. 573 f. Vgl. dazu auch den Drahtbericht von Kroll vom 12. September 1962; VS-Bd. 8379 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1962.

21 Bundesminister Schröder informierte mit Schreiben vom 25. April 1963 Außenminister Rusk über das Gespräch zwischen Kroll und Chruschtschow. Vgl. dazu Abteilung II (II 4), VS-Bd. 194; B 150, Aktenkopien 1963.

22 Vgl. vor allem die Aufzeichnungen vom 17. Januar 1963 und vom 18. Februar 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 318 A; B 150, Aktenkopien 1963.

146

Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer mit Staatspräsident Nasser in Kairo

I B 4–8.10/0–90.35–829/63 VS-vertraulich **10. April 1963**[1]

Am Abend des 10. 4. wurde ich um 22.30 in Gegenwart von Botschafter Weber von Staatspräsident Nasser empfangen. Bei der Besprechung war der Gouverneur von Kairo, Salah Dessouki, auf dessen Anregung das Gespräch zustande gekommen war, zugegen.

Nasser sah am Ende eines angestrengten Tages schmal und abgespannt aus, machte aber einen völlig gelösten und zufriedenen Eindruck. Das Gespräch, das im ganzen 40 Minuten dauerte, berührte folgende Hauptpunkte:

1) Unionsverhandlungen

Staatspräsident Nasser hatte kurz vorher in den Unionsverhandlungen mit der irakischen und syrischen Delegation das grundsätzliche Einverständnis zur Bildung einer „Vereinigten Arabischen Republik" erzielt.[2] Wir waren also die ersten, die Gelegenheit hatten, ihn zu diesem Thema zu sprechen.

Botschafter *Weber* sprach einleitend seine Glückwünsche aus, die von Nasser mit einer Geste der Beschwichtigung freundlich entgegengenommen wurden. In betonter Abgewogenheit wies er jedoch darauf hin, daß es sich lediglich um eine Einigung im Grundsatz handele und daß noch viele schwierige Fragen ungelöst geblieben seien. Die Einigung zwischen Bagdad, Kairo und Damaskus, die sich im Prinzip nunmehr anbahne, habe seit Saladin (regierte 1169 bis 1193) nicht mehr bestanden, es sei daher ein schwer zu verwirklichendes Vorhaben. Bisher habe man sich lediglich dahin geeinigt, daß der Name „Vereinigte Arabische Republik", die Hauptstadt Kairo und die Flagge rot-weiß-schwarz mit drei Sternen sein solle. Eine Verfassung müsse erst noch ausgearbeitet werden, und das ganze Einigungswerk solle dann abschließend nach einer drei-monatigen Bedenkzeit den Völkern zur Abstimmung vorgelegt werden.[3] Trotz aller Schwierigkeiten klang aus seinen Worten aber die Zuversicht, daß sich die Idee der arabischen Einheit letztlich verwirklichen werde.

2) Deutsche Experten

Zur Frage der deutschen Experten vermied Präsident *Nasser* jede Dramatisierung. Er spielte jedoch auf die gefährlichen Auswirkungen an, welche die ge-

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika", Schirmer, am 18. April 1963 gefertigt.
Ministerialdirektor Jansen leitete die Aufzeichnung am 18. April 1963 an Staatssekretär Carstens weiter, dem sie am 23. April vorlag. Carstens verfügte die Weiterleitung an Bundesminister Schröder.
Hat Schröder am 28. April und Bundeskanzler Adenauer am 3. Mai 1963 vorgelegen.

[2] Zur Proklamation eines Zusammenschlusses der VAR (Ägypten), Syriens und des Irak am 17. April 1963 zu einer erweiterten VAR vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 109f.; AdG 1963, S. 10522–10524.

[3] Vgl. dazu weiter Dok. 338, Anm. 9.

genwärtige, von Israel begonnene Kampagne[4] durch ihre möglichen Auswirkungen in der Bundesrepublik auf das deutsch-arabische Verhältnis haben könnte und erwähnte das Kidnapping des deutschen Staatsangehörigen Krug[5] als Auftakt zur jetzigen Kampagne – da erst durch Krug die Namen der deutschen Experten dem israelischen Geheimdienst bekannt geworden seien. Zur Sache selbst hob er hervor, daß er bemüht sei, sich mit Hilfe der deutschen Wissenschaftler in der Flugzeugproduktion von der Sowjetunion unabhängig zu machen. Man werfe ihm von westlicher Seite ja gerade vor, daß er zu eng in Rüstungsfragen mit den Russen zusammenarbeite. Falls ihm sein derzeitiges Bauprogramm durch Abzug westlicher Experten gestört werde, sei er notwendigerweise gezwungen, gegen seinen Willen auf die Sowjetunion zurückzugreifen, zumal ihn der Westen in der Vergangenheit ja im Stich gelassen habe. Früher habe ihm Rußland keine Migs 21 liefern wollen, nachdem Nehru nun aber beliefert worden sei[6], würde die Sowjetunion ihm selbstverständlich ebenfalls entgegenkommen. Was die Experten anbetreffe, sei er im übrigen jederzeit bereit, ihnen die ägyptische Staatsangehörigkeit zu verleihen, wenn hierdurch die Weiterarbeit erleichtert werden könne.

Unter Hinweis auf die jüngsten Pressekommentare in der Bundesrepublik[7] wies Botschafter *Weber* auf die besonderen juristischen Bedenken hin, die der von Israel angestrebten Sondergesetzgebung[8] entgegenstünden, ohne das Thema jedoch zu vertiefen.

3) Nichtanerkennung der SBZ

Ich benutzte den Anlaß und machte Präsident Nasser darauf aufmerksam, daß die verstärkte Propaganda gegen die deutschen Experten in Ägypten, die nicht nur von Israel selbst, sondern auch von den verschiedensten prozionisti-

[4] Zum israelischen Protest gegen die Mitarbeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie vgl. bereits Dok. 133 und Dok. 142.

[5] Zur Entführung des ehemaligen Geschäftsführers der Intra-Handelsgesellschaft, Heinz Krug, am 11. September 1962 im Zusammenhang mit der gegen deutsche Rüstungsexperten gerichteten Kampagne vgl. bereits Dok. 133. Vgl. dazu auch DER SPIEGEL, Nr. 40 vom 3. Oktober 1962, S. 48 f.

[6] Dieser Teilsatz wurde vom Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftliche Randbemerkung: „Bisher 4 Maschinen (Prototypen)." Im Februar 1963 waren 4 MiG-Maschinen einer von der UdSSR zugesagten Schwadron in Bombay eingetroffen. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10478.
Zu den Beziehungen zwischen Indien und der UdSSR vgl. den Bericht des Botschafters Duckwitz, Neu Delhi, vom 17. April 1963 an das Auswärtige Amt; Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 225; B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 72 vom 26. März 1963, S. 4 (Adenauer schaltet sich in die Raketen-Affäre ein); Nr. 74 vom 28. März 1963, S. 4 (Bonn dringt auf Rückkehr der Techniker aus Ägypten); Nr. 75 vom 29. März 1963, S. 5 (Israel prüft die Bonner Erklärung); Nr. 84 vom 9. April 1963, S. 3 (Ben Gurion verweigert dem Parlament Auskunft).
Vgl. dazu auch den Artikel von Erich Helmensdorfer, Deutsche im Solde Nassers; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 76 vom 30. März 1963, Wochenendbeilage.

[8] Zu der von israelischer Seite vertretenen und von Staatssekretär Hopf, Bundesministerium der Verteidigung, aufgegriffenen Forderung nach einer Genehmigungspflicht für eine Tätigkeit Deutscher in der ausländischen Rüstungsindustrie vgl. Dok. 133 und Dok. 142. Zu den juristischen und politischen Bedenken gegen dieses Vorhaben vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 2. April 1963; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu weiter Dok. 147.

schen Kreisen außerhalb Israels[9] gegen uns erfolge, im Zusammenhang mit der gesamten Nahost-Politik der Bundesregierung und ihrer traditionellen Freundschaft zu den arabischen Staaten gesehen werden müsse. Die Bundesregierung habe soeben erst wieder den arabischen Staaten notifiziert, daß keine Änderung ihrer Nahost-Politik und insbesondere ihrer Haltung zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel eingetreten sei.[10] Ohne Zweifel bedeute dieses Festhalten an der Nichtaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel einen wesentlichen Grund auch für die derzeitige Kampagne.

Das Gesamtproblem sei für die internationale, aber auch für die deutsche Öffentlichkeit nach wie vor emotional aufs schwerste durch die Erinnerung an die Nazigreuel belastet. Teile der deutschen Öffentlichkeit verstünden darüber hinaus auch die Politik der Bundesregierung gegenüber Israel gerade deshalb nicht, weil ja bekanntermaßen viele der mit den Arabern eng zusammenarbeitenden Nationen sowohl des Ostblocks wie auch der afro-asiatischen Welt mit Israel diplomatische Beziehungen unterhielten, ohne daß die arabischen Staaten hieran Anstoß nähmen. Hierdurch werde die Frage innenpolitisch für die Bundesregierung erschwert.

Andererseits habe die Bundesregierung stets daran festgehalten, auf die Gefühle der befreundeten arabischen Staaten Rücksicht zu nehmen, zumal die arabischen Staaten und an der Spitze er, Staatspräsident Nasser selber, gegenüber dem uns am Herzen liegenden Problem der Nichtanerkennung der DDR eine klare Linie eingehalten haben. Seine Haltung auf der Belgrader Konferenz[11] und seine Ablehnung der Zwei-Staatentheorie[12] werde von der Bundesregierung und der deutschen Öffentlichkeit nachhaltig gewürdigt. Eine unbeirrte Weiterführung dieser klaren Haltung der arabischen Politik gegenüber dem Deutschlandproblem sei nach meiner Auffassung die beste Garantie für die Überwindung auch der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Wenn sich die deutsche Öffentlichkeit immer dessen bewußt sein könne, daß unsere arabischen Freunde uns in der Aufrechterhaltung unserer Nichtanerkennungsthese trotz aller Bemühungen der Ostpropaganda nicht im Stich ließen, liege darin die beste Gewähr dafür, daß die öffentliche Meinung und das Parlament dem Druck der gegenwärtigen Propaganda standhalten könne.

[9] Vgl. dazu die diesbezüglichen Artikel in THE NEW YORK TIMES, Nr. 38408 vom 22. März 1963, S. 1 und S. 3; Nr. 38422 vom 5. April 1963, S. 1 und S. 3; Nr. 38425 vom 8. April 1963, S. 1.

[10] In Beantwortung der Noten der arabischen Staaten vom Dezember 1962 legte das Auswärtige Amt in einer Note vom 13. März 1963 dar, „daß eine Änderung der bisher eingenommenen Haltung der Bundesregierung hinsichtlich der Probleme des Nahost-Raumes, insbesondere der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel, nicht eingetreten ist". Vgl. Referat I B 4, Bd. 47.

[11] Vom 1. bis 6. September 1961 fand in Belgrad die Gründungskonferenz der blockfreien Staaten statt. In der abschließenden 27-Punkte-Erklärung wurde das Recht aller Völker auf Einheit und Selbstbestimmung betont. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1961, D 587–594. Auf der Konferenz von Belgrad bezeichnete Staatspräsident Nasser die Berliner Mauer als „that artificial line which divides the German people into two peoples hostile to each other, their respective lands turning into opposed arsenals, despite the fact that by nature and history, each is a component part and extension of the other". Vgl. Referat 708, Bd. 1279. Vgl. dazu auch Abteilung 7, VS-Bd. 102.

[12] Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 1, Anm. 7.

Präsident *Nasser* versicherte hierauf, daß er seinerseits an der bisher eingehaltenen Linie einer Politik der Nichtanerkennung der SBZ festhalte.

4) Jemen

Zum Jemenproblem teilte er mit, daß er soeben vom amerikanischen Sonderbotschafter Buncker gehört habe, daß Saudi-Arabien nunmehr seine Unterstützung der royalistischen Kräfte einzustellen bereit sei. Er habe deshalb zugesagt, nunmehr auch seinerseits mit dem Abzug der ägyptischen Truppen aus dem Jemen zu beginnen.[13] Was den Beitritt des Jemen zur Vereinigten Arabischen Republik betreffe, so könne dieser erst dann erwogen werden, wenn der letzte ägyptische Soldat das Land verlassen habe, da sonst der Eindruck entstände, als ob der Jemen unter ägyptischem Druck handele.

Im übrigen stelle das Land vielfältige und schwierige Probleme administrativer und wirtschaftlicher Art, und es bedürfe noch langer geduldiger Bemühungen, es aus seinem mittelalterlichen Zustand herauszuführen.

Die Ausführungen zeigten, daß Präsident Nasser den Jemen offenbar mehr als Belastung denn als wichtigen Beitrag zur arabischen Einheit empfindet.

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 100

147

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker

Dg I B **10. April 1963**

Betr.: Gesetzgeberische oder administrative Maßnahmen gegen deutsche Experten in Ägypten

Ich erfahre soeben, daß entgegen bisher mir gegebenen Hinweisen[1] hinsichtlich unseres politischen Verhaltens in dieser Frage nunmehr doch Weisung ergangen sei, daß innerhalb der Bundesressorts ein Gesetzentwurf vorbereitet werden soll, der die Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten im Ausland generell verbieten und unter Strafe stellen würde.[2] In Ausnahmefällen soll eine derartige Tätigkeit durch besondere Genehmigung seitens der Bundesregierung erlaubt werden.

[13] Nach dem Sturz der Monarchie im September 1962 brach im Jemen (später: Arabische Republik Jemen) ein Bürgerkrieg aus. Auf Vermittlung der USA kamen die in den Konflikt verwickelten Staaten Saudi-Arabien, die VAR und Jemen am 12. April 1963 überein, die Kämpfe einzustellen und der Stationierung von UNO-Beobachtern zuzustimmen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 75 und Z 111; AdG 1963, S. 10520.

[1] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 2. April 1963; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 133 und Dok. 142.

Ich bin mir der schwerwiegenden Gründe, die *für* eine solche Maßnahme sprechen, voll bewußt und glaube nicht, diese Gründe hier noch einmal einzeln aufzählen zu müssen. Andererseits halte ich es für meine Pflicht, noch einmal auf die schweren Bedenken hinzuweisen, die meines Erachtens einem derartigen gesetzgeberischen Vorhaben entgegenstehen:

1) Die Ressortbesprechung auf Staatssekretärebene, die am 2. 4. im Bundeshaus stattgefunden hat[3], hat ergeben, daß ein solches Gesetz wahrscheinlich sehr wenig wirksam sein und zu zahllosen Prozessen vor Verwaltungs- und Strafgerichten führen wird, deren Ausgang nach Ansicht der zuständigen Ressorts mehr als zweifelhaft wäre. Der deklaratorische Wert des Gesetzes würde damit in der Praxis zerstört und möglicherweise in sein Gegenteil umgekehrt.

2) Gleichgültig wie das Gesetz formuliert ist und mit welchen erläuternden Erklärungen es im Bundestag eingebracht wird, wird Ägypten und mit ihm die arabische Welt insgesamt darin eine diskriminatorische Maßnahme, die unter dem Drucke Israels[4] zustande gekommen ist, sehen.[5]

Eine sehr schwere Belastung unserer politischen Beziehungen zu den arabischen Staaten mit möglichen Auswirkungen auf die Stellung der SBZ im arabischen Raum, erscheinen mir eine unausweichliche Folge zu sein. Dies ist umso bedauerlicher in einem Zeitpunkt, in dem im arabischen Raum für uns und den Westen insgesamt positive Tendenzen zum Durchbruch gekommen sind.[6]

3) Nasser wird sich durch unsere Maßnahmen, soweit sie ihn überhaupt praktisch treffen, nicht von der Durchführung seiner Projekte abhalten lassen. Er wird vielmehr die abgezogenen deutschen Experten einfach durch Experten aus anderen Ländern, insbesondere aus dem Sowjetblock, ersetzen; zumal bereits schon jetzt unter den deutschen Experten zahlreiche Fachleute aus der SBZ sind. Für die Sowjetunion wird diese Verstärkung ihrer Position im Mittleren Osten sehr willkommen sein.[7]

4) Da das ins Auge gefaßte Gesetz notwendigerweise in seiner Anwendbarkeit nicht auf einzelne Regionen beschränkt werden kann, werden wir im weiteren Verlauf in den verschiedensten Weltgegenden dadurch in ernste politische Schwierigkeiten kommen. Wir werden z. B. Prof. Tank und seine Mitarbeiter, die in Indien an dem Aufbau der Luftwaffe entscheidend mitarbeiten[8], entweder zurückberufen oder mit einer Sondergenehmigung ausstatten müssen. Gegen die Erteilung einer solchen Sondergenehmigung wird ohne Zweifel die

[3] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 2. April 1963; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Zum israelischen Protest gegen die Mitarbeit deutscher Fachleute in der ägyptischen Rüstungsindustrie vgl. bereits Dok. 133 und Dok. 142.

[5] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Wie wenn es nur auf ABC-Waffen bezogen würde?"

[6] Zum Verhältnis der arabischen Staaten zur Bundesrepublik vgl. auch Dok. 146.

[7] Zu dieser Argumentation vgl. auch die Aufzeichnung des Leiters des Referats „Naher Osten und Nordafrika", Schirmer, vom 8. Mai 1963; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Zur Tätigkeit des Professors Tank in Indien vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221. Vgl. dazu auch DER SPIEGEL, Nr. 19 vom 8. Mai 1963, S. 60.

pakistanische Regierung scharfen Einspruch erheben und dabei darauf hinweisen, daß Pakistan durch den CENTO-Pakt mit dem Westen verbündet ist, während Indien eine neutralistische Politik verfolgt. Vor ähnliche unangenehme Entscheidungen werden wir laufend in Afrika und andererorts gestellt werden, da nach Erlaß eines solchen Gesetzes jede Tätigkeit eines deutschen Rüstungsexperten im Ausland Ausdruck einer politischen Willenskundgebung der Bundesregierung sein wird.

5) Die indische Regierung hat bei der Entwicklung des für den Aufbau ihrer Luftwaffe entscheidend wichtigen Düsenflugzeuges eine enge Zusammenarbeit mit dem Düsenprojekt Heluan in Ägypten in Rechnung gestellt (Lieferung von Aggregaten aus Heluan nach Indien).[9]

Wenn wir das Heluan-Projekt durch unsere Maßnahmen zunichte machen oder wesentlich verzögern, nehmen wir die Verantwortung für entsprechende Konsequenzen in Indien auf uns.

Wenn die Bundesregierung aus den eingangs erwähnten schwerwiegenden Gründen, die dennoch *für* eine gesetzgeberische Maßnahme sprechen mögen, die entsprechenden Konsequenzen zieht, so wäre es zur Abschwächung der von mir befürchteten negativen Auswirkungen zumindest erforderlich, die folgenden Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1) Die Gesetzesvorlage sollte zunächst in aller Stille und sehr sorgfältig vorbereitet werden, und die Einbringung der Gesetzesvorlage im Parlament sollte erst nach Ablauf einiger Monate erfolgen, um den peinlichen und in der arabischen Welt sehr schädlichen Eindruck zu vermeiden, daß wir nur unter Druck von Israel handeln. Dadurch könnte der dem Gesetz anhaftende Beigeschmack der Diskriminierung wenigstens gemildert werden.[10]

2) Es sollte angestrebt werden, den von dem Gesetz betroffenen Personenkreis so eng wie möglich zu umschreiben. Dies ist nicht nur aus auf der Hand liegenden verwaltungstechnischen Erwägungen heraus wünschenswert, sondern auch deshalb, weil wir vermutlich kaum ein politisches Interesse daran haben, die Mitwirkung Deutscher an Fabriken, die gewöhnliche Munition, Kleinwaffen etc. im Ausland herstellen, zu unterbinden. Es wäre daher meines Erachtens zu erwägen, ob wir das Gesetz nicht ausdrücklich auf Personen beschränkten sollten, die an ABC–Waffen und an Raketen arbeiten. Dadurch würde in dem konkreten Falle Ägypten das Flugzeugprogramm Heluan nicht unter die Verbotsbestimmungen fallen.

3) Das Gesetz müßte so formuliert werden, daß die Teilnahme an bloßen wissenschaftlichen Forschungsprojekten frei bleibt. Dies ergibt sich nicht nur aus der zwingenden Vorschrift des Artikels 5 des Grundgesetzes (Freiheit der

[9] Zur indisch-ägyptischen Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 220.
Zur Zusammenarbeit zwischen deutschen Rüstungsexperten in der VAR und in Indien vgl. auch DER SPIEGEL, Nr. 19 vom 8. Mai 1963, S. 60.

[10] Zur Frage eines Gesetzes über die Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten im Ausland vgl. weiter Dok. 173. Zur Haltung der arabischen Staaten vgl. Dok. 157.

Forschung)[11], sondern erscheint mir auch notwendig, damit das ins Auge gefaßte Gesetz sich nicht in direktem Widerspruch zu unserer seit Jahren verfolgten Entwicklungspolitik stellt.

4) Ich möchte ferner zu erwägen geben, ob es nicht zweckmäßig wäre, vor einer endgültigen Festlegung der Bundesregierung diesen ganzen Fragenkomplex durch den Planungsstab überdenken zu lassen.

Hiermit Herrn D I[12] mit der Bitte vorgelegt, diese vorläufigen und keineswegs abschließenden Gedanken zu dem obigen Thema dem Herrn Staatssekretär[13] und dem Herrn Bundesminister möglichst beschleunigt zur Kenntnis zu bringen.

Alexander Böker

Referat I B 4, Bd. 17

148

Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow

Z A 5–44.A/63 **11. April 1963**[1]

Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Lahr und dem sowjetischen Botschafter Smirnow anläßlich der Überreichung der deutschen Antwortnote[2] zum Röhrenembargo am 11. April 1963 um 12 Uhr im Büro des Herrn Staatssekretärs.

Staatssekretär *Lahr* erklärte, er habe den Botschafter zu sich gebeten, um mit ihm über die Röhrenfrage[3] zu sprechen. Der Bundesregierung liege dazu eine Note der sowjetischen Regierung vor[4], die sie , wie stets, sehr aufmerksam studiert habe. Bevor er die deutsche Antwort überreiche, würde er gerne einiges zu dieser Note sagen. Abgesehen von ihrem unfreundlichen Ton falle daran auf, daß in ihr eine ganze Reihe von Überlegungen am Rande angestellt würden, etwa ob bei der Behandlung dieser Angelegenheit durch die Bundesregie-

[11] Vgl. Artikel 5, Abs. 3 GG (Fassung vom 23. Mai 1949): „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung."

[12] Hat Ministerialdirektor Jansen am 16. April 1963 vorgelegen.

[13] Hat Staatssekretär Carstens am 17. April 1963 vorgelegen, der Ministerialdirektor Jansen und Ministerialdirigent Böker um Rücksprache mit Ministerialdirigent Meyer-Lindenberg bat.
Hat Meyer-Lindenberg am 7. Mai 1963 vorgelegen.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Richter am 15. April 1963 gefertigt.
Hat Ministerialdirigent Keller und Ministerialdirektor Sachs vorgelegen.

[2] Für den Wortlaut der Verbalnote der Bundesregierung vom 11. April 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 596 f.

[3] Vgl. dazu bereits Dok. 125.

[4] Für den Wortlaut der sowjetischen Note vom 6. April 1963 vgl. PRAVDA, Nr. 97 vom 7. April 1963, S. 2 f.; MEISSNER, Moskau-Bonn II, S. 931 f.
Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Legationsrats I. Klasse Naupert, Moskau, vom 6. April 1963 über die Unterredung, die er anläßlich der Überreichung der Note mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Semjonow führte; VS-Bd. 8397 (III A 6).

rung die Rechte des Bundestags gewahrt worden seien[5], ob die Souveränität der Bundesrepublik gebührende Beachtung und die Interessen der deutschen Industrie ausreichende Berücksichtigung gefunden hätten usw., Überlegungen, die anzustellen eher Sache der Bundesregierung als der sowjetischen Regierung sei. Die eigentliche Frage dagegen, nämlich ob die Nichterteilung der Genehmigung für die fraglichen Lohnveredelungsgeschäfte[6] wirklich eine Verletzung des deutsch-sowjetischen Handelsabkommens[7] darstelle, wie von sowjetischer Seite behauptet werde, tue die sowjetische Regierung außerordentlich kurz und ohne stichhaltige Begründung ab, um dann sogleich die Bundesregierung mit einem Schwall von Vorwürfen und Beschuldigungen zu überschütten.

Auf die deutschen Argumente, wonach ein Vertragsbruch gar nicht vorliege, werde in der sowjetischen Note überhaupt nicht eingegangen. Dabei habe er, Staatssekretär Lahr, sie bereits vor einigen Wochen in einem Gespräch mit dem sowjetischen Geschäftsträger Lawrow und dem Leiter der politischen Handelsvertretung Gritschin[8] ausführlich dargelegt. Liege aber ein Vertragsbruch nicht vor, dann entfielen auch alle Folgerungen, die die sowjetische Regierung in ihrer Note an diese Behauptung knüpfe.

Zur Frage Vertragsbruch oder nicht genüge es aber schon, darauf hinzuweisen, daß auf Grund der zur Erörterung stehenden Lohnveredelungskontrakte 203 000 Tonnen sowjetisches Roheisen in die Bundesrepublik hätten geliefert und dort zu 203 000 Tonnen Großrohren verarbeitet werden sollen. Im deutsch-sowjetischen Abkommen sei jedoch nur ein Kontingent von insgesamt 30 000 Tonnen Walzgut einschließlich Rohre[9] vorgesehen. Schon allein daraus sei ersichtlich, daß die fraglichen Geschäfte nur außerhalb des Abkommens hätten abgewickelt werden können. Das bedeute aber, daß die Bundesregierung frei gewesen sei, darüber zu entscheiden, ob sie diese Geschäfte genehmigen wolle oder nicht. Keineswegs bestehe auf sowjetischer Seite ein Anspruch auf ihre Durchführung.

Allerdings sei die Bundesregierung in der Ausübung ihrer Ermessensfreiheit bisher nicht kleinlich gewesen und habe – in Ansehung der Vertragsklausel über die wohlwollende Behandlung von Lieferungen auch außerhalb der vorgesehenen Kontingente[10] – selbst solche Lohnveredelungsgeschäfte gelegentlich genehmigt. Erst als ihr auf Grund des Umfangs dieser Geschäfte berechtigte Bedenken gekommen seien, habe sie von ihrem Recht auf freie Entschei-

[5] Zur Abstimmung im Bundestag vgl. Dok. 123, Anm. 6.

[6] Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 8.

[7] Zum Abkommen mit der UdSSR vom 31. Dezember 1960 über den Waren- und Zahlungsverkehr vgl. Dok. 23, Anm. 5.

[8] Zum Gespräch vom 5. Januar 1963 vgl. Dok. 11, Anm. 7.

[9] Die Wörter „Walzgut einschließlich Rohre" wurden von Ministerialdirigent Keller unterschlängelt. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „nein – Roheisen!"

[10] Das Abkommen mit der UdSSR vom 31. Dezember 1960 über den Waren- und Zahlungsverkehr sah in Liste B für das Jahr 1963 Lieferungen der Bundesrepublik an Eisen- und Stahlwalzgut, einschließlich geschweißter Großrohre, im Gesamtwert von 210 Millionen DM vor. Vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 12 vom 18. Januar 1961, S. 2.

dung Gebrauch gemacht und weitere Lieferungen unterbunden. Von einem Vertragsbruch könne deshalb keine Rede sein.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, es sei nicht schwierig, das Gegenteil zu beweisen. Wie der Staatssekretär am besten wisse, handle es sich bei dem Abkommen um einen zwischen den beiden Staaten geschlossenen und von den beiderseitigen Parlamenten feierlich ratifizierten Vertrag, dessen integrierender Bestandteil die Warenlisten seien. In diesen Warenlisten sei ein Kontingent für Großrohre ausdrücklich enthalten. Auf Grund dieser Bestimmung hätten beide Vertragsparteien seit Jahr und Tag Lieferungskontrakte für Großrohre geschlossen und zur Zufriedenheit der deutschen Lieferfirmen und ihrer sowjetischen Kontrahenten abgewickelt.

Dies sei solange gut gegangen, bis die Bundesrepublik in der NATO die Initiative für die Verhängung eines diesbezüglichen Embargos[11] gegen die Sowjetunion ergriffen habe, mit dem inzwischen von amtlichen Vertretern der Bundesregierung vor Presse und Rundfunk und im amtlichen Bulletin[12] der Bundesregierung offen erklärten Ziel, die Sowjetunion wirtschaftlich zu schwächen. Die Reaktion der Sowjetunion – so werde in manchen dieser Erklärungen triumphierend verkündet – zeige klar, daß sie mit dieser Maßnahme an einem wunden Punkt getroffen worden sei. Nun möge man über die Naivität solcher Erklärungen lächeln, da die Sowjetunion ja schließlich mehr Stahl erzeuge als die gesamte EWG zusammen und die Röhrenlieferungen aus der Bundesrepublik ohne weiteres ersetzen könne. Wegen der offen erklärten Absicht, die Sowjetunion zu schwächen, müsse man jedoch in der Verhängung des Embargos eindeutig einen feindseligen Akt der Bundesregierung erblikken. Die beiden Behauptungen der sowjetischen Note: der deutsch-sowjetische Vertrag sei durch das Embargo auf Waren, die vorher jahrelang geliefert worden seien, gebrochen worden, und das Embargo stelle einen feindseligen Akt gegenüber der Sowjetunion dar, beständen deshalb zu vollem Recht.

Man könne daraus nur schließen, daß die Bundesregierung das wirtschaftliche Band, das die beiden Länder bei allen sonstigen Meinungsverschiedenheiten bisher miteinander verbunden habe, nunmehr auch zerreißen wolle.

Staatssekretär *Lahr* wies dies zurück und wiederholte noch einmal, daß die Bundesregierung zur Genehmigung von Lohnveredelungsgeschäften, die nicht Gegenstand des deutsch-sowjetischen Abkommens seien, nicht verpflichtet sei, auch wenn sie bisher gelegentlich entsprechende Genehmigungen erteilt habe. Wenn sie solche Genehmigungen nicht mehr erteile, dann deshalb, weil ihr aus bestimmten Gründen Bedenken wegen des Ausmaßes dieser Lieferungen gekommen seien.

Es sei auch nicht richtig, daß die Bundesregierung in dieser Angelegenheit die Initiative ergriffen habe, wie der Botschafter behaupte. Dagegen sei die Bundesregierung durchaus bereit, ihren Teil der Verantwortung für diesen einstimmigen Beschluß der NATO zu übernehmen.

[11] Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 5.

[12] Vgl. dazu die Ausführungen des Chefs des Presse- und Informationsamtes, von Hase, vom 18. März 1963; Referat III A 6, Bd. 201. Vgl. ferner die Erklärung des Bundesministers Schröder vom 3. April 1963; BULLETIN 1963, S. 555.

Die Behauptung, die Bundesregierung wünsche die Sowjetunion wirtschaftlich zu schwächen, stehe in klarem Widerspruch zu ihrem gesamten bisherigen Verhalten in der Frage des deutsch-sowjetischen Handelsaustausches, dem sie – was ja auch seine Aufwärtsentwicklung zeige – stets positiv gegenübergestanden habe.

Man könne jedoch die Frage der Wirtschaftsbeziehungen nicht völlig im Windschatten der großen Politik halten. Es bestehe kein Grund, nicht offen auszusprechen, daß die politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht die besten seien. Auch mache sich die Bundesrepublik gewisse Sorgen über die militärische Macht der Sowjetunion. Diese sei jetzt dabei – und das führe zur Frage der Großrohre zurück– ein großes Netz von Pipelines zu bauen. Zwar solle nicht behauptet werden, daß diese Pipelines ausschließlich militärischen Zwecken dienten, doch sei ihre strategische Bedeutung[13] schon deshalb nicht zu leugnen, weil sich sowjetische militärische Persönlichkeiten von Rang hierüber sehr deutlich ausgesprochen hätten. Wenn auch die Bundesregierung nicht glaube, den Ausbau dieses Netzes für immer verhindern zu können, so habe sie doch den berechtigten Wunsch, nicht durch große Lieferungen zu einer Entwicklung beizutragen, die sich eines Tages gegen sie selbst richten könnte. Sie wolle nicht zu denen gehören, die sich wie die Kapitalisten in dem bekannten Leninschen Ausspruch noch unter dem Galgen stritten, wer von ihnen dem kommunistischen Henker den Strick verkaufen dürfe. In einer solchen Haltung könne man nicht gut einen feindlichen Akt sehen.

Was die Frage der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen überhaupt angehe, so wolle die Bundesregierung keineswegs, wie der Botschafter angedeutet habe, einen Schlußstrich unter den deutsch-sowjetischen Vertrag ziehen. Abgesehen von gewissen deutschen Waren, über deren Lieferung er, der Staatssekretär, seinerzeit mit dem stellvertretenden Außenhandelsminister Kumykin besonders lange verhandelt habe[14], wo auf sowjetischer Seite offensichtlich wenig Neigung zur Erfüllung ihrer eindeutigen Vertragsverpflichtungen bestehe, und abgesehen von den Rohren, die das deutsch-sowjetische Abkommen, wenn überhaupt, dann nur am Rande berührten, habe der deutsch-sowjetische Warenaustausch keine Beeinträchtigung erlitten und brauche dies auch in Zukunft nicht zu tun, solange nur beide Seiten sähen, daß sie ein gegenseitiges Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung des Partners hätten.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, wenn die Bundesregierung Bedenken gegen die Form des Lohnveredelungsgeschäftes habe, so hätte sie darüber mit der sowjetischen Seite sprechen können. Statt dessen habe sie ein Embargo verhängt, mit dem erklärten Ziel der Schwächung der Sowjetunion.

[13] Zur Einschätzung der strategischen Bedeutung des geplanten Rohrleitungsnetzes durch die Bundesregierung vgl. Dok. 125.

[14] Botschafter z. b. V. Lahr hielt sich von Juli 1957 bis April 1958 wiederholt in Moskau zu Verhandlungen mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenhandelsminister Kumykin über das deutsch-sowjetische Abkommen vom 25. April 1958 über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt auf. Vgl. dazu das Ergebnisprotokoll der Besprechung vom 3. April 1958; Referat III A 6, Bd. 201. Zu den Verhandlungen vgl. auch LAHR, Zeuge, S. 260–297.

Staatssekretär *Lahr* erwiderte, von den drei in Frage stehenden Kontrakten habe die Bundesregierung entgegen der in der sowjetischen Note aufgestellten Behauptung erst nachträglich erfahren, sonst hätte sie die betreffenden Firmen gegebenenfalls von ihren Bedenken unterrichtet. Das ändere aber nichts an der Tatsache, daß sie der sowjetischen Regierung gegenüber auch dann auf ihrem Standpunkt hätte bestehen müssen, daß es sich nicht um Geschäfte innerhalb des Abkommens handle.

Botschafter *Smirnow* bestand darauf, die Lieferung der Röhren sei im Vertrag vorgesehen. Die Art und Weise der Lieferung sei eine rein technische Frage, über die man hätte sprechen können. Nun sage aber der Staatssekretär, entscheidend für die Verhängung des Embargos seien Gesichtspunkte der Politik gewesen. Wenn dem so sei, so sei dies keine Politik, die zur Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen beitrage, die die Bundesregierung angeblich erstrebe. Im übrigen spielten für die Sowjetunion nicht so sehr die Röhren eine Rolle, als vielmehr das Prinzip der Vertragstreue und die Frage von Treu und Glauben zwischen Handelspartnern. In letzter Zeit tauchten bei der Abwicklung des deutsch-sowjetischen Handelsaustauschs auch auf anderen Gebieten früher nicht beobachtete Schwierigkeiten auf. Dabei würden von der Bundesregierung heute das Außenwirtschaftsgesetz[15], morgen ein NATO-Beschluß und übermorgen politische Gesichtspunkte ins Feld geführt. Das aber müsse die gesamte Ordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in Frage stellen, was auch in der sowjetischen Note sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden sei.

Staatssekretär *Lahr* wiederholte den deutschen Standpunkt, daß eine Verpflichtung zur Genehmigung der fraglichen Geschäfte aus dem Vertrag nicht abgeleitet werden könne. Bei der Frage, ob sie die Geschäfte außerhalb des Vertrags hätte genehmigen sollen, seien für die Bundesregierung politische Gesichtspunkte entscheidend gewesen. Auch wenn man, wie die Bundesregierung, zur Entwicklung der deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen positiv eingestellt sei, könne in gewissen Dingen die Notwendigkeit zu Beschränkungen gegeben sein. Der wirtschaftliche Bereich lasse sich nun einmal nicht vollständig aus dem politischen ausklammern. Der Botschafter möge COCOM-Listen[16] für schädlich halten, aber die Tatsache bleibe bestehen, daß Handelsbeziehungen zwischen Ost und West eben nur unter Ausklammerung gewisser Dinge überhaupt möglich seien. Es handle sich jedoch um Ausnahmefälle, und auch die Bundesregierung habe den vorliegenden Fall als Ausnahmefall, der nicht verallgemeinert werden dürfe, betrachtet und behandelt. Sie bedauere deshalb außerordentlich, daß die sowjetische Regierung die Angelegenheit mit ihrer Note in dieser Weise hochgespielt habe, und er frage sich, wem mit Vorwürfen und Beschuldigungen, wie sie die sowjetische Regierung darin erhebe, eigentlich gedient sei? Eine COCOM-Liste habe es schon immer gegeben. Es sei deshalb sicherlich klüger, diejenigen Dinge, über die man sich ohnehin nicht einigen könne, beiseite zu lassen und weiterhin alles

[15] Zum Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961 vgl. Dok. 124, Anm. 8.
[16] Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 18.

zu tun, damit sich die Wirtschaftsbeziehungen außerhalb des von politischen Fragen berührten Bereichs weiter günstig entwickeln könnten.

Auf eine nochmalige Wiederholung des sowjetischen Standpunkts durch Botschafter Smirnow erwiderte Staatssekretär *Lahr*, er bitte, die Antwort der deutschen Note zu entnehmen, die er ihm hiermit überreiche.[17]

Das Gespräch war um 12.45 Uhr beendet.

VS-Bd. 8397 (III A 6)

149

Staatssekretär Hopf, Bundesministerium der Verteidigung, an Staatssekretär Carstens

III 8–31–08–41–01/2068/63 geheim **17. April 1963**[1]

Sehr geehrter Herr Carstens!

Das Antwortschreiben des Herrn Bundeskanzlers[2] zum Brief des amerikanischen Präsidenten vom 29. 3. 1963[3] über die Multilateral Nuclear Force ist mir zur Kenntnis gebracht worden. Das Bundesministerium der Verteidigung ist bei der Abfassung des Antwortschreibens nicht beteiligt worden.[4]

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf drei wichtige Punkte aufmerksam machen.

Der erste ist die Frage des Trägers der Polaris-Raketen. Augenblicklich prüfen amerikanische und deutsche Experten diese Frage, bei der es sich vor allem um die Überlebensfähigkeit der Überwasserschiffe handelt.[5] Das zweite noch offene Problem betrifft den Abstimmungsmodus im Executive Commit-

[17] Zur sowjetischen Reaktion vgl. Dok. 174.

[1] Handschriftlicher Vermerk des Staatssekretärs Carstens: „Eingeg[angen] 23. 4.".

[2] Für das Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer vom 4. April 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8475; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Für das Schreiben des Präsidenten Kennedy vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8475. Für ein weiteres Antwortschreiben des Bundeskanzlers Adenauer vgl. Dok. 156.

[4] Am 5. April 1963 wies Staatssekretär Hopf, Bundesministerium der Verteidigung, Ministerialdirigent Reinkemeyer in einem Telefongespräch darauf hin, daß in dem Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer vom 4. April 1963 an Präsident Kennedy versäumt worden sei, einen Vorbehalt hinsichtlich der Kosten der integrierten Atomstreitmacht der NATO auszusprechen. Hopf führte dies darauf zurück, daß bei der Abfassung des Schreibens der Bundesminister der Verteidigung nicht konsultiert worden war. Vgl. die Aufzeichnung von Reinkemeyer vom 6. April 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8475; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Zur Alternative U-Boote oder Überwasserschiffe vgl. bereits Dok. 120.
Vgl. außerdem den Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 18. April 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963.

tee[6], dem vorgesehenen politischen Gremium der Mitgliedstaaten der MLF, das über die Freigabe der nuklearen Waffen zu entscheiden hätte. Wie Herr Bundesminister von Hassel betont hat, lehnen wir einstimmige Beschlüsse auf die Dauer ab[7], sind jedoch bereit, sie für die Aufbauphase der MLF in Kauf zu nehmen.

Einstimmige Beschlußfassung würde jedem der Teilnehmerstaaten die Möglichkeit geben, das Instrument der MLF durch ein Veto lahmzulegen. Die Gefahr des Vetos besteht weniger darin, daß die USA davon Gebrauch machen, sondern einer der europäischen Teilnehmerstaaten, z. B. England oder Italien nach einem Regierungswechsel. Die Möglichkeit eines Vetos würde sowohl die Abschreckung verringern, wie auch politische Nachteile besonders im Hinblick auf Frankreich haben. Nach Kenntnis des Briefes des Herrn Präsidenten Kennedy scheint es nicht ausgeschlossen, daß eine Kompromißformel, z. B. ein eingeschränkter Mehrheitsmodus, gefunden wird.

Besonders bedeutungsvoll ist aber die finanzielle Frage.[8] Unsere Beteiligung an der MLF wird von uns für eine ganze Reihe von Jahren bedeutende finanzielle Aufwendungen fordern. Eine endgültige Zusage zu dem amerikanischen Projekt ist erst möglich, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind:

Erstens müssen wir uns über das Ausmaß dieser zusätzlichen Belastung im klaren sein. Es hängt davon ab, wieviele Staaten sich an der MLF mit welchen Prozentsätzen beteiligen und wie groß der Umfang der Streitmacht werden wird. Es hängt ferner sehr wesentlich davon ab, ob wir aus politischen Gründen mit einer Überwasserschiffs-Version beginnen müssen, um später auf die U-Boot-Version überzugehen, was die Kosten u. U. noch weiter erhöhen dürfte.

Zweite Voraussetzung ist, daß der Bundestag bereit ist, die für unseren Anteil erforderlichen Mittel zusätzlich zu den übrigen Verteidigungsausgaben zur Verfügung zu stellen. Anderenfalls würde der Aufbau der Bundeswehr – auch ihr konventioneller Anteil – in nicht zu verantwortendem Maße beeinträchtigt werden.

Ich bitte sie dringlich, ihren Einfluß geltend zu machen, daß die Mittel für die MLF vom Parlament zusätzlich bereitgestellt werden.[9] Eine entsprechende

[6] Zur administrativen Kontrolle einer multilateralen Atomstreitmacht durch ein „executive committee" vgl. Dok. 2, Anm. 5.

[7] Größter Streitpunkt, der während der Diskussionen über eine Nuklearstreitmacht der NATO bis 1965 nicht gelöst werden konnte, war die Frage eines Vetorechts. Vgl. dazu Dok. 120, besonders Anm. 12.
Vgl. dazu weiter Dok. 156.

[8] Zur Frage der Finanzierung der integrierten Nuklearstreitmacht der NATO vgl. Dok. 120; weiter Dok. 159.

[9] Am 23. April 1963 sagte Staatssekretär Carstens zu, daß das Auswärtige Amt in der Kabinettssitzung vom 24. April 1963 bei der Beratung über die Finanzierung einer Nuklearstreitmacht diese Haltung unterstützen werde. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963.
Am 24. April 1963 billigte das Bundeskabinett grundsätzlich das Projekt einer integrierten Nuklearstreitmacht der NATO. Ebenso erklärte es sein Einverständnis, die Streitmacht zunächst auf Überwasserschiffen zu stationieren, und stimmte dem amerikanischen Vorschlag zu, für die Freigabe des Einsatzes vorerst eine einstimmige Entscheidung der Hauptteilnehmerstaaten vorzuse-

Bitte habe ich auch an den Herrn Staatssekretär im Bundeskanzleramt[10] gerichtet.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Hopf

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

150

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs

III A 4-81.00-385/63 geheim **22. April 1963**[1]

Betr.: Tätigkeit des Brigadegeneral Becker im Ausland
Bezug: Im Anschluß an die Aufzeichnung vom 20. 4. 1963 – III A 4–81.SR/4-92.32/312^{III}/63 geh.[2]

Durch das eigenmächtige Vorgehen des Brigadegenerals Becker[3] im Ausland, das auch von der britischen Botschaft bei einer Demarche am 19. 4. 1963 bei Abteilung I[4] lebhaft kritisiert wurde, sind dem Auswärtigen Amt, abgesehen von der Pakistan-Angelegenheit[5], auch in anderen Fällen mehrfach Schwierigkeiten entstanden. So hat General Becker insbesondere ohne Beteiligung oder Zustimmung des Auswärtigen Amts bzw. ohne dessen rechtzeitige Unterrichtung in mehreren Fällen Verhandlungen mit fremden Regierungen über Waffenlieferungen geführt.[6] Nachstehend sind einige Einzelfälle aus letzter Zeit angeführt:

Fortsetzung Fußnote von Seite 492

hen. Vgl. dazu den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 25. April 1963 an Botschafter Knappstein, Washington; Ministerbüro, VS-Bd. 8489; B 150, Aktenkopien 1963.

10 Hans Globke.

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde vom Leiter des Referats „Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung", von Stechow, konzipiert.

2 Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 211.

3 Brigadegeneral Becker war im Bundesministerium der Verteidigung für die Koordinierung der Ausrüstungshilfe zuständig.

4 Vgl. dazu den Vermerk des Leiters des Referats „Afrika südlich der Sahara", Steltzer, vom 19. April 1963; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 173.

5 Zur Frage der Lieferung von Jagdflugzeugen aus Beständen der Bundeswehr an Pakistan vgl. auch Dok. 166. Zur Rolle des Generals Becker hierbei vgl. auch die Aufzeichnung über eine interne Besprechung im Auswärtigen Amt am 14. Mai 1963; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 173.

6 Zu Verhandlungen des Generals Becker in der Türkei vgl. auch Dok. 40, Anm. 2.
Zu den Schwierigkeiten des Informationsaustausches zwischen Auswärtigem Amt und Bundesministerium der Verteidigung vgl. bereits Dok. 119.

1) Somalia

Aus Anlaß der geheimen deutsch-somalischen Verhandlungen[7] über Ausrüstungshilfe hat sich General Becker bei israelischen Dienststellen erkundigt, ob auch ihre Regierung zur Gewährung von Ausrüstungshilfe an Somalia grundsätzlich bereit sei und eine positive Antwort erhalten.

Abgesehen davon, daß hierdurch die Geheimhaltung der deutschen Absichten in Frage gestellt worden ist, bestehen gegen ein solches Vorgehen auch ernste außenpolitische Bedenken, da Somalia als islamisches Land Hilfe von Israel nicht annehmen kann und möglicherweise die Bundesregierung beschuldigen würde, Israel zu einem Hilfsangebot ermutigt zu haben. Ein Bekanntwerden der Fühlungnahme mit Israel könnte vom Ostblock als enge deutsch-israelische Zusammenarbeit in Afrika bezeichnet und propagandistisch ausgenutzt werden.

2) Guinea

Nach Mitteilung der britischen Botschaft hat General Becker bei seinem letzten Besuch in Conakry über die Ausdehnung unserer bisher auf ein eng begrenztes dual purpose-Projekt[8] beschränkten Ausrüstungshilfe verhandelt.

Der deutsche Botschafter[9], welcher Weisung hatte, bei allen Besprechungen zugegen zu sein, mußte feststellen, daß General Becker entgegen den getroffenen Abmachungen die Verhandlungen mit den guineischen Dienststellen eine Stunde vor dem angesetzten Termin begonnen hatte.[10]

3) Sudan

Bei den Verhandlungen in Khartum über die Durchführung der vom Bundesministerium der Verteidigung abgeschlossenen Ressortvereinbarung wurde dem Vertreter des Auswärtigen Amts kein Einblick in die Verhandlungsunterlagen des Bundesministeriums der Verteidigung gewährt.[11]

4) Ghana

Nach Angaben der britischen Botschaft[12] hat sich General Becker aus Anlaß seines Aufenthalts in Nigeria zu Besprechungen mit ghanaischen Dienststellen in Ghana aufgehalten. Dem Auswärtigen Amt ist darüber nichts mitgeteilt worden.[13]

[7] Vgl. dazu Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 171. Vgl. auch Referat III A 4, Bd. 300.

[8] Zweck solcher Projekte war, die betreffenden Staaten nicht allein auf militärischem Gebiet zu unterstützen, sondern damit zugleich einen Beitrag zur Verbesserung der auch zivil nutzbaren Infrastruktur zu leisten.

[9] Karl-Heinz Wever.

[10] Zum Aufenthalt des Generals Becker in Guinea Mitte März 1963 vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 173.

[11] Zur Ausrüstungshilfe für den Sudan vgl. bereits Dok. 119.

[12] Vgl. dazu den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steltzer vom 19. April 1963; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 173.

[13] Dazu handschriftliche Bemerkung: „Stimmt nicht. Nur zwischengelandet, aber keine Besprechungen."
Zur Ausrüstungshilfe für Nigeria vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 193; Referat III A 4, Bd. 300.

5) Indien

Anläßlich des pakistanischen Antrags, beim BWB[14] in Koblenz eine Verbindungsstelle zu errichten, erfuhr das Auswärtige Amt, daß Indien vom Bundesministerium der Verteidigung laufend bei der Beschaffung von Mörsern, Maschinengewehren, Panzerabwehrwaffen und Munition unterstützt wird.[15] Das Auswärtige Amt, das an dieser Angelegenheit (Sonderwirtschaftskredit) besonders interessiert ist, wurde nicht unterrichtet.[16]

6) Israel

Das Auswärtige Amt wurde bisher über den Stand der rüstungswirtschaftlichen Beziehungen zu Israel nicht ausreichend unterrichtet.[17] In der vierteljährlich übermittelten Länderstatistik der Rüstungskäufe des Bundesministeriums der Verteidigung im Ausland[18] waren die Zahlen für Israel entweder überhaupt nicht enthalten oder offensichtlich verschleiert, d. h. insbesondere die über Liechtenstein laufenden Käufe entweder gar nicht enthalten oder in der Rubrik „sonstige Länder" untergebracht, so daß das Auswärtige Amt kein klares Bild gewinnen konnte.

Seitens des Auswärtigen Amtes ist Wert darauf zu legen, daß derartige zu beanstandende Aktionen des Brigadegenerals Becker insbesondere in Afrika unverzüglich unterbunden werden.[19] Bei einer Fortsetzung seiner Tätigkeit in der bisherigen Weise, über die er offenbar weder das Auswärtige Amt noch in vielen Fällen sogar seine eigene Behörde ausreichend zu unterrichten pflegt, müssen wir damit rechnen, daß eines Tages eine ernstliche Verstimmung unserer Alliierten[20] entsteht und auch die deutsche Stellung in Afrika in Mitleidenschaft gezogen wird.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär vorgelegt.

Sachs[21]

Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 173

14 Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung.

15 Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 20. April 1963; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 211.

16 Zur Ausrüstungshilfe für Indien vgl. auch Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 167. Vgl. dazu ebenfalls Abteilung III (III B 7), VS-Bd. 169.

17 Zum Kauf von Rüstungsgütern in Israel (seit Ende der fünfziger Jahre) vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 167.
In diesem Zusammenhang wurde die Bundeswehr mit der Maschinenpistole „Uzi" und israelischer Granatwerfermunition ausgerüstet. Vgl. dazu STRAUSS, Erinnerungen, S. 346. Zur militärischen Zusammenarbeit mit Israel vgl. auch Dok. 193, Anm. 3.

18 Vgl. dazu Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 175 und VS-Bd. 215.

19 Am 24. April 1963 übersandte Bundesminister Schröder eine von Staatssekretär Carstens redigierte Fassung der Aufzeichnung an Bundesminister von Hassel. Im Begleitschreiben äußerte Schröder: „Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir Ihre Anregung, die Angelegenheit einmal in aller Ruhe zu erörtern, verwirklichen könnten. Ferner wäre ich Ihnen dankbar, wenn die geplante Reise von General Becker nach Somalia zunächst zurückgestellt werden könnte." Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 173; B 150, Aktenkopien 1963.

20 Zu Gesprächen mit den USA über Fragen der Ausrüstungshilfe vgl. auch Dok. 166.

21 Paraphe vom 22. April 1963.

151

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 723/63 geheim **23. April 1963**[1]

Der griechische Botschafter[2] suchte mich auf seinen Wunsch auf und trug vor, in Griechenland herrsche große Aufregung, nachdem bekannt geworden sei, daß die Türkei U-Boote in Deutschland bestelle.[3] Das griechisch-türkische Verhältnis sei zur Zeit schlecht. Äußerer Anlaß seien das Zypern-Problem[4] und Kontroversen über die Territorial-Gewässer. Der wahre Grund sei jedoch die Schwäche der derzeitigen türkischen Regierung[5], die versuche, ihre Öffentlichkeit durch außenpolitische Aktivität abzulenken.

Nach den der griechischen Regierung zugegangenen Nachrichten[6] seien die fraglichen U-Boote nur in der Ägäis und nicht im Schwarzen Meer verwendbar. In den NATO-Planungen sei nicht vorgesehen, daß die Türkei derartige U-Boote erwerben solle. Von einer Seite sei behauptet worden, daß die Bundesregierung der Türkei einen Kredit zur Finanzierung des U-Boot-Kaufs zur Verfügung stelle. Dies würde die griechische öffentliche Meinung besonders stark beunruhigen.

Der Botschafter bestritt im übrigen, daß Mathiopoulos die Angelegenheit aufgebauscht habe. In dieser Frage seien alle Griechen, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, einig.

Ich fragte den Botschafter, welchen Auftrag er habe. Er antwortete, er sei beauftragt, sich zu informieren.

[1] Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung diente zu einem späteren Zeitpunkt als Vorlage für einen Drahterlaß an die Botschaft Athen. Zu diesem Zweck wurden Streichungen vorgenommen.

[2] Themistokles Tsatsos.

[3] Die türkischen Kaufabsichten wurden vermutlich am Rande einer Pressekonferenz des Bundesministers der Verteidigung am 18. April 1963 bekannt, in der über den Stand der U-Boot-Produktion in der Bundesrepublik informiert wurde. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 91 vom 19. April 1963, S. 3.
Vgl. dazu bereits Dok. 40; weiter Dok. 166.

[4] Auf Zypern, das am 16. August 1960 seine Unabhängigkeit von Großbritannien erlangte, kam es zu wiederholten Ausschreitungen zwischen radikalen griechischen Zyprioten und türkischen Einwohnern. Die Verletzung des Verfassungsgebots zu getrennter Gemeindeverwaltung für griechische und türkische Stadtbewohner durch die griechische Bevölkerungsgruppe sowie die Weigerung der Griechen, einem im April 1963 in dieser Angelegenheit ergangenen Urteil des zyprischen Verfassungsgerichts Folge zu leisten, waren Ausgangspunkt für die bürgerkriegsähnlichen Unruhen im Dezember 1963. Vgl. dazu auch Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 47.

[5] Am 22. Februar 1962 scheiterte in der Türkei ein Militärputsch. In der Folgezeit blieb das Verhältnis zwischen Regierung und Militär gespannt. Vgl. dazu auch Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 46.
Ein weiterer Putschversuch schlug in der Nacht vom 20. auf den 21. Mai 1963 fehl. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10583 f.

[6] Die Erkenntnisse der griechischen Regierung und die Meldungen in der dortigen Presse beruhten im wesentlichen auf Informationen des Bonner Korrespondenten der Zeitung „Eleutheria", Mathiopoulos. Vgl. dazu die Drahtberichte des Botschafters Melchers, Athen, vom 19. und 20. April 1963; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 162 bzw. Referat III A 4, Bd. 299.

Als seine persönliche Meinung fügte er hinzu, daß es das Beste wäre, wenn die Lieferung der U-Boote an die Türken nicht zustande käme. Die nächstbeste Lösung bestehe darin, daß die Griechen U-Boote unter den gleichen Bedingungen wie die Türken von uns erhielten.

Ich sagte dem Botschafter eine Antwort bis zum 29. April zu.

Hiermit Herrn D III[7] mit der Bitte um Vorlage einer Aufzeichnung bis zum 27. April, die mich zur Erteilung einer Antwort instand setzt.[8] Ich bitte, die Antwort mit Abteilung I, Bundesverteidigungs- und Bundeswirtschafts-Ministerium abzustimmen.

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438

152

Vermerk des Staatssekretärs Lahr

St.S. 395/63 **23. April 1963**[1]

Betr.: Besprechungen mit einer amerikanischen Delegation am 18. April[2] über die GATT-Zollkonferenz 1964/65 (Kennedy-Runde)[3]

Unter Bezugnahme auf das beiliegende Protokoll möchte ich aus meinen Ausführungen vom 18. April folgende Punkte, die für unsere Arbeiten wesentlich sind, herausstellen:

1) Die gemeinsame Agrarpolitik der EWG kann bis zum Jahre 1964, dem Jahr der Kennedy-Runde, keinesfalls abgeschlossen sein. Artikel 40 des Rom-Vertrags[4] sagt: „Die Mitgliedstaaten entwickeln die gemeinsame Agrarpolitik schrittweise während der Übergangszeit und legen sie noch vor deren Ende fest." Das französische Drängen, die Agrarpolitik schon bis 1964 festzulegen[5], ist also vertragswidrig und im übrigen gänzlich unrealistisch. Wir werden die Vorbereitungszeit auf diesem Gebiet bis zum letzten Tag benötigen und kön-

[7] Ministerialdirektor Sachs.

[8] Am 26. April 1963 teilte Ministerialdirektor Sachs dazu mit, eine Lieferung von U-Booten im Rahmen der geplanten Ausrüstungshilfe für die Türkei komme wahrscheinlich nicht in Frage. Darüber hinaus sei von türkischen U-Boot-Bestellungen bei deutschen Werften nichts bekannt. Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 162; B 150, Aktenkopien 1963.

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Zu den Besprechungen des amerikanischen Sonderbeauftragten Blumenthal am 18. April 1963 in Bonn vgl. Referat III A 2, Bd. 107.

[3] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[4] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

[5] Auf der Sitzung des EWG-Ministerrats am 1./2. April 1963 plädierte der französische Außenminister Couve de Murville dafür, vor Aufnahme von Verhandlungen mit den USA die gemeinsame Agrarpolitik festzulegen. Vgl. AdG 1963, S. 10505.

nen es als Erfolg verbuchen, wenn das Vertragsziel zum 1. Januar 1970 erreicht ist. Das setzt aber auch den Kennedy-Verhandlungen gewisse Grenzen, denn wir können nicht mit den Amerikanern über Fragen verhandeln, die innerhalb der Gemeinschaft noch nicht geklärt sind. Das gilt auch für die „weltweiten Abkommen", die den Kennedy-Verhandlungen in gewisser Weise folgen.

Natürlich heißt das nicht, daß die Landwirtschaftsfragen praktisch aus der Kennedy-Runde ausgeschlossen werden. Wir müssen abwarten, welches die wesentlichen Desiderata der Amerikaner sind und müssen versuchen, in diesen Fragen zu einer Einigung innerhalb der Gemeinschaft zu kommen, wenn nicht über definitive Maßnahmen, so über vorläufige.

2) Der amerikanischen „Philosophie" von dem Preis als allgemeinem Regulator, die auch die „Philosophie" der Kommission und der Franzosen ist, begegnen wir mit Zurückhaltung. Wir können diesen Faktor natürlich nicht leugnen, aber es ist nicht unser Interesse, allein auf die Preispolitik abzustellen. Im übrigen spielt gerade hier die zu 1) erwähnte Frage eine Rolle, daß nämlich auf dem Gebiet der Preispolitik bis Mitte 1964 sicherlich noch keine abgeschlossene Entwicklung vorliegen wird. Deshalb müssen wir den Gedanken des Zollkontingents in den Vordergrund stellen.

3) Zwischenmaßnahmen, d. h. Maßnahmen, die bis zum Inkrafttreten der Ergebnisse der Kennedy-Runde gelten, sind nur in Fällen in Betracht zu ziehen, die wie beim Geflügel[6] einen groben Mißstand offenbar machen.

Im übrigen müssen wir nun auf Grund der Eröffnungen von Mr. Blumenthal unsere Vorarbeiten wohl intensivieren. Auch wenn die Federführung hierfür nicht beim Auswärtigen Amt liegt, sollten wir uns doch möglichst stark beteiligen. Hierbei dürften folgende Fragen von besonderem Interesse sein:
a) Welche Waren sollten vom deutschen Standpunkt von der 50%igen Tarifsenkung ausgenommen werden?
b) Welches sind die Gebiete, auf denen der Gedanke der Zolldisparität eine besondere Rolle spielt, wobei wir von den von Mr. Blumenthal genannten Kriterien ausgehen könnten?
c) Welches sind die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die die USA in die Verhandlungen voraussichtlich einbeziehen wollen, und was können wir auf diesen Gebieten tun?
d) Welche paratarifären bzw. nichttarifären Maßnahmen interessieren uns, und was können wir dazu vorschlagen?
e) Wie ist der Gedanke „keine volle Reziprozität gegenüber Entwicklungsländern" zu realisieren?

[6] Zum „Hähnchen-Krieg" vgl. Dok. 172, Anm. 27.

Es wäre zu begrüßen, wenn wir unsere Vorarbeiten im internen deutschen Kreis so beschleunigen könnten, daß wir innerhalb der EWG schon in zeitlicher Hinsicht in der Vorhand sind.

Hiermit Herrn D III.[7]

Lahr[8]

Büro Staatssekretär, Bd. 405

153

Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 729/63 geheim **Aufgabe: 24. April 1963, 20.40 Uhr[1]**
Fernschreiben Nr. 1343 Plurex
Citissime

Britischer Botschafter[2] gab mir Kenntnis, daß Kennedy und Macmillan gemeinsamen Brief an Chruschtschow gerichtet haben.[3] Darin wird Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Einstellung der Atomversuche[4] vorgeschlagen und ausgeführt, die Schwierigkeiten schienen nicht unüberwindlich zu sein. Wenn es gelinge, auf diesem Gebiet Fortschritte zu erzielen, würden sich auch bessere Möglichkeiten für die Lösung anderer noch schwierigerer Fragen ergeben. Britischer Botschafter fügte hinzu, daß britische Regierung jederzeit bereit sei, über die sich aus diesem Brief ergebenden Fragen[5] bilaterale Besprechungen mit uns zu führen.

Im übrigen werde auch der NATO-Rat unterrichtet.[6]

[7] Hat Ministerialdirektor Sachs am 24. April 1963 vorgelegen.

[8] Paraphe vom 23. April 1963.

[1] Drahterlaß an die Botschaften in London, Paris und Washington sowie an die Vertretung bei der NATO in Paris.

[2] Frank K. Roberts.

[3] Zum Antwortschreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 14. Mai 1963; Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 290; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu weiter Dok. 196.

[4] Zu den Gesprächen der Drei Mächte über ein Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 117, Anm. 16. Vgl. dazu weiter Dok. 215.

[5] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Gespräche mit den Sowjets".

[6] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 14. Mai 1963; Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 290; B 150, Aktenkopien 1963.

Ich dankte dem Botschafter für seine Mitteilung und fügte hinzu, wir würden von dem Angebot einer bilateralen Konsultation zu gegebener Zeit gern Gebrauch machen.

Carstens[7]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

154

Vermerk des Legationsrats Freiherr von Marschall

V 1 (500)-80.22/1-277/63 VS-vertraulich **26. April 1963**[1]

Betr.: Vereinbarung über die Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Budapest
hier: Einbeziehung Berlins

Am 24. April 1963 fand bei Herrn Staatssekretär Professor Dr. Carstens eine Besprechung über die Frage der Einbeziehung Berlins in die deutsch-ungarischen Vereinbarungen über die gegenseitige Errichtung von Handelsvertretungen statt. Vertreten waren die Abteilungen II (D II[2], Ref. II 1, Ref. II 5), III (D III[3], Dg III[4], Ref. III A 6) und V (Dg V[5], Ref. V 1).

Herr Staatssekretär Carstens stellte die Frage, ob es nicht möglich sei, auf eine Berlin-Klausel in der Vereinbarung über die Errichtung von Handelsvertretungen ganz zu verzichten und die Klausel allein im Handelsabkommen unterzubringen. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die bisher von der Bundesrepublik mit anderen Staaten getroffenen Vereinbarungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen auch keine Berlin-Klausel enthalten hätten. Von Abteilung V wurde demgegenüber jedoch geltend gemacht, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen in der Regel im Wege des Austausches einseitiger Erklärungen vereinbart worden sei und sich im übrigen nach den allgemeinen Regeln des Völkergewohnheitsrechts vollzogen habe. Eine Vereinbarung über den Austausch von Handelsvertretungen müsse jedoch den Status dieser Vertretungen sowie ihre Rechte und Pflichten im einzelnen festlegen. Eine Berlin-Klausel sei in diesem Falle unverzichtbar, insbesondere auch deshalb, weil durch die Vereinbarung mit Polen[6] in dieser Hinsicht bereits ein Präjudiz geschaffen worden sei.

[7] Paraphe vom 24. April 1963.

[1] Durchdruck.
Der von Referat V 1 auf Grund eines Entwurfs von Referat II 5 gefertigte Vermerk wurde am 26. April 1963 an die Referate II 1, II 5, III A 6 und V 2 weitergeleitet.

[2] Ministerialdirektor Krapf.

[3] Ministerialdirektor Sachs.

[4] Ministerialdirigent Keller.

[5] Ministerialdirigent Meyer-Lindenberg.

[6] Zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen mit Polen vom 7. März 1963 über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr sowie den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 183, besonders Anm. 3.

Herr Staatssekretär Carstens stellte daraufhin noch zur Diskussion, ob man zwar auf die Berlin-Klausel im Briefwechsel über die Handelsvertretung verzichten, diese Klausel aber im Handelsabkommen unterbringen und mit einer Klammer für die Handelsvertretung wirksam machen könne.[7]

Herr D II schlug ein dreistufiges Verfahren vor:

1) Wiederinkraftsetzung des deutsch-ungarischen Protokolls über den Zahlungsverkehr vom 27. Oktober 1955, das eine Berlin-Klausel enthält[8];
2) Briefwechsel über die Errichtung von Handelsvertretungen, ggf. mit gesondertem (vertraulichen) Briefwechsel über die Bezugnahme auf das Zahlungsabkommen;
3) Handelsabkommen, ebenfalls mit Bezugnahme auf das Zahlungsabkommen.

In der Diskussion kam man dahin überein, grundsätzlich den von Herrn D II vorgeschlagenen Weg zu beschreiten.[9] Die Ziffer 16 des den Ungarn am 4. April 1963 übergebenen Entwurfs[10] soll neu gefaßt und durch eine neue Ziffer 17 ergänzt werden:

(16) Im Verlauf der Verhandlungen wurde Einverständnis darüber erzielt, daß die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten enger gestaltet werden sollen. Es wurde vereinbart, daß Regierungsdelegationen der beiden Staaten so bald wie möglich, spätestens innerhalb von 6 Monaten, Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ziel des Abschlusses eines langfristigen Handelsabkommens aufnehmen.

(17) Das durch Briefwechsel vom ... wieder in Kraft gesetzte Protokoll über den Zahlungsverkehr vom 27. Oktober 1955 bildet einen Bestandteil dieser Vereinbarung. Es soll gleichfalls einen Bestandteil des nach Ziffer 16 abzuschließenden langfristigen Handelsabkommens bilden und während der Geltungsdauer dieser Vereinbarung und des Handelsabkommens unkündbar sein.

(18) (Die alte Ziffer 17 wird Ziffer 18).

Es bestand Übereinstimmung darüber, daß im Falle ungarischen Widerstandes gegen diese Konstruktion eine rein „polnische" Lösung für uns in gleicher Weise akzeptabel sein würde:

[7] Vgl. dazu weiter Dok. 247.

[8] Für den Wortlaut des Abkommens mit Ungarn vom 27. Oktober 1955 über den Zahlungsverkehr vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 245 vom 20. Dezember 1955, S. 2. Die darin enthaltene Berlin-Klausel lautete: „Das Protokoll gilt auch für das Land Berlin (Berlin-West), sofern nicht die deutsche Seite innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Protokolls eine gegenteilige Erklärung abgibt."

[9] Ministerialdirektor Krapf teilte dem Leiter des ungarischen Außenhandelsbüros in der Bundesrepublik, Buzás, am 3. Mai 1963 mit, daß der Leiter des Referats II 5, Lüdde-Neurath, zu Gesprächen in Budapest über die Einbeziehung Berlins zur Verfügung stünde. Ziel der Verhandlungen sei es, „den Begriff des Währungsgebiets der DM-West einzuführen und wenn dies, wie vorauszusehen ist, abgelehnt wird, die Wiederinkraftsetzung des Protokolls über den Zahlungsverkehr vom 27. 10. 1955 und die Verklammerung der weiteren Abkommen mit diesem Protokoll zur Diskussion zu stellen. Für den Fall, daß auch dies den Ungarn nicht annehmbar erscheint, könnten wir die reine polnische Lösung, d. h. die gleichzeitige Verhandlung über ein Handelsabkommen und über die Errichtung einer Handelsvertretung mit der Wiederinkraftsetzung des Zahlungsabkommens vorschlagen." Vgl. Abteilung V (V 2), VS-Bd. 218; B 150, Aktenkopien 1963.

[10] Vgl. Abteilung V (V 2), VS-Bd. 218.

D. h. Zusammenfassung der Vereinbarung über die Handelsvertretungen, des Handelsabkommens sowie etwaiger anderer Abmachungen in einem einzigen Mantelprotokoll und Verklammerung dieses Mantelprotokolls mit dem wieder in Kraft gesetzten Protokoll über den Zahlungsverkehr vom 27. Oktober 1955.

Herr D II wurde gebeten, für das weitere Verfahren Sorge zu tragen. Es ist vorgesehen, zunächst auf neutralem Boden, in Wien, auf nicht zu hoher Ebene vertraulich weiterzuverhandeln. Dafür soll ein Beamter im Referentenrang entsandt werden, der von einem Vertreter der Rechtsabteilung begleitet werden soll.[11]

gez. von Marschall

Abteilung V (V 2), VS-Bd. 218

155

Aufzeichnung des Botschafters Kroll

Streng geheim **29. April 1963**[1]

I. Am 2. April dieses Jahres lud Botschafter Smirnow meine Frau und mich zum Essen ein. Anwesend waren außer Frau Smirnow noch Gesandter Lawrow und Frau Lawrow. Im Anschluß an das Frühstück kam es zwischen Smirnow, Lawrow und mir zu einer etwa halbstündigen politischen Unterhaltung. Smirnow äußerte sich sehr verbittert über die fortschreitende Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen in den letzten Monaten (Stagnation des beiderseitigen Handels, kein deutsches Interesse am Ausbau der deutsch-sowjetischen kulturellen Beziehungen, Röhrenembargo usw.).[2] Die sowjetische Regierung sei trotzdem nach wie vor an einer Besserung des beiderseitigen Verhältnisses interessiert. Er fragte mich, was man meines Erachtens tun könnte, um die Beziehungen zu normalisieren und zu entspannen.

Ich erklärte ihm, daß die sowjetische Regierung im Juni 1962 die Chance dafür verpaßt habe. Der Herr Bundeskanzler habe damals mit seinen Botschafter Smirnow übergebenen Vorschlägen[3] ernstlich beabsichtigt, noch vor seinem Rücktritt das politische Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion,

[11] Zu den vom 10. bis 15. Mai 1963 von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Lüdde-Neurath und Born sowie Legationsrat Freiherr von Marschall in Budapest geführten Verhandlungen vgl. weiter Dok. 169.

[1] Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde vom Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, am 30. Juli 1963 an Staatssekretär Carstens übermittelt, der sie Bundesminister Schröder zuleiten ließ.
Hat Schröder am 31. Juli 1963 vorgelegen. Am 4. August 1963 vermerkte er handschriftlich für den Leiter des Ministerbüros, Simon: „Bitte Unterlagen zusammenfassen."

[2] Vgl. dazu auch Dok. 174.

[3] Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Adenauer vom 6. Juni 1962 („Burgfriedensplan") vgl. Dok. 37, Anm. 29.

wenn irgend möglich, zu bereinigen und unter zeitweiliger Zurückstellung der Wiedervereinigungsfrage zu einem modus vivendi über wichtige andere Fragen, vor allem die „Durchlöcherung" der Berliner Mauer und eine Erleichterung der Lage der Zonenbevölkerung, zu kommen. Er sei damals mit seinen Vorschlägen bis an die äußerste Grenze gegangen und habe damit eine große Verantwortung übernommen. Die Sowjetregierung hätte daraus ersehen müssen, wie ernst es dem Herrn Bundeskanzler mit seinem Angebot gewesen sei. Umso mehr sei er über die späte und völlig negative Reaktion des Kreml[4] enttäuscht gewesen.

Smirnow hörte mich ruhig an, behauptete aber, der Herr Bundeskanzler habe die Antwort der Sowjetregierung zu negativ interpretiert. Sie habe mit ihrer Antwort die Tür zu weiteren Gesprächen nicht zuschlagen wollen. Ich widersprach ihm, die Antwort habe leider nicht das geringste positive Element enthalten. Der Herr Bundeskanzler habe hieraus folgern müssen, daß Chruschtschow an einer wirklichen Entspannung der Beziehungen nicht gelegen sei. Wäre die Antwort positiv ausgefallen, so hätte der Herr Bundeskanzler darauf bestanden, daß ich bis zum Ende meiner Amtszeit in Moskau verblieben wäre. Angesichts der negativen Reaktion der sowjetischen Regierung habe er sich von meiner weiteren Belassung als Botschafter in der Sowjetunion keinen Nutzen mehr versprechen können.[5]

II. Am 22. April dieses Jahres, nach meiner Rückkehr aus dem Osterurlaub, rief mich Gesandter Lawrow an und fragte, ob ich Botschafter Smirnow an dem darauffolgenden Tage empfangen könne. Ich sagte zu. Smirnow suchte mich daraufhin am 23. April in meiner Privatwohnung auf. Er erklärte mir, daß er über unsere letzte Unterredung nach Moskau berichtet habe. Außenminister Gromyko habe ihn wissen lassen, daß die Sowjetregierung seinen Bericht mit großem Interesse zur Kenntnis genommen und aufmerksam geprüft habe. Sie habe ihn auch Ministerpräsident Chruschtschow vorgelegt. Chruschtschow habe ihn, Smirnow, daraufhin angewiesen, mich alsbald aufzusuchen und mir folgendes mitzuteilen (ich zitiere wörtlich):

„Chruschtschow habe, wie ich wüßte, die Unterhaltungen mit mir stets besonders geschätzt. Auch wenn wir verständlicherweise häufig über die einzelnen Fragen verschiedener Auffassung gewesen seien, so wären unsere Unterredungen doch stets offen, sachlich und konstruktiv gewesen.[6] Chruschtschow halte nach wie vor eine Normalisierung der Beziehungen für notwendig. Er sei zu einem Gespräch darüber bereit. Wenn der Herr Bundeskanzler hierfür Anregungen oder Vorschläge zu machen habe, so möchte der Herr Bundeskanzler sie durch mich Herrn Chruschtschow übermitteln lassen. Chruschtschow würde etwaige Vorschläge des Herrn Bundeskanzlers mit Interesse und Verständnis prüfen. Er würde sich gern mit mir über den Gesamtkomplex der Beziehungen unterhalten. Chruschtschow ließe mich daran erinnern, daß er meine Frau und mich eingeladen habe, unseren Sommerurlaub als Gäste

[4] Die Antwort vom 28. Juni 1962 wurde am 2. Juli 1962 von Botschafter Smirnow überreicht. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1962.

[5] Zur Abberufung des Botschafters Kroll vgl. Dok. 116, Anm. 3.

[6] Zu den Kontakten des Ministerpräsidenten Chruschtschow mit Botschafter Kroll vgl. auch Dok. 116.

der Sowjetregierung in der Sowjetunion zu verbringen. Er möchte diese Einladung wiederholen. Chruschtschow halte allerdings eine streng vertrauliche Behandung der Angelegenheit für notwendig, da nach den bisherigen Erfahrungen bei einer Befassung des Auswärtigen Amts leider mit Indiskretionen in der Presse gerechnet werden müsse."

III. Ich habe Smirnow gebeten, Ministerpräsident Chruschtschow für die erneute Einladung in die Sowjetunion zu danken. Da meine Reise in jedem Falle in der Öffentlichkeit bekannt würde, könnte ich nur fahren, wenn ich mir davon für die deutsch-sowjetischen Beziehungen etwas Positives versprechen könnte und wenn die Bundesregierung ihre Zustimmung dazu gäbe. Ich würde im übrigen den Herrn Bundeskanzler alsbald über unsere Unterhaltung unterrichten und Smirnow die Antwort des Herrn Bundeskanzlers zu gegebener Zeit übermitteln.

Als meine persönliche Meinung fügte ich folgendes hinzu:

Der Herr Bundeskanzler habe mit seinem Vorschlag im Juni vorigen Jahres ein sehr weitgehendes Angebot gemacht, um endlich mit der Sowjetregierung zu einem aussichtsreichen Gespräch zu kommen. Er habe seine Vorschläge sehr ernst gemeint. Umso mehr habe ihn die negative Antwort der sowjetischen Regierung enttäuscht. Es sei jetzt nicht seine Sache, erneut Vorschläge zu machen. Hierzu sei nunmehr die Sowjetregierung an der Reihe, wenn sie an einem ernsthaften Gedankenaustausch wirklich interessiert sei. Ich sagte Herrn Smirnow, die Sowjetregierung sollte die Vorschläge des Herrn Bundeskanzlers vom Juni vorigen Jahres nochmals sorgfältig prüfen. Ich müsse jedoch betonen, daß nach meiner Auffassung ein fruchtbares Gespräch nur möglich sei, wenn eine neue Grundlage dafür gefunden werde. Falls Chruschtschow mir bei einer künftigen Begegnung nur dasselbe sagen würde wie bei unserer letzten Unterredung im September 1962 anläßlich meines Abschiedsbesuchs[7], so sei meine Reise zwecklos. Wenn wir mit unseren Beziehungen weiterkommen wollten, sei ein neuer Start unumgänglich notwendig. Überdies sei die Lage inzwischen schwieriger geworden. Für eine deutsch-sowjetische Entspannung sei jetzt wirklich, und zwar für lange Zeit, die letzte Chance, da der neue Bundeskanzler es in den ersten Jahren aus verständlichen Gründen nicht wagen würde, dieses heiße Eisen anzufassen und vermutlich auch nicht über die Autorität verfügen würde, um die für eine deutsch-sowjetische Verständigung auch von deutscher Seite aus erforderlichen Konzessionen vor der deutschen Öffentlichkeit durchzusetzen.

Wir müßten in dieser Angelegenheit in voller Loyalität gegenüber unseren Verbündeten, insbesondere den USA, vorgehen. Ich erinnerte in diesem Zusammenhang an den Besuch Präsident Kennedys im Juni 1963[8].

Smirnow erklärte, die Sowjetregierung erwarte von uns keine Illoyalität ge-

[7] Vgl. dazu die Tagebuchaufzeichnung des Botschafters Kroll vom 12. September 1962; KROLL, Lebenserinnerungen, S. 571–575.

[8] Präsident Kennedy wurde am 24. Juni und Staatspräsident de Gaulle am 4. Juli 1963 von Bundeskanzler Adenauer über die Gespräche der Botschafter Kroll und Smirnow unterrichtet. Vgl. ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 224 und S. 226.
Zu den Gesprächen von Adenauer mit Kennedy und de Gaulle vgl. weiter Dok. 206 und Dok. 216.

genüber unseren Verbündeten. Auch die Sowjetunion müsse auf ihr Verhältnis gegenüber den USA Rücksicht nehmen.

Ich habe am kommenden Morgen Staatssekretär Dr. Globke an der Hand meiner alsbald gefertigten Notizen über die Unterhaltung unterrichtet mit der Bitte, den Herrn Bundeskanzler zu verständigen.[9]

gez. Dr. Kroll

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446

156

Bundeskanzler Adenauer an Präsident Kennedy

Geheim **30. April 1963**[1]

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich möchte noch einmal auf die in Ihrem Schreiben vom 29. März[2] erörterte Frage der Einrichtung einer multilateralen Nuklear-Streitmacht zurückkommen.

Die Bundesregierung ist Ihnen dankbar, daß Sie entsprechend dem Vorschlag in meinem Schreiben vom 4. April[3] eine Expertendelegation unter Leitung von Admiral Ricketts nach Bonn entsandt haben.[4] Die aufschlußreichen Erläuterungen, die Admiral Ricketts zur Frage der Überlebensfähigkeit von Überwasserschiffen gegeben hat, haben unsere Bedenken gegen die anfängliche Ausstattung der MLF mit Überwasserschiffen[5] weitgehend ausgeräumt. Die Bundesregierung ist daher mit Ihrem Vorschlag einverstanden, daß die MLF zunächst mit Überwasserschiffen als Trägermittel der Polaris A-3 ausgerüstet wird. Sie legt jedoch Wert darauf, daß eine spätere Prüfung der Ausstattung der MLF mit Unterseebooten, falls dies auf Grund der gewonnenen Erfahrungen zweckmäßig erscheint, vorbehalten bleibt.[6]

9 Vgl. dazu weiter Dok. 186; auch KROLL, Lebenserinnerungen, S. 581 f.

1 Auf dem am 30. April nach Washington übermittelten Schreiben wurde am 2. Mai 1963 vermerkt: „Durchdruck für Auswärtiges Amt zum Verbleib auf Weisung VLR I Osterheld, B[undes]K[anzler]-Amt."

2 Für das Schreiben des Präsidenten Kennedy vom 29. März 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8475.

3 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer vom 4. April 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8475; B 150, Aktenkopien 1963.

4 Zu den militärischen Expertengesprächen im April 1963 vgl. den Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 18. April 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963.

5 Zur Alternative U-Boote oder Überwasserschiffe vgl. bereits Dok. 120.
Im Schreiben vom 4. April hatte Bundeskanzler Adenauer dargelegt, daß auf deutscher Seite noch Zweifel „vor allem bei der Überlebensfähigkeit von Überwasserschiffen und den Wirkungsmöglichkeiten der gegnerischen Unterseeboote" bestünden. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8475; B 150, Aktenkopien 1963.

6 Zum diesbezüglichen Beschluß des Bundeskabinetts vom 24. April 1963 vgl. Dok. 149, Anm. 9.

Die Bundesregierung hat ferner Ihre Vorschläge zur politischen Kontrolle der MLF geprüft. Sie ist damit einverstanden, daß zunächst eine Regelung vorgesehen wird, bei der für die Entscheidung zur Freigabe des Einsatzes der MLF die Zustimmung der Hauptteilnehmerstaaten erforderlich ist.[7] Die Bundesregierung hält es jedoch für notwendig, daß auch diese Regelung auf Grund der Erfahrungen nach einigen Jahren geprüft wird und daß ein Übergang zu einer anderen Regelung nicht ausgeschlossen wird.

Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn bereits während Ihres Besuchs in Europa im Juni dieses Jahres[8] eine vorläufige Vereinbarung über die MLF mit der Bundesrepublik Deutschland und anderen interessierten NATO-Staaten unterzeichnet werden könnte. Sie ist bereit, unverzüglich Gespräche über eine solche Vereinbarung aufzunehmen. Die Ihrem Schreiben vom 29. März beigefügte Liste von Punkten, die in einem vorläufigen Abkommen über die multilaterale Streitmacht zu behandeln sind, bildet eine gute Grundlage für diese Gespräche.

Dabei sollten die noch offenen technischen und finanziellen Fragen geklärt werden, die nach der Anlage zu Ihrem Brief bereits in der vorläufigen Vereinbarung behandelt werden sollen. Dazu gehört die Festlegung der Zahl der Schiffe und Raketen, mit denen die MLF ausgerüstet werden soll. Ferner ist der Anteil zu klären, den die Teilnehmerstaaten zu den Kosten der Streitmacht beitragen werden. Dies müßte auf Grund einer noch genaueren Aufstellung der Gesamtkosten geschehen.

Die Bundesregierung ist grundsätzlich bereit, einen wesentlichen Anteil an den Kosten der MLF zu übernehmen. Sie würde es vorziehen, wenn die Vereinigten Staaten als führende Macht der Allianz einen etwas größeren finanziellen und personellen Beitrag zur MLF leisten als die Bundesrepublik Deutschland. Sie glaubt, daß dies die Bereitschaft anderer NATO-Staaten, an der MLF teilzunehmen, fördern könnte.

Die bisherigen Gespräche[9] haben bereits zu einer grundsätzlichen Einigung zwischen unseren beiden Regierungen geführt. Die Bundesregierung hält es für notwendig, daß nunmehr auch andere NATO-Staaten dafür gewonnen werden, ihre Teilnahme an der multilateralen Streitmacht verbindlich zuzusagen.[10] Sie schlägt vor, daß die weiteren Gespräche[11], die zu einer vorläufigen Vereinbarung führen sollen, möglichst bald unter Beteiligung anderer interessierter NATO-Staaten geführt werden. Die Bundesregierung teilt Ihren

[7] Zum diesbezüglichen Beschluß des Bundeskabinetts vom 24. April 1963 vgl. Dok. 149, Anm. 9. Zur Frage eines Vetorechts vgl. auch Dok. 2, Anm. 5, sowie Dok. 120, Anm. 12.

[8] Präsident Kennedy besuchte die Bundesrepublik Deutschland (23. bis 26. Juni), Irland (26. bis 29. Juni), Großbritannien (29. bis 30. Juni) und Italien (1. bis 2. Juli). Für den Verlauf des Besuchs in der Bundesrepublik vgl. Dok. 206–208.

[9] Zu den bisherigen deutsch-amerikanischen Gesprächen über die MLF vgl. Dok. 120. Zu den militärischen Expertengesprächen vgl. ferner den Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 18. April 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963. Zu den juristischen Expertengesprächen vgl. Dok. 162.

[10] Vgl. dazu den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 2. Mai 1963 an Botschafter Klaiber, Rom; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963.

[11] Vgl. dazu weiter Dok. 175, Dok. 177–179.

Wunsch, nach Unterzeichnung der vorläufigen Vereinbarung in förmliche Vertragsverhandlungen einzutreten, die bis zum Herbst dieses Jahres abgeschlossen sein sollten.

Die Bundesregierung empfindet tiefe Befriedigung darüber, daß das Projekt der multilateralen Streitmacht, dem die Bundesrepublik große politische und militärische Bedeutung beimißt, nunmehr seiner Verwirklichung naherrückt. Ich bin Ihnen dankbar für den Nachdruck, mit dem Ihre Regierung und Sie selbst sich für die MLF einsetzen. Ich bin überzeugt, daß die noch bestehenden Hindernisse auf dem Weg zur MLF überwunden werden können und daß die MLF entscheidend zur militärischen Stärke und zum politischen Zusammenhalt der Allianz beitragen wird.[12]

Ich freue mich auf Ihren Besuch im Juni.

Mit herzlichen Grüßen

[gez.] Ihr Adenauer

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

157

Präsident Jahn, Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, an Staatssekretär Globke, Bundeskanzleramt

Streng vertraulich **30. April 1963**[1]

Sehr verehrter Herr Staatssekrektär!

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen einen Überblick gebe über die Haltung der arabischen Staaten zur Frage der geplanten Gesetzgebungsaktion[2] gegen die Arbeit deutscher Wissenschaftler im Ausland. Er basiert auf den Erkenntnissen, die ich anläßlich eines Besuches in den Staaten Ägypten, Libyen, Tunesien, Algerien und Marokko bei einem zweieinhalbwöchentlichen Aufenthalt in diesen Ländern gewonnen habe.[3] Hierbei führte ich Gespräche mit maß-

[12] Für das Antwortschreiben des Präsidenten Kennedy vom 4. Mai 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8475.

[1] Die Ablichtung des undatierten Schreibens wurde am 30. April 1963 vom Bundeskanzleramt an das Auswärtige Amt übersandt. Weitere Ablichtungen wurden an das Bundesministerium für Wirtschaft, das Bundesministerium des Innern und das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung gesandt.
Hat Staatssekretär Carstens am 4. Mai, Ministerialdirektor Jansen am 7. Mai, Ministerialdirigent Böker am 7. Mai und dem Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika", Schirmer, am 8. Mai 1963 vorgelegen.

[2] Zu entsprechenden Überlegungen der Bundesregierung vgl. bereits Dok. 147.

[3] Zur Nordafrikareise des CDU-Abgeordneten Jahn vom 9. bis 26. April 1963 vgl. Referat I B 4, Bd. 13. Vgl. auch Hans Edgar JAHN, An Adenauers Seite. Sein Berater erinnert sich, München 1987, S. 447-450.

gebenden arabischen Politikern und Persönlichkeiten, so unter anderem auch mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga[4].

I. Argumentationen

a) Allgemein ist man in der arabischen Welt über die Erklärung aus der Bundesrepublik, wonach die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler in den arabischen Staaten, vor allen Dingen in Ägypten, unterbunden werden soll[5], aufs höchste empört.

b) Es wird wie folgt argumentiert: Wissenschaftler der Bundesrepublik haben in der Sowjetunion, in den USA, in Frankreich, in Spanien und in anderen Staaten am Flugzeugbau und an der Entwicklung der Raketentechnik mitgewirkt. Die Nennung Ägyptens in einer Erklärung der deutschen Bundesregierung in bezug auf Maßnahmen gegen deutsche Wissenschaftler, die im Ausland in Spannungsgebieten arbeiten, wird in Ägypten, und nicht nur dort, sondern in der ganzen arabischen Welt als diffamierend aufgefaßt.

Die Wissenschaftler, die zur Zeit in Ägypten auf Grund von Privatverträgen tätig sind, die über Schweizer Firmen abgewickelt wurden, sind sowohl im Flugzeugbau als auch in der Raketenfertigung beschäftigt. Gegen diese deutschen Wissenschaftler und Techniker sind von seiten Israels schwere Vorwürfe erhoben worden. Zugleich waren sie von massiven Drohungen begleitet, die sich nicht nur gegen die Bundesrepublik richteten, sondern auch gegen Leib und Leben der Wissenschaftler und Forscher. In der gesamten arabischen Welt ist man tief empört darüber, daß diese Aktion nicht nur auf allgemeine Drohungen beschränkt blieb. Die Maßnahmen Israels, bei denen auch die Sekretärin eines deutschen Wissenschaftlers das Augenlicht verlor und darüber hinaus fünf ägyptische Mitarbeiter der deutschen Forschungsgruppe getötet wurden[6], stoßen auf einmütige Ablehnung.

Die Bundesrepublik habe offiziell gegen derartige Methoden der Bekämpfung deutscher Wissenschaftler bei ihrer Arbeit im Ausland keine erkennbar ablehnende Reaktion gezeigt. Sie habe sich im Gegenteil, nachdem bekannt wurde, daß auch in der Bundesrepublik gegen Wissenschaftler, die im Ausland tätig sind, Gewaltaktionen durchgeführt worden sind, dem ausländischen Druck gebeugt und eine klare Stellungnahme vermieden.

II. Politische Beurteilung

Politisch beurteilt man die Situation wie folgt:
Die arabische Welt wünscht eine gute Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Die Bundesrepublik hat aber zu wählen, für wen sie sich entscheidet. Nachdem sich herausgestellt hat, daß die Einheit der arabischen Welt zügig voranschreitet[7], wird diese Entscheidung nur für zwei Millionen Israelis und gegen 50 Millionen Araber fallen können, wenn die Bundesregierung Sondergesetze schafft.

[4] Abdel Khalek Hassouna.

[5] Vgl. dazu Dok. 146, Anm. 7.

[6] Zu den israelischen Protesten und den Anschlägen auf deutsche Rüstungsexperten vgl. bereits Dok. 133.

[7] Zur Proklamation über einen Zusammenschluß der VAR (Ägypten), Syriens und des Irak vom 17. April 1963 vgl. Dok. 146, Anm. 2.

Folgen eines Sondergesetzes:
Man hat mir in mehreren Gesprächen zu verstehen gegeben, daß ein solches von der Bundesregierung beschlossenes und mit Zielrichtung auf Ägypten gerichtetes Gesetz dazu führen könnte,
1) daß die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik abgebrochen werden,
2) daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur SBZ erfolgen würde,
3) daß die Sowjetunion gebeten würde, gemeinsam mit den in Ägypten verbleibenden deutschen Wissenschaftlern die bisherige technische und wissenschaftliche Arbeit fortzuführen.

Sehr offen wird in Kairo und den übrigen Hauptstädten betont, daß man bei einer Sonderaktion gegen Ägypten bereit und entschlossen sei, zusammen mit den übrigen arabischen Staaten eine gleichgeartete Reaktion herbeizuführen. Das könnte bedeuten, daß von Gibraltar über den gesamten nordafrikanischen Raum und den Nahen und Mittleren Osten, ja bis hinauf nach Indien, Burma und Indonesien, vielleicht sogar bis Ghana und Guinea[8] eine Einheitsfront entstände, die die bisherige deutsche Außenpolitik vor die schwerste Probe stellen würde. Das könnte eintreten, wenn die genannten Staaten diplomatische Beziehungen zur SBZ aufnehmen. Damit würde die Hallstein-Doktrin[9] zusammengebrochen sein und die ganze Problematik der Wiedervereinigung Deutschlands in ein anderes Stadium gedrängt werden.

III. Stellungnahmen

Von arabischen Politikern, Wirtschaftlern und Publizisten ist mir gesagt worden, daß im arabischen Raum man den Eindruck habe, die israelitische Propagandaaktion, die z. Z. gegen die Arbeit deutscher Wissenschaftler in Ägypten durchgeführt wird, verfolge das Ziel, die Bundesrepublik zu veranlassen, ihre Zahlungen an Israel über 1964 hinaus fortzusetzen.[10]

Der Luftmarschall der ägyptischen Luftwaffe[11] erklärte mir, sollte dies der Fall sein, dann würde Ägypten sich überlegen müssen, ob es weitere Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik in Zukunft aufrechterhalten könnte. Die Bundesrepublik wie auch alle übrigen Staaten hätten zukünftig zwischen einer wirtschaftlichen und handelsmäßigen Hilfe für Israel und der arabischen Welt zu wählen. Man werde den Standpunkt der Staaten tolerieren, die diese Entscheidung träfen, und sei nicht geneigt, hier einen Druck auszuüben.

Interessant war eine weitere Erklärung des Luftmarschalls, daß man in Kairo über eine Liste deutscher Techniker und Wissenschaftler verfüge, die in Israel seit Jahren an der Entwicklung von Waffen beteiligt sind.[12] Allerdings besteht z. Z. wenig Neigung, die Liste zu veröffentlichen. Falls die Bundesrepublik eine Entscheidung zugunsten Israels träfe, werde man die Bundesregierung

8 Dazu Fragezeichen von Ministerialdirigent Böker.

9 Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 19, Anm. 3.

10 Gemäß Artikel 3 des Wiedergutmachungsabkommens mit Israel vom 10. September 1952 konnten die Zahlungen der Bundesrepublik frühestens am 31. März 1964 auslaufen. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 38 f.
Im April 1963 stand jedoch schon fest, daß sich die Zahlungen bis 1965/66 hinziehen würden.

11 Sidky Mahmoud.

12 Dazu Fragezeichen von Ministerialdirigent Böker.

darüber eingehend informieren. Mir scheint, daß damit erreicht werden soll, die Bundesrepublik nachträglich in der arabischen Welt ins Unrecht zu setzen.

Wesentlich erscheint weiter folgende Argumentation ägyptischer Politiker und Militärs: Düsenflugzeug und Raketen sind die Transportmittel der Zukunft. Wir werden in der Zukunft auch mit Raketen als Passagierbeförderungsmittel rechnen müssen. Wir verstehen es daher nicht, daß man die Produktion dieser Mittel in Ägypten zu verhindern sucht. Rückblickend wird von ägyptischer Seite zur gegenwärtigen Situation noch auf folgende Punkte hingewiesen:

1) Der Westen hat, nachdem Israel entgegen Beschlüssen der UNO[13] arabisches Territorium okkupiert hat, abgelehnt, uns Waffen zu geben.
2) Der Westen war nicht bereit, wichtige wirtschaftliche Maßnahmen (Assuandamm) mit Krediten zu fördern.
3) Israel hat in der Suezkrise[14] Ägypten angegriffen.
4) Nach der Ablehnung einer Waffenhilfe durch den Westen waren wir gezwungen, diese uns von der Sowjetunion zu beschaffen.
5) Als wir feststellten, daß mit diesen sowjetischen Waffenlieferungen unter Umständen ein politischer Druck ausgeübt werden könnte, waren wir bemüht, eine eigene Produktion aufzubauen, um sowohl vom Osten als auch vom Westen unabhängig zu sein.

Wir sind sehr enttäuscht darüber, daß nunmehr der Westen mit diesem unserem Schritt, der uns von östlicher Abhängigkeit freimachen sollte, wieder nicht einverstanden ist. Sie sehen, so wurde vielfach argumentiert, wie man es immer macht, macht man es falsch. Aber wir werden den einmal beschrittenen Weg fortsetzen.

In Kairo spricht man davon, daß nach Fertigstellung der Düsentrainingsmaschine auch der einsatzbereite Düsenjäger in den nächsten 2–3 Monaten flugbereit sein wird. Wie ich erfahren konnte, ist zwischen Nehru und Nasser in einem Geheimvertrag die gemeinsame Produktion von Flugzeugen vereinbart worden (Düsenjäger).[15] Inwieweit es auch zu einer Einigung über eine gemeinsame Raketenproduktion gekommen ist, war in meinen Gesprächen in Kairo nicht feszustellen. Es zeigt sich auch hierbei, daß nicht nur die arabische, sondern auch die neutrale Welt daran interessiert ist, eine eigene Waffenproduktion aufzubauen. Die Linie Kairo–Neu-Delhi könnte für den Fall, daß es zu einer Zuspitzung zwischen der deutschen Politik und Ägypten kommt, auch erhebliche Bedeutung in Asien haben, die dort weitere Folgen einschließt.

Ich erhielt bei meinen Unterhaltungen sehr viele weitere Informationen, die ich gern mit Ihnen besprechen würde.

[13] Für den Wortlaut der beiden wesentlichen UNO-Resolutionen vom 29. November 1947 und vom 11. Dezember 1948 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS ON PALESTINE AND THE ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. I: 1947–1974, Washington 1975, S. 4–14 und S. 15–17.

[14] Zur Suez-Krise von 1956 vgl. Dok. 20, Anm. 12.

[15] Zur indisch-ägyptischen Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor vgl. auch Dok. 147, besonders Anm. 9.

Ich darf sagen, daß mich die Entwicklung, die in der deutschen Politik gegenüber der arabischen Welt eingetreten ist, mit großer Sorge erfüllt.

Ich wäre Ihnen zu großem Dank verbunden, wenn ich nach meiner Rückkehr nach Deutschland in den nächsten Tagen über diese Probleme sprechen könnte.[16]

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Dr. Jahn

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422

158

Aufzeichnung des Referats II 7

II 7-83-00-1/1864/63 geheim **2. Mai 1963**[1]

Betr.: Ministerkonferenz der NATO in Ottawa
hier: verteidigungspolitische Fragen

I. Grundlage der Diskussion verteidigungspolitischer Fragen auf der Ministerkonferenz der NATO in Ottawa[2] wird ein Bericht von Generalsekretär Stikker sein, dessen Entwurf er am 30. April dem NATO-Rat vorgelegt hat.[3] Die endgültige Fassung des Berichts wird die Stellungnahmen der Regierungen und die Entwicklung bis zur Ottawa-Konferenz berücksichtigen.

Der Bericht behandelt folgende Fragen, die nach Ansicht Stikkers in der Ministerkonferenz diskutiert werden sollten:

1) Fragen der allgemeinen Strategie der Allianz, insbesondere des Verhältnisses konventioneller und nuklearer Streitkräfte;
2) Multilaterale Atomstreitmacht (MLF)[4];
3) Interalliierte Atomstreitmacht (IANF).

Wichtiger Punkt ist die IANF, deren Gründung von der Ministerkonferenz in Ottawa beschlossen werden soll.[5]

[16] Vgl. dazu weiter Dok. 173.

[1] Durchdruck.

[2] Zur Tagung des NATO-Ministerrats vom 22. bis 24. Mai 1963 vgl. weiter Dok. 190.

[3] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 30. April 1963; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 545; B 150, Aktenkopien 1963. Für eine ausführlichere Darstellung der verteidigungspolitischen Ansichten des NATO-Generalsekretärs Stikker vgl. den Drahtbericht von Grewe vom 26. April 1963; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 545; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Zu den Planungen für eine multilaterale Atomstreitmacht vgl. Dok. 120.

[5] Vgl. dazu weiter Dok. 190.

II. Fragen der allgemeinen Strategie

Es ist das Anliegen Stikkers, eine Gesamtrechnung für die zukünftige Verteidigungsplanung der Allianz aufzustellen, die als Grundlage für die Bestimmung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen konventionellen und nuklearen Waffen und für die Festlegung des allgemeinen strategischen Konzepts der NATO[6] dienen soll. Er schlägt vor, daß die Ministerkonferenz den Ständigen NATO-Rat beauftragt, entsprechende Verfahren auszuarbeiten.

Vorschlag einer deutschen Stellungnahme:
Der Vorschlag Stikkers, eine solche Gesamtrechnung aufzustellen, ist erwägenswert. Die Einzelheiten dieses sehr komplexen Problems bedürfen noch der Klärung. Insbesondere muß sichergestellt werden, daß durch den Vorschlag Stikkers[7] das bestehende Verfahren der Drei-Jahres-Planung nicht gefährdet wird.

Auf der Ministerkonferenz in Ottawa sollte jedoch eine allgemeine Aussprache über die gesamte Verteidigungskonzeption vermieden werden. Eine solche Diskussion zu diesem Zeitpunkt könnte die Fronten verhärten und die Lösung der offenen Probleme erschweren. Der Entwurf Stikkers bedarf daher noch einer Überarbeitung, um eine solche, auch von Stikker nicht gewünschte Diskussion auszuschließen. Die Ministerkonferenz sollte ohne eingehende Diskussion in einer allgemein gehaltenen Entschließung den Ständigen NATO-Rat beauftragen, die Probleme der Streitkräfteanforderungen auf konventionellem und nuklearem Gebiet weiterzubehandeln und der nächsten Ministerkonferenz im Dezember 1963 Bericht zu erstatten.

III. Multilateral Force (MLF)

Der Bericht Stikkers wird die Ergebnisse der bisherigen Kontakte der Vereinigten Staaten mit interessierten NATO-Staaten über die MLF darstellen, soweit der NATO-Rat darüber unterrichtet worden ist. Es ist anzunehmen, daß der Außenminister[8] und der Verteidigungsminister[9] der Vereinigten Staaten diese Mitteilungen ergänzen werden.

Vorschlag einer deutschen Stellungnahme:
Angesichts der reservierten Haltung einiger NATO-Staaten gegenüber der MLF[10] sollte sich deren Behandlung in der Ministerkonferenz auf eine allge-

6 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 83, Anm. 7.

7 NATO-Generalsekretär Stikker unterbreitete den NATO-Mitgliedstaaten bereits im März 1963 einen Vorschlag für eine Revision der Streitkräfteplanung. Daraus resultierte die „Stikker exercise", als deren Ergebnis die bisherige Drei-Jahres-Planung zum Finanz-, Material- und Personalbedarf der Streitkräfte durch ein neues Planungsverfahren mit fünfjährigem Zyklus abgelöst wurde. Der Vorschlag fand Eingang in den Bericht von Stikker auf der Tagung des NATO-Ministerrats in Ottawa. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Grewe vom 26. April 1963; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 545; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. ferner den Drahterlaß des Bundesministers Schröder, z. Z. Ottawa, vom 23. Mai 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8489; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur Drei-Jahres-Planung der NATO vgl. auch Abteilung II (II 7), VS-Bd. 550.

8 Dean Rusk.

9 Robert S. McNamara.

10 Zurückhaltend gegenüber dem Konzept der MLF verhielten sich vor allem Großbritannien, Belgien und die Niederlande. Die italienische Regierung lehnte lediglich eine Überwasserflotte ab. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Rom, vom 3. Mai 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963.

mein gehaltene Unterrichtung der Minister über den Stand der bilateralen Kontakte beschränken. Es sollte jedoch angestrebt werden, in dem Beschluß der Ministerkonferenz über die Aufstellung der IANF zum Ausdruck zu bringen, daß die IANF lediglich die erste Stufe der umfassenderen NATO-Nuclear-Force ist, die durch die MLF ergänzt werden soll.

IV. Inter-Allied Nuclear Force (IANF)

A. Zu diesem Thema ist ein Beschluß der Bundesregierung (Ministersitzung bei dem Herrn Bundeskanzler am 2. Mai d. J.[11]) über den deutschen Beitrag erforderlich.

B. Die wichtigsten Punkte der im Berichtsentwurf Stikkers wiedergegebenen britisch-amerikanischen Vorstellungen über die IANF sind:

1) Die IANF besteht aus:
a) dem britischen Bomber-Command[12], das der NATO assigniert und SACEUR unterstellt wird;
b) den drei amerikanischen, der NATO assignierten Polaris-U-Booten, die als Ersatz für die Jupiter-Raketen[13] im Mittelmeer stationiert sind;
c) den der NATO bereits unterstellten oder in naher Zukunft zu unterstellenden nuklearen Trägerwaffen, die zum Einsatz auf vorgeplante Ziele vorgesehen sind. Dazu gehören vor allem die deutschen F-84 und F-104 Strike-Staffeln und Strike-Verbände von neun weiteren NATO-Staaten. Befehlsweg und Kampfauftrag dieser Verbände bleiben unverändert.

Nukleare Gefechtsfeldwaffen werden in die IANF nicht eingegliedert.

2) Befehlshaber der IANF ist SACEUR. Er wird durch einen Stellvertreter („Deputy for Nuclear Affairs") unterstützt, der SACEUR bei der Planung, Zielauswahl, Koordinierung und Ausführung des „scheduled programme" berät.

3) Für die IANF wird keine besondere Einsatzregelung getroffen. Die Sprengköpfe werden durch den amerikanischen Präsidenten oder die britische Regierung nach den Athener guidelines[14] freigegeben. Ein politisches Entscheidungsgremium („Executive Committee"[15]) ist nicht vorgesehen.

4) Die Teilnehmerstaaten an der IANF werden an der Planung und Zielauswahl durch Entsendung von Offizieren in den Stab des Nuclear Deputy und in den Verbindungsstab SACEURs zum amerikanischen Strategic Air-Command in Omaha beteiligt.

C. Die Teilnahme der übrigen NATO-Partner an der IANF, soweit sie bereits nukleare Strike-Kräfte (Flugzeuge) der NATO assigniert haben, scheint sichergestellt. Offen ist noch, ob Frankreich seine eigenen NATO-assignierten Strike-Kräfte in die IANF einbringen will. Es wird sich aber der Bildung der IANF selbst nicht widersetzen.[16]

[11] Vgl. dazu Dok. 159.
[12] Zu den strategischen Luftstreitkräften Großbritanniens vgl. Dok. 143, Anm. 17.
[13] Zu den Jupiter-Raketen vgl. Dok. 43, Anm. 5.
[14] Zu den Athener „guidelines" vgl. Dok. 16, Anm. 9.
[15] Zum „executive committee" vgl. Dok. 2, Anm. 5.
[16] Vgl. dazu weiter Dok. 168.

D. Deutsche Stellungnahme

1) Die IANF in der im Bericht Stikkers skizzierten Form entspricht unseren Vorstellungen und kann von uns akzeptiert werden.

2) Der Bundesminister der Verteidigung wird vorschlagen, daß die Bundesregierung vorbehaltlich einer Klärung der noch offenen organisatorischen Fragen (Präzisierung der Aufgaben und der Stellung des „Nuclear Deputy", Besetzung von Stabsstellungen durch deutsche Offiziere) der Bildung der IANF zustimmt und sich verpflichtet, die deutschen nuklear gerüsteten F-86 und F-104 Strike-Verbände in die IANF einzubringen.[17]

3) Es wird vorgeschlagen, daß der Herr Bundesminister diesem Antrag zustimmt.

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

159

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

792/03/geheim **3. Mai 1963**

Betr.: Multilaterale Atomstreitmacht

An der Besprechung bei dem Herrn Bundeskanzler am 2. Mai 1963 nahmen teil:

Bundesminister Dahlgrün
Bundesminister Krone
Staatssekretär Hopf
Staatssekretär Carstens
Ministerialdirektor Merker.

Es bestand Übereinstimmung darüber, daß wir uns an der multilateralen Atomstreitmacht beteiligen wollen.[1]

Allerdings wird es uns dann nicht möglich sein, die von den Amerikanern erwarteten Planziele im konventionellen Bereich[2] zu erreichen. Dies stößt ohnehin[3] auf nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten.

[17] Zur Erklärung des Bundesministers von Hassel am 23. Mai 1963 in Ottawa vgl. den Drahterlaß des Bundesministers Schröder, z. Z. Ottawa, vom 23. Mai 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8489; B 150, Aktenkopien 1963.

[1] Zum diesbezüglichen Beschluß des Bundeskabinetts vom 24. April 1963 vgl. Dok. 149, Anm. 9.

[2] Am 17. Mai 1961 verknüpfte Präsident Kennedy vor dem kanadischen Parlament in Ottawa die Bereitschaft, eine nukleare Streitmacht der NATO ins Leben zu rufen, mit der Bedingung, daß die Teilnehmerstaaten zunächst ihr militärisches Planziel im konventionellen Bereich erreichen müßten. Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 385.
Vgl. dazu auch Dok. 83, Anm. 7.

[3] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Das ist es!"

Das Verteidigungsministerium wird für 1964 21,6 Mrd. DM anfordern. Dazu werden für die Polaris 0,5 bis 0,7 Mrd. DM kommen. Die äußerste Grenze, die nach Auffassung des Verteidigungsministers insgesamt für den Verteidigungshaushalt zur Verfügung steht, ist 20 Mrd. DM. Der Finanzminister bezeichnete diese Annahme als zu optimistisch.

Es bestand Einverständnis darüber, daß den Amerikanern bald gesagt werden muß, daß wir im konventionellen Bereich nicht so weit gehen können, wie sie es erwarten. Wann und wo dieses Gespräch mit den Amerikanern geführt werden soll, soll das Auswärtige Amt überlegen.[4]

Hiermit dem Herrn Minister[5] vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

160

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 430/63 **3. Mai 1963**

Betr.: Aufnahme von Beziehungen zu Kambodscha

1) Nach den Gesprächen, die VLR I Bassler in Phnom Penh geführt hat[1], ist folgende Lösung erreichbar:

Wir errichten eine Mission in Kambodscha, die die Bezeichnung „Vertretung der Bundesrepublik Deutschland" hat. Die Mitglieder dieser Vertretung genießen diplomatische Immunitäten und Privilegien. Ihr Leiter führt den persönlichen Titel eines Botschafters. Die Vertretung wird im diplomatischen Verzeichnis am Ende der Liste der diplomatischen Vertretungen aufgeführt.

Die SBZ wird durch eine Handelsvertretung in Kambodscha vertreten sein, die in der diplomatischen Liste in einem anderen Abschnitt als die diplomatischen Vertretungen aufgeführt werden wird. Der Leiter wird nicht die Erlaubnis erhalten, sich Botschafter zu nennen, sondern Generalkonsul.[2]

[4] Dazu handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Carstens, die von Bundesminister Schröder hervorgehoben wurde: „Ich meine: in Ottawa." Dazu ferner die Verfügung für Staatssekretär Lahr und Ministerialdirektor Krapf: „M[it] d[er] B[itte] um einen Vorschlag zum letzten Satz." Die Finanzierung der konventionellen Streitkräfte wurde von Bundesminister Schröder auf der Tagung des NATO-Ministerrats angesprochen. Vgl. dazu den Drahterlaß von Schröder, z. Z. Ottawa, vom 23. Mai 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8489; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Hat Bundesminister Schröder am 4. Mai 1963 vorgelegen.

[1] Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften vom 16. April 1963; Referat I B 5, Bd. 47.

[2] Die Aufnahme konsularischer Beziehungen zwischen der DDR und Kambodscha wurde am 13. März 1962 vereinbart. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 147; Referat I B 5, Bd. 7.

2) Die Abteilungen I, II und V befürworten die Verwirklichung dieses Vorschlages.

3) Ich sehe die Gefahr, daß angesichts der Labilität der Verhältnisse in Kambodscha die SBZ die Stellung ihrer Vertretung nach und nach derjenigen unserer Vertretung angleicht, so daß am Schluß zwei deutsche Vertreter in Kambodscha tätig sein würden, die beide den persönlichen Titel des Botschafters faktisch führen.

4) Um der geschilderten Gefahr zu begegnen, müßte den Kambodschanern von vornherein eindeutig gesagt werden, daß, wenn die Stellung der SBZ-Vertretung angehoben oder ihre Anhebung durch die kambodschanische Regierung geduldet werden sollte, wir gezwungen sein würden, unsere Vertretung wieder zu schließen.

Dies müßten wir im gegebenen Fall auch tatsächlich tun.

5) Unter diesen Umständen laufen wir das Risiko, eine Vertretung zu errichten, die wir im ungünstigsten Falle nach kurzer Zeit wieder schließen würden.

6) Ich bin trotzdem der Auffassung, daß der Versuch gemacht werden sollte. Wir sollten auch unter für uns ungünstigen Umständen der SBZ das Feld nicht überlassen. Außerdem dient unsere Anwesenheit der Stärkung der Position der westlichen Welt insgesamt.

7) Es kommt sehr darauf an, daß als erster deutscher Vertreter eine hervorragend qualifizierte Persönlichkeit nach Phnom Penh geht. Hierfür wäre an Botschafter a. D. Boltze[3] zu denken, der in dem südost-asiatischen Raum eine außergewöhnliche Stellung hat.

Hiermit dem Herrn Minister[4] mit der Bitte um grundsätzliche Zustimmung zu dem vorstehenden Vorschlag[5] vorgelegt.

Carstens

Referat I B 5, Bd. 47

[3] Der Name wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Über die Besetzung müssen wir noch einmal sprechen."
Der 1891 geborene Erich Boltze war vom Juli 1938 bis zum Kriegsende Botschaftsrat, seit März 1943 Gesandter I. Klasse an der deutschen Botschaft in Tokio.

[4] Hat Bundesminister Schröder am 7. Mai 1963 vorgelegen.
Am 8. Mai 1963 verfügte Staatssekretär Carstens handschriftlich: „Sofort H[errn] D I z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]."
Hat Ministerialdirektor Jansen und Ministerialdirigent Böker am 8. Mai 1963 vorgelegen.

[5] Die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Phnom Penh wurde am 19. Februar 1964 eröffnet. Erster Leiter war Legationsrat I. Klasse Berendonck.

161

Vermerk des Staatssekretärs Lahr

St.S. 444/63 **6. Mai 1963**

Betr.: Verhältnis Portugals zur EWG

Der portugiesische Wirtschaftsminister Pinto suchte mich heute nach einem Besuch der Hannoverschen Messe[1] auf, um insbesondere über das künftige Verhältnis Portugals zur EWG zu sprechen. Er erklärte hierbei, daß Portugal sich darauf eingestellt habe, in ein Assoziationsverhältnis mit der EWG einzutreten.[2] Hierauf habe er, der Wirtschaftsminister, die Wirtschaftspolitik seines Landes seit einiger Zeit ausgerichtet. Es sei seine Absicht, diese Politik fortzuführen. Um aber diese Politik auf die Dauer vor seinem Land vertreten zu können, müsse er wissen, ob ihm der Weg zur EWG offenstehe. Aus dem ihm bekannt gewordenen deutschen Entwurf eines Arbeitsprogramms[3] habe er derartiges nicht entnehmen können.

Ich erwiderte ihm, daß die Europa-Politik der Bundesregierung völlig klar gewesen sei: zunächst der Beitritt Großbritanniens und in Verbindung damit die Regelung der Beziehungen zu den anderen EFTA-Ländern, sei es in Form des Beitritts, sei es in Form der Assoziierung oder in einer anderen von diesen Ländern vorgeschlagenen Form. Wenn das vorläufige Scheitern der Englandverhandlungen[4] dieser Entwicklung ein vorläufiges Ende gesetzt habe, so bedauere dies niemand mehr als wir. Für uns sei aber die Regelung der Außenbeziehungen der Gemeinschaft weiterhin die Hauptfrage. Hierbei geben wir gegenwärtig der Kennedy-Runde[5] einen gewissen Vorrang – einfach deshalb, weil dies das im Augenblick aussichtsreichste Feld sei. Gleichzeitig hätten wir aber in unserem Arbeitsprogramm die Notwendigkeit stark unterstrichen, die

[1] Am 28. April 1963 wurde die Industriemesse in Hannover eröffnet. Den Höhepunkt bildete der Europa-Wirtschaftstag am 3. Mai, für den Reden des Generalsekretärs der OECD, Kristiansen, des Lordsiegelbewahrers Heath, des spanischen Industrieministers Bravo sowie des Bundesministers Erhard über die „Fortführung der europäischen Integration" vorgesehen waren. Vgl. dazu BULLETIN 1963, S. 652. Vgl. dazu auch Dok. 137, Anm. 7.

[2] Zum Antrag Portugals vom 18. Mai 1962 auf Assoziierung mit der EWG vgl. Dok. 77, Anm. 12.

[3] Zur deutschen Initiative für ein solches Arbeitsprogramm vgl. bereits Dok. 134, Anm. 17.
Am 19. April 1963 wurde der EWG von der Bundesregierung der Entwurf eines Arbeitsprogramms vorgelegt, das u. a. die Teilnahme der EWG an der Kennedy-Runde im GATT, agrarpolitische Maßnahmen sowie Kontakte mit Großbritannien vorsah. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 14. Mai 1963; Referat I A 2, Bd. 788.
Daraufhin beschloß der Ministerrat am 8. und 9. Mai 1963 ein erstes Arbeitsprogramm, das auf eine gleichmäßige Entwicklung der Gemeinschaft nach innen und außen abzielte und sich sowohl mit der gemeinsamen Agrarpolitik befaßte als auch den Beschluß enthielt, den Standpunkt der Gemeinschaft für die geplante Kennedy-Runde festzulegen. Keine Einigung konnte jedoch über den zukünftigen Kontakt mit Großbritannien erzielt werden. Vgl. BULLETIN DER EWG 7/1963, S. 20 f.; DOKUMENTATION DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION 1961–1963, S. 343 f.
Zum Arbeitsprogramm vgl. weiter Dok. 164.

[4] Vgl. dazu Dok. 60.

[5] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

Kontakte mit Großbritannien[6] und den anderen EFTA-Ländern im Hinblick auf einen späteren Beitritt bzw. eine spätere Assoziierung aufrechtzuerhalten und zu fördern; hierin sei Portugal eingeschlossen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs ergab sich, daß Portugal – wie es nach seiner handelspolitischen Lage eigentlich zu vermuten gewesen wäre – die Behandlung seines Falles nicht von der gleichzeitigen Regelung des britischen Falles abhängig machen will. Es ist offenbar – ebenso wie Österreich[7] – willens, den – von der EFTA sogenannten – Alleingang anzutreten.

Ich erklärte Minister Pinto, daß, wenn dem so sei, sich der Fall Portugal für die Gemeinschaft anders darstelle, als es in Kreisen der Gemeinschaft wohl allgemein angenommen würde. Die Sache der portugiesischen Regierung sei es, dies gegenüber der Gemeinschaft zum Ausdruck zu bringen. Im übrigen bleibe es in jedem Fall eine weitere Frage, ob der zunächst unterbrochene Prozeß der geographischen Ausweitung der Gemeinschaft überhaupt – und sei es auch nur mit einzelnen EFTA-Ländern oder einem Land wie Spanien, das sich ebenfalls an einer baldigen Regelung seiner Beziehungen zur EWG interessiert gezeigt habe[8] – in nächster Zeit wieder aufgenommen werden könnte. Die Bundesregierung habe den österreichischen Fall aufgegriffen, weil sie glaube, daß dieser der verhältnismäßig einfachste sei. Die Verflechtung Österreichs mit den Märkten der EWG-Länder sei besonders ausgeprägt.[9] Gelinge es, den Fall Österreich positiv zu regeln, was gegenwärtig noch nicht zu übersehen sei, so könne man daran anschließend weitere Fälle aufgreifen.

Dies erscheine mir taktisch klüger, als sofort einen mehr oder weniger massiven Versuch zur Wiederaufnahme des Ausweitungsprozesses der EWG zu unternehmen.

Minister Pinto pflichtete dem bei.

Der Fall Portugal ist namentlich deshalb nicht sonderlich geeignet, forciert zu werden, weil das ungeklärte Verhältnis Portugals zu seinen überseeischen Gebieten sowohl für Portugal selbst als für die Gemeinschaft einer Assoziierung erhebliche Schwierigkeiten in den Weg stellen wird.

Hiermit dem Herrn Minister[10] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Lahr

Büro Staatssekretär, Bd. 383

[6] Zu den Bemühungen, auch nach dem Scheitern eines britischen Beitritts zur EWG am 28. Januar 1963 einen Dialog zwischen Großbritannien und der EWG aufrechtzuerhalten, vgl. Dok. 77 und Dok. 118.
Vgl. dazu auch den Vermerk des Staatssekretärs Lahr vom 18. März 1963 und die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt vom 4. Juni 1963; Referat I A 2, Bd. 1239.

[7] Zum Antrag Österreichs vom 12. Dezember 1961 auf Assoziierung mit der EWG vgl. Dok. 39, Anm. 6.

[8] Zum Antrag Spaniens vom 9. Februar 1962 auf Assoziierung mit der EWG vgl. Dok. 80, Anm. 5.

[9] Gegenüber Staatssekretär Lahr betonte der österreichische Handelsminister Bock am 4. Mai 1963 die enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen Österreich und der EWG und stellte den Wunsch nach einer Fortsetzung der Assoziierungs-Gespräche heraus. Vgl. den Vermerk von Lahr vom 6. Mai 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 383.

[10] Hat Bundesminister Schröder am 8. Mai 1963 vorgelegen.

162

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg

Dg V – 208/63 geheim **9. Mai 1963**

Betr.: Flaggenführung auf Schiffen der MLNF[1]
Besprechungen mit amerikanischen Rechtsexperten am 27. 4. 1963
Bezug: Weisung des Herrn St.S. I vom 3. Mai 1963[2]

I. Im Mittelpunkt des Gesprächs, das ein Vertreter des Bundesministeriums für Verteidigung (Oberregierungsrat Dr. Hintz) und ich am 27. 4. 1963 in Paris mit den amerikanischen Rechtsexperten Manning und Aldrich geführt haben[3], stand die Frage der Flaggenführung auf den Schiffen der MLNF.

Die Amerikaner schlagen vor, daß die an dem Projekt teilnehmenden NATO-Staaten die zu gründende MLNF als zwischenstaatliche Organisation mit eigener Rechtssubjektivität errichten. Sie wünschen ferner, daß die Schiffe dieser zwischenstaatlichen Organisation – unter Verzicht auf jedes nationale Kennzeichen – ausschließlich deren Flagge führen. Die äußere Charakterisierung der MLNF-Einheiten als Schiffe einer zwischenstaatlichen Organisation (nicht eines Staates) ist aus amerikanischer Sicht wegen deren atomarer Bewaffnung unerläßlich.[4]

Die MLNF soll nach amerikanischer Auffassung mit einer umfassenderen Völkerrechtssubjektivität als die NATO und besonders mit einem eigenen Kriegsführungsrecht ausgestattet werden. (Die NATO besitzt nach überwiegender Ansicht zwar eine beschränkt-funktionelle Völkerrechtssubjektivität, nicht aber ein eigenes Kriegsführungsrecht.) Die Amerikaner glauben, daß eine solche umfassende Völkerrechtssubjektivität der MLNF weltweit anerkannt werden würde. Notfalls könne man dem Anspruch auf Anerkennung durch Androhung von Repressalien Nachdruck verleihen.

Die amerikanischen Experten geben zu, daß das klassische Völkerrecht nur

[1] Multilateral Nuclear Force.

[2] Mit Privatdienstschreiben vom 1. Mai 1963 an Staatssekretär Carstens berichtete Ministerialdirigent Meyer-Lindenberg über die Gespräche mit amerikanischen Rechtsexperten in Paris, die sich auf die Völkerrechtssubjektivität und das Recht zur Flaggenführung einer zukünftigen integrierten Nuklearstreitmacht der NATO konzentrierten. Dazu vermerkte Carstens am 3. Mai 1963 handschriftlich: „... 2. M. E. sollten wir uns für die ‚Force-Flagge' einsetzen. 3. Bitte kurze Aufz[eichnung] in diesem Sinne f[ür] d[en] H[errn] Minister. D V i[n] V[ertretung] z[ur] R[ücksprache]." Vgl. Abteilung V (Dg V), VS-Bd. 141; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Am 23. April 1963 berichtete Botschafter Grewe, Paris (NATO), daß am 26. April die zu der Delegation des Botschafters Merchant gehörenden juristischen Experten Manning und Aldrich in Paris eintreffen würden, um die Expertengespräche über die MLF fortzusetzen. Er regte an, Ministerialdirigent Meyer-Lindenberg für diese Gespräche zur Verfügung zu stellen. Vgl. dazu Abteilung V (Dg V), VS-Bd. 141; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Mit dem Prinzip der Zwischenstaatlichkeit rechtfertigten die USA die Ausrüstung der zukünftigen integrierten Nuklearstreitmacht der NATO mit Atomwaffen gegenüber der UdSSR, die darin einen Verstoß gegen den Grundsatz der Nichtweitergabe von Kernwaffen sah. Zu dem Notenwechsel vom April/Mai 1963 vgl. Dok. 116, Anm. 19. Zum Austausch von Aide-mémoires zu diesem Thema im gleichen Zeitraum vgl. Dok. 143, Anm. 28.

Kriegsschiffe kennt, die zu den Seestreitkräften *eines Staates* gehören und die äußeren Kennzeichen seiner Staatszugehörigkeit tragen (so Art. 8 der Genfer Konvention über die Hohe See von 1958[5]). Sie weisen aber darauf hin, daß in letzter Zeit Schiffe in wenigstens drei Fällen die Flagge der Vereinten Nationen – in einem Falle *nur* die VN-Flagge – geführt hätten. Diese dem Friedensgeschehen entnommenen Beispiele stellten zwar – schon wegen des weltweiten Charakters der Vereinten Nationen – keine schlüssigen Präzedenzfälle für ein ausschließliches Flaggenrecht der auf wenige Staaten beschränkten MLNF dar; es zeichne sich aber doch eine Entwicklung ab, die allgemein auf ein Flaggenrecht internationaler Organisationen hindeute. Im Lichte dieser Entwicklung sei auch Artikel 7 der Genfer Konvention über die Hohe See[6] auszulegen. Diese Bestimmung läßt die Frage der Schiffe, die im amtlichen Dienst einer zwischenstaatlichen Organisation stehen und deren Flagge führen, offen.

II. Man wird die Frage der Flaggenführung der MLNF-Schiffe nicht mit den herkömmlichen Kategorien des Seerechts lösen können, sondern mit den Amerikanern davon ausgehen müssen, daß die Verwirklichung ihres Planes auch im rechtlichen Bereich einen „bold new approach" erfordert. Da die Amerikaner die MLNF-Flagge als sichtbaren Ausdruck der Internationalisierung der Schiffe zur conditio sine qua non des Gesamtprojekts machen, ist die Entscheidung über diesen Punkt eine eminent politische. Bei einer positiven Entscheidung müssen gewisse Risiken in Kauf genommen werden, die mit der neuartigen, im bisherigen Völkerrecht nicht nachweisbaren, von diesem aber auch nicht ausdrücklich verbotenen Konstruktion verbunden sind. Diese Risiken, einschließlich der schwer voraussehbaren Reaktion der ungebundenen Staatenwelt und der sich daraus ergebenden unsicheren Rechtsstellung der Schiffe in neutralen Gewässern, erscheinen den Amerikanern jedoch gering, zumal sie von der Erwartung ausgehen, daß die MLNF-Schiffe keine neutralen Gewässer oder Häfen zu berühren brauchen. Das größte Risiko besteht in der Ungewißheit, ob der Feind im Kriegsfall die Genfer Abkommen, besonders das Kriegsgefangenenabkommen[7], auf die Besatzung der MLNF-Schiffe anwenden wird. Die Amerikaner meinen, daß der Sowjetblock wegen der Repressaliengefahr nicht wagen werde, den Besatzungen den Rechtsschutz der Genfer Konvention vorzuenthalten. Für die übrigen Rechtsfragen (Disziplinarordnung, Jurisdiktion in Zivil- und Strafsachen, Schadensregelung usw.) haben sie Lösungen vorgeschlagen, die uns im wesentlichen brauchbar erscheinen.

III. Die Amerikaner haben angekündigt, daß sie in Kürze die juristischen Expertengespräche in den in Betracht kommenden europäischen Hauptstädten fortsetzen werden. Hiesigen Erachtens wäre es zweckmäßig, diese Gespräche bald multilateral zu führen, um die Gesichtspunkte der übrigen europäischen Teilnehmerstaaten kennenzulernen.

[5] Für den Wortlaut der Genfer Konvention von 1958 über die Hohe See vgl. UNTS, Bd. 450, S. 82–103.

[6] Der Artikel legte fest, daß Schiffe, die in den Diensten einer internationalen Organisation stehen, das Recht haben, unter deren Flagge zu fahren. Vgl. UNTS, Bd. 450, S. 86.

[7] Vgl. dazu das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über die Behandlung von Kriegsgefangenen; UNTS, Bd. 75, S. 135–285.

Es wird vorgeschlagen, daß wir in weiteren Expertengesprächen den Gedanken der MLNF-Flagge unterstützen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[8] dem Herrn Bundesminister[9] mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt. Abteilung II hat Durchdruck erhalten.

Meyer-Lindenberg

Abteilung V (Dg V), VS-Bd. 141

163

Runderlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer

II 1–85.50/1–384/63 VS-vertraulich **9. Mai 1963**

Betr.: Lockerung der TTD-Sperre
Anlg.: –1–[1]

Die im Benehmen mit der Bundesregierung nach Errichtung der Mauer von den Alliierten verhängte TTD-Sperre für bestimmte Kategorien von Bewohnern der SBZ[2], der alle NATO-Partner zugestimmt haben, hat sich als sehr wirksame Gegenmaßnahme gegen die brutalen Aktionen Pankows erwiesen.[3]

Das Sowjetzonenregime hat wiederholt gegen die Sperre protestiert[4] und damit zum Ausdruck gebracht, wie empfindlich es durch die Sperre getroffen wird.

Wiederholt sind aber auch in NATO-Ländern Stimmen laut geworden, die eine Aufhebung oder zumindest Lockerung dieser Sperre verlangten.[5] Einzelne internationale nichtstaatliche Organisationen (NGO) haben gedroht, Kongresse oder ähnliche Veranstaltungen in Zukunft nicht mehr in NATO-Länder zu

8 Hat Staatssekretär Carstens am 11. Mai 1963 vorgelegen.

9 Hat Bundesminister Schröder am 13. Mai 1963 vorgelegen.

1 Der von den USA, Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland dem Politischen Ausschuß der NATO vorgelegte Entwurf vom 9. Mai 1963 betreffend eine versuchsweise Lockerung der Beschränkungen bei der TTD- und Sichtvermerkerteilung ist dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung V (D V), VS-Bd. 139; B 150, Aktenkopien 1963.

2 Vgl. dazu Dok. 110, Anm. 5.

3 Zu Argumenten für und gegen die TTD-Sperre sowie zu den Auswirkungen auf internationale Kongresse und Tagungen vgl. auch die Aufzeichnung des Referats II 1 vom 23. Oktober 1963; Abteilung V (D V), VS-Bd. 139; B 150, Aktenkopien 1963.

4 Dieser Protest kam in der Erklärung der DDR vom Februar 1962 „über die Störung des internationalen Reiseverkehrs durch die NATO und das sogenannte ‚Alliierte Reiseamt' in Westberlin" zum Ausdruck. Vgl. DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, Bd. 10, Berlin (Ost) 1963, S. 56–64.

5 Zu den Staaten, die eine lockerere Handhabung der Sperre verlangten bzw. praktizierten, zählten – neben Italien, Kanada und Belgien – auch Norwegen und Schweden. Vgl. dazu den Runderlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 17. Mai 1963; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 13a; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. auch den Vermerk des Staatssekretärs Lahr vom 5. Januar 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 411.

verlegen. In einzelnen Fällen sind internationale Sportveranstaltungen in NATO-Ländern wegen der Nichtteilnahme von SBZ-Sportlern durch die Ostblockländer boykottiert worden. (In anderen Fällen, in denen die Sowjets Weltmeisterehren zu erringen hofften, haben die Ostblockländer freilich auf die Ausübung der „sozialistischen Solidarität" verzichtet.)

Das TTD-Problem ist aus den vorstehenden Gründen wiederholt im Politischen Ausschuß der NATO[6] erörtert worden. Von unserer Seite wurde dabei immer davon ausgegangen, daß es keine Aufgabe der TTD-Sperre geben könne, solange die Mauer fortbesteht. Die NATO-Partner haben bisher auch keine ernsthaften Einwände gegen die TTD-Sperre erhoben, allenfalls ist von einigen Ländern – so vor allem von den skandinavischen Ländern, aber auch von Belgien, Kanada und Italien – wiederholt eine Lockerung der TTD-Sperre empfohlen worden.

In Zusammenarbeit mit den hiesigen Vertretern der Alliierten wurde daher von uns ein Vorschlag ausgearbeitet, der mit unwesentlichen Änderungen vom Politischen Ausschuß der NATO am 2. Mai 1963 einstimmig angenommen wurde (vgl. Anlage). Dieser Vorschlag ergibt sich aus unserer Politik, die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften, Delegationen und Vertretungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu fördern. Im übrigen hat unser Vorschlag den Vorteil, den Wünschen einiger NATO-Partner entgegen zu kommen.

Die vier in der Anlage aufgezeigten Fälle[7] sind als Test anzusehen. Im Oktober 1963 soll die Angelegenheit auf Grund der inzwischen gemachten Erfahrungen erneut überprüft werden.[8]

Soweit es sich heute schon übersehen läßt, ist mit gesamtdeutschen Delegationen bei weiteren Veranstaltungen – vor allem auch von internationalen nichtstaatlichen Organisationen (NGO) – zu rechnen. Wir sind bereit, jeden dieser Fälle einzeln zu prüfen und ggf. die Erteilung von TTD's und Visen für die sowjetzonalen Angehörigen dieser Delegationen zu empfehlen.

Wir hoffen, daß manche Spitzengremien von NGO's, in denen die Zone schon selbständiges Mitglied ist[9], nunmehr auf die Zonenverbände einwirken, daß sie einer gesamtdeutschen Vertretung bei Kongressen u. ä. zustimmen. Die weitere Entwicklung ist infolgedessen auch ein Testfall dafür, ob und in wel-

[6] Zur Erörterung der TTD-Sperre am 2. Mai 1963 im Politischen Ausschuß vgl. den Bericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 3. Mai 1963; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 13a; B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Dies waren die Jahrestagung der Internationalen Elektrotechnischen Kommission in Venedig (26. Mai bis 8. Juni 1963), die Europäischen Rudermeisterschaften in Kopenhagen (August 1963), der Kongreß der Internationalen Union für Geodäsie und Geophysik in Berkeley (19. bis 31. August 1963) und der Kongreß für Kristallographie in Rom (9. bis 18. September 1963).

[8] Zur Erörterung der TTD-Sperre am 6. November 1963 im NATO-Rat vgl. die Aufzeichnung des Referats II 1 vom 14. November 1963; Abteilung II (II 1), VS-Bd. 13b; B 150, Aktenkopien 1963.

[9] Bei diesen nicht-staatlichen Organisationen handelte es sich, neben den bereits in Anm. 7 erwähnten Verbänden, u. a. um die Internationale Astronomische Union, die Fédération Internationale des Sociétés de Philosophie, die Internationale Rundfunk- und Fernsehorganisation, den Internationalen Rat der wissenschaftlichen Vereinigungen sowie zahlreiche internationale Sportverbände.

chem Umfang die Zone an einer unpolitischen internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft und des Sports wirklich interessiert ist.

Dieser Erlaß dient nur zur dortigen Information und zur Sprachregelung bei eventuellen Diskussionen im jeweiligen Gastland. Soweit eine Fühlungnahme mit amtlichen Stellen notwendig ist, ergeht besondere Weisung.

Im Auftrag

[gez.] Reinkemeyer

Abteilung V (D V), VS-Bd. 139

164

Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), an Bundesminister Schröder

Z B 6–1 3505/63 geheim
Fernschreiben Nr. 754
Citissime

Aufgabe: 11. Mai 1963, 19.05 Uhr[1]
Ankunft: 11. Mai 1963, 20.12 Uhr

Nur für Minister und Staatssekretär

Betr.: Britische Beurteilung der Beschlüsse des Ministerrats vom 9. Mai über das Arbeitsprogramm[2]

I. Der Geschäftsträger der britischen Vertretung bei den Gemeinschaften, Galsworthy, suchte mich am 11. Mai auf, um mit mir über die Beschlüsse des Ministerrats, soweit sie das Arbeitsprogramm betreffen, zu sprechen.

Auf britischer Seite sei man ohne Einschränkung zufrieden gewesen mit dem deutschen Entwurf des Arbeitsprogramms, und man sei sehr glücklich gewesen über die Erklärungen des Herrn Bundesaußenministers[3] noch am Tage vor den Ministerratsbeschlüssen, daß Kennedy-Runde, Agrarpolitik und Kontakte mit Großbritannien nach deutscher Auffassung als unauflösbar miteinander gebündelt betrachtet würden. Umso tiefere Enttäuschung („viel Wasser ist über den Damm gegangen, seit wir uns zuletzt sahen") empfinde man jetzt

[1] Hat Ministerialdirigent Voigt am 14. Mai 1963 vorgelegen, der das Schreiben am selben Tag an den Leiter des Referats „EWG, EGKS, EURATOM", von Stempel, weiterleitete.

[2] Zum deutschen Entwurf für ein Arbeitsprogramm der EWG und den Beschlüssen des EWG-Ministerrats vgl. Dok. 161, Anm. 3.
Zur Tagung des Ministerrats der EWG am 8./9. Mai 1963 in Brüssel vgl. Referat 200, Bd. 751.

[3] Bundesminister Schröder betonte vor der Tagung des EWG-Ministerrats, daß auch die institutionellen Kontakte mit Großbritannien und die Frage der Zollverhandlungen geklärt werden müßten. Vgl. den Artikel: Schröder wirbt um Verständnis. Ministerkonferenz der EWG in Brüssel; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 108 vom 10. Mai 1963, S. 3. Vgl. ferner den Artikel von Ernst Kobbert, Die nächtlichen Europa-Debatten in Brüssel. Im Dilemma zwischen Festigung der Gemeinschaft und Öffnung der Welt; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 110 vom 13. Mai 1963, S. 2.

darüber, daß die Abtrennung eines Teils des Bündels, nämlich der Kontakte, zugelassen worden sei.[4] Gewiß habe man nur ein erstes Programm beschlossen und werde über das zweite bei der nächsten Ministerratstagung weiterverhandeln. Es sei aber nicht zu erkennen, wie man in diesem zweiten Programm die Kontakte durchsetzen könne, nachdem man sich im ersten Programm mit der Koppelung der Agrarverordnungen nur mit der Kennedy-Runde einverstanden erklärt habe. Das Argument, man habe zustimmen müssen, weil sonst eine Stellungnahme der Gemeinschaft am 16. Mai im GATT[5] unmöglich geworden wäre, überzeuge nicht; niemals hätten die Franzosen die Verantwortung auf sich genommen, jede Meinungsäußerung der Gemeinschaft am 16. Mai zu verhindern.

Es bestehe die große Gefahr, daß der Gang der Dinge am 9. Mai in Großbritannien als eine erneute, von Frankreich gewünschte und von den anderen Mitgliedstaaten nicht verhinderte Demütigung erscheine. Auch werde es als sehr bedauerlich empfunden, daß keiner der fünf Minister den Angriffen auf Mr. Heath entgegengetreten sei. Er, Galsworthy, habe den Eindruck, daß am Abend des 10. Mai eine ihm unerklärliche Änderung der deutschen Haltung erfolgt sei.[6] Habe man nicht erwarten können, daß, wenn die Franzosen ihre Zustimmung zu den Kontakten verweigerten, kein Beschluß gefaßt, sondern die Verhandlung auf den nächsten Ministerrat vertagt werden würde?

In der gut anderthalb Stunden dauernden Unterredung habe ich ausdrücklich alle verfügbaren Argumente vorgebracht, um die bei Galsworthy entstandene falsche Beurteilung zu berichtigen. Insbesondere habe ich erklärt, daß keinerlei wie immer geartete Änderung der deutschen Haltung eingetreten sei. Nichts von dem, was bisher beschlossen sei, hindere die Bundesregierung daran, sich so zu verhalten, wie es ihre Auffassung von der Bündelung (einschließlich der Kontakte) erfordere. Erstes und zweites Programm bildeten ein Ganzes, und obschon ich nicht angeben könnte, welche Konsequenzen die

[4] Kein Einvernehmen konnte auf der Ministerratssitzung vom 8./9. Mai darüber erzielt werden, ob regelmäßige Kontakte zwischen den Ständigen Vertretern im EWG-Rat und dem Leiter der britischen Vertretung bei der EWG stattfinden sollten. Die französische Regierung sprach sich gegen eine solche Regelung aus. Auch auf der Ratstagung am 30./31. Mai 1963 kam keine Einigung in dieser Frage zustande. Vgl. BULLETIN DER EWG 7/1963, S. 26.

[5] Vom 16. bis 21. Mai 1963 fand in Genf eine Ministerkonferenz des GATT statt, an der Delegierte von 75 Staaten teilnahmen. Auf der Tagesordnung standen Maßnahmen zur Ausweitung des Handels der Entwicklungsländer, zur Reduktion von Zöllen und anderen Handelshemmnissen sowie Maßnahmen, die den Zugang zu Agrar- und Grundstoffmärkten betrafen. Vgl. BULLETIN DER EWG 7/1963, S. 12–16.

[6] Die deutsche Delegation reiste mit der Absicht zu der EWG-Ministerratssitzung in Brüssel, allen Anträgen zu widersprechen, welche weiterhin die agrarpolitische Integration schneller als die allgemeine Entwicklung der Gemeinschaft vorantreiben wollten. Am Abend des 10. Mai 1963, als die französische Delegation damit drohte, die Kennedy-Runde scheitern zu lassen, willigte sie jedoch ein, mit der vorrangigen Festigung der Strukturen der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik fortzufahren sowie die Regelung des zukünftigen Kontaktes zwischen der EWG und Großbritannien aufzuschieben. Die Zeitung LE MONDE kommentierte das französische Vorgehen: „Manifestement, la délégation française a joué – avec habileté d'ailleurs – la carte de la catastrophe. Les émissaires de M. Couve de Murville aillaient répétant que la France bouderait la négotiation Kennedy si les affaires agricoles de l'Europe n'avançaient pas plus vite." Vgl. Nr. 5696 vom 11. Mai 1963, S. 1.
Vgl. dazu auch FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 103 vom 4. Mai 1963, S. 3; Nr. 109 vom 11. Mai 1963, S. 1.

Bundesregierung ziehen würde, wenn das zweite Programm nicht zustande komme:
Sie werde die ihrer Haltung entsprechenden Konsequenzen ziehen. Die Bedeutung einer Einigung zu Sechs für die GATT-Tagung am 16. Mai schätzten wir höher ein. Die schon erreichte Bündelung Kennedy-Runde/Agrarpolitik sähen wir als einen sehr beträchtlichen Erfolg an, den es zu sichern gegolten habe.

Eine Diskussion über die Reden „der auf dem Kontinent umherreisenden britischen Minister"[7] habe der Herr Bundesaußenminister allerdings vermeiden wollen. Aber er habe etwas gesagt, was im Ministerrat viel größeren Eindruck mache: daß für die Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft selbst und für die Wiederherstellung des Vertrauens der Mitgliedstaaten zueinander die Aufnahme der Kontakte eine unerläßliche Vorbedingung sei.

Am Schluß der Unterredung versicherte mir Galsworthy, er werde sein Bestes tun, meine beruhigende Auffassung der Lage an Mr. Heath zu übermitteln; aber er selbst bleibe beunruhigt.

Ich habe Galsworthy dringend gebeten, heftige, nach unserer Meinung auf einer irrigen Beurteilung der Dinge beruhende Reaktionen der britischen Seite zu verhindern zu helfen. Weiter habe ich ihm nahegelegt, daß die britische Regierung sofort in Bonn mit dem Auswärtigen Amt Fühlung nehmen möge. Zwischen den beiden Regierungen dürften keine Mißverständnisse aufkommen.

II. Ich erlaube mir folgende Anregungen:

Bei erster Gelegenheit eine erneute Erklärung des Herrn Bundesaußenministers:
1) daß die Kontakte unverändert zu dem Bündel unserer unverzichtbaren Forderungen gehören,
daß erstes und zweites Programm ein Ganzes bilden, und es nicht angeht, eine Gesamtbeurteilung vorzunehmen, bevor dieses Ganze vorliegt.
2) Sogleich den britischen Botschafter[8] in das Auswärtige Amt zu bitten und ihm die deutsche Haltung klarzulegen.
3) Sofort mit Mr. Heath eine Besprechung für den 23. Mai in Aachen zu vereinbaren; ich nehme an, daß Herr Staatssekretär Lahr an der Verleihung des Karlspreises[9] teilnehmen will.

III. Es sei hinzugefügt, daß ich auch einige Mühe habe, die Niederländer über unsere Haltung zu beruhigen. In der niederländischen Vertretung hier hält man das Ergebnis des 9. Mai für wenig befriedigend (z. T. aus ähnlichen Grün-

[7] Zu den Reden des Lordsiegelbewahrers Heath während seines Aufenthalts in der Bundesrepublik vgl. Dok. 137, Anm. 6 und 7.
Der französische Botschaftsrat Henry betonte am 13. Mai gegenüber dem Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Stempel, „die Reden, die Lordsiegelbewahrer Heath in den letzten Wochen in der Bundesrepublik gehalten habe, hätten die französische Regierung so stark verstimmt, so daß ihre Bereitschaft zu Konsultationen mit den Briten kaum noch vorhanden sei". Vgl. die Aufzeichnung von Stempel vom 14. Mai 1963; Referat I A 2, Bd. 788.

[8] Frank K. Roberts.

[9] Am 23. Mai 1963 wurde in Aachen Lordsiegelbewahrer Heath der Karlspreis verliehen als Anerkennung seiner Bemühungen um die europäische Einigung. Vgl. BULLETIN 1963, S. 745.

den wie den von Galsworthy vorgetragenen), macht sich allerdings selbst Vorwürfe: Minister Luns hätte unbedingt bis zum Schluß am Ministerrat teilnehmen müssen.

[gez.] Harkort

Abteilung I (I A 1/I A 2), VS-Bd. 143

165

Aufzeichnung des Referats II 4 (Entwurf)

II 4 (704) 82.00/3/94.29/269[I]/63 geheim **13. Mai 1963**

Betr.: Einführung des Friedensplans[1] in die amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche

Die vom Westen gezeigte Bereitschaft, in den seit Ende 1961 geführten Sondierungsgesprächen[2] die Berlin-Frage losgelöst von ihrem Zusammenhang mit der Deutschland-Frage zu erörtern, hat das Berlin-Problem seiner Lösung nicht nähergebracht. Sie hat jedoch dem Westen seitens seiner eigenen Öffentlichkeit den Vorwurf eingetragen, die Deutschland-Frage zu vernachlässigen. Bei den ungebundenen Staaten ist vielfach der Eindruck entstanden, daß der Westen kein echtes Interesse an der Wiedervereinigung Deutschlands habe. Aus Gründen der Taktik und der politischen Optik erscheint es daher wünschenswert, den natürlichen Zusammenhang zwischen der Berlin- und der Deutschland-Frage wiederherzustellen, wozu die Einführung des Friedensplans in die Sondierungsgespräche eine gute Möglichkeit böte.[3]

Auch auf amerikanischer Seite sind ähnliche Überlegungen angestellt worden. Botschafter Thompson erklärte am 8. Januar 1963 in der Botschaftergruppe[4], der Friedensplan sei geeignet, die Sondierungsgespräche wieder auf die richtigen Gleise zu bringen.

[1] Zur Überarbeitung des westlichen Friedensplans vgl. bereits Dok. 69, Anm. 2.

[2] Zum Abbruch der amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche Ende 1962 vgl. Dok. 5, Anm. 4. Zur Diskussion über ihre Wiederaufnahme vgl. Dok. 138, besonders Anm. 3.

[3] Zu diesen Überlegungen vgl. auch Dok. 101.
In einer Aufzeichnung des Referats „Wiedervereinigung" vom 16. Mai 1963 wurde dazu ausgeführt: „Uns liegt daran, auch unseren Freunden klar zu machen, daß wir das Ziel der Wiedervereinigung mit unverändertem Nachdruck verfolgen. Chruschtschow hat den Westmächten zu oft unterstellt, sie hätten kein Interesse an der Wiedervereinigung ... Es liegt daher in unser und unserer Freunde gemeinsamen Interesse, die westliche Position in der Wiedervereinigungsfrage nachdrücklich zu umreißen und Mißverständnissen vorzubeugen. Unsere vorsichtig-überlegte Deutschlandpolitik sollte jedenfalls nicht den Eindruck erwecken, als sei die Wiedervereinigung für uns ein Ziel von allmählich nachgeordneter Bedeutung geworden, mit dessen Nichtverwirklichung wir uns abfinden könnten." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Zur Sitzung der Botschaftergruppe am 8. Januar 1963 vgl. die Drahtberichte des Botschafters Knappstein, Washington, vom 9. Januar 1963; Abteilung II (700–AB), VS-Bd. 45.

Den Sowjets sei es gelungen, ungestraft zu freveln, indem sie den Westen zu einer Hinnahme von Gesprächen über das Thema West-Berlin gebracht hätten. Der Friedensplan schaffe die richtigen Dimensionen für eine Lösung des Deutschland-Problems.

Der gegenwärtige Zeitpunkt, in dem die Sondierungsgespräche praktisch leerlaufen und die sowjetische Politik keine taktische Konzeption erkennen läßt, erscheint für eine westliche Initiative besonders geeignet. Es hat sich seit 1945 für den Westen stets als nachteilig erwiesen, wenn er als Reaktion auf das Nachlassen sowjetischer Pressionen seinerseits jegliche Initiative zurückgestellt hat. Erfahrungsgemäß wurde dann der Westen durch eine neue von den Sowjets erzeugte Krisensituation in einer taktisch ungünstigen Position überrascht.

Durch die Einführung des Friedensplans in die Sondierungsgespräche würde der Westen die Initiative in der Deutschland- und Berlin-Frage zurückgewinnen. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß die Sowjets – wie bereits 1959 in Genf geschehen – die Diskussion des Friedensplanes a limine ablehnen.[5] Daher sollten die Möglichkeiten geprüft werden, die den Sowjets eine derartige Haltung erschweren würden.[6]

Abteilung II (II 4), VS-Bd. 194

[5] Vom 13. Mai bis 20. Juni und 13. Juli bis 5. August 1959 fand in Genf eine Außenministerkonferenz der Vier Mächte über die Deutschland-Frage statt. Zu dem am 14. Mai 1959 vorgelegten Herter-Plan erklärte der sowjetische Außenminister Gromyko am 19. Mai 1959: „Einzelne nüchterne Thesen und Gedanken, die der Plan enthält, ertrinken in der allgemeinen Masse bewußt unannehmbarer Bedingungen, die den Charakter des Komplexplans bestimmen." Der Plan sei ein „Schritt zurück" und habe „alle Aussichten, in die Geschichte der Diplomatie unserer Tage als ein neuer gordischer Knoten einzugehen". Vgl. DzD IV/2, S. 165.
Zum Herter-Plan vgl. Dok. 54, Anm. 13.

[6] Zu den taktischen Überlegungen hinsichtlich der Präsentation des Friedensplans gegenüber der UdSSR wurde in einer Aufzeichnung des Referats „Sowjetunion" vom 13. Mai 1963 festgehalten: „In der ersten Stufe wäre zu versuchen, die Zustimmung der Sowjets zu den wichtigsten Prinzipien, auf denen der Friedensplan beruht, zu erhalten ... Nehmen die Sowjets ... an, sollte der Westen dies öffentlich als Basis einer eventuellen Verständigung herausstellen, um dann als zweite Stufe den Sowjets den revidierten Friedensplan vorzulegen ... Das praktische Ergebnis wäre, daß die Sondierungsgespräche im Gegensatz zur bisherigen Übung auf der Grundlage westlicher Vorschläge geführt würden, wobei die unangenehme Rolle des Negierenden den Sowjets zufiele." Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 194; B 150, Aktenkopien 1963.

166

Deutsch-amerikanische Koordinierungsbesprechungen

III A 4–81.00/430/63 geheim **13./15. Mai 1963**[1]

Betr.: Deutsch-amerikanische Koordinierungsbesprechungen am 13. und 15. Mai 1963 in Bonn
Anlg.: –1–[2]

Unter dem Vorsitz von MD Dr. Sachs fanden am 13. und 15. Mai 1963 im Auswärtigen Amt Koordinierungsbesprechungen mit einer amerikanischen Gruppe über militärische Ausrüstungshilfe und Waffenlieferungen an Entwicklungsländer statt. Die amerikanische Delegation setzte sich aus Vertretern des State Department, der Department of Defense, der AID[3] und der Botschaft zusammen; amerikanischer Delegationsleiter: Deputy Assistant Secretary of State, Kitchen. (Einzelheiten s. Teilnehmerliste).[4]

Die Besprechung der einzelnen Tagesordnungspunkte, die zum Teil in veränderter Reihenfolge behandelt wurden, ergab folgendes:

Allgemeine Gesichtspunkte

Man einigte sich eingangs, die Besprechungen als „geheim" zu klassifizieren. Der Presse soll auf Anfrage mitgeteilt werden, daß aus Washington eine Gruppe zu Besprechungen über allgemeine Fragen der Entwicklungshilfe nach Bonn gekommen sei. Ein Kommuniqué ist nicht vorgesehen. Von amerikanischer Seite werden unter Hinweis auf deutsch-amerikanische Vorbesprechungen im Februar d. J.[5] informelle Vereinbarungen über eine Konsultation vor der Übernahme neuer Verpflichtungen durch beide Länder auf dem Gebiet der militärischen Hilfe gewünscht. Hierbei müsse im einzelnen geprüft werden, welches Geberland in einem bestimmten Gebiet bevorzugt in Aktion treten soll.
Eine gegenseitige Unterrichtung über allgemeine und spezielle Fragen der Militärhilfe sei erwünscht.

Ziel der amerikanischen Militärhilfe sei die Sicherung der freien Welt. Die deutsche Hilfe sollte dabei in denjenigen Ländern erhöht werden, die wie die Türkei, der Iran und Afghanistan den Deutschen durch traditionell gute Be-

[1] Durchdruck für Ministerialdirektor Jansen.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Hilfsreferent Stübel am 16. Mai 1963 gefertigt.

[2] Teilnehmerliste zur Gesprächsaufzeichnung.

[3] Die „Agency for International Development" war die federführende amerikanische Behörde für Fragen der Entwicklungspolitik.

[4] Neben Ministerialdirektor Sachs nahmen auf deutscher Seite 14 weitere Personen, auf amerikanischer Seite neben Unterstaatssekretär Kitchen 9 weitere Personen an der Besprechung teil.

[5] Die Vorbesprechungen für das Treffen fanden im Rahmen eines Besuchs des Staatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministerium, Gilpatric, am 13. Februar 1963 in Bonn statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Leiters des Referats „Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung", von Stechow, vom 15. Februar 1963; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 174.
Zum Besuch vgl. bereits Dok. 92.

ziehungen verbunden seien, oder wo die Bundesrepublik sonst geeignet erscheine, dem Westen eine neue Stimme zu gewinnen (Beispiel Guinea[6]).

Im übrigen beliefen sich die einzelnen, kleineren Hilfevorhaben der USA, vor allem in Schwarz-Afrika, nur auf 2,5% der gesamten Militärhilfe, die überwiegend in 8 Ländern, insbesondere in Schwerpunktgebieten (z. B. Korea), eingesetzt werde. Grundsätze der US-Militärhilfe seien: Stärkung des politischen Vertrauens in den Westen und der inneren Sicherheit, die oft weit bedrohter sei als die äußere (z. B. Griechenland), Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung durch „dual purpose"-Vorhaben[7], etwa im Rahmen des Civic Action-Programmes[8].

Deutscherseits weist Ministerialdirektor *Dr. Sachs* darauf hin, daß die Tatsache einer militärischen Ausrüstungshilfe der Allgemeinheit in der Bundesrepublik nicht bekannt sei[9]; diese habe dagegen die Notwendigkeit einer Entwicklungshilfe bereitwillig anerkannt. Problematisch sei die Verteidigungshilfe an Staaten in Asien und Afrika, die zu politischer Verstimmung der Nachbarstaaten führe. Weiter müsse von der westlichen Welt auch der unter Ostblockeinfluß erhobene Vorwurf des Neokolonialismus berücksichtigt werden.

Ministerialdirigent *Böker* weist auf die unterschiedlichen Motive (fiskalische, wirtschaftliche usw.) für eine Militärhilfe hin, die alle nicht ausschlaggebend für die Initiative auf diesem Gebiet sein dürften. Die Bundesrepublik wolle ihr politisches Ansehen nicht durch einen Übereifer auf dem Gebiet der Verteidigungshilfe strapazieren oder durch solche Hilfe indirekt in örtliche Konflikte eingreifen. Sie sei vielmehr bestrebt, sich mit den NATO-Partnern, soweit diese z. B. durch ehemalige koloniale Beziehungen besonders interessiert seien, abzustimmen.

Von deutscher wie von amerikanischer Seite wurde es abgelehnt, dritten Staaten eine Verteidigungshilfe aufzudrängen oder ihnen dadurch unverhältnismäßige Belastungen aufzuerlegen. Von amerikanischer Seite wird in diesem Zusammenhang auf die oft unrealistischen Anfragen hingewiesen. Ministerialdirektor *Dr. Sachs* betont, eine allgemeine Planung sei schwierig; jeder Fall müsse individuell, auch unter dem Gesichtspunkt einer Konkurrenz des Ostblocks beurteilt werden.

Von amerikanischer Seite wurde sodann eingehend die Organisation der Militärhilfe dargelegt, die im Rahmen eines 5-Jahresplans jährlich in den Einzelheiten festgelegt wird unter Zusammenwirken verschiedener Regierungsorganisationen in Washington und in den betreffenden Ländern.

[6] Nachdem im März/April 1960 eine Anerkennung der DDR durch Guinea befürchtet worden war, gelang es der Bundesrepublik in der Folgezeit, das Land durch stabilisierende Maßnahmen, wie ein Handelsabkommen und auch Ausrüstungshilfen, auf einem pro-westlichen Kurs zu halten. Zur Ausrüstungshilfe für Guinea vgl. bereits Dok. 150, besonders Anm. 10.

[7] Vgl. dazu Dok. 150, Anm. 8.

[8] Im Rahmen dieses Programms unterstützte die amerikanische Regierung Einsätze lokaler Militäreinheiten zugunsten „ziviler Aktionen". Präsident Kennedy erklärte am 13. März 1962 dazu: „In addition to placing emphasis on the improvement of internal security forces, we are giving increased attention to the contribution which local military forces can make through civic action programs to economic and social development." Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1962, S. 215.

[9] Vgl. dazu auch Dok. 193.

Die Durchführung liegt danach weitgehend bei den Militärbehörden bzw. in den Empfängerländern bei den MAAG (Military Assistance Advisory Groups). Wichtig für die Beurteilung von Hilfsvorhaben sei die Kapazität der Empfängerländer, mit dem gelieferten Rüstungsmaterial zu arbeiten, z. B. Treibstoff für die Fahrzeuge und technisch ausgebildetes Personal für die Bedienung und Wartung der Waffen und Anlagen bereitzustellen. Man könne davon ausgehen, daß in den neuen afrikanischen Staaten insgesamt nicht mehr als 100–200 Hochschulabsolventen für den zivilen und den Militärbedarf des Landes verfügbar seien. Die Hilfe müsse nach Prioritäten abgestimmt werden, wobei oft im Empfängerland bei den zivilen Verwaltungsstellen und dem Militär gegensätzliche Ansichten über den Vorrang bestünden.

Für die Vereinigten Staaten spielten auch politische Gesichtspunkte eine besondere Rolle; das Einhandeln von Stützpunkten sei ein spezifisch amerikanisches Problem. Bestimmte Vorhaben seien an die ausdrückliche Genehmigung des Präsidenten gebunden (z. B. Begrenzung der Verteidigungshilfe für lateinamerikanische Staaten).

Irak

Gestreift wurde in diesem Zusammenhang die Frage einer westlichen Verteidigungshilfe für den Irak, dessen politische Struktur für eine solche Initiative des Westens noch nie so günstig gewesen sei wie nach der Beseitigung des Kassem-Regimes.[10] Von den Vereinigten Staaten würden 40–50 Tank-Transporter geliefert, um zunächst einmal mit dem irakischen Militär ins Gespräch zu kommen und die einseitige Abhängigkeit des Landes vom Ostblock zu lockern.

Vor einer Darstellung der deutschen Organisation der Ausrüstungshilfe erwähnt Ministerialdirektor *Dr. Sachs* verschiedene besondere Fragen in diesem Zusammenhang:
1) die Lieferung von Surplus-Material im Rahmen der amerikanischen Verteidigungshilfe;
2) die Begründung einer Partnerschaft durch einen eigenen, in den Richtlinien festgelegten Beitrag der Empfängerländer zur Verteidigungshilfe;
3) die Schwierigkeiten, die sich aus dem Zeitablauf zwischen der Zusage einer Hilfe und ihrer praktischen Durchführung, u. a. infolge von längeren Lieferfristen ergeben.

Frage 1) wird dahingehend beantwortet, daß Lieferungen von Überschuß-Material noch nicht einmal 10% der amerikanischen Militärhilfe erreichten und man sich bemühe, diesen Anteil möglichst gering zu halten. Wie bei den eigenen Truppen werde auch bei den Empfängerländern die Zuteilung von neuem Material von der Dringlichkeit abhängig gemacht.

Deutsche Organisation

Vortragender Legationsrat I. Klasse *von Stechow* schildert das Verfahren, das sich bisher in der Bundesrepublik für die Verteidigungshilfe herausgebildet hat und das im allgemeinen auf Initiative des betreffenden Landes entweder

[10] Am 8. Februar 1963 wurde die Regierung des Ministerpräsidenten Kassem, der am folgenden Tag standrechtlich erschossen wurde, gestürzt und durch eine sogenannte Revolutionsregierung ersetzt. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 49 f.

über dessen Botschaft in Bonn oder über den deutschen Militärattaché aufgenommen wird. Die Beurteilung der politischen Gesichtspunkte erfolgt in enger Zusammenarbeit mit unserer jeweiligen Botschaft durch die politischen Abteilungen des Auswärtigen Amtes. Legationsrat I. Klasse *Schwartze* (Ref. II 7) weist darauf hin, daß die deutschen Maßnahmen nicht als Militärhilfe, sondern als Ausrüstungshilfe (Equipment Aid) bezeichnet werden. Ministerialdirektor *Dr. Sachs* teilt mit, daß im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten der Bundestag mit Fragen der Ausrüstungshilfe nicht befaßt werde, da dieser Komplex geheim sei und aus einem Fonds finanziert wird, der nach einer Entscheidung des Bundesverteidigungsrates[11], dessen Aufbau kurz erklärt wurde, vom Bundesverteidigungsministerium verwaltet wird. Insgesamt dürften bisher nur wenige Mio. DM verausgabt worden sein.

Die amerikanische Frage nach der Bearbeitung von dringlichen Notfällen (Emergencies) wird dahingehend beantwortet, daß in solchen Fällen ein Kabinettsbeschluß herbeigeführt werde und gegebenenfalls das Bundesfinanzministerium die erforderlichen Mittel irgendwie bereitstelle.

Militärhilfe an Indien und Pakistan

Zu der Frage deutscher Flugzeuglieferungen an Pakistan[12] wird von amerikanischer Seite mitgeteilt, die pakistanische Luftwaffe besitze an sich bereits soviele Flugzeuge, wie sie praktisch verwenden könne, da die technischen Gegebenheiten (zu wenig Piloten, mangelhafte Organisation und Ausbildung) enge Grenzen setzten; offenbar sei der Wunsch nach weiteren Flugzeugen vor allem eine Prestigefrage. Das in Aussicht genommene Flugzeug F-86 K sei zu 80% mit der ungleich einfacheren von den USA gelieferten F-86 F identisch; die Unterschiede lägen im Bewaffnungssystem und den Einrichtungen für die Verbindung mit den Bodenstationen (Allwetterjäger); das letztere falle aber für Pakistan, wo diese Bodeneinrichtungen weitgehend fehlten, nicht als Vorteil ins Gewicht. Die USA hätten jedoch gegen den geplanten Verkauf keine politischen Bedenken, und Minister Rusk habe das den Pakistanern in Karachi mitgeteilt.[13]

Ministerialdirektor *Dr. Sachs* schildert die deutsche Indien-Hilfe und die Sonderkredite, die Indien für Lastkraftwagen, Stahlplatten usw. gewünscht, aber – da dies vom Kabinett abgelehnt wurde – nicht erhalten habe.[14] An den Dü-

[11] Der Beschluß des Bundesverteidigungsrats vom 15. Juni 1961 ermächtigte das Bundesministerium der Verteidigung, „im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt über Einzelfälle von Ausrüstungshilfe selbständig zu entscheiden. Das Auswärtige Amt prüft die politischen Belange, sorgt für die Koordinierung mit den Maßnahmen der allgemeinen Entwicklungshilfe sowie für die Unterrichtung oder Beteiligung anderer Ressorts. Falls eine Einigung der Ressorts nicht erzielt wird, entscheidet der Bundesverteidigungsrat." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Allardt vom 8. Oktober 1962; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 174; B 150, Aktenkopien 1962. Zur Unterrichtung eines kleinen Kreises von Bundestagsabgeordneten über die Ausrüstungshilfe vgl. Dok. 193, Anm. 1.

[12] Vgl. dazu Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 211.

[13] Der amerikanische Außenminister Rusk hielt sich vom 30. April bis 1. Mai 1963 anläßlich der Ministerratstagung der CENTO in Karachi auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 123 f.; AdG 1963, S. 10554.

[14] Zur Ausrüstungshilfe für Indien vgl. auch Dok. 150, Anm. 16.

senflugzeugen, über die mit dem indischen Militärattaché[15] verhandelt wurde[16], sei die indische Seite offenbar nicht interessiert und habe bisher nicht reagiert. Um eine Verstimmung der Inder zu vermeiden, rege die Bundesrepublik an, die deutschen Flugzeuge im Rahmen eines Dreiecksgeschäfts über die Vereinigten Staaten zu liefern, die durch ihre umfangreiche Militärhilfe an Indien auch Pakistan gegenüber freiere Hand hätten.
Amerikanischerseits wurde eine Prüfung dieser Frage zugesagt.

Afrika

Grundsätzlich wurde von amerikanischer Seite zur Militärhilfe für afrikanische Staaten ausgeführt, daß diese Staaten das Gefühl der freien Wahl haben müßten und sich hinsichtlich der Militärhilfe nicht auf einen bestimmten Staat angewiesen fühlen sollten. In den ehemals französischen oder britischen Interessengebieten sollen Frankreich oder Großbritannien die Vorhand haben; die deutsche Ausrüstungshilfe für Guinea, Somalia und im Sudan werde begrüßt.

Somalia

Die amerikanische Expertengruppe, die sich im Anschluß an Besprechungen in London, Bonn[17] und Rom im April drei Wochen lang in Mogadischu aufhielt und Militäreinrichtungen inspizierte, konnte ihren Bericht noch nicht fertigstellen. Die USA wollten nicht über Lieferungen zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und der Grenzkontrolle hinausgehen. Vortragender Legationsrat I. Klasse *Steltzer* schildert die deutschen Bedenken wegen Äthiopien; man sei deutscherseits daran interessiert, den Eindruck, es handele sich um eine bilaterale deutsche Ausrüstungshilfe für Somalia, zu vermeiden. Die Amerikaner müßten erst den Bericht ihrer Gruppe abwarten. Die Italiener hätten Waffen und Munition versprochen; die Engländer wollten auf dem laufenden gehalten werden im Hinblick auf eine spätere Besserung ihrer Beziehungen zu Somalia. Botschafter *Kopf* weist warnend darauf hin, daß Somalia sich vom Westen vernachlässigt fühle. Es handele sich nicht um die Aufrechterhaltung eines Gleichgewichts, sondern um die Beseitigung eines Vakuums durch deutsche Hilfe; die USA sollten schwere Ausrüstungen und Waffen liefern; deutscherseits solle man Fahrzeuge und leichtes Material bevorzugen (keine Panzerabwehr). Ministerialdirektor *Dr. Sachs* regt an, daß die Amerikaner die äthiopische Regierung von der dreiseitig abgestimmten Hilfe für Somalia zu gegebener Zeit unterrichten sollten.[18]

Guinea

Von amerikanischer und deutscher Seite wird der politische Weg Guineas geschildert, der zur Zeit eine von den Amerikanern begrüßte Wiederannäherung an Frankreich[19] erkennen läßt; es werden Beispiele für das hohe Ansehen

[15] A. P. Sharma.

[16] Vgl. dazu Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 211.

[17] Vgl. dazu Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 174.

[18] Zur Ausrüstungshilfe für Somalia vgl. bereits Dok. 150, Anm. 7.

[19] Im Zusammenhang mit der Proklamation der Unabhängigkeit Guineas 1958 kam es zu Spannungen mit Frankreich. Im Herbst 1962 wurden Verhandlungen zwischen beiden Staaten aufgenom-

Sekou Tourés bei den führenden Persönlichkeiten der neuen afrikanischen Staaten zitiert. Vortragender Legationsrat I. Klasse *von Stechow* berichtet über das deutsch-guineische Verwaltungsabkommen vom Herbst 1962[20] und über Einzelheiten der bisherigen Durchführung. Der vergleichsweise hohe Betrag von 10 Mio. DM hängt, wie Ministerialdirektor *Dr. Sachs* betont, mit der Lieferung kostspieliger Maschinen zusammen; es handele sich um echte „dual purpose"-Hilfe. Die Regierung Guineas habe weitere Wünsche angemeldet, die mit einem Wert von ca. 20 Mio. DM in keinem rechten Verhältnis zur bisherigen zivilen Entwicklungshilfe stehen dürften. Es sei noch offen, ob diesen Wünschen zu einem Teil oder vielleicht im Laufe der Zeit sogar in vollem Umfang entsprochen werden würde. Dabei müßten auch etwaige Beiträge Frankreichs oder anderer Staaten zur Ausrüstung Guineas in Rechnung gestellt werden.

Von amerikanischer Seite wurde erklärt, die Vereinigten Staaten hielten sich in diesem Gebiet zurück, verfolgten aber mit Interesse, was in Guinea seitens der Bundesrepublik und von anderer Seite unternommen wird.

Nigeria

Die politischen Interessen der Vereinigten Staaten an Nigeria zielen darauf ab, einen Rüstungswettlauf zu verhindern und die bisherige Ausrüstungshilfe anderer Staaten eher zu ergänzen als an ihre Stelle zu treten; weiter sei die Militärhilfe auf die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit ausgerichtet; sie solle auf ein Mindestmaß begrenzt werden. Es komme darauf an, einem Vordringen des Ostblocks zu begegnen und die Entwicklung des westlich ausgerichteten anti-kommunistischen Militärs zu fördern. Einstweilen geben die USA lediglich eine Ausbildungshilfe, die für 1963 und 1964 mit 300 000 $ jährlich angesetzt ist.

Die deutsche Ausrüstungshilfe, die sich auf Unterstützung beim Aufbau einer nigerianischen Luftwaffe beschränkt, wird von Vortragendem Legationsrat I. Klasse *von Stechow* im einzelnen geschildert; es handele sich vornehmlich um Ausbildungshilfe; die erforderlichen Flugzeuge kaufe Nigeria in der Bundesrepublik.[21] Für gebrauchte Flugzeuge betrage der Preis etwa 30% des Neuwertes. Der Ausbildung des Luftwaffenpersonals entsprechend werde die Lieferung der Flugzeuge nur langsam anlaufen.

Eine amerikanische Frage nach der Qualität der nigerianischen Armee beantwortet Vortragender Legationsrat I. Klasse *Steltzer* dahingehend, daß die Engländer ein besseres Erbe hinterlassen hätten als die Franzosen in ehemaligen Kolonialgebieten; auch sei der Anteil der Inländer unter den höheren Offizieren größer als im französischen Einflußbereich. Man habe geglaubt, das Risiko einer gewissen Verstimmung Ghanas auf sich nehmen zu müssen. Die amerikanische Besorgnis, daß die Nigerianer sich mit dem Luftwaffen-Vorhaben übernehmen könnten, wird deutscherseits nicht geteilt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 532

men, um die offenen Fragen zu klären. Am 23. Mai 1963 wurden entsprechende vertragliche Regelungen getroffen. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10594 f.

20 Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 173.

21 Vgl. dazu bereits Dok. 150, Anm. 13.

Sudan

Unsere zur Zeit laufenden Vorhaben sind den USA bereits bekannt. Die Verteidigungshilfe der Vereinigten Staaten beschränkt sich auf Ausbildungsvorhaben (1963 weniger als 82000 $; 1964 rd. 50000 $). Auf die amerikanische Frage nach der innerpolitischen Stabilität des Sudan antwortet Legationsrat *Schlagintweit,* daß man deutscherseits keine umwälzenden Veränderungen im Sudan erwarte; etwaige Änderungen im Kabinett dürften mehr persönlicher als sachlicher Art sein. Der Sudan sei das einzige größere arabische Land, dem die Bundesrepublik Ausrüstungshilfe gewähre; sie glaube nicht, daß Israel, das dem Sudan nicht benachbart sei, wegen dieser Hilfe Vorstellungen erheben werde. Im Rahmen der Vereinbarungen seien bereits einige Lieferungen erfolgt.[22]

Tanganjika

Deutscherseits wird die Vorgeschichte der Schenkung von zwei armierten Küstenschutzbooten anläßlich der Ausrufung der Republik Tanganjika[23] geschildert; die Regierung in Daressalam beabsichtige, weitere Küstenschutzboote zu kaufen und wünsche außerdem einen deutschen Militärberater. Über die Entsendung des letzteren laufe eine Konsultation mit den Briten.[24] Die amerikanische Delegation wirft die Frage politischer Veränderungen durch den eventuellen Zusammenschluß von Tanganjika mit Kenia und Uganda zu einer Föderation[25] auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse *Steltzer* weist darauf hin, daß die drei Staaten von früher her noch gewisse Verbindungen durch Währungseinheit und gemeinsamen Postdienst besäßen. Zur politischen Lage Tanganjikas führt er weiter aus, daß der neue Verteidigungsminister Kambona als linksgerichtet und nicht sehr zuverlässig gelte. Er sei eher gegen England eingestellt und bevorzuge aus diesem Grunde die Bundesrepublik. Vielleicht liege hier eine Chance, den Einfluß des Westens in Tanganjika zu stärken.

Von amerikanischer Seite wird die Möglichkeit eines Verteidigungsabkommens angedeutet. Der deutsche Einfluß in diesem Gebiet wird begrüßt.

Madagaskar

Deutscherseits wird die Entwicklung der deutschen Ausrüstungshilfe für Madagaskar (fünf Küstenschutzboote) und ihre Abstimmung mit Frankreich dargestellt.[26] Die amerikanische Seite gibt ihrer Verwunderung über die große Zahl französischer Truppen (40000 Mann) Ausdruck, die Frankreich auf der Insel stationiert hat, während die einheimischen Streitkräfte nur ca. 5000 Mann betragen.

[22] Vgl. dazu bereits Dok. 119, besonders Anm. 5.

[23] Tanganjika wurde am 9. Dezember 1961 unabhängig. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, Z 7.

[24] Vgl. dazu Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 193.

[25] Zu dem Plan, bis Ende 1963 eine Ostafrikanische Föderation aus den Staaten Uganda, Kenia und Tanganjika zu schaffen, vgl. Dok. 171, Anm. 5.

[26] Vgl. dazu Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 172.

Mali

Besonderes Interesse bekundet die amerikanische Seite an Mali. Sie wird darüber informiert, daß Mali keinerlei Militärhilfe von der Bundesrepublik erhält; dies überlasse man den Franzosen. Von deutscher Seite seien lediglich im Rahmen ziviler Vorhaben 300–400 schwere Lastkraftwagen geliefert worden.

Die amerikanische Hilfe ist für 1963 mit 1,2 Mio. $ und für 1964 mit 700 000 $ angesetzt. Vorgesehen ist die Lieferung eines Laboratoriums britischer Herkunft, die Ausbildung von Luftwaffenpiloten bei eventueller Lieferung von zwei bis drei C-47 Flugzeugen im Haushaltsjahr 1965, Sachlieferungen und Ausbildungshilfe für Pioniereinheiten sowie die Ausbildung auf dem Nachrichten- und Transportsektor bei beschränkten Sachlieferungen. Die Vereinigten Staaten hätten sich mit dieser Militärhilfe nur eingeschaltet, um nach dem Rückzug der Franzosen aus diesem Gebiet dem tschechoslowakischen Einfluß[27] entgegenzuwirken; die SBZ zeige sich im Gegensatz zu früher an Mali jetzt nicht mehr interessiert.[28] Gegen eine etwaige deutsche Ausrüstungshilfe in Mali würde amerikanischerseits nichts einzuwenden sein, umsoweniger als die Vereinigten Staaten sich dort nicht stärker engagieren wollten.

Ende des ersten Sitzungstages

Die Sitzung am 15. Mai vormittags beginnt deutscherseits unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor Dr. Knieper (Bundesministerium der Verteidigung).

Kommerzielle Waffengeschäfte

In grundsätzlichen Ausführungen erklärt die amerikanische Seite, „grant aid" (geschenkweise Hilfe) gewährten die USA denjenigen Ländern, deren Verteidigungskraft erhöht werden sollte, denen aber die Mittel dafür fehlten. Ausschlaggebend für die Berechnung der Hilfe sei die Zahlungsfähigkeit des Empfängerlandes; die Rücksicht auf die amerikanische Zahlungsbilanz stelle nur einen Gesichtspunkt unter anderen dar. Für das Haushaltsjahr 1962/63 betrügen die Waffenverkäufe 1,055 Mrd. $ und die „grant aid" 1,60 Mrd. $. Die Kreditfristen bei Waffenverkäufen beliefen sich auf 3, ausnahmsweise auf 6–7 Jahre; die Zinsen rangierten zwischen 0 und 5%.

Nach einem Hinweis auf den Austausch persönlicher Kontakte im Rahmen der amerikanischen Verteidigungshilfe für *Birma* wird die amerikanische Auffassung über eine Unterstützung *Indonesiens* dahingehend geschildert, daß man in den indonesischen Landstreitkräften einen stabilisierenden Faktor sehe. Das Heer stelle nicht nur eine Kampftruppe dar, sondern erfülle auch soziale und politische Aufgaben. Es stehe den amerikanischen Vorhaben der „civic action" aufgeschlossen gegenüber. Die Armee sei antikommunistisch, so daß sich die Bemühungen des Ostblocks auf Marine und Luftwaffe konzen-

[27] Höhepunkt der tschechoslowakisch-malischen Kontakte war der sechstätige Besuch des Staatspräsidenten Keita in der ČSSR im Juni 1962. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1962, Z 137.

[28] Noch im April 1963 hielt sich der Stellvertretende Außenminister der DDR, Winzer, zur Erörterung von Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit in Mali auf. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 108.

trierten. Die Vereinigten Staaten würden es begrüßen, wenn sich die Bundesrepublik mit entsprechenden Maßnahmen in Indonesien engagiere.

Ministerialdirektor *Dr. Knieper* (Bundesministerium der Verteidigung) führt aus, daß die Bundesrepublik im Gegensatz zur amerikanischen „grant aid" grundsätzlich auf einem eigenen finanziellen Beitrag des Empfängerlandes (Sudan nahezu ein Drittel, Somalia 15%) bestehe; dies trage dazu bei, die Wünsche auf ein realistisches Maß zu reduzieren und könne zu einer verantwortungsvolleren Einstellung gegenüber den deutschen Materiallieferungen beitragen.

Ministerialdirigent *Böker* legt die gesetzlichen Grundlagen der kommerziellen Waffengeschäfte und des deutschen Genehmigungsverfahrens dar.[29] Das Auswärtige Amt und das Bundesministerium der Verteidigung würden zu allen Anträgen gehört. Im allgemeinen konsultierten die Firmen die zuständigen Behörden vor dem Eintritt in kommerzielle Verhandlungen. Für die ganze deutsche Ausrüstungshilfe sei im übrigen der Mangel an geeignetem Personal, insbesondere bei der Durchführung humanitärer Aufgaben auf diesem Gebiet wie beispielsweise dem Sanitätswesen und der Ausbildung zu bedauern.

Ministerialdirektor *Dr. Knieper* (Bundesministerium der Verteidigung) spricht sich für eine Fortsetzung des deutsch-amerikanischen Erfahrungsaustausches aus. Immer wieder träten westlich eingestellte Militärpersonen aus Entwicklungsländern an die Bundesrepublik heran; viele dieser Fälle würde man gerne mit der amerikanischen Seite besprechen.

Vergabe von überschüssigem deutschen Rüstungsmaterial

Die amerikanische Seite weist auf den Unterschied zwischen „veraltet" und „überschüssig" hin; die überschüssigen Rüstungsgüter könnten beispielsweise bei einzelnen NATO-Verbündeten (Griechenland, Türkei) noch nutzbringend eingesetzt werden. Ministerialdirektor *Dr. Knieper* (Bundesministerium der Verteidigung) deutet an, daß die Aufrüstungsplanung von 1954[30] zu den heute vorhandenen großen Überschüssen geführt habe, die schwierig abzusetzen seien. Den Amerikanern seien über den hiesigen Chef der amerikanischen Militärberatergruppe Rüstungsbestände und Bedarf bekannt.

Kongo

Die Amerikaner teilten mit, sie hätten kein bestimmtes Programm; es seien 3780000 $ Militärhilfe für die Ausbildung der kongolesischen Armee nach dem Abzug der UNO-Streitkräfte[31] vorgesehen.

[29] Die Exportkontrolle für Waffen beruhte im wesentlichen auf dem Kriegswaffenkontrollgesetz vom 20. April 1961 und dem Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961. Vgl. dazu Dok. 124, Anm. 8, und Dok. 133, Anm. 11.

[30] Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im August 1954 wurden die Planungsarbeiten für den Aufbau von Streitkräften der Bundesrepublik Deutschland neu aufgenommen. Im Frühjahr 1955 fanden die Überlegungen einen ersten Abschluß.

[31] Korrigiert aus NATO-Streitkräfte.
In dem am 30. Juni 1960 von Belgien unabhängig gewordenen Kongo (Léopoldville) brach nach dem Abfall der Provinz Katanga ein Bürgerkrieg aus, der erst im Januar 1963 aufgrund des Einsatzes von UNO-Truppen beendet werden konnte.
Die letzten UNO-Truppen verließen im Juni 1964 das Land. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 151.

Afghanistan

Einen erneuten amerikanischen Hinweis auf den guten Ruf der Deutschen in Afghanistan beantwortet Ministerialdirigent *Böker* mit der Bemerkung, man müsse die Nachbarschaft mit der Sowjetunion und Pakistan berücksichtigen, der Afghanistan Rechnung tragen müsse. Die Sowjetpropaganda dort richte sich genau so gegen die Bundesrepublik wie gegen die USA.

Iran

Der Iran wirft als Mitglied des CENTO-Paktes[32] keine besonderen Probleme auf.

Türkei und Griechenland

Bei Griechenland soll sich, wie Ministerialdirektor *Dr. Knieper* darlegt, der deutsche Materialbeitrag im Rahmen der NATO-Verteidigungshilfe auf Lieferungen beschränken, die von direktem Nutzen für die griechischen Streitkräfte sind. Die Durchführung der Vereinbarungen sei zeitraubend, so daß der deutsche Beitrag wohl nicht innerhalb des Jahres 1963 voll in Anspruch genommen werden könne.[33]

Bei der Türkei ständen gleichfalls die Landstreitkräfte im Vordergrund der Erwägungen, während sich der kürzlich verstorbene türkische Marineattaché[34] in Bonn unter dem Einfluß eines gewissen Gegensatzes zwischen Armee und Marine um die Lieferung kleiner deutscher U-Boote bemüht habe.[35] Doch seien bisher weder auf kommerziellem Wege noch regierungsseitig Vereinbarungen über deutsche U-Bootlieferungen an die Türkei getroffen worden.

VAR und Nahost

Die amerikanische Seite stellt fest, daß die Beziehungen zu *Syrien* nicht mehr so eng wie früher seien. Die Mittel der Vereinigten Staaten reichten nicht aus, um das ganze Gebiet der VAR zu kontrollieren. In *Jordanien* wünsche Nasser in der nächsten Zeit keine Unruhe; die für Nasser eingestellten Elemente in Jordanien handelten auf eigene Faust. Für 1963 sei die amerikanische Militärhilfe mit rd. 5,6 Mio. $ und für 1964 mit rd. 3,7 Mio. $ angesetzt. Das Programm schließe nicht nur Panzer, Geschütze und Ausbildungsvorhaben, sondern auch ein Wasserversorgungsprojekt und Hospitaleinheiten ein.

Über die deutsche Einstellung gegenüber dem Nahen Osten bemerkt Ministerialdirigent *Böker*, daß die Bundesrepublik an ihrer Zurückhaltung in diesem Gebiet auch in Zukunft festhalten werde. Von den Schwierigkeiten mit den in Ägypten privat tätigen Fachleuten ausgehend[36], stellt er fest, daß besonders im Irak, aber auch in Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten die Tätigkeit

[32] Dem Verteidigungsbündnis zwischen der Türkei und dem Irak vom 24. Februar 1955 (Bagdad-Pakt) traten bis Ende 1955 Großbritannien, Pakistan und der Iran bei. 1956 kamen die USA als Beobachter hinzu. Nach dem Ausscheiden des Irak erhielt das Bündnis 1959 den Namen CENTO (Central Treaty Organization). Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1955, S. 8003 f.; EUROPA-ARCHIV 1959, D 209–211 und D 370–372.

[33] Zur Verteidigungshilfe für Griechenland vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 162 und VS-Bd. 176.

[34] Muzaffer Elaldi.

[35] Vgl. dazu Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 162. Dazu auch Dok. 151.

[36] Vgl. dazu besonders Dok. 133.

westlicher Länder begrüßt werde, daß die Bundesrepublik sie aber grundsätzlich den Alliierten überlassen müsse.

Die amerikanische Delegation weist auf gewisse innenpolitische Schwierigkeiten mit der Hilfe an arabische Länder hin; man würde es bereits begrüßen, wenn deutscherseits eine Beteiligung an der sogenannten „civic action" erfolge. Dem wird entgegengehalten, daß sich im Bundestag für eine solche Hilfe in Nahost keine Mehrheit finden würde. Ministerialdirektor *Dr. Sachs* erklärt, der ausschlaggebende militärische Faktor in Nahost sei die im Mittelmeer stationierte amerikanische 6. Flotte. Die amerikanische Seite erklärt, dieser Schirm bedürfe der Ergänzung durch Hilfe, und führt Beispiele dafür an, wie mit kleinen Beiträgen bei bestimmten Projekten eine erhebliche Publikumswirkung erzielt werden könne. Die deutsche Seite beharrt auf ihrer durch die Lage gegenüber Israel gebotenen Zurückhaltung in diesem Raum.

Lateinamerika

Zur Frage einer deutschen Militärhilfe für lateinamerikanische Staaten[37] sagt Ministerialdirektor *Dr. Sachs* einleitend, die Bundesrepublik halte sich zurück; auch liege die Bedrohung dieser Staaten eher auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet als auf dem Verteidigungssektor. Militärisch stehe dieses Gebiet wohl unter dem Schirm der Vereinigten Staaten.

Die Ziele der Vereinigten Staaten in Lateinamerika werden amerikanischerseits darin gesehen, dem nationalen Prestige der Länder auf dem Rüstungssektor nicht so weit Rechnung zu tragen, daß das wirtschaftliche Gleichgewicht dadurch gestört werde. Für die einzelnen Staaten werde eine weitgehend gleiche Ausbildung und Ausrüstungshilfe angestrebt, so daß die einzelnen Vorhaben ausgetauscht werden könnten.
Ministerialdirektor *Dr. Knieper* (Bundesministerium der Verteidigung) schildert die geringe Zahl deutscher Ausbildungsvorhaben für Einzelpersonen.

Portugal und Spanien

In Abweichung von der Tagesordnung bitten die Amerikaner um eine Darstellung der deutsch-portugiesischen Beziehungen auf dem Verteidigungssektor.[38] Dazu führt Ministerialdirektor *Dr. Knieper* (Bundesministerium der Verteidigung) im einzelnen aus, der Generalstab befürworte eine Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet mit Portugal, da dieses Land außerhalb des ballistischen Zielgebiets der Sowjetunion liege. Infolgedessen seien Lager für die F-104 G-Flugzeuge und andere Depots dort errichtet worden[39]; Notlazarette befänden sich in Vorbereitung; auch Ausbildungsmöglichkeiten seien vorgesehen. Die Bundesrepublik habe laufend Munition in Portugal bezogen, doch seien die Mengen rückläufig. Auch die kommerziellen rüstungswirtschaftlichen Beziehungen seien zurückgegangen. Deutsche Rüstungs- und Zivillieferungen seien von Portugal aus nach Angola weitergeliefert worden, was zu erheblichen politischen Schwierigkeiten geführt habe.[40] Dies erkläre die vorerwähnte rückläu-

[37] Vgl. dazu Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 168.
[38] Vgl. dazu Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 164.
[39] Vgl. dazu weiter Dok. 374.
[40] Vgl. dazu auch Dok. 312.

fige Entwicklung. Über die militärische Planung im NATO-Bereich seien die USA unterrichtet. Aufgrund der deutschen Depots in Portugal wünsche die portugiesische Regierung nun auch eine Unterstützung bei der Luftverteidigung; dabei sei offenbar an eine Art von Notstandshilfe gedacht. Abschließend wird auf die beiden in Portugal stationierten amerikanischen F-104-Staffeln verwiesen.

Die amerikanische Seite meint, Portugal sei es jetzt weniger um eine Militärhilfe als um politische Unterstützung in Afrika zu tun. Die logistischen Probleme hinsichtlich Portugals und der Azoren berührten nicht die USA allein, sondern beträfen die ganze NATO.

In diesem Zusammenhang bezeichnet Ministerialdirektor *Dr. Knieper* eine Abstimmung hinsichtlich der US-Stützpunkte in Portugal auch für Hawk, Nike und Zeus[41] als wünschenswert. Die amerikanische Seite begrüßt diese Anregungen und spricht sich für eine enge Fühlungnahme in der Frage einer „kollektiven Luftverteidigung" aus.

Fortführung der Koordinierung

Von amerikanischer Seite wird eine Fortführung der Koordinierungsbesprechung vorgeschlagen. Das nächste Gespräch könne im Oktober d. J. in Washington stattfinden[42]; bis dahin würden die amerikanischen Vorbereitungen für das kommende Jahr abgeschlossen sein. Gedacht sei an eine Koordinierung

1) durch laufende Konsultationen auf politischem und militärischem Gebiet und

2) an Gespräche über die militärischen Ausgaben für die einzelnen Gebiete und die daran geknüpften Bedingungen. Im allgemeinen gäben die USA die amerikanischen Zahlen den Empfängerländern nicht bekannt.

Ministerialdirektor *Dr. Sachs* begrüßt die amerikanische Anregung und bittet das Bundesministerium der Verteidigung um die Bereitstellung des erforderlichen Zahlenmaterials über unsere Ausrüstungshilfe. Ministerialdirektor *Dr. Knieper* (Bundesministerium der Verteidigung) teilt dazu mit, daß im Jahre 1963 30 Mio. DM für Militärhilfe zur Verfügung ständen; dazu komme noch ein Übertrag aus dem Vorjahr in Höhe von 13 Mio. DM. Ursprünglich habe das Bundesverteidigungsministerium für 1963 mit 75 Mio. DM gerechnet. Die Verteidigungshilfe für Griechenland sei in diesen Zahlen nicht enthalten.

Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 123

41 Die raketengestützten Waffensysteme Hawk, Nike und Zeus dienten der Luftabwehr.

42 Zur Besprechung am 5. Oktober 1963 vgl. Dok. 378.

167

Gesandter Scholl, Moskau, an Bundesminister Schröder

Z B 6–1 73/63 streng geheim **Aufgabe: 15. Mai 1963, 13.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 391 **Ankunft: 15. Mai 1963, 12.53 Uhr**

Nur für Minister[1] und Staatssekretär[2]

Herr Beitz, der hier am 13. Mai eintraf[3], wurde am 14. vormittags von sowjetischer Seite unterrichtet, daß Chruschtschow ihn für 15.00 Uhr zu sich bitte. Sowjets veröffentlichten am 14. abends Mitteilung, daß Chruschtschow den auf Einladung Außenhandelsministeriums in Moskau weilenden Generalbevollmächtigten der Firma Krupp empfangen und mit ihm ein geschäftliches Gespräch gehabt habe.[4]

Herr Beitz unterrichtete mich soeben. Bei Gespräch mit Chruschtschow waren nur sowjetischer Dolmetscher und ein protokollierender Vertreter Außenhandelsministeriums zugegen. Sowjets hätten auf Wunsch von Beitz, einen seiner Begleiter mit hinzuzuziehen, zum Ausdruck gebracht, daß Chruschtschow ihn gern allein sprechen möchte.

Beitz machte sich während Gesprächs mit Chruschtschow ausführliche Notizen und wird den Herrn Bundesminister nach seiner Rückkehr (Rückflug 22. 5. vorgesehen) eingehend unterrichten. Vorab teilte er mir folgendes mit:

Chruschtschow sei sehr ruhig und konzentriert gewesen. Den größten Teil der Unterhaltung habe er selbst bestritten und zu einer ausführlichen Darstellung der Nachkriegsgeschichte aus seiner Sicht benutzt. Wirtschaftliche Fragen hätten den geringsten Teil des Gesprächs eingenommen. Chruschtschow habe nach Ansicht Beitz' den Eindruck vermitteln wollen, daß er eine kurzfristige Lösung der uns angehenden Fragen nicht erwarte und auch nicht anstrebe. An einer Anheizung des Berlin-Problems ist er nach dem Eindruck von Beitz nicht interessiert. Eine gewaltsame Lösung, so habe er ausdrücklich erklärt, komme nicht in Frage. Er werde auch keine Raketen nach Deutschland schicken lassen, davon könnten auch sowjetische Truppen getroffen werden. Chruschtschow setzte gewisse Erwartungen in den Regierungswechsel; er habe in diesem Zusammenhang Bundesminister Erhard auch namentlich genannt, warte unter Umständen aber auch auf die übernächste Regierung.

Das Wort „Revanchismus" sei nicht gefallen. Chruschtschow habe auch offen

[1] Hat Bundesminister Schröder am 15. Mai 1963 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „Herrn St[aatssekretär] I R[ücksprache]".

[2] Hat Staatssekretär Carstens am 21. Mai 1963 vorgelegen, der nach Rücksprache mit Bundesminister Schröder den Drahtbericht an Staatssekretär Lahr weiterleiten ließ.

[3] Der Generalbevollmächtigte der Firma Krupp, Beitz, hielt sich vom 13. bis 22. Mai 1963 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wolff vom 30. Mai 1963; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 199; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Vgl. PRAVDA, Nr. 135 vom 15. Mai 1963, S. 1.
Vgl. zu dem Gespräch mit Ministerpräsident Chruschtschow am 14. Mai 1963 auch die von Beitz gefertigte Gesprächsaufzeichnung; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 204; B 150, Aktenkopien 1963.

zum Ausdruck gebracht, daß er mit gewaltsamen Aktionen von unserer Seite nicht rechne.

In der Berlinfrage hat Chruschtschow offenbar die Standardformel (Normalisierung und freie – nicht aber demilitarisierte – Stadt[5]) gebraucht. Er habe auch von einem direkten Kulturaustausch mit Berlin gesprochen.

Beitz, der mehrere Angehörige in Mitteldeutschland hat, hat, wie wir uns auch vorher abgestimmt hatten, sehr offen und drastisch über die menschliche Seite der Teilung Deutschlands gesprochen. Chruschtschow habe nicht widersprochen, zu Boden geblickt und lediglich erklärt, hierüber sollten wir mit der „DDR" sprechen. Die „DDR" habe er in anderem Zusammenhang als ein groß gewordenes Kind bezeichnet, das nicht mehr so leicht zu gängeln sei, ohne daß es rabiat werde.

Im Laufe der Lagedarstellung aus seiner Sicht habe Chruschtschow de Gaulle, Macmillan und andere westliche Staatsmänner zum Beweis dafür zitiert, daß wir von diesen nichts zu erwarten hätten.

Im wirtschaftlichen Teil des Gesprächs habe Chruschtschow wieder die großen Möglichkeiten beschworen, die ein Zusammenwirken des sowjetischen Menschenpotentials und unseres „know how" bedeuten würde.

Zur Röhrenfrage[6] habe er sich dahin geäußert, die Engländer und Schweden hätten zwar Röhrenangebote gemacht[7], die Sowjetunion gedenke aber nicht, darauf einzugehen. Sie werde sich in dieser Beziehung selbständig machen. Auch das Röhrengeschäft mit unseren Firmen sei aus. Beitz hat den Eindruck, daß das Röhrenembargo doch eine Schockwirkung auf die Sowjets gehabt hat und sie die Vorstellung haben, daß das westliche Vorgehen sich in Zukunft auch auf andere Bereiche als Röhren ausdehnen könnte.

Bei Schilderung der menschlichen Härte, welche die sowjetische Politik mit sich bringe, erwähnte Beitz auch die Zahl von 9000 noch in der Sowjetunion zurückgehaltenen Deutschen. Chruschtschow habe die Tatsache, daß solche Leute sich hier noch befänden und das Problem bestehe, einfach geleugnet.[8]

Beitz hat den Gesamteindruck, daß Chruschtschow das Gespräch dazu benutzen wollte, um den Stand unserer Beziehungen zu entdramatisieren.

Bemerkenswert erscheint, daß er am Schluß der Unterredung die gleiche Wendung gebrauchte wie Iljitschow am 27. 12. 1961 bei Übergabe des sowjetischen Memorandums[9] an den damaligen deutschen Botschafter[10]: „Sie können jetzt mit meinen Erklärungen machen, was Sie wollen." Man könnte hieraus, aus dem bewußt farblos gehaltenen Kommuniqué, wie aus Chruschtschows Wunsch, das Gespräch unter vier Augen zu führen, schließen, daß es ihm –

[5] Zum sowjetischen Vorschlag einer „Freien Stadt" Berlin (West) vgl. Dok. 3, Anm. 7.

[6] Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 5.

[7] Vgl. dazu den Drahterlaß des Ministerialdirektors Sachs vom 23. April 1963; Abteilung III (III A 6), VS-Bd. 8397; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu ferner den Vermerk des Staatssekretärs Lahr vom 18. Mai 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 407.

[8] Vgl. dazu auch Dok. 174.

[9] Für den Wortlaut des sowjetischen Memorandums vom 27. Dezember 1961 zur Deutschland- und Berlin-Frage vgl. BULLETIN 1962, S. 47–52.

[10] Hans Kroll.

außer natürlich auf taktischen Nebeneffekt gegenüber unseren Alliierten – darauf ankam, uns indirekt doch grundsätzliche Überlegungen zukommen zu lassen.

Beitz hat der hiesigen Presse bisher nichts mitgeteilt. Er hatte zunächst auch mir gegenüber Hemmungen, sich über den Inhalt des Gesprächs mit Chruschtschow überhaupt zu äußern, und bittet bei etwaiger Unterrichtung unserer Alliierten um strengst vertrauliche Behandlung.[11]

[gez.] Scholl

Ministerbüro, VS-Bd. 8419

168

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I A 3–82.00/94.07/1036/63 VS-vertraulich **15. Mai 1963**[1]

Betr.: Französische Einstellung zu den Problemen der Atombewaffnung der westlichen Allianz
hier: Äußerungen von Informationsminister Peyrefitte am 9. Mai 1963 in Bonn

Der französische Informationsminister Peyrefitte hat sich bei den deutsch-französischen Besprechungen über Informationsfragen am 9. und 10. Mai 1963 in Bonn wie folgt geäußert:

A. Auseinandersetzung mit den Gegnern der französischen Atomstreitmacht

Gegen die französische Atomstreitmacht würden im wesentlichen drei Einwände erhoben: Sie sei 1. lächerlich unbedeutend, 2. ruinös, 3. überflüssig.[2]

Hierzu sei zu sagen:

1) Die französische Atomstreitmacht lächerlich unbedeutend?

Wenn die französische Atomstreitmacht eine echte Angriffswaffe (force de frappe) werden solle, wie ihre Gegner behaupteten, wäre sie in der Tat lächerlich unbedeutend und praktisch nicht verwendbar. Sie solle aber eine reine Defensivwaffe, eine „force de dissuasion" sein. Als solche sei sie stark genug: 1966 werde sie über 50 Bomber „Mirage IV" mit A-Bomben verfügen, von denen jede die dreifache Kraft einer Hiroshima-Bombe habe (1. Generation). Diese Atomstreitmacht werde ausreichen, um notfalls 40–50 Millionen Men-

[11] Zur Unterrichtung des Staatssekretärs Lahr durch den Generalbevollmächtigen der Firma Krupp vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 31. Mai 1963; Abteilung III (III A 6), VS-Bd. 295; B 150, Aktenkopien 1963.

[1] Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Lahusen konzipiert.

[2] Zu dieser Einschätzung der „force de frappe" vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters Blankenhorn, Paris, vom 14. Juni 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

schen[3] zu vernichten. Ein solcher Einsatz lohne sich für keine Regierung; Frankreich erlange daher mit seiner Atomstreitmacht die Sicherheit, nicht angegriffen zu werden. Im Jahre 1970 werde die 2. Generation (Raketen mit H-Bomben) einsatzfähig sein.

2) Die französische Atomstreitmacht ruinös?

Im Haushaltsjahr 1963 werde Frankreich für Atomwaffenforschung und Fabrikation der beiden Generationen seiner Atomwaffen nur 13% der gesamten französischen Militärausgaben aufbringen müssen. Der Anteil der Ausgaben für Atomwaffen an den allgemeinen Militärausgaben werde in den nächsten Jahren auf höchstens 25% steigen. Jedoch würden durch die Atombewaffnung in zunehmendem Maße Soldaten eingespart bzw. deren Dienstzeiten herabgesetzt werden können. Hierdurch werde die Wirtschaft neue Antriebe erhalten. Bereits heute wirke sich die Atomwaffenproduktion belebend auf andere Wirtschaftszweige aus.

3) Die französische Atomstreitmacht überflüssig?

Die französische Regierung hege keinerlei Zweifel an der Bereitschaft der gegenwärtigen amerikanischen Regierung, den Bereich der Verteidigungsgemeinschaft des Westens notfalls mit Atomwaffen zu verteidigen. Niemand könne aber heute schon sagen, wie der Nachfolger Präsident Kennedys handeln werde. Man müsse berücksichtigen, daß die leitenden Persönlichkeiten einem immer stärker werdenden Druck der öffentlichen Meinung ihrer Länder ausgesetzt seien, deren künftige Strömungen sich schlechterdings nicht voraussehen ließen. Im übrigen könne auch nicht für alle Zukunft verbindlich festgestellt werden, daß die amerikanischen und die europäischen Interessen immer umbedingt gleichgelagert sein müßten. Die gegenwärtige Situation der Abhängigkeit Europas von den USA dürfte daher nicht ewig aufrechterhalten bleiben. Der Aufbau der französischen Atomstreitmacht diene dem europäischen Interesse: Eines Tages werde Europa eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik haben. Dann sei der Zeitpunkt für die Aufstellung einer gemeinsamen europäischen Atomstreitmacht gekommen, als deren Embryo die französische Atomstreitmacht angesehen werden könne.

B. NATO-Atomstreitmacht unter deutscher Beteiligung

Die französische Regierung habe gegen die Aufstellung einer interalliierten Atomstreitmacht der NATO, insbesondere gegen eine deutsche Beteiligung daran, nichts einzuwenden. Die Bundesrepublik werde durch ihre Beteiligung an einer internationalen Atomstreitmacht in keiner Weise an der Durchführung eigener Programme gehindert, die sie ohnehin nicht aufstellen könne, da sie auf die Fabrikation von Atomwaffen verzichtet habe.[4] Ihre Beteiligung sei für sie vielmehr der einzige Weg, um ein gewisses Mitspracherecht beim Einsatz von Atombomben zu erhalten.

Frankreich, dessen Ausgangspunkt ein ganz anderer sei als der der Bundesrepublik, wolle sich an der interalliierten Atomstreitmacht nicht beteiligen,

[3] Die Wörter „40–50 Millionen Menschen" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Wenn sie ihr Ziel erreicht. Das ist sehr zweifelhaft."

[4] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Produktion von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

sondern seine eigenen Pläne weiterverfolgen.[5] Man müsse sich im übrigen auch fragen, ob die interalliierte Atomstreitmacht nicht nur dem Zweck diene, das fortbestehende amerikanische Monopol für den Einsatz von Atomwaffen zu bemänteln.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[6] dem Herrn Minister[7] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt. Abteilung II und der Planungsstab haben Doppel erhalten.

Jansen

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 38

169

Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath

II 5–82.01/94.28–674/63 VS-vertraulich **16. Mai 1963**

Betr.: Ungarn-Verhandlungen

Vorbehaltlich einer Niederschrift über den Reiseverlauf, die II 5, V 1 und V 2 gemeinsam vorlegen[1], wäre stichwortartig folgendes festzuhalten:

Unsere Aufnahme war sehr freundlich. Vorsitzender der ungarischen Seite war Legationsrat Szöke (Unterabteilungsleiter in einer der beiden politischen Unterabteilungen Europa). Am ersten Verhandlungstag (10. 5.) baten die Ungarn, die neuen deutschen Vorschläge vorzulegen, da von ungarischer Seite ja bereits erklärt sei, daß sie unseren Entwurf vom 4. April[2], insbesondere die Einbeziehung Berlins als nicht akzeptabel bezeichnet hätten. Ich entgegnete, daß wir gekommen seien, um eine Formel für die Einbeziehung Berlins zu finden[3], und im übrigen beauftragt seien, die von Ungarn erwähnten Varianten entgegenzunehmen.

5 Zu den verteidigungspolitischen Vorstellungen Frankreichs vgl. bereits Dok. 37 und Dok. 143; weiter Dok. 177.
Vgl. dazu ferner die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Pfeffer vom 9. April 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 382.

6 Hat Staatssekretär Carstens am 17. Mai 1963 vorgelegen.

7 Hat Bundesminister Schröder am 17. Mai 1963 vorgelegen.

1 Zu den vom 10. bis 15. Mai 1963 in Budapest geführten Verhandlungen mit Ungarn vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 27. Mai 1963; Abteilung V (V 2); VS-Bd. 218; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur Vorbereitung der Verhandlungen vgl. bereits Dok. 154.

2 Am 4. April 1963 übersandte Ministerialdirektor Krapf den Entwurf eines deutsch-ungarischen Briefwechsels über die beiderseitige Errichtung von Handelsvertretungen an den Leiter des ungarischen Außenhandelsbüros in Frankfurt/Main, Buzás. Vgl. dazu den Vermerk des Ministerialdirektors Krapf vom 4. April 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 218.

3 Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die angestrebte Vereinbarung vgl. Dok. 154.

Herr Szöke stellte darauf scharf heraus, daß jede Einbeziehung Berlins in den Briefwechsel über die Handelsvertretungen für die ungarische Regierung unannehmbar sei.[4]

Jedoch sei die ungarische Regierung bereit, in Verhandlungen über ein Handelsabkommen über irgendeine Einbeziehung Berlins zu sprechen. Diese Bereitschaft bitte er deutscherseits umso höher zu bewerten, als Ungarn zur Zeit keinen Vertrag mit der Bundesrepublik habe, in dem Westberlin einbezogen sei.

In einem Briefwechsel über die Handelsvertretungen sei aber das abgelaufene Zahlungsprotokoll[5] materiell überhaupt nicht unterzubringen. Ich brachte darauf zum Ausdruck, daß wir dann eigentlich wieder abfahren könnten, daß wir aber auch die einzelnen Punkte unseres Entwurfs vom 4. April im Hinblick auf etwaige ungarische Varianten durchgehen könnten, wobei dann die Frage der Einbeziehung Berlins erst am Ende auftauchen würde.

Herr Szöke war damit einverstanden, erklärte aber, daß die Zusammenfassung vom 21. 9. 1962[6] für die ungarische Seite ein wohlüberlegter Kompromiß gewesen sei, den man ungarischerseits jetzt als hinfällig betrachte. Man sollte daher den Entwurf vom 21. 9. anhand der ungarischen Vorschläge vom 20. 9.[7] und unserer Vorschläge vom 4. April 1963 durchgehen. Dies begann am 2. Verhandlungstag (1. 5.), wobei wir die deutsche Auffassung über die Rechtsnatur der Handelsvertretungen zum Ausdruck brachten. Der dritte Verhandlungstag (Montag) galt der Besprechung verschiedener juristischer Punkte ohne Teilnahme der Vorsitzenden. Am 3. Verhandlungstag abends gaben wir den Ungarn eine Gegeneinladung, bei der Herr Szöke und ich in liebenswürdiger Form, aber äußerster sachlicher Schärfe eine politische Auseinandersetzung hatten (gesonderte Aufzeichnung folgt). Am folgenden Tage zeigte die ungarische Seite Bereitschaft, sich unsere Gedanken über eine Einbeziehung Berlins darlegen zu lassen. Unter Hinweis auf die Vertraulichkeit erläuterten wir die polnische Lösung[8] und eine evtl. mögliche andere Variante.

Herr Szöke erwiderte darauf, daß er unter rigoroser Weisung seiner Regierung Berlin nicht in das Vertretungsabkommen einbeziehen könne, daß er aber doch glaube, daß sich eine Verklammerung finden lasse, wenn etwas zu verklammern sei, d. h. wenn Handelsabkommen und Briefwechsel über die

[4] Der Vorsitzende der ungarischen Verhandlungsdelegation, Szöke, bemerkte dazu, „daß man sich beim Abschluß des langfristigen Handelsabkommens über die Frage des räumlichen Geltungsbereichs (d. h. die Einbeziehung Berlins) werde einigen können, sofern die deutsche Seite einen für die ungarische Regierung annehmbaren Formulierungsvorschlag unterbreiten könne. Er habe jedoch ‚rigorose Weisung' zu erklären, daß in die Vereinbarung über die Errichtung von Handelsvertretungen keine irgendwie geartete Klausel aufgenommen werden könne, aus der hervorgehe, daß Berlin als ein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland angesehen werde und die Bundesregierung irgendeine Jurisdiktion über Berlin ausübe." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 27. Mai 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 215; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Zum Zahlungsprotokoll zwischen der Bundesrepublik und Ungarn vom 27. Oktober 1955 und der darin enthaltenen Berlin-Klausel vgl. Dok. 154, Anm. 8.

[6] Vgl. Abteilung V (V 2), VS-Bd. 218.

[7] Vgl. Abteilung V (V 2), VS-Bd. 218.

[8] Zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen mit Polen vom 7. März 1963 über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr sowie den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 183, besonders Anm. 3.

Handelsvertretungen gleichzeitig in Kraft treten würden. Dabei blieb noch offen, ob eine Verklammerung durch ein Mantelprotokoll den Ungarn akzeptabel erscheinen oder eine andere abstrakte Verweisungsklausel in beiden Abmachungen die Einbeziehung Berlins sichern könne.

Eine ernste Meinungsverschiedenheit besteht zur Zeit noch darin, daß die ungarische Seite den Ausdruck „beschränkte konsularische Befugnisse" aufgenommen sehen möchte. Sie war jedoch bereit, eine konsularische Generalklausel (6a des Entwurfs vom 21. 9. 1962) wegzulassen.

An einer Ziffer über die geplante Fortentwicklung der Beziehungen ist den Ungarn nach wie vor sehr gelegen.[9]

Abteilung V (V 2), VS-Bd. 218

170

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Professor Kissinger, Harvard University

Z A 5–56–A/63 geheim **17. Mai 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 17. Mai 1963 um 12.00 Uhr Professor Kissinger zu einem Gespräch, bei dem außerdem VLR I Dr. Osterheld zugegen war.

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers,* ob sich in Amerika bereits der Wahlkampf[2] bemerkbar mache, erwiderte Professor *Kissinger,* bis vor einigen Wochen hätte man erwartet, daß Rockefeller Kandidat der republikanischen Partei würde. Dessen Wiederverheiratung[3] habe die Situation allerdings etwas komplizierter gemacht. Er sei jedoch sicher, daß von nun an und sicherlich von Sommer an der Wahlkampf sich mehr und mehr bemerkbar machen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* erkundigte sich dann nach den Aussichten Goldwaters, die Mr. *Kissinger* sehr schlecht beurteilte. Die einzige Möglichkeit für eine Nominierung Goldwaters bestünde, wenn alle anderen Kandidaten der Republikaner der Auffassung seien, daß Kennedy unschlagbar sei.

9 Zum Fortgang der Verhandlungen mit Ungarn vgl. Dok. 332.

1 Durchschlag.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 20. Mai 1963 gefertigt.

2 Die nächsten Wahlen in den USA fanden am 3. November 1964 statt.

3 Nelson A. Rockefeller ließ sich 1962 scheiden und heiratete am 4. Mai 1963 Margaretta Fidler Murphy. Zur Person von Rockefeller vgl. Dok. 117, Anm. 17.
Die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei für die Wahl am 3. November 1964 verlor er gegen Senator Goldwater, Arizona.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte dann, ob Kennedy hundertprozentige Aussicht auf Wiederwahl habe.

Professor *Kissinger* erklärte, der Präsident habe natürlich immer große propagandistische Möglichkeiten. Die Popularität Kennedys bezeichnete er als vergleichbar mit der eines Filmstars, wodurch starke Schwankungen jederzeit möglich seien. Er glaube, daß ein sehr energischer republikanischer Wahlkampf, insbesondere wenn noch außenpolitische Krisen hinzukämen, für Kennedy gefährlich werden könnte. Kennedy werde entweder mit einer großen Mehrheit oder überhaupt nicht wiedergewählt.

Der Herr *Bundeskanzler* bezeichnete diese Ungewißheit als ein unbehagliches Gefühl sowohl für Kennedy als in der Politik überhaupt. Der amerikanische Präsident habe doch einen ungeheueren politischen Einfluß auf die Welt.

Professor *Kissinger* fragte, ob der Herr Bundeskanzler glaube, daß es für die Bundesrepublik einen großen Unterschied ausmache, wer Präsident werde.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, das könne man so einfach nicht sagen. Jedenfalls sei der Ausgang der Wahlen für alle Europäer eine Frage größter Bedeutung, denn das Schicksal Europas hänge stark von der Persönlichkeit des amerikanischen Präsidenten ab.

Professor *Kissinger* erklärte, er glaube, daß jeder Präsident an einem sehr engen Verhältnis mit Europa stets interessiert sein werde.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob nach Kissingers Auffassung der Isolationismus erledigt sei.

Professor *Kissinger* bestätigte dies und wies darauf hin, daß die isolationistische Partei, nämlich die Republikaner, jetzt der Regierung Vorwürfe mache, weil sie das Verhältnis zu den Europäern getrübt habe. Natürlich könnten jederzeit Fehler gemacht und eine falsche Politik verfolgt werden, doch glaube er nicht an die Möglichkeit einer isolationistischen Politik.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob die amerikanischen Wähler nicht stimmungsmäßig sehr beeinflußbar seien.

Professor *Kissinger* erwiderte, die amerikanischen Wähler, insbesondere im mittleren Westen, hätten an Außenpolitik kein Interesse, und es könnte natürlich sein, daß jemand dies ausnutze. Er kenne aber in der amerikanischen Führungsschicht niemand, der dies jemals seit Kriegsende versucht habe.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, bei der ungeheuer großen Bedeutung des amerikanischen Präsidenten sei eine Amtsperiode von vier Jahren doch sehr kurz. Der mit einem Präsidentenwechsel verbundene Wechsel in der Regierungsmethode sei dabei auch zu berücksichtigen. Er glaube, daß diese Tatsache auch bei de Gaulles Überlegungen eine Rolle spiele.[4]

Professor *Kissinger* war der Auffassung, daß man doch mit acht Jahren rechnen könnte, da es schwierig sei, einen amtierenden Präsidenten zu schlagen. Im vorliegenden Falle handle es sich wegen der Jugend, der Religion[5] und des

[4] Vgl. dazu auch die Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle zu Bundeskanzler Adenauer; Dok. 37.

[5] Präsident Kennedy war Katholik und zum Zeitpunkt des Gesprächs 46 Jahre alt.

persönlichen Stils Präsident Kennedys um einen Sonderfall, wo die Möglichkeit einer starken Popularitätsschwankung sehr viel größer sei als bei Präsident Eisenhower. Ein typischer Präsident könne aber als für acht Jahre gewählt betrachtet werden.

Der Herr *Bundeskanzler* bezeichnete dies als für die Europäer beruhigend.

Professor *Kissinger* wies noch darauf hin, daß die Führungsschicht der Vereinigten Staaten auf außenpolitischem Gebiet nur eine relativ beschränkte Personenzahl umfasse. Wenn man z. B. an den Council on Foreign Relations[6] denke, so werde ein Mann wie McCloy immer Einfluß haben, ob er nun in der Regierung sitze oder nicht, und bei einer Neubesetzung werde ein Mann wie McCloy oder Clay[7] immer gefragt. Man könnte sich natürlich vorstellen, daß bei technischen Vorschlägen wie z. B. der multilateralen Streitkraft gewisse Schwankungen vorhanden seien. Wenn man aber von dem Verhältnis zur NATO oder zur Bundesrepublik spreche, könne er sich derartige Schwankungen nicht vorstellen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß auch Schwankungen in entscheidenden technischen Fragen von großer Bedeutung seien.

Auf die Frage Professor *Kissingers,* welche Meinung der Herr Bundeskanzler hinsichtlich der multilateralen Streitmacht vertrete, erwiderte der Herr Bundeskanzler, man müsse hier natürlich unterscheiden. Für ihn als Deutschen sei die Antwort sehr einfach gewesen, und zwar gleichgültig, ob der Vorschlag technisch schon völlig durchdacht sei oder nicht. Für Deutschland sei es ausschlaggebend, den Anschluß an die Vereinigten Staaten, an die Entwicklung, nicht zu verpassen.[8] (Dies könnten sich aber Länder wie England oder Frankreich leichter erlauben.)

Professor *Kissinger* fragte, ob der Herr Bundeskanzler also an dem Projekt interessiert sei, weil es von Amerika vorgeschlagen worden sei.

Der Herr *Bundeskanzler* bestätigte dies. (Im übrigen wisse er auch nicht, ob die Bundesrepublik genügend Sachverständige habe, um sich wirklich ein Urteil erlauben zu können.)

Professor *Kissinger* fragte dann, ob der Herr Bundeskanzler den Eindruck habe, daß eine Trübung des Verhältnisses mit Amerika nach den Ereignissen im Januar eingetreten sei.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, eine solche Trübung sei offensichtlich eingetreten[9], doch verstehe er ganz ehrlich gesagt überhaupt nicht, warum dies gekommen sei. Seiner Ansicht nach sei es von de Gaulle sicherlich nicht klug gewesen, die Pressekonferenz am 14. Januar zu halten. Das Datum für sein,

[6] Der Council on Foreign Relations ist ein 1921 gegründeter einflußreicher Kreis von Politikern, Wissenschaftlern, Geschäftsleuten und Journalisten zur Befassung mit außenpolitischen Problemen.

[7] Zu Lucius D. Clay vgl. Dok. 58, Anm. 3.

[8] Zur deutschen Haltung zum Projekt einer integrierten Atomstreitmacht der NATO vgl. Dok. 82, Anm. 10. Vgl. auch Dok. 156.

[9] Zur amerikanischen Reaktion auf den deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. besonders Dok. 88.

des Herrn Bundeskanzlers, Zusammentreffen mit General de Gaulle sei jedoch schon im Dezember festgelegt worden[10], und er hätte es für politisch unklug gehalten, nun zu de Gaulle zu sagen, weil er diese Pressekonferenz gehalten habe, werde er (der Herr Bundeskanzler) nicht nach Paris kommen. Im übrigen habe er auch den Eindruck, daß de Gaulles Pressekonferenz in erster Linie gegen Macmillan und nicht gegen die Vereinigten Staaten gerichtet gewesen sei. Er erläuterte dann unter dem Siegel der Verschwiegenheit die Darlegung de Gaulles über die Ereignisse in Rambouillet und Nassau.[11]

Professor *Kissinger* meinte, ausländische Regierungen schienen niemals glauben zu wollen, daß irgendetwas improvisiert werden könnte. Er habe nicht den Eindruck, daß seine Regierung mit festen Vorstellungen nach Nassau[12] gegangen sei.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er spreche auch nicht von der amerikanischen Regierung, der dieser Vorwurf im übrigen auch von de Gaulle nicht gemacht werde. Er spreche vielmehr von Macmillan, der ja zuerst den ersten und zweiten Vorschlag Kennedys[13] abgelehnt und dann seinen Polaris-Vorschlag gemacht habe. Er könne sich nicht vorstellen, daß Macmillan bei der Unterhaltung in Rambouillet[14] zwei Tage vorher, die ja auch nukleare Waffen zum Thema gehabt habe, noch keinerlei derartigen Absichten gehegt habe. Für Kennedy und das State Department sei Macmillans Vorschlag, das glaube er, sicherlich überraschend gekommen.

Auf die Frage von Mr. *Kissinger,* ob der Herr Bundeskanzler glaube, daß de Gaulles Verhalten durch Nassau ausgelöst worden sei, erwiderte der Herr *Bundeskanzler,* de Gaulles Verhalten sei durch Rambouillet und Nassau ausgelöst worden. Er berichtete dann über sein Gespräch mit General de Gaulle in Paris am 21. 1. 63[15] und die Bemühungen um eine Beilegung der französisch-britischen Krise. Diese Bemühungen seien aber durch eine überdimensionale Dummheit am 29. Januar zunichte gemacht worden[16], da Großbritannien und andere darauf bestanden hätten, den Bericht von der Kommission auch für Großbritannien anzufordern, was Couve de Murville abgelehnt habe.[17] Hierbei habe Couve de Murville auch insofern recht gehabt, als die Sechs von der Kommission den Bericht hätten anfordern müssen, der dann Großbritannien zugänglich gemacht worden wäre. Nur diesem Verfahren

[10] Vgl. dazu Dok. 57, Anm. 11.

[11] Zu den Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle zu Rambouillet und Nassau vgl. Dok. 37 und Dok. 43.

[12] Zum Treffen zwischen Präsident Kennedy und Premierminister Macmillan vom 18. bis 21. Dezember in Nassau vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[13] Bei den ersten beiden Vorschlägen des Präsidenten Kennedy handelte es sich um die Raketen „Hound Dog" und „Honest John". Zur Diskussion in Nassau und zur britischen Entscheidung für Polaris vgl. MACMILLAN, End of the Day, S. 356–359. Vgl. dazu auch SCHLESINGER, Thousand Days, S. 860 f.

[14] Zu den Gesprächen des Premierministers Macmillan mit Staatspräsident de Gaulle am 15./16. Dezember 1962 vgl. Dok. 12, Anm. 6.

[15] Vgl. Dok. 37.

[16] Zum Scheitern eines britischen Beitritts zur EWG am 29. Januar 1963 vgl. Dok. 60.

[17] Vgl. dazu auch Dok. 85, besonders Anm. 4.

habe General de Gaulle dem Herrn Bundeskanzler gegenüber am 22. 1.[18] auch zugestimmt.

Mr. *Kissinger* fragte dann den Herrn Bundeskanzler, ob er glaube, daß England wirklich habe beitreten wollen oder ob England vielleicht froh gewesen wäre, daß die Angelegenheit auf diese Weise zu einem Ende gekommen sei.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, England habe ja früher schon zweimal einen Beitritt abgelehnt.[19] Es sei schwer festzustellen, was England wirklich wolle.

Mr. *Kissinger* sagte dann, im vergangenen Sommer habe der Herr Bundeskanzler über das Fernsehen zugunsten einer Assoziierung und gegen eine Vollmitgliedschaft Englands gesprochen. Er fragte, ob der Herr Bundeskanzler immer noch dieser Auffassung sei.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, wenn Großbritannien eine Assoziierung wolle, wäre er zweifellos damit einverstanden. Im Augenblick sehe er aber überhaupt schwarz mit internationalen Verhandlungen. Bei der GATT-Konferenz in Genf[20], an der 73 Nationen beteiligt seien, sei der Anfang damit gemacht worden, daß die tropischen Länder für tropische Produkte einen Nulltarif verlangt hätten. Herter habe dies stark unterstützt. All das aber sei wohl nicht sehr durchdacht, denn wenn man z. B. Kaffee nehme, so sei festzustellen, daß Kaffee eine wesentliche Steuerquelle in Deutschland sei. Selbst wenn die Bundesrepublik bereit wäre, einer Senkung der Zölle auf Null zuzustimmen, müßte sie zunächst prüfen, wie sie die dadurch entstehende Haushaltslücke füllen könnte. Dasselbe gelte für Tabak. Zu beachten sei auch, daß man die Wirtschaft der Entwicklungsländer allmählich in anderer Weise stärken müßte, denn wenn Kaffee nunmehr zollfrei eingeführt werden könnte, würde jedes Entwicklungsland anfangen, Kaffee zu produzieren.

Professor *Kissinger* sagte dann, während seiner Amtszeit sei der Herr Bundeskanzler immer für das engste Verhältnis der Bundesrepublik zum Westen eingetreten. Er fragte dann, ob der Herr Bundeskanzler bei einem Vergleich der heutigen Situation mit der Zeit unter Dulles sagen würde, daß dieses Verhältnis sich weiter gestärkt habe oder schwächer geworden sei.

Der Herr *Bundeskanzler* kam zunächst auf sein persönliches Verhältnis zu Dulles zu sprechen, das so eng gewesen sei, daß etwas derartiges nicht wiederkommen könnte. Es sei für Deutschland ein großes Glück gewesen, daß Dulles in Deutschland so großes Vertrauen gesetzt und auch das Vertrauen Eisenhowers gehabt habe.

Professor *Kissinger* fragte dann, ob das strukturelle Verhältnis der Bundesrepublik zu den Vereinigten Staaten sich hoffnungsgemäß entwickelt habe oder ob der Herr Bundeskanzler hier Schwierigkeiten sehe.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, dieses Verhältnis sei schwieriger geworden. Auch das Verhältnis mit NATO sei schwieriger geworden. Auf die Frage nach dem Grund dafür antwortete der Herr Bundeskanzler, er könne nur mit

[18] Vgl. dazu Dok. 43.

[19] Vgl. dazu Dok. 52, Anm. 16.

[20] Zur Ministerkonferenz des GATT vom 16. bis 21. Mai 1963 in Genf vgl. Dok. 164, Anm. 5.

Stikkers Worten antworten, der ihm einmal erklärt habe, er wisse nie, ob ein NATO-Botschafter in seiner persönlichen Eigenschaft oder im Auftrag seiner Regierung spreche, denn es passiere, daß ein Botschafter am Mittwoch erkläre, seine Erklärung vom Montag stelle nur seine persönliche Meinung dar.

Auf die Frage von Mr. *Kissinger,* ob sich dies im vergangenen Jahr nicht geändert habe, erwiderte der Herr *Bundeskanzler,* Stikker sei nicht dieser Auffassung. Im übrigen werde Stikker ja auch schlecht behandelt. Wenn Stikker gestorben wäre[21], wäre er dafür eingetreten, daß die Amerikaner den Generalsekretär stellen.

Auf den Einwurf Mr. *Kissingers,* daß es psychologisch sehr schwierig wäre, den Oberbefehlshaber und den Generalsekretär von Amerika aus zu stellen, erwiderte der Herr *Bundeskanzler,* dann wüßte man wenigstens, woran man sei. Spaak habe nichts erreicht, und der arme Stikker quäle sich zu Tode. Holland sei ein relativ kleines Land, so daß Stikker von dort eine natürliche Unterstützung nicht erhalten könnte. Besonders aber wäre er dafür, daß die Vereinigten Staaten, die die höchste Verantwortung trügen, dies auch klar zum Ausdruck brächten. Es liege eine ungeheuere erzieherische Wirkung in der Tatsache, daß man sichtbar die höchste Verantwortung trage.

Mr. *Kissinger* kam dann auf das bilaterale amerikanisch-deutsche Verhältnis zu sprechen und sagte, manchmal könne man lesen, daß hier in der Bundesrepublik der Eindruck herrsche, als klappe die Verständigung nicht mehr so wie früher.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er sei immer der Meinung gewesen, daß Professor Grewe nicht der richtige Mann für Washington gewesen sei[22], während er in Paris wirklich am richtigen Platz zu sein scheine. Das Verhältnis mit Amerika habe sich unter Herrn Knappstein, der dort wohl an richtiger Stelle sitze, gebessert. Es komme doch sehr darauf an, welche deutsche Persönlichkeit den Kontakt herstelle.

Mr. *Kissinger* kam noch einmal auf den deutsch-französischen Vertrag zurück und bemerkte, in einigen kleineren Ländern habe dieser Vertrag Anlaß zu der Befürchtung gegeben, daß es dabei um einen deutsch-französischen Versuch für eine Hegemonialstellung innerhalb der Sechs gegangen sei.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, diese Leute verstünden von der Geschichte nichts. Gerade bei Nachbarvölkern spiele die Tradition eine sehr große Rolle. Seit Karl V. habe es immer Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich gegeben. Nunmehr aber sehe die Karte Europas anders aus.

Mr. *Kissinger* sagte, er sage seinen amerikanischen Freunden immer, daß er es persönlich als eine Tragödie empfinden würde, wenn die deutsch-französische Rivalität künstlich wiedergeschaffen würde. Er sei auch immer beunru-

[21] Zur Erkrankung des NATO-Generalsekretärs Stikker im Herbst 1962 vgl. STIKKER, Bausteine, S. 448–450.

[22] Zu den Ereignissen des Frühjahrs und Sommers 1962 im Zusammenhang mit der Abberufung des Botschafters Grewe aus Washington vgl. GREWE, Rückblenden, S. 548–574. Vgl. dazu auch OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 106.
Grewe war seit dem 1. November 1962 Ständiger Vertreter bei der NATO in Paris.

higt, wenn er Dinge sehe, die eine Spitze gegen Frankreich hätten. Die Fragmentierung Europas habe er schon immer als tragisch empfunden.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Satellitenstaaten bis weit nach Europa hineinreichten. Der politische Druck werde anhalten, und wenn Deutschland und Frankreich zusammenstünden, könnten sie diesem Druck besser widerstehen. De Gaulle habe ihm selbst einmal gesagt, er habe keine Lust, eines Morgens mit der Nachricht geweckt zu werden, daß die Russen am Rhein stünden. Jede Außenpolitik müsse auf den Interessen des eigenen Landes aufgebaut sein. Es liege im Interesse Frankreichs, Deutschland frei und im Bündnis mit Frankreich stark zu sehen, um damit einen Damm gegen die Sowjetunion zu schaffen, der möglichst stark sei.

Mr. *Kissinger* sagte dann, manchmal werde in Amerika das Argument laut, es sei eine Illusion zu glauben, Frankreich und Deutschland könnten ein ausreichend starker Damm sein.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies darauf, daß Frankreich und Deutschland zusammen heute etwa 103 Millionen Menschen zählten. Wenn sie gemeinsam nicht stark genug seien, so seien sie bestimmt noch weniger stark, wenn sie Krach miteinander hätten.

Mr. *Kissinger* fragte dann, ob nach Auffassung des Herrn Bundeskanzlers in der zukünftigen innenpolitischen Situation Frankreichs und der Bundesrepublik die politische Linie weiterverfolgt werde, die der Herr Bundeskanzler als historische Leistung niedergelegt habe.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, in einer so bewegten Zeit könne man natürlich nichts mit hundertprozentiger Gewißheit sagen. Dennoch halte er es für höchst wahrscheinlich, daß in Deutschland diese Politik weitergeführt und auch Frankreich mit der Bundesrepublik gegen Rußland stehen werde.

Mr. *Kissinger* sagte, solange de Gaulle an der Macht sei, sehe der Herr Bundeskanzler hier wohl kein Problem.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, de Gaulle sei an der Macht, und er hoffe, daß de Gaulle noch lange an der Macht bleibe. Man brauche sich nur einmal vorzustellen, was Frankreich vor de Gaulle gewesen sei. Wenn Frankreich nicht eine so ausgezeichnete Beamtenschaft gehabt hätte, hätte Gott weiß was passieren können.[23]

Mr. *Kissinger* bemerkte, persönlich ziehe er starke und schwierige Persönlichkeiten schwachen Jasagern vor.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, de Gaulle sei sehr klug. Einige Dinge, die de Gaulle tue, müsse man sich aus der Tatsache heraus erklären, daß de Gaulle sie sage und tue, weil die Franzosen dies gerne hätten. De Gaulle habe auch Verständnis für die Empfindungen anderer. In diesem Zusammenhang erzählte der Herr Bundeskanzler, wie er de Gaulles Einladung zweimal mit dem Hinweis abgelehnt habe, daß er Vertreter eines besiegten Landes sei.[24]

[23] Zur instabilen innenpolitischen Lage der IV. Republik vgl. ADENAUER, Erinnerungen III, S. 396–400.

[24] Vgl. dazu ADENAUER, Erinnerungen III, S. 417 f.

Mr. *Kissinger* fragte dann, ob nach Auffassung des Herrn Bundeskanzlers de Gaulle wirklich beabsichtige, die Vereinigten Staaten aus Europa zu verdrängen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, schon ein einigermaßen vernünftiger Mensch könnte nie auf diese Idee kommen. Das sei der größte Unsinn, den es überhaupt gebe. De Gaulle befürchte nur, daß die Amerikaner Europa verlassen könnten.[25]

Mr. *Kissinger* fagte, ob der Herr Bundeskanzler diese Befürchtung teile.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte mit dem Hinweis auf eine Frage, die er an Dulles einmal gestellt habe, ob der amerikanische Präsident auf den Knopf drücken werde, wenn die erste russische Wasserstoffbombe über New York oder Chicago explodiert sei, worauf Dulles geantwortet habe, Amerika werde dann noch tapferer kämpfen als zuvor. Er selbst habe diese Frage damals gestellt, weil er die Lage des amerikanischen Präsidenten, der mit diesem Druck auf den Knopf einen Weltbrand entfachen würde, sehr gut verstehe.

Mr. *Kissinger* wies darauf hin, daß ein Wasserstoffbombenangriff auf Amerika der einfachste Fall sei, wo Amerika ganz zweifellos nicht zögern würde, den Gegenschlag auszulösen. Er glaube auch nicht, daß Amerika in anderen Fällen zögern würde.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, es komme eben sehr auf die Psychologie des führenden Mannes an.

Mr. *Kissinger* sagte, ein Angriff auf die Vereinigten Staaten würde beim amerikanischen Volk zweifellos eine ganz primitive Reaktion hervorrufen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, Amerika habe ja niemals einen Krieg im eigenen Lande gehabt, und daher könne niemand wissen, wie das Volk psychologisch auf ein solche Tatsache reagieren würde.

Mr. *Kissinger* bemerkte, in vielen Fragen stimme er mit der Regierung nicht überein, doch glaube er, daß das amerikanische Volk ziemlich primitiv reagieren werde. Man habe auch im Zweiten Weltkrieg gesehen, daß die amerikanischen Soldaten, von denen er nicht wisse, ob sie in der Offensive gut seien (der Herr *Bundeskanzler*: „Sie waren vorsichtig!"), in der Defensive jedesmal empört gewesen seien, wenn es jemand gewagt habe, sie anzugreifen. Bei einer Blockade Berlins und anderen komplizierter liegenden Fällen könnten natürlich verschiedene Strömungen auftreten, doch halte er einen Angriff auf die Vereinigten Staaten selbst als psychologisch einfachsten Fall.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies auf die Japaner, die ein außerordentlich tapferes Volk seien. Dennoch hätten zwei kleine Bomben genügt.[26] Niemand könne sich vorstellen, welche psychologische Wirkung der Abwurf einer Bombe auf eine Großstadt habe. Er wolle damit keinerlei Befürchtung zum

[25] Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Kusterer über ein Gespräch des Staatspräsidenten de Gaulle mit Bundeskanzler Adenauer am 6. September 1962; Bundeskanzleramt, AZ 21-30100 (51), Bd. 2; B 150, Aktenkopien 1962. Vgl. zu diesem Gespräch auch ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 181–184.

[26] Am 6. und 9. August 1945 wurde je eine amerikanische Atombombe über den Städten Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. Daraufhin erfolgte am 10. August ein japanisches Kapitulationsangebot, das von den Alliierten angenommen wurde.

Ausdruck bringen, man müsse sich lediglich auch solche Gedanken einmal überlegen. Er sei im übrigen der Meinung, daß gerade aus diesem Grunde die Sowjetunion keinen Krieg beginnen werde, da sie selbst die Wirkung eines Gegenschlages auf die russische Bevölkerung nicht zu berechnen vermöchte. Die Gefahr sei seiner Ansicht nach viel größer, wenn kleinere Länder etwas Unbesonnenes unternähmen. Er glaube nicht, daß Rußland einen nuklearen Krieg riskieren werde, und Amerika werde dies ganz bestimmt nicht tun.

Mr. *Kissinger* erklärte, nach seiner Ansicht würden die Amerikaner den Gegenschlag mit Sicherheit führen, wenn Europa angegriffen würde.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, wenn die Russen dessen sicher seien, würden sie auch keinen Angriff wagen. Hier liege ja die relative Sicherheit begründet, weil die große Unbekannte die Wirkung des Gegenschlags auf die Bevölkerung sei.

Zum Abschluß des Gesprächs beglückwünschte Mr. *Kissinger* den Herrn Bundeskanzler zur Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrages.[27]

Das Gespräch endete um 13.20 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/79

171

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem tanganjikanischen Botschafter Tibandebage

Z A 5–53 A./63 **17. Mai 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 17. Mai 1963 um 10.30 Uhr den Botschafter von Tanganjika zum Antrittsbesuch.

Im Laufe des Gesprächs fragte der Herr *Minister* den Botschafter, wie nach seiner Ansicht die früher britischen Teile Afrikas zu der Möglichkeit einer Assoziierung mit der EWG[2] stünden.

Der *Botschafter* erklärte, bei seinem kürzlichen Deutschlandbesuch habe der Minister für Handel und Industrie die Haltung der ostafrikanischen Länder

[27] Zur Einleitung des Ratifizierungsverfahrens vgl. Dok. 70, Anm. 4.
Der Bundestag beriet das Ratifizierungsgesetz in erster Lesung am 25. April 1963 und überwies die Vorlage an den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 3417–3445. Am 16. Mai 1963 stimmte der Bundestag dem Vertrag in dritter Lesung bei 5 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen zu. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 3742–3754.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 17. Mai 1963 gefertigt.

[2] Zu den Beziehungen der vormals britischen Kolonien zur EWG vgl. auch Dok. 122.

gegenüber der EWG ja schon klargestellt.[3] Ursprünglich seien diese Länder aus Gründen, die damals haltbar gewesen seien, nicht an einer Assoziierung interessiert gewesen. In der letzten Zeit habe sich jedoch eine Tendenz bemerkbar gemacht, zwar weiterhin nicht um Assoziierung nachzusuchen, jedoch auf die Gelegenheit zu warten, bei der eine Art der Assoziierung gefunden werden könnte, die weniger formell wäre als etwa die Assoziierung der 18 afrikanischen Staaten[4]. Der Botschafter verwies auf die Wirtschaftsunion zwischen Kenia, Tanganjika und Uganda[5] und deutete an, daß es Möglichkeiten einer Erweiterung dieser Union geben könnte, da eine enge Affinität dieser Länder mit Njassaland, Nordrhodesien, möglicherweise sogar Südrhodesien bestehe. Diese Affinität gebe es auch mit Ruanda und Burundi und wohl auch mit dem Kongo.[6]

Auf die Frage des Herrn *Ministers,* wie man in Afrika ein Ereignis wie die gestrige Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrages[7] bewerte, antwortete der *Botschafter,* persönlich begrüße er dieses Ereignis als historisch. Über die Einstellung seiner Regierung habe er allerdings im Augenblick keine genaueren Informationen.

Der Herr *Minister* fragte dann, ob die NATO und NATO-Probleme in Afrika auf eine Resonanz stießen und ob sie positiv oder negativ bewertet würden.

Der *Botschafter* antwortete, nach afrikanischer Auffassung spiele die NATO eine außerordentlich nützliche Rolle, da sie eine große Kraft darstelle, von der man vernünftigerweise hoffen könnte, daß sie ein Gegengewicht gegen eine andere große Kraft, die für die Welt gefährlich sein könnte, bilde. Negatives sei kaum zu bemerken. Lediglich beklage man sich von Zeit zu Zeit etwas über die Rassenpolitik Südafrikas und die portugiesische Apathie gegen die moderne Entwicklung[8] und über die Tatsache, daß das zwar nicht ermutigt, aber von der NATO auch nicht entmutigt werde.

Die Frage nach dem Prestige, das die Vereinten Nationen in Afrika genössen, beantwortete der Botschafter dahingehend, daß dieses Prestige wachse, weil die afro-asiatischen Länder von der UNO immer stärker anerkannt würden.

Der Herr *Minister* fragte dann, ob sich der sowjetische und kommunistische Einfluß in Afrika in den letzten Jahren gesteigert habe.

Der *Botschafter* erwiderte, die russische Art des Einflusses könnte sich ent-

[3] Zum Besuch des tanganjikanischen Wirtschaftsministers Clement George Kahama vom 18. bis 23. März 1963 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1963, S. 502. Vgl. dazu auch Referat 418, Bd. 212.

[4] Zum Assoziierungs-Abkommen mit den afrikanischen Staaten vgl. Dok. 31, Anm. 5, und Dok. 82, Anm. 9.

[5] Die Präsidenten Nyerere, Obote und Kenyatta gaben am 6. Juni 1963 auf einer Konferenz in Nairobi den Entschluß bekannt, bis Ende 1963 einen politischen Zusammenschluß Tanganjikas, Ugandas und Kenias in Form einer Ostafrikanischen Föderation zu schaffen. Vgl. AdG 1963, S. 10626.

[6] Tanganjika, Ruanda, Burundi und der Kongo schlossen am 21. März 1963 in Daressalam ein Abkommen über die Bildung einer Gemeinsamen Verwaltungskommission für die Häfen Daressalam und Kigoma. Vgl. AdG 1963, S. 10481.

[7] Zur Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 170, Anm. 27.

[8] Zur portugiesischen Kolonialpolitik vgl. Dok. 122, Anm. 5.

wickelt haben, hätte es aber in Wirklichkeit nicht getan. Dies sei zurückzuführen auf die Kontakte, die von sowjetischer Seite mit den afrikanischen Ländern aufgenommen worden seien. Dadurch sei ein Austausch von Personen in beiden Richtungen eingetreten und habe zu der Erkenntnis geführt, daß die Worte nicht immer notwendigerweise den Taten und der Wirklichkeit entsprechen. Angesichts der Haltung der Studenten und der Politiker, die in der Sowjetunion gewesen seien, verringere sich der russische Einfluß. Ein anderer Aspekt dieser Frage sei der chinesische Versuch, der Sowjetunion den Rang als größter kommunistischer Macht abzulaufen. Gleichzeitig glaube er persönlich, daß Rotchina versuche, in Afrika Boden zu gewinnen und auf aufrichtige Weise dort Freunde zu bekommen. Dies könnte dazu führen, daß die Chinesen so sehr von den Afrikanern akzeptiert würden, daß sie dann tun könnten, was sie wollten.

Der Herr *Minister* fragte, welches die Ursachen dafür seien.

Der *Botschafter* erwiderte, er persönlich habe weder mit Russen noch mit Chinesen einen Kontakt gehabt, er halte es aber für denkbar, daß die Russen doch Europäer, und zwar Osteuropäer seien, die einen ziemlich hohen Standard hätten. Die Chinesen hätten einen Standard, der dem afrikanischen sehr viel vergleichbarer sei und ihnen damit auch den Zugang erleichtere.

Der Herr *Minister* bezeichnete dies ebenfalls als denkbar. Er verwies dann darauf, daß es eine Anpassung gebe, die dazu führen könne, daß man mit anderen gut auskomme, daß es aber auch eine andere Anpassung gebe, die sich plötzlich zu sehr viel mehr entwickle und zu einer Art Führungsanspruch führen könnte.

Der *Botschafter* erklärte, auch hier bewege er sich im Bereich der Spekulation. China sei ein noch größeres Land als die Sowjetunion und halte sich möglicherweise für noch mehr berechtigt, die kommunistische Welt zu führen.

Ministerbüro, Bd. 242

172

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5 – 54.A/63 **17. Mai 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 17. Mai 1963 um 12.30 Uhr den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika zu seinem Antrittsbesuch.

Nach der Begrüßung brachte der Herr *Minister* seine Freude darüber zum Ausdruck, den Botschafter so prompt bei sich zu sehen. Er vermute, daß diesen viel Arbeit erwarte, wofür er ihm alles Gute wünschen möchte.

Der *Botschafter* bedankte sich für die freundlichen Worte; er freue sich, daß er seinerseits so bald empfangen wurde, und sehe den ihn erwartenden Aufgaben mit Spannung und Freude entgegen.

Der Herr *Minister* sagte, er habe viel von dem gelesen, was der Botschafter in der letzten Zeit erklärt habe[2], und habe daraus den Eindruck gewonnen, daß dieser bereits sehr gute Einsicht in die deutschen Probleme habe.

Der *Botschafter* sei vor seiner Abreise noch bei Herrn Minister Rusk gewesen, der mit großer Achtung von dem Herrn Minister gesprochen habe und ihm herzliche Grüße an ihn aufgetragen habe.

Der Herr *Minister* gab seiner Freude Ausdruck, daß ein Mann Botschafter wurde, der Rusk schon seit seiner Studentenzeit eng verbunden sei[3], denn jede Arbeit werde viel angenehmer, wenn sie auf persönlicher Sympathie beruhe. Er hätte geglaubt, Herrn Minister Rusk noch vor seiner Reise nach Ottawa[4] treffen zu können, aber seine für diese Woche geplante Reise nach Washington[5] sei verschoben worden. Gestern sei der deutsch-französische Vertrag im Bundestag ratifiziert worden[6], und angesichts der Bedeutung der Angelegenheit sei er hiergeblieben. Hätte die Ratifizierung nächste Woche stattgefunden, so wäre er diese Woche nach Washington geflogen. Außerdem sei ja dort diese Woche ein Kollege von ihm zu Gast[7], und eine Häufung von Besuchen hätte er vermeiden wollen.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von der Dolmetscherin Thoenes am 17. Mai 1963 gefertigt. Hat Bundesminister Schröder am 18. Mai 1963 vorgelegen.

[2] Botschafter McGhee äußerte sich unter anderem in einem Interview mit der Deutschen Presseagentur zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen, der Rolle der Bundesrepublik in der EWG sowie der Präsenz amerikanischer Truppen in Berlin (West). Vgl. dazu SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 106 vom 3. Mai 1963, S. 4.

[3] Zur Bekanntschaft mit Außenminister Rusk vgl. McGHEE, Botschafter, S. 19.

[4] Die Konferenz des NATO-Ministerrats fand vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa statt. Vgl. dazu Dok. 190.

[5] Vgl. dazu Dok. 145, besonders Anm. 19.

[6] Zur Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags vgl. Dok. 170, Anm. 27.

[7] Bundesminister Krone hielt sich vom 9. bis 17. Mai 1963 in den USA auf.

Der *Botschafter* sagte, daß man sich sehr gefreut hätte, den Herrn Minister außerdem in Washington begrüßen zu können.

Der Herr *Minister* fuhr fort, daß er sich auf ein Wiedersehen mit Herrn Minister Rusk in Ottawa freue und ihm wohl am Dienstagabend u. a. über die Ankunft des Botschafters berichten könne.

Der *Botschafter* sagte noch einmal, wie sehr sich Amerika gefreut habe, Herrn Krone als Gast bei sich zu sehen.

Der Herr *Minister* meinte, daß man später, nach dem Besuch Präsident Kennedys Ende nächsten Monats[8], Gelegenheit haben werde, über eine Reihe von Dingen ausführlich zu diskutieren. Es sei gut, von Zeit zu Zeit nach Washington zu kommen, um die ganze Atmosphäre einzufangen und verschiedene wichtige Persönlichkeiten zu treffen. Er sei das letzte Mal im November zusammen mit dem Herrn Bundeskanzler dort gewesen[9], und seither wäre ja einige Zeit vergangen. Nach dem Besuch des Präsidenten könne man vielleicht einen Termin im Frühherbst ins Auge fassen[10] und nach gründlichen Vorbereitungen ausführlich über einige Angelegenheiten beraten. Im Herbst sei außerdem in Deutschland ein Kanzlerwechsel zu erwarten[11], wodurch die deutsche Politik wohl etwas in Bewegung geraten werde.

Der *Botschafter* gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Vorbereitungen für den Besuch des Präsidenten ohne Schwierigkeiten verliefen, und fragte, ob es für die deutschen Stellen noch Probleme gäbe.

Der Herr *Minister* schnitt eine Frage an, über die man gestern im Kabinett beraten habe, ob nämlich der Präsident vor dem Bundestag sprechen[12] solle. Die Meinungen gingen etwas auseinander; er persönlich hielte es für eine gute Idee, obwohl es in der Vergangenheit nicht üblich gewesen sei. Ausnahmen wären der Speaker Joe Martin und der Präsident des dänischen Parlamentes, Federspiel, in seiner Eigenschaft als Präsident der europäischen Versammlung in Straßburg gewesen. Außerdem habe der Bundestag an dem in Frage kommenden Montag keine normale Sitzung anberaumt, das ließe sich jedoch machen. Er persönlich sei für eine kurze Rede als Eröffnung einer guten Tradition, ohne daß der Bundestag gezwungen wäre, jedem Besucher, sei es Staats- oder Regierungschef, die gleiche Möglichkeit einzuräumen. Zweitens habe man daran gedacht, einen Teil des Bundestags nach Frankfurt einzuladen, wo der Präsident des Bundestags[13] den Vorsitz in der Paulskirche übernehmen solle. Aus historischen Gründen (Paulskirche als Sitz einer früheren

[8] Präsident Kennedy besuchte vom 23. bis 26. Juni 1963 die Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 206–208.

[9] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer und des Bundesministers Schröder vom 13. bis 16. November 1962 in den USA vgl. Dok. 37, Anm. 26.

[10] Bundesminister Schröder besuchte vom 19. bis 27. September 1963 die USA. Vgl. dazu Dok. 348, Dok. 349, Dok. 353, Dok. 358, Dok. 361, Dok. 362 und Dok. 366–368.

[11] Am 23. April 1963 nominierte die CDU/CSU-Fraktion Ludwig Erhard zum Kanzlerkandidaten. Vgl. dazu Osterheld, Kanzlerjahre, S. 210–214.

[12] Eine solche Rede wurde während des Besuchs des Präsidenten Kennedy nicht gehalten.

[13] Eugen Gerstenmaier.

Nationalversammlung) sei das ein interessanter Gedanke, aber er wisse nicht, ob er auch praktisch sei.[14]

Der *Botschafter* antwortete, er habe von diesem Problem gehört, hielte die Anregung für gut, wolle aber der deutschen Regierung keine Ungelegenheiten bereiten.

Der Herr *Minister* erwartete keine großen Schwierigkeiten, das Parlament habe lediglich gewisse Befürchtungen hinsichtlich der Zukunft. Er habe den Bundestagspräsidenten noch nicht selbst gesprochen, aber man werde bei deutschen Stellen noch darüber sprechen; der Gedanke sei neu, aber noch nicht endgültig, und nach seiner Rückkehr werde die Angelegenheit geregelt. Mehr als 35–45 Minuten seien ja nicht vonnöten, so daß die Angelegenheit am Montagmorgen eingeschoben werden könne. Weiterhin sei er für eine solche Ansprache, weil dies die leichteste Möglichkeit sei, in Kontakt mit dem ganzen Parlament zu kommen. Die Parlamentarier kämen normalerweise bei einem solchen Besuch immer etwas zu kurz, daher wäre diese Veranstaltung auch gut für ihr Selbstgefühl.

Der *Botschafter* stimmte diesen Ausführungen zu unter dem Hinweis, daß die Parlamentarier ja sehr wichtig seien, weil man von ihnen das nötige Geld bekäme.

Der Herr *Minister* erinnerte sich an den Staatsbesuch Präsident Lübkes im vergangenen Herbst und daran, daß dieser zur großen Zufriedenheit beider Seiten im Parlament in Neu Delhi gesprochen habe.[15]

Der *Botschafter* bot daraufhin an, die Sache, nachdem sie von den deutschen Stellen für gut befunden worden wäre, auch in Amerika noch einmal zur Sprache zu bringen.

Der Herr *Minister* meinte jedoch, sie würde für den Präsidenten keine zusätzliche Veranstaltung bedeuten, nur eine Veränderung der Szenerie, und ginge wahrscheinlich zu Lasten einer ersten Unterhaltung mit dem Bundeskanzler oder dem Bundespräsidenten. Es sei aber wohl im Sinne des amerikanischen Präsidenten, stets möglichst viele verschiedene Dinge zu unternehmen. Der Herr Minister führte weiter aus, er habe den Bundeskanzler gestern noch nicht selbst gesehen, er selbst sei aber schon früher von den Vorteilen einer Ansprache im Parlament überzeugt gewesen als der Bundeskanzler, der befürchtete, daß sich für den Präsidenten Schwierigkeiten hinsichtlich der politischen Thematik ergäben.

Der *Botschafter* schloß sich den Ausführungen insofern an, daß der Präsident vor dieser Schwierigkeit wohl jedesmal stehe, wo er auch spreche. Dann fragte er den Herrn Minister, was dieser sich von Ottawa verspräche.

Der Herr *Minister* erwartete, daß man in der IANF-Sache[16] zu einem Ergebnis

[14] Präsident Kennedy sprach am 25. Juni 1963 in der Paulskirche in Frankfurt/Main. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 516–521.

[15] Bundespräsident Lübke hielt sich vom 26. November bis 4. Dezember 1962 in Indien auf und sprach am 27. November vor beiden Häusern des indischen Parlaments. Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1962, S. 1869–1871.

[16] Zur Inter-Allied Nuclear Force vgl. bereits Dok. 158. Vgl. dazu weiter Dok. 190.

kommen werde, wenn nicht de Gaulle in letzter Minute mit einer neuen Idee aufwartet. Er glaube aber, daß Frankreich seine Zustimmung zu den jetzt ausgearbeiteten Formeln geben werde.

Die MLF-Angelegenheit[17] werde nicht offiziell zur Diskussion stehen, sondern nur am Rande behandelt werden, jedoch sei die Einstellung der Bundesregierung positiv. In der deutschen Öffentlichkeit, in Pressekommentaren etc. könne man zwar auch andere Stimmen hören, aber im allgemeinen sei man in Deutschland für das Projekt. Er habe nun gerade gelesen, daß die London *Times* eine volle Breitseite gegen das Projekt losgelassen habe, aber die Zeitung sei nicht immer die Stimme der britischen Regierung, und aus seinem gestrigen Gespräch mit dem britischen Botschafter[18] habe er den Eindruck gewonnen, daß die britische Regierung dafür sei, von den Kosten abgesehen, aber die Entwicklung in Großbritannien sei noch nicht ganz klar. Frankreichs Haltung sei natürlich ablehnend, die Italiens hänge von seiner zukünftigen Regierung[19] ab, sie sei jedoch vielleicht positiv[20], von den Niederlanden und Belgien könne man noch nichts sagen. Entscheidend sei jedoch, daß Großbritannien nicht nur Nassau 6, sondern auch Nassau 8[21] annähme.

Der *Botschafter* meinte, der Herr Minister sähe die Lage völlig richtig, auch er glaube, daß es auf Großbritannien ankäme. Belgien sei wohl eher dafür, jedenfalls sei die Haltung Spaaks persönlich positiv.

Der Herr *Minister* wiederholte, auch Italien wäre natürlich willkommen, aber entscheidend wäre Großbritannien, dessen Entscheidung wiederum die anderen Länder beeinflussen würde.

Er sei nun gespannt, welchen Eindruck Europa auf den Botschafter machen werde, wenn er nun richtig auf dem europäischen Kontinent lebe. Er werde die interessante Entwicklung in der EWG verfolgen, die in der Zukunft noch einiges Kopfzerbrechen machen werde.

Der *Botschafter* sagte, er habe die Rede des Herrn Ministers vom 2. April 1963, die er im Ministerrat in Brüssel gehalten habe[22], mit außerordentlichem Interesse verfolgt und hielte sie für sehr bedeutsam.

Der Herr *Minister* fuhr fort, man brauche noch viel Unterstützung in dieser

[17] Zum Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht vgl. Dok. 120.
Zur Behandlung der MLF auf der Tagung des NATO-Ministerrats vgl. weiter Dok. 190. Vgl. dazu auch den Drahterlaß des Bundesministers Schröder, z. Z. Ottawa, vom 23. Mai 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8489; B 150, Aktenkopien 1963.

[18] Frank K. Roberts.

[19] Nach den Kammer- und Senatswahlen in Italien am 28./29. April 1963, die zu schweren Stimmverlusten der Christlich-Demokratischen Partei führten, trat das von Ministerpräsident Fanfani geführte Kabinett am 16. Mai 1963 zurück. Die Versuche des Politischen Sekretärs der Christlich-Demokratischen Partei, Moro, mit der Sozialistischen Partei unter Nenni eine Regierung zu bilden, scheiterten am 18. Juni 1963. Am 19. Juni beauftragte Staatspräsident Segni den Präsidenten der Abgeordnetenkammer, Leone, mit der Bildung einer christdemokratischen Minderheitsregierung. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10658.

[20] Zur grundsätzlich positiven Haltung Italiens zur MLF vgl. den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Rom, vom 3. Mai 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963.

[21] Zu den Paragraphen 6 und 8 des Nassau-Abkommens vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 12, Anm. 10 und 11.

[22] Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Schröder vgl. BULLETIN 1963, S. 543–548.

Sache, und ein großer Teil der Tätigkeit des Botschafters werde der Verstärkung dieser Linie in Verbindung mit anderen gewidmet sein. Europa sei bereits in vollem Schwung gewesen, zur Zeit sei es etwas zurückgefallen[23], aber man müsse auch berücksichtigen, daß die Probleme schwieriger geworden seien. Die Probleme der EWG, der Genfer Gespräche, der GATT-Verhandlungen[24] und der Kennedy-Runde[25] werden uns nicht nur wegen ihres eigenen Gewichtes, sondern auch wegen der Technik in diesem und dem kommenden Jahr vor große Schwierigkeiten stellen.

Der Herr Minister sagte im Laufe des Gesprächs weiter, daß der Botschafter einen Eindruck von der europäischen Landwirtschaft bekommen werde, sowie von der deutschen Landwirtschaft und ihren Problemen und ihrem Zusammenhang mit der Innenpolitik, der ja auch in den USA auf dem entsprechenden Gebiete bestehe.

Der *Botschafter* bekräftigte dies und betonte die große Bedeutung der landwirtschaftlichen Probleme, die sich auch darin zeigte, daß das Parlament bei der Sitzung, bei der er bestätigt wurde[26], eigentlich nur vom Geflügelproblem[27] gesprochen habe.

Der Herr *Minister* führte noch aus, daß er von der amerikanischen Regierung eine Einladung erhalten habe, anschließend an die Gespräche in Ottawa nach Washington zu kommen, er könne aber dieser Einladung nicht Folge leisten, da er direkt nach Mexiko zu einer Konferenz der lateinamerikanischen Botschafter[28] reise. Dieses Treffen sei von großer Bedeutung und werde ihn ungefähr eine Woche in Anspruch nehmen. Anschließend käme er zurück und hoffe auf eine gute Gelegenheit, noch vor dem Besuch des Präsidenten mit dem Botschafter zusammenzukommen.

Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, die Erwartungen des Botschafters möchten sich erfüllen, und seine Arbeit ihn zufriedenstellen. Er könne ihm ganz offen sagen, daß ihm der Ruf eines erfolgreichen Geschäftsmannes, Politikers und Diplomaten vorausgegangen sei, eine Mischung, die in Deutschland sehr geschätzt werde.

23 Zum gescheiterten Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. Dok. 60.

24 Zur Ministertagung der GATT-Vertragspartner vom 16. bis 21. Mai 1963 vgl. Dok. 164, Anm. 5.

25 Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10. Vgl. dazu auch den Vermerk des Staatssekretärs Lahr vom 18. Mai 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 405.

26 Die Ernennung von George McGhee zum amerikanischen Botschafter in der Bundesrepublik wurde am 24. April 1963 vom Senat bestätigt. Vgl. dazu CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 109/5, S. 6932.

27 Der „Hähnchen-Krieg" wurde durch die Verordnung des EWG-Ministerrats vom 20. Juni 1962 über die „Festsetzung des Einschleusungspreises für geschlachtete Enten, Puten, Gänse, Perlhühner und Legehühner" ausgelöst, nach der die Abgaben auf eingeführtes Geflügel erhöht wurden. Die Abgabenerhöhung betraf vor allem die amerikanischen Geflügelzüchter. Vgl. dazu AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1962, S. 1557 f.
Der Konflikt zwischen den USA und der EWG verschärfte sich, als die EWG-Landwirtschaftsminister am 30. Mai 1963 beschlossen, die Einfuhrabgaben für Geflügel aus den USA nicht – wie von der EWG-Kommission vorgeschlagen – zu senken, sondern zu erhöhen. Zum „Hähnchen-Krieg" vgl. weiter Dok. 346.

28 Zur Botschafterkonferenz in Guernavaca vom 25. bis 31. Mai 1963 vgl. die Aufzeichnung des Referats I B 2 vom 5. Juni 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 391; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu weiter Dok. 195.

Mit den Dankesworten des Botschafters für den freundlichen Empfang und gegenseitigen Wünschen für die Zukunft nahm das Gespräch um 12.15 Uhr[29] ein Ende.

Ministerbüro, Bd. 242

173

Ministerialdirektor Jansen an die Botschaft in Kairo

I B 4–84.00/90.35–1072/63 VS-vertraulich **18. Mai 1963**[1]
Fernschreiben Nr. 257 **Aufgabe: 22. Mai 1963, 16.30 Uhr**

1) Zur dortigen streng vertraulichen Unterrichtung wird mitgeteilt, daß das Kabinett sich wiederholt mit der Frage der deutschen Experten in der VAR[2] befaßt hat. Die Bundesregierung teilt die Ansicht ihrer westlichen Alliierten, vor allem der Vereinigten Staaten, nach welcher der Abzug der deutschen Raketensachverständigen die Abhängigkeit der VAR vom Ostblock verstärken würde, ohne das ägyptische Raketenbauprogramm entscheidend zu treffen.[3] Trotzdem sieht sich die Bundesregierung nicht in der Lage, die Arbeit der Deutschen zu billigen oder zu unterstützen. Sie beabsichtigt jedoch nicht, gesetzliche Maßnahmen gegen die deutschen Wissenschaftler ihrerseits vorzubereiten, setzt vielmehr die Suche nach anderen Lösungsmöglichkeiten fort.[4]

Die Bemühungen einer Gruppe von Abgeordneten um einen Gesetzentwurf sind unbeeinflußt von dieser Einstellung geblieben. Es ist aber noch nicht ab-

[29] Die Zeitangabe wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Wenn es erst 12.30 begonnen hat?"

[1] Der Drahterlaß wurde Staatssekretär Carstens am 17. Mai 1963 mit einem begleitenden Vermerk des Ministerialdirektors Jansen übermittelt.
Hat dem Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika", Schirmer, am 20. Mai und Carstens am 21. Mai 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu besonders Dok. 157.

[3] Mit Drahtbericht vom 17. April 1963 schilderte Botschafter Knappstein, Washington, die amerikanische Haltung: „Nach Ansicht der amerikanischen Regierung liegt die Tätigkeit deutscher Experten in der VAR im Interesse des Westens, soweit sie auf dem Gebiet der Luftfahrt tätig sind und sich dabei keines klassifizierten Materials bedienen." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu auch Referat I B 4, Bd. 48.

[4] Das Bundeskabinett befaßte sich am 27. März, 8. April, 24. April und 2. Mai 1963 mit der Thematik. In der letztgenannten Sitzung entschied es sich auf Vorschlag des Bundeskanzlers Adenauer dafür, daß in der Behandlung der Angelegenheit zunächst „kurz getreten werden solle". Vgl. dazu den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer vom 2. Mai 1963; Referat I B 4, Bd. 17.

zusehen, wie weit der inzwischen weitgehend fertiggestellte Entwurf im Parlament angenommen werden wird.[5]

2) Im Hinblick auf die heftige Pressepolemik im Zusammenhang mit den deutschen Raketenexperten werden Sie gebeten, in vorsichtiger Weise mit den drei Herren einzeln oder gemeinsam Fühlung aufzunehmen. Ein informelles Gespräch, das zweckmäßigerweise durch den Botschaftsrat zu führen wäre, könnte an das Schreiben anknüpfen, das die Herren an den Herrn Bundeskanzler[6] gerichtet haben. Das Schreiben ist dem Herrn Bundeskanzler vorgelegt worden.

Ziel der Fühlungnahme sollte sein, einer persönlichen Verbitterung die Spitze abzubrechen und den Herren die vielschichtigen außen- und innenpolitischen Probleme zu erklären, die mit ihrer Tätigkeit indirekt verbunden sind. Das Verhalten der Bundesregierung gegenüber den jüngsten israelischen Presseangriffen wurde von dem Bestreben geleitet, einerseits das seit Jahren planmäßig unternommene Werk einer Aussöhnung und Annäherung zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volk nicht zu gefährden und andererseits auch das gute deutsch-arabische Verhältnis nicht zu belasten. Angesichts des wachsenden militärischen und politischen Potentials des arabischen Nationalismus ist die heftige Reaktion Israels auf die zum Teil übertriebenen Meldungen über die Tätigkeit der deutschen Wissenschaftler psychologisch erklärlich. Sie hat zu einer schweren Erschütterung der sich ohnehin nur langsam entwickelnden Bereitschaft des Judentums geführt, sich mit dem deutschen Volk auszusöhnen. Unabhängig davon werden die Anschläge[7] des israelischen Geheimdienstes auf die deutschen Wissenschaftler von der Bundesregierung verurteilt. Durch die Entlassung des Chefs des Geheimdienstes[8] ist auch die israelische Regierung von diesen Praktiken abgerückt.

Wir sind[9] bereit zu unterstellen, daß die deutschen Herren ihre Tätigkeit in Ägypten weder aus rassischen noch aus falsch verstandenen nationalistischen Motiven angetreten haben, sondern die ägyptischen Vertragsangebote aus wissenschaftlichen oder finanziellen Gründen annahmen. Auch haben wir wiederholt erklärt, daß nichts auf eine Mitwirkung Deutscher an der Herstel-

[5] Die Initiative für einen Gesetzentwurf, der es ermöglichen sollte, die Beteiligung Deutscher an der Herstellung von Waffen außerhalb des Bundesgebiets zu unterbinden, ging insbesondere vom CDU-Abgeordneten Böhm aus. Am 28. Juni 1963 verabschiedete der Bundestag einen von allen drei Fraktionen eingebrachten Antrag, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen einzuleiten. Vgl. dazu BT ANLAGEN, Bd. 85, Drucksache IV/1388 neu. Vgl. auch VOGEL, Dialog I/1, S. 234–237.

[6] Drei in leitender Position in der VAR tätige deutsche Wissenschaftler, Görcke, Pilz und Kleinwächter, wandten sich in Schreiben vom 6. bzw. 7. April 1963 an Bundeskanzler Adenauer, um die gegen sie und ihr Projekt erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen. Für die Schreiben vgl. Referat I B 4, Bd. 18.

[7] Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Jansen handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Handlungen".

[8] Zum Rücktritt von Iser Halprin am 1. April 1963 vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 78 vom 2. April 1963, S. 4; DER SPIEGEL, Nr. 19 vom 8. Mai 1963, S. 71.

[9] Die beiden letzten Worte wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Die Bundesregierung ist". Entsprechend wurden zwei weitere Stellen in diesem Absatz umformuliert.

lung von ABC-Waffen schließen läßt.[10] Wir können auf der anderen Seite nicht darüber hinwegsehen, daß dem ägyptischen Raketenprogramm keineswegs ausschließlich zivile Bedeutung zuzumessen ist.[11]

Es wird gebeten, über den Verlauf der Unterredungen ausführlich zu berichten.[12]

3) Es[13] wird weiter gebeten, für den[14] Dienstgebrauch einen sachlichen zusammenfassenden Bericht über den gegenwärtigen Stand des VAR-Raketenbauprogramms, seine Bedeutung für den militärischen und zivilen Sektor sowie die Rolle, die die deutschen Fachleute hierbei spielen, abzugeben.[15]

Jansen[16]

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221

[10] Vgl. dazu Dok. 133, Anm. 21.

[11] Auf Weisung des Staatssekretärs Carstens wurde von Ministerialdirektor Jansen an dieser Stelle gestrichen: „Die Bundesregierung bedauert es grundsätzlich, daß bisher in der Bundesrepublik keine ausreichende Möglichkeit bestand, um allen wertvollen wissenschaftlichen Kräften angemessene Arbeitsmöglichkeiten zu bieten. Sie wird ihre Bemühungen fortsetzen, diesem Mangel abzuhelfen."

[12] Mit Drahtbericht vom 27. Mai 1963 legte Botschafter Weber, Kairo, dar, warum er mit den deutschen Experten noch nicht in Verbindung getreten sei: „Ich betrachte die Angelegenheit hier als so heikel, daß das Bekanntwerden auch nur der unauffälligsten amtlichen Kontaktaufnahme mit den in Frage kommenden Herren unabsehbare Folgen für unsere Beziehungen haben könnte, und ich muß leider davon ausgehen, daß selbst noch so vorsichtige Schritte der Botschaft nicht geheimgehalten werden können." Mit Blick auf den bevorstehenden Besuch des ägyptischen Vizepräsidenten Amer in der UdSSR wies er auf die Gefahr verstärkter ägyptisch-sowjetischer Kontakte hin. Er sicherte jedoch zu, sich um eine unauffällige Kontaktaufnahme im Rahmen eines gesellschaftlichen Anlasses zu bemühen. Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963.

[13] Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Jansen handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Um weiteren Angriffen und Verdächtigungen entgegentreten zu können,".

[14] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Jansen gestrichen: „internen".

[15] Am 14. Juni 1963 legte die Botschaft in Kairo den angeforderten Bericht vor. Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221. Vgl. zur Thematik weiter Dok. 189.

[16] Paraphe vom 21. Mai 1963.

174

Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow

Z A 5–57 A./63 **20. Mai 1963**[1]

Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen Staatssekretär Professor Carstens und dem sowjetischen Botschafter Smirnow am 20. Mai 1963, 11.00 Uhr, im Büro des Herrn Staatssekretärs.

Staatssekretär *Carstens* sagte, er habe den Botschafter zu sich gebeten, um eine Reihe von Punkten mit ihm zu besprechen, die alle in den humanitären Bereich fielen, denn sie beträfen Menschen, um deren Schicksal sich die Bundesregierung bekümmern müsse.

Der erste Punkt betreffe die Rückführung von Deutschen aus der Sowjetunion. Wie der Botschafter ja wisse, sei am 25. 4. 1958 zwischen den beiden Regierungen eine Vereinbarung über die Rückführung von Personen deutscher Volkszugehörigkeit, die früher die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hätten, geschlossen worden.[2] Inzwischen sei es zu Meinungsverschiedenheiten darüber gekommen, ob diese Aktion befristet sei oder nicht. Die Bundesregierung sei der Ansicht, das in der Vereinbarung genannte Datum 31. 12. 1959 bedeute keine Ausschlußfrist[3], und beziehe sich dabei auf die Äußerung des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Semjonow gegenüber dem damaligen Botschafter Lahr und auf das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 13. 2. 1961 an den Herrn Bundeskanzler, worin dieser versichere, die Sowjetunion habe nicht die Absicht, Personen deutscher Volkszugehörigkeit, die früher die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hätten, gegen ihren Willen in der Sowjetunion zurückzubehalten.[4]

Die Bundesregierung sei der Ansicht, daß noch rund 10000 derartige Personen in der Sowjetunion lebten, die den Wunsch hätten, in die Bundesrepublik auszureisen. Er, der Staatssekretär, werde dem Botschafter anschließend eine Note überreichen, in der der deutsche Standpunkt dargelegt sei.[5] Darin werde auch auf die Vorgeschichte und die beiderseitigen Erklärungen zu dieser Frage ausführlich eingegangen. Die Bundesregierung würde es begrüßen,

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Richter am 21. Mai 1963 gefertigt. Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Staatssekretärs Carstens vom 20. Mai 1963 an Bundesminister Schröder, z. Z. Ottawa; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 442; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Die Vereinbarung über die Repatriierung von Personen deutscher Volkszugehörigkeit erfolgte bereits am 8. April 1958 durch in Moskau abgegebene mündliche Erklärungen. Sie war von deutscher Seite zur Bedingung für den Abschluß eines Wirtschafts- und Konsularabkommens mit der UdSSR gemacht worden, das am 25. April 1958 in Bonn unterzeichnet wurde. Für den Wortlaut der Erklärung vom 8. April 1958 vgl. BULLETIN 1958, S. 630.

[3] Dazu die sowjetische Erklärung vom 8. April 1958: „Die sowjetische Seite geht davon aus, daß die mit der getroffenen Vereinbarung zusammenhängenden Maßnahmen bis Ende 1959 durchgeführt sein werden." Vgl. BULLETIN 1958, S. 630.

[4] Für den Wortlaut dieses Schreibens vgl. BULLETIN 1961, S. 445 f.

[5] Für den Wortlaut der Note vom 20. Mai 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 789 f.

wenn zwischen der sowjetischen Regierung und der Bundesregierung Gespräche über die Rückführung der noch in der Sowjetunion verbliebenen Deutschen geführt werden könnten, und glaube, daß eine Förderung dieser Angelegenheit den Beziehungen zwischen beiden Ländern zugute käme.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, er werde die Note sicherlich lesen, könne aber schon im voraus sagen, daß die Bundesregierung damit ein Problem aufwerfe, das längst keines mehr sei. Die Frage der Rückführung sei endgültig gelöst. Alle in Frage kommenden Personen seien repatriiert worden, darunter auch solche wie Herr Foertsch, der jetzige Generalinspekteur der Bundeswehr[6]. Dies sei sowohl im Wege der Heimsendung großer Gruppen als auch im Wege der Ausreise von Einzelpersonen geschehen, die den Wunsch geäußert hätten, in die Bundesrepublik überzusiedeln. Nun aber nenne der Herr Staatssekretär wieder große Zahlen, wie zehntausend Deutsche, die dort angeblich auf ihre Repatriierung warteten. Er wundere sich, daß man von deutscher Seite nicht gleich die mehr als eine Million Menschen deutscher Volkszugehörigkeit beanspruche, die die sowjetische Bevölkerungsstatistik in der Sowjetunion ausweise. Er wiederhole: Alle ausreisewilligen Deutschen seien längst ausgereist. Daneben gebe es selbstverständlich viele Deutsche sowjetischer Staatsangehörigkeit, die in der Sowjetunion bleiben wollten, so wie es auch in der Bundesrepublik etwa 80 000 ehemalige sowjetische Staatsangehörige aus den baltischen Ländern, der Ukraine usw. gebe, die in ihrer Gesamtheit nicht zurückkehren wollten. Wo dies in einzelnen Fällen anders sei, erfolge eine Rückführung in beiden Richtungen auf dem dafür vorgesehenen gesetzlichen Wege. Die Verhandlungen, die der Herr Staatssekretär über diesen Gegenstand vorschlage, seien deshalb unnötig.

Staatssekretär *Carstens* entgegnete, man müsse unterscheiden zwischen den Kriegsgefangenen und anderen Personen. Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion seien alle nach Hause zurückgekehrt, wofür die Bundesregierung ihren Dank öffentlich ausgesprochen habe. Die Bundesregierung sei auch gewissen von bestimmten Gruppen in Deutschland in die Welt gesetzten Gerüchten entgegengetreten, als halte die Sowjetunion noch deutsche Kriegsgefangene in sogenannten Schweigelagern zurück.

Botschafter *Smirnow* unterbrach hier die Argumentation des Herrn Staatssekretärs und nahm unmittelbar Bezug auf die Frage der früheren Staatsangehörigkeit von Personen deutscher Volkszugehörigkeit in den während des Krieges von Deutschland besetzten Gebieten. Er sagte, er selbst habe gleich nach dem Kriege viele solche Deutsche gesprochen. Diese hätten einhellig erklärt, sie seien in den Jahren nach 1939 von den deutschen Besatzern durch Androhung von Gewalt zur Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit gezwungen worden und hätten deshalb sofort nach der Rückeroberung durch die Rote Armee den sowjetischen Behörden ihren Willen zum Ausdruck gebracht, wieder als sowjetische Staatsangehörige anerkannt zu werden.[7]

[6] Friedrich Foertsch wurde im Frühjahr 1942 als Oberst der Wehrmacht an den Nordabschnitt der Ostfront versetzt. Ab 1943 war er Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Kurland. 1945 geriet er in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er 1955 entlassen wurde. Von April 1961 bis Dezember 1963 war er Generalinspekteur der Bundeswehr.

[7] Ein Teil der in der Ukraine angesiedelten Rußlanddeutschen wurde nach dem Einmarsch deut-

Staatssekretär *Carstens* erwiderte, die Bundesregierung sei keinesfalls gesonnen, aus solchen Vorfällen irgendwelche Ansprüche abzuleiten. Die Bundesregierung behaupte weiter nichts, als daß ein Teil derjenigen Personen deutscher Volkszugehörigkeit in der Sowjetunion, die früher die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hätten[8], in die Bundesrepublik auszureisen wünsche. Die Bundesregierung behaupte dies auch nicht aufgrund irgendwelcher Vermutungen, sondern besitze darüber unter Mitwirkung des Roten Kreuzes beigebrachte konkrete Unterlagen, die sie der sowjetischen Regierung gerne zur Verfügung stellen würde. Diese Personen fielen nach Ansicht der Bundesregierung unter das Abkommen, und deshalb wünsche die Bundesregierung ein Gespräch mit der sowjetischen Regierung über ihre Rückführung.

Botschafter *Smirnow* entgegnete, das Rückführungsproblem sei endgültig gelöst und Verhandlungen über ein gelöstes Problem könne es nicht geben. Aus langer persönlicher Erfahrung wisse er im übrigen, daß, wenn die Bundesregierung das Thema Repatriierung aufwerfe, dahinter stets die Absicht stehe, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verschlechtern. In der Vermutung, daß das auch diesmal so sei, werde er bestärkt durch das Zusammenfallen dieser Aktion mit dem kürzlich verhängten Röhrenembargo[9]. Anstatt also, wie sie in ihren Noten versichere, die Beziehungen zur Sowjetunion Schritt um Schritt zu verbessern, tue die Bundesregierung einen Schritt nach dem anderen, um sie zu verschlechtern.

Staatssekretär *Carstens* erwiderte, er habe doch ausdrücklich gesagt, daß die Bundesregierung eine Lösung der Repatriierungsfrage deshalb wünsche, weil sie sich davon eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion verspreche. Der Botschafter vergesse, daß es sich hier um einen Punkt handele, der die deutsche Öffentlichkeit lebhaft beschäftige. Man habe auf deutscher Seite geglaubt, daß sich die sowjetische Regierung in dieser Frage flexibler verhalten werde. Wenn auch, wie der Botschafter sage, die sowjetische Regierung der Ansicht sei, ein Repatriierungsproblem gebe es nicht, so sei doch die Bundesregierung der gegenteiligen Ansicht, und dies sei nach internationalem Brauch ein ausreichender Anlaß, um Gespräche beider Seiten über diesen strittigen Punkt einzuleiten. Wenn die sowjetische Seite derartige Gespräche ablehne, so bliebe der Bundesregierung nichts anderes übrig, als der sowjetischen Regierung die vollständigen Listen mit den Namen aller zehntausend Heimkehrwilligen zu überreichen. Er frage sich, ob das besser sei.

Fortsetzung Fußnote von Seite 566

scher Truppen 1941 in den „Warthegau" umgesiedelt. Nach dem Einmarsch der Roten Armee in Polen wurden sie als ehemals sowjetische Staatsbürger ebenso wieder in die UdSSR verbracht wie ein Großteil derjenigen Rußlanddeutschen, die mittlerweile in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands lebten.

8 Es handelt sich in erster Linie um Deutsche in dem laut Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) unter sowjetische Verwaltung gestellten Teil Ostpreußens und im Memelland, ferner um die Reichsdeutschen und „Vertragsumsiedler" der Jahre 1939 bis 1941 aus dem Baltikum und Bessarabien, die nach 1945 aus polnischem bzw. dem polnischer Verwaltung unterstellten Territorium in die UdSSR verbracht wurden.

9 Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 5. Vgl. dazu auch bereits Dok. 148.

Botschafter *Smirnow* meinte, die sowjetische Seite wisse besser über die Wünsche ihrer Staatsangehörigen Bescheid.

Staatssekretär *Carstens* entgegnete, die Sowjetunion sei groß. Der Botschafter habe selbst gesagt, daß dort mehr als eine Million Personen deutscher Volkszugehörigkeit lebten.

Es sei also doch nicht merkwürdig, wenn 10000, also etwa 1 Prozent, die Absicht hätten, in die Bundesrepublik auszureisen. Er sei bereit, auf eine positivere Äußerung des Botschafters zu dem Vorbringen der Bundesregierung zu warten.

Botschafter *Smirnow* wiederholte, er halte es für ein schlechtes Zeichen, daß die Bundesregierung die Repatriierungsfrage erneut aufwerfe. Der sowjetische Standpunkt sei bekannt. Man habe keine Zeit, um über gelöste Probleme zu verhandeln. Ein Repatriierungsproblem existiere für die sowjetische Regierung nicht mehr. Wenn einzelne Personen ausreisen wollten, so könnten sie dies auch jetzt noch beantragen, da ihnen dieses Recht in der Verfassung garantiert sei.

Staatssekretär *Carstens* sagte dagegen, es handele sich auch gar nicht um Gruppen, sondern durchaus um Einzelpersonen, aber eben um sehr viele.

Botschafter *Smirnow* sagte, er wisse wohl, daß der erste deutsche Nachkriegsbotschafter in Moskau, Haas, seinerzeit viel Lärm um die große Kartothek von angeblich Heimkehrwilligen in den Kellern der Botschaft gemacht habe. Unter Botschafter Kroll sei davon niemals die Rede gewesen. Aber der neue Botschafter Groepper habe anscheinend die Absicht, in die Haasschen Fußstapfen zu treten. Dies sei nicht nur merkwürdig, sondern es sei sehr ernst, wenn eine längst erledigte Frage immer wieder aufgewärmt werde.

Staatssekretär *Carstens* erwiderte, der Unterschied sei eben der, daß die sowjetische Regierung das Problem als gelöst betrachte, die Bundesregierung aber nicht. Außerdem müsse er es zurückweisen, daß der Botschafter unsachliche Folgerungen aus dem angeblichen Verhalten der drei Nachkriegsbotschafter in Moskau ziehe. Zum Beispiel habe der Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Chruschtschow über die Repatriierungsfrage währen der Amtszeit Botschafter Krolls stattgefunden.[10]

Botschafter *Smirnow* wiederholte, wer aus der Sowjetunion habe ausreisen wollen, habe dies tun können. Wer jetzt diese Absicht habe, könne dies auch heute noch tun. Die Frage sei damit erledigt.

Staatssekretär *Carstens* sagte, er bedauere diese Haltung des Botschafters sehr und werde sich gezwungen sehen, in nächster Zeit auf diese Frage zurückzukommen und dem Botschafter detailliertes Material zu überreichen.

Staatssekretär Carstens fuhr dann fort, der zweite Punkt, den er mit dem Botschafter besprechen wolle, betreffe ein Konto der Deutschen Botschaft bei der sowjetischen Staatsbank über 574000 neue Rubel, die sich aus Geldern zusammensetzten, die der Deutschen Botschaft von Repatriierten in Verwahrung ge-

[10] Für den Wortlaut der Schreiben des Bundeskanzlers vom 18. Oktober 1960 und vom 24. April 1961 an den sowjetischen Ministerpräsidenten sowie des Schreibens von Chruschtschow vom 13. Februar 1961 an Adenauer vgl. DzD IV/5, S. 428f., sowie DzD IV/6, S. 313f. und S. 641f.

geben worden seien. Er wiederhole hiermit die Bitte, die der sowjetischen Regierung schon mehrfach von der Deutschen Botschaft in Moskau vorgetragen worden sei, nämlich, dieses Konto freizugeben, damit die Gelder den berechtigten Personen ausgezahlt werden könnten. Sicher habe der Botschafter von dieser Frage gehört.

Botschafter *Smirnow* sagte, er sei ganz allgemein mit diesem Problem vertraut und könne dazu folgendes sagen: Soweit es sich um das normale Konto der Botschaft bei der Staatsbank handele, das aus für die Botschaft dort eingezahlten D-Mark stamme, so könne die Botschaft darüber frei verfügen, so wie er, der sowjetische Botschafter, hier in der Bundesrepublik über die für ihn nach Deutschland überwiesenen Rubel verfügen könne. Bei jenem anderen Konto aber handele es sich um ein ursprüngliches Rubel-Konto, nicht um konvertierte D-Mark, und dafür gälten in der Sowjetunion andere gesetzliche Bestimmungen.

Staatssekretär *Carstens* erwiderte, in Artikel 19 Ziffer 8 des deutsch-sowjetischen Konsularvertrages sei ausdrücklich vorgesehen, daß der Deutsche Konsul Gelder von deutschen Staatsangehörigen in Verwahrung nehmen könne.[11] Das aber schließe logisch ein, daß er auch das Recht haben müsse, diese Gelder an die Berechtigten herauszugeben.

Botschafter *Smirnow* sagte, der Deutschen Botschaft in Moskau sei seinerzeit eine eindeutige Antwort auf ihre Anfrage dieserhalb erteilt worden.

Staatssekretär *Carstens* sagte, diese Antwort werde von der Bundesrepublik aus dem vorgenannten Grunde nicht als befriedigend angesehen.

Botschafter *Smirnow* machte längere Ausführungen über die sowjetischen gesetzlichen Bestimmungen, die nicht nur den Transfer von Rubeln auf bestimmte Fälle beschränkten, sondern auch die Ausfuhr von Kunstgegenständen und Altertümern verböten. Was die von den deutschen Repatrianten eingezahlten Gelder angehe, so wisse die sowjetische Regierung nicht, ob diese legal erworben worden seien.

Staatssekretär *Carstens* machte darauf aufmerksam, daß bei 14000 Repatrianten von den 570000 Rubeln auf den Einzelnen kein sehr großer Betrag entfiele. Auch sei der Betrag absolut gesehen nicht so hoch, daß seine Freigabe ein Problem darstellen könnte.

Botschafter *Smirnow* meinte, die betreffenden Gelder lägen ja auf dem Konto ganz gut und auch dem Konsularvertrag sei insofern Genüge geschehen, als die sowjetische Regierung keine Einwendungen dagegen erhoben habe, daß sie von der Botschaft in Verwahrung genommen worden seien. Vielleicht werde eines Tages, wenn eine Regelung der großen materiellen Forderungen, die die Sowjetunion an die Bundesrepublik zu stellen habe, in Aussicht stehe, auch über die Freigabe dieses gewiß nicht hohen Betrages gesprochen werden können.

[11] Artikel 19, Ziffer 8 des Konsularvertrags mit der UdSSR vom 25. April 1958: „Der Konsul ist befugt ... Urkunden, Geld, Wertgegenstände und sonstige Vermögensgegenstände von Staatsangehörigen des Entsendestaates ... zu verwahren oder für diese in Verwahrung zu nehmen." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1959, Teil II, S. 238.

Staatssekretär *Carstens* verwahrte sich dagegen, zwei so völlig verschiedene Fragen miteinander zu verquicken. Es gehe schließlich um die Gelder einzelner Menschen, die ihrer dringend bedürften und die im übrigen mit ausdrücklicher Genehmigung der sowjetischen Regierung aus der Sowjetunion ausgereist seien. Im übrigen habe der Passus im Konsularvertrag über das Recht der Verwahrung nur Sinn, wenn die Betreffenden auch über ihr Geld verfügen könnten. Wenn die Bundesregierung auch nicht behaupten wolle, daß ihr aus dem Konsularvertrag ein unmittelbarer Rechtsanspruch auf Freigabe dieser Gelder erwachse, sehe sie die bisherige Regelung als völlig ungenügend an, da sie dem Geist des Vertrages widerspreche. Er bitte deshalb den Botschafter, dies seiner Regierung noch einmal vorzutragen.

Staatssekretär *Carstens* ging sodann zum nächsten Punkt über und sagte, er habe vor längerer Zeit sowohl mit Botschafter Smirnow als auch mit dessen Stellvertreter Timoschtschenko über den Fall des in Spandau inhaftierten Herrn Speer gesprochen[12], ohne bisher eine Antwort erhalten zu haben. Er möchte hier diesen Punkt in Erinnerung bringen. Der Standpunkt der Bundesregierung dazu sei unverändert.[13]

Botschafter *Smirnow* erklärte, Speer sei durch einen internationalen Gerichtshof zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Gerichtshof habe keinen Anlaß gesehen, die Frage einer Verkürzung der Strafzeit aufzuwerfen. Ebensowenig sehe die sowjetische Regierung einen Anlaß, darauf hinzuwirken, daß Herr Speer seine alte Tätigkeit unter neuen Bedingungen wieder aufnehme.

Staatssekretär *Carstens* erwiderte, der Gerichtshof, der das Urteil gefällt habe, sei längst aufgelöst. Seine Kompetenzen seien an die Vier Regierungen übergegangen. Ein Gnadenerlaß müsse also auch durch die Vier Regierungen erfolgen. In der ganzen Welt sei es üblich, bei so langen Haftzeiten einen Teil der Strafe zu erlassen, wenn der Häftling sich gut führe. Soviel er, der Staatssekretär, wisse, verhielten sich die drei anderen Regierungen in dieser Frage wohlwollend, so daß also die Entscheidung bei der Sowjetunion liege. Im übrigen glaube er versichern zu können, daß keine Rede davon sei, daß Herr Speer seine politische Tätigkeit jemals wieder aufnehme.

Botschafter *Smirnow* sagte, der ehemalige Gerichtshof sei in der Tat aufgelöst, aber das alliierte Gefängnis in Spandau bestehe noch. Daß einer als Insasse eines Gefängnisses keine neuen Verbrechen begehe, hänge mit dem Charakter einer solchen Anstalt zusammen. Der Staatssekretär versichere, Speer werde seine alte Tätigkeit nicht wieder aufnehmen. Das sei zwar gut und schön, doch stehe der Sowjetunion der Fall Foertsch als Gegenbeispiel vor Augen. Foertsch sei in der Sowjetunion zu 25 Jahren verurteilt worden, habe aber nach seiner Entlassung seine alte Tätigkeit sofort wieder aufgenommen.

[12] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 14. Januar 1963; Abteilung V (V 4), VS-Bd. 294; B 150, Aktenkopien 1963.

[13] Staatssekretär Carstens erklärte am 17. Januar 1961 dem sowjetischen Gesandten Timoschtschenko, „daß die Bundesregierung eine sowjetische Zustimmung zu einem Begnadigungsgesuch im Falle Speers begrüßen würde". Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 14. Januar 1963; Abteilung V (V 4), VS-Bd. 294; B 150, Aktenkopien 1963.

Bei der Übersetzung dieses Passus durch den Dolmetscher unterbrach Staatssekretär Carstens den Botschafter mit der weiter unten folgenden energischen Verwahrung.

Der Staatssekretär sage weiter, die drei Westmächte ständen einer Freilassung Speers wohlwollend gegenüber. Indessen sei ihm, dem Botschafter, nichts darüber bekannt, daß sich die Herren Kennedy, Macmillan und de Gaulle dieserhalb an Ministerpräsident Chruschtschow gewandt hätten. Im übrigen sei das Urteil gegen Speer seinerzeit von den Vier Regierungen ausdrücklich gebilligt worden.

Staatssekretär *Carstens* erklärte, er müsse die Unterstellung, daß General Foertsch sich in irgendeiner Weise nicht korrekt verhalte, aufs schärfste zurückweisen. Foertsch tue nichts anderes, als was Hunderte und Tausende von Generalen und Offizieren in der Sowjetunion und anderen Ländern täten. Zu der Kritik des Botschafters sei daher nicht der geringste Anlaß gegeben.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, als die Bundesregierung seinerzeit um die Freilassung von Foertsch nachgesucht habe, sei mit keinem Wort davon gesprochen worden, Foertsch solle Generalinspektor der Bundeswehr werden. Wenn der Herr Staatssekretär erkläre, Foertsch tue nichts anderes als andere Generale in anderen Länder, so müsse er widersprechen. Erst kürzlich sei im Zusammenhang mit dem deutsch-französischen Abkommen[14] erneut das Ziel proklamiert worden, „Europa" unter Beseitigung der sozialistischen Regime in Osteuropa bis zum Ural auszudehnen.[15] Das heißt, man verfolge genau das gleiche Ziel wie früher, und derjenige, dem die Durchführung dieser Aufgabe anvertraut worden sei, sei ausgerechnet der als Kriegsverbrecher verurteilte Herr Foertsch, der also doch die gleiche Tätigkeit wieder aufgenommen habe, die er seinerzeit vor Leningrad ausgeübt habe. Man müsse deshalb mit Recht befürchten, daß Heer Speer, kaum entlassen, in der Bundesrepublik Raketenabschußbasen, die dem gleichen Ziele dienten, Europa bis zum Ural auszudehnen, bauen werde. Er glaube deshalb, daß die sowjetische Regierung in der Frage der Freilassung Speers selbst dann zögern würde, wenn sich die drei Westmächte mit einem entsprechenden Vorschlag an sie wendeten.

Staatssekretär *Carstens* wies die Angriffe gegen General Foertsch erneut scharf zurück und sagte, kein Mensch in Deutschland, der seine fünf Sinne beisammen habe, habe die Absicht, die Sowjetunion anzugreifen. Er sei überzeugt, daß Botschafter Smirnow aufgrund seiner zahlreichen Kontakte mit den Menschen in der Bundesrepublik dies aus eigener Beobachtung am besten wisse.

Botschafter *Smirnow* meinte, die Sowjetische Botschaft habe auch im Dritten Reich Kontakte gehabt. Das habe nicht verhindert, daß das Unsinnige geschehen sei.

Staatssekretär *Carstens* sagte dagegen, die Bundesrepublik werde heute anders regiert als damals; darin liege die Garantie, daß sich derartiges nicht wiederholen werde.

[14] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[15] Zu der entsprechenden Äußerung des Staatspräsidenten de Gaulle vgl. Dok. 57, Anm. 8.

Staatssekretär *Carstens* ging sodann zum nächsten Punkt über und erklärte, die Bundesregierung habe seinerzeit den wegen Spionage verhafteten und verurteilten sowjetischen Staatsangehörigen Pripolzew, Mitglied der sowjetischen Handelsvertretung in Köln, entlassen.[16] In diesem Zusammenhang seien verschiedene Gespräche geführt worden, u. a. auch zwischen ihm, dem Staatssekretär, und dem Botschafter. Dabei habe er, der Staatssekretär, den Wunsch der Bundesregierung nach Freilassung der beiden in der Sowjetunion inhaftierten deutschen Studenten Sonntag und Naumann als Gegenleistung für die Entlassung Pripolzews vorgebracht.[17] Der Botschafter habe damals erklärt, die Bundesregierung solle dies nicht zur Bedingung machen. Vielmehr wolle man ein Gentleman Agreement schließen. Es genüge, wenn der Staatssekretär ihm, dem Botschafter, gegenüber zum Ausdruck bringe, daß die Bundesregierung mit der Entlassung der beiden Studenten rechne. Ihm, dem Staatssekretär, liege diese Angelegenheit auch deshalb besonders am Herzen, weil er sich persönlich engagiert habe und in der Bundesregierung, wo die Meinungen geteilt gewesen seien, für den Vorschlag des Botschafters eingetreten sei, mit der Begründung, es sei dies ein Fall, wo die Bundesrepublik ihren guten Willen zur Verbesserung der Beziehungen mit der Sowjetunion unter Beweis stellen könne, und unter ausdrücklichem Hinweis auf die ihm von Botschafter Smirnow abgegebene Versicherung.

Seitdem sei ein Jahr vergangen, ohne daß die beiden Studenten repatriiert worden wären. Wenn er sich auch darüber klar sei, daß eine Abrede, wie sie zwischen ihm und dem Botschafter getroffen worden sei, keinen unmittelbaren Anspruch begründe, möchte er doch bitten, daß der Botschafter alles tue, damit der bei ihm, dem Staatssekretär, seinerzeit hervorgerufene Eindruck nicht Lügen gestraft werde.

Botschafter *Smirnow* (in sichtlicher Verlegenheit) sagte, er erinnere sich sehr wohl an dieses Gespräch. Er habe seinerzeit gesagt, man könne Pripolzew nicht mit den in der Sowjetunion der Spionage überführten deutschen Staatsangehörigen auf eine Stufe stellen. Erstens sei Pripolzew unschuldig gewesen, und zweitens sei er unter Verletzung seiner ihm als Mitglied der Handelsvertretung, die ein Teil der Sowjetischen Botschaft sei, vertraglich zugesicherten Immunität verhaftet worden. Er, der Botschafter, habe dann weiter ausgeführt, daß die Freilassung Pripolzews die Lage der in der Sowjetunion inhaftierten Personen keinesfalls verschlechtern würde. Diese Voraussage habe sich auch erfüllt. Zwei Personen seien kurz nach dem Eintreffen Pripolzews in der Sowjetunion in die Bundesrepublik entlassen worden. Auch im Hinblick auf die beiden übrigen Personen sei eine Verschlechterung ihrer Lage, etwa durch Verschärfung ihres Regimes oder dergleichen, keineswegs eingetreten. Andererseits hätte das Gericht aber auch keinen Anlaß gesehen, die Betreffenden vorzeitig zu entlassen. Nichtsdestoweniger werde er bei seiner Regie-

[16] Valentin Pripolzew wurde am 25. August 1961 verhaftet und am 10. Februar 1962 wegen Militärspionage zu vier Jahren Haft verurteilt. Vgl. dazu AdG 1962, S. 9673.

[17] Die Frage war auch Gegenstand des Gesprächs zwischen Bundeskanzler Adenauer und Botschafter Smirnow am 6. Juni 1962. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1962. Zur Frage der Entlassung von Walter Naumann und Peter Sonntag aus sowjetischer Haft vgl. weiter Dok. 384.

rung anfragen und um Information über den derzeitigen Stand der Angelegenheit bitten.

Staatssekretär *Carstens* sagte, er würde dies sehr begrüßen, möchte aber der Ordnung halber bemerken, daß Pripolzew keineswegs unschuldig gewesen sei – nicht umsonst habe er bei seiner Verhaftung ein inkriminierendes Papier zu verschlucken versucht –, er habe aber auch nicht die Immunität besessen, da diese laut besonderer Abmachung über den Status der sowjetischen Handelsvertretung nur deren Leiter und seinen zwei Stellvertretern zuerkannt worden sei[18], zu welchem Personenkreis Pripolzew nicht gehört habe.

Botschafter *Smirnow* sagte, man wisse wohl, wie die Bundesregierung Verträge auslege. Nicht nur der Fall Pripolzew, sondern auch das Röhrenembargo hätten das zur Genüge erwiesen.

Staatssekretär *Carstens* reservierte sich seine Antwort auf die Frage des Röhrenembargos und sagte in Fortsetzung seiner Argumentation im Fall Pripolzew, es sei auch nicht richtig, daß das Gentleman Agreement beinhaltet habe, daß sich die Lage der in der Sowjetunion Inhaftierten nicht verschlechtern werde. Vielmehr sei mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden, welche Erwartung die Bundesregierung an die Freilassung Pripolzews knüpfe, und in dieser Erwartung habe ihn der Botschafter bestärkt.

Was schließlich das Röhrenembargo angehe, so behaupte die sowjetische Regierung auch in ihrer letzten Note an die Bundesregierung aus Anlaß des deutsch-französischen Vertrages[19] wieder, es stelle eine Verletzung des deutsch-sowjetischen Handelsabkommens dar. Dem müsse energisch widersprochen werden. Da es sich bei den Röhren-Kontrakten um Lohnveredelungsgeschäfte[20] handele, die als solche nicht Gegenstand des Abkommens seien, könne dieses auch nicht verletzt worden sein, als die Bundesregierung diese Geschäfte unterbunden habe. Im übrigen seien in früheren Jahren derartige Geschäfte, obwohl nicht im Vertrag vorgesehen, mehrfach genehmigt worden.

Botschafter *Smirnow* entgegnete, in der Tat seien sechs Jahre lang aufgrund des Abkommens derartige Röhren geliefert worden. Nun aber sei die Lieferung untersagt worden, obwohl die Rohre nach wie vor im Vertrag stünden. Im übrigen sei die Frage des Lohnveredelungsgeschäfts ohne Belang, da die Bundesregierung ja gar nicht wirtschaftliche Gründe für die Verhängung des Embargos geltend gemacht habe, sondern ausdrücklich militärpolitische. Bundesaußenminister Schröder habe im Bundestag wörtlich erklärt, man habe die sowjetische Strategie mit dem Embargo an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen, und die Reaktion der sowjetischen Regierung zeige, daß man mit dieser Maßnahme auf dem richtigen Wege sei.

Staatssekretär *Carstens* bestritt, daß der Minister eine solche Bemerkung getan habe. Zunächst aber gehe es um die Behauptung der Vertragsverletzung.

[18] In der Anlage zum Handels- und Seeschiffahrtsabkommen vom 25. April 1958 wurde in Artikel 2c sowohl dem Leiter der sowjetischen Handelsvertretung als auch den Stellvertretern diplomatische Immunität eingeräumt. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1959, Teil II, S. 225.

[19] Zur sowjetischen Note vom 17. Mai 1963 vgl. Dok. 176.

[20] Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 8.

Die Frage Lohnveredelungsgeschäft oder Liefergeschäft sei kein bloßer Unterschied im Verrechnungsverfahren, wie die sowjetische Seite behaupte, vielmehr werde im internationalen Handelsverkehr zwischen diesen beiden Geschäften scharf unterschieden. Da Lohnveredelungsgeschäfte nicht Gegenstand des deutsch-sowjetischen Abkommens seien[21], könne ihr Verbot unter gar keinen Umständen als Vertragsverletzung ausgelegt werden. Im äußersten Falle könne die sowjetische Regierung geltend machen, daß sich die Bundesregierung in diesem Falle nicht freundlich verhalten habe. Die Bundesregierung habe diese Frage jedoch nicht allein entschieden, sie sei vielmehr an ihre atlantischen Partner gebunden, und diese seien einhellig der Ansicht, daß das weit nach Westen vorgetriebene sowjetische Röhrennetz[22] für den Fall eines sowjetischen Aufmarsches von größter strategischer Bedeutung sei.[23]

Botschafter *Smirnow* verwies darauf, daß Rohrleitungen von Toulon nach Mannheim und von der Nordsee her ins Ruhrgebiet liefen, denen man sicherlich auch strategische Bedeutung unterschieben könne. Im übrigen seien die in der Bundesrepublik bestellten Rohre für eine Gasleitung nach Sibirien bestimmt gewesen. Aber wie dem auch sei, ob er den Herrn Staatssekretär so verstehen dürfe, daß die Bundesrepublik bereit sei, Röhren in beliebiger Menge an die Sowjetunion zu liefern, sofern dies nicht im Rahmen von Lohnveredelungsgeschäften geschehe? In diesem Falle würde er die sowjetischen Außenhandelsorganisationen in diesem Sinne informieren.

Staatssekretär *Carstens* erwiderte, er habe sich darauf beschränkt, nachzuweisen, daß die Untersagung der vorgesehen gewesenen Geschäfte keinen Vertragsbruch darstelle. Darüberhinaus bleibe die Angelegenheit ein schwieriges Problem, wobei die Bundesrepublik nicht allein stehe.

Botschafter *Smirnow* sagte, die Engländer seien im Gegensatz zur Bundesregierung bereit, Röhren zu liefern.[24] Die englische Regierung sei jedoch von Bundesaußenminister Schröder darauf aufmerksam gemacht worden, wenn England liefere, könne sich dies nur nachteilig auf die deutsch-britischen Beziehungen auswirken.[25] Dies sei eine klare Drohung, die einen weiteren unfreundlichen Akt gegen die Sowjetunion einschließe. Statt dessen hätte sich die Bundesregierung lieber dem englischen Beispiel anschließen sollen.

Staatssekretär *Carstens* entgegnete, es handele sich hierbei um eine Frage der atlantischen Partnerschaft. Da ein gemeinsamer Beschluß aller NATO-Mitgliedstaaten gefaßt worden sei, den die Bundesregierung gegen erhebliche innere Kritik durchgeführt habe[26], gehe es nicht an, daß ein anderer Partner die Lieferung vornehme, die die Bundesregierung deutschen Firmen untersagt habe, ohne daß die Bundesregierung innenpolitisch in eine höchst schwierige Lage gerate. Im übrigen handele es sich offenbar nicht um eine andere Auffassung der englischen Regierung, sondern um Unterschiede in der deutschen

21 Zum Warenabkommen mit der UdSSR vom 31. Dezember 1960 vgl. Dok. 23, Anm. 5.

22 Die „Freundschaftslinie" sollte bis in das Gebiet der DDR führen. Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 12.

23 Vgl. dazu bereits Dok. 148.

24 Vgl. dazu den Vermerk des Staatssekretärs Lahr vom 18. Mai 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 407.

25 Vgl. dazu Dok. 131 und Dok. 144.

26 Vgl. dazu Dok. 123, Anm. 5 und 6.

und der englischen Gesetzgebung. Auf keinen Fall sei diese Äußerung des Ministers als unmittelbar gegen die Sowjetunion gerichtet zu verstehen.

Das Gespräch war um 12.30 Uhr beendet.

Büro Staatssekretär, Bd. 400.

175

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem kanadischen Außenminister Martin in Ottawa

MB 1480/63 VS-vertraulich **20. Mai 1963**[1]

Der Bundesminister des Auswärtigen Dr. Gerhard Schröder führte am 20. Mai 1963, 10.30 Uhr, in Ottawa ein Gespräch mit dem kanadischen Außenminister Martin. Bei der Unterredung waren außerdem Botschafter Siegfried, der kanadische NATO-Botschafter[2] und Mr. Richardson zugegen.

Hinsichtlich der Frage der nuklearen Sprengköpfe für die kanadischen Streitkräfte[3] fragte der Herr *Minister,* ob die Auffassung der Partei des Außenministers Martin nicht im Wahlkampf praktisch schon gesiegt habe.

Außenminister *Martin* wies darauf hin, daß seine Partei zwar die meisten Sitze errungen habe, aber im Parlament nicht die absolute Mehrheit habe.[4] Die kanadische Regierung stelle sich auf den Standpunkt, daß das kanadische Volk sie bevollmächtigt habe, mit den Amerikanern ein Abkommen über die Lagerung nuklearer Sprengköpfe unter amerikanischer Kontrolle und Verwahrung zu schließen.[5] Die Opposition[6] werde wahrscheinlich argumentieren, daß die Regierung nicht berechtigt sei, ein Abkommen mit den Amerikanern zu schließen, ehe das Parlament in der Frage der nuklearen Waffen einen formellen Beschluß gefaßt habe. Vertraulich wolle er dem Herrn Minister sagen,

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 20. Mai 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 13. Juni 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Original zur Sammlung. 2) Im übrigen übliche Verteilung."

[2] George Ignatieff.

[3] Zwischen den USA und Kanada war es Anfang 1963 zu diplomatischen Spannungen gekommen, da sich die kanadische Regierung dem amerikanischen Drängen, einer Ausstattung kanadischer Streitkräfte mit Atomwaffen zuzustimmen, widersetzte. Ein Mißtrauensvotum des kanadischen Parlaments am 5. Februar 1963 führte zum Sturz der konservativen Regierung unter Ministerpräsident Diefenbaker. Vgl. AdG 1963, S. 10416.

[4] Am 8. April 1963 fanden in Kanada Parlamentswahlen statt, bei denen die Liberale Partei eine relative Mehrheit der Parlamentssitze erringen konnte. Neuer Ministerpräsident wurde Lester B. Pearson. Vgl. AdG 1963, S. 10534 f.

[5] Ministerpräsident Pearson gab am 16. August 1963 bekannt, daß Kanada und die USA eine Vereinbarung über die Ausrüstung der kanadischen Luftwaffe mit amerikanischen Nuklearsprengköpfen unter gemeinsamer Kontrolle getroffen hätten. Vgl. AdG 1963, S. 10753.

[6] Die Opposition im kanadischen Parlament stellten nach dem 8. April 1963 die Konservative Partei, die Sozialkreditpartei und die Neue Demokratische Partei.

daß die kanadische Regierung das Abkommen mit Amerika nicht endgültig schließen werde, ehe sich das Parlament in der einen oder anderen Form dazu geäußert habe. Auch die kanadischen Streitkräfte in Europa seien noch nicht mit nuklearen Sprengköpfen ausgerüstet. Seine Regierung vertrete den Standpunkt, daß es eine Verpflichtung Kanadas gegenüber Amerika gebe, die es honorieren müsse. Dies schließe aber eine Überprüfung und neue Aushandlung irgendwelcher Aktionen nicht aus. Hier passe der Vorschlag des Generalsekretärs der NATO[7] sehr gut in die kanadische Auffassung. Die sozialistischen Parteien würden sich sicherlich gegen diese Auffassung aussprechen, während die Konservativen in dieser Frage geteilter Meinung seien. Er hoffe, daß es gelingen werde, die Kanadier davon zu überzeugen, daß ein Abkommen über die Lagerung amerikanischer Sprengköpfe unter amerikanischem Verschluß keine Ausweitung des nuklearen Clubs bedeute. Bei den Sprengköpfen handle es sich um die atomare Munition für die in Deutschland stationierten F-104 und die Honest John-Raketen sowie für die auf kanadischem Gebiet stationierten Voodoo und Bomarc.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß das vorgesehene Abkommen ja keine Verbreitung nationaler nuklearer Waffen, sondern ein integriertes System darstelle.[8] In der Interalliierten Streitmacht sei der britische Bestandteil die einzige Ausnahme, da er über eigene nukleare Kräfte verfüge. Die Bundesregierung halte ebenfalls die Verbreitung nationaler nuklearer Kräfte für unerwünscht und unterstütze gerade deswegen eine hochintegrierte Streitmacht.

Außenminister *Martin* bemerkte, die Schaffung einer kollektiven Kontrolle bei der IANF oder MLF[9] ändere an dem wirklichen Verhältnis nicht sehr viel, weil die Amerikaner immer noch die Kontrolle über die nuklearen Köpfe hätten.

Der Herr *Minister* legte dar, je mehr die übrigen Partner an der Kontrolle und Planung beteiligt seien, desto günstiger sei die psychologisch-politische Situation für die Allianz. Es sei nämlich ein großer Unterschied, ob die Amerikaner die gesamte Planung und Organisation ganz allein betrieben, oder ob die anderen Partner daran möglichst stark beteiligt seien, selbst wenn die letzte Entscheidung bei den Amerikanern verbliebe. Dies müsse betont werden, weil es in Europa sehr leicht eine nicht nur von französischer Seite ausgehende Propaganda gebe, daß all dieses nur bedeute, daß man für Waffen zahle, über die Amerika verfüge.[10] Dadurch würde aber der politische Effekt zerstört.

[7] Auf der Tagung des NATO-Ministerrats vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa brachte Generalsekretär Stikker den Vorschlag vor, Teile bereits bestehender nationaler nuklearer Streitkräfte zu einer Inter-Allied Nuclear Force als Vorstufe einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO zusammenzufassen. Vgl. dazu bereits Dok. 158; weiter Dok. 190.

[8] Die UdSSR hatte gegen die Weitergabe amerikanischer atomarer Sprengköpfe innerhalb der NATO protestiert. Zum Notenwechsel vom April/Mai 1963 vgl. Dok. 116, Anm. 19.

[9] Zur administrativen Kontrolle einer multilateralen Atomstreitmacht durch ein „executive committee" vgl. Dok. 120, besonders Anm. 12. Vgl. dazu auch das Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer vom 4. April 1963 an Präsident Kennedy; Ministerbüro, VS-Bd. 8475; B 150, Aktenkopien 1963.

[10] In diesem Sinne äußerte sich beispielsweise Staatspräsident de Gaulle am 22. Januar 1963 gegenüber Bundeskanzler Adenauer. Vgl. Dok. 43. Vgl. dazu auch die Ansichten des französischen Informationsministers Peyrefitte; Dok. 168.

Außenminister *Martin* bezeichnete die multilaterale Streitmacht als den Idealzustand und die Interalliierte Streitmacht als eine Brücke dorthin. Allerdings tue Kanada im Augenblick nicht sehr viel zur Ermutigung der multilateralen Streitmacht.[11]

Herr *Minister* räumte ein, daß die MLF noch längerer Erörterungen bedürfe. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Bundesrepublik keine europäische nukleare Streitmacht befürworte, sondern eine integrierte Streitmacht der Allianz unterstütze, denn die enge Verbindung durch amerikanische und kanadische Streitkräfte in Europa und durch eine integrierte Nuklearmacht sei für sie entscheidend.

Außenminister *Martin* sagte, nach seiner Kenntnis gebe es in Deutschland heute eine starke Bewegung für eine deutsche national-nukleare Ausrüstung.

Der Herr *Minister* bestritt dies, wies aber darauf hin, daß man einer solchen Entwicklung, die zwangsläufig einsetzen würde, falls sich die nationalen Nuklearkräfte vervielfältigten, vorbeugen müsse. Gerade deswegen sei die richtige Antwort: eine integrierte Streitmacht der ganzen Allianz.

Außenminister *Martin* sagte, dies sei wohl der Grund, warum der Vorschlag der MLF gemacht worden sei.

Der Herr *Minister* bemerkte, es sei einer der Gründe, doch sei dieser Gedanke nicht nur aus der deutschen Perspektive wichtig. Die nukleare Frage könne tatsächlich die NATO beeinträchtigen, wenn nicht ein gemeinsames Regime etwa in der Form der MLF gefunden würde. Entscheidend sei der Zusammenhalt der Allianz, und einer Desintegration könne am ehesten durch Integration begegnet werden.

Außenminister *Martin* betonte dann, das Bündnis müsse auch das Problem der Stärkung der konventionellen Streitkräfte bewältigen.[12] Ohne dafür präzise Anhaltspunkte zu haben, glaube er, daß die Vereinigten Staaten ihre konventionellen Kräfte auf dem Kontinent verstärken werden. Er werde McNamara ganz einfach fragen.

Der Herr *Minister* äußerte gewisse Zweifel hierüber und bemerkte, die Amerikaner dächten nach seinen Informationen eher daran, daß die anderen die konventionellen Kräfte erhöhten. Die konventionelle Rüstung der Bundesrepublik wachse, doch gebe es hier natürlich gewisse Grenzen. Erforderlich sei s. E. eine glaubwürdige Abschreckung, die sich aus einem ausgeglichenen konventionellen und nuklearen Teil zusammensetze.

Abschließend lud der Herr Minister Außenminister Martin ein, bei seiner nächsten Europareise doch einen Besuch in Bonn und Berlin mit einzuplanen.[13]

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

[11] Diese Haltung drückte sich auch in der Erklärung des Ministerpräsidenten Pearson am 7. Juni 1963 vor dem kanadischen Unterhaus aus, Kanada werde sich an der multilateralen Atomstreitmacht nicht beteiligen. Vgl. dazu den Bericht des Gesandten Hartlieb, Ottawa, vom 14. Juni 1963; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1347; B 150, Aktenkopien 1963.

[12] Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 83, Anm. 7.

[13] Der kanadische Außenminister Martin besuchte am 15./16. Mai 1964 die Bundesrepublik.

176

Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, z.Z. Ottawa

St.S. 881/63 VS-vertraulich **Aufgabe: 20. Mai 1963, 11.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 61
Citissime mit Vorrang

Für den Herrn Minister

I. Die sowjetische Note vom 17. Mai[1] zum deutsch-französischen Vertrag[2] ist nach meiner Ansicht eine der schwächsten Leistungen der Sowjets in unserem jahrelangen Notenaustausch mit ihnen. Dazu einige Beispiele:

1) Der deutsch-französische Vertrag wird als militaristische Allianz innerhalb der NATO bezeichnet, fast der gesamte Inhalt des Vertrages laufe auf gemeinsame militärische Vorbereitungen hinaus.

2) Uns wird unterstellt, daß wir Kernwaffen haben wollten, weil wir ihren Besitz als Attribut der Souveränität ansähen.[3]

3) Die Tatsache, daß die SBZ bereits eine stattliche bewaffnete Streitkraft aufgestellt hatte, bevor in der Bundesrepublik der erste Mann einberufen wurde, wird selbstverständlich wieder unterschlagen, wenn uns der Vorwurf gemacht wird, wir hätten durch die Wiederbewaffnung internationale Abkommen[4] verletzt.

4) Wieder wird die bereits oft widerlegte falsche Behauptung aufgestellt, wir hätten das deutsch-sowjetische Handelsabkommen[5] (gemeint ist wohl durch das Röhrenembargo[6]) verletzt.[7]

5) Völlig abwegig sind – angesichts der flagranten Verletzungen des Berlinstatus in Ostberlin – die Vorwürfe, wir verletzten den Status Westberlins.

6) Auf unseren Vorschlag, die Meinung der Bevölkerung der SBZ zum deutsch-französischen Vertrag zu erfragen[8], wird geantwortet, dies sei nicht

[1] Für den Wortlaut vgl. DzD IV/9, S. 347–352.

[2] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.
Für den Wortlaut der sowjetischen Protestnote vom 5. Februar 1963 gegen den Vertrag vgl. DzD IV/9, S. 86–92.

[3] So auch in der sowjetischen Note vom 8. April 1963 zur integrierten Atomstreitmacht der NATO. Vgl. dazu Dok. 116, Anm. 19.

[4] Das Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) sah eine vollständige Entmilitarisierung Deutschlands vor. Für den Wortlaut des Abschnitts III. A. 3. vgl. DzD II/1, S. 2106 f.

[5] Zum Warenabkommen mit der UdSSR vom 31. Dezember 1960 vgl. Dok. 23, Anm. 5.

[6] Zur Verordnung vom 18. Dezember 1962 über die Ausfuhr von Röhren vgl. Dok. 9, Anm. 6.

[7] Zu dieser Argumentation vgl. bereits Dok. 174.
Zur sowjetischen Protestnote vom 6. April 1963 vgl. Dok. 148, Anm. 4.

[8] In der Note an die UdSSR vom 29. März 1963 brachte die Bundesregierung zum Ausdruck, daß sie durchaus bereit gewesen wäre, „auch die Deutschen in der sogenannten DDR zu fragen, ob sie diese Aussöhnung wollten, und sie ist sich völlig sicher, daß auch die überwältigende Mehrheit

mehr nötig, denn die Regierung der SBZ habe diese Meinung zum Ausdruck gebracht.

7) Auch was über unsere angebliche Politik der verpaßten Gelegenheiten in der Wiedervereinigungsfrage gesagt wird, erscheint mir denkbar schwach.

II. Genauere Analyse[9] folgt. Antwort wird beschleunigt entworfen.[10] Mit Franzosen wird Fühlung genommen.[11]

Carstens[12]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 442

177

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Ottawa

MB 1478/63 VS-vertraulich **21. Mai 1963**[1]

Der Bundesminister des Auswärtigen Dr. Gerhard Schröder führte am 21. Mai 1963, 11.00 Uhr, in Ottawa ein Gespräch mit dem französischen Außenminister Couve de Murville.

Zur bevorstehenden NATO-Konferenz bemerkte *Couve de Murville,* Frankreich könne mit der Formulierung des Kommuniqué-Entwurfs zur nuklearen Streitmacht[2] einverstanden sein. An der gegenwärtigen Organisation und den derzeitigen Aufgaben von SACEUR ändere sich ja nichts. Durch die Hinzufügung der britischen V-Bomberflotte[3], die im Gegensatz zu früher nunmehr taktische Aufgaben zugewiesen bekomme, werde lediglich ein Teil der bisher vom SAC wahrgenommenen Ziele von der SACEUR unterstehenden Nuklear-

Fortsetzung Fußnote von Seite 578

der dort lebenden Deutschen dem Vertrag ihre Zustimmung gegeben hätte". Vgl. BULLETIN 1963, S. 521 f.

9 Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wolff vom 22. Mai 1963; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 197.

10 Für den Wortlaut der Antwortnote vom 23. August 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 1321.

11 Die französische Antwortnote vom 23. August 1963 war mit der deutschen identisch. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, D 527.
Zu früheren deutsch-französischen Konsultationen über ein gemeinsames Vorgehen gegen die sowjetischen Proteste vgl. auch Dok. 126.

12 Paraphe vom 20. Mai 1963.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 21. Mai 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 23. Mai 1963 vorgelegen, der am 13. Juni 1963 handschriftlich vermerkte: „1) Original hier behalten. 2) Im übrigen übliche Verteilung."

2 Für den deutschen Wortlaut des Kommuniqués vom 24. Mai 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 811.

3 Zur Bedeutung der britischen Bomberflotte vgl. auch Dok. 143, Anm. 17.

macht übernommen.[4] Alle Ziele, für die SACEUR zuständig sei, beträfen nur die Schlacht um Europa. Diese Sache sei natürlich völlig getrennt von der multilateralen Streitmacht zu sehen. Der in der NATO bestehende Befehlsstrang bleibe derselbe. Frankreich habe sich einem getrennten Befehlsstrang widersetzt, weil sonst die gesamte nukleare Macht aus der Schlacht um Europa herausgerissen würde.[5] Auch Lemnitzer habe sich einem getrennten Befehlsstrang widersetzt.

In der Röhrenfrage[6] bemerkte Couve de Murville, es sei natürlich unvorstellbar, daß, da man sich schon für ein Embargo entschlossen habe, dieses Embargo nur von einigen Ländern eingehalten würde.

Zur Frage der GATT-Verhandlungen[7] bemerkte Couve de Murville, dort gehe es im Augenblick um das Prinzip der Gegenseitigkeit. Das von Amerika vorgeschlagene System würde in der Praxis nur auf eine einseitige Erleichterung des amerikanischen Handels hinauslaufen. Die Gegenvorschläge der EWG hätten eine wirklich gegenseitige Erleichterung des Handels zum Ziel.[8] Die Zollverhandlungen würden auch von Kennedy hauptsächlich aus innenpolitischen Gesichtspunkten geführt. An einer echten Verhandlung, die notwendigerweise Kompromisse zum Ergebnis hätte, wäre der Sieg für Kennedy natürlich geringer, als wenn er sagen könnte, daß all seine Forderungen angenommen worden seien.

Abschließend beglückwünschte Couve de Murville den Herrn Minister zur Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrages.[9] Hinsichtlich des de Gaulle-Besuchs fragte Couve de Murville, ob etwa der 10. Juli der Bundesregierung passen würde.[10] Er habe allerdings noch keine diesbezüglichen Instruktionen von Paris.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

[4] Zu diesem Beschluß der Tagung des NATO-Ministerrats vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa vgl. weiter Dok. 190.

[5] Auf der Sitzung des NATO-Ministerrats am 23. Mai 1963 betonte der französische Außenminister Couve de Murville, daß der „nuclear deputy SACEUR's" keine Befehlsgewalt über die nuklearen Streitkräfte ausüben dürfe. Vgl. den Drahtbericht des Bundesministers Schröder, z. Z. Ottawa, vom 23. Mai 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8489; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 5.

[7] Zur Ministertagung der GATT-Vertragspartner vom 16. bis 21. Mai 1963 vgl. Dok. 164, Anm. 5.

[8] Zu den von den USA und der EWG vorgetragenen Konzepten für eine Zollsenkung vgl. Dok. 83, Anm. 9.

[9] Zur Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags am 16. Mai 1963 vgl. Dok. 170, Anm. 27.

[10] Staatspräsident de Gaulle hielt sich am 4. und 5. Juli 1963 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 216–219.

178

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Ottawa

MB 1476/63 VS-vertraulich **21. Mai 1963**[1]

Der Bundesminister des Auswärtigen Dr. Gerhard Schröder führte am 21. Mai 1963, 16.00 Uhr, in Ottawa ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Rusk. Bei der Unterredung waren außerdem Mr. Tyler und Mr. Cash zugegen.

Auf die Frage des Herrn *Ministers,* wie lange die Vereinigten Staaten im nächsten Jahr für die Handelsverhandlungen[2] Zeit hätten, erwiderte *Rusk,* da die Handelsvorschläge der Vereinigten Staaten[3] von beiden Parteien unterstützt würden, glaube er nicht, daß die Präsidentschaftswahlen[4] eine größere Erschwernis dieser Verhandlungen mit sich brächten. Es könnte höchstens sein, daß gewisse Interessengruppen je nach dem Stand der Verhandlungen gewisse Schwierigkeiten machten.

Bei der Erörterung über das Hähnchen-Problem[5] bemerkte Mr. Rusk, es seien rund zehn Staaten daran interessiert, d. h. mehrere 10000 Farmer. Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß diese Frage wohl schwieriger sein werde als z. B. der Weizen. 75% der Grundstoffe für die deutsche Veredelungswirtschaft würden in Deutschland selbst erzeugt, so daß der Spielraum nur sehr gering sei.

Außenminister *Rusk* gab dem Herrn Minister ein Exemplar des von Dobrynin überreichten Aide-mémoires über die Nichtverbreitung nuklearer Waffen.[6]

Der Herr *Minister* kam dann noch einmal auf das Röhrenproblem[7] zu sprechen, das er auch mit Lord Home aufgreifen wolle.[8] Mr. *Rusk* sagte, nach seinen bisherigen Informationen sei ein Kontrakt mit der britischen Industrie wegen des zu hohen Preises noch nicht erfolgt.[9] Der Herr *Minister* sagte, es stellten sich drei Fragen: 1) ob die Sowjets mit der britischen Firma zu einer Einigung über den Preis gelangen würden; 2) was die britische Regierung

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 22. Mai 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 13. Juni 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Original zu meinen Unterlagen. 2) Im übrigen Verteilung wie üblich." Außerdem hob er ausdrücklich hervor: „Streichung S. 4." Vgl. Anm. 22.

[2] Für das Jahr 1964 waren Verhandlungen der GATT-Vertragspartner über Zollsenkungen geplant. Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[3] Zu dem von den USA vorgetragenen Konzept einer Zollsenkung vgl. Dok. 83. Anm. 9.

[4] Präsidentschaftswahlen waren für den 3. November 1964 angesetzt.

[5] Zum „Hähnchen-Krieg" vgl. Dok. 172, Anm. 27.

[6] Zum Austausch von Aide-mémoires zur Nichtweitergabe von Kernwaffen vgl. Dok. 143, Anm. 28.

[7] Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 5.

[8] Vgl. dazu Dok. 179.

[9] Zu den Versuchen der britischen Stahlindustrie, Großrohre an die UdSSR zu liefern, sowie zur sowjetischen Kritik an den Preisen vgl. Dok. 116. Vgl. dazu auch den Vermerk des Staatssekretärs Lahr vom 18. Mai 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 407.

überhaupt in dieser Sache tue, und 3) was die Bundesrepublik tun könne, falls es zu einem Abschluß käme.

Mr. *Rusk* erwiderte, die erste Frage könne er nicht beantworten. Zur zweiten Frage sei zu bemerken, daß nach seinem Eindruck die britische Regierung ihre Politik, daß sie nicht eingreifen könne[10], nicht geändert habe. Zur Frage drei würden die Vereinigten Staaten es sehr übel empfinden, wenn der gesamte Markt für die Sowjetunion wieder geöffnet würde. Er hoffe also, daß es zu keinem sowjetisch-britischen Abschluß komme.

Der Herr *Minister* legte noch einmal die für die Bundesregierung miserable Lage dar, die entstehen würde, falls England die Röhren lieferte. Die Bundesregierung wäre dann höchstwahrscheinlich gezwungen, die Verordnung[11] aufzuheben.

Mr. *Rusk* erklärte, in einem solchen Fall würde Amerika geneigt sein anzuerkennen, daß die Bundesregierung mit einem sehr schweren Problem konfrontiert sei.

Der Herr *Minister* fragte dann, ob Mr. Rusk mit dem Absatz über die Interalliierte Streitmacht im Kommuniqué[12] zufrieden sei.

Mr. *Rusk* bemerkte, diese Formulierung werde nach seinem Gefühl der Bedeutung dieser Angelegenheit nicht gerecht; das hieße aber nicht, daß die amerikanische Delegation dem Kommuniqué nicht zustimmen würde.[13]

Der Herr *Minister* fragte, in welchem Umfang die multilaterale Streitmacht auf der Konferenz behandelt werde.

Mr. *Rusk* bemerkte, er beabsichtige, sehr kurz über die bisher erzielten Fortschritte zu sprechen. Die Besprechungen liefen bisher ja auf Regierungsebene[14], und eine Debatte im NATO-Rat könnte Verwirrung stiften. Jedenfalls wolle Amerika die Sache vorantreiben; Präsident Kennedy verfolge persönlich die Angelegenheit sehr genau. Er werde auch mit Lord Home sprechen, denn eine britische Beteiligung hielte Amerika für wichtig. England habe dem Gedanken im Grundsatz zugestimmt, doch befürchteten die Briten, vor allem hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen[15], daß keine sehr schnellen Fortschritte erzielt werden können. Amerika wolle aber eine prompte Regelung dieser Frage. Was die anderen Länder angehe, so sei s. E. Spaak zum Mitmachen geneigt (ohne daß allerdings das finanzielle Problem damit schon geregelt wäre), auch Holland und Italien würden wohl mitmachen wollen. Griechenland und die Türkei würden sich ebenfalls gern beteiligen, hätten allerdings hinsichtlich des finanziellen Beitrags große Schwierigkeiten. Dänemark

[10] Vgl. dazu Dok. 131, Anm. 11. Zur deutschen Kritik an dieser Haltung vgl. Dok. 131 und Dok. 144.

[11] Zur Verordnung vom 18. Dezember 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 6.

[12] Für den deutschen Wortlaut des Kommuniqués vom 24. Mai 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 811.

[13] Zur Haltung der amerikanischen Delegation zur Diskussion der IANF vgl. den Drahtbericht des Bundesministers Schröder, z. Z. Ottawa, vom 23. Mai 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8489; B 150, Aktenkopien 1963.

[14] Zu den bisherigen Gesprächen über das Projekt einer integrierten Atomstreitmacht der NATO vgl. Dok. 120 und Dok. 162.

[15] Zu den britischen Vorbehalten hinsichtlich der Kosten für eine integrierte Atomstreitmacht der NATO vgl. weiter Dok. 179.

und Norwegen seien nicht von der Sache begeistert, würden ihr aber wohl nicht im Wege stehen wollen.

Der Herr *Minister* fragte, ob es irgendwelche Punkte geben werde, an denen ein französischer Einfluß das Projekt verhindern könnte.

Mr. *Rusk* sagte, er halte das für vermeidbar. Die Franzosen hätten erklärt, sie beteiligten sich zwar nicht, aber sie widersetzten sich dem Projekt auch nicht.[16] Sollten sie sich dieser Sache dennoch widersetzen, halte er es für möglich, diesen Widerstand zu umgehen.

Der Herr *Minister* fragte, ob nach Auffassung Rusks eine Unterzeichnung des Abkommens bis Jahresende möglich sei.[17]

Mr. *Rusk* wies darauf hin, daß der Kongreß sich im September, möglicherweise auch erst im Oktober, vertage. Wenn man bis dahin nicht zum Schluß gekommen sei, könne die Sache im Kongreß erst wieder im Januar vorgelegt werden. Die amerikanische Regierung werde jedoch die einschlägigen Kongreßausschüsse konsultieren und könnte dann eine Reihe von Maßnahmen in Vorwegnahme der Zustimmung des Kongresses bereits ergreifen, falls der Vertrag bis September noch nicht unterzeichnungsreif wäre. Auf die Frage des Herrn Ministers, wie die Reaktion der führenden Kongreßmitglieder bislang sei, erwiderte Mr. Rusk, der Kongreß frage vor allem, ob die europäischen Verbündeten eine solche Streitmacht wirklich wollten. Wenn der Kongreß davon überzeugt werden könne, werde seiner Meinung nach kein Problem bestehen. Die amerikanische öffentliche Meinung und Presse seien etwas konfus, weil die amerikanische Regierung bisher noch keine Gelegenheit gehabt habe, das Projekt klar und eindeutig darzustellen. Das beunruhige ihn aber nicht. In dieser Sache sei schon ganz von Anfang an eng mit den Verbündeten zusammengearbeitet worden, und das sei auch der Grund, warum die Vorstellungen erst noch näher geklärt werden müßten.

Auf die Frage des Herrn *Ministers,* ob Präsident Kennedy seine Europareise[18] noch auf andere Länder ausdehnen werde, erwiderte Mr. *Rusk,* im Augenblick sei ihm eine derartige Absicht nicht bekannt. Sollte es zu einer Begegnung zwischen de Gaulle und Präsident Kennedy kommen, die im Augenblick jedoch keineswegs im Gespräch sei, würde sie eher in Washington stattfinden müssen. Dazu müßte aber nach derzeitiger Auffassung irgendein größeres Thema Anlaß zu einer Einigung geben können.

Mr. Rusk kam dann auf sein Gespräch mit Dobrynin[19] zu sprechen, der ihm angedeutet habe, daß die Politik im Kreml zur Zeit überprüft werde. Dobrynin habe sehr stark betont, wie wichtig es sei, ein Thema zu finden, in dem die Sowjetunion und der Westen sich einigen könnten. Von Berlin habe Dobrynin

[16] Zur französischen Haltung zu einer integrierten Nuklearstreitmacht der NATO vgl. bereits Dok. 143 und Dok. 168.

[17] Zur zeitlichen Planung für den Abschluß einer Vereinbarung über die MLF vgl. auch Dok. 120 und Dok. 156.

[18] Präsident Kennedy besuchte vom 23. Juni bis 2. Juli 1963 Europa. Zum Aufenthalt in der Bundesrepublik vgl. Dok. 206–208.

[19] Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Rusk mit Botschafter Dobrynin vgl. den Drahtbericht des Bundesministers Schröder, z. Z. Ottawa, vom 22. Mai 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8489; B 150, Aktenkopien 1963.

fast nicht gesprochen. Er habe sehr hervorgehoben, wie sehr sich „gewisse Leute in Moskau" wegen der Unmöglichkeit, in irgendeinem Punkt zu einer Einigung mit dem Westen zu gelangen, Sorgen machten. Als möglichen Punkt einer Einigung habe Dobrynin das Abkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt[20] genannt, wobei die Form irgendwie geregelt werden könnte. Eine solche Einigung würde nach Dobrynins Worten praktisch nicht viel bedeuten, aber von außerordentlich psychologischer Wichtigkeit sein.

Der Herr *Minister* erklärte, er habe ursprünglich den Gedanken eines Nichtangriffspakts positiv beurteilt. Inzwischen habe sich aber die Lage geändert, denn es sei nicht gelungen, irgendeine Verbesserung zu erzielen.[21] Der relative Zustand der Entspannung führe dazu, daß die Leute für alles eine Kompensation haben wollten.[22]

Mr. *Rusk* bemerkte, nach seinem Eindruck wäre die Sowjetunion auch an einer weniger formellen Sache interessiert. Er habe Dobrynin gesagt, der Westen stehe diesem Gedanken sehr skeptisch gegenüber, denn wenn nach Abschluß des Nichtangriffspakts eine Berlinkrise käme, fühle der Westen sich genarrt. Dobrynin habe geantwortet, er verstehe dies sehr wohl, doch sei die Lage so, daß eine solche Einigung die Aussichten einer Berlinkrise wesentlich minderte.

Der Herr *Minister* äußerte die Befürchtung, daß die Sowjets mit diesen Mitteln den Status quo zementieren wollten. Infolgedessen sei es in den Augen des Westens nicht eine Angelegenheit, die man halt so machen könne, sondern sie werde auf den Rechtsstatus und die allgemeine Lage sehr viel stärkere Rückwirkungen haben.

Mr. *Rusk* betonte, Amerika habe noch keinerlei Schlußfolgerungen gezogen. In gewissem Sinne befände sich ja der Status quo zur Zeit in einer Veränderung, wobei die Verbesserung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten wichtig sei.[23]

Der Herr *Minister* wies noch darauf hin, daß es auch noch darauf ankomme, wie die Russen die Sache betrachteten. Natürlich sei es gut, mit diesen Ländern Kontakte aufzunehmen, doch sei schwer zu sagen, wie sich diese Entwicklung auf die russische Haltung auswirke.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

[20] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 54, Anm. 15 und Dok. 117, Anm. 12.
Dieser Vorschlag wurde von Botschafter Dobrynin anläßlich der Wiederaufnahme der Sondierungsgespräche am 26. März 1963 wiederholt. Vgl. dazu Dok. 138.

[21] Zur Reaktion des Auswärtigen Amts auf den Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 187.

[22] Dieser Satz wurde von Bundesminister Schröder gestrichen. Dazu Fragezeichen am Rand. Zum handschriftlichen Hinweis auf diese Streichung vgl. auch Anm. 1.

[23] Eine besondere Rolle spielten dabei auch die Verhandlungen über Handelsabkommen bzw. den Austausch von Handelsvertretungen zwischen der Bundesrepublik und verschiedenen osteuropäischen Staaten.
Zum amerikanischen Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien vgl. Dok. 105.

179

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Lord Home in Ottawa

MB 1477/63 VS-vertraulich **21. Mai 1963**[1]

Der Bundesminister des Auswärtigen Dr. Gerhard Schröder führte am 21. Mai 1963, 18.00 Uhr, in Ottawa ein Gespräch mit dem britischen Außenminister Lord Home und dem britischen Verteidigungsminister Thorneycroft.

Lord Home sagte einleitend, England sei mit der Formulierung des Kommuniqués zur Interalliierten und zur multilateralen Streitmacht[2] zufrieden.

Der Herr *Minister* war derselben Auffassung. Er würde nur gern sehen, wenn man im Kommuniqué anstatt „nuclear forces" „nuclear strike forces"[3] sagen würde, um klarzumachen, daß die auf dem Schlachtfeld befindlichen taktischen Atomwaffen nicht mit eingeschlossen seien.

Zu diesem Punkt bemerkte Mr. *Thorneycroft*, letztlich seien alle Waffen „strike weapons". England habe immer gehofft, daß als Gegenleistung für die Millionen, die in den V-Bombern steckten, jemand vielleicht eine Batterie Sergeant-Raketen hinter der britischen Rheinarmee aufstellen würde. Heute sei jedes Land in der nuklearen Instandhaltung autonom, was ungeheure Gelder verschlinge. Er habe für den Augenblick nichts gegen diesen Zustand einzuwenden, wisse jedoch nicht, ob man eine Rationalisierung für immer ausschließen sollte.

Der Herr *Minister* bemerkte, nach deutscher Vorstellung sei dies nicht das letzte Wort in der Entwicklung. Lediglich sollte die Darstellung dem tatsächlichen Zustand entsprechen.

Lord Home fragte dann, wie die Einstellung der Bundesregierung zur multilateralen Streitmacht sei.

Der Herr *Minister* erklärte, die Bundesregierung sei von Anfang an dazu positiv eingestellt gewesen, weil diese Streitmacht im Blick auf die Integration des Bündnisses sehr wünschenswert sei[4]. Abgesehen vom militärischen Wert messe die Bundesregierung der MLF große politisch-psychologische Bedeutung bei. Bis jetzt könne niemand sagen, wie sich auf die Dauer die Atomstra-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 22. Mai 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 13. Juni 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Original zu meiner Sammlung. 2) Im übrigen übliche Verteilung."

[2] Für den deutschen Wortlaut des Kommuniqués vom 24. Mai 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 811.

[3] Der entsprechende Passus lautete in deutsch: „Die Minister erörterten die Verteidigungspolitik der NATO und billigten die Maßnahmen, die getroffen worden sind, um die nuklearen Streitkräfte zu organisieren, die dem Obersten Alliierten Befehlshaber Europa (SACEUR) unterstellt sind oder zur Unterstellung vorgesehen sind." Vgl. BULLETIN 1963, S. 811.

[4] Zur deutschen Unterstützung der Einrichtung einer integrierten Atomstreitmacht der NATO vgl. Dok. 82, Anm. 10, und Dok. 156.

tegie und das unabhängige nukleare Potential Englands und Frankreichs entwickeln würde. Sicherlich seien aber alle der Auffassung, daß auf lange Frist gesehen das Ziel ein hoher Grad der Integration und der Beteiligung aller an der Kontrolle[5] sei. Auf diesem Wege sei die MLF nützlich, denn sie halte die Desintegration auf, weil sie integrierend wirke.

Lord Home bezeichnete diese Motive für eine gemischt-bemannte Streitmacht als sehr hochherzig. England habe in die Polaris-U-Boote schon sehr viel Geld hineingesteckt und befinde sich diesbezüglich in einer angespannten Lage. Er fragte dann, wie nach Ansicht des Herrn Ministers die amerikanischen Vorschläge geprüft werden sollten. Es wäre nützlicher gewesen, wenn die Amerikaner von Anfang an auch die finanzielle Seite etwas deutlicher gemacht hätten.[6] In diesem Zusammenhang erhebe sich bei den Überwasserschiffen auch die Frage, ob sie des Schutzes oder der Begleitung durch andere Waffen bedürften. Denn dann würde der jetzt geschätzte Finanzierungsbetrag von 500 bis 600 Mio. £ wesentlich höher werden.

Der Herr *Minister* erwiderte, ursprünglich habe die Bundesregierung eher an eine Ausstattung mit U-Booten gedacht. Dies wäre aber teurer und angesichts der amerikanischen Gesetzgebung schwieriger. Dann sei die Frage der Überwasserschiffe ausgiebig zwischen dem amerikanischen und deutschen Marinestab diskutiert worden. Dabei habe sich der deutsche Marinestab überzeugen lassen, daß Überwasserschiffe in jeder Beziehung geeignet seien und auch ausreichend geschützt werden könnten.[7] Natürlich könnte die Entwicklung eines Tages eine andere Ausrüstung fordern.

Lord Home bemerkte, außer der Erstausstattung sei ja auch die Instandhaltung zu finanzieren. Wenn man berücksichtige, daß dies alles zusätzlich zur konventionellen Rüstung sein solle, werde die finanzielle Belastung bald für England wegen seines Zahlungsbilanzproblems ungeheuer hoch. Lord Home fragte dann, ob nicht eine Streitmacht kleineren Ausmaßes denselben Zweck erfüllen könnte.

Der Herr *Minister* bezeichnete die Finanzierung ebenfalls als ein äußerst wichtiges Problem, das von deutscher Seite noch keineswegs gelöst sei. Die Frage einer kleineren Streitmacht sei in der Bundesrepublik noch nicht aufgetaucht, und er könne im Augenblick deswegen keine Antwort geben.

Mr. *Thorneycroft* sagte, seine Militärberater hätten hinsichtlich des rein militärischen Wertes gewisse Zweifel. Auch sie hätten mit dem amerikanischen Marinestab diskutiert; doch unterschätzten nach britischer Auffassung die Amerikaner den Grad der Verwundbarkeit, wenn sie glaubten, daß von 25 Schiffen nur 10 versenkt würden. Wenn man aber diese Schiffe eskortieren oder anders schützen müßte, käme man in eine ganz andere Größenordnung für die Ausgaben. Außerdem würden die Amerikaner wohl immer ein Veto-

[5] Zur administrativen Kontrolle einer multilateralen Atomstreitmacht vgl. Dok. 120, besonders Anm. 12.

[6] Zur Frage der Finanzierung der Atomstreitmacht der NATO vgl. Dok. 120, Dok. 144, Anm. 14, und Dok. 159.

[7] Zur Alternative U-Boote oder Überwasserschiffe vgl. Dok. 120 und Dok. 156.

recht[8] behalten. In diesem Falle füge die MLF vom rein militärischen Standpunkt gesehen nichts zu der Verteidigung des Westens hinzu. Natürlich umfasse sie zusätzliche 200 Polaris-Raketen, die aber nur unter Umständen zum Einsatz kämen, wo ohnehin das gesamte amerikanische Potential abgefeuert würde. Für 600 Mio. £ gebe es zweifellos Ausgaben von größerer Dringlichkeit.

Der Herr *Minister* bemerkte, Mr. Thorneycrofts Vorgänger, Mr. Watkinson, habe hinsichtlich der MLF schon vor einem Jahr in Athen etwa die gleichen Bedenken geltend gemacht. Aufgrund des Bahama-Abkommens[9] habe er jedoch den Eindruck gewonnen, als hätten die Engländer ihre Auffassung geändert. Die unterschiedliche Beurteilung sei vielleicht darauf zurückzuführen, daß England die Sache mit den Augen einer Macht betrachte, die eigene nukleare Waffen besitze. Mit deutschen Augen betrachtet, komme es eher darauf an, wie die Atomstrategie und das nukleare Verhältnis in der NATO sich auf die Dauer entwickeln würden. Die Bundesregierung glaube, daß man mit der MLF eine langfristige Entwicklung einleiten könne. Er gebe zu, daß die MLF in gewissem Maße ein Experiment sei, das aber in die richtige Richtung weise. Aus diesen Überlegungen heraus neige die Bundesregierung dazu, die Frage des militärischen Wertes nicht so hoch einzuschätzen wie die Frage der langfristigen Wirkung auf den Zusammenhalt des Bündnisses. Es sei ein notwendiges Experiment, selbst wenn es teuer sei.

Lord Home wies darauf hin, daß in Nassau mit dem Begriff „multilateral" beide Formen einer NATO-Streitmacht gemeint gewesen seien.[10] Großbritannien habe dabei erklärt, daß es dieser Sache sehr wohlwollend gegenüberstehe, und daß politisch sehr gewichtige Gründe dafür sprächen. In Nassau habe man aber noch an U-Boote gedacht und die Meinung gehegt, daß es noch beträchtliche Zeit bis zur Schaffung einer solchen Streitmacht dauern werde. Jetzt aber sei alles begeistert von Überwasserschiffen, deren Unverwundbarkeit von den britischen Militärs sehr gering eingeschätzt werde. England könnte sich natürlich dafür entschließen müssen, selbst wenn es militärisch unsinnig wäre, weil die politischen Argumente so stark seien. Er frage sich daher, wie die Angelegenheit geprüft werden könnte, damit die finanzielle Seite und die Frage der Verwundbarkeit genügend abgeklärt würden, ehe man sich endgültig engagiere.

Der Herr *Minister* war der Auffassung, daß diese Frage vielleicht nicht nur bilateral, sondern auch begrenzt multilateral diskutiert werden sollte. Vielleicht gebe es in diesen Tagen Gelegenheit, diese Frage mit Herrn von Hassel und Mr. McNamara sowie möglicherweise einigen weiteren Herren zu erörtern.

[8] Vgl. dazu Dok. 120, Anm. 12.

[9] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[10] Zur Struktur einer integrierten Nuklearstreitmacht der NATO vgl. Dok. 12, Anm. 12.
Die unklare Aussage des Nassau-Abkommens vom 21. Dezember 1962 zu diesem Punkt war nicht unbeabsichtigt. Nach den Darlegungen des amerikanischen Staatssekretärs Ball war das Kommuniqué „a monument of contrived ambiguity, so obscurely drafted, that the two sides could construe it differently". Vgl. BALL, The Past, S. 268.
Vgl. auch Dok. 144, besonders Anm. 13.

Das Projekt sei in amerikanischen und auch in deutschen Augen von wachsender Bedeutung.

Mr. *Thorneycroft* sagte, er erkenne die psychologisch-politischen Argumente, doch sei das Experiment äußerst teuer. Aus seiner Erfahrung mit der Verteidigungsproduktion wisse er, daß es sich ganz bestimmt um eine Zahl handeln werde, die mindestens das Doppelte des jetzigen Voranschlags umfasse.

Der Herr *Minister* meinte, möglicherweise könnte man die Vereinigten Staaten dazu bewegen, den ungewissen Kostenanteil zu decken.

Mr. *Thorneycroft* sagte, wenn die Luftwaffe erklären würde, sie würde gern zusammen mit der Royal Air Force und der französischen Luftwaffe eine gemischt-bemannte Bomberstreitmacht aufbauen, könnte dies doch ganz attraktiv sein, wobei man dann mit bereits vorhandenen Dingen zu tun hätte und sich nicht auf ein Waffensystem einlassen müßte, das so umfangreich und kostenmäßig so unsicher sei.

Der Herr *Minister* betonte, die Bedeutung der Streitmacht liege darin begründet, daß sie politisch-psychologisch überzeugend sei. Dazu reiche ein Experiment auf niedrigster Ebene nicht aus. Für die Entwicklung der nuklearen Strategie müsse diese Streitmacht ein gewisses Eigengewicht haben.

Der Herr *Minister* regte noch einmal eine begrenzte multilaterale Überprüfung aller mit der MLF zusammenhängenden Fragen an, und Lord Home versprach, bei seiner Rückkehr seine Kollegen dazu zu konsultieren.

Der Herr Minister kam dann auf die Frage des permanenten Kontaktes in Brüssel[11] zu sprechen. Bisher sei es nicht gelungen, die Franzosen für diesen Gedanken zu gewinnen. Doch hoffe er, daß dies im Laufe der Zeit gelingen werde.

Lord Home bedankte sich und bezeichnete diese Darstellung als ermutigend. Wenn man die Franzosen davon überzeugen könne, daß England nicht die Absicht habe, den Gemeinsamen Markt zu sabotieren, wäre dies äußerst nützlich, denn obwohl England wisse, daß es für einige Zeit nicht in den Gemeinsamen Markt aufgenommen werden könne, sei es doch nützlich, die Entwicklung auf beiden Seiten zu harmonisieren.

Der Herr *Minister* kam dann auf die Röhrenfrage[12] zu sprechen und fragte, wie Lord Home die faktische Lage derzeit beurteile. *Lord Home* erwiderte, dies sei sehr schwer zu sagen, da die britische Firma[13] sehr unabhängig operiere. Nach seiner Kenntnis sei jedoch der Preisunterschied ganz beträchtlich.[14] Generell sei er rückblickend zu der Auffassung gelangt, daß England gegen den NATO-Beschluß sein Veto hätte einlegen sollen.[15] Er wisse nicht, ob

[11] Zu den Bemühungen, auch nach dem Scheitern eines britischen Beitritts den Kontakt zwischen Großbritannien und EWG aufrechtzuerhalten, vgl. Dok. 118.

[12] Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 5.

[13] Zur Lieferung von Großrohren an die UdSSR durch die South Durham Steel Company vgl. den Vermerk des Staatssekretärs Lahr vom 18. Mai 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 407. Zu den Versuchen der britischen Stahlindustrie, das Röhrenembargo zu unterlaufen, vgl. bereits Dok. 116.

[14] Zur sowjetischen Kritik an den Preisen für britische Großrohre vgl. Dok. 116.

[15] Zur Erklärung des britischen Vertreters im Ständigen NATO-Rat zum Röhrenembargo vgl. Dok. 131, Anm. 15. Zur Haltung der britischen Regierung zum Röhrenembargo vgl. auch Dok. 144.

der Herr Minister die Sache im NATO-Rat neu aufgerollt sehen möchte in dem Sinne, daß jeder wieder seine Aktionsfreiheit bekomme. Der Herr *Minister* erläuterte noch einmal den Hergang und bemerkte dann, eine Änderung des NATO-Beschlusses würde im Augenblick nichts nützen. Dies könnte höchstens zu einem späteren Zeitpunkt einmal wieder aufgegriffen werden. Er schilderte eindringlich die ungeheuren Schwierigkeiten nicht nur für die Bundesregierung[16], sondern überhaupt für die westliche Politik gegenüber dem Osten, die entstehen würden, falls die englische Firma lieferte.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

180

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken

II 1-83.13/1-320/63 geheim **21. Mai 1963**

Sowjetzonale und sowjetische Stellen waren in letzter Zeit bemüht, direkte Kontakte mit Vertretern der westdeutschen und westberliner Wirtschaft (getrennt voneinander) herzustellen. Solche Kontakte haben stattgefunden:
– In der Handelsvertretung bei der ostberliner Sowjetbotschaft am 24. April 1963
– In Weimar am 11./13. Mai 1963[1]

Weitere Kontakte der Zone mit Vertretern westberliner Firmen sind in Potsdam am 27. Mai[2] vorgesehen.

Der FAZ vom 17. Mai sind Erklärungen des Hauptabteilungsleiters im ostberliner Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel, Behrendt, zu entnehmen, denen zufolge das Volumen des IZH erweitert werden könne, sofern die „bestehenden Schwierigkeiten" überwunden würden. Die FAZ weist darauf hin, daß nach Meinung der in Weimar versammelten Personen zu diesen Schwierigkeiten u.a. auch die Barzahlungsklausel gehört, die einen Saldenausgleich im IZH am 30. Juni 1963 vorsieht[3]. Der kommunistisch gelenkte

[16] Mit Schreiben vom 14. Mai 1963 an Staatssekretär Lahr regte Staatssekretär Westrick, Bundesministerium für Wirtschaft, an, im Kreis der Außenminister der NATO-Staaten auf der Konferenz von Ottawa darauf hinzuweisen, „daß durch ein dem Embargo-Beschluß des NATO-Rates widersprechendes Verhalten der Engländer die innenpolitischen Schwierigkeiten so wachsen könnten, daß auch die Bundesregierung gegebenenfalls ihre Entscheidung einer erneuten Überprüfung unterziehen müßte." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 438; B 150, Aktenkopien 1963.

[1] Zur Veranstaltung vom 24. April 1963 vgl. den Vermerk des Legationsrats I. Klasse Hebich vom 30. April 1963; Referat III A 6, Bd. 198.
Zur Veranstaltung vom 11. bis 13. Mai 1963 vgl. den Artikel: Über 100 westdeutsche Firmenvertreter in Weimar; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 114 vom 17. Mai 1963, S. 3.

[2] Vgl. dazu den Artikel: Wieder Ost-West-Wirtschaftsgespräch in Potsdam; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 123 vom 29. Mai 1963, S. 3.

[3] Aufgrund der Barzahlungsklausel hatte derjenige der Partner, der mit den vereinbarten Warenlieferungen in Verzug geriet, sein Konto durch entsprechende Zahlungen auszugleichen. Einen

„Ausschuß zur Förderung des deutschen Handels", der die Gespräche in Weimar veranstaltete, hat am 10. Mai den zuständigen Stellen der Bundesrepublik und der Zone den Wegfall dieser Klausel vorgeschlagen.

Dieser Vorgang ist insofern bemerkenswert, als hier zwischen den sowjetisch/sowjetzonalen Bemühungen um Kontakte mit der westdeutschen und westberliner Wirtschaft und dem sowjetzonalen Interesse an einem Fortfall der Barzahlungsklausel ein direkter Zusammenhang hergestellt wird. Es könnte daraus geschlossen werden, daß die sowjetzonalen Stellen derzeit bemüht sind, durch direkte Einwirkung auf westdeutsche und westberliner Wirtschaftskreise diese zu einer Einwirkung auf das BMWi im Sinne eines Verzichts auf den Saldenausgleich zu veranlassen. Offenbar ist der Zone der Zwang zum Saldenausgleich zum 30. Juni äußerst unbequem.

Hieraus ergibt sich die Folgerung, daß wir in der Frage des Saldenausgleichs unter allen Umständen festbleiben sollten. In diesem Zusammenhang wird auf eine weitere – ebenfalls beigefügte – Meldung der Deutschen Zeitung vom 17. Mai[4] verwiesen, derzufolge der vorgenannte „Ausschuß zur Förderung des deutschen Handels" gleichzeitig die Forderung vertritt, daß die vereinbarte Swinggrenze im IZH erhöht werden solle. Dies würde zu sofortigen Umsatzsteigerungen führen und könnte „auch zu anderen nützlichen Verhandlungsergebnissen beitragen". Unter diesen Umständen wäre zu prüfen, wie das BMWi und Herr Leopold die Aussichten eines erneuten Vorbringens der Passierscheinfrage durch uns beurteilen.[5]

Hiermit Herrn Dg II[6] vorgelegt. Um Weisung wird gebeten.[7]

Oncken

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 44

Fortsetzung Fußnote von Seite 589

gewissen Spielraum bot dabei der sogenannte „Swing", der die Möglichkeit einer Überziehung des Kontos um einen vereinbarten Betrag einräumte.

4 Der Artikel „Pankow spricht wieder von Passierscheinen" ist dem Vorgang beigefügt.

5 Die DDR hatte es bislang abgelehnt, der Forderung der Bundesregierung nach politischen Zugeständnissen – etwa in Form von Zugangsmöglichkeiten nach Ost-Berlin für die Bevölkerung des westlichen Teils der Stadt – nachzugeben. Vgl. dazu bereits Dok. 61.

6 Hat Ministerialdirigent Reinkemeyer am 23. Mai 1963 vorgelegen, der handschriftlich für den Leiter des Referats „Wiedervereinigung", Oncken, verfügte: „Ich bitte, zunächst telephonisch folgende Feststellungen zu treffen: 1. Beim B[undes]M[inisterium für] Wi[rtschaft] a) wie die Kreditgespräche im Augenblick stehen, b) welche Gedanken man sich wegen Potsdam (27. Mai) gemacht hat; 2. beim B[undes] M[inisterium für] G[esamtdeutsche Fragen], ob man wegen Potsdam etwas ins Auge gefaßt hat; 3. bei der Vertretung Berlins wie zu 2). Dann wäre zu erwägen, ob der Interministerielle Ausschuß mit der Frage der neuen sowjetzonalen Tendenzen zu befassen ist."

7 Am 28. Mai 1963 gab der Leiter des Referats „Wiedervereinigung", Oncken, eine Mitteilung aus dem Bundesministerium für Wirtschaft wieder: „Es spräche nichts dafür, daß die Zone bereit sei, die Frage der Passierscheine zu erörtern." Vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 44; B 150, Aktenkopien 1963.

181

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer

II 5-82.01/94.22-736/63 VS-vertraulich **27. Mai 1963**

Betr.: Besuch zweier rumänischer Vertreter bei Herrn D II i.V.[1]

Nachdem die Herren Nicolae und Nastase[2] bei ihrem ersten Besuch am 7. Mai 1963 Herrn D II[3] gegenüber den rumänischen Wunsch nach Aufnahme von amtlichen Beziehungen[4] und am 17. Mai 1963 den Wunsch nach einem langfristigen Handelsabkommen[5] zum Ausdruck gebracht hatten, wurden sie am 24. Mai 1963 von mir in Gegenwart von Herrn VLR I Dr. Klarenaar (III A 6) und Herrn VLR I Luedde-Neurath (II 5) erneut empfangen.

Die Frage der rumänischen Herren, wann mit der Aufnahme von Besprechungen über ein Handelsabkommen begonnen werden könne, wurde dahingehend beantwortet, daß aus technischen und personellen Gründen mit einem Beginn der eigentlichen Verhandlungen erst etwa im September 1963 zu rechnen sei.[6] Wir seien jedoch bereit, zur Vorbereitung der Verhandlungen schon vorher eine Mitteilung über die Vorstellungen entgegenzunehmen, die man sich rumänischerseits über Waren, Volumen etc. mache. Auf die Frage nach der Dauer des Handelsabkommens stellten wir in Aussicht, daß man an eine Terminierung bis Ende 1965 denken könne.

Die rumänischen Herren teilten sodann mit, daß sie ermächtigt seien zu erklären, daß man rumänischerseits eine Vereinbarung über den Austausch von Handelsvertretungen gerne bald treffen wolle.[7] Man wolle diese Verhandlungen baldmöglichst beginnen und noch etwas Genaueres über die deutschen Vorstellungen über die Rechte und Verpflichtungen der Vertretungen erfahren. Es wurde ihnen geantwortet, daß die Form und die Einzelheiten einer solchen Vereinbarung der Ausarbeitung durch juristische Experten beider Län-

[1] Ministerialdirigent Reinkemeyer.

[2] Mircea Nastase war der Leiter der rumänischen Handelsvertretung in Frankfurt a. M., der Ingenieur Nicolae trat als Vertreter der rumänischen Industrie auf.

[3] Ministerialdirektor Krapf.

[4] Das Gespräch wurde durch den Generalbevollmächtigten der Firma Krupp, Beitz, vermittelt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath hielt am 9. Mai 1963 fest: „Herr Nicolae führte aus, daß man in Bukarest begrüßen würde, wenn amtliche Beziehungen, und zwar nach Möglichkeit diplomatische Beziehungen, mit der Bundesrepublik hergestellt würden. Er wies dabei auf das Beispiel Bundesrepublik – Sowjetunion hin ... Im übrigen brachten die Herren keine besonderen Petita vor. Sie erwähnten auch keinen Wunsch nach Eröffnung von Handelsvertragsverhandlungen." Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 210; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Neben der Frage eines Handelsabkommens war der Austausch von Handelsvertretungen Gegenstand dieses Gesprächs. Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath am 18. Mai 1963: „Man wünsche die höchste Stufe der Beziehungen, die uns möglich sei. Mit dem Austausch von Handelsmissionen mit besonderen – möglichst kompletten diplomatischen – Vorrechten sei man einverstanden." Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 210; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Ab 19. Juni 1963 wurden in Bonn Vorgespräche über die Errichtung von Handelsvertretungen geführt. Zu den Verhandlungen Ende September/Anfang Oktober 1963 in Bukarest vgl. Dok. 380.

[7] Vgl. dazu bereits Dok. 112.

der bedürfe. Die rumänischen Herren sprachen sich dabei für möglichst volle Immunität für die Leiter der Handelsvertretungen aus. Von unserer Seite wurden ihnen in etwa die Rechte skizziert, die bisher Gegenstand unserer Überlegungen sind, und dabei betont, daß Einzelheiten den Verhandlungen überlassen bleiben sollten.

Als Ort ihrer Handelsvertretung nannten die rumänischen Herren Köln oder Bonn. Wir nannten Bukarest als Ort der Handelsvertretung der BRD. Die Zahl der Mitglieder wurde offengelassen.

Auf den rumänischen Wunsch, diese Verhandlungen möglichst umgehend zu beginnen, wurde erklärt, es sei vielleicht empfehlenswert, daß wir vor den eigentlichen Verhandlungen ein Arbeitspapier übergäben, um zu möglichst konkreten Ergebnissen bereits vor dem Beginn der eigentlichen Verhandlungen zu gelangen. Dabei wurde es von unserer Seite als möglich bezeichnet, daß wir etwa Mitte Juni – zunächst unverbindlich – ein Arbeitspapier für den Entwurf eines Briefwechsels über die Errichtung von Handelsvertretungen fertigstellen können.[8]

Den rumänischen Herren wurde dabei jedoch eindeutig erklärt, daß ein getrennter Briefwechsel über die Errichtung der Handelsvertretungen Berlin einbeziehen müsse.

Die Herren betonten erneut, daß für sie die Einbeziehung Berlins in einen Briefwechsel über die Errichtung von Handelsvertretungen so schwierig sei wie für uns die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen.[9] Wir wiesen demgegenüber erneut darauf hin, daß eine Form einer zweifelsfreien Einbeziehung Berlins gefunden werden müsse.

Die Atmosphäre des Gesprächs war recht aufgelockert. Wir erhielten den Eindruck, daß den rumänischen Vertretern daran gelegen ist, schon vor Aufnahme der Verhandlungen über ein Handelsabkommen eine Vereinbarung über den Austausch von Handelsvertretungen abzuschließen. Ob sich allerdings eine für die Rumänen akzeptable und uns zufriedenstellende Formel für die Einbeziehung Berlins vor Abschluß des Handelsabkommens finden lassen wird, erscheint zweifelhaft.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[10] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Es wird vorgeschlagen, bis zum 15. Juni 1963 einen zwischen den Abteilungen II, III und V abgestimmten Entwurf eines Briefwechsels über die Errichtung von Handelsvertretungen anzufertigen, der der rumänischen Seite als unverbindliches Arbeitspapier zu übergeben ist. Der Entwurf soll sich an das polni-

[8] Für den Wortlaut des von der Rechtsabteilung erstellten Entwurfs vom 18. Juni 1963, der den rumänischen Verhandlungspartnern am 19. Juni 1963 überreicht wurde, vgl. Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.

[9] Dazu bereits die Äußerungen der rumänischen Gesprächspartner am 17. Mai 1963: „Die Aufnahme West-Berlins sei für sie etwa so schwierig wie für uns die Vereinbarung des Austauschs diplomatischer Missionen. Sie befänden sich in einer Zwangslage und schlügen deshalb vor, Berlin diesmal zu ignorieren, weil gerade Rumänien mehrere Abkommen mit der Bundesrepublik habe, in denen Berlin erwähnt sei." Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 210; B 150, Aktenkopien 1963.

[10] Hat Staatssekretär Carstens am 5. Juni 1963 vorgelegen.

sche und ungarische Muster anlehnen[11], soll den Ausdruck „konsularische Befugnisse" vermeiden, jedoch Paß- und Sichtvermerksbefugnisse vorsehen und die Einbeziehung Berlins in geeigneter Form sicherstellen.

Der Entwurf könnte in der gleichen Referenten-Besprechung[12] entworfen werden, in der unsere Haltung in den offenen Verhandlungspunkten mit Ungarn[13] festgelegt werden soll. Hierzu wird gesondert eine Aufzeichnung vorgelegt.

Reinkemeyer

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 210

182

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar

St.S 1267/63 geheim **28. Mai 1963[1]**

Am Dienstag, dem 28. Mai 1963, 16.50 Uhr, empfing der Herr *Bundeskanzler* Botschafter *Shinnar* zu einem Gespräch.

Botschafter Shinnar übergab dem Herrn Bundeskanzler einen längeren Brief von Ministerpräsident Ben Gurion. Während des Lesens sagte der Herr *Bundeskanzler,* daß er schon gelegentlich arabische Botschafter gefragt habe, was sie eigentlich gegen Israel hätten. Die Antworten hätten ihn nicht befriedigt. Er, der Herr Bundeskanzler, habe den Eindruck, daß die Araber im Grunde nur Neid Israel gegenüber hätten. Im übrigen seien Haß und Neid gegen Israel das einzige, was die Araber eine. Herr *Shinnar* stimmte dem Herrn Bundeskanzler zu und sagte, daß gerade das letztere Ben Gurion in einem späteren Abschnitt seines Briefes ebenfalls schreibe.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte Herrn *Shinnar,* was er von der Erklärung der Amerikaner halte, wonach die USA weder einen Angriff auf Israel noch umgekehrt auf die arabischen Staaten zuließen.[2] Herr *Shinnar* erwiderte, daß diese amerikanische Erklärung ganz auf der Linie Ben Gurions liege. Die Amerika-

[11] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Staatssekretärs Carstens: „Ja."
Zum Briefwechsel mit Polen vom 7. März 1963 über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 114, Anm. 4. Zum Entwurf eines Briefwechsels über den Austausch von Handelsvertretungen mit Ungarn vgl. Dok. 169, Anm. 2.

[12] Die Referentenbesprechung fand am 1. Juli 1963 statt, also nach der Übergabe des Entwurfs an die rumänischen Gesprächspartner.

[13] Zu den Verhandlungen mit Ungarn über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 332.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 29. Mai 1963 gefertigt.

[2] Am 8. Mai 1963 führte Präsident Kennedy auf einer Pressekonferenz aus: „We support the security of both Israel and her neighbors ... In the event of aggression or preparation for aggression, whether direct or indirect, we would support appropriate measures in the United Nations, adopt other courses of action on our own to prevent or to put a stop to such aggression ...". Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 373.

ner wüßten, daß ein Krieg nicht auf den Nahen Osten begrenzt bleiben könne. Die Sowjetunion werde das nicht zulassen. Aus diesem Grunde seien die Großmächte gegen jegliche kriegerische Verwicklung zwischen Israel und den Arabern, und das entspreche auch der Auffassung Ben Gurions. Zwar würden die Israeli den Krieg gewinnen; aber er würde auch sie zuviel kosten. Ben Gurion sei der Auffassung – und das sei auch der Sinn des Briefes an den Herrn Bundeskanzler –, daß man die jetzige Zeit, in der niemand an einen Krieg denken könne, ausnützen müsse, um zu einer Klärung und Besserung der Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Staaten zu kommen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er werde über dieses auch ihm sehr wichtig erscheinende Problem gern mit General de Gaulle sprechen, wenn er im Juli nach Bonn komme.[3] Herr *Shinnar* dankte für diese Absicht des Herrn Bundeskanzlers, fragte aber, ob die BRD nicht vielleicht auch direkt bei den arabischen Staaten vorstellig werden könnte; sie habe in der arabischen Welt einen sehr guten Ruf und großen Einfluß.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, daß er auch mit Präsident Kennedy über diese wichtige Frage sprechen wolle.[4] Er verfolge die Lage im Nahen Osten, besonders mit Rücksicht auf Israel, sehr genau und habe den Eindruck, daß sie nie so gut wie jetzt gewesen sei. Herr *Shinnar* stimmte dieser Beurteilung zu und wiederholte seine Frage, ob der Herr Bundeskanzler es für opportun halte, daß die BRD die Araber direkt anspreche. Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, daß die Araber zur Zeit ziemlich unverschämt seien. Eine Erklärung wie die des Präsidenten Kennedy gebe wohl die beste Gelegenheit, daß sich die Verhältnisse im Nahen Osten in Ruhe weiterentwickeln. Herr *Shinnar* sagte, daß Ben Gurion eine Garantie der Lage im Nahen Osten durch die USA und die Sowjetunion wünsche.[5] Chruschtschow sei auf diesen Vorschlag nicht eingegangen, sondern habe eine Neutralisierung und Schaffung einer atomwaffen-freien Zone vorgeschlagen.[6] Die Sowjetunion wolle eben weiterhin in der Lage sein, die Israeli gegen die Araber auszuspielen und umgekehrt. Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, daß er von russischen Garantien und Versprechungen nichts halte. Er werde Ben Gurion nur einen kurzen Antwortbrief schreiben und sich dabei auf das Gespräch mit Botschafter Shinnar beziehen. Er hoffe, daß Herr *Shinnar* berichten werde, daß der Herr Bundeskanzler beabsichtige, mit Kennedy und de Gaulle über die Lage im Nahen Osten zu sprechen.

[3] Staatspräsident de Gaulle besuchte am 4. und 5. Juli 1963 die Bundesrepublik. Vgl. dazu weiter Dok. 216–219.

[4] In dem Gespräch zwischen Bundeskanzler Adenauer und Präsident Kennedy am 24. Juni 1963 in Bonn fand das Thema Israel keine Erwähnung. Vgl. dazu Dok. 206.

[5] In einem Interview mit dem amerikanischen Fernsehsender CBS sprach sich der israelische Ministerpräsident Ben Gurion Anfang Mai 1963 für ein Abkommen zwischen den USA und der UdSSR bzw. ein dreiseitiges Abkommen zum Schutz Israels aus. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 13. Mai 1963; Referat I B 4, Bd. 15.

[6] Am 20. Mai 1963 richtete die UdSSR an die drei Westmächte und die an das Mittelmeer angrenzenden Staaten Noten mit dem Vorschlag, den Mittelmeerraum zur kernwaffenfreien Zone zu erklären. Für den Wortlaut der Note an die USA vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 187–193. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 326–330.

Herr *Shinnar* dankte dem Herrn Bundeskanzler für diese Bereitschaft und warf kurz die Frage deutscher Wissenschaftler in Ägypten auf.[7] Die Erregung in der öffentlichen Meinung klinge ab, es wäre aber dankenswert und würde Ben Gurion helfen, wenn im Bundestag oder bei einer anderen Gelegenheit durch den Herrn Bundeskanzler selbst eine Erklärung derart abgegeben werden könnte, wie er, Shinnar, es mit Herrn Staatssekretär Dr. Globke besprochen habe. Der Herr *Bundeskanzler* sagte, daß bei Gelegenheit eine derartige Erklärung abgegeben werden sollte.

Herr *Shinnar* kam sodann auf die Frage der diplomatischen Beziehungen zu sprechen. Ben Gurion warte auf ein Angebot, sobald die Bundesregierung den Zeitpunkt für gegeben hält. Ben Gurion werde sich für den deutschen Antrag dann im israelischen Parlament einsetzen. Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er selbst sei für Aufnahme der diplomatischen Beziehungen[8], das wisse Herr Shinnar. Auch innerhalb der BRD gebe es keinerlei Schwierigkeiten. Er befürchte aber, daß eine derartige Maßnahme die Araber zu einer neuen Hetze gegen Israel ermuntern werde. Herr *Shinnar* erklärte, in Israel sei bekannt, wie wichtig die Hallstein-Doktrin[9] für uns sei. Die Israeli seien aber zuversichtlich, daß die Araber keine Maßnahmen zugunsten der SBZ treffen würden. Der Herr *Bundeskanzler* schloß sich dieser Meinung nicht an und erwähnte in diesem Zusammenhang Briefe des irakischen Botschafters[10] an Kölner Firmen mit Boykott-Drohungen[11] usw. Herr *Shinnar* meinte aber, daß die Araber nichts gegen die BRD unternehmen würden. Es sei Nasser völlig klar, daß er durch die Anerkennung der SBZ nichts gewinnen, aber viel verlieren werde.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf jene Stelle in Ludwigsburg[12] zu sprechen, in der noch Material gegen ehemalige Nazis zusammengestellt werde. Soweit er wisse, stünden noch etwa 2000 Prozesse bevor; das sei für das Ansehen Deutschlands in der Welt unerträglich. Vielleicht sollte diese Angelegenheit beendet werden, gleichzeitig mit der diplomatischen Anerkennung Israels. Herr *Shinnar* sagte, daß Ben Gurion schon während des Eichmann-Prozesses[13] erklärte habe, das Wichtigste an diesem Prozeß sei, daß noch einmal

[7] Zur Tätigkeit deutscher Raketenexperten in der VAR vgl. besonders Dok. 173.

[8] Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer vom 15. Februar 1963 an Bundesminister Schröder; Dok. 121, Anm. 2.

[9] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 19, Anm. 3.

[10] Djabir Omar.

[11] Zu den Drohungen der irakischen Botschaft gegenüber deutschen Firmen, die den Aufbau Israels unterstützten – beispielsweise die August Thyssen-Hütte und die Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG –, vgl. Referat I B 4, Bd. 48.
In solchen Schreiben wurde deutschen Unternehmen unter Berufung auf die „Arabische Boykott-Behörde" mit Sanktionen gedroht, wenn sie nicht bis zu einem festgesetzten Zeitpunkt ihre Unterstützung für Israel widerrufen würden. Als Begründung für diese Forderungen führte der Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika", Schirmer, in einem Vermerk vom 20. Juni 1963 an, daß der Israel-Krieg von 1948 nicht durch einen Friedensschluß beendet worden sei und der Irak noch nicht einmal einen Waffenstillstand unterzeichnet habe.

[12] In Ludwigsburg befindet sich seit 1958 die „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltung zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen" (früher: „Zentrale Stelle zur Vorbereitung und Koordinierung der Verfolgung begangener KZ- und Kriegsverbrechen").

[13] Adolf Eichmann, früherer SS-Obersturmbannführer und Leiter des Referats für Judenangelegen-

eine Dokumentierung jener Zeit erfolge, sozusagen eine Demonstrationsstunde für die Jugend. Jetzt sei aber die Sache auch abgeschlossen. Der Herr *Bundeskanzler* sagte, sie solle abgeschlossen werden, denn sie schade dem deutschen Ansehen außerordentlich. Er spreche das deutsche Volk nicht von Schuld frei. Aber heute sei immerhin 1963, und 1945 liege 18 Jahre zurück. Die Buße des deutschen Volkes sei schwer. Er, der Herr Bundeskanzler, leide persönlich darunter, wie das Ansehen Deutschlands immer wieder erschüttert werde. Herr *Shinnar* sagte, auch Ben Gurion möchte das Ansehen des „Deutschlands Adenauers" erhalten. Er hoffe, daß die diplomatischen Beziehungen noch in der Amtszeit des Bundeskanzlers aufgenommen werden könnten, und Ben Gurion werde dann für eine Mehrheit im Parlament sorgen. Vielleicht könne der Herrn Bundeskanzler, wenn er die Zeit für gegeben erachte, Herrn Ben Gurion einen Brief schreiben und die Bereitschaft zur Aufnahme von Beziehungen aussprechen.[14] Ben Gurion würde von diesem Brief dann nur Gebrauch machen, wenn mit Sicherheit feststehe, daß die Mehrheit des israelischen Parlaments das billige. Er wolle nochmals wiederholen, daß seitens der Araber keine ungünstige Reaktion der BRD gegenüber zu erwarten sei.

Zum Abschluß sagte Herr *Shinnar*, daß Ben Gurion sich außerordentlich freuen würde, wenn der Herr Bundeskanzler nach Israel kommen könne. Es wäre für die gesamte Bevölkerung Israels eine besondere Freude, den Herrn Bundeskanzler als überaus willkommenen Gast begrüßen zu können. Der Herr *Bundeskanzler* dankte sehr herzlich für diese Einladung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß er ihr auch folgen könne.[15]

Zum Abschluß erwähnte Herr *Shinnar* das Gespräch mit Herrn Bundesminister Erhard, wonach Israel jetzt doch eine Assoziierung mit der EWG[16] anstrebe. Ben Gurion sei für weitere deutsche Unterstützung in dieser Frage außerordentlich dankbar.

Das Gespräch endete gegen 17.25 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (102), Bd. 1

Fortsetzung Fußnote von Seite 595

heiten im Reichssicherheitshauptamt, war im Mai 1960 vom israelischen Geheimdienst aus Argentinien nach Israel entführt worden. Der Prozeß in Jerusalem begann am 11. April 1961 und endete am 15. Dezember 1961 mit der Verkündung des Todesurteils, das in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni 1962 vollstreckt wurde.

14 Zu den Bemühungen des Bundeskanzlers Adenauer um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel vgl. weiter Dok. 307.

15 Der ehemalige Bundeskanzler Adenauer besuchte vom 1. bis 10. Mai 1966 Israel. Vgl. dazu ADENAUER, Erinnerungen II, S. 160–162. Vgl. dazu auch EUROPA-ARCHIV 1966, Z 92.

16 Seit Herbst 1962 fanden Verhandlungen zwischen der EWG und Israel über ein Handelsabkommen statt. Vgl. dazu Dok. 36, Anm. 2.
Das Ziel Israels war jedoch die Assoziierung mit der EWG. Bei Treffen zwischen Bundesminister Erhard und dem israelischen Finanzminister Eshkol 1960 und 1962 in Brüssel sagte Erhard die Unterstützung dieses Vorhabens zu. Vgl. dazu SHINNAR, Bericht, S. 91 f. Ministerialdirektor Sachs führte in einer Aufzeichnung vom 16. Februar 1963 aus, daß Israel seit seiner Kontaktaufnahme mit der EWG bestrebt sei, sich „in der EWG einen Platz zu sichern, der mindestens einer de fact-Assoziierung gleichgekommen wäre. Die Israeli, die sich als Europäer fühlen, ... waren bis in die letzte Zeit optimistisch, eine Assoziierung oder wenigstens eine quasi-Assoziierung zu erreichen". Vgl. Referat III A 2, Bd. 16.

183

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg

V 1 (500)-80.22/1-94.20-349/63 VS-vertraulich **29. Mai 1963**[1]

Betr.: Einbeziehung Berlins in Abkommen mit den Ostblockstaaten
Bezug: Schreiben des Berliner Senators für Bundesangelegenheiten an den Herrn Bundesminister vom Mai 1963 mit handschriftlicher Weisung von Herrn Staatssekretär I vom 16. Mai 1963

Der Berliner Senator für Bundesangelegenheiten hat in einem Schreiben an den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Herrn Dr. von Brentano, erneut den Vorwurf erhoben, daß Berlin nicht wirksam in die deutsch-polnischen Vereinbarungen vom 7. März 1963[2] einbezogen sei. Dazu ist zu bemerken:

1) Berlin ist in die deutsch-polnischen Vereinbarungen einbezogen. Die Einbeziehung Berlins ist in der Weise erfolgt, daß das Protokoll über den Zahlungsverkehr vom 16. November 1956, dessen Artikel 5 eine formgerechte Berlin-Klausel enthält, in einem Briefwechsel als eine wesentliche Grundlage für die Durchführung der gesamten deutsch-polnischen Abmachungen bezeichnet und für die Geltungsdauer dieser Abmachungen für unkündbar erklärt wurde.[3] Wenn auch diese Lösung formal nicht völlig den Bestimmungen der Anordnung der Alliierten Kommandantur BK C/L (52) 6 vom 21. Mai 1952[4] entspricht, so ist doch durch die Verklammerung der Vereinbarungen vom 7. März 1963 mit dem Zahlungsprotokoll vom 16. November 1956 eindeutig klargestellt, daß der räumliche Geltungsbereich dieser Vereinbarungen die gesamte Bundesrepublik einschließlich des Landes Berlin umfaßt. Darüber hat während der in Warschau geführten Verhandlungen niemals ein Zweifel bestanden.

In der Zwischenzeit sind die Vertreter der drei Westmächte im Rahmen der üblichen Konsultationsbesprechungen gebeten worden, darauf hinzuwirken,

[1] Durchdruck.
Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Sympher und Legationsrat Freiherr von Marschall konzipiert.

[2] Zum Abkommen mit Polen vom 7. März 1963 über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr vgl. Dok. 114, Anm. 4.

[3] In einem vertraulichen Schreiben des polnischen Stellvertretenden Außenhandelsministers Modrzewski vom 7. März 1963 an Ministerialdirektor Allardt wurde dazu festgelegt: „Mit Rücksicht auf die Bedeutung, die dem Protokoll über den Zahlungsverkehr zwischen der Polnischen Volksrepublik und der Bundesrepubik Deutschland vom 16. November 1956 für die Durchführung des heute unterzeichneten Protokolls ... weiterhin zukommen wird, bestätige ich hiermit ..., daß die Regierung der Polnischen Volksrepublik das Protokoll über den Zahlungsverkehr ... während der Geltungsdauer des heute unterzeichneten Protokolls ... nicht kündigen wird". Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats V 1 vom 22. April 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Nach dieser Anordnung der Alliierten Kommandantur Berlin war in Verträge eine reguläre Berlin-Klausel oder aber eine DM-West-Klausel aufzunehmen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats V 1 vom 22. April 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.

daß die Alliierte Kommandantur sich den besonderen politischen Umständen dieses Falles nicht verschließen und die Erstreckung der deutsch-polnischen Vereinbarungen auf Berlin trotz der formalen Abweichung von der Anordnung BK C/L (52) 6 genehmigen möge. Sobald die Genehmigung der Kommandantur erteilt ist, wird Berlin voll wirksam in die deutsch-polnischen Vereinbarungen vom 7. März 1963 einbezogen sein.

Der von Senator Schütz auf Seite 2 (unten) seines Briefes zitierte Absatz aus der Anordnung BK C/L (52) 6 der Alliierten Kommandantur schließt nicht die Einbeziehung Berlins aus, da die Alliierte Kommandantur selbstverständlich in der Lage ist, in begründeten Einzelfällen Abweichungen von dem generell festgelegten Verfahren zuzulassen.

2) Die Verhandlungen mit Polen und die bisherigen Gespräche mit der ungarischen Regierung[5] haben gezeigt, daß es voraussichtlich nicht möglich sein wird, eine ausdrückliche Berlin-Klausel oder auch nur eine DM-West-Klausel[6] in die mit anderen Ostblockstaaten zu schließenden Vereinbarungen hineinzunehmen. Die Bundesregierung wird damit vor die Notwendigkeit gestellt, entweder auf jegliche Abkommen mit den Ostblockstaaten zu verzichten oder aber einer elastischeren Form der Einbeziehung Berlins zuzustimmen, so wie es im Falle Polen geschehen ist. Selbstverständlich wird jede Abweichung von dem von der Alliierten Kommandantur festgelegen Verfahren im Einzelfall mit den drei Westmächten erörtert und von ihnen genehmigt werden müssen. Es steht jedoch nicht zu erwarten, daß die Westmächte in dieser Hinsicht der von ihnen selbst wiederholt gewünschten Aktivierung der deutschen Ostpolitik zusätzliche Hindernisse bereiten werden.

Die Besorgnisse des Berliner Senators für Bundesangelegenheiten, daß Berlin nicht wirksam in die deutsch-polnischen Vereinbarungen vom 7. März 1963 einbezogen sei, sind danach unbegründet. Der darüber hinaus erhobenen Forderung, die Bundesregierung solle künftig keine Abkommen mehr schließen, in denen nicht eine ausdrückliche Berlin- oder DM-West-Klausel durchgesetzt werden könne[7], sollte entgegengehalten werden, daß die Zustimmung der polnischen Regierung zur Einbeziehung Berlins in einen Vertrag der Bundesrepublik und die darin enthaltene Anerkennung der völkerrechtlichen Vertretungsmacht der Bundesrepublik für Berlin einen eindeutigen Erfolg darstelle. Der konkreten Form, in der die Einbeziehung Berlins vereinbart worden sei, komme demgegenüber nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Wenn die Bundesregierung in ähnlich gelagerten Fällen die Zustimmung anderer Ostblockstaaten zur Einbeziehung Berlins in ihre Verträge – wenn auch in verklausulierter Form – erreichen könne, so halte sie es für richtiger, solche Verträge abzuschließen, als sie nur deshalb scheitern zu lassen, weil man sich

[5] Zum Stand der Gespräche mit Ungarn vgl. Dok. 169.

[6] Durch die DM-West-Klausel wurde Berlin (West) einbezogen, so beispielsweise in Artikel 1 des deutsch-polnischen Protokolls vom 16. November 1956 über den Zahlungsverkehr: „Das Protokoll findet auf das Währungsgebiet der Deutschen Mark und auf das Währungsgebiet des polnischen Zloty Anwendung. Währungsgebiet der Deutschen Mark im Sinne des Protokolls ist das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Berlin (Berlin-West) ...". Vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 1 vom 3. Januar 1957, S. 2.

[7] Zur innenpolitischen Diskussion vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Balken vom 6. Juni 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 10105; B 150, Aktenkopien 1963.

über die Form der – grundsätzlich vereinbarten – Einbeziehung Berlins nicht hat einigen können.[8]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär weisungsgemäß vorgelegt. Die Abteilungen II und III haben mitgezeichnet.

gez. Meyer-Lindenberg

Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217

184

Ministerialdirektor Jansen an Botschafter Knappstein, Washington

I A 1-80.11/603[I]/63 geheim **Aufgabe: 29. Mai 1963, 17.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 981
Citissime

Auf Drahtbericht Nr. 1547 vom 28. Mai[1]
Für Botschafter o. V. i. A.

Sie werden gebeten, Herrn Tyler folgendes zu erklären:

Die Behauptung, es gebe einen geheimen militärischen Zusatz zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963, der u.a. auch die Zusammenarbeit und den Austausch von Informationen auf dem Gebiet der nuklearen Waffen vorsehe[2], entbehrt jeder Grundlage. Bitte Verwunderung zum Ausdruck zu bringen, daß nach wiederholten eindeutigen Erklärungen seitens der Bundesregierung[3] eine hier nicht nachprüfbare und nicht verantwortliche gesprächsweise Äußerung eines Politikers genügt, um Beunruhigung auf amerikanischer Seite auszulösen.

Nur für Botschaft: Es würde hier interessieren, wer Urheber der von der hiesigen US-Botschaft berichteten Behauptung ist. Falls eine Möglichkeit besteht, dies in Erfahrung zu bringen, wird um entsprechenden Bericht gebeten.[4]

Jansen[5]

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136

8 Vgl. dazu weiter Dok. 247.

1 Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

2 Vgl. dazu bereits Dok. 176.

3 Vgl. dazu bereits Dok. 82 und Dok. 83.

4 Botschafter Knappstein, Washington, berichtete am 29. Mai 1963, daß es nicht möglich gewesen sei, von Abteilungsleiter Tyler den Namen des Urhebers der fraglichen Äußerung zu erfahren. Es sei jedoch eine Quelle von solcher Bedeutung gewesen, daß eine Bitte um Klarstellung angezeigt schien. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

5 Paraphe vom 29. Mai 1963.

185

Gespräch des Botschafters Freiherr von Welck mit Staatspräsident Franco in Madrid

Geheim **29. Mai 1963**[1]

Am 29. Mai wurde ich durch den spanischen Staatschef Franco zu einem Abschiedsbesuch empfangen. Die Unterhaltung fand unter vier Augen statt und dauerte 40–45 Minuten.

Franco sagte zunächst, daß er und die spanische Regierung mein Weggehen bedauerten. Ich erwiderte, daß auch ich nur ungern von Spanien wegginge, denn ich hätte mich hier sehr wohlgefühlt, und meine Arbeit hätte mich sehr befriedigt. Sie wäre mir durch die spanische Regierung, insbesondere den Außenminister[2], immer erleichtert worden, und ich hätte nie Schwierigkeiten gehabt. Ich glaubte, daß die deutsch-spanischen Beziehungen jetzt fest begründet seien, und daß wir in den letzten fünf Jahren gut vorwärtsgekommen seien. Der Herr Bundeskanzler habe für Spanien immer die größten Sympathien empfunden. Das gleiche gelte von Herrn Prof. Erhard. Auch der Herr Außenminister sei, wie mir Herr Bundesminister Lücke in diesen Tagen noch versichert hätte, Spanien gegenüber sehr freundschaftlich eingestellt. Ebenso beurteile die deutsche öffentliche Meinung die Verhältnisse in Spanien verhältnismäßig objektiv und ohne ideologisch begründete Vorurteile.

Franco wandte sich nunmehr Ostfragen zu und fragte mich, wie es mit der Wiedervereinigung Deutschlands stehe. Ich sagte, daß im Augenblick nicht zu übersehen sei, weder wann noch in welcher Weise sich die Wiedervereinigung einmal vollziehen könne. Jedoch hielten die deutsche Regierung und das deutsche Volk unverändert an der Forderung nach Wiedervereinigung fest. Im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die Kräfte zwischen Ost und West sich einigermaßen das Gleichgewicht hielten, wäre wohl kaum mit einer baldigen Änderung der sowjetischen Haltung zu rechnen. Sollte jedoch einmal der Moment kommen, wo der Westen der Sowjetunion eindeutig überlegen sei, so würde sich vielleicht die sowjetische Politik auch in dieser Frage ändern.

Der *Staatschef* fragte sodann nach der Haltung unserer Verbündeten zur Wiedervereinigung. Er hätte den Eindruck, daß die gegenwärtige amerikanische Administration für diese Frage nicht das gleiche Interesse hätte wie die frühere amerikanische Regierung. Ich erwiderte, daß auch die Regierung Kennedy an dem Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands festhalte.[3] Ich glaubte auch nicht, daß unsere Verbündeten ihre Haltung in dieser Frage ändern könnten, da sie für das deutsche Volk von so grundlegender Bedeutung sei, daß unsere Alliierten es kaum riskieren könnten, das deutsche Volk in dieser Frage zu enttäuschen.

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 16. Juni 1963 und Bundesminister Schröder am 18. Juni 1963 vorgelegen.

[2] Fernando Maria Castiella y Maiz.

[3] Zur amerikanischen Deutschland-Politik vgl. auch Dok. 138.

Der *Staatschef* vertrat die Auffassung, daß die Satellitenstaaten für die Sowjetunion eines der schwierigsten Probleme bildeten, denn in keinem dieser Staaten wäre das Volk für das kommunistische Regime gewonnen. Er hielte es für nötig, mit allen propagandistischen Mitteln die osteuropäischen Völker in ihrer Hoffnung auf Befreiung zu bestärken. Den Fall Ungarn könne man den Westmächten nicht so sehr zum Vorwurf machen, da sie durch den ungarischen Aufstand[4] überrascht worden wären, und da der Aufstand mit der Suez-Krise[5] zusammenfiel.

Franco wandte sich hierauf der inneren Lage in der Sowjetunion zu. Er äußerte, daß seiner Ansicht nach eine der größten Leistungen der Sowjetregierung die kulturelle Hebung der Sowjetvölker sei. Analphabetismus sei so gut wie verschwunden, und der Prozentsatz der sowjetischen Studenten sei höher als in anderen Ländern. Hierin liege eine der Hauptstärken des Sowjetregimes. Die gesellschaftliche Umbildung in der Sowjetunion müsse auch tiefgehende politische Folgen haben. Es sei schwer verständlich, daß in den 45 Jahren des Bestehens der Sowjetunion es noch nicht zu einem Regimewechsel gekommen sei. Er meine damit nicht die Wandlungen, die sich unter Chruschtschow gegenüber der Zeit Stalins vollzogen hätten, sondern den Umstand, daß es bisher noch niemals zu einer politischen Erhebung oder Einflußnahme der bewaffneten Streitkräfte gekommen wäre.

Ich erwiderte hierauf, daß nach meiner Kenntnis, die sich vor allem auf meinen vierjährigen Aufenthalt in Rußland in den Dreißiger Jahren stütze[6], die Streitkräfte durch einen so umfangreichen Apparat politisch überwacht würden, daß sie sich niemals zu einem politischen Machtfaktor, etwa wie in Argentinien[7], entwickeln könnten.

Ich sagte alsdann, daß vieles für die Ansicht spräche, daß die Entstehung einer neuen Gesellschaft in der Sowjetunion die Neigung, einen Krieg zu führen, erheblich herabgemindert hätte. Dies drücke sich auch in der Politik Chruschtschows aus. Ein Beweis dafür sei ferner der chinesisch-sowjetische Konflikt über die Frage der Unvermeidbarkeit des Krieges zur Herbeiführung der Weltrevolution.[8] *Franco* warf daraufhin die Frage auf, warum denn dann die Kommunisten in der ganzen Welt weiter auf einen Umsturz hinarbeiteten. Ich entgegnete, daß meiner Ansicht nach die kommunistischen Parteien außerhalb des Sowjetblockes ein starkes Machtinstrument in der Hand der Sowjets bildeten und daß ihre Aktivität dazu beitrüge, die Schlagkraft des Westens erheblich zu schwächen. Jedoch glaubte ich nicht, daß die Sowjets an einen Krieg zur Erreichung ihrer Ziele dächten.

[4] Zum Ungarn-Aufstand von 1956 vgl. Dok. 130, Anm. 6.

[5] Zur Suez-Krise von 1956 vgl. Dok. 20, Anm. 12.

[6] Wolfgang Freiherr von Welck war von 1933–1936 an den Generalkonsulaten in Charkov und Leningrad sowie an der Botschaft in Moskau tätig.

[7] Am 27./28. März 1962 verhinderte das argentinische Militär, daß die bei den Bundes- und Provinzialwahlen vom 18. März 1962 siegreichen Neo-Peronisten die Regierung bilden konnten. Der am 29. März 1962 vereidigte Präsident des argentinischen Senats, José-Maria Guido, regierte mit der Unterstützung des Militärs.

[8] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. auch Dok. 83, Anm. 4.

Der *Staatschef* wechselte hierauf das Thema und kam auf die amerikanische Wirtschaftslage zu sprechen. Der spanische Botschafter in Washington, Garrigues, hätte ihm kürzlich über ein Gespräch berichtet, das er mit Präsident Kennedy geführt hätte. Präsident Kennedy hätte dem Botschafter gesagt, daß die Frage der passiven amerikanischen Zahlungsbilanz eine seiner größten Sorgen bilde und daß er gezwungen sein würde, seine ganze Politik Europa gegenüber zu ändern und die militärische Unterstützung Europas abzubauen, wenn es ihm nicht gelänge, dieses Problem zu lösen.[9] Er, Franco, halte diese Äußerung für übertrieben. Es würde ihn interessieren, wie unsere Auffassung hierzu sei.

Ich erwiderte, daß die ständige Passivität der amerikanischen Zahlungsbilanz tatsächlich ein ernstes Problem nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern für die Weltwirtschaft sei. Allerdings würden auch heute noch jährlich Beträge durch die amerikanische Wirtschaft im Auslande investiert, die das Zahlungsbilanzdefizit übersteigen. Die amerikanische Klage, daß die Vereinigten Staaten ungeheure Mittel aufgewandt hätten, um den europäischen Staaten nach dem Kriege wirtschaftlich wieder auf die Beine zu helfen,[10] und daß diese jetzt vielfach noch nicht bereit wären, sich in entsprechender Höhe wie die Vereinigten Staaten an den gemeinsamen Verteidigungskosten zu beteiligen, schiene mir berechtigt. Tatsächlich ginge die Expansion der europäischen Wirtschaft in einem viel schnelleren Rhythmus vor sich wie die der amerikanischen. Die Amerikaner wendeten jährlich über 40 Milliarden für Verteidigungszwecke auf. Der Beitrag der Bundesregierung von 18 Milliarden DM sei auch nicht unbedeutend. Wir stünden auf dem Standpunkt, daß wir alles tun müßten, um die Amerikaner zu entlasten und die gemeinsame Verteidigung zu verstärken.

Franco meinte, dies sei wohl richtig, aber die amerikanische Argumentation sei wohl etwas einseitig.

Hierauf verabschiedete sich der Staatschef in sehr herzlicher Weise von mir. Er dankte mir für meine Tätigkeit in den vergangenen fünf Jahren und sagte, er hoffe, mich einmal in Spanien wiederzusehen. Er brauche mir nicht zu sagen, daß Spanien immer ein guter Freund Deutschlands sei.

Welck

Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 166

[9] Die Zahlungsbilanz der USA wies im Jahr 1962 ein Defizit von 2,2 Milliarden Dollar aus. Gleichzeitig schmolzen die amerikanischen Goldreserven von 20,6 Milliarden Dollar im Jahr 1958 auf 16 Milliarden Dollar im Jahr 1962. Grund für diesen Abfluß von Geldern waren die Kosten für die Stationierung von Truppen im Ausland, die Entwicklungshilfe sowie die Handelsverluste durch die Agrarmarktverordnungen der EWG.
Während eines Besuchs des Bundesministers Krone in Washington wurde von amerikanischer Seite darauf hingewiesen, daß die USA aufgrund dieser Haushaltslage gezwungen sein könnten, Truppen aus Europa abzuziehen. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 16. Mai 1963, Abteilung II (II 6), VS-Bd. 206; B 150, Aktenkopien 1963.

[10] Im Rahmen des sogenannten Marshall-Plans (European Recovery Program) investierten die USA zwischen 1948 und 1951 17 Milliarden Dollar in den Wiederaufbau Europas.

186

Aufzeichnung des Bundeskanzlers Adenauer

St.S. 140/63 geheim **4. Juni 1963**[1]

Am Dienstag, den 28. Mai 1963, hatte mich der „Verein der Auslandspresse" aus Anlaß ihres Jahresfestes zu einem Abendessen eingeladen. Auf dem Essen sprach mich Botschafter Smirnow an. Er sagte, ob man nicht über unsere Fragen verhandeln könnte, oder ob ich das nicht tun könnte, ehe Präsident Kennedy hier gewesen sei.[2]

Ich sagte ihm, er habe ja mit Botschafter Kroll gesprochen. Kroll habe mir die Niederschrift des Gespräches zukommen lassen.

Smirnow fuhr mir ins Wort und sagte, er habe Kroll gebeten, mir die Niederschrift[3] zukommen zu lassen.

Ich sagte darauf zu Smirnow, Kroll stehe unmittelbar vor seinem Ausscheiden aus seinem Amt. Er scheide am 1. Juni 1963 aus. Ich würde mit ihm überlegen, was zu tun sei. Mit dem Ergebnis unserer Überlegungen werde er zu ihm, Smirnow, kommen.

Ich habe dann am 4. Juni d. J. mit Herrn Kroll die Angelegenheit besprochen. Ich habe ihm gesagt, ich fände die Antwort, die er Herrn Smirnow gegeben habe, sehr gut[4]. Das sei die richtige Antwort gewesen auf meinen nicht beantworteten Vorschlag[5] gegenüber Botschafter Smirnow in dem Gespräch am 6. Juni 1962.

Herr Kroll meinte, es werde sehr schwierig sein, Herrn Chruschtschow anzutreffen, da er eine Reihe von Auslandsreisen vorhabe. Es würde, wenn er jetzt nach Moskau reise, ein unnötiges Aufsehen in der Presse die Folge sein.

Herr Kroll und ich kamen überein, daß er Herrn Smirnow sagen sollte, mein Vorschlag vom 6. Juni 1962 sei von Sowjetrußland überhaupt noch nicht beantwortet.[6] Es sei wohl das Richtige, wenn von russischer Seite zu dem Vor-

[1] Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde vom Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, am 25. Juli 1963 Staatssekretär Carstens zugeleitet. Dieser vermerkte am 26. Juli 1963 handschriftlich: „Dem Herrn Minister vorzulegen. Das sowj[etische] Papier v[om] 21. 6. 1963 ist nicht dabei. Ich werde es anmahnen." Zum „sowjetischen Papier" vgl. Dok. 200, Anm. 4.
Hat Bundesminister Schröder am 26. Juli 1963 vorgelegen.

[2] Zum Besuch des amerikanischen Präsidenten in der Bundesrepublik und seiner Unterrichtung über die deutsch-sowjetischen Gespräche vgl. Dok. 206.

[3] Vgl. Dok. 155.

[4] Korrigiert aus: „für sehr gut".
Das Wort „Niederschrift" wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu Fragezeichen am Rand.

[5] Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Adenauer vom 6. Juni 1962 („Burgfriedensplan") vgl. Dok. 37, Anm. 29.

[6] Die sowjetische Regierung beantwortete den „Burgfriedensplan" mit einem Schreiben vom 28. Juni 1962, das Botschafter Smirnow am 2. Juli 1962 Bundeskanzler Adenauer überreichte. Vgl. dazu Dok. 155, Anm. 4.

schlag Stellung genommen werde. Dann erst könne man weiter überlegen, wie man weiter verfahren solle.[7]

Ich bat Herrn Kroll, mir unverzüglich Mitteilung zu geben von dem, was Smirnow ihm auf diese Antwort sagen werde.[8] Ich werde dann Herrn Bundesminister Schröder[9] von dem Ganzen unterrichten.

Adenauer[10]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446

187

Runderlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 952/63 geheim **5. Juni 1963**
Fernschreiben Nr. 1833 Plurex **Aufgabe: 6. Juni 1963, 14.30 Uhr**

Dem britischen Botschafter[1], der mich heute aus anderem Anlaß aufsuchte, habe ich zu dem Thema Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt-Organisation[2] folgendes gesagt:

1) Es sei unserer Auffassung nach falsch, den Sowjets Konzessionen zu machen, um ihre Stellung gegenüber den Chinesen zu stärken. Mit einer solchen Politik würde man in ein bodenloses Faß schöpfen.

2) Ein Pakt zwischen beiden Organisationen käme wegen der damit verbundenen Anerkennung der SBZ keinesfalls in Frage. Gedacht worden sei allenfalls früher an parallele Nichtangriffserklärungen.[3]

3) Aber auch solche Nichtangriffserklärungen seien von unserem Standpunkt aus höchst bedenklich. Sie würden letzten Endes auf eine weitere Konsolidierung des Status quo und damit auf eine Schwächung unserer Wiedervereinigungspolitik hinauslaufen. Dies gelte unbeschadet der Tatsache, daß wir selbstverständlich niemals die Wiedervereinigung mit Gewalt erstreben würden.

[7] Dazu hielt Bundesminister Krone am 1. Mai 1963 fest: „Der Kanzler will dieses Gespräch aber nicht ...". Vgl. KRONE, Aufzeichnungen, S. 175.

[8] Vgl. dazu weiter Dok. 200.

[9] Bundesminister Schröder wurde am 29. Juli 1963 vom Bundeskanzleramt unterrichtet. Vgl. dazu Dok. 200, Anm. 1.

[10] Paraphe vom 4. Juni 1963.

[1] Frank K. Roberts.

[2] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 117, Anm. 12. Zur Wiederaufnahme dieses Vorschlags vgl. weiter Dok. 215.

[3] Der Vorschlag einer Nichtangriffserklärung war Bestandteil der amerikanischen „draft principles" vom April 1962. Vgl. dazu Dok. 62, Anm. 11.

4) Unter diesen Umständen kämen Nichtangriffserklärungen nach unserer Auffassung allenfalls in Betracht, wenn die Russen bedeutende Gegenleistungen im Bereich der Deutschland- und Berlin-Frage zu erbringen bereit seien. Wir hätten früher die Nichtangriffserklärungen im Zusammenhang mit einer einwandfreien Zugangsregelung nach Berlin[4] behandelt.

Solange keinerlei Anzeichen für sowjetische Konzessionen zu erkennen seien, sollten wir in der Verfolgung des Nichtangriffserklärungsprojekts sehr vorsichtig sein.[5]

Der Botschafter erklärte, die britische Auffassung stimme mit der von mir geäußerten Auffassung überein.[6] Er werde dennoch London sofort unterrichten.

Carstens[7]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

[4] Vgl. dazu auch Dok. 62.

[5] In einer Aufzeichnung des Planungsstabs vom 14. Juni 1963 wurde dazu festgestellt: „Auf dem Gebiet der speziell deutschen Interessen bedeutete auch eine vertragslose Nichtangriffsregelung politischen Gewinn für die andere Seite. Der damit gegebene Verhandlungswert müßte daher so weit wie möglich für die westliche Deutschland- und Berlin-Politik konkret nutzbar gemacht werden: ... Unter der Voraussetzung, daß auf diese Weise ein Gleichgewicht der Interessen auch auf dem Gebiet der Deutschland- und Berlin-Politik gesucht wird, könnte die deutsche Zustimmung dazu ins Auge gefaßt werden, daß in den amerikanisch-sowjetischen exploratorischen Gesprächen, zugleich mit der Zurückweisung des sowjetischen Pakt-Entwurfs, ein westlicher Vorschlag für die Verbesserung des Verhältnisses zwischen den beiden Mächtegruppen vorgebracht wird." Vgl. Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 337; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Mit Runderlaß vom 6. Juni 1963 informierte Staatssekretär Carstens auch über ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter. Anders als der britische Botschafter stellte McGhee den Ausführungen von Carstens die Auffassung entgegen, „es bestehe immer noch eine Chance, im Zugang nach Berlin Verbesserungen durchzusetzen. Ob man dafür die Nichtangriffserklärungen, an denen den Sowjets unverhältnismäßig viel zu liegen scheine, anbieten könne?" Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Paraphe vom 6. Juni 1963.

188

Gespräch des Ministerialdirigenten Böker mit Abteilungsleiter Strong, amerikanisches Außenministerium, in Washington

Pol. 708-83.00-1279/63 geheim[1] **5. Juni 1963**[2]

Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen Herrn Ministerialdirigent Böker und dem Direktor des Office of Near Eastern Affairs im State Department, Robert C. Strong, am 5. Juni 1963.

Herr *Böker* schilderte einleitend, daß die Bildung der VAR am 17. 4. in dieser Form[3] in Bonn überrascht habe.

Mr. *Strong* meinte, daß die drei Länder unter dem Zwang handelten, etwas Konkretes zu erreichen. Man wage noch keine Voraussage über die weitere Entwicklung und das Gelingen dieser Union, sei jedenfalls angesichts gewisser unüberbrückbarer Gegensätze zwischen Ägypten und den anderen arabischen Ländern recht skeptisch.[4] Jedenfalls werde es innerhalb der VAR-Staaten kein enges Teamwork geben. Herr Böker ergänzte dies durch Zitierung von skeptischen Aussprüchen arabischer Diplomaten in Bonn.

Nassers Haltung gegenüber den Kurden und Talabanis Reise nach Kairo[5] wurden erörtert.

Mr. Strong erklärte, daß in Jordanien nur eine begrenzte Zahl, insbesondere von Schülern, versucht habe, auf die Regierung pro-ägyptischen Druck auszuüben. Die Baath-Partei in Syrien und Irak könne ihre Schwesterpartei in Jordanien nicht auf sich allein gestellt sein lassen. Wenn sie also, wie zu erwarten, versuchen wird, die Stellung der Baath-Partei in Jordanien zu verstärken, werde dies wiederum Ägypten auf den Plan rufen, was zu neuem Zwist und im Laufe der nächsten Jahre zu einer außerordentlich unruhigen und gefährlichen Situation führen könne.

Man könne allgemein sagen, daß eine Stärkung der Baath-Parteien in den arabischen Ländern zu einer verschärften Haltung gegenüber Israel führe und die mit der Ölgewinnung zusammenhängenden Probleme vergrößere.

[1] Aktenzeichen des Begleitschreibens.

[2] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat Hölscher am 5. Juni 1963 gefertigt und am selben Tag mit einem Begleitschreiben von der Botschaft in Washington an das Auswärtige Amt übersandt.

[3] Zur Proklamation vom 17. April 1963 über einen Zusammenschluß der VAR (Ägypten), Syriens und des Irak vgl. Dok. 146, Anm. 2.
Zur Reaktion der Bundesrepublik vgl. Referat I B 4, Bd. 16. Vgl. dazu auch den Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 25. April 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Zum endgültigen Scheitern des Zusammenschlusses im September 1963 vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 215; AdG 1963, S. 10826.

[5] Jalal Talabani, einer der führenden kurdischen Vertreter, hielt sich Ende Mai/Anfang Juni 1963 für zwei Wochen in Kairo auf, um die Stellung der Kurden in der geplanten Föderation VAR–Syrien–Irak zu klären. Botschafter Weber, Kairo, berichtete am 4. Juni 1963 hierzu, der ägyptische Präsident habe sein anfängliches Interesse am Kurden-Problem offenbar wieder verloren. Nasser spreche sich unverbindlich für baldige, direkte Verhandlungen zwischen den Kurden und der irakischen Regierung aus. Vgl. dazu Referat I B 4, Bd. 38.

Die Vereinigten Staaten würden im Falle eines Umsturzes in Saudi-Arabien wahrscheinlich nicht militärisch intervenieren, wenn ganz klar sei, daß keine ausländische Macht ihre Hände im Spiel habe.

Im Falle Jordaniens lasse man es bei einem Umsturzversuch bewußt offen, wie die Vereinigten Staaten darauf reagieren würden; dies sei gleichzeitig die beste Politik gegenüber Israel.

Auf die Lage Israels übergehend erläuterte Herr *Böker* die Probleme der deutschen Israel-Politik und die Reise Staatssekretär Hopfs nach Israel.[6] Das Auswärtige Amt habe weder von Israel noch von Staatssekretär Hopf, dem die entsprechende Dokumentation zugängig gemacht worden sei, die israelischen Unterlagen über die Beteiligung von deutschen Wissenschaftlern an der Rüstung der VAR erhalten.[7] Soweit man bisher in Bonn wisse, seien weder deutsche noch andere Wissenschaftler mit der Herstellung von ABC-Waffen beschäftigt. Von 12 mit dem Raketenbau beschäftigten Deutschen kämen 6 aus der Sowjetzone, 4 aus der Bundesrepublik und 2 aus Österreich.

Mr. *Strong* war überzeugt, daß die Frage der deutschen Wissenschaftler in Kürze und wahrscheinlich in noch stärkerem Maße in diesem Lande wieder hochgespielt werden würde.[8] Wenn man dann bessere Informationen über die Tätigkeit dieser Wissenschaftler besitze, würde es leichter sein, diese Frage in der rechten Perspektive zu sehen und zu behandeln.

Auf der amerikanischen Seite gehe man davon aus, daß die vorhandenen ägyptischen Raketen 500 Pfund konventionellen Explosivstoff befördern könnten und eine Streuung von 10 bis 20 Meilen hätten. Wenn die Ägypter die wichtigsten Ziele, Tel-Aviv und drei Flugplätze, durch Raketen ausschalten wollten, würden sie nach hiesiger Schätzung tausende von Raketen benötigen. Erst wenn sie für diese Raketen auch ein Lenkungssystem bauen und dann viel akkurater zielen könnten, ergebe sich eine wirkliche Gefahr für Israel. Daher sei die amerikanische Regierung sehr daran interessiert zu erfahren, ob die deutschen Wissenschaftler in der Lage seien, solche Lenkungssysteme zu entwickeln; vgl. frühere Drahtberichte der Botschaft[9].

Mr. Strong erachtete das Folgende als Hauptziele der israelischen Außenpolitik:

1) Die Bande Ägyptens zum Westen zu schwächen. Den anderen arabischen Staaten messe Israel insofern kein besonderes Gewicht bei. Dieses Ziel versuche man zur Zeit dadurch zu erreichen, indem man die Gefahr, die Israel angeblich von Ägypten drohe, dramatisiere.

[6] Vgl. dazu bereits Dok. 133.

[7] Zu den diesbezüglichen Ausführungen des Botschafters Shinnar gegenüber Bundesminister Schröder vgl. Dok. 142.

[8] Zur Tätigkeit der Wissenschaftler in der VAR vgl. weiter Dok. 289.

[9] Dazu vor allem der Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 17. April 1963, in dem der Text eines amerikanischen Aide-mémoire wiedergegeben wurde: „We would appreciate an effort by the F[ederal] R[epublic of] G[ermany] to obtain as complete information as possible, including the experience and capabilities of the German scientists working on the rockets, and we would hope the F[ederal] R[epublic of] G[ermany] would share fully with us such information." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. auch Referat I B 4, Bd. 18.

2) Eine Sicherheitsverbindung, wenigstens mit den Vereinigten Staaten, herzustellen. Über schriftliche Garantien[10] hinaus suche Israel auch unmittelbare militärische Verbindungen, insbesondere Öffnung der amerikanischen Arsenale für Israel, was bisher immer abgelehnt worden sei.

3) Falls die Herstellung solcher militärischer Verbindungen zu den Vereinigten Staaten gelänge, würde Israel versuchen, dies vor den arabischen Staaten herauszustellen, um sie entsprechend zu beeindrucken.

4) Man dürfe auch annehmen, daß Israel sich bis zum Westufer des Jordan ausdehnen würde, falls das irgendwie möglich wäre („if they would get away with it").

Zum Jemen übergehend erklärte Mr. Strong, daß es Ziel der amerikanischen Politik gewesen sei, eine Ausweitung der Kampfhandlungen zu vermeiden.[11] Man glaube, dieses Ziel erreicht zu haben. Nun erwarte man, daß die ersten VN-Kontingente in den nächsten Tagen im Jemen eintreffen könnten. Im State Department sei man der Ansicht, daß der Einsatz einer kleinen Gruppe von Beobachtern schon ausreichend sei, wenn diese die Hauptnachschublinien und die Flugplätze von Sana und Hodeida kontrollieren würden.[12] Man erwarte nicht, daß die Ägypter ihre Truppen ganz zurückzögen, bevor sich die Lage stabilisiert habe. Der ägyptischen Regierung habe man klargemacht, daß amerikanische Truppen in der Nähe von Dahram „Übungen" abhalten würden, und daß auch einige Einheiten in die Nähe von Djidda verlegt werden würden. Zur Zeit hätten die Sowjets nach amerikanischen Schätzungen etwa 1000 Leute im Jemen, der größte Teil davon sei Militärpersonal und mit der Verbesserung und Verlängerung von Rollbahnen beschäftigt. Der Jemen sei auch einer der wenigen Fälle, in denen die Sowjetunion grant aid, d. h. Geschenke, gewährten. Soweit bekannt, gewähre die Sowjetzone Budget-Hilfe.[13] Trotz des offensichtlichen Interesses verschiedener Ostblockstaaten werde der Jemen bedacht sein, seine Unabhängigkeit nicht zu verlieren, und die VAR darauf bedacht sein zu verhindern, daß der Sowjetblock im Jemen die Oberhand gewinne. Es sei zu erwarten, wenn sich die Lage im Jemen weiter beruhigt habe, daß andere arabische Staaten erhöhtes Interesse am Jemen gewännen, neben dem Irak vielleicht auch Saudi-Arabien.

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221

[10] Zum Vorschlag des israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion für ein Sicherheitsbündnis USA–UdSSR–Israel vgl. Dok. 182, Anm. 5.

[11] Zum Bürgerkrieg im Jemen und dem von den USA vermittelten Waffenstillstand vom 12. April 1963 vgl. Dok. 146, Anm. 13.

[12] Am 11. Juni 1963 beschloß der UNO-Sicherheitsrat die Entsendung von Beobachtern in den Jemen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 144.

[13] Im März 1963 stimmte die jemenitische Regierung der Umwandlung der dortigen Handelsvertretung der DDR in ein Konsulat zu. Im Gegenzug gewährte die DDR dem Jemen angeblich eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 5 Millionen Pfund Sterling. Vgl. dazu Referat I B 4, Bd. 63.

189

Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-4057/63 geheim
Fernschreiben Nr. 461
Cito

Aufgabe: 5. Juni 1963
Ankunft: 6. Juni 1963, 9.00 Uhr[1]

I. Hier vorliegenden Zeitungsmeldungen zufolge, die in VAR-Regierungskreisen größte Beachtung finden und im Zusammenhang mit den Äußerungen von Bundestagspräsident Gerstenmaier anläßlich seines Israelbesuchs[2] gesehen werden, soll Bundesminister a. D. Strauß dieser Tage in Israel[3] u. a. folgendes erklärt haben: „Die Zeit für halbe Lösungen sei vorbei. Die Bundesregierung müsse nunmehr eine klare Stellung gegenüber Israel beziehen. Die Hallstein-Doktrin[4] sei zwar nicht aufgegeben, und die Drohungen der arabischen Staaten dürften nicht leicht genommen werden. Wir könnten aber nicht zulassen, daß jemand anderes sagt, was wir tun sollen. Die deutsche Politik gegenüber Israel werde von der Überzeugung bestimmt, daß eine Wiedergutmachung notwendig sei und daß Israel nicht nur eine moralische und materielle, sondern auch eine politische Frage darstelle. *Die Bundesregierung fühle sich daher verantwortlich für das Leben und die Existenz Israels. Die israelischen Sicherheitsfragen seien darin eingeschlossen.* Die Arbeit deutscher Wissenschaftler in der VAR[5] bereite der Bundesregierung Sorge. Er, Strauß, gehöre zu den deutschen Politikern, die ihr Möglichstes tun, um die Tätigkeit der Wissenschaftler zu beenden."[6] Auf die vielfachen Anfragen der hiesigen Presse und amtlicher Stellen habe ich bisher erklärt, daß Herr Strauß lediglich seine private Ansicht zum Ausdruck bringt, aber nicht im Namen der Bundesregierung sprechen könne. Die Auffassung der Bundesregierung sei erst kürzlich, und zwar gleichzeitig mit dem Reiseantritt von Herrn Strauß, durch Herrn Staatssekretär von Hase in dem gleichen Sinne zum Ausdruck gebracht worden[7] wie in der Note der Bundesregierung vom 13. 3. 63[8], die im Anschluß an den Israel-Besuch des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier an die arabischen Regierungen gerichtet wurde.

[1] Hat dem Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika", Schirmer, am 7. Juni 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu Dok. 14, Anm. 3.

[3] Der CSU-Vorsitzende Strauß hielt sich vom 28. Mai bis zum 7. Juni 1963 in Israel auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 139. Dazu auch Referat I B 4, Bd. 47.

[4] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 19, Anm. 3.

[5] Vgl. dazu bereits Dok. 133 und Dok. 173.

[6] Zur Haltung des Bundestages in dieser Frage vgl. auch Dok. 173, Anm. 5. Zu den – in der Presse wiedergegebenen – Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Strauß während seines Israel-Besuchs vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 11. Juni 1963; Referat I B 4, Bd. 47.

[7] Im Zusammenhang mit dem Besuch des CSU-Vorsitzenden Strauß in Israel bekräftigte der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, daß die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht aktuell sei. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 124 vom 30. Mai 1963, S. 3.

[8] Zur Note vom 13. März 1963 vgl. Dok. 146, Anm. 10.

Im Hinblick auf die vielfachen Anfragen wäre ich für Weisung dankbar, ob die Erklärungen des Sprechers der Bundesregierung auch gegenüber den letzten Ausführungen von Herrn Strauß, in denen dieser sich zum Interpreten der Nahostpolitik der Bundesregierung aufgeworfen hat, volle Gültigkeit besitzen. Ich bitte ferner zu erwägen, ob nicht angesichts des weitreichenden Inhalts der letzten Erklärungen von Herrn Strauß eine erneute Klarstellung der Haltung der Bundesregierung vor der Öffentlichkeit angebracht wäre.

Dem Vernehmen nach soll Herr Strauß ferner den Besuch des Herrn Bundeskanzlers (für die Zeit nach seinem Rücktritt?) in Aussicht gestellt haben.[9] Da auch dieser Punkt hier größtem Interesse begegnet, bitte ich hierzu gleichfalls um Sprachregelung.

II. Ich halte mich verpflichtet, aus hiesiger Sicht zu den Erklärungen von Herrn Strauß auf folgende Gesichtspunkte hinzuweisen, die ich z. T. auf der Botschafterkonferenz in Rhodos[10] vorgetragen und z. T. in früheren Berichten erwähnt habe:

1) Die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel ist meines Erachtens keine Frage des ob, sondern des wann. Auch die verantwortlichen israelischen Staatsmänner können sich der Einsicht nicht verschließen, daß der entscheidende Schritt der Bundesregierung nicht für sich allein die Ursache einer weiteren dramatischen Verschärfung des israelisch-arabischen Verhältnisses bilden sollte. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen der VAR auf der einen und den baathistischen Kräften in Irak und Syrien auf der anderen Seite über Form und Inhalt der im Augenblick noch fragwürdigen Dreier-Föderation[11] haben Israel zweifelsohne eine Atempause und bessere Aussichten auf Verteidigung seiner Position im nahen Orient verschafft.[12] Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik würde aber in allen drei Staaten – darüber hinaus vermutlich in der ganzen arabischen Welt – wie ein Geschenk des Himmels von allen zur Zeit noch widerstreitenden arabischen Kräften als Signal für eine Schließung der Reihen unter Verzicht auf alle innerarabischen Auseinandersetzungen betrachtet werden und einen wesentlichen neuen Impuls für die Schaffung einer aggressiven Einheitsfront gegen Israel liefern.[13]

Ich könnte mir vorstellen, daß z. B. ein günstiger Zeitpunkt für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gegeben sein könnte, wenn etwa Mitte 1964 die Ableitung des Jordanwassers vorgenommen wird.[14] Die arabischen Staaten haben – z. T. im Rahmen der arabischen Liga – ihre gemeinsame unverbrüchliche Entschlossenheit verkündet, sich mit dieser Ableitung nicht abzufinden

[9] Zum Besuch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer 1966 in Israel vgl. Dok. 182, Anm. 15.

[10] Zur Nahost-Botschafterkonferenz in Rhodos vom 2. bis 6. April 1962 vgl. Referat III B 1, Bd. 318.

[11] Zum Zusammenschluß der drei arabischen Staaten im April 1963 vgl. bereits Dok. 188, besonders Anm. 3 und Anm. 4.

[12] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer: „Das unterstellt, daß die VAR eine verstärkte Bedrohung Israels sei – was keinesfalls unbestritten ist."

[13] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer: „Dann sollte Nasser uns doch dankbar sein – kein gutes Argument."

[14] Zu den israelischen Plänen, für Bewässerungsvorhaben den Jordan abzuleiten, vgl. Referat I B 4, Bd. 91; Akten Dr. Voigt (Nahost-Dokumentation), VS-Bd. 6.

und ihr als einer Bedrohung der arabischen Lebensinteressen mit allen zu Gebot stehenden Mitteln entgegenzutreten. Der hierdurch im Nahen Osten entstehende Konflikt wird wahrscheinlich nur durch ein aktives Eingreifen der Weltmächte – insbesondere der Vereinigten Staaten – im Wege eines Kompromisses zu lösen sein. Im Rahmen dieser Bemühungen, auf weltpolitischer Ebene den Palästina-Konflikt einzudämmen und für die kommenden Jahre einen für beide Seiten erträglichen Status quo zu etablieren, könnte auch die Bundesrepublik einen Beitrag durch entsprechende Formalisierung ihrer schon jetzt ausgezeichneten Beziehungen zu Israel leisten.[15]

2) Herr Strauß – wie vor ihm auch schon Bundestagspräsident Gerstenmaier und andere Befürworter einer baldigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel – übersehen, daß die unmittelbare Folge einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel nicht nur die Anerkennung der Ostzone wäre, sondern, wofür hier und wahrscheinlich auch in manchen anderen arabischen Staaten untrügliche Zeichen vorliegen, *der sofortige Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik.*[16] Der Ostzone würde durch volle diplomatische Anerkennung im Nahen Osten nicht nur der entscheidende Dammbruch in die Hallstein-Doktrin geliefert, sondern ihr würde darüber hinaus unsere gesamte kulturelle und wirtschaftliche Position, insbesondere auf dem Gebiet der technischen Erziehung, deren Aufbau uns viele Jahre harter Arbeit gekostet hat, über das Medium der Sprache ohne eigene Anstrengung in den Schoß fallen. Gedacht sei nur an die Zahl von 15 000 Teilnehmern an deutschen Unterrichtskursen, die zu einem wesentlichen Teil der technischen Intelligenz des Landes angehören. Die kampflose Räumung unserer Positionen im arabischen Raum und der Wegfall unseres mäßigenden Einflusses könnte für Israel nur Nachteile mit sich bringen.

3) Das in Deutschland oft gehörte Argument, die arabischen Staaten, insbesondere aber die VAR, würden sich sehr hüten, in ihren Reaktionen gegenüber einem deutschen Schritt zu weit zu gehen, da sie auf die Leistungen aus der deutschen Wirtschaftshilfe angewiesen seien, übersieht einen entscheidenden Punkt: die arabische Mentalität. Bei Fragen, die das Prestige der arabischen Nationen und ihrer Staatsmänner so entscheidend beeinflussen wie das Verhältnis zu Israel, scheiden nach den Erfahrungen der Vergangenheit alle Argumente rationaler Art aus. Darüber hinaus zeigt eine nüchterne Prüfung der deutschen Leistungen, daß – abgesehen von der in ihren Wirkungen sehr beachtlichen und anerkannten technischen Erziehungshilfe – die großen Projekte früherer Jahre (z. B. Kima, Heluan-Stahlwerk)[17] im wesentlichen auf kommerzieller Basis finanziert wurden, während die Infrastrukturhilfe erst

[15] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer: „Nein. Das wäre eine eindeutige anti-arabische Stellungnahme in einem Konflikt-Fall und daher viel schwerwiegender als eine ‚Routine'-Aufnahme der Beziehungen."

[16] Der letzte Halbsatz wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schirmer hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Dieses Argument ist richtig – heute wie später."

[17] Der Passus „abgesehen von der in ihren Wirkungen ... Jahre (z. B. Kima, Heluan-Stahlwerk)" wurde aufgrund einer von der Botschaft Kairo übermittelten Berichtigung nachträglich in den Drahtbericht eingefügt.

im Begriff ist anzulaufen.[18] In diesem Zusammenhang zeigt sich schon jetzt, wie stark die Bemühungen nicht nur des Ostens, sondern auch unserer westlichen Verbündeten sind, das nach der Suezkrise[19] verlorene Terrain durch großzügige Hilfeleistungen nach Kräften wiederzugewinnen.[20] Schon aus diesem Grunde kann nicht erwartet werden, daß bei den ägyptischen Überlegungen die Aussicht, für die Zukunft deutsche Hilfe entbehren zu müssen, in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle spielt.

4) Als besonders schwerwiegend[21] werden hier die Äußerungen von Herrn Strauß empfunden, wonach die Bundesrepublik für das Leben, die Existenz und die Sicherheit Israels Verantwortung trage. Nach dem Appell Ben Gurions an die Weltmächte, Sicherheitsgarantien für die Erhaltung des Status quo im Nahen Osten zu übernehmen[22], wird darin das Angebot einer deutschen Sicherheitsgarantie für Israel gesehen, obwohl Herr Strauß vermutlich damit nur eine moralische, nicht eine völkerrechtliche Verantwortung angesprochen hat. Hier versteht man nicht, welche Veranlassung die Bundesrepublik haben sollte, derartige weitgehende Erklärungen abzugeben, die sie im Ernstfall weder mit militärischen noch mit sonstigen Mitteln realisieren kann und die auch im Gegensatz zu ihrer auf Ausgleich bedachten Nahostpolitik stehen, wenn selbst die Vereinigten Staaten dem Appell Ben Gurions auf Abgabe von Garantieerklärungen dieser Art mit großer Reserve gegenüberstehen[23] und sich ihre Handlungsfreiheit für alle Eventualitäten vorbehalten. Besonders zu diesem Punkt würde eine Klarstellung der Bundesregierung vor der Öffentlichkeit geeignet sein, dem durch die sich häufenden Erklärungen deutscher Politiker hier ständig wachsenden Mißtrauen gegenüber unseren Absichten zu begegnen.

5) In hiesigen Regierungskreisen versteht man ferner nicht, weshalb das Thema der deutschen Sachverständigen immer wieder gerade von deutscher Seite erneut aufgegriffen wird, nachdem es dank der zurückhaltenden Behandlung durch alle Beteiligten – nicht zuletzt der israelischen Regierung selbst – die Weltöffentlichkeit kaum noch beschäftigt.

Auf die Ausführungen meines Drahtberichts vom 22. 7. 61 – Nr. 734 geheim[24] –, der auch heute noch unveränderte Gültigkeit hat, darf ich hinweisen.

[18] Im Anschluß an den Besuch des Bundesministers Scheel in der VAR vom 5. bis 16. April 1963 legte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 15. April 1963 einen zusammenfassenden Bericht über die entwicklungspolitischen Maßnahmen der Bundesrepublik in der VAR (Ägypten) vor. Dabei wurden auch die Projekte Heluan-Stahlwerk und Kima-Düngemittelfabrik einer kritischen Würdigung unterzogen. Vgl. dazu Referat I B 4, Bd. 13.

[19] Zur Suez-Krise von 1956 vgl. Dok. 20, Anm. 12.

[20] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer: „Konkrete Hilfe wirtschaftlicher Art kann von Ägypten sowohl aus Ost- wie aus West-Lieferungen ersetzt werden."

[21] Das Wort „schwerwiegend" wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schirmer hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Wichtig."

[22] Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Ben Gurion für ein Sicherheitsbündnis USA–UdSSR–Israel vgl. Dok. 182, Anm. 5.

[23] Botschafter Knappstein, Washington, berichtete am 13. Mai 1963, der Gedanke eines Abkommens mit der UdSSR zum Schutz Israels sei für die USA indiskutabel. Ein bilaterales Abkommen mit Israel liege jedoch im Bereich des Möglichen. Vgl. Referat I B 4, Bd. 15.

[24] Vgl. Akten Dr. Voigt (Nahost-Dokumentation), VS-Bd. 66.

Ich bitte die Länge des Telegramms zu entschuldigen. Wegen der Dringlichkeit und der sehr ernsten Aspekte der Angelegenheit fühlte ich mich aber zur vollständigen Darlegung der wichtigsten einschlägigen Gesichtspunkte aus hiesiger Sicht verpflichtet.[25]

[gez.] Weber

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205

190

Hauserlaß des Ministerialdirektors Krapf

II 7-81-00-2/2288[I]/63 geheim **5. Juni 1963[1]**

Betr.: NATO-Ministerkonferenz in Ottawa

Nachstehend wird der Informationserlaß vom 31. Mai 1963 an die größeren Vertretungen über die NATO-Ministerkonferenz in Ottawa vom 22.–24. Mai 1963 mit der Bitte um Kenntnisnahme übermittelt:

I. Die Ministerkonferenz der NATO in Ottawa vom 22. bis 24. Mai 1963 ist erfolgreich verlaufen und hat bewiesen, daß die Spannungen innerhalb der Allianz in den letzten Monaten die Substanz der NATO nicht berührt haben, und daß alle NATO-Partner bemüht sind, diese Spannungen zu überwinden. Sie faßte wichtige Beschlüsse auf militärischem Gebiet und ergab in der außenpolitischen Diskussion eine weitgehende Übereinstimmung der Ansichten.

II. Im Mittelpunkt der außenpolitischen Beratungen standen das Ost/West-Verhältnis und die Entwicklung im kommunistischen Block.[2] Mehrere Außenminister äußerten die Ansicht, daß die Sowjetpolitik gegenwärtig eine Phase des Immobilismus durchlaufe. Aus dieser Feststellung wurden zum Teil unterschiedliche Folgerungen gezogen. Während die Mehrzahl der Außenminister für eine feste und wachsame Haltung gegenüber dem Sowjetblock eintrat, empfahl Außenminister Spaak als einziger, Punkte der Übereinstimmung zwischen dem Westen und der Sowjetunion zu suchen.

Außenminister Rusk teilte Einzelheiten über seine Besprechungen mit Botschafter Dobrynin mit.[3] Er äußerte die Ansicht, daß diese Besprechungen keinen Ausblick auf eine wirkliche Entspannung eröffneten. Es liege aber im westlichen Interesse, diese Kontakte aufrecht zu erhalten. Rusk hielt es für möglich, daß die Sowjets ihre Kernwaffenversuche bald wieder aufnehmen.

25 Vgl. dazu weiter Dok. 198.

1 Durchdruck für Ministerialdirektor von Haeften.

2 Vgl. dazu auch den Drahterlaß des Bundesministers Schröder, z.Z. Ottawa, vom 24. Mai 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8489; B 150, Aktenkopien 1963.

3 Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Rusk mit dem sowjetischen Botschafter Dobrynin vgl. auch Dok. 178.

Bundesminister Schröder führte aus[4], daß die der Sowjetunion Schwierigkeiten verursachenden Spannungen innerhalb des Ostblocks nicht überschätzt werden dürften und daß die gegenwärtige außenpolitische Zurückhaltung Chruschtschows nicht mehr als eine Atempause sei. Er habe in keiner wesentlichen politischen Frage seine früheren Ziele aufgegeben oder größere Kompromißbereitschaft gezeigt. Dies gelte insbesondere für die Berlin-Frage. Der Westen müsse mit neuen Krisen rechnen, sobald sein Widerstandswillen nachlasse oder die Sowjets den Eindruck gewännen, daß dies der Fall sei.

III. Die verteidigungspolitische Beratung erbrachte folgende Ergebnisse:

1) Die Ministerkonferenz beschloß die Reorganisation der nuklearen Streitkräfte der Allianz.[5] Der für dieses Projekt bisher übliche Name „Inter-Allied Nuclear Force" wurde auf französischen Wunsch aufgegeben. Die Minister begrüßten allgemein, daß durch diese Reorganisation SACEUR zusätzliche nukleare Einsatzmittel unterstellt werden (britisches Bomber Command und drei amerikanische Polaris-U-Boote), und daß die Nichtnuklearstaaten in stärkerem Maße an der nuklearen Planung beteiligt werden. Die nuklearen Gefechtsfeldwaffen werden von der Reorganisation nicht berührt.
Dieser Beschluß ist das wichtigste Ergebnis der Konferenz. Er ist auch politisch von großer Bedeutung, weil eine Formel gefunden werden konnte, die eine Zustimmung Frankreichs zu dem Projekt ermöglichte.

2) Die Ministerkonferenz beauftragte den Ständigen NATO-Rat, die miteinander in Zusammenhang stehenden Fragen der konventionellen Streitkräfte-Anforderungen, des Verhältnisses zwischen nuklearen und konventionellen Streitkräften, der NATO-Strategie und der finanziellen Möglichkeiten der Mitgliedstaaten zu untersuchen.

3) Das Projekt der multilateralen Raketenstreitmacht[6] wurde nur am Rande behandelt. Mehrere Mitgliedstaaten bekundeten ihr Interesse. Die Vertreter der skandinavischen Staaten waren spürbar zurückhaltend.

Über das Projekt der multilateralen Raketenstreitmacht haben substantielle Erörterungen bisher ausschließlich in bilateralen Kontakten zwischen den Vereinigten Staaten und interessierten NATO-Partnern stattgefunden.[7]

Die Bundesrepublik hat ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, an einer aus Überwasserschiffen bestehenden, mit Polaris A-3 ausgerüsteten multilateralen Raketenstreitmacht mit gemischten Besatzungen teilzunehmen.[8] Über die wesentlichen Probleme der MLF ist bereits zwischen der Bundesrepublik und den USA Einvernehmen erzielt. Noch offen bleiben technische, juristische[9]

[4] Zu entsprechenden Äußerungen des Bundesministers Schröder vgl. Dok. 178. Vgl. auch seinen Drahterlaß vom 22. Mai 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8489; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Vgl. dazu auch den Drahterlaß des Bundesministers Schröder, z.Z. Ottawa, vom 23. Mai 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8499; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur Vorbereitung der Reorganisation vgl. Dok. 158.

[6] Zur Struktur der MLF vgl. Dok. 12, Anm. 12, und Dok. 120.

[7] Zu den deutsch-amerikanischen Gesprächen über die MLF vgl. Dok. 120.

[8] Vgl. dazu Dok. 82, Anm. 10, sowie Dok. 156.

[9] Vgl. dazu bereits Dok. 162.

und finanzielle[10] Fragen, die in multilateralem Rahmen geklärt werden müssen. Nach deutscher Auffassung würde die MLF eine wesentliche Verstärkung der nuklearen Verteidigung Europas bedeuten und ein wichtiger Faktor der politischen und militärischen Integration und der stärkeren Verknüpfung Nordamerikas und NATO-Europas sein.

gez. Krapf

Abteilung V (D V), VS-Bd. 138

191

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I - I A 1-82.21/94.07/635/63 geheim **6. Juni 1963**

Betr.: Besuch Präsident de Gaulles in Bonn am 4./5. 7.

Botschafter de Margerie suchte mich heute auf. Er ist gestern aus Paris zurückgekehrt. Dienstag, den 4. 6., war er zum Mittagessen bei Präsident de Gaulle.

Zum bevorstehenden Besuch in Bonn (provisorischer Programmvorschlag liegt bei)[1] äußerte sich der Präsident wie folgt:

Er nimmt den Besuch, den er als Arbeitsbesuch auffaßt, sehr ernst. Die Begegnung vom 4./5. 7.[2], zu der er seine Hauptminister mitbringt[3], betrachtet er als eine Art Test für den Vertrag vom 22. 1.[4] Über die bisherige Entwicklung seit dem 22. 1. hat er sich Botschafter de Margerie gegenüber wenig befriedigt geäußert.[5] Er steht unter dem Eindruck, daß seit der Unterzeichnung keinerlei Fortschritte gemacht worden seien. Praktisch sei man auf der Stelle stehen geblieben. Auf militärischem Gebiet sei nichts in die Wege geleitet worden, auf kulturellem Feld ebenfalls nicht. Es stehe bisher nicht einmal fest, wer der deutsche Gesprächspartner für den französischen Kultusminister Fouchet sein werde. Was die EWG angeht, stehe man fast ständig auf Gegenpositionen. Er habe die Absicht, bezüglich der Landwirtschaftsfrage sehr eingehend mit dem Herrn Bundeskanzler zu sprechen.

General de Gaulle hat durchblicken lassen, deutscherseits würdige man offensichtlich nicht ganz, daß französischerseits eine erhebliche Anstrengung erforderlich gewesen sei, um die eigene öffentliche Meinung für ein vollständiges Zusammengehen Frankreichs mit der Bundesrepublik zu gewinnen. Der

[10] Vgl. dazu bereits Dok. 159.

[1] Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136.

[2] Für den Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vgl. Dok. 216–219.

[3] Für die Zusammensetzung der französischen Delegation vgl. Dok. 192, Anm. 9.

[4] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[5] Vgl. dazu auch Dok. 192.

General hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß er bereit sei, sein Bestes zu tun. Er bringe seine Hauptminister mit. Er möchte sich Gewißheit darüber verschaffen, ob man deutscherseits voll und ganz zu dem Vertrag stehe oder ob es nur bei Worten bleiben solle.

Wie de Margerie berichtet, hat General de Gaulle die deutschen Auseinandersetzungen um die Präambel zum Ratifikationsgesetz[6] überhaupt nicht erwähnt. Wahrscheinlich haben ihn diese Auseinandersetzungen aber irritiert.

Im Verlauf des Gesprächs hat de Gaulle darauf hingewiesen, daß ohne eine Europäische Politische Einigung[7] auf die Dauer ein Direktgespräch zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten kaum zu vermeiden sein werde. Hierauf hat de Margerie die Meinung vertreten, man solle deshalb seitens der Bundesrepublik und seitens Frankreichs mit vereinten Kräften auf die politische Union hinarbeiten, die 1962 nicht zustandegekommen sei. Da die Italiener, Belgier und Holländer aus innenpolitischen Gründen z. Z. wenig Bewegungsfreiheit haben, könne eine deutsch-französische Initiative wahrscheinlich Erfolg bringen. Hierauf hat der General nach de Margeries Darstellungen jedoch ausweichend geantwortet. Er hat der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die übrigen Partner der EWG-Staaten z. Z. noch nicht bereit seien, mit der politischen Union Ernst zu machen. Wahrscheinlich werde es bei Worten bleiben, und es werde wiederum die Forderung erhoben werden, die Engländer sofort in die Union miteinzubeziehen. De Margerie wird in seiner Berichterstattung fortfahren anzuregen, von deutscher und französischer Seite der politischen Union einen neuen Anstoß zu geben.

De Margerie ist beauftragt, über die Einstellung seines Präsidenten zu dem Treffen vom 4./5. 7. den Herrn Bundeskanzler, den Herrn Vizekanzler und den Herrn Außenminister zu unterrichten. Er wird dies im Laufe der nächsten Woche tun. Er hat mich bereits heute benachrichtigt, damit das Auswärtige Amt möglichst frühzeitig über die derzeitigen Vorstellungen des Generals orientiert ist.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[8] vorgelegt.

Jansen

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136

[6] Zur Diskussion über die Aufnahme einer Präambel vgl. Dok. 136, Anm. 13.
Zur Entscheidung, das Zustimmungsgesetz mit einer Präambel einzuleiten, vgl. Dok. 143, Anm. 3.

[7] Zum Scheitern der Bildung einer Europäischen Politischen Union vgl. Dok. 57, Anm. 6. Zur Wiederbelebung dieses Ziels vgl. weiter Dok. 213.

[8] Hat Staatssekretär Carstens am 7. Juni 1963 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „Dem H[errn] Minister vorzulegen."
Hat Bundesminister Schröder am 2. Juli 1963 vorgelegen.

192

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem französischen Botschafter de Margerie

Z A 5-71 A/63 streng geheim **11. Juni 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 11. Juni 1963 um 10.30 Uhr den französischen Botschafter de Margerie zu einer Unterredung, bei der außerdem Vortragender Legationsrat I. Klasse Dr. Osterheld zugegen war.

Botschafter *de Margerie* sagte einleitend, am 4. Juni habe er ein sehr langes Gespräch mit General de Gaulle gehabt, der ihn gebeten habe, den Inhalt dieses Gesprächs im Sinne des Vertrauens, das zwischen dem Herrn Bundeskanzler und de Gaulle herrsche, in aller Offenheit dem Herrn Bundeskanzler wiederzugeben. Bei der Unterhaltung sei die allgemeine Lage untersucht worden, und de Gaulle habe seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, bald[2] Gelegenheit zu haben, mit dem Herrn Bundeskanzler diese großen Fragen erörtern zu können.[3] Dazu zähle der Besuch Kennedys[4], die Ost-West-Beziehungen, die Auslegung der Haltung der Sowjetunion, die amerikanische Haltung gegenüber Europa und Fragen der Allianz. Ganz besonders aber wolle de Gaulle über die Auswirkungen des deutsch-französischen Vertrages[5] sprechen.

Botschafter de Margerie sagte, er wolle nicht verhehlen, daß er bei dem Gespräch mit de Gaulle das Gefühl einer gewissen Enttäuschung de Gaulles gehabt habe. De Gaulle sei der Auffassung, daß nunmehr fünf Monate seit der Unterzeichnung des Vertrages vergangen seien; praktische Ergebnisse seien aber bisher nicht erzielt worden. Natürlich vergesse de Gaulle nicht, daß die Ratifizierung Zeit in Anspruch genommen habe[6] und daß vor der Ratifizierung keine Möglichkeit praktischer Handlungen gegeben gewesen sei. Gewisse Erscheinungen und Umstände im Zusammenhang mit der Ratifizierung[7] hätten de Gaulle aber stutzig gemacht. De Gaulle habe das Gefühl, daß die deutsche öffentliche Meinung, die Politiker, die Parlamentarier und Journalisten nicht genügend anerkannt hätten, welche Überwindung es einen großen Teil der französischen öffentlichen Meinung und auch der Partei de Gaulles selbst gekostet habe, diesem Vertrag zuzustimmen. De Gaulle wisse, daß seit vielen Jahren viele Menschen und ganz besonders der Herr Bundeskanzler an diesem Versöhnungswerk arbeiteten. Er wisse auch, daß diese Versöhnung

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 14. Juni 1963 gefertigt.
Hat dem Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, vorgelegen.

[2] Dieses Wort wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Osterheld handschriftlich eingefügt.

[3] Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 4./5. Juli 1963 vgl. Dok. 216–219.

[4] Vgl. dazu Dok. 206–208.

[5] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[6] Zur Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags am 16. Mai 1963 vgl. Dok. 170, Anm. 27.

[7] Zur Diskussion in der Bundesrepublik um die Aufnahme einer Präambel zum Zustimmungsgesetz vgl. Dok. 136, Anm. 13, und Dok. 143, Anm. 3. Vgl. ferner Dok. 143, Anm. 8.

ohne den Herrn Bundeskanzler in Deutschland und de Gaulle in Frankreich nicht hätte erreicht werden können. Er frage sich aber, ob diese Tatsache immer in Deutschland gebührend anerkannt worden sei. Er habe so etwas das Gefühl, daß viele Politiker sofort nach Abschluß des Vertrages sich in London und Washington entschuldigen zu müssen glaubten und versucht hätten, den positiven Wert und Sinn des Vertrages bis zur Entstellung abzuwerten. In vielen Kreisen sei der Versuch gemacht worden, den Vertrag so auszuhöhlen, daß fast nichts mehr übrig bleibe, weder[8] auf dem wirtschaftlichen, politischen, landwirtschaftlichen noch dem kulturellen Sektor. Er habe auch das Gefühl, daß seit dem 22. Januar fast nichts geschehen sei.

Botschafter de Margerie sagte, dies seien ziemlich genau die Worte de Gaulles. De Gaulle sei sich natürlich darüber im klaren, daß all dies nichts zu tun habe mit den persönlichen Absichten oder Wünschen des Herrn Bundeskanzlers; und gerade deswegen wolle er mit dem Herrn Bundeskanzler persönlich die Lage ausführlich besprechen, um möglichst zu positiven Ergebnissen zu gelangen. Aus diesem Grunde auch komme er mit einer großen Anzahl von Ministern und selbst dem Premierminister hierher, und darum habe er ganz besonderen Wert auf das Mitkommen des Wirtschafts- und Finanzministers sowie des Armeeministers gelegt.[9] De Gaulle sei nämlich fest davon überzeugt, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit nicht nur eine[10] Notwendigkeit, sondern auch eine besonders dringliche Notwendigkeit sei. De Gaulle glaube nämlich, daß man in einen Zeitraum hineinkomme, wo die Ost-West-Beziehungen immer bedeutender würden, und wenn Europa nicht in der Lage sei, bei den zu erwartenden Verhandlungen ein starkes Wort mitzusprechen, bestehe die große Gefahr, daß sich Washington und Moskau schließlich unmittelbar auf etwas einigten, was letzten Endes auf Kosten Europas gehe. Um mit de Gaulles Worten zu sprechen, werde die Frage der Ost-West-Beziehungen seiner Meinung nach in naher Zukunft akut werden. Wenn die Dinge wie bisher weiterliefen, handle es sich nicht um eine Einigung zwischen Ost und West, sondern nur zwischen den USA und der UdSSR. All dies aber sei auf die Tatsache zurückzuführen, daß das politische Europa noch nicht genügend Substanz habe und es deswegen nicht in der Lage sei, die ihm zustehende Rolle jetzt in den Ost-West-Beziehungen zu spielen.

Nach Auffassung de Gaulles befinde sich die Sowjetunion derzeit in einer schwierigen Lage. Sie wolle den Krieg nicht, weil sie sich ihn aus verschiedenen Gründen nicht erlauben könne. Sie habe sich teilweise aus Kuba[11] zurückgezogen, sie habe Schwierigkeiten mit Rotchina[12], und die internen Schwierigkeiten in der Sowjetunion gewännen jeden Tag an Bedeutung. Die Sowjets

[8] Dieses Wort wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurden ein Punkt nach „übrig bleibe" durch ein Komma ersetzt und die Worte gestrichen: „Nach Meinung de Gaulles gelte dies auch für die praktische Arbeit".

[9] Zur Delegation des Staatspräsidenten de Gaulle gehörten Ministerpräsident Pompidou, Außenminister Couve de Murville, Verteidigungsminister Messmer, Finanzminister Giscard d'Estaing und Erziehungsminister Fouchet.

[10] An dieser Stelle wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Osterheld gestrichen: „absolute".

[11] Zur Beilegung der Kuba-Krise vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[12] Zu den Spannungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China vgl. Dok. 83, Anm. 4.

hätten geglaubt, daß sie durch eine militärische Besetzung Mitteleuropas und des Balkans diese Völker in ihr politisches System eingliedern könnten. Diese Hoffnung habe sich aber als falsch herausgestellt. Die Sowjetunion besetze diese Länder nur, könne sie aber weder erobern noch deren Bevölkerungen assimilieren. Allmählich entstehe somit zwischen der Sowjetunion und Westeuropa eine Art politischen und moralischen Niemandslandes, wo man sehr viel arbeiten könnte. Solange Europa nicht mehr politische Substanz habe, könne es nicht in geziemender Weise an den zu erwartenden Verhandlungen teilnehmen. Gerade Frankreich und Deutschland käme eine ganz besondere Aufgabe zu, dafür zu sorgen, daß nicht über die Köpfe der Europäer hinweg eine Einigung zwischen Washington und Moskau erzielt werde, die auf Kosten Europas ginge. In dieser Perspektive komme dem Treffen am 4. und 5. Juli ganz besondere Bedeutung zu. Der General betrachte dieses Treffen als einen entscheidenden Test für die Auslegung des deutsch-französischen Vertrages und für die praktischen Möglichkeiten, den Vertrag in der Form zu verwirklichen, wie es die beiden Regierungen beabsichtigten.[13] Er sei davon überzeugt, daß die anderen europäischen Mächte notwendigerweise folgen würden, wenn[14] Deutschland und Frankreich vorangingen, denen[15] eine besondere Aufgabe zukomme wegen ihrer Nachbarschaft, ihrer geographischen Lage und ihrer geistigen Affinität. Nur wenn die beiden Regierungen das begonnene Werk fortsetzten, hätten sie eine echte Möglichkeit, das politische Europa zu stärken und das gesteckte Ziel zu erreichen.

Botschafter de Margerie betonte erneut, daß er bei de Gaulle das Gefühl einer gewissen Enttäuschung festgestellt habe. Für einen Mann der Tat, der überzeugt sei, daß Westeuropa sich bald einer aktiven und gefährlichen sowjetischen Politik gegenübersehen werde, bedeute der Verlust von fünf Monaten einen großen Rückschlag. De Gaulle glaube, daß die Zeit gekommen sei, den klaren Beweis dafür zu liefern, daß die beiden Regierungen entschlossen sind, diesen Zeitverlust aufzuholen. Botschafter de Margerie fuhr fort, de Gaulle habe auf keinem Gebiet präzise Vorschläge gemacht, da er der Auffassung sei, daß dies eine Aufgabe der zuständigen Minister sei. Er (de Margerie) habe es aber für wichtig gehalten, dem Herrn Bundeskanzler ganz offen den Gemütszustand und die Gedankengänge des Generals zu schildern. De Gaulle stehe fest auf dem Boden des deutsch-französischen Vertrages, der aber seinen Wert durch praktische Ergebnisse und nicht durch laufende Verklausulierung beweisen müsse. Diese Sache liege de Gaulle ganz besonders am Herzen.

Der Herr *Bundeskanzler* kam zunächst auf die vergangenen Monate zu sprechen und sagte, seines Erachtens habe de Gaulle in dieser Angelegenheit Unrecht. Die Bundesrepublik besitze nun einmal ein Grundgesetz, das in ver-

[13] Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Osterheld zurück. Vorher lautete er: „Der General betrachte dieses Treffen als einen entscheidenden Test für die Auslegung des deutsch-französischen Vertrages und als praktische Möglichkeit, die Ausführung des Vertrages zu beschließen, welche die beiden Regierungen beabsichtigen."

[14] Dieses Wort wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „und daß".

[15] Dieses und das vorangehende Wort wurden vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Osterheld handschriftlich eingefügt.

schiedener Hinsicht schlecht sei. Die schwachen Punkte des Grundgesetzes habe man aber den Besatzungsmächten zu verdanken. Er selbst sei ja Vorsitzender des Parlamentarischen Rats gewesen. Es habe damals sogar eine Zeit gegeben, wo der Parlamentarische Rat sich ganz ernstlich mit dem Gedanken befaßt habe, den Auftrag an die Besatzungsmächte zurückzugeben[16], weil es auf der Grundlage dieses Auftrages einfach nicht möglich sei, eine vernünftige Verfassung zu erarbeiten. Man habe diesen Weg dann aber doch nicht beschritten, weil man damals noch der Auffassung gewesen sei, daß die Berlin-Frage und die Wiedervereinigung sich im Verlaufe einiger Jahre regeln lassen würden und daß dann eine Nationalversammlung eine neue Verfassung ausarbeiten werde. Diese Auffassung habe sich aber als unrichtig herausgestellt, und so müsse man nun eben mit dem Grundgesetz arbeiten, das man habe. Dieses Grundgesetz enthalte eine Bestimmung, wie sie kaum in einer anderen Verfassung zu finden sei, daß nämlich jeder Vertrag, den die Bundesregierung mit einem anderen Staate schließe, der Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates bedürfe.[17] Von Anfang an habe man General de Gaulle erklärt, daß der normale Gang der Gesetzgebungsmaschinerie dazu führe, daß eine endgültige Zustimmung zu dem Vertrag erst Ende Juni, Anfang Juli vorliegen könne. Diese Verzögerung sei also auf die Technik des Ratifizierungsvorgangs zurückzuführen. Der Bundesrat nehme neue Gesetze nur einmal im Monat an, und dieser Bestimmung habe sich die Bundesregierung beugen müssen. Die Ratifizierung habe aber einen großen Erfolg gebracht. Noch in der ersten Lesung im Bundestag habe die SPD unter dem Einfluß eines Treffens mit Guy Mollet eine negativere Haltung als später gezeigt. Im Verlaufe der Monate habe sie aber erkennen müssen, daß die öffentliche Meinung in ihrer Gesamtheit dem Vertrag günstig gestimmt sei, und deswegen habe sie ihm zugestimmt.[18] Er bitte, General de Gaulle doch zu sagen, daß die Entwicklung hinsichtlich der Annahme des Vertrages in Deutschland günstiger gelaufen sei, als man habe erwarten können. Er brauche de Gaulle ja nicht an seinen triumphalen Zug durch Deutschland im September vergangenen Jahres[19] zu erinnern. Dabei habe doch de Gaulle feststellen müssen, wie sehr die Bevölkerung in Deutschland einer Zusammenarbeit mit Frankreich geneigt sei. Leider müsse er jetzt etwas sagen, was de Gaulle vielleicht nicht sehr gerne höre. Es sei ein Pech gewesen, daß de Gaulle seine Pressekonferenz am 14. Januar[20] gehalten habe. Hätte er sie drei Wochen später gehalten, hätte der Herr Bundeskanzler sich darüber kein Kopfzerbrechen gemacht. Diese Pressekonferenz habe zwar unberechtigt, doch aber in den Tatsachen schädlich gewirkt. Er (der Herr Bundeskanzler) sei von Anfang an der Auffassung gewesen, daß diese Pressekonferenz gegen England gerichtet gewesen sei. Die Amerikaner

16 Zur sogenannten März-Krise 1949, die aus Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten Hohen Kommissaren und dem Parlamentarischen Rat hinsichtlich der Kompetenzverteilung zwischen Zentralgewalt und Bundesländern einerseits sowie der zukünftigen Finanzverfassung andererseits resultierte, vgl. ADENAUER, Erinnerungen I, S. 164 f.

17 Zu den Bestimmungen des Artikels 59, Abs. 2 GG vgl. Dok. 6, Anm. 6.

18 Zum Ergebnis der Abstimmung im Bundestag vgl. Dok. 170, Anm. 27.

19 Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 4. bis 9. September 1962 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 6, Anm. 2.

20 Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vgl. Dok. 21.

hätten aber geglaubt, sie sei gegen Amerika gerichtet gewesen.[21] Der Grund dafür sei ihm unbekannt. Zur Verdeutlichung der Lage wolle er noch ganz vertraulich folgendes mitteilen. Im Herbst vergangenen Jahres sei McGeorge Bundy bei ihm in Cadenabbia gewesen. Auf dem Rückflug habe er (der Herr Bundeskanzler) zu Bundy gesagt, er müsse sich darüber im klaren sein, daß die Schwierigkeiten zwischen Frankreich und England und die Schwierigkeiten, die England mache, ausschließlich zur Ursache hätten, daß England vermeiden wolle, daß Frankreich Europa führe. Bundy habe darauf erwidert: „Europa führen? In den nächsten fünfzehn Jahren wird nur Amerika Europa führen!"[22]

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er habe einige Zeit mit amerikanischen Regierungen zusammengearbeitet. Zuerst mit Truman, der hervorragend gewesen sei, dann von 1953 bis 1961 mit Dulles, wo alles ausgezeichnet gelaufen sei und wo die amerikanische Politik stetig und konsequent gewesen sei. Seitdem aber die Demokraten, Kennedy, an der Regierung seien, spürte man ein dauerndes Schwanken. Dadurch sei die Lage für Europa äußerst schwierig geworden. Kennedy sei im übrigen recht empfindlich. Ein Freund Kennedys habe ihm einmal gesagt, wenn man Kennedy hundert Zeitungen hinlege, von denen neunundneunzig gut über ihn schrieben, schaue er diese neunundneunzig gar nicht an, aber die eine, die schlecht über ihn schreibe, schlage ein. In der Zeit bis Kennedy sei die Zusammenarbeit mit der amerikanischen Regierung anders gewesen als heute. Damals aber sei seiner Ansicht nach die Gefahr für Europa viel geringer gewesen als heute. Zu beachten sei auch, daß die nächste Präsidentenwahl am 8. November 1964 stattfinden werde. Bei der letzten Wahl habe Kennedy nur eine ganz geringe Mehrheit, nämlich nur 155 000 Stimmen, bekommen. Wie General Julius Klein ihm gesagt habe, habe Kennedy diese Stimmen zum größten Teil in katholischen Gegenden erhalten, die früher republikanisch gestimmt hätten. Klein habe ihm eine Wahlkarte von Chicago gezeigt, wo in einem Gebiet mit starkem katholischen Einschlag (viele Krankenhäuser und Klöster) Kennedy 60 000 Stimmen bekommen habe, die früher für Republikaner gestimmt hätten. Betrachte man sich einmal die Amtszeit der jetzigen Administration, so weise sie weder auf dem innen- noch auf dem außenpolitischen Gebiet einen großen Erfolg aus. Kennedy wolle und brauche aber unter allen Umständen vor der Wahl einen Erfolg auf innen- oder außenpolitischem Gebiet. Das sei die Gefahrenzone für Europa. Der Herr Bundeskanzler erinnerte in diesem Zusammenhang an sein Gespräch mit

[21] Vgl. dazu auch Dok. 88.

[22] Der Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, gab das Gespräch vom 2. Oktober 1962 zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Bundy, auf der Basis von Tagebuchaufzeichnungen wie folgt wieder: „‚Warum', fragte der Kanzler, ‚empfinden die Amerikaner die französischen Atomwaffen als Störung, die britischen aber nicht?' Bundy sprach sich für den britischen Beitritt zur EWG aus. Der Kanzler meinte, daß Großbritannien sich noch nicht als europäische Macht empfinde ... Außerdem entstünde dann zwischen England und Frankreich eine Rivalität um die Führung. Ein Europa mit drei größeren Ländern, erwiderte Bundy, sei den USA lieber als eines, das nur zwei habe; die drei sollten unter dem amerikanischen Atomschirm zusammenwachsen. ‚Während der nächsten 15 Jahre', fügte er hinzu, ‚wird ohnehin keines dieser drei Länder die Führungsmacht in Europa sein, sondern das werden die USA sein.'" Vgl. OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 147 f. Über diese Bemerkung – so Osterheld – habe Adenauer sich sehr geärgert.

Chruschtschow und Bulganin im Jahre 1955 in Moskau[23], wo Chruschtschows Sorgen wegen Rotchina ihn so stark beeindruckt hätten, daß er seither der Auffassung sei, daß der rotchinesische Druck auf die Sowjetunion eines Tages so stark würde, daß die Sowjets gezwungen werden, militärische Kräfte gegen Rotchina aufzubauen und sie im Westen abzubauen. Dies aber werde für die Europäer die Erlösung bedeuten.

Botschafter *de Margerie* warf hier ein, vor seinem Herkommen habe ihn Botschafter Seydoux angerufen, der ihm von einem Gespräch mit seinem belgischen Kollegen berichtet habe, der eben mit Spaak bei Kennedy gewesen sei. In diesem Gespräch mit Spaak habe Kennedy als für ihn besonders gefährlich drei Punkte dargestellt: 1. die Rassenfrage in Nordamerika[24], 2. die kubanische Angelegenheit[25] und 3. die Frage Rotchina und die Möglichkeit, daß die Chinesen schon jetzt in der Atomforschung zu dem Punkt gelangt sein könnten[26], daß eines Tages die Vereinigten Staaten gezwungen sein könnten, „praevenire zu spielen".

Der Herr *Bundeskanzler* sagte: „Wie dumm, das Spaak zu erzählen!" und fuhr fort, der Leiter des amerikanischen Informationsdienstes Ed Murrow habe ihm neulich gesagt, er, der Herr Bundeskanzler, sei der erste gewesen, der ihm von der rotchinesischen Gefahr gesprochen habe. Die Amerikaner hätten davor also überhaupt nicht daran gedacht. Wenn man sich aber jetzt in die russische Seele und Denkweise versetze, so müsse man davon ausgehen, daß dieser Abwendung Rußlands vom Westen und der Hinwendung zur Verteidigung im Osten eine äußerst gefährliche Periode vorausgehe, in der die Russen sehr massiv gegen die Westmächte vorgehen würden, um erstens ihr Gesicht zu wahren und zweitens noch so viel wie möglich einzuheimsen. Dies habe er auch dem Leiter des amerikanischen Sicherheitsdienstes McCone vor ungefähr zwei Monaten gesagt. McCone habe ihm erklärt, ihm scheine diese Periode bereits begonnen zu haben, denn die Tonart der Russen gegenüber Amerika habe sich sehr verschärft. Diese Periode, in die die Welt komme, wenn Rußland vor einer Wendung stehe, sei die größte Gefahr für Europa. Das fühle auch de Gaulle. Dann müsse Europa sehr aufpassen.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf die Bedeutung Frankreichs und Deutschlands zu sprechen. Für ihn und seine Landsleute sei es ganz klar, daß Deutschland auf eine nicht zu bemessende Zeit in der Außenpolitik wegen seiner NS-Vergangenheit keine führende Rolle spielen könne. Diese führende Rolle müsse daher Frankreich übernehmen. Deutschland könne nur mittelbar durch Frankreich seine Potenz zur Geltung bringen und seine Gedanken und Vorstellungen in der Außenpolitik wirksam werden lassen. Dadurch entstehe

[23] Zum Gespräch zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU Chruschtschow im September 1955 vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 527 f.

[24] Im Jahr 1963 schlug der bis dahin weitgehend gewaltlose Protest der schwarzen Bevölkerung der USA gegen die Politik der Rassentrennung, vor allem im Bildungssektor, in Tumulte um, bei denen es Verletzte und Tote gab. Besondere Bedeutung kam dabei den Unruhen im April und Mai 1963 in Birmingham, Alabama, zu.

[25] Zur Kuba-Krise im Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[26] Die Volksrepublik China unterhielt seit 1950 – zunächst mit Hilfe sowjetischer Wissenschaftler – ein eigenes Atomwaffenprogramm. Die erste Testexplosion einer chinesischen Atombombe wurde am 16. Oktober 1964 durchgeführt. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11482 f.

in Europa ein völlig neuer politischer Pol: Frankreich und Deutschland. Das erfülle die anderen Europäer mit einer, wie er glaube, lächerlichen Sorge. Es erfülle auch England, weniger lächerlich, mit Sorge. Auch die Amerikaner seien deswegen etwas besorgt, weil dieses Europa durch den deutsch-französischen Vertrag eine politische Potenz erhalte, die man nicht übersehen könne. Dies sei in den ersten zehn bis zwölf Nachkriegsjahren anders gewesen. Deutschland habe damals völlig am Boden gelegen, Frankreich sei durch unzählige Parteien zersplittert gewesen, und die kleineren Länder hätten ebenfalls keine besondere Bedeutung gehabt. Dies habe sich jetzt geändert. Seines Erachtens gebe es also keinerlei Grund, die Auswirkung des deutsch-französischen Zusammenschlusses zu unterschätzen. Diese Auswirkung müsse bei großen Ereignissen auch in Erscheinung treten, nämlich wenn die Gefahr auf Europa zukomme. Alles[27], was zwischen den beiden Völkern vorbereitet werde, sei absolut notwendig, weil dadurch der Boden vorbereitet werde. Seiner Meinung nach müsse man mit vier Augen und vier Ohren aufpassen, was auf Europa zukomme, und sich dann präsentieren.

Was die Lage in Deutschland betreffe, so stehe der größte Teil des deutschen Volkes absolut auf dem Boden des deutsch-französischen Vertrages. Das beweise schon die Abstimmung der SPD, die es sich wegen dieser Strömung im deutschen Volk nicht habe erlauben können, gegen den Vertrag zu stimmen, obwohl sie es nur allzu gerne, vor allem mit Rücksicht auf ihre französischen Freunde[28], getan hätte. Diese Strömung im deutschen Volk müsse natürlich gepflegt werden. Alles, was der Vertrag in diesem Zusammenhang vorsehe, vor allem die regelmäßigen Treffen[29] , die zu einem persönlichen Vertrauensverhältnis führen, sei vielleicht wichtiger, als de Gaulle annehme. Auch die Pflege der Beziehungen zwischen den Städten[30], die Jugendkontakte[31] usw. seien ungeheuer wichtig. Vor einigen Tagen habe er mit Herrn Minister Heck all diese Gedanken durchgesprochen. Herr Heck stehe hundertprozentig auf dem Boden des deutsch-französischen Vertrages. Er habe Herrn Heck gebeten, nicht zu ruhen und nicht zu rasten. Wie Botschafter de Margerie wisse, solle ja ein weiteres Abkommen auf dem Gebiet der Jugendarbeit geschlossen werden, und er freue sich, daß die Unterzeichnung dieses Abkommens bei dem bevorstehenden Besuch de Gaulles mit größerer Wahrscheinlichkeit möglich sein werde.[32] Er sehe also keinen Grund für eine Enttäuschung. Ohne unbeschei-

[27] An dieser Stelle wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Osterheld gestrichen: „übrige".

[28] Zum Abstimmungsverhalten der anti-gaullistischen Kräfte im französischen Parlament vgl. Dok. 143, Anm. 5.

[29] Zu den in Punkt I des deutsch-französischen Vertrags – „Organisation" – vorgesehenen regelmäßigen Treffen der Staats- und Regierungschefs, der Außenminister sowie der für die Gebiete Verteidigung, Erziehung und Jugendfragen zuständigen Behörden und der in jedem der beiden Staaten einzurichtenden interministeriellen Kommission für die Fragen der Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT, 1963, Teil II, S. 707.

[30] Die Bewegung der bilateralen Städte-Partnerschaften ging aus der 1947 gegründeten Internationalen Bürgermeister-Union, dem 1951 ins Leben gerufenen Rat der Gemeinden Europas und dem 1957 gegründeten Weltbund der Partnerstädte hervor.

[31] Zu der in Punkt II des deutsch-französischen Vertrags – „Programm" – festgelegten verstärkten bilateralen Zusammenarbeit in Jugend- und Erziehungsfragen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 709f.

[32] Zur Errichtung des Deutsch-Französischen Jugendwerks vgl. Dok. 218, besonders Anm. 2–5.

den sein zu wollen, müsse er jedoch sagen, daß er natürlich nicht wisse, wie es genau weitergehen werde, wenn er sich voraussichtlich Mitte Oktober aus seinem Amt zurückziehe.[33] Er wolle aber noch alles vorbereiten, was getan werden könne, um den Vertrag voll zur Wirkung kommen zu lassen. Er habe am Vortage dasselbe Thema mit den Ministern Schröder und von Hassel besprochen und werde nach dem Besuch von Botschafter de Margerie erneut mit diesen Herren und auch mit Herrn Minister Heck sprechen. Das Treffen am 4. und 5. Juli solle in Zusammenarbeit mit der französischen Botschaft sehr gut vorbereitet und möglichst umfassend gestaltet werden, damit es nicht nur eine landläufige Aussprache sei, sondern wirklich das Fundament lege, auf dem weitergebaut werden könne.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf die neueste Entwicklung der Lage in Großbritannien zu sprechen und sagte, man wisse natürlich nicht, ob die Regierung Macmillan wegen der Profumo-Affaire[34] stürze, jedenfalls aber stiegen damit die Aussichten von Labour, die nächsten Wahlen zu gewinnen. Wilson sei ja zur Zeit in Moskau und habe dort erklärt: „Chruschtschow war ebenso besorgt wie wir über das Ausmaß, in dem eine deutsche Teilnahme an einer multilateralen oder gemischt besetzten Atomstreitmacht ihren (der Deutschen) Appetit reizen würde, eine volle Atommacht zu werden. Er unterstrich die Gefahr eines Deutschlands, das eine selbständige Atommacht oder – was vielleicht noch schwerwiegender ist – eine Atommacht unter einem französisch-deutschen Pakt wird. Die Furcht vor einer solchen Entwicklung wurde in ähnlichen Wendungen ausgedrückt, wie wir sie in Washington hörten, obwohl die Schlußfolgerungen Chruschtschows und der Leute in Washington natürlich völlig verschieden sind."[35] Diese Entwicklung, die sich in Großbritannien anbahne, gebe Frankreich und Deutschland eine noch größere Möglichkeit und beinahe Gewißheit, in der Zukunft in und für Europa einen politisch entscheidenden Einfluß auszuüben. Auch er empfinde manchmal wie General de Gaulle, daß die Dinge zu langsam gingen. Großes (und der deutsch-französische Zusammenschluß sei etwas Großes) brauche Zeit für seine Vorbereitung und für seine Wirkung. Er sei überzeugt, daß schon jetzt Chruschtschow und Washington Frankreich und Deutschland in ihren Kalkulationen immer gemeinsam einsetzten. Das sei viel besser, als wenn jedes der beiden Länder nur einzeln gesehen würde, und werde seinen Einfluß auf das Denken der Russen und der Amerikaner nicht verfehlen.

Botschafter *de Margerie* sagte, was der Herr Bundeskanzler über die Strömung in der Bevölkerung der Bundesrepublik gesagt habe, könne er aus allerjüngster Erfahrung bestätigen. Bei der deutsch-französischen Woche in

[33] Zur Nachfolgeregelung vgl. Dok. 172, Anm. 11.

[34] Der Rücktritt des britischen Heeresministers Profumo am 4. Juni 1963 löste in Großbritannien eine innenpolitische Krise aus. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10632–10634. Zur innenpolitischen Situation Großbritanniens vgl. auch die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Plehwe vom 9. Mai 1963; Referat I A 5, Bd. 249.

[35] Zum Besuch des Vorsitzenden der Labour Party vom 9. bis 15. Juni 1963 in Moskau vgl. weiter Dok. 201. Zu Äußerungen von Wilson hinsichtlich einer Beteiligung der Bundesrepublik an einer integrierten Atomstreitmacht der NATO vgl. Dok. 201, Anm. 6.

Trier[36] habe er feststellen können, daß es noch nie eine solche Intimität zwischen Zivil- und Militärbehörden, zwischen den konsularischen Behörden und der Zivilbevölkerung gegeben habe wie jetzt. Er habe noch nie eine so deutliche Bestätigung auch in all den Reden und dem Applaus, den diese Reden bekommen hätten, gefunden, als gerade in den 48 Stunden in Trier. Im Dom sei ein Hochamt gehalten worden, wo sich alles in zwei Sprachen abgespielt habe. Ein Theologieprofessor habe einen ausgezeichneten Vortrag erst auf Französisch, dann auf Deutsch über den deutsch-französischen Vertrag im Lichte des Christentums und der Dreieinigkeit gehalten. Er werde mit General de Gaulle am 29. Juni wieder zusammentreffen und ihm dies berichten.

Botschafter de Margerie sagte dann, ganz persönlich wolle er noch ein Wort hinzufügen. Er habe auch General de Gaulle davon gesprochen, der jedoch nicht darauf eingegangen sei. Es sei ja de Gaulles Art, zuzuhören und dann manchmal keine Stellung dazu zu nehmen. Das bedeute, daß er diese Sache noch überlegen wolle. Er habe de Gaulle gesagt, wenn er glaube, daß Europa mehr Substanz bekommen müsse, sei vielleicht die Zeit gekommen, um eine weitere politische Initiative zu ergreifen, und der 4. und 5. Juli wären dazu vielleicht eine gute Gelegenheit. De Gaulle habe darauf nicht direkt geantwortet, sondern nur gesagt, dies sei zwar richtig, doch müsse man sich davor hüten, nur Worte zu machen, weil dadurch falsche Illusionen entstünden und viele Menschen dann wieder meinen könnten, hier sei eine Gelegenheit gegeben, England erneut nachzulaufen. Es sei doch klar, daß England von Europa viel zu weit entfernt sei. Botschafter de Margerie fügte hinzu, ganz persönlich glaube er immer noch, daß eine Initiative auf diesem Gebiet jetzt sehr interesssant sein könnte, denn Holland habe Schwierigkeiten[37], Spaak habe eine Menge Prestige verloren, und auch Italien habe große Schwierigkeiten[38]. Nur in Bonn und Paris gebe es also etwas Dauerhaftes, was einen Einfluß ausüben könne.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er sei hinsichtlich der EWG sehr pessimistisch, nicht etwa wegen eines Beitritts oder Nichtbeitritts Großbritanniens, sondern weil die EWG sich bislang ein recht bequemes Leben gemacht habe. Von den wirtschaftlichen Problemen seien nur die am leichtesten lösbaren angepackt und irgendwie gelöst worden. Ganz wesentliche Probleme seien jedoch noch offen und überhaupt noch nicht angerührt worden. Man müsse sich fragen, wie z. B. eine Harmonisierung der sozialen Gesetzgebung überhaupt möglich sein solle. Dasselbe gelte für die Währungsharmonisierung. Es gebe auch noch eine Reihe anderer derartiger Probleme. Wenn Herr Hallstein ihn in nächster Zeit besuche, werde er ihm ganz offen sagen, daß die schwierigsten Fragen in der EWG überhaupt noch nicht angefaßt worden seien.

[36] Vom 7. bis 9. Juni 1963 fand in Trier das 8. Treffen des Arbeitskreises Deutsch-Französischer Gesellschaften statt. Vgl. dazu Referat IV 1, Bd. 411.

[37] Am 15. Mai 1963 fanden in den Niederlanden Parlamentswahlen statt, aus denen keine Partei als eindeutige Siegerin hervorging. Es kam zu vier vergeblichen Versuchen einer Regierungsbildung, bevor am 24. Juli 1963 ein neues Kabinett unter Ministerpräsident Marijnen vereidigt werden konnte.

[38] Zur innenpolitischen Lage in Italien vgl. Dok. 172, Anm. 19.

Botschafter *de Margerie* warf ein, General de Gaulle sei ebenfalls dieser Auffassung.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er wisse nicht, ob die EWG diese Fragen überhaupt lösen könne.

Botschafter *de Margerie* bemerkte, General de Gaulle empfinde genau wie der Herr Bundeskanzler. Deswegen erkläre de Gaulle ja auch stets, der Gemeinsame Markt habe noch sehr viel zu arbeiten, ehe er sich anderen Problemen zuwenden könne, die noch unreif seien.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte dem zu.

Botschafter *de Margerie* fügte hinzu, seines Wissens beabsichtige de Gaulle, mit dem Herrn Bundeskanzler auch über Landwirtschaftsfragen zu sprechen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er würde mit de Gaulle auch gerne über militärische Fragen sprechen. Er würde es außerdem begrüßen, wenn man alle Fragen aus der Tiefe heraus diskutieren könnte und nicht vor irgendwelchen Tabus zurückschrecke. Er wisse natürlich nicht, ob er mit seiner Befürchtung Recht habe, doch habe er manchmal gewisse Zweifel, ob der Gemeinsame Markt auf die Dauer bestehen könne, weil die großen sachlichen Schwierigkeiten überhaupt noch nicht angefaßt worden seien. Nun kämen auch noch die Amerikaner mit ihrer atlantischen Partnerschaft und versuchten, den Europäern das Fell über die Ohren zu ziehen, und zwar mit einer seltenen Naivität. Er wisse auch nicht, ob es gut gewesen sei, daß Genf nicht mit einem Krach geendet habe.[39] Manchmal habe dies eine größere Wirkung, weil es die Schwierigkeiten der Probleme deutlich zeige. Jedenfalls werde man mit der EWG noch große Probleme haben. Eine solche wirtschaftliche Harmonisierung sei einfach ohne politisches Zusammengehen unmöglich. Die Tatsache jedoch, daß Frankreich und Deutschland zusammenstünden, schaffe in Europa einen neuen politischen Pol, ein neues Kraftzentrum, und so würden es sowohl die Sowjets als auch die Amerikaner und auch Herr Wilson einschätzen.

Botschafter *de Margerie* sagte dann, General de Gaulle habe dann mit ihm noch sehr lange über die Nachfolge des Papstes gesprochen, weil de Gaulle sich gerade dafür ganz außerordentlich interessiere. De Gaulles Vorstellungen seien etwa wie folgt. 1958 habe man geglaubt, daß auf Pius XII. ein Übergangspapst folgen werde. Dies sei auch insofern zutreffend gewesen, als der verstorbene Papst nicht sehr lange im Amt gewesen sei.[40] Dennoch habe diese Übergangszeit einige Überraschungen gebracht.[41] Die Frage sei nun, was im Interesse Europas sei. Es gebe die reaktionäre Tendenz, deren Exponent der Kardinal von Genua[42] sei. Außerdem gebe es die fortschrittliche Tendenz mit

[39] Zur Ministerkonferenz der GATT-Vertragspartner vom 16. bis 21. Mai 1963 in Genf vgl. Dok. 164, Anm. 5.

[40] Papst Johannes XXIII. amtierte vom 28. Oktober 1958 bis 3. Juni 1963.

[41] Das von Papst Johannes XXIII. einberufene Zweite Vatikanische Konzil tagte seit dem 11. Oktober 1962.
Zur Diplomatie des Papstes gegenüber den Ostblock-Staaten vgl. die Aufzeichnung des Botschafters van Scherpenberg, Rom (Vatikan), vom 18. April 1963; Ministerbüro, Bd. 216.

[42] Giuseppe Kardinal Siri, Erzbischof von Genua.

ihrem Exponenten Kardinal Montini, der ja die Sympathie der französischen Kardinäle genieße.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, Pius XII. habe für seine Zweifel an Montini sicherlich Gründe gehabt.

Botschafter *de Margerie* sagte, Johannes XXIII. habe ihm einmal gesagt, er habe sich überlegt, ob er Montini zum Kardinal-Staatssekretär machen sollte, sei aber zu dem Schluß gekommen, daß er dies dem verstorbenen Pius XII. nicht antun könne.[43] Johannes XXIII. habe ja Montini sehr geschätzt. General de Gaulle sei der Auffassung, daß man zwischen diesen beiden Tendenzen, von denen keine die Mehrheit bekommen werde, für einen „Papst der richtigen Mitte" eintreten könnte. Namen habe de Gaulle nicht genannt.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er kenne einen Namen, Kardinal Testa, wisse aber nicht, ob dieser Aussichten habe. Kardinal Testa habe ihn im vergangenen Herbst besucht.[44] Dabei habe er mit Kardinal Testa, soweit dies überhaupt möglich sei, ein ziemlich offenes Gespräch über Johannes XXIII. gehabt. Obwohl Testa mit dem verstorbenen Papst sehr befreundet gewesen sei, habe er (der Herr Bundeskanzler) doch den Eindruck gehabt, daß er mit Testa in seinem Urteil über Johannes XXIII. völlig einig sei.

Botschafter *de Margerie* sagte, für einen Papst der richtigen Mitte gebe es etwa ein halbes Dutzend Namen. Es kämen dafür der Nuntius in Madrid[45], der Nuntius in Paris Marella, der Kardinal von Bologna[46] (der die Sympathien Tisserants genieße) in Frage. De Gaulle sei hier aber nicht präzise geworden, habe vielmehr nur die Hoffnung ausgedrückt, daß zwischen den deutschen und französischen Kardinälen der engstmögliche Kontakt gehalten werde.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er glaube, daß dieser Kontakt bestehe.

Botschafter *de Margerie* wies darauf hin, daß Frankreich acht und die Bundesrepublik drei Kardinäle hätten. Die belgischen und holländischen Kardinäle sowie der Wiener Kardinal[47] würden sicherlich folgen. In Syrien gebe es einen ganz französischen Kardinal[48], der ebenfalls diese Linie vertreten würde. Das bedeutete immerhin etwa 15 bis 18 Stimmen. Er glaube, daß de Gaulle ganz diskret mit dem Kardinal von Lille[49] Verbindung aufgenommen habe, der schon beim Konzil eine große Rolle gespielt habe.

Botschafter *de Margerie* sagte dann, de Gaulle habe ihn in dem Gespräch noch kurz auf die Frage des Generals Speidel[50] angesprochen.

[43] Papst Pius XII. hatte Kardinal Montini vom Amt des Unterstaatssekretärs abberufen und zum Erzbischof von Mailand ernannt.

[44] Bundeskanzler Adenauer empfing Gustavo Kardinal Testa Ende August 1962 am Rande des Katholikentages in Hannover. Vgl. dazu OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 138.

[45] Ildebrando Kardinal Antoniutti.

[46] Giacomo Kardinal Lercaro, Erzbischof von Bologna.

[47] Franz Kardinal König, Erzbischof von Wien.

[48] Ignatius Gabriel Kardinal Tappouni, Patriarch der syrischen Christen in Antiochia.

[49] Achille Kardinal Liénart, Erzbischof von Lille.

[50] General Hans Speidel, Oberkommandierender der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte, war während des Zweiten Weltkriegs von Kriegsbeginn bis April 1942 und wieder seit April 1944, dann als Chef des Stabes der Heeresgruppe B unter Generalfeldmarschall Rommel, an der West-

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe Speidel zu sich gebeten und mit ihm gesprochen. Er habe dies nicht vor dem Englandbesuch Speidels[51] tun wollen, weil dies zu auffällig gewesen wäre. Speidel sei in diesem Gespräch sehr betroffen gewesen, die Sache sei ihm offensichtlich sehr nahe gegangen.[52] Höchstwahrscheinlich werde aber Speidel bereit sein, um seine Abberufung zu bitten. Der Herr Bundeskanzler fragte dann, ob de Gaulle absolut auf dem Datum des 1. Juli bestehe. Speidel genieße natürlich im deutschen Offizierskorps ein großes Ansehen. Da de Gaulle am 4. und 5. Juli hierher komme, könnte sehr leicht der Eindruck entstehen, als ob de Gaulle sein Kommen von der Abberufung Speidels abhängig gemacht habe. Er (der Herr Bundeskanzler) würde es daher vorziehen, wenn die Sache um ein paar Wochen verschoben werden könnte.[53] Zu seinem Bedauern habe er im übrigen feststellen müssen, daß Strauß General Speidel nichts gesagt habe. General Speidel habe ihm erklärt, daß er von der ganzen Sache überhaupt keine Ahnung gehabt habe. Strauß habe ja seinem Nachfolger[54] auch nichts gesagt.

Auf die Frage von Botschafter *de Margerie,* an welches Datum der Herr Bundeskanzler denke, sagte der Herr *Bundeskanzler,* er würde meinen, etwa zwei bis drei Wochen nach dem Besuch de Gaulles, also etwa den 1. August, mit anderen Worten weder unmittelbar vor noch unmittelbar nach dem Treffen mit de Gaulle.

Botschafter *de Margerie* bemerkte noch, General de Gaulle habe ihm gegenüber das Thema Speidel nur kurz berührt, um zu fragen, ob er mit dem Herrn Bundeskanzler auch auftragsgemäß ganz präzise über die Sache gesprochen habe. Er, de Margerie, werde nunmehr im Sinne des Herrn Bundeskanzlers – hinsichtlich des Zeitpunkts – berichten.[55]

Fortsetzung Fußnote von Seite 627

front eingesetzt. Nach dem mißglückten Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 wurde er am 7. September 1944 von der Gestapo verhaftet.
Beim Abschiedsempfang am 22. Januar 1963 anläßlich der Elysée-Konferenz brüskierte Staatspräsident de Gaulle den deutschen General, indem er ihm ostentativ nicht die Hand reichte. Dazu Botschafter Grewe: „Was sich hier entlud, war nicht etwa ein Anti-NATO-Effekt ..., sondern vor allem ein tiefes Ressentiment des Oberbefehlshabers der an der Landung in der Normandie und der Besetzung von Paris beteiligten Freien Französischen Streitkräfte gegen den deutschen Militärschriftsteller Speidel, der diesen französischen Anteil an der Befreiung Frankreichs in seinem Buche über die Invasion nach seiner Ansicht wohl nicht gebührend gewürdigt hatte. Jedenfalls ging de Gaulles Aversion gegen Speidel so weit, daß er auf Adenauer einwirkte, seine Abberufung von seinem Posten in Fontainebleau zu veranlassen – was tatsächlich nach einigen Monaten geschah." Vgl. GREWE, Rückblenden, S. 590.
Vgl. dazu auch SPEIDEL, Aus unserer Zeit, S. 404 und S. 412–414.

51 Zum Besuch des Generals Speidel Anfang Juni 1963 in Großbritannien vgl. SPEIDEL, Aus unserer Zeit, S. 411.

52 Zum Gespräch zwischen Bundeskanzler Adenauer und General Speidel am 10. Juni 1963 vgl. auch SPEIDEL, Aus unserer Zeit, S. 411–413.

53 General Speidel trat am 30. September 1963 von seinem Posten zurück. Er wurde Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Fragen der atlantischen Verteidigung. Sein Nachfolger als Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte wurde Generalleutnant Johann Adolf Graf von Kielmansegg.

54 Nachfolger von Franz-Josef Strauß im Amt des Bundesministers der Verteidigung war Kai-Uwe von Hassel.

55 Dieser Satz wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Osterheld handschriftlich eingefügt.

Botschafter de Margerie sagte dann, General de Gaulle messe der ersten Begegnung mit dem Herrn Bundeskanzler unmittelbar nach seiner Ankunft am 4. Juli größte Bedeutung bei.[56]

Botschafter de Margerie kam dann noch auf das bevorstehende Konklave[57] zu sprechen und sagte, im Konklave gebe es immer einen bestimmten Zeitpunkt, wo sich eine Führung entwickle. Es sei wichtig, die Dinge dann in die richtige Richtung zu lenken.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, der Ausgang des Konklaves werde natürlich auch eine starke politische Auswirkung haben.

Botschafter *de Margerie* bemerkte, wichtig sei auch, wie die italienische Regierung darüber denke. Die Italiener verführen in diesen Dingen sehr geheimnisvoll. Sie hätten ausgezeichnete Beziehungen zum Vatikan und wüßten über alle dortigen Vorgänge Bescheid, doch sprächen sie mit den anderen Europäern niemals über diese Fragen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, zur Zeit habe Italien allerdings keine Regierung. Es gebe jedoch Staatspräsident Segni, den er außerordentlich schätze und der ihn im übrigen demnächst zu besuchen wünsche.

Das Gespräch endete gegen 11.45 Uhr.[58]

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/62

193

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pauls

D III i.V./III A 4-81.00/490/63 geheim **12. Juni 1963**

Betr.: Ausrüstungshilfe-Besprechung mit Bundestagsabgeordneten am 11. 6.

Teilnehmer:

MdB	Kliesing	CDU
MdB	Emde	FDP
MdB	Merten	SPD
MdB	Schäfer	SPD
MD	Knieper	Bundesministerium der Verteidigung
Herr	Niebel	Bundespresseamt
VLR I	Pauls	Auswärtiges Amt

[56] Vgl. dazu Dok. 216.

[57] Das Konklave begann am 19. Juni 1963. Im sechsten Wahlgang, am 21. Juni 1963, wurde Kardinal Montini zum Papst gewählt.

[58] Zu dieser Unterredung vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 12. Juni 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

I. Afrikanische Länder

Übereinstimmende Auffassung aller Abgeordneten war:

a) die afrikanischen Staaten zu nennen, mit denen Verwaltungsabkommen bestehen;
b) gewisse Angaben, wie sie auch von uns vorgesehen sind, zu machen;
c) keine Einzelheiten, vor allem keine Summen zu nennen;
d) die Frage nach dem Geld mit dem Hinweis auf den Haushaltsansatz zu beantworten;
e) hinzuweisen auf die dauernde Unterrichtung der Kleinen Parlamentarischen Kommission.[1]

Sinngemäß könne auch über das Indien gelieferte Material berichtet werden. Es solle besonders darauf hingewiesen werden, daß es sich bei Nigeria nicht um Ausrüstungshilfe handle, sondern um von Nigeria voll bezahlte Lieferungen und Leistungen.[2]

II. Israel

Die Abgeordneten und der Vertreter des Bundespresseamts versicherten, daß in der Pressekonferenz nach deutscher Militärhilfe für Israel[3] gefragt und die gesamte Aufmerksamkeit der Presse sich darauf konzentrieren werde.

Hierzu vertraten die Abgeordneten folgende Auffassungen:

Kliesing, CDU: Zurückhaltung, nur Auskunft über Ausbildungshilfe geben.

Schäfer, SPD: ebenso.

Merten, SPD: dafür, auch Finanzhilfe[4] zuzugeben.

Emde, FDP: dafür, alle Israel geleistete Hilfe (Ausbildungs-, Finanz-, Material-) bekanntzugeben, da es doch bekannt werde.

[1] Über die Vorhaben der Ausrüstungshilfe wurden außer den Vorsitzenden der drei im Bundestag vertretenen Fraktionen noch zwei, später drei Abgeordnete jeder Fraktion vertraulich informiert. Vgl. dazu GERSTENMAIER, Streit und Friede, S. 497 f. Dazu auch die Ausführungen des Bundeskanzlers Erhard am 17. Februar 1965 vor dem Deutschen Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 57, S. 8103 f.

[2] Zur Ausrüstungshilfe an afrikanische Staaten vgl. im einzelnen bereits Dok. 150 und Dok. 166.

[3] Der Wunsch nach deutscher Ausrüstungshilfe wurde erstmals 1957 bei einem geheim gehaltenen Besuch des Generalsekretärs des israelischen Verteidigungsministeriums, Peres, bei Bundesminister Strauß in Rott am Inn angesprochen. Daraufhin sollen während der folgenden Jahre Transportflugzeuge, Hubschrauber, Artillerie und Panzerabwehrraketen im Wert von 300 Millionen DM nach Israel verbracht worden sein. Nach Darstellung von Strauß blieb diese Aktion bis 1964 geheim; lediglich Bundeskanzler Adenauer, die Bundesminister Krone und Brentano sowie der SPD-Abgeordnete Erler und ein Vertreter der FDP seien eingeweiht gewesen. Vgl. dazu STRAUSS, Erinnerungen, S. 342 und 345.
Ausrüstungshilfe für Israel wurde ebenfalls zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Ben Gurion am 14. März 1960 in New York angesprochen. Konkrete Vereinbarungen wurden zwischen Strauß und Peres ausgehandelt. Seit Anfang der sechziger Jahre nahmen auch israelische Offiziere an Lehrgängen der Bundeswehr teil. Vgl. dazu VOGEL, Dialog I/1, S. 134–143 und S. 151. Vgl. dazu weiter Dok. 199.

[4] Im Gespräch mit Ministerpräsident Ben Gurion am 14. März 1960 erklärte Bundeskanzler Adenauer, sich für eine zusätzliche Finanzhilfe an Israel einsetzen zu wollen. Ende 1961 wurde Israel ein erstes Darlehen im Rahmen der geheimgehaltenen Aktion „Geschäftsfreund" gewährt. Vgl. dazu VOGEL, Dialog I/1, S. 150–152 und S. 320–322; ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 35 f. Vgl. dazu weiter Dok. 382.

Ich habe darauf hingewiesen, daß wir

a) nur bekanntgeben können, was mit den Partnerregierungen abgestimmt sei. In einigen Fällen könne das vielleicht rechtzeitig der Fall sein;

b) über Israel gar nichts sagen könnten mit Rücksicht auf die Besonderheit der Nahost-Lage, und da ein Einverständnis der israelischen Regierung nicht binnen Stunden eingeholt werden könne.[5]

Anliegend wird eine (von Ministerialdirektor Knieper überlassene) dem Herrn Verteidigungsminister für die Kabinettssitzung vorgelegte Aufzeichnung beigefügt[6], die die uns bekannten Sachangaben im wesentlichen bestätigt.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[7] dem Herrn Minister[8] vorgelegt.

Pauls

Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 174

194

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1047/63 streng geheim **15. Juni 1963**[1]

1) Botschafter de Margerie hat mir am 14. Juni 1963 streng vertraulich und mit der Bitte, ihn nicht als Quelle zu nennen, mitgeteilt, daß General de Gaulle beabsichtige, die französische Atlantikflotte dem NATO-Oberbefehl zu entziehen[2],

[5] Im Anschluß an die Kabinettssitzung vom 12. Juni 1963 gab der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, Einzelheiten zur Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe für verschiedene afrikanische Staaten sowie für Indien, Libyen, Griechenland und die Türkei bekannt. Der SPD-Abgeordnete Merten erklärte am 15. Juni 1963 in einem Interview, die Bundeswehr bilde auch israelische Soldaten an modernen Geräten aus. Vgl. AdG 1963, S. 10629.

[6] Dem Vorgang nicht beigefügt.

[7] Hat Staatssekretär Carstens am 12. Juni 1963 vorgelegen.

[8] Hat Bundesminister Schröder am 12. Juni 1963 vorgelegen.

[1] Durchdruck.

[2] Die französische Regierung teilte am 15. Juni 1963 dem NATO-Militärausschuß in Washington den Beschluß mit, die im Nordatlantik stationierten französischen Seestreitkräfte dem NATO-Oberbefehl zu entziehen. Die Öffentlichkeit wurde über diesen Schritt erst am 21. Juni 1963 unterrichtet. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1963, S. 267 f.
Zur Reaktion der Bundesregierung auf den französischen Schritt vgl. Dok. 204. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 1. Juli 1963, der mit Blick auf das bevorstehende Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle anregte, bei der Gelegenheit deutlich zu machen, „daß die Bundesregierung der Sicherung der transatlantischen Nachschubwege eine entscheidende Bedeutung für die Überlebensfähigkeit Europas beimißt und daher hofft, daß auch die französische Atlantikflotte im Ernstfall zur Sicherung der Nachschubwege zur Verfügung stehen wird und die Bundesregierung es daher für erforderlich hält, daß die Planung für den Einsatz der Atlantik-Flotte bereits in Friedenszeit auf dieses Ziel ausgerichtet und der NATO die Möglichkeit zur engsten Koordinierung mit dieser Planung gegeben wird". Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138; B 150, Aktenkopien 1963.

ebenso wie er vor einigen Jahren die Mittelmeerflotte aus dem NATO-Verband herausgezogen[3] habe.

Präsident Kennedy sei über diesen Plan unterrichtet und habe geäußert, er würde darin einen Test für die Einstellung Frankreichs zur NATO sehen.

2) Nach meiner Auffassung ist die von General de Gaulle geplante Maßnahme nicht so zu verstehen, daß Frankreich seine Flotte auch im Ernstfall aus einem Konflikt heraus halten wird. Ihr Zweck liegt vielmehr darin, die Ebenbürtigkeit Frankreichs im Verhältnis zu den USA und besonders zu Großbritannien zu unterstreichen und den französischen Forderungen auf Reorganisation der NATO[4] weiteren Nachdruck zu verleihen.

Trotzdem würde eine solche Maßnahme von der Weltöffentlichkeit und insbesondere auch von der deutschen Öffentlichkeit als eine weitere Distanzierung Frankreichs von der NATO und damit zugleich als eine Schwächung der NATO angesehen werden. Auch die Sowjets würden diesen Eindruck gewinnen.

3) Ich schlage daher vor, daß der Bundeskanzler General de Gaulle ohne Nennung der Quelle auf die Angelegenheit anspricht und ihn nachdrücklich bittet, keine weiteren Maßnahmen zu treffen, die in der Öffentlichkeit als eine Schwächung der NATO erscheinen könnten.[5]

Hiermit dem Herrn Minister mit dem Vorschlag der Weiterleitung an den Herrn Bundeskanzler vorgelegt.

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446

[3] Zum Rückzug der französischen Mittelmeerflotte aus der NATO-Assignierung am 11. März 1959 vgl. Dok. 94, Anm. 19.

[4] Zu früheren französischen Vorschlägen für eine Reorganisation vgl. auch Dok. 49, Anm. 8 und Anm. 9.

[5] Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 4. Juli 1963; Dok. 216.

195

Aufzeichnung des Referats I B 2

I B 2/82.00/91.-/663/63 geheim **15. Juni 1963**[1]

Abstimmung der Politik gegenüber Lateinamerika

Die amerikanische Regierung hat seit etwa zwei Jahren mehrfach zu erkennen gegeben, daß sie eine Intensivierung der Lateinamerikapolitik ihrer europäischen Verbündeten für geboten hält[2], um einer weiteren Ausbreitung des Kommunismus in den lateinamerikanischen Ländern entgegenzuarbeiten.

Die Amerikaner wünschen vor allem unsere – zumindest moralische – Unterstützung der Allianz für den Fortschritt[3] sowie eine Abstimmung der Hilfsmaßnahmen.

Das gemeinsame, zunächst auf zehn Jahre befristete Programm der Allianz für den Fortschritt legt den lateinamerikanischen Ländern die Modernisierung ihrer Staatswesen durch soziale, steuerliche und administrative Reformen auf. Die Vereinigten Staaten haben sich verpflichtet, hierfür und für Wirtschaftshilfe 20 Mrd. $ aufzubringen.

Die Allianz für den Fortschritt stößt in Lateinamerika bei den Konservativen auf Widerstand, weil die Oligarchien befürchten, ihre Vorrechte zu verlieren; die Kommunisten bekämpfen sie, weil sie ihnen den Wind aus den Segeln nimmt. Unter denen, die sie befürworten, mehrt sich die Kritik an ihrem langsamen Fortgang.

Auf Grund der während der Botschafterkonferenz in Cuernavaca (Mexico)[4] gewonnenen Erkenntnis (die mit der Meinung der Franzosen und Italiener im wesentlichen übereinstimmt) sollten die europäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten die Allianz für den Fortschritt moralisch fördern und die eigenen Bemühungen mit ihr abstimmen. Unsere Entwicklungshilfe sollte jedoch getrennt von der Allianz für den Fortschritt gewährt werden, damit unsere Anstrengungen nicht mit den vorherrschenden antiamerikanischen Gefühlen belastet werden. Bevorzugt sollte unsere Entwicklungshilfe an jene Länder gehen, die den Willen zur Selbsthilfe besitzen.

Die Abstimmung der jeweiligen Bemühungen soll in laufender Fühlungnahme

[1] Durchdruck.
Die Aufzeichnung ging auf eine Vorlage der Botschaft in Washington zurück.

[2] Zur Entwicklungshilfe der USA für Lateinamerika vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Knappstein, Washington, vom 12. Juni 1963; Abteilung II (II 6), VS-Bd. 207; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Der zehn Punkte umfassende Plan einer „Alliance for Progress", der den Staaten Lateinamerikas eine Teilhabe am wirtschaftlichen Wachstum der USA ermöglichen sollte, wurde von Präsident Kennedy am 30. März 1961 anläßlich eines Empfangs für das diplomatische Korps der Staaten Lateinamerikas bekanntgegeben. Zur Finanzierung des Programms ersuchte Kennedy den Kongreß am 14. März 1963 in einer Sonderbotschaft, Mittel für Anleihen in Höhe von 600 Millionen Dollar bereitzustellen. Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 170–175.

[4] Zur Botschafterkonferenz vom 25. Mai bis 1. Juni 1963 in Cuernavaca/Mexiko vgl. Dok. 172, Anm. 28.

in Bonn und Washington, in internationalen Gremien und alsdann zwischen den jeweiligen Botschaftern in Lateinamerika erfolgen. Sie muß diskret sein, um nicht einen unberechtigten Verdacht der Lateinamerikaner zu erwecken. Sie dient den gemeinsamen politischen Zielen und soll ein Gegeneinanderarbeiten vermeiden.[5]

Bei den Gesprächen über die Abstimmung muß versucht werden, gewisse Schwierigkeiten auszuräumen, die sich möglicherweise aus der Kollision wirtschaftlicher Interessen in Lateinamerika ergeben.

Im übrigen wurden in Cuernavaca die aus der Anlage ersichtlichen Grundsätze einer deutschen Lateinamerikapolitik in Aussicht genommen.

Anlage 1

Thesen einer deutschen Lateinamerikapolitik[6]

1) Lateinamerika[7] ist durch die Bestrebungen des Weltkommunismus, die Erscheinung des Castrismus und wegen seiner sozialen Anfälligkeit infolge des starken Bevölkerungsdruckes und der geringen wirtschaftlichen Zuwachsrate für die Weltpolitik besonders wichtig geworden. Es ist daher erforderlich, daß wir ihm viel mehr als bisher unsere politische Aufmerksamkeit widmen und auf wirtschaftlichem, entwicklungspolitischem, kulturellem und publizistischem Gebiet tätig werden.

2) Unsere Politik muß darauf gerichtet sein, das wirtschaftliche Wachstum des Subkontinents zu fördern und zu seiner sozialen Gesundung und politischen Stabilisierung im freiheitlich westlichen Sinn beizutragen. Wir streben ein Verhältnis der Partnerschaft zwischen Lateinamerika, Europa und Nordamerika an.

3) Deutschland kann eine erfolgreiche Lateinamerikapolitik nicht im Alleingang, sondern nur in harmonischer Zusammenarbeit mit seinen westlichen Partnern betreiben.

4) Dabei kommt der Abstimmung mit den Vereinigten Staaten auf Grund ihrer traditionellen Vormachtstellung und ihrer besonderen Interessen große Bedeutung zu. Diese Abstimmung soll in laufender Fühlungnahme in Bonn und Washington, in internationalen Gremien und alsdann zwischen den jeweiligen Botschaftern in Lateinamerika erfolgen. Sie muß diskret sein, um nicht einen unberechtigten Verdacht der Lateinamerikaner zu erwecken. Sie dient den gemeinsamen politischen Zielen und soll ein Gegeneinanderarbeiten vermeiden.

5) Für eine gesunde Entwicklung Lateinamerikas ist ein starkes gesamteuropäisches Interesse an dem Subkontinent von wesentlicher Bedeutung. Dies erheischt eine enge Absprache mit unseren europäischen Partnern, insbesondere mit England, Frankreich und Italien. Diese Abstimmung sollte nicht nur

[5] Vgl. dazu auch den Vortrag des Staatssekretärs Lahr am 30. Mai 1963 in Cuernavaca über die Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik und der EWG zu den lateinamerikanischen Staaten; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 440.

[6] Anlage vom 5. Juni 1963.

[7] An dieser Stelle Fußnote in der Aufzeichnung: „Soweit in diesen Thesen von Lateinamerika die Rede ist, sind darin auch die englisch sprechenden Gebiete des karibischen Raumes inbegriffen."

in den europäischen Hauptstädten, sondern auch in internationalen Gremien (z. B. NATO, WEU, EWG, OECD) und zwischen den Botschaftern in den lateinamerikanischen Ländern erfolgen.

Eine offen zur Schau getragene europäische Solidarität kann unseren Bestrebungen in Lateinamerika nur nützlich sein.

6) Wir müssen bemüht sein, das politische Gespräch mit lateinamerikanischen Ländern zu intensivieren und zu vertiefen, um den Lateinamerikanern unsere Anteilnahme an ihren Problemen und Nöten zu beweisen, um ihr Interesse an europäischen Problemen zu wecken, und um ihnen das Gefühl der Schicksalsverbundenheit mit uns und der gemeinsamen weltpolitischen Verantwortung zu geben. In diesem Rahmen können wir ihnen auch am besten unsere besonderen deutschen Anliegen (Wiedervereinigung, Berlin, Ausschaltung der SBZ) näherbringen.

7) Für das Bestreben vieler lateinamerikanischer Regierungen und Parteien, eine sogenannte „unabhängige" Außenpolitik zu betreiben, sollten wir Verständnis zeigen. Der Tendenz, Lateinamerika in den afro-asiatischen Block hineinzuziehen, müssen wir jedoch entgegenarbeiten und demgegenüber das Bewußtsein des gemeinsamen europäischen Erbes wachhalten.

8) Trotz des Prinzips der Nichteinmischung werden wir nicht umhin können, gewisse Kreise in Lateinamerika vor anderen zu bevorzugen und zu stützen. Unsere besondere Sympathie und Unterstützung verdienen jene Personen, Gruppen und Regierungen, die in weltpolitischen Fragen verantwortlich handeln und die den Willen zu einer sozialen Reformpolitik im Innern betätigen, nicht aber oligarchische Gruppen, die sich den dringend notwendigen sozialen Reformen entgegenstellen. Die Beachtung parlamentarisch-demokratischer Spielregeln darf jedoch nicht als unerläßlich betrachtet werden.

9) Die Arbeit der Kirchen sollte überall, wo sie auf den sozialen Ausgleich gerichtet ist, gefördert werden, sofern dadurch unsere politischen Beziehungen zu einzelnen Regierungen nicht belastet werden. Mit derselben Maßgabe verdienen gleichgerichtete Bestrebungen der Gewerkschaften und der Parteien unsere Förderung.

10) Das Deutschtum in Lateinamerika ist ein besonders wertvoller Faktor unserer Politik und muß sorgfältig gepflegt und gefördert werden, zumal da, wo es dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und der engeren Verbindung Lateinamerikas mit Europa dient. Sowjetzonale Bestrebungen, auf deutsche Volksgruppen Einfluß zu gewinnen, müssen aufmerksam beobachtet und energisch bekämpft werden. Die Erhaltung und Förderung der deutschen Sprache als Bindeglied zur deutschen Wissenschaft und Forschung, aber auch zur Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen ist eine wichtige Aufgabe.

11) Auf kulturellem Gebiet sollten wir die überall festzustellenden Bestrebungen, sich wieder stärker nach Europa und nach Deutschland auszurichten, unterstützen. In diesem Zusammenhang verdient der Austausch von Studenten, Professoren und die Herstellung kultureller Kontakte aller Art unsere besondere Aufmerksamkeit.

12) Die Allianz für den Fortschritt wird von uns als ein wertvoller Beitrag zur Entwicklung Lateinamerikas angesehen. Wir sollten sie moralisch fördern und unsere eigenen Bemühungen mit ihr abstimmen. Unsere Entwicklungshilfe sollte jedoch getrennt von der Allianz für den Fortschritt gewährt werden, damit unsere Anstrengungen nicht mit den vorherrschenden antiamerikanischen Gefühlen belastet werden. Bevorzugt sollte unsere Entwicklungshilfe an jene Länder gehen, die den Willen zur Selbsthilfe besitzen.

13) Die EWG wird für unsere Beziehungen zu den lateinamerikanischen Ländern und darüber hinaus für das Verhältnis Europas zu Lateinamerika von immer größerer Bedeutung sein. In lateinamerikanischen Ländern gegenüber der EWG bestehenden Vorurteilen sollten wir entgegentreten, Sorgen dieser Länder gegenüber der EWG nachgehen und gemeinsam mit den Partnerregierungen, insbesondere den diplomatischen Vertretungen in den lateinamerikanischen Ländern, für die Zusammenarbeit zwischen diesen und der Gemeinschaft eintreten.

14) Auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik sollte der Technischen Hilfe besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dabei verdienen gewerbliche und landwirtschaftliche Berufsausbildung und die Entwicklung genossenschaftlicher Betriebsformen der Landwirtschaft nachdrückliche Förderung.

15) Im Dienst einer stetigen Evolution der politischen und sozialen Struktur kommt der Bildungs- und Sozialhilfe wachsende Bedeutung zu.

16) Die entwicklungspolitische Berichterstattung und die Entwicklung eigener Vorstellungen und Vorschläge hinsichtlich der Bedürfnisse des Gastlandes und die Beratung der Gastregierung auf diesem Gebiet gehören zu den Hauptaufgaben der Missionen.

Anlage 2

Kuba und das amerikanische Nord-Süd-Verhältnis

a) Kuba ist für die USA aus militärischen und aus innenpolitischen Gründen ein explosiver Stoff. Militärische Konflikte drohen dort von einem wenig wahrscheinlichen sowjetischen Angriff, von dem immer möglichen Abschuß eines amerikanischen Flugzeugs über der Insel, von einem Zusammenstoß zwischen Russen und Kubanern, von einem kubanischen Überfall auf einen Nachbarstaat. Die Sprengwirkung dieser militärischen Risiken beruht aber besonders auf innenpolitischen Gründen. Die sowjetische Präsenz verletzt den Stolz des Durchschnittamerikaners, irritiert sein gewohntes Sicherheitsempfinden, widerspricht seiner eingefleischten Abneigung gegen halbe Maßnahmen. Jeder militärische Zwischenfall in Kuba kann ihn, vor allem während eines Wahlkampfes, noch mehr in Wallung bringen. Kennedy muß jederzeit damit rechnen, von den Massen zu heftigeren Reaktionen gedrängt zu werden, als er sie militärisch und außenpolitisch eigentlich für angemessen hält. Er könnte aber auch zu einem Kuhhandel gedrängt werden, um die Vereinigten Staaten von dem lästigen Kuba-Problem zu befreien. Eine solche Wende mag eines Tages auch einen fernen Schatten auf die amerikanische Haltung in der Berlin-Frage werfen.

Jeder Monat höhlt die außen- und innenpolitische Wirkung des Sieges aus, den Kennedy in Kuba im Oktober 1962[8] errungen hat: Nach wie vor halten sich weit mehr als 10000 Sowjetsoldaten auf der Insel auf, Castros internationale Position gilt nach seiner Reise in die Sowjetunion als wieder gestärkt, die kommunistische Subversion von Kuba aus in das übrige Lateinamerika hinein hält an – ohne daß Kennedy eine rasche und radikale Lösung dieser Probleme vorzuweisen hätte. Die Invasion oder die Blockade der Insel werden von der Regierung wie von dem überwiegenden Teil der Opposition abgelehnt, denn sie würden einen zu hohen Preis an Blut, Geld und internationalem Ansehen kosten, sie würden sowjetischen Gegendruck in Berlin oder der Türkei auslösen, und sie könnten die Gefahr einer nuklearen Kettenreaktion heraufbeschwören. Kennedy beschränkt daher zur Zeit seine Kuba-Politik auf das Wirtschaftsembargo[9], auf diplomatische und subversive Kampfaktionen. Die Unterhaltung der kubanischen Wirtschaft soll die Sowjets täglich etwa 1 Million US-Dollar kosten. Diesen hohen Preis hat das jüngste sowjetisch-kubanische Zuckerabkommen[10] aber beträchtlich gemildert. Die diplomatischen Quarantäneversuche der USA hatten außerdem bisher nur begrenzten Erfolg.

b) Vor allem unter dem Eindruck des Kuba-Problems hat sich das Verhältnis der USA gegenüber den südlichen Nachbarn gewandelt. Sie stützen liberale Regierungen und nehmen auch radikale, nationalistische, neutralistische Regime in Kauf. Die Allianz für den Fortschritt, am 30. März 1961 von Präsident Kennedy verkündet, packt den Lateinamerikaner bei seinem nationalistischen Portepée, sie bietet Gleichberechtigung und fordert Zusammenarbeit. Die Allianz hat jedoch bisher nur geringen „Fortschritt" erzielt. Doch den durch die „Notwendigkeit" Verbündeten in Nord und Süd bleibt keine Alternative. Die USA messen daher der Lateinamerika-Politik der europäischen Mächte um so größere Bedeutung bei, je mehr Lateinamerikas Bedeutung für sie selbst wächst. Sie erwarten von Europa, statt wie einst dessen Intervention zu fürchten, einen Beitrag an der Sicherung Lateinamerikas für die Freiheit, ja sie halten den Beitrag für entscheidend. Sie fordern Solidarität in militärischen Krisen. Sie wünschen vor allem unsere moralische Unterstützung für die Allianz für den Fortschritt; sie wünschen, daß wir den lateinamerikanischen Völkern, Regierungen, Diplomaten, befreundeten Parteien und Gewerkschaften den Nutzen sozialer Reformen nahebringen, ihnen unser Vertrauen in den Fortschritt Lateinamerikas bekunden, ihre Intellektuellen umwerben und mit unserem großen Kapital an Ansehen wuchern. Sie wünschen von uns eine liberale Handelspolitik im Rahmen der EWG und vor allem unseren finanziel-

[8] Zur Beilegung der Kuba-Krise vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[9] Der amerikanische Präsident Kennedy verhängte am 3. Februar 1962 ein Handelsembargo über Kuba.

[10] In dem am 3. Juni 1963 bekanntgewordenen Abkommen erteilte die UdSSR der kubanischen Regierung die Zustimmung zum Verkauf von einer Million Tonnen Zucker auf dem Weltmarkt. Diese Genehmigung war erforderlich, da Kuba sich 1961 verpflichtet hatte, als Gegenleistung für sowjetische Rohstoff- und Warenlieferungen seine gesamte Zuckerproduktion an die UdSSR zu liefern und Verkäufe an Drittstaaten nur mit deren Einverständnis zu tätigen. Vgl. den Artikel von Tad Szulc: Cuban Sugar Sales Approved by Soviet; THE NEW YORK TIMES, Nr. 38481 vom 3. Juni 1963, S. 1 f.

len und technischen Beitrag zur Entwicklung Lateinamerikas, denn sie wollen ihre Zahlungsbilanz entlasten. Sie wollen, daß wir mit unserem Beitrag ihr Allianzprogramm psychologisch indossieren.

Abteilung I (I B 2), VS-Bd. 184

196

Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder

Z B 6-1 4342/63 geheim **Aufgabe: 18. Juni 1963, 16.30 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1714 **Ankunft: 18. Juni 1963, 21.45 Uhr**

Für Minister und Staatssekretär[1]

Betr.: Analyse der Kennedy-Rede vom 10. 6.
hier: Teststopp

I. Präsident bezeichnete in einer Rede vor der American University[2] die allgemeine und vollständige Abrüstung als das amerikanische Hauptziel in Genf, das trotz trüber Aussichten weiter verfolgt werde. Einziger Bereich, auf dem eine Einigung in Aussicht stehe, sei der Testbann[3]. Abkommen hierüber werde das Rüstungswettrennen auf einer besonders gefährlichen Stelle zum Halten bringen und Nuklearmächte instandsetzen, wirksam mit Gefahr der Proliferation fertig zu werden. Kennedy benutzte Gelegenheit, um den baldigen Beginn neuer Gespräche auf hoher Ebene in Moskau zum Abschluß eines umfassenden Testbannabkommens[4] anzukündigen. Ferner gab er zur Bekräftigung des guten Willens der USA, auf diesem Gebiet zu einer Einigung zu kommen, ein einseitiges Moratorium für atmosphärische Tests bekannt.

II. Mitteilung über Beginn der Moskauer Gespräche beruht auf einer über das Wochenende eingegangenen Mitteilung Chruschtschows, die Antwort auf den Brief Kennedys und Macmillans vom 31. 5. in Testbannfrage darstellt. Es handelt sich um vierten Brief einer Korrespondenz, die am 24. 4. mit einem gemeinsamen Brief Kennedys und Macmillans begonnen hatte und die seitdem unter weitgehender Geheimhaltung weiterläuft.[5]

III. Bei Äußerungen des Präsidenten auf dem Abrüstungs- und Testbanngebiet fällt folgendes auf:

[1] Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wenig."

[2] Zur Rede vom 10. Juni 1963 anläßlich der Abschlußfeier des akademischen Jahres vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 459–464. Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 18. Juni 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Zu den Bemühungen um ein Teststopp-Abkommen vgl. bereits Dok. 117, Anm. 16.

[4] Am 15. Juli 1963 nahmen die drei Nuklearmächte die Gespräche in Moskau auf. Vgl. dazu Dok. 228.

[5] Vgl. dazu bereits Dok. 153.

1) Präsident stellt in seinen einleitenden Bemerkungen zur Testbannfrage eine Verbindung zu dem Problem der Nichtweiterverbreitung der Nuklearwaffen her, an dem Sowjets ein starkes Interesse haben[6], über das Einigung jedoch wegen der amerikanischen Forderung nach Ausnahme für die Weitergabe an integrierte Organisationen[7] nicht zustandegekommen ist.
2) Präsident bezeichnete als Thema der Gespräche in Moskau das umfassende Verbot von Tests. Damit tritt Verbot der unterirdischen Tests erneut in Vordergrund. Möglichkeit eines Abkommens über atmosphärische Teststopps, die aller Wahrscheinlichkeit gegeben wäre und die dem angeblichen sowjetischen Wunsch nach einer vorweisbaren Einigung zwischen Ost und West entgegenkommen würde, wird nicht angedeutet. Themenstellung, die auf eine Zeit langer und schwieriger Verhandlungen schließen läßt, weist darauf hin, daß es USA zumindest auf diesem Gebiet nicht an einem leicht zu erreichenden Teilerfolg für beide Seiten gelegen ist, sondern an einer Gesamtlösung, die zumindest als Nebenerfolg langdauernde Kontakte auf höherer Ebene in Moskau bewirkt. In diesem Zusammenhang ist vorgesehene Entsendung Unterstaatssekretärs für politische Angelegenheiten, W. Averell Harriman, als Leiter der Delegation von besonderer Bedeutung. Ihm werden vorzügliche Kontakte mit den Sowjets und großes politisches Geschick zugeschrieben. Beides will man zweifellos während der Verhandlungszeit einsetzen. Von Problem des Teststopps versteht Harriman dagegen wenig. Er wird für dieses Fachgebiet, für das er sich z. Z. vorbereitet, von Adrian Fisher, dem stellvertretenden Leiter der Abrüstungsbehörde, begleitet.
3) Moratorium läuft so lange, als „andere Staaten" nicht testen. Obwohl es sich hier um Verhandlungen mit Sowjetunion handelt, hat Präsident nicht etwa auf Wiederbeginn der Tests seitens Sowjetunion abgehoben, sondern eine allgemeinere Formel gewählt. Es ist naheliegend und wird auch gesprächsweise bestätigt, daß hiermit auch Frankreich gemeint ist.

[gez.] Knappstein

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436

[6] Zum Stand der Gespräche über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vgl. Dok. 143, Anm. 28, und Dok. 178. Das besondere sowjetische Interesse äußerte sich vor allem in dem Protest gegen die integrierte Nuklearstreitmacht der NATO. Vgl. dazu Dok. 116, Anm. 19.

[7] Zur amerikanischen Haltung vgl. Dok. 162, Anm. 4.

197

Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1035/63 geheim **19. Juni 1963**[1]
Fernschreiben Nr. 2008 Plurex **Aufgabe: 20. Juni 1963, 11.00 Uhr**

1) Am 12. Juni 1963 habe ich an einem Mittagessen teilgenommen, zu dem der amerikanische Botschafter außerdem den britischen[2] und französischen[3] Botschafter eingeladen hatte. Wir haben ins Auge gefaßt, uns künftig in ähnlicher Form in gewissen Abständen, etwa alle ein bis zwei Monate, zu treffen, wobei jeder von uns nacheinander als Gastgeber fungieren wird.

2) Die erste Einladung diente im wesentlichen der Herstellung persönlicher Kontakte mit dem neuen amerikanischen Botschafter. Hauptthema war Berlin. McGhee wollte wissen, ob er dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin[4] einen Höflichkeitsbesuch machen sollte. Bedenken wurden dagegen nicht erhoben, zumal die Sowjets in letzter Zeit offensichtlich die Rolle ihres Botschafters in Ost-Berlin als des für gesamtberliner Fragen zuständigen sowjetischen Funktionärs herausstellen.

Ich habe auf die Gefahren hingewiesen, die sich aus einer Anerkennung eines Vier-Mächte-Status von West-Berlin ergeben könnten[5], und habe die Botschafter dringend gebeten zu überlegen, was sie tun können, um ihre Kompetenzen mit Bezug auf Ost-Berlin stärker zu unterstreichen. Insbesondere habe ich auch die Frage gestellt, ob die Westmächte es für möglich hielten, eigene Dienststellen in Ost-Berlin zu errichten. Man solle an diese Möglichkeit denken, wenn die Sowjets versuchten, Dienststellen in West-Berlin zu errichten. (Anmerkung: Anzeichen hierfür bestehen insofern, als die Sowjets ein ihnen gehörendes Gebäude in West-Berlin wieder herrichten wollen.)

3) Nur zur persönlichen vertraulichen Unterrichtung des Botschafters:[6]

Im Laufe des Gesprächs kam man auch auf Sitzungen des Bundestags in Berlin[7] zu sprechen. Ich habe mit dem ausdrücklichen Zusatz, daß meine Bemerkungen „off the record" seien, etwa folgendes gesagt: Die Bundesregierung sei in den vergangenen Jahren jedem Versuch des Bundestagspräsidenten, eine Sitzung in Berlin abzuhalten, entgegengetreten; jedoch jedesmal mit der Begründung, daß keine prinzipiellen Einwendungen erhoben würden, sondern nur der jeweilige Zeitpunkt unter außenpolitischen Gesichtspunkten schlecht gewählt sei. Es sei klar, daß, je öfter dieser Einwand erhoben würde, er desto

[1] Drahterlaß an die Botschaften in London, Paris und Washington sowie an die Vertretung bei der NATO in Paris.
[2] Frank K. Roberts.
[3] Roland de Margerie.
[4] Pjotr A. Abrassimow.
[5] Zum sowjetischen Vorschlag einer „Freien Stadt" Berlin (West) vgl. Dok. 3, Anm. 7.
[6] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.
[7] Zu den Bestrebungen, eine Bundestagssitzung in Berlin abzuhalten, vgl. bereits Dok. 111 und Dok. 144.

mehr prinzipiellen Charakter annehme. Da man aber prinzipiell nichts einwenden wolle, führe die häufige Wiederholung zur Schwächung des Einwandes. Der Bundestagspräsident[8] habe erklärt, er werde im Herbst eine Sitzung des Bundestags nach Berlin einberufen. Die Botschafter verhielten sich rezeptiv.

4) Die nächste Zusammenkunft wird im Juli bei dem britischen Botschafter stattfinden. Dieser will dazu den neuen britischen Kommandanten von Live Oak[9], General Harris, einladen.

Carstens[10]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

198

Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/4381/63 geheim **Aufgabe: 20. Juni 1963**
Fernschreiben Nr. 502 **Ankunft: 20. Juni 1963, 14.00 Uhr[1]**

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 933 vom 11. 12. 1962 geheim[2]

Mit Schlagzeilen wie „Präsident des westdeutschen Bundestages fordert die Gefühle der Araber heraus" und „Warnung des deutschen Bundestagspräsidenten an die Araber" veröffentlicht hiesige arabisch- sowie europäischsprachige Presse an hervorragender Stelle die erneute Erklärung von Dr. Gerstenmaier zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Tel Aviv.[3]

Nachdem sich auch erst vor wenigen Tagen Bundesminister a. D. Strauß dahingehend geäußert hatte, daß sich die Bundesregierung für Leben und Existenz Israels verantwortlich fühle und daß die Zeit für halbe Lösungen vorbei sei[4], verlieren in den Augen der VAR-Regierung die wiederholten Erklärungen des Sprechers der Bundesregierung, wonach keine Änderung des Status quo

[8] Eugen Gerstenmaier.

[9] Eine Planungsorganisation der Berlin Contingency Group, die SACEUR unterstellt war, sich jedoch außerhalb der NATO-Struktur befand.

[10] Paraphe vom 20. Juni 1963.

[1] Hat dem Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika", Schirmer, am 21. Juni 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Am 21. 6. Drahtweisung an Kairo".
Vgl. dazu weiter Dok. 202.

[2] Vgl. Referat L 4, VS-Bd. 6; B 150, Aktenkopien 1962.

[3] Ähnlich äußerte sich Bundestagspräsident Gerstenmaier bereits am 2. Dezember 1962. Vgl. dazu Dok. 14, Anm. 3.

[4] Vgl. dazu Dok. 189.

im deutsch-israelischen Verhältnis beabsichtigt sei[5], immer mehr an Glaubwürdigkeit. Man kann bzw. will hier nicht glauben, daß in so autoritativer Form gemachte Erklärungen wie diejenigen des Herrn Bundestagspräsidenten und des ehemaligen Bundesverteidigungsministers ohne Billigung oder gar gegen den Willen der Bundesregierung zustande gekommen sind. Auf entschiedenen Widerspruch stößt hier vor allem die Feststellung von Dr. Gerstenmaier, daß man „diplomatische Beziehungen zu Israel nicht mit diplomatischen Beziehungen zur SBZ vergleichen könne, da die SBZ von keinem nichtkommunistischen Land als Staatsgebilde angesehen werde." Man weist hier demgegenüber darauf hin, daß aus moralischen Gründen diplomatische Beziehungen mit Israel von den Arabern ebenso empfunden werden wie seitens der Bundesrepublik eine diplomatische Anerkennung der Zone.[6] Überdies werde sich die These von Dr. Gerstenmaier, daß die Zone im Gegensatz zu Israel nur von Staaten des Ostblocks anerkannt werde, schon dann nicht mehr halten lassen, wenn erst die arabischen Staaten als Antwort auf Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Tel Aviv die SBZ diplomatisch anerkannt haben. Dies umso mehr, als dann mit Sicherheit auch weitere nicht-arabische Staaten, die nur auf einen günstigen Zeitpunkt warten, dem Beispiel der Araber folgen werden.

Insofern sehen auch hiesige Diplomaten uns befreundeter Länder einen Widerspruch zwischen den Erklärungen des Herrn Bundestagspräsidenten anläßlich des 17. Juni einerseits und in New York andererseits; denn heute würde eine Änderung des Status quo in unseren Beziehungen zu Israel einen Dammbruch in die Hallstein-Doktrin[7] hervorrufen und der sowjetischen Zweistaatentheorie[8] auch weitgehend im neutralistischen Lager zur Realität verhelfen. Die Hoffnung der 17 Millionen Deutschen in der Zone auf Wiedervereinigung werde damit weitgehend begraben und alle Erklärungen zum 17. Juni als eine Farce erscheinen.

Im übrigen darf ich hinsichtlich des gesamten Fragenkomplexes auf meinen Drahtbericht 461 vom 5. 6. geh.[9] hinweisen.

[gez.] Weber

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205

[5] Vgl. dazu Dok. 189, Anm. 7. Zu entsprechenden Noten vom 13. März 1963 an die arabischen Staaten vgl. Dok. 146, Anm. 10.

[6] Zur Reaktion der ägyptischen Presse auf die Äußerungen des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier am 17. Juni 1963 in New York vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters Weber, Kairo, vom 21. Juni 1963; Referat I B 4, Bd. 12.
Vgl. dazu ferner Akten Dr. Voigt (Nahost-Dokumentation), VS-Bd. 70.

[7] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 19, Anm. 3.

[8] Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 1, Anm. 7.

[9] Vgl. Dok. 189.

199

Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/4382/63 geheim **Aufgabe: 20. Juni 1963**
Fernschreiben Nr. 504 **Ankunft: 20. Juni 1963, 14.15 Uhr**[1]

Auch für BMVtdg

Bekanntgabe deutscher Ausbildungshilfe für Israel[2] hat in hiesigen militärischen Kreisen unangenehmes Aufsehen erregt. Einflußreiche VAR-Zeitung „El Achbar" meldet am 19. 6., israelische Offiziere würden im „Lager Rendsburg" ausgebildet. Anläßlich eines Besuchs von Verteidigungsexperten der VAR in Rendsburg seien sie vorübergehend aus dem Lager entfernt worden, um nicht mit diesen zusammenzukommen. Unterrichtete Quellen wollen wissen, daß die Israelis an Flugabwehrwaffen amerikanischer Herkunft ausgebildet werden, u. a. an mit Radar ausgerüsteten 40 mm Flak auf Panzerlafetten und an ähnlichen derartigen Waffen.[3]

Nach der Botschaft zugegangenen Drahtweisung über eine Äußerung des Abgeordneten Merten[4] muß angenommen werden, daß die Meldung einen wahren Kern hat. Vielleicht hat es sich um eine Besichtigung der Fla-Schule Rendsburg durch ausländische Militärattachés gehandelt. Von einem Besuch von Verteidigungsexperten der VAR in der BRD ist der Botschaft nichts bekannt.

VAR-Presse hatte schon früher mehrfach, so in „Rose el Jussef" vom 5. 2. 62, über angebliche Ausbildung israelischer Offiziere und Soldaten durch die Bundeswehr gemeldet. Auf Anfrage hat damals AA mit Drahterlaß 129, geheim, vom 8. 3. 62[5], mitgeteilt, das BMVtdg, mit dem die Angelegenheit erörtert worden sei, habe die Behauptung als Störmanöver und „ausgesprochene Verleumdung" bezeichnet, die in allen Punkten jeder Grundlage entbehre. Militärattaché hat VAR-Kriegsministerium von dieser Stellungnahme unterrichtet und gebeten, alle interessierten Stellen davon in Kenntnis zu setzen, daß es sich um eine Verleumdung der Bundeswehr handelt.

Ich muß pflichtgemäß darauf aufmerksam machen, daß derartige Dementis, die sich nachträglich als unrichtig herausstellen, nicht nur den Militärattaché in eine schiefe Lage bringen, sondern daß dadurch die Bundesregierung an Glaubwürdigkeit verliert. Militärattaché wird, sollte er auf die Meldung angesprochen werden, darauf hinweisen, daß BMVtdg auch VAR-Streitkräfte eingeladen hat, Teilnehmer an Kursen an den Schulen des Heeres zu entsenden.

[1] Hat Ministerialdirektor Jansen und am 21. Juni 1963 dem Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika", Schirmer, vorgelegen. Dieser vermerkte handschriftlich: „Auf Weisung D I (Direktoren-Konferenz) ging am 21. 6. allgem[eine] ‚Sprachregelung' an Kairo. Herrn Dr. Böker nach R[ückkehr]."
Hat Ministerialdirigent Böker am 25. Juni 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu Dok. 193, Anm. 5.

[3] Vgl. dazu auch DIE WELT, Nr. 138 vom 17./18. Juni 1963, S. 4; Nr. 139 vom 19. Juni 1963, S. 2.

[4] Für den Drahterlaß des Leiters des Pressereferats, Hille, vom 15. Juni 1963 vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 174; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Für den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Hess vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 167.

Grundsätzlich ist zu bemerken, daß deutsche Ausbildungshilfe für Israel bei militärischen Stellen als sehr viel schwerwiegender betrachtet wird, als aus bisherigem Presseecho erkennbar. Dies wird im Zusammenhang mit Maßnahmen gegen deutsche Rüstungsexperten in der VAR[6] und besonders mit dem Strauß-Besuch in Israel[7] gesehen. Die hierbei von deutscher und israelischer Seite gemachten Erklärungen und Andeutungen haben hier den Eindruck erweckt, daß in Wirklichkeit eine sehr viel weitergehende militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel im Gange ist, als sie bisher bekannt wurde, und daß diese Zusammenarbeit in Zukunft noch enger werden wird. Die Äußerungen von Herrn Strauß, die Bundesrepublik fühle sich für die Verteidigung Israels verantwortlich, führt hier zu dem Schluß, daß ein militärisches Bündnisverhältnis zwischen beiden Staaten im Entstehen ist und daß die Bundesrepublik politisch und militärisch Partei für Israel und gegen die VAR ergriffen hat.

Welche Folgerungen die VAR hieraus ziehen wird, kann man noch nicht absehen. Jedoch läßt sich die Möglichkeit nicht ausschließen, daß der Verlauf des Amer-Besuchs in Moskau[8] hierdurch ungünstig beeinflußt worden ist. In jedem Falle stellen die militärischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel eine schwere Belastung für unser Verhältnis zur VAR dar.[9]

[gez.] Weber

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205

200

Aufzeichnung des Botschafters Kroll

Streng geheim **21. Juni 1963**[1]

1) Ich habe am 11. Juni 1963 Botschafter Smirnow im Einklang mit der Weisung des Herrn Bundeskanzlers[2] davon unterrichtet, daß eine Reise von mir nach Moskau zwecks Fortsetzung des bisherigen unverbindlichen Gedankenaustausches nur in Frage käme, wenn die Sowjetregierung sich grundsätzlich bereiterklärt hat, den am 6. Juni 1962 von dem Herrn Bundeskanzler gemach-

6 Vgl. dazu Dok. 173.

7 Vgl. dazu Dok. 189.

8 Der ägyptische Vizepräsident Amer besuchte vom 7. bis 19. Juni 1963 die UdSSR. Dabei wurde ein Abkommen zwischen der VAR und der UdSSR über eine verstärkte Zusammenarbeit unterzeichnet. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 155.

9 Vgl. weiter Dok. 202.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde am 29. Juli 1963 vom Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, Staatssekretär Carstens zugeleitet, der am 30. Juli 1963 handschriftlich vermerkte: „Hat d[em] H[errn] Minister am 29. 7. – im Wagen – kurz zur Einsicht vorgelegen."

2 Vgl. dazu Dok. 186.

ten Vorschlag[3] zu diskutieren. Botschafter Smirnow erklärte mir, daß er die Sowjetregierung hiervon verständigen würde.

2) Botschafter Smirnow suchte mich heute auf, um mir die Antwort der Sowjetregierung zu übermitteln. Sein Bericht über seine Unterhaltung mit dem Herrn Bundeskanzler und mit mir sei Ministerpräsident Chruschtschow vorgelegt und von ihm mit großem Interesse geprüft worden. Er stimme mit dem Herrn Bundeskanzler über die unbedingte Notwendigkeit, eine Normalisierung der sowjetisch-deutschen Beziehungen herbeizuführen, überein; der gegenwärtige Stand dieser Beziehungen sei höchst unbefriedigend. Ministerpräsident Chruschtschow habe wiederholt zu erkennen gegeben, daß die fundamentalen Interessen beider Staaten sie nötigen, alsbald in Besprechungen über eine Lösung der zwischen ihnen stehenden Probleme, mit dem Ziel der Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen, einzutreten.

3) Botschafter Smirnow übergab mir bei unserer heutigen Unterredung ein formloses Papier[4], das wir zur Grundlage unserer Besprechung machten. Hiernach ist die Sowjetregierung bereit, alle Fragen, die zwischen unseren beiden Ländern heute noch ungelöst stehen, in einem streng vertraulichen Gedankenaustausch zu erörtern. Dies schließt auch den Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers über einen zehnjährigen „Burgfrieden" ein. Die Sowjetregierung ist ferner bereit, im Rahmen dieses Gedankenaustausches auch das Problem des Abschlusses des Friedensvertrags[5], einschließlich des Zeitpunkts eines solchen Abschlusses, zu erörtern.

4) Ziel der von der Sowjetregierung angeregten Besprechungen wäre eine Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Wie es in dem mir übergebenen Papier heißt, würde die Sowjetregierung eine solche Verständigung als ein Ereignis „von größter historischer Bedeutung" betrachten, das sich nicht nur auf das Verhältnis zwischen den beiden Ländern, sondern auch auf die Lage in Europa in positivster Weise auswirken würde.

5) Was die Form des Gedankenaustausches anbetrifft, so ist die Sowjetregierung sowohl mit der Durchführung der Besprechungen in Bonn wie in Moskau einverstanden. In letzterem Falle regt sie an, mich nach Moskau zu entsenden, und zwar entweder inkognito oder mit offiziellen Vollmachten oder aber auf eine Urlaubsreise im Rahmen der mir von der Sowjetregierung übermittelten Einladung.
Sollten die weiteren Besprechungen einen positiven Verlauf nehmen, so ist die Sowjetregierung zu einem Treffen auf höchster Ebene bereit. Der Ort einer solchen Begegnung stehe in der Wahl der Bundesregierung. Ministerpräsident Chruschtschow ist auch zu einer Begegnung in Bonn bereit.

[3] Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Adenauer vom 6. Juni 1962 („Burgfriedens-Plan") vgl. Dok. 37, Anm. 29.

[4] Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1963.
Die Übermittlung dieses „Papiers" an das Auswärtige Amt wurde von Staatssekretär Carstens Ende Juli 1963 angemahnt. Vgl. dazu Dok. 186, Anm. 1. Daraufhin wurde es Carstens am 26. Juli 1963 vom Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, zugeleitet. Carstens vermerkte dazu für Bundesminister Schröder: „Ich finde keinen sachlichen Anknüpfungspunkt ..."

[5] Zum sowjetischen Vorschlag eines Friedensvertrags vom 10. Januar 1959 vgl. Dok. 116, Anm. 8.

6) Ich habe Botschafter Smirnow gegenüber nochmals keinen Zweifel darüber gelassen, daß nach meiner persönlichen Auffassung die vorgesehenen Besprechungen nur dann für uns interessant wären, wenn sie zu einer fühlbaren Erleichterung der Lage in der Zone führen würden. Smirnow erwiderte, daß eine Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau unausweichlich auch zu einer positiven Änderung der Lage in der „DDR" führen würde. Wir müßten jedoch Verständnis dafür haben, daß die Sowjetregierung die „DDR" als einen souveränen Staat betrachte, und daher mit uns über diesen Staat oder gar zu seinen Lasten keine Vereinbarungen abschließen könne. Er ließ jedoch deutlich durchblicken, daß ein positiver Ausgang der vorgeschlagenen Besprechungen zu einer wesentlichen Erleichterung der Lage in der „DDR" führen würde.[6]

Ich habe Botschafter Smirnow zugesagt, den Herrn Bundeskanzler zu unterrichten und ihm zu gegebener Zeit eine Antwort zukommen zu lassen.[7]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446

201

Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1 4410/63 geheim
Fernschreiben Nr. 553
Citissime

Aufgabe: 21. Juni 1963, 15.30 Uhr
Ankunft: 21. Juni 1963, 17.45 Uhr

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 545 vom 19. 6. 1963 geh.[1]

I. Sir Humphrey[2] aufsuchte mich gestern, um mit mir noch einmal über den Besuch Wilsons[3] in der vergangenen Woche zu sprechen. Es kam ihm offensichtlich darauf an, einem etwaigen ungünstigen Eindruck entgegenzuwirken, den die Erklärungen Wilsons gegenüber der Presse[4] bei uns hervorgerufen haben könnten.

Sir Humphrey betonte, er habe aus den Gesprächen mit Wilson die feste Überzeugung gewonnen, daß dieser in seinen Unterredungen mit Chruschtschow

[6] Dieser Satz und besonders die Wörter „jedoch deutlich durchblicken" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Ich verweise hierzu auf mein ‚gentleman agreement' mit Smirnow über die Entlassung von Naumann und Sonntag." Vgl. dazu bereits Dok. 174.

[7] Vgl. dazu weiter Dok. 212.

[1] Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Sir Humphrey Trevelyan.

[3] Harold Wilson, Vorsitzender der Labour Party seit Februar 1963, hielt sich vom 9. bis 15. Juni 1963 in Moskau auf.

[4] Wilson hielt am 10. und 14. Juni 1963 in Moskau zwei Pressekonferenzen ab, letztere nur für einen ausgewählten Kreis britischer und sowjetischer Journalisten.

in der Deutschland- und Berlinfrage „nichts weggegeben habe".[5] Die Äußerungen Wilsons zur Frage des Zugangs der Bundesrepublik zu Atomwaffen seien in der Form vielleicht nicht gerade freundlich gewesen[6], in der Sache selbst sollten wir uns dadurch jedoch nicht getroffen fühlen. Wilson habe in seinen Gesprächen hinreichend klargestellt, daß er gegen jede Weitergabe von Atomwaffen an Länder sei, die heute noch keine besäßen. Darüber hinaus habe er aber auch den bekannten Standpunkt von Labour vorgetragen, wonach auch das Vereinigte Königreich selbst sich in Zukunft seiner eigenen Atomwaffe begeben sollte. Im Ergebnis bedeute Wilsons Standpunkt somit eine strikte Gleichheit für Großbritannien und Deutschland, also eine Situation, die, wenn man so wolle, für die Bundesrepublik eigentlich noch günstiger sei als der Standpunkt der gegenwärtigen britischen Regierung. Zur Frage einer Beteiligung der Bundesrepublik an einer multinationalen oder multilateralen Atomstreitmacht[7] habe Wilson erklärt, daß er damit einverstanden sei, falls dies der einzige Weg sei, Deutschland daran zu hindern, selbst Atommacht zu werden. Im übrigen habe er zur NATO-Atommacht betont, daß die einzelnen NATO-Staaten in stärkerem Maße an der Kontrolle und allgemeinen Planung (more control and general planning) beteiligt werden müßten, daß aber das Veto der Regierung der Vereinigten Staaten vorbehalten bleiben müsse.

Sir Humphrey legte schließlich Wert auf die Feststellung, daß Wilson in seinen Gesprächen mit Chruschtschow an der Festigkeit der westlichen Allianz und der Unmöglichkeit, zwischen Großbritannien und die Vereinigten Staaten einen Keil zu treiben, keinen Zweifel gelassen habe.

II. Ich habe Sir Humphrey zum Thema „Deutschland und Berlin" entgegengehalten, Wilson solle nach eigenen Erklärungen auf der Pressekonferenz vom 14. Juni Chruschtschow gesagt haben, daß seine Partei nichts gegen eine Anerkennung der „DDR" einzuwenden habe, wenn für die Berlinfrage eine befriedigende Lösung gefunden würde. Sir Humphrey entgegnete darauf, ihm sei von einer derartigen Äußerung Wilsons nichts bekannt, er wolle sich aber danach erkundigen. Er könne sich an sich nicht denken, daß Wilson eine solche Äußerung gemacht habe, da er ihn über seine Gespräche mit Chruschtschow eingehend unterrichtet habe. Wilson habe, wie er wisse, eine Stellungnahme zu „Ostdeutschland", um die ihn sowjetische Journalisten gebeten hätten, mit dem Bemerken abgelehnt, daß er dazu vor Beginn einer Verhandlung nichts sagen könne; er habe von Mikojan gelernt, daß man keine Positionen vorzeitig aus der Hand geben dürfe.

Sodann wies ich Sir Humphrey auf die uns bekanntgewordene Bemerkung Wilsons hin, zwischen ihm und Chruschtschow habe Übereinstimmung darüber bestanden, daß man Adenauer kein Veto gegenüber der westlichen Poli-

[5] Zur Haltung von Wilson in der Deutschland- und Berlinfrage vgl. auch Dok. 107.

[6] Laut Drahtbericht des Botschafters Groepper, Moskau, vom 19. Juni 1963 hatte Wilson Ministerpräsident Chruschtschow gegenüber geäußert, daß die Labour Party „absolut dagegen sei, daß Deutschland direkt oder indirekt einen Finger am Atomdrücker habe". Auf der zweiten Pressekonferenz soll der britische Oppositionsführer wörtlich erklärt haben: „Die Perspektive, daß Westdeutschland Atommacht wird, läßt mir das Blut in den Adern gerinnen!" Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196; B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Zum Stand der Planungen für eine integrierte Atomstreitmacht der NATO vgl. Dok. 190.

tik einräumen dürfe, und zwar weder in Fragen der Atomrüstung noch in der Deutschland- und Berlinfrage. Sir Humphrey schien diese Bemerkung ebenfalls nicht zu kennen, so daß er dazu keine konkrete Stellung nehmen konnte.

Zu Wilsons Bemerkungen über eventuellen Zugang der Bundesrepublik zu Atomwaffen habe ich Sir Humphrey entgegnet, die Sowjets hätten doch jedenfalls aus seinen Erklärungen den Eindruck gewinnen müssen, als ob Labour sich geradezu darum bemühe, die Sowjetunion als Bundesgenossen zu gewinnen, um die böse Bundesrepublik im Zaum zu halten. Sir Humphrey betonte demgegenüber erneut, es sei Wilsons Absicht, für England und Deutschland in punkto Atombewaffnung einen Status strikter Gleichheit (equality) zu schaffen.

Der Botschafter wies ferner allgemein darauf hin, daß Erklärungen, die Wilson als Oppositionsführer abgebe, natürlich ebensowenig für die jetzige britische Regierung wie für Wilson selbst im Falle einer etwaigen späteren Regierungsübernahme verbindlich seien.

III. Wenn Sir Humphrey darauf hinweist, daß Großbritannien und die Bundesrepublik bei der Verwirklichung der von Wilson hier vorgetragenen Vorstellung der Arbeiterpartei zur Frage der atomaren Bewaffnung letztlich einen Status strikter Gleichheit erhalten würden, so ist dieser Gedanke an sich richtig. Diese Erwägung kann jedoch nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß Wilson in seinen Gesprächen mit Chruschtschow und auch in seinen Erklärungen gegenüber Korrespondenten eine Einstellung zur Bundesrepublik bekundet hat, die man von einem Bündnispartner normalerweise nicht erwarten sollte. So wie Wilson seine Bemerkungen gemacht hat, konnte Chruschtschow sie nur dahin auffassen, daß die Arbeiterpartei in der Tat eine der vordringlichsten Aufgaben darin sieht, die gefährliche Bundesrepublik im Zaum zu halten, und daß ihr zur Erreichung dieses Zieles die Hilfe der Sowjetunion willkommen ist.

Die im Bezugstelegramm mitgeteilte Äußerung Wilsons, seine Partei sei bereit, die Zone anzuerkennen, wenn für die Berlinfrage eine befriedigende Lösung gefunden würde, beruht auf der Angabe eines deutschen Korrespondenten, der diese Information von einem angelsächsischen Teilnehmer der Pressekonferenz vom 14. Juni erhalten hat. Ihrem Inhalt nach würde diese Erklärung durchaus auf der Linie früherer Äußerungen Wilsons liegen und unter diesem Gesichtspunkt daher an sich nicht unwahrscheinlich sein. Auch wenn Wilson sie aber tatsächlich nicht gemacht hat, würde m. E. dadurch der Gesamtcharakter seiner Äußerungen kaum in ein günstigeres Licht gerückt werden. Angesichts der außerordentlichen Bedeutung, die der Deutschland- und Berlinfrage im Rahmen der west-östlichen Auseinandersetzung zukommt, konnte Wilson nicht im Zweifel darüber sein, daß die Sowjets jegliche Erklärungen seinerseits über Deutschland und speziell die Bundesrepublik sorgfältig registrieren würden. Ebensowenig konnte ihm als dem Führer der großen Oppositionspartei unbekannt sein, welch entscheidenden Faktor gerade die westliche Kohärenz für die sowjetische Politik darstellt. Seine auf die Bundesrepublik bezüglichen Äußerungen lassen leider, auch wenn man Wilson die

von Sir Humphrey ins Feld geführten Gesichtspunkte zugute hält, die notwendige Rücksichtnahme auf diese Kohärenz vermissen.

[gez.] Groepper

Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196

202

Ministerialdirektor Jansen an die Botschaft in Kairo

I B 4-82.00/92.19-703/63 geheim **Aufgabe: 21. Juni 1963, 19.10 Uhr[1]**
Fernschreiben Nr. 308

Auf Drahtberichte 502 und 504 vom 20. 6.[2]

Die Politik der Bundesregierung gegenüber den Grundsatzproblemen des Nahostraumes ist nach wie vor unverändert. Sie werden gebeten, diesen Standpunkt mit allem Nachdruck zu vertreten.

Die Tatsache, daß in letzter Zeit ausgesprochene Freunde Israels durch öffentliche Erklärungen hervorgetreten sind, sollte unabhängig davon, daß es sich um Mitglieder der Regierungspartei handelt, von arabischer Seite keinesfalls als Anzeichen für eine Änderung der offiziellen Haltung gewertet werden.

Die öffentliche Diskussion des deutsch-israelischen Problems und der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ist aufs engste mit der noch[3] nicht abgeschlossenen Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer eigenen Vergangenheit verbunden. Viele Erklärungen sind daher nicht als abgewogene außenpolitische Stellungnahmen zu bewerten, sondern sind im Zusammenhang mit unserer inneren Problematik zu sehen. Es[4] entspricht dem Recht der freien Meinungsäußerung, daß diese Fragen in der Öffentlichkeit erörtert werden. Die Ansicht des MdB Strauß, daß die Mehrheit des Bundestages für eine Änderung der bisherigen Nahostpolitik der Bundesregierung eintreten würde[5], wird nicht geteilt.[6]

[1] Hat dem Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika", Schirmer, am 21. Juni 1963 vorgelegen, der den Drahterlaß an Ministerialdirigent Böker weiterleiten ließ. Dieser vermerkte am 28. Juni 1963 handschriftlich: „Sehr einverstanden!"

[2] Vgl. Dok. 198 und Dok. 199.

[3] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Jansen gestrichen: „immer".

[4] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Jansen gestrichen: „liegt im Interesse einer Klärung der Standpunkte und".

[5] Botschafter Weber wurde vom Leiter der Westeuropa-Abteilung im ägyptischen Außenministerium, Eleissy, auf die angebliche Äußerung des ehemaligen Bundesministers Strauß angesprochen, daß zwei Drittel der Mitglieder des Deutschen Bundestages für eine baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel seien. Vgl. dazu den Drahtbericht vom 4. Juni 1963; Referat I B 4, Bd. 47.

[6] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Jansen gestrichen: „Die Notwendigkeit, in den po-

Die Erklärung des MdB Merten über deutsche Ausbildungshilfe an Israel[7] war offenbar ausgelöst durch die in Ihrem Drahtbericht erwähnten vieldeutigen Äußerungen des MdB Strauß[8] und des israelischen Stellvertretenden Verteidigungsministers Peres[9]. Der Ausbildung israelischer Soldaten durch die Bundesrepublik ist keine grundsätzliche Bedeutung beizumessen.[10] Sie ist ebenso wie die zahlreichen anderen – auch an Mitgliederstaaten der arabischen Liga – gegebenen Ausbildungshilfen als Einzelfall zu werten. Ohne das Thema zu vertiefen, werden Sie gebeten, alle daran anknüpfenden politischen Kombinationen zurückzuweisen.[11]

Jansen[12]

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205

Fortsetzung Fußnote von Seite 649

litischen Entscheidungen den Erfordernissen der deutschen Wiedervereinigungspolitik und der Nichtanerkennung der SBZ Rechnung zu tragen, besteht nach wie vor unverändert fort."

7 Vgl. dazu Dok. 193, Anm. 5.

8 Während seines Aufenthalts in Israel brachte Franz Josef Strauß den Gedanken einer militärischen Zusammenarbeit ins Spiel, bestritt jedoch nach seiner Rückkehr am 11. Juni 1963, etwas von einer Ausbildungs- oder Ausrüstungshilfe der Bundesrepublik für Israel zu wissen. Vgl. die Zusammenstellung von Pressemeldungen vom 14. Juni 1963 zum Strauß-Besuch in Israel; Referat I B 4, Bd. 47.

9 Im Mai 1963 äußerte der Generalsekretär des israelischen Verteidigungsministeriums, Peres, gegenüber der Presse, die Bundesrepublik Deutschland leiste einen ebenso wichtigen Beitrag zur Verteidigung Israels wie Frankreich. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Leiters des Referats „Naher Osten und Nordafrika", Schirmer, vom 24. Februar 1964; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 222; B 150, Aktenkopien 1964.
Vgl. in diesem Zusammenhang auch Dok. 193, Anm. 3.

10 Vor diesem Satz wurde von Ministerialdirektor Jansen gestrichen: „Es ist damit geklärt, daß seitens der Bundesrepublik keinerlei Ausrüstungs- und Waffenlieferungen an Israel gegeben wurden."

11 Zu den Waffenlieferungen an Israel vgl. weiter Dok. 358.

12 Paraphe vom 21. Juni 1963.

203

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I–84.00/1277/63 VS-vertraulich **21. Juni 1963**[1]

Betr.: Ausrüstungshilfe in Entwicklungsländern
hier: Gespräch Ministerialdirigent Dr. Böker mit Botschaftsrat Kidd von der amerikanischen Botschaft

Botschaftsrat Kidd suchte Ministerialdirigent Böker am 13. 6. auf, um ihm die Beunruhigung Washingtons über unsere Ausrüstungshilfe an Entwicklungsländer darzulegen.[2] Herr Kidd sprach mit großem Ernst und erklärte, daß wir durch die jüngsten Veröffentlichungen[3] und durch den Mantel des Geheimnisses, mit dem wir auch gegenüber unseren Alliierten unsere Programme umgäben, in Washington in eine zwielichtige Lage gekommen seien. Auch die Stellung der amerikanischen Botschaft in Bonn gegenüber ihrer eigenen Regierung sei schwierig geworden, weil die Botschaft im Vertrauen auf Mitteilungen, die ihr im Auswärtigen Amt gemacht worden seien, sich immer hinter die deutschen Projekte gestellt und den Gesamtumfang unserer Ausrüstungshilfe als unbedeutend dargestellt hätte. Man habe nunmehr in Washington den Eindruck gewonnen, daß es sich um einen Eisberg handele, von dem man nur die Spitze sähe, von dem aber $^{9}/_{10}$ unter dem Wasser verborgen sei. In Washington habe man etwas den Eindruck „that the Germans are wicked and the Embassy stupid".

Botschaftsrat Kidd bat inständig, ihm nunmehr klaren Wein einzuschenken und ihn mit dem gesamten Umfang unserer Ausrüstungshilfe vertraut zu machen, damit den Mißverständnissen und Verdächten ein Ende bereitet werden könne. Er ließ auch durchblicken, daß Geheimniskrämerei in unserer Ausrüstungshilfe an unterentwickelte Länder leicht hie und da zu dem Schluß verleiten könne, als hätten wir auch auf anderen Gebieten (eigene geheime Rüstungsvorhaben) etwas zu verbergen. Es sei nur in unserem eigenen Interesse, wenn wir jetzt beschleunigt aus dieser zwielichtigen Situation herauskämen.

Herr Kidd wies darauf hin, daß seit den sehr eingehenden Besprechungen, die vor etwa Monatsfrist mit der von Herrn Kitchen geführten amerikanischen Delegation in Bonn stattgefunden hätten[4], sieben neue Länder genannt worden seien, in denen die Bundesrepublik angeblich auch mit Ausrüstungshilfe tätig ist oder war. Diese sieben Länder seien Israel, Thailand, Korea, Brasi-

[1] Durchdruck.
Hat Legationsrat I. Klasse Müller am 30. Juni 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich habe Herrn Böker gebeten, auch unsere Mithilfe für Israel in die Anfrage an das B[undes]M[inisterium der] V[er]t[eidigun]g einzufügen."

[2] Zum Hintergrund vgl. Dok. 150 und Dok. 193.

[3] Zur Presseerklärung vom 12. Juni 1963 vgl. Dok. 193, Anm. 5.

[4] Zu den deutsch-amerikanischen Koordinierungsbesprechungen vom 13./15. Mai 1963 vgl. Dok. 166.

lien, Bolivien, Äthiopien und Libyen.[5] Es war deutlich, daß in diesem Zusammenhang der Fall Israel und die lateinamerikanischen Länder für die Vereinigten Staaten von größtem Interesse sind. Herr Kidd räumte ein, daß die in Washington vorliegenden Informationen möglicherweise falsch oder entstellt seien, aber man sei nun einmal auf diesem Gebiet hellhörig geworden. Er räumte ferner ein, daß viele unserer Projekte sicher durchaus positiv zu bewerten seien und daß ihr Umfang in den meisten Fällen sehr bescheiden sei. Die Unruhe in Washington sei im wesentlichen entstanden durch ein Gefühl der Ungewißheit und durch mangelnde Konsultation.

Ministerialdirigent Böker klärte Herrn Kidd über die Hintergründe und insbesondere über die Schwierigkeiten auf, die wir mit dem Bundesverteidigungsministerium gehabt haben.[6] Das Auswärtige Amt sei in zahlreichen Fällen unzureichend unterrichtet worden. Die amerikanische Regierung könne daher dem Auswärtigen Amt nicht den Vorwurf machen, es habe den amerikanischen Verbündeten wissentlich oder absichtlich falsch informiert. Über militärische Beziehungen zu Israel sei im Auswärtigen Amt nichts bekannt.[7] Hinsichtlich der sechs weiteren Länder, die er benannt habe, seien ebenfalls Ausrüstungsvorhaben seitens deutscher Stellen nicht bekannt. Über andere Projekte, wie z. B. Nigeria, hätten wir eingehend mit den Amerikanern während der Besprechungen mit Herrn Mennen Williams und Herrn Kitchen diskutiert, Herr Kidd erwiderte, dies treffe wohl zu, aber gerade hinsichtlich Nigeria[8] habe seine Regierung inzwischen erfahren, daß zusätzlich zu dem Aufbau der Luftwaffe größere Mengen von Maschinengewehren geliefert worden seien; außerdem solle dort von deutscher Seite eine Fabrik für Kleinwaffen (small arms) errichtet werden. Dadurch seien in Washington wieder Zweifel entstanden, ob wir wirklich alle Karten auf den Tisch gelegt hätten.

Böker versprach Herrn Kidd, sein Bestes zu tun, um ein möglichst vollständiges Bild aller deutschen Waffenhilfe und Ausrüstungshilfe in Entwicklungsländern in Bälde zu bekommen und ihm zu übermitteln. Er sagt ferner, daß begründete Hoffnung bestehe, daß die Zusammenarbeit zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesverteidigungsministerium hinfort besser sein würde, so daß Extratouren unterbunden werden könnten. Außerdem sei das Auswärtige Amt im Begriff, das ganze Problem der Ausrüstungshilfe an Entwicklungsländer auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen neu zu überdenken. Im Amt bestehe die Tendenz, in allen Fragen der Ausrüstungshilfe nur in engster Zusammenarbeit mit unseren Hauptverbündeten vorzugehen.

Herr Kidd sagte zu, auf Grund der Unterhaltung zunächst ein beruhigendes Telegramm nach Washington zu schicken. Er hoffe aber, daß dem bald konkrete und vollständige Informationen folgen könnten.

Da inzwischen auch englische Diplomaten in Bonn, wenn auch in zurückhal-

[5] Vgl. dazu neben der Presseerklärung vom 12. Juni 1963 auch die Äußerungen des SPD-Abgeordneten Merten vom 15. Juni 1963; AdG 1963, S. 10629.

[6] Zum Informationsaustausch zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Verteidigung vgl. bereits Dok. 119 und Dok. 150.

[7] Vgl. dazu Dok. 193 und Dok. 199.

[8] Zur Ausrüstungshilfe für Nigeria vgl. auch Dok. 150, besonders Anm. 13.

tenderer Form, erkennen ließen, daß man sich auch in London wegen dieser Fragen Sorge mache[9], und nachdem Gesandter Soutou den Gesandten Knoke in ähnlichem Sinne angesprochen hatte, glaube ich, daß es nötig ist, nunmehr eine wirklich umfassende und vollständige Zusammenstellung aller Versprechungen, Projekte und Lieferungen dieser Art in Entwicklungsländer zu machen und auf Grund dieser Zusammenstellung ein offenes und freimütiges Gespräch mit unseren Hauptverbündeten zu führen. Auf Grund der mit Herrn Kidd geführten Unterredung bin ich der Überzeugung, daß die bereits bestehende Verstimmung in Washington ernste Formen annehmen würde, wenn wir weiter den Eindruck erweckten, daß wir mit gewissen Fakten hinter dem Berge halten. Um ein wirklich klares Bild zu gewinnen, ist es aber notwendig, daß das Bundesverteidigungsministerium zunächst vorbehaltlos alle Akten auf den Tisch legt. Die Übersicht, die mir vorschwebt, müßte außerdem nicht nur Regierungstransaktionen, sondern auch bedeutendere kommerzielle Vorhaben enthalten, da im Ausland zwischen diesen beiden Formen der Ausrüstungshilfe kaum unterschieden wird.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär vorgelegt.

[gez.] Jansen

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 221

[9] Vgl. dazu auch Dok. 119.

204

Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1060/63 geheim **Aufgabe: 22. Juni 1963, 13.50 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2033 Plurex
Citissime mit Vorrang

Betr.: Zurückziehung der französischen Atlantikflotte aus der NATO-Assignierung[2]

Im Anschluß an Plurex Nr. 2012 vom 20. 6. streng geheim[3]

1) Hiesige US-Botschaft hat mitgeteilt, daß Amerikaner die Sache sehr ernst nähmen. Sie würden im NATO-Rat eindringlich auf die schweren psychologischen und politischen Nachteile der Maßnahme hinweisen. Sie würden die Franzosen ferner fragen, auf welche Weise sichergestellt werden sollte, daß ihre Flotte im Ernstfall zusammen mit den anderen Flotten eingesetzt werden würde. Eine öffentliche Erörterung der Frage möchten die Amerikaner möglichst vermeiden. Falls notwendig, wollen sie öffentlich sagen, daß die Maßnahme die militärische Stärke des Westens nicht zu vermindern brauche.

2) Bundesminister von Hassel hat Messmer hier gesagt, er halte die Maßnahme für unglücklich.[4] Wenn sie bekannt würde, würde dies bei uns einen Schock hervorrufen. Messmer hat geantwortet, die Entscheidung werde sich allenfalls dann rückgängig machen lassen, wenn innerhalb des bisherigen atlantischen Befehlsbereichs ein an die französische Westküste angrenzender Bereich unter französischen Oberbefehl gestellt würde. Messmer hat ange-

[1] Drahterlaß an die Botschaften in Washington, London und Paris sowie an die Vertretung bei der NATO in Paris.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 194.

[3] Mit Drahterlaß vom 20. Juni 1963 an die Botschaften in Washington, Paris und London sowie an die Vertretung bei der NATO in Paris berichtete Staatssekretär Carstens über den Verlauf eines Gesprächs mit dem amerikanischen Botschafter. McGhee unterstrich, „daß die amerikanische Regierung diese Angelegenheit sicher sehr ernst nehmen würde. Die französische Entscheidung werfe erneut die Frage nach der Einstellung Frankreichs zum Nordatlantischen Bündnis überhaupt auf. In diesem Zusammenhang müsse man daran denken, daß die wichtigsten amerikanischen Nachschubhäfen in Frankreich lägen und die wichtigsten amerikanischen Nachschubleitungen über französisches Gebiet führten. Entscheidungen wie die jetzt von Frankreich getroffene würden zwangsläufig zur Folge haben, daß man sich in Washington fragen werde, ob diese Nachschubeinrichtungen auf die Dauer gesichert seien. Im Nachgang zu meinem Gespräch mit dem Botschafter hat die US-Botschaft mitgeteilt, daß sie zu den französischen Marinemaßnahmen folgende Weisung erhalten habe: a) die Angelegenheit möglichst nicht zu erörtern; b) als erste öffentliche Sprachregelung auf eindringliche Fragen zu antworten, daß die Maßnahmen sehr bedauert würden, daß ihnen aber nicht notwendigerweise eine militärische Bedeutung zukomme, da angenommen werde, daß die Streitkräfte in adäquater Weise einsatzbereit gehalten und im Ernstfall eingesetzt würden." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Der französische Verteidigungsminister Messmer hielt sich vom 19. bis 21. Juni 1963 zu Gesprächen mit Bundesminister von Hassel über Probleme der deutsch-französischen militärischen Zusammenarbeit in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu BULLETIN 1963, S. 945.

regt, daß Bundeskanzler diese Möglichkeit am 4./5. Juli mit de Gaulle erörtern solle.[5]

Ob wir diese Anregung aufnehmen werden, wird noch geprüft, vor allem unter dem Gesichtspunkt, ob wir uns in diese Kontroverse vermittelnd einschalten sollten.

3) Ich habe französischem Botschafter[6] heute gesagt, wir hielten die von Frankreich ins Auge gefaßte Maßnahme aus politischen und psychologischen Gründen für schädlich[7], selbst wenn wir davon ausgingen, daß die französische Flotte im Ernstfall mit anderen Flotten zusammenarbeiten werde. Die Weltöffentlichkeit und vor allem auch die Sowjets würden aus dem französischen Schritt den Schluß ziehen, daß sich der Zusammenhalt der NATO mehr und mehr lockere, während es gerade darauf ankomme, den Sowjets klarzumachen, daß wir fest zusammenständen[8]. Im übrigen seien wir der Meinung, daß Fragen von solcher Bedeutung zwischen den Franzosen und uns konsultiert werden müßten, bevor Entscheidungen getroffen würden.

Französischer Botschafter erwiderte, Frankreich habe seit langem verlangt, daß der Kommandobereich Iberlant, das ist der an die französische und portugiesische Küste angrenzende südliche Abschnitt von SACLANT, einem französischen Admiral unterstellt werden solle. Diese Forderung, die nicht unbegründet erscheine, habe der NATO-Rat abgelehnt.

Im übrigen habe die französische NATO-Delegation ein präzises Angebot über die Zusammenarbeit der französischen Flotte mit den anderen verbündeten Flotten für den Ernstfall vorgelegt, so daß die militärische Schlagkraft des Westens in keiner Weise beeinträchtigt werde.

Schließlich wolle er darauf hinweisen, daß General de Gaulle in allen bisherigen Krisen, so zuletzt in der Kubakrise[9], mit besonderer Entschiedenheit die Bereitschaft Frankreichs zur Unterstützung seiner Bundesgenossen erklärt habe. Daran werde sich auch in Zukunft nichts ändern.

4) Ich werde amerikanischen Botschafter hier von Ziffer 2) und 3) unterrichten.[10]

5) Paris NATO bitte ich, falls die Sache im NATO-Rat erörtert wird (wozu wir keine Initiative ergreifen sollten), zu erklären, daß die ins Auge gefaßte Maßnahme nach unserer Meinung geeignet sei, den Eindruck von Uneinigkeit innerhalb des Bündnisses zu erwecken, während es nach unserer Meinung dar-

[5] Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vgl. Dok. 216–219.

[6] Roland de Margerie.

[7] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „bedenklich".

[8] Der Passus „während es gerade ... fest zusammenständen" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[9] Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[10] Vgl. dazu auch den Drahterlaß vom 25. Juni 1963 an die Botschaften in Washington, Paris und London sowie an die Vertretung bei der NATO in Paris, in dem Staatssekretär Carstens über Gespräche mit Mitgliedern der Delegation des Präsidenten Kennedy sowie eine Unterredung mit dem französischen Botschafter de Margerie berichtete; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963.

auf ankomme, die Welt und vor allem die Sowjets davon zu überzeugen, daß die NATO-Partner politisch und militärisch fest zusammenständen.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

205

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I B 4–82.00/92.19–708/63 geheim **22. Juni 1963**

Betr.: Die Entwicklung der offiziellen deutsch-israelischen Beziehungen

1) Durch den Abschluß des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. 9. 1952[1], das am 27. 3. 1953 ratifiziert wurde[2], hat die Bundesregierung einerseits den israelischen Staat völkerrechtlich anerkannt und andererseits die Rechtsgrundlage für die Errichtung der Israel-Mission in Köln geschaffen (Art. 12).

Da das Abkommen erst am 31. 3. 1966 ausläuft (letzte Halbjahresrate der am 15. 4. und 15. 8. zu leistenden Jahreszahlungen von 250 Millionen fällig am 15. 8. 1965)[3] besteht bis zu diesem Zeitpunkt kein technischer Zwang, eine neue Rechtsgrundlage zu suchen.

2) Unseren Vorschlag, zugleich mit der Unterzeichnung des Reparationsabkommens normale diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel herzustellen, mußte Israel leider im Herbst 1952 aus zwingenden psychologischen Gründen ablehnen, weil dieses der öffentlichen Meinung in Israel nicht zugemutet werden könne.

Selbstverständlich hatten wir für diesen Standpunkt Verständnis. Es bleibt jedoch eine Tatsache, daß durch diese *israelische* Ablehnung die von uns als einheitliche Aktion gedachte Normalisierung unseres Gesamtverhältnisses zu Israel in zwei Teile zerschlagen wurde. Zu diesem Zeitpunkt fiel die Präsenz der SBZ und des Ostblocks im arabischen Raum politisch noch nicht so stark ins Gewicht und hätte deshalb auch bei unseren politischen Entschlüssen nicht als wesentlicher Faktor berücksichtigt zu werden brauchen.

3) Anfang 1956 schlug Botschafter Shinnar Herrn Bundesminister von Brentano vor, eine deutsche „Handelsmission" nach Israel zu entsenden, der im Laufe der Zeit konsularische Funktionen übertragen werden könnten.[4]

[1] Für den Wortlaut des Abkommens vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 37–97.

[2] Zur Verabschiedung des Ratifizierungsgesetzes am 18. März 1953 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 15, S. 12282.

[3] Zum Zahlungsmodus vgl. auch Dok. 157, Anm. 10.

[4] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministers von Brentano vom 27. Januar 1956; Referat 708, Bd. 1024. Vgl. auch Ministerbüro, VS-Bd. 8447.

Mit Zustimmung des Herrn Bundeskanzlers wurde Botschafter Shinnar am 14. 3. 1956 von dem Herrn Bundesminister von Brentano davon unterrichtet: „daß die Bundesregierung grundsätzlich damit einverstanden ist, in Israel eine Dienststelle zu errichten, die – mutatis mutandis – etwa der Israel-Mission entsprechen würde. Der Zeitpunkt der Errichtung dieser Stelle und ihre Aufgaben im einzelnen würden später in Verhandlungen mit Ihnen festzulegen sein".[5]

4) Auf Grund der einstimmigen überzeugenden Warnungen unserer Missionschefs auf der Nah-Ost-Konferenz in Istanbul[6], daß die Verwirklichung dieses Planes die Anerkennung der SBZ zur Folge haben würde, erklärte Staatssekretär Hallstein auf der Schlußsitzung der Konferenz am 7. 4. 1956, daß das Schreiben vom 14. 3. nicht durchführbar sei. Mit Zustimmung des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesministers verständigte Staatssekretär Hallstein nach seiner Rückkehr Herrn Botschafter Shinnar am 14. 5. 1956[7] dahingehend, daß wir zur Überzeugung gelangt seien, daß die Einrichtung einer deutschen Vertretung in Israel, wie sie in dem Schreiben des Herrn Bundesaußenministers an Herrn Shinnar vorgesehen sei, zurückgestellt werden müsse. Der Hauptgrund für unsere Haltung sei folgender: Seit der Einmischung der Sowjet-Union im Nahen Osten habe die Frage der deutsch-israelischen Beziehungen einen internationalen Charakter angenommen; sie sei eine Frage des Ost-West-Gegensatzes geworden. Wenn wir jetzt in Israel eine Vertretung eröffnen würden, so würden wir damit einen Stein ins Wasser werfen, ohne die Konsequenzen dieses Schrittes kontrollieren zu können. Wir würden mit einem solchen Schritt niemandem einen Gefallen erweisen – auch Israel nicht – außer den Russen. In der gegenwärtigen Situation solle man nichts tun, was eine neue Beunruhigung in den Nahen Osten bringen könne.

Staatssekretär Hallstein wies weiter darauf hin, daß für die Errichtung einer Vertretung kein zwingender Grund bestehe: die Abwicklung des deutsch-israelischen Vertrages laufe normal weiter. Im übrigen glaube er, daß im geeigneten Zeitpunkt nur die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel in Erwägung gezogen werden solle. Eine Zwischenlösung, wie sie in Aussicht genommen war, entspreche nicht unseren beiderseitigen Beziehungen. Man könne sie fast als unwürdig bezeichnen. Diese Zwischenlösung hätte im übrigen alle Nachteile für sich. Er könne darin keinen Vorteil für Israel erkennen, der in einem gesunden Verhältnis zu dem damit verbundenen Risiko stehe. Vor allen Dingen läge es seiner Auffassung nach im Interesse Israels, wenn sich die Bundesregierung die Möglichkeit einer evtl. Vermittlung offenhielte.

Botschafter Shinnar erwiderte, die israelische Regierung wäre nach Prüfung der Lage zu der Überzeugung gelangt, daß die Zeit für die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen noch nicht reif sei. Dagegen hätte sie die Errichtung einer deutschen Vertretung zur Durchführung des Israel-Abkommens

[5] Für das Schreiben vom 14. März 1956 vgl. Abteilung 7 (708), VS-Bd. 16.

[6] Zur Konferenz vom 3. bis 7. April 1956 vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 339 und Bd. 340; Abteilung 7 (708), VS-Bd. 7 und VS-Bd. 16.

[7] Zur Unterredung zwischen Staatssekretär Hallstein und dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar, vgl. die Gesprächsaufzeichnung vom 23. Mai 1956; Abteilung 7 (708), VS-Bd. 16.

für möglich gehalten. Wenn die Bundesregierung jedoch hiergegen Bedenken habe, so wolle Israel nicht insistieren.

Die israelische Regierung wäre dankbar für Beantwortung folgender zwei Fragen:

1) Könne die Bundesregierung schon jetzt einen Termin für die Errichtung der in Aussicht genommenen Vertretung in Israel nennen?

2) Könne der Staatssekretär ihm irgendwelche vertrauliche Mitteilungen machen darüber, zu welchem Zeitpunkt wir die Aufnahme diplomatischer Beziehungen für möglich hielten?

Staatssekretär Hallstein beantwortete die Fragen wie folgt: Wir könnten im gegenwärtigen Augenblick ein Kalenderdatum weder für die Entsendung eines Vertreters für die Abwicklung des Israelvertrages noch für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nennen. Beides hinge von der weiteren Entwicklung im Nahen Osten ab, die wir selbst nicht kontrollieren könnten.

Im übrigen glaube er, daß wir nicht versuchen sollten, die gegenwärtigen Schwierigkeiten dadurch zu vermindern, daß wir einen Scheinausweg suchen und Erklärungen abgäben, die nicht ganz ehrlich sein könnten. Wir sollten vielmehr bei der von beiden Seiten abgegebenen Erklärung bleiben, daß die Eröffnung diplomatischer Beziehungen nicht aktuell sei.[8]

5) Botschafter Shinnar hat in der Folgezeit immer wieder versucht, im Sinne der beiden an Staatssekretär Hallstein gerichteten Fragen auf allen ihm zugänglichen Wegen Vorstellungen zu erheben.

Am 4. Juni 1958 regte Botschafter Shinnar bei Herrn Botschafter Knappstein anläßlich seines Antrittsbesuches an, die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen „immer wieder einmal neu zu überprüfen", obwohl die israelische Regierung volles Verständnis dafür habe, daß die Bundesrepublik sich mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen keine schwerwiegenden Nachteile im Hinblick auf die vitale Frage der Wiedervereinigung leisten könne.

Am 26. Januar 1960 suchte Botschafter Shinnar Herrn Staatssekretär van Scherpenberg auf[9] und brachte in eingehenden Darlegungen das Interesse der israelischen Regierung an einer baldigen Entscheidung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Ausdruck. Hierbei berief er sich auf ein Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler vom 20. Mai 1959[10], worin der Herr Bundeskanzler eine Regelung bis Anfang 1960 in Aussicht gestellt habe, und auf ein Gespräch mit dem Herrn Außenminister vom 13. November 1959[11], worin sich Herr von Brentano ebenfalls sehr positiv für eine baldige Entscheidung

[8] Dieser Standpunkt der Bundesregierung wurde in einer Meldung vom 23. März 1956 dargelegt. Unmittelbar danach dementierte auch das israelische Außenministerium, daß eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik bevorstehe. Vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 71 vom 23. März 1956, S. 3; Nr. 73 vom 26. März 1956, S. 5.

[9] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs van Scherpenberg vom 26. Januar 1960; Akten Dr. Voigt (Nahost-Dokumentation), VS-Bd. 63.

[10] Vgl. dazu den Vermerk des Staatssekretärs van Scherpenberg vom 16. Juni 1959; Referat 708, Bd. 1021.

[11] Vgl. dazu auch das Schreiben des Leiters der Israel-Mission, Shinnar, vom 16. November 1959 an Bundesminister von Brentano; Referat 708, Bd. 1021.

im Sinne der Aufnahme der Beziehungen ausgesprochen habe. Andererseits erwähnte er jedoch auch die ursprünglich nicht zur Veröffentlichung bestimmte, aber trotzdem publizierte Äußerung des Herrn Bundeskanzlers gegenüber einem Berichterstatter von Le Monde, in welcher er die Aufnahme der Beziehungen abgelehnt hatte, um nicht die Spannung im Nahen Osten zu erhöhen, sowie Pressenachrichten über eine angeblich negative Äußerung des Herrn Ministers von Brentano in einer Sitzung des auswärtigen Ausschusses. Botschafter Shinnar erklärte mit Nachdruck, daß Israel nunmehr mit der Erfüllung der deutschen Zusage rechne. Was ihm vorschwebe, sei eine feste Zusage für einen künftigen Zeitpunkt im Laufe des Jahres 1960. Man könne dabei daran denken, die Aktion entweder nach der Gipfelkonferenz[12] vorzunehmen oder zu einem sonstigen Zeitpunkt, wo sie nicht allzu viel Aufsehen erregen würde.

Staatssekretär van Scherpenberg beschränkte sich auf die Entgegennahme der Darlegung. Am 23. Februar 1960 unterrichtete Bundesminister von Merkatz die Direktorenkonferenz des Auswärtigen Amts über seine Unterhaltung mit Botschafter Shinnar vom 19. Februar 1960.[13] Auch in dieser Besprechung habe sich Botschafter Shinnar auf die gegenüber Herrn Staatssekretär van Scherpenberg erwähnten Gespräche mit dem Herrn Bundeskanzler und Herrn von Brentano berufen. In einer Unterhaltung Botschafter Shinnars mit dem Herrn Bundeskanzler am 8. Februar 1960 habe dieser auf die Unzweckmäßigkeit einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor der Gipfelkonferenz aufmerksam gemacht und eine Prüfung nach der Gipfelkonferenz zugesagt.

Botschafter Shinnar versuchte eine Zusage von Herrn von Merkatz zu erlangen, daß dieser sich für die Aufnahme der Beziehungen nach der Gipfelkonferenz einsetze. Da Herr von Merkatz sich nicht festlegen ließ, fragte Botschafter Shinnar, ob man nach der Gipfelkonferenz der Frage „nähertreten" könne. Herr von Merkatz hat sich auch an diesem Punkt nicht gebunden.

In der Besprechung mit Herrn von Merkatz hat Botschafter Shinnar dann noch darauf hingewiesen, daß eine Aufnahme der Beziehungen zu Israel unter Inkaufnahme eines Risikos einen moralisch höheren Wert habe.

6) Über das Zusammentreffen des Herrn Bundeskanzlers mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion im März 1960 in New York[14] befinden sich in den Akten der Abteilung I keine Unterlagen. Der israelische Ministerpräsident hat in einer ausführlichen Aussprache mit den Chefredakteuren der israelischen Presse am 29. 11. 1962 hierzu erklärt: „Wie Sie wissen, bin ich mit

[12] Die Gipfelkonferenz vom 16./17. Mai 1960 in Paris scheiterte, nachdem sich Präsident Eisenhower geweigert hatte, die von Ministerpräsident Chruschtschow geforderte förmliche Entschuldigung für amerikanische Aufklärungsflüge über sowjetischem Gebiet abzugeben. Am 1. Mai 1960 war ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug vom Typ U-2 über der UdSSR abgeschossen worden. Vgl. dazu auch EUROPA-ARCHIV 1960, D 137–148.

[13] Vgl. dazu den Vermerk des Ministerialdirigenten Northe vom 23. Februar 1960; Referat 708, Bd. 1022.

[14] Die Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel wurde in dem Gespräch am 14. März 1960 nicht angesprochen. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 4; B 150, Aktenkopien 1960. Vgl. auch VOGEL, Dialog I/1, S. 150–152.

dem Bundeskanzler zusammengetroffen. Weder habe ich ihm die Errichtung diplomatischer Beziehungen vorgeschlagen, noch habe ich diese Frage aufgeworfen – das kann nicht von uns aus geschehen."

Meldungen des israelischen Rundfunks, nach denen als Ergebnis dieser Besprechung die Bundesrepublik Israel eine Anleihe von 500 Millionen Dollar zugesagt habe[15], lösten in der arabischen Welt große Beunruhigung aus.

7) Die Frage der Errichtung einer ständigen deutschen Vertretung in Israel – als Handelsmission bzw. als volle diplomatische Vertretung – wurde im Juni 1961 von israelischer Seite durch den Deutschlandreferenten im Außenministerium Varon und den persönlichen Referenten der Außenministerin[16] Meroz sowie dem Generalsekretär im israelischen Außenministerium Dr. Yachil gegenüber dem im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozeß[17] entsandten Beobachter der Bundesregierung Freiherr von Preuschen angeschnitten[18], der hierzu keine Stellungnahme abgeben konnte.

8) Botschafter Shinnar suchte Staatssekretär Lahr am 21. Januar 1963[19] auf, um den Dank der israelischen Regierung für das hilfreiche Verhalten der Bundesregierung auf bilateralem und multilateralem Gebiet (Verhandlungen Israels mit der EWG) auszusprechen. Nach einer Erörterung der Aussichten der Brüsseler Verhandlungen Israels kam der Botschafter von sich aus auf die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu sprechen. Er bemerkte hierzu, daß die Lage nach Auffassung seiner Regierung unverändert sei, d.h. daß man in dieser Angelegenheit nicht nur die grundsätzliche Seite, sondern auch die Opportunität bestimmter Maßnahmen zu einem bestimmten Zeitpunkt zu betrachten habe. Seine Regierung verstehe die bisherige und gegenwärtige Haltung der Bundesregierung. Er ließ durchblicken, daß man in Israel nicht mit einer Änderung dieser Haltung für die nächste Zeit rechne. Zu dem Besuch des Herrn Bundestagspräsidenten in Israel und dessen später hier gemachten Äußerungen[20] bemerkte er, daß die israelische Regierung den Herrn Bundestagspräsidenten ihrerseits nicht auf die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen angesprochen habe, aber vielleicht sei es unvermeidlich gewesen, daß es der Herr Bundestagspräsident getan habe.

9) Im Zusammenhang mit Veröffentlichungen in der deutschen Presse, nach denen der Herr Bundeskanzler im März 1963 zugesagt haben soll, daß er noch vor Ausscheiden aus seinem Amte diplomatische Beziehungen zu Israel herstellen werde[21], teilte VLR I Hille der Abteilung I im Auftrage des Herrn

[15] Bundeskanzler Adenauer sagte Ministerpräsident Ben Gurion prinzipiell eine Finanzhilfe zu, legte sich aber nicht auf eine genaue Summe fest. Vgl. dazu Dok. 193, Anm. 4. Dazu auch Referat 708, Bd. 1022.

[16] Golda Meir.

[17] Zum Eichmann-Prozeß vgl. Dok. 182, Anm. 13.

[18] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Freiherrn von Preuschen, die dem Auswärtigen Amt am 13. September 1961 übermittelt wurde; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205.

[19] Vgl. Dok. 36.

[20] Zu den Äußerungen von Eugen Gerstenmaier vgl. Dok. 14, Anm. 3.

[21] Am 7. März 1963 vermerkte Legationsrat Dohms, die Meldungen, der Bundeskanzler wolle noch vor seinem Rücktritt für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel sorgen, gingen auf ein Gespräch von Adenauer mit dem Herausgeber der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in

Staatssekretärs Carstens mit, daß der Herr Bundeskanzler dem Herrn Staatssekretär auf Rückfrage versichert habe, keine solche Äußerung getan zu haben und auch hinsichtlich des möglichen Zeitpunktes der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel keinerlei verbindliche Erklärungen abgegeben zu haben.

Über den Inhalt von Besprechungen des Herrn Bundeskanzlers mit Botschafter Shinnar[22] ist dem Auswärtigen Amt nichts bekannt geworden. VLR I Dr. Osterheld hat am 22. 6. auf Rückfrage mitgeteilt, daß er keine näheren Angaben von sich aus machen könne, dem Herrn Bundeskanzler jedoch den Wunsch des Auswärtigen Amts auf Unterrichtung vorlegen werde.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[23] weisungsgemäß vorgelegt.[24]

Jansen

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205

206

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Präsident Kennedy

Z A 5–73. A/63 streng geheim **24. Juni 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 24. Juni 1963 um 9.50 Uhr den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Herrn Kennedy, zu einem Gespräch unter vier Augen.

Einleitend dankte der Herr *Bundeskanzler* dem Präsidenten noch einmal dafür, daß er die Reise nach Deutschland unternommen habe. Die Herzlichkeit der Begrüßung habe ihm gewiß gezeigt, mit welchen Gefühlen ihm das deutsche Volk gegenübergetreten sei.

Der *Präsident* erwiderte, auch er halte den Besuch für gut und nützlich, da manchmal in der amerikanischen Öffentlichkeit der Eindruck bestehe, als ob alles das, was die Vereinigten Staaten seit 1945 für die Bundesrepublik und Europa getan hätten, nicht anerkannt würde. Der gestrige Empfang sei aber das beste Zeichen dafür, daß dem nicht so sei. Seine Herzlichkeit sei für die

Fortsetzung Fußnote von Seite 660

Deutschland", Marx, vom 4. März zurück. Im Mittelpunkt hätten dabei allerdings Fragen der Wiedergutmachung gestanden. Vgl. dazu Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu auch Dok. 121.

22 Zum Gespräch vom 28. Mai 1963 vgl. Dok. 182.

23 Hat Staatssekretär Carstens am 26. Juni 1963 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „Dem H[errn] Minister vorzulegen."
Hat Bundesminister Schröder am 27. Juni 1963 vorgelegen.

24 Zur Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel vgl. weiter Dok. 289.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 28. Juni 1963 gefertigt.

Vereinigten Staaten eine große Ermutigung. Aus diesem und aus anderen Gründen halte er den Besuch für gut und richtig.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte sodann daran, daß er bereits auf der Fahrt vom Flugplatz am Vortage[2] dem Präsidenten angedeutet habe, daß Chruschtschow an ihn herangetreten sei und seine Bereitschaft zu erkennen gegeben habe, nach Bonn zu kommen.[3] Dies sei eine sehr wichtige und auch für die Vereinigten Staaten sicher interessante Angelegenheit, so daß er auf die Vorgeschichte etwas näher eingehen wolle.

Am 6. Juni 1962 habe er dem russischen Botschafter Smirnow gesagt, er möge der sowjetischen Regierung einmal die folgende Idee unterbreiten, ob man sich nicht ernsthaft überlegen könnte, zwischen den beiden Ländern, der Bundesrepublik und der Sowjetunion, für die Dauer von zehn Jahren einen Burgfrieden abzuschließen. Dies würde bedeuten, daß man die Dinge während dieser Zeit so ließe, wie sie sich jetzt darböten. Es müsse aber dafür gesorgt werden, daß die Menschen in der Zone freier leben könnten, als es gegenwärtig der Fall sei. Während dieser zehn Jahre könnte dann eine gewisse Beruhigung der Atmosphäre eintreten, und zwischen den beiden Ländern könnten auf der Grundlage gegenseitiger Achtung die Verhältnisse normalisiert werden. Die Bundesregierung respektiere die Sowjetunion und ihre Rechte, erwarte aber auch Gegenseitigkeit. Auf beiden Seiten sollte man sich bemühen, während dieser zehn Jahre wirklich normale Verhältnisse eintreten zu lassen. Dann dürfte es auch leichter fallen, zu einer Verständigung in den noch offenen und umstrittenen Fragen zu gelangen.[4]

Der Herr Bundeskanzler sagte, er habe über die neueste Entwicklung mit noch niemandem gesprochen, doch habe er bereits bei seinem letzten Gespräch mit Präsident Kennedy[5] die Gedanken angedeutet, die er dem russischen Botschafter im Juni des vergangenen Jahres dargelegt habe.

Der Herr Bundeskanzler erläuterte sodann die persönlichen Beziehungen, die zwischen Chruschtschow und ihm bestünden. Er erinnerte daran, daß er im Jahre 1955 sechs Tage lang in Moskau gewesen sei[6] und sich damals, als Bulganin noch Regierungschef gewesen sei, täglich zwei- bis dreimal mit Bulganin und Chruschtschow getroffen habe. Die Gespräche seien zwischen Chruschtschow und ihm manchmal sehr erregt gewesen, und man habe sich sogar gegenseitig mit den Fäusten gedroht. Im allgemeinen seien aber die Gespräche, alles in allem genommen, nicht schlecht verlaufen. Er habe dafür gesorgt, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik hergestellt würden, Chruschtschow habe andererseits versprochen – und dieses Versprechen auch eingehalten –, alle in russischem Gewahrsam befindlichen deutschen Kriegsgefangenen zu entlassen.[7]

[2] Präsident Kennedy traf am 23. Juni 1963 auf dem Flughafen Köln-Bonn ein.

[3] Vgl. dazu weiter Dok. 212.

[4] Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Adenauer vom 6. Juni 1962 („Burgfriedensplan") vgl. Dok. 37, Anm. 29.

[5] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 13. bis 16. November 1962 in den USA vgl. Dok. 37, Anm. 26.

[6] Vgl. dazu ADENAUER, Erinnerungen II, S. 487–556.

[7] Zur Entlassung der Kriegsgefangenen vgl. BULLETIN 1955, S. 1445 f.

Seiner Delegation habe damals auch Herr von Brentano als Außenminister und Herr Hallstein als Staatssekretär angehört. Die beiden Herren hätten ihn inständig gebeten, die diplomatischen Beziehungen nicht herzustellen.[8] Er erinnere sich an ein diesbezügliches Gespräch, das in einem Park geführt worden sei, doch vermute er, daß die Sowjets Mikrofone in den Bäumen und Sträuchern installiert gehabt hätten, so daß die Russen also informiert gewesen seien.

Als erster sowjetischer Botschafter sei sodann Herr Sorin in die Bundesrepublik entsandt worden. Sorin sei ohne sein Wissen anfänglich sehr schlecht behandelt worden. Er habe erst später davon erfahren und dann Remedur geschaffen.[9]

Als zweiter deutscher Botschafter sei Herr Kroll in die Sowjetunion entsandt worden. Kroll spreche fließend Russisch, sei ein Mann von starkem Willen und von ausgeprägter Selbstsicherheit, doch sei er im Auswärtigen Amt nicht sehr beliebt.[10] Er persönlich schätze Herrn Kroll, und in gewissen Grenzen schätze er ihn sogar sehr. Kroll sei es nun gelungen, ein gewisses persönliches Verhältnis zu Chruschtschow herzustellen. Vor einiger Zeit sei nun Kroll wegen Erreichens der Altersgrenze aus dem diplomatischen Dienst ausgeschieden und habe sich ins Privatleben zurückgezogen. Vor kurzem habe er nun eine persönliche Einladung Chruschtschows erhalten, seine Sommerferien zusammen mit seiner Frau in der Sowjetunion zu verbringen.

Chruschtschow selbst habe offensichtlich seit 1955 eine Antipathie gegen das Auswärtige Amt, und er selbst sei davon überzeugt, daß diese Antipathie durch Kroll noch erhöht worden sei. Die Kontakte, von denen er nachher noch ausführlicher sprechen wolle, seien deshalb auch nicht über das Auswärtige Amt hergestellt worden.

Die persönliche Haltung Chruschtschows ihm gegenüber wechsle zwischen Freundlichkeit und Haßausbrüchen. Im vergangenen Dezember habe ihm Chruschtschow einen so unverschämten Brief geschrieben, daß er ihn nicht einmal beantwortet habe.[11] Während des Besuchs im Jahre 1955 habe Chruschtschow einmal ein sehr offenes Gespräch geführt und dabei gesagt, daß er nicht gleichzeitig mit den Vereinigten Staaten und Rotchina fertig werden könne. Er habe ihm in aller Freimütigkeit seine Sorgen wegen Rotchina dargelegt und ihn gebeten, die Bundesrepublik möge die Sowjetunion gegen die Chinesen und die Amerikaner unterstützen.[12] Seit jener Zeit sei er selbst davon überzeugt, daß die Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion eines Tages die Sowjets zwingen würden, gegenüber den Völkern des Westens eine andere Haltung einzunehmen.

[8] Zur Haltung des Bundesministers von Brentano und des Staatssekretärs Hallstein im September 1955 vgl. auch ADENAUER, Erinnerungen II, S. 546, und GREWE, Rückblenden, S. 237.

[9] Vgl. dazu auch Erich MENDE, Die neue Freiheit. Zeuge der Zeit 1945–1961, München 1984, S. 355 f.

[10] Vgl. dazu auch Dok. 116, besonders Anm. 3.

[11] Zum Schreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 24. Dezember 1962 vgl. Dok. 86, Anm. 7.

[12] Vgl. dazu ADENAUER, Erinnerungen II, S. 527 f.

Zwei oder drei Jahre nach dem Besuch in Moskau sei Mikojan in Bonn gewesen.[13] Dabei habe er Mikojan nach dem Verhältnis der Sowjetunion zu China gefragt. Mikojans Antwort sei gewesen, diese Beziehungen seien ausgezeichnet, und die gesamten sowjetischen Streitkräfte seien im Westen des Landes stationiert, da man mit den Chinesen eng befreundet sei. Daraufhin habe er Mikojan geantwortet, daß ihm dies bekannt sei und er daran nicht interessiert sei. Er wolle von Mikojan hören, wie dieses Verhältnis in zehn oder zwanzig Jahren aussehen werde. Mikojan sei ihm darauf die Antwort schuldig geblieben. Aus dieser seiner Reaktion gehe deutlich hervor, daß Mikojan die Besorgnisse Chruschtschows teile.

Nunmehr beginne die zweite Phase der Vorgeschichte. Kroll lebe nunmehr in Bonn. Am 2. April 1963 habe Smirnow Kroll zum Essen eingeladen und ihn im Verlauf des Gesprächs gefragt, was geschehen könne, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern normaler zu gestalten. Der Herr Bundeskanzler zitierte Auszüge aus der Niederschrift, die ihm Botschafter Kroll über dieses Gespräch vorgelegt hat.[14] Er fügte diesen Zitaten aus der Krollschen Aufzeichnung hinzu, daß Smirnow vor allem betont habe, daß die deutsche Reaktion zu negativ gewesen sei. Die Sowjetunion wolle nicht die Tür zu künftigen Verhandlungen schließen. Chruschtschow halte nach wie vor eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern für erforderlich und sei auch bereit, darüber zu sprechen und etwaige Anregungen, die der Herr Bundeskanzler über Kroll an Chruschtschow weiterleiten wolle, ernsthaft zu prüfen. Chruschtschow habe aber um eine streng vertrauliche Behandlung der Angelegenheit gebeten und auch zu verstehen gegeben, daß er es nicht gern sähe, wenn die Angelegenheit durch das Auswärtige Amt behandelt würde, da die Erfahrung gezeigt habe, daß dann oft Indiskretionen passierten.

Kroll habe in seinem Gespräch mit Smirnow ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung nur in voller Loyalität gegenüber ihren Verbündeten, besonders gegenüber den Vereinigten Staaten, handeln könnte. Smirnow habe daraufhin geantwortet, die Sowjetunion erwarte keine Illoyalität der Bundesregierung gegenüber den Amerikanern, da auch die Sowjetunion ihr Verhältnis zu den Vereinigten Staaten berücksichtigen müsse.

Der Herr Bundeskanzler sagte sodann, daß er am 28. Mai 1963 anläßlich einer Veranstaltung der Auslandspresse mit Herrn Smirnow zusammengetroffen sei[15] und dieser ihn gebeten habe, ob man nicht kurz miteinander sprechen könne. Da sich aber sofort Journalisten hinzugesellt hätten, habe er Herrn Smirnow zu verstehen gegeben, er solle mit Herrn Kroll sprechen. Daraufhin habe ein Gespräch zwischen Kroll und Smirnow stattgefunden, über das der Herr Bundeskanzler Präsident Kennedy an Hand der von Herrn Kroll angefertigten Gesprächsniederschrift[16] ausführlich unterrichtete.

Anschließend faßte der Herr Bundeskanzler seine Beurteilung dieser Ent-

[13] Zum Besuch des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan vom 25. bis 28. April 1958 in Bonn vgl. ADENAUER, Erinnerungen III, S. 380–395. Vgl. auch DzD III/4, S. 1058–1079.

[14] Vgl. Dok. 155.

[15] Vgl. dazu Dok. 186.

[16] Vgl. Dok. 200.

wicklung dahingehend zusammen, daß er glaube, die Sowjetunion befinde sich in einer relativ schwierigen Situation. Er glaube außerdem, daß sie sich den Rücken gegenüber dem Westen freihalten wolle, um sich mehr der Entwicklung im Osten zuwenden zu können. Ob es der Sowjetunion ernst damit sei, könne natürlich kein Mensch sagen. Vielleicht bestehe aber eine gewisse Chance, in der deutschen Frage mit der Sowjetunion einen Fortschritt zu erzielen und damit auch den Weg zur Lösung anderer zwischen der Sowjetunion und dem Westen noch offener Fragen zu öffnen. Chruschtschow habe wiederholt bemerkt, daß bei einer Lösung der deutschen Frage auch alle anderen Fragen leichter gelöst werden könnten. Eine Lösung im Sinne Chruschtschows[17] sei natürlich ausgeschlossen. Es sei aber nicht ausgeschlossen, daß sich bei einer Beruhigung der internationalen Lage gewisse Fortschritte in den noch offenen Fragen erzielen ließen. Vielleicht bestehe doch eine kleine Chance. Die Frage laute nun, ob man versuchen solle festzustellen, ob diese Chance bestehe, oder ob man überhaupt nichts tun solle. Er selbst habe mit niemandem bisher über diese Angelegenheit gesprochen, und der Präsident sei der erste, dem er sie in aller Ausführlichkeit darlege. Er neige zu der Auffassung, daß man mit der denkbar größten Vorsicht den Versuch machen sollte festzustellen, ob eine realisierbare Chance gegeben sei. Er wisse, daß er in der Bundesrepublik selbst zum Teil auf große Schwierigkeiten stoßen würde, weil es doch eine ganze Anzahl Menschen gebe, die eine sehr harte Linie für richtig hielten. Er glaube aber, daß dies falsch sei.

Präsident *Kennedy* sagte, er habe in diesen Fragen weniger Erfahrung als der Herr Bundeskanzler, doch glaube er, daß aus solchen Kontakten nichts Positives käme. Er halte es für unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion einem zehnjährigen Burgfrieden zustimmen würde, und zwar aus folgenden Gründen: Das Bild, das sich den Sowjets in Lateinamerika, in Europa und da insbesondere in Griechenland, in Frankreich, in der Türkei und auf der Iberischen Halbinsel biete, ermutige sie eher, als daß es sie zum Nachgeben veranlasse. Er sehe deshalb keinen Grund für die Sowjetunion, einem formellen Burgfrieden für die Dauer von zehn Jahren zuzustimmen. Eine zweite Überlegung sei die folgende: Die Chinesen hätten mit Erfolg ihren Macht- und Einflußbereich in Südostasien, d. h. im Osten der Sowjetunion, ausgeweitet[18], so daß nunmehr die Sowjetunion versuchen könnte, ihren Bereich im Westen auszuweiten. Außerdem komme hinzu, daß die Sowjets an Kontakten mit dem Westen interessiert seien, in der Hoffnung, damit den Westen aufspalten und den gemeinsamen Willen neutralisieren zu können. Auf diese Weise rechneten sie damit, ihre eigene Position verbessern zu können. Mit der Errichtung der Mauer in Berlin sei der Druck wahrscheinlich geringer geworden als er zuvor gewesen sei, und der Status quo sei für die Sowjets wahrscheinlich durchaus befriedigend. Er sehe deshalb keinen Grund für irgendeine sowjetische Bereitschaft, dem Burgfrieden zuzustimmen. Er glaube auch nicht, daß die Sowjets einem Abkommen über die Einstellung der Versuchsexplosionen zustimmen wür-

[17] Vgl. dazu auch Dok. 116.

[18] Freundschaftliche Beziehungen unterhielt die Volksrepublik China zur Volksrepublik Vietnam. Gleichzeitig versuchte sie im Frühjahr 1963, ihre Beziehungen zu Birma, Kambodscha und Indonesien zu verbessern.

den[19], da sie wahrscheinlich damit rechneten, daß die Chinesen in etwa einem Jahr eine eigene Bombe zur Explosion brächten[20], wodurch der Vertrag sinnlos würde. Dies würde die Sowjetunion in eine höchst peinliche Situation bringen.

Dennoch glaube er, daß der Versuch als solcher ratsam erscheine. Die Zeit werde vielleicht einmal kommen, zu der die Sowjetunion ihre Politik ändern müsse. Dann könnten solche Kontakte, wie sie jetzt Herr Kroll auf Weisung des Herrn Bundeskanzlers habe, oder wie sie Herr Harriman unterhalte, vielleicht nützlich sein. Er sehe keine Rechtfertigung dafür, das Angebot als solches abzulehnen. Selbstverständlich müßten für Herrn Kroll, genauso wie dies für Herrn Harriman der Fall sei, die Instruktionen genau festgelegt und begrenzt werden. Er würde es für richtig halten, wenn der Herr Bundeskanzler den Versuch unternehme und dabei auf das Schlimmste gefaßt sei und das Beste erhoffe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, dies sei ein guter Rat und das Äußerste, was er tun würde, wäre, Herrn Kroll zu gestatten, seinen Urlaub in der Sowjetunion zu verbringen. Dann werde er sicher einmal mit Chruschtschow zusammentreffen und könne dabei auskundschaften, was Chruschtschow vorhabe.[21] Weiter würde er im Augenblick nicht gehen. Er wolle dies aber nicht tun, ohne mit dem Präsidenten vorher darüber gesprochen zu haben.

Auf die Frage des *Präsidenten,* in welcher Art die Mission durchgeführt würde, antwortete der Herr *Bundeskanzler,* es würde sich um eine rein private Reise handeln, da Herr Kroll ja nicht mehr dem Auswärtigen Dienst angehöre, sondern als freier Mann privat auf Einladung Chruschtschows in die Sowjetunion reisen würde. Die Angelegenheit müsse aber absolut geheim gehalten werden, damit die Geschlossenheit der westlichen Front nicht durch Gerüchte gestört würde.

Der Herr Bundeskanzler sprach sodann über die Haltung der Deutschen in Ostberlin und in der Zone. Man dürfe nicht vergessen, daß seit dem Kriegsende 18 Jahre vergangen seien und eine neue Generation nach vorn gekommen sei. Eine Folge davon sei, daß der innere Widerstandsgeist nicht mehr der gleiche sei wie früher. Deshalb sei es auch so gut, daß der Präsident nach Berlin gehe.[22] Das gleiche gelte für die Zone. Was die westlichen Länder angehe, so befürchte er, daß, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, die meisten Länder den Blick nur auf die Vergangenheit oder nur in die Zukunft richteten und dabei die Gegenwart vernachlässigten und die sehr ernste sowjetische Gefahr, die immer noch drohe, aus den Augen verlören.

Der Herr Bundeskanzler sprach sodann über die Oder-Neiße-Linie. Er glaube, daß jede deutsche Regierung, wie immer sie auch aussehe, in Polen das am weitesten ostwärts gelegene Bollwerk westlicher Kultur, westlicher Zivili-

[19] Zu den Bemühungen um ein Teststopp-Abkommen vgl. bereits Dok. 117, Anm. 16, sowie Dok. 153. Vgl. weiter Dok. 215.

[20] Zum ersten chinesischen Atombombentest am 16. Oktober 1964 vgl. Dok. 192, Anm. 26.

[21] Vgl. dazu weiter Dok. 212, besonders Anm. 7.

[22] Präsident Kennedy hielt sich am 26. Juni 1963 in Berlin auf. Zum Verlauf des Besuchs vgl. weiter Dok. 207 und Dok. 208.

sation und westlichen Denkens sehen müsse. Selbstverständlich könne er keine öffentliche Erklärung über die Oder-Neiße-Linie abgeben. Er habe immer wieder gesagt, diese Frage müsse den Verhandlungen über einen Friedensvertrag[23] vorbehalten bleiben. Es sei aber klar, daß Polen wieder hergestellt und stark sein müsse. Dies sei eine Notwendigkeit für Europa. Man müsse deutscherseits, wenn dies notwendig werden sollte, hierfür auch Opfer bringen.

Der *Präsident* fragte, ob dies die allgemeine deutsche Auffassung sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er hoffe dies.

Präsident *Kennedy* sagte, falls er auf seiner Pressekonferenz danach gefragt werde, werde er sich auch darauf beschränken zu sagen, daß diese Frage Bestandteil der Verhandlungen über den Friedensvertrag sein müsse. Er erinnerte aber daran, daß General de Gaulle im Jahre 1959 sich zu der Oder-Neiße-Linie geäußert habe.[24]

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe später den General auf diese Äußerung angesprochen und ihn gebeten, etwas Derartiges nicht zu wiederholen. Er habe ihm dabei gesagt, der Grund dieser Bitte liege nicht darin, daß er es für falsch halte, wenn die Dinge den Verlauf nähmen, wie de Gaulle ihn angedeutet habe, doch scheine es ihm abträglich für die gemeinsame Sache des Westens, wenn bereits heute derartige Erklärungen abgegeben würden.

Präsident *Kennedy* entgegnete, daß eine Erklärung der Bundesregierung die Abhängigkeit Polens von den Sowjets vermindern würde. Gegenwärtig glaubten sie, die Oder-Neiße-Linie nur mit Hilfe und Unterstützung der Russen halten zu können. Hieraus ergebe sich natürlich eine Stärkung des russischen Einflusses.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe immer wieder gesagt, daß jede künftige deutsche Regierung um ein freundschaftliches Verhältnis zu Polen bemüht sein müsse.

Präsident *Kennedy* fragte, was er auf eine mögliche Frage auf seiner Pressekonferenz nach der Wiedervereinigung sagen solle.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die Wiedervereinigung hänge natürlich von der jeweiligen Situation ab. Er halte die Wiedervereinigung für unerläßlich. Man dürfe nicht übersehen, daß fast die Hälfte des ehemaligen deutschen Gebiets nunmehr zum Osten gehöre, aber dort nur ein Drittel bis ein Viertel der gesamten deutschen Bevölkerung lebe. Die Bundesrepublik sei hingegen übervölkert, was durch den Zustrom von 10 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen zu erklären sei. Er wolle dabei nicht unerwähnt lassen, daß 2 Millionen deutscher Flüchtlinge auf der Flucht gestorben seien.

Der Herr Bundeskanzler bezog sich sodann auf die Ansprache des Präsidenten vom Vortage in Bonn, wo er zweimal von Bonn als einer europäischen

[23] Zu den die „endgültige Festlegung der Westgrenze Polens" betreffenden Bestimmungen des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. Dok. 141, Anm. 11.

[24] Zu den Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle vom 25. März 1959 vgl. Dok. 85, Anm. 11.

Hauptstadt gesprochen habe.[25] Darüber seien vereinzelte kritische Stimmen zu hören gewesen. Man solle mit dieser Formulierung sehr vorsichtig sein. Die Mehrheit der Deutschen fange zwar an, die tatsächliche Situation in Europa und der Welt zu verstehen, doch gelte dies noch nicht für alle. Dieser Prozeß müsse sich noch weiter fortsetzen.

Der Herr Bundeskanzler wiederholte zur Vermeidung von Mißverständnissen noch einmal, daß er Kroll zunächst nur gestatten wolle, die ihm von Chruschtschow übermittelte Einladung anzunehmen, damit er auf diese Weise die tatsächlichen Absichten der Sowjets ausfindig machen könnte, vor allem, ob sie ihre Position gegenüber dem Westen ändern wollten oder nicht.

Man müsse aber davon ausgehen, selbst wenn es zu einer Änderung der sowjetischen Haltung kommen sollte, daß zunächst eine Periode stärkerer Unfreundlichkeit eintreten werde. Die Sowjets würden auf diese Weise wahrscheinlich versuchen, ihre politische Wendung zu tarnen und, soweit es gehe, noch möglichst viele politische Gewinne dabei herauszuschlagen.

Präsident *Kennedy* stimmte dem zu und sagte, solange auch nur ein Fünkchen Hoffnung bestehe, solle man die Bemühungen fortsetzen, da sich auf diese Weise vielleicht doch eine de facto Erleichterung der Situation ergebe. Er führte als Beispiel für eine solche de facto Entspannung die derzeitige Situation in Kuba an[26], wo es zur Selbstverständlichkeit geworden sei, daß amerikanische Flugzeuge die Insel überflögen und ihre Luftaufnahmen machten. Es brauche sich nicht um ein Abkommen, das in allen Einzelheiten festgelegt sei, zu handeln. Vielleicht lasse sich so etwas auch in Deutschland erreichen, und er glaube, wenn er den Herrn Bundeskanzler richtig verstanden habe, daß die Idee des Burgfriedens ungefähr darauf hinauslaufe.

Präsident Kennedy fragte sodann den Herrn Bundeskanzler, ob er eine Erklärung dafür habe, warum die Franzosen ihre Atlantikflotte dem NATO-Kommando entzogen hätten.[27] Dieser Schritt habe militärisch überhaupt keine Bedeutung, sei aber eine weitere negative Maßnahme, die eher einen Rückschritt als einen Fortschritt darstelle.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er könne das auch nicht sagen. Als vor einiger Zeit die französische Mittelmeerflotte dem NATO-Kommando entzogen worden sei[28], habe er de Gaulle nach dem Grunde gefragt. Damals sei de Gaulles Antwort gewesen, er benötige die Mittelmeerflotte zum Schutz der Verbindungswege zwischen dem französischen Mutterlande und Algerien.[29] De Gaulle werde am 4. und 5. Juli nach Bonn kommen[30], und er beabsichtige, dem

[25] Vor dem Bonner Rathaus bezeichnete Präsident Kennedy Bonn zum einen als „Hauptstadt" und zum anderen als „Zentrum" der freien Welt. Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 499f.

[26] Zur Beilegung der Kuba-Krise vgl. Dok. 1, Anm. 4.
Zu den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen nach der Kuba-Krise vgl. auch die Aufzeichnung des Botschafters Knappstein, Washington, vom 12. Juni 1963; Abteilung II (II 6), VS-Bd. 207; B 150, Aktenkopien 1963.

[27] Vgl. dazu bereits Dok. 194, besonders Anm. 2.

[28] Zum Entschluß der französischen Regierung vom 11. März 1959 vgl. Dok. 94, Anm. 19.

[29] Zur Unterredung vom 2. Dezember 1959 zwischen Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle vgl. ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 20.

[30] Vgl. dazu Dok. 216–219.

Präsidenten dann eine Reihe von Fragen zu stellen. Er habe ihn bisher noch nie gefragt, wie weit seine nukleare Rüstung gediehen sei, doch habe er vor, dies jetzt zu tun, um von ihm etwas Näheres über seine militärischen Vorstellungen sowohl innerhalb wie außerhalb der NATO zu erfahren.

Der Herr Bundeskanzler hob hervor, daß ohne eine deutsch-französische Aussöhnung die Einigung Europas nicht möglich sei. Er erwähnte besonders, daß die Anfänge zu dieser deutsch-französischen Aussöhnung weit vor der Zeit de Gaulles lägen. Er wisse nicht, was de Gaulle selbst über seine Nachfolge denke, doch könne er der Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung sicher sein. Obgleich im Senat eine antigaullistische Mehrheit bestehe, sei auch dort der deutsch-französische Vertrag mit Mehrheit verabschiedet worden.[31] Der Herr Bundeskanzler sagte, seine Sorge gelte der Zeit nach dem Abtreten de Gaulles, weil man nicht wisse, was dann die Kommunisten vorhätten. Die Lage in Europa sei ohnedies nicht allzu erfreulich. Er erinnerte an die schrecklichen Dinge, die Wilson anläßlich seines Besuchs in Moskau gesagt habe.[32] In Italien sei die Lage auch alles andere als einfach[33], und das gleiche gelte für Frankreich, wenn de Gaulle nicht mehr da sei, weil die Kommunisten dann die stärkste und am straffsten organisierte Partei des Landes sei.

Der Herr Bundeskanzler forderte aber den Präsidenten auf, an Europa nicht zu verzweifeln. Es werde alles gut gehen. Es sei ein Segen für Europa und für den Frieden der Welt, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik und zwischen de Gaulle und ihm selbst so gut seien. Er habe seine guten Beziehungen zu de Gaulle nie dazu benutzt, irgendetwas gegen die Vereinigten Staaten zu tun. Er wisse genau, daß Europa, einschließlich Frankreich, ohne die Vereinigten Staaten von Amerika verloren wäre. Bei allem, was de Gaulle jetzt in Frankreich tue, müsse er natürlich auf die französische Mentalität Rücksicht nehmen, die sich noch weitgehend in den Vorstellungen vom Ruhme Frankreichs bewege. Große Teile der Bevölkerung hätten die Realitäten noch nicht begriffen. Deswegen sei de Gaulle auch gar nicht so schlimm, wie es nach außen hin den Eindruck erwecken möge. Dazu komme, daß die Franzosen ein gesundes Volk seien.

Präsident *Kennedy* wies darauf hin, daß die Vereinigten Staaten die Schaffung Europas, die Bildung des Gemeinsamen Marktes und alle in der gleichen Richtung liegenden Bemühungen von Anfang an unterstützt hätten. Die Vereinigten Staaten seien auch für die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland gewesen. Man habe nicht vergessen, daß die deutsch-französischen Rivalitäten oft genug zu Kriegen geführt hätten. Während der letzten zwanzig Jahre habe der Geist der Franzosen doch sehr gelitten, weshalb de Gaulle immer wieder an die nationalen Werte von der Größe und dem Ruhm Frankreichs appelliere. Es sei aber nicht gut, wenn dies in eine Art Nationalismus ausarte, der sich von Europa und von den Vereinigten Staaten abwende. Im Januar dieses Jahres sei es praktisch so gewesen, daß zwischen den Verei-

[31] Nach Ratifizierung des Gesetzes zum deutsch-französischen Vertrag durch die Nationalversammlung stimmte auch der französische Senat am 20. Juni 1963 zu.

[32] Vgl. dazu Dok. 201, besonders Anm. 6.

[33] Zur Situation in Italien nach den Kammer- und Senatswahlen vom 28./29. April 1963 vgl. Dok. 172, Anm. 19.

nigten Staaten und Frankreich kein Kontakt mehr bestanden habe. Dies führe zu unerfreulichen Reaktionen innerhalb der Vereinigten Staaten. Fulbright und andere sehr liberal eingestellte Senatoren hätten sich wegen der französischen Haltung gegen Europa und gegen die NATO ausgesprochen. Man habe in den Vereinigten Staaten oft das Gefühl, daß nach 15jährigen Bemühungen der Vereinigten Staaten um die Konsolidierung des westlichen Bündnisses de Gaulle nunmehr nur gegen die Vereinigten Staaten und gegen die NATO arbeite. Es sei einfach sinnlos, wenn der sogenannte Ruhm Frankreichs nur auf Kosten eines psychologischen Krieges mit den Vereinigten Staaten von Amerika aufrechterhalten werden könne.

Im Zusammenhang mit der NATO richtete der Herr *Bundeskanzler* den dringenden Wunsch an Präsident Kennedy, die Position von Generalsekretär Stikker innerhalb der NATO und auch gegenüber Botschafter Finletter zu stärken. Stikker, mit dem er seit langen Jahren gut befreundet sei, habe ihm immer wieder von seinen Sorgen berichtet. Der Herr Bundeskanzler regte sodann an, daß Senator Fulbright ihn doch einmal besuchen möge, damit man in aller Ruhe und Offenheit über die Dinge sprechen könne. Präsident *Kennedy* sagte, es gehe nicht um Senator Fulbright allein, vielmehr mache sich ein allgemeines Gefühl der Zurückhaltung gegenüber Europa in den Vereinigten Staaten bemerkbar. Die Pressekonferenz de Gaulles[34], die fast gescheiterten Handelsverhandlungen in Genf[35], der Rückzug der französischen Atlantikflotte, all das führe angesichts der Tatsache, daß die Amerikaner in Europa 400 000 Truppen unterhielten, zu der psychologisch verständlichen Frage, ob sich denn die Unterstützung fremder Länder überhaupt lohne, wenn dies offensichtlich der Dank der Europäer sei. De Gaulles Verhalten sei sehr viel schädlicher, als der Herr Bundeskanzler annehme. Was die deutsch-amerikanischen Beziehungen angehe, so seien sie in diesem Jahr sehr gut. Der Präsident erwähnte in diesem Zusammenhang insbesondere die deutsche Haltung in Brüssel[36], in Genf[37], den deutschen Beitrag zur NATO, die deutschen Rüstungseinkäufe in Amerika und die deutsche Antwort auf den Vorschlag zur Schaffung einer multilateralen Streitmacht[38]. Die Vereinigten Staaten suchten ihren Ruhm im Kampf gegen den Kommunismus, Frankreich aber scheine seinen Ruhm offensichtlich im Kampf gegen die Vereinigten Staaten zu suchen.

Die Unterredung endete kurz nach 11.30 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/62

[34] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

[35] Zur Ministerkonferenz der GATT-Vertragspartner vom 16. bis 21. Mai in Genf vgl. Dok. 164, Anm. 5. Zur kontrovers diskutierten Form der Zollsenkung vgl. Dok. 83, Anm. 9.

[36] Zur Sitzung des EWG-Ministerrats vom 28./29. Januar 1963 in Brüssel vgl. Dok. 60.

[37] Bundesminister Erhard entwickelte auf der Ministerkonferenz der GATT-Vertragspartner vom 16. bis 21. Mai 1963 in Genf einen Kompromiß zwischen den beiden Zollsenkungsmodellen, der sowohl von den USA als auch von der EWG akzeptiert wurde. Darin wurde zwar die Notwendigkeit einer linearen prozentualen Zollsenkung anerkannt, gleichzeitig aber eingeräumt, daß jeder sich durch bestimmte Zolldisparitäten benachteiligt fühlende Vertragspartner Verhandlungen über deren Beseitigung verlangen könne. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 134.

[38] Zur deutschen Reaktion auf den Vorschlag einer integrierten Atomstreitmacht der NATO vgl. Dok. 82, Anm. 10, Dok. 120, besonders Anm. 5, und Dok. 156.

207

Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1073/63 geheim **Aufgabe: 24. Juni 1963, 20.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2050 Plurex
Citissime

Betr.: Kennedy-Besuch

Während des heutigen Vormittags führten Bundeskanzler und Präsident Gespräch unter vier Augen.[2] Gleichzeitig konferierten Bundesminister Schröder, Erhard, von Hassel[3] mit Rusk.[4] In diesem Gespräch wurden folgende Punkte behandelt:

1) MLF

Amerikaner betonten ihr fortbestehendes nachhaltiges Interesse sowohl aus militärischen wie aus politischen Gründen.[5] Man habe gehofft, mit Ausarbeitung des Vertrags im Juli beginnen zu können[6]; Schwierigkeiten in Rom und in London hätten jedoch zur Verzögerung geführt. Italiener seien weiter interessiert, könnten sich aber nicht engagieren wegen der Schwierigkeiten, in denen sich ihre Regierung befinde[7], Briten hätten Sorge wegen der zu hohen Kosten[8] und wohl auch innenpolitische Schwierigkeiten[9] im Hinblick auf die nächsten Wahlen.

Im amerikanischen Congress würde die Frage gestellt: was sagen die Europäer? Hier komme es für die Administration darauf an, zeigen zu können, daß die hauptsächlichen europäischen Partner (Deutsche, Briten und Italiener) mitmachten, weil sie die Sache selbst für gut und zweckmäßig hielten, und nicht etwa nur auf amerikanisches Drängen. Im übrigen wies Rusk darauf hin, daß auf dem Wege zur Multilateralisierung der nuklearen Streitkräfte in den letzten eineinhalb Jahren bedeutende Fortschritte gemacht worden seien (Richtlinien von Athen[10] und intensiver Informationsaustausch).

Bundesminister unterstrich Bedeutung der Frage für das ganze Bündnis und dessen Zusammenhalt. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als ob nur wir drängten; auch die Vereinigten Staaten müßten klar erklären, daß das Prinzip

[1] Drahterlaß an die Botschaften in Paris, London und Washington sowie an die Vertretung bei der NATO in Paris.

[2] Vgl. Dok. 206.

[3] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Staatssekretär Carstens und Botschafter Knappstein."

[4] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „McGhee, Bundy, Tyler und Creel."

[5] Vgl. dazu bereits Dok. 178.

[6] Vgl. dazu bereits Dok. 120 und Dok. 156.

[7] Zur innenpolitischen Situation in Italien vgl. Dok. 172, Anm. 19.

[8] Vgl. dazu bereits Dok. 179.

[9] Zur Profumo-Affäre vgl. Dok. 192, Anm. 34.

[10] Zu den Athener „guidelines" vgl. Dok. 16, Anm. 9.

der Integration und der Multilateralität für das gesamte Bündnis von entscheidender Bedeutung sei.

Die Schwierigkeiten in Großbritannien hingen in der Tat mit dem nächsten Wahlkampf zusammen. Offenbar wollten die Konservativen den Standpunkt einnehmen, daß Großbritannien als große Macht nationale Atomwaffen brauche, um sich in dieser Frage klar von dem Standpunkt der Opposition abzuheben.

Eine andere Schwierigkeit könne daraus erwachsen, daß die Franzosen sich bemühten, ihrer Force de frappe[11] einen europäischen Charakter zu geben, und ihre eigenen Anstrengungen auf diesem Gebiet mit der These begründeten, Europa brauche eigene Atomwaffen.

Bundesminister von Hassel stellte die Frage, ob man die englischen Bedenken wegen der Kosten dadurch überwinden könne, daß man den Engländern gestatte, Polaris-U-Boote in die MLF einzubringen, die dann mit amerikanisch-britischen Mannschaften bemannt werden könnten.

Rusk und Bundy erklärten, sie möchten[12] dieses Projekt weiter studieren. Auf den ersten Blick sähen sie ein Bedenken, daß nämlich die Argumentation zu Gunsten der Überwasserlösung geschwächt würde, wenn sich die Briten daran nicht beteiligten, sondern von vornherein die U-Boot-Lösung verwirklichten.[13]

Amerikaner begrüßten Anregung des Ministers, daß Notwendigkeit der Aufstellung einer integrierten, multilateralen Streitmacht von beiden Regierungen unterstrichen werden sollte. Entsprechender Passus wird in das Kommuniqué[14] aufgenommen.

2) Öffentliche Behandlung der Wiedervereinigungsfrage

Bundesminister schlug vor, die Ausdrucksweise zu vermeiden, daß die Wiedervereinigung völlig von der sowjetischen Zustimmung abhängig sei. Statt dessen solle man den Gedankengang stärker unterstreichen, daß sich die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts an das deutsche Volk auch für die Sowjets günstig auswirken würde, insofern, als dadurch eine Beruhigung im mitteleuropäischen Raum erreicht würde, die auf andere Weise nicht zu erreichen sei. Es sei klar, daß, wenn man sich darauf beschränke, die Verteidigung West-Berlins zu fordern, dies eine Fortdauer der gegenwärtigen Spannungen einschließe. Die wirkliche Lösung für das Berlin-Problem könne aber nur auf der Grundlage der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts gefunden werden.

Rusk erklärte, die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk ha-

[11] Zur „force de frappe" vgl. bereits Dok. 16, Anm. 6, sowie Dok. 168.

[12] Der Passus „Rusk und Bundy erklärten, sie möchten" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Amerikaner erklärten, sie möchten".

[13] Zur Alternative U-Boot- oder Überwasserschiffe vgl. Dok. 120 und Dok. 156, besonders Anm. 5. Zur britischen Haltung dazu vgl. Dok. 179.

[14] Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 26. Juni 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 971.

ben die feste Überzeugung, daß[15] Wiedervereinigung und Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts in Deutschland notwendig seien[16]. Dies stehe in Einklang mit der traditionellen in Amerika fest verwurzelten Politik. Er habe die von dem Bundesminister geäußerten Gedanken oft den Sowjets gegenüber ausgesprochen. Eine andere Frage sei es, wie man sich öffentlich verhalten solle. Die Amerikaner seien ein ungeduldiges Volk. Wenn man ihnen die Notwendigkeit darlege, eine bestimmte Politik zu verfolgen, wollten sie sofort wissen, was die Regierung praktisch tun werde. Er richte daher an uns die Frage, was wir praktisch vorschlügen. Nach amerikanischer Meinung sollte die Bundesrepublik ihre Anziehungskraft auf die SBZ-Bevölkerung stärker einsetzen.

Bundesminister legte dar, daß zunächst Nichtanerkennung des Zonenregimes und Verhinderung einer Verfestigung des gegenwärtigen Zustandes wesentliche Elemente unserer Politik seien. Im übrigen hätten wir, wie die Amerikaner wüßten, der Zone ein Kreditangebot gegen Gewährung innerer Freiheiten in der Zone gemacht.[17] Auch unsere Arrangements mit Polen, Ungarn und Rumänien[18] verfolgten den Zweck, unser Verhältnis zu den östlich der Zone liegenden Ländern aufzulockern.

Bundesminister Erhard unterstrich, daß Sowjetunion und SBZ großes Interesse an Ausweitung der Handelsbeziehungen zur Bundesrepublik hätten. Dies sei aber nur auf Kreditbasis möglich, und Kredite würden wir nur gewähren können, wenn mit ihnen eine Lockerung des unmenschlichen Regimes in der Zone verbunden wäre. Dies sei aber eine Frage des politischen Prestiges des Zonenregimes, das bisher negativ reagiert habe.

Besprechungen werden heute nachmittag fortgesetzt.[19]

Carstens[20]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 431

[15] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „von der Notwendigkeit der".

[16] Die Wörter „in Deutschland notwendig seien" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[17] Zum Kreditangebot an die DDR vgl. Dok. 3, Anm. 9.

[18] Die Bundesrepublik schloß am 7. März 1963 ein Handelsabkommen mit Polen. Vgl. dazu Dok. 114, besonders Anm. 4. Zum Stand der Verhandlungen mit Ungarn und Rumänien über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 169 und Dok. 181.

[19] Vgl. dazu Dok. 208.
Für einen zusammenfassenden Überblick über den Besuch des Präsidenten Kennedy vgl. den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vom 26. Juni 1963; Abteilung II (II 6), VS-Bd. 207; B 150, Aktenkopien 1963.

[20] Paraphe vom 24. Juni 1963.

208

Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1073[II]/63 geheim **Aufgabe: 24. Juni 1963, 20.00 Uhr[1]**
Fernschreiben Nr. 2049 Plurex
Citissime

Betr.: Kennedy-Besuch

Im Anschluß an Fernschreiben – St.S. 1073/63 geheim vom 24. 6. 1963[2] –

Heute nachmittag fand ein weiteres Gespräch statt, an dem der Bundeskanzler und Präsident Kennedy, ferner die Bundesminister Schröder, Erhard, von Hassel sowie auf amerikanischer Seite Rusk teilnahmen. Folgende Themen wurden erörtert:

1) MLF

Der Präsident unterstrich die Schwierigkeiten, die sich durch die Lage in Rom[3] und London[4] ergäben. Rusk erklärte, man werde die Frage an beiden Orten während der jetzt geplanten Reise besprechen.[5] Der Präsident regte an zu überlegen, wie die Sache weiter behandelt werden könnte. Man müßte alles tun, um das Projekt zu realisieren, müßte sich aber auch auf eine Alternative einstellen.

Bundeskanzler unterstrich unser Interesse am Zustandekommen des Projekts und schlug vor, daß weitere Besprechungen in Washington stattfinden sollten.[6] Der Präsident stimmte zu.

2) Atomversuchsstopp

Der Präsident äußerte sich nicht sehr optimistisch über die Chancen der künftigen Verhandlungen, doch müsse man alles nur mögliche tun, um zu einem Abschluß zu kommen, und der Sowjetunion die Verantwortung zuschieben, falls die Verhandlungen scheitern sollten. Zwischen Dean und Kusnezow sei ein Mißverständnis[7] entstanden. Die Sowjets behaupteten jetzt, sie hätten angenommen, daß die Amerikaner sich mit nur drei örtlichen Inspektionen ein-

[1] Drahterlaß an die Botschaften in London, Paris und Washington sowie an die Vertretung bei der NATO in Paris.

[2] Vgl. Dok. 207.

[3] Zur innenpolitischen Situation in Italien vgl. Dok. 172, Anm. 19.

[4] Zur Profumo-Affäre vgl. Dok. 192, Anm. 34.

[5] Präsident Kennedy hielt sich am 29./30. Juni in Großbritannien und am 1./2. Juli in Italien auf. Zum Besuch in Großbritannien vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 1. Juli 1963; Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 66; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Zu der Fortsetzung des Kontaktes vgl. Dok. 349.

[7] Das Mißverständnis bezog sich auf die amerikanische Forderung hinsichtlich der Anzahl der Inspektionen vor Ort. Vgl. dazu Dok. 92, Anm. 7. Es fand sich ebenfalls in dem Antwortschreiben des Ministerpräsidenten Chruschtschow auf die Schreiben des Präsidenten Kennedy und Premierministers Macmillan vom 24. April 1963. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 14. Mai 1963; Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 290; B 150, Aktenkopien 1963.

verstanden erklärt hätten. Die wahre Ursache für das Scheitern der Dean-Kusnezow-Gespräche sei aber wohl, daß die Russen keine Chancen sähen, die Chinesen zur Annahme des Abkommens zu bewegen. Es sei möglich, daß die Sowjets im Sommer eine neue Testserie beginnen würden. Die Vereinigten Staaten hätten eine derartige Absicht nicht.

Der Bundeskanzler erklärte, er sähe die Lage genauso wie der Präsident.

3) Wirtschaftliche Fragen

Der Präsident hob hervor, wie wichtig es sei, in den wirtschaftlichen Fragen zu einer Übereinkunft zu kommen. Die amerikanische Zahlungsbilanzsituation sei schlecht.[8] Kein Mensch würde es verstehen, wenn so reiche und blühende Länder wie die USA und die westeuropäischen Staaten nicht zu einer Übereinkunft kommen würden. Die Verhandlungen müßten auf dem höchstmöglichen Niveau der verantwortlichen Minister geführt werden. Er sei darüber beunruhigt gewesen, daß es in Genf zeitweilig so ausgesehen hätte, als ob die Verhandlungen zusammenbrechen würden.[9]

Bundesminister Erhard unterstrich die Bedeutung, die der Dollar für die gesamte übrige Welt habe. Wir stützten den Dollar dadurch sehr wirksam, daß wir von unseren gesamten Währungsreserven (29 Milliarden DM) fast die Hälfte (14 Milliarden DM) in Dollar unterhielten. Außerdem hätten wir amerikanische Treasury Bonds[10] (200 Millionen DM) gekauft. Verhandlungen über den Ankauf von weiteren 100 Millionen DM seien im Gange. Auch hätten wir uns an Swap-Operationen in Höhe von 150 Millionen DM beteiligt. Unser Interesse an der Aufrechterhaltung des Außenhandels sei sehr groß, denn 15% unseres Sozialprodukts beruhten auf Außenhandel. Die Vergleichszahl für USA sei 4%. Wir hätten durch die Aufwertung der DM einen sehr großen Beitrag zur Steigerung der Importe nach Deutschland und damit des gesamten Welthandels geleistet.

Sehr wichtig seien die landwirtschaftlichen Probleme. Diese würden bei dem weiteren Verlauf der Kennedy-Runde zu erheblichen Schwierigkeiten führen.

Ein Ziel müsse der Abschluß weltweiter Rohstoffabkommen, so z. B. für Getreide und Baumwolle, sein. Er werde sich gewissen Bestrebungen in der EWG, Marktordnungen für Reis und andere Produkte zu erlassen[11], widersetzen.

Ziel der Kennedy-Runde müsse eine 50%ige Senkung der Zölle sein.[12]

Präsident Kennedy erkannte die deutschen Beiträge dankbar an.

[8] Zur Zahlungsbilanz der USA vgl. Dok. 185, Anm. 9.

[9] Kontrovers wurde auf der Ministerkonferenz des GATT vom 16. bis 21. Mai 1963 vor allem die Art der Zollsenkung diskutiert. Vgl. dazu Dok. 83, Anm. 9. Zu dem Kompromiß vgl. Dok. 206, Anm. 37.

[10] Es handelte sich dabei um Schatzanweisungen.

[11] Zu den Agrarmarktverordnungen für Getreide, Schweinefleisch, Geflügel, Eier, Obst und Gemüse und Wein vom 14. Januar 1962 vgl. Dok. 21, Anm. 4.
Besondere Auswirkungen hatte die Festsetzung des Einfuhrpreises für Schlachtgeflügel vom 20. Juni 1962. Zum „Hähnchenkrieg" vgl. Dok. 172, Anm. 27.

[12] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

Der Bundeskanzler unterstrich die Notwendigkeit, die Verhandlungen durch Minister führen zu lassen. Er wies darauf hin, daß auch unsere eigene wirtschaftliche Entwicklung nicht frei von Sorgen sei; insbesondere drohten die Forderungen auf Erhöhung der Löhne[13] unser wirtschaftliches Gefüge zu belasten. Deutschland habe keine natürlichen Reichtümer und sei auf seinen Export angewiesen.

Bundesminister Erhard schloß mit einem Appell an die amerikanische Regierung, sich stärker als bisher an den Bemühungen um eine gemeinsame Konjunkturpolitik zu beteiligen.

[gez.] Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 431

209

Botschafter Schlitter, z. Z. Belgrad, an das Auswärtige Amt

Z B 6–1 4463/63 VS-vertraulich **Aufgabe: 24. Juni 1963[1]**
Fernschreiben Nr. 11 **Ankunft: 24. Juni 1963, 20.46 Uhr**
Cito

Mit Delegationsbericht 4[2] hatte ich gemeldet, daß die Jugoslawen einmal um einen Aufschub der Fälligkeiten aus alten Verbindlichkeiten[3] bis 1966 in Höhe von 138 Mio. Dollar gebeten hatten, zum anderen zur Finanzierung zusätzlicher deutscher Importe neue Finanzierungsmöglichkeiten für die Jahre 1963 bis 1966 in Höhe von 170 Mio. Dollar wünschten. Wie berichtet, hatte ich

[13] Zum heftigsten Tarifkonflikt des ersten Halbjahres 1963 kam es in der südwestdeutschen Metallindustrie, als die Gewerkschaft eine Lohnerhöhung um 8 Prozent forderte. Dies führte Ende April/Anfang Mai zu Streiks und Aussperrungen in Baden-Württemberg. Erst nach Vermittlung von Bundesminister Erhard einigten sich die Tarifparteien am 7. Mai 1963 auf eine Einkommenssteigerung um 5 Prozent.

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 26. Juni 1963 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Sachs verfügte: „Die Sache muß gründlich erörtert werden. Schlitter muß sich rein rezeptiv verhalten." Hat Sachs und Ministerialdirigent Keller am 27. Juni 1963 vorgelegen. Der Persönliche Referent von Carstens, Pfeffer, vermerkte handschriftlich für Ministerialdirigent Reinkemeyer: „Unmögliche Forderungen. Wahrscheinlich hat US-fr[an]z[ösischer] Druck auf uns, der den Jugoslawen bekannt ist, eine Rolle gespielt."

[2] Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Schlitter, z. Z. Belgrad, vom 21. Juni 1963; Referat II A 5, Bd. 574.

[3] Am 10. März 1956 schloß die Bundesrepublik mit Jugoslawien ein Abkommen über die Regelung der jugoslawischen Schulden. Vgl. dazu BULLETIN 1956, S. 458. Danach schuldete Jugoslawien der Bundesrepublik ca. 130 Millionen DM. Weitere Verbindlichkeiten ergaben sich aus dem Währungsstabilisierungskredit in Höhe von 105 Millionen DM, den Anfang 1961 die Deutsche Girozentrale Düsseldorf mit Bundesgarantie gewährt hatte und der in vier Jahresraten bis 1966 zurückbezahlt werden mußte. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hess vom 25. September 1961; Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 202; B 150, Aktenkopien 1961.

hierzu mehrfach erklärt, daß neue Kredite schwerlich in Frage kommen könnten.

In persönlichen Gesprächen sagte mir Botschafter Drndić zu diesen finanziellen Wünschen, seine Regierung habe diese aufgrund einer wirtschaftlichen Vorausschau formuliert; er sehe aber über die wirtschaftlichen Aspekte hinaus eine Möglichkeit, die von ihnen aufgeworfenen Kreditfragen mit der Wiedergutmachungsfrage zu verbinden, um diese zumindest einer vorläufigen Lösung zuführen zu können. Hierzu machte er folgende Ausführungen:

Es sei der aufrichtige Wunsch der jugoslawischen Regierung, die Beziehungen zu der Bundesrepublik zu verbessern. Diese Beziehungen seien von jugoslawischer Seite aus gesehen mit zwei Problemen belastet:

a) der Rolle der Emigration in der Bundesrepublik[4],

b) der ungelösten Wiedergutmachungsfrage.

Er gab, wie er sagte auftragsgemäß, den Bedenken der jugoslawischen Regierung Ausdruck, daß der Mehlemer Prozeß[5] propagandistisch von der Emigration gegen Jugoslawien ausgebeutet werde und unsere Beziehungen, in denen sich durch die Wiederaufnahme unserer wirtschaftlichen Gespräche[6] eine Besserung anbahne, erneut belasten werden.

Was die Wiedergutmachungsfrage[7] anlange, dürfe deren Lösung nicht darunter leiden, daß z. Z. keine diplomatischen Beziehungen[8] bestünden. Die jugoslawische Regierung sei realistisch genug, um die Unmöglichkeit eines formellen Abschlusses eines Wiedergutmachungsabkommens einzusehen. Allerdings wolle er auf Israel verweisen[9], wo formal der gleiche Sachverhalt vorliege,

[4] Zu den jugoslawischen Emigrantenorganisationen in der Bundesrepublik vgl. den Vermerk des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg vom 11. März 1963; Abteilung V (D V/Dg 50), VS-Bd. 141; B 150, Aktenkopien 1963.
Für einen Überblick über die von kroatischen Emigrantenorganisationen in der Bundesrepublik, vor allem der „kroatischen Kreuzlerbruderschaft", ausgehende terroristische Bedrohung vgl. ebenfalls den Vermerk von Meyer-Lindenberg vom 11. März 1963; Abteilung V (D V/Dg 50), VS-Bd. 141; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu ferner eine Aufzeichnung des Referats V 2 vom 20. Dezember 1962 über die Organisation der Ostemigration in der Bundesrepublik; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1962.

[5] Der Prozeß gegen die Kroaten, denen der Anschlag auf das Gebäude der „Abteilung für die Wahrnehmung jugoslawischer Interessen" in der ehemaligen jugoslawischen Botschaft in Bad Godesberg am 29. November 1962 zur Last gelegt wurde, begann im April 1964. Am 25. Juni 1964 wurden die Urteile (bis zu 15 Jahre Zuchthaus) verkündet. Vgl. dazu AdG 1964, S. 10288. Zu dem Attentat vgl. Dok. 105, Anm. 8.

[6] Die Wirtschaftsgespräche wurden am 18. Juni 1963 aufgenommen, nachdem Vorgespräche am 16. und 17. Mai in Wien erfolgreich verlaufen waren. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Schlitter vom 22. Mai 1963; Referat II A 5, Bd. 574.
Zu den Wirtschaftsgesprächen vgl. weiter Dok. 229.

[7] Vgl. dazu auch Dok. 105.

[8] Die Bundesregierung brach am 19. Oktober 1957 die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien ab, nachdem die jugoslawische Regierung am 15. Oktober 1957 die DDR diplomatisch anerkannt hatte. Für den Wortlaut der Note vom 19. Oktober 1957 vgl. BULLETIN 1957, S. 1805 f.

[9] Am 10. September 1952 wurden in einem Vertrag mit Israel die Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik festgelegt. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 37–97.

ohne hieraus einen Anspruch herleiten zu wollen.[10] Je eher die Wiedergutmachungsfrage gelöst werde, desto besser. Ohne eine wie auch immer geartete Lösung bleibe das deutsch-jugoslawische Verhältnis belastet und erschwere es seiner Regierung, gegenüber anderen Staaten in einem der Bundesrepublik freundlichen Sinne einzuwirken.

Die jugoslawische Regierung beziffere ihren Wiedergutmachungsanspruch aufgrund ihrer Unterlagen auf rund 500 Mio. Dollar. Bei dieser Schätzung gehe sie davon aus, daß die höchsten Sätze, die wir anderen Staaten zugestanden hätten, auch gegenüber Jugoslawien zur Anwendung kommen müßten. Die finanzielle Erleichterung bzw. eine Kreditgewährung, um die er bitte, belief sich auf rund 300 Mio. Dollar. Seine Regierung könne einen solchen Betrag als eine überwiegende Abgeltung der Wiedergutmachungsforderung ansehen. Er ließ durchblicken, daß man bereit sei, diesen Betrag als eine endgültige Abgeltung anzusehen, falls wir uns jetzt über diese Dinge einigen könnten. Dies würde bedeuten, daß neben dem Zahlungsaufschub für die 138 Mio. Dollar in den nächsten 4 Jahren in Form von Krediten jährlich 42,5 Mio. Dollar aufzubringen wären. Die Einzelheiten könnten in einem vertraulichen Briefwechsel oder Abkommen im Zusammenhang mit einer Finanzvereinbarung festgelegt werden.

Ich wies zunächst darauf hin, daß die Wiedergutmachungsfrage nicht zur Tagesordnung unserer derzeitigen Verhandlungen gehöre, ich daher über diese nicht verhandeln könne und mich darauf beschränken müsse, die jugoslawischen Gedanken hierzu meiner Regierung vorzutragen. Ich unterstrich alsdann mehrfach, daß aus unserer Sicht nach wie vor die seinerzeitige Anerkennung Pankows, mit der Jugoslawien ja gegen die vitalen Interessen des deutschen Volkes gehandelt habe, eine Belastung unserer Beziehungen darstelle, an deren Verbesserung auch wir ansonsten ein grundsätzliches Interesse hätten. Ich wisse aber nicht, was wir über das Wirtschaftliche hinaus tun könnten. Ich habe auch mehrfach erklärt, daß ich ihm hinsichtlich neuer Kredite keine Hoffnung machen könne. Ferner wolle ich ihm ganz offen sagen, daß ein weiteres finanzielles Entgegenkommen angesichts des Nichtbestehens diplomatischer Beziehungen gegenüber unserer Öffentlichkeit schwer zu rechtfertigen sei. Bei der nun einmal gegebenen Lage würde ein solches Entgegenkommen auch bei einer Reihe von blockfreien Ländern falsch verstanden werden. Ich könne mir auch denken, daß hinsichtlich der zukünftigen Politik Jugoslawiens Besorgnisse bestünden. Da ja die jugoslawische Regierung nun einmal Pankow anerkannt habe, sei zu besorgen, daß sie sich zur Unterzeichnung eines Separatfriedens mit der Pankow-Regierung[11] bereitfinden würde. Bei der Beurteilung der jugoslawischen Kreditwünsche könne dieses Moment der Unsicherheit nicht außer acht gelassen werden. Ich habe zwar keinen Auftrag, solche Ausführungen zu machen, aber dies seien Überlegungen, die ja auf der Hand lägen.

Drndić erwiderte, es sei die Politik seiner Regierung, im asiatisch-afrikani-

[10] Die letzten beiden Sätze wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Das soll doch die SBZ übernehmen!"

[11] Zum sowjetischen Vorschlag eines separaten Friedensvertrags mit der DDR vgl. Dok. 116, Anm. 8.

schen Raum auf eine Vermeidung irgendwelcher möglichen Krisen hinzuwirken. Sie habe sich daher, was die Anerkennung Pankows anlange, gegenüber den Regierungen dieser Länder völlig zurückgehalten. Auf meinen Vorhalt wegen eines möglichen Separatfriedens ging Drndić mit der auch dort bekannten Formulierung ein, daß seine Regierung in ihrer Entscheidung frei sei und diese, falls die Frage akut werde, nach der dann bestehenden Interessenlage treffen werde. Im Verlauf der Unterhaltung ergänzte er seine Ausführungen hierzu mit der Behauptung, daß seine Regierung doch anläßlich des Besuchs Breschnews[12] das Ihre dazu beigetragen habe, daß die Frage eines Separatfriedens zurückgestellt worden sei. Er vertrete die Auffassung, daß Jugoslawien nicht Signatar eines Separatfriedens sein solle, womit dieser, falls er überhaupt noch zustandekommen werde, erheblich an Gewicht verlieren würde. Ein gutes deutsch-jugoslawisches Verhältnis werde auch für die Bundesrepublik in ihren Beziehungen zu den europäischen Ostblockländern von großem Wert sein. In diesen Ländern zeichne sich eine große Wende ab. Der Stalinismus in Rußland sei tot und in den sonstigen europäischen Ostblockländern im Schwinden. Das Ulbricht-Regime weise von allen Ländern des Ostblocks noch die stärksten stalinistischen Merkmale auf. Das jugoslawische Verhältnis zur DDR sei nicht ganz ohne Spannungen. Entsprechend der Entwicklung zu einem liberaleren Sozialismus in seinem eigenen Lande übe seine Regierung in der DDR ihren Einfluß im Sinne der Stärkung liberalerer Tendenzen aus. (Ich warf hier ein, uns sei bisher nicht bekannt geworden, daß sich in den Führungsschichten Pankows liberalere Tendenzen gezeigt hätten.) Je mehr sich das Verhältnis Jugoslawiens zur BRD verbessere, desto größeren Auftrieb bekämen die anti-stalinistischen Kräfte in den europäischen Ostblockstaaten. Für die Frage der Wiedervereinigung habe Jugoslawien Verständnis. (Mein Einwurf: Warum hat man dann seinerzeit Pankow anerkannt?) Die Wiedervereinigung könne aber nur nach einem langsamen Prozeß einer weitergehenden Liberalisierung in der DDR zustandekommen. Um auf meine Bedenken zurückzukommen, könne er mir grundsätzlich sagen, daß Jugoslawien in der großen Linie den Interessen der BRD keine Hindernisse in den Weg legen wolle.

Schlitter

Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 202

[12] Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR, Breschnew, hielt sich vom 23. September bis 3. Oktober 1962 in Jugoslawien auf. Für das Kommuniqué zum Abschluß des Besuchs vgl. PRAVDA, Nr. 278 vom 5. Oktober 1962, S. 1 f.

210

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1071/63 geheim **24. Juni 1963**

Betr.: Beziehungen zu Taiwan

Der Abgeordnete Majonica suchte mich am 21. Juni 1963 auf, um mit mir die Frage zu erörtern, ob wir in Taipeh eine Handelsvertretung errichten sollten.[1]

Ich sagte, wir hätten dies bisher mit Rücksicht darauf vermieden, daß ein solcher Schritt nach unserer Auffassung unsere Stellung bei den neutralen Staaten Süd- und Südostasiens beeinträchtigen würde. Andererseits sei Taiwan so fest mit dem Westen verbunden, daß wir in dieser Beziehung kaum etwas Zusätzliches würden ausrichten können.

Inzwischen hätten wir nun begonnen, Handelsvertretungen in den europäischen Satellitenstaaten zu errichten.[2] Dies werde die Frage aufwerfen, ob wir nicht eines Tages eine Handelsvertretung in Peking errichten sollten.

Es sei möglich, daß wir in diesem Falle zu der Überzeugung kommen würden, daß gleichzeitig eine solche Vertretung in Taipeh errichtet werden müsse. Aber der Fragenkomplex sei noch nicht reif, und ich würde daher dafür sein, die Frage der Aufnahme von Beziehungen gleich welcher Art mit Taipeh zunächst noch zurückzustellen.

Herr Majonica fragte sodann, ob wir auch Bedenken hätten, eine nationalchinesische Handelsmission von der Art, wie die Polen, Rumänen usw. sie bisher gehabt hätten, in Frankfurt zuzulassen.

Ich antwortete, daß ich diese Frage noch einmal prüfen lassen würde.[3]

Hiermit dem Herrn Minister[4] zur gefälligen Kenntnis.

Carstens

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 203

[1] In einem Schreiben vom 17. Mai 1963 teilte der CDU-Abgeordnete Majonica Bundesminister Schröder mit, der zuständige Arbeitskreis der CDU/CSU-Fraktion habe sich ausführlich mit der Situation in Südostasien befaßt. Dabei sei übereinstimmend zum Ausdruck gekommen, daß die einzige sichere Position, über die der Westen in diesem Raum verfüge, die Republik China (Taiwan) sei. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 203; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Die Bundesrepublik vereinbarte am 7. März 1963 mit Polen den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 114, Anm. 4. Zum Stand der Verhandlungen mit Ungarn und Rumänien über diese Frage vgl. Dok. 169 und Dok. 181.

[3] Staatssekretär Carstens bat Ministerialdirektor Krapf in einem Zusatz zu diesem Vermerk um eine „Stellungnahme zu der am Schluß aufgeworfenen Frage".
Aufgrund einer Stellungnahme des Referats II 5 vom 26. Juni 1963 teilte Carstens am 16. Juli 1963 dem Abgeordneten Majonica mit, „daß die einseitige Errichtung einer amtlichen Handelsvertretung Taiwans in der Bundesrepublik nicht anders zu bewerten ist als der zweiseitige Austausch von amtlichen Vertretungen und deshalb derzeit ... ausscheidet". Nichts einzuwenden sei jedoch gegen eine nicht-staatliche taiwanesische Handelsvertretung in der Bundesrepublik. Dieser könnten jedoch nicht die Vorrechte gewährt werden, „welche die Leiter der Außenhandelsbüros einiger Oststaaten in Frankfurt seit der Besatzungszeit genießen". Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 203; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Hat Bundesminister Schröder am 27. Juni 1963 vorgelegen.

211

Vermerk des Legationsrats I. Klasse Oncken

II 1–84.12–356/63 geheim **25. Juni 1963**

Betr.: USA-Reise des Regierenden Bürgermeisters Brandt Juni 1963[1]

Herr Meichsner von der Dienststelle des Bevollmächtigten des Landes Berlin beim Bund suchte mich im Auftrag von Herrn Senator Schütz am 20. Juni auf. Er unterrichtete mich über folgende Unterredungen des Herrn Regierenden Bürgermeisters:

1) Unterredung mit Mr. Stevenson am 10. Juni

Mr. Stevenson erklärte, es könne sehr wohl geschehen, daß er beauftragt werde festzustellen, ob Ansatzpunkte für ein ernsthaftes Deutschland-Gespräch mit der Sowjetunion beständen. Die sowjetische Haltung in internationalen Fragen werde gegenwärtig bestimmt

– durch das sowjetische Interesse an einer Ausweitung des Außenhandels;

– durch den sowjetisch-chinesischen Gegensatz;

– durch innere Veränderungen innerhalb der Sowjetunion.

Die Sowjets seien ernstlich besorgt, daß die Bundesrepublik ein eigenes Nuklear-Potential erhalte. Die sowjetische Haltung sei durch das Interesse bestimmt, eine solche Entwicklung auszuschließen.

Mr. Stevenson ließ sich durch den Herrn Regierenden Bürgermeister den deutschen Standpunkt in der Frage der deutschen Ostgrenzen erklären. Er nahm zu diesem Problem von sich aus nicht Stellung. In anderem Zusammenhang bedauerte er, daß der Westen keinen Plan für ein Deutschland-Gespräch entwickelt habe. Ansätze hierfür seien vor 5 oder 6 Jahren steckengeblieben.[2] Mr. Stevenson deutete an, daß dies nicht ohne Einwirkung der Bundesrepublik geschehen sei.

Mr. Stevenson bedauerte, daß Kennedy nicht sofort nach seinem Amtsantritt ein Gespräch mit den Sowjets gesucht habe. Er deutete an, daß dies dem damals noch stärkeren Einfluß von Acheson zuzuschreiben sei.

2) Unterredung mit Mr. Rusk am 12. Juni[3]

Mr. Rusk erklärte, daß an eine Verschiebung der Reise Kennedys nach Europa nie gedacht worden sei. Nachdem Protokoll-Fragen behandelt worden

[1] Der Regierende Bürgermeister von Berlin hielt sich vom 9. bis 14. Juni 1963 anläßlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Harvard-Universität zu Gesprächen in den USA auf. Vgl. dazu auch BRANDT, Begegnungen, S. 76–78 und S. 90–92.

[2] Am 14. Mai 1959 legten die Westmächte auf der Genfer Außenministerkonferenz der UdSSR einen Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands (Herter-Plan) vor, der 1961 in der Washingtoner Botschaftergruppe der drei Westmächte und der Bundesrepublik überarbeitet wurde. Vgl. dazu Dok. 69, Anm. 2.

[3] Vgl. dazu auch den Bericht des Konsuls I. Klasse Schmidt-Schlegel, Boston, vom 17. Juni 1963; Abteilung II (II A 6), Bd. 25.

waren, erwähnte Rusk: Dobrynin habe zu ihm kürzlich geäußert[4], man müsse in irgendeiner Form zu einer Vereinbarung kommen, und wenn es sich nur um eine Vereinbarung zur Regelung des Luftverkehrs New York–Moskau handele.

Mr. Rusk umriß die amerikanische Haltung dahingehend, daß sie die sowjetische Politik zu beeinflussen suche, bevor die Sowjets mit den Chinesen zusammenträfen. Er warnte jedoch vor einem Überoptimismus. Dem Zustandekommen eines Teststopps[5] maß er nur geringe Chancen bei.

Er erklärte ferner, die Bundesrepublik zeige zu wenig Selbstvertrauen. Bei begrenzten technischen Kontakten mit der Zone müßte sich auf die Dauer das größere Eigengewicht der Bundesrepublik für sie positiv auswirken.

Hiermit über Herrn Dg II[6] Herrn D II[7] vorgelegt.

Oncken

Abteilung II (700–AB), VS-Bd. 44

212

Aufzeichnung des Botschafters Kroll

Streng geheim **25. Juni 1963**[1]

Vergleiche Aufzeichnung vom 21. Juni 1963 streng geh.[2]

In der Anlage wird die Übersetzung des mir von Botschafter Smirnow am 21. Juni 1963 übergebenen Arbeitspapiers[3] (ohne Anschrift, ohne Datum) vorgelegt.

1) Da mir die Ausführungen des Vermerks nicht genügend klar schienen, habe ich Smirnow gefragt, ob damit zweifelsfrei feststehe, daß die Sowjetregierung bereit ist, den vom Herrn Bundeskanzler im vergangenen Jahr gemachten Vorschlag eines zehnjährigen „Burgfriedens"[4] bei dem vorstehenden Gedankenaustausch zu diskutieren. Smirnow bejahte dies ausdrücklich; er fügte

[4] Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Rusk mit dem sowjetischen Botschafter Dobrynin vgl. Dok. 178 und Dok. 190.

[5] Zur amerikanischen Haltung in dieser Frage vgl. auch Dok. 206 und Dok. 208.

[6] Hat Ministerialdirigent Reinkemeyer am 25. Juni 1963 vorgelegen.

[7] Hat Ministerialdirektor Krapf am 27. Juni 1963 vorgelegen.

[1] Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde vom Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, am 29. Juli 1963 Staatssekretär Carstens zugeleitet. Zu den weiteren Verfügungen vgl. Dok. 200, Anm. 1.

[2] Vgl. Dok. 200.

[3] Zu dem Arbeitspapier vgl. Dok. 200, Anm. 4.

[4] Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Adenauer vom 6. Juni 1962 („Burgfriedensplan") vgl. Dok. 37, Anm. 29.

hinzu, daß die Sowjetregierung der Auffassung wäre, daß bei dem vorgesehenen Meinungsaustausch jede Frage, die mit den deutsch-sowjetischen Beziehungen im Zusammenhang stehe, zur Sprache gebracht werden könne, falls einer der beiden Partner dies wünsche.

2) Der Kernpunkt in der Antwort der Sowjetregierung liegt m. E. in der Tatsache, daß Chruschtschow eine persönliche Begegnung mit dem Herrn Bundeskanzler vorschlägt und sich dabei unverblümt selbst nach Bonn einlädt.

Smirnow hat mir mündlich erklärt, daß dies unwiderruflich der letzte Versuch des sowjetischen Regierungschefs sei, die deutsche Frage in unmittelbaren Besprechungen mit der Bundesregierung zu klären. Sollte der Versuch auch diesmal fehlschlagen, so werde Chruschtschow hieraus endgültig die Konsequenzen ziehen (Verständigung mit USA[5], Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Zone[6]).

Die Tatsache, daß Chruschtschow darauf besteht, daß die weiteren Besprechungen in dem bisherigen streng vertraulichen Rahmen und ohne Hinzuziehung weiterer Stellen geführt werden, spricht dafür, daß die Sowjetregierung es diesmal damit ernst meint und offenbar nicht von propagandistischen Motiven geleitet wird.[7]

3) Sollte der Herr Bundeskanzler entscheiden, daß der bisherige Gedankenaustausch weitergeführt wird, so schlage ich vor, daß unsere Antwort an die Sowjetregierung diesmal gleichfalls in schriftlicher Form übergeben und dabei eindeutig klargestellt wird, daß der Herr Bundeskanzler mit seiner Zustimmung gegebenenfalls auch zu einer Gipfelbegegnung mit Chruschtschow in Bonn von bestimmten Grundvoraussetzungen ausgeht, die im einzelnen präzis aufzuführen wären. Aus der Reaktion der Sowjetregierung werden wir alsdann ersehen, ob sie wirklich an einer ehrenvollen, für beide Teile annehmbaren Verständigung interessiert ist.

Kroll[8]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446

[5] Zu den bilateralen amerikanisch-sowjetischen Gesprächen vgl. Dok. 138.

[6] Zur Frage eines separaten Friedensvertrags zwischen der UdSSR und der DDR vgl. Dok. 56, Anm. 9.

[7] Die Gespräche wurden wegen des sich abzeichnenden Wechsels im Kanzleramt nicht fortgesetzt: „Denn Dr. Adenauer wollte nicht eine so wichtigte und folgenschwere Aktion, die ein deutsch-sowjetisches Gipfeltreffen ohne Zweifel darstellte, einleiten, ohne sie auch zu Ende führen zu können." Vgl. KROLL, Lebenserinnerungen, S. 582.
Vgl. dazu auch Dok. 216.

[8] Paraphe vom 25. Juni 1963.

213

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I A 1 80.00/720[I]/63 geheim **28. Juni 1963[1]**

Betr.: Mögliche Initiative zur Neubelebung des Gedankens einer europäischen politischen Union

I. Nach einem Drahtbericht der Deutschen Botschaft in Paris vom 25. Juni d. J.[2] hat der italienische Botschafter Brosio, der im allgemeinen gut unterrichtet ist, Herrn Blankenhorn gesagt, man würde sich in Rom freuen, wenn im Anschluß an die Gespräche des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident de Gaulle in Bonn[3] eine neue deutsche Initiative in der Frage der europäischen politischen Union erfolgte.[4] Bei dem gegenwärtigen Regierungschef Leone würde eine Initiative, wenn sie echte europäische Elemente enthalte, auf günstigen Boden fallen. Auch die Sozialisten würden dafür zu gewinnen sein. Botschafter Brosio sieht Möglichkeiten für eine derartige Initiative in den letzten Äußerungen Pompidous[5], Couve de Murvilles[6] und Habib Deloncles[7], in denen bekanntlich zum ersten Mal auch von der späteren Möglichkeit einer Integration die Rede war.

[1] Durchdruck.

[2] Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 130.

[3] Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 4./5. Juli 1963 vgl. Dok. 216–219.

[4] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt vom 7. Juni 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 130; B 150, Aktenkopien 1963.
Zum Scheitern der Verhandlungen über eine europäische politische Union im April 1962 vgl. Dok. 57, Anm. 6.

[5] Ministerpräsident Pompidou erklärte am 13. Juni 1963 in einer Parlamentsdebatte über den deutsch-französischen Vertrag: „Le principal reproche qui nous est adressé l'est au nom de ce qu'on appelle l'intégration. Sur ce terrain, je voudrais m'expliquer en me plaçant dans la réalité des faits et en évitant les querelles de principe, voire de métaphysique, qui me semblent opposer certains des membres de cette Assemblée. Nous sommes convaincus que si la coopération européenne qui s'est instaurée depuis un certain nombre d'années déjà se poursuit, elle aboutira sans doute un jour à une Europe unie, peut-être intégrée, en somme à une fédération européenne. Mais nous sommes bien obligés de constater qu'à la date d'aujourd'hui les éléments de cette fédération ne sont pas réunis." Vgl. den Bericht des Botschafters Blankenhorn, Paris, vom 25. Juni 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 10; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Der französische Außenminister Couve de Murville erklärte am 20. Juni 1963 vor der Presse: „Si nous pouvons commencer, les choses évolueront et se transformeront. On ne peut exclure aucune hypothèse. On peut même penser que l'on pourrait aboutir à l'objectif ultime qu'est la fédération des pays européens. Mais il faut commencer par le commencement, avec ce qui existe, en faisant collaborer ces pays en bons amis." Vgl. den Bericht des Botschafters Blankenhorn, Paris, vom 25. Juni 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 10; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu auch den Artikel: French Coolness On Contacts; THE TIMES, Nr. 55733 vom 21. Juni 1963, S. 10.

[7] Der Staatssekretär im französischen Außenministerium, Habib Deloncle, zitierte am 20. Juni 1963 im Senat die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Pompidou vom 13. Juni 1963. Vgl. den Bericht des Botschafters Blankenhorn, Paris, vom 25. Juni 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 10; B 150, Aktenkopien 1963.

II. Mit dem Inkrafttreten des deutsch-französischen Vertrages[8] stellt sich in der Tat auch für uns die Frage, ob ein Versuch gemacht werden kann, den Gedanken einer europäischen politischen Union wieder aufzunehmen. Zwar sind die Aussichten für greifbare Ergebnisse in diesem Sinne wegen der niederländischen[9] und wohl auch belgischen Bedenken derzeit nur gering zu bewerten. Dies sollte uns aber nicht davon abhalten, den politischen Zusammenschluß der Mitgliedstaaten der europäischen Gemeinschaften weiter entschlossen anzustreben und ihn auch als Ziel der deutschen Politik herauszustellen. Insofern deckt sich die Vorstellung Botschafter Brosios mit Überlegungen, die auch hier zu einer Wiederaufnahme des Unionsgedankens im Anschluß an die Besprechungen mit Präsident de Gaulle in Bonn[10] angestellt worden sind.

Die Chance einer politischen Vereinigung der sechs Länder, die sich seinerzeit zu einem engeren Zusammengehen bereitgefunden haben[11], darf nicht verpaßt werden. Dabei ist unter den gegenwärtigen Umständen die politische Union die einzige in näherer Zukunft realisierbare Form eines derartigen engeren Zusammenschlusses Europas.

Ein neuer Versuch, diese politische Union zu schaffen, muß von vornherein im Rahmen der sechs Mitglieder der Gemeinschaften unternommen werden. Eine andere Konzeption, etwa das Konsultationssystem des deutsch-französischen Vertrages lediglich zu vervielfachen oder Schritt für Schritt auf weitere Partner auszudehnen, erscheint schon im Hinblick auf das erstrebte Ziel nicht geeignet. Auch Botschafter Brosio hat hierzu erklärt, es könne sich natürlich nicht darum handeln, daß die Bundesrepublik und Frankreich die anderen Mitgliedstaaten der europäischen Gemeinschaften aufforderten, dem deutsch-französischen Konsultationsvertrag beizutreten.

III. Bei dem Versuch, den Gedanken der Union unter den sechs Partnern der Gemeinschaften wiederzubeleben, kommt es offenkundig darauf an, Wege zu finden, die es den anderen vier Mitgliedstaaten erleichtern, den Unionsgedanken zu akzeptieren. Im Gespräch mit der italienischen Regierung könnte versucht werden, deren Auffassung hierzu kennenzulernen. Es wäre etwa daran zu denken, echte Integrationselemente in die Struktur der geplanten Union einzubauen. Hierzu bieten in der Tat die Erklärungen der vorerwähnten Vertreter der französischen Regierung einen Ansatzpunkt für Sondierungen anläßlich des bevorstehenden Arbeitsbesuches des französischen Präsidenten in Bonn. Jedenfalls sollten diese nach unserer Vorstellung mit der Bekräftigung abgeschlossen werden, daß die deutsche und die französische Regierung nach wie vor die Gründung der politischen Union anstreben und bereit sind,

[8] Der deutsch-französische Vertrag vom 22. Januar 1963 trat am 2. Juli 1963 in Kraft. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 1153.

[9] In einem Gespräch des Ministerialdirigenten Voigt mit dem niederländischen Gesandten Fack vom 6. Juni 1963 betonte dieser, daß die niederländische Regierung weiterhin darauf bestehen werde, daß eine Politische Union nur unter Einschluß Großbritanniens zustande kommen dürfe. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt vom 7. Juni 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 130; B 150, Aktenkopien 1963.

[10] Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 4. bis 9. September 1962 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 6, Anm. 2.

[11] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

jederzeit in neue Verhandlungen mit den anderen vier Partnern der europäischen Gemeinschaften hierüber einzutreten.

Jansen

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 151

214

Staatssekretär Carstens an die Botschaft in London

St.S. 1117/63 geheim **Aufgabe: 1. Juli 1963, 17.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 2146 Plurex
Citissime

Britischer Gesandter Tomkins erläuterte mir gegenüber das Kommuniqué über Englandbesuch Kennedys[1], soweit es sich auf die MLF[2] bezieht. Er erklärte, es handele sich um eine Mitteilung von Lord Home für den Herrn Minister.

Der Premierminister[3] müsse sehr vorsichtig operieren. Morgen finde eine Debatte im Unterhaus statt.[4] Wenn das Haus den Eindruck habe, daß die britische Regierung sich festgelegt hätte, könnten sich große Schwierigkeiten ergeben.

In der Sache sei die britische Regierung nach wie vor für die Assoziierung der NATO-Partner mit der nuklearen Abschreckung. Auch der Gedanke der national gemischten Besatzungen[5] erscheine den Briten richtig. Die beiden Fragen, die sich für die britische Regierung stellten, lauteten: Sollte wegen der besonderen Verwundbarkeit eine Überwasserstreitmacht gebaut werden?[6] Sollte Großbritannien daran teilnehmen?

Ich antwortete, daß man über die erstere Frage selbstverständlich diskutieren könne. Die letztere Frage stelle sich nach meiner Auffassung nicht, denn wenn Großbritannien nicht teilnähme, würde die ganze Sache nicht zustande kommen. Dies sei aus vielen Gründen nach meiner Auffassung sehr zu bedauern.

[1] Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 30. Juni 1963 vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 543 f.
Zum Besuch des Präsidenten Kennedy in Großbritannien vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 1. Juli 1963; Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 66; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Zum Stand der Diskussion vgl. Dok. 207. Zu deutschen Überlegungen zur MLF vgl. weiter Dok. 240.

[3] Harold Macmillan.

[4] Zur außenpolitischen Debatte am 2. Juli 1963 im britischen Unterhaus vgl. HANSARD, Bd. 680, S. 215–341.

[5] Zur britischen Haltung hinsichtlich gemischter Besatzungen vgl. Dok. 144, Anm. 13.
Zur Struktur der MLF vgl. auch Dok. 12, Anm. 12.

[6] Zur Alternative U-Boot-Flotte oder Überwasserschiffe vgl. Dok. 156, besonders Anm. 5. Zur britischen Haltung in dieser Frage vgl. Dok. 179.

Tomkins betonte, daß seine Ausführungen nicht als eine britische Absage interpretiert werden sollten. Die Angelegenheit müsse noch weiter diskutiert werden.[7]

Tomkins hinterließ das in der Anlage beigefügte Papier[8], von dem er erklärte, er habe die in seiner Instruktion enthaltenen Gedankengänge in dieser Form zusammengefaßt.

Carstens[9]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 421

215

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 8-82.07/2815/63 geheim **3. Juli 1963**[1]

Betr.: Chruschtschows Rede vom 2. Juli[2]; Teststopp – Nichtangriffspakt

Chruschtschow hat am 2. 7. in Ost-Berlin vorgeschlagen, einen Vertrag über die Einstellung der Kernwaffen-Versuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser und gleichzeitig damit einen Nichtangriffspakt zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Paktes abzuschließen.

Das Angebot Chruschtschows zu einem Teilteststopp-Abkommen stellt einen grundsätzlichen Wandel der sowjetischen Haltung dar: Bisher hatte die Sowjetunion darauf bestanden, entweder ein alle Bereiche umfassendes Abkommen[3] oder aber ein Teilabkommen gekoppelt mit einem unkontrollierten Moratorium unterirdischer Versuche[4] abzuschließen. Das neue Angebot Chruschtschows über einen Vertrag in den „drei Bereichen" unter Ausklammerung der unterirdischen Versuche, der ohne Kontrolle möglich wäre, entspricht dem britisch-amerikanischen Alternativ-Vorschlag vom 27. 8. 1962[5].

Es ist nicht klar, ob Chruschtschow zwischen Teststopp und Nichtangriffs-

[7] Vgl. dazu weiter Dok. 301.

[8] Dem Vorgang beigefügt. Für den Wortlaut vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 421.

[9] Paraphe vom 1. Juli 1963.

[1] Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat Diesel konzipiert.
Für den Entwurf vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 141; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Für den Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten Chruschtschow am 2. Juli 1963 in Ost-Berlin vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 179 vom 3. Juli 1963, S. 3 f.

[3] Zum sowjetischen Vorschlag vom 10. Mai 1955 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, S. 462.
Zur Erneuerung des Vorschlags durch den sowjetischen Außenminister Gromyko am 21. September 1962 vor der UNO-Generalversammlung vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 907.

[4] Zum sowjetischen Vorschlag vom 28. November 1961 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1961, S. 664.

[5] Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 804–807.

pakt ein festes Junktim herstellen will. Es könnte sein, daß er ein Teststopp-Angebot bedingungslos macht und lediglich die Bedeutung eines Nichtangriffspaktes in diesem Zusammenhang noch einmal wiederholt. In diesem Falle wäre sein Angebot positiv zu bewerten.

Sollte es sich jedoch um ein „Paket" handeln, was nach der Anlage seiner Rede wohl wahrscheinlicher ist, so wäre eine neue und für uns nicht ungefährliche Lage entstanden.

Es würde ein für den Westen und die gesamte öffentliche Meinung der Welt sehr attraktiv erscheinendes Teststopp-Angebot mit einem Nichtangriffspakt verbunden, gegen den die öffentliche Meinung nicht nur der ungebundenen Welt, sondern sogar des Westens (Spaak[6], Wilson[7]) nicht einhellig Stellung bezieht. Vielmehr wird häufig argumentiert, daß ein solcher Vertrag wünschenswert sei, daß er nur die erklärte NATO-Politik bekräftige, daß er einen Beitrag zur Entspannung darstellen solle usw. Die negativen Folgen des von den Sowjets am 20. 2. 1963 in Genf vorgeschlagenen Nichtangriffspaktes[8] hätte vor allem Deutschland zu tragen. Er würde eine Anerkennung oder wenigstens erhebliche Aufwertung der SBZ implizieren, den Status quo fixieren und die Handlungsfähigkeit der Allianz einschränken. Chruschtschow hätte so auf einem anderen Weg die von ihm mit einem Friedensvertrag erstrebten wesentlichen Ziele erreicht.[9]

Die Amerikaner haben es in Genf stets abgelehnt, über einen Nichtangriffspakt zu verhandeln. Sie waren mit uns schon im März 1962 darüber einig, daß ein im Rahmen eines modus vivendi für Berlin[10] in Betracht zu ziehendes Nichtangriffsarrangement nur in der Form von parallelen Erklärungen in Frage käme. In letzter Zeit haben sie uns verschiedentlich erklärt, daß sie ein Nichtangriffsarrangement nur im Wege eines quid pro quo erwägen könnten.[11]

Wir müssen uns darauf einstellen, daß Chruschtschow sich unter Umständen auch mit der Abgabe paralleler Nichtangriffserklärungen einverstanden erklären könnte. Wir würden uns dann mit der sowjetischen Forderung auseinanderzusetzen haben, daß gleichzeitig ein Abkommen über Teststopp und ein Nichtangriffsabkommen abgeschlossen werden. Wir haben uns immer für den Teststopp ausgesprochen. Die Einigung über den Teststopp würde aber von

6 Am 23. Mai 1963 führte der belgische Außenminister Spaak auf der Tagung des NATO-Ministerrats in Ottawa aus, der Gedanke eines Nichtangriffsabkommens solle nicht „mit rein legalistischen Gründen abgelehnt werden". Vgl. den Drahterlaß des Bundesministers Schröder, z. Z. Ottawa, vom 24. Mai 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8489; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur grundsätzlich positiven Haltung von Spaak zu einem Nichtangriffsabkommen vgl. auch SPAAK, Memoiren, S. 526.

7 Am 3. Juli 1963 führte der Vorsitzende der Labour Party im britischen Unterhaus aus, daß er es begrüßen würde, wenn ein Teststopp-Abkommen mit Maßnahmen der Rüstungskontrolle verbunden würde. Wilson nannte in diesem Zusammenhang vor allem Schritte zur Vermeidung von Überraschungsangriffen. Für den Wortlaut der Rede vgl. HANSARD, Bd. 680, S. 389.

8 Vgl. dazu bereits Dok. 117, Anm. 12.

9 Zur Bewertung eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt durch das Auswärtige Amt vgl. bereits Dok. 187. Vgl. dazu weiter Dok. 256.

10 Zu den „draft principles" vom April 1962 vgl. Dok. 62, Anm. 11.

11 Vgl. dazu auch Dok. 187.

unserer Interessenlage her keinen Ausgleich für die entscheidenden Nachteile, die ein Nichtangriffsabkommen in der Deutschland- und Berlinfrage für uns mit sich brächte, darstellen. Wir haben in dieser Lage zwei Möglichkeiten:

1) Wir lehnen den Abschluß eines Nichtangriffsabkommens ohne Gegenleistung in der Deutschland- und Berlin-Frage rundweg ab. Dann würden wir uns dem Vorwurf aussetzen, daß wir eine Einigung über einen teilweisen Teststopp als hoffnungsvollen Beginn einer Ost-West-Entspannung unmöglich gemacht haben.

2) Wir erneuern unsere Zustimmung zu Teststopp-Verhandlungen, erklären uns auch damit einverstanden, daß im Sinne der Rede Chruschtschows über andere Maßnahmen zur Entspannung in Europa verhandelt wird, fordern gleichzeitig aber, daß die Wurzeln der Spannung beseitigt werden. D. h. wir bieten den Sowjets Verhandlungen über die Deutschlandfrage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts und über einen modus vivendi für Berlin sowie über ein Nichtangriffsarrangement an. Bestehen die Sowjets auf dem Junktim zwischen Teststopp und Nichtangriffspakt, so bestehen wir auf dem Junktim zwischen Nichtangriffserklärungen und Regelungen in der Deutschland- und Berlinfrage.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[12] vorzulegen. Die Aufzeichnung wurde in die Besprechungsmappe de Gaulle aufgenommen.

Krapf

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 290

216

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle

Z A 5-76.A/63 streng geheim **4. Juli 1963[1]**

Der Herr Bundeskanzler führte am 4. Juli 1963 um 11.00 Uhr ein Gespräch unter vier Augen mit Staatspräsident de Gaulle. Als Dolmetscher von französischer Seite war Herr Mayer anwesend.

Der Herr *Bundeskanzler* kam zunächst auf den Besuch von Präsident Kennedy zu sprechen.[2] Präsident Kennedy sei überall sehr freundlich empfangen worden, und diese Freundlichkeit habe Kennedy selbst tief beeindruckt. In

[12] Hat Staatssekretär Carstens am 3. Juli 1963 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte.
Hat Schröder am 5. Juli 1963 vorgelegen.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 9. Juli 1963 gefertigt.

[2] Zum Besuch vom 24. bis 26. Juni 1963 vgl. Dok. 206–208.

Berlin sei der Ton des Empfangs durch die Bevölkerung ein anderer gewesen. Aus diesem Ton habe man merken können, wie sehr die Berliner durch die Lebensbedingungen ihrer Stadt bedrückt seien und wie sehr sie in Kennedy den Vertreter der Vereinigten Staaten und der freien Welt erblickt hätten, von dem sie hofften, daß er sie aus der Abgeschlossenheit führe. Bei seiner Ankunft in Deutschland hat Kennedy offensichtlich eine Einstellung mitgebracht, die in gewissem Sinne gegen Deutschland und vielleicht auch gegen Europa gerichtet gewesen sei. Der Empfang durch die Bevölkerung und die Arbeitsgespräche, insbesondere aber das, was Kennedy am Checkpoint Charlie in Berlin gesehen habe, habe Kennedy außerordentlich beeindruckt. Seine Reden habe er daher sozusagen eine Oktave höher gehalten, als wohl ursprünglich beabsichtigt gewesen sei. Am bezeichnendsten sei vielleicht folgender Satz Kennedys ihm gegenüber: Wenn man in Amerika und in Washington sei, so werde einem viel vorgetragen und viel vorgelegt, was darauf hinweise, daß alles in Europa und ganz besonders in Deutschland schlecht stehe. Wenn man aber hierher komme, erhalte man einen ganz anderen Eindruck. Die Berliner Eindrücke und insbesondere die Mauer hätten dazu geführt, daß Kennedy so scharf gegen den Kommunismus gesprochen habe, wie es wohl nicht vorgesehen gewesen sei.

Natürlich habe Kennedy auch von Frankreich gesprochen. Hinsichtlich Englands habe Kennedy Besorgnisse wegen Wilson zum Ausdruck gebracht[3]; das Fehlen einer Mehrheitsregierung in Italien[4], das Fehlen einer Regierung in Holland mehrere Wochen nach der Wahl[5], die bevorstehende Reise Spaaks nach Moskau[6], die Krise in Griechenland[7] und die Unruhe in der Türkei[8] habe Kennedy ebenfalls besorgt angemerkt und erklärt, man frage sich, was in Europa los sei. Kennedys Besorgnis hinsichtlich der Festigkeit der westeuropäischen Völker sei unverkennbar gewesen. Vertieft habe Kennedy diese Ausführungen nicht, sondern sie nur von Zeit zu Zeit gestreift. Lediglich der Satz, was in Europa los sei, sei immer wiedergekehrt. Sein (des Herrn Bundeskanzlers) Gesamteindruck von Kennedy sei gut, wenn er auch diesen Eindruck nicht sofort gehabt, sondern dieser Eindruck sich erst im Laufe der Zeit herausgebildet habe.

Hinsichtlich Frankreichs habe sich Kennedy des näheren über General de Gaulle ausgelassen, und er (der Herr Bundeskanzler) wolle betonen, daß Kennedy de Gaulle außerordentlich verehre. Kennedy habe wörtlich gesagt, diese

[3] Präsident Kennedy zeigte sich besorgt wegen der „schrecklichen Dinge, die Wilson anläßlich seines Besuchs in Moskau gesagt habe". Vgl. Dok. 206.
Zu den Äußerungen des Vorsitzenden der Labour Party vgl. Dok. 201, besonders Anm. 6.

[4] Zur Regierungsbildung in Italien nach den Kammer- und Senatswahlen am 28./29. April 1963 vgl. Dok. 172, Anm. 19.

[5] Zum Ergebnis der Parlamentswahlen am 15. Mai 1963 in den Niederlanden vgl. Dok. 192, Anm. 37.

[6] Zum Aufenthalt des belgischen Außenministers Spaak am 7./8. Juli 1963 in der UdSSR vgl. Dok. 226.

[7] Am 11. Juni 1963 trat Ministerpräsident Karamanlis sowohl aus innenpolitischen Gründen als auch wegen des geplanten Besuchs des griechischen Königspaars in Großbritannien zurück. Am 17. Juni 1963 wurde Handelsminister Pipinelis mit der Bildung einer geschäftsführenden Regierung beauftragt.

[8] Zur innenpolitischen Situation in der Türkei vgl. Dok. 151, Anm. 5.

Geschichtsperiode habe drei große Staatsmänner gehabt: Truman, de Gaulle und Adenauer. Kennedy sei aber von de Gaulles Entscheidung hinsichtlich der französischen Flotte[9] tief getroffen gewesen. Er habe gefragt, ob er (der Herr Bundeskanzler) die Gründe dafür kenne, was er verneint habe. Kennedy habe dann bemerkt, er glaube, die Gründe lägen im Verhältnis zu Großbritannien. Näher habe Kennedy sich darüber nicht ausgesprochen. Er (der Herr Bundeskanzler) habe seine Mitarbeiter dann gefragt, was Kennedy wohl damit gemeint haben könnte. Diese hätten erwidert, vielleicht beziehe sich Kennedy auf die Tatsache, daß die Engländer eine ganze Reihe von Marinebefehlsstellen innehätten, ohne selbst entsprechende Marinestreitkräfte zu stellen.

Den Satz, daß Amerika notfalls bereit sei, amerikanische Städte zu opfern, um Europas Freiheit zu retten[10], habe Kennedy ernst gemeint. Dieser Satz sei ihm auch in Amerika übelgenommen worden, wie ihm ja ein Teil der amerikanischen Presse ohnehin seine Europareise verargt habe. Diesen Satz habe Kennedy gesagt, um die Sorge der Europäer zu zerstreuen, daß die Amerikaner im entscheidenden Augenblick vielleicht nicht so fest zum Bündnis stehen könnten wie die Europäer. Diese Sorge um das Vertrauen darauf, daß die Amerikaner wirklich bereit seien, zu ihrem Wort zu stehen, habe Kennedy beherrscht. Natürlich sei er auch durch die Berliner Atmosphäre beeinflußt gewesen. Aber selbst wenn man das in Rechnung stelle, habe er doch den Eindruck, daß es Kennedy ernst gewesen sei. Im Gegensatz zu Eisenhower sei Kennedy ja in erster Linie ein Parteipolitiker. Kennedy selbst habe die Paulskirche für seine Rede ausgewählt, um bei den bevorstehenden Präsidentenwahlen[11] die Stimmen der Deutschamerikaner zu bekommen. In Berlin habe er den Gewerkschaftskongreß besucht[12], um die Gewerkschaftsstimmen zu erhalten, und wahrscheinlich sei derselbe Grund ausschlaggebend für seine Reise nach Irland[13]. Hinsichtlich seiner Wiederwahl sei Kennedy sehr offen gewesen und habe gesagt, im allgemeinen wähle das amerikanische Volk seinen Präsidenten auch zum zweiten Male. Hier spiele aber die Rassenfrage eine entscheidende Rolle, und diese sei sehr unangenehm, da sie quer durch beide Parteien gehe.

Alles in allem sei zu sagen, daß selbst bei kritischer Betrachtung im Abstand von einer Woche man sagen könne, der Besuch sei gut und, abgesehen von den Wahlüberlegungen, von der Absicht getragen gewesen, mit Europa in

[9] Zum Beschluß der französischen Regierung vom 15. Juni 1963, die Atlantikflotte aus der NATO-Assignierung zurückzuziehen, vgl. Dok. 194, Anm. 2. Zur amerikanischen Reaktion vgl. auch Dok. 204, Anm. 3.

[10] Am 25. Juni 1963 betonte Präsident Kennnedy in der Frankfurter Paulskirche: „The United States will risk its cities to defend yours because we need your freedom to protect ours. Hundreds of thousands of our soldiers serve with yours on this continent, as tangible evidence of that pledge." Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 518.

[11] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[12] Am 26. Juni 1963 besuchte Präsident Kennedy den Kongreß der IG Bau, Steine, Erden in Berlin (West). Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 145 vom 27. Juni 1963, S. 1. Für den Wortlaut der Rede vor dem Gewerkschaftskongreß vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 523 f.

[13] Im Anschluß an den Besuch in der Bundesrepublik und in Berlin (West) hielt sich Präsident Kennedy vom 26. bis 29. Juni 1963 in Irland auf.

Kontakt zu kommen. Dies habe Kennedy für notwendig gehalten, weil Europa heute so unsicher sei. Der Herr Bundeskanzler fügte noch hinzu, er glaube nicht, daß Rusk auf Kennedy einen sehr großen Einfluß habe. Einfluß hätten vielmehr die Professoren und die anderen Leute, die Kennedy heranziehe, so z. B. McGeorge Bundy.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf Rußland zu sprechen. Er erinnerte zunächst an seinen Besuch 1955 in Moskau und die Überzeugung, die er damals schon gewonnen habe, daß eines Tages durch die Schwierigkeiten zwischen Rußland und Rotchina die politische Lage sich wenden werde.[14] Diese Entwicklung scheine sich schneller zu vollziehen, als man vor einigen Jahren noch geglaubt habe. Nach deutscher Auffassung komme Chruschtschow und seine Umgebung zu der Überzeugung, daß die Sowjetunion nicht alles gleichzeitig tun könne: Rüstung gegen den Westen, Rüstung gegen Rotchina und allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Die letzte Ernte in der Sowjetunion sei schlecht gewesen, nicht wegen des Wetters, sondern wegen mangelnder Arbeitskräfte, die durch Landwirtschaftsmaschinen nicht ersetzt werden konnten. Nach seinen Informationen begännen die Russen daher jetzt wieder, die Leute aus den Industriestädten aufs Land zurückzuführen. Ein besonderer Umstand, der in der öffentlichen Diskussion bisher wenig hervorgehoben worden sei, sei der große Mangel an Facharbeitern in Rußland. Dieser Mangel werde von beachtenswerten Leuten als das größte Hindernis für Chruschtschow bezeichnet.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, General de Gaulle wisse, daß Herr Kroll früher in Moskau Botschafter gewesen sei. Aus irgendeinem Grunde habe Chruschtschow an Kroll Wohlgefallen gefunden, und Kroll habe jederzeit zu Chruschtschow kommen können. Kroll sei klug, aber vielleicht zu emotional und eingebildet, und habe im ständigen Konflikt mit dem Auswärtigen Amt gestanden. Kroll sei dann krank geworden, worauf ihn das Auswärtige Amt abberufen habe[15], was Chruschtschow anscheinend übelgenommen habe. Anfang Juni habe der russische Botschafter in Bonn Kroll aufgesucht und mit ihm im Auftrage Chruschtschows die Frage erörtert, ob zwischen Rußland und Deutschland normale Beziehungen hergestellt werden könnten.[16] Gleichzeitig habe Smirnow darum gebeten, das Auswärtige Amt davon nicht zu unterrichten, weil das Auswärtige Amt teils zu Recht, teils zu Unrecht verärgert sei und Smirnow glaube, daß im Auswärtigen Amt Kräfte vorhanden seien, die keinerlei Beilegung der Schwierigkeiten mit der Sowjetunion wünschten. Von diesem Besuch Smirnows wisse Außenminister Schröder nichts. Außer ihm selbst und seinem Staatssekretär Globke habe niemand Kenntnis von der Sache, und daher bitte er General de Gaulle, absolutes Stillschweigen zu bewahren. Auf die Ausführungen Smirnows habe Kroll erklärt, der Bundeskanzler habe ja im Sommer 1962 einen Vorschlag gemacht, der bisher unbeantwortet geblieben sei. Damals habe er (der Herr Bundeskanzler) in einem Schreiben

[14] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU Chruschtschow am 10. September 1955 vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 527 f.

[15] Zur Abberufung des Botschafters Kroll vgl. Dok. 116, Anm. 3.

[16] Zum Gespräch vom 11. Juni 1963 vgl. Dok. 200.
Das Auswärtige Amt wurde Ende Juli 1963 über dieses Gespräch informiert.

an Chruschtschow die Frage gestellt, ob es nicht möglich sei, das deutsch-russische Problem für etwa zehn Jahre auf Eis zu legen unter der Bedingung, daß die Bevölkerung in der SBZ und in Berlin ein freieres Leben führen könnte.[17] Darauf habe Chruschtschow nie geantwortet. Kroll habe Smirnow daher erklärt, bevor dieser Brief beantwortet sei, habe es keinen Zweck, erneut mit dem Herrn Bundeskanzler zu sprechen. Vor einigen Wochen habe Smirnow mit ihm (dem Herrn Bundeskanzler) anläßlich einer Einladung der ausländischen Presse gesprochen und gefragt, ob man nicht über die Lösung der Schwierigkeiten mit den Sowjets verhandeln könnte.[18] Natürlich hätten sich sofort viele Leute um ihn herum versammelt, und deswegen habe er Smirnow gesagt, dies sei wohl nicht der Ort für die Erörterung einer solchen Frage. Im übrigen habe Smirnow ja mit Kroll gesprochen. Er selbst (der Herr Bundeskanzler) habe Herrn Kroll gesagt, ehe er in irgendeine Verhandlung eintrete, müsse er wissen, ob auf seinen Vorschlag möglicherweise eingegangen werden könnte. Die Antwort aus Moskau sei gewesen, man könne über diesen Vorschlag ernsthaft sprechen und Chruschtschow wäre bereit, nach Bonn zu kommen, um diese Fragen mit ihm (dem Herrn Bundeskanzler) zu besprechen.[19] Nun habe vor einigen Monaten Herr Kroll von Chruschtschow eine Einladung bekommen, im Sommer einige Wochen als sein Gast in Rußland zu sein.[20] Für ihn (den Herrn Bundeskanzler) stelle sich nun die Frage, ob er zu Kroll sagen solle, er solle dieser Einladung Folge leisten, wobei man Herrn Kroll natürlich entsprechende Instruktionen geben müßte, und in privater Eigenschaft, also nicht als Beauftragter des Bundeskanzlers, über diese Dinge Gespräche führen[21]. Er (der Herr Bundeskanzler) habe sehr wenig Hoffnung, daß ein solcher Weg wirklich zum Erfolg führen würde. Die Frage für ihn aber sei, ob er nun gar nichts tun und es auf sich nehmen wolle, selbst eine sehr entfernte Möglichkeit auf eine gewisse Entspannung völlig ungenutzt verstreichen zu lassen.

General *de Gaulle* erklärte, es sei recht natürlich, daß Chruschtschow gerade im jetzigen Zeitpunkt versuche, an verschiedenen wichtigen Punkten Kontakt mit dem Westen zu bekommen. Es sei auch natürlich, daß Chruschtschow die bevorstehenden Moskauer Gespräche über einen Versuchsstopp[22] gerne akzeptiert habe, vielleicht nicht, um zu konkreten Ergebnissen zu kommen, sondern der Form und des Prinzips halber. Es überrasche ihn daher nicht, daß Chruschtschow gleichzeitig sich bemühe, auch außerhalb dieser Gespräche über einen Versuchsstopp Kontakt aufzunehmen mit Deutschland und insbesondere mit dem Herrn Bundeskanzler, ohne seine Hand aufzudecken. Nach seiner Auffassung habe Chruschtschow seinen großen Coup, nämlich Kuba, nicht landen können, weil dies nicht ausgereicht habe, um den Amerikanern

[17] Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Adenauer vom 6. Juni 1962 („Burgfriedensplan") vgl. Dok. 37, Anm. 29.
Zur sowjetischen Reaktion vgl. Dok. 155, Anm. 4.

[18] Vgl. dazu Dok. 186.

[19] Vgl. dazu Dok. 200 und Dok. 212.

[20] Vgl. dazu Dok. 155.

[21] Korrigiert aus: „Gespräche zu führen".

[22] Die Gespräche zwischen Vertretern der USA, der UdSSR und Großbritanniens über ein Teststopp-Abkommen begannen am 15. Juli 1963 in Moskau. Vgl. dazu weiter Dok. 228.

Angst zu machen. Infolgedessen lege Chruschtschow seine Politik jetzt nicht in dieser Richtung an. Seines Erachtens ziele Chruschtschows Politik zwar nicht auf eine Entspannung mit dem Westen insgesamt, doch aber auf eine gewisse Annäherung und auf Kontakte ab. Dies entspreche völlig Chruschtschows augenblicklicher Lage, da er innenpolitische Schwierigkeiten, insbesondere auf dem Landwirtschaftssektor, aber auch auf anderen Bereichen habe und das Verhältnis zu China[23] getrübt sei. Schließlich und gerade im Zusammenhang mit dem letzten Punkt sei es Chruschtschow nicht gelungen, seine „Operation Afrika"[24] erfolgreich zu machen. Es sei also normal, daß Chruschtschow Kontakte mit dem Westen suche, und zwar zerstreut. Er suche sie mit Amerika, er suche sie wahrscheinlich auch mit Großbritannien, ohne daß die Briten hierüber bisher schon etwas gesagt hätten, und er suche sie nun auch mit den Deutschen. Mit den Franzosen habe er bislang so etwas nicht versucht.

General de Gaulle fuhr fort, die Frage sei, was im Interesse des Westens liege, zumal Chruschtschow, was sehr wichtig sei, den ersten Schritt tue. Da es Chruschtschow sei, der den ersten Schritt tue, sehe er (de Gaulle) im Prinzip keinen Grund, warum man solchen Kontakten und Gesprächen aus dem Wege gehen solle. Wenn der Herr Bundeskanzler glaube, daß er durch Gespräche von Herrn Kroll mit Chruschtschow hinsichtlich der eigentlichen Absichten Chruschtschows bei solchen Kontakten klarer sehen könne, sehe er (de Gaulle) keinen Grund, warum man dem aus dem Wege gehen solle. Wenn allerdings Chruschtschow nach Bonn käme, dann wäre dies ein größeres und geradezu sensationelles Unternehmen. Aber der Herr Bundeskanzler und er selbst hätten schon so viel an russischen Manifestationen gesehen (Camp David[25], Moskaubesuch des Herrn Bundeskanzlers[26], Chruschtschow-Besuch in

[23] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. bereits Dok. 83, Anm. 4.
Die Auseinandersetzungen spitzten sich zu, als das ZK der Kommunistischen Partei Chinas am 14. Juni 1963, noch vor den für den 5. Juli 1963 anberaumten Ausgleichsverhandlungen in Moskau, der KPdSU in einem „Offenen Brief" die Führungsrolle in der kommunistischen Bewegung absprach und insbesondere die Politik der friedlichen Koexistenz mit den westlichen Staaten kritisierte. Das ZK der KPdSU nahm in einem „Offenen Brief" vom 14. Juli 1963 gegen den von den chinesischen Kommunisten geforderten Kurs dahingehend Stellung, daß es „die Ansichten der chinesischen Führung über die Schaffung einer ‚tausendmal höheren Zivilisation' auf den Leichen von Hunderten Millionen Menschen nicht teilen" könne. Wer die thermonukleare Waffe als „Papiertiger" bezeichne, sei sich offenbar nicht ihrer Zerstörungskraft bewußt. Für den Wortlaut der Schreiben vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 73–138. Für einen Auszug aus dem Schreiben des ZK der Kommunistischen Partei Chinas vom 14. Juni 1963 vgl. Dok. 367, Anm. 43.
Zum Fortgang der Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963 vgl. Dok. 364, Anm. 3.

[24] Seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre versuchte die UdSSR, an politischem Einfluß in Afrika zu gewinnen. Dabei unterstützte sie nicht nur kommunistische, sondern auch nationalistische Bewegungen, so z. B. in Ghana, Guinea und dem Kongo.

[25] Im Rahmen des Staatsbesuchs des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 15. bis 27. September 1959 in den USA fand am 26./27. September zwischen Chruschtschow und Präsident Eisenhower in Camp David auch ein Meinungsaustausch über Deutschland und Berlin statt. Für das Kommuniqué vgl. DzD IV/3, S. 284 f.

[26] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in der UdSSR vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 487–556.

Paris[27], fehlgeschlagene Gipfelkonferenz[28] und nun die Höflichkeitserweise Chruschtschows Kennedy, Macmillan und Johannes XXIII.[29] gegenüber und, wie es scheine, bevorstehende Höflichkeitserweise Chruschtschows dem Herrn Bundeskanzler gegenüber). Dies sei eine Reihe von russischen Manövern, die letzten Endes vielleicht auch ein Körnchen Wahrheit enthielten. Das Körnchen Wahrheit sei, daß Rußland sich keinen Krieg erlauben könne und daher wisse, daß es Frieden machen müsse.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, eine weitere Frage für ihn sei, ob man vom Westen her gesehen überhaupt auf der Grundlage eines etwa zehnjährigen Burgfriedens in der deutschen Frage verhandeln sollte.

General *de Gaulle* sagte, in Verhandlungen und noch mehr beim Abschluß von Vereinbarungen über die Deutschlandfrage zwischen der Sowjetunion und dem Westen, insbesondere mit der Bundesrepublik, könne es zwar einen Burgfrieden, eine Verlangsamung der Bösartigkeiten, vielleicht sogar eine gewisse Entspannung geben, doch glaube er nicht, daß eine echte Regelung überhaupt möglich sei, denn Deutschland werde niemals eine Trennung als endgültig hinnehmen, und die Russen würden niemals einer Wiedervereinigung zustimmen. Es bestehe also nur die Möglichkeit eines Modus vivendi, der ein menschlicheres Verhalten der Kommunisten in Preußen und Sachsen dem deutschen Volk gegenüber herbeiführen würde. Eine echte Einigung halte er jedoch für ausgeschlossen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß er bei seinem Vorschlag 1962 in erster Linie von menschlichen Gründen geleitet worden sei. Die politischen Gründe für diesen Vorschlag seien darin zu suchen, daß er sich von einem freieren Leben in der SBZ eine Stärkung der Widerstandskraft in Deutschland und Europa erhoffe. Natürlich sei damit weder die deutsche Frage noch die Ost-West-Auseinandersetzung beigelegt. Er habe aber einen Beitrag dazu leisten wollen, daß das Ost-West-Problem außerhalb der deutschen Frage leichter lösbar sei, als wenn die deutsche Frage dabei eine so entscheidende Rolle spiele. Darüber hinaus sei er der Auffassung, daß in den nächsten zehn Jahren vielleicht in der Sowjetunion Entwicklungen möglich wären, wodurch das sowjetische Regime den westlichen Begriffen näher komme. Hinter all dem habe der Gedanke gestanden, daß der rotchinesische Druck die Sowjetunion auf die Dauer dazu zwingen werde, mit dem Westen bessere Beziehungen zu erstellen. Er sei sich also völlig im klaren darüber, daß die Aussicht auf Erfolg sehr gering sei. Die Frage also sei, welche Wirkung es auf das Ost-West-Verhältnis habe, erstens, wenn derartige Kontakte stattfänden, zweitens, wenn sie erfolglos blieben, drittens, falls man sich auf solche Gespräche überhaupt nicht einlasse.

[27] Zum Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 23. März bis 3. April 1960 in Frankreich vgl. DE GAULLE, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958–1962, S. 237–246.

[28] Zur gescheiterten Gipfelkonferenz am 16./17. Mai 1960 in Paris vgl. Dok. 205, Anm. 12.

[29] Am 1. März 1963 verlieh die Internationale Balzan-Stiftung mit den Stimmen der sowjetischen Vertreter ihren Preis für Frieden und Humanität an Papst Johannes XXIII. Am 7. März 1963 empfing der Papst den Schwiegersohn des Ministerpräsidenten Chruschtschow, Adschubej, zu einer Privataudienz. Vgl. dazu Alexej ADSCHUBEJ, Gestürzte Hoffnung. Meine Erinnerungen an Chruschtschow, Berlin 1990, S. 300–306.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er habe sich natürlich auch die Frage gestellt, daß Chruschtschow doch wisse, daß er im Spätherbst zurücktreten werde[30], warum also wende sich Chruschtschow so unmittelbar an ihn? Die Erklärung dafür sei wahrscheinlich, daß Chruschtschow glaube, daß er mit Erhard als Nachfolger nie verhandeln könne, weil dieser für solche Verhandlungen einfach nicht stark genug sei. Wenn es Chruschtschow ernst sei, sehe er wohl die einzige Aussicht, zu gewissen Ergebnissen zu gelangen, in Gesprächen mit dem Herrn Bundeskanzler.

General *de Gaulle* bemerkte, Chruschtschow wisse genausogut wie alle anderen, daß, auch wenn der Herr Bundeskanzler einmal aus seiner jetzigen Funktion ausgeschieden sei, dies nichts daran ändern werde, daß er immer Herr Adenauer sein werde. Chruschtschow wisse, daß er ein wirklich großes und langfristiges Vorhaben mit Deutschland nicht durchführen könne, ohne daß der Herr Bundeskanzler oder der Herr Adenauer dem zustimmte.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe diese Frage, allerdings nicht so ausführlich, auch mit Präsident Kennedy besprochen. Vielleicht täusche er sich, doch habe er das Gefühl gehabt, daß Kennedy nicht angenehm von dieser Sache berührt gewesen sei. Dennoch habe Kennedy erklärt, der Herr Bundeskanzler solle es tun. Er habe nun soeben einen Brief Kennedys erhalten, wo dieser in versteckten Formulierungen erkläre, er habe sich die Sache noch einmal durch den Kopf gehen lassen und bitte den Herrn Bundeskanzler dringend, den Schritt zu tun.[31] Es scheine, daß Kennedy dazu durch die vorsichtige Reaktion Chruschtschows auf Kennedys Berlinrede bewogen worden sei. Darin erblicke Kennedy wohl eine gewisse Neigung Chruschtschows, in dieser Frage einigen Fortschritt zu machen.

Hinsichtlich der Vereinigten Staaten fügte der Herr Bundeskanzler noch hinzu, er sei erschreckt über die Zunahme des amerikanischen Isolationismus. Minister Krone sei vor kurzem in Amerika gewesen[32] und habe ihm erzählt, daß drei Senatoren ihm erklärt hätten, wenn Deutschland den Amerikanern nicht ihre Hühnchen abkaufe[33], sähen sie keinen Grund, warum sie ihre Soldaten hier lassen sollten. Er habe auch Kennedy gegenüber vom Isolationismus gesprochen, und Kennedy habe zugegeben, daß dieser Isolationismus bei einigen Persönlichkeiten tatsächlich vorhanden sei. Dabei habe Kennedy Namen genannt, von denen der Herr Bundeskanzler sich niemals eine isolationistische Tendenz hätte träumen lassen. Kennedy habe aber erklärt, er werde das in Ordnung bringen. Er wisse nicht, welche Berichte de Gaulle über die isolationistische Strömung in Amerika habe.

General *de Gaulle* sagte, er glaube, daß der heutige Isolationismus Amerikas nicht mehr dem früheren Isolationismus vergleichbar sei. Vor dem Kriege sei der Isolationismus eine Grundpolitik und eine gefühlsmäßige Grundeinstel-

[30] Am 23. April 1963 wurde von der CDU/CSU-Fraktion der Bundesminister für Wirtschaft, Erhard, als Kandidat für die Nachfolge des Bundeskanzlers Adenauer nominiert. Nach der parlamentarischen Sommerpause 1963 wurde der 15. Oktober 1963 als Termin für den Rücktritt von Adenauer festgelegt.

[31] Für den Wortlaut des Schreibens vom 4. Juli 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419.

[32] Bundesminister Krone hielt sich vom 9. bis 17. Mai 1963 in den USA auf.

[33] Zum „Hähnchenkrieg" vgl. Dok. 172, Anm. 27.

lung der Amerikaner gewesen, die der Auffassung gewesen seien, Europa solle in Krieg oder Frieden sehen, wie es zurecht komme, Amerika aber sollte sich aus diesem Konflikt heraushalten. Dies sei eine tief verwurzelte Auffassung gewesen; die Amerikaner hätten das im übrigen auch bewiesen, und das habe den Vormarsch Hitlers ermöglicht. Heute aber sei seiner Auffassung nach der Isolationismus nicht mehr von derselben Prägung. Die Amerikaner wüßten heute, daß Amerika in einem Weltdrama, das sich in Europa oder aber auf einem anderen Kontinent abspiele, nicht mehr abwesend sein könnte, und wenn Kennedy erkläre, daß er seine Städte riskieren würde, wenn die europäischen Städte zerstört wären, so entspreche das sicherlich der heutigen allgemeinen Auffassung in Amerika. Die Frage der amerikanischen Isolierung manifestiere sich zwar nicht mehr in derselben Frage, mache sich aber dennoch bemerkbar. Er habe dem Herrn Bundeskanzler schon oft dargelegt, daß im Laufe der Zeit und mit der Entwicklung der Waffen die Amerikaner immer mehr zu der Auffassung gelangten, die beste Art und Weise, Europa zu verteidigen, sei von Amerika aus, anstatt sich vorher schon in Europa einzurichten und sich damit in eine Schlacht einzulassen, die den Amerikanern die Hände binde, die sie verpflichte, sich an einem Ort und zu einem Zeitpunkt einzuschalten, wo sie es vielleicht lieber nicht oder noch nicht täten. Die Amerikaner näherten sich insgesamt immer mehr dem Standpunkt, daß sie natürlich mit Europa gegen die Sowjetunion solidarisch seien, solange der Friede noch nicht eingekehrt sei, und daß sie sich an der Schlacht beteiligen würden, wenn Europa angegriffen würde, damit Europa nicht verschwinde, daß sie dies aber von zu Hause aus tun wollten mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, wobei sie sich die Wahl des Tages, des Ortes und des Schauplatzes ihrer Beteiligung selbst vorbehalten wollten. Dies alles, zumal die Amerikaner zu Recht das Gefühl hätten, daß, wenn sie wirklich ihr ganzes Gewicht, das dem der Sowjetunion weit überlegen sei, in die Waagschale würfen, sie als Sieger hervorgehen würden. Sicherlich könne die politisch so konfuse Gestalt Europas gar nicht umhin, die amerikanische Meinung und vielleicht sogar die Geisteshaltung Präsident Kennedys in dieser Sicht zu bestärken. Die Amerikaner sagten sich ganz instinktiv, daß es vielleicht doch ärgerlich wäre, eines Tages in diese relative Konfusion hineingerissen zu werden, und daß es daher das Sicherste wäre, von Amerika aus zu handeln.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, vor einigen Tagen habe er eine Nachricht erhalten, die allerdings noch geprüft werden müsse, daß die Sowjets bei der Entwicklung einer Gegenrakete viel weiter seien als die Vereinigten Staaten. Wenn diese Nachricht zuträfe, wäre es erschreckend, weil damit das amerikanische nukleare Übergewicht paralysiert wäre.

General *de Gaulle* bemerkte, wenn es zu einem Krieg käme, würden die Russen, selbst wenn sie eine Gegenrakete besäßen, auf keinen Fall Amerika zuerst angreifen. Sie würden mit Sicherheit allerdings Europa angreifen. Ebenso sicher sei er, daß die Amerikaner nicht Rußland zuerst angreifen würden.

Der Herr *Bundeskanzler* bat General de Gaulle, ihm doch am Abend oder am folgenden Tag seine Auffassung zu der Frage Kroll mitzuteilen. Er selbst würde es nicht gerne tun, sondern es nur tun, wenn es unbedingt sein müsse.

General *de Gaulle* sagte, er wolle dem Herrn Bundeskanzler zu dieser ganzen Frage und nicht nur zu der möglichen Mission von Herrn Kroll seine Auffassung darlegen. Wenn es nicht zum Kriege komme, werde eines Tages der Friede, d. h. auch der Friede mit der Sowjetunion, einkehren. Damit es Frieden geben könne, sei es natürlich notwendig, daß Rußland die aggressive kommunistische Ideologie verliere, und Rußland sei bereits dabei, diese Aggressivität aufzugeben. Was dann übrig bleibe, sei Rußland. Mit dem Abstieg der aggressiven kommunistischen Ideologie sehe sich Rußland allmählich wieder Staaten wie Polen, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und mehr noch den Ostdeutschen gegenüber, die wieder eine größere Selbständigkeit haben wollten. Hinzu kämen der Ärger mit den Chinesen und die innenpolitischen Schwierigkeiten. Auf der anderen Seite befände sich ein gewisser westlicher Zusammenhalt, der eine Eroberung des Westens unmöglich mache. Sei dies einmal alles eingetreten, dann glaube er, könne man zum Frieden kommen. Sein großer Wunsch sei, daß dieser Friede ein Friede europäischer und nicht so sehr amerikanischer Prägung sein solle. Heute aber habe der Kommunismus noch Rußland, die Satelliten und Ostdeutschland im Griff, und daher glaube er, daß ein Friede heute noch nicht möglich sei. Das schließe aber die Möglichkeit nicht aus, zu lokalisierten Teilarrangements zu kommen, zu einer Verminderung des Streits und vor allem des kommunistischen Drucks auf Ostdeutschland. Solchen möglichen Arrangements widersetze sich Frankreich selbstverständlich nicht. Heute aber, und auf lange Jahre hin, sei ein echter Friede nicht möglich, obschon er eines Tages, wenn die entsprechenden Bedingungen vorhanden seien, möglich werde. Bei zwischenzeitlichen Arrangements dürfe sich der Westen jedoch in keiner Weise zerstreuen lassen. Gerade deshalb bedaure er es, daß nun Kennedy und Macmillan, jeder für sich, versuchten, getrennte Arrangements zu erzielen. Auf die präzise Frage möglicher Kontakte mit Chruschtschow durch Herrn Kroll werde er dem Herrn Bundeskanzler am nächsten Tage antworten.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, auch er halte diese Gesamtbetrachtung für richtig. Allerdings sei zu bemerken, daß die aggressive Richtung nicht dem russischen Kommunismus allein eigen sei, vielmehr habe der Nationalismus des russischen Volkes selbst unter den Zaren schon einen aggressiven Anstrich gehabt. So habe kein Volk so viele Kriege geführt wie Rußland. Er hoffe, daß General de Gaulle bald seine nukleare Waffe fertig habe[34], und sei dankbar für [jede] Woche, in der sie früher stehe.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf die Frage zu sprechen, ob derzeit etwas zur Stärkung des Zusammenhalts Europas getan werden könne. Die politische Union halte er im Augenblick für nicht möglich. Angesichts der Lage in Großbritannien, Belgien und Holland meine er, daß jede Besprechung über eine politische Union eher schaden als nützen würde. Ergebnislose Gespräche seien immer schädlich.

General *de Gaulle* teilte diese Meinung und bemerkte, der Versuch sei ja schon unternommen worden, und dabei hätte sich gezeigt, daß die Partner in

[34] Zum Konzept der „force de frappe" vgl. Dok. 16, Anm. 6

Wirklichkeit einfach nicht wollten.[35] Seines Erachtens sei dieser Wille in der Zwischenzeit keineswegs gestiegen.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf die NATO zu sprechen und sagte, Norwegen habe die Dienstzeit herabgesetzt, ebenso Italien[36], und wenn, was wahrscheinlich sei, bei den nächsten Wahlen in England[37] Wilson ans Ruder komme, dürfte dies recht schlecht für die NATO sein. Hinzu komme, das sage er ganz offen, daß die Deutschen allmählich in der NATO zu stark würden, wenn die anderen sich zurückzögen. General de Gaulle finde es vielleicht erstaunlich, daß gerade er das sage, aber er sehe es unter dem Gesichtspunkt, daß die anderen Völker sagen könnten, die NATO sei praktisch eine deutsch-amerikanische Angelegenheit, und dies wäre schädlich, weil die europäische Idee darunter leiden würde. Er frage daher, ob General de Gaulle es für möglich halte, sich stärker an der NATO zu beteiligen, denn er wolle nicht, daß die Deutschen schließlich mit den Amerikanern alleine in der NATO seien.

General *de Gaulle* sagte, er habe ja seine Überlegungen zur Frage NATO schon des öfteren dem Herrn Bundeskanzler dargelegt. Vom französischen Gesichtspunkt her seien hier zwei Elemente maßgeblich. Das erste sei diese andauernde Ungewißheit darüber, was Amerika im Kriegsfalle tun würde. Frankreich sei der Auffassung, daß Amerika sich, wenn es zu einem Krieg käme, auch an diesem Krieg beteiligen würde, doch würden die Bedingungen, unter denen dies von Europa aus betrachtet geschähe, immer ungewisser. Da dem so sei, sehe Frankreich keinen Grund, von vornherein alle seine Streitkräfte dem amerikanischen Oberbefehl, und das sei ja die NATO, zu unterstellen, obschon man nicht sicher sei, wie die Amerikaner in einem Kriegsfall sich im einzelnen verhalten würden. Frankreich würde selbstverständlich an einem Kriege teilnehmen, und das *Bündnis* selbst stehe keineswegs in Frage. Streitpunkt sei lediglich die *Organisation.* Das zweite Element sei dies: Frankreich habe darniedergelegen, sei materiell und moralisch zerstört gewesen, insbesondere wegen des Zusammenbruchs im Jahre 1940, und die Zerwürfnisse, die wegen dieser Katastrophe sich eingestellt hätten, seien noch nicht überwunden. Hinzu sei die Entkolonisierung gekommen, die tiefe Wunden geschlagen hätte. Außerdem habe sich Frankreich mit Ausnahme der letzten Jahre weder demographisch noch wirtschaftlich noch moralisch noch national so entwickelt, wie es sich hätte entwickeln sollen. Für Frankreich, aber auch für Europa, sei es wirklich eine absolute Notwendigkeit, daß Frankreich sich wieder erhebe und wieder zu dem werde, was es einmal war, nämlich eine Macht. Werde Frankreich nicht zu einer Macht, dann werde es zerfallen, und was übrig bliebe, wäre ein Nichts. Dieser Katastrophe sei Frankreich schon bedenklich nahe gewesen. Damit es aber eine Macht werde, sei es unerläßlich, daß Frankreich das Gefühl habe, seine ihm eigenen nationalen und internationalen Verantwortungen zu tragen, ganz besonders aber seine Verteidi-

[35] Zum Scheitern der Pläne für eine europäische politische Union im Sommer 1962 vgl. Dok. 136.

[36] Zum norwegischen Beschluß, die Dauer des Wehrdienstes im Heer auf 12 und in Luftwaffe und Marine auf 15 Monate herabzusetzen, sowie zur italienischen Entscheidung, die Dienstzeit in Heer und Luftwaffe auf 15 Monate, in der Marine auf 24 Monate zu verkürzen, vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 907.

[37] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

gung, selbstverständlich im Rahmen des Bündnisses, wahrzunehmen. In dieser Hinsicht sei die NATO katastrophal, weil sie genau das zerstöre, was er eben die nationale Verantwortung genannt habe. Das aber sei das Schlimmste, was passieren könne. Der Herr Bundeskanzler habe selbst ja erlebt, wie es mit der französischen Armee in Algerien gegangen sei. Wenn er (de Gaulle) jetzt diese Armee den Amerikanern übergeben würde, dann werde es niemals mehr eine französische Armee geben. Frankreich könne darauf aber weder im Hinblick auf seine nationalen noch auf seine internationalen Verpflichtungen verzichten. Für Deutschland liege der Fall anders. Deutschland sei 1940 nicht zusammengebrochen, ganz im Gegenteil. Zweitens aber sei Deutschland ganz unmittelbar und ganz direkt bedroht und sehe dieser Bedrohung jeden Tag ins Auge. Drittens sei Deutschland in zwei Teile geteilt und fühle diese Wunde täglich. Das mache es den Deutschen lebenswichtig, unmittelbar abgedeckt zu sein. Deswegen betrachte Deutschland die NATO nicht in derselben Weise wie Frankreich. Das sei aber keine Katastrophe, denn dieser Unterschied in der Betrachtungsweise sei unvermeidlich. Eine Stärkung der NATO in ihrer augenblicklichen Form, mit anderen Worten: der amerikanische Oberbefehl über alle französischen Streitkräfte, stehe in Widerspruch mit der Unsicherheit hinsichtlich der Art und Weise einer amerikanischen Kriegführung und im Widerspruch zu den nationalen Erfordernissen Frankreichs. Damit werde natürlich keineswegs das Bündnis in Frage gestellt, und Frankreich sei Bündnispartner der Amerikaner und aller anderen im atlantischen Bündnis zusammengeschlossenen Mächte. Die *Organisation* dieses Bündnisses erlaube es Frankreich aber nicht, den Akzent auf die Integration zu legen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er verstehe beinahe alle Beweggründe des Generals. Er wolle jedoch eindeutig darauf hinweisen, daß jedes Auseinanderrükken in der NATO Chruschtschow stärke. Er sei sogar so weit gegangen, daß er wiederholt zu seinen Leuten gesagt habe, jede außenpolitische Handlung müsse in erster Linie unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, ob sie Rußland stärke oder nicht. Das Zurückziehen der französischen Flotte werde sicher von den Russen als ein Zeichen innerer Schwäche der NATO gewertet. Die Frage erhebe sich nun, was wichtiger sei. De Gaulle habe die Mittelmeerflotte damals der NATO entzogen[38] wegen der Algerienkrise[39], und dies halte er für erklärlich. Er könne aber nicht sagen, ob die Gründe, die de Gaulle genannt habe, so stark seien, daß sie den großen Nachteil aufwögen, der darin liege, daß die sowjetische Hoffnung auf einen Zerfall des Westens gestärkt werde.

General *de Gaulle* erklärte, wenn auf die Dauer ein Land wie Frankreich nicht seine eigene Flotte habe, wenn diese Flotte einem anderen Land, nämlich dem amerikanischen Oberbefehl unterstellt würde, dann werde es nicht lange dauern, daß Frankreich für diese Flotte noch große Ausgaben mache. Deswegen

[38] Zum Rückzug der französischen Mittelmeerflotte aus der NATO-Assignierung am 11. März 1959 vgl. Dok. 94, Anm. 19.

[39] Der Algerien-Krieg, der am 1. November 1954 mit einem von der „Front de Libération Nationale" um Ali Ben Bella ausgelösten Aufstand ausbrach, war auf seiten beider Parteien durch Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung gekennzeichnet. Er endete am 18. März 1962 mit dem Abkommen von Evian. Vgl. dazu Dok. 88, Anm. 11.

glaube er, daß die Integration allmählich, aber ziemlich rasch, zwar nicht zur Abrüstung, aber doch zur Schwächung führe. Die Stärke der französischen Streitkräfte sei zwar auch vor seiner Rückkehr an die Spitze des Staates[40] aufrechterhalten worden wegen Algerien und Indochina[41]. Diese Dinge seien aber jetzt erledigt. Wenn das französische Volk sehe und wisse, daß seine Streitkräfte einem anderen in die Verfügungsgewalt gegeben seien, werde man die größte Mühe haben, die erforderlichen Ausgaben und Anstrengungen beim französischen Volk durchzusetzen. Das aber wäre eine schlechte Politik, schlecht auch im Blick auf das atlantische Bündnis. Deutschland habe nicht dieselben Beweggründe wie Frankreich, denn es befinde sich nicht in demselben Fall, weder geographisch noch strategisch noch politisch. Als Frankreich angefangen habe, Atombomben zu bauen – und die ersten Atombomben seien schon da[42] –, sei das auch nicht ohne Schwierigkeiten gegangen. General de Gaulle bat den Herrn Bundeskanzler, ihm zu glauben, daß es nicht leicht wäre, die Franzosen zu den nötigen Ausgaben für Flugzeugträger, Zerstörer und Panzerdivisionen zu bewegen, wenn diese den Amerikanern zur Verfügung gestellt würden. Das aber sei doch praktisch der Zustand bei der jetzigen Organisationsform. Selbstverständlich gebe es das Bündnis, und selbstverständlich seien alle französischen Streitkräfte Teil dieses Bündnisses. Die NATO aber, d. h. die jetzige Organisation dieses Bündnisses, habe große Nachteile für Frankreich und durch Frankreich für die Stärke des atlantischen Bündnisses selbst.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, was denn geschähe, wenn nun auch die Deutschen so anfangen würden und ihre Streitkräfte nicht unterstellten. Die NATO könne nur eine Realität sein, wenn Frankreich und Deutschland, die ja der Bündnisträger in Europa seien, zusammenstünden. Wirklich zählten in diesem Bündnis nur die Vereinigten Staaten, Frankreich und Deutschland. Wenn nun in Europa Deutschland alleine wäre, mache er sich Sorgen, daß eines Tages in Deutschland eine ähnlich Wirkung wie in Frankreich entstehe, und das wäre sehr schlecht.

General *de Gaulle* sagte, seiner Auffassung nach werde der Tag kommen, an dem auch für Deutschland die jetzige Organisation der NATO, d. h. rein amerikanischer Oberbefehl, schwer erträglich sein werde. Der Tag werde kommen, an dem eine Reorganisation der Allianz notwendig werde, wobei Deutschland und Frankreich eine Eigenverantwortung haben müßten, die militärisch gesehen dann wahrscheinlich sehr eng abgestimmt sein müßte, denn dies entspreche der Natur. Selbstverständlich gebe es in diesem Bündnis auch die amerikanische Verantwortung. All diese Aufgaben der einzelnen Staaten müßten zum Wohle des Bündnisses aufeinander abgestimmt sein. Ein System jedoch, das immer nur die Unterstellung unter den amerikanischen Oberbefehl zum Inhalt habe, werde eines Tages auch Deutschland unerträglich werden.

[40] Nach dem Sturz der Regierung Gaillard und dem Putsch von Teilen der französischen Streitkräfte in Algerien erklärte sich General de Gaulle am 15. Mai 1958 zur Rückkehr an die Spitze der französischen Regierung bereit. Am 1. Juni 1958 wurde er von der Nationalversammlung zum Ministerpräsidenten gewählt.

[41] Von 1946 bis 1954 kämpfte Frankreich im ersten Indochina-Krieg gegen die Bewegung der Vietminh unter Ho Chi Minh, die den Norden Vietnams unter ihre Kontrolle gebracht hatten.

[42] Der erste französische Atomtest fand am 13. Februar 1960 in Reggane (Sahara) statt.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, wie General de Gaulle vielleicht wisse, beabsichtige er, im Spätherbst zurückzutreten. Er wolle de Gaulle auch sagen, warum er Professor Erhard nicht für geeignet halte. Ein Wirtschaftler sei seiner Ansicht nach nicht geeignet, Politik zu machen, denn nach seiner Erfahrung seien wirtschaftliches und politisches Denken zwei ganz verschiedene Dinge.

General *de Gaulle* sagte, er kenne die Auffassung des Herrn Bundeskanzlers in dieser Angelegenheit, die im übrigen deutsche Angelegenheit sei und Frankreich nichts angehe. Er wolle dem Herrn Bundeskanzler jedoch nicht verhehlen, daß die deutsche Politik nach seinem Rücktritt für Frankreich und insbesondere für ihn (de Gaulle) ein Fragezeichen sein werde. Er denke jetzt nicht an die deutsche Wirtschaftspolitik, die bereits heute einige Fragezeichen darstelle, sondern an die deutsche Politik überhaupt.

Das Gespräch endete gegen 13.00 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (51), Bd. 2

217

Gespräch des Bundesministers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle

MB 728/63 **4. Juli 1963**[1]

Aufzeichnungen über mein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle am Donnerstag, 4. Juli 1963, 15.00 Uhr, im Schloß Ernich

Das Gespräch fand unter vier Augen statt und wurde von dem französischen Dolmetscher M. Mayer übersetzt. De Gaulle begrüßte die Möglichkeit, mit mir ein grundsätzliches Gespräch zu führen, in der Erwartung, daß sich daraus eine ersprießliche Zusammenarbeit entwickeln würde. Ich erklärte dem Staatspräsidenten, daß ich mir bewußt sei, welch tiefverwurzelte, gewachsene Freundschaft ihn mit Kanzler Adenauer verbinde. Freundschaft aber sei keine Handelsware, und aus diesem Grunde sollten wir beginnen mit einem gegenseitigen Vertrauensverhältnis, das auch bei unterschiedlicher Auffassung im einzelnen und trotz einer klaren Sprache die Zusammenarbeit nicht

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Bundesminister Erhard am 11. Juli 1963 gefertigt und am 15. August 1963 an Bundesminister Schröder übermittelt.
Hat Schröder am 16. August 1963 vorgelegen, der handschriftlich auf dem Anschreiben vermerkte: „1) Herrn StS I/II z[ur] K[enntnisnahme]. 2) Zu meinen Unterlagen."
Hat Staatssekretär Carstens am 17. und Staatssekretär Lahr am 21. August 1963 vorgelegen.

gefährden, sondern gerade umgekehrt fördern werde. Ich bekannte mich ausdrücklich zu der These, daß auch nach meiner Überzeugung ein politischer Begriff „Europa" ohne die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland nicht denkbar sei und daß daraus beiden Völkern eine große Verantwortung erwachse. Das schließe indessen nicht aus, daß ich bei aller Anerkennung des Wertes der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" nicht gleichzeitig auch bemüht sein würde, die Einigung des ganzen freien Europa herbeizuführen und eine enge Zusammenarbeit mit [den] USA zu gewährleisten. Gerade wenn General de Gaulle das politische Gewicht Europas stärken möchte (ohne daß dieses m. E. eine Dritte Kraft sein könnte), so sei es auf längere Sicht notwendig, das wirtschaftliche Potential des ganzen freien Europa zusammenzufassen, um über diese Stärke mehr politischen Einfluß zu gewinnen.

Der französische Staatspräsident erkannte dies grundsätzlich an, war aber der Meinung, daß es zuerst gelte, die Integration der Sechs weiter voranzutreiben, wobei im übrigen ganz deutlich wurde, daß er das Schwergewicht auf die gemeinsame Agrarpolitik legte[2], der gegenüber ihm andere Fragen, wie z. B. die Beziehungen der Gemeinschaft zu Drittländern oder die Beseitigung von Wettbewerbsverfälschungen, von minderem Rang erschienen. Dem habe ich widersprochen und betont, daß eine Gemeinschaft nur dann gedeihen könne, wenn jeder Partner die Lebensinteressen seines Nachbarn gebührend zu berücksichtigen bereit wäre.

Im übrigen habe das deutsche Volk durch den so herzlichen Empfang, den er (de Gaulle) im vorigen Herbst gefunden habe[3], sowie auch durch die begeisterte Aufnahme des amerikanischen Präsidenten[4] fast ein Plebiszit für eine Politik abgegeben, das einer deutschen Regierung die Verpflichtung auferlegt, sowohl die Freundschaft mit Frankreich zu pflegen und die europäische Integration zu finden, als auch der schicksalhaften Bedeutung des Nordatlantischen Bündnisses eingedenk zu bleiben. Daraus ergeben sich die Richtlinien für die deutsche Politik.

Was das Verhältnis der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu Großbritannien anbelangt, so liegt bis zu den britischen Wahlen[5] kein aktuelles Problem vor, denn weder die Konservativen noch die Labour würden – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven – bis dahin bereit sein, neue Gespräche zu beginnen. Dieser Sachverhalt würde uns Zeit lassen, die Lage neu zu überdenken, aber wir sollten auch nicht vergessen, daß Großbritannien hier stellvertretend für andere europäische Länder stünde, die ebenfalls den Wunsch zu einem Beitritt oder zu einer Assoziierung an die EWG geäußert

[2] Zu den französischen Bestrebungen, die europäische Zusammenarbeit vorrangig auf dem Gebiet der Agrarpolitik voranzutreiben, vgl. Dok. 164, Anm. 6.

[3] Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 4. bis 9. September 1962 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 6, Anm. 2.

[4] John F. Kennedy.
Zum Besuch in der Bundesrepublik vgl. Dok. 206–208.

[5] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

haben.[6] Angesichts dieser Sachlage sollten aber wenigstens Kontakte gepflegt werden.[7]

Es ist die unterschiedliche Struktur Frankreichs und Deutschlands, die in bezug auf eine weltweite, liberale Politik zunächst keine volle Übereinstimmung zulasse, aber ich sei der festen Überzeugung, daß schon in wenigen Jahren auch Frankreich die Enge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als störend empfinde und dann die derzeitige deutsche Auffassung in handelspolitischen Fragen teilen werde. General de Gaulle hat das nicht bestritten, aber immer wieder darauf hingewiesen, daß zuerst weitere Fortschritte in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erzielt werden müßten und daß es das lebenswichtige Interesse Frankreichs sei, hier vor allem die gemeinsame Agrarpolitik voranzustellen.

Demgegenüber habe ich betont, daß wir uns wohl zu der gemeinsamen Agrarpolitik bekennen, aber auch den Artikel 110 des Vertrags[8] als verpflichtenden Grundsatz gewahrt wissen wollen.

Schließlich wies ich den französischen Staatspräsidenten darauf hin, daß es mir dringend notwendig erschiene, möglichst bald Klarheit bzw. Übereinstimmung zwischen Frankreich und Deutschland in bezug auf die künftige politische Gestalt Europas zu gewinnen. Die Römischen Verträge[9] seien hinsichtlich der wirtschaftlichen Integration klar erkennbar auf ein föderativ gegliedertes Europa, das heißt auf einen europäischen Bundesstaat, zugeschnitten. Wenn ich mit ihm auch die Meinung teile, daß angesichts der politischen Situation in Europa derzeit weitere Gespräche in Richtung einer „Politischen Union" nicht zweckmäßig oder vielleicht gar nicht möglich seien und auch Interimslösungen pseudostaatlichen Charakters keinen Ausweg bedeuten können, so müssen wir uns doch bewußt bleiben, daß am Ende der Übergangszeit für eine Konzeption wie ein „Europa der Vaterländer"[10] kein Raum mehr sein könnte. Bis dahin haben sich die Nationalstaaten so vieler wesentlicher Souveränitätsrechte entäußert, daß diese ihre verfassungsmäßig verankerte Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk nicht mehr tragen könnten, während auf der andern Seite der „Europäischen Kommission" nicht der Status einer europäischen vollziehenden Gewalt im Sinne eines europäischen Überministe-

[6] Einen Antrag auf Beitritt zur EWG hatten Dänemark, Irland und Norwegen gestellt. Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 2. Eine Assoziierung strebten Österreich, Portugal, Schweden, die Schweiz und Spanien an. Vgl. dazu Dok. 39, Anm. 6, Dok. 77, Anm. 12, und Dok. 80, Anm. 5.
Griechenland und die Türkei stellten im Juni bzw. Juli 1959 Anträge auf Assoziierung. Vgl. dazu DRITTER GESAMTBERICHT (1961), S. 268 f.

[7] Zur Frage regelmäßiger Kontakte zwischen den Mitgliedstaaten der EWG und Großbritannien vgl. Dok. 164, Anm. 4. Vgl. dazu weiter Dok. 219.

[8] Artikel 110 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 lautete: „Durch die Schaffung einer Zollunion beabsichtigen die Mitgliedstaaten, im gemeinsamen Interesse zur harmonischen Entwicklung des Welthandels, zur schrittweisen Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr und zum Abbau der Zollschranken beizutragen." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 842.

[9] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

[10] Zur Europakonzeption des Staatspräsidenten de Gaulle vgl. DE GAULLE, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958–1962, S. 181 f., und ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 145–149.
Auf einer Pressekonferenz am 15. Mai 1962 bestritt de Gaulle allerdings, den Begriff „l'Europe des patries" je verwendet zu haben. Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 406.

riums eingeräumt werden könnte. Das heißt also: Entweder finden wir im rechtsstaatlichen Sinne eine Einigung hinsichtlich der künftigen politischen Form Europas, und dann mag sich die europäische Integration nach Maßgabe der Römischen Verträge vollenden, – oder aber wir erzielen darüber keine Einigung, oder wir halten die Zeit für einen solchen Schritt noch nicht reif genug, dann steht die wirtschaftliche Integration nicht mehr lotrecht im europäischen Raum, und wir haben dann entsprechende Konsequenzen aus dieser Sachlage zu ziehen. Ohne daß ich ein Werturteil abgeben möchte, muß doch diese Problematik bzw. dieser Dualismus deutlich gesehen werden.

General *de Gaulle* war von meinen Ausführungen sichtbar beeindruckt und erklärte, daß er großen Wert darauf lege, in der kommenden Zeit dieses Thema mit der deutschen Regierung vertieft weiter zu behandeln[11], – aber jetzt käme es ihm eben darauf an, in möglichst kurzer Zeit weitere Fortschritte hinsichtlich der Vollendung der europäischen Agrarpolitik zu erzielen. Damit schloß sich wieder der Ring, da ich umgekehrt betonte, wie unmöglich es wäre, nur ein Teilproblem der europäischen Integration in perfektionistischer Weise zum Abschluß zu bringen und andere gleichrangige Fragen zu vernachlässigen.

In Ganzen verlief das Gespräch in einer sehr aufgeschlossenen und betont freundschaftlichen Atmosphäre. Der *General* betonte, daß er meinen Freimut zu schätzen wisse, daß er auch meine aufgeschlossene, freundschaftliche Gesinnung seinem Lande gegenüber würdige und daß vielleicht gerade diese Art der Aussprache der Vertiefung der Probleme zu einem immer besseren Verständnis zwischen unseren beiden Völkern führen werde. Es sei gewiß gut, wenn unterschiedliche Auffassungen zwischen Frankreich und Deutschland bei solchen Begegnungen zu klären versucht werden und nicht in Brüssel zu Blockbildungen führen.

Ministerbüro, Bd. 242

[11] Vgl. dazu weiter Dok. 421.

218

Deutsch-französische Regierungsbesprechung

I A 1-80.11/925/63 geheim **4. Juli 1963**[1]

Sitzungsniederschrift über die Plenarsitzung vom Donnerstag, den 4. Juli 1963, 16.30 bis 18.30 Uhr

Der Herr *Bundeskanzler* begrüßt den französischen Staatspräsidenten und die übrigen Teilnehmer an der Besprechung. Er schlägt vor, zunächst den Bericht der deutschen und französischen Minister entgegenzunehmen, die am Vormittag über den deutsch-französischen Jugendaustausch beraten haben.

Staatspräsident *de Gaulle* dankt dem Herrn Bundeskanzler für die Begrüßung und erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Wie das Leben des Menschen mit der Jugend beginne, so sei es auch im Rahmen der deutsch-französischen Beratungen angemessen, sich zunächst mit der Jugendarbeit zu befassen.

Der Herr *Bundeskanzler* erteilt dem Bundesminister für Familien- und Jugendfragen das Wort.

Bundesminister *Dr. Heck* berichtet über die zwischen ihm und Staatssekretär Maurice Herzog am Vormittag geführten Besprechungen. Sie dienten einmal dazu, den Entwurf des Abkommens über das Jugendaustausch- und Förderungswerk[2] abschließend zu beraten. Über die beiden folgenden noch offenen Fragen konnte dabei Einvernehmen erzielt werden:
1) Hinsichtlich der Finanzierung wird für Art. 4 des Abkommens[3] eine allgemein gehaltene Formulierung vorgeschlagen, die es erlaubt, das Abkommen ohne Ratifikationsvorbehalt abzuschließen. Im laufenden Rechnungsjahr sollen dem Jugendwerk von beiden Staaten zusammen 8 Mio. DM und im Rechnungsjahr 1964 50 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden.
2) Art. 3 des Abkommens, der die Frage der Rechtspersönlichkeit und der Vorrechte und Befreiungen regelt, soll nunmehr so formuliert werden, daß das Abkommen mit der Unterzeichnung in Kraft treten kann.[4] Der neue Wortlaut

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Referat „Europäische Politische Integration" gefertigt.

[2] Das Abkommen über die Errichtung eines Deutsch-Französischen Jugendwerks wurde am 5. Juli 1963 unterzeichnet. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 1613–1617.

[3] Artikel 4 des Abkommens vom 5. Juli 1963 über die Errichtung eines Deutsch-Französischen Jugendwerks legte fest, daß das Jugendwerk sich über einen gemeinsamen deutsch-französischen Fonds finanzierte, in den die beiden Staaten zu gleichen Teilen einzahlten. Darüber hinaus konnte das Jugendwerk „dem Fonds alle sonstigen Einnahmen zufließen lassen und insbesondere Zahlungen vereinnahmen, die von Personen oder Einrichtungen geleistet werden, denen seine Tätigkeit zugute kommt". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 1614.

[4] Artikel 3 des Abkommens vom 5. Juli 1963 über die Errichtung eines Deutsch-Französischen Jugendwerks besagte: „Das Jugendwerk besitzt Rechtspersönlichkeit und ist in Geschäftsführung und Verwaltung autonom. Hierzu werden in der Bundesrepublik Deutschland und in der Französischen Republik alle in den §§ 3, 4, 7, 9 und 31, Buchstabe (a), des am 21. November 1947 von der UNO-Generalversammlung angenommenen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen niedergelegten Bestimmungen auf das Jugendwerk Anwendung finden." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 1614.

der am Vormittag erarbeiteten Texte liegt noch nicht vor. Sie werden zur Zeit im Auswärtigen Amt niedergeschrieben.

Zum andern diente die Besprechung am Vormittag dazu, die Vorbereitungen abzuhandeln, die in nächster Zeit zwischen beiden Regierungen getroffen werden sollen, damit die Arbeit des Jugendwerkes möglichst schnell aufgenommen werden kann. Nach Möglichkeit soll die konstituierende Sitzung des Kuratoriums schon Ende Juli oder Anfang August stattfinden.[5]

Staatssekretär *Herzog* präzisiert, daß beide Staaten im laufenden Rechnungsjahr zusammen 8 Mio. DM und im Rechnungsjahr 1964 zusammen 40 Mio. DM an den Fonds des Jugendwerkes leisten werden. Einvernehmen besteht ferner darin, daß der Sitz des Generalsekretariats Bonn sein soll und ein französischer Staatsangehöriger erster Generalsekretär wird.

Der Herr *Bundeskanzler* dankt den beiden Ministern für ihren Bericht und erteilt dem Bevollmächtigten des Bundes für kulturelle Angelegenheiten, Herrn Ministerpräsident Kiesinger, das Wort.

Ministerpräsident *Kiesinger* berichtet über die am Vormittag zwischen ihm und Erziehungsminister Fouchet geführten Besprechungen. Sie erstreckten sich in erster Linie auf die Frage einer Förderung des gegenseitigen Sprachunterrichts. Das Ziel ist, die Zahl der an dem Unterricht in der Sprache des jeweiligen anderen Landes teilnehmenden Schüler in Deutschland und Frankreich zu erhöhen. Die deutsch-französische Kulturkommission[6] hat hierzu Vorarbeiten geleistet und zwei Empfehlungen vorgelegt, die den Französisch-Unterricht in den Gymnasien der Bundesrepublik und den deutschen Unterricht in den französischen Hohen Schulen betreffen.[7] Sie sind von vornherein mit den Experten der Ständigen Konferenz der Kultusminister in der Bundesrepublik erarbeitet worden, so daß eine gewisse Gewähr für ihre Realisierung besteht. Es wird eine optimale Lösung unter den gegebenen Umständen in der Bundesrepublik angestrebt. Beide Minister stimmten dem Inhalt der beiden Empfehlungen zu. Es wird nunmehr ihre Aufgabe sein, zu verfolgen, wie diese realisiert werden können.

Ein zweiter Gesprächspunkt betraf die Frage eines für alle zugänglichen Sprachunterrichts an sämtlichen Hochschulen. In Deutschland besteht diese Möglichkeit bereits an den Universitäten. Die Zahl der Lehrkräfte hier soll verstärkt werden. An den Technischen Hochschulen muß ein für alle zugänglicher Sprachunterricht noch geschaffen werden. Dieser wird sich wohl ohne große Schwierigkeiten einrichten lassen.

[5] Die konstituierende Sitzung des Deutsch-Französischen Jugendwerks fand am 29. Oktober 1963 in Paris statt. Vgl. dazu Referat IV 1, Bd. 412.

[6] Die Einrichtung einer deutsch-französischen Gemischten Kulturkommission gründete sich auf Artikel 16 des deutsch-französischen Kulturabkommens vom 23. Oktober 1954. Ihre Aufgaben waren die „Lösung der Fragen, die sich aus der Durchführung dieses Abkommens ergeben, und Herbeiführung ständiger unmittelbarer gemeinsamer Beratungen zwischen den Hohen Vertragschließenden Teilen auf dem Gebiet der kulturellen Beziehungen". Vgl. Referat 600, Bd. 202.
Vgl. dazu auch BULLETIN 1954, S. 1807.

[7] Zu den Empfehlungen der deutsch-französischen Gemischten Kulturkommission vgl. Referat IV 1, Bd. 410.

Das dritte Gesprächsthema betraf die Gleichwertigkeit der Diplome. Auf diesem Gebiet arbeiten die Rektoren der Universitäten schon zusammen. Die Kulturkommission arbeitet gleichzeitig an der Verwirklichung dieses Zieles. Es wird auch von den Ministern weiter zu verfolgen sein.

Erziehungsminister *Fouchet* berichtet über die Schwierigkeiten, die der Verwirklichung der Empfehlungen der Kulturkommission in der Bundesrepublik entgegenstehen. Diese in der letzten Sitzung der Kommission in Hamburg[8] verabschiedeten Empfehlungen sind Punkt für Punkt geprüft worden. Bei der Frage der Realisierung ist die Vielfalt der Schulsysteme in Deutschland in Rechnung zu stellen, aber auch die Düsseldorfer Beschlüsse[9], die dem Englischen einen Vorrang einräumen und deshalb einer Ausweitung des französischen Unterrichts hinderlich sind. In Frankreich sind die Voraussetzungen für die Verstärkung des Deutschunterrichts einfacher. Mehrere Lösungen erscheinen möglich. Die erste Lösung könnte darin bestehen, den Französischunterricht in allen Schulen zur Pflicht zu machen. Dies ist aber vorerst nur ein Wunsch, in der Praxis besteht derzeit keine Möglichkeit, ihn zu verwirklichen. Die zweite Lösung besteht darin, einen wahlfreien Unterricht in Französisch einzurichten. Sie entspricht eher den Möglichkeiten des Augenblicks.

Der Herr *Bundeskanzler* macht auf die föderative Verfassung der Bundesrepublik aufmerksam, die bei allen Überlegungen in Rechnung zu stellen ist. Man kann aber regional doch gewisse Unterschiede feststellen. Im Süden wird sicherlich der französischen Sprache der Vorzug gegeben. Dagegen ist im nördlichen Teil Deutschlands auch unter dem Einfluß der Seefahrt das Englische prädominierend. Auch in Norddeutschland würden die Erwachsenen aber wohl das Französische vorziehen.

Staatspräsident *de Gaulle* erklärt sich befriedigt über den Entwurf des Abkommens über das deutsch-französische Jugendwerk. Die französische Regierung ist mit dem Abschluß des Abkommens in der jetzt erarbeiteten Fassung des Entwurfs einverstanden. Danach soll an der Spitze des Jugendwerkes ein Kuratorium stehen, dessen Präsident im Wechsel der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen und der französische Staatssekretär für Jugend und Sport sein werden. Es wird ein Generalsekretär ernannt werden. Er soll zuerst französischer Staatsangehöriger sein. Sein Vertreter soll ein Deutscher sein. Das Generalsekretariat soll seinen Sitz in Bonn haben. Das Jugendwerk wird zwei Abteilungen, eine in Frankreich und eine in Deutschland, haben. Diese Abteilungen sollen aber wohlverstanden nicht jede für sich die Arbeit des Jugendwerkes tun. Das Jugendwerk ist eine *gemeinsame* deutsch-französische

[8] Die 5. Sitzung der deutsch-französischen Gemischten Kulturkommission fand am 18./19. Juni 1963 in Hamburg statt. Vgl. dazu Referat IV 1, Bd. 410.

[9] Das Abkommen vom 17. Februar 1955 zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens („Düsseldorfer Abkommen") stellte in Paragraph 7, Absatz 3, bezüglich der Mittelschule fest: „Es wird nur eine Fremdsprache als Pflichtfach gelehrt, und zwar in der Regel Englisch." Hinsichtlich des Gymnasiums wurde in Paragraph 10, Absatz 2, festgelegt, daß das neusprachliche und mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasium im fünften Schuljahr mit Englisch als erster Fremdsprache beginnen sollte. Vgl. KULTURPOLITIK DER LÄNDER 1961 UND 1962, hrsg. von der Ständigen Konferenz der Kultusminister, Köln 1963, S. 227–231.

Einrichtung. Die Abteilungen sollen nur in den beiden Ländern die Beschlüsse des gemeinsamen Kuratoriums ausführen.

Was nun die kulturelle Zusammenarbeit angeht, so bedeutet die verfassungsmäßige Ordnung manchmal einen Vorteil, manchmal einen Nachteil. Hier besteht der Vorteil darin, daß man für die Zukunft noch etwas erwarten kann. Der Nachteil liegt darin, daß man nicht sofort erreichen kann, was wünschenswert wäre. Es ist aber der dringende Wunsch von beiden Seiten, sobald wie möglich zu einem stärkeren gegenseitigen Sprachunterricht zu kommen. In Frankreich nimmt der deutsche Unterricht zu. Dagegen ist in Deutschland ein Abnehmen des Französischunterrichts festzustellen. Dies erscheint bizarr, wenn man an die engen Beziehungen zwischen beiden Ländern denkt. Beide Seiten müssen sich darum bemühen, alles zu tun, um einerseits den jungen Deutschen das Verständnis der französischen Sprache und den jungen Franzosen die Kenntnis der deutschen Sprache beizubringen. Beiden Ministern gebührt Dank für ihre Bemühungen.

Zum Jugendwerk zurückkehrend, erklärt die französische Regierung auch ihr Einverständnis mit der finanziellen Regelung.

Der Herr *Bundeskanzler* weist abschließend noch darauf hin, daß mehr Deutsche an französischen als an englischen und amerikanischen Universitäten studieren. Dies wird auch zu einer stärkeren Verbreitung der Kenntnis des Französischen führen, ohne daß es sich an der Schülerzahl im Französischunterricht ablesen läßt.

Er schlägt vor, nunmehr die militärischen Angelegenheiten zu verhandeln und erteilt dem Bundesminister der Verteidigung, von Hassel, das Wort.

Bundesminister *von Hassel* berichtet über den Besuch des französischen Armeeministers Messmer in der Bundesrepublik Mitte Juni d. J.[10] Beide Minister haben bei dieser Gelegenheit in Bonn Besprechungen geführt und Truppeneinheiten besichtigt. Bei den Besprechungen ist weithin Übereinstimmung erzielt worden. Sie betrafen folgende Fragenkomplexe:

1) Die Strategie im Rahmen der NATO. Hier bedarf die Frage laufender Prüfung und Vertiefung, wie die Vorwärtsverteidigung[11] weiter realisiert werden kann. Namentlich sind hierzu auch die Voraussetzungen logistischer Art zu schaffen. Dies ist auch eine finanzielle Frage. Sie berührt ebenso die anderen Partner der NATO.

2) Gesprächsgegenstand war ferner das Gebiet der Forschung, Entwicklung und Produktion von Waffen und Gerät. Beide Minister sind sich darüber einig, daß alles versucht werden muß, um auf diesem Gebiet möglichst gemein-

[10] Zum Besuch vom 19. bis 21. Juni 1963 vgl. Dok. 204, Anm. 4.

[11] Dazu erläuterte Bundesminister von Hassel im Juli 1963: „Auch im Rahmen übernationaler Verteidigungsorganisationen kann eine Bundesregierung niemals einer Konzeption zustimmen, die ... von vornherein auf Preisgabe beträchtlicher Teile deutschen Bodens aufbaut. Seit ihrem Eintritt in die atlantische Gemeinschaft hat die Bundesregierung daher den Gedanken der ‚Vorwärts-Verteidigung' vertreten, d. h. die Forderung, jeden Quadratmeter deutschen Bodens, beginnend unmittelbar am Eisernen Vorhang, gegen jeden Angriff zu verteidigen. Heute ist dieser Gedanke Allgemeingut der NATO geworden." Vgl. dazu SICHERHEITSPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Dokumentation 1945–1977, Teil 2, hrsg. von Klaus von Schubert, Köln 1979, S. 145.

sam vorzugehen. Gemeinsam sollten bereits die Forderungen der militärischen Experten erarbeitet werden, auf der sodann die Wissenschaftler ihre Entwicklungen aufbauen müssen, um schließlich eine gemeinsame Produktion zu ermöglichen. Entwickelt wurde ein großes Marineflugzeug[12], das nunmehr in Gemeinschaftsproduktion hergestellt werden soll.
Ein weiteres Projekt, das mittlere Transportflugzeug „Transall". Das Bundeskabinett hat diesem Projekt zugestimmt. Gewisse Bedenken bestehen auf deutscher Seite noch in den Ausschüssen des Bundestages. Sie wünschen auf Grund der in jüngster Zeit gemachten Erfahrungen eine längere Erprobungszeit, bevor über die Aufnahme der Produktion entschieden wird, insbesondere mehr Flugstunden für die Erprobung. Anfang Oktober d. J. werden fünf Abgeordnete des deutschen Bundestages einen Erprobungsflug mit dem Flugzeug machen. Im Prinzip ist aber auch das Parlament positiv dieser Entwicklung gegenüber eingestellt.
Die gemeinschaftliche Entwicklung eines Panzers ist dagegen erfolglos geblieben, namentlich deshalb, weil die Vorarbeiten und Dispositionen in beiden Ländern zu weit fortgeschritten waren und zu weit voneinander entfernten Ergebnissen geführt hatten.

3) Ferner betrafen die Beratungen den Austausch des Personals. Hierzu konnte eine übereinstimmende Auffassung erzielt werden. Der Offiziersaustausch wird sich zuerst auf die Sprachlehrer an den beiderseitigen Militärakademien erstrecken. Im August/September dieses Jahres wird je eine deutsche und französische Kompanie einem Verband des anderen Landes im Austausch eingegliedert.
Nach dem Besuch von Armeeminister Messmer weilte General Ailleret zu Besprechungen mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr[13] in Deutschland. Endlich sind heute morgen einige Fragen, die bei den beiden vorerwähnten Besuchen behandelt worden waren, wiederaufgenommen worden.[14] Insbesondere handelt es sich dabei um die Entwicklung eines senkrecht startenden Jagdflugzeugs.[15] Dieses müßte etwa im Jahre 1970 einsatzfähig sein, um dann als Nachfolgemuster für die heute eingeführten „Mirage" und „VJ 101" in Frankreich und in Deutschland eingesetzt werden zu können. Die schon begonnenen Entwicklungsarbeiten müßten von beiden Ländern möglichst koordiniert und wieder zusammengeführt werden, um zu einer gemeinsamen Entwicklung zu gelangen. Zwei Flugzeugtypen bedeuten doppelte Forschungsarbeiten, doppelte Entwicklung, doppelte Produktion und damit doppelte Kosten. Vor etwa zwei Wochen ist ein Weg zur Zusammenführung beider Forschungsprogramme gefunden worden. Inzwischen wurde hieran weiter gearbeitet und in den Besprechungen von heute morgen versucht, noch strittige Punkte auszuräumen. Die Minister haben die an den Gesprächen beteiligten Sachverständigen beauftragt, sich um einen Weg zu bemühen, der eine Ver-

[12] Bréguet Atlantic.

[13] Friedrich Foertsch.

[14] Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers von Hassel mit Verteidigungsminister Messmer am 4. Juli 1963 in Bonn; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

[15] Für das deutsch-französische Protokoll vom 5. Juli 1963 über die gemeinsame Entwicklung eines Senkrechtstarters vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 981.

einbarung erlaubt. Es handelt sich bei diesem Projekt um eine völlig neue Technik. Es muß aber der Versuch unternommen werden, hier gemeinsam etwas zu schaffen. Die Forderungen der Militärs sind eindeutig.

Ein letzter Punkt konnte heute vormittag nicht verhandelt werden. Es betrifft die Herauslösung der französischen Atlantikflotte aus der NATO.[16] Bundesminister von Hassel hat hierzu schon Armeeminister Messmer bei seinem Besuch gesagt, daß dieser französische Schritt auf deutscher Seite Gegenstand sehr ernster Betrachtung sei.[17] In den bevorstehenden sechs Monaten möge doch versucht werden, die französische Auffassung mit den Erfordernissen der gemeinsamen Verteidigung im Rahmen der NATO in Einklang zu bringen.

Armeeminister *Messmer* bestätigt die Erklärungen Bundesminister von Hassels. Hinsichtlich der Strategie besteht zwischen beiden Ländern sehr weitgehende Übereinstimmung. Die Gründe hierfür sind natürlich. Sie liegen in der Nachbarschaft und dem Schicksal beider Völker begründet, zusammen zu leben oder zusammen zu sterben. Diese Übereinstimmung kehrt auch in der Taktik wieder, zumindest was den Erd-Luft-Krieg betrifft.

Der Minister bestätigt ebenfalls die Vereinbarung über den Personalaustausch. Die ersten Pläne sind hier bereits im Stadium der Verwirklichung.

Die größten Schwierigkeiten bestehen dagegen auf dem Gebiet der Rüstung. Hier begegnet man einem komplexen Problem auf Grund der verschiedenen industriellen Struktur in beiden Ländern, aber auch auf Grund internationaler und innerpolitischer Verwicklungen. Es sind zwei Erfolge, nämlich die Konstruktion eines Marineflugzeugs und die Entwicklung der „Transall", und ein Mißerfolg, die Entwicklung zweier verschiedener Panzer, zu verzeichnen.

Die Aufgabe besteht darin, neue Objekte für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung zu finden. Eine Zusammenarbeit, die sich nicht entwickelt, hat die Tendenz, ganz abzusterben. Hier sind die gemeinsamen Bemühungen um die Entwicklung eines Senkrechtstarters zu nennen. Es handelt sich um eine wichtige gemeinsame Aufgabe. Die Bestrebungen hierüber sind komplex und beanspruchen viel Zeit. Sie müssen aber bald zu Ende kommen, um in Kürze zu einer gemeinsamen Konzeption zu gelangen. Abgesehen von diesen deutsch-französischen Plänen gibt es bisher nur einen Senkrechtstarter in Großbritannien, der aber keine sehr erfolgreiche Realisation zu sein scheint. Weder in den Vereinigten Staaten noch in der Sowjetunion ist bisher ein Senkrechtstarter bekannt. Man sollte daher dank unseres Vorsprungs auf diesem Gebiet alles daransetzen, möglichst schnell konkrete Ergebnisse zu erzielen. Das deutsche und das französische Projekt sind in Forschung und Entwicklung schon sehr weit vorangeführt. Es ist unbedingt nötig, sie zusammenzuführen, um nicht denselben Mißerfolg wie bei der Entwicklung des Panzers zu erleben. Wenn einmal der Abstand zwischen beiden Prototypen zu groß geworden ist, würde es nicht mehr möglich sein, ihn zu überbrücken.

16 Zum Rückzug der französischen Atlantikflotte aus der NATO-Assignierung am 15. Juni 1963 vgl. Dok. 194, Anm. 2.

17 Zur deutschen Reaktion auf diesen Schritt vgl. bereits Dok. 216.

Staatspräsident *de Gaulle* greift zwei Elemente in den Ausführungen der beiden Verteidigungsminister auf. Zunächst geht er indessen noch einmal auf die Reise von Armeeminister Messmer in die Bundesrepublik ein. Der Minister hat sehr gute Eindrücke von seiner Reise mitgebracht, nicht nur von den Besprechungen, sondern natürlich auch von dem Besuch bei der Truppe. Insbesondere haben der Geist und der Ausbildungsstand der Einheiten einen starken Eindruck hinterlassen. Die französische Regierung hat mit großer Freude diesen Eindruck aufgenommen.

Es gibt aber auch auf anderen Gebieten Gegenstände der Zusammenarbeit, die befriedigen. Hierzu gehört die Entwicklung der „Transall" und des Marineflugzeugs. Wenn die Serienproduktion für diese Flugzeuge gemeinsam betrieben werden kann, werden unnötige Ausgaben vermieden. Ein Mißerfolg war dagegen die Panzerentwicklung. Es ist immer so: Wenn jeder für sich beginnt, eine Waffe zu entwickeln, und jeder einen Prototyp aufbaut, dann ist bald ein Punkt erreicht, an dem sich die Entwicklungen nicht mehr zusammenführen lassen, weil sich die Industrie bereits auf sie eingestellt hat. Großes Interesse besteht daher an rechtzeitiger Einigung über die Entwicklung des Senkrechtstarters, sonst ist diese in jedem Land so weit vorangeschritten, daß sich alle möglichen Einflüsse geltend machen. Dazu gehört nicht zuletzt die Eigenliebe von beiden Seiten und andere Unwägbarkeiten, die einer gemeinsamen Entwicklung im Wege stehen. Es ist daher zu hoffen, daß eine Einigung möglichst rasch erfolgt. Der Senkrechtstarter soll als Ersatz für die „Mirage" und das zur Zeit eingeführte Jagdflugzeug dienen.

Auf dem Gebiet der Strategie freuen wir uns, daß die Zusammenarbeit offenbar gut einläuft. Die Strategie ist nicht eine französische oder deutsche Domäne. Wir gehören beide einem Verteidigungsbündnis an, daß Sie sehr schätzen, wir etwas weniger. Aber wir gehören beide diesem Bündnis an. Wir können gewisse Absichten für eine gemeinsame Strategie haben, nicht aber eine gemeinsame Strategie selbst. Verhältnismäßig leicht erscheint die Einigung über die Vorwärtsverteidigung. Frankreich hat sich hier bemüht, das Seine zu tun, es sind aber noch logistische Probleme zu lösen.

Hinsichtlich des Flottenproblems will der Staatspräsident nicht in Einzelheiten eingehen. Auch Frankreich ist zutiefst dem Verteidigungsbündnis der NATO verbunden. Dagegen ist die französische Regierung über die Organisation der Allianz anderer Meinung als die Bundesregierung. Der Meinungsunterschied betrifft, um es erneut zu sagen, nicht das Bündnis selbst, dem Frankreich genauso verpflichtet ist, aber die unterschiedliche Auffassung über die Organisation ist gegenüber dem Herrn Bundeskanzler und auch der Bundesregierung niemals verheimlicht worden. Die unbefriedigende Organisation war auch Gesprächsgegenstand in der Unterredung zwischen dem Staatspräsidenten und dem Bundeskanzler heute morgen.[18] Frankreich glaubt, daß es über die Mittelmeer-[19] und Atlantikflotte selbst bestimmen muß. Die französische Regierung hätte die Entscheidung über die Herauslösung aus der NATO

[18] Vgl. Dok. 216.

[19] Zum Rückzug der französischen Mittelmeerflotte aus der NATO-Assignierung am 11. März 1959 vgl. Dok. 94, Anm. 19.

vorher mit der Bundesregierung besprechen können. Dies soll nun auch künftig geschehen. Da jetzt der Vertrag über die Zusammenarbeit ratifiziert und damit in Kraft getreten ist[20], ist zu hoffen, daß diese Zusammenarbeit sich in bester Weise und immer enger entwickeln wird. Die französische Regierung meint, daß auch die Bundesregierung eine Entscheidung getroffen hat, ohne Frankreich zu konsultieren, indem sie zugesagt habe, daß die Bundesrepublik sich an der von amerikanischer Seite vorgeschlagenen multilateralen Atomstreitmacht beteiligen wird.[21] Künftig sollen beide Länder in allen diesen Fragen bestens zusammenarbeiten.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkt zu dem letzten Punkt der Ausführungen des französischen Staatspräsidenten, daß die Bundesregierung ihre prinzipielle Zusage zur Beteiligung an der multilateralen Atomstreitmacht schon vor Abschluß des deutsch-französischen Vertrages vom 22. Januar 1963[22] gegeben hat. Sonst hätte sie selbstverständlich mit der französischen Regierung vorher gesprochen. Er erteilt nunmehr zur Behandlung der Wirtschaftsfragen dem Bundesminister für Wirtschaft, Prof. Erhard, das Wort.

Bundesminister Prof. *Erhard* erklärt, daß im Vordergrund der Beratungen die Agrarfragen stünden. Die Bundesregierung ist bereit, im Rahmen der EWG dazu beizutragen, daß die Marktordnungen für Rindfleisch, Milchprodukte und Reis bis Ende dieses Jahres fertiggestellt werden, damit sie zum 1. April 1964 in Kraft treten können. Wenn wir die Marktordnungen betrachten, so haben wir im Auge, daß die agrarpolitischen Entscheidungen im EWG-Rat sehr eng verknüpft mit den GATT-Verhandlungen im Hinblick auf die sogenannte Kennedy-Runde[23] sind.

Weiterer Gegenstand der Beratungen sind die mit den bisherigen agrarpolitischen Entscheidungen der EWG gemachten Erfahrungen. Die aus diesen entstandenen Wettbewerbsverzerrungen[24] müssen in irgendeiner Weise wieder beseitigt werden. Art. 39 und 110 des Vertrages[25] widersprechen hier einander oder sind doch schwer auf einen Nenner zu bringen. So ist z. B. in den Bera-

20 Zur Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags am 16. Mai 1963 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 170, Anm. 27. Zur Ratifizierung am 13. Juni 1963 in Frankreich vgl. Dok. 143, Anm. 5.

21 Zur Zusage der Bundesregierung vom 14. Januar 1963, sich an einer integrierten Atomstreitmacht der NATO zu beteiligen, vgl. Dok. 82, Anm. 10.

22 Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

23 Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

24 In einer vorbereitenden Besprechung auf Staatssekretärsebene am 2. Juli 1963 wurde beschlossen: „Dem französischen Staatspräsidenten soll dargelegt werden, daß die in Kraft befindlichen Marktordnungen, besonders die für Schweinefleisch, Geflügel und Eier, einen abrupten Rückgang der Einfuhren aus Drittländern zur Folge gehabt haben ... Um den Drittländern einen entsprechenden Zugang zum EWG-Markt zu ermöglichen, wäre die Festsetzung von präferenzgleichen Kontingenten für die Drittländer ... in Erwägung zu ziehen." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Keller vom 3. Juli 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8435; B 150, Aktenkopien 1963.

25 Artikel 39 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 legte u. a. als Ziel der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft fest, die Produktivität der Landwirtschaft und das Einkommen der in der Landwirtschaft Tätigen zu steigern sowie die Märkte zu stabilisieren. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 796.
Für Artikel 110 über die Schaffung einer Zollunion vgl. Dok. 217, Anm. 8.

tungen von heute vormittag das Drittland-Problem geprüft worden, es wurde aber nur angesprochen, nicht vertieft.[26]

Nicht in allen Fragen stimmen wir von vornherein überein. Aber auch die Bundesregierung bekennt sich zu einer europäischen Agrarpolitik. Sie ist gewillt, die Rom-Verträge[27] auszuführen, auch auf dem Gebiet der Landwirtschaftspolitik. Die schwierigste Frage ist hier die des Getreidepreises.[28] Dazu haben zwischen den Ministern Schwarz und Pisani Vorbesprechungen stattgefunden. In einer Strukturstudie sind die Konsequenzen niedergelegt worden, die sich aus einer Senkung der Getreidepreise ergeben würden.[29] Auf deutscher Seite muß immer auf folgendes hingewiesen werden: Die deutsche Landwirtschaft muß in ihrer Substanz erhalten bleiben. Das bessere Klima und die besseren Böden in Frankreich lassen sich nun einmal nicht wegdiskutieren. Darum muß in geeigneter Weise ein Weg gefunden werden, wie bei einer gemeinsamen Agrarpolitik gleichzeitig die deutsche Landwirtschaft erhalten bleiben kann.

Der Herr *Bundeskanzler* schlägt vor, daß nunmehr zunächst die beiden Landwirtschaftsminister berichten.

Staatspräsident *de Gaulle* erklärt sich hiermit einverstanden.

Bundesminister *Schwarz* berichtet über die Beratungen zu den Erfahrungen aus den bisher schon vom EWG-Rat verabschiedeten Marktordnungen[30]. Hierbei sind noch gewisse technische Schwierigkeiten festzustellen, die aber überwunden werden können. Man muß sich die Erfahrungen der EWG-Kommission zu Nutzen machen, um den aus den bisher verabschiedeten Marktordnungen entstandenen Schwierigkeiten zu entgehen. Das Drittländer-Problem ist bei den Beratungen in diesem Zusammenhang etwas zu kurz gekommen. Es bedarf noch der Vertiefung.

Eine weitere Frage betrifft die Synchronisierung[31] auch mit anderen Gebieten. Bundesminister Dr. Schröder hat im EWG-Rat am 9. Mai d. J. schon heraus-

[26] Zum Gespräch des Bundesministers Erhard mit Ministerpräsident Pompidou am 4. Juli 1963 vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 151; B 150, Aktenkopien 1963.

[27] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

[28] Zur Frage des Getreidepreises in der EWG vgl. Dok. 113, Anm. 7, und Dok. 134, Anm. 7.

[29] Bundesminister Schwarz und der Vizepräsident der EWG-Kommission, Mansholt, gaben 1962 bei acht deutschen und ausländischen Wissenschaftlern ein Gutachten über die Auswirkungen einer Senkung der Agrarpreise auf die Einkommensverhältnisse in der deutschen Landwirtschaft in Auftrag. Hinsichtlich des Getreidepreises kamen die Sachverständigen zu dem Schluß, daß ein „sinnvolles Verhältnis" zwischen Getreide und Veredelungserzeugnissen erhalten bleiben müsse. Das höhere deutsche Preisniveau werde sich nicht ohne Anhebung der Preise aller anderen wichtigen Agrarerzeugnisse der Gemeinschaft durchsetzen lassen. Daher könne das Preisniveau zwar höher angesetzt werden als das niedrige französische, müsse aber unter dem gegenwärtigen deutschen Niveau liegen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats „Europäische Wirtschaftliche Integration" vom 22. Oktober 1962; Referat 200, Bd. 667.

[30] Zu den bereits verabschiedeten Marktordnungen vgl. Dok. 21, Anm. 4.

[31] Zu dem von der Bundesregierung vertretenen Konzept einer Synchronisierung von wirtschaftlichem und politischem Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaften vgl. bereits Dok. 161, Anm. 3, und Dok. 164, Anm. 6.

gestellt, daß die Landwirtschaft recht einseitig vorangeprellt sei.[32] Andere Gebiete müssen jetzt nachziehen. Auch muß eine einheitliche Linie für die GATT-Verhandlungen gefunden werden. Ein dritter Punkt betrifft die Getreidepreisannäherung. Er war schon Gegenstand einer kürzlich mit Minister Pisani geführten Besprechung. Dabei wurde Einvernehmen dahin erzielt, daß die Auswirkungen von Preissenkungen in einer Studie untersucht werden sollen. In diese Untersuchung muß aber die Frage der preisbildenden Kostenfaktoren mit einbezogen werden, also die Frage, wie wirken sich Steuern, Sozialversicherungssysteme, Verkehrstarife usw. aus? Ein Gedankenaustausch über die Themenstellung zwischen den beiden Landwirtschaftsministern wurde vereinbart. Dies ist eine glückliche Lösung, weil zu der Arbeit Fachkenntnis gehört.

Über die Auswirkungen einer Preissenkung selbst existiert bereits ein Gutachten, das vor einem Jahr von Vizepräsident Mansholt und Minister Schwarz Wissenschaftlern in Auftrag gegeben wurde.

Landwirtschaftsminister *Pisani* kommt auf drei Begriffe zurück, die soeben erwähnt worden sind: Der erste ist die Erfahrung mit den bisher verabschiedeten Marktordnungen. Dazu ist zu sagen, daß die EWG jetzt täglich Erfahrungen auswerten will. Die Erfahrung kann aber erst dann vollständig sein, wenn die gemeinsame Agrarpolitik in allen ihren Teilen wirklich vollendet ist. Die Auswertung der Erfahrungen mit den bisher vollendeten Teilen darf deshalb nicht Vorbedingung für den gemeinsamen Ausbau der Agrarpolitik sein.

Der zweite Begriff ist der der Synchronisierung. Im Gegensatz zu Minister Schröder und Minister Schwarz ist Minister Pisani der Auffassung, daß die Landwirtschaft nicht vorangegangen sei, sondern die gemeinsame Agrarpolitik innerhalb der EWG zurückgeblieben sei. Der von deutscher Seite eingeführte Begriff der Synchronisierung würde unter diesen Umständen mit Verzögerung gleichzusetzen sein. Eine Verlangsamung der Agrarpolitik aber müsse die schon bestehenden Unterschiede zwischen dem landwirtschaftlichen Sektor und dem industriellen Sektor noch mehr vertiefen. In dieser Frage bestehen zwischen beiden Regierungen noch tiefe Meinungsunterschiede.

Der dritte Fragenkreis betrifft die noch ausstehenden Marktregelungen. Hinsichtlich des Zeitplans ist hier im Ministerrat Übereinstimmung erzielt worden, daß sie bis zum 1. April 1964 in Kraft gesetzt werden sollen. Dazu müssen die Grundregelungen spätestens im November d. J. ausgearbeitet werden. Mit

[32] Bundesminister Schröder führte zum Verhältnis von Agrarpolitik und Industriepolitik der EWG aus, „daß die Politik der Gemeinschaft auf diesen beiden Gebieten nicht gleich weit vorangekommen sei. Es sei nämlich bereits im Verlauf der vorangegangenen Diskussion unterstrichen worden, daß die verabschiedeten Verordnungen 55 Prozent der Landwirtschaft in die Gemeinschaftspolitik einbezogen hätten; dieser Prozentsatz erhöhe sich unter Berücksichtigung der in Vorbereitung befindlichen Verordnungen auf 85 Prozent. Auf dem Gebiet der Handelspolitik sei nichts Vergleichbares erreicht worden." Schröder legte dar, daß die „Synchronisierung ein dringendes Gebot der zweiten Hälfte der Übergangszeit sei". Weiterhin bezeichnete er „die Kennedy-Runde als das große Problem der nächsten Zeit" und betonte, es sei erforderlich, „bis zum Ende des Jahres möglichst präzise gemeinsame Richtlinien der Sechs für diese Verhandlungen auszuarbeiten". Für den Wortlaut des Protokolls der 101.Tagung des EWG-Ministerrats vom 8. bis 10. Mai 1963 vgl. Referat 200, Bd. 751.

Befriedigung kann festgestellt werden, daß über diesen Zeitplan zwischen beiden Regierungen Einigung erzielt wurde. Erforderlich ist aber auch die Verabschiedung der Finanzverordnung[33] und insbesondere der Verordnung über die sanitären Bestimmungen[34], da diese eine Grundvoraussetzung für die Marktordnung für Rindfleisch[35] darstellt.

Das wichtigste Problem ist das Preisproblem. Frankreich weiß die Schwierigkeiten sozialer und politischer Art, die dieses Problem für die Bundesrepublik mit sich bringt, voll zu würdigen. Diese Schwierigkeiten werden in einer Studie untersucht werden. Dabei müssen insbesondere auch die Soziallasten, die steuerliche Belastung, aber auch der Begriff des Einkommens eingeführt werden. Um allen Erfordernissen Rechnung zu tragen, müssen Maßnahmen zum Ausgleich von Einkommensverlusten ins Auge gefaßt werden. Einige Prinzipien können hierzu schon festgelegt werden: Derartige Hilfe würde einmal zum Ziel haben, die unmittelbaren Konsequenzen und Preissenkungen auszugleichen. Zum anderen sollen sie nur im Rahmen der landwirtschaftlichen Struktur, nicht einer kommerziellen Struktur gewährt werden. Endlich sollen sie einen Übergangscharakter haben. Zur Arbeitsmethode ist zu sagen, daß der Gemeinschaft von beiden Ländern Anregungen gegeben werden, die Untersuchung sodann im Rahmen der EWG durchgeführt werden soll. Sie kann bilateral durch den Austausch der Arbeiten zwischen beiden Ministerien ergänzt werden.

Bundesminister *Dr. Schröder* erinnert an seine Ausführungen im EWG-Rat von Anfang April d. J., die eine allgemeine Betrachtung über die Entwicklung des gemeinsamen Marktes zum Inhalt hatten. Die jeher bestehenden Unterschiede zu Frankreichs Auffassung sollen jetzt nicht vertieft werden. Es gilt vielmehr, an die Lösung praktischer Fragen heranzugehen:

Erstens, wie können die Beschlüsse vom 9. Mai 1963 ausgeführt werden? Hierzu hat die Bundesregierung ein Programm des synchronisierten Fortschritts vorgeschlagen, der die innere Entwicklung des Gemeinsamen Marktes und dessen Entwicklung nach außen betrifft. Das Programm enthält zwei Teile, Teil A und Teil B. Aus Teil A ist insbesondere hervorzuheben, daß die drei bereits erwähnten Marktregelungen bis Ende d. J. auszuarbeiten sind. Ferner ist auf Punkt 5 zu verweisen, nach dem der Rat übereinkommt, anhand einer Studie der Kommission gewisse Erfahrungen aus den bisher verabschiedeten Marktordnungen auszuwerten. Aus Teil B ist nur kurz auf das Erforderliche zu verweisen, daß bis Ende 1963 eine gemeinsame Haltung für die GATT-Verhandlungen festzulegen ist. Für die Bundesregierung gehören Teil A und

[33] Zur Finanzverordnung der EWG vgl. Dok. 461, Anm. 17.

[34] Gesundheitspolizeiliche Verordnungen waren Bestandteil der Marktordnung für Rindfleisch, über die der EWG-Ministerrat im Rahmen der Umsetzung des synchronisierten Arbeitsprogramms im Verlauf des Jahres 1963 beriet. Vgl. dazu SECHSTER GESAMTBERICHT (1963), S. 180, und BULLETIN DER EWG 7/1963, S. 20.
Am 18./19. Dezember 1963 wurden Vorschläge zu Richtlinien für Gesundheitsfragen im Handel mit Fleischerzeugnissen an das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuß weitergeleitet. Vgl. dazu SIEBENTER GESAMTBERICHT (1964), S. 209.

[35] Die gemeinsame Marktordnung für Rindfleisch wurde vom EWG-Ministerrat am 23. Dezember 1963 gebilligt und trat am 1. Juli 1964 in Kraft. Vgl. dazu SIEBENTER GESAMTBERICHT (1964), S. 193.

B zusammen. Es ist zu hoffen, daß beide in dem gewünschten Rhythmus vorangetrieben werden können. Sehr wichtig erscheint erstens die Einigung über den gut gemachten Auftrag zur Getreidepreisentwicklung, zweitens aber die Frage der Kontakte mit Großbritannien in der Zukunft, über die morgen noch wird gesprochen werden müssen. Hierbei handelt es sich um eine sehr wichtige Frage.

Der Herr *Bundeskanzler* schlägt vor, die Beratungen nunmehr zu unterbrechen, damit die Konferenzräume zum Diner hergerichtet werden können.

Staatspräsident *de Gaulle* erklärt sich hiermit einverstanden. Er hält es für erforderlich, daß am folgenden Tage zunächst noch Außenminister Couve de Murville ebenso wie Premierminister Pompidou zu den Ausführungen der deutschen Minister Stellung nehmen. Sodann kann auch ganz gern über die Engländer gesprochen werden, vielleicht sogar über die Amerikaner. Wenn dies so leicht hingesagt wird, so soll doch kein Mißverständnis darüber aufkommen, daß die französische Seite die weitere Entwicklung des Gemeinsamen Marktes für eine sehr bedeutsame Aufgabe hält. Es muß am Ende der Beratungen dieses Tages ganz klar sein, daß diese Frage für Frankreich absolut lebenswichtig und entscheidend ist.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärt, daß die Bundesregierung ebenso die Bedeutung erkennt, die der Vollendung des Gemeinsamen Marktes zukommt. Sie hat das ernste Bestreben, die noch nicht vollendeten Teile des Gemeinsamen Marktes ebenso wie die anderen voranzubringen.

Am folgenden Tag ist für 10.15 Uhr die Unterzeichnung des deutsch-französischen Jugendabkommens vorgesehen. Sodann sollen die Beratungen im selben Kreise fortgesetzt werden.[36]

Die Sitzung wurde gegen 19 Uhr geschlossen.

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 137

[36] Vgl. Dok. 219.

219

Deutsch-französische Regierungsbesprechung

I A 1-80.11/925/63 geheim **5. Juli 1963**[1]

Sitzungsniederschrift über die Plenarsitzung vom Freitag, den 5. Juli 1963, 10.15 bis 12.45 Uhr

Der Herr *Bundeskanzler* eröffnet die Sitzung und erteilt zunächst Außenminister Couve de Murville das Wort.

Außenminister *Couve de Murville* nimmt zu den Beschlüssen des EWG-Rats vom 9. Mai 1963[2] Stellung. Diese umfassen, wie Bundesminister Dr. Schröder schon am Vortage ausgeführt hat[3], zwei Kapitel, nämlich die Agrarpolitik und die Tarifverhandlungen im GATT[4]. Außerdem wird seit einigen Monaten von der Synchronisation[5] gesprochen. Minister Couve de Murville versteht nicht ganz, welche Schlußfolgerungen aus diesem etwas unklaren Begriff gezogen werden sollen.

Hinsichtlich der Agrarpolitik handelt es sich darum,
- die drei neuen Marktordnungen für Milcherzeugnisse, Rindfleisch und Reis fertigzustellen,
- die Zuckerfrage[6] in Angriff zu nehmen,
- die Preisfrage und im Zusammenhang damit die etwaigen Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der bisherigen Marktordnungen[7] zu prüfen,
- die Durchführungsverordnungen für finanzielle und sanitäre Fragen[8] zu erstellen,
- die bisher gemachten Erfahrungen mit der gemeinsamen Agrarpolitik zu prüfen.

Hinsichtlich der Tarifverhandlungen im GATT sehen die Beschlüsse vor, bis Ende d.J. eine gemeinsame Grundlage innerhalb der EWG festzulegen.

Die Beschlüsse vom 9. Mai 1963 bilden ein einheitliches Ganzes, das von allen Partnern der Gemeinschaft eingehalten werden muß. Man kann aber nicht die Erörterung über die gemeinsame Agrarpolitik von den GATT-Verhandlungen

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Referat „Europäische Politische Integration" gefertigt.

[2] Zu den Beschlüssen des EWG-Ministerrats vom 8./9. Mai 1963 vgl. DOKUMENTATION DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION 1961–1963, S. 343 f.

[3] Vgl. Dok. 218.

[4] Zu den im Mai 1964 beginnenden GATT-Verhandlungen, der sogenannten Kennedy-Runde, vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[5] Zu einer Synchronisierung von politischem und wirtschaftlichem Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 161, Anm. 3, Dok. 164, Anm. 6, und Dok. 218, Anm. 32.

[6] Am 8./9. Mai 1963 beschloß der EWG-Ministerrat, daß die Kommission vor Ende Juli 1963 Vorschläge für die gemeinsame Marktordnung für Zucker unterbreiten solle. Vgl. BULLETIN DER EWG 7/1963, S. 20.
Zum Vorschlag der Kommission vgl. SIEBENTER GESAMTBERICHT (1964), S. 196–199.

[7] Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 24.

[8] Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 33 und 34.

abhängig machen und umgekehrt, sonst muß man sich besorgt fragen, was aus der EWG würde.

Bundesminister *Dr. Schröder* hält es für unumgänglich, die Beschlüsse vom 9. Mai 1963 in allen ihren Punkten so schnell wie möglich durchzuführen, der Begriff „Synchronisierung" bedeutet im allgemeinen eine zeitliche Abstimmung aufeinander. Er hat hier eine darüber hinaus gehende Bedeutung im Sinne der zeitlichen und sachlichen Abstimmung. Dabei ist nicht nur an die innere Entwicklung der EWG zu denken. Vielmehr haben auch die Außenbeziehungen große Bedeutung. Vielleicht erscheint sie nicht für alle Partner gleich groß; letztlich wird sie aber doch für jeden positiv sein, d. h. die Beschlüsse vom 9. Mai bedeuten einen großen Kompromiß, der zügig in allen Teilen verwirklicht werden muß. Es ist zu hoffen, daß bis Ende d. J. die notwendigen Fortschritte erkennbar werden.

Ministerpräsident *Pompidou* erinnert an die Sitzung vom Vormittag des 4. Juli 1963[9]. Man hätte in dieser Sitzung denken können, man befände sich in einer Bauernversammlung. Der Fragenbereich soll jetzt etwas ausgedehnt werden, über die Landwirtschaft hinaus auf die Wirtschaft in weiterem Sinn. Die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb des Gemeinsamen Marktes ist im allgemeinen zufriedenstellend. Nach dem vergangenen strengen Winter war in Frankreich eine gewisse Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivität festzustellen; jetzt ist auch in Frankreich die Entwicklung wieder befriedigend. In den meisten Ländern besteht eine gewisse Besorgnis wegen inflationistischer Tendenzen. Deshalb begrüßt die französische Regierung alles, was zur Senkung der Preise führen kann. Wir müssen, wenn immer es nützlich erscheint, auch von Zollsenkungen Gebrauch machen und die Grenzen öffnen. Frankreich verfolgt also eine grundsätzlich liberale Handelspolitik und wird diese auch weiterhin verfolgen. Dies wird vielleicht den Bundesminister für Wirtschaft, Herrn Prof. Erhard, beruhigen. Gleichwohl ist ein Minimum an Schutz für die Wirtschaft erforderlich. Der gemeinsame EWG-Außentarif soll nach französischer Auffassung kein protektionistischer oder gar Kampftarif gegen Drittländer sein. In diesem Geist geht Frankreich an die Verhandlungen mit Drittländern, insbesondere auch in die GATT-Verhandlungen. Die französische Regierung ist für alles, was den Handel zwischen Drittländern und dem Gemeinsamen Markt weiter entwickelt, insbesondere auch den Handel mit den USA. Voraussetzung ist aber, daß diese Entwicklung gegenseitig ist, und hierbei ist festzustellen, daß insbesondere im Verhältnis zu den USA die Handelsbilanz Frankreichs bisher immer positiv für die USA gewesen ist.

Eine Wirtschaftspolitik mit liberaler Tendenz läßt sich nicht von der Agrarpolitik trennen. Frankreich ist bekanntlich ein großes Erzeugerland von Agrarprodukten, insbesondere Getreide, Wein und Rindfleisch. Es ist nicht vorstellbar, daß auf dem gewerblichen Sektor eine liberale Politik getrieben wird und Frankreich gleichzeitig die Lasten eines landwirtschaftlichen Protektionismus tragen kann. Die Lösung der Agrarprobleme muß in einem größeren Rahmen, dem natürlichen Rahmen, gesucht werden. Deshalb ist Frankreich an

[9] Zum Gespräch des Bundesministers Erhard mit Ministerpräsident Pompidou vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 151; B 150, Aktenkopien 1963.

der gemeinsamen Agrarpolitik innerhalb der EWG, wie sie im Januar 1962 beschlossen[10] und am 9. Mai 1963 zeitlich festgesetzt worden ist, in hohem Maße interessiert. Gemeinsame Agrarpolitik soll nicht ein Tausch in den traditionellen Warenströmen bedeuten. Innerhalb einer weltweiten Organisation der Agrarmärkte muß das gesamte sich hier stellende Problem gelöst werden. Die französische Regierung hat mit Befriedigung festgestellt, daß auf deutscher Seite der feste Vorsatz besteht, bis zum Ende d. J. die noch ausstehenden Marktregelungen abzuschließen, das ist auch der französische Wille.

Außenminister Couve de Murville hat schon gesagt, daß für Frankreich landwirtschaftlicher und gewerblicher Sektor untrennbar verbunden sind. Eine gewisse Expansion der gewerblichen Wirtschaft in Frankreich ist erforderlich, um die Landwirtschaft in vernünftigen Grenzen halten zu können. Wenn die französische Landwirtschaft noch zu einer gesteigerten Produktion veranlaßt würde, würde ein ungleiches Gewicht im Verhältnis zur gewerblichen Wirtschaft entstehen.

Bundesminister Dr. Schröder hat schon mit Recht gesagt, daß es auf manchen Gebieten innerhalb der EWG vorangehe. Es ist richtig, daß auf dem Gebiet der Harmonisierung der Sozial- und Steuergesetzgebung keine Fortschritte erzielt worden sind. Dies ist aber darauf zurückzuführen, daß hier noch keine Fristen gesetzt wurden. Wenn einmal der gemeinsame Agrarmarkt realisiert ist, dann wird man zwangsläufig auch Fristen für die Fortschritte in den anderen Bereichen setzen müssen. Die Aussicht hierfür erscheint günstig. Die wirtschaftlichen Beziehungen mit den Drittländern müssen noch weiter gefaßt werden.

Staatspräsident *de Gaulle* hält alles, was über den Gemeinsamen Markt gesagt worden ist, für sehr nützlich und klar. Er möchte sagen, was ihm besonders wichtig erscheint. Welche Entwicklung der Gemeinsame Markt nimmt, das wird die Testfrage für die deutsch-französische Zusammenarbeit sein. Er wünscht dies ganz klar zu stellen. Dies erscheint ihm als der wichtigste Punkt neben der Unterzeichnung des Abkommens über das deutsch-französische Jugendwerk[11] für die gegenwärtige Sitzung. Wenn wir nicht die Fragen des Gemeinsamen Marktes zu regeln vermögen, würde unsere Zusammenarbeit wenn auch nicht ein Mißerfolg, so doch von Anfang an mit einer Schwäche behaftet sein. Wenn es dagegen gelingt, den Gemeinsamen Markt zu schaffen, so wird dies für uns, für die Welt und insbesondere für Europa den praktischen Wert der deutsch-französischen Zusammenarbeit demonstrieren. Unsere beiden Regierungen müssen sich heute dazu entschließen, bis zum Ende des Jahres zu einer gemeinsamen Auffassung über die Errichtung des Gemeinsamen Marktes zu kommen. Mit einem Schlag würde dann die deutsch-französische Zusammenarbeit ein großer Erfolg sein. Sonst aber wäre sie von vorneherein kompromittiert.

Der Staatspräsident will nicht von Gefühlen, sondern von der Politik sprechen, insbesondere von dem politischen und dem wirtschaftlichen Bereich, der für beide Länder und für Europa von besonderem Interesse ist. Das schwierig-

[10] Zum Beschluß des EWG-Ministerrats vom 10. Januar 1962 vgl. Dok. 21, Anm. 4.

[11] Zum Deutsch-Französischen Jugendwerk vgl. Dok. 218, Anm. 2.

ste Problem ist sodann künftig die Landwirtschaft. Die Bundesregierung weiß um die politische Bedeutung, die die Agrarpolitik für Frankreich hat. Die französische Regierung versteht sehr wohl die Schwierigkeiten auf deutscher Seite. Indessen sieht der Vertrag von Rom die Verpflichtung vor, den gemeinsamen europäischen Markt zu schaffen.[12] Wir sind im Januar 1962 Verpflichtungen eingegangen; wir haben am 9. Mai 1963 Termine gesetzt: Jetzt handelt es sich darum, diese Dinge in die Tat umzusetzen. Diese ganz klare Schlußfolgerung muß das Fazit der heutigen Sitzung sein.

Der Herr *Bundeskanzler* teilt die Auffassung, daß beide Regierungen hinsichtlich der Entwicklung im Gemeinsamen Markt zu einer gemeinsamen Ansicht gelangen müssen. Dies ergibt sich eigentlich schon von selbst. Frankreich und Deutschland sind die großen Getreideproduzenten in der Gemeinschaft. Beide haben Schwierigkeiten. Gestern abend hat der Präsident des Bauernverbandes[13] ihm gesagt, die Forderungen des Verbandes würden heute früh dem Bundeskanzler vorliegen. Sie sind bisher nicht eingegangen, und es hat den Anschein, daß der Bauernverband mit der Bekanntgabe warten will, bis die deutsch-französischen Beratungen abgeschlossen sind. Die Schwierigkeit für die Bundesregierung liegt deshalb darin, daß wir nicht wissen, welches die Forderungen der Bauern sind. Die Bundesregierung ist aber mit der französischen Regierung darin einig, daß man zu einer gemeinsamen Auffassung gelangen muß. Dies liegt, wie schon gesagt, in der Natur der Sache, aber auch im Sinne unseres Vertrages. Eine kleine Korrektur zu den Darlegungen des französischen Staatspräsidenten ist angezeigt: Diese Frage ist nicht *der* Test, sondern *einer* der Teste für den deutsch-französischen Vertrag[14]. Denn dieser Vertrag soll sich ja nicht in der Regelung der Agrarfragen erschöpfen, sondern eine viel weitere Bedeutung haben.

Staatspräsident *de Gaulle* erinnert daran, daß Bundesminister Dr. Schröder am Vortage noch den Wunsch geäußert hat, über die bevorstehenden Verhandlungen mit den USA im Rahmen des GATT zu sprechen, dann könnte vielleicht noch Finanzminister Giscard d'Estaing etwas sagen.

Bundesminister *Dr. Schröder* weist darauf hin, daß noch zwei Probleme nach deutscher Auffassung behandelt werden sollten: die Kontakte mit Großbritannien[15], über die er selbst etwas sagen will, und die Verhandlungen im Rahmen des GATT[16], zu denen Bundesminister Prof. Erhard sprechen will.

Staatspräsident *de Gaulle* regt an, zunächst die Frage der Verhandlungen mit den USA zu erörtern.

Bundesminister Prof. *Erhard* weist darauf hin, daß bei der GATT-Konferenz in Genf eine neue Seite in wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA aufgeschlagen worden sei. Bei diesen Verhandlungen hat sich die Zusammenarbeit

[12] Dieses Ziel war in Artikel 2 und 3 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 festgelegt. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 772–774.

[13] Edmund Rehwinkel.

[14] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[15] Zur Frage regelmäßiger Kontakte zwischen den Mitgliedstaaten der EWG und Großbritannien vgl. Dok. 164, Anm. 4.

[16] Zur Ministerkonferenz der GATT-Vertragsparteien vom 16. bis 21. Mai 1963 in Genf vgl. Dok. 164, Anm. 5.

zwischen Deutschland und Frankreich schon bewährt. Die hier gefundenen Grundsätze sollten auch für die Zukunft die Basis für die deutsch-französische Haltung bleiben. Die amerikanische Vorstellung ging dahin, eine lineare Zollsenkung durchzuführen. Europa hat seinerseits ein Interesse daran, die vorhandenen Disparitäten aufzulösen[17]. Es dürfte keine Schwierigkeiten geben, wenn sich Deutschland und Frankreich einig sind. Wir müssen auch auf dem agrarpolitischen Sektor eine gemeinsame Linie finden. Auch hier haben die USA Wünsche hinsichtlich des Getreidepreises. Innerhalb des Gemeinsamen Marktes sind wesentliche Änderungen auch auf agrarpolitischem Gebiet bereits vollzogen worden. Dies hat natürlich zu gewissen Strukturveränderungen geführt, die für Drittländer schmerzhaft sind; namentlich Dänemark und Schweden haben Sorgen wegen der Verminderung ihrer Exporte nach Deutschland, und dies hat ein Sinken der deutschen Exportchancen in diese Länder zur Folge. Gegenüber der 100%igen Erhöhung des innergemeinschaftlichen Handels ist der Handel mit den EFTA-Ländern nur um 50% gestiegen, der Handel mit anderen Ländern nur um 20%–25%, und mit einigen stagniert er völlig. Die Bundesregierung muß deshalb um Verständnis bitten, wo sie dies in Rechnung stellt. Deutschland hat zum Teil die Zölle gegenüber Drittländern erhöhen müssen, und zwar als Konsequenz der autonomen Zollsenkung aus den Jahren 1955/56[18]. Hochentwickelte Industrieländer müssen eigentlich einen möglichst niedrigen Zoll haben, dagegen hat Deutschland die Zölle nach außen zum Teil erhöhen müssen.

Die Agrarpolitik ist gewiß ein wesentliches Element des Gemeinsamen Marktes, aber nur eines neben anderen. Eine wichtige Rolle spielen auch die Behandlung des freien Handelsaustauschs durch unterschiedliche Steuersysteme, wie beispielsweise im grenzüberschreitenden Verkehr und bei den direkten und indirekten Steuern, unterschiedliche monetäre Prinzipien usw. Wirtschaftliches Wachstum und Stabilität sind auch für die Gemeinschaften und die wirtschaftliche Entwicklung von verschiedener Bedeutung. Der Minister hofft hierüber mit Minister Giscard d'Estaing sprechen zu können.

Alle sind sich darüber klar, daß gegenwärtig die Zeit noch nicht reif ist, über die Fortentwicklung des politischen Europa zu sprechen. Aber ohne eine politische Gewalt, die über den nationalen Bereich hinausgeht, kann auch der Gemeinsame Markt nicht bestehen. Eine solche politische Gewalt kann nicht durch den Ministerrat der EWG ersetzt werden. Wir können nicht durch ein einfaches Laufenlassen des Gemeinsamen Marktes zu einer politischen Regelung zu kommen hoffen, vielmehr besteht die Gefahr, daß eine wirtschaftliche Entwicklung eintritt, der wir politisch nicht gewachsen sind. Deshalb müssen die Probleme des politischen Zusammenschlusses Europas auch in Kürze gelöst werden.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmt zu, daß ein vollkommener Gemeinsamer Markt nicht ohne eine politische Union möglich erscheint. Ein neuer Versuch, diese politische Union zu verwirklichen, kann aber gegenwärtig nicht unter-

[17] Zu den in Genf vorgetragenen Zollsenkungsmodellen vgl. Dok. 83, Anm. 9, sowie Dok. 206, Anm. 37.

[18] Zur Zollsenkung vom 10. Dezember 1955, die aus konjunkturpolitischen Gründen vom Bundestag beschlossen wurde, vgl. BULLETIN 1955, S. 1986 f.

nommen werden. Ein zweiter Mißerfolg bei diesen Bemühungen[19] wäre außerordentlich schädlich. Es ist immer so, daß ein zweiter Mißerfolg einen dritten Versuch kaum mehr erlaubt. Damit würde das ganze Bemühen möglicherweise endgültig scheitern. Wir müssen einen günstigen Zeitpunkt abwarten und inzwischen, so gut und so schlecht es geht, unter den gegebenen Verhältnissen weiterarbeiten. Darin liegt gerade ein besonderer Wert des deutsch-französischen Vertrages, daß er es erlaubt, den Gemeinsamen Markt durch die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich weiterzuentwikkeln. Dies wird nicht so gut gehen, wie wenn wir eine politische Union hätten, aber doch wesentlich besser, als wenn wir den deutsch-französischen Vertrag nicht geschlossen hätten.

Staatspräsident *de Gaulle* ist mit den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Vizekanzlers über die politische Union vollkommen einverstanden. Auch er hält sie auf die Dauer für notwendig. Anders wird die Weiterentwicklung des Gemeinsamen Marktes letztlich nicht möglich sein. Gegenwärtig aber sind die Aussichten für einen neuen Versuch, die politische Union zu verwirklichen, gering. Dies ist zu bedauern, aber eine Tatsache, die man hinnehmen muß. Ein günstiger Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Bemühungen um die politische Union muß abgewartet werden; und wenn sich unsere Zusammenarbeit gerade auf dem wirtschaftlichen Gebiet bewährt, so kann sie ein stärkeres Anziehungsmoment auch für den politischen Zusammenschluß Europas darstellen.

Finanzminister *Giscard d' Estaing* teilt die Auffassung, daß sich die deutsch-französische Zusammenarbeit gerade auch bei den GATT-Verhandlungen sehr nützlich bewähren kann. Die bei Beginn der Genfer Konferenz erzielte Einigung sollte auch für die kommenden langdauernden Verhandlungen aufrechterhalten bleiben. Zwei Grundsätze sollten hierbei gelten:
1) Zollsenkungen überall in der Welt und der Abbau der Handelshemmnisse tariflichen oder nichttariflichen Charakters sind zu begrüßen.
2) In Verhandlungen solch weiten Umfangs sollte am Ende die Gleichheit – auch der Wirtschaftseinheiten – stehen, so daß eine Vergleichbarkeit unter ihnen möglich ist.

Der Frage der Tarife und des Abbaus der Handelshemmnisse sind die Arbeiten einer bereits bestehenden Arbeitsgruppe gewidmet. Hinsichtlich der strukturellen Fragen sind Unterschiede in der Struktur der Zolltarife der EWG und einiger anderer Staaten einerseits und Großbritanniens und der USA andererseits festzustellen. Hier müßten die Disparitäten zurückgeführt werden. Dabei sind zwei Grundsätze zu beachten:
Einmal ist für diese Unterschiede das Merkmal der „wesentlichen Disparitäten" einzuführen, die beseitigt werden müßten, auch wenn sie sich auf Produkte beziehen, bei denen derzeit ein Warenaustausch überhaupt nicht stattfindet. Zum anderen dürfen die Disparitäten nicht von Fall zu Fall zugeführt werden, sondern es muß eine automatische Regel Platz schaffen, wie diese übrigens auch von Bundesminister Prof. Erhard vorgeschlagen worden

[19] Zum Scheitern der Pläne für eine europäische politische Union im Sommer 1962 vgl. Dok. 136.

ist.[20] Hierzu sind aus der Arbeitsgruppe gewisse Hinweise dafür gekommen, daß die Gesprächspartner diesem Prinzip nicht sehr positiv gegenüberstehen. Umso wichtiger erscheint es, daß die deutsch-französische Anfangseinigung weiter aufrechterhalten bleibt.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Zahl der von den Verhandlungen erfaßten Länder. Es muß angestrebt werden, alle industriellen Länder zu erfassen, anderenfalls würden Zollkonzessionen ohne die notwendige Gegenleistung gewährt werden. Es ist auch eine Rücksichtnahme auf die Entwicklungsländer erforderlich, damit bei diesen nicht der Eindruck entsteht, wir organisierten einen für die großen Wirtschaftseinheiten reservierten Markt, woraus für die Entwicklungsländer Schwierigkeiten entstehen würden. Der Kreis der Verhandlungspartner muß deshalb nicht beschränkt, sondern so weit wie möglich ausgedehnt werden.

Endlich drängen die landwirtschaftlichen Themen im Rahmen der GATT-Verhandlungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einen kennbar bemessenen Zeitraum für die Einigung über die gemeinsame Agrarpolitik der Gemeinschaft auf. Da dies zuerst abgeschlossen sein muß, ist es unumgänglich, den für sie festgesetzten Zeitplan auch wirklich einzuhalten.

Bundesminister Prof. *Erhard* glaubt, daß hinsichtlich der Agrarfragen bei den GATT-Verhandlungen Schwierigkeiten zu erwarten sind. Unter dem Ansturm namentlich von Kanada, Neuseeland und Australien ist unser schönes Gebäude praktisch schon zusammengebrochen. Es ist auch an die afrikanischen Staaten zu denken. Wenn wir einem von ihnen Präferenzen einräumen, wünschen alle anderen Länder mit tropischen oder subtropischen Produkten dasselbe, und wir sind dann genötigt, Trostpreise zu verteilen.

Nochmals ist zu betonen, daß das wirtschaftliche Problem des Gemeinsamen Marktes nicht zu lösen ist. Eine politische Regelung ist auf die Dauer unumgänglich. Dieses Anliegen muß, wenn es sich jetzt nicht verwirklichen läßt, als Merkposten im Auge behalten werden. Ein Staat kann kraft seiner Souveränität eine autonome Außenhandelspolitik treiben. Was dagegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft tut, wird den Mitgliedsländern nicht in demselben Maße abgenommen wie die Entscheidung eines souveränen Staates. Vielmehr werden die Nichtmitgliedstaaten den Standpunkt vertreten, es handle sich hier um einen Klub, dessen Mitglieder sich gegenseitig Vorteile einräumen, was die übrigen Länder nicht einfach hinnehmen können. Dies bedeutet der Zwang zu einer politischen Ergänzung der EWG.

Staatspräsident *de Gaulle* beglückwünscht Bundesminister Prof. Erhard zu seiner Hartnäckigkeit, an dem Erfordernis einer politischen Regelung festzuhalten. Die weitreichenden Folgen der Verhandlungen mit den USA im Rahmen des GATT müssen sorgfältig bedacht werden. Ein Chor von Interessentenstimmen mischt sich in das Tarifkonzert ein. Ein gutes Omen ist der bei den Genfer Verhandlungen erzielte gemeinsame Standpunkt.[21] Die Bewährungsprobe wird aber erst bei den Verhandlungen im kommenden Frühjahr zu bestehen sein. Davor ist es unumgänglich, die Marktordnungen innerhalb

[20] Vgl. dazu Dok. 206, Anm. 37.

[21] Zu dem in Genf erzielten Kompromiß vgl. Dok. 206, Anm. 37.

der EWG abzuschließen, und es ist auch nicht unwesentlich, die einmal erreichte gemeinsame Haltung auch im Laufe der weiteren GATT-Verhandlungen aufrechtzuerhalten.

Bundesminister *Dr. Schröder* wendet sich dem Thema der Kontakte mit Großbritannien zu. Die Ausgangslage für die Überlegungen hierzu ist folgende: Die Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG sind am 29. Januar d.J. einstweilen gescheitert.[22] Niemand ist der Meinung, daß sie in absehbarer Zeit etwa wieder neu beginnen können. Dies hängt auch von den britischen Wahlen[23] und deren Ausgang ab. Wir brauchen aber andererseits gewisse Kontakte mit Großbritannien, einmal weil England ein bedeutendes Nachbarland ist, weil es ein wichtiges NATO-Mitglied ist und weil es die führende Rolle unter den EFTA-Ländern einnimmt. Deshalb sind nicht nur bilaterale, sondern auch gemeinsame Kontakte mit Großbritannien einfach notwendig. Nach deutscher Auffassung soll eine möglichst einfache, praktische, unauffällige und keine institutionelle Lösung gefunden werden. Die Bundesregierung möchte nicht eine neue Konferenz mit einem komplizierten Apparat vorschlagen. Das praktischste Verfahren besteht vielmehr darin, an den Ausschuß der Ständigen Vertreter in Brüssel anzuknüpfen. Hier sind die Persönlichkeiten, die sich tagaus tagein mit den Problemen befassen. Auch Großbritannien hat in Brüssel einen Ständigen Vertreter. So könnte ohne eine neue Institution auf unauffälligste, diskreteste, natürlichste und praktischste Weise ein Gedanken-, Meinungs- und Informationsaustausch erfolgen, nicht in einer organisierten, sondern in einer losen Form ohne neue Einrichtungen. Wir möchten das Problem damit auch weitgehend der öffentlichen Diskussion entziehen und können dann getrost abwarten, wenn sich eines Tages neue Perspektiven für eine andere Lösung des Verhältnisses zu Großbritannien stellen. Bei dem deutschen Vorschlag handelt es sich also nicht um irgendeine Art von Konsultation, nicht um eine Einmischung in unsere Angelegenheiten, sondern darum, die Probleme des EWG-Bereiches und des EFTA-Bereiches in einer losen Form zu diskutieren.

Außenminister *Couve de Murville* erinnert daran, daß diese Frage schon in Brüssel erörtert worden ist.[24] Er hat den Eindruck, daß man sich von Anfang an deshalb an dieser Frage gestoßen hat, weil man nicht darüber einig sei, was man erreichen will. Was soll der Inhalt der Kontakte sein? Es gibt eine negative Abgrenzung:

Wir wissen, daß es nicht darum gehen soll, die Verhandlungen mit Großbritannien wieder aufzunehmen. Wir wissen ferner, daß Großbritannien sich nicht in die Angelegenheiten der Gemeinschaften soll einmischen können. Wir wissen weiter, daß Großbritannien keine Informationen braucht. England erfährt wie alle anderen Länder sehr genau, was in Brüssel vor sich geht, und soweit es noch Informationen braucht, kann es sich einfach an die Kommission wenden, um diese zu erhalten. Was ist nach diesen negativen Abgrenzungen das Ziel der vorgeschlagenen Kontakte mit Großbritannien? Wenn wir

[22] Vgl. dazu Dok. 60.

[23] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

[24] Vgl. dazu Dok. 164, Anm. 4.

keine Verhandlungen, keine Konsultationen und auch keine Informationen beabsichtigen, kann das Ziel nur ein einziges sein, nämlich ein politisches und psychologisches. Es kommt darauf an, zu dokumentieren, daß es keinen Bruch gibt, sondern daß die Gemeinschaftsländer weiter freundschaftlich mit Großbritannien in Kontakt bleiben.

Ist diese Analyse exakt, dann kann die Lösung nicht in Gesprächen zwischen den Ständigen Vertretern und dem britischen Vertreter in Brüssel bestehen, denn bei diesen würde es sich gewissermaßen um Kontakte einer Richtung handeln. Die Ständigen Vertreter in Brüssel sind Spezialisten des Gemeinsamen Marktes, dasselbe gilt für den britischen Vertreter bei der EWG, der nicht für Fragen der EFTA, sondern gerade für Fragen der EWG spezialisiert ist. Ein Gespräch zwischen diesen Persönlichkeiten würde sehr schnell zu einer Konsultation über Probleme der EWG führen, und vor jeder Lösung eines Problems der Gemeinschaften würde man mit Großbritannien sprechen, schließlich möglicherweise seine Zustimmung einholen, und was niemand beabsichtigt hat, würde dann das naturnotwendige Ergebnis dieser Kontakte sein.

Vielleicht sollte man zu einer anderen Institution Zuflucht nehmen, die schon existiert und die sich als Rahmen für die Kontakte anbietet, nämlich die WEU. Dies ist ja schon nach dem Abbruch der Verhandlungen am 29. Januar 1963 einmal angeschnitten worden.[25] Diese Kontakte würden sich freilich nicht auf wirtschaftliche Fragen beschränken, sondern könnten über alle Probleme politischer und wirtschaftlicher Natur geführt werden.

Bundesminister *Dr. Schröder* teilt nicht die Besorgnis, daß Kontakte zwischen den Ständigen Vertretern und dem britischen Vertreter bei der EWG zu den oben geschilderten Konsequenzen führen müssen. Schließlich haben es die sechs Mitgliedstaaten der Gemeinschaft ganz in der Hand, wie sie sich verhalten wollen, zumal es sich um lose Kontakte handelt, die nicht irgendwie institutionalisiert sind. Was ist der Zweck der Gespräche? Außenminister Couve de Murville hat ganz zutreffend auf das politisch-psychologische Moment hingewiesen, das bei ihnen im Vordergrund steht. Theoretisch könnte die WEU als ein bereits vorhandenes Gremium sicherlich für die Kontakte in Betracht kommen. Aber dieser Gedanke begegnet doch gewissen Bedenken: Es ist ja bereits versucht worden, regelmäßige Treffen des Ministerrats zustande zu bringen. Diese scheiterten immer an sehr komplizierten Auseinandersetzungen über die Tagesordnung, und nichts ist erfahrungsgemäß schwieriger, als eine Tagesordnung zu bestimmen. Wenn man dem Gedanken der Gespräche im Rahmen der WEU nähertreten will, dann muß man sich über diese Problematik klar sein. Man müßte also von vornherein festlegen, daß die Zusammenkünfte in regelmäßigen Zeitabständen erfolgen und daß bei jeder Tagung als fester Tagesordnungspunkt eine Aussprache über die Entwicklung in der EWG und in der EFTA von vornherein bestimmt ist. Es gibt aber noch ein weiteres Bedenken: Diese Zusammenkünfte des WEU-Ministerrats erregen in viel höherem Maße die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit als die Kontakte unter

[25] Vgl. dazu Dok. 118, besonders Anm. 3 und Anm. 4.

den Ständigen Vertretern in Brüssel, und dies wäre der gewünschten geräuschlosen Erörterung der Probleme eher abträglich.

Der Herr *Bundeskanzler* versteht offen gesagt nicht recht die Bedeutung dieser Frage. Großbritannien hat schließlich einen Vertreter bei der Kommission. Dies müßte eigentlich genügen.

Bundesminister Prof. *Erhard* versteht nicht den entschiedenen französischen Widerstand gegen den Gedanken der Kontakte. Großbritannien hat die Rolle der stellvertretenden Macht für die gesamte angelsächsische Welt. Auch in agrarpolitischen Fragen ist eine Aussprache mit Großbritannien von Nutzen. Wenn sie gemeinsam geführt würde, würden die Akzente anders gesetzt werden, als wenn jeder allein mit Großbritannien spricht. Auch im Interesse der Gemeinschaft erscheint es als eine gute Sache, die Tür offen zu lassen und im Gespräch zu bleiben. Da die EWG-Kommission kein europäisches Überministerium ist, bietet sich der Ausschuß der Ständigen Vertreter als das geeignete Gremium an, um diese Gespräche zu führen.

Staatspräsident *de Gaulle* gibt seiner Bewunderung für die Hartnäckigkeit Bundesminister Erhards Ausdruck. Immerhin erscheint es ihm als ein gewisser Widerspruch, wenn er einerseits eine politische Organisation Europas wünscht, andererseits aber Großbritannien einbeziehen will. Es mag sein, daß Großbritannien mit sich noch ins Reine kommt, bis dahin ist es aber ein Gebot der Klugheit abzuwarten.

Da andererseits der Wunsch auf eine gewisse Rücksichtnahme auf Großbritannien besteht, sind keine Bedenken dagegen zu erheben, daß die schon bestehenden Kontakte zwischen dem britischen Vertreter und der EWG-Kommission erhalten, weiterentwickelt und ausgebaut werden. Dies kann sehr nützlich sein. Vielleicht sollte man aber auch die Kontakte innerhalb der WEU nicht so einfach und so leicht von der Hand weisen. Letzten Endes ist die WEU für den Zweck politischer Kontakte geschaffen worden, und das Mindeste, was wir tun können, ist, diesen Gedanken auszusprechen.

Bundesminister Prof. *Erhard* glaubt, daß die Frage heute nicht weiter vertieft werden kann. Sie muß auch noch mit den vier anderen Partnern der Gemeinschaft weiter beraten werden.[26] Ein gewisser Widerspruch liegt doch wohl darin, daß von französischer Seite die Kommission nach vorn geschoben werden soll, während andererseits die französische Regierung an der Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität festzuhalten wünscht. Wenn Staatspräsident de Gaulle von seiner Hartnäckigkeit gesprochen hat, so möchte Bundesminister Prof. Erhard wünschen, daß dies keine Kritik, sondern ein Lob sein sollte.

Ministerpräsident *Pompidou* regt als weiteren Gegenstand für die deutsch-französische Zusammenarbeit eine engere Koordinierung des Verhältnisses zu den Entwicklungsländern an. Bisher ist auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu oft unabhängig und isoliert gearbeitet worden. Besonders aber in den traditionell mit Europa verbundenen Entwicklungsländern könnte die Entwicklungshilfe durch eine vorherige Koordinierung nur gewinnen.

[26] Zur Einrichtung regelmäßiger Kontakte zwischen den Mitgliedstaaten der EWG und Großbritannien im Rahmen der WEU vgl. weiter Dok. 230.

Der Herr *Bundeskanzler* hält diese Anregung für begrüßenswert und erklärt, daß auch Bundesminister Scheel vollkommen die Auffassung teilt, daß eine Koordinierung in der Entwicklungshilfe von Nutzen sei. Die Herren Scheel und Triboulet sollen sich hierüber verständigen.[27] Der Herr Bundeskanzler schlägt vor, nunmehr das gemeinsame Kommuniqué abzufassen. Der hierzu vorbereitete Entwurf wird im einzelnen von den beiden Delegationen geprüft und abschließend fertiggestellt.[28]

Die Sitzung wird gegen 13.00 Uhr geschlossen.

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 137

220

Bundeskanzler Adenauer an Präsident Kennedy

MB 1710/63 geheim **8. Juli 1963**[1]

Lieber Herr Präsident!

Herzlich danke ich Ihnen für Ihren Brief vom 4. Juli[2] und das Vertrauen, das Sie mir darin zeigen.

Aus Ihrem Besuch in der Bundesrepublik und in Westberlin, aus den Gesprächen mit Ihnen[3] habe ich – wie ich glaube – nützliche Impulse für unsere Politik gewonnen. Ich bin Ihnen besonders dankbar für Ihre Erklärung, daß Sie mit mir persönliche Fühlung nehmen werden, wenn es irgendeine neue Entwicklung gibt.

Meine Schritte zu einer Fühlungnahme, von der ich Ihnen [gegenüber] sprach[4], habe ich augenblicklich gestoppt, weil ich zunächst den Ausgang der

[27] Für das Protokoll der ersten deutsch-französischen Besprechung am 22. Juli 1963 in Paris über die Zusammenarbeit im Bereich der Entwicklungshilfe vgl. Referat III B 1, Bd. 298.

[28] Für das Kommuniqué vgl. BULLETIN 1963, S. 1045 f.
Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 4./5. Juli 1963 vgl. auch den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vom 5. Juli 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 141; B 150, Aktenkopien 1963.

[1] Durchdruck.
Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.
Das Schreiben wurde am 8. Juli 1963 als Drahterlaß an die Botschaft in Washington übermittelt und vom Gesandten von Lilienfeld am 8. Juli 1963 dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Bundy, übergeben. Vgl. dazu Ministerbüro, VS-Bd. 8475.

[2] Für den Wortlaut des Schreibens vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419.

[3] Zu den Gesprächen vom 24. Juni 1963 vgl. Dok. 206 und Dok. 208.

[4] Bundeskanzler Adenauer berichtete Präsident Kennedy von den sowjetischen Versuchen, über Botschafter a. D. Kroll Gespräche über eine Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik aufzunehmen. Vgl. Dok. 206.

Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Rotchina[5] abzuwarten für richtig halte. Ich werde mir erlauben, Sie weiter zu informieren, sobald sich etwas ereignet.

Inzwischen war Herr Staatspräsident de Gaulle hier. Die Gespräche mit ihm – sowohl die Gespräche unter vier Augen[6] als auch die Gespräche im größeren Kreise[7] – verliefen gut. Sowohl die New York Times als auch BBC-London und antigaullistische Zeitungen in Paris geben unrichtige Nachrichten heraus.[8] Ich habe mit Herrn Staatspräsident de Gaulle unter vier Augen sehr ernst über die Gemeinsamkeit der Interessen aller Bündnispartner gegenüber der Sowjetunion gesprochen und ihm gesagt, daß ich bei allem, was ich tue, immer die Frage stelle: Wird dadurch die Hoffnung in Moskau, daß der Westen sich spaltet, gestärkt oder nicht. Ich glaube, daß Herr Staatspräsident de Gaulle für jeden Bündnispartner eine solche Fragestellung für richtig hält. Ich habe nicht den Eindruck gewonnen, daß er gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika irgendeine Voreingenommenheit hat.

Mit aufrichtigen Grüßen

Ihr ergebener
[gez.] K. Adenauer

Abteilung II (II 6), VS-Bd. 207

[5] Vom 5. bis 20. Juli 1963 fanden in Moskau sowjetisch-chinesische Verhandlungen über ideologische Streitfragen statt.

[6] Vgl. Dok. 216.

[7] Vgl. Dok. 218 und Dok. 219.

[8] Vgl. dazu den Artikel: De Gaulle – Adenauer Talks Fail to Resolve Big Issues; THE NEW YORK TIMES, Nr. 38514 vom 6. Juli 1963, S. 1 und S. 3.

221

Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk

MB 1690/63 geheim **8. Juli 1963**[1]

Lieber Dean,

ich danke Ihnen sehr für die beiden Schreiben vom 1. Juli und 4. Juli 1963[2].

Was Sie über den Gang Ihrer Besprechungen in Großbritannien zur Frage der multilateralen Streitmacht schreiben, überrascht mich nicht. Wir sollten in dieser Frage die weitere Entwicklung in England abwarten[3] und die Zwischenzeit zur Untersuchung der zahlreichen noch offenen Fragen nutzen. An unserer positiven Haltung ändert sich nichts.[4]

Die Rede Chruschtschows über den Versuchsstopp[5] haben wir[6] analysiert. Bisher ist nicht klar, ob der sowjetische Standpunkt[7] den Teststopp nur in Verbindung mit einem Nichtangriffspakt zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt vorsieht[8].

In der Frage eines Nichtangriffspakts[9] kennen Sie unseren Standpunkt.[10] Er darf nicht die Wirkung einer weiteren Verfestigung des Status quo einschließlich der Teilung Deutschlands und Berlins haben; deswegen sollte irgendein[11] Arrangement dieser Art[12] unserer Meinung nach nur in Verbindung mit Maßnahmen ins Auge gefaßt werden, die zu einer Verbesserung der deutschen

[1] Entwurf als Konzept.
Das Schreiben wurde am 8. Juli 1963 als Drahterlaß an den Gesandten von Lilienfeld, Washington, übermittelt, der es am gleichen Tag im amerikanischen Außenministerium übergab.
Für das Antwortschreiben des amerikanischen Außenministers Rusk vom 15. Juli 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8476.

[2] An dieser Stelle wurde von Bundesminister Schröder gestrichen: „die Sie mir durch die amerikanische Botschaft in Bonn haben übermitteln lassen".
Für den Wortlaut der beiden Schreiben vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8476.

[3] Der Passus „Wir sollten ... abwarten" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „Wir werden in dieser Frage die weitere Entwicklung einfach abwarten müssen."

[4] Der Passus „und die Zwischenzeit ... ändert sich nichts" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[5] Vgl. dazu Dok. 215.

[6] An dieser Stelle wurde von Bundesminister Schröder gestrichen: „sorgfältig".

[7] An dieser Stelle wurde von Bundesminister Schröder gestrichen: „dahin geht, daß der".

[8] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „zustande kommen könne".

[9] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Nichtangriffsarrangement".

[10] Zum Standpunkt der Bundesrepublik zu einem Nichtangriffsabkommen vgl. Dok. 215.

[11] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ein solches".

[12] Die Wörter „dieser Art" wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

und[13] der Berliner Situation führen und damit die wirklichen Ursachen für die bestehenden Spannungen abbauen. Daß eine genaue Erforschung des sowjetischen Standpunkts in den bevorstehenden Gesprächen[14] nützlich ist, möchte auch ich glauben.

Der Besuch von Präsident de Gaulle in Bonn[15] und die hier geführten Gespräche haben einige[16] Fortschritte erbracht, die wir, glaube ich, alle begrüßen können. Ein deutsch-französisches Jugendwerk[17], das die Begegnung[18] Jugendlicher fördern[19] soll, wurde gegründet. Die beiden Verteidigungsminister[20] haben die gemeinsame Entwicklung eines Senkrechtstarters vereinbart[21].

Wir haben[22] Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, daß die Franzosen ihre Atlantikflotte aus der bisherigen Zuweisung an die NATO zurückgezogen haben[23]; de Gaulle erklärte, daß er in Zukunft solche Fragen mit uns diskutieren würde. Er bestätigte erneut die[24] Bedeutung des atlantischen Bündnisses, wiederholte aber seine Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Organisation, ohne jedoch zu sagen, was seiner Meinung nach geändert werden sollte.

In der Frage der Kontakte der EWG[25] mit Großbritannien sind wir nicht einig geworden[26]. Wir werden darüber in Brüssel am 11. Juli 1963 weitersprechen.[27] Im übrigen hat man sich geeinigt[28], daß[29] ein Gutachten über die mit dem Ge-

13 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „speziell".

14 Am 15. Juli 1963 begannen in Moskau Gespräche zwischen Vertretern der USA, der UdSSR und Großbritanniens über ein Teststopp-Abkommen. Vgl. dazu weiter Dok. 228.

15 Zum Besuch vom 4./5. Juli 1963 vgl. Dok. 216–219.

16 Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „in einer Reihe von Punkten".

17 Zum Deutsch-Französischen Jugendwerk vgl. Dok. 218, Anm. 2.

18 Die Wörter „die Begegnung" wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „den Austausch".

19 Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „erleichtern".

20 Kai-Uwe von Hassel und Pierre Messmer.

21 Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ins Auge gefaßt".
Zur Entwicklung der Mirage IV vgl. Dok. 218.
Vgl. dazu auch das Gespräch des Bundesministers von Hassel mit dem französischen Verteidigungsminister Messmer am 4. Juli 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.

22 Die Wörter „Wir haben" wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Im Bereich der nordatlantischen Fragen haben wir unsere". Das sich anschließende Wort „große" wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen.

23 Vgl. dazu Dok. 216.

24 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „große".

25 Die Wörter „der EWG" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

26 Die Wörter „einig geworden" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „vorangekommen".
Vgl. dazu Dok. 219.

27 Zur Einrichtung regelmäßiger Kontakte zwischen den Mitgliedstaaten der EWG und Großbritannien im Rahmen der WEU vgl. weiter Dok. 230.

28 Der Passus „Im übrigen ... geeinigt" wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „In den sehr schwierigen Agrarproblemen ist nur insofern ein Fortschritt erzielt worden, als man sich geeinigt hat".

29 An dieser Stelle wurde von Bundesminister Schröder gestrichen: „zunächst".

treidepreis zusammenhängenden Fragen eingeholt werden soll. An dem in Brüssel am 9. Mai vereinbarten Junktim zwischen der Verabschiedung weiterer Agrarverordnungen und der Vorbereitung der gemeinsamen Linie der Sechs in der Kennedy-Runde haben wir festgehalten.[30]

Auch wir denken gerne[31] an den unvergeßlichen Besuch des Präsidenten in Deutschland[32] zurück.[33]

Mit meinen besten Grüßen bin ich

[Ihr] Schröder[34]

Ministerbüro, VS-Bd. 8476

222

Runderlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1178/63 geheim **9. Juli 1963**
Fernschreiben Nr. 2248 Plurex **Aufgabe: 10. Juli 1963, 10.20 Uhr**

Betr.: Cattani-Besuch in Bonn

I. Der Generalsekretär im italienischen Außenministerium, Cattani, hielt sich am 8. und 9. Juli 1963 auf meine Einladung in Bonn auf. Staatssekretär Lahr und ich hatten ausführliche Gespräche mit ihm. Er wurde vom Bundespräsidenten, Bundeskanzler und Außenminister empfangen.

Der Besuch hat seinen Zweck einer engeren Kontaktnahme mit Italien voll erfüllt und ist ein Glied in der Kette unserer systematischen Versuche, die Bindungen zwischen Italien und uns wieder enger zu knüpfen. Dazu gehören auch die Gespräche des Ministers anläßlich seines Rom-Besuches[1] und der für Ende dieses Monats bevorstehende Besuch von Staatspräsident Segni[2].

30 Dieser Satz wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

31 Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „weiter".

32 Vgl. dazu Dok. 206–208.

33 An dieser Stelle wurde von Bundesminister Schröder gestrichen: „Er bildete eines der großen Ereignisse, an das sich alle, die es miterlebt haben, immer erinnern werden."

34 Paraphe vom 8. Juli 1963.

1 Bundesminister Schröder hielt sich am 30. Juni 1963 anläßlich der Krönung von Papst Paul VI. in Rom auf. Er traf zu Gesprächen mit Staatspräsident Segni und dem italienischen Außenminister Piccioni zusammen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 153.

2 Zum Besuch vom 31. Juli bis 3. August 1963 vgl. Dok. 261.

II. Nur zur eigenen Unterrichtung der Missionen[3]

Im einzelnen wurde folgendes erörtert:

1) MLF

Die Italiener sind nach wie vor durchaus positiv.[4] Sie sehen die MLF als das allein bedeutungsvolle Projekt an. Die multinationale Streitmacht bedeutet in ihren Augen lediglich eine organisatorische Umstellung vorhandener Kräfte. Italiener wollen sich an jeder Art von weiteren Diskussionen des Projektes beteiligen und sehen dem Besuch amerikanischer Experten in Rom entgegen.

Sie haben anläßlich des Kennedy-Besuchs in Rom[5] den Amerikanern vorgeschlagen, in den Vertrag eine Klausel aufzunehmen, die die Möglichkeit der Bildung einer europäischen Nuklearstreitmacht offenläßt, sobald sich Europa zu einer politischen Einheit zusammengeschlossen hat.[6]

Für mich war die italienische Haltung überraschend positiv. Dem zuletzt geäußerten Gedanken habe ich zugestimmt.

2) Nichtangriffsarrangement NATO–Warschauer Pakt[7]

Ich habe unseren Standpunkt erläutert, daß ein solches Arrangement nur pari passu den Schritten zur Beseitigung der Ursachen der Spannungen in Europa, d. h. zur Lösung des Deutschland- und Berlin-Problems, ins Auge gefaßt werden dürfe, andernfalls gäbe man den Russen etwas, ohne eine Gegenleistung zu erhalten.

Cattani stimmte mir[8] zu, doch war aus der sehr vorsichtigen Form seiner Äußerungen und aus Bemerkungen des hiesigen italienischen Botschafters[9] zu entnehmen, daß die italienische Regierung sehr behutsam prozedieren muß, da der sowjetische Vorschlag in den Augen eines großen Teiles der italienischen Öffentlichkeit (und durchaus nicht nur dieser) prima facie attraktiv sein dürfte.

3) Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften[10]

Italiener sind eindeutig dafür und wollen die Sache vorantreiben, ebenso wir.

4) Stärkung der Stellung des Europäischen Parlaments

Gleiche Situation wie bei der Fusion. Gegen direkte Wahlen in das Europäische Parlament haben die Italiener Bedenken (Problem der Kommunisten im Europäischen Parlament).

[3] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[4] Am 3. Juli 1963 berichtete Botschafter Klaiber, Rom, daß Italien grundsätzlich zur Mitwirkung an einer MLF bereit sei, daß jedoch die „gegenwärtige Übergangsregierung Leone keine konkreten Zusagen machen könne und daß Italien es vorzöge, zunächst britische Entscheidung zur MLF abzuwarten". Vgl. Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 1347; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Präsident Kennedy hielt sich am 1./2. Juli 1963 in Italien auf.

[6] Zur Europäisierungsklausel vgl. weiter Dok. 414.

[7] Zum Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 2. Juli 1963 vgl. Dok. 215.

[8] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „global".

[9] Gastone Guidotti.

[10] Zur Fusion der Exekutiven vgl. auch Dok. 44, Anm. 12; weiter Dok. 395, Anm. 31.

5) Getreidepreis in der EWG

Italiener unterstützen den deutsch-französischen Gedanken, daß ein Gutachten über die Ursachen der derzeitigen Diskrepanzen und die voraussichtlichen Folgen einer Annäherung der Preise erstellt werden soll.[11] Sie ließen keinen Zweifel, daß sie eine beträchtliche Senkung der deutschen Preise für erforderlich halten. Auch dem von mir gesprächsweise geäußerten Gedanken, daß wir für eine lange Zeit Subventionen ins Auge fassen müßten, folgten sie nur zögernd (dies würde überall den Appetit wecken).

6) Kontakte mit Großbritannien

Cattani, der am Tage zuvor mit Couve in Paris zusammengetroffen war, sieht in dem Gedanken, die Kontakte in der WEU zu praktizieren, eine Lösungsmöglichkeit. Er stimmt mit uns überein, daß eindeutige Abreden über die Frequenz der Sitzungen und über die Tagesordnungen notwendig sind.[12]

7) Assoziierung Österreichs mit der EWG[13]

Italiener scheinen bereit zu sein, der Kommission ein Mandat zur Führung exploratorischer Gespräche zu erteilen. Sie sind allerdings der Meinung, daß die Österreicher sich noch nicht entschieden haben und im Grunde sowohl in der EWG als auch in der EFTA sein möchten. Wir haben die Frage erörtert, was die Österreicher tun würden, wenn sie vor die Wahl gestellt würden, wobei wir der Meinung waren, sie würden sich für die EWG entscheiden; die Italiener zweifeln daran.

Sie wollen das Südtirol-Problem in diesem Zusammenhang nicht diskutieren, zumal sie sich Hoffnungen machen, daß die sog. Rossi-Kommission[14] bald Vorschläge vorlegen wird, die zu einer wesentlichen Verbesserung der Situation führen werden.

Doch ließen sie durchblicken, daß vor dem Inkrafttreten eines eventuellen Vertrages mit den Österreichern die derzeitige, nach ihrer Meinung militante Haltung der österreichischen Regierung ihnen gegenüber einer ruhigeren Einstellung Platz machen müsse.

8) Europäisches Jugendwerk

Die Italiener scheinen daran interessiert zu sein, daß ein europäisches Jugendwerk der sechs EWG-Staaten nach dem Muster des deutsch-französischen Jugendwerks[15] geschaffen wird. Wir haben uns diesem Gedanken gegenüber grundsätzlich positiv ausgesprochen.

Carstens[16]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

[11] Vgl. dazu bereits Dok. 218.

[12] Zur Einrichtung regelmäßiger Kontakte zwischen den Mitgliedstaaten der EWG und Großbritannien im Rahmen der WEU vgl. Dok. 230.

[13] Zur angestrebten Assoziierung Österreichs mit der EWG vgl. bereits Dok. 81.

[14] Vom italienischen Parlament zum Studium der Südtirol-Frage eingesetzte Neunzehner-Kommission unter Vorsitz des sozialdemokratischen Vizepräsidenten der Kammer, Rossi.

[15] Zum Deutsch-Französischen Jugendwerk vgl. Dok. 218, Anm. 2.

[16] Paraphe vom 10. Juli 1963.

223

Botschafter Blankenhorn, Paris, an Bundesminister Schröder

MB 2042/63 geheim **10. Juli 1963**[1]

Sehr verehrter, lieber Herr Minister,

ich möchte Ihnen heute nur ganz kurz über ein paar Gespräche berichten, deren Inhalt sich für die offizielle Berichterstattung nicht recht eignet, die aber für die Stimmung, wie ich sie hier in den letzten Tagen vorgefunden habe, recht bezeichnend sind.

Die Ergebnisse der Bonner Konsultationsbesprechungen vom 4. und 5. Juli[2] beschäftigen immer noch sehr öffentliche Meinung und Quai d'Orsay. Ich hatte heute ein längeres Gespräch mit Laloy, in dem wir uns darüber einig waren, daß die bestimmt vorgetragene Haltung der deutschen Seite ein bisher bestehendes gewisses „Ungleichgewicht" (déséquilibre) in den deutsch-französischen Beziehungen ausgeglichen hat. General de Gaulle habe erkannt, daß er mit der neuen deutschen Equipe, die am 15. Oktober die Regierung übernehmen werde[3], nicht ganz so leicht umgehen könne und daß er mit erheblichen Widerständen rechnen müsse. Laloy war der Auffassung, daß dank der Haltung der französischen Delegation die europäische Idee in den Besprechungen zu sehr in den Hintergrund gerückt worden sei. Wenn man Europa, so meinte Laloy, nur auf bilaterale staatliche Interessen baue, so gebe es eben kein lebensfähiges Europa. Die ausschließliche Betonung der sachlichen Interessen vermöge zwischen Deutschland und Frankreich nicht die Bindungen herzustellen, die nun einmal notwendig seien, wenn man in die Fehler der Vergangenheit nicht zurückfallen wolle. Die immer wiederkehrende Betonung der staatlichen Interessen, die sich nicht in eine größere europäische Ordnung einfügen, trüge sicherlich auch dazu bei, in Frankreich und in Deutschland einen unerwünschten Nationalismus zu entwickeln. Die Bundesregierung, so meinte Laloy, müsse unbedingt am Gemeinsamen Markt festhalten. Dies sei das einzig Konkrete, was im gegenwärtigen Augenblick verbleibe und an das der General nicht rühren werde. Im übrigen bleibe nichts anderes übrig, als da, wo nur irgend möglich, in der öffentlichen Meinung den Gedanken des europäischen Zusammenschlusses wachzuhalten. In diesem Zusammenhang sei eine eindeutig formulierte Regierungserklärung der kommenden Bundesregierung von großer Bedeutung.

Frankreich sei isoliert. Die Isolierung sei dem Quai d'Orsay durchaus bewußt. Sie mache sich besonders auch jetzt bei den Moskauer Dreier-Verhandlun-

[1] Privatdienstschreiben.
Hat Bundesminister Schröder am 4. August 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herrn St[aatssekretär] I z[ur] K[enntnisnahme]. 2) W[ieder]v[orlage]."
Hat Staatssekretär Carstens am 6. August 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. Dok. 218 und Dok. 219.

[3] Nach dem Rücktritt von Konrad Adenauer am 15. Oktober 1963 wurde Ludwig Erhard am 16. Oktober 1963 zum Bundeskanzler gewählt.

gen[4] fühlbar, aus denen sich die französische Regierung seiner Auffassung nach unnötigerweise ausgeschaltet habe. Sicher sei das Bedürfnis Kennedys und Macmillans, mit Chruschtschow Kontakte zu pflegen und seine Auffassungen abzutasten, berechtigt. Man müsse sich aber über den Gegenstand der Gespräche sehr klar sein, um sich nicht plötzlich vor Situationen gestellt zu sehen, die auf Westeuropa und vor allem auf Berlin und die Bundesrepublik nachteilige Wirkungen haben. So sei die Behandlung der sowjetischen Wünsche hinsichtlich des Nichtangriffspakts zwischen NATO und Warschauer Organisation[5] nicht genügend durchdacht. Man könne einem solchen Projekt nur dann nähertreten, wenn es mit erheblichen Konzessionen der Sowjets in den Fragen der Wiedervereinigung, der Beseitigung der Mauer, der Wiederherstellung vernünftiger Zustände in der Ostzone verknüpft werde.

Der chinesisch-russische Konflikt[6] sei sicher ein Ereignis von weitreichender Bedeutung und verdiene aufmerksame Beobachtung. Er glaube nicht, daß es zu einer Einigung zwischen der Sowjetunion und Rotchina[7] komme. Welche Konsequenzen daraus von der Sowjetunion gezogen würden, sei schwer zu sehen. Die Rumänen hätten sich geschickterweise des Konflikts bedient und ihre eigene Stellung gegenüber der Sowjetunion nicht unerheblich verselbständigt. Bezeichnend sei vor allem die neuerdings erfolgte Wiederentsendung eines rumänischen Botschafters nach Tirana.

Gegenüber diesem großen Konflikt müsse die Einheit Europas und der angelsächsischen Welt deutlich in Erscheinung treten. Es sei geradezu tragisch, daß der Westen heute dank der Politik de Gaulles einen so uneinigen und zerspaltenen Eindruck mache. Alles komme aber auf die Haltung der Bundesregierung an. Wenn es überhaupt noch eine Aussicht auf die Wiederherstellung der Einigkeit des Westens geben könne, dann nur, wenn die Bundesrepublik noch aktiver als bisher ihr europäisches Konzept und die europäisch-amerikanische Partnerschaft betone.

Ganz ähnliche Auffassungen äußerte der einflußreiche Direktor der französischen Tageszeitung „Aurore", Herr Robert Lazurick, den ich heute im Hause des ehemaligen Ministers de Gaulles und heutigen unabhängigen Abgeordneten, Herrn Cornut-Gentille, traf. Auch er bedauerte die starke Isolierung, in der sich Frankreich durch die Politik des Generals befinde. Für ihn sei entscheidend, daß die Bundesrepublik am Gemeinsamen Markt festhalte und sich für den europäischen Zusammenschluß einsetze. Nur dann sei nach seiner Auffassung die Gewißheit gegeben, daß auch de Gaulle, vielleicht schon nach kurzer Zeit, auf eine solche Politik einschwenke. Die Bundesrepublik

[4] Am 15. Juli 1963 begannen in Moskau Gespräche zwischen Vertretern der USA, der UdSSR und Großbritanniens über ein Teststopp-Abkommen. Vgl. dazu weiter Dok. 228.

[5] Vgl. dazu Dok. 215.

[6] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

[7] Vom 5. bis 20. Juli 1963 fanden in Moskau sowjetisch-chinesische Verhandlungen über ideologische Streitfragen statt.

müsse sich ihres Gewichts Frankreich gegenüber noch stärker bewußt werden als bisher.

Mit freundlichen Grüßen und besten Wünschen

Ihr sehr ergebener
Blankenhorn

Ministerbüro, VS-Bd. 8436

224

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-79.A/63 streng geheim **12. Juli 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 12. Juli 1963 um 10 Uhr den amerikanischen Botschafter McGhee zu einem Gespräch, bei dem außerdem Ministerialdirigent Dr. Osterheld zugegen war.

Eingangs äußerte sich der Herr *Bundeskanzler* außerordentlich lobend über den amerikanischen Gesandten in Bonn, Hillenbrand, den er schon seit langer Zeit kenne.

Botschafter *McGhee* sagte, mit Erlaubnis des Herrn Bundeskanzlers werde er einen entsprechenden Vermerk für die Personalakten von Mr. Hillenbrand machen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, die dümmste Diplomatie sei eine nicht auf der Wahrheit beruhende Diplomatie. Abgesehen von allen moralischen Überlegungen habe nämlich Lügen auch gar keinen Zweck. Er wolle deshalb dem Herrn Botschafter die Lage in der Bundesrepublik ganz aufrichtig darlegen. Das Herzstück seiner Politik sei die Zugehörigkeit Deutschlands zum Westen. Dieser Zielsetzung habe seine Arbeit in den vergangenen 14 Jahren gedient. Für jemanden, der niemals unter einer Diktatur gelebt habe, sei es außerordentlich schwierig, sich vorzustellen, welchen Einfluß eine Diktatur auf die innere Persönlichkeit des Menschen haben könne. Nur wer einmal die Freiheit verloren habe, könne den Wert der Freiheit voll und ganz ermessen. Er selbst habe Hitler geradezu gehaßt. Er sei auch nie mit ihm zusammengetroffen. Lediglich mit Göring sei er einmal zusammengekommen.[2] Selbstver-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 15. Juli 1963 gefertigt.
Vgl. dazu auch McGHEE, Botschafter, S. 67–71.

[2] Konrad Adenauer traf als Präsident des preußischen Staatsrats und Oberbürgermeister von Köln Anfang 1933 zweimal mit dem Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskommissar für das preußische Innenministerium zusammen. Am 25. Februar 1933 suchte er Göring auf, um ihn zur Rücknahme des „Schießerlasses" an die preußische Polizei zu bewegen; am 16. März 1933 sprach er vor, um sich über das Verhalten des Regierungs- und Polizeipräsidenten nach der Kommunalwahl vom 12. März 1933 in Köln zu beschweren.

ständlich habe er Hindenburg gekannt. Daß Hitler an die Macht gekommen sei, sei weitgehend auf den Mangel an Mut der Politiker und auch der Armee zurückzuführen gewesen. Hindenburg sei schon zu alt gewesen, um noch richtig unterscheiden zu können. Diese Macht habe Hitler und seine Umgebung dann rücksichtslos ausgenutzt, so daß Mussolini im Vergleich dazu ein kleiner Junge gewesen sei. Daß auch die Geschäftswelt zu Hitlers Erfolg beigetragen habe, brauche er erst gar nicht zu sagen. Wenn Schacht nicht gewesen wäre, wäre der ganze Nationalsozialismus innerhalb kurzer Zeit zusammengebrochen.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er habe dies zur Einleitung sagen wollen, damit klar werde, daß für ihn vom ersten Augenblick seiner politischen Betätigung an das wesentlichste die Erhaltung der persönlichen Freiheit gewesen sei, und aus diesem Grund habe seine Politik sich gegen die Sowjetunion gerichtet und die Zugehörigkeit zum Westen zum Ziele gehabt. Für die deutsch-französische Aussöhnung sei er seit 1918 eingetreten, und diese Überzeugung habe sich bei ihm in den Jahren der Weimarer Republik noch verstärkt. Die deutsche Sozialdemokratie habe eine eigenartige Entwicklung durchgemacht. Er selbst sei ja Mitglied des Zentrums gewesen, das während der NS-Zeit stärker gegen den Nationalsozialismus gerichtet gewesen sei als die Sozialdemokraten, denn beim Zentrum habe dieser Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der christlichen Überzeugung gewurzelt. Im Laufe der Jahre sei er zu der Überzeugung gelangt, daß man der Allmacht des Staates nur aus ethischen Gründen dauerhaft widerstehen könne. Diese Auffassung habe er im übrigen auch mit John Foster Dulles gemeinsam gehabt. Die CDU sei aus derselben Überzeugung heraus entstanden. Der Marxismus, der Sozialismus und der Nationalsozialismus hätten in gewisser Beziehung vieles gemeinsam, was die CDU absolut ablehne. Diese Ablehnung gründe in der festen Entschlossenheit, um jeden Preis mit den freien Mächten in der Welt zusammenzuarbeiten. Die CDU wisse, daß man alle Opfer zu bringen bereit sein müsse, um frei zu werden und frei zu bleiben. Aus diesem Grunde habe sie ihr Programm des Zusammengehens mit dem Westen, der Wiederbewaffnung, der NATO-Mitgliedschaft usw. in harten Kämpfen gegen die SPD durchsetzen müssen. Diese Grundsätze habe die CDU auch in allen Wahlkämpfen von 1949 bis 1957 gegen die SPD behaupten müssen, bis die SPD vor wenigen Jahren begonnen habe, eine gewisse Wendung zu vollziehen. Diese Wendung sei aber seiner Auffassung nach keine echte Veränderung der Geisteshaltung, vielmehr habe die SPD erkannt, daß sie mit ihren bisherigen Thesen niemals die Mehrheit des deutschen Volkes für sich gewinnen könne. Aus diesem Grunde habe sie unter dem Einfluß des sehr geschickten Herrn Wehner diese Wendung vollzogen.[3] Er könne sich natürlich über die innere Einstellung von Herrn Wehner kein Urteil erlauben, das heißt, ob Herr Wehner wirklich in seinem Innersten auch das meine, was er sage. Ganz allgemein sei er jedoch der Auffassung, daß ein Mensch, der Jahre hindurch ein bewußter Kommunist gewesen sei, kaum

[3] Der stellvertretende Parteivorsitzende Wehner trug mit der Bundestagsrede vom 30. Juni 1960 zu einer außen- und sicherheitspolitischen Neuorientierung der SPD bei. Für den Wortlaut vgl. BT Stenographische Berichte, Bd. 46, S. 7052–7061.

jemals seine Auffassung in diesen Fragen ändere. In der ganzen Bibel gebe es nur einen Fall, in dem ein Saulus zu einem Paulus geworden sei.

Der Herr Bundeskanzler sagte dann, er komme auf diese Dinge insbesondere auf Grund einer Bemerkung von Präsident Kennedy zu sprechen, der ihm während des Besuchs in der Bundesrepublik[4] gesagt habe, in Amerika könne er Republikaner und Demokraten unterscheiden (der Herr Bundeskanzler bezeichnete dies als in seinen Augen außerordentlich schwierig), während er hier Christdemokraten und Sozialisten nicht voneinander unterscheiden könne.

Botschafter *McGhee* warf ein, er wolle natürlich seinem Präsidenten nicht widersprechen, doch stelle er eine über achtzigprozentige Überschneidung der Demokraten mit den Republikanern in Amerika fest, und es gebe viele Demokraten, die viel konservativer als die Republikaner seien.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, er habe auf diese Bemerkung von Präsident Kennedy fast nichts gesagt, da dies nicht der Ort für ein solches Gespräch gewesen sei und Präsident Kennedy im übrigen Gast der Sozialdemokraten, der CDU und der Freien Demokraten gewesen sei und er bei dieser Gelegenheit natürlich nichts Unfreundliches habe sagen wollen. Da der Herr Botschafter aber hier in der Bundesrepublik seine Wurzeln schlagen müsse, halte er es für richtig, ihm diese Dinge einmal ganz klar darzulegen. Man dürfe die SPD nicht nach den Leuten beurteilen, die im Bundestag in der ersten Bank säßen, vielmehr müsse man sich dieses Urteil bilden mit dem Blick auf die Hinterbänkler und auf die Menschen, welche das Fundament der SPD im Volk bildeten. Hinsichtlich der CDU sei er natürlich weit davon entfernt, alle Christdemokraten als gute Christen anzusehen. Sie unterschieden sich jedoch in ihren Grundauffassungen und in ihrer innersten Überzeugung von den Sozialisten. Das Fundament der Sozialisten in Deutschland seien die Gewerkschaften. Sie seien es finanziell, denn in Europa zahlten die Gewerkschaften in eine von ihnen gegründete internationale Bank, die dann wieder die sozialistischen Parteien unterstütze, so daß die Gewerkschaften jederzeit sagen könnten, sie gäben nichts der SPD, und die SPD jederzeit sagen könne, sie erhalte nichts von den Gewerkschaften. Man könnte natürlich auch behaupten, die CDU bekomme ihr Geld von den Geschäftskreisen, also seien sie alle Kapitalisten, denen man nicht trauen könne. Vielleicht sei auch ein bißchen Wahres daran. Gerade deswegen werde ja versucht, die Finanzierung der Parteien durch den Staat zu erreichen, da dies die sauberste Art und Weise der Finanzierung wäre. Die Gewerkschaften seien aber auch politisch das Fundament der SPD. Vor den nationalsozialistischen Wirren habe es in Deutschland und in anderen europäischen Ländern sogenannte freie, d. h. sozialistische Gewerkschaften sowie ausgesprochen christliche Gewerkschaften gegeben. Der Nationalsozialismus habe beide Gewerkschaftsorganisationen zerschlagen, und nach 1945 hätten die amerikanische und vor allem die britische Besatzungsmacht die Neubildung christlicher Gewerkschaften verboten und verhindert und lediglich die Neubildung der sozialistischen Gewerkschaften wieder zugelassen. Die Amerikaner hätten dies getan, weil sie den Unter-

[4] Vgl. dazu Dok. 206–208.

schied nicht begriffen hätten, die Engländer, weil sie zu jener Zeit eine Labour-Regierung[5] gehabt hätten. Die Gewerkschaften hätten in Deutschland zu viel Macht. Das habe er auch Herrn Rosenberg vor sechs Monaten gesagt. Was er (der Herr Bundeskanzler) so undemokratisch finde, sei, daß über einen Streik oder eine Aussperrung gar nicht von den Leuten abgestimmt werde, die unmittelbar davon betroffen würden, sondern nur von den Gewerkschaftsmitgliedern, wobei derartige Abstimmungen nicht einmal geheim seien. In Deutschland gebe es etwa 22 Millionen Arbeitnehmer. Die freien Gewerkschaften hätten eine Mitgliederzahl von sechs Millionen, davon eine Million Rentner, insgesamt also nur fünf Millionen tatsächlicher Arbeitnehmer. Deren Bosse entschieden nun über das Sein oder Nichtsein im Staate. Erster Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes sei Herr Böckler gewesen, ein alter Gewerkschaftler, der aber ein sehr guter und sehr ehrlicher Mann gewesen sei und der sich seiner Verpflichtung gegenüber dem Staat völlig bewußt gewesen sei. Auf Böckler sei Freitag gefolgt, der schon weniger stark gewesen sei, danach seien Richter und Rosenberg gekommen. Ergebnis dieses Tatbestandes sei, daß heute gar nicht mehr der DGB die Entscheidungen treffe, sondern vielmehr die Einzelgewerkschaften und darunter insbesondere die mächtigste Gewerkschaft, nämlich die IG Metall, die damit praktisch zum Herrn der Lage in der Bundesrepublik geworden sei. Die IG Metall habe eine Mitgliederzahl von 1,8 bis 2 Millionen, sei straff organisiert, und an ihrer Spitze stehe der sehr begabte Herr Brenner mit einer kleinen Gruppe von ihm ergebenen Leuten. Ein sehr guter Kenner der Lage, der übrigens mehr nach links orientiert sei als er selbst, habe ihm erklärt, daß diese Leute noch reine Marxisten seien. Er kenne Herrn Meany sehr gut und wolle nur sagen, die Namen Meany und Brenner könne man gar nicht in einem Atemzug nennen, so verschieden seien sie.

Der Herr Bundeskanzler sagte dann, seine große Sorge sei, daß wenn die SPD jemals die Mehrheit oder die Führung in der Regierung bekäme, dann diese härtesten Elemente wie Brenner und seine Kollegen einen bestimmenden Einfluß auf die Politik der Bundesrepublik gewinnen würden. Dann aber, so fürchte er, würde nicht nur die Dienstzeit[6], sondern auch die Bündnisverträge geändert, und dann kämen wieder Pläne hoch wie der Deutschlandplan der SPD[7], der mit tödlicher Sicherheit Deutschland unter russischen Einfluß gebracht hätte. Dies sei der große Kampf, der sicherlich nicht von allen erkannt würde und den sicherlich nicht alle bei all ihren Handlungen im Auge hätten. Dennoch liege hier immer noch die große Gefahr für Deutschland und auch für Europa. In Italien seien die Kommunisten oder Halbkommunisten sehr stark, in Frankreich sei die kommunistische Partei die zweitstärkste Partei, besitze eine gute Organisation, und Franzosen hätten ihm gesagt, das seien Leute, die noch auf die Barrikaden gingen und kämpften, während die Bour-

[5] Am 26. Juli 1945 gewann die Labour Party die Wahlen zum britischen Unterhaus. Premierminister wurde Clement Attlee.

[6] 1962 war gegen die Stimmen der SPD die Dauer des Grundwehrdienstes von 12 auf 18 Monate heraufgesetzt worden. Für den Wortlaut des Gesetzes vom 22. März 1962 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1962, Teil I, S. 169–172.
Zu Bestrebungen in Norwegen und Italien, die Dienstzeit zu verkürzen, vgl. Dok. 216, Anm. 36.

[7] Für den Wortlaut des Deutschlandplans der SPD vom 18. März 1959 vgl. DzD IV/1, S. 1207–1222.

geois nicht mehr kämpften. Man könne nun gegen de Gaulle sagen, was man wolle, und sicherlich sei auch de Gaulle nur ein Mensch. Dennoch aber sei de Gaulle eine wirkliche Gabe für Europa, weil er dieses Frankreich endlich stabilisiert habe. Präsident Kennedy schätze de Gaulle im übrigen sehr hoch.

Sicherlich frage der Herr Botschafter nun, wie es denn mit dem Nationalsozialismus in Deutschland stehe. Dazu sei zunächst zu sagen, daß die Alliierten, indem sie während der Olympischen Spiele 1936 diesem Diktator und seinem Regime gehuldigt hätten, sehr viel zum Erfolg Hitlers beigetragen hätten. Weiterhin hätten die Alliierten der Besetzung des linken Rheinufers durch deutsche Truppen[8] nicht Widerstand geleistet, und er (der Herr Bundeskanzler) habe sich damals schon gesagt, wenn bis fünf Uhr keine französischen Truppen am Rhein aufmarschierten, sei ein Krieg nicht mehr zu vermeiden, weil Hitler dann erfahren habe, daß er mit Gewalt alles erreichen könne. Er hoffe, daß die freien Völker einem Hitler niemals wieder eine derartige Unterstützung zuteil werden ließen. Der Herr Bundeskanzler verwies dann auf eine neuliche Umfrage des Allensbacher Instituts, woraus klar hervorgehe, daß der Nationalsozialismus in Deutschland keine Wurzeln mehr habe.

Der Herr Bundeskanzler bemerkte dann, Präsident Kennedy habe ihn gefragt, wen er denn für einen großen Deutschen halte. Es sei ihm nicht möglich gewesen, darauf zu antworten, und dabei sei ihm zum ersten Mal ganz klar geworden, wie denn die deutsche Geschichte der vergangenen hundert Jahre ausgesehen habe. Präsident Kennedy habe gefragt, ob man denn nicht Bismarck zu den großen Deutschen zählen könne, worauf er geantwortet habe, dies könne man nicht, denn Bismarck sei ein großer Außenpolitiker, aber ein sehr schlechter Innenpolitiker gewesen; das Bismarcksche Sozialistengesetz habe man bis jetzt noch immer nicht verdauen können, und der Kulturkampf habe verhindert, daß sich die Katholiken einer großen liberalen Partei anschließen, die ein Gegengewicht gegen die Konservativen hätte bilden können.

Der Herr Bundeskanzler sagte dann noch ein Wort über die deutsche Jugend. Die bis zu 30jährigen seien beim Zusammenbruch des Nationalsozialismus noch Kinder gewesen, die von nichts eine Ahnung gehabt hätten. Die Menschen bis zum Alter von 35 seien in ein Chaos geworfen worden, wo alles zerstört, alle Bande abgeschnitten, Familien getrennt gewesen seien und fremde Besatzung im Lande war. Dennoch hätten sie sich zurechtgefunden. Neulich sei der evangelische Militärbischof Kunst bei ihm gewesen und habe ihm gesagt, er habe sich gerade mit den jüngeren Soldaten und Offizieren des näheren befaßt und freue sich, dem Herrn Bundeskanzler sagen zu können, daß diese jungen Menschen tiefere Interessen hätten und vernünftiger seien, als man gemeinhin annehme. Die schwierigste Gruppe sei die Altersgruppe zwischen 35 und 55, die teilweise den Nationalsozialismus und den Krieg noch erlebt hätte.

Der Herr Bundeskanzler kam dann kurz auf den Fall des Doppelagenten Felfe[9] und in diesem Zusammenhang den Bundesnachrichtendienst und sei-

[8] Am 7. März 1936 ließ Adolf Hitler die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes besetzen.

[9] Der ehemalige Regierungsrat auf Probe im Bundesnachrichtendienst, Heinz Felfe, wurde am 23. Juli 1963 vom Bundesgerichtshof wegen Spionage für die UdSSR zu 14 Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust verurteilt.

nen Leiter[10] zu sprechen und erwähnte dabei auch Gespräche, die er über den Bundesnachrichtendienst und dessen Leiter mit Allan Dulles[11] und Mr. McCone[12] gehabt habe. Dabei erwähnte Botschafter *McGhee* unter anderem, daß nach amerikanischer Überzeugung der ganze Versuch, in die sowjetischen Dienststellen in Deutschland einzudringen, völlig gescheitert sei, da von Anfang an Herr Felfe dafür zuständig gewesen sei.

Botschafter McGhee bemerkte zunächst, daß er über die neuesten Nachrichten aus Brüssel über die Kontakte mit Großbritannien erfreut sei und die Amerikaner es als einen Erfolg des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesaußenministers betrachteten, daß derartige Kontakte nun im Rahmen der WEU zustande kämen[13], wenn auch dieser präzise Vorschlag, die WEU dazu zu verwenden, von italienischer Seite gekommen sei.[14] Hinsichtlich der Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers über die Gewerkschaften wolle er sagen, daß er von Herrn Leber einen guten Eindruck gewonnen habe. Allerdings solle Herr Leber ja zur konservativen Richtung gehören. Am Vortage habe er in Düsseldorf ein längeres Gespräch mit Herrn Rosenberg gehabt, der ihm gerade auch von seinem Problem mit Herrn Brenner gesprochen habe. Rosenberg sei sich des Problems also bewußt und verwende einen Teil seiner Bemühungen darauf, Herrn Brenner die Luft abzudrehen, damit diese Richtung sich nicht unter den Arbeitnehmern verbreite.

Botschafter McGhee sagte dann, er wolle natürlich nicht sich den Anschein geben, als versuche er, aus dem Herrn Bundeskanzler Geheimnisse über die Gespräche mit de Gaulle herauszulocken. Ein Punkt sei jedoch von besonderem Interesse, nämlich, ob es möglich wäre, de Gaulle an einem Versuchsstopp zu interessieren, wenn er dafür einen gewissen Ausgleich von den Amerikanern bekäme.[15]

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe diesen Punkt mit de Gaulle nicht besprochen und de Gaulle sei auch seiner Frage ausgewichen, wann er denn mit seiner Atomwaffe fertig sei. Er entnehme jedoch dem heutigen Nachrichtenspiegel, daß die Franzosen möglicherweise ein gewisses Interesse an einem Versuchsstopp haben könnten.

Botschafter *McGhee* fragte den Herrn Bundeskanzler, wie er denn de Gaulles Haltung einschätzen würde, falls eine Einigung über einen Versuchsstopp nur von de Gaulle abhinge und de Gaulle für seine Zustimmung von den Amerikanern einen gewissen Ausgleich bekommen würde. Diese Frage sei in sehr allgemeiner Form von amerikanischer Seite auch mit Couve de Murville aufgenommen worden.

[10] Reinhard Gehlen.

[11] Das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem ehemaligen Direktor der CIA fand am 4. Juni 1963 statt. Vgl. dazu auch OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 214.

[12] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Direktor der CIA am 6. Mai 1963 vgl. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/62.

[13] Zum Beschluß des EWG-Ministerrats vom 10./11. Juli 1963 vgl. Dok. 230, besonders Anm. 3.

[14] Vgl. dazu Dok. 222.

[15] Zum Vorschlag, Frankreich als Gegenleistung für einen Beitritt zum Teststopp-Abkommen nukleares „know how" anzubieten, vgl. auch Dok. 236 und Dok. 242.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, zur Beurteilung de Gaulles müsse man wissen, daß die Armee bis tief hinein antigaullistisch sei, weil de Gaulle Algerien aufgegeben habe.[16] Seines Erachtens tue de Gaulle viel, um beim französischen Volk den Glauben zu stärken, daß Frankreich nicht schlechter behandelt werde als England.

Botschafter *McGhee* sagte, England sei bereit, einem Versuchsstopp zuzustimmen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe gerade gelesen, daß in wenigen Monaten die Engländer vier Polaris-U-Boote mit Raketen haben würden.[17] Dies treffe auf Frankreich nicht zu. Sicherlich werde sich de Gaulle darüber ärgern.

Botschafter *McGhee* warf ein, nach Nassau[18] seien den Franzosen ja Polaris-Raketen angeboten worden.[19]

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, tatsächlich sei aber den Franzosen nicht dasselbe Angebot wie den Engländern gemacht worden, da die Engländer den Sprengkopf für die Polaris bauen könnten, die Franzosen aber nicht. Außerdem gehe der ganze Ärger zwischen de Gaulle und Macmillan darauf zurück, daß Macmillan in Rambouillet[20] einen Tag vor Macmillans Abreise nach Nassau kein Wort zu de Gaulle gesagt habe, daß er in Nassau Polaris-Raketen verlangen werde. Daraus seien die ganzen Schwierigkeiten[21] im Januar entstanden.

Botschafter *McGhee* wies darauf hin, daß die Amerikaner den Engländern bei der Entwicklung der U-Boote nicht geholfen hätten. Die Franzosen hätten hier also die gleiche Möglichkeit, ein solches U-Boot zu entwickeln.

Hinsichtlich des letzten de Gaulle-Besuchs sagte Botschafter McGhee dann, die tatsächlichen Ergebnisse des Besuchs seien ihm natürlich bekannt, doch wäre er dem Herrn Bundeskanzler dankbar, wenn er ihm die allgemeine Stimmung des Besuchs, insbesondere auch mit Blick auf die zukünftige Zusammenarbeit mit Frankreich darlegen könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die Presseberichte über den Besuch seien zum größten Teil falsch.[22] Was die Landwirtschaft anlange, so habe er zum Beispiel drei Tage vor de Gaulles Ankunft darum gebeten, Herr Pisani möchte doch ebenfalls mitkommen, damit er einmal klar darlegen könne, was Frank-

[16] Seit der zweiten Jahreshälfte 1959 verfolgte Staatspräsident de Gaulle eine Politik, die auf einen Ausgleich mit der algerischen Exilregierung und damit auf die Unabhängigkeit Algeriens hinauslief. Aus Enttäuschung über die „Aufgabe Algeriens" putschten französische Generale am 21. April 1961 in Algier. Der Aufstand brach schnell zusammen. Antigaullistische Tendenzen blieben jedoch in Teilen der französischen Armee bestehen. Vgl. dazu auch Dok. 92, Anm. 34.

[17] Großbritannien verfügte erst seit Ende 1970 über mit Polaris-Raketen bestückte U-Boote.

[18] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[19] Zum amerikanischen Angebot an Frankreich vgl. Dok. 2, Anm. 4.
Zur ablehnenden Reaktion des Staatspräsidenten de Gaulle auf dieses Angebot vgl. Dok. 21.

[20] Zum Aufenthalt des Premierministers Macmillan am 15./16. Dezember 1962 in Rambouillet vgl. Dok. 12, Anm. 6.

[21] So besonders das Scheitern eines britischen EWG-Beitritts am 28./29. Januar 1963. Vgl. dazu Dok. 60.

[22] Vgl. dazu Dok. 220, Anm. 8.

reich auf dem landwirtschaftlichen Gebiet denn nun eigentlich verlange. Natürlich sei es auf dem Landwirtschaftssektor zu keiner Einigung gekommen, dies sei aber von vornherein gar nicht vorgesehen gewesen. Die Erörterung der Frage der Kontakte mit England während des de Gaulle-Besuchs in Bonn habe sicherlich wesentlich dazu beigetragen, daß man in Brüssel nunmehr zu einer Einigung habe kommen können. Die Arbeit auf dem Jugendsektor bezeichnete der Herr Bundeskanzler als außerordentlich bedeutsam und betonte, es sei beabsichtigt, diese Jugendarbeit sofort in großem Umfang zu beginnen.[23]

Botschafter *McGhee* betonte, Amerika habe immer freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich begrüßt und niemals die deutsch-französische Zusammenarbeit kritisiert oder skeptisch beurteilt. Im Gegenteil. Hätten Frankreich und Deutschland nicht dank der Bemühungen des Herrn Bundeskanzlers zusammengefunden, wäre es geradezu das Hauptziel der amerikanischen Politik, diese beiden Länder zusammenzubringen. Von Mißtrauen könne keinerlei Rede sein. Er habe auch absichtlich Herrn Minister Schröder noch nicht aufgesucht, um nicht den Anschein zu erwekken, als versuche er, irgendwelche Geheimnisse zu erfahren.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, es gebe da nichts zu verbergen.

Botschafter *McGhee* fragte dann den Herrn Bundeskanzler, wie er zu den bevorstehenden Verhandlungen Harrimans in Moskau[24] stehe.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, seine Gedanken kreisten im Augenblick hauptsächlich um die Frage Peking–Moskau[25], und dabei spiele Harriman keine Rolle.

Botschafter *McGhee* sagte, der Herr Bundeskanzler mache sich also keine Sorgen, daß Amerika etwa hinter dem Rücken Deutschlands einen Nichtangriffspakt oder eine Nichtangriffserklärung aushandeln könnte. Er wies darauf hin, daß Amerika es ganz klar gemacht habe, daß dieser Punkt nicht etwa von amerikanischer Seite auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Vielmehr ergebe sich dieses Thema aus einer Rede Chruschtschows[26], die für die Amerikaner bedeutungslos sei. Der Herr Bundeskanzler könne überzeugt sein, daß die Amerikaner nichts Derartiges mit den Sowjets besprechen würden, ohne vorher zumindest den Herrn Bundeskanzler konsultiert zu haben.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, dies habe er auch niemals angenommen.

Botschafter *McGhee* betonte, nach amerikanischer Auffassung sollten sich diese Verhandlungen ausschließlich auf den Versuchsstopp konzentrieren, und sie seien sehr überrascht gewesen, daß Herr Chruschtschow nun den Gedanken geäußert habe, die Verhandlungen über den Versuchsstopp mit dem Nichtangriffspakt zu koppeln.

[23] Zum Deutsch-Französischen Jugendwerk vgl. Dok. 218, Anm. 2.

[24] Zu den Gesprächen zwischen Vertretern der USA, der UdSSR und Großbritanniens über ein Teststopp-Abkommen, die am 15. Juli 1963 in Moskau begannen, vgl. Dok. 228.

[25] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

[26] Vgl. dazu Dok. 215.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, ausschlaggebend sei, was sich zwischen Peking und Moskau abspiele.

Abschließend sagte Botschafter *McGhee,* wenn der Herr Bundeskanzler einmal Zeit habe, wäre er äußerst dankbar, wenn der Herr Bundeskanzler ihm seine Gedanken zu dem Verhältnis zwischen Rußland und Rotchina darlegen würde, denn er wisse, daß der Herr Bundeskanzler hier ganz eindeutige Auffassungen habe.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, diese Auffassungen habe er schon seit dem Jahre 1955.[27]

Das Gespräch endete um 11.45 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/62

225

Gespräch des Bundesministers Schröder mit Abgeordneten des Bundestages

L I-86-16/30/63 VS-vertraulich **12. Juli 1963**[1]

Betr.: Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten;
hier: Besprechung des Herrn Bundesministers mit Vertretern der drei Fraktionen des Deutschen Bundestages am 12. Juli 1963

Auf Einladung des Herrn Bundesministers fand am 12. Juli 1963, 11.00 Uhr im Auswärtigen Amt eine Besprechung über die deutsche Osteuropa-Politik, insbesondere Gestaltung der Beziehungen zu den Ostblock-Staaten, statt. An dieser Besprechung nahmen teil

von der CDU/CSU die Abgeordneten Rasner, Majonica, Gradl, Wagner;
von der SPD die Abgeordneten Ollenhauer, Wehner;
von der FDP die Abgeordneten Mende, von Kühlmann-Stumm, Zoglmann.

I. Staatssekretär Prof. *Carstens* gab zunächst eine Darstellung der Problematik und der bisherigen Entwicklung. Seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion 1955[2] habe uns das Verhältnis zu den anderen osteuropäischen Staaten wiederholt beschäftigt. Bei der Betrachtung dieser Frage seien eine Reihe verschiedener Elemente von Bedeutung:

[27] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, am 10. September 1955 über die sowjetisch-chinesischen Beziehungen vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 527 f.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Balken am 15. Juli 1963 gefertigt. Hat Bundesminister Schröder am 17. Juli 1963 vorgelegen.

[2] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in der UdSSR vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 487–556.

Zwischen der Bundesrepublik und den Ostblock-Staaten gebe es traditionelle Handelsströme;
Alle Ostblock-Staaten haben Pankow als zweiten deutschen Staat anerkannt[3], daher sei die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ausgeschlossen;
Das deutsch-polnische Verhältnis sei durch die ungelöste Grenzfrage[4] belastet;
Seit dem Ende der 50iger Jahre hätten sich im Ostblock gewisse Liberalisierungserscheinungen gezeigt, die möglicherweise Hoffnungen auf eine Auflokkerung eröffneten, dabei sei auf das jüngste Beispiel der Bestrebungen Rumäniens, sich von der Bevormundung Moskaus zu lösen, hingewiesen.

Ein weiteres Element sei die scharfe anti-deutsche Haltung der Regierungen dieser Staaten und die Furcht vor einer deutschen Aggression. Das letztere gerade wirke sich auch in unseren Beziehungen zu einem Teil unserer westlichen Verbündeten zeitweise als belastend aus.

Eine bedeutende Funktion für die Aktivierung der deutschen Ost-Politik gebe die Resolution des Deutschen Bundestages vom 14. 6. 1961, in der gefordert würde, daß mit der Sowjetunion und allen osteuropäischen Staaten friedliche und gedeihliche Beziehungen unterhalten werden sollten.[5] Daher solle die Bundesregierung jede Möglichkeit nutzen, um ohne Preisgabe lebenswichtiger deutscher Interessen zu einer Normalisierung der Beziehungen zu gelangen. Die Beziehungen auf wirtschaftlichem, humanitärem, geistigem und kulturellem Gebiet sollten ausgebaut werden. Bei Gestaltung der Beziehungen zu Polen solle den besonderen psychologischen Belastungen des deutsch-polnischen Verhältnisses Rechnung getragen werden und bei Herstellung amtlicher Kontakte die jeweils erforderlichen Vorbehalte gemacht werden.

Staatssekretär Prof. Carstens gab dann einen kurzen Abriß der sowohl durch Ereignisse im Ostblock wie auch durch innenpolitische Vorgänge in der Bundesrepublik immer wieder verzögerten Entwicklung der Verhandlungen mit Polen, die zuletzt mit dem Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens vom 7. März d. J.[6] ihre Beendigung fanden. Der Staatssekretär gab dann eine kurze Darstellung dieses Abkommens und wies besonders darauf hin, daß durch ein Mantel-Protokoll die verschiedenen Bestandteile dieses Abkommens wirksam zusammengefaßt werden. In diesem Mantel-Protokoll würden vor allem auch die zwischen den Delegationsleitern gewechselten Briefe als Bestandteil des Abkommens bezeichnet. In einem dieser Briefwechsel werde festgestellt, daß wegen der Bedeutung, die dem Zahlungsverkehrsprotokoll vom 16. 11. 1956 für die Durchführung des neuen Protokolls zukomme, die polnische Regierung

[3] Am 7. Oktober 1949 konstituierte sich die sowjetisch besetzte Zone als DDR. Am 15. Oktober 1949 wurde sie durch die UdSSR diplomatisch anerkannt, am 17. Oktober durch Bulgarien, am 18. Oktober durch Polen und die Tschechoslowakei, am 19. Oktober durch Ungarn, am 22. Oktober durch Rumänien und am 2. Dezember 1949 durch Albanien. Die Anerkennung der DDR durch Jugoslawien am 10. Oktober 1957 führte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien am 19. Oktober 1957.

[4] Zur Oder-Neiße-Linie vgl. Dok. 141, Anm. 11.

[5] Für den Wortlaut der Entschließung vgl. BT ANLAGEN, Bd. 74, Drucksache III/2740. Zur Verabschiedung durch den Bundestag am 14. Juni 1961 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 49, S. 9364–9367.

[6] Vgl. dazu Dok. 114, Anm. 4.

sich verpflichtet, dieses Protokoll nicht zu kündigen. Der Artikel 5 dieses Zahlungsprotokolls von 1956 sage ausdrücklich, daß das Protokoll auch für das Land Berlin gelte.[7] Damit sei Berlin in das neue deutsch-polnische Abkommen eingeschlossen.[8]

Die Alliierte Kommandantur Berlin habe nun in einem Brief vom 12. 6. festgestellt, daß sie zwar das deutsch-polnische Abkommen begrüße, daß jedoch die Voraussetzungen zur Vorlage bei der Alliierten Kommandantur gemäß BKC/L (52) vom 21. 5. 1952[9] nicht gegeben waren. In neuen Gesprächen mit den Alliierten hier in Bonn sei dann geklärt worden, daß dieser Brief der Kommandantur nicht als eine Ablehnung zu verstehen sei. In einem neuen Schreiben der Alliierten vom 10. 7. sei ausdrücklich festgestellt worden, daß von alliierter Seite keine Einwendungen gegen die praktische Anwendung des Abkommens in Berlin beständen.[10] Das Abkommen werde daher in dem dazu vorgesehenen Organ des Berliner Senats publiziert mit der ausdrücklichen Feststellung, daß es in Berlin gültig ist.[11]

Für die Bundesregierung ergebe sich aus dieser, sich auf die formelle Rechtslage beziehenden Auseinandersetzung die Frage, ob mit den Alliierten über eine Anpassung der BKC/L (52) verhandelt werden sollte.[12]

Es sei vorgesehen, daß der zum Leiter der deutschen Handelsvertretung in Warschau ernannte bisherige Botschafter in Luxemburg, Dr. Mumm von Schwarzenstein, seinen Posten bald antrete; ein Vorkommando befinde sich bereits seit einiger Zeit in Warschau.[13] Weitere Kontakte seien inzwischen aufgenommen mit Ungarn[14] und Rumänien[15], wobei im Falle Rumäniens besonders daran gedacht werden müsse, daß dort noch etwa 300 000 Deutsche leben.

II. In der Aussprache erklärte zunächst der Abgeordnete *Gradl,* daß nach seiner Auffassung in Polen die äußerste Grenze unseres Entgegenkommens erreicht sei. Die dort gefundene Lösung sei nicht schön, man müsse versuchen, in Zukunft deutlicher die Einbeziehung Berlins in solche Abkommen sichtbar zu machen.

Auch der Abgeordnete *Wehner* kritisierte zunächst die mit Polen getroffene Vereinbarung hinsichtlich Berlins und besonders die nach seiner Auffassung

[7] Zum Zahlungsprotokoll vom 16. November 1956 zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. Dok. 29, Anm. 4.

[8] Vgl. dazu auch Dok. 247.

[9] Zur Anweisung BKC/L (52) 6 vom 21. Februar 1952 vgl. Dok. 183, Anm. 4.

[10] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 11. Juli 1963; Abteilung V (V 1), VS-Bd. 197; B 150, Aktenkopien 1963.

[11] Am 12. August 1963 wurde bekanntgegeben, daß das Handelsabkommen mit Polen vom 7. März 1963 auch in Berlin (West) in Kraft getreten sei. Vgl. GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT FÜR BERLIN, Nr. 47 vom 21. August 1963, S. 822.

[12] Zum Vorschlag einer Änderung der BKC/L (52) 6 vgl. weiter Dok. 227.

[13] Leiter des Vorkommandos war Legationsrat I. Klasse Blumenfeld. Zu den Instruktionen für den Leiter des Vorkommandos vgl. den Entwurf einer Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 25. Juni 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.

[14] Zu den Verhandlungen mit Ungarn über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 169; weiter Dok. 332.

[15] Zu den Verhandlungen mit Rumänien über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 181; weiter Dok. 380.

unzureichende und erst zu spät erfolgte Beteiligung des Berliner Senats. Er warnte vor dem Versuch, die BKC/L (52) anzupassen.

Der Herr *Bundesminister* antwortete, man müsse davon ausgehen, daß die osteuropäischen Staaten die sowjetische Theorie von der Existenz zweier deutscher Staaten[16] akzeptiert hätten. In dieser Frage sei ihre Bewegungsfreiheit gleich null. Eine Anerkennung unseres Standpunktes in der Deutschlandfrage sei unerreichbar; in langwierigen Verhandlungen sei es gelungen, faktisch unseren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Ein viel schwierigeres Problem stehe vor uns, wenn in diesem Herbst die Verhandlungen über die Erneuerung des deutsch-sowjetischen Handelsvertrages[17] beginnen.

Abgeordneter *Majonica* unterstützte die Auffassung des Auswärtigen Amtes mit der Erklärung, daß unsere Anwesenheit in den Ostblock-Staaten wichtig sei. Nach seiner Auffassung sei mit Polen eine Lösung gefunden worden, die eine Ausschaltung Berlins durch die Polen unmöglich mache, wenn die polnische Regierung nicht vertragsbrüchig werden wolle.

Abgeordneter *Zoglmann* warf die Frage auf, ob nicht das polnische Interesse an einem Abkommen so groß wäre, daß man doch zu einer besseren Lösung hätte kommen können.

Abgeordneter *Mende* widersprach mit der Bemerkung, daß das, was erreichbar gewesen sei, erreicht wurde. Er meinte ferner, daß man nicht zu viel Hoffnung in die Entwicklung im Ostblock setzen dürfe.

Abgeordneter *Majonica* stellte die Frage, wie sich der heute bilateral geführte Osthandel gestalten werde, wenn in Zukunft die EWG stärker wirksam werde und auf der Ostseite etwa das COMECON als Partner auftrete.

Abgeordneter *Gradl* wiederholte noch einmal, daß die im Polen-Abkommen getroffene Berlin-Lösung ein Minimum sei. Er warf dann hinsichtlich des deutsch-sowjetischen Handelsvertrages die Frage auf, ob es nicht wirtschaftliche Konzessionen gebe, die geeignet seien, die sowjetische Haltung aufzulokkern. Man müsse doch ein erhebliches sowjetisches Interesse am Handel mit uns feststellen.

Der Herr *Bundesminister* bezweifelte, daß das sowjetische Interesse am Handel so stark sei, daß es zu einer Modifizierung der sowjetischen Haltung in politischen Fragen führen könne. Er bat die Anwesenden, das Auswärtige Amt zu unterstützen bei der Suche nach Formeln zur Überwindung der Schwierigkeiten mit den Sowjets.

Abgeordneter *Ollenhauer* stellte fest, daß unsere Beziehungen zu Osteuropa aktiviert werden sollten. Er forderte, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen mit Ungarn und Rumänien auf keinen Fall eine schlechtere Lösung hinsichtlich Berlins gefunden werden dürfte als mit Polen. Er bat ferner, die Anwesenden laufend über den Gang der Verhandlungen mit Ungarn und Rumänien zu unterrichten.

16 Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 1, Anm. 7.

17 Zum Handelsabkommen mit der UdSSR vom 25. April 1958 vgl. Dok. 11, Anm. 9. Zu den Verhandlungen über die Erneuerung des Warenabkommens mit der UdSSR vom 31. Dezember 1960 vgl. Dok. 408.

Ministerialdirektor *Dr. Sachs* gab dann einige Erläuterungen über die Möglichkeiten von Lösungen. Im Falle Ungarn gebe es ein Zahlungsverkehrs-Protokoll von 1959[18], das zwar z. Z. nicht mehr in Kraft sei, das aber jederzeit wieder in Kraft gesetzt werden könne. In diesem Abkommen sei Berlin ausdrücklich genannt, so daß auch hier eine Lösung analog zu Polen gefunden werden könne. Im Falle Rumänien gebe es zwar kein Zahlungsverkehrsabkommen, aber ein Warenverkehrsabkommen[19], an das man anknüpfen könne. Mit Bulgarien bestehe ein Zahlungsabkommen[20], das benutzt werden könne. Die Verhandlungen mit Polen seien seinerzeit mit der EWG abgestimmt worden, was jedoch nicht ausschließe, daß bei der Realisierung Schwierigkeiten auftreten könnten, daher habe man den Polen einen Überhang von 78 Mio. DM eingeräumt. Dr. Sachs ging weiter kurz auf die Verhandlungen mit Jugoslawien ein und stellte fest, daß sie praktisch bereits abgebrochen seien.[21]

Der Herr *Bundesminister* erklärte, daß wir gegenüber Jugoslawien hart bleiben würden. Ein Eingehen auf die jugoslawischen Wiedergutmachungsansprüche sei völlig ausgeschlossen, solange Jugoslawien unseren Rechtsstandpunkt bestreite, Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches zu sein, auf dem die Zahlung von Wiedergutmachung basiert.[22]

Ministerialdirektor *Krapf* wies darauf hin, daß Pankow seinerzeit versucht habe, den Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens mit allen Mitteln zu hintertreiben.[23] Der Herr *Bundesminister* ergänzte, daß auch den Sowjets der Abschluß dieses Abkommens nicht gepaßt habe, woraus man wohl vorsichtig schließe, daß der von uns eingeschlagene Weg richtig sei.

Abgeordneter *Kühlmann-Stumm* warf noch einmal die Frage auf, welche Probleme sich durch die weitere Entwicklung der EWG und deren intensive Tätigkeit im Außenhandel für die Zukunft ergeben werden.

Der Herr *Bundesminister* erklärte, er sehe diese Entwicklung mit großer Sorge. Unsere unbefriedigte Lage im Osten zwinge uns, hier auf einem ganz schmalen Grat vorzugehen. Es sei wesentlich, daß die Bundesregierung bei ihrem Vorgehen gegenüber der Öffentlichkeit abgeschirmt werde. Nach Lage der Dinge sei es für die Regierung nicht möglich, die Motive ihrer Politik und ihre Gründe vor der Öffentlichkeit ganz klarzulegen, deshalb müsse man die Diskussion in der Öffentlichkeit möglichst klein halten.
Er schlage deshalb auch vor, daß man über das gegenwärtige Gespräch keine Einzelheiten bekanntgebe, sondern lediglich erkläre, man habe in Fortsetzung der Beratungen im Auswärtigen Ausschuß über gewisse Grundlinien unserer Osthandels-Politik gesprochen. Dies würde auch für die Öffentlichkeit glaub-

[18] Zum Protokoll vom 27. Oktober 1955 über den Zahlungsverkehr zwischen der Bundesrepublik und Ungarn vgl. Dok. 154, Anm. 8.

[19] Für den Wortlaut des Warenprotokolls zwischen der Bundesrepublik und Rumänien vom 23. Dezember 1959 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 20 vom 30. Januar 1960, S. 1.

[20] Für den Wortlaut des Zahlungsprotokolls zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien vom 30. Mai 1956 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 122 vom 27. Juni 1956, S. 2 f.

[21] Der Abbruch der deutsch-jugoslawischen Verhandlungen erfolgte am 13. Juli 1963. Vgl. dazu Dok. 229.

[22] Vgl. dazu bereits Dok. 209.

[23] Vgl. dazu Dok. 45.

haft sein im Hinblick auf das bevorstehende Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit der Industrie.[24] Auf jeden Fall solle man die Erwähnung des Themas Berlin vermeiden.

Die Gesprächsteilnehmer stimmten diesem Vorschlag des Herrn Bundesministers zu.

Abgeordneter *Mende* wies dann auf die bevorstehenden Verhandlungen der drei Großmächte in Moskau[25] sowie auf die Reise Spaaks zu Chruschtschow[26] hin und fragte, welche Sicherungen die Bundesregierung eingebaut habe, um zu vermeiden, daß, isoliert von der Deutschlandfrage, über Nichtangriffs-Vereinbarungen zwischen NATO und Warschauer Pakt[27] verhandelt werde.

In seiner Antwort stellte der Herr *Bundesminister* fest, daß die Reise Spaaks keine sensationellen Neuigkeiten gebracht habe. Spaak sei in seiner Beurteilung der sowjetischen Politik zu optimistisch. Er sei jedoch mit seiner Auffassung in Ottawa isoliert gewesen.[28] Es bestehe Übereinstimmung darüber, daß die amerikanische und britische Delegation der Erörterung auch anderer als Teststopp-Fragen in Moskau nicht ausweichen sollten. Sie sollten jedoch nur explorieren und nicht verhandeln. Man gehe davon aus, daß beide Seiten gleich großes Interesse an einem Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche hätten und daß zur Erlangung eines solchen Abkommens daher keine weiteren Konzessionen von westlicher Seite notwendig wären. Über Nichtangriffs-Vereinbarungen könne nur in Verbindung mit Deutschland und Berlin verhandelt werden. Der Ausgang der Moskauer Verhandlungen sei fraglich, da es schwer vorstellbar sei, wie man ohne China und Frankreich zu einem wirksamen Teststopp-Abkommen gelangen könne. Falls sich eine besondere Entwicklung ergäbe, werde ein Kontakt mit den Abgeordneten sehr schnell möglich sein.

Weiterhin erklärte der Herr Bundesminister, daß Kennedy sehr an einem politischen Erfolg gelegen sei, daher werde auch ein gewisser Optimismus in Washington zur Schau getragen. Es sei jedoch klar, daß Kennedy einen solchen Erfolg nicht auf Kosten Deutschlands suche. Seit dem Besuch Kennedys in Deutschland[29] bestehe daran nicht der geringste Zweifel.

Abschließend gab der Herr Bundesminister den Abgeordneten dann noch einen Bericht über die am Vortage in Brüssel geführten Verhandlungen und das dabei erzielte Übereinkommen hinsichtlich der Wiederaufnahme von Kontakten mit der britischen Regierung.[30]

Ministerbüro, VS-Bd. 10105

[24] Für das Gespräch vom 18. Juli 1963 vgl. Dok. 232.

[25] Am 15. Juli 1963 begannen in Moskau Gespräche zwischen Vertretern der USA, der UdSSR und Großbritanniens über ein Teststopp-Abkommen. Vgl. dazu weiter Dok. 228.

[26] Zum Aufenthalt des belgischen Außenministers Spaak am 7./8. Juli 1963 in der UdSSR vgl. Dok. 226.

[27] Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 2. Juli 1963 vgl. Dok. 215.

[28] Zu den Äußerungen des belgischen Außenministers Spaak auf der Tagung des NATO-Ministerrats am 23. Mai 1963 in Ottawa vgl. Dok. 215, Anm. 6.

[29] Zum Besuch vom 24. bis 26. Juni 1963 vgl. Dok. 206–208.

[30] Vgl. dazu Dok. 230, besonders Anm. 3.

226

Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-5005/63 geheim
Fernschreiben Nr. 621
Citissime

Aufgabe: 12. Juli 1963, 20.50 Uhr[1]
Ankunft: 12. Juli 1963, 21.55 Uhr

Bitte dem Herrn Bundeskanzler vorzulegen

Betr.: Spaak – Chruschtschow Gespräche

1) Außenminister Spaak berichtete heute nachmittag dem Rat über seine Gespräche mit Chruschtschow in Kiew am 7./8. Juli.[2]

Bei den Gesprächen waren auf sowjetischer Seite nur Podgornyj und Sorin zugegen, die indessen wie gewöhnlich keinerlei wesentlichen Beitrag zu den Gesprächen geleistet haben. Den Hauptteil der Gesprächszeit hat offensichtlich Chruschtschow selbst konsumiert, der im übrigen nach Spaaks Schilderung einen gelösten und selbstsicheren Eindruck machte.

2) Spaaks Bericht war sehr nüchtern gehalten, er enthielt eine Reihe von widersprüchlichen und unklaren Äußerungen Chruschtschows, auf die Spaak aufmerksam machte. Überhaupt war das Gespräch nach Spaaks Urteil vor allem dadurch gekennzeichnet, daß Chruschtschow im Gegensatz zu der Begegnung der beiden im Dezember 1961[3] (wo er in präziser Form Forderungen vertreten und Ideen zu suggerieren versucht habe) dieses Mal unpräziser und widerspruchsvoller gewesen sei und sich in einer Weise ausgedrückt habe, die viele Möglichkeiten der Interpretation – und damit auch des Irrtums – eröffnet.

3) In dem referierenden Teil seines Vortrags gab Spaak folgende Äußerungen Chruschtschows wieder:

a) Testbann: Chruschtschow habe den Abschluß eines Abkommens über die Aussetzung der Atomversuche in der Stratosphäre, in der Atmosphäre und unter dem Wasser im gegenwärtigen Augenblick als möglich bezeichnet.[4] Im Hinblick auf unterirdische Atomteste Andeutung der Möglichkeit geringfügiger Verbesserungen des Inspektionssystems.[5]

[1] Hat Ministerialdirigent Voigt am 15. und Ministerialdirigent Böker am 16. Juli 1963 vorgelegen. Hat Ministerialdirektor Jansen vorgelegen.

[2] Vgl. dazu SPAAK, Memoiren, S. 521–524.

[3] Zum Besuch des belgischen Außenministers Spaak in der UdSSR im September 1961 vgl. SPAAK, Memoiren, S. 515–519.

[4] Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Chruschtschow zu einem partiellen Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 215.

[5] Ende 1962/Anfang 1963 näherten sich der amerikanische und der sowjetische Standpunkt in der Frage der Verifikation unterirdischer Versuche einander an, als Ministerpräsident Chruschtschow in die Verwendung automatischer seismischer Stationen („black boxes") einwilligte, Vorschläge für ihre Positionierung vortrug und jährlich zwei bis drei Bodeninspektionen zugestand. Vgl. dazu die Schreiben von Chruschtschow vom 19. Dezember 1962 und 7. Januar 1963 an Präsident Kennedy; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 1239–1242, und DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 1–4.

b) Abrüstung: Positive Erwähnung früherer Projekte der Schaffung von Inspektionszonen beiderseits der Ost-West-Demarkationslinie.[6] Maßnahmen gegenüber Überraschungsangriffen: Erwähnung des Systems fester Kontrollposten auf östlicher sowohl wie auf westlicher Seite.[7]

c) Nichtangriffspakt: Zur Überraschung Spaaks habe Chruschtschow mit keinem Wort ein Junktim zur Testbannfrage angedeutet und überhaupt für das Nichtangriffspaktprojekt „wenig Enthusiasmus" gezeigt.[8]

d) Deutschland- und Berlinfrage: Stattdessen habe er mit für Spaak überraschendem Nachdruck auf Bereinigung der Deutschland- und Berlinfrage gedrungen. Spaak hatte den Eindruck, daß damit die Deutschlandfrage zu einem „préalable" aller Abrüstungs- und sonstigen Entspannungsverhandlungen gemacht werden sollte.

In gleichem Atemzuge Herabspielen der Wichtigkeit der Deutschlandfrage nach der Errichtung der Mauer[9] und im Hinblick auf zwangsläufige Zukunftsentwicklung, die Deutschland auf einen Rapallo-ähnlichen Weg[10] führen werde.

Gleichzeitig Drohungen, daß die Deutschlandpolitik weiterhin als Werkzeug benutzt werden würde, um dem Westen Schwierigkeiten zu bereiten. (Unter Anspielung auf eine Tschechownovelle bemerkte Chruschtschow, daß er „immer nur jeden zweiten Bolzen aus den Schienen herausziehen" werde[11], mit anderen Worten, es nicht zum äußersten Konflikt kommen lassen werde.)

Fortsetzung Fußnote von Seite 751

Zum Vorschlag vom 7. September 1962, unterirdische Atomtests durch „black boxes" zu kontrollieren, vgl. Dok. 117, Anm. 14.

6 Am 18. Juli 1955 schlug Premierminister Eden Verhandlungen „über die Gesamtstärke der Streitkräfte und Rüstungen auf beiden Seiten in Deutschland und in den Deutschland benachbarten Ländern" sowie ein „System der gegenseitigen Kontrolle zur wirksamen Überwachung der Abmachungen" vor. Vgl. DzD III/1, S. 164.
Am 21. Juli 1955 sprach sich Präsident Eisenhower dafür aus, Luftbildaufnahmen zur Rüstungskontrolle einzusetzen. Dieser Vorschlag wurde am 30. April 1957 durch die UdSSR dahingehend präzisiert, daß in einem Gebiet von 800 Kilometern Tiefe zu beiden Seiten der Grenzlinie zwischen NATO und Warschauer Pakt eine Rüstungskontrolle mittels Luftbildaufnahmen gestattet sein sollte. Vgl. dazu DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, S. 487 f. und S. 784 f.

7 Am 10. Mai 1955 schlug die UdSSR vor, zum Schutz vor Überraschungsangriffen „in allen betroffenen Staaten" Kontrollposten an Bahnknotenpunkten, an Schnellstraßen und in Häfen einzurichten. Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, S. 466.
Am 30. April 1957 modifizierte die sowjetische Regierung den Vorschlag dahingehend, daß die Kontrollposten in der Zone, in welcher Luftbildaufnahmen zur Rüstungskontrolle gestattet sein sollten, eingerichtet werden sollten. Dieser Vorschlag wurde am 5. Mai 1958 erneut vorgetragen. Vgl. dazu DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, S. 785 und S. 1033. Der Gedanke wurde in einem amerikanischen Arbeitspapier aufgegriffen, das am 12. Dezember 1962 dem 18-Mächte-Abrüstungskomitee in Genf vorgelegt wurde. Vgl. dazu DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 1217.

8 Zum sowjetischen Vorschlag, ein partielles Teststopp-Abkommen und ein Nichtangriffsabkommen gleichzeitig abzuschließen, vgl. Dok. 215.

9 Die Errichtung der Berliner Mauer begann am 13. August 1961.

10 Im Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922 verzichteten das Deutsche Reich und die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik auf alle gegenseitigen Forderungen, die aus dem Ersten Weltkrieg resultierten, und beschlossen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Für den Wortlaut vgl. REICHSGESETZBLATT 1922, Teil II, S. 677 f.

11 Ministerpräsident Chruschtschow spielte hier auf die Novelle „Der Übeltäter" von Anton Tschechow an.

e) Innere Situation der Sowjetunion: Längere Ausführungen, die einerseits wohl die Macht und Stärke der Sowjetunion beweisen sollten, andererseits aber nach Spaaks Eindruck doch einen erheblichen Grad von Beunruhigung verrieten.

f) China: Direkt wurde zu diesem Thema fast nichts gesagt, doch schloß Spaak aus der Ankündigung Chruschtschows, er wolle sich Ende des Monats eine gewisse Zeit in Jugoslawien aufhalten[12], daß er auf die chinesischen Empfindungen offenbar keine Rücksicht zu nehmen beabsichtige.

4) In dem bewertenden Teil seines Berichts vertrat Spaak folgende Auffassungen:

a) Der Zeitpunkt für die Begegnung sei schlecht gewählt gewesen (er habe übrigens mit dem Datum der chinesisch-sowjetischen Besprechungen[13] keinen Zusammenhang gehabt).

b) Der Gesamttenor der Äußerungen Chruschtschows habe deutlich gemacht, daß er nicht im Begriffe sei, mit den chinesischen Auffassungen einen Kompromiß einzugehen. Ein Bruch – welcher Schwere auch immer – mit China erscheint Spaak wahrscheinlich. Die Konsequenzen seien entweder eine gewisse Annäherung an den Westen oder aber eine erneute Radikalisierung der sowjetischen Politik im Wettbewerb mit den Chinesen. Die letzte Möglichkeit schien Spaak jedoch für wenig wahrscheinlich zu halten.

c) Chruschtschow brauche aus Gründen seiner inneren Politik und zur Vollendung des Aufbaus des kommunistischen Systems den Frieden. Die Chinesen befänden sich seiner darauf gerichteten Politik gegenüber heute in einer ähnlichen Rolle wie in früheren Jahren die Trotzkisten mit ihrer weltrevolutionären Politik gegenüber den Bemühungen Stalins, zunächst den Sozialismus in der Sowjetunion aufzubauen.

d) Von entscheidender Bedeutung bleibe es, wie ernst die Chruschtschowschen Andeutungen zu nehmen seien, die eine Regelung der Deutschlandfrage zur Vorbedingung für einen Ausgleich zwischen Ost und West machten. Werde mit dieser These ernst gemacht, so befinde man sich wieder in einer Sackgasse. Auf jeden Fall müßten Harriman und Lord Hailsham damit rechnen, in Moskau bereits mit dieser These konfrontiert zu werden.[14]

5) An der Aussprache über den Bericht Spaaks beteiligten sich die Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Griechenlands, der Türkei, Norwegens und ich.[15] Spaaks Bericht wurde allgemein als nüchtern und objektiv empfunden und als nützlicher Beitrag zur Beurteilung der Situation am Vorabend der Moskauer Testbann-Gespräche bezeichnet.

[12] Ministerpräsident Chruschtschow hielt sich vom 20. August bis 3. September 1963 in Jugoslawien auf.

[13] Vom 5. bis 20. Juli 1963 fanden in Moskau sowjetisch-chinesische Verhandlungen über ideologische Streitfragen statt.

[14] Am 15. Juli 1963 begannen in Moskau die Gespräche zwischen Vertretern der USA, der UdSSR und Großbritanniens über ein Teststopp-Abkommen. Vgl. dazu weiter Dok. 228.

[15] Thomas Finletter, Evelyn Shuckburgh, François Seydoux, Adolfo Alessandrini, Christian X. Palamas, Muharrem Nuri Birgi, Sigurd Ekeland.

Dr. Evelyn Shuckburgh warf die Frage auf, ob Chruschtschows Insistieren auf der Deutschland- und Berlinfrage als „préalable" für künftige Verhandlungen taktischen Motiven entspringe, in dem Sinne, daß er damit die Wichtigkeit des einen Elements der Moskauer Gespräche, nämlich des Testbann-Abkommens, herunterspielen wolle, um seine Verhandlungsposition in dem für ihn interessanten anderen Teil der Gespräche zu verbessern. Ich knüpfte daran an und wies darauf hin, daß ein Junktim mit der Deutschlandfrage in vergangenen Jahren gelegentlich auch als Mittel benutzt worden sei, um aus einer unbequemen Verhandlung wieder auszusteigen. Wenn Chruschtschow das im Sinne habe, so würde das in einem bemerkenswerten Gegensatz zu der Tendenz stehen, die man kurz vor der Ottawa-Konferenz[16] aus dem Gespräch Rusks mit Dobrynin herausgehört haben wollte[17], daß nämlich den Sowjets im Augenblick besonders viel daran gelegen sei, zu einem Arrangement mit dem Westen – gleichgültig auf welchem Gebiet auch immer – zu kommen.

Einigkeit bestand allgemein darüber, wie auch Stikker in seinen Schlußbemerkungen hervorhob, daß ein Eingehen auf Chruschtschows Deutschland- und Berlinforderungen heute und in Zukunft so unakzeptabel sei wie zuvor.

Auf meine Frage, wie Chruschtschows Bezugnahme auf „Rapallo" zu verstehen sei, berichtete Spaak, Chruschtschow habe damit auf eine gleichsam zwangsläufige Entwicklung der deutschen Politik hinweisen wollen: „Auf Adenauer folgt ein Bundeskanzler Erhard und danach ein Bundeskanzler Wirth"[18] (so Chruschtschow).

Im Ganzen führte die Aussprache zu keinen konkreten Schlußfolgerungen, da alle Anwesenden wohl den Eindruck Spaaks teilen, daß man sich einer undurchsichtigen Situation gegenüber befinde und die Äußerungen Chruschtschows wenig geeignet waren, Licht in dieses Dunkel zu bringen.

Ich selbst neige zu der Ansicht, daß Chruschtschow dieses Gespräch lediglich zu dem Zwecke geführt hat, um dem Westen zu Beginn der Moskauer Gespräche den Eindruck zu vermitteln, daß er, Chruschtschow, auf das Zustandekommen einer Ost-West-Abmachung nicht angewiesen sei. Er könnte sich davon eine Verbesserung seiner Verhandlungsposition versprechen.

Spaak betonte nachdrücklich den vertraulichen Charakter der von ihm gegebenen Unterrichtung.

Eine kurze von Spaak verlesene Bewertung der Gespräche aus der Feder des belgischen NATO-Botschafters de Staercke wird nachgereicht, sobald sie hier vorliegt.

[16] Zur NATO-Ministerkonferenz vom 22. bis 24. Mai 1963 vgl. Dok. 190.

[17] Vgl. dazu Dok. 178, besonders Anm. 19.

[18] Joseph Wirth (Zentrum) war vom 10. Mai 1921 bis 14. November 1922 Reichskanzler. Der Abschluß des Vertrags von Rapallo fiel in seine Amtszeit.
Anfang der 50er Jahre trat Wirth für eine Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Neutralität ein. Mit dieser Zielsetzung führte er mehrfach Gespräche mit Vertretern der DDR bzw. der Sowjetischen Kontroll-Kommission in Ost-Berlin.

Für weitere Einzelheiten wird auf einen ausführlicheren Schriftbericht über den Verlauf der Sitzung verwiesen.[19]

[gez.] Grewe

Abteilung I (I A 3/I A 4), VS-Bd. 161

227

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1211/63 geheim **16. Juli 1963**

Betr.: Einbeziehung Berlins in völkerrechtliche Verträge

Ich habe mit Senator Schütz heute folgendes besprochen:

1) Der Berliner Senat wird sich mit den Stadtkommandanten[1] in Verbindung setzen, um deren Zustimmung dazu zu erwirken, daß das deutsch-polnische Abkommen[2] in die Liste der im Berliner Gesetzblatt veröffentlichten, in Berlin Anwendung findenden internationalen Verträge[3] aufgenommen wird.[4] Falls Schwierigkeiten entstehen sollten, wird uns Berlin erneut unterrichten.

2) Ich habe Senator Schütz gebeten zu prüfen, ob es nicht zweckmäßig wäre, die grundlegende Anweisung der Kommandantura von 1952 (BKC/L 52 6) über das Inkrafttreten von völkerrechtlichen Verträgen der Bundesrepublik in Berlin[5] in der Weise zu ändern, daß den bisher alternativ aufgestellten Voraussetzungen für das Inkrafttreten eine weitere, etwa folgenden Inhalts hinzugefügt wird: „Oder wenn auf andere Weise eindeutig sichergestellt ist, daß der Vertrag sich auch auf Berlin erstreckt."

Senator Schütz versprach, die Angelegenheit zu prüfen und uns Nachricht zu geben. Für seine Person erklärte er, daß der Vorschlag gut sei.

3) Ich habe Senator Schütz davon unterrichtet, daß die drei Westmächte beabsichtigen, regelmäßig informelle Treffen zwischen Beamten der Alliierten Kommandanturen und Vertretern des Senats zu veranstalten. Ich habe erklärt, daß das Auswärtige Amt Wert darauf lege, daß an diesen Besprechungen der Vertreter des Auswärtigen Amts in Berlin[6] teilnehme.[7] Ich hätte dies

[19] Für den Bericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 17. Juli 1963 über die Ausführungen des belgischen Außenministers Spaak vor dem Ständigen NATO-Rat vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 47.

[1] James Hilliard Polk (USA), David Yates (Großbritannien) und Pierre Toulouse (Frankreich).

[2] Zum Handelsabkommen mit Polen vom 7. März 1963 vgl. Dok. 114, Anm. 4. Zur Einbeziehung von Berlin (West) vgl. Dok. 183.

[3] Zur Bekanntgabe vom 12. August 1963 vgl. Dok. 225, Anm. 11.

[4] Zur Haltung der Alliierten Kommandantur in dieser Frage vgl. Dok. 225.

[5] Zum Vorschlag einer Änderung der BKC/L (52) 6 vgl. bereits Dok. 225.

[6] Günther Kempff.

[7] Vgl. dazu weiter Dok. 297.

auch den drei westlichen Botschaftern[8] gegenüber zum Ausdruck gebracht. Senator Schütz erklärte, daß er vorschlagen werde, den Alliierten zu sagen, daß der Berliner Senat mit der Hinzuziehung eines Vertreters des Auswärtigen Amts einverstanden sei, falls die Alliierten dem Berliner Senat den von mir erwähnten Vorschlag unterbreiten sollten. Er wies allerdings darauf hin, daß die aufgetretenen Schwierigkeiten nach seiner Meinung durch derartige Kontakte nicht ausgeräumt werden könnten, zumal von seiten der Alliierten und von seiten des Senats für die jeweiligen Fragenkomplexe ganz verschiedene Personen zuständig seien. Nach seiner Ansicht seien die Kontakte des Regierenden Bürgermeisters[9] mit den drei Stadtkommandanten von größter Bedeutung. Er werde versuchen zu erreichen, daß wir über das Ergebnis dieser Gespräche regelmäßig unterrichtet würden.

Hiermit dem Herrn Minister[10] vorgelegt.

Carstens

Ministerbüro, VS-Bd. 10105

228

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1216/63 geheim **16. Juli 1963**

Betr.: Teststopp-Verhandlungen in Moskau

Botschafter McGhee suchte mich heute auf und teilte mit, daß er Botschafter Harriman in London aufgesucht und ihm den deutschen Standpunkt in der Frage des Nichtangriffsabkommens[1] dargelegt habe. Es sei völlig eindeutig, daß Harriman in Moskau nur über das beschränkte Teststopp-Abkommen (für den Weltraum, die Atmosphäre und die Meere) verhandeln werde. Hinsichtlich aller anderen Fragen werde er sich rezeptiv verhalten. Die Verhandlungen würde Harriman führen, Lord Hailsham habe im wesentlichen die Instruktion, den amerikanischen Standpunkt zu unterstützen. Harriman würde nur sehr spärliche Berichte senden, da der Präsident[2] gewünscht habe, daß die Verhandlungen mit größter Vertraulichkeit geführt würden. Doch würde Harriman nach Abschluß der Verhandlungen Tyler, der über alle Fragen unterrichtet werden würde, nach Bonn entsenden, um uns ins Bild zu setzen.[3] Harri-

8 George McGhee, Frank K. Roberts und Roland de Margerie.

9 Willy Brandt.

10 Hat Bundesminister Schröder am 17. Juli 1963 vorgelegen.

1 Vgl. dazu bereits Dok. 215. Vgl. dazu weiter Dok. 256.

2 John F. Kennedy.

3 Am 30. Juli 1963 unterrichtete der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Tyler, Bundeskanzler Adenauer sowie Staatssekretär Carstens über die Teststopp-Verhandlungen in Moskau. Vgl. Dok. 252 und Dok. 254.

man selbst würde voraussichtlich nicht kommen können, da er, so wie die Dinge jetzt liegen, vermutlich direkt von Moskau nach Washington zurückkehren werde, um dem Präsidenten zu berichten.

Harriman habe sich hinsichtlich der Erfolgschancen seiner Verhandlungen skeptisch geäußert. Vielleicht sei dies aber ein gewisser Zweckpessimismus gewesen. Die Stimmung im Kongreß sei für das begrenzte Teststopp-Abkommen (Weltraum, Atmosphäre und Meere) verhältnismäßig günstig. Dagegen werde es sehr schwer sein, die Zustimmung des Kongresses für ein Abkommen zu erhalten, das sich auch auf unterirdische Versuche erstrecke. Maßgebende Senatoren seien der Meinung, daß die amerikanische Regierung in der Frage der notwendigen Anzahl von Inspektionen zu weit zurückgewichen sei.[4]

Botschafter McGhee schloß mit der Bemerkung, er selbst werde ab Freitag für eine Woche nach Holland auf Urlaub fahren. Gesandter Hillenbrand sei beauftragt, uns alle Informationen über den weiteren Verlauf der Moskauer Verhandlungen umgehend zuzuleiten.

Hiermit dem Herrn Minister vorgelegt mit dem Vorschlag einer Unterrichtung des Herrn Bundeskanzlers.[5]

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436

[4] Während im amerikanisch-britischen Entwurf vom 18. April 1961 für ein Teststopp-Abkommen noch 20 Bodeninspektionen pro Jahr zur Kontrolle von unterirdischen Tests vorgesehen waren, legte der stellvertretende Direktor der amerikanischen Atomenergiebehörde, Long, am 10. März 1963 vor einem Ausschuß des amerikanischen Kongresses dar, daß sich die USA mit sieben jährlichen Inspektionen zufriedengeben würden. Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1961, S. 95, und DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 81–85. Trotz dieser Annäherung an die sowjetische Forderung von jährlich drei Inspektionen konnte kein Übereinkommen erzielt werden. Vgl. dazu auch Dok. 226, Anm. 5.

[5] Hat Bundesminister Schröder am 17. Juli 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dem Herrn Bundeskanzler vorzulegen".
Hat Adenauer am 19. Juli 1963 vorgelegen.

229

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1218/63 VS-vertraulich **16. Juli 1963**[1]

Der amerikanische Botschafter[2], der mich heute aufsuchte, teilte mit, daß die amerikanische Regierung den Abbruch der deutsch-jugoslawischen Verhandlungen[3] sehr bedauere. Die Jugoslawen hätten erklärt, daß wir ihnen am Anfang gewisse Hoffnungen gemacht hätten, wir würden bereit sein, zwar keine unmittelbaren Wiedergutmachungszahlungen an Jugoslawien zu leisten, wohl aber unter Berücksichtigung der jugoslawischen Wiedergutmachungswünsche wirtschaftliche Kredite zu gewähren.[4]

Ich bestritt dies auf das Entschiedenste, legte unseren Standpunkt dar und fügte hinzu, daß unser Verhandlungsführer[5] von München direkt nach London geflogen sei. Wir hätten ihn gebeten, unmittelbar nach Bonn zurückzukehren. Ich würde veranlassen, daß der amerikanischen Regierung nach seiner Rückkehr unmittelbar weitere Informationen erteilt würden.[6]

1 Durchschlag als Konzept.

2 George McGhee.

3 Zu den Wirtschaftsgesprächen mit Jugoslawien vgl. bereits Dok. 209.
Die in München stattfindenden Gespräche wurden am 13. Juli 1963 unterbrochen. Zum Sachstand zu diesem Zeitpunkt vgl. die Aufzeichnung der Abteilung für Handels- und Entwicklungspolitik vom 14. Juli 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963.

4 Zur Frage von Wiedergutmachungsleistungen an Jugoslawien vgl. bereits Dok. 105, Anm. 10.
Zum Vorwurf, die Bundesregierung hätte im Verlauf der Verhandlungen ihre Haltung geändert, führte der Leiter der „Abteilung für die Wahrnehmung deutscher Interessen" bei der französischen Botschaft in Belgrad (Schutzmachtvertretung), Bock, aus, daß die „Konzeption einer Koppelung großzügigen finanziellen Entgegenkommens unsererseits zur Ausweitung des Handelsverkehrs mit einer vertraulichen Absprache, in der Jugoslawien sich verpflichten könnte, dieses Entgegenkommen als eine (je nach Höhe) teilweise oder volle Abgeltung der Wiedergutmachung zu betrachten", von jugoslawischer Seite vorgeschlagen worden sei. Er selbst habe diesen Gedanken vor allem deshalb interessant gefunden, weil „die jugoslawische Regierung offenbar nicht mehr wie bisher eine offizielle Lösung der Wiedergutmachungsfrage als prinzipielle Voraussetzung für eine Verbesserung der Beziehungen betrachte, sondern lediglich als eine Frage von finanzieller Bedeutung". Er habe jedoch den jugoslawischen Vorschlag unverzüglich zurückgewiesen. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Bock, z. Z. Bonn, vom 24. Juli 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963.
Botschafter Schlitter kam in einer Aufzeichnung vom 19. Juli 1963 zum gleichen Ergebnis: „Der Abbruch der Verhandlungen durch die Jugoslawen legt die Vermutung nahe, daß es ihnen weniger auf eine Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen ankam als darauf, eine umfangreiche Kapital- und Devisenhilfe, sei es als Entwicklungshilfe oder als Wiedergutmachung, zu erzwingen." Vgl. Referat III A 5, Bd. 342.
Zu den Gründen für den Abbruch der Verhandlungen vgl. weiter Dok. 268.

5 Oskar Schlitter.

6 Am 19. Juli 1963 legte Botschafter Schlitter dem amerikanischen Botschaftsrat für politische Angelegenheiten, Kidd, in Bonn dar, daß Jugoslawien im Rahmen der Wirtschaftsverhandlungen nicht mit der Gewährung neuer Anleihen durch die Bundesregierung oder mit einer globalen Regelung der Wiedergutmachungsfrage hätte rechnen können. Die deutsche Seite sei aus humanitären Gründen zu einer Erhöhung der Entschädigungszahlungen für die Opfer pseudo-medizinischer Versuche bereit gewesen. Darüber hinaus unterstütze die Bundesregierung die Aufnahme Jugoslawiens als Vollmitglied ins GATT und habe sich bei der Gewährung von Hermes-Bürg-

Hiermit über Herrn Staatssekretär II[7] Herrn Botschafter Schlitter.

Es muß sofort ein Informationserlaß an die interessierten Missionen gehen, die ihrerseits die mit uns befreundeten Regierungen unterrichten müssen.[8]

Carstens[9]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 430

230

Bundesminister Schröder an Botschafter von Etzdorf, London

St.S. 684/63 **17. Juli 1963**[1]
Fernschreiben Nr. 342 **Aufgabe: 18. Juli 1963, 10.00 Uhr**

Auf Drahtbericht Nr. 617 vom 16. 7.[2]

Sie werden gebeten, der britischen Regierung, insbesondere Lordsiegelbewahrer Heath, folgendes mitzuteilen:

1) Wir betrachten den Beschluß des EWG-Ministerrats in der Kontaktfrage[3] als einen Erfolg im Sinne der gemeinsamen britischen und deutschen Wünsche, weil die wesentlichen Punkte (Regelmäßigkeit der Kontakte, Ausschluß von Meinungsverschiedenheiten über die Tagesordnung, freie Aussprache, Be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 758

schaften entgegenkommend gezeigt. Kidd bezeichnete die Ausführungen von Schlitter als „völlig schlüssig". Das deutsche Entgegenkommen hätte stärker honoriert werden müssen; der Abbruch der Verhandlungen sei „ein Fehler der Jugoslawen und eigentlich nicht recht verständlich". Vgl. die Aufzeichnung von Schlitter vom 19. Juli 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 221; B 150, Aktenkopien 1963.

7 Rolf Lahr.

8 Vgl. den Runderlaß des Staatssekretärs Lahr vom 17. Juli 1963; Referat III A 5, Bd. 342.

9 Paraphe.

1 Der Drahterlaß wurde von Staatssekretär Lahr am 17. Juli 1963 konzipiert, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Bundesminister m[it] d[er] B[itte] um Unterschrift vorzulegen."

2 Vgl. Referat I A 2, Bd. 1239.

3 Auf der Tagung am 10./11. Juli 1963 in Brüssel einigte sich der EWG-Ministerrat auf folgende Regelung der künftigen Kontakte zwischen den Mitgliedstaaten der EWG und Großbritannien: „Der Rat schlägt der britischen Regierung vierteljährliche Kontakte im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU) vor, damit die sieben Mitgliedsländer im Laufe von Aussprachen eine Bestandsaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Lage in Europa vornehmen können. Er schlägt vor, in die Tagesordnung für die Ministertagungen außer den politischen Fragen alle drei Monate einen Punkt mit folgendem Wortlaut aufzunehmen: ‚Gedankenaustausch über die wirtschaftliche Lage Europas'. Die Aussprachen finden grundsätzlich auf Ministerebene statt." Vgl. BULLETIN DER EWG, 9–10/1963, S. 35. Am 26. Juli 1963 erklärte sich die britische Regierung mit dieser Regelung einverstanden. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 585.
Zur ersten Zusammenkunft aufgrund dieser Regelung am 25./26. Oktober 1963 in Den Haag vgl. Dok. 403, Anm. 24 und Anm. 25.

teiligung der Kommission) nach unseren Vorstellungen entschieden worden sind. Die Wahl der WEU bedeutet insofern eine Konzession an Frankreich, als neben Brüssel auch die Hauptstädte der sechs anderen Partnerländer als Tagungsorte dienen werden. Diese Konzession halten wir jedoch für geringfügig im Vergleich zu den vorerwähnten Punkten. Daß mit dieser Lösung die Kontakte aus dem EWG-Rahmen herausgelöst seien, trifft schon mit Rücksicht auf die ständige Beteiligung der Europäischen Kommission nicht zu.

2) Im übrigen besagt der Brüsseler Beschluß keineswegs, daß Kontakte in Brüssel ausgeschlossen seien. Einmal werden dort die Kontakte zwischen der britischen Vertretung und der Kommission stattfinden, die nach der Vorstellung der Kommission sehr intensiv gestaltet werden sollen. Ferner werden sich dort in formloser Weise enge Kontakte zwischen den einzelnen Ständigen Vertretern und deren britischem Kollegen entwickeln. Die Vorbereitung der Tagungen der WEU wird unvermeidlicherweise in Brüssel erfolgen, und auch unabhängig von den Brüsseler Tagungen werden sich enge[4] Kontakte zwischen den Vertretern in Brüssel ergeben[5]. Der deutsche Ständige Vertreter[6] ist angewiesen worden, eine solche Entwicklung in jeder Weise zu unterstützen.[7]

3) In politischer Sicht kam es darauf an, eine Form multilateraler Kontakte zu finden, mit der die Sechs das Fortbestehen der mit den Beitrittsverhandlungen[8] geschaffenen Verbindungen zu Großbritannien bekräftigen. Das ist mit dem Beschluß vom 11. Juli gelungen. Nach unserer Auffassung braucht diese Aktion nicht etwa dadurch wiederholt zu werden, daß für die Kontakte der Ständigen Vertreter in Brüssel gleiche Formen festgelegt werden. Diese können sich in formloser Weise vollziehen. Die Kontakte in den WEU-Hauptstädten und in Brüssel werden sich in ihrer politischen und praktischen Zielsetzung gegenseitig ergänzen, so daß allen Erfordernissen, die zu[9] dem Wunsch nach Kontakten geführt haben[10], nach unserer Auffassung ausreichend Rechnung getragen ist. Diese Regelung etwa umzustoßen oder wesentlich ändern zu wollen, verspricht nach unserer Auffassung keinen Erfolg und ist auch nicht notwendig. Es kommt nach unserer Meinung vielmehr darauf an, die

[4] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „die".

[5] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „entwickeln".

[6] Günther Harkort.

[7] Mit Drahterlaß vom 18. Juli 1963 teilte Ministerialdirigent Voigt Botschafter Harkort, Brüssel (EWG/EAG), mit, daß Kontaktgespräche der Ständigen Vertreter in Brüssel zur Vorbereitung der WEU-Sitzung in formlosem Rahmen stattfinden sollten. Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 23; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu auch den Vermerk von Voigt vom 17. Juli 1963; Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 23; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Zum Scheitern der Beitrittsverhandlungen am 28./29. Januar 1963 vgl. Dok. 60.

[9] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sich mit".

[10] Die Wörter „geführt haben" wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „verbinden".

jetzt geschaffenen Möglichkeiten voll auszunutzen[11]. Wir sind der Überzeugung, daß damit wichtige Ergebnisse[12] erzielt werden können.

4) Die Zusammenfassung der Kontakte in Brüssel wäre die technisch einfachere Lösung gewesen. Demgegenüber hat der Brüsseler Kompromiß den Vorteil, mit der Lösung der Kontaktfrage zu einer Wiederbelebung der WEU in politischer Beziehung zu gelangen.[13]

Schröder[14]

Büro Staatssekretär, Bd. 383

231

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1226/63 geheim **17. Juli 1963**[1]

Betr.: Unterrichtung des Stellvertreters des Bundeskanzlers, Herrn Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Ludwig Erhard, über außenpolitische Fragen

Der Herr Minister hat gebeten, für Herrn Bundesminister Erhard Aufzeichnungen zu den wichtigsten außenpolitischen Fragen anzufertigen. Die Aufzeichnungen sollten kurz (2–3 Seiten) und jeweils auf eine bestimmte Schlußfolgerung angelegt sein. Im folgenden nenne ich die Themen, über die Aufzeichnungen angefertigt werden müssen, sowie jeweils den Trend, der die Aufzeichnungen kennzeichnen soll.

Ich bitte um Vorlage der Entwürfe der Aufzeichnungen bis zum 31. Juli 1963.[2] Die federführende Abteilung ist jeweils am Rande vermerkt.[3]

[11] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr gestrichen: „und auszuschöpfen".

[12] Die Wörter „wichtige Ergebnisse" wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ein voller Erfolg".

[13] Einer möglichen institutionellen Stärkung der WEU stand die französische Seite zurückhaltend gegenüber. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 26. August 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 382.

[14] Paraphe vom 17. Juli 1963.

[1] Durchdruck.

[2] Vgl. dazu Dok. 251 und Dok. 259.
Vgl. ferner die Aufzeichnungen der Politischen Abteilung I vom 29. Juli 1963 und vom 31. Juli 1963; Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 171 bzw. Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 122; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Die Politische Abteilung I wurde mit der Ausarbeitung der Punkte 12 bis 16 sowie 18, 20 und 21 beauftragt. Die Punkte 1 bis 11 und 22 wurden der Politischen Abteilung II zugewiesen. Punkt 19 sollten beide Abteilungen gemeinsam bearbeiten. Zu Punkt 17 sollte die Abteilung für Handels- und Entwicklungspolitik eine Aufzeichnung vorlegen.

I. NATO und Abrüstung

1) MLF
Trend:
Wir halten an dem Projekt fest, müssen aber bis auf weiteres abwarten, wie sich die innenpolitische Lage in England[4] und Italien[5] weiter entwickelt. In der Zwischenzeit sollen technische Fragen untersucht werden.

2) Integration der Streitkräfte
Trend:
Wir halten dieses Prinzip für das allein wirksame. Haben uns dementsprechend verhalten; bedauern die entgegengesetzte französische Tendenz[6] und werden weiterhin nach Kräften auf Frankreich einzuwirken versuchen.

3) Konventionelle und nukleare Streitkräfte
Trend:
Die graduelle Abschreckung[7] erfordert, daß auf jeder Stufe adäquate Abwehrmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Dazu gehört von einem bestimmten (in der Aufzeichnung in Anlehnung an die Athener guidelines[8] näher zu bezeichnenden) Punkt an die Abschreckung mit strategischen Atomwaffen.
Taktische Atomwaffen müssen bereits in einem früheren Stadium eingesetzt werden. Die Eskalationsgefahr sehen wir nicht als so groß an wie die Amerikaner.[9]
Unbeschadet dieser Erwägungen sind wir für starke konventionelle Streitkräfte, nur haben wir die obere Grenze der uns gegebenen Möglichkeiten mit über 400000 Mann inzwischen etwa erreicht.

4) Nukleare Bewaffnung der Bundeswehr
Trend:
Wir streben keine eigene Verfügungsgewalt über nukleare Waffen an, doch müssen wir fordern, daß unsere Truppen so ausgerüstet sind, daß sie dem Gegner standhalten können. Die gegenwärtige Lösung, wonach die Amerikaner den Schlüssel zu den Sprengköpfen besitzen, ist akzeptabel. Auf weite Sicht sind multilaterale, integrierte Lösungen nach Art der MLF[10] vorzuziehen.
Wir halten uns an den Herstellungsverzicht für atomare Waffen von 1954/55 gebunden[11] und erwägen keine Beteiligung an der französischen Atomwaffenproduktion.

4 Zur innenpolitischen Situation in Großbritannien vgl. Dok. 192, Anm. 34.

5 Zur innenpolitischen Situation in Italien nach den Kammer- und Senatswahlen vom 28./29. April 1963 vgl. Dok. 172, Anm. 19.

6 Zum Rückzug der französischen Mittelmeerflotte und der französischen Atlantikflotte aus der NATO-Assignierung vgl. Dok. 94, Anm. 19, und Dok. 194, Anm. 2.

7 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 83, Anm. 7.

8 Zu den Athener „guidelines" vgl. Dok. 16, Anm. 9.

9 Vgl. dazu auch Dok. 276.

10 Zum Stand der Diskussion über die MLF vgl. Dok. 208 und Dok. 214. Zur MLF vgl. weiter Dok. 240.

11 Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

5) Abrüstung und Disengagement
Trend:
Wir sind jederzeit für allgemeine Abrüstungsmaßnahmen eingetreten. Unser Ziel ist die allgemeine kontrollierte Abrüstung. Gegenüber Projekten des Disengagements und insbesondere militärisch verdünnter Zonen oder Zonen mit militärischem Sonderstatus ist größte Zurückhaltung geboten, sofern die Bundesrepublik in sie einbezogen werden soll (Rapacki-Plan[12] usw.).

II. Deutschland-, Berlin-, Ost-West-Fragen

6) Wiedervereinigung
Trend:
Sie bleibt unser Ziel auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts. Wir werden diese Forderung immer wieder erheben.

7) Humanisierung der Verhältnisse in der Zone
Trend:
Wir haben mehrfach gesagt, daß wir über vieles mit uns sprechen lassen würden, wenn die Verhältnisse in der Zone menschlicher gestaltet würden. Wir können an dieser Formel festhalten. Wir sollten nicht genau präzisieren, worüber wir mit uns reden lassen würden. In erster Linie wäre an Leistungen auf wirtschaftlichem Gebiet zu denken.

8) Berlin
Trend:
Zugang, Lebensfähigkeit, Verbindung mit der Bundesrepublik müssen gesichert bleiben. Gegen die Mauer werden und müssen wir weiter ankämpfen. Die amerikanische Garantie ist heute wohl fester als jemals vorher.

9) Nichtanerkennung der SBZ
Trend:
Dies bleibt unsere Politik sowohl aus nationalem Interesse (sicherstes Mittel, um der Welt zum Bewußtsein zu bringen, daß die deutsche Wunde nicht geheilt ist) als auch aus allgemein politischen Gründen (es handelt sich um eine permanente Herausforderung des *sowjetischen* Kommunismus, der wir uns stellen müssen und gegenüber der wir, wie wir mit Befriedigung feststellen können, in allen Fällen außer Jugoslawien und Kuba[13], d.h. in mehr als ...[14] Staaten und Territorien der Welt, unseren Standpunkt durchgesetzt haben). Eine Änderung unserer Politik kann nicht ins Auge gefaßt werden. Eine Anerkennung der Zone ist vollkommen ausgeschlossen. Auch werden wir an dem Grundsatz festhalten, diplomatische Beziehungen nur mit Staaten zu unterhalten, die ihrerseits keine diplomatischen Beziehungen mit Pankow haben. Einzige Ausnahme: Moskau.[15] Die einschlägigen Passagen aus der Regierungserklärung Herbst 1961[16] wörtlich zitieren.

[12] Zum Rapacki-Plan von 1957 vgl. Dok. 114, Anm. 2.

[13] Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien 1957 vgl. Dok. 209, Anm. 8.
Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kuba 1963 vgl. Dok. 19, besonders Anm. 6.

[14] Auslassung gemäß Vorlage.

[15] Zur Hallstein-Doktrin und der besonderen Rolle der Beziehungen zur UdSSR vgl. Dok. 19, Anm. 3.

[16] In der Regierungserklärung vom 29. November 1961 legte der Stellvertreter des Bundeskanzlers,

10) Sowjetunion
Trend:
Das Verhältnis ist durch das Deutschland- und Berlin-Problem schwer belastet. Trotzdem haben wir immer wieder Versuche zur Verbesserung der Beziehungen unternommen und werden diese fortsetzen, soweit es ohne Verzicht auf lebenswichtige Interessen möglich ist. Ausbaufähig sind nach wie vor die wirtschaftlichen[17] und kulturellen[18] Beziehungen. Hier stoßen wir uns an dem russischen Widerstand gegen eine Einbeziehung Berlins, doch sollten wir erneut versuchen, zu Lösungen nach Art des Scherpenbergschen Briefes an Smirnow[19] zu kommen.

11) Satelliten
Trend:
Unsere Politik verfolgt den Zweck, den Polen usw. klar zu machen, daß wir keine revanchistische und militaristische Politik betreiben. Hierzu soll die Errichtung von Handelsvertretungen ein erster Ansatz sein.[20] Auf in die Augen springende Resultate können wir nicht hoffen, doch ist das Feld für eine langsame Verbesserung der Beziehungen günstig.

Fortsetzung Fußnote von Seite 763

Erhard, dar: „Die Bundesregierung wird sich daher auch dafür einsetzen, daß nichts geschieht, was die Wiedervereinigung erschweren oder verhindern könnte. Eine Anerkennung des kommunistischen Regimes in Mitteldeutschland lehnt sie entschieden ab. Die Machthaber Mitteldeutschlands sind keine Regierung, die auf Grund des nationalen Selbstbestimmungsrechts zustande gekommen ist ... Dies ist der Grund, warum die Bundesregierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Regime der sowjetisch besetzten Zone oder die Unterzeichnung eines separaten sogenannten Friedensvertrages mit dem Regime der Zone als einen unfreundlichen Akt gegen das deutsche Volk und als Stellungnahme gegen die Wiedervereinigung und für die fortdauernde Spaltung Deutschlands ansehen muß." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 50, S. 24.

17 Zum Waren- und Zahlungsprotokoll vom 31. Dezember 1960 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 23, Anm. 5. Zu den Verhandlungen über seine Erneuerung vgl. Dok. 408.

18 Vgl. dazu die Vereinbarung mit der UdSSR vom 30. Mai 1959 über kulturellen und technisch-wirtschaftlichen Austausch; BULLETIN 1959, S. 933–937. Diese Vereinbarung, die 1960 ausgelaufen war, stellte noch 1963 die de-facto-Grundlage der deutsch-sowjetischen kulturellen Beziehungen dar, da Verhandlungen für ein neues Kulturabkommen 1961 an der Berlin-Frage gescheitert waren.
Vgl. dazu weiter Dok. 450, besonders Anm. 12.

19 Im Schreiben des Staatssekretärs van Scherpenberg vom 31. Dezember 1960 hieß es: „Bei der praktischen Durchführung des Abkommens vom 25. April 1958 ergaben sich keine Meinungsverschiedenheiten. Die Bundesregierung wird davon ausgehen, daß der Anwendungsbereich des neuen bzw. des verlängerten Abkommens keine Änderung erfährt." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 901.
Die Aussage bezog sich auf eine mündliche Erklärung des sowjetischen Stellvertretenden Außenhandelsministers Kumykin während der Verhandlungen betreffend die Abkommen über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt sowie das Waren- und Zahlungsabkommen vom 25. April 1958, wonach diese Abkommen stillschweigend auch in Berlin (West) angewendet werden sollten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Leiters des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge", von Schenck, vom 4. November 1963; VS-Bd. 8380 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

20 Zum Abkommen mit Polen vom 7. März 1963 über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 114, Anm. 4. Zu den Verhandlungen mit Rumänien und Ungarn vgl. Dok. 380 und Dok. 332.

12) Finnland, Österreich, Schweden, Schweiz
Trend:
Die Gruppe der europäischen Neutralen macht uns zur Zeit wenig Sorge; Ausnahme ist Finnland, wo der sowjetische Einfluß zunimmt. Wir können mittelbar (über unsere Verbündeten) und nur sehr vorsichtig direkt auf Finnland einwirken.

III. Europa

13) Allgemeine Ziele der Europapolitik
Trend:
Festhalten an dem Leitbild des föderativen Zusammenschlusses in bundesstaatsähnlicher Form („Vereinigte Staaten von Europa"), auch wenn dies im Augenblick nicht realisierbar erscheint. Als ersten Schritt sind wir nach wie vor bereit, an der Schaffung einer politischen Union mitzuwirken.

14) Europäische Gemeinschaften[21]
Trend:
Wir sind für weitere Verstärkung und Intensivierung der EWG auf Grund des von uns vorgelegten sogenannten synchronisierten Aktionsprogramms[22], wobei für uns eine liberale Handelspolitik (Kennedy-Runde[23]), die Kontakte mit Großbritannien[24] und die Fortführung der gemeinsamen Agrarpolitik im Vordergrund stehen. Notwendigen Entscheidungen der Agrarpolitik sollten wir nicht ausweichen, unsere Belange hierbei jedoch tatkräftig vertreten.
Die Ausweitung der EWG bleibt unser Ziel.
EURATOM und EGKS sind reformbedürftig. Auch wir sollten auf eine Fusion der drei Gemeinschaften und eine damit verbundene Revision des EURATOM[25]- und EGKS-Vertrages[26] drängen.

15) Europäisches Parlament
Trend:
Verstärkung seiner Kompetenzen. Zu späterem Zeitpunkt Direktwahl.

16) Fusion der Exekutiven (Hohe Behörde, Kommission der EWG und der EAG)[27]
Trend:
Wir sind dafür.

[21] Dieser Abschnitt der Aufzeichnung wurde von Staatssekretär Lahr konzipiert. Vgl. dazu den Vermerk des Staatssekretärs Lahr vom 15. Juli 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 442; B 150, Aktenkopien 1963.

[22] Zum Arbeitsprogramm der EWG vom 9. Mai 1963 vgl. Dok. 161, Anm. 3, Dok. 164, Anm. 6, und Dok. 218, Anm. 32.

[23] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[24] Zur Einrichtung regelmäßiger Kontakte zwischen den Mitgliedstaaten der EWG und Großbritannien vgl. Dok. 230.

[25] Für den Wortlaut des Vertrages vom 25. März 1957 über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1014–1155.

[26] Für den Wortlaut des Vertrages vom 18. April 1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vgl. BUNDESGESETZBALTT 1952, Teil II, S. 448–475.

[27] Zur Fusion der Exekutiven vgl. Dok. 44, Anm. 12; weiter Dok. 395, Anm. 31.

IV. Entwicklungsländer[28]

17) Entwicklungsländer
Trend:
Wir streben eine möglichst aktive, dem Umfang unserer wirtschaftlichen Möglichkeiten angemessene Entwicklungspolitik an, die einen wesentlichen Bestandteil unserer Außenpolitik darstellt.

V. Vereinte Nationen

18) Allgemein
Trend:
Wir unterstützen ihre Ziele, auch wenn wir nicht Mitglied sind. Die Organisation ist unvollkommen und birgt auch erhebliche Gefahren, doch kann man nichts Besseres an ihre Stelle setzen. In manchen Konfliktsituationen hat sie sich als einzig möglicher Rahmen für einen Ausgleich bewährt (Kongo[29]-, Nahost-Krise[30]).

19) Eindringen der SBZ in die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen
Trend:
Mit allen Mitteln ist das Eindringen zu verhindern. Hier müssen jeweils, falls nötig, große diplomatische Aktionen unternommen werden.

VI. Bilaterale Beziehungen

20) Deutschland – Frankreich
Trend:
Die Freundschaft ist nicht selbstverständlich; wir müssen sie weiter sorgsam pflegen und da, wo wir Meinungsverschiedenheiten mit den Franzosen haben, unsererseits zwar fest, aber behutsam vorgehen. Öffentliche Polemiken sollten wir vermeiden. Die Alternative zwischen Frankreich und den USA, von der gelegentlich gesprochen wird, besteht nicht. Es muß vielmehr unser Bestreben sein, auch den amerikanisch-französischen Gegensatz auszugleichen.

21) Deutschland – England
Trend:
Das Verhältnis ist immer noch schwierig, ungeachtet sehr guten Willens der britischen Regierung und der führenden konservativen Kreise sowie mancher Labour-Politiker. Die öffentliche Meinung ist uns gegenüber mißtrauisch; anti-deutsche Empfindungen brechen immer wieder auf.
Wir haben uns große Mühe um das deutsch-britische Verhältnis gegeben, insbesondere durch unser Eintreten für den britischen Beitritt zur EWG.[31] Macmillan, Heath und andere erkennen dies an. Wie weit diese Auffassung allgemein sich durchsetzt und auf die Dauer anhält, bleibt abzuwarten.
Großbritannien ist ein für uns sehr bedeutsamer Partner als eine der Besat-

[28] Dieser Abschnitt der Aufzeichnung wurde von Staatssekretär Lahr konzipiert. Vgl. dazu den Vermerk des Staatssekretärs Lahr vom 15. Juli 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 442; B 150, Aktenkopien 1963.

[29] Zur Kongo-Krise vgl. Dok. 166, Anm. 31.

[30] Zur Suez-Krise vgl. Dok. 20, Anm. 12.

[31] Zum Scheitern eines britischen Beitritts zur EWG am 28./29. Januar 1963 vgl. Dok. 60.

zungsmächte von Berlin und wegen seines starken militärischen Engagements (50000 Mann Rheinarmee) auf dem Kontinent. Wir werden weiter große Anstrengungen machen, um ein enges Verhältnis zu Großbritannien aufrechtzuerhalten.

22) Deutschland – USA
Trend:
Die USA sind unser wichtigster Partner in der Ost-West-Auseinandersetzung. Eine Verteidigung Berlins und auch des Gebiets der Bundesrepublik ist ohne sie unmöglich. Pflege engster Beziehungen zu den USA steht daher an erster Stelle aller außenpolitischen Überlegungen, die wir anstellen.

Je besonders Herrn D I[32], Herrn D II[33] mit jeweils zwei Durchschlägen.

Carstens

Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 122

232

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Vertretern der Wirtschaft

III A 6-84.01/91-802/63 VS-vertraulich **18. Juli 1963**[1]

Betr.: Aussprache mit Vertretern der Wirtschaft über den Osthandel

Am 18. Juli fand unter Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers in Anwesenheit der Herren Bundesminister Schröder, Erhard und Dahlgrün sowie der Herren Staatssekretäre Lahr, Globke, Westrick und von Eckardt eine Aussprache über den Osthandel mit Vertretern der Wirtschaft statt. Die Delegation der Vertreter der Wirtschaft stand unter Leitung des Vorsitzenden des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, Herrn Wolff von Amerongen. Weitere Teilnehmer waren u. a. die Herren Berg, Abs, Sohl, Westphal, Schmitt und Beitz.

Einleitend gab Bundesminister *Erhard* eine Darstellung über den Umfang und die Zusammensetzung des deutschen Osthandels ebenso wie seines Anteils am Gesamthandel. Er wies dabei auf den Tauschgeschäftscharakter und die Besonderheiten des Staatshandels im Gegensatz zum privaten Handelsverkehr in der freien Welt hin. Ein weiteres Charakteristikum des Osthandels sei die ungleiche Wertigkeit von Ein- und Ausfuhr – wertvolle Industrieerzeugnisse gegen überwiegend Rohstoffe und Nahrungsmittel aus dem Osten.

Anschließend gab der Herr *Bundeskanzler* eine politische Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion und ging dabei kurz auf den Ge-

[32] Hat Ministerialdirektor Jansen am 19. Juli 1963 vorgelegen, der in einem handschriftlichen Vermerk Ministerialdirigent Voigt um Rücksprache bat. Hat Voigt am 18. Juli 1963 vorgelegen. Hat Ministerialdirigent Böker vorgelegen.

[33] Ministerialdirektor Krapf.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 25. Juli 1963 von Ministerialdirigent Keller gefertigt.

gensatz zwischen der Sowjetunion und Rotchina[2] und die sich abzeichnenden Spaltungstendenzen ein, die sich auch in den kommunistischen Parteien in westlichen Ländern auszuwirken begännen. Deutlich sei eine Furcht der Sowjetunion vor den chinesischen Massen. Die deutsche Situation gegenüber der Sowjetunion unterscheide sich von derjenigen anderer westlicher Länder durch die geographische Nachbarschaft und insbesondere die Daumenschraube, die die Sowjets jederzeit in Berlin und der Sowjetzone ansetzen könnten.

Sicherlich solle man trotzdem die Russen im Handel und bei Kreditwünschen nicht brüskieren. In der Frage der Kreditgewährung sei es unser Ziel, zu einheitlicher Haltung im Westen zu gelangen, was allerdings durch die britische Haltung[3] erschwert werde. Man müsse sich die Frage stellen, ob man ein Gefangener des Schuldners werden dürfe. Als Deutsche müßten wir in dieser Frage auch die Haltung der USA[4] berücksichtigen. Mit England sei unsere Lage nicht vergleichbar. Man müsse sich in jeder Hinsicht vor Augen halten, daß der Osthandel politischer Natur sei.

Bundesminister *Schröder* ergänzte diese einleitenden Ausführungen mit der Feststellung, daß die Bundesregierung es für richtig halte, wenn der Osthandel eine natürliche Zuwachsrate im Rahmen unserer gesamten Außenhandelsentwicklung aufweise.[5] Zu unterscheiden seien beim Osthandel die Beziehungen zur Sowjetunion und zu den übrigen Ostblockländern. Der Handel mit den Satellitenstaaten biete ein Mittel für politische Präsenz als Ersatz für die fehlenden diplomatischen Beziehungen. Nach kurzem Hinweis auf die beabsichtigte Errichtung von Handelsvertretungen in Warschau und möglicherweise weiteren Satellitenstaaten[6] sowie die sich aus der Frage der Berlinklausel[7] ergebenden Schwierigkeiten stellte Minister Schröder fest, daß der

[2] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

[3] Großbritannien befolgte im Prinzip die Regel, an die UdSSR keine Kredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren zu vergeben. Die britische Regierung behielt sich aber vor, von diesem Grundsatz abzuweichen, falls Konkurrenzangebote aus anderen Staaten längerfristige Kredite beinhalten sollten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Keller vom 17. Juli 1963; Referat III A 6, Bd. 285.
Vgl. dazu weiter Dok. 411, Anm. 18.

[4] Die USA strebten eine Liberalisierung und Ausweitung ihres Osthandels an. Sie vertraten jedoch die Ansicht, daß das Volumen von Krediten an Ostblock-Staaten in Grenzen gehalten werden müsse und sich die NATO-Staaten auf einen Kreditplafond für den Ostblock einigen sollten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 19. Oktober 1963; VS-Bd. 8357 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

[5] In einer das Gespräch vorbereitenden Aufzeichnung vom 9. Juli 1963 stellte Ministerialdirektor Sachs fest: „Es sollte eine eindeutige Erklärung von Regierungsseite in der Besprechung am 18. Juli dieses Jahres abgegeben werden, daß der Handel mit dem Ostblock einen essentiellen Teil unseres Außenhandels darstellt und dieser Standpunkt auch für die Zukunft gelten soll. Darüber hinaus sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß der Osthandel an der Steigerungsmöglichkeit des gesamten Außenhandels mit einer entsprechenden Zuwachsrate teilnehmen, also weder eine außerordentliche Ausweitung noch ein offensichtliches Zurückbleiben hinter der durchschnittlichen Zuwachsrate unseres gesamten Außenhandels erfahren soll." Vgl. VS-Bd. 8361 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Zum Abkommen mit Polen vom 7. März 1963 über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 114, Anm. 4. Zu den Verhandlungen mit Rumänien und Ungarn vgl. Dok. 169 und Dok. 181; weiter Dok. 332 und Dok. 380.

[7] Zur Einbeziehung von Berlin (West) in Verträge mit Ostblock-Staaten vgl. Dok. 225. Vgl. dazu weiter Dok. 247.

Handel mit dem Osten mehr Pluspunkte als negative Elemente aufweise. Der Osthandel habe nichts Diskriminierendes an sich; wichtig sei allerdings der gegenseitige Informationsaustausch zwischen Wirtschaft und Regierung. Beim Handel mit der Sowjetunion müßten wir uns immer bewußt sein, daß die westlichen Lieferungen einen besonderen Beitrag zur wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung der Sowjetunion darstellen. Demgegenüber seien die sowjetischen Lieferungen an den Westen ungleich weniger bedeutsam.

Die Diskussionen um das Röhrenembargo[8] sollten nicht wieder aufgefrischt werden, aber die Erfahrungen hieraus zeigten, wie wichtig es sei, die Kontakte zwischen Regierung und Wirtschaft zu vertiefen, um in Zukunft rechtzeitig mit leichter Hand eine gegenseitige Verständigung herbeizuführen.

Herr *Wolff von Amerongen* bestätigte, daß auch die Wirtschaft bestrebt sei, ähnliche Vorkommnisse wie das Röhrenembargo in Zukunft zu vermeiden; dazu müsse die Regierung Umfang und Struktur des Osthandels wenn nicht „garantieren", so doch „gewährleisten". Auch die Wirtschaft habe nicht den Wunsch, den Osthandel übermäßig auszuweiten, wenngleich man nicht vergessen dürfe, daß der Osthandel vor dem Kriege 17% des Gesamtaußenhandels ausgemacht habe, gegenüber heute nur 4%.

Über vier Punkte bestehe Einigkeit:
a) Die Struktur des Handelsabkommens mit Polen sei ein gutes Beispiel für Verträge mit anderen Ostblockstaaten. Man solle nach diesem „Warschauer Modell" auch mit Ungarn, Rumänien u. a. verhandeln.
b) Als günstigste Vertragsdauer hätten sich längerfristige Abkommen mit mindestens 3 Jahren Laufzeit bewährt.
c) Die Forderung der Sowjetunion auf Gewährung der Meistbegünstigung (d. h. EWG-Präferenzen[9]) sei abzulehnen.
d) Die Errichtung von Handelsmissionen ist zu begrüßen.

Unterschiedliche Auffassungen zwischen Wirtschaft und Regierung bestünden jedoch hinsichtlich der Frage der Kreditgewährung und der Embargorisikoversicherung[10].

In der anschließenden Diskussion über die Frage der Kreditgewährung betonte der Herr *Bundeskanzler* in mehrfachen Interventionen mit Nachdruck, daß die von der Industrie behauptete Diskriminierung des Ostblocks durch die Bundesrepublik im Gegensatz zu den westlichen Staaten ihren guten Grund habe, denn die Situation der Bundesrepublik sei mit derjenigen der übrigen freien Welt nicht vergleichbar. Die deutsche Situation rechtfertige eine unterschiedliche Behandlung. Eine Kreditgewährung berge die Gefahr zusätzlicher Forderungen des Ostens, wenn die Rückzahlung fällig sei; man

[8] Zur innenpolitischen Diskussion über das Röhrenembargo vgl. Dok. 123 und 124.

[9] Die UdSSR trug am 18. Oktober 1962 und am 18. Juni 1963 ihre Forderung nach Gewährung der Meistbegünstigungsklausel im Handel mit der Bundesrepublik vor. In einem Antwortentwurf wurde darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung hinsichtlich der Zölle auf sowjetische Waren die unbedingte Meistbegünstigung gewähre, die UdSSR aber nicht die gleichen Vergünstigungen fordern könne, „die sich Staaten innerhalb einer Zollunion untereinander gewähren". Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats Tafel vom 30. Mai 1963; Referat III A 6, Bd. 282.

[10] Zur Frage einer Embargo-Risikoversicherung vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 9. Juli 1963; VS-Bd. 8361 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

dürfe sich nicht in die Hand des Schuldners begeben. Die Politik habe absoluten Vorrang, dem müsse sich die Wirtschaft fügen.

Staatssekretär *Lahr* unterstrich, daß das Volumen des Osthandels durch den vom Ostblock praktizierten Bilateralismus vom Umfang unserer Abnahmemöglichkeiten und der sowjetischen Liefermöglichkeiten bestimmt werde. Kreditgewährung bedeute entweder ein Vorwegnehmen zukünftiger Exporte oder den Zwang zur Abnahme von Gütern, die wir nicht wollen, oder immer neue Kreditgewährung bei Fälligkeit der alten Kredite. Für Großbritannien und andere westliche Länder stelle sich das Problem anders. Diese hätten einen Einfuhrüberschuß aus dem Ostblock und müßten daher zum Ausgleich ihre Ausfuhr durch Kreditgewährung fördern. Dies treffe für die Bundesrepublik nicht zu. Es könne einmal politisch wichtig sein, durch Kreditgewährung ein besonderes Anliegen durchzusetzen. Vorher solle man jedoch sein Pulver nicht verschießen.

Bundesminister *Erhard* ergänzte diese Ausführungen durch Hinweis auf die Schwierigkeiten, die durch die EWG-Agrarpolitik einer Ausweitung der Einfuhren aus dem Ostblock entgegenstehen. Bei einer Kreditgewährung frage es sich immer, was wir an politischem Gewinn erzielen könnten. Vor allem müßten wir uns vor der Gefahr hüten, in einen Kreditwettlauf mit anderen westlichen Ländern einzutreten.

Herr *Wolff von Amerongen* befürchtete, daß die deutsche Industrie bei Nichtgewährung von Krediten aus ihren bisherigen Geschäften herausgedrückt werde. Dies sei vor allem bei den Satelliten der Fall. Man solle daher mit einer Auflockerung bei den Satellitenstaaten beginnen und z. B. einen Kreditplafond für Ungarn einrichten, ähnlich wie er für Polen[11] bereits besteht.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte zu, daß es richtig sei, zwischen der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten zu differenzieren. Dies fördere eine Spaltung des Ostblocks.

Es bestand Übereinstimmung, daß in der Kreditfrage eine gewisse Flexibilität am Platze sei und daß in Ausnahmefällen Zahlungsziele im Rahmen der Berner Union[12] in Frage kommen könnten, wenn dies aus innerwirtschaftlichen Gründen (Beispiel Werftindustrie[13]) oder aus außenpolitischen Gründen in Einzelfällen angezeigt sei. Das Argument der Wirtschaft, daß durch Kreditge-

[11] Der Kreditplafond für Polen betrug im Jahr 1963 50 Mio. DM und war zu 60 Prozent ausgenutzt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Keller vom 16. Juli 1963; VS-Bd. 8356 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

[12] 1934 schlossen sich 18 private und öffentliche Kreditversicherungsanstalten aus 16 zumeist westeuropäischen Staaten zur „Berner Union" zusammen. Ziel des Zusammenschlusses war der Austausch von Informationen über Schuldnerstaaten. Im Januar 1961 wurde festgelegt, daß die Laufzeit von verbürgten Krediten 5 Jahre nicht übersteigen sollte. Dieser Grundsatz war jedoch für die Regierungen der Mitgliedstaaten nicht bindend. Darüber hinaus einigten sich im Oktober 1962 die sechs EWG-Staaten, die alle der „Berner Union" angehörten, daß an Ostblock-Staaten nur in Ausnahmefällen Exportkredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren vergeben werden sollten.

[13] Im Sommer 1963 standen die Howaldt-Werke, Kiel, in Verhandlungen mit der sowjetischen Gesellschaft „Sudoimport" über die Lieferung von 8–16 Heringsfabrikschiffen. Nach einer Anzahlung von 50 Prozent des Kaufpreises von 270 bzw. 540 Mio. DM sollte der Rest der Summe über eine Frist von bis zu sechs Jahren gestundet werden. Dieses Geschäft wurde von Ministerialdirektor Sachs als eine Umgehung der Bestimmungen der „Berner Union" kritisch beurteilt. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Sachs vom 6. Juli 1963; Referat III A 6, Bd. 285.

währung ermöglichte langfristige Lieferverträge für Investitionsgüter die Ostblockstaaten in eine auch politisch verwertbare Abhängigkeit des Ostblocks von uns bringen, wurde von Regierungsseite energisch zurückgewiesen. Die vergangenen Erfahrungen hätten gezeigt, daß die Industrie nicht bereit sei, ihre privatwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Durchsetzung politischer Ziele aufs Spiel zu setzen (Reaktion beim Röhrenembargo, Vorwurf des staatlichen Eingriffs in private Verträge).

Von Industrieseite wurde immer wieder auf die gute Schuldnermoral der Sowjets hingewiesen, die bisher alle Lieferungen prompt bezahlt hätten. Daher seien die Russen auch kreditwürdig. Mit diesem Argument wurde die Behauptung verbunden, daß die Sowjets nicht immer auf Gegenlieferungen bestünden, sondern ihre Käufe auch in bar bezahlten. Der Umfang der sowjetischen Goldverkäufe (jährlich 1–1,2 Mrd. DM) sei hierfür ein Beweis. Staatssekretär *Lahr* stellte hierzu fest, daß bei allen Vertragsverhandlungen die Sowjets und die Satellitenstaaten stets auf striktem Ausgleich des beiderseitigen Austauschvolumens bestanden hätten. Ob das Argument der Industrie zutreffend sei, könne sich in den nächsten Handelsvertragsverhandlungen mit der Sowjetunion[14] zeigen. Wir seien bereit, uns bei den Sowjets dafür einzusetzen, daß sie mehr von uns kaufen als wir von ihnen.

Nach Abschluß der Diskussion über die Kreditfrage wurden von Herrn *Wolff von Amerongen* noch kurz die nachstehenden Punkte angeschnitten: Auffanggesellschaften auf deutscher Seite als Gegengewicht zu den Staatshandelsorganisationen des Ostblocks werden von der Industrie abgelehnt. Es ist anzustreben, in zukünftigen Verträgen mit den Ostblockstaaten Preisunterbietungsklauseln einzubauen. Gegen die Vorziehung der im EWG-Vertrag ab 1970 vorgesehenen gemeinsamen Handelspolitik[15] auf das Jahr 1966, wie es die Kommission anstrebt, bestehen Bedenken. U. a. bestehe hierbei die Gefahr der Aufwertung des COMECON, und die bisher bewährte Praxis der Drei-Jahres-Verträge werde fraglich.

Bundesminister *Schröder* erklärte, daß die Bundesregierung diese Bedenken teilt. Wir sollten die gemeinsame Handelspolitik nicht schneller verwirklichen als im Vertrag vorgesehen ist.

Das langwierige und zeitraubende Verfahren der Erteilung von Einreisevisen für Angehörige der Ostblockstaaten sei inzwischen zu einem „Schmutzthema" geworden. Die Industrie müsse auf Abhilfe bestehen. Bundesminister Schröder sagte erneute wohlwollende Prüfung dieses Fragenkomplexes zu.

Abschließend wurde die Embargorisikofrage besprochen. Während die Industrie die Abdeckung jeglichen Embargorisikos fordere, so wie es in zahlreichen westlichen Konkurrenzländern geschehe, erklärte Bundesminister *Erhard*, daß das Embargorisiko an Gewicht verliere, wenn die beabsichtigte rechtzeitige Fühlungnahme zwischen Regierung und Industrie verwirklicht werde, wie es beschlossen worden sei. Man könne evtl. an die Absicherung des

[14] Zu den Verhandlungen über die Erneuerung des deutsch-sowjetischen Warenabkommens vom 31. Dezember 1961 vgl. Dok. 408.

[15] Für den Wortlaut von Artikel 8 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 776.

Embargorisikos denken, wenn die Schuld hierfür bei dem Land liege, gegen das das Embargo verhängt wird (z. B. kriegerische Angriffshandlungen durch ein drittes Land). Schwer vorstellbar sei, daß die Regierung eine Versicherung gebe gegen Entscheidungen, die sie in eigener Verantwortung treffe.

Es wurde vereinbart, die angeschnittenen Themen in kleineren Kreisen in Zukunft weiter fortlaufend zu erörtern.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[16] vorgelegt.

Die diplomatischen Vertretungen in den NATO-Staaten und unsere Vertretungen in Bern, Helsinki, Stockholm, Tokio, Wien, NATO Paris, UNO New York sowie Rom (Vatikan) sind in Kurzfassung unterrichtet worden.[17]

VS-Bd. 8361 (III A 6)

233

Staatssekretär Thedieck, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, an das Auswärtige Amt

I 2-3410–585/63 geheim **20. Juli 1963**[1]

Betr.: „Wandel der Sowjetzone durch Annäherung" über eine Behörde für innerdeutsche Beziehungen

Bezug: Rede des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt vom 15. Juli 1963[2]; Diskussionsbeitrag von Egon Bahr vom 15. Juli 1963[3] in Tutzing

In den angeführten Stellungnahmen ist vom Regierenden Bürgermeister Willy Brandt im Rahmen weiterer Ausführungen ein Versuch einer grundsätzlichen Bestandsaufnahme zu gesamtdeutschen Fragen vorgetragen worden. Der Lei-

16 Hat Staatssekretär Lahr am 26. und Ministerialdirektor Sachs am 29. Juli 1963 vorgelegen.

17 Für den Wortlaut des Runderlasses des Ministerialdirigenten Keller vom 25. Juli 1963 vgl. VS-Bd. 8361 (III A 6).

1 Hat Ministerialdirektor Krapf vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dem Herrn Staatssekretär vorzulegen. Die angeregte Besprechung könnte im gleichen Kreis wie die I[nter]z[onen]h[andels]-Gespräche stattfinden. Es stehen auch noch andere Themen an."
Hat Carstens am 30. Juli 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Einv[erstanden]. 2) Bitte darauf hinzuweisen, daß ich Sen[ator] Schütz gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, wie bedenklich und gefährlich die Ausführungen von H[errn] Bahr sind. (Das war am 16. Juli, sofort nach d[er] Rede)."
Im Antwortschreiben vom 1. August 1963 an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Thedieck, legte Krapf auch dar, daß im Auswärtigen Amt erwogen worden sei, „die Frage einer besonderen Pflege der Beziehungen zwischen Bund und Berliner Senat auf einer Staatssekretärsbesprechung zu erörtern. Dabei wäre besonders zu klären, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um einer Tendenz zu unrichtiger Lagebeurteilung, wie sie in den Ausführungen von Herrn Bahr in Erscheinung getreten ist, entgegenzuwirken." Vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 44; B 150, Aktenkopien 1963.

2 Für den Wortlaut vgl. DzD IV/9, S. 565–571.

3 Für den Wortlaut vgl. DzD IV/9, S. 572–575.

ter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Egon Bahr, hat auf Grund und in Ausfüllung dieser Rede von Willy Brandt in einem eingehenden Diskussionsbeitrag Ideen zu einem Wandel der Verhältnisse in der Sowjetzone und über die Einsetzung einer „Behörde für innerdeutsche Beziehungen" entwickelt. Diese Vorschläge sind von Bahr selbst und ebenso in der Öffentlichkeit zusammengefaßt worden unter dem Schlagwort: „Wandel durch Annäherung".

Da die Reden beider Herren unbeschadet von etwaigen weiteren Eigenschaften der Redner zunächst vom Berliner Regierenden Bürgermeister, d. h. dem Präsidenten einer Landesregierung der Bundesrepublik Deutschland, und von seinem Landespressechef vorgetragen worden sind, sehe ich mich veranlaßt, in diesem Zusammenhang auf einige mir wichtig erscheinende Bedenken bzw. Gefahren hinzuweisen und zu deren Abwendung um Ihre Intervention zu bitten.

I. Es kann hier nicht der Ort sein, sachlich zu den meist fragwürdigen Einzelthesen von Egon Bahrs Diskussionsbeitrag abschließend Stellung nehmen zu wollen. Hier genügt es, deren mehr theoretische Vorüberlegungen insoweit heranzuziehen, als sich auf sie Bahrs Versuche zu konkreten Schlußfolgerungen gründen. Ich beschränke mich deshalb auf Hinweise zu einigen wesentlichen Punkten:

1) Bahr widerspricht sich schon in seinen eigenen Ausführungen diametral, wenn er einerseits „die Zone mit Zustimmung der Sowjets transformieren" will, er andererseits aber selbst zutreffend feststellt, daß „kein kommunistisches Regime, und schon gar nicht das gefährdete in der Zone, sich durch Wirtschaftsbeziehungen in seinem Charakter ändern lassen" kann. Formal schlägt er zwar nur die selbst als wirkungslos anerkannten wirtschaftlichen Mittel vor (Ausgestaltung der TSI[4]). Uneingestanden verfolgt er aber, wenn er es auch dementiert, darüber hinausgehende nichtwirtschaftliche Pläne. Damit gerät er nicht nur in die Nähe von Wilsons Labour Programm[5], sondern vor allem auch zum längst ad absurdum geführten „Deutschlandplan" der SPD[6] und zu den Konföderationsplänen der SED bzw. der Sowjetunion[7].

2) Schon Bahrs immer wiederkehrende Beispiele scheinbarer völkerrechtlicher Parallelen wie
a) die Anwendung von Kennedys hier falsch verstandener „Strategie des Friedens"[8] auf das innerdeutsche Problem,
b) die Erwähnung von Verhandlungen zwischen sich gegenseitig nicht anerkennenden fremden Staaten als Präzedenzfälle für deutsche Nichtanerkennungsfragen,

[4] Treuhandstelle für Interzonenhandel.

[5] Zur Haltung des Vorsitzenden der Labour Party, Wilson, in der Deutschland-Frage vgl. Dok. 107.

[6] Für den Wortlaut des Deutschlandplans der SPD vom 18. März 1959 vgl. DzD IV/1, S. 1207–1222.

[7] Zum Konföderationsplan der SED vom 30. September 1956, der von der UdSSR unterstützt wurde, vgl. Dok. 54, Anm. 11.

[8] Präsident Kennedy legte die Grundlagen der „strategy of peace" am 10. Juni 1963 vor der American University in Washington dar. Vgl. dazu Dok. 196.

c) die Empfehlung der Devise „so viel Welthandel wie möglich" als deutsche Interzonenhandelsdevise
sind fraglich und schief bis unzutreffend.

3) Selbst Bahrs eingestandene Grundüberlegung von der Möglichkeit, einen solchen Wandel der Lage der Menschen in der Zone herbeizuführen, daß die Mitteldeutschen von „unkontrollierbaren Entwicklungen" Abstand nähmen – d. h. wohl zukünftig mindestens nicht mehr flüchteten! – mit dem Ziel der Minderung der Spannungen durch Annäherung, halte ich für grundfalsch. Wie eigentlich lange bekannt sein könnte, flüchteten im weitaus überwiegenden Prozentsatz die Menschen aus Mitteldeutschland weder aus aktueller Gefahr für Leib und Leben, noch aber aus rein materiellen Überlegungen, sondern um den menschenunwürdigen Bedingungen auf allen Lebensgebieten zu entgehen. Um diese Bedingungen zu „transformieren", müßte aber gerade erst die SED-Herrschaft in ihr ausgesprochenes Gegenteil transformiert werden. Jede bloß materielle Besserung des Lebensstandards in Mitteldeutschland wäre mithin ohne eigentlichen entscheidenden Einfluß. Sie könnte die Berliner Mauer nicht überflüssig machen, noch dem Regime eine risikolose Milderung der Maßnahmen erlauben. Bahrs Ziel ist mithin auf den von ihm vorgeschlagenen Wegen überhaupt nicht zu erreichen.

II. So wie inhaltlich Bahrs Auffassungen teils schief, teils falsch sind, muß gleichfalls festgestellt werden, daß die aus diesen unzutreffenden Prämissen gezogenen Schlüsse für konkrete Vorschläge bedenklich bzw. gefährlich sind:

1) Alle „innerdeutschen Beziehungen" sind ihrer Natur nach:
a) entweder kommunal, unpolitisch und zulässig. Von diesen „technischen Kontakten" redet Bahr aber nicht;
b) oder aber staatlich, politisch und grundsätzlich unzulässig. Nur von diesen „politischen Kontakten" redet Bahr.

Diese politischen Kontakte zur sogenannten „DDR" sind kraft positiven Verfassungsrechtes entweder Teil der Aufgaben der auswärtigen Gewalt der Bundesrepublik Deutschland oder als gesamtdeutsche Angelegenheiten nach der Natur der Sache ausschließliche Aufgaben des Bundes und nicht des Landes Berlin.

2) Indem Bahr unzuständigerweise und unzulässigerweise höchst kontroverse Thesen scheinbarer Angebote zu politischen Kontakten auf gesamtdeutscher und außenpolitischer Ebene an die Zonenmachthaber öffentlich vertritt, schadet er gerade den berechtigten Anliegen der innerdeutschen Beziehungen, denen er dienen möchte:
a) Er beeinträchtigt die Geschäftsführung der TSI.
b) Er erweckt den Anschein, entweder einen „Versuchsballon" zur Bundespolitik in von der Bundespolitik autorisierter Weise auf Gebieten der Bundeszuständigkeit zu starten oder aber einen tiefgreifenden Gegensatz zwischen der legitimen Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung und der Wiedervereinigungspolitik des Berliner Senates aufzudecken.
Beides erscheint mir in hohem Maß unerwünscht.

3) Obwohl eine direkte Beziehung zu diesen fraglichen Berliner Reden in Tutzing vielleicht noch nicht bestehen dürfte, ist auf die in diese Thesen mühelos

einzufügenden „Vorschläge" des stellvertretenden SBZ-Ministers für Außenhandel und innerdeutschen Handel, SBZ-Staatssekretär Horst Soelle, vom 17. Juli 1963 (lt. ADN) über den Abschluß eines Handelsvertrages auf Ministerebene, über den Wegfall der Einzelkonten, der Saldierung und der Widerrufsklauseln besonders hinzuweisen. Es besteht die Gefahr, daß hier unbeabsichtigterweise von Berliner Seite der gegnerischen Seite Vorschub geleistet wird.

4) In einer Zeit, da die Bundespolitik es m. E. weniger denn je notwendig hat, der Sowjetzone *einseitig* Entgegenkommen zu zeigen, da sich das Sowjetlager sicher nicht in einem sonderlich starken Zustand befindet, spricht Bahr warnend von der Unmöglichkeit westlicher „Erpressungen" und desavouiert damit die unverzichtbaren und verbindlich gestellten Erwartungen der Bundespolitik. Diese Erwartungen sollten aber gerade der Berliner bzw. SBZ-Bevölkerung dienen.

5) Bahrs Vorschlag der Errichtung einer Behörde für innerdeutsche Beziehungen, die keinerlei de iure Anerkennung der Sowjetzone bedeuten sollte, verkennt die gegnerische Stellungnahme. Hauptabteilungsleiter Behrendt hat bereits a limine jede Zuständigkeit für jeden solchen Versuch der TSI, der nicht mit der Erfüllung der nie definierten Gegenerwartungen der „DDR" verbunden wäre, abgelehnt. Im übrigen darf ich daran erinnern, daß ein ähnlicher Plan in einem Antrag der Fraktion der SPD betr. „Schaffung eines Amtes für innerdeutsche Regelungen" schon am 30. September 1958 im Bundestag eingereicht[9], seinerzeit von der Regierung und der CDU-Fraktion abgelehnt und nach internen Verhandlungen von der SPD zurückgezogen wurde.

6) Der Senatspressechef Bahr bzw. der Senat von Berlin sollte sich bei öffentlichen Erklärungen in der Art des Tutzinger „Diskussionsbeitrags" an die Ausführungen im Schreiben der „Regierung der Deutschen Demokratischen Republik – Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten" – vom 19. 12. 62 an den Regierenden Bürgermeister Willy Brandt erinnern, in dem es damals hieß: „Von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wurden einige Ihrer öffentlichen Erklärungen sowie Verlautbarungen anderer Mitglieder des Westberliner Senats mit Interesse vermerkt, in denen den tatsächlichen Verhältnissen in einem gewissen Maße Rechnung getragen und die Notwendigkeit von Verhandlungen zwischen Regierungsorganen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Westberliner Senat über strittige Fragen anerkannt wurde." In diesem Schreiben wurde für die Kontaktaufnahme der Leiter der Rechtsabteilung des „Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten" angeboten.[10] Das „Neue Deutschland" hat schon in einem Kommentar am 18. Juli erklärt: „Ein Mann, der mit sich reden läßt, ist gern gesehen", und hat an das 7-Punkteprogramm des Herrn Ulbricht erinnert und an die Bereitschaft, einen Vertrag „zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin" abzuschließen.[11]

[9] Zum Antrag der SPD vom 30. September 1958 vgl. BT ANLAGEN, Bd. 58, Drucksache III/549.

[10] Zum Schreiben des Stellvertretenden Außenministers der DDR, König, vom 19. Dezember 1962 an den Regierenden Bürgermeister Brandt vgl. Dok. 3.

[11] Vgl. dazu den Kommentar: Mit sich reden lassen; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 194 vom 18. Juli 1963, S. 2.

III. Im Ergebnis dieser Überlegungen rege ich an, in einer Besprechung im Kreis der beteiligten Bundesministerien eine einheitliche Stellungnahme zu erarbeiten zur Klärung bzw. notwendigen Begrenzung von gesamtdeutschen und außenpolitischen Initiativen des Bundeslandes Berlin.[12] M. E. sollte dann unter Ihrer Federführung mit dem Senat von Berlin auf dieser Grundlage eine Übereinkunft über die zukünftige Handhabung solcher schwieriger Fragen gesucht werden. Ich habe zunächst davon abgesehen, Durchschlag dieses Schreibens an den Berlinbeauftragten der Bundesregierung, Staatssekretär von Eckardt, zu geben.

In Vertretung
Thedieck

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 44

234

Bundeskanzler Adenauer an Präsident Kennedy

St.S. 67[I]/63 streng geheim[1] **24. Juli 1963**

Sehr geehrter Herr Präsident,

für Ihr Schreiben vom 23. Juli 1963[2], das mir Gesandter Hillenbrand gestern überbrachte, danke ich Ihnen sehr. Ich begrüße es, daß die Moskauer Verhandlungen über einen nuklearen Versuchsstopp so weit fortgeschritten sind, daß die Fertigstellung eines vereinbarten Textes in greifbare Nähe gerückt ist. Die Bundesregierung unterstützt unverändert die Bestrebungen zur Beendigung nuklearer Versuchsexplosionen.[3]

[12] Ministerialdirektor Schäfer, Bundesministerium des Innern, schrieb am 19. August 1963 an das Auswärtige Amt: „Auch ich halte es für notwendig, daß innerhalb der Bundesregierung eine Abstimmung der Beurteilung derartiger Schritte des Landes Berlin – auch in verfassungsrechtlicher und verfassungspolitischer Hinsicht – herbeigeführt wird, auf deren Grundlage dann Besprechungen mit Vertretern des Landes Berlin geführt werden können. Ich begrüße daher die Anregung des Herrn Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, zu diesem Zwecke zu einer Ressortbesprechung einzuladen." Vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 44; B 150, Aktenkopien 1963.

[1] Geschäftszeichen des Drahterlasses Nr. 1336, mit dem das Schreiben am 24. Juli 1963 an Botschafter Knappstein, Washington, zur Weiterleitung an Präsident Kennedy übermittelt wurde.

[2] Für den Wortlaut vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419.

[3] An dieser Stelle ließ Bundeskanzler Adenauer folgenden Passus streichen: „Sie drücken in Ihrem Brief die Hoffnung aus, daß die Bundesregierung das Abkommen frühzeitig mitunterzeichnen möge. Sie werden verstehen, daß ich mich dazu erst äußern möchte, wenn ich den Text des Abkommens kenne. Wir müssen dabei besonders auf die ständigen Bestrebungen der Sowjetunion achten, bei jeder sich bietenden Gelegenheit der sogenannten DDR zu völkerrechtlicher Anerkennung zu verhelfen." Für den Entwurf des Auswärtigen Amts vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1963.

Ich wäre Ihnen besonders dankbar, wenn die in dem Abkommen offenbar vorgesehene Beitrittsklausel so gefaßt würde, daß die Gefahr der völkerrechtlichen Anerkennung der sog. DDR[4] von vornherein abgewendet werden kann.[5] Ich glaube, daß für Frankreich die Fassung der Beitrittsklausel von Bedeutung sein würde.[6]

Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie die amerikanische Haltung in der Frage eines etwaigen Nichtangriffsarrangements nochmal bestätigt haben. Wir sind gern bereit, diese Frage und die nach unserer Auffassung damit zusammenhängenden Probleme mit Ihnen und unseren gemeinsamen Verbündeten zu diskutieren, sobald wir den Bericht über die Moskauer Verhandlungen erhalten haben.[7]

Mit meinen besten Grüßen und Wünschen für Sie und in stets dankbarer Erinnerung an Ihren Deutschland-Besuch[8] bin ich

gez. Ihr Adenauer[9]

Ministerbüro, VS-Bd. 8419

[4] Bundeskanzler Adenauer ließ den Passus „der völkerrechtlichen Anerkennung der sog. DDR" einfügen. Für den Entwurf des Auswärtigen Amts vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1963.
Eine ähnliche Bitte äußerte Bundesminister Schröder mit Schreiben vom 23. Juli 1963 an den amerikanischen Außenminister Rusk. Vgl. dazu Dok. 235, Anm. 2.

[5] An dieser Stelle ließ Bundeskanzler Adenauer folgenden Satz streichen: „Welche Haltung Frankreich zu dem Abkommen abschließend beziehen wird, ist schwer vorherzusagen. Zur Zeit scheint mir eine ablehnende Tendenz zu überwiegen." Für den Entwurf des Auswärtigen Amts vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] An dieser Stelle ließ Bundeskanzler Adenauer folgenden Satz streichen: „Wenn noch eine Möglichkeit besteht, diese Frage mit uns zu konsultieren, würde mir das nützlich erscheinen." Für den Entwurf des Auswärtigen Amts vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur französischen Stellungnahme zum Teststopp-Abkommen vgl. weiter Dok. 246.

[7] Vgl. dazu weiter Dok. 252.
Bei der Übergabe des Schreibens am 24. Juli 1963 im amerikanischen Außenministerium wies Gesandter von Lilienfeld nochmals auf die für die Bundesregierung mit der Beitrittsklausel verbundenen Schwierigkeiten hin. Der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten führte daraufhin aus, daß die Formulierung der Beitrittsklausel „wahrscheinlich nicht mehr zu ändern sei und ... nach amerikanischer Ansicht auch nicht geändert werden sollte". Bundy schlug jedoch vor, die amerikanische Regierung könnte „sicherlich eine Formel finden, unseren Bedenken durch eine entsprechende Erklärung oder offizielle Interpretation bei der Ratifizierung – der sich die anderen NATO-Staaten anschließen könnten – Rechnung zu tragen". Vgl. den Drahtbericht von Lilienfeld, Washington, vom 24. Juli 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Zum Besuch vom 24. bis 26. Juni 1963 vgl. Dok. 206–208.

[9] Paraphe vom 24. Juli 1963.

235

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1270/63 geheim **24. Juli 1963**[1]

Der amerikanische Geschäftsträger Gesandter Hillenbrand suchte mich auf und übermittelte mir für den Herrn Minister folgende Botschaft von Außenminister Rusk.

Außenminister Rusk dankt für den Brief des Herrn Ministers. Zu der von dem Herrn Minister aufgeworfenen Frage[2] weist er auf folgende Gesichtspunkte hin:

Es ist von größter Bedeutung, daß alle Regierungen und Behörden („authorities"[3]) dem nuklearen Versuchsstopp-Abkommen beitreten. Das bezieht sich auf Peking, Hanoi, Nord-Korea, die Äußere Mongolei und die SBZ. Keines dieser Länder[4] ist von den Vereinigten Staaten anerkannt. Ein Beitritt zu einem multilateralen Abkommen bedeutet nicht eine Anerkennung durch[5] Signatarstaaten, die einander bisher nicht anerkannt haben. Als Beispiel wird auf den Beitritt Pekings und Hanois zu dem Genfer Laos-Abkommen[6] und auf den Beitritt der Äußeren Mongolei zur UNO-Charter[7] hingewiesen. Dieses Prinzip wird[8] völlig klargestellt werden, wenn das nukleare Versuchsstopp-Abkommen zustandekommt[9].

Die Frage spielt für die Vereinigten Staaten eine besondere Rolle, da gewisse Vereinbarungen im Bereich der Abrüstung nur sinnvoll sind, wenn sie auch

[1] Für einen Entwurf der Aufzeichnung vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Paraphierung des Teststopp-Abkommens wies Bundesminister Schröder den amerikanischen Außenminister Rusk darauf hin, „daß die Sowjets zweifellos versuchen werden, auch der sog. DDR den Beitritt zu ermöglichen. Ich darf daher anregen, eine Beitrittsklausel zu wählen, die diese Möglichkeit von vornherein ausschließt." Für das Schreiben von Schröder vom 23. Juli 1963 vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich in den Entwurf eingefügt.

[4] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich in den Entwurf eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Stellen".

[5] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich in den Entwurf eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „zwischen".

[6] Für den Wortlaut der Erklärung über die Neutralität von Laos und des dazugehörigen Protokolls vom 23. Juli 1962 vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, D 399–405.

[7] Zur Aufnahme der Mongolischen Volksrepublik in die UNO am 27. Oktober 1961 vgl. AdG 1961, S. 9417.

[8] Die letzten beiden Wörter wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich in den Entwurf eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Gesichtspunkt würde".

[9] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich in den Entwurf eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „in Kraft treten sollte".

auf das kontinentale China Anwendung finden (so beispielsweise in der Frage der Nichtverbreitung[10] atomarer Waffen).

Wenn alle anderen von den Vereinigten Staaten nicht anerkannten Regierungen und Behörden auf nukleare Versuche verzichten, würde dies einen erheblichen Druck auf Peking zur Folge haben, sich anzuschließen.

Die Vereinigten Staaten können daher nicht gut Schranken gegen den Beitritt Chinas aufrichten. Außenminister Rusk hofft, daß die Besorgnisse des Herrn Ministers im Hinblick auf einen etwaigen Beitritt der sogenannten DDR durch diese Erwägungen ausgeräumt sind. Er ist überzeugt, daß die Sowjets nicht den Versuch machen, die Vereinigten Staaten im Wege eines Tricks zur Anerkennung von Regimen zu veranlassen, die sie bisher nicht anerkannt haben.

Ich dankte dem Gesandten Hillenbrand für seine Mitteilung und versprach, sie dem Herrn Minister unverzüglich zuzuleiten. Ich fügte hinzu, daß wir die amerikanischen Argumente sorgfältig prüfen würden. Ich müßte aber auf den Unterschied zwischen China und der SBZ hinweisen. China sei nach allgemeiner Auffassung ein Staat. Streitig sei nur, welche Regierung diesen Staat vertrete. Die SBZ sei kein Staat.[11] Sehr erwünscht wäre von unserem Standpunkt, wenn die Amerikaner uns so bald wie möglich den Text der Beitrittsklausel zugänglich machen würden.[12]

Gesandter Hillenbrand versprach, dies nach Washington zu berichten.

Hiermit dem Herrn Minister[13] vorgelegt.

Carstens

Ministerbüro, VS-Bd. 8498

[10] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich in den Entwurf eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Verbreitung".

[11] Der Passus: „Ich müßte aber ... kein Staat" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich in den Entwurf eingefügt.

[12] Zur Unterrichtung der Bundesregierung über den Text der Beitrittsklausel vgl. weiter Dok. 238.

[13] Hat Bundesminister Schröder am 25. Juli 1963 vorgelegen.

236

Gesandter Thierfelder, London, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-5326/63 geheim
Fernschreiben Nr. 659
Citissime

Aufgabe: 25. Juli 1963, 19.55 Uhr[1]
Ankunft: 25. Juli 1963, 20.45 Uhr

Sir Harold Caccia bat mich heute kurz nach 17.30 Uhr, ausdrücklich im Auftrag von Lord Home, zu sich, um mir einige Erklärungen zu dem kurz vorher paraphierten Testbann-Abkommen zu geben.

1) Er legte vornehmlich Wert darauf, mir anhand des Abkommens[2] und der Presseverlautbarungen[3] klar zu machen, daß in Moskau in der Tat nur der Testbann und keine andere Materie abschließend behandelt worden sei.[4] Aus dem Wortlaut der Presseverlautbarung gehe eindeutig hervor, daß die beiden Westmächte keinerlei Verpflichtungen bezüglich der anderen Materien übernommen hätten mit Ausnahme derer, die Alliierten über den sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffspaktes[5] zu informieren und mit ihnen darüber zu beraten, wobei als Ziel eine Vereinbarung angegeben sei, von der es ausdrücklich heiße, daß sie alle Beteiligten zufriedenstellen müsse.[6] Sir Harold Caccia betonte, daß mit diesem Begriff natürlich in allererster Linie die Bundesregierung gemeint sei.

Was die am Schluß der Presseverlautbarung erwähnten anderen Maßnahmen angehe, so erklärte Sir Harold, daß es sich hierbei im wesentlichen um die Probleme der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen, der Kontrollposten gegen Überraschungsangriffe, der Beschränkung der Militärhaushalte und der Kontrolle über die Stärke der Streitkräfte in den beiden Teilen Deutschlands handle. Insoweit sei aber, wie sich aus dem Papier ergebe, überhaupt keinerlei Verpflichtung übernommen worden.

2) Sir Harold sagte – und hierbei betonte er nochmals ausdrücklich, daß er im Auftrag von Lord Home spreche –, daß es der britischen Regierung sehr darauf ankomme, die aufgeworfenen Fragen in aller Offenheit und auf das intensivste auch bilateral mit uns zu besprechen. Aus seinen Worten entnahm ich

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Das Teststopp-Abkommen, das am 25. Juli 1963 paraphiert wurde, verbot nukleare Testexplosionen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser sowie „in any other environment if such explosion causes radioactive debris to be present outside the territorial limits of the State under whose jurisdiction or control such explosion is conducted". Unterirdisch durchgeführte Versuche wurden von dem Abkommen nicht berührt. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

[3] Für das Kommuniqué vom 25. Juli 1963 zu den Teststopp-Verhandlungen vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 249 f., sowie DzD IV/9, S. 578 f.

[4] Am 26. Juli 1963 teilte der stellvertretende Leiter der Europa-Abteilung im amerikanischen Außenministerium, Davis, dem Gesandten von Lilienfeld mit, daß über andere Fragen als das Teststopp-Abkommen „wenig" gesprochen worden sei. Vgl. dazu den Drahtbericht von Lilienfeld, Washington, vom 26. Juli 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Vgl. dazu Dok. 215.

[6] Für den Wortlaut vgl. Dok. 238, Anm. 8.

die, wenn auch durch ein angebrachtes Maß von Skepsis eingeschränkte, Hoffnung, daß es vielleicht möglich sei, auf dem in Moskau begonnenen Weg zu einer weiteren Auflockerung der Spannungen zu kommen. Jedenfalls möchte die britische Regierung derartige Möglichkeiten untersuchen und von Anfang an mit uns besprechen. Ihr schweben dabei auch etwaige Punkte vor, die als vom Westen her gesehen wünschenswert in die Debatte geworfen werden könnten.

3) Der durch das Abkommen ermöglichte Beitritt anderer Staaten wirft – so betonte Caccia – natürlich in allererster Linie das Problem Frankreich auf. Hierbei hätten die beiden westlichen Verhandlungspartner mit einer gewissen Besorgnis auf den 29. Juli geblickt, den Tag der geplanten Pressekonferenz de Gaulles.[7] Um der Gefahr vorzubeugen, daß an diesem Tage etwas ähnliches geschehe wie am 14. Januar d. J.[8], hätten der Präsident und der Premierminister eine Botschaft an General de Gaulle gesandt[9], die zum Inhalt habe, daß sie die mit dem Testbann-Abkommen aufgeworfenen französischen Schwierigkeiten kennten, daß sie hofften, daß de Gaulle sich seine Position sehr genau überlege, und daß sie jedenfalls bereit seien, in „private conversation" mit ihm einzutreten, um zu erörtern, wie man dem französischen Standpunkt entgegenkommen könne. Auf meine Frage erklärte Caccia ausdrücklich, daß die Möglichkeit, Frankreich den Beitritt zum Testbann-Abkommen durch die Hingabe von „know-how" schmackhaft zu machen, durchaus erwogen werde. Caccia bat, diese Mitteilung streng vertraulich zu behandeln, da die Übermittlung der Botschaft wahrscheinlich bekannt gemacht werde, sicherlich nicht aber ihr Inhalt.

Die Unterzeichnung ist weiterhin für die allernächste Zeit in Moskau vorgesehen.[10] Was die Unterrichtung des NATO-Rats angeht, so ist immer noch kein fester Termin bestimmt, doch dürfte Anfang der nächsten Woche nach wie vor wahrscheinlich sein.[11]

Ich sagte Caccia sofortige Übermittlung seiner Ausführungen an meine Regierung zu.

[gez.] Thierfelder

Ministerbüro, VS-Bd. 8498

[7] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 29. Juli 1963 vgl. Dok. 246, Anm. 4.

[8] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

[9] Zum Schreiben des Präsidenten Kennedy und des Premierministers Macmillan an Staatspräsident de Gaulle vgl. auch Dok. 242.

[10] Das Teststopp-Abkommen wurde am 5. August 1963 in Moskau von Vertretern der USA, der UdSSR und Großbritanniens unterzeichnet.

[11] Zur Unterrichtung des NATO-Rats über die Paraphierung des Teststopp-Abkommens vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 29. Juli 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

237

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem ehemaligen amerikanischen Vizepräsidenten Nixon

Z A 5-82.A/63 geheim **26. Juli 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 26. Juli 1963 um 16.30 Uhr den früheren amerikanischen Vizepräsidenten Nixon zu einem Gespräch, bei dem außerdem Ministerialdirigent Dr. Osterheld zugegen war.

Nach einem kurzen Gespräch über die persönlichen Zukunftspläne von Mr. Nixon kam der Herr *Bundeskanzler* auf den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Rockefeller[2] zu sprechen.

Mr. *Nixon* sagte, jeder der derzeitigen republikanischen Präsidentschaftskandidaten müsse sich noch bewähren. Was Rockefeller anbelange, so habe seines Erachtens Rockefellers Wiederverheiratung[3] verheerend auf dessen Aussichten gewirkt. Seine Hauptsorge gelte aber der Tatsache, daß sowohl Rockefeller als auch jeder andere Kandidat die Weltprobleme vielleicht nicht ganz verstünden, insbesondere die Frage des internationalen Kommunismus und der Art und Weise, ihn zu bekämpfen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er sei unruhig, auch wegen der Verhandlungen in Moskau.[4] Man wisse, wo es anfange, aber einige wüßten nicht, wo es ende.

Mr. *Nixon* bemerkte, auch er sei sehr unruhig. Was die amerikanische Regierung anbelange, so glaube er, daß Kennedy persönlich das Richtige tue, aber ganz offen und als einfacher amerikanischer Bürger sei er der Auffassung, daß die Umgebung Kennedys (Stevenson, Harriman, Rostow, Bundy) zu weich sei. Sie alle dächten nur daran, einen Weg zu finden, um mit Chruschtschow auszukommen, ohne sich bewußt zu sein, wie gefährlich es sei, Chruschtschow dieselben Motive zu unterschieben, wie man sie selbst habe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, bei seinem ersten Zusammentreffen mit Kennedy[5] habe er sich erlaubt, ihm zu sagen, wer mit den Russen verhandeln wolle, müsse die russische Geschichte kennen. In diesem Zusammenhang

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 29. Juli 1963 vom Vortragenden Legationsrat Kusterer gefertigt.
Hat dem Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 30. Juli 1963 vorgelegen.

[2] Zum Besuch des Gouverneurs des Staates New York, Rockefeller, am 30. September 1963 in Bonn vgl. Dok. 368.

[3] Zur Eheschließung des Gouverneurs Rockefeller am 4. Mai 1963 vgl. Dok. 170, Anm. 3. Zur Person von Rockefeller vgl. Dok. 117, Anm. 17.

[4] Die Verhandlungen über ein partielles Teststopp-Abkommen kamen am 25. Juli 1963 mit der Paraphierung des Vertragstextes zu einem vorläufigen Abschluß. Vgl. dazu Dok. 236.

[5] Bundeskanzler Adenauer traf am 12. April 1961 erstmals mit Präsident Kennedy zusammen. Für das Kommuniqué anläßlich des Staatsbesuchs von Adenauer vom 11. bis 17. April 1961 in den USA vgl. BULLETIN 1961, S. 673 f. und S. 748. Vgl. dazu auch ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 91–99; OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 28–31; GREWE, Rückblenden, S. 461–470.

habe er Kennedy auch das ausgezeichnete Buch „Das russische Perpetuum mobile“[6] gegeben. Er sei überzeugt, daß dieses Buch niemals jemand gelesen habe. Er habe dieselbe Sorge wie Mr. Nixon wegen der Umgebung Kennedys.

Mr. *Nixon* bemerkte dann, er werde de Gaulle am Dienstag sehen.[7] In seiner Pressekonferenz in Westberlin[8] habe er schon gesagt, er gehöre nicht zu den Amerikanern, die de Gaulle für schlecht hielten. Wenn er auch mit de Gaulle nicht in allem einig sei, so halte er ihn doch für einen starken Mann, und deswegen sollte man mit de Gaulle und nicht etwa um de Gaulle herum arbeiten.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, wenn de Gaulle nicht da wäre, wäre Frankreich kommunistisch. Dann aber wäre auch Italien kommunistisch, und die Bundesrepublik befände sich in größter Gefahr, weil sie dann mitten in dieser Zwickmühle stünde. Sicherlich sei auch er nicht mit allem einverstanden, was de Gaulle tue, doch müsse man Gott danken, daß de Gaulle da sei. De Gaulle werde auch seine Atomstreitmacht[9] weiterbauen. Es scheine, als ob die amerikanische Administration ihn zu der Beteiligung an dem Moskauer Atomstopp-Abkommen zu bewegen versuche, indem sie de Gaulle einige nukleare Kenntnisse übermittle.[10] Ob de Gaulle allerdings annehmen werde, bezweifle er. Um de Gaulle zu verstehen, müsse man zwei Dinge berücksichtigen. Erstens müsse er gegenüber dem französischen Volk und insbesondere gegenüber der Armee, die wegen der Aufgabe Algeriens bis weit hinunter unzuverlässig sei[11], beweisen, daß er für Frankreich und für die französische Armee alles schaffe, was eine moderne Armee brauche. Zweitens glaube de Gaulle, daß die Vereinigten Staaten allmählich sämtliche Befehlsstellen über nukleare Waffen in die Vereinigten Staaten bringen würden und im Falle einer Auseinandersetzung den Krieg[12] unter dem amerikanischen und nicht unter dem europäischen Aspekt führen würden.[13] De Gaulle sei der Auffassung, daß Europa zuerst von den Russen angegriffen würde. Dieser Auffassung sei auch er selbst. Die Demokraten aber meinten, die Russen würden zuerst Amerika angreifen, was er selbst nicht glaube. Auf jeden Fall glaube er, daß man trotz des Moskauer Abkommens in eine kritische Periode hineinkomme.

Mr. *Nixon* sagte zu der Frage des Atomversuchsstopps, er sei sehr beunruhigt darüber, in den amerikanischen Zeitungen wie New York Times und New York Herald Tribune in großen Balkenüberschriften gelesen zu haben, dieses Abkommen bedeute eine Entspannung und den Anfang besserer Beziehungen

6 Vgl. Dieter FRIEDE, Das russische Perpetuum mobile, Würzburg 1959.

7 Zum Treffen vom 30. Juli 1963 vgl. LE MONDE, Nr. 5766 vom 1. August 1963, S. 2.

8 Zum Aufenthalt des ehemaligen Vizepräsidenten Nixon in Berlin und seinen Äußerungen gegenüber der Presse vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 170 vom 26. Juli 1963, S. 1 und S. 4.

9 Zur „force de frappe“ vgl. Dok. 16, Anm. 6.

10 Vgl. dazu Dok. 236.

11 Zum Vorwurf an Staatspräsident de Gaulle, er habe Algerien aufgegeben, vgl. Dok. 224, Anm. 16.

12 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen: „ausschließlich“.

13 Vgl. dazu die Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle vom 4. Juli 1963 gegenüber Bundeskanzler Adenauer; Dok. 216.

zwischen Rußland und Amerika.[14] Er sei sicher, daß hier ein Handel vorliege und Chruschtschow dieses Abkommen unter der Voraussetzung unterzeichne, daß der Westen jetzt in Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt eintrete. Er selbst werde, obwohl dies jetzt nicht gern gehört werde, sich deutlich gegen alles aussprechen, was nach Befriedung aussehe. Er sei sehr gegen einen Nichtangriffspakt, der implizieren könnte, daß die Trennungslinie mitten durch Europa zementiert und anerkannt werde. Chruschtschow habe doch keine Furcht vor einer Aggression durch die Vereinigten Staaten oder den Westen. Er wolle vielmehr einen solchen Pakt, weil er seine Beherrschung Osteuropas vom Westen besiegelt sehen wolle.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies darauf, daß er am vergangenen Montag einen Brief von Präsident Kennedy erhalten habe, in dem dieser erkläre, daß Amerika nicht über einen Nichtangriffspakt verhandeln werde.[15] Vielmehr würden die Amerikaner nur zuhören, was die Russen zu sagen hätten. Der Herr Bundeskanzler ließ dann den entsprechenden Absatz aus Kennedys Brief vorlesen.

Mr. *Nixon* bemerkte, es komme darauf an, daß die westlichen Verbündeten Kennedy ganz klarmachten, daß ein Pakt überhaupt nicht in Frage komme, wenn nicht absolut die Möglichkeit einer Anerkennung der russischen Beherrschung Osteuropas ausgeschlossen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, nach einem zweiten Telegramm, das er inzwischen erhalten habe, hätten die Verhandlungen über andere Themen als das Versuchsverbot[16] bereits begonnen.[17]

Mr. *Nixon* erklärte, alle Leute meinten, Chruschtschow habe jetzt Ärger mit den Chinesen[18] und suche deswegen einen Ausgleich mit dem Westen. Wenn das stimme, dann müsse man Chruschtschow einen Preis zahlen lassen und ihm nicht einfach seine Forderungen erfüllen. Einen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen sei aber kein Preis für Chruschtschow, denn gerade er wolle ja diesen Nichtangriffspakt[19].

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, schon 1955 in Moskau habe ihm Chruschtschow gesagt, daß er mit den Chinesen Schwierigkeiten habe und nicht mit ihnen fertig werden könne.[20] Damals habe er (der Herr Bundeskanzler) ganz klar den Eindruck gewonnen, daß Chruschtschow es ernst damit

[14] Vgl. dazu u. a. den Artikel: U.S., Soviet and Britain Reach Atom Pact That Bars All But Underground Tests; THE NEW YORK TIMES, Nr. 38534 vom 26. Juli 1963, S. 1.

[15] Für das Schreiben vom 23. Juli 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419. Für die Antwort des Bundeskanzlers Adenauer vgl. Dok. 234.

[16] Der Passus „über andere Themen als das Versuchsverbot" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[17] Für die Nachricht, daß im Rahmen der Teststopp-Verhandlungen über ein Nichtangriffsabkommen gesprochen wurde, vgl. auch Dok. 236.

[18] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

[19] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen: „weil er die Satelliten fürchte".

[20] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU am 10. September 1955 vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 527 f.

meine. Mr. Nixon habe aber völlig recht, die Unterzeichnung eines Nichtangriffspakts wäre ein Triumph für Chruschtschow.

Mr. *Nixon* führte aus, es gebe Leute, die sagten, das Atomversuchsabkommen bedeute den Anfang des Endes des kalten Krieges. Was aber tue Chruschtschow, um den kalten Krieg zu beenden? Er verschärfe ihn im Gegenteil noch. Er verschärfe ihn in Lateinamerika, in Europa; die Kommunisten in Italien und in Frankreich seien nie stärker gewesen, und in England hätten die Kommunisten sogar gegen das griechische Königspaar demonstrieren können[21]. Er verschärfe ihn auch in Afrika. Chruschtschow spreche also von Frieden, verschärfe aber den kalten Krieg, und die Unterdrückung heute in Ostberlin und in Warschau sei schlimmer denn je. Sie sei in Ungarn etwas geringer geworden, doch sei Ungarn immer noch ein eindeutiger Polizeistaat. Wenn Chruschtschow also den kalten Krieg beenden wolle, solle er es durch Taten beweisen.

Die Frage des Herrn *Bundeskanzlers*, ob der Senat denn dieses Abkommen ratifizieren werde[22], bejahte Mr. *Nixon*, bemerkte jedoch, daß der Senat größte Einwände erheben würde gegen jeden Handel mit einem Nichtangriffspakt.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob diese Angelegenheit auch im bevorstehenden Wahlkampf[23] eine Rolle spielen werde.

Mr. *Nixon* erwiderte, sie könnte eine Rolle spielen, wenn die Verhandlungen lang genug dauern und die Sache bis zum Beginn des Wahlkampfes noch nicht in Vergessenheit geraten sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, wenn die Verhandlungen also weitergingen, würde diese Frage auf alle Fälle eine Rolle spielen.

Mr. *Nixon* sagte, sie könnten dann eine bedeutende Rolle spielen, könnten allerdings auch für die Administration nützlich sein, wenn das Volk davon überzeugt sei, daß diese Verhandlungen zum Frieden führen. Dulles und er hätten ja viele Jahre hindurch gegen jede Absprache gewarnt, welche die osteuropäischen Länder aufgeben würde. Er halte es für wichtig, daß sich in Westeuropa Stimmen erhöben, die diese Gefahr klar aufzeigten. Der ganze Nutzen eines Nichtangriffspakts komme Chruschtschow zugute.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, ein Nichtangriffspakt würde auch Auswirkungen auf die NATO haben. In England bestünden heute bereits Schwierigkeiten[24], die noch größer würden, wenn Wilson Premierminister werde. Norwegen, Belgien und Italien hätten bereits die Dienstzeit verringert.[25]

21 Während des Staatsbesuchs des Königs Paul und der Königin Friederike von Griechenland vom 9. bis 12. Juli 1963 in Großbritannien kam es zu vereinzelten Demonstrationen, bei denen die Frage nach dem Schicksal der politischen Häftlinge in Griechenland im Mittelpunkt stand.

22 Das Teststopp-Abkommen wurde am 24. September 1963 vom amerikanischen Senat ratifiziert.

23 Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

24 Zur innenpolitischen Situation in Großbritannien vgl. Dok. 192, Anm. 34.

25 Zu den norwegischen und italienischen Bestrebungen, die Dauer des Wehrdienstes zu verkürzen, vgl. Dok. 216, Anm. 36.
In Belgien war 1958 die Dauer des Wehrdienstes von 18 auf 15 Monate herabgesetzt worden. Vgl. dazu Abteilung 3 (301), VS-Bd. 242.

Mr. *Nixon* erklärte, er mache sich wegen Europa große Sorgen. Sollte in England Wilson an die Macht kommen, so werde England neutral. In Italien sei 1947 das Empfinden gegen den Kommunismus stärker gewesen als heute. Segni habe ihm im übrigen dasselbe gesagt wie der Herr Bundeskanzler, nämlich, daß er unruhig sei. Den Papst[26] habe er kurz gesehen und glaube, daß er mit der Menschlichkeit, die sein Vorgänger besessen habe, ein hohes intellektuelles Verständnis verbinde und daher nicht die Fehler machen werde, die sein Vorgänger gemacht habe. In Deutschland werde der Herr Bundeskanzler auch nach seinem Rücktritt ja an der Spitze der CDU stehen und seine Stimme erheben. In Frankreich stelle man fest, daß de Gaulle von den Amerikanern, von den Engländern und auch von zahlreichen Europäern angegriffen werde und deswegen seine stark antikommunistische Haltung nicht dieselbe Wirkung haben könne.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, de Gaulle werde ja nach Washington gehen[27], doch werde de Gaulle, so wie er ihn kenne, dort seine Meinung nicht ändern.

Mr. *Nixon* fragte dann, was der Bundeskanzler als Chruschtschows Motiv ansehe, ob er wirklich, wie manche sagten, im Alter etwas milder werde, oder ob er etwas im Schilde führe.

Der Herr *Bundeskanzler* führte aus, Chruschtschow habe drei Aufgaben zu erfüllen: Er müsse gegen den Westen stark sein, er müsse gegen Rotchina stark sein, und er müsse die russische Wirtschaft allgemein entwickeln. Alle drei Aufgaben zusammen könne Chruschtschow aber nicht lösen. Die Sowjetunion entwickle Ostsibirien zu einem großen Industriezentrum. Ostsibirien habe 7 Millionen km² und verfüge über große Wasserkräfte und Metallvorkommen. Es würden auch Städte dort gebaut, und das ganze Gebiet sei zur Sperrzone erklärt worden, um die Schaffung der sowjetischen militärischen Einrichtungen zu verschleiern[28]. Die russische Industrie habe sich nicht besonders gut entwickelt, und es sei nun nötig, Menschen, die vorher in die Städte gebracht worden seien, wieder aufs Land zu bringen, weil die russische Industrie nicht genügend Landwirtschaftsmaschinen produzieren könne, die eine Bestellung der Felder mit wenig Arbeitskräften ermöglichen würden. Chruschtschow gehe es persönlich gut, doch habe er nicht dieselbe Macht wie Stalin. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde sich Chruschtschow hauptsächlich gegen Rotchina wenden müssen. Vorher aber werde er versuchen, soviel wie möglich vom Westen einzukassieren. Das brauche Chruschtschow auch, um seine Wendung vor der russischen öffentlichen Meinung zu verbergen. Bevor es also zu dieser endgültigen Wendung komme, werde eine unruhige Zeit sein, in der man ganz fest bleiben müsse.

Mr. *Nixon* fragte, ob Chruschtschow vom Westen Wirtschaftshilfe wolle, die er ja brauche, oder ob er vom Westen die Anerkennung seiner Beherrschung des Ostblocks erreichen wolle.

[26] Paul VI.

[27] Zu dem vorgesehenen Besuch kam es nicht. Staatspräsident de Gaulle nahm lediglich am 25. November 1963 an der Trauerfeier für den ermordeten Präsidenten Kennedy in Washington teil.

[28] Der Passus „die Schaffung ... zu verschleiern" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ein rotchinesisches Eindringen zu verhindern".

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, Chruschtschow wolle vor allem, daß die Vereinigten Staaten den Status quo besiegelten.

Mr. *Nixon* fragte dann, was der Westen tun könne, um Chruschtschow einen Preis für ein besseres Verhältnis zahlen zu lassen.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, auf die Dauer müsse Chruschtschow diese Wendung vollziehen. Es sei für ihn natürlich auch wichtig, in den Augen der Russen nicht als der dazustehen, der nachgegeben habe. Deswegen versuche er, alles zu bekommen, was er bisher verlangt habe. Was das Atomversuchsverbot anbelange, so müsse man sagen, daß es ein eindeutiger Erfolg für Chruschtschow sei, denn am Anfang hätten die Amerikaner tausend Kontrollposten gefordert, die sich inzwischen in Luft aufgelöst hätten.[29] Für den Westen komme es darauf an, stark zu bleiben, Chruschtschow nicht zu glauben und ihm nicht nachzugeben.

Mr. *Nixon* sagte, aufgrund seiner Beobachtungen während seiner Europareise, die natürlich nicht schlüssig sein könnten, mache er sich Sorgen, weil Europa, je reicher es werde, umso weicher in seiner Haltung gegenüber dem Kommunismus in anderen Ländern sei. In Europa gebe es einen Zug zum Neutralismus, der allerdings in Deutschland am geringsten sei. In Europa allgemein aber nehme er zu. Chruschtschow spiele also ein sehr geschicktes Spiel, wenn er so tue, als habe er sich gewandelt, denn Europa und viele Amerikaner möchten gerade das so gerne glauben.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, Deutschland kenne den Kommunismus, und Frankreich und Deutschland dächten dasselbe. In Italien sei die Lage sehr schwierig, doch hoffe er, daß mit Segni als Präsidenten und dem neuen Papst sich die antikommunistische Haltung in Italien wieder festige. Die Beneluxstaaten seien ebenfalls antikommunistisch. Alles aber hänge von der amerikanischen Haltung ab, welche die europäische Haltung bestimmend beeinflusse. Man komme jetzt auch vielleicht in eine neue kritische Periode. Stikker habe ja den Plan vorgelegt, dem Generalsekretär der NATO eine militärische Organisation zu unterstellen.[30] Frankreich sei dagegen. Ob Stikker neue Aufregungen körperlich durchstehen könne, erscheine ihm fraglich.[31] Dann aber stelle sich die Frage eines neuen Generalsekretärs, und da sei er der Meinung, und das habe er Kennedy schon vor langem gesagt, daß dann Amerika den Generalsekretär stellen sollte. Heute sei es so, daß der Holländer Stikker Generalsekretär sei, aber der Amerikaner Finletter das erste Wort führe[32]. Wer aber die wirkliche Macht vertrete[33], solle als solcher auch erkennbar sein. Kennedy sei jedoch von seinem Gedanken nicht begeistert gewesen. Wahrscheinlich aber sei, daß die Entwicklung in den kommenden Jahren eine Ver-

[29] Zur amerikanischen Haltung in der Frage der Bodeninspektionen vgl. Dok. 228, Anm. 4.

[30] Zu den Äußerungen des NATO-Generalsekretärs Stikker auf der NATO-Ministerkonferenz vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa vgl. Dok. 190.

[31] Zum Gesundheitszustand des NATO-Generalsekretärs Stikker vgl. Dok. 170, Anm. 22.

[32] Die Wörter „das erste Wort führe" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „die ganze Sache leite".

[33] Die Wörter „die wirkliche Macht vertrete" wurden vom Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „eine Sache leite".

änderung in der Person des Generalsekretärs der NATO mit sich bringen werde.[34]

Mr. *Nixon* kam dann noch einmal auf die amerikanische Regierung zu sprechen. Nach seiner Meinung habe Kennedy in der Kubafrage recht gehandelt, als er in der Schweinebucht aktiv geworden sei.[35] Dann aber habe ihn seine Umgebung an der völligen Durchführung der Aktion gehindert, was ein Fehler gewesen sei. Kennedy habe auch wiederum recht gehabt, als er die Blokkade einrichtete.[36] Diese Blockade ohne Inspektion zu beenden, sei jedoch ein Fehler gewesen. Wenn Kennedy also impulsiv handle, handle er richtig. Dann aber kämen die Intellektuellen seiner Umgebung, die immer die Tendenz einer weichen Linie verfolgten, wenn es hart auf hart gehe. Sie seien eben keine Männer der Tat. Er halte es für wichtig, daß der Westen jetzt in den Verhandlungen mit Chruschtschow den Begriff der Freiheit auf die gleiche Höhe hebe, wie sie der Begriff des Friedens schon einnehme. Diese beiden Dinge seien unlöslich miteinander verbunden. Chruschtschow wolle einen Nichtangriffspakt, weil er, wie er sage, Frieden wolle. Was aber geschehe mit der indirekten kommunistischen Aggression im Westen, und was werde getan, um den Druck auf Osteuropa und die Sowjetzone zu erleichtern?

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er wolle noch einen Gedanken hinzufügen. Wenn er in der amerikanischen Politik etwas zu sagen hätte, würde er sich nicht so ausschließlich gegen Rotchina festlegen.

Mr. *Nixon* bemerkte, hierin sei er mit dem Herrn Bundeskanzler absolut einer Meinung. Man sollte sowohl Rotchina als auch Rußland als Feind betrachten. Wer aber sei der Stärkere von beiden? Das sei doch ganz eindeutig Rußland. Deswegen sollte man jetzt nicht Herrn Chruschtschow umarmen, sondern die beiden kommunistischen Mächte sich gegenseitig die Köpfe einschlagen lassen.

Das Gespräch endete gegen 17.45 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/62

[34] Am 1. August 1964 wurde der Italiener Manlio Brosio Generalsekretär der NATO.

[35] Vom 17. bis 20. April 1961 unternahmen 1400 Exilkubaner einen vergeblichen, von den USA organisierten und militärisch unterstützten Versuch, auf Kuba zu landen und dort einen Umsturz herbeizuführen.

[36] Zur Kuba-Krise im Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.

238

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1304/63 geheim **26. Juli 1963**

Der Herr Minister empfing heute in meiner Gegenwart den amerikanischen Geschäftsträger, Gesandten Hillenbrand, der zu dem Moskauer Teststopp-Abkommen[1] folgendes mitteilte:

Die Initiative zu diesem Abkommen sei von den USA und Großbritannien ausgegangen (Vorschlag vom 27. August 1962)[2]. Zwar habe man nicht alles erreicht, ein vollständiger Teststopp wäre besser gewesen, doch sei es ein erster und begrüßenswerter Schritt.

Die Sowjetunion habe versucht, eine Verbindung des Teststopp- mit einem Nichtangriffs-Abkommen herzustellen. Harriman habe geantwortet: Diese Frage müsse mit den Alliierten besprochen werden.

Die sowjetische Seite habe weiter die Aufstellung von Beobachtungsposten an Flughäfen, Straßenkreuzungen usw., die Einfrierung der Militärhaushalte und eine Begrenzung der Truppenstärke in beiden Teilen Deutschlands vorgeschlagen.[3]

Was die Motive der Sowjetunion anlange, so wolle sie ganz gewiß keine politische und ideologische Koexistenz, aber an der Vermeidung eines Krieges sei sie auch interessiert.

Jetzt sei es wichtig, daß so bald als möglich so viele andere Staaten wie möglich das Abkommen unterzeichneten.[4] Es sei zur Unterzeichnung für andere offen, sobald es von den drei ursprünglichen Partnerstaaten voraussichtlich in der nächsten Woche unterzeichnet sein werde.[5]

Die amerikanische Regierung würde es dankbar begrüßen, wenn wir erklärten, wir hätten die Absicht, den Vertrag zu unterzeichnen.

Die Anerkennungsfrage sei durch die Beitrittsklausel befriedigend gelöst worden.[6] Hierzu übergab Gesandter Hillenbrand eine schriftliche Mitteilung an den Herrn Minister von Außenminister Rusk.[7]

[1] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[2] Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 804–807.

[3] Vgl. dazu bereits Dok. 236.

[4] In einer Unterredung am gleichen Tag führte der britische Botschafter Roberts gegenüber Bundesminister Schröder zu diesem Punkt aus, „daß man versuchen werde, Frankreich zu gewinnen. Er selbst zweifelte, ob dies gelingen werde. Er deutete an, daß die britische Regierung mehr noch als die amerikanische Regierung bereit sei, den Franzosen nukleare Informationen zu geben, falls sie sich zum Beitritt entschließen sollten." Vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 26. Juli 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Das Teststopp-Abkommen wurde am 5. August 1963 in Moskau durch die USA, die UdSSR und Großbritannien unterzeichnet.

[6] Zu Artikel 3 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

[7] Dem Vorgang nicht beigefügt. Für den Wortlaut der Mitteilung vgl. Dok. 239.

Schließlich wies Herr Hillenbrand darauf hin, daß die auf das Nichtangriffs-Abkommen bezügliche Klausel im Kommuniqué noch verbessert worden sei insofern, als auch am Schluß dieses Passus erwähnt werde, daß das Abkommen für alle Teilnehmer („participants") zufriedenstellend sein müsse.[8]

Der Herr Minister antwortete, er danke für die Erklärungen; man werde insbesondere die Mitteilung über die Beitrittsklausel des Abkommens prüfen. Es gäbe in der WEU gewisse Richtlinien, die verhindern sollten, daß die SBZ einem internationalen Abkommen beitrete und dadurch völkerrechtliche Anerkennung finde.[9] Die in Moskau gefundene Lösung scheine im Ergebnis auf dasselbe hinauszulaufen. Dies müsse aber noch genauer geprüft werden.

Hiermit dem Herrn Minister[10] vorgelegt.

Carstens

Ministerbüro, VS-Bd. 8498

239

Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1305/63 geheim **Aufgabe: 26. Juli 1963, 22.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2482 Plurex

Nur für Botschafter

Betr.: Nukleares Versuchsstopp-Abkommen[2]

I. Die Bundesregierung begrüßt das Abkommen. Es kann einen ersten Schritt in Richtung auf weitere Abrüstungsmaßnahmen darstellen. Die Bundesregierung hält an dem Ziel einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung fest. In jedem Fall verhindert das Abkommen ferner eine Fortsetzung der nuklearen Explosionen durch die drei Signatarstaaten in der Atmosphäre und die damit verbundenen radioaktiven Ausfälle.

[8] Im Kommuniqué vom 25. Juli 1963 hieß es: „The heads of the three delegations discussed the Soviet proposal relating to a pact of non-aggression between the participants in the North Atlantic Treaty Organization and the participants in the Warsaw Treaty. The three governments have agreed fully to inform their respective allies in the two organizations concerning these talks and to consult with them about continuing discussions on this question with the purpose of achieving agreement satisfactory to all participants. A brief exchange of views also took place with regard to the other measures, directed at a relaxation of tension." Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 250.

[9] Zum Beschluß der WEU vom 31. Oktober 1962 vgl. Dok. 239, besonders Anm. 7.

[10] Hat Bundesminister Schröder am 27. Juli 1963 vorgelegen.

[1] Drahterlaß an die Botschaften in Washington, London, Paris, Moskau und Rom sowie an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris.

[2] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

II. 1) Die Bundesregierung hatte die amerikanische Regierung auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Beitrittsklausel [so] zu fassen, daß eine Anerkennung der SBZ vermieden würde.[3]

2) Die US-Regierung hat uns dazu folgende vertrauliche Mitteilung zukommen lassen[4]: „Article III of the Treaty provides that all three of the original parties are to be depositaries for instruments of ratification and accession. The parties orally agreed, however, that any depositary might refuse to accept an instrument of accession or ratification from a government it did not recognize. In that event, the Treaty would not constitute a binding agreement as between the depositary and the acceding state, although the acceding state would be bound to all other parties with whom it had diplomatic relations. It was also understood that while under the Treaty the depositary states would inform all signatories and acceding states of each new signature, any state so informed could refuse to accept a notification with regard to any state it did not recognize and thus avoid any formal agreement with that state."[5]

Von dieser Möglichkeit wird die amerikanische Regierung im Falle einer Beitrittserklärung der SBZ Gebrauch machen.

3) Die danach vorgesehene Regelung trägt unserem Standpunkt in der Anerkennungsfrage insoweit Rechnung, als eine Anerkennung im Verhältnis zwischen der SBZ und den beiden westlichen Signatarstaaten verhindert wird. Nicht gelöst wird dadurch das Problem, wie eine Anerkennung im Verhältnis zwischen der SBZ und neutralen Staaten verhindert werden kann, wenn diese neutralen Staaten, wie anzunehmen ist, ihren Beitritt sowohl in Moskau wie in Washington wie in London erklären. Diese Frage wird bei uns weiter geprüft. Hierzu bleibt ein neuer Erlaß vorbehalten.[6]

4) Der Herr Minister hat dem britischen Botschafter heute das anliegende Aide-mémoire[7] ausgehändigt[8], das den Inhalt des WEU-Beschlusses vom

[3] Vgl. dazu bereits Dok. 234 und Dok. 235, Anm. 2.

[4] Vgl. dazu Dok. 238.

[5] Artikel 3, Ziffer 1 und 2 des Teststopp-Abkommens lauteten: „1) This Treaty shall be open to all States for signature. Any State which does not sign this Treaty before its entry into force in accordance with paragraph 3 of this Article may accede to it at any time. 2) This Treaty shall be subject to ratification by signatory States. Instruments of ratification and instruments of accession shall be deposited with the Governments of the Original Parties – the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the Union of Soviet Socialist Republics – which are hereby designated the Depositary Governments." Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 292. Für den deutschen Wortlaut vgl. DzD IV/9, S. 609.

[6] Vgl. dazu weiter Dok. 254.

[7] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436; B 150, Aktenkopien 1963.
In dem Aide-mémoire wurde darauf aufmerksam gemacht, daß gemäß dem Beschluß der WEU „Erklärungen der sogenannten ‚Deutschen Demokratischen Republik' über einen Beitritt zu einem internationalen Abkommen oder dessen Anwendung ... nicht zur Kenntnis genommen und anderen Partnerstaaten des Abkommens auch nicht zur Kenntnis gebracht werden. Falls solche Erklärungen der sogenannten ‚Deutschen Demokratischen Republik' der Depositarmacht durch Vermittlung eines anderen Staates zugestellt werden, so soll die Depositarmacht diesem Staat mitteilen, daß sie die Erklärung ... nicht anerkennen oder unterstützen kann."

[8] Zum Gespräch mit dem britischen Botschafter Roberts vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 26. Juli 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

31. Oktober 1962 über die Behandlung von Beitrittsanträgen der SBZ zu internationalen Abkommen wiedergibt.

III. Die amerikanische Regierung hat uns eine möglichst baldige Unterzeichnung des Abkommens nahegelegt. Wir verstehen ihre Mitteilung so, daß das Abkommen ab Ende nächster Woche in Moskau, Washington und London zur Unterzeichnung durch dritte Staaten aufliegen wird. Wir neigen jedoch dazu, das Abkommen nicht zu unterzeichnen. Jedoch prüfen wir die Frage, ob wir dem Abkommen gemäß seinem Art. 3 Ziffer 4 *beitreten* sollten, nachdem es in Kraft getreten ist[9], und schon jetzt eine dahingehende Absichtserklärung abgeben sollten.[10] Eine Entscheidung kann frühestens in der nächsten Woche durch das Kabinett getroffen werden.[11] Für unsere Entscheidung wird unter anderem maßgebend sein, ob es gelingt, die oben dargelegten Anerkennungsprobleme im Verhältnis zur SBZ befriedigend zu regeln.

IV. 1) Vorstehendes wird Washington, London und Rom für dort zu führende streng vertrauliche Gespräche mitgeteilt.[12] Ich bitte, nur völlig vertrauenswürdige Gesprächspartner und auch diese nur in sehr vorsichtiger, jede endgültige Festlegung vermeidender Form zu unterrichten.

2) Paris wird gebeten, die französische Regierung umgehend unter Bezugnahme auf den deutsch-französischen Vertrag in der gleichen vorsichtigen Form zu unterrichten und um ihre Stellungnahme zu bitten.[13]

3) Paris, NATO und Moskau erhalten den Erlaß nur zur eigenen Unterrichtung.

Carstens[14]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436

[9] Artikel 3, Ziffer 4 des Teststopp-Abkommens besagte: „For States whose instruments of ratification or accession are deposited subsequent to the entry into force of this Treaty, it shall enter into force on the date of the deposit of their instruments of ratification or accession." Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 293.
Zum Unterschied zwischen Beitritt und Unterzeichnung vgl. Artikel 3, Ziffer 1 des Teststopp-Abkommens.

[10] Zu diesen Überlegungen vgl. weiter Dok. 245.

[11] Zur Beratung am 31. Juli 1963 im Bundeskabinett vgl. weiter Dok. 258.

[12] Vgl. dazu auch Dok. 242 und Dok. 251.

[13] Vgl. dazu weiter Dok. 246.

[14] Paraphe vom 26. Juli 1963.

240

Aufzeichnung des Botschafters Grewe, Paris (NATO)

20-08-2/3248/63 geheim **26. Juli 1963**[1]

Gibt es Alternativen zum MLF-Projekt?

I. Die Lage: Stagnation, möglicherweise Scheitern des Projekts

1) Die Phase der Stagnation, in die das MLF-Projekt geraten ist und die in den Gesprächen des Präsidenten Kennedy während seiner Europa-Reise[2] gleichsam offiziell konstatiert wurde, kann unter Umständen das Scheitern dieses Projekts bedeuten:

– Alle amerikanischen Überlegungen gingen bisher davon aus, daß ein später als Mitte Januar 1964 dem Kongreß vorgelegtes Vertragsprojekt keine Aussicht haben würde, im Wahljahr 1964 den Kongreß zu passieren.

– Eine britische Labour-Regierung, mit deren möglicher Regierungsübernahme nach den (spätestens bis Herbst 1964 fälligen) Neuwahlen[3] gerechnet werden muß, würde sich aller Voraussicht nach nicht an dem MLF-Projekt beteiligen und würde darüber hinaus wahrscheinlich sogar bemüht sein, sein Zustandekommen zu verhindern.

– Eine italienische Beteiligung ist ohne Mitwirkung Großbritanniens an dem Projekt und sogar gegen dessen Widerstreben schwer vorstellbar.

2) Diese Lage zwingt dazu, Wert und Bedeutung des MLF-Projekts für die deutsche Politik erneut zu erwägen und die Möglichkeit von Alternativen und Ersatzlösungen zu prüfen.

3) Bei dieser Prüfung sind folgende Fragen zu beantworten:

a) Welche Ziele sollten mit dem MLF-Projekt erreicht werden?
b) Mit welchen Mitteln sollten diese Ziele erreicht werden?
c) Welche Hindernisse haben sich der Verwirklichung des Projekts in den Weg gestellt?
d) Gibt es Alternativen oder Ersatzlösungen, die mit anderen Mitteln die gleichen Ziele erreichen könnten?

[1] Datum des Anschreibens.
Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Grewe am 26. Juli 1963 unter Bezugnahme auf eine Besprechung vom 8. Juli 1963 an Bundesminister Schröder übermittelt.
Hat Schröder am 27. Juli 1963 vorgelegen, der zum Vorschlag einer Weiterleitung der Aufzeichnung handschriftlich vermerkte: „Keine Verteilung vor R[ücksprache] St[aatssekretär] I."
Am 30. Juli 1963 leitete Staatssekretär Carstens die Aufzeichnung an Bundesminister von Hassel weiter. Im Anschreiben führte er aus: „Die Aufzeichnung kommt nicht zu eindeutigen Ergebnissen, doch zieht Herr Bundesminister Schröder, wie er am 29. Juli 1963 schon sagte, aus der sehr sorgfältigen Gegenüberstellung aller Argumente eindeutig die Schlußfolgerung, daß wir dieses Projekt weiter verfolgen sollten." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Präsident Kennedy besuchte vom 23. Juni bis 2. Juli 1963 Europa. Zum Aufenthalt in der Bundesrepublik vom 24. bis 26. Juni 1963 vgl. Dok. 206–208.

[3] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

e) Sollten wir im Augenblick auf Alternativen oder Ersatzlösungen besser verzichten?

II. Ziele des MLF-Projekts

Die am MLF-Projekt interessierten Staaten haben nirgends eine erschöpfende authentische Definition der Ziele gegeben, die sie mit diesem Projekt zu erreichen hoffen.

Es kann kaum ein Zweifel bestehen, daß die verschiedenen Interessenten mindestens teilweise verschiedene Ziele verfolgen und daß die offiziell zugegebenen und in den Vordergrund geschobenen Ziele nicht immer die wahren und entscheidenden Ziele der Regierungen sind. Manche Zielsetzungen, die mit dem MLF-Projekt zu verfolgen wären, sind auch mehr von privater als von regierungsamtlicher Seite geäußert worden.

Auch auf seiten der Bundesregierung ist bisher keine eindeutige Festlegung der Ziele erfolgt, die wir mit dem MLF-Projekt verfolgen. Eine solche – mindestens interne – Klärung und Klassifizierung ist jedoch notwendig, wenn der Wert der Verwirklichung des MLF-Projekts für die deutsche Politik abgewogen und gegebenenfalls Alternativen und Ersatzlösungen gesucht und ausgewählt werden sollen.

Die im folgenden aufgeführte Liste enthält noch keine Rangordnung der Ziele und keine spezielle Zuordnung einzelner Ziele an bestimmte Staaten und Regierungen. Sie ist eine mehr oder minder wertungsfreie Zusammenstellung, die jedoch dazu verhelfen soll, die für die deutsche Politik wichtigen Ziele zu ermitteln und Prioritäten festzulegen.

In diesem Sinne können als Ziele des MLF-Projekts bezeichnet werden:

a) ein größeres Maß von Beteiligung und Mitverantwortung aller daran interessierten NATO-Partner an der nuklearen Strategie;
Variante aa) einschließlich der Beteiligung an der politischen Kontrolle der im europäischen Befehlsbereich stationierten Atomwaffen;

b) Verhinderung der Ausbreitung nationaler Atomwaffen-Potentiale (non-proliferation policy);
Variante bb) auf jeden Fall Befriedigung vermeintlicher oder wirklicher deutschen Atomwaffen-Ambitionen;
Variante bbb) eventuell im Laufe der Zeit Integrierung der nationalen Atomwaffen-Potentiale Frankreichs und Großbritanniens in einer multilateralen (europäischen oder atlantischen) Organisation;

c) mindestens teilweise Befriedigung speziell europäischer (mit den amerikanischen nicht kongruenter) Sicherheitsinteressen, insbesondere Teilerfüllung der MRBM-Anforderungen Norstads[4], die auch Lemnitzer sich zu eigen macht;

[4] Vor dem Hintergrund des Wunsches europäischer Staaten nach stärkerer Teilhabe an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen schlug der Alliierte Oberbefehlshaber in Europa, Norstad, 1959/60 vor, der NATO als „vierter Atommacht" die Verfügungsgewalt über landgestützte Mittelstreckenraketen in Europa zu übertragen. Norstad regte dies öffentlich erstmals am 6. Dezember 1959 vor der University of Southern California in Los Angeles an. Vgl. NATO-LETTER, Januar 1960, S. 10. Internationale Bedeutung erhielt der „Norstad-Plan" durch eine Rede des Alliierten Oberbefehlshabers in Europa am 21. November 1960 auf der Jahreskonferenz der NATO-Parlamentarier in

Variante cc) Annäherung an den Gedanken eines „Zweiten Abschreckungszentrums" durch Schaffung eines begrenzten Nuklearpotentials unter der Kontrolle europäischer Regierungen[5];

d) stärkere Verklammerung der Vereinigten Staaten mit Europa;

e) Schaffung eines politischen Gegengewichts gegen mögliche Exklusivitätstendenzen aus dem deutsch-französischen Vertrag[6];

f) Anschluß an das höchste Niveau technisch-wissenschaftlicher Entwicklung, der ohne engen Kontakt mit der nuklearen Waffenentwicklung kaum erreichbar ist;

g) allmähliche Umformung der NATO in eine dem nuklearen Zeitalter angepaßte Allianz und Sicherung ihrer Fortexistenz über das Jahr 1969[7] hinaus.

Nach meiner Ansicht sollte unsere Politik die folgenden Ziele in folgender Rangordnung verfolgen: a) einschließlich Variante aa); c) einschließlich Variante cc); Variante bbb); g); f). Für das in d) genannte Ziel ist die MLF oder eine ihrer Ersatzlösungen meines Erachtens kein geeignetes Instrument. Das in e) genannte Ziel ist durch eine aktuelle politische Konstellation bedingt. Es ließe sich wahrscheinlich auch durch andere politische Mittel erreichen.

III. Mittel, mit denen das MLF-Projekt verwirklicht werden sollte

Die Mittel, mit denen diese Ziele in dem bisherigen, hauptsächlich auf amerikanische Vorstellungen zurückgehenden MLF-Projekt erreicht werden sollten, waren im wesentlichen:

– eine Flotte von 25 konventionell angetriebenen Überwasserschiffen, bestückt mit je 8 Polarisraketen des Typs A 3 (Reichweite gegen 4200 km; Sprengwirkung des nuklearen Sprengsatzes ca. 1 Megatonne);

– national gemischte Besatzungen[8]: auf jedem Schiff Besatzungen mindestens dreier Mitgliedstaaten, wobei der Anteil eines einzelnen Mitgliedstaates 40% nicht übersteigen sollte;

– Unterstellung der Streitmacht unter SACEUR (damit Sicherstellung, daß MLF eindeutig zur Verteidigung des europäischen Befehlsbereichs der NATO bestimmt ist)[9];

– Kontrollsystem auf der Grundlage der Einstimmigkeit (Entscheidung über Feuerfreigabe oder Befehl zum Einsatz durch ein Kontrollgremium, dem nicht unbedingt alle an der MLF beteiligten Staaten angehören sollten)[10];

Fortsetzung Fußnote von Seite 794

Paris. Vgl. dazu den Artikel: A „Fire Brigade" for NATO Urged; THE NEW YORK TIMES, Nr. 37 559 vom 23. November 1960, S. 2.

5 Der Gedanke einer europäischen nuklearen Streitmacht wurde erstmalig von italienischer Seite gegenüber Präsident Kennedy geäußert. Zur Europäisierungsklausel vgl. Dok. 222; weiter Dok. 414.

6 Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

7 Ab 1969 war der NATO-Vertrag vom 4. April 1949 kündbar. Vgl. dazu Dok. 74, Anm. 2.

8 Zur Struktur der MLF vgl. Dok. 12, Anm. 12.

9 Zum entsprechenden Beschluß der NATO-Ministerkonferenz vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa vgl. Dok. 190.

10 Zur Kontrolle der MLF vgl. Dok. 120, besonders Anm. 12.

– Beteiligung mindestens der USA, der Bundesrepublik, Italiens und Großbritanniens (Beteiligung weiterer NATO-Partner erwünscht);

– gemeinsame Aufbringung der Kosten für Aufstellung, Unterhaltung und Weiterentwicklung durch alle Teilnehmerstaaten nach einem noch festzulegenden Schlüssel (kein Staat sollte mehr als 40% der Kosten tragen; nach amerikanischer Vorstellung sollten sich die USA und die Bundesrepublik mit einem etwa gleich großen, zwischen 30 und 40% liegenden Anteil beteiligen)[11];

– Flotte und nukleare Sprengkörper im gemeinsamen Eigentum der Teilnehmerstaaten. Operation unter der Flagge der MLF.[12]

IV. Hindernisse der Verwirklichung des Projekts

Die Ursachen, die hauptsächlich zu der gegenwärtigen Stagnation des MLF-Projekts geführt oder sie zum mindesten gefördert haben, sind im wesentlichen:

– Ungewißheit der britischen Entscheidung: innenpolitische Schwierigkeiten[13] (schlechtes Abschneiden der Konservativen Partei in Nachwahlen; Schwächung der britischen Regierung durch Profumo-Affäre; Vermeidung einer für den Wahlkampf nicht vorteilhaften Diskussion; Bedenken auch innerhalb der Konservativen Partei gegen deutsche Beteiligung beim Einsatz nuklearer Waffen). Finanzielle Bedenken (britischer Verteidigungshaushalt durch die Unterhaltung und laufende Modernisierung der Verbände des Bomber Command und durch den gleichzeitigen Aufbau der britischen Polaris U-Bootflotte – Kauf der Polarisraketen in den USA, Entwicklung und Bau von U-Booten mit Atomantrieb und Herstellung der nuklearen Sprengsätze für die Polarisraketen – stark belastet).[14] Militärisch-technische Zweifel am Wert der Überwasserschiffe[15] und an der Praktikabilität der national gemischten Besatzungen[16] (s. unten);

– beschränkte Handlungsfähigkeit der italienischen Regierung: verbindliche Stellungnahme durch die Wahlen, durch langwierige Regierungsumbildung und durch schließliche Bildung eines bloßen Übergangskabinetts verzögert.[17] Endgültige Entscheidungen wohl erst nach den Parteikongressen dieses Sommers und Neubildung der Regierung[18] möglich;

– Ungewißheit der Finanzierung. (Bei Zugrundelegung eines vorläufigen Kostenschlüssels für die zur Teilnahme vorgesehenen Staaten bleibt noch ein ungedeckter Rest.)

11 Zur Einschätzung der Kosten der MLF vgl. Dok. 120 und Dok. 144, Anm. 14.

12 Zur Flaggenführung vgl. bereits Dok. 162.

13 Zur innenpolitischen Situation in Großbritannien vgl. Dok. 192, Anm. 34.

14 Zu den finanziellen Bedenken der britischen Regierung vgl. Dok. 179. Vgl. dazu weiter Dok. 301.

15 Zur Alternative U-Boot-Flotte oder Überwasserschiffe vgl. Dok. 156, besonders Anm. 5. Zur britischen Haltung in dieser Frage vgl. Dok. 214.

16 Zur britischen Haltung zu national gemischten Besatzungen vgl. Dok. 144, besonders Anm. 13. Vgl. dazu weiter Dok. 301.

17 Zur innenpolitischen Situation in Italien nach den Kammer- und Senatswahlen vom 28./29. April 1963 vgl. Dok. 172, Anm. 19.

18 Zur Regierungsbildung in Italien im November 1963 vgl. Dok. 421, Anm. 24.

– Militärisch-technische Bedenken: in Großbritannien und Italien, teilweise auch in der Bundesrepublik, erhebliche Bedenken gegen Überwasserlösung. In Großbritannien auch häufig Stimmen gegen die gemischten Besatzungen. Diese Einwände waren zwar nicht kausal für das Stagnieren des Projektes, verstärkten jedoch die retardierenden Momente.

– Problematik des Einstimmigkeitsprinzips im Kontrollgremium: Deutsches Bestreben, das Mehrheitsprinzip für die Entscheidungen des Kontrollgremiums wenigstens nach einigen Jahren einzuführen[19], hat das Projekt allenfalls etwas verzögert, aber nicht blockiert. Jedoch hat die Nicht-Befriedigung des deutschen Verlangens in manchen Teilen der westlichen, besonders amerikanischen Öffentlichkeit die Zweifel daran verstärkt, ob das Projekt geeignet sei, die deutschen nuklearpolitischen Ambitionen einzufangen.

– Ungewißheit über die Haltung des amerikanischen Kongresses: Haltung republikanischer Mitglieder könnte durch Äußerungen Rockefellers[20] beeinflußt werden, der sich gegen MLF und für europäische Nuklear-Streitmacht aussprach. Noch nicht sicher, ob Kongreß einer Änderung des Atomic Energy Act[21] zustimmen wird, die notwendig ist, damit US-Regierung der MLF das Eigentum an nuklearen Sprengkörpern übertragen kann.

– Kritische Haltung Frankreichs: unter gegenwärtigen Umständen keine Bereitschaft, sich an MLF zu beteiligen.[22] (Aktive Beteiligung Frankreichs zur Zeit nicht notwendig; es wäre jedoch sehr hinderlich, wenn Frankreich sich weigern würde, im Falle der Aufstellung der MLF ihrer NATO-Assignierung zuzustimmen.)

V. Alternativen und Ersatzlösungen

1) Verwendung anderer Waffensysteme unter Beibehaltung der bisher vorgesehenen politischen Konstruktion der MLF:

a) Polaris U-Boote an Stelle der Überwasserschiffe[23]
Vorteile dieser Lösung: nach gegenwärtigem Stand und wahrscheinlich auch zukünftiger Entwicklung der Waffentechnik militärisch bessere Lösung. Nukleare Mitbestimmung der NATO-Partner gesichert; mit Politik der Non-Proliferation vereinbar.
Nachteile: findet wahrscheinlich keine Zustimmung im amerikanischen Kongreß; Kosten höher als bei Überwasser-Version.

b) Bewegliche landgebundene Mittelstreckenraketen in Europa
Vorteile: politische Vorzüge ähnlich wie bei U-Boot und Überwasser-Version; Verstärkung der europäischen Verteidigung und Erhöhung der Abschreckung; integrationsfördernd; gemischte Bemannung leichter durchzuführen als auf Schiffen.

[19] Vgl. dazu Dok. 120.

[20] Vgl. dazu AdG 1963, S. 10604.
Zur Haltung des Gouverneurs Rockefeller zur MLF vgl. weiter Dok. 368.

[21] Zum amerikanischen Atomenergie-Gesetz (McMahon Act) vom 20. Juni 1946 vgl. Dok. 120, Anm. 18.

[22] Vgl. dazu bereits Dok. 177.

[23] Zu dem auf der Konferenz von Nassau vorgelegten Plan einer U-Boot-Flotte vgl. Dok. 2, Anm. 2.

Nachteile: wegen der Begrenztheit des zur Verfügung stehenden Raumes nur in verhältnismäßig geringer Zahl zu stationieren (auch Norstad-Forderung sah vor, wenngleich genaue Verhältniszahlen nie genannt wurden, daß das Verhältnis zwischen land- und seegebundenen MRBMs im europäischen Befehlsbereich etwa 1:2 sein sollte); leichtere Verwundbarkeit; bewegliche, landgebundene Mittelstrecken-Raketen mit genügender Reichweite (Missile X?) in den nächsten 3 bis 4 Jahren noch nicht verfügbar; geringere Möglichkeit des Einfangens des britischen und französischen Nuklearpotentials.

c) Landgebundene Mittelstrecken-Raketen in festen Stellungen (Bunkern) kommen aus politisch-psychologischen Gründen sowie wegen beschränkten Raumes und der damit verbundenen Unmöglichkeit ausreichender Dispersion für eine Stationierung in West-Europa nicht in Frage.

d) Mittelstrecken-Raketen in Silos auf dem Meeresgrund: vorläufig noch eine technisch nicht übersehbare Zukunftsmöglichkeit.
Aussichten der Verwirklichung, Maß der Überlebensfähigkeit, Kosten usw. müßten erst geprüft werden.

2) Verwendung des gleichen Waffensystems bei veränderter politischer Konstruktion:

„Europäische" Nuklearstreitmacht

In der Kritik des MLF-Projekts sind Stimmen zur Geltung gekommen, die sich für eine andere politische Konstruktion, insbesondere für eine europäische Nuklearstreitmacht ausgesprochen haben. In diese Richtung zielen die Vorschläge Henry A. Kissingers[24] , die sich Gouverneur Nelson Rockefeller zu eigen gemacht hat. Die amerikanische Regierung hat von Anfang an ihre Bereitschaft erklärt, sich gegebenenfalls aus der MLF „auskaufen" zu lassen.

Der französische Außenminister Couve de Murville hat kürzlich eine europäische Atomstreitmacht befürwortet. Diese Stellungnahme hatte jedoch wohl überwiegend taktischen Charakter, da hier die vorhergehende Einigung Europas vorausgesetzt wurde.

Die Beurteilung eines solchen „europäischen" Projektes hängt naturgemäß weitgehend von seinen politischen Voraussetzungen und seiner politischen Ausgestaltung ab. Zwei Faktoren werden für die Beurteilung von besonderem Gewicht sein:
– ob dieses Projekt die vorhergehende politische Einigung Europas (und welchen Grad politischer Einigung) voraussetzt (Parallelen aus der Geschichte des EVG-Projekts[25]);
– ob es mit der von den Amerikanern getragenen nuklearen Gesamtverteidigung des Westens verzahnt und zu einer sinnvollen Ergänzung dieses Gesamtverteidigungssystems gemacht werden kann.

Solange diese Faktoren unbekannt bleiben, lassen sich die Vor- und Nachteile eines solchen Projekts nur in sehr allgemeiner Form umschreiben:

[24] Vgl. dazu die Äußerungen des Professors Kissinger vom 17. Mai 1963 gegenüber Bundeskanzler Adenauer; Dok. 170.

[25] Das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft scheiterte am 30. August 1954, als die französische Nationalversammlung die Ratifizierung des Vertrags vom 26. Mai 1952 ablehnte.

Vorteile: maximale Beteiligung der „nicht-nuklearen" europäischen NATO-Partner an europäischer Nuklear-Strategie; bei Einführung eines militärisch sinnvollen Waffensystems Verstärkung der europäischen Verteidigung und zusätzliche Abschreckung.

Nachteile: Gefahr eines allmählichen Desinteressements der USA an der europäischen Verteidigung und einer europäischen Exklusivitätstendenz gegenüber den USA; Vereinbarkeit mit „Non-Proliferation"[26] zweifelhaft. Regelung der Kontrollfrage bleibt schwierig; fraglich, ob Großbritannien und Frankreich auf absehbare Zeit auf Veto verzichten würden; Möglichkeit einer britisch-französischen nuklearen Hegemonie in Europa; durch Nichtbeteiligung der USA würden Kostenanteile für europäische NATO-Staaten wahrscheinlich eine untragbare Höhe erreichen.

3) Verwendung anderer Waffensysteme und anderer politischer Konstruktionen:

Deutsche Beteiligung an der französischen „Force de frappe"[27]

Die wichtigste Voraussetzung für eine solche Lösung fehlt einstweilen: die französische Bereitschaft zu einer gemeinschaftlichen deutsch-französischen Nuklearstreitmacht. Ob die finanziellen Erfordernisse Frankreich eines Tages veranlassen werden, mit einem Angebot an die Bundesrepublik heranzutreten, ist höchst zweifelhaft.

Abgesehen von dieser grundlegenden Ungewißheit ergeben sich folgende Beurteilungsgesichtspunkte:

Vorteile: Mitbestimmung der Bundesrepublik an einer (wenn auch sehr kleinen) nuklearen Streitmacht und beschränkte Befriedigung deutscher Sicherheitsbedürfnisse könnten bei entsprechender Ausgestaltung sichergestellt werden.

Nachteile: klarer Widerspruch zur „non-proliferation policy"; deutsch-französischer nuklearer Alleingang wahrscheinlich Ende der Allianz; keine Mitbestimmung an einer gemeinsamen Nuklearstrategie des Westens; nur beschränkte Abschreckungswirkung; Widerstreben der übrigen NATO-Staaten und scharfer Widerspruch des Ostblocks; schwere Störung des Verhältnisses der Bundesrepublik zu USA; wahrscheinlich auch schwere Krise der europäischen Integration.

4) Verzicht auf nukleare Waffensysteme – aber Beteiligung an nuklearer Strategie:

[26] Zum Stand der Debatte über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vgl. Dok. 143, Anm. 28.
In einer Aufzeichnung vom 8. August 1963 stellte Ministerialdirektor Krapf fest, daß die Nichtverbreitung von Kernwaffen eines der „gemeinsamen Interessen" von USA und UdSSR darstelle. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8475; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur sowjetischen Auffassung, daß die Einrichtung einer MLF gegen den Grundsatz der Nichtverbreitung von Kernwaffen verstoße, vgl. die sowjetischen Noten vom 8. April 1963 an die Regierungen Großbritanniens, der USA und der Bundesrepublik; DzD IV/9, S. 248–255. Vgl. dazu weiter Dok. 367, Anm. 30.

[27] Zur „force de frappe" vgl. Dok. 16, Anm. 6.

Besonders von der britischen Labour Party (Gordon Walker in Interviews der letzten Wochen[28]) wird der Gedanke propagiert, Großbritannien und die europäischen NATO-Partner sollten auf eigene individuelle oder kollektive Nuklear-Rüstungen verzichten und stattdessen mit den Vereinigten Staaten ein Arrangement aushandeln, das ihnen ein gewisses Mitspracherecht an der Planung der amerikanischen Nuklearstrategie einräumt.

Allgemeine Beurteilungsgesichtspunkte:

Vorteile: nukleare Mitbestimmung und Mitverantwortung der übrigen NATO-Partner wahrscheinlich in beschränktem Maße gegeben. Non-Proliferation gewährleistet. Sicherheitsbedürfnisse der europäischen Staaten durch Mitwirkung an Zielplanung, Verfeinerung der „guide-lines"[29] usw. in beschränktem Maße befriedigt; wahrscheinlich integrationsfördernd durch den umfassenden Vertrauensbeweis der Europäer gegenüber den USA.

Nachteile: Maß der nuklearen Mitbestimmung und Mitverantwortung der übrigen NATO-Staaten würde sich erst bei näherer Definition ihrer Beteiligung bestimmen lassen; Teilhaberschaft der europäischen Partner an Entwicklung der nuklearen Technologie gering; militärische Forderung auf Mittelstrecken-Raketen im europäischen Befehlsbereich nicht erfüllt, daher speziell europäische Sicherheit nicht verstärkt; keine zusätzliche Abschreckung.

Abgesehen von diesen allgemeinen Beurteilungsgesichtspunkten hängen die Chancen einer solchen Lösung von zwei wesentlichen Faktoren ab:
– Wäre Frankreich für eine solche Lösung zu gewinnen – und wenn nicht (wie anzunehmen), kann bei Fortsetzung der französischen Atomrüstung von den übrigen europäischen Staaten ein solcher Verzicht erwartet werden?
– Kann man erwarten, daß die Vereinigten Staaten ohne eine gewichtige europäische Gegenleistung bereit sein würden, die europäischen NATO-Partner in nennenswertem Umfang an ihrer strategischen Planung zu beteiligen?

Aus dieser letzten Frage lassen sich gewisse Varianten dieser Lösung ableiten:
– verstärkter konventioneller Beitrag der europäischen NATO-Staaten als Gegenleistung;
– europäische Kostenbeteiligung an demjenigen Teil der amerikanischen Nuklearrüstung, der vor allem auch dem Schutze Europas dient;
– bei entsprechenden europäischen Gegenleistungen Ausdehnung der europäischen Beteiligung auf das Recht der Mitentscheidung über den Einsatz des für die Verteidigung Europas bestimmten Teil der amerikanischen Nuklearwaffen.

[28] Zu den Ausführungen des außenpolitischen Sprechers der Labour Party, Gordon Walker, am 16. Mai 1963 vor Studenten der Universität Oxford vgl. die Aufzeichnung des Botschafters von Etzdorf, London, vom 22. Mai 1963, Referat I A 5, Bd. 247.

[29] Zu den Athener „guidelines" vgl. Dok. 16, Anm. 9.

VI. Verzicht auf Alternativen und Ersatzlösungen

Das MLF-Projekt wies von unserem Standpunkt aus eine Reihe von Mängeln und Schönheitsfehlern auf, die den Gedanken nahelegen, daß wir seinem Einschlafen keine Träne nachzuweinen brauchten[30].

Dabei ist von Wichtigkeit, daß das Projekt jedenfalls nicht an unserem Widerstand oder auch nur an unserem mangelhaften Eifer und Interesse gescheitert wäre. Diese Tatsache ist (abgesehen von ihrer aktuellen atmosphärischen Bedeutung für die deutsch-amerikanischen Beziehungen) auch für unsere zukünftige Stellung in allen Fragen der nuklearen Rüstung und Strategie bedeutsam.

Würde das MLF-Projekt jetzt einschlafen, so könnten wir uns vielleicht damit trösten,
– eine militärische Lösung (Überwasserschiffe) vermieden zu haben, deren militärischer Wert trotz aller amerikanischer Gutachten umstritten geblieben ist;
– viel Geld gespart zu haben, das vielleicht militärisch sinnvoller in anderen Rüstungsaufgaben anzulegen wäre (konventionelle Rüstungen; ein kombiniertes Programm land- und seegebundene MRBMs im Sinne des SACEUR-Programmes);
– nicht auf eine Lösung festgelegt zu sein, die auf lange Jahre hinaus nichts am nuklearen Einsatzmonopol des amerikanischen Präsidenten geändert hätte.

Dem stehen jedoch auf der anderen Seite sehr erhebliche Nachteile gegenüber:
– Wir riskieren, den letzten Zeitpunkt zu verpassen, zu dem eine Beteiligung am Besitz und Gebrauch nuklearer Waffen möglich war. Sobald sich USA und UdSSR endgültig über eine „non-proliferation policy" geeinigt haben, könnte es dazu zu spät sein;
– endgültige Fixierung auf den Status einer nicht-nuklearen Macht wird sich in der politischen, militärischen und wissenschaftlich-technischen Klassifizierung Deutschlands in gewichtiger Weise auswirken;
– die von Norstad immer wieder betonte und von Lemnitzer wiederholte militärische Forderung nach baldiger Ablösung der ihm unterstellten bemannten Bomber-Flugzeuge durch ein System land- und seegebundener MRBMs bliebe weiterhin unerfüllt.

Grewe

Ministerbüro, VS-Bd. 8481

[30] Der Passus „seinem Einschlafen keine Träne nachzuweinen brauchten" wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Fragezeichen am Rand.

241

Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Bundesminister Schröder

Z B 6-1-5395/63 geheim
Fernschreiben Nr. 2114
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 27. Juli 1963, 13.30 Uhr
Ankunft: 27. Juli 1963, 19.17 Uhr

Nur für Minister und Staatssekretär I[1]
Auf Drahterlaß 2482 Plurex vom 26. 7.[2]

I. Bundy und Ball, denen ich die Überlegungen des oben angeführten Drahterlasses gesprächsweise gesondert mitteilte, waren von der Möglichkeit, daß die Bundesregierung sich unter Umständen außerstande sehen könnte, das Testbann-Abkommen[3] mit zu unterzeichnen, offensichtlich betroffen. Bundy sagte, die Teilnahme der Bundesrepublik sei von „größter Wichtigkeit", und es sei „undenkbar", wenn sie womöglich als einziges Land beiseite stünde. Er meinte, der Präsident werde es sicherlich nach seinem Besuch in Deutschland[4] besonders schmerzlich empfinden, wenn die Bundesregierung sich an diesem Abkommen nicht oder nur in einer distanzierten Form beteilige. Kennedy glaube – und dies hat der Präsident auch in seiner gestrigen Fernsehansprache betont[5] –, daß das Abkommen unter Umständen entscheidend dazu beitragen könnte, eine Atmosphäre zu schaffen, in der auch die Lösung anderer gerade auch für die Deutschen besonders wichtiger Fragen in den Bereich des Möglichen rücken könnte. Da die amerikanische Regierung die im Hinblick auf die DDR für die Bundesrepublik gegebenen Schwierigkeiten würdige, habe man die im Drahterlaß erwähnte Regelung mit den *drei* Depositarstaaten gewählt, deren Durchsetzung gegenüber den Sowjets gar nicht einfach gewesen sei. Damit sei jedoch jede völkerrechtliche Anerkennung vermieden.

Ich legte in beiden Gesprächen nochmals die grundsätzlichen, aber auch die sich inzwischen abzeichnenden innerpolitischen Schwierigkeiten dar[6], die sich aus der Formulierung der Beitrittsklausel[7] – von der wir trotz mehrfacher Hinweise von höchster Seite leider praktisch erst im Moment der Veröffentlichung des Vertragstextes Kenntnis erhalten hätten[8] – für uns ergeben und

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 29. Juli 1963 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Ministerialdirektor Krapf verfügte.

[2] Vgl. Dok. 239.

[3] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[4] Zum Besuch vom 24. bis 26. Juni 1963 vgl. Dok. 206–208.

[5] Für den Wortlaut der Radio- und Fernsehansprache vom 26. Juli 1963 vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 601–606.

[6] Zur innenpolitischen Diskussion um das Teststopp-Abkommen vgl. besonders Dok. 258.

[7] Zu Artikel 3 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

[8] Noch am 25. Juli 1963 lag der Wortlaut des Abkommens der Bundesregierung nicht vor. Vgl. dazu den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 25. Juli 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436; B 150, Aktenkopien 1963.
Der Text des Teststopp-Abkommens wurde am 26. Juli 1963 durch den britischen Botschafter

wies besonders darauf hin, daß es uns nicht nur auf die rein völkerrechtlichen Aspekte, sondern vor allem darauf ankäme, daß jede Handlung vermieden werde, die von anderer Seite (Sowjets, neutralistische Länder, Zonenbevölkerung) als Anerkennung ausgelegt oder als solche empfunden werden könnte.

Bundy betonte darauf mehrfach, es müsse unbedingt eine Form gefunden werden, unter der sich die Bundesregierung beteiligen könne. Der Präsident lege auf möglichst vollständige Beteiligung aller verbündeten und befreundeten Staaten größten Wert und hoffe sogar immer noch, daß vielleicht auch Frankreich eines Tages mitmache. Bundy wiederholte nochmals seine bereits mit Drahtbericht 2070 streng geheim vom 24. 7. übermittelten Gedanken einer offiziellen Interpretation bei der Ratifizierung des Abkommens durch den amerikanischen Senat.[9] Ich verhielt mich hierzu rezeptiv.

Ball betonte ebenfalls, daß nach amerikanischer Ansicht die Frage der Nichtanerkennung der SBZ auch durch neutrale Staaten durch die zu Art. III vereinbarte Formulierung eindeutig erklärt sei. Er wolle jedoch dafür Sorge tragen, daß in Presseerklärungen über das Wochenende wie auch in den Aussagen Harrimans und anderer Regierungsvertreter vor dem Senat zu Beginn der nächsten Woche[10] nochmals eindeutig und mit Nachdruck klargestellt werde, daß die Unterzeichnung des Vertrages durch Länder, deren Regierungen die USA nicht anerkennen, keine Anerkennung bedeute oder impliziere; diese Frage sei intern von besonderer Bedeutung im Hinblick auf Rotchina.[11]

Bei beiden Gesprächen habe ich weisungsgemäß betont, daß es sich nur um vorläufige interne Überlegungen unsererseits angesichts der aufgetretenen Schwierigkeiten und keineswegs etwa bereits um eine Stellungnahme der

Fortsetzung Fußnote von Seite 802

Roberts übergeben. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 26. Juli 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.
Am gleichen Tag übermittelte der amerikanische Gesandte Hillenbrand eine Mitteilung des amerikanischen Außenministers Rusk, die eine Interpretation des Artikels 3 des Abkommens enthielt. Vgl. Dok. 238 und Dok. 239.

9 Zum Inhalt einer derartigen offiziellen Interpretation führte der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten am 24. Juli 1963 aus: „Hierin könnte festgelegt werden, daß sich die Haltung der amerikanischen Regierung hinsichtlich des völkerrechtlichen Status einer Reihe der Unterzeichnerstaaten nicht geändert habe und die gemeinsame Unterzeichnung keineswegs etwa den völkerrechtlichen Akt einer Anerkennung bedeute. Dies würde sich auf die DDR wie auch z. B. auf Nord-Vietnam und Nord-Korea beziehen, deren Unterschrift der amerikanischen Regierung keineswegs angenehm sei." Vgl. den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 24. Juli 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu auch Dok. 234, Anm. 5.
Am 26. Juli 1963 gab der stellvertretende Leiter der Europa-Abteilung im amerikanischen Außenministerium, Davis, dem Gesandten von Lilienfeld eine vorläufige Interpretation des Teststopp-Abkommens. Er betonte, daß darin lediglich ein erster Schritt zur Entspannung gesehen werde, von dem keine völkerrechtliche Anerkennung von Regimen ausgehen könne. Vgl. den Drahtbericht von Lilienfeld, Washington, vom 26. Juli 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

10 Zur Berichterstattung des amerikanischen Delegationsleiters am 29. Juli 1963 vor dem Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Senats vgl. den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 30. Juli 1963; Referat II 8, Bd. 24.

11 Die USA wollten erreichen, daß die Volksrepublik China, zu der ebenfalls keine diplomatischen Beziehungen bestanden, dem Teststopp-Abkommen beitreten würde. Vgl. dazu auch Dok. 235.

Bundesregierung handele, die im übrigen erst vom Kabinett in der nächsten Woche vorgenommen werden könnte.[12]

II. Aus der Reaktion dieser beiden Gesprächspartner, der sehr positiven Aufnahme der gestrigen Fernsehrede Kennedys, der zunehmend positiven Stellungnahme der Presse – auch der republikanischen Zeitungen – und des Kongresses ergibt sich ohne Zweifel, daß unser Abseitsstehen oder auch nur ein längeres von uns nicht begründetes Zögern hier eine starke Verstimmung und – zumindest in der Öffentlichkeit – auch eine weitgehende Enttäuschung und Überraschung hervorrufen würde. Unsere Gründe hierfür würden wahrscheinlich kaum zur Geltung kommen oder zumindest nicht recht verstanden bzw. anerkannt werden. Die gegnerische Propaganda würde sicherlich versuchen, trotz unserer früheren feierlichen Verzichtsverpflichtungen[13] daraus einen erneuten Beweis für unser angebliches Streben nach Nuklearwaffen zu konstruieren. Falls eine Absichtserklärung (declaration of intent) über unseren späteren Beitritt erwogen wird, sollte diese daher so rasch wie möglich erfolgen, um ihre beabsichtigte Wirkung hier zu gewährleisten und den geschilderten Gefahren zuvorzukommen. Daß wir im Hinblick auf die besondere Lage die Folgen und Auswirkungen des Vertrages erst gründlich untersuchen müssen, würde dann wohl weitgehend auch hier verstanden werden.

Im Interesse einer Stärkung unserer Ausgangslage für die kommenden weiteren Verhandlungen wäre zu erwägen, die amerikanische Regierung bei Mitteilung über unseren beabsichtigten Beitritt mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß dies wegen der Implikationen für die Deutschland-Politik nur um den Preis erheblicher innenpolitischer und außenpolitischer Nachteile geschehe und wir damit an der Grenze unserer Möglichkeiten für weitere Entspannungsmaßnahmen (NAA[14]) angelangt wären, es sei denn, daß substantielle Fortschritte in der Deutschland- und Berlin-Frage gemacht werden.

[gez.] Lilienfeld

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291

[12] Vgl. dazu Dok. 258.

[13] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

[14] Nichtangriffsarrangement.

242

Gesandter Knoke, Paris, an Bundesminister Schröder

Z B 6-1-101/63 streng geheim
Fernschreiben Nr. 1068
Citissime

Aufgabe: 27. Juli 1963, 14.10 Uhr
Ankunft: 27. Juli 1963, 14.15 Uhr

Nur für Bundesminister[1] und Staatssekretär I

Über den Inhalt der Kennedy-Botschaft[2] an Präsident de Gaulle konnte ich heute mit der Bitte um Wahrung allerstrengster Diskretion folgendes in Erfahrung bringen:

Kennedy habe in sehr nachdrücklicher Form das amerikanische Interesse an einem Beitritt Frankreichs zu dem Moskauer Testbann-Abkommen[3] bekundet. Als Gegenleistung für einen Beitritt Frankreichs habe er zu erkennen gegeben, daß die USA in diesem Falle über eine Weitergabe des atomaren „know-how" an Frankreich mit sich reden lassen würden. Kennedy habe auch von dem großen amerikanischen Interesse an weiteren Maßnahmen wie der Verhinderung von Überraschungsangriffen[4] und der Kürzung der Militärhaushalte in Ost und West gesprochen. Zum Schluß habe er General de Gaulle beschworen, wenigstens in seinen öffentlichen Erklärungen jede allzu massive Kritik an dem Moskauer Abkommen zu vermeiden.[5]

Für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß das französische Außenministerium, das über die Isolierung Frankreichs zunehmend beunruhigt ist, den Handel französischer Beitritt zum Moskauer Abkommen gegen Übermittlung des amerikanischen atomaren „know-how" gerne abschließen würde.

Ob allerdings General de Gaulle bei seiner Natur es verwinden könnte, amerikanisches „know-how" anzunehmen und sich dadurch in eine mindestens moralische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu begeben, scheint mir noch fraglich zu sein.[6]

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.
Hat Legationsrat Pabsch, Ministerbüro, am 29. Juli 1963 vorgelegen, der handschriftlich für Schröder vermerkte: „Soll der Herr Bundeskanzler unterrichtet werden?"

[2] Zum Schreiben des Präsidenten Kennedy an Staatspräsident de Gaulle vgl. auch Dok. 236.

[3] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[4] Am 26. Juli 1963 informierte der stellvertretende Leiter der Europa-Abteilung im amerikanischen Außenministerium, Davis, den Gesandten von Lilienfeld darüber, daß „die USA vor allem an der Errichtung von Bodenbeobachtungsposten interessiert" seien. Vgl. den Drahtbericht von Lilienfeld, Washington, vom 26. Juli 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Zu den Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle am 29. Juli 1963 über das Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 246, Anm. 4.

[6] Botschafter Blankenhorn legte mit Drahtbericht vom 7. August 1963 dar, daß der französische Staatspräsident im Antwortschreiben vom 4. August 1963 an Premierminister Macmillan und Präsident Kennedy eine Teilnahme am Teststopp-Abkommen abgelehnt habe. De Gaulle habe darauf hingewiesen, „daß Frankreich den Aufbau seiner atomaren ‚force de frappe' fortsetzen und zu diesem Zweck in absehbarer Zeit auch thermo-nukleare Versuchsexplosionen in der Atmosphäre vornehmen werde. Dieser Entschluß sei durch die Erwägung veranlaßt, daß die Vereinigten Staaten ihr ‚know how' sicher nicht frei von politischen Bedingungen übermitteln wür-

Von einer Weitergabe vorstehender Information an unsere Auslandsvertretungen bitte ich abzusehen.

[gez.] Knoke

Ministerbüro, VS-Bd. 8419

243

Abgeordneter von Brentano an Bundeskanzler Adenauer

Persönlich **28. Juli 1963**

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler,

die Entwicklung, die die Verhandlungen in Moskau genommen haben, macht mich in zunehmendem Maße besorgt. Als ich zunächst nur die Nachricht hörte, daß ein Abkommen über ein Verbot der Atomversuche paraphiert worden sei[1], habe ich diese Nachricht begrüßt, wenn ich auch schon in meiner ersten Erklärung einen gewissen Vorbehalt angemeldet habe.[2] Inzwischen habe ich den Text gelesen und auch einige Kommentare dazu gehört.

Es ist eigentlich eine Irreführung der Öffentlichkeit, wenn über ein Verbot der Atomversuche gesprochen wird. Tatsächlich enthält der Vertrag nichts als die Vereinbarung, im eigenen Bereich keine Atomtests in der Atmosphäre und unter Wasser durchzuführen. Eine Kontrolle ist überhaupt nicht vorgesehen. Unterirdische Versuche sind ausdrücklich „ausgeklammert". Man ist also völlig auf die sowjetrussische Linie eingeschwenkt, indem man verzichtet hat auf 1) die Einbeziehung der unterirdischen Tests, 2) jede Kontrolle.[3]

Fortsetzung Fußnote von Seite 805

den." Blankenhorn fügte hinzu, daß im französischen Außenministerium Unklarheit herrsche, ob „mit dieser Stellungnahme von de Gaulle der nukleare Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich abgeschlossen sei" oder ob de Gaulle mit „seiner kategorischen Annahme von den politischen Bindungen eines amerikanischen ‚know-how-Transfers' nur ein möglichst bindungsfreies Angebot von Kennedy herauslocken" wolle. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1963.
Für den Wortlaut der Schreiben vgl. DE GAULLE, Lettres, notes et carnets. Janvier 1961 – décembre 1963, S. 355–358.

[1] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[2] In einer ersten Stellungnahme zum Teststopp-Abkommen erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, von Brentano: „Wir können unsere Verbündeten zu diesem Ergebnis beglückwünschen ... Es bedeutet keine Einschränkung dieser Zustimmung, wenn ich darauf hinweise, daß selbstverständlich vertragliche Vereinbarungen mit der Sowjetunion nicht dazu führen dürfen, die Abwehrkraft des Westens einseitig zu schwächen, und auch nicht dazu führen dürfen, den unbefriedigenden politischen Status in der Welt, insbesondere in Europa, zu stabilisieren." Vgl. dazu den Artikel: Das Abkommen über Atomversuchsstopp in Moskau paraphiert; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 170 vom 26. Juli 1963, S. 1.

[3] Vgl. dazu auch Dok. 215.

Ganz besonders gefährlich ist Artikel 3 des Vertrages.[4] Er sieht vor, daß die Vereinbarung „allen Staaten" zur Unterzeichnung offenstehen soll; und weiter, daß jeder Staat, der den Vertrag nicht vor dem Inkrafttreten unterzeichnet, ihm zu beliebiger Zeit beitreten kann. Die Sowjetunion betrachtet die DDR als Staat. Ich vermute, daß die DDR die Unterzeichnung des Vertrages und vielleicht sogar die Ratifizierung in den drei vertragsschließenden Ländern abwarten, aber dann „beitreten" wird. Damit ist die russische Zweistaatentheorie[5] anerkannt und legalisiert. Auf die Bundesrepublik wird man dann einen massiven Druck ausüben, auch beizutreten, und durch unseren Beitritt werden wir dann auch von uns aus die Teilung Deutschlands ausdrücklich anerkennen.

Herr Chruschtschow hat darüber hinaus in allen seinen Erklärungen seine alten Ziele bekräftigt. Er sprach bis in die letzten Tage hinein von der Notwendigkeit eines Nichtangriffspakts zwischen den Staaten des Warschauer Pakts und denen der NATO.[6] Er betonte, daß es notwendig sei, einen Friedensvertrag mit den beiden Teilen Deutschlands abzuschließen[7] und Berlin in eine freie Stadt[8] umzuwandeln. Er regte weiter an, auf dem Gebiete der beiden deutschen Staaten Kontrollgruppen der anderen Seite zum Schutze gegen Überraschungsangriffe[9] einzusetzen.

Ein Nichtangriffspakt im russischen Sinne zementiert den Status quo und bestätigt die deutsche Teilung. Er wäre darüber hinaus eine politische Perversität, denn der Westen selbst würde seine Zustimmung dazu geben, daß das Defensivbündnis der NATO mit der kommunistischen Offensivorganisation des Warschauer Pakts gleichgesetzt wird. Die Folgen eines Abschlusses eines Friedensvertrages nach russischem Vorschlag brauche ich nicht zu erwähnen. Aber die Einsetzung von gegenseitigen Kontrollgruppen auf deutschem Gebiet ist meiner Überzeugung nach der erste und entscheidende Schritt auf dem Wege zur Neutralisierung.

Man wird mir antworten können, daß es sich hier um russische Forderungen handele, die ja bekannt seien. Aber ich hörte gestern abend im Rundfunk, daß Herr Harriman nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten bekanntgab, man sei in Moskau dahin übereingekommen, über den Abschluß eines Nichtangriffspakts und auch über die Einsetzung von Kontrollgruppen zum Schutze gegen Überraschungsangriffe weiterzuverhandeln.

Ich stelle die Frage, ob die Bundesregierung vor der Paraphierung des Abkommens konsultiert worden ist[10] und ob wir Gelegenheit hatten, unsere Beden-

[4] Zu Artikel 3 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

[5] Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 1, Anm. 7.

[6] Vgl. dazu Dok. 215.

[7] Zum sowjetischen Vorschlag eines Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten vgl. Dok. 116, Anm. 8.

[8] Zum sowjetischen Vorschlag einer „Freien Stadt" Berlin (West) vgl. Dok. 3, Anm. 7.

[9] Vgl. dazu Dok. 226.
Vgl. dazu auch die Ausführungen des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 19. Juli 1963; DzD IV/9, S. 576 f. (Auszug).

[10] Zur Unterrichtung der Bundesregierung vgl. Dok. 241, Anm. 8.

ken, insbesondere gegen Artikel 3 des Vertrages, anzumelden?[11] Ich habe weiter die Frage, ob die Fortführung der Verhandlungen über den sogenannten Nichtangriffspakt und über den Austausch von Kontrollgruppen auf deutschem Gebiet mit dem Einverständnis der Bundesregierung erfolgen soll? Wenn wir tatsächlich mit solchen Verhandlungen rechnen müssen und dann auch mit ähnlichen Ergebnissen, wie sie der Moskauer Vertrag aufweist, dann kommt, wie ich fürchte, die gemeinsame Politik der westlichen Welt ins Rutschen. Die Bösartigen und die Törichten werden zufrieden sein, daß sich eine Lösung der deutschen Frage im Sinne der Bestätigung des Status quo abzeichnet. Sie werden zufrieden sein, daß ein Nichtangriffspakt die militärische Bedrohung verringert und werden in ihren Anstrengungen, die gemeinsame Verteidigung zu organisieren, nachlassen, und in Deutschland wird es dann langsam aber sicher zu einer neuen Form des Nationalbolschewismus kommen, und man wird uns sagen, daß die deutsche Frage nicht mit dem Westen gelöst werden könne, sondern nur mit der Sowjetunion. Die Rede des Senatsdirektors Bahr in Tutzing[12] scheint mir zu zeigen, daß man schon im Begriff ist, den sozialdemokratischen Deutschlandplan[13] wieder aus der Schublade zu holen. Was dann aus Deutschland werden wird, ist unschwer vorauszusehen.[14]

Ich hoffe sehr, daß ich vor meiner Abreise noch die Gelegenheit haben werde, mich wenigstens kurz mit Ihnen zu unterhalten.[15]

Mit aufrichtigen Grüßen und Empfehlungen

Ihr stets ergebener
v. Brentano

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/9

[11] Zu den Bedenken der Bundesregierung vgl. u. a. Dok. 234. Vgl. dazu weiter Dok. 252.
Am 30. Juli 1963 richtete der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, von Brentano, auch ein Schreiben an Bundesminister Schröder, in dem er zum Teststopp-Abkommen darlegte, daß „auf dem Umweg über Artikel 3 meiner festen Überzeugung nach die Zone als gleichberechtigtes Mitglied in den Kreis der Mitgliedstaaten eingeführt werden wird". Er wies Schröder auf die Notwendigkeit hin, die Verbündeten auf die Bedenken der Bundesrepublik aufmerksam zu machen. Vgl. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/9; B 150, Aktenkopien 1963.

[12] Zur Rede des Leiters des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin vom 15. Juli 1963 vgl. Dok. 233.

[13] Für den Wortlaut des Deutschlandplans der SPD vom 18. März 1959 vgl. DzD IV/1, S. 1207–1222.

[14] Der Passus „Wenn wir tatsächlich ... unschwer vorauszusehen" ist bereits veröffentlicht. Vgl. BRENTANO, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler, S. 384.

[15] Für das Antwortschreiben des Bundeskanzlers Adenauer vgl. Dok. 258.

244

Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk

St.S. 1321/63 geheim[1] **29. Juli 1963**

Lieber Dean,

für die mehrfache Unterrichtung, die Sie mir über das in Moskau paraphierte Abkommen zur Einstellung nuklearer Versuchsexplosionen[2] haben zukommen lassen[3], danke ich Ihnen sehr. Ich erkenne gern an, daß sich die Unterhändler große Mühe gegeben haben, eine Formulierung für die Beitrittsklausel[4] zu finden, die verhindern soll, daß die SBZ aus ihrem Beitritt zu dem Abkommen eine Anerkennung seitens solcher Staaten, von denen sie bisher nicht anerkannt ist, herleiten kann.

Trotzdem bleiben noch einige Sorgen bei uns bestehen, die ich Ihnen mitteilen möchte, bevor Sie nach Moskau[5] fahren. Mir würde es sehr wichtig erscheinen, daß das Abkommen möglichst durch ein Interpretationsprotokoll, das einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden sollte, ergänzt wird.[6]

Ein solches Zusatzprotokoll könnte folgenden Wortlaut haben:
„Die Ratifizierung des Abkommens oder der Beitritt zu ihm durch Gebiete oder Behörden (territories or authorities), die nicht allgemein als Staaten anerkannt sind, erzeugen Vertragsbeziehungen nur zu solchen Vertragsstaaten, die jene Gebiete oder Behörden (territories or authorities) bereits als Staaten anerkannt haben."

Ein solches authentisches Interpretationsprotokoll würde es uns sehr erleichtern, den neutralen Staaten, die, wie wir in Übereinstimmung mit Ihnen hoffen, in großer Zahl dem Abkommen beitreten werden, klar zu machen, daß sich auch im Verhältnis zwischen ihnen und der SBZ nichts verändert und daß insbesondere zwischen ihnen und der SBZ keine Vertragsbeziehungen entstehen.

Falls das Abkommen nicht durch ein solches Interpretationsprotokoll ergänzt werden sollte, wird, so fürchte ich, bei den Neutralen eine Unklarheit entstehen. In diesem Falle wäre zu befürchten, daß ein Teil von ihnen Erklärun-

[1] Geschäftszeichen des Drahterlasses, mit dem Staatssekretär Carstens das Schreiben am 29. Juli 1963 an Gesandten von Lilienfeld, Washington, zur Weiterleitung an den amerikanischen Außenminister Rusk übermittelte.
Für das Antwortschreiben von Rusk vom 30. Juli 1963 vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291.

[2] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[3] Zur Unterrichtung der Bundesregierung vgl. Dok. 235 und Dok. 238.
Vgl. dazu auch das Schreiben des amerikanischen Außenministers Rusk vom 26. Juli 1963 an Bundesminister Schröder; Ministerbüro, VS-Bd. 8498.

[4] Zu Artikel 3, Ziffer 1 und 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

[5] Zum Aufenthalt des amerikanischen Außenministers Rusk in Moskau anläßlich der Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 282.

[6] Zum Vorschlag eines Interpretationsprotokolls vgl. auch Dok. 241, besonders Anm. 9.

gen abgeben wird, die als Anerkennung der Zone gewertet werden müßten oder in diesem Sinn mißdeutet werden könnten.

Um einen möglichst frühzeitigen Einfluß auf alle Staaten zu gewinnen, die die Zone bisher nicht anerkannt haben, möchte ich noch eine zweite Bitte äußern: Könnten Sie eine Erklärung derart, wie ich sie oben für das Zusatzprotokoll vorgeschlagen habe, allen Regierungen der Welt mit Ausnahme derer, die diplomatische Beziehungen zur Zone unterhalten, zugehen lassen?[7] Auch dadurch würde in der Anerkennungsfrage von vornherein ein in unserem Sinne liegender und für die weitere Entwicklung vielleicht ausschlaggebender Einfluß ausgeübt werden. Auch diese Aktion müßte, wenn Sie zustimmen, nach meiner Ansicht mit sehr großer Beschleunigung eingeleitet und durchgeführt werden, möglichst noch vor der Unterzeichnung in Moskau.

Ich bitte um Ihr Verständnis dafür, daß ich mich in dieser Frage an Sie wende und Ihnen so ausführlich schreibe. Die Politik der Nichtanerkennung gegenüber dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands ist ein von allen politischen Kräften in Deutschland mitgetragenes Kernstück unserer auswärtigen Politik. Wenn es uns gelingt, diese Politik auch im Zusammenhang mit dem neuen Abkommen unverändert aufrechtzuerhalten, wird es leichter möglich sein, ihre Zustimmung zum Beitritt zu diesem Abkommen zu erlangen. Auch aus diesem Grund kommt der von mir geäußerten Bitte eine so außergewöhnlich große Bedeutung zu.

Wir haben noch einige weitere Fragen mit Bezug auf das Abkommen, die aber, was ihre zeitliche Dringlichkeit betrifft, hinter dem oben genannten Problem zurücktreten. Hierüber darf ich Ihnen in den nächsten Tagen noch einmal gesondert schreiben.[8]

Besonders dankbar bin ich Ihnen, daß Sie Herrn Tyler veranlaßt haben, nach Bonn zu kommen.[9] Wir freuen uns, ihn hier zu sehen und von ihm Einzelheiten über den Verlauf der Verhandlungen zu erfahren.

Mit meinen besten Grüßen bin ich

gez. Ihr Schröder

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436

[7] Die amerikanische Regierung unterrichtete ebenso wie die Bundesregierung Anfang August die diplomatischen Vertretungen davon, daß von einem Beitritt der DDR zum Teststopp-Abkommen keine Anerkennungswirkung ausgehe. Vgl. dazu Dok. 279.

[8] Vgl. weiter Dok. 260.

[9] Vgl. Dok. 252.

245

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach

PL 222/63 geheim **29. Juli 1963**

Betr.: Kernwaffenversuchsstopp-Abkommen;
hier: Deutscher Beitritt

I. Der in Moskau von den USA und Großbritannien sowie von der UdSSR paraphierte Kernwaffenversuchsstopp-Vertrag[1] beendet die von den Vertragspartnern verursachte radioaktive Verseuchung der Luft und der Meere und beseitigt das darin liegende Gesundheitsrisiko für die Dauer des Abkommens; die übrige Menschheit kann diese Vereinbarung nur begrüßen. Offenbar wird durch die Einstellung weiterer Versuche auch verhindert, daß Neutronen-Bomben entwickelt und neue Kernwaffensysteme erprobt werden; auch hierin wäre im Interesse des Weltfriedens ein Fortschritt zu erblicken. Dem Atomwaffenversuchsstopp kommt auch eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung für die Atommächte zu, weil starke finanzielle Belastungen in Fortfall kommen. Es kann jedoch keine Aussage darüber gemacht werden, welchen Zwekken die ersparten Mittel zugute kommen (verstärkte konventionelle Rüstung, britische Beteiligung an der MLF[2], allgemein wirtschaftliche Zwecke).

Bei dem Abschluß des Abkommens rechnen sich wahrscheinlich beide Seiten hinsichtlich der sicherheitspolitisch wichtigen Entwicklung der anti-missile-missile-Rakete und der Erforschung der Auswirkungen von Atom-Explosionen auf das Radar- und Kommunikationsnetz keine Nachteile oder jeweils sogar einen Vorsprung aus. Auf dem allgemeinen Gebiet der Verteidigung kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß die Verteidigungsanstrengungen des Westens von der durch das Abkommen ausgelösten Stimmung der Entspannung nachteilig beeinflußt werden.

Der Abschluß des Abkommens wird von allen vertragschließenden Parteien als ein wichtiger erster Schritt zur Minderung der Spannungen und Stärkung des Friedens angesehen. Das bedeutet noch nicht, daß die Sowjetunion und die beiden westlichen Vertragspartner sich schon heute über den weiteren Gang der Entspannung einig wären. Es darf angenommen werden, daß die Amerikaner eine Möglichkeit sehen, in weiteren Verhandlungen für den Westen und auch für die Bundesrepublik ins Gewicht fallende Vorteile herauszuholen. Sie dürften diesem ersten Schritt besondere Bedeutung beimessen, weil das Scheitern dieses ersten Vertrages in Richtung auf die Entspannung auch die von Kennedy auf lange Sicht angestrebte „Friedensstrategie"[3] unmöglich machen würde.

Die Sowjets machten für weitere Verhandlungen Vorschläge, die bereits den

[1] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[2] Zur britischen Haltung zur MLF vgl. Dok. 214; weiter Dok. 301.

[3] Zur „strategy of peace" vgl. Dok. 233, Anm. 8.

Gegenstand von Erörterungen (englischer Wortlaut des Kommuniqués[4]) oder Verhandlungen (russischer Wortlaut des Kommuniqués[5]) in Moskau gebildet haben. Die Vorschläge betreffen einen Nichtangriffs-Vertrag zwischen den NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten, Verringerung ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland und der sog. „DDR", Abkommen über Vertreter der Westmächte bei den in der sog. „DDR" stationierten sowjetischen Truppen und über sowjetische Vertreter bei den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Westmächte, Einfrierung der Verteidigungshaushalte, Stationierung von festen Kontrollposten auf Territorien der Vertragspartner.[6] Die ausgewählten Themen entsprechen englischen Vorstellungen, wie sie im Jahre 1960 von dem britischen Staatsminister Anthony Nutting entwickelt und von dem damaligen britischen Außenminister Selwyn Lloyd vergeblich bei den übrigen westlichen Außenministern befürwortet wurden, so daß mit einer wohlwollenden Aufnahme dieser Vorschläge bei den Briten gerechnet werden darf. Chruschtschow hat im Zusammenhang mit diesen Vorschlägen keinen Zweifel darüber gelassen, daß am Ende dieser Verhandlungen die Lösung der deutschen Frage auf der Grundlage der Unterzeichnung eines Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten und eine Vereinbarung über den Status einer neutralen freien Stadt West-Berlin stehen müsse. Die amerikanische und britische Regierung haben sich ihrerseits weder öffentlich noch, soweit ersichtlich, gegenüber den Sowjets im Sinne der mit ihnen im Zusammenhang mit unserem Gewalt- und Atom-Verzicht im Jahre 1954[7] vereinbarten Deutschlandpolitik (freie Wahlen in Gesamtdeutschland)[8] ausgesprochen. Sie haben zu den Erklärungen Chruschtschows geschwiegen und dadurch die Wiedervereinigung als eine Angelegenheit der Deutschen behandelt (sowjetische These).[9] Auch hinsichtlich Berlins und ihrer originären Besatzungsrechte sind sie gegenüber den sowjetischen Erklärungen schweigsam geblieben.

[4] Vgl. dazu Dok. 238, Anm. 8.

[5] Im Russischen lautete der entsprechende Passus des Kommuniqués: „Glavy trech delegacij obsudili sovetskoe predloženie otnositel'no Pakta o nenapadenii ..." Vgl. PRAVDA, Nr. 207 vom 26. Juli 1963, S. 1.
Auf die sprachlichen Diskrepanzen zwischen der englischen und der russischen Version des Kommuniqués machte auch Gesandter Scholl, Moskau, in einem Drahtbericht vom 28. Juli 1963 aufmerksam. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8498.

[6] Zu den während der Teststopp-Verhandlungen von sowjetischer Seite unterbreiteten Vorschlägen zur Rüstungskontrolle vgl. bereits Dok. 236.

[7] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

[8] Der Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Generalvertrag) vom 26. Mai 1952 in der Fassung vom 23. Oktober 1954 legte in Artikel 7, Absatz 2, fest: „Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist." Vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 232.

[9] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens am Rand hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Diese Schlußfolgerung ist nicht gerechtfertigt. U. S. u. GB wollten in Übereinstimmung mit uns jetzt in keine Erörterung des N[icht]A[ngriffs]A[bkommens]Komplexes usw. eintreten."

Das Abkommen soll a) „allen Staaten" zur Unterzeichnung oder zum Beitritt offenstehen, b) ratifikationsbedürftig sein[10], c) geändert [werden] und Zusätze erhalten können, wenn eine auf Antrag von ein Drittel der am Abkommen beteiligten Staaten zusammengetretene Konferenz mit qualifizierter Mehrheit (einschließlich der geborenen Signatarmächte) es beschließt[11], d) von jedem beteiligten Staat „in Ausübung seiner nationalen Souveränität" im Falle außerordentlicher Ereignisse gekündigt werden können[12].

Die dritten Staaten sollen den Vertrag anscheinend in Washington, London und Moskau mitunterzeichnen oder ihm beitreten können; die Ratifikationsurkunden sollen bei den „geborenen" Vertragsstaaten hinterlegt werden, welche den dritten Staaten beglaubigte Vertragsabschriften übersenden sollen. Der Vertrag soll von den „geborenen" Vertragsstaaten bei der UNO registriert werden. Durch diese Klausel wollen die USA, Großbritannien und die UdSSR erreichen, daß auch Rotchina, das ein Staat ist, und die sog. „DDR" beitreten können.

Nach amerikanischer Mitteilung wurde *mündlich* vereinbart, daß ein geborener Vertragsstaat ablehnen kann, die Beitrittserklärungen und Ratifikationsurkunden von ihm nicht anerkannter Staaten anzunehmen, und daß der Vertrag in diesem Falle keine Verpflichtung zwischen solchen Staaten und der geborenen Signatarmacht herstellt. Die amerikanische Regierung hat erklärt, daß sie von dieser Möglichkeit – eines formal juristischen Vorbehalts – im Falle einer Beitrittserklärung der SBZ Gebrauch machen wolle.[13]

Bisher hat die Bundesregierung sich gegen die Aufnahme der Staatenklausel in multilaterale Verträge und insbesondere auch in UNO-Resolutionen mit allen Kräften und mit Erfolg zur Wehr gesetzt, um zu verhindern, daß das SBZ-Regime als international handlungsfähige Regierung Anerkennung fände. Da die USA und Großbritannien in diesem Falle die SBZ binden möchten und daher als Staat behandeln[14], wenn auch nicht de jure anerkennen, hat die Sowjetunion in ihrem Bemühen, das SBZ-Regime international aufzuwerten, einen Durchbruch durch die bisherige deutsche und westliche Position erreicht.

Wenn auch unsererseits alle diplomatischen Anstrengungen unternommen werden müssen, um den eingetretenen Schaden in seinem Ausmaß durch entsprechende Erklärungen der geborenen Signatarmächte oder aber durch klä-

10 Zu Artikel 3, Ziffer 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

11 Artikel 2, Absatz 1 des Teststopp-Abkommens lautete: „Any Party may propose amendments to this Treaty. The text of any proposed amendment shall be submitted to the Depository Governments which shall circulate it to all Parties to this Treaty. Thereafter, if requested to do so by one-third or more of the Parties, the Depository Governments shall convene a conference, to which they shall invite all the Parties, to consider such amendment." Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 292.

12 Artikel 4 des Teststopp-Abkommens lautete: „This Treaty shall be of unlimited duration. Each Party shall in exercising its national sovereignty have the right to withdraw from the Treaty if it decides that extraordinary events, related to the subject matter of this Treaty, have jeopardized the supreme interests of its country. It shall give notice of such withdrawal to all other Parties to the Treaty three months in advance." Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 293.

13 Vgl. dazu Dok. 239.

14 Die Wörter „daher als Staat behandeln" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Das trifft m. E. auch nicht zu. Sie sind nur einv[erstanden], daß die SU die SBZ als Staat behandelt."

rende Veröffentlichungen der USA herabzumindern[15], so bleibt doch auch im Falle eines ganzen oder teilweisen Erfolges festzustellen, daß Ulbricht dem entscheidenden Schritt der Anerkennung seines Regimes erheblich näher gekommen ist.

Was die sog. „DDR" von universeller internationaler Anerkennung bisher noch weit getrennt hat, ist durch diese Konzession Großbritanniens und USA zu Lasten Deutschlands auf kaum mehr als einen formal juristischen Vorbehalt reduziert.

II. Ein deutscher Beitritt zu diesem Abkommen, das der Teilung Deutschlands Vorschub leistet, dürfte nicht in Betracht kommen, weil[16] das ganze deutsche Volk gefordert ist, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden".[17]

Gegen den Beitritt sprechen eine Anzahl weiterer gewichtiger Gründe.

Die Bundesregierung hat gegenüber den WEU-Staaten bereits auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtet und sich sogar für die Einhaltung dieser Verpflichtung einer internationalen Kontrolle unterworfen. Das Rüstungskontrollamt der WEU und die EURATOM-Kommission (bei der zivilen Nutzung der Kernenergie) überprüfen regelmäßig, daß in der Bundesrepublik Deutschland keine Atomwaffen hergestellt werden und daß Kernenergie in Deutschland nur zu friedlichen Zwecken verwendet wird. Diese Verpflichtungen wurden auf der Grundlage gemeinsamer europäischer Verantwortung und einer automatischen Beistandspflicht der WEU-Staaten sowie der Stationierung amerikanischer und britischer Truppen zur Verteidigung des Bundesgebietes und aufgrund einer vereinbarten Deutschland-Politik für gesamtdeutsche Wahlen eingegangen. Materiell hat die Bundesrepublik Deutschland daher bereits mehr getan, als das Moskauer Abkommen für mitunterzeichnende oder beitretende Länder stipuliert. Die deutsche Verpflichtung besteht jedoch nur gegenüber den WEU-Staaten und wurde in einem ganz bestimmten sicherheitspolitischen Zusammenhang abgegeben, dessen Fortbestand anderen Faktoren unterliegt als das Testbann-Abkommen. Die Partner des Vertragssystems von 1954 sind andere als die geborenen und die später hinzutretenden Teilnehmer des Testbann-Abkommens. Ein Beitritt zum Testbann-Abkommen würde uns sowohl mit Bezug auf den Eigen-Test-Verzicht als auch mit Bezug auf den Verzicht auf Teilnahme an fremden Kernwaffenversuchen in der Materie und gegenüber gewissen dritten Ländern die Bewegungsfreiheit nehmen und einen Trumpf für Friedensvertragsverhandlungen aus der Hand nehmen.

Unser bisheriger Atomwaffen-Produktionsverzicht steht im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen von 1954 im übrigen unter dem Gesetz der clausula rebus sic stantibus. Der darin liegende Hebel für die westliche Unterstützung unserer Deutschland-Politik würde ferner an Kraft verlieren, wenn wir

[15] Zum Vorschlag einer bei der Ratifizierung abzugebenden offiziellen Interpretation vgl. Dok. 241, Anm. 9.

[16] Die Wörter „dürfte nicht in Betracht kommen, weil" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftliche Randbemerkung: „anders dann unten S. 7". Vgl. Anm. 23.

[17] Dieser Absatz wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben.

nunmehr eine solche Testbann-Verpflichtung auch gegenüber anderen dritten Staaten bindend abgeben. Dieses Argument wiegt um so schwerer, als ein deutscher Beitritt hinsichtlich der Gefahren und Schäden dreidimensionaler Atomversuche niemandem nützen würde.

Ein deutscher Beitritt würde uns ferner in einer wichtigen weltpolitischen Frage in Gegensatz zu Frankreich bringen[18], das sich von den Moskauer Konzessionen der USA und Großbritanniens auf dem Gebiet der Deutschland- und Nicht-Anerkennungs-Politik ferngehalten hat und in diesen Dingen zu unseren sichersten Verbündeten gemacht werden müßte. Da wir mit Frankreich eine politische europäische Union anstreben, sollten wir uns in einer so weit reichenden Frage der Weltpolitik im Interesse dieses Ziels nicht von Frankreich distanzieren. Bei den Nachteilen eines deutschen Beitritts darf auch nicht unbeachtet bleiben, daß die Rückberufung deutscher Atomwissenschaftler aus dem Ausland nach Art. II von den Vertragsstaaten gefordert werden könnte[19], daß die innenpolitische Verteidigungsbereitschaft in Deutschland, insbesondere auch hinsichtlich unserer Beteiligung an Kernwaffen im NATO-Bündnis (MLF) und hinsichtlich der Verwendung von atomaren Gefechtsfeldwaffen zur Verteidigung deutschen Gebiets im Falle eines Angriffs erheblich geschwächt würde, und daß wir uns in unserer politischen Manövrierfähigkeit auch gegenüber Rotchina beschränken.

III. Rücksicht vornehmlich auf unseren amerikanischen Bündnispartner, der dem Abkommen eine große Bedeutung für den Weltfrieden beimißt und dem an unserem Beitritt gelegen ist, läßt eine Ablehnung des deutschen Beitritts nicht zu.[20] Auch das Interesse der ungebundenen Welt an dem Abkommen dürfte einer solchen deutschen Haltung ebenso entgegenstehen wie die Gefahren der sowjetischen Propaganda, die uns seit eh und je als Kriegshetzer bezeichnet hat und atomarer Ambitionen verdächtigt. Auch müßte vermieden werden, daß in Washington erneut ein Verdacht über ein deutsch-französisches Zusammenspiel gegen die USA ensteht.[21]

Unser Beitritt müßte daher so lange herausgezögert werden, bis die Westmächte uns Gewißheit gegeben haben, daß sie bei den weiteren Verhandlungen das Ziel eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland verfolgen und in keiner Weise durch Konzessionen vorbelasten. Wir müßten unsererseits bereit sein, konstruktiv an einem westlichen Friedensvertrags-Vorschlag, der den sowjetischen Friedensvertrags-Vorstellungen[22] entgegengesetzt werden könnte, aktiv mitzuarbeiten.

Dementsprechend sollte die Bundesregierung im jetzigen Zeitpunkt erklären, daß sie bereits gegenüber den Westmächten einen Atomwaffenverzicht eingegangen sei und sich in dieser Hinsicht internationalen Kontrollen unterwor-

18 Die Wörter „in Gegensatz zu Frankreich bringen" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Ein Nichtbeitritt würde uns wohl in Gegensatz zur U.S., GB und vielen anderen Staaten bringen."

19 Zur Tätigkeit deutscher Rüstungsfachleute im Ausland vgl. bereits Dok. 173.

20 Dieser Satz wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben.

21 Vgl. dazu Dok. 184.

22 Zum sowjetischen Vorschlag eines Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten vgl. Dok. 116, Anm. 8.

fen habe, und daß sie zu gegebener Zeit in Verhandlungen über den Beitritt mit den geborenen Vertragsstaaten im Zusammenhang mit der Regelung des Deutschlandproblems eintreten wolle.[23]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[24] und dem Herrn Minister[25] vorgelegt.

Eine ausführliche Untersuchung des Planungsstabs über das Kernwaffenversuchsstopp-Abkommen ist in Vorbereitung und steht vor dem Abschluß; sie wird alsbald vorgelegt werden.

Müller-Roschach

Ministerbüro, VS-Bd. 8498

246

Gesandter Knoke, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-5418/63 geheim
Fernschreiben Nr. 1074
Citissime

Aufgabe: 29. Juli 1963, 20.00 Uhr[1]
Ankunft: 29. Juli 1963, 20.15 Uhr

Auf Plurex Nr. 2482 vom 26. 7.[2]

Laloy teilte mir heute die Stellungnahme von Außenminister Couve de Murville zu den mit o. a. Drahterlaß aufgeworfenen Fragen mit:

Danach steht die französische Regierung auf dem Standpunkt, daß sie uns hinsichtlich unseres Vorgehens (baldige Unterzeichnung des Moskauer Abkommens[3] oder späterer Beitritt) keinen Rat geben könne, da Frankreich selbst das Abkommen weder unterzeichnen noch ihm beitreten werde.[4] Dies

[23] Der Passus „und daß sie ... eintreten wolle" wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftliche Randbemerkung: „Die Aufz[eichnung] enthält, neben – m. E. unzutreffenden – eine Reihe beachtlicher Erwägungen. Es wäre sehr erwünscht, wenn der gesamte Komplex mit d[em] H[errn] Minister erörtert werden könnte." Als weitere Gesprächsteilnehmer schlug Carstens Staatssekretär Lahr, Ministerialdirektor Krapf, Ministerialdirektor Müller-Roschach, Ministerialdirektor von Haeften und Ministerialdirigent Voigt vor.

[24] Hat Staatssekretär Carstens am 30. Juli 1963 vorgelegen.

[25] Hat Bundesminister Schröder am 31. Juli 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S[eite] 5/S[eite] 7." Vgl. Anm. 17 und Anm. 20.

[1] Hat dem Persönlichen Referenten des Staatssekretärs Carstens, Pfeffer, am 30. Juli 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „M[inister]B[üro] regt Weiterleitung an B[undes]k[anzler]-Amt an." Dazu Carstens handschriftlich: „Ja."
Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Vgl. Dok. 239.

[3] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[4] Auf einer Pressekonferenz lehnte Staatspräsident de Gaulle am 29. Juli 1963 den Beitritt Frankreichs zum Teststopp-Abkommen mit der Begründung ab, „qu'il ne change rien à la terrible menace que les armements nucléaires des deux rivaux font peser sur le monde ... Dans ces conditions ... il est tout à fait naturel qu'un pays comme la France, qui commence à avoir les moyens de s'affranchir, dans une certaine mesure, de cette terreur permanente, poursuive dans cette voie".

solle nicht bedeuten, daß Frankreich uns empfehlen wolle, nicht zu unterzeichnen oder nicht beizutreten. Als seine rein persönliche Stellungnahme fügte Laloy hinzu, daß er uns raten würde, nichts zu überstürzen, sondern unsere Entscheidung erst nach gründlicher Prüfung der sich aus der Frage des SBZ-Beitritts ergebenden Gefahren zu treffen. Er meinte, daß eine Absichtserklärung, daß wir den Beitritt zu gegebener Zeit beabsichtigten, vollauf genügen würde, um uns gegen den Vorwurf zu schützen, wir seien als „Revanchisten" in Mehrheit gegen das Abkommen.[5]

Sehr bekümmert ist Laloy über die mit Artikel 3, Ziffer 4 (Beitrittsartikel)[6] des Abkommens herbeigeführte Gefahr des Vordringens der SBZ auf der internationalen Bühne. Bisher hätten sich die westlichen Verbündeten auf den Standpunkt gestellt, daß die SBZ nicht einmal als Staat existiere. Aufgrund der vertraulichen Mitteilung der USA-Regierung an uns (II, Ziffer 2) des Bezugserlasses müsse man den Eindruck haben, daß die USA sich mit der Existenz der SBZ als Staat abgefunden hätten und nur nicht die Regierung dieses Staates anerkennten. Bei der gewählten Konstruktion der drei Depositarmächte vermöge er, Laloy, nicht zu sehen, wie Indien, Schweden oder Österreich eine Mitteilung der Sowjetunion über die Unterzeichnung des Moskauer Abkommens durch die SBZ oder den Beitritt der SBZ zu diesem Abkommen zurückweisen würden.

In einer längeren Unterhaltung, die Laloy am 27. Juli mit Tyler hatte, hat er versucht, Tyler seine Bedenken wegen der sich aus Artikel 3, Ziffer 4 ergebenden Gefahren nahezubringen. Laloy wäre dankbar, wenn in der morgigen Unterhaltung mit Tyler in Bonn[7] auch von unserer Seite noch einmal die zu erhebenden schweren Bedenken Tyler nachdrücklich vor Augen geführt werden. Laloy sieht die Sache deshalb als so ernst an, weil das Schema des Moskauer Teil-Testbann-Abkommens mit den drei Depositarmächten auch als Muster für einen etwaigen Nichtangriffspakt mit Beitrittsmöglichkeit für dritte Staaten zwischen den Angelsachsen und Sowjets dienen könnte.

Laloy wäre dankbar, wenn in der Unterhaltung mit Tyler sein Name *nicht* genannt würde.

Wegen der Unterhaltung Tyler/Laloy vom 27. Juli folgt gesonderter Drahtbericht.[8]

[gez.] Knoke

Ministerbüro, VS-Bd. 8498

Fortsetzung Fußnote von Seite 816

Auf die Frage, ob Frankreich beitreten würde, wenn Großbritannien und die Vereinigten Staaten Frankreich bei seiner nuklearen Aufrüstung unterstützen würden, antwortete er: „Vous savez, on ne donne pas la signature de la France sur une série d'hypothèses dont aucune jusqu'à présent n'a reçu le moindre commencement d'exécution." Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 126 f.; EUROPA-ARCHIV 1963, D 413 f.

5 Zum Vorschlag, zunächst nur die Absicht eines späteren Beitritts zu erklären, vgl. bereits Dok. 245.

6 Zu Artikel 3 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

7 Vgl. dazu weiter Dok. 252.

8 Vgl. dazu den Drahtbericht des Gesandten Knoke, Paris, vom 29. Juli 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

247

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg

V 1-80.24/2-534/63 VS-vertraulich **29. Juli 1963**[1]

Betr.: Einbeziehung Berlins in Verträge mit den Ostblockstaaten und mit Jugoslawien[2]

Bezug: Fernmündliche Weisung des Herrn Staatssekretärs II vom 28. Juli 1963

I. Die rechtlichen Grundlagen

1) Die Befugnis der Bundesregierung zur außenpolitischen Vertretung des Landes Berlin beruht auf folgenden rechtlichen Grundlagen:

a) Nach deutschem Verfassungsrecht ist Berlin ein Land der Bundesrepublik Deutschland und wird infolgedessen gemäß Artikel 32 Abs. 1 GG[3] vom Bund nach außen vertreten.

b) Die Anwendung des deutschen Verfassungsrechts auf Berlin ist jedoch durch besatzungsrechtliche Vorschriften gehemmt, da die vier Siegermächte des zweiten Weltkrieges durch die Alliierte Kommandatura in Berlin die oberste Gewalt ausüben. In ihrer Erklärung vom 5. Mai 1955 (sog. „Kleines Besatzungsstatut")[4] hat die Alliierte Kommandatura die Regelung der Beziehungen Berlins zu ausländischen Behörden grundsätzlich zu ihrem Vorbehaltsrecht erklärt. „Die Alliierte Kommandatura wird jedoch den Berliner Behörden gestatten, die Vertretung der Interessen Berlins und seiner Einwohner im Ausland durch geeignete Maßnahmen zu gewährleisten" (Ziffer III c der Erklärung vom 5. Mai 1955).

Außerdem ist in dem Schreiben der drei Hohen Kommissare an den Bundeskanzler vom 26. Mai 1952 über die Ausübung des den Drei Mächten vorbehaltenen Rechtes in bezug auf Berlin (in der Fassung des Schreibens Nr. X vom 23. Oktober 1954, in Kraft getreten am 5. Mai 1955)[5] ausdrücklich festgelegt, daß die Drei Mächte ihre Rechte in bezug auf Berlin in einer Weise ausüben werden, die es „den Bundesbehörden gestattet, die Vertretung Berlins und der Berliner Bevölkerung nach außen sicherzustellen". Die Bundesregierung hat ihrerseits gleichzeitig eine „Erklärung über Hilfeleistung für Berlin vom 23. Oktober 1954" abgegeben, in der sie unter j) erklärt hat, „daß sie die Vertretung Berlins und der Berliner Bevölkerung nach außen sicherstellen und die *Einbeziehung Berlins in die von der Bundesrepublik abgeschlossenen inter-*

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Leiter des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge", von Schenck, und Legationsrat Freiherr von Marschall konzipiert.

[2] Zur Einbeziehung von Berlin (West) in völkerrechtliche Verträge vgl. bereits Dok. 227.

[3] Vgl. Artikel 32, Absatz 1 GG (Fassung vom 23. Mai 1949): „Die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten ist Sache des Bundes."

[4] Für die „Erklärung der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin über die Stellung West-Berlins nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge" vgl. DzD III/1, S. 6–9.

[5] Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 178 f.

nationalen Abkommen erleichtern wird, soweit dies nicht nach der Natur der betreffenden Abkommen ausgeschlossen ist".[6]

2) Die Einzelheiten des bei der Einbeziehung Berlins in die Verträge der Bundesrepublik Deutschland zu beobachtenden Verfahrens sind in der Erklärung der Alliierten Kommandatura BKC/L (52) 6 vom 21. Mai 1952[7] festgelegt. Danach soll der Name Berlin im Wortlaut aller Verträge, in die Berlin einbezogen werden soll, ausdrücklich genannt werden (Berlin-Klausel). Bei Handels- und Zahlungsabkommen kann an die Stelle dieser Berlin-Klausel eine DM-West-Klausel (Anwendungsgebiet des Vertrages ist das Währungsgebiet der DM-West) treten. Wird Berlin nicht in einer dieser Formen einbezogen, so soll angenommen werden, daß nicht die Absicht besteht, den Vertrag in Berlin anzuwenden.

Jeder mit Berlin-Klausel versehene Vertrag wird vom Senat von Berlin der Kommandantur vorgelegt. Erhebt die Kommandantur binnen 21 Tagen keine Einwendungen, so gilt der Vertrag auch im Lande Berlin.

3) Das Auswärtige Amt bereitet gegenwärtig Vorschläge zu einer Änderung der BKC/L (52) 6 vom 21. Mai 1952 mit dem Ziel vor, die bisherigen starren Vorschriften für die Einbeziehung Berlins in die Verträge der Bundesrepublik aufzulockern und auf diese Weise die Verhandlungen hierüber mit den Ostblockstaaten zu erleichtern.

II. Die tatsächliche Praxis

1) Berlin wird grundsätzlich in alle Verträge der Bundesrepublik Deutschland einbezogen. Ausnahmen müssen nur in den Fällen gemacht werden, in denen Vorbehaltsgebiete der Alliierten Kommandatura berührt werden (z. B. Verteidigung, Luftfahrt). Bis zum Jahre 1958 haben sich bei der Einbeziehung Berlins in die Verträge der Bundesrepublik auch niemals Schwierigkeiten ergeben. Selbst die bis dahin mit den europäischen Ostblockstaaten (mit Ausnahme der Sowjetunion) abgeschlossenen Waren- und Zahlungsabkommen enthielten die übliche Berlin-Klausel.

2) Im einzelnen ist zu den bisher mit den Ostblockstaaten und Jugoslawien abgeschlossenen Vereinbarungen und geführten Verhandlungen folgendes zu bemerken:

A. Sowjetunion:

Die Sowjetunion hat sich mit der Einbeziehung Berlins in vertragliche Abmachungen bisher in keinem Fall einverstanden erklärt:

a) Der deutsch-sowjetische Konsularvertrag vom 25. April 1958[8] enthält keine Berlin-Klausel.

b) Das Handelsabkommen von 1958[9] enthält ebenfalls keine Berlin-Klausel, wurde jedoch in der praktischen Durchführung auch auf Berlin erstreckt.

[6] Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 7173 f.

[7] Zur Anweisung BKC/L (52) 6 vgl. Dok. 183, Anm. 4.

[8] Zum Konsularvertrag mit der UdSSR vom 25. April 1958 vgl. Dok. 174, Anm. 11.

[9] Zum Handelsabkommen mit der UdSSR vom 25. April 1958 vgl. Dok. 11, Anm. 9.

Beim Abschluß des Handelsabkommens von 1960[10] lehnte es die Sowjetregierung kategorisch ab, der Einbeziehung Berlins in das Abkommen in irgendeiner Form zuzustimmen. Die in dem Botschafter Smirnow übergebenen Brief des Herrn Staatssekretärs van Scherpenberg vom 31. Dezember 1960 enthaltene Erklärung der Bundesregierung, sie werde davon ausgehen, „daß der Anwendungsbereich des neuen bzw. des verlängerten Abkommens keine Änderung erfährt"[11], ist von sowjetischer Seite niemals als eine verbindliche Form der Einbeziehung Berlins in das Abkommen anerkannt worden.[12]

c) Die Verhandlungen mit der Sowjetregierung über den Abschluß eines neuen Kulturabkommens[13] sind bisher mangels Einigung über die Erstrekkung des Abkommens auf Berlin gescheitert.

B. Polen:

In den deutsch-polnischen Verhandlungen des Winters 1962/63 konnte dagegen eine grundsätzliche Einigung über die Berlin-Frage erzielt werden. Berlin ist in die deutsch-polnischen Vereinbarungen vom 7. März 1963 wirksam einbezogen.[14] Die deutsche Seite konnte allerdings nicht die übliche, dem in der BKC/L (52) 6 vom 21. Mai 1952 festgelegten Verfahren entsprechende Berlin-Klausel durchsetzen, sondern mußte in der Frage der Form ein gewisses Entgegenkommen zeigen.

Die Einbeziehung Berlins in die deutsch-polnischen Vereinbarungen ist in der Weise erfolgt, daß das Protokoll über den deutsch-polnischen Zahlungsverkehr vom 16. November 1956[15], dessen Artikel 5 eine formgerechte Berlin-Klausel enthält, in einem Briefwechsel als eine wesentliche Grundlage für die Durchführung der gesamten deutsch-polnischen Abmachungen bezeichnet und für die Geltungsdauer dieser Abmachungen für unkündbar erklärt wurde.

C. Ungarn:

Bei den im Mai 1963 in Budapest mit der ungarischen Regierung geführten Gesprächen über die Errichtung von Handelsvertretungen wurde den Ungarn unmißverständlich klargemacht, daß es keinerlei Vereinbarungen geben könne, wenn nicht zuvor eine grundsätzliche Einigung über die Einbeziehung Berlins erzielt worden sei.[16] Man könne lediglich über die Form der notwendigen Einbeziehung Berlins verhandeln. Die ungarische Seite ließ daraufhin deutlich durchblicken, daß man den Abschluß eines langfristigen Handelsab-

[10] Zum Waren- und Zahlungsabkommen mit der UdSSR vom 31. Dezember 1960 vgl. Dok. 23, Anm. 5.

[11] Zum Schreiben des Staatssekretärs van Scherpenberg vom 31. Dezember 1960 vgl. Dok. 231, Anm. 19.

[12] Vgl. dazu weiter Dok. 408.

[13] Zu den gescheiterten Verhandlungen über eine Erneuerung der Kulturvereinbarung vom 30. Mai 1959 mit der UdSSR vgl. Dok. 231, Anm. 18.

[14] Zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen mit Polen vom 7. März 1963 über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr sowie den Austausch von Handelsvertretungen vgl. bereits Dok. 183 und Dok. 225.

[15] Zum Abkommen mit Polen vom 16. November 1956 über den Zahlungsverkehr vgl. Dok. 29, Anm. 4.

[16] Zu den Verhandlungen mit Ungarn vgl. Dok. 169.

kommens und einer Vereinbarung über die Errichtung von Handelsvertretungen an der Berlin-Frage nicht scheitern lassen werde.

Über die Form der Einbeziehung Berlins in die kommenden deutsch-ungarischen Abmachungen[17] kann vor Beginn der entscheidenden Verhandlungen nichts Konkretes gesagt werden. Es ist jedoch zu erwarten, daß eine dem polnischen Muster ähnliche Lösung gefunden werden wird; im Augenblick ist geplant, ein deutsch-ungarisches Zahlungsabkommen vom 27. Oktober 1955[18], das eine formgerechte Berlin-Klausel enthielt, wieder in Kraft zu setzen und es dann zur unkündbaren, für den räumlichen Geltungsbereich maßgeblichen Grundlage der gesamten deutsch-ungarischen Vereinbarungen zu erklären.

D. Rumänien:

Mit Rumänien ist zuletzt am 23. Dezember 1959 im Rahmen einer deutsch-rumänischen Gemischten Kommission von Vertretern der zuständigen Fachressorts ein Protokoll über den Warenverkehr[19] unterzeichnet worden, das in Artikel 9 die folgende Berlin-Klausel enthält: „Das Protokoll gilt für das Land Berlin (Berlin-West), sofern nicht die deutsche Seite innerhalb von drei Monaten nach Unterzeichnung dieses Protokolls eine gegenteilige Erklärung abgibt."

Bei den gegenwärtig stattfindenden Vorbesprechungen über den Abschluß einer deutsch-rumänischen Vereinbarung über den Austausch von Handelsvertretungen[20] ist daher den Rumänen von uns zur Einbeziehung Berlins die Aufnahme folgender Klausel vorgeschlagen worden: „Diese Vereinbarung hat denselben rechtlichen Geltungsbereich wie das am 23. Dezember 1959 in Bonn unterzeichnete Protokoll über den Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Rumänien, unabhängig von dessen Fortgeltung."

Die rumänischen Verhandlungsführer haben diesen Vorschlag in der von Herrn Ministerialdirektor Krapf mit ihnen geführten letzten Besprechung am 26. Juli 1963 abgelehnt und um neue deutsche Vorschläge gebeten. Sie haben hierbei zu erkennen gegeben, daß sie eventuell auf eine Lösung eingehen könnten, die den Geltungsbereich der Vereinbarung mit den beiderseitigen Währungsgebieten gleichsetzt. Auf dieser Grundlage würde eine Lösung möglich sein, da sie in der BKC/L (52) 6 für Handels- und Zahlungsabkommen bereits vorgesehen ist. Entsprechende deutsche Vorschläge werden gegenwärtig ausgearbeitet und sollen den Rumänen Ende dieser Woche überreicht werden.[21]

[17] Zu den Verhandlungen mit Ungarn vgl. weiter Dok. 332 und Dok. 339.

[18] Zum Zahlungsprotokoll mit Ungarn vom 27. Oktober 1955 vgl. Dok. 154, Anm. 8.

[19] Für den Wortlaut des Warenprotokolls mit Rumänien vom 23. Dezember 1959 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 20 vom 30. Januar 1960, S. 1.

[20] Zum Stand der Besprechungen vgl. Dok. 181.

[21] Zum Fortgang der Verhandlungen vgl. Dok. 380.

E. Jugoslawien:

Mit Jugoslawien hat es nach Auskunft von Botschafter Schlitter, der die kürzlich abgebrochenen deutsch-jugoslawischen Verhandlungen[22] geführt hat, bisher keine besonderen Schwierigkeiten bei der Einbeziehung Berlins gegeben:

a) Die Abkommen
aa) zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Regelung der jugoslawischen Nachkriegsschulden vom 10. März 1956[23],
bb) über Leistungen zugunsten jugoslawischer Staatsangehöriger, die als Opfer von Menschenversuchen Gesundheitsschäden erlitten haben, vom 25. April 1961[24]
enthalten beide eine regelrechte Berlin-Klausel.

b) Ziel der kürzlich eingeleiteten Verhandlungen war
aa) eine Novierung des unter a) bb) genannten Abkommens,
bb) der Abschluß einer fünften Zusatzvereinbarung zum Handelsabkommen von 1952[25], eines Straßenverkehrsabkommens und eines Schiffahrtsprotokolls.

Der jugoslawische Delegationsleiter[26] hat sich Herrn Botschafter Schlitter gegenüber mündlich mit der Aufnahme einer Berlin-Klausel in alle drei unter bb) genannten neuen Vereinbarungen einverstanden erklärt. Bei der Novierung des unter a) bb) genannten Abkommens wird an die in der bisherigen Fassung bereits enthaltene Berlin-Klausel angeknüpft werden können.[27]

Meyer-Lindenberg

Abteilung V (V 1), VS-Bd. 197

[22] Zum Abbruch der Verhandlungen mit Jugoslawien am 13. Juli 1963 vgl. Dok. 229.

[23] Zum Schuldenabkommen mit Jugoslawien vom 10. März 1956 vgl. Dok. 209, Anm. 3.

[24] Aufgrund des Abkommens vom 25. April 1961 zwischen dem Staatssekretariat für Finanzangelegenheiten der Republik Jugoslawien und dem Bundesministerium für Finanzen erhielt Jugoslawien einen Festbetrag in Höhe von 1,75 Millionen DM zur Entschädigung der Opfer von Menschenversuchen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 51, S. 1801.

[25] Für den Wortlaut des Waren- und Zahlungsabkommens mit Jugoslawien vom 11. Juni 1952 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 169 vom 2. September 1952, S. 1–4.

[26] Ljubo Drndić.

[27] Zu den Verhandlungen mit Jugoslawien vgl. weiter Dok. 268.

248

Staatssekretär Lahr an Staatssekretär Vialon, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

St.S. 724/63 **29. Juli 1963**[1]

Betr.: Abstimmung zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Fragen der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern auf kulturellem Gebiet

Bezug: Ihr Schreiben vom 10. Juli 1963 – II B/7 – T 8000 – 313/63[2] –

Sehr geehrter Herr Vialon!

Für Ihr Schreiben vom 10. d. M. und die darin enthaltenen Vorschläge danke ich Ihnen. Ich glaube, daß das von Ihnen vorgeschlagene Verfahren[3] in der Tat unsere Zusammenarbeit verbessern kann, und bin grundsätzlich damit einverstanden, daß wir nach den Ferien damit beginnen. Im Auswärtigen Amt wird Referat IV 1[4] die Angelegenheit bearbeiten. Vor den ersten Zusammenkünften wird es sich empfehlen, der Besprechung der Referenten eine Besprechung der leitenden Herren vorhergehen zu lassen.[5] Dieserhalb werden sich die Herren Dr. Sattler und Dr. Pauls mit den Herren Dr. Sonnenhol und Dumke noch in Verbindung setzen.

Der Anregung in Ziffer II n Ihres Entwurfs[6] möchte ich nicht folgen. Keine Abteilung des Auswärtigen Amts kann auf die Verwendung des Begriffs Entwicklungsländer verzichten. Auch die Kulturpolitik unterscheidet zwischen bereits entwickelten und noch in der Entwicklung befindlichen Ländern. Ich sehe nicht, daß es die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Häusern erschweren würde, wenn wir gleiche Begriffe verwenden.

Andererseits sollten wir zur Verbesserung unserer Zusammenarbeit noch einen weiteren Schritt tun. Ihr Vorschlag ist im wesentlichen prozeduraler Natur. Im ersten Teil Ihres Entwurfs sind zwar auch grundsätzliche Bemerkungen über das Verhältnis zwischen Kulturpolitik und Entwicklungspolitik

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Für den Wortlaut vgl. Referat IV 1, Bd. 471.

[3] Das vorgeschlagene Verfahren sah vor, daß im Auswärtigen Amt und im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit je ein Referat mit der Koordinierung der Entwicklungspolitik der beiden Ministerien beauftragt werden sollte. Einmal wöchentlich sollten Koordinierungsgespräche stattfinden, bei monatlichem Wechsel von Vorsitz und Ort. Im Rahmen dieser Unterredungen sollten „Informationen über Planungen, eingehende Projekte und Projektvorschläge" ausgetauscht, Vorlagen für das Bundeskabinett oder Ausschüsse des Bundestags erörtert sowie die beiderseitige Haushaltsplanung abgestimmt werden.

[4] Referat IV 1 war für die „Grundsatzangelegenheiten" der Kulturabteilung zuständig.

[5] Vgl. dazu auch die Abteilungsleiterbesprechung vom 17. September 1963 über die „Zuständigkeitsabgrenzung in Fragen der Bildungshilfe"; Referat IV 1, Bd. 471.

[6] Ziffer II n enthielt folgenden Vorschlag für eine Sprachregelung: „In den Verlautbarungen und Veröffentlichungen der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes wird der Begriff ‚Entwicklungsländer' soweit wie möglich vermieden und durch die Regionalbezeichnungen Asien, Afrika und Lateinamerika ersetzt."

enthalten[7] – Bemerkungen, denen im allgemeinen zuzustimmen ist. Aber aus diesen grundsätzlichen Bemerkungen werden keine praktischen Folgerungen gezogen. Es entsteht damit die Gefahr, daß in dem umstrittenen Bereich jedes unserer beiden Häuser eine mehr oder weniger vollständige eigene Tätigkeit entfaltet. Wir sollten versuchen, solche Doppelarbeit zu vermeiden, indem die Federführung des einen oder anderen Hauses für die einzelnen Teilbereiche festgelegt wird und man sich im übrigen gegenseitig in dem von Ihnen entworfenen Verfahren so vollständig wie möglich unterrichtet, so daß auch das nicht federführende Haus auf dem laufenden bleibt und die Möglichkeit der Äußerung hat.

Die Abgrenzung, die sich hier anbietet, ist die, daß das Auswärtige Amt weiterhin bearbeitet, was von jeher als Kulturpolitik angesehen wurde – auch schon zu einer Zeit, als noch niemand an Entwicklungspolitik dachte[8] –, und daß Ihr Haus in den Bereichen federführend ist, die im Zusammenhang mit der Entwicklungspolitik als neue Arbeitsgebiete entstanden sind.[9] Das wären auf der Seite des Auswärtigen Amts die klassischen Bereiche der Kulturpolitik wie deutsche Auslandsschulen, Kulturinstitute, kirchliche Arbeit, wissenschaftliche Beziehungen, Jugend, Sport, Kunstaustausch, Theater, Konzerte, Ausstellungen, Film, Fernsehen, Internationale Organisationen und auf Seiten Ihres Hauses im wesentlichen Gewerbe-, Fach-, Ingenieur- und Landwirt-

[7] Im Entwurf wurde ausgeführt: „Die Partner gehen davon aus, daß in Entwicklungsländern sowohl Vorhaben der Auswärtigen Kulturarbeit oder kulturellen Auslandsarbeit erforderlich sind als auch Maßnahmen der sog. Bildungs- und Sozialhilfe ... [Es] besteht Übereinstimmung darüber, daß Maßnahmen der Auswärtigen Kulturarbeit in erster Linie die Aufgabe haben, die Bundesrepublik im Ausland darzustellen, ‚anwesend' zu machen und Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln ... Andererseits ist es in erster Linie Aufgabe der Bildungs- und Sozialhilfe, die Eigenkräfte der Partner zu mobilisieren und zu orientieren, die Entwicklungsimpulse in der anderen Kultur und Gesellschaft zu verankern bzw. diese für moderne Entwicklungen aufzuschließen und anzupassen ... Die Abgrenzung zwischen den Aufgaben beider Ministerien im kulturellen Bereich richtet sich nach der jeweils vorherrschenden Zielsetzung eines Projekts."

[8] Die Politik gegenüber Entwicklungsländern fiel traditionsgemäß in die Zuständigkeit des Auswärtigen Amts und wurde bis 1961 von der Handelspolitischen Abteilung wahrgenommen. Im Oktober 1961 wurde dann eine eigene Abteilung für Entwicklungspolitik eingerichtet. Mit Schreiben vom 6. November 1961 betonte Staatssekretär Carstens gegenüber Bundeskanzler Adenauer, daß das Auswärtige Amt die „außenpolitischen Gesichtspunkte der Gesamtplanung und einzelner Maßnahmen der Entwicklungshilfe" festlegen sowie „die Bundesrepublik in multilateralen und bilateralen Verhandlungen mit dem Ausland" vertreten müsse. Den Aufgabenbereich für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das am 14. November 1961 gegründet wurde, sah er vor allem in der Koordinierung der entwicklungspolitischen Anstrengungen der Bundesländer, der Zusammenarbeit mit den nichtstaatlichen Organisationen sowie auf dem Gebiet der technischen Hilfe. Carstens hob hervor, daß die im Auswärtigen Amt errichtete Abteilung für Entwicklungspolitik bestehen bleiben müsse. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 320; B 150, Aktenkopien 1961.
Auf Veranlassung des Haushaltsausschusses des Bundestages wurde bei der Umorganisation des Auswärtigen Amts vom 15. Januar 1963 die Abteilung für Entwicklungspolitik wieder aufgelöst. Ihre Aufgaben wurden der Unterabteilung B der Abteilung für Handels- und Entwicklungspolitik sowie Referaten der Kulturabteilung übertragen.

[9] Der von Staatssekretär Lahr unterbreitete Vorschlag der Abgrenzung von Kompetenzen wurde in dieser Form bereits am 24. Mai 1963 in einer Unterredung mit dem Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit thematisiert. Gegenüber Lahr erklärte sich Vialon nicht bereit, „die übergeordnete Bedeutung der Außenpolitik anzuerkennen". Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sattler vom 6. Juni 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 410.

schaftsschulen, Lehrwerkstätten, Mustergüter, Experten aller Art, Friedenskorps[10].

Ich würde mich freuen, wenn wir uns auf dieser Grundlage einigen könnten.[11]

Mit freundlichen Grüßen

gez. Lahr

Büro Staatssekretär, Bd. 410

249

Botschafter van Scherpenberg, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt

42/63 geheim **29. Juli 1963**[1]

Betr.: Privataudienz bei Papst Paul VI.

Zwecks Übergabe des Geschenks der Bamberger Philharmoniker – die als Zeichen der Dankbarkeit für das Konzert, das sie Papst Johannes XXIII. noch kurz vor seinem Tode noch hatten darbieten dürfen, eine wertvolle Kassette mit Schallplatten vieler von ihnen gegebener Konzerte zur Verfügung gestellt hatten – war mir für gestern, Sonntag, den 28. Juli, eine Privataudienz bei dem neuen Papst gewährt.

Die Audienz dauerte etwa 30 Minuten und war von einem ausführlichen und sehr freundschaftlich, ja herzlich gehaltenen Gespräch ausgefüllt.

Der Papst zeigte von Anfang an großes Interesse für die Verhältnisse in Deutschland. Er zollte der Leistung, die der Herr Bundeskanzler in fast 15jähriger Tätigkeit aufgebaut habe, die höchste Anerkennung und interessierte sich in Verbindung damit auch für die Persönlichkeit des voraussichtlichen Nachfolgers, Herrn Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard. Er hoffte, daß dieser die Zügel mit der gleichen Festigkeit führen werde, die die Regierungsperiode von Bundeskanzler Adenauer zu so großen Erfolgen auf politischem

[10] Am 24. Juni 1963 wurde in Bonn die „Deutsche Entwicklungsdienst GmbH" gegründet. Die Gesellschaft organisierte die Ausbildung Freiwilliger und ihren Einsatz in Entwicklungsländern. Die Gründung fand in Anwesenheit des Präsidenten Kennedy statt, der im März 1961 mit dem amerikanischen „Peace Corps" eine vergleichbare Organisation ins Leben gerufen hatte. Vgl. dazu BULLETIN 1963, S. 962–964.

[11] Zur Fortführung der Diskussion vgl. Dok. 369.

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 10. und Bundesminister Schröder am 12. August 1963 vorgelegen. Hat dem Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 30. September 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat dem Herrn B[undes]k[anzler] vorgelegen." Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer bei Papst Paul VI. vgl. Dok. 367.

Gebiet gebracht habe und die auch zur Folge gehabt habe, daß die moralische Haltung des deutschen Volkes für viele Länder der freien Welt vorbildlich sei. Der Papst erkundigte sich noch nach vielen Einzelfragen des politischen Lebens in Deutschland, nach der Haltung der Jugend, nach verfassungsrechtlichen Problemen, und hörte sich meine Antworten mit großer Aufmerksamkeit an.

Übergehend zu dem großen Unterschied in der politischen Entwicklung der Nachkriegsjahre nach dem 2. Weltkrieg im Vergleich zu denen nach dem 1. Weltkrieg – ein Unterschied, dessen positive Elemente er einer allgemein vernünftigeren Geisteshaltung sowohl bei den Siegern wie bei den Besiegten zuschrieb –, brachte der Papst sein starkes Interesse an dem Problem der deutschen Teilung zum Ausdruck. Er schien über diese Frage ebenso betrübt wie besorgt zu sein. Ich legte ihm kurz unsere Auffassung hierzu dar, wobei ich besonderen Nachdruck darauf legte, daß es sich hier weniger um ein nationalistisches Problem der Wiedervereinigung handle, als daß es unser erstes Anliegen sei, den 17 Millionen jenseits der Elbe ein menschenwürdigeres Dasein und größere Freiheit zu sichern. Die Zahl 17 Millionen war dem Papst anscheinend nicht von vorneherein geläufig und beeindruckte ihn sichtlich.

Er fragte mich hierauf wiederholt, was ich glaubte, das man vom Heiligen Stuhl aus tun könnte, um uns in dieser Angelegenheit zu helfen. Ich erwiderte vorsichtig, daß es sich dabei um ein politisches Problem auf sehr lange Sicht handle, daß wir im Augenblick wenig positive Möglichkeiten des Handelns sähen, daß es aber für uns entscheidend sei, daß von keiner Seite etwas geschehe, was die ihrer Freiheit beraubten Deutschen entmutigen oder in ihrem Vertrauen auf die Gerechtigkeit ihrer Sache und auf die Zukunft erschüttern könnte.

Der Papst war offensichtlich gewillt, dieses Thema noch etwas zu vertiefen, so daß ich ihm als ein Beispiel für eine von uns dankbar anerkannte Maßnahme des Heiligen Stuhls seine persönliche Entscheidung nennen konnte, den Dank an Ulbricht und Grotewohl für die Glückwunschbotschaften[2] nur auf mündlichem Wege durch die kirchlichen Stellen in Berlin übermitteln zu lassen. Ich erläuterte an diesem Beispiel, wie gefährlich eine etwaige anderslautende Entscheidung hätte werden können. Schon ein bloßer Brief hätte von der Gegenseite als Beweis für die Anerkennung dieses Regimes mißbraucht werden können. Der Papst folgte diesem Teil des Gesprächs mit besonderer Aufmerksamkeit und meinte abschließend lächelnd, ich wäre also wohl der Auffassung, daß seine Entscheidung richtig (sage) gewesen sei, was ich ihm in aller Bescheidenheit, aber mit vollem Nachdruck bestätigte. Inzwischen ist die Tatsache der mittelbaren Beantwortung in allerdings sehr zurückhaltender Form von ADN veröffentlicht worden.

Der Papst äußerte sich dann noch kurz sehr befriedigt über die kirchlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Er erwähnte mit ganz besonderem Lob und Anerkennung die Tätigkeit von Erzbischof Bengsch in Berlin, nicht ohne dabei auch seines Vorgängers Döpfner zu gedenken, und beendete die

[2] Zu den Glückwunschadressen vom 22. Juni 1963 vgl. DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, Bd. XI, Berlin (Ost) 1965, S. 608.

Audienz mit Segenswünschen für das deutsche Volk und die deutsche Regierung.

Wenn ich meinen Eindruck von diesem ersten näheren persönlichen Zusammentreffen mit Paul VI. seit seinem Regierungsantritt zusammenfassen darf, so möchte ich diesen Eindruck als überwiegend doch sehr positiv bezeichnen. Der Papst machte körperlich einen rüstigen und agilen Eindruck. Er hatte sich auf das Gespräch offensichtlich vorbereitet, wußte, was er fragen und was er sagen wollte, und dürfte sich auch über die Wirkung dessen, was er sagte, im voraus klar gewesen sein. Wenn dem Gespräch die Spontaneität, die Gespräche mit seinem Vorgänger immer charakterisierte, etwas fehlte, so wäre es doch falsch, die Haltung des Papstes etwa als berechnet oder berechnend zu bezeichnen. Eher möchte ich sie als wohlüberlegt charakterisieren. Besonders wohltuend war, daß entgegen dem, was von mancher Seite etwas befürchtet worden war, der Papst in seinem Gespräch völlig frei von jeder Pose war. Er sprach natürlich, interessiert, teilnahmsvoll, enthielt sich aber jeder Übertreibung und auch jeden unechten Tones.

Vom politischen Standpunkt aus gesehen war das Gespräch zweifellos für uns wertvoll, weil es einen wichtigen und willkommenen Ansatzpunkt bildet, auf dem bei künftigen Anlässen die Vertretung der Interessen der deutschen Politik aufgebaut werden kann.

van Scherpenberg

Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 166

250

Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-5424/63 geheim
Fernschreiben Nr. 2120
Citissime

Aufgabe: 29. Juli 1963, 20.30 Uhr
Ankunft: 30. Juli 1963, 02.20 Uhr

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 2100 vom 26. 7.[1]

Anders als – gemäß Bezugsdrahtbericht – zunächst von Ball empfohlen, hat die Unterrichtung der Alliierten durch Harriman heute nachmittag nicht im Viererrahmen, sondern unter Beteiligung aller Missionschefs der NATO-Staaten stattgefunden.

Unmittelbar zuvor hatte mich Harriman zu einer kurzen persönlichen Unterrichtung empfangen. Ich halte aus beiden Unterrichtungen folgendes fest:

I. Wie Harriman auch gegenüber den NATO-Botschaftern mit Nachdruck betonte, seien die amerikanische und britische Regierung den Sowjets gegen-

[1] Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

über keinerlei Verpflichtungen zu weiteren Verhandlungen eingegangen. Der entscheidende Satz des gemeinsamen Kommuniqués[2] sei insoweit der, in dem es hieß, die Alliierten würden darüber konsultiert werden, ob weitere Gespräche stattfinden sollen („about further discussions"). Es sei gelungen, dies durchzusetzen, obwohl die Sowjets und insbesondere auch Chruschtschow persönlich einen starken Druck ausgeübt hätten, um ein Junktim zwischen Testbann[3] und Nichtangriffspakt[4] durchzusetzen. Im Ringen um diese Verbindung hätten sie unter anderem vorgeschlagen, wenn schon nicht die Unterzeichnung, so doch die Ratifikation des Testbanns vom Abschluß eines Nichtangriffspakts abhängig zu machen. Auch dies habe die amerikanische Delegation zurückgewiesen, und es sei ihr schließlich gelungen, die Sowjets davon zu überzeugen, daß der Gedanke des Junktims fallengelassen werden muß.

Die Gespräche hätten insgesamt ganz eindeutig ergeben, daß Chruschtschow einem Nichtangriffspakt sehr große Bedeutung beimißt. Er schien es hiervon abhängig zu machen, ob er in ein konkretes Gespräch über die weiteren von ihm erwähnten Entspannungsmaßnahmen wie Austausch von Inspektionsgruppen, Vereinbarungen von Truppenstärken, Begrenzungen der Rüstungsbudgets[5] eintreten werde.

Die Gründe, aus denen Chruschtschow einen so besonderen Wert auf den Nichtangriffspakt lege, seien Harriman nicht deutlich geworden. Einerseits sei sein Versuch, dieses Thema mit Berlin oder der deutschen Frage zu verbinden, von Chruschtschow entschieden mit dem Bemerken zurückgewiesen worden, daß über diese Dinge gesondert und nur im Deutschland-Zusammenhang gesprochen werden müßte; andererseits habe Chruschtschow anerkannt, daß es für die Vereinigten Staaten nicht zumutbar sei, einer Formel zuzustimmen, durch die sie die sogenannte DDR anerkennen würden. Bei dieser Sachlage, so führte Harriman aus, erschiene es ihm persönlich wünschenswert, die Exploration fortzusetzen, um festzustellen, aus welchen Gründen Chruschtschow auf den Nichtangriffspakt so großen Wert legte und welchen Preis er dafür gegebenenfalls zu zahlen bereit wäre. Botschafter Thompson, der dem Informationsgespräch beiwohnte, äußerte zu den Motiven Chruschtschows die Vermutung, daß es dem sowjetischen Premier wohl nur dann möglich sei, die ihm wirtschaftlich sehr erwünschten weiteren Abrüstungsmaßnahmen ins Auge zu fassen, wenn er auf den Nichtangriffspakt als ein Mittel zur Sicherung des eigenen Machtbereichs hinweisen könnte.

Zur deutschen Frage habe Chruschtschow seine These wiederholt, daß die Wiedervereinigung erst dann vollzogen werden könne, wenn in ganz Deutschland ein sozialistisches Regime errichtet sei.[6] Erst dann könne auch die Mauer

[2] Zum Kommuniqué vom 25. Juli 1963 über die Teststopp-Verhandlungen vgl. Dok. 238, Anm. 8.

[3] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[4] Vgl. dazu Dok. 215.

[5] Diese Vorschläge unterbreitete Ministerpräsident Chruschtschow auf einem sowjetisch-ungarischen Freundschaftstreffen am 19. Juli 1963 in Moskau. Für den Wortlaut der Rede vgl. PRAVDA, Nr. 201 vom 20. Juli 1963, S. 2–4; EUROPA-ARCHIV 1963, D 402–406 (Auszug). Für einen Auszug vgl. auch Dok. 256, Anm. 11.

[6] Ministerpräsident Chruschtschow äußerte am 3. Juli 1963 auf einer Kundgebung in Frankfurt/Oder: „Die Einheit Deutschlands wird kommen. Die Garantie dafür können wir geben, sie kommt. Aber das wird eine sozialistische Republik sein!" Vgl. DzD IV/9, S. 523.

fallen. Einen Friedensvertrag habe Chruschtschow zur Zeit nicht vorschlagen wollen, weil, wie er sagte, zu viele Partner dabei beteiligt wären. Im übrigen aber habe er auch in diesen Gesprächen seiner Meinung Ausdruck gegeben, daß die bestehenden Spannungen sich letztlich nicht beseitigen ließen, solange die deutsche Frage nicht gelöst sei.

Harriman faßte seinen Eindruck dahin zusammen, daß Chruschtschow den Willen habe, weiter zu diskutieren. Die Wandlung, die sich seit der Zeit Stalins vollzogen habe, sei außerordentlich, und es schiene ihm, Harriman, wünschenswert, das Gespräch fortzuführen.

II. In der persönlichen Unterredung mit mir unterstrich Harriman gleichfalls, keinerlei Bindungen für weitere Gespräche eingegangen zu sein; darüber könne es auch bei Chruschtschow nicht den geringsten Zweifel geben. Zugleich gab Harriman auch unter vier Augen seiner Überzeugung Ausdruck, daß man die Exploration fortsetzen müsse, um festzustellen, ob Chruschtschow es mit seiner Entspannungspolitik ernst meint.

Der Zusammenhang eines Nichtangriffspakts mit Berlin sei von Chruschtschow scharf abgelehnt und ein diesbezüglicher, von amerikanischer Seite unternommener Versuch, als Gegenleistung eine Verbesserung für Berlin und Fortschritte in der Deutschlandfrage ins Gespräch zu bringen, zurückgewiesen worden.

Man habe dies dann nicht vertieft, da über diese Gegenstände keine eigentliche Verhandlung geführt werden sollte.

In bezug auf die Beitrittsklausel zum Testbann[7] sei den Sowjets vollkommen klargemacht worden, daß sich aus ihrer Anwendung nicht die Implikation einer Anerkennung der sogenannten DDR ergeben könnte. Im übrigen werde erwogen, eine öffentliche Erklärung der amerikanischen Regierung dieses Inhalts abzugeben.[8] Er, Harriman, habe sich heute bereits vor dem Auswärtigen Ausschuß des Senats entsprechend geäußert.[9] Chruschtschow seinerseits habe auch keineswegs eine gegenteilige Meinung vertreten und im übrigen – wie bereits oben erwähnt – von sich aus zugegeben, daß den Westmächten eine Anerkennung der DDR auch im Zusammenhang mit einem Nichtangriffspakt unzumutbar sei.

Hinsichtlich der bekannten von Chruschtschow erwähnten weiteren Abrüstungs- und Entspannungsmaßnahmen habe Chruschtschow zunächst versucht, Übereinstimmung über die geographische Begrenzung auf beide Teile Deutschlands herbeizuführen. Dies sei von amerikanischer Seite entschieden abgelehnt und darauf hingewiesen worden, daß solche Maßnahmen nur in sehr weiten Räumen konzipiert werden könnten. Wie Harriman hinzusetzte, könne dabei an Truppenreduzierungen überhaupt nur als ein letzter Schritt gedacht werden, dem andere Entspannungsmaßnahmen vorgehen müßten. Überhaupt könne man nur mit großer Vorsicht und Schritt um Schritt voran-

[7] Zu Artikel 3 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

[8] Zum Vorschlag einer bei der Ratifizierung abzugebenden offiziellen Interpretation vgl. Dok. 241, Anm. 9.

[9] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 30. Juli 1963; Referat II 8, Bd. 24.

schreiten, wobei nichts geschehen dürfe, ohne daß eine volle Konsultation mit den Alliierten und besonders mit uns stattgefunden hätte.

Die MLF-Frage[10] sei von Chruschtschow – zu Harrimans Überraschung – nicht erwähnt worden.

Harriman bedankte sich mit warmen Worten für das ihm von Seiten der Bundesregierung entgegengebrachte Vertrauen und unsere positive Haltung zum Testbann-Abkommen.

III. Zu dem weiteren Verfahren teilte Harriman mit, daß Rusk Washington am Sonnabend verlassen und die Unterzeichnung voraussichtlich am Montag oder Dienstag kommender Woche stattfinden werde.[11] Man hoffe, die Ratifikation durch den Senat dann noch in dieser Session zu erwirken.[12] Bis zur Ratifikation durch den Senat stehe der Vertrag den anderen Staaten zur Unterzeichnung, danach zum Beitritt offen.

Die Konsultationen für die weiteren Gespräche würden im Anschluß an die Unterzeichnung eingeleitet werden und voraussichtlich im NATO-Rat stattfinden.[13]

[gez.] Lilienfeld

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291

251

Aufzeichnung des Referats II 1

II 1-80.00-442^{IV}/63 geheim **29. Juli 1963**[1]

Betr.: Nichtanerkennung der Zone

1) Die Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und der Zone spielt sich vor allem im Bereiche unserer Politik der Nichtanerkennung ab. Diese Politik ist in den Jahren 1954 bis 1956 wie folgt formuliert worden:

a) Am 7. April 1954 führte Bundeskanzler Adenauer in einer Regierungserklärung aus: „Die sowjetische Erklärung (d. h. vom 25. März 1954, daß sie mit der

[10] Zum Stand der Planungen vgl. Dok. 208 und Dok. 214. Vgl. dazu weiter Dok. 301.

[11] Die Unterzeichnung fand am 5. August 1963 statt.

[12] Das Teststopp-Abkommen wurde am 24. September 1963 vom Senat des amerikanischen Kongresses ratifiziert.

[13] Zur Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats am 6. August 1963 vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 6. August 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

[1] Durchdruck.
Die Aufzeichnung wurde auf Weisung des Staatssekretärs Carstens zur Unterrichtung des Bundesministers Erhard gefertigt. Vgl. dazu Dok. 231.

sogenannten Deutschen Demokratischen Republik die gleichen Beziehungen aufnähme, wie mit anderen souveränen Staaten) vermag jedoch nichts gegen die Tatsache, daß es nur einen deutschen Staat gibt, gegeben hat und geben wird und daß es einzig und allein die Organe der Bundesrepublik Deutschland sind, die heute diesen niemals untergegangenen deutschen Staat vertreten. Daran ändert auch die schmerzliche Wirklichkeit nichts, daß die deutsche Staatsgewalt heute nicht einheitlich in allen Teilen Deutschlands ausgeübt werden kann."[2]

b) Nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion erklärte Bundeskanzler Adenauer in der Regierungserklärung vom 22. September 1955: „Ich muß unzweideutig feststellen, daß die Bundesregierung auch künftig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der ‚DDR' durch dritte Staaten, mit denen sie offizielle Beziehungen unterhält, als einen unfreundlichen Akt ansehen würde, da er geeignet wäre, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen."[3]

c) In der Regierungserklärung vom 28. Juni 1956 präzisierte Bundesaußenminister Dr. von Brentano: „Sie kann nicht umhin, erneut klarzustellen, daß sie auch in Zukunft die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der sogenannten ‚DDR' durch dritte Staaten, mit denen die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhält, als einen unfreundlichen Akt ansehen müßte, der die Spaltung Deutschlands vertiefen und verhärten würde. Die Bundesregierung würde in einem solchen Falle ihre Beziehungen zu dem betreffenden Staat einer Überprüfung unterziehen müssen."[4]

2) Hier vorliegende Meldungen aus der Zone zeigen, daß es kaum einen Bereich gibt, in dem wir das Selbstgefühl des Zonenregimes empfindlicher treffen können als in der Anerkennungsfrage. Die Bevölkerung der Zone verfolgt mit Aufmerksamkeit die Bemühungen Pankows, sich in der nichtkommunistischen Welt Anerkennung zu verschaffen. Das Ausbleiben dieser Erfolge hat dazu beigetragen, daß die Skepsis der Deutschen in der SBZ gegenüber den Erfolgschancen des Regimes weiterhin vorherrschend ist.

3) Wir verfolgen diese Politik zunächst aus nationalem Interesse, gewissermaßen um der Welt zum Bewußtsein zu bringen, daß die deutsche Wunde nicht geheilt ist. Wir müssen darüber hinaus aus allgemeinpolitischen Erwägungen an dieser Politik festhalten. Die Erfahrungen des Dritten Reiches und das Grundgesetz erlegen es uns auf, die Wiederherstellung Deutschlands auf freiheitlich-demokratischer Grundlage zu suchen. Wir sind gehalten, der Welt zu demonstrieren, daß der sowjetische Kommunismus eine totalitäre Lebensform ist, die wir ablehnen und die wir – wie alle totalitären Lebensformen – überall bekämpfen, wo uns diese Aufgabe besonders gestellt ist.

4) Unsere Bemühungen um Isolierung Pankows haben durchweg Erfolg gehabt. Zwar werden seit Jahren Stimmen laut, daß der Nichtanerkennungspolitik der Bundesregierung keine Zukunft gehört. Einen anderen Weg zur Iso-

[2] Vgl. BT Stenographische Berichte, Bd. 19, S. 794.
[3] Vgl. BT Stenographische Berichte, Bd. 26, S. 5647.
[4] Vgl. BT Stenographische Berichte, Bd. 31, S. 8421 f.

lierung Pankows wußte bisher aber niemand zu nennen. Immerhin hat diese Politik seit ihrer Formulierung erreicht, daß bis heute kein nichtkommunistischer Staat die Zone anerkannt hat. Die Drohung des Beziehungsabbruchs mußte nur im Falle Jugoslawiens[5] und Kubas[6] wahrgemacht werden, d. h. im Falle von Staaten, deren kommunistischer Charakter außer Frage steht. Die Zone unterhält heute mit 13 kommunistischen Staaten diplomatische Beziehungen, wir dagegen mit fast 100 Staaten, die alle von einer Anerkennung der Zone abgesehen haben.

5) Zweifellos verfügt Pankow über gewisse Ansatzpunkte in der nichtgebundenen Welt. Diese Ansatzpunkte ergeben sich vor allem aus der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus, der die Kommunistischen Staaten auf seiten dieser Völker und Länder fand. Solche Ansatzpunkte befinden sich insbesondere in Südostasien (Indonesien, Laos und Kambodscha), Südasien (vor allem in Ceylon), dann in der arabischen Welt (VAR und Algerien), schließlich in Afrika (Mali und Ghana). Wir verfolgen aufmerksam die Entwicklung in diesen Ländern. Eine der Hauptaufgaben unserer dortigen Auslandsvertretungen liegt in der Bekämpfung der sowjetzonalen Politik einer internationalen Aufwertung Pankows. Unsere Bemühungen, die viel Energie und Zähigkeit erfordern, sind bisher erfolgreich gewesen.

6) Wir werden weiterhin an dem Grundgesetz festhalten, diplomatische Beziehungen nur mit Staaten zu unterhalten, die ihrerseits keine diplomatischen Beziehungen zu Pankow unterhalten.[7] Diese Überlegung bestimmt auch unsere Entscheidung, nur Handelsvertretungen in den Ostblockländern zu errichten. Die Zone muß im Zustand der politischen Quarantäne verbleiben, wenn unsere Wiedervereinigungsforderung glaubhaft bleiben soll. Eine Änderung unserer Haltung erweckt zwangsläufig den Eindruck, daß wir uns mit der Teilung Deutschlands abzufinden beginnen. Eine Anerkennung der Zone – wie auch immer – ist aus außen- und innenpolitischen Gründen unmöglich.

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 42

[5] Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien am 19. Oktober 1957 vgl. Dok. 209, Anm. 8.

[6] Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kuba am 14. Januar 1963 vgl. Dok. 19, Anm. 6.

[7] Zur Hallstein-Doktrin vgl. auch Dok. 19, Anm. 3.

252

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Abteilungsleiter Tyler, amerikanisches Außenministerium

Z A 5-83.A/63 geheim **30. Juli 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 30. Juli 1963 um 10.00 Uhr Mr. Tyler vom amerikanischen Außenministerium zu einer Unterredung. Bei dem Gespräch waren außerdem zugegen Staatssekretär Globke, Ministerialdirigent Osterheld und der amerikanische Gesandte in Bonn, Mr. Hillenbrand.

Mr. *Tyler* gab zunächst eine Zusammenfassung des Berichts über die Moskauer Gespräche, den er am Vortag dem Nordatlantikrat erstattet hatte.[2] Die sowjetische Delegation habe sich zusammengesetzt aus Außenminister Gromyko, Herrn Sorin, Herrn Zarapkin sowie zwei Vertretern von Zarapkin, die am Tisch gesessen hätten, und vier oder fünf weiteren Russen aus der Abrüstungsabteilung, die in der zweiten Reihe saßen. Diese Delegationszusammensetzung sei von amerikanischer Seite als ein Anzeichen dafür gewertet worden, daß die Sowjets keine Gesprächsthemen erwartet hätten, die außerhalb des engeren Bereichs eines Atomversuchsstops und der Abrüstung lagen. Diese Annahme habe sich im Verlauf der Gespräche bestätigt, obwohl Gromyko wiederholt die Bedeutung eines Nichtangriffspakts unterstrichen habe. Diese Betonung der Bedeutung eines Nichtangriffspakts sei aber nicht so weit gegangen, daß ein Gespräch über einen Nichtangriffspakt als Voraussetzung für ein Abkommen über ein Atomversuchsverbot hingestellt worden sei.[3] Hinsichtlich der Stimmung der Konferenz sei es klar gewesen, daß Gromyko Weisung gehabt habe, freundlich und zuvorkommend zu sein und einen optimistischen Eindruck hinsichtlich der Aussichten auf ein Abkommen zu vermitteln.

Er (Tyler) habe 1951 an der Konferenz in Paris im Palais Rose teilgenommen, die dreieinhalb Monate gedauert habe.[4] Während der ganzen dreieinhalb Monate habe er Gromyko nicht einmal lächeln sehen. Dieses Mal in Moskau sei keine Stunde verstrichen, ohne daß Gromyko gelächelt habe. Hier liege also ein großer Unterschied. Er wolle jedoch hinzufügen, daß der Unterschied in der Atmosphäre von amerikanischer Seite nur so bewertet werde, daß es der sowjetischen Regierung gerade paßte, den Eindruck der Freundlichkeit zu machen, und die amerikanische Delegation sei keinesfalls der Auffassung, daß diese Stimmung der Herzlichkeit irgendeinen Wechsel in den letzten Absichten und Zielen der sowjetischen Regierung widerspiegele. Nach amerikani-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 31. Juli 1963 gefertigt.

[2] Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats am 29. Juli 1963 über die Paraphierung des Teststopp-Abkommens vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 29. Juli 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Vgl. dazu auch die Äußerungen des amerikanischen Delegationsleiters Harriman am 29. Juli 1963 vor den Vertretern der NATO-Staaten; Dok. 250.

[4] Zur Konferenz der Stellvertretenden Außenminister vom 5. März bis 21. Juni 1951 in Paris vgl. AdG 1951, S. 2995.

scher Auffassung habe die Sowjetunion ihren Ehrgeiz keineswegs aufgegeben, und die sowjetischen Ziele dem Westen gegenüber seien auch heute genau dieselben wie vor der Konferenz. Gleichzeitig sei klar erkennbar gewesen, daß die Sowjetunion es als in ihrem Interesse liegend betrachte, ein Teilabkommen über ein Atomversuchsverbot zu erreichen. Wie erinnerlich, habe die Sowjetunion bisher immer zahlreiche Gründe dafür angegeben, warum sie einem Teilabkommen nicht zustimmen könne.[5] Dabei sei von sowjetischer Seite immer argumentiert worden, ein Teilabkommen sei in seiner Auswirkung einseitig, da die Sowjetunion den größten Teil der Versuche in der Atmosphäre durchführe, während die Amerikaner sie größtenteils unterirdisch auslösten. Auch habe die Sowjetunion nicht die gleichen Möglichkeiten wie die Vereinigten Staaten, unterirdische Versuche durchzuführen, wobei die Vereinigten Staaten noch den technischen Vorteil für sich hätten, daß ihre Erfahrung hinsichtlich unterirdischer Explosionen größer und länger sei. Außerdem könne sich die Sowjetunion einem Teilabkommen niemals anschließen, weil damit unterirdische Explosionen legalisiert würden. Es müsse also etwas geschehen sein bzw. zur Zeit etwas geschehen, was es der Sowjetunion der Mühe wert erscheinen ließ, ein Teilabkommen zu akzeptieren. Nach amerikanischer Auffassung seien möglicherweise folgende Gründe für die Veränderung der sowjetischen Einstellung maßgeblich. Zunächst bestehe ganz offensichtlich ein politisches Problem mit Rotchina[6], zumal die ideologische Rivalität mehr und mehr den Charakter einer Rivalität zwischen Staaten annehme.[7] Des weiteren habe die Sowjetunion vielleicht erkannt, daß sie gemeinsam mit dem Westen daran interessiert sein müßte, einer Weiterverbreitung nuklearer Waffen nach Möglichkeit Einhalt zu bieten, da die Zeit knapp werde, insbesondere angesichts der rotchinesischen Bemühungen.[8] Es sei auch denkbar, daß die Sowjets beabsichtigten, sich vorsichtig auf Abkommen zur Beschränkung der Rüstungen hinzubewegen, und zwar aus wirtschaftlichen und anderen internen Gründen. Darüber hinaus könnten die Sowjets daran interessiert sein, die Gefahr eines unbeabsichtigten Krieges zu verringern. Richtig sei auch, daß ein begrenztes Atomversuchsverbot zu anderen begrenzten Maßnahmen passe, die im sowjetischen Interesse lägen, so z. B. Nichtangriffspakt, Kontrollposten, Verringerung der Streitkräfte, Austausch militärischer Beobachter, usw. Es könne auch kein Zweifel daran bestehen, daß die Sowjets das Atomversuchsverbot gerne als Mittel zu politischen Vorteilen benutzen würden. Die Sowjets hätten gerne die Aussicht auf eine Einigung der Atomversuchsfrage dazu benutzt, um den Westen zu einer Zustimmung zu einem Nichtangriffspakt zu bewegen. Die amerikanische Delegation habe besonders sorgfältig darauf geachtet, dieser Taktik der sowjetischen Unterhändler nicht

[5] Die UdSSR war ursprünglich nur zum Abschluß eines umfassenden Teststopp-Abkommens bereit gewesen. Vgl. dazu Dok. 215, besonders Anm. 3 und Anm. 4.

[6] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

[7] Im Frühjahr und Sommer 1963 verstärkten sich Anzeichen, wie z. B. chinesische Truppenbewegungen im chinesisch-russischen Grenzgebiet, die auf die Möglichkeit einer militärischen Auseinandersetzung zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China hinwiesen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 10. Mai 1963; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 204; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Zum chinesischen Atomwaffenprogramm vgl. Dok. 192, Anm. 26.

nachzugeben. Chruschtschow scheine auch eine Einigung über ein Atomversuchsverbot für die Verbesserung seiner Stellung als „Mann des Friedens" und zur Erhöhung seines internationalen Prestiges benutzen zu wollen. Gleichzeitig versuche er, ein Atomversuchsverbot zur Spaltung des Westens auszunutzen und die zwischen den Verbündeten, insbesondere zwischen Frankreich einerseits und Amerika und England andererseits bestehenden Schwierigkeiten noch zu verschärfen. Schließlich könne bei der sowjetischen Regierung, und insbesondere bei Chruschtschow, in gewissem Maße seine Stellung nach dem Rückschlag in Kuba[9] eine Rolle spielen sowie die mangelnde Aussicht, irgendwelche aggressiven Anstrengungen erfolgreich durchzuführen. Chruschtschow wolle also damit das in der Kubafrage verlorene Prestige wieder aufholen. Dies seien einige erste Überlegungen von amerikanischer Seite, wobei allerdings das Gewicht der einzelnen Gründe noch keineswegs endgültig erkennbar sei. Dennoch glaubten die Amerikaner, daß derartige Gründe bei der sowjetischen Entscheidung, jetzt einem Teilabkommen in der Versuchsfrage zuzustimmen, mitgespielt haben.

Mr. Tyler betonte, daß die Amerikaner sich voll der Gefahren bewußt seien, die darin lägen, wenn sie sich, entweder im eigenen Namen oder auch nur scheinbar im Namen der Alliierten, gegenüber der Sowjetunion auf irgendwelche weitere Maßnahmen festlegten. Das einzige Abkommen, das geschlossen worden sei, betreffe das Atomversuchsverbot und die damit zusammenhängenden Fragen. Es gebe keinerlei Geheimabkommen oder irgendwie geartete Absprachen. Sie hätten auch sorgfältig darauf geachtet, weder im Kommuniqué[10] noch im Vertrag[11] selbst irgendwelche Verpflichtungen zu weiteren Gesprächen für sich oder die Alliierten auszusprechen, mit Ausnahme der Verpflichtung zur Konsultation der Alliierten. Abschließend wolle er bemerken, daß die Sowjets sehr darauf gedrängt hätten, in den letzten Absatz des Kommuniqués einige Worte aufzunehmen, die von westlicher Seite aber abgelehnt worden seien. In diesem Absatz werde davon gesprochen, daß die drei Regierungen vereinbarten, ihre Verbündeten in den zwei Organisationen über diese Verhandlungen voll zu informieren und sich mit ihnen über die Fortsetzung der Erörterung dieser Frage zwecks Erzielung eines für alle Partner befriedigenden Abkommens zu beraten. Von sowjetischer Seite sei hier gefordert worden, die Worte einzufügen „sich mit ihnen über die Art und Weise der Fortsetzung der Erörterung ... zu beraten". Die westliche Seite habe Gromyko klargemacht, daß sie die Worte „die Art und Weise der" nicht akzeptieren könne, weil damit gar nicht mehr mit den Alliierten über die Frage hätte gesprochen werden müssen, ob solche Gespräche überhaupt fortgesetzt werden sollen.

Mr. Tyler fuhr fort, natürlich habe die amerikanische Delegation versucht festzustellen, warum denn die Sowjets so sehr auf der Bedeutung des Nichtangriffspakts im Verhältnis zu einem Atomversuchsstop-Abkommen bestanden hätten. Diese Verbindung sei ja hergestellt worden durch Chruschtschow in

[9] Zur Kuba-Krise im Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[10] Zum Kommuniqué vom 25. Juli 1963 über die Teststopp-Verhandlungen vgl. Dok. 238, Anm. 8.

[11] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

seiner Rede vom 2. Juli[12], und in den Verhandlungen habe Gromyko immer und immer wieder die Bedeutung betont, die die Sowjetunion dieser Frage beimesse. Natürlich hätten die Amerikaner keine Erklärung erhalten, die das sowjetische Denken widergespiegelt hätte. Gromyko habe nur ständig erklärt, ein Nichtangriffspakt sei für alle nützlich, würde die internationale Spannung verringern und der Sache des Friedens dienen. Er selbst, Tyler, habe in einem Gespräch mit dem Leiter der Amerika-Abteilung im russischen Außenministerium, Herrn Smirnowskij, darauf hingewiesen, daß das sowjetische Bestehen auf einem Junktim mit einem Nichtangriffspakt sein größtes Mißtrauen erwecke. Aggression bestehe nicht nur in der Verwendung von Waffen, und gerade im Falle Westberlin habe der Westen zahlreiche Beweise dafür erhalten, daß die Sowjets sich so verhalten könnten, daß sie der Aggression schuldig seien, ohne tatsächliche Waffen einzusetzen. Der Westen aber könne zu nichts die Zustimmung geben, was den Russen grünes Licht geben würde für die Fortsetzung ihrer aggressiven Tätigkeit ohne Einsatz von Waffen, dem Westen aber gleichzeitig die Möglichkeit nehme, mit allen erforderlichen Mitteln, notfalls einschließlich der Verwendung von Waffen, dieser Aggression entgegenzutreten. Herr Smirnowskij habe ihm darauf natürlich keine Antwort gegeben, sondern nur seine, Tylers, Definition der sowjetischen Aggression als unannehmbar zurückgewiesen. Wann immer Gromyko diese Frage aufgeworfen habe, hätten Harriman und Lord Hailsham erwidert, diese Frage stehe in Beziehung zur Berlin- und Deutschlandfrage und müsse in diesem Zusammenhang geregelt werden. Daraufhin sei Gromyko ärgerlich geworden und habe erklärt, ein Nichtangriffspakt habe nur mit Aggression zu tun und sonst mit nichts, und es sei unannehmbar, so völlig getrennte Probleme wie Berlin und Deutschland damit verbinden zu wollen.

Zur Frage der Wirkung auf den Status der DDR sagte Mr. Tyler, dieses Problem sei ja zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Präsident Kennedy[13] und Außenminister Rusk sowie zwischen den beiden Außenministern[14] schon des öfteren erörtert worden. In der gestrigen Sitzung des NATO-Rats habe Botschafter Grewe von der Sorge des Herrn Bundeskanzlers gesprochen, daß das parallele Hinterlegen von Ratifikationsurkunden durch die DDR und neutrale Staaten, z. B. Indien, das völkerrechtliche Verhältnis zwischen der DDR und z. B. Indien verändern könnte.[15] Diese Frage sei von amerikanischer Seite natürlich genau geprüft worden, und er sei sich des delikaten Charakters dieses Problems völlig bewußt. Er sei aber sicher, daß die Amerikaner im Vertrag nur einem Ratifikationsverfahren zugestimmt hätten, das den Status der DDR

[12] Zur Rede in Ost-Berlin vgl. Dok. 215.

[13] Vgl. dazu Dok. 220 und Dok. 234.

[14] Vgl. dazu Dok. 235, Anm. 2, und Dok. 244.

[15] Mit Drahtbericht vom 29. Juli 1963 teilte Botschafter Grewe, Paris (NATO), mit, daß der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Tyler, auf die Frage nach der „Nichtanerkennungswirkung" des Teststopp-Abkommens in bezug auf das Verhältnis der USA zur DDR ausweichend reagiert habe. Er habe jedoch versprochen, den von Grewe herausgestellten „Aspekt der Anerkennungsfrage im Verhältnis zwischen Neutralen und DDR zu überlegen". Vgl. dazu Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

als einem von den Amerikanern nicht anerkannten Regime nicht ändere.[16] Die Nichtanerkennung der DDR durch Amerika bleibe unberührt, auch wenn die DDR dem Vertrag durch Hinterlegung einer Ratifikationsurkunde beitrete.

Mr. Tyler fuhr fort, er wolle zwei Punkte noch klarstellen. Von amerikanischer Seite seien keinerlei Gegenvorschläge über irgendeine Form einer Nichtangriffsvereinbarung oder Maßnahmen gegen Überraschungsangriffe gemacht worden. Sie hätten lediglich die sowjetischen Ausführungen zur Kenntnis genommen und ein paar Fragen zu der genaueren Bedeutung dieser Ausführungen gestellt. Zu einer Diskussion sei es aber nicht gekommen. Was die weiteren Schritte anbelange, so sei bei seiner Abreise aus Moskau am vergangenen Freitag beabsichtigt gewesen, daß Mr. Rusk und Mr. Harriman sowie Lord Home und Lord Hailsham möglichst bald, voraussichtlich innerhalb einer Woche, zur Unterzeichnung des Abkommens nach Moskau reisen würden. Heute früh habe er aus der Zeitung erfahren, daß Rusk Ende dieser Woche nach Moskau gehen wolle. Er wisse aber nicht, ob dies amtlich sei. Der Nordatlantikrat habe ganz allgemein die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß man bis zur Unterzeichnung des Abkommens noch zuwarten sollte und insbesondere bis zum Bekanntwerden irgendwelcher Ergebnisse von Gesprächen der drei Außenminister in Moskau, ehe man beschließe, welche weiteren Schritte angebracht seien. Zu diesem Punkt könne er daher leider nicht mehr sagen, zumal er die erhofften Einzelheiten aus Washington nicht mehr erhalten habe.

Abschließend bemerkte Mr. Tyler, der beherrschende Eindruck in Moskau sei gewesen, daß die Sowjets sich wegen des rotchinesischen Problems Sorge machten. Aus den Ausführungen Chruschtschows und Gromykos habe man auch ableiten können, daß die Sowjets das Abkommen über ein Atomversuchsverbot als Möglichkeit zur politischen Isolierung Rotchinas betrachteten. Je mehr Länder und Regimes diesem Abkommen über ein Atomversuchsverbot beiträten, desto mehr werde, [durch] die Weigerung Rotchinas, dem Abkommen beizutreten, Rotchina in eine gegenüber der Sowjetunion nachteilige Position geraten. Wie der Herr Bundeskanzler ja oft von seinen Gesprächen in Moskau im Jahre 1955[17] gesprochen habe, scheine es jetzt, als ob etwas vorgehe, von dem man weder wisse, wie weit es gehe, wie umfangreich es

[16] Noch am 30. Juli 1963 führte der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Tyler, gegenüber Staatssekretär Carstens aus: „Der Frage der Beitrittsklausel habe man besondere Aufmerksamkeit gewidmet und sei auf die in Artikel 3 formulierte Version verfallen, wodurch alle drei ursprünglichen Mächte zu Depositarmächten erklärt werden. Die Westmächte hatten eine Beitrittsklausel vorgeschlagen (anyone of the governments), nach der die Hinterlegung bei einer Depositarmacht eindeutig genügen solle. Die jetzige Fassung haben die Sowjets erwirkt. Jeder beitretende Staat könne es sich wählen, ob er bei ein, zwei oder drei Depositarmächten seinen Beitritt vollzieht. Die Sowjetunion habe dieser Regelung deshalb zugestimmt, um den Beitritt Nationalchinas, das sie als ‚empty space' betrachtet und auch nicht als Staat anerkennt, zurückweisen zu können. Die Amerikaner hätten wegen des gleichgelagerten Problems der SBZ diese Regelung ebenfalls für ausreichend angesehen. Man sei sich darüber einig gewesen, daß jede Seite die Hinterlegung und den Beitritt nur von den Staaten zulassen werde, die sie auch anerkenne. Durch den Beitritt zu dem Vertrag sollten die bestehenden Anerkennungsprobleme nicht gelöst werden." Vgl. die Aufzeichnung des Leiters des Referats „Abrüstung und Sicherheit", Lahn, vom 31. Juli 1963; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291; B 150, Aktenkopien 1963.

[17] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in der UdSSR vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 487–556.

sei, noch welche Form es nehmen werde. Hätte es jedoch nicht die Vorgänge zwischen Rußland und Rotchina gegeben, wäre schwerlich anzunehmen, daß die Sowjetunion nunmehr zur Unterzeichnung eines Teilabkommens über ein Atomversuchsverbot bereit gewesen wäre.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich für diese ausführliche Darlegung. Auch er glaube, daß die derzeitigen Vorgänge in Moskau unter dem weiteren Aspekt gesehen werden müßten. Er werde sich daher erlauben, etwas weiter auszuholen, zumal entgegen aller Vereinbarung aus der gestrigen Sitzung des CDU-Fraktionsvorstandes herausgesickert sei, daß er besonders „zurückhaltend" gewesen sei.[18] Er wolle dies dahingehend korrigieren, daß er sage, er sei zurückhaltender gewesen als andere. Bei seinem Gespräch in Moskau 1955 habe ihm Chruschtschow erklärt, er werde nicht fertig mit Rotchina und den Vereinigten Staaten. Chruschtschow habe dann hinzugefügt: „Helfen Sie uns!" Daß die Bundesrepublik Rußland nicht helfen werde, brauche er nicht zu sagen. Chruschtschow habe aber diese Worte „Helfen Sie uns!" nicht nur einmal, sondern mehrmals gesagt und ganz klargemacht.[19] Dieses Gespräch habe bei ihm einen tiefen Eindruck hinterlassen, und seither habe er immer darauf gehofft, daß eines Tages es zwischen Rußland und Rotchina zu Komplikationen kommen werde. Diese Komplikationen seien nun schneller gekommen, als er angenommen hätte. Das ganze Gerede über ideologische Unterschiede sei lediglich ein Täuschungsmanöver für die Kommunisten. Dieses Täuschungsmanöver scheine auch erfolgreich gewesen zu sein, denn die belgische kommunistische Partei habe sich bereits in eine chinesische und in eine russische Gruppe gespalten. Dasselbe gelte für Frankreich, und de Gaulle habe ihm vor kurzem gesagt, die französischen Intellektuellen tendierten stärker zu Rotchina hin. Auch in Italien sei diese Debatte im Gange. Er aber sei fest überzeugt, daß hier im Grunde, wie im ganzen Kommunismus, ein Kampf um die Macht stattfinde, nicht nur in Europa, sondern auch in Asien. Vor einiger Zeit habe ihm die Schwester Nehrus, die er auf jeden Fall für aufrichtiger halte als ihren Bruder, erklärt, wenn es Rotchina gelinge, Indien in seine Hand zu bekommen, dann stünde ganz Asien hinter Rotchina.[20] Diese weltweite Auseinandersetzung halte also an.

Der Herr Bundeskanzler sagte dann, man müsse sich fragen, welche Rolle Berlin und Deutschland in dieser weltweiten Auseinandersetzung spielten. Es sei ein genialer Schachzug der Russen gewesen, sich die Herrschaft über die Sowjetzone und einen Teil Berlins zu sichern. Er wisse nicht, ob Herr Tyler die Einzelheiten kenne, wie es damals dazu gekommen sei. Es habe damals eine Sitzung unter dem Vorsitz von Churchill stattgefunden, wobei einige Generäle über die strategische Lage berichtet hätten. Gleichzeitig sei eine Gruppe damit beauftragt gewesen, darüber zu beraten, was aus Deutschland werden sollte. Dieser Tagesordnungspunkt habe am Schluß gestanden, als alle

[18] Zur Vorstandssitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 29. Juli 1963 vgl. den Artikel: Tyler unterrichtet heute die Bundesregierung; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 173 vom 30. Juli 1963, S. 1.

[19] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU am 10. September 1955 vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 527 f.

[20] Zum Besuch von Viyaja Lakshmi Pandit bei Bundeskanzler Adenauer am 30. Oktober 1962 vgl. BULLETIN 1962, S. 1727.

schon müde gewesen seien. Als dann dieser Punkt zur Sprache gekommen sei, habe Winston Churchill gefragt, ob die Herren sich denn einig geworden seien. Diese hätten es bejaht, und daraufhin sei erklärt worden, dann solle es so gemacht werden. Berlin aber sei der Punkt, wo die Sowjetunion jederzeit den Hebel ansetze, um Schwierigkeiten in der Welt hervorzurufen.

Mr. *Tyler* warf ein, dasselbe habe Chruschtschow neulich Herrn Spaak gesagt.[21]

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, die Frage, ob es Chruschtschow ernst meine, sei identisch mit der Frage, wie er sich in Berlin verhalte. Hier liege der Test, ob er ernsthaft den Frieden mit dem Westen suche oder nicht. Er habe gerade einen Artikel der Prawda über das Moskauer Abkommen gelesen, und dort werde wie immer über die Achse Bonn–Paris geschimpft und die alte Leier von den Revanchisten usw. gespielt. In diesem Artikel wurden die Deutschland- und Berlinfrage absolut ausgeschlossen.[22] Mr. Harriman habe in einem Gespräch mit dem deutschen Vertreter in Moskau gesagt, ihm sei nicht klar, was Chruschtschow eigentlich wolle.[23] Mr. Tyler habe eine Reihe von Gründen für die sowjetische Verhandlungsbereitschaft[24] genannt, denen er einen weiteren hinzufügen möchte. Diese Verhandlungen würden, insbesondere, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehe, daß es sich um einen ernsthaften Anfang der kontrollierten Abrüstung handele, verheerend auf die NATO wirken. Die Lage in der NATO sei gekennzeichnet durch die Tatsache, daß Norwegen, Belgien und Italien ihre Dienstzeit bereits verringert hätten[25] und die allgemeine Lage in Italien[26] bekanntlich große Sorge verursache. Falls de Gaulle irgendetwas passierte, würde das Bild in Frankreich schlimmer sein als je zuvor, denn dann wäre dort die kommunistische Partei die stärkste Partei. Ein Franzose, der bestimmt nicht Gaullist sei, habe ihm einmal gesagt, die einzigen Leute, die in Frankreich noch auf die Barrikaden gehen würden, seien die Kommunisten. Wenn also im Volk, und damit in den Parlamenten und damit in den Regierungen der NATO-Staaten, sich der Gedanke festsetzen würde, daß die Russen sich wirklich geändert hätten, dann würde dies der NATO ungeheuer schaden. Er könne sich wohl vorstellen, daß bei den Russen, und insbesondere bei dem klugen Chruschtschow, auch die Überlegung eine Rolle spiele, daß damit der Widerstandswille in den NATO-Ländern verringert würde. Man dürfe nicht vergessen, daß seit 1945 achtzehn Jahre vergangen seien und die Erinnerung an die Vergangenheit und die Ursachen der Spannung mit jedem Jahrgang geringer werde. Chruschtschow könne seines

[21] Zum Aufenthalt des belgischen Außenministers Spaak am 7./8. Juli 1963 in der UdSSR vgl. Dok. 226.

[22] Vgl. dazu den Artikel von Jurij Orlov: Kto za, kto protiv?; PRAVDA, Nr. 210 vom 29. Juli 1963, S. 3.

[23] Zum Gespräch des Gesandten Scholl mit dem amerikanischen Chefdelegierten Harriman vgl. den Drahtbericht von Scholl, Moskau, vom 24. Juli 1963; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 290; B 150, Aktenkopien 1963.

[24] Die Wörter „Gründen für die sowjetische Verhandlungsbereitschaft" wurden handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Punkten".

[25] Zur Verkürzung der Dauer der Wehrpflicht in Norwegen und Italien vgl. Dok. 216, Anm. 36. Zur Dienstzeit in Belgien vgl. Dok. 237, Anm. 25.

[26] Zur innenpolitischen Situation in Italien nach den Kammer- und Senatswahlen vom 28./29. April 1963 vgl. Dok. 172, Anm. 19. Vgl. dazu weiter Dok. 421, Anm. 24.

Erachtens gar nichts Klügeres tun, als mehr oder weniger unverbindliche Zusagen zu geben und sogar Verträge abzuschließen. Wenn er gestern in der Sitzung des CDU-Fraktionsvorstandes von der Notwendigkeit gesprochen habe, ganz nüchtern zu sein, dann eben aus dem Grunde, daß die NATO-Festigkeit nicht leiden dürfe. Die SPD habe zwar eine gewisse Veränderung durchgemacht, doch dürfe man sich nicht täuschen. Die Leute, die in der ersten Reihe säßen, so wie Deist, Müller, Erler und auch Ollenhauer, seien keineswegs diejenigen, die auf die Dauer die Politik der SPD bestimmten. Die langfristige Politik der SPD werde von den Gewerkschaften bestimmt, und in einigen Gewerkschaften wühlten die Kommunisten[27] außerordentlich. Sie wühlten auch im Norden der Bundesrepublik bei den Großgrundbesitzern. Ganz ehrlich müsse er sagen, daß auch die Bundesrepublik nicht mehr so fest stehe wie bisher. Die Festigkeit der Bundesrepublik habe darauf beruht, daß die Bevölkerung Augen- und Ohrenzeugen der von den Russen in Ostdeutschland usw. begangenen Greuel gewesen sei. Aber selbst die Erinnerung daran schwinde, und aus diesem Grund würde er es bedauern, wenn von amerikanischer Seite dieser Erfolg, denn es sei natürlich ein Erfolg, übersteigert würde, weil damit auch in einer Reihe von NATO-Ländern das Gefühl steigen würde, man brauche nun nicht mehr so auf der Hut zu sein, denn man bewege sich auf den Frieden zu. Aus diesem Grunde sei er am Vortage in der Fraktion zurückhaltend und nicht so positiv gewesen wie andere unter dem ersten Eindruck.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, der völkerrechtliche Status der DDR habe sich durch diesen Vertrag total geändert. Das sei sonnenklar. Artikel 3 besage, daß nach der Unterzeichnung jeder Staat durch Hinterlegung einer Ratifikationsurkunde bei einer der drei Signatarmächte beitreten könne.[28] Es bedürfe dazu also nicht der Genehmigung der anderen Vertragsparteien, sondern diese Genehmigung sei bereits im voraus erteilt.

Mr. *Tyler* warf ein, das gelte aber nicht für die Staaten, die nicht anerkannt seien.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß ja mit einem Drittel der Stimmen eine Versammlung einberufen werden könnte.[29] Dann säßen dort die Sowjetunion mit den Satellitenstaaten und der DDR sowie mit anderen Staaten, z. B. lateinamerikanischen Staaten. Diese würden dann erklären, dies sei eine Versammlung nach Maßgabe des Vertrages, und er könne sich nicht vorstellen, wie Amerika oder England dann sagen könnten, dies sei unzulässig und die DDR müsse erst den Saal verlassen. Wenn also die Russen wollten, könnten sie eine unmögliche Situation schaffen, sobald die Versammlung zusammentrete. Diese Frage müßte daher noch geklärt werden, und darüber sei auch am Vortage im CDU-Fraktionsvorstand gesprochen worden, und am folgenden Tage werde es im Bundeskabinett zur Sprache kommen.[30]

Der Herr Bundeskanzler bemerkte dann, was er jetzt sage, sei keine Kritik, aber in so ernsten Dingen müsse man ganz offen sein. Er glaube nicht, daß ein

[27] Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Russen".

[28] Zu Artikel 3 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

[29] Zu Artikel 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 11.

[30] Zur Sitzung des Bundeskabinetts vom 31. Juli 1963 vgl. Dok. 258.

Anlaß bestehe, diesen Erfolg (der unbestreitbar sei) als großen Erfolg anzusehen. Man brauche nur daran zu denken, daß ursprünglich tausend, später sieben Kontrollposten verlangt worden seien und nunmehr gar keiner mehr eingerichtet werde.[31] Man könne auch nicht sagen, daß man in ein anderes Gebiet übergewechselt sei. Man müsse an die Mentalität der NATO-Völker denken, und er sei fest davon überzeugt, daß es einige gebe, die mit Freuden jeden Vorwand nähmen, um sich drücken zu können. Wie Mr. Tyler wisse, sei es sehr wahrscheinlich, daß im Herbst nächsten Jahres Wilson britischer Premierminister werde.[32] Natürlich lehre die Erfahrung, daß der Premierminister anders spreche als der Oppositionsführer. Es lasse sich heute aber noch kaum beantworten, wie weit er dabei gehen werde und wie weit von seiner Partei Druck auf ihn ausgeübt werde. Man könne nur hoffen, daß Wilson dann seine Verantwortung spüren werde und daß seine Partei, in der ein gewisser Prozentsatz waschechter Kommunisten sitze, ebenfalls diese Verantwortung spüre.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf Frankreich und de Gaulle zu sprechen. Er habe nie verstanden, warum de Gaulle in Amerika eine so schlechte Presse habe und warum man sogar auf den Gedanken gekommen sei, Deutschland müsse zwischen Amerika und de Gaulle wählen. Er glaube, de Gaulle gut zu kennen, und de Gaulle habe niemals auch nur die geringste Andeutung gemacht, daß er wünsche, daß Amerika Europa verlasse. Mr. Tyler könne ihm glauben, daß de Gaulle sich voll der Tatsache bewußt sei, daß Europa ohne Hilfe Amerikas gegen das nuklear ungeheuer bewaffnete Rußland verloren sei. De Gaulle erkläre lediglich eines, daß es nämlich möglich sei, daß Amerika bei einer Zuspitzung der Lage diese zu sehr unter dem rein amerikanischen Gesichtspunkt und nicht so sehr unter dem europäischen oder gemeinsamen Gesichtspunkt beurteile. Das äußere sich schon darin, daß die Europäer überzeugt seien, daß die europäischen Länder zuerst angegriffen würden, während er neulich mit einem Amerikaner gesprochen habe, der genauso davon überzeugt sei, daß Amerika zuerst angegriffen würde. Wenn jeder natürlich glaube, daß er zuerst angegriffen würde, ergäben sich daraus Unterschiede in der Betrachtungsweise.

Mr. *Tyler* warf ein, wahrscheinlich würden alle zusammen zuerst angegriffen.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, General Heusinger habe ihm einmal gesagt, er sei immer schon gegen Kriegsspiele gewesen, weil man zwar wisse, was man selbst zuerst tun würde, nie aber, was der Gegner dann tun werde.

Der Herr Bundeskanzler faßte dann zusammen, seines Erachtens werde der Vertrag über den Atomversuchsstop die völkerrechtliche Stellung der DDR außerordentlich festigen. Das sei für die Bundesrepublik natürlich ein großes Hindernis, und nicht etwa aus nationalen Empfindungen heraus. Er habe wiederholt darauf hingewiesen, daß er die Wiedervereinigung nicht in erster Linie aus nationalen Gründen wünsche, sondern aus menschlichen Gründen, damit die Bevölkerung Berlins und der Sowjetzone ein menschenwürdiges Leben nach ihren Wünschen führen könnte. Er sei sogar so weit gegangen zu erklären, daß im Falle der Wiedervereinigung Deutschland bereit wäre, auf

[31] Zum Stand der Diskussion hinsichtlich der Anzahl von Bodeninspektionen vgl. Dok. 228, Anm. 4.
[32] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

jede Verstärkung seines militärischen Potentials durch das Gebiet der DDR zu verzichten. Dabei sei er in der deutschen Öffentlichkeit niemals auf irgendwelchen Widerspruch gestoßen. Wenn aber die DDR jetzt völkerrechtlich als Staat erscheine, dann fürchte er auch für die moralische Sicherheit der Bevölkerung Berlins und der Sowjetzone. Er sei mit Präsident Kennedy in Berlin gewesen.[33] Die Gesichter dort und das Rufen der Menschen dort sei ganz anders gewesen als in Bonn, Köln oder Frankfurt. Das bedeute keineswegs, daß Kennedy im freien Teil Deutschlands weniger willkommen gewesen sei. Aus dem, was und wie die Berliner gerufen hätten, und aus den Gesichtern habe die große Sorge herausgeklungen, unter der diese Menschen lebten und die Tatsache, daß sie in Kennedy den unmittelbaren Retter aus dieser Sorge gesehen hätten.

Mr. *Tyler* bestätigte dieses Gefühl und sagte, in den Augen und Gesichtern der Berliner sei etwas gewesen, was nur den Berlinern eigen gewesen sei, ein Anruf ganz besonderer Art.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er sei darauf gar nicht so gefaßt gewesen und hätte eher geglaubt, daß die Berliner nicht so viel Sorge empfänden. Wenn aber jetzt in den Auslegungen und Kommentaren der Presse die Sache so dargestellt würde, daß die DDR völkerrechtlich sich gefestigt habe, würde die Hoffnung der Berliner einen Stoß erhalten.

Mr. *Tyler* erklärte, bei seinem Besuch habe der Präsident den Berlinern und der westdeutschen Bevölkerung klargemacht, daß Amerika das Schicksal der Deutschen und der Amerikaner als identisch und die Sicherheit der Deutschen und der Amerikaner als unlöslich miteinander verbunden betrachte. Vor zwei Tagen habe der Präsident in seiner Rede erklärt, daß kein Anlaß zur Selbstgefälligkeit bestehe und nichts gefährlicher sein könnte, als wenn Amerika und die Alliierten glaubten, der Friede sei schon erreicht und ihre Stärke und Einigkeit sei nicht mehr erforderlich.[34] Er (Tyler) sei mit allem einig, was der Herr Bundeskanzler über die heikle Situation gesagt habe und darüber, daß man sich keinerlei Illusionen hingeben dürfe. Er sei aber sicher, daß der Präsident und die amerikanische Regierung sich dessen voll bewußt seien und genau wüßten, daß ein Fehler möglicherweise nicht wieder gut zu machen sei. Auch hinsichtlich der Auswirkungen auf die Psychologie der NATO gehe er mit dem Herrn Bundeskanzler einig. Das Bündnis stehe entweder zusammen, oder es löse sich ins Nichts auf. Ein Zwischending gebe es nicht. Diesem Aspekt der Situation gelte aber die größte Aufmerksamkeit seiner Regierung, des Präsidenten und des Außenministers.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe die Rede des Präsidenten sehr sorgfältig gelesen, die für jemanden, der etwas von Politik verstehe, überzeugend sei. Man dürfe aber nicht vergessen, daß im Laufe der Zeit die Massen, und dazu zähle er auch die Presse, Hoffnungen nähre, die nicht erfüllt werden könnten. Es könnte sich hier eine Euphorie breit machen, die dann enttäuscht werden müßte. Deswegen komme es auf zwei Punkte an. Erstens müsse die Frage des

[33] Präsident Kennedy hielt sich am 26. Juni 1963 in Berlin (West) auf.

[34] Für den Wortlaut der Radio- und Fernsehansprache vom 26. Juli 1963 vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 601–606.

Status der DDR geklärt werden, und zweitens dürfe man nicht vergessen, daß Amerika unmittelbar vor einem Wahljahr stehe[35], und Wahlen würden bei Demokratien immer verzerrte Bilder ergeben. Deswegen wäre es gut, wenn man darauf achten würde, daß keine übertriebenen Hoffnungen erweckt werden, die dann enttäuscht werden müßten, und daß man nicht dazu beitragen dürfe, daß die NATO-Verpflichtungen auf die leichte Schulter genommen werden.

Mr. *Tyler* warf ein, es dürfe keinen „Geist von Moskau" geben.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, er kenne die russische Taktik. Chruschtschow habe auch Smirnow beauftragt, nun bei der Bundesregierung vorzufühlen, ob die Bundesrepublik nicht zu Verhandlungen bereit sei.[36] Chruschtschow sei sehr klug. Er (der Herr Bundeskanzler) sei der Auffassung, daß Chruschtschow größere Schwierigkeiten habe als je zuvor, und daher meine er, man müsse diese Schwierigkeiten sehr ausnutzen. In der Presse dürfe aber nicht der Eindruck entstehen, als habe Chruschtschow nun nachgegeben und als sei alles eitel Harmonie. Dies wäre schlecht und falsch. Der Herr Bundeskanzler bat Mr. Tyler, Herrn Harriman zu seiner Leistung zu beglückwünschen. Öffentlich wolle er diesen Glückwunsch nicht aussprechen, weil das dann sofort ausgebeutet würde. Man müsse sehr vorsichtig sein. Das Kommuniqué aus dem CDU-Fraktionsvorstand sei wörtlich ein Telegramm, das Herr von Brentano an jemanden geschickt habe, es fehlten nur einige Worte, nämlich „meinen sehr herzlichen Glückwunsch". Diese Worte seien auf Antrag von Herrn von Brentano selbst gestrichen worden.

Staatssekretär *Globke* fragte Mr. Tyler, ob in den Verhandlungen erkennbar gewesen sei, welchen materiellen Inhalt die Russen sich unter einem Nichtangriffspakt vorstellten.

Mr. *Tyler* wies darauf hin, der russische Vorschlag entspreche fast wörtlich dem Entwurf, den die Russen am 20. Februar 1963 in Genf vorgelegt hätten.[37] Sie dächten offensichtlich an eine Erklärung der NATO und des Warschauer Pakts, in der in allgemeinen Formulierungen von dem Verzicht auf die Anwendung von Gewalt und davon gesprochen werde, daß man auch nicht auf Gewalt zurückgreifen werde. Harriman habe Gromyko gesagt, er verstehe eigentlich nicht, was denn ein Nichtangriffspakt den zahlreichen öffentlichen Versicherungen der NATO und einzelner NATO-Mitglieder in den vergangenen Jahren hinzufügen würde. Der Gewaltverzicht sei letztlich ja schon in der Charta der Vereinten Nationen ausgesprochen. Gromyko habe darauf nur erwidert, es wäre nützlich für die internationale Entspannung und würde der Sache des Friedens dienen. Es sei also klar, daß die Sowjets einen Nichtangriffspakt wollten und dabei von der Theorie ausgingen, daß damit die Lösung der Probleme in Europa erleichtert, eine internationale Entspannung herbeigeführt und der Sache des Friedens gedient werde. Der Westen habe immer erklärt, ein Nichtangriffspakt müsse, um realistisch zu sein, eine Lösung der echten Probleme wie Deutschland- und Berlinfrage umfassen.

[35] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[36] Vgl. dazu Dok. 155 und Dok. 200.

[37] Vgl. dazu Dok. 117, Anm. 12; weiter Dok. 256.

Der Herr *Bundeskanzler* las dann aus dem bereits erwähnten Prawda-Artikel folgenden Absatz vor: „Es müssen unmittelbar die erstrangigen Maßnahmen verwirklicht werden, und zwar der Abschluß eines Nichtangriffspakts zwischen den Teilnehmerstaaten der NATO und des Warschauer Vertrages, das Einfrieren oder – besser gesagt – die Reduzierung der Militärbudgets der Staaten, die Durchführung von Maßnahmen zur Verhinderung eines plötzlichen Überfalls, die Verminderung der ausländischen Truppen in der Bundesrepublik und der DDR sowie die Entsendung sowjetischer Vertreter zu den Truppen der Westmächte in der BRD im Austausch gegen die Entsendung deren Vertreter zu den sowjetischen Truppen, die in der DDR stationiert sind. Es ist unbestreitbar, daß die Verwirklichung dieser Maßnahmen erreicht werden kann. Es liegt nur daran, daß die Menschen sich eng im Kampf zusammenschließen, die Kriegsverbrecher zügeln und ihnen ihren Willen zum Frieden aufzwingen."

Mr. *Tyler* bemerkte, Gromyko habe alle diese Maßnahmen ebenfalls erwähnt, doch sei kein formulierter Vorschlag auf den Tisch gelegt worden.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, Gromyko verwende jetzt die Prawda zu diesem Zweck. Er fragte dann, wie Mr. Tyler denn Herrn Chruschtschow gefunden habe.

Mr. *Tyler* erwiderte: „Glänzend!" Dies gelte sowohl für seine körperliche Verfassung als auch für die Art und Weise, wie sich Chruschtschow gegeben habe. Er sei bei dem Empfang für Kadar im Kreml[38] zugegen gewesen, und Chruschtschow habe sich königlich amüsiert und gelacht und habe eine glänzende Stimmung ausgestrahlt. Er schien auch körperlich in bester Verfassung zu sein.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob Mr. Tyler auch Herrn Mikojan getroffen habe.

Mr. Tyler bejahte dies und sagte, er habe dabei Mikojan zum ersten Mal kennengelernt. Vorher habe er von Mikojan immer die Vorstellung einer starken Persönlichkeit gehabt und sei deshalb überrascht gewesen, einen kleinen und unscheinbaren Mann zu finden, der in keiner Weise dem sehr lebendigen und kräftigen Bild entsprochen habe, das er sich von Mikojan immer gemacht habe.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er ziehe es vor, mit Mikojan zu verhandeln. Mikojan lüge natürlich, aber das erkenne man und könne man ihm auch sagen. Seit Lenin sei Mikojan ja Minister und habe alles überstanden.[39] In diesem Zusammenhang sagte der Herr Bundeskanzler, Lenin habe den Russen immer empfohlen, gute Beziehungen mit Deutschland zu haben. Deswegen spreche ja Chruschtschow auch davon, daß die russischen Schätze und der deutsche Genius zusammenarbeiten sollten.

[38] Vom 10. bis 22. Juli 1963 hielt sich eine ungarische Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung des Ministerpräsidenten Kadar in der UdSSR auf. Für das Kommuniqué vgl. PRAVDA, Nr. 204 vom 23. Juli 1963, S. 1 f.

[39] Anastas I. Mikojan leitete 1926–1946 als Volkskommissar und 1946–1955 als Minister verschiedene Ressorts in der Unionsregierung (besonders Binnen- und Außenhandel).

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf das neuliche Osthandelsgespräch mit Vertretern der deutschen Industrie[40] zu sprechen. Im allgemeinen sei er mit der Einstellung dieser Leute zufrieden, denn sie erkennten an, daß jede Lieferung nach Osten auch ein politisches Faktum sei, und wollten sehr sorgfältig mit der Bundesregierung zusammenarbeiten. Die Bundesregierung dränge keineswegs auf einen Ausbau des Osthandels. Er habe immer geglaubt, die Russen hätten kein Gold, doch sei Herr Abs einer anderen Auffassung und habe erklärt, die Russen gäben auch viel Gold aus. Es sei natürlich wichtig festzustellen, ob das stimme, denn mit Gold könnten die Russen viel bezahlen, was sie mit ihren Produkten, die ohnehin keiner wolle, nicht könnten.

Das Gespräch endete um 11.30 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/9

253

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1334/63 geheim **30. Juli 1963**

Der britische Botschafter[1] suchte mich heute auf seinen Wunsch auf und trug folgendes vor:

1) Zu unserem Aide-mémoire vom 26. Juli 1963, betreffend einen etwaigen Beitritt der SBZ zu dem nuklearen Versuchsstopp-Abkommen[2]:

Die englische Regierung werde alles vermeiden, was als Anerkennung der SBZ angesehen werden könnte. Der WEU-Beschluß vom Oktober 1962 sei allerdings wohl nicht in jeder Hinsicht einschlägig, weil im vorliegenden Abkommen zum ersten Mal vorgesehen sei, daß drei Mächte als Depositarmächte fungieren sollten.[3] Der Komplex würde daher weiter geprüft werden, und wir würden in Kürze eine zusätzliche Antwort erhalten.[4] Als vorläufige Antwort übergab mir der Botschafter das beigefügte Aide-mémoire vom 30. Juli 1963.[5]

2) Der Botschafter erklärte weiter, daß Lord Home sehr daran interessiert sei, mit uns in engem Kontakt sowohl in den prozeduralen Fragen wie in den Fragen der Substanz zu bleiben. Er werde in Moskau nur exploratorische Gespräche führen, wenn er zur Unterzeichnung des Abkommens dort hinfahre. Er

[40] Vgl. Dok. 232.

[1] Frank K. Roberts.

[2] Vgl. dazu Dok. 239, Anm. 7.

[3] Zur Regelung der Frage der Depositarmächte vgl. auch Dok. 252, Anm. 16.

[4] Zur britischen Erklärung vom 3. August 1963 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

[5] Dem Vorgang nicht beigefügt. Für den Wortlaut vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436.

werde sich in keiner Weise binden, sondern nur zu erkunden suchen, was die Sowjets planten. Er sei besonders daran interessiert, mit uns eine enge bilaterale Konsultation durchzuführen.

3) Die Unterredung unter vier Augen, die zwischen Chruschtschow und Lord Hailsham stattgefunden habe, habe eineinhalb Stunden gedauert. Bemerkenswert sei dabei gewesen, daß Chruschtschow dabei erklärt habe, die Abrüstungsfrage hinge von der Lösung der Deutschlandfrage ab, doch habe er nicht den Versuch gemacht, das Atomteststopp-Abkommen mit der deutschen Frage in Verbindung zu bringen.

Chruschtschow habe weiter erklärt, die Sowjetunion werde nicht den freien Verkehr nach Westberlin beeinträchtigen, und sie wolle auch nicht in die inneren Angelegenheiten Westberlins eingreifen.

4) Was den weiteren Gang der Verhandlungen betreffe, so sei die britische Regierung der Meinung, daß man als nächstes Thema die Frage der Nichtverbreitung nuklearer Waffen[6] aufnehmen solle. Die Sowjets würden das Nichtangriffsabkommen in den Vordergrund schieben. Das sei aber nach englischer Auffassung nicht ein Thema, welches sich für die Fortsetzung der bisherigen Gespräche in der nächsten Zukunft eigne.

5) Der Botschafter betonte abschließend, daß die englische Regierung das geschlossene Abkommen in keiner Weise überbewerte. Insbesondere könne keine Rede davon sein, daß durch dieses Abkommen eine entscheidende Veränderung in der Ost-West-Situation eingetreten sei.

6) Ich benutzte die Gelegenheit, um den Botschafter mit der Bitte um Weiterleitung an seine Regierung in großen Zügen von dem Schreiben des Herrn Ministers an Rusk vom 29. Juli 1963[7] zu unterrichten. Ich erklärte, der Herr Minister habe gebeten, das Abkommen nach Möglichkeit durch ein Zusatzprotokoll zu ergänzen, durch das klargestellt würde, daß durch den Beitritt von Gebieten, die nicht allgemein als Staaten anerkannt seien, Vertragsbeziehungen nur zu solchen Vertragspartnern entstünden, die sie als Staaten anerkannt hätten.

Der Herr Minister habe die Amerikaner ferner gebeten, eine solche Erklärung gegenüber allen Staaten der Welt, die die SBZ nicht anerkannt hätten, abzugeben.

Wir befürchteten, daß andernfalls durch den vorbehaltlosen Beitritt dritter Staaten Vertragsbeziehungen zur SBZ und damit eine Anerkennungswirkung ihr gegenüber entstehen könnten.

Ich fragte den Botschafter ferner, ob für den Beitritt die Hinterlegung bei nur einer Depositarmacht oder bei allen dreien erforderlich sei. Der Botschafter antwortete, seiner Meinung nach genüge das erstere. Er werde aber in London anfragen.

Schließlich fragte ich den Botschafter, wie die britische Regierung sich ver-

[6] Vgl. dazu Dok. 240, Anm. 26.
[7] Vgl. Dok. 244.

halten würde, falls die SBZ auf der in Art. 2 vorgesehenen Konferenz[8] erscheinen sollte. Der Botschafter antwortete, er glaube, man werde die Zone an einen Nebentisch verweisen; aber auch diese Frage werde er London vorlegen.

Hiermit dem Herrn Minister[9] vorgelegt.

Carstens

Ministerbüro, VS-Bd. 8498

254

Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1333/63 geheim **30. Juli 1963[1]**
Fernschreiben Nr. 2053 Plurex
Citissime

Nur für Botschafter.
Vorerst nur zur eigenen Unterrichtung.

Betr.: Nukleares Versuchsstopp-Abkommen

1) Wir haben die Amerikaner gebeten, dem Abkommen möglichst ein Interpretationsprotokoll hinzuzufügen, das dem Sinn nach bestimmen sollte: Eine Ratifizierung des Abkommens oder der Beitritt zu ihm durch Gebiete, die nicht allgemein als Staaten anerkannt sind, erzeugen Vertragsbeziehungen nur zu solchen Vertragsstaaten, die die Gebiete als Staaten anerkannt haben.

Wir haben gleichfalls darum gebeten, daß die Amerikaner eine solche interpretierende Erklärung allen Regierungen der Welt mit Ausnahme derer, die diplomatische Beziehungen zur Zone unterhalten, zugehen lassen.[2] Dieser Wunsch entspringt unserer Sorge, daß andernfalls durch einen vorbehaltlosen Beitritt dritter Staaten, vor allem der neutralen, eine Vertragsbeziehung und damit eine Anerkennungswirkung zwischen ihnen und der Zone entstehen könnte[3], wenn auch die Zone[4] durch eine Beitrittserklärung gegenüber Moskau beitritt.

[8] Zu Artikel 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 11.

[9] Hat Bundesminister Schröder am 31. Juli 1963 vorgelegen.

[1] Drahterlaß an die Botschaften in Washington, London, Paris, Moskau und Rom sowie an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris.
Ein Durchdruck hat Bundesminister Schröder vorgelegen. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Vgl. dazu Dok. 244.

[3] Der Passus „zwischen ihnen ... könnte" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „gegenüber der Zone entsteht".

[4] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „und sei es nur".

2) Ich habe den britischen Botschafter[5] heute von der den Amerikanern gegenüber ausgesprochenen Bitte unterrichtet[6] und durch ihn an die britische Regierung die gleiche Bitte gerichtet.

3) Tyler, der mir heute mündlich berichtete, habe ich gefragt, ob für einen wirksamen Beitritt die Hinterlegung bei allen drei oder bei nur einer Depositarmacht erforderlich und ausreichend sei. Er konnte diese Frage nicht eindeutig beantworten.[7]

Ich habe daraufhin erklärt, man solle sich doch auf den Standpunkt stellen, daß ein wirksamer Beitritt nur durch Beitrittserklärungen gegenüber allen Depositarmächten möglich sei. Eine Beitrittserklärung gegenüber nur einer Depositarmacht würde eine einseitige Bindung des Erklärenden gegenüber dieser und keine Vertragsbeziehungen zu den anderen Vertragspartnern bewirken.

Tyler bezeichnete diesen Gedanken als gut, wollte und konnte sich aber offenbar in diesem Sinne nicht festlegen.

4) Ich habe sodann an Tyler wie an den britischen Botschafter die Frage gerichtet, wie sich ihre Regierungen verhalten würden, falls die SBZ auf der in Artikel 2 vorgesehenen Konferenz[8] aller Vertragsparteien erscheine. Tyler meinte, die amerikanische Regierung würde sich auf den Standpunkt stellen, daß die SBZ nicht zugelassen werden dürfe, behielt sich aber auch insoweit eine endgültige Antwort vor.

5) Die innerdeutsche Diskussion konzentriert sich mehr und mehr auf diesen Aspekt des Abkommens. Das Kabinett wird sich morgen mit dem Komplex befassen.[9]

Sie sollten in dortigen Gesprächen weiterhin eine positive Grundeinstellung zu dem Abkommen zu erkennen geben. Auf eine etwaige Frage, ob wir beitreten würden, sollten Sie antworten, dies hinge weitgehend von der Klärung der Nichtanerkennungsfrage ab. Wir stünden hierüber in engstem Meinungsaustausch mit der amerikanischen und englischen Regierung.

Carstens[10]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436

[5] Frank K. Roberts.

[6] Vgl. Dok. 253.

[7] Vgl. dazu Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291; B 150, Aktenkopien 1963. Für einen Auszug aus der Unterredung vgl. Dok. 252, Anm. 16, und Dok. 292, Anm. 10.

[8] Zu Artikel 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 11.

[9] Vgl. dazu weiter Dok. 258.

[10] Paraphe vom 30. Juli 1963.

255

Gesandter Thierfelder, London, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-5448/63 geheim **Aufgabe: 30. Juli 1963, 18.55 Uhr**
Fernschreiben Nr. 667 **Ankunft: 30. Juli 1963, 19.30 Uhr**

Bezug: Drahterlaß Nr. 2482 vom 26. 7.[1]

Ich hatte heute einen weiteren Gedankenaustausch mit Lord Hood, bei dem ich den Inhalt des Bezugserlasses verwertete.

Ergebnis:

1) Lord Hood sagte mir, auf das am 26. d. M. von Herrn Minister dem britischen Botschafter in Bonn übergebene Aide-mémoire[2] sei Sir Frank Roberts eine seiner Meinung nach uns befriedigende Instruktion zugegangen, die Sir Frank in Bonn wahrscheinlich bereits übergeben habe.[3] Im übrigen würden die durch Art. 3 des Testbann-Abkommens[4] aufgeworfenen Probleme zur Zeit von den Rechtssachverständigen des Foreign Office geprüft. Diese Prüfung stände vor dem Abschluß; das Ergebnis würde der britischen Botschaft in Bonn unverzüglich zu unserer Unterrichtung zugeleitet werden.[5] Lord Hood bestätigte mir auf Frage, daß gemäß Art. 3, Abs. 2 eine Hinterlegung bei einer der drei dort genannten Mächte ausreichend sei. Nach dem Bezugserlaß gehe ich davon aus, daß dies auch unsere Auffassung ist, obwohl nach meiner Meinung der Wortlaut für die Notwendigkeit einer Hinterlegung bei allen drei Mächten spricht. Lord Hood erklärte mir von neuem, daß die britische Regierung nach wie vor alles in ihrer Macht Stehende tun werde, um uns bei der Durchsetzung unseres Standpunktes zu helfen, daß sich bei der Handhabung des Vertrages keine Anerkennung der Sowjetzone einstelle. Er erklärte sich aber für Erörterungen der rechtlichen Zusammenhänge nicht für zuständig und verwies insofern auf die Arbeit der Rechtssachverständigen.

2) Lord Hood meinte, die britische Regierung würde es sehr begrüßen, wenn wir zeichneten und nicht nur beiträten.[6] Natürlich sei unsere Stellung in beiden Fällen die gleiche. Es sei aber ein Anliegen der beiden westlichen Staaten, den Kreis der Unterzeichner so groß wie möglich zu sehen. Hierfür seien optische Gründe maßgebend.

3) Lord Home fliege am Samstag nach Moskau. Der britischen Delegation werde voraussichtlich auch Mr. Heath angehören. Nachdem Rusk sich von Senatoren begleiten lasse, wolle man auch die britische Delegation durch prominente Persönlichkeiten aufwerten. Die Mitnahme einfacher Parlamentarier

[1] Vgl. Dok. 239.

[2] Vgl. dazu Dok. 239, Anm. 7.

[3] Vgl. dazu Dok. 253.

[4] Zu Artikel 3 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

[5] Zur britischen Erklärung vom 3. August 1963 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

[6] Zum Unterschied zwischen Beitritt und Unterzeichnung laut Artikel 3, Ziffer 1 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

komme nicht in Frage, da sie den britischen Gepflogenheiten nicht entspreche. Lord Home werde am Sonntag mit Rusk konferieren, am Montag werde der Vertrag gezeichnet werden. Auf Chruschtschows Anregung seien Gespräche unter den drei Außenministern ins Auge gefaßt, die sicherlich den Montag, vielleicht noch den Dienstag oder Mittwoch dauern könnten.[7] Der Plan einer Reise an das Schwarze Meer sei aufgegeben worden. Nach Abschluß der Gespräche werde der NATO-Rat unverzüglich wie das letzte Mal[8] unterrichtet werden.[9]

4) Die beabsichtigten Gespräche seien ausschließlich exploratorisch. Den Briten sei unklar, aus welchen Gründen Chruschtschow so halsstarrig an dem Plan der Nichtangriffsverpflichtung festhalte. Möglich seien natürlich innenpolitische Gründe, doch habe Lord Hailsham Lord Hood gegenüber die Vermutung geäußert, es könne sich sehr wohl auch darum handeln, daß Chruschtschow die Uneinigkeit unter den westlichen Staaten in diesen Punkten schüren und dann ausnutzen wolle. Vorausgesetzt, daß die Bedingung einer Nichtanerkennung der Sowjetzone eingehalten werde, hätten die Westmächte nichts gegen eine solche Nichtangriffsverpflichtung. Sie hätten aber kein eigenes Interesse hieran. Interessant erschiene ihnen das Problem der Kontrollposten gegen Überraschungsangriffe, wobei diese keinesfalls auf die Bundesrepublik und die Sowjetzone beschränkt bleiben sollten. Auch an dem Verbot der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen bestünde ein eigenes Interesse der Westmächte.[10]

5) Auf das Schreiben von Präsident Kennedy und Premierminister Macmillan an General de Gaulle[11] ist bisher eine Antwort noch nicht eingegangen. Das Foreign Office ist aber darüber unterrichtet, daß sie in Paris vorbereitet wird, man rechnet mit baldigem Eintreffen.[12]

[gez.] Thierfelder

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291

[7] Zu den Gesprächen der Außenminister am 5./6. August 1963 in Moskau vgl. Dok. 282.

[8] Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats am 29. Juli 1963 über die Paraphierung des Teststopp-Abkommens vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 29. Juli 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur Erörterung des Teststopp-Abkommens im NATO-Rat vgl. weiter Dok. 267.

[9] Zur Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats am 6. August 1963 vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 6. August 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

[10] Vgl. dazu auch Dok. 274.

[11] Vgl. dazu Dok. 242.

[12] Zur ablehnenden Antwort des Staatspräsidenten de Gaulle vgl. Dok. 242, Anm. 6.

256

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 8-82.07/3208/63 geheim **30. Juli 1963**[1]

Betr.: Sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffspaktes vom 20. 2. 1963[2]
Bezug: Weisung des Herrn Staatssekretärs vom 25. 7. 63 auf FS Nr. 644 vom 24. 7. 1963 aus Paris (NATO)[3]

Die Sowjetunion hat am 20. 2. 1963 in Genf den Entwurf eines Nichtangriffspaktes vorgelegt (siehe Anlage)[4]. Dieser Entwurf ist mit leichten Änderungen (Zusammenfassung von Artikel 1 + 2), die jedoch nicht den materiellen Inhalt betreffen, erneut in Moskau während der Teststopp-Verhandlungen im Juli 1963 vorgebracht worden.[5]

Vorgeschichte: Der Vorschlag der Sowjetunion ist nicht neu. Bereits am 31. 10. 1955 legte Molotow einen Entwurf vor.[6] Die jetzt vorliegende Fassung folgt weitgehend einem Entwurf, den die Sowjetunion zunächst den drei Westmächten und sodann mit Noten vom 27. 5. 1958 allen Mitgliedern der NATO zur Kenntnis brachte[7] (Siegler, Abrüstung und Sicherheit, Seite 316). Der sowjetische Vorschlag ist nach Beratungen im NATO-Rat von den Mitgliedern der NATO abgelehnt worden. Nachdem es lange Zeit um ihn still geworden war, tauchte der Gedanke in dem Austausch von Botschaften[8] zwischen Kennedy und Chruschtschow nach der Kuba-Krise wieder auf (Kennedy: detente affecting NATO and the Warsaw-Pact; Chruschtschow: regulations between NATO and the States of the Warsaw treaty).

Analyse: Der *Vertragsinhalt* besteht aus einem Angriffs- und Gewaltverzicht, der Verpflichtung zur friedlichen Beilegung aller zwischen den Vertragsstaaten stehenden „Streitfragen" und einer Konsultationsverpflichtung für friedensgefährdende „Situationen". Der Nichtangriffspakt soll zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Paktes abgeschlossen werden.

Der *Anwendungsbereich* ist nicht definiert. Er ergibt sich aus den Begriffen Warschauer-Pakt- und NATO-Pakt-Staaten. Daraus folgt, daß nach sowjetischer Auffassung u. a. Polen einschließlich der Oder-Neiße-Gebiete und die SBZ Vertragsstaaten sind. Berlin und Berlin-Zugänge fallen in den Anwen-

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Leiter des Referats „Abrüstung und Sicherheit", Lahn, und Legationsrat Diesel konzipiert.

[2] Vgl. dazu Dok. 117, Anm. 12.

[3] Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 290; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Dem Vorgang nicht beigefügt. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 57 f.

[5] Vgl. dazu Dok. 236 und Dok. 252.

[6] Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, S. 532–538.

[7] Für den sowjetischen Vorschlag vom 24. Mai 1958 vgl. DzD III/4, S. 1206 f. Vgl. auch DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT VON 1943 BIS 1959, hrsg. von Heinrich Siegler, Bad Godesberg 1960, S. 316 f.

[8] Zum Briefwechsel zwischen Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chruschtschow im Dezember 1962/Januar 1963 vgl. Dok. 92, Anm. 7.

dungsbereich der NATO; nach sowjetischer Auffassung ist Berlin Hauptstadt der „DDR", und die Zufahrtswege gehören zum territorialen Hoheitsgebiet der „DDR".

Stellungnahme: Der Abschluß eines Nichtangriffspaktes würde die Anerkennung der SBZ mit sich bringen.

Der territoriale Besitzstand der UdSSR und Polens in den deutschen Ostgebieten würde weiter konsolidiert.

Die Verteidigungskonzeption der NATO würde ex post in Frage gestellt.

Die Contingency-Planung[9] ist für die Sowjetunion als Angriffshandlung ausdeutbar. Die Aussichten für eine Lösung des Deutschlandproblems im Sinne des westlichen Friedensplans, einer deutschen Wiedervereinigung pari passu mit Sicherheitsvorkehrungen[10], würden verschwinden.

Die Bundesrepublik würde an der Teilung des deutschen Volkes mitwirken.

Der Warschauer Vertrag würde als Herrschaftsinstrument der Sowjetunion über die Satellitenstaaten konsolidiert.

Diese wesentlichen Nachteile werden nicht durch Vorteile aufgehoben. Sie ergeben sich nicht nur aus der Vertragsform, sondern aus Form und Inhalt gleichermaßen. Es ist daher nicht als eine wesentliche Verbesserung des sowjetischen Vorschlages zu betrachten, wenn Chruschtschow am 19. 7. sagte, es komme ihm weniger auf die Form als auf den Inhalt an.[11] Abgesehen davon, daß auch aus vereinbarten einseitigen Erklärungen gleichen Inhalts gewisse Rechtsbeziehungen hergeleitet werden würden, könnte z. B. auch die Tatsache, daß der Regierung der Sowjetzone die Entscheidung über eine so fundamentale Materie wie Krieg und Frieden zugebilligt würde, die Anerkennung ihrer Souveränität bedeuten.

Ein Nichtangriffspakt oder jede andere Art eines Nichtangriffs-Arrangements ist eine Sicherheitsmaßnahme, die nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern nur in Verbindung mit den Spannungen in Mitteleuropa, dem Deutschland- und Berlin-Problem.

Eine Neugestaltung des Verhältnisses zwischen NATO und Warschauer Pakt (mit oder ohne Vertragsform) hätte nur den Schein der Gegenseitigkeit, wenn die sowjetische Politik auf dem Gebiet der Deutschland- und Berlin-Frage einen einseitigen politischen Gewinn davontrüge. Darum wäre eine deutsche Mitwirkung nur dann zu vertreten, wenn auf dem Gebiet der Deutschland- und Berlin-Frage die Gegenseitigkeit hergestellt würde. Der substantielle westliche Entspannungsbeitrag müßte durch einen substantiellen sowjeti-

[9] Planung für die militärische Sicherung des Zugangs nach Berlin (West) im Krisenfall.

[10] Zum Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 54, Anm. 13. Zu seiner Weiterentwicklung vgl. Dok. 69.

[11] Anläßlich des sowjetisch-ungarischen Freundschaftstreffens in Moskau führte Ministerpräsident Chruschtschow am 19. Juli 1963 aus: „Manchmal hört man, daß dem oder jenem im Westen die Form des Nichtangriffspakts nicht zusagt. Nun, wir glauben, daß die Frage der Formulierung eines Nichtangriffspaktes ohne besondere Schwierigkeiten zur gegenseitigen Befriedigung der beiden Parteien gelöst werden könnte. Hier ist nicht nur die Form das wichtigste, sondern der Inhalt. Die Hauptsache besteht darin, daß auch der andere Partner den Wunsch zur Entspannung und zur Beseitigung des ‚Kalten Krieges' zeigt." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 405.

schen Entspannungsbeitrag aufgewogen werden. Er wäre etwa darin zu suchen, daß die Freiheit und Lebensfähigkeit Berlins stabilisiert werden, der freie Zugang verbessert wird und daß die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung nicht verschlechtert werden, sondern im Gegenteil das Problem offen gehalten wird.

Referat II 8 verweist auf die ausführliche Analyse und Stellungnahme des Planungsstabes vom 14. 7. 63 – PL-117/63g 82.05/94.00 –.[12]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[13] vorgelegt.

Krapf

Abteilung II (308/II 8), VS-Bd. 337

257

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara

Z A 5-84.A/63 geheim **31. Juli 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 31. Juli 1963 um 17.45 Uhr den amerikanischen Verteidigungsminister McNamara zu einer Unterredung, bei der außerdem Verteidigungsminister von Hassel, Staatssekretär Globke, Staatssekretär Westrick, Ministerialdirigent Osterheld und der amerikanische Botschafter in Bonn, McGhee, zugegen waren.

Minister *von Hassel* berichtete zunächst kurz über die Gespräche, die bereits stattgefunden hatten. Mit Minister McNamara und Botschafter McGhee habe er an politischen Fragen das Moskauer Abkommen über ein Atomversuchsverbot[2], die multilaterale Streitmacht, die Mittelstreckenraketen (MRBMs) und insbesondere die Kernfrage besprochen, ob das Atomversuchsverbot-Abkommen die Verteidigungsanstrengungen der westlichen Welt verringern oder verstärken müsse.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die Frage sei nicht nur, ob dieses Abkommen die Verteidigungsanstrengungen des Westens verringern oder verstärken

[12] Für die Aufzeichnung vom 14. Juni 1963 vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 337; B 150, Aktenkopien 1963. Für einen Auszug vgl. Dok. 187, Anm. 5.

[13] Hat Staatssekretär Carstens am 31. Juli 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dem H[errn] Minister vorzulegen."
Hat Bundesminister Schröder am 4. August 1963 vorgelegen, der handschriftlich für Carstens vermerkte: „Wir werden diese Gedanken sorgfältig weiter prüfen müssen."
Hat Carstens am 5., Ministerialdirektor Krapf und Ministerialdirigent Reinkemeyer am 6. August 1963 vorgelegen.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 1. August 1963 gefertigt.

[2] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

müsse, sondern vor allem auch, ob dieses Abkommen die Verteidigungsanstrengungen des Westens verringern oder verstärken werde.

Minister *von Hassel* fuhr fort, in größerem Kreise sei am Nachmittag dann das Verteidigungskonzept diskutiert worden.[3] Ohne jetzt in Einzelheiten dieser äußerst schwierigen und vielschichtigen Frage einzugehen, wolle er nur betonen, daß es zu keinem einzigen Punkt im Zusammenhang mit den nuklearen und nichtnuklearen Streitkräften und dem Einsatz bzw. Nichteinsatz atomarer Waffen irgendeine Meinungsverschiedenheit zwischen den Gesprächspartnern gegeben habe. Das Thema werde zur Zeit noch eingehender erörtert, doch wolle er diesen Hauptpunkt schon jetzt betonen. Am folgenden Tage sollten Fragen der Zahlungsbilanz, der Devisenlage und eine Reihe einzelner Punkte im Zusammenhang mit Entwicklung, Forschung und Produktion von Waffen behandelt werden. Zum Thema „Devisenlage" habe Verteidigungsminister McNamara bislang nur erklärt, daß ihm dieses Thema von Präsident Kennedy mit besonderer Dringlichkeit ans Herz gelegt worden sei. Er würde vorschlagen, daß Verteidigungsminister McNamara dem Herrn Bundeskanzler nun selber seine Auffassung zur Ost-West-Konzeption und zu den westlichen Anstrengungen darlege. Persönlich wolle er nur hinzufügen, daß er über die sehr klaren Erklärungen, die er am Nachmittag erhalten habe, äußerst erfreut sei.

Verteidigungsminister *McNamara* legte dann kurz den Zusammenhang dar, in den nach amerikanischer Auffassung das Abkommen über ein Atomversuchsverbot gehöre, sowie einige der Auswirkungen auf die militärischen Streitkräfte. Untersuche man die sowjetischen Handlungen in den vergangenen zwei Jahren, so erweise sich die Richtigkeit dessen, was der Herr Bundeskanzler immer erklärt habe, daß die Sowjets nur die Sprache der Macht verstünden. Die sowjetische Zustimmung zu einem Atomversuchsverbot, die Verringerung des Druckes auf Berlin[4] und die Spaltung zwischen Rußland und Rotchina[5] stünden im Zusammenhang der Verstärkung der westlichen militärischen Macht in den vergangenen 24 Monaten, wobei diese Stärkung insbesondere durch die Bundesrepublik und Amerika erfolgt sei. In diesem Zeitraum habe die Bundeswehr ihre militärische Schlagkraft verdoppelt. Während des gleichen Zeitraums sei die Zahl der strategischen nuklearen Sprengköpfe bei den amerikanischen Streitkräften um 100% gestiegen, so daß heute insgesamt 2400 strategische nukleare Sprengköpfe innerhalb von fünfzehn Minuten abgeschossen werden könnten. Dies stelle eine Sprengkraft dar, die das Zweihundertzwanzigtausendfache der Hiroshima-Bombe betrage. Darüber hinaus seien die taktischen nuklearen Sprengköpfe, die auf europäischem Boden stationiert seien, um 60% vermehrt worden. Die Kampfdivisionen seien um 45% und die taktischen Staffeln um 35% verstärkt worden. Er nenne diese Zahlen, um zu erläutern, welch ungeheure militärische Stärkung der Westen in den

[3] Vgl. dazu auch Dok. 276.

[4] Das Ende der Berlin-Krise kündigte sich durch die Aufnahme amerikanisch-sowjetischer Gespräche über Berlin im September 1961 und die Rücknahme des zweiten Berlin-Ultimatums vom 4. Juni 1961 durch den sowjetischen Ministerpräsidenten an. Vgl. dazu die Rede von Chruschtschow am 17. Oktober 1961 vor dem XXII. Parteitag der KPdSU; DzD IV/7, S. 719–727.

[5] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

vergangenen 24 Monaten erfahren habe. Diese Stärkung setze sich fast ausschließlich aus deutschen und aus amerikanischen Beiträgen zusammen. Nach amerikanischer Auffassung hätten die Sowjets darauf reagiert, als sie den Druck auf Berlin verringert und einem Atomversuchsverbot zugestimmt hätten. Amerika betrachte es als äußerst wichtig, die militärische Macht des Westens nicht zu verringern, sondern sie im Gegenteil weiter auszubauen. In diesem Zusammenhang habe er mit Herrn von Hassel einen Meinungsaustausch pflegen wollen hinsichtlich der zukünftigen Höhe der deutschen und amerikanischen Verteidigungshaushalte und Streitkräfte.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er werde sich erlauben, bei der Darstellung der sowjetischen Situation etwas weiter auszuholen. Der internen Situation in Sowjetrußland versuche er seit 1955 näher zu kommen, nämlich seitdem ihm Chruschtschow in Moskau sehr ernst gesagt habe, daß er nicht in der Lage sei, mit den Vereinigten Staaten und Rotchina fertig zu werden. Chruschtschow habe in diesem Zusammenhang um die Hilfe der Bundesrepublik gebeten. Dieses Gespräch habe in sehr kleinem Kreise stattgefunden. Eine Niederschrift darüber sei nicht gefertigt worden. Das Gespräch sei von Chruschtschow selbst begonnen worden, der sehr ernst gewesen sei. Dieses Gespräch habe ihm (dem Herrn Bundeskanzler) einen tiefen Eindruck gemacht.[6] Chruschtschow habe also schon 1955 erkannt, daß er nicht mit Amerika und Rotchina fertig werde. Die ungeheure Stärkung der militärischen Macht des Westens in den vergangenen zwei Jahren habe damals noch nicht stattgefunden, obschon sie Chruschtschow möglicherweise in sein Kalkül eingestellt habe. Natürlich habe er (der Herr Bundeskanzler) bei diesem Gespräch Chruschtschow klargemacht, daß kein Gedanke daran sein könne, daß die Bundesrepublik den Russen gegen Amerika und Rotchina helfen würde. Zwei Jahre später sei Mikojan in Bonn gewesen[7], und zwischen ihm und Mikojan habe damals ein sehr ausführliches und intimes Gespräch stattgefunden. Dabei habe er Mikojan die Frage gestellt, wie sich nach dessen Ansicht das russisch-chinesische Verhältnis entwickeln werde. Mikojan habe geantwortet, Rußland und Rotchina seien intime Freunde, und Rußland habe gegenüber Rotchina keine Waffen, denn sie würden dort nicht benötigt, vielmehr stünde die ganze russische Militärmacht gegen den Westen. Dem habe er entgegnet, das interessiere ihn nicht, vielmehr habe er von Mikojan wissen wollen, wie er sich die Entwicklung in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren vorstelle. Mikojan habe darauf keine Antwort gegeben. Der Herr Bundeskanzler fügte hinzu, er würde den Amerikanern Herrn Mikojan sehr empfehlen, falls er wieder in irgendwelchen Verhandlungen auftauche, denn man brauche nur zu berücksichtigen, daß Mikojan seit Lenins Zeiten Minister sei und alle übrigen überdauert habe.[8] Mikojan habe die kluge Eigenschaft, sich irgendwohin zurückzuziehen, sobald es brenzlig werde.

[6] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU am 10. September 1955 vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 527 f.

[7] Zum Besuch des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan vom 25. bis 28. April 1958 in Bonn vgl. ADENAUER, Erinnerungen III, S. 380–395. Vgl. auch DzD III/4, S. 1058–1079.

[8] Vgl. dazu Dok. 252, Anm. 39.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, Rußlands Situation stelle sich ihm wie folgt dar: Die Sowjetunion müsse gegen Amerika und den Westen im allgemeinen große Anstrengungen unternehmen, um die gleiche Stärke wie diese[9] zu besitzen. Rußland müsse außerdem gegen Rotchina aufrüsten und darüber hinaus seine eigene Wirtschaft entwickeln. Nach menschlichem Ermessen aber sei Rußland nicht in der Lage, allen drei Aufgaben gleichzeitig gerecht zu werden. Es scheine, daß die Sowjets beschlossen hätten, gegen Rotchina aufzurüsten[10]. Sie hätten ein gigantisches Werk unternommen, indem sie Ostsibirien entwickelten. Ostsibirien umfasse ein Gebiet von 7 Millionen Quadratkilometern, während die Vereinigten Staaten insgesamt 9 Millionen Quadratkilometer ausmachten. Klima und Bodenverhältnisse in Ostsibirien seien schlecht, doch gebe es in Ostsibirien die größten Wasserkraft- und Erzvorkommen. Das ganze Gebiet sei zur Sperrzone erklärt worden. Er habe gerade am Vortage die deutsche Übersetzung eines in Frankreich erschienenen Buches über Ostsibiren[11] erhalten, das er zur Lektüre empfehle. Ein Kraftwerk hätten die Russen höchstwahrscheinlich schon fertig. Insgesamt wollten sie drei solcher Kraftwerke bauen. Sie errichteten außerdem Städte und schafften Menschen zwangsweise nach Ostsibirien, die sich für eine Reihe von Jahren verpflichten müßten. Aus der Tatsache, daß die Sowjetunion dieses gigantische Werk gegen Rotchina begonnen habe, könne man schließen, daß die Sowjets allmählich eine Wendung und einen Frontwechsel zwischen West und Ost vollzögen.

Die interne wirtschaftliche Situation Rußlands sei gekennzeichnet durch eine schlechte Ernte im vergangenen Jahr, die nicht auf die Wetterverhältnisse, sondern auf den Mangel an Arbeitskräften zurückzuführen sei. Diese Arbeitskräfte seien in die Städte gebracht worden, als die Russen mit der Industrialisierung begonnen hätten. Nunmehr würden sie aus den Industriezentren wieder aufs Land zurückgebracht, da die Russen den Boden nicht genügend kultivieren könnten wegen des Mangels an Arbeitskräften und die russische Industrie nicht in der Lage sei, genügend landwirtschaftliche Maschinen zu produzieren, die den Arbeitskräftemangel ausgleichen würden. Der Aufbau der russischen Wirtschaft leide insbesondere unter dem Mangel an Facharbeitern. Im Gegensatz zu den Süditalienern, die innerhalb von drei Monaten von ungelernten Arbeitern zu ziemlich guten[12] Facharbeitern herangebildet werden könnten, seien die Russen nicht wendig genug, und unter diesem Mangel an Facharbeitern leide die sowjetische Industrie und auch die Rüstungsproduktion.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, seit seinem Gespräch mit Chruschtschow im Jahre 1955 habe er sich sehr intensiv mit der internen russischen Entwicklung befaßt und sie genauestens verfolgt. Es sei ihm immer schon klar gewe-

[9] Die Wörter „wie diese" wurden von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt.

[10] Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. In der Vorlage lautete der Passus: „sich gegen Rotchina zu stärken."

[11] Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „China".

[12] Die Wörter „ziemlich guten" wurden von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ziemlichen"

sen, daß der Wendung in der russischen Politik eine Periode massiver sowjetischer Versuche gegenüber dem Westen vorausgehen werde[13]. Vor einigen Monaten habe er zu Mr. McCone gesagt[14], daß eine solche Periode kommen werde, weil Chruschtschow, wenn er an eine Wendung denke, gegenüber seinen eigenen Leuten das Gesicht wahren müsse und infolgedessen versuchen werde, so viel wie möglich vom Westen zu bekommen, ehe er die Wendung gegen Rotchina vollziehe. McCone habe ihm geantwortet, ihm scheine, als habe diese Periode bereits begonnen, weil der Ton der Russen gegenüber Amerika noch nie so unverschämt gewesen sei wie jetzt. Chruschtschows Verhalten gegenüber dem Westen und auch gegenüber Mr. Harriman scheine ihm darauf hinzudeuten, daß Chruschtschow so viel wie möglich vom Westen einkassieren wolle. Ganz offen wolle er sagen, daß er nicht den Eindruck habe, als sei das Moskauer Abkommen ein großer Erfolg für Amerika. Er persönlich habe große Bedenken. Er könne nur größte Vorsicht empfehlen, denn ein Tier, das in Bedrängnis komme, sei gerade dann[15] am gefährlichsten. Der Herr Bundeskanzler verwies dann auf einen Artikel in der Deutschen Zeitung, der unter dem Titel stehe, „Vorteile für die Sowjets – größere militärische Unsicherheit". Es handle sich bei diesem Artikel um eine Zusammenstellung nichtdeutscher Militärs zu der Frage der militärischen Sicherheit. Auch aus diesem Grund empfehle er die größtmögliche Vorsicht, insbesondere hinsichtlich weiterer Verhandlungen. Wenn ein Gegner anfange, eine Wendung zu vollziehen, dürfe man keine Eile zeigen. Vor kurzem habe ihm ein deutscher Geschäftsmann in anderem Zusammenhang erzählt, daß einer seiner Konkurrenten einmal zu ihm gekommen sei und erklärt habe, er sei bereit, sein Geschäft aufzukaufen und wolle den Preis wissen. Von diesem Augenblick habe dieser Geschäftsmann gewußt, daß dieser Konkurrent bankrott gewesen sei. Man müsse also sehr vorsichtig sein und in aller Ruhe abwarten. Man warte nun schon seit 1945. Jetzt schreibe man das Jahr 1963, und es scheine, als würden die Russen allmählich reif. Dann aber dürfe man keine Hast zeigen, denn sonst würde der Preis zu hoch. Der Preis müsse noch billiger werden. Er wolle hinzufügen, daß er dafür sei, daß die Russen sich wirtschaftlich entwickeln, damit sie satt werden können. Dann seien sie nicht gefährlich und könnten einen Schutz gegen Rotchina darstellen. Man dürfe dabei aber nicht zu schnell vorgehen.

Verteidigungsminister *McNamara* stimmte der Beurteilung des Herrn Bundeskanzlers zu. Ihm scheine, daß man zweierlei Dinge gleichzeitig tun müsse. Man müsse einerseits vorsichtig das Gespräch im Gang halten und versuchen, die Spaltung zwischen Rußland und Rotchina noch zu vertiefen. Gleichzeitig aber müsse man militärisch sehr auf der Hut sein und die militärische Kraft noch erhöhen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, der Westen müsse stark sein und dürfe in

[13] Die Wörter „vorausgehen werde" wurden von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „vorausgehe".

[14] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Direktor der CIA am 6. Mai 1963 vgl. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/62.

[15] Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt.

seinen Bemühungen nicht nachlassen. Man solle auch verhandeln, aber so, daß ein gutes Ergebnis herauskomme, selbst wenn es etwas länger dauere.

Verteidigungsminister *McNamara* wies darauf hin, Amerika glaube, daß das Abkommen über ein Atomversuchsverbot sehr im Interesse des Westens liege, weil dadurch ein weiterer Keil zwischen Rußland und Rotchina getrieben werde. Die amerikanische Regierung hoffe daher, daß die Bundesrepublik diesen Vertrag unterstützen und sich ihm anschließen werde. Genau wie der Herr Bundeskanzler glaube auch die amerikanische Regierung, daß man weiterhin vorsichtig das Gespräch im Gang halten sollte. Die militärische Stärke müsse jedoch nicht nur aufrechterhalten, sondern noch vergrößert werden, denn genau dadurch werde erreicht, daß Verhandlungen für den Westen vorteilhafter verliefen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, durch das Moskauer Abkommen werde doch nur erreicht, daß die Partner in ihren Bemühungen nachließen.

Mr. *McNamara* warf ein, das gelte aber keineswegs für die Bundesrepublik.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, Norwegen, Belgien und Italien hätten ihre Dienstzeit schon verringert.[16] Er fragte, ob Herr McNamara denn glaube, daß man bei Demokratien eine Verstärkung des Aufbaus (und dazu gehöre auch die Dienstzeit) erreichen könne, wenn gleichzeitig das Abkommen als der Anfang einer neuen Ära dargestellt werde, in die die Welt eintrete. Man werde ja die Reaktionen der Parlamente sehen.

Verteidigungsminister *McNamara* erwiderte, die amerikanische Regierung sei nicht der Auffassung, daß dieser Vertrag den Anfang einer neuen Ära bedeute. Vielmehr sei dieser Vertrag lediglich ein Schritt auf dem Wege zur stärkeren Spaltung zwischen Rußland und Rotchina und liege daher im Interesse des Westens. Die Verringerung der Dienstzeit, die Amerika genauso bedauere wie der Herr Bundeskanzler, laufe dem Interesse des Westens zuwider, doch seien diese Entscheidungen in den genannten Ländern schon vor Unterzeichnung des Moskauer Vertrages getroffen worden und stünden daher zu dem Vertrag in keinem Zusammenhang. Drittens sei zu sagen, daß, so sehr Amerika all dies bedauere, er doch glaube, daß der Herr Bundeskanzler mit ihm der Meinung sei, daß die Verteidigung des Westens stärker auf den Schultern Deutschlands und Amerikas als auf den Schultern der anderen NATO-Länder ruhe. Solange diese beiden Staaten stark seien, solange die Bundesrepublik ihr Verteidigungsbudget erhöhe, solange Amerika weiterhin seine Streitkräfte in Westeuropa stationiere und seine intensiven Bemühungen fortsetze, könnten diese beiden Staaten den übrigen Westen mit sich reißen.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, Herr McNamara habe sicherlich Recht, daß die Verringerung der Dienstzeit nicht ein Ergebnis des Moskauer Vertrages sei, denn die Entscheidungen seien früher getroffen worden. Er habe dieses Beispiel nur benutzt, um zu veranschaulichen, daß die Sattheit der Völker Europas wieder die Oberhand über den Widerstandswillen gewinne. Er fürchte, daß diese Sattheit durch den Vertrag über ein Atomversuchsverbot noch gestärkt werde. Er wolle Herrn McNamara auch sagen, warum er so unruhig sei.

[16] Zur Verkürzung der Dauer der Wehrpflicht in Norwegen und Italien vgl. Dok. 216, Anm. 36. Zur Dienstzeit in Belgien vgl. Dok. 237, Anm. 18.

Seine Sorge rühre daher, weil durch diesen Vertrag man zu einem Zustand gelangen könne, bei dem die SBZ als Staat anerkannt werde. Im Vertrag selbst werde von „Staaten" gesprochen.[17] Er habe gerade in einem Brief von Herrn Rusk gelesen, der Ausdruck „Staaten" sei gewählt worden, weil er der am wenigsten deutliche Ausdruck sei.[18] Er aber sei der Meinung, daß der Ausdruck „Staat" der deutlichste Ausdruck sei, den das Völkerrecht überhaupt kenne. Herr Ulbricht habe am Vormittag bereits erklärt, daß die Sowjetzone dem Vertrag beitreten werde.[19] Dazu sei es nach dem Vertrag ja auch nur nötig, den Beitritt einer der Verwahrregierungen zu notifizieren.[20] Das werde für die Sowjetzone natürlich Rußland sein. Auch andere Staaten (Dänemark[21], Schweiz[22], Schweden[23]) hätten bereits ihre Beitrittsabsicht erklärt. Zweifellos werde dem Vertrag eine ganze Reihe von Staaten beitreten. Er habe gestern schon Herrn Tyler gesagt[24], daß seine Befürchtung darin bestehe, daß ja ein Drittel der Vertragsparteien die Einberufung einer Konferenz verlangen könne und die Konferenz dann einberufen werden müsse.[25] Sitze dann Herr Ulbricht auf der einen und der Vertreter der Bundesrepublik auf der anderen Seite, so entstehe bei den Deutschen der Eindruck, daß die Sowjetzone anerkannt worden sei. Dann aber löse sich der ganze Effekt des Berlinbesuchs von Präsident Kennedy[26] in nichts auf. Er sehe schon eine außerordentlich große Gefahr, wenn auch nur der Eindruck vermittelt werde, als sei die Sowjetzone völkerrechtlich anerkannt. Als Ergebnis dieses Vertrages sei die Zone tatsächlich auch anerkannt. Man könne ihm mit juristischen Gutachten kommen, so viel man wolle, es könne kaum ein Zweifel daran bestehen, daß alle Vertragsparteien anerkannt seien. Das aber gebe einen Ruck in Deutschland und versetze dem Vertrauen der Deutschen einen Stoß. Er könne dies gar nicht deutlich genug sagen. Er bedauere, so deutlich werden zu müssen, halte es aber für seine Pflicht, weil hierdurch eventuell alles bisher an Widerstandskraft gegen die Sowjetunion in der Berlinfrage und in der Sowjetzone Erreichte sich ins Nichts auflösen könnte. Das sei seine äußerst ernste Sorge. Gerade aus diesem Grunde zögere er, die Bereitschaft der Bundesrepublik zum Beitritt zu diesem Vertrag auszusprechen. Dies sei eine Frage von eminenter Bedeutung.

17 Zu Artikel 3, Ziffer 1 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

18 Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Rusk vom 30. Juli 1963 vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291.

19 Für den Wortlaut der Erklärung vom 31. Juli 1963 vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 208 vom 1. August 1963, S. 3.

20 Zu Artikel 3, Ziffer 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.
Vgl. dazu auch Dok. 252, Anm. 16.

21 Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Steg, Kopenhagen, vom 31. Juli 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

22 Laut Bericht des Legationsrats Hansen, Bern, vom 2. August 1963 wurde die Schweiz am 29. Juli 1963 von amerikanischer und britischer Seite aufgefordert, dem Teststopp-Abkommen beizutreten. In dieser Angelegenheit sei jedoch noch keine Entscheidung getroffen worden. Vgl. dazu Referat II 8, Bd. 18.

23 Zur positiven schwedischen Haltung zum Teststopp-Abkommen vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters Granow, Stockholm, vom 26. Juli 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

24 Vgl. Dok. 252.

25 Zu Artikel 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 11.

26 Präsident Kennedy besuchte am 26. Juni 1963 Berlin (West).

Verteidigungsminister *McNamara* sagte, seines Erachtens hänge die Frage, ob die von dem Herrn Bundeskanzler befürchtete Wirkung eintrete, teilweise von der Art und Weise ab, wie die Bundesrepublik und Amerika der Welt heute gegenüberträten. Völkerrechtlich bedeute der Moskauer Vertrag nicht die Anerkennung der DDR. Amerika habe Herrn Chruschtschow ganz kategorisch klargemacht, daß es eine Anerkennung der DDR und jede Handlung ablehne, die einer Anerkennung auch nur nahekäme. Amerika werde auch Rotchina nicht anerkennen, gleichgültig, ob Rotchina dem Vertrag beitrete oder nicht. In der gleichen Weise hätten die Sowjets klargemacht, daß sie die Frage Formosa im selben Lichte sehen und ein möglicher Beitritt Formosas zum Vertrag für die Russen keine Anerkennung Formosas bedeute.[27] Jeder der Unterzeichnerstaaten müsse der Welt ganz klarmachen, daß diese Handlung keine Anerkennung der DDR bedeute. Durch ihr Verhalten gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit und der ganzen Welt habe die amerikanische Regierung klar zu erkennen gegeben, daß eine Unterzeichnung des Vertrages keine Anerkennung mit sich bringe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, Gott möge geben, daß Herr McNamara Recht habe. Die Frage werde in der Bundesrepublik äußerst sorgfältig mit dem Ziel geprüft, wenn irgend möglich, sich der Auffassung McNamaras anzuschließen. Er habe aber die größten Zweifel. Am Vortage habe er Herrn Tyler die Frage gestellt, was Amerika denn tun werde, falls eine solche Konferenz einberufen werde. Ob Amerika denn eine Teilnahme der Sowjetzone zulassen werde? Dies sei doch ganz klar eine völkerrechtliche Handlung. Man könne aber keine völkerrechtliche Handlung vollziehen und gleichzeitig erklären, es handle sich dabei um gar keine völkerrechtliche Handlung. Der Herr Bundeskanzler bat Verteidigungsminister McNamara, ihm zu glauben, daß ihm die gesamte Lage die größten Kopfschmerzen bereite. Er müsse hinzufügen, daß die Bundesrepublik vorher überhaupt nicht konsultiert worden sei. Sie sei lediglich nach Paraphierung des Vertrages unterrichtet worden.[28] Ein solches Verfahren sei natürlich nicht geeignet, die Vertragsfreudigkeit zu erhöhen. Als das Auswärtige Amt auf diese Probleme hingewiesen habe, habe das State Department einfach erklärt, der Vertrag könne nun nicht mehr geändert werden.[29] So sei die Lage. Die ganze Sache sei der Bundesregierung serviert worden unter dem Motto „Vogel friß oder stirb". Er könne nur wiederholen, daß dies nicht geeignet sei, bei der Bundesrepublik Freude hervorzurufen, wo es doch für Deutschland um eine Frage des Seins oder Nichtseins gehe. Er bitte McNamara, seine Erregung zu verstehen, die echt sei. Seit Montag prüfe er diese Dinge und habe sofort gesagt, man müsse sehr vorsichtig sein. Im CDU-Fraktionsvorstand habe eine sehr große Mehrheit diese Auffassung sofort anerkannt und geteilt.[30] Falls die Bundesrepublik beitreten wolle, müsse der Bundestag den Beitritt ratifizieren, und er wisse nicht, ob sich dort eine Mehr-

[27] Vgl. dazu auch Dok. 252, Anm. 16.

[28] Zur Unterrichtung der Bundesregierung vgl. Dok. 241, Anm. 8.

[29] Zu den Äußerungen des Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Bundy, gegenüber dem Gesandten von Lilienfeld vgl. Dok. 234, Anm. 5.

[30] Zur Sitzung des Vorstands der CDU/CSU-Fraktion am 29. Juli 1963 vgl. Dok. 252, Anm. 18.

heit finden lasse. Er bezweifle es aber. Diese ganze Angelegenheit sei äußerst unangenehm. Zu dem Artikel in der Deutschen Zeitung könne er nicht Stellung nehmen, da er nicht sachverständig sei, er könne nur betonen, daß die Militärs laut diesem Artikel unterstrichen, daß der Vertrag für die Entwicklung einer amerikanischen Gegenrakete hinderlich sei. Vor einiger Zeit sei ihm erklärt worden, die Sowjets seien den Amerikanern in der Entwicklung der Gegenrakete überlegen. Die Überprüfung dieser Nachricht habe allerdings noch nicht abgeschlossen werden können.

Verteidigungsminister *McNamara* sagte, er habe den Artikel in der Deutschen Zeitung natürlich noch nicht gelesen und könne daher konkret noch nicht Stellung nehmen. Er wolle jedoch ganz klarmachen, daß die Sowjets den Amerikanern bei der Entwicklung einer Gegenrakete nicht voraus seien. Amerika habe auf einer Pazifikinsel eine Station mit Gegenraketen eingerichtet, und von dort aus seien bereits Raketen erfolgreich abgefangen worden, die an der kalifornischen Küste abgefeuert worden und über eine Entfernung von drei- bis viertausend Kilometern geflogen seien. Es könne gar keine Frage geben, daß Amerika ein wirksames System entwickelt habe, das interkontinentale Raketen abfangen könne. Das Problem für die Amerikaner (und er sei gar nicht sicher, daß die Sowjets diesen Punkt überhaupt schon erreicht hätten) liege darin, daß die Offensive ihre Taktik so modifizieren könne, daß dadurch das Raketenabwehrsystem saturiert werde. Dies könne z. B. durch die Verwendung von Pseudoraketen geschehen, so wie Amerika sie in seinen eigenen Offensivwaffen bereits aufgenommen habe. Es gebe auch noch andere derartig technische Möglichkeiten. Das Problem einer größeren Wirksamkeit der Gegenrakete stehe aber keineswegs im Zusammenhang mit dem nuklearen Sprengkopf. Vielmehr müsse die Radartechnik entsprechend verfeinert werden, damit scharfe Raketen von Pseudoraketen durch die Radargeräte getrennt werden könnten. Die Zerstörungskapazität der nuklearen Sprengköpfe in den Raketen sei absolut ausreichend. Schwierig sei lediglich die Frage, daß man ja wissen müsse, welche Ziele man anvisieren müsse. Das aber hänge vom Radarsystem ab, und die Radartechnik sei der Schlüssel zum Erfolg. Amerika bedürfe keiner weiteren Versuche in der Atmosphäre, um die Gegenrakete einsatzfähig zu machen. Seine persönliche Meinung, die von vielen Wissenschaftlern in Amerika geteilt werde, sei die, daß außer den zahlreichen Vorteilen eines Vertrages über einen Atomversuchsstopp, insbesondere im Verhältnis zu Rotchina, der Abschluß dieses Vertrages zum jetzigen Zeitpunkt den Amerikanern einen technischen Vorsprung auf dem nuklearen Gebiet sichere, den die Sowjets nicht einholen könnten. Zu diesem Ergebnis sei er nach genauem Studium der vergleichsweisen sowjetischen nuklearen Stärke gekommen.

Verteidigungsminister McNamara betonte, Präsident Kennedy habe die ganze amerikanische Außenpolitik in einem einzigen Satz zusammengefaßt, den er sich zu wiederholen erlaube, weil er die Frage des Herrn Bundeskanzlers über Sein oder Nichtsein beantworte. Präsident Kennedy habe erklärt, Amerika werde seine Städte riskieren, um die deutschen Städte zu retten: Es werde dies nicht nur tun, weil Deutschland Verbündeter sei, sondern in Erkenntnis der Tatsache, daß Amerikas Sicherheit von der Sicherheit Deutschlands ab-

hänge.[31] Amerika werde keine Handlung vollziehen, die auch nur in die Nähe einer Anerkennung der SBZ komme, weil dadurch die Kraft Westdeutschlands geschwächt würde und Amerika damit selbst Schaden litte.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er sei für die technischen Informationen sehr dankbar, obschon er kein Sachverständiger sei. Was diesen Satz von Präsident Kennedy anbelange, so habe er selbst den Präsidenten diese Worte in Berlin sagen hören. Es seien große Worte gewesen, und er habe den tiefen Eindruck gesehen, den diese Worte auf die Menge vor dem Schöneberger Rathaus gemacht hätten. Die Tiefe dieses Eindrucks sei geradezu bewegend gewesen. Er bitte jedoch inständig um Verständnis für die deutschen Sorgen. In der Kabinettssitzung am Vormittag hätten die Minister geradezu miteinander gerungen, was denn getan werden sollte.[32] Diese Angelegenheit sei äußerst schwierig, denn sie rühre an die Basis, auch an die Vertrauensbasis. Vertrauen aber sei etwas, was sich der wissenschaftlichen Berechnung entziehe, denn der Mensch sei letztlich immer noch Mensch. Wenn behauptet würde, daß durch diesen Vertrag eine völkerrechtliche Anerkennung der Sowjetzone erfolgt sei, dann löse sich der gute Glaube des deutschen Volkes in nichts auf. Er bedauere, Herrn McNamara, der eigentlich zur Erörterung ganz anderer Fragen hierher gekommen sei, mit diesen Dingen belasten zu müssen. Er glaube aber, daß es niemanden gebe (denn McNamara sei seines Wissens kein Wissenschaftler), der diese Dinge besser verstehen könnte als Herr McNamara selbst.

Verteidigungsminister *McNamara* bemerkte, vielleicht sei er gerade im richtigen Augenblick gekommen, denn er verstehe das Problem, von dem Herr Bundeskanzler gesprochen habe. Er hoffe, daß auch die Bundesregierung die Haltung der Amerikaner verstehe. Amerika würde sich selbst wehtun, wenn es die Bundesrepublik schwächte, und deswegen gebe es nichts, was Amerika tun würde, was zu einer Schwächung der Bundesrepublik führen könnte. Die amerikanische Regierung wisse aber, daß eine Anerkennung die Bundesregierung und den Willen der deutschen Bevölkerung schwächen würde, und deshalb sei sie unter keinen Umständen bereit, irgendetwas zu tun, was diese Wirkung hätte.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, der Augenblick sei vielleicht auch insofern günstig, weil Herr Rusk ja erst noch nach Moskau gehen müsse. Es wäre gut, wenn Herr Rusk von Herrn McNamara persönlich erfahren würde, wie sehr besorgt die Bundesregierung doch sei. Vielleicht könne Herr Rusk, da der Vertrag ja erst paraphiert sei, noch eine Erklärung abgeben, die zur Klarstellung beitragen würde.[33]

Mr. *McNamara* versprach, noch am selben Abend telegrafisch den Außenminister zu unterrichten.

[31] Zur betreffenden Äußerung des Präsidenten Kennedy am 25. Juni 1963 in der Frankfurter Paulskirche vgl. Dok. 216, Anm. 10.

[32] Vgl. dazu auch Dok. 258.

[33] Vgl. dazu bereits Dok. 244. Für den vorgeschlagenen Wortlaut einer derartigen Erklärung vgl. Dok. 260.
Zur Erklärung des amerikanischen Außenministers Rusk am 12. August 1963 vor dem Senat vgl. Dok. 299, Anm. 4.

Der Herr *Bundeskanzler* fügte hinzu, Herr McNamara dürfe überzeugt sein, daß die Bundesregierung, das Kabinett und seine Partei von den besten Absichten geleitet sei. Sie erkennten aber auch die Gefahren, die für den Widerstandswillen und den Glauben der Bevölkerung vorhanden seien.

Botschafter *McGhee* betonte, die Sorge des Herrn Bundeskanzlers sei auch amerikanische Sorge. Der Herr Bundeskanzler dürfe überzeugt sein, daß Herr McNamara und er genauestens nach Washington berichteten. Er selbst werde sich erlauben, den Herrn Bundeskanzler dann wieder aufzusuchen und mit ihm dieses Problem zu besprechen. Er werde dabei sein Bestes tun, um zu erläutern, was Amerika tatsächlich getan habe und sei sicher, daß sich dabei herausstellen werde, daß nichts von all dem den Interessen der Bundesrepublik zuwiderlaufe.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich dafür und bemerkte, die kurze Abwesenheit von Herrn McGhee in Holland[34], die ihm im übrigen sehr gut getan zu haben scheine, hätte an dem Verlauf der Dinge ohnehin nichts geändert, denn auch die amerikanische Botschaft sei über den Gang der Verhandlungen offensichtlich nicht informiert gewesen. Diese Verhandlungen seien sehr geheim geführt worden, so daß außer dem Präsidenten, Herrn Rusk und Staatssekretär Ball niemand etwas davon gewußt habe.

Botschafter *McGhee* wies darauf hin, daß er ohne Weisung nach London gefahren sei, weil er sicher sein wollte, daß Harriman die deutsche Auffassung genau kenne.[35] Am Sonnabend vor Abflug Harrimans habe er den größten Teil des Nachmittags mit Harriman verbracht und ihm genauestens alle Dinge gesagt, die der Bundesaußenminister, Staatssekretär Carstens und hohe Beamte ihm vorher dargelegt hätten. Harriman sei also in voller Kenntnis der Haltung der Bundesregierung und mit Wohlwollen für diese Haltung nach Moskau abgeflogen.

Mr. *McNamara* fügte hinzu, der Präsident habe Herrn Harriman konkrete Weisungen erteilt, keinerlei Handlungen zu vollziehen, die eine Anerkennung der DDR bedeuten könnten. Es sei die Politik des Präsidenten, die DDR nicht anzuerkennen.

Mr. McNamara kam denn auf die Frage des Zahlungsbilanz-Defizits[36] zu sprechen. Er erklärte, Amerika gebe für die Stationierung von Truppen im Ausland jährlich rund 2,7 Milliarden Dollar aus. Das sei praktisch die Höhe des Defizits in der gesamten amerikanischen Zahlungsbilanz. Ganz offen müsse er sagen, daß Amerika diese Belastung nicht weiter tragen könne, wenn es nicht gelinge, dieses Defizit zu verringern. Der Herr Bundeskanzler wisse, daß die amerikanische Regierung bereits Maßnahmen zur Verringerung des Defizits ergriffen habe. Der Präsident habe ihn außerdem angewiesen, sein Programm einer Verringerung der militärischen Ausgaben im Ausland fortzusetzen, ohne die Stationierung von Kampfeinheiten zu verändern. Die amerikanische Regierung sei der Bundesrepublik äußerst dankbar für die Unterstützung, die die Bundesregierung durch Einkäufe amerikanischer Waren und

[34] Botschafter McGhee hielt sich ab 19. Juli 1963 für eine Woche in den Niederlanden auf.

[35] Vgl. dazu Dok. 224.

[36] Zur amerikanischen Zahlungsbilanz vgl. Dok. 185, Anm. 9.

Dienstleistungen gewähre. Es handle sich dabei um 650 Millionen Dollar pro Jahr, die einen vollen Ausgleich für die militärischen Devisenausgaben in Deutschland darstellten. Anscheinend gebe es jetzt jedoch eine gewisse Unsicherheit, ob die Bundesrepublik in dem Zeitraum vom 1. 7. 1963 bis 30. 6. 1965 Zahlungen in voller Höhe des Betrages von 1,3 Milliarden Dollar leisten könne. Er müsse betonen, daß es für Amerika lebenswichtig sei, diesen Ausgleich zu erhalten. Amerika wolle auch alles tun, um die Durchführung dieses Programms für die Bundesrepublik zu erleichtern. Das Problem sei äußerst ernst.

Der Herr *Bundeskanzler* regte an, zu der Besprechung im Verteidigungsministerium über diese Frage doch die Herren Blessing und Abs hinzuzuziehen.

Herr Minister *von Hassel* bemerkte, im augenblicklichen Zeitpunkt könnten diese beiden Herren wenig helfen. Im Jahre 1961 sei das erste sogenannte „memorandum of understanding" für einen Zeitraum von zwei Jahren geschlossen worden. Dieses Memorandum sei von allen Ressorts genehmigt und auch durchgeführt worden. Im September 1962 sei ein zweites „memorandum of understanding" nach den gleichen Grundsätzen geschlossen worden, das wiederum für den Zeitraum vom 1. Juli 1963 bis 30. Juni 1965 Deviseneinkäufe in Höhe von 1,3 Milliarden umfasse.[37] Nunmehr ergäben sich jedoch Schwierigkeiten für die Bundesrepublik, da nicht mehr in demselben Umfang in den Vereinigten Staaten gekauft werde, weil ein Teil der Waffenproduktion inzwischen in der Bundesrepublik selbst angelaufen sei. Mit Sicherheit werde es möglich sein, Einkäufe in Höhe von 1 Milliarde zu tätigen. Möglicherweise könnten auch Einkäufe darüber hinaus abgeschlossen werden. Wahrscheinlich aber könnte nicht der volle Betrag von 1,3 Milliarden ausgeschöpft werden. Im April seien einige seiner Mitarbeiter mit den Vertretern des amerikanischen Verteidigungsministeriums in Washington zu einer Vereinbarung gekommen, wonach der Gesamtbetrag von 1,3 Milliarden als wünschenswerter Betrag bezeichnet worden sei. Davon sollte 1 Milliarde durch Einkäufe von Waren und Dienstleistungen seitens des Verteidigungsministeriums abgedeckt werden. Der Rest von 300 Millionen sollte nach Möglichkeiten durch weitere Aufträge ausgefüllt werden. Das aber hänge von verschiedenen Faktoren ab. Wenn es z. B. gelinge, die multilaterale Streitmacht[38] aufzustellen, so ergäben sich daraus Einkäufe in Amerika. Dasselbe gelte für den Fall, daß die

[37] In einem „Memorandum of Understanding" vom 24. Oktober 1961 zwischen Bundesminister Strauß und dem Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, Gilpatric, das durch einen Briefwechsel vom 2. Februar 1962 ergänzt wurde, verpflichtete sich die Bundesrepublik, in den Jahren 1961 und 1962 Aufträge insbesondere für Rüstungskäufe der Bundeswehr im Wert von 1,45 Milliarden Dollar in die USA zu vergeben. Diese „Offset-Vereinbarung" sollte dazu dienen, die den USA aufgrund der Stationierung von Truppen in der Bundesrepublik entstehenden Devisenausgaben auszugleichen. Am 15. September 1962 trafen Strauß und Gilpatric eine weitere Vereinbarung über militärische Zusammenarbeit und Finanzausgleich. Im Rahmen dieses zweiten „Memorandum of Understanding" wurde angestrebt, in den Jahren 1963 und 1964 deutsche Aufträge im Umfang von 1,3 Milliarden Dollar in den USA zu plazieren. Die daraus resultierenden Zahlungen sollten bis zum 30. Juni 1965 erfolgen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Leiters des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen", Neumann, vom 21. Dezember 1963; Abteilung II (II 6), VS-Bd. 219; B 150, Aktenkopien 1963.

[38] Zum Stand der Planungen für eine multilaterale Streitmacht der NATO vgl. Dok. 208 und Dok. 214. Vgl. dazu weiter Dok. 301.

deutsche Marinekonzeption zur Durchführung gelange, weil dann Teile der elektronischen Ausrüstung und der Fernlenkwaffen in Amerika eingekauft würden. Dennoch sei man sich im April in Washington einig gewesen, daß ein möglicher Restbetrag von der Bundesnotenbank in der Form ausgefüllt würde, daß die Bundesnotenbank dafür amerikanische Schatzanweisungen erwerbe. Nunmehr seien jedoch Schwierigkeiten entstanden, weil die Amerikaner von der im April getroffenen Absprache abrücken wollten. Seine Empfehlung, die er Herrn McNamara noch nicht habe mitteilen können, sehe etwa wie folgt aus: Man sollte es bei dem zweiten „memorandum of understanding" belassen, einschließlich der im April der Bundesrepublik eingeräumten Erleichterungen für den Zeitraum bis zum 30. Juni 1965. Danach sollten dann Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen (und nicht nur zwischen den beiden Verteidigungsministerien) nach einer neuen Lösung suchen.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, er hielte es dennoch für richtig, die Herren Blessing und Abs hinzuzuziehen, um sich damit rückzuversichern.

Verteidigungsminister *McNamara* erklärte, er habe dieses Thema noch nicht mit Herrn von Hassel aufgreifen können. Seine Unterrichtung über den Tatbestand unterscheide sich auch in gewissen Punkten von den Ausführungen, die der Herr Bundesverteidigungsminister soeben gemacht habe. Doch sollten diese Dinge am nächsten Tage näher diskutiert werden. Er wolle lediglich darauf hinweisen, daß es nach amerikanischer Auffassung absolut notwendig sei, die Kampfeinheiten in Deutschland zu belassen. Dies aber sei einfach nicht möglich, wenn der Ausgleich dafür nicht gefunden werde. Es sei leider so, daß die Amerikaner hier überhaupt keine Wahl hätten.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe den Vorschlag, die Herren Blessing und Abs hinzuzuziehen, nur gemacht, um behilflich zu sein, denn es könne nie schaden, wenn der Herr Verteidigungsminister sich rückversichere.

Der Herr Bundeskanzler sagte dann, er dürfe nun aber den Gastgeber des heutigen Abends nicht mehr länger aufhalten.

Verteidigungsminister *McNamara* erwiderte, der Herr Bundeskanzler sei sein liebster Verbündeter, weil er ganz offen spreche. Nichts könne wichtiger sein als ein Gespräch mit ihm. Der Präsident, der Botschafter und er selbst gehörten einer jüngeren Generation an. Er glaube jedoch, daß sie alle dem Herrn Bundeskanzler auf immer verpflichtet seien für das, was der Herr Bundeskanzler in den vergangenen vierzehn Jahren nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für den Westen überhaupt getan habe. Nur dadurch sei es möglich geworden, heute so stark zu sein, wie die beiden Länder es seien.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich für diese Worte und entschuldigte sich abschließend noch, daß er leider verhindert gewesen sei, an dem neulichen Abendessen der Firma Ford auf dem Petersberg teilzunehmen.

Das Gespräch endete um 19.45 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/9

258

Bundeskanzler Adenauer an den Abgeordneten von Brentano

Streng vertraulich **31. Juli 1963**[1]

Lieber Herr von Brentano!

Ich bestätige den Empfang Ihres Briefes vom 28. Juli[2] nebst Durchschlag Ihres Briefes an Herrn Schröder von demselben Tage.[3]

Ich hatte am Vormittag des 30. Juli eine längere Unterredung mit dem Unterstaatssekretär Tyler.[4] Ich habe ihm meine Bedenken über die Änderung des völkerrechtlichen Status der Zone ausführlich dargelegt. Ich habe ihn gefragt, ob, wenn eine Versammlung nach Artikel 3 einberufen würde[5] und wenn dann die Zone erscheine, die Amerikaner verlangen würden, daß der Vertreter der Zone sich entferne. Wenn der Vertreter der Vereinigten Staaten das nicht tue, liege darin eine Anerkennung der DDR als Staat. Herr Tyler hat mir diese meine Frage nicht beantworten können.

Heute vormittag haben wir eine mehrstündige Verhandlung im Kabinett gehabt.[6] Es ist dort von mehreren Mitgliedern, darunter insbesondere von mir, der Standpunkt vorsichtiger Zurückhaltung in allen Äußerungen und vorläufige Klärung sehr nachdrücklich betont worden gegen Herrn Schröder. Herr Erhard hat sich eher auf meinen Standpunkt gestellt. Wir sind ohne Beschlußfassung auseinandergegangen. Es sollen alle aufgeworfenen Fragen, auch die Frage der Wirkung auf die nuklearen Waffen der NATO und auf den deutsch-französischen Vertrag[7] sorgfältigst geprüft werden.

Ich bin wie Sie der Auffassung und werde darin bestärkt durch ein Telegramm von Scholl aus Moskau, das ich heute vormittag bekommen habe[8], daß es sich bei dem Ganzen um einen wohlüberlegten Plan Chruschtschows handelt, der

[1] Durchdruck.

[2] Korrigiert aus „30. Juli". Vgl. Dok. 243.

[3] Für den Wortlaut vgl. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/9; B 150, Aktenkopien 1963. Für einen Auszug vgl. Dok. 243, Anm. 11.

[4] Vgl. Dok. 252.

[5] Zu Artikel 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 11.

[6] Zur Kabinettssitzung vom 31. Juli 1963 vgl. auch die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 31. Juli 1963; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291; B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[8] Am 30. Juli 1963 übermittelte Gesandter Scholl, Moskau, seinen Eindruck, daß die Teststopp-Verhandlungen für Ministerpräsident Chruschtschow als „geeigneter Ansatzpunkt" erschienen, „um in der Deutschland- und Berlin-Frage weiterzukommen. Das offensichtliche Interesse der Westmächte an einem Verhandlungserfolg als solchem und speziell das amerikanische Interesse an Berlin-Garantien in seine Rechnung einbeziehend, erschien ihm eine verhältnismäßig leicht kündbare Teststopp-Vereinbarung vertretbar, wenn es dabei gelänge, die westliche Seite auf den Gedanken eines Nichtangriffspakts festzulegen." Scholl führte aus, daß Chruschtschow offensichtlich nach einem „Mehrstufenplan" vorgehe, wobei das Teststopp-Abkommen die erste, ein Nichtangriffsabkommen die zweite und ein „Friedensvertrag mit einer Berlin-Lösung" die dritte und letzte Stufe darstelle. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

darauf hinausgeht, alle Fragen bis auf Berlin und die Zone möglichst aus der Welt zu schaffen und dann in ihren Forderungen bezüglich Berlin und der Zone sich starr verhalten zu können.

Bitte widmen Sie auch in der nächsten Zeit dieser Frage vollste Aufmerksamkeit.

Ich wünsche Ihnen schöne Tage in Salzburg und bin mit vielen Grüßen

Ihr ergebener
Adenauer[9]

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/9

259

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker

I B 1-84-10.10/898/63 geheim **31. Juli 1963**[1]

Betr.: Unterrichtung des Stellvertreters des Bundeskanzlers, Herrn Bundeswirtschaftsminister Prof. Ludwig Erhard, über außenpolitische Fragen

Bezug: Weisung des Herrn St.S. I vom 17. Juli 1963 – St.S. 1226/63 geheim[2] –

Zu V. Vereinte Nationen

18. Allgemein

1) Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht Mitglied der Organisation und bemüht sich auch nicht um die Aufnahme in die Vereinten Nationen, obwohl es durchaus wahrscheinlich wäre, daß die erforderliche Mehrheit für ihre Eingliederung stimmen würde. Es ist jedoch mit Sicherheit anzunehmen, daß ein vom Westen eingereichter Aufnahmeantrag für die Bundesrepublik vom Osten mit einem gleichen Antrag für die SBZ erwidert werden würde; diese Situation können wir nicht heraufbeschwören.

Trotzdem hat sich die Bundesrepublik seit vielen Jahren in großem Umfang für die Aufgaben und Ziele der Vereinten Nationen eingesetzt. Die Bundesrepublik hat anläßlich ihres Beitritts zur NATO im Londoner Schlußprotokoll vom Oktober 1954[3] ausdrücklich die Verpflichtungen aus Artikel 2 der VN-

[9] Paraphe vom 1. August 1963.

[1] Doppel für Ministerialdirigent Voigt.
Die Aufzeichnung wurde von der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer konzipiert.

[2] Vgl. Dok. 231.

[3] Für den Wortlaut der Schlußakte der Londoner Neunmächtekonferenz vom 3. Oktober 1954 vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6978–6987.

Charter[4] übernommen und damit die bereits in ihrem Grundgesetz ausgesprochene Bereitschaft, dem Frieden der Welt zu dienen[5], auch gegenüber den Vereinten Nationen feierlich bekundet. Die Bundesregierung ist sich darüber klar, daß die Organisation unvollkommen ist und zuweilen erhebliche Gefahren in sich birgt. Sie ist aber überzeugt, daß es eine solche Weltorganisation geben muß und daß es z. Z. noch nicht möglich ist, eine bessere an die Stelle der vorhandenen zu setzen. Es muß auch anerkannt werden, daß die Vereinten Nationen die Verschärfung und Ausweitung mancher Konflikte, die die Welt fast in einen Abgrund gerissen hätten, verhindern konnten. Dies gilt insbesondere für die Nahost-Krise im Herbst 1956[6] und für die Kongo-Krise im Jahre 1960[7]. Es ist kein durchschlagender Einwand, daß die Vereinten Nationen in anderen Konfliktsituationen, wie z. B. der Ungarn-Krise[8], nicht in der Lage waren, eine Befriedung herbeizuführen.

2) Die aktive Mitarbeit der Bundesrepublik an den Aufgaben der Vereinten Nationen vollzieht sich nicht nur durch ihre Mitgliedschaft in sämtlichen 13 VN-Sonderorganisationen und der Internationalen Atomenergie-Agentur, sondern auch in einigen den Vereinten Nationen selbst angeschlossenen Gremien. So ist die Bundesrepublik Vollmitglied der Europäischen Regionalorganisation des Wirtschafts- und Sozialrats, der ECE. Sie leistet aber vor allem zu den verschiedenen Entwicklungs- und Hilfsprogrammen der Vereinten Nationen erhebliche Beiträge und hat infolgedessen periodisch auch Anspruch auf einen Sitz in den Exekutivorganen der verschiedenen Fonds. Den größten Beitrag erbringt sie für das Erweiterte Technische Hilfsprogramm (EPTA) und den Entwicklungs-Sonderfond (Special Fund); mit ihrer Leistung für das Weltkinderhilfswerk (UNICEF) steht sie sogar an 2. Stelle, also unmittelbar nach den USA. Größere Beiträge leistet sie auch für die Flüchtlingswerke des VN-Flüchtlingskommissars (UNHCR) und der aus Palästina ausgesiedelten Araber (UNRWA). Insgesamt belaufen sich diese freiwilligen Leistungen auf rund 40 Mio. DM jährlich. Dieser Betrag ist hoch, insbesondere wenn man ihn mit der Summe der Pflichtbeiträge, die die Bundesrepublik für die VN-Organisationen leistet, in denen sie Vollmitglied ist, vergleicht. Dort bezahlt die Bundesrepublik auf der Basis ihrer quotenmäßigen Veranlagung von 5,7% des Gesamthaushalts insgesamt nur etwa die Hälfte des Betrages, den sie an freiwilligen Beiträgen für die Fonds aufbringt. Trotzdem wird es notwendig sein, in den nächsten Jahren auch unsere freiwilligen Beiträge noch weiter zu erhöhen, da gerade die Entwicklungshilfe der Vereinten Nationen und die Durchführung ihrer Flüchtlingsprogramme ein sehr politisches Anliegen des Westens geworden sind.

[4] Für den Wortlaut des Artikels 2 der UNO-Charta (Fassung vom 26. Juni 1946) vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 584.

[5] Vgl. dazu die Präambel des Grundgesetzes (Fassung vom 23. Mai 1949).

[6] Zur Suez-Krise von 1956 vgl. Dok. 20, Anm. 12.

[7] Zum Bürgerkrieg im Kongo, der erst aufgrund des Einsatzes von UNO-Truppen beendet werden konnte, vgl. Dok. 166, Anm. 31.

[8] Zum Aufstand in Ungarn im Oktober 1956 vgl. Dok. 130, Anm. 6.

In besonderen Krisenzeiten hat die Bundesrepublik ihre grundsätzlich positive Einstellung gegenüber den Vereinten Nationen bewiesen durch erhebliche finanzielle Sonderleistungen. So beteiligte sie sich 1956 mit einem Vorschuß von 4 Mio. DM an den Suezkanalräumungskosten, gab 1960 12 Mio. DM für den Wiederaufbau des Kongo und erwarb 1962 Anteilscheine der von den Vereinten Nationen ausgeschriebenen Anleihe in Höhe von 40 Mio. DM.[9]

3) Die Bundesrepublik ist am Sitz der Vereinten Nationen in New York durch eine Ständige Beobachtermission[10], am Sitz des Europäischen Büros der Vereinten Nationen in Genf durch eine mit besonderen Verbindungsaufgaben betraute Vertretung[11] repräsentiert.

4) Als Nicht-Mitgliedstaat kann die Bundesrepublik die Vereinten Nationen nicht unmittelbar als politische Bühne benutzen. Mittelbar stellt jedoch die jährlich stattfindende Vollversammlung auch für sie ein Auditorium dar, um die schwierige Lage des geteilten Deutschland vor aller Welt zu erörtern. Vor jeder Vollversammlung hat das Auswärtige Amt daher eine weltweite Aktivität entfaltet, um befreundete Staaten, insbesondere auch der nicht-gebundenen Welt, zu veranlassen, in New York auf die unhaltbare, friedengefährdende Situation in der Mitte Europas hinzuweisen. Diesem Appell sind in den letzten Jahren viele Staaten gefolgt.

Dagegen hat sich die Bundesrepublik bisher nicht darum bemüht, die Vereinten Nationen mit der Deutschland- und Berlin-Frage zu befassen oder sie irgendwie in die Lösungsversuche einzuschalten. Im Einvernehmen mit ihren drei großen Verbündeten ist die Bundesregierung zu der Auffassung gelangt, daß eine förmliche Befassung der Vereinten Nationen – sei es der Vollversammlung, des Sicherheitsrats oder eines anderen Organs – nur im äußersten Notfall akuter Gefahr in Frage kommen kann; die Risiken, insbesondere einer Befassung der Vollversammlung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung, sind so groß, daß auch ein sachlich begrenzter Tagesordnungspunkt aus unserem Problemkreis während der Behandlung leicht eine Erweiterung erfahren könnte, die uns unerwünscht ist. Vor allem aber würde eine Befassung der Vereinten Nationen möglicherweise die Folge haben, daß die bisher ausschließliche Vier-Mächte-Verantwortlichkeit durchlöchert würde und einer kaum realisierbaren Verantwortlichkeit der Vereinten Nationen Platz machte; dies muß unter allen Umständen vermieden werden.

Sehr häufig hat die deutsche öffentliche Meinung verlangt, daß die VN-Menschenrechtskommission mit den menschenrechtswidrigen Vorfällen an der Berliner Mauer und an der Zonengrenze „befaßt" würde. Dieser Weg scheidet deshalb aus, weil die VN-Menschenrechtskommission eine Behandlung konkreter Fälle nicht vornimmt. Die Bundesregierung hat jedoch den Aktionen des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland", die Menschenrechtskommission

[9] Ursache für die Ausschreibung der Anleihe waren die Kosten für den Einsatz von UNO-Truppen während des Bürgerkrieges im Kongo. Die Finanzkrise der UNO konnte durch die Ausgabe von Wertpapieren nur kurzfristig überbrückt werden.

[10] Die Beobachtermission wurde geleitet von Botschafter Freiherr von Braun.

[11] Die Vertretung wurde geleitet von Botschafter Graf von Hardenberg.

durch Memoranden über den Unrechtstatbestand in Kenntnis zu setzen, volle Unterstützung gegeben.

19. Eindringen der SBZ in die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen

1) Eine Aufnahme der SBZ in die Vereinten Nationen oder eine ihrer Sonderorganisationen würde diese praktisch zu einem voll berechtigten Mitglied der Völkerrechtsgemeinschaft machen. Sie muß daher mit allen Mitteln der Diplomatie verhindert werden. Ein Aufnahmeantrag des Ostblocks für die SBZ wurde bisher aber weder in den Vereinten Nationen selbst noch in einer ihrer Sonderorganisationen gestellt. Er hätte unter den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen auch noch keine Aussicht auf Annahme, da der Westen das Zustandekommen der erforderlichen ⅔-Mehrheit in der Vollversammlung blokkieren und auch bereits das Zustandekommen einer Empfehlung des Sicherheitsrats durch das Veto verhindern könnte. Ähnliches gilt für die Sonderorganisationen, in denen ebenfalls die ⅔-Mehrheit für den Ostblock noch nicht erreichbar erscheint.

2) Viel schwieriger ist es, die SBZ aus von den Vereinten Nationen veranstalteten Konferenzen und Kongressen sowie von der Partnerschaft in unter VN-Schirmherrschaft zustandegekommenen Verträgen fernzuhalten. Da die Vereinten Nationen auf dem Prinzip der Universalität beruhen und insbesondere in vielen technischen Fragen eine Beteiligung der gesamten Welt grundsätzlich angestrebt wird, besitzt der Ostblock einen günstigen Ausgangspunkt für seine ständig wiederholten Versuche, zu solchen Veranstaltungen und zu Verträgen „Alle Staaten" beizuziehen. Die nicht gebundene Welt folgt dieser Aufforderung willig, teils aus sachlichen, teils aber auch aus politischen Erwägungen. Dieser Formel „Alle Staaten" setzt der Westen die Formel „Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und der VN-Sonderorganisationen" entgegen, weil diese der Bundesrepublik eine Mitarbeit ermöglicht, nicht jedoch der SBZ. Es ist jedoch in den letzten Jahren deutlich geworden, daß es immer schwieriger wird, ein Eindringen der SBZ über die „Alle Staaten-Klausel" zu verhindern.

3) Eine direkte Beteiligung der SBZ an den Arbeiten von VN-Gremien besteht zur Zeit nur in der Europäischen Regionalkommission des ECOSOC, der ECE, wo sie als „Besetztes Gebiet" zugelassen ist und infolgedessen auch eine ständige „Vertretung" in Genf unterhält. Da der SBZ dieser Status jedoch als diskriminierend erscheint, hat sie bereits seit Jahren praktisch auf seine Wahrnehmung verzichtet.

4) In letzter Zeit hat sich der Ostblock bemüht, COMECON die Zulassung als Beobachter mit Recht auf Gehör bei verschiedenen wirtschaftlichen VN-Tagungen zu verschaffen. Hierin liegt die Gefahr, daß als Sprecher dieser internationalen Organisation ein SBZ-Angehöriger auftreten könnte; der gleiche Fall liegt allerdings bereits vor in der Heranziehung des SBZ-Atomforschungszentrums DUBNA zu den Arbeiten der Internationalen Atomenergie-Agentur. Auch hier handelt es sich um Möglichkeiten, die die Stellung der SBZ im VN-Rahmen aufbessern könnten. Es würde sich jedoch hierbei nicht um ein Eindringen der SBZ selbst handeln.

Es ist das ständige Bestreben des Auswärtigen Amts, durch intensive diplomatische Gegenwirkung ein Eindringen der SBZ auch in das kleinste VN-Gremium zu verhindern.

gez. Alexander Böker

Abteilung I (Dg I B), VS-Bd. 175

260

Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk

St.S. 1345/63 geheim **31. Juli 1963**[1]

Lieber Dean,

für Ihren Brief vom 30. Juli 1963[2], den ich heute erhielt, danke ich Ihnen aufrichtig. Ich darf Ihnen[3] nach sorgfältiger Prüfung aller politischen und rechtlichen Zusammenhänge folgendes mitteilen:
Die Bundesregierung[4] sieht mit großer Sorge die Gefahr, daß die Unterzeichnung des in Moskau deponierten Vertrages durch die SBZ eine Verbesserung des internationalen Status der SBZ[5] und – nach Auffassung mancher – sogar eine Anerkennung der SBZ als Staat durch andere Partner des Abkommens zur Folge haben könnte. Dieser Gefahr gilt es nach unserer Ansicht frühzeitig und mit allen Kräften zu begegnen.

Wir erkennen dankbar an, daß es auch das Bestreben der amerikanischen ebenso wie der britischen Regierung ist, im Zusammenhang mit dem Abschluß des Moskauer Abkommens eine Anerkennung der SBZ unter allen Umstän-

[1] Entwurf als Konzept.
Der Entwurf wurde von Staatssekretär Carstens am 31. Juli 1963 mit folgendem handschriftlichen Vermerk Bundesminister Schröder vorgelegt: „Ich schlage die Form eines Briefes vor, da die Mitteilung den Adressaten in dieser Form am schnellsten und sichersten erreicht." Schröder erteilte am Abend des 31. Juli 1963 sein Einverständnis.
Hat Bundeskanzler Adenauer vorgelegen, der sich am Abend des 31. Juli 1963 telefonisch mit dem Schreiben einverstanden erklärte.
Das Schreiben wurde am 1. August 1963 vom Gesandten von Lilienfeld im amerikanischen Außenministerium übergeben.

[2] Für den Wortlaut vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291.

[3] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „noch einmal mit der gleichen Offenheit, mit der ich Ihnen bereits schrieb".

[4] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „die sich in ihrer Gesamtheit heute mit dieser Frage beschäftigt hat".

[5] Die Wörter „des internationalen Status der SBZ" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ihres Status."

den zu vermeiden. Die Bundesregierung hat von den in dieser Frage an sie gerichteten Erklärungen der amerikanischen ebenso wie der britischen Regierung[6] mit Dank Kenntnis genommen.

Jedoch glauben wir, daß über die bisher lediglich vertraulich abgegebenen Erklärungen hinaus eine öffentliche Erklärung erforderlich ist, die in dieser Frage jeden möglichen Zweifel über die Haltung der ursprünglichen Signatarstaaten ausräumt.[7] Nach unserer Auffassung sollte eine solche Erklärung von allen drei ursprünglichen Signatarstaaten abgegeben werden. Wenn dies wegen des Widerstandes der Sowjetunion nicht möglich ist, so sollte sie[8] mindestens von den beiden Westmächten vor oder zugleich mit der Unterzeichnung des Vertrages abgegeben werden.[9]

Die erwähnte Erklärung könnte etwa lauten, daß
die Ratifizierung des Abkommens oder der Beitritt zu ihm durch Gebiete, die nicht allgemein als Staaten anerkannt sind, Vertragsbeziehungen nur zu solchen Vertragspartnern erzeugen, die sie als Staaten anerkannt haben, und daß daher zwischen den genannten Gebieten und den Staaten, die sie nicht anerkannt haben, keine Anerkennungswirkung oder eine sonstige Veränderung des beiderseitigen Verhältnisses eintritt.

Nach unserer Auffassung ist es nämlich von entscheidender Bedeutung, daß die ursprünglichen Signatarmächte, mindestens aber die beiden Westmächte, eindeutig zum Ausdruck bringen, daß zwischen ihnen und Gebieten, die sie nicht als Staaten anerkannt haben, keine Vertragsbeziehungen entstehen.[10] Da das Abkommen nur den Beitritt von Staaten zuläßt[11], würde die Annahme, daß Vertragsbeziehungen entstanden seien,[12] zu der Schlußfolgerung führen, daß das Gebiet, mit dem solche Beziehungen entstanden sind, ein Staat sei.

6 Zu den Stellungnahmen der amerikanischen Regierung vgl. Dok. 239 und Dok. 252.
Zu den Stellungnahmen der britischen Regierung vgl. Dok. 253.

7 Zu diesem Vorschlag vgl. bereits Dok. 257.
Bei Übergabe des Schreibens am 1. August 1963 führte der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, zum Wunsch nach einer öffentlichen Erklärung aus: „Die amerikanische Regierung sei durchaus bereit, eine öffentliche Erklärung abzugeben, daß der Beitritt der Zone ... keinerlei Anerkennung als Regierung oder auch als staatliches Gebilde impliziere. Dies könne Rusk spätestens bei seiner Aussage vor dem Senat am 12. August tun; der Senat werde eine derartige Erklärung wahrscheinlich sowieso verlangen. Diese Formulierung würde dann mit der Stellungnahme des Präsidenten bei der Ratifizierung des Vertrages nach Zustimmung des Senats auch öffentlich erfolgen." Vgl. den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 1. August 1963 an Bundesminister Schröder; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.
Zu den amerikanischen Erklärungen vgl. Dok. 302, Anm. 4.

8 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „eine solche öffentliche Erklärung nach unserer Auffassung".

9 Vgl. demgegenüber die amerikanische Reaktion auf diesen Vorschlag; Dok. 272.

10 Bei Übergabe des Schreibens am 1. August 1963 erklärte der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, daß die amerikanische Regierung in der Frage der Vertragsbeziehungen der Auffassung der Bundesregierung nicht folgen könne, um eine Einbindung der Volksrepublik China in das Abkommen doch noch zu erreichen. Vgl. den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 1. August 1963 an Bundesminister Schröder; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

11 Zu Artikel 3, Ziffer 1 vgl. Dok. 239, Anm. 5.

12 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „unausweichlich".

Deswegen genügt es nicht zu erklären, daß mit der Unterzeichnung durch nicht anerkannte Gebiete keine Anerkennungswirkung verbunden sei, sondern es muß zusätzlich und zwar in erster Linie erklärt werden, daß zu ihnen keine Vertragsbeziehungen entstanden sind.

Darüber hinaus wäre es nach unserer Auffassung dringend erwünscht, daß möglichst alle drei ursprünglichen Signatarstaaten, mindestens aber die beiden Westmächte, allen Staaten der Welt, die keine diplomatischen Beziehungen zur SBZ unterhalten, auf diplomatischem Wege eine gleichlautende Erklärung zuleiten.[13]

Die Bundesregierung wird alsdann allen Ländern, mit denen sie diplomatische Beziehungen unterhält, mit Ausnahme der Sowjetunion, die Bitte übermitteln, daß sie in allen mit dem Abkommen zusammenhängenden Fragen ihr Verhalten gegenüber der SBZ im Einklang mit den dargelegten Grundsätzen halten möchten.[14]

Die Frage des künftigen Verhaltens gegenüber der SBZ spielt eine besondere Rolle im Zusammenhang mit der in Artikel 2 vorgesehenen Konferenz der Vertragspartner.[15] Wir sind der Auffassung, daß die SBZ von denjenigen Regierungen, die sie nicht als Staat anerkannt haben, auch nicht als Vertragspartei im Sinne des Artikels 2 des Abkommens angesehen und behandelt werden darf. Die SBZ dürfte demnach bei der Berechnung des für die Einberufung der Konferenz erforderlichen Drittels der Mitglieder nicht mitgezählt werden, und sie dürfte, wenn sie auf der Konferenz erscheinen würde, zu ihr nicht zugelassen werden.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns bestätigen würden, daß die Auffassung der amerikanischen Regierung mit der vorstehend dargelegten Auffassung der Bundesregierung übereinstimmt.

Eine weitere Frage, die sich im Zusammenhang mit dem Abkommen stellt, bezieht sich auf dessen Artikel 3. Ist für einen rechtswirksamen Beitritt zum Abkommen die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde oder der Beitrittsurkunde bei allen drei ursprünglichen Signatarstaaten erforderlich oder genügt die Hinterlegung bei einem von ihnen? Nach unserer Auffassung sollte das Abkommen so interpretiert werden, daß für einen voll wirksamen Beitritt die Hinterlegung der Urkunde bei allen drei Depositarmächten erforderlich ist.[16] Wer eine Ratifikations- oder Beitrittsurkunde nur bei einer oder zwei der drei Depositarmächte hinterlegt, wird nicht Vertragspartner. Hat er seine Ratifikations- oder Beitrittsurkunde nur deshalb nicht bei allen drei Depositarmächten hinterlegt, weil eine oder zwei von ihnen die Annahme verweigert haben, so entstehen Vertragsbeziehungen nur zwischen ihm und den Staaten, die ihn als Vertragspartner akzeptieren.

[13] Die amerikanische Regierung unterrichtete ebenso wie die Bundesregierung Anfang August die diplomatischen Vertretungen davon, daß von einem Beitritt der DDR zum Teststopp-Abkommen keine Anerkennungswirkung ausgehe. Vgl. dazu Dok. 279.

[14] Vgl. dazu Dok. 279.

[15] Zu Artikel 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 11.

[16] Vgl. dazu Dok. 252, Anm. 16.

Wir gehen dabei davon aus, daß die amerikanische ebenso wie die britische Regierung eine Beitrittserklärung oder die Hinterlegung von Beitritts- oder Ratifikationsurkunden seitens der SBZ zurückweisen würden.[17]

Mit meinen besten Grüßen

Ihr Schröder[18]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436

261

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident Segni

Geheim **1. August 1963**[1]

Der italienische Staatspräsident, Professor Antonio Segni, empfing den Herrn Bundeskanzler am 1. August, 16.00 Uhr, im sog. Kaminzimmer der Villa Hammerschmidt.

Nach der Begrüßung brachte der Herr *Bundeskanzler* das Gespräch auf seinen Besuch in Moskau im Jahre 1955, in dessen Verlauf beschlossen wurde, diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR anzuknüpfen.[2] Während des sechstägigen Aufenthalts in Moskau habe er mehrmals Gelegenheit gehabt, mit Chruschtschow und Bulganin Gespräche zu führen, und bereits damals den Eindruck gewonnen, daß Chruschtschow daran zweifelte, daß die Sowjetunion gleichzeitig mit den USA und Rotchina fertig werden könne. Chruschtschow habe ihm gesagt, daß er in Rotchina eine große Gefahr sehe[3], und er – der Herr Bundeskanzler – habe den tiefen Eindruck gewonnen, daß der sowjetische Regierungschef in diesem Punkt aufrichtig gewesen sei. Seit 1955 sei er – der Herr Bundeskanzler – immer der Auffassung gewesen, eines Tages werde der Druck Rotchinas auf die Sowjetunion so groß sein, daß diese ihm nicht mehr standhalten könne. Seither habe er die Entwicklung in der Sowjetunion und Rotchina so gut verfolgt, wie ihm dies möglich sei. Seines Erachtens stehe Rußland vor drei Aufgaben:

[17] Mit Schreiben vom 31. Juli 1963 bat Bundesminister Schröder den britischen Außenminister Lord Home ebenfalls um eine öffentliche Erklärung, daß mit einem Beitritt der DDR zum Teststopp-Abkommen keine völkerrechtliche Anerkennung verbunden sei. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436; B 150, Aktenkopien 1963.
Am 1. August 1963 wiederholte Schröder diese Bitte gegenüber dem britischen Botschafter Roberts. Vgl. dazu den Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 1. August 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.
Zu den britischen Erklärungen vgl. Dok. 302, Anm. 4.

[18] Paraphe vom 31. Juli 1963.

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 12. September 1963 in Cadenabbia gefertigt.

[2] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in der UdSSR vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 487–556.

[3] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU am 10. September 1955 vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 527 f.

1) seiner Politik gegenüber dem Westen,
2) seiner Politik gegenüber Rotchina und
3) seiner eigenen wirtschaftlichen Entwicklung.

Diese drei Aufgaben könne es aber nicht gleichzeitig lösen. Seit einigen Jahren habe die Sowjetunion damit begonnen, Ostsibirien zu erschließen. Dieses Gebiet habe eine Oberfläche von 7 Mio. km² (die USA 9 Mio. km²) und grenze an Rotchina. Ostsibirien sei zur Sperrzone und zum Militärbezirk erklärt worden. Es besitze viele Bodenschätze und insbesondere auch große Wasserkräfte. Ostsibirien gehöre übrigens erst seit 1858 zur Sowjetunion. Trotz der spärlichen Meldungen, die durchsickerten, habe man den Eindruck, daß es sich um ein gewaltiges Unternehmen handele. Es würden neue Städte gebaut und viele Menschen dorthin verpflanzt.

Angesichts dieser Aufgaben habe Chruschtschow wohl beschlossen, sich mit dem Westen zu verständigen, da er sich mit Rotchina nicht verständigen könne.

Auf die Frage von Präsident *Segni,* was er unter „Westen" verstehe, antwortete der Herr *Bundeskanzler,* darunter verstehe er die Vereinigten Staaten und Europa. Ehe Chruschtschow sich aber zu einer derartigen Wendung entscheide, werde er versuchen, von den freien Völkern möglichst viel zu erhalten. Er sei sich im klaren darüber, daß ein Nuklearkrieg mit den USA der Sowjetunion selbst große Schäden zufügen würde, und werde daher keinen auslösen. Unter diesem Gesichtspunkt sei das Moskauer Atomteststopp-Abkommen[4] zu betrachten. Es habe für Moskau keine große Bedeutung, jedoch für Deutschland, und zwar aus folgendem Grund: In Artikel 3 des Abkommens stehe, daß alle Staaten ihm beitreten könnten.[5] Infolgedessen könnte Ulbricht eine Beitrittserklärung abgeben. Die USA und Großbritannien seien sich dieser Möglichkeit bei den Verhandlungen durchaus bewußt gewesen und hätten daher drei Depositarstaaten vorgeschlagen, jedoch bestimmt, daß es ausreiche, wenn die Beitrittsurkunden nur bei einem einzigen dieser Staaten hinterlegt werden müssen.[6] Dadurch war die Möglichkeit geschaffen, daß Pankow nur in Moskau hinterlegt.

Der Herr Bundeskanzler führte weiter aus, als der amerikanische General Taylor[7] ihn drei Tage zuvor aufgesucht habe, habe dieser ihm gesagt, durch diese Bestimmung sei die Gefahr einer Anerkennung der Zone ausgeschlossen. Er – der Herr Bundeskanzler – habe ihn jedoch auf folgendes aufmerksam gemacht: Aufgrund des Moskauer Vertrages könnten 30% der Mitglieder eine Versammlung einberufen.[8] Gesetzt den Fall, daß die Sowjetunion mit ihren Satelliten einschließlich der SBZ diese Zahl erreiche, so würde die Sowjetzone mit am Verhandlungstisch vertreten sein. Ob sich in diesem Fall die Vereinigten Staaten und England wohl dagegen weigern würden? Auf diese Frage habe General Taylor keine Antwort gegeben. Am Vortage sei Verteidi-

[4] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[5] Zu Artikel 3 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

[6] Vgl. dazu auch Dok. 252, Anm. 16.

[7] Vermutlich der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Tyler. Für das Gespräch vom 30. Juli 1963 vgl. Dok. 252.

[8] Zu Artikel 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 11.

gungsminister McNamara, der Präsident Kennedy sehr nahe stehe, in Bonn gewesen, und er – der Herr Bundeskanzler – habe mit ihm ein zweistündiges Gespräch geführt.[9] Er habe ihm die gleichen Bedenken dargelegt, und McNamara habe ihm versprochen, daß er sie unverzüglich nach Washington übermitteln würde. Die Bundesregierung habe ihrerseits ein entsprechendes Telegramm an Rusk gesandt und darin den Wunsch ausgesprochen, daß die USA und England ausdrücklich erklären möchten, sie würden sich nicht an den gleichen Konferenztisch mit der Sowjetzone setzen.[10] Rotchina[11] und de Gaulle[12] hätten bereits erklärt, daß sie dem Abkommen nicht beitreten würden. Die Bundesregierung werde ihre Entscheidung erst in der kommenden Woche treffen.[13]

Der Herr Bundeskanzler brachte dann das Gespräch auf den ehemaligen Vizepräsidenten Nixon, der ihn ebenfalls unlängst aufgesucht habe.[14] Nixon habe ihm vertraulich gesagt, er halte Kennedy an sich für einen Mann, der kluger Entscheidungen fähig sei – als Beweis dafür führte er dessen Haltung in der Angelegenheit der Schweinebucht[15] und gegenüber Castro[16] an –, jedoch treffe dies für seine Umgebung nicht immer zu.

Auf die Frage von Präsident *Segni,* was er von Bundy halte, führte der Herr *Bundeskanzler* aus, auch dieser habe ihn einmal in Cadenabbia besucht. Als er – der Herr Bundeskanzler – Bundy gegenüber erwähnt habe, seines Erachtens sei der tiefere Grund der Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England die Tatsache, daß keines dieser beiden Länder dem anderen die Führung in Europa gönne, habe Bundy erstaunt erwidert, die Führung in Europa hätten doch schon seit 15 Jahren die Vereinigten Staaten![17] – worauf Herr *Segni* fragte, ob dies nicht eher für Rußland gelte.

Präsident Segni meinte, die Haltung Kennedys sei aus innerpolitischen Gründen erklärbar. Er müsse an die nächsten Wahlen am 8. November 1964[18] denken und könne bis dahin nicht auf seinen bisherigen Lorbeeren ausruhen. Die Reiseroute für seinen jüngsten Europa-Besuch[19] sei wohl auch unter diesem Gesichtspunkt festgelegt worden.

[9] Vgl. Dok. 257.

[10] Vgl. Dok. 260.

[11] Am 31. Juli 1963 erklärte die Regierung der Volksrepublik China, daß sie das Teststopp-Abkommen für einen „big fraud to fool the people of the world" und für ein Instrument der Unterzeichnerstaaten zur Wahrung ihres Atommonopols halte. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 268-272.

[12] Zur Haltung des Staatspräsidenten de Gaulle vgl. Dok. 242, Anm. 6, und Dok. 246, Anm. 4.

[13] Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 16. August 1963, dem Teststopp-Abkommen beizutreten, vgl. BULLETIN 1963, S. 1281.
Vgl. dazu auch Dok. 308.

[14] Zum Gespräch vom 26. Juli 1963 vgl. Dok. 237.

[15] Vgl. dazu Dok. 237, Anm. 34.

[16] Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[17] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Bundy, am 2. Oktober 1962 vgl. auch Dok. 192, besonders Anm. 22.

[18] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[19] Zum Ablauf der Europareise des Präsidenten Kennedy vgl. Dok. 156, Anm. 8.

Der Herr *Bundeskanzler* gab zu, daß Kennedy in seiner Rede in der Frankfurter Paulskirche große Entschlossenheit gezeigt habe.[20]

Von Präsident *Segni* nach der Haltung von General de Gaulle befragt, führte der Herr *Bundeskanzler* aus, de Gaulle habe niemals einen Rückzug der USA aus Europa gewünscht. Er sage aber, er wolle nicht, daß die Vereinigten Staaten, wenn es zu dem Punkt kommen sollte, in dem eine Entscheidung über einen nuklearen Krieg zu treffen wäre, ihre Entscheidung ausschließlich nach amerikanischen Gesichtspunkten und amerikanischen Interessen träfen.[21] Er – de Gaulle – wolle erreichen, daß bei einer solchen Entscheidung auch europäische Gesichtspunkte und Interessen berücksichtigt werden. De Gaulle befürchte, daß, wenn die Europäer nicht stark genug seien, die USA sich bei einem etwaigen Kriegseintritt nur von eigenen Interessen leiten lassen würden.

Zur Erklärung der Einstellung de Gaulles gegenüber Macmillan führte der Herr Bundeskanzler dessen Gespräch mit dem englischen Premierminister in Rambouillet an[22], über das de Gaulle wegen der seiner Auffassung nach illoyalen Haltung Macmillans enttäuscht gewesen sei. Dies erkläre auch die Pressekonferenz vom 14. Januar.[23] Er – der Herr Bundeskanzler – glaube nicht, daß die britische Regierung vor den nächsten Wahlen, die möglicherweise erst in einem Jahr stattfinden[24], eine Entscheidung über den Beitritt Englands zum Gemeinsamen Markt fällen werde. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, speziell die persönlichen Beziehungen zwischen General de Gaulle und ihm – dem Herrn Bundeskanzler – seien gut. Aber de Gaulle und seine Mitarbeiter befürchteten, daß dies nicht immer so bleiben könnte, wie ihm der General selbst gesagt habe. Diese Befürchtung sei nicht ganz unbegründet.

Präsident *Segni* sprach die Hoffnung aus, daß die Beziehungen zwischen Italien und Frankreich auch weiterhin gut sein mögen. Der französische Staatspräsident habe ihn mehrmals eingeladen, und er werde dieser Einladung, sobald es die innerpolitische Lage[25] seines Landes erlaube, gern Folge leisten.

Der Herr *Bundeskanzler* empfahl Präsident Segni sehr, General de Gaulle möglichst bald zu besuchen. Durch einen festen Zusammenhalt zwischen Frankreich, Italien und Deutschland könnten die schwebenden Fragen besser gelöst werden.

Auf die Frage von Präsident *Segni,* was seiner Auffassung nach die „Drei Kleinen" – Benelux – für eine Haltung einnehmen werden, antwortete der Herr *Bundeskanzler,* die Niederlande, vertreten durch Außenminister Luns, seien seit jeher sehr eigenwillig. Wirtschaftlich gehe es Holland gut. Belgien sei – wie Außenminister Spaak Fanfani gesagt haben soll – schon im vergangenen Jahr bereit gewesen, sich den anderen drei anzuschließen.

[20] Zur Rede vom 25. Juni 1963 vgl. Dok. 216, Anm. 10.

[21] Vgl. dazu auch Dok. 216.

[22] Zum Treffen vom 15./16. Dezember 1962 vgl. Dok. 12, Anm. 6.

[23] Vgl. dazu Dok. 21.

[24] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

[25] Zur innenpolitischen Situation in Italien nach den Kammer- und Senatswahlen vom 28./29. April 1963 vgl. Dok. 172, Anm. 19. Vgl. dazu weiter Dok. 421, Anm. 24.

Der Herr Bundeskanzler brachte dann das Gespräch auf die Wahlen von 1965 in der Bundesrepublik.[26] Wenn die CDU diese Wahlen gewinnen wolle, müsse sie sehr hart arbeiten und sehr einig sein.

Präsident *Segni* warf ein, dies gelte nicht nur für die christlich-demokratische Partei Deutschlands.

Der Herr *Bundeskanzler* führte weiter aus, die SPD habe seiner Meinung nach ihre außenpolitische Haltung nur geändert, um an die Macht zu kommen. Wehner, der früher Kommunist gewesen sei, habe seine Partei (SPD) zu dieser Wendung gezwungen.[27] Er selbst – der Herr Bundeskanzler – glaube, daß sich diese Einstellung wieder ändern könne. Als Anzeichen dafür könnten die Äußerungen Brenners gelten, des Chefs der IG Metall (mit ihren 2 Mio. Mitgliedern die größte deutsche Gewerkschaft).

Im Zusammenhang mit den Wahlen sagte der Herr Bundeskanzler, Herrn Segni sei sicher bekannt, daß bei einem großen Teil der Katholiken, insbesondere bei dem jüngeren Klerus, eine gewisse Verwirrung wegen der Haltung von Papst Johannes XXIII. entstanden sei.[28] Er – der Herr Bundeskanzler – sei hierüber sehr beunruhigt. Es werde für die Zukunft vieles von dem neuen Papst Paul VI. abhängen. Diesen kenne er seit der Zeit, als er mit Tardini im päpstlichen Staatssekretariat tätig gewesen sei. Auch habe ihn Montini als Erzbischof von Mailand einmal in Cadenabbia besucht.[29] Der Klerus seiner Diözese habe sich jedoch nicht sehr zufrieden über die hierarchischen Vorgesetzten geäußert, weil keine Instruktionen über die von den Geistlichen in politischen Fragen einzunehmende Haltung erteilt würden. Es sei behauptet worden, daß Montini von Pius XII. wegen Ungehorsams nach Mailand versetzt worden sei.

Präsident *Segni* meinte, Paul VI. sei jetzt besser beraten. Das Ergebnis der letzten italienischen Wahlen sei eine harte Lehre gewesen. Er glaube, daß der jetzige Papst der Wirklichkeit näher stehe. Sein Vorgänger habe keine eigenen Ideen gehabt. Solange Tardini der vatikanischen Politik die Richtung gewiesen habe, seien die Dinge gut gelaufen. Dies habe sich aber nach dem Tode Tardinis[30] geändert, weil Johannes XXIII. dann unter den Einfluß seiner nicht immer gut beratenen Umgebung gekommen sei. Der jetzige Staatssekretär Cicognani kenne die italienischen Verhältnisse nicht, da er 26 Jahre in den USA gelebt habe.

Der Herr *Bundeskanzler* berichtete dann Herrn Segni über seinen Besuch bei Johannes XXIII. im Januar 1960[31] und fragte ihn, was er von seiner Absicht halte, Paul VI. noch vor seinem Rücktritt einen Besuch abzustatten.[32]

[26] Die Bundestagswahl fand am 19. September 1965 statt.

[27] Vgl. dazu Dok. 224, Anm. 3.

[28] Zur Kirchenpolitik des Papstes Johannes XXIII. vgl. Dok. 192, Anm. 41.

[29] Erzbischof Montini besuchte Bundeskanzler Adenauer am 11. September 1958 in Cadenabbia.

[30] Kardinal Tardini, seit 1958 Kardinal-Staatssekretär, starb am 30. Juli 1961.

[31] Vom 20. bis 25. Januar 1960 hielt sich Bundeskanzler Adenauer zu einem Staatsbesuch in Italien auf. Am 22. Januar 1960 wurde er von Papst Johannes XXIII. empfangen. Vgl. dazu BULLETIN 1960, S. 129f.

[32] Vgl. dazu weiter Dok. 342.

Herr *Segni* begrüßte dies sehr und äußerte sich – auf dessen Anfrage – sehr erfreut, bei dieser Gelegenheit den Herrn Bundeskanzler in Rom empfangen zu können.[33]

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, die politische Linie der Kirche sei nicht nur für die Kirche selbst von Bedeutung, und fuhr fort, bei einer Gesamtbetrachtung der Dinge müsse man sich sagen, daß Frankreich, Italien und die Bundesrepublik – wenn sie unter sich immer einig seien, auch in ihrer Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten – der amerikanischen Politik eine bestimmte Richtung geben könnten.

Präsident *Segni* erklärte, er habe große Angst vor der gegenwärtigen politischen Haltung der USA.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er empfinde dasselbe, erhoffe sich aber viel von der Einigkeit der drei genannten Mächte. Kennedy werde nicht gegen sie ankommen können.

Herr *Segni* wies darauf hin, daß Präsident Kennedy in christlich-demokratischen Kreisen Italiens stark kritisiert worden sei, besonders wegen seiner Einschaltung in die italienische Innenpolitik. Er halte Kennedy für labil und nicht sehr entschlossen; auch scheine seine physische Verfassung nicht gut zu sein.

Der Herr *Bundeskanzler* wiederholte, wie notwendig er einen festen Zusammenhalt zwischen Italien, Frankreich und Deutschland halte, und sprach die Hoffnung aus, daß Präsident Segni seine Reise nach Frankreich bald unternehmen möge.

Zu der innerpolitischen Lage Amerikas wies der Herr Bundeskanzler darauf hin, daß es in der republikanischen Partei eine Reihe einflußreicher Persönlichkeiten gebe. Auch habe er den Eindruck, daß Nixon beabsichtige, politisch wieder aktiv zu werden, da er vor kurzem seinen Wohnsitz aus Kalifornien wieder nach New York verlegt habe, wo er mit seiner Frau ein Rechtsanwaltsbüro eröffnet habe.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch über Fanfani und die Ursachen des letzten Wahlergebnisses in Italien kündigte der Herr Bundeskanzler Präsident Segni einen geplanten Botschafterwechsel an: Zum 1. November d. J. werde Botschafter Blankenhorn von Paris nach Rom[34] und Botschafter Klaiber von Rom nach Paris[35] versetzt, wobei es sich um einen turnusmäßigen Wechsel handele, da beide Botschafter mehrere Jahre lang in den jeweiligen Hauptstädten gewesen seien.

Präsident *Segni* kam auf die letzten italienischen Wahlen zurück und wiederholte, sie seien eine harte Lehre gewesen. Interessant sei dabei die Tatsache, daß in der reichsten Gegend Italiens, der Lombardei, die kommunistischen Stimmen gestiegen seien. Was die Person des jetzigen Papstes betreffe, glaube er – Segni –, daß die größte Gefahr darin bestehe, daß er keinen starken Wil-

[33] Vgl. dazu weiter Dok. 363.

[34] Zum Antrittsbesuch des Botschafters Blankenhorn beim italienischen Außenminister Saragat vgl. Dok. 464.

[35] Vgl. dazu BULLETIN 1963, S. 1278.

len habe. Er habe eine gute Urteilskraft, aber ein geringes Durchsetzungsvermögen.

Nach seiner Meinung über die Erklärungen von Präsident Kennedy über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes befragt[36], sagte Herr Segni, er sei bereits aus Rom abgereist gewesen, als die abgegeben worden seien.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte ferner, er glaube nicht, daß eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Politische Union in absehbarer Zeit zu positiven Ergebnissen führen könnte. De Gaulles Vorschlag sei auf Vorbehalte gestoßen, weil er nicht im richtigen Rahmen gesehen worden sei.[37]

Präsident *Segni* verwies kurz auf die Schwierigkeiten, die Italien mit Abessinien im Zusammenhang mit der Treuhandschaft über Somalia habe.[38] Er hoffe aber, daß die Meinungsverschiedenheiten in absehbarer Zeit geregelt werden könnten. Der Kaiser von Äthiopien[39] habe eine Einladung nach Rom angenommen – zum ersten Mal nach dem Abessinienfeldzug[40] –, und auch der Ministerpräsident von Somalia[41] werde demnächst in der italienischen Hauptstadt erwartet.

Herr Segni bestätigte dann die Überzeugung des Herrn Bundeskanzlers, daß Chruschtschow in den kommenden Jahren der gefährlichste Gegner Europas bleibe. Nach den Beziehungen zwischen Italien und Südamerika gefragt, sagte Herr Segni, diese seien sehr gut, um so mehr als viele Italiener in diesen Kontinent ausgewandert seien. Auch habe Lateinamerika im allgemeinen größeres Vertrauen zu Europa als etwa zu den Vereinigten Staaten. Hinsichtlich einer etwaigen Aufnahme Spaniens in die NATO wies Herr Segni darauf hin, daß die öffentliche Meinung derartigen Plänen nicht günstig gesinnt sei.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, dies gelte besonders auch für England. Der ehemalige Hochkommissar General Robertson habe es ihm gesagt.

Was die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen mit Israel betreffe, sagte der Herr Bundeskanzler, er selbst wäre dafür[42], jedoch befürchte man die Reaktion der arabischen Staaten, die gedroht hätten, dann ihrerseits Beziehungen mit Pankow aufzunehmen.

Zum Schluß kam Präsident *Segni* nochmals auf die italienischen Wahlen vom April zu sprechen und betonte dabei die Tatsache, daß eine erhebliche Anzahl von Ehefrauen kommunistischer Wähler, die früher aus Gewissensgründen

[36] Am 26. Juli 1963 erklärte Kennedy: „The Moscow talks have reached no agreement on any other subject, nor is this treaty conditioned on any other matter. Under Secretary Harriman made it clear that any nonaggression arrangements across the division in Europe would require full consultation with our allies and full attention to their interests." Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 602.

[37] Zum Scheitern der Pläne für eine europäische politische Union im Sommer 1962 vgl. Dok. 136.

[38] In einem Treuhandabkommen setzte die UNO 1950 Italien für zehn Jahre wieder als Verwaltungsmacht in dem zuvor britischer Militärverwaltung unterstehenden Italienisch-Somaliland ein. 1960 ging Italienisch-Somaliland in der unabhängigen Republik Somalia auf.

[39] Haile Selassie.

[40] Der Abessinienfeldzug begann mit dem italienischen Angriff auf Äthiopien im Oktober 1935 und endete mit der Eroberung von Addis Abeba im Mai 1936.

[41] Abdi Rashid Shermarke.

[42] Vgl. dazu weiter Dok. 307.

als Katholikinnen für die Democrazia Cristiana gestimmt hätten, jetzt – nach dem Besuch Adschubejs bei Johannes XXIII.[43] – ebenfalls ihre Stimme für die Kommunistische Partei abgegeben hätten. Dies erkläre z. T. den großen Stimmenzuwachs der Linksparteien.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/79

262

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf (Entwurf)

II 8-82.07/3355/63 geheim **1. August 1963**[1]

Betr.: Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland am Teststopp-Abkommen

Die Frage unseres Verhältnisses gegenüber dem Teststopp-Abkommen läßt sich in zwei Unterfragen unterteilen:

I. Sollen wir an dem Vertrag überhaupt teilnehmen oder (wie Frankreich[2]) von ihm abseits bleiben und

II. Wenn unsere Teilnahme bejaht wird:
Sollen wir ihn unterzeichnen und diese Absicht bald ankündigen oder ihm später nach Inkrafttreten nur beitreten?[3]

Zu I.

1) Bevor der Entschluß unserer Teilnahme an dem Abkommen überhaupt ins Auge gefaßt wird, müssen unsere Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen des Abkommens auf den Status der SBZ ausgeräumt und das Problem in zufriedenstellender Weise geregelt sein.

2) Für unsere Teilnahme an dem Abkommen sprechen folgende Gründe:

a) Materiell würde der Verzicht auf Kernwaffenversuche in den drei Bereichen uns gegenwärtig in unserem Rüstungsprogramm nicht beschränken. Für die Zukunft würden wir allerdings eine Verpflichtung eingehen, die sich nur dann für uns nachteilig auswirken würde, wenn wir je die Absicht und die Möglichkeit hätten, Kernwaffen selbst zu erproben. Dabei kann davon ausge-

[43] Zur Privataudienz für den Schwiegersohn des Ministerpräsidenten Chruschtschow am 7. März 1963 vgl. Dok. 216, Anm. 29.

[1] Der Entwurf wurde am 1. August 1963 vom Leiter des Referats „Abrüstung und Sicherheit", Lahn, konzipiert.
Er wurde am 12. August 1963 mit folgendem handschriftlichen Vermerk des Ministerialdirektors Krapf an Ministerialdirigent Reinkemeyer weitergeleitet: „Bitte dies im Auge behalten, für den Fall, daß die Frage ‚Unterzeichnung' oder ‚Beitritt' noch eine Rolle spielen sollte."
Hat Reinkemeyer am 16. August 1963 vorgelegen.

[2] Zur Haltung des Staatspräsidenten de Gaulle zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 242, Anm. 6, und Dok. 246, Anm. 4.

[3] Zu Artikel 3, Ziffer 1 des Teststopp-Abkommens, in dem der Unterschied zwischen Beitritt und Unterzeichnung festgelegt wurde, vgl. Dok. 239, Anm. 5.

gangen werden, daß die Bundesrepublik, abgesehen von ihrem ABC-Verzicht von 1954 gegenüber ihren WEU-Partnern[4], aus politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gründen in absehbarer Zeit überhaupt nicht daran denken kann, ein eigenes Kernwaffenprogramm zu entwerfen und zu verwirklichen oder an einem fremden, etwa dem französischen Programm, beteiligt zu werden.[5] Sollte sich in ferner Zukunft eine solche Notwendigkeit aufgrund völlig veränderter Verhältnisse oder des Auseinanderbrechens der westlichen Allianz ergeben, so würde die Kündigungsmöglichkeit nach Art. 4 des Vertrages[6] offenstehen.

b) Das Argument, daß die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Beitritt zum Teststopp-Abkommen eine neue weitergehende Verpflichtung als bisher eingehen und diese auch gegenüber der Sowjetunion und allen anderen Vertragspartnern übernehmen würde, der keine echte Gegenleistung von seiten der Nuklearmächte gegenüberstünde, ist zwar zutreffend, kann aber nicht als durchschlagend anerkannt werden. Die damit verbundene Frage nach einem Preis für unseren Beitritt geht nämlich insofern fehl, als unser Verzicht auf Kernwaffenversuche in den Augen nicht nur unserer Gegner, sondern auch unserer Bundesgenossen keine wirkliche Vertrags*leistung* darstellt, sondern nichts weiter ist als das Anerkenntnis unseres subjektiven Unvermögens im politischen Sinne.

c) Für unsere Teilnahme an dem Vertrag spricht weiter auch der Umstand, daß sich die Bundesrepublik nicht der Gefahr einer durchgreifenden Isolierung in der Welt aussetzen dürfe. Während bei Frankreich die Ablehnung durch die Tatsache motiviert und in weiten Kreisen anerkannt wird, da Frankreich schon Kernwaffenmacht ist[7] und eine bereits eingeleitete[8] kostspielige Entwicklung zu einem gleichwertigen Abschluß wie bei den anderen Nuklearmächten zu bringen wünscht, würde das Abseitsstehen der Bundesrepublik dahin gedeutet werden, daß wir entweder die Entwicklung einer eigenen Kernwaffe oder die Beteiligung an der französischen Produktion beabsichtigten. Uns würden Motive und Absichten unterstellt werden, die uns fernliegen. Gegenteiligen Beteuerungen von unserer Seite würde kaum Glauben geschenkt werden.

d) Mit den letztgenannten Gründen steht im Zusammenhang, daß von der gesamten Weltöffentlichkeit unsere Beteiligung erwartet werden wird. Es ist damit zu rechnen, daß bei den künftigen Ost-West-Verhandlungen die deutsche Frage und Sicherheitsmaßnahmen in Mitteleuropa die Hauptrolle spielen werden und daß wir dann auch auf die Unterstützung der Weltmeinung in unseren eigenen Angelegenheiten angewiesen sein werden. Es wäre daher zu bedauern, wenn wir durch zu langes Zögern oder endgültiges Fernbleiben von

[4] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

[5] Der Passus „oder an einem fremden ... werden" wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahn handschriftlich eingefügt.

[6] Zu Artikel 4 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 12.

[7] Der erste französische Atomtest fand am 13. Februar 1960 in Reggane (Sahara) statt.

[8] Dieses Wort wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahn handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „durchgeführte".

dem Teststopp-Abkommen die Weltmeinung gegen uns richten würden und unsere Politik vor allem in der ungebundenen Welt suspekt machten.

3) Gegen unseren Beitritt spräche allenfalls, wie bereits oben unter 2 b) dargelegt, daß wir für unseren Beitritt keinen unmittelbaren Vorteil erlangen würden. Wir befänden uns dabei aber[9] in Gesellschaft aller übrigen Staaten mit Ausnahme der Kernmächte. Es handelt sich hier um einen ersten Schritt zu weltweiten Rüstungsvereinbarungen, denen, nach der Absicht der ursprünglichen Parteien, die gesamte Völkerrechtsgemeinschaft beitreten solle.

Zu II.

Aus den oben dargelegten Gründen ergibt sich, daß wir – nachdem die Vorbedingung (SBZ-Frage) erfüllt ist – den Vertrag möglichst bald und vor Inkrafttreten unterzeichnen sollten.[10] Dabei sollten wir uns dem mit den beiden Westmächten abzusprechenden Verfahren anschließen, in welchen Hauptstädten das Abkommen von uns unterzeichnet würde.

1) Um uns gegenüber der SBZ vorteilhaft abzuheben, sollten wir möglichst[11] in Washington, London und Moskau unterzeichnen.

2) Wir sollten Wert darauf legen, mit als Signatarstaat und nicht nur als beitretender Staat zu gelten, obwohl diese Unterscheidung völkerrechtlich belanglos ist.[12]

3) Wir würden durch eine frühzeitige Ankündigung unserer Absicht zu unterzeichnen die bereits gegen uns einsetzende Propaganda-Kampagne aufhalten und sie ihres Objektes berauben.

4) Wir würden durch eine baldige Erklärung in diesem Sinne den Zweifel in der Weltmeinung an unserer Politik des Gewaltverzichtes ausräumen und durch diesen Schritt unsere friedlichen Absichten unterstreichen, die im Grunde auch ein Nichtangriffsarrangement überflüssig machen.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär vorgelegt.

gez. Krapf

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291

[9] Dieses Wort wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahn handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „allerdings".

[10] Zur Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens durch die Bundesrepublik am 19. August 1963 vgl. Dok. 308, Anm. 3.

[11] Dieses Wort wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahn handschriftlich eingefügt.

[12] In einer Aufzeichnung für Staatssekretär Carstens vom 29. Juli 1963 führte Ministerialdirektor Krapf zu diesem Punkt aus: „Unterzeichnende Staaten werden, zu Recht oder zu Unrecht, in der neutralen Welt höher bewertet als beitretende Staaten." Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291; B 150, Aktenkopien 1963.

263

Runderlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 737/63 **Aufgabe: 2. August 1963, 15.45 Uhr**
Fernschreiben Nr. 2536 Plurex
Citissime

Betr.: Moskauer Teststopp-Abkommen[1]

Auf Fragen, warum wir unsere Bedenken gegen die Beitrittsklausel[2] nicht früher geltend gemacht hätten, der Text der Klausel sei doch seit einem Jahr allgemein bekannt gewesen, ist folgendes zu antworten:

1) Die USA und Großbritannien haben am 27. August 1962 in Genf einen Entwurf für ein Teststoppabkommen im Rahmen der 18-Mächte-Konferenz vorgelegt.[3] Es war natürlich, daß hier eine Klausel für den Beitritt anderer VN-Mitgliedstaaten vorgesehen werden mußte. Die damals ins Auge gefaßte Klausel sah den Beitritt aller Staaten durch Hinterlegung bei der – nach dem damaligen Entwurf – vorgesehenen einzigen Depositarmacht vor.[4] Wäre der damalige Entwurf angenommen worden, so wäre die bisher in den VN geübte Praxis, nur VN-Mitgliedstaaten und Mitgliedstaaten der VN-Sonderorganisationen zu berücksichtigen, für die Frage maßgebend gewesen, welche Staaten als beitrittsfähig anzusehen gewesen wären.

2) Der Entwurf vom 27. August 1962 ist in der 18-Mächte-Kommission nicht über erste unfruchtbare Erörterungen hinausgekommen.

3) Als die USA, die Sowjetunion und Großbritannien Mitte Juli 1963 neue Verhandlungen in Moskau aufnahmen[5], ist allgemein angenommen worden, daß es sich um Verhandlungen über ein Abkommen handelte, das die drei Mächte binden sollte. Es war ferner klar, daß Frankreich und Rot-China der Beitritt nahegelegt werden sollte. Darüber, daß es sich um ein weltweites Abkommen handeln sollte, dem auch die SBZ beitreten sollte, sind weder die Öffentlichkeit noch wir unterrichtet worden. Wir haben im Gegenteil aus der Tatsache, daß die Amerikaner mit uns das Problem der Nichtanerkennung der SBZ nur im Zusammenhang mit dem von den Sowjets vorgeschlagenen Nichtangriffsabkommen erörtert haben[6], den Schluß ziehen müssen und gezogen, daß das Problem sich beim Teststopp nicht stelle.

[1] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[2] Zu Artikel 3, Ziffer 1 und 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

[3] Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 804–807.

[4] Artikel 5, Ziffer 1 und 2 des Vertragsentwurfs vom 27. August 1962 lautete: „This Treaty shall be open until ... to all States for signature. Any State which does not sign this Treaty may accede to it at any time. This Treaty shall be subject to ratification by signatory States. Instruments of ratification and instruments of accession shall be deposited with the Government of ..., which is hereby designated the Depositary Government." Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 806.

[5] Die Teststopp-Verhandlungen wurden am 15. Juli 1963 aufgenommen. Vgl. dazu Dok. 228.

[6] Vgl. dazu Dok. 224 und Dok. 228.

4) Tatsächlich ist das Problem aber durch die Drei-Depositarmächte-Klausel des jetzigen Artikel III erst in voller Schärfe akut geworden. Diese Lösung zeichnete sich in dem Entwurf vom August 1962 oder in irgendeiner uns bekannt gewordenen Verlautbarung auch nicht andeutungsweise ab.

5) Es ist also völlig abwegig, uns entgegenzuhalten, wir seien mit der Problematik seit langem vertraut gewesen.

6) Ich bitte Washington, Vorstehendes dem State Department mitzuteilen, und stelle es in das Ermessen der übrigen Missionen, wie sie von diesem Erlaß Gebrauch machen.

Carstens[7]

Büro Staatssekretär, Bd. 404

264

Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-5548/63 geheim
Fernschreiben Nr. 2173
Citissime

Aufgabe: 2. August 1963, 15.00 Uhr[1]
Ankunft: 2. August 1963, 21.10 Uhr

Legal Adviser des State Department[2] hat an Finletter gestern abend drahtlich eine Sprachregelung für Frage der rechtlichen Bedeutung eines Beitritts der SBZ zum Testbann-Abkommen[3] gegeben.[4]

Danach impliziere die gleichzeitige Unterzeichnung, die gleichzeitige Ratifizierung oder der gleichzeitige Beitritt eines nicht-anerkannten Regimes und des nicht anerkennenden Staates zum Testbann-Abkommen keine Anerkennung. Tatsache der Hinterlegung des Ratifikationsinstruments bei einer Depositarmacht, die beide Teile anerkennt, ändere hieran nichts. Vereinbarungen, aufgrund deren eine Regierung oder ein Regime nicht bei einer Depositarmacht hinterlegt, die diese Regierung oder dieses Regime nicht anerkennt, sondern bei einer anerkennenden Depositarmacht, seien lediglich als Frage der Opportunität und Tunlichkeit anzusehen („are a matter of convenience and feasibility").

Anerkennung von Regimen oder Regierungen, denen diese noch nicht zuteil geworden oder verweigert worden ist (die Sprachregelung braucht die Ausdrücke „unrecognized" und „non-recognized" nebeneinander) sei nach Völker-

[7] Paraphe vom 2. August 1963.

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Abram Chayes.

[3] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[4] Für den Wortlaut vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436.

recht eine Frage des Willens („a matter of intent"). (So auch Kennedy in seiner gestrigen Pressekonferenz[5]). Einer ausdrücklichen Erklärung des Inhalts, daß Beitritt nicht als Anerkennung auszulegen sei, bedürfe es deshalb nicht. Anerkennung werde auch nicht impliziert, es sei denn, ein gegenteiliger Wille sei unzweideutig zum Ausdruck gebracht worden. Erklärungen, daß der Beitritt nicht die Anerkennung bedeute, seien deshalb Vorsichtsmaßnahmen, deren es an sich, rein juristisch gesehen, nicht bedürfe. Regierung der Vereinigten Staaten sei kein Fall bekannt, in dem angenommen worden wäre, daß der gemeinsame Beitritt eine Anerkennung bewirkt habe. Präzedenzfälle seien: Kellogg-Briand-Pakt von 1928[6], bei dem die von USA nicht anerkannte Sowjetregierung ihr Ratifikationsinstrument in Washington durch Frankreich hinterlegen ließ, ferner die Genfer Konventionen von 1949, denen auch die SBZ beigetreten sei (es handele sich, wie Gesprächspartner vermutete, um Rotkreuz-Konventionen[7]), was die Schweiz als Depositarmacht den USA mit dem Ergebnis notifiziert habe, daß USA ihrerseits ausdrücklich auf die Nichtanerkennung hinwiesen[8], und schließlich das Laos-Protokoll von 1962[9], dem Rotchina beigetreten ist.

[gez.] Lilienfeld

Ministerbüro, VS-Bd. 8498

[5] In der Pressekonferenz vom 1. August 1963 führte Präsident Kennedy aus: „Diplomatic procedure, custom, and law provide that recognition is a matter of intent. We do not intend to recognize the East German regime ..." Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 613.

[6] Der Briand-Kellogg-Pakt war eine Erklärung über die Ächtung des Angriffskrieges. Sie ging auf eine vom französischen Ministerpräsidenten Briand angeregte Entschließung des Völkerbundes vom 24. September 1927 zurück und wurde am 27. August 1928 von 15 Nationen unterzeichnet. Vgl. BRUNS, Politische Verträge, Bd. 1, Nr. 86.

[7] Bei den vier Genfer Rotkreuz-Konventionen vom 12. September 1949, denen sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR beitraten, handelte es sich um die Abkommen zur Besserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde bzw. der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See, um das Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen sowie das Abkommen zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 75, S. 31–83, S. 85–133, S. 135–285 und S. 287–417.

[8] Vgl. dazu Dok. 272, Anm. 17.

[9] Für den Wortlaut der Erklärung über die Neutralität von Laos und des dazugehörigen Protokolls vom 23. Juli 1962 vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, D 399–405.

265

Botschafter Blankenhorn, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-5544/63 geheim **Aufgabe: 2. August 1963, 18.30 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1092 **Ankunft: 2. August 1963, 19.45 Uhr**

Auf Plurex Nr. 2519 geheim vom 31. 7.[1]

Habe heute Laloy vom Inhalt des Schreibens des Herrn Bundesministers an Dean Rusk Kenntnis gegeben.[2] Laloy teilt in vollem Umfang die dem Schreiben zugrundeliegenden deutschen Besorgnisse und die in ihm enthaltenen Vorschläge. Er hielt vor allem die im letzten Absatz im Zusammenhang mit Artikel 3 des Abkommens[3] entwickelten Gedanken für besonders wertvoll.

Die durch das Abkommen gegebene Lage sei, was die deutsche Frage angehe, in der Tat sehr besorgniserregend. Wenn nicht von seiten der beiden Westmächte eine sehr entschiedene öffentliche Klarstellung erfolge, so bestehe die Gefahr, daß die sowjetisch besetzte Zone über Artikel 2[4] und 3 des Abkommens auf dem Wege ihrer internationalen Anerkennung als Staat ganz erhebliche Fortschritte mache. Er spreche lediglich seine persönliche Ansicht aus, wenn er sage, daß die Bundesrepublik unter diesen Umständen das Abkommen nicht unterzeichnen oder ihm beitreten könne. Die Bundesregierung könne als einzige legitimierte Sprecherin des gesamten deutschen Volkes nicht hinnehmen, daß sie in Zukunft mit der SBZ am Verhandlungstisch sitze.[5] Er empfehle deshalb, daß die Bundesregierung in einer öffentlichen Erklärung zwar die Prinzipien des Vertrages, wie sie in Artikel 1 niedergelegt seien[6], feierlich akzeptiere, daß sie aber Unterzeichnung oder Beitritt bis auf den Zeitpunkt der Wiedervereinigung verschiebe.[7] Eine solche Haltung würde eine gute Warnung an die amerikanische Adresse sein, nicht auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren und sich zu gleichartigen Lösungen etwa in Verbindung mit einem Nichtangriffspakt[8] einverstanden zu erklären.

[1] Vgl. Dok. 260.
Mit Plurex 2519 wurde dieses Schreiben an die Botschaft in Washington übermittelt; weitere Botschaften wurden in Kenntnis gesetzt.

[2] Zur entsprechenden Weisung des Staatssekretärs Carstens vom 1. August 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8498.

[3] Zu Artikel 3 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

[4] Zu Artikel 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 11.
Nach Artikel 2 konnte ein Drittel der Teilnehmerstaaten eine Revisionskonferenz einberufen.

[5] Zum Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik vgl. Dok. 251.

[6] Für den Wortlaut von Artikel 1 des Teststopp-Abkommens vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291 f.

[7] Auch Ministerialdirektor Müller-Roschach empfahl, den Beitritt zum Teststopp-Abkommen aufzuschieben. Vgl. dazu Dok. 245.

[8] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens vgl. Dok. 215. Vgl. dazu auch Dok. 256, Anm. 11.
Zum Thema Nichtangriffsabkommen im Rahmen der Teststopp-Verhandlungen bis zum 25. Juli 1963 vgl. Dok. 236 und Dok. 252.

Die Tatsache, daß der Moskauer Vertrag nun auch allen anderen Staaten zur Unterzeichnung oder zum Beitritt offenstehe, sei der französischen Regierung völlig überraschend gekommen. Nach seiner Auffassung hätten hier die Amerikaner ihre westlichen Partner, vor allem die Bundesrepublik, rechtzeitiger und intensiver konsultieren müssen.

Ich wäre dankbar, wenn ich Laloy auch von der Antwort von Dean Rusk an den Herrn Bundesminister[9] unterrichten könnte.

[gez.] Blankenhorn

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291

266

Gesandter Thierfelder, London, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-5549/63 geheim
Fernschreiben Nr. 677
Citissime

Aufgabe: 2. August 1963, 17.45 Uhr[1]
Ankunft: 2. August 1963, 20.42 Uhr

Auf Drahterlaß Nr. 361 vom 31. 7. 1963[2]

I. Im Foreign Office erfuhr ich heute, daß die Antwort auf das Schreiben des Herrn Bundesministers noch in Bearbeitung sei und ein Termin für die Fertigstellung noch nicht genannt werden könne.[3]

Was die grundsätzliche Stellungnahme zu unserer Sorge angeht, der Vertrag könne zu einer Anerkennung oder doch Aufwertung des Sowjetzonenregimes führen, so scheint sich das Foreign Office solidarisch zu fühlen mit dem, was Präsident Kennedy in seiner gestrigen Pressekonferenz gesagt hat.[4] Unterstrichen wurde vor allen Dingen der Satz, „this recognition is a matter of intent". Ein Staat könne nicht einfach gegen seinen Willen in eine Lage gebracht werden, die Anerkennung bedeute. In diesem Zusammenhang erinnerte Assistant Under-Secretary Douglas Wilson, der bei den Verhandlungen in Moskau dabei war und auch wieder dorthin mitfahren wird, daß Gromyko am Konferenztisch wiederholt mit Nachdruck betont habe, die Sowjets wollten sich in gar keiner Weise durch diesen Vertrag zwingen lassen, auch nur die Existenz, geschweige denn die Legitimität von Nationalchina anzuerkennen.

9 Für den Wortlaut des Antwortschreibens vom 2. August 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8498.

1 Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

2 Mit Drahterlaß 361 wurde das Schreiben des Bundesministers Schröder vom 31. Juli 1963 an den britischen Außenminister Lord Home der Botschaft in London übermittelt. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436; B 150, Aktenkopien 1963.
Zu dem Schreiben vgl. Dok. 260, Anm. 17.

3 Für die Übergabe des Antwortschreibens vgl. Dok. 274.

4 Zu den Ausführungen des Präsidenten Kennedy vom 1. August 1963 vgl. Dok. 264, Anm. 5.

Von Wilson ebenso wie von Lord Hood wurde mir erneut bestätigt, daß alles geschehen solle, um zu verhindern, daß durch diesen Vertrag die Anerkennung, ja auch nur eine Aufwertung des sowjetzonalen[5] Regimes erfolge. Ledwidge brachte im genaueren zum Ausdruck, daß es natürlich nicht leicht sei, jetzt schon festzulegen, wie man der Situation begegnen könne, wenn die Sowjetzone Zugang zu der Konferenz gemäß Art. 2 fordere.[6] Diese Schwierigkeit müsse, und damit halte er sich im Einklang mit den üblichen Methoden der britischen Diplomatie, dann überwunden werden, wenn es soweit sei. Lord Hood machte darauf aufmerksam, daß es im Foreign Office bedauert werden würde, wenn die deutsche Presse fortfahre, den Vertrag ganz unter dem Gesichtspunkt dieses einen Problems zu sehen und darüber die übrigen Seiten des Vertrages völlig vernachlässige.

II. Über die Moskauer Verhandlungen erzählte mir Wilson einige Einzelheiten, die von Interesse sein mögen.

1) Chruschtschow habe die Verhandlungen damit begonnen, die sowjetische Wirtschaftssituation in rosigen Farben zu schildern und diese Schilderung mit der Feststellung geschlossen, die Verhandlungspartner möchten daraus entnehmen, daß die Sowjets nicht aus der Position der Schwäche heraus in die Verhandlungen gingen. Wilson schien dies übersteigert; er war geneigt, gerade den umgekehrten Schluß daraus zu ziehen, daß nämlich einer der wesentlichsten Gründe für Chruschtschows Wunsch nach diesem Abkommen in der dringenden Hoffnung auf Erleichterung der finanziellen Situation zu suchen sei. Im übrigen sei ein bedeutsamer Faktor in Chruschtschows Denken sicherlich die Absicht gewesen, China in die Ecke zu drängen.

2) Wie sehr die Sowjets andererseits China hätten schonen wollen, ergebe sich anschaulich aus der Entstehungsgeschichte der Aufkündigungsklausel[7]. Der Westen habe zunächst alten Plänen entsprechend die Möglichkeit zur Beendigung des Vertrages an die Tatsache knüpfen wollen, daß dem Vertrag zuwider von den Vertragschließenden oder daß von Vertragsfremden oder daß von unbekannter Seite Versuche stattfänden. Diese sei auf sowjetischen Widerstand gestoßen, weil man damit den Finger auf einen möglichen Verletzer richte. So sei es zu der jetzigen Formulierung gekommen. Die Sowjets hätten übrigens im Verlauf der Verhandlungen unmißverständlich geäußert, daß sie sich sowieso an keinen Vertrag gebunden fühlten, „when supreme national interests are affected".[8]

3) Chruschtschow hätte zwar gern einen Nichtangriffspakt[9] gleichzeitig abgeschlossen oder doch eine Verpflichtung zum Abschluß festgelegt, es sei den

[5] Korrigiert aus „sowjetischen".

[6] Zu Artikel 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 11.

[7] Zu Artikel 4 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 12.

[8] Zu dieser sowjetischen Äußerung merkte Bundeskanzler Adenauer, dem der Drahtbericht des Gesandten Thierfelder vom Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, am 9. August 1963 erneut vorgelegt wurde, handschriftlich an: „Nicht an einen Vertrag gebunden, wenn ... Wer entscheidet, ob ...". Vgl. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/10.

[9] Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 2. bzw. 19. Juli 1963 vgl. Dok. 215 und Dok. 256, Anm. 11.

westlichen Unterhändlern aber schon bald klar gewesen, daß dies nicht eine conditio sine qua non war. Anders verhalte es sich mit den Vorhaben, deren Erörterung nunmehr zur Debatte stehe.[10] Wilson glaubt mit Sicherheit sagen zu können, daß Chruschtschow kein anderes Problem abschließend verhandeln werde, wenn er nicht auf dem Gebiet der Verpflichtung zum Nichtangriff etwas ihn Befriedigendes erreiche.

4) Gromyko sei – so meinte Wilson – von den dreien der beste Verhandlungstaktiker gewesen, der schwächste sicherlich Lord Hailsham, dieser sei eben ein Dilettant. Wilson betonte aber ausdrücklich, daß hin und wieder auch sehr gute Anregungen von ihm ausgegangen seien.

[gez.] Thierfelder

Ministerbüro, VS-Bd. 8498

267

Botschaftsrat I. Klasse Sahm, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-5545/63 geheim **Aufgabe: 2. August 1963, 18.45 Uhr[1]**
Fernschreiben Nr. 669 **Ankunft: 2. August 1963, 20,05 Uhr**

Auf belgischen Antrag trat NATO-Rat am 2. 8. zu einer Sondersitzung zusammen, um über Prozedurfragen im Zusammenhang mit Unterzeichnung Moskauer Testbann-Abkommens[2] zu beraten.

Belgische Regierung wurde gestern durch sowjetischen Botschafter in Brüssel[3] gebeten, den Vertrag am 6. oder 7. 8. in Moskau zu zeichnen. Analoge Demarchen wurden in Luxemburg und Oslo gemacht; niederländischer Vertreter[4] bezeichnete es als möglich, daß im Haag nur Terminschwierigkeiten für das Unterbleiben gleichen sowjetischen Schrittes ursächlich gewesen sein könnten.

Außer Belgien bekundeten Kanada, Norwegen, Luxemburg und die Niederlande ihre grundsätzliche Absicht, das Abkommen zu unterzeichnen.

Amerikanischer Vertreter[5] schilderte Sachverhalt wie folgt: Anscheinend wolle Sowjetunion möglichst viele politisch-propagandistische Vorteile aus der Tatsache herausschlagen, daß die ursprüngliche Unterzeichnung in Moskau erfolge. Diese Versuche müsse der Westen durchkreuzen.

10 Zu den Gesprächen der Außenminister vom 5./6. August 1963 in Moskau vgl. Dok. 282.

1 Hat dem Leiter des Referats „Abrüstung und Sicherheit", Lahn, am 5. August 1963 vorgelegen.
2 Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.
3 Pawel I. Gerassimow.
4 Hendrik N. Boon.
5 Thomas N. Finletter.

Der Vertrag werde in drei Originalen (jeweils Englisch und Russisch) ausgefertigt werden, von denen je eines für Moskau, London und Washington bestimmt sei.

Zeichnungswillige Staaten, die die drei ursprünglichen Zeichnerstaaten anerkennten und von ihnen anerkannt würden, sollten dann die drei Original-Verträge in den drei Hauptstädten unterzeichnen (dies sei möglicherweise ein völkerrechtliches Novum). Man hoffe, daß die an der Zeichnung interessierten NATO-Regierungen dies zum gegebenen Zeitpunkt – gleichzeitig – in Moskau, London und Washington tun würden. Damit vermeide man es, den Sowjets Propagandavorteile zu überlassen, darüber hinaus sei dieses Verfahren auch zweckmäßig z. B. im Hinblick auf die eventuelle Zeichnung durch die SBZ.

Über das Problem der Zeichnung durch Staaten, die nicht von allen drei ursprünglichen Signatarstaaten anerkannt würden, seien noch Überlegungen im Gange, insbesondere mit der Bundesregierung.

Britischer Vertreter[6] ergänzte, daß man nach einer ihm soeben zugegangenen Information zwischen Vertretern der drei Mächte in Moskau ad referendum übereingekommen sei, den Vertrag in den drei Hauptstädten ab 8. August zur Zeichnung durch weitere Staaten aufzulegen. Er wies im übrigen darauf hin, daß die gleichzeitige Zeichnung in den drei Hauptstädten, die auch seine Regierung für zweckmäßig halte, drei separate Vollmachtsurkunden voraussetze.[7]

Portugiesischer Vertreter[8] wies auf die Schwierigkeit hin, die sich daraus ergibt, daß Portugal mit der Sowjetunion keine diplomatischen Beziehungen unterhält. Amerikanischer Sprecher verwies ihn auf Möglichkeit späteren Beitritts, wozu die Deponierung der Beitrittserklärung bei einem oder zwei der ursprünglichen Signatarstaaten genüge.

Ich dankte den verschiedenen Sprechern für die Aufmerksamkeit, die sie dem Problem der SBZ in diesem Zusammenhang widmeten. Es handle sich nicht nur um ein deutsches Problem, sondern um eine für alle NATO-Partner wichtige Frage. Wir müßten auf jeden Fall vermeiden, daß die Sowjets unversehens das Testbann-Abkommen in einen politischen Sieg auf einem ganz anderen Gebiet verwandeln könnten.

Anknüpfend an eine Bemerkung des amerikanischen Vertreters wies ich auf die Gefahr hin, daß Ulbricht an der feierlichen Unterzeichnungszeremonie in Moskau am nächsten Wochenbeginn teilnehmen könnte. Eine weitere Gefahr bestünde darin, daß am 6. oder 7. August (also zu einem Zeitpunkt, in dem sich auch die später in London und Washinton zu deponierenden Vertragsexemplare noch in Moskau befinden) neben den dazu ausdrücklich aufgeforderten NATO-Staaten auch die Sowjetzone alle drei Exemplare unterzeichne. Im übrigen verwies ich auf den WEU-Beschluß vom 31. 12. 1962[9], der als NATO-

6 Evelyn Shuckburgh.

7 Der Passus „den Vertrag ... voraussetze" wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahn hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Endgültig!"

8 V. Armando Martins.

9 Der Beschluß der WEU vom 31. Oktober 1962 war Bestandteil des Aide-mémoires der Bundesrepublik vom 26. Juli 1963. Vgl. dazu Dok. 239, Anm. 7.

Dokument PO 63/141 verteilt worden sei. Die von den Mitgliedstaaten der WEU einzuhaltende Linie sei darin klar festgelegt, wir hofften, daß auch die anderen NATO-Partner sich entsprechend verhalten würden.

Verschiedene Vertreter sprachen sich gegen übereilte Beschlüsse aus: Es sei kein Grund für ein Wettrennen mit dem Ostblock gegeben. Demgegenüber betonte belgischer Sprecher[10] erneut das Interesse seiner Regierung an baldiger Unterzeichnung; er stellte jedoch in Aussicht, daß auch seine Regierung sich vor der endgültigen Entscheidung über den Zeitpunkt mit den anderen NATO-Partnern abstimmen werde.

Der Rat war sich einig, daß es nicht das Ziel der Konsultation sein könne, eine gemeinsame Haltung aller NATO-Partner herbeizuführen (schon wegen der besonderen Lage Deutschlands, Portugals und der Haltung Frankreichs[11]). Auch komme es nicht darauf an, daß alle interessierten NATO-Staaten gleichzeitig unterzeichnen, wichtig sei vielmehr, daß die einzelnen Staaten gleichzeitig in den drei Hauptstädten unterzeichneten.

Der Rat wird sich spätestens am 6. 8. vormittags erneut mit diesem Problem befassen.[12] Dabei erwartet man, wie heute mehrfach zum Ausdruck kam, auch eine deutsche Stellungnahme zum Problem der SBZ sowie zu den Möglichkeiten, mit denen nachteilige Konsequenzen auf ein Minimum beschränkt werden können.

Erbitte Weisung über deutsche Haltung zu den vorgenannten Fragen bis 5. 8. abends.[13]

[gez.] Sahm

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291

[10] André de Staercke.

[11] Zur französischen Haltung zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 246, Anm. 4.

[12] Zur Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats am 6. August 1963 vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 6. August 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

[13] Am 3. August 1963 antwortete Staatssekretär Carstens: „1) Die von Ihnen in der NATO-Ratssitzung vom 2. August 1963 bezogene Stellungnahme wird gebilligt. 2) Für die Sitzung, die voraussichtlich am 6. August 1963 stattfinden wird, bitte ich Botschafter Grewe, nach Paris zurückzukehren, damit er diese Sitzung selbst wahrnimmt ... 3) Wir beabsichtigen vorerst nicht, unsere Auseinandersetzung mit den Amerikanern und Engländern über die Bedeutung des Beitritts der Zone für das Anerkennungsproblem im NATO-Rat anhängig zu machen. Wir glauben, daß eine größere Zahl von NATO-Staaten (Kanada, Norwegen, Dänemark, Belgien) eher dem amerikanischen als unserem Standpunkt zuneigen wird, so daß wir im Ergebnis im NATO-Rat keine eindeutige Unterstützung finden werden ... 4) Aufgrund dieser Erwägungen bitte ich Sie, bei einer Diskussion des Teststopp-Abkommens im NATO-Rat weiterhin zum Ausdruck zu bringen, daß wir das Abkommen begrüßen ... Wir möchten jetzt nur soviel sagen, daß, wenn unsere NATO-Partner dem Abkommen beitreten, sie sich in Übereinstimmung mit unserer gemeinsamen Nichtanerkennungspolitik gegenüber der SBZ verhalten sollten. Es wäre dringend erwünscht, wenn sie eindeutig erklären würden, daß sie die SBZ selbstverständlich nicht anerkennen. Wir bitten weiterhin darum, daß sie keinerlei Erklärungen entgegennehmen, die von der SBZ kommen." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963.

268

Aufzeichnung der Legationsrätin Rheker

1117/63 VS-vertraulich **2. August 1963**[1]

Betr.: Verhältnis Bundesrepublik–Jugoslawien;
Lage nach dem Scheitern der Wirtschaftsverhandlungen[2]

I. Die Wirtschaftsverhandlungen mit Jugoslawien sind nach Beurteilung der Abteilung II nicht nur und nicht in erster Linie an den zu hohen jugoslawischen Erwartungen, vor allem auf finanziellem Gebiet[3], gescheitert, sondern vor allem daran, daß wir den Jugoslawen praktisch fast nichts zu bieten hatten, was dem jugoslawischen Wunsch und unserer erklärten Bereitschaft zur Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen entsprochen hätte.

Unsere grundsätzlich festgelegte Absicht, den Jugoslawen auf wirtschaftlichem Gebiet so weit wie möglich entgegenzukommen, um auf diese Weise eine Entlastung des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses herbeizuführen und für Jugoslawien eine Interessenlage zu schaffen, die eine weitgehende Gewähr für die weitere Zurückhaltung Jugoslawiens in der Deutschland- und Berlin-Frage geboten hätte, wurde von uns nicht in ausreichender Weise konkretisiert. So haben wir keinerlei substantielles Angebot zur Verbesserung der jugoslawischen Exportmöglichkeiten gemacht, jede Auflockerung auf dem Gebiet der Liberalisierung abgelehnt und uns auch nicht bereitgefunden, die erhebliche jugoslawische Schuldenlast uns gegenüber[4] in irgendeiner Form zu erleichtern.

Dieses, unserer ursprünglichen Absicht zuwiderlaufende, fast vollständig negative Verhalten konnte auch durch das Angebot von Hermes-Bürgschaften in beachtlicher Höhe nicht kompensiert werden, da diese Bürgschaften in erster Linie dem deutschen Export nach Jugoslawien zugute kommen, an dem Jugoslawien, wenn es sein Defizit gegenüber uns allmählich ausgleichen will, nur dann interssiert sein kann, wenn wir gleichzeitig die jugoslawischen Exportmöglichkeiten und ihre Schuldenlast erleichtern, wozu wir nicht bereit waren.[5]

Zur Frage finanzieller Zugeständnisse war und ist Abteilung II überdies der Auffassung, daß ein Moratorium oder eine ganze oder teilweise Konsolidierung der jugoslawischen Rückzahlungsverpflichtungen dem Grundsatz „trade but not aid" nicht widersprechen und uns gerade die Möglichkeit geben würde, auf diesem entscheidenden Sektor den Jugoslawen entgegenzukom-

[1] Entwurf für Ministerialdirektor Krapf.
Hat Krapf am 3. August 1963 vorgelegen, der Vortragenden Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath um Rücksprache bat.

[2] Zum Abbruch der Verhandlungen mit Jugoslawien am 13. Juli 1963 vgl. Dok. 229.

[3] Zu den jugoslawischen Erwartungen vgl. Dok. 229, besonders Anm. 4 und Anm. 6.

[4] Zu den jugoslawischen Schulden vgl. Dok. 209, Anm. 3.

[5] Zu den wirtschaftlichen Leistungen, die Jugoslawien von der Bundesrepublik angeboten wurden, vgl. Dok. 229, Anm. 6.

men, ohne ihnen – mit diesem Grundsatz schwer zu vereinbarende – neue Kredite zuzugestehen.

Trotz des Scheiterns der Verhandlungen kann als Positivum einstweilen festgehalten werden:

1) Die Tatsache, daß nach nahezu 6jährigem Vakuum[6] erstmals wieder Kontakte und Verhandlungen auf Regierungsebene stattgefunden haben, die zweifellos zu einem besseren Verständnis der beiderseitigen Ausgangspositionen und der gezogenen Grenzen für die Entwicklung der Beziehungen geführt haben.

2) Die Erzielung eines finanziellen Kompromisses für die Entschädigung jugoslawischer Opfer von Menschenversuchen.[7]

3) Die Anbahnung einer Regelung auf dem Gebiet der jugoslawischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik.[8]

Darüber hinaus ist festzuhalten, daß die jugoslawische Seite im Verlauf der unverbindlichen Erörterung ihres Gedankens, die Wiedergutmachungsfrage[9] auf Eis zu legen, wenn wir ihr durch Konsolidierung ihrer Schulden und andere finanzielle Zugeständnisse im Rahmen der Wirtschaftsbeziehungen entgegenkommen würden[10], die Gründe anerkannt hat, die es der Bundesrepublik beim gegenwärtigen Stand der politischen Beziehungen unmöglich machen, Jugoslawien eine globale Entschädigung zu gewähren.

II. Nachdem beide Seiten sich nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Erfolg bemüht haben, die Dinge nicht zu dramatisieren, sondern den Weg für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen offenzuhalten, scheint Aussicht zu bestehen, eine neue Verschärfung des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses zu vermeiden. Es besteht kein Anlaß, von unserer Seite die Wiederaufnahme der von jugoslawischer Seite unterbrochenen Verhandlungen zu forcieren. Es erscheint jedoch zweckmäßig, in der Pause bis zur Wiederaufnahme von Wirtschaftsverhandlungen die praktisch abschlußreife Regelung der Entschädigung für die Opfer von Menschenversuchen möglichst bald abschließend zu regeln, schon um der jugoslawischen Seite zu zeigen, daß von dem behaupteten Wandel in der Haltung der Bundesregierung keine Rede sein kann.[11]

Darüber hinaus erscheint – ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen – eine gründliche Erörterung mit den beteiligten Ressorts auf der Ebene der Staatssekretäre nötig, um konkret

[6] Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien am 19. Oktober 1957 vgl. Dok. 209, Anm. 8.

[7] Zur abschließenden Regelung der Entschädigung jugoslawischer Opfer von Menschenversuchen vgl. Dok. 350, Anm. 6.

[8] Ein Abkommen über die Vermittlung jugoslawischer Arbeitnehmer und über deren sozialversicherungsrechtlichen Status in der Bundesrepublik wurde erst im Oktober 1968 abgeschlossen.

[9] Zu den Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik an Jugoslawien vgl. bereits Dok. 105, Anm. 10.

[10] Zum jugoslawischen Vorschlag, wirtschaftliche Hilfe der Bundesrepublik und jugoslawische Wiedergutmachungsforderungen gegeneinander aufzurechnen, vgl. Dok. 229, Anm. 4.

[11] Zur Behauptung, die Bundesregierung habe ihre Haltung gewandelt, vgl. Dok. 229, besonders Anm. 4.

festzulegen, welche Möglichkeiten wirtschaftlicher und finanzieller Art bestehen oder geschaffen werden können, um unsere Absicht, Jugoslawien wirtschaftlich so weit wie möglich entgegenzukommen, zu realisieren. Die bei den gescheiterten Verhandlungen gemachten Erfahrungen zeigen, daß wir infolge innerwirtschaftlicher Hemmnisse, insbesondere auf dem Agrarsektor, offenbar nicht in der Lage sind, der jugoslawischen Seite eine nennenswerte Steigerung ihrer Exportkontingente anzubieten. Der Spielraum, den wir haben, liegt daher fast ausschließlich auf dem Gebiet von Zugeständnissen in der Liberalisierung und auf finanziellem Gebiet.

Zur Frage der Liberalisierung ist Abteilung II der Auffassung, daß keine zwingende Notwendigkeit besteht, Jugoslawien mit den Ostblockstaaten auf einer Linie zu halten, sondern daß es von einigen nur für Ostblockstaaten geltenden Restriktionen[12] befreit werden kann und sollte.

Zur Frage eines finanziellen Entgegenkommens ist Abteilung II nach wie vor der Auffassung, daß zwar neue, frei verfügbare Regierungskredite dem Grundsatz „trade but not aid" widersprechen würden und daher nicht gegeben werden sollten, daß wir aber mit an den Warenaustausch gebundenen Bankkrediten und insbesondere mit einer Konsolidierung oder wenigstens Prolongierung der hohen jugoslawischen Schuldenlast nicht kleinlich sein sollten. Wenn wir auf diesem Gebiet nicht zu Konzessionen bereit sind, erscheint es nahezu sinnlos, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, da sie dann erneut mit einem so mageren Ergebnis enden müßten, daß von einer Verbesserung oder Ausweitung der Handelsbeziehungen nicht mehr die Rede sein könnte.

III. Bei aller Notwendigkeit, die Entwicklung der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen in den Grenzen zu halten, in denen unsere Politik der Abschreckung dritter Staaten von einer Anerkennung Pankows glaubwürdig bleibt[13], so muß doch auch unser allgemeines Interesse, in Südosteuropa unsere Präsenz zu verstärken, berücksichtigt werden. Eine restriktive Wirtschaftspolitik gegenüber Jugoslawien hat zwar einerseits wegen ihrer abschreckenden Rückwirkung auf dritte Staaten eine gewisse Berechtigung, hat aber andererseits zwangsläufig die Verstärkung der wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen zwischen Belgrad und Pankow zur Folge, die wiederum von Pankow dazu genutzt werden kann, mit jugoslawischer Unterstützung in dem einen oder anderen Entwicklungsland stärker Fuß zu fassen. Eine Abwägung der Vor- und Nachteile einer großzügigeren Wirtschftspolitik gegenüber Jugoslawien dürfte ergeben, daß die Vorteile gerade mit Blick auf Pankow überwiegen, während das Risiko einer Schwächung unserer Abschreckungspolitik sehr gering erscheint; die Anwendung der „Hallstein-Doktrin" im Falle Jugoslawien hat ihre volle Wirkung gegenüber anfälligen afro-asiatischen Staaten getan, obwohl unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Jugoslawien zunächst nicht beschränkt wurden, sondern ausgerechnet in den ersten 3 Jahren nach dem Abbruch eine erhebliche Steigerung erfahren haben!

[12] Ein für Ostblock-Staaten geltendes Handelshemmnis war die COCOM-Liste. Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 18.
Zur Einschränkung der Laufzeit von Krediten für Ostblock-Staaten vgl. Dok. 232, Anm. 12.

[13] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 251.

Auch die Wirkung des jugoslawischen Beispiels in dem Prozeß der relativen Desintegration des Ostblocks sollte nicht unterschätzt werden. Wenn z. B. heute Rumänien den sowjetisch-chinesischen Gegensatz[14] dazu ausnutzt, um sich eine größere wirtschaftliche – und damit auch politische – Eigenständigkeit gegenüber Moskau und dem COMECON zu verschaffen[15], so spielt hierbei das erfolgreiche Beispiel des jugoslawischen „eigenen Weges" eine erhebliche Rolle. Die Attraktivität dieses Beispiels liegt für Rumänien, aber auch Ungarn und Bulgarien in dem vergleichsweise sehr hohen wirtschaftlichen Standard, den Jugoslawien durch seine Politik eigenständiger Wirtschaftsbeziehungen nach allen Seiten, vor allem nach dem Westen, erreicht hat. Je besser Jugoslawien wirtschaftlich vorankommt, desto stärker wird der Wunsch seiner unmittelbaren bisher im COMECON gegängelten Nachbarstaaten sein, das erfolgreiche jugoslawische Beispiel nachzuahmen.

Daß die Bundesrepublik erhebliche Möglichkeiten hat, ihr Wirtschaftspotential zur Förderung dieses Prozesses einzusetzen, sollte auch bei der Vorbereitung weiterer Verhandlungen mit Jugoslawien[16] berücksichtigt werden.

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 206

269

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow

MB 2044/63 VS-vertraulich **3. August 1963**[1]

Am 3. August empfing der Herr Bundesminister des Auswärtigen den sowjetischen Botschafter Smirnow zu einer Unterredung, die von 11.40 Uhr bis 13.10 Uhr dauerte. Die Unterredung fand im Hause des Herrn Ministers auf dem Venusberg statt.

Einleitend sagte der *Botschafter,* er sei von Außenminister Gromyko beauftragt worden, dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen folgendes mitzuteilen: Am 25. Juli d. J. sei in Moskau ein Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser paraphiert worden.[2] Die Unterzeichnung sei am 5. August in Moskau vorgesehen, wozu

[14] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

[15] Zur größeren wirtschaftlichen Eigenständigkeit Rumäniens gehörte auch die Aufnahme von Verhandlungen über Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik. Vgl. dazu weiter Dok. 380.

[16] Zu den Verhandlungen mit Jugoslawien vgl. weiter Dok. 350.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Buring am 5. August 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 5., Staatssekretär Carstens am 7. und Staatssekretär Lahr am 9. August 1963 vorgelegen.

[2] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

der amerikanische[3] und der britische Außenminister[4] in Moskau erwartet würden. Der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen und die bevorstehende Unterzeichnung des Vertrages würden in Moskau als guter Auftakt für die Lösung anderer strittiger internationaler Probleme gewertet. Das teilweise Verbot der Atomversuche bedeute zwar nicht das Ende des Wettrüstens und auch nicht eine allgemeine und vollständige Abrüstung, die von allen friedliebenden Völkern erstrebt werde. Nach Ansicht der sowjetischen Regierung und auch der Regierungen anderer Staaten seien jedoch durch die Moskauer Vereinbarung günstige Voraussetzungen für die Regelung anderer auf der internationalen Tagesordnung befindlicher Probleme geschaffen worden. Aus Erklärungen des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow sei bekannt, daß nach sowjetischer Auffassung hierzu folgende Probleme gehörten: ein Nichtangriffspakt zwischen der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages[5], worüber zwischen Vertretern der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion in Moskau bereits ein Meinungsaustausch stattgefunden habe. Im Ergebnis dieses Meinungsaustausches sei von den Beteiligten beschlossen worden, diesen mit dem Ziel fortzusetzen, zu einer befriedigenden Vereinbarung zu gelangen.[6] Die sowjetische Regierung glaube, daß dem Abschluß eines Nichtangriffspakts zwischen den genannten Staatengruppen keine unüberwindlichen Hindernisse entgegenstünden. Sie glaube dies um so mehr, als der bisher erfolgte Meinungsaustausch über diese Frage eine positive Einstellung der Beteiligten habe zutagetreten lassen.

Zu den von Chruschtschow genannten Problemen, die baldmöglichst gelöst werden sollten, gehörten ferner die Einfrierung oder besser noch die Reduzierung der Militärbudgets der Staaten, Maßnahmen zur Verhütung eines plötzlichen Angriffs, die Reduzierung der ausländischen Truppen in den beiden deutschen Staaten unter gleichzeitiger Entsendung von entsprechenden Beobachtern und schließlich die Erzielung einer deutschen Friedensregelung. Dem Abschluß eines Friedensvertrags sowie der Normalisierung der Lage in Berlin auf dessen Grundlage messe die Sowjetunion entscheidende Bedeutung für die Gesundung der internationalen Lage bei.[7] Über all diese Fragen sei die so-

[3] Dean Rusk.

[4] Lord Home.

[5] Vgl. dazu Dok. 215 sowie Dok. 256, Anm. 11.

[6] Vgl. dazu das Kommuniqué vom 25. Juli 1963 über die Teststopp-Verhandlungen; Dok. 238, Anm. 8. Für die russische Version vgl. Dok. 245, Anm. 6.

[7] Zu diesen Vorschlägen des Ministerpräsidenten Chruschtschow vgl. auch Dok. 250, besonders Anm. 5.
Am 30. Juli 1963 informierte der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Tyler, Staatssekretär Carstens über die Erörterung dieser Themen im Rahmen der Teststopp-Verhandlungen in Moskau.
Tyler erläuterte, „daß außer der von Gromyko immer wieder erwähnten Frage des N[icht]A[ngriffs]P[aktes] auch andere Sicherheitsvorschläge, wenn auch mit geringerer Intensität, vorgebracht wurden, wie z. B. die Einrichtung fester Bodenkontrollposten in einer besonderen, nicht näher gekennzeichneten Zone, das Einfrieren der Rüstungshaushalte auf dem Stand von 1963 für alle Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Paktes, die Herstellung eines militärischen Gleichgewichts zwischen den Streitkräften in der Bundesrepublik und der SBZ und der Austausch von Militärmissionen bei den Oberkommandierenden der vier Besatzungsmächte. Tyler berichtete, daß nach Harrimans Eindruck die sowjetische Seite die genannten Teilmaßnahmen

wjetische Regierung bereit, in einer sachlichen Atmosphäre Verhandlungen zu führen und allseitig befriedigende Abkommen abzuschließen.

Botschafter Smirnow fuhr fort, ihm sei bekannt, daß bei den Moskauer Gesprächen zwischen den Vertretern der drei Großmächte Absprachen getroffen worden seien, wonach die Unterzeichnung des Vertrages durch andere interessierte Staaten vom 8. August an in Moskau, Washington oder London durch ihre Botschafter oder entsandte Vertreter möglich sei. Jedem Land stehe es frei, den Vertrag entweder vor der Ratifizierung durch die ursprünglichen Vertragsparteien zu unterzeichnen oder ihm nach erfolgter Ratifizierung durch die ursprünglichen Vertragsparteien beizutreten.[8]

Außenminister Gromyko habe ihn beauftragt, den Herrn Bundesminister des Auswärtigen um Auskunft zu bitten, ob die Bundesrepublik Deutschland die Absicht habe, den Moskauer Vertrag zu unterzeichnen oder ihm beizutreten.

Der Herr *Minister* antwortete, die Bundesregierung begrüße den Grundgedanken, der dem Moskauer Vertrag über den begrenzten Atomteststopp – er sage „begrenzten", weil die unterirdischen Versuche ja nicht einbegriffen worden seien – zugrunde liege. Auch in Bonn betrachte man diesen Vertrag als einen guten Anfang für weitere Schritte auf dem Wege zu einer allgemeinen Entspannung. Die Bundesrepublik habe bekanntlich auf dem Gebiet der Atomversuche keinerlei Betätigung aufzuweisen und seinerzeit gegenüber den anderen WEU-Mitgliedern ausdrücklich auf die Herstellung von ABC-Waffen verzichtet.[9] Aufgrund dieser Einstellung begrüße die Bundesregierung natürlich das Zustandekommen des Moskauer Vertrages. Sie habe jedoch einige Bedenken hinsichtlich der Prozedur des Vertragsabschlusses und der eventuell Beteiligten an diesem Vertrag. Die Bundesregierung wünsche nicht, daß gewissermaßen als Nebenfrucht dieses Vertrages unerwünschte politische Folgen einträten. Bekanntlich beanspruche die Bundesregierung für sich das Recht, ganz Deutschland allein zu vertreten.[10] Dies sei ein fundamentaler Grundsatz ihrer Politik. Daher sollte nach Auffassung der Bundesregierung das System der Unterzeichnung bzw. des Beitritts Anerkennungsfragen ausschließen. Die Frage, ob die vorgesehene Prozedur bei der Unterzeichnung bzw. dem Beitritt zum Moskauer Vertrag genügend Sicherheit biete im Hinblick auf das Alleinvertretungsrecht Deutschlands, müsse erst noch mit den Verbündeten geprüft werden.[11] Zu welchem Ergebnis man bei dieser Prüfung gelangen werde, sei im Augenblick schwer zu sagen.

Grundsätzlich habe die Bundesregierung den Wunsch, dem Vertrag beizutreten, da sie ihn vor allem aus humanitären Gründen begrüße. Allein schon die Tatsache, daß aufgrund dieses Vertrages die radioaktiven Niederschläge aufhören würden, sei ein großer Erfolg.

Fortsetzung Fußnote von Seite 897

(Collateral measures) mit dem Ziel vorgeschlagen habe, den Status quo in Mitteleuropa zu konsolidieren." Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291; B 150, Aktenkopien 1963.

8 Zu Artikel 3 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

9 Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

10 Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 251.

11 Vgl. dazu weiter Dok. 270.

Der Minister fuhr fort und sagte, er könne im Augenblick noch nicht sagen, ob die Bundesrepublik den Vertrag vor Ratifizierung durch die ursprünglichen Vertragsparteien unterzeichnen oder ob sie ihm nach Ratifizierung beitreten werde. Dies werde vom Ergebnis der Konsultationen mit den Verbündeten abhängen.

Hinsichtlich anderer Probleme, für deren Lösung der Moskauer Vertrag ein guter Auftakt sein könnte, wolle er nicht ins Detail gehen. Er wolle jedoch betonen, daß die Bundesregierung alle Schritte, die auf Abrüstungsmaßnahmen bzw. Rüstungsbegrenzungen gerichtet seien, begrüßen und unterstützen werde. Die Bundesregierung werde zu allen Vereinbarungen Ja sagen, die weltweiten Charakter trügen; sie werde hingegen zu allem Nein sagen, was die Bundesrepublik diskriminieren und die Spaltung Deutschlands vertiefen könnte. Sie werde alle politischen Erwägungen unter diesen Gesichtspunkten anstellen.

Die Frage eines Nichtangriffspakts bzw. einer Nichtangriffserklärung werde, so führte der Herr Minister weiter aus, bereits seit längerer Zeit diskutiert. Die Bundesrepublik befinde sich in einem System von Bindungen und Verträgen, die alle auf Gewaltanwendung verzichteten. In diesem Zusammenhang weise er auf den seinerzeit erfolgten Beitritt der Bundesrepublik zur WEU[12], auf den defensiven Charakter der NATO[13] und auch auf die UNO-Charta[14] hin. Ob darüber hinaus noch eine weitere Nichtangriffserklärung abgegeben werden sollte, müsse geprüft werden. Es gebe eine Reihe ungelöster Probleme, die beträchtliche internationale Spannungen verursachten und die überwunden werden müßten. Daher sollte man mit der Erörterung einer Nichtangriffserklärung auch die Erörterung derartiger ungelöster Probleme, wie z. B. die Berlinfrage, verbinden. Eine Friedensregelung mit Deutschland und die Lösung der Berlinfrage seien zweifellos entscheidend wichtige Fragen. Leider bestünde keine Einigung unter den beteiligten Staaten darüber, wie diese Fragen zu behandeln seien. Nach Ansicht der Bundesregierung sollte man hierbei von dem einzig unangreifbaren Prinzip, nämlich dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, ausgehen. Die Erörterung jedes dieser heiklen Probleme sollte zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts führen.

Zusammenfassend wolle er folgendes feststellen: Die Bundesregierung sei für alle Schritte auf dem Gebiet der Abrüstung, wenn sie, wie z. B. der Moskauer Vertrag, weltweiten Charakter hätten. Maßnahmen hingegen in engerem Rahmen, wie z. B. eine eventuelle Nichtangriffserklärung zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt, sollten nach Ansicht der Bundesregierung mit der Lösung anderer vorrangiger internationaler Probleme einhergehen. Die Position der Bundesregierung zum Moskauer Vertrag lasse sich folgendermaßen umreißen: Vor einem Beitritt der Bundesrepublik müsse die Prozedurfrage befriedigend geregelt werden.

12 Zum Beitritt vom 23. Oktober 1954 vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6981.

13 Vgl. dazu Dok. 116, Anm. 14.

14 Für den Wortlaut des Artikels 2 der UNO-Charta (Fassung vom 26. Juni 1946) vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 584.

Botschafter *Smirnow* antwortete, er müsse aus den Ausführungen des Herrn Ministers zu dem Schluß gelangen, daß die Bundesregierung nicht bereit sei, Teilnehmer des Moskauer Vertrages zu werden.

Der *Minister* erwiderte, daß dies keineswegs der Standpunkt der Bundesregierung sei. Er habe gesagt, die Prozedurfrage und die damit zusammenhängenden Anerkennungsprobleme müßten noch geprüft werden, und er hoffe zuversichtlich, daß die Bundesregierung von ihren Verbündeten befriedigende Erklärungen erhalten werde, die ihr ein Ja zum Moskauer Vertrag erlauben würden.

Botschafter *Smirnow* sagte, zur Prozedurfrage seien bereits viele Erklärungen in Washington, Moskau und London abgegeben worden[15], doch ziehe es die Bundesregierung offensichtlich vor, abseits zu bleiben. Der Herr Minister habe gesagt, Prozedurfragen bzw. damit zusammenhängende Anerkennungsprobleme hinderten die Bundesrepublik daran, dem Vertrag beizutreten. Hierzu wolle er bemerken, daß die Bundesrepublik und die DDR Teilnehmer einer Reihe von in Kraft befindlichen internationalen Abkommen seien.[16] Er wundere sich daher, daß im Falle des Moskauer Vertrages, wo es doch um eine Abrüstungsvereinbarung gehe, die Bundesregierung einen Beitritt für nicht möglich erachte. Schließlich bestünden doch zwischen den beiden deutschen Staaten bereits gewisse Beziehungen, so auf dem Gebiet des Handels[17] und des Reiseverkehrs[18]. Vetreter der beiden deutschen Staaten hätten 1959 an der Genfer Außenministerkonferenz teilgenommen und sogar am selben Tisch gesessen.[19] Gehe es also bei Vereinbarungen um militärische Aspekte, so lehne die Bundesregierung eine Beteiligung ab; gehe es um friedliche Angelegenheiten, so sehe sie keine Hindernisse.

Der Minister habe ausgeführt, fuhr Botschafter Smirnow fort, die Bundesrepublik beanspruche für sich das Recht, Deutschland allein zu vertreten. Denselben Wunsch habe auch die DDR, und sie habe gewiß nicht weniger überzeugende Gründe dafür. Tatsache jedoch sei, daß zwei deutsche Staaten bestünden, die auf der internationalen Bühne in Erscheinung träten, wenngleich sie auch von einer unterschiedlichen Zahl von Staaten anerkannt würden. Die Sowjetunion bedauere, daß die beiden deutschen Staaten nicht Mitglied der UNO seien. Es sei zwar eine Tatsache, daß die Bundesrepublik von einer größeren Anzahl von Staaten anerkannt werde als die DDR, doch sei dies nicht von entscheidender Bedeutung. Bekanntlich sei die Sowjetunion in den ersten Jahren ihres Bestehens auch nur von einer sehr geringen Zahl von Staaten anerkannt worden, was jedoch ihre Entwicklung zu einem blühenden und starken Lande nicht habe verhindern können. Eine ähnliche Entwicklung

15 Vgl. dazu Dok. 255 und 264. Vgl. dazu auch Dok. 267.

16 Die Bundesrepublik und die DDR waren Mitglieder der Genfer Rotkreuz-Konventionen. Vgl. dazu Dok. 264, Anm. 7.

17 Zu den innerdeutschen Handelsbeziehungen vgl. Dok. 232.

18 Reisen zwischen der Bundesrepublik und der DDR waren nur mit speziellen Genehmigungen möglich. Vgl. dazu auch Dok. 110, Anm. 5.
Zum innerdeutschen Reiseverkehr vgl. weiter Dok. 452.

19 Zur Genfer Außenministerkonferenz von 1959 entsandten sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR Beobachterdelegationen. Diese saßen, getrennt von den Vertretern der anderen Teilnehmerstaaten, an zwei Nebentischen.

werde gewiß auch die DDR durchmachen. Es sei also vernünftig, wenn man sich auf den Boden der Tatsachen stelle und die Existenz zweier deutscher Staaten als gegeben betrachte.

Er wolle nun noch auf eine weitere Frage eingehen, die seit Jahren häufig diskutiert werde, nämlich die Frage des Selbstbestimmungsrechts. Hinsichtlich des Prinzips der Selbstbestimmung verweise er auf die entsprechenden Erklärungen der sowjetischen Führer, deren Argumentation zu dieser Frage bekannt sei. Die Bundesregierung setze sich nach den Worten des Ministers für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts ein. Dasselbe tue auch die DDR, welche mit gutem Recht ihre Souveränität verteidige. Das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes käme u. a. in der Abhaltung von Wahlen zum Ausdruck. Die im Oktober d. J. in der DDR anberaumten Wahlen würden, davon sei er überzeugt, ein erneutes Vertrauensbekenntnis zur DDR-Regierung ergeben.[20] Die Frage des Selbstbestimmungsrechts für die beiden deutschen Staaten sei durch die fast zwanzigjährige Entwicklung nach dem Kriege praktisch gelöst worden.

Der Herr *Minister* hielt dem Botschafter entgegen, er suche bei ihm falsche Motive. Die Bundesrepublik begrüße den Moskauer Vertrag insbesondere aus humanitären Gesichtspunkten und betrachte ihn als einen Hoffnungsschimmer auf dem Gebiet der Abrüstung. Zufällig decke sich nun der Inhalt des Vertrages auch mit Rüstungsgesichtspunkten. Er habe mit seinen Ausführungen zum Moskauer Vertrag lediglich klarstellen wollen, daß für die Bundesregierung die Prozedurfrage und damit eventuell verbundene Anerkennungsprobleme von Bedeutung seien.

Der Botschafter habe auf Abkommen hingewiesen, an denen sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR beteiligt seien. Er wolle in diesem Zusammenhang bemerken, daß die Politik der Bundesregierung stets darauf ausgerichtet gewesen sei, daß die Bundesrepublik Deutschland in den internationalen Organisationen allein vertreten sei. Die Bundesregierung habe bei der Verwirklichung dieser Politik bisher gute Erfolge aufzuweisen. Natürlich bedauere sie, nicht Mitglied der UNO zu sein.

Jedenfalls wäre es falsch, wenn der Botschafter im Hinblick auf das Zögern der Bundesregierung, dem Moskauer Vertrag beizutreten, Motive militärischen Charakters unterstellte.

Der Botschafter habe gesagt, so fuhr der Herr Minister fort, die Zahl der Staaten, welche die DDR anerkannt hätten, sei nicht entscheidend. Hierzu wolle er feststellen, daß im Völkerrecht auch der Begriff der Quantität zuweilen eine Rolle spiele, so sei z. B. in gewissen Organisationen internationalen Charakters ein einziges Veto von entscheidender Bedeutung. Er denke bei diesem Veto durchaus nicht an die Sowjetunion. Bei der DDR gehe es jedoch weniger um eine Regierungsanerkennung als um die Anerkennung ihrer Staatlichkeit.

[20] Bei den Wahlen vom 20. Oktober 1963 zur Volkskammer der DDR entfielen laut amtlichem Ergebnis 99,95 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen auf den Wahlvorschlag der „Nationalen Front".

Das Selbstbestimmungsrecht wirke für alle Völker. Man solle es doch einmal mit einem gemeinsamen Test versuchen. Ihm sei bekannt, daß Chruschtschow hierzu erklärt habe, daß dann die Mehrheit entscheiden werde. Die Bundesregierung sei jedoch durchaus bereit, über Abstimmungsmodalitäten zu diskutieren, die eine Majorisierung vermeiden würden.[21] Er sei davon überzeugt, daß sich bei ernsthaften Versuchen zur Bereinigung der Lage zweifellos Möglichkeiten ergeben würden, um Fortschritte zu erzielen.

Der Herr Minister kam anschließend auf den Zwischenfall bei Hohegeiß an der Zonengrenze zu sprechen, bei dem ein Mann erschossen und eine Frau schwer verletzt worden sei.[22] Er sagte, dieser Zwischenfall beweise wieder einmal, daß die Verhältnisse in der sog. DDR doch nicht normal seien. Vom menschlichen Aspekt her betrachtet, sei dies ein außerordentlich böser Zwischenfall. Man müsse daher bestrebt sein, mit Hilfe von allgemein anerkannten Prinzipien die Lage zu verbessern. Wolle man die Spannung beseitigen, so müsse man gründlich an die Dinge herangehen.

Botschafter *Smirnow* antwortete, er habe nicht die Absicht, sich mit einer Stellungnahme zu dem Grenzzwischenfall in innere Angelegenheiten der DDR einzumischen. Bekanntlich sei die DDR Freund und Verbündeter der Sowjetunion. Da der Herr Minister offensichtlich mit den Verhältnissen in der DDR schlecht vertraut sei, wolle er sich erlauben, einiges zu diesem Thema auszuführen. Seit dem Jahre 1945, also seit der Niederwerfung des faschistisch-nationalsozialistischen Regimes, habe die ostdeutsche Bevölkerung auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet große Erfolge erzielt. In ihrer friedliebenden Außenpolitik rangiere die DDR vor vielen anderen Staaten. In sozialer und kultureller Hinsicht sei sie der Bundesrepublik zweifellos voraus. Die politische Lage in der DDR könne er nur als sehr gut bezeichnen, mit glänzenden Aussichten für die Zukunft, wenngleich dies auch im Westen in Zweifel gezogen werde.

Das Selbstbestimmungsrecht sei in der DDR durch die Verfassung, die sich das Volk selbst gegeben habe, verwirklicht worden.[23] Jeder Staat suche seine eigenen Formen, um das Selbstbestimmungsrecht zu praktizieren. Es gehe daher keineswegs an, daß ein Staat versuche, einem anderen bestimmte Formen aufzuzwingen. Die Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten sei eine Sache der Deutschen selbst. Auch Zwischenfälle, wie der von dem Herrn Minister erwähnte, müßten zwischen den beiden deutschen Staaten selbst geregelt werden. Im übrigen sei es doch so, daß jeder Staat für die Achtung seiner Gesetze eintrete und gegen Grenzverletzungen Maßnahmen ergreife. Wenn nun Menschen trotz Kenntnis der entsprechenden Gesetze sich bewußt

[21] Der Passus „die ... vermeiden würden" wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

[22] Bei einem Fluchtversuch am 1. August 1963 in der Nähe des Luftkurortes Hohegeiß (Harz) wurde eine Person von DDR-Grenzsoldaten erschossen, eine weitere verletzt. Vgl. dazu den Artikel: Flüchtling vor Hunderten von Augenzeugen erschossen; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 176 vom 2. August 1963, S. 1.

[23] Die Verfassung der DDR trat am 7. Oktober 1949 in Kraft. Für den Wortlaut (Fassung vom 12. September 1960) vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 301–323.

Grenzverletzungen zuschulden kommen ließen, so müsse äußerstenfalls von der Waffe Gebrauch gemacht werden.

Die Einstellung der Sowjetunion zur DDR sei bekannt. Die Sowjetunion sowie die anderen sozialistischen Staaten hätten der DDR in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht stets Hilfe angedeihen lassen und würden dies auch in Zukunft tun. Der Herr Minister werde sich wundern, welche großen Erfolge die DDR in den nächsten 3–5 Jahren aufzuweisen haben werde. Die Erstarkung der DDR-Wirtschaft ergebe sich u. a. aus dem Volumen des Handels zwischen den beiden deutschen Staaten. Während dieses Volumen zu Beginn des Handelsverkehrs etwa 100 Millionen Mark betragen habe, sei es jetzt auf nahezu 2 Milliarden angestiegen, wobei die DDR keine Schulden bei der Bundesrepublik habe. Dies sei ein klarer Beweis für die wirtschaftliche Erstarkung der DDR, zu der die Bundesrepublik bedauerlicherweise nicht beigetragen habe. Während die Bundesrepublik zur Unterstützung anderer Länder gewaltige Summen zum Fenster hinauswerfe und für die Rüstung enorme Beträge verausgabe, habe sie sich zu einer Unterstützung der ostdeutschen Bevölkerung, wobei es sich doch um deutsche Brüder handele, nicht bereitgefunden. Somit sei die Bundesrepublik für gewisse Schwierigkeiten in der DDR mitverantwortlich.

Der Herr *Minister* erwiderte, die von Botschafter Smirnow vorgenommene Analyse der Verhältnisse in der DDR bzw. in der Bundesrepublik sei nicht zutreffend. Der Botschafter würde gewiß anders urteilen, wenn er in der DDR lebte. Selbstverständlich seien Deutsche in West und Ost Brüder, dies wolle er ausdrücklich feststellen. Die Bundesregierung würde sich freuen, wenn der Lebensstandard in der DDR genauso wäre wie in Westdeutschland. Im übrigen sei er überzeugt, daß das Pankower Regime keine Zustimmung bei der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung finde.

Die sowjetische Regierung vertrete den Standpunkt, so führte der Herr Minister weiter aus, daß durch die Schaffung der DDR etwas Definitives entstanden sei. Die Bundesregierung hingegen betrachte alle Entwicklungen nach 1945 als vorläufig. Ihr oberstes Ziel sei nach wie vor ein ungeteiltes Deutschland. Für die Erreichung dieses Zieles könnte unter Umständen der Abschluß eines Friedensvertrages eine Chance sein. Bisher fehle ein solcher Vertrag, und nicht einmal zwischen der Sowjetunion und der DDR sei bisher ein Friedensvertrag abgeschlossen worden. Sollte die sowjetische Regierung die ernsthafte Erörterung eines Friedensvertrages wünschen, so sei die Bundesregierung in dieser Frage durchaus offen.

Der Herr Minister kam nun auf die beiden in der Sowjetunion inhaftierten Heidelberger Studenten zu sprechen und sagte, daß ihre Freilassung doch eine Bagatellgeste für die Sowjetunion wäre. Er bitte daher um wohlwollende Prüfung dieser Angelegenheit.[24]

Botschafter *Smirnow* sagte, er wolle, bevor er auf den letzten Punkt der Ausführungen des Herrn Ministers eingehen werde, noch folgendes feststellen: Der Herr Minister habe soeben betont, daß er die Ostdeutschen als Brüder be-

[24] Zu den Bemühungen des Auswärtigen Amts um die Freilassung von Walter Naumann und Peter Sonntag vgl. bereits Dok. 174, Anm. 17; weiter Dok. 407, Anm. 11.

trachte. Wenn er sich jedoch die im Juni oder Juli gehaltene Rede des Herrn Ministers in die Erinnerung zurückrufe[25], so könne er aus derselben keineswegs die Bereitschaft entnehmen, der Bevölkerung der DDR helfen und deren Lebensstandard erhöhen zu wollen.[26]

Die inhaftierten Studenten seien amerikanische Agenten. Die Amerikaner hätten sich bisher jedoch nicht für deren Freilassung eingesetzt. Er selbst habe sich wiederholt für eine Lösung dieser Frage verwandt. Er könne mitteilen, daß er zuverlässige Nachrichten erhalten habe, wonach bezüglich der Behandlung der beiden Studenten Erleichterungen eingetreten seien. Die Freilassung der Betroffenen werde jedoch durch gewisse unfreundliche Aktionen der Bundesregierung, wie z. B. das Verbot der Röhrenausfuhr[27], welches eine Verletzung des Handelsabkommens[28] darstelle, verhindert. Der Herr Minister solle sich doch einmal, so fuhr der Botschafter fort, seine Situation im gegenwärtigen Augenblick vorstellen. Aufgrund der jetzigen Unterredung müsse er für den sowjetischen Außenminister ein Telegramm verfassen und berichten, daß die Bundesregierung weder bereit sei, den Moskauer Vertrag zu unterzeichnen noch ihm beizutreten. Wie könne er da im gleichen Atemzuge um Freilassung der Studenten bitten? Sollte sich jedoch eine allgemeine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik abzeichnen und sollte die Bundesrepublik einen ernsthaften Beitrag zur internationalen Entspannung leisten, dann ließen sich gewiß auch andere kleinere Fragen, wie z. B. die Freilassung der Studenten, viel leichter lösen.

Der Herr *Minister* erwiderte, daß das von Botschafter Smirnow an Gromyko vorgesehene Telegramm, wollte es den Verlauf der jetzigen Unterredung richtig wiedergeben, folgendermaßen lauten müßte: Die Bundesregierung sei im Augenblick zu einer endgültigen Unterzeichnung oder Beitrittserklärung des Moskauer Vertrages nicht imstande, da die Konsultationen mit den Verbündeten über diese Frage noch nicht beendet seien. Voraussichtlich werde es aus zeitlichen Gründen wohl nicht zu einer Unterzeichnung, wahrscheinlich aber zu einem Beitritt kommen.[29]

Ministerbüro, VS-Bd. 8498

[25] Am 28. Juni 1963 hielt Bundesminister Schröder vor der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie eine Rede über das Thema „Schwerpunkte der deutschen Außenpolitik". Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1963, S. 1005–1007.

[26] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Bundesministers Schröder: „Hier fehlt mein Hinweis, daß ich auf die Abneigung der Bevölkerung verwiesen habe, dem Regime Hilfeleistungen durch uns zukommen zu lassen."

[27] Zur Verordnung der Bundesregierung vom 18. Dezember 1962 über die Ausfuhr von Großrohren vgl. Dok. 9, Anm. 6.

[28] Zum Waren- und Zahlungsabkommen mit der UdSSR vom 31. Dezember 1960 vgl. Dok. 23, Anm. 5. Zur Frage, ob das Röhrenembargo einen Verstoß gegen das Waren- und Zahlungsprotokoll darstelle, vgl. bereits Dok. 124.

[29] Zur Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens durch die Bundesrepublik am 19. August 1963 vgl. Dok. 308, Anm. 3.

270

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-87.A/63 geheim **3. August 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 3. August 1963 um 13.00 Uhr in seiner Residenz den amerikanischen Botschafter McGhee zu einem Gespräch.

Der Herr *Minister* sagte einleitend, die Bundesregierung sei mit dem derzeitigen Stand der Erörterung in der Frage Anerkennung der SBZ sowie in Prozedurfragen nicht besonders befriedigt. Bei den weiteren Verhandlungen[2] müßten andere Vorkehrungen noch getroffen werden. Zunächst habe es die Erklärung von Washington gegeben, daß der Ausdruck „Staat" ein sehr weiter Begriff sei.[3] Das könne man aber nicht sagen, denn ursprünglich sei dieser Begriff in dem für die Vereinten Nationen bestimmten Dokument vom 20. August 1962 enthalten[4] und müsse daher im Sinne der Vereinten Nationen verstanden werden, die zwischen Staaten, Territorien und Ländern unterschieden. Des weiteren habe Washington erklärt, diese Sache sei der Bundesregierung schon seit einem Jahr bekannt.[5] Das könne man aber nicht sagen.[6] Bekannt sei natürlich das in Genf herausgegebene Arbeitspapier vom 20. August vergangenen Jahres gewesen. Niemand habe aber auch nur die geringste Vorstellung gehabt, welches Papier als Verhandlungsgrundlage in Moskau diene. Daher habe die Bundesregierung gar keine Chance gehabt, irgendwelche Argumente vorzubringen, denn ihre ganzen Argumente seien immer auf das Junktim mit einem Nichtangriffspakt[7] gerichtet gewesen. Daß die Bundesregierung ebenfalls zur Unterzeichnung aufgefordert werde, sei erst durch einen Brief von Präsident Kennedy an den Herrn Bundeskanzler[8] klar geworden. Als Mr. Hillenbrand kurz nach der Übergabe des Briefes an den Bundeskanzler bei ihm gewesen sei und dabei erwähnt habe, daß auch die Bundesrepublik zur Unterzeichnung aufgefordert werde, habe er sofort erklärt, was denn mit Pan-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 5. August 1963 gefertigt.
Hat Staatssekretär Carstens, Staatssekretär Lahr am 15. und Ministerialdirigent Reinkemeyer am 17. August 1963 vorgelegen.

[2] Zu den Gesprächen der Außenminister am 5./6. August 1963 in Moskau vgl. Dok. 282.

[3] Vgl. dazu das Schreiben des amerikanischen Außenministers Rusk vom 30. Juli 1963; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291.

[4] Für den Wortlaut der Beitrittsklausel des Vertragsentwurfs vom 27. August 1962 vgl. Dok. 263, Anm. 4.

[5] Zu dieser Argumentation vgl. auch Dok. 238.

[6] Zur Position der Bundesregierung vgl. auch Dok. 263.

[7] Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Chruschtschow, ein Nichtangriffsabkommen zeitgleich mit einem Teststopp-Abkommen abzuschließen, vgl. Dok. 215 sowie Dok. 256, Anm. 11.
Zur Erörterung dieses Vorschlags im Rahmen der Teststopp-Verhandlungen vgl. Dok. 236 und Dok. 252.

[8] Für den Wortlaut des Schreibens vom 23. Juli 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419.

kow dann geschehen solle.[9] Während der Verhandlungen habe zu diesem Punkt keinerlei Meinungsaustausch stattfinden können. Wenn aber ein Beitritt Pankows zu irgendwelchen Verträgen nicht so bedeutend wäre, warum habe man dann seit zehn Jahren einen ständigen Kampf darum geführt, um Pankow aus internationalen Organisationen herauszuhalten. 50% der diplomatischen Tätigkeit sei gerade auf diesen Zweck gerichtet gewesen. Nun könne man nicht einfach sagen, dies sei nicht so wichtig und habe mit der Anerkennung nichts zu tun. Dieser Zustand sei natürlich sehr ärgerlich. Eine weitere Frage, die noch nicht befriedigend beantwortet sei, die aber vielleicht den springenden Punkt darstelle, sei, ob durch einen Beitritt Pankows zwischen Washington und Pankow ein Vertragsverhältnis begründet werde oder nicht.[10] Werde dadurch ein Vertragsverhältnis begründet, so liege darin eine Anerkennung eingeschlossen, wie immer die Gutachten lauten mögen. Man müsse also nach einer Lösung suchen, die etwa so aussehe, daß Pankow gegenüber Moskau eine Verpflichtung eingehe, jedoch nicht gegenüber dem Westen. Diese Verpflichtung Pankows gegenüber Moskau wäre juristisch zu vergleichen mit einem Vertrag zugunsten eines Dritten, mit anderen Worten, mit einem Vertrag zwischen Moskau und Pankow, der sich auch auf die übrigen auswirke, ohne daß für die übrigen Länder ein Vertragsverhältnis begründet werde. Daß der in Genf vorgelegte Entwurf als Ausgangsbasis genommen würde, sei der Bundesrepublik absolut unbekannt gewesen, denn sie sei fest davon überzeugt gewesen, daß die drei Mächte etwas völlig Neues und nur für sie Verbindliches machen wollten.

Botschafter *McGhee* bemerkte, der Vertragstext sei beinahe identisch mit dem Entwurf aus Genf vom August vergangenen Jahres. Im übrigen sei der Vertrag ja auch gerade dazu bestimmt, von Rotchina, das die Vereinigten Staaten auch nicht anerkennten, unterzeichnet zu werden.[11]

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß zwischen der Nichtanerkennung Rotchinas und der Nichtanerkennung der DDR ein Unterschied bestehe, der darin liege, daß die Vereinigten Staaten die chinesische Regierung nicht anerkennten, während man bei der sogenannten DDR doch auch die Existenz als Staat leugne. Im übrigen hätte bei dem Genfer Entwurf die Bestimmung über die Verwahrregierung[12] einen Beitritt Pankows ausgeschlossen.

Botschafter *McGhee* wies darauf hin, daß auch die amerikanische Delegation bei Beginn der Verhandlungen wohl noch nicht gewußt habe, ob mit dem Genfer Papier überhaupt begonnen würde. Diese Entscheidung sei erst im Laufe der Verhandlungen erfolgt. Es liege in der Natur von Verhandlungen, daß man nicht ständig alle Alliierten informiert halten könne. Mit dem Ziel des Vertrages seien jedoch alle Verbündeten einverstanden. Die amerikanischen

9 Zur Unterredung vom 23. Juli 1963 vgl. das Schreiben des Bundesministers Schröder vom 23. Juli 1963 an den amerikanischen Außenminister Rusk; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436; B 150, Aktenkopien 1963. Für einen Auszug vgl. Dok. 235, Anm. 2.

10 Zu einer diesbezüglichen Stellungnahme des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Ball, vgl. Dok. 260, Anm. 10.
Vgl. dazu weiter Dok. 292, Anm. 29.

11 Zur Bedeutung, die die USA einem Beitritt der Volksrepublik China beimaßen, vgl. auch Dok. 235 und Dok. 260, Anm. 10.

12 Vgl. dazu Dok. 263, Anm. 4.

Juristen seien der Auffassung, daß eine Anerkennung durch den Vertrag nicht zustande komme, denn ein allgemein akzeptierter völkerrechtlicher Grundsatz besage, daß der Beitritt zu multilateralen Verträgen keine Anerkennung zwischen Staaten mit sich bringe, die sich nicht schon vorher anerkannt hätten.[13]

Botschafter McGhee erläuterte dann im einzelnen die Erklärungen, die zu der Anerkennungsfrage bisher von amerikanischer Seite abgegeben worden sind.[14]

Der Herr *Minister* sagte, die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn die in diesen Erklärungen zum Ausdruck gekommene Rechtsauffassung von Amerika allen beteiligten Regierungen offiziell mitgeteilt würde, mit denen Amerika diplomatische Beziehungen unterhalte.[15] Darüber hinaus müsse die Tatsache dieser Unterrichtung auch öffentlich bekannt gemacht werden. Bei der Vorlage des Vertrages an den Senat sollte im übrigen angestrebt werden, daß eindeutige Erklärungen in das Begleitschreiben des Präsidenten an den Senat[16] sowie in die Eröffnungserklärung von Außenminister Rusk[17] aufgenommen würden. Dies sei das erste Mal, daß die DDR einem Vertrag beitreten solle, auf den die Augen der ganzen Welt gerichtet seien. Pankow werde sicherlich ein Riesengeschrei erheben. Es sei sogar zu befürchten, daß sich Pankow gleich zur Unterzeichnung anstelle, um möglichst nicht nur das russische Expemplar, sondern alle drei amtlichen Urkunden zu unterzeichnen. Es sei ohnehin nicht mehr zu vermeiden, daß Pankow durch diese Angelegenheit stärker ins Rampenlicht trete. In diesem Zusammenhang regte der Herr Minister an, daß Außenminister Rusk und die ihn begleitenden Senatoren auf der Rückreise von Moskau in Bonn halt machten, und sei es auch nur für wenige Stunden.[18]

Botschafter *McGhee* bezeichnete es zunächst als ziemlich einfach, diesen Wünschen des Herrn Ministers gerecht zu werden. Auch werde er den Wunsch des Herrn Ministers, Außenminister Rusk möge auf der Rückreise in Bonn halt machen, nach Kräften unterstützen. Er sagte dann, Amerika betrachte bei dem Vertrag über ein Atomversuchsverbot das Ziel als so sehr bedeutsam, daß man kleinere Schwierigkeiten, wie die Bundesregierung sie jetzt habe, in Kauf nehmen müsse. Im Hinblick auf die Stellung der Bundesrepublik in den Augen der Welt halte er es für wichtig, daß die negative Haltung der Presse nicht andauere, weil dadurch ein falscher Eindruck entstehen könne. Für die Bundesrepublik seien zwei Aspekte bedeutsam. Sie dürfe niemals irgendwelchen Leuten einen Vorwand liefern zu erklären, daß Westdeutschland nukleare Anstrengungen zu machen beabsichtige. Darüber hin-

[13] Zur Sprachregelung des amerikanischen Außenministeriums vgl. Dok. 264.

[14] Zu den amerikanischen Erklärungen vgl. Dok. 239, Dok. 241, Dok. 250 und Dok. 264.

[15] Zu diesem Vorschlag der Bundesregierung vgl. bereits Dok. 244.
Anfang August unterrichtete die amerikanische Regierung – ebenso wie die Bundesregierung – die diplomatischen Vertretungen darüber, daß von einem Beitritt der DDR zum Teststopp-Abkommen keine Anerkennungswirkung ausgehe. Vgl. dazu Dok. 279.

[16] Zur Erklärung vom 8. August 1963 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

[17] Zur Erklärung am 12. August 1963 vor dem Senat vgl. Dok. 302, Anm. 4.

[18] Vgl. dazu Dok. 291 und Dok. 292.

aus dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß Deutschland wegen seines Problems mit dem deutschen Osten sich an keinen konstruktiven Bemühungen beteiligen könne.

Der Herr *Minister* erwiderte, man könne darauf sehr wohl sagen, daß gerade eine gute Berlin- und Deutschlandlösung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts gefunden werden müsse, weil dann ein wiedervereinigtes Deutschland in der Lage wäre, jeglichem Abkommen beizutreten. Man könne aber nicht sagen, Deutschland sei nicht konstruktiv, und gleichzeitig verlangen, daß man die Wiedervereinigung abschreibe. Genau das Gegenteil sei richtig. Man müsse Deutschland die Wiedervereinigung ermöglichen, damit es konstruktiv sein könne.

Botschafter *McGhee* verwies darauf, Amerika wünsche die Wiedervereinigung genauso wie die Bundesrepublik. Dennoch wisse es, daß die Wiedervereinigung im Augenblick nicht zu erreichen sei.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß man dann zumindest nichts tun dürfe, was die Wiedervereinigung noch erschweren würde. Die Basis der gemeinsamen Politik, die auch im Deutschlandvertrag niedergelegt sei, bestehe darin, daß die Bundesrepublik zusammen mit dem Westen für die Wiedervereinigung eintrete und nichts geschehe, was diese Wiedervereinigung behindern würde.[19] Deswegen dürfe man die Zone nicht anerkennen.

Der *Botschafter* bemerkte, juristisch könne in keiner Weise von einer Anerkennung gesprochen werden. Die kleine Nuance, die darin liege, daß die SBZ etwas mehr Aufmerksamkeit erlange, sei nicht bedeutsam genug, um ein Abkommen über einen Atomversuchsstopp zu blockieren. Wenn die Bundesrepublik dem Abkommen nicht beitrete, dann erscheine sie in den Augen der Welt als übermäßig um diese Sache besorgt.

Der Herr *Minister* erklärte, dafür finde sich kein guter Grund, weil man darauf hinweisen könne, daß die Bundesrepublik die einzige Nation der Welt sei, die schon lange freiwillig auf die Produktion von ABC-Waffen verzichtet habe.[20]

Botschafter *McGhee* sagte, wenn die Bedenken wegen der Zone das Verhalten der Bundesrepublik beherrschten, disqualifiziere sie sich für eine Führung. Ihm hätten schon viele Deutsche gesagt, daß sie genau wüßten, daß dieses Problem international oft den Eindruck erwecke, als ob Deutschland überallhin nur Probleme bringe. Je mehr Deutschland diese Bedenken zurückstellen könne, desto größer könne seine Rolle in der internationalen Politik sein.

Der Herr *Minister* sagte, er würde es gerne sehen, wenn dieses deutsche Problem von den Verbündeten als ein gemeinsames Problem anerkannt würde. Es handle sich bei den deutschen Bedenken um keine Frage des Vertrauens. Man dürfe aber nicht übersehen, daß die bisherige Politik auf zwei Grundpfeilern ruhe: daß nämlich die Bundesrepublik die einzig berechtigte Sprecherin für

[19] Zu Artikel 7 des Deutschlandvertrags (Fassung vom 23. Oktober 1954) vgl. Dok. 245, Anm. 8.

[20] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

ganz Deutschland sei[21] und daß zweitens zusammen mit den Alliierten die Wiedervereinigung angestrebt werde. Die Verbündeten hätten sich sogar im Deutschlandvertrag Rechte vorbehalten, um die Wiedervereinigung herbeiführen zu können.

Botschafter *McGhee* sagte noch, er hoffe, daß die Bundesrepublik beitreten könne, und glaube, daß sich auf die Dauer ein deutscher Politiker, der gegen einen Beitritt Deutschlands zum Moskauer Vertrag sei, nur selber schade.

Der Herr *Minister* berichtete dann noch kurz über das voraufgegangene Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter.[22]

Das Gespräch endete um 14.45 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8498

271

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 8-82.30/3215/63 geheim **3. August 1963**

Betr.: Nichtangriffsarrangement zwischen NATO und Warschauer Pakt und Gewaltverzichtserklärungen[1]

Anknüpfend an die Besprechung vom 24. Juli werden im Folgenden einige Überlegungen zur Frage eines Nichtangriffsarrangements angestellt:

1) Als *optimale* Lösung wäre anzustreben, daß der Gedanke an ein NAA aufgegeben und das sowjetische Verlangen abgelehnt wird. Diese Lösung erscheint jedoch, nachdem die Westmächte sich schon recht weit auf die Erörterung dieser Frage eingelassen haben[2], nicht mehr erreichbar.

2) Wenn daher ein NAA ins Auge gefaßt werden muß, so sollten wir versuchen, durch geeignete Vorschläge, die sowohl in Washington als auch bei den übrigen NATO-Partnern durchsetzbar erscheinen, auf die Formulierung eines NAA Einfluß zu nehmen. Wir sollten daher weder die zu 1) genannte optimale Lösung (Fallenlassen) vorbringen, noch eine maximale Forderung stellen (wie etwa die Rückkehr zu den Direktiven von 1955[3]), weil dann die Gefahr besteht, daß unsere Vorschläge selbst im Westen nicht beachtet würden. Die Möglich-

[21] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 251.

[22] Vgl. Dok. 269.

[1] Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 2. bzw. 19. Juli 1963 vgl. Dok. 215 und Dok. 256, Anm. 11.

[2] Zur Erörterung eines Nichtangriffsabkommens im Rahmen der Teststopp-Verhandlungen vgl. das Kommuniqué vom 25. Juli 1963; Dok. 238, Anm. 8. Vgl. dazu auch Dok. 236, Dok. 252 und weiter Dok. 282.

[3] Für den Wortlaut der Direktive der Vier Mächte vom 23. Juli 1955 vgl. DzD III/1, S. 213–219.

keit, daß es dann zu einem zweiseitigen NAA zwischen den USA und der Sowjetunion kommt, ist nicht von der Hand zu weisen.

3) Es erscheint daher zweckmäßig, unseren Verbündeten eine andere Form eines NAA vorzuschlagen[4],

a) das die geringsten Nachteile für uns nach sich zieht, indem es frühere Erklärungen lediglich wiederholt,

b) das die heutige Situation in Deutschland nicht „festschreibt", sondern durch Bezugnahme auf das Selbstbestimmungsrecht die Wiedervereinigung ausdrücklich als Ziel setzt und

c) das durch die ausdrückliche Ablehnung der Gewaltanwendung auch die sowjetische Forderung nach einem NAA zur eigenen Gesichtswahrung befriedigen dürfte.

4) Allerdings sollten wir uns zu diesem Ersatz eines NAA (oder dieser neuen Form eines Gewaltverzichts) nur bereit finden, wenn gleichzeitig durch einen Vertrag zwischen den vier Mächten die Berlin-Situation entschärft, neue Aufenthalts- und Zugangsgarantien gegeben und die bisherige Lage wesentlich verbessert würde.

Unseren Verbündeten gegenüber könnten wir unsere Forderung nach einer Berlin-Regelung in diesem Zusammenhang, an der man in Washington besonders interessiert ist, wie folgt begründen:

a) Unser bisheriger Gewaltverzicht war 1954 unseren Verbündeten gegenüber in Zusammenhang mit dem Deutschland-Vertrag und in Verbindung mit der Erklärung der drei Westmächte in der Schlußakte der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 3. 10. 1954 erklärt worden[5]. Ihm stand daher das Bekenntnis unserer Verbündeten zu einem freien und vereinigten Deutschland, zur Aufrechterhaltung der Sicherheit Berlins und zu einer späteren deutschen Grenzregelung gegenüber.

b) Da eine neue Gewaltverzichtserklärung aus diesem Zusammenhang gelöst und den Mächten des Warschauer Pakts gegenüber abgegeben würde, müßte sie einerseits auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen ausdrücklich Bezug nehmen und zum anderen durch eine Berlin-Regelung ergänzt werden.

5) Es wäre daher zunächst der amerikanischen Regierung mitzuteilen, daß die Bundesregierung allenfalls mit einer einseitigen Nichtangriffs- oder (besser) Gewaltverzichtserklärung einverstanden sein könnte, die folgenden Wortlaut haben könnte:

[I.] Die Mitgliedstaaten der NATO bekräftigen erneut ihren Glauben an die Ziele und Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen und ihren Wunsch, mit allen Völkern und allen Regierungen in Frieden zu leben.[6]

[4] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Staatssekretärs Carstens: „Welche Berlin-Vorschläge sollen gemacht werden?"

[5] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

[6] Zu Artikel 5 des NATO-Vertrags vgl. Dok. 116, Anm. 14.

[II.] Sie sind entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person, der Herrschaft des Rechts *und des Selbstbestimmungsrechts der Völker* beruhen, zu gewährleisten *und verpflichten sich, ihre Politik gemäß den genannten Prinzipien auszurichten.*

[III.] Die Mitgliedstaaten der NATO verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen, jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Drohung mit Gewalt und jeder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar ist.

[IV.] Die Mitgliedstaaten der NATO hinterlegen diese von ihnen unterzeichnete Erklärung beim Generalsekretär der NATO in Paris. Die Generalsekretäre der NATO und des Warschauer Pakts übersenden Abschriften der bei ihnen hinterlegten Urkunden dem Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Bei Mitteilung dieses Entwurfs wäre den Amerikanern zu erklären, daß die gemeinsame Formel unter allen Umständen die in Ziff. II enthaltenen (unterstrichenen[7]) Überlegungen zu berücksichtigen hätte. Eine Zustimmung zu einer abgeschwächten Formel wäre uns nicht möglich.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[8] vorgelegt.
Abteilung V hat mitgezeichnet.

Krapf

Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 337

[7] Hier kursiv wiedergegeben.
[8] Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen.

272

Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Bundesminister Schröder

Z B 6-1-5580/63 geheim
Fernschreiben Nr. 2197
Citissime

Aufgabe: 3. August 1963, 14.00 Uhr
Ankunft: 3. August 1963, 19.45 Uhr

Nur für Minister[1]
Im Anschluß an Drahtbericht 2161 v. 1. 8. geheim[2]

I. Der amtierende Außenminister Ball übergab mir soeben Antwort[3] auf Schreiben Bundesaußenministers v. 1. 8.[4] und erklärte, daß Text gleichlautend an amerikanische Botschaft zur dortigen Übermittlung geleitet werde. Der Wortlaut ist, wie ich aus Weißem Haus erfahre, vom Präsidenten genehmigt.

Bei Übergabe Briefes machte Ball folgende Bemerkungen:

1) Nach gründlicher Überlegung sei amerikanische Regierung zu Auffassung gelangt, daß eine Erklärung bei Unterzeichnung des Vertrages[5] in Moskau in dem von uns angestrebten Sinne[6] nicht abgegeben werden könne. In Moskau sei nur beabsichtigt, anläßlich der Unterzeichnung eine kurze, auf die Substanz des Vertrages bezugnehmende Erklärung abzugeben.[7] Man würde nach amerikanischer Auffassung auch sonst unnötige Aufmerksamkeit auf das Anerkennungsproblem lenken und möglicherweise eine gegenteilige Wirkung erzielen.

Die von uns angestrebte formelle Erklärung könne jedoch bei Einvernahme von Rusk durch den Senat am 12. 8. vom Außenminister abgegeben und sofort veröffentlicht werden.[8] Im übrigen wies Ball nochmals auf Erklärung von Präsident Kennedy vom 1. 8.[9] und auf Erklärung des Department of State vom 2. 8.[10] hin, in der ganz eindeutig klargemacht sei, daß die USA weder die SBZ-Regierung noch die SBZ als Staat anerkennen. Auf meinen Vorschlag wurde

[1] Hat Bundesminister Schröder am 4. August 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „2114". Für den Wortlaut des Drahtberichts Nr. 2114 aus Washington vgl. Dok. 241.

[2] Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963. Zum Inhalt vgl. bereits Dok. 260, Anm. 7 und Anm. 10.

[3] Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Rusk vom 2. August 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8498.

[4] Vgl. Dok. 260.

[5] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[6] Vgl. dazu Dok. 244.

[7] Für den Wortlaut der amerikanischen Erklärung vom 5. August 1963 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 49 (1963), S. 314 f.
Für den Wortlaut der Erklärung des britischen Außenministers Lord Home vgl. THE TIMES, Nr. 55772 vom 6. August 1963, S. 8.

[8] Vgl. dazu Dok. 302, Anm. 4.

[9] Vgl. dazu Dok. 264, Anm. 5.

[10] Für den Wortlaut vgl. DzD IV/9, S. 605 f.

ein Hinweis auf diese Erklärung in den Brief und der Wortlaut selbst als Anlage zum Brief aufgenommen.

2) Meine Frage, ob der im dritten Absatz des Briefes enthaltene Hinweis, daß man die amerikanische Position in der Anerkennungsfrage bei allen sich bietenden Gelegenheiten auch öffentlich vertreten werde, auch bedeute, daß USA diese Position anderen Regierungen in dem von uns gewünschten Sinne bekanntgibt, bejahte Ball.[11]

3) Zu dem im sechsten Absatz angesprochenen Problem der vertraglichen Beziehungen und Verpflichtungen eines nicht anerkannten Regimes, das dem Abkommen beitritt, erklärte Ball – was schon Chayes mir gegenüber angedeutet hatte –, daß man es nicht für zweckmäßig halte, zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine definitive Position zu beziehen. Da man ja die Beteiligung Rotchinas, das man völkerrechtlich nicht anerkenne, offenhalten wolle[12] – so unwahrscheinlich ein Beitritt im Augenblick auch sei –, wäre es für Amerikaner zur Zeit schwierig, Erklärungen über die vertraglichen Bindungen von nicht anerkannten Regimen und Regierungen abzugeben.

Aus den Äußerungen von Ball, wie auch aus anderen Gesprächen der letzten Tage mit Bundy[13], Thompson[14], Johnson, Chayes[15] und Tayler[16] hatte ich den Eindruck, daß in dieser Frage ein weiteres prinzipielles Entgegenkommen amerikanischerseits nicht zu erreichen sein dürfte. Wenn man Frage offenläßt, bleibt allen Vertragspartnern überlassen zu definieren, wie sie in jedem einzelnen Fall die vertraglichen Bindungen von nicht anerkannten Regimen ansehen.

4) Auf die in den weiteren Abschnitten des Briefes angesprochene Frage des Verhältnisses der SBZ zur Genfer Konvention von 1949, betrifft Schutz von Kriegsopfern[17], wurde in Unterhaltung mit Ball nicht eingegangen.

[11] Vgl. dazu auch Dok. 229.

[12] Zur Bedeutung, die die USA einem Beitritt der Volksrepublik China zum Teststopp-Abkommen beimaßen, vgl. auch Dok. 235 und Dok. 260, Anm. 10.
Vgl. dazu weiter Dok. 292.

[13] Zum Gespräch mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Bundy, vgl. Dok. 241.

[14] Zum Gespräch mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Thompson vgl. den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 31. Juli 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

[15] Zum Gespräch mit den Rechtsberatern im amerikanischen Außenministerium, Chayes und Johnson, vgl. den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 1. August 1963 an Bundesminister Schröder; Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.
Zu einer Unterredung zwischen Lilienfeld und Johnson am 30. Juli 1963 vgl. den Drahtbericht von Lilienfeld vom 30. Juli 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8498.

[16] Vermutlich der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Tyler. Zum Gespräch mit Tyler vom 3. August 1963 vgl. den Drahtbericht von Lilienfeld vom 5. August 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1963.

[17] 1956 trat die DDR den Genfer Rotkreuz-Konventionen von 1949 bei. Vgl. dazu Dok. 264, Anm. 7.
Die amerikanische Regierung richtete daraufhin eine Note an die Schweiz. Für den Wortlaut vgl. den Runderlaß des Ministerialdirektors von Haeften vom 7. August 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8499; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur Erklärung der Bundesregierung vom 28. Mai 1957 vgl. Dok. 284, Anm. 5.

5) Ball wiederholte Wunsch, den Inhalt der Briefe zunächst geheimzuhalten und in öffentlichen Erklärungen lediglich auf die diplomatischen Kontakte in dieser Frage und auf die von amerikanischer Seite veröffentlichten „statements" hinzuweisen.

6) Unter Bezugnahme auf die NATO-Beratungen am 2. 8. (vgl. DB Natogerma Paris 669 vom 2. 8. geheim)[18] erklärte Ball auf meine Frage, mit den Sowjets sei definitiv vereinbart worden, daß die Unterzeichnung am 5. oder 6. 8. in Moskau auf die drei Mächte beschränkt bleibe und daß der Vertrag ab 8. August in den drei Hauptstädten zur Unterzeichnung durch andere aufliegen würde. Die SBZ könne also unter keinen Umständen ihre Unterschrift auf das amerikanische oder britische Dokument setzen.[19]

II. Im Verlauf der Unterhaltung wies ich Ball erneut auf die Problematik einer Status-Verbesserung der Zone als des für uns wichtigsten Problems bei der Erörterung des Testbann-Vertrages hin. Auf seine Frage, ob unser Zögern etwa eine beginnende Kritik an dem Vertrag als solchem darstelle, versicherte ich ihm, daß dies nicht der Fall sei. Es gäbe bei uns keine Bedenken gegen den Inhalt des Abkommens als solchem, dessen Zielsetzung der Bundesaußenminister[20] und auch der Sprecher der Bundesregierung[21] erst gestern nochmals ausdrücklich begrüßt hätten. Wir bedauerten die aufgrund des beabsichtigten Beitritts der Zone entstandene Verzögerung. Unser Wunsch nach baldiger Klärung der mit dieser Frage verbundenen Problematik entspringe gerade unserem Bestreben, unseren eigenen Beitritt zu ermöglichen.

III. Nach dem Verlauf der jüngsten Unterhaltungen und nach Durchsicht des Briefes vom 2. 8. habe ich Eindruck, daß die amerikanische Regierung in den von uns vorgebrachten Fragen so weit gegangen ist, wie es ihr unter Berücksichtigung aller damit zusammenhängender Komplexe möglich erscheint. Ich darf dabei an die Erwägungen erinnern, die ich im Drahtbericht 2114 geheim vom 27. 7., Teil II[22], vorgetragen habe.

[gez.] Lilienfeld

Ministerbüro, VS-Bd. 8498

[18] Vgl. Dok. 267.

[19] Zu derartigen Befürchtungen vgl. auch Dok. 273.

[20] In einer ersten Stellungnahme zum Teststopp-Abkommen erklärte Bundesminister Schröder, er sehe keine Schwierigkeiten für einen Beitritt der Bundesrepublik. Er betonte, „gerade weil die Bundesrepublik in der vordersten Linie liege, begrüße sie jeden praktischen Schritt in Richtung auf eine Entspannung zwischen Ost und West, solange dieser für sie keine Diskriminierung bedeute und Deutschland nicht in eine Position der Ungleichheit bringe". Vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 172 vom 29. Juli 1963, S. 4.

[21] Zur Erklärung des Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, von Hase, vom 2. August 1963 vgl. den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 3. August 1963; Referat II 8, Bd. 18. Hase betonte den Wunsch der Bundesregierung nach Zusicherungen, daß ein Beitritt der DDR zum Teststopp-Abkommen keine Anerkennung bedeute; hinsichtlich eines Beitritts der Bundesrepublik zu dem Abkommen machte er keine Zusagen.

[22] Vgl. Dok. 241.

273

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara

Z A 5-86.A/63 geheim **5. August 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 5. August 1963 um 10 Uhr in Anwesenheit von Herrn Staatssekretär Dr. Globke und Herrn Ministerialdirigent Dr. Osterheld den amerikanischen Verteidigungsminister, Herrn McNamara, der von dem Gesandten Hillenbrand begleitet war.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte einleitend, bei dem letzten Gespräch[2] habe Herr McNamara ihm das Kompliment gemacht, daß er immer die Wahrheit sage und daß Leute, die immer die Wahrheit aussprächen, die besten Verbündeten seien. Deswegen wolle er ganz ungeschminkt seine Auffassungen darlegen.

Präsident Kennedy habe ihm während seines Deutschlandbesuchs[3] gesagt, er erhalte sehr viele Berichte über die Lage in Deutschland, aber nachdem er nun selbst hierher gekommen sei, stelle er fest, daß alles ganz anders sei. So befürchte er, wenn er dies ganz offen und freimütig sagen dürfe, daß der Präsident auf seiner letzten Pressekonferenz[4] auch nicht ganz zutreffend unterrichtet gewesen sei. Kennedy habe gesagt, der Wortlaut des Abkommens[5] sei ein Jahr lang bekannt gewesen, und niemand habe sich darüber aufgeregt. Jetzt rege man sich plötzlich darüber auf.[6] Die Terminologie sei bereits in einem Vorschlag enthalten gewesen, der vor einem Jahr in Genf unterbreitet worden sei.[7]

Der Herr Bundeskanzler wies darauf hin, daß in dem Genfer Text jedoch nur von einer Verwahrmacht die Rede gewesen sei[8], wogegen im jetzigen Abkommen drei Verwahrmächte vorgesehen seien[9], weil man glaube, auf diese Weise das Problem der Aufnahme der Zone umgehen zu können. Was ihn bedrücke, könne einfacher ausgedrückt werden, als es bisher der Fall gewesen sei. Der Herr Bundeskanzler zitierte den Artikel 4 des Vertragstextes, wo von der „na-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 6. August 1963 gefertigt.
Sie wurde vom Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 7. August 1963 dem Ministerbüro zur Unterrichtung des Bundesministers Schröder sowie der Staatssekretäre Carstens und Lahr übermittelt.
Hat Schröder am 8., Carstens am 9. und Lahr am 15. August 1963 vorgelegen. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8499.

[2] Vgl. Dok. 257.

[3] Vgl. dazu Dok. 206–208.

[4] Zur Pressekonferenz vom 1. August 1963 vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 612–619.

[5] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[6] Zu dieser Argumentation vgl. auch Dok. 238.

[7] Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs vom 27. August 1962 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 804–807.

[8] Zur Beitrittsklausel des Vertragsentwurfs vom 27. August 1962 vgl. Dok. 263, Anm. 4.

[9] Zu Artikel 3 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

tionalen Souveränität" jeder Partei gesprochen werde.[10] Dies gelte demnach auch für die Sowjetzone, falls sie beitreten sollte. Er halte dies für um so bedauerlicher, als den Verhandlungen über das Atomstoppabkommen Verhandlungen über weitere Abkommen folgen dürften.[11] Wenn man im ersten Abkommen die nationale Souveränität anerkenne, könne man sie im zweiten und dritten Abkommen nicht mehr bestreiten. In den zurückliegenden Abmachungen hätten die Vereinigten Staaten die Bundesrepublik als den einzigen Vertreter Deutschlands anerkannt. Jetzt stehe daneben die Zone. Die Vereinigten Staaten verkauften alles so billig.

Es sei höchstwahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten mit diesem Abkommen in der Welt einen großen Erfolg erzielen würden, da bereits jetzt 30 Staaten ihre Absicht zu erkennen gegeben hätten, dem Abkommen beizutreten. Es sei aber nicht immer der erste Erfolg, der ausschlaggebend sei, vielmehr komme es auf das letzte Ergebnis an. Bismarck habe immer unter dem Alptraum gelitten, daß die Russen eines Tages an der Elbe stehen könnten. Diese Befürchtung habe ihn sehr bewegt. Er, der Herr Bundeskanzler, sage dies nicht nur als Deutscher, sondern auch als Europäer, denn wenn dieses Gebiet, die SBZ, das hundertprozentig von der Sowjetunion abhänge und bis an die Elbe reiche, so wie es jetzt der Fall sei, unter sowjetischer Herrschaft bleibe, dann sehe er schwarz für die Zukunft Westeuropas.

Der Herr Bundeskanzler erläuterte anschließend die Lage in einigen europäischen Ländern. Was Italien angehe, so sei Präsident Segni, der letzte Woche in Bonn gewesen sei[12], sehr besorgt über die dortige Situation und beabsichtige, sobald wie möglich neue Wahlen herbeizuführen, in der Hoffnung, daß diese dann besser ausgingen als die letzten.[13] Wie wenig einsichtig manchmal Politik gemacht werde – wobei der Herr Bundeskanzler nicht ausschloß, daß ihm auch Fehler unterliefen, die aber vielleicht nicht so dumm seien wie die mancher anderen –, zeige sich am Beispiel des verstorbenen Papstes[14]. Er, der Herr Bundeskanzler, sei im Januar 1960 eine Stunde lang bei ihm gewesen[15] und habe den Mann von Anfang an wegen seiner Ansichten über den Kommunismus für ein Unglück gehalten. Als er den Papst verlassen habe, habe er sich vorgenommen, nie mehr wieder mit ihm zusammenzutreffen. Es sei auch Segnis Ansicht, daß das Wahlergebnis in Italien weitgehend vom Papst verschuldet worden sei, da früher die Frauen in Italien nicht kommunistisch gewählt hätten. Dies habe sich nach dem Empfang Adschubejs durch den Papst[16] geändert, da es danach den Männern gelungen sei, die Bedenken und Widerstände ihrer Frauen auszuräumen. Nach sorgfältigen Untersuchungen hätten mindestens 400 000 italienische Frauen zum ersten Mal kommunistisch gewählt.

[10] Zu Artikel 4 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 12.

[11] Zu den Gesprächen der Außenminister am 5./6. August 1963 in Moskau vgl. Dok. 282.

[12] Zu dem Gespräch mit Präsident Segni am 1. August 1963 vgl. Dok. 261.

[13] Zur innenpolitischen Situation in Italien nach den Kammer- und Senatswahlen vom 28./29. April 1963 vgl. Dok. 172, Anm. 19. Vgl. dazu weiter Dok. 421, Anm. 24.

[14] Papst Johannes XXIII.

[15] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer bei Papst Johannes XXIII. vgl. Dok. 261, Anm. 31.

[16] Zur Privataudienz des Schwiegersohns des Ministerpräsidenten Chruschtschow am 7. März 1963 bei Papst Johannes XXIII. vgl. Dok. 216, Anm. 29.

Die Stabilität Frankreichs beruhe ganz auf der Persönlichkeit de Gaulles. Wenn er einem Attentat zum Opfer fallen oder sterben sollte, gebe es eigentlich niemanden in seiner Partei, der seine Nachfolge antreten könnte. Die zweitstärkste Partei seien dann die Kommunisten.

Was nun die Einzelheiten des Moskauer Abkommens angehe, so sei er fast sicher, daß der Präsident von seinen Beratern nicht ausreichend unterrichtet worden sei und daß auch Harriman die ganze Tragweite der einzelnen Vertragsbestimmungen nicht erfaßt habe. Was den englischen Verhandlungspartner angehe, so lebe dieser, wie manche sagten, sowieso in einiger Entfernung vom Heiligen Geist. Chruschtschow habe die Verhandlungen mit einer Erklärung über die glänzende Situation der russischen Wirtschaft eröffnet, was eigentlich der beste Beweis dafür sei, daß es nicht gut darum stehe. Wenn jemand komme und sage, es gehe ihm glänzend, er wolle aber Geld haben, so würde er (Kanzler) sein Portemonnaie nicht auf-, sondern zumachen.

Er selbst habe das Gefühl, als ob die Politik des State Department seit dem Tode von Dulles[17] unüberlegter und sprunghafter geworden sei. Wenn man wie der Herr Bundeskanzler Jahre hindurch engen Kontakt mit der amerikanischen Politik gehabt habe und noch habe, gewinne man für so etwas ein Gefühl.

Er wolle sich keineswegs in innere Angelegenheiten anderer Staaten einmischen, wenn er Zweifel daran äußere, ob die Vereinigten Staaten gut beraten seien, sich gegenüber den Chinesen nunmehr als gut befreundet mit den Russen hinzustellen. Man müsse immer damit rechnen, daß sich Chruschtschow am nächsten Tage wieder mit den Chinesen akkordieren werde.[18] Auf Chruschtschow und die Chinesen wolle er ein deutsches Sprichwort anwenden, wonach die beiden „Speck und Schwart von selber Art" seien.

Was die Bundesrepublik betreffe, so liege die letzte Entscheidung über die Beteiligung an dem Teststoppabkommen beim Bundestag, der seine Beratungen am 9. Oktober wieder aufnehme.[19] Er halte es nicht für opportun, wenn der Bundestag zu einer Sondersitzung einberufen würde, da dies zu viel Aufsehen erregen würde. Außerdem lasse sich nicht voraussagen, welchen Verlauf die Debatte nehme.

Herr Schröder habe am 1. August an Außenminister Rusk geschrieben[20] und ihm vorgeschlagen, anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens eine Erklärung abzugeben, wodurch der Bundesrepublik der Beitritt ermöglicht würde. Diesen Vorschlag habe Ball in Vertretung Rusks zurückgewiesen, jedoch angeregt, daß anläßlich der Debatte im amerikanischen Senat am 12. August eine solche Erklärung abgegeben werde.[21] Er selbst könne natürlich nicht beurteilen, wie die Lage im Senat sei, doch glaube er zu wissen, daß es auch dort

[17] John Foster Dulles starb am 24. Mai 1959.

[18] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

[19] Zu den ersten Überlegungen hinsichtlich eines Ratifizierungsgesetzes zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 335, besonders Anm. 2.

[20] Vgl. Dok. 260.

[21] Vgl. Dok. 272.
Zur Erklärung des amerikanischen Außenministers Rusk vgl. Dok. 302, Anm. 4.

einige Stimmen dagegen gebe. Er könne auch nicht voraussagen, wie sich die Abgabe einer solchen Erklärung im Senat auswirken würde. Auf keinen Fall wolle die Bundesregierung etwas tun, was der amerikanischen Regierung Schwierigkeiten verursachen würde. Andererseits müsse er aber darauf hinweisen, daß die deutsche Presse unruhig werde. Er verwies auf einen Artikel in der „Welt" und betonte, daß dies auch die Haltung anderer Blätter des Springer-Konzerns sei. Die Zeitungen des Springer-Konzerns hätten eine sehr große Auflage. Auch die „Deutsche Zeitung", das Blatt der Wirtschaft, warne vor einem Beitritt. Die FAZ wende sich dagegen, wenn sie auch nicht so ausgesprochen gegen einen Beitritt sei wie die anderen erwähnten Blätter. Die Bundesregierung lege sich eine gewisse Zurückhaltung auf, könne der Presse aber nicht den Mund verschließen. In Frankreich sei das Echo bekanntlich auch alles andere als günstig.[22] Hinzu komme, daß die Europäer, abgesehen von den Briten, vorher nicht konsultiert worden seien.[23]

Das Abkommen werde in weiten Kreisen zwar als ein Fortschritt angesehen, weil dadurch die Versuche in der Atmosphäre und im Weltraum eingestellt würden. Nicht betroffen seien allerdings die Versuche unter der Erdoberfläche, was doch dem Bereich der Menschheit sehr viel näher liege, als wenn irgendwo hinter dem Mond etwas zur Explosion gebracht würde.

Herr Rusk bleibe nun eine Woche in Moskau, und er selbst sage ganz offen, daß er davor Angst habe. Um mit den Russen fertig zu werden, müsse man schon selbst sehr hart gesotten sein. Er wolle auch darauf hinweisen, daß sich Bürgermeister Brandt 1961, als die andere Seite angefangen habe, die Mauer zu bauen, sofort an die Amerikaner mit der Bitte gewandt habe, diese Aktion zu verhindern, daß es aber 60 Stunden gedauert habe, ehe ihm eine Antwort zuteil geworden sei. Zur gleichen Zeit habe der damalige amerikanische Botschafter in Moskau[24] dem deutschen Botschafter[25] gesagt, Gott sei Dank gebe es jetzt die Mauer, wodurch man das Flüchtlingsproblem los werde. Als er selbst einige Zeit später mit Botschafter Grewe darüber gesprochen habe, habe dieser nur bemerkt, daß man Ähnliches auch im State Department hören könne. Er wolle mit diesen Äußerungen niemand anschwärzen, doch schienen sie ihm leider zu beweisen, daß seit dem Tode von John Foster Dulles in den Vereinigten Staaten die wahre Lage und die vom Kommunismus drohenden Gefahren nicht hinreichend verstanden würden. Er gebe zu, daß sich jemand, der nicht unter einer Diktatur gelebt habe, kaum vorstellen könne, wie stark eine Diktatur die Menschen ändere. Die Deutschen wüßten dies leider, und man habe die Dinge, die sich in Deutschland während der Diktatur zugetragen hätten, vorher selbst kaum für möglich gehalten. Daher befürchte er, daß man in den Vereinigten Staaten die sich aus dem Kommunismus für die ganze Welt ergebenden Gefahren unterschätze. Wenn man die Bevölkerungszahlen aller unter kommunistischer Herrschaft lebender Länder zusammenzähle,

[22] Zur französischen Reaktion auf das Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 242, Anm. 6, und Dok. 246, besonders Anm. 4.

[23] Zur amerikanischen Konsultationspraxis im Zusammenhang mit dem Teststopp-Abkommen vgl. auch Dok. 270 und Dok. 263.

[24] Llewellyn E. Thompson.

[25] Hans Kroll.

komme man auf über eine Milliarde, und ein geschichtlicher Rückblick zeige, daß vor 1000 Jahren die Mongolen im Herzen Deutschlands gestanden hätten und später die Türken bis vor Wien vorgerückt seien. Was damals möglich gewesen sei, sei im modernen Zeitalter erst recht möglich.

Von den nuklearen Waffen ganz abgesehen, seien die Vereinigten Staaten keineswegs außerhalb jeder Gefahrenzone. Präsident Kennedy selbst habe ihm gesagt, die größte Gefahr, die den Vereinigten Staaten drohe, komme aus Südamerika. Er wolle in diesem Zusammenhang auch nur an Kuba erinnern.[26] Wenn Herr McNamara durch seine organisatorischen Vorarbeiten nicht die Möglichkeit geschaffen hätte, innerhalb kürzester Zeit größere Truppeneinheiten an den Krisenherd zu verlegen, wäre es unsicher gewesen, was aus Amerika geworden wäre. Er hoffe jetzt nur, daß keine Raketen mehr auf Kuba seien. Die Gefahren bestünden in der ganzen Welt, und man dürfe nicht glauben, daß sich die kommunistische Gefahr reduzieren lasse, indem man den Russen auf Kosten der Chinesen entgegenkomme. Wenn man sich zwei Gegnern dieser Art gegenübersehe, dann solle man sie sich gegenseitig selbst auffressen lassen und sich nicht auf die Seite des einen von ihnen stellen. Tschiang Kai-schek habe den Kommunismus auch in Moskau gelernt, genauso wie Mao Tse-tung und seine Leute.

All diese Gedanken seien nur Ausdruck der allgemeinen Sorge, die er sich um das Schicksal der freien Welt mache. Er sei heute 87 Jahre alt, und schon während seiner Gymnasialzeit sei er politisch sehr interessiert gewesen. Er erinnerte daran, daß Wilhelm II., im Grunde ein armer Mann, als junger Mensch ein Bild gemalt habe, dem er den Titel gegeben habe, „Völker Europas, schützt eure heiligsten Güter". Dabei habe er an die Chinesen gedacht. Diese Gefahr sei heute immer noch vorhanden.

In den Vereinigten Staaten selbst schienen etliche Leute auch Sorgen wegen der Zukunft zu haben, denn es sei doch eine gewisse Kapitalflucht festzustellen.

Der Herr Bundeskanzler erwähnte sodann, daß man nie genau wisse, woran man mit dem amerikanischen auswärtigen Dienst sei. Er wolle aus der folgenden Sache bestimmt nichts machen, doch sei sie ihm symptomatisch erschienen: Vor ein paar Tagen habe ihn Mr. Tyler aufgesucht[27], der früher der amerikanischen Botschaft in Bonn angehört habe und ein sehr guter und ruhiger Mann sei. Im Laufe des Gesprächs habe Staatssekretär Globke gefragt, ob während der Moskauer Verhandlungen die Sowjets schon zu erkennen gegeben hätten, was sie zum Inhalt eines Nichtangriffspakts machen wollten. Herr Tyler habe diese Frage verneint. (Der Herr Staatssekretär bemerkte, nach Auskunft von Herrn Tyler hätten sich die Sowjets auf frühere Genfer Entwürfe[28] bezogen.) Einige Zeit darauf habe das State Department mitgeteilt, daß Herrn Tylers Äußerung unrichtig gewesen sei, was auf seine Überarbei-

[26] Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[27] Zum Gespräch vom 30. Juli 1963 vgl. Dok. 252.

[28] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens, der am 20. Februar 1963 der Genfer Abrüstungskonferenz vorlag, vgl. Dok. 117, Anm. 12.

tung und Ermüdung zurückzuführen sei.[29] Dies werfe doch ein merkwürdiges Licht auf die Zustände, umso mehr, wenn man Herrn Tyler als einen korrekten und wirklich guten Mann kenne.

Herr *McNamara* dankte zunächst dem Herrn Bundeskanzler für die erneute Gelegenheit, ein Gespräch mit ihm zu führen, und versicherte ihn der Wertschätzung und Bewunderung, die er in den Vereinigten Staaten wegen seiner immensen Leistungen genieße, sei es doch praktisch er gewesen, der die Bundesrepublik geschaffen habe. Trotz der einzelnen vom Herrn Bundeskanzler zitierten Fälle dürfe er sicher sein, daß die amerikanische Regierung in der Bundesrepublik einen ihrer wichtigsten und zuverlässigsten Verbündeten sehe. Präsident Kennedy habe während seines Besuchs die amerikanische Außenpolitik klar und eindeutig definiert, indem er gesagt habe, die deutsche Grenze sei auch die amerikanische Grenze, die Amerikaner würden ihre eigenen Städte zum Schutze der deutschen Städte riskieren, und die Freiheit der Bundesrepublik sei auch die der Vereinigten Staaten.[30] Dies sei die amerikanische Außenpolitik, wie sie vom Präsidenten und Außenminister und vom State Department vertreten werde. Präsident Kennedy habe vielleicht mehr als irgendeine andere führende Persönlichkeit in Amerika seit Jahren erkannt, daß sich die Ziele des Westens nur verwirklichen ließen, wenn die Politik des Westens auf der Grundlage zunehmender militärischer Stärke geführt würde. Deswegen habe er auch die Verteidigungsausgaben um 9 Milliarden Dollar pro Jahr erhöht, so daß während seiner Amtszeit insgesamt fast 30 Milliarden Dollar mehr für Verteidigungszwecke ausgegeben worden seien. Nur dadurch sei es möglich gewesen, auf die Drohungen rasch zu reagieren, die eigene Stärke auszubauen und die Streitkräfte in Westeuropa zu verstärken. Man glaube ferner, daß in dieser Haltung des Westens auch der Grund für die russische Reaktion sowohl gegenüber den Chinesen wie gegenüber dem Westen zu suchen sei. Chruschtschow sehe sich wirtschaftlich und außenpolitsch einem unerhörten Druck ausgesetzt. Präsident Kennedy habe seine Politik trotz eines Haushaltsdefizits von je 8 Milliarden Dollar in den letzten beiden Jahren durchgeführt und trotz der Zahlungsbilanzschwierigkeiten, die u. a. darauf zurückzuführen seien, daß Amerika jährlich mehr als drei Milliarden zur Finanzierung seiner Streitkräfte im Ausland in Devisen ausgeben müsse.[31]

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er bezweifle keineswegs, daß Präsident Kennedy und die jetzige amerikanische Regierung alle Anstrengungen unternähmen, er befürchte nur, daß man[32] in Amerika zu leichtgläubig sei.

[29] Am 31. Juli 1963 berichtete der Gesandte von Lilienfeld, Washington, daß Abteilungsleiter Tyler in einem Bericht über das Gespräch vom 30. Juli 1963 mit Bundeskanzler Adenauer ausgeführt habe, er habe auf die Frage des Staatssekretärs Globke nach den sowjetischen Vorstellungen zu einem Nichtangriffsabkommen geantwortet, daß dazu in Moskau keine spezifischen Vorschläge gemacht worden seien. Da jedoch die sowjetische Regierung in den Verhandlungen von Moskau erneut den Entwurf vom 20. Februar 1963, in leicht veränderter Fassung, in die Diskussion eingeführt hätte, habe sich das amerikanische Außenministerium zu einer Richtigstellung der Aussage von Tyler veranlaßt gesehen. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8498; B 150, Aktenkopien 1963.

[30] Vgl. dazu Dok. 216, Anm. 10.

[31] Zur amerikanischen Zahlungsbilanz vgl. Dok. 185, Anm. 9.

[32] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder unterstrichen. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Wer?" Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8499.

Herr *McNamara* wies darauf hin, daß Chruschtschow während seines Besuches in den Vereinigten Staaten[33] gesagt habe, die übernächste Generation werde den Kapitalismus begraben. Dies sei damals seine Auffassung gewesen, dies sei sie sicher auch heute noch. Das einzige, was dies verhindern könne, sei die militärische Stärke des Westens. Er glaube nicht, daß hinsichtlich der Endziele der sowjetischen Politik Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Herrn Bundeskanzler und der amerikanischen Regierung bestünden. In diesem Zusammenhang müsse man auch die Vertiefung des Risses sehen, der sich zwischen den Russen und den Chinesen aufgetan habe – wenngleich, wie der Herr Bundeskanzler selbst gesagt habe, man damit rechnen müsse, daß Chruschtschow morgen wieder mit den Chinesen zusammengehe –, und man halte es im Interesse der westlichen Politik für richtig, diesen Riß politisch auszunutzen.

Der Herr *Bundeskanzler* teilte streng vertraulich mit, daß ihm Chruschtschow vor einigen Wochen habe sagen lassen, daß er bereit wäre, nach Bonn zu kommen.[34] Dies zeige, daß er heute mit dem und morgen mit jenem verhandle. Er selbst halte es für richtig, wenn man die augenblickliche Notlage Chruschtschows ausnutze und mit Geduld das Letzte aus ihm herausquetsche. Statt dessen aber werde das Abkommen in Moskau unterzeichnet, was Besorgnis bei den Verbündeten auslösen und dazu beitragen könne, daß das Vertrauen in die Vereinigten Staaten nicht gestärkt werde. Dies wäre sehr bedauerlich.

Der Herr Bundeskanzler wies auf die Tendenzen in Polen, Jugoslawien, Ungarn und der Tschechoslowakei hin, ganz zu schweigen von Albanien, wo sich überall gewisse Lockerungserscheinungen bemerkbar machten. Nun veranstalte man in Moskau eine große Show zu Gunsten Chruschtschows, die westlichen Außenminister reisten dorthin und unterzeichneten dort das Abkommen. All dies stärke nur Chruschtschows Ansehen und Einfluß, und er (Bundeskanzler) verstehe eigentlich nicht, warum man nicht Gromyko habe nach Washington kommen lassen. So werde Moskau das außenpolitische Zentrum. Dies könne seine Auswirkungen auf die übrige Welt nicht verfehlen, und Chruschtschow bekomme dies alles, ohne auch nur einen Pfennig dafür zu zahlen. Man möge es ihm nicht übelnehmen, wenn er sage, die Amerikaner seien bald so klug wie der Papst.

Herr *McNamara* entgegnete, der Herr Bundeskanzler sei doch sicher auch der Ansicht, daß die Spannungen innerhalb aller kommunistischer Parteien heute sehr viel stärker seien als vor fünf oder zehn Jahren, da sich in jeder kommunistischen Partei ein Kampf um die Vorherrschaft zwischen der chinesischen und der sowjetischen Fraktion abspiele. Diese interne Auseinandersetzung werde, wie man auf amerikanischer Seite glaube, durch die Moskauer Verhandlungen und die Unterzeichnung des Abkommens nicht verhindert, sondern intensiviert.

[33] Zum Besuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 15. bis 27. September 1959 in den USA vgl. Dok. 216, Anm. 25.

[34] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Bundesministers Schröder: „Nach bestimmten unannehmbaren Voraussetzungen!" Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8499.
Vgl. dazu bereits Dok. 212.

Der Herr *Bundeskanzler* widersprach dieser Auffassung nachdrücklich und sagte, dadurch würde nur Chruschtschows Stellung gefestigt.

Herr *McNamara* sagte, man wolle durch diese Politik im Gegenteil versuchen, die Kommunisten aufzuspalten, und es sei unbestreitbar, daß die Lage heute ganz anders als noch vor einem oder zwei Jahren sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er nehme doch an, daß es auch die amerikanische Politik nicht für richtig halte, Chruschtschow materielle Hilfe zukommen zu lassen. Die chinesische Gefahr werde erst in 10 oder 20 Jahren akut werden, wogegen die russische Gefahr heute akut sei. Durch diese Politik werde Chruschtschow nur gestärkt, und die ganze Welt blicke fasziniert nach Moskau und begrüße dieses Abkommen. Vor sechs Jahren wäre so etwas unmöglich gewesen.

Herr *McNamara* erinnerte daran, daß trotz der Verhandlungen über die Einstellung der Versuche während der vergangenen 24 Monate die Zahl der nuklearen Sprengköpfe verdoppelt worden sei und daß in der Zielplanung diese Sprengköpfe für Ziele in der Sowjetunion vorgesehen seien. Während der gleichen Zeit seien die nuklearen Sprengköpfe auf westeuropäischem Gebiet um 60 v. H. erhöht worden. Es sei beabsichtigt, in den nächsten 24 Monaten die Zahl um weitere 50 v. H. zu erhöhen. Man gebe sich also keinerlei Illusionen hin und lasse keinen Zweifel an der Haltung der Vereinigten Staaten.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß man mit der Unterzeichnung des Vertrages in Moskau Chruschtschow sehr viel Glanz verleihe und sein Selbstvertrauen stärke, was sehr wichtig sei. Dadurch würden diejenigen in seiner Umgebung, die an ihm Zweifel bekommen hätten, auch wieder bestärkt. Was die Spannungen innerhalb der kommunistischen Partei angehe, so seien sie unmittelbar nach Stalins Tod[35], als Berija umgebracht worden sei[36], noch größer gewesen als heute.

Herr *McNamara* gab der Hoffnung Ausdruck, daß man sich über die Notwendigkeit einig sei, die militärische Stärke des Westens weiter auszubauen. Er hoffe und glaube, daß die Bundesrepublik auch weiterhin dazu beitragen und die Verbündeten zu erhöhten Leistungen ihrerseits anregen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er wolle Herrn McNamara durch dieses Gespräch mit Mißtrauen infizieren. Auf den Einwand von Herrn *McNamara,* daß sich das Mißtrauen aber sicher nicht auf Verbündete beziehen sollte, entgegnete der Herr *Bundeskanzler,* die Amerikaner seien noch zu unverdorben, um die Kommunisten ganz zu durchschauen.

Der Herr Bundeskanzler sagte sodann, daß Kennedy ihm gesagt habe, er habe keinen Unterschied zwischen CDU und SPD entdecken können, wogegen er Unterschiede zwischen den Demokraten und Republikanern durchaus sehe. Dies sei eine interessante Feststellung gewesen, weil sich daraus ergebe, daß er Äußerungen von Brandt, Erler und anderen vollen Glauben schenke. Er selbst sei nicht davon überzeugt, daß sich eine echte Wandlung bei der SPD vollzogen habe, es handle sich vielmehr um Opportunismus. Dazu komme, daß

[35] Jossif W. Stalin starb am 5. März 1953.

[36] Lawrentij P. Berija wurde am 23. Dezember 1953 hingerichtet.

die wahren Herrscher in der SPD die Gewerkschaften seien, doch leider gebe es in der Führung der deutschen Gewerkschaften keine Leute wie Meaney. In der Bundesrepublik sei das politische Gewicht der Gewerkschaften viel größer als in den Vereinigten Staaten. Es treffe zwar zu, daß die Gewerkschaften nichts vom Kommunismus wissen wollten, doch dürfe man nicht übersehen, daß die Kommunisten 20000 Agenten vom Osten her in die Bundesrepublik zum Zwecke der Infiltration und Subversion eingeschleust hätten.

Der letzte Teil des Gesprächs galt den Eindrücken, die Herr *McNamara* während seiner Deutschlandreise gewonnen hatte. Er berichtete dem Herrn Bundeskanzler über die mit dem Herrn Bundesverteidigungsminister getroffenen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung, Waffenentwicklung und Logistik sowie über seine Gespräche, die strategischen Problemen gegolten hätten.[37] Er bezeichnete die Unterredungen als außerordentlich nützlich und die Eindrücke, die er gewonnen habe, als ausgezeichnet und sehr zufriedenstellend. Er betonte ferner die Bereitschaft beider Seiten, ihre militärischen Anstrengungen zu verstärken.

Anschließend wurde Staatssekretär von Hase hinzugezogen und darüber gesprochen, was der Presse mitzuteilen sei.[38]

Die Unterredung endete gegen 11.40 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/9

274

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Botschafter Roberts

MB 2097/63 geheim **5. August 1963**[1]

Aufzeichnung über das Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem britischen Botschafter Sir Frank Roberts am 5. 8. 1963, 18.30 Uhr, in seiner Amtswohnung Bonn-Venusberg.

Der *Botschafter* übergab dem Herrn Bundesminister die Antwort des britischen Außenministers Lord Home[2] auf den Brief des Bundesministers vom 1. 8.[3]

[37] Vgl. dazu Dok. 276.

[38] Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 6. August 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 1215.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Leiter des Ministerbüros, Simon, am 6. August 1963 gefertigt und am 9. August 1963 an Staatssekretär Carstens weitergeleitet.
Hat Carstens am 12. und Staatssekretär Lahr am 15. August 1963 vorgelegen.

[2] Für das Schreiben vgl. die „Dokumentation zum Moskauer Abkommen vom 5. August 1963"; Ministerbüro, VS-Bd. 8499.

[3] Zum Schreiben vom 31. Juli 1963 vgl. Dok. 260, Anm. 17.

Der Herr *Bundesminister* bedankte sich für die Antwort und führte nach Kenntnisnahme der Antwort folgendes aus: Die Bundesregierung zweifle nicht daran, daß die britische und amerikanische Regierung nicht die Absicht hätten, das SBZ-Regime anzuerkennen. Die Bundesregierung sehe die Problematik aber in folgendem:

Wie werde unabhängig von allen Absichtserklärungen die Tatsache bewertet, daß in dem Atomteststopp-Abkommen in Artikel III von „Staaten" gesprochen werde[4], in Artikel IV auf die staatliche Souveränität Bezug genommen werde[5] und in Artikel II von der Möglichkeit einer Konferenz der Teilnehmer an dem Abkommen gesprochen werde[6]?

Welche Wirkungen werde es rein objektiv haben, wenn jemand in die Kategorie der Staaten nach Artikel III einbezogen werde? Wenn auch die britische Regierung der Auffassung sei, daß man vor einer Konferenz im Sinne des Art. II keine Sorge zu haben brauche, da das Zustandekommen einer solchen Konferenz völlig ungewiß sei, so sei für die Bundesregierung doch die Frage wichtig, wie diese Vertragsbestimmung auf Neutrale wirke.

Besonders wichtig sei die Frage, die mit dem State Department erörtert werde, ob im Fall eines Beitritts der SBZ vertragliche Beziehungen zwischen USA und Großbritannien und der SBZ entstünden.[7]

Anfangs, so noch in dem Antwortschreiben von Rusk vom 26. 7.[8], seien die Amerikaner der Meinung gewesen, daß keine vertraglichen Bindungen entstünden. In dem späteren Brief vom 2. 8.[9], der dem Botschafter bekannt sei, werde zum Ausdruck gebracht, daß die USA eine Bindung auch der SBZ erreichen wolle, allerdings ohne daß darin eine Anerkennung liege. Es sei zu überlegen, mit welcher rechtlichen Konstruktion man dies erreichen könne. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sei eine Sache des Willens (intent).[10] Bei Herstellung vertraglicher Beziehungen wäre möglicherweise die Anerkennung auch ohne diesen Willen impliziert. Die Bundesregierung habe bei den Amerikanern angeregt, daß die Völkerrechtsspezialisten beider Seiten diese Fragen noch gemeinsam prüfen sollten.

Für die britische Regierung sei die Frage vielleicht nicht so schwierig wie für die USA, da sie diplomatische Beziehungen zu Rotchina hätte.

Der Herr Bundesminister unterrichtete den Botschafter über das Gespräch, das der Bundeskanzler mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara[11] geführt habe. Der Bundeskanzler habe dabei seine große Sorge über die Entwicklung zum Ausdruck gebracht. Diese Sorgen gingen dahin, daß man möglicherweise Moskau einen unnötig großen Triumph durch die Unterzeichnung des Abkommens gewähre. Die Frage sei, ob dies nicht der An-

[4] Zu Artikel 3 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.
[5] Zu Artikel 4 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 12.
[6] Zu Artikel 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 11.
[7] Vgl. dazu bereits Dok. 272.
[8] Für den Wortlaut vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8498.
[9] Für den Wortlaut vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8498.
[10] Vgl. dazu Dok. 264, besonders Anm. 5.
[11] Vgl. Dok. 273.

fang einer weiteren Verschlechterung auf dem gesamten Gebiet der Deutschlandpolitik sei.

Um die Frage des deutschen Beitritts endgültig zu klären, sei es erforderlich, daß die deutschen Bedenken durch öffentliche Erklärungen der Verbündeten ausgeräumt würden.[12] Die Bundesregierung habe den Vorschlag gemacht, daß Präsident Kennedy schon bei Zuleitung der Vorlage an den Senat eine entsprechende schriftliche Erklärung abgebe[13] und auch Außenminister Rusk bei seinem opening statement erkläre, daß der Abschluß des Atomteststopp-Abkommens keine Anerkennung der SBZ mit sich bringe.[14]

Der Herr Bundesminister fragte den Botschafter, ob man nicht etwas Ähnliches bei der Regierungsvorlage[15] an das Unterhaus vorsehen könne.

Der *Botschafter* antwortete, daß man vielleicht in dem sogenannten „white paper" die Auffassung der britischen Regierung noch einmal[16] schriftlich fixieren könne. Er wolle Lord Home diese Anregung des Herrn Bundesministers sofort übermitteln. Die Antwort werde nicht so schnell gegeben werden können, da Lord Home und Minister Heath beide noch in der Sowjetunion seien und Lord Home im Anschluß an seinen Aufenthalt dort, voraussichtlich am Mittwochabend, nach Helsinki fahre, um Premierminister Macmillan zu treffen, und anschließend mit ihm nach Schweden fahre. Lord Home werde am 13. August wieder nach London zurückkehren.

Der Botschafter erwähnte zur Vorgeschichte des Vertrages noch, daß die Sowjets den Artikel IV ursprünglich gar nicht wollten, da sie ihn für überflüssig hielten. Die Amerikaner hätten jedoch mit Rücksicht auf den Senat auf Einfügung dieser Bestimmung bestanden.

Der Botschafter betonte noch einmal, daß die amerikanische und britische Delegation die für uns wichtigen Fragen stets im Auge gehabt hätten. Sie hätten den Willen gehabt, besonders vorsichtig zu sein und hätten sich bemüht, jede Anerkennungswirkung auszuschließen.

Der Herr *Bundesminister* bat den Botschafter für die kommenden Verhandlungen[17] um eingehendere Unterrichtung. Er erklärte, daß die Bundesregierung der Meinung sei, daß sie zu wenig von den Vorbereitungen und dem Gang der Verhandlungen in Moskau gewußt habe.[18] Man hätte die mit einer Anerkennung der SBZ zusammenhängenden Gefahren immer in Verbindung mit einem Nichtangriffsabkommen gesehen und die Verbündeten ständig auf die Bedeutung der Nichtangriffsfrage hingewiesen. Daß diese Frage bereits bei dem Teststoppabkommen eine Rolle spiele, sei erst am 23. 7. klar geworden.[19]

12 Vgl. dazu bereits Dok. 253 und Dok. 260.

13 Zur Erklärung vom 8. August 1963 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

14 Zur Erklärung vom 12. August 1963 vgl. Dok. 299, Anm. 4.

15 Dieses Wort wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Simon handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Regierungserklärung".

16 Zur ersten britischen Erklärung vom 3. August 1963 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

17 Zu den Gesprächen der Außenminister am 5./6. August 1963 in Moskau vgl. Dok. 282.

18 Vgl. dazu auch Dok. 263.

19 Für den Wortlaut des Schreibens des Präsidenten Kennedy, das vom Gesandten Hillenbrand am

Der *Botschafter* wies darauf hin, daß es sich um denselben Text wie im August 1962[20] handele, der nur in zwei kleinen Punkten geändert sei.[21] Der Herr *Bundesminister* entgegnete, daß eine sehr wesentliche Änderung die Einführung von drei Depositarmächten gewesen sei. Auf Grund des Textes vom August 1962 hätte man davon ausgehen müssen, daß ein Beitritt der SBZ nicht in Frage käme. Der Herr Bundesminister stellte dem Botschafter die Frage, ob er denn gewußt hätte, daß der leicht veränderte Text vom August 1962 Grundlage der Moskauer Verhandlungen sei? Der *Botschafter* gab zu, daß er dies nicht gewußt hätte. Zur Frage der Zahl der Depositarmächte meinte er, daß die Juristen Zweifel hätten, ob eine einzige Depositarmacht den Beitritt der SBZ hätte ablehnen können. Die Depositarmacht handele nicht in nationaler Zuständigkeit, sondern treuhänderisch für alle Teilnehmer an dem Abkommen. Im übrigen sei die Formulierung der Bestimmung, die die drei Depositarmächte vorsehe, bis zum Schluß immer wieder geändert worden. Erst am Ende der Beratungen sei man nach einem ständigen Hin und Her zu der jetzt vorliegenden Fassung gelangt.

Nachdem der Herr *Bundesminister* noch einmal den Wunsch nach besserer Unterrichtung unterstrichen hatte, erklärte der *Botschafter,* daß augenblicklich in Moskau nur über die weitere Tagesordnung gesprochen werde. Auf die Frage des Herrn *Bundesministers* erklärte der *Botschafter,* daß die britische Regierung ein Nichtangriffsabkommen nicht besonders hoch werte. Dies sei im Zusammenhang mit anderen Problemen nur „icing on the cake". Die britische Regierung hielte es für besser, wenn man mit einem Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen begänne. Möglicherweise ergäben sich hier aber Schwierigkeiten für die Amerikaner, die offenbar gewisse Bedenken im Hinblick auf die Reaktion der Franzosen hätten. Der Botschafter erwähnte den Brief Kennedys an de Gaulle.[22]

Die Frage der Inspektionsposten[23] und der anderen angeschnittenen Fragen seien nach Ansicht der britischen Regierung NATO-Fragen.

Auf die Frage, ob ein Nichtangriffsabkommen nicht schon durch das Veto General de Gaulles zum Scheitern verurteilt sei, erwiderte der Botschafter, daß

Fortsetzung Fußnote von Seite 925

23. Juli 1963 Bundeskanzler Adenauer übergeben wurde, vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419. Zum Inhalt des Schreibens und zum Gespräch des Bundesministers Schröder am 23. Juli 1963 mit Hillenbrand vgl. auch Dok. 270.

[20] Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs vom 27. August 1962 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 804–807.

[21] Ein Unterschied bestand in der vorgesehenen Anzahl der Depositarmächte. Vgl. dazu Dok. 239, Anm. 5.
Der zweite Unterschied bestand darin, daß in das Teststopp-Abkommen ein Passus eingefügt wurde, der es einem Staat, der diesen Vertrag unterzeichnet hatte oder ihm beigetreten war, jederzeit ermöglichte, „in Ausübung seiner nationalen Souveränität" die Vertragszugehörigkeit zu beenden. Zu Artikel 4 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 12.

[22] Zum Schreiben des Präsidenten Kennedy und des Premierministers Macmillan an Staatspräsident de Gaulle vgl. Dok. 242.

[23] Zum ursprünglich sowjetischen Vorschlag der Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 226, Anm. 7. Zur Erörterung während der Teststopp-Verhandlungen in Moskau vgl. auch Dok. 236 und Dok. 250.

General de Gaulle schon einseitig eine Art Nichtangriffserklärung abgegeben habe.[24] Auf die Frage, ob der Botschafter gehört habe, daß möglicherweise anstelle eines Nichtangriffsabkommens an einseitige Erklärungen gedacht sei, erwiderte Sir Frank Roberts, er habe davon gehört, es gäbe aber bisher keinen Plan für eine solche Lösung. Präsident Kennedy habe in Birch Grove erklärt[25], daß Chruschtschow besonderen Wert auf diesen Punkt lege, und daß er hoffe, vielleicht eine Besserung der Lage in Berlin erreichen zu können.

Der Botschafter stellte die Frage, ob die britischen Juristen sich auch an dem Gedankenaustausch, den der Herr Bundesminister erwähnt habe, beteiligen sollten. Der Herr *Bundesminister* hielt dies für wünschenswert. Er bat den Botschafter, seiner Regierung mitzuteilen, daß der Wunsch nach einem engen Kontakt in diesen Fragen bestehe.

Der *Botschafter* stellte die Frage, welche Pressepolitik man in der Zwischenzeit betreiben solle. Der Herr *Bundesminister* antwortete, daß man zunächst erklären solle, daß einige juristische Fragen noch geprüft würden. Man solle der Presse im Augenblick nicht zu viel sagen. Der Botschafter wisse, daß der Bundeskanzler im Augenblick sehr besorgt sei.

Der *Botschafter* antwortete, daß die britische und amerikanische Delegation viel an die deutschen Sorgen gedacht habe. Wenn zu viel Kritik an den Verbündeten in der Presse geübt werde, sei dies nachteilig.[26] Der Herr *Bundesminister* wies in diesem Zusammenhang auf die Erklärungen von Staatssekretär von Hase[27] und auf die Ausführungen Dr. von Brentanos im DUD[28] hin.[29]

Der *Botschafter* fragte, ob die Neutralen im jetzigen Zeitpunkt schon entsprechend den Vorschlägen der Bundesregierung unterrichtet werden sollten. Die britischen Vertretungen hätten bereits die erforderlichen Weisungen erhalten.[30] Der Herr *Bundesminister* bejahte dies. Es müsse alles getan werden, da-

[24] Auf der Pressekonferenz am 29. Juli 1963 führte Staatspräsident de Gaulle zur Frage eines Nichtangriffsabkommens aus: „Et puis d'ailleurs, il n'y a besoin d'aucun pacte pour que la France déclare qu'elle n'attaquera jamais la première, étant entendu qu'elle se défendrait avec les moyens qu'elle peut avoir contre quiconque attaquerait, ou bien elle-même, ou bien ses alliés. Mais aujourd'hui, solennellement, elle déclare, par la bouche du Président de la République, qu'il n'y aura jamais d'aggression française. Alors, du même coup, notre éventuelle participation à un pacte de non-aggression n'a plus aucune espèce d'objet." Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 123; EUROPA-ARCHIV 1963, D 412.

[25] Am 30. Juni 1963 besuchte Präsident Kennedy Premierminister Macmillan in Birch Grove, Sussex. Für das Kommuniqué vom 30. Juni 1963 vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 543 f.

[26] Zur Reaktion der Presse in der Bundesrepublik auf das Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 273.

[27] Zur Erklärung des Chefs des Presse- und Informationsamtes, von Hase, vom 2. August 1963 vgl. Dok. 272, Anm. 21.

[28] Deutschland-Union-Dienst.

[29] Vgl. Heinrich VON BRENTANO, Aspekte des Moskauer Abkommens; DzD IV/9, S. 610–612.
Bundesminister Krone trug am 6. August 1963 in sein Tagebuch ein: „Brentano hat im Union-Dienst seine Bedenken gegen das Moskauer Abkommen angemeldet. Die Fraktion wird ihm weithin folgen. So geht man nicht mit einer verbündeten Macht um. Sollen wir unterschreiben? Es wird nichts anderes übrig bleiben. Ich denke an Versailles." Vgl. KRONE, Aufzeichnungen, S. 178.

[30] Dieser Satz wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Simon handschriftlich eingefügt.

mit diese Aktion bei der Unterzeichnung der übrigen Staaten abgeschlossen sei. Der *Botschafter* erwähnte, daß die Sowjets ursprünglich die Absicht gehabt hätten, in Moskau auch schon andere Staaten abzeichnen zu lassen. Dies hätten die Briten und Amerikaner aber abgelehnt.

Abschließend kamen der Herr Bundesminister und der Botschafter überein, der Presse zu sagen, daß man sich weiter in völkerrechtlichen Fragen konsultiert habe. Dabei hätte der Herr Bundesminister einige Anregungen für klarstellende Erklärungen der britischen Regierung gegeben.

Ministerbüro, VS-Bd. 8499

275

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften

V 1-83.SV-10330-315/63 geheim **5. August 1963**[1]

Betr.: Kernwaffenversuchsstopp-Abkommen[2];
hier: Beitritt der Bundesrepublik Deutschland
Bezug: Aufzeichnung des Leiters des Planungsstabes – PL 234/63 geh. –
vom 2. August 1963[3] und darauf vermerkte Weisung des Herrn Staatssekretärs I

Abteilung V nimmt zu dem Vorschlag des Planungsstabes, die Bundesrepublik solle dem Moskauer Abkommen unter dem ausdrücklich erklärten Vorbehalt beitreten, „daß die Bundesregierung als die einzige deutsche Regierung betrachtet wird, die frei und rechtmäßig gebildet wurde und daher berechtigt ist, für Deutschland als Vertreter des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen", wie folgt Stellung:

I. Den unter I dargelegten *Prämissen* des Vorschlages – Unvereinbarkeit der von den Westmächten und allen übrigen Mitgliedstaaten der NATO bei Abschluß der Pariser Verträge am 23.[4] Oktober 1954 abgegebenen Erklärung über die Stellung der Bundesregierung[5] mit einer Auslegung des Moskauer Abkommens dahin, daß auch die SBZ Vertragspartner werden könne – wird zugestimmt.

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Leiter des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge", von Schenck, konzipiert. Ministerialdirektor von Haeften vermerkte handschriftlich: „Eilt sehr!"

[2] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[3] Für eine Stellungnahme des Planungsstabs vgl. bereits Dok. 245.

[4] Korrigiert aus: „20."

[5] Für die Erklärung der Drei Mächte, daß „sie die Regierung der Bundesrepublik Deutschland als die einzige deutsche Regierung betrachten, die frei und rechtmäßig gebildet und daher berechtigt ist, für Deutschland als Vertreterin des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen", vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6982.

II. Zur *Durchführbarkeit* und zu den *Konsequenzen* des Vorschlages ist folgendes zu bemerken:

1) Das Moskauer Abkommen enthält über die Zulässigkeit von Vorbehalten beitretender Staaten keine Bestimmungen. In der Völkerrechtslehre ist es zwar umstritten, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Hinsicht der Beitritt zu multilateralen Verträgen mit Vorbehalten verbunden werden kann. In der internationalen Vertragspraxis sind Vorbehalte aber weitgehend üblich geworden. Die neuerdings überwiegende – durch das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes vom 28. August 1951 (ICJ Reports 1951, S. 19) begründete und von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 598 (VI) vom 12. Januar 1952[6] gebilligte – Auffassung geht dahin, daß zwischen *vertragskonformen* und solchen Vorbehalten zu unterscheiden ist, die mit Gegenstand und Ziel des Vertrages *unvereinbar* sind:

a) *Vertragskonforme* Vorbehalte schließen die Rechtswirksamkeit des Beitritts nicht a limine aus. Sie hindern nur die Entstehung vertraglicher Beziehungen zwischen dem Vorbehaltsstaat und denjenigen Vertragspartnern, die dem Vorbehalt *widersprechen.*

b) *Vertragstörende* Vorbehalte bedürfen der Zustimmung *aller* Vertragspartner. Stimmt auch nur einer von ihnen nicht zu, so wird der Vorbehaltsstaat nicht Vertragspartner.

c) Ob ein Vorbehalt nach a) oder nach b) zu bewerten ist, entscheidet – falls der Vertrag keine Bestimmungen enthält, die diese Frage regeln – jeder Vertragspartner selbst.

2) Der vom Planungsstab vorgeschlagene Vorbehalt der Bundesrepublik Deutschland wäre ein *atypischer* Vorbehalt insofern, als er sich nicht auf einzelne Bestimmungen des Moskauer Abkommens, sondern auf den völkerrechtlichen Status der Bundesrepublik und auf seine Beurteilung durch die übrigen Vertragspartner beziehen würde. Ob dieser Vorbehalt als vertragskonform oder als vertragstörend angesehen werden würde, ist daher zweifelhaft:

a) Einerseits kann geltend gemacht werden, daß die Bundesrepublik durch ihren Vorbehalt die von ihr nach dem Moskauer Abkommen einzugehenden Verpflichtungen sachlich nicht einschränke und der Vorbehalt daher mit dem Inhalt des Vertrages vereinbar sei.

b) Andererseits kann aber auch argumentiert werden, die Bundesrepublik knüpfe durch ihren Vorbehalt die Rechtswirksamkeit ihres Beitritts an eine Bedingung, die mit Inhalt und Zweck des Abkommens nichts zu tun habe und daher vertragstörend sei; letzteres müsse um so mehr gelten, als die Bundesrepublik unter den gegenwärtigen Umständen die im Moskauer Abkommen vorgesehenen Verpflichtungen für das Gebiet der SBZ gar nicht übernehmen könne und ihr Vorbehalt daher von den übrigen Vertragspartnern im Ergebnis verlange, sich mit einer Ausklammerung der SBZ aus dem Geltungsbereich des Abkommens abzufinden.

[6] Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. 3, S. 248.

c) Welcher Auffassung die übrigen Partnerstaaten zuneigen und ob sie hiernach den Beitritt der Bundesrepublik als rechtswirksam ansehen werden, wird weitgehend von ihrer politischen Einstellung zur Deutschland-Frage, aber auch von dem Wert abhängen, den sie dem Beitritt der Bundesrepublik beilegen. Nicht wenige Staaten werden eine Stellungnahme zu vermeiden suchen. Die Folge wird daher wahrscheinlich eine unklare Rechtslage sein. Die Unklarheit könnte dadurch erhöht werden, daß die Sowjetunion den deutschen Vorbehalt womöglich als nichtig bezeichnen und mit dieser Begründung behaupten wird, die Bundesrepublik sei vorbehaltloser Vertragspartner geworden.

3) Die rechtlichen Konsequenzen des vom Planungsstab vorgeschlagenen Vorbehalts sind daher schon insoweit nicht mit Sicherheit vorauszusehen, als es sich um die Frage handelt, wie die übrigen Vertragspartner auf ihn reagieren und was daraus für die vertraglichen Beziehungen zwischen ihnen *und der Bundesrepublik* unmittelbar folgt.

Noch weniger läßt sich aber voraussehen, wie die übrigen Vertragspartner sich *gegenüber der SBZ* nach deren Beitritt verhalten und ob sie sich in dieser Hinsicht durch unseren Vorbehalt beeinflussen lassen werden.

a) Es muß befürchtet werden, daß viele ungebundene Staaten zwar unserem Vorbehalt nicht widersprechen, aber gleichwohl gegen eine Mitwirkung der SBZ bei der Durchführung des Vertrages (insbesondere auf einer nach Artikel 2 einzuberufenden Konferenz[7]) keine Einwendungen erheben werden. Für uns entsteht dann die schwierige Frage, welche Konsequenzen wir solchen Staaten gegenüber ziehen und ob wir ihnen gegenüber unsere vertragliche Bindung verneinen wollen, sobald sie die SBZ ausdrücklich oder durch konkludentes Verhalten als Vertragspartner anerkennen. Wenn unser Vorbehalt nicht unglaubwürdig werden soll, werden wir entsprechenden Konsequenzen und auch ihrer öffentlichen Behandlung nicht ausweichen können.

b) Politisch können wir dadurch aber in eine schwierige Lage kommen. Es fragt sich hierbei, ob das Moskauer Atomversuchsstopp-Abkommen der geeignete Rahmen ist, um die Staaten der ungebundenen Welt zu einer klaren Stellungnahme in der Deutschland-Frage zu zwingen. Uns droht jedenfalls das Odium, den Fortschritt der Abrüstung zu sabotieren, indem wir unsere vertragliche Bindung nicht nur gegenüber den Ostblockstaaten, sondern auch gegenüber allen anderen Staaten davon abhängig machen wollen, daß sie sich in der Deutschland-Frage unserem Willen fügen.

III. Die dargelegten Bedenken, die sich sowohl auf die rechtlich zweifelhaften Konsequenzen als auch auf das politische Risiko des vorgeschlagenen Vorbehalts beziehen, könnten zurückgestellt werden, wenn aus politischen Erwägungen der Zeitpunkt für gekommen und das Moskauer Abkommen für der geeignete Rahmen gehalten werden sollte, alle diesem Abkommen beitretenden Staaten mit der Deutschland-Frage zu konfrontieren, ihnen deren Bedeutung für Fortschritte auf dem Gebiet der Abrüstung vor Augen zu führen und

[7] Zu Artikel 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 11.

sie zu einer klaren Stellungnahme zum Status der Bundesrepublik und der SBZ zu veranlassen. Voraussetzung würde allerdings sein, daß

a) die USA und Großbritannien als Depositarmächte den deutschen Vorbehalt widerspruchslos akzeptieren und nicht etwa als vertragstörend bezeichnen (wodurch die Bundesrepublik isoliert werden und in den Ruf geraten würde, auch nach Auffassung ihrer eigenen Verbündeten, nicht wirklich beitrittswillig zu sein);

b) wir selbst die rechtliche Bedeutung unseres Vorbehalts dahin spezifizieren, daß wir

aa) ihn als *vertragskonform* bezeichnen und uns daher als rechtswirksam gebundene Partner des Moskauer Abkommens gegenüber allen Partnerstaaten ansehen werden, die bisher die SBZ nicht anerkannt haben, unserem Vorbehalt nicht widersprechen und eine Anerkennung der SBZ auch weiterhin vermeiden;

bb) es von den übrigen Partnerstaaten (Ostblock und Jugoslawien) selbst abhänge, ob die Bundesrepublik ihnen gegenüber durch das Moskauer Abkommen gebunden sein soll.

IV. Zu *rechtstechnischen Einzelfragen,* die sich bei Ausführung dieses Vorschlages ergeben würden, darf eine Stellungnahme vorbehalten bleiben.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[8] vorgelegt.
Abteilung II und der Leiter des Planungsstabes[9] haben Durchdruck erhalten.

von Haeften

Abteilung V (V 1), VS-Bd. 208

[8] Hat Staatssekretär Carstens am 5. August 1963 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor von Haeften vermerkte: „Bitte die Frage im Auge behalten. W[ieder]v[orlage], wenn wir uns für Beitritt entscheiden."

[9] Herbert Müller-Roschach.

276

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1374/63 geheim **5. August 1963**

Betr.: Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara in Bonn[1]

Am 31. Juli 1963 nachmittags habe ich an einem Gespräch zwischen Bundesminister von Hassel und McNamara im Bundesverteidigungsministerium teilgenommen. Weitere Teilnehmer waren:

Ministerialdirektor Gumbel, General Foertsch, General Panitzki, Admiral Zenker, General Ferber, General Bertram, General Kuntzen; General Taylor, Botschafter McGhee, Nitze, Sullivan, Sylvester.

Aus dem Gesprächsverlauf halte ich folgendes fest:

1) McNamara bezeichnete das Teststopp-Abkommen[2] als eine gute Sache. Sie dürfe aber keineswegs zu einer Reduktion der militärischen Stärke des Westens führen. Man komme mit den Sowjets nur dann weiter, wenn man von einer Position militärischer Stärke aus mit ihnen verhandele.

2) General Ferber berichtete über die Feindlage. Er kam zu dem Ergebnis, daß sowjetische Angriffe in Mitteleuropa unwahrscheinlich seien, mit Ausnahme von Angriffen auf Berlin. Außerdem müsse man mit subversiver Tätigkeit rechnen.

3) General Bertram entwickelte unsere Verteidigungskonzeption. Er kam zu dem Ergebnis, daß eine rein konventionelle Verteidigung zur Abwehr und Abschreckung sowjetischer Angriffe nicht ausreiche. Er forderte eine abgestufte nukleare Abschreckung und legte besonderes Gewicht auf den Einsatz nuklearer Gefechtsfeldwaffen (bis 40 km Reichweite), falls ein größerer sowjetischer Angriff stattfinde.

4) General Taylor erklärte sich im allgemeinen einverstanden. Er betonte allerdings zunächst, daß er nicht begreifen könne, warum der Westen den Sowjets gegenüber auf konventionellem Gebiet ein Gleichgewicht nicht herstellen könne, aber es sei wohl eine Tatsache, mit der man rechnen müsse. In jedem Falle halte er 30 bis 40[3] voll einsatzbereite Divisionen von je 30 000 bis 40 000 Mann für notwendig. Ganz entscheidend sei, daß man am Tage D voll gefechtsfähige Einheiten zur Verfügung habe. Man dürfe sich keinesfalls allzu sehr auf Reserveformationen verlassen.

Nukleare Gefechtsfeldwaffen seien von großem Nutzen. Man müsse allerdings die Konsequenzen ihrer Anwendung bedenken. Keinesfalls erfülle ihn die Vorstellung, sie anwenden zu müssen, mit angenehmen Gefühlen, denn man müsse damit rechnen, daß die Sowjets in diesem Falle ihre MRBMs einsetzten, und das würde die Zerstörung Europas bedeuten.

[1] Zum Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 257 und Dok. 273.

[2] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[3] Fußnote an dieser Stelle: „General Taylor hatte zunächst versehentlich von 40 bis 50 Divisionen gesprochen."

Von amerikanischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß man nukleare Gefechtsfeldwaffen selbstverständlich erst einsetzen dürfe, wenn es sich um einen ernsthaften Angriff (und nicht nur um ein Patrouillenunternehmen) handele. Dies zu entscheiden, werde nicht immer ganz einfach sein.

In der weiteren Diskussion wurde klar, daß eine nukleare Abwehr nur an den Stellen der Front stattfinden soll, an denen der Gegner angreift, nicht jedoch entlang der ganzen Front.

Ich hatte den Eindruck, daß in der Frage des Einsatzes nuklearer Gefechtsfeldwaffen keine volle Übereinstimmung bestand. Die amerikanischen Einschränkungen gingen weiter als die Erklärungen der Herren des Verteidigungsministeriums. Dennoch kam es zweifellos zu einer weitgehenden Übereinstimmung.

Unklar blieb die Frage, wie sich die Luftwaffe zu verhalten habe: Sie kann sinnvollerweise nur nuklear eingesetzt werden. Dies soll jedoch nach Auffassung des Verteidigungsministeriums erst geschehen, wenn der Gegner nuklear angreift. Diese Konzeption enthält die Gefahr, daß der Gegner unsere Flugplätze mit konventionellen Waffen zerstört, bevor unsere Flugzeuge eingesetzt sind. Ob das Prinzip der Auflockerung (General Foertsch) ausreicht, um dieses Problem zu lösen, wurde nicht klar.

Die Frage von McNamara, wie viele nukleare Gefechtsköpfe für die mitteleuropäische Front benötigt würden, wurde von den Herren des Verteidigungsministeriums nicht beantwortet. Diese Frage soll unter Einschaltung von SACEUR weiter erörtert werden.

5) Zu dem Komplex der konventionellen Bewaffnung erklärte Bundesminister von Hassel, daß wir über die jetzt erreichte Grenze nicht hinausgehen könnten.

General Foertsch führte aus, daß wir für eine größere als die bisherige Zahl unserer Divisionen weder Übungsplätze noch Kasernen noch das erforderliche Personal an Offizieren und Unteroffizieren beschaffen könnten. Daher sei der Gedanke entstanden, sog. „Spannungszeitverbände" aufzustellen, die nur während einer Krise einberufen werden würden. Man müßte allerdings dabei bedenken, daß die Krise dadurch unter Umständen verschärft würde.

Die Aufzeichnung, aufgrund derer Bundesminister von Hassel den deutschen Standpunkt vortrug, ist beigefügt.[4]

Hiermit dem Herrn Minister[5] vorgelegt.

Carstens

Abteilung II (II 7), VS-Bd. 542

[4] Die Aufzeichnung des Generals Ferber vom 18. Juli 1963 über die Beurteilung der Feindlage ist dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 542.
Am 7. August verfügte Staatssekretär Carstens „wegen der Anlage" die Weiterleitung an die Politische Abteilung II.
Hat dem Leiter des Referats „NATO/WEU", Scheske, am 8. August 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Anlage in die Konferenzmappe des B[undes]M[inisters der] V[er]t[ei]d[igun]g f[ür] d[en] McNamara-Besuch genommen."

[5] Hat Bundesminister Schröder am 6. August 1963 vorgelegen.

277

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 749/63 **5. August 1963**[1]

Betr.: Kontakte zwischen Irland und den EWG-Ländern

Der irische Botschafter[2] suchte mich heute auf, um im Auftrag seiner Regierung vorzutragen, daß Irland lebhaft daran interessiert sei, die mit dem Beitrittsgesuch[3] geschaffenen Kontakte mit den EWG-Ländern aufrechtzuerhalten und zu entwickeln. Wenn der für England gefundene Weg für Irland nicht passe, so solle hierfür ein anderer Weg gefunden werden.

Ich erwiderte dem Botschafter, daß wir für den irischen Wunsch volles Verständnis hätten. Seitdem die Kontaktfrage[4] erörtert werde, sei uns klar, daß es sich hierbei nicht um ein ausschließlich britisches Problem handele, sondern daß für die drei anderen Länder, die den Beitritt zur EWG beantragt haben[5], ebenfalls eine Lösung gefunden werden müsse. Ohne die Initiative dieser Länder abzuwarten, hätten wir uns hierüber unsere Gedanken gemacht.

Auszugehen sei von der Tatsache, daß Frankreich gegenüber den Kontakten mit Großbritannien ursprünglich die gleichen Bedenken gehabt hätte, die zur Unterbrechung der Verhandlungen geführt hätten.[6] Diese Bedenken hätten die Behandlung der Kontaktfrage schwierig gemacht und schließlich zu einem Kompromiß geführt, der uns und die Briten einigermaßen befriedige, aber wohl nicht die einfachste Lösung sei. Die Bedenken, die Frankreich gegenüber Großbritannien erhoben habe, habe es hingegen nicht gegenüber Irland, Norwegen und Dänemark geltend gemacht. Daher stelle sich auch die Kontaktfrage in einem anderen Lichte dar. Es bedürfe keiner künstlichen Konstruktion, wie sie die WEU-Lösung im Falle Großbritannien darstelle. Vielmehr könne man hier den einfachsten und natürlichsten Weg, d. h. den über Brüssel, gehen. Um nicht zu komplizieren, sei zu empfehlen, die Frage der Brüsseler Kontakte nicht zu formalisieren oder gar zu institutionalisieren. Man solle statt dessen pragmatisch vorgehen. Einerseits stehe dem irischen Vertreter in Brüssel[7] die Kommission zur Verfügung, zum anderen bestünden auch bereits Kontakte mit den Ständigen Vertretern der Sechs. Diese Kontakte sollten intensiviert werden und allmählich multilateralisiert werden. Man sollte sich also zunächst zu zweit und zu dritt in wechselndem Kreise

1 Durchschlag als Konzept.

2 Brian Gallagher.

3 Zum irischen Antrag vom 3. August 1961 auf Beitritt zur EWG vgl. Dok. 8, Anm. 2.

4 Zur Entscheidung des EWG-Ministerrats vom 11./12. Juli 1963 über regelmäßige Kontakte zwischen den Mitgliedstaaten der EWG und Großbritannien im Rahmen der WEU vgl. Dok. 230, Anm. 3.

5 Irland, Dänemark und Norwegen.

6 Zu den französischen Bedenken gegen regelmäßige Kontakte zwischen den Mitgliedstaaten der EWG und Großbritannien vgl. Dok. 219.
Zum Scheitern eines britischen Beitritts zur EWG am 28./29. Januar 1963 vgl. Dok. 60.

7 Frank Biggar.

treffen – natürlich unter Einbeziehung auch der Franzosen –, und hieraus werde sich wahrscheinlich allmählich ohne allzu große Schwierigkeiten auch die Möglichkeit des Treffens zu Sieben entwickeln lassen. Wir selbst seien bereit, hierbei in der Weise mitzuwirken, daß die Initiative nicht nur dem irischen Vertreter überlassen bleibe, sondern auch der deutsche Vertreter[8] zu solchen Zusammenkünften einlade.

Der Botschafter wird dies seiner Regierung mitteilen.

Hiermit Herrn D I[9] mit der Bitte, die Ständige Vertretung in Brüssel zu unterrichten und sie zu veranlassen, in der vorgeschlagenen Weise zu verfahren.

gez. Lahr

Büro Staatssekretär, Bd. 383

278

Gesandter Scholl, Moskau, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-5585/63 geheim **Aufgabe: 5. August 1963, 13.15 Uhr[1]**
Fernschreiben Nr. 761 **Ankunft: 5. August 1963, 12.05 Uhr**
Citissime

Unter Bezugnahme auf Plurex Nr. 2509 vom 31. 7.[2] und Plurex Nr. 2553 vom 3. 8. 1963[3]

Die der Botschaft übermittelten Drahtberichte der Botschaft Paris, insbesondere die darin wiederholten Ausführungen von Herrn Laloy in der Frage der Auswirkung des Testbann-Abkommens[4] auf die rechtliche Stellung der Zone, geben Anlaß zu folgenden Bemerkungen:

Die Sowjets haben in den Verhandlungen über den Testbann versucht, die amerikanische und britische Seite darauf festzulegen, daß diese sich ihren Alliierten gegenüber für den Abschluß eines Nichtangriffspakts einsetzt. Die Sowjets legen das beim Abschluß des Testbann-Abkommens herausgegebene Kommuniqué[5] dahin aus, daß beide Seiten vereinbart haben, „weitere Verhandlungen zu führen, um ein für alle Beteiligten zufriedenstellendes Abkom-

[8] Günther Harkort.

[9] Ministerialdirektor Jansen.

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Vgl. Dok. 246. Der Drahtbericht des Gesandten Knoke, Paris, vom 29. Juli 1963 wurde an die Botschaften in Washington, London und Moskau weitergeleitet.

[3] Vgl. Dok. 265. Der Drahtbericht des Botschafters Blankenhorn, Paris, vom 2. August 1963 wurde an die Botschaften in Washington, London und Moskau weitergeleitet.

[4] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[5] Zum Kommuniqué vom 25. Juli 1963 vgl. Dok. 238, Anm. 8. Zu den sprachlichen Unterschieden der russischen Fassung des Kommuniqués vgl. Dok. 245, Anm. 5.

men zu erzielen" (vgl. Leitartikel in „Neues Deutschland" vom 3. 8. 1963 Abs. 3)[6].

Der hiesige französische Botschafter[7] erklärte mir am 3. August, daß die amerikanisch-britische Seite in der Frage des Nichtangriffsarrangements sich den Sowjets gegenüber ohne Zweifel bereits weitgehend festgelegt habe. Die amerikanische Seite bestreitet zwar diese Auslegung des Kommuniqués und erklärt, daß sie sich auch in der heute beginnenden zweiten Verhandlungsphase darauf beschränken werde, sich über die sowjetischen Vorstellungen ein klareres Bild zu verschaffen. Die Erklärungen Harrimans vor dem National Press Club am 31. Juli[8] zeigen jedoch, daß die amerikanische Seite auch ihrerseits sehr starkes Interesse an einem Nichtangriffsarrangement hat.

Der französische Botschafter erklärte in dem vorerwähnten Gespräch die Absicht der Amerikaner, zu einem Nichtangriffsarrangement zu kommen, damit, die Kubakrise[9] habe auf die Amerikaner wie ein Schock gewirkt. Sie wollten unter allen Umständen verhindern, in Berlin vor eine ähnliche Situation gestellt zu werden. Sie hofften, im Wege eines Nichtangriffsarrangements den Status von Westberlin sichern zu können.

Der Botschaft scheint es, wie sie im Drahtbericht Nr. 734 vom 30. 7. geheim[10] zum Ausdruck gebracht hat, zweifelhaft, daß die Sowjets bereits in der zweiten Verhandlungsphase echte Berlingarantien geben werden. Die gestrige – offiziell an die Chinesen gerichtete – Erklärung der Sowjetregierung wiederholt den bereits mehrfach gemachten Stufenplan, wonach zunächst ein Nichtangriffspakt NATO–Warschauer Pakt abgeschlossen werden soll, dem dann als Abschluß der Friedensvertrag und die Normalisierung der Lage in Westberlin folgen solle.[11] Die Tatsache, daß die Sowjets in der dritten Phase die Freistadtlösung für Berlin[12] erreichen wollen, schließt aus, daß sie jetzt den gegenwärtigen Status garantieren. Sie würden damit auf die Freistadtlösung verzichten.

Daß die Amerikaner keineswegs sicher sind, in der jetzigen Phase Berlingarantien zu erhalten, zeigt einmal die Äußerung Kohlers mir gegenüber am 1. August (vgl. Drahtbericht Nr. 745 vom 1. 8. geheim[13]) und auch die Erklärung Thompsons gegenüber Lilienfeld (Drahtbericht Washington Nr. 2192 vom 2. 8.[14]): „Man könnte vielleicht die Berlingarantien in eine Formulierung

[6] Vgl. den Artikel: „Der Frieden braucht einen deutschen Beitrag"; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 210 vom 3. August 1963, S. 1 f.

[7] Maurice Dejean.

[8] Auf die Frage nach einer Verbindung zwischen dem paraphierten Teststopp-Abkommen und „anderen Ost-West-Fragen" bestritt Delegationsleiter Harriman „entschieden das Bestehen irgendwelcher Verbindungen und sagte mit Nachdruck, es gebe keine geheimen Zusätze, kein geheim gehaltenes Einverständnis und keine ‚Tricks'". Vgl. den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 31. Juli 1963; Referat II 8, Bd. 18.

[9] Zur Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[10] Vgl. dazu Dok. 258, Anm. 8.

[11] Für den Wortlaut der Erklärung vom 4. August 1963 vgl. PRAVDA, Nr. 216 vom 4. August 1963, S. 1 f.; OST-PROBLEME 1963, H. 16/17, S. 540–543 (Auszug).
Zum sowjetischen „Mehrstufenplan" vgl. auch Dok. 258, Anm. 8.

[12] Zum sowjetischen Vorschlag einer „Freien Stadt" Berlin (West) vgl. Dok. 3, Anm. 7.

[13] Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291.

[14] Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291.

verkleiden, bei der Berlin nicht ausdrücklich erwähnt wird und statt dessen von NATO-Territorium die Rede ist" (hiesigen Erachtens würde dadurch auch der Viermächtestatus Berlins aufgehoben werden).

Harriman hat, wie oben ausgeführt, vor dem National Press Club auch eine Form des Nichtangriffsarrangements in Betracht gezogen, an dem nicht alle NATO-Partner teilnehmen. In ihrem Streben nach größtmöglichen Berlinsicherheiten dürfte es den Amerikanern wahrscheinlich darauf ankommen, nicht nur die Sowjetunion an das Nichtangriffsarrangement zu binden, sondern auch die Zone, weil die Sowjets vorgeben, sie habe eine Schlüsselposition hinsichtlich des Zugangs nach Berlin. Die Amerikaner könnten deshalb für die Form des Nichtangriffsarrangements an eine ähnliche Konstruktion denken wie bei dem Testbann. Die Aufwertung der Zone würde in diesem Fall jedoch noch weitaus stärker sein als beim Testbann.[15]

Aus den vorstehenden Überlegungen teilt die Botschaft die Auffassung, die Herr Laloy gegenüber unserem Botschafter in Paris[16] in der Frage unseres Beitritts zum Testbann geäußert hat.

[gez.] Scholl

Ministerbüro, VS-Bd. 8500

279

Runderlaß des Staatssekretärs Carstens

II 8-82-07/3429/63 VS-vertraulich **6. August 1963**
Fernschreiben Dipex Nr. 2
Citissime

I. Sie werden gebeten, Regierung Gastlandes schriftlich oder, soweit Bedenken bestehen, mündlich die Stellungnahme der Bundesregierung zum Teststoppvertrag wie folgt zu übermitteln:

1) Bundesregierung begrüßt Moskauer Abkommen über teilweise Einstellung der Kernwaffenversuche[1] als ersten Schritt auf Weg zu allgemeiner kontrollierter Abrüstung und hofft aufrichtig, daß dieser Vertrag wirkliche Entspannung einleiten möge.

15 Am 6. August 1963 teilte der Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, mit: „Zu Drahtbericht Nr. 761 vom 5. August 1963 aus Moskau geheim hat der Herr Bundeskanzler vermerkt, das Auswärtige Amt möge die Folgen eines Nichtangriffspakts noch einmal überprüfen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, ob er zu einer Neutralisierung der BRD führen würde." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8500; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 28. August 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8500; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur Haltung des Auswärtigen Amts zu einem Nichtangriffsabkommen vgl. auch Dok. 280.

16 Herbert Blankenhorn.

1 Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

2) Bundesrepublik Deutschland hat Inhalt Vertrages praktisch bereits verwirklicht. Sie besitzt weder Atomwaffen, noch beabsichtigt sie, solche herzustellen. Sie hat dies gegenüber ihren Verbündeten bereits am 23. Oktober 1954 verbindlich erklärt.[2]

3) Für endgültige Entscheidung der Bundesregierung über ihren Beitritt bedarf es noch Prüfung gewisser Fragen in bezug auf Status SBZ, der durch deren Beitritt berührt werden könnte. Diese Entscheidung würde ihr sehr erleichtert, wenn die ... Regierung alles vermeiden würde, was als Abgehen von ihrer bisherigen, von Bundesregierung dankbar begrüßten Politik der Nichtanerkennung SBZ ausgelegt werden könnte. Insbesondere wäre die Bundesregierung dortiger Regierung dafür verbunden, wenn sie eine Notifizierung über etwaigen Beitritt SBZ entweder mit dem Bemerken, SBZ sei kein Staat, zurückweisen oder aber völlig unbeantwortet lassen würde.

4) Bundesregierung darf bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß auch Vereinigte Staaten und Großbritannien klar zu erkennen gegeben haben, daß sie mit dem etwaigem Beitritt SBZ zu Teststoppvertrag weder Anerkennung des dortigen Regimes als Regierung noch der SBZ als Staat verbinden werden. Auf Erklärungen Präsident Kennedys vom 1. August[3], State Departments vom 2. August und britischer Regierung vom 3. August 1963[4] wird verwiesen.

II. Bitte nur mündlich und vertraulich hinzufügen, daß britische und amerikanische Regierung Bundesregierung mitgeteilt haben, sie würden Versuch der SBZ, Beitrittsurkunde in Washington und London zu hinterlegen, zurückweisen.[5]

III. Mit dortigem amerikanischen und britischen Vertreter, die von ihren Regierungen Weisungen in der gleichen Sache erhalten haben, Fühlung nehmen, soweit dies zweckmäßig erscheint.

IV. Drahtbericht.

[gez.] Carstens

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291

[2] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

[3] Vgl. dazu Dok. 264, Anm. 5.

[4] Zu den Erklärungen vom 2. und 3. August 1963 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

[5] Zur Haltung der amerikanischen Regierung vgl. Dok. 284 und Dok. 292.
Zur britischen Position vgl. die Erklärung vom 15. August 1963; Dok. 299, Anm. 5.

280

Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Paris

St.S. 1386/63 geheim **6. August 1963**[1]
Fernschreiben Nr. 2579 Plurex **Aufgabe: 7. August 1963, 12.00 Uhr**
Citissime

Betr.: Deutsch-französische Konsultation

1) Nach unserer Auffassung hat sich das deutsch-französische Konsultationsverfahren noch nicht so eingespielt, wie es wünschenswert wäre. In seiner Pressekonferenz vom 29. Juli 1963 hat General de Gaulle zu einer Reihe wichtiger außenpolitischer Fragen Stellung genommen, ohne daß wir vorher konsultiert wurden. Er hat erklärt, daß er von dem Plan eines Nichtangriffspaktes nichts halte und daß, da Frankreich niemals angreifen werde, seine mögliche Beteiligung an einem Nichtangriffspakt gegenstandslos werde.[2] Ferner hat General de Gaulle davon gesprochen, daß Frankreich bereit sei, den anderen drei Atommächten gewisse Abrüstungsmaßnahmen vorzuschlagen, die sich besonders auf die für den Abschuß von Atomgeschossen vorgesehenen Waffenträger erstrecken sollen. Er hat hinzugefügt, daß Frankreich die Absicht habe, vor Ende dieses Jahres die interessierten Staaten einzuladen, um mit ihnen gemeinsam dieses wesentliche Problem zu studieren.[3]

2) Was das Nichtangriffsabkommen betrifft, so haben auch wir dagegen[4] große Bedenken.[5] Wir fürchten aber, daß ein kategorisches Nein, das etwa wir oder die Franzosen oder beide aussprechen würden, nicht dazu geeignet ist, einen wirksamen Einfluß auf das weitere Verhalten der Amerikaner und Engländer auszuüben. Wir sehen vielmehr die Gefahr, daß, wenn wir und die Franzosen oder auch nur einer von uns beiden sich aus der weiteren Diskussion dieser Frage völlig zurückzieht, die Amerikaner einen ähnlichen Weg gehen werden, wie sie ihn bei dem Teststopp-Abkommen gegangen sind. Sie würden von sich aus eine Nichtangriffserklärung abgeben und würden diejenigen ihrer Bundesgenossen, die dazu bereit sind, auffordern, das gleiche zu tun.

Damit berauben[6] wir uns selbst eines wichtigen Mittels, um auf die amerikanische Politik Einfluß zu nehmen. Unser Ziel sollte zwar in erster Linie die Verhinderung eines Nichtangriffsarrangements sein. Für den Fall aber, daß dieses Ziel nicht erreichbar ist – und dafür spricht einige Wahrscheinlichkeit –, müßte es unser Bestreben sein, im Zusammenhang mit dem Nichtangriffs-

[1] Hat Bundesminister Schröder am 7. August 1963 vorgelegen.

[2] Zur Äußerung des Staatspräsidenten de Gaulle auf der Pressekonferenz am 29. Juli 1963 vgl. Dok. 274, Anm. 24.

[3] Zu diesem Vorschlag des Staatspräsidenten de Gaulle vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 127.

[4] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „gegen dieses Abkommen".

[5] Vgl. dazu bereits Dok. 278.

[6] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „entblößen".

arrangement so viel wie möglich im Interesse einer Lösung des Deutschlandproblems und einer Verbesserung der Stellung Berlins herauszuholen. Die Erreichung dieses Ziels setzt Zähigkeit auf unserer Seite, aber doch auch ein gewisses Eingehen auf die amerikanischen Vorstellungen voraus. Eine französische Unterstützung bei dieser Politik würde für uns viel bedeuten.

3) Was die geplante Abrüstungskonferenz betrifft, so sehen wir zur Zeit nicht, welches ihr konkretes Ergebnis sein könnte. Wir können den Ausführungen des Generals auch nicht entnehmen, ob er das Projekt ernsthaft und nachdrücklich verfolgen will und welche weiteren Schritte er in dieser Hinsicht plant. Wir möchten bitten, darüber unterrichtet zu werden, wobei es uns richtig erschienen wäre, wenn wir von diesem Plan informiert worden wären, bevor er öffentlich bekannt gegeben wurde.

4) Ich bitte Sie, die vorstehenden Gedankengänge in geeigneter Weise und ohne daß dies den Charakter einer Beschwerde annehmen sollte, im Quai d'Orsay zu erörtern.[7]

Carstens[8]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

[7] Am 8. August 1963 berichtete Botschafter Blankenhorn, Paris, daß er das Thema mit dem stellvertretenden Direktor der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium erörtert habe. Laloy räumte ein, daß sich das Konsultationsverfahren noch nicht eingespielt habe, wies aber auch auf Versäumnisse der Bundesregierung auf diesem Gebiet hin. Hinsichtlich der französischen Haltung zu einem Nichtangriffsabkommen betonte er, „daß General de Gaulle nun einmal nichts von einem Nichtangriffsarrangement wissen wolle, woraus die Nichtbeteiligung der Franzosen an der ganzen Diskussion zwangsläufig folgere. Diese französische Politik sei nicht umzustoßen. Daß General de Gaulle, wie in seiner Pressekonferenz vom 29. Juli geschehen, so unmißverständlich den Gedanken an einen Nichtangriffspakt oder ein Nichtangriffsarrangement abgelehnt habe, entspräche nach seiner, Laloys Auffassung, im übrigen im Grunde auch dem deutschen Interesse. Es könne gar nichts schaden, wenn in diesem Anfangsstadium harte Ausgangspositionen bezogen würden." Bezüglich der von de Gaulle vorgetragenen Idee einer Abrüstungskonferenz wies Laloy darauf hin, daß es sich um die Wiederaufnahme eines Planes vom Oktober 1959 handele, den der Staatspräsident wohl aus primär taktischen Mitteln aufgegriffen habe, um gegenüber der französischen Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, „als ob Frankreich aus seiner Isolierung herausstrebe". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Paraphe vom 6. August 1963.

281

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 757/63 6. August 1963[1]

Betr.: Aufzeichnung des Botschafters van Scherpenberg „Gedanken zur deutschen Europa-Politik"[2]

Herr van Scherpenberg betrachtet das Problem Großbritannien/EWG[3] verständlicherweise aus der Sicht seiner hiesigen Amtszeit.[4] Seitdem ist in der Haltung Großbritanniens gegenüber der EWG ein Wandel eingetreten, dessen voller Umfang erst im Laufe der Beitrittsverhandlungen sichtbar geworden ist. Ich komme daher zu einer abweichenden Beurteilung einiger Ausgangspositionen und einiger Folgerungen.

Die Beitrittsverhandlungen sind nicht gescheitert, weil sie unlösbare Probleme gestellt hatten. Die Gründe des Scheiterns sind überhaupt nicht in den Verhandlungen selbst zu suchen, sondern lagen außerhalb. Für die drei Kardinalpunkte, Einordnung der britischen Landwirtschaft in die gemeinsame Agrarpolitik, Verhältnis Großbritanniens zu den Commonwealthländern und Verhältnis zu den EFTA-Ländern, waren die Lösungen bereits gefunden oder sichtbar – dank britischer Konzessionen, die allerdings bis zum Jahre 1960 nicht vorauszusehen waren. Der Beitritt Englands hätte nicht „Wesen und Struktur der EWG von Grund auf geändert und aus einem einheitlichen, verhältnismäßig leicht zu steuernden und zu überblickenden Gebilde ein unendlich verwickeltes ... Konglomerat gemacht", sondern Großbritannien war im Begriff, sich in die EWG einzuordnen. Sicherlich hätte das Hinzukommen eines so wichtigen Partners, dem vermutlich noch weitere gefolgt wären, vielen EWG-Problemen neue Aspekte gegeben. Aber das hätte nicht notwendigerweise eine Erschwerung bedeutet. Vielmehr wäre der Weg zu der von uns als richtig anerkannten EWG-Politik in vielem erleichtert worden. Der schwierigste Partner wäre immer Frankreich geblieben, das seit seiner Wendung zum Nationalismus weniger „gemeinschaftsfähig" geworden ist als seine Partner.

Die Verhandlungen sind gescheitert aus dem äußeren Anlaß der Unzufriedenheit des französischen Staatschefs mit den Ergebnissen der Bahama-Konferenz[5] und aus dem tieferen Grund, daß die französische Konzeption des künf-

[1] Hat dem Leiter des „Büro Staatssekretär", von Schmidt-Pauli, am 9. August 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vor Weiterleitung an Min[ister]Büro mit dem Brief v[on] H[errn] van Scherpenberg H[errn] St[aats]S[ektretär] I vorzulegen."
Hat Staatssekretär Carstens am 9. August 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. Ministerbüro, Bd. 206.

[3] Zum Scheitern eines britischen Beitritts zur EWG vgl. Dok. 60.
Zur Entscheidung des EWG-Ministerrats vom 11./12. Juli 1963 über regelmäßige Kontakte zwischen den Mitgliedstaaten der EWG und Großbritannien im Rahmen der WEU vgl. Dok. 230, Anm. 3.

[4] Albert Hilger van Scherpenberg war von 1958 bis 1961 Staatssekretär des Auswärtigen Amts.

[5] Zur Konferenz von Nassau vom 18. bis 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

tigen Europas[6] sowohl von der der anderen EWG-Partner als auch den englischen Thesen wesentlich abweicht. Frankreich wünscht ein hegemonial geleitetes Europa, das kein Mitglied umfassen darf, welches Frankreich die Hegemonie streitig machen könnte, und die fünf anderen wünschen ein communautär geleitetes Europa, dem andere europäische Staaten beitreten können, welche einem solchen Europa sich einzuordnen bereit sind.

Die Beziehungen Großbritanniens zur EWG stellen also kein wirtschafts- und handelspolitisches, sondern ein politisches Problem dar. Handelspolitische Maßnahmen (Zollabbau, Dachorganisation EWG/EFTA[7] usw.) können daher keine Lösung bringen. Die politische Frage, die sich uns stellt, lautet: Billigung der Thesen des französischen Staatschefs oder Festhalten an der bisherigen Europapolitik? Den Europa-Thesen de Gaulles können wir aus vielerlei Gründen nicht folgen. Es würde sich im übrigen damit auch nicht viel ändern, denn selbst wenn wir, denen de Gaulle immerhin die Stellung eines Juniorpartners einzuräumen bereit ist, es täten, so täten es Italien und die Beneluxländer noch keineswegs. Wir sollten also an unserer bisherigen Politik festhalten in der Hoffnung, daß die Isolierung, in die sich Frankreich begeben hat, allmählich auch dort erkannt wird und zu einem Einlenken führt.

Es kann passieren, daß die aus den Wahlen 1964[8] hervorgehende britische Regierung ihrerseits eine neue Politik wählt. Das ist jedoch nicht sehr wahrscheinlich und bleibt in jedem Fall abzuwarten.

Erst wenn sich herausstellt, daß das Beitrittsproblem politisch unlösbar ist, weil entweder Frankreich in der Verweigerung des Beitritts verharrt oder Großbritannien auf den Beitritt endgültig verzichtet, stellt sich die Frage, ob man die Folgen, die sich hieraus auf mancherlei Gebieten, so auch auf dem handelspolitischen, ergeben werden, auf diesem letzteren irgendwie mildern kann. Diese Frage wird man dann im Lichte der bis dahin bekannten Ergebnisse der Kennedy-Runde[9] zu prüfen haben. Herr van Scherpenberg meint, daß die Kennedy-Runde nur zu einem sehr bescheidenen Erfolg führen wird. Das bleibt abzuwarten. Vorläufig besteht kein Grund zu besonderem Pessimismus. So viel wird man aber schon heute sagen können, daß, wenn die Kennedy-Runde nur wenig einbringt, uns voraussichtlich die von Herrn van Scherpenberg vorgeschlagene EWG-EFTA-Runde nicht wesentlich weiterbringen wird. Da die Kennedy-Runde den zeitlichen Vorrang vor jeder anderen Aktion hat, werden sich auf sie alle Bemühungen, in absehbarer Zeit zu einer Senkung des gemeinsamen Außentarifs der EWG, der EFTA-Länder und der USA zu gelangen, konzentrieren und in ihr erschöpfen. Da eine EWG/EFTA-

[6] Zur Europakonzeption des Staatspräsidenten de Gaulle vgl. Dok. 217, Anm. 10.

[7] Botschafter van Scherpenberg schlug mit Schreiben vom 11. Juli 1963 an Bundesminister Schröder zur Verbesserung der Zusammenarbeit von EWG und EFTA vor: „Um zu verhindern, daß diese beiden Kräftepole sich auseinanderentwickeln, sollen sie in einer Dachorganisation zusammengefaßt werden. Deren Grundlage sollte zunächst wirtschaftlichen Charakter tragen und einen umfassenden beiderseitigen Zollabbau zum Gegenstand haben. Dabei hätte die EWG ihren Außenzoll, die EFTA die jeweiligen Länderzölle zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Das Ziel dieses Zollabbaus, der keine Präferenz-Zone schaffen soll, müßte eine beiderseitige Herabsetzung der Gesamt-Zollbelastung bilden." Vgl. Ministerbüro, Bd. 206.

[8] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

[9] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

Runde nach den Vorstellungen von Herrn van Scherpenberg nicht auf eine Präferenzzone abzielt, sondern ihre Ergebnisse ebenfalls weltweit wirken würden, würden in ihr die gleichen Schwierigkeiten entstehen, die sich in der vorangegangenen Kennedy-Runde als nicht überwindbar erwiesen haben – dazu käme noch der weitere Nachteil, daß die Wirkungen des Zollabbaus in einer EWG/EFTA-Runde den USA zugute kämen, ohne daß die USA Gegenleistungen zu erbringen hätten. Dem wird entgegengehalten, daß eine EWG/EFTA-Runde nicht die Waren erfassen sollte, an denen auch andere als die EWG- und EFTA-Länder namhaft interessiert sind; damit wird sie dann aber von vornherein zu einer bescheidenen Rolle verurteilt. Ebenso ist dann unschwer vorauszusehen, daß die Dachorganisation EWG/EFTA eine lahme Institution wäre.

Zusammenfassend möchte ich sagen:
1) Unsere bisherige Linie muß fortgesetzt werden, bis wir übersehen
a) die britische Politik nach den Wahlen von 1964
b) die dann von der Gemeinschaft gegenüber der Beitrittsfrage eingenommene Haltung
c) das Ergebnis der Kennedy-Runde.

2) Erst wenn diese Feststellungen negativ sind, werden Ersatzlösungen in Betracht zu ziehen sein. Würden wir in nächster Zeit schon eine EWG/EFTA-Runde anstreben, so würde angesichts der in Gang befindlichen Vorbereitungen der Kennedy-Runde einiges Durcheinander geschaffen. Außerdem würde ein solcher Schritt als Resignation in der Beitrittsfrage aufgefaßt werden.

Hiermit dem Herrn Minister[10] vorgelegt.

Lahr

Ministerbüro, Bd. 206

[10] Hat Bundesminister Schröder am 12. August 1963 vorgelegen, der Staatssekretär Lahr um Rücksprache bat.
Lahr vermerkte am 20. August 1963 für den Persönlichen Referenten von Schröder, Müller: „Der Herr Minister ist der Auffassung, daß das Schreiben keine schriftliche Antwort erfordert. Er wird über die Vorschläge des Botschafters van Scherpenberg mit diesem bei nächster Gelegenheit mündlich sprechen. Er bittet um Wiedervorlage zu gegebener Zeit."

282

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 6-82.00/91.36/519/63 geheim **7. August 1963**[1]

Betr.: Unterrichtung über die Moskauer Gespräche vom 5. und 6. August 1963

Bei Gelegenheit einer Besprechung bei Herrn Staatssekretär I[2] verlas Gesandter Hillenbrand drei bei der amerikanischen Botschaft eingegangene Informationstelegramme über die Moskauer Gespräche.

I. Das erste Telegramm betrifft das Gespräch zwischen Außenminister Rusk und Senator Fulbright einerseits und Chruschtschow andererseits am Vormittag des 5. 8. Es fand in der Zeit von 11.00 bis 12.00 Uhr statt. Chruschtschow eröffnete das Gespräch mit allgemeinen Freundlichkeiten. Er bezeichnete den Teststopp-Vertrag[3] als einen historischen Vorgang, aber nur einen Anfang. Dann ging er über zu allgemeinen Ausführungen über Kapitalismus und Kommunismus. Schließlich ging er auf die Deutschlandfrage ein, die nach seiner Meinung unbedingt gelöst werden müsse, aber nicht auf einseitige Weise. Seine Bemerkungen dazu hielten sich in allgemeinem Rahmen.

Außenminister Rusk antwortete gleichfalls in allgemeiner Form. Auch er sprach über grundsätzliche Unterschiede des Kapitalismus und des Kommunismus. Für eine Verständigung müsse man auf breiter Front vorgehen. Geeignete Gebiete seien z. B. Erziehung, Weltraumforschung und anderes.

Nach ihm sprach Senator Fulbright, der an sein Zusammentreffen mit Chruschtschow im Jahre 1959 erinnerte.[4] Man sei sich damals über die grundsätzlichen Verschiedenheiten der beiderseitigen Auffassungen klar gewesen, habe aber auch die Notwendigkeit erkannt, eine Grundlage für ein friedliches Nebeneinander zu finden.

Das Gespräch endete damit, daß Chruschtschow eine Einladung an das Schwarze Meer aussprach.

II. Das Dreiergespräch zwischen Rusk, Lord Home und Gromyko am Vormittag des 6. 8. dauerte von 10.30 bis 13.05 Uhr. Es behandelte folgende Punkte:

1) Maßnahmen gegen Überraschungsangriffe,
2) Nichtangriffsvereinbarung,
3) Reduzierung der Militärausgaben,
4) Nichtverbreitung von Atomwaffen.

[1] Abschrift.

[2] Karl Carstens.

[3] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[4] Zum Treffen mit Ministerpräsident Chruschtschow im September 1959 vgl. J. William FULBRIGHT, Wahn der Macht. US-Politik seit 1945, München 1989, S. 24–26.

Zu 1): Das Thema „Maßnahmen gegen Überraschungsangriffe“[5] wurde nach kurzen allgemeinen Ausführungen in einer Untergruppe behandelt. Über die Verhandlungen dieser Gruppe wird eine besondere Aufzeichnung gefertigt.[6]

Zu 2): Zur Frage der Nichtangriffsvereinbarung wünschte Gromyko die Argumente der Westmächte zu hören, die nicht bereits durch die allgemeine Erörterung dieses Themas bekannt seien. Außenminister Rusk und Lord Home gliederten das Thema in folgende Fragen auf:

a) Vertrag oder einseitige Erklärungen,
b) Frage der Anerkennung der Sowjetzone,
c) Zweck der Vereinbarungen,
d) Beziehung zu Verpflichtungen aus der UN-Charta,
e) Definition des Angriffs,
f) Bedeutung für die Stellung Berlins.

Außenminister Rusk führte aus, daß Konsultation mit den Verbündeten notwendig sei und man dazu noch keine Zeit gehabt habe.

Lord Home betonte die besondere Bedeutung des Berlinproblems in diesem Zusammenhang. Rusk unterstrich diese Bemerkung.[7]

Gromyko vertrat die bekannte sowjetische Grundlinie, insbesondere die Auffassung, daß die Frage der Nichtangriffsvereinbarung von der Deutschland- und Berlin-Frage zu trennen sei. Die Form der Vereinbarung hielt er für weniger wichtig.

Die Diskussion, die keine wesentlich neuen Elemente brachte, endete damit, daß Moskau weitere Erklärungen der Westmächte erwartet, wenn diese ihre Verbündeten konsultiert haben.

Zu 3): Das Gespräch über die Möglichkeiten einer Kürzung der Militärausgaben hielt sich in allgemeinem Rahmen. Rusk führte aus, daß es nicht so sehr auf die Höhe des Militär-Etats ankomme wie auf die tatsächlichen Rüstungsleistungen. So würde z. B. eine bevorstehende Erhöhung des Soldes der ame-

[5] Nach einer britischen Darstellung des Gesprächs vom 6. August 1963 ging es bei der Diskussion dieses Punktes um die Aufstellung von Bodenbeobachtungsposten in einer bestimmten Zone beiderseits der Bündnisgrenzen von NATO und Warschauer Pakt. Man habe die sowjetische Seite gefragt, wie sie sich die geographische Ausdehnung dieses Kontrollbereichs vorstelle, ob auch das Gebiet der CENTO einbezogen werden solle, aber darauf keine Antwort erhalten. Vgl. dazu den Drahtbericht des Gesandten Scholl, Moskau, vom 6. August 1963; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 7. August 1963; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 268.

[7] Gegenüber dem Gesandten Scholl legte Lordsiegelbewahrer Heath dar, daß der sowjetische Außenminister Gromyko auf die Frage, „wie sich ein solcher Vertrag auf die Lage Berlins auswirke“, geantwortet habe, „Berlin brauche nicht ausdrücklich genannt zu werden. Versuche der westlichen Seite zu klären, was die Sowjets in bezug auf Berlin und den Zugang nach Berlin als Angriff ansähen, seien ergebnislos geblieben.“
In einer weiteren Sitzung am Nachmittag des 6. August 1963 sei die Berlin-Frage erneut aufgegriffen worden. Von westlicher Seite habe man Gromyko vorgehalten, „die Sowjets strebten eine Änderung des Status von Westberlin an, seien andererseits aber nicht bereit, Reziprozität in bezug auf Ostberlin zu gewähren; sie stellten sich auf den Standpunkt, Ostberlin gehöre ihnen, Westberlin aber allen“. Vgl. den Drahtbericht des Gesandten Scholl, Moskau, vom 6. August 1963; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291; B 150, Aktenkopien 1963.

rikanischen Soldaten den Militär-Etat beträchtlich erhöhen, ohne die Rüstungsleistung zu vermehren. Lord Home stimmte diesen Ausführungen zu. Gromyko hielt eine Diskussion mit dem Ziel von Vereinbarungen in dieser Frage aber doch für nützlich.

Zu 4): bemerkte Rusk, daß die Nichtverbreitung von Atomwaffen zu den Grundlagen der amerikanischen Politik gehöre. Es handele sich um ein gemeinsames Interesse der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, vielleicht sogar auch Frankreichs. Es liege nicht im Interesse der Vereinigten Staaten, daß andere Nationen Atomwaffen entwickelten. Die Vereinigten Staaten würden einem solchen Versuch keinerlei Vorschub leisten. Der Sowjetregierung sei bekannt, daß in der NATO zur Zeit die Frage einer multilateralen Atomstreitmacht erörtert werde. Einzelheiten seien noch nicht ausgearbeitet. Fest stehe aber, daß die Vereinigten Staaten nicht an irgendeiner Regelung mitwirken würden, die darauf hinauslaufen würde, daß eine Nichtatommacht atomare Informationen erhalten würde, oder die es ermöglichen würde, daß sie selbst Kontrollen über Atomwaffen oder ihren Einsatz erhalte. Da aber die Sowjetunion ein Atomwaffensystem aufgebaut habe, daß sich gegen Europa richte, sei es nur billig, daß diejenigen, die davon bedroht würden, mehr über die Art dieser Bedrohung und die Art ihr zu begegnen wissen wollten („those who may be icinerated want to know more"). Ihnen dies zu ermöglichen bedeute nicht die Verbreitung von Atomwaffen. Er hoffe, daß man die Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen[8] von den übrigen Problemen isolieren und Einverständnis darüber erzielen könne.[9]

Hiermit dem Staatssekretär vorgelegt.

gez. Krapf

Abteilung II (II 5/II 6), VS-Bd. 205

[8] In einer Aufzeichnung vom 8. August 1963 führte Ministerialdirektor Krapf aus: „Wenn auch die Nichtverbreitung von Kernwaffen im Augenblick nicht unter den allerersten Punkten der west-östlichen Verhandlungsthemen zu finden ist, weil Chruschtschow andere Vorschläge, wie Nichtangriffs-Arrangement, Bodenkontrollposten u. a. in den Vordergrund rückte, so ist doch damit zu rechnen, daß sie jederzeit aufgegriffen werden kann. Sie wäre die logische Ergänzung des Teststopp-Abkommens und wird von beiden Kernmächten gleichermaßen angestrebt ... Hinzu kommt, daß die Diskussion um die MLF im Augenblick etwas in den Hintergrund getreten ist und der Sowjetunion der Moment für ein Aufgreifen des Problems günstig erscheinen könnte: Indem sie auf ein Abkommen über die Nichtverbreitung im jetzigen Augenblick drängen würde, könnte sie die westlichen Überlegungen für eine MLF zu stören versuchen." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8475; B 150, Aktenkopien 1963.

[9] Im Gespräch mit dem Gesandten Scholl zeigte sich der amerikanische Sonderbotschafter Thompson mit Blick auf die möglichen Ergebnisse der Gespräche in Moskau „ziemlich skeptisch". Vgl. den Drahtbericht von Scholl, Moskau, vom 6. August 1963; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291; B 150, Aktenkopien 1963.
Zum Inhalt der Gespräche in Moskau vgl. weiter Dok. 299.

283

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1400/63 geheim **7. August 1963**

Ich hatte heute ein langes Gespräch mit Botschafter Groepper über die Frage unseres Beitritts zum Teststopp-Abkommen[1].

Botschafter Groepper vertrat die Ansicht, daß wir, auch wenn der Komplex „Nichtanerkennung der SBZ" befriedigend geregelt werden sollte, dem Abkommen nicht beitreten sollten. Begründung: Die Furcht der Sowjets vor einer atomaren Wiederbewaffnung Deutschlands ist echt. Diese Furcht stellt die einzige zur Zeit sichtbare Basis für einen deutsch-sowjetischen Ausgleich mit dem Ziel der Wiedervereinigung dar.

Herr Groepper ist der Ansicht, daß schon 1952 eine Chance bestanden hat, in der Wiedervereinigungsfrage Fortschritte zu machen. Damals hatten die Sowjets die Furcht vor der Wiederbewaffnung Deutschlands.[2]

Jetzt beherrscht sie die gleiche Furcht vor einer atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik.

Ich habe Botschafter Groepper im wesentlichen folgendes entgegen gehalten:

Ich erkenne an, daß in der angeblichen sowjetischen Furcht vor einer deutschen atomaren Bewaffnung ein gewisser realer Kern steckt, wenn die Sowjets diese Dinge propagandistisch auch stark aufblähen. Doch ist der deutsche Nichtbeitritt zum Teststoppabkommen, auch unter Berücksichtigung dieser Furcht, vom sowjetischen Standpunkt aus gesehen ein viel zu geringfügiges Moment, als daß sie um dessentwillen ernsthafte und entscheidende Konzessionen in der Deutschlandfrage zu machen bereit sein würden.[3]

Es kommt hinzu, daß der Nichtbeitritt der Bundesrepublik zum Teststoppabkommen vom sowjetischen Standpunkt her gesehen auch sehr große Vorteile haben würde. Die Sowjets könnten dann nämlich eine groß angelegte Isolierungspolitik gegenüber der Bundesrepublik betreiben, wobei sie auf weitgehendes Verständnis bei den Neutralen, ja bei einem großen Teil unserer Freunde (Belgier, Dänen, Norweger, Engländer) und selbst bei den Amerikanern stoßen würden.[4] Ich könnte mir vorstellen, daß den Sowjets diese Möglichkeit, Deutschland politisch zu diffamieren und zu isolieren, letzten Endes noch wertvoller sei als die geringfügige zusätzliche Garantie, die sie gegenüber einer möglichen deutschen Atomwaffenproduktion durch den Beitritt Deutschlands zum Teststoppabkommen gewinnen würden.

[1] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[2] Zu den sowjetischen Noten vom März/April 1952 vgl. Dok. 1, Anm. 5.

[3] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Bundesministers Schröder: „r[ichtig]".

[4] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Bundesministers Schröder: „r[ichtig]".
Zur Vorstellung, ein Nichtbeitritt zum Teststopp-Abkommen könnte die Bundesrepublik international isolieren, vgl. weiter Dok. 288.

Das Groepper'sche Argument würde allenfalls dann Gewicht haben, wenn wir nicht nur nicht dem Teststoppabkommen beitreten, sondern gleichzeitig in irgendeinem dritten Land eine eigene atomare Entwicklung beginnen würden. Dann allerdings würde die sowjetische Furcht bedeutend steigen. Gleichzeitig damit würde sich aber der ganzen übrigen Welt eine große Unruhe bemächtigen, und wir würden einem wahrscheinlich unwiderstehlichen Druck ausgesetzt sein, derartige Abenteuer alsbald wieder aufzugeben. Kein vernünftiger Mensch, und wie mir Herr Groepper bestätigte, auch er selbst nicht, befürworteten daher eine derartige Politik.

Schließlich könnte man erwägen, ob wir eventuell mit Frankreich zusammen eine gemeinsame Atompolitik betreiben sollten (nach Herrn Groeppers Ansicht ist dies ein weiterer Gegenstand größter Sorge der Sowjets und daher ein weiteres mögliches Motiv für sowjetische Konzessionen in der Deutschland-Frage). Aber das atomare Zusammengehen mit Frankreich bringt uns voraussichtlich wesentlich weniger als das atomare Zusammengehen mit den Amerikanern, da die Franzosen sicher nicht gewillt sind, uns eine Partnerschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung in atomaren Dingen anzubieten.[5]

Ich versprach Herrn Groepper, ich würde den Herrn Minister über unser Gespräch unterrichten.

Wenn eine Möglichkeit bestünde, die Angelegenheit noch einmal in einem Kreise hoher Beamter des Auswärtigen Dienstes zu besprechen, würde ich dem Herrn Minister ein solches Gespräch vorschlagen.

Hiermit dem Herrn Minister[6] vorgelegt. Falls eine Besprechung in Betracht kommt, sollten daran vielleicht teilnehmen: St. S. I[7], St. S. II[8], Ministerialdirektor Krapf, Ministerialdirektor Jansen, Ministerialdirektor v. Haeften, Botschafter Grewe, Botschafter Groepper, Botschafter Blankenhorn.[9]

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436

[5] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Bundesministers Schröder: „r[ichtig]".

[6] Hat Bundesminister Schröder am 9. August 1963 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „Das Gespräch sollte geführt werden, sobald es geht!" Hat den Staatssekretären Carstens und Lahr am 17. August 1963 vorgelegen. Lahr fragte in einem handschriftlichen Vermerk für Carstens an, wann mit einer Teilnahme des Botschafters Groepper gerechnet werden könne.

[7] Staatssekretär Carstens.

[8] Staatssekretär Lahr.

[9] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Staatssekretärs Lahr: „Müller-Roschach."

284

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schenck

V 1-83 SV-10330-549/63 VS-vertraulich **7. August 1963**

Betr.: Moskauer Atomversuchsstopp-Abkommen[1]

Der Justitiar der amerikanischen Botschaft, Mr. von Elbe, suchte mich heute vormittag auf seinen Wunsch auf, um uns – offenbar auf Weisung aus Washington – über einige rechtstechnische Details des Moskauer Abkommens in Kenntnis zu setzen. Aus seinen Mitteilungen und der sich daraus entwickelnden Unterhaltung ist folgendes festzuhalten:

a) Die von den Vereinigten Staaten von Amerika verwahrte Ausfertigung des Moskauer Abkommens liegt ab 8. August 1963 im Office des Assistent Legal Adviser for Treaty Affairs des State Department[2] in Washington zur Unterzeichnung auf. Das State Department in Washington hält es für wünschenswert – wenn auch rechtlich nicht für notwendig –, daß eine Unterzeichnung des Abkommens möglichst *gleichzeitig* in Washington, London und Moskau erfolgt.

b) Meine Frage, ob das Abkommen nach amerikanischer Auffassung in allen drei Hauptstädten unterzeichnet werden müsse oder ob auch eine Unterzeichnung nur in einer der drei Hauptstädte genüge, wurde von Mr. von Elbe etwas zögernd im *letzteren* Sinne beantwortet; eine ganz klare Instruktion schien er in dieser Hinsicht nicht zu haben.

Als Mr. von Elbe in diesem Zusammenhang versicherte, daß eine Unterzeichnung der SBZ in Washington nicht zugelassen werde, machte ich ihn auf die Möglichkeit aufmerksam, daß die SBZ den in Washington akkreditierten Botschafter eines Ostblockstaates bevollmächtigen könnte, das Abkommen für sie zu unterzeichnen. Mr. von Elbe war dieser Gedanke offensichtlich neu; er meinte aber, daß die Unterzeichnung in diesem Falle von der amerikanischen Regierung mit der Begründung abgelehnt werden würde, daß eine rechtswirksame Vollmacht mangels Staatlichkeit der Zone nicht vorliege.

c) Mr. von Elbe erwähnte die von den Vereinigten Staaten anläßlich des Beitritts der SBZ zu den vier Genfer Rot-Kreuz-Abkommen von 1949[3] abgegebene Erklärung[4]. Ich legte ihm daraufhin den Wortlaut der aus gleichem Anlaß von der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1957 abgegebenen Erklärung vor.[5]

[1] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[2] Charles I. Bevans.

[3] Zu den Genfer Rotkreuz-Konventionen von 1949 vgl. Dok. 264, Anm. 7.

[4] Zur amerikanischen Note von 1956 vgl. Dok. 272, Anm. 17.

[5] Am 28. Mai 1957 gab die Bundesregierung gegenüber der Schweiz folgende Erklärung ab: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erkennt weder die in der sowjetischen Besatzungszone eingesetzten Stellen als Regierung noch die sowjetische Besatzungszone Deutschlands als Staat an. Sie ist daher nicht in der Lage, der sog. Deutschen Demokratischen Republik das Recht zuzugestehen, den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 beizutreten. Die Bundesregierung ent-

d) Mr. von Elbe verwies auf die von Präsident Kennedy zur Frage der Nicht-Anerkennung der SBZ abgegebenen Erklärungen[6] und betonte, daß die USA nicht nur die Hinterlegung einer Beitritts- oder Ratifikationsurkunde der SBZ in Washington[7] ablehnen, sondern auch Mitteilungen der sowjetischen Regierung über einen in Moskau erklärten Beitritt der SBZ mit einer entsprechenden Gegenerklärung beantworten würden.[8] Meine Frage, ob der Inhalt einer solchen Gegenerklärung schon festliege, wurde von Herrn von Elbe verneint.

e) Mr. von Elbe führte abschließend aus, daß wir bei der Beurteilung von Anerkennungsfragen offenbar von einer grundsätzlich anderen Auffassung als die Amerikaner ausgingen und weniger auf die „intention"[9] als vielmehr auf die konkludenten Wirkungen bestimmter Akte abstellten. Ich erwiderte, daß meiner Auffassung nach ein solcher grundsätzlicher Unterschied nicht bestünde. Auch wir stellten in allen zweifelhaften Situationen darauf ab, ob eine Anerkennung gewollt oder nicht gewollt sei. Gewisse Akte (wie z. B. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen) implizierten aber eine Anerkennung, ohne daß dies unter Berufung auf einen gegenteiligen Willen in Abrede gestellt werden könne. Deshalb scheine es uns sehr darauf anzukommen, daß die SBZ im Rahmen des Moskauer Abkommens nicht als vollberechtigter Vertragspartner und damit als „Staat" behandelt werde. Wir glaubten uns zwar darauf verlassen zu können, daß die USA und unsere übrigen Verbündeten in dieser Hinsicht ihr Verhalten so einrichten würden, daß keinerlei Mißverständnisse entstehen könnten; die Frage sei aber, ob auch alle ungebundenen Staaten insoweit sich einwandfrei verhalten würden.

Hiermit über Herrn Dg V[10] Herrn D V[11] mit der Bitte um Kenntnisnahme und mit dem Vorschlag vorgelegt, den anliegenden Durchdruck der Abteilung II zur Kenntnisnahme zuzuleiten.

von Schenck

Abteilung V (V 1), VS-Bd. 208

Fortsetzung Fußnote von Seite 949

nimmt jedoch der Mitteilung der Schweizerischen Gesandtschaft vom 21. Dezember 1956, daß die in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands eingesetzten Stellen den Willen bekundet haben, im Falle eines Konflikts die Bestimmungen der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zu beachten ..." Vgl. den Runderlaß des Ministerialdirektors von Haeften vom 7. August 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8499; B 150, Aktenkopien 1963.

6 Zur Erklärung auf der Pressekonferenz vom 1. August 1963 vgl. Dok. 264, Anm. 5.
Zu weiteren amerikanischen Erklärungen über die Nichtanerkennung der DDR vgl. Dok. 302, Anm. 4.

7 Korrigiert aus: „Moskau".

8 Diese Vorgehensweise entsprach den Vorstellungen der Bundesregierung, wie sie von Staatssekretär Carstens im Runderlaß vom 6. August 1963 formuliert wurden. Vgl. Dok. 279.

9 Vgl. dazu Dok. 264, besonders Anm. 5.

10 Hat Ministerialdirigent Keller am 8. August 1963 vorgelegen.

11 Hat Ministerialdirektor von Haeften am 8. August 1963 vorgelegen.

285

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 8-82-07/3447/63 geheim **7. August 1963**[1]

Betr.: Nichtangriffsarrangement NATO–Warschauer Pakt[2]

Die Sowjetunion hat am 20. 2.1963 in Genf den Entwurf eines Nichtangriffspaktes vorgelegt.[3] Der Text ist in deutscher Übersetzung beigefügt.[4] Mit einer unwesentlichen Änderung ist dieser Entwurf erneut in Moskau während der Teststopp-Verhandlungen vorgebracht und von Gromyko in Zusammenhang mit dem Teststopp gestellt worden. Nach sowjetischem Wunsch sollten beide Abkommen möglichst gleichzeitig unterzeichnet werden.[5] Wenn auch dieses Verlangen schließlich an der anglo-amerikanischen Haltung scheiterte[6], so sind sich doch alle drei Unterzeichnerstaaten weitgehend darüber einig gewesen, daß ein NAA – nach Abstimmung mit den jeweiligen Verbündeten – weiter erörtert werden sollte.[7]

Der Vorschlag ist nicht neu: Bereits 1955[8] und 1958[9] wurde er von den Sowjets vorgebracht und nach Beratungen im NATO-Rat von den Mitgliedern der NATO abgelehnt. Nachdem es lange um ihn still geworden war, taucht der Gedanke in dem Austausch von Botschaften zwischen Kennedy und Chruschtschow nach der Kuba-Krise[10] wieder auf.

Der Inhalt des sowjetischen Entwurfs besteht aus einem Angriffs- und Gewaltverzicht, der Verpflichtung zur friedlichen Beilegung aller zwischen den Vertragsstaaten entstehenden „Streitfragen" und einer Konsultationsverpflichtung für „friedensgefährdende Situationen".

Der Anwendungsbereich ist nicht definiert. Er ergibt sich aus den Begriffen Warschauer-Pakt- und NATO-Pakt-Staaten. Daraus folgt, daß nach sowjeti-

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Leiter des Referats „Abrüstung und Sicherheit", Lahn, und Legationsrat Diesel konzipiert.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 271.

[3] Vgl. dazu bereits Dok. 117, Anm. 12.
Zu diesem Vorschlag vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach vom 14. Juni 1963; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 337; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291.

[5] Vgl. dazu Dok. 215 und Dok. 256, Anm. 11.

[6] Vgl. dazu Dok. 250 und Dok. 252.

[7] Für den Wortlaut des entsprechenden Passus im Kommuniqué vom 25. Juli 1963 vgl. Dok. 238, Anm. 8.

[8] Zum Vorschlag vom 31. Oktober 1955 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, S. 532–538.

[9] Zum Vorschlag vom 5. Mai 1958 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, S. 1029f.

[10] In einer Stellungnahme vom 28. Oktober 1962 zur Beendigung der Kuba-Krise rief Präsident Kennedy die Regierungen dazu auf, ihre Aufmerksamkeit der „compelling necessity for ending the arms race and reducing world tensions" zuzuwenden. Er hob dabei „the military confrontation between the Warsaw Pact and NATO countries" hervor. Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 47 (1962), S. 745. Mit Schreiben vom 28. Oktober 1962 an Kennedy bekundete Ministerpräsident Chruschtschow Interesse an einem Meinungsaustausch über „a detente between NATO and the Warsaw Treaty countries". Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 997.

scher Auffassung u. a. Polen einschließlich der Oder-Neiße-Gebiete und die SBZ Vertragsstaaten sind.

Wir stehen jedem Nichtangriffsarrangement ablehnend gegenüber, wobei für unseren negativen Standpunkt nicht so sehr die Form wegen der möglichen implizierten Anerkennung der SBZ[11] entscheidend ist, als vielmehr die Überlegung, daß durch jedes NAA eine Festigung des Status quo in Mitteleuropa erzielt würde. Dies zu erreichen, ist die Absicht Chruschtschows.

Wir sind daher der Ansicht, daß nicht nur ein Nichtangriffspakt, sondern auch jegliche Nichtangriffsvereinbarung, unabhängig von ihrer Form, für uns keinerlei Vorteile, sondern erhebliche Nachteile bringt, die praktisch einer Festschreibung der deutschen Teilung gleichkommen:

Vor allem würde der territoriale Besitzstand der UdSSR und Polens in den deutschen Ostgebieten weiter konsolidiert; die Verteidigungsbereitschaft der NATO-Mitgliedstaaten würde möglicherweise geschwächt; die Contingency-Planung[12] könnte für die Sowjetunion als „Angriffshandlung" ausdeutbar werden. Die Aussichten für eine Lösung des Deutschlandproblems im Sinne des westlichen Friedensplans einer deutschen Wiedervereinigung pari passu mit Sicherheitsvorkehrungen[13] würden verschwinden; die Bundesrepublik würde an der Teilung des deutschen Volkes mitwirken; der Warschauer Vertrag würde als Herrschaftsinstrument der Sowjetunion über die Satellitenstaaten konsolidiert.

Diese wesentlichen Nachteile werden nicht durch Vorteile aufgewogen. Sie ergeben sich nicht nur aus der Vertragsform, sondern aus Form und Inhalt gleichermaßen. Es ist daher nicht als eine wesentliche Verbesserung des sowjetischen Vorschlages zu betrachten, wenn Chruschtschow am 19. 7. sagte, es komme ihm weniger auf die Form als auf den Inhalt an.[14] Abgesehen davon, daß auch aus vereinbarten einseitigen Erklärungen gleichen Inhalts gewisse Rechtsbeziehungen hergeleitet werden würden, könnte z. B. auch die Tatsache, daß der Regierung der Sowjetzone die Entscheidung über eine so fundamentale Materie wie Krieg und Frieden zugebilligt würde, die Anerkennung ihrer Souveränität bedeuten.[15]

[11] Der Passus „wegen ... SBZ" wurde von Ministerialdirektor Krapf handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „eines solchen Vertrages, durch den die SBZ notwendigerweise völkerrechtliche Anerkennung finden würde,".

[12] Planung für die militärische Sicherung des Zugangs nach Berlin (West) im Krisenfall.

[13] Zum Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 54, Anm. 13. Zu seiner Weiterentwicklung vgl. Dok. 69.

[14] Vgl. dazu Dok. 256, Anm. 11.

[15] In einer Aufzeichnung vom 23. Juli 1963 legte Legationsrat I. Klasse Wolff dar, daß eine „Aufrollung des Deutschland-Problems als Gegenleistung" nicht sinnvoll sei, um Nichtangriffserklärungen zwischen NATO und Warschauer Pakt zu verhindern. Statt dessen schlug er vor, daß die Bundesrepublik Gegenforderungen stelle, „deren Realismus von den Amerikanern und unseren anderen Verbündeten nicht bestritten werden kann, die aber für die Sowjets inakzeptabel sind". Dazu gehörten die sowjetische Anerkennung des Rechts „der Drei Mächte zur Stationierung von Truppen in West-Berlin und des freien zivilen und militärischen Zugangs nach West-Berlin" sowie die Beseitigung der Berliner Mauer. Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 195; B 150, Aktenkopien 1963.

Ein Nichtangriffspakt oder jede andere Art eines Nichtangriffs-Arrangements ist eine Sicherheitsmaßnahme, die nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern nur in Verbindung mit den Ursachen der Spannungen in Mitteleuropa, dem Deutschland- und Berlin-Problem.[16]

Wir sind allenfalls bereit, unsere früheren Erklärungen von 1954 über einen Gewaltverzicht[17] zu wiederholen und sie erneut – auch gegenüber dem Ostblock – abzugeben, müßten aber dann darauf bestehen, daß das Selbstbestimmungsrecht für Deutschland anerkannt und als Ziel der westlichen Politik herausgestellt würde. Ferner müßte ein solcher vertraglicher Gewaltverzicht durch eine Berlin-Regelung ergänzt werden. Der substantielle westliche Entspannungsbeitrag müßte also durch einen substantiellen sowjetischen Entspannungsbeitrag aufgewogen werden. Er wäre darin zu suchen, daß die Freiheit und Lebensfähigkeit Berlins stabilisiert werden, der freie Zugang verbessert wird und daß die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung nicht verschlechtert werden, sondern im Gegenteil die Lösungsmöglichkeiten offen gehalten werden.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär als Beitrag für die Besuchsmappe Oslo.[18]

Krapf

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291

286

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken

II 1-84.20-473^{IV}/63 geheim **8. August 1963**[1]

Betr.: Westliche Initiative in der Deutschland-Frage

I. Vorbemerkung

1) Alle unsere Überlegungen in der Deutschland-Frage haben davon auszugehen, daß das Maß der westlichen Aktions- und Bewegungsfreiheit von einer sowjetischen Bereitschaft zum Kompromiß abhängt. Diese Bereitschaft besteht nicht.

16 Zu dieser Auffassung vgl. bereits Dok. 215.

17 In der Schlußakte der Londoner Neunmächtekonferenz vom 3. Oktober 1954 erklärte die Bundesrepublik im Hinblick auf die bevorstehende Aufnahme in die NATO und die WEU, sich aller Maßnahmen zu enthalten, „die mit dem streng defensiven Charakter dieser beiden Verträge unvereinbar sind", und insbesondere „die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Änderung der gegenwärtigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland niemals mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6981.

18 Hat Staatssekretär Lahr in Oslo vorgelegen.

1 Durchdruck.

2) Gleichwohl ist es aus psychologischen Gründen notwendig, den Sowjets in der Deutschland-Frage nicht die Initiative zu überlassen. Der Westen muß initiativ werden, schon um den Eindruck zu beseitigen, er könnte sich mit dem Status quo in Deutschland abfinden. Aus unserer Ablehnung des Status quo ergibt sich die Veranlassung zur Initiative.[2]

II. Möglichkeiten einer Initiative

1) Westliche Friedens-Initiative

Gegen eine westliche Friedensinitiative bestehen derzeit erhebliche Bedenken.

a) Alle Mächte stimmen überein, daß ein deutscher Friedensvertrag nützlich und anstrebenswert ist. Ein Friedensvertrag, der die Interessen aller Beteiligten wirklich berücksichtigt, setzt aber die Existenz einer voll handlungsfähigen, aus freien Wahlen hervorgegangenen deutschen Regierung voraus. Unsere Auffassung wird von den Alliierten geteilt. Dies kommt u. a. in dem westlichen „Friedensplan" von 1959 zum Ausdruck.[3]

b) In der augenblicklichen Lage bietet eine westliche Friedensinitiative keine Aussicht auf Erfolg. Die SU wird darauf bestehen, daß die „beiden deutschen Staaten" an einer Friedensregelung mit Deutschland beteiligt werden.[4] Sich auf Friedensverhandlungen einzulassen, bedeutet also, dem Osten schon vor Verhandlungsbeginn eine schwerwiegende Konzession zu machen. Wir befinden uns in dieser Frage also in folgender Lage:
– entweder müßten wir untragbare Opfer gegenüber unserer Sicherheit und Freiheit aufbringen, um zu einer Wiedervereinigung zu gelangen, oder
– wir müßten das nicht weniger untragbare[5] Opfer eines Verzichts auf die Wiedervereinigung bringen, um uns unsere Sicherheit und Freiheit zu erhalten.

c) Im übrigen würde eine westliche Friedensinitiative dazu führen, daß die sowjetischen Deutschlandthesen einen neuen Auftrieb erfahren. Zumindest würde sich die internationale Einstellung zum Friedensvertrag geändert haben. Während die SU gegenwärtig außerhalb des Ostblocks keine Anhänger für einen Separatvertrag[6] findet, könnte es nach westlichen Friedensbemühungen und ihrem vermutlichen Fehlschlag eine Reihe von Neutralen geben, die sich zur Beteiligung an einem sowjetischen Friedensschritt in Richtung Pankow eher bereitfinden würden.

[2] In einem Vermerk vom 14. August 1963 führte der Leiter des „Büro Staatssekretär", von Schmidt-Pauli, dazu aus: „Wir sind der Auffassung, daß der Zeitpunkt für eine deutsche Initiative zu einem Friedensplan gekommen ist. Dies ist schon deshalb notwendig, weil die Sowjets die für sie günstigen Punkte aus dem Herter-Plan zur Diskussion stellen und die für uns günstigen Punkte nicht unter den Tisch fallen dürfen." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1963.
Zu diesen Überlegungen vgl. bereits Dok. 69.

[3] Zum Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 54, Anm. 13.

[4] Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 1, Anm. 7.
Zum sowjetischen Vorschlag eines Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten vgl. Dok. 116, Anm. 8.

[5] Korrigiert aus: „tragbare".

[6] Zum sowjetischen Vorschlag eines separaten Friedensvertrags mit der DDR vgl. Dok. 56, Anm. 9.

2) Westlicher Friedensplan

In der Washingtoner Vierergruppe[7] wird die Möglichkeit erörtert, den westlichen Friedensplan in seiner Neufassung von 1961 (revidierter Friedensplan)[8] zur Diskussion zu stellen. Vor allem die Amerikaner erhoffen sich hiervon eine günstige Wirkung in der nichtgebundenen Welt. Außenminister Rusk hat am 12. 12. 1962 angeregt, den revidierten Friedensplan zu prüfen.[9] Wir haben Abänderungsvorschläge unterbreitet, die darauf abzielen, die Wiedervereinigungsforderung stärker in den Vordergrund zu stellen und in diesem Punkt den revidierten Plan von 1961 dem von 1959 anzugleichen.[10] Hierzu ist im einzelnen zu bemerken:

a) Der Plan von 1961 wirkt zweifellos besser als der sehr unübersichtliche ursprüngliche Friedensplan von 1959. Dieser trug aber unserer politischen Interessenlage – zumindest in der Wiedervereinigungsfrage – stärker Rechnung.

b) Der revidierte Friedensplan von 1961 (bisher nicht veröffentlicht) erwähnt nicht ausdrücklich den Zweck der Wiedervereinigung; er erleichtert es den Sowjets ferner, bei seiner Durchführung prozedurale Schwierigkeiten zu machen. Der revidierte Friedensplan von 1961 trägt mehr den Charakter eines Stillhalteabkommens als der von 1959[11], der ein Plan für die Wiedervereinigung war.

c) Wir haben Vorschläge zur Absicherung gegen eine kommunistische Verzögerungstaktik unterbreitet, die – unter Rücksicht auf bestimmte Vorschläge des Planes von 1959 – den Plan zumindest für die deutsche Öffentlichkeit politisch überzeugender machen. Bei unseren Vorschlägen sind wir auch davon ausgegangen, daß die Veröffentlichung des revidierten Planes von 1961 in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorrufen würde, daß die in ihm vorhandene Abschwächung auf eine weniger feste Haltung der Alliierten in der Deutschland-Frage hinausläuft.

d) Es liegt in unserer und unserer Freunde gemeinsamen Interesse, die westliche Position in der Wiedervereinigungsfrage nachdrücklich zu unterstreichen, um solchen Mißverständnissen vorzubeugen. Dies gilt erst recht nach den Vorgängen im Zusammenhang mit dem Abkommen über den Kernwaffenversuchsstopp[12]. Wir sollten von unseren Überlegungen nicht abgehen.

3) Volksabstimmung in Deutschland und (oder) in Berlin

Der Westen hat wiederholt die Frage erörtert, ob nicht Volksabstimmungen in Gesamtdeutschland oder in einem Teil Deutschlands (Berlin) durchgeführt werden können, deren Ergebnis das Bekenntnis unseres Volks zur deutschen Einheit überzeugend zum Ausdruck bringen würde. Hierzu liegen Unterlagen und Entwürfe vor, die von uns und unseren Alliierten im Zuge der gemeinsamen Planung vorbereitet worden sind und die jederzeit verwandt werden könnten.

[7] Zur Washingtoner Vierergruppe vgl. Dok. 101, Anm. 4.

[8] Zum revidierten Friedensplan von 1961 vgl. Dok. 69.

[9] Vgl. dazu Dok. 69, Anm. 3.

[10] Vgl. dazu Dok. 69.

[11] Korrigiert aus: „1961".

[12] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

III. Vorschlag

1) Der in der Deutschland- und Berlin-Frage fortbestehenden sowjetischen Unnachgiebigkeit sollte auf westlicher Seite die Entschlossenheit gegenübergestellt werden, die Position des Westens in der Deutschland- und Berlin-Frage nicht aufzugeben.

2) Der Westen könnte im Bedarfsfall gegenüber der sowjetischen Offensive in der Frage von Nichtangriffs- und Abrüstungsvereinbarungen aktiv werden:

a) Durch Vorbringen des Vorschlags eines Nichtangriffsarrangements im Zusammenhang mit einem modus vivendi in Berlin und einem Offenhalten der Deutschland-Frage (gegebenenfalls auf der Grundlage der „draft principles"[13]).

b) Durch Wiederholung des Vorschlags einer ständigen Konferenz der Außenminister-Stellvertreter zur Behandlung der Deutschland-Frage. Dieser Vorschlag, der u. a. auf die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 2. 7. 1958 zurückgeht[14], ist zuletzt von Rusk im Frühjahr 1962 gegenüber Gromyko und im Sommer 1962 gegenüber Dobrynin vorgebracht worden und von Gromyko formlos und von Dobrynin förmlich abgelehnt worden.[15] Er sollte dennoch nicht fallengelassen werden. Hierzu wird auch auf die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 10. 10. 1962[16] verwiesen, die eine ständige Deutschland-Konferenz der Vier vorschlug.

3) Im Rahmen einer solchen Konferenz – aber auch unabhängig davon – könnten die Vorschläge zur Durchführung von Volksabstimmungen, ferner der revidierte westliche Friedensplan in der von uns angestrebten überarbeiteten Form[17] vorgebracht werden.

gez. Oncken

Ministerbüro, VS-Bd. 8475

[13] Zu den „draft principles" vom 9. April 1962 vgl. Dok. 62, Anm. 11.

[14] Für den Wortlaut vgl. BT ANLAGEN, Bd. 58, Drucksache III/502. Zur Verabschiedung der Entschließung im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 41, S. 2201.

[15] Zum Vorschlag des amerikanischen Außenministers Rusk vom Frühjahr 1962 vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 3. Mai 1962; Ministerbüro, VS-Bd. 8417.

[16] Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 51, S. 1788f. (Umdruck 144). Zur Verabschiedung der Entschließung im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 51, S. 1786.

[17] Zum deutschlandpolitischen Vorschlag des Auswärtigen Amts vgl. weiter Dok. 294.

287

Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schmidt-Pauli

St.S. 1405/63 geheim **8. August 1963**

Betr.: Teststopp-Abkommen Artikel 4[1]

Nach amerikanischer Darstellung haben die Russen den amerikanischen Vorschlag, das *Rücktrittsrecht* auf den Fall neuer Atomwaffenversuche zu beschränken, mit Rücksicht auf China abgelehnt, worauf man sich auf die Formel „Gefährdung lebenswichtiger Interessen" geeinigt hat.

M.E. besteht die Gefahr, daß die Russen mit dieser Formulierung ein Instrument in der Hand haben, um die deutsche Beteiligung an der MLF[2] oder einem anderen multilateralen Projekt zu bekämpfen. Sollten die Russen für den Fall unseres Beitritts zur MLF mit dem Rücktritt vom Teststoppabkommen drohen, so wären wir der Weltöffentlichkeit gegenüber in einer noch schwierigeren Lage als jetzt angesichts unseres Zögerns, dem Teststoppabkommen beizutreten.[3]

Vielleicht könnten die Russen in den laufenden Verhandlungen von den Amerikanern darauf festgelegt werden, daß Projekte wie die MLF keinen Kündigungsgrund gemäß Artikel 4 darstellen?[4]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[5] vorgelegt.

von Schmidt-Pauli

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 292

[1] Zu Artikel 4 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 12.

[2] Zum Stand der Planung für eine multilaterale Atomstreitmacht der NATO vgl. Dok. 208 und Dok. 214. Vgl. dazu weiter Dok. 301.

[3] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer: „Plausibel!"

[4] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer: „Wie?"
In einem Vermerk vom 19. August 1963 führte Reinkemeyer aus: „Abteilung II tritt der Auffassung von Herrn v. Schmidt-Pauli bei, daß die Sowjets mit Art. 4 des Teststopp-Abkommens ein Instrument in die Hand bekommen haben, um im Falle einer deutschen Beteiligung an der MLF oder einem anderen multilateralen Projekt mit ihrem Rücktritt vom Teststopp-Abkommen zu drohen. Es gibt jedoch keine Möglichkeit, sie an diesem Rücktritt zu hindern, wenn sie auf Grund ihrer Interessenlage einen solchen Rücktritt für zweckentsprechend halten. Art. 4 stellt ausdrücklich fest, daß es sich beim Rücktritt um Ausübung nationaler Souveränität handelt. Erfahrungsgemäß lassen die Sowjets sich ihre Souveränität nicht einschränken. Versuche, sie darauf festzulegen, daß Projekte wie die MLF keinen Kündigungsgrund gemäß Art. 4 darstellen, haben keine Aussicht auf Erfolg." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Hat Staatssekretär Carstens am 8. August 1963 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Krapf verfügte.
Hat Krapf und Ministerialdirigent Reinkemeyer am 12. August 1963 vorgelegen.

288

Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-5721/63 geheim
Fernschreiben Nr. 2266
Citissime

Aufgabe: 8. August 1963, 19.00 Uhr[1]
Ankunft: 9. August 1963, 00.45 Uhr

Aus einem längeren Gespräch, das ich heute mit Tyler und Creel zur Frage unseres Beitritts zum Testbann-Vertrag[2] hatte, sind folgende Punkte festzuhalten:

1) Man hofft, daß es Rusk gelingen werde, die noch bestehenden Bedenken der Bundesregierung gegen einen Beitritt durch entsprechende Erklärungen[3] zu zerstreuen. Man glaubt aber, feststellen zu können, daß sich in Deutschland der Widerstand gegen den Beitritt versteife (Strauß[4] und einige Presseartikel[5]). Man würde dies bedauern, weil auf amerikanischer Seite alles getan werde, um aus vollem Verständnis für unsere Lage eine Klärung in unserem Sinne herbeizuführen.

2) Tyler warnte davor, die Frage des Beitritts der Zone zum Testbann-Vertrag zu dramatisieren, weil wir dadurch nur selber die Zone aufwerten würden und ihr größere Bedeutung zulegten, als ihr in diesem Zusammenhang zukomme.

3) Auf meine Bemerkung, wir hätten Besorgnis, daß bei einer etwaigen Konferenz zur Änderung des Vertrags nach Artikel 2[6] die Zone mit am Tisch sitzen werde, wie das heute in einer Karikatur der Frankfurter Allgemeinen sinnfällig dargestellt sei[7], antwortete Tyler mit einem in den letzten Tagen häufiger verwendeten Argument: Er sei kein Prophet, aber sei trotzdem davon überzeugt, daß, wenn überhaupt je eine solche Konferenz stattfände, Ulbricht ebensowenig am Tisch sitzen würde wie Tschiang Kai-schek. Die Russen hätten sich mindestens ebenso empfindlich gezeigt gegenüber einer etwaigen Teilnahme Nationalchinas wie wir gegenüber einer Teilnahme der Zone. Das könne im Ernstfalle sicherlich gegeneinander ausgehandelt werden. Er zweifle aber daran, daß dieser konkrete Fall je eintrete.

4) Beide Herren hoben hervor, daß es uns selber und dem ganzen Westen mehr Vorteile bringen würde, wenn wir uns nicht mit einer „declaration of in-

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[3] Zur Erklärung des amerikanischen Außenministers Rusk vom 12. August 1963 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

[4] Vgl. dazu den Artikel: Strauß gegen Beitritt; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 181 vom 8. August 1963, S. 4.

[5] Vgl. dazu etwa den Kommentar: Sorgsam zu prüfen; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 181 vom 8. August 1963, S. 1.

[6] Zu Artikel 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 11.

[7] Zur Karikatur mit der Unterschrift „Der erste Schritt: Wenn auch keine Anerkennung, so doch Gleichberechtigung" vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 180 vom 7. August 1963, S. 3.

tent"[8] begnügten, sondern so schnell wie möglich in allen drei Hauptstädten unterzeichneten. Die Tatsache, daß wir in allen drei Hauptstädten unterzeichneten, die Zone aber nur in Moskau[9], werde nicht ohne politisch-psychologische Wirkung bleiben.

5) Beide Herren wiesen darauf hin, daß uns aus einem Nichtbeitritt erheblicher Schaden entstehen könne. Die schlecht unterrichtete öffentliche Meinung in der Welt würde dann behaupten, daß uns der Beitritt der Zone nur ein Vorwand gewesen sei, den Verpflichtungen des Vertrags zu entgehen, und daß wir in Wirklichkeit beabsichtigten, Atomtests, etwa zusammen mit Frankreich, zu unternehmen. Auf meinen Einwand, daß wir auf sehr viel mehr als Atomtests bereits 1954 feierlich verzichtet hätten[10], wurde mir gesagt, dieses Argument würde nicht wirken, weil man von dieser unserer Verpflichtung entweder nichts wisse oder behaupten würde, wir wollten uns dieser bereits vor neun Jahren eingegangenen Verpflichtung jetzt doch entziehen. Diese gegen uns gerichteten Argumente seien sicherlich töricht; sie würden aber aufgebracht werden und uns schaden.

6) Creel teilte mir mit, daß in der östlichen Presse gemeldet worden sei, ich sei nach Washington zurückbeordert worden mit dem Auftrag, Mitglieder des Senats gegen den Vertrag mobil zu machen oder sie zum mindesten zu veranlassen, ihre Zustimmung nur unter gewissen Bedingungen („riders") zu geben. Ich habe diese Behauptung als lächerlich zurückgewiesen. Es dürfte sich um eine Verdrehung der vom Sprecher der Bundesregierung gemachten Mitteilungen handeln.[11]

7) Im Laufe des Gespräches habe ich bemerkt, man hätte sich manche Schwierigkeiten ersparen können, wenn während der Moskauer Verhandlungen mehr Konsultation gepflogen worden wäre, insbesondere über die Frage der Öffnung des Vertrags für den Beitritt aller Staaten. Das wäre besonders nötig gewesen, da in diesem Punkt unsere Interessen direkt berührt worden seien. Diese Kritik wurde ohne sichtbare Reaktion hingenommen. Es wurde mir lediglich gesagt, daß während der Verhandlungen mit niemandem Konsultationen abgehalten worden seien.

[gez.] Knappstein

Ministerbüro, VS-Bd. 8499

[8] Zum Vorschlag, zunächst nur die Absicht eines späteren Beitritts zu erklären, vgl. Dok. 245. Vgl. dazu auch Dok. 265.

[9] Zur amerikanischen Zusicherung, eine Unterzeichnung der DDR in Washington zu verhindern, vgl. Dok. 284.

[10] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

[11] Zu den Mitteilungen des Chefs des Presse- und Informationsamtes, von Hase, vgl. Dok. 272, Anm. 21.

289

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem ägyptischen Botschafter Sabri

Z A 5-89.A/63 geheim **9. August 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 9. August 1963 um 12.30 Uhr den Botschafter der Vereinigten Arabischen Republik, Herrn Sabri.

Der *Botschafter* sagte einleitend, er werde demnächst auf Urlaub in sein Heimatland fahren und wäre daher dankbar, wenn er die eine oder andere Frage zwecks Unterrichtung seiner Regierung mit dem Herrn Bundesminister besprechen könnte. Der Herr *Bundesminister* sagte, er glaube zu wissen, daß der Botschafter vor kurzem den Herrn Bundeskanzler gesehen habe und bat, ihm zu sagen, über welche Fragen er noch zusätzliche Erklärungen wünsche.

Der *Botschafter* sagte, leider habe er während der letzten zwei-drei Monate nicht die Ehre gehabt, den Herrn Bundeskanzler zu sehen. Er brachte sodann das Gespräch auf die Frage der deutschen Wissenschaftler[2], die mit sehr viel propagandistischem und publizistischem Aufwand hochgespielt worden sei. Man habe darüber in Deutschland sehr verschiedenartige Auffassungen gehört.

Der Herr *Bundesminister* bat den Botschafter, davon auszugehen, daß die offiziellen öffentlich abgegebenen Erklärungen[3] unter den gegebenen Bedingungen die Ansichten der Bundesregierung wiedergegeben hätten. Persönlich sei er der Auffassung, daß diese Frage von gewissen Kreisen hochgespielt worden sei, ohne daß er darüber in Einzelheiten gehen wolle. In der deutschen Öffentlichkeit sei die Angelegenheit kontrovers, und der Bundestag[4] habe ein Gesetz gefordert, das die Arbeit von Wissenschaftlern im Ausland, vor allem, wenn es

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 12. August 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 13. August 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Unter Verschluß! Herrn St[aatssekretär] I mit der Bitte um Kenntnisnahme und Rückgabe – bitte um gelegentliche R[ücksprache]."
Hat Staatssekretär Carstens am 16. August und am 11. September 1963 vorgelegen.
Hat Staatssekretär Lahr am 21. August 1963 vorgelegen.

[2] Zu den deutschen Rüstungsexperten in der VAR vgl. vor allem Dok. 173. Zum Stand der Diskussion über ihre Tätigkeit vgl. Dok. 199.
Am 30. August 1963 wurde in einer Aufzeichnung des Referats „Naher Osten und Nordafrika" dargelegt, daß die Bundesregierung inzwischen bemüht sei, „den israelischen Befürchtungen durch weitere scharfe Kontrolle etwaiger suspekter Ausfuhren in die VAR und durch diskrete Abwerbung deutscher Rüstungsfachleute in der VAR Rechnung zu tragen. Sachlich ist festzustellen: Eine Arbeit deutscher Fachleute an der Herstellung von ABC-Waffen wird von der VAR-Regierung bestritten. Nach dem Bericht unserer Botschaft entfallen dafür auch die Voraussetzungen. Die ägyptischen Raketen sind nach dem Urteil unseres Militärattachés nicht als Massenvernichtungswaffen zu bezeichnen." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8448; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Zur Erklärung des Chefs des Presse- und Informationsamtes, von Hase, vgl. Dok. 189, Anm. 7.

[4] Die Wörter „der Bundestag" wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „man".

sich um gefährliche Gegenstände und Gebiete handle, verbiete.[5] Ob ein solches Gesetz erlassen werden könne, bedürfe noch der Prüfung. Der Bundestag habe die Bundesregierung ersucht, eine entsprechende Vorlage einzubringen, doch wisse er nichts Genaues über den Stand der Sache zu sagen, da dies nicht in die Zuständigkeit seines Hauses falle. Er selbst halte es jedoch für außerordentlich schwierig, ein faires und praktisches Gesetz dieser Art zu schaffen. Deshalb müsse man zunächst abwarten, doch glaube er, je weniger über die Wissenschaftler geredet werde, desto besser sei es.

Der *Botschafter* sagte, er selbst denke an die gleichen Kreise, die der Herr Minister offensichtlich auch im Sinn habe. Die Diskussion habe die Beziehungen zwischen den beiden Ländern etwas belastet. Dazu komme als weiterer Punkt die Tatsache, daß Soldaten und Offiziere der Palästinensischen Zionisten in der Bundesrepublik ausgebildet würden.[6] Außerdem seien in letzter Zeit immer wieder Andeutungen gefallen, die auf eine baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel schließen ließen.[7]

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß die Bundesrepublik ein freies Land sei, das vor einigen Jahren unfrei gewesen sei und in dem heute die Ansichten deshalb sehr freimütig geäußert würden. Es sei oft schwierig, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Nach außen hin müsse aber die Auffassung der Bundesregierung gelten. Wenn ein Gesetz erlassen werde, so dürfe dieses Gesetz seiner Auffassung nach die Vereinigte Arabische Republik nicht diskriminieren. Jedes etwaige Gesetz müsse weltweit und allgemein gelten. Der Botschafter habe lange genug in Deutschland gelebt, um die traditionelle gute und freundschaftliche Haltung der Deutschen gegenüber der arabischen Welt zu kennen. Diese Haltung sei ein unverändertes Element der deutschen Politik. Es gehe ihr darum, die guten, ja sehr guten Beziehungen zu den Ländern der arabischen Welt weiter zu pflegen.

Der *Botschafter* dankte für diese Erklärung und betonte, daß man in seinem Land die deutsche Haltung gegenüber Palästina durchaus verstehe. Die Bundesrepublik habe im Hinblick auf die Vergangenheit sehr viel für Israel getan. Was nun aber die militärische Ausbildung von Israelis angehe, so müsse er darauf hinweisen, daß diese von Natur aus aggressiv seien, was sich im Laufe der Jahre mehr als einmal erwiesen habe. Er erinnerte daran, daß vor kurzem noch Israel in den Vereinten Nationen wegen aggressiver Handlungen geta-

[5] Zur Initiative vom Juni 1963 für einen Gesetzesentwurf vgl. Dok. 173, Anm. 5.
In einer Aufzeichnung des Referats „Naher Osten und Nordafrika" vom 30. August 1963 wurde zur weiteren Entwicklung des Gesetzesvorhabens folgendes dargelegt: „Über einen entsprechenden Gesetzesentwurf hat am 27. 8. 63 im Bundeswirtschaftsministerium eine Ressortbesprechung stattgefunden, bei der die juristischen Anknüpfungsmöglichkeiten und die Federführung bei der Vorbereitung eines solchen Gesetzes erörtert wurden. Die Problematik eines Gesetzes mit der genannten Tendenz liegt in der Abgrenzung der Tatbestände, der praktischen Durchführbarkeit und den Analogiewirkungen. Im Antrag der drei Fraktionen des Bundestages bietet die Definition des verwendeten Begriffes ‚Träger' (Raketen, Flugzeuge, sonstige Transportmittel?) Schwierigkeiten." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8448; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Zur Ausbildung israelischer Soldaten in der Bundesrepublik vgl. Dok. 199 und Dok. 202.

[7] Zu diesbezüglichen Bemerkungen des CSU-Vorsitzenden Strauß vgl. Dok. 189.
Zu Äußerungen des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier vgl. Dok. 198.

delt worden sei. Wenn nun Israelis in Deutschland ausgebildet würden, so erhöhe und verbessere das die Kampfkraft der israelischen Streitkräfte. Man könne nicht sagen, daß diese Soldaten auf den Kampf gegen einen möglichen Aggressor gegen die Bundesrepublik oder die NATO vorbereitet würden, vielmehr richte sich diese Ausbildung nur gegen die Araber und hier insbesondere gegen die Vereinigte Arabische Republik. Man könne nicht vergessen, was 1956 geschehen sei.[8] Der Botschafter verwies auf seine Bemühungen zur Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen, sagte aber, der Himmel sei doch etwas getrübt, doch hoffe er, daß es sich nur um Sommerwolken handle, die bald wieder verschwänden.

Das Regime in Israel sei bei seinem Entstehen[9] gar nicht lebensfähig gewesen, und nur durch die deutschen Wiedergutmachungsleistungen habe es sich überhaupt halten können.

Der Herr *Bundesminister* bemerkte, der Botschafter selbst habe erklärt, daß die deutschen Beziehungen zu Israel wegen der Vergangenheit einen ganz besonderen Hintergrund hätten. Diese Vergangenheit sei eine schwierige Hypothek auf der deutschen Politik. So ergäben sich gewisse Konflikte zwischen Aspekten, die nur außenpolitischer Natur seien, und solchen Aspekten, die von der Wiedergutmachung her bestimmt seien, ohne Rücksicht darauf, ob dies nun eine angemessene Form der Wiedergutmachung sei oder nicht.[10] Dies sei das Problem, dem man sich gegenübersehe, und wenn man die deutsche Situation verstehen wolle, müsse man die Geschichte der Vergangenheit verstehen. Mit seinen Äußerungen habe er etwas Licht auf den Hintergrund der Entwicklung werfen wollen, doch müsse er betonen, daß die deutsche Politik kein Interesse daran habe, wegen der Existenz eines neuen Staatsgebildes innerhalb der arabischen Welt in einen Konflikt hineingezogen zu werden. Für die Bundesrepublik sei dies keine ganz leichte Sache. Er selbst habe sich sehr bemüht – das gleiche gilt für die Bundesregierung – zu vermeiden, daß in die deutsche Politik ein falscher Akzent komme. Man müsse also sehen, daß der deutschen Haltung und dem deutschen Verhalten gewisse Grenzen gesetzt seien. Was die Ausbildung der Israelis angehe, so könne man bezweifeln, ob dies eine besonders glückliche Sache sei. Er selbst sei geneigt, sie nicht für eine besonders gute Sache zu halten. Die Maßnahme als solche sei in der Bundesrepublik auch umstritten, doch müsse sie sich in einem Rahmen vollziehen, der ernsthafte Störungen der guten Beziehungen zur arabischen Welt vermeide.

Der *Botschafter* dankte für diese Erklärung und sagte, seine Regierung und sein Präsident verstünden den deutschen Standpunkt, und wenn der Herr Bundesminister von einer Hypothek gesprochen habe, so gelte gleiches auch für sein Land. Seiner Ansicht nach seien aber die von deutscher Seite eingegangenen Verpflichtungen gegenüber Israel vier-, fünf- oder sechsfach honoriert worden, und einmal müsse doch ein Ende abzusehen sein. In letzter Zeit

[8] Zur Suez-Krise von 1956 vgl. Dok. 20, Anm. 12.

[9] Der Staat Israel wurde am 15. Mai 1948 gegründet.

[10] Zur geheimgehaltenen Gewährung von Krediten an Israel im Rahmen der „Aktion Geschäftsfreund" vgl. bereits Dok. 193, Anm. 4. Vgl. dazu weiter Dok. 396.

werde nun immer häufiger von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen gesprochen.

Der Herr *Minister* sagte, er wolle über dieses Thema ganz offen mit dem Botschafter sprechen. Bisher sei die Bundesregierung der Auffassung gewesen – und das gelte auch heute noch –, daß die Zeit für die Aufnahme solcher Beziehungen noch nicht gekommen sei.[11] Die Bundesrepublik bemühe sich, mit allen Ländern der Erde, wenn man einmal wegen der Anerkennung der SBZ von den kommunistischen Ländern absehe, zu normalen diplomatischen Beziehungen zu gelangen. Was nun Israel angehe, bestehe eine gewisse Komplikation, die darauf zurückzuführen sei, daß die Interessen der arabischen Welt berücksichtigt werden müßten. Wie die Dinge nun einmal stünden, sollte geprüft werden, ob es sowohl vom deutschen wie vom arabischen Gesichtspunkt aus nicht zweckmäßiger wäre, wenn diplomatische Beziehungen hergestellt würden, da dann die Bundesrepublik vielleicht unbefangener mit Israel sprechen könnte. Dies sei nur eine rein theoretische Überlegung, durch die er keineswegs andere Intentionen vor dem Botschafter verbergen wolle. Man müsse sich fragen, ob in der jetzigen Situation das Nichtbestehen diplomatischer Beziehungen die Bundesrepublik Israel gegenüber nicht anfälliger mache und ob diese Anfälligkeit wirklich im Interesse der arabischen Staaten sei. Vielleicht ließe sich das Problem durch die Herstellung ganz normaler Beziehungen lösen.

Der *Botschafter* wies darauf hin, daß seine Regierung über diesen Aspekt auch schon beraten habe. Sie wolle keinerlei Schwierigkeiten für die Bundesrepublik schaffen, doch könne man die Gegenwart und Zukunft nicht von der Vergangenheit trennen. Der psychologische Effekt sei heute in der Diplomatie und Politik ein sehr wichtiges Element. Die Deutschen seien bekannt dafür, daß sie immer alles ganz perfekt machen wollten. Wenn nun diplomatische Beziehungen hergestellt würden, wäre dies eine psychologische Hypothek für die Zukunft. Schließlich wolle man den Frieden erhalten, wozu Wachsamkeit nötig sei, wenn man nicht im eigenen Lande Flüchtling sein[12] wolle.

Der Herr *Bundesminister* betonte, daß man auch eine Stimmung in der Bundesrepublik vermeiden müsse, welche der Regierung vorwerfe, sie habe wegen der Araber nicht den Mut, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen, was unerhört sei. Dies wäre ein falscher Komplex, den man sehr sorgfältig vermeiden müsse. Man befinde sich gewissermaßen zwischen zwei Feuern, was sich vielleicht durch die Herstellung normaler Verhältnisse vermeiden ließe.

Der *Botschafter* verwies erneut auf die sehr nachhaltige psychologische Reaktion, die eine Anerkennung in den arabischen Ländern auslösen würde.

Der Herr *Bundesminister* versicherte dem Botschafter, daß er zu ihm als Freund der arabischen Welt gesprochen habe, dem es nur darum gehe, die Lage zu verbessern und nicht zu verschlechtern. Dabei stelle sich eben die Frage, ob sich für die Bundesrepublik durch die Aufnahme diplomatischer Be-

[11] Vgl. dzu weiter Dok. 310 und Dok. 318.

[12] Die Wörter „Flüchtling sein" wurden handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Flüchtlinge haben".

ziehungen, die nicht überbewertet werden dürften, die Lage erleichtere und sie von der Vergangenheit loskomme. Wenn man die einzelnen Überlegungen gegeneinander abwäge, dürfte es für viele Menschen einfacher sein, normalen diplomatischen Beziehungen zuzustimmen, wogegen beim Nichtbestehen diplomatischer Beziehungen die Israelis möglicherweise ihre Forderungen weiterhin steigern würden.

Der *Botschafter* erwiderte, die Israelis würden nie aufhören, immer mehr zu verlangen. In weiten Kreisen der öffentlichen Meinung scheine man der Aufnahme diplomatischer Beziehung sehr positiv gegenüberzustehen. Er begrüße daher die Möglichkeit dieses freimütigen Gesprächs und wies darauf hin, daß wegen der psychologischen Auswirkungen die Herstellung von Beziehungen eine Überprüfung der arabischen Haltung unvermeidlich machen würde.

Der Herr *Minister* sagte zu diesem Thema abschließend, er selbst habe die Idee eines Gesetzes gegen die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler im Ausland nicht[13] unterstützt, und er halte auch nicht viel davon. Er verstehe, daß die psychologische Reaktion rechtzeitig und richtig erkannt werden müsse, wenn man einen positiven Einfluß nehmen wolle. Dazu gehöre auch, daß man unter Freunden verstehe, wie sich ein Problem für die andere Seite darstelle und welche Tendenz für seine Lösung bestehe. Für die Aufnahme von Beziehungen setzten sich besonders kirchliche Kreise sehr stark ein. Wenn dieser Frage eine große Bedeutung beigemessen werde, so könne man diesen Leuten sagen, mit der Herstellung von Beziehungen sei der Punkt erreicht, wo keine unbilligen Forderungen mehr gestellt werden könnten und die bisherigen Schwierigkeiten aufhören müßten. Es wäre vielleicht nützlich, wenn man sich diese Gedanken auch in der arabischen Welt noch einmal überlegen würde. Er selbst habe noch mit niemandem darüber gesprochen.

Auf die Frage des Botschafters nach der Haltung der Bundesregierung zum Abkommen über die Einstellung der Kernversuche[14] erklärte der Herr Minister, es liege der Bundesregierung sehr viel daran zu verhindern, daß dieses Abkommen, das wegen seines moralischen, humanitären Inhalts begrüßt werde, das Recht der Bundesrepublik gefährde, als Alleinsprecher für ganz Deutschland aufzutreten. Man habe die Sorge, daß, direkt oder indirekt, Pankow, das doch ein Teil Deutschlands und kein separater Staat sei, im Gefolge dieser humanitären Welle seinen Status verbessern könnte. Deshalb seien auch die befreundeten Regierungen davon unterrichtet worden, daß sich durch die Unterschrift Pankows in Moskau der internationale Status der Zone nicht geändert habe und das Nichtbestehen von Beziehungen zwischen diesen Staaten und der Zone nicht berührt werde.[15] Er freue sich, dies dem Botschafter noch persönlich sagen zu können. Die Amerikaner und Engländer hätten ebenfalls die befreundeten Regierungen in diesem Sinne unterrichtet.[16]

[13] Dieses Wort wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber handschriftlich eingefügt.

[14] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[15] Vgl. dazu Dok. 279.

[16] Anfang August 1963 unterrichtete die amerikanische Regierung – ebenso wie die Bundesregierung – die diplomatischen Vertretungen davon, daß von einem Beitritt der DDR zum Teststopp-Abkommen keine Anerkennungswirkung ausgehe. Vgl. dazu Dok. 279.

Der *Botschafter* fragte, welche Auswirkungen ein Nichtangriffspakt hätte.

Der Herr *Bundesminister* erwiderte, Pankow habe nun den Vertrag in Moskau unterzeichnet[17], und der Effekt müsse möglichst gering gehalten werden. Alle folgenden Vereinbarungen bedürften langer und sorgfältiger Verhandlungen, und die Bundesregierung sei entschlossen, sich an solchen Abkommen nur zu beteiligen, wenn sich daraus günstigere Aussichten für Deutschland als Ganzes ergäben. Der deutsche Beitritt zu dem Versuchsstoppabkommen hänge ab von klaren Erklärungen, die im amerikanischen Senat[18] und in London[19] abgegeben werden sollten hinsichtlich der Haltung dieser Regierungen zu Pankow. Von Großbritannien und den Vereinigten Staaten als den westlichen der drei ursprünglichen Vertragsparteien habe die Bundesregierung schon gewisse Zusagen erhalten[20], doch sollten diese noch durch offizielle öffentliche Erklärungen ergänzt werden.

Die Unterredung endete gegen 13.30 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

290

Botschafter Knappstein, Washington, an Staatssekretär Carstens

Z B 6-1-5774/63 geheim
Fernschreiben Nr. 2276
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 9. August 1963, 20.00 Uhr
Ankunft: 10. August 1963, 01.00 Uhr

Für Staatssekretär Carstens[1] – sofort zustellen –
Auf Drahterlaß Nr. 1456 vom 9. 8.[2]

Bin sofort nach Eingang des Bezugserlasses im State Department im Sinne des Erlasses vorstellig geworden und habe dringend gebeten, die beabsichtigte Maßnahme zurückzustellen. Daraufhin wurde mir von Tyler und Creel folgendes eröffnet:

[17] Die DDR unterzeichnete die Beitrittsurkunde des Teststopp-Abkommens am 8. August 1963 in Moskau. Vgl. dazu auch DzD IV/9, S. 612.

[18] Zur Erklärung des amerikanischen Außenministers Rusk vom 12. August 1963 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

[19] Eine weitere britische Erklärung über die Nichtanerkennung der DDR war Teil des Kommuniqués vom 15. August 1963, das zum Besuch des Bundesministers Schröder in Großbritannien herausgegeben wurde. Vgl. dazu Dok. 299, Anm. 5.

[20] Zu den bereits erfolgten amerikanischen und britischen Erklärungen vgl. Dok. 302, Anm. 4.

[1] Hat dem Persönlichen Referenten des Staatssekretärs Carstens, Pfeffer, am 10. August 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vorschlag: 1) H[errn] M[inister] wegen letztem Satz. 2) B[undes]K[anzler]-Amt?" Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen, der handschriftlich hinzufügte: „Erl[edigt]."

[2] Für den Wortlaut vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425.

1) Es handele sich nicht einfach um eine Abziehung von Truppenteilen aus Berlin, sondern um eine Reorganisation[3] der gesamten amerikanischen Armee, die überall in der Welt stattfinde und daher auch in Berlin. Sie erhöhe die Kampfkraft[4] und die Einsatzschnelligkeit der Truppe. Es blieben nach Durchführung der Maßnahme immer noch 700 Mann mehr in Berlin als vor Errichtung der Mauer.[5] Außerdem sei die Feuerkraft der Berliner Garnison heute erheblich größer als vor dem genannten Termin. Im übrigen werde die Reorganisation nicht vor dem 1. September beginnen und sich über mindestens einen Monat hinziehen.

2) Die neuen Maßnahmen würden nicht erst morgen früh (Samstag) bekanntgegeben, sondern seien bereits heute, Freitag, um 16 Uhr deutscher Zeit in einer Background-Pressekonferenz in Berlin der Presse mitgeteilt worden[6], allerdings mit Sperrfrist bis 9 Uhr deutscher Zeit Samstag, es sei also praktisch unmöglich, die Bekanntgabe der Reorganisationsmaßnahmen jetzt noch zurückzuziehen.[7]

3) Über den Ablauf der Konsultation über die geplante Reorganisation wurden mir folgende Phasen bekanntgegeben:

a) Zuerst seien der britische[8] und der französische[9] Kommandant in Berlin sowie der stellvertretende Bürgermeister Albertz informiert worden.

b) Danach seien durch die Bonner Botschaft die französische und britische Botschaft sowie das Auswärtige Amt (Herr Oncken) informiert worden. Herr Oncken habe auch zugesagt, das Verteidigungsministerium zu informieren.[10]

c) Am gestrigen Donnerstag sei Ministerialdirektor Krapf offiziell von Herrn Hillenbrand wegen der bevorstehenden Maßnahmen konsultiert worden und habe die Antwort gegeben, daß wegen der Sache selbst keine Bedenken bestünden, daß aber wegen des Timing noch keine endgültige Stellungnahme abgegeben werden könne.

[3] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Staatssekretärs Carstens: „weltweite".

[4] Der Passus „Sie erhöhe die Kampfkraft" wurde von Legationsrat I. Klasse Pfeffer unterschlängelt.

[5] Während der Berlin-Krise im August 1961 wurde die amerikanische Garnison in der Stadt um 1500 auf insgesamt 6500 Mann verstärkt. Vgl. dazu AdG 1961, S. 9296.

[6] Vgl. dazu den Artikel: Die amerikanische Berlin-Brigade wird verkleinert; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 184 vom 12. August 1963, S. 1.

[7] Ministerialdirektor Krapf führte in einer Aufzeichnung vom 9. August 1963 zur geplanten Reorganisation aus: „Andererseits ist der Zeitpunkt der Verringerung der Truppenstärke im Zusammenhang mit dem Abschluß des Testbann-Abkommens in Moskau denkbar ungünstig. Mein Vorschlag an Gesandten Hillenbrand, die Reorganisation entweder stillschweigend ohne Presseankündigung durchzuführen oder sie auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen, wurde abgelehnt. Mr. Hillenbrand entgegnete, die Maßnahmen würden ohnehin bekannt werden und dann zu unkontrollierten Gerüchten Anlaß geben. Eine zeitliche Verschiebung sei aus technischen Gründen nicht möglich." Vgl. Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 810; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] David Yates.

[9] Pierre Toulouse.

[10] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 8. August 1963; Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 49; B 150, Aktenkopien 1963.

d) Heute, Freitag morgen, habe Herr Krapf der amerikanischen Botschaft mitgeteilt, daß deutscherseits keine Bedenken bestünden und die Botschaft die geplanten Maßnahmen einleiten könne.[11]

e) Daraufhin habe die amerikanische Botschaft ihrer Mission in Berlin das grüne Licht gegeben, in der vorgesehenen Weise zu verfahren.

f) Auf Grund dieser umfangreichen Information und Konsultation habe die amerikanische Mission in Berlin am Freitag um 16 Uhr eine Background-Pressekonferenz gehalten und dabei ein vorbereitetes Papier ausgegeben (das auch in Händen des Auswärtigen Amts sei).[12] Es sei lediglich eine Sperrfrist für die Veröffentlichung der Meldungen bis 9 Uhr Samstag vereinbart worden.

Tyler hob zusammenfassend hervor, daß die amerikanische Seite glaube, ihre Konsultationspflicht ausreichend erfüllt zu haben, und sehr bedauere, daß man nun nicht mehr entsprechend dem deutschen Wunsch zurückziehen könne. Auf meinen Einwurf, daß es nicht gut aussehe, wenn ausgerechnet am Tage des Besuchs von Rusk[13] eine Verringerung der Truppen in Berlin bekanntgegeben würde, erwiderte Tyler betont, daß der Abzug von Mannschaften sekundär sei gegenüber der Reorganisation und der vergrößerten Schlagkraft der Berliner Garnison. Außerdem würden diese Maßnahmen selber, wie schon gesagt, erst im September anlaufen. Er hoffe, daß in der deutschen Presse die Sache so herauskomme, wie sie gemeint ist, nämlich als eine Verstärkung der Berliner Garnison und nicht als ein „Abzug amerikanischer Truppen".

Bei der Berliner Pressekonferenz seien die Mitteilungen über die Reorganisation mit großer Ruhe und Sachlichkeit aufgenommen worden, und kritische oder beängstigte Fragen seien nicht gestellt worden. Man würde es begrüßen, wenn auch die Bundesregierung die Maßnahmen und ihre Veröffentlichung gutheißen könnte und wenn sie insbesondere davon absehen würde, meine heutige Demarche öffentlich bekanntzugeben.

[gez.] Knappstein

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

[11] Mit Drahterlaß vom 11. August 1963 an die Botschaft in Washington legte Ministerialdirektor Krapf dar: „Die vom State Department gemäß Absatz 3 c) und d) gegebene Darstellung trifft nicht zu. Bei der Unterredung mit Hillenbrand war ein Protokollführer der Abteilung II anwesend. Der Auszug aus dem Protokoll lautet wie folgt: ‚[Herr Ministerialdirektor Krapf schnitt] die Angelegenheit der Reorganisation der amerikanischen Truppen in Berlin an und fragte, ob die Amerikaner diese Sache der Presse mitteilen wollen. Herr Hillenbrand bejahte das ... Herr D II brachte seine Bedenken zu der geplanten Maßnahme zum Ausdruck. Es sei gerade jetzt kein guter Zeitpunkt, da in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werde, als ob der Abzug der Truppen in Moskau abgesprochen oder eine Folge dieser Gespräche sei. Herr Hillenbrand ließ diese Bedenken jedoch nicht gelten ...'" In einer Besprechung am Vormittag des 9. August 1963 habe er, Krapf, die amerikanische Botschaft nochmals gebeten, „wenn irgend möglich von einer Presseverlautbarung abzusehen", und erst als seine Gesprächspartner kein Anzeichen eines Einlenkens zeigten, habe er der amerikanischen Position nachgegeben. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 810; B 150, Aktenkopien 1963.

[12] Für den Wortlauf vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 49.

[13] Der amerikanische Außenminister hielt sich am 10. August 1963 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu weiter Dok. 291 und Dok. 292.

291

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Außenminister Rusk

Z A 5-91.A/63 geheim **10. August 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 10. August 1963 um 16.45 Uhr den amerikanischen Außenminister Rusk zu einer Unterredung, an der der Herr Bundesminister des Auswärtigen und der Herr Bundesminister für Wirtschaft teilnahmen.

Außenminister *Rusk* sagte einleitend, er sei mit Chruschtschow zweieinhalb Stunden zusammen gewesen, so daß, wenn man die für die Übersetzung benötigte Zeit abziehe, jeder der beiden Gesprächspartner etwa vierzig Minuten Zeit für sich gehabt habe. Chruschtschow habe offensichtlich Wert darauf gelegt, dieser Begegnung mehr einen gesellschaftlichen als einen politischen Akzent zu geben.[2]

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte an seine Erfahrungen aus dem Jahr 1955[3] und bezeichnete Chruschtschow als einen großen Schauspieler und klugen Mann, den man keineswegs unterschätzen dürfe.

Herr *Rusk* berichtete, daß Chruschtschow in sehr guter körperlicher Verfassung gewesen sei, mit ihm Federball gespielt habe und ihn auch zum Schwimmen aufgefordert habe. Vor einiger Zeit sei einmal die Rede davon gewesen, daß Chruschtschow erkrankt sei, doch habe er allem Anschein nach sich von dieser Krankheit erholt. Über ein Thema, über das er ihn gern reden gehört hätte, habe Chruschtschow allerdings geschwiegen: China. Er habe China mit keinem Wort erwähnt, und man könne wohl auch verstehen warum. Die Frage des Verhältnisses zwischen den beiden kommunistischen Ländern[4] sei für den Westen von besonderer Bedeutung.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte an seine Unterredung mit Chruschtschow im Jahre 1955[5] und sagte, daß er seit jenem Tag keinen Zweifel daran gehabt habe, daß dem Westen eines Tages von China her eine Befreiung von dem sowjetischen Druck erwachsen könne. Er habe keinen Zweifel daran, daß Chruschtschow vor den Chinesen Angst habe.

Außenminister *Rusk* sagte, eines verstehe er aber nicht. Bis 1959/60 hätten die Sowjets die Chinesen auf nuklearem Gebiet unterstützt, indem sie ihnen Ausrüstungsgegenstände und Maschinen geliefert sowie technische Kenntnisse

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 13. August 1963 gefertigt.

[2] Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Rusk mit Ministerpräsident Chruschtschow am 9. August 1963 in Gagra vgl. PRAVDA, Nr. 222 vom 10. August 1963, S. 1.

[3] Zum Besuch vom 8. bis 14. September 1955 in der UdSSR vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 487–556.

[4] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

[5] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU am 10. September 1955 vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 527 f.

zur Verfügung gestellt hätten. Nach amerikanischer Auffassung seien die Chinesen dank der sowjetischen Unterstützung in die Lage versetzt worden, Plutonium für nukleare Waffen herzustellen.[6] Heute bedaure Chruschtschow dies gewiß, und vielleicht sei dies auch ausschlaggebend gewesen für seine Haltung in der Frage eines Teststopp-Abkommens. Er verstehe, wenn die Sowjets Sorgen wegen der Chinesen hätten.

Der Herr *Bundeskanzler* vertrat die Auffassung, daß die Russen die Chinesen getäuscht haben könnten. Er habe von einem Herrn, der in China gewesen sei, gehört, daß die Sowjets den Chinesen ein großes Kraftwerk versprochen hätten, das auch tatsächlich errichtet worden sei. Als dieses Werk seinen Betrieb habe aufnehmen wollen, sei dies nicht möglich gewesen, da die Russen wichtige Einzelteile nicht geliefert hätten. Vielleicht sei es mit der russischen Unterstützung auf nuklearem Gebiet ähnlich gewesen. Der Herr Bundeskanzler erinnerte daran, daß Präsident Eisenhower kurz nach Beginn seiner Präsidentschaft angeboten habe, die amerikanischen Kenntnisse und amerikanisches Material einer internationalen Kommission zur Verfügung zu stellen, wenn die Sowjetunion dies auch tue.[7] Die Sowjets hätten dem damals nicht zugestimmt[8], weil sie in der Entwicklung auf diesem Gebiet noch nicht weit genug vorangekommen seien. Nun seien zehn Jahre vergangen, ein verhältnismäßig kurzer Zeitraum, doch welche Änderungen hätten sich vollzogen!

Außenminister *Rusk* sagte, die Entwicklung in China beunruhige Präsident Kennedy sehr. Auf amerikanischer Seite halte man es für denkbar, daß die Chinesen im Jahre 1964 eine nukleare Vorrichtung zur Explosion brächten.[9] Nach Auffassung der Sowjets müsse man damit allerdings etwas länger, etwa noch zwei bis drei Jahre, warten. Die Auswirkungen eines solchen Ereignisses auf ganz Asien könnten sehr nachhaltig sein. Da die Vereinigten Staaten eine ungeheure Verantwortung auch in jenem Teil der Welt trügen und Hunderttausende von Soldaten in Erfüllung der von den Vereinigten Staaten eingegangenen Verpflichtungen außerhalb Amerikas stationiert hätten, da sie in Asien auch jede Woche Menschenleben verlören, sei dies eine Aussicht, der man nicht mit großer Freude entgegensehe. Die Wahrscheinlichkeit, daß ein Volk von 700 Millionen Menschen in den Besitz nuklearer Waffen gelange, sei alles andere als beruhigend.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte an den Besuch, den ihm vor einigen Monaten die Schwester des indischen Ministerpräsidenten abgestattet habe.[10] Sie

[6] Zur chinesischen nuklearen Rüstung vgl. Dok. 192, Anm. 26.

[7] Am 8. Dezember 1953 schlug Präsident Eisenhower vor der UNO-Generalversammlung die Einrichtung einer Internationalen Atomenergie-Behörde vor, die zumindest Teilbestände des spaltbaren Materials, das sich im Besitz einzelner Staaten befand, verwalten sollte. Als Voraussetzung für die Verwirklichung dieses sogenannten „Atoms for Peace"-Vorschlags nannte der amerikanische Präsident die Teilnahme der UdSSR. Für den Wortlaut der Rede vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, S. 393–400.

[8] Für die sowjetische Ablehnung des „Atoms for Peace"-Vorschlags des Präsidenten Eisenhower vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, S. 401–407.

[9] Die Volksrepublik China führte den ersten Atomtest am 16. Oktober 1964 in der Takla-Makan-Wüste durch.

[10] Zum Besuch von Viyaja Lakshmi Pandit bei Bundeskanzler Adenauer am 30. Oktober 1962 vgl. BULLETIN 1962, S. 1727.

habe damals gesagt, wenn es den Chinesen gelingen sollte, Indien in ihren Herrschaftsbereich einzubeziehen, dann seien sie die Herren Asiens. Er glaube auch, daß die Chinesen an der Entwicklung nuklearer Waffen arbeiteten. Die Chinesen könnten es aber auch billiger haben. Die Inder, ein Volk von 400 Millionen Menschen, könnten sich nicht verteidigen, und wenn einmal zu den 700 Millionen Chinesen 400 Millionen Inder kämen, müsse man in der Tat um das Schicksal Asiens bangen. Dann stelle sich auch die Frage, was aus Japan werde. Präsident Kennedy habe sicher vor einigen Monaten zu Recht gesagt, daß die Situation in Asien eine akutere Gefahr bedeute als die Lage in Europa. Ihm selbst wäre es am sympathischsten, wenn sich die Russen und Chinesen gegenseitig auffräßen.

Herr *Rusk* sagte, auf der anderen Seite dürfe man aber auch die Möglichkeit nicht außer acht lassen, daß sich über Nacht die Sowjets und Chinesen wieder zusammenfänden. Für den Westen ergebe sich daraus die Notwendigkeit, auf der einen Seite aufmerksam zu bleiben und nicht naiv zu werden, auf der anderen Seite sich aber weiterhin zu bemühen, festzustellen, ob sich nicht doch eine echte historische Wandlung vollzogen habe. Er müsse allerdings sagen, daß er bisher noch kein Anzeichen dafür entdeckt habe, daß sich in der sowjetischen Haltung[11] eine grundlegende politische Änderung ergeben habe. Es liege keinerlei Beweis dafür vor, daß sich beispielsweise in irgendeiner die Interessen des Westens betreffenden Frage die militärische Allianz zwischen Moskau und Peking[12] geschwächt habe.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, daß die Sowjetunion, falls es ihr gelingen sollte, Westeuropa oder auch nur die Bundesrepublik in ihre Atmosphäre zu bekommen, gegenüber den Chinesen sehr viel stärker wäre, nicht so sehr wegen der Bevölkerungszahl als vielmehr wegen der wirtschaftlichen und industriellen Kapazität, die sich dann vor allem auf dem Rüstungssektor auswirken würde. Deshalb seien die Sowjets nach wie vor daran interessiert, die Bundesrepublik und auch Italien und Frankreich in ihre Hand zu bekommen. Wenn ihr dies gelänge, könnte sie den Konflikt mit China auf Jahre hinausschieben. Niemand könne sagen, ob das große chinesische Reich dann noch so zusammenhalten würde, wie es heute der Fall sei.

Außenminister *Rusk* sprach sodann über die Auswirkungen der Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking auf die osteuropäischen Satellitenstaaten. Nach amerikanischer Auffassung zeige sich in diesen Ländern eine größere Aktionsfreiheit, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet. Sie seien mehr als bisher daran interessiert, zu eigenen Beziehungen beispielsweise mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu gelangen. Dies gelte für die Polen und sogar für die Bulgaren und Rumänen, die in jüngster Zeit mehr Initiative gezeigt hätten und versuchten, in ihrem Verhältnis zum Westen zu einer besseren Grundlage zu gelangen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, diese Beobachtung treffe ohne Zweifel zu, doch könne man nicht sagen, ob dies das Ergebnis der Auseinandersetzung

[11] Korrigiert aus: „Handlung".

[12] Für den Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China vom 14. Februar 1950 vgl. UNTS, Bd. 226, S. 3–19.

zwischen Moskau und Peking sei. Die Chinesen leiteten ihre Propagandaarbeit in Italien und Frankreich von ihrer Botschaft in der Schweiz aus mit dem Erfolg, daß sich die intellektuellen Kreise der kommunistischen Parteien in diesen beiden Ländern auf die Seite der Chinesen geschlagen hätten. Man dürfe aber nicht übersehen, daß es sich zum Teil nur um propagandistische Auseinandersetzungen handle. Wenn es nötig sei, würden solche Mittel gebraucht, wenn es nicht mehr nötig sei, verzichte man auf sie. Er habe aber ganz allgemein den Eindruck, daß sich die europäischen Satelliten um eine größere Unabhängigkeit von Moskau bemühten und daß Moskau dies auch zulasse. In Frankreich seien die Kommunisten bekanntlich die zweitstärkste Partei und, wie ihm viele Franzosen versichert hätten, die einzige Partei, die für ihre Überzeugung auch auf die Barrikaden gehen würde. In Italien hätten die Kommunisten bei den letzten Wahlen mehr als 1 Million Stimmen gewonnen, was zum Teil auf die apolitische Haltung des Papstes[13] zurückzuführen sei, der den Kommunismus nicht verstanden habe. Er hoffe, der neue Papst[14] werde eine klügere Politik verfolgen, und beabsichtige, ihn zu besuchen, solange er selbst noch im Amt sei.[15] Segni habe ihm außerdem gesagt, er wolle versuchen, so bald wie möglich neue Wahlen abhalten zu lassen in der Hoffnung, daß das Ergebnis günstiger ausfalle.[16]

Außenminister *Rusk* bezeichnete die Haltung des Papstes als außerordentlich wichtig, gehe es doch um die Klärung der Frage, ob ein guter Christ gleichzeitig auch Kommunist sein könne. Diese Frage habe bei den letzten Wahlen in verschiedenen Familien sehr viel Verwirrung ausgelöst, und im Gegensatz zu früher, wo die Frauen kommunistischer Männer nach wie vor die kirchlichen Parteien wählten, sei nunmehr der Eindruck entstanden, als ob auch die Kommunisten durchaus respektabel seien. Viele Frauen hätten deshalb zum ersten Male kommunistisch gewählt. Es liege nun an dem neuen Papst, hier eine klare Linie einzuschlagen.

Der Herr *Bundeskanzler* berichtete, daß, wie ihm Segni gesagt habe, aufgrund sorgfältiger Untersuchungen festgestellt worden sei, daß mindestens 400 000 italienische Frauen zum ersten Mal kommunistisch gewählt hätten. Der schlaue Chruschtschow habe dies alles durch den arrangierten Besuch seines Schwiegersohnes bei dem verstorbenen Papst[17] erreicht.

Der Herr Bundeskanzler sprach sodann von den fünf amerikanischen Kardinälen, die am Konzil teilnähmen. Die Franzosen seien stärker vertreten. Sie hätten siebzig Bischöfe, was auf die Einteilung Frankreichs in siebzig Departements durch Napoleon I. zurückzuführen sei. Auf diese Weise gelangten sie auch automatisch auf eine größere Zahl von Kardinälen. Die deutschen Kardinäle Frings und Döpfner seien gute Leute, doch seien sie über die Haltung der amerikanischen Kardinäle innerhalb und außerhalb des Konzils etwas entsetzt gewesen. Die amerikanischen Kardinäle hätten ursprünglich gar

[13] Papst Johannes XXIII.

[14] Papst Paul VI.

[15] Zum Besuch vom 17. September 1963 vgl. Dok. 367.

[16] Vgl. dazu Dok. 261. Zur Regierungsbildung in Italien vgl. Dok. 421, Anm. 24.

[17] Zum Empfang des Chefredakteurs der Zeitung Iswestija, Adschubej, bei Papst Johannes XXIII. vgl. Dok. 216, Anm. 29.

nicht an dem Konzil teilnehmen wollen. Dabei handle es sich doch um eine hochpolitische Angelegenheit, und man sollte einmal mit ihnen sprechen. Kardinäle wie Spellman und die Kardinäle von Boston[18] und Chicago[19] seien doch wichtige Figuren. Die Franzosen hätten sich sehr um die Wahl des neuen Papstes bekümmert, der auch ein guter Freund der Franzosen sei. Den Deutschen gegenüber sei er nicht so freundlich eingestellt. Der Papst habe auch einen starken Einfluß auf die Polen und Ungarn, was politisch auch sehr wichtig sei. Der Vatikan sei damit zu einem politischen Element geworden, auf das man ein Auge halten und das man im guten Sinne beeinflussen müsse.

Der Bundeskanzler erwähnte sodann den Besuch von Verteidigungsminister McNamara in Bonn, der schon vor einiger Zeit zwischen den beiden Verteidigungsministern arrangiert worden sei. Er habe Herrn McNamara zu einem politischen Gespräch empfangen[20], und dann sei noch ein zweites Gespräch zustandegekommen[21], um das er nicht gebeten habe, da er der Auffassung gewesen sei, Herr McNamara sei bereits auf dem Rückweg nach Washington. Er habe McNamara gebeten, Außenminister Rusk und dem Präsidenten über den Inhalt seiner Gespräche mit ihm ausführlich zu berichten. Der wichtigste Punkt des politischen Gesprächs sei wohl der gewesen, daß er die Auffassung vertreten habe, daß der Westen, insbesondere die Vereinigten Staaten, bei der zunehmenden Schwächung der Sowjetunion und der gleichzeitigen Stärkung der Chinesen nicht zu schnell bei der Hand sein sollten, den Russen zu helfen. Man solle vielmehr die beiden sich gegenseitig auffressen lassen. McNamara scheine dem Präsidenten berichtet zu haben, und der Präsident habe ihm anschließend einen Brief geschrieben.[22] Offenbar sei bei der Übermittlung des Gesprächs doch ein Irrtum oder Mißverständnis aufgetreten, denn er habe niemals geglaubt, die Vereinigten Staaten dächten, die Sache sei bereits gewonnen. Die derzeitige politische Situation sei so kompliziert wie noch nie in all den Jahren, während der er im politischen Leben tätig gewesen sei. Bei den Russen müsse man sehr langsam und mit außerordentlich viel Geduld vorgehen. Man sollte zunächst einmal warten, bis sie noch kleiner seien.

Außenminister *Rusk* erwiderte, der Bericht über das Gespräch mit Herrn McNamara sei ihm bekannt, und der glaube, in der Tat liege ein Mißverständnis vor. Er habe aus dem Bericht den Eindruck gewonnen, als ob der Herr Bundeskanzler glaube, die Amerikaner seien den Kommunisten gegenüber zu wenig aufmerksam und zu weich. Dies habe ihn und auch den Präsidenten beunruhigt. Was der Herr Bundeskanzler soeben gesagt habe, bringe die Dinge aber wieder in die richtige Perspektive. Herr Rusk erinnerte daran, daß die Vereinigten Staaten 1 Million Soldaten außerhalb ihrer Landesgrenzen stationiert hätten, daß sie jede Woche erneut Opfer brächten, darunter auch Menschenleben, daß während der vergangenen Jahre das amerikanische Militärbudget um 25% erhöht worden sei und daß der weltweite Kampf, in dem man sich befinde, doch gewisse deutliche Gewinne für die freie Welt gebracht

[18] Richard James Kardinal Cushing.

[19] Albert Gregory Kardinal Meyer.

[20] Zum Gespräch vom 31. Juli 1963 vgl. Dok. 257.

[21] Zum Gespräch vom 5. August 1963 vgl. Dok. 273.

[22] Für den Wortlaut des Schreibens vom 7. August 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8499.

habe. Er gab zu, daß sich die Wandlungen nur sehr langsam vollzögen, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sie sich fortsetzten. Der Abschluß des Versuchsstopp-Abkommens[23] werde von amerikanischer Seite keineswegs als der Beginn und Beweis einer allgemeinen Entspannung angesehen. Was dieses Abkommen angehe, so habe man geglaubt, daß es im eigenen Interesse liege und auch dem allgemeinen Wunsch nach einer Begrenzung des Wettrüstens entgegenkomme. Er habe bisher aber noch keine anderen Punkte feststellen können, in denen sich eine Einigung abzeichne. Vielleicht biete sich hierfür einmal eine Möglichkeit auf handelspolitischem Gebiet. Er sehe noch keine Grundlage für einen Nichtangriffspakt, und er sehe auch noch keine vereinbarte Lösung für die Deutschland- und Berlin-Frage. Was Laos angehe, so täten die Sowjets auch nicht alles, was sie tun sollten oder müßten, obgleich ein Abkommen[24] bestehe. Desgleichen müsse man mit sowjetisch-inspirierten Schwierigkeiten in Südamerika und in Afrika rechnen. Die amerikanische Regierung sei bereit, zu einer Verständigung in einzelnen Fragen zu gelangen, wenn dies im Interesse der Vereinigten Staaten und im Interesse der Allianz liege. Auf der einen Seite dürfe man Chruschtschow aber keine Dividende zahlen, auf der anderen dürfe der Westen nichts tun, was Moskau und Peking wieder einander näher brächte. Die Amerikaner hätten auch gar nichts dagegen, wenn die Chinesen und Russen übereinander herfielen.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, daß er sich in seinem Gespräch mit Herrn McNamara darin einig gewesen sei, daß die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik alles in ihrer Macht Stehende tun müßten, um ihre militärische Verteidigungsstärke auszubauen. Diese Auffassung habe er in dem Gespräch wiederholt betont, was der beste Beweis dafür sei, daß ein Mißverständnis bei der Übermittlung eingetreten sein müsse.

Der Herr Bundeskanzler richtete sodann die herzliche Bitte an den amerikanischen Außenminister, den geplanten Abzug von 600 Soldaten aus Berlin[25] noch einmal zu überlegen. Wie er gehört habe, beabsichtige Herr McNamara eine Reorganisation der amerikanischen Streitkräfte, wodurch 50000 Mann eingespart werden sollten. Wenn irgendwo Streitkräfte gekürzt würden, so sollte dies auf keinen Fall in Berlin geschehen, weil damit der Erfolg, den Präsident Kennedy in Berlin erzielt habe[26], ruiniert würde.

Herr *Rusk* wies darauf hin, daß es sich nicht um eine politische Entscheidung, sondern um eine Frage der militärischen Umorganisation handle, welche die gesamten amerikanischen Streitkräfte betreffe. Heute seien in Berlin mehr amerikanische Soldaten als im Jahre 1961. Während der sehr kritischen Zeit habe man zusätzliche Einheiten dorthin verlegt.[27] Ihm scheine diese ganze Frage keine psychologische Frage zu sein, es sei denn, daß man sie dazu mache. Die Umorganisation werde sich für Berlin dahingehend auswirken, daß

[23] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[24] Für den Wortlaut der Erklärung über die Neutralität von Laos und des dazugehörigen Protokolls vom 23. Juli 1962 vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, D 399–405.

[25] Vgl. dazu bereits Dok. 290.

[26] Zum Aufenthalt des Präsidenten Kennedy am 26. Juni 1963 in Berlin (West) vgl. auch Dok. 208.

[27] Vgl. dazu Dok. 290, Anm. 5.

stärker bewaffnete und schlagkräftigere Einheiten in Berlin stationiert seien als zuvor. Im übrigen sei dies eine Entscheidung, die nicht vom State Department, sondern von den gemeinsamen Stabschefs getroffen worden sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die Militärs hätten immer Gründe für Maßnahmen, die ihnen richtig erschienen. Der Abzug dieser 600 Mann müsse aber als politische Tatsache gesehen werden, wie ja überhaupt die Anwesenheit der amerikanischen Streitkräfte als solche politische Bedeutung habe. Gegenüber den 20 bis 22 sowjetischen Divisionen, die in der Ostzone stationiert seien, könnten die 15000 Mann ohnehin nicht viel ausrichten. Es handle sich also in erster Linie um eine symbolische und politische Bedeutung, die man nicht schwächen dürfe. Er sei bereit, an den Präsidenten oder an Herrn McNamara zu schreiben mit der Bitte, diese Maßnahme rückgängig zu machen. Man dürfe nicht vergessen, daß eine solche Maßnahme, im gegenwärtigen Zeitpunkt getroffen, in der Öffentlichkeit so ausgelegt würde und auch schon ausgelegt worden sei, als ob man damit Chruschtschow ein Kompliment machen wolle.

Außenminister *Rusk* wies darauf hin, daß die amerikanischen Streitkräfte in Berlin, ohne Rücksicht auf ihre Stärke, die Anwesenheit der Vereinigten Staaten in Berlin repräsentierten. Die Truppen würden auch weiterhin in Berlin bleiben. Er betonte, daß heute stärkere Einheiten in Berlin seien als unter der Administration Eisenhower und der Administration Truman. Die Streitkräfte würden nicht geschwächt, sondern im Gegenteil durch die Umorganisation würden sie in ihrer Einsatzbereitschaft gestärkt. Natürlich könnten sie nicht mit den 22 sowjetischen Divisionen verglichen werden, doch dürfe der Wert dieser Streitkräfte nicht nur unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden. Vielmehr stellten die amerikanischen Streitkräfte eine Garantie für die fortgesetzte Anwesenheit der Vereinigten Staaten in Berlin dar. So sei es auch nur eine politische Geste gewesen, als sie während der Krisenzeit verstärkt worden seien.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß es auch eine politische Geste wäre, wenn sie nun abgezogen würden. Er würde dies für einen ernsten politischen Fehler halten.

Herr *Rusk* sagte, die Sache habe nicht das Geringste mit Chruschtschow zu tun.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte an den Besuch Präsident Kennedys in Berlin und sagte, die begeisterte, ja fast hysterische Begrüßung, die dem Präsidenten zuteil geworden sei, habe doch nur verraten, daß die Berliner Angst hätten und in Kennedy den Mann erblickten, der sie von dieser Furcht befreie. Im übrigen habe Kennedy in Berlin große Worte gesprochen, als er gesagt habe, die Vereinigten Staaten würden ihre eigenen Städte zum Schutze der deutschen Städte aufs Spiel setzen, und als er darauf hingewiesen habe, daß es heute ein Ehrentitel sei, wenn jemand von sich sagen könne, er sei ein Berliner.[28]

[28] Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Kennedy am 26. Juni 1963 vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin (West) vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 524 f.

Außenminister *Rusk* sagte, er könne einfach nicht glauben, daß durch die organisatorischen Maßnahmen, die in der amerikanischen Armee getroffen würden, in Berlin oder in der Welt ein Zweifel an den Worten Kennedys aufkommen könne. Er glaube einfach nicht, daß dies der Fall sei. Wenn allen organisatorischen Fragen, die die Amerikaner zu lösen hätten, politische Handschellen angelegt würden, wisse er nicht, wie die Amerikaner ihren Aufgaben überhaupt noch gerecht werden könnten. Er glaube, wenn über diese Reduzierung der Truppen in Berlin nichts gesagt worden wäre, dann hätte sich auch darüber niemand aufgeregt.[29]

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die Umorganisation mag ihre Richtigkeit haben, in Berlin aber sei die Lage etwas anders. Auch der Bund stelle Berlin 3 Milliarden DM jährlich zur Verfügung, und man wisse, daß davon 1 Milliarde zu viel sei, denn die Berliner lebten besser als die Menschen in der Bundesrepublik. Dennoch tue man es, um auf diese Weise den Mut und die Hoffnung der Berliner zu stärken.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* gab sodann eine kurze zusammenfassende Darstellung der mit den Amerikanern bereits geführten Gespräche und ging insbesondere auf die Erklärung ein, die der amerikanische Außenminister bezüglich der Frage der Nichtanerkennung der SBZ vor dem Senat abgeben werde.[30]

Der Herr Bundesminister erwähnte sodann den revidierten Friedensplan[31], der im Laufe des Nachmittags auch den Engländern und Franzosen[32] übergeben worden sei. Er wies darauf hin, daß dieser Plan im Kabinett noch besprochen und später auch publiziert werden sollte[33], weil man davon ausgehe, daß die öffentliche Meinung in der jetzigen Situation positive Schritte erwarte und sehen wolle, die zu Gesprächen über die Wiedervereinigung führen könnten. Der Plan sei geeignet, ein Gegengewicht gegen den ständig zitierten sowjetischen Friedensplan[34] zu bilden. Außenminister Rusks Bedenken bestünden im Augenblick darin, daß das Papier als ganzes zwar erörtert, aber zwischen den vier Mächten, d. h. den drei Westmächten und der Bundesrepublik, noch nicht vereinbart worden sei. Er frage sich außerdem, ob die richtige Zeit zur Vorlage dieses Planes bereits gekommen sei.[35] Offensichtlich habe er aus seinen Moskauer Gesprächen den Eindruck gewonnen, daß es die Russen in dieser Frage nicht sehr eilig hätten. Deshalb sollte über den Zeitpunkt, zu dem der Plan vorgelegt werde, erst noch unter den vier beteiligten Westmäch-

[29] Zu einem diesbezügliche Vorschlag, der von Ministerialdirektor Krapf geäußert und von amerikanischer Seite abgelehnt wurde, vgl. Dok. 290, Anm. 7.

[30] Zur Erklärung vom 12. August 1963 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

[31] Für den Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems (Fassung vom 9. August 1963) vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur Überarbeitung des Vorschlags vgl. Dok. 294, besonders Anm. 10.

[32] Zur Übergabe des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems (Fassung vom 9. August 1963) im französischen Außenministerium vgl. Dok. 293.

[33] Gegen den Vorschlag wurden Bedenken erhoben. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 321.

[34] Zum sowjetischen Vorschlag eines Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten vgl. Dok. 116, Anm. 8.

[35] Zur Haltung des amerikanischen Außenministers Rusk vgl. weiter Dok. 322, Anm. 3.

ten beraten werden. Eine Erklärung, wie die Vereinigten Staaten zu dem Inhalt des Planes stünden, könne er noch nicht abgeben. Darauf habe er (Bundesminister) geantwortet, daß gerade die Gespräche über den Versuchsstopp für die deutsche Seite gewisse positive Elemente gezeigt habe. So könne man bei der SPD und FDP mit einer guten Unterstützung für den Beitritt zum Versuchsstopp-Abkommen rechnen. Es sei aber wichtig, nicht zu übersehen, daß die Leute eine gewisse eigene Aktivität und Initiative sehen wollen. Diesem Zwecke sollte der deutsche Plan dienen. Den Engländern und Franzosen sei der Plan inzwischen überreicht worden, und es stelle sich nun die Frage, in welcher Form er im Kabinett weiter behandelt werden sollte. Außenminister Rusk wolle den Plan zwar prüfen lassen, habe aber gesagt, die vier Mächte müßten noch gemeinsam darüber beraten.

Der Herr *Bundeskanzler* brach unter Hinweis auf die noch im größeren Kreise zu erörternden Themen[36] an dieser Stelle das Gespräch ab.

Die Unterredung endete gegen 18.00 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/79

292

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Außenminister Rusk

Z A 5-90.A/63 geheim **10. August 1963**[1]

Am 10. August 1963 fand etwa ab 18 Uhr eine Sitzung mit der amerikanischen Delegation im größeren Kreise statt[2], an der auf deutscher Seite der Herr Bundeskanzler, der Herr Bundesminister des Auswärtigen, der Herr Bundesminister für Wirtschaft, die Herren Staatssekretäre Professor Carstens, Dr. Globke und von Hase, Ministerialdirektor Krapf und die Herren Ministerialdirigenten Dr. Osterheld und Selbach, von amerikanischer Seite Außenminister Rusk, die Botschafter McGhee und Thompson sowie die Herren Foster, Hillenbrand, Chayes und Davis teilnahmen sowie Herr Greenfield[3].

Der Herr *Bundeskanzler* eröffnete die Besprechung mit der Feststellung, daß die wichtigste Frage das Moskauer Abkommen[4] sei. Sowohl in der deutschen wie in der amerikanischen Presse sei darüber manches Unzutreffende berich-

[36] Vgl. weiter Dok. 292.

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 13. August 1963 gefertigt.

[2] Vorausgegangen war ein Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Außenminister Rusk. Vgl. Dok. 291.

[3] Die Wörter „sowie Herr Greenfield" wurden handschriftlich ergänzt.

[4] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

tet worden. Er betonte, daß die Bundesregierung selbstverständlich jedem Schritt zustimme, der die Welt dem allen Völkern gemeinsamen Ziele, der Abschaffung der nuklearen Waffen, näherbringe. Deshalb sollte es auch nicht Sinn und Zweck dieses Gespräches sein, ob es sich bei diesem Abkommen um einen großen oder weniger großen Schritt nach vorn handle. Man sollte sein eigenes Licht bekanntlich nicht unter den Scheffel stellen, und deshalb wolle er auch darauf hinweisen, daß die Bundesrepublik als einziges Land bereits 1954 anläßlich der Londoner Neun-Mächte-Konferenz einen Verzicht auf die Herstellung von ABC-Waffen ausgesprochen habe.[5]

Die Frage, die eine sehr sorgfältige Prüfung des Abkommens im Hinblick darauf, welche Folgen sich daraus ergeben könnten, erfordere, betreffe Berlin und die SBZ. Deshalb könne es nicht gleichgültig sein, ob man das Abkommen unterzeichne oder nicht. Aus der Vergangenheit wisse man, daß die Sowjetunion im Zusammenhang mit allen Angelegenheiten, die die SBZ beträfen, den Westmächten immer wieder geantwortet habe, für diese Angelegenheiten seien sie nicht zuständig, da die SBZ ein souveräner und unabhängiger Staat[6] sei.

In dem in Moskau unterzeichneten Abkommen seien drei Depositarmächte vorgesehen[7], wogegen der 1962 in Genf vorgelegte amerikanische Entwurf nur eine Depositarmacht vorgesehen habe[8]. In Artikel 4 des Abkommens werde darauf hingewiesen, daß jede Partei „in Ausübung ihrer nationalen Souveränität" das Recht zum Rücktritt von dem Vertrag habe.[9] Der amerikanische Entwurf von 1962 habe ebenfalls einen Artikel 4 über den Rücktritt, der fast den gleichen Wortlaut zeige mit Ausnahme der vier Worte „in Ausübung ihrer nationalen Souveränität". Er glaube, daß diese vier Worte völlig überflüssig seien und eine Formulierung ohne sie durchaus genügt hätte, da diese vier Worte nichts mit dem Inhalt des Abkommens zu tun hätten. Sie seien es, die der Bundesregierung sehr viel Kopfzerbrechen verursachten. Er halte es für ganz offenbar, daß es die Sowjets gewesen seien, die den Vorschlag gemacht hätten, diese vier Worte einzufügen[10] und statt einer drei Depositarmächte

[5] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

[6] Gemäß Artikel 1 des Vertrags vom 20. September 1955 über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR war die DDR „frei in der Entscheidung über Fragen ihrer Innenpolitik und Außenpolitik, einschließlich der Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik, sowie der Entwicklung der Beziehungen zu anderen Staaten". Vgl. DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, Bd. III, Berlin (Ost) 1956, S. 281.

[7] Zu Artikel 3 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

[8] Zu Artikel 5 des Vertragsentwurfs vom 27. August 1962 vgl. Dok. 263, Anm. 4.

[9] Zu Artikel 4 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 12.

[10] Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Tyler, führte am 30. Juli 1963 gegenüber Staatssekretär Carstens aus, daß die Formulierung von Artikel 4 des Teststopp-Abkommens, der den von Bundeskanzler Adenauer angesprochenen Passus „exercising its national sovereignty" enthielt, auf sowjetischen Wunsch zustande kam. Außenminister Gromyko habe eine Aufzählung von Kündigungsgründen „mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß es nicht gut sei, in einen Ehevertrag schon Bestimmungen über die Scheidung aufzunehmen". Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu auch Dok. 266.

vorzusehen[11], so daß es aufgrund des Abkommens der SBZ freistünde, ihren Beitritt zu verkünden. Wenn sie Mitglied geworden sei, werde ihr durch den Artikel 4 des Abkommens die nationale Souveränität bestätigt, denn wenn sie beim Rücktritt ihre nationale Souveränität ausübe, müsse sie sie auch beim Beitritt ausgeübt haben. Sie könne die nationale Souveränität doch schlecht in der Zwischenzeit erst erworben haben. Auf deutscher Seite befürchte man, daß die Einfügung dieser Worte sich auf die Aussichten der Wiedervereinigung sehr schlecht auswirken würden.

Dazu komme, daß die Vereinigten Staaten wiederholt erklärt hätten, sie erkennten allein der Bundesrepublik das Recht zu, für alle Deutschen zu sprechen.[12] Außerdem habe der Rechtsberater des State Department[13] am 23. Mai 1962 in einem Artikel des „American Journal of International Law" erklärt, daß die Vereinigten Staaten die SBZ weder als Staat noch als Regierung anerkennten. Die Vereinigten Staaten gingen davon aus, daß sich die SBZ unter der effektiven Kontrolle der Sowjetunion befinde und daß das dortige Regime nur ein örtliches Instrument der Sowjetregierung darstelle.

Man müsse somit zu der Schlußfolgerung kommen, daß wenn die SBZ zu diesem neuen Vertrag[14] zugelassen werde, ihr auch das Recht zuerkannt werde, in Ausübung ihrer nationalen Souveränität von dem Abkommen zurückzutreten. Durch das vorgesehene Hinterlegungsverfahren werde der Status der SBZ aufgewertet, was im Gegensatz zu der Äußerung des Rechtsberaters des State Department stehe. Außerdem werde durch die Aufnahme der SBZ die wiederholt abgegebene amerikanische Erklärung, die Bundesrepublik allein spreche für alle Deutschen, hinfällig. Daraus hätten sich die Bedenken ergeben, ob man dem Abkommen beitreten solle oder nicht. Er brauche nicht zu betonen, daß die Bundesregierung dem Abkommen gerne beiträte, besonders da die Vereinigten Staaten eine so führende Rolle dabei gespielt hätten. Nach den Bestimmungen des Grundgesetzes müßten aber der Bundestag und der Bundesrat gefragt werden.[15] Im Bundestag sei die Situation so, daß die größte Fraktion, die CDU/CSU, zu 4/5 dagegen sei. Am Vortage habe er zwei Herren des Vorstandes einer Vertriebenenorganisation empfangen, wovon einer der CDU, der andere der SPD angehört habe. Die beiden Herren hätten ihm ein Schriftstück überreicht, in dem ebenfalls ernsthafte Einwände gegen den Beitritt geäußert würden. Das der SPD angehörende Vorstandsmitglied habe ihm gesagt, daß seine Fraktion diese Auffassung teile. Innenpolitisch sei

[11] Vgl. dazu Dok. 252, Anm. 16.

[12] Vgl. dazu die Äußerungen des Präsidenten Kennedy auf der Pressekonferenz vom 1. August 1963; PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 613f.
Zur Erklärung von Kennedy vom 8. August 1963 und zur Erklärung des amerikanischen Außenministeriums vom 2. August 1963 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

[13] Abram Chayes.

[14] Die Wörter „neuen Vertrag" wurden handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Gremium".

[15] Zu den ersten Überlegungen hinsichtlich eines Ratifizierungsgesetzes zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 335, besonders Anm. 2.

es nicht möglich, daß die Bundesregierung dem Abkommen beitrete, wenn keine Aussicht bestehe, daß eine Mehrheit oder sogar eine gute Mehrheit dafür sei.

Der Herr Bundeskanzler sagte abschließend, er sei sehr glücklich, daß Außenminister Rusk auf seiner Rückreise aus Moskau nach Bonn gekommen sei, und danke auch Präsident Kennedy dafür, daß er dies ermöglicht habe. Er wäre doppelt glücklich, wenn sich ein Weg finden ließe, durch den die Schwierigkeiten und Bedenken ausgeräumt werden könnten.

Außenminister *Rusk* dankte dem Herrn Bundeskanzler für seine Darlegungen und sagte, er sei gern nach Bonn gekommen, doch bedauere er, daß sein Aufenthalt so kurz sei. Er sei dem Herrn Bundeskanzler besonders dankbar für die freimütigen Bemerkungen, die er über die Bedeutung der Kontrolle und Abschaffung der nuklearen Waffen gemacht habe.[16] Die amerikanische Regierung glaube sehr nachdrücklich, daß wenn die Menschheit auf diesem Planeten überleben solle, ein Weg gefunden werden müsse, der es erlaube, Schritt für Schritt diese Waffen unter Kontrolle zu bekommen. Dies sei auch die Ansicht derjenigen, die an der Entwicklung dieser Waffen beteiligt gewesen seien und die Entscheidung über einen ersten Einsatz zu treffen gehabt hätten. Seit 1945 sei daher ein Hauptziel der amerikanischen Politik, Mittel und Wege zu finden, um die Pandora-Büchse wieder zu verschließen.

Wie der Außenminister betonte, erkenne die amerikanische Regierung in vollem Umfang an, daß die Bundesregierung ihre eigene Entscheidung treffen müsse. Man sehe auf amerikanischer Seite nichts für selbstverständlich an. Amerikanischerseits habe man dem Abkommen zugestimmt, weil man glaube, daß es im Interesse der Vereinigten Staaten liege, ja sogar im Interesse der gesamten Völkergemeinschaft, für die nuklearen Waffen eine gewisse Begrenzung und Kontrolle zu vereinbaren. Die amerikanische Regierung spreche nicht für die Bundesregierung, und es sei Aufgabe der Bundesregierung, ihr eigenes Urteil darüber zu fällen, ob ein Beitritt im Interesse der Bundesregierung liege oder nicht. Andererseits hoffe die amerikanische Regierung, daß eine möglichst große Zahl von Staaten willens und in der Lage sein werde, dem Abkommen beizutreten.

Bei allen Verhandlungen über die Abrüstungsfrage, wo immer und in welchem Zusammenhang sie stattgefunden hätten, sei eine Überlegung dafür ausschlaggebend gewesen, daß man sich um eine allgemeiner gehaltene und nicht spezifische Regelung bemüht habe. In Gesprächen mit deutschen Herren habe die amerikanische Seite immer wieder darauf hingewiesen, daß sie bestrebt sei, Schritte zu vermeiden, durch welche die Bundesrepublik weiterhin diskriminiert oder neuen Diskriminierungen unterworfen würde.[17] Aus diesem Grunde habe man auch im Zusammenhang mit der Nichtverbreitung nuklearer Waffen immer an eine weltweite Anwendung gedacht. Die Sowjetunion

[16] Vgl. dazu auch Dok. 291.

[17] Zum amerikanischen Hinweis, daß ein Nichtbeitritt zum Teststopp-Abkommen die Bundesrepublik diskriminieren würde, vgl. Dok. 288.

hingegen habe immer wieder versucht, auch in der Deutschland- und Berlin-Frage auf spezifische Regelungen zu drängen, was die amerikanische Regierung aber nicht für richtig halte. Daher glaube man, daß eine allgemeiner gehaltene Regelung vernünftiger sei.

Es treffe zu, daß bei den amerikanischen Überlegungen eine Frage von ganz besonderer Wichtigkeit gewesen sei, die für andere Staaten vielleicht nicht die gleiche Bedeutung habe. Dies betreffe Rotchina.[18] Die Vereinigten Staaten befürchteten, daß der Tag kommen werde, an dem Rotchina, ein Land mit 700 Millionen Menschen, im Besitz nuklearer Waffen sein werde, sofern nicht etwas geschehen könne, um dies zu verhindern. Die Vereinigten Staaten seien das einzige Land, das gegenüber den Nachbarländern Rotchinas Verpflichtungen eingegangen sei und über die Mittel verfüge, jeder Situation, die sich ergeben könne, entgegenzutreten. Deshalb suche man nach Möglichkeiten, auf Peking einen Druck auszuüben, um die Rotchinesen daran zu hindern, eigene nukleare Waffen zu erproben und in jenem Teil der Welt eine nukleare Rüstung aufzubauen. Es handle sich um ein ungemein kompliziertes Problem, das auf die Haltung gegenüber der DDR einen gewissen Einfluß habe. Die Vereinigten Staaten hätten Peking diplomatisch nicht anerkannt und unterhielten auch keinerlei Kontakte mit Rotchina, wenn man von den gelegentlichen, aber unergiebigen Botschaftergesprächen in Warschau absehe, deren Ziel es sei, einige amerikanische Staatsbürger, die in rotchinesischem Gewahrsam seien, freizubekommen. Der amerikanischen Politik sei aber daran gelegen, Peking wenn möglich zur Übernahme der sich aus dem Vertrag ergebenden Verpflichtungen zu bewegen, und man[19] wolle dabei nicht, daß die Chinesen Überlegungen formaler Natur als Vorwand dafür benutzten, dem Abkommen nicht beizutreten.

Der Außenminister ging dann auf die seit 50 Jahren bestehende Praxis des Völkerrechts ein, wonach der Beitritt zu multilateralen Abkommen nicht die Anerkennung von Signatarstaaten impliziere, die sich bisher gegenseitig nicht anerkannt hätten. Dieser spezifische Aspekt sei im Hinblick auf die besondere Verantwortung, welche die Vereinigten Staaten in Südostasien trügen, besonders wichtig.

Was nun die sogenannte DDR angehe, sei man sich auf amerikanischer Seite durchaus der Schwierigkeit bewußt gewesen, und zwar nicht nur wegen der DDR selbst, sondern auch im Hinblick auf die Haltung, welche die Vereinigten Staaten selbst bisher eingenommen hätten. Von allen NATO-Staaten hätten die Vereinigten Staaten am wenigsten getan, um den Status der DDR zu verbessern. Die amerikanische Regierung habe sich konstant geweigert, der Regierung der sogenannten DDR irgendeinen Status zuzuerkennen, oder ihr irgendwelche Courtoisien oder sonstiges Entgegenkommen zu erweisen. Die amerikanische Haltung sei mindestens ebenso unzweifelhaft gewesen wie die eines jeden anderen Mitglieds der NATO.

[18] Zur Bedeutung, die die USA einem Beitritt der Volksrepublik China zum Teststopp-Abkommen beimaßen, vgl. auch Dok. 235 und Dok. 260, Anm. 10.
Zur chinesischen nuklearen Rüstung vgl. Dok. 192, Anm. 26.

[19] Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt.

Man glaube daher nicht, daß sich durch den Beitritt zum Abkommen seitens der DDR deren Status ändere, um so weniger, als sie nur das in Moskau aufliegende Vertragsexemplar unterzeichne.[20]

Der Außenminister ging sodann auf die Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers zu Artikel 4 ein. Der kurze Artikel 4 sei im wesentlichen an die Stelle des früheren Artikels 3 über den Rücktritt getreten. Die Sowjets hätten sehr starke Einwände gegen die Aufnahme überhaupt einer Rücktrittsklausel geäußert, da sie der Auffassung gewesen seien, jede Mitgliedschaft bei einem internationalen Abkommen lasse sich einfach kündigen, wenn nationale Interessen auf dem Spiel stünden, und das geschehe in Ausübung der nationalen Souveränität[21]. Es sei bekannt, daß dies nicht nur die Einstellung der Sowjetunion zum Völkerrecht, sondern seit langen Jahren auch ihre Praxis sei. Demgegenüber sähen die Vereinigten Staaten den Zweck eines Abkommens nicht zuletzt darin, die Ausübung roher Souveränität einzuschränken und durch die Aufnahme einer Rücktrittsklausel zumindest in gewissem Grade im voraus ein Verfahren festzulegen. Er wolle aber nicht verhehlen, daß sich die Vereinigten Staaten nicht an den Vertrag gebunden fühlen würden, falls die Sowjets die Versuche wieder aufnähmen. Die vier Worte, an denen der Herr Bundeskanzler Anstoß genommen habe, seien somit ein Überbleibsel der sowjetischen Argumentation. Er glaube aber nicht, daß ihnen im Zusammenhang mit Ostdeutschland Bedeutung zukomme. Die amerikanische Regierung werde im Senat ihre Haltung zu dieser Frage klar darlegen, und wenn es dem Herrn Bundeskanzler recht sei, werde Mr. Chayes den diesbezüglichen Abschnitt der Erklärung vorlesen, die er vor dem Senat abgeben werde.[22]

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er wolle die Erklärung gern hören, wiederholte aber noch einmal, es bestehe doch wohl Übereinstimmung darüber, daß diese vier Worte überflüssig seien. Er erinnerte daran, daß ihn vor einigen Tagen ein früherer Ministerpräsident Estlands[23] besucht habe, mit dem er ein interessantes Gespräch über die innenpolitische Lage der Sowjetunion geführt habe. Wie ihm sein Besucher gesagt habe, verdanke er seine Informationen hauptsächlich sowjetischen Lokalzeitungen, die sehr viel interessantere Dinge enthielten als die großen Zeitungen Prawda und Iswestija. Sein Besucher habe ihm auch gesagt – und dies wolle er angelegentlich der Aufmerksamkeit der Herren des Auswärtigen Dienstes empfehlen –, daß man mit den Russen nur in ihrer eigenen Sprache, d. h. in ihrer eigenen Dialektik verhandeln könne. Als Beispiel der russischen Dialektik habe der frühere Ministerpräsident den Moskauer Vertrag angeführt und insbesondere die Regelung, die drei Depositarmächte vorsehe und die Einfügung der Worte „in Ausübung ihrer nationalen Souveränität".

[20] Zur amerikanischen Zusicherung, eine Vertragsunterzeichnung der DDR in Washington nicht zuzulassen, vgl. Dok. 284.

[21] Der Wortlaut des Passus „einfach kündigen ... Souveränität" beruhte auf Streichungen und handschriftlichen Einfügungen. Vorher lautete er: „durch Ausübung der nationalen Souveränität einfach kündigen".

[22] Zur Erklärung vom 12. August 1963 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

[23] Am 5. August 1963 empfing Bundeskanzler Adenauer Hjalmar Mäe, der von 1941 bis 1944 Erster Landesdirektor der estnischen Verwaltung unter deutscher Besatzung war.

Was die Einstellung der Sowjetunion zum Völkerrecht angehe, so sei sie hinlänglich bekannt, und es liege ihm eine Liste aller von der Sowjetunion nach dem Kriege abgeschlossener internationaler Abkommen vor, in der auch aufgeführt sei, wieviele Verträge die Sowjetunion gebrochen habe. Der Moskauer Vertrag sei nun einmal da, und die vier Worte stellten eine nicht unbeachtliche Schwierigkeit dar. Er bat die amerikanischen Herren, sich in die deutsche Lage zu versetzen, und sagte, er könne noch nicht sagen, ob es möglich sein werde, die Probleme auszuräumen.

Herr *Chayes* ging dann auf die Erklärung ein, die Außenminister Rusk am 12. August vor dem Senat abgeben werde. In dieser Erklärung werde das Abkommen Artikel für Artikel behandelt. Bezüglich des Artikels 3, der sich mit dem Ratifizierungs- und Beitrittsverfahren befaßt, werde gesagt, daß man eine möglichst umfassende Anwendung des Abkommens erhoffe. Es sei behauptet worden, daß durch die Unterschriftsleistung (subscribing) ein Regime, das von anderen Staaten nicht anerkannt werde, anerkannt würde. Die amerikanische Regierung sei nicht der Auffassung, daß durch die Unterschriftsleistung eine derartige Wirkung ausgelöst werde. Nach dem Völkerrecht sei für die Anerkennung das ausschlaggebende Kriterium die Absicht, anzuerkennen. Weder erkenne die amerikanische Regierung die SBZ als Staat oder Gebilde mit eigener nationaler Souveränität an, noch habe sie die Absicht, sie anzuerkennen. Sie habe außerdem nicht die Absicht, die örtlichen Behörden der SBZ als Regierung anzuerkennen. Diese Tatsachen könnten durch eine Unterschriftsleistung seitens dieser Behörden nicht geändert werden. Präsident Kennedy habe auf seiner Pressekonferenz am 2. August[24] und das State Department in einer formellen Verlautbarung vom 3. August[25] den gleichen Standpunkt vertreten. Es werde beantragt, Exemplare dieser Erklärungen als Bestandteil der Ratifizierungsdokumente aufzunehmen. Diese Überlegungen ergäben sich schon aus der Regel des Völkerrechts, daß die Teilnahme an einem multilateralen Vertrag keine Anerkennung derjenigen Unterzeichner bedeute, die von anderen Vertragspartnern nicht anerkannt würden.

In dem Moskauer Vertrag seien aber noch zusätzliche Sicherungen eingebaut worden. Dadurch, daß im Gegensatz zu sonstigen internationalen Verträgen nicht eine, sondern drei Depositarmächte vorgesehen seien, brauche keine der Depositarmächte eine Unterschrift oder eine Beitrittsurkunde eines Regimes zu akzeptieren, das von ihr nicht anerkannt werde.

Die ostdeutschen Behörden würden das Abkommen sicher unterzeichnen. Die sowjetische Regierung würde dann wahrscheinlich die amerikanische Regierung von diesem Akt unterrichten, doch sei die amerikanische Regierung nicht verpflichtet, diese Notifizierung entgegenzunehmen. Sie habe auch nicht die Absicht, dies zu tun. Andererseits habe sich aber das ostdeutsche Regime durch die Unterschriftsleistung verpflichtet, die Bestimmungen des Vertrags einzuhalten, so daß die amerikanische Regierung nicht nur die Gewißheit habe, daß keine Anerkennung impliziert sei, sondern sich gleichzeitig

[24] Zu den Äußerungen des Präsidenten Kennedy vom 1. August 1963 vgl. Dok. 264, Anm. 5.
[25] Zur Erklärung vom 2. August 1963 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

noch das Recht vorbehalte, Einwände zu erheben, wenn die SBZ versuchen sollte, die sich aus dem Vertrag ergebenden Rechte, sei es nun im Abstimmungsverfahren oder bei der Teilnahme an einer Konferenz, in Anspruch zu nehmen.

Außenminister *Rusk* wies darauf hin, daß sich nach dieser Erklärung wahrscheinlich ein lebhaftes Frage- und Antwortspiel im Senat ergeben werde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, man habe sich aufrichtig bemüht, das Material und die Argumente zu bekommen, um die bestehenden Bedenken auszuräumen. Die in der Erklärung des Außenministers enthaltene Geistesakrobatik sei ausgezeichnet, und der Herr, der die Erklärung abgefaßt habe, brauche bei den Russen sicher nicht mehr in die Schule zu gehen, um Dialektik zu lernen.

So wie er die amerikanische Erklärung verstehe, wollten die Amerikaner, sobald sie von den Russen die Notifizierung erhielten, nicht sagen, daß die SBZ keine Partei sei, sondern die Sache in der Schwebe halten. Der Bundesrepublik gegenüber würden sie aber sagen, die SBZ sei nicht Partei des Abkommens. Es würde ihn interessieren, was die amerikanische Antwort an die Russen sei.

Herr *Chayes* sagte, in einer der amerikanischen Noten an die Bundesregierung[26] sei bereits darauf hingewiesen worden, daß die amerikanische Regierung der sowjetischen Regierung zusammen mit der zurückgewiesenen Notifizierung eine Note senden würde, die mit der Note vergleichbar sei, welche die amerikanische Regierung an die Schweiz gerichtet habe, als die SBZ 1956 dem Genfer Abkommen über Kriegsgefangene von 1949 beigetreten sei. In jener Note sei darauf hingewiesen worden, daß die amerikanische Regierung die ostdeutschen Behörden nicht anerkenne, wegen des Charakters des Abkommens aber davon Kenntnis nehme, daß die Behörden der SBZ ihre Absicht mitgeteilt hätten, die Bestimmungen des Abkommens einzuhalten.[27] Wie er von Herrn von Haeften und Professor Meyer-Lindenberg erfahren habe, sei damals von der Bundesregierung eine ähnliche Note an die Schweiz gesandt worden.[28] Die amerikanische Note an die Russen würde feststellen, daß die amerikanische Regierung die DDR nicht anerkenne und aus diesem Grunde die Notifizierung zurücksende.

Staatssekretär Professor *Carstens* faßte die in einer früheren Besprechung von Herrn Chayes abgegebenen Erklärungen dahingehend zusammen, daß die amerikanische Position wie folgt sei: Zwischen den Vereinigten Staaten und der sogenannten DDR würden keine vertraglichen Beziehungen entstehen. Im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten würde die DDR nicht Partei werden, sondern nur die einseitige Verpflichtung übernehmen, die Bestimmungen des Abkommens zu beachten. Die sogenannte DDR habe deshalb auch nicht das

[26] Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Rusk vom 2. August 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8498.
Vgl. dazu auch Dok. 284.

[27] Zur amerikanischen Note von 1956 vgl. Dok. 272, Anm. 17.

[28] Für den Wortlaut vgl. Dok. 284, Anm. 5.

Recht, an den im Vertrag selbst vorgesehenen Verfahren teilzunehmen. Die Vereinigten Staaten würden ferner eine sowjetische Notifizierung über den Beitritt der SBZ zurückweisen, da die SBZ nicht anerkannt werde.[29]

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, man müsse nun auch die Engländer auf denselben Weg bringen.

Herr *Chayes* erwiderte, daß er sich anläßlich seiner Gespräche in Bonn mehr als bisher mit den Einzelheiten dieser Frage befaßt habe und deswegen mit den Engländern noch nicht darüber habe sprechen können. Er nehme aber an, daß seitens der Engländer keine Einwände gegen diese Analyse und die sich aus ihr ergebenden Folgen ergeben würden.

Außenminister *Rusk* wies darauf hin, daß die Engländer sich an den Verhandlungen beteiligt hätten, in denen sich diese Verhältnisse bereits abgezeichnet hätten.

Staatssekretär Professor *Carstens* ergänzte seine Ausführungen durch die Bemerkung, daß die Vereinigten Staaten auch dritte Länder informieren und versuchen würden, sie zu einer analogen Position zu bewegen.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er glaube mit dieser Analyse durchkommen zu können.

Außenminister *Rusk* sagte, die amerikanische Regierung sei bereit, aufs engste mit der Bundesregierung zusammenzuarbeiten und in Kontakt zu bleiben, falls sich noch neue Punkte ergäben. Seiner Erfahrung nach bereite man sich zwar auf Sitzungen immer sehr gründlich vor, doch meistens kämen eine oder zwei Fragen, mit denen man nicht gerechnet habe.

Abschließend betonte der Herr *Bundeskanzler* noch einmal die große politische Bedeutung, die dem Abzug der 600 amerikanischen Soldaten aus Berlin zukomme.[30] Er bat Herrn Rusk, dem Präsidenten und Herrn McNamara seine diesbezüglichen Befürchtungen mitteilen zu wollen.

Außenminister *Rusk* sagte dies zu.

Was die Unterrichtung der Presse angehe, so bat er darum, der Presse keine Einzelheiten mitteilen zu wollen, da es die Senatoren sehr übel nähmen, wenn sie bereits am Morgen in der Zeitung lesen könnten, was ihnen während des Tages offiziell vom Außenminister mitgeteilt würde.

Der Herr *Bundeskanzler* schlug vor, der Presse nur zu sagen, daß man das Moskauer Abkommen und seine Auswirkungen sehr sorgfältig erörtert und

[29] Im Gespräch mit Ministerialdirektor von Haeften und Ministerialdirigent Meyer-Lindenberg am 10. August 1963 erläuterte Rechtsberater Chayes den Entwurf einer Erklärung, die der amerikanische Außenminister Rusk vor dem Senat abgeben sollte. Haeften führte dazu am 12. August 1963 aus: „Auf unseren Wunsch änderte er diesen Entwurf an zwei Stellen ab. Er erklärte sich jedoch nicht bereit, die oben dargestellte Rechtsauffassung, daß zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der SBZ keine vertraglichen Beziehungen entstehen würden, daß die letztere aber eine einseitige bindende Verpflichtung eingehe, ausdrücklich in den Entwurf aufzunehmen. Immerhin kann diese Auffassung aus dem Wortlaut der Erklärung von Mr. Rusk gefolgert werden." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8499; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur amerikanischen Rechtsauffassung vgl. weiter Dok. 295.

[30] Für eine ausführlichere Erörterung dieses Themas vgl. Dok. 291.

sich in der Unterredung ein Weg abgezeichnet habe, der wahrscheinlich die bestehenden Schwierigkeiten überwinden lasse.[31]

Die Unterredung endete gegen 19.40 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/79

293

Botschafter Blankenhorn, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-5802/63 geheim
Fernschreiben Nr. 1118
Citissime

Aufgabe: 10. August 1963, 19.00 Uhr[1]
Ankunft: 10. August 1963, 19.30 Uhr

Auf Plurex Nr. 2629 vom 9. August[2]

Revidierter Friedensplan zur Lösung des Deutschlandproblems, der hier erst am 10. August, 15.20 Uhr einging, wurde 17.15 [Uhr] Lucet, der Laloy hinzugezogen hatte, übergeben, und dabei weisungsgemäß der Vorschlag unterbreitet, die Abstimmung über den Plan in der Washingtoner Botschaftergruppe[3] durchzuführen.

Lucet versprach sorgfältige Prüfung des Plans und unseres Prozedurvorschlags. In diesem Zusammenhang richtete er an uns die Frage, ob der revidierte Friedensplan den Sowjets gesondert oder etwa im Rahmen der laufenden amerikanisch-britischen Besprechungen über ein Nichtangriffsarrangement, Maßnahmen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen usw. unterbreitet werden solle.

In bezug auf Ziffer 16 stellte er die Frage, ob die vorgesehene Prüfungsbefugnis der Viermächte-Kommission in Ansehung der „relevant provisions" des westlichen Friedensplans vom 14. Mai 1959[4] bedeuten solle, daß die in der revidierten Fassung des Friedensplans[5] weggelassenen Bestimmungen des ursprünglichen Plans von Mai 1959 über die Entscheidungsfreiheit des wiedervereinigten Deutschlands in bezug auf die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu Militärbündnissen noch auf dem Tisch der Viermächte-Kommission liegen bleiben sollten.

31 Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. BULLETIN 1963, S. 1245.

1 Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

2 Für den Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems (Fassung vom 9. August 1963), der mit Plurex Nr. 2629 übermittelt wurde, vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1963.

3 Zur Washingtoner Vierergruppe vgl. Dok. 101, Anm. 4.

4 Zum Herter-Plan vgl. Dok. 54, Anm. 13.

5 Zum revidierten Friedensplan von 1961 vgl. Dok. 69, Anm. 2.

Im übrigen gab Lucet einem leichten Erstaunen Ausdruck, daß die bevorstehende Übergabe der neuen deutschen Vorschläge an Dean Rusk von der deutschen Presse, wie heute „Le Monde" berichtet[6], schon am Samstagvormittag gebracht worden sei, und daß die „Welt" schon hätte mitteilen können[7], daß der neue Plan Paris in Anwendung des deutsch-französischen Vertrages[8] unterbreitet worden sei.[9]

Zum Schluß fragte Lucet, ob von deutscher Seite und gegebenenfalls wann an eine Veröffentlichung des revidierten Friedensplans oder seines wichtigsten Inhalts gedacht werde.[10]

Ich wäre dankbar, wenn ich möglichst bald mit Drahtweisung zu den von Lucet aufgeworfenen Fragen versehen würde.[11]

[gez.] Blankenhorn

Ministerbüro, VS-Bd. 8499

[6] Vgl. dazu LE MONDE, Nr. 5775 vom 11./12. August 1963 S. 1.
Zur Übergabe des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems (Fassung vom 9. August 1963) vgl. Dok. 291.

[7] Vgl. dazu den Artikel: Bonn erörtert Teststopp-Abkommen; DIE WELT, Nr. 183 vom 9. August 1963, S. 4.

[8] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[9] Mit Drahterlaß vom 9. August 1963 unterrichtete Staatssekretär Carstens die Botschaft in Paris, daß er den französischen Gesandten de Courson de la Villeneuve über die Erwägungen informiert habe, am 10. August 1963 den Vorschlagsentwurf des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems dem amerikanischen Außenminister Rusk auszuhändigen. Vgl. dazu Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1963.

[10] Gegen den Vorschlag des Auswärtigen Amts wurden Bedenken erhoben. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 321.

[11] Am 13. August 1963 antwortete Ministerialdirigent Reinkemeyer: „1) Die Frage, wann und wie wir den von uns überarbeiteten revidierten Friedensplan verwenden werden, ist noch offen. Eine Veröffentlichung ist zur Zeit nicht in Aussicht genommen. Die weitere Verwertung des Planes hängt auch davon ab, welches Ergebnis die von uns mit den Alliierten eingeleitete Konsultation haben wird. 2) Zur Frage Lucets betreffend Ziffer 16 unseres Planes wird darauf hingewiesen, daß diese Ziffer identisch ist mit der Ziffer 13 des revidierten Friedensplanes in der Fassung von September 1961. Diese Fassung ist seinerzeit von unseren Verbündeten und uns abgesprochen worden. Die Überlegungen, die damals für eine Umformulierung des Sicherheitsteils des Friedensplanes (im Vergleich zu dem Text von 1959) sprachen, gelten fort. In dieser Frage liegt jedenfalls keine Änderung der deutschen Haltung vor." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8499; B 150, Aktenkopien 1963.

294

Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt

II 1-86.00/1-491/63 geheim **12. August 1963**[1]

Betr.: Deutscher Vorschlag zur Lösung wesentlicher Deutschland und die europäische Sicherheit betreffender Fragen[2] (deutsche Überarbeitung des revidierten Friedensplanes von 1961[3])

I. Am 12. August 1963 fand im Auswärtigen Amt eine Besprechung statt, an der die Staatssekretäre

Prof. Dr. Carstens	(Auswärtiges Amt)
Prof. Dr. Hölzl	(Bundesministerium des Innern)
Dr. Westrick	(Bundesministerium für Wirtschaft)
Hopf	(Bundesministerium der Verteidigung)
Thedieck	(Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen)

teilnahmen.

II. 1) Staatssekretär Carstens gab einen Bericht über die Entstehungsgeschichte des revidierten Friedensplanes.[4] Er erinnerte an den Verlauf der Kabinettssitzung am 8. August 1963, die den Anlaß zur abschließenden Formulierung des „Vorschlages zur Lösung wesentlicher Deutschland und die europäische Sicherheit betreffender Fragen" gegeben habe. Der Vorschlag sei am 10. August von Bundesminister Schröder dem amerikanischen Außenminister Rusk übergeben worden.[5] Eine Veröffentlichung des Planes sei im Augenblick nicht in Aussicht genommen. Man wolle zunächst die Alliierten konsultieren.[6]

2) Staatssekretär Hopf teilte mit, daß sich Bundesminister von Hassel seine Stellungnahme bezüglich der weiteren Verwendung des Planes vorbehalte. Er wies darauf hin, daß der Plan Verpflichtungen enthalte, die weitreichende Vorleistungen der Bundesregierung gegenüber dem Osten darstellten. Er stellte die Frage, ob es zweckmäßig sei, eine deutsche Bereitschaft zu solchen Vorleistungen bekanntzugeben.

3) Demgegenüber erinnerte Staatssekretär Carstens nochmals an die Entstehungsgeschichte des Papiers. Es sei das Ergebnis sehr gründlicher Überlegungen zwischen der Bundesregierung und den Alliierten gewesen. Gewisse deutsche Leistungen müßten ins Auge gefaßt werden. Andernfalls wäre eine negative Aufnahme des Planes schon in der westlichen Öffentlichkeit zu erwarten.

[1] Durchdruck für Ministerbüro.

[2] Für den Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems (Fassung vom 9. August 1963) vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Zum revidierten Friedensplan von 1961 vgl. Dok. 69, Anm. 2.

[4] Zur Entwicklung des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems (Fassung vom 9. August 1963) und zur Diskussion über seine Vor- und Nachteile vgl. bereits Dok. 286.

[5] Vgl. dazu auch Dok. 291.

[6] Vgl. dazu bereits Dok. 293.
Vgl. dazu weiter Dok. 299 und Dok. 302.

Im übrigen seien die in Aussicht genommenen Konzessionen bereits in dem Friedensplan von 1959[7] enthalten, der die Ausgangsposition darstelle. Der Friedensplan habe darüber hinaus viel weitergehende Konzessionen enthalten.

4) Wirklich neu sei lediglich, daß statt des bisherigen Gemischten Deutschen Ausschusses drei gemischte Fachkommissionen vorgesehen seien.[8] Diese seien nach dem Vorbild der Leopold-Behrendt-Gespräche[9] konzipiert und hätten nicht einen quasi-parlamentarischen Charakter wie der Gemischte Deutsche Ausschuß des westlichen Friedensplanes von 1959.

III. 1) Es bestand Übereinstimmung, daß die Bundesregierung vor folgender Entscheidung stehe:
– entweder Vorlage eines Planes durch die Bundesrepublik allein (d. h. Vorlage eines optimalen Papiers, das keine unbequemen Verpflichtungen enthält)
– oder Vorlage eines Planes durch die Bundesrepublik nach vorangehender Abstimmung mit den Westmächten (etwa auf der Grundlage des von uns überarbeiteten revidierten Friedensplanes von 1961)
– oder Vorlage eines Planes gemeinsam durch die Bundesrepublik und die drei Westmächte (ebenfalls auf der Grundlage des überarbeiteten Planes von 1961).

2) Staatssekretär Carstens faßte das Ergebnis der Diskussion zusammen: Wenn die Veröffentlichung eines deutschen Vorschlages angestrebt werde, so erscheine es zweckmäßig, eine gleichzeitige Wohlwollenserklärung der Alliierten herbeizuführen.

IV. 1) Unabhängig von vorstehenden Erwägungen wurden in dem Entwurf Verbesserungen vorgenommen.[10] Es wurde dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium des Innern übertragen, Ziffer 13 (betr. die Fortdauer der Rechte der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Gesamtdeutschland bis zum Friedensvertrag) dahingehend zu überprüfen, ob ihre Formulierung noch der heutigen Rechtslage entspricht.

2) Das Auswärtige Amt übernahm es, bis zur Kabinettssitzung am 16. August einen neuen Entwurf des deutschen „Vorschlages" vorzubereiten, der die Abänderungen berücksichtigt.[11]

Ministerbüro, VS-Bd. 8453

[7] Zum Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 54, Anm. 13.

[8] Vgl. dazu weiter Dok. 296.

[9] Zu den Gesprächen des Leiters der Treuhandstelle für Interzonenhandel, Leopold, mit dem Abteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR, Behrendt, vgl. Dok. 3 und Dok. 180.

[10] Zu den geringfügigen Änderungen im Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems (Fassung vom 9. August 1963) vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 27. August 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8453; B 150, Aktenkopien 1963.

[11] Vgl. Dok. 296.

295

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1433/63 geheim **12. August 1963**

Betr.: Moskauer Vertrag[1]

Als Ergebnis der mit Außenminister Rusk am 10. August 1963 geführten Gespräche[2] ist folgendes festzuhalten:

1) Die USA stehen auf dem Standpunkt, daß zwischen ihnen und der SBZ keine Vertragsbeziehungen entstehen.

2) Die SBZ wird im Verhältnis zu den USA nicht Vertragspartei.

3) Sie übernimmt vielmehr lediglich die einseitige Verpflichtung, die Bestimmungen des Vertrages zu befolgen.

4) Sie hat kein Recht auf Teilnahme an den im Vertrag vorgesehenen Verfahren.

5) Die Vereinigten Staaten werden die Notifizierung der Sowjetunion über eine Beitrittserklärung der SBZ nicht entgegennehmen, sondern zurücksenden mit der Begründung, daß sie weder die SBZ als Staat noch das Regime der SBZ als Regierung anerkennen.

6) Die Vereinigten Staaten werden von dieser ihrer Auffassung alle Regierungen, die die SBZ nicht anerkennen, unterrichten.[3]

Hiermit dem Herrn Minister[4] vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436

[1] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[2] Vgl. Dok. 291 und Dok. 292.
Mit Runderlaß vom 10. August 1963 faßte Staatssekretär Carstens das Ergebnis des Besuchs des amerikanischen Außenministers zusammen: „Rusk hat zum Teststopp-Abkommen hier eindeutig erklärt, daß die USA die SBZ nicht als Vertragspartei im Verhältnis zu Staaten, die die SBZ nicht anerkennen, ansehen werden. USA werden Notifizierung der Sowjetunion über Beitrittserklärung der SBZ mit Bemerkung zurückweisen, sie erkennten SBZ nicht als Staat und Pankower Regime nicht als Regierung an. Vorstehende Erklärungen befriedigen uns. Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen daher nunmehr vorbehaltlich Entscheidungen des Kabinetts und des Bundestags als sicher anzusehen." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Zur amerikanischen Rechtsauffassung hinsichtlich der Teilnahme der DDR am Teststopp-Abkommen vgl. bereits Dok. 292.

[4] Hat Bundesminister Schröder am 12. August 1963 vorgelegen.

296

Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems

St.S. 1453/63 geheim **13. August 1963**[1]

Betr.: Initiative der Bundesregierung in der Deutschland-Frage[2]

1) Am 14. Mai 1959 hat der damalige amerikanische Außenminister Herter auf der Genfer Außenministerkonferenz einen westlichen Friedensplan vorgelegt, der die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier gesamtdeutscher Wahlen in vier Stufen verbunden mit Maßnahmen im Bereich der europäischen Sicherheit und der allgemeinen Abrüstung vorsah.[3]

Dieser Vorschlag wurde von den Sowjets zurückgewiesen.[4] Er ist zwischen den vier Außenministern in Genf niemals ausführlich diskutiert worden.

2) Seit September 1961 befaßt sich die Botschaftergruppe in Washington[5] mit dem Projekt eines vereinfachten westlichen Friedensplans. Der Zweck dieses Projekts ist es, den Genfer Plan, der nach wie vor als eine brauchbare Grundlage für eine west-östliche Erörterung des Deutschland-Problems angesehen wird, der Öffentlichkeit gegenüber leichter verständlich zu machen und ihn in einigen Punkten der inzwischen eingetretenen Entwicklung anzupassen.

3) In den Beratungen der Botschaftergruppe ist über wesentliche Teile des neuen Projekts Einigung erzielt worden.[6] Es unterscheidet sich von dem Plan von 1959 vor allem dadurch, daß es stark vereinfacht und verkürzt ist.

Anstatt detaillierte Maßnahmen im Bereich der europäischen Sicherheit und der Abrüstung vorzuschlagen, sieht das Projekt lediglich vor, daß zusammen mit Maßnahmen zur Wiedervereinigung Deutschlands Vorkehrungen zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit und des Schutzes gegen Überraschungsangriffe getroffen werden sollen. Als solche Vorkehrungen werden u. a. genannt:

die friedliche Regelung von Streitigkeiten,
der Verzicht auf Gewaltanwendung,

[1] Hat Bundesminister Schröder am 16. August 1963 vorgelegen.
Der Vorschlag wurde am 13. August 1963 sowohl den Kabinettsmitgliedern als auch dem Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, und dem Chef des Bundespräsidialamtes, Herwarth von Bittenfeld, zur Vorbereitung der Kabinettssitzung vom 16. August 1963 zugesandt. Für die Begleitschreiben vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1963.
Am 16. August 1963 kam es jedoch nicht zu der vorgesehenen Beratung im Bundeskabinett. Vgl. dazu Dok. 302.

[2] Zur Entwicklung des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems vgl. Dok. 294.

[3] Für den englischen und deutschen Wortlaut des Herter-Plans von 1959 vgl. DzD IV/2, S. 74–82.

[4] Zur Ablehnung des Herter-Plans durch den sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. Dok. 165, Anm. 5.

[5] Zur Washingtoner Vierergruppe vgl. Dok. 101, Anm. 4.

[6] Zum revidierten Friedensplan von 1961 vgl. Dok. 69, Anm. 2.

die Versagung militärischen oder wirtschaftlichen Beistandes an jeden etwaigen Angreifer.

Die Weglassung der detaillierten Sicherheitsvorschläge des Planes von 1959 (darunter Vorschläge über Zonen mit militärischem Sonderstatus[7]), die von Anfang an erheblichen deutschen Bedenken begegnet waren, stellt von unserem Standpunkt zugleich eine wesentliche Verbesserung dar.

4) Ferner unterscheidet sich das neue Projekt von dem Friedensplan von 1959 in folgendem Punkt:

Der Plan von 1959 hatte vorgesehen, daß ein gemischter Ausschuß, bestehend aus 25 Mitgliedern aus der Bundesrepublik Deutschland und 10 Mitgliedern aus der SBZ, gebildet werden sollte. Der Ausschuß sollte mit Mehrheit von drei Vierteln seiner Stimmen beschließen. Er sollte Vorschläge für technische Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands, die Freizügigkeit von Personen, Ideen und Veröffentlichungen, für die Sicherstellung der Menschenrechte und für einen Gesetzentwurf zur Abhaltung freier und geheimer Wahlen in ganz Deutschland formulieren.[8]

An Stelle dieses gemischten Ausschusses, der einen quasi-parlamentarischen Charakter haben sollte, sieht das neue Projekt die Bildung von drei gemischten Kommissionen vor, die aus Beamten zusammengesetzt sein sollen, welche von der Bundesregierung und von den Behörden der sog. DDR zu benennen wären.[9] Die Kommissionen sollen zuständig sein
a) für die Herbeiführung und Gewährleistung der Freizügigkeit von Personen und des freien Austausches von Gedanken und Veröffentlichungen zwischen beiden Teilen Deutschlands (einschließlich Berlins),
b) für die Steigerung des Wirtschaftsaustausches zwischen beiden Teilen Deutschlands (einschließlich Berlins) und
c) für die Vorbereitung eines Gesetzentwurfs zur Abhaltung allgemeiner freier und geheimer Wahlen unter unabhängiger Überwachung in ganz Deutschland.

5) Keine Einigung konnte bisher in der Vier-Mächte-Arbeitsgruppe in Washington über die Frage erzielt werden, was geschehen soll, wenn sich die gemischte Kommission nicht über die Verabschiedung eines Wahlgesetzes einigt. Für diesen Fall schlägt die Bundesregierung die Abhaltung eines Volksentscheids in beiden Teilen Deutschlands über die beiden in der Kommission vorgeschlagenen Wahlgesetzentwürfe vor. In jedem Falle sollen nach dem Vorschlag der Bundesregierung die Wahlen innerhalb von 30 Monaten

[7] Für den Wortlaut der Punkte 15 und 16 des Herter Plans von 1959 vgl. DzD IV/2, S. 80.

[8] Für den Wortlaut der Punkte 6 bis 9 des Herter-Plans von 1959 vgl. DzD IV/2, S. 79.

[9] Zur Einrichtung paritätisch besetzter Kommissionen stellte der Leiter des „Büro Staatssekretär", von Schmidt-Pauli, am 14. August 1963 fest: „M[eines] E[rachtens] können wir diese Kommissionen nicht in dem Augenblick vorschlagen, in dem wir uns erbittert gegen eine Aufwertung der SBZ durch ihren Beitritt zum Teststopp-Abkommen wehren. Die Öffentlichkeit würde hierin eine widersprüchliche Haltung zum Kernpunkt unserer Politik sehen und sich nicht mit dem Hinweis begnügen, es handele sich bei den Kommissionen um Gremien technischer Berater." Schmidt-Pauli schlug eine Neufassung vor, in dem keine paritätisch besetzten Kommissionen vorgesehen waren. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1963.

nach Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen den drei Westmächten und der Sowjetunion stattfinden.

Die Amerikaner und Engländer haben sich in der Botschaftergruppe in Washington bisher gegen eine so weitgehende Festlegung ausgesprochen. Sie schlagen vielmehr vor, die Frage, was zu geschehen hat, wenn die Wahlgesetzkommission sich nicht einigt, einer weiteren Erörterung zwischen den drei Mächten und der Sowjetunion zu überlassen.

6) Der in der Anlage vorgelegte Entwurf berücksichtigt in der Frage des Wahlgesetzes und der Wahl zu einer gesamtdeutschen Versammlung den bisherigen Standpunkt der Bundesregierung. Er erscheint auch im übrigen vom deutschen Standpunkt aus akzeptabel. Zwar enthält er eine Reihe von Vorschlägen, die auf den ersten Blick Bedenken erregen könnten. Insbesondere will er den Sicherheitsbelangen der osteuropäischen Völker Rechnung tragen. Er sieht auch vor, daß ein Friedensvertrag mit dem wiedervereinigten Deutschland gegebenenfalls Einschränkungen der vollen Entscheidungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung mit sich bringen könnte. Auch die Bestimmung über die Vorkehrungen zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit (Ziffer 14) könnte als Grundlage für bedenkliche sowjetische Vorschläge dienen.

7) Ein deutscher Vorschlag jedoch, der nicht wenigstens insoweit auf die von der Sowjetunion seit Jahren vorgebrachten und auch nach der Meinung unserer westlichen Bundesgenossen zu einem Teil berechtigten Besorgnisse eingeht, erscheint von vornherein völlig unrealisierbar. Ein solcher Vorschlag würde daher Gefahr laufen, schon von den Westmächten abgelehnt zu werden. Die Westmächte würden darauf hinweisen, daß ein Vorschlag für die Wiedervereinigung Deutschlands, der dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis nicht wenigstens in gewissen Grenzen Rechnung trägt, keine brauchbare Grundlage für die Aufnahme eines Gesprächs mit der Sowjetunion bildet.

8) Nach Auffassung des Auswärtigen Amts sollte der beigefügte Vorschlag wie folgt weiter behandelt werden:
a) Er sollte erneut in der Botschaftergruppe in Washington mit dem Ziel behandelt werden, ein Einvernehmen über b) und c) herbeizuführen.[10]
b) Der Plan sollte sodann von der Bundesregierung als ein von ihr den Westmächten unterbreiteter Vorschlag veröffentlicht werden.[11]
c) Die Westmächte sollten erklären, daß sie die Initiative der Bundesregierung begrüßten und daß sie den vorgelegten Entwurf zusammen mit der Bundesregierung sorgfältig prüfen[12] und insbesondere auch mit der Bundesregierung gemeinsam darüber beraten würden, in welchem Zeitpunkt er der So-

[10] Am 19. August 1963 berichtete Botschafter Knappstein, Washington, daß die Washingtoner Vierergruppe unter Vorsitz des Sonderbotschafters Thompson am 20. August 1963 zusammentreten werde, um den Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems zu erörtern. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8453; B 150, Aktenkopien 1963.

[11] Zu einer Veröffentlichung des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems kam es nicht. Vgl. dazu weiter Dok. 319 und Dok. 321.

[12] Zur amerikanischen Reaktion auf den Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems (Fassung vom 9. August 1963) vgl. bereits Dok. 291. Zur britischen Einstellung vgl. Dok. 297 und Dok. 299.

wjetunion zur Aufnahme von Verhandlungen über das Deutschland-Problem unterbreitet werden sollte.[13]

[Anlage]

Vorschlag zur Lösung wesentlicher Deutschland und die europäische Sicherheit betreffender Fragen

1) Die Westmächte sind der Auffassung, daß die Probleme Europas nur schrittweise gelöst werden können. Sie schlagen daher den nachfolgenden Plan vor, der Maßnahmen zur Lösung der deutschen Frage und Sicherheitsvorkehrungen in Europa und zur Wahrung des Friedens in der Welt miteinander verbindet. Dieser Plan trägt dem natürlichen Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung Rechnung und berücksichtigt gleichzeitig die Sicherheitsbelange der osteuropäischen Länder.

Dementsprechend schlagen die Westmächte der Regierung der UdSSR ein Übereinkommen zwischen den Vier Regierungen vor, das die nachfolgend umrissenen Maßnahmen umfaßt. Die vorgesehenen Maßnahmen greifen eng ineinander über, so daß die gegenwärtigen Vorschläge als ein untrennbares Ganzes anzusehen sind.[14]

A. Viermächte-Kommission

2) Die Vier Mächte, die von der dringlichen Notwendigkeit einer Regelung des Berlin- und Wiedervereinigungsproblems überzeugt sind, würden zum Zwecke der Konsultation zwischen den Parteien eine Viermächte-Kommission bilden mit der Aufgabe, die Durchführung des Übereinkommens zu überwachen, alle vor Abschluß eines Friedensvertrags mit einem wiedervereinigten Deutschland gegebenenfalls entstehenden Streitfälle zu regeln, sowie die nachfolgend vorgesehenen europäischen Sicherheitsvorkehrungen zu prüfen. Der Kommission würden deutsche Berater beigegeben werden.[15]

B. Berlin

3) Über Berlin würden die Vier Mächte folgendes vereinbaren:

a) Berlin ist eine einheitliche, ungeteilte Stadt und gehört zu Gesamtdeutschland;

b) als einen ersten Schritt in Richtung auf die Wiedervereinigung werden sie einen bis zur Wiedervereinigung geltenden Status für Großberlin aushandeln, der Freiheit und Selbstverwaltung für diese Stadt, volle Freizügigkeit innerhalb dieser Stadt, freien Zugang von und nach dieser Stadt, sowie die Anwe-

[13] Zur Diskussion über die Weiterleitung des Vorschlags an die UdSSR vgl. bereits Dok. 293.

[14] Die einleitenden Formulierungen stimmten wörtlich mit denen des revidierten Friedensplans von 1961 überein. Für den Wortlaut vgl. Abteilung 7 (AB-700), VS-Bd. 38; B 150, Aktenkopien 1961. Für die einleitenden Bemerkungen des Herter-Plans von 1959 vgl. DzD IV/2, S. 78.

[15] Dieser Abschnitt entsprach inhaltlich dem entsprechenden Passus des revidierten Friedensplans von 1961.
Im Herter-Plan von 1959 war keine Vier-Mächte-Kommission vorgesehen. Zu den dort festgelegten Aufgaben der Vier Mächte im Prozeß der Wiedervereinigung vgl. DzD IV/2, S. 78 f.

senheit der für den Schutz dieser Stadt erforderlichen und von ihren Einwohnern gewünschten auswärtigen Streitkräfte vorsieht.[16]

C. Gesamtdeutsche Angelegenheiten

4) Unter Berücksichtigung der verwickelten Probleme, die eine Regelung der deutschen Frage in sich birgt, würden die Vier Mächte vereinbaren, während einer Übergangsperiode bis zur Wiedervereinigung vorbereitende Maßnahmen zu treffen. Die Bundesrepublik Deutschland und das Regime der sogenannten DDR würden drei gemischte Fachkommissionen einsetzen. Diese Kommissionen hätten die Aufgabe, die in Absatz 6 aufgeführten Angelegenheiten zu bearbeiten.

5) Die Gemischten Kommissionen würden sich aus Beamten zusammensetzen, die von der Bundesregierung und den Behörden der sogenannten DDR zu benennen wären.

6) Folgende Gemischte Fachkommissionen würden ins Leben gerufen:

a) Eine Kommission zur Herbeiführung und Gewährleistung der Freizügigkeit aller Personen und der Freiheit des Austausches von Gedanken und Veröffentlichungen zwischen beiden Teilen Deutschlands (einschließlich Berlins) sowie zur Koordinierung und Erweiterung technischer Kontakte zwischen denselben (einschließlich Berlins);
b) eine Kommission zur Steigerung eines wechselseitig nutzbringenden wirtschaftlichen Austauschs zwischen den beiden Teilen Deutschlands (einschließlich Berlins) und
c) eine Kommission zur Vorbereitung eines Gesetzentwurfs zur Abhaltung allgemeiner, freier und geheimer Wahlen unter unabhängiger Überwachung.[17]

7) Falls in der Wahlgesetz-Kommission Einigung erzielt wird, so wären gemäß diesem von den Vier Mächten und durch gesamtdeutschen Volksentscheid gebilligten Wahlgesetz Wahlen zur Bildung einer gesamtdeutschen Versammlung abzuhalten. Der Volksentscheid und die Wahlen wären durch Vertreter entweder a) der Vereinten Nationen sowie der Bundesrepublik Deutschland und der Behörden der sogenannten DDR oder b) der Vier Mächte sowie der Bundesrepublik Deutschland und der Behörden der sogenannten DDR zu überwachen.[18]

[16] Im revidierten Friedensplan von 1961 lautete der sich auf Berlin beziehende Abschnitt D:
„a) Berlin ist eine einzige Stadt und gehört zu Gesamtdeutschland; b) für Großberlin werden sie [i. e. die Vier Mächte] einen bis zur Wiedervereinigung geltenden Status aushandeln, der Freiheit und Selbstverwaltung für diese Stadt, freien Zugang von und nach dieser Stadt, sowie die Anwesenheit der für den Schutz dieser Stadt erforderlichen und von ihren Einwohnern gewünschten auswärtigen Streitkräfte vorsieht; c) die vier Mächte werden gleichzeitig über einen neuen Status für Berlin sowie über die in diesem Friedensplan an anderer Stelle gemachten Vorschläge zur Sicherheit Deutschlands und Europas verhandeln."
Für den Wortlaut der im Herter-Plan von 1959 für Berlin vorgesehenen Regelungen vgl. DzD IV/2, S. 78f.

[17] Die Punkte a) bis c) entsprachen inhaltlich den Ziffern 5a)–c) des revidierten Friedensplans von 1961. Dort fehlte allerdings in den Punkten a) und b) der ausdrückliche Hinweis auf Berlin.

[18] Im revidierten Friedensplan von 1961 lautete der entsprechende Passus (Ziffer 6): „Falls in der Wahlgesetz-Kommission (einer Kommission zur Vorbereitung eines Gesetzentwurfs zur Abhaltung allgemeiner freier und geheimer Wahlen unter unabhängiger Überwachung) innerhalb eines Zeitraums von dreißig Monaten Einigung erzielt wird, so wären gemäß diesem von den Vier

8) Die Versammlung würde eine gesamtdeutsche Verfassung zur Errichtung und Sicherung eines demokratischen föderativen Systems ausarbeiten.[19]

9) Gemäß dieser Verfassung würde eine gesamtdeutsche Regierung gebildet, die an die Stelle der Regierungen der Bundesrepublik und der sogenannten DDR träte. Sie hätte
a) volle Entscheidungsfreiheit in inneren und auswärtigen Angelegenheiten, vorbehaltlich der laut Absatz 13 beibehaltenen Rechte der Vier Mächte und später aller gegebenenfalls in einem Friedensvertrag enthaltenen Einschränkungen; und
b) die Verantwortung für die Aushandlung eines gesamtdeutschen Friedensvertrags.[20]

10) Hat die in Absatz c) der Ziffer 6 erwähnte Kommission innerhalb eines Jahres keinen Gesetzentwurf zur Abhaltung für allgemeine, freie und geheime Wahlen vorbereitet, so formuliert die Mitgliedergruppe aus der Bundesrepublik einerseits und die Mitgliedergruppe aus der sogenannten DDR andererseits je einen Gesetzentwurf. Diese beiden Gesetzentwürfe werden sodann als Alternativen einem freien Volksentscheid unter internationaler Kontrolle unterbreitet. Entfällt auf einen Vorschlag für ein Wahlgesetz die Mehrheit der gültigen Stimmen in jedem der beiden Teile Deutschlands, so gilt er unmittelbar im gesamten Abstimmungsgebiet.

11) Die Wahlen zu einer gesamtdeutschen Versammlung würden in beiden Teilen Deutschlands binnen 30 Monaten nach Unterzeichnung der Vereinbarung stattfinden.

12) Sollten mit oder vor Ablauf dieser Frist von 30 Monaten gesamtdeutsche Wahlen nicht stattgefunden haben, so würden die Vier Mächte über die weitere Verwendung der Kommissionen bestimmen und die Möglichkeiten einer Regelung des Wiedervereinigungsproblems und der hiermit verbundenen Probleme erneut prüfen.[21]

Fortsetzung Fußnote von Seite 994

Mächten und durch gesamtdeutschen Volksentscheid gebilligten Wahlgesetz Wahlen zur Bildung einer gesamtdeutschen Versammlung abzuhalten. Die Wahlen wären durch Vertreter entweder a) der Vereinten Nationen sowie der Bundesrepublik Deutschland und der ostdeutschen Behörden, oder b) der Vier Mächte sowie der Bundesrepublik Deutschland und der ostdeutschen Behörden zu überwachen."
Für die diesbezüglichen Bestimmungen des Herter-Plans von 1959 vgl. DzD IV/2, S. 79 f.

19 Dieser Abschnitt stimmte wörtlich mit dem entsprechenden Passus (Ziffer 7) des revidierten Friedensplans von 1961 überein.
Für die diesbezüglichen Bestimmungen des Herter-Plans von 1959 vgl. DzD IV/2, S. 81.

20 Dieser Abschnitt entsprach inhaltlich dem revidierten Friedensplan von 1961 (Ziffer 8).
Für die diesbezüglichen Bestimmungen des Herter-Plans von 1959 vgl. DzD IV/2, S. 81.

21 Der revidierte Friedensplan von 1961 sah keine Regelung für den Fall vor, daß in der Wahlkommission keine Einigung über das Wahlgesetz erzielt werden konnte.
Den Punkten 10 bis 12 des Vorschlags des Auswärtigen Amts von 1963 entsprach die folgende Bestimmung (Ziffer 9) des revidierten Friedensplans von 1961: „Sollte vor Ablauf der mit dem Tage der Unterzeichnung dieses Übereinkommens beginnenden Frist von dreißig Monaten eine Einigung über gesamtdeutsche Wahlen nicht erzielt worden sein, so würden die Vier Mächte über die weitere Verwendung der Kommissionen bestimmen."
Für die diesbezüglichen Bestimmungen des Herter-Plans von 1959 vgl. DzD IV/2, S. 79 f.

13) Die Vier Mächte würden bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung nur diejenigen ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten beibehalten, die sich auf Berlin und Gesamtdeutschland, einschließlich der Wiedervereinigung und einer Friedensregelung sowie auf die Anwesenheit von Streitkräften in Deutschland und auf die Wahrung ihrer Sicherheit beziehen.[22]

D. Europäische Sicherheit

14) Die in der Viermächte-Kommission vertretenen Vier Mächte würden Vorkehrungen zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit und des Schutzes gegen Überraschungsangriffe in Europa treffen. Außer den gleich zu Beginn zu unternehmenden (im folgenden Absatz erwähnten) Schritten würden diese Vorkehrungen, gleichlaufend mit den Fortschritten in der Wiedervereinigung Deutschlands, wirksam werden.

Zu den gleich zu Beginn zu unternehmenden Schritten würden Übereinkommen gehören, in denen die Parteien dazu verpflichtet werden, Streitigkeiten untereinander mit friedlichen Mitteln beizulegen, sich aller mit der Charter der Vereinten Nationen unvereinbaren Gewaltanwendung zu enthalten, sowie jedem Angreifer ihren militärischen oder wirtschaftlichen Beistand zu versagen.

15) Die Viermächte-Kommission würde bestrebt sein, bei der Formulierung bestimmter Sicherheitsvorkehrungen mit anderen interessierten Staaten zusammenzuarbeiten. Sie würde mit Abrüstungsverhandlungen an anderen Stellen Verbindung halten und versuchen, alle Übereinkommen sowohl hinsichtlich ihrer Art als auch ihrer Zeitpläne zu koordinieren.

16) Die einschlägigen Bestimmungen des westlichen Friedensplans vom 14. Mai 1959 wären u. a. von der Viermächte-Kommission zu prüfen.[23]

Ministerbüro, VS-Bd. 8453

[22] Dieser Abschnitt entsprach inhaltlich dem entsprechenden Passus (Ziffer 10) des revidierten Friedensplans von 1961.
Für die diesbezüglichen Bestimmungen des Herter-Plans von 1959 vgl. DzD IV/2, S. 81.

[23] Dieser Abschnitt stimmte wörtlich mit dem entsprechenden Passus (Abschnitt C) des revidierten Friedensplans von 1961 überein.
Der Herter-Plan von 1959 enthielt sehr umfangreiche und detaillierte sicherheitspolitische Bestimmungen. Die einzelnen Schritte ihrer Umsetzung korrespondierten mit den Stufen, in denen sich die deutsche Wiedervereinigung vollziehen sollte. Für den Wortlaut vgl. DzD IV/2, S. 79–82.
Zur Reaktion des Bundeskanzlers Adenauer auf den Abschnitt „Europäische Sicherheit" vgl. weiter Dok. 321 und Dok. 322.

297

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1452/63 geheim **13. August 1963**[1]

Betr.: Mein heutiges Gespräch mit den drei westlichen Botschaftern (McGhee, Roberts und de Courson)

Aus dem Gespräch, das während eines von mir gegebenen Frühstücks stattfand, halte ich folgendes fest:

1) Lietzenburgerstraße 11[2]

Sowohl Amerikaner wie Franzosen waren der Meinung, daß die drei westlichen Stadtkommandanten[3] der sowjetischen Seite mitteilen sollten, sie seien für die Erteilung zum Ausbau des Hauses zuständig.

Wenn dann die sowjetische Seite einen Antrag stellt, soll auf den Antrag nicht geantwortet werden.

Der britische Botschafter zögerte, sich dieser Auffassung, die auch von mir als die richtige unterstützt wurde, anzuschließen, versprach aber, seine Regierung zu unterrichten.

2) Kontakte zwischen dem Berliner Senat und den Stellvertretern der drei Stadtkommandanten

Alle drei Herren äußerten Bedenken dagegen, daß Herr Kempff an diesen Kontakten unmittelbar beteiligt werden sollte.[4] Die Herren Roberts und McGhee erweckten den Eindruck, als ob der Senat ihnen gegenüber Bedenken geäußert hätte und sie nur aus diesem Grunde zögerten. Herr de Courson sagte rundheraus, daß der Quai d'Orsay gegen eine Beteiligung von Herrn Kempff sei, um den besonderen Status Westberlins nicht zu verwischen.

Ich antwortete, mir gegenüber habe Senator Schütz den Gedanken begrüßt[5], wenn aber die Westmächte Bedenken hätten, könnte der Gedanke nicht ver-

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Das Haus Lietzenburgerstraße 11 im britischen Sektor von Berlin (West) befand sich in sowjetischem Eigentum. Im Mai 1963 hatte die UdSSR beim Bezirksamt Charlottenburg einen Umbauantrag für das Gebäude eingereicht, der auf Vorschlag des Auswärtigen Amts zurückgewiesen wurde. Auf diese Weise wurde die sowjetische Regierung veranlaßt, sich an die britische Stadtkommandantur zu wenden und somit der Viermächte-Verantwortung für Berlin Rechnung zu tragen. Die britische Stadtkommandantur war zunächst dem Antrag gegenüber wohlwollend eingestellt, überprüfte dann jedoch ihre Haltung, nachdem die amerikanische und die französische Regierung die Befürchtung vorgetragen hatten, in Berlin (West) würde ein sowjetisches „Zentrum" entstehen. Die britische Regierung kam zu der Entscheidung, die Genehmigung für den Umbau des Gebäudes in die Entscheidung des Berliner Senats zu stellen. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 12. August 1963; Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 47; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] James Hilliard Polk (USA), David Yates (Großbritannien) und Pierre Toulouse (Frankreich).

[4] Zum Vorschlag, einen Vertreter des Auswärtigen Amts an den Kontakten zwischen Berliner Senat und Alliierter Kommandantur teilnehmen zu lassen, vgl. Dok. 227.

[5] Vgl. dazu Dok. 227.

wirklicht werden. Ich wies auf die Gefahr hin, die sich in der Vergangenheit oft ergeben habe, daß im Anschluß an derartige Gespräche der Berliner Senat einerseits und die drei westlichen Botschafter andererseits uns ganz unterschiedliche Darstellungen über die angebliche Haltung des Berliner Senats gäben. Schließlich bat ich, die Stellvertreter der drei Stadtkommandanten möchten Herrn Kempff im Anschluß an jede derartige Zusammenkunft genauestens unterrichten, ebenso wie ich Herrn Kempff bitten würde, sich seitens des Senats unterrichten zu lassen.

Alle drei Herren betonten, daß die Zusammenarbeit zwischen ihren Vertretern und Herrn Kempff ausgezeichnet sei.

Ich bitte, Herrn Kempff in vorstehendem Sinn zu instruieren.

3) Westlicher Friedensplan[6]

Ich erläuterte unsere Position dahingehend, daß wir im Kabinett vorschlagen würden[7], unseren den drei Westmächten bereits übergebenen Entwurf nunmehr in der Botschaftergruppe[8] zu diskutieren. Das Ziel dieser Konsultation sollte sein:

Veröffentlichung des Papiers durch die Bundesregierung[9]; wohlwollende Stellungnahme der drei Westmächte dazu, wobei die Westmächte den Zeitpunkt offen lassen könnten, zu dem diese Vorschläge den Sowjets unterbreitet werden sollten.

McGhee und Roberts wiederholten die bereits von Thompson vorgetragenen Einwendungen[10] (man zwänge die Russen, ihren Friedensvertragsentwurf[11] wieder auf den Tisch zu legen; vielleicht würde sich auch ihre Haltung in Berlin versteifen). Ich verwies auf die Notwendigkeit, der deutschen öffentlichen Meinung gegenüber deutlich zu machen, daß wir uns mit der Teilung Deutschlands nicht abfänden, sondern immer wieder nach Möglichkeiten suchten, das Gespräch über die Wiedervereinigung unseres Landes in Gang zu bringen.

Herr de Courson hielt sich zurück.

[6] Für den Wortlaut des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems (Fassung vom 13. August 1963) vgl. Dok. 296.

[7] Zur vorgesehenen Beratung im Kabinett kam es nicht. Vgl. dazu Dok. 313 und Dok. 321.

[8] Zur Washingtoner Vierergruppe vgl. Dok. 101, Anm. 4.

[9] Zu einer Veröffentlichung des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems kam es nicht. Vgl. dazu Dok. 319 und Dok. 321.

[10] Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 13. August 1963 über das Gespräch mit Sonderbotschafter Thompson vom 10. August 1963; Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 47.

[11] Zum sowjetischen Vorschlag eines Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten vgl. Dok. 116, Anm. 8.

4) Unsere nächste Zusammenkunft soll auf französische Einladung um den 25. September 1963 herum stattfinden.[12]

Hiermit Herrn D II[13] zur weiteren Veranlassung.

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

298

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer

II 1-84.25/488/63 geheim **13. August 1963**

Betr.: Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem Abkommen über den Kernwaffenversuchsstopp[1];
hier: Einbeziehung Berlins

1) Im Falle eines Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zu dem Abkommen über die begrenzte Einstellung der Kernwaffenversuche stellt sich die Frage, ob und wie Berlin in den Geltungsbereich des Abkommens einbezogen werden kann. Formal haben die Alliierten zwar die Möglichkeit, ihr besatzungsrechtliches Vorbehaltsrecht (gemäß Erklärung vom 5. Mai 1955[2]) geltend zu machen, da ein Vorbehaltsgebiet (Verteidigung) berührt wird.

2) Diese Bedenken sollten jedoch in dem vorliegenden Fall zurückgestellt werden. Die beiden Westmächte haben großes Interesse gezeigt, daß auch die Sowjetische Besatzungszone dem Abkommen beitreten kann. Unter diesen Umständen dürfte es nicht in Frage kommen, daß sie dazu beitragen, Berlin aus dem Geltungsbereich des Abkommens auszuschließen.

3) Im übrigen wünscht auch die Sowjetunion, daß das Abkommen in allen Teilen Deutschlands angewandt wird. Es wird ihr infolgedessen schwerfallen, einen etwaigen Protest gegen die Einbeziehung Berlins durch die Bundesrepublik Deutschland vor der Weltöffentlichkeit glaubhaft zu machen.

4) Eine ausdrückliche Einbeziehung Berlins würde uns die Möglichkeit geben, unseren Anspruch auf die Vertretung Berlins nach außen auch in diesem Fall zu demonstrieren. Die Sowjets kämen in eine für sie unangenehme Lage:
– entweder sie protestieren (und treten damit für eine Nichtanwendung des Abkommens in Berlin ein)
– oder sie verzichten auf den Protest und schaffen damit einen für uns günsti-

[12] Staatssekretär Carstens kam am 23. September 1963 erneut mit den Botschaftern der drei Westmächte zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Carstens vom 23. September 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425.

[13] Ministerialdirektor Krapf.

[1] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[2] Für den Wortlaut des Besatzungsstatuts für Berlin (Fassung vom 5. Mai 1955) vgl. DzD III/1, S. 6–9.

gen Präzedenzfall, auf den wir uns bei der Einbeziehung Berlins in andere internationale Verträge berufen können.

Aus dem Beitritt der Zone zu dem Abkommen[3] haben sich für uns politische Nachteile ergeben. Diesen Nachteilen würde im Falle einer Erstreckung des Geltungsbereichs des Abkommens auf Berlin der Vorteil gegenüberstehen, daß wir gerade aus Anlaß dieses Abkommens unsere Einstellung in der Berlin-Frage erneut bekanntgeben könnten.

5) Abteilung II schlägt daher eine Einbeziehung Berlins in das Abkommen vor. Diese könnte durch Erklärung der Bundesregierung erfolgen. Aus politischen Gründen wäre jedoch zu erwägen, die Erklärung erst nach Abschluß des Beitrittsverfahrens – in Abweichung von dem üblichen Verfahren – abzugeben, damit die Sowjets keine Handhabe haben, uns bei Unterzeichnung oder Hinterlegung unserer Ratifikationsurkunde in Moskau Hindernisse in den Weg zu legen. Unsere Berlin-Aktion sollte jedenfalls nicht unsere Bemühungen beeinträchtigen – im Unterschied zur Zone –, in allen drei Hauptstädten zu unterzeichnen und zu hinterlegen.[4]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[5] mit der Bitte um Billigung des vorgeschlagenen Verfahrens vorgelegt.

Reinkemeyer

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 49

299

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Lord Home in London

Z A 5-92.A/63 geheim **14. August 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen führte am 14. August 1963 um 15.30 Uhr in Begleitung von Herrn Botschafter von Etzdorf und Herrn Ministerialdirigenten Dr. Reinkemeyer im Foreign Office in London ein Gespräch mit Lord Home, Mr. Heath und anderen Herren des Foreign Office.

[3] Zum Beitritt der DDR zum Teststopp-Abkommen am 8. August 1963 vgl. DzD IV/9, S. 612.

[4] Für eine Stellungnahme der Rechtsabteilung vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften vom 19. August 1963; Abteilung V (V 1), VS-Bd. 208; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963 vgl. weiter Dok. 323.

[5] Hat Staatssekretär Carstens am 14. August 1963 vorgelegen, der vor einer Weiterleitung an Bundesminister Schröder die Rechtsabteilung um Mitzeichnung bat.
Hat Ministerialdirektor von Haeften am 14. August 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Es bestehen erhebliche Bedenken."

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 20. August 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 27. August 1963 vorgelegen.

Lord Home sagte nach der Begrüßung, er gehe davon aus, daß die deutsche Seite Wert darauf lege, von der englischen Regierung einige Erklärungen zu erhalten, die denen des amerikanischen Außenministers[2] ähnlich seien. Er schlage vor, die Antworten auf die deutschen Fragen in das gemeinsame Kommuniqué[3] aufzunehmen.

Der Herr *Bundesminister* bedankte sich zunächst für die Einladung und begrüßte die Möglichkeit, einen freimütigen Gedankenaustausch in London zu führen. Er sei damit einverstanden, wenn die erwünschten britischen Erklärungen in das Kommuniqué aufgenommen würden.

Nach einer ersten Prüfung des Kommuniqués wies der Herr Bundesminister darauf hin, daß die Amerikaner in ihrer Erklärung vor dem Senat gesagt hätten, sie seien auch nicht bereit, die örtlichen Behörden der SBZ als Regierung anzuerkennen.[4] Er wäre dankbar, wenn ein ähnlicher Passus in das Kommuniqué aufgenommen werden könne, da sonst ein Vergleich der britischen und der amerikanischen Erklärung bei verschiedenen Leuten Anlaß zu der Vermutung geben könnte, daß Differenzen zwischen den Auffassungen der beiden Regierungen bestünden.[5]

Lord Home sagte, er müsse sich darüber erst mit seinen Rechtsberatern konsultieren.

Der Herr *Bundesminister* fragte sodann, wie die britische Regierung eine etwaige Notifizierung seitens der Sowjetunion über den Beitritt der SBZ behandeln wolle.

Lord Home sagte, man stehe wegen dieser Frage mit den Amerikanern in Konsultation, und man beabsichtige, den Sowjets zu sagen, was die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich angehe, so erkennten beiden Staaten das Regime der Ostzone nicht an und seien deswegen auch nicht in der Lage, eine Notifizierung über die Unterzeichnung des Abkommens[6] durch die Zone zu akzeptieren. Die genaue Formulierung sei mit den Amerikanern noch nicht abgesprochen. Im Grunde handle es sich um zwei einfache Überlegungen: Da man die Zone nicht anerkenne, könne man auch eine Notifizierung über ihre Unterschriftsleistung nicht akzeptieren. Die zweite Überlegung sei die, daß die SBZ durch ihre Unterschriftsleistung aber andererseits die Absicht kundgetan habe, die Verpflichtungen des Abkommens einzuhalten.

[2] Dean Rusk.

[3] Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1963, S. 1273.

[4] Der amerikanische Außenminister Rusk führte am 12. August 1963 vor dem Senat aus: „We do not recognize, and we do not intend to recognize, the Soviet occupation zone of East Germany as a state or as an entity possessing national sovereignty, or to recognize the local authorities as a government." Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 308.

[5] Der entsprechende Passus des Kommuniqués lautete: „Er [Lord Home] wies darauf hin, daß die britische Regierung das Recht haben würde, Widerspruch zu erheben, falls die ostdeutschen Behörden versuchen sollten, Rechte auf Grund des Vertrages geltend zu machen, und legte dar, daß die britische Regierung die sowjetische Notifizierung der Unterzeichnung des Vertrages durch das ostdeutsche Regime nicht annehmen werde, mit der Begründung, daß sie die sowjetische Zone weder als Staat noch als Gebilde mit eigener nationaler Souveränität noch die dortigen Behörden als Regierung anerkennt." Vgl. BULLETIN 1963, S. 1273.

[6] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

Der Herr *Bundesminister* sagte, so etwa habe man auch die Unterzeichnung der Genfer Konvention über die Kriegsgefangenen aus dem Jahre 1949 durch die SBZ behandelt.[7]

Er wies sodann darauf hin, daß die Erklärung des amerikanischen Außenministers vor dem Senat Bestandteil der Ratifizierungsdokumente würde. Er erkundigte sich, ob die Möglichkeit bestehe, in Großbritannien etwas Ähnliches vorzusehen. Er wisse, daß im Unterhaus eine Dreiwochenfrist bestehe und daß die Regierung bereits ein Weißbuch vorbereitet habe, das den Text des Versuchsstoppabkommens enthalte. Er frage sich aber nun, ob sich noch zusätzlich Möglichkeiten ergäben, diese Erklärung der britischen Regierung, wie sie nunmehr im Kommuniqué abgegeben werde, auch in anderer Weise festzuhalten.

Lord Home sagte, man könne beispielsweise im Oberhaus eine Frage bestellen. Auf diese Weise würde auch die Antwort in den gedruckten Sitzungsbericht des Oberhauses aufgenommen.

Der Herr *Bundesminister* sagte, es wäre gut, wenn eine solche Erklärung auch im Oberhaus und im Unterhaus abgegeben würde und wegen der rechtlichen Implikationen offiziell ihren Niederschlag finden würde.

Lord Home wies darauf hin, daß in der Thronrede der Königin, die nach dem Wiederzusammentritt des Parlaments gehalten würde, selbstverständlich auch außenpolitische Fragen behandelt würden. Bei dieser Gelegenheit und in der sich anschließenden außenpolitischen Debatte im Unterhaus könnte die Haltung der britischen Regierung selbstverständlich noch einmal dargelegt werden. Dies werde aber nicht vor Ende Oktober sein.[8]

Der Herr *Bundesminister* sagte, es wäre vielleicht ganz gut, wenn gerade Ende Oktober im Unterhaus und im Oberhaus die Angelegenheit noch einmal zur Sprache käme, weil voraussichtlich zu diesem Zeitpunkt auch die Ratifizierungsdebatte in Bonn stattfinden werde.[9]

Er dankte sodann dem britischen Außenminister dafür, daß die britischen Missionen die Regierungen, bei denen sie akkreditiert seien, so schnell und wirkungsvoll unterrichtet hätten. Da das Kommuniqué ausführlicher, als es bisher der Fall gewesen sei, auf die Situation eingehe, wolle er fragen, ob die britischen Missionen die jeweiligen Regierungen auch über den Inhalt des Kommuniqués unterrichten könnten.

Lord Home sagte, selbstverständlich könnten die Regierungen davon in Kenntnis gesetzt werden. Außerdem würde das Kommuniqué ja auch veröffentlicht werden.

[7] Zur Note der Bundesrepublik an die Schweiz vom 28. Mai 1957 vgl. Dok. 284, Anm. 5.

[8] Zur Thronrede der Königin Elisabeth II. vom 12. November 1963 und der sich anschließenden außenpolitischen Debatte im Unterhaus, in der auch das Teststopp-Abkommen zur Sprache kam, vgl. HANSARD, Bd. 684, S. 3–7 und S. 531–533.

[9] Die erste Beratung im Bundestag über das Teststopp-Abkommen fand am 22. Januar 1964 statt. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 4930–4969. Zu den ersten Vorschlägen für ein Ratifizierungsgesetz vgl. weiter Dok. 335, besonders Anm. 2.

Der Herr *Bundesminister* berichtete sodann, daß das Kabinett eine grundsätzliche Entscheidung getroffen habe, dem Vertrag beizutreten unter der Voraussetzung, daß die vom amerikanischen Außenminister in Bonn abgegebenen Erklärungen[10] in dieser Form auch vor dem Senat wiederholt würden und daß eine ähnliche Zusage seitens der Regierung in London erlangt werden könne. Am Freitag vormittag werde das Kabinett den gesamten Fragenkomplex noch einmal eingehend prüfen, und für den Freitagnachmittag sei ein Gespräch mit den außenpolitischen Ausschüssen des Bundestags und des Bundesrats vorgesehen[11], und, wie er höre, wolle der Bundeskanzler selbst daran teilnehmen. Diese Unterrichtung der außenpolitischen Ausschüsse diene nur der Information und habe keinerlei rechtliche Implikationen. Nach dem Beitritt der Bundesrepublik werde den beiden Häusern eine Gesetzesvorlage unterbreitet werden, und mit der Ratifizierungsdebatte dürfe dann für Oktober oder November zu rechnen sein. So stelle sich heute die Situation dar. Die englische Seite sei gewiß daran interessiert zu hören, ob sich für den Vertrag eine Mehrheit finden werde. Eine definitive Voraussage könne natürlich nicht gemacht werden, um so weniger, als sich innerhalb der Regierungsparteien selbst gewisse Meinungsverschiedenheiten ergeben hätten. Er sei aber sicher, daß die von der britischen Regierung eingenommene Haltung sehr nützlich sei.

Lord Home sagte, man könne nie voraussagen, was Parlamente tun würden, doch hoffe er auf einen guten Ausgang. Er fragte sodann, ob etwaige weitere Maßnahmen im Anschluß an das Versuchsstoppabkommen auf diplomatischer Ebene behandelt werden sollten oder in der Öffentlichkeit.

Der Herr *Bundesminister* sagte, dies hänge natürlich davon ab, welche möglichen sichtbaren Veranstaltungen es geben werde. Gegenwärtig werde in Deutschland angenommen, daß sich die Außenminister des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in New York sehen würden und daß sich dabei die Möglichkeit zu Gesprächen ergeben könnte.[12] Üblicherweise stünden diese Begegnungen so sehr im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit, daß man es wohl nicht vermeiden könne, daß in diesem Zusammenhang gewisse Fragen gestellt würden. Man müsse sich aber fragen, welche Probleme überhaupt bis September behandelt werden könnten. Er selbst neige nicht zu der Auffassung, daß bis Oktober oder November sehr viel in Sicht kommen könnte, was möglicherweise die Ratifizierung in Deutschland gefährden würde. Er glaube, daß sich die Mehrheit für die Ratifizierung doch finden lasse, selbst wenn man in anderen Fragen nicht so positiv argumentieren könne wie im Falle des Versuchsstoppabkommens, bei dem man nicht so sehr mit militärischen als vielmehr mit humanitären Aspekten argumentieren werde.

Lord Home gab sodann einen Bericht über seine Gespräche und Eindrücke in Moskau.[13] Er sagte zunächst, daß die Atmosphäre in Moskau sehr entspannt

[10] Vgl. dazu Dok. 292 und Dok. 295, Anm. 2.

[11] Vgl. dazu weiter Dok. 308.

[12] Am 18. September 1963 begann die 18. Generalversammlung der UNO in New York. Zu den Gesprächen der Außenminister Rusk, Gromyko und Lord Home am Rande der Konferenz vgl. Dok. 343, Anm. 6.

[13] Zu den Gesprächen der Außenminister am 5./6. August 1963 in Moskau vgl. Dok. 282.

gewesen sei und man Anzeichen dafür habe, daß die Russen diese Atmosphäre beibehalten wollten. Vor den Besprechungen hätten die Sowjets aufgehört, die amerikanischen und englischen Rundfunksendungen zu stören, wobei er nicht wisse, ob es sich dabei um ein taktisches Manöver oder um eine endgültige Regelung handle. Er selbst habe in seinen Gesprächen mit Chruschtschow über Berlin, die Deutschlandfrage und die Selbstbestimmung sehr offen und freimütig gesprochen, und die Reaktion sei sehr viel weniger heftig als früher gewesen. Das gleiche gelte für Gromyko. Er habe den Eindruck gewonnen, als ob die Russen zugänglicher und vernünftiger geworden seien. Zornausbrüche wie vor zwei oder drei Jahren habe es nicht gegeben. Es sei natürlich sehr schwer zu beantworten, ob es sich dabei nur um eine taktische Überlegung gehandelt habe, oder ob Chruschtschow tatsächlich daran liege, sein Verhältnis zum Westen zu verbessern, sei es wegen der Schwierigkeiten mit China[14], sei es wegen der Erfahrungen mit Kuba[15] oder wegen der militärischen und wirtschaftlichen Situation im eigenen Lande oder wegen der Forderungen nach einem höheren Lebensstandard, die in der Sowjetunion immer lauter vorgetragen würden. Vielleicht handle es sich um eine günstige Gelegenheit, die man tatsächlich nicht vorbeigehen lassen dürfe, doch müsse man sehr vorsichtig und behutsam zu Werke gehen. Daß die Atmosphäre besser geworden sei, hätten die Sowjets auch durch ihr Verhalten in der Öffentlichkeit zu erkennen gegeben.

Während der Gespräche habe Chruschtschow unmißverständlich darauf hingewiesen, daß die Russen über Berlin und Deutschland nicht verhandeln wollten, es sei denn auf der Grundlage ihrer eigenen Vorschläge. In dieser Hinsicht hätte sich keinerlei Wandlung ihrer Position abgezeichnet. Gromyko habe nur einmal von der Notwendigkeit gesprochen, gewisse technische Teilfragen zu behandeln. Er glaube aber, es habe im gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Sinn, Möglichkeiten für ernsthafte Gespräche über die Deutschland- und Berlinfrage zu erforschen. Deshalb sei man zu der Schlußfolgerung gelangt, daß man sich auf die Randfragen konzentrieren sollte. Auf diese Weise ließen sich die Spannungen vielleicht vermindern und ein vertrauensvolleres Klima schaffen. Es gebe drei Gebiete, die sich für eine Erörterung möglicherweise eigneten. Zunächst handele es sich um Maßnahmen zur Verhinderung von Aggressionen, ein Thema, auf das die Russen den größten Wert zu legen schienen. Als weitere Probleme wären zu erwähnen die Maßnahmen gegen Überraschungsangriffe und Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von nuklearen Waffen.

Was den ersten Punkt angehe, so habe die britische Seite unmißverständlich klargemacht, daß man nichts prüfen und erwägen könne, was unmittelbar oder impliziert eine Anerkennung der SBZ oder auch nur eine Verbesserung ihres Status bedeute. Chruschtschow habe darauf gesagt, dies sei auch nicht seine Vorstellung oder Absicht, vielmehr denke er nur an allgemein gehaltene Erklärungen, daß man bereit sei, Meinungsverschiedenheiten auf dem Verhandlungswege zu lösen und niemals zu Mitteln der Gewalt zu greifen. Daraufhin habe er (Lord Home) darauf hingewiesen, daß man im Westen solche

[14] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

[15] Zur Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.

Vorschläge schon seit Jahren gemacht habe, aber daß ein Nichtangriffspakt oder eine Nichtangriffserklärung, die keine Bezugnahme auf Berlin oder das deutsche Problem enthalte, leer und hohl sei. Auf britischer Seite sehe man darin keinen großen Wert.

Chruschtschow habe darauf geantwortet, er wolle nicht, daß Berlin in einem Nichtangriffsarrangement erwähnt werde. Er habe weiter erklärt, daß er in Berlin keine Gewalt anwenden werde, es sei denn, daß Gewalt von jemand anderem zuerst angewandt werde. Deshalb wolle er nicht, daß diese Frage mit der Berlinfrage verknüpft würde. Offensichtlich sei an ein Parallelarrangement für Berlin gedacht. Chruschtschow habe bemerkt, die Form spiele für ihn keine Rolle. Wenn die Frage der Anerkennung der DDR dem Westen Schwierigkeiten bereite, so lasse sich gewiß ein Weg finden, diese zu überwinden. Lord Home wiederholte, daß ihm eine derartige hohle Abmachung von zweifelhaftem Wert zu sein scheine, doch habe er den Eindruck gehabt, daß die Sowjets sehr stark daran interessiert seien. Auf der Heimreise von Moskau habe Sir Harold Caccia einen Abstecher nach Prag gemacht und dort ebenfalls festgestellt, daß man ein solches Arrangement für nützlich halten würde.

Sodann habe man die Frage der Nichtverbreitung nuklearer Waffen behandelt, doch sei die Diskussion hierüber sehr kurz gewesen. Die britische Delegation habe den Eindruck gewonnen, als ob Chruschtschow sehr viel daran liege, in der Öffentlichkeit nicht zu sagen, daß dies auch für China gelten sollte. In diesem Zusammenhang sei auch kurz über die multilaterale Streitmacht[16] gesprochen worden. Die Sowjets hätten zu erkennen gegeben, daß sie in der Schaffung einer multilateralen Streitmacht ein Hindernis für die Nichtverbreitung nuklearer Waffen erblickten.[17] Daraufhin habe man Chruschtschow geantwortet, daß die Sowjets nicht besorgt zu sein brauchten, weil durch diese Regelung nicht nur ein Finger, sondern mehrere Finger am Sicherungsflügel lägen.

Über ein Disengagement sei nicht gesprochen worden, wenn man davon absehe, daß Gromyko in einer Bemerkung in anderem Zusammenhang indirekt darauf angespielt habe. Sodann sei die Frage der Kontroll- und Beobachterposten[18] behandelt worden. Chruschtschow habe sich für feste Kontrollposten ausgesprochen und vorgeschlagen, daß darüber verhandelt werden sollte. Man könne mit der NATO und dem Warschauer Pakt zunächst einen Anfang machen und die vereinbarte Regelung dann auch auf andere Länder ausdehnen. Lord Home vertrat die Ansicht, daß dies vielleicht die Frage sei, die sich am ehesten für Verhandlungen eigne. Im späteren Verlauf der Gespräche hätten Kusnezow und Zarapkin zwar gegenüber der Äußerung Chruschtschows

[16] Zum Stand der Planung für eine multilaterale Streitmacht der NATO vgl. Dok. 208 und Dok. 214. Vgl. dazu weiter Dok. 301.

[17] Vgl. dazu auch die gleichlautenden sowjetischen Noten vom 8. April 1963 an die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik; DzD IV/9, S. 248–255. Vgl. weiter Dok. 367, Anm. 30.

[18] Zum ursprünglich sowjetischen Vorschlag der Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 226, Anm. 7. Zu seiner Erörterung während der Teststopp-Verhandlungen in Moskau vgl. Dok. 250 und Dok. 282, Anm. 5.

einen gewissen Rückzieher gemacht und den Vorschlag von 1958[19] wieder in die Diskussion gebracht, wobei sie das Argument wiederholt hätten, daß es nichts nütze, über Beobachterposten zu sprechen, solange nicht die Streitkräfte vermindert würden.

Am letzten Tag habe Gromyko gesagt, es müßten gewisse Aspekte im Zusammenhang mit dem Berlinproblem erörtert werden. Es handle sich um die Zahlung von Gebühren für Leistungen auf der Autobahn, der Eisenbahn und im Telegrafenverkehr. Nach Auffassung Lord Homes müsse darüber in der Botschaftergruppe[20] beraten werden. Es sei von Interesse gewesen, daß bei der Erwähnung aller dieser Fragen von der fortgesetzten Anwesenheit der westlichen Streitkräfte in Berlin ausgegangen worden sei. Auf diese Weise lasse sich vielleicht ein Arrangement ausarbeiten, das die Möglichkeit gewährleiste, daß auch für die nächsten Jahre westliche Streitkräfte weiterhin in Berlin stationiert seien. Unter diesen Umständen und Voraussetzungen lasse sich vielleicht auf westlicher Seite eher über die Möglichkeit eines Nichtangriffsarrangements sprechen. Auch darüber sollte in der Botschaftergruppe beraten werden.

Für den Westen stelle sich nunmehr die Frage, ob er neue Vorschläge zur Lösung des Berlinproblems unterbreiten solle. Die britische Regierung neige zu der Auffassung, daß es besser wäre, über dieses Thema vorerst nur in der NATO und der Botschaftergruppe, aber noch nicht in der Öffentlichkeit zu sprechen. Eine öffentliche Diskussion darüber scheine im Augenblick unzweckmäßig. Zusammenfassend sagte Lord Home, man habe den Eindruck gewonnen, daß die Sowjets, aus welchen Gründen auch immer, offensichtlich daran interessiert seien, mit dem Westen in ein besseres Verhältnis zu gelangen und den Frieden nicht zu stören.

Sir Harold *Caccia* und Mr. *Heath* wiesen darauf hin, daß eine Verdünnung der Streitkräfte nur indirekt durch die Bezugnahme auf die Vorschläge von 1958 erwähnt worden sei. Kusnezow sei aber erst kurz zuvor von einem Urlaub zurückgekehrt und sei deshalb vielleicht noch nicht voll informiert gewesen. *Lord Home* sagte, man solle diesem einen Punkt keine zu große Bedeutung beimessen.

Der Herr *Bundesminister* dankte Lord Home für diesen sehr kondensierten Bericht. Er wolle nun, ohne den Versuch einer Analyse der sowjetischen Motive zu machen, die deutsche Haltung darlegen. Was einen Nichtangriffspakt oder eine Nichtangriffserklärung angehe, so bestünden in der Bundesrepublik sehr viele Bedenken sowie starkes Mißtrauen. In der deutschen Öffentlichkeit würden dieselben Bedenken dagegen vorgebracht wie gegen das Teststoppabkommen. Es werde darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik bereits 1954 auf die Herstellung von ABC-Waffen und die Anwendung von Gewalt verzichtet habe.[21] Es werde auf den defensiven Charakter des NATO-Bündnisses ver-

[19] Für den Wortlaut des sowjetischen Vorschlags vom 5. Mai 1958 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, S. 1033.

[20] Zur Washingtoner Vierergruppe vgl. Dok. 101, Anm. 4.

[21] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

wiesen[22], und es werde schließlich auch gesagt, die Charta der Vereinten Nationen stütze sich ebenfalls auf die Idee des Gewaltverzichtes.[23] Warum sollte deswegen nun noch eine zusätzliche Nichtangriffserklärung ausgetauscht werden. Wenn die NATO und die Warschauer-Pakt-Organisation gleichgestellt würden, so bedeutete dies eine Aufwertung des Warschauer Paktes und damit auch Pankows. Selbst wenn Chruschtschow gesagt habe, dies sei nicht sein Motiv, so laufe es in der Praxis doch darauf hinaus. Wenn es bei dem weltweiten Versuchsstoppabkommen möglich gewesen sei, die bekannte Regelung gegenüber Pankow zu finden, dann sei es bei einem Nichtangriffsarrangement zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt rechtlich vielleicht möglich, die sehr großen Schwierigkeiten zu überwinden, eine faktische Ausklammerung dürfte aber unmöglich sein. Dies seien die Hauptgründe für die auf deutscher Seite geltend gemachten Einwände. Deshalb lasse sich die allgemeine Haltung in Deutschland dahingehend zusammenfassen, daß man eine allgemeine Nichtangriffsregelung zwischen Ost und West zwar gern sehen wolle, aber erst nach einer Prüfung der entscheidenden Faktoren, welche die Spannungen ausgelöst hätten und fortdauern ließen, d. h. des Deutschland- und Berlinproblems. Es werde argumentiert, daß aus einem Nichtangriffsarrangement eine Entspannung nicht automatisch folge, sondern daß ein derartiges Arrangement im Gegenteil die Teilung Deutschlands, d. h. den Status quo, zementieren würde. Deswegen halte man es für unerläßlich, nicht nur über einzelne Detailfragen, sondern über die entscheidenden Fragen gleichzeitig zu sprechen.

Was eine Vereinbarung über Nichtverbreitung von nuklearen Waffen auf weltweiter Grundlage angehe, so sei dies gewiß etwas, was vom deutschen Standpunkt aus positiv betrachtet werden könne. Man müsse aber damit rechnen, daß jede weitere Unterschrift unter eine Vereinbarung, selbst wenn sie auf weltweiter Grundlage erfolge, in Deutschland immer als eine Verschlechterung der deutschen Situation interpretiert würde. Im Falle des Versuchsstoppabkommens sei es noch am leichtesten gewesen, den Beitritt zu vertreten, weil man auf die humanitären Aspekte habe hinweisen können. Alle anderen Abmachungen würden sicher unter machtpolitischen Gesichtspunkten gesehen werden. In ihnen würde man dann eine Verhärtung des Status quo erblicken, die gegen die deutschen Interessen gerichtet wäre. Was die multilaterale Streitmacht angehe, so habe man immer geglaubt, daß die Errichtung einer solchen Streitmacht durchaus mit der Nichtverbreitung nuklearer Waffen vereinbar sei. Auch hinsichtlich der Beobachterposten glaube man auf deutscher Seite, daß dies nur auf weltweiter Grundlage erfolgen sollte. Unter den gegebenen Umständen habe man sehr starke Zweifel daran, ob eine Regelung nur auf die NATO und die Warschauer-Pakt-Organisation beschränkt sein sollte, weil dadurch die Spaltung vertieft würde. Es frage sich, ob so ein Beitrag zur Entspannung geleistet würde.

Lord Home bat den Herrn Bundesminister, die in Deutschland bestehenden Bedenken näher zu erläutern.

[22] Vgl. dazu Artikel 5 des Nordatlantikvertrags; UNTS, Bd. 34, S. 247.

[23] Vgl. Artikel 2 der UNO-Charta; CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 584

Der Herr *Bundesminister* sagte, diese Bedenken richteten sich nicht gegen den Inhalt weiterer Vereinbarungen, vielmehr bestehe die Befürchtung darin, daß neue Ost-West-Abmachungen getroffen würden ohne Kompensation in den entscheidenden Fragen. Auch hinter der Opposition gegen das Versuchsstoppabkommen stünden keine dunklen Motive, sondern einfach die Sorge, daß Ost-West-Arrangements getroffen werden könnten, ohne daß die Aussichten für die Lösung der deutschen Probleme verbessert würden, ja im Gegenteil, daß durch derartige Arrangements die Zone aufgewertet würde.

Lord Home wies darauf hin, daß Chruschtschow bei der Behandlung des Themas der Beobachter von russischen und osteuropäischen Flugplätzen, Eisenbahnknotenpunkten usw. gesprochen und nicht an internationale, sondern an NATO-Beobachter gedacht habe. Diese Möglichkeit trage doch den deutschen Bedenken, daß die Russen einen plötzlichen Vorstoß auf Hamburg und andere Städte unternehmen könnten, in gewisser Hinsicht Rechnung.

Der Herr *Bundesminister* sagte, man müsse zwei Aspekte unterscheiden. Was die militärische Seite angehe, die er im übrigen nicht als Fachmann beurteilen könne, so sei eine derartige Lösung für beide Seiten vielleicht gleich wichtig. Die Gefahr eines Überraschungsangriffs drohe seiner Ansicht nach nicht so sehr auf konventionellem Gebiet als vielmehr auf nuklearem. Er betonte noch einmal, daß in der gegenwärtigen Situation in Deutschland, vielleicht ganz zu Unrecht, die Dinge immer im Zusammenhang gesehen würden, ob ein Arrangement der Frage der deutschen Wiedervereinigung nützlich oder abträglich wäre. Vielleicht sei dies eine etwas engstirnige Betrachtungsweise, doch dies sei nun einmal die Situation, die man nicht ändern könne. Deswegen würde wahrscheinlich auch in der Frage der Beobachterposten in Deutschland gesagt werden, warum solle man eine Abmachung mit den Russen treffen, wenn diese keine Bereitschaft zeigten, in der Kernfrage der Auseinandersetzung nachzugeben. Was die deutschen Militärs angehe, so wären sie an der Frage möglicherweise interessiert, wenn es sich um bewegliche Beobachterposten handeln würde, da ja die traditionelle Furcht vor einem Aufmarsch in der SBZ bis weit in den östlichen Raum bestehe.

Lord Home sagte, er verstehe die deutschen Schwierigkeiten, und man müsse sie sehr wohl berücksichtigen, wenn über die verschiedenen Themen gesprochen werde, da nichts geschehen sollte, was die deutsche Position beeinträchtigen würde. Auf der anderen Seite müsse man aber auch Sorge tragen, nicht zu negativ zu erscheinen und etwas zurückzuweisen, was vielleicht positive Ergebnisse haben könnte. Er glaube, die Einrichtung von Beobachterposten wäre eine solche Frage. Natürlich wäre es besser, wenn die Deutschlandfrage gelöst werden könnte, ehe andere Vereinbarungen getroffen würden, doch scheine dies im Augenblick nicht möglich zu sein.

Der Herr *Bundesminister* versuchte noch einmal, für die weiteren Überlegungen der britischen Seite ein Bild der Einstellung der Deutschen zu entwerfen. Man dürfe nicht vergessen, daß man in Deutschland den Kommunisten näher sei und ihre Macht stärker gefühlt habe als anderswo. Deshalb betrachte man die Dinge sehr kritisch und neige dazu, in Abmachungen, die mit den Sowjets getroffen würden, in erster Linie die für sie erwachsenden Vorteile zu sehen.

Dies gelte selbst dann, wenn ein Arrangement getroffen werden sollte, das Ost und West gleichmäßig begünstige. Aus diesen Überlegungen glaube er, daß man eine westliche Initiative benötige.[24] Chruschtschow beherrsche das Feld, weil er immer derjenige sei, der neue Vorschläge unterbreite, wobei er beispielsweise an den sowjetischen Friedensplan[25] oder den Plan für eine freie Stadt Berlin[26] denke. Die Weltöffentlichkeit frage sich nun, was tue der Westen und welche Vorschläge kämen von ihm. Dem werde oft geantwortet, die westlichen Vorschläge würden vom Russen immer abgelehnt. Die Russen ihrerseits legten aber ihre eigenen Vorschläge immer wieder vor, obschon sie schon hundertmal zurückgewiesen worden seien, und priesen ihre eigenen Initiativen in den Vereinten Nationen und in anderen Gremien als ungeheure Friedenstaten. Die Öffentlichkeit wolle, besonders in Deutschland, ein Gegengewicht sehen. Deshalb sei man zu der Überlegung gekommen, ob, besonders im Hinblick auf die öffentliche Meinung, nicht ein revidierter westlicher Plan auf den Tisch der Weltöffentlichkeit gelegt werden sollte. Die deutsche Seite würde dies für attraktiv halten. Wenn die Briten, Amerikaner und Franzosen vielleicht sagten, sie wollten einen derartigen revidierten Plan nicht als eigene Initiative auf den Tisch legen, so würde es begrüßt werden, wenn die Bundesrepublik es täte und darauf hinweisen könnte, daß dies eine Verhandlungsgrundlage sein könnte und ein Gegengewicht gegen den sowjetischen Friedensplan darstelle. Seitens der westlichen Verbündeten sei nicht mehr erforderlich als die Unterstützung eines solchen Plans und der etwaige Hinweis, daß die Westmächte früher alle diese Punkte selbst gefordert hätten.

Lord Home sagte, wenn ein derartiger Plan vorgelegt werde, halte er es für besser, wenn dies durch die westlichen Verbündeten und nicht nur durch die Bundesrepublik allein geschehe. Es dürfe sich aber nicht um die Wiederholung alter Modelle handeln, da sonst die Gefahr einer sehr scharfen öffentlichen Reaktion dagegen bestehe und die Leute sagten, der Westen sei unbeweglich und lasse sich nichts einfallen. Deswegen sei es vielleicht besser, wenn man im Augenblick mit einer neuen Initiative warte. Er glaube, was Deutschland und den gesamten Westen angehe, so habe man während der letzten Jahre keine allzu schlechten Ergebnisse erzielt, auch wenn man keine genau festgelegten Pläne gehabt habe. Die Situation heute sei doch besser als vor drei Jahren, und die Weltöffentlichkeit stünde heute stärker auf Seiten des Westens als früher.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er verstehe diese Überlegungen ganz gut, müsse aber sagen, daß der deutsche Plan durch die drei Kommissionen, an denen die SBZ beteiligt sei, doch ein neues Element bringe und daß damit auch der gegnerischen Forderung, die Deutschen sollten sich an einem Tisch treffen[27], der Wind aus den Segeln genommen würde. Er glaube, der Auffassung des Außenministers, daß es dem Westen während der letzten drei Jahre relativ gut gegangen sei, nicht zustimmen zu können, denn was in Berlin geschehen

[24] Für den Wortlaut des Vorschlags vgl. Dok. 296.

[25] Zum sowjetischen Vorschlag eines Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten vgl. Dok. 116, Anm. 8.

[26] Zum sowjetischen Vorschlag einer „Freien Stadt" Berlin (West) vgl. Dok. 3, Anm. 7.

[27] Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 7.

sei, sei doch ein großes Unglück gewesen, und die Errichtung der Mauer stelle eine ganz klare und eindeutige Verschlechterung der Situation dar, weil auf diese Weise nicht nur die Stadt in zwei Teile getrennt, sondern auch das letzte Schlupfloch für die Flüchtlinge zugestopft worden sei. Deshalb würde man in Deutschland dieser Äußerung, daß es dem Westen in den letzten drei Jahren doch ganz gut gegangen sei, nicht zustimmen, wenn man einmal davon absehe, daß ein militärischer Zusammenstoß vermieden worden sei. In Deutschland habe sich der Ausdruck vom Status quo minus eingebürgert, und die Errichtung der Mauer sei ein sehr erhebliches Minus.

Lord Home stimmte dem zu und sagte, man müsse den deutschen Vorschlag im Zusammenhang mit den amerikanischen draft principles[28] prüfen und auf dieser Grundlage dann eine Entscheidung treffen. Er regte an, daß darüber vielleicht in der Botschaftergruppe gesprochen werden könne.

Der Herr *Bundesminister* sagte, selbstverständlich könne dies geschehen, und die Botschaftergruppe könne insbesondere den Zeitpunkt erörtern, zu dem der Plan auf den Tisch gelegt werden solle. Er glaube aber, daß es vielleicht von Vorteil für die drei Westmächte wäre, wenn der Plan von der Bundesrepublik allein unterbreitet würde, denn die Westmächte würden dadurch nicht zu einer sofortigen Aktion verpflichtet, sondern müßten zunächst nur ihre moralische und psychologische Unterstützung geben. Wahrscheinlich würden in der Bundesrepublik die weiteren Gespräche mit den Sowjets auf weniger großen Widerstand stoßen. Der Herr Bundesminister betonte noch einmal, wie wichtig die psychologische Wirkung eines solchen Schrittes wäre und hob erneut hervor, daß sich auch im Falle des Versuchsstoppabkommens der Widerstand nicht so sehr gegen den Inhalt gerichtet habe, als vielmehr gegen die negative Auswirkung hinsichtlich der SBZ und der Zementierung des Status quo.

Mr. *Heath* sagte, er sehe durchaus die deutschen Schwierigkeiten ein, und man stehe nun vor zwei wichtigen Fragen. Zunächst müsse man sich darüber klar werden, ob man tatsächlich am Beginn einer neuen Entwicklung der sowjetischen Politik stehe. Vor sechs Monaten noch sei die sowjetische Politik verschlossen, hart und starr gewesen, jetzt scheine sie zumindest etwas aufgeschlossener. Daraus ergebe sich die Frage, ob diese Entwicklung anhalten werde oder nicht. Die zweite Frage betreffe die vom Westen einzuschlagende Politik, die mit dem, was der Herr Bundesminister ausgeführt habe, vereinbar sein müsse. Er verstehe die Befürchtungen, die man deutscherseits über die weitere Entwicklung habe, durchaus, doch wolle er den Herrn Bundesminister

[28] Zu den „draft principles" vom 9. April 1962 vgl. Dok. 62, Anm. 11.
Schon im Vorfeld des Besuchs des amerikanischen Außenministers Rusk am 10. August 1963 in Bonn legte der Leiter des Referats „Wiedervereinigung", Oncken, dar, daß laut einer Information der Botschaft in Moskau im Rahmen der Gespräche vom 5./6. August 1963 auch über die „draft principles" gesprochen wurde, die im Verlauf des Jahres 1962 überarbeitet worden waren. Oncken gab zu bedenken, daß die westliche Position durch die Kuba-Krise gestärkt worden sei und die in den „draft principles" enthaltenen Zugeständnisse an die UdSSR für die augenblickliche politische Lage zu weitgehend seien. Die amerikanische Regierung sollte auf ihre Zusage vom Juni 1962 angesprochen werden, vor einer erneuten Verwendung der „draft principles" die Bundesregierung zu konsultieren. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Oncken vom 9. August 1963; Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 47; B 150, Aktenkopien 1963.

fragen, ob ein revidierter Plan vorgelegt werden solle, um damit die Grundlage für ernsthafte Verhandlungen zu schaffen, oder ob dieser Plan nur für die Öffentlichkeit gedacht sei. Wenn in Deutschland gesagt werde, die gegenwärtige Situation werde zementiert, wenn Fragen am Rande, nicht aber die Fragen in der Mitte gelöst würden, so müsse man doch auch darauf hinweisen, daß man auch genau umgekehrt argumentieren könnte. Die große Frage sei also, wie sich die Wiedervereinigung Deutschlands herbeiführen lasse. Man könnte an verschiedene Möglichkeiten denken, beispielsweise an einen erneuten Aufstand in der Zone[29], an die Bereitschaft der Russen, freien Wahlen zuzustimmen oder an irgendwelche anderen Lösungen, die sich einfach aus der Tatsache ergäben, daß die jeweilige Situation unhaltbar geworden sei.

Der Herr *Bundesminister* sagte, die britische Seite habe den definitiven Eindruck gewonnen, daß sich die sowjetische Haltung in der Deutschland- und Berlinfrage nicht geändert habe. Die Auswirkung der ins Auge gefaßten Lösungen würden deshalb weitgehend abhängen von den späteren Absichten der Sowjets. Diese Absicht scheine aber ganz eindeutig in einer Einfrierung des Status quo zu bestehen. Sodann stelle sich die Frage, was besser sei: zunächst die Spannungen abzubauen und dann die Wiedervereinigung herbeizuführen, oder in umgekehrter Weise zu prozedieren. Vor einigen Tagen habe er den sowjetischen Botschafter bei sich gehabt[30] und ihn im Verlauf des Gesprächs darauf hingewiesen, daß sich die Bundesrepublik nie als etwas Endgültiges betrachtet habe, so daß man hier im Gegensatz zu der SBZ die Frage der Wiedervereinigung und Selbstbestimmung unter ganz anderen Voraussetzungen betrachte als in der Ostzone. Der Botschafter habe der sowjetischen Sorge vor einer Majorisierung Ausdruck gegeben, doch habe er ihm darauf geantwortet, daß sich das durchaus verhindern lasse, wenn man es wünsche. Zusammenfassend sagte der Herr Bundesminister, er glaube, man sollte nicht erst eine Entspannung versuchen und dann die verschiedenen Lösungen anstreben, sondern gleichzeitig beides tun. Deshalb suche man deutscherseits nach einem Verfahren, das den Interessen aller Beteiligten Rechnung trage, Fortschritte in der allgemeinen Entspannung und gleichzeitig in der Lösung des deutschen Problems ermögliche. Er glaube, die Gespräche über ein Nichtangriffsarrangement würden eine günstige Gelegenheit hierfür bieten.

Lord Home fragte unter Hinweis auf die in dem deutschen Vorschlag vorgesehenen drei gemischten Kommissionen, ob es auch möglich sei, Einzelteile dieses Vorschlags zum Gegenstand einer Vereinbarung zu machen. Er fragte ebenfalls, ob der Vorschlag nur für die Öffentlichkeit bestimmt oder als Grundlage für Verhandlungen mit den Sowjets gedacht sei.

Der Herr *Bundesminister* erwiderte, es sei an beides gedacht, denn im Gegensatz zum Osten, der immer wieder alte Vorschläge aufbringe, wolle die öffentliche Meinung im Westen immer etwas Neues hören. Die westliche Öffentlichkeit sei sehr viel schwieriger als die der Sowjetunion, was man berücksichtigen müsse. So sei der Plan zunächst auch für die Öffentlichkeit gedacht, aber gegenüber der Sowjetunion solle er ein Gegengewicht darstellen, und es sei

[29] Zum Aufstand vom 17. Juni 1953 vgl. Dok. 130, Anm. 5.

[30] Zum Gespräch mit Botschafter Smirnow am 3. August 1963 vgl. Dok. 269.

denkbar, daß er im Zusammenhang mit anderen Themen doch gewisse Aussicht auf Fortschritt biete.

Lord Home sagte abschließend zu diesem Thema, man werde den deutschen Vorschlag im Zusammenhang mit den westlichen Dokumenten des Jahres 1962 und den Vorschlägen von Außenminister Rusk[31] noch genauer prüfen müssen.[32]

Lord Home brachte sodann das Gespräch auf die deutschen Käufe in Großbritannien, ein Thema, das mehr in die Zuständigkeit des Wirtschaftsministers als die des Außenministers falle. Es sei vereinbart worden, daß zwei Jahre lang pro Jahr für 600 Millionen DM Waren in Großbritannien gekauft werden sollten.[33] Der Premierminister[34] sei über den derzeitigen Stand der Angelegenheit etwas besorgt und werde das Thema sicher auch aufgreifen. Für Großbritannien sei es außerordentlich wichtig, daß die Angelegenheit zufriedenstellend geregelt werde, wenn die britischen Streitkräfte in Deutschland in der Form weiter belassen werden sollten, wie man dies in Großbritannien wünsche.

Der Herr *Bundesminister* sagte, wie der englischen Seite aus den jüngsten Besprechungen bekannt sei, solle auf deutscher Seite eine Stelle geschaffen werden, die in dieser Frage mit den verschiedenen beteiligten Ressorts verhandeln könnte. Was nun die Bestellung militärischer Ausrüstungsgüter angehe, so sei dies eine relativ einfache Sache, da bestimmte Mittel zur Verfügung stünden und man leicht zu einer Regelung kommen könne. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die Panzerkanone. Schwierigkeiten entstünden aber auf den anderen Sektoren, weil es sich hier um Bestellungen handeln sollte, welche von öffentlichen Versorgungsbetrieben verwendet werden könnten. Derartige Betriebe gebe es nur relativ wenige, es handle sich um die Eisenbahn, das Post- und Fernmeldewesen sowie um die Zivilverteidigung. Was den Luftverkehr angehe, so habe die Bundesrepublik leider noch nicht viel vorzuweisen. Bei all diesen Betrieben bestehe ein hohes Standardisierungsbedürfnis, dem natürlich bereits in Verbindung mit der Industrie Rechnung getragen werde, die gewöhnlich diese Betriebe versorge. Die Schwierigkeit bestehe nun darin, eine genügend große Menge von Artikeln zu finden, für die eine Bestellung in Großbritannien aufgegeben werden könnte, insbesondere wenn man sich vor Augen halte, daß die Bundesrepublik selbst über eine sehr große Maschinenbau- und elektrotechnische Industrie verfüge.

31 Vgl. dazu Dok. 292.

32 Zur Reaktion des britischen Außenministers auf den Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems (Fassung vom 9. August 1963) vgl. auch Dok. 322, Anm. 3.

33 In einem Protokoll vom 6. Juni 1962 verpflichtete sich die Bundesrepublik, die britische Zahlungsbilanz für die Dauer von zwei Haushaltsjahren – beginnend am 1. April 1962 – um jeweils 600 Millionen DM zu entlasten. Die Devisenhilfe sollte durch Beschaffungen im militärischen und zivilen Bereich sowie durch die Übernahme britischer Verpflichtungen in der Entwicklungshilfe erfolgen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen" vom 5. Februar 1963; Referat I A 5, Bd. 250.
Nach einem Vermerk der Politischen Abteilung II vom 19. August 1963 hob der britische Außenminister Lord Home zu diesem Thema hervor, die deutschen Einkäufe in Großbritannien seien „außerordentlich wichtig ..., wenn die Briten ihre Truppen in Deutschland behalten sollten, was sie tun wollten". Vgl. Abteilung III (III A 6), VS-Bd. 247; B 150, Aktenkopien 1963.

34 Harold Macmillan.

Dies ändere aber nichts an der Situation. Man habe nun einmal diese Verpflichtung übernommen, und es sei selbstverständlich, daß man sie einhalten werde. Man müsse Mittel und Wege finden, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Auf dem Rüstungssektor ließe sich die Angelegenheit verhältnismäßig einfach lösen, doch bei den anderen Gebieten bestünden die Schwierigkeiten darin, entsprechende Vereinbarungen über die Artikel, die Preise und die Bedingungen zu treffen. Der Herr Bundesminister sagte zu, daß er sich erneut der Sache annehmen wolle, und versicherte seinen Gesprächspartnern, daß es nicht am guten Willen fehle.

Mr. *Heath* brachte sodann das Gespräch auf die WEU und die für Ende Oktober anberaumte Sitzung.[35] Der Herr Minister habe zu diesem Ergebnis wesentlich beigetragen, und er dankte ihm auch für seine Bereitschaft, an der Sitzung selbst teilzunehmen.

Mr. Heath sagte, er habe die Botschafter der sechs EWG-Länder über die britischen Ansichten unterrichtet, die weitgehend mit denen der deutschen Seite übereinstimmten. Man wolle in erster Linie über wirtschaftspolitische Fragen sprechen und denke dabei an die Kennedy-Runde[36] und die Handelskonferenz der Vereinten Nationen. Es sei wichtig, daß diese erste Sitzung einen guten Start habe. Was die politische Seite angehe, so könnte man sich vielleicht über die weitere Entwicklung der Ost-West-Beziehungen und über andere Themen unterhalten. Entscheidend sei ein Erfolg dieser ersten Begegnung. Auf britischer Seite wolle man keine großen formellen Vorbereitungen treffen, sondern einzeln mit den Botschaftern in Brüssel sprechen. Wenn das Vertrauensverhältnis wieder besser geworden sei, könne man weitere Ratssitzungen abhalten.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er hätte es begrüßt, wenn die Sitzung in der ersten Oktoberwoche stattgefunden hätte. Man wisse nicht, wie der Außenminister der neuen Bundesregierung heißen werde[37], man wisse noch nicht genau, wann die Regierungserklärung abgegeben[38] und die Debatte darüber im Bundestag stattfinden werde, und schließlich komme hinzu, daß der Bundespräsident am 23. Oktober eine Reise nach Ostasien antreten werde, auf der er vom Außenminister begleitet werden sollte.[39] Er halte es aber für sehr gut und nützlich, wenn in der WEU eine Abstimmung in so wichtigen Fragen wie der Kennedy-Runde ermöglicht werde. Innerhalb der Sechs werde es bis Ende des Jahres auch noch sehr erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden geben. Er habe gehört, daß der britische Weizenpreis, der sowieso schon niedriger gewesen sei als der niedrigste der Gemeinschaft, noch weiter gefallen sei. Dadurch würden natürlich die Gespräche in Brüssel erschwert werden.[40]

35 Zur Sitzung des Ministerrats der WEU am 25./26. Oktober 1963 vgl. Dok. 397, Anm. 8.

36 Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

37 Gerhard Schröder blieb auch nach dem 15. Oktober 1963 Bundesminister des Auswärtigen.

38 Für die Erklärung des Bundeskanzlers Erhard am 18. Oktober 1963 vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 4192–4208.

39 Zur Reise des Bundespräsidenten Lübke vom 23. Oktober bis 24. November 1963 in den Iran und nach Ostasien vgl. Dok. 396, Anm. 3.

40 Zu den Bestrebungen der EWG, einen gemeinsamen Getreidepreis festzulegen, vgl. Dok. 412, Anm. 7.

Mr. *Heath* sagte, die Preise für Gerste seien etwas gestiegen, die für Weizen aber ein wenig gefallen. Die Schweinepreise hätten sich den Preisen des Gemeinsamen Markts auch etwas genähert, was ebenfalls für Fleisch- und Getreidepreise im allgemeinen gelte.

Der Herr *Bundesminister* sagte, für die deutsche Seite sei es von Interesse, daß zwischen den Sechs, den Sieben und bilateral eine gegenseitige Unterrichtung über die Preisentwicklung auf den individuellen Sektoren erfolge, weil man wünsche, daß sich die Entwicklung in Großbritannien und in der EFTA nicht unnötig von der Entwicklung des Gemeinsamen Markts wegbewege, sondern im Gegenteil mehr auf sie zu, weil es dann einfacher und leichter sei, die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden.

Mr. *Heath* sagte, er könne auch darüber auf der WEU-Sitzung sprechen, und zwar bei der Behandlung der Kennedy-Runde, denn wenn man diese Themen als Aspekte der Landwirtschaftspolitik zur Diskussion stellen würde, könnte das eine oder andere Teilnehmerland Einwände erheben.

Lord Home fragte den Herrn Bundesminister sodann, warum die Bundesregierung an der multilateralen Streitmacht so großes Interesse gezeigt habe.

Der Herr *Bundesminister* sagte, nach deutscher Auffassung sei für die Zukunft der Allianz und solange diese von atomaren Waffen abhänge, unabhängig von dem Bestehen eines nationalen Abschreckungspotentials in Großbritannien und der Entwicklung in Frankreich, eine gewisse Integration unerläßlich, und diese Integration müsse dann multilateral sein. Deutscherseits lege man auf diesen Aspekt nicht so sehr aus militärischen, sondern mehr aus politischen und psychologischen Gründen Wert. Das Ergebnis wäre dann, daß diejenigen Mitglieder, die keine unmittelbaren Erfahrungen auf diesem Gebiete hätten, an der Planung und Zielbestimmung enger beteiligt werden könnten. Dies wäre ein Schritt auf dem Wege, auf dem sich dann später vielleicht auch andere Lösungen finden ließen, die er allerdings im Augenblick noch nicht sehen könne. Deutscherseits sehe man in der multilateralen Streitmacht ein Element, das den Zusammenhalt der Allianz festige, ohne andere Bestrebungen aufkommen zu lassen. Die technischen und finanziellen Einzelfragen müßten natürlich erörtert werden, doch halte man im Grundsatz die Sache für gut und vernünftig. Er versicherte, daß man in der Bundesrepublik die Idee für vorzüglich gehalten habe, als man im Anschluß an die Konferenz auf Bermuda[41] zum ersten Mal davon gehört habe. Auf deutscher Seite fühle man sich nicht betrogen, wie de Gaulle das von sich behaupte.[42] Die deutsche Haltung sei immer positiv gewesen.[43]

[41] Zum Treffen von Premierminister Macmillan und Präsident Kennedy vom 18. bis 21. Dezember 1962 in Nassau vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[42] Vgl. dazu Dok. 37.

[43] Zur Zusage der Bundesregierung vom 14. Januar 1963, sich an einer integrierten Atomstreitmacht der NATO zu beteiligen, vgl. Dok. 82, Anm. 10.

Abschließend richtete der Herr Bundesminister eine Einladung an den britischen Außenminister, nach Bonn zu kommen. Ein Zeitpunkt wurde noch nicht festgelegt.[44]

Lord Home dankte für die Einladung, die er gerne annehme. Er sagte, er halte es für gut und nützlich, wenn in regelmäßigen Abständen derartige freimütige Besprechungen stattfänden.

Es wurde schließlich vereinbart, das Kommuniqué über die Besprechungen am Vormittag des folgenden Tages zu veröffentlichen.

Die Unterredung endete gegen 18.00 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

300

Gespräch des Bundesministers Schröder mit Premierminister Macmillan in London

Z A 5-94.A/63 geheim **14. August 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen wurde am 14. August 1963 gegen 18.15 Uhr im Admiralty House in London von Premierminister Macmillan empfangen. An dem Gespräch nahmen Botschafter von Etzdorf und Ministerialdirigent Dr. Reinkemeyer sowie Lord Home und Sir Frank Roberts teil.

Lord Home berichtete einleitend, man habe am Nachmittag ein gutes Gespräch geführt, und der Herr Bundesminister habe ausführlich die Haltung der deutschen Öffentlichkeit erläutert.[2]

Der *Premierminister* erkundigte sich sehr interessiert danach, da der öffentlichen Meinung große Bedeutung zukomme.

Wie der Herr *Bundesminister* ausführte, sei wegen der humanitären Bedeutung des Versuchsstoppabkommens[3] die grundsätzliche Haltung in Deutschland positiv, doch habe man Sorge wegen der Auswirkungen auf die SBZ. Für die Bundesrepublik sei es außerordentlich wichtig, daß die Anerkennung der Zone nur[4] verhindert werde. Die entscheidende Frage, die gestellt werde, laute

[44] Die Einladung wurde vom britischen Außenminister Butler, dem Amtsnachfolger von Lord Home, wahrgenommen. Vgl. dazu Dok. 459, Dok. 461 und Dok. 462.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 19. August 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 19. August vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Änderungen bitte einfügen." Vgl. Anm. 4 und Anm. 10.

[2] Vgl. Dok. 299.

[3] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[4] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „als eines Teils Deutschlands".

einfach, ob sich die Aussichten für die Wiedervereinigung verbessert oder verschlechtert hätten, wobei vermutet werde, daß weitere Übereinkommen die Situation weiter verschlechterten, wenn sie die deutschen Anliegen vernachlässigten. Es bestehe allgemein der Eindruck, daß sich alle Abmachungen, sofern nicht gleichzeitig die grundlegenden deutschen Fragen berücksichtigt würden, nur zu Gunsten der Sowjetunion auswirken würden. Deswegen sei es auch schon verhältnismäßig schwierig gewesen, die Zustimmung zu dem ersten Abkommen zu erlangen, wobei im Lager seiner eigenen Fraktion gewisse Widerstände bestünden[5], obgleich man bei dem Teststoppabkommen besonders auf den humanitären Aspekt habe hinweisen können. Ob es nun zutreffe oder nicht, die Öffentlichkeit glaube, daß sich Abkommen mit dem Osten zum Vorteil der Kommunisten auswirken würden. Deshalb glaube die Bundesregierung, wenn man versuche, langsam Punkte zu finden, über die man mit den Sowjets sprechen könne, müsse dies gleichzeitig mit einer Dokumentation der eigenen langfristigen Ziele einhergehen. In diesem Zusammenhang denke man beispielsweise an ein Gegengewicht zum sowjetischen Friedensplan[6] in Form eines revidierten westlichen Planes über die Wiedervereinigung und die europäische Sicherheit[7]. Er habe in der Nachmittagssitzung gesagt, selbst wenn sich die vier Westmächte nicht gemeinsam zur Vorlage dieses Planes entschließen könnten, wäre es gut, wenn die Bundesregierung einen solchen Plan vorbrächte, weil das psychologisch eine sehr gute Wirkung hätte. Eine solche Kompensation könnte den in der Bundesrepublik bestehenden Befürchtungen entgegenwirken und gleichzeitig den Widerstandswillen der Menschen in der SBZ stärken. Man glaube in Deutschland, daß sich angesichts der Ereignisse der letzten Jahre die Lage nicht verbessert, sondern erheblich verschlechtert habe. Die Errichtung der Berliner Mauer sei nicht nur eine psychologische, sondern eine effektive Verschlechterung gewesen, da sie die Verbindung zwischen den beiden Teilen Berlins zerschnitten und dadurch auch die Fluchtmöglichkeiten beseitigt habe. Deshalb habe sich nunmehr das Gefühl festgesetzt, daß sich auch weitere Maßnahmen zum Nachteil der Wiedervereinigung und zu Gunsten der sowjetischen Position auswirken würden.

Lord Home sagte, es stelle sich die schwierige Frage, ob man bei der Suche nach einer Lösung des Deutschlandproblems in der Mitte bei den schwierigeren Fragen oder mit den Problemen am Rande anfangen solle.

Der Herr *Bundesminister* vertrat die Auffassung, daß sich die beiden Wege gegenseitig nicht ausschlössen. Wenn man einen bekannten Plan und ein bekanntes Ziel habe, das beharrlich verfolgt werde, könne man durchaus versuchen, auch die Fragen am Rande zu verbessern. Dies hätte keine schlechte Wirkung in Deutschland, wenn allgemein der Eindruck bestünde, daß die entscheidenden Fragen nicht außer acht gelassen würden.

[5] Zur zurückhaltenden Reaktion in den Regierungsparteien vgl. auch Dok. 258.
Zur Haltung des CSU-Vorsitzenden Strauß vgl. Dok. 288, Anm. 4.

[6] Zum sowjetischen Vorschlag eines Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten vgl. Dok. 116, Anm. 8.

[7] Für den Wortlaut des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems (Fassung vom 13. August 1963) vgl. Dok. 296.

Der *Premierminister* anwortete, die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit sei ihm sehr aufschlußreich. Es habe ihn interessiert zu hören, daß vor allem der humanitäre Aspekt des Versuchsstoppabkommens gewürdigt worden sei. Auch in Großbritannien sei die Öffentlichkeit über nichts so sehr beunruhigt gewesen wie über die Atomversuche und ihre Auswirkungen auf künftige Generationen. Von den Extremisten abgesehen, unterstütze nunmehr nach Abschluß des Abkommens die Öffentlichkeit in Großbritannien die atomare Rüstung, von der die Sicherheit abhänge, leichteren Herzens als zuvor. Er glaube, das Abkommen habe dazu beigetragen, gewisse Befürchtungen zu beseitigen, hätten doch die Sowjets lange Zeit geglaubt, der Westen wolle sie angreifen, besonders in der Zeit, als die Amerikaner noch eine große Überlegenheit gehabt hätten. Es sei immer schwierig, andere Völker und ihre Mentalität zu verstehen. Erschwerend sei hinzugekommen, daß noch vor fünf bis sechs Jahren amerikanische Generäle über dieses Thema in sehr merkwürdiger Weise gesprochen hätten. Auf der anderen Seite hätten die Amerikaner und einige andere westliche Länder geglaubt, die Sowjets hätten sie angegriffen, wenn sie sich 1949 nicht in einem Bündnis zusammengeschlossen hätten. Durch die technische Entwicklung seien frühere Maßstäbe weitgehend überholt, und es sei heute im Grunde unverständlich, wenn beispielsweise von Zielplanung und ähnlichen Dingen gesprochen werde, da es keine Ziele im früheren Sinn dieses Begriffs mehr gebe, sondern im Falle eines Krieges nur noch das Ende der Welt. Chruschtschow selbst habe ihm gesagt, wenn es zu einer nuklearen Auseinandersetzung komme, wären die Afrikaner oder Chinesen die einzigen Überlebenden. Was die Wiedervereinigung Deutschlands angehe, so sei sie kein einfaches Problem. Im 18. oder 19. Jahrhundert wäre es durch einen Krieg gelöst worden. Heute aber sei ein begrenzter Krieg in Europa nicht mehr denkbar. Es frage sich, ob die zunehmende Furcht der Sowjets vor den Chinesen[8], die immer stärker werdende Bourgeoisie in der Sowjetunion, der Übergang von der Revolution zum Direktorium[9] die Wiedervereinigung nicht einfacher mache. Freilich sei es noch zu früh, darüber schon etwas Endgültiges zu sagen, da noch nicht zu erkennen sei, ob die bisher von den Sowjets eingenommene Position tatsächlich flexibler geworden sei.

Der Herr *Bundesminister* sagte, man sei in den Überlegungen auf beiden Seiten vielleicht gar nicht so weit voneinander entfernt. Nach deutscher Auffassung wäre es durchaus denkbar, daß die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Westen in eine Periode der Entspannung einträten, ohne daß dies notwendigerweise eine Abnahme[10] der Spannung im Verhältnis zwischen der Sowjetunion und China zu bedeuten brauche. In der jetzigen Situation sollte aber nichts getan werden, was die Wiedervereinigung erschwere. Wenn man schon nicht in der Lage sei, die Aussichten darauf zu verbessern, dann

[8] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

[9] Nach dem Tod von Jossif W. Stalin am 5. März 1953 traten Nikita S. Chruschtschow als Erster Sekretär des ZK der KPdSU, Georgij M. Malenkow als Vorsitzender des Ministerrats sowie Nikolaj A. Bulganin als Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats und Verteidigungsminister an die Spitze der sowjetischen Regierung.

[10] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Zunahme".

sollte aber auf keinen Fall etwas geschehen, was sie verschlechtere. Eine Verbesserung des Status der DDR wäre aber eine solche Verschlechterung.

Was die Bundesrepublik angehe, so habe man Handelsbeziehungen mit Polen hergestellt[11] und beabsichtige, dies auch mit Ungarn[12], Rumänien[13] und eines Tages vielleicht auch mit der Tschechoslowakei[14] zu tun. Das Motiv dabei sei, zu einem Abbau der Spannung beizutragen und diese Länder in ihrer Bindung an einen monolithischen Block etwas zu lockern. Auf diese Weise werde sozusagen eine Entspannungspolitik hinter dem Rücken der SBZ getrieben. Bei diesen Bemühungen profitiere man von der Tatsache, daß die Bundesrepublik bei den Polen beispielsweise mehr Ansehen genieße als deren ostdeutsche kommunistischen Freunde.

Der *Premierminister* sagte, es wäre wahrscheinlich der größte Beitrag zur Entspannung, wenn es gelänge, das kommunistische Imperium von innen her etwas aufzulockern und wenn die Macht der Ideologie nicht mehr eine so starke Gewalt ausüben würde. Gerade in Polen seien dafür die Ansätze vielleicht am günstigsten, da dort die Kirche noch einen großen Einfluß habe und alte Beziehungen zum Westen bestünden. Eine solche Entwicklung wäre für die Wiedervereinigung am förderlichsten. Die Wahrscheinlichkeit dafür, daß sie eintrete, sei um so größer, wenn die Russen auf Grund der militärischen und politischen Situation diese Länder nicht mehr mit Gewalt an sich binden könnten. Wenn sich eine solche Entwicklung in einer Atmosphäre der Entspannung vollziehe, gelte auch für den Osten, was der Westen in seiner Geschichte oft genug erlebt habe, daß nämlich Allianzen nur durch Furcht zusammengehalten würden.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß in Deutschland derzeit die Frage gestellt werde, ob die negative Auswirkung einer Entspannung im Westen oder im Osten stärker wäre. Es werde in Deutschland befürchtet, daß ein Nichtangriffspakt für den Westen katastrophale Folgen haben könnte, da die Menschen im Westen dann geneigt seien zu glauben, sie brauchten nichts mehr zu befürchten und sich zu fragen anfingen, warum sie weiterhin so viel Geld für Waffen und Soldaten ausgeben sollten und ob es nicht auch zweckmäßig wäre, die Militärdienstzeit zu verkürzen. In der Debatte werde das Argument vorgebracht, daß sich eine Entspannung zu Gunsten der Seite auswirken werde, die ihre militärische Stärke nicht verringere, da sich in der politischen Entwicklung auch die militärische Machtposition widerspiegele.

Der *Premierminister* sagte, man befinde sich in der Tat in einer außerordentlich schwierigen Situation, und man lebe gleichzeitig in zwei Welten: Man habe die nuklearen Waffen als solche akzeptiert, glaube aber, sie wie Waffen früherer Zeiten in Kriegen anwenden zu können. Dies sei aber ausgeschlossen. Er könne sich auch nicht vorstellen, daß eine begrenzte Auseinanderset-

[11] Vgl. dazu Dok. 114, Anm. 4.

[12] Zu den Verhandlungen mit Ungarn vgl. Dok. 332.

[13] Zu den Verhandlungen mit Rumänien vgl. Dok. 380.

[14] Zu den Handelsbeziehungen zur Tschechoslowakei vgl. weiter Dok. 432.

zung möglich sei, da es ja keinen Schiedsrichter gebe, der die Einhaltung gewisser Regeln überwache.

Der Herr *Bundesminister* wies noch einmal darauf hin, daß in Deutschland vor allem darauf geachtet werde, ob in den deutschen Grundfragen und -zielen Fortschritte erreicht würden. Eine Verschlechterung müsse unter allen Umständen vermieden werden. Im Zusammenhang mit dem Versuchsstoppabkommen habe man bereits einen Vorgeschmack erhalten, wobei sogar ein früherer Kabinettskollege, Herr Strauß, Hauptsprecher der Widerstandsgruppe sei. Deswegen müsse man überzeugend darauf hinweisen können, daß sich Entspannungsmaßnahmen nicht nur zu Gunsten des Ostens auswirkten. Der Status der SBZ dürfe deshalb nicht verbessert und der Status quo nicht zementiert werden.

Der *Premierminister* sagte, das Versuchsstoppabkommen sei technisch wichtiger als im allgemeinen erkannt würde, da es die gegenwärtige Situation auf nuklearem Gebiet fixiere. Wäre das Abkommen nicht abgeschlossen worden, so wäre das Wettrüsten zwischen den Amerikanern und den Sowjets weitergegangen in dem Bemühen, immer neue Waffen zu entwickeln, besonders auf dem Gebiet der Antiraketen-Rakete. Es sei gesagt worden, die Amerikaner könnten sich das finanziell leisten, die Russen aber nicht, und dies sei der Grund für die russische Bereitschaft gewesen, das Versuchsstoppabkommen abzuschließen. In Amerika gebe es Kreise, die aus diesen Überlegungen das Abkommen ablehnten, weil die Russen dann gezwungen gewesen wären, in dem Wettrüsten mit den Amerikanern mehr auszugeben, als sie es sich eigentlich leisten könnten. Er hingegen halte diese Argumentation für falsch und glaube, daß es für den Westen und die weltpolitische Entwicklung günstiger sei, wenn die russische Gesellschaft sich langsam zu einer Wohlstandsgesellschaft entwickle und die Menschen in der Sowjetunion sich all die Dinge leisten könnten, die für die Bevölkerung westlicher Länder selbstverständlich seien. Dies beeinflusse ihr Denken und ihre Lebensweise, was sich nur positiv für den Westen auswirken könnte.

Der Premierminister sagte, er habe den Mut, den Weitblick und die Klugheit bewundert, die der Herr Bundesminister in der jüngsten Situation gezeigt habe. Die Haltung von Herrn Strauß habe er mit Bedauern vernommen.

Der Herr *Bundesminister* gab einen kurzen Überblick über die Parteistruktur in Deutschland und die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse. Die Regierungsmehrheit werde derzeit von der CDU getragen, die in allen Ländern der Bundesrepublik, mit Ausnahme Bayerns, vertreten sei. In Bayern gebe es die CSU, deren Vorsitzender Herr Strauß sei. Die FDP, der Koalitionspartner in der Regierung, sei um zehn Sitze stärker als die CSU. Der CDU/CSU fehlten acht Sitze an der Mehrheit. Eine Koalition zwischen der CDU und der FDP wäre also denkbar, doch sei die FDP schwankend. Daher sei zur Zeit die einzige Möglichkeit einer sicheren Mehrheit eine Koalition zwischen CDU/CSU und FDP. Was nun das Versuchsstoppabkommen angehe, so finde es bei der FDP und bei weiten Kreisen der SPD Unterstützung, so daß sich eine Mehrheit dafür ergeben dürfte. Das Abkommen müsse von Bundestag und Bundesrat rati-

fiziert werden, wobei es einen gewissen Kampf geben werde, in welchem jeder wahrscheinlich strikter, entschlossener und patriotischer sein wolle als der andere.[15]

Die Unterredung endete gegen 18.45 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

301

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Lord Home in London

Z A 5-95.A/63 geheim **14. August 1963**[1]

Im Anschluß an das Abendessen, das Lord Home für den Herrn Bundesminister des Auswärtigen am 14. August 1963 gab, wurden die Gespräche vom Nachmittag[2] fortgesetzt.

Zunächst wurde noch einmal der deutsche Vorschlag behandelt, einen revidierten Plan[3] als Gegengewicht zum russischen Friedensplan[4] vorzulegen. Dabei wurden im großen und ganzen auf beiden Seiten dieselben Argumente wiederholt wie am Nachmittag. Der Herr Bundesminister wies darauf hin, daß es für eine neue Regierung, die eine politische Grundsatzerklärung abgeben müsse, einfacher sei, wenn eine neue Initiative bereits bekannt sei, da sie sonst leicht dem Druck ausgesetzt werde, andere Dinge zu tun, die schlecht und falsch wären. Auch im Hinblick auf die Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York[5] wäre es günstig, wenn etwas Derartiges bereits bekannt wäre. Er könne sich auch vorstellen, daß der Bundeskanzler vor seinem Ausscheiden aus dem Amt[6] gerne eine neue Initiative sehen würde.[7]

Die britische Seite äußerte sich nicht abschließend zu dem Thema, sondern wiederholte unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Präsentation und die bereits nachmittags vorgetragenen Argumente, daß man die Einzelheiten erst noch prüfen müsse.

15 Zur Behandlung des Teststopp-Abkommens im Bundesrat vgl. Dok. 435.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 21. August 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 27. August 1963 vorgelegen.

2 Vgl. Dok. 299 und Dok. 300.

3 Für den Wortlaut des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems (Fassung vom 13. August 1963) vgl. Dok. 296.

4 Zum sowjetischen Vorschlag eines Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten vgl. Dok. 116, Anm. 8.

5 Zur UNO-Generalversammlung, die am 18. September 1963 begann, vgl. weiter Dok. 352.

6 Bundeskanzler Adenauer trat am 15. Oktober 1963 von seinem Amt zurück.

7 Zur Haltung des Bundeskanzlers Adenauer zum Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems vgl. Dok. 321.

Der Herr *Bundesminister* schnitt sodann die Frage des eventuellen Paß- und Sichtvermerkzwangs[8] an und schlug vor, dem Bericht an die NATO[9] als Anhang eine selektive Liste der möglichen Gegenmaßnahmen beizufügen, ohne daß diese jedoch verpflichtenden Charakter hätten.

Die britischen Einwände stützten sich hauptsächlich auf den Hinweis, daß derartige Maßnahmen bereits an verschiedenen Stellen im einzelnen erwähnt seien. Auch hier wurde eine weitere Prüfung der Angelegenheit seitens der Engländer zugesagt.

Als drittes Thema wurde noch einmal die multilaterale Streitmacht (MLF)[10] behandelt. *Lord Home* trug die britischen Bedenken[11] im einzelnen vor, wobei er vor allem auf die finanziellen Aspekte hinwies. Er befürchtete, daß die Errichtung eines neuen Waffensystems mit gemischter Besatzung große Schwierigkeiten mit sich bringen und die militärische Spannung verschärfen könnte. Er verspreche sich keine integrierende, sondern eher eine spaltende Wirkung, da die Kontrolle auf jeden Fall bei den Amerikanern bliebe.[12] Die vorgesehene Regelung mache es außerdem erforderlich, besondere Begleiteinheiten für die Überwasserschiffe vorzusehen. Außerdem habe die bisherige Erfahrung gezeigt, daß im Parlament und in Fachkreisen nicht die geringste Unterstützung zu erwarten sei. Zusammenfassend äußerte er die Auffassung, daß die britische Regierung eine multilaterale Streitmacht nicht für nötig halte und es deswegen mit der Angelegenheit auch gar nicht eilig habe. Wenn die Strategic Review[13] oder die Forces Study der NATO[14] die Notwendigkeit einer MLF erbrächten, entstünde eine ganz andere Lage.[15]

[8] Zu den Bestrebungen der DDR, eine Visumspflicht für Reisen von Bundesbürgern in die DDR und nach Ost-Berlin sowie für Transitreisen nach Berlin (West) einzuführen, vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 427.

[9] Für einen Entwurf vom Dezember 1963 für einen Bericht an die NATO vgl. Abteilung II (II 1), VS-Bd. 427.

[10] Zum Stand der Planung für eine multilaterale Streitmacht der NATO vgl. Dok. 208 und Dok. 214. Zur MLF vgl. auch Dok. 240.

[11] Zur Haltung Großbritanniens zur MLF vgl. auch Dok. 214.

[12] Zur administrativen Kontrolle einer multilateralen Atomstreitmacht vgl. Dok. 120, besonders Anm. 12.

[13] Die Entschließung MC 100/1 des Military Committee der NATO, betreffend eine „Appreciation of the Military Situation as it Affects NATO up to 1970", beinhaltete eine Revision des strategischen Konzepts der NATO. Danach sollte die Doktrin der „massive retaliation" als Antwort auf einen militärischen Angriff ersetzt werden durch das Konzept der „flexible response". Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 83, Anm. 7.

[14] Zur Streitkräfteplanung der NATO, die Generalsekretär Stikker im März 1963 vorschlug („Stikker exercise"), vgl. Dok. 158, Anm. 7.

[15] Ministerialdirigent Reinkemeyer hielt am 19. August 1963 über diese Unterredung fest, daß der britische Außenminister Lord Home zur MLF eine „völlig negative Ausgangsposition" bezog: „Er sagte u. a., der Gedanke einer MLF mit gemischter Besatzung sei militärisch Unsinn. Die MLF sei viel zu teuer, da sie Geleitschutz brauche. Ihre Kosten, die zu den Ausgaben für konventionelle Streitkräfte hinzukämen, überschritten die britische finanzielle Leistungsfähigkeit. Auch würde die Aufstellung der MLF die Spannungen erhöhen. Die Sowjets müßten reagieren, und zwar indem sie Überwasserschiffe oder U-Boote zur Abdeckung der MLF einsetzten. Aus allen diesen Gründen sei es nicht möglich, in beiden Häusern des Parlaments auch nur einen einzigen zu finden, der das Projekt der MLF unterstütze. Im Parlament gehe man davon aus, daß die NATO ohnehin über ein Übermaß an Nuklearwaffen verfüge." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8481; B 150, Aktenkopien 1963.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er verstehe, daß es für die englische Regierung schwierig sei, vor einer Wahl[16] gleichzeitig von einer eigenen nationalen Abschreckungsmacht und einer MLF zu sprechen.

Lord Home entgegnete darauf, die Logik habe in Großbritannien noch nie eine große Rolle gespielt, am wenigsten bei Wahlen. Man habe vor allem Schwierigkeiten im Parlament. Aber andererseits wolle man der Bundesrepublik politisch helfen.

Der Herr *Bundesminister* sagte, man habe gar nichts gegen eine nationale Abschreckungsmacht, doch sei die MLF für die Bundesrepublik von entscheidender politischer und psychologischer Bedeutung. Er verstehe auch nicht, warum eine Idee, die in Nassau[17] gut gewesen sei, nun nicht mehr gut sein solle.

Lord Home erwiderte, damals sei nur an Unterseeboote gedacht gewesen.[18]

Der Herr *Bundesminister* fragte, warum man dann nicht auf den ursprünglichen Plan zurückkomme. Eine gemischte Besatzung sei doch durchaus vorstellbar, z. B. zwischen Amerikanern und Briten oder Amerikanern und Deutschen oder Italienern und anderen. Vielleicht lasse sich auch an eine Kombination von U-Booten und Überwasserfahrzeugen denken. Um den britischen Bedenken Rechnung zu tragen, sei vielleicht auch eine Verbindung von multilateraler Streitmacht und eigener Abschreckungsmacht denkbar, so daß auf der einen Seite ein gemeinsamer Besitz geschaffen würde, das Eigentum an einem Teil desselben aber doch erhalten bliebe. Worauf es der deutschen Seite ankomme, sei ein ausgewogenes System, das eine gewisse Beteiligung aller Mitglieder ermögliche. Die Bundesrepublik sehe im Augenblick keine zweckmäßigere Lösung als die der MLF.

Man dürfe bei allen Überlegungen auch nicht de Gaulles Absichten vergessen. Er werde versuchen, bei den Deutschen Unterstützung für seine Pläne zu finden. In einer solchen Situation könnte sich eine Gruppierung Frankreich–Deutschland und USA–Großbritannien ergeben, was für Europa und die atlantische Politik schlecht wäre. Die Auswirkungen der Haltung de Gaulles dürften nicht unterschätzt werden. Erste Anzeichen dafür habe man in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Debatte über das Versuchsstoppabkommen[19] bereits festgestellt. Wenn Großbritannien nicht beitrete, könnte de Gaulle einen gewissen politischen Vorsprung erlangen, was nicht gut wäre. Er selbst bemühe sich um eine realistische Beurteilung der Lage, doch dürfe man die Wirkung von Illusionen nicht übersehen. An den militärischen Fak-

[16] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

[17] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

[18] Zur Alternative U-Boot-Flotte oder Überwasserschiffe vgl. Dok. 156, besonders Anm. 5. Lord Home betonte in diesem Zusammenhang, daß er „allenfalls" die Aufstellung einer U-Boot-Flotte für „sinnvoll" hielte. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 19. August 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8481; B 150, Aktenkopien 1963.

[19] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

ten werde nichts geändert, aber eine solche Entwicklung könnte politische Schwierigkeiten verursachen.[20]

Sir Frank *Roberts* stimmte den Ausführungen des Herrn Bundesministers bei.

Der Herr *Bundesminister* führte weiter aus, daß diese Fragen und die sich aus ihnen ergebenden Gefahren nicht nur die Bundesrepublik beträfen, sondern auch Großbritannien. Es sei sehr wichtig, daß man de Gaulle für die eigenen Pläne gewinne und nicht umgekehrt, daß de Gaulle die anderen Länder für seine Pläne gewinne.

Lord Home sagte, man verstehe die Befürchtungen des Herrn Bundesministers durchaus und sei auch bereit, die Bundesrepublik zu unterstützen, doch frage er sich, wie sich das ermöglichen lasse. Wenn die ganze Angelegenheit von der NATO ihren Ausgang nähme – Sir Harold Caccia sprach von einer Erörterung der Angelegenheit durch den Atom-Unterausschuß der NATO –, wäre es für die Briten leichter, etwas zu tun. Er wies noch einmal auf die internen Schwierigkeiten und die zusätzlichen finanziellen Belastungen[21] hin, worauf der Herr *Bundesminister* entgegnete, wenn Bedenken wegen der zusätzlich benötigten Begleitschiffe bestünden, könne man ja die MLF[22] um die Hälfte kürzen.

Lord Home sagte, er sehe die politischen Gründe durchaus ein und fragte, ob es genügen würde, wenn die britische Regierung zur Unterstützung der deutschen Überlegungen einen Marinestützpunkt zur Verfügung stellen würde.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er könne darauf jetzt natürlich nicht antworten, glaube aber, daß es möglich sein sollte, die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Auf seine Frage, ob bei einer Verminderung der finanziellen Belastung in Großbritannien auch die militärischen Bedenken geringer würden, antwortete Lord Home, daß dies in gewissem Umfang zutreffen könnte.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

[20] Bundesminister Schröder führte hierzu aus, „die Frage sei, wie auf die Dauer atomare Politik im Bündnis betrieben werden könne. Es dürfe z. B. nicht dazu kommen, daß sich im Bündnis eine amerikanisch-britische nukleare Gruppe bilde und daß de Gaulle dann versuche, ein Zusammengehen mit uns zu erreichen. Dies sei eine für das Bündnis unerfreuliche politisch-psychologische Entwicklung, die nicht dadurch verhindert werde, daß, wie Lord Home meinte, die Franzosen uns in den nächsten 10 oder 15 Jahren auf nuklearem Gebiet nicht helfen könnten. Es gehe nicht nur um die Fakten, sondern auch um die psychologischen Vorstellungen." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 19. August 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8481; B 150, Aktenkopien 1963.

[21] Zu den finanziellen Bedenken der britischen Regierung gegen die MLF vgl. Dok. 179. Zur Finanzierung der MLF vgl. Dok. 120 und Dok. 144, Anm. 14.

[22] Zur MLF vgl. weiter Dok. 374; zur britischen Haltung vgl. weiter Dok. 393, Anm. 13.

302

Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder

St.S. 1470/63 geheim **14. August 1963**[1]

Sehr verehrter Herr Minister,

ich bedauere es außerordentlich, daß ich infolge des Mißgeschicks, welches meiner Mutter zugestoßen ist, gerade in diesem kritischen Augenblick nicht in Bonn sein kann, möchte aber nochmals sagen, daß, wenn Sie es für erforderlich halten, ich in der Nacht von Donnerstag auf Freitag[2] nach Bonn zurückfahren kann. In diesem Falle bitte ich, mich bis Donnerstag, 20 Uhr, bei meinem Vetter Fritz Mackeprang, Meeschendorf bei Burg auf Fehmarn, Telefon: Burg/Fehmarn 737, zu verständigen.

Zur Vorbereitung Ihrer Gespräche in Bonn darf ich Ihnen folgende Vorschläge unterbreiten:

1) Kabinettssitzung, Freitag morgen

Staatssekretär Globke will dem Bundeskanzler vorschlagen, zu Beginn der Sitzung festzustellen, daß die Voraussetzungen, unter denen das Kabinett dem Beitritt zum Teststopp-Abkommen[3] zugestimmt hat[4], eingetreten sind.

Auf diese Weise würde eine Diskussion vermieden werden, und die endgültige Entscheidung könnte sofort getroffen werden.[5]

Staatssekretär Globke meint, daß die Erörterung unseres Deutschland-Plans[6] zurückgestellt werden sollte. Dem möchte auch ich zustimmen.

Die von Herrn von Haeften entworfene Erklärung der Bundesregierung, die

[1] Hat Bundesminister Schröder am 16. August 1963 vorgelegen.

[2] 15. auf 16. August 1963.

[3] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[4] Als Voraussetzung für einen Beitritt zum Teststopp-Abkommen bezeichnete die Bundesregierung Klarstellungen von britischer und amerikanischer Seite, daß der am 8. August 1963 erfolgte Beitritt der DDR keine staatliche Anerkennung impliziere und das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik nicht in Frage gestellt werde.
Für den Wortlaut der britischen Erklärungen vom 3. und 15. August 1963 vgl. DzD IV/9, S. 607, und BULLETIN 1963, S. 1273.
Für den Wortlaut der Erklärung des Präsidenten Kennedy vom 8. August 1963 vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 622–624. Für den Wortlaut der Erklärung des amerikanischen Außenministers Rusk am 12. August 1963 vor dem Senat vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 302–311. Für einen Auszug vgl. DzD IV/9, S. 624 f.
Vgl. dazu auch die mit Schreiben des amerikanischen Außenministers Rusk vom 2. August 1963 an Bundesminister Schröder übermittelte Erklärung des amerikanischen Außenministeriums zur Frage der Nichtanerkennung der DDR; DzD IV/9, S. 605 f. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8498.
Zur Erklärung der Bundesregierung vom 19. August 1963 anläßlich der Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 308, Anm. 3.

[5] Zum Beschluß des Bundeskabinetts, dem Teststopp-Abkommen beizutreten, vgl. Dok. 308, besonders Anm. 3.

[6] Vgl. Dok. 296.

anläßlich unseres Beitritts abgegeben werden sollte[7], habe ich Herrn Krapf zuleiten lassen mit der Bitte, sie noch einmal zu überarbeiten. Ich habe Herrn Krapf gebeten, sie Ihnen bis Donnerstagabend vorzulegen.

In der heutigen Direktorenbesprechung ist die Frage erörtert worden, ob wir eventuell nur in Washington und London unterzeichnen, dagegen in Moskau nach Inkrafttreten des Vertrages beitreten sollten[8]. Der Sinn dieses Gedankens war, zu verhindern, daß unsere Unterschrift neben der Unterschrift der SBZ auf demselben Blatt Papier erscheint.

Bei näherer Prüfung hat sich herausgestellt, daß dieser Gedanke nicht realisierbar ist. Er ist mit dem Vertrag nicht vereinbar. Die Sowjets könnten, wenn sie das aus politischen Gründen für opportun halten sollten, unseren Beitritt zurückweisen.

Der Herr Bundespräsident, der zunächst Bedenken hatte, die Vollmachten zu erteilen, hat, nachdem ich ihm heute einen Brief über die von Rusk vor dem Senat abgegebenen Erklärungen geschrieben habe[9], jetzt sein Einverständnis erteilt (Mitteilung von Staatssekretär von Herwarth an mich um 18.30 Uhr).

2) Sitzung der CDU/CSU-Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Herr Strauß hat diesen Personenkreis zu einer Sitzung am Freitag um 11 Uhr eingeladen. Ich halte es für unbedingt erforderlich, daß die Regierung dort stark vertreten ist. Herr Krone und Herr Globke meinten, daß es zweckmäßig wäre, wenn Sie, Herr Krone und Herr Barzel in die Sitzung gehen würden. Ich halte das gleichfalls für richtig und schlage Ihnen vor, so zu verfahren.

Bei der Darstellung vor Abgeordneten würde ich folgenden Weg gehen:
a) Kritik an den Amerikanern wegen mangelnder Konsultation;
b) Darstellung der außerordentlich energischen Schritte, die wir seit dem 23. Juli 1963 unternommen haben[10];
c) Erfolg: die Erklärung von Rusk vor dem Senat;
d) Weiterer Erfolg: Durch unsere diplomatische Aktion bei allen Regierungen der Welt[11], die von den Engländern unterstützt wurde und ab jetzt auch von den Amerikanern unterstützt wird, ist es uns gelungen, von einer sehr großen Zahl von Regierungen eindeutige Erklärungen über ihre Nichtanerkennungspolitik gegenüber der SBZ zu erhalten.[12]

[7] Zum Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963 vgl. Dok. 308, Anm. 3.

[8] Der Leiter des Referats „USA, Kanada", Hoffmann, sprach sich in einer Aufzeichnung für Bundesminister Schröder vom 14. August 1963 für eine möglichst umgehende Unterzeichnung aus, um so die öffentliche Aufmerksamkeit für die Tatsache, daß die Bundesrepublik in Moskau das gleiche Dokument unterzeichnen werde, unter das bereits der Vertreter der DDR seine Unterschrift gesetzt habe, gering zu halten. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8499; B 150, Aktenkopien 1963.

[9] Für das Schreiben vom 14. August 1963 vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 292; B 150, Aktenkopien 1963.

[10] Vgl. dazu u. a. Dok. 234, Dok. 244, Dok. 252 und Dok. 260.

[11] Vgl. dazu Dok. 279.

[12] Für die diesbezüglichen Drahtberichte der Auslandsvertretungen der Bundesrepublik vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8499.

Wir haben also aus der Not eine Tugend gemacht und können feststellen, daß die Nichtanerkennungspolitik nach dieser Demarche in der weitaus überwiegenden Mehrzahl aller Staaten der Welt akzeptiert wird.

3) Vorbesprechung mit den Herren Krone und Barzel

Falls Sie meinen Gedanken akzeptieren, daß Sie mit den Herren Krone und Barzel in die Sitzung der CDU/CSU-Abgeordneten am Freitag gehen, würde ich empfehlen, mit beiden Herren eine Vorbesprechung am Donnerstagabend oder Spätnachmittag zu veranstalten.

4) Dokumentation[13]

Die Vervielfältigung hat begonnen. Die Zusammenstellung wird morgen verteilt.

5) Kabinettsvorlage mit unserem Deutschland-Plan

Die Vorlage wird morgen früh um 8 Uhr verteilt.

6) Reaktion auf unsere Demarchen bei allen Regierungen, mit denen wir diplomatische Beziehungen unterhalten

Herr Lahn legt die von ihm gefertigte Zusammenstellung Donnerstagabend vor.

7) Ihr Besuch in New York

Herr Böker hat es übernommen, die Unterlagen zusammenzustellen, die wir über die Reise von Herrn von Brentano nach New York im Jahre 1955 besitzen.

Mit meinen besten Grüßen bin ich[14]

Ihr Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 442

[13] Für den Wortlaut vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436; B 150, Aktenkopien 1963.

[14] Schlußformel handschriftlich.

303

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker

Dg I B-83.00/1691/63 VS-vertraulich **14. August 1963**

Betr.: Gespräch mit dem algerischen Botschafter[1] über die Reise des Generalsekretärs der Arabischen Liga[2], Herrn Khalek Hassouna, nach Ostberlin[3]

Auf meine Bitte kam der algerische Botschafter heute zu mir. Ich informierte ihn über die uns zugekommenen Nachrichten über die Reise von Herrn Hassouna nach Ostberlin und erklärte ihm mit großer Deutlichkeit, daß die Bundesregierung diesen Schritt mit größtem Befremden zur Kenntnis genommen habe. Die Reise erscheine gerade im gegenwärtigen Augenblick wie ein Dolchstoß in unseren Rücken seitens unserer arabischen Freunde. Wir seien um so enttäuschter, als wir von Herrn Hassouna bisher immer den Eindruck gehabt hätten, als habe er großes Verständnis für die deutsche Frage. Erschwerend käme hinzu, daß er die Reise offenbar nicht als Privatmann, sondern im offiziellen Auftrag der Liga-Staaten unternähme. Es sei nun leider zu spät, die Reise noch zu verhindern. Es läge uns auch fern, aus diesem Anlaß gegenüber den arabischen Staaten irgendwelche Drohungen auszusprechen. Ich bäte ihn aber, seiner Regierung zu übermitteln, daß die Bundesregierung sich durch diesen Schritt der Arabischen Liga brüskiert sehe.

Der Botschafter nahm meine Bemerkungen gut und verständnisvoll auf. Er war über die Reise selbst noch nicht informiert, erklärte sie aber folgendermaßen: Arabische Kreise seien in den letzten Monaten durch verschiedene Reisen prominenter deutscher Politiker nach Israel, durch deren Äußerungen zum Problem der deutsch-israelischen Beziehungen[4] und durch gewisse Gerüchte über fortlaufende zusätzliche Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik an Israel auf den verschiedensten Gebieten[5] sehr beunruhigt gewesen. Besonders beunruhigend habe das Gerücht gewirkt, die Bundesregierung plane insgeheim eine baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel.[6] Diesen Gerüchten sei er persönlich immer nach Kräften entgegengetreten; er hielte es auch für möglich, daß sie zum Teil von kommunistischer oder nazistischer

[1] Hafid Keramane.

[2] Die Arabische Liga wurde 1945 als Vereinigung der arabischen Staaten gegründet mit dem Ziel, die Zusammenarbeit dieser Staaten auf politischem, wirtschaftlichem, militärischem und kulturellem Gebiet zu fördern.

[3] Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna, besuchte vom 14. bis 31. August 1963 die DDR. Vgl. dazu besonders die Aufzeichnung des Leiters des Referats „Naher Osten und Nordafrika", Schirmer, vom 24. September 1963; Referat I B 4, Bd. 60.

[4] Zu den Besuchen des CSU-Vorsitzenden Strauß und des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier in Israel und deren Äußerungen zum deutsch-israelischen Verhältnis vgl. Dok. 189 und Dok. 198. Vgl. auch Dok. 338, Anm. 12.

[5] Zur Ausrüstungshilfe der Bundesrepublik an Israel vgl. Dok. 202.
Zur Gewährung von Krediten an Israel im Rahmen der geheimgehaltenen Aktion „Geschäftsfreund" vgl. bereits Dok. 193, Anm. 4. Vgl. dazu weiter Dok. 396.

[6] Vgl. dazu Dok. 307.

Seite bewußt ausgestreut würden. Veranlaßt durch die in den arabischen Hauptstädten bestehende Unruhe, sei Herr Hassouna vor etwa einem Monat ganz privat in Bonn gewesen und habe hier mit den arabischen Botschaftern konferiert. Er, Keramane, nehme an, daß die Arabische Liga die Reise Hassounas nach Pankow bewußt als Warnung an die Bundesregierung beschlossen habe, um diese von gefährlichen Schritten abzuschrecken. Er persönlich halte von einer solchen Politik der „Erpressung" allerdings nichts, denn sie störe nur das Klima für eine fruchtbare Weiterentwicklung der deutsch-arabischen Beziehungen.

Ich bat den Botschafter, bei seiner Regierung und seinen arabischen Kollegen immer wieder den Unterschied zwischen privaten Äußerungen einzelner Abgeordneter und der Haltung der Bundesregierung klarzumachen. Wir hätten keinen Einfluß auf die Reisen und Reden unserer Abgeordneten. Ich könne ihm aber versichern, daß sich an der Politik der Bundesregierung hinsichtlich der arabischen Staaten und Israels nichts geändert habe und daß wir nichts im Schilde führten. Wir mäßen unseren Beziehungen zu den arabischen Staaten große Bedeutung bei und wollten sie im Hinblick auf die Zukunft fruchtbar ausbauen. Im Hinblick auf die Reise des Herrn Hassouna appellierte ich eindringlich an ihn als Kenner und Freund Deutschlands, seinen ganzen Einfluß dahingehend einzusetzen, daß weitere solche Gesten und Schritte unterblieben, die nur zu einer Eskalation des gegenseitigen Mißtrauens und Unwillens führen können. Dadurch würde die Gefahr heraufbeschworen, daß wir uns eines Tages beide vor einer Situation befänden, aus der wir nicht mehr heraus könnten und die Deutschland und die arabischen Staaten dann allen Anlaß hätten zu bedauern.[7]

Der Botschafter zeigte sich während der ganzen Unterhaltung sehr verständnisvoll und hilfsbereit.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär II[8] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt. Gleichzeitig möchte ich zu erwägen geben, ob wir nicht noch einmal an gewisse Abgeordnete mit der Bitte herantreten sollten, in ihren Äußerungen zum Israel-Problem etwas zurückhaltender zu sein.

Alexander Böker

Abteilung I (Dg I B), VS-Bd. 68

[7] Im Zusammenhang mit der Reise des Sekretärs der Arabischen Liga, Hassouna, führte Ministerialdirigent Böker noch Gespräche mit dem irakischen Gesandten Suleyman und dem ägyptischen Botschaftsrat El-Kashab. Dabei erklärte El-Kashab, daß Hassouna nicht ermächtigt sei, in der DDR politische Gespräche zu führen. Weiterhin wies er darauf hin, daß ein Interview, das der israelische Ministerpräsident Eshkol im Deutschen Fernsehen gegeben habe, auf arabischer Seite Unwillen erregt habe. Vgl. die Aufzeichnung von Böker vom 22. August 1963; Abteilung I (Dg I B), VS-Bd. 68; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Hat Staatssekretär Lahr am 15. August 1963 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Böker am 17. August 1963 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Referat „Naher Osten und Nordafrika" verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Seydel am 28. August 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nach Rücksprache mit Herrn Balken und weiterer Rücksprache mit Herrn Dg I B soll die Angelegenheit bis Oktober (Regierungsbildung) zunächst zurückgestellt werden." Hat dem Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika", Schirmer, am 4. September 1963 vorgelegen.

304

Bundesminister Schröder an den französischen Außenminister Couve de Murville

MB 2196/63 geheim **15. August 1963**[1]

Lieber Herr Kollege,

ich habe den dringenden Wunsch, mit Ihnen vor der Wiederaufnahme der Ost-West-Gespräche, die, wie ich annehme, etwa Mitte September in New York erfolgen wird[2], über die von uns zu den verschiedenen Fragen einzunehmende Haltung zu sprechen.

Insbesondere würde mir sehr daran liegen, Sie vor der für gleichfalls Mitte September in den USA ins Auge gefaßten Zusammenkunft der westlichen Außenminister[3] zu sehen. Nach meiner Auffassung ist es von großer Bedeutung, daß Sie und ich zu einer möglichst übereinstimmenden Auffassung in der Beurteilung der verschiedenen sowjetischen Vorschläge, die in den Gesprächen zwischen Herrn Chruschtschow, Herrn Gromyko, Herrn Rusk und Lord Home in der Sowjetunion erörtert worden sind[4], gelangen.

Besondere Sorge bereitet mir der sowjetische Vorschlag, einen Nichtangriffspakt zwischen den Warschauer Paktstaaten und der NATO abzuschließen.[5] Ich befürchte, daß ein solcher Pakt oder auch ein in anderer Form getroffenes Nichtangriffsarrangement zu einer Schwächung des Widerstandswillens und der Verteidigungsanstrengungen in der westlichen Welt und dadurch zu gefährlichen Konsequenzen führen würde.

Daß ein solches Projekt darüber hinaus bedenkliche Rückwirkungen auf das Deutschland-Problem haben würde, ist auch nicht zu verkennen.

Wir hatten ähnliche Sorgen wegen des gerade in Moskau abgeschlossenen Abkommens über die Einstellung von Kernwaffenversuchen[6], und ich war dankbar, daß unsere Botschaft mit Ihrem Ministerium über diese Frage in einem engen Meinungsaustausch stehen konnte.[7] Die jüngsten Erklärungen, die Herr Rusk zunächst während seines Besuchs hier in Bonn[8] und sodann vor dem amerikanischen Senat[9] abgegeben hat, und die Gespräche, die ich mit Lord Home und Herrn Heath in London geführt habe[10], haben uns jedoch in-

[1] Durchdruck für Staatssekretär Carstens.
Hat Carstens am 16. August vorgelegen, der Ministerialdirektor Jansen um Rücksprache bat.

[2] Zur Wiederaufnahme der Sondierungsgespräche vgl. Dok. 343, Anm. 6.

[3] Zum Treffen der Außenminister am Rande der UNO-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 367.

[4] Zu den Gesprächen am und nach dem 5. August in Moskau vgl. Dok. 282 und Dok. 299.

[5] Vgl. dazu Dok. 215 und Dok. 256, Anm. 12.

[6] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[7] Vgl. dazu Dok. 246 und Dok. 265.

[8] Vgl. dazu Dok. 291 und Dok. 292.

[9] Zur Erklärung vom 12. August 1963 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

[10] Vgl. Dok. 299 und Dok. 301.

soweit beruhigt. Wir glauben nunmehr, durch entsprechende Demarchen bei allen Ländern, mit denen wir diplomatische Beziehungen unterhalten[11], sicherstellen zu können, daß eine Anerkennung der SBZ oder auch nur eine ins Gewicht fallende Aufwertung ihres internationalen Status im Zusammenhang mit dem Moskauer Vertrag verhindert werden kann. Wir haben sogar den Eindruck, daß die aus diesem Anlaß abgegebenen zahlreichen Erklärungen der Weltöffentlichkeit[12] erneut Klarheit über die Ablehnung der SBZ und ihres Regimes durch die überwältigende Mehrheit der Staaten verschafft haben.

Wir treten nun in die nächste Phase der Erörterungen zwischen den Amerikanern, Briten und Sowjets ein. Hier wird das Atlantische Bündnis mit der sehr komplexen Frage konfrontiert werden, ob, wann und unter welchen Umständen begrenzte Maßnahmen einer Entspannung im Ost-West-Verhältnis möglich und wünschenswert sein könnten. Es erscheint mir sehr wichtig, daß wir, wenn irgend möglich, mit Ihnen in dieser Frage zu einer übereinstimmenden Auffassung gelangen.

Ich würde gern den Versuch machen, Sie um den 15. September 1963 herum, bevor die westlichen Außenminister in Amerika zusammentreffen, zu sehen, und wäre gern bereit, zu diesem Zweck nach Paris zu kommen.[13] Inzwischen, hoffe ich, werden Sie einige ruhige Urlaubstage verbringen können. Auch ich möchte wenigstens für kurze Zeit ausspannen und in mein Haus auf der Insel Sylt fahren.

Ich bleibe aber mit dem Auswärtigen Amt in ständiger Verbindung und wäre Ihnen daher besonders dankbar, wenn Sie mich Ihre Reaktion auf meine Anregung möglichst bald wissen lassen würden.[14]

Mit meinen besten Empfehlungen

gez. Ihr Schröder

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

[11] Vgl. dazu Dok. 279.

[12] Für die diesbezüglichen Drahtberichte der Auslandsvertretungen vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8499.

[13] Zum Treffen zwischen Bundesminister Schröder und dem französischen Außenminister Couve de Murville am 17. September 1963 in Paris vgl. Dok. 344 und Dok. 345.

[14] Für das Antwortschreiben vom 22. August 1963 vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419.

305

Bundesminister Barzel an Bundesminister Schröder

MB 714/63 geheim **16. August 1963**[1]

Sehr verehrter Herr Kollege Dr. Schröder,

nach den heutigen Sitzungen[2] verlasse ich noch einmal Bonn, um einige Urlaubstage – hoffentlich ungestört – zu verbringen. Ich würde es dankbar begrüßen, wenn ich alsbald nach meiner Rückkehr, d. h. am 26. oder 27. August, mit Ihnen zu einem ruhigen Gespräch über alle strittigen Fragen zusammentreffen könnte.[3] Sie werden gewiß meine Situation als gesamtdeutscher Minister begreifen und daher sicher auch gerne mir diesen Wunsch erfüllen.

Zur Vorbereitung dieses Gesprächs füge ich die Anlage bei, die einige Gedanken und Besorgnisse von mir enthält, über wie wir auch sprechen müßten.

Mit allen guten Wünschen

Ihr sehr ergebener
Rainer Barzel

Anlage zum Schreiben von Bundesminister Dr. Rainer Barzel an Herrn Bundesminister Dr. Gerhard Schröder vom 16. 8. 1963

1) Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch im Westen Bereitschaft besteht, einen Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt[4] abzuschließen, falls die östliche Seite hierfür eine Stabilisierung der westlichen Positionen in Westberlin konzediert.[5] Ich halte es für dringlich, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, daß diese Frage nicht an uns gestellt wird, zumindest nicht so an uns gestellt wird. So gestellt würde sie nämlich lauten: „Jetzt haben wir Westmächte jahrelang unter Kriegs-Risiko Westberlin gehalten; nun eröffnet sich die Möglichkeit, dieses Risiko zu beseitigen bzw. abzumildern und Ihr verlangt, daß wir wegen Eurer ungelösten und zur Zeit doch

[1] Hat Bundesminister Schröder am 17. August 1963 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Lahr vermerkte: „Vielleicht könnten diese Fragen auch in meiner Abwesenheit mit B[undes]m[inister] Barzel erörtert werden?"

[2] Bundesminister Barzel war wegen der Kabinettssitzung am 16. August 1963 in Bonn.

[3] Am 28. August 1963 fand eine Unterredung zwischen Bundesminister Barzel und Ministerialdirigent Reinkemeyer statt.

[4] Zum sowjetischen Vorschlag für ein Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. bereits Dok. 215.

[5] Am 23. August 1963 führte Ministerialdirigent Reinkemeyer zu diesem Punkt aus: „Wir haben unseren Verbündeten gegenüber wiederholt klargemacht und werden dies erneut im NATO-Rat bei der Erörterung des Nichtangriffspaktes (NAP) tun, daß wir selbst für gewisse Berlin-Garantien einem NAP nicht zustimmen können. Eine Verbesserung des Status von Berlin mit Sicherungen der Zugangswege genügt allein nicht, um unsere Bedenken zu beseitigen, die sich vor allem darauf gründen, daß durch jedes Nichtangriffs-Arrangement der status quo in Deutschland gefestigt würde." Vgl. die Aufzeichnung von Reinkemeyer vom 23. August 1963; Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 337; B 150, Aktenkopien 1963.

wohl unlösbaren Gesamtprobleme unseren Völkern weiter dieses Risiko zumuten."[6]

2) Der Bundesminister des Auswärtigen trug in einer der letzten Kabinettssitzungen vor, die östliche Seite habe die westliche gefragt, wie lange der Westen noch in Berlin bleiben wolle. Hierzu pflegt der Westen dankenswerterweise zu antworten: bis zur Wiedervereinigung. Vielleicht wäre es ratsam, auch diesen Akzent in der Antwort jeweils noch zu geben: Wir werden so lange in Berlin bleiben, wie die Sowjetunion ihre Herrschaft über die SBZ ausübt.[7]

3) Für alle künftigen Verhandlungen wird es meines Erachtens für einige praktische Fragen von großer Bedeutung sein, darauf hinzuweisen, daß in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in der SBZ bereits gegenseitige militärische Inspektionen aufgrund von Viermächte-Vereinbarungen vorhanden sind.[8] Meines Erachtens haben wir ein Interesse, diese Rechtsbasis dieser Inspektionen voll aufrechtzuerhalten und auf jeden Fall zu vermeiden, daß etwa solche Inspektionen auf eine andere Rechtsbasis gestellt werden. Das Letztere könnte nur dazu führen, daß die SBZ dann aus „eigenem Recht" solche Inspektionen gewähren würde. Das wäre ein weiterer Schritt zu ihrer Aufwertung.

In diesem Zusammenhang ist der Gedanke zu überprüfen, ob nicht die vorhandenen Inspektionen in ganz Deutschland bereits als genügend für alle künftigen Pläne betrachtet werden sollten.[9]

[6] Im Gespräch am 28. August 1963 unterrichtete Ministerialdirigent Reinkemeyer Bundesminister Barzel, daß am selben Tag eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats über die Frage eines Nichtangriffsabkommens stattfinden würde: „Unsere Haltung in dieser Frage sei völlig ablehnend. Schon jetzt zeichne sich eine Konstellation im NATO-Rat ab, die für unseren Standpunkt günstig sei. In die von Bundesminister Barzel befürchtete Lage würden wir daher aller Voraussicht nach nicht kommen." Vgl. die Aufzeichnung von Reinkemeyer vom 30. August 1963; Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 337; B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Am 23. August 1963 führte Ministerialdirigent Reinkemeyer zu diesem Punkt aus: „Der dort vorgeschlagenen zusätzlichen Antwort kann zugestimmt werden. Sie wäre propagandistisch wirksam. Sachlich bedeutet sie nichts Neues, da eine Wiedervereinigung ohnehin nur denkbar ist, wenn die Sowjetunion ihre Herrschaft über die SBZ aufgibt." Vgl. die Aufzeichnung von Reinkemeyer vom 23. August 1963; Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 337; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Die alliierten Militärmissionen auf deutschem Gebiet gingen auf Artikel 2 des Londoner Abkommens vom 14. November 1944 über Kontrolleinrichtungen in Deutschland zurück: „Each Commander-in-Chief in his zone of occupation will have attached to him military, naval and air representatives of the other two Commanders-in-Chief for liaison duties." Vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 29.
1946 wurde im Rahmen bilateraler Abkommen zwischen den Alliierten die Einrichtung der drei westlichen Militärmissionen in Potsdam sowie der sowjetischen Missionen in Frankfurt/Main, Baden-Baden und Bünde/Westfalen vereinbart. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 17. September 1963; Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 268; B 150, Aktenkopien 1963.

[9] Ministerialdirigent Reinkemeyer führte aus, daß sich diese Ausführungen auf den sowjetischen Vorschlag zum Austausch von Militärmissionen in Deutschland stützten. Er wies darauf hin, daß solche Militärmissionen bereits existierten, und kam zu dem Schluß: „Die Frage, ob diese Missionen nicht bereits genügen, ist angesichts ihrer beschränkten Funktion zu verneinen. So erfüllen sie z. B. nicht die Aufgaben, die den festen Bodenbeobachtungsposten zugedacht werden." Vgl. die Aufzeichnung von Reinkemeyer vom 23. August 1963; Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 337; B 150, Aktenkopien 1963.
Im Gespräch am 28. August 1963 legte Reinkemeyer Bundesminister Barzel dar, daß die Bundesregierung daran interessiert sei, „daß die bisherigen Militärmissionen die bisherige Rechtsgrund-

4) Probleme aus gesamtdeutscher Sicht tauchen auch auf, wenn – neben der Frage der Inspektionen – Themen erörtert werden wie „Verhinderung von Überraschungs-Angriffen", „Nichtweitergabe von Atomwaffen", „Nichtweitergabe von Atomgeheimnissen", „Verringerung der SU-Truppen in der Zone gegen Verringerung der Westtruppen in der Bundesrepublik Deutschland", „Einfrieren der Rüstungshaushalte".

Es kann keineswegs als ausgeschlossen gelten, daß alle diese Fragen sehr schnell erörtert werden und uns vor schwierige Entscheidungen stellen. Die heute im Kabinett mitgeteilten Entwicklungen in Genf[10] bestätigen das. Alle diese Fragen lösen das Problem „Nichtangriffspakt" in eine Fülle praktischer Maßnahmen auf, machen diesen großen Pakt überflüssig oder bereiten ihn vor. Bei allen diesen Fragen könnte sich ein westliches wie ein östliches Interesse ergeben – ähnlich wie beim Atomteststopp-Abkommen[11] –, die SBZ wenigstens zu verpflichten. Ein westlicher Kontrollpunkt in Frankfurt/Oder, an der Ostseeküste oder wo auch immer innerhalb des Gebietes der SBZ wird im Zweifel nie errichtet werden können ohne die Zustimmung der Organe der sogenannten DDR. Das wäre wohl abzuwehren, wenn es sich nur um Planungen für ganz Deutschland handelte. Wie aber wehren wir das ab, wenn die Kontrollstationen in ganz Deutschland Teile umfassenderer Regelungen sein sollen?[12]

Ich halte es für dringlich, alle diese Fragen rechtzeitig zu erörtern, weil die Erfahrung lehrt, daß wir auf alles vorbereitet sein sollten. Zwar ist es uns gelungen, das Junktim zwischen Teststopp-Abkommen und Nichtangriffspakt[13] aufzulösen, aber das Ergebnis ist doch so, daß sich die deutschen Probleme schon beim Teststopp-Abkommen zeigten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1032

lage behielten und damit ein Restbestand der Viermächteverantwortung aufrechterhalten bliebe. Ferner seien wir auch deshalb für die Beibehaltung der Militärmissionen, weil die Drei Alliierten – und mittelbar auch wir – aus der Tätigkeit der Militärmissionen in Potsdam Nutzen zögen." Vgl. die Aufzeichnung von Reinkemeyer vom 30. August 1963; Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 337; B 150, Aktenkopien 1963.

10 Am 14. August 1963 nahm die 18-Mächte-Abrüstungskonferenz in Genf ihre Tätigkeit wieder auf. Für den Abrüstungsvorschlag, den die USA an diesem Tag vorlegten, vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 327–330.

11 Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

12 Am 23. August 1963 äußerte sich Ministerialdirigent Reinkemeyer dazu: „Wir werden weiterhin alle auf Mitteleuropa beschränkten Maßnahmen, die zur Bildung von rüstungsverdünnten Zonen führen müssen, ablehnen und bei weltweiten Vorschlägen sorgfältig zu prüfen haben, ob sie nicht auf dem Status quo in Deutschland aufbauen und ihn festigen. Diese Gefahr besteht besonders bei den Bodenbeobachtungsposten ... Daß im Falle der Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten in der SBZ die dortigen Behörden in irgendeiner Form beteiligt werden müßten, wird nicht zu umgehen sein. Allerdings würden wir uns einer förmlichen Einbeziehung der SBZ als Partei eines Vertrages sowie der Stationierung von SBZ-Offizieren in den NATO-Ländern und damit auch in der Bundesrepublik widersetzen. Dies ist ein Grund mehr, warum wir dieser Maßnahme ablehnend gegenüberstehen." Vgl. die Aufzeichnung von Reinkemeyer vom 23. August 1963; Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 337; B 150, Aktenkopien 1963.

13 Zu den Befürchtungen in der Bundesrepublik hinsichtlich eines Junktims zwischen Teststopp-Abkommen und Nichtangriffsabkommen vgl. Dok. 243. Vgl. dazu auch Dok. 252.

Ich halte es auch für dringlich, alsbald eine westliche Gesamtplanung zu entwickeln und westliche Initiativen vorzulegen, damit die Diskussion dieser Fragen nach Inhalt und Reihenfolge nicht mehr wesentlich von östlichen Initiativen abhängig ist.

Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 337

306

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 75[I]/63 streng geheim **16. August 1963**

Betr.: Erörterung außenpolitischer Fragen mit dem Stellvertreter des Bundeskanzlers, Herrn Bundesminister Professor Dr. Erhard[1]

In der Anlage lege ich zur Vorbereitung eines Gesprächs eine Zusammenstellung von Fragen zu den Themen Ost-West-Konflikt und Deutschlandpolitik vor. Falls Herr Bundesminister Erhard dies wünscht, können weitere Zusammenstellungen für die Komplexe Europapolitik, Deutschland – Frankreich, NATO, Entwicklungsländer vorgelegt werden.[2]

Hiermit dem Herrn Minister[3] vorgelegt.

Carstens

[Anlage]

I. Ost-West-Konflikt

A. Die beherrschenden Elemente sind

– Die Fähigkeit der USA und der Sowjetunion, sich atomar gegenseitig zu vernichten.
– Eine Verbürgerlichung der sowjetischen Gesellschaft bei Fortdauer des ideologischen Zieles des Sieges des Kommunismus in der ganzen Welt.
– Unberechenbarkeit und gefährliche Aggressivität des sowjetischen Kommunismus (Kuba 1962[4]).
– Zunehmender Gegensatz zwischen China und der Sowjetunion.[5]

[1] Vgl. auch Dok. 231.
[2] Vgl. weiter Dok. 334.
[3] Hat Bundesminister Schröder am 17. August 1963 vorgelegen.
[4] Zur Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.
[5] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

B. Fragen

– Ist die amerikanische doppelspurige Politik (Verstärkung der Rüstung *und* Suchen nach einem Ausgleich mit der Sowjetunion in Teilgebieten[6]) richtig?
– Oder droht die zweite Komponente den westlichen Widerstandswillen einzuschläfern?
– Führt diese Politik zu einer Stabilisierung des Status quo vor allem in Deutschland (Teilung, Regime von Pankow, Oder-Neiße-Linie[7])?
– Könnten wir, falls wir uns entschließen sollten, gegen die amerikanische Politik Stellung zu beziehen, eine derartige Haltung durchstehen?
– Wer auf der Welt würde uns unterstützen? Frankreich?
– Müßten wir, auch wenn wir die amerikanische Politik für falsch halten sollten, die Amerikaner dennoch unterstützen, weil wir auf die Amerikaner zur Verteidigung Deutschlands und Berlins angewiesen sind?
– Oder können wir uns darauf verlassen, daß die Amerikaner uns nicht im Stich lassen können, weil der Verlust Deutschlands dem Kommunismus den Sieg einbringen würde?
– Wie weit können wir die amerikanische Politik beeinflussen
a) in der Frage der Nichtanerkennung Pankows?
b) bei Initiativen zur Wiedervereinigung?
c) in der Frage der Oder-Neiße-Linie?
– Ist es richtig, daß in den Punkten a–c die amerikanische Unterstützung mit der Zeit immer lauer wird?
– Kann man hoffen, diesen Trend zu ändern?
– Drohen uns aus der Entspannungskomponente der amerikanischen Politik weitere Gefahren (Neutralisierung Deutschlands, denuklearisierte Zonen in Mitteleuropa[8], militärischer Sonderstatus Deutschlands[9])?
– Können wir diesen Gefahren dadurch begegnen, daß wir an unseren bisherigen Grundthesen festhalten, die lauten:
Wir können alles akzeptieren, was weltweit vereinbart wird.
Regelungen, die uns diskriminieren, lehnen wir dagegen ab.
Solche Beschränkungen unserer eigenen Handlungsfreiheit könnten wir nur im Falle einer auf freien Wahlen gegründeten Wiedervereinigung Deutschlands ins Auge fassen (Genfer Friedensplan 1959[10]), sonst unter gar keinen Umständen.

Deutschlandpolitik

A. Unsere Nichtanerkennungspolitik gegenüber der SBZ beruht auf folgenden Prinzipien:

[6] Vgl. dazu die Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara vom 31. Juli 1963; Dok. 257. Vgl. dazu auch Dok. 276.

[7] Zur Oder-Neiße-Linie vgl. Dok. 141, Anm. 11.

[8] Eine denuklearisierte Zone in Mitteleuropa sah der Rapacki-Plan von 1957 vor. Vgl. dazu Dok. 114, Anm. 2.

[9] Zu Plänen einer Rüstungskontrolle, die einen militärischen Sonderstatus Deutschlands beinhalteten, vgl. Dok. 226, Anm. 6.

[10] Zum Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 54, Anm. 13.

– Ablehnung jedes Kontaktes zwischen der Bundesregierung und dem Regime von Pankow, außer auf nachgeordneter technischer Ebene (Post, Bahn, Wasserstraßenverwaltungen, Leopold-Behrendt[11]).
– Nichtaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Staaten, die diplomatische Beziehungen mit Pankow unterhalten[12] (Handelsvertretungen errichten wir).
– Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu einem Staat, der diplomatische Beziehungen mit Pankow aufnimmt (Jugoslawien[13], Kuba[14]).
– Bekämpfung jedes Versuchs der SBZ, in internationalen Organisationen Fuß zu fassen.[15]
– Bekämpfung jedes Versuchs der SBZ, mit Staaten außerhalb des Ostblocks konsularische Beziehungen aufzunehmen (bei Hinnahme von Handelsvertretungen).[16]
– Bekämpfung des Versuchs der SBZ, bei sportlichen Veranstaltungen im Ausland ihre Embleme zu zeigen und die Becher-Hymne zu spielen.[17]
Wir haben bisher jedesmal, wenn diese Ziele gefährdet waren, uns mit größter Energie für sie eingesetzt. Dabei haben wir wohl gewisse Einbußen hinnehmen müssen, wie
– Errichtung von Generalkonsulaten der SBZ in Kairo, Damaskus, Djakarta, Rangun (allerdings entweder *ohne* Erteilung eines Exequaturs oder bei gleichzeitiger öffentlicher Verlautbarung, daß die Zulassung des Generalkonsulats keine Anerkennung der SBZ bedeute);
– Vordringen der SBZ in nichtstaatlichen, vor allem wissenschaftlichen Organisationen[18];
– Erfolge der SBZ bei internationalen Sportveranstaltungen (sie trat unter ihren Farben auf, und die Becher-Hymne wurde gespielt).
Im ganzen haben wir aber unsere Position gut behauptet.

B. Sollten wir trotz der erlittenen Einbußen an dieser Politik festhalten auf die Gefahr hin, daß wir auch in Zukunft weitere kleinere Rückschläge werden hinnehmen müssen?
Oder zeichnet sich ein völliger Zusammenbruch unserer bisherigen Nichtanerkennungspolitik ab?
Gibt es Alternativen?
Ist es im besonderen denkbar, das SBZ-Regime durch die Herstellung von Kontakten von innen auszuhöhlen (wie manche Amerikaner glauben[19])?
Verpflichtet uns das Grundgesetz zur Fortführung der bisherigen Politik?

[11] Zu den Gesprächen des Leiters der Treuhandstelle für Interzonenhandel, Leopold, mit dem Abteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR, Behrendt, vgl. Dok. 3 und Dok. 180.

[12] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 251.

[13] Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien am 19. Oktober 1957 vgl. Dok. 209, Anm. 8.

[14] Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kuba am 14. Januar 1963 vgl. Dok. 19, Anm. 6.

[15] Vgl. dazu auch Dok. 259.

[16] Vgl. dazu etwa Dok. 347, besonders Anm. 3 und Anm. 14, und Dok. 448.

[17] Vgl. dazu Dok. 163.

[18] Vgl. dazu Dok. 163, Anm. 9.

[19] Vgl. dazu auch die Äußerungen des amerikanischen Außenministers Rusk am 20. September 1963 gegenüber Bundesminister Schröder; Dok. 349.

Können wir uns über den Willen des freiheitsbewußten Teiles der Bevölkerung der Zone, die von uns eindeutig die Fortsetzung unserer Politik fordert, hinwegsetzen?

C. Kann man neue Initiativen für die Wiedervereinigung Deutschlands ins Auge fassen?
Etwa:
Die Zone loskaufen durch große wirtschaftliche Angebote an die Sowjets?
Verhandlungen zwischen uns und Pankow?
Oder ist es noch heute sinnvoll, eine Politik zu betreiben, deren Ziel es im wesentlichen ist, die deutsche Frage *offen* zu halten – in der Hoffnung, daß eine Veränderung der weltpolitischen Gesamtkonstellation die Sowjets eines Tages veranlassen könnte, die Zone preiszugeben (etwa ein Konflikt zwischen ihnen und China)?

D. Was können wir tun, um der langsamen Erosion unseres Rechtsanspruchs auf die Gebiete östlich der Oder und Neiße entgegenzuwirken, die durch
– die ständige Wiederholung der sowjetisch-polnischen These von der Endgültigkeit dieser Grenze,
– den Verzicht der SBZ auf die Ostgebiete[20],
– das Nachlassen der Unterstützung durch die öffentliche Meinung in den mit uns verbündeten Ländern,
– den Zeitablauf (normative Kraft des Faktischen?),
– die Geburt von jährlich wohl über 100000 Polen in diesen Gebieten
entsteht?
Können wir in der Frage der Oder-Neiße-Linie eine neue Initiative ergreifen?
Oder müssen wir es bei der Wiederholung unserer bisherigen Thesen belassen, daß die Frage nur in einem Friedensvertrag mit dem wiedervereinigten Deutschland geregelt werden kann?
Ist es sinnvoll, den Polen Hoffnungen zu machen, wir würden uns, falls ein solcher Friedensvertrag zustande kommt, mit der derzeitigen Grenze – vorbehaltlich kleinerer Korrekturen – abfinden?
Wäre die Bundesregierung nach dem Grundgesetz befugt, eine solche Erklärung abzugeben?
Wäre ein solcher Kurs innenpolitisch durchzuhalten?
Würde er ausreichen, um die Polen stärker an uns zu binden oder sie gar aus dem kommunistischen Block zu lösen?

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446

[20] Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Juli 1950 zwischen der DDR und Polen über „die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze" (Görlitzer Abkommen) vgl. DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, Bd. 1, Berlin (Ost) 1954, S. 342f.

307

Bundeskanzler Adenauer an Bundesminister Schröder

Geheim **17. August 1963**[1]

Sehr geehrter Herr Schröder!

Botschafter Shinnar war gestern abend bei mir und überbrachte mir einen Brief des israelischen Ministerpräsidenten Eshkol, dessen Übersetzung ich beifüge.[2] Bei dieser Gelegenheit kam Botschafter Shinnar auf die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel zu sprechen. Ich habe ihm erklärt, daß ich für die Aufnahme von Beziehungen sei und sie noch während meiner Amtszeit als Bundeskanzler[3] durchführen möchte. Ich setze dabei jedoch voraus, daß ein entsprechender Schritt der Bundesregierung auf israelischer Seite nicht auf Schwierigkeiten stoßen werde. Es scheine mir zweckmäßig, vorher auch die Regierung der USA von unserer Absicht zu unterrichten. Ich würde mich mit Ihnen in dieser Angelegenheit in Verbindung setzen.

Ich bitte Sie, mir Ihre Stellungnahme nach Cadenabbia mitzuteilen.[4]

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Adenauer

Ministerbüro, VS-Bd. 8448

[1] Hat Bundesminister Schröder am 19. August 1963 vorgelegen. Er vermerkte am 27. August 1963 handschriftlich: „Antwort ab Kampen."

[2] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8448.

[3] Bundeskanzler Adenauer trat am 15. Oktober 1963 von seinem Amt zurück.

[4] Vgl. Dok. 318.
Für eine Stellungnahme des Staatssekretärs Carstens vgl. Dok. 310.

308

Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk

St.S. 1494[I]/63 geheim **17. August 1963[1]**

Lieber Dean,

zu meiner Freude kann ich Ihnen mitteilen, daß die Bundesregierung einstimmig beschlossen hat, das Moskauer Abkommen über die Einstellung von Kernwaffenversuchen[2] am kommenden Montag in Washington, London und Moskau zu unterzeichnen.[3]

Nach einer ausführlichen Diskussion, die wir am Freitag mit den Auswärtigen Ausschüssen des Bundestages und des Bundesrates veranstaltet haben[4], sehe ich es als sicher an, daß der Deutsche Bundestag und der Deutsche Bundesrat mit großer Mehrheit dem Vertrag ihre Zustimmung geben werden.[5]

Allerdings darf ich Ihnen nicht verschweigen, daß bei der Diskussion im Kabinett und in den Ausschüssen immer wieder die Frage gestellt wurde, warum die Bundesregierung von der amerikanischen Regierung nicht frühzeitiger über die sich aus dem Beitritt der sogenannten DDR zum Vertrag ergebenden Fragen unterrichtet und konsultiert worden sei.

Wir haben auf diese Frage keine wirklich befriedigende Antwort geben können. Um so dringender ist meine Bitte, bei den nunmehr beginnenden Gesprächen über die anderen mit den Sowjets erörterten Komplexe[6], insbesondere über ein Nichtangriffsarrangement[7] und über die Errichtung von Kontroll-

[1] Durchschlag als Konzept.
Das Schreiben wurde am 17. August 1963 an die Botschaft in Washington übermittelt.

[2] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[3] Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 16. August 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 1281.
Mit Drahterlaß vom 16. August 1963 wies Bundesminister Schröder Botschafter Knappstein, Washington, sowie die Gesandten Thierfelder, London, und Scholl, Moskau, an, das Teststopp-Abkommen zu unterzeichnen. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8500; B 150, Aktenkopien 1963.
Die Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens durch die Bundesrepublik erfolgte am 19. August 1963. Vgl. dazu die Drahtberichte von Knappstein und Scholl vom 19. August 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8500; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. ferner den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 19. August 1963; Referat II 8, Bd. 15.
Anläßlich des Beitritts erklärte die Bundesregierung, „daß die Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit der Unterzeichnung, Ratifizierung und Durchführung dieses Vertrages kein Gebiet als Staat und kein Regime als Regierung anerkennt, das sie nicht bereits anerkannt hat. Damit bringt die Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck, daß sie auch weiterhin die sowjetische Besatzungszone nicht als Staat und die dort eingesetzten Stellen nicht als Regierung anerkennt. Für die Bundesregierung werden daher im Rahmen dieses Vertrages keine vertraglichen Beziehungen mit der sowjetischen Besatzungszone oder mit den dort eingesetzten Stellen entstehen." Vgl. BULLETIN 1963, S. 1289. Zur Abgabe dieser Erklärung in Moskau vgl. weiter Dok. 314.

[4] Zur Sitzung vom 16. August 1963 vgl. Referat L 1, VS-Bd. 70.

[5] Zur Behandlung des Teststopp-Abkommens in Bundestag und Bundesrat vgl. weiter Dok. 435.

[6] Zu den Sondierungsgesprächen vgl. weiter Dok. 343, Anm. 6.

[7] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens vgl. Dok. 215 und Dok. 256, Anm. 11. Zur Diskussion im Rahmen der Gespräche der Außenminister in Moskau vgl. Dok. 282 und Dok. 299.

posten zur Verhinderung von Überraschungsangriffen[8], dafür zu sorgen, daß wir so schnell und so umfassend wie möglich unterrichtet und konsultiert werden.[9]

Die Beteiligung der Bundesregierung an dem in Genf verhandelten Abrüstungskomplex ist meiner Meinung nach noch nicht gut gelöst.[10] Darüber hinaus scheint es mir aber notwendig zu sein, daß nicht nur die Bundesregierung, sondern daß alle NATO-Regierungen frühzeitig mit diesen Fragen vertraut gemacht werden. Ich habe daher unseren NATO-Botschafter[11] beauftragt, auf eine gründliche Erörterung sowohl des sowjetischen Vorschlags über einen Nichtangriffspakt wie auch des Projekts zur Errichtung von Kontrollposten zur Verhinderung von Überraschungsangriffen im NATO-Rat zu dringen.[12]

Unser Vertreter wird dabei den Bedenken Ausdruck geben, die bei uns gegen jede Art eines Nichtangriffsarrangements laut geworden sind.[13] Das Bundeskabinett befürchtet vor allem, daß sich aus einer solchen Maßnahme eine Schwächung der Abwehrkraft des Westens und ein Nachlassen der NATO-Partner in ihren Verteidigungsanstrengungen ergeben könnten.

Auch die Errichtung von Kontrollposten zur Verhinderung von Überraschungsangriffen wirft für uns schwierige Fragen auf, wenn derartige Posten

[8] Zum ursprünglich sowjetischen Vorschlag zur Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 226, Anm. 7.
Zur Erörterung des Vorschlags während der Teststopp-Verhandlungen in Moskau vgl. Dok. 250 und Dok. 282, Anm. 5.

[9] Die gleiche Bitte äußerte Bundeskanzler Adenauer in einem Schreiben vom 17. August 1963 an Präsident Kennedy. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8475; B 150, Aktenkopien 1963.

[10] Im Drahterlaß vom 17. August 1963 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris monierte Bundesminister Schröder, daß die Bundesregierung über die Verhandlungen in Genf nur unzureichend informiert sei. Er schlug eine engere Verbindung zwischen dem 18-Mächte-Abrüstungskomitee und dem Ständigen NATO-Rat vor und äußerte die Hoffnung, daß die Bundesregierung über den NATO-Rat Einfluß auf die Verhandlungen nehmen könnte. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8499; B 150, Aktenkopien 1963.

[11] Wilhelm G. Grewe.

[12] Vgl. dazu weiter Dok. 309 und Dok. 317.

[13] Zu den Bedenken des Auswärtigen Amts gegen ein Nichtangriffsabkommen vgl. bereits Dok. 278; weiter Dok. 315.
Zusammengefaßt wurden die Bedenken in einer Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 28. August 1963: „Ein solcher Vertrag würde für uns bedeutende Nachteile mit sich bringen, die Anerkennung der SBZ als Staat und ihres Regimes als handlungsfähige Regierung wäre impliziert. Der territoriale Besitzstand der UdSSR und Polens in den deutschen Ostgebieten würde weiter konsolidiert. Die Aussichten für eine Lösung des Deutschlandproblems im Sinne des westlichen Friedensplans würden schwinden. Den dargestellten Nachteilen stünden für uns keine Vorteile gegenüber ... Das Nichtangriffsversprechen der Sowjetunion wäre für den Westen keine vollwertige Gegenleistung. Abgesehen davon, daß die Sowjetunion früher eine Reihe von Nichtangriffsverträgen rücksichtslos gebrochen hat, würde sie nun versuchen, nicht nur die Verteidigungsplanung im Westen, ... sondern auch unsere Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands als angriffsvorbereitende Handlungen hinzustellen ... Darüber hinaus würde der Vertrag in der freien Welt ein falsches Sicherheitsgefühl hervorrufen und die Verteidigungsbereitschaft im Westen schwächen. ...
Da der sowjetische Vorschlag auf die Konsolidierung des status quo in Europa, vor allem in Mitteleuropa, abzielt, würde der Vertragsabschluß eine Entwicklung einleiten, die über weitere ‚Entspannungsvorschläge', wie kernwaffenfreie Zone, Rapacki-Plan, zu einem Sonderstatus für Mitteleuropa führt." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8500; B 150, Aktenkopien 1963.

auch in Deutschland errichtet werden. Wie soll in diesem Falle die Zone in das Abkommen einbezogen werden?[14]

Ich sehe dankbar auf die guten und freundschaftlichen Unterhaltungen zurück, die wir zuletzt in Bonn miteinander geführt haben.[15]

Mit meinen besten Grüßen bin ich

Ihr Schröder[16]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436

309

Bundesminister Schröder an die Vertretung bei der NATO in Paris

St.S. 1492/63 geheim **Aufgabe: 17. August 1963, 22.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2710 Plurex

Betr.: Nichtangriffsarrangement zwischen NATO- und Warschauer Pakt-Staaten[2]

1) Bei der Diskussion des Teststopp-Abkommens[3] im Bundeskabinett[4] wurde mit großem Nachdruck auf die erheblichen Bedenken hingewiesen, die gegen ein Nichtangriffsarrangement bestehen.[5] Vor allem besteht nach Auffassung des Kabinetts die Gefahr, daß dadurch die westliche Widerstandskraft geschwächt [wird] und der Wille sowie die Bereitschaft der Bevölkerung der NATO-Staaten, im Interesse der Verteidigung große finanzielle und sonstige Opfer auf sich zu nehmen, nachläßt.

2) Ich bitte Sie, bei der bevorstehenden Erörterung im NATO-Rat[6] zunächst um die Behandlung der vorstehenden grundsätzlichen Gesichtspunkte zu bitten. Auf die Frage, welche Rückwirkungen das Abkommen speziell für Deutschland (Wiedervereinigung, Nichtanerkennung der Zone, Berlin) haben

[14] Zu diesen Überlegungen vgl. bereits Dok. 305; weiter Dok. 315.

[15] Zu den Gesprächen vom 10. August 1963 vgl. Dok. 291 und Dok. 292.

[16] Paraphe vom 19. August 1963.

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 17. August 1963 vorgelegen.

[2] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens vgl. Dok. 215 und Dok. 256, Anm. 12. Zur Diskussion im Rahmen der Gespräche der Außenminister in Moskau vgl. Dok. 28 und Dok. 299.

[3] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[4] Zum Beschluß des Bundeskabinetts über den Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 308, Anm. 3.

[5] Zu den Bedenken des Auswärtigen Amts vgl. Dok. 308, Anm. 13.

[6] Die Erörterung fand am 28. August 1963 statt. Zu den Instruktionen an Botschafter Grewe vgl. Dok. 317.

würde, sollten Sie zunächst darauf nicht eingehen. Die von uns geäußerten Bedenken beruhen auf Ihrer Einschätzung der Folgen eines Nichtangriffsarrangements für das gesamte Bündnissystem.

3) Ich bitte Sie, sich mit Ihren französischen Kollegen abzustimmen.[7]

4) Zusatz für Washington und London: Bitte die dortige Regierung von dieser Weisung, ohne Ziffer 3, unterrichten.

5) Zusatz für Paris: Bitte Quai d'Orsay unterrichten und vorschlagen, daß sich unsere NATO-Botschafter[8] abstimmen.

Schröder[9]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436

310

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1504/63 geheim **17. August 1963**

Staatssekretär Globke rief mich heute vormittag an und teilte folgendes mit:

Der Bundeskanzler habe Botschafter Shinnar empfangen und ihm erklärt, wir beabsichtigten, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen.[1] Er wolle einen entsprechenden Brief an den israelischen Ministerpräsidenten[2] richten und ihm mitteilen, daß wir die Absicht hätten, die diplomatischen Beziehungen aufzunehmen, falls Israel darauf eingehe.

Vorher werde er die Amerikaner bitten, aufgrund ihres großen Einflusses, den sie auf Nasser hätten, besänftigend auf die VAR einzuwirken.

Botschafter Shinnar habe erwidert, im israelischen Parlament würden sich von 120 Abgeordneten 75 für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit uns aussprechen.

Ich habe Staatssekretär Globke gesagt, daß das Auswärtige Amt an seiner seit Jahren vertretenen Auffassung weiterhin festhalte, wonach die Aufnahme

[7] Am 19. August 1963 antwortete Gesandter Knoke, Paris: „Lucet war heute vormittag sichtlich erfreut darüber, daß auch im Bundeskabinett Bedenken wegen eines Nichtangriffsarrangements bestehen. Die französische Auffassung zu dem Nichtangriffskomplex sei ja aus der Pressekonferenz von General de Gaulle vom 29. Juli bekannt." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8500; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Wilhelm G. Grewe und François Seydoux.
Mit Drahtbericht vom 19. August 1963 führte Gesandter Knoke, Paris, dazu aus, daß dieser Vorschlag auf französischer Seite mit Zustimmung aufgenommen worden sei. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8500; B 150, Aktenkopien 1963.

[9] Paraphe vom 17. August 1963.

[1] Vgl. dazu bereits Dok. 307.

[2] Levi Eshkol.

diplomatischer Beziehungen zu Israel mit Risiken behaftet sei, die in keinem Verhältnis zu den möglichen Vorteilen eines solchen Schrittes ständen. Wir hielten diese Bedenken im vollen Umfange aufrecht.[3]

Im übrigen schiene es mir absolut unerläßlich zu sein, daß der Herr Bundeskanzler mit dem Herrn Bundesaußenminister über diese Angelegenheit spreche, bevor er irgendwelche Schritte unternehme.

Staatssekretär Globke erwiderte, das letztere sei auch seine Auffassung. Er werde sie dem Bundeskanzler sofort nochmals vortragen.

Hiermit dem Herrn Minister[4] vorgelegt. Ich schlage vor, daß Sie an den Herrn Bundeskanzler in der Angelegenheit schreiben.[5]

Herr Ministerialdirigent Böker sollte um Vorlage eines entsprechenden Entwurfs gebeten werden.

Carstens

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205

[3] Zu den Bedenken des Auswärtigen Amts vgl. bereits Dok. 205.
In einer Aufzeichnung vom 15. August 1963 führte Ministerialdirigent Böker dazu aus: „Wäre Deutschland kein geteiltes Land, so spräche fast alles für und nur wenig gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel. Als der freie Teil eines geteilten Landes, der um die fortgesetzte Anerkennung des Rechts, für das ganze deutsche Volk zu sprechen, ringen muß, würden wir uns durch eine Anerkennung Israels heute in eine außerordentlich gefährliche Lage begeben. Mehrere arabische Regierungen, darunter insbesondere die VAR, haben erklärt, daß sie im Falle der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel ihrerseits die diplomatischen Beziehungen mit der SBZ aufnehmen würden. Diese Erklärungen, die in der Vergangenheit vielleicht noch als Bluff gewertet werden konnten, sind heute durchaus ernst zu nehmen ... Viele führende Araber glauben heute, daß wir im Grunde ein verdecktes Spiel mit Israel gegen sie treiben. Unsere Beziehungen zu den arabischen Staaten sind daher heute gespannter denn je zuvor ... Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel im gegenwärtigen Zeitpunkt würde uns also mit großer Wahrscheinlichkeit plötzlich vor die schwere Entscheidung stellen, die Hallstein-Doktrin fallen zu lassen oder uns auf unabsehbare Zeit aus einem Raum auszuschalten, der für uns politisch, wirtschaftlich und strategisch von größter Bedeutung ist. Mit Kettenreaktionen in der übrigen ungebundenen Welt wäre zu rechnen." Böker legte im weiteren dar, daß sowohl bei den drei Westmächten als auch innerhalb Israels selbst ein derartiger Schritt nicht auf ungeteilte Zustimmung stoßen würde. Er zog den Schluß, daß die erzwungene Aufgabe der Hallstein-Doktrin oder der politische Rückzug der Bundesrepublik aus dem Nahen Osten von weiten Kreisen „den Juden" angelastet würden. Dies würde die begonnene deutsch-israelische Aussöhnung zunichte machen. Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Hat Bundesminister Schröder am 17. August 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[orlage] mit E[ntwurf] Böker."

[5] Vgl. Dok. 318.

311

Bundeskanzler Adenauer an den amerikanischen Außenminister Rusk

MB 2229/63 geheim **19. August 1963**[1]

Sehr geehrter Herr Rusk!

Herzlich danke ich Ihnen für Ihren Besuch in Bonn[2] und Ihre Hilfe. Schließlich ist es doch noch zu einem, wie Sie in der Zwischenzeit erfahren haben werden, befriedigenden Ergebnis gekommen.[3] Ihre Verhandlung ist sicher von großer Bedeutung dabei gewesen.

Ich hoffe sehr, daß die Konsultationsmethode zwischen US und uns bzw. US und NATO in Zukunft von Anfang an gut funktionieren wird. Es handelt sich bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion für uns um entscheidende Fragen.[4] Wir legen großes Gewicht auf eine so rechtzeitige und vollständige Konsultation, daß unsere Ansichten zu den Fragen noch verwertet werden können.

Mit herzlichen Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener
[gez.] Adenauer

Ministerbüro, VS-Bd. 8475

[1] Das Schreiben wurde am 19. August 1963 an die Botschaft in Washinton übermittelt.
Hat Ministerialdirigent Reinkemeyer und Staatssekretär Lahr am 27. August 1963 vorgelegen.

[2] Zu den Gesprächen vom 10. August 1963 vgl. Dok. 291 und Dok. 292.

[3] Zur Entscheidung des Bundeskabinetts, dem Teststopp-Abkommen beizutreten, vgl. Dok. 308, Anm. 3.

[4] Zu den Sondierungsgesprächen vgl. Dok. 343, Anm. 6.

312

Runderlaß des Ministerialdirigenten Keller

III A 1-80.40/63 **19. August 1963**[1]

Betr.: Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika und Portugal

1) In den letzten Jahren haben Gremien der Vereinten Nationen verschiedentlich zur Politik Portugals gegenüber seinen abhängigen Gebieten in Afrika[2] und zur Rassenpolitik Südafrikas kritisch Stellung genommen und Empfehlungen für wirtschaftliche Sanktionen ausgesprochen. Folgende Beschlüsse neueren Datums sind zu nennen:

Die Entschließung des Sicherheitsrats vom 31. 7. 1963.[3] Sie empfiehlt allen Staaten, an Portugal keine Waffen und militärischen Ausrüstungsgegenstände zu verkaufen und zu liefern, die zur Unterdrückung der Bevölkerung in den portugiesischen überseeischen Gebieten eingesetzt werden könnten.

Die Resolution des Sicherheitsrats vom 7. August 1963.[4] Sie ersucht alle Staaten um ein vollständiges Waffenembargo gegenüber Südafrika.

Die Beschlüsse des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) von Ende Juli 1963.[5] Sie schließen Portugal von der Mitgliedschaft in der VN-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) aus und suspendieren Südafrikas Mitarbeit in der ECA bis zur Änderung der Rassenpolitik dieses Landes.

Die Resolution der XVII. Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 7. 11. 1962.[6] Sie bezieht sich nur auf Südafrika. Den Mitgliedsländern werden folgende wirtschaftliche Maßnahmen, die einzeln oder gemeinsam ergriffen werden sollten, empfohlen:

Schließung der Häfen für südafrikanische Schiffe;

Verbot für eigene Schiffe, südafrikanische Häfen anzulaufen;

Boykott aller südafrikanischen Waren und Verbot von Exporten nach Südafrika einschließlich der Waffen- und Munitionsausfuhr;

Verweigerung der Landemöglichkeiten und des Rechts zum Überfliegen der Staatsgebiete für alle südafrikanischen Flugzeuge.

Die Empfehlungen der Resolution vom 7.11.1962 sind Ende Mai 1963 auf der

[1] Hat Staatssekretär Lahr am 22. August 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 122, Anm. 5.

[3] Am 31. Juli 1963 nahm der UNO-Sicherheitsrat eine Resolution an, in der die portugiesische Kolonialpolitik verurteilt wurde. Außerdem wurde ein Waffenembargo gegen Portugal empfohlen. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10728.

[4] Am 7. August 1963 beschloß der UNO-Sicherheitsrat eine Resolution gegen die Apartheid-Politik der südafrikanischen Regierung. Vgl. dazu AdG, S. 10734.

[5] Zu den Beschlüssen vom 24. und 30. Juli 1963 vgl. AdG 1963, S. 10715 f. und S. 10750.

[6] Für den Wortlaut der Resolution vom 6. November 1962 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. 9, S. 102 f.

Gipfelkonferenz der afrikanischen Staatschefs in Addis Abeba in annähernd gleicher Form bestätigt und auf Portugal ausgedehnt worden.[7]

2) Soweit hier bekannt ist, haben Mali, Guinea, Senegal, Kamerun, Ghana, Liberia, Tanganjika, Äthiopien, Libyen und Algerien Boykottmaßnahmen gegenüber Südafrika und Portugal beschlossen. Die Vertretungen werden gebeten, über diese Beschlüsse und die Maßnahmen zu ihrer Durchführung zu berichten, soweit dies noch nicht geschehen ist. Gleichzeitig sind Angaben über den Außenhandel des Gastlandes mit Südafrika, Portugal und dessen überseeischen Territorien erwünscht. Die gleichen Bitten gelten für die Vertretungen in denjenigen Ländern, die sich den Sanktionsmaßnahmen künftig anschließen werden.

3) Es ist nicht ausgeschlossen, daß einige Regierungen an den Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik mit Südafrika, Portugal und dessen überseeischen Territorien Kritik üben und den Wunsch äußern werden, die Bundesregierung möge sich die Empfehlungen der Vereinten Nationen ebenfalls zu eigen machen. In diesem Falle ist darauf hinzuweisen, daß alle Staaten – einschließlich der afrikanischen – auch mit solchen Ländern Handel treiben, die die individuelle Freiheit ihrer Staatsbürger einschränken und eine für verderblich gehaltene Politik verfolgen. Daher besteht kein Anlaß, von der Bundesrepublik den Abbruch von Wirtschaftsbeziehungen zu verlangen, die aus wirtschafts- und handelspolitischen Gründen durchaus von Interesse sind.[8] Südafrika ist sogar der bedeutendste Außenhandelspartner Deutschlands in Afrika. Die Außenhandelsbilanz ist für die Bundesrepublik seit Jahren aktiv. Die Exporte betrugen 1962 DM 576,8 Mio., die Importe beliefen sich auf 413,5 Mio. DM. Im Vergleich zum Vorjahr waren die Ausfuhren um 25 Mio. und die Einfuhren um 50 Mio. DM gestiegen. Auch für 1963 ist mit hohen Außenhandelsumsätzen zu rechnen.

4) Falls erneut Kritik an den angeblichen deutschen Waffenlieferungen geübt werden sollte, kann auf folgendes hingewiesen werden:

Nach *Südafrika* sind Regierungslieferungen von Rüstungsmaterial und Waffen weder erfolgt noch beabsichtigt. Anträge von Privatfirmen auf Genehmigung zur Ausfuhr solchen Materials werden grundsätzlich abgelehnt. Bisher wurden lediglich in begrenztem Umfang kommerzielle Waffenlieferungen deutscher Firmen genehmigt, sofern es sich um Jagdgewehre, Kleinkaliber-Sportgewehre, Kleinkaliberpistolen für Sport und Selbstschutz und die dazugehörige Munition handelt. Deutsche Firmen erhalten dagegen keine Genehmigung zur Ausfuhr von Spezialmaschinen für den Aufbau einer Rüstungsindustrie.

Nach *Portugal* erfolgen Lieferungen von Waffen und sonstigen Rüstungsgütern auf Regierungsebene grundsätzlich nur gegen eine schriftliche Verpflichtung, daß dieses Material ausschließlich im Mutterland und nicht in den über-

[7] Für den Wortlaut der Resolution der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Unabhängigen Afrikanischen Staaten vom 25. Mai 1963 vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 320-324.

[8] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Staatssekretärs Lahr: „Konkretes Argument: Wenn mehr als 90 Prozent der UNO-Mitglieder die Empfehlung nicht befolgen, kann man die Befolgung nicht von einem Nicht-Mitglied fordern."

seeischen Gebieten eingesetzt wird (Endverbleibsklausel).[9] Kommerzielle Lieferungen von Waffen und Rüstungsmaterial in die portugiesischen überseeischen Gebiete wurden bislang wie Ausfuhren nach Südafrika behandelt. Kommerzielle Exporte von Kleinwaffen und Rüstungsmaterial in das Mutterland werden nach Prüfung des Endverbleibs in geringfügigem Umfang genehmigt.

5) Sollten einige afrikanische Staaten in ihrer Kritik weiter gehen und etwa androhen, ihre Häfen und Flugplätze für Schiffe und Flugzeuge der Bundesrepublik oder anderer Länder zu schließen, falls deren Endziel Südafrika oder eine der portugiesischen Besitzungen ist, so ist Weisung einzuholen. Es wird dann geprüft werden, welche Gegenschritte bilateral und, nach Abstimmung mit anderen betroffenen Ländern, in den zuständigen internationalen Gremien unternommen werden können.

gez. Keller

Büro Staatssekretär, Bd. 405

313

Staatssekretär Lahr an die Botschaft in Washington

II 1 – 86.00/1/521[I]/63 geheim **21. August 1963[1]**
Fernschreiben Nr. 1532 **Aufgabe: 22. August 1963**

Im Anschluß an Plurex 2709 vom 17.8.[2] und auf Drahtbericht Nr. 2368 vom 19.8.[3] und Nr. 2391 vom 20.8.1963[4]

Betr.: Von uns vorgelegter Entwurf eines Planes zur Lösung wichtiger Fragen betr. Deutschland und die europäische Sicherheit[5] (von uns überarbeiteter Friedensplan von 1961[6])

9 Am 25. September 1963 nahm der Leiter des Referats „Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung", von Stechow, zu dieser Praxis Stellung und gab eine Übersicht über die bisherigen portugiesischen Erklärungen über den Endverbleib bei Lieferung von Rüstungsgütern aus der Bundesrepublik. Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 188; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu weiter Dok. 374.

1 Der Drahterlaß wurde von Ministerialdirigent Reinkemeyer konzipiert.
Ein Durchdruck hat Bundesminister Schröder am 27. August 1963 vorgelegen. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8453; B 150, Aktenkopien 1963.

2 Für den Drahterlaß des Bundesministers Schröder vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1963.

3 Für den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8453; B 150, Aktenkopien 1963.

4 Für den Drahtbericht des Gesandten Freiherr von Stackelberg, Washington, vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 54; B 150, Aktenkopien 1963.

5 Vgl. Dok. 296.

6 Zum revidierten Friedensplan von 1961 vgl. Dok. 69, Anm. 2.

Zu den von dort aufgeworfenen Fragen nehmen wir wie folgt Stellung:

1) Zur Frage der Veröffentlichung des Plans erinnern wir daran, daß wir eine Veröffentlichung anstreben. Wir würden es freilich begrüßen, wenn ein solcher Schritt Ost-West-Verhandlungen in der Deutschland-Frage herbeiführen oder erleichtern würde. Wir würden eine Veröffentlichung aber auch für den Fall ins Auge fassen, daß tatsächliche Verhandlungen nicht zustande kommen. Uns liegt in erster Linie daran, den Willen der Bundesregierung zur Wiedervereinigung nachdrücklich und überzeugend gegenüber den Sowjets, gegenüber der eigenen *und* westlichen Öffentlichkeit zu unterstreichen. Insofern wäre die Veröffentlichung des Plans bereits ein wichtiges[7] Politikum[8]. Wir halten ein solches Vorgehen nach den Vorgängen der letzten Wochen und im Hinblick darauf für zweckmäßig, daß die Sowjets bemüht sein werden, über evtl. Abrüstungsgespräche[9] die Deutschlandposition des Westens für uns negativ zu präjudizieren.

2) Aus Plurex 2709 geht hervor, daß wir den Plan als deutschen Plan zu veröffentlichen beabsichtigen.[10] Damit könnte sich nach unserer Auffassung eine weitere Erörterung der Frage erübrigen, wie die noch vorhandenen grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zu den Ziffern 7 und 10–12 unseres Plans überbrückt werden können. Unsere Verbündeten brauchen sich nicht mit jeder Einzelheit unseres Vorschlages zu identifizieren. Uns liegt nur daran, daß sie den Vorschlag gegenüber der Weltöffentlichkeit begrüßen.

Sollten unsere Verbündeten das Problem der Ziffern 7 und 10–12 gleichwohl aufwerfen, dann wäre in der dortigen Argumentation davon auszugehen, daß es in dem von uns vorgelegten Entwurf keinen einzigen Passus von politischer Bedeutung gibt, dem die Alliierten nicht zu irgendeinem Zeitpunkt – entweder 1959 bei der Beratung des Friedensplans von 1959[11] oder 1961 bei der Beratung des Friedensplans von 1961 oder 1963 bei der Beratung unserer im Februar vorgelegten Neufassung[12] – zugestimmt haben. Die von uns vorgeschlagenen Änderungen der Ziffern 7 und 10–12 nehmen jedenfalls bestimmte Überlegungen auf, wie sie wörtlich in dem Friedensplan von 1959 enthalten sind. Hinsichtlich des politischen Inhalts könnten die Alliierten also kaum Bedenken vorbringen. Bedenken könnten lediglich die Frage des Procedere betreffen. Hierzu wäre zu bemerken, daß *wir* es sind, die mit der Veröffent-

[7] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

[8] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr gestrichen: „ersten Ranges".

[9] Zu den Gesprächen am 5./6. August 1963 vgl. Dok. 282 und Dok. 299. Zu den im September wiederaufgenommenen Sondierungsgesprächen vgl. Dok. 343, Anm. 6.

[10] Bundesminister Schröder führte in dem Drahterlaß aus, daß das Ziel der Beratungen des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems in der Washingtoner Vierergruppe die Zustimmung der Westmächte zu folgendem Verfahren sein sollte: „a) die Bundesregierung veröffentlicht den Plan als einen von ihr unterbreiteten Vorschlag, b) die Westmächte erklären, daß sie die Initiative der Bundesregierung begrüßen und daß sie den vorgelegten Entwurf zusammen mit der Bundesregierung sorgfältig prüfen und insbesondere auch mit der Bundesregierung gemeinsam darüber beraten werden, in welchem Zeitpunkt sie ihn der Sowjetunion zur Aufnahme von Verhandlungen über das Deutschland-Problem unterbreiten werden."

[11] Zum Herter-Plan vom Mai 1959 vgl. Dok. 54, Anm. 13.

[12] Zu den Überlegungen von Anfang 1963, eine überarbeitete Fassung des revidierten Friedensplans in die deutschlandpolitische Diskussion einzuführen, vgl. Dok. 69.

lichung des Plans auch die Verantwortung für seinen Inhalt übernehmen. Sollte von alliierter Seite gleichwohl eine Diskussion über die genannten Ziffern fortgesetzt werden, dann wäre bei den dortigen Darlegungen der diesbezügliche Inhalt der Drahterlasse Nr. 563 vom 2.4.1963[13], Plurex Nr. 1640 vom 20.5.1963[14] und Nr. 1213 vom 2.7.1963[15] (gez. Carstens) heranzuziehen.

3) Wir beabsichtigen, den NATO-Rat über unsere Initiative zu konsultieren, sobald die dortigen Beratungen ergeben haben, daß zwischen uns und den drei Alliierten keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Inhalts und der Verwendung unseres Plans bestehen. Wir sind selbstverständlich an einer baldigen Unterrichtung des NATO-Rats interessiert und schlagen, um dies zu ermöglichen, unseren Alliierten vor, die Besprechungen in der Washingtoner Gruppe[16] möglichst zu beschleunigen.[17]

4) Zu der im Drahtbericht Nr. 2368 vom 19. August 1963 aufgeworfenen Frage, wann der Plan im Kabinett zur Beratung gelangt, bleibt weiterer Erlaß vorbehalten. In dieser und der nächsten Woche finden Kabinettssitzungen nicht statt.[18]

Lahr[19]

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 54

13 Für den Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 53.

14 Für den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 53.

15 Vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 53.

16 Zur Washingtoner Vierergruppe vgl. Dok. 101, Anm. 4.

17 Mit Drahtbericht vom 19. August 1963 wies Botschafter Grewe, Paris (NATO), darauf hin, daß es zu „schwerwiegender Verstimmung" im Ständigen NATO-Rat kommen würde, falls nicht „eine Konsultation des Rates mindestens nach Abschluß der Washingtoner Erörterungen und vor Veröffentlichung" vorgesehen wäre. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8453; B 150, Aktenkopien 1963.

18 Zu einer Beratung im Bundeskabinett kam es nicht, da gegen den Vorschlag des Auswärtigen Amts Bedenken erhoben wurden. Vgl. dazu Dok. 321.

19 Paraphe vom 22. August 1963.

314

Gesandter Scholl, Moskau, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-6122/63 geheim
Fernschreiben Nr. 836
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 21. August 1963, 13.30 Uhr
Ankunft: 21. August 1963, 12.47 Uhr

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 830 vom 20.8.[1]

Habe Erstem Stellvertretenden Außenminister Kusnezow Erklärung der Bundesregierung vom 19.8. wörtlich vorgetragen[2] und mich dabei auf Auftrag bezogen, diese Erklärung der Sowjetregierung zu übermitteln. Kusnezow hörte Vortrag der Note, ohne mich zu unterbrechen, an und erklärte, Vortrag aufmerksam gefolgt zu sein. In seiner darauffolgenden Erwiderung führte er aus, er könne die Erklärung, deren Inhalt bereits in der Presse erschienen sei[3], nicht entgegennehmen, da ihr enthaltener ungesetzlicher Anspruch der Bundesregierung, für das ganze deutsche Volk zu sprechen, darunter auch für Westberlin, nicht akzeptiert werden könne. Auf dem Gebiet Deutschlands beständen zwei selbständige Staaten sowie Westberlin als selbständige politische Einheit.[4] Diese Tatsache könne durch keine Erklärung der Bundesregierung widerlegt werden. Die „DDR" habe durch Unterzeichnung des Abkommens entsprechende Verpflichtungen übernommen.[5] Die Auffassung der Sowjetregierung, daß die Bundesrepublik nicht berechtigt sei, für das ganze Deutschland zu sprechen, sei während der Genfer Konferenz 1959 auch von dem amerikanischen Außenminister[6] bestätigt worden. Die Bundesregierung sei ebensowenig berechtigt, als Vertreterin Westberlins zu fungieren und irgendwelche Verträge für Westberlin zu unterzeichnen. Von den Regierungen Englands, Frankreichs und der USA sei bestätigt worden, daß Berlin niemals

[1] Für den Wortlaut vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8500.

[2] Zur Erklärung vom 19. August 1963 vgl. Dok. 308, Anm. 3.
In der Version, die der Gesandte Scholl in Moskau vortrug, war der Begriff „die sowjetische Besatzungszone" durch „die sogenannte DDR" ersetzt worden, um nicht die Zurückweisung der Note durch die UdSSR zu provozieren. Vgl. dazu den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 17. August 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8500; B 150, Aktenkopien 1963. Für die Erwiderung der UdSSR vom 21. August 1963 vgl. DzD IV/9, S. 647.

[3] Für den Wortlaut vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 191 vom 20. August 1963, S. 4.

[4] Die These, daß Berlin (West) eine selbständige politische Einheit neben der Bundesrepublik und der DDR darstelle, wurde seit Mitte 1963 von der UdSSR und der DDR verstärkt propagiert. Am 21. Juni 1963 ordnete die DDR die Schaffung eines „Grenzgebietes" zu Berlin (West) an. Am 2. Juli 1963 sprach der Staatsratsvorsitzende Ulbricht in Ost-Berlin nicht mehr nur von einer Konföderation der DDR und der Bundesrepublik, sondern führte aus: „Die beste, ja einzige noch verbliebene Möglichkeit, die deutsche Spaltung in Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung zu überwinden, ist die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten und einer neutralen Freien Stadt Westberlin in einer deutschen Konföderation." Vgl. DzD IV/9, S. 517. Vgl. dazu weiter die Ausführungen des sowjetischen Außenministers Gromyko gegenüber dem FDP-Abgeordneten Dehler am 2. September 1963; Dok. 325.

[5] Die DDR unterzeichnete das Teststopp-Abkommen am 8. August 1963. Vgl. dazu auch DzD IV/9, S. 612.

[6] Christian A. Herter.

zur Bundesrepublik gehört habe.[7] In dem diesbezüglichen Teil der Erklärung spiegelten sich revanchistische Bestrebungen gewisser Kreise der Bundesrepublik wider. Die Haltung der Bundesregierung stehe im Widerspruch mit Geist und Ziel des Testbannvertrages[8]; er, Kusnezow, könne deshalb die Erklärung nicht entgegennehmen. Er gab darauf die Note, welche ich ihm nach Vortrag des Inhalts überreicht hatte, wieder zurück.

Ich erwiderte, der in der Erklärung der Bundesregierung zum Ausdruck gebrachte Standpunkt sei von der Bundesregierung von eh und je vertreten worden.[9] Sie habe aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrages ihrem ständig vertretenen Standpunkt erneut Ausdruck gegeben. Sie befinde sich mit ihrer in der Erklärung zum Ausdruck gebrachten Rechtsauffassung im Einklang mit den beiden anderen Signatarmächten des Vertrages. Diese hätten nach Unterzeichnung des Vertrages die gleiche Rechtsauffassung eindeutig zum Ausdruck gebracht.[10] Sie habe daher Anlaß gehabt, den ihr freundschaftlich verbundenen Regierungen, wie in der Erklärung geschehen, für ihre Haltung zu danken.

Unverändert sei auch der Standpunkt der Bundesregierung bezüglich Westberlin. Dieses sei ein integraler Bestandteil des freien Deutschlands wie irgendein anderes Land der Bundesrepublik. Die Auffassung, daß Berlin eine

[7] Bei der dritten Lesung des Entwurfs für das Grundgesetz beschloß der Parlamentarische Rat am 9. Februar 1949, Groß-Berlin als Bundesland in den Geltungsbereich des Grundgesetzes einzubeziehen. Der amerikanische, britische und französische Militärgouverneur erhoben dagegen am 2. März 1949 Einspruch. Sie führten in einem Aide-mémoire aus, daß „mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Teil des Artikel 22, der sich auf Berlin bezieht, suspendiert werden" müsse. Es bestünden allerdings keine Bedenken dagegen, „daß die verantwortlichen Behörden in Berlin eine kleine Zahl von Vertretern dazu bestimmen, den Sitzungen des Parlaments beizuwohnen". Diese Auffassung bestätigten die drei Militärgouverneure mit Schreiben vom 22. April 1949 und legten dar, ihre Regierungen könnten nicht akzeptieren, „daß Berlin als ein Land in die ursprüngliche Organisation der deutschen Bundesrepublik einbezogen wird". Vgl. DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1959, München 1959, S. 120f.

[8] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[9] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 251.
Am 20. August 1963 übermittelte die UdSSR der Bundesrepublik eine Liste der Staaten, die bis zu diesem Zeitpunkt das Teststopp-Abkommen unterzeichnet hatten. Am 21. August 1963 wies Staatssekretär Lahr die Botschaft in Moskau an, diese Notifikation „in üblicher Form zu bestätigen, dabei die gesamten Mitunterzeichner ohne die sog. DDR aufzuführen" und die Erklärung der Bundesregierung vom 19. August 1963 auszugsweise zu wiederholen. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 292; B 150, Aktenkopien 1963.

[10] Zu den amerikanischen und britischen Erklärungen vgl. Dok. 302, Anm. 4. Am 16. August 1963 hatten die USA und Großbritannien gegenüber der UdSSR die Notifikation von der Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens durch die DDR zurückgewiesen. Für den Wortlaut vgl. DzD IV/9, S. 632 (Auszug).
Die UdSSR reagierte am 23. August 1963 mit Protestnoten an die USA und Großbritannien. Für den Wortlaut vgl. die Erklärung der Nachrichtenagentur TASS vom 24. August 1963; DzD IV/9, S. 649f.
Mit Drahterlaß vom 27. August 1963 schlug Staatssekretär Lahr Konsultationen in der Washingtoner Vierergruppe über die Beantwortung der Noten vor, da diese „eine Reihe von Unrichtigkeiten" enthielten, „die nicht unwidersprochen hingenommen werden sollten". Dazu gehörten die Behauptungen, daß die DDR ein anerkanntes Subjekt des Völkerrechts und eine vollberechtigte Teilnehmerin am Vertrag sei, Berlin (West) eine faktisch selbständige politische Einheit bilde und der gesamtdeutsche Anspruch der Bundesrepublik auf „revanchistischen Bestrebungen" beruhe. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 292; B 150, Aktenkopien 1963.

selbständige politische Einheit sei, müsse zurückgewiesen werden. Zu der Bemerkung Kusnezows, Teile der Erklärung der Bundesregierung ständen im Widerspruch zum Geist des Vertrages, bemerkte ich, die Bundesregierung habe den Vertrag unterzeichnet, sich damit zu seinem Inhalt bekannt.[11] Sie betrachte es als unzulässig, wenn sie jemand darüber belehren wolle, ob die Erklärung vom 19.8. mit dem Geist des Vertrages in Einklang stehe. Zurückzuweisen sei auch die Behauptung bezüglich der Bestrebungen, welche die Erklärung angeblich widerspiegele. Die Bundesregierung hoffe, wie sie in der Erklärung ausgeführt habe, aufrichtig, daß der Vertrag zu einer allgemeinen weltweiten Abrüstung und zu einer Beseitigung der politischen Spannungsursachen führe, an denen ganz besonders das deutsche Volk interessiert sei.

Auf die als Abschluß gedachte Erklärung Kusnezows, die Sowjetregierung bedauere die hartnäckige, absolut unrealistische, der auf dem Gebiet Deutschlands bestehenden Situation nicht Rechnung tragende Haltung der Bundesregierung, demgegenüber sei die Haltung der Sowjetregierung klar und mehrfach dargelegt worden, bemerkte ich abschließend, die Wirklichkeit, an welche die Sowjetunion denke, sei eine ungute. Unser Bestreben gehe dahin, eine Wirklichkeit zu schaffen, die den Vorstellungen des gesamten deutschen Volkes Rechnung trage, was dann zu einer wirklichen Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen führen würde.

Kusnezow bemühte sich, in Ton und Formulierung seiner – in der Sache unveränderten – Ausführungen maßvoll zu bleiben.

Beabsichtige, hier anfragende Journalisten dahin zu unterrichten, daß der Sowjetregierung Erklärung vom 19.8. vollständig zur Kenntnis gebracht worden ist.

[gez.] Scholl

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 292

[11] Zum Beitritt der Bundesrepublik am 19. August 1963 zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 308, Anm. 3.

315

Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt

II 8-82-30-2/4056/63 geheim **23. August 1963**[1]

Ergebnisprotokoll über die am 23. August 1963 im Auswärtigen Amt abgehaltene Ressortbesprechung über die Fragen eines Nichtangriffsarrangements[2] und die Errichtung von Bodenbeobachtungsposten zur Verhinderung von Überraschungsangriffen[3]

Auf Grund des Kabinettsbeschlusses vom 16. August 1963[4] fand am 23. August im Auswärtigen Amt unter Vorsitz von Ministerialdirigent Dr. Reinkemeyer eine Ressortbesprechung statt, bei der außer dem Auswärtigen Amt folgende Ressorts vertreten waren:

das Bundesministerium des Innern durch Ministerialdirigent Dr. Kölble und Ministerialdirigent Dr. Schultheiss,
das Bundesministerium der Verteidigung durch General Ferber und Oberstleutnant Hopf,
das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen durch Ministerialdirektor Dr. Müller und Ministerialrat Zettelmeyer,
das Bundesministerium für Verkehr durch Regierungsbaudirektor Hansen,
der Staatssekretär des Bundeskanzleramtes durch Legationsrat Schmitt.
Nach 16 Uhr nahm auch Botschafter Prof. Grewe von unserer NATO-Vertretung in Paris teil.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* (AA) eröffnete die Aussprache über den Vorschlag eines Nichtangriffspakts (NAP) mit einem kurzen Abriß der jüngsten Moskauer Ost-West-Verhandlungen. Die Sowjets hätten im Februar dieses Jahres ihren alten Vorschlag eines NAP wieder hervorgeholt und ihn mit dem Teststopp-Vertrag[5] in Verbindung gebracht. Den Westmächten sei es gelungen, diese Verbindung zu lösen, doch hätten sie sich verpflichtet, ihre Verbündeten in dieser Frage zu konsultieren.[6] In dieser Phase der Konsultation

[1] Die Aufzeichnung wurde am 26. August 1963 von Ministerialdirigent Reinkemeyer gefertigt, der sie Staatssekretär Lahr vorlegen ließ. Hat Lahr am 27. August 1963 vorgelegen, der handschriftlich für Reinkemeyer vermerkte: „Erlaß zu Frage BBP wie zusammenfassender Erlaß zu NAP?" Hat am 29. August 1963 Ministerialdirektor Krapf und Reinkemeyer vorgelegen, der handschriftlich für Lahr vermerkte: „Der zusammenfassende Erlaß zur Frage BBP ist am 28. 8. von Herrn St[aats]S[ekretär] schlußgezeichnet worden." Ein Durchdruck lag Bundesminister Schröder am 27. August 1963 vor. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8500.

[2] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens vgl. Dok. 215.
Zur Diskussion im Rahmen der Gespräche der Außenminister in Moskau vgl. Dok. 282 und Dok. 299.

[3] Zum ursprünglich sowjetischen Vorschlag der Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 226, Anm. 7. Zu seiner Erörterung während der Teststopp-Verhandlungen in Moskau vgl. Dok. 250 und Dok. 282, Anm. 5.

[4] Zur Sitzung des Bundeskabinetts vom 16. August 1963 vgl. DzD IV/9, S. 631 f.

[5] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[6] Für den Wortlaut des entsprechenden Absatzes im Kommuniqué vom 25. Juli 1963 vgl. Dok. 238, Anm. 8.

befänden wir uns jetzt. Es sei unser Standpunkt, jede NA-Vereinbarung mit dem Ostblock abzulehnen, wenn sie nicht gleichzeitig von Verbesserungen im Berlin-Status und von Fortschritten in der Wiedervereinigung begleitet wäre.[7] Wir gedächten an dieser Linie festzuhalten. Da uns andererseits bekannt sei, daß die Sowjets uns für unsere Zustimmung zu einem NAP auch nicht die geringsten Berlin-Zusicherungen geben würden, komme dem Thema vielleicht gar keine große aktuelle Bedeutung zu. Dennoch aber müßten wir für die Konsultation im NATO-Rat[8] unsere Argumente noch einmal genau überdenken, um möglichst viele unserer Partner zu unserer Ansicht zu bewegen.

Ministerialdirigent *Dr. Schultheiss* (BMI) erkärte, daß er zu dieser Frage noch keine eigene Stellungnahme abgeben könne und daß die Teilnahme seines Ressorts in erster Linie informatorischen Zwecken diene.

General *Ferber* (BMVtg) bezog sich auf den Entwurf einer in seinem Hause zu dieser Frage gefertigten Studie vom 22. August 1963 und unterstrich vor allem die militärischen Auswirkungen, die als psychologische Folgen sich aus einem NAP oder auch nur einem NA-Arrangement ergeben müßten. Nach seiner Überzeugung sehe die Sowjetunion in dem NAP ein geeignetes Mittel, den Westen aufzuweichen und ihn – wie auch durch andere Maßnahmen – in seiner Verteidigungsbereitschaft zu schwächen. Jede Verminderung der Rüstungsanstrengungen im Westen brächte große Gefahren für unsere Sicherheit mit sich, da die heute dem Westen zur Verfügung stehenden Kräfte ein Minimum darstellten. Auch nur jede geringfügige Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Mitteleuropa zugunsten der SU müsse vermieden werden.

Ministerialdirektor *Dr. Müller* (BMG) gab zu bedenken, daß wir möglicherweise in eine schwierige Lage geraten könnten, wenn uns die Sowjets für geringfügige Verbesserungen in der Berlin-Frage einen NA-Vertrag vorschlügen und auch die Westmächte auf Annahme drängten, damit das von ihnen eingegangene Kriegsrisiko wegen Berlins endlich beseitigt würde.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* (AA) drückte die Hoffnung aus, daß wir in diese Situation nicht geraten mögen. Wir würden uns im übrigen in der Berlin-Frage nicht mit „Verschönerungen oder Verzierungen" begnügen, sondern handfeste Garantien verlangen, die nicht einfach eine Festigung des heutigen Status quo bedeuteten. Mit dieser Auffassung stünden wir auch im NATO-Rat nicht allein; keiner unserer Verbündeten wolle in die Lage geraten, sich an der Ausübung der Rechte in Berlin und bei Durchführung der Eventualfallplanung durch ein NAA gehindert zu sehen. Im übrigen sollten wir diese und allgemeine militärische Gründe bei unserer künftigen Konsultation in den Vordergrund rücken und das besondere SBZ-Problem nicht zu sehr betonen, um leichter eine gemeinsame Front zu erreichen. Darüber hinaus machten wir stets geltend, daß ein eventuelles NAA auch von Fortschritten in der Deutschland-Frage begleitet sein müsse.

Ministerialdirigent *Dr. Kölble* (BMI) stellte die Frage, ob man sich für den Fall, daß wir dem allgemeinen Drängen nach einem NAA nicht auf die Dauer

[7] Vgl. dazu auch Dok. 305, Anm 5.

[8] Die Konsultation über ein Nichtangriffsabkommen erfolgte in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 28. August 1963. Zu den Instruktionen an Botschafter Grewe vgl. Dok. 317.

standhalten könnten, bereits eine Rückzugsstellung ausgedacht habe oder ob dies noch zu früh sei.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* (AA) antwortete, daß wir uns im Notfall von unseren nationalen Interessen würden leiten lassen müssen, auch wenn wir uns damit mißliebig machten. Wir seien aber zuversichtlich, allgemein klarmachen zu können, daß der Abschluß eines NAA noch keine Entspannung bedeuten könne, wenn man die Ursachen der Spannung selbst nicht beseitige. Wir würden immer wieder darauf hinweisen, daß die Teilung Deutschlands und Europas die Spannungsursache sei.

Ministerialdirektor *Dr. Müller* (BMG) pflichtete dem bei und betonte, daß wir vor allem nicht etwa für eine sog. Liberalisierung in der Zone, die es gar nicht geben könne, einem NAA zustimmen sollten.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* (AA) stellte Einigkeit in der grundsätzlichen Ablehnung eines NAA sowie auch bezüglich der taktischen Erwägung fest, daß es besser sei, unsere ablehnende Haltung in erster Linie mit allgemein gültigen Argumenten zu begründen und die nationalen in Reserve zu halten.

Zur Frage der Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten (BBP) führte Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* (AA) aus, daß sie überhaupt nur in Betracht gezogen werden könnten, wenn sie als isolierte Maßnahme, also losgelöst von den übrigen 1958 von den Sowjets erwähnten Maßnahmen der Truppenverminderung in Deutschland und der Entnuklearisierung[9], vorgeschlagen würden. Aber auch dann würden wir zur Vorbedingung machen, daß die SBZ nicht formell als Partei an dem Vertrag beteiligt werden dürfe und daß keine SBZ-Offiziere im Westen eingesetzt werden dürften. Außer diesen unerläßlichen Vorbedingungen gäbe es aber noch eine Reihe von militärischen und politischen Bedenken wie die Gefahr, daß die Vereinbarung über BBP eine Entwicklung in Richtung auf eine Verdünnung der Streitkräfte, die Bildung von Zonen auslöse und zur Festigung des Status quo führe.[10]

Botschafter Prof. *Grewe* berichtete über die NATO-Ratssitzung in dieser Frage am 21. August.[11] Nach seiner Meinung sei es wünschenswert, das Projekt der BBP möglichst schon mit militärischen Argumenten zu Fall zu brin-

[9] Für den Wortlaut des sowjetischen Memorandums vom 5. Mai 1958 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, S. 1025–1036.

[10] Vgl. dazu auch Dok. 305, Anm. 12.

[11] Am 21. August 1963 berichtete Botschafter Grewe, Paris (NATO), daß das Thema Bodenbeobachtungsposten Gegenstand der Genfer Abrüstungsgespräche sei. Dabei habe die sowjetische Seite darauf bestanden, daß eine Verbindung dieser Maßnahme mit einer Verminderung von Truppen in Deutschland unerläßlich sei. In der Sitzung des NATO-Rats vom 21. August 1963 unterstützten Großbritannien, Belgien, Kanada, Norwegen und Dänemark die Bodenbeobachtungsposten, während die Bundesrepublik, Frankreich, Griechenland und die Niederlande Bedenken hegten. Es hätte allerdings Übereinstimmung bestanden, daß die Verknüpfung eines Kontrollposten-Abkommens mit der Einrichtung von verdünnten oder denuklearisierten Zonen in Deutschland nicht in Frage komme. Die USA knüpften folgende Vorbehalte an die Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten: der internationale Status der DDR dürfe nicht verbessert werden, die Teilung Deutschlands und Europas dürfe nicht zementiert werden, und die Beobachtungszone müsse auch die USA und die UdSSR umfassen. Vgl. Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 268; B 150, Aktenkopien 1963.

gen. Die Standing Group[12], die schon einmal diese Frage mit negativem Ergebnis untersucht habe, sei erneut um ein Gutachten gebeten worden.

General *Ferber* (BMVtg) erläuterte die Forderungen, die militärisch an ein System von BBP zu stellen seien, damit es wirksam wäre.

1) Der *Bereich* der BBP müßte so weit gezogen sein, daß er kaum durchführbar erscheine. Er müßte unbedingt die westlichen Randgebiete der Sowjetunion, die sog. Spurwechselzone, umfassen. Für die Sowjets aber wäre das System nur dann sinnvoll, wenn es auch die Atlantikküste und ganz Frankreich einschlösse.

2) *Taktisch* gesehen sei ein dichtes Netz von BBP, denen auch eine gewisse Beweglichkeit in nordsüdlicher Richtung zugestanden werden müsse, vonnöten, weil sonst die Gegenseite leicht an den Posten vorbei operieren könne. Im übrigen könne man durch militärische Übungen in der Nähe der Posten das Beobachtungsbild leicht verwischen.

3) Ein weiteres Erfordernis betreffe den *Status* der BBP, die eine gewisse Exterritorialität besitzen und über unkontrollierte Nachrichtenverbindung zum Heimatstaat verfügen müßten.

Ministerialdirektor *Dr. Müller* (BMG) erwähnte die bereits in der Bundesrepublik bestehenden sowjetischen Militärmissionen und die westlichen Missionen in Potsdam[13], worauf deren Aufgaben und ihr Tätigkeitskreis erörtert wurden.

Ministerialdirigent *Dr. Schultheiss* (BMI) führte aus, daß die Errichtung von BBP im Bundesgebiet auch eine Reihe von Problemen der inneren Sicherheit aufwerfen würde. Die BBP dürften hier nicht „zu tiefe Einblicke" tun können. Die Gefahr bestünde, daß von sowjetischen BBP eine subversive Tätigkeit ausgeübt und verbotene Organisationen unterstützt werden könnten. Diese Fragen berührten den Bundesgrenzschutz, der ja vor dem Verteidigungsfalle aktiv zu werden hat, und den Bundesverfassungsschutz, der sich einem möglichen neuen Netz von Nachrichtenstellen gegenübersähe.

Botschafter Prof. *Grewe* äußerte die Ansicht, daß vielleicht bisher diese Seite nicht genügend beachtet worden sei, da man immer nur daran denke, daß die westlichen BBP der eigenen Nachrichtenbeschaffung dienstbar gemacht werden könnten. Im übrigen sollte man doch auch einmal die Frage überlegen, ob nicht gerade im Falle eines Konfliktes von den BBP aus ein aktives Eingreifen in der Art von Kommandounternehmen ausgehen könnte. – Ferner rege er an, daß man sich einmal auch über die Größenordnung der BBP Gedanken machen solle. Würde man im Bundesgebiet mit Hunderten oder Tausenden von Offizieren des Warschauer Pakts zu rechnen haben? Bezüglich der Zahl der BBP im Osten und Westen sei er der Ansicht, daß selbst eine paritätische Aufteilung den Westen benachteilige, weil die Beobachtung in der Tiefe des sowjetischen Raumes eine größere Zahl von BBP erfordere.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* (AA) faßte die Diskussion zusammen; er

[12] Die Ständige Gruppe (Standing Group) der NATO wurde von den Vertretern der Generalstabschefs Frankreichs, Großbritanniens und der USA gebildet.

[13] Zu den alliierten Militärmissionen vgl. Dok. 305, Anm. 8.

unterstrich unsere Skepsis gegenüber dem militärischen Nutzen der BBP und unsere tiefgreifenden politischen Bedenken. Er stellte Einmütigkeit in der Frage der Taktik fest, daß es angezeigt sei, bei der Erörterung im NATO-Rat die militärischen Bedenken und die Probleme der inneren Sicherheit, die auch in anderen Ländern gelten, in den Vordergrund zu stellen.[14]

Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 337

316

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften

V 1-83.SV-10330-608/63 VS-vertraulich **26. August 1963**

Betr.: Entwürfe multilateraler Abkommen über Maßnahmen der Abrüstung und zur Beseitigung von Spannungsherden;
hier: Beteiligung der SBZ

Bezug: Aufzeichnung des Referats V 1 vom 15. August 1963 – V 1 – 83.SV-10330-559/63 VS-vertr. – mit handschriftlichem Randvermerk des Herrn Staatssekretärs I[1]

In der anliegenden Aufzeichnung waren die Beitrittsklauseln, die in den bereits im Rahmen der Genfer Abrüstungsverhandlungen vorgelegten Entwürfen

a) einer „Declaration on Non-Transfer of Nuclear Weapons"[2],
b) eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des Warschauer Paktes und den Mitgliedern der NATO[3] und
c) des ursprünglichen Entwurfs des Atomversuchsstopp-Abkommens[4]

enthalten sind, näher untersucht worden. Alle diese Entwürfe schlossen danach einen „Beitritt" der SBZ nicht aus.

In der Diskussion über den „Beitritt" der SBZ zu dem Teststoppvertrag vom 25. Juli 1963 haben die Vereinigten Staaten und Großbritannien sehr deutlich zu erkennen gegeben, daß sie unter allen Umständen eine möglichst „weltweite" Beteiligung sowohl an diesem Vertrag als auch an allen künftigen Ab-

[14] Die vorstehenden Bedenken fanden Eingang in den Drahterlaß des Staatssekretärs Lahr vom 28. August 1963 an die Ständige Vertretung bei der NATO, der der Vorbereitung auf die Sitzung des Ständigen NATO-Rats vom 30. August 1963 dienen sollte. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 268; B 150, Aktenkopien 1963.

[1] Dem Vorgang beigefügt. Für den Wortlaut vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 208; B 150, Aktenkopien 1963.
Der handschriftliche Randvermerk des Staatssekretärs Carstens vom 17. August 1963 für die Abteilung V lautete: „Was schlagen Sie vor?"

[2] Vgl. dazu Dok. 100.

[3] Der sowjetische Vorschlag vom 20. Februar 1963 hatte keine besondere Beitrittsklausel. Alle Mitgliedstaaten von NATO und Warschauer Pakt konnten beitreten.

[4] Zur Beitrittsklausel des Entwurfs vom 27. August 1962 vgl. Dok. 263, Anm. 4.

rüstungs- und Entspannungsvereinbarungen sicherstellen und deshalb auch die SBZ in irgendeiner Form einbezogen sehen wollen.[5]

Abteilung V hat daher die Frage geprüft, ob die SBZ in derartige multilaterale Vereinbarungen in einer Form einbezogen werden könnte, die ihre Anerkennung als Staat und Völkerrechtssubjekt nicht implizieren würde. Das vorläufige Ergebnis dieser Überlegungen läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1) Nach der von der Bundesregierung ständig vertretenen Rechtsauffassung ist die SBZ lediglich ein Teil Deutschlands, der sich noch unter sowjetischer Besatzungsgewalt befindet. Wenn wir von dieser Rechtsauffassung ausgehen und konsequent auf ihrem Boden bleiben wollen, müßten wir vorschlagen, *daß die Zone als ein von der Sowjetunion abhängiges Gebiet durch die Sowjetregierung in die entsprechenden Vereinbarungen einbezogen wird* und daß die Sowjetregierung die Verpflichtung übernimmt, für die Erfüllung des Vertrages im Gebiet der SBZ einzustehen.

Abteilung V verkennt nicht, daß ein solcher Vorschlag bis auf weiteres keine Aussicht auf Verwirklichung bietet. Gleichwohl sollte er zu gegebener Zeit an die Spitze der unseren Verbündeten zu unterbreitenden Vorschläge gestellt und dabei darauf hingewiesen werden, daß allein dieser Vorschlag der deutschen, von den Westmächten geteilten Rechtsauffassung über den Status der SBZ entspricht und daß alle anderen Vorschläge demgegenüber bereits zu einer gewissen Aufwertung der Zone führen können.

2) Es könnte daran gedacht werden, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion als die beiden Führungsmächte im westlichen und im östlichen „Lager" miteinander eine Art *„Dachvertrag"* abschließen und sich darin verpflichten, ihrerseits mit den einzelnen Staaten ihrer „Einflußsphäre" Verträge abzuschließen, in denen sich diese gegenüber ihrer „Führungsmacht" zur Einhaltung der Bestimmungen des „Dachvertrages" verpflichten.

Eine derartige Konstruktion dürfte jedoch mit Sicherheit bei der Mehrzahl der NATO-Staaten auf Ablehnung stoßen; mindestens Großbritannien und Frankreich würden mit Sicherheit, Italien mit großer Wahrscheinlichkeit es ablehnen, sich in solcher Weise von den USA mediatisieren zu lassen. Auch die Sowjetunion dürfte sich kaum bereit finden, die Staaten des Ostblocks in so deutlicher Form als „Satelliten" abstempeln zu lassen. Sollte die Bundesregierung einen derartigen Vorschlag machen, so würde wahrscheinlich bald der Gedanke auftauchen, eine solche Konstruktion lediglich für die Beteiligung der „beiden deutschen Staaten" zu wählen. Dies würde wiederum für die Bundesrepublik Deutschland eine kaum annehmbare Herabsetzung bedeuten, da sie sich mit der SBZ auf die gleiche Stufe stellen und im Verhältnis zu den übrigen NATO-Staaten diskriminieren lassen müßte.

3) Abteilung V schlägt unter diesen Umständen als vielleicht am ehesten erreichbare Lösung folgende Beitrittsklausel für künftige Abrüstungsvereinbarungen vor:

„This Treaty shall be open to signature (accession) by all governments *including non-recognized authorities.*"

[5] Vgl. dazu auch Dok. 235 und Dok. 260, Anm. 10.

Diese Klausel würde in jedem Falle die Diskussion darüber vermeiden, ob die SBZ als *Staat* anzusehen sei oder nicht, da nur von *Regierungen* die Rede ist; sie könnte daher auch in den Augen der Amerikaner den Vorzug haben, die Frage der Staatlichkeit Rot-Chinas nicht zu präjudizieren. Die SBZ aber würde nicht einmal behaupten können, sie sei von Staaten, die sie bisher nicht anerkannt hätten, nun wenigstens als Regierung anerkannt worden.

4) Auch der Vorschlag zu 3) wird aber nur geringe Chancen haben. Denn nachdem die USA und Großbritannien sich bei dem Teststopp-Vertrag[6] auf eine all-states-Klausel[7] eingelassen haben, wird es für sie schwierig sein, der Sowjetunion gegenüber bei weiteren Vereinbarungen eine derartige Klausel abzulehnen. Allenfalls könnte der nachträgliche Vorwurf der Sowjetunion, die USA und Großbritannien hätten mit den von ihnen auf unser Drängen zu Artikel 3 des Teststopp-Vertrages abgegebenen Erklärungen[8] gegen den „Geist" dieses Vertrages verstoßen, den beiden Westmächten einen plausiblen Anlaß geben, bei weiteren Vereinbarungen eine anders formulierte Beitrittsklausel zu verlangen.

Abteilung II hat Durchdruck erhalten.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[9] weisungsgemäß vorgelegt.

v. Haeften

Abteilung V (V 1), VS-Bd. 208

6 Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

7 Zu Artikel 3 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 239, Anm. 5.

8 Zu den amerikanischen und britischen Erklärungen vgl. Dok. 302, Anm. 4.

9 Hat Staatssekretär Lahr am 28. August 1963 vorgelegen, der die Ministerialdirektoren Jansen und Krapf um Rücksprache bat.
Hat Jansen vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Reinkemeyer am 13. September 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Rücksprache ist am 13.9. durchgeführt worden. Der Vorschlag zu 3) erscheint dem Herrn St[aats]S[ekretär] und den Abt[eilungen] I und II nicht als befriedigende Lösung." Hat Ministerialdirektor Sachs am 16. September vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Angelegenheit ist auch mit Herrn St[aats]S[ekretär] I besprochen worden, worüber ich Ihnen heute m[ün]dl[ich] bereits berichtet habe."

317

Staatssekretär Lahr an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris

Z B 6-1-6256/63 geheim **26. August 1963**[1]
Fernschreiben Nr. 2802
Citissime

Auf Drahtbericht Nr. 703 vom 14.8.1963 geheim[2]

Sie werden gebeten, in der Ratssitzung am 28.8. zur Frage eines Nichtangriffspakts zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Pakts unsere Ihnen bekannte Haltung[3] darzulegen und dabei unter anderem folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1) Ein Vorschlag, den die Sowjetunion seit fast zehn Jahren immer wieder den NATO-Staaten unterbreitet[4] und der schon so oft nach sorgfältiger Prüfung durch alle Verbündeten zurückgewiesen wurde, sollte eigentlich nach den politischen Ereignissen des letzten Jahres (Kuba[5]) und der Entwicklung im Ostblock für den Westen nicht anziehender geworden sein. Selbst wenn die Ansicht zuträfe, daß die Zeit für die Vereinbarung von Entspannungsmaßnahmen mit der Sowjetunion gekommen und der jetzige Zeitpunkt günstig wäre, würde dies noch kein Grund sein, einen Nichtangriffspakt (NAP) mit dem Ostblock zu erwägen. Indem nämlich der NAP als eine Entspannungsmaßnahme hingestellt wird, sollte bereits mit dieser Beurteilung ein Ergebnis vorweggenommen und impliziert werden, das ein NAP nach unserer Überzeugung keineswegs zur Folge hätte. – In Wirklichkeit würde er nicht die bestehenden Spannungen mildern, sie auch nicht unverändert lassen, sondern sie noch erhöhen.

2) Es ist stark zu befürchten, daß sich nach Abschluß eines NAP ein falsches Sicherheitsgefühl ausbreiten, die Verteidigungsanstrengungen im Bereiche der NATO nachlassen, sich die Bereitschaft zum Wehrdienst und zur Beibehaltung der Verteidigungsausgaben verringern und daß es sich bald als unmöglich herausstellen würde, die Streitmächte der NATO auf dem gegenwärtigen Stand zu halten. Durch eine solche Entwicklung erhielten auch Neutralisierungstendenzen in einzelnen NATO-Ländern wieder neuen Auftrieb.

3) Das ist offenbar das Ziel der sowjetischen Politik. Das Bündel der von Chruschtschow am 19. Juli 1963 in Moskau unterbreiteten Vorschläge[6], unter denen der NAP an erster Stelle steht, führt in gerader Linie vom NAP über

[1] Hat Ministerialdirektor von Haeften, Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schenck und Legationsrat Freiherr von Marschall am 27. August 1963 vorgelegen.
[2] Für den Wortlaut vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 292.
[3] Vgl. dazu Dok. 315.
[4] Vgl. dazu auch Dok. 285.
[5] Zur Kuba-Krise im Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.
[6] Zur Rede vom 19. Juli 1963 vgl. Dok. 250, Anm. 5.

die Bodenbeobachtungsposten[7] und die Reduzierung der Truppen in Mitteleuropa[8] zur Regelung der deutschen Frage in seinem Sinne[9]. Jede von ihm vorgeschlagene Maßnahme bedingt die folgende, wobei am Anfang die Schaffung einer allgemeinen Illusion der Sicherheit stehen soll, die besonders ein NAP verbreiten würde. Mit der darauf folgenden Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses in Mitteleuropa zugunsten der Sowjetunion würden aber für den Westen unabsehbare Gefahren heraufbeschworen. Die bestehenden Spannungen, die ja gar nicht von der Konfrontation der Streitkräfte ausgehen, wären nicht vermindert, sondern vermehrt. Die eigentliche Spannungsursache, die gewaltsame Teilung Europas, bliebe unberührt, ja sie würde noch gefestigt und verewigt. Sie aus der Welt zu schaffen, würde immer mehr erschwert oder gar unmöglich gemacht sein.

4) Demgegenüber stünde als „Entspannungsleistung" der Sowjetunion das Nichtangriffsversprechen des Ostblocks. Welchen Wert NA-Verträge haben, hat die jüngste Geschichte totalitärer Staaten gezeigt. Die Sowjetunion pflegt einige Verträge buchstabengetreu einzuhalten, nämlich wenn sie ihr nützlich sind, andere aber rücksichtslos zu brechen, wenn sie Vorteile daraus zieht. So hat sie z. B. folgende NA-Verträge gebrochen:

den litauisch-sowjetischen Vertrag von 1926[10],
den finnisch-sowjetischen Vertrag von 1929[11],
den lettisch-sowjetischen Vertrag von 1932[12],
den estnisch-sowjetischen Vertrag von 1932[13],
den polnisch-sowjetischen Vertrag von 1932[14].

5) Die Sowjets würden weiter bei der Auslegung des westlichen NA-Versprechens, da es an einer allgemein anerkannten Angriffsdefinition fehlt, ihre eigene Begriffsbestimmung zugrundelegen. In der Sowjetunion subsumiert man aber im Gegensatz zur westlichen Angriffsdefinition auch jede angriffsähnliche und angriffsvorbereitende Handlung unter diesen Begriff. So fallen nach sowjetischer Auffassung in diese Kategorie unter anderem die psychologische Kriegsvorbereitung in Gestalt der Kriegspropaganda, das Verbreiten unwahrer Nachrichten mit der Absicht, eine „Kriegsstimmung" zu erzeugen, usw. Was die Sowjetunion wiederum unter Kriegspropaganda versteht, ergibt sich aus ihrem eigenen Resolutionsentwurf zumVerbot der Propaganda eines Prä-

[7] Zur Diskussion über die Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 315.

[8] Vgl. dazu auch den sowjetischen Vorschlag vom 5. Mai 1958; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, S. 1025–1036.

[9] Zum sowjetischen Vorschlag eines Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten vgl. Dok. 116, Anm. 8.

[10] Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. September 1926 vgl. DOKUMENTY VNEŠNEJ POLITIKI SSSR, Bd. IX, Moskau 1964, S. 446–448.

[11] Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Januar 1932 vgl. DOKUMENTY VNEŠNEJ POLITIKI SSSR, Bd. XV, Moskau 1969, S. 45–48.

[12] Für den Wortlaut des Vertrags vom 5. Februar 1932 vgl. DOKUMENTY VNEŠNEJ POLITIKI SSSR, Bd. XV, Moskau 1969, S. 83–86.

[13] Für den Wortlaut des Vertrags vom 4. Mai 1932 vgl. DOKUMENTY VNEŠNEJ POLITIKI SSSR, Bd. XV, Moskau 1969, S. 296–298.

[14] Für den Wortlaut des Vertrags vom 25. Juni 1932 vgl. DOKUMENTY I MATERIAŁY DO HISTORII STOSUNKÓW POLSKO-RADZIECKICH, Bd. V, Warschau 1966, S. 592–595.

ventiv-Atomkrieges, den sie am 21. 9. 1962 auf der XVII. UN-Vollversammlung vorgelegt hat.[15] In Ziffer 3 dieses Entwurfs wird als eine der gefährlichsten Formen der Kriegspropaganda auch die Forderung einer „Revision der in Europa als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandenen Staatsgrenzen" bezeichnet. – Es bedarf keiner näheren Erläuterung, welche Interventionsmöglichkeiten sich die Sowjetunion in die inneren Angelegenheiten aller NATO-Länder schaffen würde. Das Paradoxon würde damit Wirklichkeit, daß wir durch eine angebliche Entspannungsmaßnahme, nämlich durch den NAP, daran gehindert würden, für die Beseitigung der wirklichen Spannungsursache, nämlich die Überwindung der deutschen Teilung, einzutreten.

6) Daraus folgt weiter, wie einfach es der Sowjetunion gemacht würde, die schon bestehende Eventualfallplanung der Allianz wegen Berlins und die weitere Beratung darüber als mit dem Buchstaben und Geist eines NAP unvereinbar zu bezeichnen. Man geht in seiner Phantasie wohl nicht zu weit zu behaupten, daß die Sowjetunion sicher in die westliche Verteidigungskonzeption und Strategie unter Berufung auf den NAP hineinzureden versuchen und die Notwendigkeit der Existenz des Bündnisses überhaupt in Zweifel ziehen wird.

Erst recht würde die SU sicherlich jede tatsächlich durchgeführte Verteidigungsmaßnahme als Angriffshandlung bezeichnen. So würde jede militärische Maßnahme in Durchführung der Eventualfallplanung, die z.B. im Falle einer Blockade Berlins ergriffen würde, von den Sowjets als Angriff bezeichnet werden.

7) Die Bundesregierung hat mit Befriedigung festgestellt, daß in der Allianz die Meinung vorherrscht, daß einem Nichtangriffsarrangement (NAA) überhaupt nur dann nähergetreten werden könne, wenn ausreichende Garantien für die Freiheit von und die Zugangswege nach Westberlin gegeben würden. Aber selbst wenn die Sowjets zu solchen Zugeständnissen, die übrigens substantielle Verbesserungen und nicht nur eine Fixierung des heutigen Zustandes zum Inhalt haben müßten, bereit wären, blieben die Ursachen der Spannung in Mitteleuropa unberührt. Wir würden daher ein NAA erst dann für diskutabel halten, wenn einmal die Lage Berlins gleichzeitig wesentlich verbessert und garantiert würde und wenn zum anderen erste Schritte zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas unternommen würden.

8) Diese Überlegungen haben uns seit jeher bestimmt, ein NAA als isolierte Maßnahme abzulehnen. Ein NAA gehört in den Rahmen der europäischen Sicherheit, für die es eine Lösung nur in Verbindung mit einer politischen Regelung für Mitteleuropa geben und die nicht mit regionalen militärischen Maßnahmen gelöst werden kann. Die Ansicht, daß die Bundesregierung nur deshalb gegen einen NAP sei, weil dieser zur Anerkennung oder zumindest Aufwertung der SBZ führen müsse, vereinfacht die Problematik, obwohl auch dieses Argument neben den anderen zutreffend ist.

9) Sie werden gebeten, bei Ihren Darlegungen nicht zu erkennen zu geben, ob und unter welchen Umständen wir zur Wiederholung unserer Gewaltver-

[15] Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 909–912.

zichtserklärung von 1954[16] nunmehr auch gegenüber dem Ostblock bereit wären. Auch eine solche Erklärung müßten wir an die Erfüllung der oben genannten Bedingungen knüpfen.

– Zusatz nur für Natogerma:
Dem von dem Generalsekretär in Umlauf gesetzten Papier PO/63/366 vom 9. 8. 63 sollte zumindest zu dem Abschnitt über NAP bei geeigneter Gelegenheit insoweit widersprochen werden, als die Liste der angeblich zugunsten eines NAP sprechenden Argumente ergibt. Einige der dort aufgeführten Argumente sprechen nicht für einen NAP.[17]

– Zusatz für alle (außer Natogerma und Moskau):
Sie werden gebeten, dortige Regierung gesprächsweise auf möglichst hoher Ebene von unserem Standpunkt zu unterrichten und über Aufnahme unserer Argumente drahtlich zu berichten. Bei der Unterrichtung der Regierung sind die Argumente, die vom Standpunkt des Bündnisses insgesamt gegen den Abschluß eines NAP – und auch eines sonstigen Nichtangriffsarrangements – sprechen, gegenüber den deutschen Gesichtspunkten in den Vordergrund zu stellen.

[gez.] Lahr

Abteilung V (V 1), VS-Bd. 187

318

Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Adenauer, z. Z. Cadenabbia

I B 4-82.00/92.19/977/63 geheim **27. August 1963**[1]

Betr.: Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

Ihrem Schreiben vom 17. d. M.[2] entnehme ich, daß Sie Herrn Botschafter Shinnar erklärt haben, Sie beabsichtigten, nunmehr diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Das Auswärtige Amt hat im Vertrauen auf eine konsequente Fortführung unserer seit vielen Jahren festliegenden Politik noch gerade in diesen Tagen aus anderem Anlaß den Botschaftern der arabi-

16 Vgl. dazu Dok. 285, Anm. 17.

17 Für die Ausführungen des Botschafters Grewe, Paris (NATO), am 28. August 1963 vor dem Ständigen NATO-Rat vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 187; B 150, Aktenkopien 1963.

1 Durchschlag als Konzept.
Das Datum wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

2 Vgl. Dok. 307.

schen Staaten versichert, daß sich an der Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Problem der Anerkennung Israels nichts geändert habe.[3] Dieselbe Erklärung war sämtlichen arabischen Regierungen im April dieses Jahres durch unsere in den arabischen Hauptstädten akkreditierten Botschafter abgegeben worden.[4] Auch unsere westlichen Verbündeten sind laufend über diese unsere Haltung informiert und konsultiert worden und stimmen hierin mit uns überein. Wir würden meines Erachtens durch eine Abkehr von unserer Politik unsere Glaubwürdigkeit mindestens in der arabischen Welt verlieren.

Auf die außerordentlich schwerwiegenden Konsequenzen einer Anerkennung Israels durch die Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem Deutschlandproblem und der „Hallstein-Doktrin"[5] weist eine in der Anlage beigefügte Aufzeichnung hin, die meine Auffassung zu diesem Problemkreis wiedergibt.[6] Ich glaube, es bedarf sorgfältigster Überlegungen, ehe wir einen Schritt unternehmen, der für unsere Außen- und Deutschlandpolitik schwerwiegende Folgen haben kann.

Wir haben uns in der letzten Zeit aus dem bekannten Anlaß viele Gedanken um die Gefahr einer politischen Aufwertung der sogenannten DDR gemacht.[7] Eine solche Gefahr wird in Zusammenhang mit dem Israel-Problem in viel stärkerem Maße heraufbeschworen, und diesmal durch uns selbst. Wir müssen mit der großen Wahrscheinlichkeit rechnen, daß die arabischen Staaten, die in der Israel-Frage vorwiegend emotional reagieren, auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen uns und Israel mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur sogenannten DDR antworten. Hätten aber erst einmal die 12 arabischen Staaten mehr oder weniger vollzählig die sogenannte DDR und ihre Regierung anerkannt, wäre die „Hallstein-Doktrin" nicht mehr zu halten und Kettenreaktionen mindestens in der neutralen Welt wohl nicht mehr zu vermeiden. Das wissen die arabischen Staaten ebenso gut wie wir, und deswegen können die Gefahren, die sich hier vor uns auftun, schwerlich überschätzt werden.

Die jüngsten Nachrichten aus dem Nahen Osten lassen eine Verschärfung der Spannungen zwischen Israel und den arabischen Staaten, die erfahrungsgemäß jedenfalls in dieser Frage zusammenhalten, erkennen. Insofern liegt seit Ihrem Gespräch mit Botschafter Shinnar schon wieder eine neue Entwicklung vor, die unsere besondere Aufmerksamkeit verdient.

[3] Vgl. dazu Dok. 289 und Dok. 303.

[4] Bundesminister Schröder bezieht sich hier auf die Übergabe der Note der Bundesregierung vom 13. März 1963. Vgl. dazu Dok. 146, Anm. 10.

[5] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 251.

[6] Dem Vorgang nicht beigefügt.
Dem Entwurf des Schreibens war die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 15. August 1963 beigefügt. Für einen Auszug vgl. Dok. 310, Anm. 3.

[7] Zu den Befürchtungen hinsichtlich einer Aufwertung der DDR durch deren Beitritt zum Teststopp-Abkommen vgl. vor allem Dok. 284 und Dok. 299.

Ich wäre Ihnen daher sehr dankbar, wenn Sie mir vor weiteren Schritten in dieser Richtung Gelegenheit zu eingehender Rücksprache gäben.[8]

Mit verbindlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener
Schröder[9]

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205

319

Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-6320/63 geheim **Aufgabe: 27. August 1963, 20.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2455 **Ankunft: 28. August 1963, 02.00 Uhr**

Betr.: Initiative der Bundesregierung in Deutschlandfrage[2]
Bezug: Drahtbericht 1532 vom 22. 8. geh.[3] – Drahtbericht 2391 vom 20. 8. geh.[4]

I. Aus Gesprächen, die Mitarbeiter mit Beamten der Berlin Task Force[5] und ich mit Thompson und anderen Angehörigen des State Department in letzten Tagen gehabt haben, ergibt sich folgende Einstellung zu unserer Initiative:

1) Es ist bisher noch nicht entschieden, wie man unseren Vorschlag beantworten wird. Eine Zustimmung zur Veröffentlichung des vollen Wortlauts im gegenwärtigen Zeitpunkt ist unwahrscheinlich. Man trägt sich mit dem Gedanken vorzuschlagen, von Veröffentlichung eines offiziellen Friedensplan-Dokuments abzusehen und statt dessen unsere grundsätzlichen Forderungen sowie praktische Vorschläge zu deren Verwirklichung in Form von einzelnen Thesen oder in einer Rede bekanntzugeben[6], um den angelsächsischen Alliierten eine unterstützende Erklärung zu ermöglichen.

2) Man befürchtet hier, daß Veröffentlichung des Friedensplans nur als deutsches Dokument der deutschen Sache wie auch den Interessen des Westens

[8] Vgl. dazu weiter Dok. 324.

[9] Paraphe vom 27. August 1963.

[1] Hat Legationsrat I. Klasse Müller am 28. August 1963 vorgelegen.
Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Für den Wortlaut vgl. Dok. 296.

[3] Für Drahterlaß Nr. 1532 vgl. Dok. 313.

[4] Für den Drahtbericht des Gesandten Freiherrn von Stackelberg, Washington, vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 54; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Die Berlin Task Force war eine Arbeitsgruppe im amerikanischen Außenministerium, die 1961 als Reaktion auf die sich zuspitzende Berlin-Krise gegründet worden war.

[6] Zur Überlegung, den Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems (Fassung vom 13. August 1963) in einer Rede vorzustellen, vgl. auch Dok. 322.

unter gegenwärtigen Umständen mehr Nachteile als Nutzen bringen könnte. Man glaubt nicht, daß es zu Verhandlungen auf Grundlage eines bereits veröffentlichten Planes kommen würde, da Russen hierauf nicht eingehen könnten. In diesem Falle hätte Westen dann ein gutes Verhandlungspapier zu mehr oder weniger propagandistischen Zwecken in einem Augenblick preisgegeben, zu dem die Formulierung und Präsentierung derartig umfassender, wenn auch stufenweise gegliederter Lösungsvorschläge für schwebende internationale Fragen wenig erfolgversprechend erscheine. Für wirkliche propagandistische Wirkung müßten Gedanken vorgebracht werden, die der Weltöffentlichkeit den deutschen Wunsch nach Entspannung überzeugender klar machten und den Russen eine öffentliche Ablehnung erschwerten.[7] Bekanntgabe unserer Grundforderungen in anderer Form würde den propagandistisch-psychologischen Absichten und den internen Bedürfnissen der Bundesregierung Rechnung tragen, den Friedensplan als solchen, mit dessen Zielen und Grundsätzen die US-Regierung sich voll identifiziere, jedoch weiterhin als Basis für evtl. spätere Verhandlungen mit den Sowjets erhalten.

Vielleicht könne – so meinte Thompson – das Bundeskabinett einen Beschluß fassen, in dem Ziele der Bundesregierung hinsichtlich der Wiedervereinigung in etwas allgemeinerer Form nochmals formuliert würden.[8] Diese Erklärung könnte dann von anderen Verbündeten öffentlich unterstützt werden. Hierdurch würde vermieden, daß Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Verbündeten über den deutschen Vorschlag und ggf. auch über einzelne Formulierungen des Friedensplans deutlich würden; jede spätere Änderung eines einmal veröffentlichten Textes sei sehr viel schwieriger, als wenn diese in internen Diskussionen erfolgte.

3) Die Wahl des Zeitpunkts – selbst zur Präsentation als Verhandlungsbasis ohne vorhergehende Veröffentlichung – erschien Thompson unzweckmäßig, da sich in Moskau erneut klar ergeben habe, daß Sowjets zur Zeit nicht bereit seien, auf umfassende Gesamtplanungen einzugehen – schon aus Rücksicht auf die Chinesen, die ihnen sonst „appeasement" des Westens vorhalten würden. Auch wäre Präsentation unmittelbar nach Besuch von Rusk in Moskau und Bonn[9] psychologisch nicht glücklich, da Russen den Eindruck bekommen würden, als ob Westen glaube, sie jetzt in der Hand zu haben, und sie sich zum Beweis des Gegenteils veranlaßt sehen könnten, unter Umständen neue Schritte in Berlin zu ergreifen.

4) In der augenblicklichen Phase der west-östlichen Gespräche und Sondierungen[10] kommt es in den Augen dieser Gesprächspartner vielmehr darauf an, Einzelmaßnahmen als mögliche „openings" zu identifizieren. Es könnte sein, daß man uns nahelegen wird festzustellen, welche konkreten Projekte im

[7] Dazu Hervorhebung am Rand und Ausrufezeichen des Legationsrats I. Klasse Müller.

[8] Zu einer Erörterung im Bundeskabinett kam es nicht mehr, da gegen den Vorschlag Bedenken erhoben wurden. Vgl. dazu Dok. 321.

[9] Der amerikanische Außenminister Rusk hielt sich am 10. August 1963 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 291 und Dok. 292.

[10] Zu den Gesprächen der Außenminister am 5./6. August 1963 in Moskau vgl. Dok. 282 und Dok. 299.
Zu den Sondierungsgesprächen, die im September wiederaufgenommen wurden, vgl. Dok. 343, Anm. 6.

Sinne eines „opening" für deutsche Frage mit den Sowjets verfolgt werden sollten. Gesprächspartner weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Gromyko gegenüber Rusk und Home eine gewisse Bereitschaft gezeigt habe, über Frage der Bewegungsfreiheit innerhalb Deutschlands zu sprechen. Man könnte ein solches „opening" auch in anderen Elementen des Friedensplanes sehen – beispielsweise in der Errichtung einer permanenten Viermächte-Kommission mit deutschen Beraterausschüssen oder in der isolierten Errichtung der im Plan genannten deutschen Kommissionen oder aber in bestimmten Maßnahmen zur Erleichterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung (einschließlich Bewegungsfreiheit). Hiermit wird ein Gedanke wieder aufgenommen, der schon in dem „Foreign Affairs"-Aufsatz des Bundeskanzlers vom Oktober 1962[11] ausgesprochen worden war.

Nach dem Rusk-Besuch in Bonn und vor der deutschen Initiative in Botschaftergruppe wurde Mitarbeiter von amerikanischer Seite gefragt, was der Bundeskanzler mit dem Satz „if our countrymen in the soviet occupied zone are granted decent living conditions and at least a certain amount of freedom and self-determination, we shall be open to discussion on a good many points"[12] gemeint habe. Frage richtete sich weniger auf die Punkte, über die wir bereit sein könnten zu sprechen, als vielmehr auf die konkrete Benennung derjenigen Forderungen, deren Erfüllung wir als Voraussetzung für eine solche Gesprächsbereitschaft ansehen würden. Zusammenstellung solcher praktischer Maßnahmen und Forderungen würde dem heutigen Stile der amerikanischen (und wohl auch der sowjetischen) Politik in der Ost-West-Auseinandersetzung entsprechen – ein Verfahren, das sowohl bei den Versuchen für Bereinigung der politischen Atmosphäre als auch bei Ermittlung sog. „corollary measures", als einleitender oder begleitender Maßnahmen im Abrüstungsbereich, angewandt wird.

5) Man ist sich andererseits darüber im klaren, daß man unserer Initiative mit einer Begrenzung von Vorschlägen für bestimmte Einzelmaßnahmen nur auf Berlin nicht gerecht würde, sondern daß solche Vorschläge Deutschland mit einschließen müssen. Wie erinnerlich, schwebt ja dem State Department im Zusammenhang mit dem NAA-Projekt auch eine Erklärung über den Verzicht auf einseitige Maßnahmen mit Bezug auf Berlin und Deutschland vor.

II. Die im Bezugserlaß zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß es nicht so sehr auf die Abstimmung über alle Einzelheiten des Planes ankomme und daß es sich ja um einen Plan handeln würde, für den wir – nach außen hin – die Verantwortung tragen, birgt meines Erachtens in Verhandlungen mit den Alliierten Mächten erhebliche Gefahren in sich. Ein solches Vorgehen würde es – wie Thompson unmißverständlich andeutete – den Alliierten – vor allem den Engländern – offen lassen, auch ihrerseits eigene, nicht voll konsultierte Vor-

[11] In dem Aufsatz „The German Problem, A World Problem" führte Bundeskanzler Adenauer aus, daß die Deutschland-Frage primär als humanitäres Problem gesehen werden müsse. Die Gewährung besserer Lebensbedingungen und größerer Freiheiten für die Bevölkerung der DDR könne folglich einen Ansatzpunkt für politische Gespräche darstellen. Vgl. FOREIGN AFFAIRS 41 (1962/63), S. 59–65.

[12] Vgl. FOREIGN AFFAIRS 41 (1962/63), S. 63.

schläge zu veröffentlichen und zu präsentieren.[13] Die Amerikaner und Briten haben aber in dieser Beziehung, vor allem im direkten Gespräch mit den Sowjets, viel größere Möglichkeiten als wir. Ein selbständiges Vorgehen der Bundesrepublik auf der Grundlage eines nicht voll abgestimmten Viermächte-Papiers könnte eine Tendenz fördern, die unseren sonstigen Bemühungen, die Alliierten Mächte nach Möglichkeit in allen Deutschland und Berlin betreffenden Fragen zu intensivster Konsultation und Koordination zu bringen, sehr abträglich wäre.

III. Man ist hier besorgt, daß NATO in einem Zeitpunkt mit dieser Frage befaßt werden könnte, zu dem es noch keine gemeinsam erarbeitete Position der Vier Mächte selbst gebe[14], so daß voneinander abweichende Meinungen der Vier Mächte sichtbar werden, was man bisher immer mit guten Gründen versucht hat zu verhindern. Eine frühzeitige und unkoordinierte Befassung der NATO würde voraussichtlich auch zu einer raschen Verhärtung des amerikanischen Standpunktes gegenüber unserer Initiative führen.

Thompson bat besonders darum, daß der Text des Friedensplans noch nicht den anderen NATO-Mächten gegeben werde, was ich aufgrund Drahterlasses Plurex 2753 vom 22. August[15] zugesagt habe.

IV. Weiterbehandlung in Botschaftergruppe erfolgt, sobald Weisungen der beteiligten Regierungen vorliegen.[16]

[gez.] Lilienfeld

Ministerbüro, VS-Bd. 8453

[13] Dazu Hervorhebung am Rand und Ausrufezeichen des Legationsrats I. Klasse Müller.

[14] Zu Überlegungen, zu welchem Zeitpunkt der Ständige NATO-Rat mit dieser Frage befaßt werden könnte, vgl. bereits Dok. 313, besonders Anm. 17.

[15] Für den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 21. August 1963 vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 54.

[16] Zu einer weiteren Erörterung in der Washingtoner Vierergruppe kam es nicht mehr. Vgl. dazu Dok. 321 und Dok. 329.

320

Botschafter Dittmann, Tokio, an das Auswärtige Amt

II 8-82.07/63 **27. August 1963**

Betr.: Japan und das Versuchsstopp-Abkommen[1]
Bezug: Drahtbericht Nr. 175 vom 30. Juli 1963[2]

I. Am 14. August 1963 hat Japan seine Unterschrift unter das von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion am 25. Juli paraphierte Versuchsstoppabkommen gesetzt. Es muß absonderlich erscheinen, daß die Regierung des Landes, das die Bekämpfung der Atomwaffen zu einer der Hauptforderungen seiner Außenpolitik erhoben hat und bisher gegen jeden Atombombenversuch protestierte, dem Vertrag von Moskau nicht spontan beipflichtete, sondern recht zögernd gegenüberstand. Wenn Japan dem Vertrag dennoch verhältnismäßig früh beitrat, so ist dies dem sanften Druck der Vereinigten Staaten und dem Drängen einer öffentlichen Meinung zuzuschreiben, deren Haltung zu dem Abkommen neutralistische Motive zugrunde liegen.

Die japanische Presse und die japanischen Sozialisten haben einem sofortigen Beitritt Japans das Wort geredet. Wenn die Presse auch die Problematik des Vertrages nicht übersah, so war ihr von Friedensschalmeien erfüllter Grundton doch so sehr auf eine allgemeine Entspannung und Abrüstung gestimmt, daß sie unter allen Umständen Japans Beitritt wünschte.

Die von ihr stark kritisierte und verschiedentlich als Opportunismus abgetane Haltung der Regierung war dagegen wenig enthusiastisch. Zwar begrüßte sie vorbehaltlos, daß mit dem Abkommen einer weiteren Verseuchung der Luft und des Wassers Einhalt geboten werde; aber in den offiziellen Verlautbarungen kamen starke Vorbehalte zum Ausdruck. So erklärte Außenminister Ohira am 27. Juli, es sei zwar zu begrüßen, daß mit dem Abkommen Stimmung für den Weltfrieden gemacht werde, aber Japan könne sich nicht einem kritiklosen Optimismus hingeben, solange noch „einige Probleme" ungelöst blieben.[3] Am gleichen Tage ließ sich der Generalsekretär der Liberaldemokratischen Partei Maeo vernehmen: „Wir können noch nicht ‚Hurra' rufen. Wir müssen zunächst sorgfältig die künftige Entwicklung beobachten ..."

Wenige Tage später, am 31. Juli, teilte der Außenminister der Öffentlichkeit mit, daß die Regierung sich entschlossen habe, dem Abkommen beizutreten (siehe Drahtbericht Nr. 181 vom 31. Juli 1963[4]). Er unterstrich, daß das Abkommen Japan nicht völlig befriedigen könne, weil es unterirdische Versuche nicht einschließe, und daß aus dem Beitritt Japans zu dem Abkommen nicht geschlossen werden dürfe, es gebe nun den Kampf gegen die unterirdischen

[1] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[2] Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 291; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Dittmann, Tokio, vom 31. Juli 1963; Referat II 8, Bd. 24.

[4] Für den Wortlaut vgl. Referat II 8, Bd. 24.

Versuche auf. Diesen letzten Punkt hob auch eine Erklärung des Kabinettssekretärs Kurogane vom 5. August hervor.

II. Für diese Entscheidung der japanischen Regierung war die Überlegung maßgebend, daß ihr die Stimmung der Weltöffentlichkeit, die nun einmal bestehende Machtkonstellation und die Logik ihrer eigenen bisherigen Politik keine andere Wahl ließen, als dem Abkommen beizutreten. Ihr Zögern, das auf die öffentliche Meinung im Lande und die weniger kritischen Gemüter in den eigenen Reihen befremdend wirkte, kann daher nur als eine Demonstration ihrer Zweifel und Bedenken gedeutet werden. Es gesellte sich noch eine Verärgerung über das Ansinnen der Vereinigten Staaten hinzu, daß das ohnedies eine atomfeindliche Politik verfolgende Japan ohne Zögern einem Vertrag beitreten sollte, an dessen Zustandekommen es nicht beteiligt war und dessen politische Hintergründe ihm nicht ohne weiteres durchschaubar waren.

Neben der Bemängelung textlicher Unklarheiten und der Unvollständigkeit des Vertrages – Ausklammerung der unterirdischen Versuche, Fehlen jeden Ansatzes zu einer Kontrolle – fußen die Bedenken der japanischen Regierung auf der Erwägung, daß der Vertrag ein Kind der Großmachtpolitik ist. Er versuche – so war im Außenministerium zu hören –, den Atomgroßmächten das Monopol zu sichern, ohne die Gefahr nuklearer Auseinandersetzungen zu vermindern. Er enthalte in der Rücktritt-Klausel[5] ein wirksames Instrument für die Durchsetzung politischer Großmachtansprüche. Vor allem aber sei der Vertrag viel weniger ein Erfolg westlicher Beharrlichkeit und Verhandlungskunst als ein geschickter sowjetischer Schachzug. Den lauteren, Idealismus verratenden Absichten der Vereinigten Staaten müßen die auf Ausdehnung des kommunistischen Herrschaftsbereichs gerichteten Motive der Sowjetunion gegenübergestellt werden.[6] Die möglichen politischen Folgen des Vertrages seien noch gar nicht zu übersehen.

Der Leiter der Europa-Abteilung im japanischen Außenministerium[7] verglich bei einem Lagevortrag, den er kürzlich vor dem japanischen Verteidigungsrat unter Vorsitz des Ministerpräsidenten[8] hielt, die sowjetische Haltung zu dem Versuchsstopp-Abkommen mit der sowjetischen Einstellung zum Österreichischen Staatsvertrag.[9] Damals wie heute sei es der sowjetischen Führung aus inneren, vor allen Dingen wirtschaftlichen Gründen darum gegangen, einen „Koexistenzbeweis" zu erbringen, um mit außenpolitischen Erfolgen aufwarten und sich gleichzeitig eine Ruhepause für die innere Konsolidierung schaffen zu können. Diesen Beweis für die Schlagkraft der Koexistenzpolitik verlange die sowjetisch-chinesische Auseinandersetzung[10] heute Chruschtschow in viel stärkerem Maße ab. Das Versuchsstopp-Abkommen als solches gebe noch keinen Beweis für die Richtigkeit der Koexistenzpolitik im kommunistischen Sinne ab. Diesen Beweis vermöge erst die Entwicklung zu liefern, die

[5] Zu Artikel 4 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 12.

[6] Zu diesen Überlegungen vgl. weiter Dok. 410.

[7] Shinsaku Hogen.

[8] Hayato Ikeda.

[9] Für den Wortlaut des Österreichischen Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 725–810.

[10] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

dem Versuchsstopp-Abkommen folgen werde; das Abkommen stelle nur einen ersten Schritt auf dem von Chruschtschow eingeschlagenen neuen Wege dar.

Diese Deutung erklärt, warum die japanische Regierung in ihren Überlegungen über die politischen Auswirkungen des Versuchsstopp-Abkommens immer wieder die Aspekte der deutschen Frage in den Vordergrund gestellt hat und warum die japanische Regierung dem Zögern der Bundesregierung volles Verständnis entgegenbrachte. Sie fürchtet, daß es der sowjetischen Regierung mit Hilfe von Abkommen über Rüstungsfragen, die im Grunde die politischen Spannungen unberührt lassen, insbesondere aber durch einen Nichtangriffspakt, letzten Endes gelingen könnte, die sowjetische Besatzungszone aufzuwerten, den derzeitigen Zustand in Europa zu legalisieren und das westliche Bündnis zu sprengen. Sie ist zudem besorgt, daß die Drohung der Sowjetunion, von dem Versuchsstopp-Abkommen zurückzutreten, wenn ihr nicht genehme Entwicklungen im europäischen Raum – z.B. die Bewaffnung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen – einsetzen sollten[11], ihr große Möglichkeiten zur Beeinflussung der Weltmeinung zum Schaden des Westens geben würde. Das japanische Außenministerium sieht also das Versuchsstopp-Abkommen als eine Waffe an, die der Sowjetunion in gegebenem Falle größere Dienste leisten würde als dem Westen.

Dem Zusammenhang des Versuchsstopp-Abkommens mit dem sowjetisch-chinesischen Konflikt wird demgegenüber nur geringe Bedeutung eingeräumt. Niemand glaubt, daß die Sowjetunion westliche Bundesgenossen benötige, um sich in dem kommunistischen Familienzwist durchzusetzen. Auch in der japanischen Presse ist der Gedanke, daß die durch das Versuchsstopp-Abkommen deutlich gewordene Isolierung Rotchinas eine Verschärfung des kommunistischen Drucks in Asien mit sich bringen könnte, kaum angeklungen. Das japanische Außenministerium sieht in Rotchina einen Koloß auf tönernen Füßen, der Japan zwar durch kommunistische Wühlarbeit in Südostasien zu schaffen machen kann, der aber in absehbarer Zukunft keine unmittelbare Bedrohung für Japan darstellt, auch dann nicht, wenn die Rotchinesen eine Versuchsexplosion durchführen, zu deren Beschleunigung sie nach im Außenministerium vorliegenden Nachrichten größte Anstrengungen unternehmen.[12] Wie die Botschaft wiederholt berichtete, wird das japanische Außenministerium andererseits nicht müde, immer wieder die militärische Bedrohung der westlichen Welt durch die Sowjetunion in den Vordergrund zu stellen, deren Gefährlichkeit das Kuba-Abenteuer[13] anschaulich gemacht habe.

Bei der Beurteilung des Versuchsstopp-Abkommens durch die japanische Regierung dürfte aber auch ein gewisses Unbehagen mitgesprochen haben, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion in Asien sich mit gleichgerichteten Interessen treffen könnten. Eine solche, wenn auch nur teilweise Zusammenarbeit der beiden Weltmächte in Asien müßte ein Alptraum für jede japanische Regierung sein, die eine japanische Asienpolitik, zu deren wesentlichem Bestandteil auf lange Sicht eine Normalisierung der japanischen Bezie-

[11] Vgl. dazu auch Dok. 287.

[12] Die Volksrepublik China führte den ersten Atomtest am 16. Oktober 1964 in der Takla-Makan-Wüste durch.

[13] Zur Kuba-Krise im Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.

hungen zu Rotchina gehören muß, als eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansieht. Eine Art Interessengemeinschaft der beiden Weltmächte in Asien würde sicherlich erleichtert, wenn es zu einem Ausgleich in Europa käme. Vielleicht mag diese Überlegung zum Teil die für das ferne Japan ungewöhnliche Besorgnis um die Entwicklung der deutschen Frage erklären. Andererseits aber sollte das Beharrungsvermögen der Japaner nicht unterschätzt werden, eine einmal festgelegte Linie weiterzuverfolgen; und diese Linie lautet für die Regierung Ikeda: Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Europa. Ist es dann verwunderlich, daß Japan Gefahren, die dem westlichen Lager drohen, auch gegen sich selbst gerichtet empfindet?

III. Eine Liste der japanischen Bedenken gegen das Versuchsstopp-Abkommen wäre jedoch nicht vollständig, wollte man nicht auf eine für Japan besonders bedeutsame psychologische Folge hinweisen: die Euphorie[14] der Friedensstimmung. Seit Jahren kämpft die japanische Regierung gegen die nicht nur bei der innenpolitischen Opposition, sondern auch in den Reihen der Regierungspartei verbreitete neutralistische Stimmung, die sich – auf Artikel 9 der Verfassung[15] gestützt – gegen jeden den Interessen Japans entsprechenden Verteidigungsbeitrag richtet. Die japanische Regierung war und ist dabei, unter Hinweis auf die kommunistische Gefahr den japanischen Wehrwillen zu stärken und die japanische Bevölkerung an eine etwas realistischere Einschätzung der Weltprobleme heranzuführen. Es ist die große Sorge der Regierung, daß das Versuchsstopp-Abkommen und schon gar ein Nichtangriffspakt zwischen der NATO und den Warschauer Pakt-Mächten[16] in Japan eine „Koexistenzwelle" auslösen könnte, die diese Bemühungen wenn nicht zunichte machen, so doch außerordentlich erschweren würde und unabsehbare Folgen für das Schicksal des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrags[17] heraufbeschwören könnte. Daß diese Gefahr ernst genommen wird, läßt auch eine Erklärung des Generalsekretärs der Liberal-demokratischen Partei erkennen, in der es u.a. heißt: „Es wäre verfrüht zu sagen, daß mit diesem Ereignis (Abschluß des Versuchsstopp-Abkommens) die friedliche Koexistenz verwirklicht worden sei. Im Gegenteil. Es ist durchaus möglich, daß der ideologische kalte Krieg heftiger entbrennen wird und daß die Bemühungen, unser Land von der Gruppe der Freien Welt abzuspalten, verstärkt werden." Wie aus dem japanischen Außenministerium zuverlässig zu erfahren war, hat Außenminister Ohira bei seinem kürzlichen Besuch in Washington[18] die japanischen Sorgen wegen des möglichen Abschlusses eines west-östlichen Nichtangriffspaktes gegenüber Staatssekretär Rusk zum Ausdruck gebracht.

[14] Korrigiert aus: „Euphemie".

[15] In Übereinstimmung mit den Richtlinien, die die amerikanische Militärregierung unter General MacArthur 1946 für die japanische Verfassung erstellte, lautete Artikel 9: „Das japanische Volk wünscht aufrichtig einen internationalen Frieden, bei dem Gerechtigkeit und Ordnung die Grundlage bilden, und verzichtet auf ewig auf Krieg als Mittel der Staatsgewalt und auf Drohung mit Waffengewalt und auf Verwendung von Waffengewalt als Mittel zur Beilegung von internationalen Auseinandersetzungen." Vgl. Toshiyoshi MIYAZAWA, Verfassungsrecht, Köln 1986, S. 299.

[16] Vgl. dazu Dok. 215 und Dok. 256, Anm. 11.

[17] Für den Wortlaut des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrags vom 19. Januar 1960 vgl. UNTS, Bd. 373, S. 179–205.

[18] Der japanische Außenminister Ohira hielt sich am 2. August 1963 zu wirtschaftspolitischen Gesprächen in Washington auf. Vgl. dazu THE NEW YORK TIMES, Nr. 38542 vom 3. August 1963, S. 8.

IV. Die vorstehenden Ausführungen haben herauszuarbeiten versucht, daß und aus welchen Gründen die japanische Regierung dem Versuchsstopp-Abkommen mit großer Skepsis gegenübersteht. Sie ist dem Abkommen nicht beigetreten, weil sie von der Wirksamkeit und Bedeutung des Abkommens für Japan überzeugt war. Ein Treffen der höchsten Beamten des Außenministeriums kam am 29. Juli in Anwesenheit des Außenministers zu dem Ergebnis, daß einer japanischen Beteiligung an dem Vertrag keine positive Bedeutung zukommt. Die Beurteilung des Vertrages wird nicht weit von der Schlußfolgerung gelegen haben, die die „Japan Times" in einem Leitartikel zog: „Das Beste, was von dem Moskauer Vertrag gesagt werden kann, ist, daß er einen Schritt rückwärts verhindert hat. Der Schritt vorwärts auf eine wirkliche internationale Harmonie und Zusammenarbeit hin wird vermutlich noch einige Zeit auf sich warten lassen." Der Grund für den Beitritt Japans liegt somit in den Erfordernissen der politischen „Optik". Es waren die Amerika-Abteilung und die Abteilung für die Vereinten Nationen innerhalb des Außenministeriums, die sich für einen Beitritt Japans aus Gründen der öffentlichen Meinung im Lande und in der Welt einsetzten.

Angesichts des gefühlsseligen Konformismus anderer asiatischer Staaten ist es bemerkenswert, daß die japanische Regierung, der in internationalen Fragen häufig Opportunismus vorgeworfen wird, auch auf die Gefahr der Kritik hin eigene Gedanken zu dem Abkommen geäußert hat. Daß sie dem deutschen Standpunkt dabei so viel Bedeutung und Verständnis einräumte, ist erfreulich (siehe Drahtbericht Nr. 208 vom 20. August 1963[19]). Unter diesem Gesichtspunkt enthalten ihre Überlegungen manche Ansätze, die künftig unserer eigenen Politik zu Hilfe kommen könnten. Wir sollten diese Möglichkeiten nutzen.

Dittmann

Referat II 8, Bd. 17

[19] Am 20. August 1963 informierte Botschafter Dittmann über die Äußerung des japanischen Außenministers Ohira, seine Regierung teile die „Auffassung [der] Bundesregierung, daß durch die Unterzeichnung [des] Vertrages kein Gebiet als Staat und kein Regime als Regierung anerkannt werde, [das] die japanische Regierung nicht bereits anerkannt habe. [Die] japanische Regierung habe anläßlich [der] Unterzeichnung [des] Vertrages über [das] Verbot von Kernwaffenversuchen öffentlich zum Ausdruck gebracht, daß sich an der bisherigen Einstellung Japans zu der ebenfalls dem Vertrag beigetretenen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands nichts ändere." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8499; B 150, Aktenkopien 1963.

321

Bundeskanzler Adenauer, z.Z. Cadenabbia, an Bundesminister Schröder

MB 106/63 streng geheim **28. August 1963**[1]

Ich beziehe mich auf die Anlage zur Kabinettssitzung des Auswärtigen Amtes vom 13. August 1963 – StS 1453/63 geh.[2] Mit Seite 4, Ziffer 6, bin ich nicht einverstanden.[3] Ich halte es für ausgeschlossen, einen derartigen Vorschlag zu machen.

Ich bitte zu überlegen, ob es nicht richtig ist, bis zum 8. November 1964, dem Tage der Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten[4], hinhaltend zu operieren und die Beratung der Vorlage in der Botschaftergruppe[5] zu stoppen. Wenn einmal eine derartige Diskriminierung Deutschlands, wie sie der gemachte Vorschlag enthält, geschaffen ist, werden wir auf unabsehbare Zeit eine Macht zweiten Ranges bleiben.[6]

Mit freundlichen Grüßen

Adenauer

Ministerbüro, VS-Bd. 8419

[1] Das Schreiben wurde am 30. August 1963 von Legationsrat Schmitt, Bundeskanzleramt, an Legationsrat I. Klasse Müller weitergeleitet.
Hat Bundesminister Schröder am 3. September 1963 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lahr verfügte.
Hat Lahr am 3. September 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. Dok. 296.

[3] In Ziffer 6 des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems (Fassung vom 13. August 1963) wurde eingeräumt, „daß ein Friedensvertrag mit dem wiedervereinigten Deutschland gegebenenfalls Einschränkungen der vollen Entscheidungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung mit sich bringen könnte" und daß die Vorschläge zur europäischen Sicherheit (Ziffer 14 der Anlage zur Kabinettsvorlage) die „Grundlage für bedenkliche sowjetische Vorschläge" bilden könnte.

[4] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[5] Zur Beratung des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems in der Washingtoner Vierergruppe vgl. den Drahtbericht des Gesandten Freiherr von Stackelberg, Washington, vom 20. August 1963; Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 54; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Zur Reaktion des Auswärtigen Amts auf die Stellungnahme des Bundeskanzlers vgl. weiter Dok. 322 und Dok. 329.

322

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer

II 1-80.01/0-35/63 streng geheim **30. August 1963**

Betr.: Initiative der Bundesregierung in der Deutschland-Frage; hier: Behandlung der Angelegenheit in der Kabinettsvorlage vom 13. 8. 1963 – St.S. 1453/63 geh.[1]

Bezug: Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an den Herrn Bundesminister des Auswärtigen Amts vom 28. 8. 1963[2]; Weisung des Herrn Staatssekretärs vom 30. 8. 1963

Abteilung II nimmt zu den Überlegungen, die in dem Schreiben des Herrn Bundeskanzlers enthalten sind, wie folgt Stellung:

1) Aus den Schreiben der Außenminister Lord Home und Rusk an den Herrn Bundesaußenminister vom 28. 8. geht hervor, daß die Briten und Amerikaner gegen die Veröffentlichung des von uns überarbeiteten Friedensplans erhebliche Bedenken haben.[3] Die Berichterstattung der Botschaft Washington läßt erkennen, daß diese Bedenken auch in den Äußerungen der britischen und amerikanischen Vertreter in der Washingtoner Vierergruppe zum Ausdruck kommen.[4] Mit einer Änderung der britischen und amerikanischen Haltung ist nicht zu rechnen. Infolgedessen ist die Verwirklichung unserer Absicht, einen deutschen Plan zur Wiedervereinigungs- und Sicherheitsfrage zu veröffentlichen, ohnehin in Frage gestellt.

2) Der Herr Bundeskanzler hat gebeten zu überlegen, ob es nicht richtig ist, in der Angelegenheit hinhaltend zu operieren und die Beratung der Vorlage in der Botschaftergruppe zu stoppen. Aus Ziffer 1 geht hervor, daß es keines besonderen Zutuns von uns bedarf, um diese Entwicklung herbeizuführen. Es wären von uns aus keine besonderen Schritte zu ergreifen, um dem Wunsch des Herrn Bundeskanzlers zu entsprechen.

[1] Vgl. Dok. 296.

[2] Vgl. Dok. 321.

[3] Ministerialdirigent Reinkemeyer faßte am 29. August 1963 den Inhalt der Schreiben wie folgt zusammen: „Während Lord Home zu unserem Vorhaben nur in allgemeinen, freilich reservierten Wendungen Stellung nimmt und ein sorgfältiges Studium des Plans in der Washingtoner Vierergruppe empfiehlt, verleiht Außenminister Rusk seinen Bedenken deutlichen Ausdruck. Sie richten sich weniger gegen den Inhalt unserer Vorschläge als gegen den Zeitpunkt und die Art des von uns beabsichtigten Vorgehens und ergeben sich unter anderem aus der Bewertung des sowjetisch-chinesischen Gegensatzes; die Veröffentlichung unseres Planes könne, so stellt Außenminister Rusk fest, die Sowjets zu Aktionen in Berlin veranlassen, um gegenüber Peking die sowjetische Festigkeit zu demonstrieren. Die Bedenken betreffen ferner die Möglichkeit, daß die Sowjets den Plan als nicht akzeptabel bezeichnen; die in ihm enthaltenen Vorschläge könnten dann nicht mehr zu einem für den Westen günstigen Zeitpunkt vorgebracht werden. Außenminister Rusk schließt mit dem Vorschlag, den Inhalt des Plans in einer Rede zu verwerten." Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 338; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Vgl. dazu auch Dok. 319.

3) Wir könnten auch bei einem Verzicht auf Erörterung und Veröffentlichung eines Planes den Grundgedanken unserer Initiative beibehalten, d.h. die Absicht, in der internationalen Öffentlichkeit unseren Willen zur Wiedervereinigung zu demonstrieren. Hierfür hat Abteilung II, wie aus der am 29. 8. vorgelegten Aufzeichnung – II 1-86.00/1-542/63 geh.[5] – hervorgeht, vorgeschlagen, daß an die Stelle einer Veröffentlichung des Plans eine Rede des Herrn Bundesaußenministers tritt, die den Inhalt des Plans in großen Zügen wiedergibt. Bei der Formulierung dieser Rede könnte leicht auf die Überlegungen der Seite 4, Ziffer 6 der Kabinettsvorlage verzichtet werden, die der Herr Bundeskanzler beanstandet hat. Dem Wunsch des Herrn Bundeskanzlers wäre auch in diesem Fall entsprochen.

4) Die Ziffer 6 der Kabinettsvorlage bezieht sich unter anderem auf den Teil D „Europäische Sicherheit" des von uns überarbeiteten revidierten Friedensplans (Vorschlag zur Lösung wesentlicher Deutschland und die europäische Sicherheit betreffender Fragen). Der Teil D unseres Vorschlags ist inhaltlich identisch mit dem Teil C (European Security) des revidierten Friedensplans von 1961[6] Der Friedensplan von 1961 war in allen Teilen von den Regierungen der Vier Mächte akzeptiert worden. Er stellte insofern eine *bisher* gültige Regierungsposition dar.[7]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[8] weisungsgemäß vorgelegt.

Reinkemeyer

Ministerbüro, VS-Bd. 8419

[5] Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 338; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Zum revidierten Friedensplan von 1961 vgl. Dok. 69, Anm. 2.

[7] Zur Weiterbehandlung des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems (Fassung vom 13. August 1963) vgl. Dok. 329.

[8] Hat Staatssekretär Lahr am 31. August 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „M[eines] E[rachtens] wird man aus den Gründen der Ziff[er] 7 der Kabinettsvorlage auch in einer Rede an den Gesichtspunkten der Ziff[er] 6 nicht ganz vorbeigehen können."
Hat Bundesminister Schröder am 2. September 1963 vorgelegen.

323

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer

II 1-84.25/549/63 geheim **30. August 1963**

Betr.: Einbeziehung Berlins in das Abkommen über die begrenzte Einstellung der Kernwaffenversuche[1]
Bezug: Mündliche Weisung des Herrn Staatssekretärs vom 26. August 1963

I. Unterrichtung der Alliierten über unseren Standpunkt

1) Die Vertreter der drei alliierten Botschaften wurden am 29. August weisungsgemäß empfangen. Bei dieser Gelegenheit wurde ihnen unser Standpunkt in vorgenannter Angelegenheit zur Kenntnis gebracht. An der Unterredung nahmen teil: Ministerialdirigent Dr. Reinkemeyer, Gesandter Tomkins (britische Botschaft), Gesandter Hillenbrand (amerikanische Botschaft), Botschaftsrat Graf d'Aumale (französische Botschaft), VLR I von Schenck, LR I Oncken.

2) Gegenüber den alliierten Vertretern wurde folgendes ausgeführt:

Das Auswärtige Amt prüfe die Frage einer Einbeziehung Berlins in das Abkommen über die begrenzte Einstellung der Kernwaffenversuche. Der Berliner Senat habe sich für eine solche Einbeziehung bereits ausgesprochen. Es sei dem Auswärtigen Amt bekannt, daß das genannte Abkommen eines der noch bestehenden Vorbehaltsrechte der alliierten Behörden in Berlin berühre, wie sie in der Erklärung der alliierten Kommandantur der Stadt Berlin BKC/L (55) 3 vom 5. 5. 1955[2] aufgezählt seien. Wenn die bestehenden Rechtsverhältnisse gegen eine Einbeziehung Berlins zu sprechen schienen, so sei dies freilich nach unserer Auffassung kein Grund, auf eine Prüfung der Frage zu verzichten, ob nicht doch eine Möglichkeit gefunden werden könne, die unseren Vorstellungen Rechnung trage.

In diesem Zusammenhang sei zu erwähnen, daß der Rechtsberater des US-State Department, Mr. Chayes, bei seinem Bonner Besuch am 10. August[3] angeregt habe, daß die Bundesregierung und die Regierungen der drei Westmächte eine gemeinsame Erklärung über die Einbeziehung Berlins abgeben. Die Bundesregierung wünsche, daß eine Entscheidung baldmöglichst getroffen werde, und zwar bevor der Ratifikationsprozeß abgeschlossen sei. Im Hinblick auf die innerdeutsche Verfahrensregelung müsse die Frage der Einbeziehung Berlins in das genannte Abkommen bereits geklärt sein, bevor sie im Kabinett behandelt werde. Mit einer Behandlung im Kabinett am 11. 9. sei zu rechnen.

[1] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.
Zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Teststopp-Abkommen vgl. bereits Dok. 298; weiter Dok. 335.

[2] Für den Wortlaut vgl. DzD III/1, S. 6–9.
Zu den Vorbehaltsrechten der Alliierten gehörten nach Artikel 3 des „Kleinen Besatzungsstatuts" die „Abrüstung und Entmilitarisierung" sowie die „Beziehungen Berlins zu ausländischen Behörden".

[3] Rechtsberater Chayes hielt sich in Begleitung des amerikanischen Außenministers Rusk in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 292.

Gesandter Hillenbrand stellte fest, daß es zweckmäßig sei, zunächst die alliierten Kommandanten in Berlin[4] um Stellungnahme zu bitten und dann zu prüfen, wie die Frage gelöst werden könne. Er fragte anschließend, wie die Bundesregierung den Sowjets eine etwaige Einbeziehung Berlins in das Abkommen mitteilen wolle.

Ich habe hierzu festgestellt, daß dies durch getrennte Erklärung bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde erfolgen könne. Wir wünschten jedenfalls so zu verfahren, daß die Sowjets keine Handhabe hätten, die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zu verhindern.

Mr. Hillenbrand stellte abschließend die Frage, wie das von uns angeregte Verfahren in die Verfahrensregeln der Kommandantur[5] hineinpasse. Nach seiner Auffassung unterscheide sich der vorliegende Fall nicht von anderen Fällen, in denen von der Einbeziehung Berlins in internationale Abkommen abgesehen worden sei.[6]

3) Die alliierten Vertreter beschränkten sich auf wenige Fragen und Kommentare. Ihre Zurückhaltung war unverkennbar. Am deutlichsten brachte dies Mr. Hillenbrand mit seinem Vergleich des Abkommens über den Kernwaffenversuchsstopp mit anderen Abkommen zum Ausdruck, bei denen die Alliierten ihre Zustimmung zur Einbeziehung Berlins versagt hatten. Der französische Vertreter hielt sich bei der Diskussion zurück.

II. Vorschlag

1) Unser Interesse an einer Einbeziehung Berlins in das Abkommen ist unmißverständlich zum Ausdruck gebracht worden. Es liegt nun an den Alliierten, Stellung zu nehmen.

2) Auf uns fällt zunächst nur die Aufgabe, mit dem Berliner Senat Fühlung zu nehmen. Abteilung II mißt einer frühzeitigen Fühlungnahme mit dem Berliner Senat erhebliche politische Bedeutung bei. Nach der Erörterung, die seinerzeit zwischen dem Berliner Senat und uns über die Berlin-Klausel im deutsch-polnischen Abkommen[7] stattgefunden hat, sollten wir bemüht sein, neuen Mißverständnissen dieser Art von vornherein vorzubeugen. Eine Initiative gegenüber dem Berliner Senat kann nur zur Verbesserung der zwischen uns und dem Senat bestehenden Beziehungen beitragen. Wir kommen dem Berliner Senat damit um so mehr entgegen, als ein schriftlicher Antrag des Berliner Senats auf Einbezug Berlins in das Abkommen bisher noch nicht vorliegt.[8] Dahingehende Eröffnungen sind bisher nur mündlich gemacht worden, und zwar am 22. und 29. August 1963 durch Senatsrat Wolkwitz an LR I Oncken. Senatsrat Wolkwitz stellte ein Schreiben von Herrn Senator Schütz an den Herrn Staatssekretär in Aussicht.

[4] James Hilliard Polk (USA), David Yates (Großbritannien) und Pierre Toulouse (Frankreich).

[5] Zur Anweisung BKC/L (52) 6 vgl. Dok. 183, Anm. 4.

[6] Vgl. dazu auch Dok. 247.

[7] Zur Diskussion über die Einbeziehung von Berlin (West) in das Handelsabkommen mit Polen vom 7. März 1963 vgl. Dok. 227.

[8] Ministerialdirigent Reinkemeyer informierte am 3. September 1963 die Dienststelle Berlin des Auswärtigen Amts per Drahterlaß, daß ein schriftlicher Antrag des Berliner Senats am 2. September abgegangen sei. Vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 49.

3) Um das Gespräch mit dem Berliner Senat einzuleiten, schlägt Abteilung II vor, der Vertretung des Landes Berlin beim Bund mündlich mitzuteilen, das Auswärtige Amt habe am 29. August die Vertreter der drei alliierten Botschaften (auf Gesandtenebene) gebeten, die Frage der Einbeziehung Berlins in das genannte Abkommen zu prüfen. Dabei habe das Auswärtige Amt eine solche Einbeziehung befürwortet.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[9] mit der Bitte um Billigung von II 3 vorgelegt.[10]

Reinkemeyer

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 49

324

Bundeskanzler Adenauer, z. Z. Cadenabbia, an Bundesminister Schröder

MB 2416/63 geheim **1. September 1963**[1]

Sehr geehrter Herr Schröder,

Ihren Brief vom 27. August 1963 – I B 4 – 82.00/92.19/977/63 geh.[2] – habe ich erhalten. Ich habe Herrn Botschafter Shinnar nicht[3] erklärt, daß ich beabsichtige, nunmehr diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Ich habe lediglich erklärt, daß ich an sich zwar der Aufnahme diplomatischer Beziehungen positiv gegenüberstünde, daß ich aber die heutige Situation und die Wirkung im Augenblick berücksichtigen und Erkundigungen über diese Frage einziehen würde.[4] Von meiner Seite wird nichts geschehen, ohne daß ich vorher mit Ihnen gesprochen habe.[5]

Ich wünsche Ihnen gute Erholung und bin mit besten Grüßen

Ihr Adenauer

Ministerbüro, VS-Bd. 8448

9 Hat Staatssekretär Lahr am 2. September 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja."

10 Dazu handschriftlicher Vermerk des Leiters des Referats „Wiedervereinigung", Oncken, vom 3. September 1963: „Ich habe Herrn Senatsrat Wolkwitz (Vertretung Berlin) am 3.9. fernmündlich über den Inhalt der Ziffer II 3 unterrichtet und den Text von ‚das Auswärtige Amt' bis ‚befürwortet' für Vorzimmerdame diktiert."

1 Hat Bundesminister Schröder am 2. September 1963 vorgelegen.

2 Vgl. Dok. 318.

3 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Adenauer hervorgehoben.

4 Vgl. dazu Dok. 307 und Dok. 310.

5 Vgl. dazu weiter Dok. 341.

325

Gespräch des Abgeordneten Dehler mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau

II 4/82.20-94.29/614/63 geheim[1] **2. September 1963**[2]

Aufzeichnung über eine Unterredung zwischen Bundestagsvizepräsidenten, Herrn Dr. Thomas Dehler, und dem Außenminister der UdSSR, Gromyko, am 2. September 1963 von 15.30 bis 17.30 Uhr. Zugegen waren: sowjetischerseits – der Leiter der III. Europäischen Abteilung des Ministeriums, Iljitschow, ferner der Oberkonsultant des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Mochow, sowie Dolmetscher Terechow; seitens der Botschaft: Herr Gesandter Scholl sowie der Unterzeichnete.

Herr *Gromyko* begrüßte Herrn Dr. Dehler mit den Worten, es sei gut, daß er hierher in die Sowjetunion gekommen sei.[3]

Herr *Dr. Dehler* entgegnete, auch er halte seinen Besuch für sehr wichtig, denn es käme – wie Bismarck gesagt habe – darauf an, „zu wissen, was ist und wie die anderen sind". In diesem Sinne habe er, wenn auch sehr gedrängt, durch seinen Aufenthalt hier viele Eindrücke gewinnen können.

Herr *Gromyko* bestätigte die Richtigkeit dieser Auffassung und ergänzte, auch sowjetischerseits stehe man auf dem Standpunkt, daß Kontakte mit Staatsmännern und Männern des öffentlichen Lebens aus anderen Ländern nur von Nutzen sein könnten. Er bäte, diese Bemerkung nicht nur als Höflichkeitsfloskel aufzufassen; er sei überzeugt, daß durch unmittelbare Gespräche zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den Ländern beigetragen werden könne, und wolle diese seine Einstellung unterstreichen.

Herr *Dr. Dehler* entgegnete, er habe eigentlich den Eindruck gehabt, er hätte schon viel früher hierher kommen sollen. Wertvolle Jahre seien durch nicht aufgenommene Kontakte versäumt worden. Die politischen Dinge, darunter auch die deutschen Dinge, hätten sich im Laufe dieser Jahre verhärtet, und ein Besuch hierher – wobei er nicht nur an seine Person, sondern auch an Be-

[1] Geschäftszeichen des Vermerks, mit dem Ministerialdirigent Reinkemeyer am 18. September 1963 die Gesprächsaufzeichnung sowie eine zusammenfassende Bewertung über den Besuch des FDP-Abgeordneten Dehler in der UdSSR den Staatssekretären Carstens und Lahr vorlegte.

[2] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Koy gefertigt und am 6. September 1963 vom Gesandten Scholl, Moskau, an Ministerialdirigent Reinkemeyer gesandt.
Hat den Staatssekretären Carstens und Lahr am 23. bzw. am 26. September und Bundesminister Schröder am 6. Oktober 1963 vorgelegen.

[3] Der FDP-Abgeordnete Dehler hielt sich vom 19. August bis 4. September 1963 auf Einladung des Vorsitzenden der Unionskammer des Obersten Sowjet, Spiridonow, in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch seine Artikel „Meine Moskauer Gespräche" vom 8. September 1963 und „Russische Gesprächsbereitschaft" vom 13. Oktober 1963; Thomas DEHLER, Reden und Aufsätze, Köln 1969, S. 183–188.
Zur Unterredung von Dehler mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. auch den Drahtbericht des Gesandten Scholl, Moskau, vom 3. September 1963 an Bundesminister Schröder; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 428; B 150, Aktenkopien 1963.

suche anderer Politiker der Bundesrepublik gedacht habe – hätte manches ändern können. Jedoch sei es zur Kontaktaufnahme und zu Gesprächen niemals zu spät, und er nehme es als ein gutes Zeichen, daß gerade in dem Zeitraum seiner Ankunft in Moskau der Geschäftsträger der Bundesrepublik, Herr Scholl, namens der Bundesregierung seine Unterschrift unter den Vertrag über die Einstellung von Kernwaffenversuchen gesetzt habe.[4]

Herr *Gromyko* erwiderte, es sei gut, daß die Bundesrepublik dieses Abkommen unterzeichnet habe, und die Sowjetunion bewerte diese Tatsache positiv. Der erwähnte Vertrag sei einer von vielen Schritten zur Entspannung der internationalen Lage, jedoch aber nur ein Schritt, und es müßten für eine Entspannung in Europa und in der Welt noch viele Schritte unternommen werden. Die Sowjetregierung und an ihrer Spitze der Vorsitzende des Ministerrates, Chruschtschow, tue alles und werde alles in ihren Möglichkeiten Stehende tun, um in der Richtung auf die Lösung internationaler Probleme Fortschritte zu erzielen. Er halte es für notwendig, dies hier zu sagen. Die diesbezüglichen Erklärungen der Sowjetunion seien nicht neu. Er wolle diese Gelegenheit benutzen, um zu sagen, daß die Gespräche über diese Themen mit bedeutenden deutschen Politikern und Staatsmännern sehr wichtig seien. Die von der Sowjetunion in diesen Fragen eingenommene politische Haltung sei richtig und entspreche dem leninschen Kurs des politischen Verhaltens in internationalen Angelegenheiten. In diesem Rahmen müsse noch vieles getan werden in der Welt, darunter auch in Europa.

Herr *Dr. Dehler* entgegnete, es sei dies auch durchaus seine Überzeugung. Er dürfe sich hier freimütig äußern – nicht als großer Staatsmann, denn es liege ihm fern, sich als einen solchen zu bezeichnen. Im Laufe seines Lebens habe er sich bemüht, für den Frieden und die Freiheit der Menschen einzutreten. Er sei bei diesem Gespräch nicht legitimiert, namens der Bundesregierung zu sprechen, sondern er komme hierher als freier, er dürfe sagen, eigenwilliger Mann. Er wolle freimütig feststellen, daß er zeitlebens ein Anhänger der Verständigung zwischen der Sowjetunion und Deutschland gewesen sei. Er habe das Zustandekommen des Rapallo-Vertrages[5] erlebt und Rathenau persönlich gekannt; er habe auch den Vertrag von Berlin im Jahre 1926[6] begrüßt. Es sei seine Überzeugung gewesen, daß die damals gelegten Grundlagen positiv gewesen seien im Sinne einer normalen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Er sei als liberaler Mann ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus gewesen, habe damals versucht, die Machtübernahme des Nationalsozialismus zu verhindern und später den Nationalsozialismus zu überwinden.[7] Als Deutscher könne er nur tief bedauern, was damals von den Machthabern Deutschlands an Leid der Welt und der Sowjetunion angetan worden sei.

[4] Zum Teststopp-Abkommen und dem Beitritt der Bundesrepublik am 19. August 1963 vgl. Dok. 236, Anm. 2, und Dok. 308, Anm. 3.

[5] Zum Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922 vgl. Dok. 226, Anm. 10.

[6] Für den Wortlaut des Vertrags zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken vom 24. April 1926 vgl. REICHSGESETZBLATT 1926, Teil II, S. 360–362.

[7] Thomas Dehler vertrat als Rechtsanwalt in Bamberg von 1933 bis 1938 wiederholt Juden vor Gericht. 1938 wurde er für kurze Zeit inhaftiert. Nach Kriegs- und Arbeitsdienst wurde er im Juni 1945 von der amerikanischen Militärregierung zum Landrat von Bamberg ernannt. Im Dezember 1945 wurde er Generalstaatsanwalt am Oberlandesgericht Bamberg, 1947 Präsident.

Er, Dehler, sei zeitlebens ein Anhänger des nationalen Gedankens gewesen. In diesem Sinne sei er der Überzeugung, daß jedes Volk das Recht habe, sein eigenes Leben zu leben.

Als unselige Folge des letzten Krieges sei Deutschland geteilt. Er wolle hier nicht die Frage untersuchen, warum es im einzelnen dazu gekommen sei. Er müsse jedoch unterstreichen, daß eine Befriedung im mitteleuropäischen Raum nur möglich sei, wenn das Problem der Herstellung der Einheit Deutschlands angepackt werde. Es sei ihm klar, daß die Einheit Deutschlands nicht spontan verwirklicht werden könne, sondern dies nur schrittweise geschehen könne und ein langwieriger Prozeß sei. Trotzdem glaube er, es sei nötig, mit dem Einschlagen dieses Weges zu beginnen. Er sei auch tief überzeugt davon, daß versucht werden solle, in einem Friedensvertrag alle schwebenden Fragen zu lösen. Dieser Friedensvertrag müsse eine Lösung der politischen Fragen in Mitteleuropa und Deutschland und eine Lösung der Deutschland betreffenden militärischen Fragen miteinbeziehen. Es könne bei dieser Lösung die Errichtung einer weitausgedehnten Zone militärischer Entspannung und die Schaffung einer von Atomwaffen freien Zone[8] mit in Angriff genommen werden.

Nach seiner Meinung habe die Sowjetunion einen legitimen Anspruch auf Gewährleistung von Sicherheit gegen jeden Angriff von Seiten Deutschlands. Daher müßten die militärischen Vereinbarungen nach seiner Auffassung eine entscheidende Grundlage bei dem Abschluß eines Friedensvertrages darstellen.

Wenn nun gesagt werde, die zwei deutschen Staaten bestünden, und diese Staaten seien eine Realität[9], dann müsse er andererseits unterstreichen, daß diese zwei deutschen Staaten und die damit bestehende Teilung Deutschlands nicht dem Willen der deutschen Menschen entsprächen. Daher müsse einem abzuschließenden Friedensvertrag eine Vereinbarung zugrunde gelegt werden, die sowohl diesen Umstand als auch die Interessen der Sowjetunion berücksichtigt.

Herr *Gromyko* erwiderte, er nehme an, daß Herrn Dehler die Haltung der Sowjetunion in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands bekannt sei. Die Sowjetregierung habe mehrfach erklärt, daß, wenn sich die beiden deutschen Staaten über die Wiedervereinigung Deutschlands einigen würden, sowjetischerseits diese Einigung dann anerkannt werden würde. Dies sei der sowjetische Standpunkt. Man müsse hier fragen, ob seitens der Bundesregierung in dieser Richtung etwas getan worden sei. Diese Frage müsse verneint werden, denn alles, was die Regierung Adenauer in diesem Zusammenhang tue – und die Regierung Adenauer bestimme doch die Politik der Bundesrepublik –, führe nicht zu der Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten, sondern vertiefe nur den zwischen ihnen bestehenden Abgrund. Wenn seitens der Bundesregierung davon gesprochen werde, daß eine Lösung der deutschen Frage zweckmäßig, wünschenswert und notwendig sei und gleichzeitig eine Politik der Feindseligkeit gegenüber der „DDR" verfolgt werde, dann müsse

[8] Zum Rapacki-Plan vgl. Dok. 114, Anm. 2.

[9] Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 1, Anm. 7.

sowjetischerseits der Eindruck entstehen, daß die west-deutschen Erklärungen von der Notwendigkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands unseriös seien. Eine reale Politik müsse das Bestehen zweier deutscher Staaten anerkennen. Einen anderen Weg als das Anerkennen dieser Tatsache gebe es nicht; jeder andere Weg könne nur zum Kriege führen, und es könne sich dabei nur um einen Weg handeln, den Verrückte einschlügen. Herr Dehler bezeichne die Teilung Deutschlands als ein Unglück. Man könne darüber, ob diese Teilung ein Glück oder ein Unglück sei, verschiedener Meinung sein, und er wolle darauf aufmerksam machen, daß die beiderseitigen Standpunkte in diesem Falle nicht identisch seien. Es sei Herrn Dehler auch bekannt, aus welchem Grunde.

Das deutsche Problem sei im Ergebnis des Krieges und der Aggression, die die Nazisten und andere Staaten gegenüber der Sowjetunion begangen hätten, entstanden. Das, was jetzt bestehe, sei nur die Ernte dessen, was gesät worden sei. Ob es dem einen oder anderen gefalle oder nicht: Die beiden deutschen Staaten seien eine Realität, im Osten gebe es die „DDR" und im Westen die BRD, unabhängig davon, ob der eine oder der andere gegenüber diesen Staaten Antipathien oder Sympathien hege. Er müsse Herrn Dehler darüber informieren, daß in diesem Punkt die Haltung der Sowjetunion hart wie Granit sei. Wenn gelegentlich die Regierung der Bundesrepublik erkläre, daß sie die Existenz der „DDR" nicht anerkenne, dann ändere dies nichts an der Tatsache dieser Existenz. Sogar in Verbindung mit der Unterzeichnung des Abkommens über die Einstellung der Atomwaffenversuche habe die Bundesregierung erklärt, daß sie angeblich namens ganz Deutschlands handele.[10] Bei einer solchen Erklärung handele es sich um eine billige propagandistische Geste. Die Sowjetregierung müsse darauf hinweisen und fordern, daß bei der Formulierung der Standpunkte mehr Lebensnähe gezeigt werde, d. h. von dem Vorhandensein der beiden deutschen Staaten ausgegangen werde. Jede Regierung der Welt müsse mit dieser Tatsache rechnen, wenn sie an diese Frage realistisch herangehen wolle.

Herr *Dr. Dehler* erwiderte, der Ausgangspunkt der heutigen Betrachtung sei das Recht eines jeden Volkes auf völkische Einheit gewesen. Selbst der Vorsitzende des Ministerrats der Sowjetunion, Herr Chruschtschow, habe bei seinem kürzlichen Besuch in Berlin während einer Ansprache in der Seelenbinder-Halle erklärt, daß der Anspruch eines Volkes auf Vereinigung legitim sei, und er habe auch von den Wegen zur Lösung dieser Frage gesprochen.[11] Abgesehen von Staaten wie Korea, Vietnam und Deutschland sei überall in der Welt dieses Recht auf Einheit verwirklicht.

Der Herr Minister habe die Alternative aufgestellt, die beiden deutschen Staaten hätten sich miteinander zu einigen oder es käme zu einem Kriege. Demgegenüber müsse er auf einen dritten Weg verweisen: den Abschluß eines Friedensvertrages. Gerade dieser letzte Weg sei die geeignete Form, um aus dem derzeitigen Zustand herauszuführen.

[10] Zur Erklärung der Bundesregierung vom 19. August vgl. Dok. 308, Anm. 3. Vgl. dazu auch Dok. 314.

[11] Zur Rede vom 2. Juli 1963 vgl. Dok. 215.

Bei der Konferenz von Potsdam sei man von ganz anderen Vorstellungen ausgegangen als sie Gromyko jetzt vertrete. Deutschland sollte nach dem Willen der Siegermächte wenn auch besetzt, so doch verwaltungsmäßig eine Einheit bleiben.[12] Daß diese Einheit nicht zustande kam, sei nicht auf einen Einspruch der Sowjetunion, sondern es sei auf einen der Westmächte[13] zurückzuführen. Die Sowjetunion sei damals korrekt vorgegangen.

Er, Herr Dehler, sei der Meinung, daß auf dem Wege über einen Friedensvertrag die Lösung des deutschen Problems möglich sei.

Nach seiner und seiner Parteifreunde Vorstellung sollte nach einem Verfahren, wie es während der Genfer Konferenz von 1959 gehandhabt worden sei, also mit Beteiligung der vier Siegermächte und mit Beteiligung der beiden deutschen Staaten – die zwar damals nur am Katzentisch gesessen hätten, aber doch dabei waren[14] –, vorgegangen werden.[15]

Gewiß habe die Sowjetunion ein Recht, einen Friedensvertrag zu verlangen.[16] Dann müsse aber auch als diesem Vertrag vorausgehend darüber verhandelt werden, *wie* Deutschland bei diesen Friedensvertragsverhandlungen vertreten sein, d. h. wer namens Deutschlands verhandeln solle. Der Vorwurf, die Bundesrepublik wolle die „DDR" schlucken[17], müsse zurückgewiesen werden. Es gehe bei den eben angestellten Überlegungen nur darum, daß man eine Bahn für die Willensentscheidung des Deutschen Volkes öffnen und eine Regelung finden wolle, die dem Frieden diene.

Ein Friedensvertrag sei nur sinnvoll, wenn er der Beseitigung der in Europa bestehenden Gefahren diene, und es gebe viele Gefahrenpunkte in Zentraleuropa, so z. B. Westberlin. Es gehe also darum, Verhandlungen zu führen, bei denen sowohl die Vorschläge der Westmächte als auch der Sowjetunion als auch der beiden deutschen Staaten auf einen Tisch gelegt würden, bei denen über die bereits erwähnten Fragen, darunter auch die Frage der deutschen Einheit, verhandelt würde.

[12] Das Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) legte fest: „Während der Besatzungszeit wird Deutschland als eine einzige wirtschaftliche Einheit behandelt. Zu diesem Zweck wird eine gemeinsame Politik für die nachstehenden Bereiche festgelegt: a) Bergbau und industrielle Produktion sowie Bewirtschaftung; b) Landwirtschaft, Forsten und Fischerei; c) Löhne, Preise und Rationierung; d) Ein- und Ausfuhrprogramme für Deutschland als Ganzes; e) Währung und Bankwesen, zentrale Steuer- und Zollverwaltung; f) Reparationen und Entnahme von industriellem Kriegspotential; g) Transport- und Verkehrswesen." Vgl. DzD II/1, S. 2110.

[13] Vgl. dazu das französische Memorandum vom 3. August 1946 über die Verwaltung Deutschlands; EUROPA-ARCHIV 1946/47, S. 265.

[14] Die Delegationen aus der Bundesrepublik und der DDR nahmen an der Genfer Außenministerkonferenz vom 13. Mai bis 20. Juni und vom 13. Juli bis 5. August 1959 lediglich als Beobachter teil.

[15] Vgl. dazu die Entschließung des XIV. Bundesparteitages der FDP vom 3. Juli 1963; DzD IV/9, S. 530.

[16] Zum sowjetischen Vorschlag vom 10. Januar 1959 für einen Friedensvertrag mit Deutschland vgl. Dok. 116, Anm. 8.

[17] In der Rede vom 2. Juli 1963 äußerte Ministerpräsident Chruschtschow: „Die revanchistischen Kreise wollen nichts vom Abschluß eines Friedensvertrages hören. Ihr Ziel ist es, die DDR zu liquidieren, sie zu schlucken. Aber ihnen ist völlig klar, daß ihnen das mit eigenen Kräften nicht gelingt: Ihr Magen ist zu schwach, er wird das nicht verdauen, und auch durch ihren Schlund wird ein solcher Bissen nicht hindurchgehen." Vgl. DzD IV/9, S. 496 f.

Außenminister *Gromyko* entgegnete, er wolle kurz zu der Frage des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages Stellung nehmen. Die Sowjetunion wünsche gute Beziehungen zu der Bundesrepublik, und sie habe diesen Wunsch bereits oft geäußert. Sie lege Wert auf gute politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen, wobei zu bemerken sei, daß z. B. die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten bereits mehr oder weniger gut seien, obwohl auch hier noch einiges getan werden könne.

Der Sowjetunion gehe es darum, die Sicherheit in Europa zu festigen, Sicherheit und Frieden in Europa und in der Welt zu gewährleisten. Ein verläßlicher Weg hierzu sei der deutsche Friedensvertrag. Wenn die Sowjetunion von dem deutschen Friedensvertrag spreche, dann fordere sie dazu auf, von der realen Lage in Europa und in Deutschland auszugehen, und die reale Lage in Deutschland sei die, daß in Deutschland zwei deutsche Staaten bestünden.

Herr Dehler spreche davon, daß nur mit einem einigen Deutschland ein Friedensvertrag geschlossen werden könne. Dieses vereinte Deutschland gebe es aber nicht, so daß eine solche Haltung darauf hinauskomme, die Notwendigkeit eines deutschen Friedensvertrages zu leugnen. Wenn andererseits von der Grundlage des Bestehens zweier deutscher Staaten ausgegangen werde, könne daraus nur ein Vorteil für alle Staaten resultieren, die an der Erhaltung des Friedens interessiert seien. Er wolle hier auch auf die Erklärungen Herrn Chruschtschows verweisen, daß zur Zeit aus einem Abschluß eines Friedensvertrages der Westen mehr Vorteile ziehe als die Sowjetunion und die „DDR"[18]. Trotzdem sei man sowjetischerseits der Auffassung, daß ein deutscher Friedensvertrag die Entspannung in Zentraleuropa und der Welt nur fördern könne.

In diesem Zusammenhang wolle er unterstreichen, daß im Hinblick auf die Perspektive für die Sicherheit Europas die Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages nicht entfallen, sondern im Gegenteil wichtiger geworden sei. Die Haltung der Bundesrepublik sei jedoch nicht geeignet, hier eine Lösung zu fördern. Durch die Auffassung, daß ein Friedensvertrag nur mit einem vereinten Deutschland abgeschlossen werden solle, sei Herrn Dr. Dehlers Auffassung unrealistisch. Einerseits erkläre Herr Dr. Dehler, er werde den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages begrüßen, andererseits erkläre er, dieser Vertrag sei nur mit einem geeinigten Deutschland abzuschließen. Diese beiden Auffassungen stünden im Widerspruch zueinander.

Herr *Dr. Dehler* entgegnete, ihm sei sehr daran gelegen, das, was ihm vorschwebe, deutlich zu machen. Sinn eines deutschen Friedensvertrages müsse sein, alle in Zentraleuropa bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Die Partner aus dem letzten Weltkrieg müßten sich zusammensetzen, um mit Beteiligung der beiden deutschen Staaten einen militärischen Status für Deutschland zu schaffen, durch den niemand bedroht werde, sowie auch die weiteren Deutschland betreffenden Probleme, darunter auch die Frage der Wiedervereinigung, zu lösen. Bei Beteiligung sowohl der beiden deutschen Staaten als auch der vier Siegermächte – also auf einer Ebene, wie sie 1959 in Genf bestanden habe – sei die Forderung der Sowjetunion nach der Beteili-

[18] Vgl. dazu die Rede vom 2. Juli 1963; DzD IV/9, besonders S. 504 f.

gung der beiden deutschen Staaten erfüllt, wobei dann aber logischerweise an diesen Verhandlungen eben die vier Siegermächte mitbeteiligt sein müßten. Diese Genfer Regelung habe seiner und seiner Parteifreunde Ansicht entsprochen.

Die Sowjetunion selbst habe dem Abschluß *eines* Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland, also der Verbindung des Friedensvertrages mit der Wiedervereinigung, zugestimmt. Während des Besuchs des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats, Herrn Mikojan, in der Bundesrepublik im März 1958[19] aus Anlaß der Unterzeichnung des ersten Handelsvertrages[20] seien im Bundestag gerade die Debatten über die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik geführt worden[21] – seine Partei sei gegen diese Aufrüstung gewesen.[22] Herr Mikojan habe damals der Bundesregierung ein in diesem Sinne – *ein* Friedensvertrag mit *einem* Deutschland – abgefaßtes Memorandum überreicht.[23] Er wolle dies hier nur einflechten. Zunächst gehe es um die Frage, welche Form des Mitwirkens derjenigen, die an einer Lösung für den deutschen Friedensvertrag beteiligt werden müßten, nämlich der Siegermächte, gefunden werden könne.

Herr *Gromyko* entgegnete, er wolle zu einer der letzten Bemerkungen Herrn Dehlers eine Frage stellen: Sei Herrn Dr. Dehlers Bemerkung zu den beiden deutschen Staaten so zu verstehen, daß die beiden deutschen Staaten Gespräche über die Lösung der deutschen Probleme führen sollten? Wenn ja, dann entspreche dies auch den sowjetischen Vorstellungen.

Herr *Dr. Dehler* meinte, man müsse sich einmal die staatsrechtliche Lage Deutschlands unter dem Aspekt der Niederlage im 2. Weltkrieg vergegenwärtigen. Zwar sei Deutschland in diesem Kriege besiegt, trotzdem fahre es fort, im staatsrechtlichen Sinne zu bestehen. Im Ergebnis des Krieges entstanden auf dem Territorium dieses Staates auf der Grundlage demokratischer, freiheitlicher Prinzipien die Bundesrepublik, andererseits die „DDR", die zwar nach unserer Meinung nicht als demokratisch gebildeter Staat gelten könne, die aber trotzdem vorhanden sei. Bei den Überlegungen eines Friedensvertrages müsse man das Bestehen der beiden Machtsphären in Rechnung stellen; es gehe also darum zu klären, wie z. B. das Verhältnis Deutschlands zur NATO oder zum Warschauer Pakt sein solle oder welche Rolle es in einem evtl. Sicherheitspakt einnehmen solle. Über alle diese Dinge müßte zwar auch zwi-

[19] Zum Besuch des sowjetischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan in der Bundesrepublik vom 25. bis 28. April 1958 vgl. ADENAUER, Erinnerungen III, S. 380–395. Vgl. auch DzD III/4, S. 1058–1075.

[20] Zum Abkommen mit der UdSSR vom 25. April 1958 über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr vgl. Dok. 11, Anm. 9.

[21] Zur außenpolitischen Debatte des Bundestags vom 20. bis 25. März 1958 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 40, S. 823–1171.

[22] Vgl. dazu die Ausführungen der FDP-Abgeordneten Mende und Maier am 20. März 1958 vor dem Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 40, S. 828–840 und S. 895–902. Vgl. auch Erich MENDE, Die neue Freiheit. Zeuge der Zeit 1945–1961, München 1984, S. 402–406.

[23] Für den Wortlaut des Aide-mémoires, das der sowjetische Botschafter Smirnow Bundeskanzler Adenauer am 19. März 1958 übergab, vgl. DzD III/4, S. 681–686. Zum Verlauf des Gesprächs zwischen Adenauer und Smirnow vgl. die von Dolmetscher Buring gefertigte Gesprächsaufzeichnung vom 20. März 1958; Ministerbüro, Bd. 126.

schen den beiden deutschen Staaten verhandelt werden, aber vor allem zwischen den an diesen Regelungen maßgeblich interessierten Siegermächten, also in Gemeinschaft mit ihnen.

Herr *Gromyko* entgegnete, die Sowjetunion sei der Auffassung, daß durch den deutschen Friedensvertrag ein eindeutiger Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen werden müsse und eine neue Seite in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und in den Beziehungen in Europa begonnen werden müsse. Ein solcher Vertrag müsse in juristisch fixierter Form die Grenzen bestätigen, die sich in Europa nach dem Kriege ergeben hätten. Es möge sein, daß dies dem einen oder anderen nicht gefalle. Trotzdem: Diese Grenzen müßten als gerecht bezeichnet werden.

Die Sowjetunion habe Deutschland während des Krieges nicht hierhergebeten. Die Nazisten hätten gemeinsam mit einer Reihe anderer Staaten eine Aggression gegen die Sowjetunion begangen, sie seien im Kriege zerschlagen worden, und im Ergebnis dessen sei die historische Gerechtigkeit wieder hergestellt worden. Ein weiteres Ergebnis dieses Krieges sei das Entstehen der beiden deutschen Staaten. Um noch einmal zur Grenzfrage zurückzukehren: die erwähnten Grenzen müßten in diesem Vertrag juristisch fixiert werden. Im Ergebnis des Vertrages würden dann endgültige Grenzen in Europa gezogen sein, genauso wie auch eine Reihe von anderen Problemen ihre endgültige Regelung finden würde. Es gehe dabei um Fragen, die besonders dann, wenn sie möglicherweise ohne Beteiligung der Westmächte entschieden werden müßten, wichtig wären, so z. B. die Frage der Souveränität der „Deutschen Demokratischen Republik" und des Status von West-Berlin. Herr Dehler kenne die Vorschläge, die die Sowjetunion diesbezüglich gemacht habe.[24]

In eine Erörterung der Vorschläge, die hierzu von der Bundesregierung gemacht würden, trete die Sowjetunion nicht ein und würde sie auch nicht eintreten. Die Bundesrepublik habe mit der Frage West-Berlin nicht das Geringste zu tun. Die Sowjetregierung sei der Auffassung, daß ihre diesbezüglichen Vorschläge vernünftig seien, und sie sei bestrebt, die Westmächte von der Richtigkeit dieser Vorschläge zu überzeugen. Die Sowjetunion habe nicht die Absicht, West-Berlin in die Tasche zu stecken. Sie wolle aber, daß in einem deutschen Friedensvertrag neben einer Reihe anderer Probleme, so die Nichtbewaffnung der Bundesrepublik und der „DDR" mit Atomwaffen, auch die Frage des Zugangs zu einer freien demilitarisierten Stadt West-Berlin geregelt werden solle. Da bei dieser Frage die Interessen der „DDR" als der rechtmäßigen Besitzerin des Territoriums, über welches dieser Zugang zu erfolgen habe, respektiert werden müßten, müsse die „DDR" an einer solchen Regelung beteiligt werden.

Herr Dehler habe von Korea gesprochen und versucht, eine Analogie zwischen der Lage in Vietnam sowie Korea einerseits und der Lage in Deutschland andererseits herzustellen. Jedoch zeuge die Situation in Vietnam und Korea von etwas anderem, nämlich von einer einseitigen und willkürlichen Haltung gerade der Westmächte in der Frage der Wiedervereinigung dieser bei-

[24] Zum sowjetischen Vorschlag einer „Freien Stadt" Berlin (West) vgl. Dok. 3, Anm. 7.

den Länder, wobei die Haltung der Westmächte von der Bundesrepublik geteilt werde.

Es seien z.B. für die Wiedervereinigung Vietnams präzise Vorschläge unterbreitet worden[25], die jedoch, da sie nicht in das Konzept der Westmächte paßten, von diesen in Stücke gerissen wurden.[26] Da, wo es vorteilhaft sei, nähmen die Westmächte und die Bundesrepublik auf internationale Abkommen Bezug; wo dies unzweckmäßig erscheine, würden solche Abkommen zerrissen.

So werde seitens der Bundesregierung auch die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in willkürlicher Weise ausgelegt, um aus dieser Auslegung politisches Kapital zu schlagen.

Ganz allgemein wolle er zu den Beziehungen zwischen Sowjetunion und Bundesrepublik einerseits und Sowjetunion und „DDR" andererseits bemerken, daß man nicht nach dem Rezept verfahren dürfe, sich Freunde erwerben zu wollen dadurch, daß man anderenorts Feindschaft säe. Freunde gewinnen könne man mit einer solchen Methode nicht; im günstigsten Falle könne man seine bisherigen Freunde behalten, im ungünstigen aber diese Freunde verlieren.

So habe z.B. die Sowjetregierung nicht die Absicht, die Westmächte gegen die Bundesrepublik aufzubringen, obwohl sie Möglichkeiten dazu hätte. Sowjetischerseits suche man Wege zu einer Verbesserung der Beziehungen, die sowohl die BRD als auch die „DDR" als auch die Vereinigten Staaten oder Frankreich befriedigen könnten. Das sei es, wozu die Sowjetunion aufrufe, und diese Forderung sei ein Gebot der Vernunft und der Logik, wie sich dies aus der Nachkriegslage ergebe.

Herr Dehler habe den Rapallo-Vertrag erwähnt. Dieser Vertrag sei eine gute Seite in der Geschichte gewesen. Diese Seite lehre geradezu, daß das deutsche Volk und die Sowjetvölker Wege zur Entwicklung guter Beziehungen suchen sollten. Diejenigen Leute, die die Lage in Deutschland und in Europa nüchtern beurteilten, müßten hier mitempfinden. Aus diesem Grunde habe auch der Vorsitzende des Ministerrats Chruschtschow die Forderung nach der Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, der Herstellung echter Freundschaft und gutnachbarlicher Beziehungen zwischen ihnen erhoben, wie auch die Sowjetunion ihrerseits zu dem anderen deutschen Volk bereits gutnachbarliche Beziehungen hergestellt habe.

Herr *Dehler* entgegnete, es sei sicher nicht unsere Aufgabe, sich während dieses Gesprächs gegenseitig zu etwas zu überreden. Er werde an dieses Gespräch eine gute Erinnerung mitnehmen, möchte jedoch noch einige Bemerkungen anschließen.

[25] Der nordvietnamesische Regierungschef Ho Chi Minh bat Staatspräsident de Gaulle am 24. August 1963 um Vermittlung zwischen der Demokratischen Republik Vietnam und der Republik Vietnam. Er wies darauf hin, daß ein wiedervereinigtes Vietnam neutral werden sollte oder zumindest von der Volksrepublik China einen Status eingeräumt bekommen könne, wie ihn Polen von der UdSSR erhalten habe. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10795.

[26] Staatspräsident de Gaulle erklärte am 29. August 1963, Vietnam könne in Asien eine bedeutende Rolle spielen, wenn es einmal frei von ausländischem Einfluß handeln könne. Frankreich sei bereit, Anstrengungen in dieser Richtung zu unterstützen. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. DE GAULLE, Lettres, notes et carnets. Janvier 1961 – décembre 1963, S. 367. Vgl. dazu auch Dok. 383.

Wenn es zur Entstehung der deutschen Nachkriegs-Staatengebilde im Westen Deutschlands und im Süden Deutschlands und dann letztlich der beiden Staaten in Ost und West gekommen sei, dann sei dies nicht die Schuld Deutschlands. Es sei zu dieser Situation gekommen, weil die Siegermächte damals nicht die Kraft gefunden hätten, einen Friedensvertrag zu schließen. Im Jahre 1945 habe niemand, weder Stalin noch Churchill noch de Gaulle, eine Teilung Deutschlands beabsichtigt. Nicht das deutsche Volk sei an dieser Teilung schuld, sondern eine falsche Nachkriegspolitik in bezug auf Deutschland. Deshalb müsse das Ziel eines Friedensvertrages sein, Wege zu finden, die diese ungünstige und widernatürliche damals begonnene Entwicklung zum Stillstand brächten.

Man müsse sich ernstlich fragen, ob eine Regelung, wie sie der Herr Minister vorschlage, nämlich die Errichtung eines dritten deutschen Staates in West-Berlin, eine vernünftige Lösung sei. Er, Herr Dehler, sei der Auffassung, daß eine solche Lösung zu nichts Gutem führen könne und werde.

Um auf Korea und Vietnam zu sprechen zu kommen, so habe er, Herr Dehler, nicht klären wollen, wer an dieser Teilung schuldig sei, sondern nur die Parallele, die sich für die gleiche Fehlentwicklung wie in Deutschland anbiete, demonstrieren wollen.

Ganz allgemein wolle er unterstreichen, daß er darum bäte, seine Ausführungen nur als die Ausführungen eines Politikers zur Kenntnis zu nehmen, der aufrichtig eine Normalisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion anstrebe und der gerne die Gastfreundschaft dieses Landes genossen habe.

Herr Gesandter *Scholl* bemerkte an dieser Stelle, die Gesprächspartner hätten beide viel von dem deutschen Friedensvertrag und der Lösung dieses Problems gesprochen. Es sei wichtig, daß jede Seite den Standpunkt der anderen Seite kenne. Er, der Herr Gesandte, habe aufmerksam dem zugehört, was der Herr Minister zu dieser Frage ausgeführt habe. Er wolle den Herrn Minister fragen, ob er ihn richtig verstanden habe, daß man sowjetischerseits einen deutschen Friedensvertrag wünsche, in welchem Grenzen staatsrechtlicher Art innerhalb Deutschlands und darunter auch eine solche um Berlin fixiert würden. Er, der Herr Gesandte, wolle weiter fragen, ob er recht verstanden habe, daß, wenn Deutschland durch eine Grenze staatsrechtlicher Art geteilt werde und darüber hinaus durch Errichtung einer weiteren Grenze um West-Berlin herum die Schaffung eines zusätzlichen politischen Gebildes angestrebt werde, der Herr Minister eine solche Regelung als „*Friedens*vertrag" bezeichnen wolle.

Herr *Gromyko* entgegnete, West-Berlin solle nach sowjetischer Auffassung eine selbständige staatliche Einheit, eine freie Stadt mit internationalen Garantien werden. Die Sowjetregierung habe ihre diesbezüglichen Vorschläge entwickelt und nehme an, daß diese Vorschläge Herrn Dr. Dehler und Herrn Scholl bekannt seien. Bei der für West-Berlin von der Sowjetregierung angestrebten Lösung würde für niemand ein Schaden entstehen. Man müsse jedoch immer von der Tatsache ausgehen, daß West-Berlin nicht ein Teil der Bundesrepublik sei, daß bei der Lösung der Frage der Kommunikationswege nach West-Berlin berücksichtigt werden müsse, daß diese Kommunikations-

wege über das Gebiet der „DDR" liefen, die rechtmäßige Herrin auf diesem Gebiet sei und der eine Mitbeteiligung bei dieser Lösung zustehe.

Zu den Ursachen der Spaltung Deutschlands wolle er bemerken, daß Herr Dehler nur die Fakten als solche nenne, ohne auf die Ursachen näher einzugehen. Nicht die Sowjetunion habe diese Spaltung verursacht, sondern es sei der Westen gewesen, der die beiden deutschen Staaten geschaffen habe. Die Sowjetunion habe ein ganzheitliches friedliches demokratisches Deutschland angestrebt. Dieses Bemühen sei von dem Westen in Potsdam hintertrieben worden.

Zu dem von Herrn Dehler geäußerten Gedanken zu einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und der Nichtbewaffnung der beiden deutschen Staaten mit Atomwaffen wolle er bemerken, daß dieser Vorschlag auch aus der Sicht der Sowjetregierung positive Elemente enthalte, die zu begrüßen seien.

Herr Dehler habe von der Bundesrepublik als einem demokratischen Staat gesprochen; die Sowjetunion sei hier anderer Auffassung, sie vertrete die wissenschaftlich fundierte und durch Tatsachen begründete Auffassung, daß die Bundesrepublik kein demokratischer Staat sei. Jedoch wolle er dieses Thema nicht vertiefen.

Die Sowjetunion sei für den Abschluß eines Friedensvertrages. Es könne die Frage auftauchen, was wichtiger sei: die internationale Abrüstung oder der Abschluß eines Friedensvertrages. Dazu sei zu sagen: beides sei wichtig. Sowohl die internationale Abrüstung, als auch der Abschluß eines Friedensvertrages mit seiner Bedeutung für Europa.

Die Sowjetregierung werde ihren Meinungsaustausch mit dem Westen über diese und andere Fragen fortsetzen. Wie dieser Meinungsaustausch ausgehen werde, wisse man noch nicht. Sollte er unbefriedigend enden, werde die Sowjetunion nach anderen Wegen für die Lösung der Probleme suchen müssen.

Herr *Dr. Dehler* flocht hier ein, der Minister spreche immer wieder von Fakten. Auch eine Krankheit sei z. B. ein Faktum. So sei auch das Faktum der Spaltung Deutschlands widernatürlich, und ein friedlicher Zustand werde nur geschaffen werden können, wenn der Versuch unternommen werden würde, die Spaltung Deutschlands zu überwinden. Man sollte den deutschen Friedensvertrag als Mittel zu diesem Versuch benutzen. Eben ein solches Vorgehen würde dann auch im Interesse der Beziehungen zwischen den Sowjetvölkern und dem deutschen Volk sein.

Herr *Gromyko* entgegnete, Herr Dr. Dehler spreche von einer Krankheit. Dazu wolle er bemerken, daß man eine Krankheit durch unsachgemäße Behandlung verschlimmern und durch entsprechende Behandlung zur Genesung führen könne. Es komme ganz auf die Mittel an. Ein einheitlicher, friedliebender und demokratischer deutscher Staat wäre z. B. eine Lösung, wie sie die Sowjetunion nach Kriegsende vorgeschlagen habe. Jetzt gebe es eben zwei deutsche Staaten, von denen nur einer ein friedliebender und demokratischer Staat sei. Dazu sei zu sagen, daß dieser Zustand immer noch besser sei als z. B. das Bestehen eines einheitlichen militaristischen und dazu noch revanchistischen deutschen Staates. Mit Bezug auf die außenpolitischen Ziele der

Bundesrepublik wolle er bemerken, daß hier die Auffassungen Herrn Dehlers und seine Auffassungen über diese Ziele auseinandergingen. Andererseits habe die „DDR" immer wieder eine Politik der Freundschaft gegenüber der BRD betrieben und mehrfach ihre Hand zu einer solchen Freundschaft ausgestreckt. Jedoch sei diese Freundeshand von der Bundesrepublik immer wieder ausgeschlagen worden. Somit sei zu sagen, daß die derzeitige Situation in Deutschland kein Schaden, sondern umgekehrt ein Segen sei! Niemand wolle in einem Krieg verbrennen. Wenn die Deutschen in der Bundesrepublik für den Frieden seien, dann sollten sie alle Mittel anerkennen, die dazu dienen, diesen Frieden zu festigen.

Herr Dehler habe offen die Meinung der Sowjetregierung hören wollen, und er habe ihm diese Meinung offen gesagt. Leider sei eine Entwicklung in Richtung auf eine Entspannung zwischen der BRD und der Sowjetunion nicht möglich, weil dem die Politik der Bundesregierung entgegenstünde.

Herr *Dr. Dehler* führte aus, gerade jetzt vor 15 Jahren habe in Bonn die Beratung über das Grundgesetz der Bundesrepublik stattgefunden. Dieses Grundgesetz sei in seinem Geltungsbereich auf die westlichen und südlichen Teile Deutschlands beschränkt. Es habe aber der Bevölkerung – was wohl kaum bestritten werden könne – alle demokratischen Rechte und Freiheiten vermittelt und gewährleistet, die einer Demokratie zu eigen seien. Was die Lösung der deutschen Fragen beträfe, so sei zu sagen: niemand in der Bundesrepublik sei so wahnwitzig, zu meinen, daß auf kriegerischem Wege eine Lösung gefunden werden könne.

Er meine, diese Einstellung und Überzeugung sei immerhin eine Grundlage, auf der man sich verständigen könne.

Er, Herr Dehler, hoffe, daß auch andere deutsche Politiker die Möglichkeiten haben würden, hier in der Sowjetunion Kontakte aufzunehmen und im Interesse der beiderseitigen Beziehungen Gespräche zu führen. Er wolle diese Gelegenheit benutzen, um dem Herrn Minister für die ihm gewährte Möglichkeit zu einem ausführlichen Gedankenaustausch zu danken.

Herr *Gromyko* entgegnete, auch er sei sehr erfreut, daß er diese Möglichkeit gehabt habe. Er wolle noch einmal bemerken, daß die Sowjetregierung die Friedensregelung für die noch offenstehenden deutschen Fragen nach wie vor für sehr wichtig und sehr aktuell halte. Ihm sei daran gelegen, daß Herr Dehler für den sowjetischen Standpunkt Verständnis aufbringe. Schritte, die von den führenden Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik und von der Bundesregierung selber in Richtung auf eine Entspannung unternommen werden würden, würden von der Sowjetregierung nur begrüßt werden. Leider sei derartiges zur Zeit nicht zu verzeichnen. Die Menschen in Westdeutschland und die Menschen in der Sowjetunion sollten darauf bedacht sein, nicht Brücken zu verbrennen, sondern verbindende Brükken aufzubauen. Dies würde für die wechselseitigen Beziehungen nur von Vorteil sein.

Herr Gromyko bemerkte anschließend, er habe erfahren, daß Herr Dr. Dehler auch an eine Unterredung mit dem Vorsitzenden des Ministerrats, Herrn Chruschtschow, gedacht habe. Wie aber Herr Dehler wisse, sei dieses Ge-

spräch leider wegen der räumlichen Entfernung – Herr Chruschtschow befinde sich noch in Jugoslawien[27] – nicht möglich.[28]

Abteilung II (II 4), VS-Bd. 194

326

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften

641/63 VS-vertraulich **3. September 1963**

Betr.: Westliche Reisehindernisse für Einwohner der SBZ

Die Gegenmaßnahmen gegen die Errichtung der Mauer in Berlin, d. h. die TTD-Sperre[1], sowie die Einschränkung der sportlichen, kulturellen und technischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der SBZ haben eine zweischneidige Wirkung, denn sie vertiefen auf die Dauer die Spaltung Deutschlands. Diese Maßnahmen sind zwar in letzter Zeit insofern gemildert worden, als probeweise[2] die Einreise von Einwohnern der SBZ in Länder, die der NATO angehören, dann gestattet wurde, wenn die Reisenden als Mitglieder gesamtdeutscher Mannschaften oder Delegationen an sportlichen Veranstaltungen oder wissenschaftlichen Kongressen usw. teilnehmen.[3] Meiner Ansicht nach genügt diese Milderung nicht. Vielmehr sollten auch Einzel- und Gruppenreisen zugelassen werden, wenn die Gewähr besteht, daß die Reisenden keine politischen oder propagandistischen Zwecke verfolgen und weder als offizielle Vertreter der SBZ auftreten noch die Spalterflagge zeigen.

Aus zuverlässigen persönlichen Quellen weiß ich, daß die von westlicher Seite erzwungene Abkapselung in den intellektuellen und kulturell interessierten Kreisen der SBZ sehr bitter empfunden wird. Diese Menschen fühlen sich vom Westen verlassen und abgeschrieben. Sie sind überwiegend freiheitlich eingestellt, wenn sie auch dem kommunistischen Regime ihr Lippenbekenntnis erweisen und den Parteiorganisationen angehören müssen. Durch die Trennung vom westlichen Geistesleben werden sie mehr und mehr in die Arme der Sowjetunion getrieben, mit der die wissenschaftlichen, kulturellen und technischen Beziehungen von den Behörden der SBZ besonders gefördert werden.

[27] Der sowjetische Ministerpräsident hielt sich vom 20. August bis 3. September 1963 in Jugoslawien auf.

[28] Eine Unterredung des FDP-Abgeordneten Dehler mit Ministerpräsident Chruschtschow fand am 4. September 1963 doch noch statt. Vgl. dazu Dok. 328.

[1] Zur TTD-Sperre vgl. Dok. 110, Anm. 5.

[2] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben.

[3] Zur Frage einer Lockerung der TTD-Sperre vgl. bereits Dok. 163.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnungen des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 7. September 1963; Abteilung V (D V), VS-Bd. 139; B 150, Aktenkopien 1963.

Die Bundesregierung, die die Verantwortung für das ganze deutsche Volk trägt, sollte versuchen, der Entfremdung zwischen beiden Teilen Deutschlands entgegenzuwirken und zu diesem Zweck den Sportlern sowie den Künstlern, Gelehrten, Technikern und anderen Intellektuellen in der SBZ die dringend ersehnte Verbindung mit dem Westen zu ermöglichen. Im übrigen würden durch die Wiederaufnahme der wissenschaftlichen und technischen Kontakte wahrscheinlich auch gewisse Forschungsergebnisse bekannt werden, die jetzt einseitig den kommunistischen Ländern zugute kommen.

Es könnte eingewendet werden, daß die Machthaber in der SBZ nur linientreuen Genossen Reisen in westliche Länder gestatten würden. Hierauf wäre zu erwidern, daß nicht auf allen Gebieten überzeugte Kommunisten zur Verfügung stehen und daß andererseits viele Menschen in Mitteldeutschland während der vergangenen 30 Jahre die Kunst der Tarnung so weit entwickelt haben, daß sie nach außen als Anhänger Ulbrichts erscheinen, jedoch in Wirklichkeit das SED-Regime ablehnen. Schließlich ist die Anziehungskraft der freiheitlichen Lebensweise so groß, daß sie selbst auf kommunistische Intellektuelle ihre Wirkung ausüben wird.

Derartige Erwägungen könnten allerdings Ulbricht und seine Drahtzieher dazu bewegen, im Fall einer Lockerung der westlichen Einreisesperre die Ausreise aus ihrem Machtbereich weiter zu erschweren. Aber die Verbitterung über ein solches Verfahren würde sich dann gegen die kommunistischen Machthaber und nicht wie jetzt gegen den Westen richten.

Ich darf daher anregen, daß die Bundesregierung sich dafür einsetzt, die TTD-Sperre aufzuheben, soweit es sich um Reisen für sportliche, kulturelle, wissenschaftliche und technische Zwecke handelt und sichergestellt ist, daß die Reisenden aus Mitteldeutschland nicht als Mannschaft, Delegation oder offizielle Vertreter der SBZ auftreten und weder die Spalterflagge zeigen noch politische Propaganda treiben.[4] Zu diesem Zweck würde es erforderlich sein, die Anträge auf Erteilung von TTD im einzelnen sorgfältig zu prüfen, wobei auch deutsche Stellen, die über größere Kenntnisse und Erfahrungen als die alliierten Dienststellen[5] verfügen, eingeschaltet werden sollten.

Im übrigen ist es zu begrüßen, daß Künstler und Gelehrte aus der SBZ wieder in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen und die sportlichen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands wieder aufgenommen werden.[6]

Ich darf bemerken, daß diese Aufzeichnung meine rein persönliche Meinung darstellt und nicht als Stellungnahme der Abteilung V zu werten ist.

[4] Vgl. dazu weiter Dok. 476.

[5] Die Erteilung von TTD für Bewohner der DDR und von Berlin (Ost) für Reisen in oder durch Staaten, die den Paß der DDR nicht als Reisedokument anerkannten, erfolgte im Namen der drei westlichen Stadtkommandanten durch das Allied Travel Office. Dieses war 1951 aus dem Combined Travel Board hervorgegangen, in dem die drei westlichen Besatzungsmächte 1947 ihre Ein- und Ausreiseämter für die Besatzungszonen zusammengefaßt hatten.

[6] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Ist das richtig?"

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[7] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

von Haeften

Abteilung V (D V), VS-Bd. 139

327

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs

III A 6-84.00-92.08-745/63 geheim **3. September 1963**[1]

Betr.: Handelspolitische Gesichtspunkte in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rot-China

Der freie Westen ist daran interessiert, daß der zwischen der Sowjetunion und Rot-China schwebende Konflikt[2] erhalten bleibt, ohne daß jedoch die Bundesrepublik eine Stellungnahme hierzu einnähme. Dabei ist in der Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen mit Rot-China eine Stellungnahme zugunsten von Rot-China nicht zu erblicken; zumal dieser Handel beträchtlich niedriger als der deutsch-sowjetische ist; es bestehen deshalb auch keine Bedenken gegen eine Steigerung des deutschen China-Handels auf den Umfang, den er in früheren Jahren hatte. Die Errichtung einer deutschen Handelsvertretung in Rot-China[3] erscheint bei dieser Betrachtungsweise jedoch ausgeschlossen und ist auch nicht akut.[4]

Das State Department hat sich zu der Frage der Handelsbeziehungen westlicher Staaten zu Rot-China auf eine diesbezügliche, durch Vermittlung der Botschaft in Washington gestellte Anfrage[5] kürzlich dahin geäußert, daß die

[7] Hat Staatssekretär Lahr am 5. September 1963 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Krapf vermerkte: „Bitte Stellungnahme." Dazu hielt Ministerialdirigent Reinkemeyer am 9. September 1963 fest: „Abteilung II weist darauf hin, daß Künstler und Gelehrte aus der SBZ jederzeit die Möglichkeit haben, in die Bundesrepublik einzureisen und eingeladen zu werden. ... Ein beschränkter, nicht offizieller Sportverkehr findet immerhin statt." Die Wiederaufnahme des am 16. August 1961 abgebrochenen Sportverkehrs sei von der Einbeziehung von Berlin (West) abhängig; Verhandlungen über diese Frage habe die DDR jedoch bislang abgelehnt. Vgl. Abteilung V (D V), VS-Bd. 139; B 150, Aktenkopien 1963.

[1] Durchdruck.
Die Aufzeichnung wurde vom Leiter des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zum Osten", Klarenaar, konzipiert und dem Leiter des „Büro Staatssekretär", von Schmidt-Pauli, am 5. September 1963 vorgelegt. Die Aufzeichnung wurde im Entwurf von Staatssekretär Lahr gebilligt.

[2] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

[3] Vgl. dazu weiter Dok. 465.

[4] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath vom 6. September 1963: „Falls II 5 beteiligt worden wäre, hätte es diesen Satz vorsichtiger formuliert."

[5] Am 4. Mai 1963 wies Vortragender Legationsrat I. Klasse Pauls die Botschaft in Washington an, „in vorsichtiger Form" zu ermitteln, „ob sich die bisherige kritische Einstellung des State Depart-

amerikanische Regierung den Handel der anderen westlichen Staaten mit Rot-China für Waren außerhalb der COCOM-Liste[6] nicht verurteile, sofern der Handel unter Kredit- und Zahlungsbedingungen, wie sie auch bei anderen Ostblockstaaten üblich seien, abgewickelt werde. Es werde dabei, so führte das State Department weiterhin aus, nicht verkannt, daß die Lieferung von Fabrikationsanlagen an Rot-China aus westlichen Ländern gewisse, wenn auch vielfach überschätzte politische Vorteile mit sich bringe, wie z. B. eine hieraus entstehende chinesische Abhängigkeit von Ersatzteillieferungen aus dem Westen. Trotzdem müßten von amerikanischer Seite Bedenken dagegen angemeldet werden, wenn durch die Einräumung langfristiger Zahlungsziele die Handelsabschlüsse den Charakter von Entwicklungsdarlehen annähmen.[7]

Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten seit dem Eintritt von Rot-China in den Koreakrieg keinerlei Handel mehr mit Rot-China treiben.

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 203

328

Vermerk des Staatssekretärs Lahr

St.S. 1635/63 VS-vertraulich **5. September 1963**

Betr.: Besuch Vizepräsident Dr. Dehler bei Ministerpräsident Chruschtschow[1]

Ich suchte heute Herrn Vizepräsident Dr. Dehler zu einem Gespräch über die Ergebnisse seiner Reise nach Moskau auf.

Dr. Dehler teilte mit, daß das Gespräch mit Chruschtschow, das etwa 70 Minuten gedauert habe, verbindlich und freimütig, von seiten Chruschtschows stellenweise allerdings auch mit bemerkenswerter Härte geführt worden sei. Chruschtschow sei „in guter Form" gewesen. Wenn er, Dr. Dehler, zwar den Eindruck gehabt habe, daß die Gespräche der Sowjets mit ihm nach einer bestimmten Sprachregelung geführt worden seien, so habe sich Chruschtschow jedenfalls durch besondere Gewandtheit, Schlagfertigkeit und Schnelligkeit der Überlegung ausgezeichnet.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1094

ment zum China-Handel der NATO-Partner und insbesondere zu Lieferungen von Stahlausrüstungen und Stahlerzeugnissen an die Volksrepublik China geändert hat." Vgl. Referat III A 6, Bd. 159.

6 Zur COCOM-Liste vgl. Dok. 11, Anm. 18.

7 Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 14. Mai 1963; Referat III A 6, Bd. 159.

1 Zum Besuch des FDP-Abgeordneten Dehler in der UdSSR vgl. bereits Dok. 325.
Zur Reise von Dehler vgl. auch die Aufzeichnungen der Botschaft in Moskau vom 7. September 1963; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 194; B 150, Aktenkopien 1963.

Die Grundgedanken der Ausführungen Chruschtschows seien folgende gewesen:

Die Sowjetunion befinde sich in einem grandiosen Aufbau, und hierfür benötige und wünsche sie Frieden. Nach einigen – nach den Worten Dr. Dehlers – gehässigen Angriffen auf den Herrn Bundeskanzler, die diesen als den Störenfried in der Welt gekennzeichnet hätten, habe Chruschtschow erklärt, die Bundesrepublik stehe vor einer Alternative: entweder Krieg zur Verwirklichung ihrer „revanchistischen" Ziele oder Anerkennung des durch den Kriegsausgang und die Nachkriegsjahre entstandenen Status quo. Nur die Bundesregierung verkenne die „Realitäten" der Nachkriegsgrenzen und die Entstehung zweier deutscher Staaten; sie weigere sich, die Folgen des verlorenen Krieges auf sich zu nehmen, und stehe damit der Befriedung der Welt im Wege. Die anderen Westmächte gäben allenfalls Lippenbekenntnisse für die von uns angestrebte Wiedervereinigung ab, hätten im übrigen aber mehr oder weniger offen zu erkennen gegeben, daß sie hieran in Wirklichkeit nicht interessiert seien.[2] Wenn er, Chruschtschow, an die Deutschen appelliere, endlich eine realistische Politik zu betreiben, so müßte er dabei unterstreichen, daß für ihn die Entwicklung verschiedener Gesellschaftssysteme in den beiden Deutschland das Wesentliche sei. Er werde niemals einer Lösung zustimmen, die die Möglichkeit einer Veränderung des in der DDR bestehenden Gesellschaftssystems einschließe. Der soziale Gedanke müsse den Vorrang vor dem nationalen haben. Bekenne sich die Bundesrepublik zu Frieden und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, so werde sie auf der sowjetischen Seite große Aufgeschlossenheit vorfinden. Namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet böten sich für eine solche Zusammenarbeit große Chancen.

Die Darstellung, die Dr. Dehler von seinen eigenen Ausführungen gibt, zeigt, daß er den deutschen Standpunkt klar und geschickt vertreten hat.[3]

Er brachte mir gegenüber von sich die Sprache auf Zeitungsmeldungen über seine Äußerung zum Röhrenembargo.[4] Nachdem ihm in Usbekistan eine Gasrohrleitung gezeigt worden sei, habe er beim Tischgespräch beiläufig erwähnt, er hätte seinerseits gegen deutsche Röhrenlieferungen nach der Sowjetunion[5] nichts einzuwenden gehabt und betrachte es als eine unerfreuliche Indiskretion, wenn diese Bemerkung in die Presse gebracht worden sei.

Zu der von der deutschen Presse berichteten Schlußbemerkung Dr. Dehlers, das Gespräch könne in Bonn fortgeführt werden[6], sagte er, dies sei eine bei der Verabschiedung scherzhaft hingeworfene Bemerkung gewesen, die von Chruschtschow zweifellos auch als solche verstanden worden sei.

[2] Zu dieser Behauptung des Ministerpräsidenten Chruschtschow vgl. auch Dok. 449.

[3] Am 4. September 1963 berichtete Gesandter Scholl, Moskau, daß der FDP-Abgeordnete Dehler ihm dazu mitgeteilt habe: „Er selbst, Dehler, habe die Möglichkeit gehabt, in ruhiger Form seine Konzeption vorzutragen. Er habe betont, jeder Friedensvertrag müsse die Einheit Deutschlands zum Inhalt haben und von den deutschen Menschen gebilligt sein." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 428; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Vgl. dazu den Artikel: Dehler reist heute nach Kiew; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 196 vom 26. August 1963, S. 4.

[5] Zur Verordnung vom 18. Dezember 1962 über die Ausfuhr von Röhren vgl. Dok. 9, Anm. 6.

[6] Vgl. dazu den Artikel: Dehler doch noch bei Chruschtschow; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 205 vom 5. September 1963, S. 3.

Dr. Dehler stellte in Abrede, desillusioniert zu sein; er sei mit keinerlei Illusionen nach Moskau gefahren. Immerhin sei er von der Härte und Negativität der Äußerungen Chruschtschows und Gromykos beeindruckt. Diese ließen gewiß nicht auf die Absicht eines Einlenkens in der Deutschland-Frage schließen.

Im Anschluß an eine Bemerkung Dehlers, Chruschtschow habe auf die Möglichkeit eines Gesprächs zwischen den beiden deutschen Regierungen hingewiesen, während er, Dr. Dehler, die Viermächteverantwortung und den Willen nicht so sehr der beiden Regierungen als der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands unterstrichen habe, fragte ich Dr. Dehler, wie er unter dem Eindruck seines Moskau-Besuches den Gedanken Dr. Achenbachs einer Friedenskonferenz[7] beurteile; er meinte, daß eine solche Konferenz im Augenblick wohl nicht viel verspreche.

Abschließend meinte Dr. Dehler, seine Reise sei nützlich gewesen, weil sie die Möglichkeit geboten habe, Chruschtschow den deutschen Standpunkt durch einen unabhängigen deutschen Politiker darzustellen. Er möchte annehmen, daß dies auf Chruschtschow nicht ganz ohne Wirkung geblieben sei. Aus dem gleichen Grunde würde er weitere solche Gespräche für zweckmäßig halten.

Hiermit dem Herrn Minister[8] vorgelegt.

Lahr

Ministerbüro, VS-Bd. 10095

[7] Der FDP-Abgeordnete Achenbach regte am 7. Februar 1963 im Bundestag an, mit der UdSSR Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrags aufzunehmen. Zu diesem Zweck schlug er die Einberufung einer Friedenskonferenz vor. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 52, S. 2632–2634.

[8] Hat Bundesminister Schröder am 10. September 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Cad[enabbia]!"

329

Staatssekretär Lahr an Staatssekretär Globke, Bundeskanzleramt

St.S. 86/63 streng geheim **6. September 1963**[1]

Betr.: Initiative der Bundesregierung in der Deutschland-Frage[2]

Sehr geehrter Herr Globke!

Der Herr Bundeskanzler hat den Herrn Bundesaußenminister mit Schreiben vom 28. August 1963 gebeten zu überlegen, in der Frage des deutschen Friedensplans bis zum 8. November 1964[3], dem Tag der Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten, hinhaltend zu operieren und die Beratung der Vorlage in der Botschaftergruppe zu stoppen.[4]

Herr Bundesminister Schröder hat mich beauftragt, Ihnen mit der Bitte um Unterrichtung des Herrn Bundeskanzlers mitzuteilen, daß die sehr laue Aufnahme des[5] deutschen Vorschlags in der Botschaftergruppe ohnehin Fortschritte nicht erwarten lasse[6] – es sei denn, daß wir unsererseits insistieren, was aber im Augenblick nicht beabsichtigt ist. Herr Bundesminister Schröder wird über die Angelegenheit mit Außenminister Rusk und Lord Home[7] bei dem Zusammentreffen in New York in der zweiten September-Hälfte sprechen.[8] Im übrigen wird sich sicherlich hier die Gelegenheit zu einer internen Aussprache finden.

Mit verbindlichen Grüßen

Lahr

Ministerbüro, VS-Bd. 8419

[1] Durchschlag als Konzept.
Eine weitere Ausfertigung hat Staatssekretär Carstens vorgelegen. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 446; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Für den Wortlaut des Vorschlags des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems vgl. Dok. 296.

[3] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[4] Vgl. Dok. 321.

[5] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „eines".

[6] Zur Reaktion auf den Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems in der Botschaftergruppe vgl. bereits Dok. 319 und Dok. 322.

[7] Die Wörter „und Lord Home" wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

[8] Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen und dem britischen Außenminister am 27. September 1963 vgl. Dok. 367.

330

Runderlaß des Staatssekretärs Carstens

II 5-83.02/94.-/905/63 VS-vertraulich **11. September 1963**[1]

Betr.: Verkehr mit amtlichen Vertretungen kommunistischer Staaten

I. Die Aufnahme oder Anbahnung von amtlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und einzelnen kommunistischen Staaten durch Errichtung von Handelsvertretungen[2] gibt Veranlassung, die Vorschriften über den Verkehr der Auslandsvertretungen und der Delegationen der Bundesrepublik Deutschland mit den Vertretern kommunistischer Staaten neu zu fassen.

Von der Aufnahme amtlicher Beziehungen erhoffen wir uns eine Verbesserung des Verhältnisses zu diesen Staaten. Von einer Normalisierung kann dagegen so lange keine Rede sein, als die betreffenden Regierungen den Grundsatz vertreten, daß es zwei deutsche Staaten[3] gebe[4]. Dieser Unterschied muß beim Verkehr mit Vertretern kommunistischer Staaten auch weiterhin berücksichtigt werden.

1) Der protokollarische Verkehr

a) Ein protokollarischer Verkehr findet derzeit nur mit der Sowjetunion statt. Er ist sowohl in Übereinstimmung mit den allgemeinen protokollarischen Regeln als auch im Einklang mit etwaigen besonderen, im Bereich des diplomatischen Korps im Gastland geltenden Formen zu gestalten. Beim Austausch von Höflichkeitsbesuchen ist nach den allgemein üblichen protokollarischen Regeln und unter Berücksichtigung der Anciennität zu verfahren. Wenn von sowjetischer Seite diese Regeln verletzt werden, z. B. durch Unterlassung eines Antrittsbesuchs etc., bitte ich, unter Bezugnahme auf diesen Erlaß zu berichten.

b) Mit den amtlichen Vertretungen der übrigen kommunistischen Staaten ist der protokollarische Verkehr grundsätzlich nicht möglich, da wir mit diesen Staaten keine diplomatischen Beziehungen unterhalten. Besondere deutsche Interessen am Dienstort oder Gepflogenheiten im diplomatischen Korps des Gastlandes können aber im Einzelfall eine Ausnahme geboten erscheinen las-

[1] Der Entwurf des Runderlasses wurde Staatssekretär Carstens am 29. August 1963 von Ministerialdirigent Reinkemeyer vorgelegt.

[2] Die Wörter „durch Errichtung von Handelsvertretungen" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.
Zum Abkommen mit Polen vom 7. März 1963 über die Errichtung von Handelsvertretungen vgl. Dok. 114, Anm. 4. Zum Stand der Verhandlungen mit Ungarn und Rumänien vgl. Dok. 332 und Dok. 380. Zur Aufnahme der Verhandlungen mit Bulgarien und der Tschechoslowakei vgl. Dok. 360 und Dok. 432.

[3] Zu der von der UdSSR und den Ostblock-Staaten vertretenen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 1, Anm. 7.

[4] Der Wortlaut des Passus „Grundsatz vertreten, ... gebe" ging auf Streichungen und handschriftliche Ergänzungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „Grundsatz vom Bestehen zweier deutscher Staaten vertreten".

sen. Insoweit ist von der unter Abschnitt II, Absatz 1 erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen.

Eine Teilnahme an etwaigen Staatsempfängen der Regierung des Gastlandes für Persönlichkeiten aus der Sowjetunion oder anderen kommunistischen Ländern, mit denen die Bundesregierung amtliche Beziehungen unterhält, ist zulässig[5]. Die Entscheidung liegt im Ermessen des Missionschefs.[6]

2) Der amtliche Verkehr

Ein amtlicher Verkehr kann sich in dritten Ländern nicht nur mit den Vertretungen der Sowjetunion, sondern auch mit den Vertretungen aller derjenigen kommunistischen Staaten ergeben, mit denen die Bundesrepublik Deutschland amtliche Beziehungen aufgenommen hat. Der amtliche Verkehr ist sachlich in dem Rahmen zu halten, wie er sich im Verhältnis zur Sowjetunion aus dem Bestehen diplomatischer Beziehungen und im Verhältnis zu den übrigen Staaten aus dem Aufgabenbereich der Handelsvertretungen ergibt. Er ist von unseren Auslandsvertretungen nicht über das dienstlich gebotene Maß auszudehnen, um damit gegenüber den Vertretungen kommunistischer Staaten stets zum Ausdruck zu bringen, daß unsere Beziehungen so lange nicht normal sein können, wie uns die Wiedervereinigung vorenthalten wird.[7]

3) Der gesellschaftliche und persönliche Verkehr

In denjenigen Ländern, mit denen die kommunistisch regierten Staaten diplomatische Beziehungen unterhalten, werden gesellschaftliche und persönliche Kontakte nicht nur gelegentlich entstehen, sondern mitunter sogar von der Gegenseite gesucht werden. Gegenüber Vertretern derjenigen Staaten, mit denen die Bundesrepublik keine amtlichen Beziehungen unterhält, bitte ich Sie, sich zurückzuhalten.

Es bestehen jedoch keine Bedenken dagegen, daß Sie den gesellschaftlichen und persönlichen Verkehr mit Vertretern derjenigen kommunistisch regierten Länder, mit denen die Bundesrepublik amtliche Beziehungen unterhält, im Rahmen der dienstlichen Zweckmäßigkeit entgegenkommender gestalten. Zurückhaltung erscheint hier allerdings gegenüber den jugoslawischen Vertretern am Platze, da Jugoslawien im Jahre 1957 trotz des Bestehens diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland die SBZ als Staat anerkannt hat[8] und seither eine Doppelrolle spielt, mit der es sich gegenüber unseren westlichen Verbündeten als Träger ihrer Gedankengänge, in ungebundenen Staaten und vor allem Entwicklungsländern jedoch als Vorkämpfer des Kommunismus auszuweisen sucht.

[5] Der Wortlaut des Passus „Persönlichkeiten ... ist zulässig" ging auf Streichungen und handschriftliche Ergänzungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „Persönlichkeiten aus kommunistischen Ländern, mit denen die Bundesregierung keine amtlichen Beziehungen unterhält, hat zu unterbleiben".

[6] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[7] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Ferner soll damit im Gastland alles vermieden werden, was zu einer Aufwertung der SBZ-Vertretungen in Drittländern führen könnte."

[8] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Jugoslawien und der DDR am 15. Oktober 1957 vgl. Dok. 209, Anm. 8.

II. Da eine allgemeine Regelung nicht alle Einzelfälle erfassen kann, ermächtige ich Sie hiermit, von den unter I 1)-3) gesetzten Normen insoweit abzuweichen, als dies bei Ausübung pflichtgemäßen Ermessens im deutschen Interesse geboten erscheint. Falls Sie von dieser Ermächtigung Gebrauch machen, bitte ich um Bericht.[9]

Bei allen Kontakten mit den amtlichen Vertretungen kommunistischer Staaten bitte ich zu bedenken, daß diese nur besonders geschulte Angehörige für den Umgang mit uns einsetzen. Wir müssen daher besonders darauf achten, daß nur solche Angehörige unserer Vertretungen Kontakte mit den amtlichen Vertretungen der kommunistischen Staaten pflegen, die dieser Aufgabe voll gewachsen sind. Sie sollten aus diesem Grund allen in Frage kommenden Mitgliedern Ihrer Vertretung zur Pflicht machen, vor Aufnahme derartiger Verbindungen Ihre Zustimmung einzuholen.

III. Über alle Gespräche mit Angehörigen der amtlichen Vertretungen der kommunistischen Staaten, die politische Themen berühren, bitte ich zu berichten.

Darüber hinaus bitte ich, falls häufigere Kontakte stattfinden, auch über unpolitische, z. B. protokollarische, Einzelheiten zu berichten[10]. Sie erscheinen dem Berichterstatter meist[11] unwichtig, ermöglichen aber unter Umständen der Zentrale, aus einer Mehrzahl gleichartiger Meldungen interessante Schlüsse zu ziehen.

IV. Die vorstehenden Bestimmungen gelten für die Herren Leiter und diejenigen Bediensteten der Vertretungen, zu deren dienstlichen Obliegenheiten der Kontakt mit Vertretern kommunistisch regierter Staaten gehört.

Für Angehörige der Dienststelle einschließlich der Ortskräfte deutscher Staatsangehörigkeit, zu deren dienstlichen Obliegenheiten der Verkehr mit Vertretern kommunistisch regierter Staaten *nicht* gehört, bleibt der Runderlaß vom 28. 12. 1961 – 100-81.20/0 VS-NfD – über „Verkehr mit Angehörigen kommunistisch regierter Staaten"[12] weiterhin in Kraft. Er ist nach wie vor den Angehörigen der Dienststelle in der vorgeschriebenen Form bekanntzugeben.

V. Dieser Erlaß findet keine Anwendung auf unser Verhältnis zu den Vertretungen der SBZ. Die SBZ ist kein Staat, sondern ein Teil Deutschlands. Kontakte mit ihren Vertretern haben zu unterbleiben.

VI. Die Runderlasse

1) vom 12. 11. 1953 – 211-01/76 III 597/53 VS-vertr.[13]
betr.: Verkehr mit amtlichen Vertretungen des Sowjetblocks

[9] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

[10] Der Passus „falls häufigere Kontakte ... berichten" ging auf Streichungen und handschriftliche Ergänzungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „die Berichterstattung auch auf unpolitische, z. B. protokollarische, Einzelheiten zu erstrecken".

[11] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „häufig".

[12] Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 215.

[13] Vgl. Abteilung 7, VS-Bd. 50.

2) vom 23. 12. 1955 – 350.211-01/76 – 1641/55 geheim[14]
betr.: Verkehr mit amtlichen Vertretungen der Ostblockstaaten
3) vom 2. 7. 1956 – 351.211-01/94.35/1901/56[15]
betr.: Verkehr mit den Ostblockstaaten
4) vom 30. 10. 1957 – 304-83.01-94.13-1149/57 NfD[16]
betr.: Verkehr mit amtlichen Vertretungen Jugoslawiens
5) vom 18. 3. 1958[17] – 314-83.01/94.29-339/58 VS-vertr.[18]
betr.: Verkehr mit Diplomaten der Ostblockländer
6) vom 11. 6. 1958[19] – 704-81.01/94.29-1004/58 VS-NfD[20]
betr.: Verkehr mit amtlichen Vertretungen der Ostblockstaaten
hier: Amtliche Vertretungen der Sowjetunion
7) vom 12. 4. 1961 – 705-83.02/94.29-2199/60 VS-vertr.[21]
betr.: Verhalten der Auslandsvertretungen und der Delegationen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Vertretern der osteuropäischen Satellitenstaaten und Jugoslawiens
8) vom 27. 6. 1962 – 7-705-83.02/94.29-1072/62 VS-vertr.[22]
betr.: Verkehr mit Angehörigen kommunistisch regierter Staaten

werden aufgehoben.

Carstens[23]

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 215

[14] Vgl. Abteilung 7, VS-Bd. 50.
[15] Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 215.
[16] Vgl. Abteilung 7, VS-Bd. 50.
[17] Korrigiert aus: „18. 3. 1959".
[18] Vgl. Abteilung 7, VS-Bd. 51.
[19] Korrigiert aus: „11. 6. 1959".
[20] Vgl. Abteilung 7, VS-Bd. 50.
[21] Vgl. Abteilung 7, VS-Bd. 139.
[22] Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 215.
[23] Paraphe vom 11. September 1963.

331

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer

II 7-81-02-6/91.36/4399/63 geheim **12. September 1963**[1]

Betr.: Unterrichtung der französischen Regierung über das deutsch-amerikanische logistische Abkommen vom 1. August 1963 („Memorandum of Understanding")[2]

Bezug: Drahtbericht der Botschaft Paris Nr. 1236 vom 9. September (beiliegend)[3]

Gestern hat Herr Scheske zunächst mit Staatssekretär Hopf und dann mit Bundesminister von Hassel über diese Angelegenheit gesprochen. Das im Bezugsbericht mitgeteilte „Erstaunen" des französischen Außenministers[4] ist in gewissem Umfang berechtigt und beruht auf einem Mißverständnis, das durch ein der französischen Regierung am 4. September überreichtes amerikanisches Aide-mémoire[5] ausgelöst wurde. Dem Vorgang liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Am 1. August d. J. unterzeichneten Bundesminister von Hassel und Verteidigungsminister McNamara ein „Memorandum of Understanding über die Erarbeitung eines Systems für die Kriegsversorgungsunterstützung". Hauptzweck dieses Abkommens ist, der Bundeswehr die amerikanischen logistischen Einrichtungen[6] auch für die Kriegsversorgung zur Verfügung zu stellen. Hierfür wurden folgende Richtlinien gegeben:

- Das Hauptgerät soll in größtmöglichem Umfang standardisiert werden;
- es sollen vergleichbare Bevorratungshöhen erreicht werden;
- die größtmögliche Integration und gegenseitige Unterstützung der logistischen Systeme ist anzustreben;

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Leiter des Referats „NATO, WEU", Scheske, konzipiert.

[2] Für einen Entwurf des deutsch-amerikanischen „Memorandum of Understanding" vom 1. August 1963 über die „Erarbeitung eines Systems für die Kriegsversorgungsunterstützung" vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 542; B 150, Aktenkopien 1963. Für die im wesentlichen identische endgültige Fassung vgl. Abteilung 2 (201), VS-Bd. 1647.
Vgl. dazu auch die Erklärung, die ein Sprecher des Bundesministeriums der Verteidigung am 2. Oktober 1963 abgab; BULLETIN 1963, S. 1510.

[3] Dem Vorgang nicht beigefügt. Für den Drahtbericht des Botschafters Blankenhorn vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Maurice Couve de Murville.
Botschafter Blankenhorn, Paris, berichtete am 9. September 1963 über die Reaktion des französischen Außenministeriums: „Gleichgültig, was man über die Frage der politischen Opportunität des deutsch-amerikanischen Vertrages denke, hätte Frankreich aufgrund der besonderen Vertragsbeziehungen wohl mindestens ein moralisches Anrecht darauf, von Deutschland unterrichtet zu werden."
Ministerialdirigent Böker vermerkte am 11. September 1963 handschriftlich: „M. E. haben die Franzosen mit diesen Beschwerden recht ... Im Bereich des B[undes]m[inisteriums der] V[er]t[eidi]g[ung] handelt man überhaupt so, als existiere der deutsch-franz[ösische] Vertrag nicht." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Für die deutsche Übersetzung vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138.

[6] Dazu handschriftliche Randbemerkung des Staatssekretärs Carstens: „auch in Fra[nkreich]!"

– die langfristige logistische Planung soll koordiniert werden;
– die qualitative und quantitative Struktur der Streitkräfte soll vergleichbar gemacht werden.

Über die Beteiligung dritter Länder enthält das Memorandum folgenden Passus:

„Es wird anerkannt, daß die Zustimmung und Mitwirkung dritter Länder zum schließlichen Erreichen eines wirksamen deutsch-amerikanischen Versorgungsunterstützungssystems wesentlich ist; entsprechende Maßnahmen müssen von der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten mit Vorrang eingeleitet werden."

Das Bundesverteidigungsministerium hat unmittelbar nach den deutsch-amerikanischen Gesprächen den Gehilfen des französischen Militärattachés[7] in Bonn unterrichtet. Bundesminister von Hassel gab in seinem Schreiben vom 15. August an Minister Messmer eine allgemeine Übersicht und behandelte eingehender das Problem des Zukunftspanzers.[8] Staatssekretär Hopf hat Botschafter de Margerie Anfang September Einblick in die mit den Amerikanern getroffenen Vereinbarungen, dabei auch in das „Memorandum of Understanding" über die gemeinsame Logistik, gegeben.[9]

Die Amerikaner hatten die deutsche Seite gebeten, der französischen Regierung den Text des Memorandums und der übrigen Abkommen noch nicht offiziell zu übermitteln, weil sie weitere Detailbesprechungen hierüber zunächst mit uns führen wollten. Sie überreichten jedoch dem Quai d'Orsay – offenbar auf französische Anfrage – am 4. September das in Übersetzung beiliegende Aide-mémoire, das in seinen Absätzen 1 und 2 sich mit den deutsch-amerikanischen Vereinbarungen befaßt, in seinen Absätzen 3 und 4 dagegen eine Verminderung und Umgruppierung der amerikanischen logistischen Einrichtun-

[7] Stellvertreter des französischen Militärattachés war Jean-Marie Bart.
Dazu handschriftliche Randbemerkung des Staatssekretärs Carstens: „In großen Zügen! da die Amerikaner – auf Rückfrage – erklärten, der Text des Abk[ommens] solle den Franzosen nicht gegeben werden."

[8] Für den Wortlaut des Schreibens des Bundesministers von Hassel vom 15. August 1963 an den französischen Verteidigungsminister Messmer vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 542.
Dazu erklärte der Leiter der politischen Abteilung im französischen Außenministerium, Lucet, am 11. September 1963 gegenüber Ministerialdirektor Jansen: „Der Brief von Hassels an Messmer und weitere ... von deutscher Seite zugegangene Informationen seien überaus dürftig ..." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138; B 150, Aktenkopien 1963.

[9] Der Leiter der Rechtsabteilung im französischen Außenministerium, de la Grandville, führte dazu am 9. September 1963 gegenüber Botschafter Blankenhorn aus: „Zwar habe Botschafter de Margerie bei Staatssekretär Hopf vom Bundesverteidigungsministerium flüchtig Einsicht in das Memorandum of Understanding nehmen können; der Botschafter, der kein Experte auf diesem Gebiete sei, sei sich nicht darüber klar geworden, daß eine so weitreichende Frage wie die der amerikanischen Nachschublinie durch Frankreich implicite mit dem deutsch-amerikanischen logistischen Abkommen für den Kriegsfall angeschnitten worden sei. Herr de Margerie habe vielmehr geglaubt, es handele sich um die Frage der Depots." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138; B 150, Aktenkopien 1963.
Dazu nahm Ministerialdirigent Reinkemeyer mit Drahterlaß vom 13. September 1963 an die Botschaft in Paris Stellung: „De Margerie hat mit Recht dem Memorandum nichts entnommen, was den französischen Interessen abträglich sein könnte." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138; B 150, Aktenkopien 1963.

gen in Frankreich ankündigt, die mit der deutsch-amerikanischen Vereinbarung nichts zu tun haben.

Der französische Außenminister konnte beim Lesen dieses Aide-mémoire den Eindruck gewinnen, daß die Ankündigungen in den letzten beiden Absätzen eine Folge der deutsch-amerikanischen Vereinbarung sind. Es ist erforderlich, diesen Eindruck richtigzustellen.

Minister von Hassel hat nachdrücklich unterstrichen, daß es im Gegensatz zu dem durch das Aide-mémoire hervorgerufenen Eindruck seine Absicht ist, durch das Memorandum die amerikanischen logistischen Einrichtungen in Frankreich vermehrt für die Bundeswehr auszunutzen, was wiederum der französischen Wirtschaft zugute käme.[10]. Zu dem Vorwurf der französischen Regierung, sie hätte erwarten können, auf Grund des deutsch-französischen Vertrags[11] zuerst von uns statt von den Amerikanern unterrichtet zu werden, bemerkte Minister von Hassel, es liege eine gewisse Berechtigung darin, daß diese Unterrichtung durch die Amerikaner erfolgte, weil die entsprechenden Anlagen in Frankreich von ihnen betrieben werden.

Er wird in diesen Tagen an Minister Messmer schreiben, um ihn über das durch das amerikanische Aide-mémoire hervorgerufene Mißverständnis aufzuklären.[12] Staatssekretär Hopf wird heute Botschafter de Margerie den Wortlaut des deutsch-amerikanischen Memorandums übergeben.[13]

Wenn somit auch dieser Fall leicht zu klären sein wird, so stellt sich doch die Frage, ob es nicht angezeigt ist, dem Bundesverteidigungsministerium nahezulegen, bilaterale Abkommen mit NATO-Partnern, die Auswirkungen auf Frankreich haben können, im Sinne des deutsch-französischen Vertrags zuvor mit den Franzosen zu konsultieren.[14]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[15] vorgelegt.

Reinkemeyer

Abteilung 2 (201), VS-Bd. 1647

[10] Der Passus „durch das Memorandum ... zugute käme" wurde von Staatssekretär Carstens durch einen Pfeil am Rand hervorgehoben.

[11] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[12] Zum Schreiben des Bundesministers von Hassel vom 5. Oktober 1963 an den französischen Verteidigungsminister Messmer vgl. Dok. 373, Anm. 4.

[13] Vgl. dazu auch den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 13. September 1963 an die Botschaft in Paris; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138; B 150, Aktenkopien 1963.

[14] Am 17. September 1963 antwortete Bundesminister Schröder in Paris auf die Bemerkung des Außenministers Couve de Murville, die französische Regierung würde es sich niemals erlauben, mit den USA eine Vereinbarung zu treffen, die das deutsche Hoheitsgebiet berühre: „Es handelt sich um eine Angelegenheit, die nicht so behandelt worden ist, wie es sich gehört. Wäre das Auswärtige Amt auf dem laufenden gehalten worden, hätten sich nicht solche Schwierigkeiten ergeben ... Es wird sicherlich notwendig sein, daß wir uns mit diesen Fragen befassen und daß das Auswärtige Amt in diesen militärischen Fragen federführend ist." Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu auch Dok. 354; weiter Dok. 373.

[15] Hat Staatssekretär Carstens am 13. September 1963 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Schröder vermerkte: „Die Sache ist schlecht gelaufen. Die Amerikaner haben sich unklar verhalten. Ich habe mit St[aats]S[ekretär] Hopf vereinbart, daß künftig die Franzosen sofort unterrichtet werden, ohne daß wir dieserhalb bei den Amerikanern rückfragen."
Hat Schröder am 18. Sepember 1963 vorgelegen.

332

Botschafter Freiherr von Mirbach, z. Z. Budapest, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-6799/63 VS-vertraulich **Aufgabe: 12. September 1963, 23.30 Uhr**
Fernschreiben Nr. 12 **Ankunft: 13. September 1963, 02.50 Uhr**

Botschafter Beck bat mich heute abend zu einer Aussprache unter vier Augen, um, wie er sagte, eine Bestandsaufnahme des bisherigen Verhandlungsstandes[1] zu machen. Er führte einleitend aus, daß meine kurzfristige Absage der Entsendung von Legationsrat I. Klasse Jestaedt zur Erörterung des Status der Handelsvertretungen sein Ministerium schockiert habe (womit ich gerechnet hatte). Ich habe ihm gesagt, die Experten unserer Rechtsabteilung seien derart mit wichtigen Aufgaben überlastet, daß wir es uns nicht leisten könnten, sie ohne garantierte Vollbeschäftigung ins Ausland zu entsenden. Nach der Aussprache Marschall–Szöke (Nr. 10 vom 10. September) hätte ich den Eindruck gehabt, daß die ungarische Seite nicht die Absicht habe, wirklich ernsthaft an Lösungsmöglichkeiten für eine Berlin-Klausel als einer Voraussetzung für die Errichtung von Handelsvertretungen mitzuarbeiten.[2] Beck bestritt das energisch und schien von meiner Interpretation befriedigt.

Aus der „Bestandsaufnahme" während des sehr freimütigen Gesprächs bei dem zunächst einstündigen Spaziergang auf der Margareten-Insel ist folgendes festzuhalten:

[1] Zu den Verhandlungen vom 10. bis 15. Mai 1963 über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 169.
Da die ungarische Delegation signalisiert hatte, daß sie zwar im Abkommen über die Errichtung von Handelsvertretungen keine Berlin-Klausel akzeptieren könne, eventuell aber eine Einbeziehung von Berlin (West) durch die Verklammerung mit einem langfristigen Handelsabkommen möglich sei, wurde beschlossen, die Verhandlungen über beide Abkommen zu koppeln. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 27. Mai 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 218; B 150, Aktenkopien 1963.
Die Verhandlungen über beide Abkommen wurden am 3. September 1963 in Budapest aufgenommen.

[2] In einer Besprechung über das Handelsvertretungsabkommen erklärte der ungarische Gesandte Szöke am 10. September 1963 gegenüber den Legationsräten Freiherr von Marschall und Tafel, schon im Mai „sei von ungarischer Seite klar herausgestellt worden, daß Vertretungsabkommen keinerlei Klausel enthalten könne, die [das] Recht der Bundesrepublik in Berlin anerkenne". Die gemeinsame Verhandlung beider Abkommen „sei aus anderen Gründen vereinbart worden, nicht wegen Verklammerung zur Einbeziehung Berlins". Die deutsche Delegation gewann daher den Eindruck, „daß die Ungarn jegliche Einbeziehung Berlins in das Vertretungsabkommen, ganz gleich in welcher Form, auch durch Verklammerung, ablehnen würden". Deshalb bat Botschafter Freiherr von Mirbach, die für den 12. September 1963 geplante Entsendung des Legationsrats I. Klasse Jestaedt vorerst auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Vgl. dazu den Drahtbericht von Mirbach, z. Z. Budapest, vom 10. September 1963; VS-Bd. 8374 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.
Zur Besprechung vom 10. September 1963 vgl. auch die Aufzeichnung von Tafel vom selben Tag; VS-Bd. 8374 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

1) Handelsvertretung

Beck führte aus, daß die ungarische Seite ohne Einsicht der Gründe Verständnis dafür aufbringen würde, wenn wir den Vertretungen nicht einmal beschränkte konsularartige Befugnisse zuerkennen wollten[3], allerdings mit betontem Bedauern, da sie sich hiervon eine große technische Erleichterung im Verkehr mit Westeuropa verspräche. Auch in der sogenannten „Verbesserungsklausel"[4] würde man ohne hartnäckige Insistenz von ungarischer Seite ein Einvernehmen erzielen können, wie denn dieser ganze Komplex gegenüber dem nächstfolgenden Punkt eine untergeordnete Rolle spiele.

2) Berlin-Klausel

Bei diesem Punkt versuchte ich Beck zunächst klarzumachen, daß es für uns in dieser Frage drei Begrenzungen gäbe:
a) könnten wir nicht unter das Niveau der Polen-Abmachungen[5] gehen,
b) könnten wir nur eine Formel akzeptieren, die – wenn auch ohne ausdrückliche Erwähnung – auf den Geltungsbereich eines Abkommens für Berlin noch hinweise, und
c) könnten wir keine Abmachung unterschreiben, die nicht in der einen oder anderen Form auf den vorgenannten Punkt Bezug nehme (Verklammerung).

Beck führte hierzu aus:

a) In den Vorbesprechungen sei die Frage einer Berlin-Klausel plötzlich erst im Mai d. J. von uns aufgebracht worden.[6] Das bedeute für die ungarische Seite eine ungeheure Erschwerung, weil wir von Ungarn eine Festlegung auf eine Frage verlangten, die ein Weltproblem bedeute und die nur zwischen den beiden deutschen Staaten zu lösen sei. – Ich entgegnete, ohne auf diese russische Theorie[7] eingehen zu wollen, hätten wir in der Zwischenzeit von dem großen Bruder Ungarns in dieser Frage einiges Unangenehmes erlebt; es erscheine uns daher angezeigt, gewisse Dinge schwarz auf weiß zu sehen.

b) Wenn Ungarn jetzt auf diese Frage überhaupt eingehe – sagte Beck weiter –, so müsse das von uns als großes Einlenken und als deutliche Bekundung dafür gewertet werden, mit uns in der Frage der Errichtung von Handelsvertretungen zu einer Übereinkunft zu gelangen. Die polnische Variante könne Ungarn nicht annehmen; dort sei in einem Zahlungsabkommen mit Berlin-Klau-

[3] Am 27. Mai 1963 hielt Ministerialdirektor Krapf dazu fest, Ungarn wünsche den Handelsvertretungen „einen möglichst weitgehenden, quasi-diplomatischen Status zu verleihen und zumindest expressis verbis festzulegen, daß sie eine Reihe von konsularischen Befugnissen ausüben ... Das deutsche Interesse ist demgegenüber darauf gerichtet, die offizielle Bedeutung der Handelsvertretung nicht zu stark hervortreten zu lassen, um unerwünschte politische Rückwirkungen auf das Verhältnis dritter Staaten zur SBZ zu vermeiden." Daher sollte das Wort „konsularisch" in der Vereinbarung nicht erscheinen. Vgl. Abteilung V (V 2), VS-Bd. 218; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Die ungarische Regierung betrachtete die Errichtung von Handelsvertretungen als ersten Schritt auf dem Wege zur Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen. Zur „Fortentwicklungsklausel" vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 27. Mai 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 218; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen mit Polen vom 7. März 1963 über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr sowie den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 183, besonders Anm. 3.

[6] Vgl. dazu Dok. 169.

[7] Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 1, Anm. 7.

sel[8] wenigstens ein Anknüpfungspunkt gewesen. In unserem Verhältnis müsse man – da die von uns aufgezeigten Möglichkeiten nicht annehmbar seien – bei Null anfangen. Als ungarische Variante könne er zur Diskussion stellen, daß man in dem langfristigen Handelsabkommen einen Passus aufnehme, wonach die gegenseitigen Zahlungen aus diesem Abkommen auf der bisherigen Grundlage (nämlich durch Verrechnung über frei konvertierbare D-Mark) – dieser ins unreine gesprochene Gedankengang könne – was man den Experten zur Aufgabe stellen solle –, angereichert werden durch Erwähnung von Währungsformeln oder -gebieten. Sei man erst bei diesem Punkt angelangt, so werde sich hinsichtlich der „Verklammerung" und der Bezugnahme auf das Handelsvertretungsabkommen – so schwer das Ungarn falle – auch noch ein Weg zeigen.

Ich nahm Becks Ausführungen mit Dank zur Kenntnis und versprach, darüber zu berichten. Im Verlauf des Gesprächs führte er hierzu noch aus, daß Ungarn sich in diesen Fragen natürlich mit seinen Freunden bespreche; es habe aber – darüber solle man sich bei uns nicht täuschen – jetzt die Freiheit, seinen eigenen, einmal abgewogenen Standpunkt zu verfechten, auch gegen den Willen von Ost-Berlin.

3) Wegen des weiteren Procedere verblieb ich mit Beck bei folgendem:

a) Ich fliege am 17. September zur Sitzung der Moselkommission[9] nach Deutschland und versuche, Ende nächster Woche hierher zurückzukommen.
b) Die Herren Steidle und Rautenberg begeben sich in der nächsten Woche zur Konsultation nach Brüssel und kommen baldmöglichst zurück.
c) Herr von Marschall versucht in den nächsten 3–4 Tagen mit den ungarischen Experten weitere Formulierungen der „ungarischen Variante" zu erarbeiten[10], geht dann zur Erledigung dringendster Arbeiten nach Bonn und steht auf Abruf zur Verfügung.
d) Es wäre wünschenswert, wenn Legationsrat I. Klasse Jestaedt in der nächsten Woche hierherkommen könnte, um die Frage des Status der Handelsvertretungen bis zu einem vorläufigen Abschluß voranzutreiben.[11] Beck erhofft sich hiervon einen günstigen Einfluß auf die anderen Punkte.

[8] Zur Berlin-Klausel im Zahlungsabkommen mit Polen vom 16. November 1956 vgl. Dok. 29, Anm. 4.

[9] Mit Artikel 40 des am 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Luxemburg unterzeichneten Vertrages über die Schiffbarmachung der Mosel wurde das Schiffahrtsregime auf der Mosel der Moselkommission übertragen, in die jeder Mitgliedstaat zwei Vertreter entsandte. Die Hauptaufgabe der Kommission bestand in der Festlegung der Abgabensätze. Die Kommission trat jährlich zweimal in Trier zusammen. Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 46, Drucksache II/2903.

[10] Im Verlauf der Verhandlungen vom 13. und 16. September 1963 im Unterausschuß „Berlin-Klausel" wurde folgende Alternative als künftige Verhandlungsgrundlagen erarbeitet: entweder die Aufnahme einer DM-West-Klausel in den Text des langfristigen Handelsabkommens oder ein gesonderter Briefwechsel über den Zahlungsverkehr mit DM-West-Klausel und Verklammerung dieses Briefwechsels mit dem Handelsabkommen. Vgl. dazu die Vermerke des Legationsrats Freiherr von Marschall vom 13. und 16. September 1963; VS-Bd. 8374 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

[11] Legationsrat I. Klasse Jestaedt nahm vom 20. bis 23. September 1963 an den Verhandlungen über die Errichtung von Handelsvertretungen teil. Zu den Besprechungen vgl. den Drahtbericht des Botschafters Freiherr von Mirbach, z. Z. Budapest, vom 23. September 1963; VS-Bd. 8374 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

Beck hinwies während des Gesprächs mehrfach darauf, daß der ungarischen Seite nicht im geringsten an einem Abbruch der Verhandlungen gelegen sei; man werde jedoch noch einige Zeit brauchen.[12] Das wirtschaftliche Gebiet streifte er nur in einem belanglosen Nebensatz.

Drahtweisung wegen Entsendung Jestaedt erbeten.

[gez.] Mirbach

VS-Bd. 8374 (III A 6)

333

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1674/63 VS-vertraulich **13. September 1963**

Staatssekretär Hopf zeigte mir am 13. September 1963 ein Schreiben des Bundesministers der Justiz an den Bundesminister der Verteidigung[1]. Daraus ergibt sich, daß der Untersuchungsrichter beim Bundesgerichtshof die Oberbefehlshaber der in der Bundesrepublik stationierten Truppen der drei Westmächte um Stellungnahme zu der Frage gebeten hat, ob durch die Spiegel-Artikel vom 13. Juni[2] und 10. Oktober 1962[3] die militärische Sicherheit gefährdet worden sei.

Das Hauptquartier der Streitkräfte der Vereinigten Staaten hat geantwortet, daß die Artikel keine militärischen Geheimnisse enthalten.[4]

Hiermit dem Herrn Minister[5] zur gefälligen Kenntnisnahme.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439

[12] Vgl. weiter Dok. 339.

[1] Das Schreiben des Bundesministers Bucher an Bundesminister von Hassel ist dem Vorgang nicht beigefügt.

[2] Vgl. den Artikel: Stärker als 1939?; DER SPIEGEL, Nr. 24 vom 13. Juni 1962, S. 16–20.

[3] Vgl. den Artikel: Bedingt abwehrbereit; DER SPIEGEL, Nr. 41 vom 10. Oktober 1962, S. 32–53.

[4] Aus Mangel an Beweisen lehnte es der Bundesgerichtshof am 13. Mai 1965 ab, das Hauptverfahren gegen den Herausgeber des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel", Augstein, und den stellvertretenden Chefredakteur, Ahlers, zu eröffnen, die im Oktober/November 1962 mit einigen Redakteuren wegen Verdachts des Landesverrats auf Anordnung des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof vorübergehend inhaftiert worden waren.

[5] Hat Bundesminister Schröder am 18. September 1963 vorgelegen.

334

Aufzeichnung der Staatssekretäre Carstens und Lahr

St.S. 1673/63 geheim **13. September 1963**

Betr.: Erörterung außenpolitischer Fragen mit dem Stellvertreter des Bundeskanzlers, Herrn Bundesminister Professor Dr. Erhard

Im Anschluß an meinen Vermerk vom 16. August 1963 – St.S.-75/63 str. geh.[1] – legen Staatssekretär Lahr und ich in der Anlage formulierte Fragen zu folgenden Themen vor:

A. Europa
B. Deutschland – Frankreich
C. NATO
D. Entwicklungspolitik
E. Allgemeine Fragen.

Hiermit dem Herrn Minister[2] vorgelegt.

Carstens

Anlage

A. Europa

I. Welches ist das Fernziel unserer Europapolitik?

II. Ist es ein föderatives, d. h. bundesstaatlich organisiertes Europa?

Würde das bedeuten, daß Außenpolitik, Verteidigungspolitik, Wirtschaftspolitik in den Händen eines gegenüber den Weisungen der Regierungen unabhängigen europäischen Exekutivorgans[3] liegen müßte?
Müßte das Exekutivorgan von einem europäischen Parlament kontrolliert werden?
Sollte die europäische Föderation eigene Einnahmequellen haben (Steuern, Zölle)?
Müßte sie ein eigenes Gesetzgebungsrecht in den Gebieten ihrer Zuständigkeit haben?
Setzt die Erreichung dieses Zieles voraus, daß sich bei den europäischen Völkern zunächst ein europäisches Nationalgefühl bildet, oder kann man darauf

[1] Vgl. Dok. 306.

[2] Hat Bundesminister Schröder am 19. September 1963 vorgelegen.

[3] Einen solchen Vorschlag unterbreitete der belgische Außenminister mit Schreiben vom 24. Juli 1962 an Staatspräsident de Gaulle. Die Überlegungen von Spaak gingen dahin, „im Rahmen des Fouchet-Plans eine politische Europakommission zu schaffen, die nicht aus Beamten besteht, die von ihren Regierungen abhängen, sondern deren Mitglieder, von allen Partnern gemeinsam ernannt, unabhängig wären und deren Aufgabe im wesentlichen darin bestünde, das Gemeinschaftsinteresse gegenüber den nationalen Regierungen zu vertreten und zu verteidigen". Diesen Vorschlag unterbreitete er auch im Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer am 26. Juli 1962. Für den Wortlaut des Schreibens an de Gaulle vgl. SPAAK, Memoiren, S. 543–545. Zum Gespräch mit Adenauer vgl. OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 137.

vertrauen, daß sich dieses Gefühl als *Folge* der Schaffung gemeinsamer Institutionen entwickeln wird?

III. Kann man sich auch einen lockeren europäischen Zusammenschluß als eine auf die Dauer geeignete Lösung vorstellen?

Etwa in folgender Form:
EGKS und Euratom würden mit der EWG fusioniert.[4] Die so entstehende erweiterte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft würde für alle in den 3 Verträgen[5] behandelten Materien zuständig sein und nach den Regeln der jetzigen EWG arbeiten.
Daneben würde eine politische Union der Mitgliedstaaten der EWG gebildet werden, die für Außenpolitik und Verteidigungspolitik zuständig sein würde. Sie würde nach dem Vorbild der intergouvernementalen Staatenverbindungen (OECD, WEU, Europarat, NATO) arbeiten:
– D. h. alle Entscheidungen würden in einem Ministerrat von Regierungsvertretern getroffen.
– Grundsätzlich wäre Einstimmigkeit erforderlich.
– Die Entscheidungen würden nur die Mitgliedstaaten (nicht die einzelnen Staatsbürger unmittelbar) binden.
– Die Union hätte kein Gesetzgebungsrecht und keine eigenen Einnahmequellen.

IV. Oder müßte man befürchten, daß die unter III. skizzierte Lösung auf die Dauer an folgenden Schwierigkeiten scheitern würde?

Die politische Integrationswirkung wäre schwach. Das politische Schwergewicht würde eindeutig weiter bei den Staaten liegen, zwischen denen – wie man weiß – erhebliche Interessengegensätze und Verschiedenheiten der politischen Zielsetzung bestehen. Das Einstimmigkeitsprinzip würde die Union häufig lähmen.
Würde sich hier die Erfahrung wiederholen, daß keine vergleichbare Konstruktion in der Vergangenheit auf die Dauer Bestand gehabt hat (Deutscher Bund![6])?
Würde die Tatsache, daß bei der unter III. skizzierten Lösung praktisch zwei Organismen, die nach verschiedenen Prinzipien arbeiten, nebeneinander stehen, eine wechselseitig hemmende Wirkung ausüben?
Ist es denkbar, die Zuständigkeiten der beiden Organismen klar voneinander abzugrenzen?
Oder sind insbesondere etwa im Bereich des Osthandels Außenpolitik und Wirtschaftspolitik so eng miteinander verflochten, daß es falsch wäre, sie institutionell zu trennen?

V. Kann man, auch wenn man die unter III. skizzierte Lösung nicht als Dauerlösung ansieht, sie für eine Übergangszeit ins Auge fassen?

[4] Zur Fusion der Exekutiven vgl. Dok. 44, Anm. 12; weiter Dok. 395, Anm. 31.

[5] Für den Wortlaut des Vertrages vom 18. April 1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 448–475.
Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

[6] Der Deutsche Bund bestand von 1815 bis 1866.

Oder würden sich die geschilderten Nachteile auch in der Übergangzeit auswirken, und wären sie dann größer als etwaige Vorteile?
Wie würde das Problem Großbritannien (vgl. unter VIII.) in diesem Zusammenhang zu beurteilen sein?
Soll man weitere Europäische Zusammenschlüsse unter den „6" ohne Großbritannien ins Auge fassen?[7]
Insbesondere wenn es sich um lockere Zusammenschlüsse von zweifelhaftem Nutzen handelt?

VI. Wäre es denkbar, auf die Schaffung neuer europäischer Zusammenschlüsse zunächst überhaupt zu verzichten und sich auf eine kräftige Unterstützung der in den drei Europäischen Gemeinschaften (eventuell bei gleichzeitiger Fusion dieser Gemeinschaften) zu leistenden Arbeiten zu beschränken?

Oder muß man befürchten, daß auch die drei Gemeinschaften (eventuell die eine fusionierte Gemeinschaft) auf die Dauer für sich allein nicht lebensfähig sind?
Kann man sich eine wirtschaftliche Integration, wie sie ab 1970 bestehen wird[8], ohne eine politische Integration, d. h. ohne eine gemeinsame politische Organisation, vorstellen?
Oder kann man die Frage der politischen Organisation noch länger hinausschieben?
Kann man dazu auf den deutschen Zollverein verweisen, der 30 Jahre bestand[9], bevor es zu einem politischen Zusammenschluß kam?
Oder ist die Lage nicht vergleichbar, weil der deutsche Zollverein durch die Führungsrolle, die Preußen ausübte, tatsächlich schon von Anfang an auch politisch weitgehend integriert war?

VII. Wenn man sich entschließt, die Arbeiten der drei Gemeinschaften möglichst kraftvoll zu unterstützen und weitere politische Pläne zurückzustellen, worauf käme es dann an:

Entwicklung gesunder Außenbeziehungen zu dritten Staaten?
Gemeinsame Landwirtschaftspolitik, insbesondere vereinheitlichte Getreidepreise?
Angleichung des Wettbewerbsrechts?
Angleichung der Steuersysteme?
Gemeinsame Währungspolitik?
Fusion der Exekutiven der 3 Gemeinschaften?
Völlige Verschmelzung der Gemeinschaften unter Angleichung der Vertragsstrukturen, soweit dies tunlich erscheint?
Direkte Wahl eines Europäischen Parlaments?

[7] Die ungelöste Frage einer Beteiligung Großbritanniens an der europäischen Gemeinschaft war einer der Gründe für das Scheitern einer europäischen politischen Union im April 1962. Vgl. dazu Dok. 136.

[8] Artikel 8, Absatz 1 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957 sah vor, den Gemeinsamen Markt während einer Übergangszeit von zwölf Jahren schrittweise zu verwirklichen. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 774.

[9] Der Zollverein bestand von 1834 bis 1871.

VIII. Wollen wir an dem Grundsatz festhalten, daß Großbritannien Mitglied der EWG werden soll?[10]

Sollten wir das auch tun, wenn sich erweist, daß dieses Ziel erst nach längerer Zeit erreicht werden kann?

B. Deutschland-Frankreich

I. Worin besteht die Gemeinsamkeit unserer beiden Länder angesichts der Verschiedenheit unserer Politik

a) gegenüber der NATO
(wir fordern eine engere Verschmelzung der nationalen Streitkräfte in der NATO, Frankreich löst seine Streitkäfte mehr und mehr aus der NATO heraus[11])

b) in der Frage der atomaren Bewaffnung
(wir sind für eine integrierte NATO-Atomstreitmacht[12] und für das Moskauer Versuchsstoppabkommen[13], Frankreich will eine nationale Force de frappe und lehnt das Moskauer Abkommen ab[14])

c) gegenüber Amerika
(wir suchen ein Einvernehmen mit den USA, Frankreich betreibt zur Zeit in vielen Fragen eine gegen die USA gerichtete Politik)

d) in der Frage des europäischen Zusammenschlusses
(wir haben bisher ein föderatives Europa angestrebt, in dem die Nationalstaaten schließlich aufgehen sollten; für de Gaulle stellen die Nationalstaaten, vor allem Frankreich selbst, höchste Werte dar, die um keinen Preis aufgegeben werden dürfen[15]; wir fordern direkte Wahlen zu einem Europäischen Parlament, de Gaulle lehnt sie ab[16])

e) in zahlreichen EWG-Fragen
(Handelspolitik gegenüber Drittländern, Landwirtschaftspolitik[17]).

II. Wieviel bedeutet die französische Unterstützung unserer Politik

gegenüber der SBZ (Nichtanerkennung, Verhinderung des Eindringens in internationale Organisationen, Abwehr aller Versuche Pankows, eine Aufbesserung seines internationalen Status zu erreichen);
im Hinblick auf die Erhaltung des jetzigen Status von Berlin (Ablehnung jeder Ersetzung der besatzungsrechtlichen Grundlage);

[10] Zur Haltung der Bundesrepublik zu einer EWG-Mitgliedschaft Großbritanniens vgl. Dok. 67 und Dok. 87.

[11] Zum Rückzug der französischen Mittelmeer-Flotte sowie der Atlantik-Flotte aus der NATO-Assignierung vgl. Dok. 94, Anm. 19, und Dok. 194, Anm. 2.

[12] Zur Haltung der Bundesrepublik zur MLF vgl. Dok. 240.

[13] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[14] Zur Haltung Frankreichs zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 246, Anm. 4; weiter Dok. 344.
Zu den verteidigungspolitischen Vorstellungen des Staatspräsidenten de Gaulle vgl. auch Dok. 354 und Dok. 357.

[15] Zur Europakonzeption des Staatspräsidenten de Gaulle vgl. Dok. 217, Anm. 10.

[16] Vgl. dazu die Ausführungen des französischen Staatspräsidenten de Gaulle gegenüber Bundeskanzler Adenauer am 29./30. Juli 1960 in Rambouillet; ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 66.

[17] Vgl. dazu auch Dok. 463.

im Hinblick auf das Projekt eines Nichtangriffsarrangements zwischen NATO und Warschauer Pakt?[18]
Wird diese Unterstützung dadurch entwertet, daß die Franzosen sich aus den Ost-West-Gesprächen zurückgezogen[19] haben?
Oder werden die Amerikaner in allen Berlin und Gesamtdeutschland betreffenden Fragen letzten Endes auf die französische Mitwirkung angewiesen sein?

III. Ist die weit fortgeschrittene Aussöhnung des deutschen und des französischen Volkes für sich allein auf die Dauer eine ausreichende Grundlage für ein gutes deutsch-französisches Verhältnis?
Oder ist es nötig, ständig neue Anstrengungen zu unternehmen, um das gute Verhältnis zu erhalten?

IV. Besteht die Gefahr, daß es wieder zu einem deutsch-französischen Gegensatz kommen könnte?

Welches könnten die Folgen einer solchen Entwicklung sein?
Ist es denkbar, daß in diesem Fall die Franzosen unabhängig von uns einen Ausgleich mit den Sowjets suchen würden?

V. Wenn auf die unter IV. gestellten Fragen eindeutige Antworten nicht möglich sind, müssen wir uns dann – gleichsam zur Vorsicht – weiterhin ständig bemühen, damit es nicht zu einem deutsch-französischen Gegensatz kommt?
Erscheint es denkbar, daß wir im Interesse eines guten deutsch-französischen Verhältnisses gewisse Opfer bringen?

Unterstellt, daß wir uns in den oben unter I. a) bis d) genannten Fragenkomplexen der französischen Politik nicht annähern können, sollten wir eine solche Annäherung im EWG-Bereich ins Auge fassen?
Oder ist eine Politik möglich, die darin bestehen würde, daß wir Frankreich da, wo Unterschiede in den Auffassungen vorhanden sind, mit großer Behutsamkeit behandeln, indem wir Frankreich nach Möglichkeit nie öffentlich kritisieren, da, wo Kontakte möglich sind, diese Kontakte intensivieren (Kultur, Jugendaustausch, Sprachstudien, Rüstungsvorhaben, logistische und sonstige militärische Einrichtungen) und daß wir schließlich, wo immer es tunlich ist, freundschaftliche Gesten gegenüber Frankreich machen.

VI. Gibt es einigermaßen verläßliche Prognosen für die Nach-de-Gaulle-Ära?

[18] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 215. Zur französischen Haltung dazu vgl. Dok. 274, Anm. 24, und Dok. 280, Anm. 5.

[19] Zum Rückzug Frankreichs aus den Verhandlungen der 18-Mächte-Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 50, Anm. 11.
Zu den Ost-West-Gesprächen führte Staatspräsident de Gaulle auf der Pressekonferenz vom 29. Juli 1963 aus: „La France, en effet, croit, depuis longtemps, qu'il peut venir un jour où une détente réelle et même une entente sincère permettront de changer complètement les rapports entre l'Est et l'Ouest en Europe, et elle compte, si ce jour vient, je l'ai dit en d'autres occasions, faire des propositions constructives pour ce qui concerne la paix, l'équilibre et le destin de l'Europe. Mais, pour le moment, elle ne souscrirait pas à quelque combinaison qui serait réalisée par-dessus sa tête et qui concernerait l'Europe et notamment l'Allemagne." Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 123; EUROPA-ARCHIV 1963, D 411 f.
Zur Ablehnung des französischen Außenministers Couve de Murville, an den bevorstehenden Gesprächen in New York teilzunehmen, vgl. Dok. 344.

Werden die alten politischen Kräfte, mit denen wir eine nahezu völlige Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen herstellen konnten (MRP[20] – Pflimlin; Indépendant – Pinay, Maurice Faure; mit Einschränkungen auch SFIO[21] – Guy Mollet), dann wieder auferstehen, oder müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß die von de Gaulle eingeschlagene Politik (von den Eigentümlichkeiten seines persönlichen Stils abgesehen) weiter maßgebend bleibt, so daß wir uns auf eine lang dauernde Phase der politischen Entwicklung einstellen müssen?

C. NATO

Was soll aus der NATO werden?

Besteht eine Chance, das Ziel einer größeren Integration der nationalen Streitkräfte angesichts des französischen Widerstands bis zum Jahre 1969, bis zu dem der NATO-Vertrag unkündbar ist[22], zu erreichen?
Ist eine militärische Integrierung wenigstens in begrenzten Bereichen möglich?
Erscheint die multilaterale Atomstreitmacht als ein solcher begrenzter Bereich?
Ist dieses Projekt voraussichtlich in absehbarer Zeit realisierbar angesichts der zögernden Haltung Englands[23] und Italiens[24]?
Oder handelt es sich um ein Fernziel der deutschen Außenpolitik, dem wir vorerst nicht näherkommen?

Welche anderen Reformen der NATO können ernsthaft betrieben werden?
Stärkung der Stellung des Generalsekretärs?
Beiordnung militärischer Berater an den Generalsekretär?
Verlegung des Military Committee[25] und der Standing Group[26] von Washington nach Paris?
Erweiterung der Standing Group (USA, Großbritannien, Frankreich) um zwei weitere Staaten, darunter Deutschland?
Oder ist es besser, den eingefahrenen Apparat zunächst unverändert fortbestehen zu lassen?
Wer soll Stikkers Nachfolger werden (Colonna? ein Amerikaner?)?

Welche Pläne sollen für die Zeit nach 1969 entwickelt werden?
Ist es wahrscheinlich, daß ein NATO-Partner durch Kündigung austreten wird? (Frankreich?)
Wenn die Frage zu bejahen ist, sollte man einen Preis für das Verbleiben dieses Partners in der Allianz ins Auge fassen?

20 Mouvement Républicain Populaire.
21 Section Française de l'Internationale Ouvrière.
22 Vgl. dazu Dok. 74, Anm. 2.
23 Zur britischen Haltung zur MLF vgl. Dok. 301.
24 Zur italienischen Haltung zur MLF vgl. Dok. 222; weiter Dok. 414.
25 Der Militärausschuß (Military Committee) war die oberste militärische Instanz innerhalb der NATO und wurde von den Generalstabschefs der Mitgliedstaaten gebildet, die mindestens zweimal im Jahr zusammenkamen. Um den Militärausschuß in die Lage zu versetzen, ständig zu tagen, ernannte jeder Staat einen Ständigen Militärischen Vertreter. Diese bildeten den Ständigen Militärausschuß.
26 Zur Standing Group vgl. Dok. 315, Anm. 12.

Oder wäre das eine mit dem Wesen eines Bündnisses unvereinbare Methode?

Welches könnten Alternativen zur NATO sein?
Sind bilaterale Verträge zwischen den USA und einzelnen europäischen Partnern, insbesondere Deutschland, ein denkbarer Ausweg?
Sollte man die Amerikaner auf diese Möglichkeit hinweisen?
Müßte ein derartiger deutsch-amerikanischer Vertrag die Fragen der atomaren Bewaffnung einbeziehen?
Ist es wahrscheinlich, daß die Amerikaner im gegenwärtigen Zeitpunkt auf derartige Gedankengänge eingehen werden?
Oder ist das nur denkbar, wenn es erneut zu einer wesentlichen Verschärfung des amerikanisch-sowjetischen Gegensatzes kommt?

D. Entwicklungspolitik

I. Wie ist die Entwicklungspolitik zu charakterisieren

– als eine neue selbständige Politik, die als „weltweite Sozialpolitik" bezeichnet werden könnte, oder
– als eine durch die Entstehung zahlreicher primitiver Staaten bestimmte, spezifische Erscheinungsform unserer Außen- und Außenwirtschaftspolitik?
Können wir einem Lande Entwicklungshilfe geben, das vitale Interessen der deutschen Politik verletzt (etwa Pankow anerkennt)?[27]

II. Ist die Bildung von Schwerpunkten möglich

regional (Afrika, Südamerika – aber wo bleibt dann Indien?)
politisch (Bevorzugung unserer Verbündeten: Türkei, Griechenland, eventuell Pakistan, aber wo bleiben dann Indien und die VAR?)
oder müssen wir eine weltweite Entwicklungspolitik – mit Ausnahme der Länder des Ostblocks – betreiben?

III. Welche Bewegungsfreiheit verbleibt uns angesichts einer Vielzahl festliegender Verpflichtungen (multilaterale Beiträge, Entwicklungspläne in Indien, Pakistan[28], Euphrat-Damm[29] usw.) und eines Absinkens des Gesamtvolumens der uns zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und Bindungsermächtigungen?

IV. Empfiehlt es sich, dem Außenminister einen Fonds von jährlich etwa 20 Millionen DM zur Verfügung zu stellen, über den dieser mit Zustimmung des Bundeskanzlers ohne Beteiligung der übrigen Ressorts verfügen kann, um unabhängig von dem üblichen langwierigen Verfahren in besonders eiligen und politisch wichtigen Fällen schnell handeln zu können?

V. Was ist von der Errichtung eigener Außenstellen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit[30] zu halten?

Erleichtern sie die Durchführung der Entwicklungshilfe?

[27] Zu diesen Fragen vgl. auch Dok. 369.

[28] Zur Entwicklungshilfe an Indien und Pakistan vgl. Abteilung III (III B 7), VS-Bd. 169, und Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 211.

[29] Zum Euphrat-Damm-Projekt vgl. Dok. 40, Anm. 5.

[30] Zu derartigen Plänen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. Dok. 369.

Oder gefährden sie das Grundprinzip jeder staatlichen Tätigkeit, daß nämlich ein Staat im Ausland nur einheitlich repräsentiert werden kann?
Und würden sie zugleich der gesamten seit 1949 verfolgten Linie zuwiderlaufen, die selbständigen Außenstellen einzelner Ressorts (so des alten BMZ in Washington und Paris) in den Auswärtigen Dienst einzugliedern?

VI. Was ist von der militärischen Ausrüstungshilfe (Lieferung von Waffen und Geräten, Unterstützung bei der Ausbildung von Soldaten) zu halten?

Bringt sie uns zwangsläufig in Gegensatz zu den Nachbarn des unterstützten Staates?
Oder kann man diese Wirkungen durch geeignete Dosierung und Erstreckung der Hilfe über einen längeren Zeitraum abfangen?
Müssen in gewissen Fällen die nachteiligen Wirkungen in Kauf genommen werden, insbesondere wenn es sich darum handelt, das Vordringen des Ostblocks zu verhindern?
Können wir den Grundsatz aufrechterhalten, daß wir in Spannungsbiete (gemeint ist, in solche außerhalb des Ost-West-Konflikts) keine Waffen liefern?[31]
Oder gibt es Fälle, in denen wir selbst von diesem Prinzip abweichen müssen (Pakistan[32]?)?

E. Allgemeine Fragen

Ist es ein Kennzeichen unserer Außenpolitik, daß wir Ziele verfolgen, die für absehbare Zeit offenbar unerreichbar sind?
(Wiedervereinigung, europäischer politischer Zusammenschluß, militärische Integration in der NATO, multilaterale Atomstreitmacht, Beitritt Großbritanniens zur EWG?)
Besteht die Gefahr, daß diese verschiedenen, zudem manchmal schwer miteinander zu vereinbarenden Ziele, die wir seit Jahren verfolgen, ohne ihnen näher zu kommen, unsere Aktionsfähigkeit lähmen, und daß unsere Außenpolitik dadurch einen utopischen Charakter erhält, ja daß manche uns für unehrlich halten?
Oder ist umgekehrt die gekennzeichnete Methode unserer Außenpolitik eine Stärke, da sie unserem Wesen entspricht und sämtliche genannten Ziele in Deutschland und außerhalb Deutschlands eine breite Zustimmung finden?
Wenn wir uns entschließen, an diesen Zielen festzuhalten, wohl wissend, daß wir sie in absehbarer Zeit nicht erreichen werden, ist es dann erforderlich, in unseren Formulierungen klarer als bisher zum Ausdruck zu bringen, daß es sich um Fernziele handelt?
Wie müßte hinsichtlich der einzelnen genannten Ziele dabei nuanciert werden?

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

[31] Vgl. dazu Dok. 66, Anm. 4.
[32] Zu den Waffenlieferungen an Pakistan vgl. Dok. 150, Anm. 5.

335

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1675/63 geheim **13. September 1963**

In dem anliegenden an den Herrn Bundeskanzler gerichteten Schreiben[1] fordert Bundesminister Barzel, daß das Ratifikationsgesetz zum Teststopp-Abkommen die übliche Berlin-Klausel enthalte.[2]

Dies ist nach meiner Auffassung völlig unmöglich, da der hauptsächliche Inhalt des Abkommens eindeutig unter die Vorbehaltsrechte der Alliierten nach dem sogenannten Kleinen Besatzungsstatut für Berlin von 1955 fällt. Danach hat die Alliierte Kommandantur erklärt, die alliierten Behörden würden normalerweise auf dem Gebiet der Abrüstung und der Entmilitarisierung einschließlich verwandter Gebiete der wissenschaftlichen Forschung Machtbefugnisse ausüben.[3]

Allenfalls könnte man sagen, daß die von dem Abkommen erfaßten Atomexplosionen für friedliche Zwecke nicht unter diesen Vorbehalt fallen, obwohl auch dies zweifelhaft ist. Höchstens könnte daher eine Berlin-Klausel eingefügt werden, die sich auf diese friedlichen Atomexplosionen bezieht.[4]

[1] Durchdruck für Bundesminister Schröder ist dem Vorgang beigefügt.
In diesem Schreiben vom 11. September 1963 teilte Bundesminister Barzel mit: „Aus zwingenden politischen Gründen halte ich es für unerläßlich, in das deutsche Ratifikationsgesetz die übliche Berlin-Klausel einzufügen. Bürgermeister Brandt hat mir gegenüber ausgeführt, daß er die übliche Berlin-Klausel auf jeden Fall wünsche. Die Bundesregierung habe mehrere Wochen mit den Alliierten um die formale deutsche Rechtsposition im Zusammenhang mit diesem Abkommen gerungen. Die Einbeziehung Berlins betreffe die reale Lage, und er erwarte, daß die Bundesregierung hierfür wenigstens ebenso kämpfe. Zur rechtlichen Seite beschränke ich mich auf den Hinweis, daß m. E. der Teststopp-Vertrag nicht zu den alliierten Vorbehalten nach dem sog. Kleinen Besatzungsstatut für Berlin gehört. Die USA und Großbritannien legen Wert darauf, daß dieses Abkommen möglichst alle Gebiete der Welt deckt. West-Berlin wird außenpolitisch durch uns vertreten. Das muß im Ratifikationsgesetz durch die übliche Berlin-Klausel zum Ausdruck kommen." Vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 49; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Bereits am 9. September 1963 war eine erste Kabinettsvorlage vom 6. September 1963 für das Zustimmungsgesetz zum Teststopp-Abkommen Gegenstand einer Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt mit Vertretern der Bundesministerien des Innern, der Justiz, der Verteidigung, für gesamtdeutsche Fragen und für wissenschaftliche Forschung. Darüber hielt Ministerialdirigent Reinkemeyer fest: „Es bestand Einmütigkeit darin, daß das Zustimmungsgesetz zu dem Vertrag schon mit einer Berlin-Klausel versehen sein muß und daß es in dieser Form bereits dem Kabinett vorzulegen wäre. Ohne Aufnahme der Berlin-Klausel könnten die Ressorts der Kabinettsvorlage nicht zustimmen. Mit dem Vorbehalt einer späteren Hereinnahme der Berlin-Klausel in das Zustimmungsgesetz könne man sich nicht zufriedengeben." Vgl. Referat II 8 (302), Bd. 17.

[3] Vgl. Artikel 3 des Besatzungsstatuts der Drei Mächte für Berlin (Fassung vom 5. Mai 1955); DzD III/1, S. 7 f.
Zu den alliierten Vorbehalten vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften vom 19. August 1963; Abteilung V (V 1), VS-Bd. 208; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Bereits am 10. September 1963 vermerkte Staatssekretär Carstens handschriftlich zur Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer über die Ressortbesprechung vom 9. September 1963: „Bitte E[ntwurf] für eine partielle Berlin-Klausel (soweit sich der Vertrag auf friedliche Versuche bezieht) vorlegen." Vgl. Referat II 8 (302), Bd. 17.
Für die Vorschläge des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge" und der Politischen Abteilung

Die Alliierten haben auf unsere Anfrage zur Berlin-Klausel[5] bisher noch nicht geantwortet. Ich halte es für ausgeschlossen, daß sie unserem Vorschlag, die übliche Berlin-Klausel einzufügen, zustimmen werden.[6]

Hiermit dem Herrn Minister[7] vorgelegt.

Carstens

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 49

336

Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-6821/63 geheim **Aufgabe: 13. September 1963, 13.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 2614 **Ankunft: 13. September 1963, 18.15 Uhr**

Betr.: Diplomatische Beziehungen zu Israel[1]

In Washington hält sich seit einiger Zeit das Gerücht, daß die Bundesregierung in Kürze diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen wird. Auch wird von einer angeblichen Absicht des Herrn Bundeskanzlers zu einer Reise nach Israel noch vor seinem Rücktritt[2] gesprochen. Auf das Pressefernschreiben der Botschaft vom 30. August und den darin angezogenen Artikel von Slappey aus Bonn wird verwiesen.

Mitarbeiter wurde sowohl von koreanischem Gesandten wie auch von zuständigen Beamten der Nah-Ost-Abteilung des State Department auf diese Frage und die zu erwartende Reaktion durch die arabischen Staaten, d. h. die Anerkennung der Zone durch zunächst den größten Teil der arabischen Staaten, angesprochen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1118

II für eine Berlin-Klausel vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 13. September 1963; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 294; B 150, Aktenkopien 1963.

5 Vgl. dazu Dok. 323.

6 Zur Reaktion der Westmächte vgl. Dok. 376.

7 Hat Bundesminister Schröder am 16. September 1963 vorgelegen.
Am 20. September 1963 leitete Staatssekretär Carstens an Ministerialdirektor Krapf einen Durchdruck dieses Vermerks sowie eine Kopie des Schreibens des Bundesministers Barzel weiter „mit der Bitte, einen Antwortentwurf vorzulegen". Krapf vermerkte am 23. September 1963 handschriftlich: „Eilt."
Für den Antwortentwurf vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 49; B 150, Aktenkopien 1963.

1 Vgl. dazu bereits Dok. 324.

2 Zur Einladung an Bundeskanzler Adenauer zu einem Besuch in Israel vgl. Dok. 182. Die Reise fand jedoch erst im Mai 1966 statt. Vgl. dazu Dok. 182, Anm. 15.

Gesprächspartner aus dem State Department erwähnte, daß auch amerikanische Botschaft in Bonn deutschen Schritt in dieser Richtung in allernächster Zeit für möglich halte.

Für Weisung wäre ich dankbar.[3]

[gez.] Lilienfeld

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205

337

Bundeskanzler Adenauer, z. Z. Cadenabbia, an Präsident Kennedy

Z B 6-1-6853/63 geheim[1] **16. September 1963**[2]

Sehr geehrter Herr Präsident!

Falls Sie in der UNO-Versammlung eine Rede halten werden[3], würde ich Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie mit einigen Sätzen auf die Wiedervereinigung Deutschlands, vielleicht im Zusammenhang mit dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, eingehen würden. Sie würden dadurch ganz sicher in Deutschland, aber auch in Europa und in Teilen der Welt einen großen Eindruck machen und mich zu großem Dank verpflichten.[4]

[3] Vgl. dazu Dok. 341, besonders Anm. 4.

[1] Geschäftszeichen des Drahterlasses, mit dem das Schreiben Bundesminister Schröder am 16. September 1963 zur Weiterleitung nach Washington übermittelt wurde.

[2] Bundesminister Schröder schlug Bundeskanzler Adenauer am 16. September 1963 ein Schreiben an Präsident Kennedy vor und fügte als Entwurf bei: „Ich höre mit Freude, daß Sie am 20. September 1963 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen sprechen werden. Damit bietet sich für Sie eine hervorragende Gelegenheit, den amerikanischen Standpunkt, der in den wesentlichen Punkten mit unserer Auffassung übereinstimmt, vor der Weltöffentlichkeit darzulegen. Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang zu erwägen geben, ein Wort über die Deutschlandfrage zu sagen, etwa in dem Sinne, wie Sie es bei Ihrem Besuch in Deutschland getan haben, daß nämlich die Wiedervereinigung Deutschlands und die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts an das deutsche Volk ein Ziel der amerikanischen Politik bleibt. Die Sowjets wiederholen mit großer Beharrlichkeit ihre These von der Realität zweier deutscher Staaten, die die Welt und insbesondere die Deutschen hinnehmen müßten. Wenn möglich, sollte der Westen demgegenüber unsere und die gemeinsame westliche These in der Deutschlandpolitik der Öffentlichkeit erneut zum Bewußtsein bringen. Das könnte durch niemanden eindrucksvoller geschehen als durch Sie." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 431; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Zur Rede des Präsidenten Kennedy am 20. September 1963 vor der UNO-Generalversammlung vgl. Dok. 348, Anm. 19.

[4] Vgl. dazu weiter Dok. 343 und Dok. 348.
Für den Wortlaut des Antwortschreibens des Präsidenten Kennedy vom 20. September 1963 vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 431.

Für die kommenden Wochen wünsche ich Ihnen besonders alles Gute.
Mit verbindlichen Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener
[gez.] K. Adenauer

Ministerbüro, VS-Bd. 8475

338

Aufzeichnung des Abgeordneten Majonica

Streng vertraulich! **16. September 1963**[1]

Reise in den Irak, Syrien und Ägypten
Bericht und Analyse

Vom 28. 8. bis 9. 9. 1963 unternahmen Dr. B. Martin und ich eine Reise in die Länder Irak, Syrien und Ägypten.[2] In Syrien wurden wir vom Präsidenten des Revolutionsrates, General Hafiz, in allen drei Ländern von den Ministerpräsidenten und mehreren Kabinettsmitgliedern empfangen. Außerdem hatten wir Gelegenheit, mit einer Reihe führender Persönlichkeiten des kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Lebens zu sprechen. Zudem besuchten wir die deutschen kulturellen und technischen Einrichtungen, wobei wir uns mit den jeweiligen deutschen Herren über ihre Erfahrungen unterhalten konnten. Die Reise war vom AA und den zuständigen deutschen Botschaften vorzüglich vorbereitet worden. Die offiziellen Besuche fanden jeweils im Beisein der deutschen Botschafter bzw. Geschäftsträger statt, mit denen auch der Inhalt der Gespräche, soweit er von uns bestimmt wurde, und die Antworten auf den Pressekonferenzen abgestimmt wurden.

Die Situation

Im Irak und in Syrien herrscht die Baath-Partei.[3] Als Minderheit, der aber keine geschlossene Opposition gegenübersteht, hat sie verstanden, ihre

[1] Durchdruck.
Die Aufzeichnung wurde am 16. September 1963 an Staatssekretär Lahr übersandt, dem sie am 18. September 1963 vorlag und der handschriftlich vermerkte: „1) H[err] Schönfeld. Danken. 2) Abg[eordneten] Martin anrufen. 3) Über Herrn St[aats]s[ekretär] I dem Herrn Minister. 4) Herrn Direktor Abt[eilung] I."
Hat Staatssekretär Carstens am 27. September 1963 und Ministerialdirektor Jansen am 3. Oktober 1963 vorgelegen.
Die Erstausfertigung wurde am 16. September 1963 an Bundesminister Schröder übersandt, dem sie am 18. September 1963 vorlag. Vgl. Ministerbüro, Bd. 219.

[2] Zum Besuch der CDU-Abgeordneten Majonica und Martin in der VAR vom 4. bis 9. September 1963 vgl. auch den Drahtbericht der Botschaft in Kairo vom 9. September 1963; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 214; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Im Irak war die Baath-Partei seit dem Militärputsch vom 8. Februar 1963 Regierungspartei. In Syrien gelangte sie nach dem Staatsstreich am 8. März 1963 an die Macht.

Machtposition in den ersten Monaten ihrer Herrschaft auszubauen. Oft unter Ausschaltung bewährter Fachleute hat sie ihre Anhänger in alle entscheidenden Positionen gebracht. Die Baath wird diese Machtstellung nicht mehr freiwillig räumen. Nur um den Preis eines Bürgerkrieges ist mit einem Regimewechsel zu rechnen. Das zeigte sich im Juli in Syrien, wo der Aufstand von Nasser-Anhängern niedergeschlagen wurde und unter Bruch der syrischen Tradition die Anführer der Rebellen (27) erschossen wurden.[4] Der starke Mann im Irak ist der Informationsminister al Saadi, der (inoffizielle) Generalsekretär des Baath. In Syrien dürfte es General Hafiz sein, obwohl seine Position noch nicht völlig geklärt ist.[5]

Das große Problem für die irakische Regierung ist der Kurdenaufstand.[6] Infolge der Schwierigkeiten des Geländes dürfte es zweifelhaft sein, ob der Aufstand rein militärisch erledigt werden kann. Bleibt aber die politische Lösung aus, so ist nicht zu übersehen, wie sich die Armee zur gegenwärtigen Regierung auf die Dauer einstellen wird. Ihre Unzufriedenheit könnte dann zu einer ernsthaften Gefahr werden. Außerdem gibt es eine Reihe unerledigter Probleme auf dem Gebiete der Wirtschaft. Da die Regierung mehr mit der Festigung ihrer Position als mit der Erledigung dieser Probleme beschäftigt ist, können sich auch hier in der Zukunft Schwierigkeiten ergeben.

Die Baath-Regierung ist scharf antikommunistisch eingestellt. Da sie von den organisierten Kommunisten mit Recht die größte Gefahr für ihre Macht fürchtet, hat sie die Organisation der Kommunisten mit starker Hand zerschlagen. Die Trübung des Verhältnisses zu Moskau brachte ihr die moralische Unterstützung der Kurden durch die Sowjets ein. Andererseits gewann Moskau durch sein Verhalten im Sicherheitsrat anläßlich des syrisch-israelitischen Grenzzwischenfalls an Boden.[7] Die Regierung ist ausgesprochen prodeutsch eingestellt und möchte ihre Zusammenarbeit mit Bonn verstärken.

Syriens Probleme sind vornehmlich wirtschaftlicher Art. Viel wird davon abhängen, ob die Baath weiterhin versuchen wird, ihren etwas verschwommenen „arabischen Sozialismus" durchzuführen, oder ob sie sich mit der Geschäftswelt verständigt. Nur so könnte das umfangreiche Fluchtkapital zur Erschließung des Landes genutzt werden.

[4] Der Putschversuch fand am 18. Juli 1963 statt. Vgl. dazu den Artikel: Syrian Coup Attempt Crushed; THE TIMES, Nr. 55757 vom 19. Juli 1963, S. 10.

[5] General al-Hafiz wurde am 10. Juli 1963 zum Vorsitzenden des syrischen Revolutionsrats ernannt.

[6] Der irakische Nationale Revolutionsrat lehnte am 11. Juni 1963 die Forderung des Kurdischen Nationalrats nach Autonomie für die von den Kurden bewohnten Gebiete ab und beendete die vereinbarte Waffenruhe. Der Kurdische Nationalrat proklamierte daraufhin am 1. September 1963 einen unabhängigen Kurdenstaat und ernannte General Barzani zum provisorischen Staatschef.
Zur Lage der Kurden im Irak vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 102, und Referat I B 4, Bd. 38.

[7] Am 20. August 1963 kam es an der israelisch-syrischen Grenze zu Feuergefechten. In einem Resolutionsentwurf, den die USA und Großbritannien am 29. August 1963 im UNO-Sicherheitsrat einbrachten, wurde Syrien für den Zwischenfall verantwortlich gemacht. Die Annahme der Resolution scheiterte am 3. September 1963 am Veto der UdSSR. Vgl. dazu die Drahtberichte des Botschafters von Braun, New York (UNO), vom 23. und 30. August sowie vom 3. September 1963; Referat I B 4, Bd. 47.

Die syrische und irakische Regierung sind in einen offenen Gegensatz zu Nasser geraten, der sie öffentlich als „faschistisch" bezeichnete.[8] Nachdem der Föderationsplan vom April dieses Jahres zwischen den drei Staaten gescheitert ist[9], dürfte es zwischen den drei Staaten nicht so bald zu neuen Verhandlungen über eine wie auch immer geartete Einheit kommen. Jedoch dürften Bagdad und Damaskus versuchen, zu einer engeren Zusammenarbeit auch institutionell zu kommen.[10] Gescheitert sind die Bemühungen um die größere Einheit wohl wesentlich daran, daß Nasser auch eine innenpolitische Gleichschaltung verlangte. Das wäre der Selbstaufgabe des Baath gleichgekommen. So wird vom Irak und Syrien die arabische Einheit jetzt mehr unter dem Gesichtspunkt eines wirklichen Föderalismus gesehen.

Demgegenüber hält Nasser, gestützt auf die größeren Machtmittel Ägyptens, an seinem Hegemoniestreben fest. Wie der Machtkampf zwischen Baath, der betont freundschaftliche Beziehungen zu Algerien unterhält, und Nasser ausgehen wird, ist ungewiß. Nasser hat viele Parteigänger in den beiden Ländern, vor allem stehen die Palästinaflüchtlinge auf seiner Seite. Seine Propaganda erreicht alle Araber. Die arabische Einheit ist zu einem Ideal der Massen geworden. Vor allem aber ist mein persönlicher Eindruck der, daß die Führungselite in Kairo der in Damaskus und Bagdad überlegen ist. Der Baath fehlt der weithin anerkannte Führer.

Nassers Schaukelpolitik zwischen Ost und West sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß sein wirkliches Ziel die tatsächliche Unabhängigkeit seines Landes ist. Nach meinem persönlichen Eindruck wird deshalb auch sein Bestreben, eine eigene Rüstungsindustrie aufzubauen, von Washington nicht ungern gesehen. Die Ausrüstung der ägyptischen Armee kommt augenblicklich zu 80 bis 90% aus dem Osten. Eine eigene Rüstungsproduktion würde Kairo aus dieser fast totalen Abhängigkeit befreien. Moskau sieht das ungern und versucht, Sand ins Getriebe zu streuen. In diesen Zusammenhang gestellt sieht Washington die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler in Ägypten. Es darf daran erinnert werden, daß das State Department eine eher wohlwollende als mißbilligende Erklärung zu diesem Komplex veröffentlichte.[11] Nassers innenpolitische Situation ist fest, eine nennenswerte Opposition nicht zu erkennen.

[8] Der ägyptische Staatspräsident erklärte am 22. Juli 1963, Syrien sei von den Führern der Baath-Partei in ein „riesiges Konzentrationslager verwandelt worden", und warf der Baath-Partei vor, sie habe „nie die Einheit echt gewollt". Vgl. den Bericht der Nachrichtenagentur Middle East News sowie den Drahtbericht des Botschafters Weber, Kairo, vom 24. Juli 1963; Referat I B 4, Bd. 16.

[9] Die syrische Regierung erklärte am 23. Juli 1963, sie betrachte die Ausführungen des Staatspräsidenten Nasser vom 22. Juli 1963 „als eine formelle Kündigung des Paktes vom 17. April, worin die Vereinigung von Ägypten, Syrien und dem Irak beschlossen wurde". Vgl. AdG 1963, S. 10718.
Die Union scheiterte endgültig, als am 17. September 1963 die Frist für die im Kommuniqué vom 17. April 1963 vorgesehene Volksabstimmung ablief.

[10] Am 2. September 1963 vereinbarten der Irak und Syrien eine enge wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit.

[11] Zur Haltung des amerikanischen Außenministeriums zur Tätigkeit deutscher Experten in der VAR vgl. Dok. 173, Anm. 3.

Die Gespräche

Alle Gespräche die wir führten, drehten sich im wesentlichen um drei Komplexe: 1) arabische Einheit; 2) Israel; 3) deutsch-arabische Zusammenarbeit. Wobei wir selbstverständlich niemals den zweiten Komplex von uns aus vorbrachten, er aber immer von unseren arabischen Gesprächspartnern angeschnitten wurde. Dabei mag mitgespielt haben, daß die Frage deutsch-israelitischer Beziehungen in letzter Zeit durch eine Reihe von Erklärungen deutscher Politiker aktualisiert worden war.[12] Manchmal beherrschte dieses Thema, wie beim syrischen Ministerpräsidenten[13], die ganze Unterhaltung. Aus allen Gesprächen ging hervor, wenn dies auch nicht immer deutlich gesagt wurde, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel eine heftige Reaktion von seiten der arabischen Staaten zur Folge haben würde. (Siehe auch die jüngste offizielle Erklärung der Arabischen Liga zu dieser Frage[14].) Die Araber sehen die Deutschen als ihre Freunde an. Gerade deshalb würde sie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel gefühlsmäßig besonders treffen. Ich hatte nicht den Eindruck, daß wirtschaftliche Erwägungen, wie etwa Rücksichtnahme auf deutsche Entwicklungshilfe, hier eine bremsende Wirkung ausüben würde. Es käme mit größter Wahrscheinlichkeit zu einer blockweise erfolgenden Anerkennung Pankows, vielleicht wären noch weitergehende Reaktionen zu erwarten. Diese Beurteilung der Sachlage wird von allen Deutschen an Ort und Stelle geteilt.

Über die arabische Einheit ließen sich unsere Gesprächspartner entspre-

[12] Vgl. die Stellungnahmen des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier, des CSU-Vorsitzenden Strauß sowie des Bundeskanzlers Adenauer zu einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel; Dok. 189 und Dok. 198.
Am 30. Juli 1963 berichtete Botschafter Weber, Kairo, daß „die inzwischen auch hier bekannt gewordene Erklärung [des] Bundestagsabgeordneten Prof. Boehm, daß bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel das Überraschungsmoment wichtig sei, geradezu wie ein Schock gewirkt" habe. Es sei „sofort wieder der Verdacht aufgekommen, daß Bundeskanzler Adenauer mit allen Mitteln versuchen wolle, noch vor Ablauf seiner Amtsperiode die Aufnahme diplomatischer Beziehungen durchzusetzen". Die Erklärung habe „nur erhöhtes Mißtrauen und erhöhte Wachsamkeit auf arabischer Seite ausgelöst, wird hier als Desavouierung aller anderslautenden Erklärungen der Bundesregierung und des Auswärtigen Amtes empfunden und hat damit den Verdacht der politischen Doppelzüngigkeit der Bundesregierung aufkommen lassen". Vgl. Referat I B 4, Bd. 66.

[13] Salah al-Bitar.

[14] Am 20. September 1963 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Gnodtke, Kairo, über die Beschlüsse der Konferenz der Arabischen Liga vom 9. bis 19. September 1963 in Kairo. Die Konferenz nahm die Empfehlung der Leiter der Palästina-Büros an, die Bundesregierung darauf aufmerksam zu machen, „daß eine Verstärkung ihrer Beziehungen zu Israel und die Gewährung finanzieller und militärischer Hilfe an Israel den deutsch-arabischen Beziehungen schweren Schaden zufügen muß. Sie sollen die Bundesregierung insbesondere auf die Erklärungen einiger verantwortlicher und prominenter deutscher Persönlichkeiten hinweisen, die die Absicht bekundeten, Israel anzuerkennen, diplomatische Vertretungen mit Israel auszutauschen und Israel militärische Hilfe zu gewähren, die die Sicherheit und den Fortschritt im arabischen Raum sowie den Weltfrieden gefährden würde. Die Bundesregierung soll darauf hingewiesen werden, daß bei Eintreten neuer Entwicklungen in den Beziehungen zwischen Westdeutschland und Israel oder bei Nichtbeachtung der arabischen Gegenvorstellungen die arabischen Staaten gezwungen sein werden, die deutsch-arabischen Beziehungen einer Prüfung zu unterziehen." Referat I B 4, Bd. 66.
Zur Konferenz der Leiter der Palästina-Büros vom 31. Juli bis 5. August 1963 vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters Weber, Kairo, vom 17. August 1963; Referat I B 4, Bd. 66.

chend den weiter oben entwickelten Grundpositionen aus. Oft wurde die deutsche und die arabische Einheit zueinander in Bezug gebracht.

Großes Interesse wurde in den Gesprächen einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit Bonn entgegengebracht. Der Gesamteindruck war der, daß die Situation in allen Staaten für ein größeres deutsches Engagement sehr günstig ist. Das gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern vor allem auch für das technische und kulturelle Gebiet. Ich war erstaunt über die Fülle deutscher kultureller Institutionen, die ich vorfand, und ihre positiven Wirkungen. Dr. Martin als Vorsitzender des kulturpolitischen Ausschusses konnte eine Reihe von Detailfragen besprechen, wie die kulturelle Zusammenarbeit noch verstärkt werden kann.

In Damaskus stand das Problem des Euphrat-Dammes[15] im Vordergrund der Gespräche. In Zusammenarbeit mit der Botschaft bemühten wir uns, den Syrern vor Augen zu führen, daß auch in ihrem Vorteil liege, mit einem deutschen Konsortium zusammenzuarbeiten, anstatt die Projekte frei auszuschreiben. Wir wiesen auf die Erfahrungen mit Rourkela[16] hin. Wir trugen diesen Standpunkt u.a. sowohl dem Wirtschaftsminister[17] wie dem Direktor des Euphrat-Dammprojektes vor.

Ali Sabri: Das interessanteste Gespräch hatten wir mit dem Ministerpräsidenten in seinem Ferienort in der Nähe von Alexandrien.[18] Es wurde deutlich, daß die ägyptische Regierung ihre Deutschlandpolitik (Nichtanerkennung Pankows) unter zwei Bedingungen nicht ändern wird: keine diplomatischen Beziehungen zu Israel, keine Diskriminierung der deutschen Wissenschaftler in Ägypten. Angesprochen auf die Reise Hassounas (Generalsekretär der Arabischen Liga) nach Ostberlin[19] antwortete er diplomatisch, Hassouna stehe weder unter der Kontrolle der ägyptischen Regierung noch die ägyptische Regierung unter seiner. (Von örtlichen Beobachtern wird diese Reise als ein Warnschuß an die Adresse Bonns hinsichtlich Israels angesehen.) Bei der Frage nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen von Kairo zu Nordvietnam

15 Zum Euphrat-Damm-Projekt vgl. Dok. 40, Anm. 5.

16 Im Dezember 1953 schloß die indische Regierung einen Beratungsvertrag mit den Firmen Krupp und Demag über den Bau eines Hüttenwerkes mit der Kapazität von einer Million Tonnen Rohstahl pro Jahr. Errichtet wurde das Werk in Rourkela im Bundesstaat Orissa.

17 Georges Tohmé.

18 Dazu vermerkte der Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika", Schirmer, am 12. September 1963: „Premierminister Ali Sabri hob besonders die Hilfe der Bundesrepublik bei der Durchführung der großen Entwicklungsaufgaben des Landes hervor und betonte, daß die VAR die Hilfe nicht vergessen werde, und hoffe auf eine weitere Intensivierung der so glücklich begonnenen Zusammenarbeit. Der Aufbau und die technische Entwicklung des Landes nähmen angesichts der immer dringender werdenden bevölkerungspolitischen Probleme 90 Prozent der Arbeitskraft des Präsidenten und aller für die Regierung Verantwortlichen in Anspruch. Ägypten habe bei dieser Entwicklung keine Alternative und ergreife freudig jede ihm ausgestreckte Hand. Eine entscheidende Lebensfrage sei die schnelle Heranbildung des technischen Nachwuchses. Man werde im Wintersemester dazu übergehen, an den Universitäten und Hochschulen Doppelschichten einzulegen, selbst um den Preis, daß die Ausbildung darunter leide. Quantität gehe im Augenblick vor Qualität. Gerade auf diesem Gebiet sei der deutsche Beitrag für Ägypten lebenswichtig." Vgl. Referat I B 4, Bd. 12.

19 Zum Besuch des Generalsekretärs der Arabischen Liga in Ost-Berlin vgl. Dok. 303.

und Nordkorea[20] holte er weit aus. Zunächst wies er drauf hin, daß zwischen Deutschland und Korea bzw. Vietnam ein großer Unterschied bestehe. Bei den beiden asiatischen Staaten sei im Gegensatz zu Deutschland mit einer Wiedervereinigung nicht zu rechnen. Zudem sehe Kairo in China die in Asien vorherrschende Macht. Indien sei kein Gegengewicht, nach Nehru komme nichts. Deshalb müsse Kairo stets sehr gute Beziehungen zu Peking haben. Diese Beziehungen hätten durch die Vermittlung im indisch-chinesischen Grenzkonflikt[21] (Colombo-Gruppe[22]) gelitten. Offenbar ist also die Anerkennung der asiatischen Parteigänger Pekings ein Geschenk an China, um die Beziehungen zu verbessern. Anschließend versuchte Ali Sabri, uns ein neutrales Deutschland als Lösung vorzuschlagen, da Ost und West an einer Wiedervereinigung nicht interessiert seien. Ein Gedanke, der in Ägypten häufiger ausgesprochen wurde. Im Hintergrund mögen Gedanken eine Rolle spielen, dies neutrale Deutschland könne dann die Führungsrolle der neutralen Staaten übernehmen.

Aufgabenstellung:

Die Bundesrepublik sollte die Chance nutzen, ihre Position im arabischen Raum zu verstärken. Sie hat diese Chance, da sie von allen westlichen Mächten als relativ unbelastet angesehen wird. Ihr Engagement kommt nicht nur Deutschland, sondern dem ganzen Westen zugute. Mit relativ geringen Mitteln könnte vor allem die Arbeit auf kulturellem Gebiet verstärkt werden. Gewarnt werden muß davor, daß das schon bestehende kulturelle Engagement abgebaut wird. Ein Rückzug ist schlimmer, als wenn man sich erst gar nicht engagiert hat. So sollte die Einsparung des Kulturattachés in Damaskus rückgängig gemacht werden. Auch die beabsichtigte Schließung des Goethe-Instituts in Aleppo (ein kultureller Mittelpunkt des Landes) sollte nicht vorgenommen werden. Es ist auch nicht einzusehen, warum in Kuwait nur ein Konsulat und nicht eine Gesandtschaft eröffnet wird.[23] Schwierigkeiten mit dem Irak sind in dieser Frage nicht mehr zu erwarten.

[20] Die VAR nahm am 26. August 1963 zur Demokratischen Volksrepublik Korea und am 1. September 1963 zur Demokratischen Republik Vietnam diplomatische Beziehungen auf.

[21] Zum indisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 37, Anm. 31.

[22] Vom 10. bis 12. Dezember 1962 fand in Colombo eine Konferenz von Vertretern Birmas, Ceylons, Ghanas, Indonesiens, Kambodschas und der Vereinigten Arabischen Republik statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand eine mögliche Vermittlung im indisch-chinesischen Konflikt. Zu den Anfang 1963 in Neu-Delhi und Peking vorgelegten Vorschlägen vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 596.

[23] Aufgrund von Bedenken der irakischen Regierung gegen die Eröffnung einer diplomatischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Kuwait entschied Staatssekretär Carstens am 10. Mai 1963: „Kuwait wird Konsulat. Ferner ist ins Auge gefaßt, daß wir diplomatisch in Kuwait durch unseren Botschafter in Djidda mitvertreten werden." Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 3. Mai 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 393. Vgl. ferner den Vermerk des Leiters des Referats „Höherer Dienst, Wahlkonsuln", von Förster, vom 16. Mai 1963; Referat I B 4, Bd. 34.
Am 8. Juli 1963 übermittelte Botschafter von Etzdorf, London, ein Schreiben der kuwaitischen Regierung, in dem die Bundesregierung gebeten wurde, es zunächst bei konsularischen Beziehungen zu belassen. Etzdorf hielt dazu fest: „Die Regierung des Irak hat die alte irakische Forderung, daß Kuwait ein Teil des Irak sei, noch nicht fallen lassen. Die Regierung von Kuwait will die nächste Zeit dazu benutzen, um die vielen Probleme, die mit ihrem Selbständigwerden aufgeworfen wurden, darunter offensichtlich in erster Linie ihr Verhältnis zum Irak, zu klären. Bis dies geschehen ist, will sie diplomatische Beziehungen zu anderen Ländern nicht neu aufnehmen – offenbar, weil dies vom Irak als Brüskierung empfunden werden könnte." Vgl. Referat I B 4, Bd. 34.

Die Frage der diplomatischen Beziehungen zu Israel muß unter Prüfung der Interessenlage aller Beteiligten beantwortet werden.[24] Da die Beziehungen zu Israel schon jetzt recht intensiv sind, erhebt sich das Problem, ob die formelle Normalisierung für Israel so große Vorteile bringt, daß die schwere Schädigung für die deutsche Wiedervereinigungspolitik in Kauf genommen werden muß. Es sollte niemand daran zweifeln, daß durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel unsere gesamte Deutschlandpolitik auf eine neue Grundlage gestellt werden muß. Der Anspruch Bonns, das alleinige Vertretungsrecht für ganz Deutschland zu haben, würde dann praktisch zerstört; Pankow hätte den Durchbruch zur internationalen Anerkennung erreicht. Außerdem würden wir auf Grund der mit hoher Wahrscheinlichkeit zu befürchtenden Reaktion der arabischen Staaten unseren jetzt relativ großen Einfluß im vorderen Orient verlieren. Abgesehen von der Schädigung deutscher und westlicher Interessen, dürfte das auch nicht im Interesse Israels liegen. Das Ausscheiden der westlichen Macht, die sich arabischer Sympathien erfreut, kann nur zu einer verstärkten Einflußnahme des Ostens und damit zu einer anti-israelitischen Radikalisierung führen. (Wobei ich jene Gerüchte übergehen möchte, die davon sprechen, Israel wünsche das Ausscheiden Deutschlands aus diesem Raum, damit seine Hilfe die Araber nicht mehr stärke und die deutsche Hilfe auf Israel konzentriert werden könnte. Solche Gedankengänge würde ich, wenn sie vorhanden sein sollten, für sehr kurzsichtig halten.) Der Westen kann aus lebenswichtigen Interessen heraus den arabischen Raum nicht aufgeben, er muß um ihn ringen. Das dürfte auch heute, soweit erkennbar, die amerikanische Politik sein. Mit aller Vorsicht glaube ich, daß die arabischen Führer das für sie bestehende Problem Israels nicht militärisch lösen wollen. Es ist aber auch keine nennenswerte Bereitschaft zu spüren, sich mit den Israelis zu arrangieren. Dafür ist Israel zu wichtig für die innenpolitische Propaganda. So wird der Konflikt noch lange weiterschwelen. Nur vorsichtig kann er abgebaut werden. Ein wichtiges Mittel, ihn zu entschärfen, liegt in der Eingliederung der Palästinaflüchtlinge. Hier leistet die Bundesrepublik ihren Beitrag. Er könnte vorsichtig, um nicht arabische Reaktionen auszulösen, gesteigert werden. Niemand in Deutschland kann bei der Behandlung dieser Fragen die schwere Schuld vergessen, die im Dritten Reich den Juden gegenüber begangen wurde. Aber auch eine moralische Verpflichtung entbindet uns in der Politik nicht der Prüfung, ob eine Entscheidung sachgerecht ist. Wenn wir den Ausgleich wollen, der auf lange Sicht gesehen allein die Existenz der Israelis sichert, müssen wir in den arabischen Staaten präsent sein. Eine deutsche Politik, die diese Präsenz gefährdet, dient weder den Israelis, noch den Deutschen und Arabern, noch dem gesamten Westen.

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 393

Fortsetzung Fußnote von Seite 1126

Am 21. Mai 1964 gab das Auswärtige Amt die zwischen der Bundesrepublik und Kuwait erzielte Übereinkunft bekannt, „diplomatische Beziehungen auf der Ebene von Botschaften aufzunehmen". Vgl. BULLETIN 1964, S. 736.

[24] Zur Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel vgl. Dok. 324; weiter Dok. 341.

339

Aufzeichnung des Legationsrats Freiherr von Marschall, z. Z. Budapest (Entwurf)

16. September 1963[1]

Betr.: Derzeitiger Stand der Ungarn-Verhandlungen;
hier: Berlin-Klausel[2]

1) Die Ungarn möchten das langfristige Handelsabkommen und die Vereinbarung über die Errichtung von Handelsvertretungen als *zwei völlig separate Abkommen* abschließen.[3] Über die Einbeziehung Berlins in das langfristige Handelsabkommen wird zur Zeit verhandelt. Die Erörterung der Berlin-Klausel für das Vertretungsabkommen wurde vorerst zurückgestellt.[4]

2) Hinsichtlich des Handelsabkommens haben die Ungarn zunächst unsere sämtlichen Vorschläge für eine Berlin-Klausel (vgl. Aufzeichnung des Referats V 1 vom 29. 8. 1963 – 623/63 VS-vertraulich[5]) abgelehnt. Als eventuelle Verhandlungsgrundlage wurde heute der folgende Vorschlag akzeptiert: Briefwechsel über den Zahlungsverkehr mit[6] DM-West-Klausel[7] und Verklammerung dieses Briefwechsels mit dem Protokoll über den langfristigen Handelsaustausch (vgl. Anlage 2 zum Vermerk vom 13. September 1963[8]). Während die Ungarn sich mit dem Briefwechsel selbst vorläufig einverstanden erklärten, besteht über die Formulierung der Verklammerungsklausel ein im Augenblick fast unüberbrückbar erscheinender Gegensatz.[9]

[1] Hat am 16. September 1963 Legationsrat Tafel zur Mitzeichnung vorgelegen.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 332.

[3] In einer Sitzung des Unterausschusses „Handelsvertretung" stellte Legationsrat Freiherr von Marschall am 13. September 1963 zwei Möglichkeiten für eine Verklammerung des Handels- und des Handelsvertretungsabkommens zur Diskussion: entweder den Abschluß zweier separater Abkommen mit einer Klausel, die für beide Abkommen denselben Geltungsbereich festlege, oder die Zusammenfassung beider Abkommen, so daß sich die Berlin-Klausel des Handelsabkommens auch auf das Abkommen über den Austausch der Handelsvertretungen erstrecke. Darauf erklärte der ungarische Vertreter, Szöke, „dezidiert, ungarischerseits gebe man der ersten Alternative unter allen Umständen den Vorzug. Die Vereinbarung über die Errichtung von Handelsvertretungen werde nur als ein erster Schritt auf dem Wege zur Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen angesehen, und deshalb sei man nicht daran interessiert, diese Vereinbarung zu eng mit dem Handelsabkommen zusammenzukoppeln." Vgl. die Aufzeichnung von Marschall vom 13. September 1963; VS-Bd. 8374 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Freiherr von Mirbach, z. Z. Budapest, vom 10. September 1963; VS-Bd. 8374 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Vgl. Abteilung V (V 2), VS-Bd. 218; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] An dieser Stelle wurde von Legationsrat Tafel handschriftlich eingefügt: „Währungsgebiet der".

[7] Zur DM-West-Klausel vgl. Dok. 183, Anm. 6.

[8] Als Anlagen einer Aufzeichnung des Legationsrats Freiherr von Marschall vom 16. September 1963 beigefügt. Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 8374 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

[9] Der deutsche Formulierungsvorschlag lautete: „Der beigefügte Briefwechsel über den Zahlungsverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ungarischen Volksrepublik bildet einen Bestandteil dieses Protokolls. Mit Rücksicht auf die Bedeutung, die dem genannten Briefwechsel für die Durchführung dieses Protokolls und seiner Anlagen zukommt, besteht Einvernehmen darüber, daß das vorliegende Protokoll und der Briefwechsel über den Zahlungsverkehr

3) Die Ungarn haben immer wieder erklärt, daß sie keine Formel akzeptieren könnten, die „das Bestehen irgendwelcher Rechte der Bundesrepublik in Berlin anerkenne". Aus ihren mündlichen Erklärungen geht hervor, daß sie zwar bereit sind, einer DM-[10]Klausel im Zusammenhang mit dem Zahlungsverkehr zuzustimmen (dies wird als bedeutendes Entgegenkommen charakterisiert), nicht aber dazu, einer wirklichen Einbeziehung Berlins in die gesamten Abmachungen zuzustimmen. Nach den Worten von Herrn Szöke soll „die Auslegung der Klausel beiden Parteien überlassen bleiben".[11] Ein solcher versteckter Dissens, der den Ungarn jederzeit die Möglichkeit läßt zu erklären, die Einbeziehung Berlins sei niemals vereinbart worden, ist für uns keine annehmbare Grundlage für die Einbeziehung Berlins. Gerade weil der ungarische Standpunkt, daß Berlin kein Teil der Bundesrepublik sei, so häufig öffentlich erklärt worden ist, wird es notwendig sein,[12] unzweideutig sicherzustellen, daß die Abmachungen sich trotz des gegenteiligen generellen Standpunktes der ungarischen Regierung auf Berlin beziehen. Ich habe den Ungarn klar gemacht, daß hier unsere unterste Verhandlungsgrenze liegt.[13]

4) Die Frage der ausreichenden Einbeziehung Berlins in das Handelsvertretungsabkommen wird voraussichtlich noch größere Schwierigkeiten machen.[14]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1128

eine untrennbare Einheit bilden und daher in ihrem zeitlichen und räumlichen Geltungsbereich nicht voneinander abweichen." Dies erklärte der ungarische Gesandte Szöke als „kaum annehmbar". Er plädierte dafür, den zweiten Satz zu streichen mit der Begründung: „Die von uns gewünschte Verklammerung sei durch den ersten Satz hinreichend klargestellt." Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats Freiherr von Marschall vom 16. September 1963; VS-Bd. 8374 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

10 An dieser Stelle wurde von Legationsrat Tafel handschriftlich eingefügt: „Währungsgebiets-".

11 Für die Ausführungen des Gesandten Szöke während der deutsch-ungarischen Verhandlungen in Budapest am 13. September 1963 vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats Tafel vom 15. September 1963; VS-Bd. 8374 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

12 An dieser Stelle wurde von Legationsrat Tafel handschriftlich eingefügt: „durch eine entsprechende Formulierung".

13 Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Legationsrats Tafel vom 20. September 1963; VS-Bd. 8374 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.
Der Leiter der ungarischen Delegation, Beck, versicherte Botschafter Freiherr von Mirbach am 16. September 1963: „Die ungarische Seite werde für die Berlin-Klausel eine Formulierung vorschlagen, wonach sich der Geltungsbereich der in Rede stehenden Abkommen praktisch auf Berlin erstrecken würde. In einem Nachsatz werde man aber – wenn auch in verschleierter Form – ausdrücken müssen, daß die ungarische Regierung politische Rechte der Bundesregierung auf Berlin nicht anerkennen könne. Diese ‚ungarische Variante' werde jetzt ausgearbeitet und mir Anfang nächster Woche zur Diskussion übergeben werden." Vgl. den Drahtbericht von Mirbach vom 17. September 1963; VS-Bd. 8374 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

14 Nachdem bis Anfang Oktober keine Einigung über die Berlin-Klausel erzielt werden konnte, hielt Ministerialdirektor von Haeften am 9. Oktober 1963 fest, daß es mit Blick auf den bevorstehenden Abschluß der Verhandlungen mit Rumänien, das die gewünschte Einbeziehung von Berlin (West) weitestgehend akzeptierte, „nicht verantwortbar" sei, „den Ungarn mit weiteren, uns selbst kaum mehr befriedigenden Gegenvorschlägen nochmals entgegenzukommen. Dies gilt ganz besonders auch im Hinblick darauf, daß die rumänische Regierung auf Umwegen von einem neuerlichen Entgegenkommen der Bundesregierung in der Berlin-Frage erfahren und daraufhin ihre Haltung versteifen könnte." Vgl. VS-Bd. 8374 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.
Der Leiter der deutschen Verhandlungsdelegation, Freiherr von Mirbach, wurde am 12. Oktober 1963 von Staatssekretär Carstens angewiesen „klarzustellen, daß ohne eine grundsätzliche, in

Hiermit Herrn Botschafter Frhr. v. Mirbach mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

von Marschall[15]

VS-Bd. 8374 (III A 6)

340

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer

II-8-82-01-3/4441/63 geheim **16. September 1963**[1]

Betr.: Einbeziehung der SBZ in ein System von Bodenbeobachtungsposten[2]
Bezug: Besprechung bei dem Herrn Staatssekretär am 13. September 1963

I. Es ist davon auszugehen, daß eine förmliche Beteiligung der SBZ an einem Vertragswerk über die Errichtung eines Systems von Bodenbeobachtungsposten (BBP) nicht in Frage kommen kann.

Auch jede mittelbare Beteiligung der SBZ in der Form eines durch die Sowjetunion im Auftrage und im Namen ihrer Satellitenländer zu schließenden Vertrages mit den Westmächten ist abzulehnen. Selbst wenn die völkerrechtliche Anerkennung der SBZ durch den Vertragsabschluß ausgeschlossen werden könnte, würden doch die Durchführung und praktische Handhabung des Vertrages infolge der unvermeidlichen Kontakte zwischen den fremden Mächten der BBP mit den sowjetzonalen Behörden zur Anerkennung führen.

II. Wir könnten unseren Verbündeten gegenüber darauf hinweisen, daß wir in Deutschland als Restbestand der Besatzungszeit ein System von Militärmis-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1129

der Sache eindeutige und auch in der Form befriedigende Einigung über die Einbeziehung Berlins in die gesamten Vereinbarungen ein erfolgreicher Ausgang der Verhandlungen nicht zu erwarten ist", und im übrigen „diese Frage möglichst dilatorisch zu behandeln, bis über das Ergebnis unserer anderweitigen Bemühungen Klarheit besteht". Vgl. VS-Bd. 8374 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.
Im Abkommen mit Ungarn vom 10. November 1963 über den Waren- und Zahlungsverkehr und über die Errichtung von Handelsvertretungen wurde die Einbeziehung von Berlin (West) dadurch sichergestellt, daß ein vertraulicher Briefwechsel über den Zahlungsverkehr, in dem „die Währungsgebiete des Forint und der Deutschen Mark (DM-West)" als Geltungsbereich der Vereinbarung festgelegt wurden, mit dem Abkommen verklammert war. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 14 vom 22. Januar 1964, S. 1 f. Für den Wortlaut des Briefwechsels vgl. VS-Bd. 8374 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

15 Paraphe vom 16. September 1963.

1 Die Aufzeichnung wurde vom Leiter des Referats „Abrüstung und Sicherheit", Lahn, konzipiert.

2 Zum sowjetischen Vorschlag, ein System von Bodenbeobachtungsposten einzurichten, vgl. Dok. 226, Anm. 7.
Zu den Bedenken des Auswärtigen Amts hinsichtlich einer Einbeziehung der DDR vgl. Dok. 305, Anm. 12.

sionen[3] unterhalten, das sogar weitergehende Befugnisse besitzt, als sie den BBP allgemein zugedacht werden.[4]

1) Die drei westlichen Militärmissionen in Potsdam und die sowjetischen Missionen in Bünde/Westfalen (bei den Briten), in Frankfurt/Main (bei den Amerikanern) und in Baden-Baden (bei den Franzosen) besitzen volle Beweglichkeit und dürfen mit Ausnahme von gewissen Sperrgebieten das gesamte deutsche Staatsgebiet inspizieren.

2) Infolge ihrer besonderen aus der Besatzungszeit herrührenden Rechte sind diese Militärmissionen der deutschen Gerichtsbarkeit entzogen, besitzen weitgehende Privilegien und sind in der Lage, über ihre Beobachtungen nach ihren Heimatdienststellen ungehindert zu berichten.

3) Wir könnten unsere Verbündeten weiter darauf aufmerksam machen, daß wir in der Bundesrepublik bereits ein Beobachtungssystem unterhielten, das nach unserer Auffassung auch anderen Staaten empfohlen werden könnte.[5]

III. Gewisse Nachteile eines solchen Vorschlages sind jedoch nicht zu übersehen.

1) Wir könnten Gefahr laufen, daß bei der Errichtung eines Systems von BBP die Bundesrepublik Deutschland und die SBZ unter Hinweis auf dort noch teilweise geltendes Besatzungsrecht ausgeklammert würden. Für Deutschland würde so in einer wichtigen Frage des Ost-West-Verhältnisses ein Sonderstatus festgelegt.

2) Wenn wir an dem Vertrag über die Errichtung von BBP im Gegensatz zu unseren NATO-Verbündeten nicht beteiligt wären, so könnten wir möglicherweise auch von den Beobachtungsergebnissen ausgeschlossen werden.

3) Durch unser Abseitsstehen von einer solchen Vereinbarung förderten wir möglicherweise das sowjetisch-amerikanische Zwiegespräch über mitteleuropäische Fragen. Die Geschlossenheit der NATO könnte im übrigen aufgelokkert werden.

4) Ferner würde das für die Militärmissionen geltende Besatzungsstatut weiter gefestigt. Die Militärmissionen, an deren Beibehaltung die Alliierten und auch wir aus nachrichtendienstlichen Gründen bisher interessiert waren, erhielten fortan mit neuen Aufgaben eine permanente Daseinsberechtigung.[6]

[3] Zu den Militärmissionen der Vier Mächte vgl. Dok. 305, Anm. 8.

[4] Dieser Vorschlag war bereits Bestandteil einer Stellungnahme des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 3. September 1963. Staatssekretär Carstens vermerkte dazu handschriftlich: „Ich halte von diesen Vorschlägen nichts. Wir müssen weiter überlegen." Vgl. Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 268; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Vgl. dazu die Ausführungen des Bundesministers Schröder im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Rusk und dem britischen Außenminister Lord Home am 27. September 1963; Dok. 367.

[6] Zu diesen Bedenken vgl. auch Dok. 427.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[7] dem Herrn Bundesminister[8] vorgelegt.

Reinkemeyer

Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 268

341

Bundeskanzler Adenauer, z. Z. Cadenabbia, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-6854/63 geheim
Fernschreiben Nr. 6
Citissime

Aufgabe: 16. September 1963, 12.07 Uhr[1]
Ankunft: 16. September 1963, 12.18 Uhr

Bezug: Fernschreiben aus Washington Nr. 2614 vom 13. 9. 63 geheim[2]

Die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Israel[3] ist zur Zeit nicht möglich.[4]

gez. Adenauer

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205

[7] Der Persönliche Referent des Staatssekretärs Lahr, Schönfeld, entnahm am 16. September 1963 einen Durchdruck der Aufzeichnung für die Staatssekretäre Carstens und Lahr.

[8] Dazu handschriftlicher Vermerk des Persönlichen Referenten des Bundesministers Schröder, Müller, vom 30. September 1963: „Hat B[undes]M[inister] vorgelegen."

[1] Hat dem Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika", Schirmer, am 16. September 1963 vorgelegen, der handschriftlich für Legationsrat Schlagintweit vermerkte: „Kurzes Telegramm für St[aats]S[ekretär] unter Bezug auf Nr. 6 vom 16. 9."

[2] Vgl. Dok. 336.

[3] Vgl. dazu Dok. 307 und Dok. 310.

[4] Staatssekretär Carstens unterrichtete die Botschaft in Washington und Bundesminister Schröder, z. Z. Washington, am 20. September 1963 über den Inhalt des Drahterlasses des Bundeskanzlers Adenauer vom 16. September 1963 und fügte hinzu: „Das Auswärtige Amt hatte wiederholt alle Gerüchte über eine bevorstehende Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel dementiert und entsprechende Äußerungen von Bundestagsabgeordneten als deren persönliche Ansicht gekennzeichnet." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205; B 150, Aktenkopien 1963.

342

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Papst Paul VI. in Rom

47/63 geheim[1] **17. September 1963**[2]

Die Themen:
1) Europäische Integration und Kommunismus,
2) Situation in Italien,
3) deutsch-französische Freundschaft.

1) Der Kanzler drückt seine Besorgnis um die europäische Integration aus, die der Kommunismus zu verhindern sucht. Er bleibt auch heute die Gefahr der Stunde. Der Kanzler bittet, alles zu tun, damit der sowjetischen Diplomatie in Zukunft in Europa nicht weitere Erfolge zufallen, die den gesamten Westen schwächen.

Es wird zugesichert, daß sich in der Haltung gegen den atheistischen Marxismus nichts geändert hat. Von der anderen Seite her sind seit einiger Zeit Schritte zu registrieren, die nicht abgewiesen werden dürfen, weil sie die Möglichkeit in sich schließen, den Christen in den von Russen besetzten Ländern ihre Lage zu erleichtern. Frage: Was aber kann von hier aus zur Förderung der europäischen Integration geschehen?

Kanzler: Durch klare Stellungnahmen gegen den Kommunismus. Gewiß, der Kommunismus kann nicht mit materiellen Mitteln besiegt werden oder durch Einpumpung großer materieller Hilfen, wie einige Regierungen meinen, sondern allein auf geistigem Wege. Die immer wieder erneute Ablehnung des atheistischen Kommunismus durch den Hl. Stuhl ist dabei von größtem Wert.

Der Kanzler legte sodann die wirtschaftliche Lage Rußlands dar, die seit fünf Jahren sich verschlechtert.[3] Hinweise auf Getreideeinfuhr aus Kanada, ein Auftrag, wie sie die Wirtschaftsgeschichte Kanadas nicht kennt.[4] Diese Lage wurde dem Kanzler vor fünf Jahren in einer Reihe von Gesprächen unter vier

[1] Geschäftszeichen des Begleitschreibens.

[2] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Prälat Wüstenberg gefertigt.
Botschafter van Scherpenberg, Rom (Vatikan), leitete die Gesprächsaufzeichnung am 21. September 1963 dem Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, zu: „Da ich weiß, daß der Herr Bundeskanzler die Weiterleitung solcher Gesprächsnotizen stets sich selbst vorbehalten hat, habe ich davon Abstand genommen, den Text dem Auswärtigen Amt vorzulegen, möchte mich vielmehr darauf beschränken, Ihnen den Wortlaut der Wüstenbergschen Notizen zukommen zu lassen, damit der Herr Bundeskanzler entscheiden kann, ob er sie etwa Herrn Schröder oder Herrn Carstens noch zugänglich machen oder die beiden Herren anderweitig unterrichten will. Ich habe unter den gegebenen Umständen außer Ihnen niemand von der Existenz dieser Notizen oder ihrem Inhalt unterrichtet."
Hat Globke am 30. September 1963 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundeskanzler Adenauer verfügte. Vgl. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/62; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Zur Einschätzung der sowjetischen Wirtschaftslage durch Bundeskanzler Adenauer vgl. auch Dok. 355.

[4] Die UdSSR und Kanada unterzeichneten am 16. September 1963 ein Abkommen, das die Lieferung von 6,5 Millionen Tonnen Weizen in die UdSSR vorsah. Vgl. AdG 1963, S. 10797.

Augen von Chruschtschow selbst dargetan, der zugleich mit Besorgnis auf die chinesische Gefahr hinwies (660 Millionen Einwohner, 12 Millionen Zuwachs jährlich).[5] Seit dieser Stunde wartet der Kanzler darauf, daß Europa von Rußland her gebeten wird zu helfen. So solle man zuwarten, bis der Ruf an uns erginge, und keine Vorschußhilfen leisten, sei es geistig, sei es materiell. Noch aber strebe die Sowjetunion danach, Europa in ihre Machtsphäre zu ziehen, nicht zuletzt das geteilte Deutschland und das schwache Italien.

Erneute Frage: Was erwarten Sie praktisch von uns?

Abwarten, bis wir gerufen werden, und in Fragen der Ostgebiete keine leichtfertigen Zusicherungen vor Friedensvertrag.

Antwort: Was Oder-Neiße angeht, so kann Deutschland sicher sein, daß hier nichts geschieht und man auf der bisherigen Linie verbleibt. – Das genügt uns.

2) Große Sorge um das vom Osten umworbene Italien. Man bittet um Hilfe, daß keine Kurzschlüsse geschehen.

Es wird darauf hingewiesen, wie schwierig die Lage hier ist, und wie gering die Einflußmöglichkeit auf die italienische Politik tatsächlich ist. Aber worin soll die praktische Hilfe bestehen?

In der Treue zu Europa und damit zur NATO. – Hinweis auf treue und sichere verläßliche Männer wie Segni. Unzuverlässig ist Fanfani, der mit seiner falschen Politik Italien in die Arme des Kommunismus treibe. Nenni sei klarer: Er mache keinen Hehl daraus, daß er seine Anordnungen von Rußland aus erhielte. Gegen Fanfani jedoch sei äußerste Vorsicht am Platze.

Antwort: Aber vor einigen Jahren in Cadenabbia[6] haben Sie anders gesprochen und Fanfani sehr gelobt.

Ja, er hat sich geändert, er ist in einer unguten Richtung hin „gereift". Vor fünf Jahren habe Adenauer ihn gebeten, eine Konferenz aller europäischen Regierungschefs nach Rom einzuberufen, das habe Fanfani glatt abgelehnt.[7]

Warum?

Vielleicht wegen der Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen.

3) Die Grundlage eines geeinten Europa, so Adenauer, ist die Bereinigung der säkularen Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich. Das sollte Italien einsehen. Diese Feindschaft ist nun überwunden, das ist ein Faktum. Lange Ausführungen über die Beziehungen. Anlaufender Jugendaustausch[8], um von unten her die Annäherung zu fördern.

[5] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Ersten Sekretär der KPdSU am 10. September 1955 vgl. ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 527 f.

[6] Bundeskanzler Adenauer traf am 11. September 1958 in Cadenabbia mit dem Erzbischof von Mailand, Kardinal Montini, zusammen.

[7] Vgl. dazu das Schreiben des Staatspräsidenten de Gaulle vom 10. Juli 1962 an den italienischen Ministerpräsidenten; DE GAULLE, Lettres, notes et carnets. Janvier 1961 – décembre 1963, S. 246 f. Zur Ablehnung des Vorschlags durch Fanfani vgl. ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 196 f. Vgl. dazu auch die Antwortschreiben von Fanfani vom 25. Juli 1962 an Adenauer und de Gaulle; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 10.

[8] Zum Abkommen vom 5. Juli 1963 über die Errichtung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes vgl. Dok. 218.

Antwort: Das alles gut und von größtem Nutzen. Dennoch möge der Kanzler achten, die höhere europäische Gemeinschaft nicht durch eine übertrieben akzentuierte deutsch-französische Freundschaft zu belasten. Besonders für das gegenwärtig so schwache Italien sei das eine Belastungsprobe, die schlecht ausgehen könne, nämlich daß Italien sich nach andern Partnern umschaue.

Der Kanzler versprach Vorsicht, fragte, ob noch Zeit sei, den Anfang der deutsch-französischen Beziehungen zu schildern.

Zustimmung.

Dann ausführlicher Bericht über erstes Treffen mit de Gaulle in Schloß Colombey-les-deux-Églises[9] durch vorherige wiederholte Vermittlung des Herrn David Bruce (amerikanischer Europaminister, heute Botschafter in London). Völlige Übereinstimmung mit de Gaulle in allen wichtigen Grundsatzfragen. So wurde diese Begegnung zum Grundstein der deutsch-französischen Freundschaft.

Ziel:
1) Verhinderung weiterer diplomatischer Erfolge der sowjetischen Diplomatie,
2) Bitte um wiederholte Stellungnahme gegen atheistischen Marxismus,
3) keine Zugeständnisse ideologischer noch materieller Art an Rußland vor dessen Bitten, um dadurch im Interesse des Westens wirklich verhandeln zu können.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/62

[9] Zum Treffen mit Staatspräsident de Gaulle am 13. September 1958 vgl. ADENAUER, Erinnerungen III, S. 424–436. Vgl. dazu auch Abteilung 2 (200), Bd. 1.

343

Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Bundesminister Schröder

Z B 6-1-6889/63 geheim
Fernschreiben Nr. 2652
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 17. September 1963, 10.20 Uhr
Ankunft: 17. September 1963, 16.10 Uhr

Nur für Bundesminister[1]
Auf Nr. 1676 geheim vom 16. 9.[2]

Ich habe das Schreiben des Herrn Bundeskanzlers[3] Bundy übergeben, der sofortige Weiterleitung an den Präsidenten zusagte.

Bundy meinte, er wolle der Entscheidung des Präsidenten nicht vorgreifen, glaube aber, gewisse Schwierigkeiten für die Einbeziehung der Wiedervereinigungsfrage in diesem Zusammenhang vor den Vereinten Nationen zu sehen. Auf jeden Fall werde der Wunsch des Herrn Bundeskanzlers und natürlich auch der des Ministers, von dem ich ihn anhand des Schreibens an Dean Rusk[4] unterrichtete, sorgfältigste Prüfung finden. Der Präsident sei im Augenblick über die letzte Rundfunkäußerung des Herrn Bundeskanzlers etwas verstimmt, daß er – wie auch die britische Regierung – den Testbann-Vertrag aus innenpolitischen Gründen benötige.[5]

Ich habe Bundy darauf unsere Position hinsichtlich der Sondierungsgespräche mit den Sowjets[6] aufgrund des Pressefunks der letzten Tage nochmals um-

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Mit Drahterlaß vom 16. September 1963 bat der Leiter des Ministerbüros, Simon, die Botschaft in Washington um sofortige Übergabe des Schreibens des Bundeskanzlers Adenauer vom 16. September 1963 an Präsident Kennedy sowie des Schreibens des Bundesministers Schröder vom selben Tag an den amerikanischen Außenminister Rusk. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8475.

[3] Vgl. Dok. 337.

[4] Im Schreiben vom 16. September 1963 an den amerikanischen Außenminister Rusk bat Bundesminister Schröder um Unterstützung für den Wunsch, daß Präsident Kennedy vor der UNO-Generalversammlung „ein Wort über die Deutschlandfrage" sagen möge. Eine solche Äußerung würde in der Bundesrepublik „mit großer Freude und Genugtuung" aufgenommen „angesichts der von den Sowjets immer wiederholten These, daß man sich mit der Realität zweier deutscher Staaten abfinden müsse". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 431; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Bundeskanzler Adenauer äußerte sich Mitte September 1963 im Zweiten Deutschen Fernsehen zum Abschluß des Teststopp-Abkommens durch die USA und Großbritannien: „Also, ich will nicht Versteck mit Ihnen spielen. Sehen Sie mal, am 8. [sic] November 1964 ist die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten, und in Großbritannien wird spätestens im Herbst – im Herbst 1964 – die Parlamentswahl sein; und dabei handelt es sich darum, ob die Konservative Partei ihre Mehrheit behält. Und es ist ja ganz klar, daß diese Fakten in der ganzen Politik mitspielen, jeder geht gern in den Wahlkampf, wenn er etwas vorzuzeigen hat." Vgl. BULLETIN 1963, S. 1425.
Auf diese Äußerung wurde am 20. bzw. 23. September 1963 in einem Briefwechsel zwischen Präsident Kennedy und Adenauer Bezug genommen. Vgl. dazu Dok. 357, Anm. 12 und Anm. 13.

[6] Das amerikanische Außenministerium gab am 26. August 1963 bekannt, daß sich Präsident Kennedy zu einem Treffen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko im September 1963 bereit erklärt habe, um Möglichkeiten zur Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zu erörtern. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10760.

rissen und ihm klar gemacht, daß der Wunsch des Bundeskanzlers und des Ministers als Ergebnis der Besprechungen in Cadenabbia vom Sonnabend[7] zu sehen sei. Wir hätten für den amerikanischen Wunsch, alle Möglichkeiten einer Entspannung zwischen Ost und West zu erschöpfen, durchaus Verständnis, hofften jedoch unsererseits auf Verständnis auf amerikanischer Seite dafür, daß wir darauf dringen müßten, daß diese Entspannung nicht zu einer Verhärtung des Status quo in Deutschland führen dürfe. Bei allen weiteren möglichen Entspannungsschritten müßten wir außerdem größten Wert auf volle und eingehende vorherige Konsultation mit den Verbündeten – sowohl im Rahmen der NATO wie auch insbesondere bilateral mit uns bei allen Punkten, die die deutsche Frage oder das Verhältnis zur Zone oder europäische Sicherheitsaspekte berührten – legen; insbesondere schiene es mir psychologisch wichtig, daß nicht der Eindruck entstünde, wir würden – unmittelbar nach unserem Beitritt zum Testbann-Vertrag[8], dessen innen- wie außenpolitische Problematik ihm, Bundy, ja zur Genüge bekannt sei – unter Druck gesetzt, nun bereits anderen Entspannungsmaßnahmen zuzustimmen.

Bundy betonte, daß dies der amerikanischen Regierung und auch dem Präsidenten persönlich fern liege; Kennedy sei sich der internen Schwierigkeiten wie auch der Notwendigkeit, unsere außenpolitische Position – insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Aufwertung der Zone – zu wahren, durchaus bewußt. Dieses Kapitel sei ja nun mit unserer Unterschrift zum Testbann-Vertrag „zur gegenseitigen Zufriedenheit" abgeschlossen. Der Präsident halte den Testbann-Vertrag für eine an sich gute und notwendige Sache, den er auch abgeschlossen hätte, wenn er ihn innenpolitisch Stimmen gekostet hätte, statt ihm welche einzubringen. Er lege größten Wert darauf, die Allianz nicht zu schwächen, sondern zu stärken. Deswegen wünsche er eine ausführliche und gründliche Diskussion der zwischen Ost und West anstehenden Fragen im Rahmen der NATO. Insbesondere gelte dies für jede Form eines etwaigen Nichtangriffs-Arrangements[9] wie auch für die Frage der Kontroll-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1136

Zwischen dem 17. September und 5. Oktober 1963 kam es am Rande der UNO-Generalversammlung in New York zu Gesprächen zwischen dem amerikanischen Außenminister Rusk, dem britischen Außenminister Lord Home und Gromyko, der am 10. Oktober 1963 auch mit Kennedy zusammentraf. Vgl. dazu Dok. 367, Anm. 7, Anm. 30 und Anm. 32, sowie Dok. 395, Anm. 4 und Anm. 5. Vgl. ferner Dok. 411, Anm. 21, und Dok. 459, Anm. 34.

Am 13. September 1963 berichtete Gesandter von Lilienfeld, Washington, daß die Erwartungen hinsichtlich der Gespräche jedoch „nicht allzu hochgespannt" seien. Vgl. Abteilung II (II 5/II 6), VS-Bd. 205; B 150, Aktenkopien 1963.

Zur Haltung der Bundesrepublik zu Ost-West-Gesprächen vgl. auch Dok. 299 und Dok. 304.

[7] Bundeskanzler Adenauer traf sich am 14. September 1963 in Cadenabbia mit den Bundesministern Erhard, Krone und Schröder sowie dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden von Brentano. Hauptgegenstand der Unterredung war die Möglichkeit eines Handelsboykotts gegenüber der UdSSR. Vgl. dazu OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 254; KRONE, Aufzeichnungen, S. 181.

Vgl. dazu auch den Artikel: Adenauer hält Rat mit Erhard, Schröder und Brentano. Richtlinien für die Verhandlungen des Außenministers in Paris, Washington und New York/Entspannung und deutsche Frage; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 213 vom 14. September 1963, S. 1.

[8] Zum Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen am 19. August 1963 vgl. Dok. 308, Anm. 3.

[9] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 215. Zur Position der Bundesrepublik bei den Beratungen im Ständigen NATO-Rat über diesen Vorschlag vgl. Dok. 317.

posten[10]. In diesen beiden Punkten wie auch in allen anderen Fragen sei er für Vorschläge von seiten der Verbündeten – insbesondere auch von uns – nur dankbar. Ehe nicht konkrete Ergebnisse dieser Konsultation vorlägen[11], sei an eine fruchtbare Fortsetzung der Gespräche mit den Sowjets nichts zu denken. Dies gelte auch für die bevorstehenden Gespräche mit Gromyko – falls dieser nicht selbst irgendwelche neuen Gedanken mitbrächte, was ihm (Bundy) sowohl nach der Berichterstattung von Botschafter Kohler wie auch nach den bisherigen Gepflogenheiten Chruschtschows wenig wahrscheinlich erschiene. In dem Gespräch mit dem Bundesminister wolle der Präsident die gegenseitigen Ansichten überprüfen und lege insbesondere Wert darauf, die deutsche Position kennenzulernen, wie auch uns noch einmal die amerikanischen Ansichten und Eindrücke zu entwickeln[12]; er legte größten Wert darauf, den deutschen Standpunkt zu berücksichtigen und uns nicht zu drängen; er sei sich darüber klar, daß man im gegenwärtigen Übergangsstadium[13] in Bonn keine tiefgreifenden Entscheidungen fällen könne.

Bundy fragte mich, ob wir weiterhin auf der Präsentation des modifizierten Friedensplanes[14] bestünden. Ich sagte ihm, daß wir in dieser Frage noch keine Weisung erhalten hätten, ich jedoch glaubte, daß dies einer der Punkte sei, die der Minister persönlich in Washington besprechen wolle. Aus verschiedenen Nachrichten hätte ich auch den Eindruck, daß das Schreiben von Dean Rusk an den Minister[15] wie auch die uns von Botschafter Thompson in diesem Zusammenhang gegebenen Hinweise[16] ihren Eindruck nicht verfehlt hätten.

Zum Schluß kam Bundy nochmals auf den Brief des Bundeskanzlers zu sprechen und meinte, daß eine entsprechende Erklärung – falls nicht in der Rede vor den Vereinten Nationen – vielleicht in einer Presseäußerung vor der Abreise des Präsidenten nach New York erfolgen könnte.[17]

Ich schlug vor, vielleicht doch in der Stellungnahme des Präsidenten zum Testbann-Vertrag, die sicherlich eine wesentliche Rolle in der New Yorker Rede spielen werde, im Zusammenhang mit dem Punkt 6 seines Briefes an die Senatoren Mansfield und Dirksen[18] auch seine grundsätzliche Unterstützung

[10] Zum sowjetischen Vorschlag über die Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 226, Anm. 7. Zur Diskussion im Auswärtigen Amt vgl. Dok. 340.

[11] Zur Konsultation im Ständigen NATO-Rat über diese Vorschläge vgl. Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 268.
Vgl. weiter Dok. 427.

[12] Zum Gespräch vom 24. September 1963 vgl. Dok. 361.

[13] Bundesminister Erhard wurde am 23. April 1963 von der CDU/CSU-Fraktion zum Nachfolger von Bundeskanzler Adenauer nominiert, der am 15. Oktober 1963 zurücktrat.

[14] Für den Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung der Deutschland-Frage vgl. Dok. 296.

[15] Zum Schreiben vom 28. August 1963 vgl. Dok. 322, Anm. 3.

[16] Vgl. dazu Dok. 319.

[17] Präsident Kennedy gab die erbetene Erklärung zur Deutschland-Frage am 20. September 1963 vor der UNO-Generalversammlung ab. Vgl. Dok. 348, Anm. 19.

[18] Präsident Kennedy stellte am 11. September 1963 in einem Schreiben an die Senatoren Mansfield und Dirksen fest: „The treaty in no way changes the status of the authorities in East Germany. As the Secretary of State has made clear, ‚We do not recognize, and we do not intend to recognize, the Soviet occupation zone of East Germany as a state or as an entity possessing national sovereignty, or to recognize the local authorities as a government. Those authorities cannot alter

des Wiedervereinigungsgedankens und der Forderung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen zu wiederholen.

Bundy meinte, dies sei vielleicht eine Möglichkeit, dem Wunsch des Herrn Bundeskanzlers Rechnung zu tragen.

[gez.] Lilienfeld

Ministerbüro, VS-Bd. 8475

344

Runderlaß des Staatssekretärs Lahr

II-82.20/94.07-634/63 geheim **18. September 1963**[1]
Drahterlaß Plurex Nr. 3053
Cito

1) Besuch des Bundesministers in Paris am 17. September war vor allem Fragen des Ost-West-Verhältnisses gewidmet und ist insofern als ein Glied der Kette seiner Besuche vom 14. bis 15. August in London[2] und vom 19. bis etwa 27. September in Washington und New York[3] zu sehen. Im übrigen waren Themen seiner Gespräche mit dem französischen Außenminister Couve de Murville auch bilaterale deutsch-französische Probleme und vor allem EWG-Fragen.[4] Treffen zwischen Bundesminister und Couve stellte eine der nach dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrage[5] vorgesehenen regelmäßigen Zusammenkünfte der Außenminister dar.

2) Bundesminister berichtete zunächst über unsere Haltung zum Teststopp-Abkommen[6] und Erfolg deutscher Bemühungen, eine im Gefolge dieses Abkommens befürchtete Aufwertung der SBZ zu verhindern.[7]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1138

these facts by the act of subscribing to the test ban treaty.'" Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 670.

1 Durchdruck für die Politische Abteilung I.
Hat Ministerialdirektor Jansen vorgelegen.
Am 27. September 1963 übermittelte Gesandter Knoke, Paris, eine im französischen Außenministerium gefertigte Gesprächsaufzeichnung. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138.

2 Zu den Gesprächen mit Premierminister Macmillan und dem britischen Außenminister Lord Home vgl. Dok. 299–301.

3 Zu den Gesprächen des Bundesministers Schröder vgl. Dok. 348, Dok. 349, Dok. 353, Dok. 358, Dok. 361, Dok. 362, Dok. 366 und Dok. 367.

4 Vgl. dazu Dok. 345.

5 Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

6 Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2. Zur Haltung der Bundesrepublik vgl. vor allem Dok. 234.

7 Vgl. dazu auch Dok. 304.

Couve wies in seiner Erwiderung darauf hin, daß dieses Abkommen für drei Kategorien von Mächten gedacht sei: 1) für die Staaten, die genügend Versuche durchgeführt hätten, 2) für Staaten, die ohnehin nicht beabsichtigten, solche Versuche durchzuführen, und 3) für Staaten, die wie die Bundesrepublik Deutschland praktisch schon vorher auf die Durchführung von Versuchen verzichtet hätten[8].

Die Lage Frankreichs sei eine andere, da es zur Schaffung eines nuklearen Potentials noch Versuche durchführen müsse. Das Abkommen stelle keine Maßnahme der Abrüstung dar. In Wirklichkeit handele es sich um einen politischen Vertrag, der in sich selbst keinen Inhalt, sondern nur den Wert eines Symbols der Entspannung habe. Für die Sowjetunion bedeute er, daß er die weitere Behandlung von Entspannungsmaßnahmen möglich mache. Für die USA und Großbritannien habe er vor allem innenpolitische Vorteile.

Frankreich sei durchaus für Entspannung. Ihr müsse aber die Achtung vor den bestehenden Verträgen zugrunde liegen. Diese Achtung vor dem Status quo hinwiederum solle zu einer Verbesserung der Ost-West-Beziehungen führen, wodurch Gespräche möglich würden, an deren Ende nicht nur eine verbale, sondern eine konkrete Entspannung stünde. Die sowjetischen Entspannungsmaßnahmen dagegen hätten eine Änderung des Status quo zum Nachteil des Westens zum Ziele oder zur Folge. Der gegenwärtigen faktischen Lage solle ein Rechtsstatus gegeben werden, den sie bisher nicht gehabt habe.

Dies sei der Grund, weshalb die französische Regierung die Vorschläge eines Nichtangriffsarrangements und der Bodenbeobachtungsposten mit äußerster Zurückhaltung ansähe.[9] Sie könne nur Nachteile in ihnen erkennen.

Bundesminister wies in seiner Antwort darauf hin, daß wir mit dem Status quo höchst unzufrieden seien, weil er den Fortbestand der Teilung unseres Landes bedeute. Es müsse die deutsche Politik sein, den Status quo zu unseren Gunsten zu verändern, jedenfalls nicht zuzulassen, daß er sich verfestige oder verschlechtere. Für uns sei bei allen Vorschlägen der Prüfstein, ob sich für den Westen möglicherweise ein Nutzen ergeben könne und ob sie insbesondere Vorteile für die deutsche Lage mit sich bringen könnten. Zum Beispiel bedeute jede Verbesserung der Stellung Berlins auch einen Pluspunkt für die Wiedervereinigung, denn Berlin sei Symbol und Hebel für die Wiedervereinigung. Jede Verschlechterung der Berliner Position müsse auch die Aussichten der Wiedervereinigung verschlechtern.

Konkret bedeute dies, daß ein Nichtangriffsarrangement ohne gewisse Fortschritte in der Deutschland- und Berlin-Frage für uns inakzeptabel sei.[10] Bei den Bodenbeobachtungsposten seien sowohl ihr möglicher militärischer als auch ihr politischer Wert oder Schaden zu prüfen.[11]

[8] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

[9] Vgl. dazu die Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle auf der Pressekonferenz vom 29. Juli 1963; DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 112–130. Für einen Auszug vgl. Dok. 274, Anm. 24.

[10] Vgl. dazu Dok. 285.

[11] Vgl. dazu Dok. 340.

Die entscheidende Frage für uns sei, so schloß Bundesminister diesen Teil des Gesprächs ab, welches die aussichtsreichste Politik sei, um den Status quo zu verändern. Die deutsche Politik könne nicht im Immobilismus verharren, sondern müsse sich an einer Bewegung im Ost-West-Verhältnis dann beteiligen, wenn sie glaube, daß ihre Freunde mit ihr gemeinsame Ziele verfolgten. Dies sei der Fall. Es gebe ja auch die gemeinsame westliche Verpflichtung auf eine Politik der Wiedervereinigung im Deutschlandvertrag.[12]

3) Bundesminister sprach ferner Frage einer deutschen Initiative in der Deutschlandfrage[13] an. Couve erwiderte, sie hätten für die vom Bundesminister in diesem Zusammenhang dargelegten Gesichtspunkte volles Verständnis und stünden zum Beispiel dem Gedanken, daß aus Anlaß der bevorstehenden Regierungsbildung eine deutsche Erklärung zur Wiedervereinigung abgegeben würde[14], positiv gegenüber.

4) Zur Frage der Viermächtekonsultation erklärte Couve dezidiert, er werde sich an den bevorstehenden Gesprächen von Rusk, Lord Home und dem Bundesminister in New York[15] nicht beteiligen, einmal, um die Gegensätze in den Auffassungen nicht zu sehr hervortreten zu lassen, zum anderen, weil Frankreich nicht bereit sei, an den Ost-West-Gesprächen mit den Sowjets[16] teilzunehmen oder seine Zustimmung dazu zu geben und sich andererseits bei diesen Gesprächen nicht in den Kulissen aufhalten wolle. Hingegen sei Frankreich durchaus willens, auch weiter an der Viermächtekonsultation in der Botschaftergruppe in Washington[17] teilzunehmen.

5) Bundesminister unterrichtete Couve über Stand der Gespräche über die multilaterale Nuklearstreitmacht[18] und betonte deutsches Interesse an diesem Projekt. Couve wies auf bekannte französische Einstellung zur MLF und insbesondere darauf hin, daß Frankreich alle Mittel für Aufbau einer eigenen nuklearen Macht einsetze.[19]

6) Erörterung bilateraler militärischer Fragen ließ sehr lebhaftes Interesse französischer Regierung an der im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag vorgesehenen militärischen Zusammenarbeit hervortreten.

7) Gespräche wurden in dem freundschaftlichen Geiste geführt, der deutsch-französisches Verhältnis kennzeichnet, zeigten jedoch erneut, daß Auffassungen der beiden Mächte in wichtigen Fragen differieren.

12 Vgl. dazu Dok. 245, Anm. 8.

13 Für den Vorschlag des Auswärtigen Amts vom 13. August 1963 zur Lösung des Deutschland-Problems vgl. Dok. 296.

14 Vgl. dazu die Erklärung des Bundeskanzlers Erhard am 18. Oktober 1963 vor dem Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 4195 f.

15 Zum Gespräch vom 27. September 1963 vgl. Dok. 367.

16 Zu den geplanten Ost-West-Gesprächen vgl. Dok. 343, Anm. 6.

17 Zur Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 101, Anm. 4.

18 Vgl. dazu Dok. 414.

19 Vgl. dazu weiter Dok. 357.

8) Couve hat Einladung Bundesministers angenommen, zu nächster Zusammenkunft gegen Ende des Jahres nach Bonn zu kommen.[20]

Nur für Diplogerma Paris, Rom, Brüssel, Den Haag, Luxemburg, London:

9) Zu Fragen der Europäischen Gemeinschaften ergeht besonderer Erlaß.[21]

[gez.] Lahr

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138

345

Runderlaß des Staatssekretärs Lahr

St.S. 894/63 **Aufgabe: 18. September 1963, 20.00 Uhr**
Plurex Nr. 3052

Betr.: Besprechungen des Bundesministers mit Minister Couve de Murville vom 17. 9. 1963[1]
hier: Fragen der europäischen Gemeinschaften

1) Minister Couve de Murville schnitt zunächst die Frage „Agrarpolitik in der EWG" an und unterstrich das französische Interesse, daß bis zum Jahresende die Grundsätze der gemeinsamen Agrarpolitik festgelegt würden. Der Bundesaußenminister erwiderte, daß die Bundesregierung bereit sei, zur Erreichung der gesteckten Ziele beizutragen, wies jedoch hierbei darauf hin, daß

a) das am 9. Mai beschlossene Arbeitsprogramm der EWG die Fertigstellung bestimmter Verordnungen bis zum Jahresende vorsehe[2], nicht hingegen die Festlegung der Grundprinzipien der Agrarpolitik oder etwa der Agrarpolitik überhaupt. Hierfür sehe der Vertrag einen Zeitraum bis zum 31. Dezember 1969 vor[3], der sicherlich auch benötigt werde;

b) das Arbeitsprogramm vom 9. Mai als weiteres, gleich wichtiges Ziel die Einigung über die in der Kennedy-Runde auftauchenden Fragen vorsehe.[4] Hieran sei der Bundesregierung besonders gelegen. Zwischen beiden Fragen

[20] Der französische Außenminister kam im Jahr 1963 nicht mehr nach Bonn.
Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit Couve de Murville am 21. November 1963 in Paris vgl. Dok. 424.

[21] Vgl. Dok. 345.

[1] Vgl. dazu auch Dok. 344.

[2] Das Arbeitsprogramm sah vor, bis zum 31. Dezember 1963 die Verordnungen über die gemeinsame Marktorganisation für Milcherzeugnisse, Rindfleisch und Reis zu erlassen. Für die gemeinsame Marktorganisation für Zucker sollte die Kommission dem EWG-Ministerrat bis Ende Juli 1963 Vorschläge unterbreiten. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 7/1963, S. 20 f.
Zum Arbeitsprogramm vom 9. Mai 1963 vgl. auch Dok. 161, Anm. 3.

[3] Vgl. dazu Dok. 334, Anm. 8.

[4] Zu den vom EWG-Ministerrat am 9. Mai 1963 vereinbarten Grundsätzen für die Kennedy-Runde vgl. AdG 1963, S. 10565.

bestehe eine Interdependenz, das heißt die Verhandlung über Landwirtschaftsfragen in der Kennedy-Runde setzte eine entsprechende Einigung innerhalb der Gemeinschaft voraus, jedoch bleibe zunächst abzuwarten, welche landwirtschaftlichen Erzeugnisse unsere Verhandlungspartner in die Kennedy-Runde einzubeziehen wünschten und welche Fragen hierbei relevant sein würden. Auf eine Bemerkung von Herrn Couve de Murville, daß sich die Einfuhrmöglichkeiten der Gemeinschaft auf landwirtschaftlichem Gebiet allein und sehr einfach nach der Preispolitik der Gemeinschaft richten würden, wurde von deutscher Seite darauf hingewiesen, daß dies jedenfalls für die Übergangszeit nicht gelte, da während dieser Zeit noch keine gemeinsamen[5] Preise gegeben seien. Gleichwohl müsse sich die Gemeinschaft auch jetzt mit Außenhandelsproblemen auseinandersetzen, wie der sogenannte Hähnchen-Krieg[6] zeige. Hierzu sei erforderlich in prozeduraler Hinsicht, daß die für die Einfuhr maßgeblichen Faktoren der Agrarpolitik negoziabel seien, und in materieller Hinsicht, daß Mittel und Wege gefunden werden müßten, den Erzeugnissen dritter Länder einen angemessenen Platz auf den Märkten der Gemeinschaft zu gewähren. Da[7] auch im Jahre 1964 noch keine gemeinsamen einheitlichen Preise vorhanden sein würden, gelte dasselbe für die Kennedy-Runde. Dies wurde von französischer Seite nicht bestritten.

2) Zur Fusionsfrage[8] erklärte Minister Couve de Murville, daß sich Frankreich dazu durchgerungen habe, der Fusion der Hohen Behörde, der Europäischen Kommission und der Atom-Kommission zuzustimmen, dies aber nur unter der Voraussetzung, daß der Fusionsprozeß bis zur Fusion der Gemeinschaften fortgesetzt werde[9] und hierüber nicht zu viel Zeit vergehe. Der Bundesaußenminister stimmte dem zu. Bezüglich der Besetzung der freigewordenen Stellen in den Präsidien der genannten Behörden vertrat Minister Couve de Murville die Auffassung, man solle von jeder Neubesetzung oder Bestätigung absehen, das heißt die vakanten Stellen offen lassen und die Inhaber der übrigen Stellen[10] über die zum Jahresende ablaufende Amtsperiode hinaus de facto im Amt belassen, ohne sie neu zu wählen, um damit die mit der Fusion der drei Behörden verbundene Neuordnung in personeller Hinsicht zu erleichtern. Von deutscher Seite wurde hierzu nicht Stellung genommen. Außerhalb der Sitzung teilte Minister Couve de Murville vertraulich mit, daß Präsident Chatenet nicht die Absicht habe, erneut zu kandidieren, wohl aber bis zur Fusion der Behörden seine Tätigkeit fortsetzen werde.

Lahr[11]

Büro Staatssekretär, Bd. 383

5 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „landwirtschaftlichen".

6 Zum „Hähnchen-Krieg" vgl. Dok. 172, Anm. 27; weiter Dok. 346.

7 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Wenn".

8 Vgl. dazu Dok. 44, Anm. 12; weiter Dok. 395, Anm. 31.

9 Der Passus „daß der Fusionsprozeß ... fortgesetzt werde" ging auf Streichungen und handschriftliche Ergänzungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Vorher lautete er: „daß am Ende des Fusionsprozesses die Fusion der Gemeinschaften selbst stehe".

10 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr gestrichen: „zwar".

11 Paraphe vom 18. September 1963.

346

Staatssekretär Lahr an Bundesminister Schröder, z. Z. Washington

St.S. 901/63 **Aufgabe: 19. September 1963, 19.30 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1702
Citissime

Betr.: Hähnchen-Krieg

Ich würde es für nützlich halten, wenn der Herr Bundesaußenminister in seinem Gespräch mit Rusk[1] auch den sogenannten Hähnchen-Krieg[2] erwähnen würde, und schlage hierfür etwa folgenden Gedankengang vor:

1) Bundesregierung hat sich trotz schwerer Bedenken, die seitens der deutschen Landwirtschaft geltend gemacht wurden, dazu entschlossen, den Vorschlag der Europäischen Kommission, der eine Senkung der gegenwärtigen Einfuhrbelastung um 11 Pfennig vorsieht, zu unterstützen.[3] Soweit wir unterrichtet sind[4], sind auch die fünf anderen Mitgliedsländer hierzu bereit, wobei allerdings über gewisse französische Vorbehalte im Kreis der Gemeinschaft noch zu sprechen sein wird. Gleichwohl besteht die Aussicht, daß der Ministerrat der EWG am 24. September der Kommission das Mandat erteilen wird, vorschlagsgemäß mit den USA die Verhandlung wieder aufzunehmen.[5]

2) Nach gewissen offiziellen Ankündigungen von amerikanischer Seite sind wir besorgt, daß sich die US-Regierung auf den Standpunkt stellen könnte, ein solches Angebot sei uninteressant, und daraufhin die angedrohten Retor-

[1] Vgl. dazu Dok. 349.

[2] Zum „Hähnchen-Krieg" vgl. Dok. 172, Anm. 27.

[3] Dazu hielt Staatssekretär Lahr am 4. September 1963 fest, daß der Vorschlag der EWG-Kommission, für einen Zeitraum bis zum 1. Februar 1964 die Abschöpfungsbeträge um 0,05 DM und den Einschleusungspreis für Eier und Geflügel um 0,06 DM zu senken, vermutlich nicht zur Lösung des Problems führen werde. Eher sei zu erwarten, daß die Amerikaner „weiterhin nicht zum Zuge kommen, während sich gleichzeitig das Preisniveau innerhalb der Gemeinschaft zu Lasten des deutschen Erzeugers senkt". Die Bundesregierung habe den Vorschlag dennoch gebilligt, „um damit einen Vorschlag der Gemeinschaft zu ermöglichen, der aus der Sackgasse, in der sich gegenwärtig das Gespräch zwischen Gemeinschaft und USA befindet, herausführt. Es bleibt nunmehr abzuwarten, ob der gewünschte Erfolg eintritt. Wir haben unsere Zweifel, weil – so wie die Geflügelverordnung gegenwärtig aufgezogen ist – die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen ist, daß die Drittländer weiterhin gegenüber den Gemeinschaftsländern vor einem unüberbrückbaren Handikap stehen werden. Da es aber wohl der Wille aller Beteiligten ist, der unnatürlich stark abgesunkenen Einfuhr aus Drittländern eine echte bessere Chance zu geben, empfiehlt es sich, die jetzige Maßnahme als einen Versuch zu betrachten, der zeitlich begrenzt ist. Im Lichte der hierbei gewonnenen Erfahrungen wird zu prüfen sein, ob etwas und gegebenenfalls was zur Verbesserung der bestehenden Verordnung geschehen muß." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 405.

[4] Der Passus „wir ... sind" wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „die Bundesregierung unterrichtet ist".

[5] Zum Beschluß des EWG-Ministerrats vom 23. September 1963, die Kommission mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen zu beauftragen, vgl. BULLETIN DER EWG 9–10/1963, S. 39.

sionsmaßnahmen verhängen würde.[6] Dies wäre in unseren Augen ein verhängnisvoller Fehler. Nach Verhängung dieser Maßnahmen wird sich in der Gemeinschaft zweifellos keine Einstimmigkeit darüber herbeiführen lassen, auf der Grundlage eines verbesserten Angebots mit den USA zu verhandeln. Darüber hinaus hat das zuständige Kommissionsmitglied[7] schon jetzt angekündigt, daß die Kommission dem Ministerrat ihrerseits Vergeltungsmaßnahmen vorschlagen werde, wenn die amerikanischen Retorsionsmaßnahmen den angekündigten Umfang von 46 Millionen $ erreichen würden. Die Bundesregierung würde nicht in der Lage sein, hierbei die USA vor ihren Gemeinschaftspartnern in Schutz zu nehmen, denn abgesehen davon, daß solche Retorsionsmaßnahmen voraussichtlich erhebliche deutsche Interessen treffen würden, ständen Maßnahmen dieses Umfangs mit den GATT-Regeln[8] nicht in Einklang. Die Folge würde also einmal sein, daß die amerikanische Hähnchen-Ausfuhr wohl noch weiter absinken würde, und sich im übrigen ein Handelskrieg entwickeln würde, der die Aussichten für die Kennedy-Runde[9] verschlechtern würde. Innerhalb der Gemeinschaft würde es für die liberal eingestellten Partner immer schwerer werden, sich durchzusetzen.

3) Nach deutscher Auffassung würden die USA gut daran tun, ein solches Angebot anzunehmen, eventuell mit dem Vorbehalt, daß die praktischen Auswirkungen abgewartet und im Falle negativer Erfahrungen das Gespräch wieder aufgenommen werden müßte. Das Angebot ist besser als es vielleicht aussieht. Es nähert sich nämlich – worüber der Botschaft genaue Angaben mitgeteilt worden sind – merklich der deutschen Einfuhrbelastung aus der Zeit vor Einführung der gemeinsamen Agrarpolitik, in der die USA glänzende Geschäfte gemacht haben. Es ist deshalb schwer einzusehen, weshalb eine ähnliche Belastung unakzeptabel sein sollte.

4) Der von USA lancierte Gedanke, der Ministerrat der EWG möge am 24. September ein Mandat erteilen, das zwar von 11 Pfennig ausgehe, aber eine Verhandlungsmarge gebe, ist in einer Organisation wie der EWG nicht praktikabel, da das Limit sofort bekannt werden und das eigentliche Angebot völlig entwerten würde. Wohl aber bestehen gewisse Aussichten, wenn sich das Angebot von 11 Pfennig in der Praxis als ungenügend erweist, zu einer besseren Regelung zu kommen. Es ist nicht die Ansicht der Bundesregierung, daß die USA mit formalen Zugeständnissen abgespeist werden sollen, sondern daß ihnen aus einer Lage geholfen werden sollte, die als unbefriedigend anzu-

[6] Am 31. Juli 1963 hielt Staatssekretär Lahr fest, in Brüssel laufe das „Gerücht, daß die Amerikaner Prohibitivzölle auf PKWs mit luftgekühltem Motor – Volkswagen – legen wollten". Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 405.
Am 6. August 1963 kündigte der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten, Herter, an, daß die USA gewisse der EWG eingeräumte Zollzugeständnisse mit einem Gesamteinfuhrwert von 46 Mio. Dollar zurückziehen werden. Vgl. BULLETIN DER EWG 9–10/1963, S. 37.

[7] Jean Rey.

[8] Vgl. dazu besonders Artikel 14 (Exceptions on the Rule of Non-discrimination), Artikel 23 (Nullification or Impairment) und Artikel 27 (Withholding or Withdrawal of Concessions) des GATT-Vertrags vom 30. Oktober 1947; GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE, Bd. 1: Final Act Adopted at the Conclusion of the Second Session of the Preparatory Committee of the United Nations Conference on Trade and Employment, New York 1947, S. 33 f., S. 54 f. und S. 60 f.

[9] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

erkennen ist.[10] Nach den letzten Besprechungen in Brüssel zu schließen, steht die Bundesregierung mit dieser Auffassung nicht allein.

5) Die Interessenlage innerhalb der Gemeinschaft bringt es mit sich, daß die Bundesregierung an einer Beilegung des Hähnchen-Kriegs am meisten interessiert ist. Die US-Regierung mag daher diese Anregungen[11] als einen auf gemeinsamen Interessen beruhenden guten Rat betrachten.[12]

Lahr[13]

Büro Staatssekretär, Bd. 405

347

Aufzeichnung der Politischen Abteilung I

I B 3-82.00-90.03/1984/63 VS-vertraulich **19. September 1963**[1]

Betr.: Ghanaische Beziehungen;
hier: Privatschreiben von Frau Hanna Reitsch an Herrn Ministerialdirektor Dr. Sattler und Herrn Vortragenden Legationsrat I. Klasse Steltzer

In dem beigefügten Privatschreiben von Frau Reitsch[2] wird als wesentlicher Grund für die Eröffnung der ghanaischen Handelsvertretung in Berlin[3] die

[10] Der Wortlaut des Passus „abgespeist werden sollen ... anzuerkennen ist" ging auf Streichungen und handschriftliche Veränderungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Vorher lautete er: „abzuspeisen, sondern sie wolle ihr aus einer Lage helfen, die sie als unbefriedigend anerkenne".

[11] Der Passus „mag daher diese Anregungen" wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „möge daher diese Anerkennung".

[12] Vgl. weiter Dok. 349, besonders Anm. 55.

[13] Paraphe vom 19. September 1963.

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Leiter des Referats „Afrika südlich der Sahara", Steltzer, und Legationsrat I. Klasse Loewe konzipiert.
Hat Ministerialdirektor Jansen am 20. September 1963 vorgelegen, der handschriftlich für Steltzer vermerkte: „Bitte R[ücksprache]."
Die für Staatssekretär Carstens bestimmte Vorlage wurde von Jansen nicht weitergeleitet.

[2] Dem Vorgang nicht beigefügt.
Für das Schreiben vom 14. September 1963 an den Leiter des Referats „Afrika südlich der Sahara", Steltzer, vgl. Referat I B 3, Bd. 411.
Hanna Reitsch war von 1937 bis 1945 Testpilotin bei der Flugerprobungsstelle der deutschen Luftwaffe. 1954 trat sie als Forschungspilotin in die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt ein. 1962 gründete sie in Ghana eine Segelflugschule, die sie bis 1966 leitete. Vgl. Hanna REITSCH, Ich flog für Kwameh Nkrumah, München 1968.

[3] Die Botschaft in Accra informierte mit Drahtbericht vom 27. August 1963, daß die ghanaische Regierung im Begriff sei, eine offizielle Handelsvertretung in Ost-Berlin zu errichten. Ministerialdirigent Böker teilte dem ghanaischen Botschafter Doe daraufhin am 28. August 1963 mit: „Wir könnten nicht umhin, die Einrichtung einer offiziellen Handelsvertretung in Ostberlin als einen Schritt anzusehen, der die deutsch-ghanaischen Beziehungen schwer belasten würde. Die Auswirkungen würden sicherlich auf allen Gebieten unserer gegenseitigen Beziehungen zu spüren

angebliche Ungeschicklichkeit des Botschafters Dr. Reichhold angegeben. Diese Darstellung ist nach Auffassung von Abteilung I wenn überhaupt, so nur begrenzt richtig. Die Gründe für die Errichtung der ghanaischen Handelsmission liegen vermutlich in erster Linie in der pro-östlichen Einstellung Nkrumahs, seiner Abneigung gegen den „kapitalistischen Westen", seiner mehr von Emotionen als von klarem politischem Denken bestimmten Grundhaltung und seinem Versuch, seine „Ungebundenheit" zu beweisen.[4] Diese Erkenntnisse wurden auch von den Amerikanern gewonnen und bei der letzten Aussprache mit Unterstaatssekretär Williams[5] bestätigt. Dahinter treten die Fehler und Versäumnisse von westlicher Seite offenbar zurück. Soweit die Bundesrepublik an der Entwicklung, die zur Errichtung der Handelsmission geführt hat, Anteil hat, könnten folgende Vorkommnisse[6] zu einer Verschlechterung der Atmosphäre beigetragen haben:

1) Die in der ghanaischen Presse scharf kritisierte Reise des Bundestagsvizepräsidenten Dr. Jaeger und seine Äußerungen über die portugiesische Kolonialpolitik.[7]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1146

sein, nicht zuletzt auch auf dem der Entwicklungshilfe. Durch Befragung anderer afrikanischer Regierungen könne die Regierung von Ghana mühelos feststellen, wie unergiebig die Handelsbeziehungen zu der SBZ seien." Vgl. die Aufzeichnung von Böker vom 28. August 1963; Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 196; B 150, Aktenkopien 1963.

Der Leiter der ghanaischen Handelsvertretung in Ost-Berlin, Mensa-Bonsu, wurde am 16. September 1963 vom Minister für Außenhandel und Innderdeutschen Handel der DDR, Balkow, zum Antrittsbesuch empfangen. Vgl. DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, Bd. XI, Berlin (Ost) 1965, S. 618.

Die Bundesrepublik wurde offiziell mit einem Aide-mémoire vom 30. September 1963 über diesen Schritt informiert. Für den Wortlaut vgl. Referat I B 3, Bd. 413.

4 Am 8. Mai 1963 hielt Legationsrat Graf von Brühl, Accra, zur Haltung des ghanaischen Präsidenten gegenüber der westlichen Welt fest, daß die Einstellung von Nkrumah „durch ein tiefes Mißtrauen gekennzeichnet" sei: „Die Macht des Westens, verbunden mit seinem von ihm als kapitalistisch bezeichneten System, sind ihm unheimlich und bedrücken ihn in seinem Unabhängigkeitsstreben. Die wirtschaftliche Abhängigkeit Ghanas von den großen Kakaokäufern und sein Unverständnis für die in kapitalistischen Systemen besonders komplizierten wirtschaftlichen Vorgänge, die ihn langweilen, sind weitere Gründe für seine Abneigung gegen den Westen. Demgegenüber liegt ihm aufgrund seiner politischen und geistigen Entwicklung der sich sozialistisch gebärdende Kommunismus des Sowjetblocks viel näher ... Zwangsläufig wird er aufgrund dieser Haltung in die Arme der sich sozialistisch gebärdenden Oststaaten, also auch der SBZ, getrieben." Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 86; B 150, Aktenkopien 1963.

5 Zum Gespräch mit dem Leiter der Afrika-Abteilung im amerikanischen Außenministerium am 12. März 1963 vgl. Dok. 122.

6 Bereits am 12. August 1963 berichtete Botschafter Reichhold, Accra, daß angesichts der Schwierigkeiten im Auslieferungsverfahren Monney, der Äußerungen des Bundestagsvizepräsidenten Jaeger und eines von der Bundesrepublik gewährten Kredits an Südafrika die „Frage der Eröffnung einer Handelsvertretung in Ost-Berlin bald wieder aktuell werden dürfte". Vgl. Referat I B 3, Bd. 409.

7 Bundestagsvizepräsident Jaeger besuchte auf Einladung der portugiesischen Regierung vom 27. Juli bis 7. August 1963 mit einer Parlamentarier-Delegation Angola. In der ghanaischen Presse wurde Jaeger vorgeworfen, er habe das „totalitarian regime" Portugals als „entirely harmless" bezeichnet. Der Bundesrepublik wurde eine „double-faced and hypocritical policy" zur Last gelegt. Vgl. dazu die Berichte des Botschafters Reichhold, Accra, vom 19. August und 6. September 1963; Referat I B 3, Bd. 409.

2) Die Auslieferungssache Schumann – Monney[8], wobei darauf hinzuweisen ist, daß das deutsche Auslieferungsgesetz gar keine Möglichkeit gibt, von dem von Ghana beanstandeten Junktim abzugehen.[9]

3) Die von Frau Reitsch behauptete Anschauung Nkrumahs über Botschafter Reichhold.

Zu den Vorwürfen von Frau Reitsch gegen Herrn Reichhold muß zunächst bemerkt werden, daß Frau Reitsch offenbar mit Herrn Reichhold (wie auch Herr Reichhold selbst mitgeteilt hat) erhebliche Differenzen hatte und ihr Schreiben dadurch beeinflußt worden ist. Es hat den Anschein, als ob Herrn Reichhold der starke persönliche Einfluß von Frau Reitsch auf Nkrumah[10] mißfällt und er diesem Mißvergnügen sowohl gegenüber Nkrumah und Frau Reitsch als auch gegenüber einem weiten Personenkreis allzu sichtbaren Ausdruck gegeben hat.[11]

Die Behauptung des ghanaischen Staatssekretärs Dei Anang, Herr Reichhold habe gesagt, „er sei mit dieser Lösung (Handelsvertretung in Ost-Berlin) völlig einverstanden, weil sie keine diplomatische politische Anerkennung bedeute", kann nicht den Tatsachen entsprechen. Botschafter Reichhold war vor seiner Ausreise nach Accra[12] vom 4. bis 15. Mai in Bonn zur Information und zum Aktenstudium. Bei dieser Gelegenheit ist er eingehend über die Proble-

[8] Am 30. Juli 1963 wurde der ghanaische Botschafter Doe bei Ministerialdirigent Böker vorstellig und bat um Auslieferung des Studenten George Monney, gegen den in Ghana ein Haftbefehl wegen Falschmünzerei vorlag. Am 6. September 1963 übergab Legationsrat Graf von Brühl im ghanaischen Außenministerium ein Aide-mémoire, in dem im Gegenzug die – bereits seit 1961 beantragte – Auslieferung des wegen Kriegsverbrechen gesuchten Arztes Horst Schumann gefordert wurde. Am 18. September 1963 hielt Legationsrat I. Klasse Loewe nach einem Telefonat mit Doe fest: „Für die rechtlichen Aspekte des Junktims zwischen der Auslieferung Schumann und Monney haben die Ghanaer überhaupt kein Verständnis. Es ist auch hier offenbar eine Prestige-Frage für Ghana, daß das Junktim nicht zum Zuge kommt." Vgl. Referat I B 3, Bd. 409.

[9] Nach § 4 des Deutschen Auslieferungsgesetzes vom 23. Dezember 1929 war eine Auslieferung nicht zulässig, „wenn die Gegenseitigkeit nicht verbürgt ist". Vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil I, S. 239–244, hier S. 239.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften vom 5. September 1963; Abteilung V (V 4), VS-Bd. 238.

[10] Ministerialdirektor Sattler stellte nach einem Besuch bei Präsident Nkrumah am 18. Mai 1963 fest, die Beziehungen zwischen Nkrumah, seiner Frau und Hanna Reitsch seien „außerordentlich herzlich". Der Gattin des Präsidenten sei es „keineswegs unangenehm, wenn Frau Reitsch sich um die geistige Ansprache für ihren Mann bekümmert". Nkrumah habe Frau Reitsch „eine (neue und mit scheußlicher Pracht von einem jetzt abgesetzten Minister erbaute Villa – es war die, wo das berühmte goldene Bett hineinkommen sollte, das heute noch in London steht) Villa mit Schwimmbassin, Bedienung und Auto zur Verfügung gestellt und sich bereit erklärt, alle ihre Reisen nach Deutschland mit Ghana Airways zu bezahlen". Frau Reitsch verfüge über eine direkte Verbindung zum Staatsoberhaupt, wie dies keinem Botschafter möglich sei. Es komme daher darauf an, „daß sich Frau Reitsch von unserer Botschaft etwas sagen läßt und Nkrumah entsprechend bearbeitet". Vgl. die Aufzeichnung von Sattler vom 6. Juni 1963; Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 86; B 150, Aktenkopien 1963.

[11] Botschafter Reichhold, Accra, hielt am 25. Juli 1963 nach seinem Antrittsbesuch am Vortag bei Präsident Nkrumah fest: „In der Unterhaltung spürte man die Abgeschlossenheit und Einsamkeit des Mannes in seiner ‚Wolfsschanze'. Sie erleichtert nicht nur verantwortungslosen Zuträgern ihr Werk, sondern erklärt auch sein Interesse für die wenigen Personen, die durch irgendeinen Zufall an ihn herankommen, wie z. B. Frau Hanna Reitsch." Vgl. Referat I B 3, Bd. 410.

[12] Botschafter Reichhold übergab Präsident Nkrumah am 24. Juli 1963 sein Beglaubigungsschreiben. Vgl. BULLETIN 1963, S. 1216.

matik unterrichtet worden. Ferner stand ihm das einschlägige Aktenmaterial auch in Accra zur Verfügung. Er kann daher die Äußerung in der von Frau Reitsch wiedergegebenen Form gar nicht gemacht haben, obwohl es natürlich durchaus möglich ist, daß Herr Dei Anang die von Frau Reitsch zitierte Darstellung wirklich gegeben hat.

Es besteht begründeter Anlaß zu der Annahme, daß die Person des Botschafters auch zu der Abkühlung der Beziehungen beigetragen hat, so daß es nicht zu vertreten ist, von den diesbezüglichen Äußerungen der Frau Reitsch einfach keine Kenntnis zu nehmen. Abteilung I schlägt daher folgendes vor:

1) Botschafter Reichhold sollte, ohne daß ihm der Brief gezeigt wird, bei seiner Anwesenheit in Bonn[13] auf die Kritik von Frau Reitsch angesprochen werden.

2) Da es vermutlich unmöglich ist, die Frage, ob und in welchem Umfang die Vorwürfe gegen Botschafter Reichhold berechtigt sind, im Gespräch mit ihm erschöpfend zu klären, sollte angesichts der Bedeutung dieser Frage ein Angehöriger der Zentrale nach Accra fahren.[14] Dieser könnte sich dann an Ort und Stelle über die Problematik der Angelegenheit informieren und insbesondere die entscheidende Frage klären, ob deutscherseits überhaupt etwas zur Verbesserung der deutsch-ghanaischen Beziehungen getan werden kann oder ob wir die Verschlechterung dieser Beziehungen als Ausdruck der pro-östlichen Einstellung Nkrumahs hinnehmen müssen.

Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 86

[13] Botschafter Reichhold wurde am 13. September 1963 zur Berichterstattung nach Bonn gerufen. Vgl. Referat I B 3, Bd. 409.

[14] Dazu handschriftliche Randbemerkung von Ministerialdirektor Jansen: „Das ist richtig und sollte getan werden."
Vortragender Legationsrat I. Klasse Steltzer vermerkte dazu am 14. Oktober 1963 handschriftlich: „Reise hat wegen Besuch Botsio nicht stattgefunden."
Am 9. Oktober 1963 sprach Bundesminister Schröder den ghanaischen Außenminister auf die Errichtung der ghanaischen Handelsvertretung in Ost-Berlin an. Botsio verwies darauf, daß die deutsche Botschaft in Accra über die Pläne zur Errichtung der Handelsmission informiert gewesen sei. Botschafter Reichhold sei „über diese Entwicklung nicht sehr glücklich gewesen, doch er habe ihm versichert, daß es sich nur um eine Handelsvertretung handle und die Beziehungen nicht diplomatischer Natur seien. Es sei auch nicht daran gedacht, eine Botschaft zu eröffnen. Diese Versicherung wolle er nunmehr auch dem Herrn Minister geben." Vgl. Ministerbüro, Bd. 242.

348

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Sicherheitsberater Bundy in Washington

Z A 5-103.A/63 geheim **20. September 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen suchte am 20. September 1963 um 10.30 Uhr in Begleitung von Herrn Ministerialdirigent Dr. Reinkemeyer Mr. Bundy zu einem Gespräch auf.

Der Herr *Minister* dankte zunächst Herrn Bundy persönlich für dessen freundschaftliche und intensive Unterstützung während der letzten[2] Wochen. Bei der Vorbereitung des Versuchsstopp-Abkommens[3] seien, was die Information und Konsultation der deutschen Seite angehe, einige nicht sehr geschickte Dinge passiert.[4] Man verstehe selbstverständlich, daß das Ergebnis noch nicht vorauszusehen gewesen sei, als Harriman nach Moskau gegangen sei.[5] Als aber der Punkt erreicht worden sei, an dem es klar geworden sei, daß man auf das Genfer Papier vom August 1962[6] zurückgreifen könne und an dem sich der Wunsch nach einer deutschen Beteiligung herauskristallisiert habe, hätte man die Bundesregierung von den geplanten Änderungen (drei Depositarmächte) unterrichten und ihr den vorgesehenen Text zur Kenntnis bringen sollen. Dies sei nicht geschehen. Das erste, was man zu Gesicht bekommen habe, sei ein Brief des Präsidenten an den Bundeskanzler vom 23. Juli[7] gewesen, in dem versichert worden sei, daß keinerlei Verbindung zwischen dem Versuchstopp-Abkommen und einem Nichtangriffs-Arrangement[8] hergestellt würde. Auf Seite 2 dieses Schreibens sei in einem Satz gesagt worden, daß man mit der baldigen Unterzeichnung rechne und hoffe, daß die Bundesrepublik zu einem frühen Zeitpunkt mitunterzeichnen werde. Als Herr Hillen-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 30. September 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 2. Oktober 1963 vorgelegen.

[2] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ersten".

[3] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[4] Zur Reaktion der Bundesrepublik auf die Unterrichtung über das Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 257 und Dok. 270.

[5] Der amerikanische Delegationsleiter Harriman traf am 14. Juli 1963 in der sowjetischen Hauptstadt ein. Zum Beginn der Verhandlungen vgl. Dok. 228.

[6] Für den Wortlaut des amerikanisch-britischen Vorschlages vom 27. August 1962 für ein Teststopp-Abkommen vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 804–807. Für einen Auszug vgl. Dok. 263, Anm. 4.

[7] Für den Wortlaut des Schreibens des Präsidenten Kennedy an Bundeskanzler Adenauer vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419.
Für das Antwortschreiben vgl. Dok. 234.

[8] Zum sowjetischen Vorschlag, ein Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt sowie ein Teststopp-Abkommen abzuschließen, vgl. Dok. 215.
Zur Zurückweisung des sowjetischen Versuchs, während der Moskauer Verhandlungen eine Verbindung zwischen beiden Abkommen herzustellen, vgl. Dok. 238 und Dok. 250.

brand diesen Brief dem Bundeskanzler überbracht habe[9], sei dieser auf diese Stelle nicht eingegangen. In einem späteren Gespräch zwischen Herrn Hillenbrand und ihm selbst habe er diesen einen Satz sofort aufgegriffen und gefragt, wie man sich die Behandlung des Problemes Pankow vorstelle.[10] Im Anschluß daran habe der Briefwechsel stattgefunden[11], der Herrn Bundy bekannt sei. Die Situation sei sehr peinlich gewesen. Er verstehe, daß Präsident Kennedy Wert darauf gelegt habe, die Angelegenheit geheim zu behandeln, doch hätte man der deutschen Seite Einzelheiten mitteilen sollen, nachdem an eine Unterzeichnung durch Bonn und[12] auch durch Pankow gedacht gewesen sei. Höchstwahrscheinlich hätte sich am Ergebnis dadurch zwar nur wenig geändert, doch wären ihm selbst gewisse Schwierigkeiten erspart geblieben, da man ihn verschiedentlich an seine angeblichen guten Beziehungen zu den Amerikanern erinnert habe. Den vollen Wortlaut des Vertrages habe er am Freitag, den 26. Juli einem AP-Bericht im Bonner General-Anzeiger[13] entnommen. Er habe zwar sehr viel Humor, doch dies sei ein bißchen viel gewesen.

Herr *Bundy* stimmte dem zu und sagte, man habe vielleicht auf amerikanischer Seite nicht sorgfältig genug über alle Einzelheiten nachgedacht, die sich aus einem Beitritt der Bundesrepublik ergeben würden. Man sei davon ausgegangen, daß eine gewisse deutsche Beteiligung wichtig sei. Kennedy habe Harriman Weisung gegeben, die Verhandlungen über das Versuchsstopp-Abkommen nicht durch irgendein Junktim mit einem Nichtangriffs-Arrangement schmackhafter zu machen. Erst nach der deutschen Reaktion habe man sich ernsthaft Gedanken über das Problem gemacht, um sicherzustellen, daß der Osten den Beitritt Pankows nicht als Waffe verwenden könne. Zuerst habe man diese Möglichkeit gar nicht erwogen, weil man nicht mit ihr gerechnet habe.

Der Herr *Minister* sagte, gewiß sei das Papier vom August 1962 eins von vielen gewesen, das bald in den Kellern gewandert sei und dort wahrscheinlich nur noch für Historiker von Interesse gewesen wäre. Hätte man der deutschen Seite gesagt, daß sich Harriman auf dieses Papier stütze, so wäre die deutsche Reaktion anders ausgefallen. Zunächst habe man angenommen, daß an eine Unterzeichnung durch die Bundesrepublik nicht gedacht gewesen sei, da sie in der Erklärung von 1954 auf die Herstellung von ABC-Waffen verzichtet habe.[14] Selbst wenn man gewußt hätte, daß das Abkommen allen Staaten zur Unterzeichnung offenstehen solle, hätte man den Begriff „alle Staaten" im Sinne der Vereinten Nationen aufgefaßt. Danach hätte man sich immer noch

[9] Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Gesandten Hillenbrand am 23. Juli 1963 vgl. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/79.

[10] Zum Gespräch vom 26. Juli 1963 vgl. Dok. 238.

[11] Für die Schreiben des Bundesministers Schröder vom 29. Juli 1963 und vom 1. August 1963 an den amerikanischen Außenminister Rusk vgl. Dok. 244 und Dok. 259. Vgl. dazu auch die Zusammenstellung des Auswärtigen Amts zum Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 436; B 150, Aktenkopien 1963.

[12] An dieser Stelle wurde von Bundesminister Schröder gestrichen: „damit".

[13] Vgl. dazu den Artikel: Atompilze sollen verschwinden. Westen begrüßt Dreimächte-Abkommen; GENERAL-ANZEIGER, Nr. 22400 vom 26. Juli 1963, S. 1 f.

[14] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

überlegen können, ob die Bundesrepublik auch unterzeichnen solle. Die Frage mit Pankow sei aber erst durch die Verhandlungen hochgekommen.

Es sei richtig, daß die deutsche Seite ihre Bedenken nur gegen ein Junktim zwischen Versuchsstopp-Abkommen und Nichtangriffs-Arrangement angemeldet habe.[15] Der Grund hierfür liege darin, daß man mit der anderen Möglichkeit nicht gerechnet habe. Die Argumente seien aber für beide Fälle in gleicher Weise gültig, da auf jeden Fall eine Konsolidierung des Status quo sowie eine Aufwertung oder Anerkennung Pankows verhindert werden müßten. Die Überraschung, daß die Frage der Unterzeichnung dann doch aufgetaucht sei, sei deshalb umso größer gewesen.

Herr *Bundy* sagte, es handele sich in der Tat um eine außergewöhnliche Episode. Man wisse, daß dadurch Schwierigkeiten für die Bundesregierung geschaffen worden seien. Er dankte für die Entschlossenheit, mit der die Bundesregierung und insbesondere der Herr Minister selbst gehandelt hätten, wodurch es möglich geworden sei, die Dinge wieder in den Griff zu bekommen. Herr Bundy fragte sodann, wieweit heute noch Probleme oder Schwierigkeiten bestünden.

Der Herr *Minister* sagte, die Bundesregierung und die deutsche Öffentlichkeit wünschten eine ausreichende und rechtzeitige Konsultation, wobei sich verschiedene Möglichkeiten böten. Zunächst denke er an eine schnelle und aufrichtige bilaterale Konsultation, für welche die Voraussetzungen noch besser werden müßten. Dies hänge auch weitgehend vom persönlichen Vertrauensverhältnis ab. Sodann gebe es die Viermächtebotschafter-Gruppe[16], der eine gewisse Bedeutung zukomme. Wenn einer der Vier nicht bei allem mitmache, so sei es doch gut, wenn die Franzosen hier die Möglichkeit hätten, im Rahmen der Botschaftergruppe an den Gesprächen teilzunehmen. Schließlich gebe es die Möglichkeit der Konsultation im Ständigen NATO-Rat, von wo aus auch eine Verbindung zu Genf hergestellt werden könne, soweit dort die Gespräche weitergeführt würden. Was also nötig sei, sei ein Netz und ein Apparat, der sich gut steuern lasse, wobei gelegentlich der Nachdruck mehr auf der bilateralen oder der multilateralen Seite liegen könne. Er wisse, daß es ein perfektes System nicht gebe, und er wolle das Verfahren auch nicht unnötig komplizieren, doch müsse immer darauf geachtet werden, daß jedes Verfahren die gemeinsamen Ziele nicht gefährden dürfe.

Sodann glaube er, daß Einverständnis darüber bestehen sollte, aus welcher Sicht die weitere Entwicklung betrachtet werden müsse. Dabei denke er vor allem an folgendes: alle Ost-West-Abmachungen, welche die deutsche Frage in den Eisschrank legen, an ihr vorbeigehen oder den Status quo zementieren würden, wären gefährlich. Das gelte auch für alle Fragen, die nichts unmittelbar mit Deutschland zu tun hätten. Hierdurch würde die Atmosphäre für Deutschland verschlechtert werden. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die Rede Gromykos vom Vortage, die in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken könnte, daß es den Sowjets gar nicht mehr darum gehe, die Kapitalisten zu begraben, und daß die einzigen Störenfriede nur die Deutschen

[15] Vgl. dazu Dok. 221.

[16] Zur Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 101, Anm. 4.

seien.[17] Deshalb dürfe bei dem Versuch, Gebiete zu finden, auf denen ein Übereinkommen erzielt werden könne, kein Zweifel darüber auftauchen, daß der totalitäre Anspruch der Kommunisten unverändert weiterbestehe. Es dürfe sich außerdem kein Zweifel ergeben, daß der Westen seine Ansprüche auf Freiheit und Selbstbestimmung für die Deutschen, die Polen, die Tschechen und andere nicht aufgebe. Wenn die Dinge nicht so gesehen würden, trage man nur zur Beerdigung dieser Völker und eines Tages zu seiner eigenen Beerdigung bei. Die Einsicht in die sowjetischen Ziele müsse auch weiterhin klar bleiben und ausgesprochen werden. Das gleiche gelte für die eigenen Absichten und Ziele. Auf all jenen Gebieten, wo Absprachen dauerhafteren Charakter hätten, wie beispielsweise bei einem Nichtangriffs-Arrangement, müßten die Sicherungen hinsichtlich der Deutschland- und Berlin-Frage besonders intensiv sein. Diese Dinge hingen zusammen wie kommunizierende Röhren. Er sei sich bewußt, daß diese Fragen politisch, diplomatisch und psychologisch nicht einfach zu behandeln seien, da die Öffentlichkeit Frieden und Ruhe wolle.

Es gebe auch einige Leute, die sagten, im Augenblick lasse sich nicht viel ändern und man sollte deshalb abwarten, bis sich der Druck der Chinesen verstärke. Auch eine solche Einstellung berge Gefahren in sich. Der Status quo werde nicht von beiden Seiten in gleicher Weise betrachtet: Der Westen halte ihn für etwas Schlechtes, die Sowjets für etwas Gutes. Je länger er nicht berührt werde, desto größer werde die Gefahr einer Erosion und desto respektabler werde er für die andere Seite. Dieser Gefahr könne begegnet werden, indem man die Dinge in Bewegung halte. Die Franzosen seien hier anderer Meinung. Sie glaubten, daß alles, was jetzt geschehe, den Status quo verschlechtere, da nach ihrer Auffassung die Zeit noch nicht gekommen sei, etwas zu unternehmen. Er habe demgegenüber den Franzosen klar gesagt, selbst wenn nichts getan werde, verschlechtere sich der jetzige Zustand.[18]

Die Problematik für Deutschland bestehe darin, daß die Grenze des Akzeptablen bald erreicht werde, wenn diese zentralen Fragen bei etwaigen Abmachungen nicht sichtbar würden. Deshalb sei es auch wichtig, daß der Westen durch seine Staatsmänner und insbesondere die Vereinigten Staaten immer wieder die westlichen Ziele bekräftige, die darin bestünden, daß durch friedliche Mittel und durch eine Entspannung unter Wahrung der Freiheit der Status quo geändert werde. Wenn dies immer wieder mit aller Deutlichkeit gesagt

[17] Am 19. September 1963 führte der sowjetische Außenminister Gromyko vor der UNO-Generalversammlung aus: „One of the main reasons for the present tension in Europe is that the Government of the Federal Republic of Germany is doing its utmost to torpedo a German peace settlement, while at the same time pursuing a policy of enmity towards the other German State, the German Democratic Republic. It has no scruples in its choice of methods to enlist, in direct or indirect support of its claims with their threat to peace, anyone providing susceptible to Bonn's blackmail. Thus the strain which, through Western Germany's fault, exists in its relations with the German Democratic Republic is transferred to international relations as a whole, to the relations between the principal military groups of States and between the great Powers. And this is precisely what fills the revanchist leaders of the Federal Republic of Germany with joy, since they clearly bank on setting the great Powers at loggerheads." Vgl. UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 18th Session, 1208th Meeting, S. 16f.

[18] Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville am 17. September 1963 vgl. Dok. 344.

werde, so falle es den Deutschen leichter, Ost-West-Abmachungen zuzustimmen und sich dran zu beteiligen.

Herr *Bundy* zeigte dem Herrn Minister den Passus aus der Rede des Präsidenten vor den Vereinten Nationen[19], der sich mit diesem Thema befaßte.

Der Herr *Minister* sagte, die Äußerung des Präsidenten entspreche seinen Vorstellungen. Er wisse, daß es für die Amerikaner nicht leicht sei, ihrer Öffentlichkeit gegenüber diese Überlegungen zu erläutern, daß es aber für die Deutschen noch schwerer sei. Selbst der beste Freund – er nehme an, daß er die Vereinigten Staaten so bezeichnen dürfe – finde es manchmal schwer, Tatbestände eines anderen Landes voll zu verstehen, da sie nicht Teil des eigenen Lebens seien. Deshalb seien auch in Deutschland die Emotionen intensiver. Selbst wenn die Bundesregierung die Dinge klar, nüchtern und sachlich betrachte, könne sie diese Emotionen doch nicht außer Acht lassen. Es dürfe auch nicht übersehen werden, daß sie von gewissen Kreisen aufgestachelt und mißbraucht werden könnten. Deshalb müßten die Information und Konsultation klar und deutlich sein. Man müsse beweisen können, daß die deutschen Interessen berücksichtigt worden seien. In der Beurteilung der objektiven Wirkung einzelner Maßnahmen könnten Meinungsverschiedenheiten auftreten, beispielsweise zwischen Militärs, über die dann gesprochen werden müsse. Entscheidend sei aber die psychologisch und politisch richtige Behandlung einer langfristigen historischen Entwicklung.

Im Zusammenhang mit der von den Franzosen eingenommenen Haltung wies der Herr Minister darauf hin, daß er seine Kritik in Paris genau so offen geäußert habe wie hier. Es sei besser, wenn er in London, Paris und Washington und eventuell auch gegenüber Gromyko immer das gleiche sage. Man dürfe aber nicht vergessen, daß in der Vorstellung gewisser Leute das „Nein" der Franzosen[20] als historische Leistung angesehen werden könnte, wenn der Eindruck entstehe, als ob die Amerikaner die deutschen Interessen vernachlässigten.

Herr *Bundy* sagte, dessen sei man sich durchaus bewußt.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß es die Franzosen am liebsten gesehen hätten, wenn im Anschluß an seinen letzten Besuch in Paris gesagt worden wäre, der deutsche Außenminister teile die französische Auffassung und sei den Franzosen für ihre Haltung dankbar.

Herr *Bundy* sagte, es sei wichtig, daß man sich gegenseitig besser verstehe. Was die Konsultation angehe, so bleibe noch viel zu tun. Im State Department neige man dazu, eine Weisung an den Vertreter im NATO-Rat bereits als Konsultation zu betrachten. Eine formelle Darlegung des amerikanischen Standpunktes reiche aber nicht aus und gehe dem Problem nicht auf den Grund. Man müsse dazu kommen, in einem ständigen und informellen Gedankenaustausch die Vorstellung der anderen Seite kennenzulernen. Dies müsse zu einer

[19] Präsident Kennedy erklärte am 20. September 1963 vor der UNO-Generalversammlung: „We believe that the people of Germany and Berlin must be free to reunite their capital and their country." Vgl. UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 18th Session, 1209th Meeting, S. 5.

[20] Zur Haltung Frankreichs zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 242, Anm. 6, Dok. 246, Anm. 4, und Dok. 344.

Gewohnheit werden. Der Kontakt mit der Botschaft in Washington sei noch nicht ausreichend, wenn er auch mit dem Gesandten[21] persönlich ein gutes und enges Verhältnis habe. Das gelte um so mehr, als die amerikanische und deutsche Politik heute mehr als je zuvor während der vergangenen 15 Jahre von der gleichen Grundlage ausgingen und ein besonderes Vertrauensverhältnis entstanden sei. Man habe der Bundesregierung keinerlei Schwierigkeiten machen wollen, aber trotzdem sei diese unerwünschte Wirkung eingetreten. Er glaube, daß das Verhältnis, das der Herr Bundeskanzler mit amerikanischen Politikern gehabt habe, auch nicht immer so glatt und freundschaftlich gewesen sei, wie es sich nachher in der Erinnerung dargestellt habe.

Was den Präsidenten angehe, so sei er von seinem Besuch in Deutschland[22] tief beeindruckt gewesen. Dieser Besuch habe zwei Aufgaben gehabt: Zum einen habe er die Deutschen davon überzeugen sollen, daß Kennedy in Ordnung sei, zum anderen habe er Kennedy davon überzeugen sollen, daß die Deutschen in Ordnung seien. Was die täglichen Kontakte angehe, so müsse man noch weitere Fortschritte machen. Die Bundesregierung müßte in der Lage sein, mehr zu wissen als nur das, was in offiziellen Kommuniqués oder Erklärungen gesagt werde. Es müsse sich ein instinktives und natürliches Gefühl dafür entwickeln, daß die Amerikaner dies oder jenes aus diesen oder jenen Gründen einfach nicht tun würden. Eine Weisung an den NATO-Botschafter könne nur ein Anfang sein.

Hinsichtlich der materiellen Fragen sagte Herr Bundy, daß es sicher gewisse Grenzen gebe, über die keine Bonner Regierung bei der Zustimmung zu neuen Ost-West-Abmachungen hinausgehen könne, sofern sie keine nützliche Auswirkung auf das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung hätten. In diesem Zusammenhang müsse auch der Entwicklung des Verhältnisses zwischen den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Man wisse, daß sich durch Reden und Wunschvorstellungen kein Fortschritt erzielen lasse. Es sei nicht zutreffend, daß Washington einer Euphorie verfallen sei. Nichts wäre gefährlicher. Man glaube vielmehr, daß es sich bei dem Versuchsstopp-Abkommen um ein sehr begrenztes Gebiet handele, an das sich möglicherweise weitere Dinge anknüpfen ließen. Man gehe aber keineswegs davon aus, daß sich die sowjetische Haltung grundlegend geändert habe. Aus all diesen Überlegungen sei es wichtig, daß man in enger Zusammenarbeit und vertraulichem Gedankenaustausch darüber berate, wie man weiter vorgehen solle. Was den Zusammenhang zwischen einem Nichtangriffspakt und einer Verbesserung des Status von Berlin angehe[23], so glaube er nicht, daß die Sowjets es wagen könnten oder würden, den Berliner Status zu verbessern. Wenn sie sich auf eine solche Verbesserung nicht einließen, neige er zu der Auffassung, daß das Gespräch über diese Frage als nutzlos abgebrochen werden sollte. Er würde es für richtig halten, wenn in diesen Fragen die deutsche Seite die Führung übernähme und in kla-

[21] Georg von Lilienfeld.

[22] Zum Besuch des Präsidenten Kennedy vom 24. bis 26. Juni 1963 in der Bundesrepublik und Berlin (West) vgl. Dok. 206–208.

[23] Zur Forderung der Bundesregierung, ein Nichtangriffsarrangement nur gegen sowjetische Zugeständnisse in der Berlin-Frage zu treffen, vgl. auch Dok. 299.

ren und deutlichen Erklärungen ihren Standpunkt darlegte. Dies wäre eine eindrucksvollere und nachhaltigere Art und Weise, die deutschen Vorstellungen zu präsentieren, und würde auch die Position der Amerikaner erleichtern. Was Gromyko angehe, so glaube er nicht, daß er irgendetwas Neues in seinem Koffer mitgebracht habe.[24] Die amerikanische Regierung wisse, daß man den Frieden nicht einfach dadurch erhalten könne, daß man ihn immer predige. Dies sei gewiß nicht die Auffassung von Präsident Kennedy. Man müsse etwas dafür tun. Die grundsätzliche Haltung der deutschen Politik werde von der amerikanischen Regierung geteilt, und deshalb müsse eine direkte, detaillierte und freimütige Konsultation zur Gewohnheit werden. Hierfür setze sich vor allem der „deutsche Flügel" in der amerikanischen Regierung ein.

Der Herr *Bundesminister* dankte für diese Darlegungen, die zeigten, daß Herr Bundy die gleichen Überlegungen anstelle wie er selbst. Was die weitere Entwicklung angehe, so werde man in Deutschland im Oktober eine neue Regierung haben. Man müsse zunächst warten, wie sie aussehen werde. Faktisch und politisch stehe fest, daß Herr Erhard der neue Bundeskanzler sein werde, doch bedürfe dies noch der Bestätigung durch das verfassungsrechtlich vorgeschriebene Verfahren.[25] Es sei wichtig, daß mit dem neuen Bundeskanzler ein Kontakt der Art, wie Herr Bundy ihn beschrieben habe, hergestellt werde. Wie dies im einzelnen geschehen könne, wisse er jetzt noch nicht. Es werde viel abhängen von den engsten Mitarbeitern des neuen Bundeskanzlers. Der neue Bundeskanzler werde aber seinem Charakter und seinem Wesen nach für einen solchen engen Kontakt aufgeschlossen sein. Andererseits dürfe man aber nicht vergessen, daß es auch in Deutschland Kräfte gebe, die versuchen würden, ihren Einfluß auf den neuen Kanzler geltend zu machen, und ihm vielleicht rieten, nicht zu intim zu werden. Vielleicht werde ihm auch der alte Bundeskanzler und der alte Außenminister[26] sagen, er selbst sei den Amerikanern gegenüber zu vertrauensvoll. Solchen Bemühungen sollte durch Tatsachen entgegengewirkt werden. Wegen der psychologischen Wirkung müßten die einzelnen Akte der amerikanischen Politik gut überlegt werden. Als Beispiel wolle er den Abzug gewisser amerikanischer Streitkräfte aus Europa und Deutschland anführen.[27] Er neige mehr dazu, die Dinge mit den Augen von Herrn McNamara zu sehen.[28] Die psychologische Wirkung von Berichten über eine amerikanische Truppenver-

[24] Zu den geplanten Sondierungsgesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko anläßlich der 18. UNO-Generalversammlung vgl. Dok. 343, Anm. 6.

[25] Vgl. dazu Dok. 343, Anm. 13. Ludwig Erhard wurde am 16. Oktober 1963 im Bundestag zum Bundeskanzler gewählt.

[26] Bundesminister des Auswärtigen war bis 1961 Heinrich von Brentano.

[27] Zur Reaktion in der Bundesrepublik auf den Abzug von 600 Soldaten aus Berlin (West) im Rahmen einer Reorganisation der amerikanischen Streitkräfte vgl. bereits Dok. 290.
Am 16. September 1963 berichtete Gesandter von Lilienfeld, Washington, daß die USA die während der Berlin-Krise zusätzlich in die Bundesrepublik entsandte Verstärkung von 40000 Mann auf 17700 Mann abgebaut hätten. Die Gesamtzahl der in Europa stationierten Heeresverbände habe sich von 270000 auf 247700 Mann reduziert. Bis Ende des Jahres 1963 sei noch der Rückzug von weiteren 3000 bis 4000 Mann ins Auge gefaßt. Vgl. Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 810; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. ferner die Aufzeichnung der Botschaft in Washington vom 17. September 1963, die Botschafter Knappstein am 27. September 1963 übermittelte; Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 810; B 150, Aktenkopien 1963.

[28] Vgl. dazu Dok. 257.

minderung sei jedoch die, daß man darin in der Öffentlichkeit einen Beitrag zur Verminderung der Spannung und einen Kompromiß gegenüber der Sowjetunion zu erblicken geneigt sei. Daher seien die psychologischen Vorbereitungen und die Wahl des richtigen Augenblicks so entscheidend. Deshalb müßten bei Vorgängen dieser Art die Vorbereitungen sehr sorgfältig getroffen und genügend erklärt werden, damit sie richtig verstanden würden. Er verstehe Herrn Rusk, der in Bonn gesagt habe, wie die Vereinigten Staaten überhaupt Politik machen sollten, wenn sie Soldaten, die sie einmal irgendwohin gebracht hätten, niemals zurücknehmen dürften.[29]

Der Herr Bundesminister schnitt sodann die Frage des Hähnchen-Krieges[30] an und wies darauf hin, daß in Brüssel ein gemeinsamer Vorschlag zustande gekommen sei, die Abgaben um 11 Pfennig zu senken.[31] Wenn dies der amerikanischen Seite nicht ausreichend erscheine und sie an Gegenmaßnahmen denke, so würde er dies wegen der Auswirkungen auf die Kennedy-Runde[32] für schlecht halten. Ein Zollkrieg wäre all jenen willkommen, die von der Kennedy-Runde nichts erwarteten. Für sie wäre dann unter die Angelegenheit ein Schlußstrich gezogen, noch ehe die Verhandlungen überhaupt begonnen hätten. Deshalb wolle er die amerikanische Seite bitten, die langfristige Entwicklung nicht aus dem Auge zu verlieren.

Herr *Bundy* fragte im Zusammenhang mit der Umorganisation der Streitkräfte, ob die deutsche Öffentlichkeit anders reagieren würde, wenn keine Kampfeinheiten, sondern Versorgungseinheiten abgezogen und wenn statt amerikanischer Streitkräfte in der Bundesrepublik solche in Frankreich oder Großbritannien reduziert würden.

Der Herr *Bundesminister* sagte, für die Öffentlichkeit falle zunächst eine Unterscheidung zwischen Kampfeinheiten und Versorgungseinheiten schwer, da alles unter dem gemeinsamen Namen „Truppenverminderung" zusammengefaßt werde. Er glaube aber, daß die Wirkung weniger stark wäre, wenn klargemacht werden könnte, daß es sich um Versorgungseinheiten handele, um so mehr, als die deutschen Divisionen verhältnismäßig geringe Versorgungseinheiten hätten. Was eine Verminderung von Streitkräften in Frankreich oder Großbritannien angehe, so würde dies eine weniger starke Wirkung haben, da man sich in Deutschland näher an der Front fühle.[33]

Herr *Bundy* sagte abschließend zur Frage des Hähnchen-Krieges, daß man auf amerikanischer Seite das langfristige Ziel nicht übersehe, daß aber diese spezifische Frage in den Vereinigten Staaten zu einer politischen Frage geworden sei.[34]

Das Gespräch endete gegen 11.50 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

29 Vgl. dazu Dok. 291.
30 Vgl. dazu Dok. 346.
31 Vgl. dazu Dok. 346, besonders Anm. 3.
32 Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.
33 Zur Frage der Truppenreduzierung vgl. weiter Dok. 398.
34 Vgl. dazu weiter Dok. 349.

349

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington

Z A 5-113.A/63 geheim **20. September 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen führte am 20. September 1963 nach einem Vieraugengespräch mit dem amerikanischen Außenminister ein Gespräch im größeren Kreis, an dem auf deutscher Seite Botschafter Knappstein, Gesandter von Lilienfeld, Ministerialdirigent Dr. Reinkemeyer, Vortragender Legationsrat I. Klasse Dr. Simon und Vortragender Legationsrat I. Klasse Dr. Hille, auf amerikanischer Seite Außenminister Rusk, Mr. Tyler, Botschafter Thompson, Botschafter McGhee, Mr. Creel und andere teilnahmen.

Der Herr *Bundesminister* dankte zunächst für die freundliche Begrüßung und gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß man offen und freundschaftlich über Fragen von gemeinsamem Interesse sprechen werde. Er ging zunächst auf die politische Situation ein, in der sich Deutschland befinde, und erwähnte die politischen und psychologischen Faktoren, die dabei berücksichtigt werden müßten. Die Sowjetunion scheine ihre Taktik insofern geändert zu haben, als sie nicht mehr den Westen insgesamt, und insbesondere die Vereinigten Staaten, angreife, sondern ihre Beschuldigungen auf Deutschland und Nationalchina beschränke.[2] In der öffentlichen Meinung entstehe deshalb der Eindruck, daß sich alle Fragen zufriedenstellend lösen ließen, wenn die Deutschen nicht die Störenfriede wären. In einer solchen Situation bestehe die Gefahr, daß zwei Dinge vergessen würden: Erstens, die sowjetischen Ziele und Ansprüche hätten sich nicht im geringsten geändert, und zweitens, der Westen bemühe sich nicht um eine isolierte Entspannung, sondern um die Verwirklichung seiner eigenen Ziele, die unter dem Stichwort Freiheit zusammengefaßt werden könnten. Wenn es möglich sei, an der Peripherie zu Abmachungen zu kommen, ohne daß Fortschritte bei der Lösung der Zentralfragen erzielt würden, bestehe die Gefahr, daß diese Zentralfragen überdeckt würden, obgleich der Westen die Absicht und Tendenz habe, zu den zentralen Fragen vorzustoßen. Eine Politik der Entspannung, die vom Rande her ausgehe, könne deswegen nur verfolgt werden, wenn gleichzeitig ganz klar bleibe, daß sich die kommunistischen Ziele und die kommunistische Ideologie nicht geändert hätten und daß andererseits auch die westlichen Ziele unverändert blieben. Mit anderen

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 5. Oktober 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 13. Oktober 1963 vorgelegen.

[2] Dies war etwa den Äußerungen des sowjetischen Außenministers Gromyko über die Bundesrepublik Deutschland und die Republik China (Taiwan) am 19. September 1963 vor der UNO-Generalversammlung zu entnehmen. Für die Aussagen über die Bundesrepublik vgl. Dok. 348, Anm. 17.
Bezüglich Taiwans forderte Gromyko die Entfernung des nationalchinesischen Vertreters aus der UNO, da nur die Volksrepublik China das chinesische Volk auf internationaler Ebene vertreten könne. Vgl. UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meeting, 18th Session, 1209th Meeting, S. 19.

Worten, wenn die zentralen Fragen vergessen würden, verschlechtere sich der Status quo zum Nachteil des Westens. Aus der deutschen Perspektive gesehen stelle sich daher die Forderung, daß bei jeder einzelnen West-Ost-Abmachung nicht der Eindruck entstehen dürfe, als ob sich die Lage zuungunsten des Westens verändert habe.[3]

Eine deutsche Beteiligung an Entspannungsmaßnahmen in den Randgebieten setze daher die Überzeugung voraus, daß diese Politik ihrer inneren Grundhaltung und Absicht nach keine Verhärtung, sondern eine Verbesserung des Status quo zum Ziele habe. Sie setze ferner eine Prüfung der objektiven Effekte solcher Maßnahmen voraus, wobei verhindert werden müsse, daß sie sich zum Nachteil des Westens auswirken. Was den letzten Punkt angehe, so ließen sich Meinungsverschiedenheiten unter den Sachverständigen durch objektive Gespräche sicher klären. Er denke dabei an eine Beurteilung der militärischen Auswirkungen gewisser Abmachungen durch militärische Sachverständige. Die erste Voraussetzung hingegen sei schwieriger. Hierbei komme es vor allem darauf an, daß in einer für die Öffentlichkeit sichtbaren Form eine Konsultation stattfinde, die ausreichend und rechtzeitig erfolge und zum Kern der Dinge vordringe.[4] Sodann müsse der Öffentlichkeit gegenüber immer wieder klargestellt werden, daß die Ziele des Westens unverändert seien.

Der Herr Bundesminister dankte sodann für die Ausführungen Präsident Kennedys vor den Vereinten Nationen, da er so großen Nachdruck auf die westlichen Ziele, insbesondere die Wiedervereinigung Deutschlands, gelegt habe.[5] Er halte dies für sehr wichtig. Man werde sich nach der Rede Gromykos darum bemühen müssen, daß auch die anderen westlichen verbündeten und befreundeten Länder in ihren Erklärungen vor den Vereinten Nationen in gleicher Deutlichkeit den westlichen Standpunkt darlegen. Er sei davon überzeugt, daß Lord Home dazu bereit sei.[6] Gleiches gelte sicher auch für andere. Er habe darüber auch am vergangenen Dienstag mit Couve de Murville in Paris gesprochen[7], der selbst nicht vor den Vereinten Nationen sprechen werde. Wenn aber ein französischer Vertreter das Wort ergreife, würde ebenfalls darauf hingewiesen werden.

Der Herr Bundesminister ging sodann auf die verschiedenen Möglichkeiten einer Konsultation ein. Sie könne bilateral, im Rahmen der Viermächtebotschafter-Gruppe[8] und im Ständigen NATO-Rat erfolgen. In der Handhabung

[3] Vgl. dazu auch Dok. 299.

[4] Vgl. dazu auch Dok. 311.

[5] Zur Rede des Präsidenten Kennedy am 20. September 1963 von der UNO-Generalversammlung vgl. Dok. 348, Anm. 19.

[6] Am 1. Oktober 1963 erklärte der britische Außenminister vor der UNO-Generalversammlung, die Mauer in Berlin sei „a denial of peaceful coexistence, either between West Germany and the Soviet Germany or between the NATO alliance and the Warsaw Treaty. Self-dermination, which is preached for others, is still denied to the East Germans. The Soviet Union claims that East Germany is independent and deserves recognition, but so little confidence do the Soviet authorities have in the regime and in the people that they forbid those free elections which alone can decide the future of that country." Vgl. UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 18th Session, 1222nd Meeting, S. 7.

[7] Zum Gespräch mit dem französischen Außenminister am 17. September 1963 vgl. Dok. 344.

[8] Zur Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 101, Anm. 4.

der verschiedenen Möglichkeiten müsse man sich den jeweiligen Gegebenheiten anpassen. Er glaube aber, daß auf eine bilaterale Konsultation besonderer Wert gelegt werden sollte, besonders auch im Hinblick auf die Tatsache, daß in Bälde eine neue Bundesregierung die Geschäfte übernehmen werde.[9] Dies schließe selbstverständlich nicht die Konsultation innerhalb der Viermächtegruppe und der NATO in jeweils geeigneter Form aus. Im Gegenteil, wenn diese Konsultationskanäle nicht benutzt würden, entstünden andere Schwierigkeiten, die unter allen Umständen vermieden werden sollten.

Der Herr Bundesminister ging sodann auf die zentralen Fragen im West-Ost-Verhältnis ein. Was den Status quo angehe, so sei er der Auffassung, daß der Status quo auch dadurch konsolidiert werden könne, daß nichts geschehe. Dann setze eine gewisse Erosion ein, und dieser Zustand wirke sich zugunsten der anderen Seite aus. Dies habe er auch den Franzosen ganz offen gesagt. Weil ein Nichtstun den Status quo verschlechtere, müsse man versuchen, eine gewisse Bewegung in die Dinge zu bekommen. Die Franzosen seien allerdings anderer Auffassung, was sich bereits im Dezember 1961 im Zusammenhang mit der Möglichkeit von Sondierungen gezeigt habe. Man wisse noch, wie schwierig es damals gewesen sei, Einigung über das Kommuniqué zu erlangen.[10]

Die deutsche Haltung legte der Herr Minister zusammenfassend so dar, daß man grundsätzlich dafür sei, durch eine Politik der Bewegung[11] nach neuen Wegen zu suchen. Doch müsse sichergestellt werden, daß die eigentlichen Ziele nicht verdunkelt würden. Zwischen der Lösung anderer Fragen und der Lösung der Deutschlandfrage bestehe ein Verhältnis wie zwischen kommunizierenden Röhren. Dies gelte beispielsweise auch für ein Nichtangriffsarrangement[12], das nur am Ende einer materiellen Entwicklung abgeschlossen werden sollte. Nach seiner Auffassung müßte durch ein Nichtangriffsarrangement eine Situation bestätigt werden, die für alle befriedigend sei. Wenn man hiervon ausgehe, umfasse dies auch eine befriedigende Regelung der deutschen Frage. Man müsse immer im Auge behalten, daß die Regelung von Fragen, die nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den zentralen Problemen stünden, die grundsätzlichen westlichen Ziele nicht außer acht lassen dürften. Wenn in Deutschland der Eindruck entstehen sollte, daß zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion viele Abmachungen getroffen würden, ohne daß man auch der Lösung der deutschen Frage näher käme, so würde dies die deutsche Bereitschaft, sich an solchen Maßnahmen zu beteiligen, sicher sehr einschränken. Außerdem könnte eine derartige Situation propagandistisch ausgenutzt werden. Die einzig wirksame Gegenmaßnahme hierzu bestehe in einer klaren Erläuterung und Bekräftigung der westlichen Position, wie dies Präsident Kennedy vor den Vereinten Nationen getan habe.

[9] Am 16. Oktober 1963 wurde Ludwig Erhard zum Bundeskanzler gewählt.

[10] Zu den Meinungsverschiedenheiten mit Frankreich auf der NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember 1961 vgl. Dok. 88, Anm. 4. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, D 9–11.

[11] Zur „Politik der Bewegung" vgl. weiter Dok. 410, Anm. 12.

[12] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 215.

Das Gespräch wurde anschließend bei einem Mittagessen fortgesetzt.

Außenminister *Rusk* sagte, man müsse im Westen den zentralen Fragen große Bedeutung beilegen. Nichts sei in diesem Zusammenhang wichtiger als eine möglichst umfassende Konsultation darüber, was sich in der kommunistischen Welt zuträgt und wie sich diese Entwicklung möglicherweise auf den Westen auswirkt. Was den Status quo angehe, so habe er den Eindruck, daß die seit 1945 herrschende Spannung zu einer Verhärtung des Status quo geführt habe. Im Zustande der Spannung sei es schwierig, den Status quo zu ändern. Dies gelte in noch höherem Maße mit dem Eintritt in das nukleare Zeitalter. Demgegenüber glaube er, daß sich bei einem Nachlassen der Spannung der Status quo zugunsten des Westens ändern könne, was insbesondere für die osteuropäischen Länder gelte. Er habe den Eindruck, daß die kleineren Länder Osteuropas in einen neuen Abschnitt ihrer Beziehungen zur Sowjetunion eingetreten seien und ihre eigenen Angelegenheiten mit einem größeren Maß von Unabhängigkeit behandelten. Chruschtschow selbst habe von Kindern gesprochen, die zu groß geworden seien, als daß man sie noch schlagen könne. Deshalb halte er es für richtig, wenn man versuche, in den Status quo eine gewisse Bewegung zu bringen.

Was die Wiedervereinigung Deutschlands angehe, so sei man ihr seit 1945 nicht einen Zentimeter näher gekommen. Die Vereinigten Staaten hätten sich vertraglich verpflichtet, sich für die Wiedervereinigung einzusetzen[13], und sie glaubten auch an die Wiedervereinigung und wollten sie herbeiführen. Wenn es während der vergangenen fünfzehn Jahre nicht gelungen sei, diesem Ziele näher zu kommen, dann sollte man vielleicht neue Möglichkeiten suchen. Hier sehe er die Beziehung zwischen Spannung und Status quo.

Er befürchte, daß innerhalb der Allianz oft mit doppeltem Maß gemessen werde. Wenn die Vereinigten Staaten versuchten, ihre Handelsbeziehungen mit dem sowjetischen Block zu ändern[14], dann werde dies von vielen als eine Aufweichung der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion angesehen. Dabei hätten die Vereinigten Staaten nur ein Zehntel des Handelsvolumens, das Europa mit dem Osten habe. Wenn sechshundert Mann der amerikanischen Streitkräfte aus Berlin abgezogen würden, bekomme man in Bonn Vorwürfe zu hören.[15] Wenn aber die Franzosen ihre Streitkräfte um zweihunderttausend Mann reduzierten[16], werde nichts gesagt. Ebensowenig höre man etwas, wenn die Belgier eine Brigade aus Deutschland zurücknähmen. Man gewinne aus all dem den Eindruck, daß innerhalb des Bündnisses mit doppeltem Maß gemessen werde. Man müsse deshalb zu einem neuen Kapitel kommen, in dem die Dinge offen beim Namen genannt würden.

Was nun die nächsten Schritte angehe, so sehe er keine dramatischen Schritte in der Zukunft. Gewisse bilaterale Schritte seien möglich, z. B. bestehe zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion kein Konsular-

[13] Vgl. dazu Dok. 245, Anm. 8.

[14] Zur Handelspolitik der USA gegenüber dem Ostblock vgl. Dok. 232, Anm. 4.

[15] Vgl. dazu Dok. 290.

[16] Die französische Nationalversammlung stimmte am 24. Januar 1963 einer Reduzierung der Streitkräfte von 832000 auf 750000 Mann zu. Vgl. AdG 1963, S. 10373.

vertrag[17] und kein Abkommen über den zivilen Luftverkehr[18], wie sie mit anderen Ländern üblich seien.

Ein großer Schritt sei nicht möglich, solange nicht die Hauptmitglieder des Bündnisses sich auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt hätten. Er hoffe, der NATO-Rat werde weiter darüber beraten. Ohne eine vereinbarte alliierte Politik könne man sich nicht beweglich zeigen. Die Konsultation müsse daher die Einheit stärken. Die von einigen Mitgliedern des Bündnisses angewandten Methoden hätten allerdings eher eine spaltende als stärkende Wirkung gezeigt. Eine der Hauptschwierigkeiten bestehe darin, daß sich die Franzosen abseits hielten. In New York werde man sich nur zu dritt statt zu viert treffen.[19] Selbst faktische Informationen erhalte man von den Franzosen nicht mehr. Deshalb müsse man sehen, wie man die Franzosen zu normalen Gesprächen zurückführen könne. Die Tatsache, daß die Franzosen nicht teilnähmen, hinterlasse eine große Lücke.

Der Herr *Bundesminister* ging sodann auf die Ausführungen von Außenminister Rusk ein. Es treffe zu, daß die Frage, ob die Spannung uns der Wiedervereinigung näher gebracht habe, verneint werden müsse. Die Spannung habe aber, wenn dies nicht zu frivol klinge, die Frage als solche offengehalten, während eine Entspannung dazu führen könnte, daß sie verschwinde. Gegenwärtig sei man sich bewußt, daß die Lage abnormal sei. Wenn man sich zu sehr um eine Entspannung bemühe, so könne der Eindruck einer falschen Normalität entstehen.

Was den Handel angehe, so sei es richtig, daß die Verstärkung der amerikanischen Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion als eine beachtliche Änderung angesehen würde. Da sich die amerikanische Politik gerade in dieser Frage bisher so eindeutig verhalten habe, würde durch eine Änderung der amerikanischen Position der Wandel in der Situation nur unterstrichen werden. Dies würde natürlich zu einem gewissen Verdacht Anlaß geben, obgleich er persönlich dies nicht für gerechtfertigt halten würde.

Was die Streitkräfte angehe, so glaube er nicht, daß die Tatsache, ob sechshundert Soldaten mehr oder weniger in Berlin seien, von objektiver Bedeutung sei. Vielmehr spiele die Frage des Zeitpunkts und der Behandlung eine wichtige Rolle. Vom Psychologischen her bedürften diese Dinge einer geschickten Behandlung.

Was die französische Armee angehe, so werde sie nicht sehr ernst genommen. Das gleiche gelte für die belgische Brigade. Man dürfe nicht vergessen, daß die einzige ins Gewicht fallende Sicherheit die Zusage der Vereinigten Staaten sei, ihre Streitkräfte in Europa zu belassen.

[17] Eine amerikanisch-sowjetische Konsularkonvention wurde am 1. Juni 1964 unterzeichnet, trat jedoch erst am 13. Juli 1968 in Kraft.

[18] Ein amerikanisch-sowjetisches Luftverkehrsabkommen war am 21. August 1961 paraphiert, aber wegen des Baus der Mauer in Berlin am 13. August 1961 nicht mehr unterzeichnet worden. Die Unterzeichnung erfolgte am 4. November 1966.

[19] Zum Gespräch der Außenminister vom 27. September 1963 vgl. Dok. 367. Zur Weigerung des französischen Außenministers Couve de Murville, an dem Treffen teilzunehmen, vgl. Dok. 344.

Außenminister *Rusk* sagte, diese Einstellung erschwere die amerikanische Position, denn, wenn man die Dinge so betrachte, dann seien die amerikanischen Soldaten nichts anderes als Söldner, wie ehedem die Söldner des Prinzen von Hessen[20], und nicht Teil einer gesamten alliierten Anstrengung.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er habe keineswegs diesen Eindruck erwekken wollen, vielmehr habe er sich darum bemüht, ein objektives Bild der Empfindungen und Gefühle der deutschen öffentlichen Meinung zu entwerfen. In Deutschland habe man nun einmal mehr Vertrauen und Zuversicht in die amerikanischen Streitkräfte als in die belgischen oder französischen. Manchmal werde von der grotesken Alternative zwischen den Franzosen und den Amerikanern gesprochen, zwischen denen die Deutschen zu wählen hätten. Eine solche Auffassung sei einfach lächerlich.

Außenminister *Rusk* sagte, er hoffe, daß es zu einer solchen Entscheidung nie kommen möge. Davon abgesehen, wenn die Amerikaner gewollt hätten, hätten sie auch ein Liebesverhältnis mit den Franzosen haben können.

Der Herr *Bundesminister* bemerkte, daß die Amerikaner daran wahrscheinlich nicht viel Freude gehabt hätten. Er halte es aber auch für richtig, daß man versuche, die Franzosen an der Entwicklung zu beteiligen, und daß deshalb die Konsultationsgespräche in der Viermächte-Gruppe fortgesetzt werden sollten. Couve de Murville habe ihm gesagt, daß er nicht nach New York kommen werde, da die Franzosen sich nicht an den West-Ost-Gesprächen beteiligten. Sie seien nicht daran interessiert, in New York dann nur die Kommuniqués darüber zu lesen, was andere in Gesprächen erörtert hätten, an denen sie selbst nicht beteiligt gewesen seien. Um aber dennoch zu zeigen, daß gewisse Beziehungen bestünden, wolle er zu einem etwas späteren Zeitpunkt nach Washington kommen.[21] Was die Besprechungen innerhalb der Viermächte-Gruppe angehe, so hätten die Franzosen ihre Bereitschaft zu erkennen gegeben, über Vorschläge, die die anderen unterbreiteten, zu reden. Sie wollten aber keine eigenen Ideen zur Diskussion stellen. Diese Einstellung sei sehr zurückhaltend und biete materiell nicht viel. Die Franzosen glaubten, daß aus den Sondierungsgesprächen[22] nichts herauskomme, und wollten deswegen auch keine Verantwortung dafür übernehmen.

Außenminister *Rusk* bemerkte, es falle ihm schwer, die französische Position zu verstehen, da die Franzosen ihrerseits einseitige Abrüstungsmaßnahmen getroffen hätten, ohne dagegen irgendeine sowjetische Zusage einzuhandeln.

Der Herr *Bundesminister* erinnerte daran, was ihm im Dezember 1961 de Gaulle im Zusammenhang mit den geplanten Sondierungen gesagt habe. Nach Auffassung de Gaulles könnten Ost-West-Gespräche, wenn sie erst einmal angefangen hätten, nicht einfach wieder eingestellt werden, weil beide Seiten sich schon zu sehr festgelegt hätten. Das Ergebnis falle bestimmt nicht zur

[20] Wilhelm IX. (1743–1821), Landgraf von Hessen-Kassel, schloß von 1776 bis 1793 mehrere Subsidienverträge mit Großbritannien, in denen er sich gegen hohe Geldzahlungen zur Überlassung hessischer Truppen verpflichtete. Sie kämpften u. a. von 1776 bis 1784 im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg.

[21] Zum Besuch des französischen Außenministers am 7./8. Oktober 1963 in den USA vgl. Dok. 389, Anm. 20.

[22] Zu den sowjetisch-amerikanischen Sondierungsgesprächen vgl. Dok. 343, Anm. 6.

Freude der Deutschen aus. Deshalb wollten die Franzosen damit nichts zu tun haben.[23]

Außenminister *Rusk* sagte, die Franzosen glaubten nicht, daß es zu einem Krieg komme, und hielten es daher für einen Fehler, wenn sich die NATO mit der Frage der Verteidigungserfordernisse befasse. Daraus leiteten sie aber ihre Theorie ab, daß die Amerikaner versuchten, ihren Einfluß in Europa zu verstärken.

Der Herr *Bundesminister* sagte, es treffe zu, daß die Franzosen nicht an einen Krieg glaubten. Die Grundlage dieser Auffassung bestehe daber darin, daß sie die nukleare Überlegenheit der Amerikaner richtig einschätzten. Die französische Politik werde unter dem Schutzschild der amerikanischen Überlegenheit geführt und strebe danach, für Frankreich eine möglichst starke Position in Europa aufzubauen. Wenn die Franzosen von Europa sprächen, dann dächten sie an ein Europa unter französischer Führung. So erkläre sich auch die Bemühung der Franzosen, die Engländer aus Europa draußen zu halten.

Außenminister *Rusk* ging sodann auf die MLF ein. Er halte es für wichtig, daß man damit vorankomme. Er glaube, die für Oktober vorgesehenen Gespräche[24] dürften gewisse Fortschritte bringen. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Engländer mitmachen würden, da ihre Nichtbeteiligung einen retardierenden Faktor darstellen würde. Andererseits glaube er, daß es sich die Engländer auf die Dauer nicht leisten könnten, sich nicht an der MLF zu beteiligen.

Der Herr *Bundesminister* berichtete über seine ausführlichen Gespräche, die er am 14. August in London geführt habe.[25] Er habe versucht, das alliierte und europäische Interesse zu betonen, ganz abgesehen von dem deutschen Interesse, das an einer Beteiligung Großbritanniens bestehe. Er habe vor allem die Engländer aufgefordert, sich einmal zu überlegen, welche politischen und psychologischen Auswirkungen ihre Nichtbeteiligung in anderen europäischen Staaten haben würde. Die französische Force de frappe[26] würde dann vielen im goldenen Gewande erscheinen. Nach einem langen Frage- und Antwort-Spiel habe Lord Home schließlich gefragt, ob es genügen würde, wenn die Engländer einen Flottenstützpunkt zur Verfügung stellen würden. Er selbst habe darauf geantwortet, daß er dazu nichts Endgültiges sagen könne, daß es aber denkbar sei, daß die Beiträge der einzelnen Mitglieder in verschiedener Form erfolgen könnten.[27]

Außenminister *Rusk* sagte, das britische Kabinett habe offensichtlich bei den englischen Militärs den Eindruck erweckt, daß es die durch eine Beteiligung an der MLF entstehenden Kosten unvermeidlich machten, daß die Ausgaben

[23] Bundesminister Schröder traf am 9. Dezember 1961 mit Staatspräsident de Gaulle und Außenminister Couve de Murville zusammen. Vgl. dazu COUVE DE MURVILLE, Politique Étrangère, S. 251 f.

[24] Die Verhandlungen in der MLF-Arbeitsgruppe der NATO wurden am 11. Oktober 1963 offiziell aufgenommen. Vgl. weiter Dok. 414.

[25] Zu den Gesprächen des Bundesministers Schröder mit Premierminister Macmillan und Lord Home vgl. Dok. 299–301.

[26] Zur „force de frappe" vgl. Dok. 16, Anm. 6.

[27] Vgl. dazu Dok. 301.

für andere Zweige gekürzt werden müßten. Dies allein habe genügt, um die Militärs gegen den Vorschlag einzunehmen.[28] Außerdem schienen die Engländer ein Abkommen über die Nichtverbreitung nuklearer Waffen für wichtiger zu halten als die Errichtung der MLF. Man wisse, daß sich die Amerikaner dieser Haltung nicht anschließen könnten. Er glaube aber, daß die Aussichten auf eine britische Beteiligung größer würden, wenn man mit dem Projekt erst einmal anfange.

Der Herr *Bundesminister* sagte, in Großbritannien spielten neben den militärischen, finanziellen und politischen Überlegungen natürlich auch innenpolitische Fragen eine Rolle. Es sei für die Regierung Macmillan nicht ganz leicht, auf der einen Seite gegenüber Labour für die Beibehaltung einer nationalen Abschreckungsmacht einzutreten und auf der anderen Seite die Idee der MLF zu unterstützen. Da aber in der britischen Politik die Logik keine entscheidende Rolle zu spielen scheine, habe er den Engländern gesagt, es sei doch auch denkbar, daß man die nationale Abschreckungsmacht beibehalte und sich auch an der MLF beteilige.

Der Herr Bundesminister betonte, daß sich der Herr Bundeskanzler immer sehr für die MLF eingesetzt habe, trotz der von französischer Seite kommenden Verführungen.[29] Ebenso habe er sich bei seinem jüngsten Besuch in Rom[30] sehr dafür eingesetzt, auch die Unterstützung der Italiener zu bekommen.

Die Italiener hätten dabei zu erkennen gegeben, daß es für sie leichter wäre, wenn vorgesehen werden könnte, daß im Laufe der späteren Entwicklung die MLF auch eine europäische Sache werden könnte.[31] Auf deutscher Seite glaube man diesen Vorschlag unterstützen zu können, weil doch ursprünglich auch die amerikanische Position mit einer solchen Überlegung vereinbar gewesen sei, vorausgesetzt, daß es sich um eine integrierte Streitmacht handle und enge Verbindungen zu den Vereinigten Staaten bestünden. Er glaube nicht, daß diese Überlegung jetzt schon von praktischer Bedeutung sei, doch könnte sie für die Zukunft nützlich sein. Das gelte auch in Deutschland, wo die europäische Idee immer eine gewisse Attraktion gehabt habe.

Außenminister *Rusk* sagte, wenn an eine Trennung gedacht sei, dann wirke sich eine solche nach beiden Richtungen hin aus. Eine unabhängige europäische MLF bedeute auch eine unabhängige amerikanische Streitmacht.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er glaube nicht, daß die Italiener an eine unabhängige europäische Streitmacht gedacht hätten. Vielmehr sei es ihnen darum gegangen, die Möglichkeit einer europäischen Entwicklung zu unterstreichen, die ja auch sicher im Interesse der amerikanischen Politik liege, da die amerikanische Politik in der Vergangenheit die europäische Einigungsbewegung immer unterstützt habe. Deshalb sehe er keine Schwierigkeiten.

[28] Zur britischen Haltung zur MLF vgl. auch Dok. 214.

[29] Zu den Bemühungen des Staatspräsidenten de Gaulle, die Bundesrepublik für eine verstärkte militärische Zusammenarbeit zu gewinnen, vgl. auch Dok. 357.

[30] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer in Italien vom 16. bis 19. September 1963 vgl. Dok. 342.

[31] Zum italienischen Vorschlag einer Europäisierungsklausel vgl. bereits Dok. 222; weiter Dok. 414.

Außenminister *Rusk* sagte, wenn eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten gewährleistet sei, dann habe er keine Einwendungen, denn Europa verfüge über die notwendigen Mittel. Wenn aber an eine Trennung gedacht sei, dann gelte dies auch für die Vereinigten Staaten.

Der Herr *Bundesminister* antwortete, daran sei keineswegs gedacht. Diejenigen, denen eine europäische Streitmacht unter französischer Führung als Alternative vorschwebe, gingen von der falschen Voraussetzung aus, daß eine Regelung aller Fragen mit den Franzosen leichter wäre als mit den Amerikanern. Er glaube vielmehr, daß es leichter ist, zwischen den Vereinigten Staaten und Europa zu einer Regelung zu kommen als zwischen Frankreich und den europäischen Ländern. Es sei einfacher, wenn sich verschiedene Kleine mit einem Großen zusammentäten, als wenn Kleine nur unter sich zu einem Arrangement kommen wollten.

Außenminister *Rusk* sagte, die Vereinigten Staaten berücksichtigten auch die Ansichten ihrer Verbündeten. De Gaulle aber wolle bei einigen Maßnahmen einfach nicht mitmachen. Das gelte beispielsweise für die Abrüstungsfrage[32], für den Kongo[33] und für andere Themen.

Der Herr *Bundesminister* sagte, ganz abgesehen von de Gaulle könne die französische Politik generell nur so interpretiert werden, daß alles unter dem Gesichtspunkt gesehen werde, die französische Macht wieder aufzubauen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das jüngst erschienene Buch von Debré „Au service de la nation"[34]. Er regte an, daß sich Außenminister Rusk eine Analyse über dieses Buch anfertigen lasse. Die eigentlichen Schwierigkeiten, die die Bundesrepublik mit den Franzosen habe, lägen auf dem Gebiet der europäischen und der Landwirtschaftspolitik.

Außenminister *Rusk* fragte, wie die derzeitige Lage auf dem landwirtschaftlichen Sektor sei.

Wie der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* ausführte, sei darüber bei seinem letzten Besuch in Paris gesprochen worden.[35] Aufgrund des Romvertrages bestehe eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 1969, bis zu welchem Zeitpunkt der gemeinsame landwirtschaftliche Markt verwirklicht sein solle.[36] Bis Ende 1963 sei es nicht möglich, alle landwirtschaftlichen Verordnungen zu verkünden, doch rechne man damit, die Verordnung über Fleisch, Milch und Fett sowie Reis bis zum Jahresende verkünden zu können[37], unter der Voraussetzung, daß diese Dinge im Lichte der bisherigen Erfahrungen behandelt würden, daß man Maßnahmen zur Vermeidung der Konkurrenzverzerrung be-

[32] Auf der Pressekonferenz vom 29. Juli 1963 äußerte sich Staatspräsident de Gaulle ablehnend sowohl zum Teststopp-Abkommen als auch zu einem Nichtangriffsabkommen. Vgl. dazu Dok. 246, Anm. 4, und Dok. 274, Anm. 24.

[33] Im Januar 1963 verweigerte Frankreich dem von der UNO beschlossenen militärischen Vorgehen in der Provinz Katanga seine Zustimmung mit der Begründung, es handele sich um innere Angelegenheiten des Kongo. Auch eine Beteiligung an den Kosten für die UNO-Truppen im Kongo lehnte Frankreich ab.

[34] Michel DEBRÉ, Au service de la nation. Essai d'un programme politique, Paris 1963.

[35] Vgl. dazu Dok. 345.

[36] Vgl. dazu Dok. 334, Anm. 8.

[37] Vgl. dazu das Arbeitsprogramm der EWG vom 9. Mai 1963; Dok. 345, Anm. 2.

handle und sich auf ein allgemeines Konzept im Hinblick auf die Kennedy-Runde[38] einige. All dies sollte bis Ende 1963 möglich sein. Eine weitere Voraussetzung bestehe darin, daß man die Frage der Getreidepreise für die nächsten beiden Jahre ingesamt einmal behandle, ohne daß eine Festlegung im einzelnen erfolge. Deutscherseits habe man in den Pariser Gesprächen die Auffassung vertreten, daß man für die Kennedy-Runde keine umfassende landwirtschaftliche Organisation benötige. Die Franzosen hingegen versuchten, auch über ein abgeschlossenes landwirtschaftliches System erst Einigung zu erzielen, bevor man in die Kennedy-Verhandlungen einsteige. Die Franzosen seien auch der Auffassung, daß die landwirtschaftlichen Beziehungen innerhalb der Gemeinschaft nicht zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden dürften. Die Bundesregierung hingegen sei der Auffassung, daß auch darüber in gewissem Umfang gesprochen und verhandelt werden könne. Eines stehe fest, die nächsten Monate in Brüssel würden sehr schwierig werden.

Der Herr Bundesminister fragte sodann, wie der sowjetische Weizenkauf in Kanada[39] in den Vereinigten Staaten aufgenommen worden sei.

Außenminister *Rusk* anwortete, dieses Geschäft sei im großen und ganzen gut aufgenommen worden. Man sei keineswegs überrascht gewesen, daß sich die Sowjetunion bemüht habe, 10 Millionen Tonnen Getreide auf dem Weltmarkt zu kaufen, bei einer eigenen Produktion von 53 Millionen Tonnen. Was weniger Anklang gefunden habe, sei die Tatsache, daß ein Teil dieser Lieferungen an Kuba weiterverschifft werden solle. In den Vereinigten Staaten stehe man zur Lieferung von Lebensmitteln und Medikamenten anders als zur Lieferung industrieller Erzeugnisse. Die Vereinigten Staaten hätten derzeit selbst 30 Millionen Tonnen Weizen auf Lager, so daß durch das kanadisch-russische Geschäft die Verkaufsaussichten für amerikanischen Weizen auf dem Weltmarkt günstiger geworden seien.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er wolle die Anwesenheit von Botschafter Thompson dazu benutzen, die Ansicht der amerikanischen Herren zu einem vom Herrn Bundeskanzler vor kurzem in Cadenabbia gemachten Vorschlag zu hören. Der Herr Bundeskanzler habe die Auffassung vertreten, daß man durch die nukleare Überlegenheit nichts erreichen könne. Das gleiche gelte für das konventionelle Gebiet. Vielleicht ließe sich aber wirtschaftlich gegenüber der Sowjetunion etwas erreichen. Er denke daher an die Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion.[40]

Herr *Tyler* wies darauf hin, daß diese Frage gegenwärtig von den Wirtschaftsberatern in der NATO geprüft werde.

Der Herr *Bundesminister* erwähnte den von den Sowjets der Howaldt-Werft erteilten Auftrag für den Bau von Fischereischiffen, der sich auf 250 Millionen DM belaufe.[41] Desgleichen beabsichtigten die Russen, 8 Kunststoffabriken in

[38] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[39] Zum sowjetisch-kanadischen Weizen-Abkommen vom 16. September 1963 vgl. Dok. 342, Anm. 4.

[40] Zu der von Bundeskanzler Adenauer erwogenen Möglichkeit eines Handelsboykotts gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 343, Anm. 7. Vgl. dazu weiter Dok. 355.

[41] Vgl. dazu Dok. 231, Anm. 13.

Deutschland in Auftrag zu geben.[42] Der Herr Bundeskanzler neige zu der Auffassung, daß, wenn sich der Westen mit der Lieferung hochindustrialisierter Güter stark zurückhalte, die Sowjets möglicherweise zu politischen Konzessionen bereit wären. Er selbst habe starke Zweifel, ob sich etwas Derartiges verwirklichen lasse, da die rechtliche Grundlage fehle und es schwierig sein dürfte, zu einer gemeinsamen Haltung zu gelangen. Dennoch werde während der nächsten Wochen in Deutschland geprüft werden, wie weit die sowjetische Wirtschaft von Lieferungen aus dem Auslande abhängig sei und woher diese Lieferungen kämen.[43] Vielleicht wäre es möglich, bei dieser Untersuchung auch auf die den Amerikanern verfügbaren Unterlagen zurückzugreifen.

Botschafter *Thompson* vertrat die Auffassung, daß sich die Sowjets zwar ernsthaften Wirtschaftsproblemen gegenübersähen, aber dennoch in der Lage seien, ohne Lieferungen aus dem Ausland die Ziele zu erreichen, die sie sich auf wirtschaftlichem Gebiete selbst gesteckt hätten. Er glaube nicht, daß sie bereit seien, hierfür einen politischen Preis zu bezahlen.

Außenminister *Rusk* bemerkte, daß der amerikanische Landwirtschaftsminister, Herr Freeman, der sich fünf Wochen lang in der Sowjetunion aufgehalten habe[44], aus seinen Eindrücken die Erkenntnis gewonnen habe, daß die sowjetische Landwirtschaft einen Punkt in der Entwicklung ihrer Produktivität erreicht habe, an dem die Frage, ob der Westen die Sowjetunion beliefern solle oder nicht, keine strategische Bedeutung mehr habe. Die Vereinigten Staaten würden deshalb auch eine Initiative nicht für zweckmäßig halten.

Der Herr *Bundesminister* sagte, der Herr Bundskanzler habe diese Vorstellung vielleicht auch etwas spät bekommen, und er persönlich glaube nicht, daß sich durch ein solches Vorgehen viel erreichen lasse. Es habe sich vielleicht um eine Reaktion auf eine Idee gehandelt, die von Zeit zu Zeit in Deutschland aufgeworfen werde. Man sage, wenn es nicht möglich sei, mit politischen Mitteln die Wiedervereinigung Deutschlands zu erlangen, ließen sich vielleicht gewisse Fortschritte durch finanzielle Mittel erzielen. Man denke dabei, daß gegen große finanzielle Leistungen, die die Bundesrepublik er-

[42] Die Salzgitter AG schloß am 9. April 1963 ein Abkommen über die Lieferung von zwei Hochdruck-Polyäthylen-Anlagen ab. Vgl. dazu das Schreiben der Salzgitter AG vom 21. November 1963 an das Bundesministerium für Wirtschaft; Referat III A 6, Bd. 285.
Die UdSSR stellte weitere Aufträge in Aussicht, wenn längerfristige Kredite eingeräumt würden. Vgl. dazu das Schreiben des Ministerialrats Steidle, Bundesministerium für Wirtschaft, vom 26. Juni 1963 an das Bundeskanzleramt; Abteilung III (III A 6), VS-Bd. 200; B 150, Aktenkopien 1963.
Zum geplanten Bau einer petrochemischen Anlage in der UdSSR durch ein deutsch-französisches Konsortium vgl. Dok. 444.

[43] Der Auftrag zur Einholung eines Gutachtens über die Abhängigkeit der UdSSR von Lieferungen aus dem Ausland wurde den Staatssekretären Lahr und Westrick, Bundesministerium für Wirtschaft, während der Gespräche am 14. September 1963 in Cadenabbia erteilt. Vgl. dazu den Vermerk von Lahr vom 20. September 1963; Abteilung III (III A 6), VS-Bd. 201; B 150, Aktenkopien 1963.
Am 10. Oktober 1963 legte der Leiter des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zum Osten", Klarenaar, eine Aufzeichnung dazu vor. Vgl. Abteilung III (III A 6), VS-Bd. 201.
Vgl. weiter Dok. 356, Anm. 14.

[44] Der amerikanische Landwirtschaftsminister Freeman hielt sich vom 14. bis 31. Juli 1963 in der UdSSR auf. Vgl. dazu den Bericht des Gesandten Scholl, Moskau, vom 6. September 1963; Referat II A 6, Bd. 52.

brächte, die Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Zone verbessert und erleichtert werden könnten.

Außenminister *Rusk* bezweifelte, ob sich von der Sowjetunion weitgehende politische Konzessionen in der Frage der Wiedervereinigung im Austausch für Kredite oder ähnliche finanzpolitische Maßnahmen erhalten ließen. Es sei zwar denkbar, aber unwahrscheinlich. Vielleicht bestehe aber in Zukunft die Möglichkeit, die Anziehungskraft, die von der Bundesrepublik ausgehe, in vollem Maße zur Geltung zu bringen, und zwar nicht nur gegenüber den osteuropäischen Satellitenländern, sondern gegenüber der Zone selbst. Wenn man davon ausgehe, daß man die Wiedervereinigung Deutschlands ohne Krieg herbeiführen wolle, sei klar, daß in der Zone ein Wandel erfolgen müsse. Die erste Änderung, an die man denken könne, sei, daß sich das jetzige Ulbricht-Regime in ein Regime verwandle, das etwa dem in Polen entspreche. Je mehr sich die Bundesrepublik der Vorgänge in der Zone annehme und je enger der Kontakt mit der Bevölkerung in der Zone werde, desto mehr lasse sich vielleicht die Frage der Wiedervereinigung faktisch und nicht so sehr theoretisch oder nur juristisch behandeln. Von einigen Überläufern habe man erfahren, daß die ostdeutschen militärischen Einheiten nicht gegen die Bundesrepublik kämpfen würden. Vielleicht treffe dies zu, und vielleicht ließe sich daraus etwas machen. Man müsse auch in Zukunft seine Bemühungen darauf konzentrieren, in Osteuropa eine Änderung herbeizuführen.

Der Herr *Bundesminister* verwies auf die bisherigen Versuche, durch Angebote finanzieller Art Erleichterung für die Bevölkerung Berlins und der Zone zu erwirken, hob aber hervor, daß jede Verknüpfung solcher Angebote mit politischen Konzessionen von dem Ostzonenregime rigoros abgelehnt worden sei.[45] Das Regime habe lieber auf die Kredite verzichtet. Deshalb bezweifle er sehr stark, ob sich durch wirtschaftliche Einflüsse politische Wirkungen erzielen ließen. Er glaube, daß sich auf die Dauer die Politik bewähren werde, die man nun mit der Errichtung von Handelsmissionen in den östlichen Satellitenländern begonnen habe. Ein Anfang sei in Warschau gemacht worden.[46] In Budapest stehe man dicht vor der Errichtung einer Handelsmission.[47] Sodann kämen Rumänien und Bulgarien in Frage.[48] Von der Tschechoslowakei sei ein ähnlicher Wunsch mehr oder weniger deutlich an deutsche Stellen herangetragen worden.[49] Bei diesen Bemühungen sehe man sich allerdings zwei Schwierigkeiten gegenüber. Zunächst sei es nötig, in die entsprechenden Abkommen eine Berlin-Klausel aufzunehmen.[50] Praktisch sei dies zwar nicht von

[45] Vgl. dazu Dok. 180.

[46] Zum Abkommen mit Polen vom 7. März 1963 über die Errichtung von Handelsvertretungen vgl. Dok. 114, Anm. 4. Die Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau wurde im September 1963 eröffnet.

[47] Zum Stand der deutsch-ungarischen Verhandlungen vgl. Dok. 339.

[48] Zu den Verhandlungen mit Bulgarien und Rumänien über die Errichtung von Handelsvertretungen vgl. Dok. 360 und Dok. 380.

[49] Zu dem Gespräch, das der Vorsitzende des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, Wolff von Amerongen, am 19. September 1963 mit dem tschechoslowakischen Außenhandelsminister Hamouz führte, vgl. den Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 17. Oktober 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 430; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. weiter Dok. 432.

[50] Vgl. dazu auch Dok. 247.

allzu großer Bedeutung, doch komme einer solchen Klausel große politische Bedeutung für die öffentliche Diskussion in Deutschland zu. Sodann wirke sich etwas erschwerend aus, daß die Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt die Bundesrepublik in der Bewegungsfreiheit, besonders auf dem landwirtschaftlichen Sektor, etwas beschränke. Dennoch glaube er, daß sich diese beiden Schwierigkeiten überwinden ließen und die jetzt begonnene Politik sich günstig auswirken werde, da sie ihre Wirkung auf die betreffenden Länder selbst nicht verfehlen werde und zum zweiten auch die Beziehungen zwischen diesen Ländern und Pankow berühre. Bei den bisherigen Verhandlungen habe sich herausgestellt, daß die Bundesrepublik auf diese Länder eine größere Anziehungskraft ausübe als Pankow und sie mehr Sympathien genieße als das Regime der Ostzone.[51] Deshalb glaube er, daß auf lange Sicht gesehen diese Politik gut und richtig sei. Er glaube auch, daß ein Druck auf die Zone, von dem gegenwärtigen stalinistischen System abzugehen, wirksamer sei, wenn er von den Ländern des Ostblocks komme. Durch eine solche Entwicklung würde zwischen die Zone, als dem derzeit starrsten Vorposten der Sowjetunion, und die Sowjetunion selbst ein Gürtel von Ländern gelegt, die Beziehungen mit der Bundesrepublik hätten.

Außenminister *Rusk* faßte seinen Eindruck über die Lage in den osteuropäischen Satelliten dahingehend zusammen, daß sie im Grunde die Russen nicht gern und keinen Respekt vor ihnen hätten. Dazu komme aber als weiteres gemeinsames Element die Furcht vor den Deutschen. Wenn diese Furcht nun durch die von dem Herrn Bundesminister dargelegte Politik ausgeräumt würde, blieben nur noch die negativen Empfindungen gegenüber den Russen zurück. Dies könne sich als positiv für einen Prozeß erweisen, der zur Wiedervereinigung führen könnte. Auf jeden Fall würde dadurch der Status quo geändert.

Der Herr *Bundesminister* sprach sodann über die Berlin-Klausel im Zusammenhang mit dem Versuchsstoppabkommen.[52] Vielleicht sollte diese Frage noch weiter vertieft werden. Die deutsche Tendenz in diesem Zusammenhang sei klar.

Sodann kam der Herr Bundesminister auf den Hähnchenkrieg[53], eine sehr unerfreuliche Angelegenheit, zu sprechen. Der Brüsseler Ministerrat habe inzwischen dem Vorschlag zugestimmt, die Abgaben um 11 Pfennig zu vermindern.[54] Er wisse nicht, ob dies für die Vereinigten Staaten zufriedenstellend sei oder nicht, doch nehme er eher letzteres an. Man solle es sich aber nicht nur einmal, sondern zwei- oder dreimal überlegen, ob man deswegen einen Zollkrieg anfange. Dies wäre ein schlechter Auftakt für die Kennedy-Runde. Die Bundesregierung sehe die grundlegende Frage, um die es hier gehe, eher so wie die Amerikaner. Wenn ein Zollkrieg angefangen würde, dann wisse man zwar, wann er anfange, aber niemand vermöge zu sagen, wann er aufhöre. Dies würde die Aussichten für die Kennedy-Runde sehr verschlechtern und nur in die Hände derjenigen spielen, die nicht an einem positiven Ausgang der

[51] Vgl. dazu Dok. 140 und Dok. 360.

[52] Zur Berlin-Klausel im Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 335. Vgl. dazu weiter Dok. 376.

[53] Vgl. dazu Dok. 346.

[54] Zu diesem Vorschlag und der deutschen Haltung dazu vgl. Dok. 346, Anm. 3.

Kennedy-Runde interessiert seien. Deswegen bitte er die amerikanische Seite, genau zu überlegen, was man jetzt tue.

Herr *Tyler* sagte, eine Senkung um 11 Pfennig allein genommen sei nicht ausreichend. Vielleicht könnte die amerikanische Seite diesen Vorschlag aber als ein Zeichen des ernsten Wunsches und der Bereitschaft akzeptieren, in gegenseitigen Verhandlungen eine beiderseits befriedigende Lösung der Frage zu finden. Wenn der Ministerrat zu einer Entscheidung gelangen könnte, die weitere Verhandlungen vorsähe, wäre der Vorschlag einer Reduzierung um 11 Pfennig annehmbar. Er wies darauf hin, daß durch diese Herabsetzung die den Amerikanern entstehenden zusätzlichen Belastungen allerdings nicht ausgeglichen würden.[55]

Der Herr *Bundesminister* sagte, auf deutscher Seite sei man für eine Reform der Verordnung als solcher. Allerdings seien die Aussichten, hierfür die Unterstützung der anderen fünf EWG-Mitglieder zu bekommen, gering. Er sehe ähnliche Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Verordnung über Fleisch und Milch und Fett voraus. Deshalb würde es die deutsche Seite begrüßen, wenn die Verordnung als solche geändert werden könnte. Er erwarte aber Schwierigkeiten seitens der Franzosen und des einen oder anderen der kleineren Mitglieder. Für die Bundesregierung sei die Sache von Bedeutung, doch müsse er leider zugeben, daß ihre Möglichkeiten begrenzt seien. Der Fehler liege im System selbst, durch das der Innenhandel bevorzugt werde. Die Franzosen beispielsweise seien in der Lage, bis zu 85 Pfennig Subventionen zu zahlen. Gegenwärtig zahlten sie 73 Pfennig. Durch diese Möglichkeit seien sie immer in der Lage, die Preise zu unterbieten.

Außenminister *Rusk* sagte, man wolle eine Lösung auf dem Verhandlungswege erlangen und wolle keinen Zollkrieg anfangen.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß die deutsche Seite ursprünglich zwei Bedingungen an die Herabsetzung um 11 Pfennig geknüpft habe: Erstens, diese Regelung sollte nur bis zum 1. Februar 1964 gelten, und zweitens, man wollte eine Zusage, daß die Verordnung als solche geändert würde.

Botschafter *McGhee* bemerkte, daß die Deutschen versucht hätten, die Dinge voranzutreiben, doch könne die amerikanische Seite nicht bis zum 1. Februar 1964 warten.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß die anderen Mitgliedstaaten sich den deutschen Bedingungen nicht angeschlossen hätten und diese deshalb fallengelassen worden seien.

Der Herr Bundesminister schnitt sodann die Frage der deutschen Flugzeuglie-

[55] Das vom EWG-Ministerrat am 24. September 1963 unterbreitete Verhandlungsangebot wurde von den USA noch am selben Tag abgelehnt. Daraufhin einigten sich am 16. Oktober 1963 der EWG-Ministerrat und eine amerikanische Delegation auf die Einberufung einer Schlichtungskommission im Rahmen des GATT. Diese setzte am 21. November 1963 die Höhe des den USA durch die Geflügel-Verordnung entstandenen Schadens auf 26 Millionen Dollar fest. Zur Kompensation suspendierten die USA Anfang Dezember 1963 Zollkonzessionen für die EWG. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 11/1963, S. 15 f., 12/1963, S. 26 f., und 1/1964, S. 29 f.
Zu den amerikanischen Retorsionsmaßnahmen vgl. auch den Drahterlaß des Staatssekretärs Lahr vom 7. Dezember 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 405.

ferung an Pakistan an. In einem Anflug von Großmütigkeit habe die deutsche Seite versprochen, Pakistan 80 Flugzeuge vom Typ F-86 zu einem verhältnismäßig geringen Preis zu überlassen.[56] Die Schwierigkeiten bestünden darin, daß das Verteidigungsministerium diese Zusage gemacht habe, ohne daß das Auswärtige Amt davon unterrichtet worden sei. Als dem Auswärtigen Amt die Angelegenheit zur Kenntnis gekommen sei, habe man sich nicht sehr glücklich darüber gefühlt. Man befürchte vor allem Auswirkungen auf Indien. Der Herr Bundesminister fragte, ob es nicht möglich wäre, daß diese Flugzeuge über die Vereinigten Staaten geliefert werden könnten.

Außenminister *Rusk* sagte, dies wäre für die Vereinigten Staaten schwierig. Die Beziehungen zu Pakistan seien auf eine sehr harte Belastungsprobe gestellt gewesen.[57] Wenn nun die Vereinigten Staaten diese Flugzeuge, die Pakistan von Deutschland erbeten habe, liefern sollten, so würden die eigenen Schwierigkeiten nur noch erheblich vermehrt werden. Er glaube, es sollte keine Schwierigkeiten machen, wenn Deutschland an Pakistan die Flugzeuge liefere, da die Sowjets ihre militärische Unterstützung für Indien verstärken wollten.[58]

Der Herr *Bundesminister* sagte, man habe gehört, daß die Vereinigten Staaten Pakistan angeboten hätten, Überschallflugzeuge vom Typ F-104 A/B zu liefern.[59] Wenn dies tatsächlich beabsichtigt sei, so wäre es gut, wenn die Lieferung bald erfolgen könnte, weil dann die Bundesrepublik möglicherweise von ihrer Lieferung herunterkommen könnte.[60]

56 Zur Ausrüstungshilfe für Pakistan vgl. bereits Dok. 150, Anm. 5. Vgl. ferner Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437.

57 Wegen amerikanischer und britischer Waffenlieferungen an Indien erwog der pakistanische Präsident Ayub Khan den Rückzug von der SEATO und der CENTO. Die USA fürchteten nach dem Abschluß des pakistanisch-chinesischen Grenzabkommens vom 2. März 1963 eine Annäherung Pakistans an die Volksrepublik China und suspendierten nach Abschluß eines pakistanisch-chinesischen Luftverkehrsabkommens am 29. August 1963 ein geplantes Darlehen in Höhe von 4,3 Millionen Dollar. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10775.
Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, konnte bei einem Besuch vom 3. bis 6. September 1963 in Karatschi Ayub Khan nicht davon überzeugen, daß „der Subkontinent als ganzer vor allem durch China bedroht sei", woraus sich die Notwendigkeit „einer Fortsetzung der begrenzten Militärhilfe an Indien" ergebe. Der pakistanische Präsident blieb bei seiner Auffassung, daß die Aufrüstung von Indien für den Subkontinent gefährlicher sei. Wenn „weder CENTO noch SEATO genügend Garantien böten, müßten notgedrungen andere Partner gesucht und gefunden werden". Vgl. dazu die Drahtberichte des Legationsrats I. Klasse Heuseler, Karatschi, vom 14. September 1963 und des Botschafters Knappstein, Washington, vom 20. September 1963; Abteilung II (II 6), VS-Bd. 222; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. ferner den Bericht von Heuseler, Karatschi, vom 14. September 1963; Referat II A 6, Bd. 52.

58 Die UdSSR bot Indien bereits im Frühjahr 1961 die Lieferung von Jagdflugzeugen vom Typ Mig 21 an. Die Lieferung erfolgte im Frühjahr 1963; gleichzeitig wurden sechs weitere Flugzeuge in Aussicht gestellt. Darüber hinaus wurden Lieferungen von Transportflugzeugen, Luftabwehrraketen und Boden-Boden-Raketen vereinbart. Vgl. den Artikel: Soviet Offers India Missiles to Oppose Red Chinese Threat; THE NEW YORK TIMES, Nr. 38541 vom 2. August 1963, S. 1 und S. 3.
Vgl. dazu auch Dok. 146, Anm. 6.

59 Zur geplanten Lieferung amerikanischer Flugzeuge an Pakistan vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 6. Juli 1963; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 211.
Vgl. weiter Dok. 358.

60 Zu den Bemühungen des Auswärtigen Amts, die USA zur Übernahme der Pakistan zugesagten Flugzeuglieferungen zu bewegen, vgl. im einzelnen Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 211, und Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437.

Außenminister *Rusk* sagte, die Pakistaner hätten sehr nachdrücklich um die Lieferung solcher Flugzeuge gebeten, und die Amerikaner würden es lieber sehen, wenn sie um diese Sache herumkämen.

Der Herr *Bundesminister* erwähnte abschließend, daß das Olympische Komitee in Bälde in Baden-Baden zusammentreten werde.[61] Wie man wisse, beabsichtige der Ostblock, den Antrag zu stellen, daß die Zone als separates Mitglied aufgenommen werden soll. Die Haltung von Mr. Brundage sei zwar gut und richtig, man wäre aber doch dankbar, wenn der Präsident oder sonst eine führende Persönlichkeit in einem Schreiben Herrn Brundage noch einmal die Gründe darlegen würde, aus denen dieser Antrag abgelehnt werden sollte.

Das Gespräch endete kurz vor 15.00 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

350

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 913/63 **20. September 1963**

Betr.: Gespräch mit Botschafter Drndić (Belgrad)

Der jugoslawische Delegationsleiter in den deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverhandlungen, Botschafter Drndić (Belgrad), suchte mich heute, wie schon seit längerer Zeit geplant, auf. Das mehrstündige Gespräch ergab folgendes:

Zunächst führte ich aus, daß der politische Hintergrund der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverhandlungen[1] aus deutscher Sicht im wesentlichen von zwei Gesichtspunkten bestimmt werde, einmal von unserem Wunsch, zu einer Auflockerung des Verhältnisses unserer Beziehungen zu den Staaten Osteuropas und Südosteuropas zu gelangen, und zum anderen von der Tatsache, daß die Meinungsverschiedenheiten in der Deutschlandfrage den Gesprächen mit diesen Staaten Grenzen setzten. Es sei uns klar, daß Jugoslawien und die Satellitenstaaten politisch nicht gleich zu bewerten seien. Leider hätten sie aber gemeinsam, daß sie die sogenannte DDR anerkannt hätten, und deshalb diplomatische Beziehungen zwischen ihnen und uns nicht möglich seien.[2] Daß Jugoslawien im Gegensatz zu den Satellitenstaaten solche Beziehungen zu uns gehabt habe, bedeute im Vergleich zu diesen Staaten eher eine Erschwerung, denn wenn diesen immerhin zugute gehalten werden müsse, daß sie wegen ihres Satellitenstatus niemals die Freiheit der Entscheidung besessen hätten,

[61] Zur Tagung des Internationalen Olympischen Komitees vom 14. bis 20. Oktober 1963 in Baden-Baden vgl. den Artikel: Die Sowjetzone bleibt provisorisches Mitglied; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 244 vom 21. Oktober 1963, S. 10.

[1] Zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Jugoslawien vgl. bereits Dok. 268.

[2] Zu dieser Auffassung vgl. Dok. 19, Anm. 3; weiter Dok. 458, Anm. 4.

habe Jugoslawien die jetzige Situation aus eigener Entscheidung herbeigeführt.[3] Wir selbst hätten diese Entscheidung außerordentlich bedauert und Jugoslawien vor den Folgen rechtzeitig gewarnt. Diese Folgen seien leider von dauernder Natur. Die Bemühungen des Ostblocks, namentlich der sogenannten DDR, andere Staaten zur Anerkennung der letzteren zu bringen, hätten sich seitdem verstärkt fortgesetzt. Staaten, die vielleicht dazu neigen, diesem Drängen nachzugeben, beobachteten mit verständlichem Interesse, wie sich die Bundesrepublik gegenüber Staaten, die einen solchen Schritt bereits vollzogen hätten, verhielte. Somit sei unser Verhalten gegenüber Jugoslawien keine rein bilaterale Angelegenheit, sondern für uns ein Element einer weltweit betriebenen Politik. Es gehe jetzt darum herauszufinden, ob der Spielraum, den diese Betrachtungen für ein deutsch-jugoslawisches Gespräch ließen, genügend Anreiz böte, das Wirtschaftsgespräch fortzusetzen. Nach unserer Auffassung sei dies der Fall. Wir böten Jugoslawien mindestens ebensoviel wie anderen Staaten des europäischen Ostens und Südostens, nämlich eine Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen, und würden es für einen Fehler halten, nur deshalb, weil gewisse weitere Wünsche gegenwärtig nicht behandelt werden könnten, einen Fortschritt auf diesem Gebiet abzulehnen.

Botschafter Drndić erklärte, daß er den deutschen Standpunkt verstehe, auch wenn Jugoslawien andere politische Auffassungen vertrete. Die Frage, auf die es seiner Regierung besonders ankomme, nämlich in irgendeiner Form zu einer Wiedergutmachung an den Opfern des Nationalsozialismus zu gelangen[4], sei für sie jedoch eine humanitäre Frage, die auch unabhängig von allen politischen Meinungsverschiedenheiten gelöst werden sollte. Die Opfer des Nationalsozialismus in Jugoslawien seien zahlreich und hart betroffen. Die jugoslawische Regierung sei einem starken Druck aus diesen Kreisen ausgesetzt und könne sich nicht deren Argument verschließen, daß, wenn noch weitere Zeit ungenützt verstreiche, die Angelegenheit sich für die Betroffenen durch Zeitablauf negativ erledige. Die jugoslawische Regierung habe sich große Mühe gegeben, den wachsenden Unwillen einzudämmen. Dies werde ihr jedoch nicht mehr lange möglich sein, und es werde dann zu einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen kommen, die auch über die jugoslawische Grenze hinausgreifen könne – wobei Herr Drndić die UNO erwähnte –, während eine positive Regelung umgekehrt zu einer Versöhnung beitragen könne, die im Grunde genommen sowohl von der jugoslawischen Regierung wie der jugoslawischen Bevölkerung gewünscht würde. Es gebe durchaus Sympathien für Deutschland in Jugoslawien, auch für den Gedanken der deutschen Wiedervereinigung. Wenn wir es gegenwärtig aus politischen Gründen für unmöglich hielten, die Wiedergutmachungsfrage direkt anzupacken, so gebe es sicherlich mittelbare Wege, z.B. über vorteilhafte Kredite, um die jugoslawische Regierung in die Lage zu versetzen, für die geschädigten Landsleute etwas zu tun.[5] Er verwies weiter darauf, daß die Bundesrepublik den ersten Platz im jugosla-

[3] Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik zu Jugoslawien am 19. Oktober 1957 vgl. Dok. 209, Anm. 8.

[4] Zu den jugoslawischen Wiedergutmachungsforderungen vgl. auch Dok. 229.

[5] Zum jugoslawischen Vorschlag, wirtschaftliche Hilfe der Bundesregierung und jugoslawische Wiedergutmachungsforderungen gegeneinander aufzurechnen, vgl. Dok. 229, Anm. 4.

wischen Außenhandel bereits an Italien verloren habe und Gefahr laufe, von weiteren westlichen Konkurrenten überrundet zu werden. Dies widerspreche nicht nur dem deutschen Interesse, sondern werde auch in Jugoslawien ungern gesehen; dieses wünsche die deutsche Präsenz.

Ich erwiderte Herrn Drndić zu diesem Punkt, daß es uns nicht darauf ankäme, nichts für die jugoslawischen Opfer des Nationalsozialismus zu tun, im Gegenteil, wenn es die politische Lage erlaube, würde dies voraussichtlich das erste sein, was wir täten. Entscheidend sei, daß wir überhaupt keine politischen oder rein finanziellen Arrangements treffen könnten, die normale politische Beziehungen voraussetzten. Unsere Wiedergutmachungspolitik, die wir uns viele Milliarden kosten ließen, beruhe auf dem Gedanken, daß wir uns als Nachfolger des Deutschen Reichs betrachteten; das sei aber gerade der Punkt, zu dem Jugoslawien das bis 1957 bestehende Einverständnis aufgegeben habe. Man könne nicht gut den einen Teil Deutschlands anerkennen und von dem anderen die Erfüllung gesamtdeutscher Verpflichtungen fordern. Dem humanitären Aspekt des Problems würden wir uns sicherlich nicht verschließen, wie es die Vereinbarung über die Opfer der Menschenversuche[6] gezeigt habe, aber die rechtlichen und politischen Aspekte könnten darüber nicht außer Betracht bleiben. Auch rein finanzielle Aktionen kämen vorläufig nicht in Betracht. Wir seien leider nicht einmal in der Lage, die an uns gerichteten Kreditwünsche unserer Freunde, die uns in der Frage Nummer 1 unserer nationalen Politik unterstützen, voll zu erfüllen. Wie sollten wir dann den Wunsch eines Landes berücksichtigen, das sich in dieser Frage gegen uns gestellt habe und weiterhin stellt, wie es z. B. das jüngste jugoslawisch-polnische Kommuniqué[7] zeige. Wenn demnach alle diese Dinge ausscheiden müßten, so seien wir andererseits bereit, den jugoslawischen Zahlungsbilanzsorgen insofern Rechnung zu tragen, als wir die Gewährung von Handelskrediten an Jugoslawien durch die Gewährung von Hermesbürgschaften[8] in Höhe mehrerer hundert Millionen ermöglichen wollten und auch über die Konsolidierung bestehender finanzieller Verpflichtungen zu reden bereit seien.[9]

Auf die Frage von Herrn Drndić, ob wir uns in der Lage sähen, unser wirtschaftliches Angebot über den zuletzt erreichten Stand zu verbessern, antwortete ich, daß wir gern bereit seien, diese Frage zu prüfen, und uns in dieser Richtung bemühen würden. (Es muß zugegeben werden, daß das bisherige Angebot infolge des Einspruchs von Fachreferenten des Wirtschafts- und Ernäh-

[6] Zur Vereinbarung mit Jugoslawien vom 7. September 1963 über eine Entschädigung in Höhe von 8 Millionen DM für die Opfer von Menschenversuchen vgl. BULLETIN 1963, S. 1394.

[7] Der jugoslawische Außenminister Popović traf bei seinem Besuch in Polen vom 1. bis 7. September 1963 zu Gesprächen mit dem Ersten Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gomulka, und Außenminister Rapacki zusammen. Im gemeinsamen Kommuniqué vom 7. September 1963 wurde die Lösung der Deutschland-Frage auf der Grundlage der Anerkennung der Existenz von zwei deutschen Staaten sowie der bestehenden Grenzen gefordert. Für den Wortlaut vgl. ZBIÓR DOKUMENTÓW 1963, S. 1396–1401.

[8] Im Auftrag der Bundesregierung übernahm die Hermes-Kreditversicherungs-AG bei Ausfuhrgeschäften deutscher Unternehmer mit privaten Auslandsabnehmern bzw. ausländischen Regierungsaufträgen die Garantien bzw. die Bürgschaft im Falle besonderer politischer und wirtschaftlicher Risiken.

[9] Vgl. dazu Dok. 229, Anm. 6.

rungsministeriums in der Tat nicht sehr verlockend ist.[10] Nicht ganz zu Unrecht bemerkte Herr Drndić, daß sich auf einigen Gebieten deutliche Verschlechterungen gegenüber früher abzeichneten.) Um nach Prüfung dieser Frage in dem von mir abgesteckten Rahmen weiter zu verhandeln, würde es zweckmäßig sein, daß zunächst Herr Drndić und Herr Schlitter zusammentreffen, um die sich im einzelnen ergebenden Möglichkeiten zu erörtern. Wenn beide Seiten dann die Wiederaufnahme des Gesprächs als aussichtsreich ansähen, könne von uns aus die Verhandlung fortgesetzt werden. Mit diesem Verfahrensvorschlag erklärte sich Herr Drndić einverstanden.

Auch wenn Herr Drndić keinen ausdrücklichen Verzicht auf die bisher vorgebrachten finanziellen Wünsche aussprach, müßte aus seinem Einverständnis mit meinem Vorschlag geschlossen werden, daß er bereit ist, auch in beschränktem Rahmen weiterzuverhandeln. Sicherlich wird er sich hierüber aber erst mit seiner Regierung beraten, so daß endgültige Klarheit erst von dem nächsten Gespräch zu erwarten ist.

Im übrigen brachte Herr Drndić noch folgende Nebenpunkte vor:

1) Jugoslawien betrachtet unsere Praxis der Visaerteilung als unbefriedigend. Während Jugoslawien Visa für Deutsche in kürzester Frist erteilen würde, verwendeten wir hierauf eine unangemessen lange Zeit. Ich versprach eine Prüfung dieser Frage.

2) Die Tätigkeit jugoslawischer Terrorgruppen in Deutschland[11] beunruhige Belgrad weiterhin. Aus seinen Worten sprach deutlich der Verdacht, daß wir diese Tätigkeit bewußt tolerierten. Ich stritt dies entschieden ab und verwies auf die erheblichen praktischen Schwierigkeiten, die große Zahl bei uns lebender Ausländer laufend wirksam zu überwachen. Auch diese Frage werde jedoch von uns erneut geprüft werden, und zwar mit dem selbstverständlichen Ziel, die Tätigkeit von Terrorgruppen energisch zu unterbinden.

3) Nach Angaben von Herrn Drndić werden die jugoslawischen Staatsangehörigen des während des Krieges von uns annektierten Teils von Slowenien[12] von uns weiterhin als deutsche Staatsangehörige betrachtet, mit deutschen Personalausweisen versehen und gegenüber anderen Jugoslawen, namentlich im Bereich der Gastarbeiter, vorgezogen. Dies verursache große Empörung unter den übrigen Jugoslawen und werde auch von den bevorzugten Jugoslawen durchaus mißbilligt. Ich drückte meinen Zweifel gegenüber dieser Darstellung aus und versprach ebenfalls Prüfung.

Das Gespräch verlief trotz aller Schwierigkeiten in einer durchweg konzilianten Form. Herr Drndić gab sich offensichtlich Mühe, als kultivierter Europäer zu erscheinen, und war wohl mindestens persönlich ehrlich in dem Bemühen, das Gespräch nicht endgültig abreißen zu lassen. Ich möchte annehmen, daß

[10] Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Leiters des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen", Neumann, über die Ressortbesprechung vom 26. Juli 1963 sowie die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 17. September 1963; Referat III A 5, Bd. 342.
Im Anschluß an das Gespräch mit Botschafter Drndić veranlaßte Staatssekretär Lahr eine Prüfung von Möglichkeiten, Jugoslawien auf wirtschaftlichem Gebiet entgegenzukommen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Schlitter vom 21. September 1963; Referat III A 5, Bd. 342.

[11] Vgl. dazu Dok. 209, Anm. 4.

[12] Der nördliche Teil Sloweniens wurde im Frühjahr 1941 dem „Reichsgau Kärnten" angegliedert.

er sich in Belgrad für die Wiederaufnahme der Verhandlungen in den von uns gezogenen Grenzen einsetzen wird. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.[13]
Hiermit dem Herrn Minister[14]

Lahr

Büro Staatssekretär, Bd. 401

351

Generalkonsul Böx, Helsinki, an das Auswärtige Amt

79/63 VS-vertraulich **20. September 1963**

Betr.: Status der Handelsvertretung und Titel des Leiters[1]
Bezug: Bericht vom 15. Februar 1963 – Vw 110-83 VS-NfD[2] – und Schreiben des Herrn Vortragenden Legationsrats I. Klasse Velhagen vom 23. August 1963 – I A 4-83.00 94.05/1426 I VS-V[3] –

Die finnische Regierung hat ihren Vorschlag, die gegenseitigen Handelsvertretungen umzubenennen[4], aufgegeben. Sie nimmt die Möglichkeit in Kauf, daß ihre Handelsvertretung mit denen der Ostblockstaaten in Bonn gleichgestellt werden könnte.

[13] Die Wirtschaftsverhandlungen mit Jugoslawien wurden am 29. Juni 1964 in Bonn wiederaufgenommen und am 16. Juli 1964 abgeschlossen. Vgl. BULLETIN 1964, S. 914 und S. 1089.

[14] Hat Bundesminister Schröder am 5. Oktober 1963 vorgelegen.

[1] Vgl. dazu bereits Dok. 135.

[2] Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Finnische Überlegungen, die Leiter der finnischen Handelsvertretung in der Bundesrepublik und der Handelsvertretung der Bundesrepublik in Finnland künftig als Leiter der finnischen (deutschen) Mission zu bezeichnen, wurden vom Auswärtigen Amt wegen der Anlehnung an die Bezeichnung der Israel-Mission abgelehnt. Vgl. dazu Dok. 135, Anm. 5.
Erwogen wurde allerdings die Möglichkeit, die Leiter der Handelsvertretungen als „Ständiger Vertreter" Finnlands bzw. der Bundesrepublik zu bezeichnen oder die Handelsvertretungen in „Ständige Vertretungen" umzubenennen. Ministerialdirektor Jansen hielt am 28. Juni 1963 fest, daß eine solche Änderung der Bezeichnung jedoch mit der Abmachung gekoppelt werden müsse, „daß die finnische Regierung der sowjetzonalen Handelsvertretung nur gestattet, mit uns gleichzuziehen, wenn sie dabei gleichzeitig auf die diplomatischen Rangbezeichnungen verzichtet, insbesondere auf den Gesandtentitel des Leiters der Vertretung, und dies im finnischen Diplomatenverzeichnis zum Ausdruck kommt". Als positiv bewertete er die vorgeschlagene Umbenennung mit Blick auf eine mögliche Anerkennung der DDR durch Finnland: „Wenn sich die Handelsmission aber nunmehr ‚Ständige Vertretung' nennt oder zumindest ihr Leiter den Titel ‚Ständiger Vertreter' hat, könnte durch die förmliche Aufhebung der ‚Ständigen Vertretung' und ihre Rückverwandlung in eine Handelsvertretung, deren Leiter dann keinerlei Titel führen dürfte, in Anlehnung an die Hallstein-Doktrin deutlich gemacht werden, daß wir aus politischen Gründen unsere Beziehungen wegen der etwaigen Anerkennung der Sowjetzone auf denselben Stand herabschrauben, wie wir ihn Polen konzediert haben." Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1963.

In die Gründe des Gesinnungswechsels konnte ich keine klare Einsicht gewinnen.

Die finnische Regierung erwartet, daß die Sowjetunion ihre Versuche verstärken wird, die völkerrechtliche Anerkennung der SBZ durchzusetzen, auch Finnland gegenüber.[5] Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß die finnische Regierung sich für den Notfall der Hoffnung hingibt, durch eine Gleichstellung ihrer Handelsvertretung mit denen der Ostblockstaaten einen größeren Spielraum zu gewinnen. Je näher die gegenseitigen Vertretungen an den Status der zwischen Polen und der Bundesrepublik ausgetauschten[6] heranrücken, umso weniger Veranlassung besteht aus dieser Sicht, unsere Beziehungen zu Finnland abzubrechen oder zu verändern, wenn die Zone anerkannt werden sollte.[7]

Da die finnische Regierung ihre Haltung geändert hat, schlage ich vor, die Angelegenheit zunächst auf sich beruhen zu lassen.

Dagegen muß ich auf den von mir mit Bezugsbericht vom 15. Februar 1963 gemachten Vorschlag zurückkommen. Ich hatte in diesem Bericht ausführlich begründet, warum ich es im Interesse der Bundesrepublik für erforderlich halte, den persönlichen Titel des Leiters der Handelsvertretung in den eines Botschafters umzuwandeln.[8] Mir ist in letzter Zeit wiederholt von uns wohlgesinnten Finnen zu Ohren gekommen, wie ungünstig sich das Titelgefälle[9] zum Leiter der ostzonalen Handelsvertretung[10] auswirkt. Auch Herr Ministerialrat Reuter vom Bundesinnenministerium, der zur Interpol-Tagung in Helsinki war, ist von Finnen darauf angesprochen worden. Die Sache wird nunmehr besonders dringend, da der schwedische Botschafter[11], der zur Zeit Doyen ist, die Altersgrenze erreicht hat und abberufen wird. Sein Nachfolger als Doyen wird der sowjetische Botschafter[12] werden. Während ich beim derzeitigen Doyen stets Entgegenkommen finden konnte, wird dies bei allen zukünftigen Anlässen bei dem neuen Doyen nicht mehr der Fall sein. Der sowjetische Botschafter wird es im Gegenteil sicher darauf anlegen, den SBZ-Vertreter aufzu-

[5] Zu den sowjetischen Bemühungen, Finnland zur Anerkennung der DDR zu veranlassen, vgl. Dok. 446.

[6] Zum Abkommen mit Polen vom 7. März 1963 über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 114, Anm. 4.

[7] Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 10. Oktober 1963; Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] In dem Bericht wies Generalkonsul Böx darauf hin, daß der Leiter der Handelsvertretung der DDR, Gesandter Thiele, „vor allem in der Provinz als der deutsche Gesandte auftritt. Da auch gebildete Finnen die deutschen Probleme und die verschiedenen Bezeichnungen für die beiden deutschen Teilgebiete nur schwer durchschauen, haben sie vielfach den Eindruck gewonnen, daß Herr Thiele der deutsche Gesandte sei, der politisch deutsche Interessen vertritt, während ich als Generalkonsul eine diesem untergeordnete Funktion ausübe."

[9] Im Diplomatenverzeichnis des finnischen Außenministeriums wurde der Vertreter der Bundesrepublik als „Consul Général, Chef de la Représentation commerciale", der Vertreter der DDR hingegen als „Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire, Chef de la Représentation commerciale" geführt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg vom 31. Mai 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.

[10] Wilhelm Thiele.

[11] Gösta Engzell.

[12] Alexej W. Sacharow.

werten, wozu ihm noch dazu der höhere Titel des SBZ-Vertreters den Schein der Berechtigung gibt.

Eine Titeländerung in „Gesandter" halte ich für verfehlt, da ich den allzu offenkundigen Eindruck des Nachahmens vermeiden möchte und da damit der wünschenswerte Nebenzweck, die Stellung der Bundesrepublik auch im Diplomatischen Korps zu verbessern, nicht erzielt würde.

Ich wäre daher aus den oben angeführten und den im Bezugsbericht dargelegten Gründen dankbar, wenn nunmehr bald eine Entscheidung getroffen werden könnte.[13]

Böx

Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 60

352

Runderlaß des Bundesministers Schröder, z. Z. Washington

Z B 6-1-7016/63 geheim
Fernschreiben Nr. 2700
Citissime

Aufgabe: 20. September 1963, 19.00 Uhr
Ankunft: 21. September 1963, 02.45 Uhr

Für Botschafter oder Geschäftsträger

Der sowjetische Außenminister Gromyko hat am 19. 9. vor den Vereinten Nationen eine Rede gehalten, die von vielen als weitere Geste in der sowjetischen Entspannungskampagne aufgefaßt wurde, in der er jedoch in sehr scharfer Form die Politik der Bundesregierung im Ost-West-Verhältnis, insbesondere in der Deutschland- und Berlin-Frage, angriff.[1] Diesmal richteten sich im Ge-

[13] Vortragender Legationsrat I. Klasse Velhagen teilte Generalkonsul Böx, Helsinki, am 5. November 1963 mit: „Wie Sie selbst sagen, ist ein Nachziehen gegenüber der Sowjetzone dergestalt, daß man Ihnen persönlich den Titel eines Gesandten beilegt, unzweckmäßig. Gegen die Verleihung des Botschaftertitels – zumindest im gegenwärtigen Zeitpunkt – sprechen aber gleichfalls zwei Argumente: Nach Lage der Dinge würde die Verleihung des Botschaftertitels an Sie aller Voraussicht nach die unmittelbare Folge haben, daß auch dem Leiter der sowjetzonalen Handelsvertretung in Helsinki finnischerseits die Führung des Botschaftertitels zugestanden werden würde. Damit wäre aber die Sowjetzone auf dem Wege zur vollen diplomatischen Anerkennung einen beachtlichen Schritt weitergekommen. Die Zulassung des Botschaftertitels, also die für die Leiter diplomatischer Vertretungen übliche Bezeichnung, würde weitgehend den Eindruck erwecken, daß die Bundesrepublik Deutschland und die SBZ sich auf dem Wege zur Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen befänden. Die finnische Regierung wäre damit bei der nachgiebigen Politik, die sie gegenwärtig verfolgt, weiter auf die Linie gedrängt, die These von den ‚zwei Deutschland' zu akzeptieren ... Unter diesen Umständen erscheint es nach reiflicher Überlegung zur Zeit besser, es bei dem gegenwärtigen unbefriedigenden Zustand zu belassen und die damit verbundenen Nachteile in Kauf zu nehmen." Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 60; B 150, Aktenkopien 1963.

[1] Vgl. dazu Dok. 348, Anm. 17.

gensatz zu seinen Reden im vergangenen Jahr[2] seine Angriffe nicht gegen den Westen insgesamt, sondern ausschließlich gegen die Bundesrepublik. Das Ziel des Deutschland betreffenden Teils dieser Rede war eindeutig, in der Welt den Eindruck hervorzurufen, als ob Entspannung möglich wäre, wenn nur nicht die Bundesregierung als einziger Störenfried in der Welt alle auf Entspannung gerichteten Bemühungen sabotierte.

Präsident Kennedy ist am 20. 9. in ebenso würdiger wie eindrucksvoller Form diesen Äußerungen Gromykos entgegengetreten, indem er die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk wie für alle Völker in den großen Zusammenhang der westlichen Konzeption der Freiheit stellte und die in dieser Frage zwischen den USA und der Sowjetunion bestehenden grundsätzlichen Differenzen als Grenzen für Vereinbarungen mit der Sowjetunion bezeichnete.[3]

Der britische VN-Delegierte Patrick Dean hat unmittelbar im Anschluß an Gromykos Rede am 19. 9. dessen Angriff auf die Politik der Bundesregierung zurückgewiesen.[4]

Ich bitte Sie, an die Regierung Ihres Gastlandes mit der Bitte heranzutreten, bei nächster sich bietender Gelegenheit in den Vereinten Nationen die Bundesrepublik gegen die Angriffe und Unterstellungen Gromykos zu verteidigen.[5] Einzelne NATO-Regierungen haben bereits in der allgemeinen Debatte der VN-Vollversammlung das Wort ergriffen. In diesen Fällen wird die Gastregierung gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß jedenfalls die im Verlauf der Vollversammlung zu erwartenden weiteren Angriffe Gromykos, z. B. bei der Behandlung der Abrüstungsfrage, jeweils zurückgewiesen werden.

[gez.] Schröder

Ministerbüro, VS-Bd. 8475

[2] Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 21. September 1962 vor der UNO-Generalversammlung vgl. UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 17th Session, 1127th Meeting, S. 37–48.

[3] Zur Rede am 20. September 1963 vor der UNO-Generalversammlung vgl. Dok. 348, Anm. 19.

[4] Der britische UNO-Delegierte, Dean, bemerkte am 19. September 1963, daß „der unglückliche Angriff" auf die Bundesregierung im Widerspruch zu den übrigen Ausführungen des sowjetischen Außenministers gestanden habe. Vgl. den Artikel: Gromyko schlägt Gipfelkonferenz in Moskau vor; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 218 vom 20. September 1963, S. 1. Vgl. ferner Thomas J. Hamilton: Soviet Proposes Summit Meeting on Arms in 1964; THE NEW YORK TIMES, Nr. 38590 vom 20. September 1963, S. 1 f.
Am 25. September 1963 berichtete Botschafter von Etzdorf, London: „Ich suchte heute Sir Harold Caccia auf, um unseren Dank dafür zu übermitteln, daß der britische VN-Delegierte Sir Patrick Dean am 19. d. M. die Angriffe Gromykos auf die Politik der Bundesregierung sogleich zurückgewiesen hat. Die Bundesregierung sei überzeugt, fügte ich hinzu, daß wir uns auch in künftigen Fällen in dieser Hinsicht auf die britische Unterstützung verlassen könnten. Caccia bestätigte dies mit Nachdruck." Vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 178; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Zu den von den Auslandsvertretungen der Bundesrepublik unternommenen Demarchen vgl. Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 178.
Am 20. September 1963 wies auch der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, die vom sowjetischen Außenminister erhobenen Vorwürfe zurück. Vgl. BULLETIN 1963, S. 1458.

353

Gespräch zwischen Bundesminister Schröder und dem kanadischen Außenminister Martin in Washington

Z A 5-107.A/63 geheim **21. September 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen traf am 21. September 1963 um 8.00 Uhr mit dem kanadischen Außenminister Mr. Martin zum Frühstück im Haus des kanadischen Botschafters in Washington, Mr. Ritchie, zusammen.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* legte zunächst die Situation dar, die sich für die Bundesrepublik durch die jüngste Rede Gromykos[2] ergeben habe. Da die Deutschen selbst vor der Vollversammlung nicht sprechen könnten, sei man darauf angewiesen, die Verbündeten darum zu bitten, die Beschuldigungen Gromykos zurückzuweisen.[3] Die sowjetischen Äußerungen versuchten den Eindruck zu erwecken, als ob eine wirklich umfassende Entspannung nur deshalb nicht zustande komme, weil die Deutschen Störenfriede seien. In Wirklichkeit sei es gerade umgekehrt, und die Spannung habe ihre Ursache darin, daß die Sowjets sich weigerten, den Deutschen in der Zone das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren.

Mr. *Martin* wies darauf hin, daß anläßlich der Vollversammlung jedes UNO-Mitglied nur einmal spreche und der kanadische Ministerpräsident bereits gesprochen habe.[4] Man sei aber bereit, bei anderer Gelegenheit auf den Wunsch des Herrn Bundesministers einzugehen.

Auf die künftige Entwicklung eingehend sagte Mr. Martin, er habe den Eindruck, daß die Amerikaner Neigung zeigten, einem Nichtangriffspakt zuzustimmen, falls die Frage des Zugangs nach Berlin zufriedenstellend geregelt werden könnte.[5]

Der Herr *Bundesminister* betonte, daß dies nach deutscher Auffassung nicht genügen würde. Ein Nichtangriffspakt, der an der deutschen Frage vorüberginge, würde nicht ausreichen. Außerdem glaube er, daß ein Nichtangriffspakt am Ende einer Entwicklung stehen müsse, die eine befriedigende Situation geschaffen habe.

Mr. *Martin* vertrat sodann die Auffassung, daß hinsichtlich der Wiedervereinigungsfrage von verschiedenen Angehörigen der Bundesregierung widersprechende Äußerungen gemacht worden seien.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 1. Oktober 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 6. Oktober 1963 vorgelegen.

[2] Zur Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 19. September 1963 vor der UNO-Vollversammlung vgl. Dok. 348, Anm. 17.

[3] Vgl. dazu Dok. 352.

[4] Für den Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten Pearson vom 19. September 1963 vgl. UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 18th Session, 1208th Meeting, S. 8–12.

[5] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 215. Zur Haltung der USA dazu vgl. auch Dok. 252.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* erwiderte, das Problem der Teilung Deutschlands bestehe nun schon seit 18 Jahren, und es sei daher vielleicht nicht überraschend, wenn gelegentlich die eine oder andere Bemerkung etwas verwirrend sei. Ein Punkt sei jedoch klar: In den Bonner Verträgen hätten sich die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich auf die Wiedervereinigung verpflichtet und sich in dieser Frage Rechte vorbehalten.[6] Für die deutsche Politik handle es sich nicht nur darum, daß die Gebiete im Osten abgetrennt worden seien mit Städten wie Königsberg, Breslau und Gleiwitz, sondern daß auch der verbleibende Teil gespalten sei und durch das Herz Deutschlands eine Trennungslinie laufe und Berlin als geteilte Hauptstadt östlich dieser Linie liege. Gelegentlich entstehe auch dadurch etwas Verwirrung, daß der Rest der deutschen Bevölkerung, das heißt die 55 Millionen Menschen, die in der Bundesrepublik lebten, eine wirtschaftliche und industrielle Entwicklung erlebt hätten, die ihren Lebensstandard mit dem anderer westlicher Länder vergleichbar mache. Wenn man aber die Lage nur nach der Bevölkerungszahl und dem Bruttosozialprodukt beurteile, erliege man einer Illusion. Die Frage, wie die Wiedervereinigung zustande kommen könne, lasse sich heute noch nicht beantworten. Es handle sich um einen langfristigen Prozeß. Diesem Prozeß dienten auch die jüngsten handelspolitischen Maßnahmen, mit denen die Bundesrepublik beabsichtige, in dem Gebiet hinter der DDR wirksam zu werden. Dies sei der Zweck der Errichtung einer Handelsmission in Polen[7] gewesen, und mit der gleichen Absicht würden auch Verhandlungen mit Budapest[8] geführt. Man denke ferner an Rumänien, Bulgarien, die Tschechoslowakei.[9] Im Verlauf dieser Kontakte habe sich gezeigt, daß Pankow bei den osteuropäischen Staaten weniger Sympathie genieße als die Bundesrepublik.[10] Diese Entwicklung könne sich als förderlich erweisen. Ein weiteres positives Element könnte in dem chinesischen Druck auf die Sowjetunion gesehen werden[11], der, wenn er zunehme, die Sowjetunion vor die Notwendigkeit stellen könnte, in ihrem Verhältnis zum Westen eine gewisse Entspannung zu suchen. Auflockerungsbewegungen, die dabei denkbar seien, würden sich ebenfalls zugunsten einer Wiedervereinigung auswirken.

Der *kanadische Außenminister* brachte sodann das Gespräch auf den Nahen Osten und bemerkte, daß die Israelis ihre Bemühungen auf nuklearem Gebiet mit der Unterstützung rechtfertigten, welche die VAR durch die Deutschen erhalte.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß es gewiß nicht zutreffe, daß die VAR von Deutschland auf nuklearem Gebiet unterstützt werde. Es handle sich vielmehr um die Tätigkeit einiger Professoren, deren Rückkehr man in der Bundesrepublik gern sähe, die aber nicht an atomaren Waffen arbeiteten.

6 Zu Artikel 7 des Deutschland-Vertrags (Fassung vom 23. Oktober 1954) vgl. Dok. 245, Anm. 8.

7 Zum Abkommen mit Polen vom 7. März 1963 über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 114, Anm. 4.

8 Zu den Verhandlungen mit Ungarn vgl. Dok. 339.

9 Zu den Verhandlungen mit Rumänien vgl. Dok. 380. Zur Aufnahme von Gesprächen mit Bulgarien und der Tschechoslowakei vgl. Dok. 370 und Dok. 432.

10 Vgl. dazu Dok. 140 und Dok. 360.

11 Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

Vielmehr betreffe ihre Arbeit die Entwicklung gewisser Raketen und Flugzeuge.[12] Er verstehe die Haltung der Israelis um so weniger, als sie es seien, die von der Bundesrepublik militärische[13] und finanzielle[14] Unterstützung erhielten.

Mr. *Martin* dankte dem Herrn Bundesminister für diese Darlegung und wiederholte, daß die Israelis mit der genannten Argumentation operierten. Der frühere Premierminister Diefenbaker, der vor kurzem in Israel und in der VAR gewesen sei, habe sich dieses Argument auch zu eigen gemacht, und er befürchte, daß Diefenbaker möglicherweise die Angelegenheit im kanadischen Unterhaus aufwerfen werde.

Mr. Martin wandte sich sodann dem amerikanisch-französischen Verhältnis zu. Die Amerikaner teilten seine eigene Auffassung nicht, die vielleicht von der Tatsache nicht unbeeinflußt sei, daß etwa 50% der Bevölkerung Kanadas französischen Ursprungs seien. Er selbst sei zum Teil französischer Abstammung. Die Einheit der NATO werde dadurch gefährdet, daß es zwischen Europa und Nordamerika kein rechtes Gespräch mehr gebe. Dies sei nicht allein Schuld der Franzosen.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß Frankreich und die Bundesrepublik einen Freundschafts- und Konsultationsvertrag abgeschlossen hätten[15] und die Bundesrepublik deshalb nicht nur an guten zweiseitigen Beziehungen, sondern auch an guten Beziehungen innerhalb des Bündnisses interessiert sei, weil sich Schwierigkeiten in der Allianz auf das deutsch-französische Verhältnis auswirken würden. Es gebe aber gewisse Punkte, in denen Differenzen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik bestünden. Dies gelte für die Politik auf nuklearem Gebiet, für die NATO und die Verteidigungskonzeption und schließlich für die europäische Entwicklung. Was die europäische Politik angehe, so unterstütze die Bundesrepublik die Aufnahme Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt.[16] Hinsichtlich der Verteidigungsfragen halte die Bundesregierung eine möglichst integrierte NATO-Struktur für richtig. Auf nuklearem Gebiet trete sie für die MLF ein.[17]

Mr. *Martin* wies darauf hin, wie wichtig die NATO-Politik auch für sein Land sei und bemerkte, daß die Haltung des Generalsekretärs[18] etwas zu ehrgeizig sei.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er sei vor kurzem mit Couve de Murville zusammengetroffen[19], und die Franzosen seien offensichtlich nicht geneigt, sich von irgendeiner Stelle in ihre eigenen Pläne hineinreden zu lassen. Die Franzosen seien so stark in der Umorganisation ihrer Streitkräfte und in der Ent-

12 Zur Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR vgl. Dok. 173 und Dok. 289.

13 Zur deutschen Ausrüstungshilfe an Israel vgl. Dok. 193, Anm. 3.
Vgl. auch Dok. 358, Anm. 7 und Anm. 8.

14 Vgl. dazu Dok. 193, Anm. 4. Zur Aktion „Geschäftsfreund" vgl. weiter Dok. 372.

15 Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

16 Zur Haltung der Bundesrepublik zu einem Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. Dok. 67 und Dok. 87.

17 Vgl. dazu auch Dok. 301.

18 Dirk U. Stikker.

19 Zum Gespräch vom 17. September 1963 vgl. Dok. 344.

wicklung einer eigenen nuklearen Kapazität begriffen[20], daß sie Außenstehende nicht in ihre Karten schauen lassen wollten.

Der *kanadische Außenminister* fragte, welche Möglichkeiten der Herr Bundesminister sehe, um zu einem besseren Verhältnis mit de Gaulle zu kommen. De Gaulle fühle sich übergangen und verletzt. Er halte es für richtig, die Menschen so zu nehmen wie sie seien.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß zwischen dem Herrn Bundeskanzler und de Gaulle ein besonders enges Verhältnis bestehe, das viel zur deutsch-französischen Aussöhnung beigetragen habe. Der eine sei 87, der andere 72 Jahre alt. Ein gutes persönliches Verhältnis mache die Dinge gewiß leichter. Nun sei aber der amerikanische Präsident ein verhältnismäßig junger Mann.[21] Das Verhältnis zwischen Macmillan und de Gaulle scheine auch nicht ganz einfach zu sein, obgleich de Gaulle gesagt habe, er würde es nicht gern sehen, wenn in England eine andere Regierung an die Macht käme. Herr Wilson sei auch sicherlich nicht der Typ, der de Gaulle besonders liege. Darin lägen unzweifelhaft gewisse Schwierigkeiten.

Mr. *Martin* wies darauf hin, daß die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich von Tag zu Tag schlechter würden. Für die Lage, in der sich gegenwärtig der Westen befinde, sei dies außerordentlich bedauerlich. Er habe auch den Eindruck, als ob Herr Rusk die Franzosen nicht verstehe. Malraux werde vom 4.–11. Oktober nach Kanada kommen[22], und er wolle versuchen, was er aus kanadischer Sicht für eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Europa und Nordamerika tun könne.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß die eigene Empfindlichkeit für andere auch eine Provokation sein könne und daß sich die Amerikaner vielleicht auch verletzt fühlen könnten.

Mr. *Martin* erwiderte hierauf, daß die Angelsachsen weniger Anspruch darauf hätten, empfindlich zu sein als die Romanen.

Abschließend wiederholte der Herr *Bundesminister* eine Einladung an Mr. Martin zum Besuch der Bundesrepublik.

Mr. *Martin* sagte, Ministerpräsident Pearson beabsichtige, im Frühjahr kanadische Streitkräfte in Deutschland zu besuchen, und er werde ihn dabei vielleicht begleiten.[23]

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

[20] Zur „force de frappe" vgl. Dok. 16, Anm. 6.

[21] John F. Kennedy wurde am 29. Mai 1917 geboren.

[22] Der französische Kulturminister Malraux hielt sich vom 7. bis 15. Oktober 1963 in Kanada auf.

[23] Der kanadische Außenminister Martin besuchte am 15./16. Mai 1964 die Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. BULLETIN 1964, S. 722.

354

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Rambouillet

Z A 5-99.A/63 geheim **21. September 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler führte am 21. September 1963 unmittelbar nach seinem Eintreffen in Rambouillet um 12.45 Uhr ein erstes Gespräch mit General de Gaulle.

General *de Gaulle* unterstrich einleitend die Bedeutung des Besuchs des Herrn Bundeskanzlers, denn es handle sich darum, daß das Begonnene fortgesetzt werden müsse. Wenn er auch die Absichten des Herrn Bundeskanzlers für die Zeit nach dem Oktober dieses Jahres[2] nicht kenne, so sei er doch sicher, daß der Herr Bundeskanzler immer in irgendeiner Form da sein werde.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich seine tiefe Bewegung über diese Worte des Generals. Im allgemeinen sei es so, daß die Menschen sich von einem zurückzögen, wenn man eine Stellung eingebüßt habe. Er habe dies unter den Nazis und später bei seiner Absetzung durch die Engländer[3] verspürt. Um so mehr sei er durch die Worte des Generals menschlich bewegt. Er betonte, das Werk, das er zusammen mit General de Gaulle für die beiden Länder habe schaffen können[4], betrachte er als seine wichtigste Tat in all den vierzehn Jahren seiner Kanzlerschaft. Darüber hinaus sei die persönliche Freundschaft zwischen dem General und ihm, die äußerst selten sei, eine Mitgabe an Schönheit, die die politische Arbeit bringen könne. Vor seinem Rücktritt sei er bestrebt, dieses gemeinsame Werk auszubauen und zu festigen.

Der Herr Bundeskanzler verwies darauf, daß er Vorsitzender der CDU und selbstverständlich Mitglied des Bundestages bleibe.[5] Damit habe er die Möglichkeit, die er auch reichlich auszunutzen gedenke, sich intensiv für die deutsch-französische Freundschaft einzusetzen. Besonders aber liege ihm am Herzen, von General de Gaulle zu erfahren, was nach dessen Ansicht für die Verklammerung auf dem militärischen Gebiet getan werden könne. Seiner Ansicht nach gehe man hier zu zaghaft vor. Auf diesem Gebiet müsse mehr getan werden als bisher. Die Jugendarbeit liege in guten Händen, und dieser Aspekt des Vertrages[6] werde gute Früchte tragen. Er habe sich überlegt, ob im Verteidigungsministerium eine Stelle eingerichtet werden sollte, die sich ständig mit

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 23. September 1963 gefertigt.

[2] Bundeskanzler Adenauer trat am 15. Oktober 1963 zurück.

[3] Konrad Adenauer wurde am 13. März 1933 vom kommissarischen preußischen Innenminister Göring als Oberbürgermeister von Köln abgesetzt.
Die britische Militärregierung der Nord-Rheinprovinz verfügte am 6. Oktober 1945 die Entlassung von Adenauer als Oberbürgermeister von Köln.

[4] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[5] Konrad Adenauer blieb bis zum 23. März 1966 Vorsitzender der CDU und gehörte dem Bundestag bis zu seinem Tod am 19. April 1967 an.

[6] Zum Deutsch-Französischen Jugendwerk vgl. Dok. 218.

der Frage beschäftigen würde, was auf dem militärischen Gebiet gemeinsam getan werden könnte.

General *de Gaulle* erklärte, in Wirklichkeit sei die Lage auf dem militärischen Gebiet nicht völlig normal, denn Frankreich und Deutschland könnten nicht unter den normalen Bedingungen von zwei eigenständigen Mächten handeln. Die Amerikaner seien da, und sie seien notwendig, das atlantische Bündnis sei da, und es sei notwendig. Es gebe eine Organisation dieses atlantischen Bündnisses, die zu einer Zeit geschaffen worden sei, als weder Deutschland noch Frankreich unter vielen Gesichtspunkten, insbesondere aber unter dem militärischen Gesichtspunkt, eine Wirklichkeit dargestellt hätten. Dem sei heute aber nicht mehr so. Er betonte, daß das atlantische Bündnis ebenso wie Amerika unerläßlich seien. Er glaube jedoch, daß Deutschland und Frankreich in der Organisation ihres Bündnisses mit den Amerikanern aus eigenem Recht bestehen sollten. Frankreich versuche, dies auch zu tun. Bislang habe es die Bundesrepublik nicht getan, weil sie aus noch unmittelbareren und noch dringenderen Gründen, als Frankreich sie empfindet, Teil dieses militärischen Bündnisses zu bleiben beschlossen habe. Von französischer Seite nehme man daher hinsichtlich Deutschland die Dinge so, wie sie seien. Wenn Deutschland und Frankreich zur Zeit auch nicht sehr viel gemeinsam täten, sei es doch wahrscheinlich, daß in Zukunft alles diese beiden Länder zur Zusammenarbeit drängen werde. Je mehr Frankreich seine Mittel und Streitkräfte in die Hand bekomme und je mehr sich Amerika in Wirklichkeit etwas zurückziehe, wenn auch keineswegs ganz, werde die deutsch-französische Zusammenarbeit notwendigerweise wachsen. So bedauerlich die mangelnde Zusammenarbeit im Augenblick und unter anderem auch der Zwischenfall der Verhandlungen mit den Amerikanern[7] sei, hätten diese Dinge doch keine schweren Konsequenzen für die Zukunft. Er sei absolut sicher, daß man für die Zukunft mehr und mehr zusammenarbeiten müsse und sich dieser Aufgabe gar nicht entziehen könne. Wenn auch der Vertrag heute auf dem militärischen Gebiet nicht voll angewandt werde, sei es doch richtig, daß er im Laufe der Zeit immer stärker zur Anwendung kommen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er wolle dennoch festhalten an diesem Gedanken der Einrichtung einer Stelle, die ihr Augenmerk insbesondere auf die Verbreiterung der Zusammenarbeit richten sollte. Er habe leider vor seiner Abreise Herrn von Hassel nicht mehr sprechen können, doch werde er dies nach seiner Rückkehr tun, denn möglicherweise lasse sich manches auf Gebieten machen, die einzeln gesehen vielleicht nicht sehr wichtig, im Gesamten gesehen aber doch von großer Bedeutung sein könnten. Der Austausch deutscher und französischer Truppen sei ein großer Erfolg gewesen, und die französischen Streitkräfte seien bei der Bevölkerung sehr beliebt gewesen. Der nächste derartige Austausch sei erst für das nächste Frühjahr vorgesehen. Er sehe aber nicht ein, warum man so lange warten solle.

General *de Gaulle* verwies darauf, daß vom Symbolischen und Gefühlsmäßi-

[7] Zur französischen Reaktion auf die deutsch-amerikanische logistische Vereinbarung („Memorandum of Understanding") vom 1. August 1963 vgl. Dok. 331; weiter Dok. 363.

gen her die Zusammenarbeit gut sei. Damit sei das Problem einer echten Zusammenarbeit der beiden Armeen natürlich noch nicht gelöst.

Anschließend warf der Herr *Bundeskanzler* noch kurz die Frage einer möglichen Nachfolge im Generalsekretariat der NATO auf. General *de Gaulle* fragte in diesem Zusammenhang, ob möglicherweise an einen Norweger gedacht werden könnte. Der Herr *Bundeskanzler* war demgegenüber der Auffassung, daß der Generalsekretär aus einem großen Lande kommen sollte, weil er sonst nicht genügend Einfluß habe. Im übrigen sei er der Auffassung, daß die NATO auf wirtschaftlichem Gebiet sehr aktiv werden sollte.

Dieses Gespräch endete gegen 13.15 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (51), Bd. 2

355

Ausführungen des Bundeskanzlers Adenauer in Rambouillet

St.S. 1780/63 geheim **21. September 1963**[1]

Sowjetrußland hat sich drei große Aufgaben gestellt:

1) Aufrüstung gegen den Westen,
2) Aufrüstung gegen den Osten, gegen Rotchina,
3) innere wirtschaftliche Entwicklung.[2]

Ich war, ich weiß nicht, ob ich Ihnen das einmal im einzelnen erzählte, im Jahre 1955 in Moskau und hatte dort eine Reihe von Gesprächen mit Chruschtschow und Bulganin.[3] In einem dieser Gespräche klagte mir Chruschtschow, daß er mit Rotchina nicht fertig würde, wir sollten ihm helfen.[4] – Ich habe ihm ausweichend geantwortet.

Wie er es damals sagte und wie er seine Sorge wegen Rotchina begründete, hat mich tief beeindruckt. Er begründete es u. a. mit der Bevölkerungszahl Rotchinas, mit der Anspruchslosigkeit der Chinesen, mit ihrer ständigen Zunahme an Menschen. Ich war so tief beeindruckt von dem Ernst, mit dem er sprach, daß ich mit dem Jahre 1955 immer die Hoffnung gehegt habe, es werde

[1] Durchdruck.
Zur Entstehung dieser Aufzeichnung vgl. OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 257 f. Staatssekretär Carstens vermerkte am 27. September 1963 handschriftlich: „Ausführungen des H[errn] B[undes]k[anzlers] bei seinem Gespräch mit Präs[ident] de Gaulle am 21./22. September 1963 in Rambouillet. Später in dieser Form vom B[undes]k[anzler]a[mt] dem fr[an]z[ösischen] Botsch[after] ausgehändigt. St[aats]s[ekretär] II und D III haben K[enntnis]. Dem H[errn] Minister vorzulegen (unter Verschluß)."
Hat Bundesminister Schröder am 28. September 1963 vorgelegen.

[2] Zur Einschätzung der UdSSR durch Bundeskanzler Adenauer vgl. bereits das Gespräch mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara am 31. Juli 1963; Dok. 257.

[3] Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 496–552.

[4] Zum Gespräch vom 10. September 1955 vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 527 f.

einmal der Zeitpunkt kommen, da Sowjetrußland gezwungen werde, seine Front in Asien aufzurüsten gegen China, und dann mit dem Westen irgendein friedliches Abkommen schließen werde.

Dieser Zeitpunkt, auf den ich, wie gesagt, seit Jahren gewartet habe, dieser Zeitpunkt scheint jetzt gekommen zu sein oder nahe bevorzustehen. Ich habe seit jenem Gespräch im Jahre 1955 dauernd die wirtschaftliche Entwicklung Sowjetrußlands beobachtet, weil von ihr abhängig war die Entscheidung der Sowjetunion, nach zwei Fronten zu rüsten.

Ich war mir klar, wenn der Zeitpunkt kommen würde, wenn Sowjetrußland einsehen würde, daß es mit dem Westen akkordieren müsse, daß dann die Russen vorher eine Periode verstärkter Spannungen verursachen würden, daß sie versuchen würden, möglichst viele Erfolge von seiten des Westens einzuheimsen, um ihr Gesicht zu wahren gegenüber der eigenen Bevölkerung, um es ihr gegenüber zu begründen, daß man jetzt mit dem Westen Frieden machen könne.

Nach meiner Meinung hat sich auch für den Russen, für Chruschtschow, überzeugend gezeigt, daß er nicht in der Lage ist, gegen den Westen zu rüsten, gegen den Osten zu rüsten und gleichzeitig die russische Wirtschaft zu entwikkeln.

Der Russe hat, weil er das zunächst für richtig gehalten hat, die Bevölkerung vom Lande in die Stadt gebracht, um die Industrie aufzubauen. Der erhoffte Erfolg ist ausgeblieben. Die Wirtschaft hat den erwarteten Aufstieg nicht genommen. Der Ertrag der Landwirtschaft ist zurückgegangen. Die russische Landwirtschaft kann nicht genügend Lebensmittel erzeugen, um das russische Volk zu ernähren. Es müssen wieder mehr Menschen auf dem Lande arbeiten, wenn es ihm nicht gelingt, durch landwirtschaftliche Maschinen die Arbeit auf dem Lande so zu gestalten, daß sie auch bei einer geringeren Zahl von Landarbeitern genügend Lebensmittel produziert. Die Technisierung der Landwirtschaft in genügendem Umfange hat sich als unmöglich erwiesen, weil nicht genügend Maschinen hierfür hergestellt werden konnten. Zur Zeit werden die Menschen wieder der Industrie entzogen und aufs Land geschickt.

Der Mangel an Facharbeitern hat sich auf allen Gebieten der russischen Wirtschaft als ein unüberwindliches Hindernis der Entwicklung gezeigt. Der Russe, der ungelernte Arbeiter, ist nicht in wenigen Jahren zum Facharbeiter zu machen. Die italienischen Arbeiter aus Süditalien zum Beispiel werden in Norditalien, wie mir wiederholt gesagt worden ist, insbesondere hat mir das auch Herr Staatspräsident Segni bestätigt[5], in fünf bis sechs Monaten Facharbeiter, weil sie sehr gewandt sind und ein gutes Verständnis, eine gute Auffassungsgabe haben. Der russische Arbeiter hat diese Eigenschaften nicht. Ihn zum Facharbeiter heranzubilden, ist ziemlich schwer und braucht Zeit. An dem Mangel an Facharbeitern bleibt die ganze Sache stecken.

Wie es mit der Versorgung der Bevölkerung in Rußland aussieht, zeigen ja die Weizenankäufe: Von Kanada werden 5,3 Millionen Tonnen Weizen gekauft[6],

[5] Zum Gespräch vom 1. August 1963 vgl. Dok. 261.

[6] Zu den Weizenkäufen der UdSSR in Kanada vgl. Dok. 342, Anm. 4.

wozu in den nächsten beiden Jahren noch eine weitere Million Tonnen Weizenmehl kommt. Die sowjetischen Verhandlungen mit Australien über die Lieferung von 1 bis 2 Millionen Tonnen Weizen[7] und das zu erwartende Ersuchen an die Vereinigten Staaten, Rußland Getreide zu verkaufen[8], machen die Lage deutlich. Die Brotwaren sind in Moskau kontingentiert. Es ist voraussichtlich zu erwarten die Kontingentierung von Fleisch, Fett und Zucker. Kartoffeln hat Rußland 1962 20 Millionen Tonnen weniger geerntet, weil, um das Vieh ernähren zu können, Mais angebaut werden mußte.

Man muß hören, wie das Leben für einen Europäer in Moskau ist, der nicht zu einer Botschaft gehört. Ich habe mit Leuten gesprochen, namentlich mit einem Mann, der seit vier Jahren in Moskau lebt. Er war sechs Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft.[9] Er hat also insgesamt 10 Jahre in Rußland verbracht. Er ist Berichterstatter der „WELT", die in Hamburg erscheint. Er hat mir ausführlich geschildert, wie das Leben in Moskau ist. Er ist krank. Er hat Avitaminose. Man kann dort keine vitaminhaltigen Nahrungsmittel erhalten, kein Obst, kein Gemüse. Alles das, was vitaminhaltig ist, bekommt man nicht. Darunter leidet auch die Arbeitskraft der Russen. Der industrielle Arbeiter braucht mehr Vitamine als der, der auf dem Lande arbeitet.

Alles in allem: Der Zustand, zunächst was die Versorgung mit Nahrungsmitteln angeht, ist äußerst schlecht.

Ich möchte Ihnen jetzt ein anderes Beispiel aufführen. Ich möchte Ihnen einige Ziffern nennen, die von den Russen selbst veröffentlicht sind.

Die Baumwollernte betrug im Jahre 1953 3,5 Millionen Tonnen, im Jahre 1962 betrug sie 3,8 Millionen Tonnen. Dabei hat die Bevölkerung von 1953 bis 1962 um 25 Millionen Menschen zugenommen.

Der Leiter der Bauabteilung der russischen Kommunistischen Partei[10] hat öffentlich erklärt, daß von 2430 für 1963 geplanten Industrieprojekten der gesamten Volkswirtschaft bis Ende Juli nur 600 in Angriff genommen werden konnten, von denen wiederum 150 mangels ausreichender Materiallieferungen vorzeitig steckenblieben.

Auf dem Gebiete des Wohnungsbaus ist die Rückständigkeit außerordentlich groß. 1963 wurden nur 20% der Vorhaben gebaut.

Um auf dem Baumarkt überhaupt weiterzukommen, ist die Genehmigung für Neubauten für 1964 und 1965 völlig gestoppt worden.

Die Spannung mit Rotchina[11] zwingt Sowjetrußland zu ganz neuen Aufgaben. Es will Ostsibirien ausbauen.

Ostsibirien ist ein sehr großes Land. Es hat eine Bodenfläche von 7 Millionen km², die Vereinigten Staaten haben etwas über 9 Millionen km² – Ostsibirien

[7] Am 18. September 1963 vereinbarte die UdSSR mit Australien den Ankauf von 1,7 Millionen Tonnen Weizen und Weizenmehl. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10797 f.

[8] Zu den Weizenkäufen der UdSSR in den USA vgl. Dok. 385.

[9] Dazu handschriftliche Randbemerkung von Staatssekretär Carstens: „Weber (v[on] d[er] ‚Welt')."

[10] Alexander P. Rudakow.

[11] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

ist fast ganz unbesiedelt und steht dadurch der Infiltration von Rotchina offen. Es soll jetzt industrialisiert und besiedelt werden.

Ostsibirien hat die stärksten Wasserkräfte von Sowjetrußland. Ostsibirien hat einen ungeheueren Reichtum an Metallen und Mineralien aller Art.

Die Russen haben drei große Kraftwerke geplant für die Industrialisierung von Ostsibirien. Eins davon haben sie vollendet. Sie legen neue Städte an und bringen Menschen mehr oder weniger zwangsweise nach Ostsibirien, um dort zu arbeiten. Ganz Ostsibirien ist zum militärischen Sperrgebiet erklärt, so daß es schwerfällt, Nachrichten zu erhalten über das, was dort geschieht.

Allein diese Aufgabe, Ostsibirien zu besiedeln und zu industrialisieren gegen Rotchina, ist so immens groß, daß Sowjetrußland niemals damit zusätzlich zu den anderen Aufgaben, die es sich gestellt hat, fertig werden kann.

Rußland will jetzt von der Schwerindustrie zur chemischen Industrie übergehen. Es will die chemische Industrie in ganz großem Maße aufbauen, um

1) Fabriken zur Herstellung von künstlichem Dünger anlegen zu können,
2) Kunststoffe herzustellen für alle möglichen Zwecke, insbesondere auch für die Fabrikation von Textilien,
3) um durch chemische Prozesse Nahrungsmittel herzustellen.[12]

Rußland kann den Aufbau einer großen chemischen Produktion nicht durchführen ohne Hilfe aus dem Ausland. Damit bin ich zu der Frage gekommen, um die sich m. E. die Zukunft der freien Völker dreht. Sie lautet: Sollen diese der Sowjetunion durch ihre Hilfe beim Aufbau ihrer[13] Wirtschaft die Möglichkeit geben, den Westen und Asien mit Krieg zu bedrohen und gleichzeitig ihre Völker durch steigenden Wohlstand in ihrer Hörigkeit zu halten und zu Kriegszwecken zu benutzen, oder soll man erst dann der Sowjetunion wirtschaftliche Hilfe gewähren, wenn sie[14] durch Taten den Willen bekundet hat, die schwebenden, den Frieden der Welt bedrohenden Fragen aus der Welt zu schaffen?

Soll man die Sowjetunion durch Gewährung von Hilfe beim Aufbau ihrer[15] Wirtschaft in den Stand setzen, den Frieden zu verhindern und alle freien Völker auf das Schwerste zu bedrohen?

Und das ist die Frage, um die sich m. E. unsere Zukunft dreht.

Es sind Rußland aus dem Auslande schon zugesagt die Lieferung von 8 Hochdruck-Polyaethylen-Anlagen im Werte von etwa 1,4 Milliarden DM, wobei der Sowjetunion ein Zahlungsziel bis 1973 eingeräumt wird.[16] Die Sowjetunion hat dann in der Bundesrepublik, in England und Japan wegen der Lieferung einer Naphta-Großraffinerie mit 52 angeschlossenen Betrieben im Werte von 1 Milliarde DM angefragt. Es gibt Berichte über das Angebot eines Finanzkonsor-

[12] Entsprechende Beschlüsse traf der Ministerrat der UdSSR auf einer Sitzung Anfang Juni 1963. Vgl. dazu den Artikel: V Sovete Ministrov SSSR; PRAVDA, Nr. 155 vom 4. Juni 1963, S. 1; OST-PROBLEME 1963, H. 14, S. 423 f.

[13] Korrigiert aus: „seiner".

[14] Korrigiert aus: „es".

[15] Korrigiert aus: „seiner".

[16] Vgl. dazu auch Dok. 349, besonders Anm. 42.

tiums aus mehreren westlichen Ländern über einen Kredit von 1 Milliarde DM für 10 Jahre bei 5¾% Zinsen.[17]

Nach meiner Meinung bedeutet es geradezu Selbstmord, wenn der Westen Sowjetrußland hilft, aus seinen Kalamitäten herauszukommen, ehe Sowjetrußland greifbare Beweise der Änderung seiner bisherigen Pläne mit Bezug auf Europa (Westeuropa) und die Vereinigten Staaten gegeben hat.

Lassen Sie mich die Situation in der Welt in einigen Sätzen zusammenfassen.

Ein nuklearer Krieg ist unwahrscheinlich, weil die Sowjetunion dabei ihr[18] eigenes Land aufs Spiel setzen würde. Ein Krieg nur mit konventionellen Waffen ist, solange ein Land noch im Besitz von nuklearen Waffen ist, undenkbar. Er würde zum nuklearen Kriege werden.[19]

Es bleibt die Möglichkeit, daß die Sowjetunion, gestützt auf den Besitz großer mit konventionellen Waffen ausgerüsteter Truppenverbände und den Besitz nuklearer Waffen, die anderen Völkern zu untragbaren Rüstungsausgaben zwingt oder sie im Wege des Kalten Krieges ihrer Freiheit beraubt. Wenn die Sowjetunion ihre Wirtschaft mit Hilfe des Westens so aufbaut wie sie es beabsichtigt, wird sie ein vernichtender, nicht zu schlagender Gegner dieser anderen Länder auf dem Gebiete der Wirtschaft werden.

Es ist m. E. unmöglich zu verantworten, daß durch Lieferungen aus den freien Ländern die Sowjetunion zu der politisch und wirtschaftlich die Erde beherrschenden Macht wird.

Die Lieferungen aus den freien Ländern an die Sowjetunion müssen durch NATO entsprechend dem 1956 von den Herren Martino, Lange und Pearson im Auftrage des NATO-Rates erstatteten Gutachten kontrolliert und eventuell gestoppt werden. In dem Gutachten vom 4. 12. 1956, zu dem alle Regierungen der NATO-Mitglieder gehört worden sind, heißt es, „daß die NATO alle Wirtschaftsfragen aufgreifen kann, die die Verteidigungskraft beeinflussen oder politische Auswirkungen haben können".[20] Zur Vermeidung von Doppelarbeit soll jedoch nicht in die Tätigkeit anderer – auf einzelnen Gebieten eingeschalteter – internationaler Organisationen eingegriffen werden.

Inzwischen sind die Weizenkäufe der Sowjetunion in Kanada und Australien gewesen, die zeigen, daß die Lage der Sowjetunion ungünstiger ist, daß die Entwicklung schneller fortschreitet, als wir angenommen hatten.

Es klingt vielleicht etwas vermessen, wenn ich sage, daß das der einzige Weg ist, die Frage SU in einer für alle tragbaren Weise zu lösen. Wir müssen mit der Frage fertig werden. Wenn wir selbst den Strick knüpfen, an dem wir aufgehängt werden – es gibt einen Ausspruch von Lenin: „... die Kapitalisten würden selbst den Stick herstellen, an dem sie aufgehängt werden!" –, wenn wir dazu die Hand bieten, indem wir einfach die Situation laufen lassen, nur da-

[17] Vgl. dazu Dok. 444.

[18] Korrigiert aus: „sein".

[19] Der Passus „solange ein Land ... zum nuklearen Kriege werden" wurde von Staatssekretär Carstens durch Schlängelung am Rand hervorgehoben.

[20] Für den Wortlaut der Empfehlungen des Dreier-Ausschusses betreffend die nicht-militärische Zusammenarbeit sowie die Entschließung des NATO-Rats vom 14. Dezember 1956 vgl. EUROPA-ARCHIV 1957, S. 9561–9571.

mit einige Gesellschaften mehr verdienen, dann wäre das unverantwortlich von uns.

Ich möchte Sie sehr bitten, dieser Frage Ihr ganzes Augenmerk zu widmen. Das Material ist nicht leicht zu beschaffen, weil die Russen sehr vorsichtig sind. Aber es sind zu beobachten die kleinen russischen Provinzblätter, weil sie viel offener schreiben als z. B. die *Prawda* oder *Iswestija*. Man sollte weiter den Fachzeitschriften seine Aufmerksamkeit widmen.

Betrachten Sie mich nicht als vermessen. Diese Gedanken sind lebendig in mir seit 1955. Ich glaube, daß wir jetzt so weit sind, daß Sowjetrußland jetzt nicht mehr weiter kann, ohne daß der Westen ihm die nötigen Industrien, die nötigen Fabriken gibt. Es muß daher jetzt dafür gesorgt werden, daß die Welt zum Frieden kommt.

Frankreich und Deutschland sollten diese Frage mit großem Ernst studieren, denn unsere Länder sind die am meisten durch die Sowjetunion bedrohten Länder.

Wenn wir die oben entwickelten Gedanken für richtig halten, sollten wir mit allem Nachdruck und mit großem Ernst an die Verwirklichung gehen.

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

356

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Rambouillet

Z A 5-100.A/63 geheim **21. September 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler führte am 21. September 1963 um 16.00 Uhr in Rambouillet ein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten General de Gaulle.

Einleitend legte der Herr *Bundeskanzler* ausführlich dar, daß Rußland ohne Hilfe aus dem Westen nicht in der Lage sei, die ihm gestellten drei Aufgaben (Rüstung gegen den Westen, Rüstung gegen China und Entwicklung seiner Wirtschaft) gleichzeitig durchzuführen. Er zog daraus den Schluß, daß über die NATO erreicht werden müsse, daß der Westen keine Wirtschaftshilfe an die Sowjetunion gewähre, ohne von russischer Seite handfeste Beweise einer echten Meinungsänderung erhalten zu haben. Diese einleitenden Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers liegen anderweitig bereits im Stenogramm vor.[2]

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 24. September 1963 gefertigt.

[2] Vgl. Dok. 355.

General *de Gaulle* erklärte, diese Darstellung der Situation, in der sich Rußland heute befinde, entspreche seiner eigenen Auffassung. Er habe den Herrn Bundeskanzler so verstanden, daß er anrege, daß die deutsche und französische Regierung gemeinsam prüfen sollten, wie man zu einer gemeinsamen Auffassung in dieser Angelegenheit kommen könne. Der Herr Bundeskanzler sei weiterhin dann der Meinung, daß die in der NATO schon vorgenommenen wirtschaftlichen Untersuchungen[3] durch eine deutsch-französische Initiative belebt werden könnten, um zu verhindern, daß der Westen den Sowjets zur weiteren Entwicklung die Hand reiche.[4] Damit habe der Westen gegenüber Rußland einen Meistertrumpf in der Hand. Er halte diese Angelegenheit für außerordentlich wichtig. Er erlaube sich jedoch die Frage, ob es in Deutschland, insbesondere in Industriekreisen, mit anderen Worten also in der FDP und möglicherweise in nicht der FDP zugehörigen Industriekreisen, nicht eine starke Strömung für die Errichtung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Rußland gebe.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, selbstverständlich würden von seiten der Industrie Schwierigkeiten gemacht werden, doch seien nicht alle Industriezweige an einer solchen Zusammenarbeit mit Rußland interessiert. Interessiert seien vor allem Krupp sowie die chemische Industrie.[5] Aber die Bundesregierung habe auch die Wehrpflicht gegen gewisse Widerstände eingeführt. Er glaube, daß jetzt eine Gelegenheit gegeben sei, den kalten Krieg mit Rußland zu beenden. Er halte es auch für möglich, sich intern durchzusetzen, denn die Mehrheit der Deutschen sei ja nicht daran interessiert, daß gewisse Großkonzerne Hunderte von Millionen verdienten. Wenn man es geschickt anstelle, werde die öffentliche Meinung auf seiten der Regierung sein. Es handle sich ja keineswegs darum, Rußland auf ewig unten zu halten. Vielmehr müsse Rußland, um in den Genuß von Wirtschaftshilfe zu gelangen, sichtbare Beweise einer Meinungsänderung liefern. Das derzeitige Entspannungsgerede halte er für lächerlich. Man müsse Rußland an die Kandare nehmen, und es wäre dumm, den Russen Fabriken hinzustellen. Es sei ohnehin schon genügend falsch gemacht worden (z. B. der Bau von Fischdampfern für Rußland in den Howaldt-Werften[6], wodurch die russischen Werften für den Bau von U-Booten frei geworden seien).

General *de Gaulle* wies darauf hin, daß es sehr wohl möglich sei, daß das russische Koexistenzgerede nicht nur von dogmatischen, sondern auch sehr handfesten Gründen inspiriert gewesen sei, um vom Westen Hilfe für die wirt-

[3] Im Wirtschaftsberaterausschuß der NATO wurden in halbjährlichen Abständen Berichte über die Kreditgewährung an Ostblock-Staaten abgegeben. Darüber hinaus wurde 1962/63 eine Umfrage über die Laufzeit von Krediten der NATO-Mitglieder an Ostblock-Staaten durchgeführt. Vgl. dazu Abteilung III (III A 6), VS-Bd. 205.

[4] Am 30. September 1963 wurde von den Delegationen der Bundesrepublik, Belgiens, Frankreichs und der Niederlande im Wirtschaftsberaterausschuß der NATO ein Vorschlag für eine gemeinsame Kreditpolitik der NATO gegenüber den Ostblock-Staaten eingebracht, für die sich insbesondere die Bundesrepublik eingesetzt hatte. Er wurde am 3. Oktober 1963 im Wirtschaftsberaterausschuß der NATO beraten. Für den Bericht der deutschen Delegation vgl. VS-Bd. 8357 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu weiter Dok. 411.

[5] Vgl. dazu auch Dok. 232; weiter Dok. 444.

[6] Vgl. dazu Dok. 232, Anm. 13.

schaftliche Entwicklung bekommen zu können. Auch er glaube, daß die Russen nicht alles gleichzeitig tun könnten. Andererseits gebe es starke Strömungen im Westen, Rußland Hilfe zu leisten. So sei wohl England mehr oder weniger dazu bereit, Japan sicherlich auch, da es Absatzschwierigkeiten habe, und es stelle sich die Frage, ob die Amerikaner derselben Auffassung seien wie der Herr Bundeskanzler oder ob sie sich durch die sogenannte Entspannung mitreißen ließen[7], was dazu führen könne, daß gewisse amerikanische Geschäftsleute einen Vorteil im Bau von Fabriken in Rußland sehen würden. Eine gemeinsame Prüfung dieser Frage durch die deutsche und die französische Regierung liege ganz im Geiste des deutsch-französischen Vertrages[8].

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, er beabsichtige, sofort nach seiner Rückkehr einen Minister mit der Prüfung dieser Angelegenheit zu beauftragen. Dabei brauche man gar nicht in allzu viele Einzelheiten einzutreten, denn ihm sei es schon ausreichend, festzustellen, daß die Sowjets mehrere Millionen Tonnen Weizen im Westen einkauften[9], auf dem Bausektor größte Schwierigkeiten hätten und um den Bau chemischer Großkombinate bäten[10], um daraus den Schuß zu ziehen, daß Rußland festgefahren sei. Nach Sammlung des Materials brauchten die NATO-Staaten lediglich zu beschließen, die Russen wissen zu lassen, daß sie zur Wirtschaftshilfe bereit wären, wenn Rußland zu einer echten Abrüstung, zur Öffnung des Landes für westliche Besucher und zur Wiedervereinigung Deutschlands bereit sei. Der letzte Punkt sei vor allem deswegen wichtig, weil er (der Herr Bundeskanzler) Sorge habe, daß auf die Dauer der deutsche Nationalismus wieder auflodern könnte.

General *de Gaulle* fragte, ob der Herr Bundeskanzler die NATO als geeigneten Rahmen für ein derartiges gemeinsames Vorgehen ansehe. Außer Amerika, Frankreich und Deutschland setze sich die NATO aus Ländern zusammen, die fast alle instinktiv und aus Furcht eine natürliche Konzessionsbereitschaft an den Tag legten. Dies gelte seines Erachtens für Italien, wenn auch nicht für alle Italiener, es gelte für Belgien, es gelte für England (insbesondere, wenn Labour an die Macht komme), es gelte für alle skandinavischen Länder.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er teile die Bedenken des Generals hinsichtlich der NATO, doch sei schon vor längerer Zeit in der NATO beschlossen worden, sich auch mit Wirtschaftsfragen zu befassen.[11] Man müsse seines Erachtens zunächst feststellen, welche Länder überhaupt Lieferungen an Rußland durchführen könnten, und ob es nicht ausreiche, wenn Frankreich, Deutschland und Amerika gemeinsam handelten. Es handle sich ja nicht um die Einstellung des gesamten Handels mit Rußland, sondern darum, den Russen keine großen Kredite zu geben und keine großen Fabriken zu errichten, die Rußland in die Lage versetzen würden, wie bisher gegen den Westen wei-

[7] Zur britischen und amerikanischen Haltung zum Osthandel vgl. Dok. 232, Anm. 3 und Anm. 4.

[8] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[9] Zu den Weizenkäufen der UdSSR in Kanada, Australien und den USA vgl. Dok. 342, Anm. 4, Dok. 355, Anm. 7, und Dok. 385.

[10] Vgl. dazu Dok. 444.

[11] Zur Entschließung des NATO-Rats vom 14. Dezember 1956 zu dem Bericht des Dreier-Ausschusses über die nicht-militärische Zusammenarbeit in der NATO vgl. Dok. 355, Anm. 20.

terzuarbeiten. Aus einer gemeinsamen Prüfung dieser Angelegenheit werde sich ja ergeben, welche Länder überhaupt zu Lieferungen an Rußland in der Lage seien. Wahrscheinlich werde es sich um Frankreich, Deutschland, Amerika, möglicherweise Italien und England handeln. Vielleicht sei es aber auch ausreichend, wenn Frankreich, Deutschland und Amerika gemeinsam vorgingen.

General *de Gaulle* sagte, bislang habe Herr Erhard wohl eine natürliche Neigung gehabt, die Politik insbesondere unter dem Gesichtspunkt eines möglichst umfassenden Handels zu sehen. Sicherlich mißtraue Herr Erhard den Sowjets ebenso wie der Herr Bundeskanzler und er selbst. Der Herr Bundeskanzler habe ihm aber dargelegt, daß auch Herr Erhard wisse, daß es politische Gründe geben könne, die gegen einen Handel sprächen, selbst wenn der Handel rein wirtschaftlich gewinnbringend wäre.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, wenn sich seine Auffassung bestätige, werde es sehr leicht sein, dieses Vorgehen dem Volk gegenüber mit dem Argument darzustellen, daß dadurch die Rüstungslast verringert werde.

General *de Gaulle* bedankte sich bei dem Herrn Bundeskanzler für die aufschlußreichen Ausführungen und bemerkte, bislang habe er sich persönlich und praktisch nicht klargemacht, in welchem Umfang von sowjetischer Seite um die Errichtung großer Fabriken durch den Westen nachgesucht worden sei. Ihm sei natürlich bekannt, daß Chruschtschow jedesmal, wenn er mit Herrn Krupp, amerikanischen Industriellen oder sogar dem Vertreter der französischen Arbeitgeber spreche, jedesmal erkläre, daß man viel zusammen tun könne, daß Rußland alles mögliche abkaufen würde und sich gute Geschäfte machen ließen. Ihm sei aber nicht bekannt gewesen, welche konkreten Projekte dabei eine Rolle spielten.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies noch einmal auf die Weizenkäufe, die Schwierigkeiten der Russen auf dem Baumarkt und die Forderung nach Schaffung von fünfzig chemischen Großkombinaten. Seines Wissens seien die Sowjets mit den Engländern wegen des Baus von acht chemischen Großkombinaten in Kontakt getreten, und der Abschluß eines Kontraktes scheine bevorzustehen.[12]

General *de Gaulle* sagte, normalerweise wäre die Prüfung dieser Angelegenheit Aufgabe des französischen Industrieministeriums, wobei natürlich, falls es sich um eine größere Angelegenheit handele, eine Persönlichkeit bestimmt werden könnte, die diese Untersuchungen zu leiten hätte.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte dann, wann und wie man mit den Amerikanern über diese Angelegenheit sprechen sollte.

General *de Gaulle* sagte, bislang hätten die Amerikaner auf industriellem Gebiet in Rußland nicht viel unternommen. Anders sehe es natürlich bei den Amerikanern und Kanadiern hinsichtlich landwirtschaftlicher Überschüsse aus. Dennoch müsse man aufpassen, zumal Präsident Kennedy in seiner gestrigen Rede vor den Vereinten Nationen davon gesprochen habe, daß man

[12] Der Vertrag kam nicht zustande, da die britischen Firmen auf eine Freigabe amerikanischer Patente angewiesen waren. Vgl. dazu Dok. 444.

mit den Russen bei der Weltraumfahrt zusammenarbeiten müsse und daß auch andere Dinge noch mit den Russen gemeinsam gemacht werden könnten. Nun wisse er natürlich nicht, was Kennedy unter „anderen Dingen" meine, doch bedeute schon ein gemeinsames Mondprojekt sehr viel an Zusammenarbeit.[13]

Der Herr *Bundeskanzler* schlug vor, daß der von ihm mit der Bearbeitung dieser Frage beauftragte Minister nach Sammlung präziserer Unterlagen sich mit der von Präsident de Gaulle zu bezeichnenden Stelle in Verbindung setze, um gemeinsam zu prüfen, ob aufgrund dieses Materials mit Kennedy gesprochen werden solle.[14]

General *de Gaulle* bejahte dies und bemerkte, wenn der Westen irgendwelche Fabriken übrig habe, die er an anderer Stelle aufbauen wolle, müsse man sich natürlich die Frage stellen, ob man dafür nicht lieber China auswählen sollte.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe sich auch gefragt, warum man denn Rotchina so sehr feindlich gegenüberstehen solle. England habe ja einen Geschäftsträger[15] dort, warum denn nicht auch Frankreich?

General *de Gaulle* erwiderte, man könne nicht sicher sein, daß Frankreich nicht daran dächte. Allerdings machten sich hier mehrere Gründe störend bemerkbar. Erstens seien da die Amerikaner, die sich etwas störend bemerkbar machten, obwohl sich Frankreich daran immer weniger störe. Zweitens habe Frankreich Beziehungen mit Tschiang Kai-schek, und dieser würde sicherlich die Beziehungen abbrechen, wenn Frankreich mit Peking Beziehungen aufnähme. Materiell würde dies Frankreich nicht stören, jedoch etwas moralisch. Der dritte Grund liege in der Überlegung, daß man bei einer Anerkennung Pekings verpflichtet wäre, Peking auch in die UNO aufzunehmen und wahrscheinlich sogar anstelle Tschiang Kai-scheks im Sicherheitsrat. Bislang habe

[13] Präsident Kennedy führte am 20. September 1963 vor der UNO-Generalversammlung als Themen für Gespräche mit der UdSSR die Errichtung von Bodenbeobachtungsposten, ein Abkommen über die Kontrolle einer Weitergabe von Kernwaffen, die Verwendung von atomarem Material für friedliche Zwecke, ein Verbot unterirdischer Atomversuche mit Inspektionen und einen freieren Informationsaustausch zwischen Ost und West an. Darüber hinaus regte er eine Zusammenarbeit bei der Erforschung des Weltraums und eine gemeinsame Expedition zum Mond an: „Why, therefore, should man's first flight to the moon be a matter of national competition?" Ebenfalls möglich seien „other new steps toward peaceful cooperation". Vgl. UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 18th Session, 1209th Meeting, S. 6.

[14] Am 23. September 1963 unterrichtete Staatssekretär Carstens Bundesminister Schröder, z. Z. Washington, über ein Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Bundesminister Dollinger und den Staatssekretären Globke, Carstens und Kattenstroth: „Der Bundeskanzler und de Gaulle sind schließlich so verblieben, daß der Fragenkomplex zunächst in Bonn und in Paris genauer untersucht werden und daß dann, sobald wie möglich, vielleicht in 10 bis 14 Tagen, ein weiteres deutsch-französisches Gespräch stattfinden soll. Bundeskanzler bat Minister Dollinger, das in Frage kommende Material so schnell wie möglich zusammenzustellen. Der Auftrag ergeht an ihn ad personam. Er soll sich des Auswärtigen Amts und des Wirtschaftsministeriums bedienen ... Der Bundeskanzler bittet darum, daß Sie in Ihrem Gespräch mit Präsident Kennedy den Komplex nicht berühren, da er zunächst das Material zusammenstellen lassen möchte, damit dann auf der Grundlage dieses Materials das Gespräch mit den Amerikanern aufgenommen werden kann." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 442; B 150, Aktenkopien 1963.
Für die Aufzeichnung von Dollinger vom 7. Oktober 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 10079; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. weiter Dok. 403, besonders Anm. 9 und Anm. 11.

[15] Terence W. Garvey.

Frankreich aber keinen Vorteil darin gesehen, noch eine weitere kommunistische Großmacht in New York zu haben. Heute stelle sich die Lage allerdings anders dar, denn diese kommunistische Großmacht scheine mehr und mehr Differenzen mit der anderen kommunistischen Großmacht zu haben und sich sogar zu deren Gegner zu entwickeln.[16] Diese Gründe seien bislang von Frankreich als hinderlich angesehen worden, doch werde man die Dinge in Zukunft vielleicht etwas anders sehen müssen.[17]

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Hände der Bundesrepublik wegen der Wiedervereinigungsfrage gebunden seien. Wenn Amerika an der Wiedervereinigung nicht mit aller Energie festhalte, sei alles vorbei, und es würde eine äußerst unangenehme Situation entstehen. Deswegen müsse die Bundesrepublik auf Amerika Rücksicht nehmen, was ihm allerdings oft sehr schwerfalle, weil ihm vieles dort nicht passe. Es sei erstaunlich, wie wenig die Amerikaner von anderen Ländern wüßten.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf die Wiedervereinigungsfrage zu sprechen. Wenn dieses Problem nicht in angemessener Zeit, also innerhalb von rund zehn Jahren, gelöst werde, befürchte er, daß in einem Teil des deutschen Volkes der Nationalismus wieder Wurzeln schlage. Das aber wolle er vermeiden.

General *de Gaulle* erklärte, er habe zwei Tage zuvor den britischen Botschafter[18] nach dessen Rückkehr aus dem Urlaub empfangen. Der Botschafter habe ihm im Auftrage Macmillans von der Lage in Großbritannien[19] berichtet. Auf seine (de Gaulles) Initiative sei man dann auf die Verhandlungen zwischen den angelsächsischen Mächten und den Sowjets zu sprechen gekommen, die zunächst zum Moskauer Vertrag[20] geführt hätten und in denen nun andere Themen behandelt werden sollten.[21] Er (de Gaulle) habe dem britischen Botschafter, wie er es im übrigen auch Kennedy, den Engländern und der ganzen Welt gegenüber getan habe, dargelegt, wie seines Erachtens die Dinge sich abspielen würden.[22] Dabei habe er gesagt, daß, wenn die angelsächsischen Mächte weiterhin mit den Sowjets verhandelten, sie allmählich und unausweichlich (es sei denn, sie brächen die Verhandlungen ab, was sie ja doch nicht tun würden) zu Arrangements gelangen würden, die für Deutschland und durch Deutschland für Europa schädlich würden. Dies sei einfach unvermeidlich. Dann aber werde der Tag kommen, an dem die Deutschen, so viel Geduld sie auch aufbrächten (und sie zeigten sehr viel Geduld), und so groß ihr Wunsch, mit den angelsächsischen Mächten verbunden zu bleiben, auch sei, die Nase voll haben würden. Dann könne sich zweierlei abspielen. Entweder würde sich die Befürchtung des Herrn Bundeskanzlers, nämlich das Wieder-

16 Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

17 Zu den französischen Überlegungen hinsichtlich einer Aufnahme von Beziehungen zur Volksrepublik China vgl. weiter Dok. 467.

18 Pierson Dixon.

19 Zur innenpolitischen Situation in Großbritannien vgl. auch Dok. 192, Anm. 34.

20 Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

21 Zu den Sondierungsgesprächen in New York vgl. Dok. 343, Anm. 6.

22 Für die Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle auf der Pressekonferenz vom 29. Juli 1963 vgl. Dok. 334, Anm. 19.

aufleben eines Ultranationalismus und damit der Weg ins Abenteuer bewahrheiten, oder es kämen Elemente an die Macht, die der Sowjetunion gegenüber geneigter wären als es die Regierung Adenauer war, geneigter auch noch als die SPD, Elemente also, die sich sagen würden, wenn es darum gehe, sich mit der Sowjetunion zu arrangieren, dann könnten sie das sehr gut auch alleine. Einer solchen Regierung gegenüber würden die Sowjets aber alles tun, um dieser Regierung die Dinge zu erleichtern. Das Ergebnis wäre in der einen oder anderen Form eine Neutralisierung Deutschlands. Sei aber Deutschland einmal neutralisiert, dann sei es auch Europa, denn Italien wäre dann sofort neutralisiert (es sei es schon heute halb), er selbst wäre dann nicht mehr da, und Frankreich würde angesichts einer Neutralisierung Deutschlands feststellen, daß nichts Ernsthaftes mehr zwischen der ungeheuren sowjetischen Macht und dem Rhein und der Maas stehe, und somit würde auch Frankreich neutralisiert. Die Skandinavier seien schon zur Hälfte neutralisiert, und auch England stehe einer Neutralisierung nicht fern, besonders wenn Herr Wilson an die Macht komme. An dem Tag, an dem ganz Europa somit neutralisiert wäre, wäre der Westen verloren. All dies habe er genauso deutlich dem britischen Botschafter gesagt, denn es sei seine ganz klare Auffassung. Aus diesem Grunde sei er diesen ständigen Verhandlungen zwischen den Angelsachsen und den Russen absolut abgeneigt. Damit wolle er nicht sagen, daß nicht der Tag kommen könne, an dem Rußland angesichts der von dem Herrn Bundeskanzler dargestellten Schwierigkeiten, angesichts einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen mit Rotchina und angesichts einer möglichen internen Entwicklung sich zu einem wirklichen Friedensschluß bereit finde, insbesondere zu einem Friedensschluß, wie ihn die Europäer brauchten. Das würde aber notwendigerweise bedeuten, daß es von da an keine zwei Deutschlands mehr gebe. Dieser Tag sei jedoch noch nicht gekommen, und es sei äußerst gefährlich, so zu tun, als sei dieser Tag schon da. Frankreich nehme an diesen Verhandlungen nicht teil, weil es damit nichts zu tun haben wolle. Deswegen habe Herr Couve de Murville bei dem neulichen Gespräch mit Herrn Schröder, der Couve de Murville gebeten hatte, nach New York zu kommen, um dort mit Rusk, Lord Home und Gromyko zusammenzutreffen, mit einem klaren Nein geantwortet, weil Frankreich an einem progressiven Arrangement mit den Sowjets nicht beteiligt sein wolle, denn ein solches Arrangement könne zu nichts Gutem führen.[23]

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, er teile voll und ganz die Auffassung des Generals. Hinzuzufügen sei noch, daß die Russen auch für Amerika gefährlich würden, wenn sie Europa in ihren Einfluß bekämen. Mit dem Wirtschaftspotential Westeuropas wären sie den Amerikanern überlegen, und damit wäre der Weltfriede in weite Fernen gerückt. In seinem Herzen sehe Chruschtschow Amerika und Rotchina mit denselben Augen, obwohl er die einen verfluchte Kapitalisten und die anderen Verräter an der Sache des Kommunismus nenne. Er (der Herr Bundeskanzler) verstehe die Engländer und deren Denkweise nicht. Er sei aber dem General sehr dankbar für diese klaren Ausführungen gegenüber dem britischen Botschafter und hoffe nur, daß der Botschafter dies auch nach London berichte.

[23] Zum Gespräch vom 17. September 1963 vgl. Dok. 344.

General *de Gaulle* fuhr fort, wenn Europa neutralisiert wäre, dann wäre es auch um Lateinamerika und Afrika geschehen. Deswegen würden die Russen zu vielen Zugeständnissen im Falle Deutschlands und Frankreichs bereit sein, um dort Eingang zu finden, das Endergebnis aber wäre die Niederlage und mehr noch der Tod.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, man müsse die Engländer halt nehmen wie sie seien und sich davon nicht irritieren lassen. Gerade deswegen sei ihm ein Erfolg des deutsch-französischen Vertrages so wichtig, denn die Stellung Frankreichs und Deutschlands zusammen sei stärker, als wenn jeder für sich stehe. Daher sei die Stärkung dieser deutsch-französischen Freundschaft für ihn ein ganz wesentliches Ziel. Zu seiner Freude stelle er fest, daß die deutsch-französische Freundschaft in der Bevölkerung sehr hoch im Kurs stehe, daß das Vertrauen und die Zuneigung wüchsen.

General *de Gaulle* betonte seinen Wunsch, diesen Vertrag sich entwickeln und festigen zu sehen. Tatsache allerdings sei, daß in der Vergangenheit die deutsch-französische Zusammenarbeit nicht sehr aktiv in Erscheinung getreten sei, insbesondere auf dem diplomatischen Gebiet. Der Moskauer Vertrag sei von den angelsächsischen Mächten mit den Russen geschlossen worden, und Frankreich habe sich ihm nicht anschließen können, weil es seine eigene nukleare Bewaffnung wolle.[24] Vielleicht hätte auch die Bundesrepublik von einem Beitritt absehen können, denn sie habe ja schon erklärt, daß sie keine ABC-Waffen produzieren werde[25], und vielleicht wäre eine Wiederholung dieser Verpflichtung nicht notwendig gewesen. Dann aber hätte die Bundesrepublik keine von Frankreich so sehr unterschiedliche Stellungnahme bezogen[26], die natürlich bemerkt worden sei, auch in Frankreich. Bei der Gestaltung Europas handle es sich um zwei Bereiche, den wirtschaftlichen und den politischen. Was den wirtschaftlichen Bereich anbelange, so wisse er nicht, ob trotz der zwischen der deutschen und französischen Regierung getroffenen Absprachen[27] wirklich alles geschehe, um den Gemeinsamen Markt vor Beginn der Verhandlungen mit Amerika zu errichten.[28] Trete man aber vorher in Verhandlungen mit Amerika, so werde man sehr schnell auseinanderfallen, insbesondere im Zusammenhang mit den Landwirtschaftsprodukten. Was die politische Organisation Europas anbelange, so habe er mit dem Herrn Bundeskanzler zwar eine gemeinsame Auffassung für den Beginn einer europäischen poli-

[24] Zur französischen Haltung zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 242, Anm. 6, Dok. 246, Anm. 4, und Dok. 344.

[25] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

[26] Zur französischen Haltung hinsichtlich einer Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens durch die Bundesrepublik vgl. auch Dok. 265.

[27] Zum synchronisierten Arbeitsprogramm der EWG vom 9. Mai 1963 vgl. Dok. 161, Anm. 3.

[28] Die Verhandlungen in der Kennedy-Runde waren für Mai 1964 geplant. Vgl. dazu Dok. 115, Anm. 10.
Dazu äußerte Staatspräsident de Gaulle am 29. Juli 1963 vor der Presse, die ungelösten Probleme der EWG müßten bis zum 31. Dezember 1963 geregelt sein. Vor den Verhandlungen über die Kennedy-Runde, „devant les grands vents qui ne manqueront pas de se lever à cette occasion, il faudra alors que le Marché commun soit debout, complet et assuré, ou bien qu'il disparaisse". Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 129; EUROPA-ARCHIV 1963, D 415.

tischen Organisation gefunden, doch hätten die übrigen diesen Plan abgelehnt[29]. In der Zwischenzeit sei Frankreich gezwungen gewesen, in der Englandfrage negativ zu sein, denn England heute in Europa aufzunehmen würde bedeuten, kein Europa zu schaffen. Allerdings sei diese französische Entscheidung von deutscher Seite nicht besonders unterstützt worden.[30] Auf militärischem Gebiet sei dieser Zwischenfall der deutsch-amerikanischen Absprache gewesen[31], auf den er nicht mehr eingehen wolle, da sich der Herr Bundeskanzler ganz klar dazu geäußert habe.[32] Dennoch sei dieser Zwischenfall ein weiteres Element in dem Eindruck der Unklarheit gewesen, der über dem gesamten deutsch-französischen Vertrag stehe. Er kenne natürlich die Schwierigkeiten, in denen sich Deutschland und insbesondere der Herr Bundeskanzler befänden, um den Vertrag auf diplomatischem, wirtschaftlichem, europäisch-politischem und militärischem Gebiet positiv zu gestalten. Dennoch sei es richtig, daß der Vertrag bislang über die guten Absichten kaum hinausgegangen sei. Persönlich sei er fest davon überzeugt, daß sich dieser Zustand ändern müsse. Es gebe keine andere europäische Realität als Deutschland und Frankreich. Die anderen zählten nicht, sie bedeuteten nichts. Wenn Deutschland und Frankreich nicht in allen Fällen auf dem militärischen, politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Bereich zusammenstünden, würden sie letzten Endes überflutet.

Der Herr *Bundeskanzler* führte aus, von dem Moskauer Abkommen habe er zuerst in der Zeitung gelesen, und es habe weder eine Information noch eine Konsultation stattgefunden.[33] Der Moskauer Vertrag habe insbesondere hinsichtlich des Rechtes auf Kündigung eine Möglichkeit der Anerkennung der SBZ enthalten.[34] Als er dies festgestellt habe, sei er zu seinem Rücktritt entschlossen gewesen, wenn nicht von amerikanischer Seite ganz eindeutige Erklärungen im Senat und an anderer Stelle gemacht würden.[35] Der Beitritt habe der SBZ von Anfang an offen gestanden. In der Bestimmung über die Kündigung sei im Vertrag die Rede von der „freien nationalen Souveränität". Diese Formulierung habe mit dem Vertrag selbst nichts zu tun, vielmehr sei sie von den Amerikanern und Engländern der SBZ zuliebe den Russen angeboten worden. Bei Abschluß des Vertrages sei gerade McNamara in Deutschland gewesen, dem er ganz klar und deutlich seine Auffassung dargestellt habe.[36] Daraufhin habe Präsident Kennedy ihm einen langen Brief geschrieben, in dem er am Schluß gesagt habe, er könne sich auf die jetzige amerikanische Regierung genauso wie auf jede vorherige Regie-

[29] Korrigiert aus: „abgelegt".
Zu den Fouchet-Plänen für eine europäische politische Union vgl. Dok. 77, Anm. 3. Zum Scheitern der Verhandlungen im April 1962 vgl. Dok. 136.

[30] Zum Scheitern eines Beitritts Großbritanniens zur EWG vgl. Dok. 60.
Zur deutschen Haltung vgl. Dok. 63 und Dok. 67.

[31] Zur französischen Reaktion auf die deutsch-amerikanische logistische Vereinbarung („Memorandum of Understanding") vom 1. August 1963 vgl. Dok. 331.

[32] Vgl. Dok. 354.

[33] Zur Unterrichtung der Bundesregierung vgl. Dok. 241, Anm. 7.

[34] Zu Artikel 4 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 12.

[35] Vgl. dazu auch KRONE, Aufzeichnungen, S. 179, und OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 252.

[36] Zu den Gesprächen vom 31. Juli und 5. August 1963 vgl. Dok. 257 und Dok. 273.

rung verlassen.[37] Außerdem seien im Senat die von ihm geforderten Erklärungen abgegeben worden.[38] Damit sei der Schaden zwar nicht hundertprozentig, aber doch zu sechzig bis siebzig Prozent wieder gutgemacht gewesen. Für ihn habe sich darauf die Frage gestellt, ob er dennoch zurücktreten solle oder nicht. Er habe sich zum Bleiben entschlossen, weil er es für vorteilhafter erachtet habe, dabei zu bleiben. Der Moskauer Vertrag habe weder Sinn noch Zweck.

Was den Gemeinsamen Markt anbelange, so könne er nur sagen, daß er nicht wisse, ob der Gemeinsame Markt fortbestehen könne. Er glaube, daß hier der Kommission eine große Schuld zuzuschreiben sei. Der Romvertrag[39] verlange die Harmonisierung der Soziallasten, weil nur bei Vergleichbarkeit dieser Lasten überhaupt ein Gemeinsamer Markt geschaffen werden könne. Bis heute habe die Kommission in dieser Angelegenheit noch nichts unternommen. Er wisse nicht, ob sich dies nachholen lasse. In der Frage der politischen Union lasse sich also kein Fortschritt erzielen, abgesehen von der Tatsache, daß wegen der Entwicklung in England eine erneute Aufnahme dieses Gedankens nicht ratsam erscheine. Die Englandfrage werde sich seiner Ansicht nach von selbst regeln. Er glaube, daß England nur mit dem Europagedanken spiele und daß der einzige Minister im englischen Kabinett, der wirklich europäisch denke, Heath sei. Seiner Ansicht nach würden wahrscheinlich die englischen Wahlen[40] zu einer bedeutenden Stärkung der Liberalen führen, wobei man natürlich nicht wissen könne, ob die Liberalen sich dann mit den Konservativen oder mit Labour zusammentäten. In der Frage der politischen Union müsse man noch ein bis zwei Jahre warten, bis die Lage klarer sei.

General *de Gaulle* fragte, ob der Herr Bundeskanzler bei der Erwähnung der Harmonisierung der Soziallasten besonders an die Hilfestellung denke, die die Gemeinschaft der deutschen Landwirtschaft angedeihen lassen könne.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die deutsche Landwirtschaft müsse sich strukturell verändern. Die Bundesregierung werde alles in ihrer Macht Stehende dazu beitragen. Ohne derartige strukturelle Veränderung werde man immer in Schwierigkeiten sein.

General *de Gaulle* bemerkte, auch Frankreich habe sehr viel zur Modernisierung der Landwirtschaft zu tun. Er betonte noch einmal, daß die Landwirtschaftsfrage geregelt sein müsse, bevor man mit Amerika in Verhandlungen eintrete, weil die Amerikaner Europa sonst mit ihren Überschüssen überfluten würden.[41]

[37] Am 7. August 1963 wurde Bundeskanzler Adenauer ein Schreiben des Präsidenten Kennedy übermittelt, das „im Ton zwar die Form wahrte, des Kanzlers Unterstellung zu großer Naivität der Amerikaner gegenüber den Russen aber deutlich und ausführlich ebenso zurückwies wie einige Spitzen Adenauers gegen Rusk und gegen die neue amerikanische – Kennedys – Regierung im Vergleich zu früheren". Vgl. OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 247.

[38] Zur Erklärung des amerikanischen Außenministers Rusk vom 12. August 1963 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

[39] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

[40] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

[41] Zur französischen Haltung zur Landwirtschaftspolitik der EWG vgl. weiter Dok. 463.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die Auffassung von Herrn Hallstein von einer atlantischen Gemeinschaft[42] sei eine Utopie.

General *de Gaulle* bemerkte, bei den Amerikanern werde sie nicht als Utopie gesehen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, ohne Deutschland und Frankreich könnten die Amerikaner diese Gemeinschaft nicht realisieren. Es sei leider sehr schwer, mit den Amerikanern vernünftig zu reden.

Das Gespräch endete um 19.00 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (51), Bd. 2

357

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Rambouillet

Z A 5-101.A/63 geheim **22. September 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler führte am 22. September 1963 um 11.15 Uhr in Rambouillet ein weiteres Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

General *de Gaulle* knüpfte an die Feststellung in dem voraufgegangenen Gespräch[2] an, daß der deutsch-französische Vertrag[3] in der Praxis ausgebaut und angewandt werden müsse. Mit dem Herrn Bundeskanzler habe er feststellen müssen, daß bislang auf diplomatischem, politischem, wirtschaftlichem und

[42] Präsident Hallstein, EWG-Kommission, führte am 17. September 1963 vor dem Europäischen Parlament und der Beratenden Versammlung des Europarats in Straßburg aus: „Das amerikanische Angebot an das neue Europa zielt vielmehr ab auf ein beständiges Zusammenwirken zweier unterschieden bleibenden Partner, die miteinander um Ausgleich und Gemeinsamkeiten ringen, beide an Lasten und Entscheidungen beteiligt und miteinander verknüpft sind. Die Partner sollen ihre Anstrengungen koordinieren, zugleich aber ihre Ziele im Wettbewerb miteinander zu verwirklichen suchen und ihre Kräfte vermehren, indem sie sich miteinander messen ... Denn die Partnerschaft, die zur Diskussion steht, ist nicht so sehr eine Organisation als eine Politik, ein Prozeß. Sie ist eine Realität, die nicht an einem Tage und durch eine Erklärung oder einen Vertrag zu erreichen ist, sondern nur durch eine ganze Reihe von Handlungen, die im Laufe der Zeit Gewohnheiten, Traditionen und Präzedenzfälle für Zusammenarbeit und Einigkeit schaffen ... Es wird in der nächsten Zeit darauf ankommen, daß dort auf pragmatische Weise europäische Solidarität betätigt wird und daß sich so Methoden der Zusammenarbeit und materielle Gemeinsamkeiten entwickeln, die eine konstitutionelle Verbindung mit der Gemeinschaft vorbereiten. So sieht also der Vorschlag aus, der uns in Gestalt der atlantischen Partnerschaft gemacht wird und der selbst durch den Erfolg unserer Gemeinschaft verursacht ist. Ich meine, daß unsere Antwort darauf, die Antwort der Gemeinschaft, nur bejahend sein kann." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 535–544, hier D 541 f.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 24. September 1963 gefertigt.

[2] Vgl. Dok. 356.

[3] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

militärischem Gebiet noch nicht sehr viel Gemeinsames getan worden sei. Dabei erkenne er an, daß zahlreiche Umstände eine solch praktische Zusammenarbeit verhindert hätten. Die Tatsache als solche bleibe aber bestehen, und es bleibe nun zu sehen, wie die Schwierigkeiten überwunden werden könnten.

Der Herr *Bundeskanzler* stellte fest, wenn Erhard sein Nachfolger[4] werde, werde dieser in der eingeschlagenen Bahn, auch hinsichtlich des deutsch-französischen Verhältnisses, weitergehen. Gerade diese Frage habe er mit Erhard und von Brentano besprochen, die hundertprozentig derselben Auffassung seien. Darüber hinaus werde er selbst weiterhin einen gewissen Einfluß ausüben. Erhard habe lernen müssen, die rein wirtschaftliche Betrachtungsweise durch politisches Denken zu ersetzen. Darüber hinaus beurteile er (der Herr Bundeskanzler) die Entwicklung in Großbritannien ungünstig und erwarte, daß jemand wie Schröder, der England als etwas Großartiges empfinde, geheilt werde, wenn er Außenminister bleiben sollte. Das deutsche Volk sei mehr denn je von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Frankreich überzeugt. Soweit er wisse, beabsichtige General de Gaulle, in absehbarer Zeit die Vereinigten Staaten zu besuchen.[5] Damit würden auch einige Deutsche, die befürchteten, daß ein Zusammengehen zwischen Frankreich und Deutschland die Zusammenarbeit mit Amerika beeinträchtigen könnte, von dieser Vorstellung geheilt. Er habe im übrigen Auftrag gegeben, Vorschläge für eine engere deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem militärischen Gebiet auszuarbeiten[6] und werde zu gegebener Zeit diese Vorschläge, wenn er sie für gut befinde, dem General weiterleiten. Er nehme an, daß es möglich sein werde, sich in der EWG über die Landwirtschaftsfragen zu verständigen. Der gute Wille sei auf jeden Fall vorhanden. Etwas Sorge mache er sich wegen der Mehleinkäufe in Deutschland durch die Sowjetunion[7], von denen er heute früh erfahren habe. Dadurch würden natürlich die Bauern weniger empfänglich für die Politik gegenüber Rußland, die zu verfolgen General de Gaulle mit ihm einig sei. Der Herr Bundeskanzler fügte hinzu, er sei beeindruckt gewesen durch die ungewöhnliche Heftigkeit der sowjetischen Note an Rotchina[8]. Die sowjetischen Weizenkäufe[9] seien weitgehend bestimmt durch die Situation und verfolgten außerdem einen Propagandazweck.

General *de Gaulle* äußerte die Vermutung, daß die Sowjets gleichzeitig den Chinesen die Möglichkeit nehmen wollten, diesen Weizen selbst einzukaufen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die Auffassung, daß Rußland selbst den Weizen brauche, passe besser in sein Konzept.

General *de Gaulle* sagte, möglicherweise wolle Rußland mit diesen Einkäufen zwei Fliegen auf einen Schlag schlagen.

[4] Zur Nominierung des Bundesministers Erhard zum Kanzlerkandidaten vgl. Dok. 343, Anm. 12.

[5] Vgl. dazu Dok. 237, Anm. 27.

[6] Vgl. dazu auch Dok. 354.

[7] Die UdSSR erwarb am 19. September 1963 in der Bundesrepublik 250000 Tonnen Weizenmehl. Vgl. AdG 1963, S. 10798.

[8] Zur sowjetischen Erklärung vom 21. September 1963 vgl. PRAVDA, Nr. 264 vom 21. September 1963, S. 1 f., und Nr. 265 vom 22. September 1963, S. 1 f.; OST-PROBLEME 1963, H. 23, S. 718–729.

[9] Zu den Weizenkäufen der UdSSR in Kanada, Australien und den USA vgl. Dok. 342, Anm. 4, Dok. 355, Anm. 7, und Dok. 385.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf die Frage zurück, wie Präsident Kennedy an der wirtschaftlichen Frage interessiert werden könnte, die zwischen Deutschland und Frankreich zunächst geprüft werden sollte.[10] Kennedy sei ja sehr empfindlich.

General *de Gaulle* sagte, er könne sich nicht vorstellen, warum es Kennedy verärgern sollte, wenn die deutsche und die französische Regierung gemeinsam diese Fragen prüften. Sobald man zu einer gemeinsamen Auffassung zwischen Deutschland und Frankreich gelangt sei, könne man Kennedy informieren. Er wäre damit einverstanden, wenn diese Unterrichtung Kennedys getrennt durch die beiden Staaten erfolgte.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, ihm liege vor allem daran, wie man Kennedy mit in die Front einbeziehen könnte, wobei er nichts dagegen hätte, Kennedy sogar als Initiator auftreten zu lassen. Er wisse natürlich auch nicht, ob es nicht schon irgendwelche Absprachen zwischen den Sowjets und den Amerikanern gebe. Man müsse seines Erachtens schrittweise operieren. Zunächst werde er das Material vervollständigen und General de Gaulle zukommen lassen. General de Gaulle solle ihm dann mitteilen, ob er seine Auffassung teile, oder in welcher Weise er sie verändert zu sehen wünsche. Dann sollte man Kennedy unmittelbar, ohne auf die Botschaften zurückzugreifen, unterrichten. Da Kennedy selbst so viele Briefe schreibe, sei anzunehmen, daß er auch gerne selber Briefe empfange. Übrigens habe Kennedy ihm im letzten Brief mitgeteilt, daß Rusk sein volles Vertrauen habe, sein bester Mann sei.[11] Kennedy habe in diesem Brief Rusk aber so gelobt, daß es auch wieder verdächtig sei.

General *de Gaulle* bemerkte zu der Sorge des Herrn Bundeskanzlers, daß es zu unmittelbaren Abmachungen zwischen den Russen und den Amerikanern auf allen Gebieten, und insbesondere auf dem wirtschaftlichen Gebiet, kommen könnte, er sei derselben Auffassung. Beide Länder hätten sicherlich ein starkes gemeinsames Interesse, daß es nicht zu einer direkten Verständigung zwischen Rußland und Amerika komme. Sie hätten auch ein gemeinsames Interesse daran, daß die Amerikaner den Sowjets nicht wirtschaftlich beistehen sollten, um sie noch stärker zu machen, als sie ohnehin schon seien, und sie in die Lage zu versetzen, allen Aufgaben gleichzeitig gerecht zu werden. Er sei damit einverstanden, daß die deutsche und die französische Regierung gemeinsam die Unterlagen prüften. Dann werde es sich darum handeln, eine gemeinsame deutsch-französische Position zu erarbeiten, die dann Präsident Kennedy zu unterbreiten wäre. Wenn er richtig verstehe, würde es der Herr Bundeskanzler vorziehen, wenn der deutsche Bundeskanzler und der französische Staatspräsident sich unmittelbar an Präsident Kennedy wenden würden, ohne über den üblichen diplomatischen Kanal zu gehen. Damit wäre er einverstanden.

Der Herr *Bundeskanzler* erwähnte, daß er kurz vor seinem Abflug den letzten

[10] Vgl. dazu Dok. 356, besonders Anm. 14.

[11] Zum Schreiben des Präsidenten Kennedy vom 7. August 1963 an Bundeskanzler Adenauer vgl. Dok. 356, Anm. 37.

Brief Kennedys erhalten habe[12], den er natürlich zu beantworten hätte. Wenn Präsident de Gaulle einverstanden sei, werde er auch kurz über seinen Besuch in Rambouillet berichten, weil Kennedy sonst wieder mißtrauisch würde. In diesem Antwortbrief würde er auch sagen, daß er mit de Gaulle die Frage der russischen Wirtschaft ebenfalls erörtert habe und zu gegebener Zeit mit mehr Einzelheiten darauf zurückkommen werde.[13] Der Herr Bundeskanzler bat, auch Herrn Couve de Murville von diesen Überlegungen zu unterrichten.

General *de Gaulle* war einverstanden. Er bemerkte noch, den Sowjets gefalle der Gemeinsame Markt nicht, weder aus wirtschaftlichen noch aus politischen Gründen. Sie würden es vorziehen, mit jedem einzelnen Land wirtschaftliche Absprachen zu treffen und sich nicht an einen größeren Zusammenschluß wenden zu müssen. Was die Möglichkeit wirtschaftlicher Abmachungen des Westens mit den Russen anbelange, werde Großbritannien seinen Einfluß sicherlich in einem Sinne geltend machen, der den Überlegungen Frankreichs und Deutschlands entgegengesetzt sei. Sicherlich wäre England für eine Vervielfältigung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland.[14]

Der Herr *Bundeskanzler* schloß sich dieser Auffassung an und sagte, dies müsse man in Kauf nehmen, denn man werde England nicht bekehren können.

General *de Gaulle* fragte dann, was zwischen Deutschland und Frankreich auf militärischem Gebiet gemeinsam gemacht werden könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe einige Vorschläge schon vorgelegt bekommen, sie aber noch nicht geprüft.

General *de Gaulle* führte aus, auf dem Gebiet der militärischen Zusammenarbeit gebe es sehr wichtige, ja sogar ausschlaggebende Dinge. An erster Stelle stehe die Verteidigungsstrategie. Er habe dem Herrn Bundeskanzler schon vor langer Zeit seine Auffassung dazu dargelegt[15] und sei heute mehr denn je davon überzeugt, ja er habe sogar Beweise dafür, daß die Amerikaner bei der Verteidigung Europas (und damit zuallererst der Verteidigung Deutschlands) keineswegs entschlossen seien, sofort ihre nuklearen Waffen einzusetzen. Er würde sogar so weit gehen zu sagen, daß die Amerikaner fest entschlossen seien, diese nuklearen Waffen nicht sofort einzusetzen. Dessen sei er sicher.

[12] Im Schreiben vom 20. September 1963 äußerte Präsident Kennedy sein Bedauern über die – seiner Ansicht nach unzutreffende – Aussage des Bundeskanzlers Adenauer in einem Fernsehinterview, die amerikanische Haltung zum Teststopp-Abkommen sei von wahltaktischen Motiven bestimmt gewesen. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 431.
Zu den Äußerungen von Adenauer in dem Interview vgl. Dok. 343, Anm. 5.

[13] Mit Schreiben vom 23. September 1963 dankte Bundeskanzler Adenauer Präsident Kennedy für die Rede vom 20. September 1963 vor der UNO-Generalversammlung. Er gab dann seine Äußerungen im ZDF über die amerikanische Haltung zum Teststopp-Abkommen im Wortlaut wieder. Abschließend informierte Adenauer den Präsidenten über die Gespräche in Rambouillet zur Lage der sowjetischen Wirtschaft und kündigte an, er werde auch Kennedy seine „Ansichten darüber mitteilen, sobald mir das Material, das ich angefordert habe, vorgelegt ist". Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8475; B 150, Aktenkopien 1963.
Zu der für den amerikanischen Außenminister Rusk bestimmten Aufzeichnung des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer vom 28. Oktober 1963 über die wirtschaftliche Lage in der UdSSR vgl. Dok. 403, besonders Anm. 11.

[14] Zur britischen Haltung vgl. bereits Dok. 232, Anm. 3; weiter Dok. 411, Anm. 18.

[15] Vgl. Dok. 37.

Damit wolle er nicht sagen, daß die Amerikaner im Kriegsfalle diese Waffen niemals einsetzen würden, denn sicherlich würde der Augenblick kommen, an dem ein solcher Einsatz unumgänglich würde. Dennoch glaube er nicht, daß die Amerikaner diese Waffen sofort einsetzten, und zwar gleichgültig, welche Konsequenzen sich daraus ergäben, d. h. selbst wenn Deutschland und Frankreich überrannt würden. Das aber bedeute, daß die eigentliche Rüstung nicht zum Einsatz käme, denn alles übrige reiche nicht aus, eine Invasion abzustoppen. Ein solcher Einsatz käme von amerikanischer Seite erst in Betracht, wenn er unumgänglich sei. Dies sei eine Tatsache. Das aber liege natürlich weder im Interesse Deutschlands noch im Interesse Frankreichs. Das Interesse dieser beiden Länder liege im sofortigen Einsatz der stärksten Waffen, um eine Invasion zu verhindern und die Sowjets von vornherein von dem Versuch einer Invasion abzuschrecken. Es sei jedoch nicht möglich, den Amerikanern diese Entscheidung aufzuzwingen. Natürlich sagten die Amerikaner dies nicht laut, sie gäben vielmehr vor, irgendwelche Formeln zu finden. Nun hätten sie eine multilaterale Streitmacht vorgeschlagen[16], um den Anschein, insbesondere in Deutschland, zu erwecken, als verfüge Deutschland sofort über nukleare Waffen. Dies sei aber unzutreffend, denn die Verfügungsgewalt über diese nuklearen Waffen liege nicht bei Deutschland. Die Amerikaner beabsichtigten ganz klar, sich diese Verfügungsgewalt vorzubehalten, selbst wenn die Waffen auf Schiffen stationiert würden, zu deren Besatzung auch einige Deutsche gehörten.[17] Es laufe immer darauf hinaus, daß die Amerikaner ihre nuklearen Waffen nicht sofort einsetzen, sondern zunächst einmal abwarten wollten. Abwarten aber heiße für Deutschland und Frankreich Invasion. Dies sei die strategische Realität. Zwischen den Erfordernissen der europäischen und insbesondere der deutschen und französischen Strategie und den Auffassungen der amerikanischen Strategie bestehe ein klarer Unterschied. Die amerikanische Strategie lasse sich im übrigen einfach erklären, denn ein nuklearer Krieg wäre für Amerika etwas Schreckliches und würde die Zerstörung Amerikas bedeuten. Das aber wollten die Amerikaner vermeiden. Es sei schwer zu sagen, wie diese Auffassungen in Einklang gebracht werden könnten, es sei denn, daß man selbst über atomare Waffen verfüge. Aus diesem Grunde schaffe sich Frankreich seine eigene Atommacht mit der Entschlossenheit, diese sofort einzusetzen, selbst wenn diese Atommacht nicht sehr groß sei.[18]

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er befürchte, daß General de Gaulle recht habe. Ein Anzeichen dafür liege darin, daß ihm General Heusinger des öfteren erklärt habe, daß jede Verteidigung unmöglich sei, wenn nicht zu Lande Mittelstreckenraketen stationiert seien. Vor anderthalb Jahren habe er mit Präsident Kennedy darüber gesprochen.[19] Dieser habe vorgeschlagen, die Generale Taylor und Heusinger sollten die Frage prüfen. Dieses Gespräch habe stattgefunden und zu dem Ergebnis geführt, daß für die Europäer das Vorhanden-

16 Zum Stand der Verhandlungen über die MLF vgl. Dok. 207 und Dok. 240; weiter Dok. 414.

17 Zur Frage des Vetorechts vgl. Dok. 120, Anm. 12.

18 Zur „force de frappe" vgl. Dok. 16, Anm. 6.

19 Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Adenauer mit Präsident Kennedy am 12./13. April 1961 in Washington vgl. ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 91–99; GREWE, Rückblenden, S. 461–467.

sein von Mittelstreckenraketen auf dem europäischen Festland eine Notwendigkeit sei. Bislang hätten die Amerikaner seines Wissens aber noch nicht einmal die Konstruktion dieses missile X[20] abgeschlossen. Ganz allgemein sei zu bemerken, daß Präsident Kennedy bei seiner Bevölkerung keinen großen Erfolg habe. Der Grund darin liege wohl an seiner sprunghaften Denkweise. Er könnte sich vorstellen, daß diese Sprunghaftigkeit auch bei militärischen und strategischen Fragen eine Rolle spiele. Deswegen sei er sehr froh, daß Präsident de Gaulle in seinen Bemühungen nicht nachlasse, denn darin sehe er ein Sicherheitsmoment nicht nur für Frankreich, sondern für ganz Europa. Die Polaris-U-Boote könnten sehr schnell verschwinden. Er habe der multilateralen Streitmacht aus politischen Gründen sofort zugestimmt[21], um die Amerikaner festzunageln, fürchte aber, daß es nicht sehr viel Zweck gehabt habe. Er ziehe aus dieser Situation zwei Schlüsse. Zunächst einmal hoffe er, daß Frankreich mit der Entwicklung seiner Atomstreitmacht vorankomme, und zweitens wünsche er, daß es gelinge, die Amerikaner und Präsident Kennedy davon zu überzeugen, daß die Russen bei einem Ausbleiben westlicher Wirtschaftshilfe gezwungen würden, im Westen nachzugeben und sich Asien zuzuwenden. Kennedy habe vor einigen Monaten erklärt, daß in Zukunft die europäischen Angelegenheiten nicht so gefährlich seien, sondern die gefährlichsten Probleme vielmehr in Asien lägen.[22] Um so notwendiger sei es festzustellen, ob die russische Wirtschaft wirklich so schwach sei und Rußland bei einem Ausbleiben westlicher Wirtschaftshilfe gezwungen würde, sich mit dem Westen friedlich zu einigen.

General *de Gaulle* bemerkte noch, auch mit dem Einsatz der Polarisraketen würde Amerika so lange zuwarten, bis keine andere Möglichkeit mehr offen bleibe. Zu diesem Zeitpunkt aber wären Deutschland und Frankreich bereits verschwunden.

An dieser Stelle kamen die Minister Couve de Murville und Joxe zu dem Gespräch hinzu.

General de Gaulle und der Herr Bundeskanzler gaben nacheinander eine kurze Zusammenfassung der Gespräche, die sie vorher unter vier Augen geführt hatten.

Der Herr *Bundeskanzler* stellte dann die Frage an Minister Couve de Murville, was denn der Unterschied in der Betrachtungsweise gewesen sei, der sich bei dem neulichen Gespräch zwischen Herrn Schröder und Herrn Couve de Murville[23] herausgestellt habe.

Außenminister *Couve de Murville* führte aus, er glaube nicht, daß im Grundsätzlichen irgendwelche Meinungsverschiedenheiten zwischen Herrn Schröder und ihm bestünden. Solche Differenzen bezögen sich höchstens auf die Beurteilung der Möglichkeiten, die in Verhandlungen zwischen den Russen

[20] Zur „Missile X" vgl. Dok. 16, Anm. 11.

[21] Vgl. dazu Dok. 82, Anm. 10.

[22] Am 4. September 1963 nahm Präsident Kennedy auf einer Presskonferenz Bezug auf die amerikanischen Bemühungen zur Verteidigung Europas und erklärte: „Now Europe is quite secure. We also have to participate – we may not like it – in the defense of Asia." Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 652.

[23] Zum Gespräch vom 17. September 1963 vgl. Dok. 344 und Dok. 345.

und den Amerikanern lägen.[24] Er gehe davon aus, daß es schon eine optimistische Betrachtungsweise sei, wenn derartige Verhandlungen zu keiner Verschlechterung der augenblicklichen Lage führten, während Herr Schröder der Meinung sei, daß in solchen Verhandlungen auch das Deutschland- und Berlinproblem zur Sprache gebracht und eine Verbesserung der Lage zugunsten des Westens und insbesondere Deutschlands erreicht werden könnte. Er (Couve de Murville) habe dazu erklärt, daß er diese Auffassung zwar als optimistisch betrachte, sich jedoch darüber freuen würde, wenn man die Amerikaner dazu bringen könnte, in die Verhandlungen Themen aufzunehmen, die zugunsten des Westens und Deutschlands wären. Dabei sei zu beachten, daß alle Vorschläge für Verhandlungsthemen ausschließlich Punkte berührten, die von den Russen aufgeworfen worden seien.

General *de Gaulle* warf ein, Präsident Kennedy habe noch niemals die Beseitigung der Mauer in Berlin gefordert.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er teile die Auffassung von Herrn Couve de Murville. Aus einem langen Telegramm von Herrn Schröder aus Washington gehe hervor, daß fast oder gar nichts von Bedeutung zur Verhandlung anstehe.[25]

Außenminister *Couve de Murville* fuhr fort, er glaube nicht, daß man sich sehr zu beunruhigen brauche, weil es sehr wenig wahrscheinlich sei, daß die russisch-amerikanischen Verhandlungen zu einem Ergebnis führten. Diese Verhandlungen hätten schlecht begonnen, und im Westen bestehe keine Einmütigkeit darüber, was getan werden könnte. Schon vor zwei Jahren hätten derartige getrennte russisch-amerikanische Gespräche über Berlin[26] stattgefunden, die ebenfalls zu keinen greifbaren Ergebnissen geführt hätten. Etwas Greifbares könne zwischen Rußland und Amerika und allgemeiner zwischen der kommunistischen und der westlichen Welt nicht herauskommen, solange man nur Papier produziere, d. h. von Entspannung, von Verbesserung der Atmosphäre usw. rede. Greifbar würden die Dinge erst, wenn man sich den Realitäten zuwende, und dazu zähle er die von dem Herrn Bundeskanzler angeschnittene Frage der Lage der sowjetischen Wirtschaft. Realitäten seien das Mächteverhältnis und die großen Interessen. Auf russischer Seite herrschten seiner Ansicht nach drei Dinge vor: Erstens die Panik des vergangenen Jahres in der Kubafrage[27], als plötzlich ein Krieg dennoch als möglich erschien (wobei diese Panik auch in Amerika bestanden habe), zweitens die internen Schwierigkeiten Rußlands und drittens der Konflikt mit den Chinesen, der sich aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem immer heftigeren Konflikt auswachse.[28] Ganz besonders glaube er, daß ein tiefer Unterschied der Anschauungen bestehe zwischen den Amerikanern und den Europäern hinsichtlich

[24] Zu den amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen vgl. Dok. 343, Anm. 6.

[25] Für die Drahterlasse des Bundesministers Schröder vom 20. September 1963 über seine Gespräche mit dem amerikanischen Sicherheitsberater Bundy und Außenminister Rusk in Washington vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8510. Zu den Gesprächen vgl. Dok. 348 und Dok. 349.

[26] Zu den amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen von 1961/62 über die Berlin-Frage vgl. Dok. 5, Anm. 4.

[27] Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[28] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

der Beurteilung der Russen und der Chinesen. Für Europa sei Rußland die Macht, die Europa bedrohe, während China relativ weit entfernt liege und nur insofern eine Bedeutung habe, als es beim allgemeinen Gleichgewicht der Mächte eine Rolle spiele. Für Amerika als Pazifikmacht sei China ein näherer Nachbar als Rußland, und deswegen hätten die Amerikaner automatisch in einem Streit zwischen Russen und Chinesen die Tendenz, die Russen gegen die Chinesen zu unterstützen. General de Gaulle sagte, der Herr Bundeskanzler habe von den russischen Bemühungen zum Ausbau Ostsibiriens gesprochen[29], und es sei notwendig, mit den Amerikanern darüber zu reden, um zu erreichen, daß Amerika Rußland bei dieser Aufgabe nicht helfe.

Der Herr *Bundeskanzler* fügte hinzu, wenn es Rußland gelinge, Deutschland, Frankreich, Italien usw. in seine Sphäre einzubeziehen, würde die Kraft der Sowjetunion sowohl gegen Amerika als gegen Rotchina gestärkt.

Außenminister *Couve de Murville* betonte, daß es notwendig sei, die Amerikaner davon zu überzeugen.

Aus seiner vierjährigen Erfahrung als Botschafter in Moskau berichtete Minister *Joxe*[30], ihm sei immer aufgefallen, mit welchem Gefühl des Schreckens die Chinesen in Rußland betrachtet würden.

General *de Gaulle* warf ein, in gewisser Beziehung gelte das auch für die russische Betrachtung der Deutschen.

Minister *Joxe* fuhr fort, dies sei insofern richtig, als eine deutsche Wiederaufrüstung von den Sowjets als Casus belli angesehen worden sei. Das geradezu mittelalterliche Empfinden des Schreckens gelte in Rußland jedoch nur für die Chinesen. Er sei auch überzeugt, daß bei den Russen der Drang vorhanden sei, den asiatischen Teil der Sowjetunion und das dort vorhandene Vakuum im Verhältnis zur chinesischen Masse auszufüllen. Das habe sich auch bei dem Wettlauf um die äußere Mongolei[31] gezeigt. Als Chruschtschow in Frankreich gewesen sei[32], habe er zu Chruschtschow einmal gesagt, man könne ein Land nicht nur mit Weizen, sondern auch mit Menschen füllen. Chruschtschow habe darauf erwidert, diese Betrachtungsweise sei gar nicht so falsch. Er glaube auch, daß die amerikanische Politik in allzu vereinfachender Beurteilung darin bestehe, den Russen zu helfen gegen China. Dies be-

[29] Vgl. Dok. 355.

[30] Louis Joxe war von 1952 bis 1955 französischer Botschafter in Moskau.

[31] Die seit 1945 von China unabhängige Mongolische Volksrepublik (Äußere Mongolei) schloß 1946 ein Freundschafts- und Beistandsabkommen mit der UdSSR. Auch nach der 1949 erfolgten Umwandlung Chinas in eine Volksrepublik gab die UdSSR ihren Anspruch auf die Vorherrschaft über die Mongolische Volksrepublik nicht auf. Die Volksrepublik China nahm 1950 diplomatische Beziehungen zur Äußeren Mongolei auf; 1952 wurde ein mongolisch-chinesisches Handelsabkommen abgeschlossen. Mit der Inbetriebnahme des chinesischen Teils der Eisenbahnlinie Ulan-Bator-Peking am 1. Januar 1956 und der Verstärkung der chinesischen Wirtschaftshilfe wurden die chinesisch-mongolischen Kontakte weiter ausgebaut. Am 26. Dezember 1962 wurde ein chinesisch-mongolisches Grenzabkommen abgeschlossen. Allerdings blieb der sowjetische Einfluß in der Mongolischen Volksrepublik dominant, was auch dadurch deutlich wurde, daß die Äußere Mongolei auf der Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe am 6./7. Juni 1962 als Mitglied aufgenommen wurde.

[32] Zum Besuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 23. März bis 3. April 1960 in Frankreich vgl. Dok. 217, Anm. 26.

deute natürlich große Gefahren, wenn es nicht gelinge, die Amerikaner von der europäischen Betrachtungsweise zu überzeugen.

Das Gespräch endete gegen 12.45 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (51), Bd. 2

358

Gespräch des Bundesministers Schröder mit Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium, in Middleburg, Texas

Z A 5-108.A/63 geheim **22. September 1963**[1]

Anläßlich des Besuchs auf dem Landsitz von Botschafter McGhee in Middleburg am 22. September 1963 führte der Herr Bundesminister des Auswärtigen ein Gespräch mit Staatssekretär Ball, bei dem folgende Themen berührt wurden:

1) Portugal

Mr. *Ball* berichtete positiv über seine Eindrücke.[2] Salazar habe während seiner gesamten Regierungszeit das Land nie verlassen und sich nur wenige Male mit Franco an der Grenze getroffen.[3] 40% der Bevölkerung seien Analphabeten. Er habe seinen Besuch für nützlich gehalten und empfahl dem Herrn Minister, auch einmal Lissabon zu besuchen, da die Deutschen in gutem Ansehen stünden. Mr. Ball stellte dem Herrn Minister in Aussicht, ihm eine amerikanische Analyse über die derzeitige Situation Portugals zukommen zu lassen. Was die Entwicklung in den portugiesischen Kolonien angehe, so habe er den Portugiesen gesagt, daß sie in fünf Jahren die Kolonien ohnehin nicht mehr halten könnten. Man müsse versuchen, eine evolutionäre Entwicklung zu fördern, für die gewisse Ansatzpunkte bestünden.[4]

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 2. Oktober 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 6. Oktober 1963 vorgelegen.

[2] Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium besuchte Portugal am 29./30. August und erneut in der ersten Septemberhälfte 1963, um die portugiesische Regierung davon zu überzeugen, daß „gewisse Schritte in Richtung auf die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts in seinen Überseeprovinzen" unternommen werden müßten. Wenn nicht auf diesem Weg „etwas von dem Druck der afrikanischen Staaten" beseitigt würde, könne „sich die Lage verschlechtern und evtl. völlig aus der Hand gleiten". Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 19. September 1963; Abteilung II (II 6), VS-Bd. 222; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. ferner den Bericht des Gesandten von Stackelberg, Washington, vom 24. Oktober 1963; Referat II A 6, Bd. 52.

[3] Ministerpräsident Salazar traf zuletzt am 14./15. Mai 1963 mit Staatspräsident Franco in Mérida zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Breuer, Madrid, vom 16. Mai 1963; Referat II A 6, Bd. 46.

[4] Zur portugiesischen Kolonialpolitik vgl. auch Dok. 401.

2) Flugzeuglieferungen für Pakistan
Es treffe nicht zu, daß die Vereinigten Staaten Überschallflugzeuge an Pakistan lieferten.[5] Gegen eine Lieferung der erbetenen Flugzeuge durch die Bundesrepublik hatte Mr. Ball nichts einzuwenden. Es bestehe bei dem derzeitigen Kräfteverhältnis keine Gefahr einer pakistanischen Aggression gegen Indien.[6]

3) Israel
Mr. Ball zeigte sich besorgt wegen der Überlassung von Hubschraubern an Israel.[7] Der Herr *Bundesminister* gab einen kurzen Überblick über die Vorgeschichte dieses Problems[8] und erwähnte, was ihm der kanadische Außenminister über die Argumentation der Israelis berichtet[9] habe.[10] Er habe vor einiger Zeit mit dem Botschafter der VAR in Bonn über die Frage diplomatischer Beziehungen zu Israel gesprochen und ihn darauf hingewiesen, daß durch die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Israel freier und unabhängiger würde.[11] Mr. *Ball* schloß sich dieser Auffassung an.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

[5] Zu den amerikanischen Flugzeuglieferungen an Pakistan vgl. auch Dok. 349.

[6] Zu den indisch-pakistanischen Grenzstreitigkeiten vgl. Dok. 47, Anm. 10.

[7] Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 19. September 1963; Abteilung II (II 6), VS-Bd. 222; B 150, Aktenkopien 1963. Für einen Auszug vgl. Dok. 390, Anm. 5.

[8] Am 15. August 1963 informierte der amerikanische Botschaftsrat für politische Angelegenheiten, Kidd, Ministerialdirigent Keller über das „Auftauchen" von 15 bis 20 Hubschraubern amerikanischer Bauart in Israel. „Diese Verstärkung der israelischen Luftstreitkräfte sei geeignet, das militärische Kräftepotential im Nahen Osten zu verschieben, und beunruhige daher die amerikanische Regierung." Da die Hubschrauber nicht von den USA geliefert worden seien, stellte er die Frage, „ob sie etwa von deutscher Seite geliefert sein könnten". Am 29. August 1963 hielt Keller fest, daß die deutschen Lieferungen mit dem amerikanischen Verteidigungsministerium besprochen worden seien. Dem amerikanischen Außenministerium solle die Information gegeben werden: „1) Uns sei bekannt, daß Israel auch in den USA Hubschrauber gekauft habe. 2) Wir hätten einige Hubschrauber den Israelis auf ihren eigenen Wunsch zu Ausbesserungszwecken überlassen und vorübergehend leihweise zum Gebrauch zur Verfügung gestellt." Am 30. August 1963 unterrichtete er Kidd in diesem Sinne. Der amerikanische Botschaftsrat erklärte dazu, „daß er sehr hoffe, daß die leihweise Zurverfügungstellung der Hubschrauber zutreffe und dem Verteidigungsministerium die Möglichkeit zur Zurückbeorderung offen lasse. Dies würde den Fall sehr erleichtern und außerdem die Schwierigkeiten ausräumen, die sich im Falle eines echten Verkaufskontrakts aus dem Weiterveräußerungsvorbehalt ergeben hätten, der von amerikanischer Seite in dem Kontrakt mit dem Bundesverteidigungsministerium enthalten sei." Für die Aufzeichnungen von Keller vom 15., 29. und 30. August 1963 vgl. VS-Bd. 8399 (Dg 40); B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu weiter Dok. 390, Anm. 5.

[9] Zum Gespräch mit Außenminister Martin am 21. September 1963 vgl. Dok. 353.

[10] An dieser Stelle wurde von Bundesminister Schröder gestrichen: „Das israelische Verhalten laufe schon fast auf Erpressung hinaus." Dazu handschriftliche Randbemerkung: „In Kopie löschen!"

[11] Zum Gespräch mit Botschafter Sabri am 9. August 1963 vgl. Dok. 289.

359

Vermerk des Legationsrats I. Klasse Oncken

II 1-84.20-527/63 geheim **23. September 1963**[1]

Betr.: Warngespräch für den Fall einer Inkorporierung des Sowjetsektors von Berlin in die sog. „DDR";
hier: Auffassung des Auswärtigen Amts

1) Sobald die Sowjets Andeutungen über bevorstehende Schritte einer Inkorporierung des Sowjetsektors von Berlin in die sog. „DDR" machen oder sonstige Anzeichen erkennen lassen, daß eine solche Inkorporierung bevorsteht, sollten auf möglichst hoher Ebene unverzüglich Warngespräche der Alliierten mit den Sowjets stattfinden.

2) Die Warngespräche müßten so rechtzeitig erfolgen und einen solchen Inhalt haben, daß es den Sowjets schwergemacht wird, eine Inkorporierungsmaßnahme tatsächlich zur Ausführung kommen zu lassen. Vor allem sollten die Sowjets zu der Annahme veranlaßt werden, daß die Westmächte den sowjetischen Schritt zum Anlaß für eine Überprüfung der Beziehungen zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet nehmen würden; damit würden sich die Aussichten für das sowjetische Konzept einer freien Stadt Westberlin[2] noch weiter verringern.

3) Das schließt nicht aus, daß die Westmächte auch Gegenmaßnahmen auf anderen Gebieten ins Auge fassen.

4) Die Westmächte sollten daher bei den Warngesprächen ausdrücklich erklären,

a) daß der Westen den sowjetischen Standpunkt, wonach Berlin (Ost) Hauptstadt der sog. „DDR" sei[3], nach wie vor als unbegründet ablehnen,

[1] Der Leiter des Referats „Wiedervereinigung", Oncken, legte den Vermerk am 23. September 1963 Ministerialdirektor Krapf mit der Bitte um Billigung vor: „Im Auftrag der Botschaftergruppe sollte die Bonner Vierergruppe eine gemeinsame Stellungnahme zum obigen Thema ausarbeiten. Eine solche Stellungnahme kommt wegen der unterschiedlichen Auffassungen unter den Alliierten nicht zustande. Daher sollen die einzelnen Vertreter in der Bonner Vierergruppe ihren jeweiligen nationalen Standpunkt schriftlich festlegen; die vier Stellungnahmen werden anschließend gemeinsam nach Washington übermittelt werden ... Die Stellungnahme entspricht im wesentlichen der Auffassung der Amerikaner." Hat Krapf am 25. September 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja."
Legationsrat Gracher legte den Vermerk Ministerialdirigent Reinkemeyer vor „mit der Bitte um Billigung der Übersetzung ..., welche den Alliierten übergeben werden soll". Hat Reinkemeyer am 1. Oktober 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu Dok. 3, Anm. 7.

[3] Der bereits in Artikel 2 der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 verankerte Anspruch, daß Berlin Hauptstadt der DDR sei, wurde von sowjetischer Seite offiziell erstmals in der Note vom 6. Januar 1958 an UNO-Generalsekretär Hammarskjöld vertreten: Die Einbeziehung von Berlin (West) in internationale Verträge der Bundesrepublik sei unzulässig „sowohl im Hinblick auf den jetzigen völkerrechtlichen Status Berlins als auch im Hinblick auf die Tatsache, daß Berlin die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik ist". Vgl. DzD III/4, S. 25.

b) daß jeder Schritt zur Inkorporierung von Berlin (Ost) in die sog. „DDR" von den Westmächten als eine Verschärfung der Spannungen zwischen Ost und West angesehen würde und daß die Sowjetunion für die ernsten Folgen verantwortlich wäre,

c) daß ein solcher sowjetischer Schritt die Westmächte dazu zwingen würde, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, wobei natürlich nicht auszuschließen sei, daß die Westmächte die Beziehungen zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik im Sinne eines weiteren Ausbaus dieser Beziehungen überprüfen müßten.[4]

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 47

360

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 5-82.22/94.03-1298/63 VS-vertraulich **23. September 1963**

Herr Berthold Beitz suchte heute Herrn Staatssekretär Lahr in Gegenwart von D II[1] auf, um über seinen Besuch in Bulgarien[2] zu berichten. Aus dem Bericht ist folgendes festzuhalten:

1) Der bulgarische Ministerpräsident Schiwkow hat sein Interesse daran bekundet,
a) mit der Bundesrepublik Deutschland einen längerfristigen Handelsvertrag abzuschließen,
b) mit der Bundesrepublik Handelsvertretungen auszutauschen,
c) von der Bundesrepublik langfristige Kredite zu erhalten.

Herr Beitz hat Herrn Schiwkow erklärt, daß er hierüber in Bonn berichten werde, daß es aber Sache der bulgarischen Regierung sei, sich mit der Bundesregierung unmittelbar in Verbindung zu setzen.

Es wurde mit Herrn Beitz verabredet, daß er auch den bulgarischen Handelsvertreter in Frankfurt am Main, Herrn Penko Penkow, in diesem Sinn unter-

[4] Am 22. Oktober 1963 teilte Ministerialdirigent Reinkemeyer der Botschaft in Washington mit, daß in der Bonner Vierergruppe zum Thema Warngespräche „keine einheitliche Stellungnahme zustandegekommen" sei, und übermittelte die Stellungnahme des Auswärtigen Amts sowie der Alliierten. In einer Besprechung der Bonner Vierergruppe am Vortag sei der Standpunkt der Bundesrepublik erläutert worden, der auf „der taktischen Erwägung" beruhe, „daß die Sowjets vor Maßnahmen zu einer vollständigen Eingliederung des Sowjetsektors in die SBZ abgeschreckt werden sollen. Hieraus sollten die Alliierten jedoch nicht den Schluß ziehen, daß wir in einem solchen Falle von den Alliierten eine Aufhebung ihrer Vorbehalte gegen die Geltung des Grundgesetzes in Berlin fordern würden." Vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 47; B 150, Aktenkopien 1963.

[1] Ministerialdirektor Krapf.

[2] Der Generalbevollmächtigte der Firma Krupp, Beitz, hielt sich im September 1963 in Bulgarien auf.

richtet und ihm vorschlägt, mit dem Auswärtigen Amt (D II) Verbindung aufzunehmen.[3]

2) Herr Beitz glaubt aus verschiedenen Äußerungen seiner Gesprächspartner, zu denen außer dem Ministerpräsidenten mehrere Minister und hohe Beamte gehörten, eine ablehnende Einstellung gegenüber Ulbricht festgestellt zu haben. Er sieht in stärkeren Kontakten der Bulgaren und auch anderer Ostblockstaaten mit der Bundesrepublik eine Möglichkeit, diese Abneigung gegenüber dem Ulbricht-Regime zu verstärken.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[4] dem Herrn Minister[5] vorgelegt.

Krapf

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 204

361

Gespräch des Bundesministers Schröder mit Präsident Kennedy in Washington

Z A 5-105.A/63 geheim **24. September 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen wurde am 24. September 1963 um 10.30 Uhr im Weißen Haus in Washington von Präsident Kennedy zu einer Unterredung empfangen, an der auf deutscher Seite Botschafter Knappstein und Ministerialdirigent Dr. Reinkemeyer, auf amerikanischer Seite die Herren Ball, Tyler und McGhee teilnahmen.

Der *Präsident* gab zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, den Herrn Bundesminister in Washington zu sehen, und fragte ihn nach den Eindrücken, die er in Omaha[2] gewonnen habe.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er sei sehr beeindruckt gewesen. Bisher habe er nur darüber gehört, doch nunmehr habe er durch die Vorträge von General Harris einen sehr guten Einblick bekommen. Die Atmosphäre, in der sich dort alles abspiele, sei klar, realistisch und nüchtern.

Präsident *Kennedy* bemerkte, daß die angenommenen Verlustziffern auch ernüchternd seien.

[3] Vgl. dazu weiter Dok. 370.

[4] Hat den Staatssekretären Carstens und Lahr am 25. September 1963 vorgelegen.

[5] Hat Bundesminister Schröder am 6. Oktober 1963 vorgelegen.

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 1. Oktober 1963 gefertigt. Hat Bundesminister Schröder am 6. Oktober 1963 vorgelegen.

[2] In Omaha, Nebraska, befand sich das Strategische Bomberkommando (SAC) der amerikanischen Luftstreitkräfte.

Als Diskussionsthemen schlug Präsident Kennedy die folgenden drei Fragen vor: 1) weitere Entwicklung gegenüber der Sowjetunion; 2) MLF[3]; 3) Verbesserung des Konsultationsverfahrens, das im Zusammenhang mit dem Versuchsstoppabkommen und der Truppenverminderung in Berlin etwas angespannt gewesen sei.[4]

Was den ersten Themenkreis angehe, so glaube er, daß die Aussichten, zu einer Verbesserung in grundlegenden Fragen zu gelangen, nicht allzu groß seien. Dennoch halte er es für richtig, weitere Versuche zu unternehmen. So sei beispielsweise ein Luftverkehrsabkommen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten bereits seit anderthalb Jahren paraphiert.[5] Er halte es auch für zweckmäßig, in einigen Bereichen, die er in seiner Rede vor der UNO erwähnt habe, den Versuch zu unternehmen, Fortschritte zu machen.[6] Er glaube aber nicht, daß irgendwelche Hoffnungen auf substantielle Vereinbarungen hinsichtlich Berlins, Deutschlands und auch Kubas berechtigt seien, obgleich die Vereinigten Staaten gerade daran interessiert wären. Der Präsident fragte, wie man sich in Deutschland zu der Frage möglicher Übereinkommen mit der Sowjetunion stelle.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er wolle freimütig darauf hinweisen, daß man in Deutschland Abmachungen, die sich nicht mit der Substanz befassen, nicht für sehr nützlich halte. Deshalb sei es wichtig, immer wieder den Willen des Westens zu betonen, die grundsätzlichen politischen Ziele des Westens aufrechtzuerhalten. Aus diesem Grund beurteile man die Rede des Präsidenten vor der UNO positiv[7], da sie klar gezeigt habe, daß sich an den westlichen Zielen hinsichtlich Berlins und der Wiedervereinigung nichts geändert habe und sich aus der gegenwärtigen Situation natürliche Begrenzungen für Übereinkommen ergäben. Dies sei auch der Grund gewesen, weshalb man daran gedacht habe, die Dinge durch einen revidierten Friedensplan[8] wieder etwas in Bewegung zu bringen. Auf diese Weise hätte man der Weltöffentlichkeit und der Bevölkerung in der Bundesrepublik wie in der Zone zeigen können, daß man die Grundziele nach wie vor im Auge habe. Hierdurch wäre auch die psychologische Grundlage verbessert worden.

Der *Präsident* fragte, ob der Herr Minister eine Änderung der sowjetischen Berlin- und Deutschlandpolitik festgestellt habe. Der Herr *Bundesminister* verneinte diese Frage und wies darauf hin, daß die Sowjetunion mit dem Westen, insbesondere mit den Vereinigten Staaten, offensichtlich in ein besseres Verhältnis zu kommen wünsche und versuche, unter dem Deckmantel einer Entspannungsbereitschaft die grundsätzlichen Schwierigkeiten zu überbrükken, die auf diese Weise unbehandelt blieben. Er erwähnte in diesem Zusam-

[3] Zum Stand der Verhandlungen über die MLF vgl. Dok. 414.

[4] Zur deutschen Reaktion auf die Art der amerikanischen Unterrichtung über das Teststopp-Abkommen und über die Truppenreduzierung in Berlin vgl. Dok. 257 und Dok. 290.

[5] Zum amerikanisch-sowjetischen Luftverkehrsabkommen vgl. Dok. 349, Anm. 18.

[6] Zu den in der Rede des Präsidenten Kennedy vom 20. September 1963 angesprochenen Themen für Gespräche mit der UdSSR vgl. Dok. 356, Anm. 13.

[7] Vgl. dazu Dok. 352.

[8] Für den Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung der Deutschland-Frage vgl. Dok. 296. Zur Reaktion der USA vgl. Dok. 319.

menhang den sowjetischen Wunsch nach einem Nichtangriffspakt[9], der erst dann gut wäre, wenn er am Ende einer Entwicklung stünde, die als einigermaßen befriedigend bezeichnet werden könnte. Die Sowjetunion habe aber klar zu verstehen gegeben, daß sie nicht beabsichtige, im Rahmen einer Abmachung über einen Nichtangriffspakt die Berlin- oder Deutschlandfrage zu behandeln oder gar zu Konzessionen bereit sei.[10] Vielmehr wollten die Sowjets auch nach einem Nichtangriffsarrangement ihren eigenen Friedensplan[11] und ihren Plan einer sogenannten freien Stadt[12] weiter verfolgen. Dies zeige, daß sich an ihrer Haltung in der Berlin- und Deutschlandfrage nichts geändert habe.

Präsident *Kennedy* stimmte dieser Analyse zu und fragte, wie man unter diesen Umständen zu einer Verbesserung der Lage Berlins und zur Wiedervereinigung gelangen könnte.

Der Herr *Bundesminister* antwortete, daß eine gewisse Atmosphäre der Entspannung für Berlin positiv wäre, da die Sowjets während einer allgemeinen Entspannung Berlin sicher nicht anrühren würden. Für Berlin wäre dies gut. An die größeren Fragen werde man aber auf diese Weise nicht herankommen. Deswegen müsse eine langfristige Politik zwei Faktoren in Betracht ziehen: 1) Der chinesische Druck auf die Sowjetunion dürfte möglicherweise das sowjetische Bedürfnis nach Entspannung gegenüber dem Westen verstärken und 2) die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den osteuropäischen Satelliten lockerten sich immer stärker. In diesem Zusammenhang müßten die Errichtung einer deutschen Handelsvertretung in Warschau[13] und die Versuche gesehen werden, ähnliche Abmachungen mit Budapest[14], Bukarest[15], Sofia[16] und eventuell auch Prag[17] zu treffen.

Der *Präsident* stimmte dem zu und vertrat ebenfalls die Auffassung, daß irgendwelche Abmachungen mit den Sowjets unter den heutigen Bedingungen keine dramatische und materielle Verbesserung für Berlin mit sich brächten. Die De-facto-Situation Berlins habe sich aber während der letzten beiden Jahre verbessert, was wahrscheinlich auf die Erfahrung mit Kuba[18] und auf die Entwicklung in China zurückzuführen sei. Die Lage Berlins sei dadurch sicherer geworden als vor zwei Jahren. Er halte es aber andererseits nicht für möglich, daß durch ein Abkommen die Aussichten für die Wiedervereinigung

[9] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 215.

[10] Vgl. dazu auch Dok. 299.

[11] Zum sowjetischen Vorschlag eines Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten vgl. Dok. 116, Anm. 8.

[12] Zum sowjetischen Vorschlag einer „Freien Stadt" Berlin (West) vgl. Dok. 3, Anm. 7.

[13] Zum Abkommen mit Polen vom 7. März 1963 über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 114, Anm. 4.

[14] Zu den Verhandlungen mit Ungarn vgl. Dok. 332 und Dok. 339.

[15] Zu den Verhandlungen mit Rumänien vgl. Dok. 181; weiter Dok. 380.

[16] Zum bulgarischen Interesse an Verhandlungen über ein Handelsabkommen und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 360. Zum Beginn der Gespräche mit Bulgarien vgl. Dok. 370.

[17] Zum Beginn der Verhandlungen mit der Tschechoslowakei vgl. Dok. 432.

[18] Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 1, Anm. 4.

verbessert werden könnten. Dennoch stimme er dem Herrn Minister bei, daß man über dieses Thema auch weiterhin sprechen sollte. Eine Entspannung verbessere nicht nur die Situation Berlins, sondern schwäche auch gleichzeitig das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und den Satelliten. Die deutsche Politik liege daher im amerikanischen Interesse. Wenn im Zuge einer Entspannung das sowjetische Imperium zu zersplittern beginne, so habe dies unweigerlich auch Folgen auf die Zone und werde die Position der Bundesrepublik gegenüber der Zone verbessern.

Der Herr *Bundesminister* stimmte dem zu und sagte, mit einer Entspannung müsse auch eine Änderung der Interessen eintreten. Er glaube, wenn sich die Sowjets mit dem größeren Teil ihrer Stärke und Aufmerksamkeit auf China konzentrierten, nehme in gleichem Maße die Fähigkeit ab, Osteuropa genauso stark im Griff zu behalten wie früher.

Der Herr Bundesminister ging sodann auf einige innenpolitische Schwierigkeiten in Deutschland ein. Wenn zwischen dem Westen und dem Osten Abmachungen getroffen würden, welche die deutsche Frage nicht berührten, könne es leicht zu einer Situation kommen, in der alles, mit Ausnahme der deutschen Frage, mehr oder weniger geregelt schiene[19]. Als Beispiel führte der Herr Bundesminister die jüngste Rede Gromykos vor den Vereinten Nationen[20] an. In früheren Jahren habe er auf den gesamten Westen einschließlich der Vereinigten Staaten geschimpft, und die Deutschen seien nur einer unter vielen gewesen, die Gromyko angegriffen habe. Wenn er nunmehr seine Taktik ändere und nur noch auf Deutschland schimpfe, so gerate Deutschland damit in eine höchst unangenehme Lage, weil der Eindruck entstehe, als seien die Deutschen die einzigen Störenfriede, und wenn es sie nicht gäbe, wäre alles in Ordnung. Diese Situation habe in Deutschland unweigerlich innenpolitische Auswirkungen, weil man festgestellt habe, daß die Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion freundlicher geworden seien. Wenn aber zwischen West und Ost Freundlichkeiten ausgetauscht würden, dann sei die Auswirkung dessen, was die Sowjets über Deutschland sagten, noch schlimmer. Deshalb brauche man ein Gegengewicht. Deshalb müsse der Westen seine Ziele aufrechterhalten und sie mit Intensität immer neu bekräftigen, wie dies der Präsident vor den Vereinten Nationen getan habe. Andernfalls entstünde in Deutschland der Eindruck, daß sich die zwei großen Weltmächte über alle möglichen Fragen einigten, ohne sich der deutschen Frage zu widmen. Eine deutsche Teilnahme und Mitarbeit an der Lösung peripherer Fragen werde damit erschwert, wenn nicht verhindert.

Eine solche Reaktion habe sich bereits im Zusammenhang mit dem Versuchsstoppabkommen abgezeichnet. Der Herr Bundesminister sprach an dieser Stelle Präsident Kennedy seinen Glückwunsch zur Ratifizierung des Abkommens durch den Senat[21] aus. In der Bundesrepublik werde man erst Ende No-

[19] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „wäre".

[20] Zur Rede vom 19. September 1963 vgl. Dok. 348, Anm. 17.

[21] Das Teststopp-Abkommen wurde am 24. September 1963 vom amerikanischen Senat ratifiziert.

vember oder Anfang Dezember damit so weit sein[22], und nach einer Sitzung mit dem außenpolitischen Ausschuß[23] habe er vor einiger Zeit gesagt, er hoffe, in der Bundesrepublik mindestens die gleiche Mehrheit für den Vertrag zu bekommen wie im amerikanischen Senat. Er glaube, daß seine Voraussage sich als richtig erweisen werde. Es gebe in Deutschland zwei Gedankenrichtungen, von denen die eine sage, der kalte Krieg habe eine klare Situation geschaffen, und wenn er auch die einzelnen offenen Fragen einer Lösung nicht näher gebracht habe, so seien doch die Gegensätze zwischen West und Ost klar und die Einheit des Westens stark gewesen. Wenn man nun eine andere Theorie zugrunde lege, würden dadurch die Aussichten auf eine schnellere oder einfachere Lösung der Probleme nicht größer. Deshalb müsse gefragt werden, ob es nicht besser sei, in der jetzigen Situation zu verharren und die klaren Gegensätze beizubehalten.

Präsident *Kennedy* antwortete hierauf, dies wäre eine Haltung gewesen, die 1961 gerechtfertigt gewesen sei, als Chruschtschow gedroht habe, im Dezember den Friedensvertrag zu unterzeichnen.[24] Aber nachdem die Vereinigten Staaten ihre Reservisten eingezogen und fünf Milliarden Dollar für Verteidigungszwecke ausgegeben, nachdem die Sowjets die amerikanische Entschlossenheit im Falle Kuba kennengelernt hätten, habe sich doch manches geändert, und die militärischen Grenzen seien sichtbarer geworden. Vor der UNO habe er deshalb auch darauf hingewiesen, daß die Situation zwar nach wie vor noch viele ungelöste Probleme aufweise und sich darin gegenüber früher nur wenig geändert habe, daß aber die Gefahr eines militärischen Zusammenstoßes geringer geworden sei.

Der Herr *Bundesminister* erläuterte sodann die Überlegungen der anderen Gedankenrichtung, die davon ausgehe, daß man neue Methoden versuchen müsse, da die alten keine Ergebnisse gebracht hätten. Wenn man überhaupt nichts tue, so werde der Status quo auch automatisch unterhöhlt, und je länger er fortbestehe, desto mehr wirke er sich zugunsten der anderen Seite aus. Man müsse sich zwar darüber im klaren sein, daß es auch bei einer anderen Methode, die mit einer Lösung der Randfragen anfange, nicht sicher oder wahrscheinlich sei, daß sich greifbare Ergebnisse erzielen ließen. Eine deutsche Bereitschaft, sich hieran zu beteiligen, könne nur bestehen, wenn man wisse, daß die deutsche Frage nicht umgangen werden solle, daß die gemeinsamen westlichen Ziele unverändert blieben und daß man vor neuen Schritten rechtzeitig und ausreichend konsultiert werde. Andernfalls wären die Grenzen, innerhalb derer die deutsche Politik sich bewegen könne, eng gezogen.

Gewisse Schwierigkeiten hätten sich bereits im Zusammenhang mit dem Versuchsstoppabkommen gezeigt. Er erinnerte an den Briefwechsel, den der Prä-

[22] Die erste Beratung im Bundestag über das Teststopp-Abkommen fand am 22. Januar 1964 statt. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 4930–4969.
Zu den ersten Beratungen über ein Ratifizierungsgesetz vgl. Dok. 335, besonders Anm. 2. Vgl. weiter Dok. 435.

[23] Zu der gemeinsamen Sitzung der außenpolitischen Ausschüsse von Bundestag und Bundesrat am 16. August 1963 vgl. Referat L 1, VS-Bd. 70.

[24] Vgl. dazu die Rede des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 7. August 1961; DzD IV/6, S. 1516–1527.

sident mit dem Bundeskanzler gehabt habe.[25] Während der Verhandlungen in Moskau habe man deutscherseits nur die Besorgnis gehabt, daß ein Junktim zwischen dem Versuchsstoppabkommen und einem Nichtangriffspakt hergestellt werden könne.[26] Diese Gefahr scheine auch bestanden zu haben. Die Bundesrepublik habe an dem Versuchsstoppabkommen kein unmittelbares Interesse gehabt, da sie bereits vor Jahren auf die Herstellung von ABC-Waffen verzichtet habe.[27] Von der konkreten Substanz der Verhandlungen habe sie nicht die geringste Vorstellung gehabt. Man sei davon ausgegangen, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion nach neuen Wegen suchten, um zu einem Verbot von Versuchen zu kommen, was der Bundesregierung nur recht gewesen sei. Zum ersten Mal habe man Näheres in dem Brief des Präsidenten an den Bundeskanzler vom 23. Juli gehört, in dem die Hoffnung ausgesprochen worden sei, daß die Bundesrepublik das Abkommen auch unterzeichne.[28] Er selbst habe in einem Gespräch mit Herrn Hillenbrand sofort gefragt, was aus Pankow werden solle, wenn die Bundesregierung unterzeichne.[29] Den Wortlaut des Abkommens selbst habe er zum ersten Mal am 26. Juli im Bonner Generalanzeiger gesehen[30], nachdem der Vertrag bereits paraphiert gewesen sei. Dies sei natürlich eine peinliche Situation gewesen, selbst wenn durch die Regelung mit den drei Depositarmächten das wesentliche Problem berücksichtigt worden sei. Die deutsche Öffentlichkeit habe sich gefragt, ob die Bundesregierung geschlafen habe, oder, was noch schlimmer sei, von ihren Freunden nicht informiert worden sei.[31]

Präsident *Kennedy* wies darauf hin, daß man in Kontakt mit der Bundesregierung gewesen sei[32] und zwischen den beiden Außenministern etliche Briefe ausgetauscht worden seien.[33]

Der Herr *Bundesminister* sagte, dieser Briefwechsel habe erst zwischen dem 23. und 26. Juli, d. h. nach der Paraphierung, stattgefunden und nachdem die Hoffnung ausgesprochen worden sei, daß die Bundesregierung zu einem frühen Zeitpunkt unterzeichnen werde.

Präsident *Kennedy* gab zu, daß die Konsultation ungenügend gewesen sei. Auf amerikanischer Seite habe man es aber immer für wünschenswert gehalten, daß die Bundesregierung unterzeichne. Man hätte es auch begrüßt, wenn China unterzeichnet hätte.[34] Was die Zone angehe, so glaube er nicht, daß sie

25 Vgl. dazu Dok. 234.

26 Zu den Befürchtungen der Bundesrepublik hinsichtlich eines Junktims zwischen Teststopp- und Nichtangriffsabkommen vgl. Dok. 215.

27 Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

28 Für den Wortlaut vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419.

29 Der amerikanische Gesandte erklärte Bundesminister Schröder daraufhin: „Die Anerkennungsfrage sei durch die Beitrittsklausel befriedigend gelöst worden." Vgl. Dok. 238.

30 Vgl. dazu Dok. 348, Anm. 13.

31 Vgl. dazu etwa den Kommentar von Joachim Tern: Bonner Divergenzen; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 177 vom 3. August 1963, S. 1.

32 Zur Information der Bundesregierung über das Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 241, Anm. 7.

33 Vgl. dazu Dok. 234, Anm. 4, Dok. 235, Dok. 244 und Dok. 260.

34 Zur angestrebten Einbeziehung der Volksrepublik China in das Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 241, Anm. 11. Zur Haltung Chinas zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 261, Anm. 11.

durch ihre Unterschrift unter den Vertrag[35] aufgewertet worden sei. Er befürchte vielmehr, daß der Alarm, der in vielen Kreisen darüber geschlagen worden sei, ihren Status verbessert habe. Diese Frage gehöre der Vergangenheit an, doch sei man sich der Notwendigkeit rechtzeitiger und ausreichender Konsultation mehr bewußt als früher. Dies sei ein Schlüsselproblem für alle Verbündeten. Da einige Leute mit dem, was vorgehe, nicht einverstanden seien, komme der Konsultation um so größere Bedeutung zu.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß die Entwicklung jetzt weitergehen werde und nicht der Eindruck in Deutschland entstehen dürfe, als ob etwas hinter dem Rücken der Deutschen vereinbart werde. Als Gegengewicht brauche man daher eine erneute und nachdrückliche Bekräftigung der westlichen Ziele, weil nur so die deutsche Bereitschaft zu einer Beteiligung an der Lösung peripherer Fragen zu erlangen sei.

Präsident *Kennedy* sagte, selbst wenn derzeit die Aussichten für eine Lösung der Berlin- und Deutschlandfrage nicht günstiger geworden seien, sollten die Bemühungen fortgesetzt werden, weil dadurch das Risiko eines Krieges vermindert werde. Es sei richtig, daß man in den letzten achtzehn Jahren der Wiedervereinigung nicht nähergekommen sei. Das Kubaproblem sei auch noch nicht gelöst.

Der Herr *Bundesminister* sagte, es sei immer einfacher, nein zu sagen. Man bedürfe deshalb der amerikanischen Unterstützung, um darauf hinweisen zu können, daß die deutsche Mentalität immer richtig eingeschätzt werde.

Präsident *Kennedy* bedankte sich für die Darlegungen des Herrn Bundesministers, die für die amerikanische Regierung von Nutzen gewesen seien. Er kam sodann auf die Frage der MLF zu sprechen. Er vertrat die Auffassung, daß man dieses Projekt so nachdrücklich wie möglich vorantreiben sollte. Er habe am Vortag ein Gespräch mit dem italienischen Außenminister geführt.[36] Seine Vorstellung, daß man zunächst ein Schiff mit einer gemischten Besatzung aus Deutschen und Italienern in Betrieb nehmen sollte[37], hätte auf die Engländer sicher eine ermutigende Wirkung. Damit könne man etwas Sichtbares vorweisen.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß sich die Bundesregierung entschieden für die MLF ausgesprochen habe und die Auffassung teile, daß man damit vorankommen müsse. Er erinnerte daran, daß am 14. Januar, dem Tag der Pressekonferenz de Gaulles[38], der Herr Bundeskanzler Herrn Ball eine entsprechende Zusicherung gegeben habe.[39] Die Haltung der Bundesregierung

[35] Die DDR unterzeichnete die Beitrittsurkunde des Teststopp-Abkommens am 8. August 1963 in Moskau. Vgl. dazu auch DzD IV/9, S. 612.

[36] Zum Besuch des italienischen Außenministers Piccioni vom 20. bis 23. September 1963 in den USA vgl. den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 26. September 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8475.
Für das Kommuniqué vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 49 (1963), S. 636.

[37] Zu diesem Vorschlag vgl. weiter Dok. 414.

[38] Zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

[39] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, vgl. Dok. 16, Anm. 2.

habe sich in dieser Frage nicht geändert. Je länger er selbst darüber nachdenke, desto notwendiger erscheine es ihm, die MLF zu errichten. Die Briten sollten sich daran beteiligen, da dies eine konsolidierende Wirkung für das Bündnis hätte.

Präsident *Kennedy* wiederholte, daß man zumindest mit einem Schiff einen Anfang machen sollte.

Der Herr *Bundesminister* bezeichnete diesen Vorschlag als gut, da er einen praktischen Anfang bedeute und sich optisch, psychologisch und politisch auswirken werde.

Herr *Ball* fragte den Herrn Bundesminister, ob er etwas zu der von den Franzosen am Vortage vor der Beratenden Versammlung abgegebenen Erklärung sagen könne, nach der die Franzosen ihre europäischen Partner und die Engländer zur Mitwirkung am Aufbau einer europäischen nuklearen Streitmacht aufgefordert hätten.[40]

Der Herr *Bundesminister* bezeichnete es als grotesk, daß er ausgerechnet bei seinem Besuch im Hauptquartier von SAC in Omaha zum ersten Mal mit dieser Meldung konfrontiert worden sei. Er habe sich in einer schwierigen Lage befunden und habe zunächst einmal versucht, den genauen Wortlaut zu erhalten. Er glaube, es handle sich eher um eine Versuchung für die Zukunft als ein konkretes Angebot. Die Franzosen wollten damit sicher einen gewissen Eindruck auf die Deutschen und die Engländer machen. Wenn die Franzosen mit einem konkreten Vorschlag kämen, hätten sie bestimmt mehr Einfluß, da dann die Gefahr bestehe, daß die Idee in Deutschland von gewissen Kreisen aufgegriffen würde. Dies sei ein Grund mehr, die MLF schnell zu verwirklichen. Als er im August in London gewesen sei, habe er den Engländern deutlich zu verstehen gegeben, daß sie nur de Gaulle unterstützten, wenn sie sich bei der MLF zurückhielten.[41]

Präsident *Kennedy* sagte, man müsse die französische Erklärung vom Vortag dazu benutzen, um auf die Engländer stärker einzuwirken.

Präsident Kennedy kam sodann auf die Verminderung der amerikanischen Streitkräfte zu sprechen, bei der es sich um eine interne Umorganisation handle.[42] Er wies darauf hin, daß sich amerikanische Versorgungseinheiten in allen Teilen der Welt befänden und so die Vereinigten Staaten ein logistisches System fast wie in Kriegszeiten unterhielten. Was Europa angehe, so sprach er von 400 000 Truppen. Die Bundesregierung habe sich bei der Behandlung der daraus für die Vereinigten Staaten entstehenden Schwierigkeiten sehr

[40] Am 23. September 1963 erläuterte der Staatssekretär im französischen Außenministerium, Habib-Deloncle, die Gründe für die französischen Bemühungen um eine eigene Nuklearstreitmacht und führte weiter aus: „Wenn Europa in naher Zukunft eine Stärkung seiner politischen Strukturen erreicht, wird entschieden werden müssen, wie die von Frankreich unternommenen Anstrengungen der gemeinsamen Verteidigung allen Nationen Europas zugute kommen können. Schon jetzt, allein weil Frankreich diesen Weg eingeschlagen hat, besteht die Möglichkeit, die Verteilung der Lasten und der Verantwortung im Rahmen des Atlantikbündnisses zugunsten Europas zu überprüfen." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 546–550, hier D 549.

[41] Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Lord Home am 14. August 1963 vgl. Dok. 301.

[42] Vgl. dazu Dok. 348, Anm. 27.

verständnisvoll und entgegenkommend gezeigt. Von Großbritannien und Frankreich könne er das nicht sagen. Die amerikanische Regierung wolle durch die vorgesehenen Maßnahmen die deutsche Öffentlichkeit nicht alarmieren und auch nicht den Eindruck erwecken, als ob die Truppenstärke vermindert werde. Andererseits wolle man aber auch kein Geld für etwas ausgeben, was man für sinnlos halte. Er wies darauf hin, daß es sich bei der geplanten Truppenverminderung nicht um Kampfeinheiten handle. Er fragte, was zu tun sei, um unerfreuliche Auswirkungen auf die Öffentlichkeit zu vermeiden.

Der Herr *Bundesminister* vertrat die Auffassung, daß man über diese Frage ausführlich sprechen und die Motive auch gegenüber der öffentlichen Meinung erläutern müsse. Sonst wirke eine größere Veränderung optisch so, als ob die effektive Stärke amerikanischer Truppen vermindert werden solle. Dann bestehe der stille Verdacht – nicht bei ihm, aber bei Menschen schlechten Willens –, daß zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion stillschweigende Vereinbarungen getroffen worden seien. Dies lasse sich vermeiden, wenn die betreffenden Regierungen ausreichend informiert und die öffentliche Meinung richtig behandelt werde. Weiter komme es darauf an, daß für die Durchführung solcher Maßnahmen der richtige Augenblick gewählt werde. Geschehe dies nicht, könnte die Wirkung schlecht sein.

Präsident *Kennedy* sagte, aus diesen Überlegungen wolle man mit der Bundesregierung ausführlich sprechen. Ähnliches gelte auch für andere Länder.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß man der Angelegenheit auch einen positiven Gesichtspunkt abgewinnen könne, da seit einiger Zeit Meinungsverschiedenheiten über die Stärke der Divisionen bestünden. Auf deutscher Seite neigten die Fachleute zu der Auffassung, daß die amerikanischen Divisionen zu groß seien und zu viele Versorgungseinheiten hätten. Er wiederholte noch einmal, daß die Maßnahmen von den politischen und militärischen Stellen gut vorbereitet sein müßten.

Präsident *Kennedy* sagte, für die Gebiete, die man amerikanischerseits ins Auge fasse, sei an eine Reduzierung von weniger als 7% der Bodenstreitkräfte in Europa gedacht. Insgesamt handle es sich um etwa 18000 Mann, die teils in Frankreich, teils in Großbritannien und teils in Spanien stationiert seien. Er wiederholte noch einmal, daß man mit der Bundesregierung in engem Kontakt bleiben wolle.

Der Herr *Bundesminister* sagte, es sei entscheidend, daß sich die Öffentlichkeit ausreichend informiert fühle. Man dürfe auch nicht vergessen, daß sich die deutsche Lage von der der Verbündeten unterscheide. Es sei gut gewesen, daß der Präsident mit eigenen Augen die Mauer gesehen habe[43], und was er bei dieser Gelegenheit gesagt habe[44], sei in Deutschland unvergessen. Dennoch sehe selbst der beste Freund die Dinge aus der Distanz. Deshalb brauche die Bundesrepublik auch von den Amerikanern einen Bonus an gutem Willen und Verständnis.

[43] Zum Besuch des amerikanischen Präsidenten vom 24. bis 26. Juni 1963 in der Bundesrepublik und Berlin (West) vgl. Dok. 206–208.

[44] Zur Rede des Präsidenten Kennedy am 26. Juni 1963 vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin (West) vgl. Dok. 291, Anm. 28.

Präsident *Kennedy* sagte, er sei froh darüber, daß er nach Deutschland gekommen sei. Dieser Besuch habe ihm nicht nur Gelegenheit geboten, die amerikanische Politik darzulegen, sondern ihn auch in die Lage versetzt, die unmittelbaren Fragen besser zu verstehen. Es sei richtig, daß einem die eigenen Probleme immer näher stünden. Das gleiche gelte auch für die Amerikaner hinsichtlich des Rassenproblems[45] und Kubas. Er wolle sicher sein, daß sich die Hoffnungen Chruschtschows nicht verwirklichten, daß der Westen bei einer Entspannung wegen seiner eigenen inneren Gegensätze zusammenbreche.

Nach Beendigung des Gesprächs sagte beim Hinausgehen Mr. *Ball* zu Präsident Kennedy, dies sei eines der wenigen Gespräche gewesen, bei dem nichts über die Hähnchen[46] gesagt worden sei. Präsident *Kennedy* bemerkte, er hoffe, daß diese Frage gelöst werden könne.

Die Unterredung endete kurz nach 11.30 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

362

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem Berater des amerikanischen Präsidenten, Sorensen, in Washington

Z A 5-114.A/63 geheim **24. September 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen suchte am 24. September 1963 um 11.45 Uhr Herrn Sorensen zu einem Besuch in dessen Büro im Weißen Haus auf.

Der Herr *Bundesminister* berichtete zunächst über sein bisheriges Programm und hob besonders die sehr positiven Eindrücke hervor, die er in Omaha[2] erhalten habe. Die von General Harris gegebenen Darstellungen seien klar, realistisch und nüchtern gewesen. Vor seinem Abflug aus Omaha habe er von Pressevertretern zum erstenmal von dem Vorschlag gehört, den die Franzosen

[45] Am 19. Juni 1963 brachte Präsident Kennedy im amerikanischen Kongreß den „Civil Rights Act" ein, um die Rassentrennung in öffentlichen Einrichtungen und im Erziehungswesen aufzuheben und eine gesetzliche Grundlage für das Verbot der Diskriminierung zu schaffen. Das Bürgerrechtsprogramm wurde am 20. Februar 1964 vom Repräsentantenhaus und am 19. Juni 1964 vom Senat gebilligt. Vgl. dazu die Rede von Kennedy am 19. Juni 1963 vor dem amerikanischen Kongreß; PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 483–494. Vgl. ferner die Drahtberichte des Botschafters Knappstein, Washington, vom 12. Juni 1963 und vom 24. Juni 1964; Referat II A 6, Bd. 6.

[46] Zum „Hähnchen-Krieg" vgl. Dok. 346 und Dok. 349, besonders Anm. 55.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 4. Oktober 1963 vom Vortragenden Legationsrat Weber gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 6. Oktober 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nur zu meinen Akten (mit Kopien)."

[2] Vgl. dazu Dok. 361, Anm. 2.

in Straßburg vor der Beratenden Versammlung unterbreitet hätten.[3] Er glaube nicht, daß ihm eine konkrete Bedeutung zukomme, vielmehr sehe er vor allem eine Propagandamaßnahme darin.
Der Herr Minister erwähnte sodann, daß er in der Zwischenzeit in Dänemark gewesen sei[4] und fragte anschließend Herrn Sorensen nach seinen Eindrükken über die Deutschlandreise des Präsidenten[5].

Herr *Sorensen* sagte, der stärkste Eindruck seien einmal die Herzlichkeit des Empfangs und zum anderen die sehr guten Arbeitsbeziehungen mit den deutschen Herren gewesen. Er glaube, daß der Besuch sowohl für den Präsidenten wie für die Deutschen positiv gewesen sei.

Der Herr *Bundesminister* erwähnte, daß Präsident Kennedy bei den Umfragen, wem die Bevölkerung das größte Vertrauen schenke, sehr gut abgeschnitten habe.

Herr *Sorensen* zeigte sich darüber sehr befriedigt und sprach die Hoffnung aus, daß sich das auch in der Haltung der Regierung niederschlage. Im Zusammenhang mit der Debatte über das Versuchsstopp-Abkommen[6] sei er etwas enttäuscht gewesen, nicht über Herrn Strauß, dessen Haltung ihn keineswegs überrascht habe[7], sondern über Herrn von Brentano.

Der Herr *Bundesminister* sagte, Herr von Brentano habe zunächst eine sehr positive Erklärung abgegeben und den Abschluß des Vertrags begrüßt.[8] Später habe er dann doch gewisse Bedenken angemeldet[9], wodurch der Gegensatz zu seiner ersten Erklärung besonders stark ins Auge gefallen sei. Er sei aber dankbar, daß Herr Sorensen diese Frage angeschnitten habe. Er wisse, daß die Bundesregierung über die Gespräche Harrimans in Moskau nicht unterrichtet worden sei.[10] In Deutschland habe man in den Verhandlungen die Bemühung gesehen, zu einer Regelung in der Frage des Versuchsstopps zu kommen. Man sei auch nicht an der Frage interessiert gewesen, da die Bundesregierung bereits vor neun Jahren auf die Herstellung von nuklearen Waffen verzichtet habe.[11] Die einzige Sorge habe der Verhinderung eines Junktims zwischen dem Versuchsstopp-Abkommen und einem Nichtangriffspakt gegolten.[12] Man habe die Bundesregierung darüber informiert, daß ein solches Junktim nicht hergestellt würde.[13] Alle von deutscher Seite gegen das Junktim

[3] Zum französischen Vorschlag einer europäischen Nuklear-Streitmacht vgl. Dok. 361, Anm. 40.

[4] Bundesminister Schröder hielt sich vom 15. bis 17. Juli 1963 in Dänemark auf. Zu den Gesprächen mit dem dänischen Außenminister Haekkerup vgl. das gemeinsame Kommuniqué vom 16. Juli 1963; BULLETIN 1963, S. 1121. Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Berger, Kopenhagen, vom 19. Juli 1963; Ministerbüro, Bd. 242.

[5] Zum Besuch des Präsidenten Kennedy vom 24. bis 26. Juni 1963 in der Bundesrepublik und in Berlin (West) vgl. Dok. 206–208.

[6] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[7] Zur Haltung des CSU-Vorsitzenden Strauß zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 288, Anm. 4.

[8] Zur Erklärung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion vom 25. Juli 1963 vgl. Dok. 243, Anm. 2.

[9] Vgl. dazu Dok. 243 und Dok. 274, Anm. 29.

[10] Zur Unterrichtung der Bundesregierung vgl. Dok. 257 und Dok. 270.

[11] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

[12] Vgl. dazu Dok. 221.

[13] Vgl. dazu Dok. 250 und Dok. 252.

vorgebrachten Argumente hätten, ohne daß man dies zunächst gewußt habe, in gleicher Weise für eine andere Frage gegolten, die sich durch die Mitunterzeichnung Pankows ergeben habe. Während der Verhandlungen selbst habe die Bundesregierung nicht die geringste Vorstellung vom Wortlaut des Abkommens gehabt, da sie weder von den Amerikanern noch von den Engländern unterrichtet worden sei. So sei es die reine Wahrheit, wenn er sage, daß er den Wortlaut des Abkommens zum ersten Mal im Bonner General-Anzeiger am 26. Juli, d. h. nach der Paraphierung, gesehen habe.[14]

Herr *Sorensen* bemerkte, daß der Vertrag, was die Rechte Deutschlands angehe, doch nichts Neues enthalte.

Der Herr *Bundesminister* erwähnte das Schreiben Präsident Kennedys vom 23. Juli an den Herrn Bundeskanzler[15], in dem er versichert habe, daß sich die Amerikaner jedem sowjetischen Versuch, ein Junktim herzustellen, widersetzen würden. Im zweiten Teil des Briefes sei der Hoffnung Ausdruck gegeben worden, daß die Bundesrepublik den Vertrag ebenfalls zu einem frühen Zeitpunkt unterzeichne. Am gleichen Tag sei Herr Hillenbrand zu ihm gekommen, um ihn über den Inhalt dieses Schreibens zu unterrichten.[16] Er habe sofort die Frage gestellt, ob Pankow auch unterzeichnen solle und wie man sich die Lösung dieses Problems vorstelle. Erst dann habe der Austausch von Briefen und Telegrammen zwischen Bonn und Washington begonnen. Man habe nicht die leiseste Idee gehabt, daß die Bundesrepublik auch unterzeichnen sollte. Was die Substanz des Abkommens angehe, so sei man nicht unmittelbar daran interessiert gewesen, habe den Vertrag aber aus humanitären Gründen begrüßt. Das amerikanische Papier von 1962[17] habe nur von „allen Staaten" gesprochen und keine drei Depositarmächte vorgesehen. Den Begriff „aller Staaten" habe man im Sinne der Vereinten Nationen aufgefaßt.

Was die gegen den Vertrag vorgebrachten politischen Einwände angehe, so sei darauf hingewiesen worden, daß Pankow unterzeichnet und damit die Möglichkeit habe, mit anderen Staaten zusammen die in Artikel 2[18] vorgesehene Konferenz einzuberufen. Außerdem werde in Artikel 4[19] von der Ausübung der nationalen Souveränität gesprochen. Dies seien die Hauptpunkte der Argumentation gewesen. Seit 14 Jahren habe man sich bemüht zu verhindern, daß Pankow auf dieselbe Ebene angehoben werde wie die Bundesrepublik. Wenn nunmehr aber zwei deutsche Staaten anerkannt würden, könne man von der deutschen Frage als solcher nicht mehr sprechen. Er habe über dieses Thema auch mit dem Präsidenten gesprochen[20] und ihm gesagt, daß es in Deutschland zwei Gedankenrichtungen gebe. Die eine weise darauf hin, daß während der letzten 18 bzw. 14 Jahre die Fronten klar gewesen seien und der Westen eine gemeinsame Linie bezogen habe. Einer Lösung der offenen Fragen sei man allerdings nicht näher gekommen. Wenn nunmehr im Verhältnis

14 Vgl. dazu Dok. 348, Anm. 13.

15 Für den Wortlaut vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419.

16 Vgl. dazu Dok. 238.

17 Zum amerikanischen Vorschlag vom 27. August 1962 vgl. Dok. 348, Anm. 6.

18 Zu Artikel 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 11.

19 Zu Artikel 4 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 12.

20 Vgl. Dok. 361.

zwischen Ost und West eine Entspannung eintrete, dann bestehe die Gefahr, daß die daran geknüpften Erwartungen enttäuscht und keine Ergebnisse zustande gebracht würden und daß außerdem die Deutschen als die einzigen Störenfriede betrachtet würden. In dieser Hinsicht sei die Gromyko-Rede vor den Vereinten Nationen[21] sehr aufschlußreich gewesen. Es sei deshalb so wichtig gewesen, daß der Präsident über die Berlin- und Deutschlandfrage und die sich aus der gegenwärtigen Situation ergebenden natürlichen Grenzen für das Abkommen gesprochen habe.[22] Man sei dankbar, daß durch die Äußerungen des Präsidenten die westlichen Ziele, Freiheit und Selbstbestimmung, wachgehalten und erneut bekräftigt worden seien. Wenn nichts geschehe, dann bestehe die Gefahr, daß sich die Entwicklung zu Gunsten der anderen Seite vollziehe. Er sei der Auffassung, daß man zunächst einen Versuch mit den Fragen am Rande unternehmen solle, nur müßten die grundlegenden Ziele klar bleiben, da anderenfalls die deutsche Frage unter der Entspannung begraben würde.

Herr *Sorensen* bemerkte, daß der einzige Teil der Kennedy-Rede, der von der Prawda kritisiert worden sei, jene Stelle gewesen sei.[23]

Der Herr *Bundesminister* sagte, das sei der beste Beweis dafür, daß diese Äußerung richtig gewesen sei.

Herr *Sorensen* erkundigte sich sodann, welche Haltung der Herr Bundeskanzler in dieser Frage einnehme.

Der Herr *Bundesminister* sagte, wenn man davon ausgehe, daß die Haltung de Gaulles völlig negativ sei und die Präsident Kennedys positiv, so stehe der Herr Bundeskanzler irgendwo dazwischen. In Cadenabbia habe er vor kurzem gesagt[24], der Status quo gelte nur eine gewisse Zeit, dann habe er die Tendenz, sich abzunutzen. Er selbst habe dieser Äußerung zugestimmt und auf die Gefahr hingewiesen, daß auch durch eine Politik des Nichtssagens und Nichtstuns der Status quo sich abnutze. Deshalb sei es besser, nach anderen Wegen zu suchen. Die Hauptsorge des Herrn Bundeskanzlers bestehe darin, daß der Westen auseinanderfallen oder einschlafen könne.

Herr *Sorensen* erwiderte hierauf, die Gefahr der Uneinigkeit könne sich auch daraus ergeben, daß einer zu weit gehe oder mit den anderen nicht zusammenarbeiten wolle.

Der Herr *Bundesminister* sagte, es sei entscheidend, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien die Grundziele der Freiheit und Selbstbestimmung, der Wiedervereinigung und der Erhaltung der Freiheit Berlins immer wieder bekräftigten, denn dann könne sich Deutschland an der Politik der Entspannung beteiligen. Dies habe jedoch auch zur Voraussetzung, daß man offen und

[21] Zur Rede vom 19. September 1963 vgl. Dok. 348, Anm. 17.

[22] Zur Rede am 20. September 1963 vor der UNO-Generalversammlung vgl. Dok. 348, Anm. 19.

[23] In dem sowjetischen Kommentar wurden die Aussagen des amerikanischen Präsidenten über die westliche Auffassung von Freiheit als Tribut an den Kalten Krieg bezeichnet, zu dessen Beendigung Kennedy doch gerade erst selbst aufgerufen habe. Vgl. PRAVDA, Nr. 264 vom 21. September 1963, S. 4.

[24] Zum Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer am 14. September 1963 in Cadenabbia vgl. Dok. 343, Anm. 7.

intensiv mit der Bundesregierung über das spreche, was man vorhabe. Nichts wäre schlechter, als wenn man die Deutschen nicht informieren und konsultieren wolle. Das könnte verhängnisvoll sein.

Herr *Sorensen* sagte, gerade bei dieser Frage spiele das persönliche Element eine sehr große Rolle. Diese Dinge nur formell zu behandeln, würde nicht genügen. Wegen der engen persönlichen Beziehungen, die dem Herrn Bundesminister bekannt seien, bestehe zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten enge Zusammenarbeit. Dies gelte auch für einige andere Länder. In den Gesprächen mit Botschafter Grewe, mit dem Herrn Bundeskanzler und de Gaulle seien aber immer wieder Schwierigkeiten aufgetaucht, weil diese Herren eine andere Einstellung hätten und einer anderen Ära angehörten. Der Herr Bundesminister liege dem Präsidenten mehr[25], weil er auf Grund seines Alters und seiner Einstellung leichter Kontakt zu ihm finde. Diese mehr informellen Kontakte seien wichtiger als jede förmliche Unterrichtung.

Der Herr *Bundesminister* dankte Herrn Sorensen für seine Worte und auch für alles, was er selbst dazu beigetragen habe. Er teile die von ihm geäußerte Auffassung. Es handle sich um eine Generationenfrage. Man müsse dieses Problem aber auch von der Innenpolitik her sehen, und es bestehe die Gefahr, daß sich gewisse Erfahrungen wiederholten, die man bereits vor 40 Jahren gemacht habe. Ein Politiker, der glaube, daß man neue Wege einschlagen müsse, werde leicht als ein Mann des Verzichts hingestellt. Dies könnte sich wiederholen. Er erinnerte an einen Artikel in der Bild-Zeitung, der im Zusammenhang mit dem Versuchsstopp-Abkommen erschienen sei. Er sei von Stacheldraht eingerahmt gewesen, und es sei gesagt worden, dem Bundeskanzler und Außenminister, die diesen Vertrag unterzeichneten, solle die Feder aus der Hand fallen. Dies sei eine permanente Gefahr, die vielleicht nicht mehr ganz so groß sei wie vor 40 Jahren, aber man müsse sie sehen. Auch die Freunde Deutschlands dürften die Augen vor ihr nicht verschließen.

Das Gespräch endete gegen 12.15 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

[25] Das Wort „mehr" wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „The President likes you."

363

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1756/63 geheim **25. September 1963**

In der heutigen Kabinettssitzung berichtete der Bundeskanzler über seine Besuche in Rom und in Paris[1]. Der Besuch beim Papst[2] habe ihn sehr beeindruckt. Auch das Zusammentreffen mit den Kardinälen sei für ihn wertvoll gewesen. Dabei sei ihm klar geworden, daß bisher nur sehr wenige Deutsche in der Kurie und vor allem unter den Kurienkardinälen seien. Hier solle man versuchen, eine Änderung herbeizuführen. Dies erscheine um so eher möglich, als der Papst eine Reform der Kurie plane.

Die italienischen Christ-Demokraten seien recht verzagt und unentschlossen.[3] Es gäbe mehrere Gruppen, die sich über die einzuschlagende Politik nicht einig seien. Auch fühlten sie sich von ihren europäischen Freunden verlassen, ob mit Recht oder Unrecht, lasse er dahingestellt. In dieser Hinsicht seien jedoch gute Gedanken entwickelt worden und würden weiterverfolgt (damit spielte der Bundeskanzler auf einen Vorschlag an, den er in Rom Ministerpräsident Leone gemacht hat; danach sollen Mitglieder der Democrazia Cristiana in die Akademie der CDU in Eichholz eingeladen werden).

Sein Besuch in Frankreich habe ihm erneut die große Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit vor Augen geführt. Bei de Gaulle habe er eine peinliche halbe Stunde erlebt[4], als de Gaulle sich über die mangelnde Konsultation beklagt habe.[5] Seine Kritik habe sich gegen ein deutsch-amerikanisches Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Logistik[6] und dagegen gerichtet, daß wir dem Moskauer Vertrag[7] ohne Konsultation mit Frankreich beigetreten seien.

Zu ersterem Punkt führte der Bundeskanzler aus, daß die Amerikaner uns gebeten hätten, die Franzosen über den Abschluß dieses Abkommens nicht zu unterrichten, dann jedoch ihrerseits die Franzosen, ohne es uns zu sagen,

[1] Zu den von Bundeskanzler Adenauer am 21./22. September 1963 in Paris geführten Gesprächen vgl. Dok. 354–357.

[2] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Papst Paul VI. am 17. September 1963 vgl. Dok. 342. Vgl. ferner BULLETIN 1963, S. 1433.

[3] Vgl. dazu auch OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 256.

[4] Zum Gespräch vom 21. September 1963 vgl. Dok. 356.

[5] Dieser Satz wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Und was tut de Gaulle? Hat er je konsultiert?"

[6] Zur deutsch-amerikanischen logistischen Vereinbarung („Memorandum of Understanding") vom 1. August 1963 vgl. Dok. 331, Anm. 2.

[7] Zum Teststopp-Abkommen und dem Beitritt der Bundesrepublik am 19. August 1963 vgl. Dok. 236, Anm. 2, und Dok. 308, Anm. 3.

unterrichtet hätten[8] (ich lasse prüfen, wie sich die Sache genauer zugetragen hat).

Zu dem zweiten Punkt (Beitritt zum Teststopp-Abkommen) führte ich aus, daß die Franzosen zweimal ausführlich konsultiert worden seien.[9] Der Bundeskanzler erklärte, er habe sich überzeugt, daß das richtig sei. Er bäte, dies de Margerie mitzuteilen (dies wird durch mich geschehen).[10]

Hiermit dem Herrn Minister[11] vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419

364

Abgeordneter Majonica an Staatssekretär Carstens

25. September 1963[1]

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Ihnen wird sicherlich nicht entgangen sein, daß die Rotchinesen in ihrem Streit mit Moskau[2] nun auch die deutsche Frage angeschnitten haben. Sie haben es in einer Weise getan, die deutlich macht, daß ihre Haltung noch über die Moskauer hinausgeht. Sie werfen Moskau eine zu weiche Haltung in der Berlin- und Deutschlandfrage vor.[3] Angesichts dieser Haltung glaube ich kaum, daß wir von Peking her die deutsche Frage positiv beeinflussen können. Ich möchte Sie doch dringend bitten, unter diesem Gesichtspunkt noch einmal Ihre Haltung zum Austausch von Handelsmissionen mit Formosa zu überprü-

[8] Mit Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 20. September 1963 wurde Bundeskanzler Adenauer der Ablauf der Unterrichtung Frankreichs über die deutsch-amerikanische logistische Vereinbarung („Memorandum of Understanding") vom 1. August 1963 noch einmal im einzelnen dargelegt. Für einen Durchdruck, der dem Leiter des Ministerbüros, Simon, am 30. September 1963 zugeleitet wurde, vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8437; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu auch Dok. 331; weiter Dok. 373, besonders Anm. 7.

[9] Vgl. dazu Dok. 265 und Dok. 304.

[10] Vgl. dazu Dok. 373.

[11] Hat Bundesminister Schröder am 6. Oktober 1963 vorgelegen.

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 27. September 1963 vorgelegen, der das Schreiben an die Ministerialdirektoren Jansen und Krapf weiterleiten ließ.
Hat Jansen am 30. September und Krapf am 15. Oktober 1963 vorgelegen.

[2] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

[3] In einem Artikel der chinesischen Zeitung RENMIN RIBAO vom 23. August 1963 wurde die Haltung der UdSSR zum Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen und den dabei abgegebenen Erklärungen der Westmächte über die Nichtanerkennung der DDR als „an extremely ignoble act of betrayal" bezeichnet. Die Hinnahme dieser Erklärungen durch die UdSSR bedeute die Annullierung des internationalen Status der DDR und eine De-facto-Anerkennung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik. Vgl. PEKING REVIEW, Nr. 35 vom 30. August 1963, S. 12f.

fen.[4] Ich würde darin eine gute Antwort auf die intransigente Haltung der Rotchinesen sehen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener
Majonica

Büro Staatssekretär, Bd. 395

365

Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheske

II 7-81-04/94.26/4329/63 VS-vertraulich **25. September 1963[1]**

Betr.: Spanische Bemühungen um Rüstungsaufträge

Bezug: Dortige Zuschrift – III A 4 – 81.SR/0 94.26-972/63 VS-vertraulich vom 6. 9. 1963[2]

Zu der dortigen Anfrage, wie die Bundesrepublik sich zu den Bemühungen der spanischen Rüstungsindustrie um deutsche Aufträge verhalten soll, wird aus der Sicht des Referats II 7 wie folgt Stellung genommen:

1) Wirtschaftlich schwache NATO-Staaten, wie Portugal, die Türkei, Griechenland, sollten bei der Vergabe von Aufträgen bevorzugt werden, wenn sie die von Spanien angebotenen Rüstungsgüter zu gleichen Bedingungen liefern können.

2) Das Bundesministerium der Verteidigung (Referat W I 2) neigt zu der Ansicht, daß die Verlagerung von Friedensaufträgen nach Spanien im deutschen Interesse liege, weil dadurch die logistische Versorgung der Bundeswehr im Kriegsfall erleichtert würde.

Diese Ansicht wird von Referat II 7 nicht geteilt. Die Vergabe von Friedensaufträgen an die spanische Rüstungsindustrie könnte nur dann Auswirkungen auf die logistische Versorgung der Bundeswehr im Kriegsfall haben, wenn die vermutlich geringe und technisch wenig leistungsfähige Rüstungsproduktionskapazität Spaniens durch laufende und umfangreiche deutsche Aufträge erhalten und vergrößert wird. Die Herstellung derartig enger Beziehungen zu Spanien auf rüstungswirtschaftlichem Gebiet ist jedoch aus politischen Gründen nicht zu verantworten. Die Erfahrung mit dem Projekt der Anlage logisti-

[4] Zur Frage eines Austauschs von Handelsvertretungen mit der Republik China (Taiwan) vgl. bereits Dok. 210.

[1] Vermerk für Referat III A 4.
Hat dem Leiter des Referats „Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung", von Stechow, am 26. September 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 909.

scher Versorgungsbasen der Bundeswehr in Spanien[3] hat gezeigt, daß bilaterale militärische Beziehungen zu Spanien zu einer verhängnisvollen Mißdeutung der Ziele der deutschen Politik führen und die Beziehungen der Bundesrepublik zu ihren NATO-Partnern gefährden würden.[4]

3) Enge rüstungswirtschaftliche Beziehungen zu Spanien würden ferner auch deshalb zu einer Verstimmung der Amerikaner führen, weil sie wegen der sehr erheblichen Investitionen, die sie zu Verteidigungszwecken im Interesse der NATO in Spanien vorgenommen haben, auf eine gewisse Monopolstellung in den verteidigungspolitischen Beziehungen der NATO-Staaten zu Spanien Wert legen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß Spanien dazu neigt, andere NATO-Staaten gegen die Vereinigten Staaten auszuspielen, um günstigere Bedingungen für die Erneuerung des Stützpunktabkommens mit den Vereinigten Staaten[5] zu erhalten.[6] Wir sollten mit Rücksicht auf die Amerikaner jeden Anschein vermeiden, daß wir uns in verteidigungspolitische Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Spanien einmischen wollen. Dieser Anschein könnte durch enge rüstungswirtschaftliche Beziehungen der Bundesrepublik zu Spanien geschaffen werden.

4) Nach Ansicht des Referats II 7 ist daher die Placierung von Aufträgen für Rüstungsgüter in Spanien nur dann zu vertreten, wenn

a) die betreffenden Rüstungsgüter nicht zu gleich günstigen Bedingungen in der Bundesrepublik oder anderen NATO-Staaten beschafft werden können und wenn

b) das Volumen dieser Aufträge so gering ist, daß der Verdacht nicht entstehen kann, die Bundesrepublik verfolge mit diesen Aufträgen politische Ziele.[7]

Die Referate III B 5 und I A 4 haben Doppel erhalten.

Scheske

VS-Bd. 8346 (III A 4)

[3] Während eines Besuchs des spanischen Außenministers in der Bundesrepublik erörterte Bundesminister von Brentano am 10. November 1959 mit Castiella y Maiz erstmals die Frage von Nachschubeinrichtungen in Spanien. Nachdem vom 15. bis 17. Februar 1960 eine dreiköpfige Delegation des Bundesministeriums der Verteidigung zu Gesprächen nach Spanien gereist war, kam es durch Indiskretionen zu Pressemitteilungen, wonach die Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten für Luftwaffen- und Raketeneinheiten mit den notwendigen Nachschublagern geplant sei. Vgl. Cyrus L. Sulzberger, A Foolish Project: West German Negotiations for Facilities in Spain Should Be Cancelled; THE NEW YORK TIMES, Nr. 37284 vom 23. Februar 1960, S. 4.
Zum zeitlichen Ablauf vgl. auch die undatierte Aufzeichnung über die logistischen Verhandlungen mit Spanien; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 373; B 150, Aktenkopien 1960.

[4] Die Spannungen zwischen der Bundesrepublik und den NATO-Partnern im Februar/März 1960 entstanden dadurch, daß die Kontaktaufnahme mit Spanien zwar nach Konsultation mit den USA, Großbritannien und Frankreich, aber ohne Zustimmung des Ständigen NATO-Rats erfolgte. Vgl. dazu den Artikel: Der Mißgriff Bonns in Spanien; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Nr. 58 vom 28. Februar 1960, S. 1 f. Vgl. ferner Abteilung II (II 7), VS-Bd. 371, VS-Bd. 372 und VS-Bd. 373.
Für Stellungnahmen der Bundesregierung vgl. BULLETIN 1960, S. 379 und S. 398.

[5] Zur Verlängerung des amerikanisch-spanischen Stützpunkte-Abkommens vom 26. September 1953 vgl. Dok. 83, Anm. 10.

[6] Vgl. dazu auch den Bericht des Militärattachés Oster, Madrid, vom 16. Februar 1963; Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 909.

[7] Vgl. dazu auch das Schreiben des Ministerialdirigenten Keller vom 27. September 1963 an das Bundesministerium der Verteidigung; VS-Bd. 8346 (III A 4).

366

Gespräch des Bundesministers Schröder mit Generalsekretär U Thant, UNO, in New York

Z A 5-106.A/63 geheim **26. September 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen suchte am Donnerstag, den 26. September 1963, um 12.45 Uhr den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Herrn U Thant, im UNO-Sekretariat auf. In seiner Begleitung befand sich Botschafter von Braun.

Der Herr *Bundesminister* dankte dem Generalsekretär zunächst für die Freundlichkeit, ihn zu einem Zeitpunkt zu empfangen, in dem die Vollversammlung in vollem Schwunge sei. Vor etwas mehr als 6½ Jahren habe er im Juni 1957 den Vorgänger des jetzigen Generalsekretärs[2] besucht. Damals sei es aber relativ ruhig gewesen. Dies sei das erste Mal, daß er während der Vollversammlung in New York sei. Ein weiterer Unterschied bestehe darin, daß er damals Innenminister, heute aber Außenminister sei.

Der *Generalsekretär* begrüßte den Herrn Bundesminister und sagte, er habe mit Interesse die Reise und den Aufenthalt des Herrn Ministers in den Vereinigten Staaten verfolgt. Der Generalsekretär dankte sodann dem Herrn Minister und der Bundesregierung für das Interesse an den zivilen Operationen im Kongo.[3] Er glaube zu wissen, daß sich die Bundesregierung zur Zeit mit diesem Thema befasse. Wenn für diese Operation keine weiteren freiwilligen Beiträge geleistet würden, bestehe die Gefahr, daß Anfang des nächsten Jahres die derzeitige Tätigkeit eingestellt werden müsse. Deshalb appelliere er an die Länder, die bisher Beiträge geleistet hätten, dieser Frage auch weiterhin ihre wohlwollende Unterstützung zu geben.

Der Herr *Bundesminister* sagte, Botschafter von Braun habe sich sehr warm für das, was der Generalsekretär gerade ausgeführt habe, eingesetzt[4], doch sei man in der Bundesregierung noch nicht zu endgültigen Schlußfolgerungen gelangt. Die Schwierigkeit für die Bundesregierung bestehe darin, daß dem Kongo auch auf bilateraler Ebene Unterstützung gewährt werde.[5] Es sei nicht ganz einfach, dem Parlament gegenüber verschiedene Arten von Unterstützung, die sich aus den verschiedenen Umständen ergeben, zu rechtfertigen. Er glaube aber, daß sich auf einem anderen Gebiet ein den Generalsekretär befriedigendes Ergebnis abzeichne. Es sei daran gedacht, daß die Bundesrepu-

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 1. Oktober 1963 gefertigt. Hat Bundesminister Schröder am 6. Oktober 1963 vorgelegen.

[2] Dag Hammarskjöld.

[3] Zur Beteiligung der Bundesrepublik an zivilen Projekten der UNO wie dem Wiederaufbau des Kongo vgl. Dok. 259.

[4] Vgl. dazu die Drahtberichte des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO), vom 30. September und vom 4. Oktober 1963; Abteilung I (I B 1), VS-Bd. 73.

[5] Die Bundesregierung beschloß am 5. Dezember 1962 eine Soforthilfe in Höhe von 20 Millionen DM für die Republik Kongo. Vgl. BULLETIN 1963, S. 80.

blik in höherem Maße Bonds[6] zeichnen werde, und zwar sei dabei an weitere zwei Millionen Dollar gedacht. Die Gespräche darüber gingen aber noch hin und her. Er brauche sicher nicht auf die psychologischen Schwierigkeiten hinzuweisen, die notwendige Unterstützung für derartige Maßnahmen zu erlangen, da die Bundesrepublik kein unmittelbares Mitglied der Vereinten Nationen sei. Sie sei nur mittelbar Mitglied und beteilige sich in dieser Form an den Sonderorganisationen der UNO. Der Generalsekretär wisse aber, daß die Bundesregierung tue, was sie könne, und daß sie gerade auf finanziellem Gebiet erhebliche Beiträge leiste.

Der *Generalsekretär* dankte für die großzügige Unterstützung, welche die Bundesregierung den Vereinten Nationen zukommen lasse, obschon sie kein Mitglied sei. Die Bundesrepublik sei eine der wohlhabendsten Nationen der Welt, und so erkläre sich auch das Interesse und der Wunsch, den man an deutschen Beiträgen habe.

Was den Kongo angehe, so befürchte er, daß nach einem Rückzug der Vereinten Nationen auf militärischem und zivilem Gebiet erneut ein Chaos eintreten werde.[7] Der 5. Ausschuß, der sich mit diesen Fragen befaßt habe, habe einer weiteren Stationierung militärischer Einheiten bis Mitte des nächsten Jahres bereits zugestimmt, und er hoffe, daß die Vollversammlung eine ähnliche Entscheidung treffe.[8] Dadurch würde es ermöglicht, die Streitkräfte über den 1. Januar 1964 hinaus im Kongo zu belassen. Er glaube auch, daß die Vereinigten Staaten besonders daran interessiert seien, die Stabilität im Kongo aufrechtzuerhalten, was sich aber nur dann gewährleisten lasse, wenn die UNO-Präsenz fortdauere. Was die Absicht der Bundesregierung, [für] weitere zwei Millionen Dollar Bonds zu zeichnen, angehe, so nannte der Generalsekretär dies eine großartige und großzügige Geste.

Der Herr *Bundesminister* betonte, daß die Bundesrepublik, selbst wenn sie den Vereinten Nationen nicht angehöre, deren Ziele, Absichten und Ideale voll unterstütze. Der Generalsekretär werde sicher verstehen, daß man als Deutscher gerade während der Tage, in denen in New York eine allgemeine politische Aussprache stattfinde, den Wunsch habe, gelegentlich an dieser Diskussion teilzunehmen. Als er in New York angekommen sei, habe gerade Gromyko seine Rede gehalten.[9] Am Freitag darauf habe Präsident Kennedy erwidert.[10] Die Partie sei aber nicht ganz gleich, wenn die Deutschen nicht die Möglichkeit hätten, auf Beschuldigungen, die gegen sie vorgebracht würden, unmittelbar zu antworten.

Der Generalsekretär habe immer die Auffassung vertreten, daß das Deutschlandproblem in die Zuständigkeit der Vier Mächte und nicht in die der Vereinten Nationen falle. Er glaube, daß dies die richtige Einstellung sei. Es sei aber

[6] Zu den von der UNO ausgegebenen Anteilscheinen vgl. Dok. 259, Anm. 9.

[7] Zur Intervention der UNO im Kongo vgl. Dok. 166, Anm. 31.

[8] Die UNO-Generalversammlung nahm am 18. Oktober 1963 eine Empfehlung des Budget-Ausschusses an, den Generalsekretär zu ermächtigen, im ersten Halbjahr 1964 18,2 Millionen Dollar für die Operationen im Kongo auszugeben. Vgl. UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 18th Session, 1247th Meeting, S. 1–6.

[9] Zur Rede vom 19. September 1963 vgl. Dok. 348, Anm. 17.

[10] Zur Rede vom 20. September 1963 vgl. Dok. 348, Anm. 19.

doch etwas schwierig, wenn ein Teil der zentralen Fragen, die Deutschland beträfen, hier erörtert werden, ohne daß die Deutschen die Möglichkeit hätten, so intensiv darauf einzuwirken, wie es nötig wäre. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, daß andere Staaten den deutschen Standpunkt darlegten, und so erklärten sich auch die deutschen Bemühungen, Freunde darum zu bitten, das zu sagen, was die Deutschen selbst nicht sagen könnten.[11] Der Generalsekretär habe gesagt, die Bundesrepublik sei ein sehr wohlhabendes Land von großer industrieller Kapazität, doch andererseits habe sie nicht die Möglichkeit, ihren eigenen Standpunkt vor dem Weltforum der Vereinten Nationen darzulegen. Er wolle darauf hinweisen, daß die Bundesregierung die Bemühungen um eine Entspannung unterstütze. Man müsse aber Vorsorge treffen, daß die Entspannung nicht auf Kosten eines dritten Landes gehe und daß das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen nicht der Entspannung geopfert werde. Er sei davon überzeugt, daß der Generalsekretär diese Schwierigkeiten verstehe, die sich aus der deutschen Lage ergäben. Natürlich wäre es wünschenswerter, wenn die Deutschen selbst in der Lage wären, vor dem Forum der Vereinten Nationen aufzutreten. So müsse man sich aber auf Hilfsmaßnahmen beschränken, die gelegentlich schwierig und nicht immer zufriedenstellend seien.

Der *Generalsekretär* wies auf das Verfahren hinsichtlich der Beteiligung von Nichtmitgliedern an Diskussionen hin. Wenn ein Punkt auf der Tagesordnung stehe, der ein solches Land betreffe, dann beschließe die Vollversammlung fast immer, daß auch Vertreter dieses betreffenden Landes gehört werden sollten. Die Deutschlandfrage falle aber nicht in die Zuständigkeit der Vereinten Nationen, und er glaube auch nicht, daß sie darunter fallen solle. Er habe darüber sehr deutliche Vorstellungen und sei erfreut, daß sie denen entsprächen, die der Herr Bundesminister selbst gerade vorgetragen habe. Wenn Deutschland vor die UNO käme, wäre er der erste, der vorschlagen würde, daß auch Vertreter Deutschlands zu Wort kommen sollten. Es sei verständlich, daß es nicht befriedigend sei, wenn man auf Dritte zurückgreifen müsse, weil man selbst beispielsweise auf die Ausführungen Gromykos nicht erwidern könne. Unter dem gegenwärtig geltenden Verfahren sei es aber nicht möglich, die Deutschen selbst auf Äußerungen anderer Redner über Deutschland antworten zu lassen.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er verstehe durchaus die Situation, in der sich der Generalsekretär befinde, und ihm sei es nur darum gegangen, die deutschen Schwierigkeiten einmal darzulegen. Er wolle auch unterstreichen, wie ernsthaft sich die Bundesrepublik bemühe, Fortschritte bei der Lösung der eigenen Probleme zu erzielen. Man glaube – und er hoffe, daß diese Auffassung nicht enttäuscht werde –, daß sich die deutschen Probleme in einer Atmosphäre der Entspannung besser lösen ließen. Dies setze aber voraus, daß man über der Entspannung die deutschen Probleme nicht vergesse. Geschähe dies, so wäre das keine echte Entspannung. Dies etwa sei die Linie, welche die Bundesregierung vertrete.

Der Herr Bundesminister richtete sodann die persönliche Frage an den Gene-

[11] Vgl. dazu Dok. 352.

ralsekretär, wie er die Entwicklung der UNO seit dem Zeitpunkt beurteile, in dem er Generalsekretär geworden sei.

Der *Generalsekretär* bezeichnete dies als eine schwierige Frage und verwies darauf, daß er versucht habe, in dem Vorwort zu seinem letzten Bericht hierauf einzugehen.[12] Grundsätzlich sei er optimistisch, was die Zukunft der Vereinten Nationen angehe. Die Aufnahme einiger afrikanischer Staaten habe gewisse Besorgnis ausgelöst, und im vergangenen Jahr sei auch eine gewisse Vertrauenskrise vor allem bei den westlichen Ländern aufgetreten, weil so viele farbige Nationen in die Vereinten Nationen aufgenommen worden seien.[13] Er glaube aber, daß diese Krise überstanden sei. Was die asiatischen Völker angehe, so seien sie reif. Die afrikanischen Völker seien noch in einem Entwicklungsprozeß, doch seien auch bei ihnen zunehmende Zeichen der Reife zu erkennen. In diesem Zusammenhang wolle er die Beschlüsse der Konferenz in Addis Abeba vom Mai 1963[14] erwähnen, die im großen und ganzen ganz wohlausgewogen, vernünftig und gemäßigt seien. Er glaube auch, daß das allgemeine psychologische Klima besser als 1962 sei. Das jetzige politische Klima sei für die Behandlung politischer Fragen auch günstiger geworden. Was die Fragen angehe, die Deutschland unmittelbar berührten, so sei die Entwicklung zwar noch sehr langsam, dennoch sei er aber auch hier optimistisch.

Auf wirtschaftlichem Gebiet zeichne sich ebenfalls eine positive Entwicklung ab, die sich allerdings nicht überall im gleichen Tempo vollziehe. Er denke vor allem an Maßnahmen zur technischen Hilfe. Das Zehnjahresprogramm der UNO für technische Hilfe[15] werde fortgesetzt, und man könne damit rechnen, daß sich die ersten Ergebnisse bis 1966 zeigen werden.

Was den Kolonialismus angehe, so neigten die Afrikaner dazu, in dieser Frage hysterisch zu werden. Es handle sich vor allem um zwei Probleme, die noch der Lösung harrten: Portugal[16] und Südafrika[17]. Dies dürften für die beiden nächsten Jahre die schwierigsten und entscheidendsten Fragen sein.

Der Herr *Bundesminister* dankte dem Generalsekretär für seine Darlegungen und beglückwünschte ihn zu den Erfolgen, die unter seiner ausgewogenen Führung erzielt worden seien. Er sagte, man freue sich auf den Tag, an dem

[12] Für den Wortlaut der Einleitung zum Jahresbericht des UNO-Generalsekretärs für den Zeitraum vom 16. Juni 1962 bis 15. Juni 1963 vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 465–467.

[13] 1960 wurden 16 schwarzafrikanische Staaten, die in die Unabhängigkeit entlassen worden waren, in die UNO aufgenommen; 1961 folgten Mauretanien, Sierra Leone und Tanganjika, 1962 Ruanda und Burundi.

[14] Zu den Beschlüssen der Regierungschefs der unabhängigen Staaten Afrikas vom 25. Mai 1963 vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 320–324 (Auszug).

[15] Für die Entschließung vom 19. Dezember 1961 über die „United Nations Development Decade" vgl. YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1961, New York 1963, S. 231 f.

[16] In der UNO-Generalversammlung wurde gegen die portugiesische Regierung der Vorwurf erhoben, in den unter portugiesischer Verwaltung stehenden Gebieten gegen Artikel 11 der Charta der Vereinten Nationen zu verstoßen. Vgl. UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 17th Session, 1194th Meeting, S. 1145 f.

[17] Zur Haltung der UNO gegenüber der Apartheidspolitik der Regierung von Südafrika vgl. den Bericht des Special Political Committee vom 11. Oktober 1963; UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 18th Session, 1238th Meeting, S. 1–3.

Deutschland nicht mehr im zweiten Glied stehen und nur ein indirektes Mitglied der Vereinten Nationen sein werde, sondern in vollem Umfang an der Arbeit der Vereinten Nationen teilnehmen könne. Dies werde allerdings noch eine Zeitlang dauern.[18]

Der *Generalsekretär* dankte hierfür und betonte, daß er sich bei seiner Arbeit immer um ein Höchstmaß an Objektivität bemühe, wenngleich auch ein persönliches Element nie ganz ausgeschlossen werden könne. Was Deutschlands Aufnahme in die Vereinten Nationen angehe, so hoffe auch er, daß dies bald Wirklichkeit werde.

Nach dem Gespräch zeigte der Generalsekretär dem Herrn Minister den Ausblick vom Fenster seines Arbeitszimmers, wobei der Herr *Minister* sagte, dieser Blick vermittle einen Eindruck von der Aktivität, die hier herrsche. Er hoffe, daß der Generalsekretär auch einmal länger nach Deutschland kommen und dann entsprechende Vergleiche anstellen könne.

Die Unterredung endete gegen 13.15 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

367

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk und dem britischen Außenminister Lord Home in New York

Z A 5-117.A/63 geheim **27. September 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen traf am 27. September 1963 um 10.00 Uhr in New York am Sitz der amerikanischen UNO-Botschaft zu einer Unterredung mit Außenminister Rusk und Außenminister Lord Home im größeren Kreise zusammen.

Außenminister *Rusk* begrüßte den Herrn Bundesminister und sagte, es sei sehr nützlich, daß er gerade in diesem Zeitpunkt in New York sei und man sich vor den Gesprächen mit Gromyko[2] noch einmal aussprechen könne. Er schlug sodann vor, einige der Fragen zu besprechen, die in dem Gespräch angeschnitten werden könnten und unter dem Sammelbegriff „nächste Schritte" zusammengefaßt werden könnten. Außenminister Rusk sagte, er glaube nicht,

[18] Die Bundesrepublik Deutschland trat der UNO am 18. September 1973 bei.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 17. Oktober 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 18. November 1963 vorgelegen.
Vgl. dazu auch den Drahterlaß von Schröder, z. Z. New York, vom 28. September 1963; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 195; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Zu den geplanten Gesprächen der Außenminister Rusk und Lord Home mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in New York vgl. Dok. 343, Anm. 6.

daß man sich schon in einer Periode der Entspannung befinde. Die nächsten Schritte dürften etwas kompliziert sein, und zunächst müsse man erst feststellen, ob solche nächsten Schritte, die im Interesse des Westens lägen, möglich seien. Man befinde sich vielleicht in einer Position, in der die Sowjetunion und der Westen die Tendenz hätten, sich gegenseitig mit ihren Vorschlägen zu umgehen. Gromyko scheine großen Wert auf einen Nichtangriffspakt und solche Abrüstungsmaßnahmen zu legen, denen gegenüber der Westen skeptisch sei. Gromyko denke dabei an eine Verminderung der Streitkräfte, an begrenzte Militärbudgets und an atomwaffenfreie Zonen.[3]

Was die amerikanische Seite angehe, so sei man möglicherweise bereit, als nächste Schritte die folgenden Maßnahmen in Erwägung zu ziehen: 1) Verwirklichung der ersten Phase eines Abrüstungsprogramms, wie es in Genf vorgeschlagen worden sei[4]; 2) Übertragung spaltbaren Materials für friedliche Zwecke[5]; 3) möglicherweise Vernichtung von Bombenflugzeugen, wobei auf der einen Seite an den Typ B47, auf der anderen an den Typ „badger" gedacht sei. Diese letzte Maßnahme könne inkonsequent erscheinen, da diese Maschinen in vier Jahren sowieso nicht mehr im Dienst wären, doch lasse sich auf diese Weise verhindern, daß sie an andere Länder weitergegeben und von ihnen eingesetzt würden. Man denke hierbei insbesondere an Ägypten und Indonesien. Eine gewisse Erfahrung habe man auf diesem Gebiete in Kuba gemacht. Es sollte auch möglich sein, den Ball für eine gewisse Zeit im Spiel zu halten, indem bilateral gewisse Verbesserungen im Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion erzielt würden. Er bezog sich dabei auf bereits abgegebene Erklärungen hinsichtlich der Stationierung von Massenvernichtungswaffen im Weltraum[6], und vielleicht könne auf diesem Gebiet etwas innerhalb der nächsten zehn oder vierzehn Tage vereinbart werden.[7] Eine weitere Möglichkeit sei die Unterzeichnung eines Luftverkehrsabkom-

[3] Vgl. dazu die Rede des sowjetischen Außenministers am 19. September 1963 vor der UNO-Generalversammlung; UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 18th Session, 1208th Meeting, S. 12–20.

[4] Für den Wortlaut des amerikanischen Abrüstungsprogramms vom 18. April 1962 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 351–382.

[5] Am 14. August 1963 legten die USA der Genfer 18-Mächte-Abrüstungskonferenz einen neuen Vorschlag zu dieser Frage vor. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 328 f.

[6] Vgl. dazu die Ausführungen des sowjetischen Außenministers Gromyko am 19. und des Präsidenten Kennedy am 20. September 1963 vor der UNO-Generalversammlung; UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 18th Session, 1208th Meeting, S. 18, und 1209th Meeting, S. 6.

[7] Am 23. September 1963 hielt Ministerialdirektor Krapf fest, zwischen den USA und der UdSSR bestehe bereits „ein stillschweigendes Einverständnis" in der Frage der Stationierung von Kernwaffen im Weltraum. Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 187; B 150, Aktenkopien 1963. Am 4. Oktober 1963 berichtete Botschafter Knappstein, Washington, über die Verhandlungen zwischen den Außenministern Rusk, Lord Home und Gromyko: „Das einzige konkrete Ergebnis sei grundsätzliches mündliches Übereinkommen (‚agreement in principle') gewesen, die Stationierung von nuklearen Waffen im Weltraum zu verbieten ... Amerik[anische] Regierung wünsche keinen formellen, der Ratifizierung durch [den] Senat bedürfenden Vertrag, da sie die damit verbundene langwierige Prozedur – auch im Hinblick auf die Unmöglichkeit einer wirksamen Kontrolle – nicht noch einmal wiederholen möchte. Man denke an eine ‚gemeinsame Erklärung'." Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu weiter Dok. 377.

mens[8], das ein oder zwei Flüge wöchentlich zwischen Moskau und New York vorsehe. Man denke ferner an verbesserte Nachrichtenverbindungen mit der amerikanischen Botschaft in Moskau. Weitere Möglichkeiten seien der Abschluß eines Konsularabkommens[9] sowie der kulturelle Austausch, der durch die Einbeziehung eines Austausches von Wissenschaftlern erweitert werden könnte.[10] Vielleicht biete sich auch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit im Weltraum, wobei er u. a. auch an die Möglichkeit eines Erfahrungsaustausches auf dem Gebiet der Raummedizin denke.[11] Ob sich eine gemeinsame Raumforschung durchführen lasse, bleibe noch abzuwarten. Bisher hätten die Sowjets noch keine öffentliche Reaktion gezeigt, was auch für den Vorschlag Präsident Kennedys über ein gemeinsames Mondprojekt[12] gelte. Die Tatsache, daß bisher noch keine Reaktion erfolgt sei, dürfte ein Zeichen dafür sein, daß die Russen sich noch nicht schlüssig geworden seien und die Möglichkeiten noch prüften. Außerdem wollten die Vereinigten Staaten eine neue Botschaft in Moskau bauen, desgleichen die Sowjetunion eine neue Botschaft in Washington. Was die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern angehe, so wies Außenminister Rusk darauf hin, daß sie nur einen Bruchteil des Handels darstellten, der sich zwischen Westeuropa und der Sowjetunion abwickle. Vielleicht ließe sich auch auf diesem Gebiet etwas tun, wobei er an die Lieferung von Lebensmitteln und Futtergetreide denke.[13] Er sei sich allerdings dessen bewußt, daß innerhalb des Bündnisses mit doppeltem Maße gemessen werde. Wenn sich die Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion verbesserten, so werde man in Europa dies als ein Zeichen dafür werten, daß sich die amerikanische Politik geändert habe und Neigungen zu einem Appeasement zeige.

All diese Themen dienten dazu, das Gespräch in Gang zu halten und die grundsätzliche sowjetische Haltung zu erkunden. Daraus werde sich ergeben, ob die Sowjets tatsächlich daran interessiert seien, ihre Beziehungen zum Westen zu verbessern.

Was die osteuropäischen Satellitenstaaten angehe, so hätten sie in letzter Zeit mehr Initiative gezeigt und seien offensichtlich daran interessiert, ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu verbessern. Dies gelte seiner Ansicht nach auch für die Beziehungen zwischen diesen Ländern und Westeuropa. Dies gelte auch für die Tschechen, die sich in der Vergangenheit immer abweisend gezeigt hätten.[14]

[8] Zum amerikanisch-sowjetischen Luftverkehrsabkommen vgl. Dok. 349, Anm. 18.

[9] Zur amerikanisch-sowjetischen Konsularkonvention vgl. Dok. 349, Anm. 17.

[10] Eine amerikanisch-sowjetische Vereinbarung über den Kulturaustausch wurde am 20. Februar 1964 unterzeichnet.

[11] Eine Vereinbarung über eine amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit bei der Forschung und Nutzung künstlicher Satelliten wurde bereits nach Verhandlungen vom 11. bis 20. März 1963 in Rom abgeschlossen. Vgl. EŽEGODNIK BOL'ŠOJ SOVETSKOJ ENCIKLOPEDII 1964, Moskau 1964, S. 358.

[12] Vgl. dazu Dok. 356, Anm. 13.

[13] Zu den Weizenlieferungen der USA an die UdSSR vgl. Dok. 385.

[14] Vgl. dazu auch die Ausführungen des amerikanischen Außenministers Rusk gegenüber Bundesminister Schröder am 20. September 1963; Dok. 349.

Was Berlin und die Deutschlandfrage angehe, so stelle sich die Frage, ob man selbst die Initiative ergreifen oder eine Initiative Gromykos abwarten solle. Man wisse, daß die Sowjets großen Wert auf einen Nichtangriffspakt[15] legten. Gegen die Idee eines Nichtangriffspaktes als solche habe man nichts, da die NATO ihrem Zwecke nach defensiven Charakters sei, doch wäre ein Nichtangriffspakt nicht sinnvoll, wenn damit nicht auch eine Verbesserung des Berlin- und Deutschlandproblems verknüpft wäre. Dies seien die Schlüsselfragen zwischen NATO und dem Warschauer Pakt. Bisher hätten die Sowjets noch keinerlei Verbindung hergestellt zwischen einem Nichtangriffspakt und der westlichen Position in Westberlin. Falls die Sowjets versuchten, in der Frage des Nichtangriffspaktes zu drängen, dann müsse der Westen ebenfalls drängen und diese Frage in eine klare Verbindung zur Berlin- und Deutschlandfrage bringen. Was die Einrichtung stationärer Kontrollposten gegen Überraschungsangriffe[16] angehe, so sehe er darin gewisse Erfolgsaussichten, vorausgesetzt, daß auch dieser Vorschlag nicht mit den anderen sowjetischen Vorstellungen über eine Verminderung der Streitkräfte, atomwaffenfreie Zonen und eine Begrenzung der Rüstungsbudgets[17] verknüpft werde. Man wisse noch nicht, ob die Sowjets bereit seien, die einzelnen Fragen von den anderen Themen zu trennen, mit denen sie diese bisher verbunden hätten.

Lord Home fragte, was man sich unter Raummedizin vorzustellen habe.

Außenminister *Rusk* wies darauf hin, daß die Sowjets, im Gegensatz zu den Amerikanern, die Ergebnisse ihrer Untersuchungen bisher nicht veröffentlicht hätten. Wenn es auf diesem Gebiet zu einer Zusammenarbeit käme, dann würde dies gewissermaßen einen einseitigen Erfahrungsaustausch bedeuten, von dem die amerikanische Seite profitieren würde.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* dankte zunächst für den interessanten Überblick über die Vielfalt von Themen, über die bilateral mit den Sowjets gesprochen werden könnte. Selbstverständlich sei es schwierig zu wissen, welche Themen die Sowjets von sich aus aufwerfen würden. Man könne also nur von dem ausgehen, was man gehört habe. Er wolle deshalb auch gar nicht spekulieren, sondern sich nur einige Bemerkungen über die grundsätzliche Haltung erlauben, mit der diese Fragen in Deutschland aufgenommen würden.

[15] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 215.

[16] Vgl. dazu Dok. 331 und Dok. 340.

[17] Zu den sowjetischen Vorschlägen einer Verminderung der Streitkräfte und einer Begrenzung der Rüstungsausgaben vgl. den Vertragsentwurf über eine allgemeine und vollständige Abrüstung, der am 22. September 1962 der UNO-Generalversammlung unterbreitet wurde; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 913–938. Zur Wiederaufnahme dieses Vorschlags in der Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 19. Juli 1963 vgl. DzD IV/9, S. 576f. (Auszug). Vgl. ferner die Ausführungen des sowjetischen Vertreters bei der Genfer 18-Mächte-Abrüstungskonferenz, Zarapkin, vom 16. August 1963; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 377–389.
Von sowjetischer Seite wurden Vorschläge für atomwaffenfreie Zonen in Afrika, Mitteleuropa (Rapacki-Plan) und Skandinavien unterstützt; darüber hinaus übermittelte die UdSSR am 20. Mai 1963 einen Vorschlag für eine solche Zone im Mittelmeerraum. Vgl. dazu DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1961, S. 502f., DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 187–193; ferner THE TIMES, Nr. 55713 vom 29. Mai 1963, S. 9.
Zum Rapacki-Plan vgl. Dok. 114, Anm. 2.

Grundsätzlich stehe man positiv zu den Bemühungen, zu einer Entspannung zu gelangen. Was die Erfolgsmöglichkeiten bezüglich der zentralen Fragen, d. h. Berlin und Deutschland, angehe, so sei man doch skeptisch, zumindest aber sehr nüchtern. Man müsse immer darauf achten, daß die einzelnen möglichen Entspannungsmaßnahmen keine negative Wirkung auf die zentralen Fragen hätten. Deshalb sei eine Politik erforderlich, die bei allem Willen zur Entspannung die westlichen Grundpositionen fest aufrechterhalte und die Entspannung in der Absicht verfolge, zu besseren Voraussetzungen für die Lösung der grundsätzlichen Fragen zu kommen. Dies bedeute in der Praxis, daß bei allen Entspannungsmaßnahmen eine Verschlechterung der Ausgangspositionen vermieden werden müsse. Es wäre z. B. eine Verschlechterung der Ausgangsposition, wenn die sowjetische Zone de jure oder de facto anerkannt oder aufgewertet würde. Dies wäre eine Verschlechterung, vor allem im Hinblick auf künftige Möglichkeiten. Sie sollte deshalb ausgeschlossen werden. Man habe in Deutschland im Zusammenhang mit dem Versuchsstopp-Abkommen[18] bereits gewisse Schwierigkeiten gehabt. Das Abkommen als solches sei aus humanitären und allgemeinen Gründen positiv aufgenommen worden. Die Einbeziehung der SBZ habe aber natürlich Anlaß zu großer Skepsis gegeben.[19] Man hätte gar nichts dagegen gehabt, wenn die Bundesrepublik nicht in das Abkommen mit einbezogen worden wäre, weil sich dann die Schwierigkeiten mit der Zone hätten vermeiden lassen. Was nun die Behandlung der SBZ im Zusammenhang mit dem Versuchsstopp-Abkommen angehe, so glaube er, die Frage sei sowohl nach innen wie auch nach außen mit Erfolg behandelt worden. Der Vertrag selbst sei vom Bundestag noch nicht ratifiziert worden, doch rechne er mit der Ratifizierung im Laufe dieses Jahres[20] und hoffe, daß die Mehrheit genauso gut sein werde wie im amerikanischen Senat[21].

In diesem Zusammenhang müsse eine Frage besonders betont werden. Es handle sich um die natürliche Furcht der Deutschen, daß bei längeren Entspannungsgesprächen die deutsche Frage aus dem Spiel herauskommen oder irgendwie begraben werden könnte. Diese Furcht gründe sich darauf, daß eine Entspannung zu einer Veränderung der Fronten führe. Solange Gromyko in seinen Reden den Westen insgesamt angegriffen und angeklagt habe, sei die Bundesrepublik nur eine von vielen gewesen, und die sowjetischen Angriffe hätten sich in erster Linie gegen die Vereinigten Staaten gerichtet. Wenn nun aber der Austausch zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion freundlich werde, dann komme diejenige Partei, über die geredet werde, in eine schlechtere Position, da unvermeidlicherweise der Eindruck entstehe, daß dieser betreffende Staat die Schuld daran trage, daß die Entspannung noch nicht hundertprozentig sei. Deshalb spreche er den Wunsch aus, es möge immer wieder klargemacht und darauf hingewiesen werden, daß sich die grundlegenden Positionen des Westens nicht geändert hätten. Würde dies

[18] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[19] Vgl. dazu Dok. 259 und Dok. 275.

[20] Vgl. dazu Dok. 361, Anm. 21.

[21] Das Teststopp-Abkommen wurde am 24. September 1963 vom amerikanischen Senat ratifiziert.

nicht immer wieder deutlich gesagt, könnten Zweifel entstehen. Aus diesen Gründen habe man auch die Rede Präsident Kennedys vor den Vereinten Nationen begrüßt, da sie gezeigt habe, daß die westlichen Positionen unverändert seien und daß die bestehenden Verschiedenheiten möglichen Abkommen Grenzen setzten.[22] Er wäre dankbar, wenn während der Debatte in der Generalversammlung die Äußerungen Gromykos über die Bundesrepublik[23] nicht unerwidert blieben, sondern ihnen entgegengetreten würde. Dabei setzte er besonders Hoffnungen auf das Vereinigte Königreich, da der britische Vertreter bisher noch nicht gesprochen habe.[24]

Zusammenfassend sagte der Herr Minister, er unterstütze den Gedanken, daß weitere Schritte versucht werden sollten, ohne daß aber die bisherigen Positionen gefährdet würden. Es müsse das Ziel bleiben, daß man eines Tages von der Peripherie zum Zentrum vorstoßen könne. Dies sei die deutsche Grundposition.

Lord Home bemerkte anschließend, man könne nicht behaupten, daß man bereits in der Entspannung lebe. Vielleicht stehe man am Anfang einer solchen Entwicklung. Die Sowjets sähen sich einem gewissen Druck ausgesetzt, der von verschiedenen Faktoren ausgeübt werde. Insbesondere bezog er sich dabei auf die Gegensätze mit den Chinesen.[25] Es handle sich nicht nur um eine doktrinäre Auseinandersetzung, vielmehr sei es Tatsache, daß die Chinesen damit begännen, sehr konkrete Maßnahmen zu ergreifen.[26] Deshalb glaube er, daß die Hauptsorge Chruschtschows den Chinesen und den möglichen Gefahren gelte, die sich aus der weiteren Entwicklung ergäben, insbesondere, wenn die Chinesen in den Besitz der Atombombe gelangen sollten.[27] Diese Möglichkeit lasse ihn vielleicht über die Wirkung der Atombomben als Instrument oder Element der Politik auch etwas anders denken. Dazu komme, daß er sich verschiedenen Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiete gegenübersehe und es ihm schwerfallen dürfte, die Prioritäten auf militärischem, landwirtschaftlichem und dem chemisch-industriellen Gebiet aufrechtzuerhalten. Aus all diesen Überlegungen seien die Russen an einer Entspannung vielleicht mehr interessiert als man annehmen möchte. Deshalb sollte auch der Westen nicht eine zu starre Position einnehmen. Es werde zwar gesagt, die Sowjets beabsichtigten nur dann zu verhandeln, wenn sie sich von solchen Verhandlungen Gewinn versprächen, doch hätten die Verhandlungen über das Versuchsstopp-Abkommen gezeigt, daß Verhandlungen auch im gegenseitigen

22 Vgl. dazu auch Dok. 348.

23 Vgl. dazu Dok. 348, Anm. 17.

24 Zur Rede des britischen Außenministers Lord Home am 1. Oktober 1963 vor der UNO-Generalversammlung vgl. Dok. 349, Anm. 6.

25 Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23.

26 Zu den Truppenbewegungen an der sowjetisch-chinesischen Grenze vgl. Dok. 252, Anm. 7. In der Erklärung vom 21. September 1963 warf die sowjetische Regierung der Volksrepublik China vor, seit 1960 systematisch Grenzverletzungen begangen zu haben, allein im Jahr 1962 mehr als 5000. Außerdem werde von chinesischer Seite versucht, „auf eigene Faust einzelne Abschnitte sowjetischen Territoriums ‚zu erschließen'". Vgl. PRAVDA, Nr. 265 vom 22. September 1963, S. 1; OST-PROBLEME 1963, H. 23, S. 725.

27 Die Volksrepublik China führte die erste Atom-Testexplosion am 16. Oktober 1964 in der Takla-Makan-Wüste durch.

Interesse liegen könnten. Wenn man am Beginn einer Entspannung stehe und wenn die Sowjets Vorschläge unterbreiteten, die zu einer begrenzten Übereinstimmung führen könnten, dann sollte man sich diese Vorschläge ruhig anschauen. Er sei sehr erfreut gewesen, von amerikanischer Seite gehört zu haben, auf welchen Gebieten möglicherweise bilaterale Fortschritte erzielt werden könnten.

Es treffe zu, daß nach wie vor Berlin und Deutschland die zentralen Probleme seien. Was immer der Westen tue, man dürfe den Sowjets nie den Eindruck vermitteln, daß die Dinge einfacher geworden seien oder daß die Sowjets die Probleme nach ihrer Vorstellung oder ihren Bedingungen lösen könnten. Er werde darauf in seiner Rede vor der Vollversammlung eingehen. Die Begegnung mit Gromyko werde wahrscheinlich zeigen, daß die Sowjetunion nicht bereit sei, ernsthaft über Berlin und Deutschland zu sprechen.[28] Der Westen sollte aber dennoch versuchen, ein Klima zu schaffen, in dem es leichter sei, diese Dinge zu behandeln. Was einen Nichtangriffspakt angehe, so habe er seinen beiden Ministerkollegen bereits mitgeteilt, was er Chruschtschow zu dieser Frage gesagt habe.[29] Er habe ihn darauf hingewiesen, daß, wenn Berlin und die Deutschlandfrage aus einem solchen Übereinkommen ausgeklammert würden, diesem Übereinkommen die Substanz fehle und nur Gefahren heraufbeschworen würden. Die Aussichten, daß ein Nichtangriffspakt zustandekomme, seien in der Tat sehr gering, es sei denn, daß sich die Sowjetunion bereit erkläre, zu einer Regelung der Berlinfrage zu gelangen.

Was die Nichtverbreitung nuklearer Waffen angehe, so glaube er, daß in einem diesbezüglichen Abkommen ein gewisser Sinn und Nutzen stecken würde.[30]

Lord Home befürwortete sodann die Stationierung von Beobachterposten zur Verhinderung eines Überraschungsangriffs. Was den Osten angehe, so müsse das hierfür vorgesehene Gebiet selbstverständlich auch Teile der Sowjetunion umfassen. Die Tatsache, daß westliche Beobachter in Osteuropa stationiert würden, wäre ein großer Schritt vorwärts. Über die Frage der Maschinerie müsse noch gesprochen werden. Er halte den Vorschlag aber für praktisch und sehr prüfenswert, da er die geringste Gefahr enthalte und sehr große Vor-

[28] Vgl. dazu weiter Dok. 411, Anm. 21.

[29] Zur Informierung des Bundesministers Schröder durch Lord Home über das Gespräch mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten vgl. Dok. 299.

[30] Die Nichtverbreitung von Kernwaffen war Gegenstand eines Gesprächs des amerikanischen und britischen Außenministers mit dem sowjetischen Außenminister am 28. September 1963. Rusk und Lord Home betonten die Entschlossenheit, zu einem Abkommen zu gelangen, wiesen jedoch darauf hin, „daß sie noch nicht in der Lage seien, der sowjetischen Regierung genaue Angaben über die Regelung zu machen, durch welche im Rahmen der multilateralen Streitmacht sichergestellt werde, daß kein anderes Land die Kontrolle über nukleare Waffen erlangen kann". Gromyko vertrat demgegenüber die Auffassung, man müsse zu einem Ergebnis kommen, bevor die MLF Wirklichkeit geworden sei. „Er habe gesagt, die Mächte, die jetzt im Besitz von Atomwaffen seien, sollten einen Schlußstrich ziehen und von nun an zusammenarbeiten, um eine weitere Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern." Es müsse den Ländern nicht nur unmöglich gemacht werden, „Kernwaffen für nationale Zwecke zu erwerben, sondern daß sie auch keinen Anteil an der Benutzung (no part in the utilisation) von Kernwaffen haben dürften". Vgl. den Drahtbericht des Botschaftsrats Sahm, Paris (NATO), vom 2. Oktober 1963; Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 268; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu auch Dok. 459, Anm. 21.

teile, vor allem in Hinblick auf die Weltöffentlichkeit, enthalte. Man sollte ferner versuchen, Gromykos Zustimmung dazu zu erlangen, daß dieses Projekt von den bisherigen gleichzeitigen sowjetischen Forderungen nach Aufhebung der Stützpunkte[31] und Verminderung der Streitkräfte getrennt würde.[32]

Lord Home ging sodann auf die Möglichkeiten der Wiedervereinigung ein. Seit fünfzehn Jahren habe man eine Politik verfolgt, die richtig und unvermeidlich gewesen sei. Sie habe aber nicht zur Wiedervereinigung Deutschlands geführt, sondern im Gegenteil die Position verhärtet. Wenn sich aber nunmehr die Möglichkeit eines begrenzten Übereinkommens zeige und wenn die Dinge, wie Außenminister Rusk auch hervorgehoben habe, in Osteuropa etwas in Bewegung geraten seien und die Satelliten nach mehr Unabhängigkeit strebten, so stelle sich die Frage, wie man während der nächsten fünf bis zehn Jahre der Wiedervereinigung näherkommen könne.

Außenminister *Rusk* sagte, wenn man davon spreche, daß durch die beweglichere Politik die Wiedervereinigung angestrebt werden sollte, dann sei klar, daß sowohl die eigene Öffentlichkeit wie auch die kommunistischen Länder eine Aufklärung darüber verlangen, was man eigentlich unter der Wiedervereinigung Deutschlands verstehe. Wenn der Ostblock von den deutschen Revanchisten spreche, so weise er darauf hin, daß von den Deutschen selbst von Westdeutschland, Mitteldeutschland und Ostdeutschland gesprochen werde. Er glaube, auch in Deutschland selbst werde einmal ein Punkt in der Entwicklung kommen, in der eingesehen werde, daß keinerlei Unterstützung für eine Wiedervereinigung dieser drei Teile Deutschlands zu erlangen sei, sondern nur für eine Wiedervereinigung zwischen der Bundesrepublik und der Zone. Dies sollte man berücksichtigen. Er stimme mit Lord Home überein, daß die Politik der letzten fünfzehn Jahre richtig gewesen sei und beachtliche Ergebnisse erzielt habe, daß sie in der Frage der Wiedervereinigung aber keinerlei Fortschritte erzielt habe. Was die Bundesrepublik angehe, so glaube er, daß durch die während der letzten Monate gezeigte Initiative, die zur Herstellung von Kontakten mit den osteuropäischen Ländern geführt habe[33], ein Weg beschritten worden sei, der möglicherweise zur Wiedervereinigung führen könnte. Ein Hindernis auf diesem Weg sei allerdings die Angst, die man noch

[31] Zu diesem Vorschlag vgl. die Rede des sowjetischen Vertreters auf der Genfer 18-Mächte-Abrüstungskonferenz, Zarapkin, vom 19. Dezember 1962; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 1242–1254.

[32] Auf die Andeutung des britischen Außenministers Lord Home, „daß man in der Frage der Bodenbeobachtungsposten Fortschritte machen könne, wenn das Beobachtungssystem das gesamte Gebiet der NATO und des Warschau-Pakts umfasse und wenn diese Frage von anderen Vorschlägen isoliert behandelt werde", erwiderte der sowjetische Außenminister Gromyko am 28. September 1963, „daß Bodenbeobachtungsposten eine nützliche Maßnahme zur Verhütung von Überraschungsangriffen seien, daß sie aber mit anderen Maßnahmen zusammen getroffen werden müsse (coordinated), da sie für sich allein nicht wirksam seien ... Ein System von Bodenbeobachtungsposten solle der Kern einer Serie von koordinierten Maßnahmen sein." Vgl. den Drahtbericht des Botschaftsrats Sahm, Paris (NATO), vom 2. Oktober 1963; Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 268; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. ferner die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 2. Oktober 1963; Abteilung II (II 8/302), VS-Bd. 293; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu weiter Dok. 395, Anm. 5.

[33] Zu den Gesprächen mit Polen, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien vgl. Dok. 140, Dok. 141, Dok. 181, Dok. 339 und Dok. 350.

vor den Deutschen habe. Er erinnerte daran, daß die Vereinigten Staaten in der Mitte der fünfziger Jahre, besonders auf der Genfer Gipfelkonferenz im Jahre 1955, der Sowjetunion ein Bündnis angeboten hätten, um diese Furcht vor den Deutschen beseitigen zu helfen.[34] Die jüngste Initiative der Bundesregierung gegenüber den osteuropäischen Satelliten sei sehr wichtig gewesen. Je mehr die osteuropäischen Satelliten ihre Politik änderten und ihr Verhältnis zu den westeuropäischen Staaten und den Vereinigten Staaten auf eine neue Grundlage stellten, desto mehr hielten sie sich die Nase zu, wenn sie von Ulbricht sprächen. Ulbrichts eigene Haltung habe dazu beigetragen, daß er sich etwas isoliert habe und mit der allgemeinen Einstellung, welche die anderen Satelliten einnähmen, nicht mehr Schritt halte. Die amerikanische Regierung unterstütze in vollem Umfang die von der Bundesregierung eingeschlagene Politik, da sie davon erwarte, daß hierdurch die Angst vor den Deutschen ausgeräumt werden könnte und man auf diese Weise der Wiedervereinigung näherkäme. Selbstverständlich wisse man nicht, ob die Entspannung die Wiedervereinigung Deutschlands ermögliche, doch werde man durch diese Politik nichts verlieren. Im Gegenteil, man könnte eher dadurch etwas gewinnen, und deshalb sollte man die bestehenden Möglichkeiten erforschen.

Der Herr *Bundesminister* erwähnte, daß es natürlich eine offene Frage sei, wie stark der chinesische Druck auf die Sowjets tatsächlich sei und ob der praktische Effekt schon so stark sei, daß die Sowjetunion das Bedürfnis nach einer Entspannung gegenüber dem Westen habe. In der Bundesrepublik stellten einige Kreise die Frage, ob es nicht besser wäre, noch etwas zu warten, bis der Druck der Chinesen auf Chruschtschow noch stärker würde, weil dann seine Bereitschaft, größere Konzessionen zu machen, ebenfalls zunehmen dürfte.[35] Diese Überlegung habe dazu geführt, daß dem Element des geeigneten Zeitpunkts sehr große Bedeutung beigemessen werde. Es werde argumentiert, daß Chruschtschow in einem späteren Zeitpunkt vielleicht weniger Neigung zu Konzessionen zeige, wenn man ihn bereits jetzt unterstütze. Deswegen laute die Frage, ob man ihn jetzt unterstützen solle oder warten sollte, bis der chinesische Druck noch stärker geworden sei. Diese Frage lasse sich sowohl materiell wie taktisch unterschiedlich beantworten. Auf diese Frage müsse aber eine zufriedenstellende Antwort gefunden werden.

Was nun die konkreten Einzelmaßnahmen angehe, so setze der Abschluß eines Nichtangriffspaktes das Bestehen einer befriedigenden Situation voraus. Ein Nichtangriffspakt müßte also am Ende einer solchen Entwicklung stehen, um sie im eigentlichen Sinne erst richtig wirksam werden zu lassen. Deshalb erscheine es ihm logisch und vernünftig, ein Nichtangriffsarrangement erst dann abzuschließen, wenn die dafür erforderliche Grundlage geschaffen worden sei, d. h. erst nachdem die Berlinfrage gelöst und ein gewisser Fortschritt in der Deutschlandfrage erzielt worden sei.

[34] Zur Eröffnung der Genfer Gipfelkonferenz erklärte Präsident Eisenhower am 18. Juli 1955, die USA seien bereit, „den berechtigten Sicherheitsinteressen der Sowjetunion Rechnung zu tragen. Die Pariser Abkommen enthalten manchen Passus, der diesem Zweck dient. Wir sind jedoch durchaus bereit, weitere Sicherheitsvorkehrungen auf Gegenseitigkeit zu erörtern, soweit sie vernünftig und mit der Sicherheit aller Beteiligten vereinbar sind." Vgl. DzD III/1, S. 153.

[35] Vgl. dazu etwa die Überlegungen des Bundeskanzlers Adenauer; Dok. 355.

Was die Nichtverbeitung nuklearer Waffen angehe, so habe die Bundesregierung ihre Haltung vor neun Jahren bereits klar dargelegt, als sie auf die Herstellung von ABC-Waffen verzichtet habe.[36] Diese Frage stehe natürlich auch in gewissem Zusammenhang mit dem Problem des chinesischen Drucks auf die Sowjetunion.

Was die Errichtung von Beobachtungsposten angehe, so müsse diese Frage sowohl militärisch wie politisch geprüft werden. Er selbst sei gespannt auf das Gutachten der militärischen Sachverständigen der NATO.[37] Er habe gehört, die Militärs hätten gesagt, sie hätten von ihren Regierungen noch keine Weisungen. Wenn das Gutachten aufgrund von Weisungen der einzelnen Regierungen ausgearbeitet werden sollte, dann könne man es ja auch in diesem Kreise selbst aufstellen. Die Bundesregierung sei hauptsächlich daran interessiert, daß ein derartiges System eine universale Anwendung finde und, wie es in einem früheren amerikanischen Vorschlag einmal festgehalten worden sei, sich von San Francisco bis Wladiwostok erstrecken sollte.[38] Ein derartiges System dürfe Europa gegenüber und erst recht der Bundesrepublik gegenüber nicht diskriminierend sein. Durch ein solches System dürfe aber beispielsweise der Zugang nach Berlin in keiner Weise beeinträchtigt werden. Er glaube, daß diese Maßnahme als zweiter Schritt nach dem Abschluß des Versuchsstopp-Abkommens verfolgt werden sollte, ohne daß aber ein Junktim der Art hergestellt würde, wie es sich die Sowjets vorstellten.

Was die Wiedervereinigung Deutschlands angehe, so sei es sicher richtig, daß, wenn die Sowjetunion zu Konzessionen bereit sei, sei es wegen der internen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sei es wegen der äußeren Schwierigkeiten mit den Chinesen, die Wiedervereinigung leichter zu erlangen sei als in einer Atmosphäre hoher Spannung, wie man sie in der Vergangenheit gehabt habe. Lord Home und Außenminister Rusk hätten die deutschen Bemühungen, in Warschau, Budapest, Bukarest, Sofia[39] und vielleicht auch in Prag[40] Handelsmissionen zu errichten, als eine vernünftige Politik bezeichnet, und man werde sie vorsichtig, aber planvoll weiterverfolgen. Die sehr große Schwierigkeit, auf die man immer wieder stoße, sei die Berlinfrage und die Aufnahme einer Berlinklausel in die einzelnen Abkommen.[41]

Außenminister Rusk habe gefragt, was die Wiedervereinigung gebietsmäßig bedeute. Dieses Problem könne von dem in Frage kommenden Verfahren nicht getrennt werden. Es wäre aber falsch, wenn man in Deutschland schon

[36] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

[37] Zu den Beratungen im Ständigen NATO-Rat über die Bodenbeobachtungsposten vgl. Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 268.

[38] Vgl. dazu den Vorschlag des Präsidenten Eisenhower vom 21. Juli 1955 und das Arbeitspapier, das am 29. August 1957 von Kanada, Großbritannien, Frankreich und den USA im Unterkomitee der UNO-Abrüstungskommission vorgelegt wurde; DzD III/1, S. 197–199, und DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, S. 872f.

[39] Zum Beginn der Verhandlungen mit Bulgarien über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 370.

[40] Zum Beginn der Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 432.

[41] Vgl. dazu auch Dok. 247.

heute sagen würde, welches die deutsche Minimalposition wäre, weil die andere Seite dann sofort versuchen würde, daraus eine Maximalposition zu machen und diese weiter herunterzudrücken. Man müsse vielmehr sagen, daß diese Fragen nur von einer gesamtdeutschen Regierung in einem Friedensvertrag unter den dann bestehenden Bedingungen behandelt werden könnten. Es wäre nicht gut, wollte man eine andere Haltung einnehmen, weil sonst alle Elemente bereits negativ erledigt würden und der einzige Inhalt eines Friedensvertrages dann vielleicht darin bestünde, daß Lübeck und Hamburg entmilitarisiert werden sollten. Dies könne nicht der Inhalt eines Friedensvertrages sein, der diesen Namen verdiene. Die einzige Antwort, die man zur Zeit geben könne, sei die, daß das Selbstbestimmungsrecht zur Anwendung kommen sollte und daß nichts geschehen dürfe, was zu einer vorzeitigen Preisgabe der Positionen führen würde, die einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben müßten. Er glaube, durch die Errichtung der Handelsmissionen habe man den osteuropäischen Staaten den eigenen guten Willen bewiesen. Wenn man sich jetzt schon auf einen allgemeinen Ausverkauf einließe, dann würde das Interesse der osteuropäischen Satelliten an einer friedensvertraglichen Regelung erheblich vermindert werden, und die Wahrscheinlichkeit, daß diese Länder einen Einfluß auf die SBZ ausübten, würde ebenfalls entsprechend geringer. Gegenwärtig genieße die Bundesrepublik bei den Osteuropäern größere Sympathie als Ulbricht.[42] Diese Einstellung müsse man lebendig erhalten, und deswegen sollten die Dinge auch in Bewegung bleiben. Wenn in der Öffentlichkeit die Frage gestellt werde, was man sich unter der Wiedervereinigung Deutschlands vorzustellen habe, so glaube er, man sollte ruhig sagen, die Einzelheiten müßten einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben, den eine gesamt-deutsche Regierung auszuhandeln hätte. Damit würde man auch keinerlei Risiko eingehen.

Lord Home griff sodann das sowjetisch-chinesische Verhältnis auf und sagte, er wisse nicht, ob man die Frage nach China wirklich zuverlässig beantworten könne. Er glaube, daß gegenwärtig noch keine große Gefahr bestehe. Es wäre aber außerordentlich gefährlich, wenn die Chinesen in den Besitz großer nuklearer Waffen gelangten. Heute sei der Westen seiner Ansicht nach in einer besseren Position als vor einigen Jahren. Die kommunistische Welt sei halbiert, und es unterliege keinem Zweifel, daß die Abhängigkeit der osteuropäischen Satelliten von der Sowjetunion heute geringer sei als noch vor einiger Zeit. Sie zeigten auch weniger Neigung, sich den zentralen Direktiven von Moskau zu fügen. Dies gelte für Ungarn, für Rumänien und besonders für Polen. Es dürfte ferner klar sein, daß die Liberalisierung in der Sowjetunion selbst auch nicht mehr aufzuhalten sei, da die sowjetische Bevölkerung ein besseres Leben und einen höheren Lebensstandard wünsche. Je mehr die sowjetische Öffentlichkeit über den Westen erfahre, desto stärker werde sich diese Tendenz bemerkbar machen. Unter Chruschtschow habe diese Entwicklung schon den Punkt erreicht, wo sie sich nicht mehr rückgängig machen lasse. Die Chinesen behaupteten, die Politik Chruschtschows enthalte die Gefahr, daß sie den Kommunismus seines militanten Charakters beraube. Unter Chruschtschow könne der Kommunismus nicht mehr die ihm gesetzte

[42] Vgl. dazu Dok. 140 und Dok. 360.

missionarische Aufgabe mit der erforderlichen Überzeugungskraft durchführen.[43]

Was die in Deutschland gestellte Frage angehe, ob man nicht warten solle, bis der chinesische Druck noch größer werde, so dürfe man nicht vergessen, daß die Politik Chruschtschows auch Rückschläge erleiden könnte, die dann zu einer Rückkehr zur Politik vergangener Jahre führen würden.

Er denke nicht daran, daß der Sowjetunion Menschen des freien Westens oder Gebiete überlassen werden sollten, vielmehr trete er dafür ein, daß man die Gebiete erkunden sollte, auf denen Übereinkommen möglich seien. Hierzu gehöre zunächst die Errichtung eines Systems von Bodenbeobachtungsposten. Darüber wolle man zu einem Abkommen gelangen. Für die Bundesrepublik bestehe kein Grund zu irgendwelcher Beunruhigung. Er glaube, die Anwesenheit von stationären Beobachtern in Osteuropa sei für den Westen von Vorteil. Ein derartiges System brauche nicht zu bedeuten, daß ostdeutsche Beobachter in der Bundesrepublik und westdeutsche in der Zone stationiert würden. Er glaube, daß diese Frage durchaus zufriedenstellend geregelt werden könne.

Außenminister *Rusk* sagte, was China angehe, so befinde man sich in einer zwar faszinierenden, aber auch sehr delikaten Lage hinsichtlich der einzuschlagenden Taktik, da die Sowjets und die Chinesen ihre derzeitige politische Richtung rasch wieder ändern könnten. Er könne sich nicht vorstellen, daß Chruschtschow es sich leisten könne, eine für seine Sicherheit lebenswichtige Position nur wegen des chinesischen Drucks aufzugeben. Seine derzeitige Machtposition sei auch so, daß er dies nicht zu tun brauche. Wenn er sich aber andererseits z. B. aus Kuba zurückzöge, so würde dies nicht bedeuten, daß sich dann die Amerikaner auch aus Berlin zurückziehen würden. Wenn er selbst an Chruschtschows Stelle wäre und der Westen versuchte, seinen Druck auf die Sowjetunion zu verstärken, dann würde er versuchen, die Chinesen zu irgendwelchen Abenteuern in Südostasien zu ermuntern und sie dabei zu unterstützen. Er glaube nicht, daß die chinesisch-sowjetische Auseinandersetzung in Chruschtschows Denken den allerersten Platz einnehme.

Es sei denkbar, daß der Vorschlag eines Nichtangriffspaktes vielleicht auch in der Vollversammlung aufgegriffen werde und daß irgend jemand eine Resolution über nächste Schritte einbringe. Das gleiche gelte möglicherweise für die Nichtverbreitung von nuklearen Waffen. Wenn jemand eine derartige Resolution einbringe, sei es denkbar, daß darin die Linie der sowjetischen Vorschläge von Genf ihren Niederschlag finde. Es werde nicht einfach sein, sich

[43] Im „Offenen Brief" des ZK der Kommunistischen Partei Chinas vom 14. Juni 1963 an das ZK der KPdSU hieß es dazu: „Wenn eine Partei keine proletarische revolutionäre, sondern eine bürgerlich-reformerische Partei ist, wenn sie keine marxistisch-leninistische Partei, sondern eine revisionistische Partei ist, wenn sie nicht der Vortrupp des Proletariats ist, sondern eine Partei, die hinter der Bourgeoisie herhinkt, ... wenn sie eine Partei ist, die alles anderen nachplappert, die ohne irgendwelche Überprüfung ausländische Erfahrungen abschreibt, nach dem Befehlsstab gewisser Leute im Ausland tanzt, zu einem Gemisch von Revisionismus und Dogmatismus und allem anderen außer marxistisch-leninistischen Prinzipien geworden ist; eine solche Partei ist absolut unfähig, das Proletariat und die Volksmassen im revolutionären Kampf zu führen, absolut unfähig, den Sieg in der Revolution zu erringen, absolut unfähig, die große historische Aufgabe des Proletariats zu erfüllen." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 100.

der Behandlung des Themas, wenn es einmal angeschnitten sei, zu widersetzen.

Botschafter *Stevenson* sagte, man müsse damit rechnen, daß wie im vergangenen Jahr wieder über atomfreie Zonen in Lateinamerika[44], in Asien und in anderen Gebieten gesprochen werde.

Außenminister *Rusk* schnitt sodann die Frage an, ob es möglich sei, die Franzosen dazu zu bewegen, wieder an Gesprächen über Themen teilzunehmen, die multilateralen Charakters seien. Die Abwesenheit der Franzosen von den Abrüstungsgesprächen[45] und von der Behandlung einiger Ost-West-Fragen[46] sei ein ernstes Problem. Man müsse sich darum bemühen, dies zustandezubringen.

Lord Home sagte, er habe bei seiner letzten Begegnung mit Couve de Murville[47] darauf hingewiesen, daß die westliche Mannschaft sozusagen ohne einen ihrer besten Spieler auf das Feld müsse. Couve habe darauf nichts gesagt. Die Franzosen wollten verhindern, daß durch eine Teilnahme an solchen Gesprächen ihre eigene Politik präjudiziert würde. Es sei zwar sehr wünschenswert, die Franzosen wieder bei solchen Gesprächen dabei zu haben, doch sehe er noch nicht, wie es ermöglicht werden könnte. Vielleicht beteiligten sich die Franzosen an der Behandlung des Themas über die Nichtverbreitung von nuklearen Waffen. Er denke dabei nicht an eine unmittelbare Beteiligung in Genf, vielleicht müsse man vielmehr ein paralleles Arrangement innerhalb der NATO vorsehen. Als er Couve ein entsprechendes Papier gezeigt habe, habe sich der französische Außenminister zumindest interessiert gezeigt, obschon er nicht gesagt habe, daß sich die Franzosen daran beteiligen würden. Allein aus dieser Reaktion schöpfe er aber eine gewisse Hoffnung.

Der Herr *Bundesminister* sprach sodann über seinen jüngsten Besuch in Paris[48] und erwähnte, daß die französische Haltung immer noch die gleiche wie im Dezember 1961 sei. Man erinnere sich noch genau, wie schwierig damals die Abfassung eines Kommuniqués im NATO-Rat gewesen sei.[49] Er glaube nicht, daß sich die französische Position heute wesentlich geändert habe. Die Franzosen seien davon überzeugt, daß alle Gespräche mit der Sowjetunion zu nichts führen würden und eher noch die Gefahr einer Verschlechterung des derzeitigen Zustandes mit sich brächten. Dies sei jedenfalls die Haltung, die sie sowohl öffentlich[50] wie im vertraulichen Gespräch[51] eingenommen hätten. Die Politik der Franzosen auf militärischem, nuklearem und auf dem NATO-Gebiet sei so, daß es schwierig sei, sich eine französische Beteiligung in Genf

[44] Für den Resolutionsentwurf, der am 15. November 1962 von Bolivien, Brasilien, Chile und Ecuador im Politischen Komitee der UNO-Generalversammlung eingebracht wurde, vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 1056 f.

[45] Zum Rückzug Frankreichs aus der Genfer 18-Mächte-Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 50, Anm. 11.

[46] Vgl. dazu Dok. 334, Anm. 19.

[47] Der britische Außenminister kam auf der Tagung des NATO-Ministerrats vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa mit dem französischen Außenminister zusammen. Zur Tagung vgl. Dok. 190.

[48] Zum Besuch des Bundesministers Schröder am 17. September in Paris vgl. Dok. 344 und Dok. 345.

[49] Vgl. dazu Dok. 349, Anm. 10.

[50] Vgl. dazu Dok. 334, Anm. 19.

[51] Vgl. dazu Dok. 344 und Dok. 357.

vorzustellen. In seinen Gesprächen habe er versucht, eine ausreichende französische Beteiligung an den Gesprächen der Viermächte-Botschaftergruppe in Washington[52] zu erreichen. Die Franzosen hätten sich auch bereit erklärt, dort über Ideen und Vorschläge, die von anderen eingebracht würden, zu sprechen. Dann gebe es immer noch den de Gaulleschen Vorschlag, eine Abrüstungskonferenz einzuberufen[53], was jedoch voraussetzen würde, daß die Achtzehnergespräche in Genf zusammenbrächen.[54] Es sei gewiß schwierig, einen Weg aus dieser Situation zu finden, die man auch in Deutschland als sehr bedauerlich ansehe, weil keine Aussicht bestehe, in der internationalen Politik zu einer vereinbarten Viermächte-Position zu gelangen. Andererseits habe aber das französische Nein einen gewissen Einfluß auf die öffentliche Debatte in Deutschland. Für die Bundesrepublik sei dieser Zustand außerordentlich unerfreulich, und auch das deutsch-französische Abkommen[55] könne diese Situation leider nicht ändern. Im Gegenteil, es ergäben sich daraus für das zweiseitige Verhältnis gewisse Schwierigkeiten. Die deutschen Möglichkeiten, die französische Politik zu beeinflussen, seien sicher nicht größer als die der Amerikaner und der Engländer. Dies sei die Situation, vor der man stehe, und die sich daraus ergebe, daß die Franzosen eine eigene nukleare Macht aufbauten[56] und ihre militärische Struktur umbauten und deshalb keinerlei Verpflichtung eingehen wollten.

Außenminister *Rusk* sagte, er sehe die Dinge noch nicht allzu tragisch, denn trotz allem, was die Franzosen sagten, steckten sie dennoch nach wie vor die Dividende aus der westlichen Politik ein. Wie könnten sie sonst ihre Streitkräfte um 200000 Mann reduzieren?[57] Er glaube nicht, daß bereits ein fundamentaler Bruch in der westlichen Haltung eingetreten sei. Dennoch sei die derzeitige Situation natürlich höchst unerfreulich. Man bedürfe im Westen der französischen Erfahrung und der französischen Beteiligung.

Lord Home sagte, wenn man sich über die Möglichkeit der Errichtung von stationären Beobachtungsposten einige, benötige man eine parallele Maschinerie in Genf und in der NATO. Erst wenn dies gewährleistet sei, könne man mit den Russen sprechen.

Der Herr *Bundesminister* erklärte, daß nach deutscher Auffassung ein Beobachtersystem in seiner Anwendung so universal wie möglich sein sollte. Es stelle sich zunächst die Frage, ob die Franzosen mitmachen würden – eine Frage, die sich aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit Nein beantworten lasse –, und sodann die Frage, in welcher Weise eine französische Nichtbeteiligung die Wirksamkeit des Systems berühren würde. Sodann könnten sich sehr große Schwierigkeiten bei der Stationierung solcher Beobachterposten in

[52] Zur Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 101, Anm. 4.

[53] Den Vorschlag zur Einberufung einer Abrüstungskonferenz unterbreitete Staatspräsident de Gaulle in der Pressekonferenz vom 29. Juli 1963. Vgl. dazu Dok. 280.

[54] Am 29. August 1963 vertagte sich die Genfer 18-Mächte-Abrüstungskonferenz bis zum Abschluß der Abrüstungsdebatte in der UNO-Generalversammlung. Sie nahm ihre Tätigkeit am 21. Januar 1964 wieder auf.

[55] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[56] Zur „force de frappe" vgl. Dok. 16, Anm. 6.

[57] Zur Reduzierung der französischen Streitkräfte vgl. Dok. 349, Anm. 16.

Deutschland ergeben, und es frage sich, wie die SBZ in diesem Zusammenhang behandelt werden sollte. Man müsse sich überlegen, ob ein solches System ohne Beteiligung der SBZ errichtet werden könne und, wenn ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet würde, wer dann die Unterzeichner sein sollten. Er wolle deshalb zu bedenken geben, ob das Viermächte-System, wie es derzeit bestehe, für Deutschland nicht aufrechterhalten werden könnte. Die Sowjets hätten drei Militärmissionen in Baden-Baden, Frankfurt am Main und Bünde. Es gebe in Potsdam eine westliche Militärmission[58] und, wie er höre, funktioniere dieses System zufriedenstellend. Er glaube, daß sich hier eine Möglichkeit abzeichne, die die Dinge für Deutschland einfacher machen würde. Außerdem würde auf diese Weise die Viermächte-Verantwortlichkeit für Deutschland unterstrichen, was sicher nicht schlecht wäre.[59]

Lord Home sagte, man könne nicht voraussagen, ob die Franzosen sich an einem Inspektionssystem beteiligen würden. Er halte ein derartiges System für nützlich, wenn die Militärs vielleicht auch anderer Ansicht seien. Er glaube, die Errichtung stationärer Beobachtungsposten in der Zone und in Osteuropa sei von Vorteil und Nutzen. Solche Posten müßten auch in der Sowjetunion eingerichtet werden, und Chruschtschow habe bereits gesagt, daß er damit einverstanden wäre. Ein derartiges System müsse aber die SBZ mit einbeziehen, und man müsse sich überlegen, wie bei einer Regelung zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt dieser Frage Rechnung getragen werden könne. Vielleicht lasse sich eine Lösung vorstellen, die analog der im Zusammenhang mit dem Versuchsstopp-Abkommen getroffenen Regelung wäre. Er glaube, daß durchaus etwas ausgearbeitet werden könne, was den Status der Zone nicht aufwerte. Vielleicht könnten die jetzt bestehenden Militärmissionen der Vier Mächte die Inspektion durchführen.

Der Herr *Bundesminister* erklärte, daß nach Auffassung des britischen Außenministers offensichtlich daran gedacht sei, dieses System aufgrund einer Regelung zwischen der NATO und der Warschauer Paktorganisation zu errichten. Er selbst würde es vorziehen, wenn die Frage der Inspektion nicht zwischen NATO und Warschauer Pakt vereinbart würde, weil dann möglicherweise andere Länder ausgeschlossen wären. Außerdem könne nicht von einer NATO-Teilnahme die Rede sein, wenn sich die Franzosen nicht beteiligten. Das Abkommen sollte auf weltweiter Grundlage getroffen und nicht auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt werden.

Lord Home stimmte dem zu, äußerte aber Zweifel, ob es möglich sein werde, von Anfang an eine weltweite Anwendung zu erlangen.

Außenminister *Rusk* sagte, was das Verfahren angehe, müsse gewährleistet werden, daß die Vertreter in der Standing Group[60] genaue Anweisungen bekämen. Man müsse den Versuch unternehmen, zu einer abgestimmten NATO-Auffassung zu gelangen. Vielleicht ließe sich auch ein Teil der in Genf geführten Verhandlungen aus diesem Zusammenhang herauslösen und in anderem Rahmen weiterführen, wodurch eine Beteiligung der Franzosen vielleicht er-

[58] Zu den Alliierten Militärmissionen in Deutschland vgl. Dok. 305, Anm. 8.

[59] Vgl. dazu weiter Dok. 427.

[60] Zur Standing Group der NATO vgl. Dok. 315, Anm. 12.

möglicht würde. Ihm läge viel daran, die Franzosen wieder an den Tisch zu bekommen.

Was eine atomfreie Zone in Südamerika angehe, so sei man darüber geteilter Auffassung. Er glaube zwar, daß man einen Versuch damit machen könne, doch betonte er, daß dann Kuba auch der Inspektion unterliegen müßte. Kuba habe aber bereits zu erkennen gegeben, daß es ein derartiges System für sich nicht akzeptieren würde.[61] Die Vereinigten Staaten wären allerdings nicht damit einverstanden, daß Gebiete, die zum Hoheitsgebiet der Vereinigten Staaten gehörten, wie Puerto Rico oder die Virgin Islands, in eine solche Zone mit einbezogen würden.[62] Sie hätten jedoch keine Bedenken, wenn Gebiete, die unter ihrer Kontrolle stehen, wie zum Beispiel Guantanamo oder die Panama-Kanal-Zone, darunter fallen würden.

Lord Home bemerkte, die sowjetische Reaktion sei ziemlich verärgert gewesen, weil die Kubaner dem Versuchsstopp-Abkommen nicht beigetreten seien.[63]

Außenminister *Rusk* vertrat die gleiche Auffassung. Er sagte, die Kubaner befürchteten daß die Sowjets mit Washington hinter ihrem Rücken ein Abkommen abschlössen.

Der Herr *Bundesminister* fragte, wieviele sowjetische Einheiten noch auf Kuba stationiert seien.

Außenminister *Rusk* antwortete, nach den vorliegenden Informationen befänden sich keinerlei sowjetische Bodenstreitkräfte mehr, nicht einmal ein Zug, auf Kuba. Es seien jedoch noch einige Fernmeldeeinheiten und technisches Personal im Zusammenhang mit den Abschußstellen für Boden-Luft-Flugabwehrraketen dort. Die Nachrichtendienste seien zwar vorsichtig in ihren Schätzungen, doch wäre er selbst überrascht, wenn es sich um mehr als acht- oder neuntausend Mann handeln würde.[64]

Der Herr *Bundesminister* sprach sodann über die Entwicklung der Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion, da diese Frage in Deutschland eine gewisse Rolle spiele. Vor ein paar Tagen habe er Gelegenheit gehabt, mit

[61] Vgl. dazu Dok. 37, Anm. 10.

[62] Am 7. Oktober 1963 machte der kubanische UNO-Delegierte Lechuga vor der UNO-Generalversammlung die Zustimmung zu einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika davon abhängig, daß diese den Panama-Kanal, Puerto Rico und die amerikanischen Stützpunkte in Lateinamerika einschließe. Vgl. UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 18th Session, 1231st Meeting, S. 18.

[63] Die kubanische Regierung verweigerte den Beitritt zum Teststopp-Abkommen mit der Begründung, daß die USA als einer der Signatarstaaten gegenüber Kuba einen „undeclared war" führe. Vgl. dazu die Ausführungen des kubanischen UNO-Delegierten Lechuga am 7. Oktober 1963 vor der UNO-Generalversammlung; UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 18th Session, 1231st Meeting, S. 17.
Während der Sondierungsgespräche in New York wurde der sowjetische Außenminister vom amerikanischen Außenminister Rusk und dem britischen Außenminister Lord Home auf einen kubanischen Beitritt zum Teststopp-Abkommen angesprochen. „Gromyko habe draufhin nicht gesagt, ob Kuba unterzeichnen werde. Er habe aber festgestellt, daß Peking seinen Standpunkt bereits klargemacht habe." Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschaftsrats Sahm, Paris (NATO), vom 2. Oktober 1963; Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 268; B 150, Aktenkopien 1963.

[64] Nach Angaben des Generalstabschefs der amerikanischen Landstreitkräfte, Wheeler, vom 21. Oktober 1963 waren seit Oktober 1962 von rund 22000 sowjetischen Soldaten etwa 15000 abgezogen worden. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10871.

einem asiatischen Außenminister über den derzeitigen Stand der Dinge zu sprechen.[65] Seine Ansichten hätten weitgehend mit denen von Außenminister Rusk übereingestimmt. Nach der Auffassung dieses Ministers komme aus russischer Sicht trotz des Gegensatzes mit den Chinesen den europäischen Problemen immer noch die erste Priorität zu. Daran habe sich nichts geändert. Der betreffende Außenminister habe gesagt, die Chinesen hätten zwar sechs- bis siebenhundert Millionen Menschen, doch sonst seien sie noch ziemlich isoliert. Insofern dürfte sich auch für die Sowjetunion noch nicht die Notwendigkeit ergeben, wegen des chinesischen Drucks eine Entspannung gegenüber dem Westen zu suchen. Der Außenminister habe sodann davon gesprochen, daß sich ursprünglich die Sowjets und die Chinesen den asiatischen Raum in Interessensphären eingeteilt und eine Art Gentlemen's Agreement getroffen hätten. Nunmehr versuchten aber die Sowjets auch in der chinesischen Einflußsphäre aktiver zu werden und zeigten vor allem zunehmendes Interesse an Indonesien. In Deutschland werde von verschiedenen Kreisen behauptet, der chinesische Einfluß auf die Sowjetunion sei noch nicht besonders stark, und deswegen sollte man eigentlich warten, bis dieser Druck noch weiter zunehme, in der Hoffnung, daß dann die Sowjets zu größeren Konzessionen bereit wären. Er selbst neige dazu, nicht auf einen unbestimmten Tag zu warten, sondern man müsse vielmehr die Dinge so sehen, wie sie im Augenblick seien, was natürlich keineswegs ausschließe, daß man die weitere Entwicklung immer sorgfältig verfolge.

Außenminister *Rusk* sagte, eine Überlegung sei von sehr weitreichender Bedeutung: Die Sowjets müßten nämlich in beachtlicher Sorge vor einem China sein, das über nukleare Waffen verfüge. Er halte es deswegen für richtig, wenn die Ost-West-Beziehungen verhältnismäßig ruhig blieben, solange sich diese Krise zwischen den beiden kommunistischen Ländern weiter entwickle. In dieser Beziehung seien die amerikanischen und die sowjetischen Interessen übereinstimmend. Auch die amerikanische Regierung denke mit Unbehagen an die Möglichkeit eines nuklearen Chinas. Dies bedeute natürlich nicht, daß der Westen sich nun mit Moskau verbünden sollte.

Botschafter *Kohler* vertrat die Auffassung, daß es sich bei der gegenwärtigen Krise um einen evolutionären Prozeß handle, der sich beeinflussen lasse. Im Grunde genommen handle es sich um eine nationale Auseinandersetzung, die ideologisch verbrämt sei. Es laufe darauf hinaus, daß die Sowjets ihren Wohlstand nicht mit den Chinesen teilen und sie nicht in den Besitz nuklearer Waffen gelangen lassen wollten. Dazu komme, daß zwischen beiden Ländern die längste ungeregelte Grenze verlaufe, die es überhaupt zwischen zwei Ländern gebe.[66] Die Sowjets hätten sich nun entschlossen, diesen Konflikt mit den Chi-

[65] Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem thailändischen Außenminister Khoman am 26. September 1963 in New York vgl. den Drahterlaß von Schröder, z. Z. New York, vom 26. September 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8510; B 150, Aktenkopien 1963.

[66] Am 8. März 1963 nahm die chinesische Regierung erstmals Stellung zur Frage der Grenzen mit der UdSSR. Sie betrachtete die Verträge zwischen dem Russischen Reich und China von 1858, 1860 und 1881, in denen chinesisches Territorium im Umfang von ca. 1,5 Millionen Quadratkilometern an Rußland abgetreten wurde, als „ungleiche Verträge". Die UdSSR wandte sich in einem Schreiben vom 29. November 1963 an das ZK der KP Chinas gegen den Versuch, historisch gewachsene Grenzen in Frage zu stellen und „künstlich territoriale Probleme zu schaffen". Vgl.

nesen auszukämpfen. Sie wollten jedoch keinen Zweifrontenkrieg führen. Andererseits müßten sie aber angesichts der chinesischen Propaganda das militante und aggressive Bild des Kommunismus in gewissem Umfang aufrechterhalten. Dies gelte vor allem bei den Bemühungen um die Entwicklungsländer. Der Prozeß, der sich hier vollziehe, werde graduell sein. Die Sowjets betrachteten alle ihre Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt, wie sich dies auf den Konflikt mit China auswirke. Dies lasse sich auch im Zusammenhang mit dem Versuchsstopp-Abkommen erkennen. Es gebe viele Leute, die geglaubt hätten, die Sowjets würden sich nicht für die Aufnahme der Chinesen in die Vereinten Nationen einsetzen.[67] Dies sei aber nicht richtig gewesen, denn der Konflikt werde mit der derzeitigen chinesischen Führungsgruppe und nicht mit dem chinesischen Volk ausgetragen. Man sehe sich im Westen damit einer in Bewegung geratenen Situation gegenüber, die man beeinflussen könne.

Abschließend wurde vereinbart, was der Presse über die Sitzung zu sagen sei. Außenminister *Rusk* schlug vor, der Presse mitzuteilen, daß Probleme im Zusammenhang mit der NATO und der Abrüstung sowie das Ost-West-Verhältnis besprochen worden seien. Über Einzelheiten sollte der Presse nichts gesagt werden.[68]

Die Sitzung endete gegen 12.30 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

368

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Gouverneur Rockefeller

Z A 5-109.A/63 geheim **30. September 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 30. September 1963 um 11 Uhr den Gouverneur des Staates New York Rockefeller zu einem Gespräch, bei dem außerdem Ministerialdirigent Dr. Osterheld zugegen war.

Einleitend bemerkte der Herr *Bundeskanzler,* er denke noch oft an das Essen, das Herr Rockefeller ihm in New York gegeben habe, bei dem so viele sehr

Fortsetzung Fußnote von Seite 1252

PEKING REVIEW, Nr. 10/11 vom 15. März 1963, S. 61, und PEKING REVIEW, Nr. 19 vom 8. Mai 1964, S. 21.

67 Zur sowjetischen Haltung bezüglich einer Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO vgl. Dok. 349, Anm. 2.

68 Für die Berichterstattung über das Treffen der Außenminister vgl. den Artikel: Three-Power Talks in U.S. Today; THE TIMES, Nr. 55818 vom 28. September 1963, S. 8.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 2. Oktober 1963 gefertigt.

einflußreiche Leute zugegen gewesen seien.[2] Damit sei damals die Pforte für Deutschland geöffnet worden.

Mr. *Rockefeller* bemerkte, noch nie habe der Westen so viel Grundsatztreue und Weitblick benötigt wie heute. Beides aber besitze der Herr Bundeskanzler in ganz besonders hohem Maße.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, der marokkanische Botschafter[3] habe ihm gerade vorhin erklärt, hinter Ben Bella stünden die Russen und die Chinesen. Die Algerier hätten nicht unbeträchtliche Streitkräfte auf marokkanisches Gebiet entsandt. Die Lage in gesamt Nordafrika sei daher im Augenblick sehr bewegt. Es handle sich um einen neuen Angriff der Sowjetunion, und der marokkanische Botschafter habe ihm gesagt, in Algerien komme unter der Führung Ben Bellas ein zweites Kuba zustande.

Mr. *Rockefeller* sagte dazu, dies sei wohl kaum im Geiste der sogenannten Entspannung. Er mache sich überhaupt Sorge wegen der Öffnung nach links und der Entspannung, die in zu vielen Ländern einschließlich der Vereinigten Staaten zu populär geworden sei.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies auf seinen Besuch in Rom.[4] Papst Paul werde nicht den Spuren seines Vorgängers[5] folgen, sondern die Kommunisten wirklich als Kommunisten betrachten. Die italienische Regierung hoffe, daß dadurch nach einiger Zeit Neuwahlen möglich würden, die günstiger ausgehen würden.[6] England könne, wenn überhaupt, nur ein Engländer verstehen. Es scheine jedoch, daß bei den nächsten Wahlen wahrscheinlich die Liberalen das gewinnen würden, was die Konservativen verlören. Dadurch kämen die Liberalen in eine entscheidende Rolle.

Mr. *Rockefeller* erzählte, daß ihm neulich ein führender Verleger in London vertraulich gesagt habe, daß das britische Volk kein Vertrauen mehr in die Konservativen habe. Es wolle aber auch nicht zu Labour umschwenken. Mr. Rockefeller fragte dann den Herrn Bundeskanzler, wie Amerika de Gaulle behandeln sollte, um die ständigen Reibungen zu überwinden. Wenn dies nämlich nicht gelänge, würden die Dinge für Deutschland außerordentlich schwierig, und eine Einigung Europas wäre dann unmöglich.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies darauf, daß bei de Gaulle zu beachten sei, daß er als sehr junger General im letzten Krieg in London von den Amerikanern und den Engländern miserabel behandelt worden sei.[7] So etwas vergesse

[2] Bundeskanzler Adenauer und Gouverneur Rockefeller trafen sich am 13. März 1960 auf einem Empfang des Generalkonsuls Federer. Vgl. den Artikel: Adenauer in New York; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 62 vom 14. März 1960, S. 4.

[3] Mehdi Abdeljalil.

[4] Zum Besuch von Bundeskanzler Adenauer in Rom vgl. Dok. 342.

[5] Papst Johannes XXIII.

[6] Zur Situation in Italien nach den Kammer- und Senatswahlen vom 28./29. April 1963 vgl. Dok. 172, Anm. 19.
Die geschäftsführende Regierung unter Ministerpräsident Leone trat am 5. November 1963 zurück. Zur Neubildung der italienischen Regierung vgl. Dok. 421, Anm. 24.

[7] General de Gaulle organisierte seit Juni 1940 von London aus den Widerstand gegen die deutsche Besatzung und die Vichy-Regierung. Großbritannien erkannte de Gaulle bereits am 28. Juni 1940 zwar als „Chef der Freien Franzosen" an, nicht jedoch dessen Anspruch, Inhaber der Staatsge-

man nicht leicht. Weiter sei zu beachten, daß das französische Volk ein ausgeprägtes Nationalgefühl habe und von seinen Führern ein entsprechendes Verhalten verlange. Drittens sei die französische Generalität wegen Algerien[8] antigaullistisch. Aus diesem Grund habe de Gaulle die Armee nicht aus der Hand geben und der NATO unterstellen können. De Gaulle bilde ja nun eine völlig neue Armee mit anderen Uniformen und ganz moderner Ausrüstung. Die ersten Einheiten dieser neuen Formationen seien am 14. Juli in Erscheinung getreten und hätten auf die deutschen Generale einen tiefen Eindruck gemacht. Ganz generell dürfe man nie vergessen, daß de Gaulle viel zu klug sei, nicht zu wissen, daß Europa einschließlich Frankreichs ohne Amerika gegen die Sowjetunion nicht gehalten werden könnte. De Gaulle habe zwar keine sehr hohe Meinung von den Engländern, doch schätze er die Amerikaner hoch. De Gaulle werde voraussichtlich ja bald einen Besuch in Amerika machen[9], und dort sollte man ihn sehr gut behandeln.

Mr. *Rockefeller* wies darauf hin, der Herr Bundeskanzler habe de Gaulle hervorragend zu behandeln verstanden, denn es sei ihm gelungen, de Gaulles Stärke positiv zu nutzen für ein Zusammengehen des deutschen und französischen Volkes.

Der Herr *Bundeskanzler* erzählte dann, wie er de Gaulle kennengelernt habe und wie es zu seinem ersten Treffen mit de Gaulle gekommen sei.[10]

Mr. *Rockefeller* sagte, es sei eben eine Frage des Vertrauens, und leider bestehe dieses Vertrauen zwischen Präsident Kennedy und General de Gaulle nicht. Er fragte dann, ob de Gaulle durch Prinzipien geleitet werde und Ziele habe, die man mit ihm gemeinsam haben könne, oder ob bei de Gaulle die Opportunität ausschlaggebend sei.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, de Gaulle werde keineswegs von Opportunitätsvorstellungen geleitet. Er sei vom Wert der Freiheit fest überzeugt, wenn er auch von Parlamenten keine sehr große Meinung habe. Das sei auch zu verstehen, denn bei den zahlreichen kleinen Parteien in Frankreich sei es unmöglich, eine stabile Politik durchzuführen. Hierin liege der Grund für die Maßnahmen, die de Gaulle getroffen habe. Es sei de Gaulle auch gelungen, das Ansehen Frankreichs nach innen und außen wesentlich zu heben. Ohne de Gaulle wäre Frankreich heute schon kommunistisch.

Mr. *Rockefeller* sagte dann, das Hauptproblem zwischen der amerikanischen Regierung und de Gaulle sei die nukleare Frage. Er fragte, durch welche Formel das Problem, dem de Gaulle und im übrigen auch England sich gegenübersähen, beigelegt werden könnte, wobei diese Formel für die gesamte freie Welt ebenfalls annehmbar sein müßte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1254

walt zu sein. Als politisches Organ des Freien Frankreich gründete er am 24. September 1941 das „Nationalkomitee der Freien Franzosen", dem die USA zunächst die Anerkennung verweigerten. Zu den Beziehungen zwischen de Gaulle und der britischen und amerikanischen Regierung vgl. Charles DE GAULLE, Mémoires de guerre, Bd. 1: L'Appel 1940–1942, Paris 1954.

8 Vgl. dazu Dok. 224, Anm. 16.

9 Zu einem offiziellen Besuch des französischen Staatspräsidenten in den USA kam es nicht. Vgl. dazu Dok. 237, Anm. 27.

10 Vgl. dazu Dok. 342, Anm. 9.

Der Herr *Bundeskanzler* wies zunächst darauf hin, daß de Gaulle für Frankreich nukleare Waffen wolle, weil er damit die Unterstützung des national denkenden Volkes für sich gewinnen wollte. Zu beachten sei weiterhin, daß das amerikanische Angebot an England zu Beginn dieses Jahres besser gewesen sei als das Angebot an Frankreich.[11] Darüber sei de Gaulle verärgert worden.

Mr. *Rockefeller* fragte, welche Möglichkeiten der Herr Bundeskanzler denn jetzt sähe, dieses Kernproblem beizulegen.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte zunächst, daß Amerika seinen besten Botschafter nach Paris schicken müßte. Außerdem sollte man de Gaulle einen sehr erfolgreichen Besuch in Amerika bereiten. Das übrige lasse sich dann allmählich regeln.

Mr. *Rockefeller* bemerkte, was ihm grundsätzliche Sorge bereite und womit er nicht einig gehe, sei, daß seine Regierung die anderen freien Länder aus dem nuklearen Besitz hinausdrängen wolle, so daß Amerika in der freien Welt als einzige Nuklearmacht übrigbliebe. Auf die Dauer könne dies für die Einigkeit des Westens nur schädlich sein.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, auf der anderen Seite werde es zu einem späteren Zeitpunkt nicht nur Rußland, sondern auch China geben, das nukleare Waffen besitze.[12]

Mr. *Rockefeller* fuhr fort, seines Erachtens müßte ein vereinigtes Europa über eine nukleare Streitmacht verfügen können.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, gerade das habe de Gaulle ja vorgeschlagen.[13]

Mr. *Rockefeller* erklärte, überhaupt finde er zahlreiche Positionen, die de Gaulle einnehme, sehr klug.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, de Gaulle sei äußerst klug, weitschauend und ein guter Psychologe.

Mr. *Rockefeller* sagte, er mache sich Sorge, falls es Amerika gelinge, England und Frankreich aus der nuklearen Rolle hinauszudrängen. Ein enges Verhältnis innerhalb der atlantischen Gemeinschaft sei einfach unmöglich, wenn nur Amerika nukleare Waffen besäße. Er fragte den Herrn Bundeskanzler, ob er diese Auffassung teile.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er gehe sogar noch etwas weiter. Wenn man, wie manche amerikanische Senatoren, erkläre, daß Amerika keine Soldaten mehr in Europa stationieren könnte, wenn die Europäer nicht die amerikanischen Hähnchen abkauften[14], dann könne dies nur schädlich sein. Sicherlich

[11] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962, in dem Großbritannien von den USA die Ausrüstung von U-Booten mit Polaris-Raketen zugesagt wurde, vgl. Dok. 2, Anm. 2. Zum Angebot an Frankreich vgl. Dok. 2, Anm. 4.

[12] Die Volksrepublik China führte die erste Atom-Testexplosion am 16. Oktober 1964 in der Takla-Makan-Wüste durch.

[13] Zum Vorschlag einer europäischen Nuklearstreitmacht vgl. Dok. 361, Anm. 40. Zu den verteidigungspolitischen Vorstellungen des Staatspräsidenten de Gaulle vgl. auch Dok. 357.

[14] Zum „Hähnchen-Krieg" vgl. Dok. 346 und Dok. 349, besonders Anm. 55.

sei die Auffassung von Herrn Rockefeller richtig. Die Ungleichheiten in der Machtverteilung dürften nicht zu groß sein. Amerika habe mehr weltweite Interessen als irgendein europäisches Land, und deswegen müsse es auch stärker sein. Die europäischen Länder dürften jedoch nicht zu schwach sein.

Mr. *Rockefeller* äußerte die Befürchtung, daß Amerika sogar den ausschließlichen Besitz der Nuklearwaffen als politische Waffe gegen die Alliierten einsetzen könnte und aus einem Verhältnis der Partnerschaft immer mehr ein Verhältnis von Befehlsgeber zu Befehlsempfänger erwachse. Dies könnte aber nur desintegrierend wirken.
Mr. Rockefeller stellte dann die Frage, ob die Auffassung falsch sei, daß man sich als Endziel eine föderative Struktur vorstelle, die nicht nur Europa, sondern auch England, Amerika und Kanada miteinbeziehe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, sicherlich sollte man auf dieses Ziel zugehen. Andererseits dürfte der Rahmen auch nicht zu weit gespannt sein, weil dann eine Einigung nur sehr schwer möglich wäre. Jedenfalls sei er der Auffassung, daß die europäische Gemeinschaft sehr enge Beziehungen mit Amerika und England haben müsse.

Mr. *Rockefeller* fragte, ob diese europäische Gemeinschaft letzten Endes als Föderation oder als Zusammenschluß unabhängiger Staaten gesehen werden sollte.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, dies müsse man der Entwicklung überlassen. Das könne man heute nicht vorschreiben. Er glaube zum Beispiel, daß eines Tages auch Polen und Ungarn zu dieser europäischen Gemeinschaft hinzugehören sollten.

Mr. *Rockefeller* gab zu bedenken, wenn es nicht schon etwas gebe, dem sich diese Länder anschließen könnten, wäre es für diese Länder vielleicht schwieriger, den kommunistischen Block zu verlassen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, all dies müsse sich allmählich vollziehen. Die Bundesrepublik habe jetzt die ersten Kontakte wirtschaftlicher Art mit Polen aufgenommen[15] und verhandle in demselben Sinne mit Ungarn.[16] Dadurch solle erreicht werden, daß das Verhältnis dieser Länder zu Moskau allmählich loser werde.

Mr. *Rockefeller* kam dann erneut auf die nukleare Frage zu sprechen und erkärte, er habe in aller Öffentlichkeit gegen die multilaterale Streitmacht Stellung genommen, weil sie lediglich große Geldausgaben mit sich bringe, ohne das Problem Frankreichs und Englands wirklich zu lösen.[17]

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers,* ob Mr. Rockefeller denn glaube, daß es wirklich einmal zu einer multilateralen Streitmacht kommen werde, erwiderte Mr. *Rockefeller,* er hoffe es nicht und opponiere gegen diese Streitmacht zu Hause. Es wäre nämlich zum Beispiel für England unmöglich, sich dieser

[15] Zum Abkommen mit Polen vom 7. März 1963 über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr sowie den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 114, Anm. 4. Die Handelsvertretung in Warschau wurde im September 1963 eröffnet.

[16] Zum Stand der Verhandlungen mit Ungarn vgl. Dok. 339.

[17] Zur Haltung von Rockefeller zur MLF vgl. auch Dok. 240.

Sache anzuschließen und gleichzeitig seine eigene nukleare Streitmacht weiterzuverfolgen. Es könne allerdings sein, daß Amerika genau das im Sinne habe. Auch für Deutschland würde es eine ungeheuer große Geldausgabe bedeuten.[18] Vor allem aber sei er nicht sicher, daß mit der multilateralen Streitmacht das Grundproblem gelöst werde, wie man zu einer Einigung über eine europäische Streitmacht kommen könne. Die multilaterale Streitmacht scheine ihm eher eine Ausflucht als eine echte Lösung zu sein. Diese Probleme würden im übrigen auch Gegenstand der nächsten Wahlkampagne sein.

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers,* ob das Negerproblem ebenfalls eine Rolle spielen werde, sagte Mr. *Rockefeller,* das Negerproblem werde sicherlich unausgesprochen eine Rolle spielen. Er habe schon seit drei Jahren den Präsidenten gedrängt, die versprochenen Maßnahmen der Bürgerrechtsgesetzgebung[19] im Kongreß durchzuführen. Der Präsident habe dies aber erst nach 2½ Jahren und unter dem Druck der Demonstrationen getan. Die meisten Leute glaubten zwar nicht, daß Kennedy geschlagen werden könnte.[20] Er aber sei anderer Auffassung.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe darüber mit Kennedy gesprochen, der ihm erklärt habe, daß im allgemeinen das amerikanische Volk seinen Präsidenten wieder wähle, es sei denn, daß irgendetwas besonderes eintrete. Dieses Besondere könnte die Farbigenfrage sein.

Mr. *Rockefeller* war der Auffassung, daß es tatsächlich so kommen könnte. Er selbst habe seit jeher die Gleichheit aller Menschen unterstützt, und der Staat New York habe auf diesem Gebiet mehr als alle übrigen Staaten getan. Die Rassendiskriminierung sei im Staate New York abgeschafft, und er als Gouverneur habe die Befugnis, jeden zu belangen, der die Diskriminierung praktiziere. Das sei natürlich in seiner Partei nicht ganz einfach durchzusetzen gewesen. Er habe dies aber immer für richtig erachtet und gedenke auch weiterhin seinen Prinzipien zu folgen. Er habe auch vor, mit Kennedy nur über Prinzipien zu streiten. Im Augenblick allerdings müsse er sich gegen den extrem konservativen Flügel seiner eigenen Partei durchsetzen. Seine Sorge sei doppelter Natur. Innenpolitisch befürchte er, daß die Kennedy-Administration den wahren Wert des freien Unternehmertums nicht erkannt habe. Die zweite Sorge sei die Öffnung nach links und die Unterstützung von Leuten wie Wilson, Nenni usw. Er halte dies für gefährlich, weil dieselbe Geisteshaltung in der amerikanischen Administration auch hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu finden sei. Demgegenüber sei er wie der Herr Bundeskanzler der Auffassung, daß man mit den Russen nur von einer Position der Stärke aus verhandeln könne.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, wer die Russen kenne, schenke ihnen keinen Glauben. Nur wenn man stark sei, könne man von den Russen etwas herausholen.

[18] Zur Finanzierung der MLF vgl. Dok. 144, Anm. 14; weiter Dok. 475.

[19] Vgl. dazu Dok. 361, Anm. 45.

[20] In den USA fanden am 3. November 1964 Präsidentschaftswahlen statt.

Mr. *Rockefeller* sagte, es beunruhige ihn die Tendenz in seinem Lande, mit den Russen mitzugehen. Er halte dies für gefährlich. Er habe, obwohl er Republikaner sei, während des zweiten Weltkrieges eng mit Roosevelt zusammengearbeitet[21], der ja geglaubt habe, er könne mit Stalin fertig werden. Kurz vor seinem Tode[22] (und dies habe wohl auch zu Roosevelts Tod beigetragen) habe Roosevelt erkannt, daß er versagt habe und Stalin mit ihm fertig geworden sei. In den noch unveröffentlichten Privatpapieren von Senator Vandenberg, den er sehr gut gekannt habe, befinde sich eine Aufzeichnung über ein Gespräch Vandenbergs mit Roosevelt, der ihn gebeten habe, auf die Konferenz von San Franzisko[23] zu gehen, weil er der einzige sei, den die Russen fürchteten.[24] Roosevelt habe Vandenberg gesagt, dieser müsse unbedingt nach San Franzisko reisen, denn er allein könne mit den Russen reden, während er (Roosevelt) versagt habe.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, wie es denn jetzt aussehe.

Mr. *Rockefeller* sagte, er befürchte, daß die allzu gescheiten intellektuellen Berater Kennedys an eine echte Änderung in Rußland glaubten. Das aber sei gefährlich. Im übrigen glaubten auch die Engländer daran. Diese Kräfte seien der Auffassung, daß durch verstärkten Handel und verstärkte Kontakte Rußland und Amerika einander näherkommen könnten und auf dem Wege des Kompromisses eine gemeinsame Haltung erreichen könnten. Das aber halte er für gefährlich, und aus diesem Grunde sei er Politiker geworden.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, seine Auffassung lasse sich in wenigen Worten darstellen. Erstens ginge es Rußland wirtschaftlich nicht gut. Rußland wolle gleichzeitig gegen den Westen und gegen den Osten aufrüsten, Ostsibirien entwickeln und den Lebensstandard der Bevölkerung heben. Allen Aufgaben zugleich könne Rußland aber nicht gerecht werden. Die Frage stelle sich daher jetzt, ob man den Russen ihre schwierige Lage erleichtern sollte in der Meinung, daß sie dann lieb und brav sein würden, oder ob man die Lage in Rußland sich noch weiter verschlechtern lassen sollte, um dann, wenn den Russen das Wasser am Halse stehe, mit ihnen zu verhandeln.[25] Rußland sei jetzt dabei, eine großangelegte chemische Industrie zu entwickeln und wolle chemische Kombinate von deutschen und britischen Firmen abkaufen.[26] Dies dürfe man auf gar keinen Fall zulassen.

Mr. *Rockefeller* schloß sich dieser Auffassung absolut an. Aus diesem Grund habe er gesagt, daß diese Dinge bei der kommenden Präsidentenwahl eine Rolle spielen würden, denn es handle sich jetzt darum, daß Amerika in diesem kritischen Augenblick den richtigen Weg wähle. Der Herr Bundeskanzler und de Gaulle hätten eine kleine dritte Kraft in Amerika, die für sie arbeitete.

[21] Nelson A. Rockefeller war 1944/45 Leiter der Abteilung für die amerikanischen Staaten im amerikanischen Außenministerium.

[22] Präsident Roosevelt starb am 12. April 1945.

[23] Die Gründungskonferenz der UNO in San Francisco tagte vom 25. April bis 26. Juni 1945.

[24] Vgl. dazu Arthur H. VANDENBERG (Hrsg.), The Private Papers of Senator Vandenberg, Boston 1952, S. 155.

[25] Zur Auffassung des Bundeskanzlers Adenauer über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der UdSSR vgl. Dok. 355 und Dok. 403, Anm. 11.

[26] Vgl. dazu Dok. 444.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, es gehe darum, ob eine friedliche Lösung der Rußlandfrage dadurch erzielt werden könne, daß man den Russen jetzt keine Hilfe gebe, sondern erst, wenn die Russen durch Taten bewiesen hätten, daß sie tatsächlich anders dächten.

Mr. *Rockefeller* wies noch darauf hin, in Westberlin und im Verhältnis zu Ostberlin habe er auch nicht ein einziges Anzeichen dafür gesehen, daß Rußland seine Haltung geändert habe. Im Gegenteil, die Russen seien jetzt noch schlimmer. Dies gelte nicht nur für Deutschland, sondern auch für Kuba, Marokko, Laos, Südvietnam usw.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte abschließend, er teile die Auffassung Rockefellers, daß es ein sehr großes Unglück für die ganze Welt wäre, wenn man jetzt beschlösse, immer nur von Entspannung zu reden.

Mr. *Rockefeller* sagte, er habe in diesem Punkt seine Auffassung seit 30 Jahren nicht geändert und werde sie wohl auch in Zukunft nicht ändern.

Das Gespräch endete um 12.40 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/62

369

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 945/63 **30. September 1963**[1]

Betr.: Zuständigkeit für Entwicklungshilfe[2]

I. Allgemeines

1) Das Schreiben des Herrn BMZ[3] gründet sich auf die Auffassung, daß die Entwicklungspolitik ein neuer, selbständiger Zweig der Regierungspolitik sei und neben die klassischen Elemente Außenpolitik und Wirtschaftspolitik zu treten habe. Diese Auffassung ist abzulehnen. Die Entwicklungspolitik ist eine aus der Nachkriegsentwicklung der Welt entstandene neue Spielart der Außenpolitik und internationalen Wirtschaftspolitik. Entwicklungspolitik ist

[1] Staatssekretär Lahr leitete eine Ausfertigung der Aufzeichnung am 3. Oktober 1963 mit folgendem Vermerk an Ministerialdirektor Langer, Bundesministerium für Wirtschaft, weiter: „Im Anschluß an das Gespräch zwischen den Herrn Bundesministern Erhard und Schröder am 1. Oktober übersende ich Ihnen in der Anlage einen Vermerk des Auswärtigen Amts über die von Herrn Bundesminister Scheel gegenüber Herrn Bundesminister Erhard vorgebrachten Zuständigkeitswünsche. Das Auswärtige Amt geht davon aus, daß diese Frage, wie es Herr Bundesminister Erhard zum Ausdruck brachte, nach der Regierungsneubildung von dem Herrn Bundeskanzler mit den beteiligten Bundesministern besprochen wird." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 408.

[2] Zu den Zuständigkeiten des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. bereits Dok. 248.

[3] Mit Schreiben vom 23. September 1963 unterbreitete Bundesminister Scheel Bundesminister Erhard Vorstellungen über eine Zuständigkeitsneuregelung für die Entwicklungshilfe. Für den Wortlaut vgl. Referat III B 1, Bd. 313.

auf den spezifischen Tatbestand der Entwicklungsländer angewandte Außen- und Außenwirtschaftspolitik.

2) Alle Länder, die außer uns eine Entwicklungspolitik verfolgen, betreiben dies im Rahmen ihrer Außenpolitik, d. h. durch ihre Außenministerien. Besonders lehrreich ist das Beispiel der USA, die die selbständig gewesene Agentur für Entwicklungshilfe auf Grund der mit der Selbständigkeit gemachten Erfahrungen in das State Department wieder eingegliedert haben.[4] In England und Frankreich arbeiten zwar die alten Kolonialministerien gegenüber den ehemaligen Kolonialgebieten auf der Grundlage der Entwicklungshilfe weiter – dies jedoch mit einer spezifischen Zielsetzung, die für uns nicht in Betracht kommt; im übrigen sind auch dort die Außenministerien zuständig. Diese Praxis beruht auf der einfachen Erkenntnis, daß gegenüber der Mehrzahl der Entwicklungsländer die Außenpolitik im wesentlichen aus der Entwicklungspolitik besteht. Sie aus dem Bereich der Außenministerien herauszusondern hieße, zu einer Zweiteilung der Außenpolitik zu gelangen.

3) Bei uns hatte man sich wegen der unbestreitbaren wirtschaftspolitischen Implikationen zur gemeinsamen Leitung der Entwicklungspolitik durch Auswärtiges Amt und Bundeswirtschaftsministerium entschlossen.[5] Hieran war im wesentlichen nur das auszusetzen, daß die Entwicklungshilfe eine nicht unbeträchtliche Arbeit nichtministerieller Art einschließt. Die logische Weiterentwicklung wäre die Schaffung einer Oberen Bundesbehörde für Entwicklungshilfe unter gemeinsamer Leitung des Auswärtigen Amts und des Bundeswirtschaftsministeriums gewesen (ähnlich der Bundesstelle für den Außenhandel). Die Schaffung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit[6] hat die Dinge erheblich kompliziert. Daher in Wirklichkeit das von dem Herrn BMZ häufig beklagte „Durcheinander". Die Folge muß sein, nicht das Kollegialprinzip umzustoßen, sondern es besser zu handhaben (siehe Ziffer III).

4) Die Übertragung aller wesentlichen Zuständigkeiten auf das BMZ heißt einmal, die Entwicklungspolitik aus ihren natürlichen Zusammenhängen mit der Außenpolitik und der Außenwirtschaftspolitik herauszureißen, und führt zum anderen zu einer administrativen Aufblähung. Während die Aufgaben, die heute dem Auswärtigen Amt und dem Bundeswirtschaftsministerium in der Entwicklungspolitik zufallen, von einem weitgehend vorhanden gewese-

[4] Mit Wirkung vom 30. September 1961 übertrug Präsident Kennedy dem amerikanischen Außenministerium die Zuständigkeit für die Entwicklungshilfe. Der im Außenministerium zu schaffenden Agency of International Development wurden das Personal und die Finanzmittel der International Cooperation Administration sowie des Development Loan Fund zur Verfügung gestellt. Für den Wortlaut der Anordnung vom 3. November 1961 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 45 (1961), S. 900–902.

[5] Im Jahr 1953 wurde aus dem Gegenwertfonds für die Marshallplan-Mittel eine halbe Million DM als „Zuschüsse für die Förderung des Erfahrungsaustausches mit den unter- oder weniger entwickelten Gebieten" bereitgestellt. Das Bundesministerium für Wirtschaft, das die Mittel verwaltete, erhielt ab 1956 zusätzlich einen eigenen Haushaltstitel von anfänglich 3,5 Millionen DM mit der Zweckbestimmung „Hilfeleistungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau von weniger entwickelten Ländern". Auf Drängen einer interfraktionellen Initiative des Bundestages wurden 1956 im Haushalt des Auswärtigen Amts 50 Millionen DM für „Technische Hilfe" bereitgestellt.

[6] Zur Gründung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 14. November 1961 vgl. Dok. 248, Anm. 8.

nen Apparat bewältigt werden, müßte er im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit neu geschaffen werden. Es würde dort ein neues Teil-Auswärtiges Amt, Teil-Bundeswirtschaftsministerium und Teil-Bundesernährungsministerium entstehen, wie überhaupt anstelle jedes Ressorts, das bisher im Lenkungsausschuß[7] vertreten war, neue Referate und Abteilungen im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffen werden müßten. Das hieße eine laufende Vergrößerung des Verwaltungsapparats bei sinkenden Haushaltsansätzen für die Entwicklungshilfe. Der Herr BMZ bestätigt dies, indem er die Abtretung von Planstellen fordert. Nur ist diese Abtretung nicht möglich, weil bei uns der wesentliche Teil der Arbeit von Referenten geleistet wird, für die sich diese Arbeit in ein größeres Arbeitsgebiet eingliedert.

5) Die Entwicklungspolitik hat für uns insofern einen besonderen außenpolitischen Akzent, als der Kreis der Entwicklungsländer im wesentlichen zusammenfällt mit dem Kreis der „noncommitted world", der gegenüber wir ständig um die Anerkennung unserer Deutschlandpolitik zu ringen haben.[8] Diese verspricht nur Erfolg, wenn das Auswärtige Amt mit seinem Auslandsapparat das Instrument der Entwicklungshilfe in der Hand behält.

6) Ein wesentlicher Unterschied zwischen uns und dem BMZ liegt darin, daß wir die Entwicklungspolitik – wie auch alle anderen Länder, die Entwicklungspolitik betreiben – als ein Stück praktische Politik ansehen, während für das BMZ die Ideologie („weltweite Sozialpolitik")[9] im Vordergrund steht, ohne daß es jedoch dem BMZ gelungen wäre, den schon vorhandenen Erkenntnissen wesentliche neue hinzuzufügen.

II. Einzelfragen

Zu Anlage A des BMZ[10]

Zu 1–3:
Die Übertragung der Federführung an das BMZ verbietet sich aus den zu I aufgeführten Gründen. Die vom BMZ angebotene Beteiligung der anderen Ressorts „nach Maßgabe ihrer allgemeinen Zuständigkeit" ist demgegenüber eine inhaltslose Formel, die um so weniger verspricht, als die Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit dem BMZ auf Grund der Zuständigkeitsvereinbarung vom November 1961[11] unbefriedigend sind.

[7] Interministerieller Ausschuß für Entwicklungspolitik.

[8] Vgl. dazu bereits die Stellungnahme des Staatssekretärs Lahr vom 11. Oktober 1961 zur geplanten Gründung eines Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 320; B 150, Aktenkopien 1961.

[9] Zu entsprechenden Vorstellungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. Dok. 248, Anm. 7.

[10] Anlage A zum Schreiben vom 23. September 1963 enthielt Vorschläge für eine „Zuständigkeitsneuregelung für die Entwicklungshilfe". Für den Wortlaut vgl. Referat III B 1, Bd. 313.

[11] Nach dieser Vereinbarung erhielt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Vorsitz und Geschäftsführung des Interministeriellen Ausschusses für Entwicklungspolitik sowie des Ausschusses für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern auf dem Gebiet der technischen Hilfeleistung und der Ausbildungshilfe. Es war u. a. zuständig für die Bewirtschaftung des für die Entwicklungshilfe zur Verfügung stehenden Teils des Sondervermögens aus dem European Recovery Program (Marshall-Plan), der Haushaltsmittel für Technische und Kapital-

Zu 4:
Der Begriff „Bildungshilfe" ist unscharf und bedeutet praktisch den Versuch des BMZ, in den Zuständigkeitsbereich unserer Kulturabteilung einzudringen. Eine Klärung ist nur mit Hilfe einer Kasuistik möglich, um die wir uns seit langer Zeit bemühen.
Das gleiche droht von dem Begriff „Handelshilfen". Diese sollten ein Instrument der Außenhandelspolitik bleiben.

Zu 5:
Die Führung von Delegationen gehört auf Grund der „Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesregierung" zur Zuständigkeit des Bundesaußenministers. Dieser Grundsatz muß aufrechterhalten bleiben. Praktisch haben wir auch andere Ressorts zur Verhandlungsführung zugelassen (vgl. hierzu Abschnitt III).
Ein Weisungsrecht gegenüber unseren Auslandsvertretungen ist inakzeptabel (siehe unten).
Die Zusammenfassung der Haushaltsansätze ist bereits erfolgt.
Zur Abtretung der Planstellen siehe oben Ziffer I 4.

Zu Anlage B des BMZ[12]

Zu 1+2:
Der Begriff der „Abstimmung" ist unklar. Wenn gemeinsame Entscheidung gemeint ist, bedarf es keiner neuen Regelung.
Es gibt keine Antithese „außenpolitischer und entwicklungspolitischer Charakter" der Entwicklungshilfe. Infolgedessen kann das kein Kriterium der Zuständigkeitsabgrenzung sein.

Zu 3:
Der Vorschlag des BMZ zur Abgrenzung zwischen Entwicklungs- und Kulturpolitik bedarf der kasuistischen Erläuterung (siehe oben). Abzulehnen ist eine Zweiteilung der Kulturpolitik nach Industrieländern und Entwicklungsländern; manche „Entwicklungsländer" haben eine ältere Kultur als manche „Industrieländer".

Fortsetzung Fußnote von Seite 1262

hilfe sowie – in Zusammenarbeit mit den beteiligten anderen Bundesministerien – für „die Beobachtung der Wirkung der deutschen Entwicklungshilfe im Ausland". Vgl. Referat III B 1, Bd. 313.

[12] Anlage B zum Schreiben vom 23. September 1963 enthielt die Vorschläge für eine Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt nach Übernahme der Federführung für die Entwicklungshilfe durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: „Die sachliche Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen dem Auswärtigen Amt und dem BMZ wird bestimmt durch den entwicklungspolitischen Charakter der Tätigkeit. Auf kulturpolitischem Gebiet ist das Auswärtige Amt zuständig für alle Fragen der klassischen Kulturpolitik, so wie sie normalerweise in Industrieländern durchgeführt wird. Das BMZ ist zuständig für alle kulturpolitischen Aufgaben mit überwiegend entwicklungspolitischer Motivation oder Auswirkung." Regierungsverhandlungen „über außenpolitische Fragen der Entwicklungspolitik" sollten vom Auswärtigen Amt, alle übrigen vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu führen sein. Geplant war ferner die Einrichtung von Außenstellen bei den Auslandsvertretungen in einzelnen Entwicklungsländern, die „unbeschadet der unmittelbaren Berichterstattung an das BMZ und dessen Weisungsrecht" den Missionschefs unterstehen sollten, und die Übersendung der Berichte „mit entwicklungspolitischem Inhalt" auch an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vgl. Referat III B 1, Bd. 313.

Das BMZ ist im Handelspolitischen Ausschuß vertreten. Damit dürfte eine ausreichende Mitwirkung in der Handelspolitik sichergestellt sein.

Zu 4:
Der Vorschlag für die Vertretung in internationalen Organisationen ist ein Musterfall unpraktischer Ideologie. Ihm zufolge wird es nicht einen, sondern zwei deutsche Sprecher geben, die sich bei jeder Frage alternierend zu „außenpolitischen und entwicklungspolitischen Aspekten" zu äußern haben.
Zur Frage der Verhandlungsführung siehe oben.

Zu 5:
Für die Einrichtung besonderer Missionen des BMZ im Ausland gelten die allgemeinen Bemerkungen zu Abschnitt I, 1–5 in besonderem Maße. Besonders sei auf das amerikanische Beispiel hingewiesen. Unsere Auslandsmissionen haben sich in zunehmendem Maße und erfolgreich mit Entwicklungsfragen befaßt. Die entwicklungspolitische Tätigkeit ist vom Standpunkt der Auslandsmissionen in den Entwicklungsländern kein Sonderbereich, sondern der Kern- und Hauptbereich ihrer Tätigkeit. Der „Entwicklungsattaché" muß der Botschafter selbst sein. Beauftragte des BMZ, die ihre Tätigkeit als „Spezialtätigkeit" betreiben, können ihrer Aufgabe nicht gerecht werden. Die vom BMZ geforderte Verpflichtung des Missionschefs „zur laufenden Unterrichtung des Beauftragten für Entwicklungshilfe über politische Gegebenheiten" gehört zu den Kuriosa dieses Papiers.

Zu 6:
Die unmittelbare Berichterstattung der Auslandsvertretungen an andere Ministerien ist von uns im Interesse der Einheitlichkeit der Berichterstattung immer abgelehnt worden. Ein Zugeständnis an das BMZ würde notwendigerweise zahlreiche weitere Konzessionen und dann die Desorganisation des Außendienstes zur Folge haben.

III. Verbesserungsmöglichkeiten

1) Herr Bundesminister Erhard sollte in der Forderung unterstützt werden, hierüber erst nach der Regierungsneubildung[13] zu sprechen.[14]

[13] Zum bevorstehenden Regierungswechsel vgl. Dok. 343, Anm. 13.

[14] Vgl. dazu das Schreiben des Bundesministers Erhard vom 27. September 1963 an Bundesminister Scheel; Referat III B 1, Bd. 313. Darin wurde Scheel „zur Vermeidung von Mißverständnissen" von Erhard jedoch darauf hingewiesen, „daß mir Ihre Erwartungen in Richtung einer uneingeschränkten Zuständigkeit nach Maßgabe Ihres Vorschlags nicht realistisch erscheinen".
Am 7. November 1963 legte Bundesminister Scheel Bundeskanzler Erhard neue Vorschläge zur Abgrenzung der Zuständigkeiten seines Ressorts vor, die am 13. November von Erhard den Bundesministern Schröder, Schmücker und Dahlgrün mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet wurden. Nicht verändert waren darin die Vorstellungen des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit bezüglich der Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt. Vgl. Referat III B 1, Bd. 313.
Dazu führte Staatssekretär Carstens am 14. November 1963 gegenüber Bundesminister von Hassel aus, „das Auswärtige Amt könne auf seinen eigenen Einfluß in dieser Angelegenheit nicht verzichten. Es sei undenkbar, Entwicklungspolitik unter Vernachlässigung außenpolitischer Gesichtspunkte zu betreiben. Das Ministerium Scheel ... habe aber nun nach meiner Auffassung den Fehler gemacht, die Kompetenz des Auswärtigen Amts selbst in Frage gestellt zu haben. So seien ganz abwegige Versuche unternommen worden, die Zuständigkeit unserer Kulturabteilung zu beschneiden. Auch andere Pläne des Ministeriums Scheel, wie zum Beispiel die Errichtung eigener Dienststellen im Ausland, seien völlig abwegig." Vgl. Referat III B 1, Bd. 313.

2) Folgende Verbesserungen sind möglich und wünschenswert:
a) Der Lenkungsausschuß ist wegen der Vielzahl seiner Mitglieder schwerfällig. Es sollte ein wirklicher Lenkungsausschuß, bestehend aus Auswärtigem Amt, Bundeswirtschaftsministerium und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit unter Vorsitz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit gebildet werden. Der bestehende Lenkungsausschuß könnte als interministerieller Ausschuß mit konsultativem Charakter weiterbestehen.
b) Als stärkste Bremse hat sich das Bundesfinanzministerium erwiesen. Statt sich darauf zu beschränken, über die Einhaltung der Mittel zu wachen, mischt es sich in jede Einzelheit ein, und dies mit der kaum verhüllten Tendenz, möglichst nicht zur Inanspruchnahme aller zur Verfügung stehenden Mittel zu gelangen. Hierüber hätten hauptsächlich die Herren Bundesminister Scheel und Dahlgrün zu sprechen.
c) Bezüglich der Verhandlungsführung haben wir dem BMZ mit Schreiben vom 10. Juli (siehe Anlage 1) eine entgegenkommende Regelung angeboten.[15]
d) Wir sind bereit, dem BMZ Abdrucke der einschlägigen Berichte unserer Auslandsvertretungen laufend zu übersenden.

Hiermit dem Herrn Minister[16] vorgelegt.

Lahr

Referat III B 1, Bd. 313

[15] Dem Vorgang nicht beigefügt. Für einen Entwurf vom Juni 1963 vgl. Referat III B 1, Bd. 313.
[16] Hat Bundesminister Schröder am 2. Oktober 1963 vorgelegen.

370

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath

II 5-82.01/94.03-1332/63 VS-vertraulich **1. Oktober 1963**

Betr.: Austausch von Handelsvertretungen mit Bulgarien[1]

Der Leiter des bulgarischen Außenhandelsbüros in der Bundesrepublik Deutschland, Handelsrat Penko Penkow, der verspätet zu dem bei Herrn D II[2] angesetzten Besuch eintraf, wurde von Herrn Dg II[3], der im Verlauf der Unterhaltung ebenfalls abgerufen wurde, und dem Unterzeichneten empfangen.

Nach einigen freundlichen Bemerkungen des Herrn Penkow über den deutsch-bulgarischen Wirtschaftsaustausch, dessen Intensivierung noch möglich sei, erläuterte ich unsere politischen Grundsätze im Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten[4] und erwähnte unsere Abmachungen mit Polen[5].

Herr Penkow erwiderte, er sei von seiner Regierung bevollmächtigt zu erklären, daß Bulgarien an der Aufnahme amtlicher Beziehungen zu uns interessiert sei und daß die künftigen Handelsvertretungen nach bulgarischer Auffassung auch einige weitere Funktionen, z. B. auf konsularischem oder kulturellem Gebiet, ausüben sollten.

Ich habe geantwortet, daß wir auf Grund unserer bisherigen Erfahrungen an eine Handelsvertretung denken, der man auch Paß- und Sichtvermerksbefugnisse übertragen könnte. Sodann habe ich unseren Standpunkt in der Berlin-Frage[6] erläutert und darauf hingewiesen, daß für uns die Einbeziehung Berlins selbstverständlich sei. Herr Penkow war auf diese Mitteilung augenscheinlich vorbereitet. Er erwiderte in zusammenhängenden Ausführungen, daß unsere Auffassung in der Berlin-Frage der bulgarischen Seite bekannt sei. Bulgarien stehe im anderen Lager und sei der Auffassung, daß Berlin eine Freie Stadt[7] werden solle. Die Verantwortung für den endgültigen Status von Berlin liege letzten Endes bei den Alliierten. Man brauche deshalb beim Austausch von Handelsvertretungen Berlin vielleicht überhaupt nicht[8] zu erwähnen.

Ich habe demgegenüber betont, daß Berlin stets in alle unsere Abmachungen mit anderen Staaten einbezogen worden ist und auch weiter einbezogen wird

[1] Vgl. dazu bereits Dok. 360.

[2] Ministerialdirektor Krapf.

[3] Ministerialdirigent Reinkemeyer.

[4] Vgl. dazu Dok. 225 und 232.

[5] Zum Abkommen mit Polen vom 7. März 1963 über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr sowie den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 114, Anm. 4.

[6] Vgl. dazu Dok. 247.

[7] Zum sowjetischen Vorschlag für eine „Freie Stadt" Berlin (West) vgl. Dok. 3, Anm. 7.

[8] Die Wörter „überhaupt nicht" wurden von Staatssekretär Carstens unterschlängelt.

und daß wir lediglich über die Form der Einbeziehung sprechen können. Herr Penkow zeigte hierfür Verständnis, meinte aber, daß für Bulgarien eine ausdrückliche Erwähnung Berlins nicht möglich sei.

Herr Penkow kam dann nochmals auf die Zuständigkeit der Handelsvertretungen zu sprechen und meinte, die polnische und die tschechische Militärmission in Berlin[9] nähmen eine Reihe von Funktionen auf konsularischem und kulturellem Gebiet wahr, die Bulgarien nicht ausüben könne, weil es keine Militärmission in Berlin habe. Bulgarien sei deshalb daran interessiert, daß die Zuständigkeit der Handelsvertretungen etwas erweitert werde. Man könne vielleicht auch eine erweiterte Zuständigkeit der Handelsvertretungen in der Praxis zulassen, ohne daß man dies nach außen in Erscheinung zu treten lassen brauche.

Herr Penkow brachte sodann den Wunsch seiner Regierung auf baldigen Abschluß eines langfristigen Handelsvertrages[10] zum Ausdruck. Ich sagte ihm Weitergabe dieses Wunsches zu mit dem Bemerken, daß m. W. derartige Verhandlungen nicht so schnell beginnen könnten. Herr Penkow bestätigte dies und fügte hinzu, daß ihm im Bundesministerium für Wirtschaft Anfang nächsten Jahres als Termin für die Aufnahme von Handelsvertragsbesprechungen genannt worden sei. Die bulgarische Regierung sei an baldigen, aber gleichzeitigen Besprechungen über die Errichtung von Handelsvertretungen und ein langfristiges Handelsabkommen interessiert. Sie könne auch Warenlisten binnen kurzem überreichen. Den Gedankenaustausch über die Handelsvertretungen könne man bis zum Beginn der Handelsvertragsverhandlungen schon fortsetzen.

Herr Penkow und ich kamen überein, daß die Unterhaltung über die Handelsvertretungen in etwa zwei bis drei Wochen fortgesetzt werden soll. Der bulgarischen Seite wäre gleichzeitig daran gelegen, den frühesten Termin für die Aufnahme der Handelsbesprechungen zu erfahren.[11]

[9] Neben den Vier Mächten unterhielten eine Reihe weiterer Staaten der „Anti-Hitler-Koalition" Militärmissionen, die teilweise auch zivile Aufgaben wahrnahmen. Rechtliche Grundlage für diese Missionen war Artikel 8 des Londoner Abkommens vom 14. November 1944 über Kontrolleinrichtungen in Deutschland. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 31.

[10] Für die Handelsbeziehungen der Bundesrepublik mit Bulgarien fehlte eine gesicherte rechtliche Grundlage, weil 1961 die Verhandlungen über eine Verlängerung des Protokolls vom 30. Mai 1956 über den Waren- und Zahlungsverkehr an der Berlin-Klausel gescheitert waren. Zum Protokoll vom 30. Mai 1956 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 122 vom 27. Juni 1956, S. 1–3.

[11] Am 23. Dezember 1963 teilte Ministerialdirigent Reinkemeyer dem Leiter des bulgarischen Außenhandelsbüros mit, daß der Beginn der deutsch-bulgarischen Verhandlungen für Ende April 1964 vorgesehen sei, und übergab den Entwurf einer Vereinbarung über den Austausch von Handelsvertretungen. Penkow bat dagegen darum, für den Verhandlungsbeginn ein „festes Datum, möglichst im März", zu nennen. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 23. Dezember 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.
Zum Abschluß der Verhandlungen im März 1964 vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Freiherr von Mirbach vom 5. März 1964; AAPD 1964.

Hiermit über Herrn Dg II[12] Herrn D II[13] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Luedde-Neurath

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 204

371

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steltzer

I B 3-83.00-94.05-1176/63 geheim **1. Oktober 1963[1]**

Betr.: Überprüfung der äthiopischen Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung des Deutschlandproblems

Ein Gewährsmann, der in besonders engem Verhältnis zum hiesigen äthiopischen Botschafter[2] steht und häufig Gelegenheit hat, mit diesem Interna der äthiopischen Außenpolitik zu besprechen, gibt folgendes Bild der äthiopischen Überlegungen zur gegenwärtigen Reise[3] des äthiopischen Kaisers in die Vereinigten Staaten, nach Kanada, Tunesien, Mali, Frankreich und Jugoslawien:

Im Anschluß an die Konferenz in Addis Abeba[4] hatte die äthiopische Regierung den Entschluß gefaßt, in allen Fragen, die gesamtafrikanische Interessen berühren, eine leitende Rolle zu spielen. Die wesentlichste Aufgabe, die der Kaiser für die Stellung Afrikas sieht, ist die Neutralisierung des Kontinents im Ost-West-Konflikt. Seine gegenwärtige Reise wird als eine Sondierungsreise im Hinblick auf dieses Konzept angesehen.

Der Kaiser beauftragte zuvor die Botschafter in Westeuropa und in Moskau, eine Reihe von Fragen zu beantworten, die sich auf diese Überlegungen beziehen. Im wesentlichen wurde dabei geprüft, inwieweit die einseitigen Beziehungen der afrikanischen Staaten zu der im Ost-West-Konflikt engagierten Bundesrepublik mit einer Neutralisierung Afrikas vereinbar sind. Die Deutschlandfrage wird als Resultat dieser Ermittlungen als den Frieden gefährdend betrachtet, und das Hineinziehen in die Auseinandersetzung über die

12 Hat Ministerialdirigent Reinkemeyer am 1. Oktober 1963 vorgelegen.

13 Hat Ministerialdirektor Krapf am 2. Oktober 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dem Herrn Staatssekretär I/II vorzulegen."
Hat Staatssekretär Carstens am 5. und Staatssekretär Lahr am 7. Oktober 1963 vorgelegen.

1 Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen.

2 Aseffa Lemma.

3 In der Zeit vom 28. September bis 7. November 1963 besuchte Kaiser Haile Selassie die USA, Kanada, Guinea, Mali, Marokko, Algerien, Tunesien, Frankreich, Jugoslawien und die VAR. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 225, 227, 233, 237, 239, 241, 249, 251.
Vgl. dazu auch Referat I B 3, Bd. 407.

4 Auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der „Unabhängigen Staaten Afrikas" vom 22. bis 25. Mai 1963 wurde die „Organisation der Afrikanischen Einheit" ins Leben gerufen.
Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, D 313–324.

Deutschlandfrage als hinderlich für eine nicht engagierte afrikanische Politik angesehen.

Die äthiopischen Botschafter in Rom, Paris, London, Bonn und Moskau trafen sich in Bonn und Paris kürzlich zu mehrmaligen Gesprächen. Der Verteidigungsminister und mehrere Abgesandte des Kaisers brachten die jeweiligen Ergebnisse dieser Gespräche und Sondierungen nach Addis Abeba, und der Premierminister[5] nahm den abschließenden Bericht der Botschafter Ende September in Empfang, um ihn dem Kaiser vorzulegen. In der Substanz wurde in diesem Bericht empfohlen, in der Deutschlandfrage nicht mehr allein pro-Bundesrepublik zu entscheiden, sondern dem jugoslawischen Rat zu folgen und eine Handelsmission (vielleicht sogar eine Botschaft) in Ost-Berlin zu eröffnen. Die Sondierungen Äthiopiens bei den Verbündeten der Bundesrepublik haben dabei ergeben, daß im Falle einer Anerkennung von Pankow durch Äthiopien und eines Abbruchs der Beziehungen der Bundesrepublik zu Äthiopien die USA auf Grund ihrer besonderen Interessen in Äthiopien auf keinen Fall gegen Äthiopien entscheiden werden. Frankreich könne wegen Französisch-Somaliland die Beziehungen zu Äthiopien nicht abbrechen, England würde es auch nicht tun.[6] Den etwaigen Abbruch der Beziehungen mit der Bundesrepublik könnte man in Kauf nehmen, weil das Ergebnis eines solchen Schrittes für Äthiopien folgende Vorteile[7] haben würde:

1) Eine leitende Rolle gegenüber anderen afrikanischen Staaten in dieser Angelegenheit.
2) Größere Bewegungsfreiheit in Ost-Afrika, insbesondere gegenüber Somalia, weil es dann nicht länger mit dem Odium übertriebener West-Freundlichkeit belastet wäre.
3) Die Hallstein-Doktrin[8] wäre damit durchbrochen. Andere afrikanische Staaten, besonders Kenia, Mali, Ghana und wahrscheinlich auch Guinea würden dem äthiopischen Beispiel folgen, weil keine Gegenmaßnahmen der Westmächte zu befürchten sein werden.
4) Die Deutschen würden gezwungen, ihre Hallstein-Doktrin aufzugeben und mit Pankow zu verhandeln, damit würde eine wesentliche Ursache für die Spannungen im Ost-West-Konflikt beseitigt werden.

Der äthiopische Kaiser versucht auf seiner gegenwärtigen Weltreise mit den Staatspräsidenten von Mali[9], Guinea[10], Algerien[11] und Tunesien[12] abzusprechen, wie nach dem geplanten Schritt Äthiopiens verfahren werden soll. Beim Präsidenten der USA[13] sowie bei Staatspräsident de Gaulle will der Kaiser

[5] Tschafe Tezaz Aklilu Habte Wold.

[6] Frankreich und Großbritannien waren Äthiopien aufgrund der gemeinsamen Haltung gegenüber Somalia verbunden. Somalia erhob Anspruch auf Französisch-Somaliland sowie auf Gebiete in Äthiopien und Kenia. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10434 und S. 10471.

[7] Das Wort „Vorteile" wurde vom Leiter des Referats „Afrika südlich der Sahara", Steltzer, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Ergebnisse".

[8] Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 251.

[9] Modibo Keita.

[10] Sekou Touré.

[11] Mohammed Ahmed Ben Bella.

[12] Habib Bourgiba.

[13] John F. Kennedy.

sondieren, welche Reaktionen von dieser Seite zu erwarten sein werden. Sein geplanter letzter Besuch gilt dem Staatspräsidenten von Jugoslawien[14], der wohl als spiritus rector dieser Aktion anzusehen ist.[15]

Steltzer

Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 196

372

Vermerk des Staatssekretärs Lahr

St.S. 1791/63 geheim **2. Oktober 1963**

Betr.: „Geschäftsfreund"[1]

Der Geschäftsfreund erwartet von uns jährlich 200[2], die nach der bisherigen Praxis in Halbjahrestranchen gegeben wurden. Im ersten Halbjahr 1963 wurden 100 gegeben. Hierbei bestand unter den Ressorts Einigkeit darüber, daß im zweiten Halbjahr nur 50 gegeben werden sollten, weil angesichts der empfindlichen Reduzierung des auf diesem Gebiet in Betracht kommenden Haushaltstitels[3] ein zu großes Ungleichgewicht im Verhältnis zwischen dem Geschäftsfreund und der Gesamtheit der übrigen Empfänger entstehen würde. Der Herr Bundeskanzler hatte dem zugestimmt. Der Geschäftsfreund drängt seit einiger Zeit wegen der zweiten Tranche, wobei ihm aus früheren Andeutungen des Herrn Bundesministers Scheel wohl bekannt ist, daß diese geringer als die erste ausfallen wird. Die beteiligten Ressorts wollen an der im Frühjahr beschlossenen Linie festhalten. Der Herr Bundeskanzler hat den Wunsch ausgedrückt, mit der Verlangsamung des Rhythmus erst im nächsten Jahr zu beginnen.[4]

Nach einem gestern abend mit Herrn Bundesminister Scheel geführten Gespräch hält dieser es – entgegen einer früheren Mitteilung des BMZ – zwar für allenfalls möglich, 100 noch bereitzustellen, aber nicht für angebracht.

[14] Josip Broz Tito.

[15] Mit Drahterlaß vom 9. Oktober 1963 gab Staatssekretär Carstens den betreffenden Botschaften die Weisung, die Regierungen der vom äthiopischen Kaiser besuchten Staaten „nochmals auf unseren Standpunkt in der Deutschlandfrage festzulegen". Außerdem wandte sich Bundesminister Schröder mit Schreiben vom 16. Oktober 1963 in der Angelegenheit an den französischen Außenminister Couve de Murville. Vgl. Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 196; B 150, Aktenkopien 1963.

[1] Zur Gewährung von Krediten der Bundesrepublik an Israel im Rahmen der geheimgehaltenen Aktion „Geschäftsfreund" vgl. bereits Dok. 193, Anm. 4.

[2] 200 Millionen DM.

[3] Die Zahlungen an Israel erfolgten aus Kapitel A 2302 Titel 570 („Förderung von Entwicklungsländern durch Gewährung von bilateraler Kapitalhilfe") des Bundeshaushalts. Im Haushaltsjahr 1963 belief sich der Ansatz hierfür auf 500 Millionen DM, für 1964 waren 300 Millionen DM vorgesehen. Vgl. dazu BUNDESHAUSHALTSPLAN 1964, S. 2166.

[4] Vgl. dazu auch Dok. 387.

Die Absicht der Ressorts ist nicht, den Gesamtbetrag[5] zu kürzen, sondern nur den Rhythmus der Zahlungen zu verlangsamen. Hiergegen ist insofern nichts einzuwenden, als die seinerzeitige Absprache vorsah, daß die neuen Zahlungen nach Ablauf der alten[6] beginnen sollten. Wir haben jedoch entgegenkommenderweise schon zwei Jahre vorher begonnen.

Hiermit dem Herrn Minister[7] für das heutige, nach der Kabinettssitzung vorgesehene Gespräch (Bundeskanzler, Bundesaußenminister, Bundeswirtschaftsminister[8], Bundesfinanzminister[9], Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit).

Lahr

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 444

373

Staatssekretär Carstens an Bundesminister von Hassel

St.S. 1792/63 geheim **2. Oktober 1963[1]**

Sehr geehrter Herr Minister,

dem französischen Botschafter[2], der mich heute auf seinen Wunsch aufsuchte, habe ich vereinbarungsgemäß mitgeteilt, daß Sie über den Brief, den der französische Verteidigungsminister Messmer am 19. September 1963[3] an Sie gerichtet habe, erstaunt seien. Sie würden den Brief beantworten[4]

5 Auf israelischer Seite ging man von einem Gesamtkredit in Höhe von 2 Milliarden DM aus, der innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren zur Auszahlung kommen sollte. Vgl. dazu Dok. 382, Anm. 7.

6 Zur Problematik des Zahlungstermins im Zusammenhang mit den auslaufenden Leistungen an Israel auf der Grundlage des Wiedergutmachungsabkommens von 1952 vgl. Dok. 382.

7 Hat Bundesminister Schröder am 2. und 4. Oktober 1963 vorgelegen. Am 4. Oktober vermerkte er handschriftlich: „Mit B[undes]k[anzler] gestern gesprochen. Er ist damit einverstanden, daß ‚gestreckt' wird."

8 Ludwig Erhard.

9 Rolf Dahlgrün.

1 Durchdruck.
Hat Ministerialdirektor Jansen am 3. Oktober 1963 vorgelegen.

2 Roland de Margerie.

3 Korrigiert aus „19. Oktober 1963".
Für den Wortlaut vgl. Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 992.

4 Mit Schreiben vom 5. Oktober 1963 an den französischen Verteidigungsminister Messmer nahm Bundesminister von Hassel zur deutsch-amerikanischen logistischen Vereinbarung („Memorandum of Understanding") vom 1. August 1963 Stellung. Er hob hervor, daß die angestrebte Ausarbeitung von Plänen betreffend die logistische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und den USA keinerlei Beschlußcharakter hinsichtlich der Organisation und des Umfangs der deutschen wie der amerikanischen logistischen Systeme in Frankreich habe. Der Entschluß der USA zur Reduzierung amerikanischer logistischer Einrichtungen in Frankreich, von dem er erst am

und erwögen im übrigen, noch vor Ihrer Amerika-Reise nach Paris zu fahren.[5]

Der Botschafter versprach, diese Mitteilung an Minister Messmer weiterzuleiten. Er bezeichnete Ihren Gedanken, nach Paris zu fahren, als eine ausgezeichnete Idee, von der er hoffe, daß sie sich realisieren würde.

Im übrigen sagte der Botschafter, die Frage der Unterrichtung der französischen Regierung über das deutsch-amerikanische Abkommen[6] sei sowohl für General de Gaulle wie für Außenminister Couve de Murville inzwischen erledigt.[7]

Ich erwähnte darauf, man müsse nunmehr natürlich über die sachlichen Probleme sprechen. Der Botschafter erklärte dazu, daß seine Regierung Dreier-Gespräche zwischen den Amerikanern, den Franzosen und uns strikt ablehne. Ich antwortete, dies sei mir bekannt, dennoch stellten sich gewisse sachliche Fragen, die besprochen werden müßten. Auch mir erschiene es zweckmäßig, diese Besprechungen zunächst zwischen den Franzosen und uns zu führen. Als nächste Gelegenheit für ein solches Gespräch böte sich die Zeit um den 20. Oktober 1963 an. In diesen Tagen werde General Kuntzen mit seinem französischen Partner in Paris zusammentreffen.[8]

Soweit ich die Sache verstanden hätte, handele es sich in erster Linie darum, daß die Bundeswehr aus amerikanischen Depots in Frankreich versorgt würde. Wir würden also amerikanische Munition, amerikanische Waffen und amerikanisches Gerät, das wir für die Bundeswehr benötigten, kaufen. Das gekaufte Material würde an uns aus den amerikanischen Depots in Frankreich ausgeliefert werden. Insoweit scheine mir die Angelegenheit auch vom französischen Standpunkt aus vollkommen unbedenklich zu sein. Natürlich würde es erforderlich sein, daß Offiziere oder Beamte des Bundesverteidigungsministeriums das gekaufte Material besichtigten, bevor wir es übernähmen. Ich

Fortsetzung Fußnote von Seite 1272

12. September 1963 Kenntnis erhalten habe, habe ihn „überrascht". Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8437; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur Reorganisation der amerikanischen Versorgungslinie in Frankreich vgl. Dok. 395, Anm. 60.

5 Bundesminister von Hassel traf am 4. November 1963 in Paris mit dem französischen Verteidigungsminister Messmer zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht des Gesandten Knoke, Paris, vom 9. November 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138; B 150, Aktenkopien 1963.
Zum Besuch von Hassel vom 26. November bis 4. Dezember 1963 in den USA vgl. BULLETIN 1963, S. 1885 und S. 1899. Vgl. dazu auch Dok. 453.

6 Zur Unterrichtung der französischen Regierung über die deutsch-amerikanische logistische Vereinbarung („Memorandum of Understanding") vom 1. August 1963 vgl. Dok. 331, Dok. 354 sowie Dok. 363.

7 Ministerialdirektor Jansen hielt dazu am 14. Oktober 1963 fest: „Die ursprüngliche, emotional akzentuierte französische Einstellung zu den deutsch-amerikanischen logistischen Vereinbarungen ‚Memorandum of Understanding' vom 1. 8. 1963) hat inzwischen – nach Ausräumung einiger Mißverständnisse – einer nüchterneren Beurteilung Platz gemacht ... Die Durchführung der deutsch-amerikanischen Vereinbarungen wird, soweit diese Einrichtungen auf französischem Boden betreffen, bilateral zwischen der Bundesrepublik und Frankreich sowie zwischen den USA und Frankreich verhandelt werden." Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 151; B 150, Aktenkopien 1963.

8 Am 22./23. Oktober 1963 fand die nach dem deutsch-französischen Vertrag vorgesehene regelmäßige Konsultation auf Generalstabsebene statt. Leiter der französischen Delegation war General Ailleret. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Blankenhorn, Paris, vom 31. Oktober 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138; B 150, Aktenkopien 1963.

könnte mir aber kaum vorstellen, daß die französische Seite dagegen Einwendungen erheben würde. Jetzt wäre es nützlich, über diesen Komplex eine Einigung herbeizuführen. Dann könne man über weitergehende Fragen in einem späteren Zeitpunkt sprechen.

Der Botschafter äußerte sich zu diesen Erwägungen nicht offiziell. Er machte einige persönliche Bemerkungen, über die ich Sie gern mündlich unterrichten würde.[9]

Mit meinen besten Empfehlungen bin ich

Ihr sehr ergebener
gez. Carstens

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138

374

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1799/63 geheim **3. Oktober 1963**

Betr.: Deutsch-portugiesische Beziehungen im Bereich der Verteidigung

Heute fand im Bundeskanzleramt eine Besprechung unter Vorsitz von Bundesminister Krone statt, an der außerdem teilnahmen Bundesminister von Hassel, Bundesminister Dahlgrün, Staatssekretär Globke, Staatssekretär Hopf, Staatssekretär Carstens, Ministerialdirektor Mercker.

Bundesminister von Hassel berichtete über die Zusammenarbeit mit Portugal auf dem Gebiet der Logistik und des Nachschubs.[1] Die Bundeswehr baut in Portugal große Anlagen (Flugplätze, Übungsplätze, Depots usw.). Diese Vorhaben lassen sich nicht mehr länger geheimhalten.[2] Es werden Ausschreibungen erforderlich sein. Ferner muß der Verteidigungsausschuß unterrichtet werden.

Auf meinen Vorschlag wurde vereinbart, daß umgehend eine Sprachregelung an alle deutschen Auslandsmissionen, die an der Frage interessiert sind, vor allem also in Afrika und Asien, gerichtet werden soll.[3] Dabei soll der Komplex Portugal in den größeren Zusammenhang logistischer Einrichtungen der Bun-

[9] Staatssekretär Carstens traf am 3. Oktober 1963 anläßlich einer Besprechung über die deutsch-portugiesischen Verteidigungsbeziehungen mit Bundesminister von Hassel zusammen. Vgl. dazu Dok. 374.

[1] Vgl. dazu bereits Dok. 166.

[2] Am 15. Oktober 1963 gab das portugiesische Verteidigungsministerium bekannt, daß Portugal eine Vereinbarung mit dem Bundesministerium der Verteidigung getroffen habe, nach der es der Bundeswehr Übungsplätze und Nachschubeinrichtungen zur Verfügung stelle. Vgl. AdG 1963, S. 10851.

[3] Vgl. dazu den Runderlaß des Staatssekretärs Lahr vom 11. Oktober 1963; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 188; B 150, Aktenkopien 1963.

deswehr im Ausland, so in den USA, Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Belgien und den Niederlanden, gestellt werden.

Ich vereinbarte mit Staatssekretär Hopf, daß sich Beamte unseres Hauses mit General Becker in Verbindung setzen und die Einzelheiten für die Sprachregelung für die Auslandsmissionen festlegen sollen.

Ferner wurde die Lieferung von Do-27 an Portugal erörtert.[4] Staatssekretär Hopf und ich trugen die Standpunkte unserer beiden Häuser vor. Auf meinen Vorschlag einigten sich die Gesprächsteilnehmer dahingehend, daß ich versuchen soll, in meiner heutigen Besprechung mit dem portugiesischen Botschafter[5] zu erreichen, daß die Portugiesen eventuell durch mündliche Zusatzerklärungen ihre bisherigen Erklärungen über den Endverbleib[6] von uns gelieferter Flugzeuge in unserem Sinne verbessern (Verwendung nicht in Übersee, nur im NATO-Bereich, nur im europäischen Teil Portugals oder dergleichen).[7]

Hiermit über Herrn Staatssekretär II[8] Herrn D III[9]. Ich bitte, sich mit General Becker in Verbindung zu setzen und einen Vertreter der Abteilung I (wegen der zu befürchtenden Rückwirkungen auf den afro-asiatischen Raum[10]) hinzuzuziehen. Den sprachregelnden Erlaß bitte ich beiden Staatssekretären zur Zustimmung vorzulegen.

Carstens

Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 188

[4] In einem Schreiben an Ministerialdirektor Knieper, Bundesministerium der Verteidigung, teilte Ministerialdirektor Sachs am 27. Juni 1963 mit, grundsätzlich sei gegen die geplante Lieferung von Flugzeugen an Portugal nichts einzuwenden, da eine militärische Stärkung des NATO-Partners zu begrüßen sei. Das Auswärtige Amt könne der Lieferung aber nur zustimmen, „wenn sich Portugal in verbindlicher Form verpflichtet, diese Flugzeuge nur im NATO-Bereich einzusetzen". Ein Einsatz in Afrika müsse ausgeschlossen sein. Vgl. dazu Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 188; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] José Weinholtz de Bivar Brandeiro.

[6] Vgl. dazu Dok. 312, Anm. 9; weiter Dok. 417.

[7] Staatssekretär Carstens legte dem portugiesischen Botschafter „die Schwierigkeiten dar, die für die Bundesregierung dadurch entstehen könnten, daß Flugzeuge, die Portugal von uns erhalten hätte, außerhalb des europäischen Portugals, insbesondere in Afrika, eingesetzt würden". Er fragte, ob die portugiesische Regierung „folgende Formeln akzeptieren könne: Die Flugzeuge dürften a) nur im westlichen Portugal, b) nur im europäischen Portugal, c) nur auf dem europäischen Kontinent, d) nur im NATO-Bereich oder nur für Zwecke der NATO eingesetzt werden". De Bivar Brandeiro erklärte, die Punkte a) bis c) seien nicht annehmbar, „da Portugal mit seinen überseeischen Gebieten verfassungsmäßig eine Einheit darstelle. Die portugiesische Regierung könne keine Erklärungen abgeben, die eine verfassungsrechtlich nicht bestehende Teilung des Landes implizierten." Allein die Formel d) erschiene ihm „persönlich akzeptabel". Vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 5. Oktober 1963; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 188; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur Erklärung der portugiesischen Regierung über den Endverbleib der Flugzeuge vgl. Dok. 417, Anm. 2.

[8] Hat Staatssekretär Lahr am 3. Oktober 1963 vorgelegen.

[9] Hat dem Vertreter von Ministerialdirektor Sachs, Ministerialdirigent Keller, am 4. Oktober 1963 vorgelegen.

[10] Zu einer möglichen Beeinträchtigung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den afrikanischen Staaten aufgrund von Vereinbarungen mit Portugal vgl. Dok. 312.

375

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 1-84.01-600/63 geheim **4. Oktober 1963**

Betr.: Schreiben des SBZ-Außenministeriums an den Regierenden Bürgermeister von Berlin vom 23. 9. 1963[1]

Am 1. Oktober übergab mir Senatsdirektor Dr. Hartkopf von der Vertretung Berlins beim Bund beiliegende Abschrift eines dem Regierenden Bürgermeister zugegangenen Schreibens des „Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten" der SBZ, König, vom 23. September 1963, mit dem dieser unter Bezugnahme auf kürzliche Erklärungen von Herrn Brandt[2] offizielle Gespräche dazu bevollmächtigter Juristen des SBZ-Außenministeriums und des Berliner Senats anregte, um nicht näher präzisierte „beiderseits interessierende Fragen" zu besprechen.

Das Schreiben ist eindeutig als ein weiterer Versuch zu werten, im Sinne der These vom „besonderen Territorium West-Berlin"[3] direkte Verhandlungen zwischen der SBZ-Regierung und dem Berliner Senat in Gang zu bringen. Diese Absicht wird noch dadurch akzentuiert, daß auf SBZ-Seite das Außenministerium als zuständig hingestellt wird.

Der Regierende Bürgermeister will das Schreiben unbeantwortet lassen, möchte jedoch, um sich abzusichern, die Gegenseite in der einen oder anderen Form wissen lassen, daß und warum er den Vorschlag ablehnt. Er denkt daran, dem Internationalen Roten Kreuz in Genf einen nicht unterzeichneten „Vermerk"[4] zur Weiterleitung an die SBZ-Organe zuzustellen, in dem die Haltung des Senats zur Frage der Kontakte ohne Bezugnahme auf das Schreiben von Herrn König dargelegt wird. Dieser Vermerk soll auf folgende drei Punkte hinweisen:

1) Bereitschaft des Berliner Senats, einen technischen Kontaktmann bereitzustellen;
2) Hinweis auf die Erweiterung der Treuhandstelle (Vorschlag vom November 1962)[5];

[1] Dem Vorgang beigefügt.
Für den Wortlaut vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 44; B 150, Aktenkopien 1963. Für einen Auszug vgl. DzD IV/9, S. 721.

[2] Zu den Erklärungen des Regierenden Bürgermeisters Brandt vom 3. und 5. September 1963 vgl. DzD IV/9, S. 656–665 und S. 679–693.

[3] Zur sowjetischen These, daß Berlin (West) eine selbständige politische Einheit neben der Bundesrepublik und der DDR darstelle, vgl. Dok. 314, Anm. 4.

[4] Ein Entwurf des Vermerks ist der Aufzeichnung beigefügt. Für den Wortlaut vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 44; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Im November 1962 erklärte sich der Senat von Berlin bereit, im Rahmen der Treuhandstelle für den Interzonenhandel Gespräche und Verhandlungen über die Beseitigung von Schwierigkeiten im innerstädtischen Verkehr zu führen. Die DDR lehnte diesen Vorschlag ab. Vgl. dazu DzD IV/9, S. 679.

Treffen von Juristen unter dem Dach des IRK (Vorschlag vom Frühsommer dieses Jahres).[6]

Bei den technischen Kontakten denkt der Senat nur an einen solchen auf Magistratsebene, bei den beiden anderen komme es nach seiner Auffassung auf den Gesprächspartner nicht an, da es sich um die Erleichterung menschlicher Probleme handele. Nur dürfe die Zone dadurch nicht aufgewertet werden.

Wir verblieben dabei, daß der Berliner Senat und das Auswärtige Amt getrennt weitere Überlegungen anstellen und dann eine weitere Besprechung vereinbaren. Bis dahin solle das Bundeskanzleramt und das BMG nicht unterrichtet werden.

Ich halte das vom Regierenden Bürgermeister von Berlin erwogene Verfahren zwar nicht für falsch, aber für umständlich. Er scheint in der Wahl dieses Weges dadurch beeinflußt worden zu sein, daß er aus der Bezeichnung der beiden in dem Schreiben von Herrn König namentlich genannten SBZ-Juristen[7] mit „Dr. jur." glaubt folgern zu können, daß die andere Seite damit in verhüllter Form den früheren Vorschlag des IRK, unter seinem Dach je 2 Juristen beider Seiten verhandeln zu lassen, aufnehmen wolle. Ich habe Herrn Hartkopf erklärt, daß diese Interpretation m. E. in dem Schreiben keine Stütze finde.

Es scheint mir daher einfacher, den Kanal Leopold-Behrendt[8] zu benutzen, um die sowjetzonale Seite von den Vorstellungen des Berliner Senats über das Schreiben von Herrn König zu unterrichten. Wenn Herr Behrendt wahrscheinlich auch seine Unzuständigkeit geltend machen wird, so kommt auf diese Weise der Berliner Senat doch dem Vorwurf zuvor, es mit seinen Anregungen für bestimmte Kontakte nicht ernst zu meinen.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[9] mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt, der Berliner Vertretung diesen Vorschlag machen zu dürfen. Es stellt sich dabei allerdings die Frage, ob die Angelegenheit nicht zuvor von dem Intermini-

[6] Im Juni 1963 erfragte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz über die Vertretung des Landes Berlin beim Bund die Haltung des Auswärtigen Amts zum Vorschlag einer Besprechung „von Juristen Ost- und West-Berlins über besondere humanitäre Probleme". Das Auswärtige Amt behielt sich „eine eingehende Überprüfung" vor, hielt aber einen Versuch „unter dem Dach des IRK" für „vertretbar". Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 3. Juli 1963; Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 49; B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Michael Kohl, Leiter der Grundsatzabteilung im Außenministerium der DDR; Gerhard Herder, Leiter der Rechtsabteilung im Außenministerium der DDR.

[8] Zu den Gesprächen des Leiters der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Leopold, mit dem Leiter der Hauptabteilung Innerdeutscher Handel im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR, Behrendt, vgl. Dok. 3 und Dok. 180.

[9] Ministerialdirektor Krapf vermerkte am 4. Oktober 1963 handschriftlich: „Zustimmung St[aats]-S[ekretär] I ist mündlich erteilt worden (D[raht]B[ericht] vom 2. 10.). [Referat] II 1, bitte zunächst mit Berlin so besprechen und dabei auf Notwendigkeit der ev[entuellen] Befassung des IZH-Ausschusses hinweisen."
Daraufhin vermerkte Legationsrat I. Klasse Gracher am 4. Oktober 1963 handschriftlich: „Ist heute geschehen. Wie aus Schr[eiben] des Senators für Bundesangelegenheiten am 4. 10. zu erfahren ist, hat sich der Reg[ierende] Bürgermeister bereits für den Weg über das I[nternationale Komitee vom] R[oten] K[reuz] entschieden."

steriellen Ausschuß für Interzonenhandel besprochen werden müßte. Ich bitte auch hierzu um Ihre Entscheidung.

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 44

376

Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1809/63 geheim **Aufgabe: 5. Oktober 1963, 13.31 Uhr[1]**
Fernschreiben Nr. 3229 Plurex

Bei einem Frühstück am 3. Oktober 1963 in der Residenz des französischen Botschafters[2], an dem außerdem der amerikanische Botschafter[3], der britische Geschäftsträger[4] und ich teilnahmen, kamen folgende Punkte zur Sprache:

1) Berlinklausel im Teststoppabkommen[5]

Es zeichnet sich eine Einigung ab, wonach in dem deutschen Zustimmungsgesetz eine beschränkte, nur auf friedliche Atomexplosionen anwendbare Berlinklausel aufgenommen werden wird.[6]

2) Änderung der BKC/L (52) 6 (sog. Kleines Berlin-Besatzungsstatut)[7], betreffend die Einbeziehung Berlins in Verträge der Bundesrepublik Deutschland[8]

Auch hier scheint sich eine Einigung abzuzeichnen. Die Westmächte sind bereit, durch eine interpretative Erklärung klarzustellen, daß unsere Handelsabkommen mit den Satellitenstaaten auch in Berlin gelten, obwohl in diesen Abkommen aus den bekannten Gründen eine klassische Berlinklausel fehlt. Der französische Botschafter erklärte, dies solle sich jedoch nur auf Abkommen beziehen, die nicht der Zustimmung des Bundestages bedürfen.

1 Drahterlaß an die Botschaften in Washington, Paris und London.

2 Roland de Margerie.

3 George McGhee.

4 Edward E. Tomkins.

5 Vgl. dazu bereits Dok. 335.

6 Vgl. dazu Dok. 335, besonders Anm. 4.
Zur Einleitung des Ratifizierungsverfahrens vgl. weiter Dok. 435.

7 Vgl. dazu Dok. 183, Anm. 4.

8 Vgl. dazu bereits Dok. 227.
Am 3. September 1963 einigte sich der Leiter des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge", von Schenck, mit den Rechtsberatern der Botschaften der drei Westmächte, von Elbe, Cohn und Jessel, darauf, daß künftig eine gesondert abgegebene Erklärung über die Einbeziehung Berlins in ein Abkommen im Sinne des in Ziffer 1 a) 3 der BKC/L (52) 6 erwähnten „separate statement" nicht nur bei multilateralen, sondern auch bei bilateralen Verträgen in Betracht kommen könne. Dabei müsse der Name „Berlin" in der Erklärung nicht erwähnt werden. Diese Vorgehensweise solle jedoch eine Ausnahme bleiben, auf die in Verträgen mit Ostblock-Staaten zurückgegriffen werden könne. Vgl. den Vermerk von Schenck vom 3. September 1963; Abteilung V (V 1), VS-Bd. 198; B 150, Aktenkopien 1963.

Ich lasse diese Frage durch die zuständigen Referate des Auswärtigen Amts weiterverfolgen.[9]

3) Gegenmaßnahmen für den Fall der vollständigen Eingliederung Ost-Berlins in die sog. DDR[10]

Es soll vorbereitet werden:
a) eine warnende Note, die den Sowjets übergeben werden soll, sobald sich eine akute Gefahr abzeichnet; dies ist zur Zeit nicht der Fall;
b) eine Protestnote.[11]

Weiter ist daran gedacht, für den Fall eine oder mehrere Bundestagssitzungen in Berlin zu veranstalten.

4) Ausbau des den Sowjets gehörenden Gebäudes in der Lietzenburgerstraße[12]

Die Briten, in deren Sektor das Gebäude liegt, wollen den Sowjets gestatten, es so weit wiederherzustellen, daß es wetterfest ist. Sie wollen ihnen aber sagen, daß sie dem Gebrauch des Gebäudes durch sowjetische Dienststellen nicht zustimmen würden.

5) Ballonaktionen gegen das Gebiet der SBZ

Es liegen Informationen vor, wonach aus West-Berlin und vom Gebiet der Bundesrepublik Ballons mit Flugblättern in die SBZ abgelassen und wohl auch abgeschossen werden. Diese Ballons gefährden die Luftfahrt.[13] Die Alliierten haben Bedenken gegen die Aktion. Ich habe zugesagt, daß ich der Angelegenheit nachgehen würde.

Carstens[14]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

[9] Vgl. dazu Abteilung V (V 1), VS-Bd. 198.

[10] Vgl. dazu bereits Dok. 359.

[11] Zur weiteren Vorbereitung der Noten vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 21. Oktober 1963 an die Botschaft in Washington; Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 47; B 150, Aktenkopien 1963. Für einen Auszug vgl. Dok. 359, Anm. 4.

[12] Vgl. dazu Dok. 297, Anm. 2.

[13] Dazu hielt Legationsrat Waiblinger am 2. Oktober 1963 aus den Ausführungen des Leiters der Unterabteilung „Öffentlichkeitsarbeit und Psychologische Kampfführung" im Bundesministerium der Verteidigung fest: „Ballonaktionen der von den SBZ-Behörden jetzt beanstandeten Art würden bereits seit 3 Jahren durchgeführt. Beteiligt daran seien Spezialeinheiten der Bundeswehr sowie die Ostbüros der CDU und SPD, die hierfür aus Bundesmitteln Zuschüsse erhielten ... Bis jetzt seien etwa 55 Millionen Stück Flugblätter, Imitationen von SBZ-Soldatenzeitungen u. ä. auf diesem und auf anderen Wegen in die SBZ befördert worden. Die Ballons seien zwar Spezialkonstruktionen, entsprächen aber in Größe, Flughöhe und Reichweite den üblichen meteorologischen Ballons. Oberst Dr. Trentzsch betonte, es werde auf jede erdenkliche Art Vorsorge getroffen, daß die Ballons keine Gefahr für die Luftsicherheit darstellten, Menschenleben nicht bedrohten und Sachschaden nicht anrichteten. Tatsächlich hätten die SBZ-Behörden in den ganzen drei Jahren keinen einzigen Fall nachgewiesen oder auch nur nachzuweisen versucht, in dem solche Ballons die Luftsicherheit oder ein Menschenleben bedroht hätten ... Auch der Inhalt der Flugblätter werde so abgefaßt, daß sie niemals zu rechtswidrigem Verhalten aufforderten." Vgl. Abteilung II (II 3), VS-Bd. 193; B 150, Aktenkopien 1963.

[14] Paraphe vom 5. Oktober 1963.

377

Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington

II 8-82.09/4783/63 geheim **Aufgabe: 5. Oktober 1963, 15.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3231 Plurex
Citissime mit Vorrang

Auf Drahtbericht Nr. 2822 vom 3. 10.[2]

1) Wir begrüßen die zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion erzielte grundsätzliche Übereinstimmung über die Ausklammerung des Weltraums aus der militärischen Planung.[3] Wir sehen in ihr einen Schritt, dem mehr psychologische als praktische Bedeutung zukommt. Wir sind jedenfalls der Auffassung, daß der Abschuß von Kernwaffen in den Weltraum nur für Staaten in Betracht kommt, die sowohl auf dem Gebiete der Entwicklung von Satelliten als auch in der Technik der Kernwaffenherstellung über eine sehr fortgeschrittene Entwicklung verfügen. Selbst wenn dieser Entwicklungsstand bei anderen als den bisherigen vier Atommächten[4] eines Tages erreicht werden sollte, so dürfte der praktische Wert der Entsendung eines Satelliten mit einer Kernwaffe in den Weltraum nicht größer sein als die Bereitstellung eines interkontinentalen Flugkörpers. Sollte die Sowjetunion trotzdem auf einer offenen Beitrittsklausel bestehen, so muß man die Frage stellen, ob[5] es ihr bei diesem Vertrage nicht zuletzt auch auf eine weitere Aufwertung der SBZ als Nebenwirkung ankommt.[6]

2) Aus den unter 1) dargelegten Gründen glauben wir, daß bei einem solchen Vertrag eine offene Beitrittsklausel nicht erforderlich ist. Vielmehr dürfte allenfalls eine Klausel in Betracht kommen, wonach der Beitritt solchen Staaten offensteht, die in der Lage sind, Satelliten mit Kernwaffen in den Weltraum zu schießen.

3) Für uns hat diese Frage große Bedeutung, weil im Falle einer offenen Beitrittsklausel die SBZ sofort diesem neuen Abkommen beitreten und damit

[1] Der Erlaß wurde von Ministerialdirigent Reinkemeyer konzipiert und über Ministerialdirektor Krapf Staatssekretär Carstens vorgelegt.
Hat am 5. Oktober 1963 Ministerialdirigent Meyer-Lindenberg zur Mitzeichnung und dem Leiter des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge", von Schenck, zur Korrektur vorgelegen. Hat Bundesminister Schröder am 13. Oktober 1963 vorgelegen.

[2] Am 3. Oktober 1963 berichtete Botschafter Knappstein, Washington, von den amerikanischen Vorbereitungen für Verhandlungen mit der UdSSR über ein Verbot der Stationierung von Atomwaffen im Weltraum. Auf amerikanischer Seite sei man sich noch nicht schlüssig darüber, welche Form ein entsprechendes Abkommen haben solle und wie die Frage des Beitritts weiterer Staaten geregelt werden könne. Vgl. Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 295; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Vgl. dazu Dok. 367, Anm. 7.

[4] USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich.

[5] Die Wörter „muß man die Frage stellen, ob" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „drängt sich der Eindruck auf, daß".

[6] Zur Diskussion über eine Aufwertung der DDR infolge ihres Beitritts zum Teststopp-Abkommen vgl. vor allem Dok. 274, Dok. 284 und Dok. 292.

eine weitere Aufwertung erfahren würde. Wenn auch die Möglichkeit besteht, auch in diesem Falle formelle Anerkennungswirkungen zu vermeiden, so kann doch nicht bestritten werden, daß die SBZ mit jedem weiteren Beitritt zu internationalen Abkommen mit politischer Bedeutung ihre internationale Stellung verbessert. Eine solche Entwicklung würde die Fortführung unserer gemeinsamen Deutschlandpolitik erheblich erschweren.

4) Wir sind der Auffassung, daß das marginale Interesse der amerikanischen und britischen Regierung an dem Beitritt aller Staaten zu einem Abkommen über das Verbot einer Waffentechnik, die für die ganz überwiegende Mehrzahl ohne jegliche Bedeutung ist, unser Interesse an der Aufrechterhaltung unserer Deutschlandpolitik, die, wie der Bundesminister gerade in Washington[7] betont hat, durch Versuche peripherer Entspannung nicht gefährdet werden darf, nicht überwiegen kann.

5) Ich bitte Sie daher, im State Department und gegebenenfalls in der Abrüstungsbehörde[8] unter Verwendung vorstehender Gesichtspunkte dafür einzutreten, daß der Vertrag keine Beitrittsklausel enthält. Allenfalls käme eine Klausel in Betracht, wonach der Beitritt nur solchen Staaten offensteht, die nachweislich in der Lage sind, Satelliten mit Kernwaffen in den Weltraum zu schießen. Die SBZ würde danach auf absehbare Zeit der Vereinbarung nicht beitreten können.[9]

6) Für den Fall, daß in den Vertrag trotz unserer Bedenken eine Beitrittsklausel mit oder ohne Voraussetzung der technischen Qualifikation aufgenommen werden soll[10], ermächtige ich Sie, folgenden Vorschlag zu machen:

a) Das System der drei Depositärmächte wird auch bei diesem Vertrag angewandt.

b) In den Vertrag wird eine Bestimmung aufgenommen, die dem Vorbehalt entspricht, den die Regierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinig-

[7] Für die Gespräche des Bundesministers Schröder vom 19. bis 24. September 1963 vgl. Dok. 348, Dok. 349, Dok. 353, Dok. 361 und Dok. 362.

[8] Die „Arms Control and Disarmament Agency", die dem amerikanischen Außenministerium zugeordnet war, wurde 1961 von Präsident Kennedy zwecks Koordinierung und Konzentration der Abrüstungsanstrengungen eingerichtet.

[9] Dazu bemerkte Ministerialdirektor Krapf am 23. September 1963: „Die amerikanische Regierung könnte möglicherweise der Ansicht sein, daß ein Vertrag über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen nur die Interessen der Kernwaffen-Mächte berührt und daher auch nur zwischen diesen auszuhandeln wäre. Demgegenüber wird allerdings damit zu rechnen sein, daß ein solcher Vertrag wiederum, wie der Vertrag über die teilweise Einstellung der Kernwaffenversuche, auch anderen Staaten zur Mitunterzeichnung oder zum Beitritt empfohlen werden würde. Die Beteiligung der SBZ an einem solchen weltweite Geltung beanspruchenden Vertrag würde für uns ein neues schwer zu lösendes Problem bedeuten." Vgl. Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 295; B 150, Aktenkopien 1963.

[10] Der Passus „daß an den Vertrag ... aufgenommen werden soll" wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schenck handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „daß sich aus Gründen, die von hier aus nicht zu übersehen sind, die Gefahr zeigen sollte, daß die amerikanische und britische Regierung trotz unserer Bedenken daran denken, einen Vertrag nach dem Vorbild des Teststoppvertrages abzuschließen".

ten Königreichs uns gegenüber erklärt haben, bevor wir den Teststoppvertrag[11] unterzeichnet haben.[12] Diese Bestimmung könnte folgenden Wortlaut haben:

„Die Ratifizierung des Abkommens oder der Beitritt zu ihm durch Gebiete, die nicht allgemein als Staaten anerkannt sind, erzeugen Vertragsbeziehungen nur zu solchen Vertragspartnern, die diese Gebiete als Staaten anerkannt haben. Zwischen solchen Gebieten und den Staaten, die sie nicht anerkannt haben, tritt keine Anerkennungswirkung oder eine sonstige Veränderung des beiderseitigen Verhältnisses ein."[13]

c) Ferner wäre in den Vertrag eine Bestimmung aufzunehmen, wonach Gebiete, die nicht allgemein als Staaten anerkannt sind und aus diesem Grund nicht bei allen drei Depositarmächten haben unterzeichnen und hinterlegen können, von einer aktiven Teilnahme an Prozeduren, die in diesem Vertrage vorgesehen sind, – wie z. B. an einer Konferenz – ausgeschlossen sind.[14] In den Vertrag sollte jedoch für diesen Fall eine Bestimmung aufgenommen werden, die ausdrücklich klarstellt, daß jede der drei Depositarmächte nur solchen Staaten und Gebieten die Unterzeichnung des Vertrages und die Hinterlegung einer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde zu gestatten braucht, die von ihr als Staat anerkannt sind.[15] Auf diese Weise würde klargestellt werden, daß einerseits Großbritannien und die USA der SBZ die Unterzeichnung und Hinterlegung nicht zu gestatten brauchen, andererseits die Sowjetunion jedoch nicht berechtigt ist, der Bundesrepublik Deutschland die Unterzeichnung und Hinterlegung in Moskau unmöglich zu machen und auf diese Weise auch sie von der aktiven Teilnahme an vertraglichen Prozeduren auszuschließen.

7) Wir machen diesen Vorschlag nur, um zu verhindern, daß etwa ein Vertrag nach dem Vorbilde des Teststoppvertrages ohne die von uns für notwendig gehaltenen Kautelen[16] zustandekommt. Sie wollen jedoch, falls Sie sich angesichts der Lage gezwungen sehen, diesen Vorschlag zu machen, den Eindruck vermeiden, als ob wir uns für alle künftigen Fälle von Abrüstungsabkommen von vorneherein mit dem Beitritt der SBZ aufgrund der vorstehenden Formel abfinden würden. Wir behalten uns vielmehr vor, in jedem Falle unsere Haltung neu zu prüfen.

11 Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

12 Zu den amerikanischen und britischen Erklärungen vom August 1963 vgl. Dok. 302, Anm. 4.

13 Vgl. dazu den Vorschlag des Bundesministers Schröder vom 1. August 1963 für eine öffentliche Erklärung der Signatarstaaten zum Teststopp-Abkommen; Dok. 260.

14 Zu den Bemühungen um eine Regelung, die die DDR von der Teilnahme an einer in Artikel 2 des Teststopp-Abkommens vorgesehenen Revisionskonferenz ausschließen würde, vgl. Dok. 260.

15 Vgl. dazu auch die Erklärung des amerikanischen Außenministers Rusk vom 10. August 1963 über das Verhältnis der DDR zum Teststopp-Abkommen; Dok. 295.

16 Der Passus „ohne die ... Kautelen" wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schenck handschriftlich eingefügt.

8) Sie werden gebeten, über das Ergebnis Ihrer Schritte umgehend drahtlich zu berichten.[17]

Carstens[18]

Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 295

378

Deutsch-amerikanische Koordinierungsbesprechungen in Washington

III A 4-852/63 geheim **5. Oktober 1963**[1]

Aufzeichnung über die Besprechung am 5. Oktober 1963 im State Department in Washington betreffend Fragen der Ausrüstungshilfe

An der Besprechung am 5. Oktober 1963 nahmen teil:

auf amerikanischer Seite:

Mr. Kitchen,	Deputy Assistant Secretary for Politico-Military Affairs
Mr. Wolf,	Deputy Administrator für AID for Military Assistance
Brigade-General Strickland,	
Mr. Blick,	Department of Defense
Mr. Newsom (teilweise),	Deputy Director, Office of North African Affairs
Mr. O'Mahony,	Economic Advisor for German Affairs
Mr. Warren,	Mitarbeiter von Mr. Kitchen

[17] Am 5. Oktober 1963 antwortete der Gesandte von Lilienfeld, Washington: „Habe Punkte 1) bis einschließlich 5) obigen Drahterlasses heute zunächst Tyler und Creel gesondert informell mitgeteilt ... Habe dabei, wie bereits gestern, auf die ernsten Schwierigkeiten hingewiesen, die sich für uns im Falle der Wiederholung einer mit dem Abschluß des Testbannvertrags vergleichbaren Situation für Weiterführung der gemeinsamen Deutschlandpolitik ... ergeben würden ... Beide Herren versicherten mir, daß sie sich dieser Problematik bewußt seien und auch Rusk bereits ... unterrichtet hätten. Man sei sich noch nicht klar darüber, ob es überhaupt zu einer schriftlichen Vereinbarung kommen werde, und strebe eine möglichst lockere Form, wahrscheinlich lediglich ein ‚statement of intent', an ... In jedem Falle werde man sich mit der Suche nach Formulierungen gründlich Zeit lassen und uns vorher ausführlich konsultieren, damit eine Wiederholung der Schwierigkeiten vom Sommer vermieden würde. Beide Herren sicherten zu, sich für unsere Gesichtspunkte mit Nachdruck einzusetzen, und glaubten ‚beinahe garantieren' zu können, daß eine auch nur implizierte Aufwertung der SBZ unterbleiben werde." Vgl. Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 295; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur Resolution der UNO-Generalversammlung vom 17. Oktober 1963 vgl. Dok. 396, Anm. 25.

[18] Paraphe vom 5. Oktober 1963.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Sachs am 17. Oktober 1963 auf der Grundlage eines Entwurfs der Botschaft in Washington gefertigt.
Hat Staatssekretär Carstens am 18. Oktober 1963, Staatssekretär Lahr am 22. Oktober 1963 und Bundesminister Schröder am 18. November 1963 vorgelegen.

auf deutscher Seite:
Ministerialdirektor Dr. Sachs
Legationsrat I. Klasse von Staden
Legationsrat Dr. Ruth
Legationsrat Dr. von Magnus.

I. Das Gespräch war die Fortsetzung der Besprechungen, die Kitchen im Mai dieses Jahres in Bonn hatte.[2] Man war sich darüber einig, daß bei diesem Gespräch vorwiegend die politischen Aspekte der Ausrüstungshilfe geprüft werden sollten. Es wurde ins Auge gefaßt, das nächste Gespräch Anfang 1964 in Bonn unter Beteiligung des Bundesministeriums der Verteidigung zu führen.

II. Bei der Besprechung traten folgende Hauptaspekte immer wieder in aller Deutlichkeit hervor:

1) Aufgrund der zu erwartenden Budget-Streichungen durch den amerikanischen Kongreß, die allerdings in Einzelheiten noch nicht völlig festliegen[3], werden die Amerikaner ihre Ausrüstungshilfe einschränken müssen.

2) Die Amerikaner regen an, daß wir unsere Ausrüstungshilfe allgemein erhöhen.

3) Sie regen an, daß die Bundesregierung in einzelnen Ländern Aufgaben übernimmt, die sie selbst nicht oder nicht im vollen Umfang fortführen können, wobei sie insbesondere an Griechenland und der Türkei[4] interessiert sind. Dabei gehen sie davon aus, daß in manchen Fällen schon geringe Abstriche und Kompensationen von erheblichem wirtschafts- und militärpolitischem Gewicht sein können.

4) Sie schlagen in allen Fragen der Militärhilfe laufende gegenseitige Unterrichtung und Konsultation vor, die sie auch auf den Bereich des Verkaufs von Überschußmaterial auszudehnen wünschen.

III. Im einzelnen ergab die Erörterung folgendes:

1) Afrika

Mr. *Wolf* leitete die Besprechung mit einigen allgemeinen Bemerkungen ein. Ein Hauptinteresse sei, daß Afrika nicht unter sowjetischen oder chinesischen Einfluß gerate. Der Zusammenhang der Ausrüstungshilfe mit der allgemeinen wirtschaftlichen und staatlichen Entwicklung der afrikanischen Länder sei immer zu beachten. Die neue amerikanische Gesetzgebung stelle die Bedingung, daß die amerikanische Ausrüstungshilfe in Afrika nur für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit verwandt werden dürfe. Von dieser Bestimmung könne durch den Präsidenten nur dann abgewichen werden, wenn dies im Interesse der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten liegt.[5] Eine

[2] Vgl. Dok. 161.

[3] Im Dezember 1963 bewilligte der Kongreß 1 Milliarde Dollar für Militärhilfe im Haushaltsjahr 1963/64 (Vorjahr: 1,325 Milliarden Dollar). Vgl. AdG 1963, S. 10978.

[4] Zur Verteidigungshilfe für Griechenland und die Türkei vgl. auch Dok. 151.

[5] Der „Foreign Assistance Act of 1963" legte fest: „No military assistance shall be furnished on a grant basis to any country in Africa, except for internal security requirements ... unless the President determines otherwise and promptly reports such determination to the Committee on Foreign

weitere Auflage sei, daß die Militärhilfe nicht das Wettrüsten fördere und nicht in Gebieten gewährt werde, wo ein Konflikt bestehe. Ebenso müßten die Beschränkungen beachtet werden, die im Falle Portugals und Südafrikas durch die VN beschlossen worden seien.[6] Ferner nehme man bezüglich Südrhodesiens zunächst eine abwartende Haltung ein.

Ein ausgezeichnetes Beispiel für sehr konstruktive Ausrüstungshilfe sei die deutsche Hilfe in Guinea[7], wovon die Amerikaner nur das Beste gehört hätten. Man hielte überhaupt die Militärhilfe auf dem Gebiet der Infrastruktur und der inneren Sicherheit für die beste.

In den afrikanischen Staaten, in denen Frankreich und England einen traditionellen Einfluß hätten, sollten diese Länder auch den größten Anteil an der Ausrüstungshilfe tragen. Man nähme an, daß wir mit beiden Ländern im Gedankenaustausch stünden.[8] Wenn Amerika hier Programme aufnähme, so würde es sich immer nur um ergänzende Aktionen handeln.

Eine Abstimmung der westlichen Länder sei allgemein notwendig. Liberia sei ein negatives Beispiel. Die Vereinigten Staaten müßten ihre Ausrüstungshilfe einschränken, da das Land sie nicht absorbieren könnte. Eine zusätzliche Ausrüstungshilfe durch weitere Länder würde das Problem nur verschärfen.

In Sansibar verböte die wirtschaftliche Lage eine Ausrüstungshilfe überhaupt.

Ministerialdirektor *Sachs* unterstrich den Gedanken der Zusammenarbeit. Auf dem Gebiet der von uns gegebenen Ausrüstungshilfe habe sich seit der letzten Besprechung im Mai nichts wesentlich Neues ergeben. Es sei weiterhin die Politik der Bundesregierung, daß die Entwicklungsländer einen Anteil bei allen Projekten selbst aufbrächten. Kitchen hielt diesen Grundsatz für richtig. Wir fühlten uns durch die Resolutionen der VN über Südafrika gebunden. Schwierigkeiten bestünden insofern mit Portugal, als dieser NATO-Partner uns gewisse Einrichtungen zur Verfügung stelle.[9] Es sei die Politik der Bundesregierung, nur für das Mutterland Portugal bestimmte Ausrüstungshilfe zu geben; dies tatsächlich sicherzustellen, sei jedoch nicht immer einfach.[10] Mit Rhodesien hätten wir keine Verbindung aufgenommen.

In bezug auf die ehemals englischen und französischen Gebiete sei darauf hinzuweisen, daß diese Staaten oft ihre Verbindungen mit den alten Mutterländern lösen wollten. Wir bemühten uns daher, in solchen Fällen mit Großbritannien und Frankreich zusammenzuarbeiten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1284

Relations of the Senate and the Speaker of the House of Representatives." Vgl. UNITED STATES STATUTES AT LARGE 1963, Bd. 77, Washington 1964, S. 384.

6 Zu den Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats vom 31. Juli bzw. 7. August 1963 vgl. Dok. 312, Anm. 3 und Anm. 4.

7 Zur Ausrüstungshilfe der Bundesrepublik für Guinea vgl. bereits Dok. 150. Dazu auch Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 173.

8 Zur Abstimmung mit Großbritannien und Frankreich über Ausrüstungshilfe vgl. Dok. 119 und Dok. 166, Anm. 26.

9 Vgl. dazu bereits Dok. 374.

10 Zur Problematik der Endverbleibsklausel bei der Ausrüstungshilfe an Portugal vgl. Dok. 312 und Dok. 374.

Kitchen betonte, daß die Größe der Hilfe nicht entscheidend sei, daß man unsere Projekte sehr begrüße, auch wenn sie teilweise nur bescheidenen Umfang hätten.

Wolf fragte, ob wir eine Ausdehnung unseres Programmes in Guinea im Auge hätten. Ministerialdirektor *Sachs* stellte eine Verlängerung als möglich hin; dies hinge jedoch u. a. vom Haushalt ab. Auch der Sudan strebte eine Erweiterung des Programms an.[11] Wir dächten aber mehr daran, die Hilfe auf dem Gebiet der Ersatzteile und der Unterhaltung des Materials fortzusetzen.

O'Mahony fragte, ob die Ausrüstungshilfe als solche im Haushalt erscheinen würde. Ministerialdirektor *Sachs* betonte, dies sei noch nicht entschieden. Man müsse daran denken, daß die Ausrüstungshilfe in Deutschland gewisse Probleme aufwerfe. Sie werde von der Öffentlichkeit[12] nicht wie die wirtschaftliche Entwicklungshilfe als eine unvermeidliche Notwendigkeit akzeptiert. Es sei zu hoffen, daß sich aus den Schwierigkeiten in Somalia und Pakistan[13] nicht negative Reaktionen in der Öffentlichkeit ergeben. *Kitchen* drückte die Hoffnung aus, daß man trotz dieser Schwierigkeiten die Programme fortsetzen werde; vielleicht könne die bilaterale Konsultation helfen. Ministerialdirektor *Sachs* wies darauf hin, daß alle diese Fragen noch im Kabinett erörtert werden würden.

Abschließend berichtete Ministerialdirektor Sachs über die Wünsche, die Staatssekretär Watum vom Kongo (Léopoldville) im Bundesministerium der Verteidigung zur Sprache gebracht habe.[14] Er bat vorsorglich um amerikanische Stellungnahme für den Fall, daß die Kongolesen auf die Frage zurückkämen. *Wolf* erwiderte, man glaube, daß der Aufbau einer internen Sicherheitstruppe in Verbindung zu den VN gut sei. Belgien würde hieran wahrscheinlich den größten Anteil übernehmen. Die Ausbildung sei wichtig. Falls die Kongolesen auf die Angelegenheit zurückkämen, solle man sich auf jeden Fall abstimmen. Beide Staaten sollten aktiv werden, aber sich koordinieren. Die Vereinigten Staaten hätten eine Militärmission unter Colonel Greene nach dem Kongo entsandt. Vielleicht sei uns der „Greene-Plan"[15] bekannt. Er schlage Ausbildung unter gleichzeitiger Reduzierung der Truppen vor. Man müsse überlegen, was man mit den Ausrüstungsgegenständen der VN tue. Es

[11] Zur Ausrüstungshilfe für den Sudan vgl. bereits Dok. 119.
Zu den Überlegungen für eine Erweiterung der Ausrüstungshilfe vgl. die Besprechung mit Vertretern des Bundesministeriums für Verteidigung vom 22. Januar 1964; AAPD 1964.

[12] Zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die von der Bundesrepublik gewährte Ausrüstungshilfe im Juni 1963 vgl. Dok. 193.

[13] Sowohl Pakistan als auch Somalia intensivierten im Laufe des Jahres 1963 ihre Beziehungen zur Volksrepublik China. Somalia zeigte sich darüber hinaus an einer Zusammenarbeit mit der UdSSR interessiert. Vgl. dazu Dok. 433, Anm. 7.

[14] Während des Aufenthalts im September 1963 in der Bundesrepublik traf der Staatssekretär im kongolesischen Verteidigungsministerium, Watum, mit Staatssekretär Hopf, Bundesministerium der Verteidigung, zusammen. Vgl. dazu den Bericht des Botschafters Oppler, Brüssel, vom 8. Oktober 1963; Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 92.

[15] Nach dem Ende der militärischen Aktion der UNO im Kongo (Léopoldville) versuchten die USA, das Land politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren. Zur Disziplinierung der kongolesischen Streitkräfte legten sie der UNO den „Greene-Plan" vor. Danach sollten sechs westliche Staaten, in erster Linie die USA und Belgien, unter Aufsicht der UNO für eine Neuformierung Sorge tragen.

befänden sich auch israelische und italienische Ausbilder im Land. *Kitchen* ergänzte, Belgien solle hier die Hauptverantwortung übernehmen. Man hätte große Schwierigkeiten, von den Kongolesen zu erfahren, welche Truppeneinheiten ausgebildet werden sollten und für welche etwaiges Gerät bestimmt sei. Die Kongolesen gingen sehr „unsophisticated" vor, sie unterbreiteten überall Wunschlisten. Man müsse im Auge behalten, daß die Ausbildung der kongolesischen Truppen vordringlich sei. Ein bedeutender Punkt sei aber auch, zu überlassendes Material und seine spätere Verwendung zu kontrollieren und einen gewissen Einfluß auf die Struktur der kongolesischen Armee zu nehmen. Man würde uns über den Fortgang unterrichten und solle sich hierbei konsultieren. *Wolf* betonte, daß man im Prinzip eine deutsche Ausrüstungshilfe begrüßen würde.

2) Lateinamerika

Mr. Wolf ging auf Lateinamerika über. Hier müsse man die internen Probleme berücksichtigen. Die USA gäben den wirtschaftlichen und sozialen Problemen höchste Priorität. Die amerikanischen Projekte liefen unter dem Gesichtspunkt, die innere Ordnung und Sicherheit zu gewähren und gleichzeitig einen positiven westlichen Einfluß auf die militärischen Kreise zu nehmen. Man hätte große Ausbildungsprojekte an Militärschulen, versuche aber das Verlangen der lateinamerikanischen Militärs nach modernen Waffen, die teils nur aus Prestigegründen angestrebt würden (z. B. Flugzeugträger, U-Boote), zu entmutigen. Auf die Frage Wolfs, welche Vorhaben wir in Lateinamerika hätten, antwortete Ministerialdirektor *Sachs,* wir hätten praktisch keine.

Chile wäre einmal an uns herangetreten, damals hätten wir keine Mittel gehabt.[16] Wir hätten seines Wissens gelegentlich Offiziere aus Lateinamerika besuchsweise in Deutschland, die aber keine Spezialausbildung erhielten und deren Anwesenheit der Festigung der traditionell freundschaftlichen Beziehungen zu der Wehrmacht dieser Länder dienen solle. Wir seien froh, daß wir in diese inneren lateinamerikanischen Konflikte nicht hereingezogen würden. Wir teilten die amerikanische Ansicht, daß sie hier ein spezielles Interesse hätten.

Wolf betonte das außerordentliche amerikanische Interesse, sowohl über etwaige Projekte aus dem Gebiet der Ausrüstungshilfe wie auch über alle Waffenverkäufe etwas größeren Umfanges nach Lateinamerika von uns konsultiert zu werden. *Kitchen* wies darauf hin, daß aus diesem Grund die Ausfuhrgenehmigungen für Waffen jetzt in seinem Büro lägen, damit diese Frage nicht auf unterer Ebene mit zu leichter Hand entschieden würde. Ministerialdirektor *Sachs* stimmte überein, daß man die Waffenverkäufe allgemein mit größter Sorgfalt beobachten werde.

IV. Kongreß und Militärhilfe

Mr. *Blick* berichtete, daß dem Kongreß im Januar 1963 ein Haushaltsvoranschlag für die Militärhilfe im Jahr 1963 in Höhe von 1,4 Milliarden Dollar vorgelegt worden sei. Mit der Verabschiedung sei vor Ende November nicht zu

[16] Vgl. dazu Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 255.

rechnen. Es bestehe jedoch schon jetzt die Wahrscheinlichkeit, daß der Kongreß Streichungen vornehmen und nicht wesentlich mehr als 1 Milliarde Dollar genehmigen werde.

Aus dieser Tatsache ergebe sich für die amerikanische Regierung ein ernstes Problem. Für 1962 seien 1,3 Milliarden Dollar bewilligt gewesen, so daß es wegen der befürchteten Streichungen nicht möglich sein werde, das bisherige Programm in vollem Umfang fortzusetzen. Die amerikanische Regierung bitte daher um verstärkte Unterstützung durch die Bundesrepublik. Die Vereinigten Staaten wünschten, daß insbesondere das Programm für die Länder an der Grenze des Ostblocks aufrechterhalten werden könne. Die Unterstützung der Bundesrepublik in diesem Bereich sei besonders wichtig.

Mr. Blick wies darauf hin, daß die Vereinigten Staaten die Hauptlast in Formosa, Vietnam, Pakistan, Laos und der Türkei trügen und daß der größte Teil der Mittel auf diese Länder falle. Der Rest werde auf 35 weitere Länder verteilt.

Mr. *Wolf* ergänzte hierzu, daß sich selbst eine geringfügige Kürzung auf diese Länder – auch auf ihre allgemeine wirtschaftliche Lage – stark auswirken werde und daß eine deutsche Beteiligung deshalb besonders wichtig sei.

Ministerialdirektor *Sachs* wies auf den psychologischen Unterschied hin, der in Deutschland hinsichtlich der Militärhilfe und der Wirtschaftshilfe, abgesehen von unseren besonderen Beziehungen zu den NATO-Verbündeten wie Griechenland und der Türkei, bestehe.

Im Hinblick auf die allgemein sehr schwierige Haushaltslage und auf diese besonderen Umstände habe er starke Zweifel, ob die deutsche Ausrüstungshilfe erhöht werden könne.[17]

Mr. *Kitchen* gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Bundesrepublik versuchen möchte, das Verständnis dafür zu erhöhen, daß es ohne interne Sicherheit der Empfängerländer keine Basis für eine wirksame Wirtschaftshilfe gebe. Die amerikanische Regierung hoffe auch, daß die Bundesregierung eine Möglichkeit sehe, die Höhe ihrer Militärhilfe zu überprüfen.

V. Ausrüstungshilfe

Griechenland und die Türkei

Kitchen betonte, man sei über die Frage der weiteren Ausrüstungshilfe für Griechenland und die Türkei sehr besorgt. Wegen der zu erwartenden Budgetkürzungen hätte man folgende Projekte suspendieren müssen: Radfahrzeuge (Jeeps, Lastwagen, gepanzerte Mannschaftswagen), anti-tank missile components, Minensucher und leichte Flugzeuge. Somit sei die Modernisierung der griechischen Armee in Frage gestellt. Man hoffe sehr, daß die Bundesregierung hier und bei der Türkei einspringen könne, indem wir unsere augenblickliche Hilfe nicht nur beibehalten, sondern vergrößern und hierdurch das amerikanische Hilfsprogramm ergänzen würden.

[17] Zu vorgesehenen Kürzungen im Haushaltsansatz für die Ausrüstungshilfe vgl. die Besprechung mit Vertretern des Bundesministeriums der Verteidigung am 22. Januar 1964 sowie das Schreiben des Staatssekretärs Lahr vom 12. Februar 1964 an Bundesminister Dahlgrün; AAPD 1964.

Ministerialdirektor *Sachs* wies auf die Kabinettsentscheidung vom November 1962 hin.[18] Deutschland habe für Ausrüstungshilfe für Griechenland 8 Mio. $ für 1963 und 9 Mio. $ für 1964 vorgesehen. Über 50% der Projekte für 1963 habe man sich mit den Griechen bereits geeinigt. Im Vergleich zu den USA, den Belgiern mit 1 Mio. $ und den Italienern mit 2,4 Mio. $ sei der deutsche Beitrag erheblich. *Wolf* wies darauf hin, daß die Vereinigten Staaten seit 1948 beträchtliche Hilfe an Griechenland auch außerhalb der NATO-Exercise gewährt habe. *Kitchen* betonte, daß man auf amerikanischer Seite mit einer Streichung des bilateralen Hilfsprogramms von 100 Mio. $ um etwa 30–40 Mio. $ rechne. Hier entstehe eine sehr bedenkliche Verteidigungslücke, über die man äußerst besorgt sei. Man habe hierüber mit den Griechen noch nicht gesprochen und bitte, diese Angaben vertraulich zu behandeln. Gleichzeitig bitte man uns, dringend zu erwägen, ob wir nicht direkte Ausrüstungshilfe außerhalb der NATO-Exercise geben könnten. Ministerialdirektor *Sachs* sagte zu, diese Informationen weiterzuleiten.

Kitchen führte aus, daß die Vereinigten Staaten auch für die Türkei die wesentliche Stütze für die Modernisierung der Armee und Luftwaffe gewesen seien. Auch hier sähe man Budgetstreichungen voraus. Von der amerikanischen Ausrüstungshilfe müßten wahrscheinlich gestrichen werden: Benzin, Öl, SS 11 anti-tank missile system, ein Minensucher, ein Zerstörer, gepanzerte Mannschaftswagen und elektronisches Gerät. Die USA hätten im Vorjahr 61 Mio. $ zusätzliche Verteidigungsbudgethilfe gewährt. Ministerialdirektor *Sachs* wies darauf hin, daß die Türken uns eine Wunschliste in Höhe von 1 Mrd. DM unterbreitet hätten. Ein solcher Betrag sei natürlich völlig utopisch. Aus verschiedenen Gründen zögen wir es vor, unsere Hilfe im multilateralen Rahmen zu geben. Im Gegensatz zu den Griechen hätten die Türken innerhalb der NATO niemals einen formellen Antrag auf Durchführung eines Verfahrens gestellt.[19] Wir würden uns zwar der Notwendigkeit, für die Türkei etwas zu tun, sicher nicht verschließen, wünschten aber den Kreis der leistenden Länder ähnlich wie bei Griechenland über die USA und uns hinaus erweitert zu sehen. Hierüber werde wohl in der NATO gesprochen werden müssen.[20]

Wolf äußerte als rein persönliche Meinung, daß das griechische Beispiel der NATO-Exercise sehr zeitraubend gewesen sei und man sich fragen müsse, ob nicht doch andere Wege vorzuziehen seien. Ministerialdirektor *Sachs* stimmte zu, daß das Verfahren zwar langsam sei, es aber alle Beteiligten vor ihre Verantwortung stelle und auch gegebenenfalls der Bundesregierung eine positive Entscheidung erleichtern werde.

[18] Vgl. dazu die Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amts vom 24. November 1962; Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 181; B 150, Aktenkopien 1962.

[19] In einem Drahterlaß vom 16. September 1963 an die Vertretung der Bundesrepublik bei der NATO in Paris bemerkte Ministerialdirektor Sachs, die Türkei habe ein multilaterales Verfahren nicht in Gang gesetzt, sondern „kurzerhand" Bedarfslisten zunächst über eine Milliarde DM, später über 50 Millionen DM beim Bundesministerium der Verteidigung abgegeben. Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 199; B 150, Aktenkopien 1963.

[20] Die Ausrüstungshilfe für die Türkei war Gegenstand der NATO-Ministerratstagung am 16./17. Dezember 1963. Vgl. dazu Dok. 481. Vgl. dazu auch Dok. 466.

Kitchen regte in diesem Zusammenhang an, ob wir nicht im Falle der Türkei ebenso wie in Griechenland gewisse Konsumgüter wie elektronische Geräte, Radios etc. für den Verbrauchermarkt zur Verfügung stellen und die Gegenmittel als Ausrüstungshilfe im Rahmen des Budgets geben könnten.

Pakistan und Indien

Mr. Kitchen wies auf das besonders weitgehende finanzielle Engagement der Vereinigten Staaten gegenüber Pakistan hin. Mit amerikanischer Hilfe seien 5½ Divisionen, 6 Luftgeschwader und 12 Marineeinheiten ausgerüstet worden. Kitchen nannte einen Gesamtbetrag von 650 Millionen Dollar für Militärhilfe und von 250 Millionen Dollar für die Stützung des Verteidigungshaushalts. Er bat, diese Zahlen, insbesondere mit Rücksicht auf das Verhältnis zu Indien, vertraulich zu behandeln.

Es sei beabsichtigt, die Militärhilfe fortzuführen. Im Lichte der politischen Entwicklung und des Ergebnisses der Reise Balls[21] werde gegenwärtig geprüft, wie das künftige Militärprogramm aussehen solle. Man denke an ein Programm, das sich über sieben Jahre erstrecken werde.

Während der Besprechungen Balls in Pakistan hat Präsident Ayub vor allem dargelegt, daß sich das indisch-pakistanische Stärkeverhältnis wegen der vermehrten amerikanischen Hilfe an Indien zuungunsten Pakistans verschoben habe. (Diese Auffassung wird amerikanischerseits nicht geteilt.) Präsident Ayub habe aber betont, daß das indisch-pakistanische Gleichgewicht nicht durch zusätzliche militärische Hilfe für Pakistan wiederhergestellt werden könne. Er wolle offenbar kein Wettrüsten mit Indien, strebe aber politische Zusicherungen der USA an, über deren Form und Umfang auf Grund der Ball-Gespräche derzeit Erwägungen angestellt würden.

Ministerialdirektor *Sachs* besprach die Frage der Lieferung von F 86 K-Flugzeugen an Pakistan und stellte fest, daß inzwischen entschieden worden sei, die gemachten Zusicherungen – wenigstens teilweise – zu halten. Er drückte erneut sein Bedauern darüber aus, daß die Vereinigten Staaten den deutschen Dreiecks-Vorschlag nicht annehmen konnten.[22]

Es werde daran gedacht, etwa 40 F 86 K-Flugzeuge zu liefern. Indien würden wir dafür von ihm gewünschte Ausbildungsflugzeuge zu günstigen Bedingungen anbieten.

Mr. *Kitchen* meinte, daß die Umstände jetzt wohl nicht mehr so gravierend seien wie zuvor.

Mr. Kitchen berichtete, daß die pakistanische Luftwaffe eine zwar kleine, aber doch qualifizierte Fähigkeit für die Bedienung der F 104 erreicht habe. Wenn die Bundesrepublik mit den F 86 K-Flugzeugen auch Ausbilder entsenden könnte, wäre dies ein wichtiger Beitrag. Die Pakistanis seien der Auffassung, daß sie militärisch in zu starke Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten geraten seien, so daß sie die Möglichkeit deutscher Militärhilfe begrüßt hätten.

[21] Zum Besuch des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Ball, vom 3. bis 5. September 1963 in Pakistan vgl. Dok. 349, Anm. 57.

[22] Zu deutsch-amerikanischen Kontakten in dieser Angelegenheit vgl. bereits Dok. 349 und Dok. 358.

Mr. Kitchen erkundigte sich nach der Lieferung von 7,62 mm-Geschossen und bat um Unterrichtung hierüber. Er schlug auch die Prüfung der Lieferung von Kleinwaffen und der Munitionsproduktion in Pakistan vor. Er teilte mit, daß die Vereinigten Staaten Ende des Monats eine Mission zum Studium der Verteidigungsproduktion nach Pakistan entsenden werden.

Mr. *Wolf* erkundigte sich abschließend nach den Zahlungsmodalitäten für die F 86 K. Er bemerkte, daß für die USA dann ein ungünstiger Vergleich bestehe, wenn die F 104 in Landeswährung, die F 86 K jedoch in Devisen bezahlt würden. Ministerialdirektor *Sachs* wies darauf hin, daß die Frage der Modalitäten noch nicht geklärt sei.

Mr. *Kitchen* teilte mit, daß die Vereinigten Staaten ihren Anteil aus der Sofort-Hilfe an Indien unter dem Nassau-Abkommen[23] in Höhe von 60 Millionen $ (britisch-amerikanischer Betrag 120 Millionen) erfüllt hätten. Neben der Ausrüstung von Gebirgsdivisionen hat Indien erhalten: 24 C-119-Transport-Flugzeuge, Munition; Medizinische Ausrüstung; Nachrichten- und Pioniergeräte.

Die indische Armee sei sich über den wirklichen Bedarf nicht klar gewesen. Die Amerikaner beabsichtigten, ihre Unterstützung für die Ausbildung von Heereseinheiten, für den Lufttransport, Straßenbau und den Ausbau von Radar-Einrichtungen fortzusetzen. Außerdem seien auch Fließbandanlagen für die Produktion von 7,62 mm-Munition errichtet worden.

Die Vereinigten Staaten hätten über das Ausmaß ihrer Militärhilfe für das laufende Jahr noch nicht entschieden. Sie würde wahrscheinlich etwas unter dem Nassau-Abkommen liegen.

Äthiopien

Mr. *Newsom* sprach die amerikanische Befriedigung darüber aus, daß wir uns wegen einer eventuellen Ausrüstungshilfe für Äthiopien mit der amerikanischen Botschaft in Bonn in Verbindung gesetzt hätten.[24]

Newsom betonte das außerordentliche amerikanische Interesse an einer Koordination. Nicht zuletzt sei sicherzustellen, daß einheitliche Typen geliefert würden. Nach amerikanischer Auffassung sollten wir uns gegebenenfalls lie-

[23] Beim Treffen vom 18. bis 21. Dezember 1962 in Nassau (Bahamas) bekräftigten Präsident Kennedy und Premierminister Macmillan die Absicht, Indien im Konflikt mit der Volksrepublik China zu unterstützen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 30 f.
Zur Ausrüstungshilfe der Bundesrepublik an Indien vgl. auch Dok. 166.

[24] In einer Aufzeichnung vom 29. August 1963 hielt der Leiter des Referats „Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung", von Stechow, fest: „Die USA hätten gehört, daß wir uns mit der Absicht trügen, unsere Beziehungen zu Äthiopien, die durch die Ausrüstungshilfe für Somalia beeinträchtigt seien, dadurch zu verbessern, daß wir eventuell auch in einem gewissen Umfang Ausrüstungshilfe gewähren wollten. Die USA begrüßten es sehr, wenn wir etwas unternehmen, z. B. auf dem Sektor der Entwicklungshilfe, um die in Äthiopien entstandene Verstimmung zu beseitigen. Sie hofften jedoch, daß sich unsere Maßnahmen auf keinen Fall auf das Gebiet der Ausrüstungshilfe bezögen ... Die Amerikaner hätten die Erfahrung gemacht, daß Äthiopien bereits mehr erhalten habe, als es technisch und organisatorisch verkraften könne. Trotzdem äußerten die Äthiopier ständig den Wunsch, noch mehr Rüstungsgüter zu erhalten. Schon jetzt seien die USA über die Höhe der militärischen Ausgaben Äthiopiens, die das Land finanziell überforderten, stark beunruhigt." Vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 174; B 150, Aktenkopien 1963.

ber auf dem Gebiet von Ausbildung und Maintenance-Lieferungen (z. B. Batterien und Reifen) betätigen. Newsom war interessiert, ob der Auftrag für 20 gepanzerte Henschel-Wagen von der Polizei oder der Armee ausginge; bei der Polizei habe man keine Bedenken, bei der Armee dagegen bestünden gewisse Bedenken. Ministerialdirektor *Sachs* sagte Prüfung zu. *Newsom* fuhr fort, die Äthiopier strebten wohl eine amerikanisch-deutsche Ausrüstungshilfe an, da sie meinten, daß, wenn dies in Somalia möglich sei, es auch in Äthiopien möglich sein müsse. Ministerialdirektor *Sachs* betonte, Äthiopien wäre wohl noch nicht offiziell an uns herangetreten; wenn überhaupt, würde man wohl in erster Linie an Ausbildung und kleines Gerät denken können. Es herrschte Übereinstimmung, daß man sich hier laufend konsultieren solle.[25]

Somalia

Newsom betonte, man begrüße außerordentlich den deutschen Vorschlag einer erneuten Dreierkonsultation. Es herrschte Übereinstimmung, daß das Treffen so bald wie möglich stattfinden solle. Terminschwierigkeiten müssen noch geklärt werden.[26]

Die amerikanische Politik gegenüber Somalia habe sich im Prinzip nicht verändert. Man müsse die Informationen über die Reise Dauds nach Moskau[27] und die eventuelle Annahme chinesischer Hilfe durch Somalia abwarten. Bis dahin sei das amerikanische Ausrüstungsprogramm suspendiert.

Beide Seiten stimmten überein, daß eine Überprüfung der Hilfsprogramme notwendig und eine diesbezügliche Entscheidung dringend aber auch vom Eingang der Informationen über die Kontakte mit China abhängig sei.[28]

Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 239

[25] Vgl. dazu weiter Dok. 433.

[26] Zu den Besprechungen mit italienischen und amerikanischen Vertretern am 17./18. Oktober 1963 in Bonn vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Schlitter vom 19. Oktober 1963; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 208.

[27] Zum Aufenthalt des für Ausrüstungsfragen zuständigen somalischen Generals Daud Ende September 1963 in Moskau vgl. den Vermerk des Legationsrats Müller-Chorus vom 27. September 1963; Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 208.

[28] Im November 1963 gab die somalische Regierung den Entschluß bekannt, anstelle westlicher Ausrüstungshilfe ein entsprechendes Angebot der UdSSR anzunehmen. Vgl. dazu THE TIMES, Nr. 55856 vom 12. November 1963, S. 11.

379

Runderlaß des Staatssekretärs Carstens

II 5-82.00/92.08-671/63 geheim **5. Oktober 1963**[1]
Fernschreiben Nr. 3250 Plurex **Aufgabe: 8. Oktober 1963, 14.42 Uhr**

Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß die VR China vermehrte Kontakte zu Japan und den europäischen Industriestaaten, darunter auch Deutschland, sucht[2] und daß die Sowjetunion diese Entwicklung mit Argwohn betrachtet. Gleichzeitig sind im Verhältnis Rotchinas zur SBZ Spannungen zu verzeichnen[3], während Angriffe rotchinesischer Stellen gegen die Bundesrepublik Deutschland nachgelassen haben.

Sie werden deshalb gebeten, der rotchinesischen Außenpolitik und dem Verhältnis Rotchinas zum Gastland Ihre Aufmerksamkeit verstärkt zuzuwenden.

Gegen die behutsame Pflege und die gelegentliche Aufnahme gesellschaftlicher und persönlicher Kontakte zu rotchinesischen Persönlichkeiten im Rahmen des Runderlasses vom 11. September 1963 – II 5-83.02/94.-/905/63 VS-vertraulich[4] – bestehen keine Bedenken.[5]

Ihre Berichterstattung bitte ich nicht nur auf die Aktivität der chinesischen Botschaft im Gastland, sondern auch auf alle Einzelheiten zu erstrecken, die Schlüsse auf das Verhältnis Rotchinas zur SBZ und auf die Ansichten der rotchinesischen Regierung über die Bundesrepublik Deutschland ermöglichen.[6]

[1] Der Erlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath konzipiert.
Hat Staatssekretär Lahr und zur Mitzeichnung Ministerialdirigent Keller am 7. Oktober 1963 vorgelegen.
Staatssekretär Carstens vermerkte handschriftlich: „Vor Abgang d[em] H[errn] Minister."
Hat Bundesminister Schröder am 8. Oktober 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath vom 29. Juni 1963; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 216; B 150, Aktenkopien 1963. Ferner die Aufzeichnung des Legationssekretärs Giesen vom 8. August 1963; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 216; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Im Zusammenhang mit dem sowjetisch-chinesischen Konflikt verschlechterte sich auch das Verhältnis der DDR zur Volksrepublik China. Staatsratsvorsitzender Ulbricht kritisierte am 10. September 1963 öffentlich die „ultralinke Abweichung von den Grundsätzen der marxistisch-leninistischen Lehre" und führte dazu aus: „Offenkundig hatten die chinesischen Führer durch die wirtschaftlichen Fortschritte, die sie bis 1959 erreicht hatten, Kopfschwindel bekommen und waren der Meinung, daß sie unabhängig von den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus durch einen ‚großen Sprung' zum Kommunismus die Übergangszeit wesentlich abkürzen und für die ganze Welt einen neuen Weg zum Kommunismus zeigen könnten." Vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 248 vom 10. September 1963, S. 2.

[4] Vgl. Dok. 330.

[5] Der Wortlaut dieses Satzes ging auf handschriftliche Änderungen des Staatssekretärs Carstens zurück. In der Vorlage lautete er: „An der behutsamen Pflege und der gelegentlichen Aufnahme ... besteht daher unsererseits ein gewisses Interesse."

[6] Vgl. dazu weiter Dok. 416.

In Ihrer Berichterstattung bitte ich auf diesen Drahterlaß nur Bezug zu nehmen, wenn der Inhalt Ihres Berichtes seine Einstufung als geheim erfordert.

Carstens[7]

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 203

380

Aufzeichnung der Legationsräte Rheker und Freiherr von Marschall

II 5-82.01/94.22-676/63 geheim **7. Oktober 1963**[1]

Betr.: Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest[2]
hier: Deutsch-rumänische Gespräche in Bukarest vom 30. 9. – 4. 10. 1963

I. Der äußere Ablauf

Am 28. 9. 1963 wurden Legationsrätin Dr. Rheker (Referat II 5) und Legationsrat Dr. Freiherr von Marschall (Referat V 1) nach Bukarest entsandt, um festzustellen, ob es sich bei der Lösung der noch offenen Artikel des Entwurfs[3] der deutsch-rumänischen Vereinbarung über die Errichtung von Handelsvertretungen, insbesondere bei Art. 16, der die Einbeziehung Berlins vorsieht, tatsächlich nur um Formulierungsfragen handele, wie die Rumänen angegeben hatten.[4] Zutreffendenfalls sollte die Delegation die noch offenen Artikel so weit vorklären, daß die Vereinbarung durch eine anschließend zu entsendende zweite deutsche Delegation endgültig formuliert und paraphiert werden könnte.

Die Delegation wurde in Bukarest sehr zuvorkommend behandelt und betreut. Sie war allein in einem Gästehaus der rumänischen Regierung untergebracht, wo sie auch die Mahlzeiten einnahm. Die Rumänen wünschten offensichtlich, die Anwesenheit der Delegation in Bukarest geheimzuhalten.

Die Gespräche, die vom 30. September bis 4. Oktober 1963 im rumänischen Außenministerium geführt wurden, zeichneten sich von Anfang an durch Sachlichkeit und Offenheit aus. Den Vorsitz auf rumänischer Seite führte der Chef der Sektion für Gesandtschafts- und Konsularrecht im rumänischen Außen-

[7] Paraphe vom 8. Oktober 1963.

[1] Durchdruck für Referat V 2.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 181.

[3] Zum Entwurf nach dem Stand vom 2./3. August 1963 vgl. die Aufzeichnung der Legationsrätin Rheker vom 3. August 1963; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 210; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. auch den Vermerk des Leiters des Referats „Gesandtschafts- und Konsularrecht", Born, vom 3. August 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 11. September 1963; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 210.

ministerium, Direktor Baltei (sein Rang scheint dem eines Unterabteilungsleiters zu entsprechen). Außerdem gehörten der rumänischen Delegation noch 4 weitere Herren an, darunter die Herren Nicolae und Vaduvescu, die die Vorbesprechungen in Bonn geführt hatten.

II. Ergebnis der Besprechungen

Das Ergebnis der Besprechungen ist in der anliegenden Synopse[5] niedergelegt. Hervorzuheben sind die folgenden Punkte:

1) Artikel 6:
Die bisherigen Entwürfe enthielten den ausdrücklichen Zusatz, daß die Regierung des Empfangsstaates den freien Zugang zu der Handelsvertretung gewährleisten wird. Die Rumänen haben nachdrücklich erklärt, daß dieser Passus für sie nicht annehmbar sei. Er stelle ein Mißtrauensvotum gegenüber dem rumänischen Staat und seiner Regierung dar. Auch unser Kompromißvorschlag (Seite 4 der Anlage)[6] dürfte keine Aussicht auf Annahme haben.

2) Artikel 7 und 11 (Immunität und Unverletzbarkeit der Wohnungen)
Die Rumänen wünschen nach wie vor volle Immunität ohne die in unserem Entwurf vorgesehene Einschränkung der vorläufigen Festnahme. Sie ließen keinen Zweifel, daß auch unser Alternativvorschlag (Seite 5 der Anlage)[7] für sie nicht annehmbar ist. Sie bestehen ferner auf der Unverletzbarkeit der Wohnungen für sämtliche dem höheren Dienst angehörenden Mitglieder der Handelsvertretungen.

Hier handelt es sich für die Rumänen ganz offensichtlich um Grundsatzfragen. Die Delegation hatte den Eindruck, daß der Abschluß der Vereinbarung scheitern könnte, wenn wir den Rumänen in diesen beiden Artikeln nicht entgegenkommen.

3) Artikel 5 und 16 (Aufgaben der Handelsvertretung und Einbeziehung Berlins)
Entgegen unseren optimistischen Erwartungen am zweiten Verhandlungstag, die allerdings durch die Verhandlungssituation gerechtfertigt erschienen, war es am Ende doch nicht möglich, unseren Vorschlag vom 2. August 1963, Berlin durch Bezugnahme auf die Währungsgebiete der DM-West und des Leu in das Abkommen einzubeziehen, in jeder Hinsicht aufrechtzuerhalten.[8] Die Kom-

[5] Dem Vorgang beigefügt. Für den Wortlaut vgl. Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Von der Bundesrepublik wurde vorgeschlagen, in einem Briefwechsel den völkerrechtlich gewährleisteten freien Zugang zu den Handelsvertretungen anzuerkennen. Legationsrätin Rheker und Legationsrat Freiherr von Marschall bemerkten dazu: „Die Rumänen haben mitgeteilt, daß sie diesen Vorschlag als Diskussionsgrundlage zu akzeptieren bereit seien, daß ihnen aber selbst die Annahme dieses sehr entgegenkommenden Vorschlages noch außerordentliche Schwierigkeiten bereiten würde. Wir schlagen daher vor, diesen Vorschlag fallen zu lassen, jedoch erst in der letzten Phase der Verhandlungen unter Hinweis darauf, daß dies eine bedeutende Konzession sei."

[7] Auch bei dem Alternativvorschlag wurde an der Möglichkeit „einer vorläufigen Festnahme bei dringendem Verdacht einer schweren strafbaren Handlung" festgehalten.

[8] Ursprünglich wurde von der Bundesrepublik hinsichtlich des Geltungsbereichs der Vereinbarung die Formulierung angestrebt: „die Währungsgebiete der Deutschen Mark (DM-West) und das Währungsgebiet des Leu". Als Kompromiß einigte man sich auf: „die Währungsgebiete der DM-West und des Leu".

promißformel vom 4. Oktober 1963 (Seite 8 der Anlage) erscheint jedoch, vorbehaltlich einer genauen Prüfung durch die Rechtsabteilung, völlig akzeptabel. Danach wird Berlin nach wie vor durch eine ausdrückliche Bezugnahme auf die Währungsgebiete der DM-West und des Leu in die Vereinbarung einbezogen.

(Ob die Einbeziehung, wie bisher vorgesehen, in Ziffer 16 der Vereinbarung niedergelegt werden kann oder einem gesonderten Briefwechsel vorbehalten bleiben muß, ist noch nicht geklärt. Diese Frage scheint uns aber nicht mehr von wesentlicher Bedeutung zu sein.)[9]

Wir haben lediglich hinnehmen müssen, daß die Aufgaben der Handelsvertretungen im Artikel 5, auf den in der „Berlin-Klausel" ausdrücklich Bezug genommen wird, auf „die Durchführung der zwischen den beiden Ländern bestehenden oder abzuschließenden Handels- und Zahlungsabkommen" beschränkt werden.

Da es sich als nicht möglich erwiesen hat, im Zusammenhang mit der Einbeziehung Berlins über die Durchführung der konkreten Handels- und Zahlungsabkommen hinaus von den allgemeinen Aufgaben der Handelsvertretungen zu sprechen, war es erst recht unmöglich, Paß- und Sichtvermerksbefugnisse zu vereinbaren und auch diesen Punkt noch mit der Berlin-Klausel zu verklammern. Die Aufnahme von Paß- und Sichtvermerksbefugnissen in die Vereinbarung ist daher – unter beiderseitigem Bedauern – vorerst ausgeklammert worden (Seite 3 Abs. 3 zu Artikel 5 der Anlage).[10]

III. Zusammenfassung

Der entscheidende Eindruck, den die Delegation in Bukarest gewonnen hat, ist der, daß eine reale Chance besteht, mit den Rumänen schnell zu einer Vereinbarung zu kommen, in der die Einbeziehung Berlins in zufriedenstellender Weise geregelt ist, und zwar in einer Form, die über die mit den Polen gefundenen Lösung[11] wesentlich hinausgeht. Dafür sollten den Rumänen die von ihnen gewünschten Zugeständnisse zu den Artikeln 6 und insbesondere zu den Artikeln 7 und 11 gemacht werden. Ein schnelles Handeln unsererseits erscheint um so dringlicher, als wir nach den Gesprächen in Budapest im September[12] und nunmehr in Bukarest zu der Ansicht gekommen sind, daß innerhalb des Ostblocks eine klare Direktive für die Einbeziehung Berlins in Vereinbarungen mit der Bundesrepublik Deutschland besteht. Danach kann anscheinend eine Einbeziehung Berlins in „Vereinbarungen über Handels- und Zahlungsfragen" auf dem Wege über eine Währungsgebietsklausel (DM-West-Klausel) konzediert werden. Eine darüber hinausgehende Einbeziehung Ber-

[9] Die Frage des Geltungsbereichs wurde später in einem gesonderten Briefwechsel festgehalten. Vgl. dazu Dok. 388, Anm. 4.

[10] Im Zuge der Einigung wurde mündlich abgesprochen, daß die Handelsvertretungen stillschweigend Paß- und Sichtvermerksbefugnisse ausüben sollten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 22. Oktober 1963; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 210; B 150, Aktenkopien 1963.

[11] Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die Abkommen mit Polen vom 7. März 1963 über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr sowie den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 183.

[12] Zu den Verhandlungen mit Ungarn vgl. Dok. 339.

lins in andere Vereinbarungen, auch im Wege der Verklammerung, scheint dagegen nicht mehr zugelassen zu werden.

Diese Direktive wird von den Ungarn und den Rumänen offensichtlich unterschiedlich interpretiert, wobei die Rumänen entsprechend ihrer auch sonst gezeigten Haltung wohl vorerst glauben, uns innerhalb des ihnen belassenen Spielraums sehr viel weiter entgegenkommen zu können als die Ungarn. Es erscheint daher geboten, die Vereinbarung mit den Rumänen so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen und damit eine unseren Wünschen entsprechende, weitgehende Interpretation der anscheinend bestehenden „Berlin-Direktive" für die Verhandlungen mit anderen Ostblockstaaten zu präjudizieren.

Die Delegation hat daher – vorbehaltlich der Zustimmung des Auswärtigen Amtes – mit den Rumänen vereinbart, daß in der zweiten Hälfte dieser Woche erneut eine deutsche Delegation nach Bukarest reisen wird, um den endgültigen Wortlaut der Vereinbarung festzulegen. Die Unterzeichnung durch Herrn D II[13] könnte sodann in der Woche danach erfolgen. Der erneut zu entsendenden Delegation sollten je ein Vertreter der Referate V 1, V 2 und möglichst des Referats II 5 sowie ein Chiffreur, eine Schreibkraft und ein Dolmetscher angehören. Die Rumänen haben der Delegation für die Dauer ihres Aufenthaltes Chiffrierrecht zugestanden.

Sie haben im übrigen wiederholt ausdrücklich erklärt, daß sie Herrn D II zur Unterzeichnung der Vereinbarung erwarten und ihm aus diesem Anlaß auch einen Teil ihres Landes zeigen wollen.[14]

Hiermit über Herrn VLR I von Schenck Herrn D V[15] vorgelegt.

gez. von Marschall

Hiermit über Herrn VLR I Luedde-Neurath Herrn D II vorgelegt.

gez. Rheker

Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217

[13] Ministerialdirektor Krapf.

[14] Zum Fortgang der Verhandlungen vgl. Dok. 388.

[15] Ministerialdirektor von Haeften.

381

Gesandter Scholl, Moskau, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-7413/63 VS-vertraulich **Aufgabe: 7. Oktober 1963, 12.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1030 **Ankunft: 7. Oktober 1963, 14.10 Uhr**
Citissime

Im Anschluß an Bericht vom 27. 9. 1963 – 703-85-2244/63[2]

I. 1) In seiner erst am 2. Oktober veröffentlichten Rede vom 26. 9. in Krasnodar[3] gestand Chruschtschow ein, daß Getreideernte in diesem Jahr hinter Erwartungen zurückblieb und Sowjetunion dadurch in eine „schwierige Lage" geraten sei. Zentralkomitee habe sich deshalb veranlaßt gesehen, Partei und Volk zur größten Sparsamkeit im Getreideverbrauch aufzurufen. Chruschtschow gab zum ersten Mal zu, daß Sowjetunion größere Mengen von Weizen importieren müsse, wobei er Kanada und Australien namentlich aufführte und ferner 400 000 t erwähnte, die Sowjetunion „leihweise" (tatsächlich wohl als Rückerstattung) von Rumänien erhalte.

Chruschtschow erklärte die von ihm vorsichtig, aber unmißverständlich eingestandene Versorgungskrise ausschließlich mit den schwierigen klimatischen Bedingungen des Landes.

2) Deutscher Geschäftsmann erfuhr hierzu ergänzend aus amtlichen sowjetischen Quellen:

Diesjährige Getreideernte sei in allen Gebieten der Sowjetunion mit Ausnahme des Nord-Kaukasus schlecht. Kasachstan habe fünfte Mißernte seit 1955 und nur Durchschnittshektarertrag von 2 ½ dz Getreide erzielt. Weizenernte werde lediglich 47 Mio. t betragen. Insgesamt bestehe Fehlbetrag von etwa 23 Mio. t.

3) Ernteergebnis von 47 Mio. t würde fast dem von 1955, d. h. vor Neulandaktion in Kasachstan[4], entsprechen. 1961 wurden 66,5 Mio. t, 1962 70,6 Mio. t geerntet und 33,3 bzw. 35,5 Mio. t (geschätzt) abgeliefert. Unter Zugrundelegung der Gesamtziffern für 1963 und des bisherigen Verhältnisses von Ernte und Ablieferung hätten 1963 etwa 81,7 Mio. t geerntet und 40,8 Mio. t abgeliefert werden sollen. Der von sowjetischer Seite genannte Fehlbetrag von 23 Mio. errechnet sich offenbar aus Differenz zwischen Vorjahresernte und dem für 1963 erwarteten Ergebnis, da mit höherer Ernte als im Vorjahr ohnehin nicht zu rechnen war.

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kab[inett]."

[2] In dem Bericht, der vom 25. September 1963 datierte, informierte Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen, Moskau, anhand von Meldungen aus der sowjetischen Tagespresse über den Stand der Ernte bzw. Herbstbestellung bei Getreide, Hülsenfrüchten, Zuckerrüben, Kartoffeln, Baumwolle und Winterfrüchten. Vgl. Referat II A 3, Bd. 432.

[3] Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten vgl. PRAVDA, Nr. 275 vom 2. Oktober 1963, S. 1–3.

[4] Ab 1955 wurde in Kasachstan und Sibirien großflächig neues Agrarland erschlossen. Vgl. dazu AdG 1956, S. 6094; AdG 1957, S. 6705.

4) Aus obiger Quelle verlautet weiter, daß Sowjetunion Weizenexporte nur noch im Rahmen der mit Ostblockländern bereits abgeschlossenen Lieferungsverträge durchführe, jedoch alle anderen Getreidelieferungen einschließlich Futtergetreide storniert habe.

5) Bisher liegen laut Chruschtschow sowjetische Importabschlüsse über 6,8 Mio. t Weizen aus Kanada und 1,8 Mio. t aus Australien vor.[5] Rechnet man hierzu die von Chruschtschow erwähnte Lieferung von 400000 t aus Rumänien sowie die aus der Bundesrepublik zu beziehenden 300000 t Weizenmehl, ferner die 3 Mio. t, über die in den Vereinigten Staaten verhandelt wird[6], so ergibt sich ein Gesamtbetrag von über 12 Mio. t Weizen und Weizenmehl, von denen etwa 10–11 Mio. t auf Lieferungen in 1963/64 entfallen. Trotz dieser hohen Menge würde in Sowjetunion noch ungedeckter Bedarf von 11 Mio. t bestehen. Auch wenn sämtliche oben erwähnten Importgeschäfte zustande kommen, muß Sowjetunion daher 1963/64 mit Versorgungsschwierigkeiten rechnen, die nicht nur zur Einschränkung der Brotversorgung, sondern auch wegen geringen Futtermittelaufkommens zu weiteren Schwierigkeiten in Viehwirtschaft führen müssen.

II. Notwendigkeit, etwa 1 Mrd. Dollar für 10–12 Mio. t Weizen in bar bezahlen zu müssen, stellt Sowjets vor Frage der Aufbringung von Hartwährungsmitteln und der Einschränkung von in Hartwährung zu zahlenden Ausgaben für andere Importgüter. Als Lösung dieser Frage bieten sich folgende Möglichkeiten an:

a) zusätzliche Goldverkäufe;
b) Ersuchen an westliche Staaten, noch höhere und wenn möglich langfristige Kredite zu gewähren;
c) Kompensation von Maschinenimporten mit Lieferung sowjetischen Öls und anderen Rohstoffen;
d) Verlagerung der sowjetischen Rohstoffeinkäufe von Hartwährungsländern auf Weichwährungsländer sowie bevorzugte Vergabe von Lieferaufträgen für Maschinen, Ausrüstungen und Schiffe an Weichwährungsländer (z. B. noch mehr Schiffe an Jugoslawien und Finnland anstelle der Plazierung derartiger Aufträge an Japan u. a.);
e) Beschränkung der Importe von Maschinen und Ausrüstungen aus westlichen Hartwährungsländern auf Güter höchster Dringlichkeit;
f) teilweise Kürzung sowjetischer Entwicklungshilfe.

Zu a)
Die Sowjetunion soll in den ersten Monaten dieses Jahres bereits für etwa 150 Mio. Dollar und im September für weitere 220 Mio. Dollar Gold verkauft haben.[7] Sie pflegt umfangreiche Goldverkäufe nur ungern zu tätigen. Sie wird daher den gesamten Betrag, der auf die Weizenverkäufe entfiele, nur im

[5] Zu den Verträgen mit Kanada und Australien vom 16. bzw. 18. September 1963 sowie sowjetischen Weizenmehlkäufen in der Bundesrepublik im gleichen Zeitraum vgl. Dok. 342, Anm. 4, Dok. 355, Anm. 7, und Dok. 357, Anm. 7.

[6] Die Frage nach dem Verkauf amerikanischen Weizens an die UdSSR wurde von der zu den entsprechenden Verhandlungen in Kanada weilenden sowjetischen Wirtschaftsdelegation angeschnitten. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10847.

[7] Vgl. dazu AdG 1963, S. 10929.

äußersten Notfall in Gold bezahlen, nämlich dann nur, wenn sich keine anderen Möglichkeiten bieten.

Zu b)
Viele Anzeichen sprechen vielmehr dafür, daß sie alles versuchen wird, um bei Importen von Maschinen und Ausrüstungen aus den hochindustrialisierten Ländern des Westens sogenannte verbesserte mittelfristige und wenn möglich langfristige Kredite zu erhalten. Es darf auf Gespräche Errolls mit Chruschtschow und Kossygin (vgl. Drahtberichte Nr. 941 vom 13. 9. VS-vertraulich[8] und Nr. 958 vom 19. 9. 1963)[9], auf Einladung französischen Finanzministers für Januar nächsten Jahres nach Moskau[10], dessen Besuch nach französischer Auffassung Kreditfrage gelten wird, sowie auf Ersuchen sowjetischer Firmen, sich bei ihren Regierungen für Gewährung von mittel- und langfristigen Krediten einzusetzen, verwiesen werden. Sowjetunion erhielt im Jahre 1962 von Hartwährungsländern Kredite in Höhe von rund 100 Mio. Dollar. Es ist an sich nicht ausgeschlossen, daß es ihr gelingen könnte, in diesem und im kommenden Jahr den doppelten Kreditbetrag zu erhalten, vorausgesetzt, daß die betreffenden Staaten sich hierzu bereiterklären. Allerdings dürfte es der Sowjetunion nur schwerlich möglich sein – wie dies Chruschtschow gegenüber Erroll forderte –, über die Verdoppelung des Kreditbetrages hinaus noch weitere und vor allen Dingen langfristige Kredite zu erhalten (vgl. unten).

Zu c)
In dieser Frage ist die Sowjetunion bereits an zahlreiche ausländische, darunter auch deutsche Firmen herangetreten. Nach bisher vorliegenden Vorverträgen dieser Firmen ist auf erhöhte Ölexporte der Sowjets im kommenden Jahr zu schließen.

Zu d)
Daß Sowjets bereits Überlegungen anstellten, Auftragsverlagerungen von Hartwährungsländern an Weichwährungsländer vorzunehmen, wurde von hiesigem griechischem Vertreter bestätigt. Darüber hinaus befürchten Griechen, daß Sowjets an sie herantreten werden, künftig auch Frachtraten in weicher Währung bezahlen zu können.

Zu f)
Möglichkeit, durch Kürzung von Entwicklungshilfe Mittel einzusparen, ist für Sowjets sehr gering. Sie zahlten im Jahre 1962 etwa 200 Mio. Dollar Entwicklungshilfe, vorwiegend an Weichwährungsländer. Immerhin halten hiesige

[8] Vgl. Abteilung III (III A 6), VS-Bd. 200.

[9] Am 25. September 1963 informierte Gesandter Scholl, Moskau, daß der britische Handelsminister Erroll am 19. September 1963, nach Rückkehr von einem Besuch in Sibirien, ein weiteres Gespräch mit dem sowjetischen Außenhandelsminister geführt habe. Themen waren „wiederum Kreditfrage und Lieferung britischer Kunstdüngeranlage ... Patolitschew habe um Kredite in nicht genannter Höhe mit Laufzeit von 10 Jahren gebeten. Die Frage des britischen Ölbezugs sei erneut angeschnitten, jedoch nicht vertieft worden. Briten rechnen mit erhöhten Öllieferungen der Sowjetunion im kommenden Jahr. Ferner habe man vereinbart, im nächsten Jahr über neues Handelsabkommen zu verhandeln." Vgl. Referat III A 6, Bd. 287.

[10] Zum Besuch des französischen Finanzministers Giscard d'Estaing vom 22. bis 29. Januar 1964 in der UdSSR vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 25. Februar 1964; AAPD 1964.

Botschaften es nicht für ausgeschlossen, daß Sowjetunion weniger Entwicklungshilfe leisten wird, vor allem an Commonwealth-Länder.

Eine Verdoppelung der Goldverkäufe sowie die der westlichen Kredite und die Anwendung der unter c) bis f) genannten Maßnahmen würden nicht ausreichen, den Betrag von einer Mrd. Dollar zu decken. Sowjets werden daher nichts unversucht lassen, um noch höhere und langfristige Kredite für andere Warenlieferungen des Westens zu erhalten.

III. Schlechte landwirtschaftliche Ertragslage stellt die Sowjetführung vor das Problem, ihre bisherige Prioritätenfolge (Schwerindustrie einschließlich Rüstung, Entwicklungshilfe, Leicht- und Konsumgüterindustrie) erneut zu überprüfen. Wenn sie – wie dies in jüngster Zeit von hoher sowjetischer Seite mehrfach erklärt wurde[11] – die Kunstdüngerproduktion durch Erweiterung bisheriger und den Bau neuer Anlagen erheblich vergrößern will, um in Zukunft ähnliche katastrophale Ernteergebnisse zu vermeiden, müßte sie Investitionsmittel in erheblichem Umfange u. a. von der Schwerindustrie (zum großen Teil Rüstungsindustrie) abziehen. Dieser Notwendigkeit wird sie enthoben, wenn westliche Länder (z. B. England) bei Lieferung von Maschinen und Anlagen, auch solche für die Leicht- und Konsumgüterindustrie, langfristige Kredite gewähren. Das Weizengeschäft mit der Sowjetunion kann demnach für den Westen nur dann politisch vorteilhaft sein, wenn er sich nicht bereiterklärt, Kredite über den bisherigen Rahmen hinaus zu gewähren. Die Sowjetunion würde dann gezwungen sein, Mittel aus der Schwerindustrie, d. h. Rüstungsindustrie abzuziehen, und damit ihre Prioritätenfolge etwas zu ändern. Würde jedoch den sowjetischen Kreditersuchen in vollem Umfange stattgegeben werden, so würde der Westen der Sowjetunion dabei helfen, ihre wirtschaftlichen Mißstände, die ihre Ursache im kommunistischen System haben, zum Teil zu beseitigen, ohne daß sie ihre Rüstung einschränken müßte. Die Sowjetunion würde somit für ihre wirtschaftliche Schwäche vom Westen noch belohnt und von ihm in Stand gesetzt werden, alle ihre Projekte einschließlich der Entwicklungshilfe in fast unvermindertem Umfang fortzusetzen.[12] Dies wäre für sie ein ähnlich bedeutender Erfolg wie derjenige, den sie durch den Abschluß des Testbannvertrages[13] auf politischem Gebiet erreichen konnte, wobei sie sich auf ihre schlechte Position gegenüber Peking berief, um die westliche Zustimmung zu erlangen.

[gez.] Scholl

Ministerbüro, VS-Bd. 10079

[11] Vgl. dazu das „Offene Schreiben" des ZK der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR vom 6. Oktober 1963; PRAVDA, Nr. 279 vom 6. Oktober 1963, S. 1 f.; OST-PROBLEME 16 (1964), H. 2, S. 46 f.

[12] Zu den Weizenverkäufen und zur Kreditpolitik gegenüber der UdSSR vgl. weiter Dok. 385 und Dok. 396.

[13] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

382

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 98/63 streng geheim **8. Oktober 1963**

Betr.: „Geschäftsfreund"[1]

Zwei längere Besprechungen, die ich mit dem zuständigen Botschafter[2] über die Durchführung der Aktion „Geschäftsfreund" geführt habe, ergaben folgendes:

Unser Angebot, im Anschluß an die im ersten Halbjahr 1963 gezahlten 100 Millionen bis Ende des Jahres weitere 50 Millionen zu zahlen[3], wird als unzureichend abgelehnt.

Auch über meinen weiteren Vorschlag, auf die bis Jahresende zu zahlenden 50 Millionen bereits im Januar 1964 neue 50 Millionen folgen zu lassen, war eine Einigung nicht zu erzielen, da der Gesprächspartner hieran die Bedingung knüpfte, daß die im Januar 1964 fälligen 50 Millionen auf den Gesamtbetrag für 1964 keine Anrechnung finden dürften.

Der Gesprächspartner machte seinerseits folgenden Gegenvorschlag: Bis Jahresende sind grundsätzlich 100 Millionen, mindestens aber 85 Millionen zu zahlen (bezüglich der Ermäßigung von 100 auf 85 Millionen behielt sich der Gesprächspartner die Zustimmung seiner Regierung vor). Ab 1964 sind jährlich 150 Millionen, zahlbar in zwei Halbjahresraten, die an bestimmte Kalendertage gebunden sein sollten, zu zahlen. Das würde bedeuten, daß sich die Zahlungen ab 1964 noch auf 11 Jahre erstrecken würden, die Gesamtabwicklung des Abkommens also 13 Jahre betragen würde.[4]

Ich habe meinem Gesprächspartner erwidert, daß ich die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung[5] unter Wiedergabe der beiderseitigen Erklärungen davon unterrichten werde, daß eine Einigung bisher nicht gelungen sei.

Für die weitere Behandlung der Angelegenheit sind folgende Überlegungen wichtig:

1) Über das von dem Herrn Bundeskanzler seinerzeit geführte Gespräch[6] sind

[1] Zur Gewährung von Krediten an Israel im Rahmen der geheimgehaltenen Aktion „Geschäftsfreund" vgl. bereits Dok. 193, Anm. 4.

[2] Felix E. Shinnar.

[3] Vgl. dazu Dok. 372.

[4] Insgesamt belief sich das vorgesehene Kreditvolumen auf 2 Milliarden DM.

[5] Bundeskanzler, Bundesminister des Auswärtigen, Bundesminister für Wirtschaft, Bundesminister der Finanzen, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

[6] Ministerpräsident Ben Gurion schlug am 14. März 1960 im Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer in New York die Beteiligung der Bundesrepublik an der Entwicklung Israels in Form einer Anleihe vor, „wobei an einen Zeitraum von 10–20 Jahren und an einen jährlichen Betrag von 40–50 Millionen US-Dollar gedacht sei ... Der Herr Bundeskanzler antwortete dem Herrn Ministerpräsidenten: ‚Wir werden Ihnen helfen'." Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 4; B 150, Aktenkopien 1960. Vgl. dazu auch ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 36, und VOGEL, Dialog I/1, S. 150–152.

keine absolut eindeutigen Unterlagen vorhanden. Der Gesprächspartner hat zwar brieflich den Inhalt des Gesprächs bestätigt, wie er ihn verstanden hat[7], eine Bestätigung von deutscher Seite liegt aber nicht vor.[8] Der Brief der Gegenseite soll sich bei Herrn Abs[9] befinden. Das Bundeskanzleramt verfügt jedoch wohl über eine Abschrift; jedenfalls ist mir der Inhalt des Briefes mündlich mitgeteilt worden. Auch nach der schriftlichen Darstellung der Gegenseite ist für den Beginn der Zahlung kein fixer Termin genannt worden. Die Gegenseite legt das Gespräch dahin aus, daß die Zahlungen eigentlich sofort hätten beginnen sollen, der Beginn dann aber schließlich durch ausdrückliche Vereinbarung auf den November 1961 gelegt worden sei.[10] Nach deutscher Auffassung ist das Gespräch so zu verstehen, daß sich das neue Abkommen an die Durchführung des alten Wiedergutmachtungsabkommens[11] anschließen sollte, wobei allerdings insofern eine weitere Unklarheit vorhanden ist, als der Partner durch eine Vorfinanzierung bereits alle Zahlungen aus dem alten Abkommen erhalten hat, während der Bundeshaushalt mit diesen noch bis zum Jahr 1965 belastet bleibt.[12] Jedenfalls gingen wir davon aus, als wir diese Zahlungen im November 1961 aufgenommen haben, daß dies ein freiwilliges Ent-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1302

Dazu hielt Adenauer in einem Schreiben vom 15. Dezember 1960 an Botschafter Shinnar fest: „Meine Zusage gegenüber Ihrem Herrn Ministerpräsidenten ging dahin, daß ich die Gewährung von Krediten auf kommerzieller Basis für konkrete Vorhaben in Ihrem Lande im Rahmen Ihrer Entwicklungspläne in Gang bringe." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 4; B 150, Aktenkopien 1960.

7 Von israelischer Seite wurden die Aussagen des Bundeskanzlers Adenauer vom 14. März 1960 als feste Zusage gewertet, „eine Entwicklungshilfe auf kommerzieller Basis in Form eines Darlehens von jährlich 200 Millionen DM für 10 Jahre" zu leisten, und auch für Staatssekretär van Scherpenberg stand fest, „daß der Herr Bundeskanzler Herrn Ben Gurion eine Zusage über 500 Mio. Dollar über Entwicklungshilfe nach Ablauf des Wiedergutmachungsabkommens gemacht hat". Vgl. die Aufzeichnung von Scherpenberg vom 5. Dezember 1960 sowie die Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Etzdorf vom 25. August 1961; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 444; Aktenkopien 1960 und 1961.
Zum Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Ben Gurion und Bundeskanzler Adenauer in dieser Angelegenheit vgl. auch die Zusammenfassung des Staatssekretärs Lahr vom Februar 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 4; B 150, Aktenkopien 1964.

8 Mit Schreiben vom 5. August 1960 an Ministerpräsident Ben Gurion hielt Bundeskanzler Adenauer lediglich fest, es erscheine ihm angebracht, die in Aussicht genommenen „langfristigen Entwicklungsdarlehen so zu ermöglichen, daß auf Grund einer zu gewährenden Bundesgarantie die Finanzierung der langfristigen Kredite, für die Höhe und Form noch festzusetzen sind, bei geeigneten Finanzinstituten in der Bundesrepublik ... sichergestellt werden kann". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 4; B 150, Aktenkopien 1960.

9 Auf Bitte des Bundeskanzlers Adenauer äußerte sich das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Abs, am 29. Juli 1960 zu dem vorgesehenen Kreditprojekt. Er regte an, die Kreditanstalt für Wiederaufbau mit der technischen Durchführung der Kreditvergabe zu beauftragen. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 4; B 150, Aktenkopien 1960.

10 Vgl. dazu den Vermerk des Staatssekretärs Lahr vom 18. Oktober 1961; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 444.
Vgl. dazu auch das Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer vom 22. Januar 1962 an Ministerpräsident Ben Gurion; Dok. 437, Anm. 6.

11 Zum Wiedergutmachungsabkommen mit Israel vom 10. September 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 37–97.
Zum Zahlungsmodus vgl. Dok. 157, Anm. 10.

12 Im Oktober 1958 gewährte die Deutsche Bank Israel ein Darlehen in Höhe von 450 Millionen DM, das durch die letzten Jahresraten aus dem Wiedergutmachungsabkommen mit Israel vom 10. September 1952 getilgt werden sollte. Vgl. dazu VOGEL, Dialog I/1, S. 147 f.

gegenkommen, d. h. ein Vorverlegen der eigentlichen Fälligkeiten bedeute. Hiervon ausgehend würde die jetzige „Streckung" nicht eine Verschlechterung des ursprünglichen Gesprächsinhalts, sondern eher eine Rückkehr zu diesem bedeuten. Von der Gegenseite wird dies alles bestritten.

2) Wenn sich die Gegenseite jetzt doch mit einer Streckung einverstanden erklärt, so beruht dies einerseits wohl auf der Einsicht, daß die uneingeschränkte Festsetzung des zunächst eingeschlagenen Rhythmus' für uns größere Schwierigkeiten verursachen würde, zum anderen aber auch auf der Überlegung, daß die von ihr vorgeschlagene Festlegung eines verlangsamten Rhythmus' zwei Vorteile einschließt: Einmal nämlich die Bestätigung der vom bisherigen Regierungschef abgegebenen Erklärungen durch den neuen Regierungschef und zum anderen eine gewisse Konsolidierung des bisherigen Gesprächsinhalts insofern, als neben die bisherige einseitige Darstellung des einen Gesprächspartners nunmehr ein zweiseitiges Papier treten würde.[13]

Mein Votum ist folgendes:

Die Rechtslage gibt zu mancherlei Zweifeln Anlaß. Einmal ist der Herr Bundeskanzler staatsrechtlich wohl nicht in der Lage, ohne Bundeskabinett, insbesondere ohne Finanzminister und ohne Parlament, finanzielle Verpflichtungen auf 10 Jahre einzugehen. Ich glaube auch nicht, daß der Herr Bundeskanzler sein Gespräch so verstanden hat.[14] Im übrigen besteht über den Gesprächsinhalt keine beiderseits anerkannte Darstellung. Auch die einseitige Darstellung der Gegenseite enthält erhebliche Lücken.

Das seinerzeitige Gespräch ist also vorwiegend unter politischen Gesichtspunkten zu werten, d. h. als eine Erklärung des Regierungschefs, daß es Ziel seiner Politik sein werde, in dem besprochenen Umfang eine Hilfestellung zu geben. Die damit erfolgte politische Bindung ist verstärkt worden durch die Nichtbeantwortung der brieflichen Darstellung der Gegenseite. Ich sehe nicht, daß eine künftige Bundesregierung diese politische Willensäußerung negieren könnte. Was den Zeitpunkt des Beginns und den Rhythmus der Zahlungen angeht, drängt sich ein Kompromiß auf. Ich habe das Gefühl, daß sich in dem von mir geführten Gespräch mit der Verminderung der diesjährigen Zahlung um 15 Millionen und der Erstreckung der Gesamtlaufzeit von 10 auf 13 Jahre das Maximum des Erreichbaren ergeben hat. Da das Angebot der Gegenseite nicht unbedeutende Konzessionen enthält, wird es sich empfehlen, es anzunehmen, um nicht das Risiko sehr viel empfindlicherer politischer Nachteile einzugehen.

Hiermit dem Herrn Minister[15] mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt.

[13] Zu den weiteren Verhandlungen über die Abwicklung des Kreditprogramms nach dem Amtsantritt des Bundeskanzlers Erhard am 16. Oktober 1963 vgl. Dok. 437.

[14] Im Schreiben vom 5. August 1960 an Ministerpräsident Ben Gurion betonte Bundeskanzler Adenauer vielmehr die Notwendigkeit der „Unterstützung und ... Mitwirkung der zuständigen Ministerien" bei der Sicherstellung der Finanzierung langfristiger Kredite für Israel. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 4; B 150, Aktenkopien 1960.

[15] Hat Bundesminister Schröder am 9. Oktober 1963 vorgelegen.
Am 17. Oktober 1963 vermerkte Staatssekretär Lahr handschriftlich auf der Aufzeichnung: „Vorschlag des ‚Geschäftsfreunds' vom 17. 10.: 50 Mio. zu neuen Bedingungen; 82,5 Feb./März 64; 82,5 Sept./Okt. 64 unter Präjudizierung für Jahre ab 65." Daraufhin vermerkte Schröder am 18. Oktober 1963 handschriftlich: „Herrn St[aatssekretär] II, R[ücksprache]."

Ich schlage vor, den Herrn Bundeskanzler zu bitten, im Anschluß an die Kabinettssitzung die Herren BMF[16], BMWi[17] und BMZ[18] zu einem Gespräch hierüber zurückzuhalten.[19]

Lahr

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 444

383

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem südvietnamesischen Geschäftsträger Phan Van Thinh

Z A 5-116.A/63 **8. Oktober 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 8. Oktober 1963 um 12.30 Uhr den Geschäftsträger von Vietnam, der sein Einführungsschreiben überreichte.[2] Daran schloß sich ein Gespräch über verschiedene Fragen an, auf die der Herr Minister von dem Geschäftsträger eine Antwort erbat.

1) Auf die Frage, welche Auswirkungen der Bericht des amerikanischen Verteidigungsministers über seinen Besuch in Vietnam[3] gehabt habe, antwortete der vietnamesische *Geschäftsträger,* er sei nicht völlig unterrichtet, sondern habe lediglich am Radio gehört, die USA hätten beschlossen, die Vietnam gewährte Hilfe fortzuführen, was darauf schließen lasse, daß die USA auch nach dem Besuch ihres Verteidigungsministers ihre Einstellung zu Vietnam nicht geändert hätten.[4]

2) Zu dem Vorschlag de Gaulles, das vietnamesische Problem auf dem Wege der Wiedervereinigung der beiden Teile zu einem neutralen Staat zu lösen[5], sagte der vietnamesische Geschäftsträger, daß er als Vertreter und auch als Bürger seines Landes natürlich die Wiedervereinigung von Herzen herbeisehne. Eine Neutralität oder sogar ein Neutralismus, denn dies scheine de

16 Bundesminister der Finanzen, Dahlgrün.

17 Bundesminister für Wirtschaft, Erhard.

18 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Scheel.

19 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich angefügt. Vgl. dazu weiter Dok. 387.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 9. Oktober 1963 von Dolmetscherin Siebourg gefertigt. Hat Staatssekretär Carstens am 9. Oktober und Bundesminister Schröder am 13. Oktober 1963 vorgelegen.

2 Die Republik Vietnam war nur durch einen Geschäftsträger in der Bundesrepublik Deutschland vertreten.

3 Der amerikanische Verteidigungsminister McNamara besuchte vom 24. bis 29. September 1963 die Republik Vietnam. Nach der Rückkehr in die USA erstattete er dem Nationalen Sicherheitsrat Bericht. Vgl. AdG 1963, S. 10831.

4 Zur amerikanischen Haltung gegenüber der Republik Vietnam vgl. weiter Dok. 409.

5 Zum Vorschlag des französischen Staatspräsidenten vom 29. August 1963 vgl. Dok. 325, Anm. 26. Vgl. dazu weiter Dok. 474.

Gaulle wohl vorgeschwebt zu haben, sei schwierig durchzuführen. Vietnam liege neben einer großen kommunistischen Macht, China, und sei umgeben von neutralistischen Nachbarn, die starke Neigung zum Kommunismus aufwiesen, so daß Vietnam den Neutralismus erst dann als Lösung ansehen könne, wenn auch die kommunistischen Staaten und ihre Satelliten sich wahrhaft neutral verhalten wollten.

3) Über die Entwicklung des jungen Staates Malaysia und die indonesische Haltung[6] befragt, erklärte der vietnamesische Geschäftsträger, daß in jungen Staaten die Neigung zum Föderalismus immer recht stark sei. Darüber hinaus habe der chinesische Bevölkerungsteil in Malaya zeitweilig 50 v. H. und mehr ausgemacht, so daß man durch die Föderation eine günstigere ethnische Verteilung habe erreichen wollen. Indonesiens Haltung sei vielleicht ein wenig damit zu begründen, daß es innerpolitische Schwierigkeiten habe verbergen oder übergehen wollen, indem es in der Außenpolitik leichte Erfolge zu erzielen suchte.

4) Der Herr *Bundesminister* fragte den vietnamesischen Geschäftsträger nach seiner Ansicht über das Ringen zwischen dem russischen und dem chinesischen Kommunismus.[7] Es sei möglich, daß diese Schwierigkeiten Rußland einmal veranlassen könnten, das Problem, das zwischen Deutschland und Rußland steht, in ein besseres Klima zu rücken, als dies bisher der Fall ist.[8]

Der *Geschäftsträger* von Vietnam führte hierzu aus, Deutschland und Vietnam hätten zwar die Nachbarschaft eines kommunistischen Landes gemeinsam. Der Unterschied zwischen beiden Ländern bestünde jedoch darin, daß sie als Asiaten zunächst mit China und erst in zweiter Linie mit Rußland zu tun hätten. Hier im Westen aber habe man zunächst mit Rußland und erst dann, wenn überhaupt, mit China zu tun. Vietnam könne sich auf eine jahrhundertealte Kenntnis Chinas stützen, die zum Schluß, vor allem im Kampf gegen die kommunistischen Chinesen, erweitert worden sei. Die Asiaten und Vietnamesen insbesondere gäben sich keinerlei Hoffnung darüber hin, daß die Spaltung zwischen Rußland und China günstige Auswirkungen mit sich bringen könne. Welches auch immer die jeweilige Nuance sei, Kommunismus bleibe Kommunismus, welches auch der jeweilige Streitpunkt sei, die Kampfdoktrin habe noch immer den Weltkommunismus zum Ziel. In Europa möge die Lage dadurch begünstigt werden, daß die jungen aufkommenden Nationen in Asien die Aufmerksamkeit Rußlands in Anspruch nähmen, aber der Streit zwischen Rußland und China werde letzten Endes und vor allem in Südostasien keine Erleichterung schaffen. Dies sei nicht nur die Auffassung seines Landes, sondern auch zum Beispiel Indiens. Als konkretes Beispiel hierfür zitierte der vietnamesische Geschäftsträger Laos. Er selbst habe an der Laos-Konferenz

[6] Am 16. September 1963 wurde aus dem Malaiischen Bund, Singapur und den britischen Kronkolonien Sarawak und Nord-Borneo der Bundesstaat Malaysia gebildet. Malaysia wurde von den Philippinen und Indonesien, die territoriale Forderungen gegenüber dem neuen Staat geltend machten, nicht anerkannt; nach Ausschreitungen in Djakarta und Kuala Lumpur wurden die indonesischen bzw. malaysischen Streitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, D 501–512. Dazu auch Dok. 461.

[7] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23, sowie Dok. 367, Anm. 26 und Anm. 43.

[8] Zu entsprechenden Vorstellungen des Bundeskanzlers Adenauer vgl. besonders Dok. 355.

in Genf[9] teilgenommen; sie alle hätten damals auf eine mäßigende Rolle Rußlands gehofft, die die Sowjetunion aber bis heute noch nicht eingenommen habe, sondern im Gegenteil habe sich die Lage in Laos verschlechtert.[10]

Das Gespräch endete gegen 13.05 Uhr.

Ministerbüro, Bd. 242

384

Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow

Z A 5-119.A/63 VS-vertraulich **9. Oktober 1963[1]**

Am 9. Oktober 1963 empfing der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Professor Dr. Carstens, den Botschafter der UdSSR, Smirnow, zu einer Unterredung, um die der Botschafter nachgesucht hatte.

Nach einleitenden Worten sagte Botschafter *Smirnow,* er habe im Auftrage der sowjetischen Regierung eine Erklärung abzugeben. Anschließend verlas er einen vorbereiteten Text, demzufolge die sowjetische Regierung aus Agentur- und Pressemeldungen entnommen habe, daß die Firma Siemens und das französische Atomkommissariat eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit beim Bau großer Kernreaktoren abgeschlossen hätten.[2] Bei Kernreaktoren falle bekanntlich als Nebenprodukt Plutonium ab, welches für militärische Zwecke, also auch für die Herstellung von Atomwaffen, verwendet werde. Aufgrund der Pressemeldungen sei ein Zusammenhang zwischen dieser Vereinbarung und dem deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963[3] zu vermuten, der wahrscheinlich in einer Geheimklausel eine derartige Zusammenarbeit vorsehe. Mit der Verwirklichung derartiger Pläne würde die Bundesregie-

[9] Zum Schlußprotokoll der Laos-Konferenz vom 23. Juli 1962 vgl. Dok. 235, Anm. 6.

[10] In der im Anschluß an die Laos-Konferenz gebildeten Koalitionsregierung waren neben den Befürwortern der Neutralität mit Ministerpräsident Souvanna Phouma an der Spitze auch die Kommunisten und rechtsgerichtete Kräfte vertreten. Die Gegensätze zwischen den drei Gruppierungen, von denen jede einen Teil des Landes militärisch kontrollierte, konnten jedoch nicht beigelegt werden. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, D 399–405; EUROPA-ARCHIV 1963, Z 107 f., Z 130, Z 140 und Z 153.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Buring gefertigt.
Hat Staatssekretär Carstens am 10. Oktober 1963 vorgelegen, der die Aufzeichnung an die Ministerialdirektoren Jansen, Krapf und von Haeften weiterleiten ließ.

[2] Am 10. Oktober 1963 vermerkte Ministerialdirektor Jansen, das Auswärtige Amt sei ebensowenig wie das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung von der Firma Siemens über den Abschluß des Abkommens mit dem französischen Atomkommissariat offiziell unterrichtet worden. Das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung sei aber überzeugt, „daß es sich um eine rein zivile Entwicklung handelt". Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 148; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

rung gegen übernommene internationale Verpflichtungen[4] verstoßen. Diese Vereinbarung wie auch die andauernden Bestrebungen der Bundesregierung, Zugang zu Atomwaffen zu erhalten[5], und schließlich die jüngsten Gespräche zwischen Adenauer und de Gaulle über eine europäische Kernwaffenstreitmacht[6] seien Tatsachen, die für die Sowjetunion keineswegs unwichtig seien, da sie eine Tendenz erkennen ließen, die auf eine Bedrohung der Sicherheit der Sowjetunion und anderer Staaten hinauslaufe. Die sowjetische Regierung bitte daher das Auswärtige Amt um Aufklärung.

Staatssekretär *Carstens* antwortete, es sei nicht zutreffend, daß irgendwelche Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Sicherheit der Sowjetunion gerichtet seien. Die militärischen Anstrengungen der Bundesrepublik hätten rein defensiven Charakter, ihre Streitkräfte seien in der NATO integriert und hätten somit keinerlei eigene Operationsmöglichkeiten. Im übrigen diene die NATO, wie er schon oft betont habe, ausschließlich Verteidigungszwecken.

Wenn Botschafter Smirnow behaupte, die Bundesregierung würde bei der angedeuteten deutsch-französischen Zusammenarbeit gegen übernommene internationale Verpflichtungen verstoßen, so wolle er klarstellen, daß sich die Bundesrepublik wohl gegenüber verschiedenen westlichen Staaten, nicht aber gegenüber der Sowjetunion verpflichtet habe, keine Atomwaffen herzustellen. Daher bestehe zu der von Botschafter Smirnow gestellten Frage an sich keine Veranlassung. Dennoch wolle er sie beantworten, weil es hierbei nichts zu verheimlichen gebe. Der Staatssekretär fuhr fort und erklärte, daß es zu dem deutsch-französischen Vertrag, der in seinem vollen Wortlaut veröffentlicht worden sei, keinerlei geheime Zusatzklauseln gebe. Er könne dem Botschafter auch nicht zustimmen, wenn dieser behaupte, die Bundesregierung strebe eine alleinige Verfügungsgewalt über Atomwaffen an. Dies sei nicht richtig. Was die Bundesregierung wünsche, sei eine gemeinsame Atomstreitmacht, in der möglichst alle NATO-Staaten vertreten sein sollten und in der keine Nation das alleinige Verfügungsrecht über Atomwaffen haben dürfe. Nur im Bündnis könnten dann diese Nationen Atomwaffen einsetzen.

Was die Vereinbarung der Firma Siemens mit der genannten französischen Stelle angehe, so sei er darüber nicht unterrichtet. Vermutlich diene sie Forschungsvorhaben, ganz gewiß aber nicht irgendwelchen militärischen Zielen.

Botschafter *Smirnow* sagte, er müsse aus den Darlegungen des Herrn Staatssekretärs den Schluß ziehen, daß die bereits erwähnte deutsch-französische Vereinbarung über den Bau von großen Kernreaktoren abgeschlossen worden sei. Zu der Feststellung des Staatssekretärs, eine derartige Vereinbarung diene sicherlich Forschungszwecken und sei ganz gewiß nicht dazu angetan, die Sicherheit der Sowjetunion zu bedrohen, wolle er folgendes sagen: Vereinbarungen dieser Art stellten heute vielleicht noch keine Bedrohung der Sowjetunion dar, aber die Entwicklung in der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Atom- und Militärpolitik sei derart, daß die Sowjetunion darin eine Bedro-

[4] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

[5] Botschafter Smirnow spielte hier auf die beabsichtigte Teilnahme der Bundesrepublik an der MLF an.

[6] Vgl. dazu das Gespräch vom 22. September 1963; Dok. 357.

hung ihrer Sicherheit erblicken müsse. Ziel und Charakter der eingangs erwähnten deutsch-französischen Absprache seien für die Sowjetunion wie auch für ihre Nachbarn durchaus nicht gleichgültig. Die Ausführungen des Staatssekretärs ließen folgenden Schluß zu: Die Bundesrepublik habe in bezug auf ihre Atompolitik gegenüber der Sowjetunion keine Verpflichtungen übernommen. In Ermangelung derartiger Verpflichtungen könne sie also bei ihrer Atompolitik hinsichtlich der Sowjetunion nicht nur Verteidigungs-, sondern auch Angriffsziele verfolgen. In diesem Zusammenhang sei es ohne Bedeutung, wenn der Herr Staatssekretär feststelle, die Atombewaffnung der NATO-Staaten habe nur defensiven Charakter. Er wisse daher nicht recht, wie er die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs verstehen solle.

Der Herr *Staatssekretär* erwiderte, die in Rede stehende deutsch-französische Übereinkunft sei ihm nicht bekannt, weshalb er sich auch nicht näher dazu äußern könne. Sollte es zu einer derartigen Übereinkunft gekommen sein, so diene sie gewiß friedlichen Zwecken. Er wolle nochmals betonen, daß es keinerlei Maßnahmen der Bundesregierung gebe, die gegen die Sicherheit der Sowjetunion gerichtet seien.

Der Herr Staatssekretär sagte anschließend, er pflege die Reden Chruschtschows sehr aufmerksam zu verfolgen. In einer seiner jüngsten Reden habe der sowjetische Regierungschef erklärt, die Sowjetunion verfüge über eine große Anzahl von Atomwaffen, und eine kleine Zahl dieser Waffen genüge bereits, um gewisse Länder, darunter auch die Bundesrepublik, auszulöschen.[7] Aufgrund derartiger Äußerungen bestehe für die Bundesrepublik sehr wohl Veranlassung, sich durch die Sowjetunion bedroht zu fühlen, nicht aber umgekehrt. Die Bundesrepublik habe sich seinerzeit gegenüber bestimmten *westlichen* Staaten verpflichtet, auf die Produktion von Atomwaffen zu verzichten. Die Bundesregierung sei daher nicht verpflichtet, der sowjetischen Regierung Auskunft über die diesbezügliche Vertragslage zu geben. Wenn er dem Botschafter dennoch Erläuterungen gebe, so tue er dies aus Courtoisie. Die Bundesrepublik hege gegen kein Land Angriffsabsichten und schon gar nicht gegen die Sowjetunion. Es sei einfach absurd zu behaupten, die Bundesrepublik wolle Atomwaffen haben, um sie gegen die Sowjetunion einzusetzen. Völlig haltlos seien Behauptungen, wonach die Bundesrepublik bereits Atomwaffen besitze. Er könne dem Botschafter versichern, daß die Bundesrepublik keine Atomwaffen habe. Die Befürchtungen der sowjetischen Regierung im Hinblick auf eine atomare Bedrohung von seiten der Bundesrepublik entbehrten somit jeglicher Grundlage.

Botschafter *Smirnow* antwortete, die Bundesrepublik sei ein Nachfolgestaat des Dritten Reiches. In bezug auf Rüstungsfragen und auf die Militärpolitik der Bundesrepublik bestünden keine internationalen Verträge; ihr militärischer Status sei nicht geklärt. Wenn die Bundesrepublik Maßnahmen auf dem

[7] Vgl. dazu auch die Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 2. Juli 1963, in der Chruschtschow mehrfach hervorhob, daß im Falle eines Krieges „Westdeutschland als erstes in ihm verbrennen wird"; DzD IV/9, S. 497 f.
Bereits am 10. November 1958 wies Chruschtschow in einem Gespräch mit dem amerikanischen Journalisten Lippmann darauf hin, daß die UdSSR die Bundesrepublik „rasch vernichten könnte – nämlich mit ihren Fernlenkgeschossen". Vgl. DzD IV/1, S. 35.

Gebiet der atomaren Rüstung ergreife, so tue sie dies vielleicht mit Billigung der Westmächte, aber jedenfalls ohne Billigung der Sowjetunion. Die Sowjetunion interessiere sich naturgemäß für alle Maßnahmen anderer Staaten, durch welche ihre Sicherheitsbelange berührt würden. Die europäische atomare Rüstung, von der jetzt viel die Rede sei, stelle eine Bedrohung der sowjetischen Sicherheit dar.

Botschafter Smirnow fuhr fort, die Anspielungen des Staatssekretärs auf eine Chruschtschow-Rede hätten keinerlei Bezug zu dem gegenwärtig geführten Gespräch. Die sowjetische Regierung trete bekanntlich seit eh und je für die Abrüstung, auch für die atomare Abrüstung ein. Nicht so die Bundesregierung, welche eine ganz andere Politik verfolge. Dies käme in verschiedenen Maßnahmen wie auch in Erklärungen führender Persönlichkeiten zum Ausdruck. Er denke hierbei an die jüngsten Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers über die europäischen Atomstreitkräfte.[8]

Der Herr *Staatssekretär* erwiderte, er glaube nicht, daß es möglich sein werde, sich während des heutigen Gesprächs gegenseitig zu überzeugen. Woran ihm liege, wolle er noch einmal in aller Klarheit betonen: Die Bundesrepublik bedrohe in keiner Weise die UdSSR.

Allein schon wegen des Kräfteverhältnisses könne kein vernünftiger Mensch in der Bundesrepublik annehmen, daß von einer Bedrohung der Sowjetunion die Rede sein könne. Die Sowjetunion verfüge gewiß über viele Atomwaffen. Die Bundesrepublik habe keine, weshalb also schon rein materiell keine Möglichkeit zu einer Bedrohung bestehe. Dazu käme noch die innere Einstellung der Menschen in der Bundesrepublik. Die Bevölkerung habe die schweren Jahre der jüngsten Vergangenheit keineswegs vergessen. Der Botschafter würde den deutsch-sowjetischen Beziehungen einen großen Dienst erweisen, wenn er der Propaganda, welche die westdeutsche Bevölkerung als revanchistisch und militaristisch hinzustellen versuche, entgegentreten würde. Diese Propaganda sei höchst gefährlich und störe die Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Über diesen Fragenkomplex würde er sich mit dem Botschafter bei anderer Gelegenheit sehr gern einmal in Ruhe unterhalten wollen.

Der Herr Staatssekretär sagte anschließend, in einem Punkt gebe es erfreulicherweise eine Übereinstimmung in den Ansichten der beiden Regierungen. Er denke hierbei an die Notwendigkeit abzurüsten. Die Bundesregierung halte eine kontrollierte Abrüstung für erforderlich. Er habe festgestellt, daß in den jüngsten sowjetischen Thesen betreffend die Abrüstungsfrage[9] der Gesichtspunkt der Kontrolle eine stärkere Berücksichtigung gefunden habe als früher. Der kürzlich abgeschlossene Moskauer Vertrag[10] sei, da er ebenfalls in die allgemeine Abrüstungskategorie falle, begrüßenswert. Die Äußerungen

[8] Eine französische Anregung aufnehmend, äußerte sich Bundeskanzler Adenauer Ende September 1963 in einem Interview positiv zum Gedanken einer europäischen Atomstreitmacht. Vgl. dazu OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 260.

[9] Der sowjetische Außenminister Gromyko unterbreitete am 19. September 1963 vor der UNO-Generalversammlung Gedanken für eine schrittweise Vernichtung aller Atomwaffen, wobei er auch das Problem der Kontrolle ansprach. Vgl. dazu UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, Plenary Meetings, 18th Session, 1208th Meeting, S. 14–16.

[10] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

des Herrn Bundeskanzlers, auf die der Botschafter angespielt habe, seien für den Fall gedacht gewesen, daß es zu einer politischen Einigung Europas kommen werde. Dies liege aber noch in weiter Zukunft. Er hoffe, daß die Sowjetunion bereit sein werde, die angestrebte politische Einigung zu unterstützen, da eine solche Einigung geeignet wäre, gewisse sowjetische Befürchtungen zu beseitigen. Zur Zeit sei diese Einigung aber nicht akut. Akut sei hingegen die Bildung einer multilateralen Atomstreitmacht.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, er höre hier in diesem Hause nicht zum ersten Mal, daß die Sowjetunion die Militärpolitik der Bundesrepublik nicht richtig verstehe. Der Staatssekretär behaupte zwar, es gebe keine militaristischen Bestrebungen in der Bundesrepublik, doch sei es recht schwer, Beweise für derartige Behauptungen zu finden. Ließen sich derartige Beweise finden, dann wäre es gut. Leider sehe die Wirklichkeit jedoch anders aus. Er wolle in diesem Zusammenhang kurz auf eine Rede des Herrn Bundesministers des Auswärtigen eingehen, die dieser im Sommer dieses Jahres in Düsseldorf[11] gehalten habe. Der Herr Minister habe in dieser Rede festgestellt, die Bundesrepublik verfüge über die mächtigste Armee in Europa, sie habe unter den europäischen Staaten das größte Militärbudget, und sie stelle in Westeuropa die stärkste Wirtschaftsmacht dar. Wenn die Bundesrepublik über eine derart starke Position verfüge, dann müsse sie auch weitere Rechte für sich fordern dürfen. Die in dieser Rede zum Ausdruck kommende Tendenz laufe auf Anwendung von Gewalt hinaus. Der Staatssekretär habe zwar von der friedlichen Einstellung der Bundesrepublik gesprochen. Mit einer derartigen Einstellung seien die erwähnten Äußerungen des Herrn Außenministers jedoch schlecht zu vereinbaren. Auch die jüngsten Reden des Herrn Bundeskanzlers und anderer Bundesminister ließen eine Linie erkennen, die auf Gewaltanwendung und Druck abziele. Insbesondere die Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers könnten nur so gewertet werden, daß man die Sowjetunion in die Knie zwingen wolle. Es sei klar, daß niemand die Kraft habe, dies zu tun.

Der Herr *Staatssekretär* antwortete, er beabsichtige heute nicht, das Gespräch über diese Frage zu vertiefen. Die erwähnte Rede des Herrn Außenministers habe er zwar nicht mehr genau in Erinnerung, doch könne dieser Rede ganz gewiß nicht entnommen werden, daß der Minister an Gewaltanwendung gegenüber der Sowjetunion denke. Dazu kenne er das Kräfteverhältnis viel zu genau. Alle führenden Persönlichkeiten in der Bundesrepublik seien sich der jüngsten deutschen Geschichte sehr wohl bewußt, und niemand von ihnen wünsche einen Konflikt mit der Sowjetunion. Politische Auseinandersetzungen müßten mit friedlichen Mitteln geführt werden. Dies sei auch die Überzeugung des Herrn Bundeskanzlers, der während seiner Regierungszeit[12] immer wieder gehofft habe, zu einem Ausgleich mit der Sowjetunion zu gelangen. Der Herr Bundeskanzler habe, wie dem Botschafter sehr wohl bekannt sei, ja auch verschiedene Versuche in dieser Richtung unternommen.[13]

[11] Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Schröder vom 28. Juni 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 1003–1007.

[12] Bundeskanzler Adenauer trat am 15. Oktober 1963 zurück.

[13] Hier ist insbesondere der „Burgfriedensplan" vom Juni 1962 zu nennen. Vgl. dazu Dok. 37, Anm. 29.

Mit einem „ceterum censeo" ging der Herr Staatssekretär sodann zu einer anderen Frage über und fragte den Botschafter, wie es denn mit der Entlassung der beiden in der Sowjetunion verurteilten deutschen Studenten aus Heidelberg bestellt sei. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an das zwischen ihm und dem Botschafter getroffene Gentleman's Agreement, wonach als Gegenleistung für die Freilassung Pripolzews die beiden deutschen Studenten entlassen werden sollten.[14] Pripolzew sei inzwischen entlassen worden, nicht aber die Studenten. Schließlich könne man „dieselbe Kuh nicht zweimal verkaufen". Er bitte daher den Botschafter erneut, sich für die Freilassung der Studenten einzusetzen.

Botschafter *Smirnow* antwortete, er habe bereits vor kurzem, als er von dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen auf diese Frage angesprochen worden sei, mitgeteilt, daß in den Haftbedingungen keine Verschlechterung eingetreten sei.[15] Er habe sich schon verschiedentlich um die Freilassung der Studenten bemüht, doch sei in den letzten Monaten das Klima der deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht gerade sehr günstig und somit auch nicht förderlich für eine derartige Aktion gewesen. Er erinnere in diesem Zusammenhang nur an das Röhrenembargo[16], die anfängliche Haltung der Bundesregierung zum Moskauer Vertrag und ihre unfreundliche Einstellung im Hinblick auf die von der Sowjetunion geplanten Weizenkäufe.[17] Andererseits seien Tendenzen der Bundesregierung, zu einer vollständigen Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu gelangen, leider nicht festzustellen. Er wolle jedoch die Wünsche der Bundesregierung in bezug auf die beiden verurteilten Studenten weitergeben und um eine wohlwollende Behandlung dieser Frage bitten.[18]

Staatssekretär *Carstens* dankte anschließend dem Botschafter für dessen Bereitschaft, das Anliegen der Bundesregierung nach Moskau übermitteln zu wollen.

Die Unterredung dauerte von 16.00 Uhr bis 17.20 Uhr.

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 428

[14] Zur Frage der Entlassung von Walter Naumann und Peter Sonntag aus sowjetischer Haft vgl. bereits das Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow am 20. Mai 1963; Dok. 174.

[15] Für das Gespräch vom 3. August 1963 vgl. Dok. 269.

[16] Zur Verordnung vom 18. Dezember 1962 über die Ausfuhr von Röhren vgl. Dok. 9, Anm. 6.

[17] Zur Frage der sowjetischen Weizenkäufe vgl. bereits Dok. 381.
Auf seiten der Bundesregierung wurden in diesem Zusammenhang Überlegungen angestellt, ob man den beabsichtigten Ankauf von 200 000 Tonnen Weizenmehl durch die UdSSR bei Firmen in der Bundesrepublik mittels einer Rechtsverordnung unterbinden könne. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Keller vom 2. Oktober 1963; VS-Bd. 8357 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

[18] Vgl. dazu weiter Dok. 407.

385

Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-7497/63 geheim
Fernschreiben Nr. 2904
Cito

Aufgabe: 9. Oktober 1963, 19.00 Uhr[1]
Ankunft: 10. Oktober 1963, 00.10 Uhr

Betr.: Amerikanische Weizenlieferungen an Sowjetunion[2]
Bezug: Drahtbericht 2898 vom 9.10. geheim[3]

Direktor NATO-Abteilung[4] bat Mitarbeiter heute zu sich, um Erklärung gleichen Inhalts abzugeben, die Botschafter Thompson mir schon vorher persönlich übermittelt hatte. In Ergänzung dazu wies er auf folgendes hin:

Nachdem amerikanische Regierung von privaten Kontakten zwischen amerikanischen Kaufleuten und sowjetischen Interessenten über Weizenlieferungen erfahren und diese Frage gründlich studiert habe, hätte amerikanische Regierung am vergangenen Wochenende die sowjetische Regierung über hiesige Botschaft gefragt, ob sie Interesse an derartigen Lieferungen habe. Sowjetische Regierung habe Frage bejaht und Bereitschaft erklärt, Weltmarktpreise zu „normalen Zahlungsbedingungen" für baldige Lieferungen zu zahlen.

Weizen dürfe nur in Sowjetunion und zur Erfüllung schon bestehender Lieferverpflichtungen der Sowjetunion gegenüber osteuropäischen Staaten verwendet werden. Da es sich um kommerzielle, private Kaufverträge handle, würden Bestimmungen des Public Law 480[5] nicht zum Zuge kommen. Über direkte Verkäufe an Satellitenstaaten sei Definitives noch nicht bekannt.[6] NATO-Direktor wies außerdem darauf hin, daß nach inneramerikanischen Schätzungen die Gesamtkäufe der Sowjetunion – einschließlich der bevorstehenden amerikanischen Lieferungen – mit ca. 12 Millionen t dem Ausfall entsprächen, den Sowjetunion in diesem Jahr bei ihrer Weizenproduktion erlitten habe. Von einzelnen Experten wird dagegen Auffassung vertreten, daß Sowjetunion zur Deckung ihres eigenen Bedarfs und zur Erfüllung ihrer Lieferverpflich-

[1] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 381.

[3] Wenige Stunden zuvor berichtete Gesandter Lilienfeld aufgrund von Informationen des amerikanischen Botschafters Thompson, Präsident Kennedy wolle in einer Pressekonferenz die Bedingungen der amerikanischen Weizenverkäufe an die UdSSR erläutern. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 10079; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] David H. Popper.

[5] Für den Wortlaut des „Agricultural Trade Development and Assistance Act of 1954" vgl. UNITED STATES STATUES AT LARGE 1954, Bd. 68/1, Washington 1955, S. 454–459.

[6] Am 7. Oktober 1963 berichtete Botschafter Knappstein, Washington, daß die ČSSR, Ungarn und Bulgarien Interesse am Kauf von Weizen gezeigt hätten. Auf amerikanischer Seite seien jedoch „Bedenken aufgetaucht, ob Genehmigung von Weizenlieferungen innenpolitisch tunlich sei ... Weder der Kongress noch der Präsident wollen offenbar volle Verantwortung einer Entscheidung für oder gegen die Weizenverkäufe übernehmen; diese Verkäufe könnten im nächsten Jahr im Wahlkampf als Waffe verwendet werden." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 10079; B 150, Aktenkopien 1963.

tungen innerhalb Sowjetblocks und für Kuba lediglich 9 Mio. t Weizen zusätzlich benötige, während der darüber hinausgehende Anteil der Käufe der Vorratsbildung dienen würde.

[gez.] Lilienfeld

Ministerbüro, VS-Bd. 10079

386

Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer

I B 4-82.00/92.19/1206/63 geheim **10. Oktober 1963**

Am 9. 10. bat Herr Osterheld wegen der Eilbedürftigkeit um fernmündliche Durchgabe von Gesichtspunkten zum Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an Ministerpräsident Eshkol.

Ich habe Herrn Osterheld sinngemäß folgendes gesagt:

Das Schreiben Ministerpräsident Eshkols vom 31. Juli 1963[1] geht in keiner Form auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen[2] zwischen der Bundesrepublik und Israel ein. Es erübrige sich meiner Ansicht nach daher, diese Frage in dem Antwortbrief anzuschneiden.

Ministerpräsident Eshkol wolle dagegen eine Auskunft über das Ergebnis der Besprechungen des Herrn Bundeskanzlers mit Staatspräsident de Gaulle[3] und Präsident Kennedy[4] über die Möglichkeit eines Beitrags des Westens zur Entspannung der Lage zwischen Israel und den Arabern. Da dem Auswärtigen Amt über Gespräche des Herrn Bundeskanzlers mit den beiden Vorgenannten zu diesem Thema nichts bekannt geworden sei, könne ich mich hierzu nicht äußern.

Es erschiene mir richtig, den Brief in allgemeiner und freundlicher Form zu halten und auf die große Anteilnahme hinzuweisen, mit der die deutsche Öffentlichkeit den bewunderungswürdigen Aufbau Israels verfolge. Ebenso beeindruckend sei die Tatsache, daß in Israel ein Konglomerat von Einwanderern aus vielen Ländern und Sprachgebieten zu einem einheitlichen Staatsvolk zusammengefügt werde.

Aufgrund der besonderen geschichtlichen Verbindung des deutschen Volkes mit dem Schicksal des jüdischen Volkes betrachteten wir die Entwicklung des Staates Israel und seinen Bestand mit Sympathie. Wir seien der Auffassung, daß wir durch gute deutsch-arabische Beziehungen für Israel einen Beitrag

[1] Anlaß für das Schreiben war die Übernahme des Ministerpräsidentenamts in Israel durch Levi Eshkol am 26. Juni 1963. Für den Wortlaut vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205.

[2] Zur Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel vgl. bereits Dok. 341.

[3] Für die Gespräche vom 21./22. September 1963 vgl. Dok. 354–357.

[4] Für das Gespräch vom 24. Juni 1963 vgl. Dok. 206.

zur friedlichen Regelung der Probleme des Nahostraumes leisten könnten. Alle ausgleichenden Bestrebungen in dieser Richtung fänden daher unsere Unterstützung.

Herr Osterheld sagte zu, dem Auswärtigen Amt Durchschrift des Briefentwurfes zu übersenden.[5]

Hiermit über Herrn D I[6] dem Herrn Staatssekretär[7] zur Unterrichtung des Herrn Ministers[8] vorgelegt.

Schirmer

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 205

387

Bundeskanzler Adenauer an Bundesminister Schröder

13. Oktober 1963[1]

Sehr geehrter Herr Schröder!

Bezüglich des Sonderprojekts Entwicklungshilfe[2] bin ich der Meinung, daß mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in diesem Jahr der volle Betrag gezahlt werden sollte und daß die von den Ressorts vorgeschlagene Erstreckung auf 15 Jahre erst im nächsten Jahr beginnt.[3] Wie ich aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit erfahre, sind die notwendigen Mittel auch vorhanden. Ich bitte daher, die volle zweite Tranche 1963 möglichst bald zu zahlen.[4]

Mit freundlichen Grüßen

Adenauer

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 444

5 Bundeskanzler Adenauer antwortete Ministerpräsident Eshkol am 14. Oktober 1963, er verfolge den Aufbau des Staates Israel mit großer Anteilnahme, und versicherte, „daß uns das Wohlergehen Israels auch weiterhin am Herzen liegt und daß es ein wichtiges Ziel unserer Politik bleiben wird, soweit es in unseren Kräften steht, zum Frieden im Nahen Osten beizutragen". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 4; B 150, Aktenkopien 1963.

6 Hat Ministerialdirektor Jansen am 10. Oktober 1963 vorgelegen.

7 Hat Staatssekretär Carstens am 11. Oktober 1963 vorgelegen.

8 Hat Bundesminister Schröder am 15. Oktober 1963 vorgelegen.

1 Hat Bundesminister Schröder am 15. Oktober 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn St[aatssekretär] II R[ücksprache]. Wie Sie wissen, hat Dr. A[denauer] mir bei zwei voraufgegangenen Besprechungen sein Einverständnis mit Kürzung [im Jahr] 63 um 50 Mio. und Erstreckung auf längeren Zeitraum (es war nicht von 15 Jahren die Rede) erklärt."

2 Zur Gewährung von Krediten der Bundesrepublik an Israel im Rahmen der geheimgehaltenen Aktion „Geschäftsfreund" vgl. bereits Dok. 193, Anm. 4.

3 Vgl. dazu Dok. 382.

4 Vgl. dazu weiter Dok. 390.

388

Legationsrat I. Klasse Jestaedt, z. Z. Bukarest, an das Auswärtige Amt

Geheim **Aufgabe: 14. Oktober 1963, 23.10 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1
Citissime

Verhandlungen über Errichtung von Handelsvertretungen[1], die in guter Atmosphäre geführt wurden, hatten folgendes Ergebnis:

1) Berlinfrage (Ziffern 5 und 16 des Entwurfes Stand 5. Oktober 1963)[2]

Rumänen haben nach schwierigen Verhandlungen unsere Vorschläge angenommen. Nach Verhandlungsstand Montag, 14. Oktober, abends sollen Texte folgenden Wortlaut haben:

Ziffer 5: Die Aufgabe der Handelsvertretungen ist die Durchführung der zwischen den beiden Ländern bestehenden oder abzuschließenden Handels- und Zahlungsabkommen.

Ziffer 16 soll in gesonderten Briefwechsel aufgenommen werden und folgenden Wortlaut haben:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die beiden Handelsvertretungen ihre in Ziffer 5 des Briefwechsels (vielleicht auch: des Protokolls)[3] vom heutigen Tage über den Austausch von Handelsvertretungen festgelegte Aufgabe für die Währungsgebiete der DM-West und des Leu ausüben werden."

Alter Text der Ziffer 16 lautete: „Die beiden Handelsvertretungen üben ihre in Ziffer 5 dieses Briefwechsels festgelegten Befugnisse und Aufgaben für die Währungsgebiete der DM-West und des Leu aus." Rumänen haben es als wesentliche Grundlage der Einigung bezeichnet, daß wir durch Streichung der Worte „Befugnisse und" die Texte von Ziffer 5 und Ziffer 16 einander angeglichen haben. Rumänen vermuteten hinter unterschiedlicher Formulierung offenbar besondere Gründe, während uns das Problem nur redaktionelle Bedeutung zu haben scheint.

Rumänische Forderung, Ziffer 16 in besonderen Briefwechsel aufzunehmen, wird nach hiesiger Auffassung und nach ausführlicher Besprechung dieses Punktes vor Abreise zwischen Vortragendem Legationsrat I. Klasse v. Schenck und Legationsrat v. Marschall keine wesentlichen Probleme bereiten. Rumänische Bitte, Wortlaut des Ziffer 16 ersetzenden Briefwechsels redaktionell noch etwas zu ändern, könnte dagegen noch neue Schwierigkeiten aufwerfen. Doch wurde uns heute abend kategorisch erklärt, es handele sich nur

[1] Vgl. dazu bereits Dok. 380.

[2] Für den im Anschluß an die Gespräche der Legationsräte Rheker und Freiherr von Marschall in Bukarest gefertigten Entwurf vom 6. Oktober 1963 vgl. Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Die Vereinbarung wurde in Form eines Protokolls niedergelegt.

um redaktionelle Verbesserungen, nicht um sachliche Änderungen.[4] Sollten gleichwohl Schwierigkeiten entstehen, wird umgehend berichtet.

Formulierung des Ziffer 16 ersetzenden Briefwechsels wird – mit Ausnahme der Streichung des Wortes „Befugnisse" und der Einfügung der Bezugnahme auf Ziffer 5 – dem von Rechtsabteilung ausgearbeiteten und Rumänen am 2. August offiziell übergebenen Formulierungsvorschlag[5] entsprechen.

2) Vorrechte und Befreiungen (Wesentliche Abweichungen von bisher vorgesehenen Lösungen)

a) Leiter und 3 Stellvertreter der Handelsvertretung sind unverletzlich und genießen Befreiung von Gerichtsbarkeit.

b) Übrige Bedienstete sind mit Ausnahme einer vorläufigen Festnahme bei dringendem Verdacht einer schweren strafbaren Handlung unverletzlich und unterliegen im übrigen nicht Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaats.

c) Wohnungen des Leiters und 3 Stellvertreter sind ebenfalls unverletzlich.

d) Rumänien lehnt entschieden Bestimmung über freien Zugang zur Handelsvertretung in Vereinbarung oder Briefwechsel ab. Hinweis auf Wiener Konsularkonvention (Art. 36)[6] wurde mit Begründung begegnet, Rumänien betrachte es als Selbstverständlichkeit, freien Zugang zu gewähren. Wiener Bestimmung habe nur solche Staaten im Auge, die keinen freien Zugang gewährten. Habe Eindruck, daß Rumänien eine solche Grundsatzerklärung auch bei endgültiger Fassung von Ziffer 6 abgeben wird.[7]

3) Politischer Hintergrund: Rumänischer Gesprächspartner erklärte anläßlich zwangloser Unterhaltung bei Ausflug in Karpaten: Rumänien betrachte sich immer mehr als unabhängiges kommunistisches Land. Es bedauere sehr den vornehmlich ideologischen Konflikt[8] zwischen Peking und Moskau. Moskau habe Peking provoziert und den Konflikt in die Öffentlichkeit getragen. Trotzdem könne rumänische KP chinesischen Standpunkt über Bedeutung des

[4] In dem die Frage des Geltungsbereichs betreffenden Briefwechsel vom 17. Oktober 1963 wurde die Formulierung „festgelegte Aufgabe für die Währungsgebiete" ersetzt durch: „festgelegte Aufgabe in den Währungsgebieten".

[5] Vgl. dazu die Aufzeichnung der Legationsrätin Rheker vom 3. August 1963 sowie die beigefügten deutschen Vorschläge und rumänischen Gegenvorschläge; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 210; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. ferner den Vermerk des Leiters des Referats „Gesandtschafts- und Konsularrecht", Born, vom 3. August 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] In Artikel 36 der Wiener Konsularkonvention vom 24. April 1963 war festgelegt: „Consular officers shall be free to communicate with nationals of the sending State and to have access to them. Nationals of the sending State shall have the same freedom with respect to communications with and access to the consular officers of the sending State." Vgl. UNTS, Bd. 596, S. 292 f.

[7] Zur Frage des „freien Zugangs" von Personen zur Handelsvertretung der Bundesrepublik in Bukarest hielt Ministerialdirektor Krapf am 22. Oktober 1963 fest: „Da die Rumänen die Gewährung dieses Rechts von Anfang an mit dem Hinweis, daß es eine Selbstverständlichkeit sei, kategorisch abgelehnt haben, konnte eine entsprechende Bestimmung nicht ... in Artikel 6 des Protokolls aufgenommen werden. Der am 17. Oktober 1963 zu diesem Punkt abgegebenen Erklärung des rumänischen Delegationsleiters, Vize-Außenministers Pele, kann entnommen werden, daß die Rumänen beabsichtigen, nur den Bediensteten der staatlichen rumänischen Außenhandelsorganisation den Zugang zu unserer Handelsvertretung zu gestatten." Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 210; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23, sowie Dok. 367, Anm. 26 und Anm. 43.

Krieges für Weltrevolution[9] nicht teilen, obwohl andere chinesische Thesen rumänische Zustimmung fänden.

Rumänien beanspruche gegenüber Moskau Freiheit in zwischenstaatlichen Fragen, was sich bei Abstimmungen in internationalen Organisationen ebenso zeige wie im COMECON. In Deutschlandfrage teile Rumänien sowjetischen Standpunkt. Errichtung von Handelsvertretungen werde als erster Schritt für Normalisierung der Beziehungen mit Bundesrepublik angesehen. Daneben erhoffe sich Rumänien viel von diesem Schritt für Ausweitung Handels.

4) Nach Auffassung Delegation sind Voraussetzungen für Reise Ministerialdirektor Krapf gegeben, falls nicht am Dienstag plötzlich auftretende Schwierigkeiten bei endgültiger Fassung der Vereinbarung entstehen sollten.

Auf rumänischer Seite wird Stellvertretender Außenminister oder Staatssekretär Vereinbarung unterzeichnen.[10]

5) Erbitte Übersendung Schreibens Dg V an Leiter der polnischen Handelsmission (etwa Ende Juni 1963) über vorläufige Gewährung von gewissen Vorrechten und Befreiungen bis zur Verabschiedung des Sondergesetzes. Rumänische Seite wünscht ähnlichen Briefwechsel.[11]

[gez.] Jestaedt

Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217

[9] In einem „Offenen Schreiben" vom 14. Juni 1963 an das ZK der KPdSU verteidigte das ZK der Kommunistischen Partei Chinas „nationale Befreiungskriege" und „revolutionäre Bürgerkriege" als notwendig für die Durchsetzung der kommunistischen Ziele. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 73–103.

[10] Das Protokoll mit den zugehörigen Briefwechseln wurde am 17. Oktober 1963 von Ministerialdirektor Krapf und dem rumänischen Stellvertretenden Außenminister Pele unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 210; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 217; B 150, Aktenkopien 1963.

[11] In Anlehnung an das Schreiben des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg vom 27. Juni 1963 an die polnische Handelsvertretung wurde der rumänischen Seite in einem Briefwechsel vom 17. Oktober 1963 versichert, daß die Bundesregierung für die gesetzliche Gewährleistung der im Protokoll vereinbarten Privilegien Sorge tragen werde. Gewisse Vorrechte und Befreiungen wurden darüber hinaus vorab zugesichert. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 210; B 150, Aktenkopien 1963.

389

Gespräch des amtierenden Bundeskanzlers Adenauer mit dem ehemaligen amerikanischen Hohen Kommissar McCloy

Z A 5-125.A/63 **16. Oktober 1963**[1]

Bundeskanzler Dr. Adenauer empfing am 16. Oktober 1963 um 12 Uhr Herrn McCloy zu einer Unterredung, an der Herr Ministerialdirigent Dr. Osterheld teilnahm.

Herr *McCloy* sagte einleitend, die gegenwärtige Situation mit dem Regierungswechsel in der Bundesrepublik[2] und in Großbritannien[3], mit der derzeitigen Lage in Italien[4], den im nächsten Jahr bevorstehenden amerikanischen Wahlen[5], den Mißverständnissen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich und der gegenwärtigen sowjetischen Haltung erfordere mehr denn je staatsmännische Leistung. In der westlichen Welt sei Unsicherheit festzustellen, und dies zu einer Zeit, wenn die Einstimmigkeit und der Zusammenhalt wichtiger wären als je seit 1945.

Der Herr *Bundeskanzler* bezeichnete dies als richtig. Bei seinem letzten Besuch in Italien habe er Gelegenheit gehabt, mit dem neuen Papst zu sprechen[6], der ganz anders als sein Vorgänger sei. Er hoffe, dem neuen Papst werde es durch seine Haltung gelingen, die kommunistischen Stimmen wieder zu reduzieren. Segni sei etwas nervös und wolle Neuwahlen sobald wie möglich, wogegen alle anderen Parteien mehr zur Geduld rieten. Segni habe die Auffassung vertreten, daß die Haltung von Johannes XXIII. den Kommunisten den Zuwachs von einer Million Stimmen gebracht habe.[7] Er habe den schweren Fehler gemacht zu übersehen, daß man zwar den Einzelmenschen Sympathie entgegenbringen könne, eine Doktrin aber verdammen müsse. In der Enzyklika „Pacem in terris"[8] sei das Wort Kommunismus nicht ein einziges Mal vorgekommen.

Was Frankreich angehe, so sei die Popularität de Gaulles so groß wie je zuvor. Dennoch nehme der Einfluß seiner Widersacher zu, und hierzu gehörten vor allem die Kommunisten, die als einzige, wie ihm einmal ein Franzose gesagt

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 25. Oktober 1963 gefertigt.

[2] Am 16. Oktober 1963, kurz nach 12 Uhr, überreichte Bundespräsident Lübke Ludwig Erhard die Ernennungsurkunde zum Bundeskanzler.

[3] Am 18. Oktober 1963 reichte Premierminister Macmillan seinen Rücktritt ein. Königin Elisabeth II. beauftragte am gleichen Tag Außenminister Lord Home mit der Bildung einer Regierung. Dieser stellte am 20. Oktober 1963 das neue Kabinett vor, in dem der bisherige Stellvertretende Premierminister Butler das Amt des Außenministers übernahm. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 237 f.

[4] Zur Situation in Italien vgl. Dok. 261 und Dok. 342.

[5] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[6] Für das Gespräch mit Papst Paul VI. am 17. September 1963 vgl. Dok. 342.

[7] Vgl. dazu das Gespräch mit Staatspräsident Segni am 1. August 1963; Dok. 261.

[8] Für den Wortlaut der Enzyklika vom 11. April 1963 vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 255–264 (Auszug).

habe, ihrer Politik wegen auch auf die Barrikaden steigen würden. Deswegen könne man nur wünschen und hoffen im Interesse Europas und der Erhaltung des Friedens in der Welt, daß de Gaulle an der Macht bleibe. De Gaulle habe sich übergangen und verletzt gefühlt, weil Macmillan ihm bei seinem Besuch 1962 in Rambouillet[9] nichts davon gesagt habe, daß er von den Amerikanern die Polaris-Raketen anfordern wolle. Darüber sei de Gaulle so verärgert gewesen, daß er am 14. Januar die bekannte Pressekonferenz[10] gehalten habe. Das Angebot, was die amerikanische Regierung den Franzosen gemacht habe[11], sei nicht das gleiche gewesen wie das den Engländern gemachte, da die Franzosen nicht in der Lage seien, eigene Sprengköpfe herzustellen. Der Herr Bundeskanzler schilderte sodann, wie sich die Dinge bei seinem Besuch am 21. und 22. Januar in Paris[12] und später in Brüssel[13] weiterentwickelt hätten.

Er selbst habe de Gaulle nahegelegt, in die Vereinigten Staaten zu reisen[14], und Frau de Gaulle empfohlen, den General zu begleiten. Er sei sicher, daß der General mit allen Ehren in den Vereinigten Staaten empfangen würde, und es sei wichtig, daß dieser Besuch bald zustande komme.[15]

Was die Vereinigten Staaten angehe, so wisse Herr McCloy, daß er ein Freund Amerikas sei, doch würde er sich freuen, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten sehr stabil wäre. Jetzt wisse man nie, was morgen kommen werde.

Herr *McCloy* sagte, was die Franzosen angehe, so sei es wichtig, daß man sie und de Gaulle richtig verstehe. Er selbst kenne de Gaulle seit langen Jahren und habe sich während des Krieges sehr für ihn eingesetzt[16], was ihm manchen Tadel von Roosevelt und Stimson eingetragen habe. Er sei dafür eingetreten, daß man statt des Generals Giraud den General de Gaulle unterstützen sollte. In jener Zeit habe er de Gaulle persönlich auch sehr gut kennengelernt und ihn bei kleineren intimeren Anlässen als einen sehr höflichen und zuvorkommenden, vernünftigen und rationalen Mann kennengelernt. Andererseits habe er aber auch sehr unnachgiebig und überheblich sein können, so daß man nicht in der Lage gewesen sei, ein vernünftiges Gespräch mit ihm zu führen. Er habe das Gefühl, daß in de Gaulles Brust zwei Seelen wohnten und er keineswegs so standhaft sei, wie dies der Herr Bundeskanzler wohl glauben möge. Er habe öfters erlebt, wie de Gaulle seine Haltung geändert habe. So habe er beispielsweise einmal die Vereinigten Staaten kritisiert, daß sie den

[9] Zum Treffen des französischen Staatspräsidenten mit dem britischen Premierminister am 15./16. Dezember 1962 vgl. Dok. 12, Anm. 6.

[10] Vgl. dazu Dok. 21.

[11] Zum Angebot des Präsidenten Kennedy, Frankreich Polaris-Raketen zu liefern, vgl. Dok. 2, Anm. 4.

[12] Zur Elysée-Konferenz vgl. Dok. 37–39, Dok. 43 und Dok. 44.

[13] Zum Scheitern eines britischen Beitritts zur EWG am 28./29. Januar 1963 vgl. Dok. 60.

[14] Vgl. dazu das Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten am 22. September 1963; Dok. 357.

[15] Zu dem vorgesehenen Besuch kam es nicht. Vgl. dazu Dok. 237, Anm. 27.

[16] Als Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium unterstützte McCloy das im Sommer 1943 in Nordafrika gegründete „Comité Français de Libération Nationale", an dessen Spitze die Generale de Gaulle und – bis zum Rücktritt im November 1943 – Giraud standen.

Kommunisten gegenüber zu feindselig eingestellt seien. Er habe auch negative Äußerungen aus dem Munde de Gaulles über die deutsche Wiedervereinigung gehört.[17]

Andererseits dürfe man aber nicht vergessen, daß Frankreich der älteste Verbündete der Vereinigten Staaten sei, was auf das Jahr 1776 zurückgehe.[18] Eine wirkliche Feindschaft zwischen Amerika und Frankreich habe es nie gegeben. Die Franzosen seien in den Vereinigten Staaten auch sehr populär.

Die Bedeutung der deutsch-französischen Aussöhnung könne nicht überschätzt werden, denn zweimal innerhalb einer Generation seien die Amerikaner über den Atlantik gekommen, um mit ihren eigenen Mitteln und dem Blut ihrer Söhne einen Krieg beenden zu helfen, der aus den Gegensätzen zwischen den Deutschen und Franzosen entstanden sei. Die Amerikaner wollten dies nicht ein drittes Mal tun.

Was de Gaulles heutige Haltung angehe, so erscheine sie ihm zu negativ und zu nationalistisch. Die Vorstellung, daß Frankreich Europa durch ein System von Bündnissen und Achsen mit Hilfe der Deutschen kontrollieren und beherrschen könne, sei zu eng. Was Not tue, sei vielmehr eine gemeinsame europäische Politik, die in sich geschlossen sei. Die gegenwärtige Situation in den einzelnen Ländern habe zu einem unerfreulichen Mischmasch geführt.

Bei seiner letzten Begegnung mit Chruschtschow am Schwarzen Meer[19] habe ihm dieser gesagt, er halte es nicht für möglich, daß sich zwischen Europa und den Vereinigten Staaten eine solide Partnerschaft schaffen lasse. Es sei ganz eindeutig, daß es gerade das wäre, wovor Chruschtschow die größte Angst hätte. Man müsse aber eine solche Partnerschaft herstellen, wenn man die langfristigen Ziele der westlichen Politik erreichen wolle, wozu auch die Wiedervereinigung Deutschlands gehöre. Die Stabilität in der Welt lasse sich nur auf einer soliden Grundlage der Einigkeit aller freien Völker errichten. Nur dann werde es möglich sein, der chinesisch-sowjetischen Gefahr zu begegnen. Er glaube nicht, daß de Gaulle diese Dinge realistisch sehe. Vielmehr glaube er, er könne allein mit den Russen fertig werden und eine europäische Konzeption seiner Prägung verwirklichen, was eine französische Beherrschung Europas bedeuten würde. Diese Vorstellungen gingen in die Zeit von vor 1914 zurück. De Gaulle selbst habe ihm einmal gesagt, die einzige Stärke, über die er verfüge, bestehe darin, immer negativ zu sein. Selbst vernünftige Vorschläge der Alliierten habe er während des Krieges zurückgewiesen, weil er sich dadurch eine Stärkung seiner eigenen Position versprochen habe.

Ein Besuch de Gaulles in den Vereinigten Staaten wäre sicher nützlich, obschon er bezweifle, welche Ergebnisse dabei herauskämen. Man sollte aber ruhig dieses Risiko eingehen, müsse aber den Besuch sehr sorgfältig vorberei-

[17] Zu angeblichen negativen Aussagen des französischen Staatspräsidenten von 1960 über die Wiedervereinigung Deutschlands vgl. auch Dok. 449.

[18] Frankreich unterstützte im Unabhängigkeitskrieg von Beginn an die amerikanische Seite. Im Februar 1778 schloß es mit den amerikanischen Freistaaten einen Freundschafts- und Handelsvertrag sowie einen Allianzvertrag ab. Im Juni 1778 trat Frankreich aktiv in den Krieg gegen England ein.

[19] Das Treffen fand am 26./27. Juli 1961 in Sotschi (Krim) statt.

ten. In den Gesprächen, die Couve de Murville in Washington[20] geführt habe, sei nichts herausgekommen, da Couve selbst auch nicht wisse, was de Gaulle im Grunde seines Herzens wolle. Er selbst würde etwas darum geben, mehr über die innersten Gedanken de Gaulles zu wissen. Er habe oft erlebt, wie er seine Vorstellungen geändert habe, was aber immer gleich geblieben sei, seien seine Empfindlichkeit, sein Stolz und seine Unnahbarkeit gewesen.

Herr McCloy wies darauf hin, daß die europäische Bewegung, die zu Beginn der 50er Jahre von dem Herrn Bundeskanzler, von Monnet, von Pleven und anderen sowie ihm selbst eingeleitet worden sei, hauptsächlich auf den Widerstand de Gaulles gestoßen sei. Um so paradoxer erscheine es heute, wenn sich de Gaulle als der Verteidiger Europas gegenüber den Vereinigten Staaten und Großbritannien aufspiele.[21]

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß de Gaulle in seiner Anwesenheit in einem Gespräch mit Eisenhower und Macmillan[22] für die Wiedervereinigung Deutschlands eingetreten sei, weil er nicht wolle, daß die Russen am rechten Rheinufer stünden. Diese Bemerkung sei ein an die Adresse von Eisenhower und Macmillan gerichteter Vorwurf gewesen. De Gaulle habe zwölf Jahre lang in der Einsamkeit von Colombey-les-deux-Églises gelebt[23] und in dieser Zeit eine tiefgreifende innerliche Änderung durchgemacht. De Gaulle sei, genau so wie er selbst, fest davon überzeugt, daß Europa ohne die Vereinigten Staaten verloren wäre. Die Berichte, die vor einiger Zeit in der amerikanischen Presse erschienen seien und behauptet hätten, daß die Deutschen zwischen Amerika und Frankreich wählen müßten, seien reiner Unsinn gewesen. Wenn er sich nicht täusche, habe Kennedy auch einmal etwas Ähnliches gesagt. Was Algerien angehe, so habe de Gaulle es ursprünglich halten wollen, als er aber gesehen habe, daß dies nicht gehe, habe er Algerien abgeschrieben.[24] Es gebe viele angesehene Franzosen, die für den Verlust Algeriens die Amerikaner verantwortlich machten. Der Herr Bundeskanzler erläuterte im einzelnen die Zusammenhänge mit einer Abstimmung in den Vereinten Nationen[25], deren Ausgang aufgrund eines unerwarteten Wandels der amerikanischen Haltung angeblich den Widerstandsgeist der Rebellen in Algerien gestärkt und sie zum Durchhalten ermuntert habe.

[20] Zum Besuch des französischen Außenministers Couve de Murville am 7./8. Oktober 1963 in den USA vgl. die Drahtberichte des Botschafters Blankenhorn, Paris, vom 9. Oktober 1963; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 151 bzw. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138; B 150, Aktenkopien 1963.
Zu diesem Besuch vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 14. Oktober 1963; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 151; B 150, Aktenkopien 1963.

[21] Zur Europakonzeption des französischen Staatspräsidenten vgl. Dok. 217, Anm. 10.

[22] Auf der Konferenz der drei Westmächte und der Bundesrepublik vom 19. bis 21. Dezember 1959 in Paris und Rambouillet setzte sich Staatspräsident de Gaulle dafür ein, gegenüber der UdSSR auf der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zu bestehen und den Rechtsstatus von Berlin zu wahren. Vgl. dazu ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 23–28; DE GAULLE, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958–1962, S. 234–236.

[23] Nach seinem Rücktritt als Ministerpräsident am 20. Januar 1946 kehrte General de Gaulle am 1. Juni 1958 an die Spitze der französischen Regierung zurück.

[24] Zur Algerienpolitik des Staatspräsidenten de Gaulle vgl. Dok. 224, Anm. 16.

[25] Bundeskanzler Adenauer bezieht sich hier vermutlich auf die Algerien-Resolution der UNO-Generalversammlung vom 19. Dezember 1960. Vgl. dazu AdG 1960, S. 8825 f.

Der Grund, warum die Franzosen ihre Streitkräfte der NATO nicht unterstellten, sei nach einer Darlegung de Gaulles darin zu suchen, daß er befürchte, die Kontrolle über seine Generale zu verlieren, wenn sie ihm nicht unmittelbar unterständen. Was die französische Flotte angehe, so seien die meisten Kommandoposten in englischen Händen, ohne daß die Briten selbst beachtliche Marinestreitkräfte zur Verfügung stellten.[26] De Gaulle müsse seine Armee umorganisieren und glaube, daß er durch die Modernisierung der Armee und durch die Schaffung einer eigenen nuklearen Macht das französische Volk und vor allem das französische Offizierskorps bei der Stange halten könne. Er habe ihm verschiedentlich die Zusicherung gegeben, daß wenn ein Ernstfall einträte, die Franzosen sofort zur Stelle wären. Über die Amerikaner habe de Gaulle ihm gegenüber nie Klage geführt, wohl aber über die Engländer.

Was die europäische Politik angehe, so sei eine Einigung Europas ohne deutsch-französische Aussöhnung nicht denkbar. Die Politische Union sei an dem Einspruch von Luns und den Schwierigkeiten von Fanfani gescheitert.[27] Innerhalb der EWG habe die Kommission den großen Fehler begangen zu versuchen, die Wirtschaft gleichzuschalten, ohne gleichzeitig auch die im Rom-Vertrag vorgesehene Harmonisierung der Steuerpolitik und der sozialen Lasten[28] in Angriff zu nehmen. Damit habe man noch nicht einmal begonnen. Er glaube aber andererseits, daß die Wirtschaften der sechs EWG-Staaten schon so miteinander verwoben seien, daß sie nicht mehr auseinandergerissen werden könnten.

Herr *McCloy* sagte, es sei so schwierig, mit de Gaulle Kontakt zu bekommen und in Kontakt zu bleiben. Darüber beklage sich auch immer Botschafter Bohlen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, de Gaulle habe sich ihm gegenüber einmal darüber beklagt, daß er mit dem Vorgänger Bohlens, General Gavin, keinen Kontakt bekomme und von ihm weder etwas sehe noch höre.

Herr *McCloy* erwähnte, daß vor drei oder vier Monaten einmal daran gedacht gewesen sei, daß er einmal nach Paris gehe, um zu versuchen, den Kontakt zu verbessern. Er selbst habe diese Idee aber von der Zustimmung Bohlens abhängig gemacht, da er dessen Arbeit nicht stören wollte. Bohlen habe aber Bedenken gehabt, und deshalb sei er auch nicht nach Paris gegangen. Er könne auch nicht sagen, ob er mehr erreicht hätte.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die Überlassung logistischer Einrichtungen der Amerikaner in Frankreich[29] sei zwischen den Amerikanern und Deutschen behandelt worden. Die deutsche Seite habe darauf hingewiesen, daß sie aufgrund des Konsultationsvertrages mit Frankreich verpflichtet sei, die

[26] Vgl. dazu auch die diesbezügliche Äußerung des Bundeskanzlers Adenauer gegenüber Staatspräsident de Gaulle vom 4. Juli 1963, die sich allerdings auf den Aufbau der NATO-Flotte bezog; Dok. 216.

[27] Zum Scheitern einer europäischen politischen Union 1962 vgl. Dok. 136.

[28] Vgl. Artikel 2 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957; BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 772. Zu den steuerlichen Vorschriften vgl. auch Artikel 95–99; BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 834–836.

[29] Zur deutsch-amerikanischen logistischen Vereinbarung („Memorandum of Understanding") vom 1. August 1963 vgl. Dok. 331 und Dok. 373.

Franzosen zu unterrichten. Die Amerikaner hätten jedoch darum gebeten, daß man damit noch warten sollte. Dann hätten aber plötzlich die Amerikaner von sich aus die Sache angesprochen, worüber die Franzosen sehr böse gewesen seien.[30] Er selbst habe sich in einem Telegramm an de Gaulle entschuldigt.

Herr *McCloy* sagte, er sei nicht allzu sicher, daß von einem Besuch de Gaulles in den Vereinigten Staaten positive Ergebnisse erwartet werden könnten, doch wolle er dem Präsidenten die Auffassungen des Herrn Bundeskanzlers auf jeden Fall berichten.

Herr McCloy wandte sich sodann der Frage der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und des jüngsten Weizenangebots[31] zu. Er wolle nicht, daß der Herr Bundeskanzler glaube, in den Vereinigten Staaten sei nun eine Euphorie ausgebrochen. Weder Präsident Kennedy noch die Amerikaner glaubten, daß nunmehr das große Zeitalter der Verständigung mit den Sowjets einträte. Der Abschluß des Versuchsstoppabkommens[32] sei das Ergebnis fünfjähriger Bemühungen. Daß es soweit gekommen sei, sei nicht zuletzt auf die chinesisch-sowjetischen Gegensätze[33] und auf die Erfahrungen zurückzuführen, welche die Sowjets in Kuba[34] gemacht hätten. Die Senatsdebatte über die Ratifizierung[35] habe deutlich eine echte und gesunde Skepsis gezeigt. Man habe aber eine Zunahme der Spannungen und eine Beschleunigung des Wettrüstens verhindern wollen, weil dies nur allzu leicht zu einem nuklearen Krieg führen könnte, den niemand wolle. Wo sich Möglichkeiten zu einem Übereinkommen böten, wolle man diese erforschen, wie im Falle des Versuchsstoppabkommens, aber nicht ohne daß man sich vorher mit den Verbündeten, und vor allem mit Deutschland, was die Deutschland betreffenden Fragen angehe, konsultiert habe. Man wolle auch nur langsam und mit offenen Augen vorangehen. Er wisse, daß der Herr Bundeskanzler sehr mißtrauisch sei, wolle aber sagen, daß sich Harriman in Moskau absolut korrekt verhalten habe. Die Russen hätten einen sehr starken Druck ausgeübt, um das Versuchsstoppabkommen mit einem Nichtangriffspakt zu verkoppeln.[36]

Herr McCloy teilte vertraulich mit, daß der Präsident ursprünglich daran gedacht habe, ihn (McCloy) mit der Verhandlungsführung in Moskau zu betrauen. Er selbst sei aber Vorsitzender eines aus Privatpersonen gebildeten Ausschusses, der aufgrund einer Entschließung des Kongresses den Präsidenten und den Außenminister in Abrüstungsfragen berate.[37] Als Kennedy ihm von seiner Absicht gesprochen habe, habe er ihm erwidert, daß er dann den Vorsitz dieses Ausschusses aufgeben müsse, da er nicht beide Eigenschaften

30 Vgl. dazu das Gespräch mit Staatspräsident de Gaulle am 21. September 1963; Dok. 354.

31 Vgl. dazu Dok. 385.

32 Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

33 Vgl. dazu Dok. 216, Anm. 23, sowie Dok. 367, Anm. 26 und Anm. 43.

34 Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 1, Anm. 4.

35 Zur abschließenden Debatte und Ratifizierung des Teststopp-Abkommens durch den amerikanischen Senat am 24. September 1963 vgl. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 109, S. 17830–17832.

36 Zur sowjetischen Forderung, Teststopp- und Nichtangriffsabkommen miteinander zu verbinden, vgl. Dok. 215.

37 Nach seinem Rücktritt als Sonderberater des Präsidenten für Abrüstungsfragen im Oktober 1961 übernahm John J. McCloy den Vorsitz des neu geschaffenen „President's Advisory Committee on Arms Control and Disarmament". Diese Position hatte er bis 1974 inne.

gleichzeitig wahrnehmen könne. Kennedy habe es aber für richtiger gehalten, daß er den Vorsitz im Ausschuß nicht aufgebe, weil er sich davon eine gewisse Unterstützung bei der Ratifizierung durch den Senat versprochen habe. So sei es gekommen, daß er nicht nach Moskau gegangen sei.

Chruschtschow und Gromyko hätten sehr darauf gedrängt, ein Junktim zwischen dem Versuchsstopp und einem Nichtangriffspakt herzustellen. Die amerikanischen Verhandler hätten ihre Hauptaufmerksamkeit darauf konzentriert, dies zu verhindern.[38] Harriman habe auch sehr genaue und begrenzte Instruktionen gehabt. Dieser Sachverhalt erkläre vielleicht, warum Harriman auf die sich für die deutsche Frage ergebenden Implikationen weniger[39] geachtet habe, wie er selbst dies vielleicht getan hätte. Gegen Ende der Verhandlungen habe sich auch eine gewisse Zeitnot ergeben, so daß die letzte Fassung des Abkommens der deutschen Seite nicht mehr rechtzeitig habe zugehen können. Dies sei aber keineswegs absichtlich geschehen. Er habe ein geheimes Papier bei sich, aus dem hervorgehe, daß während der letzten drei, vier Jahre, ausgehend von der Eisenhower-Administration, die Deutschen über all diese Dinge sehr eingehend unterrichtet worden seien und daß vergleichsweise auf eine Stunde Unterrichtung der Engländer drei Stunden Unterrichtung der Deutschen kämen. Herr McCloy wies darauf hin, daß die amerikanische Seite auch nicht den letzten Entwurf des deutsch-französischen Vertrags[40] gesehen habe, in dem sich doch Formulierungen befänden, die auf das Herz der NATO zielten. Wie dem auch sei, beide Seiten sollten aus den Erfahrungen der Vergangenheit die Lehre ziehen, daß der gegenseitigen Konsultation und Kommunikation größere Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß Außenminister Rusk gesagt habe, die Vereinigten Staaten hätten immer ein besonderes Verhältnis mit Großbritannien gehabt, und er habe nichts dagegen, wenn auch zwischen Deutschland und Frankreich ein solches besonderes Verhältnis hergestellt würde.[41]

Herr *McCloy* sagte hierzu, nach dem was er gehört habe, solle die von Rusk gebrauchte Formulierung etwas anders gewesen sein. Er erwähnte sodann, daß er gehört habe, eine deutsche Gesellschaft beteilige sich an sowjetischen Ausschreibungen zur Errichtung chemischer Werke in der Sowjetunion.[42] Wenn dies so sei, halte er eine Kritik an den beabsichtigten Weizenverkäufen an die Sowjetunion seitens der USA nicht für berechtigt. Der Anteil des Osthandels am gesamten deutschen Handel belaufe sich auf 5 v. H., wogegen sich der amerikanische Handel auf 0,10 v. H. belaufe. Wenn solche Geschäfte mit

[38] Vgl. dazu Dok. 250 und Dok. 252.

[39] Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt.

[40] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[41] Vor dem Treffen mit Staatspräsident de Gaulle im Juli 1962, bei dem die Weichen für den deutsch-französischen Vertrag gestellt wurden, empfing Bundeskanzler Adenauer am 21./22. Juni 1962 den amerikanischen Außenminister Rusk zu einer Aussprache, die „Übereinstimmung hinsichtlich der nächsten Schritte" brachte. Vgl. dazu OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 128.
Vgl. dazu auch Dok. 37.

[42] Vgl. dazu Dok. 444.

politischen Bedingungen verknüpft werden sollten, dann müßte dies für Geschäfte jeder Art gelten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, als von den Weizenverkäufen gesprochen worden sei, hätte er es gern gesehen, wenn auch über die Berliner Mauer gesprochen worden wäre. Dies hätte gut gewirkt. Der Mangel an Getreide in der Sowjetunion sei nicht auf eine schlechte Ernte, sondern auf strukturelle Schwierigkeiten zurückzuführen.[43] Vor zwei, drei Jahren habe man versucht, Steppenlandschaft zu kultivieren[44] und dort Getreide anzubauen, doch seien diese Gebiete bald versandet. Außerdem bestehe ein Mangel an Kunstdünger, an landwirtschaftlichen Maschinen und an Landarbeitern, die weitgehend in die Städte verpflanzt worden seien. All diese Fragen sollten seiner Auffassung nach nützlicherweise in der NATO einmal erörtert werden.

Herr *McCloy* sagte, er habe gehört, daß die Schwierigkeiten auf schlechte Witterungsverhältnisse und schlechte Ernten zurückgeführt werden müßten. Er halte es auch für gut, wenn über diese Dinge einmal in der NATO gesprochen würde.

Was die Wiedervereinigung und de Gaulles Haltung dazu betreffe, so wies er darauf hin, daß die Amerikaner gerade in dieser Frage immer sehr klar gewesen seien. Er erwähnte die erste diesbezügliche Äußerung des früheren amerikanischen Außenministers Byrnes[45] und erinnerte an Äußerungen von Präsident Kennedy[46] und Mr. Rostow[47]. Er verstehe nicht ganz, warum de Gaulle jetzt wie der verlorene Sohn behandelt werde, nachdem er früher sehr erhebliche Bedenken gegen eine Wiedervereinigung gehabt habe. Die Vereinigten Staaten brauchten nicht von den Franzosen oder von anderen darüber belehrt zu werden, was sie in der Berlin- oder in der Deutschlandfrage zu tun hätten. Der kategorische Imperativ verlange in dieser Zeit im Westen Zusammenhalt und eine staatsmännische Politik.

Die Unterredung endete kurz vor 13 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand II/106

[43] Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der UdSSR durch Bundeskanzler Adenauer vgl. Dok. 355.

[44] Zur Erschließung neuer Agrarflächen in der UdSSR vgl. Dok. 381, Anm. 4.

[45] Vgl. dazu die Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes vom 6. September 1946 in Stuttgart; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 15 (1946), S. 496–501.

[46] Vgl. dazu etwa die Äußerungen am 20. September 1963 vor der UNO-Generalversammlung; Dok. 348, Anm. 19.

[47] Der Leiter des Planungsstabs im amerikanischen Außenministerium, Rostow, hob am 16. September 1963 vor der Universität von Dayton den „berechtigten Anspruch" des deutschen Volkes auf nationale Selbstbestimmung hervor. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 49 (1963), S. 536–542; EUROPA-ARCHIV 1963, D 457–464, hier: D 457.

390

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 114/63 streng geheim **16. Oktober 1963**

Betr.: Israel

Der Herr Minister wünscht, daß der Komplex Israel so bald wie möglich in einem kleineren Kreise von Kabinettsmitgliedern (Bundesverteidigungsrat oder noch kleinerer Kreis)[1] erörtert wird. Dabei sollte sowohl über finanzielle Hilfe[2] wie über Ausrüstungshilfe[3] gesprochen werden.

Unser Ziel muß es sein zu erreichen, daß, wenn wir finanzielle Hilfe leisten, die Israelis aufhören, uns wegen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen[4] unter Druck zu setzen. Die Frage, ob wir eine Handelsvertretung oder etwas Ähnliches in Israel errichten wollen, könnte zur Diskussion gestellt werden.

Gelegentlich der Besprechung zwischen den in Betracht kommenden Kabinettsmitgliedern müßte auch die Frage geklärt werden, was den Amerikanern gesagt werden soll. Diese drängen weiter und bitten, ihnen eine umfassende Auskunft zu erteilen.[5] Mit der Erklärung von Staatssekretär Hopf, daß die Israelis es übernommen hätten, die Amerikaner zu unter-

[1] Auf einer Aktennotiz des Staatssekretärs Lahr vom 30. Oktober 1963 notierte Bundesminister Schröder handschriftlich als weitere Teilnehmer: Bundeskanzler Erhard, Bundesminister Scheel, Bundesminister Dahlgrün und den Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 444; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Zur Gewährung von Krediten der Bundesrepublik an Israel im Rahmen der geheimgehaltenen Aktion „Geschäftsfreund" vgl. bereits Dok. 193, Anm. 4. Vgl. dazu auch Dok. 382.

[3] Vgl. dazu Dok. 193, Anm. 3. Vgl. dazu auch Dok. 289.

[4] Vgl. dazu Dok. 307, Dok. 324 und Dok. 341.

[5] Gesandter von Lilienfeld, Washington, berichtete am 19. September 1963 über Anfragen aus dem amerikanischen Außenministerium: „Nahostabteilung des State Department wäre für Unterrichtung über Form und Umfang unserer Ausrüstungshilfe an Israel dankbar. Aufgrund der bisherigen Berichterstattung durch Botschaft [in] Bonn hat St[ate] Dep[artment] folgende Fragen: 1) Wieviele israelische Soldaten wurden und werden in Zukunft in [der] Bundesrepublik ausgebildet? 2) Wie lang ist [die] Ausbildungszeit? 3) An welchen Geräten erfolgt Ausbildung? Es wurde von elektronischen Geräten deutschen und schwedischen Ursprungs gesprochen. Einzelheiten hierüber erwünscht. 4) Schließt Ausbildung an diesen Geräten evtl. späteren Verkauf der Geräte ein? 5) Für welche 5 Prototypen von Waffen hat [die] Bundesregierung die Exportlizenz erteilt? 6) Um welche Größenordnungen handelt es sich? 7) Welche Vorhaben bestehen für [die] Zukunft? Ohne auf [das] Gesamtproblem der von uns an Israel gelieferten amerik[anischen] etwa 20 Hubschrauber eingehen zu wollen, das anderweitig erörtert würde, fragte Gesprächspartner, ob uns bekannt sei, für welchen Zweck Israelis diese Hubschrauber verwenden wollten." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 222; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu auch Dok. 358, Anm. 7.

richten, können wir uns nach Auffassung des Herrn Ministers nicht zufriedengeben.[6]

Hiermit Herrn Staatssekretär II.[7]

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 444

[6] Dazu notierte Staatssekretär Carstens am 25. September 1963 unter Bezugnahme auf den Bericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 19. September 1963 (vgl. Anm. 5): „Staatssekretär Hopf ... schlug vor, daß er die Angelegenheit auf dem militärischen Kanal weiter behandele. Er würde zunächst versuchen festzustellen, von wem die Anfrage ausgehe. Er könne mir streng vertraulich sagen, daß Präsident Kennedy auf einem absolut zuverlässigen Wege von den von uns getroffenen Maßnahmen unterrichtet worden sei. Die Unterrichtung sei allerdings bewußt auf seine Person beschränkt worden. Den Andeutungen von Staatssekretär Hopf entnehme ich, daß die Israelis die Unterrichtung übernommen haben." Darauf vermerkte Bundesminister Schröder am 6. Oktober 1963 handschriftlich für Carstens: „1) In dieser Sache müssen wir äußerst umsichtig sein – die Projekte selbst lehne ich nach wie vor ab. 2) Es ist unmöglich, [durch] die Israelis über uns den Präsidenten unterrichten zu lassen!" Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 444; B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Hat Staatssekretär Lahr am 17. Oktober 1963 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „Könnten Sie dahin wirken, daß dies bald geschieht? Wir hatten dem ‚Geschäftsfreund' eine Entscheidung für Sept[ember] zugesagt." Vgl. dazu Dok. 387.
Lahr notierte ferner handschriftlich: „1) Entwicklungshilfe, 2) Ausrüstungshilfe, 3) Dipl[omatische] Beziehungen/Erkl[ärung] [der] B[undes]reg[ierung], 4) Fachkräfte in Ägypten, 5) Assoziation [mit EWG]."
Carstens vermerkte am 22. Oktober 1963 handschriftlich: „Mit St[aats]s[ekretär] II besprochen. Er betreibt die Sache selbst."
Hat Bundesminister Schröder am 23. Oktober 1963 vorgelegen.

391

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg

V 1-83.22/6-820/63 VS-vertraulich **16. Oktober 1963**[1]

Betr. Registrierung des Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen[2] bei den Vereinten Nationen

Bezug: Weisung des Herrn Staatssekretärs vom 11. Oktober 1963 auf dem Drahtbericht der Botschaft London Nr. 901 vom 10. Oktober 1963[3]; Drahtbericht der Botschaft Washington Nr. 2965 vom 14. Oktober 1963[4]; Drahtbericht der Botschaft London Nr. 923 vom 15. Oktober 1963[5]

I. 1) Die Botschaften London und Washington berichten, die Amerikaner, Briten und Russen hätten sich darüber geeinigt, das Teststopp-Abkommen dem VN-Sekretariat gemeinsam zur Registrierung vorzulegen. Gegenstand des gemeinsamen Schrittes soll nur das Abkommen mit den Unterschriften der drei Depositarmächte sein; die Unterzeichnung und Ratifikation durch die übrigen Staaten wird jede Depositarmacht dem VN-Sekretariat gesondert notifizieren.

2) Zur Frage, wie die von den Depositarmächten getrennt zu notifizierenden Listen mit den Namen der übrigen Staaten behandelt werden sollen, hat das britische Foreign Office erklärt, dies sei Sache des VN-Generalsekretärs[6]. Die Amerikaner haben vorgeschlagen, beim Generalsekretariat zu gegebener Zeit anzufragen, ob, entsprechend dem amerikanischen Wunsch, ein getrennter Abdruck der drei Listen vorgesehen ist. Je nach Antwort solle man dann gemeinsam beraten, was gegebenenfalls zu veranlassen ist. Für den Fall, daß das VN-Sekretariat eine fusionierte Liste veröffentlichen will, halten die Amerikaner die Aufnahme entsprechender Fußnoten für unvermeidlich.[7]

[1] Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Sympher am 16. Oktober 1963 konzipiert.

[2] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[3] Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 293; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 293; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 293; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Sithu U Thant.
Botschafter von Etzdorf, London, teilte am 10. Oktober 1963 mit: „Ob diese Listen dann auch in den eigentlichen Textteil der Vertragssammlung aufgenommen werden, stehe zur Entscheidung des Generalsekretariats. Hierüber sei im Foreign Office nichts bekannt, man werde aber versuchen, Klarheit zu schaffen." Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 293; B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Gesandter von Lilienfeld, Washington, informierte am 14. Oktober 1963 über ein Gespräch mit einem stellvertretenden Rechtsberater im amerikanischen Außenministerium: „Deputy Legal Adviser schlug vor, in einem geeigneten Akt beim Generalsekretariat anzufragen, wo Listen abgedruckt werden und ob, wie dies dem amerikanischen Wunsch entspricht, ein getrennter Abdruck der drei Listen vorgesehen ist ... Zur Frage des getrennten Abdrucks der drei Unterzeichnerlisten bemerkte Deputy Legal Adviser im übrigen, daß andernfalls, d. h. bei Abdruck einer fusionierten Liste, verschiedene ‚Fußnoten' unvermeidlich würden. Diesem Gedankengang folgend sprach er sich auch gegen eine ‚disclaimer clause' bei getrennten Listen aus. Es ist davon auszugehen, daß die amerik[anische] Mission bei den VN entsprechend Vorstehendem Anweisung erhält, und ich schlage deshalb vor, daß nunmehr in New York Kontakt aufgenommen wird, um sicherzustellen, daß das vom Deputy Legal Adviser vorgeschlagene Gespräch mit VN-Generalsekretariat rechtzeitig stattfindet." Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 293; B 150, Aktenkopien 1963.

3) Zur Frage einer (speziellen) „disclaimer clause" haben sich die Amerikaner negativ geäußert; die Briten haben noch nicht Stellung genommen.

II. Abteilung V nimmt dazu wie folgt Stellung:

1) Eine Möglichkeit zu verhindern, daß die SBZ in der Vertragssammlung der Vereinten Nationen überhaupt erwähnt wird, besteht nicht.

Die SBZ ist im übrigen in der Sammlung als Vertragspartner kommunistischer Staaten bereits wiederholt erwähnt worden.[8]

2) Die Möglichkeit, daß das VN-Generalsekretariat veranlaßt werden könnte, in die Vertragssammlung eine spezielle, ausdrücklich auf die SBZ bezogene „disclaimer clause" aufzunehmen, wird für sehr unwahrscheinlich gehalten.

Das Generalsekretariat würde sich voraussichtlich darauf berufen, daß in der Vertragssammlung nur förmliche Vorbehalte, die bei Unterzeichnung oder Ratifizierung eines Vertrages erklärt wurden, veröffentlicht werden könnten, ferner, daß ohnehin jeder Band der Vertragssammlung eine allgemeine „disclaimer clause" enthalte. Sie lautet:

„Registration of an instrument ... does not imply a judgement by the Secretariat on ... the status of a party or any similar question. It is the understanding of the Secretariat that its action does not confer ... on a party a status which it would not otherwise have."

3) Die Bemühungen des Auswärtigen Amtes gehen deshalb dahin, zu erreichen, daß die – nicht vermeidbare – Erwähnung der SBZ in einer Form erfolgt, die zum Ausdruck bringt, daß die SBZ nur von kommunistischen Staaten anerkannt wird.

a) Die Absicht der Depositarmächte, dem VN-Generalsekretariat das Abkommen mit ihren drei Unterschriften gemeinsam zur Registrierung vorzulegen und die Unterzeichnungen und Beitritte anderer Staaten getrennt mitzuteilen, kommt uns hierin entgegen.[9]

[8] Dazu hielt Botschafter von Braun, New York (UNO), mit Drahtbericht vom 26. September 1963 fest: „Dabei handelt es sich allerdings bisher in keinem Falle um einen internationalen Vertrag, in dem auch die Bundesrepublik Vertragspartner ist." Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 208; B 150, Aktenkopien 1963.

[9] In diesem Zusammenhang betonte Botschafter von Braun, New York (UNO), am 26. September 1963: „Wir müssen uns daher bemühen, die Vereinigten Staaten und Großbritannien dazu zu veranlassen, daß sie die Registrierung des Vertrags alsbald nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch ein gemeinsames Schreiben der drei Mächte an den Generalsekretär der Vereinten Nationen durchsetzen. Jedenfalls sollte unseren Verbündeten nahegelegt werden, daß die Frage einer gemeinsamen Registrierung möglicherweise schon vor der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit der Sowjetunion geklärt wird, und daß sie in jedem Falle darauf achten, daß die Sowjetunion ihnen nicht mit einer Einzelregistrierung zuvorkommt." Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 208; B 150, Aktenkopien 1963.
Diese Befürchtungen spiegelten sich auch im Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 8. Oktober 1963 an die Botschaften in Washington und London wider: „In jedem Falle sollte vermieden werden, daß die Sowjetunion den Teststopp-Vertrag allein und vor den beiden anderen Depositarmächten zur Registrierung anmeldet. Es muß nämlich damit gerechnet werden, daß die Sowjetunion die SBZ als ‚Unterzeichnerstaat' zusammen mit den übrigen Unterzeichnerstaaten in einer Anlage zum Vertragstext aufführen und die SBZ auf diese Weise im Hauptteil der Vertragssammlung erwähnt werden würde." Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 208; B 150, Aktenkopien 1963.

Nach der bisherigen Praxis des Generalsekretariats würde das bedeuten, daß im Hauptteil der Vertragssammlung voraussichtlich nur das Abkommen mit den Unterschriften der drei Erstunterzeichner abgedruckt werden würde; die Listen mit den Namen der übrigen Staaten würde im Anhang A erscheinen, der für Mitteilungen über die Hinterlegung von Ratifikations- und Beitrittsurkunden zu einem bereits registrierten Vertrag vorgesehen ist.

Denkbar wäre allerdings auch, daß die übrigen Staaten im Hauptteil selbst in einer Fußnote zur Überschrift des Abkommens erwähnt werden. Solche Fußnoten sind nach der bisherigen Praxis als Hinweise dafür gebräuchlich, daß und für welche Staaten das registrierte Abkommen bereits in Kraft getreten ist.

Sichere Anhaltspunkte dafür, wie das Generalsekretariat im vorliegenden Fall verfahren wird, gibt es nicht, weil dies – soweit feststellbar – das erste Abkommen ist, für das mehrere Staaten als Depositarmächte fungieren.[10]

b) Eine mögliche Form, zum Ausdruck zu bringen, daß die SBZ von den Westmächten nicht als Staat anerkannt wird, wäre die, daß für jeden einzelnen Staat vermerkt wird, bei welcher Depositarmacht (bzw. bei welchen Depositarmächten) er seine Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt hat. Das könnte sowohl in der Weise geschehen, daß die Listen getrennt veröffentlicht werden (amerikanischer Wunsch), als auch in der Weise, daß bei einer fusionierten Liste entsprechende Fußnoten oder Randvermerke aufgenommen werden (amerikanischer Hilfsvorschlag). Auf diese Weise würde der abnorme Status der SBZ ganz von selbst in Erscheinung treten.

III. Abteilung V schlägt vor,

1) den deutschen Beobachter bei den Vereinten Nationen anzuweisen, mit der amerikanischen VN-Mission Fühlung zu nehmen und darauf hinzuwirken, daß das vom State Department vorgeschlagene Gespräch mit dem VN-Generalsekretariat wegen der Behandlung der Listen rechtzeitig geführt wird[11];

2) die Botschaft London anzuweisen, beim Foreign Office eine Weisung an die britische VN-Mission zu erwirken, daß sie sich nach Abstimmung mit dem deutschen Beobachter und der amerikanischen VN-Mission den amerikanischen Schritten beim VN-Generalsekretariat anschließt.[12]

[10] Bereits am 8. Oktober 1963 führte Botschafter von Braun, New York (UNO), auf die Anfrage des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg, ob es bei der UNO schon registrierte Verträge mit mehreren Depositarmächten gebe, aus: „Verträge, bei denen mehrere Mächte als Depositar fungieren, lassen sich nicht feststellen ... (Eine Rückfrage nach Verträgen mit mehreren Depositarmächten beim VN-Sekretariat empfiehlt sich im gegebenen Augenblick nicht, da der zuständige Leiter der Vertragsabteilung ein Pole ist und durch diese Anfrage zweifellos auf die für uns in der Frage der Registrierung liegenden Probleme vorzeitig aufmerksam gemacht werden würde.)" Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 208; B 150, Aktenkopien 1963.

[11] Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 22. Oktober 1963 an die Ständige Vertretung bei der UNO in New York; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 293.

[12] Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 22. Oktober 1963 an die Botschaft in London; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 293.
Weitere diplomatische Bemühungen erübrigten sich, da das Teststopp-Abkommen bereits am 15. Oktober 1963 bei der UNO registriert wurde. Die Veröffentlichung erfolgte in der folgenden Form: Im Hauptteil der United Nations Treaty Series wurden sowohl der Vertragstext als auch im Anschluß daran in drei separaten Listen – für die Unterzeichnungsorte Washington, London

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[13] vorgelegt.
Abteilung II hat Durchdruck erhalten.

Meyer-Lindenberg

Abteilung V (V 1), VS-Bd. 208

392

Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Acheson

Z A 5-123.A/63 **18. Oktober 1963[1]**

Herr Dr. Adenauer empfing am 18. Oktober 1963 um 12.20 Uhr den früheren amerikanischen Außenminister Dean Acheson zu einem Gespräch, bei dem außerdem Ministerialdirigent Dr. Osterheld zugegen war.

Herr *Dr. Adenauer* bemerkte einleitend, er habe die Rede Achesons im Haag[2] gelesen. Er glaube, die Befürchtungen Achesons hinsichtlich eines Wiedererstehens eines europäischen Nationalismus beruhigen zu können. Man müsse zwischen Nationalismus und Patriotismus unterscheiden. Patriotismus komme von Vaterland, und alle Europäer hätten ein Vaterland, das ihnen niemand nehmen könne. Sie würden aber nicht mehr in den Nationalismus zurückfallen. Wenn die Entwicklung zum Beispiel im Gemeinsamen Markt nicht so vorangegangen sei, wie man es gewünscht habe, so liege der Fehler zum Teil bei der Kommission. Der Rom-Vertrag schreibe die Harmonisierung der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1331

und Moskau – die Namen der Staaten veröffentlicht, die das Original des Teststopp-Abkommens unterzeichnet hatten. Erläuterungen in Fußnoten oder Randvermerken erübrigten sich dadurch. Vgl. UNTS, Bd. 480, S. 44–92.

13 Hat Staatssekretär Carstens am 18. Oktober 1963 vorgelegen.
Legationsrat I. Klasse Sympher vermerkte am 19. Oktober 1963 handschriftlich für den Leiter des Referats „Abrüstung und Sicherheit": „Herrn VLR I Dr. Lahn unter Bezugnahme auf Ziffer III der Aufzeichnung absprachegemäß m[it] d[er] B[itte] u[m] Rückgabe übersandt."
Hat Lahn am 22. Oktober 1963 vorgelegen.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 22. Oktober 1963 gefertigt.

2 Am 18. September 1963 verurteilte der ehemalige amerikanische Außenminister vor dem außerordentlichen Kongreß der Europäischen Bewegung die Politik des Staatspräsidenten de Gaulle gegenüber der NATO mit folgenden Worten: „To state this attitude is to reveal starkly a lethal danger which a revived european nationalism holds for both European and Atlantic unity, and for so elemental a necessity as the common defense, which rests upon both of these unities." Die USA seien nicht interessiert an einem „concept of [a] united Europe revived and strengthened only to be controlled and directed by a European power for its own national purposes, as an elephant is controlled by a mahout riding on its back". Vgl. den Artikel: Acheson Terms Policies of de Gaulle Peril to Unity; THE NEW YORK TIMES, Nr. 38589 vom 19. September 1963, S. 1 und S. 3.

wirtschaftlichen Grundlagen (Besteuerung, Soziallasten) vor.[3] Die Kommission habe aber noch nicht einmal mit der Untersuchung dieser Fragen begonnen. Das sei ein Grund, warum die Entwicklung stocke. Andererseits sei man schon so zusammengewachsen, daß die Europäische Gemeinschaft nicht mehr auseinanderfallen werde. Im Haag sei Mr. Acheson ja auch Gast eines Außenministers gewesen, der das Zustandekommen der politischen Union verhindert habe.[4] Die Europäer seien eben seltsame Leute. Sicherlich aber würden sie nicht wieder in den Nationalismus zurückfallen.

Mr. *Acheson* bemerkte, nicht nur die Europäer seien komische Leute. Er mache sich auch Sorgen wegen der Vereinigten Staaten, genauer gesagt, der Auswirkung, die das amerikanische Verhalten auf die Verbündeten habe. Genau das sei es, worüber er sich im Haag beklagt habe, denn was in Frankreich vorgehe, gehe auch in Amerika als Ergebnis der de Gaulleschen Politik vor. Die nukleare Bewaffnung in Frankreich und England sei etwas, was für Deutschland größte Probleme in sich berge.

Herr *Dr. Adenauer* bemerkte, man dürfe die Dinge nicht unter dem Gesichtspunkt beurteilen, ob sie vollkommen seien[5], sondern vielmehr unter dem Gesichtspunkt, wie es aussehen würde, wenn sie nicht geschehen wären[6]. Er sei überzeugt, daß ohne de Gaulle Frankreich heute kommunistisch wäre. Dann aber wäre auch Italien kommunistisch und am Ende stünde ein kommunistisch beherrschtes Westeuropa. Dies aber wäre auch für Amerika eine große Gefahr. Zu de Gaulle und der französischen Nuklearwaffe[7] wolle er nur sagen, daß England ja nukleare Waffen durch die Amerikaner bekommen habe[8] und damit zur dominierenden Macht in Europa geworden wäre. De Gaulle habe ursprünglich Algerien halten wollen, sich dann davon überzeugt, daß dies unmöglich sei, und daher Algerien aufgegeben. Deswegen stoße er in Frankreich und insbesondere bei der Armee auf größten Widerstand.[9] De Gaulle habe ihm einmal gesagt, wenn er die Generale der NATO unterstellen würde, glitten sie ihm aus der Hand. De Gaulle kämpfe um eine treue Armee und verspreche ihr[10] nukleare Waffen, um die französischen Offiziere und Unteroffiziere an sich zu binden. Würde England durch den Alleinbesitz nuklearer Waffen führende Macht in Europa, würde de Gaulle seine Armee verlieren, und dann käme in Frankreich entweder der Nationalismus oder noch schlimmer, der Kommunismus. Man müsse die Lage unter diesem Gesichtspunkt betrachten.

[3] Vgl. dazu Artikel 2 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957; BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 772. Zu den steuerlichen Vorschriften vgl. auch Artikel 95–99; BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 834–836.

[4] Zur Haltung des niederländischen Außenministers Luns zu den Plänen der Jahre 1961/62 für eine europäische politische Union vgl. Dok. 136.

[5] Die Wörter „sie vollkommen seien" wurden handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „alles nach Wunsch sei".

[6] Die Wörter „sie nicht geschehen wären" wurden handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „die Lage anders wäre".

[7] Zur „force de frappe" vgl. Dok. 16, Anm. 6.

[8] Vgl. dazu Dok. 43, Anm. 5.
Vgl. dazu auch die Beschlüsse der Konferenz von Nassau vom 21. Dezember 1962; Dok. 2, Anm. 2.

[9] Vgl. dazu Dok. 224, Anm. 16.

[10] Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt.

Er habe nie gehört, daß de Gaulle schlecht von Amerika geredet habe. De Gaulle sei auch viel zu klug, um nicht zu wissen, daß eine Verteidigung Westeuropas ohne Amerika unmöglich sei.

Mr. *Acheson* bemerkte, sicherlich sei de Gaulle ein Produkt französischer Not. Das bedeute aber nicht, daß de Gaulles Handlungen etwa wünschenswert seien. Er hege für de Gaulle große Bewunderung. Dennoch glaube er, daß man seine[11] Zeit eben überstehen müsse und trotzdem die Integration Europas nicht aufgeben dürfe. Wenn man den Weg der Integration jetzt aufgebe und jeder versuche, seine nationalistische nukleare Streitmacht aufzustellen, dann breche das Atlantische Bündnis auseinander.

Herr *Dr. Adenauer* wies darauf hin, daß de Gaulle 1962[12] selbst ja den Vorschlag einer politischen europäischen Union gemacht habe.[13] Herr Luns habe dann die Sache kaputt gemacht. Auch heute sei de Gaulle für eine politische Union. Im übrigen glaube de Gaulle, daß die amerikanische Regierung die Sowjetunion falsch sehe.[14] Er sei derselben Auffassung.[15] Die amerikanische Regierung glaube, daß der Russe, wenn er Entspannung sage, auch Entspannung meine. Das aber glaube er nicht.

Mr. *Acheson* betonte, er selbst habe niemals irgendwelche Illusionen über eine Entspannung gehegt und tue es auch heute nicht. Er glaube auch nicht, daß das Moskauer Abkommen[16] ein erster Schritt zu irgendetwas sei. Er kenne natürlich nicht jede Auffassung des Präsidenten[17] und des Außenministers[18], doch hätten beide ihm immer wieder gesagt, sie hielten es für notwendig, mit den Russen „im Kontakt zu bleiben".[19] Diese Formel kehre immer wieder. Er halte das für einen Fehler, denn man brauche mit den Russen nicht Kontakt zu halten. Wenn die Russen einen Vorschlag zu machen hätten, dann kämen sie von selbst auf einen zu. Die Gespräche des amerikanischen Außenministers mit dem russischen Botschafter[20] und die ständigen Verbindungen zwischen der amerikanischen und russischen Regierung[21] halte er an sich schon für schädlich, weil sie bei anderen Leuten und Völkern Zweifel und Mißtrauen[22] erweckten, insbesondere in Deutschland. Deswegen sei er dagegen. Er habe dem Präsidenten oft gesagt, es sei völlig falsch, anzunehmen, daß die Sowjetunion für Amerika das wichtigste Land sei, bloß weil die Sowjets die Mächtigsten seien. Man könne die Sowjets nicht beeinflussen. Sie handelten immer so, wie nach ihrer Auffassung ihre Interessen lägen. Durch Überredungskünste mache man auf die Sowjets gar keinen Eindruck. Das wichtigste

11 Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „diese".

12 Die Jahresangabe wurde handschriftlich eingefügt.

13 Zum Vorschlag des französischen Staatspräsidenten vgl. Dok. 136, Anm. 6.

14 Vgl. dazu Dok. 357.

15 Vgl. dazu auch Dok. 273.

16 Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

17 John F. Kennedy.

18 Dean Rusk.

19 Zu dieser Haltung der amerikanischen Regierung vgl. auch die Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara; Dok. 257.

20 Anatolij F. Dobrynin.

21 Zu den Sondierungsgesprächen vgl. Dok. 343, Anm. 6.

22 Die Wörter „und Mißtrauen" wurden handschriftlich eingefügt.

Land für Amerika sei vielmehr Deutschland, denn ein vertrauensvolles Verhältnis zu Deutschland und eine gemeinsame Politik seien von größter Bedeutung, da die USA auf Deutschland Einfluß haben könnten.[23] Da der Präsident ein Mensch sei, der für innenpolitischen Druck sehr empfänglich sei, glaube er, daß durch den Druck von konservativer demokratischer Seite wie auch von republikanischer Seite der Präsident allmählich von dieser „Kontakt"-Politik[24] abrücke.

Herr *Dr. Adenauer* bemerkte, daß dies sehr nützlich wäre. Er erinnerte dann an sein Gespräch mit Chruschtschow im Jahre 1955[25] und sagte, die Sowjetunion sehe sich jetzt der Aufgabe gegenüber, gegen den Westen und gegen den Osten aufzurüsten sowie den Lebensstandard zu heben. Die Landwirtschaft in der Sowjetunion liege sehr im argen. Die Weizenkäufe[26] seien nicht etwa das Ergebnis einer wetterbedingten schlechten Ernte, sondern daraus zu erklären, daß die Sowjets weder genügend Landarbeiter noch genügend landwirtschaftliche Maschinen hätten, daß die Reisimporte aus Rotchina weggefallen seien und daß die Umwandlung der Steppen in Ackerland unbefriedigende Ergebnisse gezeitigt habe. Die Russen sehen sich jetzt vor die Tatsache gestellt, daß sie ihr Volk nicht selbst ernähren könnten. Daher brauchten sie jetzt große chemische Kombinate. Diese aber könnten sie ohne Hilfe von außen nicht bauen. Die russische Entwicklung sei also an einem Wendepunkt angekommen.[27] Sein dringender Wunsch sei, von der NATO die Lage, in der sich die Sowjetunion befinde, einmal gründlich untersuchen zu lassen, um festzustellen, ob man die Russen durch Versagen von Unterstützung zu einer anderen Politik zwingen könne, indem man ihnen erst dann Unterstützung gewähre, wenn sie eine andere Politik tatsächlich bewiesen hätten. Nach seiner Überzeugung sei dies der einzige Weg zu einer friedlichen Lösung. Deutschland sei für die Sowjetunion so wichtig, weil, wenn sie Deutschland in die Hand bekäme, auch Frankreich und Italien fallen würden. Dann aber würde die russische Wirtschaft so gestärkt, daß sie nicht nur den Amerikanern gegenüber, sondern auch auf lange Zeit Rotchina gegenüber ganz anders auftreten könnte. Für Chruschtschow sei Berlin und die Zone nicht an sich interessant, sondern interessant für ihn sei die hochindustrialisierte westeuropäische Wirtschaft.

Das Gespräch endete um 13.20 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand II/106

[23] Der Passus „da die USA ... haben könnten" wurde handschriftlich eingefügt.

[24] Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Politik".

[25] Zum Gespräch vom 10. September 1955 vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 527 f.

[26] Zu den sowjetischen Weizenkäufen in den USA vgl. Dok. 385.

[27] Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der UdSSR durch Bundeskanzler Adenauer vgl. Dok. 355.

393

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Acheson

Z A 5-121.A/63 geheim **19. Oktober 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 19. Oktober 1963 um 11 Uhr den ehemaligen amerikanischen Außenminister Dean Acheson zu einem Gespräch. Bei der Unterredung waren außerdem Herr Staatssekretär[2] Westrick und Ministerialdirigent Dr. Osterheld zugegen.

Eingangs berichtete Mr. *Acheson* kurz von seinem Gespräch mit Dr. Adenauer, der ihm gesagt habe, in seiner Rede im Haag sei er de Gaulle gegenüber sehr ungerecht gewesen.[3] Es sei falsch, de Gaulle nicht für einen guten Europäer zu halten. Im übrigen dürfe man die Dinge nicht unter dem Gesichtspunkt des Vollkommenen[4], sondern unter Berücksichtigung der Alternative beurteilen. Darauf habe er erwidert, er verstehe völlig, daß de Gaulle Frankreich aus einer sehr üblen Lage gerettet habe. Das bedeute aber[5] nicht, daß de Gaulle etwa vieles nicht zerstörte, was Adenauer vorher geschaffen habe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, es lasse sich nicht leugnen, daß sich Europa in einem kritischen Zustand befinde. Dabei spiele natürlich die rechtliche[6] und die politische[7] Auffassung de Gaulles eine entscheidende Rolle. Jeder Deutsche sei glücklich über die Aussöhnung mit Frankreich. Dies aber liege auf einer anderen Ebene als die Frage, wie ein Gemeinschaftsgeist in der NATO und mit den Vereinigten Staaten gebildet werden könne und wie der freie Teil Europas geeint werden könne. Er habe in seiner Regierungserklärung gesagt, daß das Europa der Sechs nicht das Endziel sei.[8] Aber selbst die Sechs hätten unter sich Meinungsverschiedenheiten.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 22. Oktober 1963 gefertigt.
Hat dem Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 23. Oktober 1963 vorgelegen.

[2] Korrigiert aus: „Staatsminister".

[3] Vgl. Dok. 392.

[4] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Perfekten".

[5] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen: „deswegen".

[6] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „staatsrechtliche".

[7] Die letzten beiden Wörter wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „staatspolitische".

[8] Bundeskanzler Erhard führte am 18. Oktober 1963 vor dem Bundestag aus: „Im gleichen Geiste bekennt sich die Bundesregierung mit dem Hohen Hause eindeutig und nachdrücklich zu der Verpflichtung, die europäische Integration fortzuführen. Aber wir bleiben auch dessen eingedenk, daß die Zusammenführung der ‚Sechs' von Anbeginn an nicht als das letzte Ziel gelten sollte." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 4197.

Mr. *Acheson* bezeichnete den außenpolitischen Teil der Regierungserklärung[9] für konstruktiv und hilfreich. Dr. Adenauer habe ihm gesagt, er, Acheson[10], verwechsle Nationalismus mit Patriotismus. In Wirklichkeit aber zeige sich die Auswirkung de Gaulles auf Europa am deutlichsten in Italien. Auch in England stelle man derartige Auswirkungen fest. Bei seinem kürzlichen Englandbesuch[11] sei ihm besonders der englische Gaullismus aufgefallen, der dazu führe, daß England heute sehr starr an einer eigenen nuklearen Waffe festhalte. Lord Home[12] werde es da nicht leicht haben. Er sei ja der einzige im Kabinett gewesen, der die Regierung in eine Diskussion über die multilaterale Streitmacht gedrängt habe.[13]

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, das Wegstoßen Englands vom Gemeinsamen Markt[14] betrachte er als ein höchst tragisches Ereignis. Er selbst habe sich immer dafür eingesetzt, daß man England die Möglichkeit geben müsse, politisch, wirtschaftlich und verteidigungsmäßig Europa so nahe wie möglich zu kommen. Die Erklärung de Gaulles, daß es sich dabei um eine Panne gehandelt habe[15], halte er für falsch. Es habe sich nicht um eine Panne, sondern um eine bewußte Politik gehandelt. Im Augenblick aber lasse sich wohl nichts machen, da weder die Konservative Partei noch Labour diese Frage vor den Wahlen wieder aufgreifen würden.

Mr. *Acheson* stimmte dieser Auffassung zu; im Augenblick sei nichts zu machen; die Frage jetzt aufgreifen zu wollen, sei wahrscheinlich sogar ein Fehler.[16] Er selbst habe während seines Englandaufenthalts versucht, seinen britischen Freunden klarzumachen, daß das hartnäckige Festhalten an einer nationalen Nuklearwaffe nur zur Folge hätte, daß eine liberale Regierung in Deutschland in Schwierigkeiten käme. Dabei handle es sich nicht etwa darum, daß Deutschland nukleare Waffen wolle, vielmehr handle es sich um eine Frage der Nichtdiskriminierung.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Bundesrepublik natürlich keine nuklearen Waffen produzieren wolle.[17] Sie wolle aber die Gewißheit haben, daß für die Verteidigung Deutschlands die gleichen Waffen zur Verfü-

[9] Für den außenpolitischen Teil der Regierungserklärung vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 4196–4199.

[10] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[11] Der ehemalige amerikanische Außenminister hielt sich im Rahmen einer Europa-Rundreise Ende September/Anfang Oktober 1963 in Großbritannien auf. Zu den Vorbereitungen für diese Reise vgl. den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 4. September 1963; Referat II A 6, Bd. 26.

[12] Zur Regierungsumbildung in Großbritannien vgl. Dok. 389, Anm. 3.

[13] Am 26. September 1963 bekundete der britische Außenminister Lord Home gegenüber dem amerikanischen Außenminister Rusk Interesse, an den geplanten Beratungen der MLF-Arbeitsgruppe beteiligt zu werden. Am 1. Oktober 1963 gab die britische Regierung ihre Teilnahme an den Beratungen bekannt unter dem Vorbehalt, daß sie damit nicht auf eine Beteiligung an einer MLF festgelegt sei. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10835.

[14] Zum Scheitern eines britischen Beitritts zur EWG am 28./29. Januar 1963 vgl. Dok. 60.

[15] Vgl. dazu auch Dok. 39.

[16] Der Passus „im Augenblick ... ein Fehler" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[17] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

gung stünden wie für die Verteidigung anderer Länder. Das sei seines Erachtens die Bedeutung der multilateralen Streitmacht.

Mr. *Acheson* sagte, er habe den Engländern erklärt, wenn sie einer Sache beiträten, an der alle gleichberechtigt beteiligt sein könnten, wäre damit die Frage gelöst. Wenn sie aber an einer eigenen Nuklearwaffe festhielten, würden sie damit die Allianz zerstören. Seinem alten Freund Sir Evelyn Shuckburgh habe er auch gesagt, er wette, daß man in fünf Jahren die britische Politik nicht mehr von der schwedischen unterscheiden könne.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, entscheidend werde der Ausgang der Wahlen[18] sein. Blieben die Konservativen unter Lord Home an der Macht, halte er eine Einbeziehung Englands in die europäischen Gemeinschaften[19] für möglich. Er glaube auch, daß ein erneuter Versuch nicht noch einmal fehlschlagen würde. Ginge jedoch Labour als stärkste Partei aus den Wahlen hervor, dann könne sehr wohl die Entwicklung eintreten, die Mr. Acheson angedeutet habe. Was die multilaterale Streitmacht anbelange, so reiche es einfach nicht aus, wenn sie nur Deutschland und Amerika umfasse. Beteilige sich England, so würden zweifellos die Beneluxländer, Dänemark und Norwegen sowie Italien mitmachen. England sei also der Schlüssel.[20]

Mr. *Acheson* betonte, er habe dem Präsidenten[21] schon lange gepredigt, daß Deutschland das Land sei, mit dem die Vereinigten Staaten am engsten zusammenarbeiten müßten. Der Grund dafür sei, daß es nutzlos sei, die russische Politik beeinflussen zu wollen. Seine zwanzigjährige Erfahrung mit den Russen habe ihn gelehrt, daß diese ihre eigene Berechnung des Kräfteverhältnisses anstellen. Beschlössen die Russen einmal bei sich, daß der Zeitpunkt gekommen sei, um einen Schritt zu tun, dann brauche man keine Diplomatie, keine Diskussion und kein Argumentieren, um sie dazu zu bewegen. Gewöhnlich versuchten die Russen, eine unmögliche Bedingung daran zu knüpfen. Habe man diese Bedingung dann abgelehnt, könne man sich auf das einigen, wozu die Russen von sich aus bereit seien. Wollten die Russen andererseits nicht mitmachen, dann helfe kein Überreden und kein Überzeugen.[22]

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, für die Bundesrepublik sei eine enge Verbundenheit mit den Vereinigten Staaten einfach lebensnotwendig. Er glaube, daß Chruschtschow tatsächlich gewisse innere Schwierigkeiten habe, denn der Kampf mit Rotchina bewege sich nicht nur mehr auf dem ideologischen Gebiet, sondern werde immer stärker zu einem Machtkampf.[23] Chruschtschow müsse also seine Verteidigung nach beiden Seiten stärken. Bei dem expansiven Druck Rotchinas sei es auch notwendig, Ostsibirien wirtschaftlich und menschlich zu durchbluten. Eine gewisse Verbürgerlichung der russischen Bevölkerung sei auch nicht abzustreiten. Insoweit stimme er mit der Analyse

[18] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

[19] Die Wörter „in die europäischen Gemeinschaften" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[20] Zu dieser Auffassung vgl. bereits Dok. 214.

[21] John F. Kennedy.

[22] Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[23] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23, sowie Dok. 367, Anm. 26 und Anm. 43.

seines Vorgängers überein, doch sei er nicht einer Meinung mit den Schlußfolgerungen, die sein Vorgänger daraus ziehe. Er sehe jedoch einen Ansatzpunkt, der darin bestehe, daß die Industrienationen der freien Welt sich nicht gegenseitig mit Krediten an die Russen[24] überbieten sollten, die nur die russische Wirtschaft stärken würden. Er halte es für ein legitimes Anliegen, darüber zu sprechen. Gleichzeitig gebe er sich aber keinen Illusionen hin, daß die Verhängung eines vollständigen Embargos unmöglich sei.

Mr. *Acheson* bemerkte, er habe in dieser Angelegenheit eine lange und schmerzliche Erfahrung. Als er Außenminister gewesen sei, habe Amerika die Alliierten gedrängt, hier so weit wie möglich zu gehen. Dabei sei Amerika aber auf wenig Gegenliebe gestoßen, und schließlich habe er sich sagen müssen, mit diesem Drängen mache man sich nur die Freunde abspenstig, ohne auf der Gegenseite etwas zu gewinnen. Er sei sicher, daß Amerika positiv reagieren würde, wenn die Alliierten erklärten, daß sie jetzt zu einer Diskussion dieser Frage bereit seien.
Mr. Acheson betonte noch einmal die Notwendigkeit möglichst enger deutsch-amerikanischer Beziehungen. Wenn die deutsche öffentliche Meinung zu der Auffassung gelangen würde, daß Amerika wirklich an eine Entspannung glaube und heimlich mit den Sowjets verhandele[25], dann würde man nur die deutschen Gaullisten stärken, die glaubten, Deutschland könne direkt mit den Russen verhandeln. Deswegen sei er gegen alle Geheimgespräche mit den Russen[26], die nicht unter voller Mitwirkung der Alliierten geführt würden. Andererseits gebe es in Europa kein Volk, das wie Deutschland in der Lage und bereit wäre, auf militärischem, finanziellem und handelsmäßigem Gebiet tätig zu werden. Er rate daher zu einer Koordinierung der deutsch-amerikanischen Auffassungen, die in aller Stille erfolgen müsse, um dann gemeinsam zu versuchen, die Alliierten mitzuziehen.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, aus diesem Grund wolle er möglichst bald mit dem Präsidenten sprechen.[27] Man könne nicht leugnen, daß in der deutschen Öffentlichkeit und noch mehr im Parlament eine gewisse Unsicherheit eingezogen sei. Diese unerfreulichen Diskussionen ließen sich beenden, wenn das deutsch-amerikanische Verhältnis absolut transparent sei. Letzten Endes gebe es für Deutschland gar keine Alternative als enge Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.

Mr. *Acheson* wies darauf hin, er würde nichts tun, was gegen Frankreich gerichtet sei. Vielmehr müßte jederzeit für Frankreich die Tür offenstehen. Im Augenblick aber sei es so schwierig, mit Frankreich vertraulich zu sprechen, und daher wäre es besser, wenn Amerika und Deutschland sich zunächst einigten und dann Deutschland versuche, die Franzosen dazu zu bewegen.

[24] Vgl. dazu Dok. 356. Vgl. dazu weiter Dok. 412.

[25] Der Passus „und heimlich mit den Sowjets verhandele" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[26] Zu den Sondierungsgesprächen vgl. Dok. 343, Anm. 6.

[27] Der Besuch des Bundeskanzlers Erhard in den USA zu Gesprächen mit Präsident Kennedy war für den 25./26. November 1963 geplant. Vgl. dazu BULLETIN 1963, S. 1831.
Zur Unterredung des Bundeskanzlers mit Präsident Johnson am 26. November 1963 am Rande der Trauerfeier für Kennedy vgl. Dok. 429. Zu den Gesprächen zwischen Erhard und Johnson am 28./29. Dezember 1963 vgl. Dok. 486, Dok. 489 und Dok. 490.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß Präsident Kennedy bei seinem Besuch[28] erklärt habe, bei aller Würdigung der Freundschaft zwischen den beiden Ländern (den USA und der Bundesrepublik)[29] wolle Amerika doch keine besonderen[30] bilateralen Beziehungen entwickeln, sondern würde eine multilaterale Einigung mit Europa bevorzugen. Die Beziehungen der Bundesrepublik mit Amerika und mit Frankreich bewegten sich nicht auf derselben Ebene. Mit Amerika könne man offen, rational und transparent sein. Im Falle Frankreichs habe das Ganze immer noch einen etwas sentimentalen Hintergrund. Andererseits sei eine europäische Einigung nicht denkbar, wenn nicht Frankreich und Deutschland den ausgesöhnten Kern darstellten. Es sei aber schwierig, de Gaulles Reaktion auf eine Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen im Zusammenhang der gesamten NATO zu erkennen.

Mr. *Acheson* bemerkte, er denke auch nicht an eine Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen in aller Öffentlichkeit. Es müsse aber in aller Stille wirksam gearbeitet werden, und zwar über die Botschaften. Die Botschaften müßten auf beiden Seiten so besetzt werden, daß die Botschafter einerseits ihrem Regierungschef sehr nahestünden und andererseits das Vertrauen des anderen Regierungschefs genießen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte abschließend, er werde in der nächsten Woche mit dem amerikanischen Botschafter[31] über seinen Besuch in den Vereinigten Staaten sprechen.[32] Er wolle jedoch vorher noch nach Paris reisen[33], um die Politik Adenauers nicht in aller Öffentlichkeit zu desavouieren. Er sei sich aber im klaren darüber, daß das eigentliche politische und für Deutschland bedeutsame Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten stattfinden werde.

Das Gespräch endete um 12 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 5

[28] Zum Besuch in der Bundesrepublik vom 24. bis 26. Juni 1963 vgl. Dok. 206–208.

[29] Der Passus „(den USA und der Bundesrepublik)" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[30] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[31] George McGhee.

[32] Vgl. Dok. 396.

[33] Zum Besuch des Bundeskanzlers Erhard am 21./22. November 1963 vgl. Dok. 421–423.

394

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Acheson

Z A 5-122.A/63 geheim **19. Oktober 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 19. Oktober 1963 um 12 Uhr den ehemaligen amerikanischen Außenminister Dean Acheson zu einem Gespräch.

Auf die Frage des Herrn *Ministers,* was Mr. Acheson von dem Regierungswechsel und von dem außenpolitischen Teil der Regierungserklärung[2] halte, erklärte Mr. *Acheson,* ganz offen gesagt halte er es für gut, daß Dr. Adenauer nun zurückgetreten sei. Er habe Dr. Adenauer seit 1949 gekannt und achte ihn hoch. Er glaube aber, daß in letzter Zeit zwar die physische Kraft Dr. Adenauers weiterhin gut gewesen sei, seine geistige Spannkraft aber nachgelassen habe. So habe er recht interessante Veränderungen in der Erzählung von Dr. Adenauer über seinen Chruschtschow-Besuch 1955[3] feststellen können. In der ersten Version habe Chruschtschow erklärt, Rußland werde mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Chinesen nicht fertig, und wenn Deutschland mit Rußland zusammenarbeiten würde, wäre der große chinesische Markt für Deutschland offen. In der fünften Version habe laut Dr. Adenauer Chruschtschow erklärt, er werde mit den Chinesen nicht fertig, vor allem, wenn er gleichzeitig sich mit den Amerikanern herumschlagen müsse, und deswegen solle ihm Deutschland helfen. Er habe auch das Gefühl, daß Präsident Kennedy, der ja ein recht empfindlicher Mann sei, es dem Bundeskanzler etwas nachtrage, daß ihn dieser mehr oder weniger als kleinen Jungen behandelt habe. Er halte es für nützlich, die gleiche Politik mit jüngeren Personen weiterzuführen. Den außenpolitischen Teil der Regierungserklärung bezeichnete Mr. Acheson als erstklassig und stimmte ihm zu.

Mr. Acheson fuhr fort, ganz allgemein finde er die Lage ziemlich entmutigend. Großbritannien trauere dem verlorenen Empire nach, statt sich der neuen Lage anzupassen. Er befürchte auch einen Wahlsieg[4] von Labour. Im übrigen habe er mit seinem Freund Sir Evelyn Shuckburgh gewettet, daß man in fünf Jahren die englische Politik nicht mehr von der schwedischen unterscheiden könne. Wenn Labour gewinne, werde sich England in Richtung auf ein Klein-England bewegen, während doch eigentlich das erforderlich wäre, was Herr

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 22. Oktober 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 28. Oktober 1963 vorgelegen, der vermerkte: „M[anu]s[kript] Herrn St[aatssekretär] I/II z[ur] K[enntnisnahme]. Original und Durchschläge zu unseren Unterlagen."
Schröder vermerkte ferner: „Kleiner Fehler im Text." Vgl. Anm. 15.

[2] Für die außenpolitischen Ausführungen des Bundeskanzlers Erhard am 18. Oktober 1963 vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 4196–4199.

[3] Zum Gespräch vom 10. September 1955 vgl. ADENAUER, Erinnerungen II, S. 527 f.

[4] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

Birrenbach als eine Spritze Salzwasser für die Sechs bezeichne. In Italien sehe es sehr schlecht aus. In Frankreich werde unter de Gaulle vieles der Schuman-Adenauer-Ära wieder kaputt gemacht. Was Amerika anbelange, so würden die bevorstehenden 18 Monate für Amerikas Freunde sehr schwierig werden. Er habe dem Präsidenten und dem Außenminister[5] immer wieder gesagt, die Nation, mit der Amerika am engsten zusammenarbeiten müsse, sei Deutschland. Weder die britische noch die französische geschweige denn die russische Politik lasse sich weitgehend beeinflussen. Ein vernünftiger Kurs im Verhältnis zu Deutschland könne aber bedeutsame gute Ergebnisse zeitigen. Deswegen sei es viel wichtiger, sich darauf zu konzentrieren, als auf die Beziehungen zur Sowjetunion. Wichtig sei auch, diese enge Zusammenarbeit zwischen Amerika und Deutschland in aller Stille über die Botschaften, die entsprechend besetzt sein müßten, durchzuführen. Er halte es für notwendig, daß sich Deutschland und Amerika in einigen Fragen bald einigten. Dazu gehöre die multilaterale Streitmacht[6], die aktivere Bearbeitung der internationalen Zahlungsbilanzfragen durch die Zehner-Gruppe[7] und die Kennedy-Runde[8]. Bei all diesen Dingen dürfe man aber nichts tun, was gegen Frankreich gerichtet sei und müsse unter allen Umständen den Eindruck vermeiden, als wolle man die Deutschen den Franzosen entfremden.

Der Herr *Minister* bezeichnete diese Ausführungen als höchst interessant und bemerkte, er könne beinahe mit allem voll einverstanden sein. Er führte dann aus, was Europa anbelange, so sei das Ideal die europäische Integration gewesen. Die Erreichung dieses Ideals werde aber noch lange nicht möglich sein, denn selbst wenn de Gaulle einmal gehe, werde er so tiefe Spuren in Frankreich hinterlassen haben, daß auf lange Sicht ein integriertes Europa mit einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik noch unmöglich bliebe. Ohne also dieses Ideal aus den Augen zu verlieren, müßte man sehen, was getan werden könne. In gewissen Grenzen könne der Gemeinsame Markt entwikkelt und ein Versuch zur Regelung der Landwirtschaftsfrage gemacht werden. Wenn man dann die Phase an diesem Jahresende und den Anfang der Kennedy-Runde hinter sich habe, lasse sich vielleicht etwas tun in Richtung auf eine losere politische Union. Das bedeute aber, daß man zuerst die Holländer und Belgier dafür gewinnen müsse.[9] Bis dahin werde man auch eher wissen, wie die Entwicklung in England weitergehe. Zweifellos werde de Gaulle sich auch weiterhin gegen einen britischen Beitritt zum Gemeinsamen Markt sperren. Das bedeute also, daß England noch nicht Mitglied der politischen Union

[5] Dean Rusk.

[6] Zur Diskussion über eine multilaterale Atomstreitmacht der NATO vgl. Dok. 414.

[7] Zur „Zehnergruppe" gehörten die Teilnehmer der „Allgemeinen Kreditvereinbarungen" des Internationalen Währungsfonds: Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, die Niederlande, die Schweiz und die USA. Sie erörterte bei ihren Zusammenkünften die internationale Währungslage und überprüfte das internationale Währungssystem vor dem Hintergrund der Statuten des Internationalen Währungsfonds.

[8] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[9] Der französische Vorschlag zur Schaffung einer europäischen politischen Union scheiterte 1962 am belgischen und niederländischen Veto. Vgl. dazu Dok. 136.

werde[10]. Dennoch müsse England so nahe wie möglich an Europa gehalten werden. Der Wert selbst einer loseren politischen Union sei seines Erachtens darin zu sehen, daß durch das Dabeisein Italiens und der Beneluxländer mögliche schädliche Wirkungen einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit vermieden werden könnten. Die Schwierigkeit im deutsch-französischen Verhältnis liege, um ganz offen zu sein, darin, daß de Gaulle von der Politik Adenauers eine falsche Vorstellung habe. De Gaulle habe aus unersichtlichen Gründen geglaubt, Adenauer sei sehr viel mehr für ein Einbringen Deutschlands in die französische Sphäre. Deswegen sei de Gaulle sicherlich von der deutsch-französischen Zusammenarbeit, insbesondere auf militärischem Gebiet, wo er sich sehr viel erhofft habe, enttäuscht.[11] Die Tatsache, daß de Gaulle einer solch falschen Auffassung nachgehängt habe, deute darauf hin, daß de Gaulle nicht genügend Überblick über die Sache habe. Gewisse Schwierigkeiten lägen darin, daß Teile der CDU dem Gedanken anhingen, anstelle einer multilateralen Streitmacht könne es eine europäische nukleare Streitmacht[12] geben. Dr. Adenauer sei immer für eine multilaterale Streitmacht gewesen.[13] Damit bliebe natürlich die Frage unbeantwortet, ob er nicht doch eines Tages plötzlich ein gewisses Interesse an einer europäischen Streitmacht entwickle. Jedenfalls sei die neue Bundesregierung ganz eindeutig für eine multilaterale Streitmacht und werde alles tun, um den Gedanken einer europäischen Streitmacht zu entlarven.[14] Nach französischer und z. T.[15] britischer Vorstellung bestünde eine solche europäische Streitmacht aus zwei nationalen Komponenten.[16] Im übrigen wäre auch das nur eine Kombination von Zwergen. Die Vorstellung, daß es eine deutsche Beteiligung an einer europäischen Streitmacht geben könnte, die besser wäre als eine Beteiligung an einer multilateralen Streitmacht, sei falsch. Je schneller die multilaterale Streitmacht aufgestellt werde, um so besser.

Was die deutsch-amerikanischen Beziehungen anbelange, sei er absolut einer Meinung mit Acheson. Von allen Verbündeten seien die Vereinigten Staaten nicht nur die stärksten, sondern auch die einzigen, mit denen das Problem der Wiedervereinigung gelöst werden könne. Er glaube auch, daß die Legende um die Ära Eisenhower-John Foster Dulles[17] nicht den Realitäten entspreche. Er sei der Auffassung, daß in den vergangenen zwei Jahren mehr Fortschritte

10 Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „wäre".

11 Vgl. dazu auch Dok. 354.

12 Zum Vorschlag des Staatssekretärs im französischen Außenministerium, Habib-Deloncle, vgl. Dok. 361, Anm. 40.

13 Zur Haltung des Bundeskanzlers Adenauer vgl. Dok. 82, Anm. 10.

14 Vgl. dazu auch Dok. 423.

15 Die Wörter „z. T." wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

16 Der französische Außenminister Couve de Murville führte am 8. Oktober 1963 gegenüber Präsident Kennedy aus: „Für die Beteiligung an einer europäischen Atomstreitmacht kämen außer Frankreich nur Großbritannien und die Bundesrepublik auf Grund ihrer Industrie und Wissenschaft in Betracht. Infolge der von ihr 1954 gegenüber den Westmächten eingegangenen Verpflichtungen scheide die Bundesrepublik hierfür jedoch aus." Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Blankenhorn, Paris, vom 9. Oktober 1963; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 151; B 150, Aktenkopien 1963.

17 Vgl. dazu Dok. 43 und Dok. 273.

auf dem Weg zu einer Konsolidierung erzielt worden seien, als gegen Ende der Dulles-Ära, als es den Geist von Genf[18], den Geist von Camp David[19] usw. gegeben habe. Er sei Präsident Kennedy auch dankbar, daß er in der Berlin-Frage so eindeutige Prinzipien[20] erarbeitet habe. Der Vergangenheit werde so gerne eine Gloriole umgehängt, was man jedoch nicht zulassen dürfe. Er glaube jedoch, daß man mit diesem Problem in Deutschland fertig werde. Die Außenpolitik der gestrigen Regierungserklärung werde von 90 v. H. des Parlaments unterstützt. Es stelle sich natürlich das Problem, daß ein Mann von der Statur des früheren Bundeskanzlers menschlich und politisch richtig behandelt werde. Das werde nicht ganz einfach sein. Er selbst hätte es sehr viel lieber, wenn der frühere Bundeskanzler als Ratgeber da wäre, als wenn es zu Kontroversen käme.

Mr. *Acheson* stellte dann die Frage, ob die Besorgnis in Deutschland hinsichtlich der Verhandlungen der Amerikaner mit den Russen zur Ursache hätten, daß keine ausreichende Konsultation stattgefunden habe[21], oder daß überhaupt ein Abkommen mit den Russen[22] geschlossen worden sei, oder daß der Bundeskanzler in dieser Frage die Stimme erhoben habe[23].

Der Herr *Minister* erwiderte, Dr. Adenauer sei jemand, der zunächst mit tiefstem Mißtrauen allen Menschen gegenübertrete. Das gelte sogar für de Gaulle, obwohl Dr. Adenauer es in diesem Falle am wenigsten deutlich sage. Diese Tatsache müsse man berücksichtigen. Ganz allgemein sei es für jemanden, der wie die Deutschen in vorderster Front stehe, ganz natürlich, sich die Frage vorzulegen, ob ein Land wie die Vereinigten Staaten, das Überseeverpflichtungen über Tausende von Meilen Entfernung habe, nicht diese Verpflichtungen im Laufe der Zeit als lästig empfinden und sie los werden wolle. Hinzu komme die ständige französische Propaganda, daß die Amerikaner eines Tages Europa verlassen würden. Das objektive Kriterium liege darin: Wenn plötzlich keine Haßreden mehr ausgetauscht würden, sondern Gromyko wie in der UNO allen bescheinige, daß sie gute Menschen seien, und nur die Deutschen würden zu Übeltätern abgestempelt[24], dann tauche die Frage auf, ob nicht alle anderen Abmachungen letzten Endes schlecht seien, wenn sie für Deutschland keine Verbesserungen mit sich brächten, weil durch diese anderen Abmachungen ja das deutsche Problem sozusagen begraben werde. Werde gleichzeitig eine künstliche Entspannungsatmosphäre geschaffen, so sinke der Verteidigungswille und der Wille zum Zusammenhalt rapide ab. Zur Frage

[18] Zur Genfer Gipfelkonferenz von 1955, die in westlichen Staaten Hoffnung auf Entspannung weckte, vgl. Dok. 116, Anm. 24.

[19] Zum Treffen zwischen Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Eisenhower am 26./27. September 1959 vgl. Dok. 216, Anm. 25.

[20] Am 25. Juli 1961 formulierte Präsident Kennedy in einer Rundfunk- und Fernsehansprache die „three essentials" der amerikanischen Berlin-Politik: das Recht auf Anwesenheit in Berlin (West), freien Zugang nach Berlin (West) „across East Germany" und die Verpflichtung „to sustain – and defend, if need be – the opportunity for more than two million people to determine their own future and choose their own way of life". Vgl. PUPLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 533–540, hier S. 533.

[21] Zur Unterrichtung der Bundesregierung über den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 241, Anm. 8. Vgl. dazu auch Dok. 348 und Dok. 361.

[22] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[23] Vgl. dazu Dok. 257, Dok. 273 und Dok. 292.

[24] Zur Rede des sowjetischen Außenministers vom 19. September 1963 vgl. Dok. 348, Anm. 17.

der mangelnden Konsultation erzählte der Herr Minister den Hergang der Dinge im Juli.[25]

Das Gespräch endete um 13.10 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

395

Aufzeichnung des Botschafters Blankenhorn, Paris

Pol I A 3-83.00 **21. Oktober 1963**[1]

Betr.: Französische Haltung zu internationalen Fragen, die deutsche Interessen betreffen

I. Deutschland und Ost-West-Problem

Die *defensiven deutschen Interessen* (Verteidigung der Bundesrepublik und von Berlin, Nichtvertiefung der deutschen Spaltung = Nichtanerkennung der SBZ) stimmen nach Auffassung der französischen Regierung im wesentlichen mit Frankreichs Interessen überein.

Die militärische Verteidigung der Bundesrepublik sieht Frankreich als für sich selbst lebenswichtig an, da ein Verlust der Bundesrepublik sofort eine Invasion Frankreichs zur Folge hätte. Die Verteidigung Berlins sei vor allem aus psychologischen Gründen von größter Bedeutung, da ein Verlust der Stadt das westliche Bündnis vor den Augen des deutschen Volkes und der ganzen Welt in gefährlicher Weise diskreditieren würde.

Die französische Regierung tritt allen Bestrebungen des SBZ-Regimes nach internationaler Anerkennung und Aufwertung mit Nachdruck entgegen. Sie weiß, daß die Anerkennung der SBZ die endgültige Etablierung der Sowjetunion im Herzen von Europa bedeutete. Dies wird z. Z. in Frankreich als viel gefährlicher angesehen als eine etwa wiedererstehende deutsche Konkurrenz.

In bezug auf die *offensiven deutschen Interessen* (Milderung der deutschen Spaltung, Freiheit für die Bewohner der SBZ, nationale Wiedervereinigung, Rückkehr der Gebiete jenseits von Oder und Neiße[2]) besteht aus französischer Sicht eine begrenzte Interessenidentität.

[25] Vgl. dazu Dok. 234, Dok. 238 und Dok. 252.

[1] Die Aufzeichnung wurde Bundesminister Schröder am 21. Oktober 1963 mit folgendem Begleitschreiben des Botschafters Blankenhorn, Paris, übermittelt: „Unter Bezugnahme auf unsere kürzliche telephonische Unterredung darf ich Ihnen hiermit die erbetene Aufzeichnung über die Haltung der französischen Regierung zu den großen politischen Fragen vorlegen. Diese Aufzeichnung enthält meiner Ansicht nach alles Wesentliche, erhebt aber nicht den Anspruch letzter Vollständigkeit."
Hat Schröder am 22. Oktober 1963 und erneut am 22. November 1963, vor seinem Besuch in Paris, vorgelegen.

[2] Zur Oder-Neiße-Linie vgl. Dok. 141, Anm. 11.

Alle Vorhaben zur Milderung der deutschen Spaltung, zur Linderung des Leides, das der Eiserne Vorhang und die Mauer in Berlin zur Folge haben, finden die uneingeschränkte Unterstützung Frankreichs.

Die Forderung nach Wiederherstellung freiheitlicher Verhältnisse in der SBZ unterstützt Frankreich ebenfalls nachdrücklich, da eine Verwirklichung für Frankreich die Ausweitung des freiheitlichen Vorfeldes bis zur Oder, die Beseitigung gefährlicher Spannungsherde an seinen Grenzen und die Zurückdrängung der Sowjetunion aus Europa darstellen würde. Außerdem ist sich die französische Regierung vollauf bewußt, daß die westliche Allianz und die deutsch-französische Solidarität ihre Grundlage in der gemeinsamen Vorstellung von Freiheit und Menschenwürde haben. Sie erkennt, daß das Vertrauen in diese Allianz in Deutschland tief und sehr gefährlich erschüttert würde, wenn Frankreich diese Werte in den legitimen Anliegen des deutschen Volkes, vor allem in der Forderung nach Freiheit für die Bewohner der SBZ, verleugnete.

Die französische Haltung zur deutschen Wiedervereinigung hängt von den Umständen ab, unter denen sich diese Wiedervereinigung vollziehen könnte. Frankreich ist gegen ein militärisch und wirtschaftlich neutralisiertes vereinigtes Deutschland, da es dies als gefährliches Vakuum in Mitteleuropa und eine Einladung an die Sowjetunion zu einem Eindringen bis an die Grenzen Frankreichs betrachtet. Auch ein machtpolitisch ungebundenes, zentralistisch aufgebautes vereinigtes Deutschland würde Frankreich zu verhindern versuchen. Es sähe darin die Gefahr des Entstehens einer neuen Mittelstellung von Deutschland zwischen Ost und West und einer erneuten Versuchung für Deutschland, wechselnd Partner in Ost und West zu wählen. Für eine Wiedervereinigung ist Frankreich nur dann, wenn sich diese unter machtpolitischer Bindung an den Westen und Einordnung in den europäischen Rahmen vollzieht.

Die deutsche Forderung auf Rückkehr der Gebiete jenseits von Oder und Neiße wird in Frankreich *nicht* unterstützt. Die französische Regierung erkennt zwar an, daß die Festlegung der deutschen Ostgrenzen nur im Zusammenhang mit einer freiheitlichen Regelung aller deutschen Fragen und nicht vorher erfolgen kann. Wenn aber einmal eine Wiedervereinigung in Freiheit Wirklichkeit wird, können wir *nicht* mit einer französischen Unterstützung auf Rückkehr der Ostgebiete rechnen.

In der zumeist sehr polenfreundlichen französischen öffentlichen Meinung wird der Bundesrepublik sogar vielfach vorgeworfen, sie verhindere die notwendige und zu erstrebende Solidarität mit den freiheitlich gesinnten Polen, die mit Deutschland die Herstellung freiheitlicher Verhältnisse in ganz Osteuropa ersehnten, indem sie Polen durch ihre territorialen Forderungen immer wieder in die Arme der Sowjetunion treibe.

Hinsichtlich der politischen und diplomatischen *Methoden,* die der Sowjetunion gegenüber im Ost-West-Gegensatz anzuwenden sind, vertritt Frankreich Auffassungen, die von der Haltung der Bundesrepublik, vor allem aber auch der USA und Großbritanniens, abweichen. In der grundsätzlichen Analyse geht die französische Regierung mit den Verbündeten zwar dahin einig,

daß eine innere Umwandlung und Liberalisierung der Sowjetunion und eine Verschärfung des sowjetisch-chinesischen Gegensatzes[3] den Charakter des Ost-West-Konfliktes verändern und die Sowjetunion zu substantiellen Konzessionen auch in der Deutschlandfrage einmal veranlassen könnte. Die französische Regierung glaubt jedoch nicht, daß dieser Zeitpunkt bereits gekommen sei. Unter den augenblicklichen Umständen könnten ernsthafte Verhandlungen über das Berlin- und Deutschlandproblem nur zu gefährlichen Konzessionen an die Sowjetunion, zu einer Stabilisierung des kommunistischen Herrschaftsbereiches und zu einer Schwächung der westlichen Positionen in Europa führen (durch Vereinbarung von Nichtangriffspakt[4], Beobachtungsposten[5] usw.). Außerdem möchte die französische Regierung ihr Land vor der deutschen Öffentlichkeit durch eine Beteiligung an derartigen Verhandlungen nicht diskreditieren, um aus einer unabhängigen Stellung heraus um so deutlicher die Interessen des kontinental-europäischen Bereiches gegenüber den „global denkenden" Angelsachsen und den Russen vertreten zu können. Diese Position möchte sich die französische Regierung auch für den Fall erhalten, daß es ihr faktisch nicht gelänge, eine Verschlechterung des Status quo in Europa als Folge von angelsächsisch-sowjetischen Gesprächen zu verhindern.

Die französische Regierung versteht, daß die Bundesregierung durch ihre größere Abhängigkeit von dem militärischen Schutz der USA in diesem Zusammenhang nicht gleicher Meinung ist und an den Vorbereitungen der Ost-West-Gespräche[6] einen größeren Anteil nimmt. Ein französisches Mißtrauen uns gegenüber beginnt jedoch dann, wenn hinter einer größeren deutschen Verhandlungsbereitschaft oder Beweglichkeit der Wille zu einer vom Westen

[3] Vgl. dazu Dok. 216, Anm. 23, sowie Dok. 367, Anm. 26 und Anm. 43.

[4] Zur Erörterung eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt im Juli/August 1963 in Moskau vgl. Dok. 252 und Dok. 282.
Das Thema wurde erneut während der Sondierungsgespräche am Rande der UNO-Generalversammlung in New York aufgegriffen. Botschafter von Braun, New York (UNO), berichtete am 4. Oktober 1963 von einem Gespräch zwischen dem britischen und sowjetischen Außenminister: „Gromyko habe recht ausführlich die Forderung nach Abschluß des Nichtangriffspaktes NATO/Warschauer Pakt erörtert und mit den bekannten Argumenten begründet. Lord Home habe, wie es bereits bei anderem Anlaß vor einigen Tagen geschehen sei, mit der Frage nach russischen Gegenleistungen in Berlin geantwortet. Gromyko habe dann das Thema mit der Bemerkung fallengelassen, daß auf diesem Gebiete russische Konzessionen nicht zu erwarten seien." Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 187; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu weiter Dok. 411, Anm. 21.

[5] Zur Diskussion über Bodenbeobachtungsposten im Juli/August 1963 in Moskau vgl. Dok. 282, Anm. 5. Zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 315.
Mit Drahtbericht vom 4. Oktober 1963 übermittelte Botschafter Knappstein, Washington, Informationen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Tyler, über ein Gespräch zwischen den Außenministern der Drei Mächte vom Vortag. Danach habe Gromyko bezüglich der Bodenbeobachtungsposten „wiederum das Junktim mit Truppenabzug und Schaffung von atomwaffenfreien Zonen hergestellt und Beschränkung auf Kontrollposten als ‚zu einseitige' Maßnahme bezeichnet. Nach Ansicht von Tyler habe Gromyko damit nunmehr eine eindeutig negative Antwort zu diesem Punkt erteilt." Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur Erörterung dieses Themas während der Sondierungsgespräche vgl. auch Dok. 367, Anm. 32.

[6] Zu den Sondierungsgesprächen vgl. Dok. 343, Anm. 6. Zur französischen Haltung dazu vgl. Dok. 334, Anm. 19.

unabhängigen und mit den westlichen Alliierten nicht oder nicht völlig koordinierten eigenen deutschen Politik gegenüber der Sowjetunion vermutet wird. Die französische Solidarität mit den freiheitlichen Anliegen des deutschen Volkes beruht auf der Voraussetzung, daß diese Anliegen Teil einer gemeinsamen westlichen und vor allem deutsch-französischen Politik sind. Wenn in Frankreich auf Grund des in der Bundesrepublik vollzogenen Regierungswechsels in der öffentlichen Meinung gelegentlich Befürchtungen für die Fortdauer der bisherigen deutsch-französischen Solidarität geäußert wurden, so wegen der Annahme, daß in der neuen Bundesregierung nicht nur eine stärkere Hinneigung zu den USA und zu Großbritannien, sondern auch merkantile und unabhängig-deutsche Gesichtspunkte bei der Festlegung ihrer Politik eine größere Rolle spielen könnten als in der Vergangenheit.

II. NATO

1) Am 24. September 1958 erhob General de Gaulle gegenüber Präsident Eisenhower die Forderung nach einem NATO-Direktorium, bestehend aus USA, Großbritannien und Frankreich[7], das sich nicht nur mit den Vorgängen im Vertragsbereich, sondern auf der ganzen Welt befassen und zu einer koordinierten Politik der drei Großmächte gelangen sollte.

Als erkennbar wurde, daß die USA dieser Forderung zu entsprechen nicht gewillt waren, löste General de Gaulle die französische Mittelmeerflotte aus dem NATO-Unterstellungsverhältnis heraus[8]; ebenso zwang er amerikanische Jagd- und Bomberverbände zur Verlegung aus Frankreich als Folge seiner Weigerung, die Lagerung amerikanischer Kernwaffen auf französischen Flugplätzen zuzulassen.[9] Desgleichen lehnte er die Bildung eines integrierten Luftwarnsystems der NATO und die Beteiligung der französischen Jagdluftwaffe hieran ab.[10] Nach Beendigung des Algerienkrieges[11] sah er davon ab, die seinerzeit mit Genehmigung des NATO-Rats nach Algerien verlegten französi-

[7] Zum Vorschlag eines Dreier-Direktoriums vgl. Dok. 49, Anm. 8.

[8] Zum Rückzug der französischen Mittelmeerflotte aus der NATO-Assignierung am 11. März 1959 vgl. Dok. 94, Anm. 19.

[9] Am 8. Juli 1959 gab der amerikanische Vertreter bei der NATO, Burgess, dem Ständigen NATO-Rat bekannt, daß sich der Oberste Alliierte Befehlshaber Europa der NATO-Streitkräfte, Norstad, entschlossen habe, neun amerikanische Geschwader mit insgesamt 200 F-100-Jagdbombern aus Frankreich abzuziehen und nach Großbritannien sowie in die Bundesrepublik zu verlegen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1959, Z 110.
Auf der Pressekonferenz vom 5. September 1960 führte Staatspräsident de Gaulle dazu aus: „D'autre part, la France juge que, si l'on entrepose des armes atomiques sur son territoire, ces armes doivent être entre ses mains. Étant donné la nature de ces armements-là et les consequences que leur emploi peut avoir, la France ne peut évidemment pas laisser son propre destin et même sa propre vie à la discrétion des autres." Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3, S. 249.

[10] Im Dezember 1958 lehnte Frankreich ein vom Militärausschuß der NATO empfohlenes und im Dokument MC 54/1 festgelegtes einheitliches Luftverteidigungssystem in Europa ab. „Die Folgezeit war ausgefüllt mit langwierigen Verhandlungen zwischen der NATO und Frankreich, um wenigstens zu einer Kompromißlösung zu gelangen. Mit Schreiben vom 10. August 1960 hat der Chef des französischen Generalstabes [Charles Ailleret] die endgültige französische Stellungnahme übermittelt. Danach fühlt sich Frankreich für die Verteidigung des französischen Luftraums allein verantwortlich und lehnt grundsätzlich die Anwendung der MC 54/1 auf den französischen Luftraum ab." Vgl. den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Werz vom 10. Oktober 1960; Referat 204, VS-Bd. 19; B 150, Aktenkopien 1960.

[11] Zum französisch-algerischen Abkommen vom 18. März 1962 vgl. Dok. 88, Anm. 11.

schen Divisionen[12] nach ihrer Rückverbringung in das Mutterland der NATO wieder zu unterstellen. Als Folge hiervon hat Frankreich gegenwärtig nur seine beiden in Deutschland stationierten Divisionen sowie das 1. CATAC der NATO unterstellt. Damit bleibt Frankreich gegenüber der ursprünglichen NATO-Forderung von 14 französischen NATO-Divisionen im Vergleich zu 12 deutschen NATO-Divisionen weit im Rückstand.[13] Auch das in Deutschland stehende und NATO unterstellte französische 1. Luftkorps (CATAC) ist durch Herausnahme von 6 Staffeln (insgesamt 120 Flugzeuge) unlängst geschwächt worden.[14] Vor kurzem erst wurde auch die französische Atlantikflotte aus dem NATO-Unterstellungsverhältnis herausgenommen.[15]

Parallel zu dieser Entwicklung geht der Aufbau der eigenen Atomstreitmacht, der force de frappe[16], seit Herbst 1960 vonstatten. Auf der Basis der Politik einer rein nationalen Verteidigung, die jede Integration ablehnt, weigert Frankreich sich, sich nicht nur an der multilateralen Atomstreitmacht der NATO (MLF) zu beteiligen[17], es zählt vielmehr sogar darauf, daß die MLF scheitert.

2) Hinter dem Vorgang der theoretischen Bejahung der Atlantischen Allianz, die von General de Gaulle in Gegensatz zu NATO als einer wegen ihrer integrationistischen Elemente abzulehnenden Organisationsform gestellt wird, betreibt der französische Präsident den Ausbau eines unter französischer Vorherrschaft stehenden politischen Sechser-Europas mit der force de frappe als Hauptwaffe. Der deutsch-französische Vertrag vom 22. Januar 1963[18], der für de Gaulle nur einen ersten Schritt zur Errichtung des politischen Sechser-Europas darstellt, ist für ihn nur insoweit von politischem Wert, als die Bundesrepublik de Gaulle auf dem Wege zu seiner Konzeption des Sechser-Europas zu folgen gewillt ist. Diese französische force de frappe soll dem unter

[12] Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Blankenhorn, Paris (NATO), vom 7. März 1956, in dem die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats über eine Verlegung von sieben französischen Bataillonen, davon vier aus der Bundesrepublik, nach Algerien erwähnt wurde; Referat 301, VS-Bd. 245; B 150, Aktenkopien 1956.

[13] Bereits am 18. Januar 1963 äußerte Ministerialdirektor Krapf Besorgnis über diese Entwicklung: Die französische Regierung plane, „nur zwei Divisionen ... der NATO in Deutschland zu assignieren und drei Divisionen der strategischen Reserve in Frankreich zuzuführen, die jedoch weder der NATO unterstellt sein sollen (assigned) noch in Kriegszeiten für eine Unterstellung vorgesehen sind (earmarked). Der Rest der französischen Streitkräfte verbleibt unter nationalem Kommando und wird – auch im Verteidigungsfall – nach französischer Konzeption eingesetzt werden ... Die französische Verteidigungspolitik hat in der NATO große Besorgnis hervorgerufen. In der Prüfungssitzung Frankreich erklärte der Vertreter von SHAPE, daß die Vorwärtsverteidigung in Europa nur gewährleistet werden könne, wenn Frankreich mindestens vier Divisionen in der Bundesrepublik stationieren und eine weitere Division der strategischen Reserve von SACEUR zuführen würde." Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 869; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur „Prüfungssitzung Frankreich" („review session") am 7. November 1962 im Rahmen der NATO-Dreijahreserhebung 1962 vgl. den Bericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 9. November 1962; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 152.

[14] Die französische Entscheidung zum Rückzug der Staffeln wurde der NATO am 2. August 1963 offiziell mitgeteilt. Vgl. dazu den Drahtbericht des Legationsrats I. Klasse Schulze-Boysen, Paris (NATO), vom 2. August 1963; Abteilung II (II 7), VS-Bd. 869; B 150, Aktenkopien 1963.

[15] Zum Rückzug der französischen Atlantikflotte aus der NATO-Assignierung am 15. Juni 1963 vgl. Dok. 194, Anm. 2.

[16] Zur „force de frappe" vgl. Dok. 16, Anm. 6.

[17] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

[18] Vgl. dazu Dok. 44, Anm. 3.

französischer Führung stehenden Sechser-Europa das Mittel zur Führung einer eigenständigen Politik verschaffen. In der Vorstellung von de Gaulle soll das atomar gerüstete Sechser-Europa gegenwärtig noch der unabhängige Partner der Vereinigten Staaten in der Atlantischen Allianz sein.

Inwieweit aber die Atlantische Allianz für de Gaulle noch in einer späteren Zukunft notwendig sein wird, besonders dann, wenn es gelingt, zu einer gleichgewichtigen Ordnung in Europa vom Atlantik bis zum Ural zu kommen, erscheint mindestens fragwürdig.

Die Entwicklung der neuesten Zeit – Vietnam-Erklärung vom 29. August[19], Herausstellung Frankreichs als moralische Führungsmacht für die dritte Welt (Rede von Lyon)[20], Festhalten an der Politik der Zusammenarbeit mit Algerien trotz bedenklicher Castro-Züge Ben Bellas[21], Qualifizierung Castros als lateinamerikanischen Nationalisten, Mission Edgar Faures in Peking[22] – zeigt, daß de Gaulle nicht nur auf dem eigentlichen NATO-Gebiet, sondern auf dem Gebiete der Weltpolitik überhaupt sich bereits sehr weit auf dem Wege der Unabhängigkeit von der amerikanischen Führungsmacht vorgewagt hat.

III. Europa

1) Wirtschaftlich

Die französische Regierung bejaht die Verträge über die *Montanunion*[23], den *Gemeinsamen Markt* und *EURATOM*[24]. Gewisse Vorbehalte bestehen lediglich gegenüber EURATOM, was zu Schwierigkeiten mit der französischen Regierung führte, als von EURATOM gewisse Kontrollbefugnisse über das in

19 Vgl. dazu Dok. 325, Anm. 27.

20 Am 28. September 1963 legte der französische Staatspräsident dar, daß Frankreich seine Politik der weitgehenden politischen und militärischen Unabhängigkeit fortführen werde. Anschließend betonte de Gaulle: „En même temps, c'est par là que la France offre à maintes nations du monde un exemple et un réconfort. En Europe, combien d'entre elles, actuellement pliées sous le joug étranger des Soviets, en tirent une secrète espérance! En Amérique latine, quel mobile d'inspiration peuvent y puiser des peuples qui s'efforcent de dégager leur personnalité à eux! En Afrique et en Asie, que d'États, nouveaux ou bien ressuscités, pour lesquels la nécessité primordiale est à présent de s'affermir et de s'organiser plutôt que de courir aux aventures où les appellent, pour les absorber, les influences dominatrices du dehors, voient dans cette France maîtresse d'elle-même de quoi soutenir leur courage et leur raison. Il n'est point jusqu'à ces pauvres pays, coupés en deux ou en trois par l'affrontement des interventions extérieures, qui ne sentent que le libre arbitre de la France peut être pour eux la chance de l'unité et de la paix." Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 138.

21 Nach seiner Wiederwahl zum algerischen Staatspräsidenten am 15. September 1963 kündigte Ben Bella eine Bodenreform an, durch die das Privateigentum eingeschränkt werden sollte. Gleichzeitig betonte er, in Algerien sei kein Platz für eine politische Opposition. Am 18. September enteignete die algerische Regierung die letzten privaten Zeitungen, die sich noch in französischer Hand befanden; am 1. Oktober 1963 zog sie, unter Bruch des Abkommens von Evian, den gesamten Grundbesitz der französischen Siedler ein. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10887 f.

22 Der ehemalige französische Ministerpräsident besuchte im Oktober 1963 die Volksrepublik China und wurde am 23. Oktober 1963 von Ministerpräsident Tschou En-lai empfangen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 233. Vgl. dazu weiter Dok. 399.
Über diesen Besuch berichtete Faure Bundesminister Schröder am 3. Juni 1964. Vgl. Ministerbüro, Bd. 242.

23 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. April 1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 448–475.

24 Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

nationalem französischen Besitz befindliche spaltbare Material verlangt wurden.[25]

Meinungsverschiedenheiten bestehen jedoch über die Wirtschaftspolitik, die innerhalb der Gemeinschaften und nach außen angewendet werden soll.

a) EWG-Aktionsprogramm

Die französische Regierung glaubt, ein treuerer Vollstrecker der Römischen Verträge zu sein als die Bundesrepublik. Man will die EWG weitgehend durchgeführt wissen, bevor eine Ausweitung der Gemeinschaft in Angriff genommen wird.

Frankreich steht zu dem von Herrn Minister Schröder entworfenen Aktionsprogramm mit dem gemeinschaftlich vereinbarten Kalender[26]. Die französische Interpretation weicht von der deutschen jedoch insofern erheblich ab, als man fordern zu dürfen glaubt, daß bis Ende des Jahres die Grundsätze der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Marktordnungen für Rindfleisch, Milchprodukte und Reis ausgearbeitet sind und am 1. April in Kraft treten[27], – das eine wie das andere auch im Hinblick auf die Kennedy-Runde im GATT[28]. Bekanntlich will General de Gaulle eine Fortentwicklung der Integration auf anderen Gebieten erst zulassen, wenn die oben erwähnten agrarpolitischen Fragen ihre Lösung im Rahmen des (französisch interpretierten) Kalenders gefunden haben (kein neues Zurückbleiben der Landwirtschaft).[29] Der deutsche Standpunkt, wie zuletzt von Staatssekretär Lahr in Brüssel formuliert[30], wird als Abrücken von eindeutig übernommenen Verpflichtungen empfunden.

25 Zur Weigerung der französischen Regierung, diejenigen Kernreaktoren einer Sicherheitskontrolle von EURATOM zu unterwerfen, in denen radioaktives Material für militärische Zwecke produziert wurde, führte Ministerialdirektor Jansen am 2. Dezember 1961 aus: „Eine Einigung konnte bisher nicht erzielt werden. Präsident de Gaulle hat sich persönlich für diese Angelegenheit interessiert und anscheinend ziemlich strikte Anweisung erteilt, die in Betracht kommenden Reaktoren, vor allem in Marcoule, keinesfalls der EURATOM-Sicherheitskontrolle zu unterstellen ... Deutscherseits hat man sich bisher zurückgehalten und es vermieden, eine endgültige Stellungnahme abzugeben. Ebenso wenig wie die anderen EURATOM-Partner besteht die Bundesrepublik darauf, Einblicke in die französische Kernwaffenfertigung zu erhalten, zumal die Franzosen auf diesem Gebiet außerordentlich empfindlich sind. Andererseits kann es als eine gewisse Diskriminierung empfunden werden, wenn sämtliche deutsche Kernanlagen der – sehr gründlichen – Kontrolle durch EURATOM unterzogen werden, während Frankreich einen beträchtlichen Teil seiner Anlagen unter dem Hinweis auf deren militärischen Zweck der Kontrolle entziehen kann." Vgl. Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 148; B 150, Aktenkopien 1961.

26 Zum synchronisierten Arbeitsprogramm der EWG vom 9. Mai 1963 vgl. Dok. 161, Anm. 3.

27 Vgl. dazu bereits Dok. 218 sowie Dok. 345, Anm. 2.
Die Marktordnungen für Milch und Milcherzeugnisse, Rindfleisch und Reis traten am 1. Juli 1964 in Kraft. Vgl. dazu SIEBENTER GESAMTBERICHT (1964), S. 190–196.
Zu den Marktordnungen vgl. weiter Dok. 461; zu den deutsch-französischen Unstimmigkeiten bezüglich der Marktordnungen vgl. Dok. 463.

28 Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

29 Vgl. dazu Dok. 356, besonders Anm. 28.

30 Auf Antrag der Bundesrepublik fand am 14./15. Oktober 1963 eine „Aussprache über die Durchführung der Agrarverordnungen" statt. Der Leiter der deutschen Delegation, Lahr, legte dar, daß die Agrarpolitik der EWG bislang zu Nachteilen für Drittländer, besonders für die USA, die Ostblock-Länder und Dänemark geführt habe. Im Sinne des synchronisierten Arbeitsprogramms vom 9. Mai 1963 plädierte er dafür, bis zur Kennedy-Runde 1964 ein ausgewogeneres Verhältnis von Handels- und Agrarpolitik herbeizuführen. Für den Wortlaut vgl. das Protokoll der 112. Sitzung des EWG-Ministerrats; Referat I A 2, Bd. 754.

Die geringere französische Bereitschaft, Außenhandelsinteressen dritter Länder zu berücksichtigen, erklärt sich zum Teil daraus, daß Frankreich sich von langfristigen handelspolitischen Bindungen gegenüber dritten Ländern – in stärkerem Ausmaß als die Bundesrepublik – freigehalten hat.

b) Fusion der europäischen Gemeinschaften und Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments

Frankreich betrachtet die Einigung über die Fusion der drei europäischen Exekutivorgane und die Fusion der Gemeinschaften[31] als einen wesentlichen Integrationsfortschritt.

Zu einer Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments hat Frankreich noch keine genaue Stellung bezogen. Von Frankreich ist jedoch eine Opposition gegen Pläne zur Begründung eines Budgetrechtes des Parlaments und Kontrollrechts gegenüber der Kommission[32] zu erwarten.

c) Konsultation der EWG mit Großbritannien im Rahmen der WEU[33] und Beitritt von Großbritannien zur EWG[34]

Französischerseits hält man an der von der EWG beschlossenen Formulierung fest, wonach die Teilnahme der Kommission auf Aussprachen wirtschaftlichen Inhalts beschränkt bleiben müsse[35]; eine Behandlung von Fragen der politischen Integration sei vorläufig nicht in Betracht zu ziehen.

Die Frage des Eintritts Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt wird in Frankreich z. Z. als nicht akut betrachtet. Grundsätzlich ist man jedoch weiterhin der Auffassung, daß Frankreich den Eintritt nur dann hinnehmen kann, falls Großbritannien die Römischen Verträge in ihrem wesentlichen Inhalt annimmt und sich seiner Sonderstellungen im überseeischen Bereich[36] begibt.

[31] Zur Fusion der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 44, Anm. 12, sowie Dok. 345.
Der Vorschlag wurde im Rahmen des synchronisierten Arbeitsprogramms der EWG auf der Sitzung des EWG-Ministerrats am 23./24. September 1963 grundsätzlich befürwortet. Der Ministerrat beschloß, als ersten Schritt eine Fusion der Exekutiven der drei Gemeinschaften anzustreben: „Die Räte sind übereingekommen, die Mitgliedstaaten aufzufordern, sich möglichst bald zur Fusion der Kommission der EWG und der EAG sowie der Hohen Behörde der EGKS zu äußern. Diese Fusion müßte im Hinblick auf die Fusion der drei Gemeinschaften vor sich gehen." Der Ministerrat forderte die Ständigen Vertreter auf, bis Ende 1963 entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, die auf der Tagung des EWG-Ministerrats am 24./25. Februar 1964 erörtert werden sollten. Vgl. SIEBENTER GESAMTBERICHT (1964), S. 323 f.

[32] Auf einer Konsultationsbesprechung am 8. Oktober 1963 in Paris reagierte die französische Seite auf deutsche Vorschläge zur Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments „sehr zurückhaltend" und „merklich restriktiver" als auf Überlegungen zur Fusion der Exekutiven. Vgl. den Drahterlaß des Leiters des Referats „EWG, EGKS, EURATOM", von Stempel, vom 17. Oktober 1963 an die Botschaften in Brüssel, Den Haag, Luxemburg, Paris und Rom sowie an die Ständige Vertretung bei der EWG/EAG in Brüssel; Referat I A 2, Bd. 879.

[33] Zum Beschluß des EWG-Ministerrats vom 10./11. Juli 1963 vgl. Dok. 230, Anm. 3.

[34] Zum Scheitern eines britischen Beitritts zur EWG am 28./29. Januar 1963 vgl. Dok. 60.

[35] Am 10./11. Juli 1963 formulierte der EWG-Ministerrat im Zusammenhang mit der Fortführung der Kontakte mit Großbritannien die Empfehlung, „in die Tagesordnung für die Ministertagungen außer den politischen Fragen alle drei Monate einen Punkt mit folgendem Wortlaut aufzunehmen: ‚Gedankenaustausch über die wirtschaftliche Lage Europas' ... Bei der Erörterung wirtschaftlicher Fragen wird die EWG-Kommission von den Ministern der Sechs zur Teilnahme an der Tagung eingeladen." Vgl. BULLETIN DER EWG 9–10/1963, S. 35.

[36] Zur Gewährung von Präferenzzöllen innerhalb des Commonwealth vgl. Dok. 21, Anm. 7.

d) Steuerharmonisierung in der EWG

Bemerkenswert ist die französische Bereitschaft, für die Verhandlungen über die Einführung der Mehrwertsteuer in den EWG-Ländern den deutschen Entwurf zugrunde zu legen[37], weil er das Prinzip dieses Systems am reinsten verkörpere.

e) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Die Ankündigung des französischen Industrieministers[38], wonach Frankreich seine Stahlindustrie nach eigenem Ermessen schützen werde, falls die EGKS bis zum Jahresende keine ausreichenden Schutzmaßnahmen gegenüber dritten Ländern beschließen sollte[39], betrachtet die französische Regierung als legitim. Der Montanunionsvertrag gibt nach französischer Auffassung den Mitgliedstaaten das Recht zu Maßnahmen dieser Art.[40] Dagegen werden gewisse deutsche Vorschläge zum Schutz des Kohlenbergbaus, insbesondere gewisse Subventionen[41], als dem Vertrag widersprechend angesehen. Das bedeutet

37 Auf der Tagung der EWG-Kommission mit den Generaldirektoren der Steuerverwaltungen der EWG-Staaten am 16. Juli 1963 in Brüssel wurde vereinbart, „in den Mitgliedstaaten eine Untersuchung darüber anzustellen, wie hoch der Steuersatz sein müßte, wenn alle Mitgliedsländer eine Umsatzsteuer nach Art einer Mehrwertsteuer übernehmen würden, die im einzelnen die gleiche Struktur aufweisen würde wie diejenige, die in Deutschland in Erwägung gezogen wurde und von der ein Überblick beigefügt ist." Für den Bericht des Ministerialrats Bömcke, Brüssel (EWG/EAG), vom 18. September 1963 sowie den deutschen Entwurf eines Mehrwertsteuergesetzes vom 11. September 1963 vgl. Referat I A 2, Bd. 809.

38 Michel Maurice-Bokanowski.

39 Auf der Sitzung des EGKS-Ministerrats am 7. Oktober 1963 charakterisierte der französische Industrieminister die Lage auf dem europäischen Stahlmarkt: „Die bereits durch die Einfuhren aus dritten Ländern zu niedrigen Preisen bedingte ungünstige Lage der Stahlindustrie habe sich infolge des verstärkten Wettbewerbs der Gemeinschaftsproduzenten, die teilweise äußerst niedrige Listenpreise veröffentlicht hätten, noch verschärft." Maurice-Bokanowski forderte „solidarische Maßnahmen" und schlug vor, den Sonderausschuß „Stahlmarkt" zu beauftragen, „sämtliche konkreten Maßnahmen zu ermitteln, die sich ... sofort auf den Stahlmarkt auswirken könnten". Vgl. Referat I A 2, Bd. 1008.
Wie Ministerialdirektor Jansen am 14. Oktober 1963 darlegte, kam es in diesem Zusammenhang jedoch nicht zu einer Ankündigung, daß Frankreich im Alleingang seinen Stahlmarkt schützen wolle: „Die in der Presse zitierte Äußerung, ... daß die französische Regierung Ende des Jahres Maßnahmen auf dem Zollgebiet treffen würde, wenn bis dahin keine Vorschläge der Hohen Behörde vorliegen, ist im Rat nicht gefallen. Herr Maurice-Bokanowski, der wie üblich als Ratspräsident nach der Sitzung die Presse empfing, soll durch Fangfragen der Presse zu Äußerungen in dieser Richtung veranlaßt worden sein. Allerdings sind diese Äußerungen nicht in dieser Form erfolgt." Vgl. Referat I A 2, Bd. 1045.
Zu den Stahlzöllen vgl. Dok. 491, Anm. 14.

40 Für Kapitel VII, Artikel 67, des Vertrages der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der „Beeinträchtigungen der Wettbewerbsbedingungen" behandelte, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 468.

41 Am 22. März 1963 beschloß der Bundestag ein „Gesetz zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlebergbau", das u. a. finanzielle Hilfen beinhaltete. Die Hohe Behörde der EGKS äußerte daher Vorbehalte gegen das Vorhaben. Vgl. dazu BT ANLAGEN, Bd. 83, Drucksache IV/1080. Vgl. dazu auch Referat I A 2, Bd. 1038.
Auf der Tagung des EGKS-Ministerrats am 7. Oktober 1963 legte der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft dar, daß die Bundesregierung dem deutschen Bergbau „Beihilfen" zukommen lassen wolle, „die die eigenen Anstrengungen des Steinkohlebergbaus zur Verbesserung seiner Leistungsfähigkeit anregen und erleichtern, und bei Vorliegen ganz besonderer Schwierigkeiten Beihilfen, die einen vorübergehenden Schutz darstellen". Westrick schlug vor, „ad interim" eine Regelung zuzulassen, „die eine Auflockerung des strikten Subventionsverbots des

freilich nicht, daß Frankreich einer ernsthaften Erörterung entsprechender Vertragsänderungen abgeneigt wäre.

f) Amerikanische Investitionen in den Ländern der EWG

Das zeitweise hochgespielte Thema ist aus der öffentlichen Diskussion so gut wie verschwunden, seitdem die Finanzminister der Sechs in Baden-Baden auf französischen Vorschlag die EWG-Kommission mit einer Studie der amerikanischen Investitionen in den Ländern der EWG in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen beauftragt haben.[42]

g) Kennedy-Runde im GATT

Im Quai d'Orsay besteht im Augenblick der Eindruck, als betrachte die Regierung der Vereinigten Staaten die Kennedy-Runde nicht mehr als so dringlich, wie noch vor kurzem. Zum ersten falle die Vorbereitungszeit mit der für die Welthandelskonferenz[43] weithin zusammen. Zum anderen scheine sich im State Department das Empfinden zu verbreiten, daß Ausmaß und Dauer der erforderlichen Vorbereitungszeit unterschätzt worden seien.

h) Internationale Währungspolitik

In der Frage der internationalen Liquidität und der amerikanischen Zahlungsbilanzdefizite[44] meint die französische Regierung auf Grund der Erklärung von Staatssekretär Westrick anläßlich der diesjährigen Tagung des Internationalen Währungsfonds[45], eine erhebliche Annäherung der deutschen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1353

Vertrags vorsähe, ... wenn die Mitgliedstaaten der EGKS sich verpflichten würden, während der Geltungsdauer dieser Regelung sich und die Hohe Behörde über ihre handelspolitischen Maßnahmen im Bereich der Kohle zu konsultieren". Vgl. Referat I A 2, Bd. 1008.

42 Auf dem Treffen der Finanzminister am 26./27. März 1963 verzichtete Frankreich – entgegen der Erwartungen der übrigen EWG-Staaten – darauf, eine Kontrolle der ausländischen Investitionen in der EWG zu fordern.
Am 17. Mai 1963 legte die EWG-Kommission die Untersuchung „Investitionen der Vereinigten Staaten im Gemeinsamen Markt" vor, die zu dem Schluß kam, „die Beteiligung amerikanischen Kapitals an dem Konzentrationsprozeß, der in den kommenden Jahren im Gemeinsamen Markt vor sich gehen wird, könnte den Umfang der Probleme in einigen Sektoren wahrscheinlich in dem Maße vergrößern, wie die amerikanischen Firmen über eine weit größere Finanzkraft als die betreffenden europäischen Firmen verfügen und bereit wären, diese ungleiche Machtstellung restlos auszunutzen". Die Studie legte jedoch dar, daß diese Entwicklung durch Verbote oder Beschränkungen nicht aufgehalten werden könne, und empfahl: „Die Lösung muß eher in der Durchführung einer wirksamen Wettbewerbspolitik gesucht werden, die sich auf die bestehenden Vorschriften und im Bedarfsfall auf zusätzliche Rechtsvorschriften stützt." Vgl. Referat III A 2, Bd. 18.

43 Die UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung tagte vom 23. März bis 16. Juni 1964 in Genf.

44 Zum amerikanischen Zahlungsbilanzdefizit vgl. Dok. 185, Anm. 9.

45 Die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds fand vom 30. September bis 4. Oktober 1963 statt.
Der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft äußerte sich dabei zur geplanten Studie des IWF über internationale Liquidität. Westrick führte aus, „daß seit Beginn dieses Jahres in der Bundesrepublik ein kleiner Fehlbetrag in den laufenden Posten der Zahlungsbilanz durch einen recht erheblichen Kapitalzufluß mehr als aufgewogen werde ... Diese Entwicklung und ebenso die Preisentwicklung in einer Reihe von Ländern deute nicht auf einen allgemeinen Mangel an internationaler Liquidität im gegenwärtigen Zeitpunkt hin. Gleichwohl empfehle sich als Vorsichtsmaßnahme, die internationale Liquidität jetzt zu untersuchen ... Es müsse geprüft werden, wie größere internationale Liquidität in einer expandierenden Weltwirtschaft Hand in Hand

und französischen Auffassungen feststellen zu können. Beide Länder glauben nicht, daß die Expansion des Welthandels von Liquiditätsmangel bedroht sei, vertreten jedoch die Auffassung, daß die Vereinigten Staaten sich bemühen müssen, den strukturellen Ursachen des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits nachhaltig entgegenzuwirken.

2) Politisch

Die Pläne zur Schaffung einer europäischen *politischen Union* sind von Frankreich seit dem Scheitern der Verhandlungen der Fouchet-Kommission im Jahre 1962[46] nicht weiter verfolgt worden. Grundsätzlich ist die französische Regierung jedoch auch heute noch der Auffassung, daß eine derartige politische Union zur Zeit nur auf der Grundlage der Einstimmigkeit aufgebaut werden könne. Bei den Verhandlungen der Fouchet-Kommission hat die französische Regierung auch eine Revisionsklausel abgelehnt, die in einer späteren Entwicklung den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen erlaubt hätte. Es mußte daher angenommen werden, daß Frankreich eine supranationale politische Union für jetzt und immer ablehne. Seit Frühjahr 1963 sind jedoch öffentliche Äußerungen des französischen Premierministers und französischer Regierungsmitglieder bekannt, nach denen *Frankreich* weiterhin die Schaffung einer europäischen politischen Union wünscht und *nicht ausschließt,* daß diese einmal integrationistische Züge tragen könnte[47]. Diese Äußerungen werden nicht ohne Wissen de Gaulles getan worden sein. Bei einer etwaigen Wiederaufnahme von Verhandlungen über die politische Union könnte Frankreich eine Revisionsklausel[48] nicht mehr ablehnen, ohne sich mit diesen Äußerungen in Widerspruch zu setzen.

In den letzten Wochen mehren sich Äußerungen von Politikern der französischen Regierungspartei über die Möglichkeit einer Schaffung einer *europäischen Atomstreitmacht.* Erstes Anzeichen dieser Art war die Äußerung von Staatssekretär Habib-Deloncle vor der Europäischen Parlamentarischen Versammlung in Straßburg, in der er davon sprach, daß die französische Atomstreitmacht für Europa nutzbar gemacht werden könne.[49] Der Generalsekretär der UNR[50], Baumel, sagte kürzlich vor Mitgliedern der Akademie Tutzing, daß Frankreich die Schaffung einer europäischen Atomstreitmacht wünsche, eine Verwirklichung dessen aber von der Schaffung eines einheitlichen politischen Kontrollorgans, d. h. einer europäischen politischen Union, abhänge. Solange dieses europäische politische Organ nicht bestehe, schaffe sich Frankreich eine nationale Atomstreitmacht. Es sei jedoch bereit, diese später in eine europäische Atomstreitmacht einzubringen. Bei dem Staatsbesuch der Großherzo-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1354

mit der nötigen Disziplin der Zahlungsbilanz gehen könne." Vgl. den Artikel: Zahlungsbilanzdefizite nicht überbrücken, sondern beseitigen; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 229 vom 3. Oktober 1963, S. 11.

46 Zum Scheitern der Verhandlungen über eine europäische politische Union im April 1962 vgl. Dok. 136.

47 Zu den Äußerungen von Ministerpräsident Pompidou, Außenminister Couve de Murville und Staatssekretär Habib-Deloncle vgl. Dok. 213, Anm. 5–7.

48 Vgl. dazu Dok. 447, Anm. 5.

49 Zur Rede vom 23. September 1963 vgl. Dok. 361, Anm. 40.

50 Union pour la Nouvelle République.

gin von Luxemburg[51] in Paris sagte de Gaulle am 2. 10. 1963: „Ohne Zweifel werden wir ein starkes und strahlungskräftiges vereintes Europa im politischen Bereich, d. h. auf dem Gebiet der Sicherheit, wachsen und sich verstärken sehen"[52], eine Äußerung, die nach der Vorstellungswelt de Gaulles die Möglichkeit gemeinsamer europäischer Verteidigungsanstrengungen aufzeigt.

Die Schaffung einer europäischen Atomstreitmacht gehört auch zu den Forderungen der innerfranzösischen Opposition im MRP[53] und bei den Radikalsozialisten.

IV. Deutsch-französische bilaterale Fragen

Deutsch-französischer Vertrag

Der deutsch-französische Vertrag wird von der französischen Regierung, und besonders von General de Gaulle selbst, als ein sehr wesentliches Instrument der französischen Außenpolitik bewertet. De Gaulle ist der Auffassung, daß die weitgehende Übereinstimmung der Interessen der beiden Länder, die durch ihre geographische Situation bedingt sei, eine Harmonisierung der beiderseitigen Außenpolitik durch häufige Konsultation ermögliche. Dem Jugendaustausch im Rahmen des deutsch-französischen Jugendwerkes[54] widmet die französische Regierung gleichfalls eine ganz besondere Aufmerksamkeit. Sie ist der Auffassung, daß diese Austausche zur Heranbildung eines europäischen Staatsgefühls in Deutschland und in Frankreich entscheidend beitragen und dergestalt die beiden wichtigsten europäischen Völker auf ein Zusammenleben in einem geeinten Europa vorbereiten könnten, einem geeinten Europa, dessen Voraussetzungen die französische Regierung z. Z. noch nicht als gegeben ansieht. Aus dem gleichen Grund fordert Frankreich, daß der französische Sprachunterricht in der Bundesrepublik mindestens im gleichen Umfang wie der englische Sprachunterricht betrieben werden solle. Außerdem ist Frankreich zu einer weitgehenden gegenseitigen Anerkennung der Universitätsexamina bereit.

Den *militärischen Klauseln des Elyséevertrages*[55] legt die französische Regierung eine entscheidende Bedeutung bei. Sie ist enttäuscht darüber, daß nach dem Scheitern der Projekte der Entwicklung eines deutsch-französischen Panzers[56] die Bundesregierung auf Angebote der USA zur gemeinsamen Entwicklung eines Panzers der Generation 1970[57] eingegangen ist. Besonders empfindlich hat die französische Regierung auch auf das McNamara-von Hassel Me-

51 Großherzogin Charlotte von Luxemburg.

52 Für den Wortlaut der Rede vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 141 f.

53 Mouvement Républicain Populaire.

54 Zur Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks am 5. Juli 1963 vgl. Dok. 218.

55 Zu Abschnitt B, Artikel I und II des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Strategie und Taktik, der Rüstung, der militärischen Forschungsvorhaben und des zivilen Bevölkerungsschutzes sowie über einen vorgesehenen Personalaustausch zwischen den Streitkräften, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 708 f.

56 Vgl. dazu bereits Dok. 218.

57 Die gemeinsame Entwicklung eines Panzers wurde zwischen Bundesminister von Hassel und dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara im Rahmen des „Memorandum of Understanding" vom 1. August 1963 vereinbart. Vgl. dazu Dok. 331 und Dok. 373.

morandum of Understanding über Logistik im Kriegsfalle vom 1. August 1963[58] reagiert. In französischer Sicht besteht zwischen dieser Vereinbarung und der amerikanischen Absicht, die amerikanische Versorgungslinie (LOC)[59] in Frankreich zu reorganisieren[60], ein Kausalzusammenhang. Man macht uns insoweit den Vorwurf, Frankreich in einer es selbst betreffenden wichtigen Frage übergangen und nicht konsultiert zu haben.[61] Dem stellt man die sehr weitgehende französische Bereitschaft gegenüber, Einheiten der Bundeswehr die Benutzung französischer Übungsplätze zu gestatten und der Bundeswehr im französischen Hinterland umfangreiche Depots zu überlassen.[62] Die Entwicklung des noch verbliebenen Projektes zur gemeinsamen Produktion des Lufttransporters „Transall"[63] wird in Frankreich mit einer gewissen Besorgnis verfolgt, da man befürchtet, daß Konkurrenzeinflüsse aus den USA die Bundesrepublik bewegen könnten, ein amerikanisches Modell vorzuziehen.

Die Franzosen zeigen sich von den ersten, im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der *Entwicklungspoli-*

58 Vgl. dazu Dok. 331, Anm. 2.

59 „Line of Communication".

60 Am 4. September 1963 wurde die französische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, „daß die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik übereingekommen seien, von ihren Militärbehörden die Möglichkeit eines kombinierten logistischen Systems unter eventuellem Einschluß der schon existierenden Fazilitäten prüfen zu lassen. Zusätzlich zu den schon bestehenden logistischen Möglichkeiten in Friedenszeiten, die mit den französischen Behörden im September 1962 diskutiert worden seien, regten die Amerikaner an, gleicherweise Dispositionen für Logistik in Kriegszeiten zu treffen ... Das amerikanische Verteidigungsministerium prüfe gegenwärtig die logistischen Fazilitäten der amerikanischen Streitkräfte in Europa. Die Studie habe gezeigt, daß es wünschenswert sei, diese Fazilitäten, von denen einige sich in Frankreich befinden, einzuschränken und umzugruppieren." Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Blankenhorn, Paris, vom 9. September 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138; B 150, Aktenkopien 1963.

61 Vgl. dazu auch Dok. 331.

62 Nach dem am 25. Oktober 1960 in Paris geschlossenen deutsch-französischen logistischen Rahmenabkommen wurde der Bundeswehr die Benutzung von „Übungsplätzen, Depots und sonstigen logistischen Einrichtungen" in Frankreich gestattet. Die Anlagen blieben jedoch unter französischem Kommando. Stützpunkte oder Abschußbasen wurden nicht zur Verfügung gestellt, ebenso enthielt das Abkommen keine Vereinbarung über Kernwaffen. Vgl. dazu den Runderlaß des Ministerialdirektors von Etzdorf vom 26. Oktober 1960; Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 912; B 150, Aktenkopien 1960.
Zur Verlängerung des deutsch-französischen Abkommens vom 14. März 1959 über die Einlagerung von für die Bundeswehr bestimmter Artilleriemunition in Frankreich, das am 14. März 1963 auslief, vgl. Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 912. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 803.

63 Vgl. dazu bereits Dok. 218.
In einem Gespräch mit dem französischen Verteidigungsminister am 4. Juli 1963 führte Bundesminister von Hassel aus, „daß die Bundesregierung dem gesamten Projekt, der Bundestag im Prinzip auch dem gesamten Projekt zustimme, jedoch bisher nur die Triebwerkentwicklung genehmigt habe, da ... eine weitere Erprobung über die bisherigen 70 Flugstunden hinaus erforderlich erscheine ... Nach seiner, von Hassels, fester Überzeugung könne mit einer positiven Entscheidung des Bundestags in der ersten Oktober-Woche gerechnet werden." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 4. Juli 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 136; B 150, Aktenkopien 1963.
Am 10. Oktober 1963 beschloß der Verteidigungsausschuß des Bundestags, die Produktion des „Transall" zunächst zurückzustellen und vergleichsweise den amerikanischen „Hercules C 130" zu erproben. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Leiters des Referats „Europäische politische Integration", Röding, vom 18. Oktober 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138; B 150, Aktenkopien 1963.

tik geführten Koordinierungsgesprächen[64] sehr befriedigt. Man hebt hervor, daß bereits eine gemeinsam ausgearbeitete Instruktion an die deutschen und französischen Auslandsvertretungen[65] herausgegeben werden konnte, und daß an eine zweite Instruktion gedacht wird.

Afrikanische Länder

Frankreich wahrt sich bekanntlich in seinen Kooperationsverträgen mit den selbständig gewordenen afrikanischen Ländern gewisse handelspolitische Präferenzen, deren Vereinbarkeit mit den Römischen Verträgen deutscherseits in Frage gestellt wird.[66] Die französische Regierung rechtfertigt diese Politik mit der umfassenden Budget- und Währungshilfe, die Frankreich diesen Staaten gewährt. Demgegenüber bleibt deutscherseits festzuhalten, daß die Gesamtheit der afrikanischen Länder der Frankenzone seit einiger Zeit Devisenüberschüsse erzielt (im Jahre 1962 wurden 145 Mio. $ an die Banque de France abgeliefert). Das Frankendefizit, für das die französische Regierung aufkommt, resultiert nicht zuletzt aus den präferenziell gestalteten Handelsbeziehungen.

Ost-West-Handel

Die französischen Wirtschaftsressorts tragen keine Bedenken, für Osthandelsgeschäfte, einschließlich solcher mit der SBZ, im Rahmen der Berner Konvention[67] Staatsbürgschaften zu gewähren. Sie berufen sich darauf, daß zahlreiche handelsrechtliche Vereinbarungen die Meistbegünstigung einschließen und daß sich Diskriminierungen daher auch bei der Exportfinanzierung verbieten. Der Quai d'Orsay ist allerdings gegenüber den Wirtschaftsressorts um einschränkende Handhabung, besonders gegenüber der SBZ, bemüht.

Ministerbüro, Bd. 215

[64] Für das Protokoll der ersten deutsch-französischen Besprechung am 22. Juli 1963 in Paris über die Zusammenarbeit im Bereich der Entwicklungshilfe vgl. Referat III B 1, Bd. 298. Zu einem weiteren Gespräch kam es am 24. Oktober 1963 in Bonn.

[65] Für den Wortlaut der Instruktion vom 12. Januar 1963 vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 135; B 150, Aktenkopien 1963.

[66] Vgl. dazu bereits Dok. 127.

[67] Zur Berner Union vgl. Dok. 232, Anm. 12.

396

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-115.A/63 geheim **22. Oktober 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 22. Oktober 1963 um 15.15 Uhr den amerikanischen Botschafter, Herrn McGhee, zu einer Unterredung, an der Herr Staatssekretär Dr. Westrick und Herr Ministerialdirigent Dr. Osterheld teilnahmen.

Das Gespräch drehte sich zunächst um den bevorstehenden Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Washington.[2] Es wurde vereinbart, daß der Herr Bundeskanzler am 25. November in Washington eintreffen würde und die Gespräche am 26. und 27. November stattfänden. Der 28. November wurde für einen Aufenthalt in New York vorgesehen.

Herr Staatssekretär *Dr. Westrick* machte den technischen Vorbehalt, daß mit der Lufthansa erst noch geklärt werden müßte, ob für den vorgesehenen Zeitpunkt eine Sondermaschine bereits wieder zur Verfügung stünde, da die Sondermaschine, die der Herr Bundespräsident auf seiner Asienreise[3] benutze, erst am 24. wieder zurückkehre und dann erst sorgfältig überprüft werden müsse.

Der *Botschafter* regte an, daß in Washington zunächst Gespräche mit dem State Department und dann eine Begegnung mit Präsident Kennedy vorgesehen seien. Er schlug ferner vor, daß der Herr Bundeskanzler mit Herrn McNamara zusammentreffe und möglicherweise mit Herrn Dillon zur Erörterung wirtschaftlicher Probleme. Was den Senat angehe, so hielt er es für zweckmäßig, eine Begegnung mit Senator Fulbright vorzusehen, der möglicherweise ein Frühstück des Außenpolitischen Ausschusses des Senats veranstalten werde. Sodann schlug der Botschafter vor, daß der Herr Bundeskanzler vor dem National Press Club spreche, weil er auf diese Art und Weise den besten Zugang zu den Trägern der öffentlichen Meinung finden werde. Für das New Yorker Programm dachte der Botschafter an eine Veranstaltung, zu der zweckmäßigerweise Herr McCloy führende Bankiers und Geschäftsleute und außenpolitisch interessierte Kreise einladen könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er wolle im Anschluß an diese Veranstaltung,

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 23. Oktober 1963 gefertigt.
Hat dem Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 24. Oktober 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu Dok. 393, Anm. 27.

[3] Bundespräsident Lübke hielt sich vom 23. bis 27. Oktober 1963 zum Staatsbesuch im Iran auf, besuchte vom 28. Oktober bis 3. November Indonesien, vom 6. bis 15. November Japan und vom 18. bis 23. November 1963 die Philippinen. Darüber hinaus unternahm er am 4./5. November 1963 einen Privatbesuch in Hongkong. Vgl. dazu Abteilung I B 5, Bd. 18. Vgl. ferner BULLETIN 1963, S. 1643 f., S. 1668, S. 1684 f., S. 1695, S. 1717 f., S. 1757 und S. 1845.

die sicher abends stattfinden werde, den Heimflug antreten. Er erwähnte ferner, daß er mit Herrn McNamara über verschiedene Dinge sprechen wolle, die hier Beunruhigung auslösen könnten. Vielleicht wäre es auch zweckmäßig, wenn er in Washington den Präsidenten der Weltbank[4] kurz sehen könnte.

Auf die Frage des *Botschafters,* welche Themen der Herr Bundeskanzler in Washington zu erörtern wünsche, antwortete der Herr *Bundeskanzler,* er habe bereits einige Anregungen gegeben. Dabei denke er vor allem an die Frage, ob man in den Ost-West-Beziehungen, in die ja die Deutschlandfrage eingebettet sei, möglicherweise mit einem großen Wurf weiterkommen könne.[5] Er denke an materielle Opfer, durch die die Wiedervereinigung erleichtert oder herbeigeführt werden könnte. Dabei gehe er davon aus, daß das deutsche Anliegen und der deutsche Wunsch nach Selbstbestimmung für die Deutschen in der Zone in der Welt überzeugender wirke, wenn nicht der Eindruck entstehe, als ob man nur auf einem Vertrag bestehe, sondern daß dem deutschen Volk die Wiedervereinigung auch tatsächlich etwas wert sei. Selbstverständlich bestehe man natürlich auch auf dem Vertrag. Wie man eine solche Sache aber einleite, sei eine sehr diffizile Frage, und gewiß könnten die Deutschen selbst diesen Vorschlag nicht machen, da er sonst gleich abgelehnt würde, aber vielleicht ließe sich über die Vereinigten Staaten etwas erreichen.

Der *Botschafter* bemerkte, da der Herr Bundeskanzler über diese Dinge früher schon[6] vertraulich gesprochen habe, habe er auch kein Telegramm nach Washington geschickt, sondern Präsident Kennedy persönlich darüber berichtet. Die Überlegungen des Herrn Bundeskanzlers träfen zusammen mit einer gewissen Wandlung der eigenen amerikanischen Politik, vor allem auf handelspolitischem Gebiet. Er erwähnte in diesem Zusammenhang das Weizen-Abkommen[7] und die Liberalisierung des Handels mit dem Osten[8], obgleich die Beschränkungen, denen dieser Handel unterliege, auch weiterhin stärker seien als in Europa. Präsident Kennedy habe sich den Überlegungen des Herrn Bundeskanzlers[9] gegenüber sehr aufgeschlossen gezeigt und freue sich, sie im einzelnen mit dem Herrn Bundeskanzler erörtern zu können. Er habe aber gleich darauf hingewiesen, daß man nicht den Eindruck entstehen lassen dürfe, als ob man der Sowjetunion derartige materielle Opfer schulde. Der Herr *Bundeskanzler* bestätigte das; der Eindruck eines „Schuldens" müsse sicher vermieden werden.[10]

Der Herr Bundeskanzler sagte, was die Liberalisierung des Handels gegenüber der SU[11] angehe, so sei er etwas besorgt, daß sie mit der Gewährung län-

[4] George Woods.

[5] Zur Haltung der Bundesregierung zu einer neuen Initiative in der Deutschland-Frage vgl. Dok. 400, Anm. 6.

[6] Die letzten beiden Wörter wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[7] Vgl. dazu Dok. 385.

[8] Zur Osthandelspolitik der USA vgl. Dok. 232, Anm. 4.

[9] Die Wörter „den Überlegungen des Herrn Bundeskanzlers" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „diesen Überlegungen".

[10] Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[11] Die Wörter „gegenüber der SU" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

gerfristiger Kredite[12] verbunden sein könnte. Es bestehe kein Zweifel, daß sich Chruschtschow in Schwierigkeiten befinde, weil zuviel auf ihn zukomme. Vielleicht lasse er deshalb auch mit sich etwas reden. Aber wenn man ihm die Dinge nun frei Haus liefere und langfristige Kredite gewähre, dann werde er sich in fünf oder zehn Jahren möglicherweise noch unnachgiebiger zeigen. Dies seien die beiden Seiten dieser Möglichkeit, die in Betracht gezogen werden müßten.

Botschafter *McGhee* sagte, es sei nicht daran gedacht, langfristige Kredite zu geben. Die in den Vereinigten Staaten geltenden Vorschriften und Verfahren seien sehr viel strikter als in Europa. Der amerikanische Handel mit dem Osten belaufe sich pro Jahr auf 40 Millionen Dollar. Es sei nur an eine sehr bescheidene Ausdehnung gedacht. Der Herr Bundeskanzler brauche sich deswegen keine Sorge zu machen. Man habe nicht vor, Chruschtschow freien Lauf zu lassen, vielmehr denke man daran, nur kurzfristige Kredite zu gewähren und sie je nach der Lage zu verlängern, um ihn immer unter Kontrolle zu haben. Man wisse, daß die Gewährung langfristiger Kredite ihm eine zu große Handlungs- und Bewegungsfreiheit geben würde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er sei nicht wegen der Vereinigten Staaten, sondern wegen der europäischen Länder besorgt.

Botschafter *McGhee* erwähnte in diesem Zusammenhang das Vereinigte Königreich.

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers,* wie die Ernennung Lord Homes[13] in den Vereinigten Staaten aufgenommen worden sei, erwiderte der *Botschafter,* man kenne Lord Home in den Vereinigten Staaten sehr gut; er habe sich als sehr kooperativ erwiesen, und deshalb sei seine Ernennung gut aufgenommen worden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte sodann, ein weiteres Thema, das er möglicherweise in Washington besprechen sollte, sei das Verfahren für die Kennedy-Runde[14], wobei er jedoch wisse, daß der Präsident selbst dieses Wort nicht gern höre. Staatssekretär Westrick habe aus einem Gespräch mit Herrn Herter den Eindruck gewonnen, daß dieser sehr pessimistisch sei.[15] Deshalb müsse man etwas erfinden, was verhindere, daß die negativen Akzente in der

[12] Vgl. dazu Dok. 356, besonders Anm. 4; weiter Dok. 411.
Zur Begrenzung der Laufzeit von Krediten im Rahmen der Berner Union vgl. Dok. 232, Anm. 12.

[13] Zum Regierungswechsel in Großbritannien vgl. Dok. 389, Anm. 3.

[14] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[15] Am 1. Oktober 1963 führte am Rande der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, Westrick, ein Gespräch mit dem Sonderberater des Präsidenten Kennedy. Herter verhielt sich bezüglich des „Hähnchen-Kriegs" „allen Argumenten gegenüber, die für den Versuch einer Fortsetzung der Verhandlungen sprechen, ablehnend. Die sich viele Monate hinziehenden Verhandlungen hätten nach amerik[anischer] Auffassung keine ernstlichen Fortschritte gebracht. Er verspreche sich auch nichts von ihrer Weiterführung." Zu den Agrarfragen in den GATT-Verhandlungen erklärte er, das „Beispiel der Hähnchen zeige, daß der bisherige Verhandlungsmechanismus der EWG für Verhandlungen völlig unzureichend sei. Falls Kommission nicht größere Vollmachten erhielte oder auf sonstige Weise eine echte Verhandlungsführung sichergestellt sei, wisse er überhaupt nicht, wie man in Genf weiterkommen soll." Vgl. den Drahtbericht von Westrick, z. Z. Washington, vom 2. Oktober 1963; Referat III A 2, Bd. 106.

Öffentlichkeit[16] zu stark werden, falls ein brillanter Erfolg der Verhandlungen nicht eintrete, womit übrigens auch nicht zu rechnen sei. Die Bundesregierung sei bereit, in Europa daran mitzuarbeiten, eine zu stark negative Auswirkung zu verhindern.

Der *Botschafter* sagte, es treffe zu, daß Herter pessimistisch sei, vielleicht handle es sich dabei aber nur um Taktik. Allerdings gebe es eine ganze Reihe von Leuten, die der Auffassung seien, daß die Hindernisse inzwischen so groß geworden seien, daß mit einem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen im nächsten Jahr nicht gerechnet werden könne und daß die Verhandlungen nicht einmal wie vorgesehen im Mai nächsten Jahres beginnen könnten. Es wäre aber falsch, wenn man sich von diesen sicher bestehenden Schwierigkeiten vom Ziele abbringen ließe; man sollte weiterhin von der jetzigen Planung ausgehen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er brauche nicht zu beteuern, wie die Bundesregierung diese Dinge sehe. Er erinnerte an die Ministertagung in Genf im vergangenen Frühjahr[17], wobei sich die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten als sehr gut erwiesen habe.

Der *Botschafter* betonte, jetzt sei vor allem eine gute und klare Führung auf beiden Seiten des Atlantiks nötig, und hierfür sei der Herr Bundeskanzler die geeignete Persönlichkeit.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte sodann, daß er voraussichtlich am 21. und 22. November in Paris sein werde.[18] Vor seiner Amerikareise werde er aber erst nach Bonn zurückkehren. Für seine Begegnung mit de Gaulle wäre es ihm wichtig, zu erfahren, wie sich die Amerikaner zu der in letzter Zeit häufig in der Presse aufgetauchten Meldung stellten, daß die Franzosen beabsichtigten, Rotchina anzuerkennen.[19]

Der *Botschafter* sagte, darüber sei mit Couve bei seinem Besuch in Amerika[20] nicht gesprochen worden.

Der Herr *Bundeskanzler* vermutete hinter den französischen Bemühungen die Auffassung, daß Chruschtschow in der jetzigen Phase gefährlicher sei als die Chinesen. Dies sei aber eine sehr dubiose Überlegung.

Der *Botschafter* sagte, die viel gefährlicheren und unversöhnlichen Gegner der Vereinigten Staaten und des gesamten Westens seien die Chinesen, doch verfügten sie noch nicht über die Mittel, um ihre aggressive Haltung in die Tat umzusetzen.

[16] Der Passus „die negativen ... Öffentlichkeit" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „negative Akzente".

[17] Zur Ministertagung der GATT-Vertragspartner vom 16. bis 21. Mai 1963 vgl. Dok. 164, Anm. 6. Zu dem dort erarbeiteten Kompromiß zwischen dem europäischen und dem amerikanischen Zollsenkungsmodell vgl. Dok. 206, Anm. 37.

[18] Vgl. Dok. 421–423.

[19] Zu einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China vgl. weiter Dok. 467.

[20] Zum Besuch des französischen Außenministers am 7./8. Oktober 1963 in den USA vgl. Dok. 389, Anm. 20.

Der Botschafter ging dann davon aus, daß der Herr Bundeskanzler auch über währungs- und finanzpolitische Probleme sowie Fragen der Zahlungsbilanz[21] sprechen wolle. Ein weiteres Thema seien die Ost-West-Beziehungen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die Deutschen seien etwas neuralgisch, was jedoch nichts mit Mißtrauen gegenüber Präsident Kennedy oder den Vereinigten Staaten zu tun habe. Sie seien in gewisser Sorge, daß die Entspannungsversuche weitergehen könnten, ohne daß man in der Deutschlandfrage auch nur einen Zentimeter weiterkomme. Deswegen bestehe vielleicht hier und da die Befürchtung, die deutsche Frage könne zugunsten kleinerer Abmachungen immer wieder vertagt werden. Man dürfe nicht vergessen, daß in zehn Jahren die Menschen in der SBZ, die selbst noch die Freiheit erlebt hätten, alte Leute seien. Daher sei diese Frage besonders wichtig.

Der *Botschafter* sagte, durch die Presseberichterstattung sei vielleicht ein etwas falsches Bild entstanden. Bisher seien nur zwei unbedeutendere Abkommen getroffen worden, zunächst das Abkommen über die Einstellung der Kernversuche[22] und die Errichtung einer direkten Telefonlinie[23] zwischen Chruschtschow und Kennedy. Man habe sodann über die Möglichkeit eines Verbotes gesprochen, nukleare Waffen im Weltraum zu stationieren[24], jedoch sei darüber kein Abkommen getroffen worden. Die Vereinten Nationen würden eine Entschließung über diese Frage verabschieden.[25] Sodann zeichneten sich als Möglichkeiten weiterer kleinerer Abmachungen die Errichtung von Konsulaten[26], der Bau neuer Botschaften und die Verbesserung der Fernmeldeverbindungen mit der Botschaft in Moskau ab. Darüber hinaus bestehe aber keinerlei Anlaß zu irgendwelchem Optimismus. Gromyko selbst habe auch erklärt, daß er nicht optimistisch sei. Auf amerikanischer Seite habe man nicht die Absicht, Abkommen nur um der Abkommen willen anzustreben. Wenn sich jedoch Gebiete abzeichneten, in denen eine Übereinstimmung möglich sei, für die auch die Zustimmung der Alliierten vorliege, so sei man durchaus bereit, darüber zu sprechen. Hierzu gehöre beispielsweise die Frage der Errichtung von Bodenbeobachterposten.[27] Solche Abkommen aber müßten für beide Seiten befriedigend sein, und man denke keineswegs daran, nur einseitige Konzessionen zu machen, einfach um den Russen damit eine Freude zu bereiten. Auch was die Möglichkeit eines Nichtangriffspaktes[28] angehe, so sei man keineswegs optimistisch, solange die Russen nicht bereit seien, ihre Ber-

21 Zum amerikanischen Zahlungsbilanzdefizit vgl. Dok. 185, Anm. 9.

22 Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

23 Zur Einrichtung einer direkten Nachrichtenverbindung zwischen dem Kreml und dem Weißen Haus vgl. Dok. 5, Anm. 7.

24 Zu der zwischen den USA, der UdSSR und Großbritannien erzielten Vereinbarung, keine Atomwaffen im Weltraum zu stationieren, vgl. Dok. 377.

25 Vgl. dazu bereits Dok. 367, Anm. 7, und Dok. 377, Anm. 17.
Am 17. Oktober 1963 wurde von der UNO-Generalversammlung eine Resolution angenommen, in der unter Bezugnahme auf die Absichtserklärungen der USA und der UdSSR dazu aufgerufen wurde, keine Massenvernichtungswaffen im Weltraum zu stationieren. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 538.

26 Zur amerikanisch-sowjetischen Konsularkonvention vgl. Dok. 349, Anm. 17.

27 Zum Stand der Erörterung vgl. Dok. 395, Anm. 5.

28 Zum Stand der Erörterung vgl. Dok. 395, Anm. 4.

linpolitik zu ändern. Von einer wirklichen Entspannung könne überhaupt noch nicht die Rede sein, was durch die Lage in Berlin, in Kuba[29] und in Laos[30] bewiesen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er wolle nicht in einen falschen Geruch kommen, denn wenn die Atmosphäre zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sich so verbessere, daß der Frieden auf eine solidere Grundlage gestellt werden könne, so stehe das nur im Einklang mit den Wünschen und Sehnsüchten des deutschen Volkes. Er glaube aber andererseits, daß Vereinbarungen auf diesen zweitrangigen Gebieten zu unbedeutend seien, als daß man von der Sowjetunion Konzessionen in der Deutschlandfrage erwarten könne. Dieses Zuwarten sei aber beunruhigend. Deshalb sei ihm der bereits vorhin erwähnte Gedanke gekommen, ob es vielleicht nicht doch möglich sei, einen größeren Schritt vorwärts ins Auge zu fassen, um auf diese Weise der Welt auch zu zeigen, wo die Leute säßen, die keine Entspannung wollten.

Der *Botschafter* stimmte mit dem Herrn Bundeskanzler überein, daß Abmachungen auf zweitrangigen Gebieten nicht zur Lösung des Deutschland- und Berlinproblems führen würden. Andererseits habe die Spannung nunmehr 15 Jahre gedauert, und er glaube, daß eine Atmosphäre, in der Abkommen auf zweitrangigen Gebieten möglich seien, doch bessere Aussichten böte, auch in den wichtigen Fragen voranzukommen, als eine Atmosphäre, in der nicht einmal zweitrangige Fragen geregelt werden könnten. Man müsse davon ausgehen, daß es im Augenblick nach wie vor die Absicht der sowjetischen Politik sei, die Teilung Deutschlands aufrechtzuerhalten. Er sei aber um so glücklicher, daß der Herr Bundeskanzler von der Möglichkeit gesprochen habe, nach einem neuen Zugang zu den Problemen zu suchen. Einige Leute würden ihm sicher sagen, daß sich auf diese Weise nichts erreichen lasse, weil die Sowjets nicht bereit seien, ein wirtschaftliches Entgegenkommen durch politische Konzessionen zu honorieren. Die Geschichte lehre aber, daß solchen Plänen meist der größte Erfolg beschieden sei, die zunächst für unmöglich erachtet würden.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die wirtschaftliche Seite ja sozusagen nur der Hebel sein sollte. Wenn sich die Sowjets ernsthaften Schwierigkeiten und Gefahren seitens der Chinesen gegenübersähen, läge ihnen sicher daran, den Rücken in Europa frei zu haben und Deutschland befriedet zu sehen. Dies wäre auch eine[31] politische Wirkung, die im Interesse Chruschtschows liegen dürfte. Wenn es dadurch Chruschtschow ermöglicht würde, Ostsibirien weiter zu erschließen und diese bisher noch leeren Bereiche mit Menschen zu füllen und damit ein wirtschaftliches Potential aufzubauen, dann wäre dies eine Sicherung seiner Ostgrenze gegenüber der Aggressivität von 700 Millionen Chinesen.

Der *Botschafter* sagte, er freue sich, diese Überlegungen des Herrn Bundeskanzlers zu hören. Was die Übereinkommen auf zweitrangigen Gebieten an-

[29] Zur Beilegung der Kuba-Krise vgl. Dok. 1, Anm. 4.
Zum Stand des sowjetischen Truppenrückzugs aus Kuba vgl. Dok. 367, Anm. 64.

[30] Zur Lage in Laos vgl. Dok. 383, Anm. 10.

[31] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen: „durchaus".

gehe, so glaube er nicht, daß sie irgendwelchen Schaden angerichtet hätten. Er glaube aber auch nicht, daß durch das Versuchsstoppabkommen die DDR in irgendeiner Weise ernsthaft gefördert worden sei. Wenn jemand eine unheilbare Krankheit habe und dazu noch einen Schnupfen bekomme und wenn man ihm ein Mittel gegen den Schnupfen gebe, so befreie man ihn noch lange nicht von seiner Krankheit. Als Außenminister Schröder bei seiner letzten Begegnung mit Präsident Kennedy[32] von Berlin gesprochen habe, habe der Präsident geantwortet, daß man in Kuba auch noch keine Fortschritte erzielt habe, deswegen aber nicht alle anderen Bemühungen aufgebe. Der Besuch des Herrn Bundeskanzlers werde gewiß sehr interessant werden und falle in eine wichtige Zeit, da die amerikanische Regierung nunmehr auch dabei sei, die ersten Ergebnisse ihrer bisherigen Bemühungen auszuwerten, um eine Entscheidung über den weiteren politischen Kurs zu treffen. Er könne sich vorstellen, daß aus den amerikanischen Ideen und den Vorstellungen des Herrn Bundeskanzlers eine neue Initiative entstehen könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte sodann nach der Bedeutung der jüngsten Äußerung von General Eisenhower.[33] Er erkundigte sich insbesondere nach der Wirkung auf die amerikanische Öffentlichkeit.

Der *Botschafter* sagte, Eisenhower habe als Privatmann ohne vorherige Konsultation mit der Regierung gesprochen. Er sei sehr stark beeinflußt von leitenden Industriellen, denen daran liege, die Besteuerung und damit auch die Regierungsausgaben und die Staatsschuld möglichst zu reduzieren. Er glaube aber nicht, daß Eisenhowers Auffassungen großen Widerhall finden werden. Was die Erklärung von Herrn Gilpatric[34] angehe, so sei sie in der deutschen Presse verzerrt wiedergegeben worden.[35] Der amerikanischen Botschaft liege inzwischen der Wortlaut der Erklärung vor, der dem Herrn Bundeskanzler zugeleitet werde. Die Äußerungen Gilpatrics seien mit dem, was Präsident Ken-

[32] Zum Gespräch vom 24. September 1963 vgl. Dok. 361.

[33] Der ehemalige amerikanische Präsident sprach sich in einem Interview am 18. Oktober 1963 für eine amerikanische Truppenreduzierung in Europa bis auf eine Division aus, da die westeuropäischen Länder nunmehr in der Lage seien, sich selbst zu verteidigen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 241 f.

[34] Am 19. Oktober 1963 hielt der Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, Gilpatric, in Chicago eine Rede, in der er mit Blick auf das Manöver „Big Lift" Umgruppierungen amerikanischer Truppen in Übersee nicht mehr ausschloß, um Militärausgaben zu verringern: „By employing such a multi-base capability the U. S. should be able to make useful reductions in its heavy overseas military expenditures without diminishing its effective military strength or its capacity to apply that strength swiftly in support of its world-wide policy commitments. Any such adjustments will, of course, be based on consultation with our major allies and so far as possible upon agreed NATO policies. In particular we look forward to continued close understanding with our allies in the Federal Republic of Germany who share with us a primary responsibility for the central front of the Western Alliance. The central object of our policy will be unchanged: to sustain a major American presence in the defense of of Western Europe at all levels of force." Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 21. Oktober 1963; Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 810; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur Reaktion auf die Rede vgl. die Drahtberichte von Knappstein vom 21. und 23. Oktober 1963; Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 810; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu weiter das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk; Dok. 403.

[35] Vgl. den Artikel: Amerika kündigt Abzug von Truppen aus Übersee an; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 244 vom 21. Oktober 1963, S. 1.

nedy Herrn Schröder gesagt habe[36], durchaus vereinbar. Es sei die derzeitige Politik der Vereinigten Staaten, ihre Streitkräfte in der Bundesrepublik nicht zu vermindern. Sollten irgendwelche Änderungen beabsichtigt sein, so werde man vorher die Bundesregierung konsultieren. Was die 900 Mann angehe, die im Augenblick zurückgenommen worden seien[37], so sei dies nur eine vorübergehende Lücke, wobei man nicht übersehen dürfe, daß zur Zeit 15000 Mann zusätzlich in Europa seien.[38]

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, was die Auswirkung der Stationierung amerikanischer Streitkräfte im Ausland auf die amerikanische Zahlungsbilanz angehe, so sei dies nur eine Seite. Wenn die amerikanischen Truppen vermindert würden, dann wäre die Folge ein Gefühl der Unsicherheit und der Schwächung der Situation in Deutschland und darüber hinaus in Europa.[39] Dies hätte unweigerlich andere negative Auswirkungen, auch[40] auf die Zahlungsbilanz. Deshalb sollte man sich vor einer oberflächlichen Betrachtung der Dinge hüten.

Der *Botschafter* wies darauf hin, das sich durch die Offsetabmachungen[41], die mit der Bundesregierung getroffen worden seien, das Zahlungsbilanzproblem für die in Deutschland stationierten Truppen gar nicht in dieser Form stelle. Solange diese Regelung gelte, werde man keine Schwierigkeiten haben.

Die Unterredung endete gegen 16.15 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 5

36 Zu den Zusicherungen des amerikanischen Präsidenten vgl. Dok. 361.

37 Dazu führte der Erste Sekretär der amerikanischen Botschaft, Magill, gegenüber Ministerialdirektor Krapf aus: „Wie der Bundesregierung bekannt sei, seien die amerikanischen Streitkräfte in Berlin um 600 Mann reduziert worden. Diese 600 Mann, die sich bereits seit einiger Zeit in der Bundesrepublik befänden, seien Teil einer battle group von insgesamt 1500 Mann. Die restlichen 900 Mann seien nunmehr in Berlin durch verstärkte Bataillone von USAREUR mit einer Gesamtstärke von 900 Mann ersetzt worden. Es sei beabsichtigt, die gesamte somit zur Zeit in der Bundesrepublik stationierte battle group von 1500 Mann im Rahmen der Übung ‚Big Lift' ... nach den USA zurückzubringen." Vgl. die Aufzeichnung von Krapf vom 19. Oktober 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963.

38 Im Rahmen des im Oktober/November 1963 stattfindenden Manövers „Big Lift" wurden vom 22. bis 24. Oktober 1963 etwa 15000 amerikanische Soldaten in die Bundesrepublik verlegt.

39 Am 19. Oktober 1963 nahm Ministerialdirektor Krapf zur Verminderung der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Stellung: „Für eine Beurteilung des amerikanischen Vorhabens muß berücksichtigt werden, daß die Entwicklung von auf dem Luftwege schnell transportierbaren Einsatzreserven einer der Hauptprogrammpunkte der gegenwärtigen amerikanischen Regierung ist. Ziel dieses Programms ist es u. a., der amerikanischen Regierung die Möglichkeit zu einer gewissen Reduzierung ihrer permanent in Übersee stationierten Streitkräfte zu geben, da mit den lufttransportierten Einsatzkräften die amerikanische militärische Präsenz in jedem Teil der Welt im Krisenfalle binnen kurzem wieder auf volle Stärke gebracht werden kann. Eine weitergehende Anwendung dieses Prinzips auf die amerikanische militärische Präsenz in der Bundesrepublik kann nachhaltige Folgen auf unsere eigene Verteidigungspolitik und die Zusammenarbeit innerhalb der NATO haben." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu weiter Dok. 440.

40 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

41 Zum „Memorandum of Understanding" vom 15. September 1962 vgl. Dok. 257, Anm. 37.

397

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-124.A/63 VS-vertraulich **22. Oktober 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 22. Oktober 1963 um 17.00 Uhr den amerikanischen Botschafter, Herrn McGhee.

Der *Botschafter* berichtete zunächst über sein Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler[2] und erwähnte Einzelheiten der Planung für die Amerikareise.[3] Als Reisetag sei der 25. November vorgesehen, am 26. und 27. sollten Gespräche in Washington stattfinden, am 28. sei ein Aufenthalt in New York vorgesehen. Der Botschafter sagte, er gehe davon aus, daß der Herr Bundeskanzler als Gast des Präsidenten im Blair House wohnen werde. Er habe dem Herrn Bundeskanzler ferner vorgeschlagen, vor dem National Press Club zu sprechen. Auf diese Weise gewinne er einen guten Zugang zu sämtlichen Presseorganen.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß der Herr Bundeskanzler vielleicht nicht seinen ganzen Unternehmungsgeist gleich auf die erste Amerikareise konzentrieren sollte. Bei der Veranstaltung im Presseklub wisse man auch nicht, ob unter der Fülle der Fragen, die an ihn gerichtet würden, nicht auch unerwünschte Fragen wären.

Der *Botschafter* wies darauf hin, daß sich die Presse vielleicht zurückgesetzt fühlen könnte, wenn der Bundeskanzler nicht vor dem Presseklub erschiene. Außerdem sei es dann leichter, Bitten um Einzelinterviews abzuschlagen.

Der Herr *Bundesminister* sagte, die Entscheidung bleibe natürlich dem Herrn Bundeskanzler selbst vorbehalten, doch sei er etwas zurückhaltend.

Nachdem der *Botschafter* erwähnt hatte, wen der Herr Bundeskanzler zu sehen wünsche, sagte der Herr *Minister,* er neige zu der Auffassung, daß der Bundeskanzler nur die Leute sehen sollte, die er unbedingt sehen müsse. Den Vorschlag, ein Treffen mit Senatoren vorzusehen, halte er für gut. Die Absicht, einen Tag in New York zu verbringen, sei ihm neu gewesen.

Der *Botschafter* bemerkte hierzu, daß Herr McCloy, einer der einflußreichsten Männer in New York, sicher bereit wäre, führende Bankiers und Geschäftsleute zu einem Empfang für den Herrn Bundeskanzler einzuladen.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß das Programm nicht überlastet werden sollte, da für den Herrn Bundeskanzler die Anstrengungen in dem neuen Amt sicher größer seien als bisher. Solange die einzelnen Programmpunkte aber noch nicht endgültig seien, habe er keinerlei Einwände dagegen.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 30. Oktober 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder vorgelegen, der am 18. November 1963 handschriftlich vermerkte: „P[ersönlicher] R[eferent] R[ücksprache] (Abg[eordnete] nach USA)."

[2] Vgl. Dok. 396.

[3] Zu dem für den 25./26. November 1963 geplanten Besuch vgl. Dok. 393, Anm. 27.

Botschafter *McGhee* erwähnte sodann die Themen, die in Washington behandelt werden sollten. Dabei handle es sich im einzelnen um die Möglichkeit, der Sowjetunion wirtschaftliche Hilfe zu gewähren, um die Ost-West-Verhandlungen, den Ost-West-Handel[4], die Zahlungsbilanzfrage[5] sowie währungs- und finanzpolitische Probleme und schließlich die Frage der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland[6].

Der Herr *Bundesminister* sagte, er freue sich, daß es möglich gewesen sei, diesen Besuch so schnell zu arrangieren. Der in Großbritannien vorgesehene Besuch werde etwas später erfolgen.[7] Er werde am 25. Oktober mit dem neuen britischen Außenminister im Haag zusammentreffen.[8] Er rechne damit, daß der Besuch in Großbritannien bis Mitte Januar stattgefunden hat.

Der *Botschafter* regte an, ob bei dem Empfang, den der Herr Minister für Herrn Rusk und die amerikanischen Missionschefs gebe, auch der Herr Bundeskanzler anwesend sein könnte, da es sicher interessant für ihn wäre, die amerikanischen Botschafter, die er größtenteils sicher nur vom Namen her kenne, persönlich zu treffen.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er wolle diesen Vorschlag gern an den Herrn Bundeskanzler weiterleiten. Der Herr Minister erwähnte sodann, daß Herr Blumenfeld den Botschafter sicher bereits über ein Gespräch vom Vortage unterrichtet habe. Man halte es für wünschenswert, daß deutsche Abgeordnete, besonders von der Regierungskoalition, guten und ständigen Kontakt mit den Vereinigten Staaten hätten. Es sei deshalb daran gedacht, deutschen Parlamentariern in größerem Umfang als bisher die Möglichkeit zu Reisen in die Vereinigten Staaten zu geben. Dies bedeute natürlich nicht, daß sie alle den Präsidenten sehen sollten. Wenn er dieses Thema mit dem Botschafter bespreche, so nicht etwa wegen der Frage der Finanzierung, die bei früheren Programmen weitgehend von der amerikanischen Regierung übernommen worden sei. Er glaube, daß die Finanzierung diesmal von deutscher Seite getragen werden könne. Er bitte vielmehr um Unterstützung und Zusammenarbeit bei der Durchführung der Programme und der Vorbereitungen, die hier zu treffen wären. Er denke daran, daß während der nächsten sechs Monate etwa zwei Dutzend Abgeordnete für eine derartige Reise vorgesehen werden sollten.

Der *Botschafter* sagte, man werde gern bei der Durchführung dieses Programms behilflich sein und habe auch entsprechende Erfahrungen, die man gerne zur Verfügung stelle. Das gleiche gelte, falls dies nötig sein sollte, für Dolmetscher.

[4] Zum Ost-West-Handel vgl. bereits Dok. 232.

[5] Zum amerikanischen Zahlungsbilanzdefizit vgl. Dok. 185, Anm. 9.

[6] Zur Umorganisation amerikanischer Truppen in Europa vgl. Dok. 396, Anm. 37. Vgl. dazu auch Dok. 361.

[7] Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen am 15./16. Januar 1964 und für das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler am 16. Januar 1964 in London vgl. AAPD 1964.
Vgl. dazu auch BULLETIN 1964, S. 93 f. Vgl. ferner OSTERHELD, Außenpolitik, S. 56–58.

[8] Zur Tagung des WEU-Ministerrats am 25./26. Oktober 1963 in Den Haag vgl. das Kommuniqué vom 26. Oktober 1963; EUROPA-ARCHIV 1963, D 586. Vgl. weiter Dok. 403.

Der Botschafter erwähnte dann, daß er beabsichtige, in den kommenden Wochen in größerem Ausmaß als zuvor deutsche Abgeordnete zu sich einzuladen, um ihnen die amerikanische Politik zu erläutern. Er bat den Herrn Bundesminister, Abgeordnete zu benennen, die besonders wichtig seien.

Der Botschafter dankte sodann für die Entscheidung, die hinsichtlich der neunhundert Soldaten[9] getroffen worden sei.

Der Herr *Bundesminister* sagte, auf die Erklärung von Herrn Gilpatric[10] eingehend, daß er dessen Äußerungen im Lichte seiner letzten Unterredung mit Präsident Kennedy[11] gelesen habe. Der *Botschafter* betonte, daß sich in der amerikanischen Politik seit dieser Begegnung mit Präsident Kennedy keine Änderung vollzogen habe. Die deutsche Presse habe die Dinge etwas entstellt berichtet.[12]

Der Herr *Bundesminister* erwähnte die psychologischen Rückwirkungen, die beispielsweise der Eisenhower-Artikel[13] und die Ankündigung eines Ausschusses des Repräsentantenhauses habe, daß das Manöver „Big Lift"[14] sozusagen die Vorbereitung für eine Verminderung der amerikanischen Streitkräfte sei.[15] Wenn sich diese Dinge erst einmal im Bewußtsein der Öffentlichkeit festsetzten, werde immer wieder die Frage gestellt werden, ob die Amerikaner tatsächlich in Europa und besonders in Deutschland blieben.

Der *Botschafter* gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Herr Bundesminister den von der amerikanischen Regierung gegebenen Zusagen Vertrauen schenke. Es sei nicht daran gedacht, die amerikanische Politik zu ändern und die Streitkräfte zu reduzieren. Eisenhower sei weitgehend von Geschäftsleuten beeinflußt, denen an einer Herabsetzung der Steuern liege. Er verstehe wahrscheinlich nicht, daß sich durch die Stationierung der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland keine Belastung der amerikanischen Devisenbilanz ergebe, da die Bundesregierung die Offsetabmachungen[16] getroffen habe.

Der Herr *Bundesminister* sagte, es wäre zweckmäßig, wenn in diesen Dingen eine klare Zusammenarbeit und Koordinierung erfolge, was selbstverständlich auch für die Bundesrepublik gelte. Ohne Koordinierung zwischen dem Verteidigungsministerium, dem Bundeskanzleramt und dem Auswärtigen Amt komme man nicht aus.

9 Vgl. dazu Dok. 396, Anm. 36.

10 Zur Rede des Staatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministerium am 19. Oktober 1963 in Chicago vgl. Dok. 396, Anm. 34.

11 Vgl. Dok. 361.

12 Zur Reaktion der Presse vgl. Dok. 396, Anm. 35.

13 Vgl. dazu Dok. 396, Anm. 33.

14 Zum Manöver „Big Lift" vgl. Dok. 396, Anm. 38.

15 Ein Unterausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses stellte fest, daß im Falle einer erfolgreichen Durchführung des Manövers „Big Lift" künftig eine Truppenreduzierung in Europa möglich sei. Vgl. den Artikel: Truppenabzug aus Europa gewünscht; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 238 vom 14. Oktober 1963, S. 1.

16 Zum „Memorandum of Understanding" vom 15. September 1962 vgl. Dok. 257, Anm. 37.

Der *Botschafter* sagte, er beabsichtige, in nächster Zeit mehrere Reden zu halten[17], in denen er versuchen werde, den amerikanischen Standpunkt darzulegen. Für Anregungen, die der Herr Minister zu geben wünsche, wäre er sehr dankbar. Die Regierungserklärung[18] sei in den Vereinigten Staaten sehr gut aufgenommen worden. Interessant sei auch gewesen, was in der Erklärung über die weitere Entwicklung der europäischen Politik gesagt worden sei.[19] Er fragte, ob mit neuen Initiativen zu rechnen sei.

Der Herr *Bundesminister* sagte, daß die nächsten Wochen und Monate noch mit der Frage der landwirtschaftlichen Verordnungen[20] und der Vorbereitung der Kennedy-Runde[21] ausgefüllt wären. Mit Frankreich gebe es noch viele ärgerliche Dinge zu behandeln, doch hoffe er, daß sich bis Januar oder Februar nächsten Jahres ein Kompromiß abzeichnen werde. Wenn sich ein guter Kompromiß erzielen lasse, bestehe im Frühjahr 1964 vielleicht die Möglichkeit, die Bemühungen um die Schaffung einer europäischen politischen Union wieder aufzunehmen[22], was voraussetzen würde, daß die Niederländer und Belgier bereit wären, die letzte Fassung des Fouchet-Plans[23] als Grundlage zu akzeptieren.[24] Dann stelle sich allerdings auch noch die Frage, ob de Gaulle noch dazu stehe. Vielleicht könne man damit rechnen, wenn alle anderen auch einverstanden seien.

Der *Botschafter* sagte, er sei erfreut darüber, daß von diesen Dingen in der Regierungserklärung die Rede gewesen sei. Die Bundesregierung sei wahrscheinlich am ehesten in der Lage, dafür zu sorgen, daß gerade dieses Thema nicht zu sehr in den Hintergrund gerate.

Der Botschafter erwähnte sodann die von Herrn Schütz unterbreiteten Vorschläge.[25] Soviel er wisse, sei die Reaktion von Außenminister Rusk positiv ge-

[17] Vgl. dazu die Rede „The United States of America and the Atlantic Partnership", die der amerikanische Botschafter am 21. November 1963 vor der Evangelischen Akademie in Loccum hielt. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 49 (1963), S. 954–959.

[18] Zur Erklärung des Bundeskanzlers Erhard am 18. Oktober vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 4192–4208.

[19] Vgl. dazu Dok. 393, Anm. 8.

[20] Verhandelt wurde in Brüssel über die Marktordnungen für Milch und Milcherzeugnisse, Rindfleisch und Reis.
Vgl. dazu weiter Dok. 461.

[21] Vgl. dazu Dok. 115, Anm. 10.

[22] Zum Bemühen der Bundesrepublik um eine europäische politische Union vgl. weiter Dok. 421.

[23] Vgl. dazu Dok. 77, Anm. 3.

[24] Zur Haltung der niederländischen und belgischen Regierung zu den Plänen für eine europäische politische Union vgl. Dok. 136. Vgl. weiter Dok. 428, Anm. 8, und Dok. 442.

[25] Für den Wortlaut des Vorschlags des Kuratoriums Unteilbares Deutschland vom 30. September 1963 an die Menschenrechtskommission der UNO vgl. DzD IV/9, S. 733–735.
Über die Reaktion berichtete Botschafter von Braun, New York (UNO), am 8. Oktober 1963: „Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Vorschläge des Kuratoriums zur Deutschlandfrage beachtet, als konstruktiv bezeichnet und sogar, insbesondere von Spaak, als so wichtig empfunden worden sind, daß der NATO-Rat damit befaßt werden müßte. Es wurde bemerkt, daß sie flexibel gehalten und der vorherrschenden Entspannungsatmosphäre angepaßt sind." Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 192; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu weiter Dok. 400.

wesen, da die Vorschläge flexibler seien als der ursprüngliche Vorschlag eines Friedensplans[26].

Der Herr *Minister* sagte, Staatssekretär Carstens habe ihm darüber berichtet, doch habe er selbst sich der Angelegenheit noch nicht so annehmen können, daß er bereits zu einem eigenen Urteil gelangt sei.

Botschafter *McGhee* erbot sich, eine offizielle Reaktion des State Departments einzuholen.

Der Herr *Bundesminister* sagte, wenn der Botschafter dies tue, so möge er es als seine eigene Initiative und nicht als einen Wunsch des Herrn Ministers darstellen.

Abschließend sagte der Herr Minister, dem Botschafter sei gerade in dieser Zeit eine große Aufgabe gestellt, und er freue sich, daß er sich ihr mit so viel Verve, Initiative, Begeisterung und Sympathie widme. Dies sei nicht nur nötig, sondern auch in höchstem Maße nützlich. Er hoffe, daß es durch die gute Zusammenarbeit möglich sein werde, alle Schwierigkeiten zu überwinden, die während dieser Phase möglicherweise aufträten. Für seine bisherigen Bemühungen und Unterstützung wolle er ihm danken.

Das Gespräch endete gegen 18.00 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

398

Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-7943/63 geheim **Aufgabe: 23. Oktober 1963, 20.40 Uhr**
Fernschreiben Nr. 3091 **Ankunft: 24. Oktober 1963, 02.10 Uhr**

Auf Drahterlaß 2007 vom 22. 10. 63[1]

Das mit obigem Bezugsdrahterlaß eingegangene Dankschreiben des Herrn Altbundeskanzlers habe ich Außenminister Rusk heute morgen persönlich übergeben, ebenso das vom Bundeskanzleramt mir zugeleitete Erinnerungsalbum von der Deutschlandreise[2] des Präsidenten Kennedy. Über beides zeigte sich der Außenminister sehr erfreut.

Ich habe die Gelegenheit benutzt, mit Rusk vor seiner morgigen Abreise nach Deutschland[3] ein paar weitere Punkte zu besprechen. Zunächst habe ich unsere Genugtuung zum Ausdruck gebracht über den Inhalt seiner Rede, die er

[26] Für den Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems vgl. Dok. 296.

[1] Vgl. Ministerbüro, Bd. 226.

[2] Zum Besuch vom 23. bis 26. Juni 1963 vgl. Dok. 206–208.

[3] Zum Besuch des amerikanischen Außenministers vgl. Dok. 402 und Dok. 403.

am 12. Oktober[4] 63 in Cincinnati vor dem Hebrew Union College gehalten hat[5] und in der er sehr nachdrücklich erneut das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk verlangt hat. Rusk antwortete mir, daß diese Rede ihm eine heftige, unfreundliche Reaktion aus Moskau eingebracht habe.

Ich habe ferner unsere Befriedigung darüber zum Ausdruck gebracht, daß es durch eine frühzeitige und gute Konsultation[6] gelungen sei, in der Frage der VN-Resolution über Atomwaffen im Weltraum[7] jede Aufregung und jedes Mißverständnis zu vermeiden. Ich habe diese erfolgreiche Konsultation als ein Musterbeispiel für künftige Fälle bezeichnet. Rusk entgegnete, daß man sich auf amerikanischer Seite mehr als früher bewußt sei, wie notwendig Konsultation, speziell auch mit uns, sei.

Zur Frage der beiden Zwischenfälle auf der Autobahn[8] habe ich Rusk gesagt, daß wir uns nicht dazu verstehen könnten, gerade auch wegen der Duplizität der Ereignisse, die Zwischenfälle als bürokratische Mißverständnisse anzusehen. Wir sähen darin vielmehr einen planvollen Versuch der Sowjets, die westlichen Alliierten in Gespräche, Verhandlungen und möglichst Vereinbarungen hineinzulocken, durch die dann die originären Rechte[9] des Westens begrenzt oder aufgelockert würden. Rusk stimmte mir zu, daß es auf keinen Fall zu Verhandlungen oder Vereinbarungen kommen dürfe, sondern nur zu betont einseitigen Mitteilungen der westlichen Alliierten über die zur Zeit bei ihnen übliche Prozedur, deren jederzeitige Änderung man sich außerdem vorbehalten müsse. Rusk war davon informiert, daß die Botschaftergruppe sowie die Untergruppe zur Zeit intensiv über den Gegenstand verhandeln[10], und meinte, daß sich die Botschaftergruppe weiterhin als nützliches Instrument erweisen könnte, wenn sie sobald wie möglich zu gemeinsamen Beschlüssen käme.

Die meiste Zeit des Gesprächs nahm eine Erörterung eines Truppenabzugs

[4] Korrigiert aus „September".

[5] Der amerikanische Außenminister erklärte mit Blick auf das Deutschland-Problem: „We do not believe that that part of the world can achieve a reliable peace until the German people are permitted to exercise the right of self-determination." Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 49 (1963), S. 656f.

[6] Vgl. dazu Dok. 377, besonders Anm. 2 und Anm. 17.
Zur Übergabe eines für die UNO-Generalversammlung bestimmten amerikanischen Resolutionsentwurfes an den Gesandten von Lilienfeld, Washington, sowie zur Erläuterung der darin vorgesehenen Beitrittsklausel vgl. den Drahtbericht von Lilienfeld vom 12. Oktober 1963; Abteilung II (II 8), VS-Bd. 295.

[7] Zur Resolution vom 17. Oktober 1963 vgl. Dok. 396, Anm. 25.

[8] Am 10. Oktober 1963 wurden am Autobahnkontrollpunkt Marienborn drei amerikanische Militärkonvois an der Weiterfahrt nach Berlin gehindert. Am 11. Oktober 1963 wurden amerikanische Militärkonvois am Kontrollpunkt Babelsberg angehalten. Vgl. dazu BULLETIN 1963, S. 1601. Vgl. dazu auch die Vermerke des Staatssekretärs Carstens vom 11. und 12. Oktober 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963.
Am 16. Oktober 1963 stoppte sowjetisches Militär einen britischen Militärkonvoi am Kontrollpunkt Babelsberg. Die Weiterfahrt wurde erst gestattet, nachdem der britische Stadtkommandant und die britische Regierung protestiert hatten. Vgl. dazu den Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 16. Oktober 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 408.

[9] Zum Besatzungsstatut für Berlin (Fassung vom 5. Mai 1955) vgl. DzD III/1, S. 6–9.

[10] Zur Diskussion in der Washingtoner Botschaftergruppe sowie der Contingency Coordinating Group vgl. den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 22. Oktober 1963; Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 49.

aus Europa ein. Ich hob hervor, daß das Zusammentreffen der Äußerungen Präsident Eisenhowers[11] und des Unterstaatssekretärs Gilpatric[12] erhebliche Unruhe in Deutschland geschaffen habe, daß wir aber durch die gemeinsame Erklärung des Auswärtigen Amts und des Verteidigungsministeriums[13] offenbar mit Erfolg versucht hätten, eine gewisse Beruhigung herbeizuführen. Die Unruhe wäre aber sicher zu vermeiden gewesen, wenn man über den wesentlichen Inhalt der Gilpatric-Rede vorher hätte sprechen können. Natürlich könnten und wollten wir nicht verlangen, über Reden von Kabinettsmitgliedern vorher informiert zu werden, wenn es sich aber um weitreichende Äußerungen handele, in denen ein vitales Interesse der Verbündeten berührt würde, wäre es für alle Beteiligten besser, wenn man sich vor der Veröffentlichung miteinander verständigte. Rusk gab zu, daß sich in der Rede Gilpatrics ein Absatz befinde, der mißverständlich sei und verschieden interpretiert werden könnte. Er werde daher in seiner Frankfurter Rede auf das Thema nochmals eingehen und Klarheit über den amerikanischen Standpunkt schaffen.[14] Er werde das aber, wie er sich ausdrückte, „nicht in einer defensiven Manier" tun. Mit dieser Bemerkung schien er mir andeuten zu wollen, daß er auch auf die ungenügenden Rüstungsanstrengungen anderer Mitglieder des Bündnisses eingehen werde. Auch die amerikanische Seite habe sich zu beschweren und zwar darüber, daß bei der geringsten Umorganisierung der Truppen man sich, vor allem in der Bundesrepublik, sehr aufrege, während man sehr viel weitergehende Truppenabzüge seitens anderer Länder, vor allem seitens Frankreichs[15], immer wieder unbesorgt hinzunehmen scheine. Die Vereinigten Staaten könnten diesen „doppelten Standard" auf die Dauer nicht akzeptieren.[16]

Das Gespräch verlief, wie auch sonst, in einer sehr freimütigen, aber freundschaftlichen Atmosphäre.

Von anderer unterrichteter Seite wurde mir mitgeteilt, daß der Außenminister in seiner Frankfurter Rede auch wieder auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zu sprechen kommen werde, und zwar in einer Form, die noch erheblich stärker sein werde als in seiner Cincinnati-Rede.

[gez.] Knappstein

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 431

[11] Zum Interview des ehemaligen amerikanischen Präsidenten vom 18. Oktober 1963 vgl. Dok. 396, Anm. 33.

[12] Zur Rede des Staatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministerium am 19. Oktober 1963 in Chicago vgl. Dok. 396, Anm. 34.

[13] Am 21. Oktober 1963 erklärten das Auswärtige Amt und das Bundesministerium der Verteidigung, daß die Bundesregierung über eine bevorstehende Umgruppierung von in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Truppen informiert worden sei. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 235.

[14] Anläßlich der Einweihung des Marshall-Denkmals in Frankfurt erklärte Rusk am 27. Oktober 1963 mit Blick auf das Manöver „Big Lift" und die Rede des Staatssekretärs Gilpatric: „Ist dieser Lufttransport einer Panzerdivision gleichbedeutend mit dem Abzug amerikanischer Truppen aus Deutschland? Die Antwort heißt: ‚Nein' – das Gegenteil ist der Fall. Infolge dieses Lufttransportunternehmens befindet sich zur Zeit vorübergehend eine siebente Division in Europa. Darüber hinaus steht noch die Ausrüstung für eine weitere Division bereit. Auf diese Weise bildet die von den Vereinigten Staaten mit so hohem Kostenaufwand aufgebaute Lufttransportkapazität eine bedeutsame Quelle zusätzlicher Stärke für die Allianz." Vgl. BULLETIN 1963, S. 1681.

[15] Zur Reduzierung der französischen Streitkräfte vgl. Dok. 349, Anm. 16.

[16] Zur Diskussion über die Reduzierung amerikanischer Streitkräfte vgl. weiter Dok. 402.

399

Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen

I A 1-80.11/1322/63 geheim **23. Oktober 1963**[1]

Auszugsweise Ergebnisniederschrift über die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 23. Oktober 1963 in Bonn

5) Besuch des französischen Außenministers in Washington

M. *Lucet* gab einen Überblick über die französisch-amerikanischen Gespräche.[2] Außenminister Rusk habe 30 Minuten darauf verwendet zu erklären, daß die Amerikaner sich keinen Illusionen über Entspannungsmöglichkeiten hingäben, weder in Laos[3], noch in Kuba[4], noch in Berlin. Man sei fast ohne jede Hoffnung, zu irgendwelchen Abkommen mit den Sowjets zu kommen. Dies gelte ebenso für ein Nichtangriffsabkommen[5] wie für Abkommen über die Stationierung von Beobachtungsposten[6] und die Nichtverbreitung von Atomwaffen.[7] Eine gewisse Hoffnung bestünde lediglich für den Abschluß bilateraler Abkommen auf Nebengebieten, wie z. B. einem Konsularabkommen[8] und einem Abkommen über den Luftverkehr.[9] Frankreich sei für eine wirkliche Entspannung, nicht aber nur für eine „apparence".

6) Berlin-Frage: Vorfälle auf der Autobahn Berlin-Helmstedt[10]

M. Lucet erklärte, im französischen Außenministerium glaube man nicht, daß es sich bei diesen Zwischenfällen nur um Entscheidungen auf lokaler sowjetischer Ebene gehandelt habe. Zwischen den drei westlichen Alliierten habe in diesem Augenblick absolute Solidarität geherrscht. Man habe sogar einen gemeinsamen Protest in Moskau erwogen.

[1] Durchdruck als Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Leiter des Referats „Europäische politische Integration", Röding, am 29. Oktober 1963 gefertigt.

[2] Zum Besuch des französischen Außenministers Couve de Murville am 7./8. Oktober 1963 in den USA vgl. Dok. 389, Anm. 20.
Zur Stellungnahme des amerikanischen Außenministers Rusk zu diesem Besuch vgl. weiter Dok. 403.

[3] Zur Situation in Laos vgl. Dok. 383, Anm. 10.

[4] Zur Lage in Kuba vgl. Dok. 367, Anm. 64.

[5] Zum Stand der Diskussion vgl. Dok. 395, Anm. 4.

[6] Zum Stand der Diskussion vgl. Dok. 395, Anm. 5. Vgl. dazu weiter Dok. 427.

[7] Zur Erörterung der Nichtverbreitung von Kernwaffen im Juli/August 1963 in Moskau vgl. Dok. 299.
Im Rahmen der Sondierungsgespräche am Rande der UNO-Generalversammlung wurde dieses Thema wieder aufgegriffen. Dabei wurde deutlich, daß von sowjetischer Seite die Planungen für eine MLF als Hindernis für ein Übereinkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen angesehen wurden. Vgl. Dok. 367, Anm. 30.
Vgl. dazu weiter Dok. 459, Anm. 24.

[8] Zur amerikanisch-sowjetischen Konsularkonvention vgl. Dok. 349, Anm. 17.

[9] Zum amerikanisch-sowjetischen Luftverkehrsabkommen vgl. Dok. 349, Anm. 18.

[10] Vgl. dazu Dok. 398, Anm. 8.

M. Lucet wies sodann darauf hin, daß die Regelungen über den alliierten Zugang zu Berlin[11] nicht sehr klar seien. Die westlichen Alliierten hätten in dieser Frage bisher getrennt gehandelt. Diese Regelungen müßten jedoch harmonisiert werden. Dabei ergebe sich aber dann das Problem, wie diese Regelungen den Sowjets mitgeteilt werden sollten. Auf französischer Seite sei man der Auffassung, daß die Notifizierung auf einer möglichst niedrigen Ebene erfolgen sollte, um zu vermeiden, daß sich hieraus Verhandlungen entwickelten, die das Ziel der Sowjets seien. Die Botschafter in Moskau[12] kämen deshalb nicht in Frage.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* stimmte zu, daß die Notifikation nicht zu Verhandlungen führen dürfte und nicht auf zu hoher Ebene erfolgen sollte. Politisch am zweckmäßigsten sei es vielleicht, sie mündlich vorzunehmen. Bisher lägen zwei Vorschläge hierzu vor. Botschafter Thompson sei für eine mündliche Mitteilung auf diplomatischem Wege. Von britischer Seite sei vorgeschlagen worden, die Mitteilung schriftlich auf militärischer Ebene vorzunehmen.[13] Wir neigten dem Vorschlag Botschafter Thompsons zu.

M. *Lucet* wies darauf hin, daß die Briten dem sowjetischen General in Potsdam[14] bereits geschrieben hätten. Diese Ebene sei zu hoch. Es gäbe auch ein Schreiben, das die Sowjets den Engländern übermittelt hätten.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* erklärte, daß ihm diese Schreiben nicht bekannt seien. In der Sache selbst wolle er noch hinzufügen, daß man auf deutscher Seite gegen die Methode des „self-denial" sei.

Im Laufe der weiteren Diskussion bestand Einmütigkeit, daß die Notifizierung mündlich stattfinden solle und daß über die Art, wie sie durchzuführen sei, so schnell wie möglich ein Einverständnis herbeigeführt werden müsse. Jedenfalls dürfe es nicht zu Verhandlungen oder gar Vereinbarungen mit den Sowjets über die Prozedur kommen. Ministerialdirigent Dr. Reinkemeyer erwähnte als eine Möglichkeit die Notifizierung über einen Kontrolloffizier am Checkpoint in Berlin im Range eines Obersten. Er stellte sodann die Frage, warum die Sowjets die Vorfälle auf der Autobahn provoziert hätten. M. *Lucet*

[11] Zur Regelung des Zugangs nach Berlin vgl. das Viermächte-Kommuniqué über die Verwaltung Deutschlands und den Verkehr zwischen den Besatzungszonen, insbesondere den Zugang nach Berlin, vom 20. Juni 1949; DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1 , S. 156–158. Vgl. ferner Artikel II der Erklärung der Alliierten Kommandantur über Berlin vom 5. Mai 1955; DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 173.
Im Drahterlaß vom 4. Oktober 1962 an die Botschaft in Washington stellte Staatssekretär Carstens fest: „Das Besetzungs- und Anwesenheitsrecht der Westmächte in Berlin schließt notwendig und selbstverständlich das Recht auf freien und ungehinderten Zugang nach Berlin in sich. Das Bestehen dieses ... Rechts ist von sowjetischer Seite durch den Abschluß von technischen Vereinbarungen auf Kontrollratsebene sowie durch das Kommuniqué vom 20. Juni 1949 bestätigt worden. Das Recht der Westmächte auf freien und ungehinderten Zugang nach Berlin ist ein Bestandteil ihres originären Besetzungsrechts, das aus der Niederlage Deutschlands und nicht aus einer sowjetischen Konzession herrührt." Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 192; B 150, Aktenkopien 1962.

[12] Foy D. Kohler (USA), Humphrey Trevelyan (Großbritannien), Maurice Dejean (Frankreich).

[13] Die Notifikation der UdSSR erfolgte am 29. Oktober 1963 auf militärischer Ebene. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 30. Oktober 1963; Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 49.

[14] Iwan I. Jakubowskij, Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in der DDR.

vertrat hierzu die Meinung, sie hätten zeigen wollen, daß die Krise über Berlin weiter bestünde.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* teilte abschließend mit, es sei auch der Eindruck der deutschen Delegation bei dem Besuch des Herrn Bundesaußenministers in Washington gewesen, daß die Amerikaner hinsichtlich der Möglichkeiten einer Entspannung außerordentlich skeptisch seien.[15] Die Vorfälle auf der Autobahn hätten ihre Skepsis verstärkt.

7) Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion

Die französische Delegation erklärte, daß sie mit einer allgemeinen Diskussion im Rahmen der NATO über die Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion[16] einverstanden sei. Auf französischer Seite mache man sich jedoch keine Illusionen über das Ergebnis dieser Diskussion, da es schon sehr schwierig gewesen sei, die augenblicklich gültige Embargoliste[17] zu vereinbaren. Die deutsche Delegation betonte, es sei wichtig, daß Lieferungen an die Sowjetunion nicht auf dem Kreditwege[18] erfolgten.

M. *Lucet* stellte sodann die Frage, ob nicht Schwierigkeiten, die die Sowjets im Falle Berlins machten, mit westlichen Gegenmaßnahmen an anderen Stellen beantwortet werden sollten. Er denke z. B. an den Interzonenhandel. Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* betonte, daß Gegenmaßnahmen auf dem Gebiet des Interzonenhandels vor allem für den Fall einer Behinderung des zivilen Zugangs nach Berlin reserviert bleiben müßten, da sie eines der wenigen Mittel seien, das uns in einem solchen Fall als Gegenmaßnahme zur Verfügung stünde.[19] Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die seit geraumer Zeit gemachten deutschen Bemühungen, die Eventualfallplanung für den zivilen Zugang zu verstärken.

8) Einbeziehung Berlins in den Teststopp-Vertrag[20]

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* erklärte, die Bundesregierung habe ihren Verbündeten eine Formel vorgeschlagen, die es ermögliche, Berlin in den Teststopp-Vertrag einzubeziehen und zugleich die Rechte der drei Alliierten in Berlin zu wahren.

Gesandter *de Beaumarchais* übergab in Erwiderung hierauf der deutschen Delegation einen Formulierungsvorschlag des französischen Außenministeriums.[21] Es wurde vereinbart, über diesen Vorschlag zunächst auf bilateralem diplomatischem Wege zu sprechen und ihn erst später in der Vierergruppe zu diskutieren.

[15] Vgl. dazu auch Dok. 367.

[16] Zur Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats vom 18. November 1963 vgl. Dok. 424, Anm. 10 und Anm. 12. Zur französischen Haltung vgl. auch Dok. 415.

[17] Zur COCOM-Liste vgl. Dok. 11, Anm. 18.

[18] Zu den Beschränkungen von Krediten an die UdSSR vgl. die Bestimmungen der Berner Union; Dok. 232, Anm. 12. Vgl. weiter Dok. 411.

[19] Vgl. dazu Dok. 359.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs über die „Durchführung wirtschaftlicher Gegenmaßnahmen im Falle der Sperrung des militärischen und zivilen Zugangs von und nach Berlin zu Lande oder in der Luft" vom 19. Juli 1963; Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 47.

[20] Zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 376.

[21] Dem Vorgang nicht beigefügt.

9) Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten

Nach einem allgemeinen Überblick über die Lage in den osteuropäischen Staaten teilte M. *Lucet* mit, daß die Rumänen in letzter Zeit die Mitglieder ihrer Pariser Gesandtschaft ausgewechselt hätten. Sie zeigten sich von der freundlichsten Seite und betonten, wie wichtig die Beziehungen zwischen Rumänien und Frankreich seien. Lucet gab weiterhin vertraulich bekannt, daß die französische Regierung zur Zeit mit den Amerikanern und Briten über die Möglichkeit diskutiere, ihre Gesandtschaft in Bukarest in eine Botschaft umzuwandeln. Die Vertretung Frankreichs in Rumänien sei früher immer im Range einer Botschaft gewesen.

Gesandter *de Beaumarchais* unterrichtete die deutsche Delegation davon, daß das französische Außenministerium auf Wunsch des Auswärtigen Amtes bei der bulgarischen Gesandtschaft in Paris Vorstellungen erhoben habe, die Erledigung von Paß- und Sichtvermerksangelegenheiten der SBZ einzustellen.[22] Die bulgarische Gesandtschaft habe inzwischen mitgeteilt, daß sie diese Praxis nicht fortsetzen werde. Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* dankte für diese Mitteilung. Er unterrichtete die französische Delegation von der Unterzeichnung des Protokolls mit Rumänien[23] über den Austausch von Handelsvertretungen sowie über die zur Zeit laufenden Verhandlungen mit Ungarn.[24] Er verlas die in dem Protokoll mit den Rumänen vereinbarte Berlin-Klausel.[25] Die Klausel werde eine gewisse Präzedenzwirkung für spätere Fälle (Ungarn) haben. Die Ungarn seien überrascht gewesen, daß Rumänien das Protokoll unterzeichnet habe. Der kommunistische Block sei offenbar doch nicht so monolithisch, wie oft angenommen werde. Auf deutscher Seite habe man allerdings den Eindruck, daß über die Frage der Berlin-Klausel eine Konsultation im Ostblock stattgefunden habe. Die Rumänen hätten im übrigen nicht auf einem Junktim zwischen der Errichtung von Handelsvertretungen und Handelsvertragsverhandlungen bestanden; letztere würden folgen.[26]

Die französische Delegation ging sodann auf die Reisen französischer Persönlichkeiten nach Rotchina ein. Es habe sich dabei um private wirtschaftliche Missionen mit begrenzter Zielsetzung gehandelt. Im Auftrage des französischen Patronats sei M. George Picot nach Rotchina gereist. Ebenso habe es sich bei der Reise von M. Edgar Faure[27], der seit 1950 bereits zweimal in Rotchina gewesen sei, um eine Privatreise gehandelt. Tschou En-lai habe ihn empfangen. Zwischen Frankreich und Rotchina bestünden lediglich gewisse

[22] Mit Drahterlaß vom 11. Juni 1963 an die Botschaft in Paris teilte Ministerialdirigent Meyer-Lindenberg mit: „Um zu verhindern, daß der diplomatischen Anerkennung der SBZ Vorschub geleistet wird, muß darauf bestanden werden, daß die Ausstellung von SBZ-Sichtvermerken durch bulgarische Gesandtschaft unterbleibt. Es wird gebeten, französische Regierung entsprechend zu unterrichten." Vgl. Referat II A 1, Bd. 177.

[23] Vgl. dazu Dok. 388, Anm. 10.

[24] Vgl. dazu auch Dok. 339.

[25] Der Artikel lautete: „Die beigefügten Briefwechsel bilden einen Bestandteil dieses Protokolls." Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 210; B 150, Aktenkopien 1963.
Im Briefwechsel war festgelegt, daß die Handelsvertretungen die Währungsgebiete von DM (West) und Leu repräsentierten. Vgl. dazu bereits Dok. 388.

[26] Vgl. dazu Dok. 439, Anm. 2, und Dok. 470.

[27] Zur Reise des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten vgl. Dok. 395, Anm. 22.

kulturelle Kontakte, auch einige französische Studenten seien in Rotchina. Darin erschöpften sich aber bereits die französisch-rotchinesischen Beziehungen.[28]

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* gab bekannt, daß Nationalchina den Wunsch ausgesprochen habe, engere Beziehungen mit der Bundesrepublik aufzunehmen.[29] Von deutscher Seite verhalte man sich mit Rücksicht auf die Probleme, die dadurch im Hinblick auf die SBZ entstehen könnten, zurückhaltend. Die Bundesrepublik unterhalte in Taipeh zur Zeit nur ein Kulturinstitut.[30]

Gesandter *de Beaumarchais* bat sodann um Mitteilung, ob man auf deutscher Seite Informationen über ein Treffen der kommunistischen Parteiführer habe. Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* verneinte dies. Die Sowjets seien angesichts der Risse, die sich im kommunistischen Machtbereich zeigten, an einem solchen Treffen offenbar im Augenblick nicht interessiert.

10) Periphere Maßnahmen der Abrüstung und Sicherheit

Ministerialdirigent Dr. Reinkemeyer gab zunächst einen kurzen Überblick über die deutsche Haltung in der Frage eines Nichtangriffspaktes und eines Abkommens über die Stationierung von Beobachtungsposten. Die Bundesregierung sei gegen einen Nichtangriffspakt, solange die Ursachen der Spannungen ungelöst blieben. Auch einem Abkommen über die Stationierung von Beobachtungsposten stünde sie mit Rücksicht auf die dabei sich ergebenden Probleme einer Einbeziehung der SBZ reserviert gegenüber. Es sei bekannt, daß auch die Standing Group[31] sich sehr zurückhaltend zu einem solchen Abkommen geäußert habe.

M. *Lucet* teilte mit, daß im französischen Außenministerium Vorschläge für eine kontrollierte Abrüstung vorbereitet würden. Die französische Regierung werde jedoch erst dann mit irgendwelchen Vorschlägen hervortreten, wenn die Sowjets tatsächlich ihre Bereitschaft zu realistischen Verhandlungen zu erkennen gäben.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* wies noch einmal auf die große Bedeutung hin, die die Frage einer möglichen Aufwertung des Zonenregimes in diesem Zusammenhang für die Bundesregierung habe. Gesandter *de Beaumarchais* erwiderte, daß die französische Regierung jede Note der SBZ, die von der SBZ direkt oder durch Vermittlung der Sowjets übersandt werden würde, zurücksenden würde.

M. *Lucet* teilte mit, daß von dänischer Seite vorgefühlt worden sei, ob die französische Regierung bereit sei, im Rahmen der NATO über eine Lockerung der TTD-Sperre[32] zu diskutieren. Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* erklärte,

[28] Zu den französisch-chinesischen Beziehungen vgl. weiter Dok. 467.

[29] Vgl. dazu bereits Dok. 210.

[30] Zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik China (Taiwan) vgl. Dok. 210, Anm. 3.

[31] Vgl. dazu Dok. 315, Anm. 12.

[32] Zur Lockerung der TTD-Sperre vgl. bereits Dok. 326.

daß die Dänen sich auch an die Bundesregierung gewandt hätten.[33] Wir seien einverstanden, daß die Frage am 30. Oktober 1963 im Ausschuß diskutiert werde. Wir würden die Angelegenheit vorher in der Vierergruppe zur Sprache bringen und Vorschläge machen. Gesandter *de Beaumarchais* stellte die Frage, ob es die Behandlung dieser Angelegenheit nicht erleichtern würde, bei Einladungen an Bewohner der Sowjetzone zwischen Einladungen an Delegationen und an Privatpersönlichkeiten (Wissenschaftler), die die SBZ nicht verträten, zu unterscheiden. Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* ließ diese Frage offen.

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138

[33] Bereits am 23. Oktober 1963 regte Dänemark im Ständigen NATO-Rat eine Grundsatzbesprechung über die TTD-Frage an. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. Referat II A 1, Bd. 178.
Am 24. Oktober 1963 erklärte Staatssekretär Lahr gegenüber dem dänischen Botschafter Hvass, „daß wir an der Berliner Mauer, deren Errichtung bekanntlich die Ursache der TTD-Sperre sei, bisher von einer Entspannung nichts hätten bemerken können. In dem sich hieran entwickelnden Gespräch brachte der Botschafter den auch in seinem Aide-mémoire erwähnten Fall des Brecht-Ensembles, dessen Nichterscheinen in Kopenhagen von der dänischen Öffentlichkeit bedauert und kritisiert worden sei. Ich fragte ihn, ob es nicht noch mehr zu bedauern und zu kritisieren sei, daß die West-Berliner nicht den gewohnten Besuch des Theaters am Schiffbauer Damm fortsetzen könnten, um Brechts ‚Mutter Courage' zu sehen." Vgl. Referat II A 1, Bd. 178.
Zu den Beratungen im Ständigen NATO-Rat vgl. auch Dok. 476, Anm. 5.

400

Bundesminister Schröder an den Abgeordneten von Brentano

MB 897/63 Persönlich **23. Oktober 1963**[1]

Sehr geehrter Herr von Brentano!

Vielen Dank für Ihren Brief vom 8. Oktober 1963.[2] Es ist zutreffend, daß das Bundeskabinett sich vor einiger Zeit mit der Denkschrift des Kuratoriums Unteilbares Deutschland[3] beschäftigt hat. Herr Kollege Dr. Barzel hatte damals einige Formulierungen der Schrift heftig angegriffen und in diesem Zusammenhang auf die Namen der Unterzeichner, insbesondere auf den Ihren, hingewiesen. Ich habe in der Sitzung zu der Kritik von Herrn Kollegen Barzel nicht Stellung genommen, ihn aber gebeten, seine Einwände noch einmal schriftlich zusammenzufassen, damit sie geprüft werden könnten. Diese Zusammenfassung habe ich bisher noch nicht erhalten.

Der Geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, Herr Dr. Schütz, hatte mir Mitte Juli den Entwurf des ersten Teils der Denkschrift übersandt.[4] Nachdem Staatssekretär Carstens in einem Schrei-

[1] Entwurf als Konzept.
Hat dem Leiter des Ministerbüros, Simon, am 23. Oktober 1963 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „Herrn St[aats]s[ekretär] n[ach] R[ückkehr] mit der Bitte um Kenntnisnahme."
Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen.
Am 23. März 1964 notierte Simon auf einem Vermerk vom 6. November 1963 für Carstens: „Eine Bespr[echung] mit dem Herrn Minister ist aus Zeitgründen bisher nicht mögl[ich] gewesen. Die Angelegenheit ist inzwischen überholt." Vgl. Ministerbüro, Bd. 224.

[2] In dem vom 9. Oktober 1963 datierten Schreiben stellte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion angesichts der im Bundeskabinett artikulierten Bedenken gegen den Vorschlag des Kuratoriums Unteilbares Deutschland fest: „Ich habe die Denkschrift vor der Fertigstellung nicht gesehen; an einem der letzten Tage vor seiner Abreise kam Herr Kollege Gradl und gab mir ein noch nicht vollständig korrigiertes Exemplar. Er betonte, daß die Denkschrift in allen Einzelheiten mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt sei, und bat mich, auch Herrn Dr. Schütz zu empfangen. Ich habe dann mit Herrn Dr. Schütz gesprochen, der mir auch nicht den Text mitbringen konnte. Auch er betonte, daß der Inhalt der Denkschrift in allen Einzelheiten die Billigung des Auswärtigen Amts gefunden haben, mit dem auch die Prozedur vereinbart worden sei." Vgl. Ministerbüro, Bd. 224.

[3] Für den Wortlaut des Vorschlags des Kuratoriums Unteilbares Deutschland vom 30. September 1963 an die Menschenrechtskommission der UNO vgl. DzD IV/9, S. 733–735.

[4] Für den Wortlaut vgl. Referat II A 1, Bd. 127.
Im Begleitschreiben vom 12. Juli 1963 zu dem Entwurf erklärte der Geschäftsführende Vorsitzende Schütz: „Der Engere Politische Ausschuß des Unteilbaren Deutschland hat nunmehr nach langen Beratungen einen Entwurf angefertigt, der als politischer Teil für die nächste Beschwerde des Unteilbaren Deutschland bei der Menschenrechtskommission in New York dienen soll. Der zweite Teil der Beschwerde soll eine Darstellung von Unrechtstatbeständen an der Zonengrenze und der Mauer enthalten ... Zwar findet die nächste Tagung der Menschenrechtskommission in New York erst im März 1964 statt, aber es wird sehr ernsthaft erwogen, bereits zu Beginn der Vollversammlung der Vereinten Nationen Ende September mit dieser Beschwerde des Unteilbaren Deutschland hervorzutreten ... Gleichzeitig würde sich ... einer aus Vertretern der drei Fraktionen des Deutschen Bundestages, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber sowie dem Geschäftsführenden Vorsitzenden des Unteilbaren Deutschland bestehenden Delegation wie im vergangenen Jahr die Möglichkeit eröffnen, mit den Delegierten in New York über Berlin und die deutsche Frage selbst zu sprechen. Da im vorigen Jahr diese Gespräche sich unzweifelhaft auf

ben an Herrn Schütz[5] die Initiative des Kuratoriums grundsätzlich begrüßt hatte[6], erfolgte eine Besprechung zwischen Beamten der Politischen Abteilung und dem Kuratorium[7] über Einzelheiten, in der auf einige Bedenken[8] hingewiesen wurde.

Alles in allem halte ich die Initiative des Kuratoriums für nützlich. Herr Kollege Dr. Gradl wird Ihnen ausführlich über seine Eindrücke berichtet haben. Um in Zukunft Mißverständnisse auszuschließen, würde es sich sicher empfehlen, wenn die Kollegen, die an den Präsidiumssitzungen des Kuratoriums Unteilbares Deutschland teilnehmen, den Fraktionsvorstand eingehend unterrichten, damit unterschiedliche Auffassungen möglichst ausgeglichen werden können. Das Auswärtige Amt ist vom Kuratorium im allgemeinen in zufriedenstellender Weise unterrichtet worden. Bei der Zusammensetzung des Kuratoriums muß allerdings in Kauf genommen werden, daß sich die Auffassun-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1380

die Reden der Delegierten, insbesondere diejenige des britischen Außenministers Lord Home, auswirkten, ist dieser Schritt im September dieses Jahres ernsthaft zu erwägen."

5 Die Wörter „in einem Schreiben an Herrn Schütz" wurden vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Simon handschriftlich eingefügt.

6 Staatssekretär Carstens bemerkte am 21. Oktober 1963 gegenüber dem amerikanischen Botschafter McGhee: „Ich sagte, wir erwögen, den Vorschlag des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in der Vier-Mächte-Arbeitsgruppe in Washington zur Diskussion zu stellen. Wir stimmten mit diesem Vorschlag im allgemeinen überein. Lediglich ein Punkt sei bedenklich, nämlich der Vorschlag, daß die 4 Mächte über Grundsätze für einen deutschen Friedensvertrag verhandeln sollten. Hier müßte überlegt werden, wie unsere Beteiligung an den Verhandlungen sichergestellt werden könnte." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1963.

7 Die Besprechung fand am 8. August 1963 statt. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 15. Oktober 1963; Referat I A 1, Bd. 127.

8 Dem Vertreter des Kuratoriums wurde am 8. August 1963 die Stellungnahme des Leiters des Referats „Wiedervereinigung" vom 29. Juli 1963 zum Entwurf der Denkschrift mitgeteilt. Hinsichtlich der Ziffer 3 des Entwurfs erklärte Oncken den Vergleich mit Österreich für mißverständlich und unterstrich, daß eine „österreichische Lösung" für Deutschland nicht angestrebt werde. Zu Ziffer 4 merkte er an, daß der Vorschlag gemeinsamer Fachausschüsse Überlegungen anklingen lasse, „wie sie Egon Bahr geäußert hat. Unsere Bereitschaft, solche Fachausschüsse zu bilden, könnte jedenfalls als Abgehen von unserer Haltung angesehen werden, die wir bisher in Fragen der Kontakte mit der Zone beobachtet haben." Zu Punkt 5 gab Oncken zu bedenken, ob auch die „Fälle von Totschlag und Mord, die sich z. B. im Zusammenhang mit der ‚Sicherung' der Mauer ergeben haben, unter eine Amnestie fallen sollen". Bezüglich Ziffer 6 führte er aus: „Die hier enthaltenen Vorschläge klingen sehr schön. Sie laufen praktisch auf das hinaus, was auch Herr Bahr gefordert hat. Wie wird diese Wirtschaftshilfe aussehen: Mehr Interzonenhandel? Längere Fristen für Interzonen-Handelsabkommen? Man wird diesen Punkt noch gründlich zu überdenken haben." Vgl. Referat II A 1, Bd. 127.
Am 21. Oktober 1963, vor seinem Abflug in die USA, suchte der Geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, Schütz, Ministerialdirektor Krapf auf. Auch bei dieser Gelegenheit wies Krapf auf Bedenken der Bundesregierung gegen einzelne Punkte des Vorschlags hin. Gleichzeitig informierte er Schütz, daß geprüft werde, ob der Vorschlag des Kuratoriums als Grundlage für eine „Initiative der Bundesregierung" dienen könnte. „Da der Vorschlag des Kuratoriums von allen Fraktionen des Bundestages gebilligt wurde und bei unseren Alliierten und bei anderen Staaten Anklang gefunden hat", müsse der Gedanke unterstützt werden, „den Vorschlag des Kuratoriums in Washington zur Diskussion zu stellen". Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 24. Oktober 1963; Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 47; B 150, Aktenkopien 1963.

gen dieser nichtamtlichen Vereinigung[9] nicht immer in allen Einzelheiten mit den Auffassungen der Bundesregierung decken. Dies ist aber der Bundesregierung schon bei der Gründung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland bewußt gewesen und in Kauf genommen worden.

Ich hielte es für gut, wenn wir, gerade im Hinblick auf die vor uns liegende Zeit und auf die Probleme, die der Wahlkampf für die Bundestagswahl 1965 aufwirft, laufend in allen das Kuratorium Unteilbares Deutschland betreffenden Fragen enge Fühlung halten würden.[10]

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Schröder[11]

Ministerbüro, Bd. 224

401

Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an das Auswärtige Amt

300-86-389/63 VS-vertraulich[1] **24. Oktober 1963**[2]

Betr.: Gespräch mit dem portugiesischen Außenminister Nogueira

Dieser Tage sprach mich in der Delegates' Lounge der Vereinten Nationen der portugiesische Außenminister Nogueira an, der mich von seinem Besuch in Bonn, damals in Begleitung des früheren Außenministers Mathias[3], her kannte.

Herr Nogueira begann die Unterhaltung mit der Bemerkung, die Vereinten Nationen würden für die westliche Politik mehr und mehr zu einem nachteiligen und schädigenden Institut. Es gelänge von Tag zu Tag weniger, gegenüber der zunehmenden Mehrheit unterentwickelter Staaten dem Gesichtspunkt und den Interessen des Westens Geltung zu verschaffen. Wegen ihrer Unerfahrenheit glaubten viele afrikanische Diplomaten, daß nach dem Testbann[4] nicht

[9] Das Kuratorium Unteilbares Deutschland war eine überparteiliche Vereinigung mit Sitz in Berlin, die am 17. Juni 1954 mit dem Ziel gegründet wurde, die Wiedervereinigung zu fördern.

[10] Zur Diskussion über den Vorschlag des Kuratoriums Unteilbares Deutschland vgl. weiter Dok. 473.

[11] Paraphe vom 23. Oktober 1963.

[1] Geschäftszeichen des Begleitschreibens.

[2] Durchdruck für Referat I A 4.
Hat dem Leiter des Referats „Afrika südlich der Sahara", Steltzer, am 7. November 1963 vorgelegen.

[3] Der portugiesische Außenminister besuchte vom 29. September bis 2. Oktober 1959 die Bundesrepublik. Für das Kommuniqué vgl. BULLETIN 1959, S. 1840.

[4] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

nur atmosphärische, sondern wirkliche Entspannung herrsche. Er sehe in dieser Ansicht eine große Gefahr, denn in der Tat könne er, Nogueira, Anzeichen einer wahren Entspannung nicht erblicken.

Ich sagte ihm, dieser Meinung könnte ich nur beipflichten. Für uns Deutsche sei es unerläßlich, uns einerseits nicht aus dem Gespräch verdrängen zu lassen, andererseits darauf zu achten, daß unsere eigenen Interessen nicht vergessen würden.

Ich fragte Herrn Nogueira sodann nach seinen Gesprächen mit den hiesigen Afrikanern[5] und fügte hinzu, nach unserer Information aus afrikanischen Quellen würden die Gespräche gerade mit ihm von den Afrikanern gern geführt, weil diese den Eindruck hätten, daß er seine Ansichten mit Mut und Überzeugungskraft vertrete und eine verhandelte Lösung anstrebe, die den Gemäßigten unter den Afrikanern auch lieber sei als langwierige und blutige Auseinandersetzungen.

Nogueira sagte, dies entspreche auch seinen eigenen Informationen. Im übrigen komme er langsam mit den Vertretern der hiesigen Afrikaner voran. Die Behauptung, daß Unterdrückung oder Unruhe in den portugiesischen überseeischen Provinzen herrsche[6], sei schlagend widerlegt durch den Erfolg der Reise, die der portugiesische Staatspräsident Tomas vor kurzem durch die afrikanischen Provinzen gemacht habe.[7] Jede Einzelheit des Programmes dieser Reise[8] sei vorher bekanntgegeben worden, trotzdem sei es nirgends zu Zwischenfällen oder auch nur unfreundlichen Kundgebungen gekommen. Erst als der Präsident wieder abgereist sei, hätten einige lauthalse Wortführer der angeblichen unterirdischen Freiheitsbewegung erklärt, daß die Aktion nunmehr gestartet werde. Im übrigen müsse er leider sagen, daß der Hauptwortführer dieser sogenannten Bewegung, Roberto Holden, vom State Department finanziert und instruiert werde. Die Amerikaner gäben dies auch ganz offen zu. Mit dieser Unterstützung begingen die Amerikaner einen kardinalen politischen Fehler. Jeder amerikanische Soldat wisse, daß Europa nur unter Mitbenutzung der nordafrikanischen Gebiete verteidigt werden könne. Schon der letzte Krieg habe dies bewiesen, die Westmächte hätten über Oran und das Mittelmeer einen ihrer Hauptfeldzüge geführt, um überhaupt in Frankreich Fuß fassen zu können. Ohne Nordafrika sei die Verteidigung Europas unmöglich. Man brauche nur die in diesen Tagen erscheinenden Memoiren Eisen-

[5] Zur Vorbereitung der Gespräche des Außenministers mit Vertretern afrikanischer Staaten vgl. den Drahtbericht des Botschafters Schaffarczyk, Lissabon, vom 16. Oktober 1963; Referat 206, Bd. 198.

[6] Zur portugiesischen Kolonialpolitik vgl. Dok. 122, Anm. 5. Zur Reaktion der UNO auf diese Politik vgl. Dok. 312, Anm. 3.

[7] Zum Besuch des portugiesischen Staatspräsidenten in Angola vom 16. September bis 7. Oktober 1963 berichtete Konsul Negwer, Luanda, am 10. Oktober 1963: „Die zeitliche Abstimmung des Besuchs auf die Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen und die Programmgestaltung ließen erkennen, daß damit eine unmißverständliche Demonstration des portugiesischen Selbstbehauptungswillens in Afrika beabsichtigt war. Unter diesem Aspekt kann der Besuch auch als gelungen bezeichnet werden." Vgl. Referat 206, Bd. 191. Vgl. dazu auch den Bericht des Botschafters Schaffarczyk, Lissabon, vom 23. Oktober 1963; Referat 206, Bd. 191.

[8] Zum Besuchsprogramm vgl. den Bericht des Botschafters Schaffarczyk, Lissabon, vom 12. September 1963; Referat 206, Bd. 191.

howers[9] nachzulesen, in denen von der Bedeutung Nordwestafrikas für Verteidigung und Freiheit Europas deutlich gesprochen werde. Wenn Ben Bella nicht Halt geboten werde, so würden die Konsequenzen für die NATO, alle darin zusammengeschlossenen Staaten und ganz Europa geradezu katastrophal werden. Er habe dies im NATO-Rat selbst und durch den portugiesischen Vertreter[10] mehrfach deutlich gemacht, wisse aber nicht genau, ob das Verständnis für diese Zusammenhänge dort wirklich so vollständig sei, wie es in der Sache erforderlich wäre. Denn das Schlimmste sei, daß die Amerikaner in ihren zum Teil allerdings innenpolitisch erklärlichen Bemühungen um eine Lösung des afrikanischen Problems den Gesichtspunkt der Verteidigung Europas aus den Augen verlören und Männer in diesen Bemühungen förderten, von denen sie genau wissen müßten, daß sie eines Tages, wenn nicht schon sehr bald, dem Kommunismus in die Arme fallen würden. Er mache sich um diese Entwicklung ganz große Sorgen und glaube, daß Portugal mit seiner Politik friedlicher und langsamer Lösungen der europäischen Verteidigung einen großen Dienst erweise.

Herr Nogueira schloß das Gespräch ab mit der Bemerkung, er hoffe, in Kürze erneute Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit mir zu haben.

Braun

Abteilung I (I A 4/I A 5), VS-Bd. 64

402

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Außenminister Rusk

25. Oktober 1963[1]

Niederschrift über die Besprechung des Herrn Bundeskanzlers mit Außenminister Rusk (Dolmetscherbericht) am Freitag, den 25. Oktober 1963 von 15.00 Uhr bis 15.55 Uhr.[2]

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte einleitend, die deutsche Regierungserklärung[3] sei mit einem erstaunlichen Maß von Einheitlichkeit, insbesondere in

[9] Vgl. Dwight D. EISENHOWER, The White House Years. Mandate for Change 1953–1956, New York 1963. Zur strategischen Bedeutung Afrikas äußerte sich der amerikanische General und Alliierte Oberbefehlshaber im Zweiten Weltkrieg jedoch nur in: Dwight D. EISENHOWER, Crusade in Europe, New York 1948, S. 95–158.

[10] V. Armando Martins.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von der Dolmetscherin Grosse-Schware gefertigt.

[2] Der Passus „am Freitag, den 25. Oktober 1963 von 15.00 bis 15.55 Uhr" wurde vom Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 1. November 1963 handschriftlich eingefügt.

[3] Für die Erklärung des Bundeskanzlers Erhard am 18. Oktober 1963 vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 4192–4208.

außenpolitischen Fragen, aufgenommen worden, er unterschätze dennoch nicht das Vorhandensein unterschwelliger Kräfte. Es sei wohl nicht erforderlich, für seine Regierung die volle Unterstützung der NATO und Freundschaft mit den USA zu bekräftigen.

Außenminister *Rusk* berichtete, die Amtsübernahme des Herrn Bundeskanzlers sei in Presse und Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten sehr gut aufgenommen worden und auch die Regierungserklärung habe günstig beeindruckt.[4] Er wies hier insbesondere auf noch engere Beziehungen in der NATO zu der atlantischen Allianz und einer atlantischen Partnerschaft hin.

Er und Mr. Ball würden zu der nächsten NATO-Tagung[5] nach Europa kommen, das gäbe Gelegenheit, noch vor der Amerika-Reise des Herrn Bundeskanzlers[6] die Gesprächsthemen vorzubesprechen.

Der Herr *Bundeskanzler* begrüßte dies. Er bekräftigte nochmal sein Vertrauen zu den Vereinigten Staaten. Kein europäisches Land habe das Recht, dies in Zweifel zu ziehen. Er verschweige jedoch nicht ein gewisses Unbehagen in der deutschen Öffentlichkeit über eine zwar nicht gleich, aber vielleicht in einem oder zwei Jahren mögliche Verringerung der amerikanischen Truppen.[7] Die beste Luftlandeoperation[8] könne ein solides Potential an Ort und Stelle nicht ersetzen, es gelte ja nicht, sich auf einen Krieg vorzubereiten, sondern durch die vorhandenen Kräfte den Frieden zu wahren. Er habe Verständnis für eine gewisse amerikanische Ungeduld bezüglich der Zumutung, immer wieder die Loyalität der Vereinigten Staaten versichern zu müssen.

Außenminister *Rusk* sagte zu, in seiner Rede in Frankfurt am Sonntag eine deutliche Erklärung abzugeben.[9] Er werde versichern, daß die Truppen unvermindert in Deutschland bleiben, „solange die Notwendigkeit besteht". Auf Bedenken, daß dies auch ungünstige Interpretationen zuläßt, erklärte er sich zu der zusätzlichen Versicherung bereit, daß die Notwendigkeit in der derzeitigen Situation jedenfalls gegeben sei.

Er bat darum, die deutsche Öffentlichkeit und vor allem die deutsche Presse möglichst dazu zu bringen, das Problem in weltweitem Zusammenhang zu sehen, wie es sich für die USA stelle. Dabei wies er darauf hin, daß die USA seit Ende des Krieges 100 000 Mann im Kampf gegen den Kommunismus verloren hätten und noch von Woche zu Woche Verluste an Menschen auf sich nehmen müßten. Eine zu introvertierte Betrachtungsweise in Deutschland würde daher in den Vereinigten Staaten ungünstig wirken.

Der Herr *Bundeskanzler* bat zu bedenken, daß die deutsche Unruhe der tiefen Einsicht entspränge, ohne die USA verloren zu sein. Man möge sie daher

[4] Vgl. dazu auch Dok. 394.

[5] Am 18. November 1963 fand eine außerordentliche Sitzung des NATO-Ministerrats statt. Vgl. dazu weiter Dok. 424, Anm. 10 und 12.

[6] Zu dem für den 25./26. November 1963 geplanten Besuch vgl. Dok. 393, Anm. 27.

[7] Zur Reaktion auf die amerikanische Truppenreduzierung vgl. Dok. 396 und Dok. 397; weiter Dok. 440.

[8] Zum Manöver „Big Lift" vgl. Dok. 396, Anm. 38.

[9] Zur Rede vom 27. Oktober 1963 vgl. Dok. 398, Anm. 14.

nicht allzu negativ beurteilen. Ihm liege dringend daran[10], die Öffentlichkeit hinter sich zu haben[11], darum spreche er über gewisse Zweifel, die weder er noch die Bundesregierung noch das Parlament im mindesten teilten. Er versicherte, daß kein Raum für den Gedanken einer Alternative, etwa im Stil der Vorstellungen von Präsident de Gaulle[12], gegeben sei. Seine Erklärung zur Stellung der Bundesregierung zur NATO und USA vor dem Bundestag habe keinen Zweifel gelassen.[13]

Außenminister *Rusk* wies darauf hin, daß er von sechs Senatoren begleitet sei, es dürfte schwierig sein, ihnen die deutsche Empfindlichkeit bezüglich von Entwicklungen plausibel zu machen, die vielleicht irgendwann in der Zukunft einmal eintreten würden und selbst dann innerhalb der NATO. Der Abbau der französischen Truppenstärke um 200000 Mann[14] werde hingegen[15] ohne Empfindlichkeit aufgenommen. Er wies auch darauf hin, daß die USA als einzige NATO-Macht ihren Verpflichtungen beispiellos nachkämen.

Der Herr *Bundeskanzler* lehnte jeden Vergleich zwischen der Bedeutung der amerikanischen und französischen Streitkräfte ab. Er wies darauf hin, daß sich der deutschen Öffentlichkeit ein Gefühl der Panik bei der Vorstellung bemächtige, was geschehen könne, wenn der amerikanische Schutz weniger solide sei. Das spiele bei der unmittelbaren Nachbarschaft zum Ostblock eine, wenn auch irrationale, Rolle. Die Autobahnzwischenfälle[16] verstärkten eine gewisse Unruhe. Er habe keine Erklärung dafür, was die SU mit diesen Zwischenfällen zu erreichen versucht habe.[17]

Zum amerikanischen Truppenpotential meinte Außenminister *Rusk,* wenn die deutsche Öffentlichkeit sich darüber klar würde, was für ein Atompotential in der Bundesrepublik stände, erhielte das Problem der öffentlichen Meinung wahrscheinlich das entgegengesetzte Vorzeichen – zu viel statt zu wenig; die Deutschen würden dann Abzüge wünschen![18] Zu den Autobahnzwischenfällen sei er nach allen vorliegenden Informationen der Ansicht, daß diese von militärischer Seite und nicht von den politischen Spitzen der Sowjetunion, insbesondere nicht von Chruschtschow selbst, ausgingen, sonst wäre eine so rasche Bereinigung nicht erfolgt. Er gebe aber zu, daß die Wiederholung der Zwischenfälle bedenklich stimme.[19] Zur derzeitigen weltpolitischen Lage erklärte

[10] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Osterheld gestrichen: „auch".

[11] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „bekommen".

[12] Zu den französischen Vorschlägen für eine europäische Atomstreitmacht vgl. Dok. 361, Anm. 40.

[13] Für die entsprechenden Passagen der Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 4196 f.

[14] Zur Reduzierung der französischen Streitkräfte vgl. Dok. 349, Anm. 16.

[15] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[16] Zu den Vorfällen vom 10./11. und vom 16. Oktober 1963 vgl. Dok. 398, Anm. 8.

[17] Der Passus „was die SU ... versucht habe" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[18] Der Passus „die Deutschen ... Abzüge wünschen" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[19] Zu einer Stellungnahme des amerikanischen Außenministers Rusk zu den Zwischenfällen vgl. weiter Dok. 403, besonders Anm. 42.

Außenminister Rusk, es zeichneten sich Entwicklungen ab, die ein hohes Maß an Unterscheidungsvermögen, Klarheit und Präzision der Diagnose erforderten, um sowohl Illusionen als auch ein Versäumnis möglicher historischer Änderungen zu vermeiden. Er verwies hierbei insbesondere auf die Entwicklung in den osteuropäischen Satellitenländern und das deutsche Verhältnis dazu. Der Herr *Bundeskanzler* stimmte zu, erforderlich sei Festigkeit ohne Starrheit.

Auf die Frage des Herrn Bundeskanzlers, ob sich bereits neue Gesprächsthemen zwischen USA und der Sowjetunion abzeichneten, erklärte Außenminister *Rusk,* es bestehe einstweilen keine Aussicht auf eine Lösung der anstehenden großen Fragen. Von einer Entspannung könne keine Rede sein.

Ein Nichtangriffspakt falle aus, da die Sowjetunion keine Garantien für Berlin zu geben bereit sei.[20]

Die Einrichtung von ständigen Kontrollposten falle weg, da die Sowjetunion darauf ein Junktim mit einem Atom-Standstill in Mitteleuropa mache.[21]

Ein Abkommen über die Nichtweitergabe militärischer Atomgeheimnisse falle weg, da die Sowjetunion sich weigerte, eine Vereinbarkeit mit einer multilateralen Atomstreitmacht anzuerkennen.[22]

Keine Aussicht über Kuba.

Keine Aussicht über Vietnam.

Keine Aussicht über Laos.

Es bestehe allenfalls Aussicht auf minimale Fortschritte in bilateralen Fragen[23]:

Ein ziviler Flugdienst zwischen New York und Moskau[24], eine Steigerung des Handels mit der Sowjetunion[25], wofür[26] jedoch mangels Angebots nicht viel Raum sei[27]. So werde man vielleicht mit vielen kleinen Schritten einer Entspannung näherkommen. Er habe einige Befürchtungen, daß ein ungerechtfertigter Optimismus, als ob eine Entspannung eingetreten sei, die Wachsamkeit der NATO-Staaten beeinträchtigen könne.

Außenminister Rusk teilte in diesem Zusammenhang noch mit, die Sowjet-

[20] Der Passus „keine Garantien ... bereit sei" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Bereinigung des Berlin-Problems wünsche". Vgl. dazu Dok. 395, Anm. 4; weiter Dok. 411, Anm. 21.

[21] Vgl. dazu Dok. 395, Anm. 5.

[22] Vgl. dazu Dok. 367, Anm. 30, und Dok. 459, Anm. 24.

[23] Die Wörter „in bilateralen Fragen" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „verschiedenster Art".

[24] Zum amerikanisch-sowjetischen Luftverkehrsabkommen vgl. Dok. 349, Anm. 18.

[25] Zur Osthandelspolitik der USA vgl. Dok. 232, Anm. 4.

[26] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „die".

[27] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „lasse".

union habe vorgeschlagen, beide Mächte möchten ihren Verteidigungshaushalt um einen bestimmten Prozentsatz senken.[28]

Der Vorschlag sei mangels Offenlegung des sowjetischen Verteidigungshaushalts unrealistisch.

Außenminister Rusk erklärte generell, daß Präsident Kennedy sehr daran liege, die derzeit zwischen den USA und der Bundesrepublik schwebenden Fragen mit dem Herrn Bundeskanzler zu erörtern.[29]

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 5

403

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk

Z A 5-141.A/63 geheim **26. Oktober 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 26. Oktober 1963 um 17.30 Uhr in seiner Wohnung den amerikanischen Außenminister, Herrn Rusk, zu einem Gespräch, an dem Herr Ministerialdirektor Krapf und Herr Vortragender Legationsrat I. Klasse Dr. Hille sowie der amerikanische Botschafter McGhee teilnahmen.

Herr *Rusk* sagte zunächst, daß er sowohl deutschen wie amerikanischen Pressevertretern gegenüber gesagt habe, der Zweck seiner Reise in die Bundesrepublik bestehe vor allem in der Teilnahme an der Konferenz der Missionschefs[2] sowie an den Feierlichkeiten anläßlich der Einweihung des Marshall-

[28] Mit Drahtbericht vom 4. Oktober 1963 informierte Botschafter von Braun, New York (UNO), über ein Sondierungsgespräch des britischen Außenministers Lord Home mit dem sowjetischen Außenminister am 3. Oktober 1963: „Besonders nachdrücklich habe Gromyko von der Kürzung der Militärbudgets gesprochen. Hierauf lege die Sowjetregierung großen Wert. Er habe dies mit soviel Betonung vorgebracht, daß die Engländer in der Diskussion den Eindruck gewannen, die Furcht vor ständig unkontrollierbar zunehmenden Militärausgaben sei das Hauptmotiv des sowjetischen Wunsches nach Abrüstung." Vgl. Abteilung V (V 1), VS-Bd. 187; B 150, Aktenkopien 1963.
Zum während der Monate August/September 1963 vorgetragenen Vorschlag der UdSSR, die Rüstungshaushalte einzufrieren, vgl. Dok. 269, Anm. 7, sowie Dok. 367, Anm. 17.

[29] Ministerialdirigent Osterheld vermerkte am 1. November 1963 handschriftlich: „Im Anschluß an das ob[en] wiedergegebene Gespräch bat Herr Rusk den Herrn B[undes]k[anzler], noch ein paar Worte ohne Teilnehmer (St[aats]S[ekretär] Westrick, ich) u[nd] ohne Dolmetscher sagen zu können. Der Herr B[undes]k[anzler] stimmte zu. Dieser Teil des Gesprächs dauerte etwa 5 Minuten."

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Krapf am 28. Oktober 1963 gefertigt. Hat Bundesminister Schröder am 18. November 1963 vorgelegen.

[2] Zur Konferenz der in Europa akkreditierten amerikanischen Botschafter vom 24. bis 28. Oktober 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 1666. Vgl. ferner die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 4. September 1963; Referat II A 6, Bd. 26.

Denkmales in Frankfurt.[3] Die Kürze seines Besuches werde keine Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen bieten. Die derzeit schwebenden Fragen sollten nicht übertrieben werden, doch beabsichtige er, in seiner Rede in Frankfurt[4] auf einige Punkte einzugehen. Er werde darauf hinweisen, daß das Gerede von einer Verminderung der Streitkräfte Unsinn sei und das Manöver Big Lift[5] keinerlei Vorbereitung für einen solchen Truppenabzug darstelle. In seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler[6] habe er des längeren über die Reaktion der öffentlichen Meinung in Deutschland gesprochen und einige Punkte im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Besuch in Washington[7] erörtert.
Herr Rusk erwähnte, daß Herr Ball am 11. November nach Bonn kommen werde.[8] Er bemerkte ferner, daß er selbst in der Zeit vom 21. bis zum 27. November in Japan sein werde, um an einer gemeinsamen Arbeitstagung amerikanischer und japanischer Kabinettsmitglieder teilzunehmen. Er bedaure, daß er während der Anwesenheit des Bundeskanzlers von Washington abwesend sein werde.

Er habe auch Dr. Adenauer einen kurzen Besuch abgestattet. Was die Probleme angehe, die sich möglicherweise im Zusammenhang mit ihm ergeben könnten, sollte man sich darüber abstimmen, wie man sich verhalten sollte. Dr. Adenauer habe von seiner Vorstellung gesprochen, daß die NATO die Frage der Wirtschaftslage in der Sowjetunion und der Handelsbeziehungen mit dem Ostblock prüfen sollte. Insbesondere sei es ihm um die Frage der Kreditgewährung gegangen. Er habe den Wunsch geäußert, ihm (Rusk) ein Papier mit einigem Material und seinen Vorstellungen zukommen zu lassen.[9] Außenminister Rusk sagte, er hielte es für nützlich, wenn zwischen dem Bundeskanzler, dem Bundesminister des Auswärtigen und ihm selbst Einverständnis darüber bestehe, wie man diese Dinge behandeln sollte, um sicherzustellen, daß keine Komplikationen entstünden.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er habe nach seiner Rückkehr aus Den Haag[10] einen Brief von Dr. Adenauer vorgefunden, den er Herrn Rusk zur

[3] Zur Einweihung des Denkmals für den ehemaligen amerikanischen Außenminister Marshall am 27. Oktober 1963 in Frankfurt vgl. BULLETIN 1963, S. 1677–1684.

[4] Zur Rede vom 27. Oktober 1963 vgl. Dok. 398, Anm. 14.

[5] Vgl. dazu Dok. 396, Anm. 38.

[6] Vgl. Dok. 402.

[7] Zu dem für den 25./26. November 1963 geplanten Besuch vgl. Dok. 393, Anm. 25.

[8] Zum Gespräch des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium mit Staatssekretär Carstens am 11. November 1963 vgl. Dok. 411.
Zum Gespräch mit Bundeskanzler Erhard vgl. Dok. 412.

[9] Der ehemalige Bundeskanzler empfing den amerikanischen Außenminister am 25. Oktober 1963. Adenauer erwähnte den Verkauf von Weizen an die UdSSR und kündigte an, er wolle „dem Außenminister in Kürze eine Denkschrift mit Zahlenmaterial überreichen, die dieser sorgfältig lesen möge, ohne sich davon beeinflussen zu lassen, daß die Bundesrepublik an der Spitze der Länder stehe, die mit der Sowjetunion Handel trieben". Adenauer führte im folgenden die Gründe an, die seines Erachtens zu einer Lebensmittelknappheit in der UdSSR führten, und äußerte die Ansicht, „daß es möglich sei, die Sowjetunion dazu zu bringen, durch Taten und nicht nur durch Worte zu beweisen, daß sie ihre Politik geändert habe". Für die Gesprächsaufzeichnung der Dolmetscherin Thoenes vom 30. Oktober 1963 vgl. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand II/106; B 150, Aktenkopien 1963.

[10] Zur Tagung des WEU-Ministerrats am 25./26. Oktober 1963 in Den Haag, an der Bundesminister Schröder teilnahm, vgl. das Kommuniqué vom 26. Oktober 1963; EUROPA-ARCHIV 1963, D 586.

Kenntnis brachte. Er habe im Laufe des Nachmittags mit Dr. Adenauer telefoniert und ihm die Unterstützung des Auswärtigen Amts bei der Zusammenstellung des in dem Schreiben erwähnten Materials angeboten. Er sei so mit ihm verblieben, daß Dr. Adenauer das erwähnte Schreiben bis Montag, den 28. Oktober, an ihn leite mit der Bitte um Weitergabe an die Amerikaner.[11] Da Dr. Adenauer in seinem Brief mitgeteilt habe, er müsse das Material selbst zusammenstellen, habe er es nur für richtig gehalten, ihm die Hilfe des Auswärtigen Amts anzubieten.

Außenminister *Rusk* betonte, daß die amerikanische Regierung offizielle Kontakte nur mit der Bundesregierung aufrechterhalte. Wenn Dr. Adenauer der amerikanischen Regierung irgendetwas zukommen lassen wolle, dann würde die Bundesregierung selbstverständlich darüber informiert werden.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er sehe die Dinge genauso.

Botschafter *McGhee* bemerkte, daß er beabsichtige, von Zeit zu Zeit mit Dr. Adenauer zusammenzutreffen.[12]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1389

Vgl. dazu auch den Runderlaß des Staatssekretärs Lahr vom 27. Oktober 1963; Referat I A 1, Bd. 443.

[11] In der Aufzeichnung des ehemaligen Bundeskanzlers vom 28. Oktober 1963 wurden die Außen- und Wirtschaftspolitik der UdSSR analysiert. Da die sowjetische Wirtschaft sich in der bisher schwersten Krise befinde, könne die UdSSR ihre gesteckten Ziele nicht erfüllen. Nach seiner Überzeugung bedeutete „es geradezu Selbstmord, wenn der Westen Sowjetrußland hilft, aus seinen Kalamitäten herauszukommen, ehe Sowjetrußland greifbare Beweise der Änderung seiner bisherigen Politik mit Bezug auf Europa (Westeuropa) und die Vereinigten Staaten gegeben hat". Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8468; B 150, Aktenkopien 1963.
Adenauer sandte diese Aufzeichnung am 28. Oktober 1963 an Bundesminister Schröder mit der Bitte um Weiterleitung an den amerikanischen Außenminister.
Auf dem Anschreiben vermerkte Schröder handschriftlich für seinen Persönlichen Referenten, Simon: „1) Es ist nicht ganz eindeutig, ob der frühere B[undes]K[anzler] unmittelbar an Rusk bzw. US-Botschafter in Bonn geschrieben hat. Ich möchte das letztere annehmen. 2) Wenn wir dieses Ex[emplar] behalten können, sollte St[aatssekretär] II (evtl. St[aatssekretär] I) Kenntnis nehmen. 3) Dank an K[onrad] A[denauer]. 4) W[ieder]v[orlage] n[ach] R[ücksprache]."
Zu den Ansichten des ehemaligen Bundeskanzlers zur wirtschaftlichen Lage in der UdSSR vgl. bereits Dok. 355.

[12] Am 29. Oktober 1963 übergab der ehemalige Bundeskanzler dem amerikanischen Botschafter McGhee das angekündigte Material mit dem Hinweis: „Er habe immer gehofft, daß die russische Frage auf wirtschaftlichem Wege angegangen werde, und er habe es immer als etwas unglücklich betrachtet, daß unsere eigene Botschaft die wirtschaftlichen Dinge zu wenig beachte." Anschließend wandte sich das Gespräch den Beziehungen zwischen Frankreich, den USA und der Bundesrepublik zu. Adenauer betonte, ein gutes Verhältnis zwischen Frankreich und der Bundesrepublik liege im Interesse der USA, denn „wenn Deutschland dem Kommunismus anheimfalle, so sei er gleichzeitig in Frankreich und Italien. Der dann entstandene Block Sowjetunion–Deutschland–Frankreich–Italien sei stärker als die USA, und dies eben sei das Ziel der Sowjetunion, damit sie ein übermächtiges Gegengewicht zu den USA sowie zu Rotchina bilden könnte." Die USA hätten gegenüber dem französischen Staatspräsidenten zwei gravierende Fehler begangen: „Erstens habe de Gaulle nukleare Waffen haben wollen, um den nationalen Stolz der Armee zu befriedigen und die Armee dadurch wieder für sich zu gewinnen ... Der zweite Fehler sei gewesen, daß man Großbritannien, nicht aber Frankreich Polaris U-Boote angeboten habe." Demgegenüber hob McGhee hervor, daß die USA auf den deutsch-französischen Vertrag „ungünstig" reagiert hätten, da die Unterzeichnung zeitlich mit der Pressekonferenz von de Gaulle zusammengetroffen sei, die USA nicht zu den Beratungen herangezogen worden seien und bilaterale Verpflichtungen den multilateralen übergeordnet zu werden schienen. Vgl. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand II/106; B 150, Aktenkopien 1963.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er habe Verständnis für die Lage, in der sich Dr. Adenauer jetzt befinde, und werde sein Bestes versuchen, um ihn informiert zu halten.

Außenminister *Rusk* wiederholte sodann, daß er in seiner Frankfurter Rede auf einige aktuelle Themen eingehen und dazu ein paar klärende Worte sagen wolle. Er zeigte dem Herrn Bundesminister die entsprechenden Stellen seines Redemanuskripts, bat aber um vertrauliche Behandlung, da es sehr unerwünscht wäre, wenn bekannt würde, daß er mit dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Bundesminister über diese Dinge schon vorher gesprochen habe.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß es dem amerikanischen Außenminister vielleicht nicht entgangen sei, daß weder er selbst noch das Auswärtige Amt im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen irgendein Wort der Besorgnis geäußert habe. Er habe sich auf das verlassen, was ihm Präsident Kennedy selbst gesagt habe.[13] Bei jenem Gespräch sei auch Botschafter McGhee anwesend gewesen. In jener Unterredung sei davon die Rede gewesen, daß in Spanien, im Vereinigten Königreich und in Frankreich gewisse Streitkräfte der Amerikaner vermindert werden sollten. Es seien zwei konkrete Zahlen genannt worden, die eine 7 v. H., wobei nicht ganz klar gewesen sei, um welche 7 v. H.[14] es sich gehandelt habe. Die andere konkrete Zahl sei 18000 Mann gewesen. Er selbst habe nicht den geringsten Zweifel daran gehabt, daß sich die amerikanische Haltung nicht geändert habe. In diesem Lichte habe er auch die Erklärung von Gilpatric[15] gesehen. Er sei nicht einen Augenblick lang nervös geworden, denn er habe nun einmal die Angewohnheit, sich auf das zu verlassen, was ihm der amerikanische Präsident oder der amerikanische Außenminister gesagt hätten. Präsident Kennedy habe außerdem in jenem Gespräch darauf hingewiesen, daß vor einer endgültigen Entscheidung alle Bewegungen hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und ihrer Möglichkeit erörtert würden und daß man auch zusammen darüber spräche, wie die Öffentlichkeit zu unterrichten sei, da gerade diesem Punkt eine besondere Bedeutung zukomme. Der Herr Bundesminister betonte noch einmal, daß er sich auf diese Äußerungen von Präsident Kennedy absolut verlassen habe.

Außenminister *Rusk* teilte vertraulich mit, daß sowohl Präsident Kennedy wie er selbst die Äußerung Gilpatrics erst aus der Presse erfahren hätten. Gilpatric habe aber von den weltweiten Verpflichtungen der Vereinigten Staaten gesprochen.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß drei Dinge geschehen seien. Zunächst habe Herr Gilpatric seine Erklärung abgegeben, aus der die Presse nur die eine bekannte Stelle herausgegriffen habe. Dann sei das Manöver Big Lift durchgeführt worden. Schließlich habe der frühere Präsident Eisenhower in der Saturday Evening Post[16] gesagt, daß eine amerikanische Division in Europa genüge, um die amerikanische Flagge hochzuhalten. Eisenhower sei

[13] Zum Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten vom 24. September 1963 vgl. Dok. 361.

[14] Korrigiert aus: „7 v. H. wovon".

[15] Zur Rede des Staatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministerium am 19. Oktober 1963 in Chicago vgl. Dok. 396, Anm. 34.

[16] Vgl. Dok. 396, Anm. 33.

für die Deutschen eine Art Idol, und so erkläre es sich vielleicht, daß seine Äußerung die geringste Aufmerksamkeit gefunden habe und er nicht angegriffen worden sei.

Außenminister *Rusk* sagte, er habe in einem Informationsgespräch mit der deutschen Presse auf die weltweite Verantwortung der Vereinigten Staaten von Amerika hingewiesen und sie darauf aufmerksam gemacht, daß die Vereinigten Staaten, die 42 Verbündete hätten, in größeren Räumen denken müßten. Er habe aber auch darauf hingewiesen, daß sich die amerikanische Politik in Europa nicht geändert habe.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er halte es für gut, daß der Außenminister dies gesagt habe, da derartige Erklärungen nicht oft genug wiederholt werden könnten. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die ständige Wiederholung der französischen Äußerungen, wonach die Amerikaner früher oder später Europa den Rücken kehren würden[17], eine gewisse Wirkung habe. Wenn nun der Eindruck erweckt würde, als ob die Franzosen wirklich recht hätten, wäre dies sehr schlecht. Deswegen müsse man immer dagegen einzuwirken versuchen.

Außenminister *Rusk* erinnerte daran, daß die Amerikaner in ihrem Kampf gegen den Kommunismus seit 1945 mehr als 100000 Mann Verluste gehabt haben. Wenn sich nun der Eindruck verbreite, als ob Europa den Vereinigten Staaten mit Mißtrauen begegne, so werde dies in der amerikanischen Öffentlichkeit eine negative Reaktion finden.

Er habe auch den Herren von der Presse gesagt, daß die Vereinigten Staaten für ihre Ziele und Ideale bereits einen sehr hohen Preis mit dem Blut ihrer Soldaten bezahlt hätten.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er weise auf diesen Gesichtspunkt auch immer besonders hin.

Außenminister *Rusk* erwähnte weiter, er habe auf die Tatsache hingewiesen, daß man in Bonn auf den Abzug von 600 Soldaten sehr empfindlich reagiert habe[18], während auf die Verminderung der französischen Streitkräfte um 200000 Mann[19] keinerlei Reaktion erfolgt sei. Man könne nicht wie Buddha immer nur den eigenen Nabel als den Mittelpunkt der Welt betrachten.

Der Herr *Bundesminister* gab sodann einen kurzen Überblick über die Sitzung des Minsterrats der WEU. Die letzte Ministerratssitzung habe am 10. April 1962 in London[20] stattgefunden. Dann seien die Ereignisse im Januar dieses Jahres[21] eingetreten, und seit dieser Zeit habe er sich bemüht, die Dinge wieder etwas in Gang zu bringen. So sei es auch nicht zuletzt einer gewissen deutschen Initiative zu verdanken gewesen, daß die Ministerratssitzungen wieder regulär aufgenommen worden seien. Es sei auch vorgesehen, daß sie

[17] Vgl. dazu bereits Dok. 354. Zu entsprechenden Äußerungen des französischen Staatspräsidenten gegenüber Bundeskanzler Erhard am 21. November 1963 vgl. Dok. 423.

[18] Zur deutschen Reaktion vgl. Dok. 290 und Dok. 348.

[19] Zur Reduzierung der französischen Streitkräfte vgl. Dok. 349, Anm. 16.

[20] Themen der Tagung des WEU-Ministerrats am 10. April 1962 waren Abrüstung, Kernwaffenversuche sowie die Frage Niederländisch-Neuguineas. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1962, D 258–263.

[21] Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21. Zum Scheitern eines britischen Beitritts zur EWG am 28./29. Januar 1963 vgl. Dok. 60.

nun wieder regelmäßig alle drei Monate stattfinden sollten. Die Tagesordnung sehe die Erörterung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Europa mit dem Ziele vor zu verhindern, daß diese Entwicklung in divergierender Richtung verlaufe. An der Konferenz im Haag habe auch zum ersten Mal der neue britische Außenminister Butler[22] teilgenommen. Butler habe ihn gebeten, Herrn Rusk zu sagen, er würde sich freuen, wenn er auf dem Rückweg in London Halt machen könne. Am Vorabend des ersten Konferenztages seien Couve und Butler zusammengetroffen. Er selbst sei während des ersten Konferenztages von Butler zum Frühstück eingeladen gewesen, bei welcher Gelegenheit ihm Butler gesagt habe, er sehe in der Einladung Couves den Beweis einer gewissen Courtoisie, doch habe Couve in den entscheidenden Fragen der NATO und der europäischen Politik viele Worte gemacht, ohne aber irgendetwas Positives oder in der Substanz Neues zu sagen.

Außenminister *Rusk* sagte, er habe ursprünglich auch daran gedacht, nach London zu gehen, wolle aber doch nicht den Eindruck eines überstürzten Besuches erwecken. Er werde nicht nach London gehen, weil er bereits am 28. Oktober einer Senatsdebatte über die Auslandshilfe[23] beiwohnen müsse.

Der Herr *Bundesminister* erwähnte, daß Butler offensichtlich daran interessiert sei, seine Kontakte sobald wie möglich herzustellen und zu vertiefen, und daß er ihn deshalb auch nach Bonn eingeladen habe.
Auf die Konferenz im Haag zurückkommend, führte der Herr Bundesminister aus, daß am ersten Tag die politischen Fragen und besonders das West-Ost-Verhältnis erörtert worden seien. Butler habe eine sehr gute Erklärung abgegeben[24], die ganz auf der Linie Lord Homes gelegen sei. Butler sei dafür eingetreten, daß die Kontakte und Gespräche mit den Sowjets fortgesetzt werden sollten, allerdings unter der Voraussetzung, daß die westliche Einheit und Stärke gewahrt blieben. Er selbst habe als nächster Sprecher Butler unterstützt.[25] Im weiteren Verlauf der Aussprache habe Couve das Wort ergriffen und zunächst einen geschichtlichen Überblick gegeben, beginnend mit der Genfer Gipfelkonferenz von 1955[26], dem Treffen in Camp David[27], der fehlge-

[22] Zum Regierungswechsel in Großbritannien vgl. Dok. 389, Anm. 3.

[23] Vgl. dazu CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 109, S. 20337–20352.

[24] Zur Erklärung des britischen Außenministers am 25. Oktober 1963 auf der Ministerratstagung der WEU hielt Staatssekretär Lahr fest, Butler habe darauf hingewiesen, daß sich zwar „keinerlei fundamentale Änderung in den grundsätzlichen sowjetischen Zielen zeige", er es aber dennoch für erforderlich halte, den Dialog mit der UdSSR fortzusetzen. Es müsse nach „Möglichkeiten peripherer Entspannung" gesucht werden, denn „nach britischer Auffassung könnten auch in dem unverändert weiterbestehenden Deutschland- und Berlin-Problem Fortschritte erst gemacht werden, wenn vorher die Atmosphäre durch Absprachen peripherer Art entspannt sei". Vgl. den Runderlaß des Staatssekretärs Lahr vom 27. Oktober 1963; Referat I A 1, Bd. 443.

[25] Bundesminister Schröder „stellte hierzu noch einmal den bekannten deutschen Standpunkt dar und wies insbesondere auf die Gefahr hin, daß sich in der öffentlichen Meinung des Westens ein falsches Sicherheitsgefühl breitmachen könne. Den Bemühungen um weitere Bereiche einer möglichen Entspannung müsse eine langfristige Perspektive zugrundegelegt werden. Unter dieser Voraussetzung könnten periphere Entspannungsmaßnahmen von Nutzen sein." Vgl. den Runderlaß des Staatssekretärs Lahr vom 27. Oktober 1963; Referat I A 1, Bd. 443.

[26] Vgl. dazu Dok. 116, Anm. 24.

[27] Zum Treffen zwischen Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Eisenhower am 26./27. September 1959 vgl. Dok. 216, Anm. 25.

schlagenen Gipfelkonferenz in Paris[28], und sei dann zu der Schlußfolgerung gelangt, daß der Westen von sich aus nichts unternehmen solle, vielmehr warten müßte, ob die Sowjets nichts von sich aus täten. Die französische Position habe sich also in keiner Weise geändert.[29] An weiteren Themen seien die Beziehungen zu Lateinamerika behandelt worden, wobei besonders die Notwendigkeit einer Abstimmung mit den Vereinigten Staaten betont worden sei, sodann der Nahe Osten und die sich aus der Schaffung Malaysias ergebenden Probleme.

Am zweiten Tag sei über die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes gesprochen worden, besonders auf landwirtschaftlichem Gebiet. Butler habe eine Erklärung über die britische Landwirtschaftspolitik abgegeben. Er selbst habe über die Kennedy-Runde[30] gesprochen. Butler habe in außerordentlich starken Worten den britischen Wunsch nach einer möglichst intensiven Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und den Staaten des Gemeinsamen Marktes hervorgehoben und betont, daß die Engländer sich als Europäer betrachteten.[31] Er selbst habe einen sehr positiven Eindruck von den englischen Darlegungen gewonnen. Die Franzosen seien demgegenüber zurückhaltender gewesen und hätten am zweiten Tag nicht viel gesagt. Couve habe ihm später gesagt, die französische Regierung sei etwas in Sorge, daß sich die deutsche Position auf dem landwirtschaftlichen Sektor verhärtet habe. Er selbst habe in seiner Antwort auf die diesbezüglichen Stellen der Regierungserklärung[32] verwiesen. Er selbst glaube, daß es bei den Getreidepreisen[33] und bei der Verordnung für Milch und Fett[34] noch große Schwierigkeiten geben werde.

Außenminister *Rusk* erwähnte sodann Couves jüngsten Besuch in Washington[35] und bemerkte, daß sich dabei nichts von besonderem Interesse ergeben habe. Was Couve gesagt habe, sei im allgemeinen nur an der Oberfläche ge-

[28] Am 1. Mai 1960 wurde ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug vom Typ U-2 über der UdSSR abgeschossen. Die UdSSR nutzte dies als Vorwand für den Abbruch der Pariser Gipfelkonferenz vom 16./17. Mai 1960 und als Begründung für das Nichtzustandekommen des für den Sommer 1960 geplanten Besuchs des amerikanischen Präsidenten Eisenhower in der UdSSR.

[29] Dazu bemerkte Staatssekretär Lahr: „Die Stellungnahme des französischen Außenministers Couve de Murville zu den angeschnittenen Fragen zeigte, daß die französische Haltung zum Nutzen der Entspannungsbemühungen unverändert skeptisch ist. Die Verhandlungen erstrecken sich nach Auffassung der französischen Regierung nicht auf die Themen, die wirklich zwischen Ost und West verhandelt werden müßten. Die Maßnahmen, die man derzeit im Auge habe, könnten nur zu einer Neutralisierung Mitteleuropas und insbesondere Deutschlands führen, die Frankreich entschieden ablehne." Vgl. den Runderlaß des Staatssekretärs Lahr vom 27. Oktober 1963; Referat I A 1, Bd. 443.
Zur französischen Haltung zu den Sondierungsgesprächen vgl. bereits Dok. 334, Anm. 19, und Dok. 344.

[30] Vgl. dazu Dok. 115, Anm. 10.

[31] Vgl. dazu den Runderlaß des Staatssekretärs Lahr vom 27. Oktober 1963; Referat I A 1, Bd. 443.

[32] Zur Erklärung des Bundeskanzlers Erhard am 18. Oktober vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 4192–4208.

[33] Zum Getreidepreis in der EWG vgl. weiter Dok. 421.

[34] Zur Marktordnung für Milch und Milcherzeugnisse, die am 1. Juli 1964 in Kraft trat, vgl. SIEBENTER GESAMTBERICHT (1964), S. 190–193.
Vgl. dazu weiter Dok. 461.

[35] Zum Besuch des französischen Außenministers Couve de Murville am 7./8. Oktober 1963 in den USA vgl. Dok. 389, Anm. 20.

blieben. Ob er aus nur formellen oder ernsthafteren Gründen nach Washington gekommen sei, sei schwierig festzustellen. Die nukleare Frage habe er mit keinem einzigen Wort angeschnitten. Allerdings habe er von der angeblichen Konkurrenz zwischen Paris und Washington um die Gunst Bonns gesprochen. Er sei der Auffassung gewesen, daß die Amerikaner versuchten, die französische Position in Bonn zu unterhöhlen. Er selbst habe ihm darauf geantwortet, daß er hier keinerlei Schwierigkeiten sehe, denn die Amerikaner hätten eine deutsch-französische Aussöhnung immer unterstützt. Andererseits käme aber Bonn in eine höchst peinliche Lage, wenn Paris und Washington Bonn mit der Notwendigkeit einer Wahl konfrontieren würden. Es sei deutlich geworden, daß Paris etwas nervös sei, was die Beziehungen in dem Dreieck Paris-Bonn-Washington angehe. Für die amerikanische Regierung sei eine derartige Vorstellung eine Fiktion und eine völlig falsche Sicht.

Der Herr *Bundesminister* sagte, es sei töricht, von einer Wahl zwischen Paris und Washington zu sprechen. In der Präambel zu dem deutsch-französischen Abkommen[36] werde ausdrücklich gesagt, daß dieses Abkommen im Rahmen der multilateralen Bindungen und Verpflichtungen der Bundesrepublik gesehen werden müsse. Was die europäische Politik angehe, so gingen die deutschen und die französischen Ideale auseinander. Auch das amerikanisch-deutsche Verhältnis sei in die NATO-Allianz eingebettet, zu der auch die Franzosen gehörten. Die Bundesrepublik könne gar keine Entscheidungen treffen, die über den Rahmen der NATO hinausgingen. Das gleiche gelte für die europäische Politik, wobei keine Entscheidungen getroffen werden könnten, die über den Rahmen der EWG hinausgingen. Allerdings sei man für den Beitritt Großbritanniens und die Schaffung einer politischen Union. Er selbst glaube auch nicht, daß man überhaupt eine Wahl habe. Wählen könne man nur, wenn einem etwas angeboten werde. Ihm selbst sei nicht bekannt, daß die Franzosen irgendetwas angeboten hätten, was besonders für das Gebiet der Verteidigung gelte. Er glaube auch nicht, daß die Franzosen jemals eine Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet vorgeschlagen hätten.

Außenminister *Rusk* sagte, die Franzosen argumentierten zwar, daß die NATO die während der letzten Jahre eingetretenen Veränderungen nicht berücksichtige und wiedergebe[37], daß die Franzosen selbst aber keinerlei Vorschläge für die Reorganisation der NATO unterbreitet hätten. Deswegen habe er ihnen auch gesagt, daß sie bis zu einer solchen Neuorganisation die NATO unterstützen sollten.

Der Herr *Bundesminister* sagte, die französische Politik sowohl in der europäischen Frage wie in der Verteidigungsfrage werde noch eine gewisse Zeit brauchen, bis sie den Punkt erreicht habe, an dem die Franzosen glaubten, in einer besseren und stärkeren Verhandlungsposition zu sein.

Außenminister *Rusk* erwähnte sodann, daß er mit Herrn Acheson gesprochen habe. Er sei dem Herrn Bundesminister dafür dankbar, daß er Acheson gegen-

[36] Zur Präambel zum Ratifizierungsgesetz vgl. Dok. 143, Anm. 3 und Anm. 8.

[37] Vgl. dazu auch die Äußerungen des Staatssekretärs im französischen Außenministerium, Habib-Deloncle, vom 23. September 1963; Dok. 361, Anm. 40.

über gesagt habe[38], die Bundesrepublik wolle nicht einem Bund von Zwergen beitreten, wenn sie Partner eines Riesen werden könne. Dies sei sehr wichtig gewesen, denn ursprünglich sei Acheson gegenüber der MLF sehr skeptisch gewesen[39], doch unterstütze er nunmehr diese Idee.

Der Herr *Bundesminister* unterrichtete den amerikanischen Außenminister sodann über den letzten Stand der Bemühungen um die Errichtung von Handelsvertretungen mit osteuropäischen Staaten.[40]

Außenminister *Rusk* erwähnte abschließend die jüngsten Autobahnzwischenfälle[41] und vertrat die Auffassung, daß sie auf der örtlichen Ebene ihren Ausgang genommen haben. Er glaube sicher zu sein, wenn er sage, daß Botschafter Dobrynin, Außenminister Gromyko und das Außenministerium in Moskau von der Sache zunächst nichts gewußt hätten. Deswegen halte er es auch für ausgeschlossen, daß es sich um eine von Chruschtschow unmittelbar kommende Initiative gehandelt habe.[42] Er erinnerte allerdings daran, daß ihm der rumänische Außenminister[43] in New York gesagte habe, es wäre nicht überraschend, wenn sich gewisse Zwischenfälle ereigneten, die einer Sondierung dienten. Er habe sich darüber aber nicht näher ausgelassen. Außenminister Rusk vertrat die Auffassung, daß diese Zwischenfälle möglicherweise im Zusammenhang mit der Spionagetätigkeit des stellvertretenden Pressechefs der NATO[44] stünden. Vielleicht wäre dies nicht einmal so schlecht, denn dann wüßten die Sowjets genau, woran sie wären. Es stehe jedenfalls fest, daß Gromyko die Angelegenheit sehr unangenehm gewesen sei. Er sei in Cincinnati[45] gewesen, als er einen Telefonanruf Gromykos aus New York erhalten habe, wobei ihm dieser versichert habe, die Sowjets wollten die bestehenden Verfah-

[38] Zum Gespräch vom 19. Oktober 1963 vgl. Dok. 394.

[39] Zur ursprünglich kritischen Haltung des ehemaligen amerikanischen Außenministers gegenüber der MLF vgl. auch die Aufzeichnung des Botschafters Knappstein, Washington, vom 8. November 1963 über NATO-Verteidigungs- und Organisationsfragen; Abteilung II (II 6), VS-Bd. 207; B 150, Aktenkopien 1963.

[40] Vgl. dazu Dok. 332, Dok. 370 und Dok. 411, Anm. 7.

[41] Zu den Vorfällen am 10./11. und 26. Oktober 1963 vgl. Dok. 398, Anm. 8.

[42] Am 28. Oktober 1963 hielt Ministerialdirektor Krapf über diesen Punkt des Gesprächs fest: „Herr Rusk sagte, daß er ursprünglich die Ansicht vertreten habe, daß der Beginn dieser Zwischenfälle auf örtliche Ursachen zurückzuführen sei und daß anschließend eine Gesichtsfrage und wahrscheinlich auch die Absicht, den Gegner zu testen, hinzugekommen sei. Jedenfalls sei er überzeugt, daß weder Dobrynin noch Gromyko etwas darüber wußten. Er glaube auch, daß Chruschtschow die Sache nicht angeordnet habe. Bei dem Zwischenfall mit den Briten sei er allerdings in seiner Ansicht etwas unsicher geworden. Wenn sich noch ein weiterer Zwischenfall ereigne, müsse er sie zurückziehen." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8476; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur amerikanischen Analyse der Motive für die Autobahnzwischenfälle vgl. auch die Aufzeichnung des Botschafters Knappstein, Washington, vom 8. November 1963; Abteilung II (II 6), VS-Bd. 207; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur französischen und britischen Analyse vgl. die Aufzeichnung des Leiters des Referats „Wiedervereinigung", Oncken, vom 13. November 1963; Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 64; B 150, Aktenkopien 1963.

[43] Corneliu Manescu.

[44] Am 10. August 1963 wurde Georges Paques wegen Spionage für die UdSSR verhaftet.

[45] Zur Rede des amerikanischen Außenministers am 12. Oktober 1963 in Cincinnati vgl. Dok. 398, Anm. 5.

ren nicht ändern, hätten aber geglaubt, daß die Amerikaner dies vorhätten. Außenminister Rusk sagte, die Amerikaner wollten die bestehenden Verfahren auch nicht ändern.

Die Unterredung endete gegen 18.30 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

404

Botschafter Blankenhorn, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-8057/63 geheim **Aufgabe: 28. Oktober 1963, 11.30 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1524 **Ankunft: 28. Oktober 1963, 11.35 Uhr**

General de Gaulle empfing mich am Sonnabend, den 26. Oktober vormittags, zu einer halbstündigen Abschiedsaudienz[1], an die sich ein Abschiedsfrühstück in größerem Kreise anschloß. In dieser Unterredung gab der General einleitend seinem großen Bedauern über meinen Weggang Ausdruck, wobei er zugleich in sehr herzlichen Worten meine fünfjährige Tätigkeit bei der französischen Republik würdigte. Daran anschließend brachte er die Sprache auf die europäische politische Union und sagte mir, daß im gegenwärtigen Augenblick wohl keine Chance für eine Wiederbelebung der früheren Pläne[2] bestehe. Die europäischen Länder lebten nebeneinander her. Frankreich habe nicht die Absicht, eine neue Initiative zu ergreifen, da diese sicher nur wieder mißverstanden oder Widerständen begegnen würde. Er erwarte auch nicht, daß eine solche Initiative von dem politisch schwachen Italien oder von Benelux ergriffen würde. Die letzten Äußerungen führender belgischer Politiker zeigten deutlich die dort vorherrschende negative Haltung.[3] Die europäische politische Union sei nur realisierbar, wenn man das Problem der europäischen militärischen Kooperation löse, und hierzu seien im gegenwärtigen

[1] Herbert Blankenhorn ging als Botschafter nach Italien. Zu seinem Antrittsbesuch vgl. Dok. 464.

[2] Zum Scheitern der Verhandlungen über eine europäische politische Union im April 1962 vgl. Dok. 136.
Zu den Bemühungen um ein politisches Zusammenwachsen Europas vgl. weiter Dok. 421 und Dok. 447.

[3] Von belgischer Seite wurde die im synchronisierten Arbeitsprogramm der EWG vorgesehene Fusion der Exekutiven sowie die Stärkung des europäischen Parlaments zurückhaltend beurteilt. Als auf der Tagung der Ständigen Vertreter am 22./23. April 1963 der deutsche Entwurf des Arbeitsprogramms vorgestellt wurde, bezeichnete der belgische Ständige Vertreter die beiden Schritte als „gegenwärtig verfrüht". Am 5. Juli 1963 machte Fayat darauf aufmerksam, daß eine Fusion bis zum Ende des Jahres 1963 „unrealistisch" sei. In diesem Sinne äußerte sich die belgische Seite auch auf der Sitzung des EWG-Ministerrats am 30. Juli 1963. Vgl. die Drahtberichte des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 25. April und 5. Juli 1963 sowie die Aufzeichnung des Referats „Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit" vom Juli 1963; Ministerbüro, Bd. 209.
Vgl. dazu weiter Dok. 428, Anm. 8.

Augenblick auch von deutscher Seite keinerlei Ansätze sichtbar.[4] So beschränke sich in der gegenwärtigen Phase die Auseinandersetzung um den Inhalt der amerikanischen strategischen Absichten, bei denen er nach wie vor die notwendige Klarheit vermisse.

Gegen Ende des Gesprächs, in dem der General wieder einen besonders herzlichen Ton fand, stellte er mir plötzlich die Frage, welche Gründe eigentlich der Anlaß zu meiner Versetzung seien. Ich brauche diese Frage nicht zu beantworten. Sie interessiere ihn aber, weil er meinen Weggang in diesem Augenblick ganz besonders bedauere, da man sich an meine Arbeitsweise nun einmal sehr gewöhnt habe. Ich antwortete dem General, daß ich nunmehr acht Jahre in Frankreich tätig gewesen sei. Wie er wisse, drei Jahre als deutscher Vertreter bei NATO und fünf Jahre als Botschafter bei der französischen Republik. Sicherlich habe meine Regierung den Wunsch gehabt, mir nach so langer Zeit einen neuen Auftrag zu geben.

[gez.] Blankenhorn

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 130

[4] Am 28. Oktober 1963 antwortete Ministerialdirektor Jansen: „Der Bericht über das Gespräch mit Präsident de Gaulle anläßlich Ihres Abschiedsbesuchs hat hier sehr interessiert. Bemerkenswert sind namentlich die skeptischen Ausführungen des Generals zu den Aussichten für eine Wiederbelebung des Gedankens einer europäischen politischen Union. Neu erscheint die Auffassung, daß die europäische politische Union nur realisierbar sei, wenn man das Problem der europäischen militärischen Kooperation löse. Bisher ging die französische These immer dahin, es müsse eine Form der engeren politischen Zusammenarbeit der Sechs gefunden werden. Diese stelle die unabdingbare Voraussetzung für die militärische Zusammenarbeit dar. Solange die politische Union nicht verwirklicht sei, müsse Frankreich deshalb insbesondere seine nukleare Verteidigung national aufbauen. Wir hatten auch in den Konsultationsgesprächen mit Lucet bisher nicht den Eindruck, die Franzosen machten die Lösung des Problems der militärischen Kooperation zur Voraussetzung für die politische Union. Vielmehr wurde deren Bildung als conditio sine qua non für eine gemeinsame Verteidigung Europas bezeichnet." Dazu stellte Blankenhorn in einem Drahtbericht vom 30. Oktober 1963 fest, daß sich die Gedanken des französischen Staatspräsidenten „auf der Linie seines kontinental-europäischen, militärischen Bündnissystems, das auf die Dauer die NATO ersetzen soll", bewegten und daher nichts „wesentlich Neues" zum Ausdruck gebracht wurde. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 130; B 150, Aktenkopien 1963.

405

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Monnet, Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa

Z A 5-140.A/63 **30. Oktober 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 30. Oktober 1963 um 15 Uhr Herrn Monnet zu einem Gespräch. In seiner Begleitung befand sich Herr Kohnstamm. An der Unterredung nahmen ferner Herr Staatssekretär Dr. Westrick und Herr Ministerialdirigent Dr. Osterheld teil.

Zu Beginn der Unterredung wurde simultan gedolmetscht. Im weiteren Verlauf des Gesprächs äußerte der Herr *Bundeskanzler*, seine bevorstehende Unterredung mit General de Gaulle[2] sei eine heikle Aufgabe, zumal angesichts der herannahenden „Kennedy-Runde"[3]. Außenminister Rusk habe in Frankfurt[4] sehr zutreffend die Frage gestellt, wer Europa sei, wer für Europa spreche. Amerika freue sich über die Freundschaft mit Deutschland, verhandle aber lieber noch mit einem Partner Europa.

Herr *Monnet* erwiderte, es gehe um zwei grundsätzliche Fragen:
1) Die graduelle Umformung der europäischen Institutionen in eine demokratische Organisation.[5]
2) Die Kennedy-Runde und die Frage, wie man in sie eintreten wolle.
Zu der ersten Frage führte Herr Monnet aus, die Umformung müsse Schritt für Schritt vor sich gehen. Man müsse dabei jedoch von Bestehendem ausgehen, das Bestehende zu verbessern trachten. Die eigentliche Schwierigkeit bei dieser Umformung sei die Konzeption de Gaulles[6], denn Gaullismus sei gleich Nationalismus. Seiner Auffassung nach müsse man auf praktischer Ebene etwas unternehmen und die prinzipiellen Fragen zunächst beiseite lassen.

Ein solches praktisches Problem stelle sich in der Kennedy-Runde: die Landwirtschaft. Hier ergebe sich die Möglichkeit, über die Landwirtschaft die Frage der europäischen Organisation indirekt und mit den USA gemeinsam zu berühren und auf praktischer Ebene einen spektakulären Erfolg zu erzielen.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von der Dolmetscherin Siebourg am 6. November 1963 gefertigt.
Hat dem Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 6. November 1963 vorgelegen.

[2] Für die Gespräche vom 21. November 1963 vgl. Dok. 421 und Dok. 423.

[3] Vgl. dazu Dok. 115, Anm. 10.

[4] Zur Rede vom 27. Oktober 1963 vgl. Dok. 398, Anm. 14.

[5] Das synchronisierte Arbeitsprogramm vom 9. Mai 1963 sah eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments vor.
Am 16. September 1963 nahm das Europäische Parlament eine Entschließung an, in der ihm ein größeres Mitspracherecht bei Abkommen der Gemeinschaft mit dritten Staaten zugestanden wurde. Vgl. dazu das Protokoll der 110. Tagung des EWG-Ministerrats vom 23./24. September 1963; Referat I A 2/200, Bd. 754.

[6] Zur Europakonzeption des französischen Staatspräsidenten vgl. Dok. 217, Anm. 10.

In der Kennedy-Runde stellten sich wiederum zwei verschieden Fragen, in deren Zusammenhang die Landwirtschaft zu sehen sei:
1) Die Konsolidierung der Sechs.
2) Die Übereinkommen, die die Sechs mit der Außenwelt haben (USA, Commonwealth, Drittländer).

Die Frage des Beitritts Großbritanniens zur EWG[7] sei über der Landwirtschaft gescheitert. Die Kennedy-Runde dürfe nicht an demselben Problem zugrunde gehen. Um dieser Gefahr zu begegnen, müsse eine Initiative ergriffen werden, und zwar am besten von dem Herrn Bundeskanzler. Alle seien in irgendeiner Weise an der Kennedy-Runde interessiert. De Gaulle wolle die gemeinsame Landwirtschaftspolitik erreichen. Dem gegenüber stehe das deutsche Weizenproblem[8]. Die Amerikaner ihrerseits möchten sichergehen, daß sie sich einen ebenso großen Markt wie bisher in Deutschland sichern können. Die Verhandlungen, so wie man sie nun beginnen zu wollen scheine, könnten keinen Erfolg haben, weil man das Problem insgesamt zu lösen versuche. Aber auch hier müsse man Schritt für Schritt vorgehen, das Gesamtproblem auseinanderziehen und stückweise lösen.

Die USA wollen, führte Herr Monnet weiter aus, die Industriegüter und die Landwirtschaftsprodukte miteinander verknüpfen, um Konzessionen auf dem einen und auf dem anderen Gebiet gegeneinander austauschen zu können. Dies aber sei unmöglich, da es sich um zwei ganz verschiedene Dinge handle. Bei der Verhandlung über Industriegüter verhandle man über einen Zollsatz, und die Produzenten und die Konkurrenz bestimmten dann die Preise. Bei den landwirtschaftlichen Gütern sei das Problem im Gegensatz dazu keineswegs gelöst, wenn man sich über den Zollsatz geeinigt habe. Außer Kanada habe kein Land einen freien Landwirtschaftsmarkt, und auch nach einer Zollregelung müßten die Regierungen dann noch den Preis festlegen und Subventionen erteilen.

Als Lösung für dieses Problem schlug Herr Monnet vor, die Sechs und die USA sollten sich in der Kennedy-Runde auf eine Übergangszeit von drei bis vier Jahren einigen. Während dieser Zeit solle der Gemeinsame Markt Einfuhrgarantien für bestimmte Mengen amerikanischer Landwirtschaftsprodukte erteilen. Gleichzeitig könne man beginnen, über eine Herabsetzung der Zolltarife für Industriegüter zu verhandeln. Nach dem Ablauf der vier Jahre – mit den entsprechenden weiteren Beratungen und Erfahrungen – sähen die Regierungen dann sehr viel klarer, welche Linie sie mit der Landwirtschaft verfolgen möchten. Ergriffe der Herr Bundeskanzler eine solche Initiative, so habe sich damit zum ersten Mal jemand um eine Lösung des gesamten Landwirtschaftsproblems bemüht.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte hierauf, er sei mit diesen Gedanken vollkommen einverstanden, und Deutschland habe diese Politik auch seit Jahren verfolgt. Es bemühe sich, seinen Markt innerhalb der Grenzen seines Bedarfs so offen wie möglich zu halten. Wegen des Bestehens gewisser Kontingente seien die Exportländer durch Preisfluktuierungen nie beunruhigt. Anderer-

[7] Zum Scheitern eines britischen Beitritts zur EWG am 28./29. Januar 1963 vgl. Dok. 60.
[8] Zur Frage der Festlegung des Getreidepreises vgl. Dok. 412, besonders Anm. 8.

seits habe er die Zollsätze für Industrieprodukte früher um 45 v. H. gesenkt[9], ohne daß eine Gegenleistung erhalten oder erbeten worden sei.

Er habe immer wieder darauf hingewiesen, daß Europa mit einer gemeinsamen Landwirtschaftspolitik nicht auf eine Autarkie zustreben dürfe[10], zumal dies auch im Widerspruch zum Vertrag von Rom[11] stände. Er habe vorgeschlagen, präferenzgleiche Kontingente anzubieten, um die gegenwärtigen Marktbedingungen aufrechtzuerhalten. Seine französischen Gesprächspartner hätten davon aber nie etwas wissen wollen. Auch in Brüssel seien ähnliche Vorschläge nie angenommen worden. Über die Zollsenkungen für Industriegüter werde man sich in der EWG verhältnismäßig leicht einigen. Die landwirtschaftlichen Güter aber könne man wegen der Verzerrungen und Unterschiedlichkeiten von Land zu Land nicht mit ihnen auf eine Ebene setzen. Infolgedessen habe auch er bisher keinen besseren Gedanken finden können als das Programm von Herrn Monnet. Auch er sei überzeugt, daß die Amerikaner auf der Behandlung von landwirtschaftlichen Gütern jedoch bestehen werden.

Der Herr Bundeskanzler wies auf die Möglichkeit hin, daß die Amerikaner selbst eine Verschiebung der Kennedy-Runde als glücklich betrachten könnten, wegen des eventuell negativen Einflusses auf den Wahlkampf[12].

Herr *Monnet* erwiderte hierauf, der Wahlkampf werde sicherlich in der einen oder anderen Weise von den Verhandlungen beeinflußt. Andererseits sei er nicht der Auffassung, man müsse sich innerhalb der Sechs einigen, bevor man einen Schritt unternehme. Wenn der Herr Bundeskanzler davon überzeugt sei, daß er eine Initiative wie erläutert ergreifen müsse, solle er es General de Gaulle und Präsident Kennedy[13] während seiner Besuche mitteilen und nach Brüssel fahren, um seine Position dort vorzubringen und zu erläutern. General de Gaulle werde ihm in Brüssel sicherlich folgen müssen, denn ohne Deutschland könne er in internationalen Fragen nicht handeln. Ebenfalls möge der Herr Bundeskanzler auch seine Einstellung zur Großbritannien-Frage de Gaulle ruhig noch einmal mitteilen, denn auch hier könne er nicht ohne den Herrn Bundeskanzler handeln.

Bezüglich der Weizenpreise denke er, Deutschland brauche nicht herunterzugehen. Bei Preissteigerungen allerdings hege Frankreich immer Sorge vor inflationistischen Tendenzen.

In der Frage einer neuen Form, die es zu finden gelte, könne man allerdings erst nach den Wahlen in Großbritannien[14] handeln.

[9] Der Passus „habe er ... gesenkt" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „seien die Zollsätze für Industrieprodukte im vergangenen Jahr um 45 v. H. gesenkt worden".
Zur Zolltarif-Verordnung, die am 1. Januar 1962 in Kraft trat (Deutscher Zolltarif 1962), vgl. BT ANLAGEN, Bd. 76, Drucksache IV/49.

[10] Vgl. dazu auch das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, am 12. November 1963; Dok. 412.

[11] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

[12] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.
Zur amerikanischen Haltung zur Kennedy-Runde vgl. weiter Dok. 422, Anm. 9.

[13] Zu dem für den 25./26. November 1963 geplanten Besuch vgl. Dok. 393, Anm. 27.

[14] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte sich grundsätzlich einverstanden mit diesen Gedanken, da nun nach der Erreichung einer Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland[15] der Alltag beginne und all das ausgehandelt werden müsse, was bisher in den Hintergrund geschoben worden sei.

Die deutsche Landwirtschaft sei gefaßt auf eine Weizenpreissenkung, wolle jedoch keine Verluste erleiden.

Er verspreche sich sehr viel von General de Gaulles Besuch in den USA[16], der ihm vielleicht deutlich machen werde, daß er flexibler sein müsse. Dennoch sei es fraglich, ob eine solche Initiative in Brüssel Erfolg haben werde.

Herr *Monnet* erwiderte hierauf, es sei eine große Sache, die Richtung zu weisen. Dem Risiko des ausbleibenden Erfolgs stehe die größere Gefahr des Scheiterns der Kennedy-Runde gegenüber.

Das Gespräch befaßte sich dann noch kurz mit dem bevorstehenden Paris-Besuch Professor Hallsteins. Der Herr Bundeskanzler und Herr Monnet waren übereinstimmend der Auffassung, daß eine Zusammenlegung der Exekutiven der drei Gemeinschaften[17] wohl begrüßenswert sei, daß aber eine Vereinigung der Verträge erst später erfolgen könne. Europa werde nicht wie eine reife Pflaume vom Baum fallen, sondern es bedürfe zu günstigem Zeitpunkt einer politischen Entscheidung. Vielleicht aber, nahm Herr Monnet abschließend noch einmal auf, werde die Landwirtschaftsfrage eben die Möglichkeit geben, den Weg und die Linie zu finden. Nach den geplanten Besuchen sähen die Dinge ohnehin anders aus.

Der Herr *Bundeskanzler* stellte für die Zeit nach den Besuchen eine erneute Aussprache mit Herrn Monnet in Aussicht.

Das Gespräch endete gegen 16.15 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 5

[15] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[16] Zu dem vorgesehenen Besuch kam es nicht. Vgl. dazu Dok. 237, Anm. 27.

[17] Zur Fusion der Exekutiven vgl. Dok. 395, Anm. 31.

406

Besprechung mit Generalsekretär Stikker, NATO

II 7-81.33/5473/63 geheim **31. Oktober 1963**[1]

Betr.: Besuch des Generalsekretärs Stikker bei dem Herrn Bundeskanzler am 31. 10., 16 Uhr

Nachdem der Generalsekretär mit dem Herrn Bundeskanzler etwa 45 Minuten allein gesprochen hatte, wurde das Gespräch im größeren Kreis fortgesetzt. Es nahmen außerdem teil:

Bundesminister von Hassel
General Foertsch
Brigadegeneral Bertram
Botschafter Grewe
Staatssekretär Westrick
Ministerialdirigent Osterheld
Staatssekretär Lahr
VLR I Dr. Scheske
Herr Dr. Jaenicke.

Herr *Stikker* bezeichnete es als seine Hauptaufgabe, die strategischen Erfordernisse und die wirtschaftlichen Möglichkeiten aufeinander abzustimmen. Bei seiner letzten Reise in den USA[2] sei er des öfteren gefragt worden: Tut Europa genug?

Als Maßstab für die Verteidigungsbelastung der einzelnen Staaten will Stikker nicht den Anteil der Verteidigungsausgaben am Sozialprodukt genommen sehen, sondern die Relation des Steueraufkommens zum Sozialprodukt. Hierbei ergebe sich folgende Reihenfolge im Grad der Belastungen:

1. Deutschland
2. Frankreich
3. Norwegen
4. die Niederlande
5. Großbritannien

und erst an neunter Stelle die USA.

Die Verteidigungsausgaben in Dollar allein besagten wenig; man müsse auch berücksichtigen, was man dafür in Europa und in den USA kaufen könne.

In Europa würden für 73 Divisionen (M-Tag und erste Welle) 6,7 Mrd. $ jährlich ausgegeben;

in den USA für 25 Divisionen 12,5 Mrd. $.

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Leiter des Referats „NATO/WEU", Scheske, am 4. November 1963 gefertigt.

[2] Generalsekretär Stikker besuchte im Anschluß an die Konferenz des NATO-Ministerrats vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa militärische Einrichtungen in den USA. Vgl. dazu STIKKER, Bausteine, S. 484 f.

Es sei wichtig, beim Aufbau der Streitkräfte vor allen Dingen auf Qualität hinzuwirken. Sein in Ottawa vorgetragener Vorschlag, durch eine unabhängige Studiengruppe diese Fakten untersuchen zu lassen[3], sei am französischen Widerstand gescheitert. Auch die Behandlung der strategischen Grundlagen, Doc. MC 100/1[4], gerate in der Standing Group[5] in Schwierigkeiten. Deshalb stocke auch die gesamte Planung der NATO-Oberbefehlshaber.

Die Frage sei, wo geht es jetzt hin? McNamara und die öffentliche Meinung in den Staaten seien über das Zurückbleiben der europäischen Anstrengungen ungeduldig, und er selbst sei über diese Entwicklung besorgt.

Im Vordergrund stehe das Problem der Mitarbeit Frankreichs. Die französische Verteidigungsphilosophie beruhe auf nationaler Basis, dagegen die „NATO-Philosophie" auf der integrierten Zusammenarbeit.

Der *Bundeskanzler* warf hier ein, daß er die Sorgen wegen der Mitarbeit Frankreichs teile.

Minister *von Hassel* griff das Thema der strategischen Planung auf. Er hält das Dokument MC 100/1 in jetziger Form für annehmbar.

General *Foertsch* gab eine Darlegung dieses Dokuments. Es nähere sich stark der deutschen strategischen Auffassung. Die Franzosen würden dagegen das Konzept für die „limited aggression" nicht anerkennen, sondern auch in diesem Fall stärkeren Einsatz taktischer nuklearer Waffen fordern.

Frankreich habe ein völlig abweichendes strategisches Konzept. Es sei zu erwarten, daß es gegen die MC 100/1 Obstruktion üben werde.[6]

Herr *Stikker* erwähnte, daß der französische Vertreter in der Standing Group, Admiral Dougouet, angewiesen sei, diese strategischen Fragen bilateral mit den USA zu lösen. Allerdings wisse er, Stikker, dann nicht mehr, wie man weiter prozedieren solle.

Minister *von Hassel* ergänzte, daß Frankreich alles bilateral behandeln wolle.

Er stellte die Frage: Wo sind die Schwierigkeiten in der Struktur der NATO? Welche sind die Erfahrungen, wo sind die Schwächen, was sollen wir anstreben?

[3] Zur „Stikker exercise" vgl. Dok. 158, Anm. 7. Vgl. dazu auch Dok. 190.

[4] Zum Dokument MC 100/1 vgl. Dok. 301, Anm. 13.

[5] Zur Standing Group vgl. Dok. 315, Anm. 12.

[6] Zur französichen Position hielt das Referat „NATO/WEU" im Dezember 1963 fest: „Sie lehnen den Begriff des begrenzten Angriffs ab und fordern eine Unterscheidung in: a) ‚Unzweideutige Angriffe', die den sofortigen Einsatz aller Verteidigungsmittel der Allianz auslösen sollen. Zu dieser Kategorie sollen auch in der Regel die in der MC 100/1 als ‚begrenzte Angriffe' definierten Formen der Aggression gehören. b) ‚Lokale Angriffe', die sie als begrenzte militärische Aktionen unter selbst auferlegten Beschränkungen gegen die Streitkräfte oder das Gebiet *eines* Mitglieds der Allianz verstehen, bei welchen es klar ist, daß weder das Überleben des Angegriffenen noch die Substanz seiner Streitkräfte gefährdet ist. Diese Angriffe sollen so weit wie möglich ohne Rückgriff auf das strategische nukleare Potential abgewehrt werden, solange dabei der Verlust irgendeines Teils des NATO-Territoriums vermieden werden kann. Diese französische Definition des ‚lokalen Angriffs' kommt praktisch nur für Aktionen gegen Nord-Norwegen, Griechenland oder die Türkei in Betracht. Ein begrenzter Angriff gegen die Bundesrepublik Deutschland würde sofort die Streitkräfte mehrerer NATO-Staaten treffen und damit die Reaktion zu Fall a) auslösen." Vgl. Abteilung II (II 6), VS-Bd. 206; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu weiter Dok. 459, Anm. 53.

Herr *Stikker* entgegnete, es sei schwierig, hierauf zu antworten, weil Frankreich nicht deutlich sage, wohin es mit der NATO wolle. Es weiche präzisen Fragen aus.

Notwendig sei eine gute Zusammenarbeit zwischen dem NATO-Rat und den Militärbehörden, besonders mit der Standing Group. Er monierte, daß zwar Vertreter der Militärbehörden in allen Sitzungen des Rats und der Komitees vertreten seien, umgekehrt jedoch eine Vertretung des Rats bei den Beratungen der Standing Group nicht gegeben sei.

Minister *von Hassel* erwähnte, es sei unser Ziel, die Standing Group zu integrieren.

Die Franzosen übten zum Teil berechtigte Kritik an der NATO, weil die hohen Kommandoposten ungerecht verteilt seien. Von 44 Marinebefehlshabern hätten die Briten 22, die Amerikaner 12 und die Franzosen nur 4 Posten inne. Dies hätte, als die französische Atlantikflotte noch der NATO unterstand, den Beiträgen der Staaten nicht entsprochen.

Das gleiche gelte in der Verteilung der Generalsposten im Nordabschnitt der NATO. Hier hätten die Briten drei Generale, ohne einen einzigen Soldaten zu stellen. Es sei notwendig, die Besetzung der Spitzenstellungen in der NATO neu zu diskutieren und den deutschen Anteil zu stärken.

Staatssekretär *Lahr* sagte, die Sorgen des Verteidigungsministers seien auch die des Auswärtigen Amts, vor allem über die Haltung der Franzosen. Was will de Gaulle? Welches sind seine Alternativen? Das Auswärtige Amt werde vorschlagen, daß der Herr Bundeskanzler bei seinem kommenden Besuch in Paris[7] den General fragt, was er wolle, und zwar im Negativen wie im Positiven.

Der *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, er verstehe nicht die Logik Frankreichs. Wenn Deutschland der französischen Auffassung mit der Aufstellung einer nationalen Armee folgen wollte, so wäre unser Land und damit auch Frankreich nicht zu verteidigen. Nur eine gemeinsame Verteidigung könne uns schützen.

Minister *von Hassel* berichtete über ein Gespräch mit dem General im Januar 1963.[8] De Gaulle stünde unter der Befürchtung, daß die Amerikaner sich eines Tages mit der Sowjetunion arrangieren und Europa verlassen würden.

Präsident Kennedy dagegen sei besorgt, daß die Europäer die Amerikaner hinauskomplimentieren wollten. Von Amerika aus betrachtet, sei die Haltung de Gaulles, auch Italiens, der skandinavischen Staaten und einer evtl. Labour-Regierung mit großem Fragezeichen zu versehen. Es sei zu befürchten, daß von dort ein starker Druck auf Abzug der Amerikaner kommen könne. Deshalb sei für die Amerikaner die deutsche Haltung entscheidend wichtig, und wir müßten danach trachten, die Bande mit Amerika unlösbar zu machen.

Staatssekretär *Lahr* erwähnte, der General gehe davon aus, daß es keinen Krieg geben werde. Diese Auffassung erlaube ihm ein „Spiel mit dem Feuer".

[7] Vgl. dazu Dok. 421–423.
[8] Vgl. Dok. 38.

Dabei sei de Gaulle überzeugt, daß die Amerikaner im Ernstfall Europa doch verteidigen müßten.

Herr *Stikker* wies darauf hin, daß nach den Erfahrungen Frankreichs vom Jahre 1940, wo eine oberste Entscheidungsgewalt gefehlt habe, sich de Gaulle nunmehr für diese letzten Entscheidungen in Frankreich verantwortlich fühle.

Der Generalsekretär kam dann auf das Thema der NATO-Verteidigungshilfe für Griechenland. Er unterstrich die Notwendigkeit, daß die NATO Griechenland in seiner exponierten Lage unterstützt, und bat darum, daß die Bundesregierung wie im Jahre 1963 auch im Jahre 1964 wieder 8 Mio. $ zur Verfügung stellt.[9]

Bundesminister *von Hassel* verwies auf das parallele Begehren der Türkei.[10] Die türkische Verteidigungsposition sei noch schwieriger als die griechische.

Der *Bundeskanzler* erkundigte sich hier nach der Beteiligung Frankreichs an dieser Hilfe.

Herr *Stikker* entgegnete, daß Frankreich sich an der multilateralen NATO-Verteidigungshilfe für Griechenland nicht beteilige, dagegen bilateral ein wenig leiste.

(Bemerkung: Bei diesem Gespräch wurde nicht erwähnt, daß von deutscher Seite bereits eine Zusage für 1964 in Höhe von 9 Mio. $ gegeben wurde unter der Bedingung, daß die übrigen Staaten sich beteiligen.)[11]

Herr Stikker kam zum Thema der Mittelstreckenraketen (MRBM). General Lemnitzer fordere mehr MRBM als Norstad, und zwar 860 bis 870 Stück, um die Ziele im sowjetischen Bereich decken zu können, die Westeuropa besonders bedrohten. Wenn man von dieser Forderung von 860 MRBM die auf See stationierten 200 MRBM der MLF und 126 MRBM auf Polaris-U-Booten abziehe, bleibe noch ein Bedarf von rund 525 Raketen, die möglichst beweglich auf dem Land aufzustellen seien.

Er hätte in mehreren europäischen NATO-Ländern gefragt, ob man dort bereit sei, bewegliche landgebundene MRBM zu stationieren. Die Antwort sei überall negativ gewesen. So stelle er jetzt auch die Frage an die Bundesregierung, ob sie bei Abwägung aller außen- und innenpolitischen Argumente sich zu einer Stationierung von MRBM auf ihrem Gebiet bereit erklären könne. Er erwarte keine unmittelbare Antwort. Das amerikanische Verteidigungsministerium sei gegen eine Stationierung landgebundener MRBM in Europa. Es stelle sich auch das Problem, wer diese kostspielige Waffe neben dem Aufbau der MLF[12] und der Verstärkung der konventionellen Rüstung bezahlen solle.

Minister *von Hassel* erläuterte SACEURs Forderung nach MRBM folgendermaßen:

[9] Vgl. dazu Dok. 378.

[10] Vgl. dazu weiter Dok. 466.

[11] Zur deutschen Zusage, die unter der Voraussetzung einer gemeinsamen NATO-Hilfe gegeben wurde, vgl. den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Velhagen vom 28. Februar 1963; Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 169; B 150, Aktenkopien 1963.

[12] Zum Stand der Diskussion vgl. Dok. 361. Vgl. dazu weiter Dok. 414.

In der Mitte der sechziger Jahre werde es 2000 Ziele im sowjetischen Bereich geben, die eine Bedrohung Westeuropas darstellten. Die Zahl dieser Ziele (MRBM-Stellungen und Flugplätze) steige ständig.

Die Reaktionsfähigkeit der MRBM sei

bei landbasierten 1 bis 5 Minuten,
bei seebasierten etwas unter 15 Minuten.

Die Treffgenauigkeit (CEP) liege

bei landbasierten unter 1 Meile im Durchmesser,
bei seebasierten etwa bei 2 Meilen im Durchmesser.

Wegen der größeren Treffgenauigkeit könnten also landbasierte MRBM mit kleineren atomaren Sprengköpfen versehen werden; dadurch sei auch der Verseuchungsgrad geringer.

300 MRBM landbasiert im Bundesgebiet zu stationieren, sei ausgeschlossen. Ein Teil könnte wohl übernommen werden. Richtig wäre dagegen eine Aufstellung der landbasierten MRBM in einem breiten Gürtel von Griechenland bis in die Türkei.

General *Foertsch* ergänzte hierzu, daß die Stationierung von MRBM bei uns eine starke zusätzliche Belastung bringen würde angesichts der vorhandenen Atomwaffenlager. Eine großräumig verstreute Aufstellung würde auch die Sowjets zu einer weitgestreuten, zersplitterten Gegenwehr zwingen. Eine Konzentrierung der MRBM bei uns würde einen konzentrierten sowjetischen Schlag gegen das Bundesgebiet heraufbeschwören. Wir könnten also nur dann einen Teil der MRBM übernehmen, wenn auch die anderen sich beteiligen.

Herr *Stikker* erwähnte schließlich die Frage seiner Beteiligung an den MLF-Besprechungen, die jetzt dazu geführt habe, daß er diesen Gesprächen fernbleibt.[13]

Botschafter *Grewe* entgegnete, daß der Generalsekretär persönlich eingeladen worden sei. Es sei übereinstimmende Meinung der MLF-Delegationsleiter, daß wegen der nichtbeteiligten Staaten auch nicht das Generalsekretariat als solches in die Gespräche einbezogen werden sollte.

Minister *von Hassel* bedauerte die öffentliche Diskussion um die Operation Big Lift[14], die zum Teil hysterische Formen angenommen habe. Er selbst sei voll befriedigt über sein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister[15] und dessen Zusage hinsichtlich der Stationierung amerikanischer Truppen in Deutschland.

[13] An der Eröffnungssitzung der MLF-Arbeitsgruppe der NATO am 11. Oktober 1963 in Paris nahm Generalsekretär Stikker aufgrund einer ad personam ausgesprochenen Einladung teil. Vgl. dazu Dok. 414.

[14] Zum Manöver „Big Lift" vgl. Dok. 396, Anm. 38.

[15] Am 25. Oktober 1963 suchte der amerikanische Außenminister Rusk den Bundesminister der Verteidigung auf, „mit dem er Fragen der amerikanischen militärischen Planung besprach". Vgl. den Artikel: Washington stellt Truppenabzug in Abrede; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 249 vom 26. Oktober 1963, S. 1.

Herr *Stikker* unterstrich zum Abschluß, daß es notwendig sei, in der NATO die Einheit zu bewahren, worauf der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, er brauche sich über unsere Haltung keine Sorgen zu machen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 5

407

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2074/63 VS-vertraulich **5. November 1963**[1]

Mit dem sowjetischen Botschafter, der mich heute auf seinen Wunsch aufsuchte, habe ich folgende Punkte erörtert[2]:

1) Der Botschafter verlas eine vorbereitete Erklärung[3], in der sich die sowjetische Regierung gegen die Einbeziehung Westberlins in das Gesetz über den Teststoppvertrag[4] wendet. Westberlin gehöre nicht zur Bundesrepublik Deutschland, deren Verfassungsgewalt sich daher nicht auf Westberlin erstrecke. Die Einbeziehung habe revanchistischen Charakter; sie entbehre jeder juristischen Grundlage.

Ich habe geantwortet, es sei zwar umstritten, ob Westberlin Teil der Bundesrepublik Deutschland sei, unumstritten sei jedoch, daß die drei westlichen Alliierten bestimmte Rechte in Westberlin und mit Bezug auf Westberlin[5] besäßen. Wenn die Bundesregierung Westberlin in bestimmte internationale Vereinbarungen nichtmilitärischen Charakters einbeziehe, so handele sie damit im Einvernehmen mit den Westmächten. Die Rechtsgrundlage sei daher auch vom Standpunkt derer, die die Zugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik Deutschland leugneten, völlig einwandfrei. Die Behauptung, daß die Einbeziehung revanchistischen Charakter habe, müsse ich mit Entschiedenheit zurückweisen.

Im übrigen fragte ich mich, ob denn die Sowjetunion, die doch mit so großem Nachdruck gefordert habe, daß der Teststoppvertrag überall in der Welt An-

[1] Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung diente als Vorlage für einen Runderlaß des Staatssekretärs Carstens, der dem Leiter des Ministerbüros, Simon, vorlag.
Eine Ausfertigung der Aufzeichnung wurde Bundesminister Schröder, z. Z. Tokio, zugeleitet.

[2] Für den Wortlaut der Dolmetscheraufzeichnung vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 197; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Entsprechende Erklärungen über die Einbeziehung von Berlin (West) in das Teststopp-Abkommen wurden am 5. November 1963 auch von den sowjetischen Botschaftern in Washington und London abgegeben. Für den Wortlaut der Erklärung des Botschafters in London, Soldatow, vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 293.

[4] Zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Ratifizierungsgesetz zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 335.

[5] Für den Wortlaut des Besatzungsstatuts für Berlin (Fassung vom 5. Mai 1955) vgl. DzD III/1, S. 6–9.

wendung finden solle, seine Anwendung ausgerechnet in Westberlin verhindern wolle.

Der Botschafter erwiderte, für die sowjetische Regierung sei es gleichgültig, ob das Einverständnis der Alliierten vorläge. Auf meine Argumente ging er nicht ein.

2) Der sowjetische Vertreter bei den Vereinten Nationen, Nowikow, hatte auf einer Sitzung vom 31. Oktober 1963 von den Überbleibseln deutschen Faschismus, Militarismus und anderen Abschaums der Bundesrepublik Deutschland gesprochen.[6]

Ich las dem Botschafter den entsprechenden Absatz aus dem Protokoll der Vereinten Nationen vor und erklärte, ich müsse ihm das Befremden der Bundesregierung über die von Herrn Nowikow gebrauchten Ausdrücke aussprechen. Ich wiese diese Ausdrücke mit Entrüstung zurück. Sie seien nicht geeignet, die beiderseitigen Beziehungen zu verbessern.

Der Botschafter antwortete, er kenne die Erklärungen des Herrn Nowikow nicht. Er werde sich das Protokoll besorgen. Ganz allgemein sei es das Bestreben der sowjetischen Diplomaten, sich delikat auszudrücken und nichts zu sagen, was zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und anderen Ländern führen könnte.

3) Ich fragte den sowjetischen Botschafter, ob er irgendwelche Erklärungen zu dem letzten Zwischenfall auf der Autobahn nach Berlin[7] abgeben könne.

Er antwortete, dies sei nicht seine Sache, sondern die seines Kollegen in Ostberlin[8]. Dann ging er aber doch auf die Sache ein und erklärte, die Schwierigkeiten seien dadurch entstanden, daß die amerikanischen Soldaten sich von Zeit zu Zeit nicht an die vereinbarten Reglements hielten.

Ich antwortete, nach meinen Informationen hielten sich die Amerikaner genau an diese Reglements; möglicherweise legten die Sowjets und die Amerikaner verschiedene Reglements zugrunde. Meine Frage an den Botschafter sei durch die Sorge ausgelöst, die jeder Mensch in der Welt empfinden müsse, wenn es zu einer militärischen Konfrontation, und sei es auch nur einer kleinen Ausmaßes, zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion komme. Solche Ereignisse könnten die Bemühungen um eine Verbesserung der internationalen Beziehungen leicht zunichte machen.

Der Botschafter erklärte, er nehme an, die Sache werde sich bald regeln; er nehme sie nicht sehr ernst.

[6] Der sowjetische Delegierte bei der UNO, Nowikow, sprach in der Sitzung des Politischen Ausschusses von den „fascist and militaristic revanchists of the Federal Republic of Germany". Vgl. UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, 18TH SESSION, FIRST COMMITTEE. Summary Records of Meetings, 17 September – 11 December 1963, New York 1965, S. 67.

[7] Am 4. November 1963 wurde ein amerikanischer Militärkonvoi am sowjetischen Kontrollpunkt Marienborn aufgehalten. Vgl. dazu die Presseverlautbarung der amerikanischen Militärmission in Berlin vom 4. November 1963 sowie die Erklärung eines sowjetischen Presseoffiziers am 6. November 1963 in Marienborn; DzD IV/9, S. 845 f. und S. 850.
Zu ähnlichen Vorfällen am 11. bzw. 16. Oktober 1963 vgl. Dok. 398, besonders Anm. 8.

[8] Pjotr A. Abrassimow.

4) Ich erkundigte mich schließlich nach dem Schicksal der beiden Studenten Naumann und Sonntag, deren Entlassung von sowjetischer Seite vor über einem Jahr in Aussicht gestellt worden sei.[9]

Der Botschafter antwortete, daß er auf Grund unseres letzten Gesprächs[10] in dieser Angelegenheit an das Außenministerium in Moskau berichtet habe. Er habe noch keine Antwort erhalten, hoffe jedoch, daß Gesandter Lawrow, der zur Zeit auf Urlaub sei, eine Antwort mitbringen werde.[11]

Hiermit dem Herrn Bundeskanzler[12] vorgelegt.

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 428

408

Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-8348/63 VS-vertraulich **Aufgabe: 6. November 1963, 22.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1127 **Ankunft: 6. November 1963, 21.50 Uhr**

Auf Erlaß III A 6-85.00/94.29 vom 30. 9. 1963[2] und im Anschluß an Drahtbericht 1112 vom 5. 11. VS-vertraulich[3]

Nach Mitteilung des Bundespresse- und Informationsamtes vom 31. Oktober 1963 soll die Aufnahme der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen (Warenlieferungen in den Jahren 1964 und 1965) Anfang Dezember dieses Jahres vorgesehen sein. Ich habe bisher keine Weisung erhalten, ob dieser Termin als endgültig anzusehen ist. Auch ich teile die Auffassung, die Botschafter Smirnow gegenüber Herrn Staatssekretär Lahr am 26. September 1963[4] vertrat, daß die Verhandlungen diesmal schwieriger sein dürften als

9 Vgl. dazu bereits Dok. 174, besonders Anm. 17, und Dok. 384.

10 Zum Gespräch vom 20. Mai 1963 vgl. Dok. 174.

11 Vgl. dazu weiter das Gespräch zwischen Staatssekretär Carstens und dem sowjetischen Botschafter Smirnow am 22. Juni 1964; AAPD 1964.
Peter Naumann und Walter Sonntag wurden im Februar 1969 aus der Haft entlassen und gegen den 1963 wegen Spionage für die UdSSR verurteilten ehemaligen Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes, Felfe, ausgetauscht. Vgl. dazu AdG 1969, S. 14501. Vgl. ferner Referat II A 4, Bd. 769.

12 Die erste Ausfertigung der Aufzeichnung wurde am 6. November 1963 an das Bundeskanzleramt weitergeleitet.

1 Hat dem Leiter des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zum Osten", Klarenaar, am 7. November 1963 vorgelegen.

2 Für den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Pauls vgl. Referat III A 6, Bd. 290.

3 Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 197; B 150, Aktenkopien 1963.

4 Vgl. dazu den Vermerk des Staatssekretärs Lahr vom 27. September 1963; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 198; B 150, Aktenkopien 1963.

das letzte Mal, da auf Grund einer Umstellung des sowjetischen Wirtschaftsplanes die sowjetische Wunschliste gegenüber dem alten Abkommen[5] wahrscheinlich erhebliche Änderungen aufweisen wird (vgl. hierzu weiter unten).

Ergänzend möchte ich mitteilen, daß der Stellvertretende Außenminister Semjonow mich im Laufe eines Gesprächs, das ich am 1. November mit ihm führte (vgl. Drahtbericht 1112 vom 5. 11.), fragte, wie wir es mit den Handelsvertragsverhandlungen zu handhaben gedächten. Es sei mir sicher bekannt, daß es das letzte Mal Schwierigkeiten wegen der Berlin-Frage gegeben habe.[6] Nach seiner Ansicht sei es das Beste, wenn wir wiederum auf die Vergangenheit verwiesen, wie man es auch das letzte Mal gemacht habe. Sollten wir uns dagegen etwas Neues einfallen lassen, könnte dies leicht neue Schwierigkeiten bereiten. Ich habe ihm erwidert, daß ich mich naturgemäß ad hoc nicht verbindlich äußern könne, daß mir jedoch seine Vorschläge persönlich auf den ersten Blick vernünftig erschienen.

Mir ist die Feststellung Semjonows an sich nicht ganz verständlich. Bei dem bevorstehenden Abkommen handelt es sich um ein Warenabkommen, dessen Grundlage das Protokoll vom 31. Dezember 1960 über die Verlängerung der Laufzeit des am 25. April 1958 geschlossenen Abkommens über allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt[7] bildet. Diesem Protokoll ist ein Schreiben von Staatssekretär Scherpenberg beigefügt, in dem unsere Auffassung über den Anwendungsbereich des Abkommens dargelegt ist.[8] Wenn nicht eine der vertragschließenden Parteien zum 31. Dezember 1962 eine schriftliche Erklärung abgibt, daß das Abkommen (Protokoll) am 31. Dezember 1963 seine Gültigkeit verliert, bleibt nach dem Protokoll das Abkommen in Kraft, bis es von einer der vertragschließenden Parteien gekündigt wird.[9] Bei dem Austausch der Ratifikationsurkunden wurde allerdings von der sowjetischen Seite hinsichtlich der Berlin-Frage Dissens behauptet. Ein entsprechendes so-

[5] Zum Abkommen vom 31. Dezember 1960 mit der UdSSR über den Waren- und Zahlungsverkehr vgl. Dok. 23, Anm. 5.

[6] Die für den 12. Dezember 1960 geplante Unterzeichnung des Abkommens mußte auf den 31. Dezember 1960 verschoben werden, weil der sowjetische Delegationsleiter und Erste Stellvertretende Außenhandelsminister, Borissow, ein Schreiben des Staatssekretärs van Scherpenberg zurückwies, in dem der Wunsch der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht wurde, daß der Anwendungsbereich des abgelaufenen Abkommens beibehalten würde. Nach einem Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Botschafter Smirnow am 28. Dezember 1960 wurden die Differenzen beigelegt. Vgl. dazu den Vermerk von Scherpenberg vom 9. Dezember 1960 und die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Northe vom 14. Dezember 1960; Referat II A 4, Bd. 616. Vgl. ferner den Drahtbericht des Botschafters Kroll, Moskau, vom 15. Dezember 1960 und die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort vom 10. Februar 1961; Referat III A 6, Bd. 210 und Bd. 211. Vgl. auch BULLETIN 1960, S. 2346.

[7] Zu diesem Abkommen vgl. Dok. 11, Anm. 9.

[8] Zum Schreiben des Staatssekretärs van Scherpenberg vom 31. Dezember 1960 an Botschafter Smirnow vgl. Dok. 231, Anm. 19.

[9] Vgl. dazu das Protokoll vom 31. Dezember 1960 über die Verlängerung des Abkommens vom 25. April 1958 mit der UdSSR über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt; BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1086. Dagegen war das Abkommen mit der UdSSR über den Waren- und Zahlungsverkehr bis zum 31. Dezember 1963 befristet.

wjetisches Aide-mémoire vom 26. 7. 1962 wurde zurückgesandt[10] und am 31. 7. 1962 Herrn Semjonow auf Grund des Drahterlasses 309 vom 30. Juli 1962 von meinem Vorgänger mitgeteilt, daß er sich geweigert habe, der Bundesregierung das in Frage stehende Papier zur Kenntnis zu bringen.[11] Da wohl von keiner Seite beabsichtigt ist, das Grundabkommen zu kündigen, brauchte demnach bei den bevorstehenden Verhandlungen über ein Warenabkommen die Berlin-Frage nicht erneut aufgeworfen zu werden.[12]
Möglicherweise hat dies Herr Semjonow in dem oben wiedergegebenen Gespräch übersehen. Andererseits ist es nicht völlig ausgeschlossen, daß die Sowjets im Rahmen der bevorstehenden Verhandlungen erneut ihren Standpunkt, daß das Handels- und Schiffahrtsabkommen Berlin nicht einbeziehe, wiederholen. Wir sollten uns jedenfalls auf diese Möglichkeit vorbereiten.

Abgesehen von den sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten muß jedoch damit gerechnet werden, daß die Verhandlungen durch weitere Fragen, die von der sowjetischen Seite aufgeworfen werden, belastet werden:

a) Leiter zentraleuropäischer Abteilung im Außenhandelsministerium, Balod, erklärte vor wenigen Tagen einem meiner Mitarbeiter, die deutsche Antwort auf das sowjetische Aide-mémoire vom 18. Juni 1963 betreffend die Anwendung der Meistbegünstigung auf bestimmte, in einer zu vereinbarenden Liste enthaltene Waren[13] stehe noch aus (vgl. Drahtbericht Nr. 543 vom 19. Juni

[10] In dem Aide-mémoire wurde festgestellt, der Bundesregierung sei „wohlbekannt", daß die Behauptung, das Warenabkommen vom 31. Dezember 1960 erstrecke sich auch auf Berlin (West), „völlig unbegründet ist und mit den von den Parteien am 31. 12. 1960 unterzeichneten Schriftstükken in Widerspruch steht". Vgl. dazu die Aufzeichnung des Leiters des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge", von Schenck, vom 4. November 1963; VS-Bd. 8380 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

[11] Für die Aufzeichnung über das Gespräch des sowjetischen Stellvertretenden Außenministers Semjonow mit Botschafter Kroll am 31. Juli 1962 in Moskau vgl. Referat III A 6, Bd. 211.

[12] Dazu nahm der Leiter des Referats „Wiedervereinigung", Oncken, am 12. November 1963 Stellung: „Wir können kein Interesse daran haben, es den Sowjets in dieser Frage zu leicht zu machen – dies auch in Anbetracht der Tatsache, daß die Sowjets an dem Abschluß eines Handelsabkommens noch größeres Interesse haben als wir. Wir sollten daher unsere Verhandlungsposition ausnutzen, um eine befriedigendere Lösung des Problems der Einbeziehung Berlins zu erreichen, als dies das letzte Mal der Fall gewesen ist. Eine Situation sollte jedenfalls unter allen Umständen vermieden werden, daß uns die Sowjets nach Abschluß von vertraglichen Abmachungen und nach Übermittlung unserer Berlin-Interpretation schriftlich oder mündlich hinsichtlich der Berlin-Frage Dissens anmelden." Der Leiter des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge", von Schenck, hielt in einer Aufzeichnung vom 19. November 1963 fest, „unerläßliche Voraussetzung" für ein neues Warenabkommen mit der UdSSR sei eine klare Einigung über die Einbeziehung Berlins (West): „Eine solche Einigung sollte schon vor der Aufnahme der offiziellen Verhandlungen herbeigeführt und von uns als conditio sine qua non für das Zustandekommen des angestrebten Abkommens bezeichnet werden." Vgl. VS-Bd. 8380 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

[13] In dem Aide-mémoire wies die UdSSR die Auffassung zurück, daß die EWG eine Zollunion sei, und regte an, vor der Aufnahme von Verhandlungen über ein neues Warenabkommen Gespräche über die Verzollung im Warenverkehr auf der Grundlage der Meistbegünstigung durchzuführen. Für den Wortlaut vgl. Referat III A 2, Bd. 94.
Vgl. auch den Drahtbericht des Botschafters Groepper, Moskau, vom 18. Juni 1963; Referat III A 2, Bd. 94.

1963[14]). Die Sowjetunion unterhalte keine Beziehungen mit der EWG, so daß Zolltariffragen bilateral geregelt werden müßten. Es sei zweckmäßig, wenn deutscherseits hierzu bald Stellung genommen würde, um eine Erschwerung der Vertragsverhandlungen zu vermeiden.[15]

b) Sowjetregierung könne es nicht hinnehmen, daß Angehörige ihrer Handelsvertretung in Köln die Auflage hätten, sich bei der dortigen Polizei registrieren zu lassen.[16] Entsprechende Note sowjetischer Botschaft in Rolandswerth[17] sei bisher nicht beantwortet. Sollte die deutsche Seite auf ihrem bisherigen Standpunkt beharren, so könnten von sowjetischer Seite auch den in der Wirtschaftsabteilung der Botschaft tätigen Bediensteten entsprechende Auflagen gemacht werden.

Offenbar war dem Beamten die Verbalnote Prot 2 SM 01/94.29 vom 27. September[18] noch nicht bekannt. Da diese Antwort jedoch für die Sowjets negativ ausgefallen ist, ist damit zu rechnen, daß die Frage im Rahmen der Verhandlungen von sowjetischer Seite erneut aufgeworfen wird.

c) Angesichts der bestehenden Devisenknappheit und der mehr oder weniger in Gold zu bezahlenden Weizenkäufe[19] wird die Sowjetunion in den bevorstehenden Verhandlungen sehr wahrscheinlich auch die Kreditfrage anschneiden. Hierfür spricht auch, daß die Sowjetunion schwerlich Waren finden dürfte, mit denen sie ihre gewünschten Importe (Maschinen usw.) kompensieren könnte. So werden diesmal die Liefermöglichkeiten der Sowjetunion bei Weizen und Futtergetreide, Baumwolle, zum Teil bei Holz, aber dem Vernehmen nach auch bei Rohöl auf Grund des starken Eigenbedarfs geringer als in den Vorjahren sein. Andererseits dürfte eine wesentliche Erhöhung der Kon-

[14] Mit Drahtbericht vom 19. Juni 1963 berichtete Botschafter Groepper, Moskau, über die Erläuterungen des Abteilungsleiters im sowjetischen Ministerium für Außenhandel, Manschulo, zum sowjetischen Aide-mémoire vom 18. Juni 1963. Es gehe der UdSSR „nicht um die Meistbegünstigung an sich ..., sondern um die praktische Anwendung der Meistbegünstigung auf bestimmte, in einer zu vereinbarenden Liste enthaltene Waren". Für diese Waren wünsche die UdSSR die gleichen Zollsätze, „wie sie die Bundesrepublik für Importe entsprechender Waren aus EWG-Ländern anwende". Die Verhandlungen darüber seien „keine Vorbedingung" für ein neues Warenabkommen. Allerdings würden die Verhandlungen über ein Warenabkommen „erschwert, wenn Frage [der] Meistbegünstigung nicht vorab geklärt sei". Vgl. Referat III A 2, Bd. 94.

[15] Aufgrund ähnlicher sowjetischer Forderungen an weitere EWG-Mitgliedstaaten war die Frage der Zollzugständnisse im Verlauf des Jahres 1963 mehrfach Gegenstand von Beratungen des EWG-Ministerrats. Auf der Sitzung vom 24. September 1963 wurde beschlossen, den niederländischen Botschafter in Moskau, Star Busmann, mit der Übergabe eines Memorandums zu den von der UdSSR angeschnittenen Fragen zu beauftragen. Vgl. Referat III A 2, Bd. 94.
Über das Gespräch von Star Busmann mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenhandelsminister berichtete Botschafter Groepper, Moskau, am 22. Oktober 1963: „Semitschastnow habe in seiner Erwiderung unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die Sowjetunion die Gemeinschaft nicht anerkenne und auch nicht die Absicht habe, dies zu tun. Für die Sowjetunion sei sie nicht existent." Vgl. Referat III A 2, Bd. 94.

[16] Mit Schreiben des Bundesministers des Innern vom 8. Juli 1959 an die Innenminister der Länder wurde festgehalten, daß lediglich der Leiter der sowjetischen Handelsvertretung und seine drei Stellvertreter dem Schutz der Immunität unterlägen. Den übrigen Bediensteten stünden außer der Steuerbefreiung für ihre Bezüge keine Vorrechte zu; sie müßten „insbesondere die Ausländerpolizei- und Meldevorschriften beachten". Vgl. Referat II A 4, Bd. 761.

[17] Für den Wortlaut der Note vom 29. Juli 1963 vgl. Referat II A 4, Bd. 761.

[18] Für den Wortlaut der Verbalnote vom 29. September 1963 vgl. Referat II A 4, Bd. 761.

[19] Zu den sowjetischen Weizenkäufen vgl. bereits Dok. 385.

tingente für sowjetisches Roheisen, Eisenerz und Kohle nicht in unserem Interesse liegen. Wenn daher die Sowjetunion sich nicht von vornherein mit einer starken Kürzung ihrer Importe aus der Bundesrepublik begnügen will, wird sie auf die Gewährung von mittelfristigen bzw. verbesserten mittelfristigen Krediten angewiesen sein. Botschaft hatte in ihrem Bericht vom 2. 8. 1963 – 406/63 geh.[20] – den Versuch angeregt, die Gewährung von Krediten mit einem Entgegenkommen in der Repatriierungsfrage honorieren zu lassen.[21] Auf diese Anregung ist Weisung bisher nicht ergangen.

Falls unsererseits die Aufnahme der Wirtschaftsverhandlungen für Anfang Dezember vorgesehen ist, so scheint mir eine vorherige Klärung unserer Haltung zu den obengenannten Fragen erwünscht zu sein. Zum Zeitplan bemerke ich im übrigen noch, daß, aus Äußerungen des Leiters der zentraleuropäischen Abteilung im Außenhandelsministerium gegenüber einem meiner Mitarbeiter zu schließen, die Sowjets offenbar keine besondere Eile mehr mit dem Beginn der Verhandlungen haben, es ihnen jedenfalls verhältnismäßig gleichgültig ist, ob diese im Dezember oder Januar beginnen. Vielleicht ist ihnen der spätere Termin sogar genehmer, als das Novemberplenum[22] über die Prioritäten in der Volkswirtschaft zu entscheiden hat und erst der Staatshaushalt Anfang Dezember verabschiedet sein muß, bevor die sowjetischen Außenhandelsgesellschaften Aufträge an das Ausland vergeben können. Gegen den Verhandlungsbeginn im Januar spräche andererseits, daß das langfristige Warenabkommen am 31. Dezember abläuft und, falls bis dahin kein neues geschlossen werden sollte, ein Modus gefunden werden müßte, um den Übergang sicherzustellen.[23]

[gez.] Groepper

VS-Bd. 8380 (III A 6)

[20] Vgl. Abteilung V (V 6), VS-Bd. 261; B 150, Aktenkopien 1963.

[21] Zur Frage der Repatriierung aus der UdSSR vgl. bereits Dok. 174; weiter Dok. 480.

[22] Das Plenum des ZK der KPdSU fand vom 9. bis 13. Dezember 1963 in Moskau statt.

[23] Verhandlungen über ein neues Warenabkommen kamen Anfang 1964 nicht zustande. Zum Stand des Meinungsaustauschs im Frühjahr 1964 vgl. das Aide-mémoire der Bundesregierung vom 16. April 1964; BULLETIN 1964, S. 572.

409

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker

I B 5-82.00/92.13 **7. November 1963**[1]

Betr.: Lage in Vietnam

Der Umsturz in Süd-Vietnam[2] wirft die Frage auf, welche Stellung die Bundesregierung dem neuen Regime gegenüber einnehmen soll.

I. 1) Die Anerkennung von Revolutionsregierungen ist in erster Linie ein politischer Akt. Eine feststehende völkerrechtliche Praxis über die Form der Anerkennung besteht nicht. Eine solche Anerkennung braucht nicht ausdrücklich erklärt zu werden, sie kann vielmehr auch stillschweigend, etwa durch Fortsetzung der diplomatischen Beziehungen, erfolgen. In den vergangenen Jahren ist eine Anerkennung von Revolutionsregierungen vielfach dadurch erfolgt, daß wir Verbalnoten, mit denen die Übernahme der Regierungsgewalt und der Wunsch nach Fortsetzung der bisherigen Beziehungen notifiziert wurden, durch Verbalnote bestätigt haben.

2) Wie die Botschaft Saigon mit Drahtbericht vom 6. November 1963[3] berichtet, hat das Außenministerium in Saigon mit Note vom 5. November 1963[4] die Übernahme der Regierungsgewalt durch den revolutionären Militärrat und die Bildung einer provisorischen Regierung notifiziert sowie die Hoffnung ausgedrückt, daß die guten Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland fortgesetzt und noch enger gestaltet würden. In dieser Notifizierung dürfte ein Ersuchen um Anerkennung des neuen Regimes liegen. Ferner hat auch der vietnamesische Geschäftsträger ad interim im Auftrage der neuen Regierung am 6. 11. 1963 im Auswärtigen Amt vorgesprochen und gebeten, die Anerkennung so bald wie möglich auszusprechen. Er hat am 7. 11. diese Bitte durch Überreichung eines entsprechenden Aide-mémoires[5] näher begründet.

Die Botschaft Saigon hat die Anerkennung der provisorischen Regierung mit Drahtbericht Nr. 120 vom 5. 11. 1963[6] befürwortet und um Drahtweisung gebeten.

II. 1) Die Amerikaner haben den Wunsch ausgesprochen, das neue Regime *möglichst bald* anzuerkennen.[7] Sie möchten jedoch nicht die ersten sein, die eine solche Anerkennung aussprechen, da dies ihre Verantwortlichkeit für

[1] Die Aufzeichnung wurde von Legationrat I. Klasse von Fischer-Lossainen konzipiert.

[2] Zum Sturz des südvietnamesischen Staatspräsidenten Diem am 1. November 1963 vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 252.

[3] Vgl. Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 114; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Vgl. Referat I B 5, Bd. 60.

[5] Für den Wortlaut vgl. Referat I B 5, Bd. 62.

[6] Vgl. Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 114; B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Vgl. dazu den Drahtbericht des Gesandten von Stackelberg, Washington, vom 2. November 1963; Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 114.

den Umsturz, der durch den Mord an Diem und Nhu befleckt ist, unterstreichen würde.

2) Die Engländer haben wissen lassen, daß sie alle wesentlichen Voraussetzungen für eine Anerkennung für gegeben halten, zumal die neue Regierung die effektive Kontrolle über das Land ausübe. Jedoch möchten auch sie nicht den ersten Schritt tun und haben vorgeschlagen, daß die Bundesrepublik Deutschland als ein in Ostasien weniger engagierter Staat Westeuropas vorangehen möge.[8]

3) Die Franzosen sind der Auffassung, daß kein Grund ersichtlich sei, warum ein aus einem Umsturz hervorgegangenes Regime formell anerkannt werden müßte. Die französische Regierung wird daher *keine formelle Anerkennung* der neuen Regierung in Saigon aussprechen, aber die diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit Südvietnam ohne Abgabe einer besonderen Erklärung wie bisher fortsetzen.[9] Diese Haltung entspricht einer feststehenden französischen Tradition und ist auch den Amerikanern bekannt, weshalb sie mit einer Erstanerkennung durch Frankreich nicht rechnen.

Hiervon abgesehen, hält Frankreich die Lage in Südvietnam noch nicht für völlig konsolidiert. Von einem demokratischen Regime sei man noch weit entfernt und habe in Wirklichkeit eine Militärdiktatur errichtet. Wenn auch die Führer des Aufstandes versichert hätten, den Kampf gegen die Kommunisten fortzusetzen, so sei nicht zu verkennen, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in erster Linie den Frieden ersehne. Auch sei es nicht ausgeschlossen, daß einige Mitglieder der neuen Regierung Tendenzen zeigen könnten, auf einen Ausgleich mit Hanoi hinzuwirken.

4) Das italienische Außenministerium steht der Anerkennung grundsätzlich positiv gegenüber, sieht sich jedoch durch die Regierungskrise[10] daran gehindert, eine formelle Anerkennung auszusprechen.

III. Am 6. November nachmittags sprach im Auswärtigen Amt in Vertretung des Ständigen Geschäftsträgers[11], der überraschend nach Saigon zurückgereist ist, der I. Sekretär der vietnamesischen Botschaft, Dr. Nguyen Van Thinh, als interimistischer Geschäftsträger vor. Nachdem er zunächst einen

[8] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 5. November 1963; Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 114.

[9] Vgl. dazu den Drahtbericht des Gesandten Knoke, Paris, vom 5. November 1963; Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 114.
Am 9. November 1963 berichtete Knoke über die Verstimmung in Paris hinsichtlich der Haltung der Bundesregierung: „Im Falle Südvietnam, in dem anders als seinerzeit im Jemen-Fall kein Sich-festsetzen der SBZ drohe, sei doch wirklich keine Eile notwendig gewesen. [Abteilungsleiter] Lucet verhehlte nicht, daß seiner Auffassung nach das deutsche Vorgehen nicht mit dem Geiste des Elysée-Vertrages in Einklang stehe." Dazu vermerkte Ministerialdirigent Voigt am 11. November 1963: „Die Franzosen sind z. Z. etwas empfindlich." Für Ministerialdirigent Böker hielt er fest: „Ich würde es dennoch für gut halten, den Franzosen eine Erläuterung zu geben, warum wir es für richtig gehalten haben, sofort anzuerkennen." Vgl. Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 114; B 150, Aktenkopien 1963.

[10] Zur Neubildung der italienischen Regierung vgl. Dok. 421, Anm. 24.

[11] Phan Van Thinh.

Vertreter des Referats V 1 um Auskunft über die allgemeine Frage der Anerkennung von Regierungen gebeten hatte, erklärte er dem zuständigen Referenten der Abteilung I im Namen seiner Regierung, daß diese um die Anerkennung durch die Bundesregierung nachsuche. Je eher diese erfolge, desto erwünschter würde sie sein.

Herr Nguyen Van Thinh wurde gebeten, sein Anliegen noch schriftlich niederzulegen und darin nähere Angaben über die provisorische Regierung und deren Programm zu machen. Ihm wurde zugleich bedeutet, daß das Auswärtige Amt hoffe, bald eine Erklärung in dem gewünschten Sinne abgeben zu können. Allerdings sei es fraglich, ob die Bundesregierung als erste Regierung das neue Regime anerkennen würde. Dr. Thinh erwiderte darauf, daß nach seinen Informationen bereits verschiedene Nationen, darunter Malaysia und Japan, die Anerkennung ausgesprochen hätten.

IV. Abteilung I vertritt die Auffassung, daß der Zeitpunkt einer Anerkennung des neuen Regimes herangekommen ist. Es hat sich in der vergangenen Woche hinreichend konsolidiert, um eine dauerhafte Herrschaft auszuüben. Offensichtlich genießt es die Sympathie und Unterstützung der Amerikaner. Die Notwendigkeit der Fortsetzung des Krieges gegen die Vietcong erfordert Klarheit darüber, daß die neue Regierung von der westlichen Welt, insbesondere den NATO-Mächten, unterstützt wird. Aufkommende Zweifel diesbezüglicher Art könnten das neue Regime schwächen und in bedenklicher Weise auf einen Ausgleich mit Nordvietnam drängen[12].

Die Gefährlichkeit eines solchen Experiments sollte jedoch nicht verkannt werden. Es besteht die Möglichkeit, daß dann der Widerstandswille gegen die kommunistische Aggression erlahmt und Vietnam in den gleichen chaotischen Zustand verfällt, in dem Laos befangen ist.[13] Aus diesen Gründen ist eine Stellungnahme der Bundesregierung zugunsten von General Duong Van Minh – trotz der seinem Regime gegenüber möglicherweise noch angebrachten Vorbehalte – ratsam.

Die Botschaft Saigon sollte daher angewiesen werden, nach Fühlungnahme mit den Botschaften der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens die Verbalnote des Außenministeriums in Saigon vom 5. 11. 1963 zu bestätigen und dabei zum Ausdruck zu bringen, daß die Bundesregierung ebenfalls eine Fortsetzung der zwischen beiden Ländern bestehenden diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen wünscht.[14] Eine ausdrück-

[12] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Böker gestrichen: „‚wie er Frankreich vorzuschweben scheint".
Zu den Vorschlägen des Staatspräsidenten de Gaulle für eine Lösung des Vietnam-Problems vgl. Dok. 325, Anm. 26.

[13] Zur Situation in Laos vgl. Dok. 383, Anm. 10.

[14] Am 8. November 1963 vermerkte Ministerialdirigent Böker handschriftlich für das Referat „Süd- und Ostasien": „Aufzeichnung nicht weitergereicht, da überholt. In Direktoren-Besprechung heute erörtert. Es soll sofort anerkannt werden."

liche Anerkennung im Text der Bestätigungsnote dürfte sich dadurch erübrigen.[15]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär vorgelegt.

Alexander Böker

Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 114

410

Gespräche des Bundesministers Schröder mit dem japanischen Außenminister Ohira in Tokio

I B 5–82/92.20[1] **7./8. November 1963**[2]

Niederschrift über die japanisch-deutschen Außenministergespräche am 7. und 8. 11. 1963 in Tokio[3]

I. Herr *Ohira* begrüßt den Herrn Bundesaußenminister und die deutsche Delegation und unterstreicht die guten Beziehungen zwischen Japan und der Bundesrepublik.

Herr *Dr. Schröder* dankt für die Begrüßungsworte und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß jetzt Gelegenheit sei, die fruchtbaren Gespräche, die beide Seiten im letzten Jahr in Bonn hatten[4], fortzuführen.

[15] Am 8. November 1963 wies Ministerialdirigent Böker die Botschaft in Saigon an, die südvietnamesische Verbalnote vom 5. November im dortigen Außenministerium zu bestätigen und zum Ausdruck zu bringen, „daß es ebenfalls der Wunsch der Bundesregierung ist, die zwischen beiden Ländern bestehenden diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen fortzusetzen. Zur Information: Abgabe dieser Erklärung bedeutet Anerkennung und entspricht hiesiger Praxis bei Regierungswechseln." Vgl. Referat I B 5, Bd. 62.
Vgl. dazu auch die südvietnamesische Note vom 12. November 1963; Referat I B 5, Bd. 62.

[1] Geschäftszeichen des Begleitschreibens.

[2] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse van Well und Dolmetscher Kurokawa gefertigt und am 27. November 1963 von Botschafter Dittmann, Tokio, an das Auswärtige Amt übermittelt.
Zu den Gesprächen vgl. auch den Drahterlaß des Bundesministers Schröder, z. Z. Tokio, vom 9. November 1963; Referat I B 5, Bd. 67b.

[3] Weitere Teilnehmer waren auf japanischer Seite: der stellvertretende Außenminister Shima, Botschafter Narita, die Abteilungsleiter im japanischen Außenministerium, Hogen und Ushiroku, die stellvertretenden Abteilungsleiter Urabe und Kato, Referatsleiter Katori, Noda sowie Dolmetscher Kimura; auf deutscher Seite: Botschafter Dittmann, Tokio, Ministerialdirektor Jansen, Ministerialdirigent Pauls, Vortragende Legationsräte I. Klasse Bassler und Hille, Legationsräte I. Klasse Müller und van Well sowie Dolmetscher Kurokawa.
Vgl. dazu das Begleitschreiben von Dittmann zu dieser Aufzeichnung vom 27. November 1963; Referat I B 5, Bd. 67b.

[4] Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem japanischen Außenminister Ohira am 29. September 1962 vgl. BULLETIN 1962, S. 1560.

Herr Dr. Schröder erläutert auf Einladung von Herrn Ohira die deutsche Haltung zu den Ost-West-Beziehungen und zur Lage in Europa. Er betont zunächst, daß der Regierungswechsel in Bonn keine Änderung der Grundlinien der deutschen Außenpolitik mit sich bringen werde. Das schließe nicht aus, daß die Persönlichkeit des neuen Bundeskanzlers dem Stil und der Taktik der Regierungspolitik ihren Stempel aufdrücken werde.

Nach kurzer Darstellung des Standes der europäischen Einigungsbestrebungen unterstreicht der Herr Bundesminister, daß die Probleme, an die man jetzt in der EWG herangehen müsse, die eigentlich schwierigen seien, vor allen Dingen im Bereich der gemeinsamen Agrar-Politik. Hier bestehe auch ein enger Sachzusammenhang mit der Kennedy-Runde[5].

Der Minister wendet sich dann den Formen der weiteren politischen Gestaltung Europas zu. Die Politik der supranationalen Integration habe seit der Regierungsübernahme de Gaulles eine Verzögerung erfahren, wenn sie nicht gar zum Stillstand gekommen sei. Aber auch die von französischer Seite unternommenen Bemühungen um eine lose Union seien vorläufig gescheitert, da die kleineren Mitgliedstaaten aus Gründen der Erhaltung des inneren Gleichgewichts der Gemeinschaft sich nur beteiligen wollten, wenn auch Großbritannien einbezogen werde.[6] Durch das vorläufige Ende der Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG[7] seien beide Gestaltungsversuche zum Erliegen gekommen. Die deutsche Politik halte aber an ihren beiden Zielen, dem Beitritt Großbritanniens und dem politischen Zusammenschluß Europas, fest. Bis zu den britischen Wahlen[8] könne jedoch der Faden nicht wieder aufgenommen werden. In der Zwischenzeit werde man sich auf den inneren Aufbau der EWG konzentrieren. Für neue Vorstöße in der Frage der Bildung der politischen Union[9] sei bis zu den britischen Wahlen kein Raum.

Herr *Ohira* unterbricht an dieser Stelle, um den Wunsch auszudrücken, daß durch die Einigung Europas die Handelsbeziehungen mit der übrigen Welt und insbesondere mit Japan noch erweitert werden mögen. Die BRD sei bisher immer an der Spitze der Befürworter einer Steigerung des allgemeinen Handelsaustausches gewesen. Japan hoffe, daß die Bundesregierung ihren Einfluß in der EWG für eine weltoffene, nach außen gerichtete Politik zur Geltung bringe.

Herr *Dr. Schröder* betont, daß die Bundesrepublik entschieden eine Politik der Autarkie in der EWG ablehne. Deutschland sei die größte Industrie- und Handelsnation der EWG. Ihr Außenhandel mit Drittstaaten (außerhalb der EWG) betrage mehr als 60%. Die Beziehungen zu diesen Ländern dürften nicht durch die Entwicklung des gemeinsamen Agrarmarktes beeinträchtigt werden. Zwischen Frankreich und der Bundesrepublik bestehe insofern ein Interessenkonflikt, der bei gutem Willen auf beiden Seiten innerhalb eines halben

5 Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

6 Vgl. dazu Dok. 136.

7 Zum Scheitern eines britischen EWG-Beitritts am 28./29. Januar 1963 vgl. Dok. 60.

8 Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

9 Zu den deutschen Überlegungen hinsichtlich einer neuen Initiative zur europäischen politischen Union vgl. Dok. 213. Vgl. auch Dok. 404 und Dok. 421.

Jahres durch einen Kompromiß beigelegt werden könne. Die deutsche Haltung zur Kennedy-Runde sei positiv und ähnele der Japans.

Herr *Ohira* führt aus, daß Japan in der ersten Zeit der Entstehung der EWG daran gezweifelt habe, ob eine gemeinsame Handelspolitik der EWG zustande komme. Man habe daher bilaterale Verträge abgeschlossen und dadurch die Handelsbeziehungen erweitert. Angesichts der Tatsache, daß die EWG 1970 eine gemeinsame Handelspolitik einführen wolle, fürchte man in Japan, daß der erforderliche Kompromiß zwischen der weniger liberalen französischen Haltung und der deutschen Politik zu einer gewissen Zurücknahme der deutschen Liberalisierung führe. Er wolle noch einmal die Hoffnung ausdrücken, daß die BRD auf die Haltung ihrer EWG-Partner einwirke.

Herr *Dr. Schröder* meint, die Kennedy-Runde werde ohnehin zu einer Erweiterung des Handelsaustausches beitragen. Er glaube nicht, daß die künftige Entwicklung hinter den Stand der deutschen Liberalisierung zurückgehen werde. Es werde, im Gegenteil, so sein, daß der erwartete weitere Wirtschaftsaufschwung die französische Haltung positiv beeinflussen werde.

Herr *Ohira* leitet zur Deutschland- und Berlin-Frage über, die in Japan stark diskutiert werde. Es scheine, als ob sich auf Berlin alle Krankheiten konzentrierten, damit in anderen Teilen der Welt Gesundheit, d. h. Frieden herrschen könne. Was habe die Sowjetunion dazu veranlaßt, das Test-Stopp-Abkommen[10] zu schließen? Man höre, die innenpolitische Lage (Schwierigkeiten in der Wirtschaft und insbesondere Landwirtschaft) hätte sie zu einem friedlichen Kurs gezwungen, auch der Konflikt mit Rotchina[11] solle ursächlich sein. Nach japanischer Überzeugung sei jedoch ausschlaggebend die Tatsache, daß beide Weltmächte (USA und UdSSR) bei der Entwicklung einer Anti-Raketen-Rakete in eine Sackgasse geraten seien.

Herr *Dr. Schröder*: Nach deutscher Auffassung ist die sowjetische Bereitschaft zum Abschluß des Abkommens auf die Addition mehrerer Umstände zurückzuführen. Beide Weltmächte hätten jetzt soviel nukleare Zerstörungskraft angesammelt, daß sie für den ersten und zweiten Schlag mehr als ausreichend sei. Bei einem solchen Sättigungsgrad des Verteidigungspotentials sei es nicht mehr erforderlich, im bisherigen Umfang Produktivkräfte der Volkswirtschaften für Rüstungszwecke einzusetzen. Das sei allerdings nur im gegenwärtigen Zeitpunkt der Fall. Gewisse Entwicklungen, wie z. B. neue Erfindungen, könnten die Lage wieder verändern. Chruschtschow wolle sicherlich jetzt mehr Produktivkräfte im Agrar- und Konsumgütersektor einsetzen.

Herr *Ohira*: Es wird erwartet, daß in nächster Zukunft zwischen Ost und West über Sicherheitsgarantien und über die Verhinderung von Überraschungsangriffen verhandelt wird. Es ist zu befürchten, daß dabei die Lage Berlins unverändert bleibt. Der deutsche Außenminister nimmt in diesen Fragen eine elastische Haltung ein. Worauf zielt die sogenannte Politik der Bewegung ab?

Herr *Dr. Schröder* glaubt an keine grundsätzlich neue Orientierung der sowjetischen Politik. Die Ziele des Kommunismus, die auf seiner besonderen Ge-

[10] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[11] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23, sowie Dok. 367, Anm. 26 und Anm. 43.

schichtsphilosophie beruhten, seien dieselben geblieben. Eine Änderung könne sich höchstens in einem evolutionären Prozeß ergeben. Die Bundesregierung gebe sich keinen Täuschungen hin. Die sowjetischen Reden zeigten, daß der Kommunismus nach wie vor auf Ausdehnung seiner Macht gerichtet sei und auf die Politik der Gewalt nicht verzichte. Zeichen für eine Änderung der sowjetischen Haltung in der Deutschland-Frage lägen nicht vor. Diese Erkenntnisse müßten dem taktischen Vorgehen des Westens zugrunde gelegt werden. Seine Taktik müsse es sein, die möglichen langfristigen Veränderungen im Ostblock in Betracht zu ziehen, die sich durch den sowjetisch-chinesischen Gegensatz, durch die erhöhten Lebensansprüche der Bevölkerung und durch die Selbständigkeitsregungen in den osteuropäischen Ländern ergeben, und diese Veränderungen zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Man müsse verhindern, daß sich die kommunistischen Länder enger zusammenschließen. Man müsse die polyzentrischen Tendenzen fördern. Man dürfe nicht im Festungsdenken verharren. Eine politische Maginot-Linie bedeute keine Sicherung. Der Status quo dürfe nicht eingemauert werden. Wir brauchten Hoffnung für Berlin und die Zone. Wir müßten politisch und psychologisch offensiv sein. Dies aber ohne Illusionen und ohne Preisgabe unserer Grundpositionen.[12]

Herr *Ohira*: Wir sind der Ansicht, daß die Sowjetunion und Peking mit dem Aufbau ihrer Volkswirtschaften Schwierigkeiten haben. In Japan glaubt man mehr und mehr, daß die wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion und in Rotchina die Überlegenheit der liberalen Wirtschaftsordnung bewiesen hat. Sehen das die sowjetischen Führer nicht langsam ein? Oder können sie aus ideologischen Gründen ihren Kurs nicht ändern?

Herr *Dr. Schröder*: Die sowjetischen und chinesischen Führer sind sich bewußt, daß der Drang zur freien Betätigung in der Menschennatur begründet ist. Das hätte ihnen das große Wachstum des liberalisierten Sektors der Landwirtschaft bestätigt. Aber sie sind wohl die Gefangenen ihrer eigenen Ideologie. Sie wissen, daß man nicht beides zugleich haben kann, den totalitären kommunistischen Staat einerseits und eine geistig blühende und wirtschaftlich fortschrittliche Gesellschaft. Der Westen sollte eine Politik betreiben, die die Veränderungen in Richtung auf eine Liberalisierung der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung fördert.

Herr *Ohira* wünscht noch einige Fragen zu Europa zu stellen. Er habe den Eindruck, daß die USA beabsichtigten, ihre Streitkräfte teilweise aus Übersee zurückzuziehen.[13] Auch Japan habe derartige Pläne vorgelegt bekommen.[14] Anscheinend seien die Lufttransportmöglichkeiten so groß geworden, daß

[12] Ähnliche Überlegungen zur „Außenpolitik der Bewegung" erläuterte Bundesminister Schröder auch am 4. November 1963 in einem Radio-Interview: „Ich habe die Überzeugung, daß man Positionen, die man für ganz gefestigt hält, nicht einfach dadurch festhalten kann, daß man nicht weitere Bemühungen um eine Verbesserung anstellt, sondern mehr oder weniger abwartet. Und deswegen müssen wir sehr sorgfältig alle Chancen abwägen in der Bereitschaft, Chancen zu ergreifen, wo immer sie sich zeigen." Vgl. BULLETIN 1963, S. 1736.
Vgl. auch Dok. 458, Anm. 4.

[13] Zur Frage einer amerikanischen Truppenreduzierung in Europa vgl. bereits Dok. 348, besonders Anm. 27.

[14] Am 31. Dezember 1963 wurde die Verlegung und der teilweise Rückzug von amerikanischen Luftwaffeneinheiten aus Japan bekanntgegeben. Vgl. dazu AdG 1964, S. 10987.

eine Verringerung der Depots und Truppen für vertretbar gehalten werde. Ihm, Herrn Ohira, seien jedoch die wahren Absichten der Amerikaner nicht ganz klar.

Herr *Dr. Schröder* erwidert, die Motive der amerikanischen militärischen Rationalisierung[15] seien zum Teil wirtschaftlicher Art (Zahlungsbilanzschwierigkeiten[16]) und zum Teil innenpolitischer Natur (Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr[17]). Die Republikaner zeigten eine starke Neigung zur Verminderung der in Übersee stationierten Streitkräfte. Herr Eisenhower habe kürzlich ausgeführt, es würde eine Division genügen, um in Mitteleuropa die Flagge zu zeigen.[18] Senator Goldwater befürworte eine stärkere atomare Ausstattung Europas, um amerikanische Truppen abziehen zu können.[19] Man habe auch gelegentlich ein außenpolitisches Motiv unterstellt, nämlich den Russen gegenüber ein Entgegenkommen zu zeigen. Nach seiner, des Bundesministers, Meinung würde diese Auffassung jedoch grob der gesamtpolitischen Lage widersprechen. Präsident Kennedy habe ihm gegenüber erklärt, man beabsichtige nur den Abzug von Versorgungseinheiten.[20] Diese seien auf Kriegsstärke aufgefüllt, was im gegenwärtigen Augenblick nicht notwendig sei. Im übrigen sei nur an Abzug von Einheiten aus Großbritannien, Frankreich und Spanien gedacht, nicht jedoch aus Deutschland. Schließlich werde jede auf Deutschland bezügliche Maßnahme der USA zuerst mit der Bundesregierung gründlich besprochen werden. Es scheine, daß die geringen Abzüge aus Zentraleuropa die Truppen betreffe, die nach der Wiener Konferenz zwischen Chruschtschow und Kennedy[21] nach Europa entsandt worden seien. Rusk habe ihm, Dr. Schröder, gesagt: „Wenn wir derartige, im Verlauf einer Krise entsandte Verstärkungen nach Abklingen der Krise nicht wieder zurückziehen können, dann werden wir sehr bald unbeweglich".[22] Man sei sich mit den Amerikanern einig, daß der mitteleuropäische Abschnitt ein zentrales Problem darstelle. Auch sehe man auf deutscher Seite ein, daß die Strategie nicht einfriere, sondern im Fluß bleibe. Man müsse bereit sein, die erforderlichen Veränderungen gemeinsam zu treffen, und auch eine entsprechende Lastenverteilung vorsehen. Aber das Entscheidende sei nicht die Lufttransport-

[15] Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Rationierung". Dazu Fragezeichen am Rand.

[16] Zum amerikanischen Zahlungsbilanzdefizit vgl. Dok. 185, Anm. 9.
Im Jahr 1963 wuchs es auf 3,2 Milliarden Dollar an. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Leiters des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen", Neumann, vom 13. November 1963 für die Konferenzmappe des Bundeskanzlers Erhard; Abteilung II (II 6), VS-Bd. 206; B 150, Aktenkopien 1963.

[17] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[18] Zu den Äußerungen des ehemaligen amerikanischen Präsidenten vom 18. Oktober 1963 vgl. Dok. 396, Anm. 33. Vgl. auch Dok. 440, Anm. 5.

[19] Vgl. dazu auch James Reston: How to Destroy the Things You Love; THE NEW YORK TIMES, Nr. 38652 vom 21. November 1963, S. 4.

[20] Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Schröder mit Präsident Kennedy am 24. September 1963 in Washington; Dok. 361.

[21] Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy trafen am 3./4. Juni 1961 in Wien zusammen. Für das Abschlußkommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 344.

[22] Eine Äußerung in diesem Sinne fiel im Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Außenminister am 10. August 1963, bei dem Bundesminister Schröder zugegen war. Vgl. Dok. 291.

fähigkeit der USA, sondern die Glaubwürdigkeit der Abschreckung, und diese wiederum hänge von der unmittelbaren Präsenz der Amerikaner in Europa ab. Durch diese Präsenz würden die USA auch innenpolitisch gebunden. Das psychologische Argument des direkten Engagements sei sehr wichtig.

Herr *Ohira*: Seit langem hören wir von den Plänen, eine multilaterale nukleare Streitkraft (MLF) zu schaffen.[23] Frankreich soll gegen diesen Plan eingestellt sein.[24] Auch die Stellung Großbritanniens ist noch ungewiß.

Herr *Dr. Schröder* erklärt, daß der amerikanische Vorschlag militärische und politische Gründe habe. Einmal werde es als wichtig angesehen, ein Verteidigungssystem aufrechtzuerhalten, das auch im Sektor der Mittelstreckenraketen ausgeglichen sei. Das militärpolitische und psychologische Motiv sei auf die Erkenntnis gegründet, daß ein Bündnis auf die Dauer nur harmonisch sein könne, wenn es nicht in atomar bewaffnete und konventionell bewaffnete Mitglieder zerfalle. Gleichberechtigung und Integration seien zur Stärkung des Bündnisses erforderlich. Die Bundesregierung habe den Plan von Anbeginn an unterstützt.[25] Zur Zeit würden organisatorische Fragen geprüft. Die britische Haltung sei gegenwärtig auf Beobachtung und Interesse beschränkt. Die Meinung der britischen Regierung sei geteilt. Das Foreign Office sei dem Plan geneigter als die militärischen Stellen.[26] Man könne annehmen, daß nach der Ernennung Lord Homes zum Ministerpräsidenten[27] die positiven Stimmen in Großbritannien Auftrieb erhielten. Gegenwärtig sei die Labour Party gegen den Plan. Ihr Eintreten für internationale Kontrolle ließe es aber als möglich erscheinen, daß sie Interesse an dem Plan gewinne, wenn sie die Regierungsverantwortung übernehmen sollte. Frankreichs Haltung sei abweichend. Es verfolge eine unabhängige Abschreckungsmacht.[28] Man höre oft auch von einer europäischen Nuklear-Streitmacht. Das setze aber nach deutscher Auffassung ein einheitliches Europa voraus, d. h. ein Europa, das außen- und verteidigungspolitisch eine Einheit bilde. Insofern müsse die zukünftige Entwicklung abgewartet werden. Er, Dr. Schröder, könne sich jedoch vorstellen, daß es, ausgehend von der MLF, auch noch weitergehende Formen der nuklearen Integration gebe.

Herr *Ohira* erwidert auf eine entsprechende Frage des Herrn Bundesministers, die Amerikaner hätten der japanischen Regierung vorgeschlagen, zum 1. Juli 1964 Teile der US-Luftstreitkräfte aus Japan abzuziehen und andere Teile umzubesetzen. Die Einzelheiten würden im Augenblick zwischen den beiden Seiten verhandelt.

II. In der Nachmittagssitzung des 7. November gibt Herr *Ohira* einen Überblick über die politische Lage in Asien. In verschiedenen Ländern sehe er politische Gefahren. Asien sei in der Vergangenheit niemals stabil gewesen. Armut und Rückständigkeit ließen auch in naher Zukunft keine wesentliche

[23] Zum Stand der Verhandlungen über die MLF vgl. Dok. 414.

[24] Zur französischen Haltung zur MLF vgl. auch Dok. 423.

[25] Vgl. dazu Dok. 82, Anm. 10.

[26] Zur britischen Haltung zur MLF vgl. bereits Dok. 301; weiter Dok. 418.

[27] Zum Regierungswechsel in Großbritannien vom 18. Oktober 1963 vgl. Dok. 389, Anm. 3.

[28] Zur „force de frappe" vgl. Dok. 16, Anm. 6. Zur französischen Verteidigungspolitik vgl. auch Dok. 423.

Änderung erhoffen. Das gesamte Problem Asien sei daher sehr schwer zu behandeln. Die wichtigste Frage sei Rotchina. Wirtschaftlich gesehen sei die Lage dort nicht stabil. Die zehnjährigen Bemühungen um den Aufbau der Wirtschaft hätten keinen Erfolg gehabt. Vor 6 Jahren sei die sowjetische Wirtschaftshilfe eingestellt worden.[29] Nun müßten die Kredite zurückgezahlt werden. Hinzu träten schlechtes Wetter und Mißwirtschaft in der Verwaltung. Die japanische Regierung sei überzeugt, daß Rotchina aus diesen und anderen Gründen daran interessiert sei, Konflikte nach Möglichkeit zu vermeiden. Zu einer Abenteurer-Politik fehlten ihm die Mittel. Besonders werde es sich vor einer Konfrontation mit den USA (z. B. Laos) hüten. Unbeschadet dieser vorsichtigen Haltung werde die militante Propaganda weiterlaufen. Zwar sei die Möglichkeit eines baldigen Atomversuchs nicht auszuschließen[30]; ohne sowjetische Hilfe sei aber in der nächsten Zeit der Aufbau einer militärisch wirksamen Atomstreitmacht einfach nicht möglich. Die USA teilten diese Auffassung.

Zum japanisch-rotchinesischen Verhältnis sei zu sagen, daß seit Ende 1962 eine große Änderung in der Haltung Pekings zu verzeichnen sei. Bis zu diesem Zeitpunkt habe Rotchina Japan gegenüber eine sehr feindselige Haltung an den Tag gelegt. Japan sei als der Lakai des amerikanischen Imperialismus gekennzeichnet worden. Im vergangenen Jahr habe man offensichtlich in Peking eingesehen, daß man mit dieser Politik den erhofften Zweck nicht erreiche, sondern im Gegenteil in Japan eine Gegenstimmung erzeuge. Jetzt verhalte sich Peking elastisch und konziliant. Es sei bereit, mit Japan über verschiedene Probleme zu sprechen (Wetterdienst, Fischerei-Fragen, Nachrichtenwesen). Es wolle zwar aus der diplomatischen Isolierung herauskommen, mit einer wesentlichen Änderung seiner Außenpolitik in der nächsten Zeit sei jedoch nicht zu rechnen. Man höre oft die Befürchtung, dieses Riesenreich mit 700 Millionen Einwohnern stelle eine große Gefahr dar. Theoretisch treffe das wohl zu. In naher Zukunft stelle jedoch Rotchina für die freie Welt keine Bedrohung dar.

Die Kenntnisse über Rotchina und über die wahren Absichten seiner Regierung seien sehr dürftig. Auch für die Japaner sei es schwierig, zuverlässige Informationen zu erhalten. Die japanische Regierung wäre sehr dankbar, wenn sie mit der deutschen Regierung einen Informations- und Erfahrungsaustausch über Rotchina pflegen könnte.

Zur Frage des japanisch-sowjetischen Verhältnisses sei zunächst darauf hinzuweisen, daß Moskau früher oft versucht habe, das japanische Volk gegen seine eigene Regierung und gegen die USA aufzuhetzen. Seit 2–3 Jahren sei hierin jedoch eine Änderung eingetreten. Der Ton des Moskauer Rundfunks und der russischen Zeitungen sei gemäßigter geworden. Dasselbe gelte für die diplomatischen Beziehungen. Die Aufbringung japanischer Fischereiboote durch sowjetische Polizeischiffe habe nachgelassen. Kürzlich habe Moskau vorgeschlagen, Verhandlungen über den gegenseitigen Luftverkehr aufzunehmen.

[29] Die sowjetische Wirtschaftshilfe an die Volksrepublik China wurde nach Ablauf des ersten chinesischen Fünfjahresplans Ende 1957 eingestellt.

[30] Die Volksrepublik China führte den ersten Atomtest am 16. Oktober 1964 in der Takla-Makan-Wüste durch.

Er, Ohira, müsse jedoch betonen, daß nicht Japan seine Haltung geändert habe, sondern daß Rotchina und die Sowjetunion eine Schwenkung vollzogen hätten. Auch sei an eine künftige Änderung der japanischen Haltung nicht zu denken. (Ministerialdirektor Hogen ergänzt den Dolmetscher: Seit Mitte letzten Jahres habe sich die sowjetische und rotchinesische Haltung zu Japan an der Oberfläche, im Bereich der Propaganda, geändert, nicht jedoch in ihrem Grundton).

Zu Vietnam sei zu sagen, daß der kürzliche Staatsstreich[31] nichts mit dem Kommunismus zu tun habe. Mit der Familienherrschaft der Diems sei man in Vietnam schon lange unzufrieden gewesen. Die antibuddhistischen Maßnahmen[32] hätten die Lage noch verschärft. Das neue Regime scheine eine liberale und antikommunistische Richtung einschlagen zu wollen. Die japanische Regierung hoffe, daß sich die Lage dort baldmöglichst stabilisiere. Es handele sich weniger um ein militärisches als um ein politisches Problem. Entscheidend sei, ob die neue Regierung bald die Unterstützung des Volkes gewinnen könne.

Die Lage in Laos erscheine labil.[33] Die Koalitionsregierung funktioniere nicht gut. Mit einer baldigen Einigung zwischen links und rechts sei nicht zu rechnen. Falls das ganze Mekong-Gebiet in die Hand der Pathet-Lao falle, entstehe eine ernste Gefahr für Kambodscha und Thailand. Die japanische Regierung sei der Auffassung, daß dieses Gebiet unter allen Umständen gehalten werden müsse. Da die Bundesrepublik an Laos Wirtschaftshilfe gewähre[34], sei man auf japanischer Seite an ihrer Auffassung interessiert.

Herr *Dr. Schröder* nimmt die Gelegenheit wahr, einige Fragen zur Asien-Politik zu stellen:
Welche Auswirkungen wird die erste rotchinesische Atomexplosion haben; auf das Verhältnis zu den USA, zur Sowjetunion, zu Japan, zu den anderen Teilen Asiens und auf die Weltpolitik insgesamt?
Wozu dient eine Verstärkung der Handelsbeziehungen mit Rotchina, nur den Wirtschaftsinteressen oder auch der Stabilisierung und Stärkung des Kommunismus? Welche Auswirkungen kann sie in der Zukunft haben? Kann eine solche Politik gegenüber Rotchina einen indirekten Einfluß auf die Sowjetunion und die sowjetische Deutschland-Politik ausüben? Sollen die Lieferungen auf handelsmäßiger Basis oder unter Gewährung langfristiger Kredite erfolgen? Können daran politische Forderungen geknüpft werden und ggf. welche?

Rotchina hat in der Vergangenheit Pankow häufig unterstützt und es z. B. im

31 Zum Staatsstreich in der Republik Vietnam vom 1. November 1963 vgl. Dok. 409, Anm. 2.

32 Am 8. Mai 1963 wurden in Hue mehrere Personen getötet, als Soldaten gegen Buddhisten vorgingen, die gegen das Verbot demonstrierten, an Buddhas Geburtstag die buddhistische Flagge zu hissen. Auf die sich daraufhin ausbreitenden Demonstrationen, Hungerstreiks und Selbstverbrennungen von Buddhisten reagierte die südvietnamesische Regierung mit dem Einsatz von Militär. Vgl. dazu die Berichte des Botschafters von Wendland, Saigon, vom 15. Mai und 19. Juni 1963 sowie die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 22. August 1963; Referat I B 4, Bd. 62.

33 Zur Situation in Laos vgl. Dok. 383, Anm. 10.

34 Vgl. dazu Referat III B 7, Bd. 100.

Falle des Test-Stopp-Abkommens gegenüber Moskau sogar in Schutz genommen.[35] Gäbe es hier für die deutsche Politik Möglichkeiten, das Verhältnis der Sowjetunion zur SBZ zu unseren Gunsten zu beeinflussen?
Welche Rolle könnte Indonesien im China-Komplex spielen? In welche Richtung würde der Expansionsdrang eines erstarkten Rotchinas gehen?
Diese Fragen sollten gemeinsam sorgfältig geprüft werden. Die Bundesregierung wäre für eine enge Zusammenarbeit bei der Untersuchung dieser Probleme dankbar.

Zur Frage von Herrn Ohira über die deutsche Einstellung zu Laos müsse zuerst auf die deutsche Auffassung zur Entwicklungshilfe insgesamt eingegangen werden. Diese Hilfe diene zwei Zwecken: Einerseits sollten die Empfänger-Staaten am westlichen System interessiert und ihr Abgleiten in den kommunistischen Einflußbereich verhindert werden. Insofern könne man die Hilfe nicht „ideal" planen; man müsse Schwerpunkte bilden. Andererseits sei sie eine Waffe im Kampf der Bundesregierung gegen eine internationale Aufwertung der SBZ. Insofern unternähmen wir manches nicht um des optimalen Effektes der Entwicklungshilfe willen, sondern aus diplomatischen Gründen. Ein solcher Fall sei Laos. Die Bundesregierung wolle durch die deutsche Aktivität Pankow aus Laos heraushalten. Augenblicklich werde ein 15 Mio. DM-Kredit für zwei Elektrifizierungsprojekte und für begrenzte technische Hilfe (Werkmeisterschule) geprüft.

Herr *Ohira* umreißt den japanischen Standpunkt zur Malaysia-Frage[36] und geht auf die kürzliche Ikeda-Reise nach Südostasien[37] ein. Man solle die Lösung des Problems den betreffenden Ländern überlassen. Falls diese Japan dazu aufforderten, sei es bereit, einen eigenen Beitrag zu leisten. Man müsse noch herausfinden, was das Hauptanliegen der einzelnen Länder sei. Z. Z. wisse er nicht, wie das Problem gelöst werden könne. Es sei z. B. sehr schwierig herauszufinden, was eigentlich Indonesien wolle. Er sei überzeugt, daß eine Lösung lange Zeit brauchen werde. Das liege zum Teil auch an dem schwierigen Charakter Sukarnos.

Zusammenfassend sei zu sagen, daß die Probleme Asiens nur langfristig gelöst werden könnten. Der Beitrag Japans zur Stabilisierung Asiens werde darin bestehen, den Nachbarländern das Beispiel einer gut funktionierenden Demokratie und einer blühenden Wirtschaft zu zeigen sowie ihnen als aufrichtiger Freund zur Seite zu stehen. Zum China-Problem lägen zu wenig verläßliche Informationen vor. Die japanische Regierung könne über den künftigen Gang der Dinge in China nichts Bestimmtes sagen. Man glaube nicht an außenpolitische Abenteuer Pekings. Die Stabilisierung Asiens werde sehr von der Haltung Japans und Rotchinas abhängen.

Herr *Dr. Schröder* regt an, darin fortzufahren, die angeschnittenen Fragen auf längere Dauer miteinander zu erörtern. Vor allem sollte man versuchen, die langfristigen Veränderungen der Lage zu erkennen. Wir müßten versuchen,

[35] Vgl. dazu Dok. 364, Anm. 3.

[36] Zur Situation in Malaysia vgl. Dok. 383, Anm. 6.

[37] Ministerpräsident Ikeda besuchte vom 16. bis 18. September Indonesien und vom 23. bis 26. September 1963 die Philippinen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 212 und Z 214.

vorauszuahnen, wohin die langfristigen Entwicklungen gehen und sie dann zu unseren Gunsten beeinflussen.

III. In der Morgensitzung des 8. 11. wird zunächst der Entwurf des gemeinsamen Kommuniqués[38] nach kleineren redaktionellen Änderungen angenommen.

Herr *Dr. Schröder* trägt einen Fragenkatalog zur Lage in Asien vor:

1) Welche Auswirkungen sind von der Ausdehnung der Handelsbeziehungen Japans mit Rotchina zu erwarten:

a) Welche politischen und wirtschaftlichen Folgen können sich für Japan aus seinen Beziehungen zu Formosa ergeben, wenn die Beziehungen zu Peking intensiviert werden?
b) Wie haben die USA auf die japanischen Bestrebungen zur Herstellung engerer Kontakte (wirtschaftlicher und evtl. auch politischer) mit Rotchina reagiert?
c) Beabsichtigt die japanische Regierung, in Peking eine inoffizielle Mission für kommerzielle und kulturelle Beziehungen zu eröffnen? Es wird angenommen, daß Tokyo die diplomatischen Beziehungen zu Formosa weiter aufrecht erhält.
d) Herr Ohira hat erklärt, daß Japan seine Wirtschaftsbeziehungen zu China intensivieren möchte. Ist die japanische Regierung bereit, China Kredite mit langer Laufzeit (welche und welcher Zinssatz) einzuräumen?
e) Ist die japanische Regierung der Ansicht, daß eine Verstärkung der Handelsbeziehungen mit Rotchina die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur Sowjetunion
   1) aufweichen könnte,
   2) das kommunistische Wirtschaftssystem Chinas stärken könnte oder
   3) die wirtschaftliche Lage in China in der Richtung auf eine Liberalisierung fördern könnte?

2) Herr Ohira hat erklärt, daß China zur Zeit keine politische und militärische Gefahr in Asien bedeute. Wie verhält sich diese Auffassung zu der chinesischen Aggression gegen Indien?[39] Ist die japanische Regierung der Ansicht, daß es sich nur um eine lokale Grenzauseinandersetzung handelt, die chinesischerseits nicht ausgeweitet wird und durch kleinere Grenzkonzessionen bereinigt werden kann?

3) Die Gespräche in Indonesien[40] haben uns den Eindruck vermittelt, daß dort eine nicht unbegründete Besorgnis über den wachsenden chinesischen Einfluß in Südostasien besteht und daß Indonesien gefährdet sein könnte, wenn durch die subversive Tätigkeit Rotchinas in Südostasien die politische Stabilität in Thailand in Frage gestellt sein sollte.

Herr *Ohira* unterstreicht, daß die japanische Haltung zum Handelsaustausch mit Rotchina auf dem Grundsatz der Trennung von privatwirtschaftlichem

[38] Für den Wortlaut vgl. Referat I B 5, Bd. 67b.

[39] Zum indisch-chinesischen Grenzkonflikt vgl. Dok. 37, Anm. 31.

[40] Vom 28. Oktober bis 3. November 1963 begleitete Bundesminister Schröder den Bundespräsidenten auf dessen Staatsbesuch in Indonesien. Zur Reise von Lübke durch Südostasien vgl. Dok. 396, Anm. 3.

Geschäft und Politik beruhe. Die japanische Regierung wolle diesen Handel weder fördern noch verhindern. Die Möglichkeiten des Austausches seien beschränkt, was sowohl Taiwan als auch die USA wüßten. Sie hätten daher auch keine besonderen Besorgnisse. Auf die Frage Dr. Schröders nach der etwaigen Errichtung einer ständigen japanischen Mission in Peking sei zu antworten, daß im Augenblick ein solcher Plan nicht bestehe. Zur Frage Dr. Schröders über langfristige Kreditgewährung sei auszuführen, daß von Regierungsseite keine Kredite an Peking gegeben würden. Die privaten Kredite müßten in ihrer Höhe beschränkt bleiben, da das Handelsvolumen gering sei. Die Japaner möchten in dieser Hinsicht im Einklang mit den anderen westlichen Ländern operieren. Der Erweiterung des Handels mit den kommunistischen Ländern seien Schranken gesetzt, und die japanische Regierung habe nicht die Absicht, diesen Staaten zu helfen. Die öffentliche Meinung in Japan mache es der Regierung schwer, den China-Handel zu verhindern. Wegen der beschränkten Möglichkeiten der Handelsausdehnung solle man von der Sache nicht zuviel Aufhebens machen.[41]

Zur Frage Dr. Schröders über den indisch-chinesischen Grenzkonflikt: Peking könne sich im Augenblick einen größeren Konflikt nicht leisten. Es leide z. B. unter Materialmangel (Treibstoff). Das chinesische Ziel sei offenbar ein Prestigeverlust Indiens gewesen, nicht jedoch ein militärischer Sieg. China scheine inzwischen eingesehen zu haben, daß der Konflikt ihm schade, weil er in der ungebundenen Welt Mißtrauen gegen die chinesischen Absichten erzeugt habe. Peking wolle jedoch nicht sein Gesicht verlieren und könne sich daher nicht überall zurückziehen. Auf japanischer Seite glaube man jedoch nicht, daß es in Indien weiter vorrücken werde.

Indonesien sei für die Stabilisierung und Sicherheit ganz Ostasiens sehr wichtig. Die indonesische Regierung scheine bis heute noch keinen festen Plan für die Zukunft zu haben. Japan wolle natürlich ein guter Freund Indonesiens sein und ihm Wirtschaftshilfe geben. Aber wie diese Hilfe geleistet werden soll, bedürfe noch der sorgfältigen Prüfung. Man wisse ja nicht, wie Indonesien seine Wirtschaft aufbauen wolle.

Zum Rotchina-Komplex wolle er noch hinzufügen, daß die freie Welt (insbesondere die USA) die Neigung habe, das Problem China zu häufig zu erörtern. Es bestehe die Tendenz, Peking zu überschätzen. Die häufige Diskussion des China-Problems habe eine Prestige-Erhöhung Pekings zur Folge. Dieses Verhalten des Westens sei nach japanischer Ansicht nicht klug. Die freie Welt sollte dagegen helfen, daß Asien Vertrauen zu Japan und zum westlichen System bekomme. Wenn aber durch zu häufige Diskussion des Prestige Chinas ungebührlich gesteigert werde, so könnten unangenehme Folgen eintreten.

Herr *Dr. Schröder* bedauert, daß aus Zeitmangel der Punkt Welthandelsprobleme nicht weiter erörtert werden kann. Er schlägt vor, daß die Herren Kato und Pauls sich gesondert darüber unterhalten. Der Herr Minister dankt Herrn Ohira für die Gespräche und spricht den Wunsch aus, die angeschnitte-

[41] Zu den japanisch-chinesischen Handelsbeziehungen vgl. Referat III A 6, Bd. 160.

nen Fragen auf diplomatischem Wege und durch die regelmäßigen Ministerkonsultationen[42] weiter zu erörtern.

Herr *Ohira* dankt für den Meinungsaustausch und drückt seine Freude aus, ihn bei den regelmäßigen Konsultationen fortzusetzen. Zum Schluß möchte er nochmals betonen, daß Japan willens sei, die Einfuhr deutscher Waren zu erhöhen. Japan wünsche umgekehrt von Herzen, daß sich die Bundesrepublik in der EWG für eine Erleichterung der japanischen Ausfuhren in die EWG einsetzt.

Referat I B 5, Bd. 67b

411

Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium

II-82.00-797/63 geheim **11. November 1963**[1]

Staatssekretär *Carstens* kam einleitend auf den Stand der MLF-Verhandlungen[2] zu sprechen und bat Mr. Ball um seine Stellungnahme zu der von den Italienern vorgeschlagenen „Europäisierungsklausel"[3]. Mr. *Ball* hielt eine solche Formel im Prinzip für annehmbar. Ihr Wortlaut bedürfe jedoch noch sorgfältiger Redigierung.

Staatssekretär *Carstens* fragte Herrn Ball sodann, ob er das Debré-Interview im Figaro vom 5. November[4] gelesen habe, in dem ihm besonders die wiederholte Forderung nach dem Zustandekommen eines Dreierdirektoriums[5] aufgefallen sei. Ein solches Dreierdirektorium sei für uns absolut unannehmbar.

Mr. *Ball* zeigte für unseren Standpunkt Verständnis. Der amerikanische sei derselbe. Es ginge nicht an, daß Frankreich sich zum Sprecher Europas ma-

[42] Zum japanischen Interesse an regelmäßigen Konsultationen mit der Bundesregierung vgl. den Drahtbericht des Botschafters Dittmann, Tokio, vom 27. Mai 1963; Referat I B 5, Bd. 67b. Im Abschlußkommuniqué über den Besuch des Bundespräsidenten Lübke und des Bundesministers Schröder in Japan wurde die Vereinbarung über jährliche Konsultationen der Außenminister – wechselweise in Bonn und Tokio – ausdrücklich erwähnt. Vgl. Referat I B 5, Bd. 67b.

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung diente als Vorlage für einen Drahterlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 11. November 1963 an die Botschaften in Washington, Paris und London sowie die Ständigen Vertretungen bei der NATO in Paris und bei der UNO in New York. Vgl. Abteilung II (II 5/II 6), VS-Bd. 205.

[2] Vgl. dazu Dok. 414.

[3] Vgl. dazu Dok. 222.

[4] Für den Wortlaut der Äußerungen des früheren Ministerpräsidenten Debré in einer Diskussion mit dem Professor für Soziologie, Aron, und dem Präsidenten der Beratenden Versammlung des Europa-Rats, Pflimlin, vgl. LE FIGARO, Nr. 5965 vom 5. November 1963, S. 4 f.

[5] Zu diesem erstmals 1958 von Staatspräsident de Gaulle vorgebrachten Vorschlag vgl. Dok. 49, Anm. 8.

che. Es sei zu befürchten, daß de Gaulle die Force de frappe[6] immer mehr als ein Instrument des Drucks in dieser Richtung benützen wolle.

Staatssekretär *Carstens* berichtete sodann über den Stand unserer Verhandlungen mit den europäischen Satellitenstaaten.[7] Hinsichtlich der Entwicklung des Handels mit diesen Staaten seien wir nicht überoptimistisch, da die Zahlungsfähigkeit dieser Länder begrenzt sei. Wir seien hauptsächlich deswegen an der Herstellung von Kontakten mit ihnen interessiert, weil wir glaubten, dadurch das allgemein dort gegen Deutschland herrschende Mißtrauen etwas abbauen zu können. Wir rechneten auch mit dem baldigen Beginn von Verhandlungen mit Bulgarien[8] und der Tschechoslowakei[9].

Auf die Frage *Balls,* wie es mit Jugoslawien stünde, erwiderte Herr *Carstens,* daß Jugoslawien das letzte Land auf unserer Liste sei wegen der bekannten besonderen Schwierigkeiten, die wir seit 1956 mit Belgrad hätten.[10] Im übrigen seien wir dort bereits mit Konsulaten vertreten. Eine Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen[11] komme z. Z. nicht in Frage.

Hinsichtlich Rot-Chinas hätten wir keine ähnlichen Pläne. Es bestünden jedoch gewisse Anzeichen dafür, daß die Chinesen selbst einen engeren Kontakt, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, mit uns suchten.[12] Sobald sich hier etwas entwickle, würden wir selbstverständlich die amerikanische Regierung konsultieren.

Das Gespräch wandte sich dann der Behinderung des amerikanischen Konvois auf der Autobahn nach Berlin zu.[13] Staatssekretär Carstens hob dabei die ausgezeichnete Zusammenarbeit der Vier Mächte hervor und fragte Mr. Ball, was die amerikanischen Vorstellungen hinsichtlich der westlichen Gegenmaßnahmen bei einem erneuten Zwischenfall seien.

Botschafter *Thompson* sagte, daß man an die Einstellung der Sichtvermerkserteilung an Sowjetbürger denke und dabei auf ein paralleles Vorgehen der Verbündeten, insbesondere auch der Bundesrepublik Deutschland, Wert lege.

Staatssekretär *Carstens* bezeichnete diesen Gedanken als durchaus in der Richtung unserer Überlegungen liegend. Man müsse jederzeit auf einen neuen Zwischenfall vorbereitet sein.

Staatssekretär Carstens warf dann die Frage der organisierten Diffamierungskampagnen der kommunistischen Staaten gegen die Bundesrepublik auf, wie sie zur Zeit besonders bei den Vereinten Nationen zu beobachten

6 Zur „force de frappe" vgl. Dok. 16, Anm. 6.

7 Am 7. März 1963 wurden Abkommen mit Polen über den Handel sowie den Austausch von Handelsvertretungen abgeschlossen, am 17. Oktober bzw. 10. November 1963 folgten ein Protokoll mit Rumänien über den Austausch von Handelsvertretungen und ein Abkommen mit Ungarn über den Handels- und Zahlungsverkehr sowie den Austausch von Handelsvertretungen. Vgl. dazu Dok. 114, Anm. 4, Dok. 388, Anm. 10, und Dok. 339, Anm. 14.

8 Zum Beginn der Gespräche mit Bulgarien vgl. Dok. 370, besonders Anm. 11.

9 Zur Aufnahme der Gespräche mit der Tschechoslowakei vgl. Dok. 432.

10 Am 10. März 1956 wurde mit Jugoslawien ein Abkommen über die Regelung der jugoslawischen Schulden abgeschlossen. Vgl. dazu Dok. 209, Anm. 3. Vgl. ferner Dok. 350.

11 Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien vgl. Dok. 209, Anm. 8.

12 Vgl. dazu Dok. 379; weiter Dok. 416.

13 Vgl. dazu Dok. 407, Anm. 7.

seien.[14] Wir wären in dieser Lage, wo wir uns nicht selbst zur Wehr setzen könnten, für eine Unterstützung durch unsere Verbündeten sehr dankbar. Da die kommunistischen Anschuldigungen anscheinend nicht ohne Wirkung auf gewisse neutrale Staaten geblieben seien, halte unser Vertreter in New York[15] es für notwendig, daß auf die detaillierten Angriffe auch ausführliche Antworten gegeben werden. Die Franzosen hätten dies bereits zugesagt. Von London liege noch keine Antwort vor.

Mr. *Ball* versprach, umgehend eine Weisung in diesem Sinne an die amerikanische VN-Vertretung abzusenden.[16]

Anschließend kam Mr. Ball auf das Thema Ost-West-Handel zu sprechen, das den Hauptanlaß seiner Reise nach London und nach Paris bilde. Die auf zuverlässigem Informationsmaterial beruhenden amerikanischen Untersuchungen zeigten deutlich die großen internen Schwierigkeiten, mit denen die Sowjetregierung zu kämpfen habe. Sie stehe vor der Frage, diese Schwierigkeiten durch eine völlige Umstellung der Zuweisung von Haushaltsmitteln zu lösen. Sie brauche besonders für die Landwirtschaft erhebliche Investitionsmittel, allein schon, um das ambitiöse Düngemittelprogramm[17] erfüllen zu können. Ihre Devisenreserven und ihre Goldproduktion (2–200 Mio. $ pro Jahr, sehr unrentabel) reichten dazu nicht aus. Sie suche daher langfristige Kredite im westlichen Ausland und stoße offenbar in einigen Ländern auf ein gewisses Entgegenkommen, so besonders in Großbritannien.[18] Nach Ansicht

[14] In Reden des sowjetischen Ständigen Vertreters bei der UNO, Fjodorenko, am 30. Oktober, des polnischen Stellvertretenden Außenministers Winiewicz am 31. Oktober sowie des weißrussischen Außenministers Kisseljow und des sowjetischen Delegierten Nowikow am 6. November 1963 im Politischen Ausschuß der UNO-Generalversammlung wurde der Bundesrepublik wiederholt „Militarismus" und „Revanchismus" vorgeworfen. Nowikow stellte die Behauptung auf: „Die Tatsache, daß Bonn auf Revanche aus sei, sei nicht zu leugnen. Die Bundesregierung – vor allem ihr Verteidigungs- und Innenministerium, die in den Händen von Faschisten und ehemaligen SS-Leuten seien – bekämpfe ständig die Kräfte des Fortschritts und demokratische Einrichtungen des Landes. Sie erkenne die gegenwärtigen Grenzen nicht an und wolle die politische Landkarte Europas verändern." Vgl. DzD IV/9, S. 853.
Zu den Reden vgl. UNITED NATIONS. OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY, 18TH SESSION, FIRST COMMITTEE. Summary Records of Meetings, 17 September–11 December 1963, New York 1965, S. 55f., S. 64–66 und S. 104–106; DzD IV/9, S. 826f., S. 829–831 und S. 851–853 (Auszüge).

[15] Sigismund von Braun.

[16] Am 13. November 1963 nahmen die Ständigen Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und der USA im Politischen Ausschuß der UN-Generalversammlung Stellung gegen die Äußerungen des sowjetischen Delegierten Nowikow vom 31. Oktober und 6. November 1963. Für den Wortlaut der Erklärungen von Seydoux de Clausonne, Dean und Stevenson vgl. DzD IV/9, S. 868–872.

[17] Nach den Planungen des ZK der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR sollte die Mineraldüngeerzeugung von gut 20 Millionen Tonnen im Jahr 1963 auf 35 Millionen Tonnen im Jahr 1965 gesteigert werden. Als Planziel für 1970 gab Ministerpräsident Chruschtschow in der Rede am 9. Dezember 1963 vor dem ZK-Plenum eine Produktionssteigerung auf 70 bis 80 Millionen Tonnen vor. Vgl. PRAVDA, Nr. 279 vom 6. Oktober 1963, S. 1f., bzw. Nr. 344 vom 10. Dezember 1963, S. 1–6; OST-PROBLEME 1964, H. 2, S. 35 und S. 45f.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wickert vom 23. Dezember 1963; Ministerbüro, Bd. 225.

[18] Am 14. November 1963 berichtete Botschafter von Etzdorf, London, über Ausführungen des britischen Außenministers Butler: „Großbritannien sehe den Ost-West-Handel unter vornehmlich kommerziellen Gesichtspunkten. Es müsse auch berücksichtigt werden, daß der Außenhandel im Bruttosozialprodukt der Sowjetunion nur einen kleinen Teil einnehme und daß daher handelspo-

der amerikanischen Regierung sei dies absolut verkehrt. Durch die Gewährung langfristiger Kredite würde die Sowjetunion vom Zwang befreit, durch die Neuaufteilung der Haushaltsmittel, d. h. insbesondere durch Einsparung auf dem militärischen Sektor, das Problem zu lösen. Gerade das könne nicht im westlichen Interesse liegen. Er werde daher in der NATO-Sitzung am 18. November[19] versuchen, die Verbündeten in diesem Sinn zu beeinflussen und sie zu einer möglichsten Beschränkung des Kreditvolumens und der Kreditfristen zu gewinnen (nicht mehr als 5 Jahre; Ausnahmen im Schiffbau und im Flugzeugbau).

Mr. Ball richtete sodann die Bitte an uns, unseren Einfluß in Frankreich zu benutzen, um auch die französische Delegation bei der NATO-Sitzung auf dieselbe Linie zu bringen. Es sei für die Vereinigten Staaten sehr schwierig, in solchen Angelegenheiten immer in vorderster Front zu stehen.

Herr *Carstens* sagte zu, den Herrn Bundeskanzler von dieser Bitte zu unterrichten und im Fall seines Einverständnisses entsprechende Schritte in Paris zu unternehmen.[20]

Das Gespräch wandte sich anschließend dem Stand der amerikanisch-sowjetischen Kontakte zu. Botschafter *Thompson* wies dabei auf das von ihm als interessant bezeichnete Gespräch Tyler/Semjonow hin, über das unsere Botschaft in Washington berichtet hat („Practical measures": Gebühren für die Benutzung der Verbindungswege nach Berlin etc.).

Herr *Carstens* bemerkte, daß auf jeden Fall vermieden werden müsse, daß etwa die Alliierten direkte Zahlungen an das Zonenregime leisteten.

Thompson bemerkte dann noch, daß eine amerikanische Antwort auf das von Gromyko an Präsident Kennedy bei seinem letzten Besuch übergebene Papier (Nichtangriffsarrangement)[21] noch ausstehe. Über seine Abfassung werde

Fortsetzung Fußnote von Seite 1431

litische Maßnahmen des Westens nur einen sehr begrenzten (marginal) Einfluß auf die Wirtschaft und daher auch auf die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion auszuüben vermöge. Großbritannien sehe in der evolutionären Entwicklung in der Sowjetunion einen erfreulichen Ansatz in Richtung auf eine verbürgerlichte Gesellschaft, was man nicht stören sollte." Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 198; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. auch Dok. 418 und Dok. 424, besonders Anm. 12.

19 Zur Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats vgl. Dok. 424, Anm. 10 und Anm. 12.

20 Am 14. November 1963 erteilte Staatssekretär Lahr die Weisung, in Paris und London die deutsche Haltung zu erläutern und „sowohl auf die Versteifung der politischen Haltung der Sowjets in letzter Zeit als auch auf die wirtschaftliche Unzweckmäßigkeit solcher Kredite hinzuweisen. Es wäre zu erwähnen, daß, angesichts der ständigen sowjetischen Praxis, in Handelsabkommen mit dem Westen auf dem strikten Ausgleich von Ein- und Ausfuhrseite zu bestehen, Kredite nicht zu einer echten Handelsausweitung führen könnten, sondern lediglich den Erfolg hätten, die Zahlungsbilanzsituation der Sowjetunion zu stärken, während die des Lieferanten entsprechend beeinträchtigt werde." Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 198; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur französischen Reaktion vgl. Dok. 415.

21 Am 10. Oktober 1963 erklärte der sowjetische Außenminister im Gespräch mit Präsident Kennedy, „daß für die Sowjets eine Verbindung von Nichtangriffspakt mit einer Lösung des Berlin-Problems nicht annehmbar sei, da dies den Nichtangriffspakt zu einem Problem der Friedensregelung umwandeln würde. Die Sowjetunion sei jedoch eventuell bereit, gleichzeitig mit dem Abschluß eines Nichtangriffspaktes eine Erklärung abzugeben. Gromyko habe sodann folgende Erklärung von einem vorbereiteten Text abgelesen: ‚The Soviet government has been invariably

man sich mit uns direkt und innerhalb der NATO[22] konsultieren. Auch die Ausarbeitung einer gemeinsamen Stellungnahme zur Frage der Bodenbeobachtungsposten[23] sei erforderlich. Im übrigen liefen zur Zeit mit den Sowjets Verhandlungen über eine Konsularkonvention[24] weiter, und auch das Thema des zivilen Luftfahrtabkommens[25] sei noch offen.

Abschließend brachte Mr. *Ball* noch einmal die amerikanische Besorgnis über das Problem der Landwirtschaft im Rahmen des Welthandels zum Ausdruck. Washington neige dazu, dieses Problem in einem möglichst großen Rahmen, der weit über den Bereich des Gemeinsamen Marktes hinausgehe, zu lösen. Dies stehe im Widerspruch zu den Bestrebungen der EWG. Es handele sich vor allem um die Frage des Weizenpreises.[26]

Staatssekretär *Carstens* stellte demgegenüber die Notwendigkeit, dieses für die EWG und für uns aus innenpolitischen Gründen kritische und schwierige Problem[27] möglichst bald zu lösen.[28]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 431

Fortsetzung Fußnote von Seite 1432

opposed and continues to oppose to the use of force in settling all disputed international questions, including the questions connected with a German peace settlement and the normalization on its basis of the situation in West Berlin ...'". Vgl. den Bericht des Botschaftsrats Sahm, Paris (NATO), vom 25. Oktober 1963; Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 1361; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 11. Oktober 1963; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196; B 150, Aktenkopien 1963.

22 Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats über das Gespräch zwischen Präsident Kennedy und dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. den Bericht des Botschaftsrats Sahm, Paris (NATO), vom 25. Oktober 1963; Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 1361; B 150, Aktenkopien 1963.

23 Zu den Beratungen im Ständigen NATO-Rat über die Bodenbeobachtungsposten vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 268 und VS-Bd. 269.
Vgl. dazu auch Dok. 427.

24 Zur amerikanisch-sowjetischen Konsularkonvention vgl. Dok. 349, Anm. 17.

25 Zum amerikanisch-sowjetischen Luftverkehrsabkommen vgl. Dok. 349, Anm. 18.

26 Zu den Bestrebungen der EWG, einen gemeinsamen Getreidepreis festzusetzen, vgl. Dok. 412, Anm. 8. Zur amerikanischen Haltung vgl. weiter Dok. 431.

27 Zur Haltung des Bundesregierung in der Frage eines gemeinsamen Getreidepreises der EWG-Mitgliedstaaten vgl. weiter Dok. 412 und Dok. 421.

28 Zu den Gesprächen des Staatssekretärs Ball in Bonn vgl. weiter Dok. 412.

412

Ausführungen des Bundeskanzlers Erhard gegenüber Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium

ZA 5-146.A/63 **12. November 1963**[1]

Gesprächspunkte des Herrn Bundeskanzlers in seiner Unterredung mit Staatssekretär Ball am 12. November 1963 um 9.30 Uhr (anwesend waren Staatssekretär Dr. Westrick, Ministerialdirigent Dr. Osterheld, Botschafter Thompson, Botschafter McGhee und der persönliche Referent von Staatssekretär Ball).

Der Herr Bundeskanzler betonte einleitend, daß er in Washington sehr ernsthafte Gespräche zu führen gedenke[2] und daß sein Besuch in Paris[3] auch hierfür wichtig sei.

Er glaube, die deutsche und die amerikanische Position seien sehr nahe beieinander, und man habe in Bonn keinerlei Illusionen, was ein Übereinkommen mit der Sowjetunion in entscheidenden Fragen angehe. Dennoch halte er es für richtig, daß die Gespräche über zweitrangige Fragen fortgesetzt würden, damit man in direktem Kontakt bleibe. Er sei darüber befriedigt, daß Herr Ball die Auffassung teile, daß die freie Welt der Sowjetunion keine langfristigen Kredite zur Verfügung stellen sollte.[4] Dadurch würde Chruschtschow gestärkt, und je unabhängiger er werde, desto weniger groß werde seine Bereitschaft, mit dem Westen zu sprechen.

Was den Handel angehe, so könnte der Osten nicht viel anbieten und sei daher auf Kredite angewiesen, um seiner Schwierigkeiten Herr zu werden. Er selbst sei aber skeptisch, ob die Industriestaaten des Westens zu einer gemeinsamen Politik kommen könnten. Er versicherte, daß die Bundesrepublik die Vereinigten Staaten auf jeden Fall unterstützen würde und glaubte, daß es möglich sein müßte, auch[5] de Gaulle gewinnen zu können.[6]

Die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Polen, Rumänien und Ungarn[7] hätte hauptsächlich das politische Ziel gehabt, aus der starren und feindseligen Position herauszukommen, doch glaube er nicht, daß sich handelspoli-

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 13. November 1963 gefertigt und am 14. November 1963 an den Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, weitergeleitet.

[2] Zum für den 25./26. November 1963 geplanten Besuch bei Präsident Kennedy vgl. Dok. 397, Anm. 3. Zur Unterredung des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson am 26. November 1963 vgl. Dok. 429.

[3] Zu den Gesprächen vom 21./22. November 1963 in Paris vgl. Dok. 421–423.

[4] Vgl. dazu bereits Dok. 356, besonders Anm. 4, und Dok. 411.

[5] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[6] Zur französischen Haltung in der Frage der Kredite an die UdSSR vgl. weiter Dok. 415.

[7] Zu den Abkommen mit Polen vom 7. März 1963, mit Rumänien vom 17. Oktober 1963 und mit Ungarn vom 10. November 1963 vgl. Dok. 114, Anm. 4, Dok. 388, Anm. 10, und Dok. 339, Anm. 14.

tisch große Möglichkeiten böten. Auch den Satelliten sollten keine langfristigen Kredite gewährt werden.

Auf die Frage der EWG und die jüngsten Kommissionsvorschläge über die Festsetzung der Getreidepreise[8] eingehend, sagte der Herr Bundeskanzler, die Deutschen seien die letzten, die eine Autarkie der EWG auf industriellem und landwirtschaftlichem Gebiet anstrebten. Dies erkläre auch die deutsche Kritik an einigen Verordnungen der EWG. Deutschland sei in einer schlechten Position, da der deutsche Weizenpreis, den die deutschen Bauern unter allen Umständen aufrechterhalten wollten, nicht zur europäischen Norm werden könnte, da hierdurch eine Überproduktion angeregt würde. Er selbst halte die Vorschläge der Kommission nicht für so schlecht und glaube, sie könnten die Formel für eine Einigung abgeben. Dies könne er heute allerdings noch nicht laut sagen, vielleicht aber in ein paar Wochen. Andererseits glaube er auch nicht, daß die Franzosen ihren Weizenpreis erhöhen wollten, weil hierdurch die Gefahr entstünde, daß auch die Schranken für andere Preise eingerissen würden. Somit ergebe sich die Situation, daß die Franzosen gegen eine Erhöhung und die Deutschen gegen eine Herabsetzung der Preise seien.

Unter Hinweis auf die Kennedy-Runde[9] und seine Gespräche mit Herter und Blumenthal[10] erwähnte der Herr Bundeskanzler die Möglichkeit weltweiter Abkommen. Er glaube, daß gewisse mengenmäßige Regelungen der Lieferungen von einem Kontinent in den anderen nützlich wären, da die Entwicklung nicht allein über den Preis gesteuert werden könne. Wenn die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft den Amerikanern eine Zusage geben könnte, daß auch weiterhin 10–15 Millionen Tonnen Getreide eingeführt würden, dürfte der Preis keine so große Rolle mehr spielen.

Der Herr Bundeskanzler ging dann auf die etwas nervöse Reaktion der deutschen Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Frage der Truppenstationierung[11] ein. Diese Reaktion lasse sich durch die Befürchtung der Deutschen erklären, daß die Bundesrepublik verloren wäre, wenn die Vereinigten Staaten nicht zu den Deutschen stünden. Dieses angebliche Mißtrauen sei somit praktisch ein Beweis des Vertrauens zu Amerika. Er fragte, ob die jüngsten Äußerungen Eisenhowers[12] und Goldwaters[13] darauf schließen ließen, daß im Hin-

[8] Am 5. November 1963 nahm der Ministerrat der EWG den vom Vizepräsidenten der EWG-Kommission, Mansholt, vorgelegten Plan zur Verwirklichung eines gemeinsamen Getreidepreises entgegen („Mansholt-Plan"). Danach sollte ab 1. Juli 1964 ein gemeinsamer Getreidepreis gelten, wobei Ausgleichsmaßnahmen für die von Preissenkungen betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe in Italien, Luxemburg und der Bundesrepublik vorgesehen waren. Für den Wortlaut vgl. Ministerbüro, Bd. 210. Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 5. November 1963; Referat III A 2/401, Bd. 376.
Vgl. ferner BULLETIN DER EWG 12/1963, S. 10–19 und Sonderbeilage, S. 2–12.

[9] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[10] Zum Gespräch des Bundesministers Erhard vom 18. Juli 1963 mit dem amerikanischen Sonderbeauftragten für Handelsverhandlungen, Herter, sowie dessen Vertreter Blumenthal vgl. BULLETIN 1963, S. 1143.

[11] Vgl. dazu bereits Dok. 398; weiter Dok. 440.

[12] Zu den Ausführungen des ehemaligen amerikanischen Präsidenten vom 18. Oktober 1963 vgl. Dok. 396, Anm. 33.

[13] Zu den Äußerungen des Senators Goldwater vgl. Dok. 410, Anm. 19.

blick auf die Wahl 1964[14] eine gewisse Stimmung in Amerika vorhanden sei, die nicht gerade zu Isolationismus neige, aber einem Rückzug der amerikanischen Streitkräfte nicht negativ gegenüberstehen würde.

Der Herr Bundeskanzler fragte, ob der Besuch de Gaulles in Amerika bereits endgültig vereinbart und festgelegt worden sei. Die Bundesrepublik befinde sich insofern in einer nicht ganz so einfachen Lage, als man über die deutsch-französische Aussöhnung[15] sehr glücklich sei, darin aber unter keinen Umständen eine Blockbildung sehen wolle. In einigen Fragen stimme man mit den Franzosen gar nicht überein, z. B. in der Frage der Handelspolitik, der NATO-Politik und der europäischen Politik. Wenn das Verhältnis zwischen Amerika und Frankreich besser würde, könnte dies auch eine positive Auswirkung auf das deutsch-französische Verhältnis haben.[16]

Zum deutschen Verteidigungshaushalt führte der Herr Bundeskanzler aus, daß es schwierig sei, alles in Mark und Pfennig zu messen. Die Realitäten seien nun einmal so, daß gewisse Dinge hier billiger seien. Man beabsichtige auch nicht, den Verteidigungshaushalt zu kürzen, sondern ihn auszuweiten, doch dürfe man die Verteidigung nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Rüstung sehen, sondern müsse auch die wirtschaftliche und soziale Stabilität berücksichtigen. Es sei eine schon fast heroische Aufgabe, den deutschen Haushalt auszugleichen, da das deutsche Volk verwöhnt sei. Hier sei eine Erziehungsarbeit vonnöten, die er sich sehr angelegen sein lassen wolle, um die Öffentlichkeit dazu zu bringen, daß sie weniger an ihre eigenen Wünsche und Vorteile denke und mehr das Wohl der Gemeinschaft im Auge habe. Was die Verteidigung angehe, seien aber alle Parteien einig. Er sagte, daß 20 Milliarden DM für den Verteidigungshaushalt 1964 vorgesehen seien.

Die Deutschen hätten aus der Vergangenheit gelernt und lehnten ein nationalistisches Denken ab. Er glaube auch nicht, daß eine Art Gaullismus auf die Bundesrepublik übergreifen und sich in eine neue Form des Nationalismus verwandeln könnte, da die Widerstandskraft der Deutschen, die aus der Erfahrung gelernt hätten und geheilt seien, zu groß sei.

Der Herr Bundeskanzler fragte sodann, welcher Preis nach amerikanischer Auffassung gezahlt werden müßte, um de Gaulle zu einer stärkeren Mitarbeit in der NATO und der europäischen Politik zu bewegen. Er betonte in diesem Zusammenhang, daß die Bundesrepublik die MLF unterstütze[17] und sich von ihr eine integrierende Wirkung für die NATO verspreche.

Abschließend fragte der Herr Bundeskanzler, wie stark nach amerikanischer Auffassung in der Sowjetunion eine gewisse Verbürgerlichungstendenz sei und ob sich diese Tendenz bereits auf die politischen Entscheidungen aus-

[14] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[15] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[16] Zu den Bemühungen um eine Verbesserung der französisch-amerikanischen Beziehungen vgl. auch Dok. 419.

[17] Zum Stand der Verhandlungen über die MLF und zur Haltung der Bundesrepublik vgl. Dok. 414.

wirke. Er fragte weiter, wie ernst man in den Vereinigten Staaten den russisch-chinesischen Gegensatz[18] beurteile.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 5

413

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2178/63 geheim **14. November 1963**[1]

Betr.: Berlin-Sitzung des Deutschen Bundestags

1) Ich habe die Angelegenheit[2] heute mit dem Herrn Bundestagspräsidenten[3] erörtert. Der Bundestagspräsident bat darum, daß der Herr Bundeskanzler ihm auf den Absatz 1 seines Briefes vom 4. November 1963[4] antworten, d. h. zu der Frage Stellung nehmen möge, ob der Herr Bundeskanzler dem Regierenden Bürgermeister von Berlin gegenüber erklärt habe, er sehe keine politischen Bedenken dagegen, daß der Bundestag in nächster Zukunft nach Berlin einberufen werden würde.[5] Ich erklärte, der entscheidende Gesichtspunkt sei, daß diese Sache mit den Westmächten besprochen werden müßte; dies sei – soweit ich wisse – auch die Auffassung des Herrn Bundeskanzlers. Ich kennte jedoch die Einzelheiten seines Gesprächs mit dem Regierenden Bürgermeister nicht und würde dem Herrn Bundeskanzler die Bitte des Bundestagspräsidenten auf Beantwortung dieses Teiles seines Briefes übermitteln.

Der Herr Bundestagspräsident stimmte mir insoweit zu, als auch er der Meinung war, daß die Westmächte Gelegenheit haben müßten, Stellung zu nehmen. Er sagte, er wolle den drei westlichen Botschaftern[6] schreiben, daß er beabsichtige, den Bundestag zu einem bestimmten Zeitpunkt (voraussichtlich 15./16. Januar 1964) nach Berlin einzuberufen. Er bitte sie um Kenntnisnahme. Er wolle es dann den Westmächten überlassen, ob sie förmliche Bedenken erheben würden. Falls sie dies tun würden, würde er den Bedenken Rechnung tragen, jedoch müsse er fordern, daß etwaige Bedenken schriftlich geäußert würden.

Er wolle im übrigen loyalerweise zwischen der Absendung seines Briefes und

[18] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23, sowie Dok. 367, Anm. 26 und Anm. 43.

[1] Durchdruck.

[2] Zur Frage einer Sitzung des Bundestags in Berlin vgl. bereits Dok. 111.

[3] Eugen Gerstenmaier.

[4] Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439.

[5] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Regierenden Bürgermeister vom 28. Oktober 1963 vgl. das Schreiben von Brandt an Bundestagspräsident Gerstenmaier vom selben Tag; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439.

[6] George McGhee, Frank K. Roberts und Roland de Margerie.

dem Tag der Einberufung des Bundestages (auf meinen Vorschlag sagte der Bundestagspräsident später: und dem Tag der öffentlichen Bekanntgabe der Einberufung) so viel Zeit lassen, daß die Westmächte sich untereinander beraten und etwaige Bedenken geltend machen könnten.

Ich schlug dem Herrn Bundestagspräsidenten vor, den drei westlichen Botschaftern nicht zu schreiben, sondern ihnen die von ihm beabsichtigte Mitteilung mündlich zu machen, und zwar in der Form, daß er die drei westlichen Botschafter zu einem Frühstück einlade.

Der Bundestagspräsident stimmte diesem Vorschlag zu und erklärte, er wolle auch den Herrn Bundesminister des Auswärtigen und mich zu diesem Frühstück einladen. Er beauftragte Herrn Troßmann, einen allen Beteiligten passenden Termin ausfindig zu machen.

Der Herr Bundestagspräsident und ich stimmten darin überein, daß die Angelegenheit mit größter Diskretion behandelt werden müsse.

2) Ich schlage vor, daß der Herr Bundeskanzler dem Herrn Bundestagspräsidenten auf dessen Schreiben vom 4. November 1963 antwortet und zunächst klarstellt, was er dem Regierenden Bürgermeister von Berlin am 28. Oktober 1963 gesagt hat. Auf die von dem Bundestagspräsidenten am Schluß seines Briefes geäußerte Bitte, ihm zu bestätigen, daß seitens des Bundeskanzlers gegen das geplante Vorhaben keine Bedenken beständen, könnte etwa wie folgt geantwortet werden: „Zu der von Ihnen aufgeworfenen Frage ist eine vorherige Fühlungnahme mit den Westmächten nötig, da sie die Verantwortung für Berlin tragen[7] und ihnen die Pflicht zur Verteidigung Berlins in erster Linie obliegt. Staatssekretär Carstens hat mir berichtet, daß Sie beabsichtigen, die drei westlichen Botschafter anläßlich einer Frühstückseinladung unter Hinzuziehung des Auswärtigen Amtes von dem Plan, den Bundestag nach Berlin einzuberufen, in Kenntnis zu setzen. Ich begrüße diese Ihre Absicht und sehe zunächst meinerseits davon ab, die drei Westmächte zu unterrichten."

Hiermit dem Herrn Bundeskanzler[8] vorgelegt.

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439

[7] Zum Besatzungsstatut für Berlin (Fassung vom 5. Mai 1955) vgl. DzD III/1, S. 6–9.

[8] Die Aufzeichnung wurde am 16. November 1963 an das Bundeskanzleramt weitergeleitet.

414

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 7-81-08-0/5827/63 geheim **15. November 1963**[1]

Betr.: Gegenwärtiger Stand der MLF-Verhandlungen

Organisation

An den MLF-Verhandlungen[2], die am 11. Oktober 1963 in Paris begannen, beteiligen sich neben der Bundesrepublik die Vereinigten Staaten, Belgien, Griechenland, Großbritannien, Italien und die Türkei. Alle Staaten sind bei den Verhandlungen durch ihre Ständigen Vertreter im NATO-Rat[3] vertreten. Die Sitzungen finden im NATO-Hauptquartier statt, jedoch nicht in den allgemeinen Sitzungsräumen, sondern jeweils in den Räumen der Delegation desjenigen Staates, der den im wöchentlichen Turnus wechselnden Vorsitz innehat. An der Eröffnungssitzung nahm Generalsekretär Stikker auf Grund einer ihm ad personam übermittelten Einladung teil.

Arbeitsprogramm

Die Botschaftergruppe („MLF Working Group") hat für ihre Arbeiten das als Anlage 1 beigefügte Arbeitsprogramm[4] angenommen. In den bisherigen grundsätzlichen Stellungnahmen zu dem Punkt 1) des Arbeitsprogramms „Ziel und Zweck der Streitmacht" stellten die Delegationsführer in weitgehender Übereinstimmung fest, daß es das Ziel der MLF sei,

- die gemeinsame Verteidigung im atlantischen Rahmen zu verbessern;
- den nicht nuklearen europäischen Partnern eine stärkere Beteiligung an der nuklearen Verteidigung einzuräumen;
- die Verbindung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa zu festigen;
- einen Zusammenschluß Europas zu fördern.

Untergruppe für Rechtsfragen

Die MLF Working Group hat in Paris eine Untergruppe für Rechtsfragen unter ständigem deutschen Vorsitz eingesetzt. Diese hat ihre Arbeit mit der Erörterung folgender Themen aufgenommen:

- Rechtlicher Status und Kompetenz der Streitmacht,
- Rechtlicher Status des Personals der Streitmacht,
- Eigentumsrecht an Waffen, Ausrüstung und anderem von der Streitmacht eingesetzten Eigentum,
- Forderungen.

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Leiter des Referats „NATO/WEU", Scheske, und Legationsrat I. Klasse Arnold konzipiert.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 156, Dok. 158 und Dok. 190.

[3] Thomas Finletter (USA), André de Staercke (Belgien), Christian X. Palamas (Griechenland), Evelyn Shuckburgh (Großbritannien), Adolfo Alessandrini (Italien), Muharrem Nuri Birgi (Türkei) und Wilhelm G. Grewe.

[4] Dem Vorgang nicht beigefügt. Für den Wortlaut vgl. Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 1349.

Untergruppe für militärische Fragen

Die MLF Working Group hat in Washington unter ständigem amerikanischen Vorsitz eine Untergruppe für militärische Fragen eingesetzt, die selbst wiederum Untergruppen zur Behandlung militärischer Einzelprobleme gebildet hat. Die Militärische Untergruppe hat das als Anlage 2 beigefügte Arbeitsprogramm („Scope of Work")[5] aufgestellt. Es ist ein brauchbarer Katalog der für die Aufstellung der MLF zu lösenden operativen, technischen, personellen und logistischen Probleme, dem die Pariser MLF Working Group jedoch noch nicht zugestimmt hat. Die Untergruppe für militärische Fragen plant, diese Arbeiten bis Februar 1964 fertiggestellt zu haben. Vordringlich werden zur Zeit behandelt:

– Eine Analyse des Konzepts für den operativen Einsatz der MLF (einschließlich der Planung und Durchführung eines Kriegsspiels zur Überprüfung dieser Analyse, in erster Linie zur Prüfung der Überlebensfähigkeit einer MLF-Überwasserflotte[6]);

– Vorarbeiten für die Einsetzung eines Demonstrationsschiffes mit gemischten Besatzungen[7]. Die MLF Working Group hat dem von der Untergruppe für militärische Fragen hierfür vorgelegten, als Anlage 3 beigefügten Bericht[8] mit einigen geringfügigen Änderungen zugestimmt. Aus den Schlußfolgerungen des Berichts sind insbesondere die Feststellungen interessant, daß

– 18 Monate die optimale Dauer für die Demonstration sind;
– für Auswahl und Sprachtraining des Personals 6 Monate erforderlich sind;
– mit einer Mischung von 51% US-Personal und 49% Personal anderer Nationen begonnen und letzteres später auf 60% gesteigert werden soll;
– außer den USA wenigstens 3 Nationen teilnehmen sollen;
– die nationalen Unterschiede in der Disziplinarordnung und Besoldung gewisse Probleme aufwerfen;
– die Demonstration im Hinblick auf die MLF nützlich ist, doch nicht alle Aspekte der gemischten Besatzung einer MLF deckt.

Britische Haltung

Der britische Vertreter in der Pariser MLF Working Group vermeidet es, sich hinsichtlich der Art einer multilateralen Atomstreitmacht und einer britischen Beteiligung an ihr auch nur andeutungsweise festzulegen. Er betrachtet, wie er selbst sagt, seine Rolle in erster Linie als die eines Fragestellers. In diesem Sinne stellte er in seinen als Anlage 4 hier beigefügten Ausführungen vom 30. Oktober[9] den militärischen Wert der MLF für eine Verteidigung Europas in gewisser Weise in Frage und wies darauf hin, daß es auch noch andere Möglichkeiten für eine stärkere Beteiligung der europäischen NATO-Partner an der gemeinsamen nuklearen Verteidigung gebe. Ebenso schränkte er am 8. 11. bei der Erörterung des Punktes 2) des Arbeitsprogramms „Beschreibung

[5] Dem Vorgang nicht beigefügt.

[6] Zur Alternative U-Boote oder Überwasserflotte vgl. Dok. 156, besonders Anm. 5.

[7] Zur Frage der gemischten Besatzungen vgl. Dok. 12, Anm. 12.
Zu den Planungen für ein Demonstrationsschiff vgl. Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 1357.

[8] Dem Vorgang nicht beigefügt.

[9] Dem Vorgang nicht beigefügt. Für den Wortlaut vgl. Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 1383.

der Streitmacht" seine Zustimmung zu dem Prinzip von gemischten Besatzungen für die MLF-Schiffe mit der Bemerkung ein, daß mit dieser Feststellung keine Entscheidung über die Art der Streitmacht getroffen sei, da gemischte Besatzungen in gleicher Weise auch bei anderen Schiffen oder anderen schon jetzt vorhandenen oder in Zukunft zu entwickelnden Waffensystemen möglich seien.[10]

„Europäisierungsklausel"

Die Italiener sind – vor allem aus innerpolitischen Gründen – an einer Formel in der Präambel des MLF-Vertrages interessiert, durch welche die Möglichkeit einer zukünftigen „Europäisierung" der MLF ausdrücklich offengehalten wird.[11] Die Amerikaner sind – wie auch der stellvertretende Außenminister Ball bei seinem Besuch in Bonn am 11. November bestätigte[12] – ebenso wie wir im Prinzip mit einer „Europäisierungsklausel" einverstanden. Nach übereinstimmender deutscher und amerikanischer Auffassung soll jedoch mit einer derartigen Klausel nicht ein späteres Ausscheiden der USA aus der MLF – was diese auch sprengen würde – anvisiert werden.[13] Vielmehr soll lediglich die bei einer stärkeren politischen Integration Europas sinnvolle Möglichkeit einer späteren „Europäisierung" der Entscheidung über den Einsatz der Waffen (Mehrheitsentscheidung ohne Veto der USA)[14] offengehalten werden.

In der MLF Working Group haben die Italiener bisher noch keinen konkreten Vorschlag für eine „Europäisierungsklausel" vorgelegt. Botschafter Ducci hat jedoch bei einem Besuch in Bonn am 7. November Staatssekretär Carstens folgenden Entwurf für eine solche Klausel übergeben[15]:

„Should all or some of the European States parties to the present Charter establish among themselves a Union – in which other European States may participate – the Contracting Parties will negotiate such adaptations of the Charter as may be considered necessary in order to take into account the new political situation.

If such a Union should establish a European Political Authority provided with effective control over the Armed Forces of the Union, conditions and procedures will be unanimously agreed upon under which the Force may be reorganized in such a way that, although incorporated into the Armed Forces of

[10] Zur britischen Haltung in dieser Frage vgl. Dok. 144, besonders Anm. 13.
Vgl. weiter Dok. 459, Anm. 61.

[11] Vgl. dazu bereits Dok. 222.

[12] Vgl. dazu Dok. 411.

[13] Am 14. Dezember 1963 hielt Botschafter Grewe, Paris (NATO), für Bundesminister Schröder fest: „Die Amerikaner bringen einer solchen Formel begreiflicherweise keinen besonderen Enthusiasmus entgegen, sind aber bereit, eine inhaltlich nicht zu detaillierte Formel anzunehmen, wenn dieses für die italienische Zustimmung wichtig ist." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8490; B 150, Aktenkopien 1963.

[14] Zur Frage des Veto-Rechts vgl. Dok. 120, Anm. 12, und Dok. 149.

[15] Der Entwurf wurde bereits im Vorfeld des Besuchs des italienischen Sonderbeauftragten für die MLF, Ducci, vom italienischen Gesandten Paulucci übergeben. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 6. November 1963; Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 1321.
Zum Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Ducci vgl. die Aufzeichnung von Krapf vom 7. November 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 130.

the European Union, it will maintain its coordination with the other forces assigned to the common defence of the West."

Staatssekretär Carstens behielt sich eine endgültige Stellungnahme zu dem italienischen Vorschlag vor. Er wies jedoch darauf hin, daß die im zweiten Absatz enthaltene Formulierung betreffend die Koordinierung des künftigen europäischen Elements mit den anderen Elementen zu schwach sei. Er bezeichnete es ferner als einen der wesentlichen, für uns maßgebenden Gesichtspunkte bei unserem Eintreten für die MLF, daß durch sie eine starke Bindung der Vereinigten Staaten an Europa auf diesem wichtigen Gebiet zustande gebracht werde. Dieser politische Impuls der MLF in Richtung auf eine atlantische Partnerschaft könne durch die vorliegende Formulierung geschwächt werden. Man müsse allerdings auch zugeben, daß der italienische Vorschlag, wenn überhaupt einer, für de Gaulle attraktiv sein könne.

Nach Auffassung der Abteilung II empfiehlt es sich, die Initiative für eine „Europäisierungsklausel" weiterhin Italien zu überlassen und unsere eigene Haltung in dieser Frage ständig mit den Amerikanern zu koordinieren.

Zeitplan

Nach übereinstimmender deutscher und amerikanischer Auffassung – die anläßlich des Besuches des stellvertretenden Außenministers Ball am 11. November in Bonn erneut bestätigt wurde – sollen die Verhandlungen über die MLF zügig weitergeführt werden. Nach den bisherigen Vorstellungen soll die Phase allgemeiner Erörterungen in der MLF Working Group mit Jahresende abgeschlossen und ab Januar in konkrete Verhandlungen über die Abfassung eines Vertragstextes eingetreten werden. Die Amerikaner hoffen, daß ein unterschriftsreifer Vertragstext bis Frühjahr oder Frühsommer 1964 hergestellt werden kann. Demgegenüber sind die Briten und Italiener, vor allem aus innerpolitischen Gründen, an einer weniger zügigen Fortführung der Verhandlungen interessiert.[16] Eine Grundsatzentscheidung der britischen Regierung ist vor den bevorstehenden Wahlen[17] unwahrscheinlich. Nach Drahtbericht der Botschaft Washington Nr. 3272 vom 12. November geh.[18], ist auch bei den Koalitionsverhandlungen in Italien[19] die Tendenz entstanden, eine endgültige Entscheidung der italienischen Regierung über ihre Haltung zur MLF bis nach den britischen Wahlen zurückzustellen und nach Möglichkeit bei den Amerikanern eine Zusicherung dafür zu erhalten, daß für 5–6 Monate keine Entscheidung angestrebt wird.

In unseren bisherigen Gesprächen mit den Amerikanern über die Terminierung der Verhandlungen bestand Einverständnis darüber, daß angestrebt werden solle, den MLF-Vertrag den nationalen Parlamenten in einem jeweils innerpolitisch günstigen Zeitpunkt zur Ratifizierung vorzulegen. Es muß jetzt jedoch berücksichtigt werden, daß eine zu starke Rücksichtnahme auf die in-

[16] Zur britischen Haltung vgl. Dok. 301; weiter Dok. 418. Zur italienischen Haltung vgl. bereits Dok. 222; weiter Dok. 472.

[17] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

[18] Für den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 12. November 1963 vgl. Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 1360.

[19] Zur Regierungsbildung in Italien vgl. Dok. 421, Anm. 24.

nerpolitische Lage in den einzelnen Ländern bereits im Stadium der Verhandlungen die Gefahr einer zu großen Verzögerung und damit Gefährdung des[20] gesamten Projekts heraufbeschwören kann. Andererseits hat die Tatsache, daß Großbritannien sich trotz erheblicher innerpolitischer Schwierigkeiten schließlich doch zur Teilnahme an den MLF-Verhandlungen entschlossen hat[21], gezeigt, daß ein entschlossenes Vorangehen einiger Partner die Überwindung innerpolitischer Schwierigkeiten für andere Partner erleichtern kann.[22]

Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Washington

Bei dem bevorstehenden Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Washington[23] ist eine Erörterung der MLF-Frage im einzelnen nicht erforderlich, da die Arbeiten in den Arbeitsgruppen in Paris und Washington ohne Störung vorangehen.

Wir sollten jedoch den Amerikanern in Übereinstimmung mit unserer bisherigen Haltung zum Ausdruck bringen, daß wir eine Verlangsamung des Verhandlungstempos für gefährlich und daher[24] eine zügige Weiterführung der Verhandlungen ohne Rücksichtnahme auf die innerpolitische Lage in Italien, Großbritannien oder anderen Teilnehmerstaaten für dringend[25] erforderlich halten. Ferner sollten wir unsere Bereitschaft erklären, uns an der Einsetzung eines Demonstrationsschiffes mit gemischter Besatzung finanziell und personell zu beteiligen.[26]

Hiermit über den Herrn Staatssekretär[27] dem Herrn Bundesminister[28] vorgelegt.

Krapf

Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 1349

[20] Die Wörter „und damit Gefährdung des" wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Die Entscheidung ist in Wahrheit auch in den U.S.A. noch nicht gefallen."

[21] Vgl. dazu Dok. 393, Anm. 13.

[22] Der Passus „gezeigt, daß ... erleichtern kann" wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Zu optimistisch."

[23] Zum geplanten Besuch des Bundeskanzlers Erhard und des Bundesministers Schröder in Washington vgl. Dok. 393, Anm. 27.

[24] Der Passus „eine Verlangsamung ... und daher" wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen.

[25] Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen.

[26] Vgl. dazu weiter Dok. 475.

[27] Hat Staatssekretär Carstens am 19. November 1963 vorgelegen.

[28] Hat Bundesminister Schröder am 20. November 1963 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „W[ieder]v[orlage] Sonnabend: Mappe Washington."

415

Botschafter Klaiber, Paris, an Staatssekretär Lahr

Z B 6-1-8625/63 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1666
Citissime

Aufgabe: 15. November 1963, 18.00 Uhr
Ankunft: 15. November 1963, 18.20 Uhr

Auf Drahterlaß Nr. 3703 Plurex vom 14. 11. 1963[1]

Habe heute Außenminister Couve de Murville anläßlich Antrittsbesuchs auf Sondersitzung NATO-Rats in Paris am 18. November[2] angesprochen, in der Koordination der Handelspolitik der NATO-Staaten gegenüber Ostblock diskutiert werden soll.[3]

Couve sagte mir, französische Regierung teile völlig unseren Standpunkt, daß es nicht im Interesse der NATO-Staaten liege, der Sowjetunion insbesondere durch Kredite aus ihren gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ohne Gegenleistung herauszuhelfen, und daß bei Handelsabkommen auf einem klaren Ausgleich der Ein- und Ausfuhrseite bestanden werden müsse. Es habe sich gezeigt, daß französische Skepsis gegenüber dem angeblichen sowjetischen Entspannungswillen gerechtfertigt war. Dabei bestehe keine Veranlassung, der Sowjetunion jetzt wirtschaftlich entgegenzukommen.

Couve wird mit Unterstaatssekretär Ball am Nachmittag des 18. November eine Unterredung haben.

[gez.] Klaiber

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437

[1] Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 198; B 150, Aktenkopien 1963.
Für einen Auszug vgl. Dok. 411, Anm. 20.

[2] Zur Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats am 18. November 1963 in Paris vgl. Dok. 424, Anm. 10 und Anm. 12.

[3] Vgl. dazu bereits Dok. 411.

416

Ministerialdirektor Krapf an das Generalkonsulat in Hongkong

II 5-82.01/92.08/777/63 geheim **15. November 1963**
Fernschreiben Nr. 106 **Aufgabe: 16. November 1963, 13.38 Uhr**

Auf Chi-Brief Nr. 8149/63[1]

Zwischen Auswärtigem Amt und rotchinesischer Botschaft Bern oder anderen chinesischen Stellen werden keine Gespräche geführt. Ich habe auch nie Absicht gehabt, rotchinesischen Botschafter in Bern[2] aufzusuchen. Dagegen hat mich Wolff von Amerongen davon unterrichtet, daß er als Vorsitzender des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft Gespräche mit den Chinesen führen werde. Hiergegen haben wir nichts einzuwenden.

Wenn auch insofern die rotchinesischen Anfragen von falschen Voraussetzungen ausgehen, so scheinen sie doch auf ein gewisses Interesse an Gesprächen mit uns schließen zu lassen.[3]

Ich bitte Sie, ohne von sich aus Initiative zu ergreifen, dies sorgfältig weiter zu beobachten und gegebenenfalls telegrafisch zu berichten.[4]

Krapf[5]

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 203

[1] Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 203; B 150, Aktenkopien 1963. In diesem Schreiben vom 24. Oktober 1963 teilte Generalkonsul Bach, Hongkong, mit, aus chinesischen Kreisen verlaute, „daß Herr Wolff von Amerongen zusammen mit Herrn Ministerialdirektor Krapf die Absicht habe, den rotchinesischen Botschafter in Bern, Li Chang-chuean [sic], in naher Zukunft aufzusuchen, um mit ihm wirtschaftspolitische Gespräche zu führen".

[2] Li Ching-chuan.

[3] Zum Interesse der chinesischen Regierung an Gesprächen mit der Bundesregierung vgl. bereits Dok. 379.

[4] Zur Frage der Handelsbeziehungen zur Volksrepublik China vgl. weiter Dok. 465.

[5] Paraphe vom 16. November 1963.

417

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2207/63 geheim **18. November 1963**

Der portugiesische Botschafter[1] suchte mich auf seinen Wunsch heute auf und trug folgendes vor: Er habe von Ministerpräsident Salazar eine Instruktion erhalten, bei dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen eine Demarche in folgender Angelegenheit zu unternehmen:

Die portugiesische Regierung habe vermerkt, daß sich die Auslieferung von Flugzeugen, die bereits zugesagt war, dadurch erheblich verzögert habe, daß das Auswärtige Amt zusätzliche Garantien gefordert habe, die von der portugiesischen Regierung schließlich auch gegeben worden seien.[2] Er sei beauftragt, darauf hinzuweisen, daß es sich bei der Lieferung deutscher Waffen an Portugal nicht um eine militärische Hilfe der Bundesrepublik an sein Land handele, sondern daß diese Transaktionen auf früheren Absprachen beruhten, die den Charakter eines gegenseitigen Vertrages hätten. Die Portugiesen stellten gewisse Anlagen zur Verfügung[3] und erhielten dafür gewisse Waffen und Einrichtungen.

Dadurch, daß Portugal seine Anlagen zur Verfügung stellte, würde das Land in höherem Maße für einen gegnerischen Angriff verwundbar. Außerdem seien auf portugiesischer Seite finanzielle Aufwendungen damit verbunden. Man wolle daher genau wissen, woran man sei. Die portugiesische Regierung bitte darum, ihr zu bestätigen, daß die kürzlich mit Staatssekretär Hopf getroffenen Vereinbarungen auch seitens des Auswärtigen Amtes gebilligt würden.

Ich versprach dem Botschafter, sobald wie möglich eine Antwort zu erteilen.

Er bestand jedoch darauf, daß der Herr Minister ihn empfinge, da er eine entsprechende Instruktion des Ministerpräsidenten Salazar habe.

Ich erklärte darauf, ich würde den Herrn Minister unterrichten, die Antwort vorbereiten und mich dafür verwenden, daß der Herr Minister den Botschafter empfinge.

[1] José Weinholtz de Bivar Brandeiro.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 374, Anm. 7.
Die portugiesische Regierung war zu folgender Erklärung bereit: „Ich erkläre hiermit, im Namen des Verteidigungsministers von Portugal, daß 30 Flugzeuge Do 27, die uns von der Bundeswehr überlassen werden, in Portugal verbleiben und zur Wahrnehmung der NATO-Interessen verwandt werden." Mit Schreiben vom 18. Oktober 1963 an Staatssekretär Hopf, Bundesministerium der Verteidigung, empfahl Staatssekretär Carstens die Annahme dieser Erklärung. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Vgl. dazu Dok. 374, Anm. 2.

Hiermit dem Herrn Minister[4] vorgelegt. Ich habe mit dem beigefügten Brief an Staatssekretär Hopf[5] den Text der Vereinbarungen angefordert.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437

418

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem britischen Botschafter Roberts

Z A 5-126.A/63 geheim **18. November 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 18. November 1963 um 12 Uhr den britischen Botschafter, Sir Frank Roberts, zu einem Gespräch, an dem Herr Ministerialdirigent Dr. Osterheld teilnahm.

Der *Botschafter* schlug zunächst als Datum für den Besuch des Herrn Bundeskanzlers in London den 15. und 16. Januar 1964 vor und deutete an, daß man gerne bereit wäre, auch noch einen dritten Tag vorzusehen.[2] Er sagte ferner, daß sich die britische Regierung freuen würde, wenn Frau Erhard mitkommen könnte, falls es ihr möglich sei.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte sich mit dem 15. und 16. Januar einverstanden und sagte, die Gespräche in London könnten sehr substantiell sein.

Herr *Dr. Osterheld* schlug vor, vor der Veröffentlichung des Termins und weiterer Einzelheiten[3] noch mit Herrn Staatssekretär Westrick Rücksprache zu nehmen.

Der *Botschafter* teilte weiter mit, daß der Besuch Außenminister Butlers[4] wegen der im Dezember anstehenden Konferenzen[5] wahrscheinlich auf die Zeit

[4] Hat Bundesminister Schröder am 21. November 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „T[ermin]!"

[5] Dem Vorgang beigefügt. Für den Wortlaut vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 437.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 19. November 1963 gefertigt.
Hat dem Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 27. November 1963 vorgelegen.

[2] Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen am 15./16. Januar 1964 in London und für das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler am 16. Januar 1964 vgl. AAPD 1964.
Vgl. auch BULLETIN 1964, S. 93 f. Vgl. ferner OSTERHELD, Außenpolitik, S. 56–58.

[3] Die Wörter „und weiterer Einzelheiten" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[4] Zum Besuch vom 9./10. Dezember 1963 vgl. Dok. 459, Dok. 461 und Dok. 462.

[5] Vom 2. bis 5. Dezember 1963 fand in Paris die Versammlung der WEU statt. Es folgten – ebenfalls in Paris – die Tagung des Ministerausschusses des Europarats am 13./14. Dezember und die Tagung des NATO-Ministerrats am 16./17. Dezember 1963. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, D 1–16.

nach dem Besuch des Herrn Bundeskanzlers in London verschoben werden müßte. Im November und Dezember beabsichtigten Herr Maudling, der parlamentarische Unterstaatssekretär Smithers[6] und der stellvertretende Labour-Vorsitzende George Brown[7] nach Deutschland zu kommen. Maudling werde eine Rede vor dem Übersee-Klub in Hamburg halten.

Über den Verlauf der WEU-Ministerkonferenz im Haag[8] sei die britische Regierung sehr zufrieden. Mit Außenminister Schröder habe Butler ein sehr gutes Gespräch gehabt, und mit Couve sei auch wieder ein Kontakt hergestellt worden. Das Gespräch mit dem französischen Außenminister habe zwar nichts Neues ergeben, doch sei das Klima besser geworden.

Der Botschafter betonte sodann die Bedeutung, die der Regelung der landwirtschaftlichen Fragen zukomme, und sagte, die Vorschläge von Mansholt[9] könnten die Verhandlungen der Kennedy-Runde[10] erleichtern.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, seinem Temperament nach wäre er dafür, wenn die Angelegenheit mit einem großen Schritt erledigt werden könnte, doch gehe es nicht nur um den Getreidepreis, sondern auch um die noch offenen Agrarmarktordnungen.[11]

Der Herr Bundeskanzler schnitt sodann die Frage der MLF[12] an und sagte, soviel er wisse, liege noch keine klare Entscheidung der britischen Regierung vor. Diese Sache habe nichts zu tun mit einer eigenständigen nuklearen Verteidigung.

Der *Botschafter* wies darauf hin, daß die derzeitige Situation in Großbritannien günstiger geworden sei, als sie es zur Zeit des Schröder-Besuchs im August[13] gewesen sei. Hauptsächlich seien damals[14] militärische Einwände gegen den Plan geltend gemacht worden. Vor allem General Mountbatten habe sich dagegen ausgesprochen. Nun sehe man aber deutlicher die politischen Aspekte, was vor allem auf die intensiven Bemühungen Sir Alexanders zurückzuführen sei. Der Premierminister[15] habe ihm in einem persönlichen Gespräch gesagt, er hoffe, daß es die Deutschen mit der Angelegenheit nicht allzu eilig hätten, da man sonst in Großbritannien in eine schwierige Lage geraten könnte, wenn man vor den Wahlen[16] noch eine Entscheidung treffen müßte. Präsident Kennedy habe auch zu verstehen gegeben, daß die Angelegenheit keine übertriebene Eile habe.[17]

6 Der britische Parlamentarische Staatssekretär hielt am 28. November 1963 einen Vortrag vor der Palamentarischen Gesellschaft in Bonn. Vgl. dazu Referat I A 5, Bd. 252.

7 Zum Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Labour Party am 27. November 1963 vgl. Dok. 434.

8 Zur Tagung des WEU-Ministerrats am 25./26. Oktober 1963 vgl. Dok. 403.

9 Zum Mansholt-Plan vgl. Dok. 412, Anm. 8.

10 Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

11 Verhandelt wurden die Agrarmarktordnungen für Milch und Milchprodukte, Rindfleisch und Reis. Vgl. dazu auch Dok. 461.

12 Zum Stand der Verhandlungen über die MLF vgl. Dok. 414; weiter Dok. 475.

13 Zum Besuch vom 14./15. August 1963 vgl. Dok. 299–301.

14 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

15 Sir Alexander Douglas-Home.

16 Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

17 Zur Haltung des amerikanischen Präsidenten zur MLF vgl. auch Dok. 384.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob der Wahltermin schon feststehe, worauf der *Botschafter* antwortete, er persönlich rechne mit Frühjahr 1964, doch sei das parlamentarische Gesetzgebungsprogramm so umfangreich, daß der Termin auch auf einen späteren Zeitpunkt fallen könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, daß es in der Frage der MLF[18] eine Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik allein[19] nicht geben könne. Eine Regelung sei nur zwischen Amerika und Europa denkbar und müsse vor allem in Europa weiter angelegt sein. Die Frage der MLF schiene ihm die einzige Meinungsverschiedenheit auf militärischem Gebiet zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik zu sein. In den anderen Fragen der NATO-Strategie sei man einer Auffassung. Er selbst sei skeptisch über die theoretische Möglichkeit[20] eines lokal begrenzten Krieges. Wenn die Maschine einmal anlaufe, gehe sie nach ihrer eigenen Gesetzlichkeit weiter. Die Gewißheit, daß ein nuklearer Schlag einen nuklearen Gegenschlag auslöse, sei die beste Bürgschaft für die Erhaltung[21] des Friedens. Irgendwelche Zweifel daran oder Spekulationen darüber arbeiteten nur dem Gegner in die Hand.

Der *Botschafter* berichtete sodann über die Botschaft, die Butler an Gromyko gerichtet habe.[22] Es sei ihm darum gegangen, mit seinem sowjetischen Kollegen, der gleichzeitig auch Mitvorsitzender der Laos-Konferenz[23] sei, in Kontakt zu kommen. Die Botschaft habe drei Punkte enthalten. Butler habe sich zunächst nach den sowjetischen Vorstellungen im Anschluß an die Sondierungsgespräche in den Vereinigten Staaten[24] erkundigt. Er habe sodann zu erkennen gegeben, daß die britische Regierung eine Fortsetzung der Gespräche befürworte und dabei vor allem an die Nichtverbreitung nuklearer Waffen und die Einrichtung von Bodenbeobachterposten denke. Schließlich habe die Botschaft eine Warnung hinsichtlich des freien Zugangs nach Berlin auf der Autobahn[25] enthalten. Gromyko scheine aber gegenwärtig nicht die Absicht zu haben, über die vorgeschlagenen Themen zu sprechen, was auf die derzeitigen Schwierigkeiten mit China[26] und auf wirtschaftlichem Gebiet zurückzuführen sein dürfte. Die sowjetische Lieblingsidee sei nach wie vor der Abschluß eines

[18] Die Wörter „der Frage der MLF" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „dieser Frage".

[19] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[20] Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Vorstellung".

[21] Die Wörter „Bürgschaft für die Erhaltung" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Verteidigung".

[22] Zur Mitteilung des britischen Außenministers vom 13. November 1963 an den sowjetischen Außenminister und dessen Antwort vom 4. Dezember 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8468.

[23] Die Genfer Laos-Konferenz tagte vom 14. Mai 1961 bis 23. Juli 1962. Zu ihren Ergebnissen vgl. auch Dok. 383, Anm. 10.

[24] Zu den amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen vgl. Dok. 367, besonders Anm. 30 und Anm. 32, ferner Dok. 395, Anm. 4 und Anm. 5, Dok. 411, Anm. 21, Dok. 430, Anm. 19, und Dok. 459, Anm. 24.

[25] Zur Behinderung britischer und amerikanischer Militärkonvois auf der Autobahn Helmstedt–Berlin im Oktober/November 1963 vgl. Dok. 407, Anm. 7.

[26] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23, sowie Dok. 367, Anm. 26 und Anm. 43.

Nichtangriffspakts[27], doch habe die britische Regierung deutlich zu verstehen gegeben, daß darüber nicht gesprochen werden könne, wenn hierdurch die Sowjetzone aufgewertet würde. Außerdem müßten für Berlin Zusicherungen gegeben werden.

Die Unterredung wandte sich anschließend der Handelspolitik gegenüber dem Osten zu. Der Herr *Bundeskanzler* sagte, man könne es den Großmächten sicher nicht verargen, wenn sie prüften, wo Übereinkommen möglich seien. Er sei gewiß kein kalter Krieger, der sich nicht vom Fleck bewegen wolle. Auf der anderen Seite wisse er aber nicht, ob die Gegensätze zwischen der Sowjetunion und China dramatisiert werden dürften und sich schon so weit entwikkelt hätten, daß sie eine weitreichende politische und sogar militärische Auswirkung hätten. Es bestehe jedoch kein Zweifel daran, daß die sowjetische Wirtschaft überbeansprucht sei und die Sowjetunion nicht nur nach dem Westen, sondern auch nach dem Osten blicken müsse. Dies zeige sich besonders in Ostsibirien. Dazu komme ein Verbürgerlichungsprozeß innerhalb der Sowjetunion selbst. Außerdem bestünden in einigen wirtschaftlichen Bereichen, besonders bei der Chemie, Rückstände. Der Handelsaustausch des Westens[28] mit der Sowjetunion sei begrenzt und stelle nur einen Naturalaustausch dar, wobei die Sowjetunion alles, was der Westen anbiete, brauchen könne, die sowjetische Palette aber sehr schmal sei. Deshalb müßte die Sowjetunion ein starkes Interesse an mittel- und langfristigen Krediten haben, doch stelle die Gewährung solcher Kredite keine Lösung dar, da man sich nach zehn Jahren in der gleichen Situation befinden würde und die Kredite wahrscheinlich verlängern müßte. Durch die Kredite würde es aber andererseits den Sowjets ermöglicht, ihre Wirtschaft aufzubauen und damit auch ihre Militärmacht zu stärken, und er befürchte, daß jeder Fortschritt, den Chruschtschow mit westlicher Hilfe erreiche, ihn vielleicht weniger gesprächs- oder verhandlungsbereit mache. Somit wohne einer Kreditgewährung die Gefahr inne, daß man dadurch einem Krieg näherkomme. In dieser Analyse bestehe zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik volle Übereinstimmung.[29]

Der *Botschafter* gab zu, daß in dieser Frage eine gewisse Differenz zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien bestehe. Der Handel der Sowjetunion mit der freien Welt mache ca. 1 v. H. des sowjetischen Bruttosozialprodukts aus. Der Handel der Bundesrepublik und Großbritanniens mit der Sowjetunion belaufe sich auf etwa 3 v. H. des jeweiligen Außenhandels[30].

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß für Deutschland der Osthandel, d. h. nicht nur mit der Sowjetunion, traditionell sei und immer ein gewisses Gewicht gehabt habe.

Der *Botschafter* sagte, auch Großbritannien habe traditionelle Handelsbezie-

[27] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 215. Zur Diskussion dieses Vorschlags während der Sondierungsgespräche im Oktober 1963 vgl. Dok. 395, Anm. 4, und Dok. 411, Anm. 21.

[28] Die Wörter „des Westens" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[29] Vgl. dazu Dok. 411.

[30] Die Wörter „des jeweiligen Außenhandels" wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

hungen vor allem mit der Sowjetunion. Die sowjetischen Lieferungen, die hauptsächlich aus Holz und Pelz bestünden, könnten von den Briten innerhalb eines Jahres[31] bezahlt werden. Die Briten lieferten jedoch Fabriken, und dabei gehe die Zahlungsabwicklung[32] über ein paar Jahre. Hierbei spiele die Kreditseite eine größere Rolle. Die derzeitige Handelsbilanz sei für die Sowjetunion aktiv. Großbritannien könnte auch Öl bekommen, jedoch sei hiervon bisher kein Gebrauch gemacht worden. Zahlreiche Finanzgeschäfte würden in Sterling abgewickelt. Alle diese Faktoren ließen der Kreditfrage eine besondere Bedeutung zukommen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, dies werde ein wichtiger Gesprächsstoff für seinen Besuch in London sein. Vor allem wolle er mit Butler darüber sprechen, der, wie er von früher her wisse, für diese Betrachtungsweise aufgeschlossen sei. Die Bundesregierung könne einem privaten Kaufmann nicht verbieten, der Sowjetunion für Lieferungen Kredite zu gewähren, doch würden diese Kredite vom Bund nicht verbürgt.[33]

Der Herr *Botschafter* wies darauf hin, daß die Russen gute Zahler und gute Handelspartner seien. Er sagte aber, daß es zwischen Großbritannien und Deutschland trotz der unterschiedlichen Praxis nicht zu Mißverständnissen wie im Falle der Röhren[34] kommen sollte.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, daß die Amerikaner daran dächten, ihren Handel mit der Sowjetunion auszuweiten, doch dächten sie nur an ein Limit von 80 Millionen Dollar.

Der *Botschafter* sagte abschließend, die derzeitige Situation könne vor allem in der NATO und im Parlament zu Schwierigkeiten führen, weil den Engländern, die von der Sowjetunion weder Öl noch Chrom bezögen und auch keinen Weizen lieferten, Vorwürfe gemacht würden, daß sie in ihrem Handel mit der Sowjetunion zu weit gingen.

Die Unterredung endete gegen 12.40 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 5

[31] Der Passus „von den Briten ... Jahres" wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „in einem Jahr".

[32] Der Wortlaut des Passus „und dabei ... Zahlungsabwicklung" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Osterheld zurück. Vorher lautete er: „und die Zahlungsabwicklung gehe".

[33] Eine solche Bürgschaft war grundsätzlich möglich. Vgl. dazu Dok. 350, Anm. 8.

[34] Zu den Differenzen mit Großbritannien in dieser Frage vgl. Dok. 131.

419

Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-8721/63 geheim
Fernschreiben Nr. 3364
Citissime

Aufgabe: 19. November 1963, 19.30 Uhr
Ankunft: 20. November 1963, 03.00 Uhr

Betr.: Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Paris[1]
hier: amerikanisch-französische Beziehungen

I. Die bilateralen Beziehungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten sind weiterhin durch folgende Fragen stark belastet:

a) In der Frage der atomaren Zusammenarbeit hat bisher keine Annäherung stattgefunden. Die amerikanische Hoffnung, Frankreich zur Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens[2] zu bewegen, hat sich nicht erfüllt.[3] Das amerikanische Angebot über eine atomare Zusammenarbeit, welches in einer Botschaft des Präsidenten an de Gaulle enthalten war[4], bezog sich – soweit feststellbar – nicht auf die Weitergabe des atomaren „Know-how" und wurde von Frankreich abgelehnt.[5] Nach Auskunft des State Department sind in dieser Frage keine neuen Kontakte aufgenommen worden.

b) In der Politik de Gaulles sieht die amerikanische Administration weiterhin das Haupthindernis für eine positive Entwicklung der EWG, den Aufbau der atlantischen Gemeinschaft und die militärische Zusammenarbeit innerhalb der NATO. „Inward looking community", „aufkommender europäischer Nationalismus" und Nichterfüllung der militärischen Verpflichtungen durch die Verbündeten sind die hauptsächlichen amerikanischen Vorwürfe.

c) Die Amerikaner sind über das französische Abseitsstehen bei den Abrüstungsverhandlungen[6] und den Ost-West-Gesprächen, z. B. über die Weigerung Couves, an der Besprechung der westlichen Außenminister in New York teilzunehmen[7], weiterhin ungehalten.

d) In der französischen Fernostpolitik hat die Vietnam-Erklärung de Gaulles vom 29. 8.[8] hier stark verärgert. Die französische Haltung war zwar bekannt, der Zeitpunkt und die öffentliche Darlegung wurden aber als sehr inopportun gewertet.

[1] Zum Besuch vom 21./22. November 1963 vgl. Dok. 421–424.
[2] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.
[3] Zur französischen Haltung zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 242, Anm. 6, und Dok. 246, Anm. 4.
[4] Zum Schreiben des Präsidenten Kennedy vom 25. Juli 1963 an Staatspräsident de Gaulle vgl. Dok. 242.
[5] Vgl. dazu Dok. 242, Anm. 6.
[6] Zum Rückzug Frankreichs aus den Verhandlungen der 18-Mächte-Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 50, Anm. 11.
[7] Vgl. dazu Dok. 344. Zum Gespräch der Außenminister am 27. September 1963 in New York vgl. Dok. 367.
[8] Vgl. dazu Dok. 325, Anm. 26.

Die französischen Kontakte mit Rotchina werden mit Besorgnis verfolgt, ohne daß man die Frage einer Anerkennung Rotchinas durch Frankreich im Augenblick für akut hält, was auch von französischer Seite versichert worden sei.[9]

II. Der Besuch Couves in Washington in der ersten Oktoberwoche[10] hat in den strittigen Fragen keine wirkliche Annäherung gebracht. Es ist interessant, daß er von französischer Seite positiver bewertet wurde als von der amerikanischen.

Anläßlich dieses Besuchs sind die Spekulationen über einen Besuch de Gaulles in Washington[11] erneut stark belebt worden, obgleich von amerikanischer wie französischer Seite nach außen betont wird, daß diese Frage bei dem Besuch Couves nicht besprochen worden sei. Aus dem Weißen Haus erfahre ich vertraulich, daß man – falls der Besuch erfolgt – ihn wohl vor dem März 1964 erwartet. Eine weitere Verschiebung von seiten der Franzosen wird in letzter Zeit jedoch durchaus für möglich erachtet.

III. Im Weißen Haus hat man nach dem Besuch Couves den Eindruck, daß die Franzosen glauben, sich mit der von ihnen im Sommer des Jahres noch offensichtlich gewünschten Aussöhnung mit den USA nunmehr mehr Zeit lassen zu können, da sie die Gefahr ihrer eigenen Isolierung nicht mehr als akut betrachten. In der hiesigen französischen Botschaft sieht man eine wirkliche Aussöhnung kaum vor Ablauf von weiteren zwei bis drei Jahren, d. h. nach Schaffung der Force de frappe[12]. Kennedy trägt dem in letzter Zeit realistisch Rechnung und ist – im Gegensatz zu manchen seiner Berater – bestrebt, unnötige Spitzen gegen de Gaulle und eine weitere Verschärfung des Verhältnisses zu Frankreich zu vermeiden. Auch hat sich zweifellos – trotz aller Sorge über das französische Abseitsstehen – ein gewisses Verständnis für die Haltung de Gaulles in manchen Fragen eingestellt. Das in weiten Kreisen des amerikanischen Volkes, nicht zuletzt in der Familie Kennedy, tief verwurzelte profranzösische Sentiment sorgt dafür, daß bei aller Verstimmung über die Politik de Gaulles den Franzosen sozusagen die Tür zur Aussöhnung stets offengehalten wird. Diesen nicht zuletzt auch in unserem eigenen Interesse liegenden Ausgleich mit zu fördern und zu beschleunigen, sollte Aufgabe unserer Politik sein.

[gez.] Knappstein

Abteilung II (II 5/II 6), VS-Bd. 205

9 Zur Haltung Frankreichs gegenüber der Volksrepublik China vgl. auch Dok. 424.

10 Zum Besuch des französischen Außenministers am 7./8. Oktober 1963 vgl. Dok. 389, Anm. 20.

11 Vgl. dazu Dok. 237, Anm. 27.

12 Zur „force de frappe" vgl. Dok. 16, Anm. 6.

420

Bundesminister Scheel an Bundesminister Schröder

MB 1033/63 **21. November 1963**[1]

Betr.: Begleitung bei Reisen des Herrn Bundespräsidenten in Entwicklungsländer

Sehr geehrter Herr Kollege,

die Reisen des Herrn Bundespräsidenten in Entwicklungsländer sind im Prinzip normale Höflichkeitsbesuche und als solche nicht Anlaß zu Verhandlungen sachlicher Natur. Es hat sich aber gezeigt, daß man sich bei dieser Gelegenheit konkreten Besprechungen über Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie insbesondere über Art und Höhe von Leistungen der deutschen Entwicklungshilfe nicht entziehen kann. Häufig werden auch Erklärungen über die zukünftige Politik auf diesem Gebiet abgegeben.

Eine Beteiligung des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit an diesen Reisen ist bisher mit der an sich zutreffenden Begründung abgelehnt worden, daß es sich um Höflichkeitsbesuche des Staatsoberhauptes handelt. In der Praxis nehmen diese Reisen jedoch immer mehr den Charakter von Besuchen entwicklungspolitischer Natur an[2] mit Auswirkungen auf die materielle Gestaltung der deutschen Entwicklungspolitik und nicht selten konkreten finanziellen Auswirkungen.[3] Ich bitte deshalb, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Zukunft an diesen Reisen beteiligen zu wollen.[4]

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Walter Scheel

Büro Staatssekretär, Bd. 408

[1] Hat Bundesminister Schröder am 23. November 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Antwortentwurf: Wunsch ist freundlich, aber je nach Lage zu beurteilen."

[2] Die Wörter „immer mehr" und „Besuchen entwicklungspolitischer Natur an" wurden von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Fragezeichen am Rand.

[3] Der Passus „nicht selten ... Auswirkungen" wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Wo?"

[4] Vgl. weiter Dok. 457.

421

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Paris

Z A 5-128.A/63 geheim **21. November 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler führte am 21. November 1963 um 11.30 Uhr in Paris im Palais de l'Elysée ein erstes Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

General *de Gaulle* gab eingangs seiner Freude über das Treffen Ausdruck und betonte, daß er dem Herrn Bundeskanzler persönliche Sympathie und Wertschätzung entgegenbringe.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, daß sein erster Besuch Frankreich gelte, sei kein Zufall. Es sei auch mehr als eine Geste, nämlich ein bewußtes Bekenntnis seiner Absicht, das reiche Erbe, das er aus den Händen seines Vorgängers Adenauer empfangen habe, weiterzuführen.

General *de Gaulle* legte dann die französische Auffassung zum Gemeinsamen Markt dar. Er habe zwar den Rom-Vertrag nicht geschlossen[2], doch habe dieser schon bestanden, als er zur Macht gekommen sei. Er und seine Regierung hätten sich den Rom-Vertrag dann zu eigen gemacht, und er sei der Auffassung, daß der Rom-Vertrag im gesamten Umfang Anwendung finden müsse. Der Rom-Vertrag setze die Gemeinschaft der Sechs ein. Das bedeute Anstrengungen und oft auch Opfer für alle Beteiligten. Insgesamt gesehen aber hätten alle ein Interesse daran, daß diese Gemeinschaft sich bilde. Das sei sehr weitgehend schon geschehen im gewerblichen Sektor. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft sei allerdings noch nicht sehr viel getan worden. Auf die Dauer aber könnten die sechs Länder und insbesondere Frankreich eine echte Wirtschaftsgemeinschaft nicht praktizieren, wenn diese nicht auch die Landwirtschaft umfasse. Andernfalls ergäbe sich ein wirtschaftliches und soziales Ungleichgewicht, das auf die Dauer nicht erträglich wäre. Deswegen glaube Frankreich, daß die EWG den gewerblichen und den landwirtschaftlichen Bereich umfassen müsse. Natürlich wolle Frankreich keine weltabgeschlossene Wirtschaftsgemeinschaft. Es glaube nicht mehr an eine Autarkie, denn dies entspräche erstens nicht der allgemeinen Bewegung in der Welt, und zweitens habe Frankreich inzwischen gewisse Fortschritte, insbesondere auf industriellem Gebiet erzielt, so daß es vor einem möglichst umfangreichen Handel mit der ganzen Welt keine Sorge zu haben brauche. Dies sei auch der Grund, warum Frankreich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft unterstützen könne. General de Gaulle betonte, daß die Gemeinschaft der Sechs keine Zita-

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 28. November 1963 gefertigt.
Hat Bundeskanzler Erhard vorgelegen.
Eine zweite Ausfertigung lag Bundesminister Schröder am 30. November 1963 und den Staatssekretären Carstens und Lahr am 3. Dezember 1963 vor. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8510.

[2] Die Römischen Verträge vom 25. März 1957 wurden vom französischen Außenminister Pineau und Staatssekretär Faure unterzeichnet.

delle sein dürfe und nicht der Welt gegenüber, insbesondere der angelsächsischen Welt und ganz besonders Amerika gegenüber, abgekapselt sein solle. Diese Gemeinschaft im vollen Sinne, das heißt auf dem gewerblichen wie auf dem landwirtschaftlichen Sektor, müsse aber erst noch geschaffen werden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er könne mit diesen Thesen voll einverstanden sein. Sie entsprächen seiner Überzeugung, und er sei froh über die Worte, die General de Gaulle soeben gesagt habe. Schon zu einer Zeit, als in französischen Industriekreisen große Sorgen bestanden hätten, habe er bereits die Auffassung vertreten, daß eine größere Weite für die französische genauso wie für die deutsche Wirtschaft nützlich sein würde. Die Zusammenarbeit zwischen der französischen und deutschen Industrie durch die Verbände sei eng, und er glaube daher, daß auf dem industriellen Gebiet keine wirklichen Probleme vorhanden seien, umso mehr, als der Rom-Vertrag hier schon einen gewissen Automatismus vorgesehen habe.[3] Auf dem landwirtschaftlichen Sektor lägen die Dinge etwas anders, denn dort setze der Vertrag lediglich die Thesen. Dieser Rahmen aber müsse erst gefüllt werden, was weitgehend durch die drei bereits verabschiedeten Marktordnungen[4] sowie die drei in der Verhandlung befindlichen Marktordnungen[5] geschehe. Deutschland tue alles, um eine Einigung zu ermöglichen. Er wolle jedoch nicht verschweigen, daß Deutschland besonders interessiert daran sei, daß den traditionellen Handelsströmungen mit dritten Ländern kein größerer Schaden zugefügt werde. Natürlich sei sich Deutschland auch im klaren darüber, daß ein Gemeinsamer Markt gewisse Präferenzen beinhalte; er dürfe aber auf keinen Fall nach außen hin geschlossen sein. Wichtig sei ebenfalls, daß neben Fortschritten auf dem industriellen und landwirtschaftlichen Sektor gleichzeitig Fortschritte im Zusammenhang mit der Kennedy-Runde[6] erzielt würden. Die Amerikaner seien im übrigen der Auffassung, daß es nicht ausreiche, nur auf industriellem Gebiet Fortschritte zu erzielen, sondern daß auch die Landwirtschaft mit einbezogen werden müsse. Man müsse also die Lösung der drei noch ausstehenden Marktordnungen im Zusammenhang sehen mit einer gleichförmigen Haltung der Kennedy-Runde, wobei auch von allen Seiten die Wettbewerbsverzerrungen ausgeschaltet werden müßten. Was die Beziehungen zu Drittländern anbelange, machten die Brüsseler Verhandlungen gute Fortschritte, und wenn es nun gelinge, außer den drei anstehenden Marktordnungen auch die Beziehungen zur Außenwelt zu regeln, sei eine Lösung des Problems ohne weiteres möglich. Zu bemerken sei jedoch, daß der Getreidepreis für Deutschland eine besondere Schwierigkeit darstelle. Er habe seine Haltung in dieser Frage dem General bereits im Schloß Ernich[7] dargelegt, und an dieser Haltung habe sich nichts geändert. Da er aber inzwischen Bundeskanzler geworden sei, müsse er sich auch mit den deutschen Bauern auseinandersetzen. Er habe bereits zwei Gespräche mit Herrn Rehwinkel geführt und dabei den Eindruck gewonnen,

[3] Vgl. dazu die Bestimmungen des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 über die Schaffung einer Zollunion; BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 778–785.

[4] Zu den bereits verabschiedeten Agrarmarktordnungen vgl. Dok. 21, Anm. 4.

[5] Verhandelt wurden in Brüssel die Marktordnungen für Milch und Milchprodukte, Rindfleisch und Reis. Vgl. dazu auch Dok. 461.

[6] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[7] Zum Gespräch vom 4. Juli 1963 vgl. Dok. 217.

daß seine Haltung in dieser Frage etwas lockerer werde. Sowohl auf Seiten der Bauernverbände als auch auf Regierungsseite würden die Dokumente der Kommission überarbeitet, wobei auch gegebenenfalls Alternativen und Ergänzungen aufgezeigt werden sollten. Sei dies einmal geschehen, könne die Frage in Kabinett und Parlament diskutiert und entschieden werden. Persönlich sei er der Auffassung, daß man an die Dinge mit Mut herangehen und sie nicht hinschleppen solle. Was die Bauern in Frankreich wie in Deutschland brauchten, sei ein Gefühl der Sicherheit hinsichtlich ihrer Zukunft. Daher sollte man das bestmögliche tun, um bald zu einer guten Lösung zu kommen. Diese Lösung sollte möglichst nicht schrittweise, sondern gleich in ihrer endgültigen Form gesucht werden, die dann Bestand haben könne.

General *de Gaulle* erklärte, die Kommission scheine ihm objektiv gearbeitet zu haben. Sie habe Marktordnungen für Milch und Milchprodukte, Fleisch und Reis vorgeschlagen, die wohl akzeptiert werden könnten. Zum Getreidepreis habe die Kommission einen Vorschlag gemacht[8], der ihm als Diskussionsgrundlage und wahrscheinlich sogar als Grundlage für eine Einigung geeignet erscheine. Er müsse jedoch die Bedeutung betonen, die darin liege, zu einem Abschluß zu gelangen. In Brüssel habe man vereinbart, zu einem bestimmten Zeitpunkt abzuschließen, und er halte dies auch für unerläßlich, denn sonst werde man nie zu einem Ende gelangen, was schade wäre. Frankreich verkenne keineswegs die Lage der deutschen Landwirtschaft, die subventioniert sei, insbesondere von der Preisseite her. Dies entspreche natürlich dem Geist des Rom-Vertrages nicht sehr. Man müsse daher in der Frage des Getreidepreises einen Kompromiß suchen. Bislang habe er den Eindruck gehabt, daß die Bundesregierung in Brüssel zwar ihr Interesse bekundet habe, eines Tages zu einer Lösung zu kommen, sich aber nicht habe recht entschließen können, wirklich zu dem vereinbarten Datum diese Lösung zu erreichen. Frankreich habe den dringenden Wunsch, diesen Eindruck verbessern zu können. Man dürfe auch nicht glauben, daß der Mansholt-Vorschlag Frankreich gleichgültig lasse. In einem gewissen Sinne werde der Mansholt-Vorschlag Frankreich teuer zu stehen kommen, weil dadurch das gesamte Agrarpreisniveau in Frankreich erhöht würde. Frankreich befinde sich ja nicht in derselben Lage wie Deutschland, das zu einem großen Teil seinen Bedarf zu niedrigeren Weltmarktpreisen decke. Frankreich lebe vielmehr fast ausschließlich von der eigenen Produktion, und daher dürften die Agrarpreise nicht übermäßig gesteigert werden. Der Mansholt-Vorschlag, der für Deutschland sicher Opfer bedeute, bringe also für Frankreich ebenfalls große Schwierigkeiten mit sich. Wenn er von französischer Seite als Diskussionsgrundlage akzeptiert werde, dann deswegen, weil er tatsächlich von allen Beteiligten Opfer verlange.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, daß man eine gewisse Unterscheidung treffen müsse zwischen den drei Marktordnungen und damit verbunden der Erarbeitung einer klaren Haltung zur Kennedy-Runde einerseits und der Behandlung des Getreidepreises andererseits. Er halte es für ganz unmöglich, in der Frage des Getreidepreises bis Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres zu einer festen Entscheidung in Deutschland zu kommen. Der Mansholt-Vorschlag würde in Deutschland ernsthaft geprüft, auch auf Seiten der Bauern.

[8] Zum Mansholt-Plan vgl. Dok. 412, Anm. 8.

Es bedürfe aber einer gewissen Zeit, bis das Eis breche. Auch ihm scheine es wichtig, die Dinge nicht hinauszuziehen, denn im Jahre 1965 fänden in der Bundesrepublik Bundestagswahlen statt, und bei einem ungelösten Problem auf dem Gebiet der Landwirtschaft befände sich die CDU in einer sehr unangenehmen Lage. Ihm liege daher ebenfalls eine möglichst schnelle Lösung des Getreidepreisproblems am Herzen.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, zur politischen Seite der EWG habe er schon auf Schloß Ernich General de Gaulle dargelegt, daß die Kommission zwar gute Arbeit geleistet habe, er aber doch unter dem Eindruck stehe, daß die Kommission der Auffassung sei, daß politisch mit Ausnahme einer Fusion der Organe[9] nicht sehr viel mehr erforderlich sei. Die Kommission versuche auch, über die im Rom-Vertrag niedergelegten Kompetenzen hinaus andere Probleme an sich zu ziehen. Man könne aber nicht eine nationale Kompetenz nach der anderen der Kommission überweisen, denn der Ministerrat wäre dann einfach nicht mehr in der Lage, seine eigentliche Funktion auszuüben, wenn er mit zu viel Arbeit überlastet wäre. Dann könnte der Tag kommen, an dem die nationalen Regierungen die Verantwortung gegenüber ihren Völkern gar nicht mehr auf sich nehmen könnten, während auf der anderen Seite die Europäische Wirtschaftskommission als rein administratives Organ keinen echten Ersatz darstellen könnte. Er glaube nicht, daß man sich jetzt schon präzise Vorstellungen über politische Formen für Europa vornehmen sollte. In einem Punkt sei die Lage heute einfacher, da sich bis zu den englischen Wahlen[10] das englische Problem nicht stelle. Man könne also bis auf weiteres in den Kategorien der Sechs denken. Der Herr Bundeskanzler fragte dann General de Gaulle, ob er irgendwelche Möglichkeiten sehe, dem politischen Zusammenhalt nicht nur Deutschlands und Frankreichs, sondern der Sechs klareren Ausdruck zu verleihen. Beide Länder hätten ja beim Abschluß des Freundschaftsvertrages[11] die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß dieser nicht exklusiv sei. Mit dem Fortschreiten des Gemeinsamen Marktes glaube er, daß die Zeit kommen werde, wo der Vertrag für die anderen attraktiver werde. Außerdem sei er der Auffassung, daß gewisse Divergenzen zwischen den Sechs ausgeschaltet werden könnten. Er denke gar nicht in konkreten Vorstellungen wie etwa Fouchet-Plan[12] und glaube im übrigen, daß man nicht von einem Tag auf den andern Europa schon eine staatspolitische Gestalt geben könne. Wenn aber Europa in der Welt den ihm zukommenden Platz einnehmen soll, dann müsse man über die deutsch-französische Zusammenarbeit hinaus die europäische Zusammenarbeit beleben. Er glaube im übrigen nicht, daß in absehbarer Zeit die Nationen in Europa untergehen würden, sondern stehe vielmehr der Auffassung des Generals in diesen Fragen sehr nahe, daß man sehr pfleglich und schrittweise vorgehen müsse.

General *de Gaulle* nahm zuerst zu den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers hinsichtlich des Getreidepreises Stellung. Zunächst seien die derzeit in Brüssel anstehenden Marktordnungen zu regeln, und es wäre gut, wenn dies

[9] Zu Überlegungen hinsichtlich einer Fusion der Exekutiven vgl. Dok. 395, Anm. 31.

[10] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

[11] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[12] Vgl. dazu Dok. 77, Anm. 3.

innerhalb der gesetzten Frist geschehen könne. Damit bleibe der Getreidepreis offen. Dazu habe der Herr Bundeskanzler erklärt, er wisse nicht, ob es gelingen werde, hier zu einer Lösung und insbesondere zu einer Lösung innerhalb der vorgesehenen Frist zu kommen. Er nehme das zur Kenntnis, halte es aber nicht für sehr ermutigend. Denn wenn man nicht jetzt oder im Dezember zu einer Lösung komme, gebe es keinen Grund, warum man dann im Februar oder März dahin gelangen könne. Wenn dies auch nicht möglich sei, dann könne man aber auch nicht sagen, daß eine europäische Gemeinschaft bestehe. Es sei dann auch schwer zu sehen, wie man in der Kennedy-Runde zu einer gemeinsamen Auffassung kommen könne.[13]

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, er sehe die Sache genau wie General de Gaulle. Leider aber sei die Frage des deutschen Getreidepreises zu lange vor sich hergeschoben worden, eben weil es ein so neuralgischer Punkt sei. In den wenigen Wochen seiner Amtszeit als Bundeskanzler habe er aber schon deutlich gemacht, daß er sich nicht scheue, heiße Eisen anzupacken. Trotzdem aber brauche er eine parlamentarische Mehrheit, und er könne sich nicht vorstellen, daß sich diese Mehrheit in den nächsten 14 Tagen herausschälen werde. An seinem guten Willen könne keinerlei Zweifel bestehen. Er habe diese Fragen auch mit seinem Vorgänger besprochen und stehe ihm in der Beurteilung der europäischen Situation sehr nahe. Die Schwierigkeiten lägen vielmehr bei den Fraktionen und könnten nur durch ein fortlaufendes Gespräch gelöst werden, ganz besonders, wenn die Landwirtschaft keine Alternativen aufzeigen könne. Er habe den Landwirten immer wieder gesagt, daß es nicht ausreiche, nein zu sagen, man müsse eigene Gegenvorschläge haben. Das aber hätten sie nicht. Deshalb glaube er, daß man allmählich zum Erfolg kommen werde.

General *de Gaulle* sagte, er wünsche diesen Erfolg. In Frankreich sei man sich der Bedeutung der Landwirtschaft in Deutschland bewußt. Er glaube auch zu wissen, daß sich die deutsche Landwirtschaft ziemlich schnell entwickle. Selbstverständlich wisse er, daß die Landwirtschaft der Regierung große Probleme aufgebe, wie es ja auch in Frankreich der Fall sei. Er müsse also annehmen, daß es nicht gelingen werde, zu einem Gemeinsamen Markt zu kommen. Die Frage sei dann, was man dann tun könnte. Möglicherweise müßten dann Handelsverträge abgeschlossen werden.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, er sei überzeugt, daß es zu einem Gemeinsamen Markt kommen werde. Wenn er die Schwierigkeiten ganz ehrlich darstelle, so bedeute das keineswegs, daß die Bundesregierung nicht mit aller Kraft auf den Gemeinsamen Markt hinzuarbeiten gewillt sei, denn diese Verpflichtung wolle sie erfüllen. Wenn in der einen oder anderen Frage eine perfekte Lösung nicht sofort möglich sei, könne man eventuell gewisse feste Übergänge vorsehen. Er würde das zwar an sich nicht für den besten Weg halten, weil den Landwirten möglichst sofort volle Klarheit gegeben werden müßte. Seine Ausführungen müßten absolut ohne Hintergedanken gesehen

[13] Zu den Differenzen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich bei den Verhandlungen über die Agrarmarktordnungen und über die Vorbereitung der Kennedy-Runde vgl. weiter Dok. 463.

werden. Sie dürften vor allem nicht so ausgelegt werden, als wolle er sich einer Verpflichtung entziehen.

General *de Gaulle* bedankte sich und bemerkte, er wisse, daß die Bundesregierung ebenso wie Frankreich ein Gelingen des Gemeinsamen Marktes wünsche. Das aber sei nicht die Frage. Er zweifle keineswegs an dem Willen der Bundesregierung, sich der Verpflichtungen des Rom-Vertrags zu entledigen. Die Frage sei vielmehr, ob diesem Wunsch nicht irgendwelche unüberwindlichen Schwierigkeiten entgegenstünden (denn selbst Regierungen könnten nicht alles tun). Wenn dem so sei, dann müsse man es eben anerkennen. Er hoffe aber ebenfalls, daß dies nicht der Fall sei. Der Herr Bundeskanzler habe gesagt, möglicherweise könne man in Etappen vorgehen. Wenn Deutschland hierzu Vorschläge habe, werde es sie ja in Brüssel machen. An dem guten Willen der Bundesregierung zweifle er ebenfalls in keiner Weise. Die einzige Frage sei, ob sich nicht unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellten.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, er halte die Lage nicht für so ernst. Es würde ihm aber bei der Erreichung der Ziele des Gemeinsamen Markts helfen, wenn auf dem politischen Gebiet gewisse Fortschritte erzielt würden.

General *de Gaulle* erklärte, er sei völlig einer Meinung mit dem Herrn Bundeskanzler, daß die Kommission in Brüssel sich aus hochqualifizierten, gewissenhaften und nützlichen Leuten zusammensetze. Die Kommission sei aber unausweichlich versucht, gewisse Verantwortlichkeiten nach Brüssel zu ziehen. Insbesondere beanspruchten sie ständig die nationalen Minister. Dadurch entstehe eine weder für Deutschland noch für Frankreich politisch befriedigende Lage. Letzten Endes liege die Verantwortung bei den Regierungen, die auch die Beschlüsse zu fassen und vor allem nachher mit viel Mühe durchzuführen hätten. Bei aller Würdigung der Verdienste der Kommission sei er aber der Auffassung des Herrn Bundeskanzlers, daß man sich nicht in ein System hineinziehen lassen dürfe, in dem die Regierungen auseinandergerissen und ihrer letzten Verantwortung beraubt wären. An dieser Stelle las General de Gaulle dann aus dem Buch des Herrn Bundeskanzlers „Deutsche Wirtschaftspolitik" folgenden Auszug aus einer Rede, die der Herr Bundeskanzler 1952 in Zürich gehalten hatte, vor:

„Ich könnte nur mit Schaudern an ein Europa denken, wenn ich es mir als einen zentralistischen Überstaat vorstellen müßte. Diesen Weg kann man in Europa nach meiner Überzeugung nicht gehen, ohne nicht zugleich das Wertvollste zu vernichten, was in Europa zwischen den einzelnen Ländern und Völkern schwingt.

Ich erachte den Aufbau der Schweiz als ein wunderbares Beispiel dafür, wie ein künftiges glückliches Europa strukturiert sein müßte. Ich glaube, es wäre unmöglich und dazu tragisch, alles das, was das Eigenleben der Völker bedeutet, was da an geschichtlicher, traditioneller und kultureller Bindung mitspielt, was an landsmannschaftlicher Eigenart sich entfalten und bewahren will, in einem zentralistischen Überstaat niederwalzen zu wollen. Das wäre ein Verbrechen an den europäischen Völkern. Diese Konstruktion ist meiner Ansicht nach aber auch gar nicht notwendig. Ich jedenfalls kann mir nur mit Grauen vorstellen, was ein solcher zentralistischer Überstaat an echten Werten alles vernichten würde, wenn er aus dem System heraus über nationale

Eigenarten und geographische Notwendigkeiten hinweg mit brutaler Hand dirigierend eingreifen wollte oder müßte."[14]

General de Gaulle fuhr fort, der deutsch-französische Vertrag sei geschlossen worden. In diesem Vertrag gebe es einen Teil, der deutsch und französisch sei, und der darauf beruhe, daß Frankreich und Deutschland über ihre früheren Zwistigkeiten hinweggehen müssen. Dies sei zumindest der unmittelbare Anlaß für den Vertrag gewesen. Es sei aber von beiden Seiten immer erklärt worden, daß dieser Vertrag nicht dem Zwecke dienen sollte, ein deutsch-französisches Sondersystem in der Welt zu erfinden, daß er vielmehr als Ausgangspunkt dienen sollte, um zu einer Einigung Europas beizutragen. Selbstverständlich könne sich eine Einigung Europas nicht unter denselben Bedingungen abspielen, wie sich Frankreich mit Belgien oder Deutschland und Deutschland mit Holland oder Frankreich vereinigen könnte. Tatsächlich aber sei der Vertrag geschlossen worden, um den Weg über den Zusammenschluß der beiden Länder hinaus zu weisen. Die Frage sei nur, wie dies geschehen könne. Ein erster Versuch, die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und den Regierungschefs der Sechs zu organisieren, sei schon einmal, sogar noch vor Abschluß des deutsch-französischen Vertrages, gemacht worden.[15] Erste Treffen hätten in Paris und Bonn[16] stattgefunden, und von französischer und deutscher Seite habe man geglaubt, zu einem praktischen Vorschlag gekommen zu sein, der die Zusammenarbeit der Regierungen ermögliche, von der der Herr Bundeskanzler eben gesprochen habe. Diese Zusammenarbeit sei notwendig vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt, aber auch von allen anderen Gesichtspunkten her gesehen. Dabei habe man nicht versucht, zuviel des Guten zu tun, sondern die Sache ganz einfach anzulegen, nämlich im Sinne periodischer und obligatorischer Treffen zwischen den Regierungschefs und den Ministern sowie einer Kommission[17], deren Aufgabe darin bestanden habe, die Gespräche und Tagungen vorzubereiten und sogar gewisse Anregungen zu machen. Die Verantwortung aber habe nicht bei der Kommission, sondern bei den Regierungen liegen sollen, die gemeinsam zu entscheiden gehabt hätten. Man sei auch nicht so naiv gewesen zu glauben, daß es ausreiche, sich an einen Tisch zu setzen, um immer in allen Fragen einer Meinung zu sein. Man habe jedoch geglaubt, daß man allmählich eine Gewohnheit daraus werden lassen könne, sich zu treffen, zu diskutieren und sich gegenseitig die Schwierigkeiten und Fragen darzulegen. Und wenn, wie der Herr Bundeskanzler und er selber glaubten, eine europäische politische Realität sich abzeichne, hätte diese Zusammenarbeit schon das Mittel dargestellt, dieser politischen Realität Ausdruck zu verleihen, zumindest in gewissem Umfange und zu gewissen Themen. Eine Zeitlang habe er geglaubt, daß

[14] Für den Wortlaut der Rede vom 6. Februar 1952 vgl. Ludwig ERHARD, Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf 1962, S. 174–192, hier S. 192.

[15] Zum Scheitern der Verhandlungen über eine europäische politische Union am 17. April 1962 vgl. Dok. 136.

[16] Zum Treffen der Staats- und Regierungschefs der sechs EWG-Staaten am 10./11. Februar 1961 in Paris und am 18. Juli 1961 in Bonn vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 128f. und D 469–471. Vgl. auch OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 21 f. und S. 40–43.
Vgl. auch Dok. 136, besonders Anm. 4.

[17] Zur Fouchet-Kommission vgl. Dok. 77, Anm. 3.

auch Italien damit einverstanden sei, doch habe sich Italien diesem Einverständnis wieder entzogen, und Belgien und Holland hätten von vornherein aus eigenen Gründen dagegen optiert.[18] Diese Gründe für Belgien und Holland seien wohl zweifacher Art gewesen. Erstens habe es Großbritannien gegeben, das es nicht gern gesehen habe, daß das kontinentale Europa sich organisiere, zum zweiten seien Holland und Belgien kleine Länder und hätten gefürchtet, daß in derartigen Sitzungen, wo Deutschland am Tisch sitze, Frankreich dabei sei und auch Italien zugegen sei, diese Länder so viel Schwergewicht hätten, daß Belgien und Holland dagegen auf der Waagschale etwas zu leicht wögen. Er selbst habe nie geglaubt, daß diese beiden Länder etwa Grund zu dieser Befürchtung gehabt hätten. Jedenfalls aber sei aus der Sache nichts geworden. Dies bedeute natürlich nicht, daß man nicht wieder anfangen könne, denn letzten Endes müsse etwas Derartiges geschaffen werden, oder aber man müsse überhaupt darauf verzichten, Europa in irgendeiner Beziehung einigen zu wollen. Selbst wirtschaftlich werde es auf die Dauer ohne eine politische Einigung nicht weitergehen können. Es sei sehr schön, eine Wirtschaftsgemeinschaft mit Verträgen und Abkommen zu haben, aber es gebe auch das Leben, und das Leben erfordere, daß die Regierungen sich von Zeit zu Zeit träfen, um die Dinge zu präzisieren und zu modifizieren. Auch die Außenpolitik und sogar die Verteidigung erforderten dies.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er sei dankbar, daß General de Gaulle bereit sei, eine neue Initiative zuzulassen.[19] Er glaube, daß sich die Situation in der Zwischenzeit verändert habe. Zu seiner Überraschung reiften die Dinge schneller als erwartet. Die deutsch-französische Freundschaft sei im deutschen Volk so unerschütterlich verankert, ihr Erfolg sei so überwältigend, daß an ihrem Bestand gar kein Zweifel aufkommen könne. Man brauche also nicht zu befürchten, wenn ein Dritter, Vierter oder Fünfter dazukomme, daß damit die Innigkeit dieses Verhältnisses verwässert werden könnte. Auf der anderen Seite habe er den Eindruck, daß die EWG-Länder sich in einer Übergangshaltung befänden. Italien fühle sich etwas isoliert, habe auch innere Schwierigkeiten. Es glaube, daß es diese inneren Schwierigkeiten leichter durchstehen könne, wenn es enger an das deutsch-französische Verhältnis herangebracht werden könnte. Was die Beneluxstaaten anbelange, so glaube er auch da eine gewisse Veränderung der Situation erkennen zu können. General de Gaulle habe recht, daß diese Länder ursprünglich befürchtet hätten, unter dem Schwergewicht der anderen erdrückt zu werden. Heute aber befürchteten diese Länder noch mehr, draußen stehenzubleiben und ihren Einfluß überhaupt nicht geltend machen zu können. Was England anbelange, so wüßten diese Länder, daß England im Augenblick nicht sprechbereit sei. Er glaube also, der Zeitpunkt sei günstig für ein neues europäisches Gespräch. Es wäre eine gute Frucht des Treffens in Paris, wenn ein solcher Wille präzisen Ausdruck finden könnte.

General *de Gaulle* betonte zunächst, daß auch die Freundschaft des französischen Volkes für Deutschland ebenso tief verwurzelt sei wie umgekehrt. Es

[18] Zur Haltung Belgiens und der Niederlande vgl. Dok. 136.

[19] Zum deutschen Interesse an einer neuen Initiative zu einer europäischen politischen Union vgl. bereits Dok. 213.

gebe dafür eine große Zahl charakteristischer Anzeichen. Er stellte dann die Frage, wie die Dinge wieder in Gang gebracht werden könnten. Der letzte Stand der Dinge sei so gewesen, daß er in Turin mit Fanfani und dessen damaligem Außenminister Segni[20] zusammengetroffen sei. Diese hätten noch etwas gezögert, doch sei man sich einig gewesen, daß die nächste Sitzung der Regierungschefs in Rom stattfinden sollte. Sie habe aber nicht stattgefunden. Er frage sich daher, wie man diese erloschene Flamme wieder zum Brennen bringen könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe gute Gründe für die Annahme, daß Italien froh wäre, wenn es jetzt wieder in diese Sache eintreten könnte. Hinsichtlich der Person Segnis bestehe hier gar kein Zweifel. Er glaube auch, daß dies für die interne Stabilität Italiens ein guter Gewinn wäre. Der Nebel und die Mißverständnisse, die es damals gegeben habe, hätten sich inzwischen gelichtet. Vielleicht sei er zu optimistisch, doch glaube er, daß eine neue Initiative zum jetzigen Zeitpunkt ein gutes Ergebnis zeitigen würde.

General *de Gaulle* stellte erneut die Frage, in welcher Form dies geschehen könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er halte ein Treffen der Regierungschefs für notwendig, um klar herauszustellen, daß es sich nicht um ein technisches Treffen oder einen außenpolitischen Kontakt handle, sondern daß hier ein originärer politischer Wille vorhanden sei. Natürlich müsse ein solches Treffen gut vorbereitet sein. Wenn es in Rom stattfände, könnte das Ressentiment der Italiener überwunden werden. Ganz vertraulich wolle er mitteilen, daß, als sein Besuch in Frankreich bekannt geworden sei, die Italiener sich sofort gemeldet und erklärt hätten, sie würden gerne Anschluß bekommen. Wenn er nach Rom fahre, wolle er jedoch sicher sein, daß General de Gaulle mit ihm einer Meinung sei.

General *de Gaulle* bemerkte, er habe keine Einwände dagegen, wenn der Herr Bundeskanzler bei einem Besuch in Rom die Initiative ergreifen würde, um den Italienern einen solchen Vorschlag mit der Bemerkung zu machen, daß Frankreich damit einverstanden sei. Er glaube, daß es keineswegs großer supranationaler Gesetze bedürfe. Vielmehr wäre es ausreichend, wenn die Regierungschefs mit den beteiligten Ministern sich träfen, um gemeinsam die Fragen zu prüfen, die für die sechs Länder von Interesse seien. Eine Tagesordnung könne von der ja noch immer theoretisch bestehenden Kommission, deren Vorsitz zur Zeit bei Herrn Cattani liege, ausgearbeitet werden, sobald der Herr Bundeskanzler in Rom gewesen [sei] und dort die italienische Zustimmung erhalten habe. Die Einladung müßte natürlich von der italienischen Regierung ausgehen.[21]

[20] Das Treffen fand am 4. April 1962 statt. Vgl. dazu DE GAULLE, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958–1962, S. 209.

[21] Am 24. Oktober 1963 berichtete Botschafter Blankenhorn, Paris: „Italienischer Botschafter Brosio erzählte mir gestern, daß bei den kürzlichen Besprechungen des italienischen Unterstaatssekretärs Martino mit Habib-Deloncle von französischer Seite der italienischen Regierung nahegelegt worden sei, in einer Initiative die Frage der europäischen politischen Organisation neu aufzugreifen." Brosio habe diese Anregung „sehr interessant" gefunden, jedoch auf die innenpolitischen Schwierigkeiten in Italien verwiesen und die Ansicht vertreten, daß ein solcher Schritt

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er glaube, daß dadurch auch die Arbeit in Brüssel Auftrieb erhalten würde. Sie bedürfe von Zeit zu Zeit neuer Impulse und einer geistigen Straffung, um nicht in der Technokratie zu ersticken. Es wäre auch nützlich für die Dinge, die dem General besonders am Herzen lägen, so zum Beispiel die Landwirtschaftspolitik. Die Regierung wäre auch freier, wenn die Hoffnung bestünde, daß mehr daraus werde, als eine rein wirtschaftlich technische Angelegenheit, ja, daß hier ein europäischer Geist Gestalt annehmen werde.

Auf die Frage General *de Gaulles,* wann der Herr Bundeskanzler nach Rom reisen werde, erwiderte der Herr *Bundeskanzler,* er habe absichtlich das Datum noch nicht festgelegt, denn er habe dieses Gespräch in Paris abwarten wollen.

General *de Gaulle* wies darauf hin, daß der Besuch in Rom noch vor Jahresende stattfinden müßte, um auf die Brüsseler Verhandlungen[22] noch sich auswirken zu können.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, vor Anfang Januar werde es ihm leider nicht möglich sein, nach Rom zu gehen. Staatspräsident Segni habe die Zeit vom 6. bis 12. Januar vorgeschlagen, doch habe er darauf noch nicht antworten müssen.[23]

General *de Gaulle* warf ein, zuerst müßte Italien natürlich auch wieder eine Regierung haben.[24]

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, der politischen Zusammenarbeit seien ohnehin Grenzen gesteckt, weil die politische Struktur in den einzelnen Ländern unterschiedlich sei. Deutschland und Frankreich genössen eine sehr große Stabilität, in Italien seien die Dinge schon neuralgischer. Von England brauche man im Augenblick nicht zu sprechen, doch befürchte er, daß Wilsons Ansichten, falls er bei den nächsten Wahlen Premierminister würde, nicht mit den deutschen und französischen Auffassungen identisch sein würden, weder politisch, noch europäisch.

General *de Gaulle* sagte abschließend, man kenne die Labour-Leute ja, sie seien biegsam, und zwar in jeder Richtung.

Das Gespräch endete gegen 13 Uhr.[25]

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 5

Fortsetzung Fußnote von Seite 1463

nur Aussicht auf Erfolg habe, „wenn über die Ergebnisse der Fouchet-Kommission hinausgegangen würde". Vgl. Referat I A 1, Bd. 518.

22 Zur Tagung des Ministerrats der EWG und der EURATOM vom 9. bis 13. Dezember und 16. bis 23. Dezember 1963 in Brüssel vgl. Dok. 478, Anm. 2.

23 Zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen am 27./28. Januar 1964 in Rom vgl. AAPD 1964.
Vgl. dazu auch BULLETIN 1964, S. 145 f. und S. 161 f. Vgl. ferner OSTERHELD, Außenpolitik, S. 60 f.

24 Am 15. November 1963 wurde der Generalsekretär der italienischen Christdemokratischen Partei, Aldo Moro, von Staatspräsident Segni mit der Regierungsbildung beauftragt. Das Koalitionsabkommen mit den Sozialdemokraten, Sozialisten und Republikanern wurde von den Parteivorständen am 25. November 1963 gebilligt, das neue Kabinett am 4. Dezember 1963 vorgestellt. Vgl. AdG 1963, S. 10941 f.

25 Vgl. weiter Dok. 422 und Dok. 428.

422

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Pompidou in Paris

Z A 5-130.A/63 geheim **21. November 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler führte am 21. November 1963 um 15.55 Uhr im Hotel Matignon in Paris eine Unterredung mit dem französischen Premierminister Pompidou. Bei dem Gespräch waren außerdem zugegen: Bundesaußenminister Schröder, Botschafter Klaiber, Außenminister Couve de Murville und Botschafter de Margerie.

Eingangs berichtete der Herr *Bundeskanzler* von seinem vorausgegangenen Gespräch mit General de Gaulle[2], bei dem über den Gemeinsamen Markt gesprochen worden sei. Dabei habe er (der Herr Bundeskanzler) dargelegt, daß selbstverständlich die restlichen drei Marktordnungen[3] erledigt werden sollten, wobei die Bundesregierung keine Verzögerungstaktik betreiben werde. Diese Marktordnungen dürfen jedoch nicht isoliert gesehen werden, vielmehr sieht das Brüsseler Papier[4] eine Koppelung mit den Fragen der Wettbewerbsverzerrungen und den Beziehungen zu Drittländern[5] sowie einer klaren Haltung in der Kennedy-Runde[6] vor. Auch die Frage des Getreidepreises sei angeschnitten worden. Hier sei er nicht in der Lage gewesen, eine feste Zusage zu machen, bis zu welchem Datum die Bundesregierung einer Lösung zustimmen könne. Er habe den Mansholt-Vorschlag[7] mit den Landwirten besprochen, die ihn nicht in Bausch und Bogen ablehnten, sondern ihn zu prüfen bereit seien. Auch die Bundesregierung überarbeite diesen Vorschlag, um zu einer Abklärung und gegebenenfalls zu gewissen Alternativen zu kommen. Hinsichtlich der Erfolgsaussichten einer endgültigen Lösung des Getreidepreises sei er optimistisch. Seine persönliche Haltung sei klar, er halte eine rasche und endgültige Lösung für das Beste, um die Unsicherheit bei den Bauern zu beseitigen. Deutschland habe an der möglichst raschen Erledigung der Angelegenheit ein besonderes Interesse, da im Jahre 1965 Bundestagswahlen bevorstünden und die Erfolgsaussichten seiner Partei ziemlich schlecht wären, wenn den Bauern nicht gesagt werden könnte, welches Schicksal sie zu erwarten hätten. Die Bundesregierung werde ihr Bestes tun, um die Verträge zu erfüllen und zu einer gemeinsamen europäischen Landwirtschaftspolitik zu kommen.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 30. November 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 30. November und den Staatssekretären Carstens und Lahr am 3. bzw. 6. Dezember 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. Dok. 421.

[3] Verhandelt wurden in Brüssel die Marktordnungen für Milch und Milchprodukte, Rindfleisch und Reis. Vgl. dazu auch Dok. 461.

[4] Zum Arbeitsprogramm der EWG vom 9. Mai 1963 vgl. Dok. 161, Anm. 3.

[5] Zu den Wettbewerbsverzerrungen und den Einfuhren aus Drittländern vgl. Dok. 218, Anm. 24.

[6] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[7] Vgl. dazu Dok. 412, Anm. 8.

Premierminister *Pompidou* betonte die Bedeutung des Fortbestandes des Gemeinsamen Marktes, die von deutscher wie von französischer Seite gleich gesehen werde. Er kenne auch die Kenntnis der Wirtschaftsprobleme des Herrn Bundeskanzlers sehr wohl und wisse, wie sehr dem Herrn Bundeskanzler daran gelegen sei, den europäischen Volkswirtschaften und insbesondere der Landwirtschaft eine solide und konkurrenzfähige Basis für die Zukunft zu verschaffen. Er zweifle an dem guten Willen des Herrn Bundeskanzlers in keiner Weise. Frankreich sei sich völlig im klaren darüber, daß die Errichtung des Gemeinsamen Marktes nicht als Selbstzweck gesehen werden könne, vielmehr die Beziehungen zu Drittländern und insbesondere die Kennedy-Runde ebenfalls geregelt werden müßten. Dazu wolle er sagen, daß die gesamte wirtschaftliche Anstrengung Frankreichs und insbesondere das Stabilisierungsprogramm[8] dem Ziel dienten, der französischen Wirtschaft die Möglichkeit zu geben, ihre Rolle in einer liberalen Welt spielen und international konkurrenzfähig sein zu können. Frankreich beabsichtige daher nicht, den Gemeinsamen Markt als einen abgeschlossenen und protektionistischen Markt aufzubauen, der schon durch sein Gewicht ja in den internationalen Handel nur Unruhe tragen würde. Er wolle dem Herrn Bundeskanzler auch versichern, daß die Kennedy-Runde, wenn sie einmal beginne (und im Augenblick scheine dies weniger bald zu sein, als man ursprünglich gedacht habe, da Amerika an einer Verzögerung interessiert sei[9]), von Frankreich wie von den anderen Staaten mit dem Wunsch angegangen werde, zu positiven Ergebnissen zu kommen. Frankreich wünsche eine Entwicklung des Handels im gesamten atlantischen Raum, und es wünsche damit auch eine Zollsenkung[10], die natürlich so organisiert sein müsse, daß der Handel in beiden Richtungen begünstigt werde, und nicht etwa nur mit der Zielsetzung, die amerikanische Zahlungsbilanz zu verbessern. Die französische Regierung sei auch der Auffassung, daß die Ursachen des Ungleichgewichts der amerikanischen Zahlungsbilanz[11] nicht in der Handelsbilanz zu suchen seien, die gegenüber Deutschland und Frankreich sehr positiv sei, sondern vielmehr anderswo. Jedenfalls gehe Frankreich mit einer positiven Einstellung in die Kennedy-Runde. Dazu aber sei es notwendig, daß die Länder der Gemeinschaft zuerst eine gemeinsame Vorstellung über ihr wirtschaftliches Schicksal hätten. Um dies zu erreichen, müsse der Gemeinsame Markt, insbesondere hinsichtlich der Landwirt-

[8] Das Stabilisierungsprogramm, das von Ministerpräsident Pompidou am 12. September 1963 auf einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, sah eine Eindämmung der Inflation durch eine strengere Kreditpolitik, Senkung der Staatsausgaben und eine erhöhte Besteuerung „der übermäßigen oder anomalen Gewinne, besonders auf dem Gebiet der Boden- und Immobilienspekulation", vor. Darüber hinaus waren Maßnahmen zur Förderung des Arbeitsmarktes sowie eine stärkere staatliche Kontrolle der Preise für Dienstleistungen und Industrieprodukte vorgesehen. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10792.

[9] Am 14. November 1963 berichtete Botschafter Knappstein, Washington, Vizepräsident Johnson „habe mehrmals kategorisch alle Gerüchte dementiert, nach denen die Administration die Kennedy-Runde bis nach den hiesigen Wahlen verschieben wolle. Man strebe unbedingt an, daß die Verhandlungen termingerecht begonnen und erfolgreich beendet würden." Das amerikanische Außenministerium sei „über diese Gerüchte außerordentlich unglücklich". Vgl. Abteilung II (II 6), VS-Bd. 222; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. auch Dok. 429, Anm. 8.

[10] Zur Frage einer Zollsenkung vgl. Dok. 83, Anm. 9.

[11] Zum amerikanischen Zahlungsbilanzdefizit vgl. Dok. 410, Anm. 16.

schaft, zuerst fertig erstellt sein. Der Herr Bundeskanzler habe vom Getreidepreis gesprochen. Er (Pompidou) bitte den Herrn Bundeskanzler zu glauben, daß diese Frage für Frankreich ebenso viele Sorgen mit sich bringe wie für die Bundesrepublik. Die Bedingungen und Ausgangspunkte seien unterschiedlich und manchmal beinahe widersprüchlich, doch müsse jeder bedeutende Opfer bringen, um einen gemeinsamen Getreidepreis zu ermöglichen. Das Problem für Frankreich in diesem Zusammenhang sei vor allem das Gleichgewicht der Binnenpreise. Eine Lösung dieser Schwierigkeiten, die überall bestünden, sei nur mit dem festen Willen der Regierungen zu erreichen. Sei die Frage aber einmal gelöst, so werde die Landwirtschaft in der Lage sein, eine wirtschaftlich gesunde und vernünftige Entwicklung zu nehmen. Letzten Endes diene die Lösung dieser Frage also auch der Landwirtschaft.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die europäische Landwirtschaft ohnehin nicht den gleichen Wettbewerbsbedingungen unterliege. Er spreche in diesem Zusammenhang von den natürlichen und klimatischen Bedingungen. Es sei daher legitim, wenn die Staaten gewisse Stützen einzubauen versuchten. Dies sei im Mansholt-Plan auch vorgesehen. Niemand könne leugnen, daß der Getreidepreis ein schwieriges Problem sei, das in Frankreich Schwierigkeiten mit dem Verbraucher, in Deutschland Schwierigkeiten mit dem Erzeuger mit sich bringe. Er sei aber nicht der Auffassung, daß eine gemeinsame Landwirtschaftspolitik auf Opfern aller aufgebaut sein dürfe. Vielmehr solle sie als ein Fortschritt betrachtet werden. Er glaube auch, daß nur im Augenblick die Sache so dornenvoll sei, während sie sich auf die Dauer als segensreich herausstellen werde. Besonders begrüße er die Ausführungen des Premierministers, daß der Gemeinsame Markt nicht autark sein dürfe. Deutschland lege bekanntlich auf die Beziehungen zu Drittländern besonderen Wert. In der Betrachtung möge hier vielleicht die eine oder andere Nuance zwischen Frankreich und Deutschland bestehen, doch glaube er, daß im Laufe der Zeit die interne Situation der beiden Länder sich immer ähnlicher werde. Die französische Wirtschaft werde immer mächtiger und damit auch der Drang auf den Weltmarkt. Hinsichtlich der Kennedy-Runde bestehe Gemeinsamkeit der Auffassungen zwischen den beiden Regierungen. Der Herr Bundeskanzler erinnerte an die Einigung, die er in Genf mit Finanzminister Giscard d'Estaing gefunden habe, wo beide Länder der amerikanischen These einer linearen Zollsenkung zugestimmt und gemeinsam für die Ausschaltung der Zolldisparitäten gekämpft hätten.[12] Diese Frage bedürfe natürlich auch der Erörterung in Brüssel. Es wäre aussichtslos, wollte man sich mit 1200 Einzelzollpositionen auseinandersetzen. Die Zahl an sich sei auch nicht ausschlaggebend. Es könne sehr wohl amerikanische Zölle geben, die sehr hoch seien, ohne daß sie störend wirkten, da auf diesen Gebieten fast kein Handel stattfinde. Auf der anderen Seite könne ein kleiner Unterschied schon beträchtliche Wirkungen haben. Man müsse in jedem Fall das Handelsvolumen sehen.

Der Herr Bundeskanzler betonte sein besonderes Interesse am französischen

[12] Zum Kompromißvorschlag des Bundesministers Erhard in der Frage der Zollsenkung während der Ministerkonferenz der GATT-Vertragspartner vom 16. bis 21. Mai 1963 in Genf vgl. Dok. 206, Anm. 37.

Stabilisierungsprogramm, das ja auch ein europäisches Anliegen sei, weil dadurch die Konkurrenzbedingungen stabiler würden. Er sei auch einer Meinung mit dem Herrn Premierminister, daß die amerikanische Zahlungsbilanz für Europa kein primäres Element der Handelspolitik sein könne. Die Handelsbilanz Amerikas sei aktiv, insbesondere Deutschland gegenüber. Dasselbe gelte sogar für die Zahlungsbilanz, wenn man die Ausgaben für die Streitkräfte und andererseits die Rüstungskäufe in Amerika dagegen aufrechne. Es könne kein Zweifel daran bestehen, daß in Amerika der Anreiz zum privaten Kapitalexport zu groß sei. Er sei zwar keinesfall der Auffassung, daß man den freien Kapitalverkehr behindern sollte, dennoch aber sollten die überaus starken Anreize gedämpft werden. Er verkenne auch nicht, daß Amerika durch seine Streitkräfte und durch Entwicklungshilfe einen großen Beitrag für die freie Welt leiste. Was die Grundhaltung anbelange, so bewege das, was Premierminister Pompidou ausgeführt habe, auch die Bundesregierung.

Premierminister *Pompidou* sagte, er habe diesen Ausführungen mit größtem Interesse zugehört und dabei das Wesentliche des wirtschaftlichen und finanziellen Denkens des Herrn Bundeskanzlers wiedergefunden, dessen Richtigkeit und Erfolg in der deutschen Volkswirtschaft seinen Niederschlag gefunden habe. Er sei ebenso davon überzeugt, daß das Problem der Harmonisierung der Landwirtschaften nicht um des Opfers willen, sondern mit dem Ziel einer größeren Prosperität angegangen werden solle. Er glaube, daß man in diesem Geiste an die Probleme herantreten sollte. Die klimatischen Unterschiede in den einzelnen Ländern sollten seiner Auffassung nach in einem vereinigten Markt eine gewisse Spezialisierung im landwirtschaftlichen Bereich ermöglichen, die sowohl für die deutsche als für die französische und italienische Landwirtschaft segensreich sein dürfte, denn vieles, was Frankreich brauche, könne in Deutschland erzeugt werden und umgekehrt. Diese Gesamtentwicklung bedürfe der Vorbereitung. An erster Stelle müsse man sich entschließen, zu einer Lösung zu kommen. Der Herr Bundeskanzler könne vielleicht nachher noch die erste deutsche Reaktion auf den Mansholt-Plan darstellen. Frankreich werde diese Frage prüfen und sei zu der Auffassung gelangt, daß zwar Schwierigkeiten entstehen würden, aber der Mansholt-Plan doch einen Weg zu einer Lösung darstellen könnte. Hinsichtlich der Beziehungen zu Drittländern und der Kennedy-Runde bemühe sich Frankreich ebenfalls um die Aufrechterhaltung und mögliche Steigerung der Handelsströme mit dritten Ländern, so daß der Gemeinsame Markt eine Grundlage für die Entwicklung des Außenhandels darstellen sollte. Mit der in Genf mit Finanzminister Giscard d'Estaing vereinbarten Behandlungsweise der Kennedy-Runde sei Frankreich auch heute noch einverstanden. Was die Disparitäten anbelange, so wisse er sehr wohl, daß das Problem nicht darin liege, ob es 1200 oder 1100 Zollpositionen seien. Er glaube, daß die Lösung jedoch nicht in einer willkürlichen Senkung dieser Zahl, sondern vielmehr in der Erarbeitung einer Behandlungsmethode liege, das heißt einer Lösung, die auf alle Einzelfälle Anwendung finden sollte. Dadurch sollte es möglich sein, zu dem gewünschten Ergebnis zu gelangen. Die Lösung müßte darin liegen, daß der Handel in beiden Richtungen begünstigt werde, andererseits ein Minimum an Protektion übrig bleibe, das ohne Beeinträchtigung des Handels der Indu-

strie in ihrer Entwicklung genügenden Schutz gewähre. Was das Stabilisierungsprogramm anbelange, so sei es natürlich, daß die Partner und insbesondere Deutschland, das ja Frankreichs erster Kunde und Lieferant sei, daran interessiert seien. Das Stabilisierungsprogramm ziele darauf ab, die französische Expansion auf eine Ebene zu legen, die mit den Kapazitäten und Arbeitskräften vereinbar sei, um zu vermeiden, daß ein Druck auf die Währung ausgeübt würde, der zur Inflation führte. Hierbei seien noch einige Monate Arbeit erforderlich, zumal Frankreich noch nie eine galoppierende Inflation erlebt habe und daher in der Reaktion auf inflationäre Tendenzen vielleicht nicht so gesund sei wie etwa Deutschland. In Frankreich sehe man oft zu sehr die Vorteile und weniger die Gefahren einer solchen Entwicklung. Jedenfalls solle die französische Volkswirtschaft in einem ausgeglichenen Rhythmus gehalten werden, damit die orthodoxen Finanzierungsmethoden ausreichten und man so näher an den Zustand herankomme, den in Deutschland zu schaffen der Herr Bundeskanzler das große Verdienst habe.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er komme ja von der Wirtschaft her, und es sei etwas schwierig, dieses Denken nach fünfzehn Jahren zu vergessen. Soweit er wisse, sei jedoch auch Premierminister Pompidou auf diesem Gebiet nicht gerade unberührt. Er sehe die Dinge jedoch nicht nur vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt, denn die Volkswirtschaft habe immer eine dienende Rolle, obschon man Wirtschaft und Politik nicht trennen könne. Der Herr Premierminister habe von Arbeitsteilung gesprochen, und er sehe keinen Grund, warum er sich in diesem vertraulichen Kreise einer solchen Auffassung nicht anschließen sollte, obwohl er sich hüten werde, dies laut in Deutschland zu sagen. Er glaube jedoch, daß in dieser Richtung die Entwicklung gehen sollte. Derartige Bereinigungsprozesse müsse man aber in Ruhe laufen lassen und Geduld üben. Die Reaktion auf den Mansholt-Plan sei in Deutschland nicht negativ. Er sei von Anfang an dafür eingetreten, daß man ihn nicht als Diskussionsgrundlage verwerfe. Die Bundesregierung halte den Mansholt-Plan für einen ernsthaften Diskussionsgegenstand, und er freue sich, daß Herr Rehwinkel ihm ebenfalls erklärt habe, daß der Mansholt-Plan auch von der Bauernseite geprüft werde. Man könne dabei sehen, ob irgendwo irgendwelche Alternativen möglich und denkbar seien. Der Mansholt-Plan werde in Deutschland ernst genommen. Er glaube, daß die Haltung der Bundesregierung in etwa der der französischen Regierung entspreche. Erfreut sei er über die Erklärung, daß der Gemeinsame Markt weltoffen sein sollte. Was die Disparitäten anbelange, so sollte man zunächst gewisse Schwerpunkte nach Handelsvolumen und Handelsinteressen bilden, und zwar auf der Export- und Importseite. Er sei der Meinung, daß die Kennedy-Runde auf Gegenseitigkeit beruhen müsse. Der Ausdruck „Minimum an Protektion" sei natürlich ein etwas schwer zu definierender Begriff. Am Vormittag habe Herr Staatssekretär Westrick mit Herrn Minister Giscard d'Estaing sich ja über die Stahlzölle unterhalten.[13] Es gebe sicherlich ein berechtigtes Interesse an einer gewissen Abschirmung, doch brauche man nicht all das als gerechtfertigt ansehen, was

[13] Für die Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen Staatssekretär Westrick, Bundeskanzleramt, und dem französischen Industrieminister Maurice-Bokanowski am 21. November 1963 über die Stahlzölle vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 393.

von seiten der beteiligten Industrie als gerechtfertigt dargestellt werde. Man müsse sich hier schon seine eigene Meinung bilden. Das Grundprinzip sei, daß die nationale Leistung sich erst durch den Wettbewerb entfalten könne. Das Stabilisierungsprogramm würde er gerne einmal aus rein sachlichem Interesse mit Herrn Giscard d'Estaing diskutieren, denn er glaube, daß die nationalen Volkswirtschaften sich nicht in völliger Isolierung voneinander entwikkeln sollten. Der grenzüberschreitende Verkehr mache ihm Sorge. In Brüssel sei man nun im Gespräch über eine Mehrwert-Steuer[14], aber selbst wenn die kühnsten deutschen Pläne für eine Produktionssteuer verwirklicht würden, würden sie nur die Hälfte der französischen Produktionssteuer einbringen. Am Ende eines Gemeinsamen Marktes dürfe es nicht nur keine Zölle, sondern auch keine Steuergrenzen mehr geben. Er freue sich, daß das französische Stabilisierungsprogramm vor allem einem Ausgleich zwischen Kapital und Wachstum diene.

Abschließend bedauerte der Herr Bundeskanzler, nicht mehr Zeit für eine Vertiefung der Themen zu haben.

Das Gespräch endete um 17.00 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

423

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Paris

Z A 5-129.A/63 geheim **21. November 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler führte am 21. November 1963 um 17.00 Uhr in Paris ein zweites Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten General de Gaulle.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte einleitend, er möchte nunmehr von der Verteidigung sprechen. Hier befinde er sich gegenüber einem General natürlich in einer schwachen Position. Er habe aber in den vergangenen Wochen versucht, sich eine möglichst klare Vorstellung von diesen Problemen zu bilden.

General *de Gaulle* erklärte, Verteidigung sei nicht Strategie, sondern Politik, und die Politik eines Staates sei in erster Linie seine Verteidigung. Es gebe Staaten, die nur um der Verteidigung willen bestünden und ohne sie nicht nötig wären. Die Verteidigung schaffe Staaten, und wenn die Verteidigung zu-

[14] Vgl. dazu Dok. 395, Anm. 37.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 29. November 1963 gefertigt.
Hat Bundeskanzler Erhard vorgelegen.
Eine zweite Ausfertigung lag Bundesminister Schröder am 30. November und den Staatssekretären Carstens und Lahr am 4. bzw. 5. Dezember 1963 vor. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8510.

sammenbreche, brächen auch die Staaten zusammen. Die Politik Frankreichs gegenüber einem eventuellen Angreifer, das heißt gegenüber der Sowjetunion, sowie gegenüber den Alliierten, sei ganz einfach die Verteidigung Frankreichs. Er sei gerne bereit, dem Herrn Bundeskanzler darüber nähere Erklärungen zu geben, so wie er es schon seinem Vorgänger gegenüber[2] und gelegentlich auch in der Öffentlichkeit getan habe.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte zunächst, um jedes Zwielicht zu vermeiden, wolle er ganz klar machen, daß sich Deutschland über die Möglichkeiten eines Arrangements mit der Sowjetunion, insbesondere in der Berlinfrage und in der Frage der Selbstbestimmung, das heißt der Wiedervereinigung Deutschlands, keinerlei Illusionen hingebe. Nach deutscher Auffassung habe die Sowjetunion sich hier keinen Schritt vom Fleck bewegt. Deutschland habe erklärt, daß eine gewaltsame Lösung nicht in Frage kommen könne, dennoch werde es unablässig die Forderung erheben und sein gutes Recht verteidigen. Besonders wolle er in diesem Augenblick die französische Festigkeit in all diesen Fragen würdigen. Er habe mit Freude festgestellt, daß in der Frage der Autobahnzwischenfälle[3] die Zusammenarbeit zwischen den Alliierten ausgezeichnet sei. Darüber hinaus sei die Bundesregierung dankbar, daß auch in der Frage der langfristigen Kredite zwischen Frankreich, Deutschland und Amerika eine gemeinsame Linie habe erarbeitet werden können.[4] Er glaube auch sagen zu können, daß die amerikanische Regierung und Präsident Kennedy selbst sich von der Illusion lösten, als ließe sich in Gesprächen mit den Sowjets etwas Wesentliches erreichen. Deutschland könne aber nicht vermeiden, daß über Randgebiete gesprochen werde, um die Schwelle des Krieges weiter wegzuschieben. Er glaube jedoch, daß die Amerikaner wüßten, daß auf diese Weise weder das sowjetische noch die westlichen Probleme gelöst werden könnten. Die NATO befinde sich im Augenblick sicherlich in keiner sehr starken Position, manche Länder machten nur halbherzig mit. Um so mehr wünsche die Bundesregierung bei aller Achtung für die französische Haltung und die unabhängige französische Auffassung, daß die Bande wieder stärker würden. Er sei mit dem General einer Auffassung, daß man Staat und Verteidigung nicht trennen könne. Sollte es aber wirklich zu einem Krieg mit der Sowjetunion kommen, so glaube er nicht, daß es dann zwei Schlachten geben könnte, eine Schlacht um Deutschland und, falls diese verloren wäre, eine Schlacht um Frankreich. Im übrigen sei das Ganze zu schauerlich, um es überhaupt durchzudenken. Man sollte auch so klar wie möglich machen, daß die nukleare Abschreckung in ihrer umfassendsten und totalsten Weise vorhanden sei. Wenn der Gegner Grund zu der Annahme hätte, daß es Teilkriege geben könnte, die nur konventionell geführt würden, käme dies schon praktisch einer Einladung zu einem solchen Teilkrieg gleich. Er glaube daher, daß Frankreich und Deutschland grundsätzlich dieselbe Haltung einnehmen. Meinungsverschiedenheiten gebe es in der Frage des Zusammenstehens Amerikas mit den anderen großen NATO-Mächten und in der Frage der Integration der

[2] Vgl. dazu Dok. 356.

[3] Vgl. dazu Dok. 407, Anm. 7.

[4] Vgl. dazu bereits Dok. 411 und Dok. 415.

NATO.[5] Was Deutschland an Amerika binde, sei, daß in der heutigen Welt Deutschland nur durch die volle nukleare Macht Amerikas geschützt werden könne. Darauf müsse sich Deutschland verlassen können, und es verlasse sich darauf.

General *de Gaulle* erklärte, er verstehe die deutsche Einstellung sehr wohl, aus dem einfachen Grund, weil heute die Frage der Verteidigung überhaupt einfach eine Frage der nuklearen Waffen sei. Dadurch sei eine völlig neue Sachlage entstanden, die in der ganzen Welt ohne Beispiel sei. Weder die Amerikaner noch die Deutschen noch die Franzosen wüßten, wie ein nuklearer Krieg tatsächlich aussehen würde. Sie wüßten lediglich, daß ein solcher Krieg jeden zerstören würde, vor allem aber diejenigen, die über nukleare Waffen verfügten. In den bisherigen Kriegen seien gerade die mächtigsten Staaten nicht sofort und unmittelbar in ihrem Heimatland bedroht gewesen. Sie hätten über Verbündete verfügt, die sich zunächst verteidigten, und der Raum habe mehr Tiefe gehabt. Erst nach längerer Zeit seien sie im Heimatland getroffen worden, und auch das hätten sie jeweils näherkommen sehen. Heute sehe es ganz anders aus. Die Länder, die über nukleare Waffen verfügten (also die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten), seien sicher, getötet zu werden, wenn sie ihren Gegner angriffen. Wenn Rußland Amerika angriffe, würde es mit Sicherheit getötet, und wenn Amerika Rußland angriffe, dann gäbe es kein Amerika mehr. Selbst wenn ein gewisser quantitativer Unterschied zwischen den nuklearen Waffen in Amerika und in Rußland vorhanden sei, und er sei vorhanden, denn insgesamt verfüge Amerika über mehr nukleare Waffen als Rußland, so habe Rußland doch immer noch nukleare Waffen genug, um Amerika zu töten. Es stelle sich also die Frage, ob im Falle eines Konflikts, zum Beispiel wegen Deutschland, Rußland und Amerika zum Sterben bereit wären. Es sei wenig wahrscheinlich, daß die Russen oder die Amerikaner, zumindest sofort, dazu bereit wären. Also würden sie sich nicht gegenseitig mit Atomwaffen belegen, sondern zunächst abwarten. Es stelle sich damit die Frage, ob die Amerikaner zum Sterben bereit seien für die Verteidigung Europas. Das aber sei nicht sicher. Er (de Gaulle) habe sogar erklärt, an Kennedys Stelle würde er ebenfalls nicht die Verpflichtung eingehen, sofort für die Verteidigung Europas, das heißt zunächst für die Verteidigung Deutschlands, zu sterben. Amerika werde daher zunächst konventionell kämpfen, denn ein konventioneller Krieg bedeute weder für Amerika noch für Rußland Lebensgefahr. Er bedeute allerdings Lebensgefahr für Deutschland und Frankreich. Er glaube daher, daß, wenn es zu einem Kriege käme, dieser zunächst konventionell geführt würde, wobei der nukleare Teil nur vielleicht und erst viel später zum Einsatz käme, zu einem Zeitpunkt, wenn schon Europa, Afrika, Lateinamerika und Asien erledigt seien. Dann vielleicht, allerletzten Endes, würden Amerikaner und Russen sich gegenseitig mit Atombomben belegen und töten. Was aber werde in der Zwischenzeit aus uns? Hier liege das große Fragezeichen. Hätten dagegen Deutschland und Frankreich, die Europäer, nukleare Waffen, könnten sie Rußland töten, dann würde Europa genauso wenig wie Amerika von Rußland angegriffen. Europa aber besitze keine nuklearen Waffen. Daher könne es nicht sicher sein, von den Rus-

[5] Vgl. dazu auch Dok. 216.

sen nicht doch angegriffen zu werden. Er sei der Auffassung, daß ein solcher russischer Angriff nicht in Form eines sofortigen Generalangriffes erfolgen würde. Die Russen könnten aber an dem Tage, an dem sie es so wollten, sehr wohl stückchenweise vorgehen. Sie könnten Hamburg, Kopenhagen, München angreifen, ohne daß Amerika seine Bomben werfen wolle, denn dies würde den sicheren Tod bedeuten. Die Europäer aber wüßten, daß sich Europa konventionell nicht verteidigen lasse, selbst nicht mit amerikanischer konventioneller Stärke. Auf dem konventionellen Gebiet seien die Russen viel stärker als der Westen, denn sie seien unmittelbar da, kein Atlantik trenne sie von Europa, und sie seien sehr viel zahlreicher und hätten sehr viel beträchtlichere konventionelle Streitkräfte, als der Westen jemals haben könne. In einem konventionellen Krieg hätten sie also eine große Übermacht. Aus diesem Grunde baue Frankreich die Atombombe. Es könne sie bauen, also baue es sie. Natürlich wisse Frankreich, daß es niemals so viel Atomwaffen haben werde wie Rußland oder Amerika. Es habe aber begonnen, nukleare Waffen herzustellen, die ausreichten, jedweden zu töten.[6] Selbstverständlich könnten die Russen, wenn Frankreich sie einmal töte, Europa zehnmal sterben lassen. Aber einmal töten zu können reiche aus. Dies sei das Problem, vor dem die Welt heute stehe, und darin bestehe das ganze Problem der Sicherheit. Nun könne man sich natürlich mit der NATO und der MLF trösten in der Hoffnung, daß General Lemnitzer bei einem russischen Angriff seine Atomwaffen einsetzen werde, daß die amerikanische strategische Bomberflotte aufsteige, daß die Atomraketen und Polarisraketen auf Rußland fallen würden. Aber all das sei nicht sehr wirklich, jedenfalls könne man nicht sicher sein, daß es wirklich sein werde.

General de Gaulle fuhr fort, selbstverständlich glaube Frankreich an die Notwendigkeit des Bündnisses mit Amerika, denn dieses Bündnis stärke Europa, und es verringere russische Angriffsgelüste. Frankreich wolle das Bündnis mit Amerika. Was es nicht wolle, sei die amerikanische Integration, denn es könne nicht sein Schicksal, das heißt seine Atombombe, den Amerikanern in die Hand geben, genauso wenig, wie die Amerikaner ihre Atombombe in europäische Hände legten. Keiner gebe seine Atombombe dem anderen. Dies sei die Wirklichkeit. Sie sei unangenehm, sie sei schwer, aber sie sei wahr.

Im Augenblick gehe alles recht gut, denn die Russen seien nicht sehr kriegerisch, sie hätten viele Probleme zu Hause, sie seien nicht sehr eroberungssüchtig – im Augenblick. Wie aber werde es in fünf, in zehn Jahren aussehen? Wenn man heute aber eine Verteidigung schaffen wolle, und dies heiße notgedrungen eine atomare Verteidigung, dann brauche man zehn Jahre Zeit. Und deswegen schaffe sich Frankreich diese Verteidigung.

Frankreich habe keinerlei Einwände gegen die deutsche Politik der Allianz und Integration mit Amerika. Diese Politik störe Frankreich keineswegs. Wenn er sich täusche und im Kriegsfalle die amerikanischen Bomben wirklich auf Rußland fielen, so wäre niemand glücklicher als er, sich getäuscht zu haben. Täusche er sich aber nicht, dann brauche Frankreich Atombomben, um auch zu denen zu gehören, die nicht angegriffen würden. Hier aber gebe es

[6] Zur „force de frappe" vgl. Dok. 16, Anm. 6.

eine unmittelbare und absolute Solidarität zwischen der Verteidigung Deutschlands und der Verteidigung Frankreichs. In der heutigen Welt, die so klein geworden sei, wäre der Feind sofort in Frankreich, wenn Deutschland fiele. Auch er glaube nicht an zwei Schlachten, er glaube vielmehr an eine deutsch-französische Schlacht, in der beide Länder absolut solidarisch seien. Wenn Deutschland angegriffen würde, werde Frankreich seine Atombombe einsetzen, denn es gehe dabei sofort um die Verteidigung Frankreichs. Bei Amerika aber könne man dessen nicht so sicher sein. Die Amerikaner könnten dies auch gar nicht sagen. Sie hätten niemals erklärt, daß sie die Atombombe einsetzen würden, wenn die Russen eine bestimmte Linie erreichen. Diese Verpflichtung hätten sie niemals übernommen. Die Amerikaner hätten zwar erklärt, ja, sie würden ihre Atombombe einsetzen, niemals aber wann und wo. So sei die Wirklichkeit.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, dies sei ein recht trübes Bild, denn die Konsequenz sei, daß man bei einem ernsten Konflikt nur die Wahl zwischen der Art des Todes habe.

General *de Gaulle* warf hier ein, dies stimme insofern nicht, als Europa, wenn es Atomwaffen hätte, eben auch zu jenen gehörte, die die Russen nicht angreifen würden.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, er glaube, daß die nukleare Abschreckung so groß sein müsse, daß niemand einen Angriff wage. Sicherlich falle es den Amerikanern nicht leicht, für Europa zu sterben. Sicherlich hätten die Russen auch keine Lust, Amerika anzugreifen. Aber es gebe eben Dinge, die man rational nicht mehr erklären könne, die ein Glaubensbekenntnis seien, und so sei das deutsche Vertrauen auf Amerika zu verstehen. Deutschland achte Frankreichs Bemühungen um eine eigene Nuklearwaffe, und er sei dankbar für die Erklärung, daß Frankreich seine Atomwaffen einsetzen werde, wenn Deutschland angegriffen würde. Es sei auch richtig, daß man Europa konventionell nicht verteidigen könne. Bis jetzt aber seien die Amerikaner immer ihren Verbündeten beigestanden, und er könne sich nicht vorstellen, selbst unter völlig veränderten Bedingungen, daß es die Amerikaner übernehmen könnten, Europa im Stich zu lassen. Er glaube, daß Rußland stärker abgeschreckt werde, wenn das freie Europa zusammenstehe. Der amerikanische Präsident habe ihm einmal gesagt, bei aller Freude über die Freundschaft mit Deutschland möchte doch Amerika nicht eine Vielzahl bilateraler Beziehungen, sondern würde es vorziehen, mit einer ansprechbaren europäischen Einheit zu sprechen. Dieses Stadium habe aber Europa noch nicht erreicht. Er glaube nicht, daß Amerika eine amerikanische Integration, sondern daß es eine NATO-Integration wolle. Er sei auch sicher, daß die Amerikaner die besondere Einstellung Frankreichs respektierten. Sie wünschten nur, daß bei aller Eigenständigkeit die französische Position nicht ein Hindernis in der NATO bilde. Das sei auch der Wunsch der Bundesregierung. Er wolle sich in keine Spekulationen über den Wert der NATO einlassen, doch sei es sicherlich besser als eine Mehrzahl nationaler Armeen. Die nukleare Rüstung habe ja heute nur dann einen Sinn, wenn sie den Krieg vermeiden helfe, und die Frage sei, wie dies am besten geschehen könne. Frankreich habe seine eigenen Vorstellungen, und niemand bezweifele die Bemühungen und die Macht

Frankreichs. Wenn aber Amerika nicht eingreife, sei doch das Ungleichgewicht zu groß. Der General habe davon gesprochen, daß man mehr als einmal nicht sterben könne. Vielleicht seien andere der Auffassung, daß Rußland nur ein halbes Mal und Europa dafür fünf Mal sterben müßte. In dieser Situation aber würde er sich äußerst unwohl fühlen. Wie die Dinge lägen, sei Deutschland überzeugt, daß es keinen Schutz gegen eine Aggression habe, wenn es sich nicht auf Amerika verlassen könne. Nur durch dieses Gleichgewicht der Kräfte könne Rußland abgeschreckt werden. Dies könne sich vielleicht einmal ändern, wenn die force de frappe stärker geworden sei.

Der Herr Bundeskanzler stellte dann die Frage an General de Gaulle, ob das Wissen um die Tatsache, daß Frankreich im Falle eines russischen Angriffs auf Deutschland seine Atombombe einsetzen werde, die Russen nach Auffassung des Generals an einem Angriff auf Deutschland hindern könnte.

General *de Gaulle* erwiderte, wenn Europa und insbesondere Frankreich genügend Atomwaffen habe, um Rußland töten zu können, werde Rußland weder Europa noch Deutschland angreifen. Damit wolle er nicht sagen, daß die Russen nicht etwa andere Mittel[7] wie politische Spaltung, wirtschaftlichen Ruin oder inneren Umsturz versuchen würden. Wenn aber Europa aufrechtstehe, Herr seiner selbst sei und die notwendigen Mittel habe, würde es nicht angegriffen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, vor diesen anderen Mitteln habe er keine Angst. Sein Vorgänger habe General de Gaulle ja seine Auffassung über die russische Wirtschaftslage dargelegt.[8] Er selbst stimme mit Dr. Adenauer hinsichtlich der Tendenz überein, glaube jedoch, daß Dr. Adenauer die Schwierigkeiten der Russen zu groß sehe. Er glaube nicht, daß Chruschtschow sich so sehr in der Enge befinde.

Der Herr Bundeskanzler wies dann darauf hin, daß Amerika eine ganze Armee in Deutschland stehen habe. Er könne sich nicht vorstellen, daß die Amerikaner sich im Falle eines russischen Angriffs leisten könnten, diese Truppen kehrtmachen zu lassen. Deswegen glaube er, daß diese Anwesenheit der amerikanischen Streitkräfte, selbst wenn Europa sich selbst verteidigen könnte, eine zusätzliche Sicherheit gegen einen Angriff biete. Die Frage der MLF sei ein sehr schwieriges Problem. Hinsichtlich des Ergebnisses der Verhandlungen[9] sei er skeptisch, denn viele NATO-Staaten wollten nicht einmal die Lagerung nuklearer Waffen auf ihrem Boden zulassen. Das europäische Verteidigungsbild sei also nicht sehr schön. Die Amerikaner hätten aber auf direkte Fragen geantwortet, abgesehen von kleinen Grenzgeplänkeln würden sie, falls ein Konflikt die Ausmaße erreichte, daß Städte wie Hamburg oder München bedroht wären, ihre nuklearen Waffen einsetzen. Dennoch sei er für die Versicherungen des Generals dankbar, und er habe nach diesem Gespräch eine sehr viel klarere Sicht der Einstellung des Generals.

General *de Gaulle* warf während der Übersetzung dieses Abschnittes ein, die

[7] Korrigiert aus: „nicht etwa versuchen könnten, andere Mittel".

[8] Vgl. Dok. 355.

[9] Zum Stand der Verhandlungen über die MLF vgl. Dok. 414; weiter Dok. 475.

in Europa befindliche amerikanische Armee werde, solange sie da sei, und sie werde nicht immer da sein, eben konventionell kämpfen.

General de Gaulle erklärte dann, man dürfe die Haltung Frankreichs gegenüber dem atlantischen Bündnis auf keinen Fall verwechseln mit der NATO, die nur eine provisorische und augenblickliche Organisationsform dieses Bündnisses sei. Dem Bündnis selbst sei Frankreich absolut treu. Es habe dies auch jedesmal bewiesen, wenn Gefahren auftauchten, so zum Beispiel in den Luftkorridoren nach Berlin, auf der Autobahn. Immer sei diese Solidarität mit Amerika eindeutig unter Beweis gestellt worden. Als Amerika die Schwierigkeiten in Kuba[10] gehabt habe und als zum ersten Mal die Möglichkeit aufgetaucht sei, daß Amerika und Rußland sich unmittelbar in die Haare kriegen könnten, habe er sofort einen Brief an Kennedy geschrieben und ihm versichert, wenn Amerika angegriffen würde, werde Frankreich mit dem wenigen, was es habe, an Amerikas Seite stehen.[11] Die Frage sei also nicht das Bündnis, von dessen Notwendigkeit für die freie Welt Frankreich überzeugt sei. Die Frage sei vielmehr die Organisation und insbesondere die Organisation einer europäischen Verteidigung. Frankreich glaube nicht, daß es eine sinnvolle europäische Verteidigung ohne nukleare Waffen geben könne. Und man sei eben nicht sicher, daß Amerika sofort nuklear eingreifen werde. Daher sei Frankreich gezwungen, nukleare Waffen selbst zu bauen. So einfach sei das.

General de Gaulle sagte dann, er wolle noch eine Bemerkung zum amerikanischen Seelenzustand im Zusammenhang mit einer Intervention sagen. Solange Amerika alleine die nukleare Waffe besessen habe, sei es mit der Versicherung, diese Waffe einzusetzen, wenn Europa angegriffen würde, sehr aufrichtig gewesen. Mit dem allmählichen Auftauchen einer russischen Nuklearwaffe sei Amerika aber immer weniger kategorisch geworden. Dies sei eine Tatsache, und man müsse sie bedenken. In früheren Kriegen sei Amerika der Verbündete Frankreichs gewesen. Im ersten Weltkrieg habe es eingegriffen, aber erst nach drei Jahren[12], und sich bis dahin nicht gerührt. Im zweiten Weltkrieg habe Amerika gegen Deutschland eingegriffen, aber erst als Frankreich schon gefallen und England sehr malade gewesen sei, und auch dann nur, weil die Japaner die amerikanischen Schiffe in Pearl Harbour versenkt hätten.[13] Das sei ganz natürlich, denn schließlich seien die Amerikaner eben nicht in Europa. Er wolle damit nicht sagen, daß es mit Sicherheit wieder so gehen werde, denn er wisse es nicht. Aber das sei genau das Problem: Er wisse es nicht!

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß auch in Deutschland es nicht etwa so sei, als ob niemand Zweifel an der amerikanischen Haltung habe. Dies komme jedesmal zum Ausdruck, wenn Amerika auch nur eine Geste macht, so

[10] Zur Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[11] Vgl. dazu auch die Erklärung des französischen Ministerrats vom 24. Oktober 1962 und das Schreiben des Staatspräsidenten de Gaulle vom 1. Dezember 1962 an Präsident Kennedy; DE GAULLE, Lettres, notes et carnets. Janvier 1961 – décembre 1963, S. 270 und S. 278 f.

[12] Die USA traten am 6. April 1917 in den Ersten Weltkrieg ein.

[13] Nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour vom 7. Dezember 1941 erklärten am 11. Dezember 1941 auch Deutschland und Italien den USA den Krieg.

zum Beispiel bei der big lift operation[14] oder bei dieser oder jener Truppenverringerung[15]. Dann komme sofort eine Unsicherheit hoch und werde Amerika die Gretchenfrage gestellt, so oft, daß die Amerikaner manchmal böse geworden seien. Der General habe gesagt, das atlantische Bündnis sei notwendig. Er erlaube sich daher die Frage, ob es eine Reorganisation der NATO gebe, die nach Auffassung des Generals mehr Sicherheit mit sich bringen würde. Er wolle sogar die Frage stellen, auf die er fast keine Antwort erwarte, ob der General glaube, daß, wenn man lediglich an eine europäische Verteidigung denke, ein Zusammenstehen zwischen England und Frankreich eine mögliche Kategorie wäre. Er wolle gleich hinzufügen, daß Amerika seiner Ansicht nach wisse, daß der Sowjetunion die Weltherrschaft offenstehe, wenn Europa verloren ginge. Amerika würde dann zu einer Macht zweiten Ranges absinken, und das könne es sich nicht leisten. Daraus auch schöpfe Deutschland die Gewißheit, denn die Amerikaner wüßten, daß es nicht wie in früheren Kriegen zugehen werde. Deshalb stünden auch die amerikanischen Streitkräfte in Europa.

General *de Gaulle* erwiderte, er sei ebenso wie der Herr Bundeskanzler der Auffassung, daß letzten Endes die freie Welt solidarisch sein werde und daß letzten Endes Amerika mit Europa solidarisch sei. Das sei auch der Grund, warum die Russen nicht angriffen, obwohl die Russen glaubten, daß sie bei einem Angriff auf Europa nicht sofort die amerikanische Atombombe zu spüren bekämen. Er wiederhole aber, selbst wenn Europa von den Sowjets eingenommen, Afrika und Asien für die Vereinigten Staaten verloren seien, sich letzten Endes die beiden Hauptgegner gegenseitig mit Atomwaffen bekriegen würden. Deswegen würden die Amerikaner letzten Endes ihre Atombombe abwerfen. Die Frage sei lediglich, was in der Zwischenzeit aus Europa geworden sei. In allgemeiner Weise sei daher die freie Welt solidarisch und wolle Amerika nicht, daß Europa falle. Die Frage sei nur, zu welchem Zeitpunkt Amerika die nukleare Anstrengung machen werde unter Berücksichtigung der Tatsache, daß damit das sowjetische Atompotential auf Amerika falle. Und er glaube eben, daß dies erst am Ende der Fall sein werde. Hier liege das ganze Problem.

General de Gaulle betonte noch einmal, daß Frankreich keinerlei Einwände gegen die Haltung der Bundesregierung Amerika gegenüber in Verteidigungsdingen habe. Frankreich könne heute Europa noch keine atomare Verteidigung bieten, und es verstehe, daß Deutschland aus einer Reihe von eigenen Gründen (weil es unmittelbar mit der Sowjetunion konfrontiert sei, sowie aus anderen Gründen) soweit nur irgend möglich diese Solidarität mit den Vereinigten Staaten aufrechterhalten wolle. Dies finde er ganz natürlich, und an Stelle Deutschlands würde er wahrscheinlich ebenso handeln. Der Herr Bundeskanzler solle jedoch auch bedenken, daß Frankreich, das eben eine nukleare Rüstung bauen könne, und zwar in einem schlagkräftigen, wenn auch nicht gigantischen Umfang (obschon jede Atomwaffe in sich schon gigantisch sei), sich im derzeitigen Augenblick nicht in derselben Lage befinde. Deswegen unternehme Frankreich seine atomare Anstrengung, und all die amerikanische Agitation gegen die französische Nuklearwaffe erscheine ihm keineswegs gerechtfertigt. Natürlich störe es Amerika, wenn Frankreich deutlich

[14] Zum Manöver „Big Lift" vgl. Dok. 396, Anm. 38.

[15] Vgl. dazu auch Dok. 440.

mache, daß es Amerika nicht hundertprozentig vertraue, und natürlich wolle Amerika seine militärische Hegemonie wahren. Das sei ganz verständlich. England sei keine echte Nuklearmacht. Gerade deswegen habe er sich ja mit Macmillan im letzten und in diesem Jahr gestritten[16], weil Macmillan keine unabhängige Atommacht haben wollte.[17] Von dem Augenblick an sei England aber für die Verteidigung Europas nicht mehr interessant gewesen.

Zusammenfassend sagte General de Gaulle, Frankreich habe keinerlei Einwände gegen die deutsche Haltung Amerika gegenüber, die psychologisch und politisch nur natürlich sei, bitte aber darum zu verstehen, wenn Frankreich nicht dieselbe Einstellung habe, denn Frankreich könne eben nukleare Waffen bauen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, diese Haltung sei völlig klar. Er sei dankbar, daß General de Gaulle die Haltung Deutschlands ebenso zu würdigen wisse, wie Deutschland die Haltung Frankreichs würdige. Es wäre tragisch, wenn sich Deutschland vor die Alternative einer Freundschaft mit Frankreich oder mit Amerika gestellt sähe. Er habe auch aus Gesprächen mit amerikanischen Staatsmännern den Eindruck gewonnen, daß Amerika die force de frappe kein Dorn im Auge sei und daß sich Amerika im übrigen auch mit der französischen Verteidigungskonzeption abgefunden habe. Doch sollten zumindest in der Integration der atlantischen Verteidigung Fortschritte erzielt werden.

Der Herr Bundeskanzler stellte dann die Frage, ob nach Auffassung von de Gaulle Rußland sich von Rotchina so stark bedroht fühle, daß dies auf die politischen oder militärischen Beschlüsse Chruschtschows einen Einfluß ausübe.

General *de Gaulle* erwiderte, er glaube nicht, daß man heute schon sagen könne, daß Rotchina Rußland bedrohe, denn in jeder Beziehung sei Rußland viel stärker. Die Russen wüßten aber sehr wohl, daß eine solche Bedrohung eines Tages kommen werde. Er wisse nicht, wann dies sein werde, denn er wisse nicht, wie lange Rotchina brauche, um zu einer echten, d. h. nuklearen Macht zu werden.[18] Rußland sehe dies voraus und sei natürlicherweise unruhig. Es gebe Sibirien und Zentralasien, Gebiete, die von den Russen kolonisiert und erobert worden seien. China seinerseits habe keinen Platz und werde eines Tages sicherlich Raum suchen in Sibirien und Zentralasien, vielleicht sogar noch weiter. Rußland wisse dies. Unmittelbar fühle sich Chruschtschow daher nicht bedroht, aber die Fortschritte Chinas und die Entwicklung Chinas beunruhigten Rußland und Chruschtschow, soweit die Zukunft betroffen sei.

Das Gespräch endete um 18.45 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 5

[16] Zu den Gesprächen des Staatspräsidenten de Gaulle mit Premierminister Macmillan am 15./16. Dezember 1962 in Rambouillet vgl. Dok. 12, Anm. 6.

[17] Zu den britischen Vorschlägen für eine integrierte Atomstreitmacht vgl. Dok. 2, Anm. 2, und Dok. 12, Anm. 12.

[18] Die Volksrepublik China führte den ersten Atomtest am 16. Oktober 1964 in der Takla-Makan-Wüste durch.

424

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris

Z A 5–127.A/63 geheim **21. November 1963**[1]

Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen dem Herrn Bundesminister und dem französischen Außenminister Couve de Murville in dessen Büro am 21. November 1963 in Paris.

Einleitend gaben die Herren Minister gegenseitig einen kurzen Überblick über die für die nächste Zukunft geplanten Konferenzen und Treffen sowie über ihre Ansichten über die Regierungsbildung in Italien[2]. Der Herr *Minister* fragte dann nach den Themenkreisen, die Gegenstand der zweitägigen Gespräche sein würden.

Außenminister *Couve de Murville* erwiderte, in den deutsch-französischen Gesprächen gebe es meist drei verschiedene Themenkreise: die europäischen Fragen, Fragen der Verteidigung und der NATO, Fragen der Beziehungen zur Sowjetunion. Hinsichtlich dieses letzten Gebiets stimmten Frankreich und Deutschland immer überein, es gebe da nicht viel zu sagen. Die Angelegenheit des Moskauer Vertrages[3] sei ja nun beendigt, und die Situation sei nun wieder dieselbe wie vor der Unterzeichnung des Vertrages. Die Sowjetunion habe ihre Haltung nicht geändert. Das Deutschlandproblem stehe wie eh zwischen den Sowjets und Frankreich. Ziel der Sowjets bleibe es, a) die Lage in Deutschland zu kristallisieren, b) die Anerkennung der SBZ zu erreichen, c) die Tatsache der alliierten Anwesenheit in Berlin weiterhin als prekär darzustellen.

Zur Verteidigung gebe es zwischen Deutschland und Frankreich kein Problem. Die Frage der multilateralen Streitmacht sei weiterhin im Gespräch[4], aber zwischen Frankreich und Deutschland bedeute sie keine Schwierigkeit.

Auf dem europäischen Gebiet jedoch stelle sich eine Reihe von Fragen, die auch im Gemeinsamen Markt schon diskutiert würden, und da gelte es Entscheidungen zu fällen, und zwar bald. Dies sei nach Frankreichs Auffassung wohl der Kernpunkt der zweitägigen Gespräche, weil nach ihrer Ansicht das, was man jetzt tue, den Weg bereite zur Konsolidierung der EWG und erlauben würde, in der Zukunft schneller voranzuschreiten.

Der Herr *Minister* antwortete, in der Tat seien die Ost-West-Beziehungen, wenn auch im Grunde das schwierigste und vor allem gefährlichste Gebiet, in diesem Zusammenhang der relativ am leichtesten zu erledigende Themenkreis. Es komme im Hinblick auf die Sowjetunion auf zwei Aspekte an. Einmal bestehe das Deutschland- und Berlinproblem unverändert fort. Es beschäftige

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Siebourg am 28. November 1963 gefertigt. Hat Bundesminister Schröder am 30. November 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu Dok. 421, Anm. 24.

[3] Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

[4] Zum Stand der Verhandlungen über die MLF vgl. Dok. 414; weiter Dok. 475.

immer wieder, z. B. wegen der Zwischenfälle auf der Autobahn[5], wegen der eventuell geplanten Abgaben. Sicherlich müsse man auch mit einer erneuten Handlung der SBZ selbst rechnen, die sich aufwerten wolle. Daneben seien die Vorstellungen und Gedanken der Sowjets zu beachten, die sie z. B. erst kürzlich wieder in der UNO gezeigt hätten.[6] Jede Konferenz, jede Zusammenkunft würde von den Sowjets für ihre Zwecke genutzt.

Der zweite Aspekt seien die Interessen der Sowjets, und zwar lägen diese Interessen in der Entwicklung der Beziehungen zum Westen. In Rüstungsfragen liege das sowjetische Interesse in der Beschränkung, um für die wirtschaftliche Entwicklung frei zu sein. Wegen der schlechten Nahrungsmittellage und der notwendigen industriellen Entwicklung liege ihnen an einer Verständigung mit dem Westen. Infolgedessen möchten sie auch auf die langfristigen Kredite aus dem Westen drängen.[7] Es bestünde Aussicht, daß diese Frage selbst auf der Abrüstungskonferenz in Genf[8] aufgebracht würde.[9] Am vergangenen Montag sei in Paris ebenfalls über die wirtschaftlichen Probleme und die Frage der Kredite gesprochen worden.[10] Der deutsche, französische und amerikanische Standpunkt sei recht ähnlich[11], die anderen jedoch, vor allem Großbritannien[12], seien für[13] langfristige Kredite eingestellt. Alle diese Fragen

5 Vgl. dazu Dok. 407, Anm. 7.

6 Vgl. dazu Dok. 411, besonders Anm. 14.

7 Zu den Krediten an die UdSSR vgl. auch Dok. 411.

8 Die Genfer 18-Mächte-Abrüstungskonferenz wurde am 29. August 1963 bis zum Abschluß der Abrüstungsdebatte in der UNO-Generalversammlung vertagt. Sie nahm ihre Tätigkeit am 21. Januar 1964 wieder auf.

9 Dieser Satz wurde von Bundesminister Schröder eingeklammert. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Mißverständnis".

10 Für das Protokoll der Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats am 18. November 1963 vgl. VS-Bd. 8357 (III A 6).
Am 19. November 1963 berichtete Botschafter Grewe, Paris (NATO), über das Ergebnis der Sitzung: „Infolge völlig unnachgiebiger Haltung britischen Handelsministers Heath endete die teilweise lebhafte und scharf geführte Diskussion in einer nahezu ausweglos erscheinenden Sackgasse. Resigniert einigte man sich schließlich auf den inhaltslosesten Beschluß, der nach Ablehnung aller übrigen Vorschläge durch Heath schließlich noch übrig blieb und der folgendermaßen lautet: ‚Der Wirtschaftsberaterausschuß soll den von ihm ausgearbeiteten Bericht im Lichte der Diskussion der Ratssondersitzung überarbeiten und der Ministerkonferenz am 16. Dezember 1963 einen neuen Bericht vorlegen.'" Vgl. VS-Bd. 8357 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

11 Vgl. dazu bereits Dok. 411 und Dok. 415.

12 Zur britischen Haltung in der Frage der Kredite vgl. Dok. 411, Anm. 18. Auf der Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats äußerte der britische Handelsminister Heath die Ansicht, daß die sowjetische Regierung nicht dahingehend beeinflußt werden könne, „ihre Budget-Ansätze auf Kosten der militärischen oder der Seite des Weltraumforschungs-Programms zugunsten der Produktion oder der Einfuhr von Verbrauchsgütern zu verlagern. Die britische Regierung glaube vielmehr, daß durch eine Begrenzung der Kredite an die Sowjetunion gerade der umgekehrte Effekt eintreten würde. Chruschtschow werde das russische Volk dann eher weiter hungern lassen und daraus eine Propaganda-Aktion gegen den kapitalistischen Westen herleiten ... Die britische Regierung werde an der Embargoliste für strategische Güter festhalten", müsse aber einer Einschränkung der Kredite an Ostblock-Staaten widersprechen, „weil darin eine Diskriminierung dieser Länder liege. Die britische Kreditpolitik werde unter rein kommerziellen, nicht jedoch unter politischen Gesichtspunkten geführt." Vgl. den Bericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO) vom 21. November 1963; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 194; B 150, Aktenkopien 1963.

13 Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „gegen".

einschließlich der Weizenkäufe und der Errichtung von Kunstdüngerfabriken blieben weiterhin in Bewegung.

Außenminister *Couve de Murville* erwiderte, wirtschaftliche Beziehungen und die von dem Herrn Minister angeschnittenen weiteren Fragen gehörten in den Gesamtbereich der Bindungen zwischen zwei Ländern. Die Lage sei insgesamt wieder auf den Stand von vor dem Moskauer Vertrag zurückgegangen. Neu sei lediglich die besonders schlechte Lage der Sowjetunion nach der so schlechten Ernte. – Die Abrüstungskonferenz in Genf habe im übrigen schon lange Jahre bestanden[14], ohne etwas zu tun, und so werde das eben fortgehen. Es sei eine Illusion zu meinen, der Teststoppvertrag sei eine erste Frucht der Konferenz. Die Sowjetunion und die USA hätten diesen Vertrag allein geschlossen, sie hätten überdies die Konferenz in Genf verlassen[15], um den Vertrag untereinander auszuhandeln.[16]

Der Herr *Minister* meinte, dennoch sei dies Projekt in Genf wiederholt diskutiert worden, und wahrscheinlich würden von dort auch noch weitere Vorschläge ausgehen. Der Herr Minister erbat dann die Ansicht von Herrn Couve de Murville zu einer bestimmten Frage: Beim Abschiedsbesuch Bundeskanzler Adenauers in Rambouillet[17] habe dieser die Idee ausgesprochen, der Westen solle seine Haltung in wirtschaftlichen Dingen koordinieren, um im politischen Bereich Erfolge zu erringen. Ob nicht hierzu die französische Seite eine Stellungnahme in Aussicht gestellt habe.

Außenminister *Couve de Murville* erwiderte, er erinnere sich recht genau an seine Unterhaltung, in der auch von weiteren Informationen die Rede war, die die Bundesregierung über die Schwierigkeiten in der Sowjetunion, vor allem in Sibirien, über die russische Landwirtschaft und die Errichtung von Kunstdüngerfabriken zur Verfügung stellen könnte.[18] Die französische Seite habe seines Wissens damals ihr Interesse an der sehr wichtigen Frage bekundet. Ihre natürlichen Tendenzen seien den deutschen ganz ähnlich. Man habe damals gesagt, die Dinge überdenken zu wollen. Während der NATO-Konferenz[19] sei ja sicher erneut Gelegenheit gegeben, darüber zu sprechen. Übrigens sei er in der Frage der Kunstdüngerfabriken ganz der Auffassung, man müsse und solle zu einem einheitlichen Standpunkt kommen.

Der Herr *Minister* entgegnete, er wisse nicht, ob die Frage der Fabriken am vergangenen Montag vielleicht schon einmal behandelt worden sei, auf jeden Fall habe man beim Ministertreffen im Dezember erneut Gelegenheit dazu. Bundeskanzler Adenauer aber habe die Dinge noch weitergehend gesehen. Ohne je das Wort gebraucht zu haben, sei sein Gedanke eine Art Embargo gegenüber der UdSSR gewesen. Wenn er recht informiert sei, halte die französi-

[14] Im Rahmen der Anfang 1952 gegründeten Abrüstungskommission der UNO begannen 1956 Verhandlungen in London, die seit 1958 in Genf fortgesetzt wurden. Zur Gründung der 18-Mächte-Abrüstungskommission im Dezember 1961 vgl. Dok. 5, Anm. 2.

[15] Zur Unterbrechung der Genfer Abrüstungsgespräche am 22. Februar 1963 vgl. Dok. 117, Anm. 16.

[16] Dieser Satz wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Wo bleibt hier eigentlich Großbritannien?"

[17] Zum Besuch vom 21./22. September 1963 vgl. Dok. 354–356.

[18] Vgl. Dok. 355.

[19] Zur Tagung des NATO-Ministerrats am 16./17. Dezember 1963 in Paris vgl. Dok. 481.

sche Seite die Weizenkäufe[20] wohl für eine normale Transaktion, die man nicht verhindern könne, die nicht mit militärischen Dingen in Zusammenhang stehe und auch nicht Anlaß zu Hoffnung auf politischen Erfolg gebe. Somit reduziere sich das Problem auf die Gewährung von langfristigen Krediten.

Außenminister *Couve de Murville* erwiderte, er wisse nicht, wie der gegenwärtige Stand der Dinge sei. In den Gesprächen zwischen Bundeskanzler Adenauer und General de Gaulle seien allerdings die Weizenkäufe noch nicht aufgetaucht, es habe sich damals vielmehr um die Sowjetunion allgemein und ihre industrielle Entwicklung gehandelt, vor allem um den asiatischen Teil Rußlands, sowie um die Errichtung von Kunstdüngerfabriken. Die Weizenfrage habe sich erst in der Zwischenzeit entwickelt und sei nie diskutiert worden[21], weil Frankreich von den USA nicht zu Rate gezogen worden sei. Wie es ja auch ihr Recht sei, hätten die USA ihre Entscheidung allein gefällt[22], wie auch Kanada[23] es schon vorher getan habe. Am Montag habe diese Frage nicht auf der Tagesordnung gestanden und sei deshalb auch nicht besprochen worden. Lediglich die Frage der Kredite sei auf Wunsch der USA auf die Tagesordnung gesetzt worden. Man müsse zugeben, daß die Stellungnahme der USA wohl begründet sei, wenn sie anführten, daß durch die Käufe die Goldreserven der Sowjetunion sehr in Anspruch genommen werden würden. Ob die sich dadurch ergebende Schwächung der Sowjetunion allerdings anhalten werde, das sei eine andere Frage.

Der Herr *Minister* entgegnete, zur Zeit des Amerikabesuchs von Herrn Couve de Murville[24] habe die Weizenfrage doch wohl schon bestanden. Auf jeden Fall habe er die Frage aufgeworfen, weil möglicherweise Dr. Adenauer noch auf eine Antwort warte. Andererseits glaube er, daß, wenn der Westen sich nicht auf eine gemeinsame Haltung gegenüber der Sowjetunion einige (was er sicherlich nicht tun würde), so bliebe nichts außer der noch immer in Kraft befindlichen Liste der strategischen Produkte des COCOM[25] (er erinnere kurz an die Affäre der Rohre mit großem Durchmesser[26]), und es bleibe keine Wahl außer Begrenzung der[27] Kredite.

Außenminister *Couve de Murville* antwortete, die Frage der Kredite sei sicherlich äußerst wichtig. Auch er glaube, daß man sich innerhalb der NATO wegen der Haltung Großbritanniens nicht werde einigen können. Eine mögliche

[20] Die Wörter „die Weizenkäufe" wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „dies".

[21] Die Wörter „nie diskutiert worden" wurden von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Couve d[e] M[urville] hat in Wash[ington] darüber gesprochen."

[22] Zu den amerikanischen Weizenverkäufen an die UdSSR vgl. Dok. 385.

[23] Zu den kanadischen Weizenverkäufen an die UdSSR vgl. Dok. 342, Anm. 4.

[24] Zum Besuch des französischen Außenministers am 7./8. Oktober 1963 in den USA vgl. Dok. 389, Anm. 20.

[25] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „COMECON".
Zur COCOM-Liste vgl. Dok. 11, Anm. 18.

[26] Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 über die Ausfuhr von Großrohren vgl. Dok. 9, Anm. 5.

[27] Die Wörter „Begrenzung der" wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

Lösung sei vielleicht jedoch, daß man eben in praxi, ohne offizielle Übereinstimmung, ganz gleich handle und nichts Ungewöhnliches, also nicht etwa eine längere Frist als üblich, gewähre.

Der Herr *Minister* lenkte dann das Gespräch auf den russisch-chinesischen Konflikt[28], indem er erläuterte, man plane, im Januar im Auswärtigen Amt ein Kolloquium zu veranstalten[29]; er persönlich habe nicht den Eindruck, daß der Konflikt die UdSSR zu Konzessionen im Westen veranlasse. Der Herr Minister erbat hierzu die Meinung Frankreichs.

Außenminister *Couve de Murville* gab einleitend einen Überblick über die gesamte Situation, wie er sie sieht. Er führte folgendes aus: Während für Europa die eigentliche, direkte Bedrohung Rußland sei, das eben auch einen Teil Europas in Besitz habe – aus diesem Grunde habe Europa ja auch die NATO zur Verteidigung gegen die Sowjetunion gegründet, während China ihm schon rein geographisch so viel ferner läge –, so sei für die USA, die nicht nur eine atlantische, sondern auch eine pazifische Macht seien, China eher eine direkte Bedrohung. Während also Europa eher dazu neige, sich aus dem russisch-chinesischen Konflikt in dem Gedanken herauszuhalten, daß es hier nur nützen kann, wenn die russische Kraft sich auch an China abnützt, so sei, zumal in der amerikanischen Öffentlichkeit, die Tendenz vertreten, Rußland gegen China zu unterstützen.

Frankreich habe im Jahre 1949 die Regierung von Peking nicht anerkannt, weil es damals im Indochina-Krieg[30] gestanden habe, der praktisch ein Krieg gegen China war. Anders sei damals die Lage Großbritanniens gewesen, das Peking sofort anerkannt habe.[31] Im Jahre 1954 habe man dann den Waffenstillstand mit China geschlossen, wobei die Sowjetunion und Großbritannien praktisch als Vermittler aufgetreten seien.[32] Seither habe sich die Situation nicht geändert. Frankreich habe die Beziehungen zu Peking nicht aufgenommen, habe jedoch eine Vertretung in Formosa. Man denke daran, die Beziehungen, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, mit Rotchina zu normalisieren. Aber natürlich, vor allem angesichts der Empfindlichkeit der Amerikaner in dieser Frage, werfe das gegenüber den Vereinigten Staaten ein Problem auf. Frankreich sei der Meinung, es sei vielleicht glücklich, die Beziehungen zu China zu einem Moment aufzunehmen, da die enge Bindung Moskau–Peking sich ein wenig gelockert habe. Ob man jedoch bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen gehen wolle, das sei eine seit Jahren und noch immer

[28] Vgl. dazu Dok. 216, Anm. 23, sowie Dok. 367, Anm. 26 und Anm. 43.

[29] Am 11. Oktober 1963 wurde der Planungsstab des Auswärtigen Amts von Bundesminister Schröder mit der Vorbereitung eines Kolloquiums zu den sowjetisch-chinesischen Beziehungen beauftragt. Es fand am 17./18. Januar 1964 statt. Vgl. Ministerbüro, Bd. 225, und VS-Bd. 8355 (III A 6).

[30] Von 1946 bis 1954 kämpften französische Truppen in Indochina gegen Truppen der Vietminh.

[31] Großbritannien und die Volksrepublik China nahmen am 5. Januar 1950 diplomatische Beziehungen auf.

[32] Vom 26. April bis 21. Juli 1954 fand in Genf eine Konferenz über Indochina statt, auf der ein Waffenstillstand für Indochina, die Gründung der unabhängigen Staaten Laos und Kambodscha sowie die Trennung Nord- und Südvietnams als Interimslösung für Vietnam beschlossen wurde. Für den Wortlaut der Schlußakte und die Zusatzerklärungen von Kambodscha, Laos und Frankreich vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6822–6824.

ungelöste Frage. Gegenwärtig sei keine offizielle Mission Frankreichs in China.[33] Herr Faure sei dorthin eingeladen worden[34], habe sich dann aber auch mit der Regierung über die gegenseitigen Auffassungen ausgesprochen. Ein weiteres Problem erwachse daraus, daß es ebenfalls unmöglich sei, in Peking und in Formosa gleichzeitig eine Vertretung zu haben.[35]

Der Herr *Minister* erwähnte, daß auch deutsche Wirtschaftler von Zeit zu Zeit nach China reisen.[36] Man kenne ihre letzten Eindrücke noch[37] nicht genau, auch sei man sich nicht ganz darüber klar, ob es im deutschen Interesse liege, in Peking eine Handelsvertretung[38] einzurichten.[39]

Auf den zweiten von Herrn Couve de Murville eingangs genannten Themenkreis übergehend, stellte der Herr Minister die Frage, ob es wirklich zutreffend sei, daß hinsichtlich der NATO keine Schwierigkeiten bestünden. Man diskutiere doch zur Zeit eine mögliche Änderung der Strategie[40] und, obwohl er kein Fachmann sei, glaube er, daß es da zu Schwierigkeiten kommen könne.

Außenminister *Couve de Murville* entgegnete, er habe sagen wollen, es gebe diesbezüglich zwischen Frankreich und Deutschland kein Problem. Gewiß bestehe die von den USA aufgeworfene Frage einer Revision der Strategie bzw. der Anwendung der Kernwaffen.

Soweit er als Nichtfachmann wisse, sagte der Herr *Minister*, denke man in Deutschland an eine weitgehende Integration der NATO. Darüber hinaus habe Deutschland Interesse an der Vorwärtsverteidigung[41], also an der Verteidigung mit traditionellen Waffen. Frankreich nehme hierzu, soviel er wisse, eine andere Stellung ein. Welche Auswirkungen hätten nun die französischen Vorstellungen über die Strategie auf die Idee der Vorwärtsverteidigung und die Entwicklung dieses Standpunktes in der NATO? Inwieweit ließen sich die französischen Ideen mit denen einer Revision der NATO-Strategie vereinen?

Außenminister *Couve de Murville* erwiderte hierauf, die Frage der Integration sei eine alte Streitfrage, die aber seiner Ansicht nach ohne praktische Bedeutung sei. Die eigentliche Frage sei die der Revision der Doktrin und damit der Anwendung der Kernwaffen, ob man also die Änderung der Strategie annehme und zur Pausen-Theorie übergehe.[42] Man habe in der NATO wiederholt hiervon gesprochen. Frankreich sei der Auffassung, man müsse sich zunächst

[33] Der Passus „eine seit Jahren ... Frage" und die Wörter „keine offizielle Mission" wurden von Bundesminister Schröder unterschlängelt.

[34] Zum Besuch des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Faure im Oktober 1963 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 395, Anm. 22.

[35] Zum Problem einer gleichzeitigen Anerkennung der Volksrepublik China und der Republik China (Taiwan) vgl. auch Dok. 465.
Zur Frage der französisch-chinesischen Beziehungen vgl. weiter Dok. 467.

[36] Vgl. dazu auch Dok. 416.

[37] Die Wörter „ihre letzten Eindrücke noch" wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „aber deren Standpunkte".

[38] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Vertretung".

[39] Zur Haltung der Bundesrepublik gegenüber der Volksrepublik China vgl. weiter Dok. 465.

[40] Vgl. dazu Dok. 301, Anm. 13.

[41] Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 11.

[42] Zur französischen Haltung vgl. Dok. 406, Anm. 6.

über die Strategie einigen, dementsprechend könne man erst die Stärke der Truppe bestimmen.

Der Herr *Minister* führte dann das Dokument MC 26-4 an, das die entsprechend der gegenwärtigen Konzeption erforderlichen Kontingente festlege. Für Deutschland seien z. B. 12 Divisionen und 4 Brigaden festgesetzt.[43] Er kenne zwar nicht die entsprechenden Zahlen für Frankreich, ihre Erfüllung sei jedoch notwendig, um der Konzeption der Strategie Genüge zu tun.[44]

Er versuche, erläuterte der Herr Minister, in die Zukunft zu sehen und frage sich, welches – abgesehen von der NATO und ihren Konzeptionen – die französische Vorstellung von der idealen Verteidigung sei.

Außenminister *Couve de Murville* sagte, das sei ein großes Wort, dem er als Nichtmilitär nicht gerecht werden könne. Die Frage, ob man zwei Divisionen statt vier brauche, sei eine alte NATO-Frage. Eine andere Frage sei die der eventuellen Revision nach den neuen amerikanischen Konzeptionen. Eine dritte Frage sei die der Reorganisation der NATO wegen der seit ihrer Gründung vor 15 Jahren eingetretenen Veränderungen. Diese Reorganisation sei an die deutsch-französische Zusammenarbeit gebunden.[45]

Der Herr *Minister* führte aus, er wolle kein Mißverständnis aufkommen lassen, er wolle lediglich, daß klare Vorstellungen bestünden – ob man sich nun über die Theorie einigen könne oder nicht –, wie Europa in zwei, drei, fünf Jahren verteidigt werden solle. Wenn man lese, Eisenhower habe erklärt, gegenüber den sechs Divisionen, die derzeit in Europa stationiert seien, genüge in Wahrheit eine einzige[46], so sei das nicht die Auffassung der Demokraten von heute, aber vielleicht doch der Republikaner von morgen. Man müsse also die Zukunft zu überschauen suchen und sich eine Vorstellung davon machen, was möglich sein werde, welche Truppen man brauche, welche Ausrüstung, welche Organisation. Eine Diskussion hierüber sei sicher nützlich.

Außenminister *Couve de Murville* erklärte sich gern bereit, wenn man es als nützlich empfinde, hierüber zu diskutieren, allerdings könnte ein Militärgespräch unter Militärs nur von einer klaren strategischen Konzeption als Grundlage ausgehen, während sie, die Politiker, von einer ganz anderen Ebene ausgehend sich unterhalten würden. Wenn man sich allerdings auf die NATO beziehe, so seien diese Fragen eng mit Europa verbunden; wenn man aber Europa verteidigen wolle, so müsse dies Europa erst bestehen.

[43] Die Zahlenangaben „12" und „4" wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „vier" bzw. „zwei".
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Referats II 7 vom 14. November 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1963.

[44] Zu der Forderung der NATO nach 14 französischen Divisionen und zur französischen Politik der NATO-Assignierung von Truppen vgl. Dok. 395, besonders Anm. 13.

[45] Der Passus „wegen der seit ihrer Gründung ... Zusammenarbeit gebunden" wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Der letzte Satz wurde zusätzlich durch einen Pfeil hervorgehoben.

[46] Zur Erklärung des ehemaligen amerikanischen Präsidenten vom 18. Oktober 1963 vgl. Dok. 396, Anm. 33.
Zur Haltung der Bundesrepublik in der Frage einer amerikanischen Truppenreduzierung vgl. auch Dok. 440.

Der Herr *Minister* entgegnete, er wolle nicht mißverstanden werden, er schlage keine Diskussion über rein militärische Dinge vor, sondern zu eigener Information halte er eine Unterhaltung über die zukünftigen Entwicklungen für sehr nützlich. Wenn man über die Reform der NATO sprechen wolle, so müßten die Dinge konkreter sein, bislang seien die Vorstellungen noch sehr im Nebel, was vielleicht auch ganz nützlich sei. Aber man müsse die Zukunft abzutasten suchen, eine Unterhaltung hierüber sei gewiß nützlich.

Außenminister *Couve de Murville* entgegnete, er verstehe den Gedanken des Herrn Ministers noch nicht recht.

Der Herr *Minister* erläuterte erneut, er wäre glücklich, wenn die Probleme klargestellt werden könnten, damit man zumindest zu einer theoretischen Lösung kommen könne. Es treffe zu, daß es Europa noch nicht gibt, aber es gebe genügend Hypothesen, um für morgen und übermorgen Alternativen aufstellen zu können. Auch könne man vielleicht einige anziehende Ideen entwikkeln. Ohne Unterhaltung mache man sicherlich keine Fortschritte. Man könne natürlich einwenden, man solle die verantwortlichen Politiker außerhalb eines solchen Gespräches lassen, um es Theoretikern zu überlassen, aber ohne genaue Vorausschauen komme man nicht aus. Die Unterhaltungen brauchten ja keinen offiziellen Charakter zu erhalten.

Wenn er recht verstehe, meinte Herr *Couve de Murville,* so schlage der Herr Minister eine Unterhaltung über die Fragen der Strategie und der Reorganisation der NATO vor. Er sei damit ganz einverstanden, denn welchen Namen man einer solchen Aussprache auch gebe, es sei eine deutsch-französische Konsultation.

Der Herr *Minister* faßte abschließend noch einmal zusammen, daß man deutscherseits keine genauen Vorstellungen von der französischen Auffassung habe und es für die eigenen Überlegungen gut sei, sie kennenzulernen.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

425

Erklärung des Bundeskanzlers Erhard (Entwurf)

St.S. 129/63 streng geheim **23. November 1963**[1]

Betr.: „Geschäftsfreund"

Der Herr Bundeskanzler erklärt seine grundsätzliche Bereitschaft, deutsche Kapitalhilfe zur Fortführung des wirtschaftlichen Aufbaus Israels zu gewähren.[2] Er hält den Weg pragmatischer Lösungen für den geeignetsten. Im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe sollen daher Kredite auf kommerzieller Basis, deren Modalitäten von Fall zu Fall festzulegen sind, für Vorhaben der Entwicklungsplanung des Landes Israel gewährt werden.[3]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 444

426

Vermerk des Staatssekretärs Lahr

St.S. 2255/63 VS-vertraulich **23. November 1963**[1]

Betr.: Beziehungen EWG–Israel

Der Herr Bundeskanzler hat kürzlich Herrn Staatssekretär Carstens darauf angesprochen, daß die Verhandlungen zwischen Israel und der EWG[2] einen unbefriedigenden Verlauf nähmen.[3]
Auch nach Auffassung des Auswärtigen Amts sind die bisherigen Verhandlungsergebnisse dürftig. Um Israel stärker entgegenzukommen, sollte unsererseits erwogen werden:

[1] Abschrift.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 387 und Dok. 390.

[3] Der Entwurf wurde nach Rücksprache mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesministerium für Wirtschaft überarbeitet. Für die Fassung vom 27. November 1963 vgl. Dok. 437, Anm. 4.

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Vgl. dazu Dok. 36, Anm. 2.

[3] Dazu vermerkte Staatssekretär Carstens am 14. November 1963: „Der Herr Bundeskanzler kritisierte die sehr wenig entgegenkommende Haltung der EWG in den Verhandlungen mit Israel. Die israelische Verärgerung darüber sei begründet. Er stellte die Frage, was geschehen könne, um diesen Zustand zu ändern, und er fragte ferner, ob man an eine Assoziierung Israels mit der EWG denken könne." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 418; B 150, Aktenkopien 1963.

1) Unser Antrag auf ein Zollkontingent für Zitrusfrüchte soll trotz Abweisung unserer Klage wegen der abschlägigen Entscheidung der Kommission[4] weiterverfolgt werden.
2) Unsere EWG-Partner sollen gebeten werden, die Einfuhr der Hauptexportprodukte Israels zu liberalisieren (bei uns sind sie liberalisiert).
3) Der israelische Gedanke einer zollfreien Wiedereinfuhr veredelter Erzeugnisse, deren Rohstoffe Israel aus einem EWG-Staat eingeführt hat, in den gesamten EWG-Raum soll unterstützt werden.

Diese Vorschläge habe ich auf der Staatssekretärsbesprechung über EWG-Fragen am 16. Oktober 1963[5] zur Diskussion gestellt. Sie fanden die Zustimmung der Staatssekretäre des Bundeswirtschafts-[6], Bundesernährungs-[7] und Bundesfinanzministeriums[8].
Weitere Verbesserungsvorschläge werden im Bundeswirtschaftsministerium erwogen.
Eine Assoziierung Israels mit der EWG ist von Israel bisher nicht beantragt worden[9] und hätte auch keine Aussicht auf Erfolg.[10]

Hiermit dem Herrn Minister mit der Anregung, den Herrn Bundeskanzler zu unterrichten, vorgelegt.

gez. Lahr

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 418

[4] Die Bundesregierung beantragte 1962 bei der EWG-Kommission die Genehmigung, den gegenüber Drittländern anzuwendenden Zollsatz für Orangen teilweise auszusetzen. Gegen die abschlägige Entscheidung der EWG-Kommission vom 30. Juli 1962 erhob die Bundesregierung Klage. Sie wurde am 15. Juli 1963 vom Europäischen Gerichtshof abgewiesen. Vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1962, S. 2697, und AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1963, S. 2266.

[5] Für eine Zusammenfassung der Ergebnisse vgl. Referat III A 2, Bd. 16.

[6] Wolfram Langer.
Auf der Staatssekretärsbesprechung am 16. Oktober 1963 war das Bundesministerium für Wirtschaft durch Ministerialdirektor Meyer-Cording vertreten.

[7] Rudolf Hüttebräuker.

[8] Walter Grund.

[9] Zur Frage einer Assoziierung Israels mit der EWG vgl. Dok. 182, Anm. 16.

[10] Dazu vermerkte Staatssekretär Lahr am 1. Oktober 1963: „Den Gedanken der Assoziierung halte ich für unrealistisch. Ich sehe kein Land der Gemeinschaft, das gegenwärtig hierauf einzugehen bereit wäre. Auch wir selbst müssen wohl den Standpunkt vertreten, daß, solange die Assoziierung der europäischen Länder, darunter die unserer Nachbarn und die anderer europäischer Länder, mit denen wir die intensivsten Wirtschaftsbeziehungen unterhalten, aufgeschoben ist, die Assoziierung mit einem außereuropäischen Land nicht aktuell ist." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 383.
Vgl. weiter Dok. 455.

427

Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-8847/63 geheim
Fernschreiben Nr. 1155
Citissime

Aufgabe: 25. November 1963, 19.00 Uhr
Ankunft: 25. November 1963, 20.06 Uhr

Unter Bezugnahme auf mein mündliches Gespräch mit Staatssekretär Carstens in Paris am 21. 11. trage ich noch einmal die Bedenken vor, die meines Erachtens gegen den Vorschlag sprechen, die bestehenden Militärmissionen der früheren Besatzungsmächte als Beobachtungsposten für Deutschland zu benutzen[1]:

1) Die Militärmissionen operieren auf besatzungsrechtlichen Grundlagen[2], sind daher keiner deutschen Überwachung und Kontrolle unterworfen. In allen anderen Ländern werden ihre Dislozierung, ihr Aktionsradius, ihre Befugnisse und Privilegien vertraglich geregelt sein, und die Behörden des Gastlandes werden darüber wachen, daß diese Regeln innegehalten werden.

2) In Deutschland allein werden die Beobachtungsposten (wenn sie mit den Militärmissionen identisch sind) voll beweglich sein, während sie in den anderen Ländern wahrscheinlich nur eine sehr begrenzte Bewegungsfreiheit genießen werden.
In Verbindung mit dem zu 1) genannten Punkte ergibt sich damit der Anfang einer Sonderbehandlung Deutschlands auf dem Gebiete der Sicherheitspolitik, die wir bisher stets bekämpft haben.

3) Der gegenwärtige Sitz der Militärmissionen ist nach politisch-administrativen Gesichtspunkten gewählt. Um als Beobachtungsposten zu fungieren, müßten die Missionen voraussichtlich einen neuen Sitz wählen oder an den geographisch geeigneten Orten Zweigstellen einrichten.
Das Personal der Militärmissionen müßte wohl in beiden Fällen verstärkt werden.
Auf jeden Fall können die bestehenden Missionen nicht ohne beträchtliche Umorganisation die neue Aufgabe übernehmen.
Daß eine solche Reorganisation und Verstärkung der Missionen wünschenswert ist, möchte ich bezweifeln.

4) Ob es sich überhaupt empfiehlt, im Jahre 1963 Rudimente des Besatzungsregimes von 1945 zu beleben und mit neuen Aufgaben zu versehen, erscheint mir sehr fraglich.
Beim Abschluß der Bonner Verträge sind wir davon ausgegangen, daß den früheren Besatzungsmächten (in Form des sog. „gesamtdeutschen Vorbehaltes", Art. 2 Satz 1) nur solche Aufgaben und Befugnisse in bezug auf Deutschland als Ganzes verblieben sind, die sich auf Notstand, Interzonenverkehr,

[1] Zu diesem Vorschlag vgl. bereits Dok. 367.
[2] Vgl. dazu Dok. 305, Anm. 8.

Wiedervereinigung und Abschluß des Friedensvertrages beziehen.[3] Als Beobachtungsposten würde ihnen eine neue zusätzliche Befugnis zugeschrieben werden, die von einer besatzungsrechtlichen Rüstungskontrolle nicht allzu weit entfernt wäre. Ich hätte dagegen ernste Bedenken.[4]

5) In taktischer Hinsicht würde ein von uns k[illegible]mender Vorschlag, die Militärmissionen als Beobachtungsposten zu verwenden, als Beweis unseres positiven Interesses am Zustandekommen eines Systems von Beobachtungsposten verstanden werden. Niemand zweifelt daran, daß das ganze Projekt scheitern müßte, wenn Arrangements mit der SBZ unvermeidlich wären. Die Franzosen würde ein von uns unternommener Versuch, diese Schwierigkeit zu umgehen, enttäuschen, da sie bisher glaubten, mit der Zurückhaltung gegenüber jenem System[5] ein gemeinsames Interesse der deutschen und französischen Politik zu verteidigen. Bei ihren künftigen Stellungnahmen dürfte der Gesichtspunkt eine Rolle spielen, daß sie dabei nicht „deutscher als die Deutschen" erscheinen wollen.

6) Ich verkenne nicht, daß das Projekt möglichst nicht an unserem Einspruch gegen Arrangements mit der SBZ scheitern sollte. Ich glaube jedoch, daß sich noch andere taktische Möglichkeiten bieten, die uns davor bewahren könnten.

7) Der Vorschlag, die Militärmissionen zu benutzen, könnte, ganz abgesehen davon, ob es zu Beobachtungsposten kommt oder nicht, in anderen Zusammenhängen wieder aufgegriffen werden, wo er uns noch weit unbequemer sein könnte.
Ich würde es daher begrüßen, wenn ich von der Ausführung der Weisung Drahterl. 3418 und Drahterl. 3518 vom 22. Okt. 63 resp. 30. Okt. 63[6] frei-

[3] Nach Artikel 2 des Deutschlandvertrags (Fassung vom 23. Oktober 1954) behielten die Drei Mächte „die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 218.

[4] Vgl. dazu auch Dok. 340.

[5] Zur Haltung Frankreichs in dieser Frage vgl. Dok. 344.

[6] Im Drahterlaß vom 22. Oktober 1963 an die Botschaft in Washington legte Ministerialdirigent Reinkemeyer die militärischen Bedenken gegen ein System von Bodenbeobachtungsposten dar und führte aus: „Unter Hinweis auf die drei westlichen Militärmissionen in Potsdam und die drei sowjetischen Missionen in der Bundesrepublik Deutschland machen wir darauf aufmerksam, daß es in Deutschland bereits eine Inspektionseinrichtung gibt, welche die Aufgaben der Beobachtungsposten erfüllt. Durch die Bewegungsfreiheit der Militärmissionen ist gewährleistet, daß etwaige Vorbereitungen von Überraschungsangriffen entdeckt würden. Wir sind auch im Interesse der Bekräftigung der Viermächte-Verantwortung bereit, das Fortbestehen dieser Militärmissionen als Relikt des Besatzungsstatus in Kauf zu nehmen, bis ein Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung diese Missionen endgültig aufhebt. Das wiedervereinigte Deutschland könnte sodann dem System von Bodenbeobachtungsposten beitreten." Vgl. Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 268; B 150, Aktenkopien 1963.
Mit Drahterlaß vom 29. Oktober 1963 wurde die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris angewiesen, sich dieser Argumentation zu bedienen und insbesondere darauf zu verweisen „daß wir nicht an eine Unterstellung zusätzlicher Bodenbeobachtungsposten unter die Militärmissionen denken, sondern daß uns im Gegenteil vorschwebt, die genannten Missionen in Umfang und Struktur unverändert zu lassen". Vgl. Abteilung II (302/II 8), VS-Bd. 268; B 150, Aktenkopien 1963.

gestellt würde. Diese Frage stellt sich bereits für die Sitzung am 26. November 15 h.[7]

[gez.] Grewe

Abteilung II (II 8), VS-Bd. 269

428

Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-8876/63 geheim
Fernschreiben Nr. 1718

Aufgabe: 26. November 1963, 20.00 Uhr
Ankunft: 26. November 1963, 20.50 Uhr

Bei seiner Würdigung des Bundeskanzlerbesuchs in Paris[1] sagte Lucet heute, daß Präsident und Regierung Frankreichs den Zweck des kürzlichen Besuchs als voll erfüllt ansähen: den reibungslosen Übergang von der Ära Adenauer zur Ära Erhard in Deutschland in den deutsch-französischen Beziehungen sichtbar zu machen. Es sei nunmehr zur Gewißheit geworden, daß die deutsch-französische Versöhnung und Freundschaft nicht an bestimmte Persönlichkeiten gebunden sei, sondern von allen in beiden Ländern politisch Verantwortlichen bejaht werde, ja sogar im Begriff sei, Gemeingut der beiden Völker zu werden. Gegenüber dieser unschätzbaren Tatsache, die allerersten Ranges sei, seien die materiellen Ergebnisse des Kanzlerbesuchs eher von sekundärer Bedeutung. Damit solle natürlich nicht gesagt werden, daß die Übereinstimmung über den Erlaß der drei noch fehlenden Marktordnungen[2] und der Finanzierungsregelung auf dem europäischen landwirtschaftspolitischen Gebiet[3] etwa nicht zu begrüßen seien oder daß die weithin identische Auffas-

[7] Zu der sofortigen telefonischen Weisung des Ministerialdirektors Krapf vermerkte Legationsrat Diesel handschriftlich: „Herr D II hat Herrn Botschafter Grewe mitgeteilt, daß die Weisung auf einem Gespräch des Herrn Ministers in Washington beruhe. Darüber hinaus ist sie bereits im State Department besprochen worden. Alle Argumente sind hier bekannt und durchdacht worden; wir sind mit dilatorischer Behandlung des gesamten Problems einverstanden, sehen uns aber zunehmendem Druck ausgesetzt. Die Weisung kann nicht zurückgenommen werden."
Mit Drahterlaß vom 26. November 1963 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris hielten Krapf und Staatssekretär Carstens fest, daß grundsätzlich gegen ein Bodenbeobachtungssystem „die schwersten politischen Bedenken" bestünden. Der Gedanke, die Militärmissionen im Falle der Einrichtung eines Inspektionssystems als Ersatz für die Bodenbeobachtungsposten anzusehen, beruhe auf der Überlegung, daß an ihre Auflösung ohnehin nicht zu denken sei, da auch die Verbündeten „ein starkes Interesse an der Beibehaltung ihrer Missionen in Potsdam" hätten. Als Inspektionen sollten die Militärmissionen „nach unseren Vorstellungen nichts anders tun als das, was sie bisher schon tun". Daß ihr Fortbestehen „als Ersatz für die Errichtung eines BBP-Systems in Deutschland einer besatzungsrechtlichen Rüstungskontrolle nahekommen würde", sei nicht zu befürchten. Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 269; B 150, Aktenkopien 1963.

[1] Zu den Gesprächen vom 21./22. November 1963 vgl. Dok. 421–423.

[2] Verhandelt wurde über die Marktordnungen für Milch und Milchprodukte, Rindfleisch und Reis.

[3] Zur Finanzverordnung der EWG vgl. Dok. 461, Anm. 17.

sung über die Kennedy-Runde[4] und ihre Vorbereitung nicht erfreulich sei. Freilich hätten beide Seiten mangels abgeschlossener Prüfung des Mansholt-Planes[5] zu diesen Vorschlägen noch keine Stellung nehmen können. Entgegen einer in Paris häufiger anzutreffenden Meinung, daß auf französischer Seite immerhin ein „préjuge favorable" für diesen Plan bestehe, machte Lucet keinen Hehl daraus, daß die vorgeschlagenen Getreidepreise, namentlich die Gerstenpreisfestsetzung, Frankreich vor ein sehr schwieriges Problem stelle, namentlich das der Ineinklangbringung erhöhter Getreidepreise mit dem Preisstoppgedanken des französischen Stabilisierungsplanes vom 12. September[6].

Zur „relance européenne" spann Lucet den Faden etwas fort, indem er nach Würdigung der Gründe, die General de Gaulle veranlaßten, keine französische Initiative zu ergreifen – sein Plan sei am 17. April 1962 von anderen, sprich Niederlande und Belgien, abgelehnt worden[7] –, ausführte, daß eine verständige deutsche Initiative sicher auf die Bereitschaft Frankreichs zur positiven Mitwirkung stoßen werde.

Eine solche deutsche Initiative sollte vor Befassung der Sechs zunächst mit Frankreich erörtert werden. Lucet distanzierte sich in diesem Zusammenhang jedoch entschieden von dem Spaakschen Vorschlag der Einsetzung einer politischen europäischen Kommission unabhängiger, d. h. nicht weisungsgebundener Persönlichkeiten nach dem Muster der Marché-Commun-Kommission.[8] Während dieser Kommission feste, abgegrenzte Aufgaben übertragen seien, wisse man nicht, was die Aufgabe einer politischen europäischen Kommission sein solle. Ihre Aufgabe könne auch nicht die Aufgabe des internationalen Sekretariats nach den ursprünglichen französischen Vorschlägen an die Fouchet-Kommission[9] sein, d. h. die der Vorbereitung und der Ausführung von Ministerratsbeschlüssen der Europäischen Politischen Union. Bei dieser Gelegenheit erwähnte Lucet übrigens, daß die von ihm bei der Bereinigung des deutschen und des französischen Kommuniqué-Entwurfs geäußerte Befürchtung, die Italiener würden wegen des Satzes über die Nichtexklusivität der deutsch-französischen Zusammenarbeit vorstellig werden, sich bisher nicht bewahrheitet habe. Sichtlich befriedigt zeigte sich Lucet darüber, daß NATO-

[4] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[5] Zum Mansholt-Plan vgl. Dok. 412, Anm. 8.

[6] Zum französischen Stabilisierungsprogramm vom 12. September 1963 vgl. Dok. 422, Anm. 8.

[7] Zum Scheitern der Verhandlungen über eine europäische politische Union vgl. Dok. 136.

[8] Zum Vorschlag des belgischen Außenministers vgl. Dok. 334, Anm. 3.
Spaak griff diesen Vorschlag in einer Rede bei einem Abendessen europäischer Journalisten in Brüssel am 19. November 1963 wieder auf. Er bekannte sich zu einem vereinten Europa, das jedoch kein Europa sein dürfe, „où les différents pays s'additionnent sans se mêler". Unter Verweis auf die Erfahrungen der EWG-Kommission schlug er als ersten Schritt zu supranationalen Strukturen vor, „d'essayer de transporter dans la construction de l'Europe politique un certain nombre de princips et de méthodes qui semblent avoir fait leurs preuves dans le domaine économique". Vgl. Referat I A 1, Bd. 518.
Am 4. Dezember 1963 hielt Ministerialdirektor Jansen dazu fest, die Rede verdiene insbesondere deshalb Beachtung, weil Spaak „im Gegensatz zu seiner bisherigen Haltung jetzt offenbar bereit ist, wieder unter den Sechs zu verhandeln. Zwar wird dies nicht ausdrücklich von ihm gesagt, aus dem Gesamtzusammenhang seiner Rede muß aber angenommen werden, daß er die Beteiligung der britischen Regierung nicht mehr zu einer Bedingung für die Wiederaufnahme der Verhandlungen macht." Vgl. Referat I A 1, Bd. 518.

[9] Zur Fouchet-Kommission vgl. Dok. 77, Anm. 3.

und Verteidigungsthema nicht im gemeinsamen Kommuniqué[10] erschienen sei. Dies hätte nur dazu geführt, Ansatzpunkte für die Ausbeutung voneinander abweichender Auffassungen durch Dritte zu schaffen. Zum Schluß gab Lucet noch einmal der Befriedigung der Franzosen über den wohlgelungenen Kanzlerbesuch Ausdruck: Auf der Basis dieses Besuchs könne vertrauensvoll an der weiteren Festigung und der immer stärkeren Verwurzelung der deutsch-französischen Freundschaft gearbeitet werden.

[gez.] Klaiber

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138

429

Bundesminister Schröder, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-8880/63 geheim **Aufgabe: 26. November 1963, 19.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 3420 **Ankunft: 27. November 1963, 01.15 Uhr**

Das für heute 12.00 Uhr angesetzte Gespräch des Herrn Bundespräsidenten, des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesaußenministers mit dem neuen Präsidenten verzögerte sich um etwa eine halbe Stunde, weil ein Gespräch, das der Präsident mit Mikojan führte, offenbar länger dauerte, als erwartet worden war. Über den Inhalt dieses Gesprächs ist bisher nichts bekannt geworden.

An dem Gespräch mit Präsident Johnson nahmen von amerikanischer Seite teil: Under Secretary Ball sowie die Herren Tyler und Creel, auf deutscher Seite außer den obengenannten Botschafter Knappstein.

Zunächst wurden zwischen dem Präsidenten und dem Bundespräsidenten Begrüßungen ausgetauscht, die darin gipfelten, daß man auf beiden Seiten sich um eine ungebrochene Kontinuität der Politik bemühen werde. Der Präsident hob besonders hervor, daß er selber sich immer als einen Teil der Regierung des Präsidenten Kennedy betrachtet habe und daß es nur selbstverständlich sei, wenn er den Weg des früheren Präsidenten geradelinig fortsetzen werde. Seine Mutter sei deutscher Abstammung und komme aus einer 48er Familie, die aus Deutschland ausgewandert sei. Außerdem komme er aus einem Staat (Texas), in dem die Deutschstämmigen eine große Rolle spielten.

Auf Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers wurde zunächst über einen neu festzusetzenden Termin[1] für einen Besuch des Bundeskanzlers und des Bundes-

[10] Für den Wortlaut des Kommuniqués über den Besuch des Bundeskanzlers Erhard am 21./22. November 1963 in Paris vgl. BULLETIN 1963, S. 1833 f.

[1] Zum für den 25./26. November 1963 geplanten Besuch bei Präsident Kennedy vgl. Dok. 393, Anm. 27.

außenministers gesprochen. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß dieser Besuch möglichst noch in der ersten Januarhälfte stattfinden sollte[2], jedoch nach der State of the Union Message des Präsidenten[3], aber vor dem Englandbesuch des Bundeskanzlers[4].

Grundsätzlich betonte der Präsident nochmals, daß er sich an alle Verpflichtungen gebunden fühle, die sein Land eingegangen sei. Die Kampftruppen würden in Deutschland bleiben und die NATO-Verpflichtungen voll erfüllt werden.

Großen Wert legte der Präsident darauf, daß in den geplanten Gesprächen die Politik behandelt würde, die zum Trade Expansion Act[5] geführt habe, den er selber für eine der größten Errungenschaften der Kennedy-Regierung halte. Der Bundeskanzler als einer der führenden Wirtschaftler Europas möge seine Unterstützung dafür geben, die Politik der Handelsexpansion zum Erfolg zu führen. Er, der Präsident, habe kürzlich eine Reise durch die Beneluxländer gemacht.[6] Dort seien die Leute sehr besorgt um einen Erfolg der Kennedy-Runde[7], und er bitte darum, daß man doch allerseits sehr gut vorbereitet in die Verhandlungen der Kennedy-Runde eintreten möchte.[8]

Zum Schluß des Gesprächs brachte der Herr Bundespräsident noch seine Erfahrungen während der Ostasienreise[9] vor, wobei er besonders die Förderungswürdigkeit der sogenannten Maphilindo[10]-Kombination hervorhob. Man dürfe Sukarno nicht in die Arme der Sowjets treiben, indem man ihm jede wirtschaftliche Hilfe vorenthalte. Der Bundespräsident bat den Präsidenten, die amerikanische Politik gegenüber Indonesien in diesem Sinne erneut zu überprüfen. Das wurde ihm vom Präsidenten zugesagt.

[2] Der Besuch des Bundeskanzlers Erhard und des Bundesministers Schröder fand am 28./29. Dezember 1963 statt. Vgl. dazu Dok. 486–492.

[3] Präsident Johnson hielt die „State of the Union Message" am 8. Januar 1964 vor dem amerikanischen Kongreß.

[4] Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen am 15./16. Januar 1964 in London und für das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler am 16. Januar 1964 vgl. AAPD 1964.
Vgl. auch BULLETIN 1964, S. 93 f. Vgl. ferner OSTERHELD, Außenpolitik, S. 56–58.

[5] Zum Trade Expansion Act vgl. Dok. 31, Anm. 22.

[6] Vizepräsident Johnson besuchte am 4./5. November Luxemburg, vom 5. bis 7. November die Niederlande und vom 7. bis 9. November 1963 Belgien. Vgl. EUROPA-ARCHIV, Z 245 und Z 250.

[7] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[8] Während seiner Reise durch die Benelux-Staaten vom 4. bis 9. November 1963 äußerte sich Vizepräsident Johnson über die amerikanische Handelspolitik: „Der Trade Expansion Act sei ein außenpolitischer Grundpfeiler der Kennedy-Administration. Arbeit, Hoffnungen und Prestige der Regierung seien mit dem Gesetz engstens verbunden, deshalb müsse dieses Werkzeug unbedingt Früchte tragen. Die Vereinigten Staaten hätten das Zeitalter des Protektionismus überschritten." Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 14. November 1963; Abteilung II (II 6), VS-Bd. 222; B 150, Aktenkopien 1963.

[9] Zum Staatsbesuch des Bundespräsidenten Lübke vom 23. Oktober bis 23. November 1963 im Irak, in Indonesien, Japan und auf den Philippinen vgl. Dok. 396, Anm. 3.

[10] In der Übereinkunft von Manila vom 11. Juni 1963 beschlossen der Malaiische Bund, die Philippinen und Indonesien einen „Zusammenschluß der drei Nationen malaiischen Ursprungs zu einer Zusammenarbeit engster Harmonie, aber ohne die Aufgabe irgendeines Teiles ihrer Souveränität". Vor der Einsetzung „der notwendigen gemeinsamen Organe" sollte zunächst ein Konsultationsmechanismus entwickelt werden. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 502–504, hier D 503.

Obwohl das gesamte Gespräch unter den hier obwaltenden Umständen in keinem der erörterten Punkte vertieft werden konnte, kann es doch als eine erste freundschaftliche Kontaktaufnahme des Präsidenten mit der deutschen Staats- und Regierungsführung angesehen werden.

[gez.] Schröder

Abteilung II (II 5/II 6), VS-Bd. 205

430

Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-8883/63 geheim
Fernschreiben Nr. 3422
Citissime

Aufgabe: 26. November 1963, 23.45 Uhr
Ankunft: 27. November 1963, 06.55 Uhr

Der Herr Bundeskanzler hatte heute im Anschluß an ein von Sir Alec Home für ihn in der britischen Botschaft gegebenes Mittagessen, an dem auf englischer Seite noch Botschafter Ormsby-Gore, Sir T. Bligh und Sir P. de Zulueta vom Stab des englischen Ministerpräsidenten, auf deutscher Seite der Bundesaußenminister, Staatssekretär von Herwarth und Gesandter von Lilienfeld in meiner Vertretung teilnahmen, Gelegenheit zu einem längeren Gespräch über die für seinen Besuch in London[1] vorzusehenden Themen.
Dem Treffen lag deutlich spürbar – wenn auch nicht ausgesprochen – auf englischer Seite die Tendenz zugrunde, daß nach dem durch den Tod Kennedys in der Führung der westlichen Welt entstandenen Vakuum ein engeres Zusammengehen Großbritanniens und Deutschlands notwendig sei und keineswegs Frankreich die Führung in Europa überlassen werden dürfe.

1) Sir Alec betonte zunächst seinen Wunsch, die englisch-deutschen Beziehungen weiterhin auf der Basis engster Zusammenarbeit – besonders auch mit dem Herrn Bundeskanzler – fortzuführen.
Der Herr Bundeskanzler brachte eine ähnliche Hoffnung zum Ausdruck. Er betonte, daß er selbst stets – gegen alle Widerstände in Deutschland – einen Beitritt Großbritanniens zur Gemeinschaft befürwortet habe. Dies bleibe nach wie vor sein Ziel. Er hoffe, daß der Eintritt Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt[2] wieder aufgegriffen werden könne, wenn die Lage in England hierzu günstig sei.
Sir Alec antwortete, daß dies noch nicht genau vorherzusehen sei. Er sei sehr dankbar für die Unterstützung des Herrn Bundeskanzlers in dieser Frage.

[1] Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen am 15./16. Januar 1964 in London und für das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler am 16. Januar 1964 vgl. AAPD 1964.
Vgl. auch BULLETIN 1964, S. 93f. Vgl. ferner OSTERHELD, Außenpolitik, S. 56–58.

[2] Zum Scheitern eines britischen EWG-Beitritts am 28./29. Januar 1963 vgl. Dok. 60.

Der Herr Bundeskanzler sagte, daß er auch bei seinem Besuch in London die europäische Gemeinschaft in ihren politischen und wirtschaftlichen Aspekten besprechen wolle und daß die Kontakte zwischen Großbritannien und den Sechs[3] hierfür ein guter Anfang seien. Er würde in London auch gerne einen ausführlichen Bericht über seine Gespräche mit de Gaulle[4] in diesem Zusammenhang geben.

2) Nach dem Tode von Präsident Kennedy – fuhr der Bundeskanzler fort – könnte man sich die Frage stellen, ob Präsident Johnson dessen Politik weiterführen werde. Diese Fragestellung brauchte nicht notwendigerweise die amerikanische Haltung anzuzweifeln, könne jedoch in einer Ungewißheit resultieren. Daher sollte die Zukunft der atlantischen Gemeinschaft in London besprochen werden. Außerdem habe ihm Präsident Johnson versichert, daß er ebenfalls auf den erfolgreichen Abschluß der Kennedy-Runde[5] größten Wert lege.[6] Eine Abstimmung der Haltung zwischen den Sechs und dann mit Großbritannien wäre von größter Bedeutung für die GATT-Verhandlungen.[7] Außerdem sollten wohl auch Verteidigungsfragen diskutiert werden. General de Gaulle habe sich zwar ihm gegenüber kritisch über die NATO geäußert, aber doch betont, daß er ein loyales Mitglied der Allianz sei.[8]

3) Nach Ansicht des Bundeskanzlers sollte auch das Ost-West-Verhältnis in London besprochen werden. Er sei sehr glücklich über die feste Haltung der Drei Mächte in den beiden jüngsten Autobahnzwischenfällen[9] und auch besonders dankbar für das britische Eintreten für Deutschland vor den Vereinten Nationen.[10] Nicht ganz so glücklich sei er über die britische Haltung hinsichtlich der langfristigen Kredite an die Sowjets[11], die ausführlich in London diskutiert werden sollten. Nach seiner Ansicht sollten den Russen – wie dies auch Sir Alec bereits früher zum Ausdruck gebracht hätte – keine Konzessionen ohne Gegenkonzessionen gemacht werden. Auf den ersten Blick erschienen langfristige Kredite vielleicht harmlos, aber auf die Dauer könnten sie leicht eine politische wie auch wirtschaftliche Gefahr darstellen. Sir Alec betonte, daß sich hinter der britischen Haltung zu den langfristigen Krediten keine besonderen Vorhaben mit den Sowjets verbärgen. Er halte jedoch eine gewisse Flexibilität [für] wünschenswert, so daß Großbritannien nicht grundsätzlich daran gehindert würde, auch langfristige Kredite zu gewähren, falls dies in einer besonderen Lage zweckmäßig erscheinen sollte.

4) Sir Alec brachte dann die Rede auf die politische Seite des Ost-West-Verhältnisses, dem ein zweiter Tag bei den Besprechungen in London gewidmet werden sollte. Es stelle sich die Frage, ob nach Ansicht des Herrn Bundeskanzlers vielleicht der Moment für eine konkrete Vereinbarung (substantive

[3] Vgl. dazu Dok. 231.
[4] Zu den Gesprächen am 21./22. November 1963 in Paris vgl. Dok. 421–423.
[5] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.
[6] Zum Gespräch vom 26. November 1963 vgl. Dok. 429.
[7] Zum GATT vgl. Dok. 31, Anm. 28. Vgl. auch Dok. 164, Anm. 5.
[8] Vgl. dazu Dok. 423.
[9] Vgl. dazu Dok. 407, Anm. 7.
[10] Vgl. dazu Dok. 411, Anm. 16.
[11] Vgl. dazu Dok. 424, Anm. 12.

agreement) mit den Russen günstig sei. Wenn dies zuträfe, dann hätte die Aufrechterhaltung von Kontakten mit ihnen gewisse Vorteile. Er fragte, ob sich der Bundeskanzler mit dem Gedanken eines direkten Kontakts mit Chruschtschow in absehbarer Zukunft trage.
Der Bundeskanzler gab zur Antwort, daß er für die absehbare Zukunft nicht an bilaterale Verhandlungen mit den Russen denke. Es wäre zwar theoretisch denkbar, daß eines Tages ein Zusammentreffen zwischen ihm und Chruschtschow zweckmäßig erschiene. Dies könne jedoch nur auf der Basis vollster vorheriger Koordination mit den Alliierten erfolgen. In dieser Frage stehe die Bundesrepublik nicht in der ersten Reihe; die amerikanischen Erkundungsgespräche mit den Russen[12] hätten die amerikanische Regierung doch wohl ziemlich ernüchtert, und diese hätten nach der letzten Gesprächsrunde keine Möglichkeit für weitgespannte Abmachungen mit Chruschtschow gesehen. Es gäbe sicher Raum für Abmachungen über weniger bedeutende Fragen, aber unter der gegenwärtigen politisch-militärischen Lage habe er den Eindruck, daß auch die Amerikaner keine Chancen für eine Einigung in den großen Fragen mit den Russen sähen.
Sir Alec meinte, dies träfe sicher für den Augenblick zu, aber vielleicht sei es zweckmäßig, mit den Russen vor allem durch ihren Botschafter in Washington[13] im Gespräch zu bleiben, gerade weil es schwierig sei, zu Abmachungen zu gelangen. Vielleicht gäbe es auch die Möglichkeit zu bilateralen sowjetisch-deutschen und sowjetisch-britischen Gesprächen.
Der Herr Bundeskanzler betonte, es sei von besonderer Bedeutung, daß Europa den Russen eine geschlossene Front zeige. Dies erwarteten auch ganz besonders die Amerikaner. Es wäre sicher gefährlich, falls Europa in verteidigungs- und außenpolitischen Fragen nicht einig sei.

5) Sir Alec brachte dann die Rede auf die NATO, deren Probleme man mit Geduld behandeln müsse, besonders um zu verhindern, daß die Franzosen der Allianz wirklichen Schaden zufügten. Couve hätte betont, daß er keine Konfrontation innerhalb der NATO wünsche und diese auch bei der Ministertagung im Dezember[14] vermeiden möchte.
Eine der Hauptfragen sei, wie die Allianz weiter bestehen könne, ohne zu einer Entscheidung über die Truppenstärke zu gelangen. Er persönlich glaube nicht, daß ein Bruch mit den Franzosen innerhalb der NATO bevorstünde. Auf jeden Fall sei es äußerst wichtig, daß die Allianz in allen Fragen des Verhältnisses zur Sowjetunion einig sei.
Der Bundeskanzler meinte ebenfalls, daß ein Bruch mit den Franzosen nicht wahrscheinlich sei. Er befürchte jedoch einen Stillstand in allen Fragen der Allianz und der europäischen Integration.
Trotz seines geringen militärischen Beitrages schien Frankreich nicht bereit, wenigstens den übrigen Bündnispartnern einen Fortschritt zu gestatten.

6) Sir Alec gab dem Herrn Bundeskanzler eine Kopie des Schreibens, das Chruschtschow ihm kürzlich durch den sowjetischen Botschafter in London

[12] Zu den amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen vgl. Dok. 343, Anm. 6.
[13] Anatolij F. Dobrynin.
[14] Zur Tagung des NATO-Ministerrats am 16./17. Dezember 1963 in Paris vgl. Dok. 481.

zugestellt habe.[15] Die Grundlage dieses Schreibens sei seine Bemerkung gegenüber Gromyko im September in New York gewesen, daß ohne Einbeziehung von Berlin ein Nichtangriffs-Arrangement[16] nutzlos wäre, ja sogar die Lage verschlechtern würde, da es impliziere, daß die Russen beabsichtigen, die Berlin-Frage mit Gewalt zu lösen.[17]
Der Bundeskanzler antwortete, Berlin sei nicht die einzige Frage, die mit einem Nichtangriffs-Arrangement verbunden sei; solch ein Arrangement könnte die Situation in Europa einfrieren und die Teilung Deutschlands zementieren.[18]

Auch die amerikanische Regierung hätte keinen Zweifel daran gelassen, daß ein Nichtangriffs-Arrangement mit derartigen Implikationen undenkbar sei.[19]
Sir Alec entgegnete, er sei sich dessen nicht ganz sicher. Im Augenblick handele es sich jedoch vor allem um den Berlin-Aspekt. Er habe Gromyko wiederholt gesagt, daß er nur dann ein Nichtangriffs-Arrangement diskutieren werde, wenn dieses zumindest von einer gesonderten Erklärung begleitet sei, die den Zugang und die Sicherheit von Berlin garantiere. Er habe den Eindruck, daß Chruschtschows Brief sich in diesem Punkt nicht von der Mitteilung Gromykos an Kennedy vom 10. Oktober[20] unterscheide. Der Brief werde übrigens auch den Franzosen und Amerikanern zur Kenntnis gebracht werden. Diese Fragen sollten von den Vier Mächten vor der NATO-Tagung in Paris diskutiert werden.
Der Bundesaußenminister sagte, er hoffe, ein Vierergespräch in Paris vielleicht am Vorabend der Ministertagung zu arrangieren. Er habe bereits

[15] Über das Aide-mémoire des Ministerpräsidenten Chruschtschow, das am 20. November 1963 durch den sowjetischen Botschafter Soldatow dem britischen Außenminister Butler übergeben worden war, informierte Staatssekretär Carstens mit Drahterlaß vom 26. November 1963 an die Botschaften in London, Washington, Paris, Moskau und die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris: „Nach flüchtiger Durchsicht habe ich den Eindruck, daß die Botschaft Wiederholung bekannter sowjetischer Vorschläge über deutschen Friedensvertrag, Nichtverbreitung nuklearer Waffen, Verminderung der ausländischen Streitkräfte und Nichtstationierung nuklearer Waffen in beiden Teilen Deutschlands und Abschluß eines Nichtangriffspaktes enthält." Gegenüber dem britischen Botschafter Roberts habe er sich daraufhin bereits folgendermaßen geäußert: „Neu sei allerdings der Vorschlag einer Erklärung, daß auch alle Berlin betreffenden Fragen friedlich geregelt werden sollten. Bei genauerer Durchsicht des vorgeschlagenen Textes erscheine es mir jedoch zweifelhaft, ob hierin ein Fortschritt zu erblicken sei. Denn in der Erklärung würde gleichzeitig der sowjetische Standpunkt mit voller Schärfe wiederholt." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 421; B 150, Aktenkopien 1963.
Für den Wortlaut des sowjetischen Aide-mémoires und der Antwort des Premierministers Douglas-Home vom 24. Dezember 1963 vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196.
Vgl. dazu weiter Dok. 459, besonders Anm. 26.

[16] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 215.

[17] Zum Gespräch vom 3. Oktober 1963 vgl. Dok. 395, Anm. 4.

[18] Zur Haltung der Bundesrepublik in dieser Frage vgl. bereits Dok. 317.

[19] Am 4. Oktober 1963 berichtete Botschafter Knappstein, Washington, der sowjetische Außenminister habe gegenüber dem amerikanischen Außenminister „ziemlich abrupt [die] Forderung erhoben, USA sollten doch ‚im Geiste des Moskauer Vertrages' einen Nichtangriffspakt unterzeichnen. Rusk habe erneut auf [die] Notwendigkeit einer Verbindung dieses Punktes mit Berlin-Frage hingewiesen, was von Gromyko wieder unzweideutig abgelehnt worden sei." Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 194; B 150, Aktenkopien 1963.

[20] Vgl. dazu Dok. 411, Anm. 21.

Couves Zusage, auch die von Rusk. Er werde Butler noch einladen. Sir Alec hielt ein solches Treffen für nützlich.[21]

7) Zum Schluß erwähnte Sir Alec noch die Frage der englischen Stationierungskosten (support costs), deren zufriedenstellende Regelung wichtig sei.[22] Der Bundeskanzler antwortete, er halte eine ziemlich gute Lösung für möglich. Die deutsche Seite sei gerne bereit, diese Frage mit Boyd-Carpenter zu besprechen.

[gez.] Knappstein

Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 171

431

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium, in Washington

II 6-82.20-2896/63 geheim **26. November 1963**[1]

1) Der Herr Bundeskanzler hatte am 26. 11. ein etwa einstündiges Gespräch mit Staatssekretär Ball.[2] Auf amerikanischer Seite nahmen teil: Assistant Secretary Tyler, Deputy Assistant Secretary Schaetzel, Mr. Finn und Mr. O'Mahony von der Deutschlandabteilung; auf deutscher Seite neben dem Herrn Bundeskanzler der Herr Minister und die Gesandten von Lilienfeld und von Stackelberg.

2) Das Gespräch galt in erster Linie den Eindrücken des Herrn Bundeskanzlers von seinem Besuch in Paris.[3]

EWG und Handel: Der Herr Bundeskanzler führte aus, daß Präsident de Gaulle den allergrößten Wert darauf lege, daß die europäischen landwirtschaftlichen Probleme vor dem Ende dieses Jahres gelöst werden.[4] Er, der Bundeskanzler, habe hiergegen keine Einwände erhoben, solange gewährleistet sei, daß dritte Länder nicht benachteiligt würden und daß der Handelsstrom mit allen übrigen Ländern ungehindert weiterginge. Die gegenwärtigen

[21] Für das Gespräch vom 15. Dezember 1963 vgl. Dok. 473.

[22] Vgl. dazu weiter Dok. 461, besonders Anm. 28.

[1] Botschafter Knappstein, Washington, leitete die Gesprächsaufzeichnung am 3. Dezember 1963 dem Ministerbüro zu. Legationsrat Müller ließ sie zunächst den Staatssekretären Lahr und Carstens vorlegen.
Hat Lahr und Carstens am 7. bzw. 10. Dezember sowie Bundesminister Schröder am 10. Dezember 1963 vorgelegen.
Schröder ließ eine Kopie an das Bundeskanzleramt weiterleiten.

[2] Vgl. dazu auch den Drahterlaß des Bundesministers Schröder, z. Z. Washington, vom 26. November 1963; Abteilung II (II 5/II 6), VS-Bd. 205; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Zu den Gesprächen vom 21./22. November 1963 vgl. Dok. 421–423.

[4] Vgl. dazu Dok. 421; weiter Dok. 463.

Bestimmungen ließen für Verbesserungen genügenden Spielraum. Das Problem sei, daß die sechs EWG-Länder sich auf einen gemeinsamen Getreidepreis einigten. Europa sollte auf landwirtschaftlichem Gebiet keine Autarkie anstreben. Sicherlich sei die französische Politik auf dem industriellen und landwirtschaftlichen Sektor mehr protektionistisch als die deutsche. Deutschland würde für die kommende Kennedy-Runde[5] eine Senkung aller Tarife auf linearer Basis um 50% befürworten.[6] Frankreich habe mehr Interesse, die Frage der Disparitäten zu lösen. Der Bundeskanzler drückte ebenfalls die Hoffnung aus, daß man die Behandlung der Einzelpositionen auf ein Minimum beschränken könne.

3) Mansholt-Vorschlag[7]: Ball führte aus, daß man auf amerikanischer Seite den Mansholt-Vorschlag sowohl unter dem Gesichtspunkt des Preises wie unter dem der Produktionssteigerung geprüft habe. Es sei äußerst schwierig, jetzt zu sagen, welche Wirkung der Wechsel des Preises auf die Produktion haben würde. Zweifellos würde aber der Mansholt-Vorschlag die Wirkung haben, ausländische Importe stark herunterzudrücken. Dies führe zu zwei Fragen: 1) Könnten Versicherungen bezüglich des Getreides dritter Länder eingeschlossen werden? 2) Ist es besser, sich dem gemeinsamen Preis stufenweise statt mit einem Schlag anzunähern? Der Herr Bundeskanzler wies darauf hin, daß der Getreidepreis viele delikate Probleme beinhalte. Er glaube, daß man sich mit Frankreich über Fragen der Milcherzeugnisse und anderer Produkte irgendwie einigen könnte, dies sei aber in bezug auf Getreide zweifelhaft. Der Herr Bundeskanzler betonte, er wisse wohl, daß sich die Bundesrepublik in dieser Frage in keiner guten Position befinde, wies aber auf die internen politischen Probleme in Deutschland hin. Der Getreidepreis sei eine Frage, die er selbst sehr gerne lösen wolle, er sehe aber zur Zeit noch nicht, wann sie gelöst werden könnte. Zur Frage einer stufenweisen Annäherung an den Getreidepreis sagte der Herr Bundeskanzler, er könne dies im Augenblick noch nicht beantworten. Seine erste Reaktion sei jedoch, daß die jetzt vorgesehene Lösung besser sei als eine stufenmäßige Annäherung. Er hätte Präsident de Gaulle mitgeteilt, daß das Getreideproblem für die Vereinigten Staaten viel einfacher würde, wenn die EWG den Vereinigten Staaten einen amerikanischen Anteil auf dem europäischen Agrarmarkt garantieren könnte. Eine solche Versicherung würde auch nicht zu schwierig sein, da die Nachfrage nach Getreide ständig anwachse. De Gaulle hätte sich in diesem Punkt ziemlich rezeptiv verhalten. Ball wies darauf hin, daß die Festsetzung des Getreidepreises natürlich eine Sache der EWG sei, die aber dritte Länder unweigerlich berühre; die amerikanische Regierung legte größten Wert darauf, konsultiert zu werden, bevor eine Entscheidung der EWG getroffen würde; sie stehe zu Besprechungen hierüber jederzeit zur Verfügung.

Der Herr Bundeskanzler fragte Ball, ob in den Vereinigten Staaten die Getreideernte generell und per Anbaufläche im Anwachsen sei. Ball führte daraufhin aus, daß die amerikanischen Farmer die Weizenproduktionskontrolle abgelehnt hätten, daß man sich aber weiterhin bemühen würde, die Anbaufläche

[5] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[6] Zum Problem der Zollreduktionen vgl. Dok. 83, Anm. 9.

[7] Vgl. dazu Dok. 412, Anm. 8.

zu beschränken, und daß man keine Erweiterung der Anbaufläche erwarte. Natürlich nehme die Produktionsrate ständig zu, aber auch hier gebe es einige Experten, die glaubten, daß man am Punkt des relativ abnehmenden Ertrages angekommen sei. Mit der Vergrößerung der landwirtschaftlichen Betriebe wüchse natürlich auch ihre Rationalität. Der Herr Bundeskanzler wies darauf hin, daß dies auch für Deutschland zutreffe, allerdings in einer anderen Größenordnung. In zehn Jahren könnte man dieses Problem sicher leichter lösen. Ball wies auf die Bedeutung des Preises für Futtergetreide hin, die immer größer werde, da es ein wichtiger Exportartikel in die EWG-Länder sei. Unter dem Mansholt-Vorschlag würde die Disparität zwischen dem Preis für Getreide und Futtergetreide weiterhin zuungunsten der amerikanischen Produzenten vergrößert. Der Bundeskanzler drückte sein Verständnis für diese amerikanische Sorge aus, wies darauf hin, daß die Fleischerzeugung in Deutschland ständig zunehme und daher auch ein deutsches Interesse daran bestehe, daß der Preis für Futtergetreide niedrig gehalten werde. Ball wies darauf hin, daß man in verschiedenen Gremien und zu völlig verschiedenen Zeitpunkten Fragen der Agrarpolitik, der weltweiten Lösungen, der Disparitäten und Zollverringerungen diskutiere, daß es aber notwendig sei, daß alle diese Probleme zusammenfassend erörtert würden, was nicht unbedingt auf politischer Ebene geschehen müsse. Der Bundeskanzler stimmte diesem Gedanken zu.

4) Politische Integration: Der Herr Bundeskanzler führte aus, daß die französischen Bedenken gegen eine politische Integration hier wohl bekannt seien. Er wolle jedoch hinzufügen, daß er nicht glaube, daß de Gaulle entschlossen sei, die politische Integration Europas zu verhindern. Seine Konzeption unterscheide sich jedoch wesentlich von derjenigen Deutschlands und Amerikas. Er habe de Gaulle gegenüber ausgeführt, daß er besorgt sei, daß die europäischen Länder souveräne Rechte an nicht-politische Institutionen wie die Kommission der EWG übertrügen, Gremien, die nicht aus Wahlen hervorgegangen seien, aber trotzdem sehr weite Vollmachten erhielten. Er befürchte, daß die gewählten Volksvertretungen die Kontrolle über sehr entscheidende Fragen verlieren würden.[8]

Es bedürfe auf dem Gebiet der politischen Integration unbedingt eines Fortschrittes. Die EWG-Staaten sollten anfangen, wenn es möglich sei, andere Länder aufzunehmen. Er habe de Gaulle ebenfalls gesagt, daß die allgemeine Sorge, die in den USA und den übrigen EWG-Staaten über den deutsch-französischen Vertrag[9] entstanden sei, in Europa nach seiner Meinung abnehme. Italien sei wahrscheinlich bereit, wieder mitzuarbeiten. Deshalb beabsichtige der Herr Bundeskanzler auch einen baldigen Besuch in Italien.[10] De Gaulle habe ausgeführt, daß er vielleicht auch in naher Zukunft Italien besuchen werde. Der Herr Bundeskanzler drückte seine Befürchtung aus, daß man in naher Zukunft wohl nur sehr kleine Fortschritte erreichen könne. Man könne

[8] Vgl. Dok. 421.

[9] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[10] Zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen am 27./28. Januar 1964 in Rom vgl. AAPD 1964.
Vgl. dazu auch BULLETIN 1964, S. 145 f. und S. 161 f. Vgl. ferner OSTERHELD, Außenpolitik, S. 60 f.

nicht nur den wirtschaftlichen Sektor in Europa integrieren. Bilde man aber eine politische Einheit, so bildeten sich viele neue Probleme. Man würde auf jeden Fall sein Bestes versuchen.

5) Atlantische Gemeinschaft: Der Herr Bundeskanzler legte die französische Haltung dar und betonte, daß de Gaulle Europa als einen Machtblock anstrebe, der von den USA unabhängig sei. De Gaulle denke in erster Linie an ein starkes Frankreich, dann an ein gutes Verhältnis zu Deutschland, dann an ein starkes Europa und erst danach an die transatlantischen Verbindungen. Er weise sicher nicht den Gedanken der atlantischen Partnerschaft[11] völlig zurück, sehe ihn aber in der Form von zwei unabhängigen, gleich starken Partnern. De Gaulle suche ein Europa, das völlig unabhängig sei, und betrachte schon daher amerikanische Investitionen sehr kritisch. Europa sei jetzt nach der Meinung de Gaulles zu schwach, um den Vereinigten Staaten zu widerstehen. Der amerikanische Einfluß müsse auf jeden Fall reduziert werden.

6) Verteidigung: Der Herr Bundeskanzler betonte, daß sich de Gaulle in NATO-Fragen besonders negativ ausgedrückt habe. De Gaulle habe ihm gesagt, daß Frankreich stets ein loyaler Verbündeter gewesen sei, was es in Kuba und Berlin bewiesen habe. Die Organisation der NATO müsse aber unbedingt geändert werden. Nach de Gaulles Meinung gäbe es zwei militärische Machtblöcke, die in der Lage wären, sich gegenseitig und damit sich selbst zu vernichten, die USA und die Sowjetunion. Europa könne nicht erwarten, daß die USA ihre eigene Zerstörung riskierten, wenn die Sowjetunion nur ein klar begrenztes europäisches Ziel im Auge habe. Der Herr Bundeskanzler habe de Gaulle gesagt, man müsse und könne sich auf die Vereinigten Staaten verlassen, und ihn erinnert, daß diese in beiden Weltkriegen Frankreich zu Hilfe gekommen seien. Die USA würden zu einer zweitrangigen Macht werden, wenn sie einer sowjetischen Herausforderung in Europa nicht antworten würden. Die Anwesenheit der 7. Armee in Europa sei der beste Beweis hierfür. De Gaulle habe sein Verständnis dafür zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland sich auf die USA verlassen müsse. Frankreich könne dies jedoch nicht und müsse daher seinen eigenen Deterrent haben.[12] Tyler wies darauf hin, man sehe in der französischen Verteidigungspolitik gewisse Widersprüche. In den letzten 18 Monaten hätte Frankreich für die Tiefenverteidigung in Westeuropa plädiert, jetzt plädiere es für einen frühen Einsatz der Nuklearwaffen. Der Herr Bundeskanzler sagte, Präsident de Gaulle habe ihm versichert, daß Frankreich für die Verteidigung Deutschlands sofort seine Nuklearwaffen einsetzen würde. Wenn Frankreich dies täte, habe er de Gaulle erwidert, würde man damit nur einen sowjetischen nuklearen Gegenschlag auslösen, und wir selbst hätten nur die Wahl, wie man sterben wolle. De Gaulle habe betont, vielleicht hätten die Sowjets die Möglichkeit, uns zehnfach zu töten. Der Herr Bundeskanzler habe darauf ausgeführt, daß das Verhältnis vielleicht auch 5 zu ½ sein könnte. Es sei das Beste, die Verteidigung an der deutschen Ostgrenze durch die 23 NATO-Divisionen vornehmen zu lassen; er sehe nicht ein, warum eine Auseinandersetzung für die 23 Divisionen unbedingt negativ

[11] Zur amerikanischen Konzeption der atlantischen Partnerschaft, dem „grand design" des Präsidenten Kennedy, vgl. Dok. 82, Anm. 16.

[12] Vgl. dazu Dok. 423.

ausgehen müßte, wo die Schlacht von Frankreich mit weniger Divisionen gewonnen worden sei. Er habe abschließend noch mal auf die Notwendigkeit der militärischen Integration hingewiesen, glaube jedoch nicht, sehr erfolgreich gewesen zu sein.

7) Am Abschluß der Besprechung wurde noch kurz die Frage des kommenden Besuchs des Herrn Bundeskanzlers[13] erörtert.

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

432

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath

II 5-82.01/94.27-1639/63 VS-vertraulich **27. November 1963**

Betr.: Besuch eines Vertreters der Tschechoslowakischen Außenhandelsgesellschaft in Frankfurt im Auswärtigen Amt

Nach fernmündlicher Besprechung mit Referat III A 6 traf der Vertreter der Tschechoslowakischen Außenhandelsgesellschaft, Herr Urban, am Vormittag des 27. 11. 1963 hier ein. Er wurde von Herrn D II[1] im Beisein von Herrn VLR I Klarenaar (III A 6) und dem Unterzeichneten empfangen.

Herr D II leitete das Gespräch mit dem Hinweis darauf ein, daß der Wunsch nach Aufnahme amtlicher Beziehungen[2] sowohl von den Spitzen der tschechoslowakischen Regierung als auch von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland wiederholt zum Ausdruck gebracht worden sei und daß deshalb jetzt zu prüfen sei, wie man diesen beiderseitigen Wunsch in die Tat umsetze. Herr Urban stimmte dem zu. Er war von seiner Regierung auch in diesem Sinne unterrichtet.

Herr D II erläuterte die Gründe, die es ratsam erscheinen lassen könnten, die Besprechungen über die Errichtung einer Handelsvertretung alsbald zu beginnen, obwohl die schnelle Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen aus Termingründen im Augenblick schlecht möglich sei.

[13] Zum Besuch vom 28./29. Dezember 1963 vgl. Dok. 486–492.

[1] Ministerialdirektor Krapf.

[2] Über den Wunsch der Tschechoslowakei nach Aufnahme offizieller Beziehungen zur Bundesrepublik wurde das Auswärtige Amt am 7. Oktober 1963 durch den Ostausschuß der deutschen Wirtschaft und am 5. November 1963 durch den britischen Botschafter informiert. Roberts teilte mit, daß der tschechoslowakische Außenminister David anläßlich eines Besuchs in London Interesse an Beziehungen zur Bundesrepublik bekundet habe: „Solange wegen der Hallstein-Doktrin die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen nicht möglich sei, käme vielleicht ein Kontakt auf einem niedrigeren Niveau in Betracht." Vgl. den Drahtbericht des Staatssekretärs Carstens vom 5. November 1963 an Bundesminister Schröder, z. Z. Tokio; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 442; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. ferner den Vermerk von Carstens vom 17. Oktober 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 430; B 150, Aktenkopien 1963.

Er wies sodann darauf hin, daß uns die Aufnahme amtlicher Beziehungen etwa in der Form vorschwebe, wie wir sie mit Polen, Rumänien und Ungarn[3] in die Wege geleitet haben, und daß wir unter Wahrung der auch der ČSSR bekannten Grundsätze unserer Politik ein unverbindliches Arbeitspapier ausarbeiten könnten, das als Grundlage für weitere Vorbesprechungen dienen könne. Wir würden es begrüßen, wenn für diese Vorbesprechungen seitens der tschechoslowakischen Regierung ein Mitglied des Außenministeriums ermächtigt würde und hierher käme. Herr Urban meinte, daß vielleicht auch die Entsendung eines deutschen Herrn nach Prag zu erwägen sei. Er stimmte aber dann Herrn D II zu, der unter Hinweis auf die Beispiele von Ungarn und Rumänien erwiderte, man könne vielleicht später in Prag unterzeichnen, wenn hier in Vorbesprechungen alle Punkte zufriedenstellend geklärt seien.

Herr Urban wird seine Regierung verständigen und sich Anfang nächster Woche bereithalten, um uns eine Mitteilung seiner Regierung zu überbringen oder das Arbeitspapier entgegenzunehmen.

Referat II 5 wird im Benehmen mit den Referaten V 1 und V 2 einen Vorentwurf bis Ende dieser Woche vorlegen.[4]

Unter Hinweis auf die neue Sichtvermerksprämie der tschechoslowakischen Regierung erwähnte Herr Urban zum Schluß, daß die Frage der Erteilung von Sichtvermerken seiner Regierung Sorgen bereite. Bis zur Erteilung eines Sichtvermerks vergingen durchschnittlich zwei Monate. Auch würden Sichtvermerke häufig verweigert. Herr D II sprach die Hoffnung aus, daß sich mit der Errichtung von Handelsvertretungen der bisher sehr umständliche Weg abkürzen lassen werde. Es zeigte sich damit erneut, daß die von dem Herrn Staatssekretär angeordnete Erörterung der Sichtvermerksfragen innerhalb des Hauses dringlich wird.

Hiermit über Herrn Dg II[5] Herrn D II[6] vorgelegt.

Luedde-Neurath

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 211

[3] Zu den Abkommen mit Polen vom 7. März 1963, mit Rumänien vom 17. Oktober 1963 und mit Ungarn vom 10. November 1963 vgl. Dok. 114, Anm. 4, Dok. 388, Anm. 10, und Dok. 339, Anm. 14.

[4] Für einen von den Referaten „Völkerrecht und Staatsverträge" und „Gesandtschafts- und Konsularrecht" ausgearbeiteten Entwurf vom 2. Dezember 1963 und eine revidierte Fassung vom 10. Dezember 1963 vgl. Abteilung V (V 2), VS-Bd. 218; B 150, Aktenkopien 1963.
Der Entwurf wurde dem tschechoslowakischen Handelsrat Urban am 16. Dezember 1963 übergeben. Vgl. dazu den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath vom 16. Dezember 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 218; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Ministerialdirigent Reinkemeyer.

[6] Hat Ministerialdirektor Krapf am 28. November 1963 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „Dem Herrn Staatssekretär vorzulegen."
Staatssekretär Carstens vermerkte am selben Tag für Krapf: „Kurze Ministeraufz[eichnung] mit Vorschlägen."
Vgl. dazu die Aufzeichnung von Krapf vom 30. November 1963; Abteilung V (V 2), VS-Bd. 218; B 150, Aktenkopien 1963. Sie lag Bundesminister Schröder am 30. November 1963 vor. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 211.

433

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2291/63 geheim **27. November 1963**

Der äthiopische Botschafter[1] suchte mich heute auf seinen Wunsch auf. Er trug mir zunächst die bekannten Schwierigkeiten und Spannungsmomente vor, die sich während der letzten Jahre im deutsch-äthiopischen Verhältnis entwickelt haben[2] (Kommuniqué des Somalia-Besuchs[3], Verzögerung der Wirtschaftshilfe an Äthiopien[4] und Waffenlieferung an Somalia[5]).

Ich erwiderte, bei dem Somalia-Kommuniqué sei ein Fehler unterlaufen[6], den ich, wie ich dem Botschafter schon früher gesagt hätte, bedauerte. Hinsichtlich der Entwicklungshilfe seien wir um eine schnelle Erledigung bemüht. Ich könnte im einzelnen nicht sagen, auf Grund welcher Schwierigkeiten die Hilfe verzögert sei. Der Komplex Somalia sei wohl inzwischen abgeschlossen, nachdem Somalia sich entschieden habe, sowjetische Hilfe anzunehmen.[7]

1 Aseffa Lemma.

2 Vgl. dazu auch das Gespräch zwischen dem äthiopischen Kaiser Haile Selassie und Bundespräsident Lübke, Bundeskanzler Erhard und Bundesminister Schröder am 26. November 1963 in Washington; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 421; B 150, Aktenkopien 1963.

3 Für das Kommuniqué zum Abschluß des Besuchs des somalischen Ministerpräsidenten Shermake vom 6. bis 12. Dezember 1962 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1962, S. 1934.

4 Dazu hielt Staatssekretär Carstens in einer Aufzeichnung vom 11. Juli 1963 fest: „Von 39 eingereichten Projekten wurden 35 abgelehnt. Sachverständigenkommissionen hielten sich monatelang bis zu dreiviertel Jahren im Lande auf, ohne daß irgendetwas dabei herauskam. Ein deutscher Sachverständiger verlangte von der äthiopischen Regierung als erstes eine Zahlung von DM 30000,– à fonds perdu und offensichtlich ohne jeden Rechtsgrund." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 393.
Vgl. ferner die Aufzeichnung des Botschafters von Schubert, Addis Abeba, vom 25. Oktober 1963 sowie den Vermerk des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara" vom 27. November 1963; Referat I B 3, Bd. 406.

5 Vgl. dazu bereits Dok. 150, besonders Anm. 7, und Dok. 166.
Dazu hielt Ministerialdirektor Jansen am 27. November 1963 für Staatssekretär Carstens fest: „Der Kaiser von Äthiopien hat auf einer kürzlichen Pressekonferenz erklärt, daß die angebotene Militärhilfe der drei Westmächte in einem angemessenen Verhältnis zu den Verteidigungsbedürfnissen Somalias gestanden habe, während die sowjetische Hilfe diesen Rahmen sprengt und damit eine Bedrohung für die Nachbarn Somalias bedeutet. Damit scheint erwiesen zu sein, daß der Kaiser nunmehr für die Überlegungen des Westens, die zur Militärhilfe für Somalia geführt hatten, ein gewisses Verständnis entgegenbringt." Vgl. Referat I B 3, Bd. 406.

6 Dem Kommuniqué zufolge sprach sich die somalische Delegation für die Wiedervereinigung Deutschlands aus. Sie wies in diesem Zusammenhang darauf hin, „daß auch die staatliche Einheit Somalias noch nicht hergestellt sei, weil ein Teil der somalischen Bevölkerung in Gebieten außerhalb der Grenzen lebe und auf friedlichem und legalem Wege einen Zusammenschluß begehre", und spielte damit auf Konflikte mit Äthiopien und Kenia an. Die Bundesrepublik gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine Lösung „in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Selbstbestimmung gefunden werden möge". Vgl. BULLETIN 1962, S. 1934.

7 Am 2. Juni 1961 wurden ein sowjetisch-somalisches Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, ein Waren- und Zahlungs- sowie ein Kulturabkommen unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. VEDOMOSTI VERCHOVNOGO SOVETA SSSR 1961, S. 373–375, S. 391–394 und S. 999–1001.
Im November 1963 erklärte der somalische Außenminister Abdullahi Issa, daß seine Regierung sowjetische Militärhilfe annehmen werde. Vgl. dazu THE TIMES, Nr. 55856 vom 12. November 1963, S. 11.

Der Botschafter deutete an, daß es Kräfte in Äthiopien gäbe, die den Kaiser[8] gegen uns einzunehmen suchten.[9] Er tue sein Möglichstes, um diesen Kräften entgegenzuwirken.

Am Schluß des Gesprächs stellte der Botschafter die Frage, ob wir wohl bereit seien, Äthiopien leichte Panzerwagen und leichte automatische Waffen zu liefern.[10] Er habe früher gehört, daß wir an afrikanische Staaten keine Waffen liefern wollten, aber in einigen Fällen seien wir ja von dieser Praxis abgewichen.[11]

Ich antwortete, es sei unsere Politik, Waffen nicht in Spannungsgebiete zu liefern.[12] Der Botschafter unterbrach mich hier und sagte, an Somalia hätten wir aber Waffen liefern wollen. Ich antwortete, in dem Zeitpunkt, als dieser Beschluß gefaßt worden sei, sei Somalia noch nicht Spannungsgebiet gewesen. Im übrigen sei dieser Punkt inzwischen gegenstandslos geworden.[13] Ich wollte aber, so fuhr ich fort, dem Botschafter heute keine endgültige Antwort geben. Ich müßte mir die Sache durch den Kopf gehen lassen. Wir vereinbarten, daß ich dem Botschafter nach seiner Rückkehr aus Äthiopien (er wird vom 29. 11. bis 15. 12. 1963 abwesend sein) eine Antwort geben würde.[14]

Hiermit Herrn D I[15] mit der Bitte um Stellungnahme.

Carstens

Abteilung I (I B 3), VS-Bd. 187

[8] Haile Selassie.

[9] Vgl. dazu Dok. 371.

[10] Zur Ausrüstungshilfe an Äthiopien vgl. bereits Dok. 378.

[11] Die Bundesrepublik leistete beispielsweise Ausrüstungshilfe an den Sudan und Guinea. Vgl. dazu Dok. 119, Dok. 150 und Dok. 378.

[12] Zu einer entsprechenden Erklärung des Auswärtigen Amts vom Dezember 1957 vgl. Dok. 66, Anm. 4.

[13] Die Bundesrepublik zog ihre Zusage für militärische Hilfe zurück, nachdem Somalia sowjetische Ausrüstungshilfe akzeptiert hatte. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 27. November 1963; Referat I B 3, Bd. 406.

[14] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 16. Januar 1964 über das Gespräch mit Botschafter Lemma; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 421; B 150, Aktenkopien 1964.

[15] Hat Ministerialdirektor Jansen am 28. November 1963 vorgelegen, der die Aufzeichnung an Ministerialdirigent Böker weiterleitete.
Böker bat den Leiter des Referats „Afrika südlich der Sahara", Steltzer, „um Ausarbeitung einer Stellungnahme in Zusammenarbeit mit III A 4" und vermerkte weiter handschriftlich: „M. E. sollten wir uns möglichst aus dem Waffengeschäft heraushalten. Wir sollten auch die Somalis nun nicht unnötig in die Arme der Russen stoßen. Außerdem sollten wir hier nichts ohne die Amerikaner tun, die an Äthiopien die milit[ärische] Ausrüstung liefern."

434

Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem britischen Abgeordneten Brown

Dg I A-I A 5-82.00/94.09/2572/63 VS-vertraulich **27. November 1963**[1]

Betr.: Besuch des britischen Labourpolitikers George Brown bei Staatssekretär Prof. Carstens

Am 27. November 1963 stattete Mr. *Brown,* begleitet von Mr. Bellenger, Herrn Staatssekretär Carstens einen Besuch ab, nachdem er vorher mit Herrn Staatssekretär Lahr gesprochen hatte. Der Unterzeichnete wurde hinzugezogen.

Staatssekretär *Carstens* dankte zunächst Mr. Brown für seine Erklärungen in den Vorträgen in Berlin und Bonn dahingehend, daß eine SBZ-Anerkennung unter keinen Umständen Gegenstand von Verhandlungen sein könne und daß dem deutschen Volk die Wiederherstellung seiner Einheit im Wege der Selbstbestimmung nicht versagt werden könne.[2]

Im übrigen verdienen folgende Gesprächsthemen festgehalten zu werden:

1) Außenpolitische Linie der USA nach dem Präsidentenwechsel

Staatssekretär Carstens gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß der neue Präsident die Linie seines Vorgängers halten würde. Allenfalls sei zu befürchten, daß Johnson, der im kommenden Präsidentschaftswahlkampf[3] einen schwereren Stand haben werde als sein Vorgänger, diesem Wahlkampf daher auch mehr Aufmerksamkeit und mehr Zeit werde widmen müssen, was ihm unter Umständen weniger Zeit lassen würde für außenpolitische Angelegenheiten.

Mr. *Brown* befürchtet, es könne dadurch ein Vakuum entstehen, in das die Sowjetunion oder de Gaulle hineinstoßen würden.

Staatssekretär *Carstens* hält eine verstärkte diplomatische Offensive der Sowjetunion für möglich, rechnet aber weniger mit Machtdemonstrationen wie z. B. einer neuen Berlin-Aktion.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Voigt am 28. November 1963 gefertigt.

[2] Der stellvertretende Vorsitzende der Labour-Party besuchte auf Einladung der Deutsch-Englischen Gesellschaft am 25. November Berlin (West) und am 26./27. November 1963 Bonn. Am 26. November 1963 sprach sich Brown in der Beethovenhalle in Bonn für Verhandlungen mit den Ostblock-Staaten aus, wobei allerdings folgende Punkte „nicht verhandlungsfähig" seien: „a) die bekannten Bedingungen des Westens in der Berlin-Frage; b) eine diplomatische Anerkennung der Sowjetzone (weil dortiges Regime nicht auf dem Willen der Bevölkerung basiert); c) das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung; d) die deutsche Forderung auf Wiedervereinigung". Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Plehwe vom 27. November 1963; Referat I A 5, Bd. 252.

[3] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

2) Entspannungsmaßnahmen; Deutsche Frage

Mr. *Brown* erklärte, er verstehe die deutschen Sorgen wegen eines etwaigen Nichtangriffspaktes NATO/Warschauer Pakt[4] nicht.

Staatssekretär *Carstens* erläuterte, daß wir in zweierlei Richtung Sorgen haben:
a) Mögliche Auswirkung auf die NATO, insbesondere auf die Verteidigungsanstrengungen einiger NATO-Staaten;
b) Gefahr einer politischen SBZ-Aufwertung, selbst wenn statt eines Vertrages parallele Erklärungen der beteiligten Regierungen einschließlich des SBZ-Regimes[5] vorgesehen werden sollten.

Mr. *Brown* erklärte demgegenüber,
zu a): Diese Gefahr sehe er nicht, weil die betreffenden NATO-Mitgliedstaaten ohnehin nicht viel für die Verteidigung täten;
zu b): Habe er ein gewisses Verständnis, aber getroffene Handelsvereinbarungen[6] und der im Teststoppabkommen[7] gefundene Modus sprächen doch eigentlich dafür, daß wir über die SBZ-Hürde hinweg wären.

Mr. Brown glaubt nicht, daß Chruschtschow sich auf eine Vereinbarung über Kontrollposten[8] einlassen wird, da er in solchen Einrichtungen Mittel der Spionage erblicke.

Staatssekretär *Carstens* stellte dann klar heraus, daß bei allen Entspannungsversuchen die deutsche Frage in ihrer vollen Bedeutung zum Tragen kommen müsse, da sie ja eine der Hauptursachen der bestehenden Spannungen sei. Es müsse also angestrebt werden, daß mit jeder Entspannungsmaßnahme ein Fortschritt in der Deutschland- und Berlin-Frage verbunden werde.

Anschließend sprach sich Mr. *Brown* für eine verdünnte Zone in Zentraleuropa aus, die seiner Meinung nach die Spannung verringern würde.[9]

Dies verneinte Staatssekretär *Carstens*, weil ein solches Arrangement den Beginn der Neutralisierung Deutschlands bedeuten könne.

Mr. *Brown* warf ein, er glaube Anzeichen dafür zu verspüren, daß die deutsche Haltung sich etwas verändert habe, insbesondere die des Bundesaußenministers.

[4] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 215. Zur Diskussion während der Sondierungsgespräche im Oktober in New York vgl. Dok. 395, Anm. 4, und Dok. 430, Anm. 19.

[5] Zur Frage von Nichtangriffserklärungen vgl. Dok. 215.

[6] Zu den Abkommen der Bundesrepublik vom 7. März 1963 mit Polen, vom 17. Oktober 1963 mit Rumänien und vom 10. November 1963 mit Ungarn vgl. Dok. 114, Anm. 4, Dok. 388, Anm. 10, und Dok. 339, Anm. 14.

[7] Zum Teststopp-Abkommen und dem Beitritt der Bundesrepublik am 19. August 1963 vgl. Dok. 236, Anm. 2, und Dok. 308, Anm. 3.

[8] Zur Diskussion über die Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 395, Anm. 5, und Dok. 427.

[9] Der Vorschlag einer rüstungsverdünnten Zone in Mitteleuropa wurde von der Labour Party bereits 1956 favorisiert, als der Parteivorsitzende Gaitskell entsprechende Vorschläge vorlegte. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Plehwe vom 18. November 1963; Referat I A 5, Bd. 252.

Staatssekretär *Carstens* verneinte dies; dem Gedanken einer verdünnten Zone könnten wir nur dann nähertreten, wenn sie einen wesentlich größeren Raum, als Mr. Brown angedeutet habe (ganz Deutschland und einige Satellitenstaaten), umfassen werde, nämlich das gesamte kontinentale Europa, einschließlich wesentlicher Gebiete der Sowjetunion.

Mr. *Brown* bemerkte dann, er sei überzeugt davon, daß die USA eine Truppenreduzierung vornehmen würden.[10] Dies habe er insbesondere aus seinem kürzlichen Gespräch mit Präsident Kennedy[11] entnommen. Wenn die Reduzierung aber ohnehin komme, dann könnte man sich doch ganz gut vorstellen, daß die verbleibenden amerikanischen Kampfeinheiten sich auf Frankreich zurückziehen und daß derart eine verdünnte Zone in Deutschland geschaffen werden könne.

Staatssekretär *Carstens* erwiderte, Frankreich werde wohl kaum einem solchen Gedanken zustimmen. Im übrigen glaube er nicht an derartige amerikanische Absichten; die Versicherungen der USA, Europa zu verteidigen, würden unglaubwürdig werden, wenn die amerikanischen Truppen eine Verringerung erfahren würden.[12] Die gesamte Konzeption der Vorwärtsverteidigung[13] würde hinfällig werden.[14]

Abteilung I (I A 4/I A 5), VS-Bd. 64.

[10] Zur Frage einer amerikanischen Truppenreduzierung in Europa vgl. bereits Dok. 398.

[11] Der stellvertretende Vorsitzende der Labour Party besuchte im Oktober 1963 die USA.

[12] Vgl. dazu weiter Dok. 440.

[13] Zur Vorwärtsverteidigung vgl. Dok. 218, Anm. 11.

[14] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich ergänzt.

435

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1152/63 **28. November 1963**

Betr.: Teststoppvertrag[1] im Bundesrat

Der Auswärtige Ausschuß hat der Vorlage[2] einstimmig zugestimmt.[3]

Minister Heubl, Bayern, fragte (mit kritischer Tendenz), wann wir zuerst über die Möglichkeit des Beitritts der SBZ unterrichtet worden seien (ich: 23. 7. 1963)[4] und ob nicht die Gefahr bestehe, daß die Zone zu einer Revisionskonferenz gemäß Artikel II des Vertrages[5] zugelassen würde.

Ich habe zu letzterem erklärt, die USA und Großbritannien würden sich dem widersetzen, wir würden zusammen mit ihnen auf alle mit uns befreundeten Staaten im gleichen Sinne einwirken. Die positive Reaktion dieser Staaten auf unsere Demarche vom August dieses Jahres[6] (von 98 haben 96 positiv geantwortet) lasse es als wahrscheinlich erscheinen, daß wir uns durchsetzen würden. Im übrigen sei es ungewiß, ob eine Revisionskonferenz jemals zusammentreten würde.

Präsident Kaisen meinte, wir hätten das Menschenmögliche erreicht; es sei aber überhaupt zweifelhaft, ob die Nichtanerkennungspolitik[7] uns der Wiedervereinigung näher brächte. Wir trieben die SBZ in die Arme Moskaus. Dem haben Ministerpräsident Kiesinger und ich widersprochen. Ich habe die Motive, Ziele und Erfolge unserer Nichtanerkennungspolitik dargelegt.

Hiermit dem Herrn Minister[8] vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, Bd. 404

[1] Zum Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen am 19. August 1963 vgl. Dok. 308, Anm. 3.
Zu den Beratungen über das Zustimmungsgesetz zum Teststopp-Abkommen vgl. auch Dok. 335.

[2] Für den Entwurf eines Zustimmungsgesetzes zum Teststopp-Abkommen vgl. BUNDESRAT, Anlagen, Drucksachen 1963, Nr. 390/63.

[3] Zur Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrats vom 28. November 1963 vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 294; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Vgl. dazu Dok. 234.

[5] Zu Artikel 2 des Teststopp-Abkommens vgl. Dok. 245, Anm. 11.

[6] Vgl. dazu Dok. 279.
Zur Reaktion vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 17. September 1963; Abteilung V (D V), VS-Bd. 139; B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Vgl. dazu Dok. 251.

[8] Hat Bundesminister Schröder am 28. November 1963 vorgelegen.

436

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2298/63 VS-vertraulich **28. November 1963**

Betr.: Argoud

Mir schwebt vor, die Angelegenheit Argoud[1] auf der Grundlage eines Gesprächs zwischen dem französischen Botschafter[2] und mir zu erledigen. Eine Skizze über meine Vorstellungen über den Gesprächsverlauf füge ich bei.

Der Abgeordnete Mommer, den ich gestern abend traf und dem ich die von mir vorgeschlagene Lösung andeutete, zeigte sich wenig befriedigt. Wir müssen es trotzdem versuchen.

Hiermit Herrn D V[3] gemäß heutiger Besprechung.

gez. Carstens

[Anlage]

Der französische Botschafter suchte mich auf seinen Wunsch auf. Es entwickelt sich folgendes Gespräch:

Französischer Botschafter: Die französische Regierung wird den an sie gerichteten Rechtshilfeersuchen der deutschen Justizbehörden in der Angelegenheit Argoud[4] nicht entsprechen. Sie beruft sich auf die Bestimmung des deutsch-französischen Rechtshilfevertrags, wonach die Rechtshilfe abgelehnt werden kann, wenn Sicherheitsinteressen des Staates involviert sind.[5]

Staatssekretär Carstens: Ich bedauere diese Entscheidung der französischen Regierung sehr. Sie zwingt die Bundesregierung dazu, die Forderung auf Rücküberstellung von Argoud zu erheben. Es liegen prima-facie-Beweise vor, daß Argoud von französischen Dienststellen entführt worden ist. Wir hatten gehofft, daß durch die von uns gestellten Rechtshilfeersuchen eine Aufklärung der Angelegenheit möglich sein würde, und hatten daher trotz der vorliegenden prima-facie-Beweise unsere Entscheidung über die von uns zu ergreifenden Schritte zurückgestellt.

1 Antoine Argoud, eines der führenden Mitglieder der Organisation de l'Armée Secrète (OAS) und des Nationalen Widerstandsrats, wurde am 26. Februar 1963 vom französischen Geheimdienst aus einem Münchener Hotel entführt, nach Paris verschleppt und dort inhaftiert. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10435.

2 Roland de Margerie.

3 Ministerialdirektor von Haeften.

4 Die Oberstaatsanwaltschaft in München richtete am 29. März und am 29. April 1963 Rechtshilfeersuchen an das französische Außenministerium. Vgl. dazu BULLETIN 1963, S. 1766.

5 Nach Artikel 10 der Bestimmungen zur Rechts- und Amtshilfe im deutsch-französischen Vertrag vom 27. Oktober 1956 über die Regelung der Saarfrage konnte ein Rechtshilfeersuchen abgelehnt werden, „wenn die erbetene Handlung mit dem im eigenen Land geltenden Recht unvereinbar ist oder wenn sie der in diesem Land geltenden öffentlichen Ordnung (ordre public) widerspricht". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 1706.
Mit Notenwechsel vom 31. August bzw. 22. Dezember 1959 einigten sich Frankreich und die Bundesrepublik darauf, daß diese Bestimmungen auch nach Ablauf des Saar-Abkommens in Kraft bleiben sollten. Vgl. dazu Referat V 1, Bd. 1207.

Wenn nunmehr die französische Regierung jede Mitwirkung bei der Aufklärung des an Argoud verübten Entführungsverbrechens ablehnt, müssen wir uns an die prima-facie-Beweise halten. Ich kann es mir wohl ersparen, sie im einzelnen anzuführen. Sie sind dem Botschafter bekannt. Dadurch, daß französische Dienststellen an der Entführung Argouds offensichtlich beteiligt waren[6], ist die deutsche Souveränität verletzt worden. Frankreich hat sich eines Völkerrechtsdeliktes Deutschland gegenüber schuldig macht. Die Bundesregierung muß volle Genugtuung fordern.

Die Genugtuung muß in erster Linie in der Wiederherstellung des Zustandes bestehen, der vor dem rechtswidrigen Eingriff bestanden hat. Daher erheben wir die Forderung, Argoud zurückzuüberstellen.[7]

Französischer Botschafter: Die französische Regierung ist nicht in der Lage, dem Ersuchen auf Rücküberstellung Argouds zu entsprechen. Argoud befindet sich aufgrund eines richterlichen Haftbefehls in französischen Gefängnissen. Gegen ihn läuft ein französisches Gerichtsverfahren. Der französische Staat hat keinerlei rechtliche Handhabe, um das gegen Argoud laufende Verfahren zu unterbrechen mit dem Ziel, ihn nach Deutschland zurückzuüberstellen.

Würde im umgekehrten Falle die deutsche Regierung in der Lage sein, einem entsprechenden französischen Ersuchen Genüge zu tun?

Staatssekretär Carstens: Soweit ich die Rechtslage beurteilen kann, würde die deutsche Regierung dazu nicht in der Lage sein. Wenn es aber so ist, daß die französische Regierung nicht in der Lage ist, die von uns erbetene und in erster Linie in Frage kommende Genugtuung zu leisten, dann müssen wir darauf bestehen, daß die französische Regierung sich entschuldigt, daß die Schuldigen bestraft werden und daß die französische Regierung die Zusicherung abgibt, daß sich derartige Vorgänge nicht wiederholen werden.

Französischer Botschafter: Ich bin bereit, diese Erklärungen namens meiner Regierung abzugeben.

Staatssekretär Carstens: Ich betrachte die Angelegenheit damit als erledigt.

Am Schluß wäre zu vereinbaren, daß die von dem französischen Botschafter abgegebenen Erklärungen öffentlich bekannt gegeben werden.[8]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439

[6] Der Passus „an der Entführung ... beteiligt waren" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Argoud auf deutschem Boden entführt haben".

[7] Zur Forderung nach Rücküberstellung des Obersten Argoud vgl. Dok. 479, besonders Anm. 3 und Anm. 6.

[8] Zum tatsächlichen Verlauf des Gesprächs zwischen Staatssekretär Carstens und dem französischen Botschafter de Margerie am 2. Dezember 1963 vgl. Dok. 441.

437

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 130/63 streng geheim **28. November 1963**[1]

Betr.: Besprechung mit Botschafter Shinnar

Ich eröffnete das Gespräch mit dem Hinweis, daß es auf deutscher Seite für angebracht gehalten werde, die Frage einer Fortführung der Entwicklungshilfe[2] nicht isoliert zu betrachten, sondern sie in den Gesamtrahmen der Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik zu stellen. Unser Ziel sei es, Unklarheiten, die in diesem Verhältnis hier und da bestehen könnten, möglichst vollständig zu beseitigen. Hierher gehörte neben der Frage einer materiellen Hilfe, in der es offensichtlich viele Unklarheiten gebe, namentlich die Frage der diplomatischen Beziehungen[3].

In der Frage der materiellen Hilfe gab ich Botschafter Shinnar Kenntnis von der von uns beabsichtigten Erklärung (siehe Anlage)[4]. Ich verwies hierbei darauf, daß sich die Formulierung eng an die Formulierungen der Briefe des Bundeskanzlers Adenauer vom 5. August 1960[5] und 22. Januar 1962[6] anschließe. Die Erklärung bedeute also, daß Bundeskanzler Erhard diese Erklärungen des Bundeskanzlers Adenauer sich zu eigen mache. Botschafter Shinnar nahm hiervon offenbar nicht unbefriedigt Kenntnis, bemerkte aber, daß diese beiden Briefe nicht die einzigen seien, die Bundeskanzler Adenauer an Ministerpräsident Ben Gurion gesandt habe. (Es sind die einzigen, die sich in den Akten des Bundeskanzleramts befinden.) Andere Briefe gingen weiter und ließen die grundsätzliche Bereitschaft erkennen, Israel einen Kredit von 2 Milli-

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 390.

[3] Zur Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel vgl. bereits Dok. 341.

[4] Vgl. dazu Dok. 425.
In der Fassung vom 27. November 1963 lautete die Erklärung: „Der Bundeskanzler hat mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß es in der Vergangenheit gelungen ist, die Gewährung von Krediten auf kommerzieller Basis für konkrete Vorhaben zur Fortführung des wirtschaftlichen Aufbaus Israels mit Erfolg in Gang zu bringen. Er hält auch seinerseits pragmatische Lösungen zur Förderung der Entwicklungsvorhaben für am besten geeignet. Er hofft zuversichtlich, daß auch in Zukunft auf dem bisherigen Wege eine Kreditgewährung möglich sein wird, und wird sich in geeigneter Weise dafür einsetzen." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 444; B 150, Aktenkopien 1963.
Diese Erklärung wurde am 30. April 1964 in Form eines Schreibens des Bundeskanzlers Erhard an Ministerpräsident Eshkol übermittelt. Vgl. dazu Dok. 455, besonders Anm. 11.

[5] Zum Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer an Ministerpräsident Ben Gurion vgl. Dok. 382, Anm. 8.

[6] Mit Schreiben vom 22. Januar 1962 an Ministerpräsident Ben Gurion gab Bundeskanzler Adenauer seiner Freude Ausdruck, daß es gelungen sei, „die Gewährung von Krediten auf kommerzieller Basis für konkrete Vorhaben in Ihrem Lande im Rahmen Ihrer Entwicklungspläne in Gang zu bringen. Ich glaube, daß der Weg pragmatischer Lösungen zur Förderung Ihrer Entwicklungsvorhaben am besten geeignet ist." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd 4; B 150, Aktenkopien 1962.

arden DM in auf 10 Jahre sich verteilenden Raten zu gewähren.[7] Er schlage daher vor, die Erklärung dahin zu ergänzen, daß deutscherseits beabsichtigt sei, ab 1964 jährlich 165 Millionen DM bis zur Erreichung des Gesamtrahmens von 2 Milliarden DM zu zahlen, wobei wir den Vorbehalt machen könnten, daß wir von dem Jahresbetrag von 165 Millionen DM abgehen könnten, wenn unsere wirtschaftliche Lage uns dies als erforderlich erscheinen lasse. Ich erklärte Herrn Shinnar, daß ich von den beiden genannten Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers Adenauer ausgehen müsse, worauf mir Herr Shinnar in Aussicht stellte, weiteres Material über den Gedankenaustausch zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Ben Gurion zur Verfügung zu stellen.

Was das Jahr 1963 angeht, erklärte ich Herrn Shinnar, daß wir bereit seien, neben den in der ersten Jahreshälfte zugesagten etwa 100 Millionen DM nunmehr eine Vereinbarung über 52,7 Millionen DM mit ihm zu treffen. (Auch in den früheren Vereinbarungen waren immer krumme Beträge enthalten, um den Anschein der Periodizität möglichst zu vermeiden.)

Was das Jahr 1964 betrifft, sagte ich, daß wir möglichst bald im Jahr 1964, allerdings erst nach endgültiger Verabschiedung des Haushaltsplans 1964, bereit seien, über den Betrag von 1964 zu sprechen. Alles weitere müsse diesen Gesprächen vorbehalten bleiben. Herr Shinnar zeigte sich hiervon insofern befriedigt, als auf israelischer Seite offenbar der Verdacht entstanden ist, wir nähmen jetzt für 1963 eine Reduktion vor, um uns im Jahre 1964 jeder Zahlung zu entziehen.

In der Frage der diplomatischen Beziehungen bemerkte ich unter Hinweis auf den bekannten Standpunkt der Bundesregierung, daß es weder im Interesse der israelischen noch der deutschen Regierung liegen dürfte, wenn diese Frage immer wieder hochgespielt wird, obwohl in ihr vorläufig nichts geschehen kann. Wenn es schon weder von der einen noch von der anderen Regierung zu verhindern sei, daß sich einzelne Persönlichkeiten aus eigener Initiative zu dieser Frage äußern[8], so sollten sich jedenfalls die Regierungen ihrerseits zurückhalten. Die Bundesregierung werde dies sicherlich tun und würde es begrüßen, wenn die israelische Regierung sich in gleicher Weise verhielte, d.h. die Frage weder von sich aus anschnitte noch andere ermuntere, dies zu tun. Herr Shinnar sagte mir, daß die israelische Regierung bekanntlich die Besorgnisse nicht teile, die wir mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen verbänden, sie habe aber für den deutschen Standpunkt immer Verständnis gehabt und tue ihrerseits nichts, die Angelegenheit hochzuspielen. Es würde einen Irrtum bedeuten anzunehmen, daß deutsche Persönlichkeiten, die sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ausgesprochen haben, hierbei von der israelischen Regierung in irgendeiner Weise beeinflußt worden seien.

[7] Vgl. dazu Dok. 382, besonders Anm. 6 und Anm. 7.

[8] Zu Äußerungen des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel vgl. Dok. 198.
Vgl. dazu auch Dok. 338, Anm. 12.

Zur Frage der deutschen Spezialisten in Ägypten[9] bemerkte ich, daß sich hierdurch leider eine gewisse Belastung des deutsch-israelischen Verhältnisses ergeben habe. Es sei zwar festzustellen, daß die israelische Regierung eine Verantwortung der Bundesregierung für die Tätigkeit der deutschen Spezialisten in Ägypten verneint habe – ein solcher Vorwurf wäre auch völlig absurd gewesen –, aber die in der israelischen Öffentlichkeit erhobenen Beschuldigungen hätten einerseits die Vorgänge übertrieben und aufgebauscht und andererseits auch gewisse Vorwürfe gegenüber den Deutschen im allgemeinen erkennen lassen.[10] Beides habe hier Verwunderung und Enttäuschung hervorgerufen. Wie die Angelegenheit in der deutschen Öffentlichkeit beurteilt werde, ergebe sich aus der von den drei Parteien erhobenen Forderung nach einem Gesetzentwurf und dem Bemühen der Bundesregierung, diesem Wunsch nachzukommen.[11] Gewisse Schwierigkeiten, die sich hierbei ergeben, seien rein objektiver und sicherlich nicht subjektiver Natur. Herr Shinnar sagte hierzu, daß ihm diese Schwierigkeiten bekannt seien und er sein Bestes tue, sie in seinem Land verständlich zu machen. Die israelische Haltung sei weitgehend emotionaler Natur und daher schwer zu beeinflussen. Eben deshalb glaube er aber auch, daß es im wesentlichen auf den Erlaß des Gesetzes und nicht so sehr auf dessen Einzelheiten ankomme. Ich sagte ihm, daß wir von der israelischen Regierung jedenfalls erwarteten, daß sie die Emotionen besänftige.

Herr Shinnar stellte die Frage, ob das Ergebnis unserer Besprechungen nach deren Abschluß in einem Brief des Herrn Bundeskanzlers an den israelischen Ministerpräsidenten seinen Niederschlag finden könne. Ich sagte ihm eine Prüfung dieser Frage zu. (Dieser Gedanke kommt meines Erachtens unseren eigenen Überlegungen entgegen.)[12]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 444

[9] Vgl. dazu Dok. 289, Anm. 2.

[10] Vgl. dazu auch Dok. 142.

[11] Vgl. dazu Dok. 173, besonders Anm. 4 und Anm. 5.

[12] Vgl. weiter Dok. 455.

438

Vermerk des Staatssekretärs Lahr

St.S. 1157/63 **28. November 1963**[1]

Betr.: Entwicklungshilfe für Tunesien

Der tunesische Botschafter[2] suchte mich auf seinen Wunsch heute auf, um mir – nach einem Gespräch mit Staatspräsident Bourgiba – mitzuteilen, daß Tunesien über die bisherige deutsche Hilfeleistung enttäuscht sei.[3] Er wiederholte hierbei im wesentlichen die Argumente, die er kürzlich gegenüber Herrn Staatssekretär I und mir vorgebracht hatte (vgl. die betreffenden Aufzeichnungen).[4]

Ich erwiderte ihm, daß wir uns der politischen Bedeutung Tunesiens durchaus bewußt seien und es keineswegs an gutem Willen für eine Hilfeleistung fehle, aber unsere Mittel im ganzen begrenzt seien und die Verteilung auf die Vielzahl der Anspruch erhebenden Länder es unmöglich mache, alle zufriedenzustellen. Nachdem der Botschafter darauf hingewiesen hatte, daß wir Algerien im ersten Jahr der staatlichen Existenz 50 Millionen DM, Tunesien hingegen im Laufe von 6 Jahren nur 30 Millionen DM zuzüglich der für 1963 noch festzusetzenden Hilfe gegeben hätten, fragte ich den Botschafter, ob es nicht auch im Interesse Tunesiens liege, Algerien einen Anreiz zu geben, sich für den Westen zu entscheiden. Der Botschafter bejahte dies zwar, verwies aber darauf, daß Algerien im Begriff sei, sowjetische und chinesische Hilfe anzunehmen, während Tunesien infolge einer strikten pro-westlichen Haltung allein auf westliche Hilfe angewiesen sei.

Hinsichtlich des Jahres 1963 sagte ich dem Botschafter, daß eine Erhöhung des ursprünglich in Aussicht genommenen Betrages von 10 Millionen DM

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Najib Bouziri.

[3] Am 16. Mai 1963 berichtete Botschafter von Tannstein, Tunis, über Äußerungen des tunesischen Staatspräsidenten zur deutschen Entwicklungshilfe. Bourgiba habe „volles Verständnis" dafür gehabt, daß die Bundesregierung sich bislang „mit Rücksicht auf Frankreich gewisse Zurückhaltung auferlegen mußte". Nachdem sich aber die tunesisch-französischen Beziehungen gewandelt hätten, sei es nunmehr kaum verständlich, „mit welch hohen Investitionen und Krediten [die] Bundesrepublik sich in Ländern engagiert habe, deren politische Einstellung und wirtschaftliche Grundlagen sehr viel unzuverlässiger seien". Vgl. Referat I B 4, Bd. 24.
Vgl. ferner den Bericht von Tannstein vom 31. Juli 1963; Referat I B 4, Bd. 24.

[4] Im Gespräch mit Staatssekretär Carstens am 17. Oktober 1963 führte der tunesische Botschafter Bouziri folgende Argumente für eine verstärkte Entwicklungshilfe an: „Tunesien sei ein seriöser und zuverlässiger Partner. Es habe sich politisch eindeutig auf die Seite der freien Welt gestellt; es lehne es ab, eine Erpressung zu versuchen. Die Lage im Land sei stabil. Im Gegensatz zu anderen Ländern gebe man der Privatinitiative weitgehenden Spielraum. Tunesien und Algerien, die ganz verschiedene Wirtschaftssysteme hätten, ständen in einem ernsten Wettbewerb. Es komme darauf an zu zeigen, daß das tunesische System das bessere sei ...". Carstens vermerkte dazu für Staatssekretär Lahr: „Die vorgetragenen Argumente sind nach meiner Ansicht gut. Tunesien hat sich als ein verläßlicher Partner erwiesen." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 409.
Für eine Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr über seine Unterredung mit Bouziri am 24. Oktober 1963 vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 409.

möglich sei, wenn auch sicherlich nicht in dem von ihm geforderten Umfang – nämlich auf 30 Millionen DM –, und daß sich in diesem Zusammenhang die Frage eines Investitionsschutzabkommens[5] stelle. Zu letzterem Punkt erklärte der Botschafter, daß die tunesische Regierung durchaus bereit sei, ein solches Abkommen zu schließen. Eine gewisse Schwierigkeit liege darin, daß Tunesien mit anderen europäischen Ländern schon eine Reihe Abkommen geschlossen habe, von denen es nicht gern abweiche, während wir andererseits dasselbe in bezug auf einige andere Entwicklungsländer sagten. Hier müsse wohl ein Kompromiß gefunden werden.

Der Botschafter wollte insbesondere wissen, was wir im Jahr 1964 für Tunesien tun würden. Ich wies ihn auf die Unmöglichkeit hin, diese Frage vor Verabschiedung des Haushalts 1964 zu beantworten, und sagte ihm, daß es auch in den Anfang Dezember beginnenden Verhandlungen voraussichtlich noch nicht möglich sein werde, hierüber präzise Angaben zu machen. Trotzdem möchte ich empfehlen, in den kommenden Verhandlungen die tunesischen Fragen nicht gänzlich unbeantwortet zu lassen, sondern zu erkennen zu geben, daß wir für Tunesien im Jahre 1964 etwas tun werden. Es läßt sich in der Tat nicht ganz leugnen, daß Tunesien im Vergleich zu[6] anderen arabischen Ländern dafür, daß es unter ihnen wohl etwa das zuverlässigste ist, nicht eben vorteilhaft abgeschnitten hat.

Hiermit Herrn D III[7] mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Lahr[8]

Büro Staatssekretär, Bd. 409

[5] Ein Vertrag mit Tunesien über die Förderung und den Schutz von Kapitalanlagen sowie ein Kapitalhilfeabkommen wurden am 20. Dezember 1963 unterzeichnet. Zu den Verhandlungen des Botschafters Schlitter vom 9. bis 20. Dezember 1963 in Tunis vgl. Referat III B 6, Bd. 343.

[6] Die Wörter „im Vergleich zu" wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „gemessen an".

[7] Ministerialdirektor Sachs.

[8] Paraphe vom 29. November 1963.

439

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1147/63 **28. November 1963**[1]

Ich empfing heute den Leiter der rumänischen Handelsvertragsdelegation[2] zu einem Gespräch, an dem Botschafter Schlitter teilnahm. Nach einigen einleitenden Bemerkungen allgemeiner Art sagte ich folgendes:

Es gebe eine Frage, die von einem gewissen Interesse für uns sei. Nach Informationen, die ich erhalten hätte, hätte eine größere Zahl von rumänischen Staatsbürgern deutscher Abstammung und deutscher Sprache den Wunsch, nach Deutschland auszuwandern oder, vielleicht könnte man sagen, zurückzukehren, da ihre Vorfahren einmal vor mehreren hundert Jahren aus Deutschland gekommen wären.[3] Diese Frage habe sowohl einen humanitären Aspekt wie einen wirtschaftlichen Aspekt.[4] Wir hätten den Wunsch, mit den Rumänen über diese Angelegenheit zu sprechen. Ich sei mir darüber im klaren, daß er selbst für die Behandlung dieser Frage nicht zuständig sei, doch wäre ich ihm dankbar, wenn er die Mitteilung, die ich ihm gemacht hätte, der in seinem Lande zuständigen Stelle zuleiten würde.

Herr Petri antwortete, daß in Rumänien grundsätzlich das Prinzip der Freizügigkeit gelte. Die Rumänen, die Angehörige in Frankreich, Italien oder auch Israel hätten, könnten im Prinzip in diese Länder auswandern. Überhaupt sei im Prinzip jeder Rumäne berechtigt, das Land zu verlassen, wenn er dies wünsche. Naturgemäß stellte sich eine Reihe von Problemen. Zunächst müsse sichergestellt werden, daß der Betreffende wirklich den Wunsch habe, auszuwandern. Es müßte also ein entsprechender Antrag vorliegen. Sodann müßte sichergestellt werden, daß er seine Verpflichtungen erfüllte und nicht unter Hinterlassung von Schulden abreiste. Schließlich müßten auch gewisse übergeordnete Gesichtspunkte beobachtet werden. Es wäre selbstverständlich nicht möglich, daß plötzlich alle rumänischen Ärzte aus Rumänien auswanderten. Dadurch würde eine Gefährdung der öffentlichen Gesundheit eintre-

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Vom 14. November bis zum 24. Dezember 1963 wurde in München und Bonn über ein neues Warenabkommen mit Rumänien verhandelt. Vgl. dazu Referat III A 6, Bd. 181.
Vgl. auch Dok. 458 und Dok. 470.

[3] Dies betraf die deutschen Volksgruppen, die seit Mitte des 12. Jahrhunderts in Siebenbürgen siedelten bzw. im 18. Jahrhundert im Temeschburger Banat ansässig wurden („Siebenbürger Sachsen" und „Banater Schwaben").

[4] Dazu hielt Staatssekretär Carstens am 25. November 1963 seine Erwartung fest, daß der Leiter der rumänischen Handelsvertragsdelegation – auf die Rückführung der Rumänien-Deutschen angesprochen – „die Frage einer an den rumänischen Staat zu zahlenden Entschädigung anschneiden würde, etwa in dem Sinne, daß durch die Abwanderung Steuereinkommen verloren gingen. Darauf würde ich antworten, daß die Bundesregierung bereit sei, über diese Frage mit sich reden zu lassen." Er habe Bundesminister Dahlgrün gegenüber die Zahl der Rückkehrwilligen auf etwa 100000 geschätzt und vorgeschlagen: „Falls es gelänge, die Rumänen zu veranlassen, ihre Rückkehr zu gestatten, sollte man einen Betrag von 100 Millionen DM zahlen. Selbstverständlich dürften rumänischerseits nicht nur oder etwa überwiegend alte Leute abgeschoben werden." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439; B 150, Aktenkopien 1963.

ten. Alle diese Dinge bedürften einer Behandlung, und es sei ganz klar, daß sie sich leichter behandeln ließen, wenn zu dem Land, in das rumänische Staatsbürger auswandern wollten, angenehme Beziehungen bestünden, während es auf die Gesamtatmosphäre ungünstig wirke, wenn die Beziehungen nicht gut seien.[5]

In dieser Beziehung könne er mit Befriedigung sagen, daß der Abschluß des deutsch-rumänischen Abkommens über den Austausch von Handelsmissionen[6] und auch der Besuch von Ministerialdirektor Krapf in Bukarest[7] günstig gewirkt hätten. Herr Krapf habe seinen Kollegen im rumänischen Außenministerium, Herrn Pele, eingeladen, nach Deutschland zu kommen. Vielleicht wäre auch ein solcher Besuch geeignet, um die Arbeitsatmosphäre weiter zu verbessern.

Zuständig für den Gesamtkomplex in Rumänien sei das Außenministerium. Er würde das Außenministerium unterrichten.[8]

Hiermit Herr D V[9].

Ich meine, wir sollten zunächst abwarten, ob wir von rumänischer Seite etwas hören, nachdem Herr Petri nach Bukarest zurückgekehrt ist. Sollte sich innerhalb von drei bis vier Wochen nach seiner Rückkehr nichts ereignen, sollten wir erwägen, Herrn Pele hierher einzuladen. Bei der Übermittlung der Einladung sollte ihm gesagt werden, daß wir über die Frage der Auswanderung der Rumänien-Deutschen sprechen möchten.

Außerdem sollte die Errichtung unserer Handelsmission in Bukarest beschleunigt betrieben werden.[10]

Carstens[11]

Büro Staatssekretär, Bd. 401

[5] Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Botschafters Schlitter vom 21. November 1963; Referat III A 6, Bd. 181.

[6] Zum Abkommen vom 17. Oktober 1963 vgl. Dok. 388, Anm. 10.

[7] Ministerialdirektor Krapf hielt sich anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens mit Rumänien über den Austausch der Handelsvertretungen am 17. Oktober 1963 in Bukarest auf.

[8] Am 5. Dezember 1963 überreichte Botschafter Schlitter dem Leiter der rumänischen Delegation ein Aide-mémoire in der Frage der Familienzusammenführung und wies darauf hin, daß die Bundesregierung diesen Komplex zwar von den Verhandlungen über das Warenabkommen getrennt zu behandeln wünsche, jedoch – „um etwaige Komplikationen zu vermeiden" – darum bitten müsse, „bis zur Unterzeichnung die Bereitschaft seiner Regierung für die Aufnahme von Besprechungen in nicht allzuferner Zukunft mitzuteilen". Petri erblickte darin ein Junktim, „zu dem er ein absolutes Nein sagen müsse. Wenn wir darauf bestünden, müsse er aber nächste Woche ‚seine Koffer packen'." Dennoch nahm er das Aide-mémoire entgegen. Für die Aufzeichnung von Schlitter vom 6. Dezember 1963 vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 209; B 150, Aktenkopien 1963.
Für den Wortlaut des Aide-mémoires vgl. Referat III A 6, Bd. 181.

[9] Ministerialdirektor von Haeften.

[10] Ein Vorkommando unter Leitung von Legationsrat Drutschmann hielt sich vom 14. bis 27. Februar 1964 in Bukarest auf. Die Handelsvertretung der Bundesrepublik in Bukarest wurde im Juni 1964 eröffnet.

[11] Paraphe vom 28. November 1963.

440

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2313/63 geheim **29. November 1963**

Betr.:. Reduzierung der amerikanischen Truppen in Deutschland[1]

Der Komplex erfordert nach wie vor unsere größte Aufmerksamkeit.

George Brown sagte mir am 27. November 1963[2], er habe den bestimmten Eindruck, daß die amerikanische Regierung die Reduzierung anstrebe.

Ministerpräsident Kiesinger berichtete am 28. November 1963, Präsident Kennedy habe in seinem Gespräch mit ihm am 8. Oktober 1963 die Möglichkeit des Abzugs einer Division[3] angedeutet.[4]

Eisenhower[5] und der demokratische Vorsitzende des Militärausschusses des Repräsentantenhauses, Russell[6], haben sich für eine drastische Kürzung eingesetzt.

Gilpatric hat behauptet, seine Rede, in der er die Möglichkeit einer Reduzierung andeutete[7], sei vorher von Präsident Kennedy gebilligt worden.[8]

1 Zur Frage einer amerikanischen Truppenreduzierung in Europa vgl. bereits Dok. 398.

2 Vgl. Dok. 434.

3 In der 95. Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten vom 28. November 1963 gab Ministerpräsident Kiesinger folgende Äußerung des Präsidenten Kennedy wieder: „Und überhaupt! Wir halten 6 Divisionen in Deutschland in einer Zeit, wo das eigentlich gar nicht mehr so notwendig wäre, da sich ja die Bedrohung abgeschwächt hat." Vgl. Abteilung II (II 8), VS-Bd. 294; B 150, Aktenkopien 1963.

4 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Ist das inzwischen geklärt? Das Telegr[amm] enthält nichts dieser Art." Vgl. dazu weiter Dok. 451.

5 Zu den Äußerungen des ehemaligen amerikanischen Präsidenten vom 18. Oktober 1963 über den Truppenabzug aus Europa vgl. Dok. 396, Anm. 33.
In einem Artikel in der SATURDAY EVENING POST vom 26. Oktober 1963 und einem Fernseh-Interview vom 17. November 1963 wiederholte Eisenhower seine These, „es sei nicht einzusehen, daß die 190 Millionen Amerikaner an der Verteidigung Europas in Friedenszeiten teilnehmen müßten, wenn Europa selbst 220 bis 225 Millionen Einwohner habe. Um die amerikanische Flagge in Europa zu zeigen, reiche eine verstärkte Division vollständig aus." Vgl. dazu die Aufzeichnung des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 24. November 1963; Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 810; B 150, Aktenkopien 1963.

6 Am 19. November 1963 informierte Staatssekretär Carstens Botschafter Knappstein, Washington, über die Meldung, daß Senator Russell der Ansicht des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Eisenhower zugestimmt habe, daß „fünf der sechs in Europa stationierten US-Divisionen abgezogen werden sollten". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 431; B 150, Aktenkopien 1963.
Am 10. Dezember 1963 berichtete Knappstein, Russell habe in einem Interview mit der Zeitung THE ATLANTA JOURNAL am 18. November 1963 gesagt, das Manöver „Big Lift" zeige, daß „there is no reason in the world why this country should have to keep 275 000 troops and 250 000 dependents permanently stationed in Europe". Vgl. Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 810; B 150, Aktenkopien 1963.

7 Zur Rede des Staatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministerium vom 19. Oktober 1963 vgl. Dok. 396, Anm. 34.

8 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Weder Rusk noch der Präs[ident] haben die Rede gekannt. Bundy dagegen hat den Passus so formuliert, daß wir nach seiner Meinung keine Bedenken haben würden."
Vgl. dazu Dok. 403.

Präsident Johnson, der sich wegen seiner Wiederwahl größere Sorgen machen muß als Kennedy, könnte geneigt sein, dem populären Verlangen nach Rückkehr der amerikanischen Soldaten nachzugeben.

Botschafter Knappstein und Abteilung II sollten angewiesen werden, die Entwicklung genauestens zu beobachten.

Die Botschaft Washington sollte in allen Gesprächen, die sie führt, folgende Gedankengänge verwenden:

1) Eine Verkürzung der amerikanischen Truppen in Europa würde die Pläne zu einer Verstärkung der konventionellen Verteidigung, die nach amerikanischer und deutscher Auffassung angestrebt werden muß[9], illusorisch machen.

2) Sie würde den sowjetischen Thesen, daß in Deutschland und seinen östlichen Nachbarstaaten eine Zone verdünnter militärischer Stärke und eine denuklearisierte Zone errichtet werden sollte[10], erneut Nahrung geben.

3) Die englische Labour-Partei, die selbst in dieser Richtung tendiert[11], würde sich in ihrer Ansicht bestärkt fühlen.

4) De Gaulle's Thesen würden bestätigt werden, der seit langem den Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa prophezeit und daraus die Folgerung zieht, daß Europa eine von Amerika unabhängige Atomstreitmacht aufbauen müsse.[12]

5) Die Sicherheit Deutschlands, Berlins und Europas würde in Mitleidenschaft gezogen. Es ist nicht dasselbe, ob amerikanische Truppen auf deutschem Boden stehen oder ob sie gegebenenfalls auf dem Luftwege kurzfristig hierher gebracht werden können.

6) Angesichts wiederholter eindeutiger Erklärungen des früheren amerikanischen Präsidenten[13] und des Außenministers Rusk[14], daß die Truppen in

[9] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II 7 vom 14. November 1963; Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1963.

[10] Vgl. dazu das sowjetische Memorandum vom 26. September 1961; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1961, S. 496–504.

[11] Vgl. dazu die Aussagen des stellvertretenden Vorsitzenden der Labour Party, Brown, gegenüber Staatssekretär Carstens am 27. November 1963; Dok. 434.

[12] Vgl. dazu Dok. 423.

[13] Präsident Kennedy äußerte noch am 31. Oktober 1963 auf einer Pressekonferenz: „The policy of the United States is to maintain 6 divisions in Germany, as long as they are required." Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 447 f.

[14] Zur Rede des amerikanischen Außenministers vom 27. Oktober 1963 vgl. Dok. 398, Anm. 14. Vgl. auch die Äußerungen von Rusk im Gespräch mit Bundesminister Schröder am 26. Oktober 1963; Dok. 403.

Deutschland nicht reduziert werden würden, würde eine solche Maßnahme die Glaubwürdigkeit amerikanischer Zusagen allgemein erschüttern.

Hiermit dem Herrn Minister[15] mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

441

Staatssekretär Carstens an Botschafter Klaiber, Paris

St.S. 2330/63 VS-vertraulich **Aufgabe: 2. Dezember 1963, 20.12 Uhr**
Fernschreiben Nr. 789
Citissime

Für Botschafter zur eigenen Unterrichtung[1]

1) De Margerie suchte mich heute auf und erklärte unter Bezugnahme auf mein Gespräch mit Lucet in der Angelegenheit Argoud[2] folgendes:

Im Oktober 1962 habe die französische Regierung uns Listen von gefährlichen Personen[3] übergeben und uns gebeten, dem aufgeführten Personenkreis die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland nicht zu gestatten. Trotzdem habe Argoud monatelang eine sehr gefährliche Tätigkeit auf deutschem Gebiet ausgeübt, ohne daß dies von den deutschen Behörden verhindert worden sei. Er, der selbst fahnenflüchtiger Offizier sei, habe andere Offiziere zur Fahnenflucht zu veranlassen versucht. Er habe einen Umsturz und ein Attentat gegen General de Gaulle vorbereitet. Alles dies hätte nicht vergessen werden dürfen, als öffentlich über den Fall Argoud gesprochen worden sei.[4]

15 Hat Bundesminister Schröder am 30. November 1963 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „In der Weisung müßte klargestellt werden, daß *wir* keine Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Amerikaner haben."
Im Drahterlaß vom 3. Dezember 1963 an die Botschaft in Washington hielt Staatssekretär Carstens fest, daß keine Zweifel an den offiziellen amerikanischen Äußerungen zur Frage der Truppenreduzierung bestünden. Trotzdem erfordere „dieser Komplex weiterhin unsere größte Aufmerksamkeit, da es sich um ein vitales Anliegen unserer Außenpolitik handelt. Wir müssen etwa sichtbaren Tendenzen, wo immer sie auftreten, sofort und nachdrücklich entgegentreten." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963.

1 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

2 Zum Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium am 21. November 1963 vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt vom 25. November 1963; Referat I A 3, Bd. 368.
Zum Fall Argoud vgl. auch Dok. 436.

3 Zu dieser Liste vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg vom 7. März 1963; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 150.

4 Der Fall Argoud beschäftigte ab März 1963 wiederholt den Bundestag, zuletzt in der Debatte vom 6. November 1963. Vgl. dazu BT ANLAGEN, Bd. 83, Drucksache IV/1067; BT ANLAGEN, Bd. 84, Drucksachen IV/1152 und IV/1261; BT ANLAGEN, Bd. 85, Drucksache IV/1283; BT ANLAGEN,

Falls die Bundesregierung der französischen Regierung in dieser Angelegenheit eine Note übermitteln würde, würde die französische Regierung die Note zurückweisen.[5]

Ich habe[6] folgendes geantwortet:

Die Erklärung des Botschafters sei mir völlig unverständlich. Er habe von den Listen gefährlicher Personen gesprochen; aber die französische Regierung wisse ganz genau, daß Argoud unter falschem Namen und mit falschem Paß zu uns eingereist sei. Wenn er sich monatelang auf unserem Gebiet in der geschilderten Weise betätigt hätte, dann hätte die französische Regierung uns davon unterrichten sollen, und wir wären sicher gegen Argoud eingeschritten. Soweit mir bekannt sei, habe die französische Regierung dies jedoch nicht getan (Botschafter de Margerie erklärte darauf, sie habe es selbst nicht gewußt). Ich fuhr fort, daß es mich auch höchst merkwürdig berühre, wenn uns vorgeworfen würde, daß Argoud bei Offizieren der französischen Armee gegen das französische System und de Gaulle agitiert habe. Sei es unsere Sache, oder sei es Sache der französischen Regierung, ihr Offizierkorps in der Bundesrepublik zu überwachen? Ich hätte bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß das letztere der Fall sei.

Niemand beschönige bei uns das Verhalten Argouds, im Gegenteil, es werde von allen auf das schärfste verurteilt. In meinem Gespräch mit Lucet habe es sich aber um etwas ganz anderes gehandelt; nämlich darum, daß leider starke Anhaltspunkte dafür vorhanden seien, daß Argoud durch französische Dienststellen von deutschem Boden entführt worden sei. Dies sei eine Verletzung der deutschen Gebietshoheit und der deutschen Verfassung[7], für die, wenn sie sich bestätigen sollte, wir Genugtuung verlangen müßten.

Wenn die französische Regierung fortfahre, die an sie gerichteten Rechtshilfeersuchen[8] nicht zu beantworten, so bliebe uns nichts anderes übrig, als auf Grund der erbrachten prima facie-Beweise anzunehmen, daß Argoud durch französische Dienststellen entführt worden sei.

Ich bat den Botschafter, seine Regierung zu bitten, sich über diesen Teil des Komplexes Gedanken zu machen, und bat ihn erneut dringend um Erledigung der Rechtshilfeersuchen.

2) Auf die im Bundestag zur Zeit laufende Frage des Abgeordneten Mommer[9] werde ich voraussichtlich antworten: Ich sei in eine erneute Erörterung des

Fortsetzung Fußnote von Seite 1522

Bd. 86, Drucksachen IV/1468, IV/1477 und IV/1528. Vgl. ferner BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 4342–4347.

5 Eine Note mit der Forderung nach Rücküberstellung von Oberst Argoud wurde erst am 30. Dezember 1963 übermittelt. Vgl. dazu Dok. 479, Anm. 6.

6 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „zunächst offiziell".

7 Die Wörter „und der deutschen Verfassung" wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

8 Zu den Rechtshilfeersuchen vgl. Dok. 436, Anm. 4.

9 Für die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion vom 16. Oktober 1963 vgl. BT ANLAGEN, Bd. 86, Drucksache IV/1528.

Falles mit der französischen Regierung eingetreten; über das Ergebnis würde dem Bundestag in Kürze berichtet werden.[10]

3) Uns wird voraussichtlich – angesichts der immer intransigenter werdenden französischen Haltung – nichts anderes übrig bleiben, als die Rücküberstellung Argouds zu fordern.[11]

[gez.] Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439

442

Runderlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1170/63 **2. Dezember 1963**[1]
Fernschreiben Nr. 3904 Plurex **Aufgabe: 4. Dezember 1963, 09.28 Uhr**

Betr.: Initiative im Bereich der politischen Zusammenarbeit der EWG-Mitgliedstaaten

Im Anschluß an den Bundeskanzler-Besuch in Paris[2] hatte ich den niederländischen Botschafter in Bonn über den Verlauf der Gespräche in großen Zügen unterrichtet und ihn gefragt, welches die niederländische Auffassung bezüglich der Möglichkeit einer erneuten Initiative zur politischen Zusammenarbeit der Sechs[3] sei.

Botschafter van Ittersum suchte mich heute auf und erwähnte zunächst, daß Außenminister Luns in einem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler in Washington den Eindruck gewonnen habe, daß dem Herrn Bundeskanzler die Einberufung einer Gipfelkonferenz der sechs EWG-Staaten[4] vorschwebe.

[10] Am 4. Dezember 1963 antwortete Staatssekretär Carstens im Bundestag auf Fragen des SPD-Abgeordneten Mommer, die Bundesregierung sei aufgrund der Bundestagsdebatte vom 6. November 1963 in der Angelegenheit Argoud erneut „auf hoher Ebene" mit der französischen Regierung in Verbindung getreten. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 4502. Aufgrund dieser Stellungnahme wurde am 5. Dezember 1963 der französische Botschafter de Margerie bei Carstens vorstellig, um das „Erstaunen" seiner Regierung über die öffentliche Debatte über den Fall Argoud auszudrücken. Vgl. dazu den Drahterlaß von Carstens vom 5. Dezember 1963 an Botschafter Klaiber, Paris; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439; B 150, Aktenkopien 1963.

[11] Vgl. weiter Dok. 479.

[1] Hat Bundesminister Schröder am 3. Dezember 1963 vorgelegen.

[2] Zu den Gesprächen vom 21./22. November 1963 vgl. Dok. 421–424.

[3] Zu den deutschen Überlegungen hinsichtlich einer neuen Initiative zu einer europäischen politischen Union vgl. Dok. 421.

[4] Zu diesem Vorschlag vgl. auch Dok. 421.

Die niederländische Regierung frage sich, ob der Zeitpunkt für eine solche Initiative wirklich gekommen sei.[5] Man habe auch in Rom sondiert und festgestellt, daß auch dort eine gewisse Skepsis vorhanden sei.[6]

Ich sagte, auch wir erkennten durchaus, wo die Schwierigkeiten lägen. Die Engländer hätten schon zu erkennen gegeben, daß sie an einer neuen politischen Initiative gerne mitwirken würden[7]; aber es sei sowohl schwierig, diesen Wunsch zurückzuweisen wie ihm Rechnung zu tragen. Auch ich neigte – hierbei erklärte ich, daß dies meine persönliche Meinung sei – der Auffassung zu, mit einer politischen Initiative noch etwas zu warten, vielleicht bis zu einem Zeitpunkt, in dem wir hinsichtlich der Agrarprobleme und der Kennedy-Runde[8] in der EWG gewisse Ergebnisse erzielt hätten.[9]

Andererseits wisse ich, daß der Herr Bundeskanzler an die Möglichkeit einer Initiative dächte.[10]

Der Botschafter erwiderte, daß es gewiß niemanden außer dem Herrn Bundeskanzler gäbe, der eine solche Initiative mit mehr Aussicht auf Erfolg ergreifen könnte. Dennoch sei, wie er gesagt habe, die niederländische Auffassung, was den jetzigen Zeitpunkt betreffe, eher skeptisch. Die niederländische Regierung würde dankbar sein, wenn sie von uns unterrichtet würde, sobald wir eine Initiative zu ergreifen gedächten.

Ich versprach, das letztere zu tun.

[gez.] Carstens

Büro Staatssekretär, Bd. 383

[5] Zur niederländischen Haltung vgl. Dok. 213, besonders Anm. 9; weiter Dok. 447, besonders Anm. 12.

[6] Am 29. Oktober 1963 berichtete Botschafter Klaiber, Rom, eine Wiederaufnahme von Gesprächen über eine europäische politische Union „auf Grundlage [der] Fouchet-Kommission halte [die] italienische Regierung für zwecklos". Sie könne „nur sinnvoll und fördernd sein, wenn [die] französische Seite von bisherigem Standpunkt abzuweichen bereit sei". Vgl. Referat I A 1, Bd. 518.

[7] Am 25. Oktober 1963 informierte Ministerialdirektor Jansen die Botschaften in Paris, Rom und Luxemburg, der britische Gesandte Tomkins habe für die Haltung Großbritanniens im Falle einer Wiederaufnahme von Verhandlungen über eine europäische politische Union auf die Rede des Lordsiegelbewahrers Heath vom 2. Juli 1963 verwiesen. „Erklärung lautet wie folgt: ‚If ... the members of the Community themselves one day think it possible to renew their discussions for a political union, I hope that this time we may be able to take part in these discussions from the beginning and help to shape any future organisation which may evolve. In the meantime, we must seek our objective through other channels." Vgl. Referat I A 1, Bd. 518.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt vom 7. November 1963; Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 10.

[8] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[9] Zur Tagung des EWG-Ministerrats vom 16. bis 23. Dezember 1963 in Brüssel vgl. Dok. 478, Anm. 2.

[10] An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Ich würde dem Herrn Bundeskanzler die vorstehend entwickelten Gedanken vortragen, glaubte aber nicht, daß ich so weit gehen würde, dem Herrn Bundeskanzler von einer Initiative abzuraten, falls er sie zu ergreifen wünschte."

443

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Meyer-Lohse

I B 2-83.00/91-2574/63 VS-vertraulich **2. Dezember 1963**[1]

Ziele und Tätigkeit der Bundesrepublik Deutschland in Lateinamerika; Grundsätze einer europäischen Zusammenarbeit und Koordination

I. Das Hauptinteresse Deutschlands in Lateinamerika[2] ist entsprechend der Zielsetzung aller Partner des westlichen Bündnisses die Erhaltung dieses Subkontinents für die freie Welt des Westens. Deutschland ist daher bemüht, zu der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung sowie zur Bekämpfung des Kommunismus in den lateinamerikanischen Ländern beizutragen. Die zur Erreichung dieses Zieles eingesetzten Mittel sind:

1) Vertiefung der politischen und menschlichen Beziehungen.

a) Die Bundesregierung hat die Präsidenten verschiedener lateinamerikanischer Länder zu offiziellen Besuchen eingeladen. Umgekehrt liegen dem Bundespräsidenten Einladungen vor. Es ist in Aussicht genommen, diesen Einladungen Folge zu leisten, vor allem in die Länder, deren Präsidenten die Bundesrepublik schon besucht haben, wie Brasilien[3], Argentinien[4], Peru[5] und Mexiko[6].

b) Auf Einladung der Bundesregierung haben im Jahre 1962 rund 400 politisch wichtige Persönlichkeiten aus den lateinamerikanischen Ländern die Bundesrepublik besucht. Es besteht die Absicht, diese Einladungen in Zukunft mehr als bisher auf die Gewerkschaften sowie auf Partei- und Studen-

[1] Legationsrat I. Klasse Meyer-Lohse leitete die Aufzeichnung am 9. Dezember 1963 mit einer englischen Übersetzung über Ministerialdirigent Böker an Ministerialdirektor Jansen weiter, dem sie am selben Tag vorlag. In einem begleitenden Vermerk erläuterte Meyer-Lohse: „1) Auf der letzten WEU-Tagung wurde u. a. beschlossen, die Frage einer engeren Zusammenarbeit der WEU-Länder in Lateinamerika zu prüfen. Für die nächste Sitzung des WEU-Rates am 23./24. Januar 1964 soll ein Bericht zu dieser Frage ausgearbeitet werden. Zur Vorbereitung dieses Berichtes treffen sich die Lateinamerika-Experten der WEU-Länder am 12. Dezember in London. 2) Von britischer Seite wurde vorgeschlagen, daß die Mitgliedsländer zu diesem Treffen jeweils einen Bericht über ihre Aktivität sowie Vorschläge für eine Zusammenarbeit vorlegen sollten. Diesem Vorschlag haben alle Länder bis auf Frankreich zugestimmt." Die Aufzeichnung sei der Entwurf eines deutschen Beitrags für die Expertengespräche und gehe auf die „auf der Botschafterkonferenz in Cuernavaca erarbeiteten Thesen" zurück.
Zur Botschafterkonferenz vom 25. Mai bis 1. Juni 1963 in Cuernavaca/Mexiko vgl. Dok. 172, Anm. 28.

[2] Zur Politik gegenüber Lateinamerika vgl. bereits Dok. 195.

[3] Der brasilianische Präsident Juscelino Kubitschek besuchte am 16. Januar 1956 die Bundesrepublik. Vgl. dazu BULLETIN 1956, S. 93–95.

[4] Der argentinische Präsident Arturo Frondizi besuchte vom 27. Juni bis 1. Juli 1960 die Bundesrepublik. Für das Kommuniqué zum Abschluß des Besuchs vgl. BULLETIN 1960, S. 1175.

[5] Der peruanische Präsident Manuel Prado besuchte vom 3. bis 6. März 1960 die Bundesrepublik. Für das Kommuniqué zum Abschluß des Besuchs vgl. BULLETIN 1960, S. 439.

[6] Zum Staatsbesuch des mexikanischen Präsidenten Adolfo López Mateos vom 5. bis 7. April 1963 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 142, Anm. 12.

tenführer auszudehnen. Dieses Einladungsprogramm der Bundesregierung hat sich als ein wirksames Instrument der Werbung erwiesen.

c) Außer der Bundesregierung bemühen sich auch private Einrichtungen um Anknüpfung und Pflege neuer Kontakte: Das Internationale Komitee zur Verteidigung christlicher Kultur (Deutsche Sektion) bemüht sich um den Aufbau von Zweigstellen in Lateinamerika, um auch dort seine antikommunistische Werbetätigkeit besser entfalten zu können. Eine Zweigstelle in Uruguay besteht bereits.

Die politische Akademie Eichholz und das ihr angeschlossene Institut für Internationale Solidarität in Wesseling widmet sich den christlich-demokratischen bzw. -sozialen Bewegungen und Parteien in Lateinamerika.

Die Friedrich Ebert-Stiftung (der Sozialdemokratischen Partei nahestehend) nimmt sich besonders der Gewerkschaftler an.

2) Ausbau der Handelsbeziehungen

a) Zur Förderung des Handelsaustauschs gewährt die Bundesregierung Ausfuhrbürgschaften. Das gegenwärtige Bürgschaftsobligo für Lateinamerika beläuft sich auf rund 4,5 Mrd. DM. Das Handelsvolumen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Lateinamerika betrug 1962 nach Herstellungs- und Verbrauchsländern: deutsche Ausfuhr rd. 3,3 Mrd. DM, deutsche Einfuhr rd. 2,5 Mrd. DM. Die privaten Investitionen haben den Stand von rd. 1,4 Mrd. DM erreicht.

b) Um mögliche Nachteile der EWG-Politik für die lateinamerikanischen Länder zu verhindern, hat die Bundesregierung die vor einiger Zeit von der EWG-Kommission gemachten Vorschläge für eine bessere Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Ländern[7] unterstützt.

Die deutschen Vertretungen in Lateinamerika haben Weisung, in Zusammenarbeit mit den Vertretungen der EWG-Staaten aufklärend zu wirken, um bestehenden Vorurteilen zu begegnen.

3) Gewährung von Wirtschaftshilfe

a) Die Bundesregierung ist bemüht, die Entwicklungshilfe für lateinamerikanische Länder weiter zu erhöhen und hofft, in diesem Jahre den auf diese Länder entfallenden Anteil an Technischer Hilfe auf 27 %, an Kapitalhilfe auf 11 % der gesamten für die bilaterale Entwicklungshilfe vorgesehenen öffentlichen Mittel steigern zu können. Bei der Bewertung der deutschen Wirtschaftshilfe sind außerdem zu berücksichtigen die Beiträge zur multilateralen Entwicklungshilfe (z. B. Weltbank und International Development Association) sowie die namhaften Beträge, mit welchen die Bundesregierung entwicklungswichtige Vorhaben der Kirchen in den lateinamerikanischen Ländern unterstützt.

[7] Die Vorschläge der EWG-Kommission wurden dem Ministerrat der EWG im Januar 1963 übermittelt und am 30./31. Mai 1963 beraten. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 7/1963, S. 22. Vgl. dazu auch die Entschließung des Europäischen Parlaments über die Beziehungen der EWG zu Lateinamerika; AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1963, S. 1928 f.

Die Bundesrepublik hat außerdem in Form von Bürgschaften erhebliche öffentliche Mittel zur Finanzierung von Schuldenregelungen verschiedener lateinamerikanischer Staaten aufgebracht.

b) Schwerpunkt der deutschen Entwicklungshilfe in Lateinamerika ist die Technische Hilfe. Bei Gewährung dieser Hilfe läßt sich die Bundesregierung vom Grundsatz der Partnerschaft leiten, um eine wirksame Mitarbeit des Empfängerlandes sicherzustellen. Hinsichtlich der Auswahl der Projekte richtet sich die Bundesregierung weitgehend nach den Wünschen des Empfängerstaates.

c) Eine Koordinierung der deutschen Entwicklungshilfe mit den Bemühungen anderer Länder wird vor allem im Rahmen des Development Assistance Committee der OECD[8] angestrebt. Die deutschen Vertretungen im Ausland sind im übrigen angewiesen, über Vorhaben anderer Geberländer, insbesondere auch über solche zu berichten, die im Rahmen der Allianz für den Fortschritt[9] durchgeführt werden sollen. Hierdurch sollen Überschneidungen und duplication of efforts vermieden werden.

4) Kulturarbeit

Die Bundesregierung bleibt bemüht, die bestehenden kulturellen Verbindungen zu vertiefen und neue zu knüpfen. Im Jahre 1962 wurden 191 Studienstipendien und 38 Stipendien für Graduates vergeben. Die Zahl der an deutschen Universitäten eingeschriebenen Studenten aus Lateinamerika beläuft sich auf rund 1000. Im Jahre 1962 wurden auf Kosten der Bundesregierung 100 Praktikanten in Lehrstätten und Betrieben der Bundesrepublik ausgebildet. In Lateinamerika befinden sich 27 von der Bundesregierung geförderte Kulturinstitute, sowie 65 Schulen, die von Deutschland aus unterstützt, die aber von einer großen Zahl von Schülern nicht-deutscher Herkunft besucht werden.

5) Öffentlichkeitsarbeit

Die Bundesregierung entfaltet in Lateinamerika eine sehr intensive Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, die Bevölkerung über die kommunistische Wirklichkeit und die Brutalität der kommunistischen Gewaltherrschaft aufzuklären.

Besonders wirksam haben sich dabei die in verschiedenen Ländern gezeigten Ausstellungen über Berlin und der Einsatz von Kinomobilen in abseits gelegenen Landesteilen erwiesen.

II. Grundsätze für Zusammenarbeit und Koordinierung

1) Die Bundesregierung bejaht den Gedanken einer Koordinierung und Zusammenarbeit der europäischen Staaten in Lateinamerika. Denn einerseits können dadurch unsere auf das gemeinsame Ziel gerichteten Bemühungen ge-

[8] Auf der Pariser Wirtschaftskonferenz am 12./13. Januar 1960 beschlossen acht der an der OEEC beteiligten Staaten sowie die EWG-Kommission die Einrichtung einer informellen Entwicklungshilfe-Gruppe zu Beratungen über eine Koordinierung der Entwicklungshilfe. Aus dieser Development Assistance Group ging nach der Gründung der OECD im Oktober 1961 das Development Assistance Committee hervor.

[9] Vgl. dazu Dok. 195, Anm. 3.

stärkt werden, andererseits wird das Ansehen Europas in Lateinamerika durch eine auch nach außen hin sichtbare Solidarität gewinnen.

2) Die Koordinierung und Zusammenarbeit braucht sich nicht auf die Mitglieder der WEU zu beschränken, sondern kann – wie z. B. auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe – auch auf einen größeren Kreis von Ländern ausgedehnt werden.

3) Es ist wichtig und notwendig, die gemeinsamen europäischen Bestrebungen in Lateinamerika mit den Vereinigten Staaten abzustimmen. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der im Rahmen der Allianz für den Fortschritt geplanten Maßnahmen. Unsere Hilfe sollte jedoch nach außen als eine selbständige und von der Allianz für den Fortschritt unabhängige Aktivität in Erscheinung treten, damit sie nicht von den starken anti-amerikanischen Gefühlen in Lateinamerika belastet wird.

4) Für eine Koordinierung und Zusammenarbeit innerhalb der WEU würde im wesentlichen die Kulturarbeit, die Öffentlichkeitsarbeit und eine Abstimmung bestimmter politischer Schritte verbleiben, wie z. B. die Anerkennung neuer Regierungen, die Abstimmung von Staatsbesuchen und ähnliches.

5) Die Auswahl der Sachgebiete im Einzelnen und die Art der zu findenden Zusammenarbeit oder Koordinierung bedürfen einer sorgfältigen Vorbereitung.

Abteilung I (I B 2), VS-Bd. 79

444

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

2. Dezember 1963

Betr.: Bau einer Raffinerie und petrochemischen Anlage in der Sowjetunion durch die deutsche Industrie

Am 29. November dieses Jahres empfing ich die Vertreter eines Konsortiums, zu dem fast alle namhaften deutschen Industriewerke, so u. a. die Firmen Krupp AG, AEG, Siemens-Halske AG, Mannesmann AG, Gelsenberg, Badische Anilin-Werke, gehören. Nach ihrer Darstellung stellt sich das oben genannte Projekt[1] folgendermaßen dar:

Die Sowjetunion beabsichtigt, den Auftrag für den Bau einer Raffinerie und petrochemischen Anlage mit einer Durchlaufkapazität von jährlich 12 Mio. t Rohöl, was die bisher übliche Kapazität solcher Anlagen um das Dreifache übersteigt, an den Westen zu vergeben. Die Gesamtbauzeit bis zur endgültigen Fertigstellung der Anlage soll sich auf einen Zeitraum von 3–4 Jahren erstrek-

[1] Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Botschafters Schlitter vom 5. November 1963; Referat III A 6, Bd. 198.

ken. Die Kosten für ihre Projektierung und Lieferung werden auf rd. 1,2 bis 1,4 Mrd. DM veranschlagt.

Die Sowjetunion hat bereits in derselben Angelegenheit mit der britischen, italienischen und französischen Industrie Gespräche geführt. Die britische Industrie hat bisher kein Interesse gezeigt, weil sie bei dem Bau einer solchen Anlage – im Gegensatz zu den EWG-Staaten – auf amerikanische Patente zurückgreifen muß, die für die Lieferungen an die Sowjetunion wohl kaum freigegeben werden. Auf französischer Seite wurde ein Konsortium gebildet, das sich für den Bau der Raffinerie der Anlage im Werte von rd. 600–700 Mrd. DM interessiert. Diesem Konsortium gehören noch eine holländische sowie eine britische Firma (Humphrey, Glasgow) und die deutschen Firmen Lurgi und Uhde an. Angeblich hat die staatliche französische Ausfuhrkreditgesellschaft „COFACE" der französischen Industrie bereits Garantien in Höhe von rd. 650 Mio. Nfrs. im Rahmen der Berner Union[2] – bis zu 5 Jahren Zahlungsziele nach Fertigstellung der Anlage – zugesichert. Außer dem französischen Konsortium habe die Sowjets auch ein italienisches Konsortium unter der Leitung der Konstruktionsfirma „ENI" interessiert, das jedoch angesichts der Verbindung, die das französische Konsortium und das deutsche Konsortium zur Verwirklichung des Projekts aufgenommen haben, keine großen Aussichten auf Zuteilung des Auftrages hat. Das französische Konsortium würde die Raffinerie und das deutsche Konsortium die petrochemische Anlage erstellen.

In den Gesprächen mit den Sowjets ist die Frage der Zahlungsbedingungen noch nicht zur Sprache gekommen. Von deutscher Seite wird jedoch daran gedacht, daß bei einer Anzahlung von 5–8% des Kaufpreises bei Unterzeichnung des Kontraktes 20% des Kaufpreises bis zur Lieferung und nach Betriebnahme der Anlage, die etwa 2 Jahre nach der Lieferung stattfinden wird, der Rest von 80% des Kaufpreises in 10 Halbjahresraten getilgt würde.

Für die Beurteilung des Projekts dürften folgende hauptsächliche Gesichtspunkte von Bedeutung sein:

1) Es fragt sich, ob man angesichts der bei NATO laufenden Untersuchungen über die Abhängigkeit der Sowjets von westlichen Lieferungen und der daraus möglicherweise folgenden gemeinsamen NATO-Politik[3] eine solche Großanlage liefern soll.

2) Die Zahlungsbedingungen mit einer Laufzeit von 5 Jahren nach Inbetriebnahme der Anlage würden sich im Rahmen der Berner Union und auch des einschlägigen EWG-Beschlusses[4], der den Erörterungen für eine gemeinsame Kreditpolitik gegenüber dem Ostblock im Wirtschaftsberaterausschuß der NATO als Richtlinie dient, halten. Bisher hat die Bundesregierung jedoch den Grundsatz der Barzahlung gegenüber der Sowjetunion vertreten, und eine erste Stellungnahme des Bundeskanzleramtes geht dahin, daß der Herr Bundes-

[2] Zur Berner Union vgl. Dok. 232, Anm. 12.

[3] Zur Kreditpolitik der NATO vgl. Dok. 356, Anm. 4. Vgl. auch Dok. 411 und Dok. 415.

[4] Zum Beschluß der Mitgliedstaaten der EWG vom Oktober 1962 vgl. Dok. 232, Anm. 12.

kanzler an dieser Einstellung im Lichte der Ergebnisse der Sitzung des NATO-Rats vom 18. November 1963[5] festhält.

3) Wenn die Lieferung der Anlage in dem künftigen Warenverkehrsabkommen mit der Sowjetunion[6] Aufnahme finden sollte, so würde dies wegen des außerordentlichen Umfanges der Anlage möglicherweise zu Lasten anderer Lieferungen in die Sowjetunion gehen. Würde jedoch dadurch das Volumen auf der Lieferseite ausgeweitet werden, so würden die Sowjets erhöhte Ausfuhren in die Bundesrepublik durchsetzen wollen, die unter Umständen unerwünscht sind. Hiervon abgesehen paßt ein Objekt mit einer so langen Dauer seiner Abwicklung nicht in ein Warenverkehrsabkommen, das nur auf 3–4 Jahre befristet ist. Das Projekt müßte deshalb außerhalb des Warenverkehrsabkommens abgewickelt werden, wobei ein Teil des Kaufpreises in Gold oder Devisen bezahlt werden müßte.

Nach der Erklärung der Vertreter des Konsortiums fallen gewisse Maschinen, die zu der Anlage gehören, unter die COCOM-Restriktionen[7] für Lieferungen an den Ostblock. Es bedarf noch der abschließenden Klärung, ob und inwieweit die Lieferung der gesamten Anlage hierdurch behindert wird. Sonstige Möglichkeiten einer Unterbindung der Lieferung bestehen nicht.

Ich beabsichtige, zunächst mit Wormser über die Sache zu sprechen.[8]

Hiermit dem Herrn Minister[9] vorgelegt.

Lahr[10]

Referat III A 6, Bd. 198

[5] Zur Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats vom 18. November 1963 vgl. Dok. 424, Anm. 10 und Anm. 12.

[6] Zu den Verhandlungen mit der UdSSR über ein neues Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr vgl. Dok. 408.

[7] Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 18.

[8] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich ergänzt.
Zum Gespräch mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium vermerkte Lahr am 14. Dezember 1963, Wormser habe den Eindruck, „daß es sich um eine Kreditgewährung um mehr als 5 Jahre handle. In diesem Fall würde die französische Regierung ablehnen. Wenn es sich jedoch um eine Kreditgewährung im Rahmen der vereinbarten Grenzen handle, werde sie wohl zustimmen; es würde für sie schwierig sein, in einem Einzelfall von einer sonst ständig geübten Praxis abzuweichen." Vgl. Referat III A 6, Bd. 198.

[9] Hat Bundesminister Schröder am 10. Dezember 1963 vorgelegen.

[10] Paraphe vom 6. Dezember 1963.

445

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem österreichischen Außenminister Kreisky

MB 3562/63 VS-vertraulich **3. Dezember 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing Herrn Außenminister Kreisky am 3. Dezember um 9.00 Uhr. An dem Gespräch nahmen außerdem teil: Herr Botschafter Schöner, Staatssekretär Westrick, Botschafter von Holleben und der Unterzeichnete.

Der Herr *Bundeskanzler* eröffnete das Gespräch damit, daß er sich sehr für die positiven Äußerungen Kreiskys zum Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen[2] bedanke. Wir Deutschen hörten bei derlei Äußerungen sehr genau hin und seien denen dankbar, die unsere Rechte bestätigten.

Herr *Kreisky* brachte dann das Gespräch auf wirtschaftliche Fragen. In Österreich gäbe es zur Zeit eine kaum spürbare Abschwächung der Konjunktur, die aber wieder in Ordnung kommen werde. Das Hauptproblem sei die Assoziierung an die EWG.[3] Frankreich wolle schon im Dezember an Österreich die „Gretchenfrage" wegen der weiteren Zugehörigkeit an die EFTA[4] stellen. Das führe zu schweren inneren Auseinandersetzungen in Österreich. Ein Teil der Kabinettsmitglieder sei dafür, aus der EFTA auszuscheiden. Ein anderer Teil möchte in der EFTA bleiben, zumal der Export in die EFTA-Länder in letzter Zeit gestiegen sei. Eine dritte Gruppe, der er angehöre, versuche, die Freunde Österreichs dazu zu bewegen, nicht auf eine Entscheidung zu drängen. Die Russen versuchten Österreich gegenüber immer auf die Musterländer für Neutralität hinzuweisen, nämlich Finnland und die Schweiz. Wenn Österreich aus der EFTA austrete und die Schweiz erkläre, sie werde das nicht tun, dann könnten die Russen Österreich wieder Schwierigkeiten machen.[5] Österreich

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, gefertigt und am 9. Dezember 1963 dem Ministerbüro zugeleitet. Hat Bundesminister Schröder am 10. Dezember 1963 vorgelegen.

[2] Der österreichische Außenminister äußerte während eines Besuchs in Indien am 9. November 1963 auf einer Pressekonferenz: „Wir alle in Zentraleuropa wissen, daß wirklicher Friede nur möglich ist, wenn die deutsche Frage gelöst wird. Die Lösung dieser Frage ist nur dann möglich, wenn die Deutschen das Recht auf Selbstbestimmung erhalten." Vgl. dazu den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Voigt vom 12. November 1963 an die Botschaft in Wien; Referat 203, Bd. 239.
Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Lüders, Neu Delhi, vom 8. November 1963; Referat 203, Bd. 239.

[3] Zu den Verhandlungen Österreichs über eine Assoziierung mit der EWG vgl. bereits Dok. 81.

[4] Zur EFTA vgl. Dok. 21, Anm. 5.

[5] Schwierigkeiten für die österreichische Regierung konnten bei einem abweichenden Verhalten der Schweiz insofern entstehen, als sich Österreich im Moskauer Memorandum vom 15. April 1955 verpflichtet hatte, „immerwährend eine Neutralität der Art zu üben, wie sie von der Schweiz gehandhabt wird". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7975.
Bereits im Vorfeld des österreichischen Antrags auf Assoziierung mit der EWG vom 12. Dezember 1961 suchte die UdSSR diesen Schritt unter Hinweis auf eine Verletzung der Neutralität zu verhindern. Insbesondere wurde dabei auf Artikel 4 des Österreichischen Staatsvertrags vom

müsse dieses Risiko vielleicht eingehen, möchte es aber erst tun, wenn es wisse, was ihm die EWG einbringe. Das könne jetzt aber noch nicht genau gesagt werden. Er, Kreisky, sei also dankbar, wenn von deutscher Seite die „Gretchenfrage" nicht gestellt werde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, daß er immer Verständnis für die besondere Lage Österreichs gehabt habe, und daß er früher Herrn Kreisky wohl selbst geraten habe, nicht aus der EFTA auszutreten. Nun könne es natürlich gewisse Schwierigkeiten mit der Zugehörigkeit zu zwei Präferenzsystemen geben, zumal für Zollsachverständige.

Herr *Kreisky* sagte, die Franzosen wollten gar nicht Österreich treffen, sondern die EFTA. Auf eine Zwischenfrage von Herrn Staatssekretär Westrick präzisierte er, daß es Herr Couve de Murville sei, der den Druck auf Österreich ausübe.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf den Beitritt Englands zur EWG zu sprechen; zur Zeit sei daran nicht zu denken; wenn England aber wieder bereit sei, werde man auch innerhalb der EWG auf den Beitritt Großbritanniens drängen und werde dafür sorgen müssen, daß der nächste Versuch nicht scheitere.[6]

Herr *Kreisky* sagte dann, daß eine multilaterale Lösung sein Ideal sei, das aber leider kaum realisiert werden könne. Hierzu bemerkte der Herr *Bundeskanzler,* daß man in der Kennedy-Runde[7] seitens der EWG eine einheitliche Auffassung erwarte, die möglichst mit der der EFTA übereinstimmen sollte, so daß dabei schon eine Art „europäische" Auffassung zustande käme. Wenn dies gelinge, so sei ein Teil der Spannungen vermindert.

Herr *Kreisky* sagte, daß keins der übrigen EWG-Länder von Österreich eine rasche Entscheidung verlange. Bisher seien es lediglich die Franzosen. Er möchte daher seine Bitte wiederholen, daß wir ein paar Monate hindurch nicht drängen möchten. Er wisse, daß sich Österreich auf die Dauer entscheiden müsse.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er werde sich die Sache angelegen sein lassen; wir hätten großes Interesse daran, daß in Österreich stabile Verhältnisse erhalten blieben. Er glaube übrigens, daß auch de Gaulle nicht mehr so starr sei und die Kennedy-Runde im Grundsatz bejahe. Er, der Bundeskanzler, hoffe, daß wir im nächsten halben Jahr in Europa wieder einen Schritt vorankämen.

Herr *Kreisky* äußerte sich sodann zu der britischen Labour-Party; Wilson sei der dominierende Mann. Wir Deutschen brauchten aber nicht zu viele Sorgen zu haben. Jede englische Partei müsse vor der Wahl für Entspannungen ein-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1532

15. Mai 1955 hingewiesen, der „eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung zwischen Österreich und Deutschland" verbot. Darüber hinaus wurde der Vorwurf erhoben, die EWG sei die „wirtschaftliche Unterorganisation der NATO". Vgl. dazu den Bericht des Botschafters Janz, Wien, vom 13. Dezember 1961; Referat 203, Bd. 192.
Für den Wortlaut des Artikels 4 des Österreichischen Staatsvertrags vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 727.

6 Zum Scheitern eines britischen EWG-Beitritts am 28./29. Januar 1963 vgl. Dok. 60.

7 Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

treten. Zwei Tage nach der Wahl ändere sich das. Die Labour-Leute würden nichts tun, was der SPD Schaden bringen könne. Das sei für sie ein fast zwingender Grundsatz; insoweit könnten wir also ziemlich beruhigt sein. Im übrigen werde die Labour versuchen, das Commonwealth wieder zu beleben und sich in den Entwicklungsländern stark zu betätigen. Ob sie dabei Erfolg hätten, bleibe abzuwarten. Sicher müßten sie auch dafür sorgen, auf wirtschaftlichem Gebiet ihr Verhältnis zu Europa in Ordnung zu bringen, und insoweit sei die Frage EFTA – EWG noch ziemlich offen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die neuen Leute der Konservativen, Lord Home und Butler[8], noch einmal die Wahlen[9] gewinnen könnten – sicher dann aber nur mit sehr geringer Mehrheit. Wahrscheinlich sei, daß Labour gewinne; es entspreche auch der britischen Tradition, nach drei Legislaturperioden der anderen Partei eine Chance zu geben.

Herr Kreisky kam dann auf das Kreuznacher Abkommen[10] zu sprechen und die Schlußgesetzgebung, die wir zugunsten der Flüchtlinge und Vertriebenen machen wollten.[11] Die deutschen Pläne brächten seine Regierung in eine sehr schwierige Lage.[12] Bei den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei habe Österreich keine Hilfe für die Sudetendeutschen aushandeln können. Andererseits sei es fiskalisch einfach nicht in der Lage, ähnliche Hilfen zu leisten, wie es die BRD vorhabe. Er wäre dankbar, wenn die deutschen und österreichischen Sachverständigen noch einmal über diese Frage sprechen könnten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, daß er das Problem im einzelnen nicht kenne, daß dieses Gespräch aber sicherlich stattfinden könnte.

Das Gespräch endete um 9.45 Uhr.[13]

Ministerbüro, VS-Bd. 8510

[8] Zum Regierungswechsel in Großbritannien am 18. Oktober 1963 vgl. Dok. 389, Anm. 3.

[9] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

[10] Für den Wortlaut des Vertrags mit Österreich vom 27. November 1961 zur Regelung von Schäden der Vertriebenen, Umsiedler und Verfolgten, der am 11. September 1962 ratifiziert wurde, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1962, Teil II, S. 1041–1063.
Ministerialdirektor Jansen hielt in einer Aufzeichnung vom 7. Dezember 1963 zu diesem Punkt des Gesprächs fest, der österreichische Außenminister Kreisky habe um Prüfung der Frage gebeten, „ob es möglich sei, die am 11. April 1964 fällig werdende Rate aus dem Kreuznacher Abkommen vom 27. November 1961 in Höhe von insgesamt 69 Millionen DM der österreichischen Bundesregierung schon vorab zu überweisen". Vgl. Referat I A 4, Bd. 236.

[11] Für den Wortlaut des Gesetzes vom 17. März 1965 zur „Regelung der Verbindlichkeiten nationalsozialistischer Einrichtungen und der Rechtsverhältnisse an deren Vermögen" vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil I, S. 79–84.

[12] Ministerialdirektor Jansen hielt am 7. Dezember 1963 dazu fest: „Herr Kreisky wies darauf hin, daß sich infolge der engen Zusammenhänge zwischen den Gruppen der deutschen Vertriebenen und Ostenteigneten mit denen der österreichischen ‚Nationalvertriebenen' die deutsche Gesetzgebung in Entschädigungsfragen praktisch nahezu präjudiziell auf die österreichischen Maßnahmen auswirke." Vgl. Referat I A 4, Bd. 236.

[13] Vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt vom 4. Dezember 1963 über das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem österreichischen Außenminister Kreisky am 3. Dezember 1963; Referat I A 4, Bd. 236.

446

Generalkonsul Böx, Helsinki, an das Auswärtige Amt

101/63 geheim **3. Dezember 1963**

Betr.: Die sowjetische Botschaft und der deutsche Einfluß in Finnland

Finnland vom Westen zu isolieren und von innen zu erobern, ist das klar erkennbare Ziel der sowjetischen Politik. Deshalb wendet sie sich vornehmlich gegen die bedeutende Stellung, die Deutschland und das Deutsche in diesem Lande auf fast allen Gebieten der volklichen Existenz innehat. Ein leitender Beamter des Außenministeriums faßte mir gegenüber die Lage dahin zusammen: „Sie sind Feind Nr. 1 der sowjetischen Botschaft."

Solange das finnische Volk durch Gefühl, Kultur und Wirtschaft, durch Tradition und Erziehung sich als dem Westen zugehörig betrachtet und aus den Verbindungen dorthin ständig neue Kraft gewinnt, ist der inneren Eroberung vom Osten eine Grenze gesetzt. Obwohl die Beziehungen zu den USA und Großbritannien vertieft werden, vor allem auf wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet, bestehen die engsten Bindungen immer noch zu Deutschland, zu seinem freien Teil. Die Agitation der Sowjets richtet sich gegen das Deutsche und sein Bild in Finnland, gegen die Pflege der deutschen Sprache, gegen die wirtschaftlichen Beziehungen und gegen alle politischen Bemühungen, sich wieder mehr über die Bundesrepublik auf die europäische Mitte zu orientieren.

Die Sowjets versuchen, den Finnen eine neue volkliche Heimstatt zu schaffen, eine slawisch-finno-ugrische, deren wesentliche Elemente die den Finnen verwandten Esten und Ungarn sein sollen. Den deutschen Bestandteil steuert die SBZ bei. Wittenberg, Leipzig und Weimar haben engere geistige und geschichtliche Beziehungen zu Finnland[1] als die Zentren des deutschen Westens. Der Präsident[2] und die ihm nahestehenden Kreise kommen diesen Bemühungen politisch, aber auch kultur-philosophisch entgegen, indem sie Finnland als Brücke zwischen Ost und West ansehen und es ablehnen, weiterhin als Vorposten, auch kulturell, gegen den Osten zu dienen.

Die Sowjets haben in letzter Zeit ihre Bemühungen, die Beziehungen zu Deutschland zu stören, merklich verstärkt. Als Auftakt können die Schritte der Sowjets gegen die Errichtung und Einweihung der Soldatenfriedhöfe in Helsinki und Rovaniemi[3] angesehen werden. Die wochenlange Hetze der kom-

[1] Zur kulturellen Bedeutung von Wittenberg und Leipzig hielt die Handelsvertretung in Helsinki im Halbjahresbericht vom 30. Juni 1959 fest, „bei den politisch führenden Kreisen" sei eine besondere „Anhänglichkeit an z. B. Dresden oder Leipzig, wo sie in der Jugend studiert haben, an die Universität Halle/Wittenberg, dem Ausgangspunkt ihrer evangelischen Konfession" zu beobachten. Vgl. Referat 600, Bd. 186.
Weimar unterhielt eine Städtepartnerschaft mit Hämeenlinna, dem Geburtsort des Komponisten Jean Sibelius.

[2] Urho K. Kekkonen.

[3] Zur Einweihung der Soldatenfriedhöfe in Helsinki-Honkanummi und Norjavärji am 30. bzw. 31. August 1963 vgl. Referat IV 3, Bd. 555. Vgl. auch BULLETIN 1963, S. 1271.

munistischen Zeitungen, Interpellationen im Reichstag, Schritte der volksdemokratischen Partei bei der Regierung und Protestversammlungen sollten die Achtung vor Deutschland zerstören und die Erinnerung an den gemeinsamen Kampf im Fortsetzungskrieg[4] empfindlich trüben. Die Sowjets schreckten vor grober Einmischung in die innenpolitischen Verhältnisse nicht zurück, indem sie ein Verbot der Regierung gegen jegliche offizielle Beteiligung an den Einweihungsfeierlichkeiten erwirkten.[5]

Sehr bald nach diesen Vorfällen unternahm ich auf Einladung des Landeshauptmanns von Lappland[6] eine weitere Reise in den Norden. Man wollte die Eindrücke verwischen, die die kommunistischen Demonstrationen bei uns hinterlassen hatten. Dabei besuchte ich Oulu, die kulturelle Hauptstadt des Nordens und ein Zentrum des Widerstandes gegen den dort stark vertretenen Kommunismus. Die dort abgehaltene Pressekonferez, im wesentlichen über deutsch-finnische Beziehungen, fand ein nachhaltiges Echo in fast allen Zeitungen Finnlands. Die hauptstädtische kommunistische „Kansan Uutiset" kritisierte meine Ausführungen und setzte sie herab. Der sowjetische Botschafter[7] fuhr unmittelbar darauf auch nach Oulu, um in derselben Stadt und am selben Ort auf die Bedeutung und den Charakter der finnisch-sowjetischen Beziehungen hinzuweisen.

Zur Zeit findet eine sowjetische Filmwoche statt. Die Mehrzahl der Darbietungen richtet sich gegen Deutschland. In Hetzfilmen wird die Vergangenheit heraufbeschworen und die Gegenwart verzerrt dargestellt. Proteste unsererseits werden ohne Wirkung bleiben. Die finnische Regierung würde niemals wagen, Zensurbestimmungen gegen sowjetische Filme anzuwenden, so ängstlich sie darauf bedacht ist, alles fernzuhalten, was Kritik oder Feindseligkeit gegen den Osten erkennen läßt. Hier haben die Sowjets ein freies Betätigungsfeld.

Schon zeichnen sich Maßnahmen gegen die deutsche Sprache ab. Ein neues Schulgesetz, im Prinzip die Struktur des östlichen Erziehungswesens, vor allem dessen Einheitsschule, nachahmend, würde das Deutsche auf die letzten drei Jahre der höheren Schule in Konkurrenz mit dem Russischen und Französischen beschränken. Der Hauptbetreiber für eine solche Neuordnung ist der Staatssekretär für Schulwesen, Leiter einer vom Erziehungsministerium weitgehend unabhängigen Behörde, der als linksextremer Sozialist und Deutschenfeind bekannt ist.

Besonders bezeichnend für das sowjetische Vorgehen, aber auch die Reaktion finnischer Stellen, ist folgender Vorfall:

[4] Nach dem sowjetisch-finnischen Winterkrieg 1939/40 trat Finnland am 25. Juli 1941 erneut in den Krieg gegen die UdSSR ein, nachdem die sowjetische Luftwaffe südfinnische Städte bombardiert hatte.

[5] Am 15. August 1963 berichtete Konsul I. Klasse Hergt, Helsinki, über die Kampagne der kommunistischen Presse gegen die Einweihung der deutschen Soldatenfriedhöfe: „Es sei die Pflicht der staatlichen Behörden, zu verhindern, daß ein westdeutscher Propagandaherd auf finnischem Boden errichtet werde. Von der Regierung müsse verlangt werden, daß keine offiziellen oder halboffiziellen Vertreter an den Enthüllungsfeierlichkeiten teilnehmen." Vgl. Referat IV 3, Bd. 555.

[6] Martti J. Miettunen.

[7] Alexej W. Sacharow.

Die amerikanische Botschaft unterhält auf Grund eines Abkommens mit der finnischen Regierung auf der Basis der Gegenseitigkeit auf dem Flugplatz von Helsinki ein Kurierflugzeug vom Typ DC 3. Diese Maschine wird von der Botschaft und den Militärattachés hauptsächlich zu Kurierflügen in die Bundesrepublik benutzt, um mit dortigen amerikanischen Dienststellen in Verbindung zu treten, Kuriergepäck weiterzubefördern und Waren aus amerikanischen PX-Läden nach Helsinki zu bringen. Vor einigen Tagen wandte sich der Stabschef der finnischen Armee, General Maunula, persönlich an den amerikanischen Militärattaché[8]. Er teilte ihm mit, daß die sowjetische Botschaft die häufigen Flüge der amerikanischen Maschine in die Bundesrepublik mit größtem Mißtrauen betrachte. Der sowjetische Militärattaché, Generalmajor Lasarew, habe finnischen militärischen Stellen und ihm gegenüber mehrmals seine Bedenken gegenüber diesen Flügen ausgedrückt. General Maunula habe den Eindruck, die Sowjets befürchteten eine direkte Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen Militärattachés und deutschen Dienststellen. Man versuche sowjetischerseits, auf die finnischen Behörden einzuwirken, damit diese eine Einschränkung der Flüge der amerikanischen Maschine nach Deutschland veranlassen. Der amerikanische Militärattaché erklärte General Maunula, daß die Kurierflüge nach Deutschland lediglich zur Unterhaltung von Verbindungen mit amerikanischen Stellen dienen. General Maunula erwiderte, daß er persönlich dies zwar glaube, man jedoch das starke Mißtrauen der Sowjets gegenüber der Bundesrepublik Deutschland in Rechnung stellen müsse. Es sei ja bekannt, daß die Sowjetunion immer wieder eine angebliche militärische Bedrohung durch die Bundesrepublik Deutschland behaupte. Er bat die Amerikaner, dieses sowjetische Mißtrauen bei der Planung ihrer Kurierflüge zu berücksichtigen.

Dieser Vorfall zeigt, daß die sowjetische Botschaft gesonnen ist, jeden auch noch so unwahrscheinlichen Anschein einer deutsch-finnischen Zusammenarbeit zum Anlaß zu nehmen, um die Finnen unter Druck zu setzen. Er zeigt auch, daß die finnischen offiziellen Stellen auf einen solchen Druck hin sofort reagieren, selbst wenn sie den Anlaß für unzutreffend halten. Man sieht sich anscheinend schon nicht mehr in der Lage, derartige sowjetische Behauptungen als unsinnig zurückzuweisen.

Angesichts der sowjetischen Zielsetzung, Finnland von innen zu erobern und die Festung dadurch sturmreif zu machen, indem man sie gleichsam von der Zufuhr abschneidet, sollte es unsere Aufgabe sein, den inneren Widerstand des finnischen Volkes zu stärken. Wahrscheinlich ist keine andere westliche Nation dafür so geeignet wie Deutschland. Die bisher eingesetzten Mittel reichen jedoch weder personell noch materiell aus, soviel getan worden ist. Die Gefahr bleibt bestehen, daß von Finnland her, unter sowjetischem Druck, der Prozeß der Anerkennung von zwei deutschen Staaten[9] in Bewegung gesetzt wird.

Böx

Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 166

[8] Charles L. Flanders.

[9] Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 1, Anm. 7.

447

Gespräch des Bundesministers Schröder mit den Europa-Abgeordneten Battista und Furler

D I - I A 1-82.09 **3. Dezember 1963**[1]

Herr Battista ist vom Politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments beauftragt, eine Voruntersuchung darüber zu führen, ob sich eine Initiative des Europäischen Parlaments empfiehlt, um dem Gedanken der Politischen Union einen neuen Impuls zu geben.[2] In der ersten Hälfte November hat er die Außenminister von Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg besucht. Über die bei der Gelegenheit geführten Gespräche berichtete er wie folgt:

Außenminister Couve de Murville antwortete positiv auf die Frage, ob die französische Regierung bereit sei, neue Vorschläge des Europäischen Parlaments zur Frage der Politischen Union zu diskutieren. Er meinte, der deutsch-französische Vertrag[3] sei ein bilateraler Vertrag und könne deshalb nicht als Basis für die Politische Union angesehen werden. Das Europäische Parlament gehe zweckmäßigerweise von den Arbeiten der Fouchet- bzw. Cattani-Kommission[4] aus. Die seinerzeit offen gebliebene Frage der Revisionsklausel[5] könne erneut diskutiert werden. Die beiden übrigen strittigen Fragen (Verhältnis der Politischen Union zur NATO und zu den europäischen Institutionen) seien durch die Besprechungen de Gaulles mit Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Fanfani in Baden-Baden[6] und Turin[7] gelöst worden. Da sich das Klima inzwischen geändert habe, könne man jetzt vielleicht mit Gewinn an eine neue Formulierung der Revisionsklausel herangehen. Zur Frage der Beteiligung Großbritanniens hat der französische Außenminister erklärt, daß in dem zu schaffenden Statut der britische Beitritt offen gelassen werden soll. Zu den Verhandlungen könne es jedoch nicht zugezogen werden. Aller-

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 4. Dezember 1963 von Ministerialdirektor Jansen Staatssekretär Carstens mit der Bitte um Weiterleitung an Bundesminister Schröder vorgelegt.

[2] Zur Frage einer neuen Initiative zu einer europäischen politischen Union vgl. auch Dok. 412 und Dok. 442.

[3] Zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. Dok. 44, Anm. 3.

[4] Zur Fouchet-Kommission vgl. Dok. 77, Anm. 3. Der Vorsitz der Kommission wurde am 5. April 1962 vom Generalsekretär im italienischen Außenministerium, Cattani, übernommen.

[5] Nach Artikel 16 des ersten Fouchet-Plans vom 2. November 1961 war drei Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags über die Gründung einer Europäischen Politischen Union eine Revision vorzunehmen, deren Hauptziele „in der Erarbeitung einer einheitlichen Außenpolitik und der progressiven Schaffung einer Organisation bestehen, die innerhalb der Union die in der Präambel zu diesem Vertrag genannten Europäischen Gemeinschaften zentralisiert". Im zweiten Fouchet-Plan vom 18. Januar 1962 wurden in diesem Artikel keine konkreten politischen Ziele mehr genannt, während im Gegenentwurf der Vertreter Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs, Italiens und der Bundesrepublik noch ausführlicher auf diese eingegangen wurde als im ersten Fouchet-Plan. Für die verschiedenen Entwürfe der Revisionsklausel vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 482 f.

[6] Zum Treffen des Staatspräsidenten de Gaulle mit Bundeskanzler Adenauer am 15. Februar 1962 in Baden-Baden vgl. ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 136–150.

[7] Zum Treffen des Staatspräsidenten de Gaulle mit Ministerpräsident Fanfani am 4. April 1962 in Turin vgl. DE GAULLE, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958–1962, S. 209.

dings sollten die Briten über den Gang der Verhandlungen unterrichtet werden.

In einem anschließenden Gespräch mit Staatssekretär Habib Deloncle hat Battista die gleichen Fragen besprochen wie mit Couve de Murville.Er hat die gleichen Antworten erhalten. Zusätzlich äußerte sich der Staatssekretär dahin, daß das Europäische Parlament mehr Rechte erhalten solle. Voraussetzung hierfür sei aber, daß das Parlament ein Gegenüber haben müsse, das nicht nur aus Beamten bestehe, sondern wirkliche politische Macht darstelle. Ein solches Gegenüber müsse ein Ministerrat sein, der eine solche Macht repräsentiere.

Ein weiteres Gespräch Battistas mit Burin des Roziers, Generalsekretär des Elysée, ergab die gleichen Antworten.

Auf die Frage Battistas, wann eine Initiative des Europäischen Parlaments opportun sei, hat Couve geäußert, daß man noch etwas warten solle. Die Gemeinschaft sei z. Z. mit der Agrarfrage[8], dem Problem der GATT-Runde[9] und der Fusion der Exekutiven[10] stark beschäftigt. Er könne sich vorstellen, daß Februar, März, wenn man mit den Agrarfragen einigermaßen fertig sei, eine Initiative mit Erfolg starten könne.

In den Gesprächen Battistas mit Außenminister Spaak[11] und Außenminister Schaus ist ihm nach seinem Urteil fast das gleiche gesagt worden wie von Couve de Murville. Beide Minister haben aber ebenfalls geäußert, man solle mit einer Initiative warten bis nach dem Abschluß der offenen Agrarfragen.

Das Gespräch mit Außenminister Luns sei durchweg negativ gewesen. Er habe die Notwendigkeit einer Politischen Union abgeleugnet. Für die Wirtschaftsfragen sei die EWG da und für die Verteidigung die NATO. Von der notwendigen Zuziehung Großbritanniens zur Politischen Union hat Luns nicht gesprochen.[12] Am Schluß hat er allerdings erklärt, Holland würde jeder Lösung beitreten, die von den fünf übrigen Partnern gemeinsam beschlossen werde.

Der Herr Bundesminister hat Herrn Battista erklärt, daß wir es begrüßen würden, wenn eine neue Initiative zur Bildung der Politischen Union ergriffen

[8] In der EWG sollten bis Ende 1963 die Marktordnungen für Reis, Milch und Molkereiprodukte sowie Rindfleisch verabschiedet sein. Beraten wurde ferner über einen gemeinsamen Getreidepreis. Vgl. dazu auch Dok. 461.

[9] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[10] Zur Fusion der Exekutiven vgl. Dok. 395, Anm. 31.

[11] Zur Haltung des belgischen Außenministers vgl. auch Dok. 428, Anm. 8.

[12] Im Jahr 1962 bestanden Belgien und die Niederlande auf einer Beteiligung Großbritanniens an der geplanten europäischen politischen Union und brachten damit die Verhandlungen zum Scheitern. Vgl. dazu auch Dok. 136.
Am 3. Dezember 1963 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Obermayer, Den Haag, über eine Debatte im niederländischen Parlament zur Europa-Politik: „Zur Feststellung des Abgeordneten Patijn, daß man jetzt von niederländischer Seite nicht mehr auf der Einbeziehung Englands in die Konsultationen bestehen könne, weil es für zwei bis drei Jahre aus dem Integrationsprozeß ausgeschaltet sei, sagte Minister Luns: ‚Diese Auffassung teilt die Regierung nicht.' Für den Außenminister ist eben die Beteiligung Großbritanniens an jeder Form der politischen Zusammenarbeit in Europa eine conditio sine qua non ...". Vgl. Referat I A 1, Bd. 525.

werden könne.[13] Wir seien bereits bei den früheren Verhandlungen sehr positiv gewesen und hätten uns auch mit weniger perfekten Lösungen abgefunden. Uns sei immer als das Wichtigste erschienen, daß ein Anfang gemacht werde. Allerdings müsse man bezweifeln, ob im Augenblick die Chancen für eine Initiative ausreichend seien. Wenn das Parlament sich jedoch mit der Frage auseinandersetzen wolle, so sei das sicherlich nützlich. Wenn ein Plan zu sechs möglich sei, würden wir dem zustimmen. Wenn er zu sieben abgeschlossen werden könne, sei dies noch besser. Die deutsche Politik bleibe dabei, daß Großbritannien mit hineingenommen werden müsse. Die Aussicht auf eine möglichst weitgehende Integration sei infolge der französischen Haltung nicht groß. Deshalb sei es für die Briten möglich, sich einem solchen Konzept anzuschließen. Britische und französische Konzeption seien gar nicht weit voneinander entfernt. Deshalb solle man die Briten mit hineinnehmen. Es sei sicher nützlich, wenn das Parlament ein entsprechendes Statut ausarbeiten würde. Nach Erledigung der anstehenden Agrarfragen und nach einem zufriedenstellenden Anlaufen der Kennedy-Runde sei es möglich, daß die allgemeine Situation für einen neuen Versuch zur Bildung des politischen Europa günstig sei. Als Zeitpunkt könne man hierfür eventuell den Herbst 1964 ins Auge fassen.[14]

Ministerbüro, Bd. 242

448

Staatssekretär Carstens an Botschafter Weber, Kairo

St.S. 2345/63 VS-vertraulich **4. Dezember 1963**[1]
Fernschreiben Nr. 603 **Aufgabe: 5. Dezember 1963, 11.22 Uhr**
Citissime

Für Botschafter

Bei Ihrem bevorstehenden Besuch beim dortigen Außenminister[2] wegen des Vertrages zwischen der SBZ und dem Jemen über den Austausch von Generalkonsuln[3] bitte ich Sie, den Außenminister mit besonderem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Tätigkeit des Herrn Kiesewetter in Kairo für uns allmäh-

[13] Vgl. dazu auch Dok. 442.

[14] Vgl. dazu weiter die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 23. Januar 1964; AAPD 1964.

[1] Hat am 4. Dezember Ministerialdirektor Jansen sowie am 5. Dezember 1963 Ministerialdirigent Böker und dem Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika", Schirmer, vorgelegen.

[2] Mahmoud Fawzi.

[3] Die Vereinbarung zwischen der DDR und der Jemenitischen Arabischen Republik über den Austausch von Generalkonsulaten wurde am 28. Oktober 1963 von dem Beauftragten der DDR in der VAR, Kiesewetter, und dem jemenitischen Außenminister Jacub in Kairo unterzeichnet. Vgl. dazu DOKUMENTE ZUR AUSSENPOLITIK DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, Bd. XI, Berlin (Ost) 1965, S. 627.

lich unerträgliche Formen annimmt.[4] Dadurch, daß er sich Botschafter nennt und als solcher geriert, ist es ihm nach unserer Auffassung gelungen, den in dieser Materie nicht hinlänglich erfahrenen jemenitischen Außenminister[5] zu überfahren. Die Reaktion im Jemen zeigt jedenfalls, daß der jemenitische Außenminister für das, was er tat, nicht die Deckung der jemenitischen Regierung besaß.[6]

Ohne die Tätigkeit des Herrn Kiesewetter auf dem Territorium der VAR wäre es zu dem für uns außerordentlich bedauerlichen Abkommen zwischen dem Jemen und der SBZ nicht gekommen. Unbeschadet unserer Versuche, die jemenitische Regierung zu bewegen, den Vertrag zu annullieren[7], müssen wir

[4] Auf Weisung des Staatssekretärs Carstens vom 19. November 1963 wurde Botschafter Weber, Kairo, bereits am 28. November 1963 im ägyptischen Außenministerium vorstellig. In Abwesenheit des Außenministers Fawzi unterrichtete er den Leiter der Westeuropa-Abteilung, Sarag El Din, über den Standpunkt der Bundesrepublik zum Abkommen zwischen der Jemenitischen Arabischen Republik und der DDR und wies darauf hin, „daß die Betätigung des hier nicht akkreditierten ‚self-styled ambassador of Pankow' – so hatte ihn Herr Fawzi mir gegenüber bezeichnet – in keinster Weise mit den uns von hoher und höchster Stelle wiederholt gegebenen Versicherungen im Einklang stehe, daß diesem Vertreter keine irgendwie gearteten politischen oder diplomatischen Funktionen erlaubt seien". Dazu vermerkte Ministerialdirektor Jansen am 4. Dezember 1963 handschriftlich für Ministerialdirigent Böker: „Genügt nicht. Bitte Bericht über Vorsprache Weber bei Außenminister Fawzi, die möglichst umgehend erfolgen muß, anfordern." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 107; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Mustafa Ahmad Jacub.

[6] Der geschäftsführende Leiter des jemenitischen Außenministeriums, Mufarrah, berief sich am 5. November 1963 im Gespräch mit dem Leiter der Dienststelle in San'a, Seeger, darauf, „daß [die] Bundesregierung bei früherer Gelegenheit sich einverstanden erklärt habe, daß Jemen [der] SBZ [den] gleichen Status einräume, wie sie ihn in [der] VAR genieße. Infolge angespannter Wirtschaftslage sei [die] jemenitische Regierung gezwungen, Handelsbeziehungen und Hilfsquellen [der] SBZ weitgehend zu benutzen, ohne dadurch gute Beziehungen zur Bundesrepublik zu trüben." Im übrigen sei dem „SBZ-Vertreter [in] San'a Exequatur nicht erteilt". Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Steffen, Taiz, vom 9. November 1963; Referat L 4/I B 4, Bd. 48. Vgl. ferner die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 15. November 1963; Referat I B 4, Bd. 63.
Am 12. November 1963 bekräftigte die jemenitische Regierung in einer öffentlichen Erklärung, „daß mit der Einrichtung einer konsularischen Vertretung zwischen der arabischen Republik Jemen und Ostdeutschland nichts beabsichtigt ist als der Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern". Vgl. den Drahtbericht von Steffen, z.Z. San'a, vom 12. November 1963; Referat I B 4, Bd. 63.
Die jemenitische Regierung suspendierte Außenminister Jacub und den stellvertretenden Außenminister Kherbash vom Dienst und leitete eine Untersuchung gegen sie ein. Dazu berichtete Steffen am 25. November 1963, Vizepräsident Hassan Al-Ameri sei „außerordentlich erregt wegen anscheinend doch eigenmächtigen Vorgehens [des] Außenminister[s], zumal für Jemen unergiebig". Vgl. Referat I B 4, Bd. 63.

[7] Mit Drahterlaß vom 27. November 1963 an Botschafter Steffen, Taiz, sprach Staatssekretär Carstens die Hoffnung aus, daß die Untersuchung gegen den jemenitischen Außenminister Jacub ergebe, „daß [der] Außenminister ohne Vollmacht des Regierungschefs und des Kabinetts gehandelt hat und daß [die] jemenitische Regierung hieraus die Folgerung ziehen wird, [die] Kairoer Erklärung für ungültig zu erklären". Er wies Steffen an, seine Bemühungen fortzusetzen, „um eine Ungültigkeitserklärung als für uns günstigste Lösung durchzusetzen. Ob und wieweit in Anbetracht der bedeutenden sowjetischen Hilfsmaßnahmen zumutbar, eine solche Ungültigkeitserklärung öffentlich auszusprechen, überlasse ich Ihrer Beurteilung. Mindestens muß Zusicherung an uns – möglichst in schriftlicher Form – herbeigeführt werden, daß [die] jemenitische Regierung aus [der] Kairoer Erklärung keine Folgerungen ziehen und dementsprechend weder [den] Rang [der] SBZ-Vertretung in San'a erhöhen noch [eine jemenitische] Vertretung in Ostberlin, sei es als Handelsvertretung, sei es als Konsulat, eröffnen wird." Erst dann werde die Bundesregierung dem jemenitischen Botschafter Bascha das Agrément erteilen und „sich um [die] Be-

aus diesem Anlaß unsere Freunde in der VAR bitten, dem Treiben des Herrn Kiesewetter ein Ende zu bereiten. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die VAR-Regierung dafür sorgen könnte[8], daß Herr Kiesewetter aus der VAR überhaupt verschwindet. Nur dadurch kann nach unserer Auffassung sichergestellt werden, daß sein für unsere Interessen im höchsten Maß abträgliches Agieren auf dem Boden der mit uns befreundeten VAR in Zukunft unterbunden wird. Sollten Sie mit diesem Wunsch auf unüberwindlichen Widerstand stoßen, so bitte ich Sie, die dringende Bitte vorzutragen[9], daß die Tätigkeit des Herrn Kiesewetter drastisch eingeschränkt wird. Vor allem sollte ihm untersagt werden, den Titel eines Botschafters zu führen, da dies zweifellos zu Irrtümern Anlaß gibt und seine uns abträgliche Agitation erleichtert.[10]

Carstens[11]

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422

Fortsetzung Fußnote von Seite 1541

schleunigung der Entwicklungshilfemaßnahmen auf dem Gebiet der Kapital-, Sofort- und technische[n] Hilfe im vorgesehenen Rahmen bemühen". Vgl. Referat I B 4, Bd. 63.

8 Der Passus „würden es sehr begrüßen ... sorgen könnte" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „müßten in erster Linie fordern".

9 Der Passus „Sollten Sie ... vorzutragen" wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Sollte die ägyptische Regierung sich nicht in der Lage sehen, diesen in erster Linie von uns vorgebrachten Wunsch zu erfüllen, so müssen wir dringend darum bitten".

10 Der ägyptische Außenminister Fawzi versicherte Botschafter Weber, Kairo, am 25. Dezember 1963, „daß sich der grundsätzliche Standpunkt seiner Regierung hinsichtlich der Nichtanerkennung der SBZ nicht geändert habe". Er werde Gespräche führen, „um dem offensichtlichen Mißbrauch, den der SBZ-Delegierte mit der ihm gelassenen Freiheit treibe, Einhalt zu gebieten". Weber berichtete dazu am 28. Dezember 1963, daß die VAR offenbar unter sowjetischem Druck hinsichtlich einer „Änderung ihrer Haltung gegenüber dem SBZ-Regime" stehe. Man habe „der Betätigung der SBZ-Vertretung in der VAR offenbar eine größere Marge in ihrer Betätigung eingeräumt, um diesem Drängen von sowjetischer Seite die Spitze abzubrechen". Der Botschafter glaubte daher nicht an eine Einengung der Tätigkeit des Beauftragten der DDR. „Wir müssen sogar damit rechnen, daß die SBZ ihre hiesigen Vertretungen, bestehend aus Delegiertem, Generalkonsulat, Handelsmission und Pressebüro, personell weit über den jetzigen Umfang von etwa 80 Personen hinaus verstärken wird, um im wirtschaftlichen und politischen Leben Kairos an jeder nur möglichen Stelle ihre Präsenz darzutun, um daraus politische Münze zu schlagen. Wir können allenfalls auf eine größere Zurückhaltung der hiesigen amtlichen Stellen im Verkehr mit dem SBZ-Delegierten hoffen, aber an der Tatsache selbst werden wir angesichts der geschilderten Lage nichts ändern können. Allerdings bieten wir, solange wir keine diplomatischen Beziehungen zu Israel aufnehmen, der hiesigen Regierung eine Handhabe, ihrerseits auch die Anerkennung der SBZ weiterhin grundsätzlich abzulehnen." Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 107; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu auch das Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem ägyptischen Botschafter Sabri vom 30. Januar 1964; AAPD 1964.

11 Paraphe vom 4. Dezember 1963.

449

Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-9083/63 geheim
Fernschreiben Nr. 1205

Aufgabe: 4. Dezember 1963, 20.00 Uhr
Ankunft: 4. Dezember 1963, 20.05 Uhr

Wie ich streng vertraulich erfahre, hat französische Botschaft den Quai d'Orsay und – durch Schreiben Dejeans an Burin des Roziers – Elysée kürzlich darauf hingewiesen, daß Chruschtschow in letzter Zeit gegenüber westlichen Besuchern (Wilson[1], Mollet[2], Haekkerup[3] u.a.) in intimen Gesprächen wieder behauptet, de Gaulle habe ihm 1960 in Rambouillet[4] selbst gesagt, er sei als Franzose an der Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands in eine dem Westen verbundene Bundesrepublik und einen zum Sowjetblock gehörenden kommunistischen deutschen Staat interessiert; Chruschtschow füge stets hinzu, England wünsche die Wiedervereinigung schon gar nicht, die USA leisteten lediglich Lippenbekenntnisse zur Beruhigung Bonns.

Hiesigem französischen Botschafter liegt laut Mitteilung eines zuverlässigen Mitarbeiters Dejeans Informationserlaß (April 1960) über Gespräch de Gaulle–Chruschtschow (während Entspannungs-Periode nach Camp David[5]) vor, aus dem folgendes hervorgeht: Nach Chruschtschows einleitenden Ausführungen habe de Gaulle erwidert, die gegenwärtige Teilung Europas – und damit auch Deutschlands – sei eine Tatsache, aber sie sei künstlich und vorübergehend; der Kommunismus werde sich auf die Dauer in Deutschland und Osteuropa nicht halten können. Doch gebe er selbst zu, daß die jetzige Spaltung Deutschlands in einen aus freien Stücken zum Westen stehenden Teil und einen gegen den Willen der Bevölkerung vom Kommunismus beherrschten Teil de facto noch lange Jahre (es war die Rede von möglicherweise 20–30 Jahren) dauern könne. Dieser faktische Status quo sei unbefriedigend; keine Seite dürfe jedoch versuchen, ihn mit Gewalt zu ihren Gunsten zu ändern; eine Anerkennung des Status quo sei in Wirklichkeit eine substantielle Änderung zu sowjetischen Gunsten. Das Vertrauen des deutschen Volkes in den Westen dürfe nicht enttäuscht werden; Chruschtschow müsse daher verstehen, daß Frankreich den offensiven sowjetischen Forderungen in der Berlin- und Deutschlandfrage nicht nachgeben wolle.

[1] Zum Besuch des Vorsitzenden der Labour-Partei vom 9. bis 15. Juni 1963 in Moskau vgl. Dok. 201.

[2] Der Vorsitzende der Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO) besuchte vom 26. Oktober bis 4. November 1963 mit einer Delegation seiner Partei die UdSSR. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Groepper, Moskau, vom 13. November 1963; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Der dänische Außenminister besuchte vom 11. bis 23. November 1963 die UdSSR. Zum Gespräch zwischen Haekkerup und Ministerpräsident Chruschtschow am 20. November 1963 vgl. den Drahtbericht des Botschafters Groepper, Moskau, vom 28. November 1963; Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 168; B 150, Aktenkopien 1963. Für einen Auszug vgl. Dok. 454, Anm. 9.

[4] Zum Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 23. März bis 3. April 1960 in Frankreich vgl. DE GAULLE, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958–1962, S. 237–246.

[5] Zu den Gesprächen des Ministerpräsidenten Chruschtschow am 26./27. September 1959 mit Präsident Eisenhower in Camp David vgl. Dok. 216, Anm. 25.

De Gaulles Einstellung zu den realen Möglichkeiten einer baldigen deutschen Wiedervereinigung – so betonte französischer Botschaftsvertreter – sei bekanntermaßen eher pessimistisch; diesbezügliche Feststellungen in Rambouillet habe Chruschtschow – zweifellos bewußt – entstellt. Sein Manöver, das Mißtrauen im Westen säen zu wollen, sei klar, aber deshalb nicht weniger diabolisch. Denn da die Sowjets jede Verbesserung des Status quo im freiheitlichen Sinne total blockieren und massiv versuchen, ihn zu ihren Gunsten zu ändern, sei der Gegenbeweis gegen Chruschtschows Verleumdung praktisch nicht anzutreten. Von einer Beibehaltung oder gar einem Wunsch de Gaulles nach Beibehaltung der sowjetisch-kommunistischen Herrschaft in der SBZ könne angesichts der völlig gewandelten französischen Interessenlage nicht die Rede sein. Niemals habe sich der Präsident in diesem „perversen Sinne" geäußert. Zumindest habe Frankreich seit der Berlin-Offensive von 1958[6] in unleugbarer Kontinuität jeden Versuch zur Fixierung der Spaltung Deutschlands zurückgewiesen. Hingegen gäbe es angeblich betont nationalgesinnte deutsche Politiker, die im Namen der Wiedervereinigung – bewußt oder unbewußt, aber jedenfalls tatsächlich – zur Spaltung Deutschlands beitrügen (ausdrückliche Anspielung auf Dr. Dehlers Moskaureise[7] und seine Äußerungen über die „beiden deutschen Staaten"[8]; desgleichen auf die deutscherseits gegen französische Bedenken gewünschte Form der Teilnahme an Genfer Konferenz 1959[9], die SBZ-Position international erstmals erheblich aufgewertet habe). Französischer Botschaft ist nicht bekannt, ob de Gaulle Chruschtschows „Flüsterpropaganda" in irgendeiner Form entgegentreten will.

Französische Botschaft bittet, obige Mitteilung über Berichterstattung an Quai d'Orsay und Elysée unbedingt vertraulich zu behandeln. Ich bitte deshalb, auch französischen Gesprächspartnern gegenüber nichts von unserer Kenntnis der Vorgänge verlauten zu lassen.

[gez.] Groepper

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 47

[6] In Noten vom 27. November 1958 an die Westmächte drohte der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow mit der einseitigen Aufkündigung des Vier-Mächte-Status von Berlin, wenn sich Frankreich, Großbritannien und die USA nicht binnen sechs Monaten zu Verhandlungen über seine Berlin-Vorschläge bereitfänden („Berlin-Ultimatum"). Für den Wortlaut vgl. DzD IV/1, S. 151–177.
Zu den sowjetischen Berlin-Vorschlägen vgl. Dok. 3, Anm. 7.

[7] Zum Besuch des FDP-Abgeordneten vom 19. August bis 4. September 1963 in der UdSSR vgl. Dok. 325 und Dok. 328.

[8] In der Unterredung mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 2. September 1963 sprach der FDP-Abgeordnete Dehler mehrfach von den „beiden deutschen Staaten". Vgl. Dok. 325.

[9] Auf der Außenministerkonferenz der Vier Mächte vom 13. Mai bis 20. Juni und vom 13. Juli bis 5. August 1959 waren erstmals Beobachterdelegationen aus der Bundesrepublik und der DDR im Konferenzraum vertreten.

450

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow

Z A 5-134.A/63 VS-vertraulich **5. Dezember 1963**[1]

Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen und dem sowjetischen Botschafter Smirnow, um welches letzterer nachgesucht hatte. Das Gespräch fand am 5. Dezember 1963 um 11.30 Uhr statt und dauerte 1¼ Stunden. Botschafter Smirnow war von seinem Stellvertreter, Gesandten Lawrow, begleitet.

Botschafter *Smirnow* legte dar, er werde in der kommenden Woche nach Moskau reisen, um anläßlich der bevorstehenden Sitzung des Zentralkomitees der KPdSU und des Präsidiums des Obersten Sowjets[2], auf der wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollten, über den Stand der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik zu berichten. Er habe um dieses Gespräch gebeten, um die Ansicht des Herrn Ministers zu diesem Thema zu hören und auf die Frage, die die sowjetische Regierung wie auch die sowjetische Öffentlichkeit interessiere, nämlich, was in diesem Bereiche von dem neuen Kanzler der Bundesrepublik und seiner Regierung zu erwarten sei, eine Antwort zu erhalten. Aus dem gleichen Anlaß habe er auch um einen Termin für ein Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler[3] gebeten.

Die Sowjetunion und die Bundesrepublik gehörten zwei verschiedenen Gesellschaftssystemen an, aber nach sowjetischer Ansicht gebe es eine Frage, an der die beiden Länder in gleicher Weise interessiert seien, nämlich die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa und die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik. Wie der Herr Minister wisse, sei es von jeher der Wunsch der sowjetischen Regierung, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet im weitesten Umfang zu normalisieren. Er, der Botschafter, sei der Ansicht, daß auf diesem Gebiet mehr getan werden könne, als zur Zeit geschehe.

Die sowjetische Regierung habe sich schon während der Kanzlerschaft Bundeskanzler Adenauers bemüht, zu einer besseren Verständigung zu kommen. Der frühere Bundeskanzler habe für die Bedeutung dieser Frage Verständnis gehabt und noch vor nicht allzulanger Zeit gewisse Vorschläge gemacht, die von der sowjetischen Seite mit Gegenvorschlägen beantwortet worden seien, auf welche eine Stellungnahme wegen des Kanzlerwechsels nicht mehr erfolgt sei.[4] Wie der Herr Minister wisse, sei es bei diesem Meinungsaustausch im

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Richter am 5. Dezember 1963 gefertigt. Hat Bundesminister Schröder am 11. Januar 1964 vorgelegen.

[2] Das Plenum des ZK der KPdSU fand vom 9. bis 13. Dezember 1963 in Moskau statt. Die Tagung des Obersten Sowjet begann am 16. Dezember 1963. Vgl. dazu die Drahtberichte des Botschafters Groepper, Moskau, vom 18. und 24. Dezember 1963; Referat III A 6, Bd. 282.

[3] Vgl. Dok. 454.

[4] Vgl. dazu Dok. 155, Dok. 186, Dok. 200 und Dok. 212.

Prinzip um die Frage der Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern gegangen. Soweit in den Vorschlägen Adenauers nichtrealistische Konzeptionen enthalten gewesen seien, habe die sowjetische Regierung sie kritisiert; in dem Maße jedoch, wie darin das Bestreben nach einer Entspannung erkennbar gewesen sei, seien sie bei der sowjetischen Regierung auf volles Verständnis gestoßen.

Seit dem Kanzlerwechsel seien nun sowohl von dem früheren Bundeskanzler als auch von seinem Nachfolger und anderen führenden Persönlichkeiten zahlreiche Erklärungen abgegeben worden, die nicht geeignet seien, bei der sowjetischen Seite die Hoffnung zu wecken, als sei von deutscher Seite mit einem Entgegenkommen auf den Wunsch der sowjetischen Regierung nach Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu rechnen.

Daneben seien aber auch Äußerungen gefallen, die die Grundprinzipien der sowjetischen Außenpolitik, nämlich ihr Streben nach friedlicher Koexistenz, nach Entspannung und nach friedlichen Beziehungen zu allen Ländern in Zweifel gezogen hätten.

So habe es ihn, wie er offen bekennen müsse, befremdet, als er heute morgen vor diesem Besuche die Rede des Herrn Ministers gelesen habe, die dieser gestern vor der Westeuropäischen Union gehalten habe.[5] Darin habe der Minister nicht nur behauptet, die sowjetische Politik sei gegen eine Entspannung gerichtet, sondern auch erklärt, die sowjetische Regierung verfolge das Ziel, die Bundesrepublik vom Westen zu trennen und zwischen den westlichen Bündnispartnern Zwietracht zu säen. Dabei könne der Herr Minister doch nicht den geringsten Grund haben, an der Aufrichtigkeit des sowjetischen Willens nach Entspannung und Bereinigung vorhandener Streitfragen auf dem Verhandlungswege zu zweifeln. Ebensowenig habe die Sowjetunion jemals versucht, eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu irgendeinem Lande auf Kosten einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen diesem Land und dritten Ländern zu erreichen. Nicht nur wünsche die Sowjetunion gute Beziehungen zu allen westlichen Ländern, sie freue sich auch, wenn diese untereinander in guten Beziehungen ständen. Nichts liege ihr ferner, als ein Land gegen das andere aufhetzen zu wollen. Wohl aber sei sie dagegen, daß gewisse Länder andere Länder gegen die Sowjetunion aufzuhetzen versuchten.

Schon Bismarck habe seinerzeit auf die im Westen bestehenden Besorgnisse wegen der Verbesserung der deutsch-russischen Beziehungen hingewiesen. Dagegen habe Rußland schon damals solche Befürchtungen nicht gekannt, und auch die Sowjetunion sei frei von jeder Eifersucht und jedem Mißtrauen, sofern die Beziehungen zwischen dritten Ländern dem Frieden und der internationalen Zusammenarbeit dienten.

Der Herr *Minister* erinnerte daran, daß er den Botschafter zuletzt Anfang August bei sich gesehen habe[6], und sagte, er möchte in seiner Erwiderung an

[5] Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Schröder am 4. Dezember 1963 vor der Versammlung der WEU in Paris vgl. BULLETIN 1963, S. 1899–1902.

[6] Zum Gespräch vom 3. August 1963 vgl. Dok. 269.

das damalige Gespräch anknüpfen. Damals sei es um die Frage des Beitritts der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen[7] gegangen. Die damaligen Befürchtungen des Botschafters seien, wie er, der Minister, damals vorausgesagt habe, nicht in Erfüllung gegangen, vielmehr habe die Bundesrepublik das Abkommen unterzeichnet und damit den besten Beweis geliefert, daß – anders als ihr von der sowjetischen Regierung unterstellt worden sei – ein Unterschied zwischen der von ihr öffentlich vertretenen Politik und ihren tatsächlichen Handlungen nicht bestehe, d. h. daß sie die Politik der Entspannung und der Abrüstung auch in der Praxis vertrete, wo immer sie die Möglichkeit dazu habe.

Um so größer sei – um gleich den Kontrapunkt zu setzen – die Enttäuschung der Bundesregierung über die Rede des sowjetischen Außenministers vor den Vereinten Nationen[8] gewesen. Während diese Rede nach allgemeinem Urteil gegenüber allen anderen Ländern auf einen freundlichen Ton abgestimmt gewesen sei, habe sich Minister Gromyko alle Mühe gegeben, die Politik der Bundesregierung zu verdächtigen und die Bundesrepublik als das einzige schwarze Schaf der internationalen Familie hinzustellen. Dies sei nach Überzeugung der Bundesregierung nicht nur objektiv falsch, sondern angesichts der deutschen Haltung gegenüber dem Teststopp-Abkommen auch unangemessen.

Wenn die Bundesregierung, wie dies unter anderem in den von dem Botschafter angeführten Vorstellungen des früheren Bundeskanzlers, in der Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers[9] und schon in der Note von Anfang vorigen Jahres[10] klar zum Ausdruck gekommen sei, erkläre, sie trete für eine schrittweise Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen ein, so meine sie dies auch. Zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion stehe auch nicht die Frage der weltweiten Abrüstung, sondern nur eine einzige Frage, nämlich die Deutschlandfrage. Die Bundesregierung sei der Ansicht, daß die Sowjetunion zur Lösung dieser Frage einen großen Beitrag leisten könne, indem sie mit darauf hinwirke, daß die Entscheidung des Deutschlandproblems durch Ausübung des Selbstbestimmungsrechts getroffen werde. Leider gingen die Meinungen zwischen den beiden Regierungen in diesem Punkte weit auseinander. Die Bundesregierung hoffe jedoch, daß in der Sowjetunion mit der Zeit die Überzeugung Raum gewinnen werde, die Wiedervereinigung Deutschlands auf dieser Grundlage liege auch im sowjetischen Interesse, wie sie sich günstig auf die allgemeine Lage auswirken werde. Die deutschen Thesen in dieser Richtung seien bekannt. Die Bundesregierung sei überzeugt, daß, würden sie von sowjetischer Seite akzeptiert, dies zu einer fundamentalen Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern führen würde. Indessen liege die Regelung der Deutschlandfrage in der Verantwortung der

[7] Zum Teststopp-Abkommen und dem Beitritt der Bundesrepublik vom 19. August 1963 vgl. Dok. 236, Anm. 2, und Dok. 308, Anm. 3.

[8] Zur Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 19. September 1963 vgl. Dok. 348, Anm. 17.

[9] Für die außenpolitischen Ausführungen des Bundeskanzlers Erhard am 18. Oktober 1963 vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 53, S. 4196–4199.

[10] Für den Wortlaut des Memorandums vom 21. Februar 1962 vgl. BULLETIN 1962, S. 315–318.

vier Mächte[11] und sei insofern ein multilaterales Problem, während in den rein bilateralen Beziehungen immer noch Raum für eine Verbesserung der bestehenden Beziehungen bleibe.

Was seine, des Ministers, Rede vor der WEU betreffe, auf die der Botschafter Bezug genommen habe, so habe er dort lediglich den Versuch gemacht, den Begriff der Entspannungspolitik wertend zu klären. Für die Bundesrepublik gehöre das Teststopp-Abkommen trotz seiner Begrenzung zur Entspannungspolitik. In seiner Rede habe er versucht klarzustellen, daß in anderer Hinsicht zwischen den Vorstellungen der Sowjetunion über die Entspannung und den Vorstellungen der anderen Länder offensichtlich ein Unterschied bestehe. Für den Westen gehöre zur Entspannung die Behandlung des Deutschlandproblems auf der Grundlage der Selbstbestimmung. Für die Sowjetunion bedeutet Entspannung die Vertiefung, die Zementierung der Spaltung Deutschlands und die Trennung Berlins von der Bundesrepublik. Diesen Unterschied habe er aufzeigen wollen. Denn seiner Ansicht nach schieden sich die Geister an der Haltung zum Deutschlandproblem. Die Bundesregierung sehe deutlich, daß die Sowjetunion versuche, im Hinblick auf das Deutschlandproblem die Spannung zu verschärfen und Deutschland zu isolieren. Nichts habe dies so deutlich gezeigt, wie die Rede des sowjetischen Außenministers vor den Vereinten Nationen. Darüber hinaus seien seine Sätze aber auch als eine Wertung der sowjetischen Deutschlandpolitik der letzten Jahre anzusehen; denn in unzähligen Noten an die Regierungen dritter Länder, unter anderem an Frankreich, habe sich die sowjetische Regierung – um nur dieses Beispiel anzuführen – immer wieder bemüht, die Bundesrepublik zu verdächtigen, vor ihr zu warnen usw.

Die Bundesregierung sei bereit, bei einer Fortsetzung der allgemeinen Entspannungspolitik an allen Maßnahmen mitzuarbeiten, sofern sie Deutschland nicht diskriminierten, die Spaltung Deutschlands nicht vertieften und in ihren Folgen die Wiedervereinigung Deutschlands nicht erschwerten. Diese Politik der Bundesregierung sei völlig durchsichtig und jedermann klar erkennbar.

Was die rein bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion angehe, so habe sich die Bundesregierung um eine Verbesserung redlich bemüht. Wenn diese Bemühungen zum Teil gescheitert seien, wie zum Beispiel bei dem Abschluß eines neuen Kulturabkommens an dem mangelnden Verständnis der sowjetischen Regierung für eine angemessene Berücksichtigung der Berlinfrage[12], so liege die Verantwortung nicht auf deutscher Seite. Auch bei den bevorstehen-

[11] Zu dieser Rechtsposition vgl. Dok. 116, Anm. 28.

[12] Zu den Kulturbeziehungen mit der UdSSR vgl. Dok. 231, Anm. 18.
Am 23. Oktober 1963 hielt Ministerialdirektor Krapf dazu fest: „Bei unserer Haltung in der Frage der Einbeziehung Berlins in den deutsch-sowjetischen Kulturaustausch handelt es sich nicht um die ‚Wahrung unseres Rechtsstandpunkts'." Entscheidend sei, „daß die Sowjets einen Zusammenhang zwischen unserer Haltung zum Kulturaustausch und unserer Haltung in der Berlinfrage sehen ... Das gleiche gilt für unsere Verbündeten und für die deutsche Öffentlichkeit. Wir können also unsere gegenwärtige Haltung zur Frage der Einbeziehung Berlins in den deutsch-sowjetischen Kulturaustausch nicht ändern, ohne Mutmaßungen über eine Änderung unserer Haltung in der Berlinfrage bei den Sowjets, bei unseren Verbündeten und in der deutschen Öffentlichkeit Raum zu geben." Vgl. Abteilung IV (IV 1), VS-Bd. 24; B 150, Aktenkopien 1963.

den Wirtschaftsverhandlungen[13] werde die Berlinfrage angemessen berücksichtigt werden müssen.[14] An dem aufrichtigen Willen der Bundesregierung zu einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion sei jedenfalls kein Zweifel möglich. Wenn in letzter Zeit in der Presse und auch in den Äußerungen mancher Gremien die Frage aufgetaucht sei, ob nicht durch wirtschaftliche Leistungen an die Sowjetunion politische Zugeständnisse erreicht werden könnten, so könne der Botschafter zweifellos besser beurteilen als er, der Minister, was in dieser Hinsicht möglich sei. Die sowjetische Regierung kenne den grundsätzlichen Standpunkt der Bundesrepublik zur Deutschlandfrage, und sie scheine vorläufig nicht geneigt, diesem Standpunkt entgegenzukommen. Man hoffe aber auf deutscher Seite, daß ihr Verständnis mit der Zeit wachsen wird. Inzwischen müßten beide Seiten sehen, was bilateral geschehen könne, um die Beziehungen zu verbessern. Die Bundesregierung sei bereit, hierzu nach ihren Kräften beizutragen.

Was den Kanzlerwechsel angehe – um auf diese Frage des Herrn Botschafters einzugehen –, so glaube er nicht, daß der Übergang von Adenauer zu Erhard einen Wechsel in der Außenpolitik mit sich bringen werde. Dies mache auch die Regierungserklärung des neuen Kanzlers deutlich, die sich in ihrem die Sowjetunion betreffenden Teil klar auf die Note der deutschen Bundesregierung vom Februar v.J. beziehe. Die neue Regierung setze die Außenpolitik der Regierung Adenauer fort.

Der Botschafter habe auf gewisse Schritte des früheren Bundeskanzlers angespielt. Er, der Minister, glaube, daß Adenauer in seiner Erwartung, die sowjetische Regierung werde politisches Entgegenkommen zeigen, enttäuscht worden sei. Dies gelte insbesondere für diejenigen Fragen, bei denen der Botschafter von einer „nichtrealistischen Auffassung" Adenauers gesprochen habe. Enttäuscht worden sei er insbesondere auch durch die Gromykorede vor den Vereinten Nationen.

Die grundsätzlichen Positionen der Bundesregierung zur Frage der deutsch-sowjetischen Beziehungen seien in der Note vom Februar 1962 klar abgesteckt worden. Was die Bundesregierung ohne Gefährdung dieser Grundsatzpositionen im praktischen Rahmen für eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen tun könne, werde sie tun.

Botschafter *Smirnow* erklärte, er könne der Beurteilung des Herrn Ministers hinsichtlich der sowjetischen Haltung zur Entspannung nicht zustimmen. Die sowjetische Regierung habe von jeher den klaren Standpunkt vertreten, alle internationalen Streitfragen, die den Frieden gefährdeten und die Situation komplizierten, müßten im Verhandlungswege und unter Verzicht auf jede Gewaltanwendung gelöst werden. Das gelte auch für die wichtigste noch ungelöste Frage aus dem Erbe des Zweiten Weltkriegs: die deutsche Friedensregelung. Die Sowjetunion sei nicht nur immer wieder für eine Bereinigung des Deutschlandproblems eingetreten, sie habe auch konkrete Vorschläge für eine deutsche Friedensregelung und für eine im Rahmen dieser Regelung erfol-

[13] Zu den Verhandlungen über ein neues Warenabkommen mit der UdSSR vgl. Dok. 408.
[14] Vgl. dazu Dok. 408, besonders Anm. 12.

gende Lösung der Berlinfrage gemacht[15], die den Interessen aller Beteiligten Rechnung trügen. Leider hätten diese Vorschläge im Westen und insbesondere bei der Bundesrepublik, die doch ein vordringliches Interesse an einer deutschen Friedensregelung haben müßte, nicht das nötige Entgegenkommen gefunden.

Die sowjetische Regierung sei überzeugt, daß ein Friedensvertrag mit Deutschland einschließlich einer Regelung der Berlinfrage eine neue Ära im Verhältnis zwischen den beiden Ländern einleiten, ihre Beziehungen wesentlich verbessern und darüber hinaus den Frieden in ganz Europa festigen werde. Die sowjetische Regierung sei bereit, diesen neuen Weg zu beschreiten. Sie glaube, daß nur so, nämlich durch einen Friedensvertrag, in beiden Teilen Deutschlands eine friedliche Entwicklung eingeleitet werden könne. Ein Friedensvertrag werde darüber hinaus auch zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten beitragen.

Der Herr Minister habe auf die Rede Gromykos vor den Vereinten Nationen Bezug genommen. Dieser habe eben diesen Grundsatz vertreten, nämlich, daß eine Friedensregelung mit Deutschland erfolgen und endlich der Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg gezogen werden müsse. In diesem Zusammenhang habe er allerdings scharfe Kritik an den Bestrebungen mancher Kreise in gewissen Staaten geübt, die deutsche Frage gewaltsam zu lösen und das Rad der Entwicklung zurückzudrehen. Und er habe nachdrücklich die Gefahren aufgezeigt, die nicht nur für die Betreffenden, sondern auch für den Frieden der Welt aus diesen Bestrebungen erwüchsen. Die sowjetische Regierung habe aber auch früher niemals ein Hehl daraus gemacht, daß sie jede Gewaltanwendung gegen die DDR, jeden Versuch, das deutsche Problem durch Einverleibung der DDR zu lösen, als eine unmittelbare Gefahr für den Weltfrieden ansehe. Aus eben diesem Grunde wünsche sie eine Friedensregelung für Deutschland und versuche, die Bundesregierung davon zu überzeugen, daß eine Friedensregelung einschließlich einer Bereinigung der Berlinfrage den Weg zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und schließlich zur Wiedervereinigung Deutschlands freimachen werde.

Der Herr *Minister* erwiderte, die Bundesregierung habe sich stets zur Entspannung bekannt, wie er in seiner gestrigen Rede erneut bestätigt habe. Die Bundesregierung habe darüber hinaus immer wieder mit Nachdruck öffentlich erklärt, daß sie nicht Anhänger, sondern Gegner jeder Gewaltanwendung sei. Diese Erklärungen seien jedermann bekannt. Eben deshalb sei es für die Bundesregierung so empörend, in sowjetischen Reden, Presseveröffentlichungen und Rundfunksendungen die deutsche Politik immer wieder als revanchistisch und militaristisch abgestempelt zu finden.[16] Dabei wisse niemand besser als der Botschafter, daß es schwerlich möglich sei, in Deutschland irgendjemand zu finden, der für eine gewaltsame Lösung der deutschen Frage eintrete.

Es sei richtig, daß eine deutsche Friedensregelung getroffen werden müsse. Fälschlich unterstelle man von sowjetischer Seite der Bundesregierung, sie

[15] Zu den sowjetischen Vorschlägen vgl. Dok. 3, Anm. 7, und Dok. 116, Anm. 8.
[16] Vgl. dazu auch Dok. 407, Anm. 6, und Dok. 411.

stemme sich gegen eine solche Friedensregelung. Die Frage sei allein, welches Prinzip dieser Regelung zugrunde zu legen sei. Das Prinzip, das die Bundesregierung befürworte und das heute in aller Welt anerkannt und praktisch angewandt werde, sei das Prinzip der Selbstbestimmung, das ja gerade darin bestehe, nichts mit Gewalt zu tun, sondern eine auf dem Willen der Betroffenen beruhende rechtliche Regelung zu treffen. Zur Zeit sei offensichtlich eine Einigung über diesen Punkt nicht möglich. Doch sei es falsch, der Bundesregierung vorzuwerfen, sie sei revanchistisch, weil sie auf diesem Prinzip bestehe.

Dagegen sei der Standpunkt der Sowjetunion, die auf dem Status quo beharre – es bleibe offen, wie dieser Status quo zustande gekommen sei, jedenfalls sicherlich nicht durch den Willen der deutschen Bevölkerung –, ein Standpunkt, der auf dem Boden der Gewalt stehe.

Um diesen Punkt gehe es bei den Meinungsverschiedenheiten zwischen der sowjetischen und der Bundesregierung. Keinesfalls berechtige diese Meinungsdifferenz die sowjetische Seite, die Bundesregierung des Revanchismus zu beschuldigen. Solange eine Verständigung über diesen Grundsatz nicht möglich sei, müsse man sehen, was zu einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen auf anderem Gebiet getan werden könne.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, der Minister verwahre sich dagegen, daß es in der Bundesrepublik Revanchisten und Militaristen geben solle. Was sage er aber zu der nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt bekannten Äußerung eines sehr namhaften deutschen Politikers, man müsse die Sowjetunion wie eine belagerte Festung behandeln und sie aushungern. Sehe man diese Äußerung im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Bundesrepublik unter den europäischen Natoverbündeten die stärkste Militärmacht und deshalb in der Lage sei, ihren politischen Vorstellungen auch bei ihren Partnern Geltung zu verschaffen, so könne man den sowjetischen Publizisten schlecht das Recht bestreiten, auf die Gefahren eines latenten deutschen Militarismus und Revanchismus hinzuweisen.

Der Botschafter sagte weiter, er nehme die Äußerung des Herrn Ministers zur Kenntnis, daß ein Wechsel in der Außenpolitik der Bundesregierung nicht eintreten werde.

Der Herr *Minister* erwiderte, er wisse, wen[17] der Herr Botschafter zitiert habe. Aber der Botschafter wisse wiederum sehr gut, daß der Betreffende ganz sicherlich weder Militarist noch Revanchist sei. Er habe sich vielmehr bei der zitierten Redewendung nur eines militärischen Bildes für den vorhin genannten Gedanken eines Austauschs – eines friedlichen Austauschs – wirtschaftlicher Leistungen gegen politische Zugeständnisse bedient. Auf die Zwischenfrage des *Botschafters,* ob man von einem friedlichen Aushungern sprechen könne, meinte der Herr *Minister,* die rhetorische Wendung sei vielleicht nicht ganz glücklich gewesen, aber sicherlich könne doch niemand aus dieser Äuße-

[17] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „(Adenauer!)".
Die Äußerung des ehemaligen Bundeskanzlers fiel am 11. November 1963 in einem Gespräch mit einer Gruppe amerikanischer Industrieller. Vgl. dazu den Artikel: Adenauer zur „russischen Frage"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 263 vom 12. November 1963, S. 3.

rung den Beweis für die Existenz militaristischer und revanchistischer Tendenzen in der Politik der Bundesrepublik herleiten. Er wiederhole, es werde sich in der Bundesrepublik schwerlich ein Anhänger einer Politik gewaltsamer Lösung finden lassen. Gerade das betrachte die Bundesregierung als einen Erfolg ihrer friedlichen Politik.

Was schließlich der Botschafter zur Frage der Kontinuität der deutschen Außenpolitik aus seiner, des Ministers, Bemerkung entnommen habe, erscheine etwas überspitzt. Richtig sei, daß in der grundsätzlichen Betrachtung der deutschen Frage und hinsichtlich des Prinzips, das ihrer friedlichen Lösung zugrunde liegen müsse, die deutsche Außenpolitik seit vielen Jahren unverändert sei, weil sie dem Willen des deutschen Volkes entspreche. Die Bundesregierung beharre auf der Hoffnung, daß die Sowjetunion eines Tages Verständnis für diese Politik finden werde. Inzwischen sei es der Wille der Bundesregierung, die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern so gut wie möglich zu gestalten.

Botschafter *Smirnow* bedankte sich für die Ausführungen des Herrn Ministers und gab der Hoffnung Ausdruck, den Gedankenaustausch nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion Ende Januar fortsetzen zu können.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

451

Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Staatssekretär Carstens

St.S. 1826/63 geheim **6. Dezember 1963**[1]

Lieber Herr Carstens:

Auf Ihr Schreiben vom 29. November[2], das gestern bei mir einging, habe ich noch einmal meine Notizen über das Gespräch von Herrn Kiesinger mit Präsident Kennedy, bei dem ich zugegen war, durchgesehen. Die fragliche Stelle des Gesprächs läßt sich danach etwa wie folgt rekonstruieren:

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 11. Dezember 1963 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Protokoll der B[undes]R[ats]Sitzung beifügen (wegen Seite 14). 2) Dem Herrn Minister vorzulegen. Ich werde die Sache mit M[inister]P[räsident] Kiesinger besprechen."
Hat Bundesminister Schröder am 17. Dezember 1963 vorgelegen.
Am 14. April 1965 vermerkte Carstens: „Zu einem Gespräch mit M[inister]P[räsident] Kiesinger fand sich keine Gelegenheit. Die Sache ist jetzt überholt."

[2] In dem Schreiben bat Staatssekretär Carstens um Aufklärung darüber, ob Präsident Kennedy im Gespräch mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten am 8. Oktober 1963 tatsächlich geäußert habe, daß eine der in Deutschland stationierten amerikanischen Divisionen „nicht mehr unbedingt notwendig" sei. Der Drahtbericht der Botschaft in Washington über das Gespräch weiche in diesem Punkt von der Darstellung ab, die Kiesinger gegeben habe. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 431; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu bereits Dok. 440, besonders Anm. 3 und Anm. 4.

Nachdem sich Präsident Kennedy mit einer gewissen Sorge über die Haltung de Gaulles geäußert hatte (s. letzter Absatz des Drahtberichtes vom 8.10. 1963 Nr. 2881 geh.)[3], bemühte sich Herr Kiesinger, ihm die Haltung de Gaulles verständlich zu machen, und führte dabei aus, daß sich in Frankreich wie auch in anderen Ländern Europas – mit Ausnahme der Bundesrepublik – aus einem gewissen Unbehagen über eine als zu weitgehend empfundene Abhängigkeit von den USA eine Art von Satelliten-Komplex zu entwickeln drohe. Kennedy erwiderte daraufhin lachend, daß man sich fragen müsse, wer denn eigentlich der Satellit sei. Den Vereinigten Staaten seien hinten und vorn mit Rücksicht auf die Alliierten die Hände gebunden. Er kam dann auf das zweierlei Maß („double standard") zu sprechen, wie es auch Rusk in seinem Gespräch mit Minister Schröder im September[4] hier zum Ausdruck gebracht hatte: Es sei nicht möglich, 600 amerikanische Soldaten aus Berlin zurückzuziehen[5], ohne eine große Sensation in der deutschen Presse zu provozieren. Die USA hätten immer noch 6 amerikanische Divisionen in Deutschland, obgleich dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt einer Reduzierung der Spannungen wohl nicht mehr so unbedingt notwendig sei als noch vor ein oder zwei Jahren. Trotzdem würden diese Truppen in Deutschland bleiben.[6] Er kam dann nochmals etwas ärgerlich auf den Ausdruck „Satellit" zu sprechen und sagte, daß wohl die Beziehungen zu den europäischen Bundesgenossen – insbesondere zur Bundesrepublik – heute sehr viel mehr den Charakter einer echten Partnerschaft mit vollem Mitspracherecht der Verbündeten hätten, als noch vor einigen Jahren. Anschließend machte er dann die Ausführungen über die Stellung der Bundesrepublik, wie sie im dritten Absatz des Drahtberichtes (s. Seite 2 oben)[7] enthalten sind.

Ich glaube daher, daß sich Herr Kiesinger in der Wiedergabe der Äußerungen Kennedys[8] um eine Nuance geirrt bzw. seine Versicherung, die sechs in Deutschland stationierten Divisionen in voller Kampfstärke bis auf weiteres zu belassen, nicht angeführt hat. Auch lag dieses Gespräch vom 8. Oktober vor der ausdrücklichen Versicherung, die Kennedy schließlich in seiner Pressekonferenz vom 31. Oktober[9] aufgrund der durch die Äußerungen Eisenho-

[3] Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 194; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Zum Gespräch vom 20. September 1963 vgl. Dok. 349.

[5] Zu den Überlegungen eines Abzugs amerikanischer Truppen aus Berlin (West) vgl. bereits Dok. 290.

[6] Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens durch einen Pfeil am Rand hervorgehoben.

[7] Gesandter von Lilienfeld, Washington, gab am 8. Oktober 1963 die Äußerungen des Präsidenten Kennedy wieder: „In Erwiderung auf die von Herrn Kiesinger zur Sprache gebrachte Sorge über die Gefahr einer allmählichen Aufwertung des Zonenregimes im Zuge weiterer möglicher Entspannungsmaßnahmen entgegnete der Präsident, daß ihm diese Sorge bekannt sei, ihm jedoch unangebracht erscheine. Für die Vereinigten Staaten und die gesamte NATO sei die Bundesrepublik ein zu wertvoller Partner, als daß es denkbar sei, daß ihre unmittelbaren Interessen in irgendeiner Form vernachlässigt werden könnten. Auch sei das allgemeine Verständnis gerade in den USA für den Wunsch nach Wiedervereinigung zu lebendig, als daß die öffentliche Meinung dies zulassen würde ...". Vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 194; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Vgl. dazu Dok. 440, Anm. 3.

[9] Vgl. dazu Dok. 440, Anm. 13.

wers[10] und die Rede von Gilpatric in Chicago[11] entstandenen Auseinandersetzungen – sowohl mit uns[12] wie auch mit dem State Department – gegeben hat. Mit dieser Äußerung hatte sich Kennedy – wie uns auch hier immer wieder versichert worden ist – endgültig gegen alle Bestrebungen, die Zahl der Kampftruppen in Deutschland zu verringern, ausgesprochen.

Mit den besten Grüßen und Empfehlungen

Ihr sehr ergebener
Lilienfeld

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 431

452

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2360/63 geheim **6. Dezember 1963**

Betr.: Abusch-Brief vom 5. Dezember 1963[1]

Bei dem Herrn Bundeskanzler fand heute eine Besprechung statt, an der teilnahmen die Herren

Bundesminister Mende, Krone, Dahlgrün,
Staatssekretäre Westrick, Carstens, Krautwig, Langer,
Ministerialdirigent Woratz,
Senator Schütz.

Es wurde Einvernehmen über folgendes Verfahren erzielt:

I. Herr Leopold soll Herrn Behrendt aufsuchen und ihm mitteilen, er sei beauftragt worden, folgendes zu erklären:

Der Brief des Herrn Abusch enthalte Vorschläge, die weit hinter dem zurückblieben, was im Interesse einer Normalisierung der Verhältnisse in Berlin notwendig sei. Dennoch würden die von Herrn Abusch vorgeschlagenen Maßnahmen begrüßt und seine Vorschläge akzeptiert. Falls weitere Besprechungen erforderlich seien, stehe er, Leopold, zur Verfügung. Er würde in diesem Falle technische Sachverständige zu seiner Unterstützung hinzuziehen.[2]

II. Sobald die Sache publik wird, soll öffentlich erklärt werden, die Bundesregierung und der Senat von Berlin hätten von den Vorschlägen in dem Brief

[10] Zu den Äußerungen des ehemaligen amerikanischen Präsidenten vgl. Dok. 440, Anm. 5.

[11] Zur Rede des Staatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministerium vom 19. Oktober 1963 vgl. Dok. 396, Anm. 34.

[12] Vgl. dazu auch Dok. 402 und Dok. 403; weiter Dok. 453.

[1] Für den Wortlaut des Schreibens des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DDR an den Regierenden Bürgermeister Brandt vgl. DzD IV/9, S. 982.

[2] Zur Ablehnung dieses Vorschlags durch die DDR vgl. weiter Dok. 456.

des Herrn Abusch Kenntnis erhalten. Die Vorschläge blieben jedoch weit hinter dem zurück, was im Interesse einer Normalisierung der Verhältnisse in Berlin notwendig wäre. Dennoch seien die Vorschläge als ein Schritt zur Erleichterung der Situation in Berlin begrüßt und akzeptiert worden.[3]

Hiermit dem Herrn Minister[4] vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

453

Botschafter Knappstein, Washington, an Staatssekretär Carstens

Z B 6-1-9187/63 geheim
Fernschreiben Nr. 3514

Aufgabe: 6. Dezember 1963, 21.00 Uhr
Ankunft: 7. Dezember 1963, 03.40 Uhr

Für Staatssekretär Carstens[1]
Auf 2208 vom 21.11. geh.[2]

Habe mit Bundesminister von Hassel den Vorschlag besprochen, Eisenhower in Gettysburg zu besuchen.[3] Herr von Hassel hat es – auch im Hinblick auf sein ausgefülltes Besuchsprogramm – vorgezogen, stattdessen ein Gespräch mit General Gruenther zu führen, dessen enge Beziehungen zu Eisenhower bekannt sind.

In diesem Gespräch, das gestern zustandekam, hat es Gruenther als besser bezeichnet, wenn er nicht selber Versuch unternehme, auf Eisenhower Einfluß zu nehmen, sondern wenn Eisenhower von „hoher kompetenter amerikanischer Stelle" angesprochen werde, um ihn in Frage des Truppenabzugs umzustimmen.[4] Dabei nannte Gruenther Rusk und McNamara als die geeignetsten Persönlichkeiten. Minister von Hassel hat diese Anregung Gruenthers gestern abend bei einem gesellschaftlichen Treffen in seinem Hause an die Herren

[3] Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Bundesregierung und des Senats von Berlin vom 6. Dezember 1963 zum Passierschein-Angebot vgl. DzD IV/9, S. 983.

[4] Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 9. Dezember 1963 vorgelegen, der Ministerialdirektor Krapf um Rücksprache bat.

[2] Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 431; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Am 16. November 1963 informierte Staatssekretär Carstens Botschafter Knappstein, Washington, über den Vorschlag, während des Besuchs des Bundeskanzlers Erhard in Washington ein Treffen mit dem ehemaligen Präsidenten zu arrangieren, um „Eisenhower seine abwegigen Vorstellungen über die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Europa auszureden". Am 19. November 1963 stimmte er der Empfehlung von Knappstein zu, daß Bundesminister von Hassel ein Gespräch mit Eisenhower führen sollte. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 431; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Zur Haltung des ehemaligen Präsidenten Eisenhower in der Frage eines amerikanischen Truppenabzugs vgl. Dok. 440, Anm. 5.

Nitze und Schaetzel weitergegeben, die sie ihrerseits an McNamara und Rusk weiterleiten wollen.

Bundesminister von Hassel ist nach seinen zahlreichen Gesprächen der festen Überzeugung, daß in der Regierung und innerhalb der militärischen Führung, ja überhaupt im ganzen Regierungslager niemand an einen Abzug der Truppen aus Europa denkt und daß es daher nicht angebracht wäre und zu Verstimmung führen könnte, wenn unsererseits erneut Frage des Truppenabzugs aufgeworfen würde. Ich stimme in diesem Punkt Herrn von Hassel völlig zu, soweit es sich um Regierungsvertreter oder Angehörige des Regierungslagers handelt. Man sollte ihnen gegenüber vollstes Vertrauen an den Tag legen und keinerlei mißtrauische Fragen stellen.[5]

Bestehen bleibt das Problem aber im Hinblick auf Kräfte jenseits des Regierungslagers, wie Eisenhower, Clay[6] und gewisse republikanische Abgeordnete sowie einzelne eigenwillige Süddemokraten, wie Senator Russell[7]. Auf sie müßte in möglichst diskreter Form, nicht in der Öffentlichkeit und möglichst nach Konsultation mit Persönlichkeiten des Regierungslagers, Einfluß genommen werden, um sie umzustimmen. Das kann im begrenzten Umfang von der Botschaft betrieben werden, z. B. gegenüber einzelnen Kongreßabgeordneten und Senatoren, nicht aber gegenüber den Hauptakteuren wie Eisenhower und Clay. Sie müßten von höherer Stelle angesprochen werden.[8] Ich möchte deshalb zur Erwägung geben, ob nicht der Herr Bundeskanzler ein persönliches Schreiben an Eisenhower richten könnte, in dem die deutschen Argumente in überzeugender Form zusammengefaßt würden. Das würde gewiß nicht ohne Wirkung bleiben und würde vor allen Dingen Eisenhower zwingen, seine etwas oberflächliche Argumentation neu zu überdenken, und ihn vielleicht veranlassen, seine Haltung zu ändern. Eine diskrete Abstimmung mit der amerikanischen Regierungsseite über Tatsache und Inhalt dieses Briefes schiene mir allerdings notwendig zu sein, um evtl. Mißdeutungen aus dem Wege zu gehen. Selbst wenn ein solcher vertraulicher Briefwechsel später in der Öffentlichkeit bekannt würde, könnte man darin keine Einmischung in inneramerikanische Verhältnisse sehen, sondern nur die Wahrnehmung berechtigter deutscher Interessen.

[5] Vgl. dazu auch Dok. 440, besonders Anm. 15.

[6] Am 3. Dezember 1963 informierte der australische Botschafter Blakeney Ministerialdirektor Krapf darüber, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin ihm gegenüber seine Besorgnis über die Haltung des Generals Clay zum Ausdruck gebracht habe. Clay habe Brandt gesagt: „Wenn Berlin nicht wäre, würde er sich voll hinter den Vorschlag Eisenhowers stellen, daß sämtliche amerikanischen Divisionen bis auf eine aus Europa abgezogen werden sollten. Er teile die Ansicht einiger republikanischer Mitglieder des Repräsentantenhauses, daß es an der Zeit sei, daß die Verbündeten der Vereinigten Staaten einige der weltweiten Verpflichtungen übernähmen, die jetzt allein Amerika belasteten. So könnten z. B. die Japaner den militärischen Schutz Südkoreas übernehmen und die Deutschen die Amerikaner in der Türkei und in Griechenland ablösen." Vgl. die Aufzeichnung von Krapf vom 3. Dezember 1963; Abeilung II (II A 7), VS-Bd. 810; B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Zur Haltung des Senators Russell vgl. Dok. 440, Anm. 6.

[8] Die Wörter „Eisenhower und Clay" sowie „höherer Stelle" wurden von Staatssekretär Carstens unterschlängelt. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Man soll Aufgaben, die einem gestellt sind, nicht nach oben abschieben. Warum kann die Botschaft nicht E[isen]hower und Clay ansprechen?"

Zu den Äußerungen Eisenhowers, Clays und Russells möchte ich im übrigen betonen, daß man zwar die darin liegende Gefahr für die zukünftige Entwicklung deutlich sehen muß, daß man sie aber auch nicht zu ernst nehmen und den Gehalt an Wahlpropaganda in ihnen nicht übersehen darf. Der Wahlkampf für November 1964 war schon vor dem Tode Kennedys kräftig im Gange, und die in Frage stehenden Äußerungen sind meines Erachtens mehr innenpolitisch als außen- und verteidigungspolitisch zu sehen. „Geld sparen" wird auch für kommenden Wahlkampf auf seiten der Republikaner ein Schlagwort ersten Ranges sein (Johnson hat bereits versucht, Angriff durch seine Sparsamkeitsparolen aufzufangen). Soweit die Forderung Eisenhowers nach Reduzierung der Truppen in Europa nicht nur innenpolitisch, sondern auch verteidigungspolitisch gemeint ist, dürfte sie sehr weitgehend „pädagogisch" sein. Aus den Äußerungen Eisenhowers und Clays geht eindeutig hervor, daß beide ihre Forderungen als wirksames Druckmittel ansehen, um die europäischen Alliierten, vor allem Frankreich, zu größeren Anstrengungen auf dem Gebiet der konventionellen Rüstung zu bringen. Auch durch diese Motivierung wird Forderung in ihrer Ernsthaftigkeit in einem gewissen Maße relativiert. Das ändert aber nichts daran, daß durch sie eine gefährliche Entwicklung eingeleitet werden könnte, der man rechtzeitig mit geeigneten Mitteln entgegentreten muß.

Da in der Sache keine unmittelbaren Entscheidungen zu fällen und insofern das Problem nicht dringlich ist, wird sich sicher Gelegenheit ergeben, es bei dem Treffen in Texas[9] zwischen Delegation und Botschaft erneut zu diskutieren und vielleicht dann erst Beschlüsse zu fassen.

[gez.] Knappstein

Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 810

[9] Am 28./29. Dezember 1963 hielten sich Bundeskanzler Erhard und Bundesminister Schröder zu einem Besuch bei Präsident Johnson in Stonewall/Texas auf. Vgl. dazu Dok. 486–492.

454

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow

Z A 5-135.A/63 **6. Dezember 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 6. Dezember 1963 den sowjetischen Botschafter Smirnow auf dessen Wunsch zu einer Unterredung im Palais Schaumburg, an der Staatssekretär Dr. Westrick und Ministerialdirigent Dr. Osterheld teilnahmen, sowie Herr Kotomkin, 2. Sekretär der sowjetischen Botschaft.[2]

Botschafter *Smirnow* sagte einleitend, daß er demnächst nach Moskau reisen werde, wo in Kürze das Plenum des ZK der KPdSU tagen und der Oberste Sowjet zu einer Sitzungsperiode zusammentreten werde.[3] In Moskau beobachte man mit großem Interesse den Stand und die Entwicklungsmöglichkeiten der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik, und es sei sicher, daß er von Chruschtschow und anderen führenden sowjetischen Persönlichkeiten zur Berichterstattung aufgefordert werden werde. Im Hinblick auf diese unmittelbar bevorstehende Reise und auf den kürzlich erfolgten Kanzlerwechsel komme seinem heutigen Besuch besondere Bedeutung zu. Die sowjetische Regierung messe der Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet außerordentliche Bedeutung bei und habe ihren diesbezüglichen Standpunkt in Form von Erklärungen des sowjetischen Regierungschefs und anderer sowjetischer Politiker wie auch in Gesprächen mit Politikern aus der Bundesrepublik wiederholt eindeutig dargelegt. Es sei die Überzeugung der sowjetischen Regierung, daß gute Beziehungen zwischen den beiden Ländern einen wesentlichen Beitrag zur internationalen Entspannung darstellen könnten, und die sowjetische Regierung täte alles, um dieses Ziel zu erreichen.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, man müsse zwischen den politischen Beziehungen einerseits und den wirtschaftlichen bzw. kulturellen Beziehungen

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Buring gefertigt.
Hat dem Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, vorgelegen. Eine Ausfertigung wurde dem Ministerbüro zugeleitet. Sie lag Staatssekretär Carstens am 14. Dezember 1963 und Bundesminister Schröder am 11. Januar 1964 vor. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8511.

[2] Der Passus „, sowie ... Botschaft." wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.
Zur Vorbereitung auf das Gespräch vermerkte Osterheld am 6. Dezember 1963 handschriftlich für den Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick: „Das Gespräch des Herrn Außenministers mit Botschafter Smirnow bestand weitgehend in der Abwehr sowjetischer Vorwürfe. Außer den von Herrn B[undes]M[inister] Schröder benutzten Argumenten könnte verwandt werden: Die außerordentlich schweren Angriffe des sowjet[ischen] Botschafters bei den VN, Anfang September; die mehrfachen Erklärungen Chruschtschows, Deutschland könne nur wiedervereinigt werden, wenn es kommunistisch werde. Vielleicht könnte auch gesagt werden, daß es Chr[uschtschow] nicht gelingen werde, Mißtrauen und Zwiespalt in die westl[iche] Welt zu säen. Ob auch positive (Wirtschaft – Wiedervereinigung) Andeutungen möglich sind, wird sich nach Smirnows Vorbringen richten."

[3] Vgl. dazu Dok. 450, Anm. 2.

andererseits unterscheiden. Auf politischem Gebiet sei wegen der in Ost und West bestehenden Bündnissysteme ein bilaterales Gespräch kaum möglich. Es bestünden keine Aussichten, zu bilateralen Lösungen zu gelangen, um das Verhältnis zwischen den beiden Ländern zu harmonisieren oder zu entspannen. Anders sei es mit den Wirtschaftsbeziehungen. Er rechne, daß es möglich sein werde, in Kürze Verhandlungen auf diesem Sektor aufzunehmen, und er wolle bei dieser Gelegenheit der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Einbeziehung Westberlins in die auszuhandelnden Vereinbarungen[4] zu keiner weiteren Spannung führen werde.

Was die Entspannungsversuche im Verhältnis zwischen Ost und West angehe, so habe er sich unter anderem für den Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen[5] eingesetzt und in der Frage der Getreidelieferungen[6] einen humanitären Standpunkt eingenommen. Er sei der Ansicht, daß es angesichts der Mißernte in einem anderen Lande, wie z.B. in diesem Jahr in der Sowjetunion, besonders der Bundesrepublik schlecht anstünde, sich gegen solche Lieferungen zu sperren. Ganz allgemein habe die Bundesregierung besonders in letzter Zeit nichts tun wollen, um die Kontakte zwischen Kennedy und Chruschtschow zu stören, ganz unabhängig davon, wie groß die Chancen für Übereinkünfte auch sein mögen. Es sei das Ziel der Bundesregierung, die Schwelle des heißen Krieges so weit wie möglich zurückzuschieben. Sie wolle daher keine sich andeutenden Verständigungsmöglichkeiten verbauen.

Andererseits könne natürlich die Bundesrepublik auf gewisse Grundrechte, wie z.B. auf das Selbstbestimmungsrecht, welches auch von der Sowjetunion anerkannt und von ihr z.B. afrikanischen Nationen zugebilligt werde, nicht verzichten. Wenn diesbezügliche Ansätze zu Gesprächen vorhanden wären, würde die Bundesregierung dies freudig begrüßen. Es wäre jedoch wenig sinnvoll, bei derartigen Gesprächen zu erklären, die Wiedervereinigung sei ausschließlich eine Angelegenheit der beiden deutschen Staaten.[7] Dies sei kein vernünftiger Standpunkt, zumal anderslautende Abmachungen der Schutzmächte existierten.[8] Ferner solle man von der Bundesregierung nicht verlangen, Verhandlungen unter der Bedingung zu führen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland unter einer kommunistischen Staatsordnung stehen müßte.[9] Diese Bedingung, die von der Bundesregierung keinesfalls akzeptiert werden könnte, sei jedoch sowjetischerseits gestellt worden. Betrachte man nun diese

[4] Zur Frage der Einbeziehung von Berlin (West) in ein neues Warenabkommen mit der UdSSR vgl. Dok. 408, besonders Anm. 12.

[5] Zum Teststopp-Abkommen und dem Beitritt der Bundesrepublik am 19. August 1963 vgl. Dok. 236, Anm. 2, und Dok. 308, Anm. 3.

[6] Zu den Weizenlieferungen westlicher Staaten an die UdSSR vgl. Dok. 342, Anm. 4, Dok. 355, Anm. 7, Dok. 357, Anm. 7, und Dok. 385.

[7] Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 1, Anm. 7.

[8] Dazu gehörte die Genfer Direktive vom 23. Juli 1955. Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 6.

[9] Am 28. November 1963 berichtete Botschafter Groepper, Moskau, Ministerpräsident Chruschtschow habe im Gespräch mit dem dänischen Außenminister Haekkerup geäußert, daß „eine Wiedervereinigung erst möglich sei, wenn die Arbeiterklasse in Westdeutschland das kapitalistische Joch abwerfen würde und den Kommunismus einführe". Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 168; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu auch Dok. 250, Anm. 6.

so unterschiedlichen Standpunkte, dann sei es schwer, Ansatzpunkte für eine Entspannung und die Lösung der deutschen Frage zu finden. Der Herr Bundeskanzler richtete nun an den Botschafter die Frage, ob er vielleicht Ansatzpunkte für eine Lösung der strittigen Probleme sehe.

Botschafter *Smirnow* antwortete, er müsse aufgrund der Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers den Eindruck gewinnen, daß dieser direkte politische Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik für unmöglich halte. Eine solche Einstellung würde einen gewaltigen Schritt zurück bedeuten und das Verhältnis zwischen den beiden Ländern auf den Stand von 1955 zurückwerfen, also auf das Jahr, in dem die diplomatischen Beziehungen aufgenommen wurden.[10] Die damals erzielten Vereinbarungen seien doch zweifellos ein bedeutender politischer Erfolg der Anstrengungen der beiden Regierungen gewesen, ein Erfolg, der zur Gesundung der Lage, auch im europäischen Rahmen betrachtet, beigetragen hätte. Immerhin seien doch damals die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß in den Folgejahren zwei Handelsabkommen[11] und ein Kulturabkommen[12] hätten abgeschlossen werden können und daß es zu zahlreichen Kontakten auch auf anderen Gebieten gekommen sei. Angesichts dieser Tatsachen sei er über die jetzt geäußerte Haltung des Herrn Bundeskanzlers sehr verwundert. Die Einstellung des Herrn Bundeskanzlers laufe auf eine Begrenzung bestehender Kontaktmöglichkeiten zwischen den beiden Ländern hinaus, was doch einen Rückschritt bedeuten würde. Andererseits bestünden, sofern die Bundesregierung auf die Verwirklichung unrealistischer Pläne verzichten würde, große Möglichkeiten für eine Verbesserung der Beziehungen. Die sowjetische Regierung wäre auf dieser Grundlage stets bereit, gemeinsam mit der Bundesregierung die noch offenen schwierigen Probleme zu regeln.

Im Zuge des mit dem ehemaligen Bundeskanzler in diesem Jahre erfolgten Meinungsaustauschs[13] habe die sowjetische Regierung die Vorschläge der Bundesrepublik, soweit sie unrealistisch gewesen seien, kritisiert und, soweit sie realistisch gewesen seien, sehr aufmerksam studiert. Es sei vor allen Dingen wichtig, das Nachkriegserbe zu bewältigen und zu einer Friedensregelung zu gelangen. Dies könnte am besten durch Abschluß eines Friedensvertrages und durch Normalisierung der Lage in Berlin auf der Grundlage eines solchen Vertrages geschehen, womit ein Strich unter den Zweiten Weltkrieg gezogen würde. Ein solcher Schritt würde nicht nur zur allgemeinen Entspannung, sondern ebenfalls zu einer Normalisierung der politischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik beitragen.

[10] Für den Wortlaut des Briefwechsels vom 13. September 1955 zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Bulganin, in dem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR vereinbart wurde, vgl. MEISSNER, Moskau–Bonn I, S. 122f.

[11] Zu den Abkommen vom 25. April 1958 und vom 31. Dezember 1960 vgl. Dok. 11, Anm. 9, und Dok. 23, Anm. 5.

[12] Zur Vereinbarung mit der UdSSR vom 30. Mai 1959 über den kulturellen und technisch-wissenschaftlichen Austausch vgl. Dok. 231, Anm. 18.

[13] Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Adenauer bzw. des Botschafters Kroll mit Botschafter Smirnow vgl. Dok. 155, Dok. 186, Dok. 200 und Dok. 212.

Der Bundeskanzler habe ausgeführt, fuhr Botschafter Smirnow fort, daß gute Chancen für die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet vorhanden seien. Auch er vertrete diese Ansicht und begrüße daher diese Feststellung des Herrn Bundeskanzlers. Dank der Anstrengungen der beiden Länder sei der Handelsverkehr in den letzten Jahren gestiegen. Nur im laufenden Jahr habe es einen gewissen Rückschlag wegen der von der Bundesregierung verfügten Begrenzungen gegeben, die eine Verletzung des bestehenden Handelsabkommens darstellten.[14] Was die Möglichkeiten einer Ausdehnung des Handels zwischen den beiden Ländern anbelange, so sehe er durchaus Chancen für eine Ausweitung des Handelsverkehrs. Die diesbezüglichen Beurteilungen in der westdeutschen Presse seien nicht ganz zutreffend, vor allem hinsichtlich der Einschätzung der sowjetischen Liefermöglichkeiten. Er hoffe, daß die Bundesregierung keine Schwierigkeiten im Hinblick auf die Berlinklausel machen werde. Schließlich sei es Ende 1960 ja auch möglich gewesen, eine beiderseits annehmbare Formel zu finden.[15]

Zur Frage des Selbstbestimmungsrechts sagte Botschafter Smirnow, die sowjetische Regierung habe keinen Anschlag auf die Souveränität der Bundesrepublik vor. Zu den fundamentalen Grundsätzen ihrer Außenpolitik gehöre die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Jedes Volk solle selbst bestimmen, wie seine innere Ordnung aussehen solle. Dieser von sowjetischen Staatsmännern wiederholt geäußerte Standpunkt gelte selbstverständlich für alle Völker.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, die Feststellung des Botschafters, er, der Bundeskanzler, wolle die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf den Stand von 1955 zurückwerfen, sei nicht zutreffend und würde eine falsche Auslegung seiner Einstellung bedeuten. Er wolle dies keineswegs, sondern er hoffe im Gegenteil, daß es vorwärts gehe. Er würde sich freuen, wenn es auch in der Zukunft zu gewissen Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern käme. So wäre z.B. die Frage der Volksdeutschen in der Sowjetunion ein Thema für bilaterale Gespräche.[16] – Zur Frage des Ost-Westhandels bemerkte der Herr Bundeskanzler, daß dem Botschafter gewiß bekannt sei, daß er kürzlich im amerikanischen Fernsehen im Hinblick auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und der westlichen Welt versöhnliche Worte gefunden habe.[17]

Zu den Besuchen westdeutscher Politiker in der Sowjetunion sagte der Herr Bundeskanzler, daß ihm z.B. von Herrn Dehler, der Gespräche mit sowjetischen Politikern für nützlich halte, berichtet worden sei, daß sich Chruschtschow in der Deutschlandfrage absolut starr verhalte und nicht vom

[14] Zur Verordnung der Bundesregierung vom 18. Dezember 1962 über die Ausfuhr von Röhren vgl. Dok. 9, Anm. 6. Zum sowjetischen Vorwurf einer Verletzung des Handelsabkommens vgl. auch Dok. 124.

[15] Vgl. dazu Dok. 231, Anm. 19, und Dok. 408.

[16] Vgl. dazu bereits Dok. 174, weiter Dok. 480.

[17] Zum Interview, das am 1. Dezember 1963 ausgestrahlt wurde, vgl. auch den Artikel: Erhard mit seinen Reisen zufrieden; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 279 vom 2. Dezember 1963, S. 5.

Fleck rühre. Dehler habe eine Verhärtung des sowjetischen Standpunkts festgestellt.[18]

Der Botschafter habe behauptet, so fuhr der Herr Bundeskanzler fort, die Sowjetunion beabsichtige nicht, sich in Fragen der Souveränität anderer Länder einzumischen. Dies bedeute also, daß die Sowjetunion, falls ein Volk in freier Abstimmung über sein Gesellschaftssystem zu entscheiden wünsche, diese Entscheidung tolerieren würde. Andererseits jedoch vertrete die sowjetische Regierung den Standpunkt, daß sie eine Wiedervereinigung Deutschlands nur unter kommunistischem Vorzeichen zulassen werde. Betrachte man nun diese beiden Thesen, so ergebe sich eindeutig ein Widerspruch. Ferner sei nach geltendem, auch von der Sowjetunion anerkanntem Recht, ein Friedensschluß nur mit einer gesamtdeutschen Regierung möglich. Wie könne man nun angesichts der sowjetischen Haltung dieses Ziel erreichen, fragte der Herr Bundeskanzler. Er wolle ganz offen feststellen, daß sich das Regime in der DDR gegenüber der Bundesrepublik weitaus unversöhnlicher verhalte als die sowjetische Regierung. Außerdem sei in der DDR, im Gegensatz zur Sowjetunion, der Entstalinisierungsprozeß noch keineswegs abgeschlossen. Es sei doch geradezu unmöglich, mit einem derartigen Regime zu verhandeln. Die Bundesregierung könne ernsthafte Gespräche nur über die sowjetische Regierung, die eine Brücke bilden müsse, führen.

Bei der Behandlung derartiger Fragen müsse man elastisch vorgehen. Als moderner Mensch sehe er in der NATO zum Beispiel nicht nur ausschließlich ein Verteidigungsbündnis. Bei der bevorstehenden Kennedy-Runde[19] wolle man, wie dem Botschafter gewiß bekannt sei, auch wirtschaftliche Probleme lösen. Man sollte sich doch einmal die Frage vorlegen, ob es nicht Wege gebe, um über Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet zu politischen Lösungen zu gelangen. Vielleicht ließen sich auch in der deutschen Frage auf dem Wege über die Wirtschaftsbeziehungen Fortschritte erreichen. Natürlich dürften sich die östlichen Gesprächspartner nicht von vornherein auf den Standpunkt stellen, daß sie nicht bereit seien, über die Wiedervereinigung und die Selbstbestimmung zu sprechen. Bei einer solchen Haltung hätten Gespräche keine Chancen auf Erfolg.

Der Herr Bundeskanzler sagte ferner, er werde in den kommenden Wochen und Monaten mit führenden Politikern des Westens zusammentreffen und, da er keineswegs ein Scharfmacher sei, seinen Beitrag zu den Entspannungsbemühungen leisten. Er würde es sehr begrüßen, wenn es im Zuge der Entgiftung des Ost-West-Verhältnisses auch zu Fortschritten bei der Lösung der deutschen Frage käme.

Botschafter *Smirnow* antwortete, die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers seien trotz der Unterschiedlichkeit der Standpunkte für ihn sehr interessant, und er begrüße vor allem die bekundete Bereitschaft, die Kontakte zwischen den beiden Ländern auch in Zukunft fortsetzen zu wollen. Er werde Chruschtschow ausführlich Bericht erstatten. Wenn der Bundeskanzler be-

[18] Zum Besuch des FDP-Abgeordneten vom 19. August bis 4. September 1963 in der UdSSR vgl. Dok. 325 und Dok. 328.

[19] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

haupte, Chruschtschow verfolge einen harten Kurs in der Deutschlandfrage, so könne er hierzu nur erklären, daß die sowjetische Regierung wiederholt deutlich gemacht habe, wie sie sich die Lösung des Deutschlandproblems vorstelle. Mit dem Abschluß eines Friedensvertrages zwischen der Sowjetunion und den beiden deutschen Staaten und der Normalisierung der Lage in Berlin ließe sich in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik eine entscheidende Wende herbeiführen. Ein solcher Schritt wäre auch ein bedeutender Beitrag zur Entspannung in ganz Europa. Die sowjetische Regierung sei jederzeit bereit, auf dieser Grundlage in Verhandlungen einzutreten. Andererseits könne es der Sowjetunion nicht zugemutet werden, die Frage der deutschen Wiedervereinigung zu lösen. Dies sei Sache der beiden deutschen Staaten selbst. Diese Ansicht habe Chruschtschow sowohl gegenüber dem ehemaligen Botschafter Kroll als auch in Gesprächen mit dem jetzigen Botschafter Groepper[20] vertreten. Es habe wohl mal eine Zeit gegeben, wo die vier Großmächte eine Verantwortung und Rechte in bezug auf deutsche Angelegenheiten gehabt hätten. In der Zwischenzeit jedoch seien diese Rechte an die beiden deutschen Staaten übertragen worden. Sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik entwickelten sich selbständig, sie erließen ihre eigenen Gesetze usw.

Die Äußerung des Herrn Bundeskanzlers, sich bei den bevorstehenden Gesprächen mit westlichen Politikern für eine Entspannung einzusetzen, nehme er mit Befriedigung zur Kenntnis, zumal es seit eh und je das Ziel der sowjetischen Regierung gewesen sei, Entspannungsversuche zu unterstützen und zu einer Normalisierung der Ost-West-Beziehungen zu gelangen.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, der Botschafter verändere die Reihenfolge hinsichtlich der Lösung der deutschen Frage. Außerdem hätten die vier Großmächte sehr wohl nach wie vor Verpflichtungen gegenüber ganz Deutschland und auch in der Wiedervereinigungsfrage. Erst wenn die Wiedervereinigung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts vollzogen sei, könne man über einen Friedensvertrag und die Grenzfrage verhandeln. Der Botschafter jedoch stelle den Friedensvertrag an den Anfang einer solchen Prozedur. Er wolle nun an den Botschafter die Frage richten, wie dieser sich, rein theoretisch, das Zustandekommen einer Vereinbarung zwischen der DDR und der Bundesrepublik vorstelle, ohne daß sich die Sowjetunion und die Westmächte einmischten. Die Bundesrepublik würde ihre Souveränität gewiß zu wahren wissen, ob dies bei der DDR auch der Fall wäre, wolle er offen lassen. Seiner Ansicht nach könne ein Friedensvertrag nur zustande kommen, wenn vorher die Frage der Wiedervereinigung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts gelöst werden könnte.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, die Sowjetunion würde es begrüßen, wenn es zu einem Friedensvertrag käme. Überhaupt hielte sie es für nützlich, wenn Übereinkünfte, gleich welcher Art, im Wege direkter Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten zustande kämen. Er sei überzeugt, daß bei solchen Verhandlungen die DDR durchaus in der Lage sein werde, ihre Souve-

[20] Vgl. dazu Dok. 116.

ränitätsrechte zu wahren. Es sei klar, daß die DDR auch ihre sozialen Errungenschaften verteidigen würde.

Auf die Frage der Volksdeutschen in der Sowjetunion eingehend, sagte Botschafter Smirnow, der Herr Bundeskanzler habe bei dieser Bemerkung sicherlich auf ein Gespräch zwischen Chruschtschow und Beitz[21] Bezug genommen. Chruschtschow habe Beitz seinerzeit erklärt, es seien ganz einfach keine Deutschen mehr da, die für eine Repatriierung in Frage kämen, da alle deutschen Staatsangehörigen bereits entlassen worden seien. Man solle daher, so habe Chruschtschow gesagt, für die Erörterung dieser Frage nicht unnötig Zeit vergeuden. Es sei zwar richtig, fuhr der Botschafter fort, daß es in der Sowjetunion noch deutschstämmige Menschen gebe – nach der letzten Volkszählung sogar über eine Million – doch handele es sich hierbei um sowjetische Staatsbürger, die sich größtenteils allgemeiner Achtung und Wertschätzung erfreuten.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er habe ja auch gar nicht von einer Million gesprochen, aber vielleicht gebe es unter diesen deutschstämmigen Menschen doch etwa 20–30 000, die eine Repatriierung wünschten.

Botschafter *Smirnow* sagte, er glaube nicht, daß es lohnenswert sei, das Gespräch über diese Frage zu vertiefen.

Auf die Frage der Viermächte-Verpflichtungen hinsichtlich der deutschen Wiedervereinigung zurückkommend, führte der Herr *Bundeskanzler* aus, daß durch die Gründung der Bundesrepublik bzw. der DDR die vier Mächte keineswegs von diesen Verpflichtungen befreit seien, wozu sich die sowjetische Regierung in den vergangenen Jahren ja auch wiederholt bekannt habe. Selbst Chruschtschow habe das Vorhandensein von Verantwortlichkeiten der vier Mächte hinsichtlich der deutschen Frage anerkannt.[22] Allerdings, warf Staatssekretär *Westrick* ein, wünsche Chruschtschow eine Wiedervereinigung nur auf kommunistischer Grundlage.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, daß im Leben der Völker politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen nicht scharf voneinander getrennt seien, sondern daß es auf diesen Gebieten Zusammenhänge und Verflechtungen gebe. Er richtete an den Botschafter die Frage, ob dieser sich nicht vorstellen könne, daß man über wirtschaftliche Vereinbarungen vielleicht auch zu einer Veränderung der politischen Konstellation gelangen könnte.

Botschafter *Smirnow* antwortete, wenn durch wirtschaftliche Maßnahmen angestrebt werden sollte, etwa die DDR zu beseitigen, so sehe er keinerlei Chancen für ein derartiges Vorhaben.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, es gelte zunächst einmal, die menschlichen Kontakte zwischen den Deutschen in Ost- und Westdeutschland wiederherzustellen und reger zu gestalten. Zu diesem Zweck müsse die Mauer poröser werden. Ganz allgemein wolle er feststellen, daß es zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik an sich keine direkten Streitobjekte gebe. Es

[21] Zum Gespräch vom 14. Mai 1963 vgl. Dok. 167.

[22] Nikita S. Chruschtschow nahm als Erster Sekretär des ZK der KPdSU an den Verhandlungen über die Genfer Direktive vom 23. Juli 1955 teil. Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 6.

gebe keine offenen Grenzfragen zwischen den beiden Ländern, die beiden Völker könnten also durchaus in Frieden miteinander leben. Die vorhandene Spannung nicht nur zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, sondern zwischen Ost und West überhaupt, sei im Grunde genommen doch dadurch zu erklären, daß den 17 Millionen Menschen in der DDR das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten werde.

Botschafter *Smirnow* antwortete, dem Bundeskanzler sei zweifellos bekannt, daß die Bevölkerung in der DDR viel eher die Möglichkeit gehabt habe, in den vergangenen Jahren ihre inneren Angelegenheiten selbständig zu regeln als die Bevölkerung der Bundesrepublik. Während die Westmächte nach wie vor in der Bundesrepublik außerordentliche Rechte besäßen[23], habe die Sowjetunion keinerlei derartigen Rechte in der DDR mehr, sondern sie an die DDR-Regierung abgetreten.[24] Sowjetischerseits habe man der ostdeutschen Bevölkerung von Anfang an breiten Spielraum gegeben, um ihre Gesellschaftsordnung frei und selbständig bestimmen zu können.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, er habe nicht die Absicht, sich über demokratische oder menschliche Freiheiten zu unterhalten. Er könne sich nicht vorstellen, daß der Botschafter behaupten wolle, die sowjetische Regierung habe keinen Einfluß auf die Regierung der DDR.

Man sollte doch einmal die Frage prüfen, ob es nicht möglich wäre, in der DDR unter internationaler Kontrolle freie Wahlen abzuhalten, selbstverständlich nicht nur unter Beteiligung der SED, sondern auch der westdeutschen Parteien. Unter genau den gleichen Voraussetzungen müßten auch in der Bundesrepublik Wahlen stattfinden, d.h. also, daß auch die SED in die Wahlen in Westdeutschland einbezogen würde. Dies wäre doch eine faire Methode, um ein Votum des deutschen Volkes herbeizuführen. Er wolle nochmals betonen, daß seiner Vorstellung nach derartige Wahlen unter absolut gleichen Voraussetzungen in West- bzw. Ostdeutschland vor sich gehen müßten, d.h. also, daß die westdeutschen Parteien in Ostdeutschland und die SED in Westdeutschland werben dürften.

Botschafter *Smirnow* antwortete lächelnd, selbst junge afrikanische Nationen lehnten eine internationale Kontrolle bei der Lösung innerstaatlicher Angelegenheiten ab. Um so weniger könne man von den beiden deutschen Staaten, die doch auf einer viel höheren Entwicklungsstufe stünden und auf alte demokratische Traditionen zurückblicken könnten, erwarten, eine internationale Kontrolle bei einem Wahlvorgang zuzulassen.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, er würde in einem derartigen Verfahren nichts Entwürdigendes sehen. Wenn er derartige Vorstellungen entwickele, so deshalb, um jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit der Absichten der Bundesregierung zu beseitigen.

Auf die Bemerkung des *Botschafters,* die Bundesregierung habe offensichtlich ein großes Bedürfnis, in einen Meinungsaustausch mit der DDR-Regierung einzutreten, antwortete der Herr *Bundeskanzler,* ein solches Bedürfnis be-

[23] Vgl. dazu Dok. 427, Anm. 3.

[24] Zu Artikel 1 des Vertrags vom 20. September 1955 über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR vgl. Dok. 292, Anm. 6.

stehe nicht, zumal die Bundesregierung in der DDR-Regierung keine von der ostdeutschen Bevölkerung frei gewählte Regierung sehe. Gäbe es dort wirklich eine frei gewählte Regierung, dann wäre vieles leichter. Die Bundesregierung sei jedenfalls bereit, das Volk in den beiden Teilen Deutschlands unter gleichen Voraussetzungen abstimmen zu lassen.

Der *Botschafter* antwortete, diese Fragen gehörten zur Kompetenz der beiden deutschen Staaten. Die Sowjetunion würde eine allseitige Annäherung zwischen ihnen begrüßen und unterstützen. Zu einer solchen Annäherung sei die DDR-Regierung auch bereit. Eine Vertiefung der Kontakte zwischen den beiden deutschen Staaten würde auch sicherlich zu einer Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung, und keineswegs nur in der DDR, führen. Über eine zunehmende Annäherung ließen sich mit der Zeit wahrscheinlich auch Wege für die erstrebte Wiedervereinigung des deutschen Volkes finden.

Bundeskanzler *Erhard* sagte, man müsse gegenwärtig versuchen, den Interzonenverkehr zu beleben und die menschlichen Kontakte zwischen Ost- und Westdeutschland zu erleichtern. Diesbezüglich sollte auch die Sowjetunion ihren Beitrag leisten. Schließlich habe doch nicht die Bundesregierung die Mauer errichten lassen. Jedermann könne in die Bundesrepublik kommen und sie auch wieder verlassen, wenn dies sein Wille sei. Leider sei es in der DDR nicht so. – Natürlich habe er nicht gehofft, während des heutigen Gesprächs mit dem Botschafter ein Rezept für die Wiedervereinigung zu finden, aber er glaube, Fortschritte seien unmöglich, solange die sowjetische Regierung sich auf den Standpunkt stelle, die Wiedervereinigung müsse von den beiden deutschen Staaten selbst geregelt werden. Es handele sich hier um keine gleichwertigen Partner. Die Bundesregierung könne das DDR-Regime nicht anerkennen, zumal es keineswegs völlig souverän sei. Man müsse sich daher etwas Neues einfallen lassen. Seiner Ansicht nach liege der Schlüssel zur Wiedervereinigung nicht bei Ulbricht, sondern ohne jeden Zweifel in Moskau.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, es sei richtig, daß die Mauer auf Anordnung der DDR-Regierung nach Konsultation mit ihren Verbündeten errichtet worden sei. Man müsse sich jedoch die Frage stellen, welche Politik und welche Politiker die DDR zu diesem Schritt gezwungen hätten. Es sei jetzt leicht zu sagen, Ulbricht sei an allem schuld, aber niemand in der Bundesrepublik wolle auf die Frage antworten, wie es denn dazu gekommen sei, daß die DDR-Regierung 17 Jahre nach Beendigung des Krieges dazu gezwungen wurde, eine solche Maßnahme zu ergreifen. Jedenfalls sollten sich gewisse Staatsmänner davor hüten, durch bestimmte politische Maßnahmen in der Zukunft ähnliche Schritte zu provozieren.

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers,* warum denn Ulbricht eigentlich die Mauer errichtet habe, antwortete der *Botschafter,* daß dies zur Sicherung der DDR notwendig gewesen sei. Die DDR habe sich gegen die Unterminierung ihrer Wirtschaft und gegen die von Westdeutschland aus betriebene Abwerbung ihrer qualifizierten Arbeitskräfte schützen müssen.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, es sei doch verwunderlich, daß aus der Tschechoslowakei, die ja auch an die Bundesrepublik angrenze, so gut wie

keine Flüchtlinge in die Bundesrepublik kämen. Diese Tatsache werfe ein bezeichnendes Licht auf die inneren Zustände in der DDR.

Der *Botschafter* erwiderte, die Sicherheit und die Wirtschaft der DDR seien durch gewisse Maßnahmen von seiten der Bundesrepublik bedroht gewesen, weshalb die DDR-Regierung zur Errichtung der Mauer gezwungen gewesen sei. Im übrigen sei die Wirtschaft Ostdeutschlands seit einiger Zeit zunehmend stabiler geworden. Wenn es in früheren Jahren wirtschaftliche Schwierigkeiten in der DDR gegeben habe, so gebe es dafür verschiedene Erklärungen. So seien beispielsweise in der Bundesrepublik durch Kriegszerstörungen und Demontage nur 16% aller Industrieanlagen betroffen worden, in der DDR hingegen 65%. Ferner hätte die DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik Reparationen gezahlt. Außerdem habe Westdeutschland für seinen Wiederaufbau rund 20 Milliarden DM von den USA erhalten. All diese Tatsachen dürften nicht übersehen werden, wenn man die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR beurteile. Jedenfalls habe der Handelsverkehr der DDR sowohl mit Ländern des Ostens als auch des Westens jetzt eine steigende Tendenz aufzuweisen.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er würde sich freuen, wenn es in Ostdeutschland aufwärts ginge, zumal ein wirtschaftlicher Aufschwung ja auch der Bevölkerung zugute käme. Indes beabsichtige er nicht, in einem diplomatischen Gespräch letzte Gedanken und Erkenntnisse auszudrücken. Die Mauer sei ganz gewiß kein Thema für bilaterale Gespräche zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik. Er hoffe jedoch, daß im allgemeinen Ost-West-Gespräch die Zeit kommen werde, wo auch deutsche Fragen etwas elastischer angesprochen werden könnten.

Abschließend bat der Bundeskanzler den Botschafter, ihn den führenden Persönlichkeiten in Moskau zu empfehlen und in seiner Berichterstattung darauf hinzuweisen, daß er keineswegs die Absicht habe, die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik zu verschärfen. Er bitte den Botschafter ferner, den sowjetischen Führern mit aller Deutlichkeit darzulegen, daß er, der Bundeskanzler, eine Lösung der deutschen Frage, die seiner Ansicht nach den Spannungsherd im Ost-West-Verhältnis darstelle, nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes für möglich halte.

Die in einer ruhigen, sachlichen Atmosphäre geführte Unterredung dauerte von 16.30 Uhr bis 18.15 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 5

455

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 2374/63 geheim **7. Dezember 1963**[1]

Betr.: Beziehungen zu Israel

Gestern fand zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Botschafter Shinnar in Herrn Westricks und meiner Anwesenheit ein Gespräch über Fragen statt, die Botschafter Shinnar zuvor in beiliegendem Papier[2] bezeichnet hatte. Das Ergebnis war im wesentlichen das folgende:

1) Der Herr Bundeskanzler betonte unter Bezugnahme auf den Briefwechsel zwischen Altbundeskanzler und Ministerpräsident Ben Gurion[3], daß es auch seine Politik sein werde, um die Erhaltung und Sicherung des Friedens im Nahen Osten bestrebt zu sein.

2) Eine Zusammenkunft zwischen ihm und Ministerpräsident Eshkol im Laufe des Jahres 1964[4] bezeichnete er als möglich. Botschafter Shinnar hatte hierbei zuvor darauf hingewiesen, daß diese Zusammenkunft wohl weder in Israel noch in Deutschland stattfinden könne.

3) Hinsichtlich der Beziehungen Israels zur EWG sprach sich der Herr Bundeskanzler für eine großzügige Regelung der gegenwärtig anstehenden handelspolitischen Fragen aus.[5] Hinsichtlich der Assoziierung[6] erinnerte ihn Botschafter Shinnar daran, daß er, der Herr Bundeskanzler, sich gegenüber Ministerpräsident Eshkol bei seiner Zusammenkunft in Genf vom Mai dieses Jahres für eine Assoziierung zu gegebener Zeit ausgesprochen habe.[7] Die Frage, was unter „gegebener Zeit" zu verstehen sei, wurde nicht vertieft. Im Anschluß an das Gespräch sagte ich dem Herrn Bundeskanzler, daß nach meiner Auffassung dieser Zeitpunkt in weiter Ferne liege und in jedem Fall die europäischen Assoziationen vorausgehen müßten.[8]

[1] Hat Staatssekretär Carstens am 11. Dezember 1963 vorgelegen.

[2] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 4.

[3] Für Auszüge aus dem Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem israelischen Ministerpräsidenten vgl. Dok. 382, Anm. 6–8, sowie Dok. 437, Anm. 6.

[4] Zur geplanten Zusammenkunft des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Eshkol vgl. den Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 1. April 1964; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422; B 150, Aktenkopien 1964.

[5] Vgl. dazu auch Dok. 426.

[6] Zu einer Assoziierung Israels mit der EWG vgl. Dok. 182, Anm. 16.

[7] Am 18. Mai 1963 sagte Bundesminister Erhard in Genf dem israelischen Finanzminister Sapir zu, „daß er sich für eine Assoziation Israels an die EWG einsetzen würde. Man müsse jedoch noch klären, welches der günstigste Zeitpunkt für die Aufnahme solcher Verhandlungen sei. Es sei zweifelhaft, ob es den israelischen Interessen sehr förderlich wäre, wenn der Antrag auf Assoziation bei der EWG im derzeitigen Augenblick gestellt würde." Vgl. den Drahtbericht des Gesandten Graf von Hardenberg, Genf, vom 20. Mai 1963; Referat III A 2, Bd. 16.

[8] Mit Schreiben vom 14. November 1963 informierte Staatssekretär Lahr den Chef des Bundeskanzleramts, Westrick, über den Standpunkt des Auswärtigen Amts, die Assoziierung mit der EWG sei, „wenn auch nicht nach dem Wortlaut, so doch nach dem Geiste des Vertrages, auf europäische Staaten und auf die ehemals von den Mitgliedstaaten abhängigen außereuropäischen

4) In der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen bedankte sich Botschafter Shinnar für die Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers in der Pressekonferenz vom 3. Dezember 1963.[9] Die zum Teil kritischen Kommentare der israelischen Presse beruhen nach seiner Auffassung teils auf unrichtiger Übermittlung der Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers, teils auf den Vorurteilen einer radikalen Rechtspresse.

5) In der Frage der Entwicklungshilfe trug Botschafter Shinnar den Wunsch vor, daß das Ergebnis der mit mir geführten Gespräche in einem Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an Ministerpräsident Eshkol festgehalten werden möge.[10] Der Herr Bundeskanzler verhielt sich hierzu rezeptiv, sagte mir jedoch anschließend, daß er hierzu bereit sei.[11] Interessanterweise kam Botschafter Shinnar nicht auf seinen Vorschlag zurück, mein Vorschlag müsse auf Grund (angeblicher, mir unbekannter) Schreiben des Herrn Altbundeskanzlers ergänzt werden.

6) Hinsichtlich der deutschen Wissenschaftler in Ägypten[12] bemerkte der Herr Bundeskanzler, daß die ursprünglichen israelischen Angaben offensichtlich weit übertrieben seien und die inzwischen angestellten Ermittlungen zu äußerst bescheidenen Feststellungen geführt hätten. Botschafter Shinnar bestritt dies nicht, sondern verwies auf die emotionale Bedeutung des Problems und unterstrich in diesem Zusammenhang die Bedeutung des in Vorbereitung befindlichen deutschen Gesetzes.[13]

Hiermit dem Herrn Minister[14] mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Lahr

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 4

Fortsetzung Fußnote von Seite 1568

Staaten beschränkt. Hiervon sollte nicht abgegangen werden, weil sich sonst der Rahmen der EWG in unberechenbarer Weise erweitert, worunter die Intensität der Gemeinschaft leiden kann. Vor allem droht dann ihr europäischer Charakter sich mehr und mehr zu verwässern." Vgl. Referat III A 2, Bd. 16.

9 Zur Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel sagte Bundeskanzler Erhard in der Pressekonferenz: „Unser Verhältnis zu Israel ist weniger geprägt und gekennzeichnet durch und findet nicht so sehr seinen Ausdruck in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, als vielmehr in der Verpflichtung des deutschen Volkes und in der auch praktisch geübten Hilfeleistung für all das, was aus deutscher Schuld dem jüdischen Volke erwachsen ist ... Die Frage diplomatischer Beziehungen scheint mir demgegenüber von etwas untergeordnetem Rang zu sein. Es ist nicht die Frage, ob wir sie aufnehmen, sondern es ist die Frage, wann wir sie aufnehmen ... wenn Sie mich direkt fragen, ob ich die Absicht habe, jetzt einen Antrag im Kabinett dieser Art zu stellen, dann muß ich Ihnen sagen: zunächst nicht". Vgl. BULLETIN 1963, S. 1910.

10 Vgl. dazu bereits Dok. 437.

11 Für den Wortlaut des Schreibens des Bundeskanzlers Erhard vom 30. April 1964 an Ministerpräsident Eshkol vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 4.
Es basiert auf dem Vorschlag vom 27. November 1963 für eine Erklärung zur Kapitalhilfe an Israel. Vgl. Dok. 437, Anm. 4.

12 Zur Tätigkeit deutscher Rüstungsfachleute in Ägypten vgl. bereits Dok. 173. Vgl. ferner Dok. 289, Anm. 2.

13 Vgl. dazu Dok. 173, besonders Anm. 4 und Anm. 5.

14 Hat Bundesminister Schröder am 12. Dezember 1963 vorgelegen.

456

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2380/63 geheim **9. Dezember 1963**

Betr.: Besuchsverkehr zwischen Ost- und West-Berlin an den Weihnachtstagen[1]

I. Bei dem Herrn Bundeskanzler fand am 9. Dezember 1963 eine Besprechung statt, an der teilnahmen:

die Herren Bundesminister Mende, Krone, Schmücker,
Staatssekretäre Westrick, Carstens, v. Hase, v. Eckardt, Krautwig,
Ministerialdirektor Risse,
Regierender Bürgermeister Brandt,
Senator Schütz.

Der Regierende Bürgermeister schlug vor, der anderen Seite in einem Schriftstück ohne Anrede und Unterschrift, das durch eine Privatperson überbracht würde, mitzuteilen, daß ein Senatsrat zur Verfügung stehe, um ein Gespräch über die technischen Vorbereitungen der anstehenden Frage zu führen. Falls die andere Seite darauf einginge, könne eventuell daran gedacht werden, den Präsidenten der Landeszentralbank in Berlin, Dr. Suchan, mit der Führung des Gesprächs zu beauftragen. Wenn es sich in einer späteren Phase um die Einrichtung von Passierscheinstellen handeln sollte, könne erwogen werden, diese Stellen auf drei an der Sektorengrenze gelegenen S-Bahnhöfen einzurichten. Dabei müsse allerdings sichergestellt werden, daß diese Stellen nicht als Stellen der DDR firmierten und auch keine Hoheitsgewalt auf dem Boden von West-Berlin ausübten. Der Regierende Bürgermeister wies auf eine BKO von 1961 hin, in der die Alliierten die Errichtung von Passierscheinstellen in West-Berlin untersagt haben.[2] Diese Maßnahme wurde auf Wunsch des Berliner Senats getroffen.

Der Regierende Bürgermeister wies darauf hin, daß die Bevölkerung von Berlin für unsere juristischen Unterscheidungen zwischen dem Zonenregime und dem Ost-Berliner Magistrat kein Verständnis habe und verlange, daß man ernsthafte Schritte zur Ermöglichung von Weihnachtsbesuchen unternehme.

Bundesminister Mende schloß sich dem Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters an. Er betonte, daß man allerdings keinesfalls bereit sein dürfe, für die Gespräche mit der anderen Seite ein Mitglied des Berliner Senats anzubieten.

Auch Bundesminister Krone, Herr von Eckardt und Herr Krautwig unterstützten den Standpunkt des Regierenden Bürgermeisters.

[1] Vgl. dazu bereits Dok. 452.

[2] In der Anordnung der Alliierten Kommandantur vom 25. August 1961 wurde festgelegt, „daß die Einrichtung sowie der Betrieb von Büros zum Zwecke der Ausgabe von Genehmigungen zum Betreten des Sowjetsektors von Berlin innerhalb des amerikanischen, französischen und britischen Sektors von Berlin verboten sind". Vgl. GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT FÜR BERLIN 1961, S. 1222.

Ich warf die Frage auf, ob man nicht auf dem bisher eingeschlagenen Wege, d.h. zwischen Leopold und Behrendt bzw. dessen Vertreter, weiter prozedieren solle. Mir wurde geantwortet, daß die andere Seite sich als nicht zuständig bezeichnet habe[3] und daß es daher aussichtslos sei, auf diesem Wege weiterzugehen.

Ich habe mich sodann dagegen gewendet, daß der anderen Seite ein Gespräch auf höherer Ebene angeboten werden solle. Das führe dazu, daß wir wahrscheinlich eine Position nach der anderen preisgeben würden. Man solle von vornherein sagen, wer für die Gespräche zur Verfügung stehe, und davon solle man nicht wieder abgehen.

Insoweit stimmten alle Anwesenden zu.

Es wurde dann noch die Frage erörtert, ob der Regierende Bürgermeister ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Ost-Berlin, Herrn Ebert, anbieten solle. Hiergegen waren jedoch die Bedenken allgemein stark.

Es bestand Einigkeit darüber, daß, bevor etwas unternommen würde, die Alliierten unterrichtet werden müßten. Ich übernahm es, dies zu tun.

Man kam überein, daß der Inhalt der Besprechung streng geheim gehalten werden sollte.

II. Ich habe sodann den französischen Botschafter telefonisch unterrichtet. Dieser erhob sofort die stärksten Bedenken. Er erklärte, daß man eine viel zu optimistische Haltung gegenüber der Öffentlichkeit eingenommen habe. Außerdem wäre es notwendig gewesen, die drei Westmächte frühzeitiger zu unterrichten.

Ich schlug ihm vor, die Angelegenheit mit uns zu besprechen. Ich würde auch die Amerikaner und Briten benachrichtigen.

III. Sodann rief ich den amerikanischen Botschafter an, dessen Haltung gleichfalls reserviert war. Er meinte, bevor man der anderen Seite eine solche Mitteilung zugehen lasse, müsse man wissen, ob und wo Passierscheinstellen auf Westberliner Boden errichtet werden sollten. Dem stehe bisher die auf Bitten des Berliner Senats erlassene alliierte Verfügung von 1961 entgegen. Auch er erklärte sich mit einer Besprechung der Angelegenheit einverstanden.[4]

IV. Danach habe ich den Regierenden Bürgermeister angerufen und ihn von meinen Gesprächen mit de Margerie und McGhee unterrichtet. Ich habe gesagt, daß die Angelegenheit daher nicht so schnell wie ursprünglich ins Auge gefaßt durchgeführt werden könnte, und fügte hinzu, daß der Regierende

[3] Dazu teilte das Presseamt beim Ministerpräsidenten der DDR am 7. Dezember 1963 mit: „Die westdeutsche Regierung mischte sich in diese Angelegenheit, für die sie in keiner Hinsicht zuständig ist, ein und wollte durch Herrn Dr. Leopold, den Leiter der westdeutschen ‚Treuhandstelle für den Interzonenhandel', Vertretern des Ministeriums für Außen- und Innerdeutschen Handel der DDR eine dementsprechende Erklärung übermitteln. Der angesprochene Mitarbeiter der Hauptabteilung Innerdeutscher Handel des Ministeriums erklärte sich nachdrücklich als unzuständig für diese nicht den Handel zwischen den beiden deutschen Staaten betreffende Angelegenheit und nahm die Erklärung des Herrn Dr. Leopold nicht entgegen." Vgl. DzD IV/9, S. 984 f.

[4] Vgl. dazu weiter Dok. 460.

Bürgermeister und wir sicher darin übereinstimmten, daß die Angelegenheit keinen Konflikt mit unseren besten Freunden wert sei.

V. Schließlich habe ich Herrn Staatssekretär Westrick unterrichtet mit der Bitte, den Herrn Bundeskanzler zu unterrichten.

Hiermit dem Herrn Minister[5] vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

457

Bundesminister Schröder an Bundesminister Scheel

St.S. 1185/63 **9. Dezember 1963**[1]

Betr.: Begleitung bei Reisen des Herrn Bundespräsidenten in Entwicklungsländer

Bezug: Ihr Schreiben vom 21. November 1963[2]

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ihre Eindrücke decken sich im wesentlichen mit den meinigen, die sich im übrigen keineswegs auf die Frage der Entwicklungspolitik beschränken, sondern eine Anzahl weiterer Gebiete einschließen. Auch mir gibt dies zu denken. Meine Überlegungen führen mich immer wieder zu dem Schluß, daß wir darauf achten müssen, den Reisen des Herrn Bundespräsidenten den Charakter zu erhalten, der nach internationalem Brauch den Reisen des Staatsoberhaupts zukommt, und in dieser Richtung bleibe ich bemüht. Ich fürchte, daß wir Gefahr laufen, das Gegenteil zu erreichen, wenn wir der Reisebegleitung des Herrn Bundespräsidenten den Charakter einer Regierungsdelegation geben. Es kann ja kein Zweifel daran bestehen, daß, wenn Ihre Anregung aufgegriffen wird, prompt Wünsche auch anderer Häuser geltend gemacht werden.

Ich verspreche Ihnen, weiterhin in der bezeichneten Richtung zu wirken. Sollten diese Bemühungen keinen Erfolg haben, wäre allerdings zu überlegen, ob die von Ihnen genannte Konsequenz mit der entsprechenden Ausweitung auf andere Ressorts zu ziehen wäre.

[5] Hat Bundesminister Schröder am 10. Dezember 1963 vorgelegen.

[1] Durchschlag als Konzept.
Hat Staatssekretär Lahr am 9. Dezember 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. Dok. 420.

Was die letzte Reise des Herrn Bundespräsidenten[3] angeht, ist es übrigens gelungen, die von Ihnen befürchteten Folgen zu vermeiden.

Mit den besten Grüßen

Ihr Schröder[4]

Büro Staatssekretär, Bd. 408

458

Bundesminister Schröder an Bundesminister Schmücker

St.S. 1184/63 **9. Dezember 1963**[1]

Betr.: Delegationsführung bei den Verhandlungen mit den Satellitenstaaten
Bezug: Ihr Schreiben vom 14. November 1963[2]

Sehr geehrter Herr Kollege!

Mit dem Vorschlag Ihres Schreibens vom 14. November d.J., eine Reihe unsere beiden Ressorts berührender Fragen mündlich zu erörtern, bin ich gern einverstanden. Ich darf anregen, daß Sie bei der Vereinbarung eines Termins durch unsere beiden Sekretariate die von Ihnen in Aussicht genommenen Themen mitteilen.

Zu der in Ihrem Schreiben angeschnittenen Frage der Delegationsführung bei den Verhandlungen mit den Satellitenstaaten[3] möchte ich vorab bemerken:

Es war bis vor einiger Zeit die Politik der Bundesregierung, den wirtschaftlichen Gesprächen mit den Satellitenstaaten einen rein fachlich-technischen Charakter zu geben und eine politische Note zu vermeiden. Wenn das Auswärtige Amt bis dahin die Fachressorts gebeten hat, die Verhandlungsführung zu übernehmen, so ergab sich das eben aus dieser Politik. Hierin ist, von mir angeregt und vom Bundeskabinett gebilligt, ein Wandel eingetreten, indem wir uns jetzt bemühen, in den Grenzen, die uns unsere Nichtanerkennungspolitik

[3] Zu den Staatsbesuchen des Bundespräsidenten Lübke vom 23. Oktober bis 23. November 1963 im Irak, in Indonesien, Japan und auf den Philippinen vgl. Dok. 396, Anm. 3.

[4] Paraphe vom 12. Dezember 1963.

[1] Durchschlag als Konzept.
Hat Staatssekretär Lahr am 9. Dezember 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 407.

[3] Der Bundesminister für Wirtschaft übte in dem Schreiben Kritik daran, daß das Auswärtige Amt die Verhandlungen mit Rumänien über ein Warenabkommen „ohne Abstimmung mit den beteiligten Ressorts" festgesetzt hatte, nachdem in früheren Verhandlungen „stets das Bundeswirtschaftsministerium den Verhandlungsführer gestellt" hatte. Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 407.

setzt, auch das politische Verhältnis mit den Satellitenstaaten[4] aufzulockern. Zu den Mitteln, die uns hierzu gegeben sind, gehören in erster Linie Vereinbarungen über die Errichtung von Handelsvertretungen und langfristige Handelsabkommen. Die hierüber zu führenden Verhandlungen erhalten damit einen betont politischen Charakter. Die politische Note tritt gegenüber diesen Staaten jetzt sogar stärker in Erscheinung, als in der Mehrzahl der sonst von uns geführten Wirtschaftsverhandlungen. Hieraus ergibt sich die Verhandlungsführung durch das Auswärtige Amt.

Hinzu kommt, daß in diesen Verhandlungen politische Fragen zur Sprache kommen, die nach meiner Auffassung überhaupt nur vom Auswärtigen Amt behandelt werden können. Ich denke hierbei in erster Linie an die sehr schwierigen Auseinandersetzungen über die Berlinfrage, die sowohl im Falle Polens wie Ungarns im Mittelpunkt der gesamten Verhandlungen gestanden haben.[5] Dasselbe hat sich in den Verhandlungen mit Rumänien gezeigt, in denen nicht nur bei der Frage der Handelsvertretung[6], sondern auch des Warenaustausches[7] die Berlinfrage[8] bis zum letzten Verhandlungstag den Gegenstand von Auseinandersetzungen gebildet hat. Weiter ist daran zu denken, daß in allen diesen Verhandlungen neben den rein wirtschaftlichen Themen andere Fragen benannt oder jedenfalls aufgegriffen worden sind[9], die in die ausschließliche Zuständigkeit des Auswärtigen Amts fallen und die etwa von den anderen Verhandlungen abzutrennen taktisch unklug gewesen wäre.

Im gegenwärtigen Stadium läßt sich noch nicht genau sagen, wie die Verhandlungslage gegenüber der Tschechoslowakei[10] und Bulgarien[11] sein wird. Vermutlich wird sie nicht wesentlich anders sein. Hierüber werde ich mich gern

[4] In einem Rundfunkinterview vom 4. November 1963 führte Bundesminister Schröder dazu aus, daß aufgrund des Alleinvertretungsanspruchs gegenüber Drittstaaten argumentiert werden müsse: „Ihr könnt nicht beides haben, diplomatische Beziehungen mit uns schließt die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Pankow aus. Und wenn das doch eintritt, müssen wir daraus bestimmte Folgen ziehen." Dies habe jedoch ursprünglich „nicht die Position zu den kommunistischen Ländern umfaßt, die ihrerseits, einfach aus ihrer kommunistischen Grundstruktur heraus, bereits diplomatische Beziehungen zu Pankow hatten ... Das bedeutet aber für uns heute praktisch, daß wir im Verhältnis zu unseren osteuropäischen Nachbarn so weit gehen können, wie wir das derzeit angefangen haben." Vgl. BULLETIN 1963, S. 1737.

[5] Vgl. dazu Dok. 183 und Dok. 339.

[6] Vgl. dazu Dok. 380.

[7] Zu den laufenden Verhandlungen mit Rumänien über ein Warenabkommen vgl. Dok. 439, Anm. 2.

[8] Im geplanten Abkommen mit Rumänien über den Warenverkehr sollte die Einbeziehung von Berlin (West) durch eine Verklammerung mit der Vereinbarung über die Errichtung der Handelsvertretung erfolgen. Der Leiter der rumänischen Handelsvertragsdelegation, Petri, lehnte die Aufnahme einer Berlin-Klausel in das Warenabkommen zunächst ab mit der Begründung, diese Frage „sei ja im Abkommen über die Handelsvertretungen befriedigend geregelt". Vgl. dazu die Aufzeichnungen des Botschafters Schlitter vom 11. bzw. 21. November 1963; Referat III A 6, Bd. 181.
Vgl. dazu weiter Dok. 470.

[9] Vorgesehen waren Gespräche über die Familienzusammenführung, die Kriegsopferversorgung und politische Gefangene. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Leiters des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zum Osten", Klarenaar, vom 11. November 1963; Referat III A 6, Bd. 181.
Zu den Gesprächen über die Familienzusammenführung vgl. bereits Dok. 439.

[10] Zu den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei vgl. Dok. 432.

[11] Zu den Verhandlungen mit Bulgarien vgl. Dok. 370.

mit Ihnen in Verbindung setzen, wenn der Zeitpunkt der Entscheidung gekommen ist.

Lassen Sie mich abschließend bemerken, daß die Regelung, die unsere beiden Häuser im Falle Rumänien schließlich gefunden haben, offenbar zur beiderseitigen Zufriedenheit funktioniert hat. Ich lege großen Wert darauf, daß die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ressorts aufs beste vonstatten geht.

Mit den besten Grüßen

Ihr Schröder[12]

Büro Staatssekretär, Bd. 407

459

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler

Z A 5-148.A/63 VS-vertraulich **9. Dezember 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 9. Dezember 1963 im Auswärtigen Amt um 15 Uhr den britischen Außenminister, Herrn Butler, zu einem Gespräch in größerem Kreise.

Nach der Begrüßung durch den Herrn *Bundesminister,* in welcher er besonders hervorhob, daß die Bundesregierung darüber erfreut sei, daß Herr Butler seinen ersten Besuch in seinem neuen Amt[2] der Bundesrepublik abstatte, sagte der britische *Außenminister,* daß dies kein Zufall sei. Die britische Regierung halte es für sehr wichtig, diese ersten Gespräche mit der Bundesregierung zu führen, um zu einer gemeinsamen Basis für die Aufgaben zu gelangen, die man zusammen in Angriff nehmen wolle. Es gehe der britischen Regierung darum, die Unterstützung und das Verständnis der Bundesregierung für ihre Politik zu finden. Was die wirtschaftlichen Fragen angehe, so sollte man auch auf diesem Gebiet als Partner und Verbündete zusammenarbeiten. Deshalb habe er es für wichtig gehalten, die Bundesrepublik zu besuchen, bevor die NATO-Tagung in Paris[3] stattfinde und bevor der Herr Bundeskanzler und der Herr Bundesaußenminister nach Texas[4] führen.

Der Herr *Bundesminister* schlug sodann vor, daß man zunächst über die Fragen der Ost-West-Beziehungen und später über die Fragen im Zusammenhang

[12] Paraphe vom 12. Dezember 1963.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 12. Dezember 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 14. Dezember 1963 vorgelegen.

[2] Zum Regierungswechsel in Großbritannien am 18. Oktober 1963 vgl. Dok. 389, Anm. 3.

[3] Zur Tagung des NATO-Ministerrats am 16./17. Dezember 1963 in Paris vgl. Dok. 481.

[4] Zum Besuch am 28./29. Dezember 1963 in den USA vgl. Dok. 486–492.

mit dem Bündnis sprechen solle. Er bat Herrn Butler, zunächst seine Ansichten darlegen zu wollen.

Der britische *Außenminister* verwies zunächst auf die Erklärung, die er anläßlich der Ministerratssitzung der WEU im Haag abgegeben habe[5] und die der Herr Bundesminister unterstützt habe.[6] In dieser Erklärung habe er bereits dargelegt, daß die britische Regierung eine Politik der vollständigen Unbeweglichkeit für falsch halte und deshalb sich bemühe, die Sondierungen zwischen Ost und West fortzusetzen. Im Anschluß an die Konferenz im Haag habe er vor dem Unterhaus eine Erklärung abgegeben[7], die verhältnismäßig ruhig und ohne große Opposition aufgenommen worden sei. Die britische Regierung halte es für nützlich, wenn die Sondierungen über eine Anzahl von Fragen fortgesetzt würden.

Herr Butler betonte, daß diese Politik aber nur unter gewissen wesentlichen Voraussetzungen durchgeführt werden könnte. Diese Voraussetzungen seien, daß das militärische Gleichgewicht nicht gestört werde, daß keine Maßnahmen getroffen würden, welche die Solidarität des Bündnisses beeinträchtigen könnten und schließlich, daß alle Schritte, welche die britische Regierung gegebenenfalls zu unternehmen bereit sei, die Unterstützung der Verbündeten in Europa und in der Atlantischen Allianz hätten. Diese Voraussetzungen seien wesentlich für jede Verständigung, welche die britische Regierung im Verhältnis zwischen Ost und West zu erreichen versuche. Ohne Zustimmung und Unterstützung der Alliierten könne man nicht vorankommen.

Herr Butler wandte sich sodann der Situation der Sowjetunion zu, die von gewissen Faktoren bestimmt zu sein scheine. Er erwähnte zunächst die erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen sich die Sowjets gegenübersähen, und verwies sodann auf die schlechte Lage der Landwirtschaft, die durch die Mißernten verursacht worden sei. Dies habe dazu geführt, daß die Sowjets Getreide im Ausland hätten kaufen müssen[8], wofür sie einen beachtlichen Teil ihrer Gold- und Devisenreserven aufgewandt hätten. Über die Entwicklung innerhalb der Sowjetunion sei die britische Regierung in ständigem Gedankenaustausch mit den Amerikanern, und es bestehe die übereinstimmende Auffassung, daß die Äußerungen Chruschtschows in der Öffentlichkeit[9] kein vollständiges Bild der wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegeben hätten. Es sei doch sehr aufschlußreich, daß nunmehr, nachdem die Kollektivwirtschaft so lange bestehe, die Sowjets so hohe Beträge für die Herstellung von Kunstdün-

[5] Zur Rede des britischen Außenministers Butler vom 25. Oktober 1963 vgl. Dok. 403, Anm. 24.

[6] Zur Erklärung des Bundesministers Schröder vom 25. Oktober 1963 vgl. Dok. 403, Anm. 25.

[7] Für den Wortlaut der Erklärung vom 15. November 1963 vgl. HANSARD, Bd. 684, S. 502–515.

[8] Zu den Weizenkäufen der UdSSR vgl. Dok. 342, Anm. 4, Dok. 355, Anm. 7, Dok. 357, Anm. 7, und Dok. 385.

[9] Am 21. Juni 1963 räumte der sowjetische Ministerpräsident vor dem Plenum des ZK der KPdSU „immer noch große Mängel in der Planung unserer Entwicklung" ein und hob insbesondere die „falsche und staatsfeindliche Praxis" hervor, Investitionen „auf viele Objekte zu zersplittern". Am 25. Oktober 1963 führte Chruschtschow auf einer Pressekonferenz zu den Weizenkäufen in den USA und Kanada aus: „Wenn wir in kapitalistischen Ländern Weizen kaufen, so besagt dies, daß es uns in diesem Jahr an eigenem Weizen mangelt. Wenn wir genügend Weizen gehabt hätten, so hätten wir ihn nicht angekauft." Vgl. PRAVDA, Nr. 180 vom 29. Juni 1963, S. 4; OST-PROBLEME 1963, H. 15, S. 468 f.; PRAVDA, Nr. 300 vom 27. Oktober 1963, S. 2.

ger ausgeben müßten. Aus all diesen Beobachtungen ergebe sich die Schlußfolgerung, daß man es mit einem Lande zu tun habe, das daran interessiert sein dürfte, seine Ausgaben für militärische Zwecke einzuschränken. Man sei sich dabei zwar der Tatsache bewußt, daß im Gegensatz zu einem demokratisch regierten Lande derartige Überlegungen in der Sowjetunion keine ausschlaggebende Rolle spielten, doch lägen Anzeichen dafür vor, daß Chruschtschow daran interessiert sei, seine Ausgaben für Raumfahrtprogramme und Rüstungsvorhaben einzuschränken. Dazu komme der Konflikt mit den Chinesen[10], und nach den derzeitigen Anzeichen scheine eine Lösung nicht unmittelbar bevorzustehen. Ein weiteres Element, das nicht unberücksichtigt bleiben dürfe, sei der Prozeß der Verbürgerlichung, der sich in der Sowjetunion vollziehe. Die britische Regierung glaube daher, daß sich gewisse Fortschritte erzielen ließen, wenn die Kontakte und Sondierungen besonders unter den gegenwärtigen Bedingungen und Verhältnissen fortgesetzt würden. Man habe aber keineswegs die Illusion, daß sich die sowjetische Politik in ihren Grundzügen geändert habe. So dürfte es nach wie vor die Absicht der sowjetischen Regierung sein, das Marionettenregime in der sowjetischen Besatzungszone zu stärken und zu stützen, die Weltherrschaft anzustreben und sich nach wie vor in die Angelegenheiten der Entwicklungsländer einzumischen, mit der Absicht, dem Westen auf diese Weise Schaden zuzufügen. All dies beobachte die britische Regierung nach wie vor mit größter Wachsamkeit.

Herr Butler sagte sodann, er wäre sehr dankbar für eine Darlegung der deutschen Ansichten zur Berlin- und Deutschlandfrage. Er selbst sehe noch keine baldige und einfache Lösung dieser Fragen, doch wäre es ihm außerordentlich wichtig, die deutsche Auffassung kennenzulernen. Die britische Regierung bemühe sich um eine Lösung, die ehrenhaft sei und mit gutem Gewissen akzeptiert werden könne. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Botschaft Chruschtschows an den britischen Premierminister[11], die vor etwa vier Wochen eingegangen sei und die der Bundesregierung zur Kenntnis gebracht worden sei. Nach britischer Auffassung enthalte diese Botschaft keine neuen Ansatzpunkte. In einem Absatz dieser Botschaft werde jedoch in etwas klarerer Form als früher darauf hingewiesen, daß sich die Sowjetunion nicht durch eine Politik der Gewalt leiten lassen wolle. Demgegenüber enthalte die Botschaft aber auch einige aggressive propagandistische Elemente. Er habe den Eindruck, als ob den Russen daran liege, die Gespräche fortzusetzen, ohne daß man sich aber ganz im klaren darüber sei, was im einzelnen besprochen werden solle. Was die britische Antwort auf diese Botschaft angehe, so denke man daran, etwa zu sagen, daß nach dem Tode von Präsident Kennedy es besonders wichtig sei, alles zu unternehmen, um der Welt den Frieden zu erhalten, was eines der Hauptziele der Kennedyschen Politik gewesen sei.

An Themen für weitere Gespräche mit den Sowjets kämen in Frage: Nichtverbreitung der nuklearen Waffen[12] und Errichtung eines Beobachter-

[10] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23, sowie Dok. 367, Anm. 26 und Anm. 43.

[11] Zum Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 20. November 1963 an Premierminister Douglas-Home vgl. Dok. 430, Anm. 15.

[12] Vgl. dazu bereits Dok. 367, besonders Anm. 30.

systems[13]. Herr Butler sagte, er würde es begrüßen, die deutsche Stellungnahme zu diesen Themen zu hören.

Was die bilateralen Fragen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Sowjetunion angehe, so beträfen sie in erster Linie handelspolitische Themen, da der derzeitige Handelsaustausch zwischen der Sowjetunion und Großbritannien aktiv für die Sowjetunion sei. Ferner könnte über die Verbesserung der kulturellen Beziehungen gesprochen werden.

Herr Butler erwähnte, daß er nach seiner Ernennung zum Außenminister eine Botschaft an Gromyko gerichtet habe, worauf vor kurzem eine Antwort eingegangen sei[14], die ihm der sowjetische Botschafter in London[15] überreicht habe. Zur Frage der Nichtverbreitung nuklearer Waffen habe Gromyko nichts Neues gesagt und nur den bisherigen sowjetischen Standpunkt wiederholt. Es sehe nicht so aus, als ob sich irgendwelche Fortschritte erzielen ließen. Nach russischer Auffassung sei das Haupthindernis die beabsichtigte Errichtung einer multilateralen nuklearen Streitmacht.[16] Die Engländer hätten offensichtlich die Russen nicht davon überzeugen können, daß die MLF durchaus mit der Konzeption der Nichtverbreitung nuklearer Waffen vereinbar sei. Die Sowjets blieben nach wie vor sehr kritisch und zeigten ziemliche Nervosität wegen der MLF, was auch in der Botschaft Chruschtschows an den Premierminister zum Ausdruck gekommen sei, wo er von der Gefahr gesprochen habe, die entstehe, wenn den deutschen Revanchisten nukleare Waffen in die Hände gegeben würden. Die britische Regierung habe noch keine klare Vorstellung darüber, wie unter diesen Voraussetzungen der Dialog fortgesetzt werden sollte.

Was die Errichtung eines Beobachtersystems angehe, so versuchten die Sowjets damit eine Verdünnung der Streitkräfte zu koppeln. Den Sowjets scheine es darum zu gehen, die Gespräche in Gang zu halten, doch wolle die britische Regierung mehr als nur dies. Ihr gehe es um Lösungen der anstehenden Frage oder zumindest um Fortschritte bei der Lösung.

Herr Butler fragte den Herrn Bundesminister sodann, wie er die Aussichten auf dem Abrüstungssektor beurteile und ob er glaube, daß ein Nichtangriffsarrangement möglich sei, das aber die Sicherheit Berlins und den freien Zugang nach Berlin gewähren müßte.[17]

Der Herr *Bundesminister* sagte zunächst, daß er mit einigen der allgemeinen Grundsätze, die Herr Butler dargelegt habe, übereinstimme. In der gegenwärtigen Situation könne man keine Politik der Unbeweglichkeit verfolgen. Er halte es für das Beste, wenn man versuche, zunächst Lösungen für die Fragen an der Peripherie zu finden. Insofern stimme er mit den Schlußfolgerungen

[13] Vgl. dazu bereits Dok. 427.

[14] Zur Mitteilung des britischen Außenministers vom 13. November 1963 an den sowjetischen Außenminister und zu dessen Antwort vom 4. Dezember 1963 vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8468.

[15] Alexander A. Soldatow.

[16] Zum Stand der Verhandlungen über die MLF vgl. Dok. 414.
Für die sowjetische Reaktion auf die Wiederaufnahme der Gespräche über die MLF in der Arbeitsgruppe in Paris am 11. Oktober 1963 vgl. die Erklärung der amtlichen Nachrichtenagentur TASS vom 21. Oktober 1963; MEISSNER, Moskau–Bonn II, S. 969 f.

[17] Zur Haltung der Bundesrepublik in dieser Frage vgl. Dok. 317.

Herrn Butlers überein. Unter Hinweis auf die Rede Herrn Butlers im Unterhaus sagte der Herr Minister, er stimme auch darin überein, daß diese Politik nur unter den von Herrn Butler genannten Voraussetzungen verfolgt werden könnte. Er wolle aber hinzufügen, ohne daß dies nun einen Gegensatz zur britischen Auffassung darstelle, daß bei allen Abkommen, die möglicherweise getroffen würden, die Zentralfragen nicht aus dem Blick verloren werden dürften. Sonst bestünde die Gefahr, daß man auch in den Nebenfragen zu falschen Entscheidungen gelange. Deshalb sei es aus zwei Gründen nötig, die zentralen Fragen immer im Auge zu behalten: einmal, weil dies der westlichen Interessenslage entspreche und zum zweiten, weil die Sowjets selbst die zentralen Fragen auch nie aus dem Auge verlören.

Was die Lage in der Sowjetunion selbst angehe, so stimmten die britischen Ansichten mit den deutschen überein. Die Bundesregierung glaube ebenfalls, daß sich ein Verbürgerlichungsprozeß angebahnt habe, ohne daß man aber schon richtig sehen könne, welche Wirkung er haben werde. Der Konflikt mit den Chinesen spiele auch eine gewisse Rolle. Entscheidend sei aber, daß sich die Ziele der Sowjets und die sowjetische Haltung in der Deutschlandfrage nicht geändert hätten.

Bei der Prüfung der Botschaft Chruschtschows an den Premierminister sei man deutscherseits zu den gleichen Ergebnissen wie auf britischer Seite gekommen. Auf den einen Absatz hinsichtlich der Nichtanwendung von Gewalt im Falle Berlins[18] wolle er später im Zusammenhang mit der Frage eines Nichtangriffsarrangements zurückkommen.

Der Eindruck der britischen Regierung, daß die Sowjets die Gespräche fortführen wollten, werde in Washington und an anderen Orten geteilt. Er glaube, dies sei zutreffend, da die Sowjets auf diese Weise versuchen wollten, ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Es müsse aber gefragt werden, ob sich Gebiete finden ließen, wo sich Fortschritte zum beiderseitigen Nutzen erzielen ließen. Dabei wolle er einmal die bilateralen Themen auslassen. Auch in dem Dialog zwischen den Amerikanern und den Sowjets spielten einige bilaterale Fragen eine gewisse Rolle, so zum Beispiel der Abschluß eines Luftverkehrsabkommens[19], eines Konsularvertrages[20], des kulturellen Austausches[21] und der Herstellung besserer Verbindungen mit den jeweiligen Botschaften. Entscheidend sei aber, daß sich etwaige Abmachungen nicht zum Nachteil des Westens und nur zum Vorteil des Ostens auswirkten. Sie müßten für beide Seiten gleich befriedigend sein. Ebenso müsse gefragt werden, welche Auswirkungen etwaige Abmachungen auf die zentralen Fragen hätten. Dies gelte für alle Themen. Er selbst halte es für schwierig, diejenigen Elemente der sowjetischen Zielsetzung zu eliminieren, deren Entfernung Absprachen für den Westen möglich und nützlich machen würden. Dadurch würde nämlich die sowjetische Zweckrichtung genau umgekehrt werden. Da etwas Derartiges mit Zustimmung der Sowjetunion wahrscheinlich nicht möglich ist,

[18] Zur Reaktion des Auswärtigen Amts auf diesen Vorschlag vgl. Dok. 430, Anm. 15.

[19] Zum amerikanisch-sowjetischen Luftverkehrsabkommen vgl. Dok. 349, Anm. 18.

[20] Zur amerikanisch-sowjetischen Konsularkonvention vgl. Dok. 349, Anm. 17.

[21] Vgl. dazu Dok. 367, Anm. 10.

bleibe nur ein sehr mageres Feld, auf dem Übereinkommen mit den Sowjets denkbar seien.

Was die Frage der Nichtverbreitung nuklearer Waffen angehe, so sei dies ein Thema, was man deutscherseits unter dem Gesichtspunkt des eigenen Verzichts auf die Herstellung von ABC-Waffen[22] und des Beitritts zum Atomstopp-Abkommen[23] betrachte. Deutscherseits stehe man positiv dazu, vorausgesetzt, daß eine derartige Abmachung weltweite Anwendung finde und auch beispielsweise ein Land wie Rotchina mit einbeziehe. Gewisse andere Aspekte wolle er im Augenblick beiseite lassen. Nun komme aber die Sowjetunion und sage, ein Abkommen über die Nichtverbreitung nuklearer Waffen sei nur möglich, wenn auf die MLF verzichtet werde.[24] Die MLF ihrerseits diene aber der Integration der NATO. Die Sowjets benutzten also den Vorschlag der Nichtverbreitung nuklearer Waffen, um auf diese Weise eine Stärkung der NATO zu verhindern. Mit dieser Koppelung machten die Sowjets den Vorschlag aber unannehmbar. Selbst wenn man sich nicht einmal auf die MLF in ihrer jetzigen Form kapriziere, sondern an andere Möglichkeiten denke, so gehe es der Sowjetunion doch hauptsächlich darum, eine einseitige Schwächung der westlichen Verteidigungsposition zu erwirken. Somit sei ein Fortschritt praktisch ausgeschlossen.

Auch die im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhütung eines Überraschungsangriffes vorgetragene Idee der Errichtung von Beobachterposten scheine bei unbefangener Betrachtung zunächst einleuchtend zu sein. Wenn auf beiden Seiten in einem entsprechenden Gebiet vernünftige Regelungen getroffen würden, könnte dadurch die Situation sicher verbessert werden. Es sei vorstellbar, daß sich ein System aufbauen lasse, das von Nutzen sei. Dabei wolle er im Augenblick einmal die Betrachtung der Frage auslassen, was mit der SBZ geschehe. Die Sowjets brächten ihrerseits aber diesen Vorschlag im Zusammenhang mit der Forderung nach der Entnuklearisierung Deutschlands und nach einer Verdünnung der Streitkräfte, was bedeuten würde, daß die westlichen Streitkräfte zurückgenommen werden müßten, im Falle der Amerikaner bis hinter den atlantischen Ozean. Das würde bedeuten, daß eine an sich nützliche Idee mit einer massiven Maßnahme gekoppelt würde, deren einziger Zweck eine Verschlechterung der westlichen Position wäre.

Genauso deutlich könne dies gesehen werden im Zusammenhang mit der Idee eines Nichtangriffsarrangements. Gerade von britischer Seite sei sehr

[22] Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 37, Anm. 14.

[23] Zum Beitritt der Bundesrepublik am 19. August 1963 zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 308, Anm. 3.

[24] Während der Gespräche mit dem amerikanischen Außenminister Rusk und dem britischen Außenminister Lord Home am 3. Oktober 1963 äußerte der sowjetische Außenminister, „daß die multilaterale Atomstreitmacht dem Grundsatz der Nichtverbreitung widerspreche". Auch in der Unterredung mit Präsident Kennedy am 10. Oktober 1963 blieb der Verzicht auf die MLF für Gromyko „nach wie vor die Voraussetzung für Vereinbarungen" über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Vgl. die Drahtberichte des Botschafters von Braun, New York (UNO), vom 4. Oktober 1963 und des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 11. Oktober 1963; Abteilung V (V 1), VS-Bd. 187, und Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196; B 150, Aktenkopien 1963.

früh darauf hingewiesen worden, daß ein Nichtangriffsarrangement eigentlich die letzte Verzierung der Torte sein sollte. Dies treffe auch zu, denn ein Nichtangriffsarrangement könne nur dazu dienen, eine befriedigende Situation durch eine feierliche Zusage und Verständigung noch zu unterstreichen. Für den Westen heiße das aber, daß erst eine kräftige Besserung in Berlin eintreten müsse und für die Deutschlandfrage Wege und Verfahren eingeleitet werden müßten, die eines Tages zu vernünftigen Lösungen führen könnten. Aber gerade aus diesem Grund versuchten die Sowjets, diese Elemente nicht miteinzubeziehen. Sie ihrerseits sähen in einem Nichtangriffsarrangement nur die Möglichkeit, ihre eigene Position zu verbessern und den Status quo zu zementieren. Dies zeige sich auch deutlich in der Antwort, die sie nunmehr auf die Fragen des jetzigen Premierministers[25] gegeben hätten, wie sich die Sowjets zu Berlin stellten. Die Erwiderung sei diese windelweiche Erklärung gewesen, daß sie niemals Gewalt anwenden würden.[26] In anderen Worten, die Sowjets seien nicht bereit, Bedingungen zu schaffen oder zu akzeptieren, die eine vernünftige Regelung möglich erscheinen ließen. Sie dächten nur an ihren eigenen Vorteil. Wenn man einmal wie ein Chirurg die Situation betrachte, dann stelle man fest, daß nur wenig Raum bleibe für Absprachen, die für den Westen unschädlich wären. Es habe keinen Zweck, sich irgendwelchen Illusionen hinzugeben, vielmehr müsse man die Dinge realistisch betrachten. Wenn man aber nach Möglichkeiten suche, dann scheine man sich nur auf dem Gebiete der Beobachterposten auf einigermaßen festem Grunde zu befinden, denn im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen könnte hier im psychologischen Vorfeld eine bessere Atmosphäre für die Abrüstungsgespräche geschaffen werden. Deswegen sei man der Auffassung, daß auf diesem Gebiet die Gespräche am ehesten fortgeführt werden könnten.

Der Herr Bundesminister wies darauf hin, daß der militärische Wert einer solchen Maßnahme von den Sachverständigen gering angesehen werde. Darüber sei auch bereits in der NATO gesprochen worden. Der militärische Wert hänge davon ab, wie die Angelegenheit gestaltet werde, d. h. welche Möglichkeiten den Beobachtern gegeben würden, wie sie stationiert würden usw. Deshalb glaube er, daß sowohl positive wie negative militärische Argumente vorgetragen werden könnten, je nachdem, wie man die Sache sehe.

Für die Bundesregierung stelle sich die Frage, ob die SBZ in einer besonderen Weise mitmachen müßte. Jedes Arrangement, das ohne eine Beteiligung der SBZ nicht durchführbar sei, bringe die Bundesregierung vor dieselben Schwierigkeiten, die sich im Zusammenhang mit dem Versuchsstopp-Abkom-

[25] Zu dem während der Sondierungsgespräche im Oktober 1963 vom britischen Außenminister Lord Home hergestellten Zusammenhang zwischen Berlin-Frage und Nichtangriffsabkommen vgl. Dok. 395, Anm. 4.

[26] Vgl. dazu Dok. 411, Anm. 21, und Dok. 430, Anm. 15.
Am 4. Dezember 1963 hielt Ministerialdirektor Krapf fest: „Eine derartige Erklärung wäre aber ungenügend, weil sie der Lage Berlins, insbesondere dem Zugangsproblem, nicht Rechnung trägt und weil sie die unbedingt notwendige Garantie nicht ersetzt. Bei dieser Form der sowjetischen Erklärung könnte der Westen im Falle administrativer Behinderungen des Zugangs durch Verwirklichung der Eventualfallplanung in die Rolle des Angreifers versetzt werden." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8468; B 150, Aktenkopien 1963.

men ergeben hätten.[27] Deshalb stelle sich die Frage, welche Schritte unternommen werden können, um zu verhindern, daß sich mit derartigen Maßnahmen eine stärkere Anerkennung der SBZ verknüpfe. Er wisse sehr wohl, daß sich zumindest theoretisch Möglichkeiten finden ließen, um dieser Gefahr zu begegnen. Wenn sich aber sehr viele solcher Situationen wiederholten, dann gerate man doch sehr in die Nähe einer laufenden Aufwertung. Je mehr man die SBZ als Partner bei derartigen Abmachungen brauche, desto stärker werde ihre Position. Dies sei eine Schwierigkeit, der man sich auf deutscher Seite gegenübersehe, und man wisse noch nicht genau, wie man damit fertig werde.

Außenminister *Butler* dankte dem Herrn Minister für seine Ausführungen und sagte, es bestehe wohl Übereinstimmung darin, daß eine Politik der Unbeweglichkeit nicht angebracht sei, unabhängig davon, ob man einer Lösung der zentralen Fragen näherkomme oder nicht. Hinsichtlich der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten habe die deutsche Außenpolitik auch eine neue Beweglichkeit gezeigt.[28] Die britische Regierung wolle die Gespräche mit dem Osten auf jeden Fall weiterführen. Was nun die beiden Hauptmöglichkeiten hierfür angehe, Nichtverbreitung nuklearer Waffen und Errichtung eines Systems von Bodenbeobachtern, so scheine die deutsche Seite zu glauben, daß sich bei dem zweiten Fragenkomplex bessere Aussichten böten und in der ersten Frage Schwierigkeiten auftreten könnten. Fortschritte beim zweiten Thema würden nach Auffassung der britischen Regierung die Abrüstungsgespräche erleichtern. Herr Butler sagte zu, daß die Bundesregierung laufend über die Kontakte unterrichtet würde. Er fragte sodann, ob die Bundesregierung irgendwelche anderen Vorschläge habe. Die Welt erwarte Ergebnisse von der Genfer Abrüstungskonferenz[29] und wolle verhindert sehen, daß die Verhandlungen in eine Sackgasse gerieten. Er selbst halte es für unwahrscheinlich, daß die vom Osten vorgeschlagene Konferenz der Regierungschefs[30] zustande komme. In den Zeitungen habe er auch bereits gelesen, daß Präsident Johnson wegen anderer Aufgaben wohl kaum abkömmlich sein dürfte. Er selbst sei bereit, sich in Genf mit den Außenministern zu treffen. Ein entsprechender Wunsch sei an ihn herangetragen worden. Ein Zeitpunkt sei jedoch noch nicht festgelegt worden, jedoch rechne er Ende Januar mit einer solchen Möglichkeit. Er wolle über den Abrüstungsfragenkomplex in Paris auch noch mit Herrn Rusk sprechen. Nach britischer Auffassung sollten sechs oder sieben Aspekte der Abrüstungsfrage besonders erörtert werden, und die britische Regierung halte es für nützlich, wenn hierfür Arbeitsgruppen eingesetzt würden. Wenn auch die Nichtverbreitung nuklearer Waffen

[27] Zu den Schwierigkeiten, die sich aus der Einbeziehung der DDR in das Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963 für die Bundesrepublik ergaben, vgl. Dok. 239.

[28] Zu den Abkommen der Bundesrepublik mit Polen vom 7. März 1963, mit Rumänien vom 17. Oktober 1963 und Ungarn vom 10. November 1963 vgl. Dok. 114, Anm. 4, Dok. 388, Anm. 10, und Dok. 339, Anm. 14.

[29] Zum Stand der Gespräche auf der Genfer 18-Mächte-Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 424, Anm. 8.

[30] In der Rede vom 19. September 1963 vor der UNO-Generalversammlung schlug der sowjetische Außenminister Gromyko für die erste Jahreshälfte 1964 eine Gipfelkonferenz der an der 18-Mächte-Abrüstungskonferenz beteiligten Staaten vor. Vgl. UNITED NATIONS, OFFICIAL RECORDS OF THE GENERAL ASSEMBLY. Plenary Meetings, 18th session, 1208th Meeting, S. 15.

Schwierigkeiten in sich berge, so wolle man britischerseits auf die Behandlung dieses Themas doch nicht verzichten.

Was ein Nichtangriffsarrangement angehe, so sei sich die britische Regierung durchaus bewußt, daß ein Nichtangriffspakt ohne Sicherungen den Status quo zerstören und besondere Gefahren für die Deutschen mit sich bringen könnte. Ein isolierter Nichtangriffspakt sei deshalb nicht annehmbar und würde außerdem der Charta der Vereinten Nationen nichts hinzufügen.[31] Wenn keine Fortschritte in Berlin und in anderen Teilen der Welt erreicht würden, berge der Abschluß eines Nichtangriffspaktes die Gefahr in sich, daß die Öffentlichkeit zu der falschen Auffassung gelange, es gebe keine sowjetische Aggression mehr. Außerdem wolle die britische Regierung durch einen solchen Pakt nicht die Behörden der SBZ anerkennen oder den Status der SBZ verbessern.

Andererseits habe man in Großbritannien aber auch eine öffentliche Meinung, der sehr viel an der Erhaltung des Friedens liege. Was die Situation Berlins angehe, so denke er an einen gewissen Vorbehalt, der etwa so lauten könnte, daß bis zur Regelung der deutschen Frage die Sicherheit der Stadt Berlin und der freie Zugang dorthin gewährleistet sein müßten und daß in der derzeitigen Situation keine Änderung eintreten dürfe, es sei denn, daß dies von allen beteiligten Parteien und insbesondere von den für die Zukunft Berlins verantwortlichen Mächten vereinbart sei. Er denke ferner an die Möglichkeit, daß die NATO ihrerseits eine Erklärung über ihren nichtaggressiven Charakter abgebe. Ob sich darüber Einigkeit erzielen lasse, wisse er allerdings nicht.

Er fragte sodann den Herrn Minister, ob die Bundesregierung neue Ideen über Berlin oder die Zukunft Deutschlands habe.

Der Herr *Bundesminister* erwiderte, besondere Vorschläge auf dem Abrüstungsgebiet, die speziell von deutscher Seite vorgebracht werden könnten, sehe er nicht. Die sowjetischen Vorschläge über ein Einfrieren der Streitkräfte usw.[32] betrachte er als reine Propaganda. Die Idee der Amerikaner, gewisse Waffentypen, die etwas veraltet seien, zu zerstören, um damit zu verhindern, daß sie von dritten Ländern erworben und eingesetzt würden[33], sei von der Sowjetunion abgelehnt worden.[34] Gegenwärtig könne er nicht sehen, was

[31] Vgl. Artikel 2 der UNO-Charta (Fassung vom 26. Juni 1946); CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 584.

[32] Diesen Vorschlag unterbreitete Ministerpräsident Chruschtschow in der Rede vom 19. Juli 1963. Vgl. dazu Dok. 252, Anm. 5.
Am 16. August 1963 wurden die sowjetischen Vorstellungen dazu vom sowjetischen Vertreter bei der Genfer 18-Mächte-Abrüstungskonferenz, Zarapkin, näher erläutert. Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 381–383.

[33] Zu diesem Vorschlag vgl. Dok. 367.

[34] Im Gespräch mit Präsident Kennedy am 10. Oktober 1963 zeigte der sowjetische Außenminister „an der Zerstörung von Bombern ... wiederum kein Interesse". Vgl. den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 11. Oktober 1963; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196; B 150, Aktenkopien 1963.
Bereits am 3. Oktober hatte Gromyko auf eine Bemerkung des amerikanischen Außenministers Rusk, „daß Maßnahmen auf Abrüstungsgebiet – z. B. die Vernichtung von Bombern – der beste Weg" für die Einsparung von Rüstungsmitteln sei, geantwortet, „daß jede Kontrolle und Verifizie-

konkrete Ansatzpunkte bieten könnte. Seit Jahren habe die Bundesregierung erklärt, daß sie jede Abrüstungsregelung unterstützen würde, wenn sie allgemein und kontrolliert sei. Diese Haltung habe sich nicht geändert. Er bedaure aber, sagen zu müssen, daß er keine konkreten Vorschläge machen könne, die Aussicht hätten, angenommen zu werden.

Abgesehen von der Zeitfrage habe er immer den Eindruck gehabt, daß der sowjetische Vorschlag einer Konferenz der Regierungschefs in Genf reine Propaganda gewesen sei und nicht sehr viel Substanz dahinterstecke.

Wenn er gerade gesagt habe, daß er am ehesten noch an Fortschritte auf dem Gebiet der Beobachterposten denken könne, so sei auch dies ohne irgendwelchen Optimismus geschehen. Wenn man die Schwierigkeiten auf allen Gebieten abwäge, so scheine es, als ob sie hier am wenigsten groß seien.

Er verstehe den britischen Wunsch, in der Frage der Nichtverbreitung nuklearer Waffen und eines Nichtangriffsarrangements die Russen weiterzubearbeiten, da es durchaus sein könne, daß sich im Zusammenhang mit den Sondierungen neue Aspekte ergeben, die zusammen mit anderen Dingen wichtig werden könnten.

Der Herr Bundesminister ging sodann auf die deutsche öffentliche Meinung ein. Wenn Herr Butler gesagt habe, die britische Regierung müsse Rücksicht nehmen auf ihre öffentliche Meinung, so gelte dies in noch stärkerem Maße für die Bundesregierung. Großbritannien könne von einer leichteren und günstigeren Position aus operieren als Deutschland, wo es so viele wichtige ungelöste Fragen gebe. Wenn gesagt worden sei, man müsse den Friedenswillen der Bevölkerung honorieren, so sei dies in Deutschland nicht nötig, da der Friedenswille eine bare Selbstverständlichkeit sei. In der Bundesrepublik fragten sich die Leute immer wieder, was getan werden könne, um die Berlin- und Deutschlandfrage voranzubringen und zu lösen. Bei seinem Londoner Besuch im August[35] habe er bereits darauf hingewiesen, daß jedes Arrangement, das erörtert werde, von der deutschen Öffentlichkeit unter dem Gesichtspunkt betrachtet werde, welche Auswirkungen es auf die deutsche Position habe. Die Frage, die gestellt werde, laute ganz einfach, ob die Situation dadurch verbessert oder verschlechtert werde. Die deutsche öffentliche Meinung sei hinsichtlich jeder dieser Fragen empfindlicher, um so mehr als von ihnen eine Wirkung ausgehe, die in Deutschland selbst unmittelbar zu spüren sei. Dieser Lage müsse man sich bewußt sein, da man sich sonst möglicherweise über die Reaktion in Deutschland täusche. Wenn man die bestehenden Möglichkeiten erforschen will, ohne dabei etwas aufzugeben, so könne ein derartiges Manöver gegenüber der britischen öffentlichen Meinung sehr nützlich sein, doch befinde man sich damit gegenüber der deutschen Öffentlichkeit bereits auf gefährlichem Boden, da befürchtet werde, daß durch derartige Sondierungen dem Gegner Vorteile gegeben werden könnten. Dieser Unterschied zwischen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1583

rung der Abrüstung diese ‚hoffnungslos erschweren' würde". Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 4. Oktober 1963; Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196; B 150, Aktenkopien 1963.

35 Zu den Gesprächen des Bundesministers Schröder mit Premierminister Macmillan und dem britischen Außenminister Lord Home am 14. August 1963 vgl. Dok. 299–301.

der Haltung der deutschen Öffentlichkeit und der britischen Öffentlichkeit dürfe nicht übersehen werden.

Da dies so sei, halte er es für besonders wertvoll, daß Herr Butler im Unterhaus und bei anderer Gelegenheit hervorgehoben habe, welches die Ziele der westlichen Politik seien. Da die Sowjetunion nie müde werde, ihre eigenen Ziele immer wieder zu nennen, müsse auch die westliche Position nicht verschwiegen werden. Im Gegenteil, die westlichen Ziele müßten unentwegt klargemacht werden.

In diesem Zusammenhang erwähnte der Herr Bundesminister einen Gedanken, der im Auswärtigen Amt verschiedentlich erörtert worden sei. Im Jahre 1954 habe die Bundesregierung einen Verzicht auf die Produktion von ABC-Waffen ausgesprochen. Die Entsprechung und der Gegenwert zu diesem weittragenden Produktionsverzicht sei die alliierte Zusage gewesen, daß die westlichen Verbündeten die deutschen Interessen unterstützen und sich für die Wiedervereinigung Deutschlands einsetzen würden.[36] Darüber hinaus hätten sie die Verpflichtung zum nuklearen Schutz der Bundesrepublik übernommen. Je weiter man nun gehen würde mit einem Abkommen über die Nichtverbreitung nuklearer Waffen, das auch die SBZ umfassen würde, desto mehr würde die ursprüngliche Position von 1954 geschwächt. Dies dürfe man nicht übersehen. Die Folge könnte eine Politik sein, die genau das Gegenteil dessen sei, was im Anschluß an den deutschen Produktionsverzicht vereinbart worden sei. Dies sei die große Schwierigkeit, die man im Zusammenhang mit einer Abmachung über die Nichtverbreitung nuklearer Waffen sehe, ganz abgesehen von der MLF oder einer anderen nuklearen Entwicklung.

Was die Berlin- und Deutschlandfrage angehe, so seien die Perspektiven nicht besonders günstig. Der Herr Bundesminister wies auf die jüngste Erfahrung mit der Passierscheinfrage[37] hin. Es habe sich darum gehandelt, den Berlinern die Möglichkeit zu geben, über Weihnachten ihre Verwandten und Freunde im anderen Teil Berlins zu besuchen. Das Regime habe aber die Passierscheinfrage dazu benutzen wollen, seinen eigenen Status zu verbessern. Alle sonstigen Angebote der Bundesrepublik, wozu auch wirtschaftliche Angebote gehörten[38], seien zurückgewiesen worden. Die Haltung der SBZ-Behörden lasse erkennen, daß das Regime nicht die geringste Neigung habe, zu irgendeiner Abmachung zu kommen, selbst wenn sie sich wegen ihres menschlichen Charakters günstig für das Regime auswirken könnte. Deshalb müsse man mit einer harten und starren Position des Regimes in der SBZ rechnen. Wenn dies schon für Berlin gelte, so gelte es in noch größerem Umfang für die deutsche Frage.

[36] Vgl. dazu die Erklärung der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 3. Oktober 1954, die unverändert in die Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 aufgenommen wurde; EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6981 f. und S. 7138.

[37] Zu den Passierschein-Verhandlungen vgl. bereits Dok. 460; weiter Dok. 468.

[38] Zu den Kreditangeboten der Bundesrepublik an die DDR vgl. Dok. 3, Anm. 9. Sie wurden von Bundesminister Mende am 30. November 1963 auf der Jahrestagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" in Berlin (West) erneuert: „Wir sind zu wirtschaftlichen Leistungen an Mitteldeutschland als Zeichen guten Willens bereit, und ich habe die Ermächtigung, hier zu erklären, daß das vor einem Jahr gemachte Angebot einer wesentlichen kreditiven Ausweitung sowohl in Investitionsgütern als auch in Konsumgütern nach wie vor existent ist." Vgl. DzD IV/9, S. 958.

Wenn man die jüngsten Äußerungen Chruschtschows prüfe, so ergebe sich auch daraus, daß sich seine harte Position nicht geändert habe. Er versuche weiterhin, Mißtrauen unter den westlichen Partnern zu säen und sage, es werde einmal der Tag kommen, an dem die Deutschen Neigungen zu einem neuen Rapallo[39] verspürten. Von einer Annäherung oder beispielsweise der Bereitschaft, freie Wahlen zu gestatten, sei in Chruschtschows Äußerungen nicht die leiseste Spur zu finden. Er weise vielmehr darauf hin, daß die SBZ ein sozialistischer Staat sei und daß auch in der Bundesrepublik der Kapitalismus durch den Sozialismus abgelöst würde.[40] Gerade dieses letzte Argument sei in jüngster Zeit häufig von Chruschtschow verwandt worden, was doch zeige, daß sich die sowjetischen Erwartungen nicht geändert hätten. Sicher heiße das nicht, daß die sowjetischen Prognosen unbedingt richtig sein müßten. Überdies zeigten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, daß auch die sozialistischen Bäume nicht in den Himmel wüchsen.

Aus dieser Analyse ergebe sich die Schlußfolgerung, daß eine Deutschlandpolitik langfristig sein und gewisse Elemente einer Änderung in Betracht ziehen müsse, die sich langfristig gesehen zugunsten des Westens auswirken könnten. Wenn im Augenblick eine positive Deutschlandpolitik noch nicht möglich sei, so müsse man zumindest dafür sorgen, daß die Ausgangsposition nicht verschüttet werde. Deshalb sollte bei allen Versuchen der Erkundung darauf geachtet werden, daß diese Ausgangsposition, auch psychologisch, nicht verschlechtert werde. Dies sei das einzig Positive, was im Augenblick möglich sein dürfte. Nur so könne ein Beitrag zur psychologischen Kräftigung geleistet werden. Dazu gehöre auch, und dies sei besonders nötig für Berlin und die Menschen in der SBZ, daß die Art, wie die Verhandlungen mit der Sowjetunion geführt würden, nicht den Eindruck erwecke, als ob hierdurch der Status quo verschlechtert würde.

Was die deutsche Politik gegenüber den osteuropäischen Ländern angehe, so sehe man in der Errichtung der Handelsmissionen auch eine Maßnahme, die, wie man hoffe, sich zugunsten des Westens auswirken werde, selbst wenn man dies jetzt noch nicht unmittelbar beweisen könne. Man verspreche sich davon, daß dadurch ein gewisses Mißtrauen, was den Deutschen gegenüber in jenen Ländern noch bestehe, abgebaut werde, und daß in dieser Politik ein Zeichen des guten Willens und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit gesehen werde. Gewisse Ansätze hierfür seien bereits erkennbar, zum Beispiel auch in der Tschechoslowakei[41]. Deswegen sollte diese Politik fortgesetzt werden. Hinzu komme, daß die osteuropäischen Länder der Bundesrepublik gegenüber positiver eingestellt seien als Pankow gegenüber. Das trage ebenfalls dazu bei, eine Aufwertung Pankows zu verhindern und die eigene Position zu stärken.

Außenminister *Butler* bedankte sich für das Verständnis, das der Herr Bundesminister dem britischen Wunsche entgegengebracht habe, weiter mit den

39 Zum Rapallo-Vertrag vom 16. April 1922 vgl. Dok. 226, Anm. 10.

40 Vgl. dazu Dok. 454, Anm. 9.

41 Zum Beginn der Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 432.

Russen in Kontakt zu bleiben. Dies sei auch die Forderung der öffentlichen Meinung Großbritanniens und die erklärte Politik seiner Regierung. Er betonte noch einmal die Bedingungen, unter denen dies zu geschehen habe. Die Öffentlichkeit erwarte, daß die Politiker ihr Bestes tun, und man wolle unter allen Umständen der Unterstützung der Verbündeten sicher sein. Was die sowjetische Haltung angehe, so erscheine sie steril, wenn sie auch oft in schön klingende Worte eingekleidet sei. Die britischen Rußland-Sachverständigen hätten darauf hingewiesen, daß man in der sowjetischen Politik häufig mit unerwarteten Entwicklungen rechnen müsse und sich plötzlich etwas ganz Neues ergeben könne. Dies habe sich auch im Falle des Versuchsstopp-Abkommens bewahrheitet. Deshalb wolle man in Kontakt mit den Sowjets bleiben, denn, um einen anderen Vergleich zu gebrauchen, je näher man sich an die Flanke eines Pferdes stelle, desto geringer sei die Gefahr, daß man von ihm getreten werde. Man wolle aber die Bundesregierung über alles auf dem laufenden halten. Er beabsichtige auch, die Amerikaner zu fragen, ob sie irgendwelche neuen konstruktiven Vorstellungen für die Abrüstungsfrage hätten.

Der Herr *Bundesminister* ging sodann auf den Vorschlag Herrn Butlers ein, daß die NATO eine einseitige Erklärung über ihren nichtaggressiven Charakter abgeben könnte. Er wolle dazu im Augenblick nichts sagen, doch erscheine es ihm zweifelhaft, ob das möglich sei. Vielleicht könne man darüber in Paris vor oder während der NATO-Konferenz noch einmal sprechen.[42]

Außenminister *Butler* sagte, es sei vielleicht möglich, eine Erklärung in das Kommuniqué aufzunehmen, aus der hervorgehe, daß die NATO keine aggressiven Absichten verfolge.[43] Er selbst werde sich bemühen, bis zum Beginn der NATO-Ratssitzung Näheres über die Aussichten hierfür in Erfahrung zu bringen.

Der Herr *Bundesminister* wies in diesem Zusammenhang auf das NATO-Kommuniqué von Ottawa[44] hin.

Außenminister *Butler* bemerkte, daß eine derartige Formulierung der britischen Regierung wegen der Auswirkungen in Großbritannien gelegen käme.

Das Gespräch wandte sich sodann dem derzeitigen Stand des Bündnisses zu. Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* sagte, die derzeitige Lage sei nicht sehr befriedigend. Die Schwierigkeit bestehe darin, das Bündnis zusammenzuhalten, wenn Not und Gefahr nicht sichtbar seien. Es sei eine natürliche menschliche Reaktion zu glauben, daß man in seinen Bemühungen nachlassen könne, wenn keine Not und Gefahr unmittelbar drohten. So sei zum Beispiel die Wehrdienstzeit in verschiedenen Ländern reduziert worden.[45] In einigen Ländern seien innenpolitische und wirtschaftliche Schwierigkeiten auf-

[42] Vgl. dazu Dok. 473.

[43] Vgl. dazu weiter Dok. 473, besonders Anm. 36.

[44] Zum Kommuniqué der Ministerratstagung der NATO vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa vgl. Dok. 177, Anm. 2.

[45] Zur Verkürzung der Wehrdienstzeit in Norwegen und Italien vgl. Dok. 216, Anm. 36.

getreten. Dies gelte beispielsweise für die Türkei[46] und für Griechenland[47]. Was Italien angehe, so wisse man noch nicht, ob die neue Regierung bestätigt werde, da sie zuerst eine Mehrheit finden müsse.[48] Er habe aber gehört, daß die Kombination Saragat und Andreotti[49] unter dem Gesichtspunkt der atlantischen Zusammenarbeit noch die günstigste wäre, die in Italien bestehen könnte. All das habe dazu beigetragen, daß sich die Allianz derzeit nicht in einem sehr festen und geschlossenen Zustand befinde.

Eine besondere Rolle spiele die Tatsache, daß Frankreich hinsichtlich gewisser Konzeptionen eigene Wege gehe. Die Franzosen hätten hinsichtlich der Organisation und der strategischen Konzeption des Bündnisses eigene Vorstellungen.[50] Nach dem Algerienkrieg[51] befänden sie sich in einer schwierigen Lage und stünden nun mitten in der Umgestaltung ihrer Armee. Dabei stimmten sie ihre Politik nicht mit den anderen Verbündeten ab. Wenn man die Franzosen frage, was ihnen vorschwebe, so sagten sie, eine Neuorganisation der NATO. Danach näher befragt, erklärten sie, der europäische Einfluß müsse stärker werden. Auf die Frage, wie dies geschehen könne, sei die französische Antwort, Europa müsse besser organisiert werden, und die Antwort auf die Frage, wie dies geschehen solle, laute wahrscheinlich, indem man zunächst eine gemeinsame Landwirtschaftspolitik verabschiede.[52] Kurzum, die Lage könne heute nicht geändert werden und man könne nur hoffen, daß sie sich in Zukunft vielleicht bessere. Konkrete Schwierigkeiten hätten sich ergeben im Zusammenhang mit dem Dokument MC-100[53], dem unter gewissen Kompromissen alle Partner mit Ausnahme der Franzosen zugestimmt hätten. Es würde in diesem Rahmen zu weit gehen, hier auf alle Motive im Detail einzugehen. Es stelle sich aber die Frage, wie man sich angesichts dieses Fehlens einer Übereinstimmung auf der bevorstehenden NATO-Konferenz zu verhalten habe. Über die Meinungsverschiedenheiten in aller Ausführlichkeit zu sprechen, wäre sicher sehr unerfreulich, und die Reaktion der Öffentlichkeit wäre nicht gut, wenn sich die Meinungsverschiedenheiten im Kommuniqué niederschlagen würden. Er wisse nicht, ob es möglich sei, in den Gesprächen der Militärsachverständigen die Standpunkte einander anzunähern, da er den Eindruck habe, daß die französische Haltung von hoher Hand bestimmt und

[46] Die Regierung unter Ministerpräsident Inönü wurde im Verlaufe des Jahres 1963 mehrfach umgebildet und demissionierte am 2. Dezember 1963, nachdem die Koalition durch den Austritt der Neue Türkei-Partei und der Nationalrepublikanischen Bauernpartei auseinandergebrochen war. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10937.
Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Türkei vgl. auch Dok. 466.

[47] Griechenland hatte seit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Karamanlis am 11. Juni 1963 verschiedene geschäftsführende Regierungen. Nach Parlamentswahlen am 3. November 1963 bildete Ministerpräsident Papandreou ein neues Kabinett. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10900 und S. 10911.

[48] Zur Regierungsbildung in Italien vgl. Dok. 421, Anm. 24.

[49] Guiseppe Saragat war seit dem 5. Dezember 1963 italienischer Außenminister, Giulio Andreotti blieb Verteidigungsminister.

[50] Zu den französischen verteidigungspolitischen Vorstellungen vgl. auch Dok. 423.

[51] Zur Beendigung des Algerienkriegs am 18. März 1962 vgl. Dok. 88, Anm. 11.

[52] Vgl. dazu auch Dok. 421.

[53] Vgl. dazu Dok. 301, Anm. 13, und Dok. 406, Anm. 6.
Vgl. ferner die Aufzeichnung über das Gespräch des Bundesministers von Hassel mit dem französischen Verteidigungsminister Messmer und dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara am 17. Dezember 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1963.

nicht so leicht geändert werde. Somit sehe man sich vor die Frage gestellt, ob das Bündnis tun könne, was es tun müsse, auch wenn sich in dieser Frage keine befriedigende Lösung finden lasse. Wenn sich ein gemeinsames Konzept nicht vereinbaren lasse, was erforderlich wäre, um die Anforderungen der Kommandeure zu erfüllen, bleibe nichts anderes übrig, als daß diejenigen, die bisher ihre Beiträge geleistet hätten, dies auch weiter täten. Er sehe die einzig mögliche Lösung in einem pragmatischen Vorgehen, solange es nicht möglich sei, eine theoretische Lösung zu vereinbaren.

Deutscherseits sei man an diesen Fragen besonders interessiert, weil die Konzeption der Vorwärtsverteidigung[54] eine gemeinsame Auffassung voraussetze. Hierbei gehe es besonders darum, daß genügend konventionelle Streitkräfte zur Verfügung stünden. Wenn ein zu großes Gewicht auf eine reine nukleare Verteidigung gelegt werde, so habe dies keine gute Auswirkung für die konventionellen Streitkräfte.

Der Herr Bundesminister fragte, welche praktischen Konsequenzen die britische Regierung aus der Tatsache ziehe, daß über die MC-100 keine Einigung bestehe. Wenn aber andererseits die Vereinigten Staaten, Großbritannien, die Bundesrepublik, Italien, Griechenland und die Türkei sich in der bisherigen Weise beteiligen würden, dann sei zwar das Fehlen einer Übereinstimmung nach wie vor unerfreulich, hätte aber keine allzu großen Auswirkungen. Er glaube nicht, daß die Franzosen in der Reorganisation ihrer Streitkräfte schon so weit seien, daß sie zu Gesprächen über diese Frage bereit wären. Deshalb werde wahrscheinlich nichts anderes übrig bleiben, als so weiterzumachen wie bisher, um nicht zu sagen, in der gleichen Weise weiterzuwursteln. Er befürchte, daß es noch eine Zeitlang dauern werde, bevor man zu einer vereinbarten Position gelangen könne. Das dürfe aber die anderen Verbündeten nicht davon abhalten, so gut wie möglich weiterzukommen. Vielleicht seien in ein, zwei oder drei Jahren die Aussichten günstiger als heute. Die französische Haltung und ihr Bekanntwerden dürften wahrscheinlich keine allzu positive Auswirkung auf die kleineren Länder und die Höhe ihrer Beiträge haben.

Wie Außenminister *Butler* sagte, habe er aufgrund seiner letzten Informationen den Eindruck, daß der NATO-Rat es mit der Erörterung dieser Fragen nicht eilig habe. Es wäre sicher auch gefährlich, wenn man sich auf der NATO-Konferenz in einen Streit einlassen würde. Die Sache sollte vielleicht im Augenblick auf Januar verschoben werden. Dies sei zwar kein sehr befriedigender Zustand, doch wäre die Lage wahrscheinlich noch unbefriedigender, wenn man sich auf der NATO-Ministerkonferenz darüber streiten würde. Die MC-100 komme ihm fast noch wie eine Fata Morgana vor.

Das Gespräch ging sodann um die multilaterale nukleare Streitmacht. Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß Chruschtschow leidenschaftlich gegen die MLF sei. Der einzige Grund für seine Haltung sei wohl der, daß er darin ein wirksames Instrument erblicke. Wenn er in ihr nur ein totes Kind sähe, würde er sich all die Mühe wahrscheinlich nicht machen. Seit zehn Jahren sei die Sowjetunion immer gegen alle Schritte gewesen, welche zu einer stärkeren Integration des Westens geführt hätten. Diese Haltung

[54] Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 11.

Chruschtschows sei für ihn ein Beweis, daß die MLF wirksam wäre und dazu beitragen könnte, den Zusammenhalt des Bündnisses zu festigen. Es sei auch interessant gewesen, daß am Vormittag des Tages, an dem er vor der WEU-Versammlung in Paris gesprochen habe, der Vorsitzende der UNR-Fraktion, Herr Baumel, sich in einer Ansprache ebenfalls leidenschaftlich gegen die MLF gewandt habe.[55] Dabei hätten die Franzosen nie gesagt, daß sie an der MLF teilnehmen wollten. Er wolle die ganz andersartige militärische Konzeption, die hier dahinterstecke, nicht im einzelnen analysieren. Er glaube aber, daß ein Grund, weshalb sich Baumel so sehr gegen die MLF ausgesprochen habe, darin bestehe, daß sie eben die NATO stärken würde. Wenn man die Haltung Chruschtschows und die Haltung Baumels kritisch betrachte, so könne man nur zu der Schlußfolgerung gelangen, daß die MLF ein nützliches Projekt sei und offenbar jene recht hätten, die sagten, die MLF diene der nuklearen Integration des Bündnisses.

Es sei durchaus denkbar, daß auch andere Formen der nuklearen Organisation des Bündnisses gefunden werden könnten. Bisher sei aber kein derartiger anderer Vorschlag gemacht worden. Er glaube, daß der jetzige Vorschlag der Aufgabe gerecht werde, eines Tages die nukleare Integration des Bündnisses zu verwirklichen. Die MLF sei sicher noch nicht die endgültige und auch gewiß nicht die ideale Form, doch sei sie ein Schritt auf dem Wege zur Lösung dieses Problems. In diesem Zusammenhang sei die Haltung interessant gewesen, die die so deutschen Sozialdemokraten in Paris eingenommen hätten. Herr Erler habe gesagt, die MLF sei zwar nur die zweitbeste Lösung[56], wobei er sicher davon ausgegangen sei, daß die beste Lösung darin bestünde, wenn alles kein Geld kostete und die Amerikaner die Kosten alleine trügen.

Der Herr Bundesminister erinnerte an seine Gespräche, die er auch über diese Frage im August in London geführt habe.[57] Er verstehe es, wenn die britische Regierung zwischen Einsicht und innerem Zwang stehe. Es sei in einem Wahljahr[58] schwierig, einerseits die Thesen zu vertreten, daß eine unabhängige nationale Abschreckung beibehalten und gleichzeitig die Idee der MLF unterstützt werden sollte. Er glaube aber, daß eine gewisse Synthese möglich sein dürfte. Er sehe keinen Widerspruch, wenn man auf die ursprüngliche Vereinbarung von Nassau[59] zurückgehe und die MLF unterstütze und gleichzeitig wegen der weltweiten britischen Interessen eine unabhängige nationale Abschreckungsmacht beibehalte. Zusammenfassend sagte der Herr Bundesmini-

[55] Am 4. Dezember 1963 äußerte der Generalsekretär der gaullistischen „Union pour la Nouvelle République (UNR)" auf der Versammlung der WEU zur MLF: „Elle est militairement absurde, elle est techniquement indéfendable, elle est politiquement irréaliste." Die vorgesehenen gemischten Mannschaften bezeichnete Baumel als „une sorte de légion étrangère atomico-maritime". Die MLF sei nichts als eine Formel, „qui essaie désespérément de maintenir un certain monopole, et, en fait, le veto américain". Vgl. ASSEMBLY OF WESTERN EUROPEAN UNION. PROCEEDINGS. NINTH ORDINARY SESSION, Bd. IV, Paris 1964, S. 139–145, hier S. 141–143.

[56] Für den Wortlaut der Stellungnahmen des SPD-Abgeordneten am 3. und 4. Dezember 1963 in Paris vgl. ASSEMBLY OF WESTERN EUROPEAN UNION. PROCEEDINGS. NINTH ORDINARY SESSION, Bd. IV, Paris 1964, S. 89–92 und S. 170f.

[57] Vgl. Dok. 301.

[58] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

[59] Zum Nassau-Abkommen vom 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 2, Anm. 2.

ster, die Bundesregierung sei bei allem Nachdenken zu der Schlußfolgerung gelangt, daß der Vorschlag der MLF ernsthafte Unterstützung verdiene. Die Tatsache, daß alle diejenigen, die gegen eine Integration seien, dagegen sprächen, zeige, daß dem Vorschlag gewisse positive Elemente nicht abgesprochen werden könnten.

Außenminister *Butler* bezog sich ebenfalls auf die Londoner Gespräche des Herrn Bundesministers im August und erklärte, daß die britische Entscheidung, sich an den Gesprächen zu beteiligen, weitgehend aus Rücksichtnahme auf die deutschen Überlegungen zurückzuführen sei. Man wisse, daß die Bundesregierung in der MLF eine Möglichkeit zur nuklearen Integration des Bündnisses sehe, eine Auffassung, die auch von den Amerikanern geteilt werde. Durch die MLF würden auch die Amerikaner stärker an die Allianz gebunden. Seine Regierung habe aber gewisse Schwierigkeiten, weil selbst Abgeordnete der eigenen Partei das Vorhaben kritisierten und vor allem befürchteten, daß die durch die MLF entstehenden finanziellen Belastungen zu einer Kürzung der Ausgaben für andere militärische Zwecke führen müßten. Man sehe in Großbritannien keine Schwierigkeiten, die Aufrechterhaltung einer eigenen nationalen Abschreckungskraft mit der Unterstützung der MLF in Einklang zu bringen. Die Haupteinwände richteten sich gegen die finanziellen Folgen[60], und man bezweifle ferner, ob gemischte Besatzungen praktisch möglich seien.[61] Vor seiner Reise nach Bonn habe er sich noch von dem britischen Botschafter, der an den Gesprächen teilnehme[62], unterrichten lassen. Die britische Regierung sei noch nicht zu einer endgültigen Stellungnahme gelangt, was auch im Hinblick auf die Wahl in Großbritannien und auch in den Vereinigten Staaten schwierig sei.

In der Presse sei verschiedentlich von Alternativen zur MLF gesprochen worden. Herr Butler fragte, ob die Bundesregierung Alternativen für möglich halte, vorausgesetzt, daß sie den gleichen Zweck erfüllten. Das britische Verteidigungsministerium sei gegen die MLF, und die Haupteinwände richteten sich gegen die gemischten Besatzungen auf U-Booten. Gleichzeitig kritisiere man aber auch die Überwasserfahrzeuge.[63] Wenn es eine Alternative gebe, so hoffe er, daß die Bundesregierung sie prüfen werde. Als Zeichen ihres guten Willens unterstütze die britische Regierung auch das derzeitige Experiment einer gemischten Besatzung auf einem amerikanischen Zerstörer. Sein Amtsvorgänger, Lord Home, sei sich der politischen Schwierigkeiten und der Kritik, auf die er stoße, durchaus bewußt gewesen, sei aber von den Argumenten

60 Zur Frage der Kosten der MLF vgl. Dok. 144, Anm. 14; weiter Dok. 475.

61 Zur britischen Haltung hinsichtlich der geplanten gemischten Besatzungen in der MLF vgl. Dok. 144, Anm. 13, und Dok. 414.
Am 11. Dezember 1963 antwortete der britische Verteidigungsminister Thorneycroft im Unterhaus auf die Frage, ob er einer Beteiligung britischer Truppen „in the proposed mixed-manning trials" zugestimmt habe: „No Sir; but I think it likely that just as we have participated without any commitments in the talks, we would consider taking some part in an experiment associated with them." Vgl. HANSARD, Bd. 686, S. 374.

62 Evelyn Shuckburgh.

63 Zur Alternative U-Boote oder Überwasserschiffe vgl. Dok. 156, besonders Anm. 5.
Zur britischen Haltung in dieser Frage vgl. auch Dok. 301.

des Herrn Bundesministers so sehr beeindruckt gewesen, daß er sich zu der bekannten Haltung[64] durchgerungen habe.

Der Herr *Bundesminister* betonte, daß er durch seine Bezugnahme auf Herrn Erler keinen falschen Eindruck habe erwecken wollen. Die Bundesregierung rechne damit, auch die Unterstützung der Sozialdemokraten für die MLF zu erhalten, selbst wenn sie ihnen nicht die ideale Lösung zu sein scheine.

Der Herr Bundesminister dankte sodann für den Beschluß der britischen Regierung, an den Besprechungen über die MLF teilzunehmen. Er werte dies als Zeichen für die Bereitschaft, innerhalb der Allianz nach guten und positiven Lösungen zu suchen und die deutschen Gesichtspunkte dabei zu berücksichtigen. Auch die Bundesregierung begrüße dieses erste Experiment mit einer gemischten Besatzung auf einem amerikanischen Zerstörer, das sehr nützlich sein könnte. Bei der endgültigen Entscheidung dürften nicht die perfektionistischen Militärs das letzte Wort haben, vielmehr müßten die Politiker den Widerstand der Militärs überwinden.

Was Alternativen angehe, so habe er bisher noch nichts von einer brauchbaren Alternative gehört. Es sei zwar einmal die Rede gewesen von einem Luftverband, der in den Vereinigten Staaten stationiert sein sollte, doch habe er nie etwas Genaueres darüber gesehen. Deshalb glaube er, daß das Projekt der MLF weiterverfolgt werden sollte.

Zum Schluß der Besprechung wurde die Tagesordnung für die Gespräche am folgenden Tage[65] vereinbart.

Die Unterredung endete kurz nach 18 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

[64] Vgl. dazu Dok. 393, Anm. 13.
[65] Vgl. Dok. 461 und Dok. 462.

460

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2384/63 geheim **9. Dezember 1963**

Betr.: Abusch-Brief[1]

I. Ich habe heute abend im Beisein von Herrn Senator Schütz, Berlin, den amerikanischen Botschafter[2] und den britischen[3] und französischen Gesandten[4] davon unterrichtet, daß Bundesregierung und Berliner Senat gemeinsam folgendes ins Auge gefaßt haben:

Durch eine Privatperson, die auch den Brief Abuschs an den Regierenden Bürgermeister von Berlin überbracht hat, soll der anderen Seite eine Antwort ohne Briefkopf, Anrede und Unterschrift übermittelt werden, wonach ein namentlich zu benennender Westberliner Beamter zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort für ein Gespräch über die Ausgabe von Passierscheinen an Bewohner von Westberlin während der Zeit vom 15. Dezember 1963 bis 5. Januar 1964 zur Verfügung steht.[5] Wer von der anderen Seite erscheinen wird, soll ihr überlassen bleiben. Wir sind der Meinung, daß der technische Charakter des Kontaktes durch die Tatsache ausreichend unterstrichen wird, daß auf westlicher Seite ein mit technischen Funktionen ausgestatteter Beamter der Gesprächspartner ist. Von dieser Position werden wir unter keinen Umständen abgehen. Es kommt daher insbesondere nicht in Frage, daß der Regierende Bürgermeister oder ein anderes Mitglied des Senats die Gespräche führt.

Sollte die andere Seite sich auf das Gespräch einlassen, entsteht die Frage, wo Ausgabestellen für Passierscheine eingerichtet werden sollten. Hierzu sind unsere Überlegungen noch nicht abgeschlossen. Es wird erwogen vorzuschlagen, daß an drei S-Bahnhöfen, die sich unmittelbar an der Sektorengrenze befinden, solche Passierscheinstellen eingerichtet werden. Dabei müßte allerdings strikt darauf geachtet werden, daß kein ostzonaler Polizeibeamter auf Westberliner Gebiet tätig werden dürfte.

II. Der amerikanische Botschafter und der britische Gesandte erklärten sich einverstanden.

[1] Zum Schreiben des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DDR vom 5. Dezember 1963 an den Regierenden Bürgermeister Brandt vgl. Dok. 452, Anm. 1.

[2] George McGhee.

[3] Edward E. Tomkins.

[4] Graf Tanguy de Courson de la Villeneuve.

[5] Vgl. dazu bereits Dok. 456.
Eine diesem Vorschlag entsprechende Antwort wurde dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DDR am 10. Dezember 1963 übermittelt. Für den Wortlaut der Mitteilung und die Reaktion von Abusch darauf vgl. DzD IV/9, S. 1005.
Vgl. auch den Vermerk vom 11. Dezember 1963; Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 52; B 150, Aktenkopien 1963.

Der französische Gesandte bat um unser Einverständnis, daß er seine Antwort morgen früh mitteile. Ich stimmte zu und erklärte, bis dahin würden wir warten.

III. Ich versprach den drei westlichen Vertretern, daß wir wegen jeder weiteren zu treffenden Maßnahme, insbesondere wegen der Frage der Errichtung von Passierscheinstellen in Westberlin, in ständiger enger Fühlung mit ihnen bleiben würden.[6]

Hiermit dem Herrn Minister[7] vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

461

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler

Z A 5-149.A/63 VS-vertraulich **10. Dezember 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen setzte am 10. Dezember 1963 um 10.00 Uhr im Auswärtigen Amt sein Gespräch vom Vortag mit dem britischen Außenminister, Herrn Butler[2], im größeren Kreise fort.

Der Herr *Bundesminister* berichtete zunächst über die Kennedy-Runde[3], und betonte, daß die Bundesregierung die politische Bedeutung der Kennedy-Runde sehr hoch einschätze. Ein Erfolg der Kennedy-Runde werde dazu beitragen, die atlantische Partnerschaft zu stärken. Daneben komme ihr auch handelspolitisch eine beachtliche Bedeutung bei, da die Vorschläge für eine lineare Zollsenkung[4] solchen Umfangs einmalig seien. Bei der sogenannten Dillon-Runde[5] sei es um eine Senkung zwischen 8 und 9% gegangen. Demgegenüber stelle die für die Kennedy-Runde vorgeschlagene Zollsenkung[6] etwas ganz Neues und Einmaliges dar. Man sei sich aber darüber im klaren, daß die Vorschläge für die Kennedy-Runde zu einem Zeitpunkt gemacht worden seien, als die europäische Entwicklung günstiger betrachtet worden sei als sie sich

6 Vgl. weiter Dok. 468.

7 Hat Bundesminister Schröder am 10. Dezember 1963 vorgelegen.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 13. Dezember 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

2 Vgl. Dok. 459.

3 Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

4 Zu den Vorschlägen für die Durchführung einer Zollsenkung im Rahmen des GATT vgl. Dok. 83, Anm. 9.

5 Zur Dillon-Runde vgl. Dok. 134, Anm. 15.

6 Ziel der Kennedy-Runde war eine 50prozentige Zollsenkung.

tatsächlich angelassen habe. Der Ausgangspunkt der Überlegungen sei gewesen, daß das Vereinigte Königreich in den Gemeinsamen Markt aufgenommen werde, wodurch die europäische Position gefestigt worden wäre. Europa hätte dann nur mit einer Stimme gesprochen. Diese Erwartungen hätten sich jedoch nicht erfüllt. Abgesehen von Großbritannien sei auch beabsichtigt gewesen, eine Reihe anderer Länder in die Gemeinschaft mit aufzunehmen, bzw. mit ihr zu assoziieren.[7] Es sei ein großes Programm im Gange gewesen, das dann allerdings durch die Ereignisse des vergangenen Januar weit zurückgeworfen worden sei.[8] Dies dürfe man bei der Beurteilung der heutigen Situation nicht vergessen. Daraus ergebe sich auch, daß der Dialog jetzt schwieriger werde als ursprünglich angenommen gewesen sei. Die EWG in ihrer jetzigen Zusammensetzung nehme, was die Kennedy-Runde angehe, eine grundsätzlich positive Haltung ein, obschon gewisse Differenzierungen bestünden. Die positivste Haltung werde von der Bundesrepublik und den Niederlanden eingenommen, während in Frankreich noch Richtungskämpfe ausgetragen würden. Eine dieser Richtungen, die vor allem durch Minister Bokanowski vertreten werde, sei für eine starke Schutzzollpolitik, während die liberalere Richtung durch den Finanzminister Giscard d'Estaing vertreten werde. Bei den Gesprächen des Bundeskanzlers mit dem französischen Ministerpräsidenten Pompidou[9] habe sich gezeigt, daß Pompidou mehr der liberalen Auffassung zuneige und nicht für eine absolute Autarkie Europas eintrete. Er befürworte jedoch einen mäßigen Schutz der französischen Industrie, wobei man abwarten müsse, was darunter in der Praxis zu verstehen sei. Pompidou schien bereit zu sein, auf die vom Bundeskanzler vorgetragenen Ideen einzugehen, was die Bundesregierung als positives Zeichen betrachtet habe.

Es stelle sich die Frage, wovon zuerst gesprochen werden solle: von den Zollsenkungen oder der Beseitigung der Zolldisparitäten. Die Franzosen wünschten zunächst von der Beseitigung der Disparitäten zu sprechen, wogegen die Bundesregierung glaube, daß ein Verfahren ausgearbeitet werden könnte, das es ermögliche, über die 1200 Posten nicht im einzelnen zu sprechen, sondern diese Frage in einer umfassenden Weise zu behandeln.[10]

Was die Landwirtschaftspolitik angehe, so sei die Bundesregierung immer der Auffassung gewesen, daß sie dritten Ländern gegenüber negoziabel sein sollte, wogegen de Gaulle gefragt haben soll, was eine Gemeinschaft bedeute, wenn sie nicht in der Lage sei, ihre eigene Bevölkerung zu ernähren. Auf diesem Gebiet bestünden keine übereinstimmenden Auffassungen zwischen der

[7] Zu den Anträgen Dänemarks, Irlands und Norwegens auf Beitritt zur EWG vgl. Dok. 8, Anm. 2. Assoziierungsanträge lagen vor von Österreich, Schweden, der Schweiz, Spanien, Portugal, und der Türkei, während mit Griechenland bereits ein Assoziierungsabkommen geschlossen worden war. Vgl. dazu Dok. 39, Anm. 6, Dok. 77, Anm. 12, Dok. 80, Anm. 5, und Dok. 99, Anm. 11.
Zum Assoziierungsantrag der Türkei vom 11. September 1959 bzw. zum erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen am 25. Juni 1963 und der Unterzeichnung des Abkommens am 12. September 1963 vgl. BULLETIN DER EWG 8/1963, S. 5–8 und 9–10/1963, S. 21–29.

[8] Auf der Tagung des EWG-Ministerrats am 28./29. Januar 1963 scheiterte der Beitritt Großbritanniens zur EWG. Vgl. Dok. 60.

[9] Zum Gespräch vom 21. November 1963 vgl. Dok. 422.

[10] Zu einem entsprechenden Vorschlag des Bundesministers Erhard auf der Ministerkonferenz der GATT-Vertragspartner vom 16. bis 21. Mai 1963 in Genf vgl. Dok. 206, Anm. 37.

Bundesrepublik und den Franzosen[11], und man müsse mit Schwierigkeiten rechnen.

Was nun die Lage in Brüssel angehe, so erinnerte der Herr Bundesminister daran, daß die Bundesregierung im Frühjahr 1963 einen Vorstoß unternommen habe, um die Lethargie, Enttäuschung und Resignation überwinden zu helfen, welche die Ereignisse des Januar zurückgelassen hätten. Er habe damals ein Programm des synchronisierten Fortschritts[12] vorgelegt, dessen Absicht gewesen sei, diejenigen Fragen, die ein Gemeinschaftsmitglied gern behandelt sehe, mit jenen zu verknüpfen, an die es nicht so gerne herangehen würde. Mit anderen Worten, die süßen Tropfen sollten von den bitteren nicht isoliert werden, und das Programm sollte Gutes wie weniger Gutes miteinander verknüpfen. Der Hauptzweck dieses Vorschlags habe aber darin bestanden, die Landwirtschaftspolitik mit einer positiven Haltung zur Kennedy-Runde zu verknüpfen. Dies sei auch die Auseinandersetzung, die im Augenblick noch weitergehe.

Die Bundesregierung befinde sich nunmehr in der etwas schwierigen Lage, daß der Beginn der Kennedy-Runde erst für Mai 1964 vorgesehen sei, wogegen die Franzosen wünschten, eine Entscheidung über die Landwirtschaftspolitik noch bis Ende dieses Jahres verabschiedet zu sehen.[13] Wenn der Verhandlungsbeginn für die Kennedy-Runde noch in solcher Ferne liege, sei es verständlicherweise schwer, eine für die sechs Mitgliedstaaten verbindliche Linie zu vereinbaren. Die Bundesregierung versuche aber, so viele positive Zusicherungen zu erhalten wie nur irgend möglich.

Im einzelnen gehe es derzeit in Brüssel um drei Verordnungen. Die erste Verordnung betreffe den Reis. Daran seien vor allem die Franzosen und Italiener als Produzenten, die Deutschen nur als Konsumenten interessiert. Deutscherseits würde man es nicht allzu gerne sehen, wenn dem französischen und dem italienischen Reis eine zu große Präferenz eingeräumt würde. Man befürchte, daß dann der Reis, der auf den deutschen Markt käme, nicht nur teurer, sondern auch schlechter wäre. Viele Leute könnten zwar die Qualitäten des Reises nicht unterscheiden, doch würden sie es als unangenehm empfinden, wenn der Preis plötzlich höher würde.

Die zweite Verordnung betreffe das Rindfleisch, und sie sei in ihrer Wirkung weittragender, weil sie auch noch ein drittes Land involviere. Die Bundesregierung habe Dänemark gegenüber eine Zusage gemacht, 225 000 Stück Rindvieh abzunehmen.[14] Nun drängten aber die Franzosen auch stärker auf diesen Markt, so daß sich die Bundesregierung einem Dreifrontenkrieg gegenübersehe: den Dänen, den Franzosen und den eigenen Bauern. Die eigenen Landwirte würden sich zwar damit abfinden, wenn die Franzosen noch Fleisch lie-

[11] Vgl. dazu auch Dok. 463.

[12] Zum synchronisierten Arbeitsprogramm vom 9. Mai 1963 vgl. Dok. 161, Anm. 3.

[13] Vgl. dazu Dok. 421.

[14] Für den Wortlaut des Abkommens mit Dänemark vom 22. Dezember 1958 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 37 vom 24. Februar 1959, S. 1 f.
Zur Verlängerung dieses Abkommens bis zum 31. Dezember 1965 vgl. das Kommuniqué vom 14. Oktober 1960; BULLETIN 1960, S. 1893.

ferten, doch hätten sie Vorbehalte gegen dänische Lieferungen. Die Bundesregierung müsse hier die übergeordneten Interessen der Verbraucher berücksichtigen, doch glaube er, daß sich eine Lösung finden lasse, selbst wenn sie von den deutschen Landwirten nicht in vollem Umfang unterstützt werde.

Ziel der Bundesregierung sei es, einige Bestimmungen zu bekommen, die es erlaubten, das Instrumentarium der Verordnungen auch gegenüber dritten Ländern zu benutzen. Die Bundesregierung wolle keinen Gemeinsamen Markt, der autarkischen oder exklusiven Charakter trage.

Die dritte Verordnung betreffe Milch und Molkereierzeugnisse, und dies sei die Verordnung, bei der bisher der geringste Fortschritt erzielt worden sei. Hierbei spielten die Subventionen eine gewisse Rolle, und es gehe unter anderem um die Einbeziehung der natürlichen Öle und Fette sowie um eine Belastung der Margarine zugunsten der Butter. Zur Unterstützung der Milcherzeugung und der Erzeugung von Molkereiprodukten würden in Deutschland jährlich Subventionen in Höhe von 1,2 Milliarden DM gezahlt. Diese Leistungen müßten abgebaut werden, und die deutschen Landwirte hielten diese Frage für noch wichtiger als die des Getreidepreises. Im Augenblick zeichne sich noch keine Lösung ab, und man sei festgefahren.

Er sei bei der Beschreibung dieser Tatbestände etwas in die Einzelheiten gegangen, um die Schwierigkeiten zu beschreiben, vor denen man gegenwärtig in der EWG stehe. Dazu komme, daß ein gewisser Druck ausgeübt werde, bis zum 31. Dezember 1963 zu einer Lösung dieser Fragen zu gelangen.[15] Die Auffassung der Bundesregierung sei, daß dies gut wäre, vorausgesetzt, daß auch eine Übereinstimmung in der Haltung zur Kennedy-Runde erzielt werde. Jeder wisse jedoch, daß dies praktisch nicht durchführbar sei. Dennoch werde man bis zum 21. Dezember[16] unter zunehmendem Druck und mit wachsender Verärgerung verhandeln. Dies müsse man eben durchstehen.

Eine vierte Frage betreffe die Finanzierung der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik. Die Frage, die hierbei am umstrittensten sei, betreffe die Landwirtschaftsstrukturpolitik, und hierbei drängten vor allem die Italiener und Franzosen auf eine expansive Politik. Die Bundesregierung unterstütze diese Forderung nicht. Eine baldige Lösung der Fragen sei nicht zu erwarten, doch könne damit gerechnet werden, daß man sich über den Ausgleichsfonds und die Restitutionen verhältnismäßig rasch werde einigen können.[17]

Um das Bild zu vervollständigen, wies der Herr Bundesminister darauf hin, daß die Bundesregierung mit Unterstützung anderer Partner um die Prüfung

[15] Vgl. weiter Dok. 469.

[16] Zur Tagung des Ministerrats der EWG vom 16. bis 23. Dezember 1963 in Brüssel vgl. Dok. 478, Anm. 2.

[17] Die Finanzverordnung der EWG, die die Grundlage für die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik bildete, wurde am 5. Februar 1964 vom Ministerrat der EWG verabschiedet. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 4/1964, S. 32.
Wichtiger Bestandteil dieses Beschlusses war eine Regelung zur Beteiligung und zur Haushaltsordnung des geplanten Europäischen Fonds zur Verbesserung der Agrarstruktur. Dieser sollte nach dem Beschluß des Ministerrats der EWG vom 30. Juli 1963 mit dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft zusammengelegt werden. Vgl. dazu SIEBENTER GESAMTBERICHT (1964), S. 202–205.
Vgl. auch Referat III A 2, Bd. 78.

von zwei Fragen gebeten habe: Wettbewerbsverzerrungen und Berücksichtigung bisheriger Erfahrungen. Man denke hierbei an die Enttäuschung, die man im sogenannten Hähnchenkrieg[18] erlebt habe, und wolle, daß zur Verhinderung derartiger unerfreulicher Dinge diese Erfahrungen bei der Verabschiedung der neuen Verordnungen berücksichtigt würden.

Eine andere Frage sei die des Getreidepreises. In dem ursprünglichen Arbeitsprogramm vom Mai sei vorgesehen gewesen, den Preis für 1964/65 festzulegen und in eine allgemeine Diskussion über den Getreidepreis einzutreten. Inzwischen sei der Mansholt-Plan[19] veröffentlicht worden, der weit darüber hinaus gehe. Die Bundesregierung glaube nicht, daß die in dem Mansholt-Plan aufgeworfenen Fragen schon entscheidungsreif seien, und habe auch noch keine endgültige Position bezogen.[20] Für die Kabinettssitzung des folgenden Tages[21] sei eine ausführliche Erörterung dieser Frage vorgesehen. Man wisse zwar, welche Bedeutung dem Getreidepreis im Zusammenhang mit der Kennedy-Runde zukomme, was aber keineswegs vorauszusetzen brauche, daß die endgültige Preisfestlegung bereits 1964 erfolge. Allerdings müsse eine Einigung darüber getroffen werden, wann der feste Preis gültig werden sollte. Er wolle keine Voraussage hierzu treffen, denn die Auffassungen gingen auseinander. Er glaube aber, daß der geeignete Zeitpunkt irgendwo in der Mitte zwischen heute und dem 31. Dezember 1969[22] liegen müßte. Die Bundesregierung denke dabei an das Jahr 1967, andere hätten von 1966 gesprochen. Diese Frage habe auch einen politischen Hintergrund und müsse im Zusammenhang mit den Wahlen gesehen werden. Die nächsten Bundestagswahlen fänden 1965 statt, und man wolle deshalb eine neue Bundesregierung nicht zu früh mit etwas Derartigem belasten. Die Mansholt-Vorschläge bedürften sehr sorgfältiger Prüfung, ohne daß es aber nach Auffassung der Bundesregierung nötig sei, in Bälde schon zu einem endgültigen Getreidepreis zu gelangen.

Zusammenfassend stellte der Herr Bundesminister fest, daß die Bundesregierung alles tun werde, um der Kennedy-Runde zu einem Erfolg zu verhelfen. Auf dieses Ziel seien auch ihre Bemühungen innerhalb der EWG gerichtet. Soweit möglich versuche sie konkrete Zusagen zu erhalten, was natürlich bei der Schwierigkeit der Themen nicht ganz einfach sei. Er sei sich darüber im klaren, daß bei gutem Willen auf allen Seiten innerhalb der nächsten Wochen und Monate durch Kompromisse gewisse Fortschritte auf landwirtschaftlichem Gebiet erzielt werden könnten, doch bedeute dies nicht, daß man den Verordnungen zustimmen werde, wenn man nicht den Eindruck habe, daß sie

[18] Vgl. dazu Dok. 346 und Dok. 349, besonders Anm. 27.

[19] Vgl. dazu Dok. 412, Anm. 8.

[20] Vgl. dazu die Aufzeichnungen des Ministerialdirigenten Pauls vom 19. November 1963 sowie des Ministerialdirektors Sachs vom 6. Dezember 1963; Referat III A 2, Bd. 376.

[21] Auf der Sitzung am 11. Dezember 1963 stimmte das Kabinett der Ansicht des Bundeskanzlers Erhard zu, „daß wir eine Entscheidung nicht unbegrenzt vor uns herschieben könnten ... Er empfehle, in den weiteren Verhandlungen nur zu erklären, daß wir mit einer Preisangleichung in einem Schritt einverstanden seien. Einen Termin hierfür solle man noch nicht nennen und auch keinen Preis angeben." Vgl. Referat III A 2, Bd. 376.

[22] Nach Artikel 8 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 war eine zwölfjährige Übergangsfrist zur Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes vorgesehen. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 774.

tatsächlich einigermaßen befriedigend seien, und wenn die Verknüpfung mit der Kennedy-Runde nicht hergestellt sei.

Die Bundesregierung sei auch optimistisch und glaube, daß es gelingen könnte, die zwölfjährige Übergangsfrist zu verkürzen, falls auf allen Seiten eine gewisse Kompromißbereitschaft und guter Wille vorhanden seien. Der Bundesregierung schwebe eine Politik der offenen Haltung nach außen hin vor, weil hierdurch die Differenzen zwischen EWG und der EFTA reduziert werden könnten. Sie glaube ferner, daß eine derartige Politik eine gute Voraussetzung dafür wäre, daß Großbritannien enger an den Gemeinsamen Markt herangeführt werden könnte.

Außenminister *Butler* dankte dem Herrn Bundesminister für seine klaren Darlegungen und sagte, heute müßten die Außenminister auch Wirtschaftsexperten sein. Er bemerkte inoffiziell, daß er beabsichtige, zur Behandlung dieser Themen auf der nächsten Sitzung des WEU-Ministerrats in London[23] auch den britischen Landwirtschaftsminister, Herrn Soames, hinzuzuziehen.

Die britische Regierung wünsche, daß der EWG Erfolg beschieden sei, und sie sei ebenso daran interessiert, daß die Kennedy-Runde ohne Verzögerung zustande komme. Hierbei stelle sich die Frage, ob die Verhandlungen, wie ursprünglich vorgesehen, im Mai tatsächlich beginnen könnten. Er wolle darüber auch noch mit den Amerikanern sprechen. Er stellte sodann die Frage, ob es möglich sei, die Kennedy-Runde zu beginnen, ohne daß eine Einigung in den landwirtschaftlichen Fragen zustande gekommen sei. Aus den Darlegungen des Herrn Bundesministers ergebe sich, daß die Bundesregierung und die britische Regierung hinsichtlich der Kennedy-Runde die gleiche Haltung einnähmen. Auch die britische Regierung wolle kein autarkes Europa sehen, sondern ein nach außen offenes Europa, und deswegen sei auch mehr nötig als bei der Dillon-Runde. Großbritannien befürwortete eine maximale Zollsenkung und eine Vereinbarung über ein Minimum an Disparitäten. Außerdem müsse der Frage der nicht tarifären Maßnahmen Beachtung geschenkt werden. Wenn diese Ziele verwirklicht werden könnten, würde hierdurch Großbritannien näher an Europa herangebracht werden.

Herr Butler erwähnte sodann die Vorschläge von Herrn Mansholt und bezeichnete sie als einen kühnen Versuch, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Dennoch wolle er nicht verhehlen, daß man über einige Auswirkungen doch sehr besorgt sei. Der im Mansholt-Plan vorgesehene Preis für Weizen und Getreide sei erheblich höher als der britische Weizenpreis. Als Abgeordneter habe er immer einen ländlichen Wahlkreis im Unterhaus vertreten und kenne daher die Probleme der Landwirtschaft. In Großbritannien betrage der Preis für eine Tonne Weizen im Durchschnitt 26 Pfund Sterling, wogegen der Preis nach dem Mansholt-Plan 35 Pfund Sterling pro Tonne betragen würde. Hierdurch entstehe die Gefahr, daß der Weizenanbau gefördert werde, was sich nachteilig auf die Ausfuhrmöglichkeiten anderer Länder auswirken müßte. Ursprünglich sei davon ausgegangen worden, daß die EWG einen Einfuhrbedarf für Getreide von etwa 10 Millionen Tonnen pro Jahr habe. Er

[23] Zur Tagung des Ministerrats der WEU am 23./24. Januar 1964 in London vgl. das Kommuniqué; EUROPA-ARCHIV 1964, D 192.

frage sich, ob dies auch der Fall sei, wenn der Getreidepreis auf der Höhe der Mansholt-Vorschläge festgesetzt werde. Er fragte ferner, ob es denkbar wäre, daß die EWG eine Garantie gebe, welche die Einfuhr der genannten Menge gewährleisten würde. Er sprach die Befürchtung aus, daß die Zusammenarbeit zwischen der EWG und Großbritannien sowie der EFTA durch diese Preisfestsetzung erschwert werden könnte. Es frage sich ferner, ob bei dieser Preisfestsetzung genügend Verhandlungsspielraum bleibe. Schließlich warf er die Frage auf, wie die Bundesregierung zur Möglichkeit weltweiter Warenabkommen stehe. Er betonte, daß die EFTA, wie er bereits im Haag gesagt habe[24], alles tun werde, um zu einer guten Zusammenarbeit mit der EWG zu gelangen, und die britische Regierung sei bereit, alle hierfür erforderlichen Informationen auf der technischen Ebene zur Verfügung zu stellen.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* wies darauf hin, daß behauptet worden sei, die neue amerikanische Regierung könne aus einer Reihe von Gründen an dem Mai-Termin für die Kennedy-Runde nicht festhalten und wolle ihn deswegen verschieben. Nach dem, was der Bundeskanzler und er selbst in Washington gehört hätten, unter anderem auch von Präsident Johnson selbst[25], liege auch der neuen amerikanischen Regierung sehr viel daran, die Verhandlungen wie ursprünglich vorgesehen im Mai aufzunehmen. Eine weitere Frage sei, ob die EWG bis zu jenem Zeitpunkt in einem verhandlungsfähigen Zustand sei. Die Bundesregierung halte dies durchaus für denkbar. Es setze allerdings voraus, daß in der Frage der Marktverordnungen gewisse Kompromisse erreicht würden, was ein Grund mehr sei, daß die Bundesregierung für eine baldige Aufnahme der Kennedy-Verhandlungen eintrete, weil sich diese Kompromisse dann wahrscheinlich leichter erzielen ließen.

Es bleibe dann noch die Frage, welche Entscheidungen hinsichtlich des langfristigen Getreidepreises erzielt werden könnten. Nach deutscher Auffassung brauche man eine frühe Entscheidung, die auf den rechten Zeitpunkt abgestellt sein müsse. Diese Entscheidung sollte vor Beginn der Kennedy-Runde fallen. Dies sei zumindest ein deutsches Ziel, von dem man allerdings nicht wisse, ob es erreichbar sei.

Was die Höhe des Getreidepreises angehe, so könne er zu den Mansholt-Vorschlägen noch nichts Endgültiges sagen, da die Bundesregierung die Angelegenheit noch nicht endgültig behandelt habe. Für die deutsche Seite wäre es selbstverständlich leichter und einfacher, einen möglichst hohen Getreidepreis an Stelle eines tieferen zu unterstützen. Wie immer die Entscheidung ausfalle, sie müsse möglichst ausgewogen sein und dürfe nicht als ein Anreiz für die Weizenerzeugung wirken. Er gehe weiter davon aus, daß die EWG einen Einfuhrbedarf von 10 Millionen Tonnen Getreide oder etwas mehr haben werde. Die Ansichten, ob der Preis das erlaube, gingen noch etwas auseinander. Er habe von amerikanischer Seite gehört, daß auch dort der Mansholt-Preis für zu hoch angesehen werde. Da die Bundesregierung aber noch keine

[24] Zur Rede am 25. Oktober 1963 auf der WEU-Ministertagung vgl. Dok. 403, Anm. 24.

[25] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard und des Bundesministers Schröder mit Präsident Johnson am 26. November 1963 vgl. Dok. 429.

endgültige Entscheidung getroffen habe, wolle er sich nicht in Spekulationen einlassen.

Ob und welche Maßnahmen getroffen werden könnten, die außerhalb des Preisautomatismus wirksam wären, sei auch ein Thema der langen Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt gewesen. Deutscherseits hätte man keinerlei Einwände gegen gewisse Kontingente, doch stoße man hierbei auf eine sehr starke Opposition bei den Partnern.[26] Daran habe sich auch heute noch nichts geändert. Das sei auch der Grund, weshalb der Mansholt-Plan auf dem Preisautomatismus aufbaue. Da im Augenblick gewisse Fragen noch ungeklärt seien, halte er es für zweckmäßig, wenn anläßlich des Besuchs des Herrn Bundeskanzlers am 15. und 16. Januar in London[27] und anläßlich der WEU-Ministerkonferenz eine Woche später noch einmal darüber gesprochen werde, da man dann mehr wisse. In der Zwischenzeit wolle man in Verbindung miteinander bleiben. Er halte es aber für möglich, daß die EWG eine Politik verfolge, welche die Einfuhrlücke von 10 Millionen Tonnen offen lasse, und die Bundesregierung unterstütze eine solche Politik.

Herr *Butler* fragte noch einmal, ob eine Garantie hierfür gegeben werden könnte.

Der Herr *Bundesminister* sagte, das werde auf sehr starken Widerstand stoßen, was sich bereits bei den Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens gezeigt habe. Vielleicht könnte aber die EWG im Zusammenhang mit den Verhandlungen der Kennedy-Runde von sich aus eine Verpflichtung übernehmen, den Einfuhrbedarf von 10 Millionen Tonnen aufrechtzuerhalten.

Außenminister *Butler* berichtete sodann über die jüngsten Gespräche, die der Chief Secretary der Treasury im Bundesfinanzministerium geführt habe.[28] Die Aussichten auf eine Erfüllung der Vereinbarungen seien heute besser, doch habe man nicht mehr viel Zeit, da die Abmachungen[29] im März ausliefen. Die Sachverständigen würden sich im Januar in London wieder treffen. Die Angelegenheit habe aber auch einen langfristigen Aspekt, der über den März 1964 hinausgehe. Großbritannien entstünden erhebliche Devisenausgaben, die durch die Stationierung der britischen Streitkräfte zum Teil Deutschland zu-

[26] Am 17. Dezember 1963 hielt Staatssekretär Lahr, z. Z. Brüssel, dazu fest: „Die Gemeinschaft hat bei der Schaffung der ersten Agrarverordnungen die Einfuhrkontingentierung abgeschafft, wobei GATT-Widrigkeit das Hauptargument war. Hieraus hat sich eine Psychose gegen jede mengenmäßige Orientierung entwickelt, in der bisher jedes Gemeinschaftsland ein unverzichtbares Instrument der Handelspolitik gesehen hatte und die allgemein gesehen nicht GATT-widrig ist." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8432; B 150, Aktenkopien 1963.

[27] Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen am 15./16. Januar 1964 in London und für das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler am 16. Januar 1964 vgl. AAPD 1964.
Vgl. auch BULLETIN 1964, S. 93 f. Vgl. ferner OSTERHELD, Außenpolitik, S. 56–58.

[28] John Boyd-Carpenter führte am 2./3. Dezember 1963 Gespräche im Bundesministerium der Finanzen. Vgl. dazu den Artikel: London dringt auf mehr Aufträge; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 279 vom 2. Dezember 1963, S. 1.

[29] Zum Protokoll vom 6. Juni 1962, in dem sich die Bundesrepublik zur Entlastung der britischen Zahlungsbilanz verpflichtete, vgl. Dok. 299, Anm. 33.

gute kämen.[30] Man sei deshalb an einer langfristigen Lösung der Frage interessiert, wie man sie auch mit den Amerikanern getroffen habe.[31] Der englischen Seite schwebe eine ähnliche Regelung vor. Er nehme an, daß das Bundesfinanzministerium in dieser Frage mit dem Auswärtigen Amt engen Kontakt halte. Für Großbritannien sei die Angelegenheit sehr wichtig, und sie spiele auch in der öffentlichen Meinung eine gewisse Rolle. Er bat den Herrn Bundesminister, die Angelegenheit nicht aus dem Auge verlieren zu wollen.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er habe die Aufzeichnung über die Gespräche gelesen, und die Bundesregierung und das Auswärtige Amt hätten alles unternommen, um sicherzustellen, daß die Verpflichtungen erfüllt würden. Dies habe sich aber als schwieriger herausgestellt, als ursprünglich angenommen worden sei. Die Hauptschwierigkeit liege auf dem zivilen Sektor, weil die Großbezieher ihre eigenen Liefersysteme hätten. Er freue sich aber darüber, daß die Lücke verringert worden sei, und hoffe, daß sie sich noch weiter verringern lasse. Er stimme darin überein, daß das Problem auch nach dem 31. März weiterbestehe, und die Bundesregierung sei bereit, nach Lösungen zu suchen. Es wäre aber ein Irrtum anzunehmen, daß mit den Amerikanern eine langfristige Regelung getroffen worden sei. Es handle sich vielmehr um eine Reihe von besonderen Abmachungen, die von Fall zu Fall geschlossen worden seien. Die Frage müsse weiter behandelt werden, und die britische Regierung dürfe des guten Willens der Bundesregierung sicher sein. Etwas Konkretes könne er heute noch nicht sagen. Er wolle aber darauf hinweisen, daß die allgemeinen Voraussetzungen, auch die NATO-Voraussetzungen, nicht mehr ganz die gleichen seien wie zur Zeit, als das derzeitige Abkommen getroffen worden sei, weshalb in vielerlei Hinsicht eine neue Betrachtungsweise erforderlich sei.

Das Gespräch wandte sich sodann der Lage im Fernen Osten zu. Außenminister *Butler* legte die Haltung der britischen Regierung zu der durch die Schaffung von Malaysia[32] entstandenen Lage dar. Er bezeichnete diesen Staat als ein lebensfähiges und prosperierendes Gebilde, und Großbritannien sei bereit, den Fortbestand von Malaysia aufrechtzuerhalten und zu verteidigen. Er wies darauf hin, daß vor der Bildung von Malaysia die Vereinten Nationen eingeschaltet worden seien. Derzeit würde aber eine 1000 Meilen lange Grenze auf Borneo von indonesischer Seite bedroht[33], was zur Folge habe, daß diese Grenze militärisch geschützt werden müsse. Aus diesem Grunde appelliere Großbritannien an seine Freunde und bitte sie um ihre Unterstützung, um zu verhindern, daß die gegenwärtige Konfrontation sich verschlimmere. Es sollte vielmehr alles getan werden, um die bestehende Spannung zu beseitigen. Indonesien habe Angst vor China, doch glaube Großbritannien nicht, daß auf 10 oder 15 Jahre hinaus eine unmittelbare militärische Bedrohung seitens Rotchinas zu befürchten sei. Deswegen bitte die britische Regierung ihre Freunde, auf die Indonesier einzuwirken, ihre Streitigkeiten mit ihren Nach-

[30] Zur Frage des Devisenausgleichs vgl. auch den Vermerk der Politischen Abteilung II vom 19. August 1963; Abteilung III (III A 6), VS-Bd. 247; B 150, Aktenkopien 1963.

[31] Vgl. dazu Dok. 257, Anm. 37.

[32] Zur Gründung des Bundesstaates Malaysia am 16. September 1963 vgl. Dok. 383, Anm. 6.

[33] Zur Bedrohung von Malaysia durch Indonesien vgl. Dok. 383, Anm. 6.

barn einzustellen. Wenn die Indonesier ihre Differenzen mit Großbritannien beilegen würden, könnten sie sich vor der chinesischen Gefahr und einer kommunistischen Infiltration sicher fühlen.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* bemerkte, daß durch Zufall, und nicht durch Arrangement, an dem Tage der Ankunft von Herrn Butler im Auswärtigen Amt ein Kapitalhilfeabkommen mit Malaysia abgeschlossen worden sei, das die Bereitstellung von 21 Millionen DM für den Ausbau des Hafens von Penang vorsehe.[34] Hierin komme die freundschaftliche Haltung zum Ausdruck, welche die Bundesregierung Malaysia gegenüber einnehme.

Während der jüngsten Reise des Bundespräsidenten[35] hätten der Bundespräsident und er Gelegenheit gehabt, unmittelbare Eindrücke über die Politik Indonesiens zu sammeln. Der Bundespräsident sei nicht leichten Herzens nach Indonesien gefahren, und er habe ihn erst dazu überreden müssen. Die Reise sei aber deshalb wichtig gewesen, weil Indonesien in der Frage der Anerkennung der SBZ ein etwas unsicherer Klient sei und man nicht wisse, wie stark es den Versuchungen widerstehen würde.[36] Während der UNO-Sitzung im September habe er mit Lord Home darüber gesprochen und ihn gefragt, wie die britische Regierung zu dem Besuch stehe. Lord Home habe gesagt, wenn sich die Dinge etwas beruhigt hätten, wäre der Besuch sicher wünschenswert, da man damit eine gewisse Einwirkungsmöglichkeit auf Sukarno habe. Bei dem Besuch selbst habe man zu Mäßigung und Verständigung geraten. Dies werde man auch weiterhin tun, wenngleich er den deutschen Einfluß auf Sukarno nicht überschätze, um so mehr als die deutsche Seite ein bestimmtes Petitum habe. Was die Bundesregierung aber tun könne, um zu einer Mäßigung beizutragen, werde gewiß geschehen. Es werde nichts unternommen, um Sukarno in seiner Politik der Konfrontation zu unterstützen. Die Bundesregierung habe das gleiche Interesse wie Großbritannien, die Spannung zu beseitigen, und wolle vor allem einen Konflikt vermieden sehen, der einen unserer wichtigsten Verbündeten militärisch engagieren würde.

Außenminister *Butler* dankte für die Mitteilung über das Kapitalhilfeabkommen mit Malaysia. Man dürfe bei der Beurteilung der gegenwärtigen Situation nicht vergessen, daß es sich um eine sehr weitgehende Konfrontation handle. Nicht nur Großbritannien sondern auch Neuseeland und Australien seien involviert, und hinter diesen beiden Ländern stünden, durch den

[34] Für den Wortlaut des Kapitalhilfeabkommens mit Malaysia vom 9. Dezember 1963 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 13 vom 21. Januar 1964, S. 1.

[35] Zum Staatsbesuch des Bundespräsidenten Lübke vom 28. Oktober bis 3. November 1963 in Indonesien vgl. Dok. 396, Anm. 3.

[36] Wegen öffentlicher Stellungnahmen der indonesischen Regierung, in denen von der Existenz zweier deutscher Staaten die Rede war, wurde der indonesische Botschafter am 5. März 1963 ins Auswärtige Amt bestellt. Staatssekretär Carstens äußerte Hakim gegenüber „die tiefe Enttäuschung der Bundesregierung", die zur Abberufung des Botschafters Freiherr von Mirbach geführt habe, und bat „dringend, keine Erklärungen abzugeben, durch die die Gefühle des deutschen Volkes verletzt würden, oder die seinen vitalen Interessen zuwiderliefen". Am 17. Oktober 1963 sah sich Carstens erneut veranlaßt, Hakim gegenüber sein „Befremden" darüber zum Ausdruck zu bringen, daß Präsident Sukarno unmittelbar vor dem Besuch des Bundespräsidenten Lübke in Indonesien ein Glückwunschtelegramm zum Gründungstag der DDR geschickt hatte. Vgl. die Aufzeichnungen von Carstens vom 5. März und 17. Oktober 1963; Büro Staatssekretär, Bd. 395.

ANZUS-Pakt[37] verbunden, die Vereinigten Staaten von Amerika. Als er das letzte Mal mit Herrn Ball zusammengetroffen sei, habe er ihn gebeten, daß auch die Vereinigten Staaten ihre Waffenlieferungen an Indonesien einstellen sollten. Den gleichen Wunsch richte er an die Bundesregierung. Nach britischer Auffassung sollte Sukarno keine militärische Hilfe aus dem Ausland erhalten.[38] Die britischen Waffenlieferungen seien seit dem 18. September eingestellt worden.

Der Herr *Bundesminister* dankte Herrn Butler dafür, daß er das Problem und seine möglichen Auswirkungen in so klarer Form dargelegt habe. Die Bundesregierung liefere keine Waffen nach Indonesien, so daß sie also auch keine Waffenlieferungen einzustellen brauche.[39] Vor einigen Jahren hätten sich während der Auseinandersetzungen zwischen den Niederlanden und Indonesien gewisse Schwierigkeiten aus der Lieferung deutscher Schnellboote und Drahtnetze für Flugplätze an Indonesien ergeben. Wenn er sich recht erinnere, seien damals die von Deutschland gelieferten Schnellboote mit britischen Waffen ausgerüstet worden.

Außenminister *Butler* sagte, die britische Öffentlichkeit verfolge die Dinge mit großer Aufmerksamkeit und wolle unter allen Umständen vermieden sehen, daß britische Soldaten mit britischen Waffen getötet würden.

Außenminister Butler sprach sodann über Japan. Zwischen dem Vereinigten Königreich und Japan sei eine sechsmonatliche Konsultation vorgesehen. Der japanische Außenminister habe im Herbst ausführliche Gespräche in London geführt.[40] Die Japaner fühlten sich von ihrem Nachbarn China isoliert, und in der japanischen Außenpolitik scheine im Augenblick noch etwas Unklarheit und Besorgnis über die künftigen Beziehungen zu China zu bestehen. Er selbst oder einer seiner Minister werde nächstes Jahr nach Japan reisen.

Der Herr *Bundesminister* sagte, der jüngste Staatsbesuch in Japan[41] sei gut und nützlich gewesen. Man sei übereingekommen, sich einmal im Jahr zu treffen. Wahrscheinlich werde der japanische Außenminister vor oder nach der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Herbst nach Deutschland kommen. Eine ähnliche Konsultationsabrede hätten die Japaner mit den Franzosen getroffen[42], so daß der japanische Außenminister einige europäische Länder besuchen werde. Der Informationsaustausch werde von deutscher Seite für sehr wichtig und nützlich gehalten, weil man sich eine Verbesserung der deutschen Informationsquellen, besonders über China, verspreche. Er halte es

[37] Der ANZUS-Pakt zwischen Australien, Neuseeland und den USA wurde am 1. September 1951 geschlossen.

[38] Vgl. dazu den Drahterlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 29. November 1963 an die Ständige Vertretung bei der NATO; Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 66.

[39] Zur Ausrüstungshilfe an Indonesien vgl. Abteilung III (III A 4), VS-Bd. 167.

[40] Zum Besuch des Außenministers Ohira vom 3. bis 5. September 1963 in London vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 200.

[41] Zum Staatsbesuch des Bundespräsidenten Lübke vom 6. bis 15. November 1963 in Japan vgl. Dok. 396, Anm. 3. Zu den Gesprächen des Bundesministers Schröder am 7./8. November 1963 in Tokio vgl. Dok. 410.

[42] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Dittmann, Tokio, vom 27. Mai 1963; Referat I B 5, Bd. 67b.

für wünschenswert, wenn mit Japan, das nunmehr auch der OECD angehöre[43], eine gute und enge Zusammenarbeit zustande komme. Für die Bundesregierung sei die Situation insofern etwas anders als für Großbritannien, als man keine diplomatischen Beziehungen mit China habe. Das schließe natürlich nicht aus, daß man in Deutschland die Entwicklung in China und die Entwicklung des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses mit großer Aufmerksamkeit verfolge. Vielleicht biete sich bei dem Besuch des Herrn Bundeskanzlers in London im Januar auch die Möglichkeit, von der britischen Regierung etwas Näheres über diese beiden Themen zu erfahren.

Der britische *Außenminister* erklärte sich hiermit einverstanden.

Das Gespräch ging sodann über die europäische politische Union.[44] Wie der britische Außenminister hervorhob, wolle Großbritannien so eng an Europa heranrücken wie nur irgend möglich. Es wäre für die britische Regierung ein Anlaß der Sorge, wenn multilaterale Gespräche ohne Großbritannien aufgenommen würden.[45] Großbritannien denke dabei nicht an die Abtretung irgendwelcher souveränen Rechte, glaube aber andererseits, daß nach der Enttäuschung des vergangenen Januar eine britische Beteiligung nützlich wäre.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß ursprünglich eine sehr weit gehende Integration mit der Abtretung souveräner Rechte vorgesehen gewesen sei.[46] Dies habe auch seinen Niederschlag in der Errichtung supranationaler Institutionen gefunden. Seit einigen Jahren hätte aber die Entwicklung aus vielerlei Gründen eine andere Richtung genommen. Die heutige Situation sei so, daß nicht mehr als eine Chance bestehe, Europa in einer relativ lockeren Weise zusammenzubringen. Daher glaube die Bundesregierung, daß nicht die geringste Notwendigkeit bestehe, auf die Mitarbeit Großbritanniens zu verzichten. Die Lage wäre anders gewesen, wenn es noch um die Abtretung souveräner Rechte gegangen wäre. Nachdem dies aber nicht mehr der Fall sei, sehe er keine Notwendigkeit, die Gespräche auf die Sechs zu beschränken.[47] Dies sei aber nicht die gemeinsame Haltung der EWG-Länder. Die Franzosen lehnten eine britische Beteiligung nach wie vor ab. Die Italiener und Belgier seien nicht ganz klar, und gewisse Kreise träten dafür ein, daß die Sechs unter sich erst einmal größere Fortschritte erzielen sollten. Am eindeutigsten sei die Haltung der Niederländer, die in solchen Gesprächen keinen Zweck sähen, solange die Engländer nicht daran beteiligt wären.[48] Er selbst habe vor der WEU in Paris gesagt, es habe keinen Zweck, eine neue Initiative zu ergreifen, wenn die Gefahr bestehe, daß man damit wieder bald stecken bleibe.[49] Er glaube, man müsse erst einmal Fortschritte in der Landwirtschaftspolitik und der Kennedy-Runde erzielen, und sei davon überzeugt, daß eine erfolgreiche Behandlung dieser Fragen die Situation verbessere und auch einen neuen politi-

[43] Japan wurde am 26. Juli 1963 vom Rat der OECD zum Beitritt eingeladen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 179.

[44] Vgl. dazu auch Dok. 421.

[45] Vgl. dazu Dok. 442, Anm. 7.

[46] Zum ersten Fouchet-Plan für eine europäische politische Union vgl. Dok. 77, Anm. 3.

[47] Vgl. dazu auch Dok. 447.

[48] Zur Haltung der Niederlande vgl. Dok. 442 und Dok. 447, Anm. 12.

[49] Zur Rede des Bundesministers Schröder vom 4. Dezember 1963 vgl. Dok. 450, Anm. 5.

schen Antrieb geben könnte. Im Augenblick erscheine es ihm nicht ratsam, Zeit und Arbeit auf etwas zu verwenden, was wenig aussichtsreich sei. Vielleicht sei im Herbst die Lage wieder besser.

Er wolle aber darauf hinweisen, daß der Bundeskanzler sich darum bemühe, der politischen Entwicklung neuen Auftrieb zu geben, und daß er an die Möglichkeit einer Begegnung der Regierungschefs denke. Die Franzosen hätten zu verstehen gegeben, daß sie nicht bereit seien, hierzu die Initiative zu ergreifen, daß sie aber eine von den Italienern ausgehende Initiative unterstützen würden.[50] Ob die Italiener hierzu willens seien, wisse er noch nicht, doch habe er gewisse Zweifel.[51] Die Idee einer Konferenz der Regierungschefs der Sechs hänge also in der Luft.

Außenminister *Butler* bat um Unterrichtung der britischen Regierung durch den Bonner Botschafter[52].

Der Herr *Bundesminister* sagte einen engen Kontakt zu und betonte, daß die deutsche Öffentlichkeit und das deutsche Parlament eine britische Beteiligung begrüßen würden.

Anschließend wurde das Kommuniqué[53] besprochen.

Zum Schluß gaben der Herr Bundesminister und der britische Außenminister ihrer Befriedigung über die Gespräche Ausdruck, die sie als freimütig und nützlich bezeichneten, und sprachen die Überzeugung aus, daß die Fortsetzung des Gedankenaustausches die beiden Länder in die Lage versetzen werde, den gemeinsamen Aufgaben besser begegnen zu können.

Die Unterredung endete gegen 12.00 Uhr.[54]

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

[50] Vgl. dazu Dok. 421, besonders Anm. 21.

[51] Zur Haltung Italiens vgl. Dok. 442, besonders Anm. 6.

[52] Frank K. Roberts.

[53] Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 10. Dezember 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 1937.

[54] Vgl. weiter Dok. 462.

462

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem britischen Außenminister Butler

Z A 5-150.A/63 **10. Dezember 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 10. Dezember 1963 um 12 Uhr den britischen Außenminister, Herrn Butler, zu einem Gespräch. An der Unterredung nahmen der Herr Bundesminister des Auswärtigen und Staatssekretär Dr. Westrick sowie der britische Botschafter[2] und Sir Harold Caccia teil; außerdem Botschafter von Etzdorf und Mr. Henderson, der private secretary von Herrn Butler.[3]

Nach der Begrüßung führte der Herr *Bundeskanzler* aus, daß es wohl kaum nötig sei, dem britischen Außenminister zu versichern, daß die Bundesregierung alles tue, um die Freundschaft zwischen den beiden Ländern zu vertiefen. Hierbei handle es sich nicht nur um ein Lippenbekenntnis. Im vergangenen Jahr habe sich die Bundesregierung auch vorbehaltlos dafür eingesetzt, daß zwischen Großbritannien und der EWG engere Beziehungen hergestellt würden.[4] Die Ereignisse des letzten Januar[5] seien eine große Enttäuschung gewesen, doch sei dies noch nicht das Ende.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* berichtete sodann über den Verlauf der Gespräche mit Außenminister Butler.[6]

Auf die derzeitige Situation in Europa eingehend, führte der Herr *Bundeskanzler* aus, man befinde sich in einer ähnlichen Lage wie vor einigen Jahren, als es vor allem um die währungspolitischen Fragen gegangen sei. Heute gehe es nicht nur darum, wie eine gemeinsame Landwirtschaftspolitik verfolgt werden könne, vielmehr sei die Tatsache entscheidend, daß die Preisentwicklung in fast allen Ländern sehr dynamisch geworden sei und daß es fraglich sei, ob der Gemeinsame Markt unter diesen Umständen bei festen Wechselkursen überhaupt funktionsfähig sei.

Was den Getreidepreis angehe, so sei er nicht unmittelbar gekoppelt mit den Agrarmarktverordnungen[7], stehe aber in einem engen Zusammenhang mit der

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 13. Dezember 1963 gefertigt.
Hat dem Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 13. Dezember 1963 vorgelegen.

[2] Frank K. Roberts.

[3] Der Passus „; außerdem Botschafter von Etzdorf ... Butler." wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

[4] Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Aufrechterhaltung der Kontakte zwischen Großbritannien und der EWG vgl. Dok. 230.

[5] Auf der Ministerratstagung der EWG am 28./29. Januar 1963 in Brüssel scheiterte der Beitritt Großbritanniens zur EWG. Vgl. Dok. 60.

[6] Vgl. Dok. 459 und Dok. 461.

[7] In Brüssel wurde über die Agrarmarktverordnungen für Reis, Rindfleisch sowie Milch und Molkereiprodukte verhandelt. Vgl. dazu auch Dok. 461.

Kennedy-Runde[8]. Er glaube überdies, daß die Preisfrage nicht mehr die Rolle spielen würde, die sie im Augenblick zu spielen scheine, wenn es möglich wäre, weltweite Abkommen über die Grundnahrungsmittel zu treffen. Darüber sei bereits auf der GATT-Tagung im Frühjahr 1963[9] gesprochen worden. Wenn es außerdem möglich wäre, daß die EWG gegenüber den Vereinigten Staaten und den weißen Commonwealth-Ländern hinsichtlich der Einfuhr von Futtergetreide und Hartweizen eine Zusage gebe, würde das Preisproblem ebenfalls in den Hintergrund treten. De Gaulle sei, was diese Möglichkeit angehe, verständlicherweise sehr zögernd, doch glaube er selbst, daß, wenn eine weltweite Basis vorgesehen sei, derartige Abkommen zustande kommen könnten.

Was die Haltung Englands angehe, so glaube er selbst, daß Großbritannien zu Europa gehöre. Dies habe er auch de Gaulle gesagt.[10] Wenn man ein starkes Europa wolle – und hierbei denke er nicht an eine militärische dritte Kraft –, dann könne man dies nicht erreichen, wenn man Europa aufsplittere. Man müsse vielmehr daran interessiert sein, das zusammenzufügen, was zusammengehöre. Vielleicht sei die Frage des britischen Beitritts zur EWG im Augenblick wegen der bevorstehenden Wahlen in Großbritannien[11] nicht aktuell und müsse deswegen ruhen, bis Großbritannien wieder sprechbereit sei. Dann aber sei man auch deutscherseits bereit, eine neue Aktivität zu entfalten.

Außenminister *Butler* fragte, wie der Herr Bundeskanzler die Aussichten beurteile, daß die EWG eine gewisse Abnahmeverpflichtung für Getreide eingehe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, diese Frage lasse sich im Augenblick noch nicht beantworten. Im Frühjahr sei in Genf im Zusammenhang mit der Erörterung über weltweite Abkommen auch hierüber gesprochen worden. Dies würde natürlich die Einführung gewisser Quantifizierungen bedeuten, doch bestehe hierüber noch keine klare Vorstellung. Die Bundesrepublik werde sich immer für eine liberale Haltung einsetzen, da 30 v. H. des deutschen Sozialprodukts aus Ein- und Ausfuhren bestünden und es nicht denkbar sei, daß sie sich in den Käfig der EWG einschließen lasse.

Außenminister *Butler* fragte sodann, ob die vorgesehenen hohen Getreidepreise[12] nicht dazu führten, daß Europa eine autarke Politik verfolge.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er verstehe die britischen Befürchtungen, wies aber darauf hin, daß bei der derzeitigen Kostenentwicklung zum Beispiel auch in Frankreich die Getreidepreise steigen würden. Die Franzosen versuchten zwar zu subventionieren, doch seien dieser Möglichkeit durch den Haushalt auch Grenzen gesetzt. Man müsse überhaupt fragen, ob bei der derzeitigen Verfilzung mit Subventionen etwas zu erreichen sei. Der Preis als einziges Regulativ sei wegen der Subventionen auch kein echtes Instrument. Er selbst habe immer gesagt, ihm sei das britische System am sympathischsten.

[8] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[9] Zur Ministerkonferenz der GATT-Vertragspartner vom 16. bis 21. Mai 1963 in Genf vgl. Dok. 164, Anm. 5.

[10] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 21. November 1963 über europäische Fragen vgl. Dok. 421.

[11] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

[12] Zu den nach dem Mansholt-Plan vorgesehenen Preisen vgl. BULLETIN DER EWG 12/1963, S. 18.

Herr *Butler* erwähnte, daß die Subventionen, die Großbritannien zahle, sich auf 360 Millionen Pfund pro Jahr beliefen, daß sie aber gekürzt werden sollten.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, wenn man mehr Zeit hätte, würden sich die anstehenden Probleme sehr viel einfacher lösen lassen. Während der vergangenen zwölf Jahre seien zwei Millionen Menschen aus der Landwirtschaft abgewandert, und dieser Prozeß gehe weiter, so daß am Ende nur noch gute Böden in größeren Einheiten zusammengefaßt bewirtschaftet würden. Leider habe man aber nicht die nötige Zeit.

Der Herr Bundeskanzler fragte sodann, ob bei den Gesprächen im Auswärtigen Amt auch die Frage der Kredite an die Sowjetunion[13] erörtert worden sei.

Herr *Butler* verneinte diese Frage, betonte aber gleichzeitig, daß Großbritannien bisher keine Kredite gewährt habe, die über eine Laufzeit von fünf Jahren hinausgingen.[14]

Der Herr *Bundeskanzler* sprach die Vermutung aus, daß gerade diese Frage für Großbritannien von besonderem Interesse sein dürfte, da ein großer Teil der Außenhandelsgeschäfte des Ostens in Pfund Sterling abgewickelt würde.

Herr *Butler* bemerkte, daß im Handelsverkehr zwischen Großbritannien und der Sowjetunion die britischen Einfuhren 80 Millionen Pfund, die Ausfuhren in die Sowjetunion jedoch nur 40 Millionen Pfund betrügen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, wenn im Außenhandel mit der Sowjetunion Leistung gegen Leistung stünde, wäre es möglich, ohne langfristige Kredite auszukommen. Die Sowjets hätten aber Schwierigkeiten, ihr Volumen auszufüllen. Die Russen könnten zwar alles, was der Westen anbiete, gebrauchen, insbesondere Kapitalgüter, wogegen die Palette dessen, was sie selbst anzubieten hätten, sehr beschränkt sei. Dies führe automatisch zu einer Begrenzung des Handelsvolumens. Deshalb habe er seit Jahren bereits gesagt, der Tag werde kommen, an dem die Sowjets an ihre westlichen Handelspartner appellierten, ihnen langfristige Kredite zu gewähren. Dabei müsse man allerdings berücksichtigen, daß, wenn dies geschehe und der Tag der Rückzahlung komme, die Sowjets nicht in Waren zurückzahlen könnten und damit wahrscheinlich auch nicht in der Lage seien, die laufenden Handelsabkommen auszufüllen. Dann müßten die Kredite verlängert werden. Er gehöre bestimmt nicht zu denen, die versuchten, auf diese Weise die Sowjets in die Knie zu zwingen, doch sei es sicher richtig, wenn behauptet werde, daß sich die Sowjetunion in einer bedrängten Situation befinde. Er wolle auch den Gegensatz zwischen den Sowjets und den Chinesen[15] nicht dramatisieren, doch glaube er, daß mehr dahinterstecke als nur eine ideologische Auseinandersetzung. Dazu komme ferner, daß die osteuropäischen Satelliten nicht mehr so abhängig sein wollten wie früher und daß sich in der Sowjetunion selbst ein Verbürgerlichungsprozeß angebahnt habe. Wenn man unter diesen Umständen den Rus-

[13] Vgl. dazu Dok. 411.

[14] Zur britischen Kreditpolitik gegenüber der UdSSR vgl. Dok. 232, Anm. 3, und Dok. 424, Anm. 12.

[15] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23, sowie Dok. 367, Anm. 26 und Anm. 43.

sen dabei helfe, ihre eigene Wirtschaft zu stärken und damit auch ihre militärische Stärke zu festigen, befürchte er, daß sie weniger bereit seien, über diejenigen Fragen zu sprechen, die gerade Deutschland besonders am Herzen lägen. Er denke hierbei vor allem an die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts. Aus diesen Überlegungen scheine sich ihm eine zurückhaltende Position in der Kreditfrage zu empfehlen.

Herr *Butler* schlug vor, diesen Fragenkomplex noch ausführlicher im Januar in London[16] zu erörtern. Er fragte, wie der Herr Bundeskanzler die Aussichten beurteile, durch wirtschaftliche Maßnahmen die Lage in der sowjetisch besetzten Zone zu verbessern.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies in seiner Antwort auf die bisherigen Angebote[17], die vor allem aus menschlichen Erwägungen gemacht worden seien, um der Bevölkerung in der Zone nicht den Eindruck zu geben, als sei sie abgeschrieben. In diesem Zusammenhang müsse auch die Bemühung gesehen werden, für die Weihnachtszeit die Mauer etwas zu öffnen.[18] Die Machthaber in der Zone seien aber hart und unnachgiebig, denn dort scheine die Entstalinisierung noch nicht angekommen zu sein. Ulbricht liege nach wie vor auf der alten harten Linie. Wenn es einen politischen Preis gebe, mit dem sich die Lebensbedingungen in der Zone verbessern ließen, dann wäre die Bundesrepublik bereit, ihn zu zahlen. Bisher sei man aber nur auf ein hartes Nein gestoßen. Als er vor kurzem den sowjetischen Botschafter bei sich gehabt habe, habe er ihm deutlich gesagt, daß die Entscheidung nicht bei Ulbricht, sondern in Moskau liege.[19] Wenn sich die Sowjets auf Ulbricht beriefen, so sei das nur eine Farce. Mit einem politischen Preis bei Ulbricht etwas erreichen zu wollen, sei völlig aussichtslos. Ob sich bei Chruschtschow etwas erreichen lasse, müsse erst noch ausgelotet werden.

Außenminister *Butler* bemerkte, daß die Sowjetunion nicht bereit zu sein scheine, in Verhandlungen irgendwelches Entgegenkommen zu zeigen.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies auf seine Gespräche, die er in Washington geführt habe.[20] Man gebe sich zwar keiner Illusion hin, sollte aber dennoch in Kontakt mit der Sowjetunion bleiben, weil es so möglich sei, die Schwelle eines Krieges hinauszuschieben. Diese Politik unterstütze die Bundesregierung. Andererseits müßten aber die Grenzen sehr deutlich gemacht werden, die unbedingt eingehalten werden müßten.

In Deutschland sei die Lage deshalb besonders schwierig, weil die Freiheit 1933 untergegangen sei. Wer heute unter 50 Jahren sei und in der sowjetischen Besatzungszone lebe, habe nie mit Bewußtsein erlebt, was Freiheit

[16] Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen am 15./16. Januar 1964 in London und für das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler am 16. Januar 1964 vgl. AAPD 1964.
Vgl. auch BULLETIN 1964, S. 93 f. Vgl. ferner OSTERHELD, Außenpolitik. S. 56–58.

[17] Zu den Kreditangeboten an die DDR vgl. Dok. 459, Anm. 38.

[18] Zu den Passierschein-Gesprächen vgl. bereits Dok. 460; weiter Dok. 468.

[19] Zum Gespräch mit Botschafter Smirnow am 6. Dezember 1963 vgl. Dok. 454.

[20] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard, des Bundespräsidenten Lübke und des Bundesministers Schröder vom 26. November 1963 mit Präsident Johnson vgl. Dok. 429.

wirklich bedeute. Deshalb werde die Situation um so schwieriger, je länger sie sich hinziehe. Er bitte um Verständnis dafür, wenn von deutscher Seite immer wieder auf diese deutsche Not hingewiesen werde. Man wolle jedoch nicht nur als Unruhestifter dastehen, der immer nur um etwas bitte, sondern sei auch bereit, seinen eigenen Beitrag zu leisten. Der Herr Bundeskanzler verwies in diesem Zusammenhang auf die deutschen Anstrengungen, einen maximalen Verteidigungsbeitrag zu leisten, und würdigte die Tatsache, daß britische Soldaten zur gemeinsamen Verteidigung in Deutschland stünden.

Die Unterredung endete kurz nach 13 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 5

463

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem französischen Botschafter de Margerie

Z A 5-147.A/63 **10. Dezember 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler empfing am 10. Dezember 1963 um 16.20 Uhr den französischen Botschafter de Margerie zu einem Gespräch, bei dem außerdem Staatssekretär Westrick und Ministerialdirigent Osterheld zugegen waren.

Botschafter *de Margerie* erklärte, er habe Weisung von seiner Regierung, dem Herrn Bundeskanzler im Zusammenhang mit dem Gespräch zwischen den Ministern Schwarz und Pisani am Vorabend eine Mitteilung zu machen. Aus dem Gespräch habe Herr Minister Pisani entnommen, daß es vielleicht möglich sein werde, sich bis Ende des Jahres über die Marktordnungen für Reis und Fleisch zu verständigen, daß es aber ausgeschlossen sei, in der Marktordnung über Milch und Milchprodukte zu einer Einigung zu kommen[2], weil dies auf deutscher Seite einen Abbau der Subventionen bedeuten würde, den weder das Parlament noch die öffentliche Meinung jetzt akzeptieren würden. Diese Erklärung von Herrn Minister Schwarz habe in Paris große Sorge ausgelöst. Er sei beauftragt, dem Herrn Bundeskanzler die Verwunderung und Sorge der französischen Regierung auszudrücken, die im übrigen der Auffassung sei, daß diese Erklärung von Herrn Schwarz im Widerspruch zu den Zusicherungen stehe, die der Herr Bundeskanzler selbst in Paris hinsichtlich der Annahme der drei Marktordnungen ausdrücklich gemacht habe.[3] Sollte diese Aussage von Herrn Schwarz Herrn Pisani gegenüber die endgültige Haltung der Bundesregierung darstellen, so hätte die französische Regierung größte

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 11. Dezember 1963 gefertigt.
Hat dem Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 11. Dezember 1963 vorgelegen.

[2] Zur Haltung der Bundesrepublik zu den drei Marktordnungen vgl. auch Dok. 461.

[3] Vgl. dazu Dok. 421 und Dok. 422.

Schwierigkeiten, die Verhandlungen der Kennedy-Runde[4] zu beginnen oder fortzusetzen. Weil aber Frankreich ein echtes Interesse an der Kennedy-Runde habe, wolle es diese Konsequenz vermeiden. Er sei von Premierminister Pompidou beauftragt, dies dem Herrn Bundeskanzler ganz klar darzulegen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, seine Erklärung in Paris sei im guten Glauben und guten Willen erfolgt, obgleich er ja schon in Paris darauf hingewiesen habe, daß vielleicht der 31. 12. kein absolut festes Datum[5] sein müsse. Dennoch werde die Bundesregierung keine Verzögerungstaktik betreiben, vielmehr die Marktordnungen zusammen mit einer Festlegung in der Kennedy-Runde zügig weiterberaten. Bei der Abgabe dieser Erklärung sei er allerdings davon ausgegangen, daß hinsichtlich der Milch und Milchprodukte die bisherigen deutschen Subventionen akzeptiert würden. Er habe in dieser Frage die deutschen Mitglieder der europäischen Kommission befragt, die ihm erklärt hätten, daß hinsichtlich der Marktordnungen bis zum 1. Januar 1970 eine Änderung der Subventionen nicht notwendig sei. Die Verhandlungen in Brüssel schienen jedoch anders gelaufen zu sein, und es erhebe sich nunmehr das Problem, das im übrigen am Vortage in der Sitzung des CDU-Fraktionsvorstandes eine Rolle gespielt habe, welche Subventionen Frankreich gebe. Betrachte man die Subventionen sozialer Art an die französischen Bauern, so ergebe sich rund das vier- bis fünffache der deutschen Subventionen. Die von beiden Ländern den Bauern gegebenen Subventionen dienten demselben Zweck, nämlich der Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens. Unterm Strich betrachtet, stelle man fest, daß die Subventionen materiell ungefähr in den beiden Ländern auf dasselbe hinausliefen. Man könne natürlich sagen, warum gebe Deutschland nicht Subventionen nach dem französischen Muster.[6] Die Antwort darauf sei, daß, falls ein solches System bei den Bauern eingeführt würde, es sich unvermeidlich auf die gesamte gewerbliche Wirtschaft ausdehnen und damit Preissteigerungen hervorrufen würde. Deswegen möchte die Bundesregierung die Frage der Subventionen in Brüssel diskutiert sehen, vor allem, warum ein bestimmter Typ von Subventionen erlaubt, ein anderer aber verboten sei, obschon sie dem gleichen Zweck dienten. Er halte eine Erörterung dieses Problems für notwendig. Wenn sichergestellt sei, daß die deutschen Subventionen in der spezifischen Form weitergeführt werden könnten, sei die Verabschiedung der Marktregelungen kein Problem. Würden diese Subventionen jedoch ersatzlos gestrichen und müßten sie auf den Haushalt übernommen werden, dann könne er dazu nur sagen, daß der Haushalt erstens absolut diese Last nicht aufnehmen könne und er zweitens fürchte, dann in eine Gesellschaftsordnung zu kommen, die die Bundesregierung nicht wolle, weil dann der Bauer zum völlig abhängigen Gehilfen des Staates absinken würde. So sehe die Situation jetzt aus. Er sei sich im klaren, daß hier eine bedenkliche Klippe vorliege. Er sehe sich aber nicht in der Lage,

[4] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[5] Im synchronisierten Arbeitsprogramm vom 9. Mai 1963 war der 31. Dezember 1963 als Termin für die Verabschiedung der zu verhandelnden Marktordnungen über Rindfleisch, Milch und Milchprodukte sowie Reis vorgesehen. Vgl. dazu Dok. 345, Anm. 2.

[6] Zu den deutschen Subventionsmaßnahmen vgl. Referat III A 2, Bd. 79.

einer ersatzlosen Streichung der Subventionen und Übernahme der Kosten auf den Bundeshaushalt zuzustimmen, da er alle politischen Parteien dabei gegen sich hätte. Das Kabinett habe diese Frage noch nicht behandelt, und er habe auch ausdrücklich darum gebeten, im CDU-Fraktionsvorstand noch keine Resolution zu fassen, um die Dinge nicht zu verhärten. Inzwischen habe er auch mit der FDP gesprochen, die natürlich genau dieselbe Haltung einnehme oder sogar noch härter sei. Wie man aus dieser Sache herauskommen könne, wisse er nicht. Möglicherweise sei eine Erörterung der spezifischen Eigenart der deutschen und französischen Subventionen eine Lösungsmöglichkeit.

Botschafter *de Margerie* sagte, er werde dies getreulich in Paris berichten. Er glaube, daß er so dringend zu dem Herrn Bundeskanzler geschickt worden sei, weil Paris wisse, daß die Frage im Kabinett noch nicht behandelt worden sei.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, das Kabinett sei auch nicht selbstherrlich, vielmehr brauche man das Parlament. Damit aber sei die Haltung der Parteien entscheidend. Eine andere Frage sei, ob der Artikel 40 des Rom-Vertrages[7] nicht die Möglichkeit gebe, die Marktordnungen für die einzelnen Produkte differenziert zu gestalten. Nach Artikel 40 seien für die Vereinbarungen über die einzelnen Produkte drei Wege offen: 1) Wettbewerbsregelungen, 2) eine Koordinierung der nationalen Marktordnungen und 3) der totale Weg der europäischen Marktregelung. Damit wolle er nicht sagen, daß die Bundesregierung etwa dieses Ziel anstrebe. Er wisse auch nicht, ob in der Zwischenzeit schon irgendwelche Vorentscheidungen getroffen worden seien. Jedenfalls sei die Bundesregierung sehr in Nöten, wie sie aus dieser Lage herauskommen und eine für Deutschland akzeptable Lösung finden solle, wobei sie gleichzeitig von dem Willen beseelt sei, die Marktordnungen zu verabschieden. Er habe besonders darauf geachtet, daß die Dinge nicht zementiert würden, weil ja weiterverhandelt werden solle. Die Stimmung sei jedoch so, daß eine Übernahme auf das Budget einfach unmöglich sei.

Staatssekretär *Westrick* stellte durch eine Zwischenfrage noch einmal den Inhalt der Weisung des Botschafters klar, die darin bestehe, daß bei einer Nichtverabschiedung der drei Marktordnungen Frankreich keine Möglichkeit sähe, in die Kennedy-Runde einzutreten. Dies sei ja auch Gegenstand des Papiers vom 9. Mai.[8] Die schlimmste Konsequenz wäre dann also eine Verschiebung der Kennedy-Runde, die jedoch ohnehin erst im Mai beginnen solle.

Botschafter *de Margerie* las noch einmal aus seiner Instruktion vor: Die französische Regierung könne so lange nicht die Genfer Verhandlungen beginnen bzw. fortsetzen, solange die Bundesrepublik nicht in der Lage sei, ihre Verpflichtungen auf dem landwirtschaftlichen Sektor zu erfüllen.

[7] Nach Artikel 40 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 sollte die gemeinsame Agrarpolitik schrittweise in der zwölfjährigen Übergangsfrist entwickelt und noch vor deren Ende festgelegt werden. Zur Verwirklichung dieses Ziels war „eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte" zu schaffen. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 796.

[8] Zum synchronisierten Arbeitsprogramm der EWG vom 9. Mai 1963 vgl. Dok. 161, Anm. 3.

Staatssekretär *Westrick* bemerkte noch, bei einem Gespräch mit Herrn Hallstein habe ihm dieser erklärt, die französischen Subventionen seien im Vertrag eindeutig gebilligt. Dies müsse natürlich noch geprüft werden. Die Frage sei natürlich auch, ob der Beschluß vom 9. Mai die Sache nicht schon konsumiere. Der Herr Bundeskanzler werde wahrscheinlich in Amerika[9] auf die gleiche Frage ebenfalls angesprochen werden.

Der Herr *Bundeskanzler* bezweifelte dies.

Staatssekretär *Westrick* sagte, die Frage sollte vielleicht erneut diskutiert werden, ehe der Herr Bundeskanzler nach Amerika reise.[10]

Botschafter *de Margerie* wies noch darauf hin, daß die Vereinigten Staaten ja daran interessiert seien, die Kennedy-Runde erst dann beginnen zu lassen, wenn das landwirtschaftliche Problem geregelt sei.

Das Gespräch endete um 16.35 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 5

464

Botschafter Blankenhorn, Rom, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-9304/63 geheim **Aufgabe: 11. Dezember 1963, 17.50 Uhr**
Fernschreiben Nr. 753 **Ankunft: 11. Dezember 1963, 19.30 Uhr**

Hatte heute mein erstes Gespräch mit italienischem Außenminister Saragat. Einleitend sagte ich, die Bundesregierung sei besonders glücklich darüber, daß er Außenministerium[1] übernommen habe und daß damit Garantie für die Stabilität italienischer Außenpolitik hinsichtlich Europas und NATO gegeben sei. Saragat sagte, daß er entschlossen sei, eine konstruktive und positive Zusammenarbeit Italiens mit den anderen Mächten der europäischen und der atlantischen Gemeinschaft zu entwickeln. Es gäbe zweifellos eine Menge von Problemen zu lösen. Nach seiner Auffassung seien diese aber lösbar, wenn man mit Geduld an sie herangehe. Dies gelte besonders für die multilaterale atomare Streitkraft, die er bejahe.[2] Allerdings bedürfe es hier wohl etwas Zeit, um die innerhalb der italienischen Regierung widerstrebenden Elemente zu gewinnen.

Über die Dauer und Stabilität der gegenwärtigen italienischen Regierung vermöge er natürlich heute noch nichts Definitives zu sagen. Er glaube aber, daß trotz vieler Schwierigkeiten Dauer und Aktionsfähigkeit dieser Regierung

9 Zum Besuch des Bundeskanzlers Erhard und des Bundesministers Schröder am 28./29. Dezember 1963 in den USA vgl. Dok. 486–492.

10 Vgl. weiter Dok. 469.

1 Zur Regierungsbildung in Italien vgl. Dok. 421, Anm. 24.

2 Zum Stand der Verhandlungen über die MLF vgl. Dok. 414. Zur italienischen Haltung zur MLF vgl. auch Dok. 222.

größer sein werde als manche es erwarteten. Ob sich die Nenni-Sozialisten[3] spalten oder nicht, sei heute noch nicht zu übersehen. Er persönlich glaube nicht an eine solche Spaltung. Sein Ziel sei, allmählich mit den vernünftigen Elementen der Nenni-Sozialisten zusammen eine starke und einflußreiche sozialdemokratische Partei deutschen Stils zu schaffen.

Zu den deutschen Problemen sagte Saragat, er sei persönlich von der Berechtigung des deutschen Willens zur Wiedervereinigung überzeugt. Man dürfe sich unter keinen Umständen mit der Spaltung Deutschlands abfinden, denn diese bleibe das Weltspannungsproblem Nr. 1, das, wenn man es nicht löse, zu äußerst gefährlichen Konflikten führen werde. Die italienische Politik müsse nach seiner Auffassung alles tun, um an einer Überwindung der Spaltung mitzuwirken. Er könne mir sagen, daß auch Nenni bereits vor einigen Jahren während einer Debatte des Auswärtigen Ausschusses die von den Kommunisten vorgetragene These des endgültigen Sichabfindens mit der deutschen Spaltung abgelehnt und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes anerkannt habe. Auf meine Frage, ob Herr Nenni diese Auffassung auch heute noch habe, sagte Herr Saragat, daß er hiervon überzeugt sei.

Saragat führte aus, was die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes und vor allem die Lösung der Agrarfrage angehe, so dürfe man die Dinge nicht dramatisieren. Zweifellos beständen starke Interessengegensätze zwischen Frankreich, das Agrarerzeugnisse ausführen, der Bundesrepublik, die Agrarerzeugnisse einführen, und Italien, das Agrarerzeugnisse sowohl einführen wie ausführen wolle. Man müsse eben mit Geduld weiter verhandeln und eine entsprechende Lösung anstreben. Nach seiner Auffassung dürfe man die Ultimaten der französischen Regierung[4] nicht überbewerten. Der General[5] sei als General gewohnt zu befehlen. Dies tue er seinen Ministern gegenüber, und dies scheine er auch den Partnern innerhalb der EWG gegenüber tun zu wollen. Er, Saragat, halte es aber für ausgeschlossen, daß die aus Paris gelegentlich ertönenden Drohungen verwirklicht würden, denn dazu sei heute die französische Wirtschaft schon viel zu eng mit dem Gemeinsamen Markt verknüpft.

Wie Herr Saragat fortfuhr, freue er sich, den Herrn Bundesaußenminister anläßlich der NATO-Außenministerkonferenz in Paris[6] zu treffen und dort ausführlich zu sprechen.[7] Er freue sich auch, daß der Herr Bundeskanzler und der Herr Außenminister Ende des Monats Januar zu einem ausführlichen

[3] Pietro Nenni war der Vorsitzende der Italienischen Sozialistischen Partei (PSI). Neben ihr hatte sich 1947 mit der Italienischen Sozialistischen Demokratischen Partei (PSDI) eine zweite Gruppierung der Sozialisten gebildet, die nicht bereit waren, der Erneuerung der Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei (PCI) zuzustimmen.

[4] Die französische Regierung drängte bei der Verabschiedung der noch ausstehenden Agrarmarktordnungen auf Einhaltung des im synchronisierten Arbeitsprogramm der EWG vom 9. Mai 1963 vorgesehenen Termins 31. Dezember 1963. Vgl. dazu Dok. 356, Anm. 28; weiter Dok. 463 und Dok. 469.

[5] Staatspräsident de Gaulle.

[6] Zur Tagung des NATO-Ministerrats am 16./17. Dezember 1963 in Paris vgl. Dok. 481.

[7] Zum Gespräch zwischen Bundesminister Schröder und Außenminister Saragat am 15. Dezember 1963 vgl. Dok. 472.

Gedankenaustausch nach Rom kommen.[8] Staatspräsident Segni und er beabsichtigten, Mitte Februar nach Frankreich zu reisen.[9] Ein Besuch in London sei vorläufig nicht geplant.

Zusammenfassend müsse er mir sagen, daß in Westeuropa Deutschland, Frankreich, Italien und England eng zusammenarbeiten müssen, um den bestehenden Gefahren zu begegnen und um mit einiger Aussicht auf Erfolg das Entspannungsgespräch mit Sowjetrußland fortzuführen. Selbstverständlich denke er hierbei nicht an die Schaffung einer dritten Kraft, sondern auch dieses so verbundene Europa müsse in engem Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten operieren, ohne die nun einmal eine echte Garantie für die Erhaltung unseres Lebens und unserer Interessen nicht gegeben sei.

Zum Schluß der Unterredung bat mich Herr Saragat, der Bundesregierung folgenden Wunsch zu übermitteln: Ihm mache in zunehmendem Maße die kommunistische Propaganda innerhalb der italienischen Arbeiter in Deutschland Sorge, die im wesentlichen auch durch Sendungen in italienischer Sprache des Senders Prag verbreitet werde.[10] Er frage sich, ob es nicht möglich sei, daß der eine oder andere der deutschen Sender täglich jeweils eine halbe Stunde italienische Programme gebe (Nachrichten, Vorträge usw.), an denen auch geeignete italienische Kräfte mitwirken könnten. Er wäre für eine Prüfung dieser Frage und eine baldige Stellungnahme der Bundesregierung sehr dankbar.

[gez.] Blankenhorn

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 150

[8] Zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen am 27./28. Januar 1964 in Rom vgl. AAPD 1964.
Vgl. dazu auch BULLETIN 1964, S. 145 f. und S. 161 f. Vgl. ferner OSTERHELD, Außenpolitik, S. 60 f.

[9] Der italienische Staatspräsident Segni und Außenminister Saragat besuchten Paris vom 19. bis 22. Februar 1964. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 59.

[10] Staatssekretär Carstens hielt bereits am 3. Dezember 1963 in einem Vermerk für die Rechtsabteilung dazu fest: „Unsere Gegenmaßnahmen sind meines Erachtens bisher völlig unzureichend. Was notwendig wäre, wäre die Schaffung einer besonderen Bundesstelle, die sich dieses Problems ausschließlich annimmt, etwa nach dem Muster der Bundeszentrale für Heimatdienst oder auch der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise. Aufgabe dieser Dienststelle müßte die Betreuung der Arbeiter sowohl in materieller wie in geistiger Hinsicht sein. Man müßte ihnen vielleicht Sprachkurse vermitteln, aber auch Vorträge in ihrer eigenen Sprache vor ihnen veranstalten, damit sie mit unserem Gedankengut vertraut werden und der kommunistischen Propaganda entgegengewirkt wird." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 413.

465

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wickert

II 3-84.20/3-899/63 geheim **11. Dezember 1963**[1]

Betr.: Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China

I. Es liegt im Interesse des Westens, daß der gegenwärtige Konflikt zwischen der Sowjetunion und ihren Satelliten einerseits und der Volksrepublik China und ihren Anhängern andererseits[2] fortdauert.

Es sieht zwar nicht so aus, als könnten sich die beiden streitenden Parteien in absehbarer Zeit über die tiefliegenden Konfliktursachen wirklich einigen. Dennoch wirken sowohl im Weltkommunismus als auch in Peking und Moskau starke Kräfte, die auf eine Versöhnung oder wenigstens eine Abschwächung des Konflikts hinarbeiten.

Es gibt für den Westen kaum Ansatzpunkte, den Konflikt dadurch zu verschärfen, daß man zu den zur Debatte stehenden Streitfragen Stellung nimmt oder die beiden Parteien direkt gegeneinander ausspielt. Versuche dieser Art würden sicher sofort erkannt und als Einmischung in den „Familienstreit" angesehen werden.

Eine andere Frage ist es jedoch, ob man China nicht in seinem Bestreben unterstützen sollte, sich ganz aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Sowjetunion zu lösen. Damit würde man verhindern, daß die Volksrepublik China durch wirtschaftlichen Druck der Sowjets und ihrer Satelliten zum Einlenken oder zur Milderung ihres Kurses in der Auseinandersetzung mit Moskau gezwungen wird.

II. *Wirtschaftliche Maßnahmen,* die die Bundesrepublik ergreift, dürften jedoch

– nicht den Charakter von Entwicklungshilfe annehmen, durch die der Aufbau des chinesischen Rüstungs- und Schwerindustriepotentials wesentlich gefördert wird.

– Das politische Prestige der Volksrepublik China in Ostasien dürfte dadurch nicht aufgewertet werden.

– Unsere Maßnahmen sollten sich vorläufig darauf beschränken, den regulären Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China wieder auf den früheren Stand zu bringen.[3]

– Eine vorherige Abstimmung mit der amerikanischen Regierung ist unbedingt notwendig.

[1] Durchschlag als Konzept.

[2] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23, sowie Dok. 367, Anm. 26 und Anm. 43.

[3] Vgl. dazu bereits Dok. 327.

Nach dem Abschluß von Handelsvereinbarungen zwischen dem Ostausschuß der deutschen Wirtschaft und Pekinger Behörden im Jahre 1957[4] stieg der Handelsumsatz Bundesrepublik Deutschland – Volksrepublik China von 372 Mio. DM (1957) auf 927 Mio. DM (1958). In den folgenden Jahren sank er ständig bis auf rund 280 Mio. DM in den Jahren 1961 und 1962. Dieses Absinken kann nur zum Teil mit der Tatsache erklärt werden, daß der Gesamtaußenhandel der Volksrepublik China in den letzten Jahren eine fallende Tendenz aufwies.

Das Außenhandelsvolumen der VR China war im Jahre 1961 kleiner als das Norwegens und Österreichs und sank 1962 noch weiter ab. Der Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland betrug im Jahre 1962 nur 3% des gesamten chinesischen Außenhandels. Für unseren Außenhandel lautet die entsprechende Zahl 0,3% (im Jahre 1958 etwa 1,4%). Obwohl also die Aussicht, unseren Handel auszuweiten, begrenzt ist, gibt es doch auch wirtschaftliche Gründe, aus denen wir uns bemühen sollten, ihn wieder zu erhöhen.

1) Ein Teil des deutsch-chinesischen Handels wird zur Zeit über dritte Länder abgewickelt, und es liegt in unserem Interesse, die wirtschaftliche Bedeutung der Bundesrepublik im China-Handel nicht verfälschen zu lassen.

2) China orientiert sich jetzt in seiner Außenwirtschaft mehr als bisher nach dem Westen hin.[5] Dies wird in noch größerem Ausmaß der Fall sein, wenn China seine Schulden an die Sowjetunion (voraussichtlich im Jahre 1965) abgezahlt hat. Zur Zeit bemühen sich verschiedene Industrienationen der freien Welt, insbesondere Großbritannien, Frankreich[6] und Japan[7] darum, diese chinesische Tendenz auszunutzen und ihre Position im China-Handel zu stärken. Die Bundesrepublik, seit jeher einer der wichtigsten Handelspartner Chinas, sollte darauf sehen, daß sie jetzt nicht ins Hintertreffen gerät. Unter Umständen könnte man auch untersuchen, ob und wieweit deutsche Berater (z. B. in der Forstwirtschaft) von China gewünscht werden.

III. Die einfachste Methode, den Handel auszuweiten, wäre der Abschluß von Handelsvereinbarungen, wobei man entweder an Abmachungen zwischen dem Ostausschuß der deutschen Wirtschaft und chinesischen Behörden[8] oder an ein Regierungsabkommen denken könnte. Es erscheint zweckmäßig, ebenso wie in unseren Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten[9] auch in Verhandlungen mit der Volksrepublik China aus unserer wirtschaftlich günstigen Position politische Vorteile zu ziehen und wirtschaftliche Fragen mit poli-

[4] Die Vereinbarungen zwischen dem Ostausschuß der deutschen Wirtschaft und dem China-Komitee zur Förderung des internationalen Handels wurden am 27. September 1957 abgeschlossen.

[5] Vgl. dazu bereits Dok. 379.

[6] Zu den französisch-chinesischen Beziehungen vgl. auch Dok. 467.

[7] Zu den japanisch-chinesischen Beziehungen vgl. auch Dok. 410.

[8] Zu den Kontakten des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft mit chinesischen Stellen vgl. Dok. 416, Anm. 1.

[9] Zum Abschluß der Verhandlungen mit Polen, Rumänien und Ungarn vgl. Dok. 114, Dok. 388 und Dok. 339. Zu den Verhandlungen mit Bulgarien und der Tschechoslowakei vgl. Dok. 370 und Dok. 432; zu den unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen mit Jugoslawien vgl. Dok. 229.

tischen zu verknüpfen, – konkret gesprochen: die Einbeziehung Berlins in ein Handelsabkommen[10] zu fordern.

Aus diesem Grunde wäre ein Regierungsabkommen vorzuziehen, weil damit sichergestellt werden kann, daß die Verhandlungen nicht allein aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden, obwohl die Chinesen voraussichtlich lieber rein wirtschaftliche Verhandlungen führen würden.

Die Einbeziehung Berlins in eine deutsch-chinesische Handelsvereinbarung könnte sich indirekt auch auf die *sowjetische* Haltung in der Berlin-Frage auswirken: Man kann annehmen, daß die Sowjets *unter anderem* auch deshalb auf ihrer Berlin-Doktrin[11] beharren, weil sie sich nicht dem chinesischen Vorwurf aussetzen wollen, sie seien bereit, eine bedeutende Position des Kommunismus aufzugeben. Wenn aber die Chinesen selbst diese Position aufgäben, könnten sie einen solchen Vorwurf nicht mehr gegen die Sowjets erheben; *ein* Grund für die sowjetische Unbeweglichkeit dem Berlin-Problem gegenüber fiele dann weg, wenn auch andere und sicherlich gewichtigere Gründe dafür bestehen bleiben würden.

Die Frage, ob die Bundesrepublik mit der Volksrepublik China über den Austausch von *Handelsvertretungen* oder die Aufnahme *diplomatischer Beziehungen* sprechen sollte, sollte vorläufig zurückgestellt werden, und zwar aus folgenden Gründen:

– China ist ebenso wie Deutschland geteilt. Wenn wir uns um eine Vertretung in Peking oder um die Aufnahme von Beziehungen mit dem kommunistischen Teil Chinas bemühten, würden wir in der freien Welt das Verständnis für unsere Haltung gegenüber der SBZ kaum fördern. Wie ein solcher Schritt wirken würde, kann man sich am besten klar machen, wenn man sich vorstellt, die Regierung Tschiang Kai-scheks nähme Beziehungen mit der SBZ auf.

– Wenn wir gleichzeitig Handelsvertretungen in Taipeh und Peking anstrebten, würde dies als eine de facto-Anerkennung der Zwei-China-Theorie ausgelegt werden können, die sowohl von der Volksrepublik China wie von Nationalchina abgelehnt wird. Es besteht die Gefahr, daß ein solches paralleles Angebot an die Volksrepublik China und an Nationalchina sowohl Peking wie Taipeh verärgern würde. Der sowjetischen Propaganda würden wir außerdem das Argument liefern, unsere Politik sei inkonsequent und opportunistisch: Während wir stets unseren Alleinvertretungsanspruch[12] betonten und in der ganzen Welt für unsere Ein-Deutschland-Politik würben, erkennten wir de facto die Zwei-China-Theorie an. Es ist übrigens anzunehmen, daß auch die USA für einen solchen Doppelschritt, der zwischen den beiden Chinas nicht differenziert, kaum Verständnis aufbringen würden.

gez. Wickert

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 203

[10] Zum Problem der Einbeziehung von Berlin (West) in Verhandlungen mit Ostblock-Staaten vgl. Dok. 247.

[11] Zur sowjetischen Haltung zu Berlin (West) vgl. Dok. 3, Anm. 7. Zum Problem der Einbeziehung von Berlin (West) in das zu erneuernde Warenabkommen mit der UdSSR vgl. Dok. 408.

[12] Vgl. dazu Dok. 251.

466

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem türkischen Verteidigungsminister Sancar

MB 3678/63 VS-vertraulich **12. Dezember 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 12. Dezember 1963 um 9.15 Uhr den türkischen Verteidigungsminister Ilhami Sancar zu einem Höflichkeitsbesuch. Der türkische Minister war von Botschafter Baydur begleitet. An dem Gespräch nahm Legationssekretär Pabsch vom Ministerbüro teil.

Der Herr *Bundesminister* begrüßte den türkischen Minister in der Bundesrepublik und bat ihn, ihm seine Eindrücke von seinem Aufenthalt mitzuteilen.

Der türkische *Minister* dankte für den freundlichen Empfang, den der Herr Bundesminister ihm trotz seines vor der Reise nach Paris[2] sehr angespannten Terminkalenders bereitet habe. Er sei dankbar für die Gelegenheit, mit dem Herrn Bundesminister wenigstens kurz die Frage einer Ausrüstungshilfe für die türkische Armee[3] besprechen zu können. Die türkische Armee sei, wie dem Herrn Bundesminister sicher bekannt sei, in einer besonders schwierigen Lage, da sie eine 4000 km lange Grenze zu verteidigen habe. Diese Schwierigkeiten würden zur Zeit dadurch besonders vermehrt, daß die Planung der weiteren Entwicklung der türkischen Wirtschaft, an der die Bundesrepublik ebenfalls interessiert sei, zu Einschränkungen beim weiteren Ausbau der türkischen Armee geführt habe. So habe das Staatliche Planungsamt, dem die Durchführung des Entwicklungsplanes obliege, für das nächste Budgetjahr lediglich eine Steigerung von 3% für die Verteidigungsausgaben zugelassen. Auf der anderen Seite verlange die öffentliche Meinung, die sich im Unterschied zu früher jetzt in wachsendem Maße für Verteidigungsfragen interessiere und die Verteidigungssituation des Landes als unbefriedigend empfinde, eine Verstärkung der Verteidigungsanstrengungen. Die türkische Armee müsse daher bestrebt sein, in vermehrtem Maße Auslandshilfe zu erlangen, und rechne dabei besonders auf die Bundesrepublik.

Der Herr *Bundesminister* erklärte, die Rivalität zwischen wirtschaftlicher und militärischer Entwicklung sei ein Problem, das sich in den meisten Ländern, natürlich in unterschiedlichem Maße, stelle. Die Verteidigungskraft der Türkei sei eine Angelegenheit gemeinsamen Interesses aller NATO-Staaten. Er würde es deshalb, ohne sich allerdings hierüber bereits mit seinen Kollegen abgestimmt zu haben, für eine gute Idee halten, die besonderen Probleme der türkischen Verteidigung im NATO-Rat auch vor den Außenministern zur

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationssekretär Pabsch am 12. Dezember 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 17. Dezember 1963 vorgelegen.

[2] Bundesminister Schröder hielt sich vom 15. bis 17. Dezember 1963 zur Sitzung des NATO-Ministerrats in Paris auf.

[3] Zur Ausrüstungshilfe an die Türkei vgl. bereits Dok. 166 und Dok. 378.

Sprache zu bringen.[4] Wenn auch die besonderen türkischen Anliegen bereits in den Dokumenten enthalten seien, die dem Ministerrat zur Prüfung vorgelegt würden, so sollten sie doch von der türkischen Delegation auch mündlich zur Diskussion gestellt werden. Es sei jedenfalls besser, wenn auch die Außenminister sich einmal mit so wesentlichen Fragen der militärischen Ausrüstung beschäftigten, als wenn sie nur über Fragen der strategischen Planung, in denen bisher nur sehr geringe Übereinstimmung herrsche, berieten.

Der türkische *Minister* sagte, er werde, ermutigt durch die Haltung des Herrn Bundesministers, die Frage einer NATO-Ausrüstungshilfe für die türkische Armee im NATO-Rat zur Sprache bringen und hoffe, dabei auf die Unterstützung des Herrn Bundesministers rechnen zu können.

Der Herr *Bundesminister* erklärte, die Bundesrepublik habe, wie dies ja die Verhandlungen des türkischen Herrn Ministers mit dem Bundesverteidigungsministerium zeigten, ein starkes Interesse an der Entwicklung der türkischen Armee. Er halte es jedoch für besonders nützlich, wenn die Frage einer Ausrüstungshilfe für die türkische Armee auf multilateraler Ebene behandelt würde.

Der Herr Bundesminister schloß das Gespräch um 9.30 Uhr mit der Bemerkung, er begrüße es, daß die Beratungen des NATO-Rats in der nächsten Woche in Paris weitere Gelegenheit böten, die heute angeschnittenen Fragen zu vertiefen.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

467

Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen in Paris

I A 1-80.11/1551/63 geheim **13. Dezember 1963[1]**

Auszugsweise Ergebnisniederschrift über die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 13. Dezember 1963 in Paris

1) Besprechungen mit den Sowjets über Sicherheitsfragen: Nichtangriffspakt und Kontrollposten

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* berichtete über die Gespräche mit dem britischen Außenminister Butler in Bonn.[2] Butler habe erklärt, daß die britische Regierung in ihren Bemühungen fortfahren werde, weitere Verhandlungsmöglichkeiten mit den Sowjets zu erkunden. Von deutscher Seite habe

[4] Die Frage der Ausrüstungshilfe an die Türkei war Gegenstand der NATO-Ministerratssitzung am 16./17. Dezember 1963. Vgl. dazu Dok. 481.

[1] Der Entwurf der Aufzeichnung wurde am 17. Dezember 1963 von Ministerialdirektor Jansen an Ministerialdirigent Reinkemeyer geleitet. Die von Reinkemeyer korrigierte Fassung lag Bundesminister Schröder vor. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138.

[2] Zu den Gesprächen vom 9./10. Dezember 1963 vgl. Dok. 459, Dok. 461 und Dok. 462.

man die Reserven deutlich gemacht, die gegen ein Abkommen über die Errichtung von Kontrollposten[3] und einen Nichtangriffspakt[4] beständen. Nach Auffassung der Bundesregierung könne ein Nichtangriffspakt nur als Abschluß von Vereinbarungen mit den Sowjets in Frage kommen, nachdem über die Beseitigung der Ursachen der gegenwärtigen Spannungen eine Verständigung erreicht sei. Das bedeute, daß nicht nur in der Berlin-Frage etwas geschehen müsse, sondern im Hinblick auf das Deutschland-Problem überhaupt. Die Sowjets hätten eine Formel für Berlin-Garantien vorgeschlagen[5], die völlig unannehmbar sei. Auf britischer Seite bemühe man sich, wie Außenminister Butler mitgeteilt habe, eine neue Formel zu finden. In der Frage eines Abkommens über die Einrichtung von Kontrollposten sei die Haltung der Bundesregierung zwar nicht völlig ablehnend[6], aber auch hier bestünden vor allem[7] Bedenken im Hinblick auf eine mögliche Aufwertung der Sowjetzone. Die Bundesregierung sei gegen eine Mitgliedschaft der Sowjetzone und gegen die Stationierung von sowjetzonalen Offizieren auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Sie sei jedoch einverstanden damit, daß im NATO-Rat die Möglichkeiten für ein solches Abkommen geprüft würden, obwohl sie seinen militärischen und politischen Wert für gering halte.[8] Man müsse sich im übrigen klar darüber sein, daß es den Sowjets jetzt vor allem darauf ankäme, den Aufbau der MLF zu verhindern.[9]

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* hob hervor, daß auch die britische Regierung sich keine Illusionen über die Erfolgsaussichten weiterer Gespräche mit den Sowjets mache. Sie müsse jedoch Rücksicht auf die öffentliche Meinung in ihrem Lande nehmen, die für eine Fortsetzung der Entspannungsbemühungen sei.

M. *Laloy* erwiderte, daß man in Paris die britischen Bemühungen aufmerksam beobachte. Man wisse, daß man auf deutscher Seite etwas reservierter sei und daß auch in Washington die Stimmung in dieser Beziehung zur Zeit nicht enthusiastisch sei. Die französische Regierung sei unter den augenblicklichen Umständen gegen Verhandlungen mit den Sowjets. Sie lehne auch Diskussionen über dieses Thema im NATO-Rat ab. Nach französischer Auffassung sei es zunächst einmal Sache der Sowjets, ihre Bereitschaft zur Entspannung deutlich zu machen und entsprechende Erklärungen abzugeben.

[3] Zur Diskussion über die Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 395, Anm. 5, und Dok. 427.

[4] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 215. Zur Diskussion dieses Vorschlags während der Sondierungsgespräche im Oktober 1963 vgl. Dok. 395, Anm. 4, und Dok. 430, Anm. 19.

[5] Vgl. dazu Dok. 411, Anm. 21, und Dok. 430, Anm. 15.
Zur Haltung der Bundesrepublik vgl. Dok. 459, Anm. 26.

[6] Die Wörter „zwar nicht völlig ablehnend" wurden von Ministerialdirigent Reinkemeyer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „zwar etwas weniger streng".

[7] Die Wörter „vor allem" wurden von Ministerialdirigent Reinkemeyer handschriftlich eingefügt.

[8] Der Passus „obwohl ... gering halte" wurde von Ministerialdirigent Reinkemeyer handschriftlich eingefügt.
Vgl. dazu Dok. 340 und Dok. 427, besonders Anm. 7.

[9] Zum Stand der Verhandlungen über die MLF vgl. Dok. 414. Zur sowjetischen Haltung zur MLF vgl. Dok. 459, Anm. 16.

Zu den Besprechungen im NATO-Rat erklärte M. Laloy, man bedauere es auf französischer Seite, daß der deutsche[10] und der französische Vertreter[11] in der Betonung der Gefahren, die mit dem Abschluß eines Abkommens über die Einrichtung von Beobachtungsposten und eines Nichtangriffspaktes verbunden seien, nicht etwas solidarischer aufträten. Man habe etwas mehr Unterstützung von deutscher Seite und eine gegenseitige Abstimmung wenigstens im taktischen Vorgehen erwartet.

Sowohl auf deutscher als auch auf französischer Seite war man im übrigen der Auffassung, daß die Sowjets eine Krise im Augenblick nicht wünschten.

2) Wirtschaftsaustausch mit der Sowjetunion:
Frage der langfristigen Kredite

In einem kurzen Meinungsaustausch zeigte sich Übereinstimmung zwischen der deutschen und der französischen Auffassung, daß der sowjetischen Regierung langfristige Kredite nicht eingeräumt werden sollten.[12] Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* hob hervor, daß die amerikanische Regierung derselben Auffassung sei.[13] Einen anderen Standpunkt vertrete die britische Regierung[14], die jedoch von Bundeskanzler Erhard klar über die deutsche Haltung unterrichtet worden sei.[15]

3) Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* berichtete über die Einrichtung von Handelsvertretungen in Warschau, Bukarest und Budapest.[16] Die dabei vereinbarte Berlin-Klausel sei materiell überall gleich. Lediglich in der Formulierung bestünden Unterschiede zwischen der mit Polen vereinbarten Klausel[17] und der Klausel, über die man sich in den beiden anderen Fällen geeinigt habe.[18] Im Falle Polens zeige sich, daß offenbar nur wirtschaftliche Gesichtspunkte die Regierung zur Aufnahme von Beziehungen mit der Bundesrepublik veranlaßt hätten. Zuständig für unsere Vertretung sei in Warschau auch das Außenhandelsministerium, während in Bukarest und Budapest die Zuständigkeit bei den Außenministerien liege. Die polnische Regierung sei auch sehr reserviert und wünsche die Beziehungen und die Tätigkeit unserer Vertretung rein auf das handelspolitische Gebiet zu beschränken. Mit Bulgarien[19] und der Tschechoslowakei[20] sei man im Gespräch. Es bestünden gute Aussichten, daß es auch dort zur Errichtung von Handelsvertretungen komme. Die

10 Wilhelm G. Grewe.

11 François Seydoux de Clausonne.

12 Vgl. dazu bereits Dok. 415.

13 Vgl. dazu Dok. 411.

14 Zur britischen Haltung vgl. Dok. 411, Anm. 18, und Dok. 424, Anm. 12.

15 Vgl. dazu Dok. 418.

16 Zu den Abkommen vom 7. März 1963 mit Polen, vom 17. Oktober 1963 mit Rumänien und vom 10. November 1963 mit Ungarn über die Einrichtung von Handelsvertretungen vgl. Dok. 114, Anm. 4, Dok. 388, Anm. 10, und Dok. 339, Anm. 14.

17 Zur Einbeziehung Berlins in das Abkommen mit Polen vgl. Dok. 183, Anm. 3.

18 Zur Einbeziehung Berlins in die Abkommen mit Rumänien und Ungarn vgl. Dok. 380, besonders Anm. 8, und Dok. 339, Anm. 14.

19 Zu den Verhandlungen mit Bulgarien vgl. Dok. 370.

20 Zu den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei vgl. Dok. 432.

tschechische Regierung habe allerdings die Anerkennung der Grenzen von 1937 gefordert, ohne daß dies jedoch eine formelle Bedingung zu sein scheine.[21] Die bisher geführten Gespräche und Verhandlungen mit den Ostblockstaaten hätten im übrigen gezeigt, daß man es hier keineswegs mit einem monolithischen Block zu tun habe, sondern daß auch unter diesen Staaten Spannungen bestünden.

M. *Lucet* erwähnte die schon in der letzten deutsch-französischen Konsultationsbesprechung bekanntgegebene Umwandlung der französischen Gesandtschaften in Rumänien, Bulgarien und Ungarn in Botschaften[22], für die er ein festes Datum allerdings noch nicht nennen könne. Zu den französisch-tschechischen Beziehungen teilte er mit, daß sich die Tschechen sehr reserviert zeigten und daß sich die Beziehungen vornehmlich auf das kulturelle Gebiet beschränkten.

4) Beziehungen mit China

M. *Lucet* erklärte, daß über das Verhältnis Frankreichs zu Rot-China nichts Neues zu berichten sei. Behauptungen, daß Frankreich beabsichtige, mit Rot-China diplomatische Beziehungen aufzunehmen[23], seien reine Spekulation. Die französische Regierung werde die Bundesregierung in jedem Fall vorher konsultieren, bevor sie irgendwelche Entscheidungen treffe. In den Beziehungen mit Rot-China beschränke man sich auf die Entsendung von Handelsdelegationen. Zur Zeit befänden sich zwei Delegationen Rot-Chinas in Paris. An die Errichtung einer ständigen Handelsvertretung mit Peking werde gegenwärtig nicht gedacht, eine solche Möglichkeit werde allerdings geprüft.[24] Im Oktober 1964 sei eine Ausstellung wissenschaftlicher Instrumente in Peking unter der Schirmherrschaft des Patronat Français vorgesehen.

[21] Der Passus „ohne daß ... scheine" wurde von Ministerialdirigent Reinkemeyer handschriftlich eingefügt.
Am 4. November 1963 erklärte der tschechoslowakische Staatspräsident Novotny in einem Interview mit dem Redakteur der Zeitschrift STERN, Vacek, der erste Schritt zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der ČSSR und der Bundesrepublik sei für ihn eine klare Stellungnahme der Bundesregierung hinsichtlich der Ungültigkeit des Münchener Abkommens: „Wir können uns nicht mit der Antwort auf die Rede unseres Außenministers, Vaclav David, zufriedengeben, daß sich die BRD nicht mehr an das Münchner Abkommen gebunden fühle. Das ist zu wenig. Ich bin der Ansicht, daß klar herausgestellt werden sollte, daß es rechtsungültig sei. Das ist von grundlegender Bedeutung für uns." Vgl. dazu die Aufzeichnung der Legationsrätin Rheker vom 12. November 1963; Referat II A 5, Bd. 222.

[22] Zur deutsch-französischen Konsultationsbesprechung vom 23. Oktober 1963 vgl. Dok. 399.

[23] Der Passus „mit Rot-China ... aufzunehmen" wurde von Ministerialdirigent Reinkemeyer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „in Peking eine Handelsvertretung einzurichten".

[24] Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Reinkemeyer handschriftlich eingefügt. Am 14. Dezember 1963 vermerkte Staatssekretär Lahr dazu, daß der Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium, Wormser, ihm gegenüber die Pressemitteilung dementiert habe, daß die Errichtung einer französischen Handelsmission in Peking geplant sei. „Er glaube auch nicht, daß ein solcher Beschluß in nächster Zeit gefaßt werde, sondern man werde sich vorerst wohl weiter damit begnügen, den französischen Handelsrat in Honkong wie schon bisher von Zeit zu Zeit nach Kanton, Shanghai und Peking zu schicken. Im übrigen sei an neue Wirtschaftsverhandlungen gedacht." Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 407.
Am 15. Januar 1964 kündigte der französische Botschafter de Margerie im Gespräch mit Staatssekretär Carstens die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Frankreich an, die am 27. Januar 1964 erfolgte. Vgl. AAPD 1964.

5) Berlin und das Systems der TTD-Ausweise[25]

M. *Laloy* erklärte, die französische Regierung habe eine gemeinsame Erklärung der drei westlichen Stadtkommandanten in Berlin[26] vorgeschlagen, daß es sich bei der Ausgabe von Passierscheinen zum Besuch Ostberlins um eine rein humanitäre Angelegenheit handele und daß damit keine Änderung des Status von Berlin verbunden sei.[27] Von amerikanischer Seite sei hierzu allerdings die Befürchtung geäußert worden, daß ein solcher Schritt in der Öffentlichkeit schlecht aufgenommen werden könnte.

M. *Toffin* erwähnte, daß in der Passierscheinfrage offenbar Kontakte zwischen dem Delegierten des Roten Kreuzes, Herrn Beckh, und dem Senat von Berlin bestünden.

Ministerialdirigent *Dr. Reinkemeyer* wies darauf hin, daß verständlicherweise ein gewisser Druck von der Öffentlichkeit ausgehe, zu einem Übereinkommen mit den sowjetzonalen Behörden zu gelangen. Die Gegenseite stehe offenbar aber auch unter einem Druck der Menschen jenseits der Mauer, die ihre Angehörigen seit Jahren nicht mehr gesehen hätten.

In der Frage der Ausgabe von TTD-Ausweisen erklärte Ministerialdirigent Dr. Reinkemeyer, daß an Erleichterungen bei Wissenschaftlern und Sportlern gedacht sei, die individuell eingeladen würden. Anlaß sei der Wunsch einiger NATO-Staaten, die Ausgabe von TTD-Ausweisen liberaler zu handhaben.[28]

M. *Toffin* erwiderte, daß man in der Sache mit der deutschen Auffassung übereinstimme. Auf französischer Seite würde man es jedoch für richtiger halten, wenn diese Frage vor einer Diskussion im NATO-Rat in Bonn im Rahmen der Vierer-Konsultation[29] behandelt würde.

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138

25 Zur TTD-Sperre vgl. Dok. 110, Anm. 5.

26 James Hilliard Polk (USA), David Yates (Großbritannien) und Pierre Toulouse (Frankreich).

27 Zu den Passierschein-Verhandlungen vgl. Dok. 460, weiter Dok. 468.
Zur Erklärung der drei westlichen Stadtkommandanten vom 17. Dezember 1963 vgl. Dok. 477, Anm. 5.

28 Vgl. dazu bereits Dok. 325, weiter Dok. 476.

29 Zur Bonner Vierergruppe vgl. Dok. 110, Anm. 2.

468

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 1-788/63[II] geheim **13. Dezember 1963**[1]

Betr.: Unterrichtung der Alliierten über den Ablauf der Verhandlungen zwischen Berliner Senat und den Pankower Stellen über die Passierscheinfrage[2]

1) Ich habe die Vertreter der drei verbündeten Botschaften am 13. 12. 1963 über den Verlauf der beiden Besprechungen unterrichtet, die am 12. 12. 1963 zwischen Senatsrat Korber und „Staatssekretär" Wendt stattgefunden haben. Der Unterrichtung wurden weitgehend die Besprechungsprotokolle zugrunde gelegt, die uns vom Berliner Senat zugänglich gemacht worden waren.[3]

2) Ich habe die Alliierten ferner über das Ergebnis der Sitzung in Kenntnis gesetzt, die am 13. 12. 1963 vormittags unter Vorsitz von Vizekanzler Dr. Mende unter Beteiligung des Herrn Bundesministers Krone und der Herren Staatssekretäre Carstens, Westrick, Krautwig, Senator Schütz und von mir stattgefunden hat. Auf der Sitzung war festgestellt worden, daß sich die Gesprächsführung des Berliner Senats im Rahmen der im Kabinett festgelegten Linien gehalten habe. Eine Unterzeichnung des Abkommens durch den Regierenden Bürgermeister Brandt oder einen Senator oder durch einen Angehörigen des Berliner Senats, der im Namen des Regierenden Bürgermeisters, eines Senators oder des Senats zeichne, käme nicht in Frage. Wir seien entschlossen, fest zu bleiben; wir ständen unter dem Eindruck, daß auch der Osten in der Passierscheinfrage unter einem gewissen Druck handele.

3) In der anschließenden Erörterung mit den Vertretern der verbündeten Botschaften wurden folgende Fragen aufgeworfen:

a) Behandlung der Vorgänge in der Presse
Gesandter Hillenbrand wies darauf hin, daß einzelne Journalisten über die Tatsache der Gespräche unterrichtet seien, obwohl dies bisher nicht zu Presseindiskretionen geführt habe.

b) Aufhebung der alliierten BKO betreffend die Nichtzulassung ostzonaler Dienststellen auf Westberliner Boden[4]
Gesandter Hillenbrand warf auch diese Frage auf. Ich fragte, ob gegen das Tätigwerden von sowjetzonalem Postpersonal in West-Berliner Postbehörden Bedenken bestünden. Hillenbrand sagte zu, diese Frage zu prüfen. Er bat dringend um rechtzeitige Unterrichtung der Alliierten Kommandantur vor Zeichnung etwaiger Abmachungen. Auf Befragen erklärte Hillenbrand, daß eine Aufhebung der BKO kein besonderes Problem darstelle. (Er hat uns inzwi-

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Leiter des Referats „Wiedervereinigung", Oncken, konzipiert.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 460.

[3] Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken vom 13. Dezember 1963 über die Besprechungen vom Vortag; Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 52; B 150, Aktenkopien 1963.

[4] Zur Anordnung der Alliierten Kommandantur vom 25. August 1961 vgl. Dok. 456, Anm. 2.

schen mitgeteilt, daß es nach Auskunft der Rechtsexperten der US-Botschaft unter Umständen nicht nötig sei, die BKO aufzuheben.)

c) Beurteilung der Angelegenheit durch die Alliierten
Zur Frage der Fixierung des Verhandlungsergebnisses nahmen Hillenbrand und der britische Vertreter Bullard keine Stellung. Wegen der humanitären Implikationen sei Zurückhaltung auf alliierter Seite geboten. Eine Einschaltung käme nur in Frage, wenn die Entwicklung nach ihrer Auffassung zu weit ginge. Der französische Gesandte d'Aumale begrüßte unsere Einstellung. Er brachte jedoch zum Ausdruck, daß die ursprüngliche Behandlung der Angelegenheit den Franzosen (wegen der Gefahr einer Aufwertung Pankows) Sorge bereitet hätte und daß sie „schockiert" sein würden, wenn endgültige Abmachungen ohne vorherige Konsultation getroffen würden.

d) Frage der sowjetzonalen Motive
Die drei Verbündeten erklärten auf Befragen, keinen besonderen Anlaß zu der Vermutung zu haben, daß Pankow in der Passierscheinfrage unter besonderem Druck handele. Sie äußerten gleichwohl übereinstimmend, daß die Tatsache der Mauer der Zone aus propagandistischen Gründen immer unangenehm gewesen sei. D'Aumale betonte, man müsse sich darauf einrichten, daß die SBZ versuchen werde, aus einer vorübergehenden Öffnung der Mauer propagandistische Vorteile zu ziehen.

4) Ich habe weitere Unterrichtung der Alliierten über den Stand der Angelegenheit zugesagt.[5]

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[6]

Krapf

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 52

[5] Vgl. weiter Dok. 471. Zur Unterrichtung der Alliierten vgl. Dok. 484.

[6] Hat den Staatssekretären Lahr und Carstens am 16. bzw. 17. Dezember 1963 vorgelegen.

469

Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-9364/63 geheim
Fernschreiben Nr. 1817
Citissime

Aufgabe: 13. Dezember 1963, 11.00 Uhr
Ankunft: 13. Dezember 1963, 13.00 Uhr

Außenminister Couve bat mich gestern in den späten Abendstunden zu sich, um mir folgendes mitzuteilen:

Staatspräsident und französische Regierung hätten den Eindruck, daß die am 10. Dezember erfolgte Demarche Botschafters de Margerie beim Bundeskanzler[1] von deutscher Seite auf die leichte Schulter genommen worden sei. Er, Couve, wolle erneut auf den Ernst der Lage für den Bestand des Gemeinsamen Marktes hinweisen und uns darauf vorbereiten, daß eine Verzögerung bzw. ein Scheitern der derzeitigen Brüsseler Agrarverhandlungen[2] die ernstesten Konsequenzen für den Gemeinsamen Markt haben werden. Für Frankreich handele es sich bei den jetzigen Verhandlungen weniger um rein landwirtschaftliche Interessen, als um eminent politische Fragen, nämlich um die ganze Zukunft des europäischen Einigungswerkes.[3] Durch das Fernbleiben des deutschen Landwirtschaftsministers[4] vom Brüsseler Verhandlungstisch seien wertvolle Tage verlorengegangen, so daß die Einhaltung des Termins des 31. Dezember[5] in Frage gestellt sei.

Ich erwiderte Couve, die Dramatisierung der Dinge durch die Franzosen sei mir unverständlich. Meiner sehr genauen Erinnerung nach sei bei den letzten Pariser Verhandlungen des Bundeskanzlers mit General de Gaulle über zwei Punkte Einverständnis erzielt worden: der gute Wille beider Seiten, zu einer Kompromißlösung in der Frage der Agrarmarktordnung zu kommen, wenn nicht pünktlich zum 31. Dezember, so doch baldmöglichst nach diesem Termin.[6] Außerdem sei von unserer Seite immer deutlich gemacht worden, daß mit einem Kompromiß auf dem Agrarsektor gleichzeitig eine gemeinsame Haltung für die GATT-Verhandlungen über die Kennedy-Runde[7] erarbeitet werden müsse. Dem sei von französischer Seite nicht widersprochen worden. Couve erwiderte darauf, in Brüssel handele es sich jetzt darum, den

[1] Vgl. Dok. 463.

[2] Der Ministerrat der EWG und der EURATOM tagte vom 9. bis 13. Dezember und vom 16. bis 23. Dezember 1963 in Brüssel. Vgl. dazu auch Dok. 478, Anm. 2.

[3] Vgl. dazu auch Dok. 356, besonders Anm. 28.

[4] Werner Schwarz.

[5] Vgl. dazu Dok. 463, Anm. 6.

[6] Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Erhard am 21./22. November 1963 in Paris vgl. Dok. 421 und Dok. 422.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung über die deutsch-französische Regierungsbesprechung vom 22. November 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

Agrarsektor zu regeln, und erst dann könne auf dieser Basis eine gemeinsame Linie der EWG-Länder für die Kennedy-Runde gefunden werden.[8]

Die Warnung der französischen Seite, im Falle eines Scheiterns der Agrarverhandlungen die gesamte EWG „platzen" zu lassen, wird hier von französischen Beobachtern verschieden beurteilt. Man ist fast allgemein der Auffassung, die EWG habe gerade Frankreich so viele Vorteile gebracht, daß es sich sehr überlegen werde, die letzten Konsequenzen zu ziehen. Kenner der Mentalität des Generals halten es aber für durchaus möglich, daß sich Frankreich gegebenenfalls von einer weiteren Mitarbeit an der EWG zurückziehen und damit die Weiterentwicklung der europäischen wirtschaftlichen und politischen Integration verhindern könnte. Diese Auffassung vertritt z. B. auch mein amerikanischer Kollege, Botschafter Bohlen.

In der heutigen Morgenpresse haben die gestrigen Erklärungen des Bundeskanzlers vor Heidelberger Studenten[9] etwas beruhigend gewirkt, wonach die Brüsseler Verhandlungen zwar hart seien, aber keine Rede von einem deutsch-französischen Konflikt sein könne.[10]

[gez.] Klaiber

Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 146

[8] Am 14. Dezember 1963 hatte Staatssekretär Lahr nach einem Gespräch mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium, Wormser, den Eindruck, „daß die Franzosen in der Frage der Vorbereitung der Kennedy-Runde einlenken". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 418; B 150, Aktenkopien 1963.

[9] Vgl. dazu den Artikel: Les reactions à la réunion des ministres de l'agriculture à Bruxelles; LE MONDE, Nr. 5882 vom 14. Dezember 1963, S. 3.

[10] Vgl. weiter Dok. 482.

470

Ministerialrat Bömcke, Brüssel (EWG/EAG), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-9411/63 VS-vertraulich **Aufgabe: 14. Dezember 1963, 13.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2253 **Ankunft: 14. Dezember 1963, 15.05 Uhr**

Betr.: Antrag der Bundesrepublik Deutschland an die Kommission, dem Rat vorzuschlagen, den Abschluß eines bis 31. Dezember 1966 unkündbaren Handelsabkommens der Bundesrepublik Deutschland mit Rumänien zu genehmigen
Bezug: Drahterlaß des AA Nr. 236 vom 9. Dezember 1963[2]

In obiger Sache hat die Vertretung am 10. Dezember 1963 per Fernschreiben nachfolgenden Antrag bei der Kommission eingereicht:

Betr.: Kommissionsvorschlag im Hinblick auf den Abschluß eines für 4 Jahre gültigen Handelsabkommens der Bundesrepublik Deutschland mit Rumänien

Die Bundesregierung steht derzeit in Verhandlungen mit Rumänien über ein neues langfristiges Handelsabkommen.[3] Dieses Abkommen ist wegen der von den Rumänen auf politischem Gebiet angebotenen Zugeständnisse und der von der Bundesregierung nach der Zeichnung des Abkommens auf humanitärem Gebiet erhofften weiteren Erleichterungen von außerordentlicher Bedeutung. Folgende Gründe sind im einzelnen für den Abschluß des Abkommens mit Rumänien anzuführen:

Entgegen den mit einem längerfristigen Abkommen verbundenen Zielen der anderen EWG-Mitgliedstaaten muß die Bundesregierung in dem Abschluß solcher Abkommen mit Ostblockstaaten mangels diplomatischer Beziehungen die Gelegenheit sehen, andere, außerhalb der eigentlichen Wirtschaftsbeziehungen liegende Probleme zur Sprache zu bringen. Hierbei ist zu beachten, daß die Bundesregierung mit den Ostblockstaaten aus der Vergangenheit herrührende Probleme zu berücksichtigen hat, die im Verhältnis der übrigen EWG-Staaten zu den Ostblockstaaten nicht bestehen. Im Falle Rumänien stehen folgende Fragen zur Regelung an:

1) Einbeziehung von Berlin in Abkommen mit Ostblockstaaten

Nach den Bestimmungen der Alliierten Kommandantur vom 26. Mai 1952[4] muß die Einbeziehung von Berlin in Abkommen mit dritten Staaten in der Form der echten Berlin-Klausel[5], bei Handels- oder Zahlungsabkommen je-

[1] Hat Ministerialdirigent Reinkemeyer am 16. Dezember 1963 vorgelegen.
[2] Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 210.
[3] Vgl. dazu Dok. 439, Anm. 2.
[4] Vgl. dazu bereits Dok. 183, Anm. 4.
[5] Eine solche Berlin-Klausel war in den Zahlungsabkommen mit Polen vom 16. November 1956 und mit Ungarn vom 27. Oktober 1955 enthalten. Vgl. dazu Dok. 29, Anm. 4, und Dok. 154, Anm. 8.

doch durch die Währungsgebietsklausel[6], geregelt werden. Nachdem sich die rumänische Regierung bereits in der Vereinbarung über die Errichtung von Handelsvertretungen vom 19. Oktober 1963[7] auf die Währungsgebietsklausel gegen erhebliche Widerstände, die auf Moskauer Vorstellungen zurückzuführen sind, eingelassen hat, hat sie in den bisherigen Verhandlungen auch der Währungsgebietsklausel für das in Aussicht stehende Abkommen zugestimmt.[8] Das bedeutet nicht nur die Einbeziehung von Berlin in das deutsch-rumänische Abkommen für einen Zeitraum von 4 Jahren, d. h. bis zum 31. Dezember 1967, sondern auch einen Musterfall für die noch in Aussicht stehenden Abkommen mit anderen Ostblockstaaten[9]. Schon allein die so gewonnene Regelung läßt den Abschluß des Abkommens mit Rumänien für die Bundesregierung unbedingt wünschenswert erscheinen.

2) Familienzusammenführung

Wie auch in den Fällen der anderen Abkommen mit Ostblockstaaten bedeutet ein längerfristiges Abkommen der Bundesrepublik mit Rumänien für dieses Land erhebliche Vorteile im Rahmen der in Staatshandelsländern üblichen längerfristigen Planung. Diese Interessenlage gewährt der Bundesregierung die Möglichkeit, durch Eingehen auf diesen Wunsch und Zugeständnisse bei der Vereinbarung der Warenpositionen das Klima für die Regelung dieser Frage günstig zu gestalten.

Die Bundesregierung kann sich dieser Chance nicht begeben. In der in Rede stehenden Angelegenheit haben auch bereits Gespräche stattgefunden[10], die eine Lösung dieser Frage in nicht allzu ferner Zeit erhoffen lassen.

3) Verbesserungen unserer im allgemeinen Bereich liegenden Beziehungen zu Rumänien

Bekanntlich bemüht sich die Bundesregierung in Einklang mit ihren Verbündeten seit etwa zwei Jahren um eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu den Ostblockstaaten. Unter diesem Gesichtspunkt hat die Bundesrepublik Deutschland bereits Abkommen mit Polen und Ungarn abgeschlossen, wie sie auch mit diesen Ländern und Rumänien Vereinbarungen über die Errichtung von Handelsvertretungen getroffen hat.[11] Das Scheitern eines längerfristigen Abkommens mit Rumänien würde die oben aufgeführten Bemühungen nicht nur im Verhältnis zu diesem Staat, sondern zum ganzen Ostblock in Frage stellen.

6 Vgl. dazu Dok. 183, Anm. 6.

7 Zum Abkommen mit Rumänien vom 17. Oktober 1963 vgl. Dok. 388, Anm. 10.

8 Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Schlitter vom 6. Dezember 1963; Abteilung II (II 5), VS-Bd. 209; B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. ferner den vertraulichen Briefwechsel vom 24. Dezember 1963 zum Abkommen über den Warenverkehr; Referat III A 6, Bd. 181.
Zur ursprünglichen Weigerung der rumänischen Delegation, einer Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen zuzustimmen, vgl. Dok. 458, Anm. 8.

9 Zu den Verhandlungen mit Bulgarien und der Tschechoslowakei vgl. Dok. 370 und Dok. 432.

10 Vgl. dazu Dok. 439.

11 Zu den Abkommen vom 7. März 1963 mit Polen und vom 10. November 1963 mit Ungarn über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr bzw. den Waren- und Zahlungsverkehr sowie den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 114, Anm. 4, und Dok. 339, Anm. 14.

Hiervon abgesehen wird sich ein längerfristiges Abkommen mit Rumänien auch allgemein günstig auf die Ost-West-Beziehungen auswirken und durch seine Berlinregelung spätere Verhandlungen der EWG als Verhandlungspartner der Ostblockstaaten über die Einbeziehung von Berlin in ihre Abkommen erleichtern. Dem Abschluß des Handelsabkommens mit Rumänien steht noch ein Hindernis entgegen: Die Rumänen verlangen, daß das Abkommen vor dem 31. 12. 1966 nicht aufhebbar sein solle. Sie fordern insoweit ein echtes langfristiges Handelsabkommen. Gegen ein derartiges Abkommen hat der Vertreter der Kommission in der Konsultationssitzung am 6. 12. 1963[12] Bedenken geltend gemacht, die auf die interne Ratsentscheidung von 1961 zur Vereinheitlichung der Laufzeit von Handelsabkommen mit Staatshandelsländern[13] gestützt wurden.

Die interne Ratsentscheidung von 1961 wurde seinerzeit eigens dafür geschaffen, um mit den Ostblockstaaten – die die EWG-Klausel[14] nicht akzeptieren – langfristige Abkommen ohne EWG-Klausel oder jährliche Kündigungsklausel abschließen zu können. Die Entscheidung sah nämlich – als Ausnahme von der allgemeinen Ratsentscheidung von 1961 zur Vereinheitlichung der Laufzeit von Handelsabkommen mit Drittländern[15] – vor, daß langfristige Abkommen mit Staatshandelsländern auch ohne EWG- oder jährliche Kündigungsklausel zulässig sein sollten, soweit ihre Dauer den 31. 12. 1965 nicht überschreitet. Im Hinblick auf den inzwischen eingetretenen Zeitablauf erlaubt die interne Ratsentscheidung nunmehr nur noch den Abschluß von Zweijahresabkommen. Die Vorschrift vermag somit infolge des eingetretenen Zeitablaufs ihrem eigentlichen Zweck nicht mehr zu dienen.

Artikel 2, Absatz 2 der allgemeinen Ratsentscheidung von 1961 zur Vereinheitlichung der Laufzeit auf Handelsabkommen, auf dessen Grundlage die interne Ratsentscheidung erlassen wurde, sieht allgemein die Möglichkeit vor, auf Vorschlag der Kommission Ausnahmen von der Bestimmung zuzulassen, daß Handelsabkommen mit Drittstaaten, soweit sie keine EWG- oder jährliche

[12] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 7. Dezember 1963 und die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 9. Dezember 1963; Referat III A 6, Bd. 181.

[13] Nach der internen Ratsentscheidung vom 9. Oktober 1961 durfte die Laufzeit von Handelsabkommen mit Staatshandelsländern, „soweit sie weder eine EWG-Klausel enthalten noch eine jährliche Kündigung vorsehen, den 31. Dezember 1965 nicht überschreiten. Jedoch ist in diesen Abkommen die Möglichkeit einer jährlichen Überprüfung der Kontingentslisten vorzusehen." Vgl. Referat 401, Bd. 385.

[14] Die EWG-Klausel, die vom Ministerrat der EWG auf der Tagung vom 19./20. Juli 1960 gebilligt wurde, lautete: „Wenn die aus dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sich ergebenden Verpflichtungen im Zusammenhang mit der schrittweisen Einführung einer gemeinsamen Handelspolitik es erfordern, werden so kurzfristig wie möglich Verhandlungen eingeleitet mit dem Ziel, alle zweckdienlichen Änderungen in dieses Abkommen aufzunehmen." Vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1960, S. 1965, Anm. 1.

[15] Nach Entscheidung des Ministerrats der EWG vom 9. Oktober 1961 durften Handelsabkommen mit dritten Staaten, die weder eine EWG-Klausel enthielten noch eine jährliche Kündigung vorsahen, eine Geltungsdauer von höchstens einem Jahr haben. Bei Abkommen, die derartige Klauseln enthielten, durfte die Übergangszeit des EWG-Vertrags – der 31. Dezember 1965 – nicht überschritten werden. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1961, S. 1274 f. Vgl. dazu auch BULLETIN DER EWG 9–10/1961, S. 52.

Kündigungsklausel enthalten, nicht länger als ein Jahr gelten dürfen.[16] In Anbetracht der eingangs geschilderten Situation der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Rumänien beantragt die Bundesregierung, die Kommission möge dem Rat vorschlagen, der Bundesrepublik Deutschland zu gestatten, mit Rumänien ein bis zum 31. 12. 1966 nicht aufhebbares Handelsabkommen abzuschließen.

Da der Abschluß des Abkommens in den nächsten Tagen vorgesehen ist[17], bittet die Bundesregierung die Kommission, ihren Vorschlag unverzüglich vorzulegen, damit er bei den Ständigen Vertretern und im Anschluß daran in der nächsten Ratstagung in der kommenden Woche[18] erörtert werden kann.

[gez.] Bömcke

Abteilung II (II 5), VS-Bd. 210

471

Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder, z. Z. Paris

St.S. 2431/63 geheim **Aufgabe: 14. Dezember 1963, 21.20 Uhr**
Fernschreiben Nr. 4040 Plurex
Citissime

1) Regierender Bürgermeister Brandt berichtete dem Bundeskanzler heute mittag über den Stand der Passierscheinverhandlungen.

2) Einigkeit besteht über das bei Ausgabe der Passierscheine anzuwendende Verfahren: In etwa 12 Westberliner Schulen nehmen ostzonale Postbeamte die Anträge entgegen, bringen sie nach Ostberlin, wo sie geprüft werden; am nächsten Tag bringen die Postbeamten die erteilten Genehmigungen zurück und händigen sie aus. Antragsberechtigt sollen Eltern, Kinder, Geschwister, Neffen und Nichten von Ostberliner Bewohnern sein. Rückkehr der Besucher grundsätzlich am selben Tage; in der Sylvesternacht vor 5 Uhr morgens.[1]

[16] Nach Artikel 2, Absatz 2 der Entscheidung des Ministerrats der EWG vom 9. Oktober 1961 konnte der Rat „auf Vorschlag der Kommission Ausnahmen zulassen". Bei Handelsabkommen, die keine EWG-Klausel und keine jährliche Kündigung enthielten, war die Möglichkeit vorgesehen, „die diesen Abkommen beiliegenden Kontingentslisten" einer Klausel zu unterwerfen, die ihre jährliche Überprüfung vorsah. Vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1961, S. 1275.

[17] Das Warenabkommen mit Rumänien wurde am 24. Dezember 1963 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 57 vom 21. März 1964, S. 1 f.

[18] Am 19. Dezember 1963 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Keller Botschafter Schlitter, z. Z. Tunis, daß der EWG-Ministerrat den Ausnahmeantrag der Bundesrepublik am 18. Dezember 1963 gebilligt habe. Vgl. Referat III A 6, Bd. 181.

[1] Vgl. dazu den Entwurf einer Passierschein-Regelung vom 12. Dezember 1963; DzD IV/9, S. 1006–1008.

3) Schwierigkeiten bestehen nach wie vor hinsichtlich wichtiger formaler Fragen. Die andere Seite besteht darauf, daß Ost-Berlin als Hauptstadt der DDR bezeichnet wird und daß ein Abkommen unterzeichnet wird, in dessen Präambel oder Schlußklausel zum Ausdruck kommt, daß das Abkommen im Auftrage des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Abusch und des Regierenden Bürgermeisters beschlossen wird.[2]

4) Wir sind uns mit Berlin einig, daß dies inakzeptabel ist. Ich habe mit Zustimmung des Bundeskanzlers den Standpunkt vertreten, daß nach Möglichkeit keine Abkommen geschlossen werden, sondern jede Seite für sich ein Gedächtnisprotokoll anfertigen sollte. Die Protokolle müßten – mit Ausnahme der Bezeichnungen wie Hauptstadt der DDR – inhaltsgleich sein. Wenn sich dies nicht erreichen lasse, könne man an eine Unterzeichnung durch Senatsrat Korber denken, da er als ein mit technischen Funktionen ausgestatteter Beamter anzusehen sei. Keinesfalls dürfe aber im Text, in der Schlußklausel oder in der Präambel auf den Regierenden Bürgermeister von Berlin, den Senat oder einen Senator Bezug genommen werden, da dies die andere Seite als Bestätigung ihrer Theorie, daß Berlin völkerrechtlich selbständig sei, interpretieren und verwenden würde. Ich habe daran erinnert, daß wir in unseren Verhandlungen mit Polen, Ungarn und Rumänien in der Berlinfrage unnachgiebig geblieben seien[3] und die Verhandlungen hätten scheitern lassen, wenn die andere Seite unseren Standpunkt nicht akzeptiert hätte. Berlin dürfe keinen nachgiebigeren Standpunkt einnehmen.

5) Brandt deutete an, daß in der Präambel des Abkommens vielleicht auf den Brief Abuschs an ihn und auf seine Antwort[4] Bezug genommen werden könnte. Die Antwort, die durch eine Mittelsperson überbracht wurde, trug keine Anschrift und Unterschrift. Sie begann aber mit den Worten „der Regierende Bürgermeister läßt mitteilen". Ich habe diesen Weg mit Zustimmung des Bundeskanzlers als nicht gangbar bezeichnet und dargelegt, daß auch die andere Seite unter Druck stände. Sie hätte immer erklärt, daß sie aus rein humanitären Motiven handele und keine politischen Ziele verfolge. Man solle sie beim Wort nehmen.

6) Brandt schien mit dieser Antwort nicht zufrieden zu sein und meinte, er müßte eventuell um die Entsendung eines Vertreters der Bundesregierung nach Berlin bitten, der den Unterhändlern Instruktionen erteilen sollte.

7) Erörtert wurden schließlich folgende Möglichkeiten, ohne daß man jedoch insoweit zu eindeutigen Schlußfolgerungen kam. Korber könnte in Vollmacht von Brandt zeichnen, wobei dieser zum Ausdruck bringen könnte, er handele

[2] Vgl. dazu die Erklärungen des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Abusch, sowie des Stellvertretenden Ministers für Kultur, Wendt, am 14. Dezember 1963 auf einer Pressekonferenz; DzD IV/9, S. 1014–1018.

[3] Zum Abschluß der Verhandlungen mit Polen am 7. März 1963, mit Rumänien am 17. Oktober und Ungarn am 10. November 1963 vgl. Dok. 114, Anm. 4, Dok. 388, Anm. 10, und Dok. 339, Anm. 14.

[4] Zu dem Schreiben des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR vom 5. Dezember und der Antwort vom 10. Dezember 1963 vgl. Dok. 452, Anm. 1, und Dok. 460, Anm. 5.

als Chef der Kommunalverwaltung Berlins. Korber könnte sich auf eine Weisung der 3 Stadtkommandanten[5] berufen.

8) Die Verhandlungen sind heute nachmittag fortgesetzt worden.[6]

[gez.] Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

472

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem italienischen Außenminister Saragat in Paris

Z A 5-161.A/63 VS-vertraulich **15. Dezember 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen führte am 15. Dezember 1963 um 17.00 Uhr in der italienischen Botschaft in Paris ein Gespräch mit dem italienischen Außenminister Saragat. Bei der Unterredung waren außerdem zugegen: Staatssekretär Carstens, der italienische Botschafter in Paris[2], Botschafter Cattani und Herr Malfatti.

Einleitend sagte Außenminister *Saragat,* manche glaubten, Italiens Bindungen an die NATO würden unter der neuen italienischen Regierung schwächer. Genau das Gegenteil aber sei wahr. Obschon es in der Sozialistischen Partei Italiens gewisse neutralistische Tendenzen gebe, werde sie doch als Mitglied der jetzigen Regierung die NATO-Verpflichtungen erfüllen und die politischen und militärischen Bande voll und ganz akzeptieren.[3] Er wünsche ein möglichst enges und gutes Verhältnis zur Bundesrepublik. Schon in den Jahren 1943/44 habe er und seine Partei stets einen klaren Trennstrich zwischen dem Nationalsozialismus und dem deutschen Volk gezogen. Selbstverständlich habe er immer schon gute Beziehungen mit der SPD gehabt, doch verbinde ihn auch eine enge Freundschaft mit dem früheren Bundeskanzler, der bei jedem Besuch in Italien Wert auf ein Gespräch mit Herrn Saragat gelegt habe. Besonders bewundere er die Leistung von Dr. Adenauer bei der Stärkung der Demokratie in der Bundesrepublik. Herr Saragat erläuterte dann kurz, warum er vor 5 Jahren seine Haltung revidiert habe. In einer Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses habe Togliatti damals erklärt, es gebe zwei

[5] James Hilliard Polk (USA), David Yates (Großbritannien) und Pierre Toulouse (Frankreich).

[6] Vgl. weiter Dok. 477.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 16. Dezember 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 20. Dezember 1963 vorgelegen.

[2] Manlio Brosio.

[3] Vgl. dazu auch Dok. 464.

deutsche Staaten[4], und das Problem einer Wiedervereinigung Deutschlands stelle sich nicht. Dies sei der Grund für seine Meinungsverschiedenheiten gewesen, denn historisch gebe es nur ein Deutschland. Wenn dies schon die Auffassung des extremen Flügels der italienischen Regierung sei, so könne der Herr Minister sehen, wie die Position der Regierung insgesamt aussehe. Er habe das größte Verständnis für die deutsche Frage, wenn er auch wisse, daß eine Lösung im Augenblick nicht leicht sei.

Der Herr *Minister* bedankte sich für diese ermutigenden Worte, die noch positiver seien, als was er bisher schon angenommen habe. Durch die Verbindung mit der Sozialdemokratie stehe Herr Saragat ja auch der Deutschlandfrage sehr nahe. Trotz innerpolitischer Meinungsverschiedenheiten in Deutschland freue er sich doch, feststellen zu können, daß die Grundhaltung in dieser Frage zwischen der Regierung und der Opposition gemeinsam sei. Die Kenntnis des deutschen Problems sei nicht immer leicht, und man werde noch lange mit diesem Problem zu schaffen haben. Die Bundesrepublik sei daher angewiesen auf gutes Verständnis und gute Zusammenarbeit, von der er auch überzeugt sei, daß sie auch in Zukunft fortdauern werde.

Hinsichtlich der bevorstehenden NATO-Tagung[5] erklärte der Herr Minister, er erwarte keine ausgeprägten Fortschritte in irgendwelchen konkreten Projekten, nehme jedoch an, daß alle Stimmen im Bündnis einig und fest seien, ungeachtet der bestehenden Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten seien nicht so sehr politischen Charakters, beträfen vielmehr die strategische Konzeption. Diese Frage werde aber wahrscheinlich außerhalb des Plenums diskutiert werden. Die Bundesregierung sei an zwei Punkten interessiert. Erstens wünsche sie weitere Fortschritte im MLF-Projekt[6], da sie glaube, daß ein Höchstmaß an nuklearer Integration für die Zukunft des Bündnisses lebenswichtig sei. Die Bundesregierung sei daher über die positive Haltung der italienischen Regierung in dieser Frage[7] sehr glücklich. Die beiden Regierungen sollten in dieser Angelegenheit intensiv zusammenarbeiten. Die italienische Regierung habe vor einiger Zeit eine Europäisierungsklausel[8] vorgeschlagen, welche die Bundesregierung grundsätzlich bejahe. Seines Wissens seien Formeln für eine solche Klausel schon im Gespräch zwischen den beiden Ständigen Vertretern[9] und er hoffe, daß etwas Gangbares dabei herauskomme. In der Frage der strategischen Konzeption seien sich die beiden Regierungen sehr nahe, so daß sich eine weitere Erörterung erübrige. Andererseits sei das aktu-

4 Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 1, Anm. 7.

5 Zur Tagung des NATO-Ministerrats am 16./17. Dezember 1963 in Paris vgl. Dok. 481.

6 Zum Stand der Verhandlungen über die MLF vgl. Dok. 414; weiter Dok. 475.

7 Vgl. dazu Dok. 464.

8 Vgl. dazu Dok. 414.
Am 14. Dezember 1963 hielt Botschafter Grewe, Paris (NATO), dazu für Bundesminister Schröder fest: „Es hat sich im Laufe der letzten Wochen immer stärker gezeigt, daß diese Europäisierungsklausel für die italienische Beteiligung am MLF-Projekt eine innenpolitisch bedingte, offenbar hohe Bedeutung besitzt ... Ich würde es für wichtig halten, wenn Sie im Gespräch mit Herrn Saragat der Europäisierungsklausel gegenüber eine positive Haltung einnehmen würden und zu erkennen geben würden, daß der deutsche und der italienische MLF-Delegationsführer bereits in Verbindung stünden, um eine akzeptable Formel auszuarbeiten." Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8490; B 150, Aktenkopien 1963.

9 Wilhelm G. Grewe und Adolfo Alessandrini.

ellste Problem Europa, und zwar zunächst die in Brüssel anstehenden Fragen. Er wolle ganz klar machen, was schon im Frühjahr klar gewesen sei, daß die Bundesrepublik für eine interne Entwicklung der Gemeinschaft auch auf dem landwirtschaftlichen Sektor sei; dies müsse jedoch begleitet sein von Fortschritten in den Außenbeziehungen der Gemeinschaft, um eine Isolierung zu vermeiden. Die Bundesregierung werde alles tun, um der Kennedy-Runde[10] zum Erfolg zu verhelfen. In der Kennedy-Runde müßten der Westen und die freie Welt sich bewähren. Sei sie erfolgreich, so bedeute dies Fortschritte in der atlantischen Gemeinschaft, eine Verstärkung in der militärischen Zusammenarbeit und eine Erleichterung der europäischen Entwicklung zwischen EWG und EFTA.[11] Die Bundesregierung werde daher alle politische Energie auf diese Frage verwenden. Die beiden Regierungen stünden seiner Auffassung nach in Brüssel auf dem gleichen Boden. Es bestehe eine absolute Klammer zwischen internen Fortschritten im landwirtschaftlichen Bereich und konkreten Zusagen für die Kennedy-Runde. Eine platonische Liebeserklärung reiche hier nicht aus. In enger Verbindung mit der Kennedy-Runde werde die Bundesregierung auch den Marktordnungen[12] ihre Zustimmung geben können. Im übrigen betrachte die Bundesregierung den 31. Dezember[13] nicht als ein vom Himmel eingesetztes Datum, sondern vielmehr als Arbeitsdatum. Könne man sich bis dahin einigen, sei es gut; sollte vernünftigerweise ein Abschluß bis dahin nicht möglich sein, müsse man sich über die Fortsetzung unterhalten. Die Bundesregierung lasse sich hier nicht gern unter künstlichen Druck setzen, denn dazu sei die Sache zu ernst und zu wichtig. Sie wolle auch keine neue Enttäuschung erleben wie im Januar dieses Jahres.[14] Der Herr Minister sprach seine Hoffnung aus, daß der vorgesehene Besuch des Bundeskanzlers in Rom im Januar[15] möglich sein werde und betonte, er freue sich, zu einem echten politischen Besuch nach Italien zu kommen.

Außenminister *Saragat* erwiderte, in der Frage der MLF gehe Italien von denselben Überlegungen aus. Käme sie nicht zustande, wären Italien und die Bundesrepublik die einzigen größeren europäischen Länder, die kein Aufsichtsrecht über eine Nuklearmacht hätten. Er halte eine Beteiligung insbesondere Großbritanniens für sehr wichtig und wäre dankbar, wenn die Bun-

[10] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[11] Über diese und die folgenden Ausführungen des Bundesministers Schröder hielt Staatssekretär Carstens in einem Drahterlaß vom 16. Dezember 1963 fest: „Dies sei alles schon am 9. Mai in Brüssel beschlossen worden. Wir müßten auf der damals hergestellten Verbindung bestehen. Es sei unser Ziel, bis zum 31. Dezember mit dieser Arbeit fertig zu werden, aber wir wollten uns keinesfalls unter einen künstlichen Druck setzen lassen. Wir hätten 1962 den damaligen Agrar-Beschlüssen der EWG zugestimmt in der Hoffnung und Erwartung, daß die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien zum Erfolg führen würden. Die Enttäuschung, die wir dann Anfang dieses Jahres erlebt hätten, dürfte sich nicht wiederholen." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 418; B 150, Aktenkopien 1963.

[12] Verhandelt wurde über die Marktordnungen für Rindfleisch, Milch und Milchprodukte sowie Reis. Vgl. dazu auch Dok. 461.

[13] Zu diesem Termin vgl. Dok. 345, Anm. 2. Vgl. auch Dok. 463 und Dok. 469.

[14] Auf der Ministerkonferenz der EWG am 28./29. Januar 1963 in Brüssel scheiterten die Verhandlungen über einen britischen EWG-Beitritt. Vgl. Dok. 60.

[15] Zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen am 27./28. Januar 1964 in Rom vgl. AAPD 1964.
Vgl. dazu auch BULLETIN 1964, S. 145 f. und S. 161 f. Vgl. ferner OSTERHELD, Außenpolitik, S. 60 f.

desregierung alles in ihrer Macht Stehende tun würde, um Großbritannien zur Teilnahme zu überreden. Der sozialistische Flügel der italienischen Regierung blicke stark auf England und insbesondere darauf, was eine mögliche Labour-Regierung in der MLF-Frage tun könnte.

Der Herr *Minister* unterstrich die Bedeutung einer britischen Teilnahme und bemerkte, der Bundesregierung sei es bereits gelungen, zumindest eine Teilnahme Großbritanniens als Beobachter an den derzeitigen Beratungen zu erwirken. Diese Bemühungen müßten verstärkt werden. Das britische Interesse werde um so mehr wachsen, je gradliniger die anderen vorangingen. Auch die SPD stimme im Prinzip zu und werde in dieser Richtung handeln. Selbst im Falle einer Labour-Regierung sei denkbar, daß diese eher für die MLF als für eine Verstärkung der nationalen Komponente zu gewinnen sei.[16]

Außenminister *Saragat* betonte noch, Italien widersetze sich stark jeder Form eines nuklearen Direktoriums. Der Herr *Minister* betonte dasselbe für die deutsche Seite.

Außenminister *Saragat* sagte dann zur Landwirtschaftsfrage, er halte es einfach für undenkbar, daß Butter, Käse oder Rindfleisch die Gemeinschaft zerstören könnte. Dennoch seien diese Fragen für die Bauern bedeutend. Man dürfe nicht vergessen, daß 27% der italienischen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig seien, während es in England nur 4% seien. Daraus ergebe sich insbesondere ein menschliches Problem für Italien. Im übrigen teile er die Auffassung, daß ein Termin anregend wirken solle, ohne deswegen gleich ultimativen Charakter zu bekommen. Er habe bei seinem Gespräch mit Couve de Murville erklärt, die Landwirtschaftsfrage sei für Italien mindestens ebenso wichtig wie für Frankreich, denn der Prozentsatz der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung Italiens sei noch höher als in Frankreich.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

[16] Am 14. Oktober 1963 berichtete Botschafter von Etzdorf, London, über die Haltung des stellvertretenden Vorsitzenden der Labour Party: „Die MLF bezeichnete Mr. Brown in der ihm eigenen unverblümten Art als ‚rubbish'. Sie sei militärisch überflüssig und erfülle auch nicht politisch ihren Zweck, da sie den europäischen Teilnehmern nicht mehr Mitspracherecht am nuklearen Einsatz gebe als schon vorhanden ... Nicht nur er selbst, sondern auch seine Partei seien gegen die MLF." Vgl. Referat I A 5, Bd. 252.
Am 18. November 1963 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse von Plehwe dazu fest: „Auf dem Gebiet der Verteidigung unterstützt die Labour-Partei vorbehaltlos die atlantische Allianz. Sie lehnt eine unabhängige atomare Abschreckungsmacht Großbritanniens ab und befürwortet die Stärkung der konventionellen Streitkräfte einschließlich der Rheinarmee. Die Partei wendet sich entschieden gegen jegliche Atombewaffnung der Bundesrepublik Deutschland und gegen eine multilaterale Atomstreitmacht." Vgl. Referat I A 5, Bd. 252.

473

Gespräch des Bundesministers Schröder mit den Außenministern Rusk, Butler und Couve de Murville in Paris

Z A 5-160.A/63 geheim **15. Dezember 1963**[1]

Aufzeichnung über das Arbeitsessen der vier westlichen Außenminister in der deutschen Botschaft in Paris am 15. Dezember 1963 um 20.00 Uhr.

Der Herr *Minister* stellte zunächst die Haltung Deutschlands zu einigen Fragen dar. Nach Auffassung der Bundesregierung sei die Sowjetunion nicht bereit, die Deutschland- und Berlinfrage in die Entspannung einzubeziehen. Dies werde verdeutlicht durch die Zwischenfälle auf der Autobahn[2], durch die aggressive Sprache in der Deutschland- und Berlinfrage (Gromyko vor den Vereinten Nationen[3]) und durch die unveränderte Forderung nach einem Teilungsvertrag[4] und das Beharren auf einer Freien Stadt Berlin[5]. Dennoch gebe es keine Anzeichen für eine Zuspitzung auf einen größeren Konflikt, da die Sowjetunion der Auffassung zu sein scheine, daß sie ihre Forderungen durch ein Herauslösen Deutschlands aus dem Bündnis und eine Desorientierung der öffentlichen Meinung der nicht unmittelbar betroffenen Länder erreichen werde. Daraus ergebe sich möglicherweise eine psychologisch-politisch-diplomatische Lage, die nicht ungefährlich sei und Verwirrung stiften könne. Derzeit scheine die Sowjetunion auf Zeitablauf zu spekulieren und darauf, daß die Entwicklung in Deutschland und im Westen im Sinne der sogenannten Arbeiterklasse laufen werde. Gleichzeitig habe Chruschtschow vor kurzem erklärt, er erwarte in den nächsten zwei Jahren keine größeren politischen Ereignisse, d. h. weder während des amerikanischen Wahljahrs[6] noch während des ersten Jahres der neuen amerikanischen Regierung. Es lasse sich andererseits eine beträchtliche Verstärkung der Agitationen Pankows und Aktionen wie z. B. die Passierscheinfrage[7] feststellen.

In diesem Zusammenhang habe Pankow erklärt, daß dies der Anfang eines von 1 bis 10 rangierenden Planes sei, was darauf hindeute, daß Pankow eine größere Aktivität beabsichtige.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 16. Dezember 1963 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 20. Dezember 1963 vorgelegen.
Vgl. dazu auch den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens, z. Z. Paris, vom 16. Dezember 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Vgl. dazu Dok. 407, Anm. 7.

[3] Zur Rede des sowjetischen Außenministers am 19. September 1963 in New York vgl. Dok. 348, Anm. 17.

[4] Zum sowjetischen Vorschlag eines Friedensvertrags mit den beiden deutschen Staaten vgl. Dok. 116, Anm. 8.

[5] Zum sowjetischen Vorschlag einer „Freien Stadt" Berlin (West) vgl. Dok. 3, Anm. 7.

[6] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[7] Vgl. dazu Dok. 471; weiter Dok. 477.

Außenminister *Rusk* fragte, ob man wisse, um welche 10 Punkte es sich handele.

Der Herr *Minister* verneinte dies und bemerkte, es sei dennoch interessant festzustellen, daß Pankow die Aktion in der Passierscheinfrage als den Anfang mehrerer Aktionen betrachte.

Der Herr Minister kam auf weitere Themen zu sprechen, die zur Zeit auf westlicher Seite in der Diskussion stehen. Dazu gehöre zunächst eine Nichtangriffsvereinbarung.[8] Neu in dieser Angelegenheit sei, daß Chruschtschow in seiner Botschaft an den britischen Premierminister[9] den Vorschlag einer Art Gewaltverzichtserklärung hinsichtlich Berlins gemacht habe, der von allen Beteiligten als unbefriedigend bezeichnet worden sei. Das Projekt einer Nichtangriffsvereinbarung sollte ohnehin nach deutscher Auffassung eher am Ende eines zufriedenstellenden Arrangements stehen.

Der Herr Minister sagte dann, die Frage der Bodenbeobachtungsposten[10] wolle er im Augenblick nicht vertiefen.

Zur Frage der Nichtverbreitung nuklearer Waffen[11] erklärte der Herr Minister, der sowjetische Widerstand gegen das MLF-Projekt[12] sei sehr interessant und in mancher Beziehung aufschlußreich. Für die Bundesrepublik sei eine weitere Verpflichtung in dieser Sache erst möglich, wenn die MLF oder ein gleichwertiges multilaterales Projekt stehe.

Angesichts möglicher Initiativen der anderen Seite, der Erhöhung der Agitation Pankows und gewisser Nachrichten, daß Gromyko Ulbricht gesagt haben solle, die SBZ solle etwas entgegenkommender sein, erhebe sich die Frage, ob der Westen nicht bald in eine Lage gerate, wo er zumindest vom psychologisch-propagandistischen Gesichtspunkt eine Initiative aufweisen können müsse. Dieses Thema sei bereits im August erörtert worden[13], doch habe man sich damals nicht damit anfreunden können. Er wolle jedoch einmal die Frage in die Debatte werfen, ob die Botschaftergruppe in Washington[14] damit befaßt werden könnte, eine Art erweiterten westlichen Friedensplan zu erarbeiten, damit dieser im geeigneten Zeitpunkt der Sowjetunion und gegebenenfalls auch der Öffentlichkeit präsentiert werden könnte. In diesem Zusammenhang sei vor kurzem der Gedanke aufgetaucht, einen ständigen Vier-Mächte-Rat mit der Ausarbeitung eines Zeitplanes für die Wiedervereinigung und die europäische Sicherheit zu betrauen, und zwar nach dem Modell des Zeit-

[8] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 215. Zur Diskussion dieses Vorschlags während der Sondierungsgespräche im Oktober 1963 vgl. Dok. 395, Anm. 4, Dok. 411, Anm. 21, und Dok. 430, Anm. 19.

[9] Zum Aide-mémoire des sowjetischen Ministerpräsidenten, das Premierminister Douglas-Home am 20. November 1963 übergeben wurde, vgl. Dok. 430, Anm. 15.

[10] Zur Diskussion über Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 395, Anm. 5, und Dok. 427.

[11] Zur Haltung der Bundesrepublik in dieser Frage vgl. Dok. 282, besonders Anm. 8.

[12] Vgl. dazu Dok. 459, Anm. 16.

[13] Vgl. dazu Dok. 291, Dok. 293, Dok. 297 und Dok. 299.

[14] Zur Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 101, Anm. 4.

planes, der für die Saarfrage[15] erarbeitet worden sei.[16] Dies bedeute die Ausarbeitung eines Wahlgesetzes, die Kontrolle seiner Durchführung, die Regelung auftretender Schwierigkeiten sowie die Vorlage des Ergebnisses dieser Beratungen zu einem Volksentscheid. Parallel dazu könnten Sofortmaßnahmen getroffen werden, die mehr Bewegungsfreiheit, die Zusammenführung von Familien, die Einsetzung einer humanitären Kommission, den Vorschlag einer politischen Amnestie und einige Elemente wirtschaftlichen Entgegenkommens zum Gegenstand haben könnten. Einige dieser Elemente seien vom Kuratorium Unteilbares Deutschland schon in New York vorgeschlagen worden.[17] Ohne sich an derartige Vorschläge schon zu binden, wolle er doch die Diskussion darüber eröffnen, ob es nicht zumindest notwendig sei, eine westliche Initiative vorzubereiten, um bei einer möglichen Initiative des Ostens nicht in Schwierigkeiten zu geraten.

Außenminister *Couve de Murville* sagte, wenn er richtig verstehe, sei der Gedanke des Herrn Bundesministers eine revidierte Neuauflage des westlichen Friedensplanes von 1959.[18]

Der Herr *Minister* erinnerte daran, daß schon vor einem Jahr in Paris die Frage diskutiert worden sei, ob nicht die bisherigen westlichen Vorschläge zu einer Gesamtschau zusammengesetzt werden sollten, um sie zumindest für propagandistische Zwecke zur Verfügung zu haben. Die Frage sei in der Vier-Mächte-Arbeitsgruppe in Washington weiter behandelt, aber nicht abgeschlossen worden.[19] Im August habe die Bundesrepublik den drei Westmächten wiederum eine etwas anders geartete Zusammenstellung der Hauptpunkte übergeben.[20] Der ursprüngliche Gedanke sei gewesen, daß eine Vier-Mächte-Gruppe das Dach für drei gemischte Kommissionen hätte darstellen sollen. Die Frage stelle sich, ob man das Problem nunmehr im Sinne eines Appells an die Vier-Mächte-Verantwortung[21] präsentieren sollte, wobei ein Zurückkommen auf den Gedanken der gemischten Kommissionen immer noch denkbar wäre.

Lord Hood stellte durch eine Zwischenfrage klar, daß die hier gemeinte Vier-Mächte-Gruppe die Sowjetunion mit einschließen würde.

[15] Nach dem deutsch-französischen Vertrag vom 27. Oktober 1956 zur Regelung der Saarfrage (Saar-Abkommen) wurde das Saarland zum 1. Januar 1957 ein Land der Bundesrepublik Deutschland, bildete jedoch für eine Übergangszeit, die spätestens am 31. Dezember 1959 enden sollte, weiterhin ein einheitliches Zoll- und Währungsgebiet mit Frankreich. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 1587–1836.

[16] Vgl. dazu Punkt 2 und 3 der Eingabe des Kuratoriums Unteilbares Deutschland vom 30. September 1963 an die Menschenrechtskommission der UNO; DzD IV/9, S. 734.

[17] Zum Vorschlag vom 30. September 1963 vgl. Dok. 397, Anm. 25. Zur Haltung der Bundesregierung dazu vgl. auch Dok. 400.

[18] Zum Herter-Plan vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 54, Anm. 13. Zu einer ersten Revision dieses Plans vgl. Dok. 69.

[19] Vgl. dazu auch Dok. 165, besonders Anm. 4.

[20] Vgl. Dok. 291 und Dok. 293.

[21] Vgl. dazu Dok. 116, Anm. 28.

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte, schon im westlichen Friedensplan von 1959 seien ja gewisse gemischte Kommissionen vorgesehen gewesen.[22]

Staatssekretär *Carstens* wies darauf hin, damals sei eher an eine parlamentarische Besetzung gedacht gewesen, während man jetzt stärker an eine administrative Zusammensetzung denke.

Außenminister *Couve de Murville* sagte, seine erste Reaktion sei, daß es nicht schaden könne, die Erarbeitung eines neuen, der Situation angepaßten Friedensplanes vorzunehmen. Die Botschaftergruppe in Washington dazu zu verwenden, halte er für eine gute Methode.

Außenminister *Rusk* bemerkte, er halte die Anregung für recht attraktiv. Der Westen sei ohnehin nicht aktiv genug, um der öffentlichen Meinung klar darzustellen, wie eine zufriedenstellende endgültige Lösung des Deutschlandproblems aussehen sollte. Er wisse nicht, ob die Veränderung in der heutigen Weltlage mehr Aussicht auf Fortschritte zulasse, doch sollte man zumindest vorbereitet sein. Wenn man von Wiedervereinigung, europäischer Sicherheit und wirtschaftlichen Gegenleistungen spreche, so könnte dies möglicherweise ein ganz zugkräftiges Paket sein und auch einige der unmittelbaren Interessen Rußlands direkt ansprechen. Die beiden Hauptinteressen des Westens seien die Wiedervereinigung und der Abzug der 22 russischen Divisionen in der SBZ. Die Botschaftergruppe könnte möglicherweise eine neue Betrachtung anstellen und die Unterschiede im Verhältnis zur Situation vor vier Jahren herausarbeiten.

Außenminister *Butler* sagte, er frage sich seit einiger Zeit, wie man die Hauptprobleme angehen könne. Im Haag sei Einigkeit darüber erzielt worden, die peripheren Probleme zu behandeln.[23] Nach einer Weile werde dies aber langweilig. Hinsichtlich der Nichtverbreitung nuklearer Waffen sehe der Entwurf einer Antwort des britischen Premierministers eine Erklärung zur MLF vor, die für die Sowjets hundertprozentig unbefriedigend sein werde.[24] Hinsichtlich der Bodenbeobachtungsposten hoffe die britische Regierung auf eine weitere Erörterung, doch werde auch hier die Sowjetunion auf einer Verringerung der westlichen Truppen bestehen. Zum Nichtangriffsabkommen werde die britische Regierung in der Antwort an Chruschtschow erklären, daß sie dazu im Augenblick nichts zu sagen wünsche und jedenfalls kein Nichtangriffsabkommen wolle, das für die Alliierten nicht annehmbar sei. In den peripheren Problemen werde nicht viel gesprochen werden können, mit Ausnahme der Bodenbeobachtungsposten, die wahrscheinlich im Genfer Abrüstungsrahmen

[22] Im Herter-Plan vom 14. Mai 1959 war ein Gemischter Deutscher Ausschuß vorgesehen, der 25 Mitglieder aus der Bundesrepublik und 10 Mitglieder aus der DDR umfassen sollte. Seine Aufgabe sollte darin bestehen, „Vorschläge zu formulieren, a) um die technischen Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu koordinieren und zu erweitern; b) um die Freizügigkeit von Personen, Ideen und Veröffentlichungen zwischen beiden Teilen Deutschlands sicherzustellen; c) um die Menschenrechte in beiden Teilen Deutschlands sicherzustellen und zu gewährleisten; d) für einen Gesetzentwurf, der allgemeine, freie und geheime Wahlen unter unabhängiger Kontrolle vorsieht." Vgl. DzD IV/2, S. 79.

[23] Zur Tagung des Ministerrats der WEU am 25./26. Oktober 1963 in Den Haag vgl. Dok. 403.

[24] Für den Wortlaut der Antwort des Premierministers Douglas-Home vom 24. Dezember 1963 vgl. Abteilung II (II 4), VS-Bd. 196.

weiter diskutiert würden. Jeder Plan für eine Lösung des Deutschlandproblems sei der Betrachtung würdig, und er sei mit Außenminister Rusk einig, daß die Behandlung dieser Frage in der Botschaftergruppe erfolgen solle. Er wisse nicht, wie weit wirtschaftliche Anreize wirksam seien.

Der Herr *Minister* erklärte, die vorgesehenen wirtschaftlichen Anreize bewegten sich hauptsächlich im Rahmen des Interzonenhandelsabkommens.[25] Es handele sich praktisch um Kredite für die SBZ.[26] Das Interesse der SBZ daran sei mit Sicherheit sehr groß, da die Lieferfähigkeit der SBZ sehr begrenzt sei. Gleichzeitig habe die SBZ jedoch immer höchst empfindlich gegen jegliche Verbindung mit politischen Konzessionen reagiert.[27] Das gelte auch für die Passierscheine, wobei die Hauptkonzession in der sogenannten Durchdringung der Mauer liege. Würden derartige wirtschaftliche Angebote jedoch unter einem anderen Dach, z. B. im Rahmen einer Vier-Mächte-Gruppe gemacht, könnten möglicherweise gewisse sowjetische Interessen mobilisiert werden, da der Sowjetunion an wirtschaftlichen Erleichterungen sehr viel gelegen sei. Jede Verbesserung der Wirtschaftslage der SBZ bringe indirekt eine Verbesserung der sowjetischen Lage herbei, da ¼ des Außenhandels der Sowjetunion auf die SBZ falle.

Außenminister *Rusk* fragte, ob die Bundesrepublik sicher sei, daß bei einer geheimen Abstimmung in der SBZ unter internationaler Überwachung die Ostdeutschen für die Wiedervereinigung stimmen würden.

Der Herr *Bundesminister* erwiderte, der Gedanke der Selbstbestimmung würde in sich zerfallen, wenn man dieses Risiko nicht auf sich nehmen wollte. Die Bundesregierung sei im übrigen überzeugt, daß die Antwort eindeutig positiv sein würde. Diese Fragen hingen ausschließlich von der Präsentation des Planes ab, über den abzustimmen sei. Er halte einen positiven Ausgang einer solchen Abstimmung für absolut sicher. Dies sei nach deutscher Auffassung auch der Grund, warum die Sowjetunion das Risiko einer Abstimmung nicht laufen wolle. Es stimme zwar, daß die Sowjetunion noch nirgends ein Interesse an einer geheimen Abstimmung gezeigt habe. In ihrer Beurteilung verlasse sich die Bundesregierung jedoch nicht nur auf ihre eigenen Anschauungen, vielmehr sei kürzlich ein so kritischer Mann wie der Bonner Korrespondent der Times, Mr. Hargrowe, nach einer Reise durch die SBZ zu der Überzeugung gelangt, daß mindestens 80% der Bevölkerung sich positiv aussprechen würden. Die Bundesregierung habe diesen Prozentsatz sogar immer noch etwas höher eingeschätzt.

Außenminister *Couve de Murville* warf ein, dieses Risiko könnte man nach seiner Meinung ohne jegliche Gefahr eingehen.

Außenminister *Rusk* bemerkte, er wisse nicht recht, was er von der Erklärung Chruschtschows halten solle, daß Berija und Malenkow 1953 Ostdeutschland

[25] Für den Wortlaut des Interzonenhandelsabkommens („Berliner Abkommen") vom 20. September 1951 (Fassung vom 16. August 1960) vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 218–222.
Zum Interzonenhandel vgl. auch Dok. 3 und Dok. 180.

[26] Zum Angebot von Krediten an die DDR vgl. Dok. 459, Anm. 38.

[27] Vgl. dazu auch Dok. 61.

hätten los werden wollen.[28] Er frage sich, ob man nicht einmal die Frage prüfen sollte, ob es für die Sowjetunion irgendwelche Faktoren gebe, die wichtiger seien als 17 Millionen Deutsche. Dies sei natürlich wildeste Spekulation, doch sei immerhin vorstellbar, daß Moskau wegen des Heranwachsens der chinesischen Gefahr und bei einem ernsten Interesse an nuklearer Abrüstung sich einer Reihe von Faktoren gegenübersehen könnte, die Rußland wichtiger erschienen als die Verhinderung der Wiedervereinigung. Jedenfalls könnte Rußland heute mehr Gründe dafür haben als vor fünf Jahren.

Die Außenminister *Couve de Murville* und *Butler* stellten an dieser Stelle übereinstimmend fest, daß bei einer Prüfung dieser Fragen absolut verhindert werden müsse, daß etwas davon in die Presse durchsickere. Außenminister *Rusk* fügte hinzu, eine verfrühte Erörterung an der Öffentlichkeit könnte die ganzen Möglichkeiten zunichte machen.

Außenminister Rusk betonte, er halte eine sehr weitreichende Prüfung der sowjetischen Position für notwendig.

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte, die Sowjets kämpften nunmehr an zwei Fronten.

Außenminister *Rusk* fügte hinzu, Rußland habe außerdem interne Schwierigkeiten. Die Entwicklung in den osteuropäischen Ländern sei derzeit sehr interessant. Irgendetwas tue sich dort. Ein Abzug der in der SBZ stationierten 22 russischen Divisionen hätte sicherlich auf Osteuropa tiefgreifende Wirkung.

Zu diesem Punkt bemerkte der Herr *Minister,* für eine gewisse Unabhängigkeit der osteuropäischen Staaten spreche auch die Tatsache, daß sie die Einbeziehung Berlins in die Abkommen über die Errichtung von Handelsmissionen angenommen hätten.[29] Dies habe sicherlich der offiziellen sowjetischen Politik und ganz gewiß der SBZ nicht gefallen.

Außenminister *Rusk* sagte, die Bundesregierung solle ihre Auffassungen informell der Botschaftergruppe zuleiten, damit dort daran gearbeitet werden könne.

Auf eine entsprechende Frage von Mr. *Butler* bemerkte der Herr *Minister,* was die Verwendung eines solchen Planes anbelange, denke die Bundesregierung an zwei Möglichkeiten. Er könnte entweder als Antwort auf einen sowjetischen Vorschlag oder auch als Eigeninitiative im geeigneten Augenblick,

[28] Am 8. März 1963 führte der sowjetische Ministerpräsident vor einer Versammlung von Künstlern aus: „Bereits in den ersten Tagen nach dem Tod Stalins begann Berija Schritte zu unternehmen, die die Arbeit der Partei desorganisierten und auf die Untergrabung der freundschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion zu den Bruderländern des sozialistischen Lagers gerichtet waren. Gemeinsam mit Malenkow schlugen sie beispielsweise provokatorisch vor, die Deutsche Demokratische Republik als sozialistischen Staat zu liquidieren, und empfahlen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, auf die Losung des Kampfes für den Aufbau des Sozialismus zu verzichten. Das Zentralkomitee der Partei hat damals empört diese verräterischen Vorschläge abgelehnt und den Provokateuren eine vernichtende Abfuhr erteilt." Vgl. PRAVDA, Nr. 69 vom 10. März 1963, S. 1–4, hier: S. 2; DzD IV/9, S. 216, Anm. 3 (Auszug).

[29] Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die Abkommen vom 7. März 1963 mit Polen, vom 17. Oktober 1963 mit Rumänien und vom 10. November 1963 mit Ungarn vgl. Dok. 183, Anm. 3, Dok. 388, Anm. 4, und Dok. 339, Anm. 14.

ohne daß ein sowjetischer Vorstoß erfolgt sei, Verwendung finden. Da Chruschtschow erklärt habe, er erwarte in den nächsten zwei Jahren keine größeren Entwicklungen, könnte ein Zeitpunkt kommen, wo ein konstruktiver Vorschlag eine günstigere Reaktion, auch international, hervorrufen würde.

Die Außenminister *Rusk* und *Butler* betonten noch einmal, daß nichts von diesen Überlegungen an die Öffentlichkeit dringen dürfe.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß der Gedanke neuer Initiativen am ehesten in Deutschland hochkommen könnte. Es sei mit Sicherheit in naher Zukunft mit parlamentarischem und anderem öffentlichen Druck für eine Initiative zu rechnen. Man könnte auf derartige Anfragen dann antworten, daß alle deutschen Überlegungen ständig der Botschaftergruppe zugeleitet würden. Man vermeide damit die Ankündigung eines spezifischen Projekts.

Auf die Frage von Mr. *Rusk,* wann diese Frage in der deutschen Öffentlichkeit hochkommen könnte, erwiderte der Herr *Minister,* kürzlich sei die Frage auf der Berliner Tagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland[30] schon gestellt worden. Dort habe der Berliner FDP-Vorsitzende sogar einen großen Plan zu dieser Frage vortragen wollen, was jedoch verhindert werden konnte.[31] Mit Sicherheit werde der Bundestag bei seiner nächsten allgemeineren außenpolitischen Debatte, möglicherweise bei der Debatte über das Atomstoppabkommen[32], die Frage stellen. In diesem Zusammenhang erklärte der Herr Minister, seine persönliche Auffassung sei, die Debatte über das Atomstoppabkommen nicht vor März stattfinden zu lassen. Er wisse jedoch nicht, ob sich das Kabinett dieser Auffassung anschließen werde.

Anschließend berichtete Staatssekretär *Carstens* im einzelnen über die derzeitige Entwicklung und den augenblicklichen Stand der Passierscheinfrage. Dabei wies der Herr *Minister* insbesondere auf die politisch motivierte Berechnung des Zeitpunkts des Vorschlages der SBZ hin. Er befürchte eine gewisse Schwächung der westlichen Position, die man mit dem Hinweis zudecken müsse, daß es verständlich sei, wenn die Berliner unter Aufrechterhaltung ihres Rechtsstandpunkts gewisse Zugeständnisse machten.

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte im Verlauf der Diskussion, eine Schwächung der westlichen Position für diese Angelegenheit sei unvermeidlich, was immer man letzten Endes beschließe. Im Verlauf der Erörterung dieses Punktes wurde von Seiten der Alliierten eine Reihe von Anregungen gegeben, wie das politische Problem möglicherweise ausgeschaltet werden könnte. Unter anderem wurde die Einschaltung des Roten Kreuzes, des Interzonenhandelsabkommens, der Post oder Eisenbahn sowie die Möglichkeit einer Gegenzeichnung der Vereinbarung durch die alliierten Kommandanten in Berlin oder einer Aushandlung zwischen den drei westlichen Kommandanten[33] und

[30] Die Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland fand am 30. November 1963 statt.

[31] Der Vorschlag von William Borm zur Deutschlandpolitik („Borm-Plan") wurde jedoch am 30. November 1963 in der FRANKFURTER RUNDSCHAU abgedruckt. Für den Wortlaut vgl. DzD IV/9, S. 960–964.

[32] Die erste Beratung im Bundestag über des Teststopp-Abkommen fand am 22. Januar 1964 statt. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 4930–4969.

[33] James Hilliard Polk (USA), David Yates (Großbritannien) und Pierre Toulouse (Frankreich).

ihrem russischen Kollegen[34] in die Debatte geworfen. Alle diese Möglichkeiten wurden jedoch übereinstimmend als wenig erfolgversprechend angesehen, da der SBZ offensichtlich lediglich an einer Aufwertung gelegen sei. Die vier Außenminister äußerten die nachdrückliche Hoffnung, daß es möglich sein werde, diese Angelegenheit auf rein humanitärer Basis auf die Beine zu stellen, ohne daß von östlicher Seite politische Hindernisse in den Weg gelegt würden.

Am Schluß der Besprechung kam Außenminister *Butler* noch auf seinen bereits in Bonn vorgebrachten Wunsch zu sprechen, in das Kommuniqué eine Formel über den nicht-aggressiven Charakter der NATO aufzunehmen.[35]

Der Herr *Minister* erklärte sich im Prinzip einverstanden, bemerkte jedoch, die von britischer Seite vorgeschlagene Formel sei zu ausführlich, was die Einbeziehung Deutschlands anbelange. Zwei oder drei Sätze sollten genügen.[36] Was Deutschland angehe, sollte man es bei dem Hinweis belassen, daß sich die Bundesrepublik in der Pariser Erklärung von 1954[37] den nichtaggressiven Absichten der Bündnispartner angeschlossen habe. In diesem Sinne wurde zwischen den vier Außenministern Einstimmigkeit erzielt.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

[34] Iwan I. Jakubowskij, Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in der DDR. Die sowjetische Kommandantur in Ost-Berlin wurde am 22. August 1962 aufgelöst und der Generalmajor der Nationalen Volksarmee Poppe zum Stadtkommandanten ernannt. Vgl. dazu DzD IV/8, S. 961–963.

[35] Vgl. dazu Dok. 459.

[36] Im Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung vom 17. Dezember 1963 betonten die Außenminister „den friedlichen und defensiven Zweck der Nordatlantischen Allianz". Alle Mitglieder der NATO hätten sich verpflichtet, „in ihren internationalen Beziehungen von der Androhung oder Anwendung von Gewalt in jeder Weise abzusehen, die im Gegensatz zu den Zielen der Vereinten Nationen stehen könnten". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 15.

[37] Zur Erklärung der Bundesregierung vom 3. Oktober 1954, die unverändert in die Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 aufgenommen wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6981 f. und S. 7138.

474

Botschafter Freiherr von Wendland, Saigon, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-9432/63 VS-vertraulich **Aufgabe: 16. Dezember 1963, 17.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 147 **Ankunft: 16. Dezember 1963, 17.25 Uhr**

Ich habe in erster, sehr offener Aussprache mit General Minh, dem vorläufigen Staatspräsidenten und Vorsitzenden der Militärjunta, meine Sorge über Entwicklung nach dem Staatsstreich[1] zum Ausdruck gebracht und dabei auf mangelnde klare Linie, auf fortdauernde Gerüchte über bevorstehenden Regierungswechsel, auf private Racheakte und weitgehende Desorganisation der Verwaltung hingewiesen. Gleichzeitig habe ich das am 4. Dezember unterzeichnete deutsch-vietnamesische Kreditabkommen über 15 Mio. DM[2] als Beweis des deutschen Willens zur Unterstützung neuer Regierung hervorgehoben. General Minh dankte in warmen Worten für den zum psychologisch bedeutsamen Zeitpunkt erfolgten Kredit. Er zugab, daß ein unvermeidliches Vakuum in der Verwaltung durch die Absetzung fast aller angeblich im Solde der Familie Diem gestandenen Regierungspräsidenten und ihres Anhanges entstanden sei. Dieses Vakuum hoffe man bald zu überbrücken. Die Lage sei jedoch nicht ungefährlich, da eine tiefe Kriegsmüdigkeit herrsche, die durch General de Gaulles Neutralitätspolitik[3] geschürt werde. Dessen Anschauungen hinsichtlich Indochina seien leider unrealistisch, da eine Neutralisierung Nord-Vietnams nicht durchführbar sei. Leider würden die amerikanisch-französischen Gegensätze auf dem Rücken Vietnams ausgetragen. Seine Regierung sei zu bilateralen Abmachungen mit Kambodscha bereit und habe soeben den ehemaligen Informationsminister Tran-Chanh-Thanh zu Besprechungen nach Kambodscha entsandt. An der von Prinz Sihanouk angestrebten, von Frankreich wohlwollend in Aussicht genommenen internationalen Konferenz zur Garantierung der Neutralität Kambodschas[4] werde Süd-Vietnam ebensowenig wie Thailand teilnehmen. Wenn überhaupt eine Verständigung mit Kambodscha möglich sei, so könne diese nur durch die gegenwärtige Regierung erfolgen, deren Mitglieder zum großen Teil gemeinsam mit Prinz Sihanouk in die Schule gegangen seien.

General aussprach dann offiziell die Bitte, Bundesrepublik möge als engster Alliierter Frankreichs auf dessen Regierung einwirken, damit diese indiskutable Neutralitätspolitik bezüglich Vietnams aufgebe.[5]

[1] Zum Sturz des südvietnamesischen Staatspräsidenten Diem am 1. November 1963 und zur Reaktion der Bundesregierung vgl. Dok. 409.

[2] Zum Warenkreditabkommen mit der Republik Vietnam vom 4. Dezember 1963 vgl. BULLETIN 1963, S. 1898.

[3] Vgl. dazu Dok. 325, Anm. 26.

[4] Zur Note der kambodschanischen Regierung vom 24. November 1963 an die UdSSR und Großbritannien, in der die Einberufung einer neuen Indochina-Konferenz vorgeschlagen wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, Z 257.

[5] In einer Aufzeichnung vom 18. Dezember 1963 nahm Ministerialdirektor Jansen dazu Stellung: „Deutschland ist in Vietnam nicht unmittelbar engagiert, sondern beschränkt sich auf die Rolle eines Beobachters. Nachdem sich die französische Politik offenbar noch nicht eindeutig fest-

Dazu darf ich folgendes bemerken:
Eine Einwirkung auf Frankreich wäre praktisch wohl erst dann möglich, wenn wir genau wüßten, welche Richtung die Politik der Vereinigten Staaten einzuschlagen gedenkt.[6] Dabei wird das Ergebnis des bevorstehenden Besuches von McNamara[7] von vielleicht ausschlaggebender Bedeutung sein. Die neue französische Politik gegenüber Rotchina[8] bringt die gesamte Entwicklung im südostasiatischen Raum in eine neue Bewegung, deren Ende nicht abzusehen ist. Die Vereinigten Staaten scheinen ihre Haltung gegenüber Rotchina auflockern zu wollen (Unterstaatssekretär Hilsman vor dem Commonwealth-Club in San Francisco über eine Politik der „offenen Tür" gegenüber China[9]).

Wenn die Bundesregierung schon grundsätzlich einer Vermittlung zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten nicht nur im indochinesischen Raum ablehnend gegenüberstehen mag, so erhebt sich außerdem die Frage, ob und welchen Nutzen eine Einwirkung auf General de Gaulle zwecks Aufgabe seiner Neutralitätspolitik in Indochina haben kann. Wenn die Lage sich nicht in Bälde radikal zum Besseren wendet, wird eine Neutralisierung Süd-Vietnams schließlich noch den einzigen Ausweg darstellen, um dieses vorläufig ohne internationalen Krieg zu retten. Dabei bleibt dahingestellt, ob die Chinesen einer Neutralisierung des Südens überhaupt noch zustimmen werden (vgl. Bericht des Generalkonsulats in Hongkong vom 13. November 1963 II 5-83.92.08/2319/63 Ber. Nr. 901/63[10]).

Allerdings müssen wir uns darüber im klaren sein, daß die Neutralisierung Süd-Vietnams das Umschwenken Thailands auf die andere Seite und voraussichtlich den Verlust des südostasiatischen Festlandes einschließlich Malaya zur Folge haben wird, womit unsere Entwicklungshilfe in Indien und Indonesien schwer gefährdet wäre.

Ich bitte um Weisung hinsichtlich des von General Minh vorgetragenen Anliegens.[11]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1647

gelegt hat, wäre es für die Bundesregierung wenig ratsam, der französischen Regierung offiziell nahezulegen, ihre angebliche Neutralitätspolitik aufzugeben ...". Vgl. Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 115; B 150, Aktenkopien 1963.

6 Am 27. November 1963 bekräftigte Präsident Johnson vor dem amerikanischen Kongreß, daß die Regierung zu den Verpflichtungen „von Südvietnam bis Westberlin" stehen werde. Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963–64, S. 8; EUROPA-ARCHIV 1963, D 558.

7 Der Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers in der Republik Vietnam war für den 18. bis 20. Dezember 1963 vorgesehen. Vgl. dazu den Artikel: McNamara nach Saigon; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 288 vom 12. Dezember 1963, S. 3.

8 Vgl. dazu auch Dok. 467.

9 Zur Rede des Leiters der Fernost-Abteilung im amerikanischen Außenministerium vom 13. Dezember 1963 vgl. AdG 1963, S. 10958.

10 Für den Bericht des Generalkonsuls Bach vgl. Referat I B 5, Bd. 62.

11 Am 18. Dezember 1963 legte Ministerialdirektor Jansen Staatssekretär Carstens den Entwurf für einen Drahterlaß an Botschafter Wendland, Saigon, vor und hielt dazu fest: „Nach Ansicht von Referat I B 5 dürfte es nicht möglich sein, den Wünschen von General Minh jetzt nachzukommen." Dazu vermerkte Carstens am 24. Dezember 1963 handschriftlich: „M[eines] W[issens] liegt ein langer, die Pol[itik] Fra[nkreich]s erläuternder Drahtbericht aus Paris vor. Dessen Inhalt sollte Saigon mitgeteilt werden. Vor einer Absage an Minh sollten wir mit den Franzosen sprechen." Vgl. Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 115; B 150, Aktenkopien 1963.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir folgende Bemerkungen:
Das gegenwärtig geübte Verfahren der Unterrichtung dieser Dienststelle kann dieselbe nicht in den Stand setzen, ihre politische Tätigkeit den gegebenen Erfordernissen entsprechend mit den Nachbarbotschaften zu koordinieren. Da die Bundesrepublik nicht nur politischer Beobachter ist, sondern auch Hilfsgelder in Hunderten von Millionen und damit deutsches Volksvermögen in Asien ausgibt, erscheint die aus Sparsamkeitsgründen geübte Methode des Chi-Brief-Verfahrens bei einer im ständigen Fluß befindlichen Entwicklung nicht ungefährlich. Die Drahtberichte unserer Botschaften in Washington und Paris über Gespräche auf Referentenebene, die auf oben angeführtem Wege der Botschaft zugänglich gemacht werden, sind zwar nützlich, bleiben jedoch vielfach an der Oberfläche. Die Lage in Südostasien ist sehr prekär und kann im Zusammenhang mit den kommenden Wahlen in den Vereinigten Staaten[12] folgenschwere Auswirkungen haben. Da sie diesbezügliche Besprechungen des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Johnson, General de Gaulle usw. nahelegt, darf ich anregen, daß deren Ergebnisse ebenso wie die der soeben stattfindenden Besprechungen der NATO den interessierten Missionen, soweit nicht bereits vorgesehen, per Multex mit entsprechenden Richtlinien mitgeteilt werden.[13]

[gez.] Wendland

Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 115

Fortsetzung Fußnote von Seite 1648

Der Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 20. Dezember 1963 wurde der Botschaft in Saigon bereits am 21. Dezember 1963 übermittelt. Klaiber informierte über Ausführungen des Leiters des Indochina-Referats im französischen Außenministerium, Brèthes, zur Politik gegenüber Vietnam: „Was die in Saigon und auch in anderen Ländern verbreiteten Gerüchte beträfe, daß Frankreich eine Neutralisierung Vietnams anstrebe, so liege hier ein Mißverständnis vor. Die entsprechenden Gerüchte hätten an die bekannte Erklärung de Gaulles vom 29. August 1963 angeknüpft, jedoch hätte de Gaulle nur das Ziel eines ‚einigen' Vietnams erwähnt, und auch Informationsminister Peyrefitte hätte nicht von ‚Neutralisierung', sondern von ‚Neutralität' gesprochen. Frankreich habe in keiner Weise die Absicht, eine Kampagne für die Neutralisierung Südvietnams einzuleiten, solange nicht Südvietnam selbst eine derartige Neutralisierung anstrebe ... Man würde es begrüßen, wenn unser Botschafter gelegentlich bei General Minh, der im übrigen ein Freund Frankreichs sei, in diesem Sinne aufklärend wirken würde." Vgl. Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 115; B 150, Aktenkopien 1963.

12 Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

13 Über die Ergebnisse des Besuchs des Bundeskanzlers Erhard und des Bundesministers Schröder am 28./29. Dezember 1963 in den USA wurde Botschafter von Wendland, Saigon, mit Runderlaß vom 30. Dezember 1963 informiert. Vgl. Dok. 492.

475

Aufzeichnung des Referats II 7

II 7-81-08-0/6476/63 geheim **17. Dezember 1963**[1]

Stand der MLF-Verhandlungen

Die MLF-Arbeitsgruppe in Paris (Teilnehmer: Belgien, Deutschland, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Türkei, USA)[2] wird eine erste Beratung des Gesamtprojekts der MLF bis Ende des Jahres abgeschlossen haben. Die militärische Untergruppe in Washington beabsichtigt, die erste Beratung der militärischen Einzelfragen bis Februar 1964 abzuschließen. Für den gegenwärtigen Stand der MLF-Verhandlungen ist im einzelnen folgendes von Bedeutung:

Politische Kontrolle des Waffeneinsatzes

Den Beratungen in der MLF-Arbeitsgruppe über die politische Kontrolle des Waffeneinsatzes liegt folgender Katalog von Konstruktionen für den Abstimmungsmodus[3] vor:

a) Einstimmige Entscheidung aller Mitgliedstaaten.
b) Einstimmige Entscheidung einer Gruppe von Mitgliedstaaten, der auch die USA angehören. Mitgliedschaft in dieser Gruppe könnte von vornherein festgelegt oder von einem Mindestbeitrag zur MLF abhängig gemacht werden.
c) Beratung im Kreise aller Mitgliedstaaten; für die Entscheidung über den Einsatz werden jedoch nur die Stimmen der in b) bezeichneten Staaten gezählt.
d) Abstimmung nach einer Art „Zwei-Kurien-System"; MLF wird eingesetzt, wenn die USA einerseits, eine (einfache oder qualifizierte) Mehrheit der europäischen Mitgliedstaaten andererseits dies beschließen.
Diese Lösung würde verhindern, daß europäische Staaten, in denen sich nach Vertragsabschluß eine tiefgreifende innenpolitische Wandlung vollzogen hat, durch ihr Veto den Einsatz der MLF unmöglich machen könnten.
e) Einsatz erfolgt aufgrund eines von der (einfachen oder qualifizierten) Mehrheit getroffenen Beschlusses aller Teilnehmerstaaten, die jedoch die Stimme der USA einschließen muß.

Die *Vereinigten Staaten* gehen davon aus, daß die Waffen in keinem Falle ohne ihre Zustimmung freigegeben werden können.

Großbritannien hat seine Zugehörigkeit zum Entscheidungsgremium als Voraussetzung für seinen Beitritt zur MLF mit dem Hinweis gefordert, daß Großbritannien selbst Nuklearmacht ist.

[1] Durchdruck.
[2] Zu den bisherigen Verhandlungen der MLF-Arbeitsgruppe vgl. Dok. 414.
[3] Vgl. dazu bereits Dok. 120, besonders Anm. 12, und Dok. 149.

Italien legt auf weitgehende Befugnisse der europäischen Staaten Wert (siehe w. u. „Europäisierungsklausel").[4]

Die *Bundesregierung* hat mit der amerikanischen Regierung vor Aufnahme der multilateralen MLF-Verhandlungen Übereinstimmung darüber erzielt, daß für die Entscheidung zur Freigabe der nuklearen Waffen der MLF zunächst Einstimmigkeit unter den größeren Mitgliedstaaten („major participants") erforderlich sein und dieser Abstimmungsmodus später mit Blick auf eine Mehrheitsentscheidung überprüft werden soll.[5]

Die Frage der politischen Kontrolle bedarf noch weiterer Erörterung in der MLF-Arbeitsgruppe. Insbesondere wird die Reaktion der kleineren Staaten auf den letztgenannten Abstimmungsmodus abzuwarten und gegebenenfalls zu prüfen sein, welche Abwandlung dieses Abstimmungsmodus den Wünschen aller Teilnehmerstaaten und den militärischen Erfordernissen in allen vorstellbaren Situationen gerecht wird.

Verhältnis der MLF zur NATO

Die MLF wird zwar unabhängig von der NATO aufgebaut, doch besteht zwischen allen Teilnehmern an den Beratungen Einverständnis darüber, daß sie der NATO assigniert werden soll. Einzelfragen des Verhältnisses der MLF zur NATO, wie die Beziehungen der MLF zum Ständigen NATO-Rat und die Beziehungen der MLF zum Generalsekretariat, sind noch offen.

Für den militärischen Einsatz soll die MLF dem Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa (SACEUR) unterstellt werden.

Verwaltung

Ein „Board of Governors" der MLF aus Vertretern aller Teilnehmerstaaten soll für die Verwaltung der MLF das oberste Gremium sein. Die Modalitäten der Unterstellung des zivilen Generaldirektors und des militärischen Oberbefehlshabers bedürfen noch der Klärung.

Beiträge zur MLF

In den von den Amerikanern vorgelegten Studien werden die Kosten für den Aufbau der MLF[6] in dem geplanten Umfang (25 Schiffe, 200 Polaris-Raketen) und den Unterhalt der voll einsatzfähigen Flotte für 5 Jahre auf insgesamt minimal 2,94 Mrd. Dollar und maximal 3,82 Mrd. Dollar geschätzt. In diesen Schätzungen sind jedoch noch nicht 0,821 Mrd. Dollar Aufwendungen der Vereinigten Staaten für die bisherige wissenschaftliche Forschung und die Entwicklung der Polaris-A-3-Rakete[7] enthalten.

Unter der Annahme, daß sich Deutschland mit einem Beitrag von 30% der Gesamtkosten an der MLF beteiligt und der Aufbau der MLF 7 Jahre in Anspruch nimmt, würde die Bundesregierung für die 7 Aufbaujahre und 5 Jahre Unterhalt der voll einsatzfähigen Flotte im Durchschnitt jährlich minimal

[4] Für den Wortlaut des italienischen Vorschlags für eine Europäisierungsklausel vgl. Dok. 414.

[5] Vgl. dazu bereits Dok. 156.

[6] Zur Frage der Kosten der MLF vgl. Dok. 144, Anm. 14.

[7] Zur Polaris-Rakete vgl. Dok. 12, Anm. 3.

etwa 294 Mio. DM und maximal etwa 382 Mio. DM aufbringen müssen. In den MLF-Verhandlungen wurde die prozentuale Aufteilung der Gesamtkosten unter den prospektiven Teilnehmerstaaten bisher jedoch noch nicht erörtert. In den Beratungen in der MLF-Arbeitsgruppe über die Beitragsleistungen, in denen auch das Verhältnis zwischen Geld-, Personal- und Sachleistungen erörtert wird, vertreten wir den Standpunkt, daß die Beiträge grundsätzlich als Finanzbeiträge geleistet werden sollen und hierbei mit finanzschwachen Mitgliedern gegebenenfalls besondere Zahlungsbedingungen (Stundungen) vereinbart werden könnten. Die Höhe des Finanzbeitrags wird den politischen Einfluß und den Anteil an Führungspositionen innerhalb der MLF bestimmen.

Einsatz-Konzept

Die militärische Untergruppe in Washington erarbeitet eine Analyse des Konzepts für den operativen Einsatz der MLF. Diese Analyse dient in erster Linie zur Prüfung der Überlebensfähigkeit einer MLF-Überwasserflotte.[8]

Rechtsfragen

Das MLF-Projekt wirft zahlreiche Rechtsfragen auf (Rechtsnatur und völkerrechtlicher Status der MLF, ihrer Schiffe und ihres Personals im allgemeinen; rechtliche Kompetenzen der MLF im einzelnen; Flaggenrecht; Vorrechte und Befreiungen; Anwendbarkeit des Kriegsrechts; Regelung von Rechtsansprüchen der und gegen die MLF u. a.)[9], die von einer unter ständigem deutschem Vorsitz tagenden Untergruppe (Legal Sub-Group) behandelt werden. Die bisherigen Beratungen in dieser Untergruppe haben gezeigt, daß mit einer raschen Einigung über die zu lösenden Rechtsfragen schon deshalb nicht gerechnet werden kann, weil es für die rechtliche Konstruktion der MLF kein Modell gibt und alle völkerrechtlichen Aspekte daher einer umfassenden und gründlichen Prüfung bedürfen; im übrigen machen sich die politischen Vorbehalte, mit denen einige Teilnehmerstaaten dem Projekt gegenüberstehen, auch bei der Beratung der Rechtsfragen als retardierender Faktor bemerkbar.

Haltung Großbritanniens

Die britische Haltung ist von Zweifeln und Vorbehalten geprägt. Der britische Vertreter in der MLF-Arbeitsgruppe[10] vermeidet jede endgültige Festlegung. Andererseits hat er es bisher vermieden, mit konkreter Kritik oder Alternativvorschlägen Stellung zu nehmen. Er hat lediglich vorsichtig versucht, andere Waffenträger als Schiffe – z. B. Flugzeuge – ins Gespräch zu bringen, ohne jedoch hierfür Unterstützung zu finden. Es kann angenommen werden, daß die britische Haltung in Anbetracht der innenpolitischen Situation in Großbritannien bis auf weiteres unverändert bleiben wird, sich die Briten jedoch zu einer Teilnahme entschließen werden, wenn die MLF vor ihrer Verwirklichung steht.

[8] Zur Alternative U-Boote oder Überwasserflotte vgl. bereits Dok. 156, Anm. 5.

[9] Vgl. dazu bereits Dok. 162.

[10] Evelyn Shuckburgh.

Haltung Italiens

Die Haltung Italiens war bisher durch Rücksichtnahme auf die innerpolitische Situation in Italien bestimmt. In der Koalitionsvereinbarung über die Bildung der jetzigen italienischen Regierung[11] wurde die weitere Teilnahme Italiens an den MLF-Verhandlungen in Paris unter der Voraussetzung gebilligt, daß die MLF folgender dreifacher Zielsetzung dient: 1) Die Sicherheit Italiens in stärkerem Maße zu garantieren, 2) die kollektive Kontrolle der nuklearen Bewaffnung „im Geiste des Moskauer Abkommens"[12] zu gewährleisten, und 3) die Risiken der Verbreitung der nuklearen Waffen zu verhindern. Diese Formel steht auch einem Beitritt Italiens zur MLF nicht entgegen. Außenminister Saragat steht der MLF positiv gegenüber.[13]

Haltung Belgiens, Griechenlands und der Türkei

Griechenland und die Türkei beteiligen sich an den Verhandlungen unter der klaren Voraussetzung, daß ein finanzieller Beitrag von ihnen nicht zu erwarten ist. Auch Belgien hat zu Beginn der Verhandlungen darauf hingewiesen, daß seine Haushaltslage keine Verteidigungsausgaben zusätzlich zu seinen NATO-Verpflichtungen gestatte.

Demonstrationsschiff

Die Amerikaner haben vorgeschlagen, ein „Demonstrationsschiff" mit gemischter Besatzung einzusetzen, um damit zu beweisen, daß gemischte Schiffsbesatzungen möglich sind.[14] Die unter ständigem amerikanischen Vorsitz in Washington arbeitende militärische Untergruppe hat die Vorarbeiten für die Einsetzung eines solchen Demonstrationsschiffes abgeschlossen. Für die Demonstration ist ein amerikanischer Zerstörer (DDG guided missile destroyer), eventuell mit einem zusätzlichen Begleitschiff, vorgesehen. Er wird mit einer Mischung von etwa 50% US-Personal und 50% Personal anderer Nationen bemannt werden. Die Demonstration soll nach etwa 6 Monaten Vorbereitungszeit etwa 18 Monate dauern. Die Bundesregierung, Griechenland und die Türkei haben ihre Teilnahme zugesagt. Für die deutsche Beteiligung werden etwa 3 Offiziere und 62 Unteroffiziere und Mannschaften abgestellt werden müssen. Belgien hat eine Teilnahme an der Demonstration abgelehnt. Weitere Stellungnahmen liegen noch nicht vor.

Zeitplan

Nach deutscher und amerikanischer Auffassung sollen die Verhandlungen über die MLF zügig weitergeführt werden. Nach Abschluß der bisherigen Phase allgemeiner Erörterungen soll die MLF-Arbeitsgruppe Anfang Januar mit der eingehenden Beratung über alle Einzelfragen des Projekts beginnen. Die Herstellung eines unterschriftsreifen Vertragstextes wird bis etwa Früh-

11 Zur Regierungsbildung in Italien vgl. Dok. 421, Anm. 24.

12 Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

13 Zur Haltung des italienischen Außenministers vgl. auch Dok. 472.

14 Zur Frage der gemischten Besatzungen vgl. Dok. 12, Anm. 12.
Zu den Planungen für ein Demonstrationsschiff vgl. Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 1357.

sommer 1964 angestrebt[15], doch wird der Fortgang der Arbeiten auch von der innerpolitischen Entwicklung vor allem in Großbritannien, aber auch in den Vereinigten Staaten und in Italien, abhängen.

Abteilung II (II 7), VS-Bd. 1349

476

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Oncken

II 1-85.50/1-799/63 geheim **18. Dezember 1963**

Betr.: Kurzprotokoll über die Konsultationsbesprechung am 16. 12. 1963 (Sondersitzung über TTD-Fragen)

Am 16. 12. 1963 fand in der britischen Botschaft, Bonn, eine Sondersitzung der Vierergruppe Bonn[1] statt. Auf der Sitzung wurde die Frage der TTD-Erteilung[2] für SBZ-Sportler, die an den Europäischen Eisschnellaufmeisterschaften in Oslo teilnehmen wollen, behandelt (Vgl. Kurzprotokoll über die Expertenbesprechung vom 13. 12. 1963 – II 1-85.50/1-789/63 geheim[3]).

An der Sitzung nahm vorübergehend Botschaftsrat Gjellum (norwegische Botschaft, Bonn) teil.

Die Besprechung nahm folgenden Verlauf:

I. Gemeinsame Sitzung mit dem norwegischen Botschaftsrat

1) Botschaftsrat Gjellum berichtete über die ihm aus Oslo zugegangenen Informationen betr. die Europäischen Eisschnellaufmeisterschaften.

a) Nach Mitteilung der International Skating Union (ISU) würden die SBZ-Sportler an den Europäischen Eisschnellaufmeisterschaften „in individueller Eigenschaft" teilnehmen.

b) Laut Satzung der ISU Rule 103 und 106 seien diese Meisterschaften „open to individuals who are members of a member association or a special club". Die norwegische Regierung werde sicherstellen, daß eine politische Aktivität der SBZ-Teilnehmer verhindert werde (keine Spalterflagge, keine SBZ-Hymne oder Propaganda).

Herr Gjellum schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, eine ablehnende Haltung der Bundesregierung würde für ihn unverständlich sein, nachdem wir bei den Eishockeyweltmeisterschaften in Stockholm (Februar 1963) das

[15] Noch im Frühjahr 1964 wurde mit dem Abschluß eines Abkommens über die MLF im selben Jahr gerechnet. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Ständigen Vertreter bei der NATO, Finletter, am 16. April 1964; AAPD 1964.

[1] Zur Bonner Vierergruppe vgl. Dok. 110, Anm. 2.

[2] Zur TTD-Sperre vgl. Dok. 110, Anm. 5; zur Diskussion über ihre Lockerung vgl. auch Dok. 325.

[3] Vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 52; B 150, Aktenkopien 1963.

Risiko eingegangen seien, unsere Mannschaft gegen eine SBZ-Mannschaft antreten zu lassen.

2) Der Vertreter des AA erläuterte unsere Auffassung gemäß den Weisungen, die auf der Staatssekretärsbesprechung am 12. 12.[4] gegeben waren. Aufgrund der uns vom Deutschen Sportbund zugegangenen Information müßten wir auf eine feste Haltung in der Frage der TTD-Erteilung an die SBZ-Sportler Wert legen. Unsere grundsätzliche Bereitschaft zu einem substantiellen Entgegenkommen in der TTD-Frage hätten wir durch unsere in der NATO vorgetragenen Vorschläge[5] bewiesen. Der vorliegende Fall beweise deutlich, daß es bestimmte Grenzen für eine Lockerung der TTD-Sperre geben müsse. Im Falle der von der ISU veranstalteten Meisterschaften sei das Problem des Eindringens und des Tätigwerdens der SBZ in den Non-Governmental Organizations (NGOs)[6] berührt. Aus unserer Nichtanerkennungspolitik[7] ergebe sich in dem speziellen Fall der Oslo-Meisterschaften, daß wir uns mit der TTD-Gewährung nur dann einverstanden erklären könnten, wenn feststände, daß die SBZ-Sportler nicht als Vertreter nationaler Sport-Organisationen, sondern als Vertreter ihrer Klubs aufträten, die nach der Satzung der ISU unmittelbar Mitglied der ISU sein könnten. Eine „nationale" Vertretung sei auch dann gegeben, wenn die Sportler von der „nationalen" Spitzenorganisation der sowjetzonalen Eisläufer nominiert und entsandt würden.

3) Nach eingehender, lebhafter Diskussion wurde der Vertreter der norwegischen Botschaft gebeten, Ermittlungen darüber anstellen zu lassen, in welcher Eigenschaft und von wem die SBZ-Eisschnelläufer für die Oslo-Meisterschaften angemeldet worden seien.

II. Geschlossene Sitzung der Vierergruppe

1) Der britische Vertreter gab zu erkennen, daß er unser Verhalten als zu restriktiv ansehen müsse. Der französische Vertreter sagte Unterstützung unseres Standpunktes zu. Das gleiche tat der amerikanische Vertreter, der aller-

[4] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 18. Dezember 1963: „Wir werden in Zukunft als ‚nationale' Vertretung der SBZ ansehen: – Alle Einzelpersonen oder Gruppen oder Mannschaften, die auf Veranstaltungen mit dem Anspruch auftreten, die SBZ zu vertreten (Kriterium der Intention der SBZ-Teilnehmer). – Alle Einzelpersonen oder Gruppen oder Mannschaften, die im Namen der SBZ, auch im Namen von ‚nationalen' Spitzenorganisationen der SBZ an internationalen Veranstaltungen solcher Organisationen teilnehmen, die nur nationale Mitgliedschaften vorsehen (Kriterium der Satzung der veranstaltenden Organisation). – Alle Einzelpersonen oder Gruppen oder Mannschaften, die an internationalen Veranstaltungen teilnehmen, die ihrer Natur nach auf ‚nationale' Begegnungen zugeschnitten sind (Kriterium des Zwecks der Veranstaltung). Dies bedeutet, daß u. a. alle Einzelpersonen oder Gruppen oder Mannschaften TTDs erhalten können, die als Mitglieder örtlicher Vereine und dergleichen auftreten." Vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 52; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] Der Vorschlag vom 29. November 1963 sah vor: „a) Lockerung der TTD-Sperre in gewissen Fällen (insbes[ondere] Wissenschaftler, Künstler, Sportler, soweit sie nicht ‚nationalen' Delegationen angehören); b) dafür (als Gegengewicht) Verschärfungen der politischen Restriktionen für das Tätigwerden der SBZ im NATO-Bereich; c) Berücksichtigung des Gesichtspunktes von Gegenleistungen der Zone im Falle einer Lockerung (z. B. auf dem Gebiet der Handhabung von Einreisen aus Berlin (West) nach Ostberlin und in die Zone sowie von Ausreisen aus der Zone)". Vgl. dazu den Teilrunderlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 9. Dezember 1963; Abteilung V (D V), VS-Bd. 138; B 150, Aktenkopien 1963.

[6] Vgl. dazu bereits Dok. 163.

[7] Vgl. dazu auch Dok. 251.

dings im Hinblick auf den Stand der Diskussion zu bedenken gab, ob man nicht in der Frage der „nationalen" Vertretungen flexibler vorgehen sollte.

2) Der Vertreter des Auswärtigen Amtes schlug vor, einen Ausweg zu suchen, indem das Allied Travel Office (ATO) die TTD-Anträge der SBZ-Sportler so bearbeite, daß festgestellt werden könne, für wen und in wessen Auftrag diese Sportler nach Norwegen reisten. Man könne evtl. fragen, ob sie ihre Klubs usw. zu vertreten beabsichtigten. Der britische Vertreter erwähnte die Möglichkeit, vor oder bei Erteilung von TTDs ein Schreiben an diese Leute zu richten. In dem Schreiben solle zum Ausdruck kommen, die TTDs unter der Voraussetzung zu erteilen, daß die SBZ-Sportler als Einzelpersonen (oder als Vertreter ihres Klubs) nach Oslo reisten (also nicht als Vertreter ihres „Landes" oder der sowjetzonalen Spitzenorganisation auf dem Gebiete des Eislaufsports).

3) Abschließend wurde festgestellt, daß die Lösung des Falles Oslo vor der endgültigen Klärung der Frage der „Definition der nationalen Delegationen" herbeigeführt werden müsse.[8]

Hiermit Herrn Dg II[9] mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Oncken

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 52

477

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2455/63 geheim **18. Dezember 1963**

Betr.: Passierscheinverhandlungen[1]

Am 17. Dezember 1963 gegen 6.30 Uhr rief mich Ministerialdirigent Reinkemeyer im Hotel Am Schloßgarten in Stuttgart an. Der Inhalt des Gesprächs ist in seiner Aufzeichnung[2] zutreffend wiedergegeben.

Ich habe gegen 7 Uhr Staatssekretär Westrick angerufen und ihm gesagt, daß ich gegen die vorgesehene Unterzeichnungsformel, bei der auf einen Auftrag des Regierenden Bürgermeisters Bezug genommen werden sollte[3], stärkste

[8] Vgl. dazu Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 52.

[9] Hat Ministerialdirigent Reinkemeyer am 19. Dezember 1963 vorgelegen.

[1] Vgl. dazu bereits Dok. 471.

[2] Dem Vorgang nicht beigefügt.

[3] Die Unterzeichnungsformel des Passierschein-Abkommens vom 17. Dezember 1963 lautete: „Auf Weisung des Chefs der Senatskanzlei, die im Auftrage des Regierenden Bürgermeisters von Berlin gegeben wurde". Vgl. DzD IV/9, S. 1023.

Bedenken hätte. Herr Westrick sagte, der Herr Bundeskanzler und Bundesminister Krone neigten dazu, die Bedenken zurückzustellen und ihrerseits zuzustimmen, da man die Sache im jetzigen Zeitpunkt schwer noch scheitern lassen könnte. Eine endgültige Entscheidung sei jedoch noch nicht gefallen.

Um 8 Uhr habe ich den Herrn Minister angerufen, der seinerseits gleichfalls der Meinung war, für ein Veto sei es zu spät.

Als um 9.30 Uhr der Herr Bundeskanzler in Stuttgart eintraf, habe ich mich sofort bei ihm gemeldet. Auch er war der Meinung, daß man die geplante Unterzeichnung nicht mehr verhindern könne und solle.[4] Es komme jetzt darauf an, daß sowohl die Alliierten wie die Bundesregierung wie der Berliner Senat unseren Rechtsstand klar und eindeutig zum Ausdruck brächten.

Gegen 12 Uhr habe ich ein langes Telefongespräch mit Staatssekretär Westrick wegen der Formulierung der verschiedenen Erklärungen geführt. Staatssekretär Westrick sagte, die Alliierten würden zum Ausdruck bringen, daß sie das Abkommen aus humanitären Gründen begrüßten, daß dadurch der Status Berlins nicht geändert würde und daß Berlin überhaupt nicht berechtigt sei, völkerrechtliche Verträge zu schließen.[5]

An dieser Stelle übernahm der Herr Bundeskanzler das Telefongespräch mit Staatssekretär Westrick. Er ließ sich den geplanten Entwurf für eine Erklärung der Bundesregierung und des Berliner Senats vorlesen.

Ich habe dem Herrn Bundeskanzler vorgeschlagen, in diese Erklärung nicht nur einen Passus über den Rechtsstatus von Berlin, sondern auch einen Passus über die Nichtanerkennung des Zonenregimes aufzunehmen.[6]

Der Herr Bundeskanzler hat danach die Weiterführung des Gesprächs mit Staatssekretär Westrick mir überlassen. Ich habe mich während dieses letzten Gesprächsteils im Grundsatz mit Staatssekretär Westrick dahingehend geeinigt, daß sowohl eine Erklärung über den Status von Berlin wie über die Nichtanerkennung des Zonenregimes aufgenommen werden sollte.

Unmittelbar danach, gegen 12.30 Uhr, wurde der inzwischen in Bonn fertiggestellte Text der Erklärung an das Büro des Landtagspräsidenten in Stuttgart durchtelefoniert. Ich nahm ihn dort in Empfang, fuhr in die Stiftskirche, in die sich inzwischen der Bundespräsident, der Bundeskanzler und die übrigen Trauergäste begeben hatten.[7] Der Gottesdienst hatte noch nicht begonnen. Ich übergab dem Herrn Bundeskanzler den Text der gemeinsamen Erklärung, dem er nach wenigen Minuten zustimmte. Dies wurde in meinem Auftrag

[4] Für den Wortlaut des Passierschein-Abkommens vom 17. Dezember 1963 vgl. DzD IV/9, S. 1023–1027.

[5] Für den Wortlaut der Erklärung der Stadtkommandanten der Westmächte in Berlin vom 17. Dezember 1963 vgl. DzD IV/9, S. 1030.

[6] Für den Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung und des Senats von Berlin vom 17. Dezember 1963 vgl. DzD IV/9, S. 1029.

[7] Am 17. Dezember 1963 fanden in Stuttgart der Staatsakt und die Trauerfeierlichkeiten für den am 12. Dezember verstorbenen ehemaligen Bundespräsidenten Heuss statt.

durch einen Beamten des Protokolls an Staatssekretär Westrick telefonisch mitgeteilt.[8]

Hiermit dem Herrn Minister[9] vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

478

Botschafter von Etzdorf, London, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1149 **Aufgabe: 19. Dezember 1963, 13.20 Uhr[1]**
Ankunft: 19. Dezember 1963, 17.05 Uhr

Betr.: Die gegenwärtige Lage in der EWG

Ich hatte gestern Gelegenheit, mit dem Ständigen Vertreter der Montanunion in London, Herrn Botschafter van Kleffens, ausführlich über die durch den Agrardisput in Brüssel[2] entstandene Lage zu sprechen. Wir besprachen insbesondere die französische Haltung, die Reaktion in Washington und die Beurteilung in Whitehall.

I. Herr van Kleffens warnte davor, die Entschlossenheit des Generals zu unterschätzen, seine Forderungen auf dem Agrargebiet durchzusetzen. Er kenne de Gaulle aus langjähriger Zusammenarbeit. Es würde der Mentalität des Generals entsprechen, wenn er seine Drohung vom Juli d. J.[3] wahrmacht und sich in eine Position der Inaktivität begibt, womit der Prozeß der Integration in der Gemeinschaft, soweit er von den automatischen Regeln des Rom-Vertrages[4] frei ist, zum Stillstand käme. Der Preis, den de Gaulle für eine Reaktivierung der EWG eines Tages verlange, könne durchaus höher liegen als die gegenwärtigen französischen Agrarforderungen. De Gaulle sei am Zustandekommen der Kennedy-Runde[5] kaum interessiert; er sehe darin ein im wesentlichen angelsächsisches Anliegen.

8 Zum Passierschein-Abkommen vgl. weiter Dok. 483.

9 Hat Bundesminister Schröder am 19. Dezember 1963 vorgelegen.

1 Eine gekürzte Fassung des Drahtberichts wurde am 20. Dezember 1963 von Legationssekretär Pabsch an Bundesminister Schröder, z. Z. Brüssel, weitergeleitet.

2 Zur Tagung des Ministerrats der EWG und der EAG vom 16. bis 23. Dezember 1963 vgl. auch die Aufzeichnung der Vertretung der Bundesrepublik bei der EWG/EAG vom 30. Dezember 1963 über den Verlauf der Sitzung vom 21. bis 23. Dezember 1963; Ministerbüro, Bd. 210.
Zu den umstrittenen Agrarfragen vgl. auch Dok. 469; zu den Ergebnissen der Tagung vgl. Dok. 486, Anm. 17.

3 Zu den Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle vom 29. Juli 1963 über die EWG vgl. Dok. 356, Anm. 28.

4 Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

5 Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

Soweit er – van Kleffens – wisse, habe das Patronat aus Sorge um die künftige Entwicklung um eine Unterredung bei de Gaulle nachgesucht, die gestern stattfinden sollte. Ob sich aber der General von den Exportinteressen der französischen Industrie in seiner Haltung werde beeinflussen lassen, sei zweifelhaft.

II. In Washington ist man nach van Kleffens Eindrücken über die in der EWG entstandene Krise recht besorgt.[6] In der amerikanischen Europapolitik habe die Gemeinschaft als ein kraftvoller Faktor bereits einen festen Platz, der nun gefährdet sei. Hinzu trete die Sorge um das Zustandekommen der Kennedy-Runde im GATT. Eine erhebliche Verschiebung des Termins für den Beginn dieser Verhandlungen[7] komme für die Amerikaner wegen der dann zu nahe bevorstehenden Präsidentschaftswahlen[8] kaum in Betracht.

III. 1) Die britische Regierung verfolge, wie Herr van Kleffens meinte, die Entwicklung der letzten Wochen sehr aufmerksam; sie hüte sich jedoch, den Eindruck zu erwecken, als wolle sie irgendwelchen Einfluß ausüben. Das Interesse am EWG-Beitritt habe hier erheblich abgenommen. Die Regierung habe diesen Plan als vorderhand indiskutabel bis nach den Wahlen[9] beiseite gelegt. Da die wirtschaftliche Lage im Lande gut sei, hätten auch die Opportunisten den Geschmack an einem EWG-Anschluß verloren.

In Whitehall sehe man durchaus die gefährlichen Folgen, die sich aus einer Immobilisierung der EWG auch für das Vereinigte Königreich politisch und wirtschaftlich ergeben müßten. Der Zusammenhalt innerhalb der EFTA würde dadurch in Frage gestellt und die Kennedy-Runde, an der Großbritannien lebhaft interessiert sei, werde auf nicht absehbare Zeit hinausgeschoben. Ganz allgemein werde dies zu einer Schwächung der Position des Westens in der Weltpolitik führen.

2) Die Beurteilung der amtlichen britischen Haltung deckt sich mit unseren Wahrnehmungen. Die britische Regierung hat die deutschen Bemühungen um eine weltoffene Handelspolitik der EWG von Anbeginn mit Sympathie verfolgt. Sie begrüßt hierbei insbesondere die Entschlossenheit, mit der die Bundesregierung sich im Kreise der Sechs für den rechtzeitigen Beginn der Kennedy-Runde und eine aktive Rolle der Gemeinschaft in diesen Verhandlungen einsetzt.

Was man in Whitehall über die französische Politik höre, sei zwar frei von direkter Kritik. Die Besorgnis, der General könne zu einem neuen Schlage wie am 14. Januar[10] d. J. ausholen, sei aber unverkennbar.

[gez.] Etzdorf

Ministerbüro, Bd. 210

[6] Vgl. dazu auch Dok. 487.

[7] Der Beginn der Verhandlungen war für Mai 1964 geplant. Zur Haltung der USA vgl. auch Dok. 422, Anm. 8.

[8] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[9] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

[10] Korrigiert aus: „Juni".
Zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

479

Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Paris

St.S. 2453[I]/63 VS-vertraulich **Aufgabe: 19. Dezember 1963, 18.09 Uhr[1]**
Fernschreiben Nr. 850

Auf Nr. 1847 vom 18. Dezember 1963[2]

Betr.: Fall Argoud

Da ich am 12. Dezember französischem Botschafter mitgeteilt habe, daß Bundesregierung Rückstellung Argouds verlangt[3], sollte zunächst französische Antwort abgewartet werden.

Falls, wie zu erwarten, französische Regierung Rückstellung ablehnt, würde von Botschaft vorgeschlagene Formulierung französischer Erklärung[4] keine ausreichende moralische Wiedergutmachung darstellen. Französische Regierung müßte in diesem Falle wenigstens Bedauern ausdrücken sowie gründliche Untersuchung und Nichtwiederholung zusichern.[5]

Bitte aber, schon jetzt französisches Außenministerium und, soweit dies tunlich erscheint, auch Elysée vorsorglich darauf hinzuweisen, daß Vollstreckung eines etwaigen Todesurteils äußerst heftige Reaktionen in Öffentlichkeit und Parlament auslösen würde und daß Bundesregierung schon bei Verhängung

[1] Ein Durchdruck des Drahterlasses wurde am 19. Dezember 1963 dem Bundeskanzleramt zugeleitet.

[2] Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 424; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Für die Aufzeichnung über das Gespräch und das dabei überreichte Aide-mémoire vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439; B 150, Aktenkopien 1963.
Zur Frage der Rücküberstellung des Obersten Argoud vgl. auch Dok. 436.

[4] Die im Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 18. Dezember 1963 vorgeschlagene Formulierung lautete: „In dem Strafverfahren gegen den ehemaligen Oberst Argoud ist [der] Termin zur Hauptverhandlung vor dem Staatssicherheitsgerichtshof am 26. Dezember anberaumt worden. Die Grundsätze des Rechtsstaates erfordern es, daß diese Hauptverhandlung durchgeführt und die in ihm zu erwartende Strafe vorbehaltlich etwaiger, im Ermessen des Präsidenten der Republik stehender Gnadenmaßnahmen vollstreckt wird. Die französische Regierung erklärt bei dieser Gelegenheit grundsätzlich, daß auch nach ihrer Auffassung nationale französische Exekutivbehörden nicht außerhalb des französischen Staatsgebietes tätig werden können und dürfen." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 424; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] In einer Aufzeichnung vom 3. Dezember 1963 hielt Ministerialdirektor Jansen fest, daß mit einer Rücküberstellung des Obersten Argoud „im Hinblick auf die französischen Sicherheitsinteressen und das französische Prestige unter keinen Umständen gerechnet werden" könne, sich aber auch die französische Seite nicht der Erkenntnis verschließen dürfe, „daß der Bundesrepublik Deutschland eine Wiedergutmachung nicht verweigert werden darf". Mit Blick auf die deutsche Öffentlichkeit, die „infolge der wiederholten Fälle von Menschenraub durch SBZ-Stellen in jüngerer Zeit gegen derartige Methoden überaus empfindlich geworden ist", sei „mindestens die formelle Zusicherung der französischen Regierung [erforderlich], alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um eine Wiederholung zu verhindern". Unverzichtbar sei darüber hinaus die Zusicherung, daß eine gegen Argoud verhängte Todesstrafe nicht vollstreckt würde. Vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 138; B 150, Aktenkopien 1963.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 16. Dezember 1963 über eine Unterredung mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Lucet; Abteilung V (V 4), VS-Bd. 244; B 150, Aktenkopien 1963.

eines Todesurteils zu erneuter Intervention genötigt sein würde.[6] Ich habe de Carbonnel bereits gesagt[7], daß Vollstreckung eines Todesurteils eine Katastrophe für die deutsch-französischen Beziehungen darstellen würde. Er meinte, Eintritt dieses Falles sei sehr unwahrscheinlich.

Falls dennoch Todesurteil verhängt werden sollte, wird Botschaft um persönliche Demarche bei General de Gaulle gebeten werden.

Bitte schon jetzt intern überlegen, wie solche Demarche innerhalb kürzester Frist nach Urteilsverkündung ausgeführt werden könnte.[8]

[gez.] Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439

[6] Oberst Argoud wurde am 30. Dezember 1963 zu lebenslanger Haft verurteilt. Am selben Tag überreichte Gesandter Knoke, Paris, eine Note mit der Forderung nach Rücküberstellung. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg vom 30. Dezember 1963; Abteilung V (V 4), VS-Bd. 244; B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Zum Gespräch mit dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, de Carbonnel, am 16. Dezember 1963 in Paris vgl. den Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 18. Dezember 1963; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 439; B 150, Aktenkopien 1963.

[8] Zum Vorgehen des Auswärtigen Amts am 30. Dezember 1963, dem Tag der Urteilsverkündung gegen Oberst Argoud, vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Lindenberg vom 30. Dezember 1963; Abteilung V (V 4), VS-Bd. 244; B 150, Aktenkopien 1963.

480

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haeften

V 6 (505)-86/481/63II geheim **20. Dezember 1963**[1]

Betr.: Rückführung von Deutschen aus der Sowjetunion;
hier: Behandlung dieser Frage bei den bevorstehenden deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen

Bezug: Bericht der Botschaft Moskau Nr. 406/63 geh. vom 2. 8. 63 (Anlage 1)[2]
Aufzeichnung der Abt. V – 505-86.42 – vom 9. 1. 62 (Anlage 2)[3]

I. Die Rückführung der Deutschen

A) Die deutsch-sowjetische Repatriierungsvereinbarung vom 8. April 1958[4] ist von sowjetischer Seite bisher zu etwa 3/5 erfüllt worden. Es warten noch etwa 10000 Reichsdeutsche[5] auf ihre Rückführung. Darüber hinaus hat die sowjetische Regierung in der Repatriierungsvereinbarung vom 8. April 1958 erklärt, daß sie sich zum Grundsatz der Zusammenführung auseinandergerissener Familien bekenne. Rund 25000 Volksdeutsche[6] sowjetischer Staatsangehörigkeit sind seit Ende des Krieges von ihren in der Bundesrepublik lebenden Familienangehörigen 1. Grades (Eltern, Kinder, Ehegatten) getrennt und warten seither vergeblich auf die Zusammenführung ihrer Familien.

Entgegen diesen Tatsachen und den von ihnen selbst ursprünglich gegebenen Zusicherungen behaupten die Sowjets hartnäckig, die Repatriierungsvereinbarungen seien erfüllt.[7] Sie berufen sich dabei auf das in der deutsch-sowjetischen Repatriierungsvereinbarung enthaltene Datum des 31. 12. 1959, das lediglich als allgemeine Richtlinie gedacht war, jedoch nach mehrfachen ausdrücklichen Erklärungen des sowjetischen Verhandlungsführers Semjonow nicht im Sinne einer Präklusivfrist verstanden werden sollte.[8]

Die deutsche Öffentlichkeit und Mitglieder des Deutschen Bundestages haben sich wiederholt mit dieser Frage befaßt. Insbesondere hat der Verband der Heimkehrer anläßlich seines diesjährigen Deutschlandtreffens am 29. Juni

[1] Die Aufzeichnung wurde vom Leiter des Referats „Sozialrecht und Sozialpolitik", Werner, konzipiert.

[2] Dem Vorgang beigefügt. Für den Wortlaut vgl. Abteilung V (V 6), VS-Bd. 261; B 150, Aktenkopien 1963.

[3] Dem Vorgang nicht beigefügt.

[4] Vgl. dazu Dok. 174, Anm. 2.

[5] Die Wörter „10000 Reichsdeutsche" wurden von Staatssekretär Lahr unterstrichen. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Das ist die Hauptsache."
Zur Gruppe der Reichsdeutschen vgl. Dok. 174, Anm. 8.

[6] Die Wörter „25000 Volksdeutsche" wurden von Staatssekretär Lahr unterstrichen. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „In dieser Richtung ist nicht viel zu erwarten gewesen."
Zur Gruppe der Volksdeutschen vgl. Dok. 174, Anm. 7.

[7] Vgl. dazu Dok. 174 und Dok. 454.

[8] Vgl. dazu bereits Dok. 174, besonders Anm. 3.

1963 erklärt[9], er erwarte, daß die Bundesregierung anläßlich der bevorstehenden deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen[10] dieser Frage besondere Aufmerksamkeit widmen werde.

B) Die Botschaft in Moskau hat am 2. August 1963 (s. Anlage 1) gebeten, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den zurückgehaltenen Deutschen zur Ausreise zu verhelfen und zu prüfen, ob im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen die Aufnahme neuer Repatriierungsbesprechungen ermöglicht werden kann. Aus politischen und taktischen Erwägungen dürfte es sich nicht empfehlen, die deutsche Absicht mit einem formellen Junktim zu verbinden. Dieses würde von den Sowjets mit Sicherheit zurückgewiesen werden. Wie weit dagegen der sowjetischen Seite, sofern sie in der Repatriierungsfrage den deutschen Wünschen entgegenkäme, auf handelspolitischem Gebiet gewisse Zugeständnisse gemacht werden könnten, müßte gegebenenfalls im Verlaufe der Verhandlungen geprüft werden.

C) Um entsprechend den Anregungen der Botschaft aus Anlaß der bevorstehenden deutsch-sowjetischen Verhandlungen über ein langfristiges Waren- und Zahlungsabkommen auch hinsichtlich der Repatriierungsfrage den Weg für ein Gespräch mit der Gegenseite nach Möglichkeit zu öffnen, wird folgendes Prozedere vorgeschlagen:
Zur Zeit des Beginns der Verhandlungen in Moskau wird dem sowjetischen Botschafter in Bonn[11] eine Dokumentation über die Repatriierung überreicht, die ihm bereits mit der vom Herrn Staatssekretär übergebenen Note vom 10. Mai 1963[12] in Aussicht gestellt wurde. In einer mit zu übermittelnden Verbalnote wird erneut der deutsche Wunsch nach Besprechungen über technische Fragen im Zusammenhang mit der Repatriierung zum Ausdruck gebracht, deren Aufnahme von deutscher Seite notwendig erachtet wird.

II. Das Transfer-Problem

A) Gemäß der deutsch-sowjetischen Repatriierungsvereinbarung vom 8. April 1958 konnten die Repatrianten ihre in der Sowjetunion ersparten Rubelbeträge bei der Rückkehr nach Deutschland zunächst in voller Höhe transferieren. Am 1. Dezember 1959 hat die sowjetische Regierung den Transfer bis auf einen Freibetrag von 1000 Rubel pro Kopf gesperrt.[13] Daraufhin wurde die Botschaft im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen angewiesen, ersparte Rubelbeträge der Repatrianten, die den genannten Freibetrag übersteigen, in Verwahrung zu nehmen. Bei der sowjetischen Währungsum-

[9] Vgl. dazu den Artikel: Forderungen beim Hamburger Heimkehrertreffen; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 149 vom 2. Juli 1963, S. 4.

[10] Vgl. dazu. Dok. 408.

[11] Andrej A. Smirnow.

[12] Zum Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Botschafter Smirnow vom 20. Mai 1963 vgl. Dok. 174; zur Note der Bundesregierung vom selben Tag bezüglich der Repatriierung deutscher Volkszugehöriger vgl. Dok. 174, Anm. 5.

[13] Die Beschränkung der Beträge für den Rubel-Transfer erfolgte bereits am 2. Dezember 1958. Zu den Bemühungen des Auswärtigen Amts um eine Freigabe der Transferbeträge vgl. Referat III A 6, Bd. 282, und Referat II A 4, Bd. 763.

stellung am 1. Januar 1961[14] mußte die Botschaft die von ihr in Verwahrung genommenen Beträge auf ihr Konto bei der sowjetischen Staatsbank einzahlen. Es handelte sich um den Betrag von 5740780 Rubel. Der DM-Gegenwert nach der Umstellung beträgt 2548906,– DM. Auf Weisung der sowjetischen Regierung legte die Staatsbank für diese Gelder ein Sonderkonto an, das gesperrt wurde.[15] Mehrfache Demarchen der Bundesregierung und der Botschaft in Moskau blieben bisher ohne Erfolg.[16]

B) Der Bundesminister der Finanzen[17] hat sich bereit erklärt, das Auswärtige Amt zur Auszahlung der DM-Gegenwerte an die Repatriierten zu ermächtigen, sobald von sowjetischer Seite die Freigabe des gesperrten Kontos erfolgt. Auch in diesem Fall haben Bundestagsabgeordnete und der Verband der Heimkehrer auf die Notwendigkeit energischer Schritte der Bundesregierung bei den bevorstehenden deutsch-sowjetischen Handelsbesprechungen hingewiesen.

Abteilung V hat bereits in einer dem Herrn Minister vorgelegten Aufzeichnung vom 9. Januar 1962 (s. Anlage 2) auf die Anregung der Botschaft Moskau hingewiesen, diese Frage als unabdingbaren Punkt auf die Tagesordnung bei den nächsten deutsch-sowjetischen Handelsbesprechungen zu setzen.

C) Ich schlage daher vor, bei den Verhandlungen anläßlich des Tagesordnungspunktes „Zahlungsverkehr" die Freigabe des gesperrten Rubelkontos zur Verfügung der Botschaft für Aufwendungen in der Sowjetunion zu fordern und diesen legitimen Anspruch nachdrücklich zu verfechten.

Hiermit über Herrn D II[18], Herrn D III[19] und den Herrn Staatssekretär[20] dem Herrn Minister[21] zur Kenntnisnahme und Entscheidung vorgelegt.

Haeften

Abteilung V (V 6), VS-Bd. 261

[14] Am 1. Januar 1961 wurde der bisherige Rubel gegen neue Rubel im Verhältnis 10:1 umgetauscht. Gleichzeitig wurden die Goldparität sowie der Wechselkurs des Rubels neu festgelegt. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Kroll, Moskau, vom 16. November 1960 sowie den Vermerk des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 27. Dezember 1960; Referat 413, Bd. 151.

[15] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Kroll, Moskau, vom 14. Dezember 1960; Referat III A 6, Bd. 282.

[16] Vgl. dazu auch Dok. 174.

[17] Rolf Dahlgrün.

[18] Hat dem Vertreter des Ministerialdirektors Krapf, Ministerialdirigent Reinkemeyer, am 30. Dezember 1963 vorgelegen.

[19] Hat dem Vertreter des Ministerialdirektors Sachs, Ministerialdirigent Pauls, am 30. Dezember 1963 vorgelegen.

[20] Hat Staatssekretär Carstens am 4. Januar 1964 und Staatssekretär Lahr am 3. Januar 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich befürworte den Vorschlag."

[21] Hat Bundesminister Schröder am 11. Januar 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Einverstanden."
Am 13. Januar 1964 vermerkte Ministerialdirektor von Haeften handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Werner: „Der Herr Minister hat sich einverstanden erklärt. Bitte Abt. II und III sowie den Botschafter z. b. V. unterrichten."

481

Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf

Z B 6-1-9579/63 VS-vertraulich **21. Dezember 1963**
Fernschreiben Nr. 4123 Plurex

I. Die Ministerkonferenz der NATO am 16. und 17. 12. 1963 war nach den Worten von Generalsekretär Stikker „a meeting of reflection and consolidation". Es standen keine Fragen zur Entscheidung durch die Minister an.

Hauptthema der außenpolitischen Diskussion am 16. 12. war der Dialog mit dem Osten. Es herrschte weitgehend Übereinstimmung darüber, den Dialog fortzusetzen; dabei wurden die Erfolgsaussichten mit mehr oder weniger Skepsis beurteilt. Der stärkste Kontrast ergab sich erwartungsgemäß in der Lagebeurteilung zwischen Couve de Murville und Spaak.

Couve – wie auch Rusk – bestritt, daß es bereits eine Entspannung gibt. Für die sowjetische Politik sei Deutschland das zentrale Thema. Alle östlichen Vorschläge, wie Nicht-Angriffsabkommen[1], Bodenbeobachtungsposten[2] und Nichtverbreitungsabkommen[3], zielten darauf ab, den Status quo zu festigen und die Position der Bundesrepublik Deutschland zu schwächen.

Spaak dagegen glaubt, bei den Sowjets einen grundlegenden Wandel feststellen zu können.[4] Der Westen sollte der sowjetischen Bereitschaft zum Gespräch entgegenkommen und wenigstens die „peripheren Probleme" energisch anpacken.

Rusk äußerte sich skeptischer über die Erfolgsaussichten der Gespräche mit den Sowjets. Er sieht nur eine Entwicklung „in kleinen Schritten" als möglich an. Die Verbündeten sollten in enger Konsultation ein klares Bild über die Vorgänge im Sowjetblock zu gewinnen suchen.

Butler gab in einer ausgewogenen Erklärung der militärischen Stärke und dem politischen Zusammenhalt der NATO die „erste Priorität". Die sowjetische Politik habe gegenwärtig auf die Fortsetzung ihrer Politik der hohen Risiken verzichtet, sei aber weiterhin nicht zu wesentlichen Konzessionen bereit. Der Westen sollte gegenüber dem Sowjetblock einheitlich handeln und den Dialog unter folgenden Bedingungen fortsetzen:
Das militärische Gleichgewicht darf nicht gefährdet werden; der Zusammenhalt des Bündnisses muß gewahrt bleiben; die Freiheit West-Berlins und die Forderung nach Selbstbestimmung für das deutsche Volk müssen aufrechterhalten werden. Der Bundesminister erklärte, er stimme in den grundsätzlichen Linien mit Butler überein. Der gesellschaftliche Wandlungsprozeß im

[1] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 215. Zur Diskussion während der Sondierungsgespräche im Oktober in New York vgl. Dok. 395, Anm. 4, Dok. 411, Anm. 21, und Dok. 430, Anm. 19.

[2] Zur Diskussion über die Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 395, Anm. 5, und Dok. 427.

[3] Zu den Verhandlungen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vgl. Dok. 367, besonders Anm. 30, und Dok. 459, besonders Anm. 24.

[4] Zur Haltung des belgischen Außenministers vgl. auch Dok. 226.

Sowjetblock, die wachsende Selbstbehauptung der Satelliten gegenüber Moskau und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien nicht ohne Einfluß auf die Methoden der sowjetischen Politik geblieben. Die Ziele Moskaus seien jedoch unverändert. Der Westen sollte sich weiter um Entspannung bemühen. Dazu können Vereinbarungen über Randprobleme der Politik und der Abrüstung beitragen, wenn sich dadurch das Kräfteverhältnis nicht zuungunsten des Westens verschiebt und wenn die Ausgangslage für die Lösung der zentralen Probleme nicht verschlechtert wird. Bei der Behandlung der Randprobleme sollte stets nach Ansatzpunkten für die Lösung der zentralen Fragen gesucht werden.

II. In der militärpolitischen Diskussion am 17. 12. wurde bemängelt, daß im vergangenen Jahr mit Ausnahme der Verstärkung der strategischen Streitkräfte der USA kein bemerkenswerter Fortschritt in den Verteidigungsanstrengungen der NATO-Staaten zu verzeichnen gewesen sei. Die der NATO zur Verfügung stehenden Streitkräfte seien nach wie vor unzureichend. McNamara verzichtete im Gegensatz zu früheren Ministerkonferenzen darauf, eine Verstärkung der konventionellen Verteidigung zu fordern.[5] Er ging besonders auf die Bedeutung der taktischen Nuklearwaffen ein. Er unterstrich die von Kennedy und Johnson abgegebenen Versprechen, daß die USA ihre Divisionen so lange in Europa halten würden, wie sie dort erforderlich seien.[6]

Die Konferenz befaßte sich mit den besonderen Problemen Griechenlands und der Türkei und faßte dazu die im Kommuniqué[7] erwähnten Beschlüsse.

III. Obwohl es sich um eine Routinekonferenz ohne besondere Höhepunkte handelte, sind wir über das Ergebnis befriedigt. Sie bewies, daß die innerpolitischen Veränderungen und Regierungswechsel in einigen NATO-Staaten den Willen aller NATO-Regierungen zur Solidarität in keiner Weise beeinflußt haben. Sie gab eine vorzügliche Gelegenheit zu einer intensiven Beratung der Minister über alle Aspekte des Ost/West-Verhältnisses und zu einer Bestandsaufnahme der militärischen Situation der Allianz.[8]

[gez.] Krapf

Abteilung I (D I/Dg I A), VS-Bd. 2

[5] Vgl. dazu Dok. 37, Anm. 2, und Dok. 83, Anm. 7.

[6] Zu den entsprechenden Aussagen des Präsidenten Kennedy vom 31. Oktober 1963 vgl. Dok. 440, Anm. 13. Zur Haltung des Präsidenten Johnson vgl. Dok. 474, Anm. 6.

[7] Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 15 f.

[8] Vgl. dazu auch die Aufzeichnungen des Referats „NATO/WEU" vom 28. Januar 1964; Abteilung II (II A 7), VS-Bd. 688; B 150, Aktenkopien 1964.

482

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

D I – I A 2-82.03/2799/63 VS-vertraulich **23. Dezember 1963**

Betr.: Unterredung General de Gaulle/Botschafter Klaiber vom 21. 12. 1963

Botschafter de Margerie gab mir am Spätnachmittag des 21. 12. Einsicht in das Telegramm, das er über die oben genannte Unterredung von Paris erhalten hat. Da die Wiedergabe des Gesprächs etwas ausführlicher ist als im FS unseres Botschafters[1], wird der Inhalt hiermit berichtet.

General de Gaulle hat erklärt, er habe den Eindruck, als bestehe deutscherseits nicht die Absicht, die drei z. Z. zur Diskussion stehenden Marktordnungen zur gemeinsamen Agrarpolitik zu verabschieden.[2] Vielleicht hätten wir Gründe, die uns wichtiger erscheinen als die Marktordnungen (Dänemark[3], USA[4]). Aber schon am 14. 1. sei beschlossen worden, die Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt einzubeziehen.[5] In den z. Z. laufenden Verhandlungen seien keine Fortschritte erzielt worden. Wenn es so weitergehe, werde man sich nicht vorwärts, sondern rückwärts bewegen. Wenn wir uns nicht entscheiden wollten, sollten wir dies am besten sofort sagen.

Botschafter Klaiber hat erwidert, wir hätten Schwierigkeiten mit unseren Bauern. Man werde aber zu einem Kompromiß gelangen, auch wenn es vielleicht etwas länger dauern werde als bis zum 31. 12.[6] Der Bundeskanzler sei vom 27. bis 29. 12. in USA.[7] Deshalb solle man nicht auf dem 31. 12. als endgültigem Termin bestehen. Man sei sich doch schon sehr nahe gekommen.

General de Gaulle bezweifelt dies. Er glaubt nicht, daß man in einem Monat weiter sein werde als jetzt. Man habe lange genug Zeit gehabt, eine Einigung herbeizuführen. Wenn diese nunmehr bis zum 31. 12. nicht erreicht sei, werde die EWG in den Status von 1961 zurückfallen.

Botschafter Klaiber erwiderte, wir wollten wirklich nicht die Lösung hinausschieben. Es müsse nur ein Kompromiß erarbeitet werden. Der Gemeinsame Markt habe sich für alle Partner als vorteilhaft erwiesen, weshalb man ihn nun nicht gefährden dürfe.

Hierauf warf General de Gaulle ein, das sogenannte deutsche Wirtschaftswunder sei erzielt worden, bevor der Gemeinsame Markt bestand.

[1] Für den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 21. Dezember 1963 vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 418; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Zu den Differenzen in den Brüsseler Verhandlungen über die Agrarmarktordnungen für Rindfleisch, Milch und Milchprodukte sowie Reis vgl. bereits Dok. 469.

[3] Zu den deutschen Verpflichtungen gegenüber Dänemark vgl. auch Dok. 461.

[4] Zur Haltung der USA zu den Brüsseler Verhandlungen vgl. Dok. 486 und Dok. 488.

[5] Zu den Agrarbeschlüssen der EWG vom 14. Januar 1962 vgl. Dok. 21, Anm. 4.

[6] Zu diesem Termin vgl. Dok. 345, Anm. 2. Zur Haltung der Bundesregierung in dieser Frage vgl. bereits Dok. 469.

[7] Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Erhard in den USA vgl. Dok. 486–492.

Botschafter Klaiber versuchte, eine Zusage zu erhalten, daß kein Ultimatum gestellt werde.[8] Wenn man im Prinzipiellen einig sei, könnten Einzelheiten doch wohl nach dem 31. 12. erledigt werden.

General de Gaulle erklärte, er habe kein Ultimatum gestellt, sondern es sei vereinbart worden, sich bis zum 31. 12. zu einigen, und zwar über die drei landwirtschaftlichen Marktordnungen und die Kennedy-Runde[9]. Bezüglich der Kennedy-Runde sei die französische Seite, um uns zu gefallen, entgegengekommen. In den Agrarfragen sei es nun an uns, die erforderlichen Schritte zu tun.

Als Botschafter Klaiber erneut fragte, ob es nicht genüge, wenn bis zum 31. 12. die Prinzipien der Einigung erarbeitet seien, antwortete General de Gaulle, die Frage sei, was man unter Prinzipien verstehe. Eine Absichtserklärung genüge nicht. Bis zum 31. 12. müsse substantielle Einigkeit erzielt sein. Details könnten anschließend geklärt werden.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär[10] vorgelegt.

Jansen

Abteilung I (I A 2), VS-Bd. 30

483

Ministerialdirektor Krapf an die Dienststelle Berlin

II 1-85.50/1-815/63 geheim **23. Dezember 1963**[1]
Fernschreiben Nr. 4152 Plurex **Aufgabe: 24. Dezember 1963, 15.00 Uhr**

Betr.: Passierschein-Frage[2]

1) Die verhandlungstechnische Behandlung der Passierschein-Frage während der Gespräche Berliner Senat–Pankow[3] hat hier nicht befriedigt. Es besteht die Möglichkeit, daß sich auch in Zukunft Situationen ergeben, die zu Abmachungen mit Pankow führen, die die Deutschland- und Berlin-Politik der Bundesrepublik nachteilig präjudizieren. So muß damit gerechnet werden, daß die

[8] Botschafter Klaiber, Paris, berichtete am 21. Dezember 1963, er habe Staatspräsident de Gaulle gegenüber erklärt, „von unserer Seite werde ohne jeden Zweifel alles getan, um zu einem honorigen Kompromiß in der Frage der Agrarreglements zu kommen ... Nur könne man diese schwierigen Fragen nicht unter ultimativer Pression mit der Uhr in der Hand lösen. Der 31. Dezember sei nur ein Arbeitsziel gewesen." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 418; B 150, Aktenkopien 1963.

[9] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[10] Hat Staatssekretär Carstens am 27. Dezember 1963 vorgelegen.

[1] Hat dem Leiter des Referats „Wiedervereinigung", Oncken, und Ministerialdirigent Reinkemeyer am 23. Dezember 1963 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 477.

[3] Vgl. dazu bereits Dok. 456 und Dok. 471.

Gegenseite einen unbefriedigenden Ablauf des Besucherverkehrs Richtung Ost-Berlin oder andere Mißstände, an deren Beseitigung wir aus humanitären Gründen interessiert sind, dazu ausnutzt, um den Berliner Senat zu weiteren Kontakten und neuen verhandlungstechnischen Konzessionen zu veranlassen. Ein solches Entgegenkommen wäre unter bestimmten Voraussetzungen bereits im Falle weiterer Abmachungen Berliner Senat–Pankow gegeben, in denen bestimmte Formeln des Abkommens vom 17. 12.[4] (Vollmachten usw.) erneut zur Anwendung gelangen. Es steht hier außer Frage, daß solche Abmachungen den Ausnahmecharakter der Abmachung vom 17. 12. beseitigen und dazu beitragen würden, daß sich ein von uns abzulehnender gewohnheitsrechtlicher Kontakt Berlin (West) zu der SBZ-Regierung herausbildet.

Um für die Zukunft eine rechtzeitige und vollständige Unterrichtung der Bundesrepublik über Kontaktversuche dieser Art zu ermöglichen, werden Sie gebeten, laufend zu beobachten, ob dort Anhaltspunkte festzustellen sind, die auf etwaige neue Kontaktversuche Pankows oder auf Absichten Berliner Kreise schließen lassen, neue Gespräche über die Passierschein-Frage (z. B. Verlängerung Laufzeit der Abmachungen vom 17. 12.)[5] oder ähnliche Probleme zu führen.

2) Wir befinden uns in dieser Frage in enger Konsultation mit den drei alliierten Botschaften.[6] Hierzu bleibt besonderer Erlaß vorbehalten.

Krapf[7]

Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 52

[4] Zum Passierschein-Abkommen vom 17. Dezember 1963 vgl. Dok. 477, Anm. 4.

[5] Vgl. dazu weiter Dok. 485.

[6] Vgl. weiter Dok. 484.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Legationsrats Gracher vom 20. Dezember 1963; Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 52; B 150, Aktenkopien 1963.

[7] Paraphe vom 23. Dezember 1963.

484

Ministerialdirektor Krapf an das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen

II 1-85.50/1-815[I]/63 geheim **24. Dezember 1963**[1]

Betr.: Passierschein-Frage;
hier: Mögliche neue Initiativen des Ostens

I. Auf französischen Wunsch fand über vorgenannte Angelegenheit[2] im Auswärtigen Amt am 23. Dezember 1963 eine Aussprache mit den Gesandten der drei verbündeten Botschaften[3] statt. Im Mittelpunkt des Meinungsaustauschs stand die Frage weiterer östlicher Initiativen im Zusammenhang mit der Passierschein-Ausgabe in Berlin. Obwohl bisher keine Nachrichten darüber vorliegen, daß der Osten eine Fortführung der bestehenden Vereinbarungen[4] oder neue Verhandlungen über andere Fragen anstrebt, bestand Einigkeit darüber, daß nicht wiederum unter Zeitdruck verhandelt werden sollte. Die Verbündeten waren sich einig, daß eine gründliche Vorbereitung und Koordinierung unbedingt notwendig seien.

Im einzelnen brachten sie folgende Punkte zur Sprache:

1) Sie erklärten, daß sie im Verlauf der kürzlichen Besprechungen Berliner Senat/Pankow wohl informiert, jedoch nicht konsultiert worden seien. Gewisse Besorgnisse wurden im Hinblick auf den Modus der Konsultationen geäußert, falls Gespräche in der Passierschein-Frage fortgeführt werden sollten.

2) Die Verbündeten wiesen ferner darauf hin, daß die Kontaktpolitik Pankows zu einer Entwertung der Treuhandstelle für den Interzonenhandel und des Kanals Leopold-Behrendt[5] führen könne.

II. Das Auswärtige Amt teilt die Ansicht der Verbündeten, daß im Falle neuer östlicher Initiativen in der Passierschein-Frage eine ständige und enge Konsultation unter allen Umständen sichergestellt sein muß.

Im Auftrag
gez. Krapf

Abteilung V (V 1), VS-Bd. 192

[1] Durchdruck für Referat V 1.
Hat dem Leiter des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge", von Schenck, am 30. Dezember 1963 vorgelegen.
Ein gleichlautendes Schreiben ging an die Vertretung des Landes Berlin beim Bund.

[2] Vgl. dazu bereits Dok. 483.

[3] Edward E. Tomkins, Graf Tanguy de Courson de la Villeneuve und Martin J. Hillenbrand.

[4] Vgl. dazu weiter Dok. 485.

[5] Zu den Gesprächen über den Interzonenhandel vgl. Dok. 180.

485

Bundeskanzler Erhard an Regierenden Bürgermeister Brandt

Geheim **28. Dezember 1963**[1]
Citissime mit Vorrang

Nach hier übermittelter ADN-Meldung soll Abusch erklärt haben[2], daß die SBZ das Passierscheinabkommen[3] auch über den 5. Januar hinaus verlängern würde, falls die Bundesregierung an den Verhandlungen nicht beteiligt wird.

Ich weiß mich mit Ihnen einig, daß eine Diskussion des Vorschlags von Abusch unter diesen Bedingungen nicht in Frage kommt.[4]

Ich habe Herrn Bundesminister Mende[5] im selben Sinne telegrafiert.

[gez.] Erhard

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425

[1] Durchdruck.

[2] Der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der DDR äußerte sich am 28. Dezember 1963 in einem Interview der Pravda. Vgl. den Artikel: Aleksandr Abuš: Dobroe načalo; PRAVDA, Nr. 363 vom 29. Dezember 1963, S. 3. Vgl. auch den Artikel: Bereit zu weiteren Verhandlungen; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 358 vom 30. Dezember 1963, S. 1.

[3] Zum Passierschein-Abkommen vom 17. Dezember 1963 vgl. Dok. 477, Anm. 3.
Vgl. dazu weiter die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 2. Januar 1964; AAPD 1964.

[4] Am 29. Dezember 1963 antwortete der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, auf das Schreiben: „Wir haben hier öffentlich auf Abusch erwidert, Bundesregierung und Senat hätten bereits erklärt, daß sie an weiteren Erleichterungen im Interesse der Menschen interessiert sind. Zusätzlich haben wir öffentlich erklärt, daß Regelungen wie bisher nur im Einvernehmen aller zuständigen Stellen in Betracht kommen." Vgl. Abteilung II (700-AB), VS-Bd. 52; B 150, Aktenkopien 1963.

[5] In Telegrammen an die Bundesminister Mende und Krone vom 28. Dezember 1963 ergänzte Bundeskanzler Erhard: „In dieser Frage kann nur in engstem Kontakt mit der Bundesregierung und den Alliierten gehandelt werden." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1963.

486

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson in Stonewall, Texas

Z A 5-155.A/63 geheim **28. Dezember 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler führte am 28. Dezember 1963 um 11.20 Uhr ein Gespräch unter vier Augen mit dem amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson auf dessen Ranch in Texas.

Einleitend bemerkte der *Präsident,* er fühle sich dem deutschen Volk sehr verbunden und betrachte den Herrn Bundeskanzler als einen sehr mächtigen europäischen Staatsmann. Aus diesen Gründen begrüße er es besonders, in einem so frühen Stadium seiner Regierungszeit mit dem Herrn Bundeskanzler Gespräche führen zu können.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, hinsichtlich des deutsch-amerikanischen Verhältnisses sehe er kein ernstes Problem. Gemeinsame Fragen seien die europäische Einheit, eine vernünftige Formel für die atlantische Partnerschaft sowie die wirtschaftliche europäische Integration, die auch eine gewisse politische Form bekommen müsse, damit Europa nicht mehr so aufgeteilt sei in Einzelstaaten wie heute. Er sei nicht ganz ohne Sorge. General de Gaulle habe er erklärt, es sei eine Tatsache, daß das deutsche Volk glücklich sei über die Aussöhnung mit Frankreich.[2] Dies könne jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß in vielen wesentlichen Fragen keine gemeinsame Grundlage mit Frankreich gefunden worden sei. Ohne kritisieren zu wollen, müsse er doch sagen, daß diese Tatsache lange Zeit verdeckt geblieben sei, weil das Verhältnis zwischen Dr. Adenauer und General de Gaulle so emotional oder sentimental gewesen und die politische Seite nicht genügend in den Vordergrund getreten sei, so daß die Haltung nicht ganz klar geworden sei. Jetzt aber seien diese Positionen völlig klar dargestellt. So habe die Bundesregierung zum Beispiel in Brüssel[3] einen harten Kampf gekämpft. Er selbst habe de Gaulle ganz eindeutig die deutsche Haltung erklärt, die sich nicht nur aus der deutschen Denkweise, sondern aus dem vitalen Interesse Deutschlands und der Verpflichtung Deutschlands gegenüber der Welt ergebe. Nach all den bösen Erlebnissen der Vergangenheit müsse Deutschland der Welt zeigen, daß es sich tatsächlich gewandelt habe. Deutschland wolle einen Beitrag zu einer friedlichen und freien Welt leisten.

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 4. Januar 1964 gefertigt.
Hat Staatssekretär Carstens am 4. Januar und Bundesminister Schröder am 11. Januar 1964 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu auch Dok. 421.

[3] Zur Tagung des Ministerrats der EWG vom 16. bis 23. Dezember 1963 in Brüssel vgl. Dok. 478, Anm. 2.

Der *Präsident* betonte, es sei jetzt eine gute Gelegenheit gegeben, nicht nur einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen, sondern auch zu zeigen, daß die beiden Staaten entschlossen seien, Seite an Seite zu stehen bei dem Versuch, ein Zusammenleben mit allen Völkern dieser Welt zu ermöglichen. Trotz der ungeheuren Fortschritte in Wissenschaft und Technik sei es immer noch nicht gelungen, diese Kunst des Zusammenlebens zu meistern. Die Verpflichtung gegenüber der Bundesrepublik sei total, wie er schon in Berlin erklärt habe.[4] Amerika erkenne in dem Herrn Bundeskanzler den Verantwortlichen der mächtigsten Nation Europas. Er bitte den Herrn Bundeskanzler, ihm seine Anregungen mitzuteilen, wie man die atlantische Partnerschaft einigen und stärken könne. Amerika sei auch bereit, den Herrn Bundeskanzler bei allen Unternehmungen, die er in Richtung auf eine Entspannung einschlage, zu unterstützen. Es freue ihn, daß dieser Besuch während der Weihnachtstage stattfinden könne, und er fühle sich ermutigt durch die Flexibilität und Vorstellungskraft, die der Herr Bundeskanzler in den ernsten Problemen zeige. Amerika verstehe de Gaulle und wolle fest mit ihm zusammenarbeiten. Er glaube nicht, daß es zwischen Amerika und Frankreich irgendwelche unvereinbaren Meinungsverschiedenheiten gebe. Andererseits könne der Herr Bundeskanzler vielleicht gewisse Anregungen geben, wie das französisch-amerikanische Verhältnis verbessert werden könne.

Präsident Johnson fuhr fort, besonders glücklich sei er über die Absprachen zwischen Herrn Strauß und Herrn McNamara betreffend die Rüstungskäufe[5], die es Amerika erlaubten, die sechs Divisionen in Deutschland aufrechtzuerhalten. Auch die Unterstützung durch die Bundesrepublik in der Kuba-Frage werde dankbar begrüßt, wenn es auch Amerika gerne sehen würde, daß die restlichen 5 bis 6 Millionen Handelsvolumen mit Kuba noch gestrichen würden.[6] Daß die Bundesregierung einen Verteidigungsetat in Höhe von 20 Milliarden habe, sei ebenfalls für Amerika sehr ermutigend, denn damit werde es ihm ermöglicht, auf dem Verteidigungssektor mehr zu tun. Vor allem aber müsse der Herr Bundeskanzler wissen, daß er (der Präsident) ihm vertraue, an ihn glaube, das deutsche Volk gerne habe und den Rat und das Urteil des Herrn Bundeskanzlers wünsche. Er hoffe, in den bevorstehenden zwei Tagen mit dem Herrn Bundeskanzler neue Möglichkeiten finden zu können.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, der Präsident trage die schwerste Bürde und die größte Verantwortung. Deshalb müßten alle Menschen guten Willens und alle freien Nationen ihn unterstützen. Deutschland habe das größte Interesse daran, daß die Vereinigten Staaten von Amerika die Führung in der

[4] Vizepräsident Johnson besuchte am 19./20. August 1961 Berlin (West). Für seine Erklärungen am 19. und 20. August 1961 in Bonn und Berlin (West), in denen er die Entschlossenheit der USA bekräftigte, die Freiheit von Berlin zu verteidigen, vgl. DzD IV/7, S. 148–153, S. 158 und S. 172f.

[5] Zu den Vereinbarungen zwischen Bundesminister Strauß und dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Gilpatric, vom 24. Oktober 1961 und vom 15. September 1962 vgl. Dok. 257, Anm. 37.

[6] Zu den Wirtschaftsbeziehungen mit Kuba hielt Staatssekretär Carstens am 20. Juni 1963 fest: „Die Bundesregierung erwägt zur Zeit nicht, den zwischen der Bundesrepublik und Kuba bestehenden Handels- und Schiffahrtsvertrag formell zu kündigen, da sie sich von einer solchen Kündigung im gegenwärtigen Zeitpunkt keine zusätzliche, über die bisher ergriffenen Maßnahmen hinausgehende Wirkung verspricht." Vgl. Abteilung I (I B 2), VS-Bd. 77; B 150, Aktenkopien 1963.

freien Welt übernehmen, was natürlich auch eine Last bedeute. Diese Last dürften jedoch die Vereinigten Staaten nicht alleine tragen, vielmehr fühle sich auch die Bundesrepublik dazu berufen. Hinsichtlich der Zahlungs- und Handelsbilanz habe die Bundesrepublik ihr Möglichstes getan, damit aus der Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in Deutschland keine zusätzlichen Lasten erwüchsen. Er halte dies für gut und glaube, daß das Problem auch in Zukunft gelöst werden könne.

Präsident *Johnson* warf an dieser Stelle ein, dies sei höchst wesentlich und gebe Amerika die Möglichkeit, das fortzuführen, was es bisher getan habe.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, um jegliches Mißverständnis zu vermeiden, wolle er sofort sagen, daß das ganze deutsche Volk über die Aussöhnung mit Frankreich glücklich sei, denn Europa wäre nicht denkbar ohne eine solche Aussöhnung. Andererseits habe er sich bei seinen Gesprächen mit General de Gaulle[7] bemüht, ihm klarzumachen, daß wir alle aufgerufen seien, die atlantische Partnerschaft zu stärken. De Gaulle unterscheide zwischen dem atlantischen Bündnis, dem er treu sei, was er in der Kuba-Krise[8], bei den Autobahnzwischenfällen[9] usw. bewiesen habe, und der NATO als Verteidigungsorganisation, die de Gaulle als nicht vollkommen bezeichne.[10] De Gaulle habe erklärt, dies sei nicht der Weg, den Frankreich gehen zu müssen glaube, und deswegen wolle er seine eigene Force de frappe[11] haben. Gleichzeitig habe de Gaulle jedoch erklärt, er verstehe, wenn Deutschland den Vereinigten Staaten voll vertrauen wolle und den nuklearen Schutz Amerikas wünsche. Frankreich jedoch wolle in dieser Beziehung auf eigenen Beinen stehen. Er habe de Gaulle gefragt, ob er irgendwelche Vorschläge zur Korrektur der NATO habe. De Gaulle habe dies verneint und auch erklärt, er wolle nicht auf seinen Vorschlag eines Dreierdirektoriums[12] zurückkommen. Doch gefalle ihm die Organisation der NATO nicht, wenngleich er dem atlantischen Bündnis absolut treu sei. Er (der Herr Bundeskanzler) habe darauf hingewiesen, Deutschland habe Verständnis dafür, wenn Frankreich seine Force de frappe entwikkeln wolle, und er glaube sogar, daß die Vereinigten Staaten dies tolerierten. Er habe sogar eine gewisses Verständnis dafür, wenn de Gaulle nicht alle seine Streitkräfte in die NATO integriere. Wofür er jedoch kein Verständnis hätte, sei, daß durch ein französisches Veto die Integration der übrigen NATO-Staaten verhindert werde. Er glaube, daß hier ein Ansatzpunkt in einem früheren oder späteren Gespräch des Präsidenten mit General de Gaulle liege. Es werde nicht möglich sein, de Gaulle von seiner Force de frappe oder von der Zurückhaltung nationaler Verbände[13] abbringen zu können. Ganz allgemein aber sollte man alles tun, um de Gaulle klarzumachen, daß er die weitere Entwicklung der NATO nicht hindern dürfe, wenn er wirklich für das at-

[7] Zu den Gesprächen am 21./22. November 1963 in Paris vgl. Dok. 421 und Dok. 423.

[8] Zur Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[9] Vgl. dazu Dok. 407, Anm. 7.

[10] Zur Haltung des französischen Staatspräsidenten zur NATO vgl. Dok. 423.

[11] Zur „force de frappe" vgl. Dok. 16, Anm. 6.

[12] Zu diesem Vorschlag des französischen Staatspräsidenten vgl. Dok. 49, Anm. 8.

[13] Zum Rückzug der französischen Mittelmeerflotte bzw. der Atlantikflotte aus der NATO vgl. Dok. 94, Anm. 19, und Dok. 194, Anm. 2.

lantische Bündnis sei. Wenn dies gelinge, würde auch die NATO-Freudigkeit anderer europäischer Länder, die zu wünschen übrig lasse, wieder gestärkt. Im Augenblick bestehe eine gewisse Malaise. Der Ausgang der britischen Wahlen[14] sei ungewiß, obgleich er einen konservativen Sieg wünsche. Auch die kleineren Länder seien nicht glücklich. Die Beneluxstaaten fühlten sich etwas in eine sekundäre Rolle gedrängt. Die EFTA-Länder befürchteten eine Diskriminierung durch die EWG. Auch er selbst mache sich hier Sorgen. Er glaube, daß Europa eines neuen Impulses bedürfe, denn nur ein geordnetes Europa könne in einer atlantischen Partnerschaft ein echter Partner sein. Er erwarte sehr viel von der Kennedy-Runde[15], und in den Brüsseler Verhandlungen habe die Bundesregierung die Kennedy-Runde immer in den Vordergrund gestellt. Europa dürfe sich nicht isolieren, sondern müsse weltoffen sein und insbesondere mit den Vereinigten Staaten zu einer guten Verständigung kommen. Es lägen hier jedoch gewisse Interessenunterschiede vor. Frankreich sei stärker protektionistisch, während Deutschland wisse, daß es nur bei einer weltoffenen Politik überhaupt leben könne, denn 30% des deutschen Handels auf der Export- und Importseite gehe auf die Weltmärkte.

An dieser Stelle warf Präsident *Johnson* ein, sein Landwirtschaftsminister[16] habe ihm erklärt, daß die amerikanische Bauernschaft sich wegen des mangelnden Zugangs zum Gemeinsamen Markt sehr errege.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte hierzu, einige der in Brüssel verabschiedeten Marktordnungen[17] beträfen natürlich auch amerikanische Interessen. In die Verordnungen sei jedoch eine Bestimmung aufgenommen worden, wonach die Marktordnungen revidiert werden könnten, wenn die Beziehungen zu Drittländern gestört würden. Im übrigen meine er, daß man darüber sprechen müsse, ob in der Kennedy-Runde für die Hauptnahrungsmittel nicht weltweite Abkommen getroffen werden sollten. Im übrigen tue er sein Bestes, um die europäischen Länder enger zusammenzubringen und für diesen Zusammenschluß möglichst auch eine politische Form zu finden.[18] De Gaulle, der ursprünglich nicht sehr dafür gewesen sei, sei nunmehr einverstanden, daß eine politische Union wieder diskutiert werde.[19] Er glaube, daß dies dazu beitragen könnte, einen weiteren Schritt in Richtung auf die atlantische Partnerschaft voranzukommen.

Präsident *Johnson* sagte, er sei dankbar für jeden Hinweis, wie das amerikanisch-französische Verhältnis verbessert werden könnte. Unvereinbare Meinungsverschiedenheiten bestünden nicht, und Amerika wolle zu einem vereinten Europa und einer stärkeren atlantischen Partnerschaft beitragen.

[14] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

[15] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[16] Orville F. Freeman.

[17] Zu den Beschlüssen des Ministerrats der EWG vom 23. Dezember 1963 bezüglich der Marktordnungen für Rindfleisch, Milch und Milchprodukte sowie Reis vgl. BULLETIN DER EWG 1/1964, S. 18–22. Vgl. ferner BULLETIN 1964, S. 39.
Die Marktordnungen traten am 1. Juli 1964 in Kraft. Vgl. dazu SIEBENTER GESAMTBERICHT (1964), S. 190–196.

[18] Vgl. dazu auch Dok. 442.

[19] Vgl. dazu Dok. 421.

Der Herr *Bundeskanzler* wies noch darauf hin, de Gaulle habe ihm sogar erklärt, als Deutscher würde er gegenüber Amerika die gleiche Politik betreiben wie die Bundesregierung es tue. Er werde Deutschland niemals vor die Alternative der Freundschaft mit Amerika oder Frankreich stellen. De Gaulle habe einen solchen Gedanken sogar als üblen Scherz zurückgewiesen und erklärt, er verstehe, daß Deutschland bei aller Freundschaft mit Frankreich das Bündnis mit Amerika als die Basis seiner Politik betrachte. In den politischen Fragen nehme de Gaulle eine sehr starre Haltung ein. Selbst bei einem kleinen Angriff, ja sogar bei etwas größeren Grenzzwischenfällen sei de Gaulle gegen eine Bekämpfung mit konventionellen Waffen und trete für einen sofortigen vollen nuklearen Schlag ein. De Gaulle sei gegen jegliche Gespräche mit Sowjetrußland und gegen alle Versuche, zu einem modus vivendi zu kommen.[20] Die Bundesregierung vertrete die Auffassung, daß sie zwar keinerlei Illusionen habe, als könnte der Friede plötzlich ausbrechen, daß aber trotzdem alles getan werden sollte, um die Schwelle eines heißen Krieges weiter wegzurükken. Auch in dieser Frage sei de Gaulle sehr starr und entschlossen. Man werde ihn sicherlich auch durch irgendwelche Konzessionen nicht zu einer stärkeren Mitarbeit in der NATO bewegen können. De Gaulle stehe zwar treu zum Bündnis als solchem, doch werde Frankreich in der NATO eigene Wege gehen. Offensichtlich überschätze de Gaulle seine Force de frappe. De Gaulle habe erklärt, er könne damit Rußland einmal zerstören, wenngleich Rußland Frankreich zehnmal zerstören könnte. Er (der Herr Bundeskanzler) habe darauf erwidert, die Rechnung gehe jedoch nicht auf, wenn Frankreich Rußland nur ein halbes, Rußland aber Frankreich dafür fünfmal zerstören könnte.[21]

Präsident *Johnson* erklärte, er habe dies schon 1960 bei de Gaulle festgestellt[22] und mache sich keine Illusionen über eine mögliche beweglichere Haltung de Gaulles. Er fühle sich jedoch besonders angeregt durch die neue Führung in Deutschland und den Wunsch des Herrn Bundeskanzlers, alle nur möglichen Wege zu einer besseren Verständigung zu erkunden. Er selbst halte es für notwendig, in ständigem Kontakt mit der Sowjetunion zu bleiben, wobei die Bundesrepublik voll informiert werde. Amerika werde immer von einer Position der Stärke aus führen. Gleichzeitig wäre er dankbar für jeglichen Hinweis oder eigene Unternehmungen des Herrn Bundeskanzlers, die dieser unter den bestehenden Umständen für gerechtfertigt halte.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Passierscheinfrage[23] einen nicht ungefährlichen Weg darstelle. Er sei in dieser Angelegenheit um so besorgter, als nach allerdings noch unbestätigten Meldungen die SBZ neue Gespräche unter Ausschaltung der Bundesregierung suche.[24] Es sei sicher, daß Ulbricht nicht aus humanitären Gründen gehandelt habe. Vielmehr habe er

[20] Zur Haltung des französischen Staatspräsidenten zu Ost-West-Gesprächen vgl. Dok. 334, Anm. 19.

[21] Vgl. dazu Dok. 423.

[22] Staatspräsident de Gaulle besuchte vom 22. bis 29. April 1960 die USA. Vgl. dazu DE GAULLE, Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958–1962, S. 255–259.

[23] Vgl. dazu vor allem Dok. 477.

[24] Vgl. dazu Dok. 485.

die Drei-Staaten-Theorie[25] untermauern wollen. West-Berlin jedoch als unabhängigen Staat ohne Bindungen an die Bundesrepublik zu betrachten, sei ein gefährliches Abenteuer. Man müsse sehr vorsichtig vorgehen, denn wenn auch nur der Eindruck in der Welt erweckt würde, daß West-Berlin nicht geschützt sei und nicht im Zusammenhang mit der Bundesrepublik gesehen werde, könnte dies sehr gefährliche Auswirkungen auch hinsichtlich des Zugangs nach Berlin und der Fragen haben, welche die amerikanischen Interessen und Garantien unmittelbar berührten. Er halte diese Sache für sehr ernst. Natürlich sei die Bundesregierung zu humanitären Schritten bereit. Alle Kommentare aus der kommunistischen Welt jedoch sprächen mit keinem Wort mehr von der humanitären Seite, sondern nur von den Abkommen zwischen der DDR-Regierung und dem Westberliner Senat. Dies sei sehr gefährlich. Die Bundesregierung sei noch nicht zu einer endgültigen Beurteilung gekommen, doch müsse man vorsichtig sein. Seines Erachtens könne man leichter mit Chruschtschow sprechen als mit Ulbricht, denn Ulbricht sei ein bloßer Satellit.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, was die Sowjetunion anbelange, so sei die große Frage, wie stark die Sowjetunion sei und wie groß ihre Bedrängnis sei. Er glaube, daß Chruschtschow sich tatsächlich in einer schwierigen Lage befinde. Bei den Wirtschaftskontakten mit den Satellitenstaaten[26] habe die Bundesregierung auch feststellen können, daß diese sich sehr viel selbstbewußter und unabhängiger benähmen. Chruschtschow sei also nicht mehr der absolute Machthaber wie Stalin. Der Konflikt mit Rotchina[27] sei kein bloß ideologischer Konflikt mehr, sondern vielmehr ein Machtkampf, wenn er auch im derzeitigen Stadium keine militärische Gefahr darstelle. Jedenfalls werde die Sowjetunion nicht mehr nur nach dem Westen blicken können. Die russische Volkswirtschaft könne unmöglich gleichzeitig folgende drei Aufgaben durchführen: a) die ungeheuren Summen, die durch Rüstung und Industrie in der modernen Technik verschlungen würden, insbesondere wenn Rußland Ostsibirien wirtschaftlich und sozial durchbluten wolle; b) die fortschreitende Verbürgerlichung und c) die Verbesserung des Lebensstandards. An irgendeiner Stelle müsse Rußland nachgeben. Die einzige Frage sei, wie dies geschehen werde. Geschehe es auf dem Verteidigungssektor, wäre vielleicht allmählich eine Verständigungsmöglichkeit gegeben. Was Deutschland anbelange, so wolle er sagen, daß die Bundesregierung natürlich nicht mit Ulbricht sprechen könne. Sollte sich jedoch Chruschtschow in einer schwierigen Lage befinden, so sei Deutschland bereit, große finanzielle und materielle Opfer zu bringen, welche Rußland entlasten könnten, wenn dafür ein Fortschritt in der Deutschlandfrage erzielt werde.

Auf die Zwischenfrage von Präsident *Johnson,* ob der Herr Bundeskanzler hier an bestimmte Dinge denke, erwiderte der Herr *Bundeskanzler,* er habe im Augenblick nichts ganz Konkretes im Auge. Er sei jedoch dankbar, daß es ge-

[25] Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 4.

[26] Zu den Verhandlungen mit Polen vgl. Dok. 114, mit Rumänien vgl. Dok. 388, mit Ungarn vgl. Dok. 339, mit Bulgarien vgl. Dok. 370 und mit der Tschechoslowakei vgl. Dok. 432.

[27] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 216, Anm. 23, sowie Dok. 367, Anm. 26 und Anm. 43.

lungen sei, in der Frage langfristiger Kredite an die Sowjetunion eine gemeinsame Haltung einzunehmen.[28] Würde der Westen jetzt in einen Wettlauf eintreten, Rußland langfristige Kredite anzubieten, um Chruschtschow aus seiner Bedrängnis zu helfen, so wäre dieser nur noch weniger bereit, politische Konzessionen zu machen. Die wirtschaftliche und die politische Seite müßten fest miteinander verbunden bleiben. Dies sei zwar nicht einfach, doch wäre die Bundesrepublik bereit, nicht nur Kredite zu geben, sondern echte Aufbauleistungen zu vollbringen, wenn dafür politische Gegenleistungen in Richtung auf die Selbstbestimmung und die Sicherung Berlins erzielt werden könnten. Dies aber sei keine Frage, die Deutschland selbst mit Chruschtschow besprechen könnte, denn Diktatoren hielten es für unter ihrer Würde, gegen materielle Vorteile politische Konzessionen zu geben. Es erhebe sich die Frage, ob Amerika in einem Gespräch mit Chruschtschow darauf hinweisen könnte, daß die Deutschen zu materiellen Opfern bereit seien, wenn auf dem Wege der Selbstbestimmung Fortschritte erzielt würden. Er wage dies im Augenblick nicht zu sagen, doch könnte darüber vielleicht noch diskutiert werden. Hier liege die entscheidende Frage. Alle übrigen Probleme seien kleine Randerscheinungen, in denen eine Verständigung zwar nützlich sein könnte, jedoch die Welt nicht verändern würde. Natürlich werde Chruschtschow das Pokerspiel bis zum Äußersten treiben. Dennoch sollte man in dieser Richtung Präziseres zu erfahren suchen.

Präsident *Johnson* las an dieser Stelle aus einem detaillierten Memorandum des Landwirtschaftsministers vor, wonach sich für die amerikanische Landwirtschaft aus den Brüsseler Marktordnungen große Nachteile ergeben. Die Untersuchungen hätten bereits gezeigt, daß allein eine 50%ige lineare Zollsenkung[29] die Amerikaner viel kosten würde. Wenn darüber hinaus noch der landwirtschaftliche Markt verloren ginge, wäre die Kennedy-Runde ein großer Verlust. Der Zugang zum Gemeinsamen Markt müsse unbedingt offen gehalten werden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er verstehe diese Sorgen völlig. Er habe bereits darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung in Brüssel einen harten Kampf für die Offenhaltung der Märkte gekämpft habe. Dies liege im Interesse der Bundesrepublik. Er könne nur sagen, daß er sich darüber freuen würde, wenn die Vereinigten Staaten im GATT hart operierten, denn er befürchte Tendenzen in der EWG in Richtung auf einen Protektionismus, die dem entgegenstünden, was auch er selbst für richtig hielte. Andererseits halte er die Lage nicht für so dramatisch, wie es in dem eben dargelegten Memorandum erscheine, denn es bestehe Einigkeit dahingehend, daß der Gemeinsame Markt immer einen Zuschußbedarf an Getreide haben werde. Er könnte sich vorstellen, daß eine Formel gefunden würde, die die Abnahme gewisser Mengen amerikanischen Getreides vorsehe. Dasselbe wäre bei Fleisch denkbar. Er werde weiterhin darauf achten, daß der Gemeinsame Markt nicht autark werde. Wäre Großbritannien (das im Augenblick allerdings nicht sprechbereit

[28] Vgl. dazu auch Dok. 411.

[29] Dies war das Ziel der Kennedy-Runde.

sei) dem Gemeinsamen Markt beigetreten[30], hätte dies natürlich einen offenen Markt und eine liberale Politik bedeutet. Heute sei das einzige Importland landwirtschaftlicher Waren in der EWG die Bundesrepublik, und alle EWG-Partner wollten ihre Überschüsse in Deutschland abladen. Dies entspreche aber nicht dem deutschen Interesse, denn Deutschland wolle weiterhin mit der ganzen Welt Handel treiben. Es bestehe also kein Interessengegensatz zwischen Amerika und Deutschland. Die einzige Frage sei, wie man einerseits die europäische Politik nicht scheitern lassen, andererseits die traditionellen Handelsströme offenhalten könne. Er glaube jedoch, daß eine Lösung gelungen sei. Schon der Rom-Vertrag[31] sehe vor, daß die traditionellen Handelsströme nicht gestört werden dürften. Darüber hinaus sei eine entsprechende Bestimmung auch in die bisherigen und neu verabschiedeten Marktordnungen aufgenommen worden.

Präsident *Johnson* kam dann auf den Anteil der Entwicklungshilfe im Bundeshaushalt zu sprechen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß dieser Betrag kaum auf ein Jahr zugeschnitten werden könne. Die Bundesrepublik habe im Augenblick feste Verpflichtungen in Höhe von 6 Milliarden, die sich natürlich über mehrere Jahre erstreckten. Die tatsächliche Verausgabung der Gelder hänge von den einzelnen Projekten ab. Der Betrag verringere sich im Laufe der Zeit, doch kämen neue Ausgaben immer wieder hinzu.

Präsident *Johnson* sagte, nach seiner Kenntnis weise der Bundeshaushalt für Entwicklungshilfe nur 188 Millionen aus.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, dies sei nur ein kleiner Teil der tatsächlich geleisteten Entwicklungshilfe. Hinzugerechnet werden müßten die Beiträge über internationale Organisationen, über den Sonderfonds für die assoziierten afrikanischen Länder[32] und die Ausgaben, die durch das neue System zum Anreiz privater Kapitalinvestierungen in Entwicklungsländern entstünden. Insgesamt könne er sagen, daß die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik sich auf rund 1% des Bruttosozialprodukts beziffere.[33]

Das Gespräch endete um 13.00 Uhr.[34]

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

[30] Zum Scheitern eines britischen EWG-Beitritts am 28./29. Januar 1963 vgl. Dok. 60.

[31] Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 10, Anm. 3.

[32] Zur Arbeit des Europäischen Entwicklungsfonds vgl. SIEBENTER GESAMTBERICHT (1964), S. 264–273.

[33] Zur Entwicklungshilfe der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 443.

[34] Vgl. weiter Dok. 488.

487

Deutsch-amerikanische Regierungsbesprechung in Stonewall, Texas

Z A 5-156.A/63 VS-vertraulich **28. Dezember 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen führte am 28. Dezember 1963 auf der Ranch von Präsident Johnson in Texas ein Gespräch mit Außenminister Rusk, an dem auf deutscher Seite Staatssekretär Professor Carstens, Staatssekretär Westrick, Botschafter Knappstein und später Ministerialdirektor Krapf und Ministerialdirigent Dr. Osterheld, auf amerikanischer Seite die Herren Tyler, McGhee, Creel und zu einem späteren Zeitpunkt die Herren Ball und Herter teilnahmen.

Außenminister *Rusk* sagte einleitend, es wäre vielleicht nützlich, wenn man sich zunächst über die Lage in Berlin unterhalten würde. Er habe den Eindruck, daß der Gang der Dinge dort nicht ohne weiteres vorhersehbar sei. Er bat daher den Herrn Bundesminister um eine Beurteilung der Situation und der wahrscheinlichen weiteren Entwicklung mit den möglichen Auswirkungen auf die Verantwortlichkeiten der drei Mächte.

Der Herr *Bundesminister* bemerkte, es wäre vielleicht gut, wenn Staatssekretär Carstens zunächst einen Überblick über die bisherige Entwicklung geben könnte, da sich daraus manches lernen lasse. Er selbst sei über die Situation etwas besorgt. Man habe sich auf der Grundlage des Briefes von Abusch[2] auf eine Entwicklung eingelassen, die keine Änderung in der Haltung der SBZ mit sich brachte. Man sei in eine schwierige Lage geraten, da man nach Beginn der Sache auch einen gewissen Erfolg sehen wollte und da die Gespräche unter größerer Beteiligung und unter größerem Druck der Öffentlichkeit stattgefunden hätten, als ursprünglich angenommen worden sei.[3] Deshalb befinde man sich nun in einer Lage, wo man das Für und Wider der Entwicklung sehr sorgfältig prüfen und die äußersten[4] Grenzen festlegen müsse, bis zu denen[5] man Konzessionen machen könne. Darüber müsse man sich im klaren sein, da

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 6. Januar 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 11. Januar 1964 vorgelegen.

[2] Zum Schreiben des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DDR vom 5. Dezember 1963 vgl. Dok. 452, Anm. 2.

[3] Der Wortlaut der drei vorangehenden Sätze ging auf handschriftliche Einfügungen und Streichungen des Bundesministers Schröder zurück. Vorher lautete der Passus: „Er selbst sei über die Situation etwas besorgt, denn wenn man sich auf der Grundlage des Briefes von Abusch auf eine Entwicklung eingelassen habe, die eine Änderung in der Haltung der SBZ mit sich bringe, gerate man in eine schwierige Lage, da man nach Beginn einer Sache auch einen gewissen Erfolg sehen wolle und da die Gespräche unter größter Beteiligung und unter größerem Druck der Öffentlichkeit stattgefunden hätten, als ursprünglich angenommen worden sei."

[4] Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „äußeren".

[5] Die letzten drei Wörter wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „wo".

er befürchte, daß die SBZ versuche, die Entwicklung weiter zu forcieren und unter Anwendung eines starken Druckes eine schwierige Lage schaffen könnte.

Staatssekretär Professor *Carstens* gab sodann einen chronologischen Überblick über die Entwicklung, die zu der Passierscheinregelung[6] geführt hat, und stellte zum Schluß seiner Darstellung fest, daß sich seiner Ansicht nach in dem ganzen Verfahren ein Fehler gezeigt habe, daß nämlich zwischen der Bundesregierung und dem Berliner Senat keine genügende Koordination bestanden habe. Er halte es daher für wichtig, daß die Bundesregierung einen besonderen Vertreter in Berlin ernenne, und daß nur im Einvernehmen mit ihm Regelungen mit der anderen Seite getroffen werden sollten.

Außenminister *Rusk* fragte, ob die Kommandanten[7] konsultiert worden seien, bevor der Brief abgeschickt worden sei, in welchem der Regierende Bürgermeister und der Senat erwähnt worden seien.[8]

Staatssekretär *Westrick* sagte, er glaube, dies sei der Fall gewesen.

Botschafter *McGhee* wies jedoch darauf hin, daß eine Konsultation nicht in jedem Stadium der Gespräche erfolgt sei. So habe die amerikanische Seite den Abusch-Brief beispielsweise erst später bekommen als die Bundesregierung.

Staatssekretär Professor *Carstens* betonte, daß die engstmögliche Konsultation unerläßlich sei. Die Bundesregierung habe die Berliner Stellen auch darauf hingewiesen, daß ihr Nachrichten vorlägen, nach denen die andere Seite unter sowjetischem Druck stünde, ihre eigene starre Haltung etwas zu lokkern.[9]

Außenminister *Rusk* hob den dramatischen und scharfen Gegensatz hervor, der in der Tatsache bestehe, daß aufgrund der getroffenen Regelung die Westberliner zwar nach Ostberlin, die Ostberliner aber nicht nach Westberlin dürften. Durch diese Regelung werde der Gegensatz zwischen Ost- und Westberlin doch nur besonders betont. Staatssekretär *Westrick* wies darauf hin, daß die Regelung als solche innerhalb der Führungsgremien der SBZ stark umstritten gewesen sein solle.

Außenminister *Rusk* sagte informell und persönlich, er glaube, die Bundesrepublik und Westberlin hätten eine enorme Anziehungskraft auf Ostberlin und die Ostdeutschen. Wenn die Kontakte mit Ostberlin und der Zone vertieft werden könnten, würde dies nur zu einer Stärkung der Position der Bundesrepublik und damit praktisch zu einer De-facto-Wiedervereinigung führen. Deswegen sollten, soweit möglich, derartige Schritte ermutigt werden. Andererseits wisse man natürlich nicht, was die sowjetische oder ostdeutsche Seite im Schilde führe. Man müsse deshalb sehr sorgfältig zu Werke gehen, um die

[6] Zum Passierschein-Abkommen vom 17. Dezember 1963 vgl. Dok. 477, Anm. 4.

[7] James Hilliard Polk (USA), David Yates (Großbritannien) und Pierre Toulouse (Frankreich).

[8] Vgl. dazu Dok. 477, Anm. 3.

[9] Vgl. dazu auch Dok. 473. Staatssekretär Carstens hielt in seiner Gesprächsaufzeichnung vom 28. Dezember 1963 hierzu die Anregung des amerikanischen Außenministers Rusk fest, „durch die Nachrichtendienste zu klären, ob Gromyko in dieser Sache auf Ulbricht einen Einfluß ausgeübt habe". Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1963.

Verantwortlichkeiten der drei Mächte für Westberlin[10] nicht zu gefährden. Wenn die drei Westmächte sozusagen für jede Notlandung verantwortlich seien, dann müßten sie aber auch für jeden Start verantwortlich sein. Die drei Kommandanten, die in Berlin besondere Aufgaben wahrzunehmen hätten, müßten deshalb voll konsultiert werden. Amerikanischerseits habe man keinerlei Einwände gegen die Herstellung von Kontakten, doch müsse man immer daran denken, wie sich dies auf die Verantwortlichkeiten der drei Kommandanten auswirken könnte.[11]

Botschafter *McGhee* wies darauf hin, daß sich die französischen Einwände auf den Hinweis gestützt hätten, die Position der drei Mächte könnte gefährdet werden.[12]

Außenminister *Rusk* erinnerte an die Gespräche in Paris anläßlich der NATO-Konferenz[13] und sagte, man sei der Auffassung gewesen, daß der Punkt erreicht sei, an dem man nicht mehr nein sagen könnte. Aber alles, was die Besatzungsrechte, auf die sich die Anwesenheit der drei Westmächte in Berlin stütze, aushöhlen oder untergraben könne, wäre außerordentlich gefährlich. Deswegen müsse man klar sehen, bis zu welcher Grenze man gehen könne.

Herr *Tyler* fragte, wie sich die Zuständigkeit des von Herrn Staatssekretär Professor Carstens erwähnten besonderen Vertreters der Bundesregierung in Berlin von denen Herrn von Eckardts unterscheiden würden.

Der Herr *Bundesminister* sagte, hierbei handle es sich nur um eine Personenfrage. Es sei nicht an eine neue Institution gedacht.

Staatssekretär *Carstens* regte an, ob es nicht besser wäre, wenn die Entscheidungen nicht unmittelbar an Ort und Stelle, sondern aus einer gewissen Entfernung getroffen würden, von wo aus sich ein besserer Überblick und eine leichtere Koordinierung ermögliche. Er schlug vor, daß dies möglicherweise in Bonn geschehen könnte.

Außenminister *Rusk* sagte, er habe den Eindruck, daß während der letzten 5, 6 Jahre die Bundesrepublik und Westberlin ihre Anziehungskraft auf Ostberlin und die Zone unterschätzt hätten und oft unnötigerweise nervös gewesen seien. Er gehe davon aus, daß sich Kontakte mit dem Osten zugunsten des Westens auswirken müßten. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die sogenannte Abstimmung mit den Füßen, welche die Ostdeutschen vor Errichtung der Mauer vollzogen hätten. Die amerikanische Regierung verfolge die Herstellung von Kontakten ohne Sorge, doch setze dies voraus, daß nichts geschehe, was den Eindruck erwecke, als habe sich die Haltung der drei Westmächte hinsichtlich Berlins geändert. Hier gehe es um eine Sache von Leben und Tod. Er selbst verfolge die Bemühungen West-Berlins mit größtem Ver-

[10] Zum Besatzungsstatut für Berlin (Fassung vom 5. Mai 1955) vgl. DzD III/1, S. 6–9.

[11] Laut Gesprächsaufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 28. Dezember 1963 äußerte der amerikanische Außenminister zu dieser Frage: „Hinsichtlich der formalen Fragen (Unterzeichnung) sind wir nicht so stark interessiert, aber alles, was unsere Position als Besatzungsmacht tangiert, muß sehr sorgfältig beachtet werden." Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 425; B 150, Aktenkopien 1963.

[12] Vgl. dazu auch Dok. 468.

[13] Zur Tagung des NATO-Ministerrats vom 16./17. Dezember 1963 vgl. Dok. 481. Vgl. auch Dok. 473.

ständnis und Wohlwollen. Es treffe sicher zu, daß nach der Passierscheinregelung die Mauer nicht mehr die gleiche sei wie früher.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er sei nie so optimistisch gewesen. Was die Entwicklung der letzten 5, 6 Jahre angehe, so sei er sehr viel reservierter gewesen. Man müsse doch zumindest theoretisch einmal die mögliche Entwicklung bis zum Ende durchdenken, ehe man zu einem Urteil gelange. Sicher sei die Anziehungskraft West-Berlins und der Bundesrepublik auf Ost-Berlin und die Zone stark. Deswegen gingen wir von der einzigen Hoffnung aus[14], daß die Selbstbestimmung, wenn sie Anwendung fände, zu jenem Zustand führen würde, den der Westen anstrebe. Grundlage dieser Hoffnung hinwiederum sei es, daß die Bevölkerung der Zone für den Westen optieren werde, falls die Selbstbestimmung gewährt würde. Die Frage, um die es gehe, laute, wie weit diese Situation ausgenutzt werden könne, um zu einer Änderung vorhandener Institutionen zu gelangen. Wenn etwas geschehe, ohne daß sich die Institutionen änderten, dann wirke sich das nur zum Vorteil der anderen Seite aus. Das Regime der Zone gebe sich dann den Anschein, menschlicher zu sein als es allgemein angenommen werde, und die Öffentlichkeit werde sagen, man könne mit jenen Leuten verhandeln, und das Ergebnis sei auch ganz erfreulich. Dadurch werde die Anziehungskraft unter Mißbrauch auf die andere Seite verlagert und von ihr zu ihrem Vorteil ausgenutzt. Deshalb müsse man die Lage klar sehen und sich vor voreiligen Schlußfolgerungen hüten. Anderenfalls werde es zu Regelungen kommen, die nur den Status quo festigen würden. Es gebe allerdings auf seine Frage eine theoretische Antwort. Diese laute, man müßte es so weit kommen lassen, daß man praktisch von einer Quasi-Anerkennung spreche, um auf diese Weise in die Zone hineinzuwirken, und dann eine Änderung zustande zu bringen. Er halte dies aber für völlig falsch. Das würde nur jene bestätigen, die schon immer gefordert hätten, daß die Deutschen an einen Tisch sollten und daß eine Art deutsche Konföderation[15] gebildet werden müßte. Was derzeit getrieben werde, sei keine eigene Politik, sondern ein zögerndes Eingehen auf Initiativen, die von der anderen Seite her kämen. Deswegen müsse man sich fragen, wo könne man aufhören, ohne sich in Gegensatz zur öffentlichen Meinung der Welt zu setzen.

Botschafter *McGhee* fragte, ob der Herr Minister glaube, daß die Passierscheinregelung auf die Rede von Herrn Mende[16] zurückzuführen sei.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er wolle offen seine persönliche Ansicht darlegen. Es sei zwar schwierig zu beweisen, doch glaube er nicht, daß diese Rege-

[14] Der Wortlaut des Passus „und die Zone stark ... Hoffnung aus" ging auf handschriftliche Einfügungen und Streichungen des Bundesministers Schröder zurück. Vorher lautete er: „und die Zone stark, wenn man von der einzigen Hoffnung ausgehe".

[15] Zum Vorschlag einer Konföderation beider deutscher Teilstaaten vgl. Dok. 54, Anm. 11.

[16] Am 30. November 1963 erneuerte Bundesminister Mende auf der Jahrestagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" in Berlin (West) die Bereitschaft, der DDR Kredite zu gewähren, betonte aber, daß man nach dem Prinzip „Do ut des" auch „Zeichen des guten Willens der anderen Seite" erwarte. Diese bezögen sich „erstens auf menschliche Erleichterungen, auf Menschlichkeit für die politischen Häftlinge in Mitteldeutschland; zweitens auf das Recht der West-Berliner, genauso ihre Verwandten und Bekannten in Ost-Berlin besuchen zu dürfen, wie es die Bürger der Bundesrepublik in Ost-Berlin tun; über die Formen eines solchen Personenverkehrs kann man reden". Vgl. DzD IV/9, S. 955–960, hier S. 958.

lung etwas mit der Rede von Herrn Mende zu tun habe, da die andere Seite wiederholt während der letzten ein oder zwei Jahre Möglichkeiten dieser Art angedeutet habe. Einen Tag bevor der Brief geschrieben worden sei habe er vor dem außenpolitischen Ausschuß gesagt, daß er keinerlei Aussichten sehe, für Weihnachten zu einer Regelung zu gelangen.[17] Er habe allerdings darauf hingewiesen, daß er sich auch frage, wie lange man es durchhalten könne, der anderen Seite zu sagen, daß man mit ihr nicht sprechen könne, da man sie nicht für einen legitimen Gesprächspartner halte. Er habe ferner gesagt, daß die West-Berliner vernünftig seien und vor allem auch die Zeitungen darauf aufmerksam machten, daß eine Abmachung mit dem Osten einen Schritt darstellen würde auf dem Weg zur Anerkennung des Regimes und zur Bestätigung einer von der Bundesrepublik unabhängigen Rolle Berlins, was der Drei-Staaten-Theorie[18] und der Konzeption einer freien Stadt Berlin näher kommen würde. Hätte er damals den Brief schon gekannt, so hätte er gesagt, daß dies keine Grundlage wäre. Er befürchte, daß man auf diese Weise auf eine schiefe Ebene komme, von der es schwierig sei, wieder herunterzukommen. Er sei der Auffassung, daß es für diese Sache zu früh gewesen sei. Was die Weihnachtssentimentalität angehe, so habe er dafür persönlich volles Verständnis, doch handle es sich bei dieser Maßnahme um einen unpolitischen Schritt, den er für einen Fehler halte. Er wolle darauf hinweisen, daß immer wieder von der Anziehungskraft West-Berlins und der Bundesrepublik gesprochen werde, doch habe ihm bisher niemand eine vollständige Theorie entwickeln können, die bis zum Ende durchgedacht gewesen sei und bewiesen hätte, wie man durch diese Kontakte tatsächlich weiterkomme. Er frage sich, ob es eine solche Theorie gebe und welche Änderungen innerhalb der DDR herbeigeführt werden könnten, die uns der Wiedervereinigung in unserem Sinne näherbringen könnten. Wenn das Argument der Kontakte gebraucht werde, um nur zu einer Verbesserung der menschlichen Beziehungen zu führen, dann akzeptiere er es. Wenn es aber darum gehe, mit den Kontakten eine ernsthafte politische Änderung und einen Wandel des Status quo auf der Grundlage der Selbstbestimmung herbeizuführen, dann müßten die Voraussetzungen verbessert werden. Wenn man zu einer Quasi-Anerkennung und damit zu einer Konsolidierung des SBZ-Regimes komme, so werde das niemand richtig verstehen. Dies wäre auch das Ende der bisherigen Deutschland-Politik und nicht der Anfang einer größeren Aktivität.

Außenminister *Rusk* wies darauf hin, daß von allen NATO-Verbündeten die Vereinigten Staaten von Amerika die geringsten Kontakte mit der SBZ hätten. Er sei aber andererseits beeindruckt von dem fortgesetzten und immer wieder zum Ausdruck kommenden Wunsch der Bevölkerung der SBZ, mit ihren Landsleuten vereinigt zu werden. Dies zeige auch die Zahl der Überläufer. Wenn er russischer General wäre, wüßte er nicht, wie er die Zuverlässigkeit der Streitkräfte der SBZ einschätzen sollte. Er sehe darin Elemente, die auf eine Änderung des Status quo hin wirkten. Hierzu gehöre auch die Politik der Bundesregierung gegenüber den osteuropäischen Staaten. Durch sie werde je-

[17] Zur Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten vom 5. Dezember 1963 vgl. Referat L 1, VS-Bd. 70.

[18] Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 4.

nen Staaten die Furcht vor den Deutschen allmählich genommen und damit die Hoffnung auf die Wiedervereinigung gestärkt. Westeuropa sei gegenüber Osteuropa in einer sehr starken Position. Man müsse sich nur einig darüber sein, wie diese Tendenzen zum Vorteil des Westens ausgenützt werden könnten.

Der Herr *Bundesminister* sagte, was die Politik gegenüber Osteuropa angehe, so teile er die Auffassung von Herrn Rusk, doch könne man von dieser langfristigen Politik keine raschen Ergebnisse erwarten. Man glaube aber andererseits zu wissen, daß Ulbricht in zunehmendem Maße nervös werde wegen der Kontakte, die nunmehr mit Warschau, Bukarest und Budapest hergestellt seien[19] und vielleicht auch mit Sofia und Prag hergestellt würden.[20] Allerdings brauche diese Politik Zeit. Wenn aber von den Russen den Leuten in der SBZ gesagt werde, sie sollten einmal eine andere Politik versuchen, so täten die Sowjets dies sicher nicht, um damit dem Westen entgegenzukommen, sondern um das Regime in der Zone zu konsolidieren, da dies leichter sei, wenn man nach außen hin nicht stalinistisch, sondern human auftrete. Nur so müsse die sowjetische Empfehlung verstanden werden. Was die Einstellung der Streitkräfte der SBZ angehe, so sei man in der Bundesrepublik während der letzten Jahre davon ausgegangen, daß die Zuverlässigkeit im Ernstfall höchstens 50/50 wäre. Die Sowjets wüßten dies auch und arbeiteten deshalb auch daran, diese Einheiten verläßlicher zu machen. Für die Bewachung von Berlin würden nur ausgesuchte Polizeitruppen eingesetzt. Was Herr Rusk von einer Änderung in der Struktur des Regimes erwarte, könne nur jemand erwarten, der nicht erlebt habe, wie stark eine totalitäre Minderheit die Masse eines Volks in der Gewalt haben könne. In Polen seien beispielsweise 90% der Bevölkerung sicher keine Kommunisten, und dennoch übe die kommunistische Partei und ihre Regierung die Gewalt aus. Eine bewaffnete kommunistische Elite sei dazu immer in der Lage. Die gleiche Erfahrung mit einem totalitären Regime habe man in Deutschland gemacht. Es gebe nur zwei Möglichkeiten eines Wandels: interne Änderungen oder Interventionen. Was die Nationalsozialisten angehe, so wären sie ohne Intervention von außen an der Macht geblieben, selbst wenn man gewisse soziologische Änderungen innerhalb des Regimes berücksichtigen würde. Wenn man aber die Möglichkeit einer Intervention ausschließe, was die westliche Politik tue, so dürfe man nicht glauben, daß sich derartige Regime so veränderten, daß Hoffnung auf einen grundlegenden Wandel in der vom Westen erwarteten Weise bestehe.

Der Herr Bundesminister ging sodann noch einmal auf die Frage der Konsultation im Hinblick auf Berlin ein. Bei der Konsultation müßten der Senat, die Kommandanten, die Botschaften und die Bundesregierung berücksichtigt werden. Er frage sich, ob es nicht zweckmäßiger wäre, die Konsultationen in Bonn vorzusehen. Wenn die Bundesregierung dann auch noch einen Vertreter in Berlin hätte, wäre mehr Sicherheit für eine bessere Koordinierung gegeben.

[19] Zu den Abkommen vom 7. März 1963 mit Polen, vom 17. Oktober 1963 mit Rumänien und vom 10. November 1963 mit Ungarn vgl. Dok. 114, Anm. 4, Dok. 388, Anm. 10, und Dok. 339, Anm. 14.

[20] Zu den Verhandlungen mit Bulgarien und der Tschechoslowakei vgl. Dok. 370 und Dok. 432.

Außenminister *Rusk* sagte, wenn man sich darüber einige, müsse ein eindeutig festgelegtes Verfahren bestehen. Er wies auf die Verantwortlichkeit hin, welche die Vereinigten Staaten für Berlin trügen, und man müsse den deutschen Vorschlag sehr sorgfältig prüfen, denn angesichts der von den Vereinigten Staaten eingegangenen Verpflichtungen wolle man nichts tun, was die psychologische Lage der Berliner beeinträchtigen könnte.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* wies darauf hin, daß es im Grunde um die Frage gehe, ob man Berlin gesamtdeutsche Politik machen lassen solle. Gegenwärtig mache Berlin eine solche Politik und nicht die Bundesrepublik oder die Verbündeten. Dies sei nicht nur eine Gefährdung für die Alliierten, sondern auch das Gegenteil der bisherigen Politik.

Außenminister *Rusk* sagte, er halte es nicht für verkehrt, daß zu Weihnachten die Passierscheinregelung getroffen worden sei, stimmte aber darin überein, daß man in besserem Kontakt als bisher miteinander bleiben müsse.

Herr *Tyler* bemerkte, daß die Sicherheit Berlins auf der Anwesenheit der drei Mächte beruhe, die sich aus dem Besatzungsrecht herleite. Jedes neue Konsultationsverfahren dürfe diese Rechte in keiner Weise beschränken. Auch er wies auf die psychologische Gefahr hin, die Konsultation nicht mehr in Berlin selbst erfolgen zu lassen.

Der Herr *Bundesminister* wiederholte, daß man sich bemühen müsse, die Dinge bis zum Ende zu durchdenken. Es reiche nicht aus, wenn man nur einen netten Anfang habe, dann aber ins Blaue hinein weitermache. Was man benötige, sei eine strategische Konzeption, da optimistische Erwartungen oder dilettantischer Optimismus allein nicht genug seien.

Außenminister *Rusk* sagte, es sei wichtig, daß man mit Herrn Brandt in engster Verbindung bleibe und daß der Westen hinsichtlich der einzuschlagenden Richtung in sich einig und geschlossen sei. Der westlichen Position würde großer Schaden zugefügt, wenn die West-Berliner mit der Politik des Westens nicht zufrieden wären. Er teilte vertraulich mit, daß es nur eine Bedingung gebe, unter der die amerikanischen Streitkräfte aus Berlin zurückgezogen würden. Sie bestünde darin, daß die Berliner selbst sagten, sie wollten keine amerikanischen Truppen mehr bei sich haben. Solidarität und Einheit des Westens seien daher unerläßlich.

Der Herr *Bundesminister* erklärte, daß die Ansichten heute leider etwas stärker auseinandergingen als früher. Brandt versuche, zwischen den verschiedenen Richtungen zu vermitteln. Die Berliner Presse zum Beispiel sei enttäuscht gewesen über die Haltung der Bundesregierung und habe den Vorwurf erhoben, daß man nicht strikt genug gewesen sei. Damit habe sich die Berliner Presse in Gegensatz zu der Auffassung weiter Kreise der Bevölkerung gesetzt. Hierdurch werde die Lage noch zusätzlich kompliziert.

Außenminister *Rusk* brachte das Gespräch sodann auf die Ergebnisse der jüngsten Brüsseler Konferenz[21] und erteilte Herrn Ball das Wort.

[21] Zur Tagung des Ministerrats der EWG vom 16. bis 23. Dezember 1963 in Brüssel vgl. Dok. 478, Anm. 2. Zu den Ergebnissen vgl. Dok. 486, Anm. 17.

Herr *Ball* sagte, man warte noch auf genaue Nachrichten über das Ergebnis der Brüsseler Konferenz. Man habe auf amerikanischer Seite den Eindruck gewonnen, daß auf einigen Gebieten wichtige Fortschritte erzielt worden seien. Andererseits schienen aber auch gewisse Kompromisse zustande gekommen zu sein, die eine beunruhigende Wirkung hätten. Hinsichtlich weiterer Fragen sei man sich über die Bedeutung der gefaßten Beschlüsse noch nicht im klaren. Jedenfalls gingen die Ergebnisse weit über den Bereich der Landwirtschaft hinaus und hätten große politische Bedeutung. Man habe mit Freude und Genugtuung den Eindruck gewonnen, daß sich ein neuer und stärkerer Geist der europäischen Einheit wieder durchgesetzt habe und der Ministerrat in der Lage gewesen sei, größere Fortschritte als früher zu erzielen. Desgleichen habe wohl die Kommission eine stärkere Führungsrolle übernommen als in der Vergangenheit. Vom handelspolitischen Standpunkt aus gesehen seien es vor allem zwei Fragen, die Besorgnis verursachten: die Disparitäten und der begrenzte Bereich der landwirtschaftlichen Fragen.

An dieser Stelle verließen der Herr Bundesminister und Außenminister Rusk die Sitzung und begaben sich zum Präsidenten und zum Herrn Bundeskanzler.[22]

Herr *Herter* sagte, man sei noch nicht in der Lage gewesen, die Ergebnisse von Brüssel genau zu analysieren und sei sich vor allem darüber nicht im klaren, ob die dort getroffenen Entscheidungen endgültig oder negoziabel seien.

Herr *Ball* sagte, eine der Hauptschwierigkeiten bestehe darin, daß die EWG in internen Verhandlungen ihre eigene Position immer erst klären müsse und keine eigene Politik entwickeln könne.

Staatssekretär *Westrick* sagte unter Hinweis auf den von französischer Seite ausgeübten Druck[23], daß es doch ein politischer Erfolg sei, wenn sich die Sechs auf eine Grundlage geeinigt hätten, die von allen Partnern akzeptiert worden sei. Deshalb glaube er auch, daß die Ergebnisse in den bevorstehenden Verhandlungen mit den Amerikanern negoziabel seien. Zunächst sei es aber darauf angekommen, eine Verständigung unter den Sechs zu erreichen.

Herr *Herter* dankte für den deutschen Beitrag zum Gelingen der Verhandlungen und hob hervor, daß sich die deutsche Seite offensichtlich darum bemüht habe, die Politik der Gemeinschaft so weltoffen wie möglich zu gestalten. Was die Frage der Disparitäten angehe, so liege die Schwierigkeit nicht so sehr im Verhältnis zwischen der EWG und den Vereinigten Staaten als vielmehr mit den EFTA-Ländern und sonstigen Drittländern. Hier sehe man hauptsächlich Schwierigkeiten mit den Niedrigzolländern voraus.

Staatssekretär *Westrick* hob noch einmal hervor, daß die Tatsache, daß der Kommission ein Mandat für die Verhandlungen der Kennedy-Runde erteilt worden sei[24], den Schluß zu erlauben scheine, daß die getroffenen Regelungen negoziabel seien. Was die EFTA-Länder angehe, so sei vereinbart worden, daß die traditionellen Handelsbeziehungen mit den skandinavischen Ländern berücksichtigt werden müßten. Im Wege weltweiter Abkommen könnte auch den

[22] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson vgl. Dok. 486.

[23] Vgl. dazu Dok. 482.

[24] Vgl. dazu BULLETIN 1964, S. 39.

amerikanischen Exportinteressen für Getreide Rechnung getragen werden. Somit glaube er, daß die Ergebnisse negoziabel seien, da andernfalls das Mandat wenig Sinn hätte. Er erinnerte daran, daß im vergangenen Mai in Genf die Verhandlungen auch hoffnungslos ins Stocken geraten seien, daß es dann aber eine gemeinsame deutsch-amerikanische Initiative gewesen sei, die geholfen habe, den toten Punkt zu überwinden.[25]

Staatssekretär Professor *Carstens* wies auf die allgemeine Erklärung hin, die für jede der Verordnungen gelte, daß nicht nur die Produktion innerhalb der EWG, sondern auch parallel damit der internationale Handel ausgeweitet werden sollte.

Herr *Herter* sagte sodann, man wisse auch noch nichts Genaues über das Verfahren der variablen Abschöpfung.[26] Zum Verfahren fragte er, ob die Ausnahme für die Einfuhr dänischen Rindfleisches[27] auf eine rein deutsche Entscheidung zurückgehe, oder ob dazu die Billigung der anderen Partner erforderlich gewesen sei.

Staatssekretär *Westrick* wies darauf hin, daß dies nur mit Billigung der anderen Vertragspartner möglich gewesen sei.

Abschließend bemerkte Herr *Herter* zur Frage der Disparitäten, daß jetzt in Brüssel in Aussicht genommene Verfahren führe dazu, daß sich die Zahl der Fälle auf amerikanischer Seite um 250 und auf Seite der EWG um 500 erhöhe. Dies bedeute eine Ausweitung der Disparitätsregel.

Staatssekretär *Carstens* bemerkte hierzu, dies sei ihm neu, denn nach den ihm vorliegenden Informationen sei das Gegenteil der Fall, und die neue Regelung sollte zu einer Verminderung der Fälle führen.

Es wurde vereinbart, die Frage im Laufe weiterer Gespräche zu vertiefen.[28]

Das Gespräch endete kurz nach 13.00 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

[25] Zur Ministertagung der GATT-Vertragspartner vom 16. bis 21. Mai 1963 und dem dort unterbreiteten Kompromißvorschlag des Bundesministers Erhard vgl. Dok. 206, Anm. 37.

[26] Vgl. dazu Dok. 113, Anm. 6.

[27] Zu den deutschen Verpflichtungen gegenüber Dänemark vgl. Dok. 461, Anm. 14.

[28] Vgl. dazu weiter Dok. 488.

488

Deutsch-amerikanische Regierungsbesprechung in Stonewall, Texas

Z A 5-158.A/63 geheim **28. Dezember 1963**[1]

Aufzeichnung über die Besprechung, die am 28. Dezember 1963 nachmittags auf der Ranch von Präsident Johnson – in größerem Teilnehmerkreis – stattfand. Da Herr Kusterer dem Herrn Bundeskanzler die Ausführungen der amerikanischen Gesprächspartner flüsternd übersetzte, konnte er nur die Ausführungen der deutschen Sprecher festhalten. Die Ausführungen der amerikanischen Sprecher hat der Unterzeichnete festgehalten. Die nachstehende Aufzeichnung ist im wesentlichen eine Zusammensetzung der Gesprächsnotizen von Herrn Kusterer und dem Unterzeichneten.

Auf Veranlassung von Präsident Johnson eröffnete Außenminister *Rusk* die Besprechung mit der Bitte, Herr Bundesminister Schröder möge einige Ausführungen über die Verhandlungen von Brüssel[2] machen.

Bundesminister *Schröder* wies zunächst auf das synchronisierte Arbeitsprogramm hin, das am 9. Mai 1963 in Brüssel[3] verabschiedet worden war. Wesentliches Ziel der deutschen Seite sei dabei gewesen sicherzustellen, daß der Gemeinsame Markt, insbesondere auf dem landwirtschaftlichen Sektor, nicht nur intern weiterentwickelt, sondern gleichzeitig zu einer weltoffenen Einrichtung gemacht werde, insbesondere im Hinblick auf die Kennedy-Runde.[4] Das Problem sei sehr schwierig gewesen, weil das Interesse Frankreichs und eines Teils der übrigen Partner stärker der Entwicklung der Landwirtschaftspolitik als der Festlegung für die Kennedy-Runde gegolten habe. Eine weitere Schwierigkeit liege darin, daß man bei einer Verhandlung wie der Kennedy-Runde nicht schon vor ihrem Beginn alle Einzelheiten festlegen konnte. Es habe die Gefahr bestanden, daß die Brüsseler Verhandlungen gescheitert wären. Als Frankreich aber erkannt habe, daß es die Bundesregierung ernst meine, habe es eine positivere Haltung eingenommen. Die Regelung vom 23. Dezember[5] sei dementsprechend zu einem Kompromiß zwischen den Landwirtschaftsfragen einerseits und der Kennedy-Runde andererseits geworden. Eine gewisse Veränderung der französischen Haltung hinsichtlich der Kennedy-Runde habe auch darin ihren Niederschlag gefunden, daß de Gaulle in

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, gefertigt.
Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 30. Dezember 1963; Abteilung II (II 6), VS-Bd. 207; B 150, Aktenkopien 1963.

[2] Zur Tagung des Ministerrats der EWG vom 16. bis 23. Dezember 1963 in Brüssel vgl. Dok. 478, Anm. 2.

[3] Vgl. dazu Dok. 161, Anm. 3, und Dok. 218, Anm. 32.

[4] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

[5] Vgl. dazu Dok. 486, Anm. 17.

seiner letzten Besprechung mit dem deutschen Botschafter[6] erklärt habe, in seinen Augen sei die Kennedy-Runde zwar eine mehr oder weniger angelsächsische Angelegenheit; angesichts der deutschen Haltung werde er sie aber positiver werten. Im einzelnen sei zu sagen, daß es der Bundesregierung gelungen sei, die sogenannte 39/110-Klausel in die drei alten und die drei neuen Marktverordnungen aufzunehmen. Diese Klausel beziehe sich auf die Artikel 39 und 110 des Rom-Vertrages, wobei Artikel 39 von der inneren Entwicklung der Gemeinschaft spreche, während Artikel 110 sich auf die Notwendigkeit beziehe, auch die Entwicklung der Außenbeziehungen der Gemeinschaft angemessen zu berücksichtigen.[7] Damit sei sichergestellt, daß der Gemeinsame Markt nicht autark werde, sondern die traditionellen Handelsströme aufrechterhalten wolle.

Im Hinblick auf die Kennedy-Runde habe man einige Grundsätze eingehend erörtert; der wichtigste betreffe die Disparitäten. Hier sei eine neue Formel (1 zu 2) vereinbart worden, die nach Ansicht der deutschen Sachverständigen die Disparitätenfälle beträchtlich verringern werde, und zwar auf etwa 800 amerikanische und 200 europäische Positionen. Es sei eine Reihe weiterer Einzelheiten erörtert worden. Leider ständen die Texte heute noch nicht zur Verfügung. Sobald sie vorlägen, solle man erneut darüber sprechen. Immerhin habe man sich innerhalb der Sechs über eine Direktive an die Kommission[8] einigen können, die positive Verhandlungen in der Kennedy-Runde ermöglichen sollte. Auch sei die französische Haltung heute positiver als früher. Durch den Besuch des Herrn Bundeskanzlers im November in Paris[9] sei es de Gaulle klar geworden, wie wichtig die Kennedy-Runde sei. Die Erklärungen, die Pompidou, Giscard d'Estaing und andere abgegeben hätten, seien jedenfalls besser als bisher. Die Bundesregierung glaube daher, daß der an Weihnachten erreichte Kompromiß das bestmögliche darstelle.

Die sehr wichtige Getreidepreisfrage sei allerdings noch nicht geregelt; sie müsse bis zum 15. April behandelt werden. Dabei solle der Mansholt-Plan[10] als Diskussionsgrundlage, nicht jedoch als Entscheidungsgrundlage dienen.

Herr *Herter* sagte, daß die Amerikaner den Verhandlungen so genau wie möglich gefolgt seien. Sie seien der deutschen Delegation sehr dankbar für die Haltung, die sie in Brüssel gezeigt habe. Sie wüßten, welche Schwierigkeiten in der Kennedy-Runde zu erwarten seien und daß es in der Hauptsache der deutschen Haltung zu verdanken sei, wenn die Interessen dritter Staaten stark berücksichtigt würden. Das befriedigendste Ergebnis sei, daß die landwirtschaftlichen Regelungen weiterhin verhandlungsfähig seien; es wäre für die Vereinigten Staaten sehr schwierig gewesen, vor eine Lage gestellt zu wer-

[6] Zum Gespräch des Botschafters Klaiber, Paris, mit Staatspräsident de Gaulle am 21. Dezember 1963 vgl. Dok. 482.

[7] Zu Artikel 39 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 über die gemeinsame Agrarpolitik und Artikel 110 über das Ziel der Gemeinschaft, durch Zollabbau zur Förderung des Handels beizutragen, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 796 und S. 842–844.

[8] Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 1/1964, S. 21.

[9] Zum Besuch des Bundeskanzlers Erhard am 21./22. November 1963 vgl. Dok. 421–424.

[10] Zum Mansholt-Plan vgl. Dok. 412, Anm. 8.

den, in der sie nur alles hätten annehmen können oder alles hätten ablehnen müssen.

Hinsichtlich der Disparitäten glaubten die amerikanischen Sachverständigen, daß die neue Formel größere Komplikationen mit sich bringe als die alte. Das gelte schon hinsichtlich der Zahlen; sie glaubten, daß es auf der amerikanischen Seite nicht weniger Posten, sondern 250 zusätzliche geben werde.[11] Die deutschen und amerikanischen Sachverständigen müßten sich zusammensetzen. Man sollte versuchen, die ganze Disparitäten-Angelegenheit in halbwegs vernünftigen Grenzen zu halten. Auch er habe leider keine Texte, und er hoffe nur, daß die Kriterien in der Disparitätenfrage dahin wirkten, daß unsere Zahlen stimmen und nicht die amerikanischen Befürchtungen. Einige EFTA-Länder würden die Formel sicherlich sehr ungünstig finden, da sie dadurch vor außerordentliche Schwierigkeiten gestellt würden, die sich kaum beseitigen ließen. Auch darüber könne man im Sachverständigenkreise näher sprechen. Er bat dann den Herrn Bundeskanzler, hierzu einige Worte zu sagen.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, auch er sei sehr an dieser Frage interessiert, denn zusammen mit Mr. Herter habe er ja sozusagen auf der GATT-Konferenz das Kind aus der Taufe gehoben.[12] Er wolle, daß die Kennedy-Runde zu einem Erfolg werde. Natürlich sei die Bundesregierung in der EWG an die Marktordnungen gebunden; sie habe an diesen Marktordnungen aber kein besonderes Interesse, sondern mache aus Rücksicht auf unsere Partner mit. Auch bereiteten die Konsequenzen nicht nur Amerika, sondern auch Großbritannien[13] und den weißen Commonwealth-Ländern Sorgen. Bei Produkten wie Reis und Pflanzenöl werde auch die Landwirtschaft anderer Gebiete, u. a. gewisser Entwicklungsländer, betroffen. Man werde sich daher im GATT wohl einer soliden Opposition gegen die Marktordnungen gegenübersehen. Er habe davor aber keine Angst und hoffe, daß gerade aufgrund eines solchen Druckes gute Ergebnisse zustande kämen. Er glaube im übrigen, daß ein Gedanke, den er bereits im Frühjahr geäußert habe, noch vertieft werden sollte. Wenn man lediglich über Zölle diskutiere, verliere man sich im Detail. Er glaube vielmehr, daß man hinsichtlich der Abnahme von Grundnahrungsmitteln, die die ganze Welt angingen, auch zu weltweiten Abmachungen kommen solle. Das laufe dem Geist und Buchstaben der EWG etwas zuwider; der Gemeinsame Markt könne sich dem aber auf die Dauer nicht verschließen, wenn man zu einer Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage kommen wolle.

Was die Disparitäten anbelange, so befürchte er, daß man sich hilflos in Einzelheiten verliere, wenn man anfange, die einzelnen Zollpositionen, seien es nun 800 oder 1200, durchzudiskutieren. Diese Frage müßte in Brüssel erneut aufgegriffen werden. Gleichzeitig seien wir bereit, gemeinsam mit Amerika nicht nur die Zollpositionen, sondern auch sachliche Kriterien zu untersuchen, vor allem gewisse Zusagen hinsichtlich der Abnahme. Nicht nur der Unterschied in der Zollhöhe sei bedeutsam, sondern auch das Handelsvolumen. Man sollte sich aber nicht zu sehr in Einzelheiten verlieren. Er würde es be-

[11] Vgl. dazu bereits Dok. 487.

[12] Zur Ministertagung der GATT-Vertragspartner vom 16. bis 21. Mai 1963 in Genf und dem Kompromißvorschlag des Bundesministers Erhard vgl. Dok. 206, Anm. 37.

[13] Vgl. dazu Dok. 461.

grüßen, wenn die Fragen noch vor Beginn der Kennedy-Runde auf rein sachlicher Grundlage diskutiert würden.

Staatssekretär *Westrick* bemerkte, in Brüssel habe man nicht nur über Kalkulationskriterien, sondern auch über Wirtschaftskriterien gesprochen. Möglicherweise liege die Lösung in einer Kombination dieser beiden Faktoren.

Der Herr *Bundeskanzler* fügte hinzu, für die Kennedy-Runde sei sehr wichtig, was aus dem Gemeinsamen Markt werden solle, ob eine Ordnung überhaupt praktizierbar sei, wenn die Preise weiterhin so schnell auseinanderliefen wie zur Zeit. Er bezweifle, daß Deutschland alleine für Ordnung in der EWG sorgen könne. Stiegen die Preise in Frankreich und Italien weiter so schnell an, dann werde man diese Unterschiede mit Abschöpfungen[14] nicht mehr meistern können, und das werde auch für die gesamte Weltwirtschaft Veränderungen mit sich bringen.

Staatssekretär *Ball* erwiderte, daß das Tempo auf die europäische Einheit und Integration hin während der letzten Jahre langsamer geworden sei, wenn es nicht in der einen oder der anderen Hinsicht sogar in umgekehrter Richtung gegangen sei. Die Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens seien ein bemerkenswerter Rückschlag gewesen[15], die Verhandlungen im Dezember in Brüssel ein Zeitpunkt der Krise. Erneut habe die Gefahr eines schweren Rückschlags bestanden. Die Amerikaner hätten diese Entwicklung daher mit großer Sorge betrachtet – wobei sie auf der anderen Seite auch in der Hinsicht Sorge gehabt hätten, ob nicht eine für Drittländer außerordentlich ungünstige Entscheidung getroffen werde. Soweit die amerikanische Regierung die Angelegenheit habe verfolgen können, sei sie mit dem Ergebnis zufrieden. Aufgrund allseitiger Bemühungen, besonders aber der deutschen Delegation, sei es gelungen, die Einheit der Sechs zu wahren, einen Schritt vorwärts zu tun und doch nicht allzu hart gegen andere Länder zu beschließen. Natürlich würden die Brüsseler Entscheidungen für die USA und für andere Drittländer Schwierigkeiten mit sich bringen.

Es sei den USA allerdings seit langem bekannt, daß der Zusammenschluß Europas während einer Übergangszeit Schwierigkeiten für andere bedeute. Unter zwei Voraussetzungen würden sie aber in erträglichem Maße gehalten:

a) wenn das Wirtschaftsleben in Europa immer stärker würde,
b) wenn die liberale Handelspolitik betrieben werde, so wie sie im Vertrag vorgesehen sei.

Zu a) sei festzustellen, daß das wirtschaftliche Leben in Europa immer stärker geworden sei, großenteils wegen der EWG; es hätten aber auch andere Gründe mitgespielt; und auch die USA hätten davon profitiert. Sie seien insoweit also sehr befriedigt. Mit der liberalen Handelspolitik der EWG sei es nicht so gut. Amerika habe den Trade Expansion Act[16] gemacht, um in Richtung auf eine Liberalisierung zu wirken. Er sollte sich für das eigene Land und die ganze freie Welt vorteilhaft auswirken; und in diesem Zusammenhang

[14] Zum Abschöpfungssystem vgl. Dok. 113, Anm. 6.

[15] Zum Scheitern der Verhandlungen auf der Tagung des EWG-Ministerrats am 28./29. Januar 1963 in Brüssel vgl. Dok. 60.

[16] Zum Trade Expansion Act vgl. Dok. 31, Anm. 22.

machten sich die Amerikaner wegen der Brüsseler Entscheidungen Sorge, und zwar vornehmlich wegen der Disparitäten und der Fragen der Landwirtschaft.

Bei der Landwirtschaft allein seien verschiedene Aspekte zu prüfen, mengenmäßige Beschränkungen, Abgabeverpflichtungen, usw. Die Ölfrüchte seien ein wichtiger Exportartikel in die EWG-Staaten gewesen. Auch die Reis-Verordnung sei für einige Länder nicht leicht zu tragen. Das Wichtigste aber bleibe der Getreidepreis. Er wisse, welche Schwierigkeiten der Herr Bundeskanzler auf diesem Gebiete habe. Amerika und Deutschland müßten gerade in dieser Frage in sehr enger Verbindung bleiben; denn der Getreidepreis bleibe nun einmal die Zentralfrage. Was den Gedanken angehe, die Abnahme bestimmter Mengen zuzusichern, so verstoße das eigentlich gegen den EWG-Vertrag.[17] Er könne hierbei nur wiederholen, was der Herr Bundeskanzler früher einmal gesagt habe, nämlich, daß wir in der Landwirtschaft alle Sünder seien.

Er, Ball, wolle damit seine Ausführungen beschließen. Er habe die Schwierigkeiten der Amerikaner angedeutet. Er wisse andererseits, daß die Deutschen in Brüssel sehr für die USA und auch für Großbritannien gearbeitet hätten. Brüssel sei ein Fortschritt auf Europa hin gewesen. Die Bundesregierung und die US-Regierung sollten weiter eng zusammenarbeiten, um den Handelsinteressen beider Länder, aber auch denen von Drittländern dienen zu können.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die Bundesregierung sei der Auffassung, daß man mit der inneren Kräftigung des Gemeinsamen Marktes auch den Mut zu seiner Ausweitung haben könne. Vor einem Jahr seien die Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens leider fehlgeschlagen. Die Bundesregierung habe jedoch dieses Ziel nicht aufgegeben, auch wenn sie wisse, daß im Augenblick Großbritannien nicht sprechbereit sei. Dieser Zeitpunkt werde aber wohl wieder kommen, und Deutschland werde dann auf Wiederaufnahme der Verhandlungen drängen. Eine britische Mitgliedschaft werde andere europäische Länder nach sich ziehen; Dänemark, Norwegen usw. hätten bereits einen Beitrittsantrag gestellt.[18] Er hoffe, daß dann eine Lösung gefunden werde, die das gesamte freie Europa umfasse. Im Augenblick lebe mân jedoch zwischen den Zeiten. Bliebe die Integration auf das rein wirtschaftliche Gebiet beschränkt, so käme man an einen kritischen Punkt. Er habe auch mit General de Gaulle darüber gesprochen. Man gebe eine Souveränität nach der anderen an Verwaltungsorgane, die ausgezeichnet sein mögen, aber nicht als eine vollwertige europäische Institution angesehen werden könnten; man brauche eine parlamentarische europäische politische Organisation. Wenn keine politische Idee mehr dahinter stehe, dann werde die EWG ein reiner Interessenverband. Auch de Gaulle sei für eine politische Einigung.

Der Handel innerhalb der EWG habe zugenommen, der von der EWG mit den EFTA-Ländern habe leider nicht dieselbe gute Entwicklung genommen, woraus sich Verzerrungen ergäben, die für Europa problematisch seien. Man dürfe nicht glauben, daß einem bei Verwirklichung des Gemeinsamen Mark-

[17] Vgl. dazu auch Dok. 461, Anm. 26.

[18] Zu den Anträgen von Dänemark, Norwegen und Irland auf Beitritt zur EWG vgl. Dok. 8, Anm. 2.

tes die politische Lösung schließlich wie eine reife Frucht in den Schoß falle. Es bedürfe eines originären politischen Willensaktes. Dann würde der Gemeinsame Markt, der heute häufig wegen seines bloß wirtschaftlichen Gehaltes als diskriminatorisch betrachtet werde, anders dastehen. Persönlich sei er der Auffassung, daß der deutsche Getreidepreis gesenkt werden sollte, aber das müsse im einzelnen noch beraten werden. Die Sachverständigen des Gemeinsamen Marktes seien sich einig, daß der Gemeinsame Markt immer einen Zuschußbedarf von 10–13 Millionen Tonnen Getreide haben werde, wobei die Tendenz wahrscheinlich steigend sei. Wenn der Gemeinsame Markt eine Art Abnahmezusage auf lange Sicht – natürlich ohne juristische Bindung – für amerikanisches, kanadisches und anderes Getreide aussprechen könnte, spiele der Preis gar nicht mehr die Rolle, und das Problem wäre vielleicht schon halb gelöst.

Wenn er Europa mit amerikanischen Augen sehe, so müßte man doch Interesse daran haben, das gesamte freie Europa in einer echten Gemeinschaft vereinigt zu sehen; denn bei einer Spaltung Europas in zwei Wirtschaftsblöcke werde man 2 × diskriminiert und man müsse 2 × investieren, um der Diskriminierung zu entgehen; zumal bei einer 50%igen Zollsenkung im Rahmen der Kennedy-Runde wäre dann gar nicht soviel amerikanischer Kapitalexport nötig, was sich positiv auf die amerikanische Zahlungsbilanz auswirken würde. Er wolle sofort hinzufügen, daß die Kapitalbewegung nach seiner Meinung frei bleiben müsse. Je weiter und enger Europa verbunden sei, um so vorteilhafter sei das für die USA, natürlich nur, wenn auch die Handelspolitik liberal sei. Leider sei es dazu noch weit.

Außenminister *Rusk* sagte, daß die BRD und die USA Welthandelsnationen seien und daß die europäischen Partner die Handelssituation nicht nur erschweren dürften, sondern in der einen oder anderen Frage auch ihrerseits bereit sein müßten, Lasten auf sich zu nehmen. Er fragte sodann, wann über die Einzelheiten im Zusammenhang mit der Brüsseler Konferenz gesprochen werden könnte. Hierzu sagte Herr *Herter,* daß die Dokumente verteilt werden würden. Das würde aber nicht genügen, vieles sei nämlich nicht geregelt und bedürfe noch der Interpretation.

Der Herr *Minister* sagte, es sei damit zu rechnen, daß die Unterlagen für eine Prüfung wohl Mitte Januar zusammengestellt seien.

Staatssekretär *Ball* fragte, wie es mit der europäischen politischen Einigung stehe, ob Initiativen zu erwarten seien, beispielsweise auch in Richtung auf ein europäisches Parlament.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er habe de Gaulle gesagt, daß der Rom-Vertrag Ausdruck eines politischen Willens gewesen sei. Dieser politische Wille sei in der Zwischenzeit etwas untergegangen. Er glaube, daß eine neue politische Initiative, ohne daß er spezifische Formen nennen könne, notwendig sei. Jede Initiative sei auch vorbelastet durch die Frage, ob Großbritannien von Anfang an dabei sein solle. De Gaulle habe ihm erklärt, er selbst wolle keine Initiative ergreifen, weil er ein gebranntes Kind sei und befürchte, man werde ihm eigensüchtige französische Interessen unterschieben. Wenn er (der Herr Bundeskanzler) jedoch etwa anregen wollte, daß Italien eine Einladung an die

Regierungschefs ergehen ließe, würde er (de Gaulle) zustimmen.[19] Diese Möglichkeiten müßten vorsichtig abgetastet werden; denn einen zweiten Fehlschlag[20] dürfe es nicht geben.

Bundesminister *Schröder* erklärte, für Frankreich sei eine Politische Union ganz klar nur im Rahmen der Sechs denkbar. Großbritannien habe wiederholt gesagt, daß es an solchen Gesprächen von Anfang an teilnehmen wolle.[21] Auch Holland werde darauf bestehen.[22] Fortschritte werde man nur unter folgenden Bedingungen machen können:

a) Der Gemeinsame Markt müsse seine innere Schwungkraft wiedergewinnen, was möglicherweise nach dem 23. 12. geschehen könne.

b) Die Kennedy-Runde müsse sich als Erfolg anlassen.

c) Schließlich müßten die britischen Wahlen beendet und eine neue britische Regierung im Amt sein.[23]

Er glaube daher, daß man im Jahre 1964 nicht mehr tun könne, als den Gemeinsamen Markt zu entwickeln, die Kennedy-Runde erfolgreich anzufangen und nach Bildung einer neuen britischen Regierung die Frage der Politischen Union wieder aufzugreifen. Bis dahin ließen sich jedoch einige positive Dinge schon tun. So seien z. B. regelmäßige Treffen der Außenminister im Rahmen der WEU verabredet worden[24], von denen das erste im Oktober stattgefunden habe[25] und das nächste im Januar in London[26] sein werde. Dabei würde auch das Verhältnis zwischen EWG und EFTA diskutiert. Er halte dies für einen guten Mechanismus enger Kontakte mit Großbritannien und glaube, daß er eines Tages auch bei einer Politischen Union aktiv genutzt werden könnte.

Außenminister *Rusk* warf ein, daß am 14. 1. vergangenen Jahres General de Gaulle seine Pressekonferenz abgehalten[27] und eine Reihe von Verbündeten sehr überrascht habe. Er habe die Frage, ob wir angesichts der Brüsseler Entscheidungen und unter Berücksichtigung dessen, was de Gaulle zur Europäischen Union gesagt habe, nunmehr vielleicht erwarteten, daß de Gaulle auf seiner bevorstehenden Pressekonferenz[28] einige dramatische Dinge hinsichtlich Europas sagen würde.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete Nein. Vielleicht werde de Gaulle das Verteidigungssystem ansprechen. Er selbst halte es im übrigen für eine wesentliche Aufgabe im Jahre 1964, den inneren Zusammenhalt der NATO zu straffen. Hier sei de Gaulles Haltung ja sehr negativ. De Gaulle mache einen großen

19 Vgl. dazu Dok. 421.

20 Zum Scheitern der Verhandlungen über eine europäische politische Union im April 1962 vgl. Dok. 136.

21 Zur Haltung Großbritanniens vgl. Dok. 442, Anm. 7.

22 Zur Haltung der Niederlande vgl. Dok. 447, Anm. 12.

23 Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

24 Vgl. dazu Dok. 230, Anm. 3.

25 Zur Tagung des WEU-Ministerrats am 25./26. Oktober 1963 in Den Haag vgl. Dok. 403.

26 Zur Tagung des WEU-Ministerrats am 23./24. Januar 1964 in London vgl. das Kommuniqué; EUROPA-ARCHIV 1964, D 192.

27 Zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 14. Januar 1963 vgl. Dok. 21.

28 Zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 31. Januar 1964 vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 162–182; EUROPA-ARCHIV 1964, D 143–154.

Unterschied zwischen dem Atlantischen Bündnis, dem er treu sei, und der NATO, der er mit äußerster Skepsis gegenüberstehe.[29] Vielleicht werde de Gaulle auch etwas zur Kennedy-Runde sagen, etwa in dem Sinn, daß sie nicht nur dem Ziel dienen dürfe, die amerikanischen Interessen zu fördern und die amerikanische Zahlungsbilanz[30] zu verbessern.

Präsident *Johnson* sagte, es möge für den Herrn Bundeskanzler wichtig sein zu wissen, daß die Vereinigten Staaten zu ihren Verpflichtungen in der Welt stünden, besonders auch gegenüber dem deutschen Volk. Um dazu in der Lage zu sein, müßten die USA stark bleiben. Die amerikanischen Landwirte dürften nicht auf geschlossene Märkte stoßen. Den USA dürfe nicht zugemutet werden, zu viele Lasten allein zu tragen. Die USA hätten ein Verteidigungsbudget von über 50 Mrd. Dollar. Es sei ihm gelungen, über 50% der ursprünglich verlangten Entwicklungshilfe auch vom Kongreß genehmigt zu bekommen. Die USA hätten die Absicht, diese Lasten weiterhin zu tragen. Die BRD habe den USA dabei geholfen, einmal durch die Strauß-Gilpatric-Abmachung[31] und zum anderen dadurch, daß ihr Verteidigungsbudget nunmehr 20 Mrd. DM betrage. Seine Regierung danke der deutschen auch für die Hilfe in Brüssel. Die Sprecher der amerikanischen Landwirtschaft seien einflußreich; sie dürften die Zugänge zu ihren bisherigen Märkten nicht plötzlich versperrt finden. Er habe nur dies bemerken wollen und wäre dem Herrn Bundeskanzler dankbar, wenn er nun noch etwas zur MLF und zum Ost-West-Verhältnis sagen möchte.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, die Bundesregierung habe ihre Bereitschaft zur Mitwirkung an der MLF ganz klar ausgesprochen.[32] Er halte eine italienische Beteiligung für gut möglich[33], wobei er die finanzielle Seite einmal beiseite lasse. Nach der Regierungsbildung in Großbritannien bestehe eine Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit der Beteiligung.[34] Vor seiner Abreise sei er von amerikanischen Journalisten gefragt worden, ob die Bundesrepublik gegebenenfalls bereit wäre, die MLF allein mit den Vereinigten Staaten zu machen. Er habe erwidert, die Frage sei verfrüht, und es liege weder im amerikanischen noch im deutschen Interesse. Wir seien daran interessiert, eine möglichst breite Basis zu schaffen. Sollte alles fehlschlagen, dann könne man die Frage immer noch prüfen.

Hier warf Außenminister *Rusk* ein, die wichtigsten atlantischen Politiker seien für Teilnahme. Die Arbeitsgruppe solle in Paris weiterarbeiten.[35] Auch mit dem Versuchsschiff für gemischte Mannschaften solle weitergemacht werden. Von den Briten könne man vor ihren Wahlen nichts erfahren. Die Konservativen seien positiver eingestellt, als sie zur Zeit öffentlich zugeben könnten. Er, Rusk, sei hinsichtlich des weiteren Verlaufs der Verhandlungen ziemlich optimistisch.

[29] Vgl. dazu Dok. 423.

[30] Zur amerikanischen Zahlungsbilanz vgl. Dok. 410, Anm. 16.

[31] Zu den Vereinbarungen vom 24. Oktober 1961 und vom 15. September 1962 vgl. Dok. 257, Anm. 37.

[32] Zur Haltung der Bundesrepublik zur MLF vgl. auch Dok. 423 und Dok. 459.

[33] Zur italienischen Haltung zur MLF vgl. Dok. 472.

[34] Zur britischen Haltung zur MLF vgl. auch Dok. 459.

[35] Zu den Verhandlungen der MLF-Arbeitsgruppe in Paris vgl. Dok. 475.

Bundesminister *Schröder* sagte, er habe von den Italienern denselben Eindruck wie Herr Rusk. Herr Saragat habe ihn gebeten, doch seinen Einfluß auf die SPD auszuüben, daß diese wiederum Labour zu einer Beteiligung überreden sollte; eine positive Stellungnahme von Labour würde auf die italienischen Sozialdemokraten entsprechend rückwirken.[36] Glücklicherweise seien alle Parteien in der Bundesrepublik für eine MLF, und die SPD übe bereits einen positiven Einfluß auf Labour aus. Nach einer Mitteilung habe sich Healey neulich positiver geäußert als bisher. Auch Wilson solle im vertrauten Kreise viel positiver sprechen als nach draußen.[37] Was die Konservativen anbelange, so sei der Premierminister auf der befürwortenden Seite[38], während der Verteidigungsminister etwas schwanke[39], was allerdings mit dem Verteidigungsetat zusammenhänge. Interessant sei auch, daß die Times, die bisher negativ gewesen sei, in der vergangenen Woche einen positiven Artikel über die MLF veröffentlicht habe.[40] Bemerkenswert sei schließlich, daß die Russen dagegen seien[41] und auch Frankreich nicht viel von der MLF halte.[42] Er halte dies für einen Hinweis, daß hier ein Projekt vorliege, das man intensiv weitertreiben solle. Die Bundesregierung halte dieses Projekt heute sogar für wichtiger als vielleicht vor zwei oder drei Jahren und werde alles tun, um es voranzubringen. Im übrigen zeige sich hier die Kontinuität der deutschen Politik, denn an jenem 14. Januar 1963, eine oder zwei Stunden vor der Pressekonferenz de Gaulles, habe der damalige Bundeskanzler Adenauer Herrn Ball die volle Beteiligung der Bundesrepublik an der MLF zugesagt.[43]

Präsident *Johnson* erkundigte sich sodann nach dem deutschen Friedenskorps[44] und der Entwicklungshilfe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, wir hätten eine Peace Corps-ähnliche Einrichtung geschaffen, und das Interesse der deutschen Jugend sei relativ hoch. Für Entwicklungshilfe habe die Bundesregierung laufende Verpflichtungen in Höhe von 6 Milliarden. Der im Haushaltsplan ausgebrachte Betrag sei nur ein kleiner Teil der Zuwendungen. Außerdem kämen die Beiträge zu internationalen Organisationen, zu dem Fonds für die assoziierten afrikanischen Länder hinzu sowie die Anreize, die für private Kapitalinvestitionen in Entwicklungsländern geschaffen worden seien.[45] Nehme man alle diese Leistungen zusammen, so bewege sich das Gesamtaufkommen zwischen 1% und 1,1% des Bruttosozialprodukts. So werde es auch in Zukunft bleiben. Die Beiträge der Bundesrepublik für die Fünfjahrespläne Indiens und Pakistans seien beispielsweise wesentlich höher als es unserem Sozialprodukt und unserer internationalen Bedeutung entspreche.

36 Vgl. dazu Dok. 472.

37 Zur Haltung der Labour Party zur MLF vgl. Dok. 472, Anm. 16.

38 Zur Haltung von Sir Douglas-Home zur MLF vgl. auch Dok. 301.

39 Zur Haltung des britischen Verteidigungsministers Thorneycroft vgl. auch Dok. 459.

40 Vgl. dazu den Artikel: Britain Suggests New Use of Multilateral Plan; THE TIMES, Nr. 55887 vom 18. Dezember 1963, S. 10.

41 Zu den sowjetischen Einwänden gegen die MLF vgl. Dok. 459, Anm. 16 und Anm. 24.

42 Zur französischen Haltung zur MLF vgl. Dok. 423. Vgl. auch Dok. 459, besonders Anm. 55.

43 Vgl. dazu Dok. 82, Anm. 10.

44 Zur Gründung der „Deutschen Entwicklungsdienst GmbH" vgl. Dok. 248, Anm. 8.

45 Zur deutschen Entwicklungshilfe vgl. Dok. 443.

Präsident *Johnson* dankte für die Bereitschaft der BRD, auch in Zukunft beträchtliche Entwicklungshilfe zu geben, erwähnte, daß dies auch die USA tun würden, obwohl sie zusätzlich 10% ihres Bruttosozialprodukts für Verteidigung ausgäben und bat den Herrn Bundeskanzler dann um seine Ansichten zum Ost-West-Verhältnis.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, der Westen habe viele Anläufe gemacht, um zu einer Verständigung zu kommen. Die Reaktion der anderen Seite sei aber nicht sehr ermutigend gewesen. Die Bundesregierung habe dem Atomstoppabkommen zugestimmt[46], da sie der Ansicht sei, daß man alles tun müsse, um die Schwelle des heißen Krieges möglichst weit wegzurücken. Ob weitere Versuche erfolgreich seien, müsse abgewartet werden. In den Fragen der Bodenbeobachtungsposten[47], eines Nichtangriffsarrangements[48] usw. glaube er eine ziemliche Skepsis auf amerikanischer Seite feststellen zu können. Wenn man die russische Situation besser bewerten könnte und genauer wüßte, wie groß die Bedrängnis der Sowjetunion sei, könnte man zielstrebiger vorgehen. In der Frage der Weizenverkäufe[49] habe er keine harte Linie verfolgt. Gerade Deutschland würde das schlecht anstehen; denn ohne amerikanische Hilfe wäre Deutschland verhungert. Im großen und ganzen sei er aber skeptisch; die Autobahnzwischenfälle[50] seien entmutigend. Schon in der relativ harmlosen Passierscheinfrage[51] liege Dynamit, wenn damit die Drei-Staaten-Theorie[52] Auftrieb erhalte. Bisher habe man sich auf die Formel einigen können, daß der Senat gemeinsam mit der Bundesregierung prüfe, wie eine Verlängerung der Passierscheinregelung möglich sei. Nun komme es natürlich darauf an, wie Ulbrichts Antwort aussehe.

Der Punkt sei noch nicht erreicht, an dem Chruschtschow zu einer sichtbaren Änderung seiner Politik bereit sei. Vielleicht seien kleine Änderungen möglich, doch müsse man immer bedenken, daß ein totalitärer Staat ungeheuer prestigeempfindlich sei.

Präsident *Johnson* sagte, daß die amerikanische Regierung ungefähr 10% des Bruttosozialprodukts für Verteidigung ausgebe. Diese Zahl werde sich so bald nicht ermäßigen lassen. Sodann kam Präsident Johnson nochmals auf das deutsche Friedenskorps zu sprechen, auf das die Amerikaner im Peace Corps sehr stolz seien. Er wäre dankbar, wenn er einmal ein Memorandum über die Arbeit unseres Friedenskorps bekäme, das er verwerten könne.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte das zu, sobald Erfahrungen vorlägen; man habe bei uns in der Entwicklungshilfe übrigens auch die beiden christlichen Kirchen mit eingeschaltet, denn sie verfügten über Menschen mit der richti-

[46] Zum Teststopp-Abkommen und dem Beitritt der Bundesrepublik am 19. August 1963 vgl. Dok. 236, Anm. 2, und Dok. 308, Anm. 3.

[47] Zur Diskussion über die Bodenbeobachtungsposten vgl. Dok. 395, Anm. 5, und Dok. 427.

[48] Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 215. Zur Diskussion während der Sondierungsgespräche im Oktober in New York vgl. Dok. 395, Anm. 4, Dok. 411, Anm. 21, und Dok. 430, Anm. 19.

[49] Zu den amerikanischen Weizenverkäufen an die UdSSR vgl. Dok. 385.

[50] Zu den Zwischenfällen auf der Autobahn Helmstedt–Berlin vgl. Dok. 407, Anm. 7.

[51] Zum Passierschein-Abkommen vom 17. Dezember 1963 vgl. Dok. 477, Anm. 4.

[52] Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 4.

gen moralischen Haltung. Die Einschaltung beider christlicher Kirchen habe gute Ergebnisse gezeitigt.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

489

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson in Stonewall, Texas

Z A 5-157.A/63 geheim **28. Dezember 1963**[1]

Im Anschluß an die Nachmittagsbesprechung, die am 28. Dezember 1963 im größeren Kreis auf der Ranch Präsident Johnsons stattgefunden hatte[2], lud der Präsident den Herrn Bundeskanzler, den Herrn Bundesminister und Außenminister Rusk zu einer Fahrt in seinem Privatwagen ein, den er selbst fuhr, um auf seiner etwa 15 km entfernten Granite Knob-Ranch den Wildwechsel zu beobachten.

Im Verlauf der Fahrt sagte der *Präsident*, er werde von Abgeordneten und Senatoren immer wieder gefragt, zuletzt bei einem Abendessen mit dem Vorsitzenden des Armed Services Committee des Senats[3], ob die Vereinigten Staaten einen so großen Teil ihrer Streitkräfte in Übersee stationieren müßten. Gegenwärtig befänden sich in den Vereinigten Staaten etwas mehr als eine Million Mann unter den Waffen und etwas weniger als eine Million in Übersee. Nach Auffassung seiner Gesprächspartner würde es genügen, die Streitkräfte in den Vereinigten Staaten zu belassen und sie im Ernstfall mit Düsenflugzeugen innerhalb kürzester Zeit an den Einsatzort zu befördern. Wie das Manöver Big Lift[4] bewiesen habe, sei dies möglich. Wie ferner gesagt werde, sei es verständlich gewesen, wenn zu einer Zeit, in der die Deutschen selbst noch keine Streitkräfte aufgestellt hätten, sechs amerikanische Divisionen in Deutschland stationiert worden seien, doch bestehe hierfür kein Grund mehr, nachdem nun die Deutschen über zwölf Divisionen verfügten. Die gleichen Leute verlangten außerdem den Abzug einer amerikanischen Division aus Korea. Auch werde das Argument vorgebracht, warum sich die Amerikaner so sehr in Europa engagieren sollten, wenn die Franzosen nichts täten. Auf diese Weise glaube man, die finanziellen Lasten der Vereinigten Staaten vermindern zu können. In diesem Zusammenhang wies der Präsident auf die sehr starke Verschuldung der USA (300 Milliarden Dollar) und die sich daraus er-

[1] Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 4. Januar 1964 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 11. Januar 1964 vorgelegen.

[2] Vgl. Dok. 488.

[3] Richard B. Russell.

[4] Zum Manöver „Big Lift" vgl. Dok. 396, Anm. 38.

gebende hohe Rate des Zinsdiensts hin.[5] Er bemerkte, daß die amerikanischen Verteidigungsausgaben 10 v. H. des Bruttosozialprodukts ausmachten, wogegen sich die Zahl für die Bundesrepublik nur auf fünf Prozent belaufe. Wie er betonte, stammten die erwähnten Überlegungen nicht von ihm, würden ihm aber immer wieder vorgetragen. Er fragte den Herrn Bundeskanzler, was man am zweckmäßigsten darauf erwidern könne.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, der Wiederaufbauwille des deutschen Volkes nach dem Krieg wäre ohne die Anwesenheit der amerikanischen Truppen gar nicht möglich gewesen, weil sie der Garant der Sicherheit gewesen seien. Und erst der Wiederaufbau habe die Bundesrepublik in die Lage versetzt, einen eigenen Verteidigungsbeitrag zu leisten. Die amerikanischen Streitkräfte in Europa seien für die Verteidigung Europas unerläßlich. Er teile nicht die französischen Vorstellungen und habe de Gaulle auch gesagt[6], es sei unvorstellbar, daß die Schlacht um Deutschland mit zwanzig Divisionen verloren, die um Frankreich aber mit vier französischen Divisionen gewonnen würde. Ohne die Anwesenheit amerikanischer Truppen lasse sich die Konzeption der Vorwärtsverteidigung[7] nicht realisieren. Wenn Deutschland aber nicht gehalten werden könne, so bedeute dies auch den Verlust Europas mit weitreichenden Auswirkungen in anderen Teilen der Erde. Er bezweifle, ob es – bei aller Würdigung der technischen Leistung des Manövers Big Lift – im Falle eines umfassenden Angriffs auf Europa möglich wäre, auf diese Weise amerikanische Streitkräfte an den Einsatzort zu bringen.

Was das deutsche Volk angehe, so wisse es, daß seine Existenz weitgehend von der Anwesenheit der Amerikaner abhänge. So erkläre sich auch die tiefe Verbundenheit und die loyale Bündnistreue, die es gegenüber den Amerikanern empfinde. Wenn vor einiger Zeit gelegentlich Zweifel an der amerikanischen Politik laut geworden seien, so sei das im Grunde nichts anderes als Ausdruck dieser Einstellung gegenüber den Amerikanern.

Der deutsche Verteidigungsbeitrag belaufe sich auf 6,5 v. H. des Bruttosozialprodukts, das aber erheblich kleiner als das amerikanische sei. Er wies ferner auf die deutschen Bemühungen hin, zur Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz beizutragen. Überdies glaube er, daß sich die amerikanischen Truppen gerade in Deutschland besonders wohl fühlten.

Auf diese Bemerkung entgegnete der *Präsident,* wenn die amerikanischen Truppen in Deutschland frei entscheiden könnten, ob sie lieber dort blieben oder in die Vereinigten Staaten zurückkehrten, würde jeder Soldat für die sofortige Heimkehr stimmen.

Nach der Rückkehr auf die Ranch sagte auch Außenminister *Rusk* dem Herrn Bundeskanzler, die Gedanken, die der Präsident während der Fahrt vorgetragen habe, seien nicht seine eigenen gewesen. Als der Herr *Bundeskanzler* Herrn Rusk daran erinnerte, daß er ihn anläßlich der letzten Begegnung in Bonn[8] im

[5] Zu den amerikanischen Zahlungsbilanzproblemen vgl. Dok. 410, Anm. 16.

[6] Vgl. Dok. 423.

[7] Zur Vorwärtsverteidigung vgl. Dok. 218, Anm. 11.

[8] Zum Gespräch vom 25. Oktober 1963 vgl. Dok. 402.

Zusammenhang mit gewissen Äußerungen Eisenhowers[9] danach gefragt habe, ob dahinter eine gewisse Strömung der öffentlichen Meinung zu sehen sei, antwortete Herr *Rusk,* es sei durchaus denkbar, daß diese Fragen im Wahlkampf[10] eine Rolle spielen könnten.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

490

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson in Stonewall, Texas

Z A 5-153.A/63 geheim **29. Dezember 1963**[1]

Der Herr Bundeskanzler führte am 29. Dezember 1963 um 11.30 Uhr ein weiteres Gespräch unter vier Augen mit dem amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson auf dessen Ranch in Texas.

Der Herr *Bundeskanzler* kam kurz auf mißverständliche Überschriften in der Tagespresse zu sprechen, die von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Präsidenten und ihm in der Frage weiterer Entspannungsversuche berichteten[2], und sagte, er wolle betonen, daß er nicht gegen Entspannung sei. Die Bundesrepublik hätte dazu auch gar kein Recht, denn Amerika trage die größte Last, und man dürfe es nicht unversucht lassen, die Gefahr eines heißen Krieges möglichst weiter wegzurücken. Das Mißverständnis ergebe sich daraus, daß er zwar nicht der Presse gegenüber, sondern in der Vollsitzung am Vortage erklärt habe[3], daß im Verhältnis zu den zahlreichen westlichen Bemühungen die Reaktion des Ostens nicht ermutigend gewesen sei. Dennoch glaube er, daß man über diese Dinge nachdenken sollte. Er wolle hinzufügen, daß Deutschland seinen Beitrag dazu zu leisten bereit sei.

Der *Präsident* betonte, er fühle sich durch die neue Führung in Deutschland und die in den Gesprächen zum Ausdruck gekommene Flexibilität des Herrn Bundeskanzlers höchst ermutigt.

9 Zu den Äußerungen des ehemaligen amerikanischen Präsidenten vom 18. Oktober 1963 vgl. Dok. 440, Anm. 5.

10 Die amerikanischen Wahlen fanden am 3. November 1964 statt.

1 Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 2. Januar 1964 gefertigt.
Hat Staatssekretär Carstens am 3. Januar und Bundesminister Schröder am 11. Januar 1964 vorgelegen.

2 Vgl. dazu auch Tom Wicker, Erhard Pledges to Join Johnson in Peace Efforts; THE NEW YORK TIMES, Nr. 38691 vom 30. Dezember 1963, S. 1 und S. 3, hier S. 3.

3 Vgl. Dok. 488.

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers,* ob irgendwelche Aussichten bestünden, daß der Präsident mit Chruschtschow zusammenkomme, erwiderte Präsident *Johnson,* er werde dann mit Chruschtschow zusammentreffen, wenn die Möglichkeit bestehe, tatsächlich etwas zu erreichen. Er sei jedoch der Auffassung, daß Amerika seine Stärke nicht etwa verringern, sondern im Gegenteil sie noch erhöhen müsse. Deshalb sei er so stark daran interessiert, ein amerikanisches Verteidigungsbudget in Höhe von 50 Milliarden und ein deutsches Verteidigungsbudget in Höhe von 20 Milliarden zu haben.

Der Herr *Bundeskanzler* kam noch einmal auf seine Aussage am Vortage zurück, daß Deutschland ein solches Angebot[4] an Rußland nicht selber machen könne, weil es dann sofort abgelehnt würde. Vielleicht aber könnte Amerika den Sowjets klarmachen, daß es niemals auf die Durchführung der Selbstbestimmung in der ganzen Welt verzichten könne, wobei gleichzeitig hinzugefügt werden könnte, daß Deutschland zu Opfern dafür bereit wäre. Dann ließe sich feststellen, ob hier ein Ansatzpunkt gegeben wäre. Die deutschen Opfer würden nicht nur aus Krediten bestehen. Ihm selbst sei auch schon die Frage gestellt worden, wie es mit einem Zusammentreffen zwischen ihm (dem Bundeskanzler) und Chruschtschow aussehe. Er habe zwar seit sechs oder sieben Jahren eine Einladung, die jedoch verfallen sei, denn sie sei noch an ihn als Wirtschaftsminister ausgesprochen worden. Er denke im Augenblick nicht an ein Treffen mit Chruschtschow. Dies könnte sich jedoch möglicherweise im Zusammenhang mit einer Entspannung und in völligem Einvernehmen mit dem Westen als Möglichkeit ergeben, wobei er selbstverständlich nicht als erster zu Chruschtschow gehen würde.

Der *Präsident* betonte, Amerika habe keinerlei Illusionen hinsichtlich des Chruschtschowschen Wunsches nach Frieden. Er werde daher nicht zu einem Treffen mit Chruschtschow gehen, ohne Beweise für den Friedenswillen Chruschtschows zu haben. Gleichzeitig habe er erklärt, daß er jederzeit überall hin zu jedem reisen würde, wenn er glaube, daß eine echte Möglichkeit für einen gewissen Erfolg gegeben sei. Wichtig sei, daß Amerika seinen Verteidigungshaushalt in Höhe von 50 Milliarden halte. Amerika besitze heute die größte Kampfstärke, die es je besessen habe, und diese sei beträchtlich größer als noch vor zwei Jahren. Ebenso wichtig sei es, daß die Bundesrepublik einen Verteidigungshaushalt in Höhe von 20 Milliarden bestreite. Es sei bedeutend, daß Deutschland die amerikanische Volkswirtschaft durch Rüstungskäufe stärke, denn Amerika wolle immer von einer Position der Stärke aus führen. Was ihm jedoch Sorge mache, sei, daß so wenig Vorstellungen über Möglichkeiten einer Entspannung entwickelt würden. Tagtäglich planten die amerikanische Regierung und das State Department, und man treffe sich mit so großen Persönlichkeiten des Westens wie dem Herrn Bundeskanzler. Wenn als Ergebnis all dieser Bemühungen nichts getan werde, laufe man Gefahr, in einen Krieg hineinzuschlittern.[5] Er hoffe daher, daß der Herr Bundeskanzler

[4] Im Gespräch vom 28. Dezember 1963 erklärte Bundeskanzler Erhard die Bereitschaft, „echte Aufbauleistungen" für die UdSSR zu vollbringen, „wenn dafür politische Gegenleistungen in Richtung auf die Selbstbestimmung und die Sicherung Berlins erzielt werden könnten". Vgl. Dok. 486.

[5] Dieser Satz wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben, die Wörter „in einen Krieg hineinzuschlittern" zusätzlich unterschlängelt. Dazu handschriftliche Randbemerkung „Na!"

als großer Volkswirtschaftler und Politiker ihm Ideen übermittle. Der Herr Bundeskanzler müsse wissen, daß Amerika alle Zeit an der Seite Deutschlands stehe. Alles aber wäre so viel einfacher, wenn man Chruschtschows Bedrängnis ausnutzen könnte, um die Probleme abzuwürgen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß er sich am Vortage mit Mr. Rusk unterhalten und ihn darauf hingewiesen habe, daß man nun fünfzehn Jahre lang in anderen Kategorien gedacht [habe] und unbeweglich gewesen sei. Nun aber seien die Dinge etwas in Bewegung geraten, und das halte er für gut. Es komme jetzt darauf an, genau zu wissen, wie die Bedrängnis Rußlands aussehe. Zwar wolle der Westen keine Erpressung betreiben, doch sei es viel leichter, die richtige Politik zu wählen, wenn man die Situation des Gegners genau kenne. Mr. Rusk habe ihm gesagt, daß in Amerika zur Zeit eine umfassende Untersuchung der Lage der Sowjetunion angestellt werde. Nach Abschluß dieser Untersuchung wolle Rusk jemanden zu ihm schicken, um dieses Ergebnis mit dem Herrn Bundeskanzler zu diskutieren. Wenn er in seinem Urteil sicherer sei, könne er auch mehr Vorstellungskraft entwickeln.

Der *Präsident* sagte, man sollte nicht nur vom Frieden sprechen, sondern etwas dafür tun. Der Herr Bundeskanzler und er sollten gemeinsam Bereiche für eine Einigung zu finden versuchen, solange Chruschtschow schwach sei, und nicht abwarten, bis Chruschtschow relativ wieder stärker geworden sei. Er gebe sich keineswegs der Illusion hin, daß die Weizenverkäufe[6] oder das Atomversuchsstoppabkommen[7] etwa zum Frieden führen könnten. Er wolle aber nicht, daß die Kommunisten ständig vom Frieden redeten und die Welt schließlich glaube, die Sowjets seien mehr für den Frieden als der Westen. Man könne hart sein, ohne stur zu sein. Man könne fest und dennoch vernünftig sein, man könne gerecht sein, ohne schwach zu sein. Es beunruhige ihn, daß in all den zahlreichen Gesprächen mit Dr. Adenauer in den vergangenen 16 und 17 Jahren dieser immer nur wieder gesagt habe[8], man müsse vorsichtig sein, man dürfe den Russen nicht trauen. Er (Johnson) traue den Russen nicht, das wisse er von selber. Es gebe aber eine Weltmeinung, die man für sich einnehmen müsse.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, er habe mit seinem Vorgänger auch über diese Fragen gesprochen. Dr. Adenauer habe eine sehr starre Haltung eingenommen und glaube, daß sich Chruschtschow in einer belagerten Stadt befinde und man ihn lediglich auszuhungern habe.[9] Er halte dies für falsch und sehr gefährlich, denn man dürfe nicht vergessen, daß ein Diktator, wenn er in Bedrängnis komme, gern in ein Abenteuer ausbreche. Man müsse in Rechnung stellen, daß Diktatoren, wenn sie in Schwierigkeiten gerieten, unberechenbar seien. Man müsse daher sehr pfleglich vorgehen. Er sei dankbar über dieses Gespräch mit dem Präsidenten, denn er verstehe die Auffassungen des Präsidenten und glaube, daß dies auch umgekehrt der Fall sei.

6 Zu den sowjetischen Weizenkäufen in den USA vgl. Dok. 385.

7 Zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 236, Anm. 2.

8 Dieser Teilsatz wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben, die Wörter „16 und 17" zusätzlich unterschlängelt. Dazu handschriftliche Randbemerkung: „Höchstens 14, in Wirklichkeit 10!"

9 Zu dieser Auffassung des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer vgl. Dok. 450, Anm. 17.

Präsident *Johnson* wies darauf hin, er fühle gegenüber de Gaulle keinerlei Antipathie oder schwere Enttäuschung. Er verstehe de Gaulle sehr gut. Er glaube auch, daß zwischen ihm und de Gaulle keine unvereinbaren Meinungsverschiedenheiten bestünden. Er sei auch sicher, daß de Gaulle zum Bündnis stehe. De Gaulle habe dies in Kuba[10] und in anderen Fällen bewiesen. Er (der Präsident) wolle aber nicht in die Lage eines Jünglings kommen, der mit heraushängendem Hemd in der Welt herumlaufe und Geld austeile. Er wolle in Amerika stehen und diese Hemisphäre konsolidieren und einigen. Er wolle die Verpflichtungen gegenüber Deutschland als dem führenden Land Europas halten und Seite an Seite mit Deutschland stehen. Er wolle es den Russen klarmachen, daß Amerika sehr stark sei und stark bleiben werde. Gleichzeitig wolle Amerika leben und leben lassen. Rußland brauche sich keine Sorgen zu machen, denn Amerika werde keine Bombe auf Rußland werfen. Wenn Rußland aber nicht mit der subversiven Tätigkeit in der westlichen Hemisphäre aufhöre, gebe es Ärger wie in Kuba. Er sei bereit, Moskau einen angemessenen Schutz zuzusichern gegen Zusicherungen für Berlin und New York. Amerika sei nicht stur, und es wolle über den Frieden sprechen, denn es wünsche den Frieden ebenso wie Rußland. Er wolle aber nicht nur über den Frieden sprechen, sondern etwas dafür tun. Die beste Art und Weise, dies zu tun, sei, die Verpflichtung gegenüber Deutschland einzuhalten, die deutschen Rüstungskäufe in Amerika weiterzuführen, den deutschen Verteidigungshaushalt mit 20 Milliarden und den amerikanischen Verteidigungshaushalt mit 50 Milliarden aufrechtzuerhalten. Dann sollten hervorragende Wirtschaftler sich bemühen, Einigungsbereiche zu finden, um die Spannung etwas zu vermindern. Der Präsident schloß diese Ausführungen mit den Worten, Deutsche und Amerikaner seien Brüder.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, bei jedem Präsidentenwechsel in den Vereinigten Staaten frage man sich natürlich in Europa und insbesondere in Deutschland, das ein so weltoffenes Land sei, wie die amerikanischen Handlungen unter dem neuen Präsidenten aussehen werden, ob sie mehr oder weniger protektionistisch sein werden, ob dieser Präsident den Handel pflege oder eher isolationistisch denke. Die Bundesregierung habe in Brüssel hart gekämpft[11] und immer wieder betont, daß die Kennedy-Runde[12] ein Erfolg werden müsse. Er selbst sei sogar bereit, nach Genf zu gehen, um das durchzukämpfen. Dies sei die Haltung Deutschlands. In Europa gebe es (und dies sei nicht der Fehler Amerikas) Spekulationen, ob der neue Präsident die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bindungen lockern wolle. Seine Bemühung in Deutschland und in Europa laufe dahin, diese Frage zu beantworten und jeder Spekulation den Boden zu entziehen.

An dieser Stelle zog der Präsident Herrn McGeorge Bundy zu dem Gespräch hinzu.

Der *Präsident* sagte dann, was die Suche nach neuen Wegen anbelange, so wolle er Herrn Bundy bitten, einige Ausführungen zu machen.

[10] Zur Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 1, Anm. 4.

[11] Zur Tagung des EWG-Ministerrats vom 16. bis 23. Dezember 1963 in Brüssel vgl. Dok. 478, Anm. 2, und Dok. 486, Anm. 17.

[12] Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

Mr. *Bundy* erklärte, eine der Fragen, die in den Vereinigten Staaten immer wieder hochkomme, sei folgende: Gebe es irgendwelche Möglichkeiten, den Russen etwas anzubieten, was die Russen stärker wollten, als es den Westen interessiere, dies als Gegenleistung gegen eine grundsätzliche Verstärkung der Stellung in Berlin[13], wo der Westen am verwundbarsten sei. Die Vorschläge, die dabei der Regierung immer wieder gemacht würden, liefen im allgemeinen auf eine gewisse Stärkung (natürlich keine Anerkennung) der bestehenden politischen Lage in Ostdeutschland hinaus.

An dieser Stelle warf der *Präsident* ein, derartige Vorschläge würden dem Präsidenten tagtäglich unterbreitet.

Mr. *Bundy* fuhr fort, die Antwort der amerikanischen Regierung auf derartige Vorschläge laute immer, daß nach Überzeugung der amerikanischen Regierung der Mittelpunkt der Deutschlandpolitik in der Einhaltung der Verpflichtungen gegenüber der Bundesrepublik liege, und daß die Kardinalfrage für die Bundesrepublik die Nichtanerkennung der DDR[14] sei. Diese Frage sei aber die empfindlichste. Was der Präsident erhoffe, sei, von dem Herrn Bundeskanzler in etwa zu erfahren, welche Art Fortschritt und welche Verbesserung der Lage der Bevölkerung in der SBZ und in Berlin als vernünftige Gegenleistung gegen eine russische Konzession zur Stärkung Berlins angesehen werden könnte; oder halte der Herr Bundeskanzler diesen Weg nicht für gangbar?

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, noch gegen Ende der Kanzlerschaft Dr. Adenauers habe er mit dem damaligen Bundeskanzler häufig über die Bedrängnis gesprochen, in der sich Rußland befinde. Wenn es möglich wäre, diese Bedrängnis präziser zu erfassen, und wenn man wüßte, wie stark die Beschränkungen sind, die sich der gleichzeitigen Hebung des Lebensstandards, der Durchblutung des ostsibirischen Vakuums gegenüber 700 Millionen Chinesen und den ungeheuren Anforderungen einer modernen Verteidigung und Industrie entgegenstellten. All diese Aufgaben gleichzeitig zu leisten, sei für Rußland einfach unmöglich. Rußland verliere seiner Meinung nach auch an Einfluß auf die Satellitenstaaten, und der einzige Sklave, der übrig bleibe, sei Ulbricht. Die Bundesregierung könne natürlich nicht mit Ulbricht sprechen. Das deutsche Problem müsse mit Chruschtschow behandelt werden. Deutschland aber könne nicht mit Chruschtschow sprechen, weil dieser aus politischen und Prestigeerwägungen sofort ablehnen würde. Vielleicht aber könnte Amerika ein solches Gespräch führen. Er wolle erklären, wenn Chruschtschow wirklich erkenne, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht aufgehalten werden könne, und daß Amerika niemals die universelle Durchführung dieses Rechts aufgeben werde, wäre vielleicht eine Möglichkeit gegeben. Rußland wünsche langfristige Kredite. Zu seiner industriellen Entwicklung bedürfe es der westlichen Hilfe. In vielen Gebieten, zum Beispiel der Chemie, sei es rückständig. Rußland wisse, daß es Ostsibirien wirtschaftlich und sozial durchbluten müsse. Könnte nicht ein Zeitplan aufgestellt werden, der gleichzeitig die Selbstbestimmung (und die Wiedervereinigung sei

[13] Die Wörter „Gegenleistung" und „Verstärkung der Stellung in Berlin" wurden von Bundesminister Schröder unterschlängelt.

[14] Vgl. dazu Dok. 251.

die natürliche Folge daraus) und deutsche Opfer einander gegenüberstelle?[15] Dann könnte ein Stufenplan entwickelt werden, wonach Deutschland nicht nur Kredite, sondern echte Aufbauleistungen zum Beispiel bei der Industrialisierung Ostsibiriens geben würde, und Chruschtschow auf der anderen Seite in der SBZ und Berlin mehr Freiheit gewähre. Damit würde Deutschland einerseits zur Entwicklung der Sowjetunion beitragen und die Sowjetunion andererseits die Gewaltherrschaft in der SBZ abbauen bis zur Abhaltung freier Wahlen. Dieser Plan sei natürlich kühn, vielleicht sei aber ein kühner Plan leichter zu erreichen als nur kleine Fortschritte. Er wolle nicht Illusionist sein, doch würde er für ein solches Ziel das deutsche Volk zu echten Opfern aufrufen können. Damit könnte man der Welt zeigen, daß die Deutschen die Wiedervereinigung nicht aus revanchistischen Gelüsten, sondern aus einer originären humanen und im besten Sinne patriotischen Gesinnung heraus anstrebten. Derartige Leistungen dürften natürlich niemals als Reparationen erscheinen, sondern als Bereitschaft, für die Befreiung der deutschen Brüder Opfer zu bringen. Bei einem solchen Vorgehen wäre natürlich eine weitere Hürde zu nehmen. Chruschtschow habe wiederholt erklärt, die Kapitalisten glaubten, sie könnten den Kommunisten etwas abkaufen. Vielleicht aber sei diese Hürde leichter zu nehmen, wenn die Bedrängnis Chruschtschows zunehme, und deswegen müsse man sie genau kennen. Es müsse doch einen Punkt geben, wo man sogar mit einem Kommunisten über den Austausch wirtschaftlicher und politischer Vorteile sprechen könne.

Mr. *Bundy* sagte, eine Prüfung dieses Problems sei vereinbart, um festzustellen, welche Schwierigkeiten für Chruschtschow bestünden und wie tief seine Bedrängnis sei. Gleichzeitig aber gebe es viele Leute in Amerika, die einen starken Druck auf den Präsidenten ausübten und der Auffassung seien, daß Chruschtschow sich nicht in so großen Schwierigkeiten befinde, daß diese Schwierigkeiten vielmehr vorübergehender Natur seien und nur Schwierigkeiten der richtigen Wahl darstellten, und daß das Beste, was zu erhoffen sei, eine gewisse Veränderung der sowjetischen Haltung in der Frage der schweren Rüstungsindustrie sei. Diese Leute behaupteten, das Haupthindernis gegen eine Verbesserung der Lage in Europa und in der Welt sei die Gefahr einer Explosion in Berlin und die Spannung zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Die Anhänger dieser Überzeugung erklärten, Chruschtschow könne das, was er dort in der Hand halte, überhaupt nicht aufgeben, wenn nicht eine gewisse Erleichterung und Auflockerung erfolge. Gerade diese Auflockerung aber werde durch die Starrheit der westlichen Haltung gegenüber Ostdeutschland verhindert. Diese Leute erklärten, man habe Ulbricht, gerade weil man Chruschtschow keine Wahl gebe. Wenn die amerikanische Regierung darauf erwidere, sie habe aber eine andere Absprache mit der Bundesregierung, so erklärten diese Leute, es sei gerade im Interesse Deutschlands, in der Frage von Kontakten weniger starr zu sein, und hier liege der Weg zu einer Entspannung. Man könne diese Entspannung Chruschtschow nicht abkaufen, weil dieser nicht damit einverstanden sei. Man müsse vielmehr in Ostdeutschland denselben Prozeß auslösen, der jetzt allmählich in Polen, Rumä-

[15] Zu den Überlegungen hinsichtlich eines Stufenplans zur Wiedervereinigung Deutschlands vgl. auch Dok. 473.

nien und der Tschechoslowakei Platz greife. Der Weg sei ein Interimsabkommen[16], das auf der einen Seite Berlin stärke, den Zugang garantiere usw. und dafür auf der anderen Seite weniger starre Auffassungen zum Inhalt hätte. Was solle die amerikanische Regierung diesen Leuten sagen?

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, wenn man anfange, mehr oder weniger verbindlich die SBZ anzuerkennen, oder wenn man auch nur den Anschein erwecke, bedeute dies die endgültige Teilung Deutschlands. Dann habe man zwei deutsche Staaten. Es sei eine Illusion zu glauben, daß es einen Mittelweg zwischen dem sozialen und wirtschaftlichen System der beiden Teile Deutschlands geben könne. Die Bundesrepublik sei ein absolut freies und in gewissem Sinne kapitalistisches Land, sie sei weltoffen, sie sei eine echte Demokratie. Eine Zwischenlösung zwischen den beiden Staats- und Wirtschafts- und Sozialformen gebe es einfach nicht. Erfolge hier ein Durchbruch, sei die Spaltung Deutschlands endgültig. Andererseits sei es aber doch nicht so, als gebe es keine Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Es gebe den Interzonenhandel[17], und die Bundesregierung versuche, ihn sogar auszuweiten. Sie habe der SBZ größere Kredite angeboten[18], um damit auch die wirtschaftliche Lage der Deutschen in der SBZ zu verbessern und ihnen mehr Freiheit zu geben. Es gebe Kontakte auf dem Gebiet des Verkehrs und des Postwesens.[19] Die Bundesregierung habe der Passierscheinregelung[20] nunmehr zugestimmt. Alles, was an technischen Kontakten überhaupt möglich sei, geschehe schon. Nicht der Westen habe ja die Mauer aufgerichtet. Jeder Deutsche aus der SBZ könne in die Bundesrepublik kommen. Die Westberliner brauchten Passierscheine, um nach dem Osten zu gehen, während umgekehrt jeder jederzeit kommen könne. Den Weg in Richtung auf eine politische oder diplomatische Anerkennung halte er jedoch nicht für gangbar. Man könne versuchen, die Dinge zu normalisieren, man könne hinsichtlich Berlins die eine oder andere Vereinbarung treffen. Die Botschaftergruppe sei jetzt mit der Erörterung einer neuen westlichen, deutschen Initiative befaßt[21], um die Frage der beiden Teile Deutschlands einen Schritt voranzubringen. Das Ergebnis könne man natürlich noch nicht wissen. Eines seiner Erlebnisse in den Vereinigten Staaten sei jedoch, daß er die Dinge jetzt ernsthafter sehe als nur von Deutschland aus. Er sei nicht engstirnig und betrachte die Dinge keineswegs nur unter dem deutschen Gesichtspunkt. Er werde sich sicherlich alles Gesagte überlegen. Man könne jedoch nicht erwarten, daß nach 15 Jahren eine Patentlösung plötzlich gefunden werde.

Der *Präsident* sagte, Bemühungen in dieser Richtung seien einfacher, als durch Inaktion Jahr um Jahr dahinzuschlittern und möglicherweise in ein Inferno zu geraten.

16 Zum Vorschlag eines Interimsabkommens für Berlin vgl. Dok. 54, Anm. 8.

17 Zu den Verhandlungen mit der DDR über den Interzonenhandel vgl. Dok. 180.

18 Zum Kreditangebot an die DDR vgl. Dok. 459, Anm. 38.

19 Vgl. dazu Dok. 91.

20 Zum Passierschein-Abkommen vom 17. Dezember 1963 vgl. Dok. 477, Anm. 4.

21 Zum Vorschlag des Auswärtigen Amts vom 13. August 1963 zur Lösung des Deutschland-Problems vgl. Dok. 296. Zum Vorschlag, die Washingtoner Botschaftergruppe mit dieser Frage zu befassen, vgl. Dok. 473.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, die Russen hätten doch auch den Vertrag unterschrieben, daß ein Friedensvertrag mit Deutschland nach gesamtdeutschen Wahlen geschlossen werden solle.[22] Die Bundesrepublik sei bereit, sich jeglicher internationaler Kontrolle zu unterwerfen. Wozu die Bundesrepublik bereit sei, dazu müßte Chruschtschow doch auch Ulbricht überreden können. Man solle freie Wahlen abhalten, mit freier Bewegung und freier Wahlpropaganda für alle Parteien, und dann sollten die Deutschen selbst ihr Schicksal bestimmen. Dann werde seiner Meinung nach, aber das sage er nur höchst vertraulich, auch die Frage der deutschen Grenzen kein unlösbares Problem sein[23] und werde Deutschland mit seinen östlichen Nachbarn ein friedvolles Verhältnis finden können.

Da der Präsident kurz vor Beendigung der Übersetzung dieser letzten Worte des Herrn Bundeskanzlers den Raum verlassen und der Herr Bundeskanzler eine Vereinbarung für ein Fernsehinterview hatte, endete das Gespräch um 12.40 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

491

Deutsch-amerikanische Regierungsbesprechung in Stonewall, Texas

Z A 5-159.A/63 geheim **29. Dezember 1963**[1]

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen führte am 29.[2] Dezember 1963 gegen 11.45 Uhr auf der Ranch von Präsident Johnson ein Gespräch mit Außenminister Rusk, an dem unter anderen Staatssekretär Professor Carstens, Staatssekretär Dr. Westrick, Botschafter Knappstein, Ministerialdirektor Krapf und Gesandter von Lilienfeld, auf amerikanischer Seite die Herren McGhee, Tyler, Bundy und Creel teilnahmen.

Zu Beginn der Unterredung wurde noch einmal über den bereits am Vortag gemachten deutschen Vorschlag gesprochen, die Konsultationen hinsichtlich der weiteren Entwicklung in Berlin in Bonn abzuhalten.[3] Staatssekretär Professor *Carstens* legte noch einmal die deutschen Überlegungen dar. Die ameri-

[22] Dieser Teilsatz wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben und der Passus „nach gesamtdeutschen Wahlen geschlossen werden" unterschlängelt. Dazu Fragezeichen am Rand.

[23] Der Passus „Frage ... Problem" wurde von Bundesminister Schröder unterschlängelt und zusätzlich am Rand hervorgehoben.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 9. Januar 1964 gefertigt. Eine Ausfertigung wurde an das Bundeskanzleramt weitergeleitet.
Hat Bundesminister Schröder am 11. Januar 1964 vorgelegen.

[2] Das Datum wurde von Bundesminister Schröder aus „30." korrigiert.

[3] Vgl. dazu Dok. 487.

kanische Seite erklärte sich schließlich mit dem Vorschlag einverstanden. Herr *Bundy* wies darauf hin, daß das neue Verfahren nicht als eine Änderung dargestellt oder bekanntgegeben werden sollte. Staatssekretär Professor *Carstens* sagte, es brauche überhaupt nichts darüber mitgeteilt zu werden.

Als nächster Punkt wurde das deutsche Papier über die Deutschlandfrage[4] erörtert, das nach Darlegung des Herrn *Bundesministers* etwa bis Mitte Januar vorgelegt werden dürfte. Es müsse erst noch im Kabinett besprochen werden. Zum Verfahren selbst sagte der Herr Bundesminister, er denke nicht an eine deutsche Vertretung bei möglichen Gesprächen, weil man sonst wieder auf die Genfer Lösung[5] zurückkäme, die vermieden werden sollte.

Außenminister *Rusk* fragte, welches Mandat für die Verhandlungen erteilt werden sollte oder ob die Zusammenkünfte ohne Tagesordnung stattfinden sollten.

Staatssekretär Professor *Carstens* sagte, deutscherseite denke man an die folgenden Punkte: Zeitplan, Plan für die Wiedervereinigung und europäische Sicherheit, Wahlgesetz, Regelung von Streitfragen sowie Durchführung und Überwachung einer Abstimmung.

Außenminister *Rusk* vertrat die Auffassung, daß man nicht zu sehr ins Detail gehen dürfe, da sonst eine Konferenz nicht zustande käme. Beim österreichischen Staatsvertrag[6] sei das Mandat ziemlich breit angelegt gewesen. Man müsse unterscheiden zwischen einem ziemlich allgemein gehaltenen Mandat und ins einzelne gehenden Gesprächen zwischen den vier Mächten, die der Vorbereitung der Konferenz dienten. Was diese vorbereitenden Arbeiten angehe, so müsse man sehr ins Detail gehen.

Der Herr *Bundesminister* sagte, die deutsche Seite wolle deshalb den westlichen Regierungen detaillierte Vorschläge unterbreiten, die dann in der Arbeitsgruppe besprochen werden könnten.

Außenminister *Rusk* sagte, wenn man mit den größeren politischen und Sicherheitsfragen anfange, bestehe die Gefahr, daß man bald auf einen toten Punkt komme. Vielleicht wäre es deswegen günstiger, zunächst mit ein oder zwei humanitären Problemen einen Anfang zu machen. Er erinnerte daran, daß bis zum Abschluß des österreichischen Staatsvertrags 360 Sitzungen stattgefunden hätten. Seine Frage, ob die deutsche Seite daran denke, daß die Konferenz permanent tagen sollte, beantwortete Staatssekretär Professor *Carstens* dahingehend, daß sie so permanent wie möglich sein sollte.[7]

Außenminister *Rusk* fragte sodann, ob die deutsche Seite im Falle einer Volksabstimmung über das Ergebnis in der Zone sicher sei, vorausgesetzt daß es sich um eine freie Abstimmung handele.

[4] Vgl. dazu die erste Fassung der Deutschland-Initiative vom 3. Januar 1964; AAPD 1964.

[5] Bei der Außenministerkonferenz in Genf 1959 waren Beobachterdelegationen aus der Bundesrepublik und der DDR im Konferenzraum vertreten.

[6] Für den Wortlaut des Österreichischen Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 725–810.

[7] Zum deutschen Vorschlag eines Ständigen Vier-Mächte-Rats vgl. auch Dok. 473.

Staatssekretär Professor *Carstens* sagte, die deutsche Seite habe keinen Zweifel über das Ergebnis einer solchen Abstimmung, und erwähnte, daß vor etwa 4 Wochen der Korrespondent der Londoner Times in Bonn von einer Reise durch die Zone zurückgekehrt sei und ebenfalls die Überzeugung gewonnen habe, daß eine solche Volksabstimmung zugunsten des Westens ausfallen würde.[8]

Außenminister *Rusk* sagte, wenn die Russen immer behaupteten, die Wiedervereinigung sei eine Angelegenheit, die von den Deutschen selbst geregelt werden müsse[9], so könne man ihnen mit dem Argument einer freien Abstimmung entgegentreten.

Staatssekretär Professor *Carstens* erinnerte an die Genfer Direktive aus dem Jahre 1955[10], bemerkte aber, daß im Anschluß an die Genfer Gipfelkonferenz Chruschtschow in Ostberlin gesagt habe, die sozialistischen Errungenschaften dürften niemals aufgegeben werden.[11]

Außenminister *Rusk* sagte, es stehe fest, daß der Westen einen umfassenden Vorschlag ausgearbeitet haben müsse, ehe eine Konferenz zustande komme. Seine Frage nach der französischen Haltung beantwortete der Herr *Bundesminister* mit dem Hinweis, daß sich Couve in Paris in Anwesenheit von Herrn Rusk positiv geäußert habe.[12] Seither habe er mit ihm nicht mehr darüber gesprochen.

Außenminister *Rusk* wies darauf hin, daß die sich aus der Wiedervereinigung für die europäische Sicherheit ergebenden Fragen sehr kompliziert seien. Wenn vorgeschlagen worden sei, daß die Wiedervereinigung das Sicherheitsgleichgewicht zwischen Ost und West nicht ändern solle, so sei es schwierig, dies im Detail auszuarbeiten. Dennoch müsse gerade dieser Frage besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, da es sich hierbei nach seiner Auffassung um die entscheidende Frage handele.

Staatssekretär Professor *Carstens* sagte, man sollte nicht zu spezifisch sein, solange man noch nicht wisse, ob sich die Sowjetunion gegenüber der Idee als solcher positiv verhalte. In Genf sei man allerdings schon spezifischer gewesen.

Herr *Tyler* vertrat die Auffassung, daß ein Teil der Genfer Arbeiten benutzt werden könnte.

Staatssekretär Professor *Carstens* hielt es nicht für klug, alles gleich in das erste Papier aufzunehmen.

[8] Zur Überzeugung des Korrespondenten der Zeitung THE TIMES, Hargrowe, daß sich 80% der Bevölkerung der DDR für eine Wiedervereinigung im westlichen Sinne aussprechen würden, vgl. auch Dok. 473.

[9] Vgl. dazu etwa Dok. 454.

[10] Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 6.

[11] Am 26. Juli 1955 erklärte der Erste Sekretär des ZK der KPdSU: „Können die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik auf die Beseitigung aller ihrer politischen und sozialen Errungenschaften, auf die Beseitigung aller ihrer demokratischen Umgestaltungen eingehen? Wir sind überzeugt, daß sich die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik niemals einverstanden erklären werden, einen solchen Weg zu gehen." Vgl. DzD III/1, S. 235.

[12] Vgl. Dok. 473.

Außenminister *Rusk* fragte, ob es Sinn hätte vorzuschlagen, daß die Ostberliner die Möglichkeit haben sollten, nach Westberlin zu gehen. Herr Brandt habe ihm einmal gesagt, man könnte an eine Garantie dafür denken, daß die Ostberliner von Westberlin aus nicht in die Bundesrepublik weiterreisten. Diesen Vorschlag habe er aber nie mehr wiederholt. Durch ihn würde Westberlin auch zu einem Gefängnis gemacht.

Der Herr *Bundesminister* sagte dann, er wolle noch drei weitere Punkte erwähnen. Er bat zunächst die amerikanische Regierung, sich noch einmal der Frage der Beteiligung amerikanischer Firmen an der Verkehrsausstellung in München annehmen zu wollen. Wenn die amerikanische Regierung dies befürworte, würden sich die amerikanischen Firmen sicher in der Lage sehen, an der Ausstellung teilzunehmen.[13]

Sodann ging der Herr Minister kurz auf die Frage der Stahlzölle ein und legte hierzu die deutsche Haltung dar.[14]

Als Drittes erwähnte er das Anti-dumping Verfahren im Zusammenhang mit den Röhrenlieferungen. Soviel er wisse, habe die U.S. Steel einen entsprechenden Antrag gestellt.[15] Nachdem von der deutschen Röhrenindustrie gewisse Opfer im Zusammenhang mit dem Röhrenembargo[16] verlangt worden seien, würde man es deutscherseits begrüßen, wenn dieses Verfahren eingestellt werden könnte, um so mehr als es sich nur um eine Menge von 1000 t handele.

Herr *Creel* sagte, das State Department versuche, die Angelegenheit aus der Welt zu schaffen, doch bestehe die Schwierigkeit darin, daß sie nicht in die Zuständigkeit des State Department falle. Vielmehr sei das Verfahren vor der Tariff Commission anhängig.[17]

[13] Die Behörden und Industrien für Luft- und Raumfahrt in den USA machten ihre Teilnahme an der für 1965 geplanten ersten Welt-Verkehrsausstellung in München davon abhängig, daß sich das amerikanische Außenministerium aus politischen Interessen dafür ausspreche. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Generaldirektors des Vereins „Internationale Verkehrsausstellung München 1965", Maurer, vom 13. Dezember 1963; Abteilung II (II 6), VS-Bd. 206.

[14] Die Bundesrepublik setzte sich für die Festsetzung eines einheitlichen Stahlzolls im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ein, um die Stahlindustrie gegen die Unterbietung durch andere Staaten zu schützen. Allerdings wurde der von der Hohen Behörde erarbeitete Vorschlag eines Zolls von 14% mit Blick auf die Kennedy-Runde als zu hoch erachtet. Vgl. dazu die Ausführungen des Chefs des Bundeskanzleramtes, Westrick, am 21. November 1963 im Gespräch mit dem französischen Industrieminister Maurice-Bokanowski; Büro Staatssekretär, Bd. 393.
Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Referats I A 2 für die Konferenzmappe des Bundeskanzlers; Abteilung II (II 6), VS-Bd. 206; B 150, Aktenkopien 1963.

[15] Dazu berichtete die Botschaft in Washington im Dezember 1963: „Die Antidumpinguntersuchung gegen die deutschen Hersteller geschweißter Stahlrohre schwebt seit einem Jahr, obwohl die deutschen Lieferanten ihre Preise seit dem 1. März 1963 den Vorschriften des Antidumping Act von 1921 angepaßt haben. Die US Steel Corporation ist nicht bereit, den mit dem Treasury Dep[artmen]t vereinbarten Einfuhrpreis der Phönix Rheinrohr anzuerkennen und die Klage zurückzuziehen." Vgl. Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 244; B 150, Aktenkopien 1963.
Zum amerikanischen Antidumping-Gesetz vgl. auch die Aufzeichnung der EWG-Kommission vom 7. Oktober 1963; Referat III A 2, Bd. 26.

[16] Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 vgl. Dok. 9, Anm. 5.

[17] Vgl. dazu den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 24. Januar 1964; Abteilung III (III A 5), VS-Bd. 244.

Die Themen wurden nicht weiter vertieft, da die beiden Außenminister zu dem Präsidenten und dem Herrn Bundeskanzler gerufen wurden.

Die Unterredung endete gegen 12.30 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8511

492

Runderlaß des Staatssekretärs Carstens

II 6-82.20/91.36-937/63 geheim **30. Dezember 1963**

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers bei Präsident Johnson[1]

Der Besuch des Bundeskanzlers bei Präsident Johnson auf seiner Ranch in Texas hat in einer ausgesprochen freundschaftlichen und aufgeschlossenen Atmosphäre stattgefunden. Die Vorteile des besonders intimen Charakters, den der Besuch durch Zeitpunkt und Ort erhielt, sind voll zur Auswirkung gekommen. Zwischen Bundeskanzler und Präsident bildete sich ein enges persönliches Verhältnis, das in Zukunft wahrscheinlich ein starker Faktor in den deutsch-amerikanischen Beziehungen sein wird.

Der persönliche Eindruck hat bestätigt, daß Johnson in seine neue Aufgabe ungewöhnlich schnell hineingewachsen ist. Das Bild der amerikanischen Politik wird künftig von seiner Persönlichkeit bestimmt sein. Das schließt nicht aus, daß – zunächst wenigstens – in außenpolitischen Fragen mit einem starken Einfluß des State Department und insbesondere Rusks zu rechnen sein wird.

Die Gespräche vermittelten den Eindruck, daß Präsident Johnson die Probleme, die sich ihm im Innern stellen, im Hinblick auf den Wahlkampf[2] besonders ernst nimmt. Auch außenpolitische Fragen werden unter dem Gesichtspunkt ihrer innenpolitischen Konsequenzen betrachtet werden. Man kann die Möglichkeit nicht ausschließen, daß angesichts der Schwierigkeiten bei der Aufstellung des Budgets auch die Frage der Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Europa[3] im Wahlkampf wieder aufkommen wird. Es war deshalb für uns besonders wertvoll, daß der Präsident die Entschlossenheit seiner Regierung, auch weiterhin 6 Divisionen in Deutschland zu belassen, erneut bekräftigt hat.[4]

Über den Inhalt der Gespräche unterrichtet das veröffentlichte Kommuniqué[5] eingehend. Ergänzend ist folgendes zu bemerken:

[1] Zu den Gesprächen vom 28./29. Dezember 1963 vgl. Dok. 486–491.

[2] Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

[3] Vgl. dazu bereits Dok. 453.

[4] Vgl. dazu Dok. 489.

[5] Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 29. Dezember 1963 vgl. BULLETIN 1964, S. 5 f.

Die Frage der Entspannung in den Ost-West-Beziehungen wird die amerikanische Regierung weiterhin stark beschäftigen. Die Konsultation in den sich hieraus ergebenden Fragen ist nach den Gesprächen in Texas noch mehr als bisher gesichert. Konkrete Pläne für die Fortführung der Entspannungspolitik sind nicht erörtert worden. Der durch einzelne Organe der amerikanischen Presse vermittelte Eindruck, der Bundeskanzler habe sich hinsichtlich der Entspannungsmöglichkeiten skeptischer gezeigt als Präsident Johnson[6], beruht auf falscher Interpretation seiner Äußerungen. Beide Gesprächspartner waren zwar ohne Illusionen über die derzeitige Bereitschaft der Sowjetunion zu einer echten Entspannung, sie waren sich jedoch darin einig, daß man nicht nachlassen dürfe, die Möglichkeiten einer Verbesserung der Ost-West-Beziehungen zu prüfen und gegebenenfalls auszunützen.

Präsident Johnson wurde eingehend über die Brüsseler Verhandlungen und unsere Gedanken über die Fortführung der Europa-Politik unterrichtet. In diesem Zusammenhang wurden auch die möglichen Auswirkungen der Brüsseler Beschlüsse[7] auf die Kennedy-Runde[8] erörtert. Unser Eintreten für eine weltoffene Handelspolitik der EWG wurde von amerikanischer Seite besonders dankbar anerkannt. In der Pressekonferenz vor dem Abflug des Bundeskanzlers[9] wurde aufgrund des Kommuniqués die Frage gestellt, ob an eine ständige Zusammenarbeit in Form einer deutsch-amerikanischen Kommission zur Vorbereitung der Kennedy-Runde unter Ausschluß der übrigen EWG-Partner gedacht sei. Diese Frage ist entschieden zu verneinen. Es ist lediglich beabsichtigt, die Auswirkungen der Brüsseler Beschlüsse auf die bilateralen Handelsbeziehungen zu erörtern, sobald das Brüsseler Ergebnis in allen Einzelheiten feststeht.

Dem im Kommuniqué angekündigten engeren Gedankenaustausch zwischen beiden Regierungen und insbesondere zwischen Bundeskanzler und Präsident sowie zwischen den beiden Außenministern messen wir große Bedeutung bei.

[gez.] Carstens

Abteilung II (II 6), VS-Bd. 207

6 Vgl. dazu Dok. 490, Anm. 2.

7 Zur Tagung des Ministerrats der EWG vom 16. bis 23. Dezember 1963 in Brüssel vgl. Dok. 478, Anm. 2.
Vgl. dazu auch das Kommuniqué vom 23. Dezember 1963; EUROPA-ARCHIV 1964, D 17–20 (Auszüge).

8 Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 115, Anm. 10.

9 Vgl. dazu den Artikel: Johnson und Erhard bleiben in ständiger Verbindung; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 302 vom 31. Dezember 1963, S. 1 und S. 4.

Anhang

Zeittafel 1963

14. Januar	Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kuba durch die Bundesrepublik
	Besprechung des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Ball, mit Bundeskanzler Adenauer über die Konferenz von Nassau und das Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht
	Ablehnung eines Beitritts Großbritanniens zur EWG und einer Teilnahme Frankreichs an einer multilateralen Atomstreitmacht durch Staatspräsident de Gaulle
22. Januar	Unterzeichnung des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit
29. Januar	Abbruch der Beitrittsverhandlungen zwischen der EWG und Großbritannien
5. bis 7. Februar	Besprechungen des Staatssekretärs Carstens in Washington wegen der amerikanischen Reaktionen auf den deutsch-französischen Vertrag
20. Februar	Sowjetischer Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf
25. Februar	Entführung des ehemaligen Obersten Argoud aus einem Münchener Hotel durch den französischen Geheimdienst
7. März	Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und Polen über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr sowie die Errichtung einer Handelsvertretung in Warschau
18. März	Sondersitzung des Bundestages über das gegen die UdSSR gerichtete Röhrenembargo
26. März	Wiederaufnahme der Gespräche über die Deutschland- und Berlin-Frage zwischen dem amerikanischen Außenminister Rusk und dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin
4. April	Koalitionsbesprechung in Cadenabbia über die Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags
6. April	Unterzeichnung des Abkommens zwischen den USA und Großbritannien über den Verkauf von Polaris-Raketen an Großbritannien
9. Mai	Beschluß des EWG-Ministerrats über ein Arbeitsprogramm für 1963 mit Verknüpfung von Kennedy-Runde und Agrarpolitik der EWG
16. Mai	Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags durch den Bundestag
10. Juni	Ankündigung von Verhandlungen über ein Teststopp-Abkommen durch Präsident Kennedy
14. Juni	Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags durch die französische Nationalversammlung

15. Juni	Mitteilung der französischen Regierung an den Militärausschuß der NATO über den Rückzug der Atlantik-Flotte aus der NATO-Assignierung
20. Juni	Vereinbarung über eine direkte Nachrichtenverbindung zwischen Washington und Moskau („Heißer Draht")
21. Juni	Sowjetischer Vorschlag eines streng vertraulichen Gedankenaustausches mit Bundeskanzler Adenauer
23. bis 26. Juni	Besuch des Präsidenten Kennedy in der Bundesrepublik und in Berlin (West)
24. Juni	Gründung des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) durch Bundespräsident Lübke in Anwesenheit des Präsidenten Kennedy
2. Juli	Vorschlag der Verbindung eines Teststopp-Abkommens mit einem Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt durch Ministerpräsident Chruschtschow
5. Juli	Unterzeichnung des Abkommens über die Errichtung des Deutsch-Französischen Jugendwerks
11. Juli	Beschluß des EWG-Ministerrats über regelmäßige Kontakte mit Großbritannien im Rahmen der WEU
15. Juli	Rede des Leiters des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Bahr, in Tutzing
20. Juli	Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der EWG und 18 afrikanischen Staaten
25. Juli	Paraphierung des Teststopp-Abkommens durch die UdSSR, die USA und Großbritannien (Unterzeichnung am 5. August)
29. Juli	Ablehnung eines Beitritts Frankreichs zum Teststopp-Abkommen durch Staatspräsident de Gaulle
31. Juli bis 3. August	Besuch des Staatspräsidenten Segni in der Bundesrepublik
1. August	Unterzeichnung der logistischen Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und den USA („Memorandum of Understanding")
8. August	Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens durch die DDR in Moskau
9. August	Ankündigung einer Verringerung des amerikanischen Truppenkontingents in Berlin (West) um 600 Soldaten
13. August	Vorschlag des Auswärtigen Amts zur Lösung des Deutschland-Problems
19. August	Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens durch die Bundesrepublik in Moskau, Washington und London
7. September	Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien über eine Entschädigung für die Opfer von Menschenversuchen in der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus
12. September	Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der EWG und der Türkei
16. September	Verzicht auf eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel durch Bundeskanzler Adenauer
17. September	Besuch des Bundeskanzlers Adenauer bei Papst Paul VI.

18. September	Eröffnung der Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau
21./22. September	Besuch des Bundeskanzlers Adenauer bei Staatspräsident de Gaulle in Rambouillet
27. September	Beginn von Sondierungsgesprächen über die Ost-West-Beziehungen zwischen den Außenministern der USA, der UdSSR und Großbritanniens in New York
30. September	Vorschläge des Kuratoriums Unteilbares Deutschland an die Menschenrechtskommission der UNO zur Lösung der Deutschland-Frage
1. Oktober	Beginn von Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien über ein Handelsabkommen sowie den Austausch von Handelsvertretungen
2. Oktober	Vereinbarung zwischen dem sowjetischen Außenminister Gromyko und dem amerikanischen Außenminister Rusk über die Nichtstationierung von Kernwaffen im Weltraum
9. Oktober	Genehmigung des Verkaufs von amerikanischem Weizen an die UdSSR und andere Ostblock-Staaten durch Präsident Kennedy
11. Oktober	Erste Beratung der MLF-Arbeitsgruppe in Paris
15. Oktober	Rücktritt des Bundeskanzlers Adenauer
16. Oktober	Wahl von Ludwig Erhard zum Bundeskanzler, Gerhard Schröder weiterhin Bundesminister des Auswärtigen
17. Oktober	Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über den Austausch von Handelsvertretungen
18. Oktober	Rücktritt des Premierministers Macmillan
	Ernennung von Alexander Douglas-Home zum britischen Premierminister
4. November	Vorschlag des Vizepräsidenten der EWG-Kommission, Mansholt, zur Verwirklichung eines gemeinsamen Getreidepreises in der Gemeinschaft („Mansholt-Plan")
8. November	Anerkennung der Regierung unter Staatspräsident Duong Van Minh durch die Bundesrepublik nach dem Militärputsch in der Republik Vietnam (Südvietnam)
10. November	Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über den Handels- und Zahlungsverkehr sowie den Austausch von Handelsvertretungen
18. November	Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats in Paris über die Frage langfristiger Kredite an Ostblock-Staaten
21./22. November	Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Paris
22. November	Ermordung des Präsidenten Kennedy in Dallas
	Vereidigung von Lyndon B. Johnson als Präsident der USA
27. November	Beginn von Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei über ein Handelsabkommen sowie den Austausch von Handelsvertretungen

17. Dezember	Unterzeichnung eines Protokolls über die Ausgabe von Passierscheinen an Bewohner von Berlin (West) für Verwandtenbesuche in Ost-Berlin („Passierschein-Abkommen")
23. Dezember	Verabschiedung der Agrarmarktordnungen für Milch und Milchprodukte, Rindfleisch sowie Reis durch den EWG-Ministerrat
28./29. Dezember	Besuch des Bundeskanzlers Erhard bei Präsident Johnson in Texas
31. Dezember	Sowjetischer Vorschlag eines Abkommens über Gewaltverzicht in territorialen Streitfragen

Personenregister

Bei der Benutzung des Personenregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Die Personen werden in alphabetischer Folge erfaßt.
- In der Regel wird die maßgebliche Funktion im Jahr 1963 genannt. Falls im Kontext erforderlich, wird zusätzlich auf frühere Funktionen hingewiesen.
- Bei einigen Personen sind im Rahmen der Edition ausschließlich bestimmte Funktionen vor dem Jahr 1963 von Interesse. In diesen Fällen erfolgen nähere zeitliche Angaben.
- Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, ist die Dokumentennummer angegeben. Dies ermöglicht auch einen schnellen Zugriff auf das Dokumentenverzeichnis im Band I.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 185 bzw. von Seite 3 bis 602, **Band II** von Dokument 186 bis 369 bzw. von Seite 603 bis 1265 und **Band III** von Dokument 370 bis 492 bzw. von Seite 1267 bis 1713.

Abdeljalil, Mehdi Botschafter des Königreichs Marokko in Bonn S. 1254

Abrassimow, Pjotr Andrejewitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Ost-Berlin S. 640, 1409

Abs, Hermann Josef Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG in Frankfurt/Main; ehemaliger Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Londoner Schuldenkonferenz S. 767, 845, 864 f., 1303

Abusch, Alexander Stellvertretender Ministerpräsident der DDR S. 1554 f., 1593, 1634, 1671, 1680 f.

Achenbach, Ernst Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 1097

Acheson, Dean G. 1949–1953 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 65, 392, 393, 394** und S. 293, 302, 306, 681, 1395 f.

Adenauer, Konrad Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland bis 15. Oktober 1963 und Vorsitzender der CDU **Dok. 7, 27, 37, 38, 43, 44, 46, 52, 57, 59, 73, 92, 101, 156, 170, 182, 186, 192, 206, 208, 216, 218, 220, 224, 232, 234, 237, 252, 257, 258, 261, 273, 291, 292, 307, 311, 321, 324, 337, 341, 342, 354, 355, 356, 357, 363, 368, 387, 389, 392** und S. 3 f., 7[5], 10 f., 19 f., 32, 40[7+12], 42 f., 45, 51, 57–59, 62[3], 63 f., 71, 79, 82 f., 85, 88, 89[11+12], 91 f., 99[10+14], 100[16], 101[19–21], 102[23+25+30], 103–105, 108 f., 131, 134, 152, 163, 165–167, 180[1+6], 185, 216, 220[11], 228 f., 270[10], 272, 284, 291, 296, 323, 330[5], 341 f., 357, 378[8], 379–381, 385–389, 391, 399, 404, 405[5], 414, 422, 436, 443[1+3], 444 f., 455, 461, 491, 502–505, 513 f., 558 f., 562[4], 563, 565, 568, 600, 610, 615 f., 630[3+4], 631[2], 632, 644–647, 655, 657–661, 671, 682 f., 684, 702, 718, 721–723, 727 f., 732, 735[3], 754, 756[3], 806, 818, 824[8], 825, 830 f., 871[1], 889[8], 905, 924, 927, 937[15], 960, 1003, 1020, 1024, 1040[9], 1042 f., 1063, 1075 f., 1082, 1096, 1098, 1110[3], 1118 f., 1124[12], 1136–1139, 1150 f., 1155 f., 1165, 1167 f., 1184, 1219 f., 1225–1227, 1271 f., 1302, 1303[7–9], 1304 f., 1308, 1310 f., 1314, 1315[5], 1336 f., 1339 f., 1341–1344, 1371, 1389–1391, 1411[6], 1422[22], 1455, 1459, 1471, 1475, 1481 f., 1491, 1513 f., 1538, 1545–1547, 1549, 1551[17], 1560, 1568, 1635, 1672, 1697, 1703, 1705

Adschubej, Alexej Iwanowitsch Chefredakteur der Zeitung „Iswestija" (Moskau) S. 695[29], 881, 916, 971

Ahlers, Conrad stellvertretender Chefredakteur des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" (Hamburg) S. 1109[4]

Ahmed, Kamaluddin Botschaftsrat an der pakistanischen Botschaft in Bonn S. 155

Ailleret, Charles Chef des französischen Generalstabes S. 246, 281, 318, 710, 1273, 1348[10]

Albertz, Heinrich Senator für Inneres des Landes Berlin bis 10. März 1963 und Mitglied des Abgeordnetenhauses (SPD); danach Bürgermeister von Berlin und Senator für Sicherheit und Ordnung S. 966

Alessandrini, Adolfo Leiter der Ständigen Vertretung der Italienischen Republik bei der NATO in Paris S. 66, 753, 1439, 1636

Allardt, Helmut Leiter der Handelspolitischen Abteilung bis zur Umorganisation des Auswärtigen Amts vom 15. Januar 1963; Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen Januar bis März 1963; seit 11. Juli 1963 Botschafter in Madrid **Dok. 29, 45, 109, 114, 140, 141** und S. 36, 160, 328[3], 597[3]

Alphand, Hervé Botschafter der Französischen Republik in Washington S. 143

Amer, Abdel Hakim Stellvertreter des ägyptischen Präsidenten S. 564[12], 644

Al-Ameri, Hassan Stellvertreter des jemenitischen Präsidenten S. 1541[6]

Amrehn, Franz Bürgermeister von Berlin bis 10. März 1963 und Mitglied des Abgeordnetenhauses (CDU) S. 91, 299, 343

Andreotti, Giulio italienischer Verteidigungsminister S. 1588

Antoniutti, Ildebrando Kardinal Apostolischer Nuntius in Madrid S. 627

Argoud, Antoine Mitglied der „Organisation de l'Armée Secrète" (OAS); ehemaliger französischer Oberst (am 25. Februar 1963 aus einem Münchener Hotel nach Frankreich entführt) S. 1511 f., 1522–1524, 1660, 1661[6+8]

Arnold, Hans Vertreter des Leiters im Referat „NATO, WEU (militärische Angelegenheiten) und Verteidigung" des Auswärtigen Amts S. 1439[1]

Aron, Raymond Professor für Soziologie an der Sorbonne in Paris S. 1429[4]

Arsumanjan, Anuschawan Agafonowitsch Leiter des „Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen" der Akademie der Wissenschaften in Moskau S. 419, 421

Attlee, Clement R., seit 1955 1. Earl Attlee 1945–1951 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 740[5]

Augstein, Rudolf Herausgeber des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" (Hamburg) S. 1109[4]

d'Aumale, Christian Erster Botschaftsrat an der französischen Botschaft in Bonn S. 429 f., 1077 f., 1627

Ayub Khan, Mohammed Ministerpräsident und Präsident der Islamischen Republik Pakistan S. 155–157, 1172[57], 1290

Baath, Rolf Leiter der Abteilung „Ernährungswirtschaft" im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 285

Bach, Franz Josef Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Hongkong; ehemaliger Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt S. 1445[1]

Bachmann, Günther Mitarbeiter im Bundeskanzleramt S. 431

Bading, Harri Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 408

Bahr, Egon Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin S. 772–775, 808, 1381[8]

Balken, Richard Leiter des Parlaments- und Kabinettsreferats im Auswärtigen Amt S. 745[1]

Balkow, Julius Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR S. 233, 1146[3]

Ball, George W. Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State) **Dok. 20, 272, 358, 411, 431** und S. 7[5], 40[12], 51, 53 f., 111, 114, 137–139, 171, 180[1], 189, 399, 406, 475[13], 587[10], 802 f., 827, 863, 872[7+10], 917, 1172[57], 1214, 1220 f., 1223, 1290, 1385, 1389, 1434, 1441 f., 1444, 1493, 1604, 1680, 1686 f., 1692–1694, 1697

Balod Leiter der Zentraleuropäischen Abteilung im sowjetischen Außenhandelsministerium S. 1412–1414

Baltei Leiter der Sektion „Gesandtschafts- und Konsularrecht" im rumänischen Außenministerium S. 1295

Barnes, Ernest W. Referatsleiter im britischen Außenministerium (Head of Western Organisations and Planning Department) S. 134

Bart, Jean-Marie Vertreter des Militärattachés an der französischen Botschaft in Bonn S. 1104

Barth, Heinrich Persönlicher Referent des Bundeskanzlers Adenauer bis 28. Februar 1963; seit März 1963 mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs im Bundesministerium für Familie und Jugend beauftragt und seit 18. Oktober 1963 Staatssekretär S. 302

al-Barzani, Mustafa Führer der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung; seit 1. September 1963 provisorischer Chef des vom Nationalrat der Kurden ausgerufenen Kurdenstaats S. 1122

Barzel, Rainer Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen bis 15. Oktober 1963; seit 3. Dezember 1963 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag **Dok. 28, 61, 305** und S. 362[6], 1025 f., 1118, 1380

Bascha, Ahmed Mohammed als Botschafter der Arabischen Republik Jemen in Bonn vorgesehen (am 25. Mai 1964 akkreditiert) S. 1541[7]

Baßler, Hilmar Leiter des Referats „Ostasien" bis zur Umorganisation des Auswärtigen Amts vom 15. Januar 1963; danach Leiter des Referats „Süd- und Ostasien" S. 515, 1418[3]

Battista, Emilio Vorsitzender des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments in Luxemburg; ehemaliger Unterstaatssekretär im italienischen Ministerium für Industrie und Handel **Dok. 447**

Baumel, Jacques Generalsekretär der „Union pour la Nouvelle République/ Union Démocratique du Travail" (UNR/ UDT) in Paris S. 1355, 1590

Baydur, Mehmet Botschafter der Republik Türkei in Bonn S. 1620

de Beaumarchais, Jacques Delarüe Caron Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium (Chargé des Affaires d'Europe) S. 1376–1379

Beck, István Leiter der Delegation der Volksrepublik Ungarn bei den Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland über einen Handelsvertrag und den Austausch von Handelsvertretungen **Dok. 332** und S. 1129[13]

Becker, Herbert Leiter der Unterabteilung „Verteidigungswirtschaftliche Planung" im Bundesministerium der Verteidigung S. 131, 493–495, 1275

Beckh, H. G. Deutschlandreferent des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf S. 299, 1625

Behrendt, Heinz Leiter der Hauptabteilung „Innerdeutscher Handel" im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR S. 9, 10[4], 11 f., 13[16], 49 f., 233, 299 f., 347 f., 589, 775, 988, 1036, 1277, 1554, 1571, 1670

Beitz, Berthold Generalbevollmächtigter der Firma Krupp in Essen **Dok. 167, 360** und S. 152, 233, 463, 591[4], 767, 1564

Beling, Walter Leiter der Verbindungsstelle der DDR zur UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf S. 299

Bellenger, Frederick J. Abgeordneter des britischen Unterhauses (Labour Party) S. 1507

Ben Bella, Mohammed Ahmed Ministerpräsident und seit 15. September 1963 Präsident der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien S. 700[39], 1254, 1270, 1350, 1384

Bengal, Josef Mitarbeiter des israelischen Geheimdienstes S. 431[4], 433, 436, 464

Ben Gurion, David Ministerpräsident und Verteidigungsminister des Staates Israel bis 16. Juni 1963 S. 230[4], 231, 404[2], 434, 593–596, 612, 630[3+4], 659, 1302[6], 1303[7+8], 1304[14], 1513 f., 1568

Benediktow, Iwan Alexandrowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Neu-Delhi **Dok. 64**

Bengsch, Alfred Erzbischof und Vorsitzender der Berliner Ordinarien-Konferenz S. 826

Bérard, Armand Botschafter der Französischen Republik in Rom S. 198

Berendonck, Gerd Angehöriger des Referats „Abrüstung und Sicherheit" im Auswärtigen Amt S. 516[5]

Berg, Fritz Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. (BDI) in Köln S. 767

Berija, Lawrentij Pawlowitsch 1938–1945 und 1953 Volkskommissar bzw. sowjetischer Minister für Innere Angelegenheiten S. 922, 1643

Bertram, Helmut Leiter der Unterabteilung „Führung" beim Führungsstab der Bundeswehr S. 932, 1403

Bevans, Charles I. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Legal Adviser for Treaty Affairs) S. 949

Bevin, Ernest 1945–1951 Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 246

Bidault, Georges Vorsitzender des „Conseil National de la Résistance" (CNR); ehemaliger Außenminister und ehemaliger Ministerpräsident der Französischen Republik S. 309, 372

Bierut, Boleslaw 1948–1956 Vorsitzender bzw. Erster Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei S. 454[2]

Biggar, Frank Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Irland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 934 f.

Birgi, Muharrem Nuri Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Türkei bei der NATO in Paris S. 753, 1439

Birrenbach, Kurt Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1342

Bismarck, Otto Fürst von 1871–1890 Reichskanzler des Deutschen Reiches S. 306 f., 741, 916, 1080, 1546

al-Bitar, Salah März bis November 1963 Ministerpräsident und Außenminister der Syrischen Arabischen Republik S. 1124

Blakeney, Frederick J. Botschafter Australiens in Bonn S. 1556[6]

Blankenhorn, Herbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris bis 28. Oktober 1963; seit 14. November 1963 Botschafter in Rom **Dok. 85, 89, 94, 223, 265, 293, 395, 404, 464** und S. 89[11], 124, 148, 245[8], 684, 805[6], 879, 937, 940[7], 948, 1103[4], 1104[9], 1463[21]

Blessing, Karl Präsident der Deutschen Bundesbank in Frankfurt/Main S. 864 f.

Blick, Charles A. Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Executive Director for Procurement and Production, Defense Supply Agency) S. 1283, 1287 f.

Bligh, Sir Timothy Privatsekretär des britischen Premierministers S. 1495

Blos, Dietrich Präsident des Landesverbandes Berlin des Deutschen Roten Kreuzes S. 300

Blumenfeld, Alfred Leiter des Referats „Süd- und Südostasien" bis zur Umorganisation des Auswärtigen Amts vom 15. Januar 1963; danach bis 30. Juni 1963 Leiter des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara"; am 1. Juli 1963 nach Warschau versetzt und mit der Errichtung der Handelsvertretung beauftragt; seit 18. September 1963 Vertreter des Leiters an der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland S. 747[13]

Blumenfeld, Erik B. Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 411[14], 1368

Blumenthal, W. Michael Sonderbeauftragter des amerikanischen Präsidenten für Handelsfragen S. 497[2], 498, 1435

Bock, Fritz österreichischer Minister für Handel und Wiederaufbau S. 267, 518[9]

Bock, Hans Leiter der „Abteilung für die Wahrnehmung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland" bei der französischen Botschaft in Belgrad (Schutzmachtvertretung) S. 352, 758[4]

Böckler, Hans 1947–1949 Vorsitzender des DGB in der britischen Zone; 1949–1951 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf S. 740

Böhm, Franz Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU); ehemaliger Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den Verhandlungen über Wiedergutmachung mit dem Staat Israel und den jüdischen Weltverbänden S. 432, 563[5], 1124[12]

Böker, Alexander Politischer Berater (Senior Political Advisor) beim Generalsekretariat der NATO in Paris bis 15. Februar 1963; seit 20. Februar 1963 Leiter der Unterabteilung B in der „Politischen Abteilung I" des Auswärtigen Amts **Dok. 147, 188, 203, 259, 303, 409** und S. 436, 509[8], 529, 536 f., 649[1], 1026, 1043, 1103[4], 1146[3], 1148[8], 1506[15], 1541[4]

Bömcke, Eberhard Vertreter des Leiters an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei EWG und EURATOM in Brüssel **Dok. 470** und S. 1353[37]

Böx, Heinrich Leiter der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Helsinki **Dok. 135, 351, 446**

Bohlen, Charles E. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Paris; ehemaliger Botschafter in Moskau S. 178, 248, 388, 1323, 1629

Boltze, Erich 1938–1943 Botschaftsrat und 1943–1945 Gesandter an der deutschen Botschaft in Tokio S. 516

Bolz, Lothar Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR S. 12

Boon, Hendrik N. Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs der Niederlande bei der NATO in Paris S. 66, 890

Borissow, Sergej Alexejewitsch sowjetischer Erster Stellvertretender Außenhandelsminister S. 75 f., 78, 241[3], 1411[6]

Borm, William Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der FDP und seit Februar 1963 Mitglied des Abgeordnetenhauses S. 1645

Borschette, Albert Leiter der Ständigen Vertretung des Großherzogtums Luxemburg bei EWG und EURATOM in Brüssel **Dok. 42**

Botsio, Kojo Außenminister der Republik Ghana S. 1149[14]

Bourgiba, Habib Präsident der Republik Tunesien S. 1270, 1516

Bouverat, Colette Dolmetscherin im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 244[1]

Bouziri, Najib Botschafter der Republik Tunesien in Bonn **Dok. 438** und S. 47

Boyd-Carpenter, John seit 20. Oktober 1963 Staatssekretär im britischen Schatzamt und Generalzahlmeister (Chief Secretary of the Treasury and Paymaster General) S. 1499, 1601

Brandner, Ferdinand österreichischer Ingenieur in der VAR S. 434

Brandt, Willy Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des Abgeordnetenhauses (SPD) **Dok. 28, 102** und S. 9, 13, 50, 90, 216 f., 227, 298–301, 340 f., 346–348, 422, 681, 756, 772 f., 775, 918, 922, 1118[1], 1276 f., 1437 f., 1556[6], 1570–1572, 1593, 1626, 1633 f., 1656, 1671, 1681, 1686, 1711

Brash, Robert Erster Sekretär an der britischen Botschaft in Bonn S. 396 f.

Braun, Sigismund Freiherr von Beobachter der Bundesrepublik Deutschland bei der UNO in New York **Dok. 401** und S. 203[14], 869[10], 1232, 1330[8+9], 1331, 1347[4], 1370[25], 1388[28], 1431, 1580[24]

Bravo, Lopez spanischer Industrieminister S. 517[1]

Brecht, Bertold S. 1379[33]

Brenner, Otto Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall in Frankfurt/Main S. 740, 742, 878

Brentano, Heinrich von Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion; ehemaliger Bundesminister des Auswärtigen **Dok. 243** und S. 62[3], 152, 220[11], 332, 334, 422, 597, 630[3], 656–659, 663, 831, 843, 866, 927, 1026, 1137[7], 1156[26], 1203, 1224, 1231[3], 1380

Breschnew, Leonid Iljitsch Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 189 f., 377, 679

Brèthes, Jean M. Referatsleiter im französischen Außenministerium (Chef de Service, „Cambodge, Laos, Vietnam") S. 1648[11]

Briand, Aristide 1910/11, 1913, 1915–1917, 1921/22, 1925/26 sowie 1929 Ministerpräsident und 1926–1932 Außenminister der Französischen Republik S. 886[6]

Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von 1919 Reichsminister des Auswärtigen; 1922–1928 Botschafter des Deutschen Reiches in Moskau S. 378

Brosio, Manlio Botschafter der Italienischen Republik in Paris S. 684 f., 788[34], 1463[21], 1635

Brown, George Abgeordneter des britischen Unterhauses und stellvertretender Vorsitzender der Labour Party **Dok. 434** und S. 1448, 1520, 1638[16]

Bruce, David K. E. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in London S. 178, 1135

Brühl, Dietrich Graf von Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Accra S. 1147[4], 1148[8]

Brundage, Avery Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in Lausanne S. 1173

Bucher, Ewald Bundesminister der Justiz S. 436, 464, 1109

Bulganin, Nikolaj Alexandrowitsch 1955–1958 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 186[15], 384[24], 622, 662, 874, 1017[9], 1187, 1560[10]

Bullard, Julian L. seit März 1963 Erster Sekretär an der britischen Botschaft in Bonn S. 1627

Bundy, McGeorge Sonderberater des amerikanischen Präsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit **Dok. 343, 348** und S. 422, 475[14], 621, 672, 692, 777[7], 782, 802 f., 876, 913, 1520[8], 1704–1709

Bunker, Ellsworth Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten S. 483

Burgbacher, Fritz Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 333 f.

Burgess, Randolph W. 1957–1961 Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Paris S. 1348[9]

Burin des Roziers, Étienne Generalsekretär beim französischen Staatspräsidenten (Secrétaire générale de la Présidence de la République) S. 1539, 1543

Buring, Karl Heinz Dolmetscher im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 896[1], 1307[1], 1558[1]

Butler, Richard A. Stellvertreter des Premierministers bis 18. Oktober 1963; seit 20. Oktober 1963 Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland **Dok. 418, 459, 461, 462, 473** und S. 1015[44], 1319[3], 1368, 1393 f., 1431[18], 1498[15], 1499, 1534, 1621 f., 1665

Buzás, József Leiter des ungarischen Außenhandelsbüros in Frankfurt/Main S. 501[9]

Byrnes, James F. 1945–1947 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1326

Caccia, Sir Harold A. Staatssekretär im britischen Außenministerium (Permanent Under-Secretary of State) **Dok. 236** und S. 1005 f., 1023, 1180[4], 1607

Calmes, Christian Generalsekretär bei den Ministerräten der Europäischen Gemeinschaften; ehemaliger Gesandter im luxemburgischen Außenministerium S. 204

de Carbonnel, Érik Generalsekretär im französischen Außenministerium (Secrétaire général du Ministère des Affaires étrangères) S. 467, 1661

Carrington, Peter Alexander, 6. Baron of Carrington Erster Lord der Admiralität und Mitglied des britischen Oberhauses S. 313

Carstens, Karl Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok. 2, 8, 13, 48, 51, 53, 62, 82, 83, 88, 90, 95, 102, 106, 107, 111, 112, 151, 153, 159, 160, 174, 176, 187, 194, 197, 204, 207, 208, 210, 214, 222, 227, 228, 229, 231, 235, 238, 239, 253, 254, 263, 276, 279, 280, 283, 294, 295, 297, 302, 306, 310, 330, 333, 334, 335, 363, 373, 374, 376, 377, 379, 384, 390, 407, 411, 413, 417, 433, 434, 435, 436, 439, 440, 441, 442, 448, 452, 456, 460, 471, 477, 479, 492** und S. 46[1], 48[8], 51[12], 55 f., 73, 75, 89[11+12], 90[1+5], 109[4], 124, 148, 162[2], 181[3], 184[7], 189, 226, 227[3+7], 245, 248, 251, 276, 278, 302 f., 305, 311, 315[3], 328, 332[1], 333[6], 335, 337, 339 f., 346, 349, 352, 356[1], 375[1], 399, 415[10], 416[11], 426, 442[2+5], 447, 468[6], 471[22+23], 484[5], 491, 492[9], 500 f., 502[1], 519[2], 543[3], 563[9], 564[11], 593[11], 597, 603[1+4], 638[1], 644[1], 645[4], 646[6], 661, 676[1], 678[10], 682[1], 730[3+4], 731[13+22], 731[24–26], 745–747, 772[1], 793[1], 812[9], 813[14], 814[16], 815[18], 816[23], 816[1], 824[8], 830[1], 837[16], 851, 863, 867, 871[1–5], 872[8+12], 892[13], 897[7], 910[4], 928, 931[8], 944, 965, 976, 983 f., 986[9], 1049, 1057, 1103[6], 1104[7], 1105[10+15], 1126[23], 1129[14], 1130, 1131[4], 1132[4], 1187[1], 1196[14], 1229, 1264[14], 1271[15],

1329, 1371, 1375[11], 1380, 1381[6], 1441f., 1443[20–25], 1487, 1489, 1491[7], 1498[15], 1504[6], 1516, 1552, 1553[6], 1555, 1556[8], 1603[36], 1616[10], 1624[24], 1626, 1635, 1637[11], 1642, 1648[11], 1663, 1673[6], 1680–1682, 1688, 1708–1710

Cartellieri, Wolfgang Staatssekretär im Bundesministerium für Wissenschaftliche Forschung S. 432

Cash, Frank E. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Supervisor, Office of International Relations) S. 581

Castiella y Maiz, Fernando M. Außenminister Spaniens S. 246, 600, 1231[3]

Castro Ruz, Fidel Ministerpräsident der Republik Kuba S. 61, 112, 637, 876, 1350

Cattani, Attilio Generalsekretär im italienischen Außenministerium (Segretario Generale) S. 79f., 180, 254, 268, 732–734, 1463, 1538[4], 1635

Charlotte Großherzogin von Luxemburg S. 1355f.

Chatenet, Pierre Präsident der EURATOM-Kommission in Brüssel; ehemaliger französischer Innenminister S. 1143

Chayes, Abram Rechtsberater im amerikanischen Außenministerium (Legal Adviser) S. 885, 913, 976, 978, 981–984, 1077

Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU und Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken **Dok. 116, 117, 167, 226** und S. 3, 4[4+7], 90–92, 112[10], 121f., 133f., 164, 179, 184, 186, 190–193, 195, 217, 220[7], 226f., 264, 277, 279, 284, 297, 300, 303[7], 305f., 326f., 344f., 356, 359, 423, 425, 454–456, 475, 478f., 499, 503f., 526[3], 565, 568, 571, 594, 601, 603, 614, 622, 624, 638, 645–648, 659[12], 662–666, 668, 674[7], 683, 687–689, 692–696, 700, 730, 736, 744, 750, 782, 784–788, 807, 812, 828–830, 835, 837–839, 843f., 846, 850–852, 854[4], 855–857, 860, 866, 874f., 880, 889f., 897, 902, 917, 920–922, 927, 944, 946[8], 951f., 968f., 971, 973f., 1004f., 1007–1009, 1017, 1029, 1060, 1070f., 1081, 1083, 1084[17], 1085, 1088, 1091f., 1095–1097, 1134, 1138, 1161, 1187f., 1195, 1209, 1218, 1223, 1241f., 1244, 1246f., 1250, 1298–1300, 1309f., 1321, 1325, 1335, 1338, 1341, 1361–1364, 1386, 1396, 1422, 1431[17], 1434, 1450, 1475, 1478, 1480[12], 1497f., 1508, 1543f., 1558[2], 1559, 1561–1564, 1576–1579, 1586, 1589f., 1610, 1639f., 1642–1645, 1677f., 1698, 1702f., 1705f., 1708, 1710

Churchill, Sir Winston L. S. 1940–1945 sowie 1951–1955 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 838f., 1089

Cicognani, Amletto Giovanni Kardinal Staatssekretär Seiner Heiligkeit (Vatikan) S. 878

Clappier, Bernard Generalsekretär im französischen Finanzministerium **Dok. 134**

Clay, Lucius D. 1947–1949 Militärgouverneur der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland; 1961/62 Persönlicher Vertreter des amerikanischen Präsidenten in Berlin **Dok. 58** und S. 548, 1556f.

Cohn, W. Erster Sekretär an der britischen Botschaft in Bonn (Justitiar) S. 1278[8]

Colombo, Emilio italienischer Minister für Industrie und Handel bis 16. Mai 1963; seit 22. Juni 1963 Schatzminister S. 97, 205, 207, 209–215

Colonna di Paliano, Guido stellvertretender Generalsekretär der NATO in Paris; ehemaliger Botschafter der Italienischen Republik in Oslo S. 1115

Cornut-Gentille, Bernard Abgeordneter der französischen Nationalversammlung (parteilos); ehemaliger Minister für die überseeischen Gebiete S. 736

de Courson de la Villeneuve, Tanguy Gesandter an der französischen Botschaft in Bonn S. 986[9], 997f., 1593f., 1670

Couve de Murville, Maurice Außenminister der Französischen Republik **Dok. 30, 60, 85, 143, 177, 344, 345, 424,**

473 und S. 20, 43, 56, 82, 124–126, 147 f., 177, 197[11], 238, 246 f., 269, 294, 318 f., 372, 395, 447[1], 452, 473, 497[2], 524[6], 549, 684, 717 f., 720, 725 f., 734, 742, 798, 816, 1029, 1103, 1105, 1114[19], 1159, 1162[19], 1163, 1183, 1198, 1205, 1207–1209, 1248, 1273, 1322, 1343[16], 1355, 1362, 1374, 1393–1395, 1444, 1448, 1452 f., 1465, 1497, 1499, 1533, 1538 f., 1628, 1638, 1665, 1710

Creel, Robert C. Referatsleiter im amerikanischen Außenministerium (Director, Office of German Affairs) S. 269, 422, 958 f., 965, 1158, 1283[17], 1493, 1680, 1708, 1711

Cronk, Edwin M. Botschaftsrat und seit April 1963 Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 351, 411[14]

Cushing, Richard James Kardinal Erzbischof von Boston S. 972

Cyrankiewicz, Józef Ministerpräsident der Volksrepublik Polen S. 152, 457[4], 463

Dahlgrün, Rolf Bundesminister der Finanzen S. 409, 453, 767, 1264[14], 1265, 1272, 1274, 1304 f., 1327[1], 1518[4], 1554, 1664

Daume, Willi Präsident des Deutschen Sportbundes und des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland S. 361 f.

Daud, Abdullah Oberbefehlshaber der somalischen Armee S. 1292

David, Vaclav Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 1503[2], 1624[21]

Davis, Richard H. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Senior Deputy Assistant Secretary of State for European Affairs) S. 269, 780[4], 803[9], 805[4], 976

Dean, Arthur H. Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 674 f.

Dean, Sir Patrick Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der UNO in New York S. 1180, 1431[16]

Debré, Michel 1959–1962 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 72, 1166, 1429

Dehlavi, S. K. Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium **Dok. 47**

Dehler, Thomas Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) und Vizepräsident; ehemaliger Bundesminister der Justiz **Dok. 325, 328** und S. 1544, 1561 f.

Dei-Anang, Michael F. Staatssekretär im ghanaischen Außenministerium S. 1148 f.

Deist, Heinrich Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion S. 840

Dejean, Maurice Botschafter der Französischen Republik in Moskau S. 344 f., 936, 1375, 1543

Dessouki, Salah Gouverneur von Kairo S. 480

Diefenbaker, John G. Premierminister Kanadas bis 12. April 1963 S. 575[3], 1183

Diem *siehe Ngo Dinh Diem*

Diesel, Jürgen Vertreter des Leiters im Referat „Abrüstung und Sicherheit" des Auswärtigen Amts S. 16[1], 359[2], 687[1], 851[1], 951[1], 1491[7]

Dillon, Douglas C. amerikanischer Finanzminister; ehemaliger Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State) S. 1359

El Din, Sarag Leiter der Abteilung „Westeuropa" im ägyptischen Außenministerium S. 1541[4]

Dirksen, Everett M. Senator des Staates Illinois S. 1138

Dittmann, Herbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tokio **Dok. 320** und S. 1418[3]

Dixon, Sir Pierson J. Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbri-

tannien und Nordirland in Paris S. 472, 1197 f.

Dobrynin, Anatolij Fjodorowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Washington **Dok. 98** und S. 219, 276–278, 297, 336, 450 f., 471, 581, 583 f., 613, 682, 754, 956, 1334, 1396, 1408[3]

Doe, George E. K. seit 1. April 1963 Botschafter der Republik Ghana in Bonn S. 1146[3], 1148[8]

Döpfner, Julius Kardinal Erzbischof von München und Freising S. 826, 971

Dohms, Gerhard Vertreter des Leiters im Pressereferat des Auswärtigen Amts bis 28. August 1963; seit 15. November 1963 Pressereferent an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires S. 660[21]

Dollinger, Werner Bundesschatzminister S. 1196[14]

Douglas-Home, Sir Alexander Frederick, bis 26. Oktober 1963 **Alexander Frederick Douglas, 14. Earl of Home** Außenminister bis 18. Oktober 1963; danach Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland **Dok. 12, 93, 144, 179, 299, 301, 367, 430** und S. 470, 581 f., 686, 780, 845, 849 f., 874[17], 897, 923, 925, 944–946, 1015 f., 1029, 1067, 1075, 1098, 1136[6], 1141, 1159, 1164, 1198, 1319[3], 1337 f., 1347[4], 1361, 1380[4], 1388[28], 1393, 1423, 1448, 1534, 1577, 1580[24], 1591, 1603, 1640, 1642, 1697

Dougouet, Max französischer Vertreter bei der „Standing Group" der NATO in Washington S. 1404

Dowling, Walter C. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn bis 21. April 1963 **Dok. 51, 52** und S. 90[5], 188 f., 248, 251, 337

Drndić, Ljubo Mitarbeiter im jugoslawischen Außenministerium und Leiter der Delegation bei den Wirtschaftsverhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland **Dok. 350** und S. 677-679, 822

Drutschmann, Franz Konsul der Bundesrepublik Deutschland in Guayaquil S. 1519[10]

Ducci, Roberto Sonderbeauftragter der italienischen Regierung für Fragen der MLF S. 1441

Duckwitz, Georg Ferdinand Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Neu-Delhi (bis zum 2. November 1963 zugleich als Botschafter in Katmandu akkreditiert) **Dok. 64**

Duff, Arthur A. Botschaftsrat für Politische Angelegenheiten an der britischen Botschaft in Bonn S. 429

Dulles, Allen 1953–1961 Direktor des amerikanischen Geheimdienstes CIA S. 742

Dulles, John Foster 1953–1959 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 113, 115, 118, 144, 173, 248, 307, 345, 550, 553, 621, 738, 785, 917 f., 1343 f.

Dumke, Horst Leiter der Abteilung „Entwicklungspolitische Grundlagen" im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 823

Duong Van Minh seit 1. November 1963 Vorsitzender des Revolutionären Militärrats und Staatschef der Republik Vietnam **Dok. 474** und S. 1417

Ebert, Friedrich Oberbürgermeister von Ost-Berlin S. 1571

Eckardt, Felix von Staatssekretär und Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland in Berlin; ehemaliger Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung S. 217, 301, 302[12], 767, 776, 1570

Eden, Sir R. Anthony, seit 1961 **1. Earl of Avon** 1940–1945 sowie 1951–1955 Außenminister; danach bis 1957 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 752[6]

Eichmann, Adolf 1939–1945 Leiter des „Referats für Judenangelegenheiten" im Reichssicherheitshauptamt S. 595, 660

Eisenhower, Dwight D. 1950–1952 Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR); 1953–1961 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 115, 144, 163f., 177, 548, 550, 659[12], 691, 694[25], 752[6], 969, 974, 1244[34], 1322, 1325, 1343, 1348, 1365, 1369, 1373, 1383f., 1391f., 1394[28], 1422, 1435, 1485, 1520, 1553–1557, 1701

Ekeland, Sigurd Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Norwegen bei der NATO in Paris S. 66, 753

Elaldi, Muzaffer Marineattaché an der türkischen Botschaft in Bonn S. 537

Elbe, Joachim von Attaché an der amerikanischen Botschaft in Bonn (Justitiar) **Dok. 284** und S. 1278[8]

Eleissy Leiter der Abteilung „Westeuropa" im ägyptischen Außenministerium S. 649[5]

Elisabeth II. Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1002, 1319[3]

Emde, Hans Georg Mitglied des Deutschen Bundestages und Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion S. 629f.

Engzell, Gösta Botschafter des Königreichs Schweden in Helsinki S. 1178

Erhard, Ludwig Bundesminister für Wirtschaft bis 15. Oktober 1963; seit 16. Oktober 1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland **Dok. 217, 393, 396, 402, 405, 406, 412, 418, 421, 422, 423, 425, 430, 431, 445, 454, 455, 462, 463, 485, 486, 488, 489, 490** und S. 33[6], 207–209, 332–334, 375[13], 436, 449, 464f., 517[1], 540, 558[11], 596, 600, 616, 670[37], 671, 673–676, 696, 702, 713f., 719, 721–724, 727, 735[3], 754, 761, 763[16], 767, 770f., 825, 830[1], 866f., 968, 976, 1034, 1110, 1137[7], 1138[13], 1156, 1160[9], 1195, 1203, 1260[1+3], 1264, 1272, 1305, 1319[2], 1327[1], 1341[2], 1367f., 1370[18], 1389, 1391, 1419, 1432, 1437f., 1443, 1452, 1487, 1491, 1493f., 1505[2], 1513, 1515, 1524f., 1530f., 1545–1547, 1549, 1554, 1555[3], 1556, 1570, 1572, 1575, 1598[21], 1600f., 1605f., 1615, 1623, 1628f., 1634, 1637, 1649, 1657, 1667, 1687, 1712f.

Erlander, Tage Ministerpräsident des Königreichs Schweden S. 69

Erler, Fritz Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion S. 355[4], 448, 630[3], 840, 922, 1590, 1592

Erroll, Frederick britischer Handelsminister bis 18. Oktober 1963; seit 20. Oktober 1963 Minister für Energie S. 426, 1300

Eshkol, Levi Finanzminister bis 25. Juni 1963; danach Ministerpräsident und Verteidigungsminister des Staates Israel S. 596[16], 1028[7], 1038, 1042, 1314, 1315[5], 1513[4], 1515, 1568f.

Etzdorf, Hasso von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London; ehemaliger Leiter der Abteilung „West II" im Auswärtigen Amt **Dok. 12, 41, 79, 93, 137, 478** und S. 266, 287[9], 759, 1000, 1015, 1126[23], 1180[4], 1329[6], 1357[62], 1431[18], 1607, 1638[16]

Etzel, Franz Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU); ehemaliger Vizepräsident der Hohen Behörde der EGKS sowie ehemaliger Bundesminister der Finanzen S. 333

Fack, Robbert Gesandter an der niederländischen Botschaft in Bonn S. 685[9]

Faller, Walter Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 436

Fanfani, Amintore Ministerpräsident der Italienischen Republik bis 16. Mai 1963 S. 196[3], 264f., 444, 560[19], 877, 879, 1134, 1323, 1463, 1538

Faure, Edgar 1955/56 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 1350, 1377, 1484

Faure, Maurice Abgeordneter der französischen Nationalversammlung und Präsident des „Rassemblement Démocratique"; ehemaliger Staatssekretär im französischen Außenministerium (Secrétaire d'État aux Affaires étrangères) S. 1115, 1455[2]

Fawzi, Mahmoud Außenminister der Vereinigten Arabischen Republik S. 1540, 1541[4], 1542[10]

Fayat, Henri stellvertretender belgischer Außenminister S. 35, 80, 96 f., 203, 206, 209–215, 223, 1397[3]

Fechter, Peter Bauarbeiter in Ost-Berlin (am 17. August 1962 bei einem Fluchtversuch an der Berliner Mauer erschossen) S. 306

Federer, Georg Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in New York S. 1254[2]

Federspiel, Per Torben Mitglied des dänischen Folketing und bis 6. Mai 1963 Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats in Straßburg S. 558

Felfe, Heinz ehemaliger Leiter des Referats „Sowjetunion" beim Bundesnachrichtendienst (am 6. November 1961 verhaftet und am 23. Juli 1963 wegen Landesverrats verurteilt) S. 741 f., 1410[11]

Ferber, Ernst Leiter der „Unterabteilung II" beim Führungsstab der Bundeswehr S. 932, 933[4], 1053 f., 1056

Finletter, Thomas K. Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Paris S. 191[10], 335, 407[1], 450 f., 670, 753, 787, 885, 890 f., 1439

Finn, Richard B. seit 1. September 1963 stellvertretender Referatsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Director, Office of German Affairs) S. 1499

Fischer, Per seit 15. Januar 1963 Angehöriger des Referats „Europäische politische Integration; Europarat und nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)" im Auswärtigen Amt; ehemaliger stellvertretender Direktor beim Europäischen Parlament in Luxemburg S. 19[1], 29[1], 56[1]

Fischer-Lossainen, Reinhold von Vertreter des Leiters im Referat „Süd- und Ostasien" des Auswärtigen Amts S. 1415[1]

Fisher, Adrian S. stellvertretender Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde in Washington (Deputy Director, U.S. Arms Control and Disarmament Agency) S. 639

Fjodorenko, Nikolaj Trofimowitsch Leiter der Ständigen Vertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei der UNO in New York S. 1431[14]

Flanders, Charles L. Militärattaché an der amerikanischen Botschaft in Helsinki S. 1537

Foertsch, Friedrich Generalinspekteur der Bundeswehr bis 3. Dezember 1963 S. 302, 566, 570 f., 710, 932 f., 1403 f., 1407

Fornari, Giovanni Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium (Direttore Generale degli Affari Politici) S. 79

Foster, William C. Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde in Washington (Director, U.S. Arms Control and Disarmament Agency) S. 976

Fouchet, Christian französischer Erziehungsminister; ehemaliger Vorsitzender des Sachverständigenausschusses zur Ausarbeitung der Statuten für eine europäische politische Union S. 124, 126, 148, 254[3], 316, 615, 707 f.

François-Poncet, André 1931–1938 Botschafter der Französischen Republik in Berlin; 1949–1953 Hoher Kommissar in Deutschland; danach bis 1955 Botschafter in Bonn S. 818

Franco y Bahamonde, Francisco Spanischer Staatschef und Generalissimus der Nationalen Streitkräfte **Dok. 185** und S. 246, 266, 281[8], 310, 1210

Franke, Martin Erster Stellvertretender Minister für das Post- und Fernmeldewesen der DDR S. 49 f., 300

Franz I. 1515–1547 König von Frankreich S. 196

Freeman, Orville L. amerikanischer Landwirtschaftsminister S. 1168, 1675, 1678

Freitag, Walter 1952–1956 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Düsseldorf S. 740

Frey, Roger französischer Innenminister S. 281

Friederike Königin der Hellenen S. 785

Frings, Josef Kardinal Erzbischof von Köln; Vorsitzender der Plenarkonferenz der Bischöfe der Diözesen Deutschlands S. 971

Frondizi, Arturo 1958–1962 Präsident der Republik Argentinien S. 1526[4]

Fulbright, James W. Senator des Staates Arkansas und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Senats S. 670, 944, 1359

Funkhouser, Richard Botschaftsrat und Leiter der Wirtschaftsabteilung an der amerikanischen Botschaft in Moskau S. 326 f.

Furler, Hans Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vizepräsident des Europäischen Parlaments in Luxemburg **Dok. 447** und S. 333 f.

Gaillard, Félix 1957/58 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 701[40]

Gaitskell, Hugh Mitglied des britischen Unterhauses und Vorsitzender der Labour Party bis zu seinem Tod am 18. Januar 1963 S. 135, 145, 150, 1508[9]

Gallagher, Brian Botschafter der Republik Irland in Bonn S. 934 f.

Galsworthy, John E. Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 523–526

Garrigues y Diaz-Canabate, Antonio Botschafter Spaniens in Washington S. 602

Garvey, Terence W. Geschäftsträger der Botschaft des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Peking (seit 23. Januar 1963 zugleich als Botschafter in Ulan-Bator akkreditiert) S. 1196

de Gaulle, Charles Staatspräsident der Französischen Republik **Dok. 7, 21, 37, 38, 39, 43, 44, 94, 216, 217, 218, 354, 356, 357, 404, 421, 423, 482** und S. 6[4], 19 f., 39, 41–43, 45, 52[6], 57–59, 82 f., 85, 88, 96, 98, 102 f., 107–109, 134 f., 154, 162–164, 166–169, 171–179, 187 f., 196–202, 203[14], 222–224, 228, 229[8], 245–249, 253, 262, 271–275, 281[11], 289–292, 294 f., 303, 305, 307–311, 313, 371 f., 395, 420, 443–445, 455, 473, 477[4], 504[8], 541, 547–550, 552 f., 560, 571, 580, 583, 594, 615–620, 622–629, 631 f., 655, 667–670, 684 f., 720 f., 723–725, 727, 729, 731, 735 f., 741–744, 781, 783, 786, 805, 816[4], 838 f., 841, 850, 876 f., 880, 917, 926 f., 939–942, 1014, 1022 f., 1088[25+26], 1089, 1110[3], 1113–1115, 1135, 1163, 1166, 1184, 1187[1], 1220 f., 1226–1228, 1249, 1254–1256, 1259, 1270, 1273, 1305 f., 1308, 1314, 1319–1324, 1325[41], 1326, 1332[2], 1333 f., 1336 f., 1340, 1342–1344, 1348–1351, 1355 f., 1362, 1370, 1386, 1390[12], 1399–1402, 1405 f., 1419, 1430, 1434, 1436, 1442, 1452 f., 1465, 1482, 1492, 1496, 1499–1502, 1507, 1521–1523, 1538, 1543 f., 1553, 1595, 1608, 1615, 1628 f., 1647–1649, 1658 f., 1661, 1672–1676, 1689 f., 1693–1697, 1700, 1704

Gavin, James N. 1961/62 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Paris S. 1323

Gehlen, Reinhard Präsident des Bundesnachrichtendienstes in Pullach S. 410, 742

Georgijević, Milan Leiter der „Abteilung für die Wahrnehmung der Interessen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien" bei der schwedischen Botschaft in Bonn (Schutzmachtvertretung) S. 352

Gerassimow, Pawel Iwanowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Brüssel S. 890

Gerstenmaier, Eugen Präsident des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der CDU **Dok. 413** und S. 46 f., 48[8], 110, 363, 476, 558 f., 609, 611, 641 f., 660

Gilpatric, Roswell L. Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Deputy Secretary of Defense) **Dok. 92** und S. 337, 341, 528[5], 864[37], 1365, 1369, 1373, 1391, 1520, 1554, 1673[5], 1696

Giraud, Henri Honoré Mai bis November 1943 gemeinsam mit Brigadegeneral

de Gaulle Präsident des „Französischen Komitees für die Nationale Befreiung" S. 1320

Giscard d'Estaing, Valéry französischer Finanz- und Wirtschaftsminister S. 453, 618, 721–724, 1300, 1467–1470, 1595, 1690

Gjellum, Sverre Botschaftsrat an der norwegischen Botschaft in Bonn S. 1654 f.

Globke, Hans Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramtes bis 30. September 1963 S. 9[3], 36, 186[14], 244, 302, 323, 337, 395, 431 f., 434–437, 464, 481[6], 493, 502[1], 505, 507, 595, 603[1], 644[1], 682[1], 692, 767, 833, 843, 853, 915, 919, 920[29], 976, 990[1], 1024, 1042 f., 1098, 1133[2], 1196[14], 1274

Gnodtke, Günter Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 1124[14]

Goercke, Paul deutscher Ingenieur in der VAR S. 433, 563

Göring, Hermann 1933–1945 Ministerpräsident von Preußen und 1935–1945 Oberbefehlshaber der Luftwaffe (am 1. September 1939 von Adolf Hitler zum „Stellvertreter und Nachfolger" bestimmt) S. 737, 1185[3]

Goksch, Klaus Ulrich Geschäftsführer der „Arbeitsgemeinschaft Außenhandel der deutschen Wirtschaft" in Köln S. 417

Goldwater, Barry M. Senator des Staates Arizona S. 546, 1422, 1435

Gomulka, Wladyslaw Erster Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei S. 94, 359, 454[2], 456, 463

Gorbach, Alfons Bundeskanzler der Republik Österreich S. 365[4]

Gordon Walker, Patrick Mitglied des britischen Unterhauses (Labour Party) S. 469, 474, 477, 800

Gore-Booth, Paul Hoher Kommissar des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Neu-Delhi S. 227

Gracher, Konrad Angehöriger der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Havanna bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen am 14. Januar 1963; seit 29. März 1963 im Referat „Wiedervereinigung" des Auswärtigen Amts S. 61, 1212[1], 1277[9]

Gradl, Johann Baptist Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 745, 747 f., 1380[2], 1381

de la Grandville, Jean de la Chevardière Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Chef de Service, Pactes – Affaires Spatiales) S. 1104[9]

Greene Leiter einer amerikanischen Militärmission im Kongo S. 1286

Greenfield, James L. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State for Public Affairs) S. 976

Grewe, Wilhelm G. Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Paris; ehemaliger Botschafter in Washington **Dok. 75, 226, 240, 427** und S. 67, 141, 175, 310, 336, 519[3], 551, 627[50], 836, 918, 948, 1040, 1042, 1049[17], 1053, 1055 f., 1227, 1403, 1407, 1439, 1441[13], 1480[10+12], 1623, 1636

Gritschin, Pjotr Alexandrowitsch Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Köln S. 36[7], 76, 78, 241, 387, 487

Groepper, Horst Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok 1, 23, 56, 72, 86, 96, 103, 108, 116, 117, 128, 201, 283, 408, 449** und S. 37[13], 218, 568, 1413[14+15], 1559[9], 1563

Gromyko, Andrej Andrejewitsch Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken **Dok. 86, 325** und S. 17[4], 189–191, 276–278, 297, 304, 311, 314, 326, 337 f., 340, 344 f., 356–358, 503, 527[5], 687[3], 833, 836 f., 843 f., 888, 890, 896, 898, 904, 921, 944–946, 951, 956, 977[10], 1003–1006, 1029, 1067, 1097, 1136[6], 1138, 1152, 1153[17], 1154, 1156, 1158[2], 1159, 1179–1181, 1198, 1217, 1226, 1233 f., 1236 f., 1239–1243, 1251[63], 1310[9], 1325,

1344, 1347[4+5], 1363, 1388[28], 1396, 1432, 1449, 1498, 1544[8], 1547–1550, 1578, 1580[24], 1582[30], 1583[34], 1639 f., 1681[9]

Grosse-Schware Dolmetscherin im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 1384[1]

Grotewohl, Otto Ministerpräsident der DDR S. 826

Gruenther, Alfred M. 1953–1956 Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 1555

Grund, Walter Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 1488

Guido, José Maria Präsident des Senats der Republik Argentinien bis 12. Oktober 1963 S. 601[7]

Guidotti, Gastone Botschafter der Italienischen Republik in Bonn **Dok. 57** und S. 733

Gumbel, Karl Leiter der Personalabteilung im Bundesministerium der Verteidigung S. 932

Gyptner, Richard Botschafter der DDR in Warschau bis April 1963 S. 93

Haas, Wilhelm 1956–1958 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 376, 377[5], 568

Habib-Deloncle, Michel Staatssekretär im französischen Außenministerium (Secrétaire d'État aux Affaires étrangères) S. 684, 1221[40], 1355, 1463[21], 1539

Habte Wold, Tschafe Tezaz Aklilu Ministerpräsident des Kaiserreichs Äthiopien S. 1270

Haeften, Gerrit von Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt **Dok. 4, 22, 97, 275, 316, 326, 480** und S. 43[7], 446[13], 816[23], 948, 983, 984[29], 1000[5], 1024, 1129[14]

Haekkerup, Per Außenminister des Königreichs Dänemark S. 1224[4], 1543, 1559[9]

al-Hafiz, Amin seit 11. Mai 1963 stellvertretender Ministerpräsident und seit 13. November 1963 Ministerpräsident und Präsident des Nationalen Revolutionsrates der Syrischen Arabischen Republik S. 1121 f.

Haile Selassie Kaiser von Äthiopien S. 880, 1269–1271, 1505[2+5], 1506

Hailsham *siehe Hogg*

Hakim, Loekman Botschafter der Republik Indonesien in Bonn S. 1603[36]

Hallama, Jaako Staatsekretär im finnischen Außenministerium S. 442

Hallstein, Walter Präsident der EWG-Kommission in Brüssel; ehemaliger Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok. 17** und S. 31, 100[16], 144 f., 150, 176 f., 206, 208–210, 212 f., 215, 247 f., 254, 332 f., 625, 657 f., 663, 1202, 1402, 1614

Halprin, Iser Chef des israelischen Geheimdienstes bis 1. April 1963 S. 563

Hammarskjöld, Dag 1953–1961 Generalsekretär der UNO in New York; ehemaliger stellvertretender schwedischer Außenminister S. 1212[3], 1232

Hamouz, František tschechoslowakischer Außenhandelsminister S. 1169[49]

Hansen, Niels Konsul I. Klasse und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bern S. 859[22]

Hansen Mitarbeiter im Bundesministerium für Verkehr S. 1053

Hardenberg, Hans Graf von Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Internationalen Organisationen in Genf und Beobachter beim Europäischen Büro der UNO in Genf S. 869[11]

Hargrowe, Charles Korrespondent der Zeitung „The Times" in Bonn S. 1643, 1710

Harkort, Peter Günther Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei EWG und EURATOM in Brüssel **Dok. 42, 78, 164** und S. 35[4], 100[18], 203[1], 285, 760, 935, 1397[3]

Harriman, W. Averell Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Far Eastern Affairs) bis 4. April 1963; danach Unterstaatssekretär (Under Secretary of State for Political Affairs) **Dok. 250** und S. 156 f., 639, 666, 744, 753, 756 f., 782, 789, 803, 807, 836 f., 839, 843,

857, 863, 880[36], 897[7], 917, 936f., 1150f., 1224, 1324f.

Harris, Ian Cecil britischer General und Stabschef bei „Live Oak"/SHAPE in Paris S. 641, 1214, 1223

Hartkopf, Günter Mitarbeiter des Bevollmächtigten des Landes Berlin in Bonn S. 1276f.

Hartlieb, Wilhelm Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa S. 577[11]

Hase, Karl-Günther von Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung; ehemaliger Leiter des Pressereferats und ehemaliger Leiter der Abteilung „West II" im Auswärtigen Amt **Dok. 32** und S. 124f., 147f., 198, 432, 435, 437[21], 609f., 631[5], 641, 914, 923, 927, 959, 976, 1180[5], 1570

Hassel, Kai-Uwe von Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein bis 7. Januar 1963; seit 9. Januar 1963 Bundesminister der Verteidigung **Dok. 406** und S. 112[8], 120, 124, 126f., 148, 270, 302–304, 382, 399, 401[12], 402[15], 492, 495[19], 514f., 587, 624, 628, 631, 654, 671f., 674, 709–711, 731, 793[1], 853–855, 864f., 923, 932f., 987, 1103–1105, 1109, 1186, 1264[14], 1272, 1273[5], 1274, 1356f., 1555f.

Hassouna, Mohammed Abdel Khalek Generalsekretär der Arabischen Liga S. 508, 1027f., 1125

Haugen, Victor R. Chef der Militärberatergruppe an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 302

Healy, Denis Mitglied des britischen Unterhauses (Labour Party) S. 1697

Heath, Edward Lordsiegelbewahrer bis 18. Oktober 1963; seit 20. Oktober 1963 britischer Minister für Industrie, regionale Entwicklung und Handel **Dok. 79, 137** und S. 39, 100[18], 105, 145, 214f., 232, 244f., 256, 321, 517[1], 524f., 759, 766, 849, 925, 945[7], 1000, 1006, 1013f., 1029, 1201, 1480[10+12], 1525[7]

Hebich, Norbert Vertreter des Leiters im Referat „Wirtschaftsbeziehungen zum Osten" des Auswärtigen Amts bis 10. Juli 1963; seit 8. August 1963 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Monrovia **Dok. 124** und S. 32[2], 36[1]

Heck, Bruno Bundesminister für Familien- und Jugendfragen S. 124, 126f., 148, 623f., 706f.

Hellwig, Fritz Mitglied der Hohen Behörde der EGKS in Brüssel S. 332

Henderson, John N. Referatsleiter im britischen Außenministerium (Head of Northern Department); seit 20. Oktober 1963 Privatsekretär des Außenministers S. 1607

Hendus, Heinrich Generaldirektor bei der EWG-Kommission für die Entwicklung der überseeischen Gebiete; ehemaliger Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Algier S. 416f.

Henry, Paul Zweiter Botschaftsrat an der französischen Botschaft in Bonn S. 371, 525[7]

Herder, Gerhard seit September 1963 Leiter der Abteilung „Rechts- und Vertragswesen" im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR S. 1277

Hergt, Raimund Konsul I. Klasse und Vertreter des Leiters an der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Helsinki S. 1536[5]

Herter, Christian A. Sonderberater des amerikanischen Präsidenten für Handelsfragen; ehemaliger Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 40[9], 185[13], 269, 275, 293, 550, 990, 1050, 1145[6], 1361f., 1435, 1680, 1687f., 1690f., 1694

Herwarth von Bittenfeld, Hans Heinrich Staatssekretär und Chef des Bundespräsidialamtes; ehemaliger Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London S. 990[1], 1025, 1495

Herzog, Maurice französischer Staatssekretär für Jugend und Sport S. 124, 127, 148, 706f.

Hess, Walther Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rabat; ehemaliger Leiter der Unterabteilung

„Handelspolitische Beziehungen zu fremden Staaten" in der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts S. 676[3]

Heubl, Franz Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Freistaats Bayern in Bonn S. 1510

Heusinger, Adolf Vorsitzender des Ständigen Militärausschusses der NATO in Washington (Chairman of the NATO Military Committee in Permanent Session); ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr S. 308, 841, 1206

Heuss, Theodor 1949–1959 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland S. 1657[7]

Hille, Hans Joachim Leiter des Pressereferats im Auswärtigen Amt S. 467, 660, 1158, 1388, 1418[3]

Hillenbrand, Martin J. Leitender Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Special Assistant, Office of the Assistant Secretary of State for European Affairs; Director, Berlin Task Force) bis 12. Mai 1963; danach Gesandter an der Botschaft in Bonn S. 269, 737, 757, 776, 778 f., 789 f., 802[8], 833, 905, 915, 925[19], 944, 966, 967[11], 976, 1077 f., 1150 f., 1219, 1225, 1626 f., 1670

Hilsman, Roger Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Far Eastern Affairs) S. 1648

Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von 1925–1934 Reichspräsident des Deutschen Reiches S. 738

Hintz Mitarbeiter im Bundesministerium der Verteidigung S. 519

Hitler, Adolf 1933/34 Reichskanzler und 1934–1945 „Führer und Reichskanzler" des Deutschen Reiches S. 377 f., 627[50], 697, 737 f., 741

Ho Chi-Minh Präsident der Demokratischen Republik Vietnam und Vorsitzender der Kommunistischen Partei Vietnams S. 701[41], 1088[25]

Höcherl Hermann Bundesminister des Innern S. 362[6]

Hölscher, Dieter Angehöriger der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 606[2]

Hölzl, Josef Staatssekretär im Bundesministerium des Innern S. 432, 987

Hoffmann, Franz Josef Leiter des Referats „USA, Kanada" im Auswärtigen Amt S. 1025[8]

Hogen, Shinsaku Leiter der Abteilung „Europa" im japanischen Außenministerium S. 1070, 1418[3], 1425

Hogg, Quintin (McGarel), bis 20. November 1963 **2. Viscount Hailsham of St Marylebone** Lordpräsident des Geheimen Staatsrats und Wissenschaftsminister; Führer des britischen Oberhauses bis 18. Oktober 1963 S. 753, 756, 836 f., 846, 850, 890

Holden, Roberto Führer der angolesischen Unabhängigkeitsbewegung und Chef der Exilregierung in Léopoldville S. 1383

Holleben, Ehrenfried von Chef des Protokolls im Auswärtigen Amt S. 155, 1532

Home *siehe Douglas-Home*

Hood, Samuel, 6. Viscount Hood Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State) **Dok. 255** und S. 39, 889, 1641

Hopf, Volkmar Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung **Dok. 149** und S. 302, 432–437, 481[8], 607, 987, 1103–1105, 1109, 1274 f., 1286[14], 1327 f., 1446 f.

Hüttebräuker, Rudolf Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 1488

Hvass, Frants Botschafter des Königreichs Dänemark in Bonn S. 1379[33]

Ignatieff, George Leiter der Ständigen Vertretung Kanadas bei der NATO in Paris S. 66, 575

Ikeda, Hayato Ministerpräsident des Kaiserreichs Japan S. 1070, 1072, 1426

Iljitschow, Iwan Iwanowitsch Leiter der „3. Europäischen Abteilung" im sowjetischen Außenministerium S. 375, 384, 541, 1080

Inönü, Ismet Ministerpräsident der Republik Türkei **Dok. 40** und S. 1588[46]

Issa, Abdullah Außenminister der Republik Somalia S. 1505[7]

Ittersum, Gerhard Eliza Baron van Botschafter des Königreichs der Niederlande in Bonn **Dok. 442**

Jacub, Mustafa Ahmed Außenminister der Arabischen Republik Jemen bis November 1963 S. 1540[3], 1541

Jaeger, Richard Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und Vizepräsident; Vorsitzender des Ausschusses für Verteidigung S. 1147

Jaenicke, Joachim Angehöriger des Referats „Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn; China (Volksrepublik und Formosa), Mongolische Volkrepublik, Nordkorea, Nordvietnam, Hongkong und Macau" im Auswärtigen Amt bis 15. Februar 1963; danach Politischer Berater (Senior Political Adviser) beim Generalsekretariat der NATO in Paris S. 1403

Jahn, Hans Edgar Präsident der „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise e.V." in Bad Godesberg **Dok. 157**

Jakubowskij, Iwan Ignatjewitsch Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in der DDR S. 1375, 1646

Jansen, Josef Leiter der Abteilung „West I" bis zur Umorganisation des Auswärtigen Amts vom 15. Januar 1963; danach Leiter der „Politischen Abteilung I" **Dok. 18, 24, 26, 35, 136, 168, 173, 184, 191, 202, 203, 205, 213, 482** und S. 19[1], 29[1], 42, 45, 67[2], 82 f., 124, 148, 315[7], 354[2], 395[4], 396, 432, 436 f., 948, 1104[8], 1146[1], 1149[14], 1177[4], 1273[7], 1307[2], 1351[25], 1353[39], 1398[4], 1418[3], 1425[32], 1492[8], 1505[5], 1525[7], 1526[1], 1534[10+12], 1541[4], 1622, 1647[5], 1648[11], 1660[5]

Javits, Jacob K. Senator des Staates New York S. 164

Jessel, Jacques Zweiter Sekretär an der französischen Botschaft in Bonn (Justitiar) S. 1278[8]

Jestaedt, Rudolf Vertreter des Leiters im Referat „Gesandtschafts- und Konsularrecht, Wiedergutmachung, Verkehrsrecht, Beamtenrecht" des Auswärtigen Amts **Dok. 388** und S. 1106, 1108 f.

Jödahl, Ole Botschafter des Königreichs Schweden in Bonn S. 38[17]

Johannes XXIII. (Angelo Giuseppe Roncalli) Papst bis zu seinem Tod am 3. Juni 1963 S. 626 f., 695, 878, 881, 916, 971, 1254, 1319

Johnpoll, Alexander C. Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Belgrad S. 349, 351

Johnson, Lyndon B. Vizepräsident bis 22. November 1963; danach Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 429, 486, 488, 489, 490** und S. 200[3], 913, 1466[9], 1496, 1507, 1521, 1557, 1582, 1600, 1648[6], 1649, 1666, 1680, 1687, 1708, 1712 f.

Joklik, Otto österreichischer Ingenieur S. 431[4], 433, 436

Joxe, Louis französischer Staatsminister; ehemaliger Botschafter der Französischen Republik in Moskau S. 1207, 1209 f.

Juma, Madhet Botschafter des Königreichs Jordanien in Bonn S. 47

Kadar, Janos Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik und Erster Sekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei S. 844

Kahama, Clement George tanganjikanischer Wirtschaftsminister S. 554 f.

Kaisen, Wilhelm Präsident des Senats und Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen sowie Vizepräsident des Bundesrates S. 1510

Kambona, Oscar S. Innenminister bis 12. März 1963; danach Verteidigungsmi-

nister und Außenminister der Republik Tanganjika S. 534

Kamil, Hassan Sayed ägyptischer Kaufmann in Zürich S. 432

Karamanlis, Konstantinos Ministerpräsident des Königreichs Griechenland bis 11. Juni 1963 S. 690[7], 1588[47]

Karl V. 1519–1556 Kaiser des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation S. 196, 306, 551

el-Kashab, Abdel Aziz Botschaftsrat an der ägyptischen Botschaft in Bonn S. 1028[7]

Kassem, Abd al-Karim Ministerpräsident der Irakischen Republik bis 8. Februar 1963 S. 530

Kato, Tadao Leiter der Unterabteilung für Handelsfragen im japanischen Außenministerium S. 1418[3], 1428

Kattenstroth, Ludwig Leiter der Abteilung für Wirtschaft im Bundeskanzleramt bis 31. Mai 1963; danach Staatssekretär im Bundesschatzministerium S. 9, 12, 431, 1196[14]

Keilholz, Karl Stellvertretender Leiter der Hauptabteilung „Innerdeutscher Handel" im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR S. 11

Keita, Modibo Präsident der Republik Mali S. 535[27], 1270

Kekkonen, Urho K. Präsident der Finnischen Republik S. 1535

Keller, Dietrich Leiter der Unterabteilung „Allgemeine Handelspolitik" bis zur Umorganisation des Auswärtigen Amts vom 15. Januar 1963; danach Leiter der Unterabteilung A in der Abteilung für Handels- und Entwicklungspolitik **Dok. 11, 312** und S. 411[15], 487[9], 500, 767[1], 1211[8], 1312[17]

Keller, Rupprecht von Leiter des Referats „Vertragsrechtliche Fragen und Verbindung zu den gesetzgebenden Körperschaften" im Auswärtigen Amt S. 1633[18]

Kempff, Günther Leiter der „Dienststelle Berlin" des Auswärtigen Amts S. 364[2], 755, 997 f.

Kennan, George F. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Belgrad bis 28. Juli 1963; ehemaliger Leiter des Planungsstabs im amerikanischen Außenministerium (Director, Policy Planning Staff) und ehemaliger Botschafter in Moskau S. 352

Kennedy, John F. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika bis zu seiner Ermordung am 22. November 1963 **Dok. 49, 83, 206, 208, 361** und S. 4[4], 5[2], 6[4], 16, 40, 104, 112, 114 f., 119 f., 122, 137, 138[5], 139, 141, 143 f., 153, 156 f., 166, 169, 173–179, 200, 248–250, 264, 271[16], 276 f., 289, 296, 302–305, 307, 310 f., 326, 337–342, 393 f., 403, 422, 455, 478 f., 491 f., 499, 504 f., 506[8], 514[2], 529[8], 543, 546–549, 558 f., 561, 571, 580, 582 f., 593[2], 594, 600, 602 f., 617, 621 f., 632, 633[3], 636–639, 671, 681, 686, 689–692, 696–698, 703, 728, 732 f., 736, 739, 741, 750, 756 f., 773, 776, 781–784, 786[27], 787 f., 793, 795[5], 802–805, 811, 825[10], 836, 842, 850 f., 854, 859, 861–863, 865, 876 f., 879 f., 886, 888, 905, 912, 915, 917, 919 f., 922, 925–927, 938, 950 f., 969 f., 972, 974 f., 979, 982, 984, 1120, 1136–1138, 1150 f., 1154–1156, 1159 f., 1180, 1184, 1195–1197, 1200 f., 1204–1208, 1224–1227, 1233, 1238, 1241, 1255, 1258 f., 1261[4], 1270, 1281[8], 1291[23], 1313[3+6], 1314, 1322, 1324–1326, 1328[6], 1334 f., 1338–1342, 1343[16], 1344, 1359–1361, 1363, 1365–1369, 1371, 1388, 1391, 1401, 1405, 1422, 1432, 1448, 1452 f., 1471 f., 1476, 1493–1496, 1498, 1509, 1520 f., 1552–1554, 1557, 1559, 1577, 1580[24], 1583[34], 1666

Kennedy, Robert F. amerikanischer Justizminister S. 114, 289, 422

Kenyatta, Jomo Präsident der Republik Kenia S. 555[5]

Keramane, Hafid seit 14. Juni 1963 Botschafter der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien in Bonn **Dok. 303**

Kherbash stellvertretender jemenitischer Außenminister S. 1541[6]

Khoman, Nai Thanat Außenminister des Königreichs Thailand S. 1252

Kidd, Coburn B. Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn **Dok. 203** und S. 176, 758[6], 1211[8]

Kielmansegg, Johann Adolf Graf von seit 1. September 1963 Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte (LANDCENT); vormals Kommandeur der 10. Panzergrenadierdivison in Sigmaringen S. 628[53]

Kiesewetter, Wolfgang Beauftragter der DDR für die Arabischen Staaten bis Dezember 1963; danach Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten S. 1540–1542

Kiesinger, Kurt-Georg Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg und Präsident des Bundesrates S. 707 f., 1510, 1520, 1552 f.

Kisseljow, Kusma Wenediktowitsch Außenminister der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik S. 1431[14]

Kissinger, Henry A. Professor für Politische Wissenschaft an der Harvard University und Berater des amerikanischen Präsidenten **Dok. 170** und S. 798

Kitchen, Jeffrey C. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State for Politico-Military Affairs) **Dok. 378** und S. 528, 651 f.

Klaiber, Manfred Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom bis 15. Oktober 1963; seit 16. November 1963 Botschafer in Paris **Dok. 415, 428, 469, 482** und S. 180, 196[3], 733[4], 879, 1465, 1522, 1525[6], 1648[11], 1660[4], 1690

Klarenaar, Rudolf Leiter des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zum Osten" im Auswärtigen Amt S. 591, 1094[1], 1503, 1574[9]

Kleffens, Eelco Nicolaas van Leiter der Ständigen Vertretung der Hohen Behörde der EGKS in London; ehemaliger Außenminister des Königreichs der Niederlande **Dok. 478**

Klein, Günter Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) bis zu seinem Tod am 22. Oktober 1963; ehemaliger Bevollmächtigter des Landes Berlin in Bonn S. 301

Klein, Julius Berater für Öffentlichkeitsarbeit und Inhaber einer Agentur in Chicago; Vorsitzender des „Jüdischen Kriegsveteranenverbands Amerikas"; ehemaliger General S. 621

Kleindienst, Willi Mitarbeiter im Bundesministerium für Wirtschaft S. 9

Kleinwächter, Hans deutscher Ingenieur in der VAR S. 433, 464, 563

Kliesing, Georg Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 629 f.

Kljun, Edward Adjutant des jugoslawischen Staatspräsidenten S. 349-352

Knappstein, Karl Heinrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 33, 49, 50, 55, 58, 65, 84, 98, 129, 196, 288, 290, 398, 419, 430, 453** und S. 169, 173–175, 269, 303, 338, 350[4], 353[3], 415[7], 429[4], 551, 562[3], 599, 612[23], 658, 992[10], 1039[3], 1158, 1214, 1237[7], 1280[2], 1313[6], 1347[5], 1466[9], 1493, 1499[1], 1520[6], 1521, 1583[34], 1680, 1708

Knieper, Werner Leiter der Abteilung „Verteidigungswirtschaft" im Bundesministerium der Verteidigung S. 535–539, 629, 631, 1275[4]

Knoke, Karl Hermann Gesandter und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris **Dok. 21, 242, 246** und S. 416[11], 467, 653, 1042[7+8], 1416[9], 1661[6]

Kölble, Josef Mitarbeiter im Bundesministerium des Innern S. 1053 f.

König, Franz Kardinal Erzbischof von Wien S. 478, 627

König, Johannes Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR S. 9, 11–13, 50, 299, 1276 f.

Kohl, Michael Leiter der Abteilung „Rechts- und Vertragswesen" im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR bis September 1963; danach Leiter der Grundsatzabteilung S. 12, 50, 299, 775, 1277

Kohler, Foy D. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau **Dok. 56** und S. 218 f., 221, 276–279, 296, 298, 304 f., 311, 326, 337 f., 340, 344–346, 356–358, 936, 1138, 1252 f., 1375

Kohnstamm, Max Vizepräsident des „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa" S. 1399

Kopf, Hermann Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten S. 325

Kopf, Wilhelm Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Mogadischu bis 25. Oktober 1963; seit 3. Dezember 1963 Botschafter in Djidda S. 532

Korber, Horst seit Februar 1963 Leiter der „Allgemeinen und Politischen Abteilung" der Senatskanzlei beim Regierenden Bürgermeister von Berlin S. 1626, 1634 f.

Korff, Hans C. Leiter der Abteilung „Bundeshaushalt" im Bundesministerium der Finanzen S. 9

Kossygin, Alexej Nikolajewitsch Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1300

Kotomkin, I. A. Zweiter Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 1558

Koy, Martin Dolmetscher an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 375, 1080

Krafft von Dellmensingen, Leopold Leiter des Referats „Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn; China (Volksrepublik und Formosa), Mongolische Volksrepublik, Nordkorea, Nordvietnam, Hongkong und Macau" im Auswärtigen Amt bis 12. März 1963; danach bei der Abteilung für Handels- und Entwicklungspolitik (im Oktober 1963 mit einer Untersuchung über die Einfuhrabhängigkeit der UdSSR von Lieferungen aus Staaten der westlichen Welt beauftragt) S. 352[10]

Krapf, Franz Leiter der Ostabteilung bis zur Umorganisation des Auswärtigen Amts vom 15. Januar 1963; danach Leiter der „Politischen Abteilung II" **Dok. 15, 68, 100, 120, 126, 190, 215, 256, 262, 271, 282, 285, 360, 375, 414, 416, 432, 468, 481, 483, 484** und S. 9[3], 11[13], 46[1], 284[7], 302[12], 328, 361[1], 430[8], 450[5], 471[22+23], 500–502, 631[2], 749, 772[1], 799[26], 816[23], 821, 948, 966 f., 975[29], 976, 1025, 1094[7], 1106[1], 1107[3], 1119[7], 1212[1], 1237[7], 1267, 1281[9], 1297, 1317[7], 1318, 1330[9], 1349[13], 1357[63], 1366[37+39], 1381[8], 1388, 1396[42], 1491[7], 1519, 1548[12], 1556[6], 1581[26], 1655[4], 1680, 1708

Krautwig, Carl Leiter der Abteilung „Gewerbliche Wirtschaft" im Bundesministerium für Wirtschaft; seit 6. November 1963 mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen beauftragt S. 9, 11 f., 1554, 1570, 1626

Kreisky, Bruno Außenminister der Republik Österreich **Dok. 445** und S. 129[6]

Krekeler, Heinz L. Mitglied der EURATOM-Kommission in Brüssel; ehemaliger Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 332

Kriebel, Rainer Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 643, 960[2]

Krishna Menon, Vengalil Krishnan Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Indien bei der UNO in New York S. 156, 159

Kristensen, Thorkil M. Generalsekretär der OECD in Paris; ehemaliger dänischer Finanzminister S. 517[1]

Kroll, Hans Botschafter zur Verwendung im Auswärtigen Amt bis 31. Mai 1963; ehemaliger Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 155, 200, 212** und S. 376 f., 379, 479, 541, 568, 603 f., 663 f., 666, 668, 692–694, 697 f., 728[4], 918, 1563, 1664[14]

Krone, Heinrich Bundesminister für besondere Aufgaben und Ständiger Vertreter des Bundeskanzlers im Bundesverteidigungsrat; ehemaliger Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag S. 92[5], 220[11], 362[6], 557[7], 602[9], 604[7], 630[3], 696, 927[29], 1025 f., 1137[7], 1274, 1554, 1570, 1626, 1657, 1671[5]

Krug, Heinz Geschäftsführer der „Intra-Handelsgesellschaft" in München S. 432, 434, 481

Krupp von Bohlen und Halbach, Alfried deutscher Industrieller S. 1195

Kubitschek, Juscelino 1956–1960 Präsident der Republik Brasilien S. 1526[3]

Kühlmann-Stumm, Knut Freiherr von Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion S. 745, 749

Kumykin, Pawel Nikolajewitsch sowjetischer Stellvertretender Außenhandelsminister S. 489, 764[19]

Kunst, Hermann Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland in Bonn und evangelischer Militärbischof S. 741

Kuntzen, Gustav Adolf Chef des Stabes beim Führungsstab der Bundeswehr S. 932, 1273

Kurogane, Yasumi Sekretär des japanischen Kabinetts S. 1070

Kusnezow, Wassilij Wassiljewitsch sowjetischer Erster Stellvertretender Außenminister **Dok. 314** und S. 191[10], 277, 392, 674 f., 1006

Kusterer, Hermann Dolmetscher im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 111[1], 128[1], 173[1], 302[1], 467[1], 472[1], 546[1], 554[1], 575[1], 579[1], 581[1], 585[1], 617[1], 689[1], 737[1], 782[1], 833[1], 853[1], 905[1], 1185[1], 1192[1], 1202[1], 1253[1], 1332[1], 1336[1], 1341[1], 1455[1], 1465[1], 1470[1], 1611[1], 1635[1], 1639[1], 1672[1], 1689, 1701[1]

Kutscher, Ernst Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 414[4], 415[9]

Lachowski, Leonard Leiter der polnischen Handelsvertretung in Frankfurt/Main S. 1318

Lahn, Lothar Leiter des Referats „Abrüstung und Sicherheit" im Auswärtigen Amt S. 16[1], 335[1], 837[16], 851[1], 881[1], 882[5+8], 883[9+11], 891[7], 951[1], 1026, 1130[1], 1332[13]

Lahr, Rolf Staatssekretär im Auswärtigen Amt; ehemaliger Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den Handelsvertragsverhandlungen mit der UdSSR **Dok. 30, 34, 36, 76, 80, 81, 87, 115, 118, 122, 123, 125, 127, 131, 134, 148, 152, 161, 248, 277, 281, 313, 317, 328, 329, 334, 344, 345, 346, 350, 369, 372, 382, 426, 437, 438, 444, 455** und S. 9–12, 33[7+8], 36, 37[14], 38[17+19], 39, 61[1], 80, 98[8], 99[12], 100[17], 222[1], 223[7], 226[15], 241, 264, 266, 294, 328, 356[1], 362[6+7], 365[1], 375[1], 387, 431[2], 432, 452[3], 453, 467–469, 525, 565, 589[16], 660, 732, 759[1], 760[4+5], 760[9+10], 761[11+12], 765[21], 766[28], 767, 770 f., 816[23], 818, 948, 1046[8], 1051[9+10], 1053[1], 1059[9], 1075, 1076[8], 1077, 1079[9], 1092[2], 1093[6], 1094[7], 1094[1], 1121[1], 1168[43], 1213, 1315[1], 1328[7], 1351, 1379[33], 1393[24], 1394[29], 1403, 1405, 1410, 1432[20], 1444, 1507, 1601[26], 1624[24], 1662[5+6], 1664[20]

Lahusen, Carl Vertreter des Leiters im Referat „Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien" des Auswärtigen Amts S. 542[1]

Laloy, Jean stellvertretender Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur adjoint des Affaires politiques) **Dok. 265** und S. 220[9], 374, 414, 735 f., 816 f., 935, 937, 940[7], 985, 1622 f., 1625

Lang, Norbert Angehöriger und im Januar/Februar 1963 kommissarischer Leiter des Referats „Europäische politische Integration; Europarat und nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)" im Auswärtigen Amt S. 19[1], 29[1], 56[1], 86[1]

Lange, Halvard M. Außenminister des Königreichs Norwegen S. 1191

Langer, Wolfram Leiter der Abteilung „Wirtschaftspolitik" im Bundesministerium für Wirtschaft; seit 16. Oktober 1963 Staatssekretär S. 1260[1], 1488, 1554

Lapin, Sergej Georgijewitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 3 f.

Lasarew Militärattaché an der sowjetischen Botschaft in Helsinki S. 1537

Lawrow, Iwan Michajlowitsch Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 36[7], 241, 487, 502 f., 1410, 1545

Lazurick, Robert Direktor der Zeitung „L'Aurore" (Paris) S. 736

Lebel, Claude Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des services de presse et information) S. 103, 124, 148, 281[11]

Leber, Georg Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD); Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden in Frankfurt/Main S. 742

Lecaro, Giacomo Kardinal Erzbischof von Bologna S. 627

Lechuga Hevia, Carlos Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Kuba bei der UNO in New York S. 1251[62]

Ledwidge, William B. Mitarbeiter und seit 2. September 1963 Referatsleiter im britischen Außenministerium (Head of Central Department) S. 889

Lemma, Aseffa Botschafter des Kaiserreichs Äthiopien in Bonn **Dok. 433** und S. 1269

Lemnitzer, Lyman L. Oberbefehlshaber der amerikanischen und der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 580, 794, 801, 1406, 1473

Lenin, Wladimir Iljitsch 1917–1924 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik S. 121, 489, 844, 855, 1191

Leone, Giovanni Präsident der Abgeordnetenkammer bis 22. Juni 1963; danach bis 5. November 1963 Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 560[19], 684, 733[4], 1228

Leopold, Kurt Leiter der „Treuhandstelle für den Interzonenhandel" in Berlin (West) S. 8–13, 49 f., 299 f., 347 f., 590, 988, 1036, 1277, 1554, 1571, 1670

de Leusse de Syon, Bruno Gesandter an der französischen Botschaft in Washington S. 278 f.

Lex, Hans Ritter von Präsident des Deutschen Roten Kreuzes S. 300

Li Ching-chuan Botschafter der Volksrepublik China in Bern S. 1445

Liénart, Achille Kardinal Erzbischof von Lille S. 627

Lilienfeld, Georg von Gesandter und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 241, 250, 264, 272, 319, 336, 343, 385, 451** und S. 6[3], 777[7], 780[4], 805[4], 872[7+10], 920[29], 936, 1136[6], 1156[27], 1158, 1283[17], 1327[5], 1328[6], 1329[7], 1495, 1499, 1520[5], 1580[24], 1583[34], 1708

Lippmann, Walter amerikanischer Journalist und Publizist S. 1309[7]

Lloyd, Selwyn seit 20. Oktober 1963 Lordsiegelbewahrer und Führer des britischen Unterhauses; ehemaliger Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 812

Lobodycz, Mieczyslaw Leiter der Abteilung „West" im polnischen Außenministerium S. 151, 462 f.

Löhr, Walter Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 408

Lösch, Karl Leiter der Handelsvertretung der DDR in Havanna bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kuba am 12. Januar 1963; danach bis Mai 1963 Geschäftsträger der Botschaft der DDR in Havanna S. 63

Löwe, Heinrich Vertreter des Leiters im Referat „Afrika südlich der Sahara" des Auswärtigen Amts S. 1146[1], 1148[8]

Long, Franklin A. Abteilungsleiter in der amerikanischen Abrüstungsbehörde in Washington (Assistant Director, Science and Technology Bureau) S. 757[4]

Lucet, Charles Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des Affaires politiques) **Dok. 399, 428** und S. 42, 45, 56, 59[9], 60, 82 f., 86, 124, 148, 318, 374, 414, 467, 985 f., 1042[7], 1104[8], 1416[9], 1522 f., 1624

Lübke, Heinrich Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland **Dok. 429** und S. 71, 120, 156, 158, 559, 732, 1013, 1025, 1319[2], 1359, 1427[40], 1429[42], 1454, 1505[2], 1526, 1572 f., 1603, 1657

Lücke, Paul Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung S. 600

Luedde-Neurath, Kurt R. Gesandter der Bundesrepublik Deutschland in Port au Prince bis 28. Februar 1963; seit 13. März 1963 Leiter des Referats „Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, China (Volksrepublik und Formosa), Mongolische Volksrepublik, Nordkorea, Nordvietnam, Hongkong und Macau" im Auswärtigen Amt **Dok. 169, 370, 432** und S. 591, 1094[4], 1293[1]

Luns, Joseph Außenminister des Königreichs der Niederlande **Dok. 60** und S. 98, 196, 198, 245, 444, 526, 877, 1323, 1333f., 1524, 1538f.

MacArthur, Douglas 1942–1945 Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte im Südwest-Pazifik; danach bis 1950 Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen in Japan; 1950 Oberbefehlshaber der UNO-Streitkräfte in Korea S. 1072[15]

Macmillan, Harold Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bis 18. Oktober 1963 **Dok. 300** und S. 5[2], 39[6], 69, 100, 106, 115f., 130, 135, 140f., 145, 150, 156, 163[8], 173f., 177f., 197, 199, 202, 229, 246f., 264, 275, 290, 305, 311, 320, 455, 475[13], 499, 541, 549, 571, 624, 638, 686, 695, 698, 736, 743, 766, 781, 805[6], 850, 877, 925, 1012, 1165, 1184, 1197, 1291[23], 1319[3], 1320, 1322, 1478

Madariaga y Rojo, Salvador de spanischer Schriftsteller; ehemaliger Erziehungs- und Justizminister der Republik Spanien S. 266f.

Mäe, Hjalmar 1941–1944 während der deutschen Besatzung Erster Landesdirektor von Estland S. 981

Mäkinen, Jussi Botschaftsrat an der finnischen Botschaft in Paris S. 69

Maeo, Shigesaburo Generalsekretär der Liberaldemokratischen Partei Japans S. 1069, 1072

Magill, Robert N. Erster Sekretär für Politische Angelegenheiten an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 429, 1366[37]

Magnus, Arthur von Angehöriger der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1284

Mahmoud, Mohammed Sidky Marschall der ägyptischen Luftwaffe S. 509

Maier, Reinhold 1953–1956 sowie 1957–1959 Mitglied des Deutschen Bundestages und 1957–1960 Vorsitzender der FDP S. 1086[22]

Maillard, Pierre Diplomatischer Berater beim französischen Staatspräsidenten (Conseiller technique au Secrétariat général de la Présidence de la République) S. 67[2], 124, 148

Majonica, Ernst Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender des außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion **Dok. 210, 338, 364** und S. 333, 745, 748

Malenkow, Georgij Maximilianowitsch 1953–1955 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1017[9], 1643

Malfatti di Montetretto, Francesco Gesandter an der italienischen Botschaft in Paris; seit Dezember 1963 Kabinettschef des italienischen Außenministers (Capo di Gabinetto del Ministro) S. 1635

Malraux, André französischer Minister für Kultur S. 1184

Manescu, Corneliu Außenminister der Volksrepublik Rumänien S. 1396

Manning, Bayless A. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Special Assistant to the Under Secretary of State) S. 519

Manschulo, Alexej N. Abteilungsleiter im sowjetischen Ministerium für Außenhandel S. 1413[14]

Mansfield, Michael J. Senator des Staates Montana S. 1138

Mansholt, Sicco L. Vizepräsident der EWG-Kommission in Brüssel; ehemaliger niederländischer Minister für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung S. 224, 714[29], 715, 1435[8], 1448, 1599

Mao Tse-tung Vorsitzender des Politbüros und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas S. 919

Marella, Paolo Kardinal Präfekt der Kongregation für die Betreuung der Peterskirche und ihres Vermögens (Vatikan) S. 627

de Margerie, Roland Jacquin Botschafter der Französischen Republik in Bonn **Dok. 73, 191, 192, 436, 441, 463** und S. 42, 88, 124, 148, 335, 353f., 631, 640f., 655, 756, 1104f., 1229, 1272–1274, 1278, 1437f., 1465, 1571, 1624[24], 1628, 1660, 1667

Marschall von Bieberstein, Joachim Freiherr von Angehöriger des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge" im Auswärtigen Amt **Dok. 154, 339, 380** und S. 13[1], 597[1], 818[1], 1106, 1108, 1316

Marshall, George C. 1947–1949 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1388f.

Martin, Berthold Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1121, 1125

Martin, Joseph W. Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Republikanische Partei) S. 558

Martin, Paul seit 22. April 1963 Außenminister Kanadas **Dok. 175, 353** und S. 1211

Martino, Edoardo Unterstaatssekretär im italienischen Außenministerium (Sottosegretari di Stato) S. 1463[21]

Martino, Gaetano Präsident des Europäischen Parlaments in Luxemburg; ehemaliger Außenminister der Italienischen Republik S. 1191

Martins, V. Armando Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Portugal bei der NATO in Paris S. 891, 1384

Marx, Karl S. 393

Marx, Karl Herausgeber der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland" S. 660[21]

Mateos, Adolfo López Staatspräsident der Vereinigten Staaten von Mexiko S. 466, 1526[6]

Mathias, Marcello 1958–1961 Außenminister der Republik Portugal S. 1382

Mathiopoulos, Basil Korrespondent der griechischen Zeitung „Elevtheria" in Bonn S. 496

Maudling, Reginald britischer Schatzkanzler; ehemaliger Sonderbeauftragter für die Verhandlungen zur Errichtung einer europäischen Freihandelszone S. 102[27], 1448

Maunula, Aatos Aarne Stabschef der finnischen Armee S. 1537

Maurice-Bokanowski, Michel französischer Industrieminister S. 108, 1353, 1595, 1711[14]

Mayer, Jean Dolmetscher im französischen Außenministerium S. 111, 689, 702

McCloy, John J. Sonderberater des amerikanischen Präsidenten; ehemaliger Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland **Dok. 389** und S. 16[2], 201, 203[14], 302, 306, 548, 818, 1359, 1367

McCone, John Direktor des amerikanischen Geheimdienstes CIA S. 622, 742, 857

McGhee, George C. Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs) bis 28. März 1963; seit 18. Mai 1963 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn **Dok. 172, 224, 270, 396, 397** und S. 605[6], 640f., 654[3], 655, 756–758, 853, 863, 865, 932, 976, 997f., 1158, 1171, 1210, 1214, 1278, 1340, 1381[6], 1388, 1390f., 1434, 1437f., 1571, 1593f., 1680–1683, 1708

McNamara, Robert S. amerikanischer Verteidigungsminister **Dok. 257, 273** und S. 111f., 115f., 119, 141, 304, 512, 577, 587, 876, 924, 932f., 972–974, 984, 1103, 1156, 1200, 1305, 1356f., 1359f., 1404, 1555f., 1648, 1666, 1673

McSweeny, John Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Moskau S. 195

Meany, George Vorsitzender der „American Federation of Labor and Congress

of Industrial Organizations" in Washington S. 740, 923

Meichsner Mitarbeiter des Bevollmächtigten des Landes Berlin in Bonn S. 681

Meir, Golda Außenministerin des Staates Israel S. 432, 434, 465

Melville, Eugene Gesandter an der britischen Botschaft in Bonn S. 285

Mende, Erich Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der FDP; seit 17. Oktober 1963 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen S. 245, 272, 745, 748, 750, 1086[22], 1554, 1570, 1585[38], 1626, 1671, 1683 f.

Menderes, Adnan 1950–1960 Ministerpräsident der Republik Türkei S. 132

Menon *siehe Krishna Menon*

Mensa-Bonsu, James seit September 1963 Leiter der Handelsvertretung der Republik Ghana in Ost-Berlin S. 1146[3]

Merchant, Livingston T. seit 24. Januar 1963 Sonderbeauftragter des amerikanischen Präsidenten für Sicherheitsfragen; ehemaliger Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs) S. 304, 341, 399, 401[12], 403, 470

Mercker, Reinhold Leiter der „Abteilung I" im Bundeskanzleramt S. 8, 11, 1274

Merkatz, Hans-Joachim von Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU); ehemaliger Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder S. 659

Meroz, Yohanan Persönlicher Referent der israelischen Außenministerin S. 660

Merten, Hans Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 629 f., 631[5], 643, 650

Messerschmitt, Willy deutscher Flugzeugkonstrukteur S. 434 f.

Messmer, Pierre französischer Verteidigungsminister S. 124, 126, 148, 318, 618, 654, 709, 711 f., 731, 1104 f., 1272 f., 1357[63]

Meyer, Albert Gregory Kardinal Erzbischof von Chicago S. 972

Meyer-Cording, Ulrich Leiter der Abteilung „Europäische zwischenstaatliche Zusammenarbeit" im Bundesministerium für Wirtschaft **Dok. 99** und S. 285, 1488[6]

Meyer-Lindenberg, Hermann Vertreter des Leiters in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts **Dok. 162, 183, 247, 391** und S. 500, 677[4], 983, 984[29], 1318, 1377[22]

Meyer-Lohse, Hans-Werner Vertreter des Leiters im Referat „Mittel- und Südamerika" des Auswärtigen Amts **Dok. 443** und S. 34[1]

Miettunen, Martti Juhani Landeshauptmann von Lappland; ehemaliger Ministerpräsident der Finnischen Republik S. 1536

Mikojan, Anastas Iwanowitsch sowjetischer Erster Stellvertretender Ministerpräsident S. 277, 647, 664, 844, 855, 1086, 1493

Mindszenty, József Kardinal Erzbischof von Gran und Primas von Ungarn S. 478

Minh *siehe Duong Van Minh*

Mirbach, Dietrich Freiherr von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Djakarta bis 31. März 1963; seit 11. Mai 1963 Botschafter zur besonderen Verwendung im Auswärtigen Amt **Dok. 332** und S. 1129[13+14], 1603[36]

Mischnick, Wolfgang Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte bis 15. Oktober 1963; seit 5. November 1963 stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag S. 362[6]

Mochow Oberkonsultant beim Präsidium des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1080

Modrzewski, Franciszek polnischer Stellvertretender Außenhandelsmini-

ster **Dok. 29, 109, 140** und S. 151, 160, 328[3], 462f., 597[3]

Mollet, Guy Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs; ehemaliger Ministerpräsident der Französischen Republik S. 620, 1115, 1543

Molotow, Wjatscheslaw Michajlowitsch 1939–1949 und 1953–1956 Volkskommissar bzw. Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 851

Moltke, Maria von Sekretärin des Staatssekretärs Lahr S. 332[1]

Mommer, Karl Mitglied des Deutschen Bundestages und Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion S. 1511, 1523, 1524[10]

Mommsen, Ernst Wolf Generaldirektor der Phoenix-Rheinrohr AG in Düsseldorf S. 32f., 36, 75, 77, 324, 408[5], 411[15]

Monnet, Jean Vorsitzender des „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa"; ehemaliger Präsident der Hohen Behörde der EGKS in Brüssel **Dok. 405** und S. 145[20], 266, 1322

Monney, George ghanaischer Student in Hannover S. 1147[6], 1148

Montini *siehe Paul VI.*

Moro, Aldo Politischer Sekretär der Christlich-Demokratischen Partei Italiens; seit 5. Dezember 1963 Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 560[19], 1464[24]

Morris, Brewster H. Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Bonn **Dok. 101, 105** und S. 302, 342, 405

Motrico, José Maria de Areilza Graf von Botschafter Spaniens in Paris S. 318

Mountbatten, Louis, seit 1947 **1. Earl Mountbatten of Burma** Chef des britischen Verteidigungsstabes S. 1448

Müller, Karl Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 840

Müller, Kurt Vertreter des Leiters im Ministerbüro des Auswärtigen Amts S. 365[1], 651[1], 1066[7], 1068[13]

Müller, Udo Leiter der Abteilung „Angelegenheiten der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der deutschen Ostgebiete, Förderung des gesamtdeutschen Gedankens, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands" im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen S. 1053–1056

Müller-Armack, Alfred Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft bis 3. Oktober 1963 S. 285, 288, 371–373, 437

Müller-Roschach, Herbert Leiter der Abteilung „West II" bis zur Umorganisation des Auswärtigen Amts vom 15. Januar 1963; danach Leiter des Planungsstabs **Dok. 16, 245** und S. 86f., 250[6], 887[7], 928, 948[9]

Mufarrah im November 1963 mit der Leitung des Außenministeriums der Arabischen Republik Jemen beauftragt S. 1541[6]

Mumm von Schwarzenstein, Bernd-Eugen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luxemburg bis 10. September 1963; seit 18. September 1963 Leiter der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 369, 747

Muñoz-Grandes, Augustin Chef des spanischen Generalstabes S. 246, 281

Murrow, Edward R. Leiter des amerikanischen Informationsdienstes in Washington (Director, U.S. Information Agency) S. 622

Mussolini, Benito 1922–1925 Ministerpräsident; danach bis 1943 Regierungschef und Präsident des „Faschistischen Großrates" im Königreich Italien S. 738

Nagy, Imre 1953–1955 und im Oktober/November 1956 Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik (nach dem Volksaufstand nach Rumänien verschleppt und am 16. Juni 1958 in Budapest hingerichtet) S. 424[6]

Napoleon I. 1804–1814 und 1815 Kaiser der Franzosen S. 971

Narita, Katsushiro Botschafter des Kaiserreichs Japan in Bonn S. 1418[3]

Nasser, Gamal Abdel Präsident der Vereinigten Arabischen Republik **Dok. 146** und S. 432, 465, 484, 510, 537, 595, 606, 962, 1122 f.

Nastase, Mircea Leiter der rumänischen Handelsvertretung in Frankfurt/Main **Dok. 181**

Naszkowski, Marian polnischer Stellvertretender Außenminister S. 359

Naumann, Walter deutscher Student (seit September 1961 in sowjetischer Haft) S. 572, 646[6], 903 f., 1312, 1410

Naupert, Heinz Leiter der Wirtschaftsabteilung an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 77

Negwer, Georg Leiter des Konsulats der Bundesrepublik Deutschland in Luanda S. 1383[7]

Nehru, Shri Jawaharlal Ministerpräsident und Außenminister der Republik Indien S. 156–159, 481, 510, 838

Nenni, Pietro Generalsekretär der Sozialistischen Partei Italiens S. 560[19], 1134, 1258, 1615

Nesiahu, Aluf I. Staatssekretär im israelischen Verteidigungsministerium S. 434

Newsom, David D. Erster Sekretär an der amerikanischen Botschaft in London; seit 15. September 1963 Referatsleiter im amerikanischen Außenministerium (Director, Office of North African Affairs) S. 1283, 1291 f.

Nevermann, Paul Präsident des Senats und Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg S. 449

Ngo Dinh Diem Präsident der Republik Vietnam bis zu seinem Sturz am 1. November 1963 (am 2. November 1963 ermordet) S. 1415[2], 1416, 1425, 1647

Ngo Dinh Nhu Politischer Berater des Präsidenten der Republik Vietnam (am 2. November 1963 ermordet) S. 1416

Nguyen Van Thinh Erster Sekretär an der Botschaft der Republik Vietnam in Bonn S. 1415–1417

Nicolae rumänischer Ingenieur **Dok. 181** und S. 1295

Niebel, Fritz Leiter des Planungs- und Koordinierungsbüros im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung S. 629 f.

Nitze, Paul H. Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs) S. 932, 1556

Nixon, Richard M. 1953–1961 Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 237** und S. 876, 879

Nkrumah, Kwame Präsident der Republik Ghana S. 407[10], 1147–1149

Nogueira, Alberto Franco Außenminister der Republik Portugal **Dok. 401**

Norstad, Lauris 1951– 1953 Oberbefehlshaber der amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa; 1956–1962 Oberbefehlshaber der amerikanischen und der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 7, 53, 794, 798, 801, 1348[9], 1406

Northe, Heinrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lima; ehemaliger Vertreter des Leiters in der Ostabteilung des Auswärtigen Amts S. 1411[6]

Novotný, Antonin Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 1624[21]

Nowikow, Kirill Wassiljewitsch stellvertretender Leiter der Abteilung „Internationale Organisationen" im sowjetischen Außenministerium S. 1409, 1431[14+16]

Nutting, Anthony 1954–1956 Staatsminister im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign Affairs) S. 812

Nyerere, Julius K. Präsident der Republik Tanganjika S. 555[5]

Obermayer, Adolf Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 1539[12]

Obote, Milton Apollo Präsident der Republik Uganda S. 555[5]

Ochel, Willy Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG in Dortmund S. 32f., 408[5], 411[15]

Ohira, Masayoshi Außenminister des Kaiserreichs Japan **Dok. 410** und S. 1069, 1072f., 1604

Ollenhauer, Erich Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Vorsitzender der SPD bis zu seinem Tod am 14. Dezember 1963 S. 272, 745, 748, 840

O'Mahony, Joseph E. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Economic Advisor for German Affairs) S. 1283, 1286, 1499

Omar, Djabir seit 23. April 1963 Botschafter der Irakischen Republik in Bonn S. 595

Oncken, Dirk Leiter des Referats „Wiedervereinigung" im Auswärtigen Amt **Dok. 69, 91, 132, 180, 211, 286, 359, 476** und S. 966, 1010[28], 1077f., 1079[10], 1381[8], 1412[12], 1626[1]

Ormsby-Gore, David Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Washington S. 278f., 1495

Osterheld, Horst Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt S. 124, 148, 173, 195, 244, 302, 337, 395, 546, 593[1], 617, 618[8+10], 619[13–15], 621[22], 661, 737, 782, 783[12], 784[16+19], 786[28], 787[32+33], 833, 853, 915, 937[15], 976, 1253, 1314f., 1319, 1332, 1336, 1337[10+16], 1338[19+22], 1339[25], 1340[29+30], 1359, 1360[6+11], 1360[9–11], 1362[16], 1366[40], 1384[2], 1386[10+11], 1386[15–18], 1387[20+23], 1387[26+27], 1388[29], 1399, 1401[9], 1403, 1434, 1447, 1448[14], 1449[18–21], 1450[28+30], 1451[31+32], 1532, 1558, 1607[3], 1611, 1680, 1689

Overbeck, Egon Vorstandsvorsitzender der Mannesmann AG in Düsseldorf **Dok. 9** und S. 408[5], 411[15]

Pabsch, Wiegand Mitarbeiter im Ministerbüro des Auswärtigen Amts S. 805[1], 1620

Palamas, Christian Xanthopoulos Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Griechenland bei der NATO in Paris S. 66, 753, 1439

Pandit, Viyaja Lakshmi Gouverneurin der Provinz Maharashtra; ehemalige Botschafterin der Republik Indien in Washington und in Moskau S. 123, 838, 969f.

Panitzki, Werner Inspekteur der Luftwaffe S. 932

Papandreou, Georgios vom 8. November bis 24. Dezember 1963 Ministerpräsident und Informationsminister des Königreichs Griechenland S. 1588[47]

Pâques, Georges stellvertretender Leiter der Pressestelle bei der NATO in Paris (am 10. August 1963 wegen Spionage verhaftet) S. 1396

Patijn, Clemens L. Abgeordneter des niederländischen Parlaments (Partei der Arbeit) S. 1539[12]

Patolitschew, Nikolaj Semjonowitsch sowjetischer Außenhandelsminister S. 240–242, 357

Paul I. König der Hellenen S. 785

Paul VI. (Giovanni Battista Montini) seit 21. Juni 1963 Papst; vormals Erzbischof von Mailand **Dok. 249, 342** und S. 627, 629[57], 732[1], 786f., 878, 971f., 1228, 1254, 1319

Pauls, Rolf Friedemann Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Athen bis 31. Januar 1963; seit 6. Februar 1963 Leiter der Unterabteilung B in der Abteilung für Handels- und Entwicklungspolitik des Auswärtigen Amts **Dok. 193** und S. 823, 1094[5], 1418[3], 1428

Paulucci, Mario Alessandro Gesandter an der italienischen Botschaft in Bonn S. 1441[15]

Pearson, Lester B. seit 17. April 1963 Premierminister Kanadas S. 575[4+5], 577[11], 1181, 1191

Pele, Gheorghe rumänischer Stellvertretender Außenminister S. 1317[7], 1318[10], 1519

Penkow, Penko Leiter des bulgarischen Außenhandelsbüros in Frankfurt/Main **Dok. 370** und S. 1213

Peres, Shimon stellvertretender israelischer Verteidigungsminister; ehemaliger Generalsekretär im israelischen Verteidigungsministerium S. 630[3], 650

Pétain, Philippe Marschall von Frankreich und 1940–1944 in Vichy Chef des „État Français" S. 175

Petri, Mihail rumänischer Stellvertretender Außenhandelsminister **Dok. 439** und S. 1574[8]

Peyrefitte, Alain französischer Informationsminister **Dok. 32** und S. 542–544, 1648[11]

Pfeffer, Franz Persönlicher Referent des Staatssekretärs Carstens S. 43[7], 76[12], 78[22], 269, 391[6], 393[17], 394[19], 676[1], 816[1], 965[1], 966[4]

Pflimlin, Pierre Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats; Vorsitzender des „Mouvement Républicain Populaire" bis Mai 1963; ehemaliger französischer Finanzminister S. 1115, 1429[4]

Phan Van Thinh seit 8. Oktober 1963 Geschäftsträger der Botschaft der Republik Vietnam in Bonn **Dok. 383** und S. 1416

Philipp, Gerhard Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 333

Piccioni, Attilio Außenminister der Italienischen Republik bis 5. November 1963; seit 5. Dezember 1963 Minister ohne Portefeuille S. 79f., 180[1+6], 204, 207, 214, 254, 732[1], 1220

Picot, Georges Beauftragter französischer Industriekreise in der Volksrepublik China S. 1377

Pieck, Wilhelm 1949–1960 Präsident der DDR S. 385[27]

Pilz, Wolfgang deutscher Ingenieur in der VAR S. 433, 563[12]

Pinay, Antoine 1952/53 Ministerpräsident und 1955/56 Außenminister der Französischen Republik S. 1115

Pineau, Christian 1956–1958 Außenminister der Französischen Republik S. 1455[2]

Pinto, Luiz Teixera portugiesischer Wirtschaftsminister S. 517f.

Pipinelis, Panayotis Handelsminister bis 11. Juni 1963; vom 17. Juni bis 26. September 1963 Ministerpräsident und Außenminister des Königreichs Griechenland S. 690[7]

Pisani, Edgar französischer Landwirtschaftsminister S. 714–716, 743, 1611

Pius XII. (Eugenio Pacelli) 1939–1958 Papst S. 626f., 878

Plehwe, Friedrich Karl von Leiter des Referats „Großbritannien, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Australien, Neuseeland, Irland" im Auswärtigen Amt; ehemaliger Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters an der Ständigen Vertretung bei der NATO in Paris S. 428[16], 1507[2], 1508[9], 1638[16]

Pleven, René Abgeordneter des Europäischen Parlaments in Luxemburg; ehemaliger Ministerpräsident der Französischen Republik S. 1322

Podgornyj, Nikolaj Wiktorowitsch Mitglied des Präsidiums und seit Juni 1963 Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU S. 751

Poljanow, Nikolaj E. stellvertretender Chefredakteur der Zeitung „Iswestija" (Moskau) S. 420f.

Polk, James Hilliard amerikanischer Stadtkommandant in Berlin S. 755f., 997, 1078, 1625, 1635, 1645, 1681

Pompidou, Georges Ministerpräsident der Französischen Republik **Dok. 422** und S. 124, 127, 148, 618, 684, 717, 719f., 727, 1355, 1595, 1612, 1690

Popović, Koca Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 1175[7]

Popow, Wladimir Fjodorowitsch Dolmetscher im sowjetischen Außenministerium S. 375

Poppe, Helmut Generalmajor der Nationalen Volksarmee und Stadtkommandant in Ost-Berlin S. 1646[34]

Popper, David H. Referatsleiter im amerikanischen Außenministerium (Director, Office of Atlantic Political and Military Affairs) S. 1313

Prado y Ugarteche, Manuel Präsident der Republik Peru S. 1526[5]

Praß, Johannes Mitarbeiter im Bundeskanzleramt; seit Oktober 1963 Leiter der Abteilung für Wirtschaft S. 9, 12

Preuschen, Gerhard Freiherr von Direktor bei der Siemens-Schuckertwerke AG in Stuttgart; ehemaliger Beobachter der Bundesregierung beim Eichmann-Prozeß in Jerusalem S. 660

Pripolzew, Valentin Angehöriger der sowjetischen Handelsvertretung in Köln bis zu seiner Verhaftung am 25. August 1961 S. 572f., 1312

Profumo, John D. britischer Heeresminister bis 4. Juni 1963 S. 624, 796

Puttkamer, Ellinor von Leiterin des Referats „Vereinte Nationen, weltweite internationale Organisationen; multilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie (mit Ausnahme der europäischen Organisationen), internationale Beziehungen auf dem Gebiet der Weltraumforschung, politische Fragen auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet" im Auswärtigen Amt S. 867[1]

Rákosi, Mátyás 1944–1956 Generalsekretär der Partei der Ungarischen Werktätigen und 1952/53 Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik S. 424[6]

Randow, Elgar von Leiter des Referats „Südasien" bis zur Umorganisation des Auswärtigen Amts vom 15. Januar 1963; Leiter des Referats „Kultureller Austausch" bis 28. Februar 1963; danach Leiter der „Zentralen Austauschstelle Bonn" (zuständig für die Kulturbeziehungen zur UdSSR) S. 155

Rapacki, Adam Außenminister der Volksrepublik Polen S. 369, 1175[7]

Rasner, Will Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion S. 745

Rathenau, Walther von Februar bis Juni 1922 Reichsminister des Auswärtigen S. 1081

Rautenberg Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den Verhandlungen mit Ungarn über einen Handelsvertrag und den Austausch von Handelsvertretungen S. 1108

Rehwinkel, Edmund Präsident des Deutschen Bauernverbandes S. 721, 1456

Reichhold, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Dakar bis 28. Juni 1963 (zugleich als Botschafter in Nouakchott akkreditiert); seit 24. Juli 1963 Botschafter in Accra S. 1147–1149

Reilly, Sir Patrick Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State) S. 312, 356[1], 372, 411[17]

Reinhardt, Hermann Leiter der Abteilung „Außenwirtschaft und Entwicklungshilfe" im Bundesministerium für Wirtschaft S. 36, 352

Reinkemeyer, Hans-Albert Leiter des Referats „Sowjetunion" bis zur Umorganisation des Auswärtigen Amts vom 15. Januar 1963; danach Vertreter des Leiters in der „Politischen Abteilung II" **Dok. 102, 104, 105, 110, 163, 181, 298, 319, 322, 323, 331, 340, 399, 467** und S. 8[1], 9, 13[16], 218[1], 296[6], 297[7], 349[8], 352[10], 364[1], 430[7], 491[4], 590[6], 957[3+4], 986[11], 1000, 1015, 1021[15], 1022[19], 1023[20], 1031[3+5], 1032[6+7+9], 1033[12], 1040[13], 1047[1], 1059[9], 1094[7], 1118[2], 1150, 1158, 1213[4], 1214, 1267, 1268[11], 1280[1], 1490[6], 1655[5], 1656

Reitsch, Hanna deutsche Fluglehrerin in Ghana S. 1146, 1148f.

Reston, James Leiter des Büros der Zeitung „The New York Times" in Washington S. 164, 172

Reuter Mitarbeiter im Bundesministerium des Innern S. 1178

Rey, Jean Mitglied der EWG-Kommission in Brüssel und Leiter der Abteilung für Außenbeziehungen; ehemaliger belgischer Wirtschaftsminister S. 1145

Rheker, Gisela Angehörige des Referats „Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, China (Volksrepublik und Formosa), Mongolische Volksrepublik, Nordkorea, Nordvietnam, Hongkong und Macau" im Auswärtigen Amt **Dok. 268, 380** und S. 1624[21]

Richter, Karl Dolmetscher im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 486[1], 565[1], 1545[1]

Richter, Willi 1956–1962 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Düsseldorf S. 740

Ricketts, Claude V. amerikanischer Admiral (Vice Chief of Naval Operations) S. 505

Risse, Roland Leiter der Abteilung „Gewerblicher Mittelstand, Absatzwirtschaft, Leistungssteigerung" im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1570

Ritchie, Charles S. Botschafter Kanadas in Washington S. 1181

Roa, Raúl Garcia Außenminister der Republik Kuba **Dok. 19**

Roberts, Sir Frank K. seit 21. Februar 1963 Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Bonn; ehemaliger Botschafter in Moskau **Dok. 131, 253, 274, 418** und S. 191, 344f., 354[2], 499f., 525, 560, 604f., 640f., 756, 789[4], 791, 802[8], 848f., 874[17], 997f., 1015, 1023, 1437f., 1498[15], 1503[2], 1607

Robertson, Sir Brian H. 1947–1949 Militärgouverneur und 1949/50 Hoher Kommissar des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Deutschland S. 246, 310, 818, 880

Rockefeller, Nelson A. Gouverneur des Staates New York; ehemaliger Sonderberater des Präsidenten Eisenhower für psychologische Strategie **Dok. 368** und S. 393, 546, 782, 797f.

Röding, Horst Leiter des Referats „Allgemeine Personalangelegenheiten" bis 27. Februar 1963; seit 28. Februar 1963 Leiter des Referats „Europäische politische Integration, Europarat und nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)" im Auswärtigen Amt S. 1357[63], 1374[1]

Roemer, Walter Leiter der Abteilung „Öffentliches Recht" im Bundesministerium der Justiz S. 432, 436

Rokossowski, Konstantin K. Marschall der Sowjetunion und 1949–1956 polnischer Verteidigungsminister S. 359f.

Roll, Sir Eric Unterstaatssekretär im britischen Landwirtschaftsministerium **Dok. 87** und S. 266, 333

Roosevelt, Franklin D. 1933–1945 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1259, 1320

Rose, Edward M. Gesandter an der britischen Botschaft in Bonn S. 285, 396

Rosenberg, Ludwig Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Düsseldorf S. 740, 742

Rossi, Paolo Vizepräsident der italienischen Abgeordnetenkammer S. 734

Rostow, Walt W. Leiter des Planungsstabs im amerikanischen Außenministerium (Counselor and Chairman of the Policy Planning Council) S. 292, 782, 1326

Rudakow, Alexander Petrowitsch Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU für Schwerindustrie und Bauwesen S. 1189

Rusk, Dean D. Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 33, 50, 145, 178, 207, 291, 292, 349, 367, 398, 402, 403, 473, 487, 491** und S. 17[4], 112, 114f., 163, 169, 173–176, 201, 219, 221, 234[3], 239, 277, 289, 314, 329, 335f., 450f., 470f., 512, 531, 557f., 613, 674, 681f., 692, 730, 754, 777[4], 778f., 789, 803[8], 809, 830, 836f., 842, 846, 849f., 859, 862f., 871, 872[7], 876, 887f., 897, 907, 912, 917f., 920, 924f., 944–946, 955f., 958, 967, 986f., 989, 1001–1003, 1012, 1025, 1029, 1039, 1044,

1066 f., 1072, 1075, 1098, 1136, 1138, 1141, 1144, 1157, 1184, 1198, 1204, 1325, 1334, 1337[13], 1342, 1368, 1370, 1374, 1399, 1407, 1422, 1498[19], 1499, 1520[8], 1521, 1553, 1555 f., 1580[24], 1582, 1583[34], 1665, 1689, 1694–1697, 1699–1701, 1703, 1712 f.

Russell, Richard B. Senator des Staates Georgia und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des amerikanischen Senats S. 1520, 1556 f., 1699

Ruth, Friedrich Angehöriger der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1284

al-Saadi, Ali Saleh stellvertretender irakischer Ministerpräsident und von Februar bis Mai 1963 Innenminister; danach Informationsminister S. 1122

Sabri, Ali Ministerpräsident der Vereinigten Arabischen Republik S. 1125 f.

Sabri, Ibrahim Botschafter der Vereinigten Arabischen Republik in Bonn **Dok. 289** und S. 1211

Sacharow, Alexej Wassiljewitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Helsinki S. 1178, 1536

Sachs, Hans-Georg Leiter der Abteilung „Entwicklungspolitik" bis zur Umorganisation des Auswärtigen Amts vom 15. Januar 1963; danach Leiter der Abteilung für Handels- und Entwicklungspolitik **Dok. 150, 327, 378** und S. 160[1], 285, 497[8], 500, 528–533, 538 f., 596[16], 749, 768[5], 770[13], 1059[9], 1275[4]

Sänger, Eugen Vorsitzender der „Deutschen Gesellschaft für Raketentechnik und Raumfahrt" in Stuttgart S. 434

Sahm, Ulrich Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Paris **Dok. 138, 267** und S. 191[10], 277[8], 1242[30], 1243[32], 1251[63], 1432[21]

Saladin 1169–1193 Sultan von Ägypten und Syrien S. 480

Salazar, Antonio de Oliveira Ministerpräsident und Verteidigungsminister der Republik Portugal S. 1210, 1446

Sancar, Ilhami türkischer Verteidigungsminister **Dok. 466**

Sandys, Duncan britischer Minister für die Beziehungen zum Commonwealth und zu den Kolonien S. 156, 157[11]

Sapir, Pinhas israelischer Minister für Finanzen, Handel und Industrie S. 1568[7]

Saragat, Giuseppe Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Italiens; seit 5. Dezember 1963 Außenminister der Italienischen Republik **Dok. 464, 472** und S. 1588, 1653, 1697

Sattler, Dieter Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt S. 362[7], 823, 824[9], 1146, 1148[10]

Savir, Leo Botschaftsrat an der Israel-Mission in Köln S. 431[2], 432, 436 f.

Schacht, Hjalmar 1934–1937 Reichswirtschaftsminister; danach bis 1944 Reichsminister ohne Geschäftsbereich S. 738

Schäfer, Friedrich Mitglied des Deutschen Bundestages und Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion S. 629 f.

Schäfer, Hans Leiter der Abteilung „Verfassung, Staatsrecht und Verwaltung" im Bundesministerium des Innern S. 776[12]

Schaetzel, J. Robert stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State for Atlantic Affairs) S. 269, 272, 1499, 1556

al-Schalfan, Sheikh Saleh Botschafter des Königreichs Saudi-Arabien in Bonn S. 47

Schaus, Eugène Außenminister des Großherzogtums Luxemburg S. 205, 207, 209, 211 f., 215, 1538 f.

Scheel, Walter Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit **Dok. 93, 420** und S. 132[5], 611[18], 728, 1260–1262, 1264[14], 1265, 1271 f., 1305, 1327[1], 1572

Schelfhout, Paul Direktor der Phoe-

nix-Rheinrohr-International in Düsseldorf S. 327

Schenck, Dedo von Leiter des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge" im Auswärtigen Amt **Dok. 284** und S. 13[1], 328, 764[19], 818[1], 928[1], 1077, 1278[8], 1281[10], 1282[16], 1316, 1412[10+12]

Scherpenberg, Albert Hilger van Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl in Rom; ehemaliger Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok. 54, 130, 249** und S. 658 f., 764, 820, 941–943, 1133[2], 1303[7], 1411

Scheske, Ulrich Leiter des Referats „NATO, WEU (militärische Angelegenheiten) und Verteidigung" im Auswärtigen Amt **Dok. 365** und S. 51[1], 64[1], 399[1], 933[4], 1103, 1403, 1439[1]

Schiller, Karl Senator für Wirtschaft des Landes Berlin S. 299

Schirmer, Hans Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika" im Auswärtigen Amt **Dok. 14, 66, 119, 146, 386** und S. 484[7], 595[11], 610[12+13], 611[15+16], 612[20+21], 1125[18], 1132[1]

Schiwkow, Todor Erster Sekretär des Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen Partei und Ministerpräsident der Bulgarischen Volksrepublik S. 1213 f.

Schlagintweit, Reinhard Angehöriger des Referats „Naher Osten und Nordafrika" im Auswärtigen Amt S. 432, 534, 1132[1]

Schlitter, Oskar Leiter des Referats „Staaten der EWG, Großbritannien, Irland, Nordische Länder" bis zur Umorganisation des Auswärtigen Amts vom 15. Januar 1963; danach Beauftragter für Vertragsverhandlungen aus dem Bereich der Abteilung für Handels- und Entwicklungspolitik **Dok 209** und S. 758, 822, 1176, 1517[5], 1518, 1519[8], 1574[8], 1633[18]

Schmidt-Pauli, Edgar von Leiter des Büro Staatssekretär im Auswärtigen Amt **Dok. 74, 287** und S. 395, 954[2], 991[9]

Schmitt, Matthias Vorstandsmitglied der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) in Frankfurt/Main S. 767

Schmitt, Thomas Mitarbeiter im Außenpolitischen Büro des Bundeskanzleramts S. 1053

Schmoller, Gustav von Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Istanbul; Abordnung in das Auswärtige Amt vom 5. Januar bis 25. Februar 1963 und vom 15. Januar bis 19. Februar 1963 kommissarischer Leiter der Unterabteilung B in der „Politischen Abteilung I" **Dok. 5, 20**

Schmücker, Kurt seit 17. Oktober 1963 Bundesminister für Wirtschaft S. 1264[14], 1570, 1573

Schnippenkötter, Swidbert Leiter der Politischen Abteilung an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis 30. Juni 1963; danach Vertreter des Leiters im Planungsstab des Auswärtigen Amts S. 269

Scholl, Günther Gesandter und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 278, 314, 381** und S. 195, 812[5], 839, 866, 945[5+7], 946[9], 1039[3], 1080, 1089, 1096[3]

Schöner, Josef Botschafter der Republik Österreich in Bonn S. 267 f., 1532

Schram-Nielsen, Erik Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Dänemark bei der NATO in Paris S. 66

Schröder, Gerhard Bundesminister des Auswärtigen **Dok 12, 38, 39, 47, 63, 67, 70, 71, 121, 139, 142, 143, 144, 145, 171, 172, 175, 177, 178, 179, 207, 221, 225, 230, 244, 260, 269, 270, 274, 289, 299, 300, 301, 304, 308, 309, 318, 344, 345, 348, 349, 352, 353, 358, 361, 362, 366, 367, 383, 394, 397, 400, 403, 410, 424, 429, 447, 450, 457, 458, 459, 461, 466, 472, 473, 487, 491** und S. 20, 43, 46[1], 56, 79–82, 96, 104 f., 148, 162, 166, 180[1+6], 181, 187, 189, 197[11], 202[12], 205 f., 208 f., 211–215, 220[11], 227 f., 240, 266, 268, 273, 280[3–5], 281[6], 282, 302 f., 310, 314, 323, 326, 328 f., 335, 344, 356, 365, 372, 375[13], 390, 411[15], 422 f., 438[6], 440[17], 444, 448, 495[19], 502[1], 514, 515[4], 516[3], 523, 525, 540, 573–575, 578, 597, 600, 614, 616, 624, 638, 644[1], 674, 680[1], 686, 692, 702[1], 714–716, 719–721, 725 f., 732, 735, 742, 744, 761, 767–769, 771,

777[4], 778 f., 789–791, 793[1], 801[30], 802, 805, 808[11], 814[17], 815[20], 816[25], 836, 846, 849, 853[13], 863, 866, 887 f., 912, 914, 917, 920[32], 921[34], 942[7], 943[10], 948, 968, 975 f., 987, 1024, 1031 f., 1038, 1043, 1048[10], 1074–1076, 1079, 1097[8], 1098, 1105[14+15], 1120[2], 1132[4], 1136–1138, 1149[14], 1196[14], 1198, 1203, 1207 f., 1260[1], 1264[14], 1272, 1298[1], 1311, 1315, 1327 f., 1345[1], 1350[22], 1351, 1365 f., 1376, 1438, 1441[13], 1443[28], 1446, 1447[4], 1448, 1454, 1465, 1491[7], 1495, 1498 f., 1505[2], 1508, 1520[4+8], 1522[15], 1553, 1558[2], 1607, 1615, 1633, 1657, 1664, 1689 f., 1694 f., 1697, 1699, 1702[5], 1703[8], 1708[22+23], 1713

Schütz, Klaus Senator für Bundesangelegenheiten und Senator für das Post- und Fernmeldewesen des Landes Berlin; Bevollmächtigter des Landes Berlin in Bonn S. 9, 11–13, 91, 217, 299, 302[12], 342 f., 349[8], 597 f., 681, 755 f., 772[1], 997, 1078, 1554, 1570, 1593, 1626

Schütz, Wilhelm Wolfgang geschäftsführender Vorsitzender des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland" S. 1370, 1380 f.

Schukow, Georgij Alexandrowitsch politischer Kommentator der Zeitung „Prawda" (Moskau) S. 420

Schulenburg, Friedrich Werner Graf von der 1934–1941 Botschafter des Deutschen Reiches in Moskau S. 378

Schultheiß Mitarbeiter im Bundesministerium des Innern S. 1053 f., 1056

Schulz, Gerhard Geschäftsführer der Mannesmann-Stahlblechbau GmbH in Düsseldorf S. 75–77

Schulze-Boysen, Hartmut Angehöriger der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Paris bis 30. September 1963; seit 21. Oktober 1963 Pressereferent an der Botschaft in Washington S. 1349[14]

Schuman, Robert 1947/48 Ministerpräsident und 1948–1953 Außenminister der Französischen Republik S. 164[12], 175, 307, 1342

Schumann, Horst Leiter eines Krankenhauses in Ghana; ehemaliger Arzt im Konzentrationslager Auschwitz S. 1148

Schwartze, Kurt-Arthur Angehöriger des Referats „NATO, WEU (militärische Angelegenheiten) und Verteidigung" im Auswärtigen Amt; seit 11. Juni 1963 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 531

Schwarz, Werner Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten **Dok. 113** und S. 714 f., 1611, 1628

Schwörbel, Edgar Leiter des Referats „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht, Zentrale Rechtsschutzstelle" im Auswärtigen Amt bis 28. Juli 1963; seit 15. August 1963 Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rio de Janeiro S. 432

Seeger, Karl Wilhelm Wirtschaftsreferent an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Karatschi bis 25. Juni 1963; seit 15. Juli 1963 Leiter der Dienststelle in San'a der Gesandtschaft der Bundesrepublik Deutschland in Taizz S. 1541[6]

Segni, Antonio Staatspräsident der Italienischen Republik **Dok. 261** und S. 560[19], 629, 732, 786 f., 916, 971, 1134, 1188, 1319, 1463 f., 1616

Sekou Touré *siehe Touré*

Selbach, Josef seit März 1963 Persönlicher Referent des Bundeskanzlers bzw. seit 16. Oktober 1963 des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer S. 976

Semitschastnow, Iwan Fjodorowitsch sowjetischer Stellvertretender Außenhandelsminister S. 1413[15]

Semjonow, Wladimir Semjonowitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 219, 297, 565, 1411 f., 1432, 1662

Serres, Günther Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender des Außenhandelsausschusses S. 323

Seydel, Hans Leiter des Referats „Maghreb" bis zur Umorganisation des Auswärtigen Amts vom 15. Januar 1963;

danach Vertreter des Leiters im Referat „Naher Osten und Nordafrika" S. 1028[8]

Seydoux de Clausonne, François Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei der NATO in Paris; ehemaliger Botschafter in Bonn S. 66, 124, 141, 148, 175, 272, 310, 622, 753, 1042, 1623

Seydoux de Clausonne, Roger Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei der UNO in New York S. 1431[16]

Sharma, A. P. Militär- und Luftwaffenattaché an der indischen Botschaft in Bonn S. 532

Shermake, Abdel Rashid Ali Ministerpräsident der Somalischen Republik S. 880

Shima, Shigenobu stellvertretender japanischer Außenminister S. 1418[3]

Shinnar, Felix E. Leiter der Israel-Mission in Köln **Dok. 36, 142, 182, 437, 455** und S. 607[7], 656–661, 1038, 1042, 1063 f., 1079, 1302

Shuckburgh, Sir Evelyn Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der NATO in Paris S. 66, 475 f., 753 f., 891, 1338, 1341, 1439–1441, 1591, 1652

Sibelius, Jean S. 1535[1]

Siebourg, Gisela Dolmetscherin im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 1305[1], 1399[1], 1479[1]

Siegfried, Herbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa bis 17. November 1963; seit 10. Dezember 1963 Botschafter in Brüssel S. 575

Sihanouk, Prinz Samdech Norodom Staatschef im Königreich Kambodscha S. 1647

Simon, Klaus Leiter des Ministerbüros und Persönlicher Referent des Bundesministers des Auswärtigen S. 464[1], 467, 923[1], 925[15], 927[30], 1136[2], 1158, 1380[1], 1381[5], 1390[11]

Siri, Giuseppe Kardinal Erzbischof von Genua S. 626

Slappey amerikanischer Journalist S. 1119

Smirnow, Andrej Andrejewitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn **Dok. 148, 174, 269, 384, 407, 450, 454** und S. 122[29], 306, 502–504, 603 f., 644–646, 662, 664, 682 f., 692 f., 764, 820, 843, 909, 1011, 1410, 1411[6], 1663

Smirnowskij, Michail Nikolajewitsch Leiter der Abteilung „Amerika" im sowjetischen Außenministerium S. 836

Smith, Arnold Botschafter Kanadas in Moskau S. 192, 344 f.

Smithers, Peter Parlamentarischer Staatssekretär im britischen Außenministerium (Parliamentary Under-Secretary of State) S. 1448

Soames, Arthur Christopher britischer Landwirtschaftsminister S. 1599

Soelle, Horst Staatssekretär und Erster Stellvertretender Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR S. 775

Sohl, Hans-Günther Vorstandsvorsitzender der August-Thyssen-Werke AG in Duisburg und Vizepräsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. (BDI) in Köln S. 767

Soldatow, Alexander Alexandrowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in London S. 1408[3], 1497 f., 1578

Sonnenhol, Gustav Adolf Leiter der Abteilung „Finanz- und Wirtschaftsfragen der Entwicklungshilfe" im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit; ehemaliger Botschaftsrat I. Klasse an der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OECD in Paris S. 312, 823

Sonntag, Peter deutscher Student (seit September 1961 in sowjetischer Haft) S. 572, 646[6], 903 f., 1312, 1410

Sorensen, Theodore C. Sonderberater des amerikanischen Präsidenten **Dok. 362**

Sorin, Walerian Alexandrowitsch so-

wjetischer Stellvertretender Außenminister S. 16[2], 663, 751, 833

Soustelle, Jacques Mitglied des „Conseil National de la Résistance" (CNR); ehemaliger Generalgouverneur von Algerien und ehemaliger französischer Informationsminister S. 309

Soutou, Jean-Marie Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des Affaires africaines et malgaches, chargé des Affaires d'Afrique-Levant) S. 653

Souvanna Phouma Ministerpräsident des Königreichs Laos S. 1307[10]

Spaak, Paul-Henri Außenminister des Königreichs Belgien; ehemaliger Generalsekretär der NATO **Dok. 60, 226** und S. 196, 198, 245, 395f., 551, 560, 582, 613, 622, 625, 688, 690, 750, 839, 877, 1110[3], 1492, 1538f., 1665

Speer, Albert 1942–1945 Reichsminister für Bewaffnung und Munition bzw. für Rüstung und Kriegsproduktion S. 570f.

Speidel, Hans Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte (LANDCENT) bis 30. August 1963; danach Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Fragen der atlantischen Verteidigung S. 627f.

Spellman, Francis Kardinal Erzbischof von New York S. 972

Spiridonow, Iwan Wassiljewitsch Vorsitzender der Unionskammer des Obersten Sowjet S. 1080[3]

Spreti, Karl Graf von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Havanna bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen am 14. Januar 1963; seit 13. März 1963 Botschafter in Amman **Dok. 19**

Stackelberg, Herbert Freiherr von Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Nairobi bis 4. Juni 1963; seit 8. Juli 1963 Gesandter an der Botschaft in Washington S. 1499

Staden, Berndt von Kabinettschef des Präsidenten der EWG-Kommission in Brüssel bis 21. April 1963; seit 7. Mai 1963 Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 253–255, 1284

Staercke, André de Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Belgien bei der NATO in Paris S. 66, 622, 754, 892, 1439

Stalder, Andrew Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Foreign Service Officer, Department of International Economy) S. 269

Stalin, Jossif Wissarionowitsch 1922–1953 Generalsekretär der KPdSU und 1941–1953 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare bzw. des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 424, 454, 601, 753, 786, 922, 1017[9], 1089, 1259, 1644[28], 1677

Star Busmann, Eduard Botschafter des Königreichs der Niederlande in Moskau S. 1413[15]

Stechow, Johann von Leiter des Referats „Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs" im Auswärtigen Amt S. 230[3], 231[7], 493[1], 530f., 533, 1047[9], 1291[24]

Steel, Sir Christopher Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Bonn bis 14. Februar 1963 S. 39, 116, 177

Steffen, Willi Georg Gesandter der Bundesrepublik Deutschland in Taizz; seit 25. Oktober 1963 Botschafter (nach der Umwandlung der Gesandtschaft in eine Botschaft am 1. September 1963) S. 1541[6+7]

Steidle, Walter Mitarbeiter im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1108, 1168[42]

Steltzer, Hans-Georg Leiter des Referats „Afrika südlich der Sahara" im Auswärtigen Amt **Dok. 122, 371** und S. 532–534, 1146, 1149[14], 1506[15]

Stempel, Otto Baron von Leiter des Referats „EWG, EGKS, EURATOM" im Auswärtigen Amt S. 35[7], 525[7], 1352[32]

Stercken, Hans Mitarbeiter im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung S. 432

Stevenson, Adlai E. Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der UNO in New York S. 477, 681, 782, 1248, 1431[16]

Stikker, Dirk U. Generalsekretär der NATO in Paris; ehemaliger Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs der Niederlande bei der NATO **Dok. 406** und S. 65f., 111f., 141f., 270, 511–514, 551, 576, 670, 754, 787, 1063, 1115, 1183, 1439, 1665

Stimson, Henry L. 1940–1945 amerikanischer Kriegsminister S. 1320

Stoph, Willi Erster Stellvertretender Ministerpräsident der DDR S. 233

Strauß, Franz Josef Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der CSU; ehemaliger Bundesminister der Verteidigung S. 111f., 118, 132, 272, 381, 609–612, 628, 630[3], 641f., 644, 649f., 864[37], 958, 1019, 1025, 1673, 1696

Strickland, Eugene L. Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Regional Director, „Near East, South Asia and Africa") S. 1283

Strong, Robert C. Referatsleiter im amerikanischen Außenministerium (Director, Office of Near Eastern Affairs) **Dok. 188**

Stübel, Caroline Angehörige des Referats „Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs" im Auswärtigen Amt S. 528[2]

Suchan, Franz Präsident der Landeszentralbank in Berlin (West) S. 1570

Sukarno, Ahmed Präsident der Republik Indonesien S. 1426, 1494, 1603f.

Suleyman, Hikmat S. Gesandter an der irakischen Botschaft in Bonn bis August 1963 S. 1028[7]

Sullivan, Henry R. Jr. Vertreter von SACEUR beim „Joint Strategic Target Planning Staff" in Nebraska S. 932

Sylvester, Arthur Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary of Defense for Public Affairs) S. 932

Sympher, Peter Vertreter des Leiters im Referat „Völkerrecht und Staatsverträge" des Auswärtigen Amts S. 597[1], 1329[1], 1332[13]

Szöke Leiter der Unterabteilung „Europa" im ungarischen Außenministerium S. 544–546, 1106, 1128[3+9], 1129

Tafel, Albert Toby Angehöriger des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zum Osten" im Auswärtigen Amt S. 1106[2], 1128[6], 1129[10+12]

Talabani, Jalal Mitglied des Zentralkomitees der Demokratischen Partei Kurdistans S. 606

Tank, Kurt deutscher Ingenieur in Indien S. 484

Tannstein, Kurt von Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rom bis 12. Mai 1963; seit 15. Mai 1963 Botschafter in Tunis S. 1516[3]

Tappouni, Ignatius Gabriel Kardinal Patriarch der syrischen Christen in Antiochia S. 627

Tardini, Domenico Kardinal 1958–1961 Staatssekretär Seiner Heiligkeit (Vatikan) S. 878

Taylor, Maxwell D. Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs der amerikanischen Streitkräfte S. 115, 119f., 932, 1206

Terechow Dolmetscher im sowjetischen Außenministerium S. 1080

Testa, Gustavo Kardinal Sekretär der Kongregation für die Ostkirche (Vatikan) S. 627

Thedieck, Franz Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen bis 18. Oktober 1963 **Dok. 233** und S. 9f., 12, 91, 987

Thiele, Wilhelm Leiter der Handelsvertretung der DDR in Helsinki S. 1178f.

Thierfelder, Rudolf Gesandter und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London **Dok. 236, 255, 266** und S. 355[4], 1039[3]

Thoenes, Heidi Dolmetscherin im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 557[1]

Thompson, Llewellyn E. Botschafter zur besonderen Verwendung im amerikanischen Außenministerium; ehemaliger Botschafter in Moskau S. 190, 276, 526, 828, 913, 918, 936, 946[9], 976, 992[10], 998, 1065–1068, 1138, 1158, 1167 f., 1313, 1375, 1430, 1432, 1434

Thorneycroft, Peter britischer Verteidigungsminister **Dok. 179** und S. 116[21], 1591[61], 1697

Tibandebage, Andrew K. seit 23. April 1963 Botschafter der Republik Tanganjika in Bonn **Dok. 171**

Tikanvaara, Karl Torsten Leiter der Handelsvertretung der Finnischen Republik in Köln S. 442[5]

Timoschtschenko, Andrej Michajlowitsch 1959–1962 Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 570

Tisserant, Eugène Kardinal Sekretär der Zeremonien-Kongregation sowie Bibliothekar und Archivar der Heiligen Römischen Kirche (Vatikan) S. 627

Tito, Josip Broz Staatspräsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 352, 1271

Toffin, Jean-Louis Referatsleiter im französischen Außenministerium (Sous-Directeur, Europe Centrale) S. 1625

Togliatti, Palmiro Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens S. 1635 f.

Tohmé, Georges seit Mai 1963 syrischer Wirtschaftsminister S. 1125

Tomas, Américo Deus Rodrigues Staatspräsident der Republik Portugal S. 1383

Tomkins, Edward E. Referatsleiter im britischen Außenministerium (Head of Western Department); seit April 1963 Gesandter an der Botschaft in Bonn **Dok. 41, 214** und S. 1077, 1278, 1525[7], 1593 f., 1670

Toulouse, Pierre Edouard französischer Stadtkommandant in Berlin S. 755 f., 966, 997, 1078, 1625, 1635, 1645, 1681

Touré, Sekou Präsident der Republik Guinea S. 532 f., 1270

Trampczynski, Witold polnischer Außenhandelsminister S. 369, 462 f.

Tran Chanh Thanh ehemaliger vietnamesischer Informationsminister S. 1647

Trentzsch Leiter des Referats „Öffentlichkeitsarbeit und Psychologische Kampfführung" im Bundesministerium der Verteidigung S. 1279[13]

Trevelyan, Sir Humphrey Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Moskau S. 344 f., 357, 390–394, 646–649, 1375

Triboulet, Raymond französischer Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 728

Troßmann, Hans Direktor beim Deutschen Bundestag S. 1438

Truman, Harry S. 1945–1953 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 157[10], 164, 621, 691, 974

Tsatsos, Themistokles Botschafter des Königreichs Griechenland in Bonn **Dok. 151**

Tschechow, Anton Pawlowitsch S. 752[11]

Tschiang Kai-schek Präsident der Republik China, Vorsitzender der Kuomintang und Oberkommandierender der Streitkräfte S. 919, 958, 1196, 1619

Tschou En-lai Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 1350[22], 1377

Tuthill, John W. Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 239

Tyler, William R. Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for European

Affairs) **Dok. 82, 252** und S. 276–278, 422, 581, 599, 756, 810, 817, 848, 859f., 866, 897[7], 913, 919f., 958f., 965, 967, 977[10], 1158, 1167, 1171, 1214, 1283[17], 1347[5], 1432, 1493, 1499, 1502, 1680, 1686, 1708, 1710

Ulbricht, Walter Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 48, 51, 185[11], 216f., 278, 298, 300, 330f., 347f., 360, 385[27], 455, 460, 679, 775, 814, 826, 859, 875, 891, 958, 1050[4], 1093, 1169, 1214, 1244, 1246, 1293[3], 1566, 1610, 1640, 1676f., 1681[9], 1685, 1698, 1705f., 1708

Unden, Bo Östen 1945–1962 Außenminister des Königreichs Schweden S. 129[6]

Urban, Jaroslav Leiter der Vertretung tschechoslowakischer Außenhandelsgesellschaften in Frankfurt/Main **Dok. 432**

Ushiroku, Torao Abteilungsleiter im japanischen Außenministerium S. 1418[3]

U Thant, Sithu Generalsekretär der UNO in New York; ehemaliger Leiter der Ständigen Vertretung der Birmanesischen Union bei der UNO **Dok. 366** und S. 1329, 1330[9]

Vacek, Egon Redakteur der Illustrierten „Stern" (Hamburg) S. 1624[21]

Vaduvescu Mitglied der Delegation der Volksrepublik Rumänien bei den Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland über den Austausch von Handelsvertretungen S. 1295

Vandenberg, Arthur H. 1928–1951 Senator des Staates Michigan S. 1259

Varon Referatsleiter im israelischen Außenministerium S. 660

Velhagen, Adolf Leiter des Referats „Portugal, Spanien, Vatikan, Griechenland, Türkei, Zypern; Nordische Staaten, Österreich, Schweiz, Malteser-Ritter-Orden" im Auswärtigen Amt S. 1177, 1179[13]

Vialon, Friedrich-Karl Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 823, 824[9]

Voigt, Heinz Vertreter des Leiters in der Abteilung „West I" bis zur Umorganisation des Auswärtigen Amts vom 15. Januar 1963; danach Leiter der Unterabteilung A in der „Politischen Abteilung I" **Dok. 10, 31, 77** und S. 280[4], 285, 685[9], 760[7], 816[23], 1416[9], 1507, 1532[2]

Wagner, Leo Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 745

Wahlen, Friedrich Traugott Leiter des Eidgenössischen Politischen Departements; ehemaliger Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft S. 129[6]

Waiblinger, Hans Ludwig Angehöriger des Referats „Politische und sozialökonomische Strukturfragen des Ostblocks" im Auswärtigen Amt S. 1279[13]

Walther, Gebhardt von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara; ehemaliger Leiter der Ständigen Vertretung bei der NATO in Paris **Dok. 40**

Wandel, Paul Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR S. 10–12, 50, 299

Watkinson, Harold A. 1959–1962 britischer Verteidigungsminister S. 587

Watum Staatssekretär im kongolesischen Verteidigungsministerium S. 1286[14]

Weber Korrespondent der Zeitung „Die Welt" in Moskau S. 1189

Weber, Heinz Dolmetscher und Vertreter des Leiters im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 155[1], 337[1], 661[1], 915[1], 960[1], 968[1], 976[1], 1000[1], 1015[1], 1020[1], 1150[1], 1158[1], 1181[1], 1210[1], 1214[1], 1223[1], 1232[1], 1236[1], 1319[1], 1359[1], 1367[1], 1434[1], 1447[1], 1575[1], 1594[1], 1607[1], 1680[1], 1699[1], 1708[1]

Weber, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo **Dok. 189, 198, 199** und S. 480f., 564[12], 649[5], 1124[12], 1540, 1541[4], 1542[10]

Wehner, Herbert Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und Vorsitzender des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen S. 245, 738, 745, 747, 878

Weinholtz de Bivar Brandeiro, José seit 1. April 1963 Botschafter der Republik Portugal in Bonn S. 1275, 1446

Welck, Wolfgang Freiherr von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Madrid bis Mai 1963; seit 28. Juni 1963 Botschafter in Bern **Dok. 185**

Well, Günther van Angehöriger des Konsulats der Bundesrepublik Deutschland in Boston bis 14. Juli 1963 (Abordnung); seit 16. Juli 1963 an der Botschaft in Tokio S. 1418[2+3]

Wenck, Walther 1944 stellvertretender Chef des Generalstabs des Heeres und Chef der Operationsabteilung sowie 1945 Oberbefehlshaber der XII. Armee S. 120

Wende, Hannelore Sekretärin (am 27. November 1962 bei einem Sprengstoff-Anschlag in Kairo schwer verletzt) S. 433

Wendland, York Alexander Freiherr von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Saigon **Dok. 474** und S. 1425[32]

Wendt, Erich Staatssekretär und Erster Stellvertretender Minister im Ministerium für Kultur der DDR S. 1626

Werner, Günther F. Leiter des Referats „Sozialrecht und Sozialpolitik" im Auswärtigen Amt S. 1662[1], 1664[21]

Werz, Luitpold Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bogotà; ehemaliger Vertreter des Leiters in der Abteilung „West II" des Auswärtigen Amts S. 1348[10]

Westphal, Adolf Generaldirektor der Howaldts-Werke AG in Kiel S. 241 f., 767

Westrick, Ludger Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft bis 16. Oktober 1963; seit 17. Oktober 1963 Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramtes **Dok. 3** und S. 432, 434, 436, 589[16], 767, 853, 987, 1168[43], 1327[1], 1336, 1353[41], 1354, 1359, 1361, 1388[29], 1399, 1403, 1434, 1447, 1532 f., 1554, 1558, 1564, 1568, 1570, 1572, 1607, 1611, 1613 f., 1626, 1656–1658, 1680 f., 1687 f., 1692, 1708, 1711[14]

Wever, Karl-Heinz Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Conakry S. 494

Wheeler, Earle G. Stabschef der amerikanischen Landstreitkräfte S. 1251[64]

Wickert, Erwin Leiter des Referats „Politische Strukturfragen des Ostblocks" bis zur Umorganisation des Auswärtigen Amts vom 15. Januar 1963; danach Leiter des Referats „Politische und sozialökonomische Strukturfragen des Ostblocks" **Dok. 465**

Wilhelm II. 1888–1918 Deutscher Kaiser und König von Preußen S. 919

Wilhelm IX. 1785–1803 Landgraf von Hessen und 1803–1821 Kurfürst (Wilhelm I.) S. 1163

Williams, G. Mennen Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for African Affairs) **Dok. 122** und S. 652, 1147

Wilson, Archibald Duncan Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium (Assistant Under-Secretary of State) S. 888–890

Wilson, Harold Mitglied des britischen Unterhauses und seit 14. Februar 1963 Vorsitzender der Labour Party S. 354 f., 477, 624, 626, 646–648, 669, 688, 690, 699, 773, 785 f., 841, 1184, 1198, 1258, 1464, 1533, 1543, 1697

Winiewicz, Józef polnischer Stellvertretender Außenminister **Dok. 141** und S. 360, 369 f., 1431[14]

Winogradow, Sergej Alexandrowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Paris S. 245

Winzer, Otto Staatssekretär und Erster Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR S. 535[28]

Wirth, Josef 1921/22 Reichskanzler des Deutschen Reiches und Reichsminister des Auswärtigen S. 754

Wistinghausen, Henning von Angehöriger der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 1298[2]

Wolf, Joseph J. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Administrator, Agency for International Development) **Dok. 378**

Wolff, Rudolf Vertreter des Leiters im Referat „Sowjetunion" bis zur Umorganisation des Auswärtigen Amts vom 15. Januar 1963; danach kommissarischer Leiter des Referats „Sowjetunion" S. 952[15]

Wolff von Amerongen, Otto Mitinhaber der Firma Otto Wolff in Köln; Vorsitzender des „Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft" in Köln S. 767, 769–771, 1169[49], 1445

Wolkwitz Mitarbeiter des Bevollmächtigten des Landes Berlin in Bonn S. 1078, 1079[10]

Woltschkow, Jewgenij Petrowitsch Präsident der Außenhandelsgesellschaft „Promsyrjoimport" in Moskau S. 75 f.

Woods, George Präsident der Weltbank in Washington S. 1360

Woratz, Gerhard Mitarbeiter im Bundesministerium für Wirtschaft S. 9, 11, 1554

Wormser, Olivier Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des affaires économiques et financières) **Dok. 115, 134** und S. 294 f., 396, 417, 453, 467, 469, 1531, 1624[24]

Wright, John Oliver Vertreter des Privatsekretärs des britischen Außenministers (Assistant Private Secretary to the Secretary of State) bis 18. Oktober 1963 S. 472

Wüstenberg, Bruno Prälat und Leiter der Deutschland-Abteilung im Staatssekretariat des Vatikans S. 1133[2]

Yachil, Chaim Generalsekretär im israelischen Außenministerium S. 660

Yates, David Peet britischer Stadtkommandant in Berlin S. 755 f., 966, 997, 1078, 1372[8], 1625, 1635, 1645, 1681

Zarapkin, Semjon Konstantinowitsch Leiter der Abteilung „Internationale Organisationen" im sowjetischen Außenministerium S. 833

Zawadzki, Alexander Vorsitzender des Staatsrats der Polnischen Volksrepublik S. 360[4]

Zenker, Karl Adolf Inspekteur der Bundesmarine S. 932

Zettelmeyer, Hans Leiter der Unterabteilung „Politik, Recht, Wirtschaft" im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen S. 1053

Zoglmann, Siegfried Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion S. 745, 748

Zulueta, Sir Philip Francis Privatsekretär des britischen Premierministers S. 1495

Sachregister

Bei der Benutzung des Sachregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Das Sachregister erfaßt in alphabetischer Reihenfolge Staaten, Organisationen und Institutionen sowie weitere Sachbegriffe.
- Die Untergliederung der Schlagworte „Abkommen und Verträge", „Gesetze und Verordnungen", „Konferenzen und Verhandlungen" sowie „Noten und Memoranden" folgt der Chronologie.
- Kursiv gedruckte Querverweise erschließen die zwischen den Schlagworten bestehenden Verbindungen.
- Bezieht sich ein Sachbegriff auf ein Dokument als Ganzes, so ist die Dokumentennummer angegeben. Dies ermöglicht auch einen schnellen Zugriff auf das Dokumentenverzeichnis im Band I.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Verweise über die Beziehungen zweier Staaten zueinander finden sich bei dem in der Schlagwortfolge alphabetisch zuerst aufgeführten Staat. So werden beispielsweise die Fundstellen zu den französisch-algerischen Beziehungen unter dem Schlagwort „Algerien" und dort unter „Frankreich" genannt.
- Die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland werden allerdings stets unter dem Schlagwort des jeweils fremden Staates erfaßt. Entsprechendes gilt für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu übernationalen Organisationen wie etwa der NATO.
- In einigen Fällen wird unmittelbar hinter dem Schlagwort zu einem Staat ein eigenes Schlagwort wie „Frankreich–Bundesrepublik Deutschland" oder „USA–Bundesrepublik Deutschland" gebildet, um eine zusätzliche Untergliederung möglich zu machen.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 185 bzw. von Seite 3 bis 602, **Band II** von Dokument 186 bis 369 bzw. von Seite 603 bis 1265 und **Band III** von Dokument 370 bis 492 bzw. von Seite 1267 bis 1713.

Abkommen und Verträge

- Freundschafts- und Allianzvertrag vom 6.2.1778 zwischen Frankreich und den amerikanischen Freistaaten
  S. 1321[18]
- Abkommen vom 21.4.1921 zwischen dem Deutschen Reich, Polen und der Freien Stadt Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland
  S. 184[9]
- Vertrag von Rapallo vom 16.4.1922 zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik
  S. 752[10], 1081, 1088
- Berliner Vertrag vom 24.4.1926 zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR
  S. 1081
- Nichtangriffsvertrag vom 28.9.1926 zwischen Litauen und der UdSSR
  S. 1061
- Briand-Kellogg-Pakt vom 27.8.1928 über die Ächtung von Kriegen
  S. 886
- Vertrag vom 21.1.1932 zwischen Finnland und der UdSSR über Nichtangriff und die friedliche Lösung von Konflikten
  S. 1061
- Nichtangriffsvertrag vom 5.2.1932 zwischen Lettland und der UdSSR
  S. 1061
- Vertrag vom 4.5.1932 zwischen Estland und der UdSSR über Nichtangriff und die friedliche Lösung von Konflikten
  S. 1061
- Nichtangriffsvertrag vom 25.6.1932 zwischen Polen und der UdSSR
  S. 1061
- Münchener Abkommen vom 29.9.1938 zwischen dem Deutschen Reich, Italien, Großbritannien und Frankreich über die Abtretung sudetendeutscher Gebiete an Deutschland
  S. 1624[21]
- Nichtangriffsvertrag vom 23.8.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR („Hitler-Stalin-Pakt")
  S. 378
- Bündnisvertrag vom 10.12.1944 zwischen Frankreich und der UdSSR
  S. 175, 196, 307
- Kommuniqué vom 2.8.1945 über die Konferenz von Potsdam
  siehe: Potsdamer Abkommen
- Freundschafts- und Bündnisvertrag vom 27.2.1946 zwischen der UdSSR und der Mongolischen Volksrepublik
  S. 1209[31]
- Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen vom 30.10.1947
  siehe: GATT
- Brüsseler Abkommen vom 17.3.1948 zwischen der Französischen Republik, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, dem Königreich Belgien, dem Königreich der Niederlande und dem Großherzogtum Luxemburg
  S. 447
- Nordatlantik-Vertrag vom 4.4.1949
  siehe: NATO
- Abkommen vom 6.7.1950 zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen über die deutsch-polnische Staatsgrenze (Görlitzer Abkommen)
  S. 1037[20]
- Vertrag vom 18.4.1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
  siehe außerdem: EGKS
  S. 765, 1111, 1350, 1353
- Pazifischer Sicherheitspakt vom 1.9.1951 zwischen den USA, dem Australischen Bund und dem Dominion von Neuseeland
  siehe: ANZUS-Pakt
- Vertrag vom 26.5.1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Generalvertrag)
  S. 812[8], 908–910, 1141, 1182, 1489 f.
- Vertrag vom 26.5.1952 über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft
  siehe: EVG
- Protokoll vom 11.6.1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über den Waren- und Zahlungsverkehr
  S. 351[9], 822

- Abkommen vom 10.9.1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel über die Wiedergutmachung (Luxemburger Abkommen)
  S. 509[10], 656–658, 677[9], 1303
- Verteidigungsabkommen vom 26.9.1953 zwischen Spanien und den USA
  S. 275[10], 1231
- Pariser Verträge vom 23.10.1954
  S. 113[14], 307, 354f., 447[2], 814, 928, 1585, 1646[37]
- Kulturabkommen vom 23.10.1954 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
  S. 707
- Bagdad-Pakt vom 24.2.1955 zwischen der Türkischen Republik und dem Königreich Irak
  siehe außerdem: CENTO

  S. 537[32]
- Warschauer Vertrag vom 14.5.1955
  siehe außerdem: Warschauer-Pakt-Organisation

  S. 952
- Österreichischer Staatsvertrag vom 15.5.1955
  S. 1070, 1532[5], 1709
- Vertrag vom 20.9.1955 über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR
  S. 977[6], 1565[24]
- Protokoll vom 27.10.1955 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Ungarn über den Zahlungsverkehr
  S. 501f., 545, 749, 821, 1630[5]
- Vertrag vom 10.3.1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über wirtschaftliche Zusammenarbeit
  S. 350[7], 676, 822
- Protokoll vom 30.5.1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bulgarien über den Waren- und Zahlungsverkehr
  S. 749, 1268[10]
- Vertrag vom 27.10.1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik und dem Großherzogtum Luxemburg über die Schiffbarmachung der Mosel
  S. 1108[9]
- Vertrag vom 27.10.1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage (Saarabkommen)
  S. 164[13], 1511[5], 1641[15]
- Protokoll vom 16.11.1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über den Waren- und Zahlungsverkehr
  S. 93f., 597, 598[6], 746f., 820, 1107f., 1630[5]
- Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
  siehe: Römische Verträge
- Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM)
  siehe: Römische Verträge
- Vertrag vom 3.2.1958 zwischen dem Königreich Belgien, dem Königreich der Niederlande und dem Großherzogtum Luxemburg über die Gründung einer Wirtschaftsunion
  S. 445[11]
- Vereinbarung vom 8.4.1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über die Repatriierung von Deutschen aus der UdSSR
  S. 565, 1662f.
- Abkommen vom 25.4.1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt
  S. 37[9], 77, 489[14], 573, 748, 764[19], 819, 1086, 1560
- Abkommen vom 25.4.1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über den Waren- und Zahlungsverkehr
  S. 764[19]
- Konsularvertrag vom 25.4.1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR
  S. 569f., 819
- Abkommen vom 22.12.1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über den Warenverkehr
  S. 1596[14]

- Abkommen vom 14.3.1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Einlagerung von für die Bundeswehr bestimmter Artilleriemunition
  S. 1357[62]
- Vereinbarung vom 30.5.1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über kulturellen und technisch-wirtschaftlichen Austausch
  S. 764[18], 1560
- Protokoll vom 23.12.1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Rumänien über den Warenverkehr
  S. 749, 821
- Abkommen vom 4.1.1960 über die Errichtung einer Europäischen Freihandels-Assoziation
  siehe: EFTA
- Vertrag vom 19.1.1960 zwischen Japan und den USA über gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit
  S. 1072
- Logistisches Rahmenabkommen vom 25.10.1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
  S. 1357[62]
- Abkommen vom 31.12.1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über den Waren- und Zahlungsverkehr
  S. 36[7], 37, 75, 77, 243[8], 410, 413, 487–489, 573 f., 578, 820, 904, 1411
- Protokoll vom 31.12.1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über die Verlängerung des Abkommens über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt
  S. 1411, 1560
- Abkommen vom 25.4.1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Entschädigung für die Opfer von Menschenversuchen
  S. 822
- Abkommen vom 2.6.1961 zwischen der UdSSR und der Republik Somalia über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit
  S. 1505[7]
- Abkommen vom 2.6.1961 zwischen der UdSSR und der Republik Somalia über den Waren- und Zahlungsverkehr
  S. 1505[7]
- Kulturabkommen vom 2.6.1961 zwischen der UdSSR und der Republik Somalia
  S. 1505[7]
- Vertrag vom 27.11.1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich zur Regelung von Schäden der Vertriebenen, Umsiedler und Verfolgten (Kreuznacher Abkommen)
  S. 1534
- Erklärung der algerischen und französischen Delegation vom 18.3.1962 zum Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen von Evian (Abkommen von Evian)
  S. 292[11], 700[39], 1350[21]
- Erklärung und Protokoll vom 23.7.1962 über die Neutralität von Laos (Genfer Laos-Abkommen)
  S. 778, 886, 973
- Nassau-Abkommen vom 21.12.1962
  siehe: MLF
- Vertrag vom 26.12.1962 zwischen der Volksrepublik China und der Mongolischen Volksrepublik über die Regelung der Grenzfrage
  S. 1209[31]
- Vertrag vom 22.1.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit
  siehe: Deutsch-französischer Vertrag
- Abkommen vom 5.2.1963 zwischen Japan und der UdSSR über den Handels- und Zahlungsverkehr
  S. 242[6]
- Abkommen vom 2.3.1963 zwischen der Islamischen Republik Pakistan und der Volksrepublik China über die Regelung der Grenzfrage
  S. 1172[57]
- Protokoll vom 7.3.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über den Handels- und Seeschiffahrtsverkehr
  siehe außerdem: Polen–Bundesrepublik
  S. 369, 462, 500, 597 f., 746 f., 820, 1631

- Vereinbarung vom 7.3.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Errichtung einer Handelsvertretung in Warschau
siehe außerdem: Polen–Bundesrepublik
S. 369, 500, 1631
- Vereinbarung vom 20.3.1963 zwischen den USA und der UdSSR über die Zusammenarbeit bei der Forschung und Nutzung künstlicher Satelliten
S. 1238[11]
- Wiener Konsularkonvention vom 24.4.1963
S. 1317
- Übereinkunft von Manila vom 11.6.1963 zwischen dem Malaiischen Bund, den Philippinen und Indonesien über Zusammenarbeit (Maphilindo-Kombination)
S. 1494
- Abkommen vom 19.6.1963 zwischen der UdSSR und der VAR über Zusammenarbeit
S. 644[8]
- Abkommen vom 5.7.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Errichtung eines Deutsch-Französischen Jugendwerks
siehe: Deutsch-Französisches Jugendwerk
- Protokoll vom 5.7.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die gemeinsame Entwicklung eines Senkrechtstarters
S. 710[15]
- Vertrag vom 5.8.1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser
siehe: Teststopp-Abkommen
- Luftverkehrsabkommen vom 29.8.1963 zwischen der Islamischen Republik Pakistan und der Volksrepublik China
S. 1172[57]
- Vereinbarung vom 7.9.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Entschädigung für die Opfer von Menschenversuchen
siehe außerdem: Jugoslawien–Bundesrepublik
S. 1175
- Protokoll vom 17.10.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Rumänien über den Austausch von Handelsvertretungen
siehe außerdem: Rumänien–Bundesrepublik
S. 1318[10], 1377, 1519, 1631
- Vereinbarung vom 28.10.1963 zwischen der DDR und der Arabischen Republik Jemen über den Austausch von Generalkonsulaten
S. 1540f.
- Abkommen vom 10.11.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Ungarn über den Waren- und Zahlungsverkehr und über die Errichtung von Handelsvertretungen
siehe außerdem: Ungarn–Bundesrepublik
S. 1129[14], 1631
- Kreditabkommen vom 4.12.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Vietnam
S. 1647
- Kapitalhilfeabkommen vom 9.12.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Malaysia
S. 1603
- Protokoll vom 17.12.1963 über die Ausgabe von Passierscheinen an Einwohner von Berlin (West) zum Besuch von Verwandten in Ost-Berlin (Passierschein-Abkommen)
S. 1669
- Abkommen vom 20.12.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Tunesien über die Förderung und den Schutz von Kapitalanlagen
S. 1517
- Abkommen vom 20.12.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Tunesien über Kapitalhilfe
S. 1517[5]
- Abkommen vom 24.12.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Rumänien über den

Warenverkehr
siehe außerdem: Rumänien–Bundesrepublik
S. 1633[17]

Abrüstung und Rüstungskontrolle
siehe außerdem:
Atomwaffen
DDR
Frankreich
Großbritannien
NATO
Nichtangriffsabkommen
Rapacki-Plan
Teststopp-Abkommen
UdSSR
UNO
USA
Volksrepublik China

- 18-Mächte-Abrüstungskonferenz in Genf
S. 16[2], 17, 167[11], 264, 359[2], 392[12+16], 884, 1033, 1040, 1237, 1248 f., 1480 f., 1582
- Bodenbeobachtungsposten
Dok. 340, 427 und S. 752, 780, 789, 805[4], 807 f., 812, 828, 834, 844, 850, 897, 926, 945[5], 1005–1008, 1033[12], 1039–1041, 1053, 1055–1057, 1061, 1138, 1140, 1239, 1242, 1245, 1247, 1249 f., 1347, 1363, 1374, 1378, 1387, 1433, 1449, 1508, 1577 f., 1580–1582, 1584, 1621–1623, 1640, 1642, 1665, 1698
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 315, 377 und S. 335–337, 472, 763, 790, 899, 1006–1008, 1040 f., 1130 f., 1136 f., 1140 f., 1158, 1240 f., 1244–1246, 1250, 1310, 1378, 1489–1491, 1498[15], 1508 f., 1579–1585, 1621 f., 1640
- „heißer Draht" zwischen Moskau und Washington
S. 17[7], 190, 1363
- Inspektionen
S. 264[5], 303, 391–393, 478[9], 674, 751 f., 757, 787, 841
- Kernwaffen im Weltraum
S. 17 f., 1237, 1280, 1363, 1372
- kernwaffenfreie Zonen
S. 17, 336, 450, 594, 1237, 1239[17], 1248, 1521
- Kernwaffenversuche
Dok. 153 und S. 17, 71, 190, 191[10], 193, 264, 277[8], 279, 296, 303, 392 f., 665 f., 674, 682, 687, 751, 834
- Nichtangriffserklärungen zwischen NATO und Warschauer Pakt
S. 219–221, 604 f., 688 f., 744, 899, 910 f., 939, 1006, 1508
- Nichtverbreitung von Kernwaffen
Dok. 100 und S. 17, 421, 471 f., 519[4], 581, 638 f., 779 f., 794, 797, 799–801, 834, 846, 850, 926, 944, 946, 979, 1004 f., 1007 f., 1033, 1057, 1165, 1242, 1245, 1248, 1374, 1387, 1449, 1577 f., 1580, 1582–1585, 1640, 1642, 1653, 1665
- „open skies"-Vorschlag von 1955
S. 752
- Rüstungsausgaben
S. 780, 789, 805, 812, 828, 844, 897, 944–946, 1033, 1237, 1239, 1388
- Sondierungsgespräche vom 27.9. bis 4.10.1963
Dok. 367 und S. 1003, 1010, 1029, 1044, 1048, 1136, 1138, 1155 f., 1159 f., 1163, 1196[3], 1197, 1207 f., 1339, 1347, 1449, 1497
- Truppenstärken
S. 752[6], 780, 789, 812, 828 f., 834, 844, 897, 1006, 1033, 1055[11], 1061, 1237, 1239, 1243, 1508 f., 1521, 1578, 1580, 1583
- Verhinderung von Überraschungsangriffen
S. 17, 752, 780, 805, 807, 844, 850, 944 f., 1008, 1033, 1039 f., 1053, 1239, 1242, 1490[6], 1580

Ägypten
siehe: VAR

Äthiopien
S. 1046
- Ausrüstungshilfe
S. 652, 1291 f., 1506
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 371, 433 und S. 532
- DDR
S. 1270
- Entwicklungshilfe
S. 1505
- Frankreich
S. 1269–1271
- Großbritannien
S. 1270
- Italien
S. 880
- Somalia
S. 532, 1270, 1505[6]

- USA
S. 532, 1269–1271, 1291[24]

AEG (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft)
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Afghanistan
- Bundesrepublik Deutschland
S. 528, 537
- Pakistan
S. 155, 537
- UdSSR
S. 537

Albanien
S. 921
- DDR
S. 746[3]
- Rumänien
S. 736

Algerien
siehe außerdem: Arabische Staaten
S. 507, 1046, 1123, 1270, 1384
- Bundesrepublik Deutschland
S. 47, 1027 f.
- DDR
S. 832
- Entwicklungshilfe
S. 1516
- Frankreich
S. 72, 292, 308, 315, 406, 668, 700 f., 743, 783, 1255, 1322, 1333, 1348, 1350, 1588
- Marokko
S. 1254
- Tunesien
S. 1516[4]
- UdSSR
S. 1254, 1516
- UNO
S. 1322
- USA
S. 1322
- Volksrepublik China
S. 1254, 1516

Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
siehe: GATT

American Journal of International Law (Washington D.C.)
S. 978

Angola
siehe außerdem: Portugal
S. 405[3], 538, 1147[6], 1383[7]

ANZUS-Pakt
S. 1604

Arabische Staaten
siehe außerdem:
Algerien
DDR
Irak
Iran
Israel
Jemen
Jordanien
Kuwait
Marokko
Saudi-Arabien
Syrien
Tunesien
UdSSR
USA
VAR
- Arabische Liga
S. 610 f., 650, 1027 f., 1124
- Ausrüstungshilfe
S. 230, 537
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 14, 189, 303, 338 und S. 110[1], 404, 482, 484, 507–511, 563, 593–596, 660, 961–964, 1043[3], 1064, 1314 f., 1517
- Entwicklungshilfe
S. 611 f., 1124

Argentinien
S. 601
- Bundesrepublik Deutschland
S. 1526

Atomwaffen
siehe außerdem:
Frankreich
Großbritannien
MLF
UdSSR–Bundesrepublik
Volksrepublik China
S. 6 f., 117 f., 138, 433, 465, 564, 1018 f., 1116, 1472–1478
- europäische Atomstreitmacht
S. 116, 173, 197, 543, 577, 797 f., 1166, 1256, 1258, 1308, 1310, 1343, 1423
- Stationierung in der Bundesrepublik

Deutschland
S. 71, 119 f., 330, 647 f., 1386, 1406 f.

- Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf ABC-Waffen
S. 113, 142, 335 f., 355, 359[2], 543, 762, 804, 812, 814–816, 882, 898, 908, 938, 959, 977, 1006, 1140, 1151, 1219, 1224, 1245, 1308 f., 1337 f., 1580, 1585

August Thyssen-Hütte AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Ausrüstungshilfe
siehe außerdem:
Äthiopien
Arabische Staaten
Belgien
Bolivien
Brasilien
Chile
Frankreich
Frankreich–Bundesrepublik
Großbritannien
Großbritannien–Bundesrepublik
Guinea
Indien
Indonesien
Irak
Israel-Bundesrepublik
Italien
Kongo
Lateinamerika
Libyen
Madagaskar
Nigeria
Pakistan
Republik Korea
Somalia
Sudan
Tanganjika
Thailand
USA
USA–Bundesrepublik
Verteidigungshilfe

Dok. 150, 193, 203 und S. 1117

- Zuständigkeiten der Ressorts
S. 493–495, 531[11], 536

Australien
S. 100, 159, 724, 1603

- UdSSR
S. 1189, 1191, 1298 f.

Badische Anilin- und Soda-Fabriken
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Belgien
S. 625, 698, 838, 877, 1055[11], 1194, 1461, 1494

- Ausrüstungshilfe
S. 1289
- Bundesrepublik Deutschland
S. 35, 198, 1275
- europäische politische Union
S. 196, 198, 444, 685, 942, 1110[3], 1342 f., 1370, 1397, 1462, 1492, 1539, 1605
- EURATOM
S. 35
- EWG
S. 31, 98, 204–215, 395 f., 1397[3]
- Kongo
S. 1286 f.
- MLF
S. 66, 512[10], 560, 582, 1338, 1439, 1650, 1653
- Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt
S. 688
- Streitkräfte
S. 785, 839, 858, 1161–1163
- Temporary Travel Documents
S. 521[5], 522
- Teststopp-Abkommen
S. 890, 892
- UdSSR
Dok. 226 und S. 750, 1665
- USA
S. 622

Berlin
siehe außerdem:
Berlin-Klausel
DDR
Deutsche Frage
Frankreich–Bundesrepublik
Großbritannien–Bundesrepublik
UdSSR–Bundesrepublik
Ungarn–Bundesrepublik
USA–Bundesrepublik

Dok. 62 und S. 133, 357, 614, 672, 854 f., 867, 1140, 1260, 1364, 1420 f., 1502, 1579, 1665, 1711

- Allied Travel Office
S. 521[4], 1093[5], 1656

- Alliierte Kommandantur
  S. 597 f., 747, 755, 818 f., 997, 1077 f., 1118, 1570[2], 1626, 1630
- Alliierter Kontrollrat
  S. 364
- alliierte Truppen
  S. 184, 191–193, 218 f., 296, 338–340, 342, 344 f., 392, 450, 472, 952[15], 965–967, 1006, 1479
- „Berlin-Ultimatum" der UdSSR vom 27.11.1958
  S. 10[7], 1544
- Besatzungsstatut für Berlin
  S. 184, 192–194, 219, 220[7], 818, 1077, 1118, 1278, 1372, 1408, 1682, 1686
- Bindungen an die Bundesrepublik
  S. 236 f., 301, 342, 348, 818 f., 999 f., 1050–1052, 1212 f., 1408, 1677
- Bundestag in Berlin
  Dok. 111, 413 und S. 476, 640 f., 1279
- „contingency planning"
  S. 78[20], 412, 852, 952, 1054, 1062, 1376
- „Freie Stadt"
  S. 10, 90, 220[7], 300, 348, 364, 378[8], 379 f., 382, 450, 541, 807, 812, 936, 1009, 1087, 1089, 1212, 1216, 1267, 1276, 1639, 1677, 1684, 1698
- Interimsabkommen
  S. 184[8], 342, 1707
- Kontakte technischen Charakters zwischen Berlin (West) und Ost-Berlin
  Dok. 104 und S. 11 f., 49 f., 300, 342 f., 1276 f., 1570 f., 1593
- Mauer in Berlin
  S. 3, 134, 217, 297, 301, 306, 361[5], 362[6], 391, 482[11], 503, 665, 690, 752, 763, 774, 828 f., 869, 918, 952[15], 1010, 1016, 1208, 1326, 1380[4], 1564, 1566 f., 1682 f., 1707
- Militärmissionen
  S. 364, 1268
- Olympische Spiele
  Dok. 110
- Passierschein-Frage
  Dok. 452, 456, 460, 468, 471, 477, 483, 484, 485 und S. 50, 217, 299 f., 348 f., 590, 1585, 1610, 1625, 1639 f., 1643, 1645, 1676 f., 1680–1684, 1686, 1698, 1707
- Regierender Bürgermeister
  S. 9, 50, 1634, 1656, 1681
- Senat
  S. 9–13, 50, 90–92, 298–301, 340–343, 346–349, 748, 755 f., 774–776, 819, 997 f., 1077–1079, 1276 f., 1554 f., 1570 f., 1593, 1625 f., 1634, 1657, 1668–1670, 1671[4], 1681, 1685, 1698
- Sondierungsgespräche 1961/62
  S. 17, 289 f., 338, 363, 392, 1160, 1162 f., 1208
- Sondierungsgespräche 1963
  Dok. 84, 90, 101, 102, 103, 138, 165 und S. 218 f., 227, 304 f., 311, 363, 389[38], 391 f., 420 f., 430, 471, 583 f.
- UNO
  S. 184, 191[10], 192[14], 193, 219 f., 278, 340[10], 392, 450
- Verbindungswege nach Berlin
  S. 184 f., 191, 194, 221, 279, 342, 382, 391, 450, 479, 605, 763, 846, 852, 937, 952[15], 1006, 1087, 1089 f., 1372, 1374–1376, 1386, 1396, 1409, 1430, 1432, 1449, 1471, 1476, 1480, 1496, 1583, 1639, 1674, 1677, 1698
- Vier-Mächte-Verantwortung
  S. 451, 640, 937, 997[2]
- Westmächte
  Dok. 197, 297, 376 und S. 90–92, 342 f., 348, 353 f., 476, 597 f., 747, 755 f., 812, 818, 1031 f., 1212 f., 1374 f., 1430, 1437 f., 1645, 1670, 1680–1682, 1685
- Wiedervereinigung von Berlin
  S. 236 f., 993 f.

Berlin-Klausel
siehe außerdem:
Deutsch-französischer Vertrag
Jugoslawien–Bundesrepublik
Ostblock-Staaten
Polen–Bundesrepublik
Rumänien–Bundesrepublik
Teststopp-Abkommen
UdSSR–Bundesrepublik
Ungarn–Bundesrepublik
Dok. 227, 247 und S. 343, 500, 597 f., 747–749, 768, 1118 f., 1169 f., 1278, 1377, 1630

Berner Union
S. 770, 1358, 1530

Bilderberg-Konferenz
S. 448[4]

Bild-Zeitung (Hamburg)
S. 1227

Birma
S. 1126[22]

- DDR
S. 509, 1036
- Pakistan
S. 155
- USA
S. 535
- Volksrepublik China
S. 665[18]

Blockfreie Staaten
S. 350[4], 482[11], 678

Bolivien
- Ausrüstungshilfe
S. 652

Bonner Vierergruppe
S. 353 f., 361[2], 415[7], 429–431, 1212[1], 1379, 1625, 1654–1656

Brasilien
- Ausrüstungshilfe
S. 651
- Bundesrepublik Deutschland
S. 1526

Bulgarien
S. 896, 1313[6]
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 360, 370 und S. 1169, 1182, 1216, 1245, 1430, 1574, 1623, 1685
- DDR
S. 746[3], 1214
- Frankreich
S. 1377, 1624
- UdSSR
S. 698
- USA
S. 970

Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung
S. 495

Bundesgrenzschutz
S. 1056

Bundeskabinett
Dok. 363 und S. 36, 89[12], 92, 146–148, 150, 244 f., 363, 492[9], 531, 558, 562, 631, 710, 792, 804, 823[3], 848, 862 f., 866, 975, 987 f., 990[1], 1003, 1024, 1032 f., 1039–1041, 1049, 1066, 1077, 1286, 1304, 1327, 1380, 1573, 1598, 1613, 1626, 1709

Bundeskanzleramt
S. 8–13, 431–437, 507[1], 1053–1057, 1274 f., 1277, 1303, 1369, 1371, 1513, 1530

Bundesminister der Finanzen
S. 9–13, 409, 453, 515, 1265, 1272, 1302, 1304 f., 1488, 1601 f., 1663 f.

Bundesminister der Justiz
S. 432–437, 1109, 1118[2]

Bundesminister der Verteidigung
S. 8, 84, 399, 432–437, 481[8], 491–495, 497, 514 f., 519, 531[11], 535–539, 629, 631, 643, 652 f., 864 f., 932 f., 966, 988, 1053–1057, 1103[4], 1104 f., 1109, 1118[2], 1172, 1185 f., 1211[8], 1229[8], 1230, 1273–1275, 1279[13], 1284, 1286, 1327 f., 1369, 1373, 1403–1407, 1446, 1621

Bundesminister des Innern
S. 432–437, 507[1], 776[12], 987 f., 1053–1057, 1118[2], 1413[16]

Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
S. 365–368, 1175 f., 1262, 1488

Bundesminister für Familien- und Jugendfragen
S. 23, 59 f., 89

Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen
S. 9–13, 91 f., 590[6], 772–776, 988, 1053–1057, 1118[2], 1277, 1670

Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen
S. 49, 300

Bundesminister für Verkehr
S. 1053–1057

Bundesminister für Wirtschaft
S. 9–13, 33[6+7], 36, 332, 352, 417, 432–437, 497, 507[1], 590, 961[5], 988, 1175 f., 1196[14], 1260[1], 1261 f., 1265, 1268, 1272, 1302, 1305, 1353[41], 1354[45], 1488
- Zuständigkeiten
Dok. 458

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
S. 312–314, 612[18], 1116 f., 1271 f., 1302, 1305, 1315
- Zuständigkeiten
Dok. 420, 457 und S. 823–825, 1260–1265

Bundesminister für wissenschaftliche Forschung
S. 432–437, 507[1], 1118[2], 1307[2]

Bundesnachrichtendienst
S. 741 f.

Bundesrat
S. 130, 244 f., 467, 620, 978, 1019, 1552[1]
- Auswärtiger Ausschuß
S. 1003, 1039, 1510, 1520[3]

Bundestag
siehe außerdem: Berlin
S. 109, 129 f., 200, 244 f., 293, 323, 333, 446, 468, 487 f., 492, 531, 538, 557–559, 563, 595, 620, 629, 649, 710, 739, 745–750, 775, 823[3], 860, 917, 960 f., 978, 1013, 1019, 1086, 1261[5], 1386, 1522[4], 1523 f., 1645, 1662
- Ältestenrat
S. 408[6]
- Außenhandelsausschuß
S. 325, 407–409
- Auswärtiger Ausschuß
S. 325, 408 f., 659, 749, 1003, 1025, 1039, 1218, 1684
- Haushaltsausschuß
S. 824[8]
- Verteidigungsausschuß
S. 1274, 1357[63]

Bundesverband der Deutschen Industrie
S. 417

Bundesamt für Verfassungsschutz
S. 1056

Bundeswehr
S. 53, 111, 131[1], 307, 393, 421, 461, 492, 578, 643, 740, 762, 854, 933, 1103, 1231, 1273–1275, 1357

Burundi
S. 555, 1235[13]

„Burgfriedensplan" vom 6. Juni 1962
S. 121 f., 185, 502–504, 603 f., 644 f., 662–665, 668, 682, 692 f., 695

CDU (Christlich-Demokratische Union Deutschlands)
S. 245, 307 f., 340, 408, 426, 467[3], 738 f., 775, 838, 840, 863, 878, 922, 978, 1019, 1025 f., 1279[13], 1343, 1458, 1527, 1612 f.

CENTO (Central Treaty Organisation)
siehe außerdem: Pakistan
S. 537, 945[5]

Ceylon
S. 100, 439, 1126[22]
- DDR
S. 832

Chasai
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Chile
- Ausrüstungshilfe
S. 1287

China
siehe:
Republik China
Volksrepublik China

Christlich-Demokratische Union Deutschlands
siehe: CDU

Christlich-Soziale Union
siehe: CSU

COCOM (Coordinating Committee for East-West Trade Policy)
S. 38, 78, 490, 895[12], 1095, 1376, 1482, 1531

COFACE
siehe: Wirtschaftsunternehmen

COMECON
siehe: RGW

Commonwealth of Nations
S. 100, 115, 135, 177, 280, 287 f., 294, 313, 319 f., 406 f., 439, 941, 1301, 1400, 1534, 1608, 1691
- Präferenzzollsystem
S. 68, 98 f., 255, 263, 1352

Coordinating Committee for East-West Trade Policy
siehe: COCOM

CSU (Christlich-Soziale Union)
S. 426, 1019, 1025 f.

Dänemark
S. 387, 1055[11], 1224
- Bundesrepublik Deutschland
S. 722, 1596 f., 1667, 1688
- EWG
S. 31, 145 f., 149, 225, 257, 373 f., 934, 1351[30], 1693
- MLF
S. 66, 582 f., 1338
- Temporary Travel Documents
S. 1378 f.
- Teststopp-Abkommen
S. 859

DDR (Deutsche Demokratische Republik)
siehe außerdem:
Albanien
Algerien
Birma
Bulgarien
Ceylon
Deutsche Frage
Interzonenhandel
Teststopp-Abkommen
S. 1244, 1246, 1250
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 1032 f., 1280–1283, 1490, 1581 f., 1585
- Anerkennung
Dok. 15, 316 und S. 9[3], 10, 46–48, 152, 181, 184, 186, 217, 342, 354 f., 360, 450, 482 f., 604, 611, 642, 647 f., 657, 673, 746, 777, 789–792, 803, 810, 813 f., 817, 828–832, 836 f., 841 f., 846–850, 852, 859 f., 862 f., 866, 871–875, 884, 887–889, 898, 900 f., 905–908, 912, 924 f., 930 f., 937 f., 947, 949[5], 950, 952, 963 f., 975, 978, 982 f., 989, 1001, 1004 f., 1015, 1025 f., 1030, 1035, 1039[3], 1040[13], 1064, 1113, 1116, 1124 f., 1127, 1130, 1138[18], 1173 f., 1200, 1225, 1240, 1270, 1280 f., 1283[17], 1330 f., 1345, 1378, 1479, 1507 f., 1542[10], 1582 f., 1622, 1657, 1683 f., 1705
- Arabische Staaten
S. 46–48, 404, 484, 509, 595, 611, 642, 656, 880, 1027 f., 1043[3], 1064, 1119, 1124 f.
- Berlin
Dok. 61, 91, 359, 375 und S. 9–13, 49–51, 342, 775, 852, 1050[4], 1087, 1089 f., 1279, 1480, 1554 f., 1570 f., 1626 f., 1634, 1639 f., 1668–1671, 1676 f., 1681–1684
- Bevölkerung
S. 62, 314, 346, 385, 460, 503, 662, 666 f., 673, 695, 763, 774, 826, 831, 842, 903 f., 1016, 1067, 1092 f., 1169, 1565 f.
- Bundesrepublik Deutschland
S. 48–51, 346, 379 f., 382, 385, 388, 673, 682, 774 f., 1036 f., 1039[3], 1091, 1101, 1169, 1179[13], 1562, 1565 f., 1681–1684, 1707
- Finnland
S. 442, 1177[4], 1178 f., 1535
- Frankreich
S. 1345, 1358, 1378
- Genfer Konventionen
S. 886, 913, 949, 983, 1002
- Ghana
S. 509, 832, 1146–1148, 1149[14]
- Großbritannien
S. 100, 647 f., 813, 845, 874, 876, 924, 938, 964 f., 1001, 1004, 1057 f., 1583
- Guinea
S. 509, 529[6]
- Heiliger Stuhl
S. 826
- Indien
S. 509, 836
- Indonesien
S. 509, 832, 1036, 1603
- Japan
S. 1073[19]
- Jemen
S. 608, 1540 f.
- Jugoslawien
S. 678 f., 746[3], 895, 1100, 1175
- Kambodscha
S. 515 f., 832
- Kuba
S. 61, 63
- Laos
S. 832, 1426
- Lateinamerika
S. 635
- Mali
S. 535, 832
- Mitgliedschaft in nicht-staatlichen Organisationen
S. 522, 1036, 1173, 1655
- Norwegen
S. 1654–1656
- Polen
S. 93 f., 151, 455, 457, 746[3], 749, 1018, 1037
- Rumänien
S. 746[3]
- Sozialistische Einheitspartei (SED)
S. 151 f., 217, 360, 424[5], 1093, 1565
- Syrien
S. 1036
- Temporary Travel Documents
S. 521 f., 1092 f.
- Tschechoslowakei
S. 746[3]
- UdSSR
S. 4 f., 185, 192, 227, 241, 278, 329 f., 379 f., 384 f., 424, 451, 455, 458 f., 541, 646, 698,

746[3], 902f., 916, 977f., 1032, 1058, 1088, 1170, 1181, 1550, 1563–1565, 1577, 1586, 1610, 1640, 1642–1644, 1681, 1684f., 1706
- Ungarn
S. 119, 746[3]
- UNO
S. 766, 870f., 900, 1330
- USA
S. 803[9], 813, 817, 836f., 860, 862, 874, 876, 885f., 912, 924f., 938, 949f., 964f., 978, 980, 982–984, 989, 1001, 1057f., 1138[18], 1684
- VAR
S. 478, 482–484, 832, 1036, 1125, 1540–1542
- Verfassung
S. 902, 1212[3]
- Visumspflicht
S. 1021
- Volksrepublik China
S. 1229[3], 1293, 1425f.
- Wahlen
S. 901, 1565, 1643, 1709f.
- Wirtschaft
S. 48, 51, 233, 277, 347, 903, 1567

Demag (Deutsche Maschinenfabrik AG)
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Demokratische Republik Vietnam
S. 778, 803[9], 1387
- Frankreich
S. 1452, 1647f.
- Republik Vietnam
S. 1088[25], 1416f.
- VAR
S. 1125f.
- Volksrepublik China
S. 665[18]

Demokratische Volksrepublik Korea
S. 778, 803[9]
- VAR
S. 1126

Der Spiegel (Hamburg)
Dok. 333 und S. 81[9], 112[8], 431[3+4], 434[10+12], 476[19], 478[13], 484[8], 485[9], 563[8]

Deutsche Demokratische Republik
siehe: DDR

Deutsche Frage und Wiedervereinigung
siehe außerdem:
„Burgfriedensplan"
Berlin
DDR
Frankreich–Bundesrepublik
Großbritannien–Bundesrepublik
Italien–Bundesrepublik
Nichtangriffsabkommen
Polen–Bundesrepublik
Rumänien–Bundesrepublik
Selbstbestimmungsrecht
UdSSR–Bundesrepublik
UNO
USA–Bundesrepublik
Dok. 54, 56, 286, 305, 306, 473 und S. 314, 339f., 342, 600, 635, 752–754, 763, 826, 828, 846, 973, 980, 1004, 1008, 1041, 1061f., 1100, 1127, 1181f., 1208, 1240, 1245f., 1269f., 1281, 1321, 1420, 1505[6], 1668
- Abzug fremder Truppen
S. 185
- alliierte Militärmissionen
S. 1032, 1056
- Anerkennung des Status quo
S. 192, 354, 378[8], 380, 391, 457–462, 584, 604, 808, 952, 954, 1007, 1010, 1019, 1096, 1137, 1152f., 1175[7], 1498, 1543f., 1551, 1683f.
- Deutschlandplan der SPD vom 18.3.1959
S. 308, 740, 773, 808
- „draft principles" vom April 1962
S. 220[11], 221, 298, 336, 604[3], 688, 956, 1010, 1012
- Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten: Entwurf der UdSSR vom 10.1.1959
S. 378[8], 382f., 387, 459, 807, 812, 815, 954, 975, 998, 1009, 1016, 1020, 1085, 1216, 1549f., 1560, 1563, 1639
- Friedensvertrag mit Deutschland
S. 14, 182, 184, 276–278, 297, 355, 382–384, 386f., 391f., 425, 451, 645, 667, 815, 829, 903, 936, 954, 992f., 996, 1037, 1082–1087, 1089–1091, 1096[3], 1097, 1246, 1708
- gemischte Fachkommissionen
S. 235[6], 988, 991, 994, 1009, 1011, 1067, 1381[8], 1641
- Genfer Direktive vom 23.7.1955
S. 4, 284, 383f., 909, 1710

- gesamtdeutsche Wahlen
S. 4, 185, 234, 284, 330, 383–385, 812, 814, 991 f., 994 f., 1011, 1565, 1708
- Globke-Plan
S. 186[14]
- Grenzen
S. 14–16, 192 f., 354[1], 355, 379 f., 450, 681, 1087, 1089, 1624, 1708
- Herter-Plan vom 14.5.1959
S. 185, 194, 234, 236, 345, 527[5], 681[2], 852, 952, 954 f., 985, 988, 990–992, 993[14+15], 994[16+18], 995[19–21], 996, 1035, 1048, 1641 f.
- Konföderation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR
S. 185[11], 234, 236, 425, 773, 1683
- Militärmissionen
S. 1130 f., 1250, 1489–1491
- Neutralisierung Deutschlands
S. 308, 331, 807, 1035, 1198, 1346, 1381[8]
- Oder-Neiße-Linie
S. 354, 420, 425, 1035, 1037, 1134
- Ostgebiete des Deutschen Reiches unter fremder Verwaltung
S. 13–15, 181 f., 457–459, 461, 852, 952, 1037, 1040[13], 1134, 1182, 1243
- revidierter westlicher Friedensplan vom September 1961
Dok. 69 und S. 298, 526 f., 955, 985, 987 f., 990, 993[14+15], 994[16–18], 995[19–21], 996[22+23], 1047 f., 1076
- separater Friedensvertrag mit der DDR
S. 134, 190[9], 278, 479[20], 678 f., 683, 954, 1218
- ständige Deutschland-Konferenz der Vier Mächte
S. 956, 1067, 1640, 1709
- Vier-Mächte-Verantwortung
S. 385, 869, 1032[9], 1097, 1250, 1490[6], 1547 f., 1563 f., 1641
- Vorschlag des Auswärtigen Amts vom 13.8.1963 zur Lösung des Deutschland-Problems
Dok. 294, 296, 313, 319, 321, 322, 329 und S. 975 f., 985 f., 998, 1009–1012, 1016, 1020, 1024, 1026, 1138, 1215, 1371, 1641
- Vorschlag des Kuratoriums Unteilbares Deutschland vom 30.9.1963
Dok. 400 und S. 1370 f., 1641
- „Wandel durch Annäherung"
Dok. 233 und S. 808, 1381[8]
- Zwei-Staaten-Theorie
S. 4 f., 185, 283 f., 360, 375[1], 379 f., 382, 385, 388, 459–461, 482, 642, 748, 807, 900–902, 1082 f., 1085–1088, 1090, 1096 f., 1099, 1107, 1179[13], 1537, 1559, 1563, 1566, 1636

Deutsche Zeitung mit Wirtschaftszeitung (Köln)
S. 120, 590, 857, 861, 918

Deutsch-französischer Vertrag vom 22. Januar 1963
siehe außerdem:
Deutsch-Französisches Jugendwerk
Frankreich–Bundesrepublik
Italien–Bundesrepublik
UdSSR–Bundesrepublik
USA–Bundesrepublik

Dok. 18, 26, 35, 136 und S. 124 f., 128, 147 f., 151, 155, 223, 226, 249–251, 270, 274, 281, 303, 310, 316 f., 323, 332 f., 437, 615, 617–619, 623, 625, 685, 721, 723, 795, 866, 986, 1105, 1139, 1183, 1185 f., 1194, 1199 f., 1202 f., 1249, 1307 f., 1323 f., 1349, 1356–1358, 1458, 1461, 1501, 1538

- Berlin-Klausel
Dok. 106, 132 und S. 168, 172
- gemeinsame Erklärung: Entwurf
Dok. 7 und S. 59 f., 73[4], 83, 86–88
- gemeinsame Erklärung
S. 196[7], 444 f.
- gemeinsames Protokoll: Entwurf
Dok. 6, 13 und S. 57–60, 73 f., 83–88
- Präambel im Zustimmungsgesetz
S. 293, 333, 446, 467 f., 616, 1395
- Ratifizierung
S. 149, 176, 200, 229, 238, 244 f., 271–273, 293, 318 f., 333, 446, 467 f., 477, 554 f., 557, 580, 617, 620, 669, 713
- Zustimmungsbedürftigkeit
Dok. 22 und S. 42 f., 57, 85, 109, 124 f., 180

Deutsch-Französisches Jugendwerk
siehe außerdem:
Deutsch-französischer Vertrag
Frankreich–Bundesrepublik

S. 89, 126 f., 623, 706–709, 717, 720, 731, 734, 744, 1134, 1185, 1356

Deutschland-Union-Dienst (Bonn)
S. 927

Die Welt (Hamburg)
S. 32[5], 449[7], 478[13], 643[3], 918, 986, 1189

EAG
siehe: EURATOM

EFTA (European Free Trade Association)
siehe außerdem:
Europäische Freihandelszone
EWG
Großbritannien
OEEC
Österreich
Schweiz
S. 68, 101 f., 287, 421, 439, 1659, 1691
- Bundesrepublik Deutschland
S. 106, 129, 224, 722

EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl/Montanunion)
siehe außerdem:
Frankreich
Großbritannien
S. 150[12], 164, 175[14], 248, 307, 310, 765, 1111, 1711[14]
- Bundesrepublik Deutschland
S. 1353[41]

El Achbar (Kairo)
S. 643

ENI (Ente Nazionale Idrocarburi)
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Entwicklungshilfe
siehe außerdem:
Äthiopien
Arabische Staaten
Frankreich–Bundesrepublik
Griechenland
Guinea
Indien
Israel–Bundesrepublik
Laos
Lateinamerika
OECD
Pakistan
Syrien
Türkei
Tunesien
UdSSR
USA
USA–Bundesrepublik
VAR
WEU
S. 452[3], 766, 1286, 1454, 1679, 1697–1699
- Deutsche Entwicklungsdienst GmbH
S. 825, 1697 f.
- Zuständigkeiten der Ressorts
Dok. 248, 369 und S. 1116 f.

EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft)
siehe außerdem:
Belgien
Frankreich
Großbritannien
Römische Verträge
S. 765, 1111
- Beitrittsverhandlungen
S. 34 f.
- Bundesrepublik Deutschland
S. 814, 1351[25]
- EURATOM-Kommission
S. 34 f., 150[12], 814

Europäische Freihandelsassoziation
siehe: EFTA

Europäische Freihandelszone
S. 258 f., 263, 288, 333
- „Brückenschlag" zwischen EWG und EFTA
S. 365[4]
- Maudling-Verhandlungen
S. 102, 105, 261, 365[4]

Europäische politische Union
siehe außerdem:
Belgien
Frankreich
Großbritannien
Italien
Luxemburg
Niederlande
Dok. 447 und S. 31, 59, 80, 85, 88 f., 101, 105 f., 109, 225, 258, 616, 815, 880, 1200 f., 1311, 1323, 1333, 1419
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 213 und S. 196–198, 226, 252, 292 f., 443 f., 698, 703–705, 722 f., 736, 765, 1110–1113, 1117, 1133, 1257, 1336, 1340, 1342 f., 1395, 1458, 1460, 1462–1464, 1492, 1501 f., 1524 f., 1539 f., 1605 f., 1693–1695
- Cattani-Kommission
S. 1538
- Fouchet-Pläne
S. 254[3], 316, 443 f., 1110[3], 1355, 1370, 1458, 1538[5], 1605

Europäische Verteidigungsgemeinschaft
siehe: EVG

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
siehe: EWG

Europäischer Gerichtshof
S. 150[12]

Europäisches Parlament
S. 150[12], 316, 440, 716[34], 733, 765, 1112 f., 1202[42], 1352, 1397[3], 1399[5], 1538–1540

Europarat
S. 24, 44, 1111, 1202[42]

EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft)
S. 102, 176[16], 258, 798

EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft)
siehe außerdem:
Belgien
Dänemark
Frankreich
GATT
Griechenland
Großbritannien
„Hähnchenkrieg"
Irland
Israel
Italien
Jugoslawien
Luxemburg
Niederlande
Norwegen
Österreich
Polen
Portugal
Römische Verträge
Schweiz
Spanien
Türkei
UdSSR
USA

Dok. 478 und S. 125, 488, 635

- Abschöpfungssystem
S. 366[6], 1688
- Abstimmungsmodus
Dok. 8, 17 und S. 332
- Afrika
S. 21 f.
- Aktionsprogramm von 1962
S. 367[10], 439
- Arbeitsprogramm vom 9. Mai 1963
S. 440 f., 517[3], 523–525, 714–716, 718–721, 731 f., 765, 1142, 1166 f., 1199, 1351, 1465, 1596, 1598, 1613 f., 1689
- Assoziierung afrikanischer Staaten
S. 98, 107, 254, 270, 312, 373, 406, 438, 453, 555
- Assoziierungsverhandlungen
S. 100, 106, 129, 224, 257, 287, 333 f., 365[4], 373 f., 439 f., 517 f., 554 f., 703 f., 1568, 1595
- Beitrittsverhandlungen
S. 31 f., 55 f., 67–69, 80, 96–103, 105–109, 134–136, 145–150, 154, 165–167, 198, 202, 224 f., 227, 238, 249, 252, 257–260, 280, 310, 320, 365–368, 371, 373 f., 418 f., 439 f., 703 f., 934, 1320, 1595, 1601
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 78, 99, 113, 127 und S. 31 f., 55 f., 96 f., 105–108, 129, 154 f., 170, 200, 205–215, 222–226, 232, 239, 253–257, 292, 372–375, 395 f., 452–454, 468–470, 517 f., 523–525, 625 f., 703–705, 713–717, 736, 759–761, 765, 941–943, 1113, 1117, 1142 f., 1170, 1201, 1351, 1395, 1400–1402, 1419, 1435, 1456–1460, 1465, 1467–1470, 1488, 1499 f., 1595–1601, 1607, 1611–1614, 1630–1633, 1637, 1667 f., 1678 f., 1687 f., 1689–1695, 1713
- Colombo-Mandat
S. 97[3], 130, 207
- EFTA
S. 99, 106, 256 f., 268[7], 288, 469, 473, 517 f., 942 f., 1014, 1599 f., 1637, 1675, 1687, 1693, 1695
- Europäischer Entwicklungsfonds
S. 416 f.
- EWG-Kommission
S. 32, 56, 107, 146, 148–150, 154, 165, 188, 202, 205–215, 222 f., 260 f., 280, 310, 332 f., 417, 438[7], 469, 498, 549, 727, 734, 760, 771, 934, 1144 f., 1201, 1323, 1332 f., 1352, 1354, 1435, 1457 f., 1460, 1488, 1492, 1501, 1527, 1528[8], 1630, 1632 f., 1687, 1690
- Finanzverordnung
S. 1491, 1597
- Fusion der Exekutiven
S. 150, 255, 332, 440, 733, 765, 1111 f., 1143, 1352, 1397[3], 1402, 1458, 1539
- Getreidepreise (Mansholt-Plan)
S. 107, 366, 438, 714 f., 717, 731 f., 734, 1013, 1394, 1400–1402, 1433, 1435, 1448,

1456–1459, 1465, 1467, 1469f., 1492, 1500f., 1597–1601, 1607, 1690, 1693f.
- Landwirtschaftspolitik
S. 68, 80, 99f., 107, 146f., 253f., 262, 270, 319, 366–368, 373, 438, 497, 523–525, 703–705, 713–722, 724, 765, 770, 1113, 1142f., 1166, 1203, 1342, 1351, 1394, 1400–1402, 1419, 1455f., 1459f., 1466–1468, 1499f., 1525, 1539f., 1588, 1595–1598, 1601, 1607, 1615, 1628f., 1637f., 1658, 1687–1689, 1693
- Lateinamerika
S. 21f., 248, 636–638, 1527
- Marktordnungen
S. 68[4], 107, 210, 366, 368, 373, 438, 675, 713–716, 718–720, 724f., 1351, 1370, 1448, 1456–1459, 1465, 1491, 1596f., 1607, 1611–1613, 1628, 1637, 1667f., 1675, 1678f., 1688, 1690f., 1693
- Ostblock-Staaten
Dok. 470 und S. 95, 748f., 770[12], 1351[30], 1530
- Zollkontingente für Drittländer
S. 498, 713[24], 1600, 1608, 1678, 1693
- Zolltarif
S. 98–101, 106, 108, 225, 256, 263, 269f., 281, 319, 366, 373, 406f., 438, 719, 723f., 942, 1466, 1469f.

FDP (Freie Demokratische Partei)
S. 244, 307, 408, 467[3], 976, 1019, 1084, 1086, 1193, 1613

Fédération Internationale des Sociétés de Philosophie
S. 522[9]

Finnland
siehe außerdem: DDR
S. 101, 1532
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 135, 351 und S. 765, 1535–1537
- Großbritannien
S. 1535
- UdSSR
Dok. 446 und S. 241, 765, 1178f., 1299
- USA
S. 1535, 1537

„flexible response"
siehe: NATO

Ford-Werke AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Foreign Affairs (New York)
S. 1067

Fouchet-Pläne
siehe: Europäische politische Union

Frankfurter Allgemeine Zeitung
S. 10[4], 245[4+5], 300, 372[6], 422[3], 426[8], 447[1], 463[23], 468[5], 475[14], 481[7], 496[3], 523[3], 524[6], 563[8], 589, 609[7], 658[8], 691[12], 783[8], 806[2], 838[18], 902[22], 914[20], 918, 958[4+5+7], 966[6], 1096[4+6], 1137[7], 1173[61], 1180[4], 1219[31], 1254[2], 1354[45], 1365[35], 1369[15], 1407[15], 1551[17], 1561[17], 1601[28], 1648[7], 1663[9], 1713[9]

Frankreich
siehe außerdem:
Äthiopien
Algerien
Bulgarien
DDR
Demokratische Republik Vietnam
Frankreich–Bundesrepublik
Dok. 21, 94 und S. 508, 634, 665, 1055[11], 1058, 1261, 1342, 1692
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 71f., 167, 335[4], 471f., 939f., 1140, 1166, 1248–1250, 1347, 1378, 1481, 1490
- afrikanische Staaten
S. 405f., 416f., 1358
- Atomwaffen
S. 701, 794, 882
- Ausrüstungshilfe
S. 532, 534f., 1285
- EGKS
S. 1353
- EURATOM
S. 35, 170, 1350f.
- europäische Atomstreitmacht
S. 798f., 1221, 1224, 1256, 1343[16], 1350, 1355f., 1472–1474, 1521
- europäische politische Union
Dok. 404 und S. 196–198, 253f., 281, 285, 316, 443f., 625, 684f., 698f., 704, 723, 942, 1113, 1321f., 1334, 1349f., 1355f., 1370, 1399, 1419, 1460–1463, 1492, 1501f., 1538f., 1605f., 1675, 1693–1695
- EWG
Dok. 85, 115, 134, 469, 482 und S. 67–69, 96–99, 101, 107f., 135, 145–147, 149f., 154, 177f., 202, 204–215, 222–225, 227, 239, 253–256, 258–263, 316, 319–321, 332f., 368, 395f., 453f., 469f., 497, 524, 549f., 588, 615, 626, 703–705, 715–727,

934f., 941f., 1113, 1142f., 1199, 1201, 1342, 1351–1354, 1452, 1455–1460, 1466f., 1491f., 1499f., 1588, 1595–1597, 1608, 1615, 1658f., 1687, 1689f.
- Force de frappe
S. 51f., 70–72, 116f., 121, 141f., 317f., 475, 542f., 586, 669, 672, 698, 783, 799f., 805[6], 1113, 1141, 1164, 1183f., 1206f., 1249, 1323, 1333, 1349f., 1423, 1430, 1453, 1473–1478, 1674, 1676
- GATT
S. 373f., 439f., 580, 723–725, 1459, 1466, 1468, 1500, 1533, 1595, 1612f., 1628f., 1658, 1668, 1689f., 1696
- Griechenland
S. 1406
- Großbritannien
S. 39, 67–69, 98f., 103, 115f., 128–130, 135, 140f., 173, 177f., 197, 199, 202, 203[14], 229[8], 246f., 255f., 265, 269, 275, 287[9], 305, 311, 319–321, 371–374, 470f., 473, 524, 525[7], 549, 620f., 625, 632, 691, 743, 781, 877, 1164, 1197f., 1200, 1221, 1255, 1320, 1322, 1337, 1352, 1393, 1448, 1478
- Guinea
S. 532
- Heiliger Stuhl
S. 626f., 972
- Indochina
S. 701, 1483, 1647f.
- Italien
S. 198, 877, 879, 1615f., 1638
- Japan
S. 1604
- Kanada
S. 1184
- Kongo
S. 1166
- Kuba
S. 1350
- Landwirtschaftspolitik
S. 99, 129f., 743f., 1201, 1435, 1457, 1459, 1608, 1612
- Luxemburg
Dok. 42
- Madagaskar
S. 534
- Mali
S. 535
- MLF
Dok. 168 und S. 6–8, 39, 52, 66, 70, 109, 114, 139, 143, 174, 177, 199, 246, 305, 308, 322, 470f., 473, 513, 560, 579f., 583, 797, 1014, 1022f., 1141, 1206, 1256f., 1349, 1423, 1442, 1473, 1590, 1697
- Nationalrat des Widerstandes
S. 309[34+35], 372[6]
- Nationalversammlung
S. 102[24], 280f., 315[7], 468, 701
- NATO
Dok. 194, 204 und S. 113, 136, 142f., 167, 175, 249, 272, 274, 290–292, 308, 310, 313, 317–319, 321–323, 470f., 473, 614, 668–670, 691, 699–701, 711f., 731, 762, 1113, 1115, 1164, 1183f., 1186, 1255, 1323, 1332[2], 1333, 1348–1350, 1395, 1404f., 1436, 1452, 1471, 1473, 1476, 1484–1486, 1496f., 1502, 1588f., 1674–1676, 1695f.
- Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt
S. 736, 926f., 939, 940[7], 1140, 1347
- Österreich
S. 1532f.
- Organisation de l'Armée Secrète (OAS)
S. 281, 308f., 1511[1]
- Ostblock-Staaten: Handel und Kredite
S. 1358
- Ost-West-Gespräche
S. 123, 279, 618f., 698, 1114, 1141, 1153, 1160, 1163f., 1197f., 1226, 1248f., 1347, 1393f., 1452, 1622, 1676
- Parteien
S. 315, 740f., 785, 838f., 917, 971, 1115, 1255, 1319f., 1356, 1590
- Polen
S. 429, 1346
- Republik China
S. 1196, 1483f.
- Republik Vietnam
S. 1305f., 1350, 1416, 1452, 1647f.
- Röhrenembargo
S. 324f., 580
- Rumänien
S. 1377, 1624
- Schweden
S. 69
- SEATO
S. 167
- Spanien
S. 246, 281, 318f.
- Staatspräsident
S. 72, 315

- Stabilisierungsprogramm
  S. 1466, 1468–1470, 1492
- Streitkräfte
  S. 1161–1163, 1249, 1373, 1386, 1392
- Teststopp-Abkommen
  Dok. 242, 246, 265 und S. 735 f., 742, 750, 777, 781, 783, 789[4], 803, 815, 876, 881 f., 884, 892, 918, 1113, 1140, 1199, 1452
- Tschechoslowakei
  S. 420, 1624
- Tunesien
  S. 1516[3]
- UdSSR
  Dok. 449 und S. 122, 175, 245, 290, 305, 307 f., 420, 693–695, 970, 1114, 1300, 1346, 1444, 1471, 1473, 1475, 1479, 1530, 1548, 1665
- Ungarn
  S. 1624
- UNO
  S. 167
- USA
  Dok. 419 und S. 41, 113 f., 143 f., 163, 171, 188[11], 199 f., 247 f., 273, 289 f., 295, 305, 308 f., 320 f., 470–472, 553, 620 f., 632, 639, 654, 669 f., 690 f., 697, 699, 719, 729, 742, 781, 783, 786, 805, 817, 841, 877, 1103–1105, 1113, 1162–1164, 1166, 1183 f., 1203, 1228 f., 1254, 1319–1324, 1332[2], 1333 f., 1336, 1339, 1362, 1374, 1390[12], 1392, 1394 f., 1402, 1404 f., 1436, 1473 f., 1476–1478, 1482, 1502, 1509, 1553, 1557, 1673, 1675, 1704
- Verteidigungshilfe
  S. 1406
- Verteidigungskonzeption
  S. 113, 115–117, 119–121, 138 f., 699–701, 783, 1205 f., 1345, 1404[6], 1405 f., 1470–1478, 1484 f., 1502, 1676, 1700
- Volksrepublik China
  S. 1196 f., 1350, 1362, 1377 f., 1453, 1483 f., 1618, 1624, 1648
- WEU
  S. 256, 265, 447 f., 761[13]
- Wirtschaft
  S. 72

Frankreich–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem:
Deutsch-französischer Vertrag
Deutsch-Französisches Jugendwerk
Dok. 25, 32, 70, 73, 143, 177, 192, 216, 217, 223, 304, 344, 345, 356, 357, 395, 415, 421, 422, 423, 424, 428, 463 und S. 71, 96 f., 106, 169 f., 270 f., 275, 291 f., 294 f., 308 f., 371–375, 437–441, 452–454, 631 f., 668 f., 685 f., 742–744, 766, 787, 792, 816 f., 877, 879, 887 f., 942, 1113–1115, 1134 f., 1154, 1166 f., 1187–1192, 1221, 1248 f., 1255, 1275, 1307 f., 1336 f., 1340, 1399, 1401 f., 1416[9], 1419 f., 1432, 1436, 1531[8], 1596, 1628 f., 1647, 1667 f., 1672, 1674–1676, 1690, 1694

- Ausrüstungshilfe: Koordinierung
  S. 534, 1285
- Berlin
  S. 182, 282, 1077 f., 1113, 1374–1376, 1571, 1593 f., 1625–1627
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
  Dok. 293 und S. 182, 815, 1113, 1141, 1322, 1326, 1345–1347, 1543 f., 1639–1646, 1710
- Elysée-Konferenz vom 21./22. 1. 1963
  Dok. 37, 38, 39, 43, 44 und S. 19, 29, 42, 57, 82 f., 103–105, 222, 228, 269, 1320
- Entwicklungshilfe: Kooperation
  S. 25, 44, 84, 125, 452[3], 727 f., 1357 f.
- „Fall Argoud"
  Dok. 436, 441, 479
- Informationsaustausch
  S. 25, 44, 84, 125 f., 147, 542
- Konsultationen
  Dok. 126, 191, 218, 219, 280, 399, 467 und S. 21–30, 43 f., 58, 83 f., 109, 125, 148 f., 165 f., 172, 174, 196, 198, 252, 309, 368, 445, 542–544, 579, 594, 623, 654 f., 729, 1228 f.
- militärische Zusammenarbeit
  Dok. 354, 373 und S. 22 f., 26 f., 30, 43 f., 58 f., 84, 86 f., 118, 126, 253, 283, 309, 317, 599, 615, 709–713, 731, 882, 948, 1103–1105, 1114, 1141, 1165, 1203, 1205, 1343, 1356 f., 1395, 1397 f., 1473 f., 1485 f.
- Oder-Neiße-Linie
  S. 281[11], 667, 1345 f.
- Saar-Frage
  S. 164, 170
- wirtschaftliche Zusammenarbeit
  S. 25, 713–728, 1456
- Zusammenarbeit in Bildung und Forschung

S. 22f., 27f., 30, 43–45, 58f., 84f., 87, 615, 707f., 1114, 1356

Französisch-Somaliland
S. 1270

Freie Demokratische Partei
siehe: FDP

„Freundschaftslinie"
siehe: Röhrenembargo

Friedensvertrag mit Deutschland
siehe: Deutsche Frage

GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)
siehe außerdem:
Frankreich
Jugoslawien
USA
S. 102[28], 263, 471
- Bundesrepublik Deutschland
S. 670, 724, 1420
- Dillon-Runde
S. 439, 1594, 1599
- Einzelbestimmungen
S. 1145
- Kennedy-Runde
Dok. 405 und S. 101[22], 373[10], 374, 439, 497f., 517, 523–525, 561, 581, 675, 713, 715f., 718, 721, 732, 942f., 1013f., 1142f., 1145, 1157, 1167, 1170f., 1199, 1201, 1342, 1351, 1354, 1361f., 1370, 1394, 1419f., 1435, 1448, 1456f., 1459, 1465–1470, 1492, 1494, 1496, 1500, 1525, 1533, 1539f., 1562, 1594–1601, 1605, 1608, 1612f., 1628f., 1637, 1658f., 1668, 1675, 1678, 1687, 1689–1692, 1694–1696, 1704, 1711[14], 1713
- Zollsenkungsmodelle
S. 275[9], 293, 439, 670[37], 722, 1467, 1500, 1594f., 1599

Gelsenberg Benzin AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

General-Anzeiger (Bonn)
S. 152[4], 1219, 1225

Genfer Konventionen
siehe außerdem: DDR
S. 400, 520

Gesetze und Verordnungen
- Auslieferungsgesetz vom 23.12.1929
S. 1148
- Grundgesetz vom 23.5.1949
S. 20, 42, 57, 73, 85, 180, 236, 434–436, 485f., 619f., 818, 831, 978, 1036f., 1051[7], 1091
- Konsulargesetz vom 16.12.1950
S. 74
- Kriegswaffenkontrollgesetz vom 20.4.1961
S. 434f., 536[29]
- Außenwirtschaftsgesetz vom 28.4.1961
S. 410, 490, 536[29]
- Zollgesetz vom 14.6.1961
S. 32[2], 409
- Verordnung vom 22.8.1961 zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes
S. 75
- Zolltarifverordnung vom 1.1.1962
S. 1401[9]
- Verordnung vom 18.12.1962 über die Ausfuhr von Großrohren
siehe: Röhrenembargo
- Verordnung vom 22.3.1963 zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlebergbau
S. 1353[41]
- Gesetz vom 17.3.1965 zur Regelung der Verbindlichkeiten nationalsozialistischer Einrichtungen und der Rechtsverhältnisse an deren Vermögen
S. 1534[11]

Ghana
siehe außerdem: DDR
S. 407, 494, 533, 694[24], 1046, 1126[22], 1270
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 347

Göttinger Arbeitskreis
S. 370

Grängesberg
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Griechenland
siehe außerdem: Frankreich
S. 665, 690, 785[21], 1055[11], 1556[6], 1588
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 151 und S. 1230
- Entwicklungshilfe
S. 1116
- EWG: Assoziierung
S. 334
- EWG: Finanzhilfe
S. 439, 452

- MLF
S. 66, 582, 1439, 1650, 1653
- NATO
S. 1289, 1406 f., 1589, 1666
- Türkei
S. 496
- UdSSR
S. 1300
- USA
S. 529, 1288 f.
- Verteidigungshilfe
S. 157[10], 497, 536 f., 631[5], 1284, 1288–1290, 1406

Großbritannien
siehe außerdem:
Äthiopien
DDR
Finnland
Frankreich
Großbritannien–Bundesrepublik
Suezkrise
S. 634, 674, 698, 762, 785 f., 799, 876, 984, 1055[11], 1058, 1203, 1261, 1319, 1616, 1691
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 752[6], 846, 850, 926, 945 f., 1004–1006, 1165, 1241–1243, 1247, 1249 f., 1521, 1576–1578, 1582 f., 1622, 1642
- Atomwaffen
S. 41, 51 f., 576, 586, 647 f., 794, 1014, 1333, 1337 f., 1478, 1590 f.
- Ausrüstungshilfe
S. 396–398, 532, 1285
- EFTA
S. 69, 96[4], 98 f., 102, 135, 256 f., 268[7], 320, 725, 941, 1534
- EGKS
S. 255
- EURATOM
Dok. 10 und S. 255
- europäische politische Union
S. 444, 616, 1112, 1201, 1342 f., 1462, 1525, 1538–1540, 1605, 1694 f.
- EWG: Assoziierung
S. 69, 102, 255 f., 268 f., 286–288, 294, 312, 321, 333 f., 372, 375[13], 395, 550
- EWG: Beitritt
Dok. 30, 31, 34, 41, 60, 63, 67, 77, 87, 89, 281 und S. 31, 55, 67–69, 80, 100, 103–105, 108 f., 116, 128–130, 136, 140 f., 144–146, 149 f., 154 f., 169–172, 176–180, 188, 198–200, 202, 203[14], 238 f., 246–249, 252 f., 258–264, 267, 269–271, 275, 280, 289–291, 303, 310, 312, 319–321, 333 f., 365 f., 368, 371, 374, 418 f., 438–440, 444, 456, 517, 549 f., 625, 725 f., 760, 766, 877, 1113, 1117, 1183, 1200 f., 1337 f., 1342, 1352, 1400, 1419, 1495, 1533 f., 1595, 1601, 1607 f., 1659, 1679 f., 1692 f.
- EWG: Kontakte
Dok. 118, 164, 230 und S. 225, 238 f., 254, 265, 286 f., 312, 371[5], 372, 374, 440, 448[5], 469 f., 473, 518, 588, 703 f., 717, 721, 725, 731, 734, 742, 744, 750, 934, 1013 f., 1352, 1394 f., 1496, 1607
- GATT
S. 1599, 1659
- Indien
S. 156
- Indonesien
S. 1603–1605
- Japan
S. 1604
- Italien
Dok. 79
- Konservative Partei
S. 103, 130, 145, 703, 796, 1136[5], 1254, 1337 f., 1534, 1696 f.
- Labour Party
S. 100 f., 103, 105, 130, 145, 354 f., 474, 477, 624, 646–649, 703, 740, 773, 800, 841, 1165, 1254, 1337 f., 1341, 1405, 1423, 1507–1509, 1521, 1533 f., 1638, 1697
- Landwirtschaft
S. 100, 263, 366, 941, 1013 f., 1599 f., 1609
- Malaysia
S. 1602
- MLF
Dok. 12, 214, 301 und S. 5–8, 66, 174, 313, 470, 474 f., 477, 492, 512[10], 560, 582, 585–588, 647, 671 f., 730, 793, 796, 800, 811, 1115, 1164 f., 1220 f., 1257 f., 1337 f., 1423, 1439–1443, 1448 f., 1590–1592, 1637 f., 1650, 1652, 1654, 1696 f.
- NATO
S. 1497, 1589, 1665
- Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt
S. 688, 926, 945, 1498, 1508, 1580 f., 1583 f., 1642
- Oberhaus
S. 1002

- Ostblock-Staaten: Handel und Kredite
S. 428[16], 768, 770, 1480[12]
- Pakistan
S. 156
- Profumo-Affäre
S. 624, 796
- Republik Vietnam
S. 1416
- Röhrenembargo
Dok. 131 und S. 357, 386, 411, 475 f., 541, 574 f., 581 f., 588 f.
- Somalia
S. 532
- Tanganjika
S. 534
- UdSSR
S. 242, 386, 390–394, 499, 624, 646–648, 846, 1003–1006, 1194 f., 1205, 1242, 1300, 1393, 1431 f., 1449–1451, 1496–1498, 1530, 1577–1579, 1582, 1587, 1609, 1621–1623, 1640, 1665
- Unterhaus
S. 287[8], 426[11], 476, 686, 925, 1002, 1576, 1579, 1585
- USA
S. 115 f., 135, 141, 173, 201, 305, 320, 549, 647, 690, 1325, 1337 f., 1361, 1576, 1582, 1587, 1604
- Volksrepublik China
S. 924, 1483, 1605, 1618
- Wahlen
S. 100, 103, 130, 145, 150, 249, 372, 469, 671 f., 699, 703, 725, 793, 841, 877, 942 f., 1022, 1136[5], 1201, 1254, 1337 f., 1341, 1401, 1419, 1442, 1448 f., 1458, 1464, 1534, 1590 f., 1608, 1659, 1675, 1695 f.
- WEU
Dok. 137 und S. 255 f., 265 f., 286 f., 312 f., 334, 395, 934, 1352
- Zahlungsbilanz
S. 101, 294, 586

Großbritannien–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 93, 144, 179, 201, 253, 255, 266, 274, 299, 418, 430, 434, 459, 461, 462 und S. 39–42, 232, 244 f., 247, 264–266, 285–288, 371, 426–428, 447–449, 499, 523–525, 604 f., 686 f., 759–761, 766, 780 f., 789[4], 791 f., 848, 931, 1020–1023, 1180, 1236–1253, 1275, 1281 f., 1329–1331, 1393, 1503[2], 1621–1623
- Ausrüstungshilfe: Koordinierung
Dok. 119 und S. 493, 534, 1285
- Berlin
S. 101, 182, 767, 1077 f., 1593 f., 1626 f.
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
Dok. 107, 300 und S. 182, 647–649, 1009–1012, 1075, 1159[6], 1242 f., 1507 f., 1543, 1577, 1584–1586, 1610 f., 1639–1646
- Deutsch-französischer Vertrag
429 f.
- Devisenausgleich
S. 1012 f., 1499, 1601 f.
- Oder-Neiße-Linie
S. 100 f.
- Truppenstationierung
S. 101, 767, 1012, 1601 f., 1611
- Wirtschaftsbeziehungen
S. 265, 288[10]

Guinea
siehe außerdem:
DDR
Frankreich
S. 405[3], 694[24], 1046, 1269[3], 1270
- Ausrüstungshilfe
S. 494, 529, 532 f., 1285 f.
- Bundesrepublik Deutschland
S. 533
- Entwicklungshilfe
S. 533

„Hähnchenkrieg" zwischen der EWG und den USA
Dok. 346 und S. 498, 561[27], 581, 696, 1143, 1157, 1170 f., 1223, 1256, 1361[15], 1598

Hallstein-Doktrin
Dok. 251 und S. 62[3], 152, 181, 183, 350 f., 509, 595, 609, 611, 642, 763, 895, 898, 900, 908 f., 1035 f., 1043[3], 1064, 1177[4], 1270, 1503[2], 1510, 1573 f., 1619

Heiliger Stuhl
siehe außerdem: Frankreich
S. 478, 878, 1254, 1319
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 249, 342 und S. 627, 916, 972, 1228
- Italien
S. 629
- Konklave
S. 626 f., 629

- Polen
S. 972
- UdSSR
S. 695, 881, 916, 971, 1133, 1135
- Ungarn
S. 972
- Zweites Vatikanisches Konzil
S. 971 f.

Hermes-Bürgschaften
S. 758[6], 893, 1175

Herter-Plan vom 14. Mai 1959
siehe: Deutsche Frage

Hoesch AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Humphrey
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Indien
siehe außerdem:
DDR
Großbritannien
Kaschmir-Konflikt
S. 100, 287, 439, 465, 817, 1306, 1532[2]
- Ausrüstungshilfe
S. 495, 531 f., 630, 631[5], 1290 f.
- Bundesrepublik Deutschland
S. 158, 559
- deutsche Rüstungsfachleute
S. 484 f.
- Entwicklungshilfe
S. 158, 1116, 1125, 1648, 1697
- Pakistan
S. 155–159, 485, 1172[57], 1211, 1290
- Portugal
S. 157[9]
- UdSSR
S. 157, 481, 1172
- USA
S. 156 f., 532, 1290 f.
- VAR
S. 485, 510
- Volksrepublik China
S. 122 f., 155 f., 159, 273[4], 838, 970, 1126, 1427 f.

Indonesien
siehe außerdem:
DDR
Großbritannien
S. 1126[22], 1237, 1359[3], 1426–1428
- Ausrüstungshilfe
S. 1604
- Bundesrepublik Deutschland
S. 1603 f.
- Entwicklungshilfe
S. 1648
- Japan
S. 1428
- Malaysia
S. 1306, 1602
- Niederlande
S. 1604
- UdSSR
S. 1252, 1494
- USA
S. 535 f., 1494, 1604
- Volksrepublik China
S. 665[18], 1602 f.

Industriekurier (Düsseldorf)
S. 37

International Skating Union
S. 1654 f.

Internationale Astronomische Union
S. 522[9]

Internationale Atomenergie-Agentur
S. 868, 870

Internationale Elektrotechnische Kommission
S. 522[7]

Internationale Rundfunk- und Fernsehorganisation
S. 522[9]

Internationale Union für Geodäsie und Geophysik
S. 522[7]

Internationaler Rat der Wissenschaftlichen Vereinigungen
S. 522[9]

Internationaler Währungsfonds
S. 1342, 1354, 1361[15]

Internationales Komitee zur Verteidigung christlicher Kultur
S. 1527

Internationales Olympisches Komitee
S. 1173

Interzonenhandel
Dok. 68, 180 und S. 900, 903, 1376, 1381[8], 1645
- Interministerieller Ausschuß
S. 8–13, 217, 299, 1277 f.
- Kredite der Bundesrepublik Deutschland an die DDR
S. 10, 313 f., 673, 1169, 1585, 1610, 1643, 1683[16], 1707
- Leopold-Behrendt-Gespräche
Dok. 3 und S. 49–51, 299 f., 347 f., 988, 1036, 1276, 1554, 1571, 1670
- Swing
S. 216, 347 f., 590
- Treuhandstelle
S. 299, 773–775, 1276, 1670

Intra-Handelsgesellschaft
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Irak
siehe außerdem:
Arabische Staaten
VAR
S. 537
- Ausrüstungshilfe
S. 530
- Baath-Partei
S. 606, 610, 1121–1123
- Bundesrepublik Deutschland
S. 47, 530, 595
- Jemen
S. 608
- Jordanien
S. 606
- Kurden
S. 1122
- Kuwait
S. 1126[23]
- Syrien
S. 1123
- USA
S. 530

Iran
siehe außerdem: Arabische Staaten
S. 1359[3]
- Bundesrepublik Deutschland
S. 528, 537
- Pakistan
S. 155
- USA
S. 157[10]

Irland
S. 691
- Bundesrepublik Deutschland
S. 934 f.
- EWG
Dok. 277 und S. 31, 146, 149, 225, 257

Island
S. 146, 387

Israel
siehe außerdem:
Israel–Bundesrepublik
Suezkrise
S. 442, 1182
- Arabische Staaten
S. 230, 563, 593–595, 606–608, 610 f., 1064, 1127, 1314
- Ausrüstungshilfe
S. 230, 495, 1211
- EWG: Assoziierungsbemühungen
S. 596, 1487[3], 1488, 1568
- EWG: Handelsabkommen
Dok. 426 und S. 110, 439, 660, 1568
- Geheimdienst
S. 431[4], 432–436, 464, 481, 563, 595[13]
- Kanada
S. 1183
- Knesseth
S. 432 f., 465, 596, 1042
- Somalia
S. 494
- Syrien
S. 1122
- UdSSR
S. 594, 612
- UNO
S. 510, 961 f.
- USA
S. 478, 593 f., 607 f., 612, 1327 f.
- VAR
S. 230, 465, 607, 962

Israel–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 182, 386, 437, 455 und S. 494, 534, 538, 563, 612, 1487 f.
- Ausbildungshilfe
S. 630, 631[5], 643 f., 650, 961 f., 1327[5]
- Ausrüstungshilfe
S. 630 f., 650[8–10], 651 f., 1027, 1183, 1327
- diplomatische Beziehungen
Dok. 36, 121, 205, 307, 310, 318, 324, 336, 341 und S. 46–48, 466, 478, 482, 595 f.,

610 f., 641 f., 649, 880, 961, 963 f., 1027 f., 1124, 1127, 1211, 1314, 1327, 1513 f., 1542[10], 1569
- Entwicklungshilfe
S. 1487, 1513, 1569
- Finanzhilfe: Aktion „Geschäftsfreund"
Dok. 372, 382, 387, 390, 425 und S. 630[4], 660, 1183, 1513 f.
- Rüstungsfachleute in der VAR
Dok. 142 und S. 231, 431–437, 481 f., 484 f., 508 f., 595, 607, 1515, 1569
- technische Hilfe
S. 509 f.
- Wiedergutmachung
S. 509, 609, 677, 962

Italien
siehe außerdem:
Äthiopien
Frankreich
Heiliger Stuhl
Italien–Bundesrepublik
S. 625, 634, 669, 674, 699, 762, 783, 787, 839, 858, 1058, 1188, 1194, 1198, 1319, 1333, 1335, 1337, 1342, 1479, 1492, 1588, 1692, 1694
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 1653
- Ausrüstungshilfe
S. 532, 1289
- europäische politische Union
S. 444, 684, 942, 1134 f., 1343, 1462 f., 1501, 1525, 1605 f.
- EWG
S. 80, 204–215, 265, 733 f., 1596 f., 1615, 1638
- Jugoslawien
S. 1175
- MLF
S. 66, 79, 264, 492, 512[10], 560, 582, 671, 733, 793, 796, 1115, 1165, 1220, 1338, 1439, 1441–1443, 1614, 1636–1638, 1650 f., 1653 f., 1696 f.
- NATO
S. 7, 1589, 1635
- Nichtangriffsabkommen NATO-Warschauer Pakt
S. 733
- Österreich
S. 268, 734
- Parteien
S. 560[19], 740, 785 f., 838, 1228, 1464[24], 1615, 1635, 1638
- Republik Vietnam
S. 1416
- Röhrenembargo
S. 76, 241, 324, 386, 411
- Somalia
S. 532, 880
- Temporary Travel Documents
S. 521[5], 522
- Teststopp-Abkommen
S. 1653
- UdSSR
S. 241, 970, 1134, 1530
- USA
S. 879, 1405
- Wahlen
S. 199, 448, 474, 560, 690, 796, 878–881, 916, 971, 1254
- WEU
S. 265

Italien–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 24, 222, 261, 464, 472 und S. 1134, 1228, 1463 f.
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
S. 1615, 1636
- Deutsch-französischer Vertrag
Dok. 53, 57
- Entschädigung
S. 81
- italienische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland
S. 1616
- Kulturbeziehungen
S. 81
- Südtirol
S. 81

Izvestija (Moskau)
S. 420 f., 981, 1192

Japan
siehe außerdem:
DDR
Frankreich
Großbritannien
Indonesien
S. 70, 553, 970, 1359[3], 1556[6]
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 410 und S. 1071 f., 1604

- EWG
S. 1420, 1429
- OECD
S. 1605
- Republik China
S. 1427 f.
- Republik Vietnam
S. 1417
- Röhrenembargo
S. 38, 78, 386, 407[1], 411[15]
- Teststopp-Abkommen
Dok. 320
- UdSSR
S. 241 f., 386, 1070 f., 1194, 1299, 1424 f., 1427
- USA
S. 1069 f., 1072, 1389, 1421, 1423, 1428
- Volksrepublik China
S. 1071 f., 1293, 1424–1428, 1604, 1618

Japan Times (Tokio)
S. 1073

Jemen
siehe außerdem:
Arabische Staaten
DDR
Irak
S. 1416[9]
- Bundesrepublik Deutschland
S. 47, 1541
- Saudi-Arabien
S. 483, 608
- UdSSR
S. 608, 1541[7]
- UNO
S. 483[13], 608
- USA
S. 608
- VAR
S. 483, 608

Jordanien
siehe außerdem:
Arabische Staaten
Irak
S. 537
- Baath-Partei
S. 606
- Bundesrepublik Deutschland
S. 47
- Syrien
S. 606
- USA
S. 607
- VAR
S. 606

Jugoslawien
siehe außerdem:
DDR
Italien
Jugoslawien–Bundesrepublik
S. 921, 1269–1271
- EWG
S. 350 f.
- GATT
S. 758[6]
- OECD
S. 350 f.
- Polen
S. 1175[7]
- UdSSR
S. 241, 679, 1299
- USA
S. 349–352

Jugoslawien–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 105
- Berlin (West) in Abkommen
S. 822
- diplomatische Beziehungen
S. 677, 746[3], 763, 832, 895, 1036, 1100, 1173 f., 1430
- Entschädigung für Opfer von Menschenversuchen
S. 351 f., 758[6], 894, 1175
- jugoslawische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland
S. 894, 1176
- Kroatische Emigrantenorganisationen
S. 350[4], 351[8], 677, 1176
- Schutzmachtvertretungen
S. 350[4], 351 f.
- Wiedergutmachung
S. 350[4], 351 f., 677 f., 749, 758, 894, 1174 f.
- Wirtschaftsverhandlungen
Dok. 209, 229, 268, 350 und S. 350–352, 749

Kambodscha
siehe außerdem: DDR
S. 1126[22], 1425

- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 160
- Republik Vietnam
S. 1647
- Volksrepublik China
S. 665[18]

Kamerun
S. 1046

Kanada
siehe außerdem:
Frankreich
Israel

S. 100, 724, 1055[11], 1269, 1400
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 175, 353
- MLF
S. 66, 576 f.
- Parteien
S. 575 f.
- Temporary Travel Documents
S. 521[5], 522
- Teststopp-Abkommen
S. 890
- UdSSR
S. 1133, 1167, 1188 f., 1191, 1298 f., 1482
- USA
S. 575–577, 1167

Kansan Uutiset (Helsinki)
S. 1536

Kaschmir-Konflikt
siehe außerdem:
Indien
Pakistan

S. 157[11], 158

Kenia
siehe außerdem: Ostafrikanische Föderation

S. 1270
- Somalia
S. 1505[6]

Kennedy-Runde
siehe: GATT

Kieler Howaldts-Werke AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Kommunistische Partei Deutschlands
siehe: KPD

Konferenzen und Verhandlungen
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 4. bis 11.2.1945 in Jalta
S. 457[5]
- Konferenz vom 25.4. bis 26.6.1945 in San Francisco zur Gründung der UNO
S. 1259
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 17.7. bis 2.8.1945 in Potsdam
S. 1084, 1090
- Konferenz der Stellvertretenden Außenminister der Vier Mächte vom 5.3. bis 21.6.1951 in Paris
S. 833
- Konferenz der Außenminister der Vier Mächte vom 25.1. bis 18.2.1954 in Berlin
S. 182[4]
- Indochina-Konferenz vom 26.4. bis 21.7.1954 in Genf
S. 1483[32]
- Neun-Mächte Konferenz vom 28.9. bis 3.10.1954 in London
S. 113[14], 182[4], 867, 910, 953[17], 977
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Vier Mächte vom 18. bis 23.7.1955 in Genf
S. 182[4], 384, 393[17], 1244, 1344, 1393, 1710
- Außenministerkonferenz der Vier Mächte vom 27.10. bis 16.11.1955 in Genf
S. 182[4]
- 10. Tagung des RGW vom 11. bis 13.12.1958 in Prag
S. 37[12]
- Außenministerkonferenz der Vier Mächte vom 13.5. bis 20.6. und vom 13.7. bis 5.8.1959 in Genf
S. 182[4], 185 f., 340[9], 342, 527, 900, 990, 1050, 1084–1086, 1544
- Wirtschaftskonferenz der OEEC-Staaten am 12./13.1.1960 in Paris
S. 1528[8]
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Vier Mächte am 16./17.5.1960 in Paris
S. 277[5], 659[12], 695, 1394

- Tagung des NATO-Ministerrats vom 16. bis 18.12.1960 in Paris
S. 40[9]
- Tagung der Regierungschefs der EWG-Staaten am 10./11.2.1961 in Paris
S. 254[3]
- Laos-Konferenz vom 14.5.1961 bis 23.7.1962 in Genf
S. 314[9], 1306f., 1449
- Tagung der Regierungschefs der EWG-Staaten am 18.7.1961 in Bonn
S. 443
- Gründungskonferenz der Blockfreien Staaten vom 1. bis 6.9.1961 in Belgrad
S. 482
- Tagung des NATO-Ministerrats vom 13. bis 15.12.1961 in Paris
S. 289[4]
- Tagung der Außenminister der EWG-Staaten am 17.4.1962 in Paris
S. 196[6], 252, 444
- Tagung des NATO-Ministerrats vom 4. bis 6.5.1962 in Athen
S. 40[8], 54[9]
- 16. Außerordentliche Tagung des RGW am 7. Juni 1962 in Moskau
S. 418
- Weltkongreß für allgemeine Abrüstung und Frieden vom 9. bis 14.7.1962 in Moskau
S. 192[14]
- 10. Pugwash-Konferenz für Wissenschaft und Weltangelegenheiten vom 3. bis 7.9.1962
S. 392[14]
- Colombo-Konferenz vom 10. bis 12.12.1962
S. 1126
- Tagung des NATO-Ministerrats vom 13. bis 15.12.1962 in Paris
S. 167, 336
- Tagung des EWG-Ministerrats am 28./29.1.1963 in Brüssel
Dok. 60 und S. 149, 154, 188, 198, 202, 222–225, 227, 232, 238f., 252, 269, 303
- Bilderberg-Konferenz vom 28. bis 31.3.1963 in Cannes
S. 448
- Ministerratstagung der CENTO am 30.4./1.5.1963 in Karatschi
S. 531[13]
- Ministerkonferenz der GATT-Vertragspartner vom 16. bis 21.5.1963 in Genf
S. 471[24], 473[3], 524[5], 525, 550, 561, 580, 626, 670, 675, 721–723, 1362, 1467, 1608, 1688, 1691
- Tagung des NATO-Ministerrats vom 22. bis 24.5.1963 in Ottawa
Dok. 190 und S. 65f., 470[19], 474, 479, 511f., 559f., 576[7], 579, 750, 754, 1587
- Tagung der Staats- und Regierungschefs der Unabhängigen Staaten Afrikas vom 22. bis 25.5.1963 in Addis Abeba
S. 1046, 1235, 1269
- Konferenz der Arabischen Liga vom 9. bis 19.9.1963 in Kairo
S. 1124[14]
- Tagung des Internationalen Währungsfonds vom 30.9. bis 4.10.1963 in Washington
S. 1354
- Tagung des WEU-Ministerrats am 25./26.10.1963 in Den Haag
S. 1392–1394, 1448, 1576
- Tagung des EWG-Ministerrats vom 16. bis 23.12.1963 in Brüssel
S. 1597, 1628f., 1658, 1672, 1686f., 1689f., 1694, 1704
- Tagung des NATO-Ministerrats am 16./17.12.1963 in Paris
Dok. 481 und S. 1447[5], 1481, 1497f., 1575, 1587, 1615, 1636, 1646[36], 1682
- UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung vom 23.3. bis 26.6.1964 in Genf
S. 1354

Kongo
siehe außerdem:
Belgien
Frankreich
S. 273, 289, 555, 694[24]
- Ausrüstungshilfe
S. 1286f.
- Bundesrepublik Deutschland
S. 1232
- Kongo-Krise
S. 536[31], 766, 868
- UNO
S. 536, 868f., 1166[33], 1232f., 1286
- USA
S. 536, 1286f.

Korea
siehe:
Demokratische Volksrepublik Korea
Republik Korea

KPD (Kommunistische Partei Deutschlands)
S. 370[6], 459

Krupp AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Kuba
siehe außerdem: DDR
S. 471, 478, 1220, 1223, 1237, 1254, 1260, 1364 f., 1374, 1387, 1502
- diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland
Dok. 19 und S. 763, 832, 1036
- Kuba-Krise von 1962
S. 4, 10, 48 f., 63, 70, 112, 114, 133, 138[5], 190, 192, 221, 273, 277–279, 290 f., 296 f., 305, 341, 394, 455, 637, 655, 693 f., 788, 835, 851, 919, 936, 951, 1004, 1034, 1060, 1071, 1208, 1216, 1218, 1324, 1476, 1674, 1704
- Teststopp-Abkommen
S. 1251
- Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland
S. 62[4], 1673
- UdSSR
S. 112, 303 f., 394, 618, 636 f., 1167, 1247, 1251, 1314
- USA
S. 112, 114, 302, 622, 636 f., 668, 788, 876

Kuratorium Unteilbares Deutschland
siehe außerdem: Deutsche Frage
S. 869 f., 1381 f., 1641, 1645

Kuwait
siehe außerdem:
Arabische Staaten
Irak
- Bundesrepublik Deutschland
S. 47, 1126

Laos
siehe außerdem: DDR
S. 164, 1260, 1364, 1374, 1387, 1417, 1424 f.
- Bundesrepublik Deutschland
S. 1425 f.
- Entwicklungshilfe
S. 1426
- UdSSR
S. 973, 1307
- USA
S. 1288
- Volksrepublik China
S. 886

Lateinamerika
siehe außerdem:
DDR
EWG
UdSSR
USA
WEU
S. 164, 274, 665, 880
- Ausrüstungshilfe
S. 538, 1287
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 443 und S. 634–636
- Deutschtum
S. 635
- Entwicklungshilfe
S. 633–638, 1527–1529
- kernwaffenfreie Zone
S. 1248, 1251

Le Figaro (Paris)
S. 1429

Le Monde (Paris)
S. 167[11], 246[10+11], 281[8], 524[6], 659, 783[7], 986, 1629[9]

Liberia
S. 1046, 1285

Libyen
S. 507, 1046
- Ausrüstungshilfe
S. 631[5], 652

Liechtenstein
S. 495

Lurgi Gesellschaft für Mineralöltechnik mbH
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Luxemburg
siehe außerdem: Frankreich
S. 1494
- Bundesrepublik Deutschland
S. 136
- europäische politische Union
S. 942, 1539

- EWG
  S. 31, 211 f.
- MLF
  S. 1338
- Teststopp-Abkommen
  S. 890

Madagaskar
siehe außerdem: Frankreich
- Ausrüstungshilfe
  S. 534

Malaysia
siehe außerdem:
Großbritannien
Indonesien
S. 1306, 1394, 1426, 1648
- Bundesrepublik Deutschland
  S. 1603
- Philippinen
  S. 1306[6]
- Republik Vietnam
  S. 1417

Mali
siehe außerdem:
DDR
Frankreich
S. 1046, 1269 f.
- Tschechoslowakei
  S. 535
- USA
  S. 535

Mannesmann AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Marokko
siehe außerdem:
Algerien
Arabische Staaten
S. 507, 1260, 1269[3]

„massive retaliation"
siehe: NATO

Mauretanien
S. 1235[13]

Meco (Mechanical Corporation)
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Mexiko
- Bundesrepublik Deutschland
  S. 1526

Meždunarodnaja žizn' (Moskau)
S. 420

Militärhilfe
siehe:
Ausrüstungshilfe
Verteidigungshilfe

MLF (Multilateral Force)
siehe außerdem:
Atomwaffen
Belgien
Dänemark
Frankreich
Griechenland
Großbritannien
Italien
Kanada
Niederlande
Norwegen
UdSSR
USA
Dok. 20 und S. 381, 830, 853, 864, 1242[30], 1342, 1396, 1406, 1475, 1479, 1585, 1642
- Besatzungen
  S. 40[12], 64, 313, 400, 474 f., 586, 588, 686, 795–797, 1021 f., 1440 f., 1591 f., 1653
- Bundesrepublik Deutschland
  Dok. 2, 120, 149, 156, 159, 240 und S. 40 f., 53, 67, 80, 109, 111, 117, 153, 180[6], 188, 199 f., 239, 253, 270, 275, 292 f., 308, 313, 330, 382, 473–475, 512–514, 519–521, 543, 548, 560, 576 f., 585–588, 614 f., 647, 670–672, 674, 713, 762, 815, 957, 1007, 1014, 1022, 1113, 1115, 1117, 1141, 1165, 1183, 1207, 1220 f., 1308 f., 1311, 1338, 1343, 1423, 1436, 1439–1443, 1449, 1590–1592, 1636, 1650–1654, 1696 f.
- Demonstrationsschiff
  S. 1220 f., 1440–1443, 1591 f., 1653, 1696
- Einsatzregelung
  S. 40[11], 41, 52, 54, 65 f., 70, 401 f., 506, 586 f., 647, 1021, 1440, 1650, 1652 f.
- Europäisierungsklausel
  S. 733, 795[5], 1165 f., 1429, 1441 f., 1636, 1651
- Executive Committee
  S. 7[5], 139 f., 400 f., 491 f., 576, 795, 797, 1650
- Finanzierung
  S. 400–403, 475, 491[4], 492, 506, 582, 586–588, 671 f., 796 f., 1021, 1023, 1164 f., 1258, 1591, 1651–1653

- Flaggenführung
Dok. 162 und S. 400, 796, 1652
- Inter-Allied Nuclear Force (IANF) als Vorstufe
S. 470, 473 f., 477, 511, 513 f., 543 f., 559 f., 576 f., 579 f., 582, 585, 614
- MLF-Arbeitsgruppe
Dok. 414, 475 und S. 1407, 1696
- Nassau-Abkommen
Dok. 16 und S. 5[2], 39–41, 64–66, 70, 104, 111, 114, 116, 135, 139, 142, 145, 165, 170, 172–174, 177, 180, 189, 197, 228, 264, 269, 273, 275, 304, 311, 320, 399, 470, 474, 587, 743, 1022, 1256, 1590
- NATO-Anbindung
S. 6 f., 40 f., 52–54, 64, 67, 80, 400, 470 f., 579 f., 585[3], 795, 797, 1651
- U-Boot-Flotte versus Überwasserschiffe
S. 6, 8, 137–139, 400–403, 473–475, 491 f., 505, 586–588, 672, 686, 796 f., 1021[15], 1022, 1440, 1591, 1652

Mongolische Volksrepublik
- UdSSR
S. 1209
- UNO
S. 778
- Volksrepublik China
S. 1209

Montanunion
siehe: EGKS

Mosambik
siehe außerdem: Portugal
S. 405[3]

MTP (Maschinen/Turbinen/Pumpen)
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Multilaterale Atomstreitmacht der NATO
siehe: MLF

Nationalchina
siehe: Republik China

NATO (North Atlantic Treaty Organisation)
siehe außerdem:
Frankreich
Griechenland
Italien
MLF
Nichtangriffsabkommen
Röhrenembargo
Spanien
Türkei
UdSSR
USA
S. 24, 44, 58, 84, 125, 141 f., 283, 332, 381, 397, 399, 426–428, 444–446, 474, 499, 519, 522, 555, 578, 635, 725, 751–755, 781, 785, 787, 799 f., 827, 842, 850, 899, 909, 1006, 1017, 1023, 1040, 1054, 1068, 1086, 1111, 1131, 1159 f., 1162, 1187, 1250, 1326, 1335, 1538, 1562, 1646, 1649, 1655
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 335, 1581, 1583, 1587, 1622 f.
- Athener „nuclear guidelines"
S. 54, 65–67, 471, 513, 671, 762, 800
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 74, 75, 158, 190, 406 und S. 105, 170, 229, 270, 292 f., 308, 310 f., 313, 409, 414, 488, 550 f., 670, 699–701, 703, 762, 1049, 1113, 1115–1117, 1183, 1231, 1308, 1385 f., 1395 f., 1471 f., 1474 f., 1484–1486, 1502 f., 1553[7], 1587–1590, 1636
- Dreier-Direktorium
S. 52, 163, 165, 169 f., 174, 200, 1348, 1429, 1674
- „flexible response"
S. 274[7], 762
- Handel mit der UdSSR
S. 1191–1195, 1376, 1389, 1444, 1480–1483, 1530 f.
- konventionelle Streitkräfte
S. 514 f., 577
- „massive retaliation"
S. 115[18], 274[7]
- Military Committee
S. 1115
- NATO-Vertrag vom 4.4.1949
S. 249, 317[13], 381[14]
- Norstad-Plan von 1960
S. 7[7], 53, 794[4], 798, 801
- Ostblock-Staaten: Kreditpolitik
S. 1167, 1193[3+4], 1389, 1432, 1444, 1530
- SACEUR
S. 6 f., 40 f., 53 f., 64, 67, 80, 322, 400, 513, 579 f., 614, 795, 801, 933, 1406, 1651
- SACLANT
S. 6 f., 319, 655
- Standing Group
S. 1056, 1115, 1250, 1378, 1404 f.
- „Stikker exercise"
S. 512, 1021, 1403 f.

- strategische Konzeption
  Dok. 276 und S. 80, 111[2], 112, 115, 511 f., 800, 852, 1021[13], 1404, 1484, 1588 f., 1621, 1636
- Streitkräfteplanung
  S. 41, 400, 614, 1349[13], 1485, 1666
- Teststopp-Abkommen
  Dok. 267
- Vorwärtsverteidigung
  S. 39, 41, 167, 709, 712, 1349[13], 1484, 1509, 1589, 1700

Neue Zürcher Zeitung
S. 422[3], 1231[4]

Neues Deutschland (Ost-Berlin)
S. 10, 216, 775, 936, 1293[3], 1671[2]

Neuseeland
S. 100, 724, 1603

Neutralisierung Deutschlands
siehe: Deutsche Frage

Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt
siehe außerdem:
Abrüstung
Belgien
Frankreich
Großbritannien
Italien
Teststopp-Abkommen
USA

S. 186, 192–195, 220, 392, 450, 584, 756, 780, 784 f., 788–790, 812, 817, 843 f., 846, 850, 866[8], 884, 887, 897, 919, 920[29], 925 f., 944 f., 965, 973, 985, 1039, 1057, 1071 f., 1114, 1137, 1216, 1237, 1239, 1247 f., 1363 f., 1374, 1579–1581, 1621–1623, 1640, 1665, 1698

- Bundesrepublik Deutschland
  Dok. 187, 256, 271, 278, 285, 309, 317 und S. 687–689, 730 f., 733, 750, 804, 807 f., 899, 939 f., 1006 f., 1011, 1018, 1029, 1031[5], 1032[6], 1033, 1040, 1054 f., 1160, 1378, 1508
- Junktim mit Deutschland- und Berlin-Frage
  S. 688 f., 730 f., 733, 736, 750, 804, 836, 843, 852 f., 899, 910, 936 f., 940, 945, 952[15], 953, 956, 1005, 1031 f., 1054, 1062, 1140, 1153, 1155, 1181, 1239, 1242, 1244, 1387, 1432[21], 1450, 1498, 1578, 1581, 1583, 1622
- Junktim mit Teststopp-Abkommen
  S. 687–689, 730, 744, 750, 752, 789, 828, 833–837, 889 f., 905, 935 f., 951, 1033, 1053, 1150–1152, 1219, 1224 f., 1324 f.

Niederlande
siehe außerdem: Indonesien

S. 95, 698, 877, 1055[11], 1461, 1494, 1595

- Bundesrepublik Deutschland
  S. 525, 1275, 1524 f.
- europäische politische Union
  Dok. 442 und S. 196, 198, 252, 444, 685[9], 942, 1333 f., 1342 f., 1370, 1462, 1492, 1539, 1605, 1695
- EWG
  S. 32, 98, 204–215, 270, 525 f.
- MLF
  S. 66, 512[10], 560, 582, 1338, 1650
- Teststopp-Abkommen
  S. 890
- Wahlen
  S. 625, 690

Nigeria
S. 313, 494

- Ausrüstungshilfe
  S. 533, 630, 652
- USA
  S. 533

Njassaland
S. 555

Nordatlantikpakt-Organisation
siehe: NATO

Nordkorea
siehe: Demokratische Volksrepublik Korea

Nordvietnam
siehe: Demokratische Republik Vietnam

Norwegen
siehe außerdem: DDR

S. 387, 521[5], 699, 785, 839, 858, 1055[11], 1275, 1618

- EWG
  S. 31, 146, 149, 225, 257, 934, 1693
- MLF
  S. 66, 583, 1338
- Teststopp-Abkommen
  S. 890

Noten und Memoranden

- Note der UdSSR vom 10.3.1952 an die Westmächte („Stalin-Note")
  S. 4, 383 f.
- Note der UdSSR vom 6.1.1958 an den Generalsekretär der UNO zur Einbeziehung Berlins in Verträge der Bundesrepublik Deutschland
  S. 1212[3]
- Memorandum der UdSSR vom 8.1.1958 an die Mitgliedstaaten der UNO, die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz zur Einberufung einer Gipfelkonferenz
  S. 277[5]
- Aide-mémoire der UdSSR vom 19.3.1958 an die Bundesrepublik Deutschland über einen Friedensvertrag mit Deutschland
  S. 383 f., 1086
- Note der UdSSR vom 27.5.1958 an die Mitgliedstaaten der NATO
  S. 851
- Note der UdSSR vom 27.11.1958 an die Westmächte („Berlin-Ultimatum")
  siehe: Berlin
- Memorandum der UdSSR vom 27.12.1961 an die Bundesrepublik Deutschland zur Deutschland- und Berlin-Frage
  S. 284[7], 379 f., 541
- Memorandum der Bundesrepublik Deutschland vom 21.2.1962 an die UdSSR
  S. 376, 379[11], 380, 1547
- Aide-mémoire der UdSSR vom 26.7.1962 an die Bundesrepublik Deutschland zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Warenabkommen
  S. 1412
- Noten der arabischen Staaten vom Dezember 1962 an die Bundesrepublik Deutschland
  S. 46 f.
- Protestnote Jugoslawiens vom 30.11.1962 an die Bundesrepublik Deutschland gegen das Attentat auf das Gebäude der Abteilung für die Wahrnehmung jugoslawischer Interessen in der ehemaligen jugoslawischen Botschaft in Bonn
  S. 351
- Memorandum Jugoslawiens vom 5.12.1962 an die Bundesrepublik Deutschland über das Attentat auf das Gebäude der Abteilung für die Wahrnehmung jugoslawischer Interessen in der ehemaligen jugoslawischen Botschaft in Bonn
  S. 351[8]
- Verbalnote der Bundesrepublik Deutschland vom 14.1.1963 an Kuba über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen
  S. 63[6]
- Aide-mémoire der UdSSR vom 29.1.1963 an Frankreich zum Deutsch-französischen Vertrag
  S. 245, 305
- Noten der UdSSR vom 5.2.1963 an Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland zum Deutsch-französischen Vertrag
  S. 282 f., 305, 330, 414[4], 419, 421
- Note Polens vom 25.2.1963 an Frankreich zum Deutsch-französischen Vertrag
  S. 359
- Noten der Bundesrepublik Deutschland vom 11.3.1963 an Jugoslawien über Fragen der Wiedergutmachung und die Entschädigung für Opfer von Menschenversuchen sowie Wirtschaftsbeziehungen
  S. 353[13]
- Note der Bundesrepublik Deutschland vom 13.3.1963 an die arabischen Staaten
  S. 482, 609, 1064[4]
- Note Frankreichs vom 29.3.1963 an die UdSSR zum Deutsch-französischen Vertrag
  S. 415
- Note der Bundesrepublik Deutschland vom 29.3.1963 an die UdSSR zum Deutsch-französischen Vertrag
  S. 414 f., 578[8]
- Note der UdSSR vom 6.4.1963 an die Bundesrepublik Deutschland zum Röhrenembargo
  S. 486 f., 490
- Noten der UdSSR vom 8.4.1963 an die USA, Großbritannien und die Bundes-

republik Deutschland zur MLF
S. 382[19], 472, 478, 578[3], 799[26], 1005[17]
- Verbalnote der Bundesrepublik Deutschland vom 11.4.1963 an die UdSSR zum Röhrenembargo
S. 486, 490
- Noten der UdSSR vom 17.5.1963 an Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland zum Deutsch-französischen Vertrag
S. 573, 578
- Noten der USA, Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland vom 18.5.1963 an die UdSSR zur MLF
S. 382[19], 472[29], 478[8]
- Note der Bundesrepublik Deutschland vom 20.5.1963 an die UdSSR zur Repatriierung Deutscher aus der UdSSR
S. 565, 1663
- Note der UdSSR vom 20.5.1963 an die Westmächte und die Anrainerstaaten des Mittelmeeres über eine atomwaffenfreie Zone am Mittelmeer
S. 594[6]
- Aide-mémoire der UdSSR vom 18.6.1963 an die Bundesrepublik Deutschland zur Frage der Meistbegünstigung
S. 1412
- Aide-mémoire der Bundesrepublik Deutschland vom 26.7.1963 an Großbritannien über den Beitritt der DDR zu internationalen Abkommen
S. 791[7], 845, 849
- Note der UdSSR vom 29.7.1963 an die Bundesrepublik Deutschland über die Anwendung polizeilicher Meldevorschriften für Angehörige der sowjetischen Handelsvertretung
S. 1413
- Note der Bundesrepublik Deutschland vom 19.8.1963 an die UdSSR zum Teststopp-Abkommen
S. 1050–1052
- Note der Bundesrepublik Deutschland vom 23.8.1963 an die UdSSR zum Deutsch-französischen Vertrag
S. 579[10]
- Note Frankreichs vom 23.8.1963 an die UdSSR zum Deutsch-französischen Vertrag
S. 579[11]
- Note der UdSSR vom 23.8.1963 an die USA und Großbritannien wegen der Zurückweisung der Notifikation über den Beitritt der DDR zum Teststopp-Abkommen
S. 1051[10]
- Aide-mémoire der USA vom 4.9.1963 an Frankreich über die logistische Vereinbarung zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland
S. 1103–1105
- Verbalnote der Bundesrepublik Deutschland vom 29.9.1963 an die UdSSR über die Anwendung polizeilicher Meldevorschriften für Angehörige der sowjetischen Handelsvertretung
S. 1413
- Verbalnote der Republik Vietnam vom 5.11.1963 an die Bundesrepublik Deutschland zur Übernahme der Regierungsgewalt in der Republik Vietnam durch einen revolutionären Militärrat
S. 1415, 1417
- Aide-mémoire der Republik Vietnam vom 7.11.1963 an die Bundesrepublik Deutschland mit der Bitte um Anerkennung der provisorischen südvietnamesischen Regierung
S. 1415
- Aide-mémoire der UdSSR vom 20.11.1963 an Großbritannien über die Abrüstungsfrage und Berlin
S. 1498[15], 1579
- Note Kambodschas vom 24.22.1963 an die UdSSR und Großbritannien zur Einberufung einer Indochina-Konferenz
S. 1647[4]
- Aide-mémoire der Bundesrepublik Deutschland vom 5.12.1963 an Rumänien zur Familienzusammenführung
S. 1519[8]
- Note der Bundesrepublik Deutschland vom 30.12.1963 an Frankreich zur Rücküberstellung des Obersten Argoud
S. 1523[5], 1661[6]

Oder-Neiße-Linie
siehe:
Deutsche Frage
Frankreich–Bundesrepublik

Großbritannien–Bundesrepublik
Polen–Bundesrepublik

OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development)
siehe außerdem: Jugoslawien
S. 24, 34, 248, 269, 635, 1111
- Entwicklungshilfe
S. 1528
- Türkei-Konsortium
S. 132

OEEC (Organisation for European Economic Cooperation)
S. 102[27], 261

Österreich
siehe außerdem:
Frankreich
Italien
S. 101, 817, 1381[8], 1618
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 445 und S. 267 f., 765
- EFTA
S. 268, 734, 1532 f.
- EWG
Dok. 81 und S. 129, 365[4], 418, 439, 518, 734, 1532 f.
- Tschechoslowakei
S. 1534
- UdSSR
S. 268, 1532

Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit
siehe: OEEC

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
siehe: OECD

Ostafrikanische Föderation
siehe außerdem:
Kenia
Tanganjika
Uganda
S. 534, 555

Ostausschuß der deutschen Wirtschaft
S. 1445, 1503[2], 1618

Ostblock-Staaten
siehe außerdem:
EWG
Frankreich
Großbritannien
NATO
UdSSR
USA
S. 336, 456, 895 f., 970, 1421
- Berlin (West) in Abkommen
S. 598 f., 768, 1169 f., 1267 f., 1278, 1296 f., 1377, 1619, 1630–1632, 1644
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 225, 232, 330 und S. 117–119, 845, 1058, 1169 f., 1173, 1177 f., 1243 f., 1246, 1267, 1387, 1396, 1430 f., 1435, 1450, 1508, 1573–1575, 1582, 1586, 1618, 1623 f., 1631, 1677, 1684 f.

Ostgebiete des Deutschen Reiches unter fremder Verwaltung
siehe: Deutsche Frage

Pakistan
siehe außerdem:
Afghanistan
Birma
Großbritannien
Indien
Iran
Kaschmir-Konflikt
S. 100, 287, 439, 465
- Ausrüstungshilfe
S. 493, 495, 531, 1117, 1171 f., 1211, 1286, 1290 f.
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 47 und S. 485
- CENTO
S. 485, 1172[57]
- Entwicklungshilfe
S. 158, 1116, 1697
- SEATO
S. 1172[57]
- USA
S. 156 f., 531, 1172 f., 1211, 1288, 1290 f.
- Volksrepublik China
S. 155, 159, 1172[57], 1286[13]

Peru
- Bundesrepublik Deutschland
S. 1526

Philippinen
siehe außerdem: Malaysia
S. 1359[3], 1426[37]
- USA
S. 157[10]

Phoenix-Rheinrohr AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Polaris
siehe außerdem: MLF
S. 5[2], 6, 39, 54, 66, 70, 116, 137–139, 141, 174, 177, 199, 305, 308, 311, 393, 401–403, 470, 491, 505, 513, 515, 549, 586f., 614, 743, 795–797, 1207, 1320, 1390[12], 1406, 1473, 1651

Polen
siehe außerdem:
DDR
Frankreich
Heiliger Stuhl
Jugoslawien
Polen–Bundesrepublik
S. 314, 420, 921, 1706
- EWG
S. 161, 456
- Kommunistische Partei Polens
S. 370[7], 459f.
- MLF
S. 370
- Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP)
S. 93, 1685
- UdSSR
S. 241, 359, 454, 456, 461f., 667, 698, 749, 1246, 1346
- USA
S. 970

Polen–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 4, 29, 114, 140, 141 und S. 119, 197, 346, 673, 1257, 1267, 1504, 1685
- Beendigung des Kriegszustands
S. 457[4]
- Berlin (West) in Abkommen
Dok. 183 und S. 93f., 500, 747f., 755, 820, 1078, 1107, 1296, 1574, 1623, 1634
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
S. 360, 458–461
- Deutsche Volksgruppe
S. 461
- Familienzusammenführung
S. 93
- Handelsvertragsverhandlungen
S. 13, 93f., 153, 160f., 328, 458, 460f., 746, 769, 1018
- Handelsvertretung in Warschau
Dok. 45, 48, 97 und S. 13f., 94f., 369, 442, 458, 461–463, 592f., 680[2], 764, 768, 1169, 1178, 1182, 1216, 1245, 1434, 1623
- konsularische Beziehungen
S. 13–16, 95[11], 162[16]
- Kreditgewährung
S. 770
- Oder-Neiße-Linie
Dok. 109 und S. 14, 16, 151[1], 181–184, 369f., 456, 458–461, 666f., 746, 1037, 1346

Portugal
siehe außerdem: Indien
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 374, 401, 417 und S. 309, 406, 517f., 1046f., 1147, 1230, 1285
- EFTA
S. 518
- EWG
Dok. 161 und S. 257
- Kolonialpolitik
S. 405f., 555, 1045, 1147, 1210, 1383
- NATO
S. 1384
- Spanien
S. 1210
- Teststopp-Abkommen
S. 891
- UdSSR
S. 891
- UNO
S. 406[5], 1045f., 1235, 1285, 1382f.
- USA
S. 406, 539, 1210, 1383f.
- Verteidigungshilfe
S. 538f., 1275, 1285, 1446

Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945
S. 182, 360[4], 459, 567[8], 578, 667[23], 1084

Pravda (Moskau)
S. 191, 418–421, 839, 844, 968[2], 981, 1190[12], 1192, 1226, 1241[26], 1671[2]

Promsyrjoimport
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Rapacki-Plan
siehe außerdem: Abrüstung
S. 369[2], 370, 460, 763, 1035, 1040[13], 1082, 1090

Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
siehe: RGW

Renmin Ribao (Peking)
S. 273[4], 1229[3]

Republik China
siehe außerdem:
Frankreich
Japan
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 210 und S. 1229 f., 1378, 1619
- Teststopp-Abkommen
S. 860, 888, 958
- UdSSR
S. 860, 888
- USA
S. 1288

Republik Korea
S. 1556[6]
- Ausrüstungshilfe
S. 651
- USA
S. 157[10], 529, 1699

Republik Vietnam
siehe außerdem:
Demokratische Republik Vietnam
Frankreich
Großbritannien
Italien
Japan
Kambodscha
Malaysia
S. 164, 1260, 1387
- Buddhistenverfolgung
S. 1425[32]
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 383, 409, 474
- Neutralisierung
S. 1088[25], 1647
- USA
S. 1288, 1305, 1415–1417, 1648
- Volksrepublik China
S. 1306, 1648

RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe)
siehe außerdem: Rumänien
S. 37[12], 418, 748, 771, 870, 1209[31]

Rhodesien
S. 555, 1285

Röhrenembargo
siehe außerdem:
Frankreich
Großbritannien
Italien
Japan
Schweden
UdSSR
USA
Dok. 9, 11, 23, 95, 108, 123, 125 und S. 95, 455, 502, 578, 769, 771, 1096, 1451, 1482, 1711
- Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962
S. 33[5], 37, 75, 78, 324, 387, 408[5], 409–412, 426 f., 475 f., 488, 574, 588 f.
- Debatte im Bundestag
Dok. 124 und S. 408[6], 426
- „Freundschaftslinie"
S. 37[12], 76, 78, 324, 326, 358, 410, 412, 574
- strategische Bedeutung für die UdSSR
S. 33[8], 37, 326, 357 f., 410–413, 489, 574
- Verordnung der Bundesregierung vom 18. Dezember 1962
S. 33, 325, 327, 386, 408, 410, 487, 489, 582

Römische Verträge vom 25. März 1957
siehe außerdem:
EURATOM
EWG
S. 34[3], 68, 99, 107, 129 f., 147, 150[12], 164, 176[16], 177 f., 198, 207, 210, 247 f., 256, 258 f., 261, 286, 316, 320, 333, 438, 441, 704 f., 713 f., 721, 1111, 1166, 1201, 1350–1352, 1401, 1455–1458, 1460, 1658, 1679, 1694
- EURATOM-Vertrag
S. 34, 765, 1350
- EWG-Vertrag: Artikel 2
S. 1323, 1332 f.
- EWG-Vertrag: Artikel 8
S. 770, 1112[8], 1598[22]
- EWG-Vertrag: Artikel 39
S. 713, 1690
- EWG-Vertrag: Artikel 40
S. 497, 1613
- EWG-Vertrag: Artikel 95 bis 99
S. 1323, 1332 f.
- EWG-Vertrag: Artikel 110
S. 704, 713, 1690
- EWG-Vertrag: Artikel 131–136
S. 416[2]
- EWG-Vertrag: Artikel 148
S. 55[3]
- EWG-Vertrag: Artikel 237
S. 208, 224

- Präambel
S. 224

Rose el Jussuf (Kairo)
S. 643

Rotes Kreuz
S. 217f., 567, 1645
- Deutsches Rotes Kreuz
S. 300
- Internationales Komitee vom Roten Kreuz
S. 299f., 1276f., 1625

Ruanda
S. 555, 1235[13]

Rumänien
siehe außerdem:
Albanien
DDR
Frankreich
Heiliger Stuhl
Rumänien–Bundesrepublik
S. 1707
- RGW
S. 896, 1318
- UdSSR
S. 698, 736, 746, 896, 1246, 1298f., 1318, 1631
- USA
S. 970
- Volksrepublik China
S. 1317f.

Rumänien–Bundesrepublik Deutschland
S. 673, 1018, 1182, 1504, 1685
- Berlin (West) in Abkommen
S. 592f., 748f., 821, 1129[14], 1294–1297, 1316f., 1377, 1574, 1623, 1631, 1634
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
S. 1318
- diplomatische Beziehungen
S. 591f.
- Familienzusammenführung
Dok. 439 und S. 747, 1574[9], 1631
- Handelsvertragsverhandlungen
S. 591f., 769, 1377, 1518, 1519[8], 1573[3], 1574, 1630–1633
- Handelsvertretungen
Dok. 112, 181, 380, 388 und S. 680[2], 1169, 1216, 1245, 1434, 1519, 1574, 1623, 1631

Salzgitter Hüttenwerk AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Sansibar
S. 1285

Saturday Evening Post (New York)
S. 1391, 1520[5]

Saudi-Arabien
siehe außerdem:
Arabische Staaten
Jemen
S. 537
- Bundesrepublik Deutschland
S. 47
- USA
S. 607

Scandinavian Pipeline
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Schweden
siehe außerdem: Frankreich
S. 521[5], 817
- Bundesrepublik Deutschland
S. 722, 765
- EWG
S. 129
- Röhrenembargo
S. 38[17], 76, 78, 241, 386, 407[1], 411[15], 541
- Teststopp-Abkommen
S. 859
- UdSSR
S. 241

Schweiz
S. 431, 433, 464, 971, 1460
- Bundesrepublik Deutschland
S. 765, 949[5]
- EFTA
S. 1532
- EWG
S. 129
- Teststopp-Abkommen
S. 859
- USA
886, 983

SEATO (South-East Asia Treaty Organisation)
siehe außerdem:
Frankreich
Pakistan
S. 157

Selbstbestimmungsrecht
S. 283 f., 330, 380 f., 389, 406, 425, 672 f., 689, 763, 899, 901 f., 908, 910, 993, 1011, 1120, 1139, 1153, 1180 f., 1225, 1234, 1246, 1360, 1372 f., 1471, 1507, 1532, 1547 f., 1551, 1559, 1561–1563, 1565, 1567, 1610, 1615, 1665, 1678, 1683 f., 1702, 1705

Senegal
S. 1046

Siemens-Halske AG
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Sierra Leone
S. 1235[13]

Skybolt
S. 5[2], 39, 116, 140 f., 165, 173, 311

Somalia
siehe außerdem:
Äthiopien
Großbritannien
Israel
Italien
Kenia
- Ausrüstungshilfe
S. 494, 532, 536, 1286, 1292, 1505 f.
- Bundesrepublik Deutschland
S. 1505
- UdSSR
S. 1286[13], 1292, 1505
- USA
S. 532, 1292
- Volksrepublik China
S. 1286[13], 1292

Sondierungsgespräche
siehe:
Abrüstung
Berlin

South Durham Steel Company
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Sowjetunion
siehe: UdSSR

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
siehe: SPD

Spanien
siehe außerdem:
Frankreich
Portugal
S. 508, 538
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 185, 365 und S. 266 f.
- EWG
Dok. 80 und S. 319, 518
- NATO
S. 310, 880
- USA
S. 275, 602, 1231

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
S. 130, 307 f., 333[8], 340, 408 f., 620, 623, 738–740, 775, 840, 878, 922 f., 976, 978, 1019, 1198, 1279[13], 1527, 1534, 1590, 1592, 1635 f., 1638, 1697

Sport und Technik (Ost-Berlin)
S. 326

Stern (Hamburg)
S. 1624[21]

Sudan
- Ausrüstungshilfe
S. 396–398, 494, 534, 536, 1286
- USA
S. 534

Sudoimport
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Südafrika
S. 555
- Bundesrepublik Deutschland
S. 1046 f., 1147[6]
- UNO
S. 1045 f., 1235, 1285

Süddeutsche Zeitung (München)
S. 230[4], 557[2]

Südkorea
siehe: Republik Korea

Südostasienpakt-Organisation
siehe: SEATO

Südvietnam
siehe: Republik Vietnam

Suezkrise von 1956
S. 66, 510, 601, 612, 766, 868 f., 962

Syrien
siehe außerdem:
Arabische Staaten
DDR
Irak
Jordanien
VAR

- Baath-Partei
S. 606, 610, 1121–1123
- Bundesrepublik Deutschland
S. 1122, 1124
- Entwicklungshilfe
S. 132 f., 1116, 1125
- Türkei
S. 133
- UdSSR
S. 1122
- USA
S. 537

Taiwan
siehe: Republik China

Tanganjika
siehe außerdem:
Großbritannien
Ostafrikanische Föderation

S. 1046, 1235[13]
- Ausrüstungshilfe
S. 534
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 171 und S. 534
- USA
S. 534

Temporary Travel Documents (TTD)
siehe außerdem:
Belgien
Dänemark
DDR
Italien
Kanada
- Beschluß der NATO-Staaten vom 26. August 1961
S. 361[5], 521
- Lockerung der TTD-Sperre
Dok. 163, 326, 476 und S. 1378 f., 1625

Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963
siehe außerdem:
Abrüstung
Belgien
Dänemark
Frankreich
Japan
Kanada
Kuba
Luxemburg
NATO
Niederlande
Norwegen
Portugal
Republik China
Schweden
Schweiz
Volksrepublik China

S. 853–855, 858, 896 f., 921 f., 939, 955, 966[7], 968, 973, 1041, 1197, 1199, 1245, 1250, 1253, 1301, 1334, 1363, 1382, 1420, 1479, 1481, 1587, 1645, 1703
- Beitrittsklausel (Artikel 3)
Dok. 235, 263 und S. 777, 789–792, 802 f., 807–809, 813, 817, 829, 837[16], 840, 848 f., 872 f., 875, 881, 887, 898, 915, 924, 977 f., 981 f., 1059, 1151, 1200, 1219, 1225
- Berlin (West) in Abkommen
Dok. 298, 323, 335 und S. 1170, 1278, 1376, 1408 f.
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 215, 234, 239, 241, 243, 244, 245, 254, 258, 260, 262, 275, 279, 283, 284, 288, 302 und S. 744, 816 f., 838–842, 849, 857–863, 875 f., 884 f., 892[13], 898–901, 904, 906–909, 914–918, 923–928, 957, 964 f., 976–979, 989[2], 999 f., 1003, 1006–1008, 1015 f., 1019, 1022, 1029, 1039, 1044, 1050–1052, 1071, 1081, 1083, 1113, 1136 f., 1139, 1150 f., 1199–1201, 1219, 1224 f., 1227–1229, 1282, 1310, 1312, 1508, 1547 f., 1559, 1580, 1582, 1698
- DDR: Beitritt
Dok. 264, 295 und S. 778 f., 791, 807, 809, 813, 817, 836 f., 840–843, 845–848, 859 f., 871–875, 881, 883 f., 891 f., 906 f., 914–916, 924, 926, 928–931, 938, 949 f., 958 f, 964 f., 978, 981–984, 999–1001, 1007, 1025, 1030, 1033, 1039, 1050, 1057 f., 1139, 1151 f., 1200, 1219 f., 1225, 1240, 1365, 1510, 1582
- Moskauer Verhandlungen
S. 693, 735 f., 744, 750, 753 f., 776 f., 780, 782–785, 787, 828–830, 833–838, 845 f., 851, 884, 888–890, 897 f., 944–946, 1241 f., 1325
- offizielle Interpretation
Dok. 272 und S. 803, 809 f., 814, 829, 846–848, 862, 872, 907, 917 f., 925
- Ratifizierung in der Bundesrepublik Deutschland
Dok. 435 und S. 860 f., 1002 f., 1019 f., 1039, 1077 f., 1118, 1217 f., 1240

- Ratifizierung in den USA
  S. 785, 803, 830, 1217 f., 1240, 1324 f.
- Registrierung bei der UNO
  Dok. 391 und S. 813
- Revisionskonferenz (Artikel 2)
  S. 813, 815, 840, 847 f., 859 f., 866, 873, 887, 889, 915 f., 924, 930, 958, 1225, 1510
- Rücktrittsklausel (Artikel 4)
  Dok. 287 und S. 813, 882, 889, 924 f., 977 f., 981 f., 1070 f., 1200, 1225
- Unterrichtung der Bundesregierung über Moskauer Verhandlungen
  Dok. 236, 238, 250, 282 und S. 756 f., 778 f., 802, 807–809, 833–838, 860, 905 f., 925 f., 959, 1025, 1039, 1150–1152, 1200, 1218 f., 1224 f., 1325, 1344 f., 1510
- Vorgeschichte
  Dok. 196, 228 und S. 499, 687–689, 730 f.

Thailand
S. 1425, 1427, 1647 f.
- Ausrüstungshilfe
  S. 651

The Atlanta Journal
S. 1520[6]

The New York Herald Tribune
S. 783

The New York Times
S. 164, 172, 220[11], 482[11], 637[10], 729, 783, 784[14], 794[4], 1172[58], 1180[4], 1231[3], 1422[19], 1701[2]

The Times (London)
S. 135[2], 295, 372[6], 426[8+11], 560, 684[6], 1122[4], 1239[17], 1253[68], 1292[28], 1697

Trade Expansion Act vom 11. Oktober 1962
siehe: USA

Tschechoslowakei
siehe außerdem:
DDR
Frankreich
Mali
Österreich
S. 420, 921, 1005, 1238, 1313[6], 1707
- Bundesrepublik Deutschland
  Dok. 432 und S. 346, 1018, 1169, 1182, 1216, 1245, 1430, 1566 f., 1574, 1586, 1623 f., 1685
- Grenzen
  S. 1624

Türkei
siehe außerdem:
Griechenland
OECD
Syrien
S. 665, 690, 1556[6], 1588
- Bundesrepublik Deutschland
  Dok. 40 und S. 452 f., 496, 1230, 1620 f.
- Entwicklungshilfe
  S. 132 f., 1116
- EWG: Assoziierung
  S. 704[6], 1595[7]
- EWG: Finanzhilfe
  Dok. 139 und S. 439, 468 f.
- MLF
  S. 582, 1439, 1650, 1653
- Munitionskaufvertrag
  S. 131 f.
- NATO
  S. 7, 1289, 1406 f., 1589, 1620 f., 1666
- USA
  S. 138[5], 453, 1288 f.
- Verteidigungshilfe
  Dok. 466 und S. 133, 157[10], 496 f., 528, 536 f., 631[5], 1284, 1288–1290

Tunesien
siehe außerdem:
Algerien
Arabische Staaten
Frankreich
S. 507, 1269 f.
- Bundesrepublik Deutschland
  S. 47
- Entwicklungshilfe
  Dok. 438

UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)
siehe außerdem:
Afghanistan
Algerien
Australien
Belgien
Dänemark
DDR
Finnland
Frankreich
Griechenland
Großbritannien
Heiliger Stuhl
Indien

Israel
Italien
Japan
Jemen
Jugoslawien
Kanada
Kuba
Laos
Mongolische Volksrepublik
Österreich
Polen
Republik China
Rumänien
Schweden
Somalia
Teststopp-Abkommen
UdSSR-Bundesrepublik
Dok. 117 und S. 102, 508, 601, 730, 866 f., 981 f., 1212 f., 1436, 1616
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 391, 687–689, 751 f., 789, 807, 811 f., 828 f., 834–836, 844, 846, 897 f., 945 f., 1004–1006, 1008, 1055[11], 1060 f., 1237, 1310, 1521, 1578–1581, 1644, 1665
- afrikanische Staaten
S. 555 f., 694, 785, 973, 1284
- Arabische Staaten
S. 484, 657
- Entwicklungshilfe
S. 1300 f.
- EWG
S. 179, 365[4], 418 f., 769, 1205, 1412[13], 1413
- Goldverkäufe
S. 845, 1299, 1301, 1413, 1482, 1576
- Ideologie
S. 4 f., 418–421, 698, 1034, 1133, 1135, 1158, 1420 f.
- Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU)
S. 423 f., 694[23], 922, 1247[43]
- Kredite westlicher Staaten
S. 1300 f., 1413, 1431, 1434, 1444, 1471, 1480, 1482, 1496, 1609, 1623, 1678, 1705
- Lateinamerika
S. 785, 973
- MLF
S. 336, 393, 420, 624, 799[26], 946[8], 957, 1005, 1387, 1578, 1580, 1589 f., 1622, 1640, 1697
- NATO
S. 387, 419, 632, 655, 700, 839
- Ostblock-Staaten
S. 1155, 1161, 1170, 1216 f., 1299, 1313 f., 1609, 1617, 1644, 1666
- Republik China
S. 1158
- Röhrenembargo
Dok. 72, 148 und S. 36 f., 356 f., 386 f., 389[38], 541, 567, 573–575, 904, 1312, 1561
- Ungarn
S. 424, 698, 1246
- UNO
S. 1344, 1409, 1480, 1547–1550, 1582[30], 1639
- USA
S. 16–18, 122 f., 138 f., 191[10], 220 f., 276 f., 303 f., 311, 337–340, 342, 344–346, 356–358, 392 f., 419–421, 450 f., 455, 478 f., 499, 505, 519[4], 527, 553 f., 583 f., 613, 616, 618 f., 638–640, 673, 681–683, 751[5], 779, 782–785, 787 f., 855, 857, 875, 910, 917, 921, 944, 968 f., 983, 1034 f., 1044, 1058, 1066 f., 1071, 1158, 1161 f., 1167, 1194–1196, 1198, 1204, 1209, 1215–1218, 1237 f., 1244, 1258–1260, 1299, 1313 f., 1321, 1324–1326, 1334 f., 1338 f., 1344, 1360, 1363 f., 1372, 1374, 1387, 1390[12], 1396 f., 1432 f., 1451, 1471 f., 1482, 1559, 1579, 1665, 1676, 1702–1707, 1713
- VAR
S. 481, 509 f., 564[12], 1123, 1542[10]
- Volksrepublik China
S. 121–123, 164, 186, 273, 290, 336, 394, 423 f., 455, 556, 601, 604, 618, 622, 663 f., 666, 675, 681, 692, 694, 698, 729, 736, 744 f., 753, 767 f., 784, 786, 834, 837 f., 854–858, 874 f., 889, 896, 917, 919, 921, 968–973, 1004 f., 1017, 1034, 1037, 1066, 1070 f., 1075[3], 1094, 1134, 1153, 1182, 1187–1190, 1198, 1203, 1208 f., 1216, 1229, 1241, 1244–1247, 1251–1253, 1293, 1301, 1306, 1317, 1324, 1335, 1338, 1341, 1347, 1364, 1390[12], 1420 f., 1424, 1437, 1449 f., 1478, 1483, 1577, 1579, 1609, 1617–1619, 1644, 1677
- Weizenkäufe
Dok. 385 und S. 1189, 1203, 1298 f., 1312, 1324–1326, 1335, 1360, 1389[9], 1413, 1481 f., 1559, 1576, 1698, 1703
- wirtschaftliche Lage
Dok. 355, 381 und S. 692, 694, 786, 856, 875, 889, 1004, 1133, 1192–1194, 1207, 1241, 1259, 1326, 1335, 1389[9], 1390[11],

1420f., 1431, 1450, 1475, 1480f., 1576f., 1677, 1705f.

UdSSR–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: „Burgfriedensplan"

Dok. 64, 116, 155, 167, 174, 186, 200, 212, 259, 269, 314, 328, 407, 450 und S. 113, 455, 479, 622, 662–666, 668, 692–696, 698, 728f., 745, 754, 786f., 831, 855–857, 921, 930, 970, 1037, 1099f., 1133f., 1158, 1181, 1209, 1217, 1226, 1241, 1344, 1348, 1497, 1665f., 1702f., 1705–1708

- Atomwaffen
Dok. 384 und S. 381f., 384, 390, 393, 420f., 578, 624, 681, 1071, 1087, 1090, 1578
- Beendigung des Kriegszustands
S. 388
- Begnadigung von Speer
S. 570f.
- Berlin
Dok. 27, 28 und S. 184, 189–195, 227, 237, 243, 306, 390–392, 540f., 578, 605, 764, 819f., 897, 899, 952[15], 999f., 1050f., 1054, 1078, 1087, 1089, 1107, 1408f., 1411f., 1471, 1479f., 1507, 1548–1550, 1559–1561, 1563f., 1566f., 1619, 1678
- Deutsch-französischer Vertrag
Dok. 86, 128, 176 und S. 305, 330, 390, 571
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
Dok. 1, 98, 130, 325, 352, 454 und S. 78, 184f., 189–195, 220, 227, 235, 243, 379–385, 387–392, 420, 665, 695, 897, 899, 903, 947, 953f., 956, 1011, 1050, 1052, 1096f., 1153[17], 1168f., 1421, 1471, 1479f., 1547–1552, 1579, 1586, 1639–1645, 1677f.
- Freigabe des Rubelkontos der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau
S. 568–570, 1663f.
- Freilassung der Studenten Naumann und Sonntag
S. 572f., 646[6], 903f., 1312, 1410
- Grenzvorbehalt
S. 14, 183
- Handelsvertretung
S. 36[7], 37, 76, 572f., 1413
- Kreditgewährung
S. 1190f., 1335, 1339, 1360f., 1413f., 1450f., 1609f., 1678, 1702, 1706
- Kulturbeziehungen
S. 502, 764, 820, 1548, 1558, 1561
- Moskauer Verhandlungen 1955
S. 3, 388, 662f., 692, 694, 784f., 835f., 874, 1187f., 1335, 1341
- NATO-Mitgliedschaft
S. 3f., 220, 329f., 1551
- Repatriierung
Dok. 480 und S. 541, 565–568, 1414, 1561, 1564
- Wirtschaftsbeziehungen
Dok. 408, 444 und S. 240–244, 357f., 386f., 486–490, 502, 673, 748, 764, 768–771, 1085, 1137[7], 1167, 1203, 1299, 1325f., 1549, 1558f., 1561f., 1663f.

Uganda
siehe: Ostafrikanische Föderation

Friedrich Uhde GmbH
siehe: Wirtschaftsunternehmen

Ungarn
siehe außerdem:
DDR
Frankreich
Heiliger Stuhl
UdSSR
Ungarn–Bundesrepublik
S. 478[12], 601, 896, 921, 1313[6]
- UNO
S. 868

Ungarn–Bundesrepublik Deutschland
S. 673, 747, 1018, 1257, 1377, 1504, 1685
- Berlin (West) in Abkommen
Dok. 154, 169, 332, 339 und S. 748f., 820f., 1296f., 1574, 1623, 1634
- diplomatische Beziehungen
S. 1107[4], 1128[3]
- Handelsvertragsverhandlungen
S. 119, 500–502, 545, 769f., 1106[1], 1108, 1128f.
- Handelsvertretungen
S. 95, 500–502, 544–546, 592, 598, 680[2], 1106–1108, 1128f., 1182, 1216, 1245, 1434, 1623
- konsularische Beziehungen
S. 1107

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
siehe: UdSSR

UNO (United Nations Organisation)
siehe außerdem:

Algerien
Berlin
DDR
Frankreich
Israel
Jemen
Kongo
Mongolische Volksrepublik
Portugal
Südafrika
UdSSR
Ungarn
Volksrepublik China

Dok. 312 und S. 24, 58, 112[9], 289, 350[4], 520, 555, 593[2], 905, 929, 1013, 1020, 1062, 1120, 1122[7], 1136, 1138, 1151, 1153[17], 1154, 1159 f., 1174, 1179 f., 1195 f., 1215, 1217 f., 1225 f., 1241, 1310[9], 1430 f., 1604

- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 16[2], 1363, 1372
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 259, 366 und S. 766, 900 f., 1181
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
S. 869, 1233 f., 1370[25]
- Economic Commission for Europe (ECE)
S. 868, 870
- Economic and Social Council (ECOSOC)
S. 1045
- Entwicklungssonderfonds
S. 868
- Flüchtlingswerke
S. 868
- Menschenrechtskommission
S. 869, 1380[4]
- technische Hilfe
S. 868, 1235
- UNICEF
S. 868
- UNO-Charta
S. 778, 843, 868, 899, 1007, 1583

Uruguay
S. 1527

USA (United States of America)
siehe außerdem:
Algerien
Äthiopien
Belgien
Birma
Bulgarien
Dänemark
DDR
Finnland
Frankreich
Großbritannien
„Hähnchenkrieg"
Indien
Indonesien
Irak
Iran
Israel
Italien
Japan
Jemen
Jordanien
Jugoslawien
Kanada
Kongo
Kuba
Laos
Mali
Nigeria
Pakistan
Philippinen
Polen
Portugal
Republik China
Republik Korea
Republik Vietnam
Rumänien
Saudi-Arabien
Schweiz
Somalia
Spanien
Syrien
Tanganjika
Teststopp-Abkommen
Türkei
UdSSR
USA–Bundesrepublik

S. 508, 1147

- Abrüstung und Rüstungskontrolle
Dok. 5 und S. 335 f., 752[6], 805, 939, 945 f., 1055[11], 1237–1239
- Allianz für den Fortschritt
S. 633, 636–638, 1528 f.
- Arabische Staaten
Dok. 188 und S. 537, 593
- atlantische Partnerschaft
S. 101 f., 106, 135, 176 f., 187, 188[11], 224, 252 f., 271, 290 f., S. 382[18], 626, 1202, 1321,

1332 f., 1340, 1350, 1385, 1442, 1502, 1594, 1672 f., 1675
- Atomenergie-Gesetz (McMahon Act)
S. 403[18], 797
- Ausrüstungshilfe
S. 528–539, 1284–1292
- Council on Foreign Relations
S. 548
- Demokratische Partei
S. 621, 739, 783, 922, 1335, 1485
- Entwicklungshilfe
S. 529, 1261, 1528, 1696, 1698
- europäische Atomstreitmacht
S. 799
- EWG
S. 69, 98–100, 108, 188, 238, 240, 255, 260, 320, 333, 471, 560 f., 580, 669, 1351[30], 1354, 1400, 1433, 1500 f., 1659, 1675, 1678, 1687 f., 1690–1694
- GATT
S. 498, 1354, 1466, 1494, 1496, 1600, 1614, 1659, 1678, 1691
- Isolationismus
S. 696 f.
- Kongreß
S. 101, 203[14], 272, 290, 403, 561, 583, 671, 757, 793, 797, 804, 1258, 1284, 1287 f., 1313[6], 1324, 1369, 1520, 1696
- Landwirtschaft
S. 1500 f.
- Lateinamerika
S. 248, 538, 633 f., 636–638, 1287, 1528 f.
- Marshall-Plan (European Recovery Program)
S. 602
- MLF
S. 5[2], 6 f., 52, 163, 399–403, 470, 474, 477, 492, 505–507, 519 f., 548, 582 f., 614, 671 f., 674, 796 f., 1439, 1441–1443, 1448, 1591 f., 1650 f., 1653 f., 1696
- Mutual Defense Assistance Act
S. 157
- NATO
S. 104, 111–115, 117, 240, 249 f., 302 f., 514[2], 543, 548, 551, 691, 800, 858, 1044, 1589
- Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt
S. 688, 744, 777, 880, 936 f., 945, 1498
- Ostblock-Staaten: Handel und Kredite
S. 768, 1161, 1238, 1313, 1360 f., 1368
- Rassengesetzgebung
S. 622, 691, 1223, 1258
- Republikanische Partei
S. 546 f., 621, 739, 782, 797, 879, 922, 1335, 1422, 1485, 1556 f.
- Röhrenembargo
Dok. 96 und S. 38, 77 f., 324 f., 356–358, 386 f., 407[1], 409, 411[14], 412, 414, 582
- Senat
S. 164, 785, 803, 829 f., 872[7], 907, 917 f., 925, 959, 965, 975, 981–983, 1001–1003, 1025, 1029, 1200 f., 1217, 1240, 1393
- Streitkräfte in Europa
S. 41, 104, 138, 164, 168 f., 248, 290, 302 f., 321, 670, 696, 858, 920, 1222, 1256, 1365 f., 1369, 1372 f., 1391 f., 1405, 1421–1423, 1475 f., 1502, 1509, 1521, 1555–1557, 1666, 1699–1701, 1712
- Trade Expansion Act vom 11.10.1962
S. 101, 106, 187 f., 224, 260, 291, 293, 365, 373, 1494, 1692
- VAR
S. 478, 1042, 1123
- Verteidigungskonzeption
S. 113 f., 117, 119 f., 138 f., 240, 249, 274, 697, 699, 854, 861, 1205–1207, 1472–1477, 1502
- Volksrepublik China
S. 622, 788, 860, 906, 913, 917, 980, 1059, 1094 f., 1209, 1362, 1424, 1427, 1483, 1648
- Wahlen
S. 546 f., 581, 621, 691, 785, 843, 876, 1074, 1098, 1136[5], 1258 f., 1313[6], 1319, 1401, 1422, 1436, 1507, 1521, 1557, 1591, 1639, 1649, 1659, 1701, 1712
- Zahlungsbilanz
S. 535, 602, 638, 675, 854, 863, 920, 1354, 1363, 1366, 1368, 1422, 1466, 1468, 1674, 1694, 1696, 1699 f.

USA–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 33, 46, 71, 83, 92, 122, 145, 152, 170, 172, 178, 206, 207, 208, 211, 220, 221, 224, 237, 252, 257, 270, 273, 291, 292, 308, 311, 348, 349, 358, 361, 362, 368, 389, 392, 393, 394, 396, 397, 398, 402, 403, 411, 412, 429, 431, 453, 486, 487, 488, 490, 491, 492 und S. 114 f., 119 f., 244 f., 249 f., 337–342, 357 f., 386 f., 399–403, 414, 504–507, 515, 519 f., 562, 594, 606–608, 621 f., 626, 651–653, 689, 696, 750, 758 f., 767, 776, 778 f., 789–792, 799, 802–804, 809 f., 815, 827–

830, 847f., 871–877, 879, 884f., 887f., 910–914, 924f., 931–933, 948–950, 958f., 1003, 1038, 1094f., 1116, 1119f., 1144–1146, 1204f., 1236–1253, 1275, 1281f., 1313f., 1329–1331, 1450, 1472–1477, 1567, 1610, 1617, 1619, 1667
- Ausrüstungshilfe: Koordinierung
Dok. 166, 378 und S. 397, 1172, 1211[8], 1327f.
- Berlin
Dok. 129 und S. 104, 172, 182, 293, 479, 605[6], 636, 690, 936f., 973–975, 1035, 1077f., 1344, 1365, 1571, 1593f., 1626f., 1680–1684, 1686, 1705–1707
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung
Dok. 337, 343 und S. 182, 193, 296, 345f., 600, 672f., 908f., 955, 975f., 987, 1010[28], 1035, 1065–1068, 1075, 1155f., 1159–1162, 1180, 1197, 1215–1217, 1225–1227, 1243f., 1326, 1360, 1363f., 1370–1373, 1543, 1553[7], 1639–1646, 1705–1711
- Deutsch-französischer Vertrag
Dok. 49, 50, 51, 52, 55, 58, 59, 65, 76, 82, 88, 184 und S. 154, 247, 306f., 311, 330, 353[3], 429f., 548f., 551f., 1325, 1390[12]
- Devisenausgleich
S. 670, 863–865, 1366, 1369, 1468, 1602, 1673, 1696, 1702, 1704
- Entwicklungshilfe: Kooperation
Dok. 195 und S. 528
- logistische Vereinbarung vom 1. August 1963
Dok. 331 und S. 1186, 1200, 1228f., 1272[4], 1273, 1323f., 1356f.
- Stahlzölle
S. 1711
- Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin
Dok. 290, 440, 451, 489 und S. 275, 865, 973–975, 984, 1109, 1156f., 1161–1163, 1221f., 1366, 1368f., 1373[14], 1385f., 1389, 1391f., 1407, 1422, 1435f., 1475, 1477, 1494, 1673f., 1686, 1712
- Wirtschaftsbeziehungen
S. 675, 1137[7]

US Steel Corporation
siehe: Wirtschaftsunternehmen

VAR (Vereinigte Arabische Republik)
siehe außerdem:
Arabische Staaten
DDR
Demokratische Republik Vietnam
Demokratische Volksrepublik Korea
Indien
Israel
Jemen
Jordanien
Suezkrise
UdSSR
USA
S. 1126[22], 1237, 1269[3]
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 146, 198, 199, 202, 289, 448 und S. 47, 509f., 1028[7], 1211
- deutsche Rüstungsfachleute
Dok. 66, 133, 147, 157, 173 und S. 478, 480f., 537, 609, 612, 644, 960f., 964, 1123, 1125, 1182f.
- Entwicklungshilfe
S. 510, 612[18], 1116, 1125[18]
- Erweiterung um Syrien und Irak
S. 480, 508[7], 606, 610, 1123
- Kurden
S. 606
- UdSSR
S. 644
- Volksrepublik China
S. 1126

Vatikan
siehe: Heiliger Stuhl

Vereinigte Arabische Republik
siehe: VAR

Vereinigte Staaten von Amerika
siehe: USA

Vereinte Nationen
siehe: UNO

Verteidigungshilfe
siehe:
Frankreich
Griechenland
Portugal
Türkei

Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes
siehe: Deutsche Frage

Vietnam
siehe:
Demokratische Republik Vietnam
Republik Vietnam

Volksrepublik China
siehe außerdem:
Algerien
Birma
DDR
Demokratische Republik Vietnam
Frankreich
Indien
Indonesien
Japan
Kambodscha
Mongolische Volksrepublik
Pakistan
Republik Vietnam
Rumänien
Somalia
UdSSR
USA
VAR
- Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 1580
- afrikanische Staaten
S. 556, 1284
- Atomwaffen
S. 336, 622, 666, 834, 968f., 980, 1071, 1241, 1246, 1252, 1256, 1424f., 1478
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 327, 364, 379, 416, 465 und S. 680, 815, 1430, 1484, 1605
- Kommunistische Partei Chinas (KPCh)
S. 694[23], 1247[43]
- Teststopp-Abkommen
S. 675, 750, 778f., 803, 813, 837, 860, 872[10], 876, 884, 906, 913, 957, 980, 1219, 1229[3], 1426
- UNO
S. 1196f., 1253
- wirtschaftliche Lage
S. 1421, 1424, 1427

Warschauer-Pakt-Organisation
siehe außerdem:
Nichtangriffspakt
S. 191, 330f., 424[6], 1086, 1250

Washingtoner Botschaftergruppe
S. 297f., 336, 337[4], 339f., 342, 414[4], 415f., 955, 985, 990–992, 998, 1006, 1010, 1048[10], 1049, 1068, 1074f., 1098, 1141, 1152, 1159f., 1163, 1212[1], 1249, 1372, 1381[6], 1640–1645, 1707

WEU (Westeuropäische Union)
siehe außerdem:
Frankreich
Großbritannien
Italien
S. 24, 44, 102, 269, 635, 726f., 734, 742, 759[3], 760f., 790–792, 845, 891f., 1013f., 1111, 1546, 1548, 1590, 1599, 1605, 1695
- Bundesrepublik Deutschland
S. 265f., 313, 448, 814, 899
- Entwicklungshilfe
S. 1529
- Lateinamerika
S. 1394, 1526[1], 1529

Wiedervereinigung
siehe: Deutsche Frage

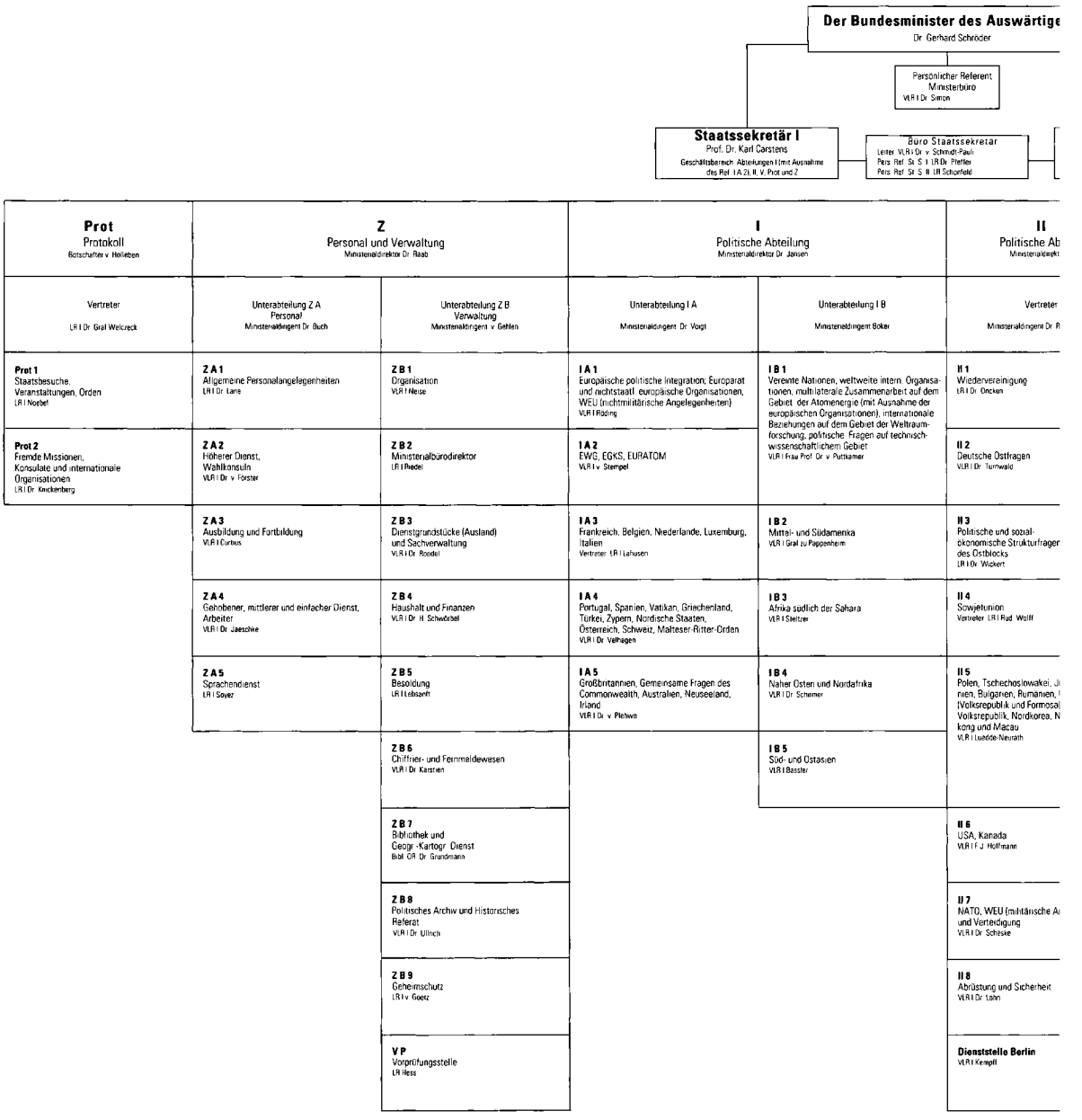
Wirtschaftsunternehmen
- AEG (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft)
S. 1529
- August-Thyssen-Hütte AG
S. 595[11]
- Badische Anilin- und Soda-Fabriken
S. 1529
- Chasai
S. 241
- COFACE
S. 1530
- Demag (Deutsche Maschinenfabrik AG)
S. 1125[16]
- ENI (Ente Nazionale Idrocarburi)
S. 1530
- Ford Werke AG
S. 865
- Gelsenberg Benzin AG
S. 1529
- Grängesberg
S. 327
- Hoesch AG
S. 32f., 75–78, 241, 323[3], 411[15], 413[3]
- Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG
S. 595[11]
- Humphrey
S. 1530
- Intra-Handelsgesellschaft
S. 432, 434
- Kieler Howaldts-Werke AG
S. 241, 770[13], 1167, 1193

- Krupp AG
S. 152[3], 241, 540, 1125[16], 1193, 1529
- Lurgi Gesellschaft für Mineralöltechnik mbH
S. 1530
- Mannesmann AG
S. 32f., 75–78, 241, 323[3], 327, 411[15], 413[3], 1529
- Meco (Mechanical Corporation)
S. 230, 434
- MTP (Maschinen, Turbinen, Pumpen)
S. 434
- Phoenix-Rheinrohr AG
S. 32f., 36, 75–78, 241, 323[3], 324, 327, 411[15], 413[3], 1711[15]
- Promsyrjoimport
S. 75
- Salzgitter Hüttenwerk AG
S. 241, 1168[42]
- Scandinavian Pipeline
S. 327[7]
- Siemens-Halske AG
S. 1307f., 1529
- South Durham Steel Company
S. 411[16], 588[13]
- Sudoimport
S. 770[13]
- Friedrich Uhde GmbH
S. 1530
- US Steel Corporation
S. 1711[15]

Zwei-Staaten-Theorie
siehe: Deutsche Frage

Zypern
S. 496

Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juli 1963


Der Bundesminister des Auswärtige
Dr. Gerhard Schröder
Persönlicher Referent
Ministerbüro
VLR I Dr. Simon
Staatssekretär I
Prof. Dr. Karl Carstens
Geschäftsbereich Abteilungen I (mit Ausnahme des Ref. I A 2), II, V, Prot und Z
Büro Staatssekretär
Leiter VLR I Dr. v. Schmidt-Pauli
Pers. Ref. St. S. I LR I Dr. Pfeffer
Pers. Ref. St. S. II LR I Schönfeld
Prot
Protokoll
Botschafter v. Holleben
Z
Personal und Verwaltung
Ministerialdirektor Dr. Raab
I
Politische Abteilung
Ministerialdirektor Dr. Jansen
II
Politische Ab
Ministerialdirekt
Vertreter
LR I Dr. Graf Welczeck
Unterabteilung Z A
Personal
Ministerialdirigent Dr. Buch
Unterabteilung Z B
Verwaltung
Ministerialdirigent v. Gehlen
Unterabteilung I A
Ministerialdirigent Dr. Voigt
Unterabteilung I B
Ministerialdirigent Boker
Vertreter
Ministerialdirigent Dr. R
Prot 1
Staatsbesuche,
Veranstaltungen, Orden
LR I Noebel
Prot 2
Fremde Missionen,
Konsulate und internationale
Organisationen
LR I Dr. Knickenberg
Z A 1
Allgemeine Personalangelegenheiten
LR I Dr. Lanz
Z A 2
Höherer Dienst,
Wahlkonsuln
VLR I Dr. v. Förster
Z A 3
Ausbildung und Fortbildung
VLR I Curtius
Z A 4
Gehobener, mittlerer und einfacher Dienst,
Arbeiter
VLR I Dr. Jaeschke
Z A 5
Sprachendienst
LR I Soyez
Z B 1
Organisation
VLR I Neise
Z B 2
Ministerialbürodirektor
LR I Predel
Z B 3
Dienstgrundstücke (Ausland)
und Sachverwaltung
VLR I Dr. Roedel
Z B 4
Haushalt und Finanzen
VLR I Dr. H. Schwörbel
Z B 5
Besoldung
LR I Lebsanft
Z B 6
Chiffrier- und Fernmeldewesen
VLR I Dr. Karsten
Z B 7
Bibliothek und
Geogr.-Kartogr. Dienst
Bibl. OR Dr. Grandmann
Z B 8
Politisches Archiv und Historisches
Referat
VLR I Dr. Ullrich
Z B 9
Geheimschutz
LR I v. Goetz
V P
Vorprüfungsstelle
LR Hess
I A 1
Europäische politische Integration; Europarat
und nichtstaatl. europäische Organisationen,
WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)
VLR I Rading
I A 2
EWG, EGKS, EURATOM
VLR I v. Stempel
I A 3
Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg,
Italien
Vertreter LR I Lahusen
I A 4
Portugal, Spanien, Vatikan, Griechenland,
Türkei, Zypern, Nordische Staaten,
Österreich, Schweiz, Malteser-Ritter-Orden
VLR I Dr. Velhagen
I A 5
Großbritannien, Gemeinsame Fragen des
Commonwealth, Australien, Neuseeland,
Irland
VLR I Dr. v. Pletzwa
I B 1
Vereinte Nationen, weltweite intern. Organisa-
tionen, multilaterale Zusammenarbeit auf dem
Gebiet der Atomenergie (mit Ausnahme der
europäischen Organisationen), internationale
Beziehungen auf dem Gebiet der Weltraum-
forschung, politische Fragen auf technisch-
wissenschaftlichem Gebiet
VLR I Frau Prof. Dr. v. Puttkamer
I B 2
Mittel- und Südamerika
VLR I Graf zu Pappenheim
I B 3
Afrika südlich der Sahara
VLR I Steltzer
I B 4
Naher Osten und Nordafrika
VLR I Dr. Schirmer
I B 5
Süd- und Ostasien
VLR I Bassler
II 1
Wiedervereinigung
LR I Dr. Oncken
II 2
Deutsche Ostfragen
VLR I Dr. Turnwald
II 3
Politische und sozial-
ökonomische Strukturfrager
des Ostblocks
LR I Dr. Wickert
II 4
Sowjetunion
Vertreter LR I Rud. Wolff
II 5
Polen, Tschechoslowakei, J
nien, Bulgarien, Rumänien,
(Volksrepublik und Formosa
Volksrepublik, Nordkorea, N
kong und Macau
VLR I Luedde-Neurath
II 6
USA, Kanada
VLR I F. J. Hoffmann
II 7
NATO, WEU (militärische A
und Verteidigung
VLR I Dr. Scheske
II 8
Abrüstung und Sicherheit
VLR I Dr. Lahn
Dienststelle Berlin
VLR I Kempff

Staatssekretär II
Rolf Lahr
Geschäftsbereich Abteilungen III und IV sowie Ref. I A 2

III
Abteilung für Handels- und Entwicklungspolitik
Ministerialdirektor Dr. Sachs

III C Beauftragter für Vertragsverhandlungen aus dem Bereich der Abteilung III
Botschafter Schlitter

IV
Kulturabteilung
Ministerialdirektor Dr. Sattler

Vertreter
Ministerialdirigent Overbeck

V
Rechtsabteilung
Ministerialdirektor v. Haeften

Vertreter
Ministerialdirigent
Prof. Dr. Meyer-Lindenberg

Minister bzw. Staatssekretären unmittelbar unterstellt

Pl
Planungsstab
Ministerialdirektor Dr. Müller-Roschach

Inspekteur
Botschafter Dr. Wehrstedt

Botschafter z. b. V.
Botschafter Freiherr von Mirbach

L 1
Parlaments- und Kabinettsreferat
LR I Balken

L 2
Inlandsreferat
VLR I Dr. K. Hoffmann

L 3
Informationsreferat Ausland
VLR Dr. Ahrens

L 4
Pressereferat
VLR I Dr. Hille

Unterabteilung III A Ministerialdirigent Keller	Unterabteilung III B Ministerialdirigent Dr. Pauls	Vertreter Ministerialdirigent Overbeck	Vertreter Ministerialdirigent Prof. Dr. Meyer-Lindenberg
III A 1 Allgemeine handelspolitische Fragen VLR I Dr. Gemund	**III B 1** Außenpolitische Grundsatzangelegenheiten der Entwicklungshilfe VLR I Dr. Lanwer	**IV 1** Grundsatzangelegenheiten VLR Dr. Röhreke	**V 1** Völkerrecht und Staatsverträge VLR I Dr. v. Schenck
III A 2 Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit LR Dr. Robert	**III B 2** Technische Hilfe VLR I v. Heyden	**IV 2** Kulturarbeit internationaler staatlicher Organisationen, Gästeprogramm der Bundesrepublik VLR I Frhr. v. Buddenbrock	**V 2** Gesandtschafts- und Konsularrecht, Wiedergutmachung, Verkehrsrecht, Beamtenrecht VLR I Dr. Born
III A 3 Vertragsrechtliche Fragen und Verbindung zu den gesetzgebenden Körperschaften VLR I Dr. v. Keller	**III B 3** Kapitalhilfe VLR I Frt. Dr. Feilner	**IV 3** Kirchliche Beziehungen zum Ausland, kulturelle Aufgaben karitativer Art, Katastrophenhilfe, Kriegsgräber, Medizinalangelegenheiten VLR I Dr. Kunisch	**V 3** Staats- und Verwaltungsrecht VLR I Dr. v. Borries
III A 4 Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs VLR I v. Stechow	**III B 4** Wirtschaftsbeziehungen zu Mittel- und Südamerika VLR I Ostermann v. Roth	**IV 4** Schulen im Ausland VLR I v. Dziembowski	**V 4** Strafrecht, Steuer- und Zollrecht, Zentrale Rechtsschutzstelle VLR I E. Schwörbel
III A 5 Wirtschaftsbeziehungen zum Westen VLR I Dr. Neumann	**III B 5** Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara LR I Tolck	**IV 5** Wissenschaft, Hochschulen, Jugendfragen, Sport VLR I Dr. Dvorak	**V 5** Zivilrecht und Zivilprozeßrecht VLR I Oppel
III A 6 Wirtschaftsbeziehungen zum Osten VLR I Dr. Klarenaar	**III B 6** Wirtschaftsbeziehungen zum Nahen Osten und zu Nordafrika VLR I v. Keiser	**IV 6** Kunst, Film, Rundfunk, Fernsehen VLR I Dr. Kremer	**V 6** Sozialrecht und Sozialpolitik VLR I Dr. Werner
	III B 7 Wirtschaftsbeziehungen zu Süd- und Ostasien VLR I Dr. Erdmann	**IV 7** Kulturinstitute, Vereine, Buchwesen, Erwachsenenbildung LR I Kahle	**V 7** Friedensregelung, Beendigung des Besatzungsregimes, Stationierung ausländischer Truppen, Auslandsschulden, Auslandsvermögen VLR I Dr. Hecker